Kommission für Geschichte
des Parlamentarismus
und der politischen Parteien Bad Godesberg

Militärgeschichtliches Forschungsamt
Freiburg im Breisgau

Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien

Zweite Reihe
Militär und Politik

Im Auftrage der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien und des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes

herausgegeben von

Erich Matthias und Hans Meier-Welcker

BAND 1/II

Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914—1918

Zweiter Teil

DROSTE VERLAG · DÜSSELDORF

Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914-1918

ZWEITER TEIL

bearbeitet von

Wilhelm Deist

DROSTE VERLAG · DÜSSELDORF

© Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien
1970
Gesamtherstellung: Rheinisch-Bergische Druckerei- und Verlagsgesellschaft mbH., Düsseldorf
Printed in Germany

Inhalt des zweiten Teils

Seite

Kapitel VII: Gegen Bethmann Hollweg und die Neuorientierung
Dezember 1916 — August 1917 649

Kapitel VIII: Die Propaganda im Zeichen des „Vaterländischen Unterrichts"
April 1917 — Oktober 1918 803

Kapitel IX: Gegen die Mehrheitsparteien des Reichstages
Juli 1917 — März 1918 987

Kapitel X: Zerfall und Zusammenbruch der politischen Machtposition
März 1918 — November 1918 1205

Anlage 1: Die stellv. kommandierenden Generale und ihre Chefs des Stabes
1914 — 1918 1403

Anlage 2: Der Tätigkeitsbereich der Abteilung III B des Generalstabes
des Feldheeres 1409

Anlage 3: Übersicht über die Zensur- und Aufklärungsoffiziere der stellv.
Generalkommandos und die Vorstände der Kriegsamtstellen . 1411

Anlage 4: Das preußische Kriegsministerium Juni 1918 1413

Register 1415

VII.

Gegen Bethmann Hollweg und die Neuorientierung

Dezember 1916 — August 1917

246.

Auszug aus den Erinnerungen des Generalmajors a. D. Mertz v. Quirnheim[1]) zu dem Plan des Oberstleutnants Bauer für die Errichtung einer Militärdiktatur unter General Ludendorff im Dezember 1916.[2])

Nachlaß Mertz v. Quirnheim, Nr. 27. — Manuskript: „Im Großen Hauptquartier", handschriftlich.[3])

[. . .][4])

In der Zeit der Niederschrift dieser obigen Zeilen hatte ich noch keine Ahnung davon, daß sogenannte „Diktaturpläne" im Kreise der O.H.L. tatsächlich erwogen wurden. Ihr Vertreter und Träger war Oberstleutnant Bauer. Es muß in den ersten Dezember Tagen gewesen sein, daß er mich hierin „einweihte" und zwar in langen Ausführungen, mit den Worten beginnend „So wie es jetzt sei könne es unmöglich weiter gehen. Wir müßten zu einer Militärdiktatur als einzigem Ausweg kommen." Er hielt sie für durchführbar, wenn auch der Kaiser sich ihr fügen würde, dann würden auch die Volksvertretungen ihre Einrichtung „schlucken". General Ludendorff müßte auch *nominell* an die Spitze treten und volle Handlungsfreiheit bis zum Abschluß des Friedens — und zwar einschließlich — haben.[5]) — Auf meine Anfrage erklärte mir Bauer, daß ihm die Verhand-

[1]) Chef der am 15. 8. 1916 begründeten Operationsabteilung B im Generalstab des Feldheeres (vgl. H. Cron, Geschichte des Deutschen Heeres im Weltkriege 1914—1918, Berlin 1937, S. 9) und erster Präsident des Reichsarchivs 1919—1931.

[2]) Vgl. die entsprechenden Andeutungen bei Bauer, S. 123 f., S. 159, S. 180.

[3]) Der umfangreiche Nachlaß (vgl. Repertorium des Heeresarchivs vom Mai 1943) ist im Zusammenhang mit den Ereignissen des 20. 7. 1944 stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Nach Auskunft der Tochter des Generalmajors sind die Tagebücher und Briefe aus der Weltkriegszeit bei der Verhaftung Mertz v. Quirnheims in seiner Wohnung von der Gestapo beschlagnahmt worden. Es ist zu vermuten, daß sie zusammen mit den Akten der Sonderkommission VIII (20. Juli 1944) des Reichssicherheitshauptamtes vernichtet worden sind. Der Restnachlaß enthält im wesentlichen das unvollendete Manuskript „Im Großen Hauptquartier" in vier Teilen mit verschiedenen Beilagen. Aus gelegentlichen Bemerkungen in dem Manuskript läßt sich entnehmen, daß Mertz in den Jahren nach seiner Pensionierung als Präsident des Reichsarchivs daran gearbeitet hat.

[4]) Voran geht der Auszug aus einem „Heimatbrief" vom 18. 11. 1916, in dem Mertz ihm offenbar zur Kenntnis gekommene Vorwürfe des Kronprinzen Rupprecht gegen die OHL zurückweist und feststellt, daß Hindenburg und Ludendorff „preußische Gewaltstreiche" völlig fern lägen.

[5]) Vgl. hierzu die alldeutsche Eingabe vom 21. 1. 1917, unterzeichnet von Graf v. Hoensbroech, Fürst Otto zu Salm-Horstmar, Admiral v. Knorr, Geheimrat Kirdorf u. a., an Ludendorff mit der Bitte um Vorlage bei Hindenburg (Nachlaß Schwertfeger, Nr. 212). In ihr heißt es: „Der Feldmarschall ist wegen seiner Unentbehrlichkeit schlechterdings unabsetzbar; kaiserliche Gnade oder Ungnade können ihn nicht berühren; er und er allein, in Verbindung mit Ihnen, ist der Wächter über Deutschlands und Preußens Ehre und Bestand, und damit auch der Hüter der Hohenzollern-Dynastie als Trägerin der Kaiserkrone Deutschlands und der Königskrone Preußens. Denn beide Kronen sinken in den Staub, wenn wir nicht siegen und zwar *bald* siegen." Vgl. auch den Brief Bernhardis an Hindenburg vom 26. 12. 1916 (Denkwürdigkeiten, S. 460 ff.). In einem Brief des Generals v. Seeckt heißt es (Nachlaß Seeckt, Nr. 59) angesichts des selbstherrlichen Vorgehens der OHL im militärischen Bereich dagegen: „Wo bleibt der König? Dem wir doch alle dienen; ich wenigstens und noch einige Preußen."

lungen während des Hilfsdienst-Gesetzes die unerschütterliche Überzeugung aufgedrängt habe, daß wir nur mit Hilfe einer absoluten Militärdiktatur, die allein eine restlose[6]) Zusammenfassung all unserer nationalen Kräfte ermögliche, zu einem erfolgreichen Ende kommen könnten. Auch der Kaiser müsse praktisch völlig ausgeschaltet werden, denn seine schwankende Weichheit würde in allen großen Entscheidungsfragen Alles verderben. Er frug mich zuletzt, wie ich die Haltung meines Königs zu dieser Frage beurteile, denn von dieser hänge vielleicht mehr ab als von der jedes anderen Bundesfürsten ja von derjenigen des Königs von Preußen. Da antwortete ich: „Wie die Stellung Ihres Königs zu diesen Diktaturgedanken ist, vermag ich nicht zu beurteilen, wie aber der König von Bayern sich dazu verhalten würde, vorausgesetzt, daß man es wirklich wagen würde, ihm solche Verzichte zuzumuten, darüber kann ich Ihnen klaren Wein einschenken." Da entgegnete Bauer sichtlich tief ernst: „Sie brauchen mir nichts weiter zu sagen. Bayern würde also nur der Gewalt weichen." „Und Preußen? ?" Diese meine abschließende Frage blieb unerörtert.

Ich habe nie erfahren, ob diese „Diktaturpläne" zur Kenntnis unseres Kronprinzen gelangt waren oder später gelangt sind. Ich habe nie mit irgend Jemand im Großen Hauptquartier darüber gesprochen, aber doch erfahren, daß Bauer mich nicht allein in sie eingeweiht hat.[7]) —

[. . .][8])

Und Oberst v. Wrisberg schrieb an General v. Seeckt am 26. 12. 1916 (Nachlaß Seeckt, Nr. 90): „Es ist überhaupt schrecklich, wie wenige Kenntnisse dieser [Ludendorff] von Politik und internen Verhältnissen hat. Auf jeden Schafskopf, der mit den verrücktesten Gedanken kommt, wird gehört, so soll auch Herr Erzberger dort manchmal weilen und Unfug stiften."

[6]) Verbessert aus: „völlige".

[7]) In einer Anmerkung zu seiner Aufzeichnung über die „Kanzlerstürzerei" (vgl. Nr. 319) erwähnt Mertz v. Quirnheim gleichfalls die Diktaturpläne Bauers. Es heißt dort: „Ich sagte ihm [Bauer], daß ich zu jeder Art Diktatur meine Zustimmung gäbe, wenn sie nur Aussichten zum Gewinn des Krieges gäbe und — durchführbar sei. Denn wehe uns, wenn sie fehl schlüge. [. . .] Da entwickelte mir Bauer seine Gedanken, die auf nichts geringeres hinausgingen als auf einen völligen Machtverzicht sämtlicher Bundesfürsten, und zwar unter Druck der O.H.L. Der Kaiser sollte nur eine Dekorationsrolle spielen." Nach einer scharfen Kritik an dem völligen Versagen des Kaisers in seiner ausgleichenden und entscheidenden Funktion als Oberster Kriegsherr kam Mertz zu dem Schluß: „Nach meiner allmählich gewonnenen Überzeugung konnte da nur noch eine *einheitliche* Spitze mit *unbedingter* Machtbefugnis helfen. Ihre Bildung konnte aber nur in einer Art gesetzlicher Form stattfinden. So wie die Dinge lagen kamen dafür nur die Männer an der Spitze der O.H.L., d. h. der Name Hindenburg in Betracht. Sie mußten und konnten sich auch die Mitarbeiter wählen und — auf die Volks*massen* mußten sie sich stützen."

[8]) Es folgt ein Auszug aus dem Tagebuch vom 22. 11. 1916 über die Lage in Rumänien.

247.

Telegramm General Ludendorffs an Staatssekretär Zimmermann. Kritik an der Ausübung der Zensur durch das Auswärtige Amt.[1])

28. 12. 1916, Gr. Hauptquartier, Abteilung IIIb Nr. 8961 II. — PA Bonn Nachr. Abt., Deutschland 1, Bd. 8, Abschrift.[2])

Durch die Oberzensurstelle sind mir mehrere Exemplare der Zeitschrift „der Vortrupp“[3]) Nr. 20 und 22 und das Schreiben des Auswärtigen Amts vom 11. Dezember A. N. 16300[4]) vorgelegt.[5]) In den mit „Fidelis“ bezeichneten Artikeln, die auch meines Erachtens den Kampf gegen die politischen Gegner in einer Weise führen, die den Burgfrieden empfindlich stören muß und volle Berechtigung zu ebenso scharfen Gegenäußerungen gibt, werden der Feldmarschall und ich für — eine — Partei in Anspruch genommen und damit in den Streit der Meinungen hineingezogen. Der Feldmarschall und ich sind davon peinlich überrascht. Wir haben den dringenden Wunsch, nach jeder Richtung hin aus dem Parteigetriebe ferngehalten zu werden.[6]) Euer Exzellenz haben mir gegenüber dem beigepflichtet. Alle Bestrebungen nutzen aber nicht, wenn selbst von seiten des Auswärtigen Amts Artikel wie die des „Vortrupps“ nicht beanstandet werden. Dies hätte unbedingt geschehen müssen und ich bedauere, daß dies bei der einseitigen Tendenz der Artikel unterlassen ist.[7]) Euer Exzellenz bitte ich, Anordnungen treffen zu wollen, daß Artikel, die dem Auswärtigen Amt zur Begutachtung vorgelegt werden und in denen die Oberste Heeresleitung,

---

[1]) Vgl. hierzu Nr. 248.

[2]) Die Abschrift wurde Oberstleutnant Deutelmoser und dem Wirkl. Legationsrat Heilbron zur Kenntnis gegeben. Vermerke Heilbrons über die Form der Beantwortung am Seitenrand der Vorlage.

[3]) In der Antwort des Auswärtigen Amts (vgl. Anm. 7) wurde das in Hamburg halbmonatlich erscheinende Organ als Abstinentenzeitschrift bezeichnet. Die Nr. 20 und 22 erschienen am 16. 10. bzw. 16. 11. 1916, sie liegen nicht vor.

[4]) Liegt nicht vor.

[5]) Das Kriegspresseamt stellte in der Pressebesprechung vom 29. 12. 1916 fest, daß Hindenburg und Ludendorff erst am 27. 12. 1916 von den beiden Artikeln des „Vortrupp“ Kenntnis erhalten hätten. Vgl. die Aufzeichnungen aus der Pressebesprechung vom 29. 12. 1916, MGFA MA/RMA, Nr. 2357, XVII. 1. 5. 13, Bd. 1.

[6]) Die Formulierung des Satzes ist beachtenswert. Sie findet sich auch in der entsprechenden Mitteilung der Oberzensurstelle an sämtliche Zensurstellen vom 29. 12. 1916 (MGFA MA/RMA, Nr. 2354, XVII. 1. 5. 8a, Bd. 5), in der es im Anschluß daran heißt: „Andernfalls werden grundlegende Interessen der Kriegführung verletzt.“ Vgl. die entsprechende Verfügung des stellv. Generalkommandos des II. AK vom 31. 12. 1916 (GStA Berlin Rep. 30, Nr. 651, Bd. 6) und die Stellungnahme des Kriegspresseamts vom 29. 12. 1916 (vgl. Anm. 5).

[7]) In der von Heilbron entworfenen Antwort des Staatssekretärs Zimmermann vom 28. 12. 1916 (PA Bonn Nachr. Abt., Deutschland 1, Bd. 8) wurde einerseits betont, daß der Wunsch der OHL von den Zensoren des Auswärtigen Amts selbstverständlich beachtet werde, daß andererseits aber angesichts der „unerhörten Schärfe“, mit der die Gegner der Reichsleitung im Oktober und November 1916 agitierten, ein Einschreiten gegen Artikel, die sich „energisch für die Reichsleitung“ einsetzten, nicht angezeigt war.

der Feldmarschall und ich erwähnt sind, der Oberzensurstelle zur Mitprüfung vorgelegt werden, wie dies auch den Bestimmungen entspricht.[8])

Chef des Generalstabes des Feldheeres
gez. Ludendorff.[9])

[8]) Da „grundlegende Interessen der Kriegführung" (vgl. Anm. 6) im Spiele waren. Vgl. hierzu auch Nr. 50, Anm. 5, und Nr. 70, Anm. 8 und 32.

[9]) Die Form der Unterschrift ist auffallend: Ludendorff unterzeichnet als Chef des Generalstabes des Feldheeres.

248.

Schreiben Oberstleutnant Deutelmosers an den Geh. Legationsrat v. Radowitz zur Kritik der Obersten Heeresleitung an der Ausübung der Zensur durch das Auswärtige Amt.

29. 12. 1916, zu AN 17511.[1]) — PA Bonn Nachr. Abt., Deutschland 1, Bd. 8, Ausfertigung.[2])

Herrn Geheimen Legationsrat v. Radowitz

ergebenst zurück.[1]) Herr Wirkl. Legationsrat Heilbron hat gestern bereits ein Antwort-Telegramm entworfen, das meines Wissens auch schon abgegangen ist.[3]) Wäre es mir vor seiner Vorlage bei Seiner Exzellenz zur Stellungnahme vorgelegt worden, so hätte ich einige Änderungen und Ergänzungen vorgeschlagen.

Die Oberste Heeresleitung ist meines Erachtens ganz einseitig unterrichtet. Die Fidelis-Artikel, — die ich übrigens zum Teil für das Gegenteil von geschickt, zum Teil für nicht unbedenklich, alle aber für sehr gut gemeint halte, — sind nicht der *Anlaß* sondern erst die *Folge* von scharfen Äußerungen der Gegenseite. Sie sind nicht Angriff sondern *Abwehr*. Und vor allem arbeiten sie nicht, wie die Gegner, auf Spaltung sondern auf Zusammenschluß und Einigkeit hin. Zum mindesten ein Teil der beanstandeten Artikel hätte daher von der Zensur überhaupt nicht angehalten werden können, weil gar kein Grund dazu vorlag.

Wünscht die Oberste Heeresleitung — wie sich das ja von selbst versteht — „nach jeder Richtung hin aus dem Parteigetriebe ferngehalten zu werden", so wäre meines Erachtens dieser Wunsch vor allem mit äußerstem Nachdruck gegenüber allen *den* Veröffentlichungen zum Ausdruck zu bringen, die die Oberste Heeresleitung im politischen Parteiinteresse in einen Gegensatz zur Reichsregierung zu bringen suchen, der garnicht besteht. Ich habe darüber schon zweimal an Major Nicolai geschrieben. Daß die Oberzensurstelle sich aber irgendwann einmal über die gehässigen, einen Gegensatz zwischen Kanzler und Oberster Heeresleitung konstruierenden Artikel von Otto Eichler[4]) aufgeregt

[1]) Das Telegramm Ludendorffs (vgl. Nr. 247) erhielt das Aktenzeichen: AN 17511.

[2]) Unter demselben Datum von Radowitz abgezeichnet.

[3]) Vgl. Nr. 247, Anm. 2.

[4]) Leitartikler der „Berliner Neuesten Nachrichten".

hätte, ist mir bisher nicht bekannt geworden.[5]) Ich weiß auch nicht, ob z. B. schon einmal gegen Herrn F. St. Neumann[6]) und ähnliche Leute irgend etwas geschehen ist.

Hätten wir in der Nachrichtenabteilung ein Pressearchiv, wie wir es brauchen, so wäre es eine Kleinigkeit gewesen, in einer halben Stunde gegen die angeblich von „Fidelis" so schwer gereizten sanften Lämmer auf der Gegenseite ein Belastungsmaterial zusammenzubringen, dem gegenüber kein Mensch mehr gewagt haben würde, dem Vortrupp irgendeine Störung des Burgfriedens vorzuwerfen.[7])

Wäre das ferner *rechtzeitig* geschehen, (ich habe in meiner Randbemerkung zu Nr. 16530 A. N. und 16300 ja früh genug darauf hingewiesen)[8]), so würde die Oberzensurstelle sich wohl schwer gehütet haben, durch ihre Vorlage beim Herrn Ersten Generalquartiermeister zwischen diesem und dem Herrn Staatssekretär einen so wenig erfreulichen Telegrammwechsel zu entfesseln. Es wäre dann einfach bei einem Schriftwechsel zwischen der Oberzensurstelle und der Nachrichtenabteilung geblieben, ohne daß die Hohen Herren hineingezogen worden wären.[9])

Nun ist das Unheil aber mal geschehen, und jetzt muß die Sache auch ausgepaukt werden, wenn das Auswärtige Amt nicht zu seinem und der Sache Schaden Unrecht leiden soll.

Ich bin deshalb dafür, der Obersten Heeresleitung so bald wie möglich eine Blütenlese der Presseäußerungen vorzulegen, in denen die Oberste Heeresleitung

---

[5]) In einer Fußnote fügte Deutelmoser hinzu: „Nur das Oberkommando in den Marken hat kürzlich einmal aus eigenem Antrieb warnend eingegriffen, als ihm die Sache zu bunt wurde." Auch das stellv. Generalkommando des X. AK ergriff Mitte Januar 1917 gegen den Schriftleiter der „Goslarschen Zeitung", Ewald Beckmann, harte Maßnahmen und verbot ihm die Veröffentlichung selbständiger politischer Ausführungen. Vgl. den sich daraus ergebenden Schriftwechsel, u. a. zwischen dem Oberpräsidenten der Provinz Hannover und dem Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei Wahnschaffe, in: StA Hannover Hann 122a, XXXIV, Nr. 336, vgl. hierzu Koszyk, S. 31. — Durch ein Schreiben vom 17. 1. 1917 machte die Oberzensurstelle darauf aufmerksam, daß auch in Versammlungsberichten der Presse die Oberste Heeresleitung nicht in den Streit der politischen Meinungen gezogen werden dürfe (MGFA MA/RMA, Nr. 2356, XVII. 1. 5. 11, Bd. 3); vgl. hierzu auch das Telegramm der Oberzensurstelle vom 16. 1. 1917 (MGFA MA/RMA, Nr. 2354, XVII. 1. 5. 8a, Bd. 5) bezüglich der Presseberichterstattung über einen Vortrag des konservativen Abgeordneten Dr. Gustav Roesicke in Kiel.

[6]) Dr. F. St. Neumann, Chefredakteur der „Berliner Neuesten Nachrichten" und der „Deutschen Zeitung".

[7]) Die Zeitschrift „Der Vortrupp" versuchte in einer ausgedehnten Korrespondenz mit Reichstagsabgeordneten, der Oberzensurstelle und der örtlichen Zensurstelle im ersten Halbjahr 1917 vergeblich, den gegen sie durch das Zensurtelegramm vom 29. 12. 1916 (vgl. Nr. 247, Anm. 6) erhobenen Vorwurf zu entkräften; vgl. Nachlaß Gothein, Nr. 38.

[8]) Die Schreiben liegen nicht vor.

[9]) Wie sehr diese an sich untergeordnete Angelegenheit von der OHL hochgespielt wurde, ergibt sich daraus, daß Hindenburg sie dem Staatssekretär Zimmermann gegenüber als einen Grund für das skandalöse Verhalten der OHL am 29. 12. 1916 dem Reichskanzler gegenüber angab; vgl. Valentini, S. 241 ff.

gegen den Kanzler politisch ins Feld geführt worden ist.[10]) Daran wäre die dringende Bitte zu knüpfen, daß die Oberzensurstelle angewiesen werden möchte, den verbreiteten Tageszeitungen, die die Oberste Heeresleitung zum Schaden der Reichsregierung in den politischen Kampf hineinzuziehen suchen, mindestens ebensoviel Aufmerksamkeit zuzuwenden, wie dem ziemlich im Verborgenen blühenden Vortrupp.[11])

Deutelmoser.

[10]) Noch am 28. 12. 1916 legte Heilbron dem Staatssekretär Zimmermann eine nicht näher bezeichnete Sammlung von entsprechenden Presseäußerungen vor, die der Staatssekretär, laut Vermerk vom 30. 12. 1916, gegenüber General Ludendorff verwertete. Nach einem Vermerk Deutelmosers vom 2. 1. 1917 fand auch ein Gespräch mit Major Nicolai statt (vgl. PA Bonn Nachr. Abt., Deutschland 1, Bd. 8). Vgl. auch die Aufzeichnung Deutelmosers vom 31. 12. 1916 für den Staatssekretär über auffällige Formulierungen in Verlautbarungen des Kriegspresseamts, die dem Eindruck von Meinungsverschiedenheiten zwischen der Reichsleitung und der OHL Vorschub leisten könnten (PA Bonn Nachr. Abt., Deutschland 1, Bd. 8).

[11]) Aus einem Votenwechsel innerhalb des Auswärtigen Amts Ende Oktober/Anfang November 1916 (PA Bonn Nachr. Abt., Deutschland 1, Bd. 7) geht hervor, daß man zu diesem Zeitpunkt daran dachte, die Zeitschrift, vor allem wegen ihrer „Fidelis" Artikel, finanziell zu unterstützen, um eine Massenauflage zu ermöglichen. Heilbron, Deutelmoser und auch Staatssekretär Zimmermann wandten sich jedoch gegen diesen Plan und hielten höchstens eine Förderung bei der Verbreitung bestimmter Artikel für denkbar. Es mag als symptomatisch gelten, daß man im Auswärtigen Amt bei der Suche nach einem Organ zur Unterstützung der Politik der Reichsleitung wohl aus Mangel an wirkungsvolleren Möglichkeiten auf eine derartige Zeitschrift zurückgriff. — Sollten die Überlegungen des Auswärtigen Amts dem Kriegspresseamt zur Kenntnis gekommen sein, so würde sich daraus die unverhältnismäßig scharfe Reaktion der OHL erklären lassen.

249.

Erklärung des Kriegspresseamts vor der Pressekonferenz im Reichstag gegen die Betonung des Friedenswillens in einem Teil der deutschen Presseorgane.

12. 1. 1917, Vertraulich! — MGFA MA/RMA, Nr. 2357, XVII. 1. 5. 13, Bd. 1, gedrucktes Exemplar.

K. P. A. (II):[1]) Im Auftrage der Obersten Heeresleitung[2]) habe ich unter II folgendes auszuführen:

In der deutschen Presse wird der Behandlung der Lebensmittelfrage andauernd ein weiter Raum gewidmet, und zwar in einem Sinne, der das Ausland zu der Auffassung bringen muß, als könnten wir wirklich nicht durchhalten.[3]) Diese Auffassung beim Feinde wird ferner dadurch offenbar gefördert, daß ein Teil der deutschen Presse immer noch künstliche Versuche macht, nach einem

[1]) Vgl. Nr. 110, Anm. 3.

[2]) Die gesamten Ausführungen des Kriegspresseamts sind von Empfängerseite durch einen senkrechten Strich am Rande hervorgehoben. Die vorangehenden vier Worte sind dazuhin kräftig unterstrichen. Das Exemplar hat dem Staatssekretär des Reichsmarineamts vorgelegen.

[3]) Vgl. Nr. 183.

„Türspalt" für die Eröffnung von Friedensverhandlungen auszuschauen.[4]) Das feindliche Ausland muß dadurch zu der Auffassung kommen, daß wir den Frieden suchen, weil wir ihn suchen *müßten*. Die zwingende Folge davon ist, daß der Feind in seinem Entschluß bestärkt wird, bis zu unserer völligen Niederlage durchzuhalten. Gerade hierdurch aber wird der Krieg verlängert.

Sehnsucht nach dem Frieden ist natürlich in allen kriegführenden Ländern vorhanden. Ich bin der festen Überzeugung, daß diese Friedenssehnsucht bei uns noch am geringsten ist. Sie muß weit größer sein, sowohl in England, dessen gewohnte Lebensführung infolge des Krieges auf den Kopf gestellt ist, wie in Rußland, wo alles drunter und drüber geht, wie in Frankreich, das an Menschen doppelt so hohe Opfer gebracht hat, wie wir. Merken Sie hiervon irgend etwas in der feindlichen Presse? Sie wird nur von dem glühenden Haß gegen uns, von dem entschiedenen Verlangen nach dem Kriege und nicht von dem Wunsche nach Frieden beherrscht. Es ist ein grundlegender Irrtum eines Teiles der deutschen Presse, zu glauben, daß die erkennbare Beritschaeft zum Frieden den Frieden schneller herbeiführen würde. Das gerade Gegenteil ist der Fall. Aus den Friedenswünschen schließt der Feind lediglich, daß wir nicht mehr können, daß wir den Frieden unbedingt haben müssen. Daraus zieht er seine Folgerungen, nun erst recht nicht eher Frieden zu schließen, bis wir unterlegen sind. Diese Auffassung muß den Krieg unnütz verlängern, und die Verantwortung für die dadurch verursachten Opfer trifft diejenigen, die dem Feinde die Veranlassung dazu geboten haben.

Aus der feindlichen Presse schlägt uns ein stählerner Geist entgegen. Wenn Seine Majestät der Kaiser den Truppen gesagt hat[5]), daß sie vor der Anmaßung des

[4]) Damit wandte sich die OHL nicht nur gegen entsprechende Presseäußerungen, sondern auch, und wohl mit besonderem Nachdruck, gegen die Bemühungen des Reichskanzlers, die Verhandlungen mit Präsident Wilson trotz der am 9. 1. 1917 gefallenen Entscheidung über den unbeschränkten U-Bootkrieg weiterzuführen; vgl. Ritter, Bd. 3, S. 366 ff., insbesondere S. 417 f. Im übrigen sollte damit ein Schlußstrich unter die im Anschluß an die deutsche Friedensnote vom 12. 12. 1916 entstandene allgemeine Erörterung der Friedensmöglichkeiten gezogen werden. Das Friedensangebot hatte in den höheren militärischen Kreisen ein überwiegend negatives Echo gefunden. Vgl. z. B. Hindenburg, S. 210 ff.; Rupprecht, Bd. 2, S. 69 ff.; Einem, S. 273 f.; Gallwitz, S. 145 ff.; Bernhardi, S. 459; Litzmann, Bd. 2, S. 143 ff.; Gündell, S. 237; Nachlaß Falkenhausen, Nr. 1; Nachlaß Hohenborn, Nr. 4 (undatierter Brief Dezember 1916/Januar 1917), und Nr. 6; Nachlaß Hipper, Nr. 6 (Eintragung vom 12. und 16. 12. 1916). Kontreadmiral v. Trotha schrieb am 30. 12. 1916 (Nachlaß Tirpitz, K 6) an General Ludendorff: „Um für mich verständlich zu sein, fehlte in dem Friedensangebot der Kraftwille." Siehe auch Nachlaß Seeckt, Nr. 59 (Briefe vom 12. 12., 20. 12., 22. 12. und 23. 12. 1916). Seeckts Urteil wandelte sich geringfügig unter dem Eindruck eines Briefes des Obersten v. Wrisberg vom 19. 12. 1916 (Nachlaß Seeckt, Nr. 90), der die Aktion vor allem aus innenpolitischen Gründen bejahte. Positive Beurteilung der Politik des Reichskanzlers auch in einem Brief des Generals Fritz v. Below an General v. Loewenfeld vom 12. 1. 1917, Nachlaß Eberhardt, Nr. 44. Vgl. auch J. Marx, Kriegstagebuch eines Juden, Frankfurt/M. 1964, S. 144. Für die Beurteilung des Friedensangebotes durch die stellv. kommandierenden Generale vgl. die „Zusammenstellung" der Dezember-Berichte (vgl. Nr. 154, Anm. 1), vor allem die Auszüge aus den Berichten des stellv. Generalkommandos des II. und des VIII. AK.

[5]) Vgl. den Erlaß des Kaisers an Heer und Marine vom 5. 1. 1917 aus Anlaß der Ablehnung des deutschen Friedensangebotes durch die Alliierten (Schulthess 1917/I, S. 5); hierzu Gallwitz, S. 158.

Feindes zu Stahl werden würden, so muß das auch für die deutsche Presse gelten. Nur wenn die deutsche Presse ausnahmslos dieser Ansicht folgt, können wir auf einen baldigen Frieden, und zwar auf einen baldigen siegreichen und guten Frieden rechnen. Es ist ganz falsch zu glauben, daß ein schlechter Friede früher erreicht werden könne, als ein Frieden, der die gebrachten Opfer lohnt.[6]) Denn Voraussetzung für jeden Frieden ist, daß der Feind die Nutzlosigkeit seiner Anstrengungen einsieht. Das wird er aber erst, wenn auch die deutsche Presse ohne jede Ausnahme ein Bild fester Entschlossenheit zur Durchführung des Krieges bis zu unserem Siege bietet.

[. . .][7])

[6]) Dieser Satz ist in der Vorlage durch Bleistiftstriche unterstrichen.

[7]) Es folgen Erklärungen des Auswärtigen Amts und des Admiralstabes zu anderen Fragen.

250.

Schreiben des preußischen Kriegsministeriums an die Militärbefehlshaber.[1]) Richtlinien für die Lockerung der Beschränkungen des Versammlungsrechts.[2])

17. 1. 1917, Nr. 11/17. g. A. 1., Geheim! — MGFA MA/RMA, Nr. 2349, XVII. 1. 5. 7, Bd. 14, vervielfältigtes, eigenhändig vollzogenes Exemplar.

Die bisherigen Erfahrungen bei der Handhabung des Versammlungsrechts während des Belagerungszustandes lassen eine erneute Prüfung dieser Frage erwünscht erscheinen.[3])

Der Zweck aller Beschränkungen auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand ergibt sich durch das Interesse der öffentlichen Sicherheit. Es soll verhindert werden, daß bei der Versammlungstätigkeit aller Art durch verhetzende Agitation die zuversichtliche, siegesfrohe Stimmung beeinträchtigt oder der Burgfriede gestört wird. Auch darf nicht geduldet werden, daß Versammlungen den Anlaß zu Ausschreitungen und Unruhen geben.

Alle über dieses Maß hinausgehenden Beschränkungen sind schädlich. Sie beeinträchtigen die Stimmung und das Vertrauen, geben Anlaß zu unerwünschter Agitation und ziehen an Stelle der öffentlichen, kontrollierbaren Versammlungstätigkeit eine gefährliche Wühlarbeit in geheimen Zusammenkünften groß, die

[1]) Das Schreiben ging außerdem an die Armee-Abteilungen A und B sowie an das Oberkommando der Küstenverteidigung. Abschriften erhielten die bundesstaatlichen Kriegsministerien, der stellv. Generalstab, das Kriegspresseamt, das Reichsmarineamt sowie die Reichskanzlei, das Reichsamt des Innern, das Auswärtige Amt und der preuß. Minister des Innern.

[2]) Vgl. hierzu u. a. Nr. 173.

[3]) Einem Vermerk des Unterstaatssekretärs Heinrichs vom 28. 12. 1916 ist zu entnehmen, daß das Schreiben zurückging auf eine Anregung des preuß. Ministeriums des Innern vom 25. 9. 1916, daß die Angelegenheit daraufhin in einer Besprechung der beteiligten Behörden in der Reichskanzlei am 5. 10. 1916 erörtert wurde und daß das preuß. Kriegsministerium am 22. 12. 1916 einen Entwurf dem preuß. Staatsministerium übersandte; vgl. StA Hannover StM, A. X. 2a. 4, Bd. 10.

sowohl der polizeilichen als auch der Kontrolle der öffentlichen Meinung entzogen ist. Auch für die Friedenszeit kann nicht erwünscht sein, wenn breite Massen der Bevölkerung daran gewöhnt werden, Versammlungen in kleinen geheimen Kreisen als Ersatz für die öffentlichen Versammlungen hinzunehmen.

Einer solchen Entwicklung wird am wirksamsten vorgebeugt durch eine Lockerung der erheblichen Beschränkungen der Versammlungsfreiheit, wie sie in der ersten Zeit des Krieges vielfach notwendig waren. Eine allmähliche Lockerung dieser Beschränkungen ist aber bis zu einem gewissen Grade unbedenklich und aus sonstigen Gründen auch erwünscht. Die früher in mancher Beziehung entscheidende Rücksicht auf das Ausland kann nach der jetzigen Lage der Verhältnisse mehr zurücktreten. Das Verständnis für die Notwendigkeiten des Krieges und das damit verbundene Verantwortungsgefühl hat unter dem Ernst der Zeit in weiten Kreisen zugenommen. Andererseits ist das Interesse an Fragen der inneren Politik naturgemäß gewachsen. Die wirtschaftlichen und Ernährungsschwierigkeiten drängen zur Erörterung, Klagen, Wünsche und Vorschläge müssen einen Weg in die Öffentlichkeit finden, um sich zu klären. Ein Sicherheitsventil muß vorhanden sein, um angesammelte Unzufriedenheit und Kleinmütigkeit zu entlasten. Dazu kommt, daß auch die Pressezensur nach und nach immer mehr gelockert ist. Die Reden und Ansprachen in Versammlungen können den gleichen Zensurbestimmungen unterworfen werden, die für die Presse gelten. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß durch Diskussion, Zwischenrufe, Entschließungen anders und wirksamer als durch die Presse bewußt Stimmung gemacht werden kann und daß Ausschreitungen dieser Art weniger leicht vorgebeugt werden kann. Auch die Auflösung einer Versammlung ist unter Umständen eine größere Gefahr für die öffentliche Sicherheit, als das Verbot einer Zeitung.

Eine ungehinderte Versammlungstätigkeit ist in vielen Fällen erwünscht, damit zuverlässigen Führern Gelegenheit gegeben werden kann, Klagen und Wünsche der Arbeiterschaft kennen zu lernen und beruhigend und aufklärend auf sie einzuwirken.[4]) Fast durchweg haben sich die Gewerkschaftsführer in dieser Beziehung als zuverlässig erwiesen. Auch die Arbeiterschaft hat in ihrer Gesamtheit Verständnis für die Aufgaben der Zeit gezeigt und hat sich gegebenenfalls einer vernünftigen Einwirkung zugänglich erwiesen. Nach der Annahme der Novelle zum Versammlungsgesetz[5]) können Gewerkschaften an sich nicht mehr als politische Vereine angesehen werden, soweit sich ihre Betätigung in dem durch die Novelle festgelegten Rahmen hält.

[4]) Vgl. hierzu die Vereinbarungen zwischen dem Kommandanten der Befestigungen der Wesermündung und den Arbeiterführern der Werften des Gebietes vom 24. 12. 1916 über Erleichterungen für die Abhaltung von „Gewerk-Versammlungen" (MGFA MA/StN, Nr. 1811, Kommandantur der Befestigungen der Wesermündung, G 37, Bd. 1). Danach sollten Arbeiterversammlungen innerhalb und außerhalb der Betriebe zwar nach wie vor an eine Genehmigung gebunden bleiben, jedoch fielen die bisher üblichen Fristen und Formen für die Beantragung derartiger Versammlungen fort. Überdies wurde die freie Aussprache über die genehmigten Themen gestattet; die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung während der Versammlung wurde dem Veranstalter übertragen. Auch für öffentliche Versammlungen wurden weitgehende Erleichterungen eingeführt.

[5]) Vgl. Nr. 123.

Die meisten Klagen über die Handhabung des Versammlungsrechts beruhen auf der Ungleichmäßigkeit der Handhabung.[6]) Es wird nicht verstanden, daß auf Grund des Kriegszustandes unter sonst gleichen Umständen an verschiedenen Orten abweichende Bestimmungen erlassen werden. Die Bevölkerung der Bezirke, in denen die Versammlungstätigkeit schärferen Bestimmungen unterliegt, empfindet dies als ein unberechtigtes Mißtrauen, selbst wenn in der Praxis die Bestimmungen vielleicht weniger drückend gehandhabt werden als in einem anderen Bezirk.

Die abschriftlich beigefügten Grundsätze, die sich aus den Erfahrungen des Oberkommandos in den Marken ergeben haben, haben sich in Berlin und der Provinz Brandenburg gut bewährt.[7])

Im Einverständnis mit den obersten Reichs- und Staatsbehörden ersucht das Kriegsministerium, diese Grundsätze auch im dortigen Bereiche zur Anwendung zu bringen und die Handhabung des Versammlungsrechts den vorstehend gegebenen Richtlinien anzupassen.[8])

v. Stein.

---

[6]) Trotz der in der Vorlage dargelegten Richtlinien wandten sich die Gewerkschaften am 6. und 8. 3. 1917 beschwerdeführend an das preuß. Kriegsministerium wegen der Behinderung von Gewerkschaftsversammlungen; vgl. den Hinweis in dem Bericht des bayer. Beauftragten beim Kriegsamt vom 4. 7. 1917, BHStA IV München MKr, 251. Vgl. auch Nr. 390.

[7]) Diese Grundsätze beruhten auf den Verordnungen des Oberkommandos vom 31. 7. 1914 (vgl. Nr. 3b) und 8. 11. 1915 (vgl. Nr. 114), die in einer Bekanntmachung vom 19. 3. 1916 zusammengefaßt wurden. Danach waren sowohl öffentliche wie nichtöffentliche Versammlungen 48 Stunden vor Beginn den Polizeibehörden anzuzeigen, die unter eigener Verantwortung nach den Richtlinien des Oberkommandos über die Genehmigung entschieden. Als Richtlinie für öffentliche Versammlungen galt, daß „öffentliche Versammlungen politischer Parteien oder diesen gleichzuerachtender Vereinigungen" nicht zu genehmigen waren. Nichtöffentliche Versammlungen waren, wenn öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollten, den Polizeibehörden anzuzeigen, die dann gegebenenfalls bestimmte Auflagen erteilen konnten. Die angeführten Bedingungen hielten sich im üblichen Rahmen (Vorlage der Manuskripte, polizeiliche Überwachung, keine Diskussion). Das Oberkommando bevorzugte bei der Überwachung nicht-uniformierte Vertrauensleute, um später gezielt eingreifen zu können. Entscheidend für die Praxis blieb jedoch folgender Satz: „In allen Fällen ist nebenher zu prüfen, ob es sich um militärische oder diesen gleichgestellte [vgl. Nr. 50, Anm. 5, und Nr. 70, Anm. 8 und 32] Angelegenheiten handelt (z. B. Gefährdung des Burgfriedens oder Erörterungen, die geeignet sind, die zuversichtliche Stimmung oder den Willen zur siegreichen Durchführung des Krieges zu beeinträchtigen). Trifft dies zu, so muß stets die Vorlage der beabsichtigten Vorträge zur Zensur bei der Zensurstelle des Oberkommandos gefordert werden." Damit blieb die Genehmigung abhängig von dem politischen Urteil der betreffenden Polizeibeamten und Offiziere.
Das stellv. Generalkommando des VII. AK übernahm durch die Verfügung vom 3. 2. 1917 (StA Koblenz 403, Nr. 14152) die Grundsätze des Oberkommandos in den Marken z. T. wörtlich, wies die Polizeibehörden jedoch an, vor dem Verbot einer Versammlung jeweils das Einverständnis des stellv. Generalkommandos einzuholen. Erleichterungen für Gewerkschaftsversammlungen wurden auf Grund des Gesetzes zur Änderung des Vereinsgesetzes vom 26. 6. 1916 angeordnet; so sollte von der Vorlage der Vortragsmanuskripte abgesehen werden, wenn von vornherein feststand, daß politische Angelegenheiten nicht erörtert werden würden. Der weit gefaßte Begriff „politische Angelegenheiten" ließ auch hier den Polizeibehörden einen weiten Spielraum für ihre selbständigen Entscheidungen.

[8]) Das bayer. Kriegsministerium teilte durch Erlaß vom 12. 2. 1917 die Richtlinien des preuß. Kriegsministeriums den bayer. stellv. Generalkommandos mit und betrachtete sie als Bestätigung der bisher verfolgten Linie; vgl. BHStA IV München MKr, 13887.

251.

Auszug aus einer Rede des Generalleutnants Wild v. Hohenborn vor den Offizieren des Stabes des XVI. Armeekorps aus Anlaß des Geburtstages des Kaisers.[1])

27. 1. 1917, Buzancy. — Nachlaß Hohenborn, Nr. 4, handschriftlich.

[. . .][2])

Es ist jetzt die Ruhe vor dem Sturm; sorgen wir, daß wir feststehen, wenn der Sturm einsetzt. — *So* unsere Pflicht zu tun, das wollen wir heute unserem obersten Kriegsherrn geloben.

Meine Herren, das ist der eine Gedanke, der mir heute immer wiederkehrt, und der andere betrifft unser persönliches Verhältnis zum Kaiser. Es ist wohl kein Zweifel, und in diesem Kreise dürfen wir es aussprechen, daß die Überzeugung für den *König* zu kämpfen und zu sterben in diesem Weltkrieg nicht so augenscheinlich hervortritt wie in früheren Kriegen. Bei Königgrätz, Metz, Sedan war der Standpunkt des Kriegsherrn gewissermaßen der Mittelpunkt der Schlacht. König und Offizier, ja König und Soldat traten sich persönlich nahe; näher als dies heute in unserem Massenheer und bei den Riesenverhältnissen der Operationen möglich wäre! Welche anderen[3]) Verhältnisse in unserer ganzen politischen Entwicklung bestimmend dafür waren, daß in unserem Volksheer der Ruf „für Deutschland", „für unsere wirtschaftliche Zukunft", „für den Platz Germaniens an der Sonne" lauter zu erklingen scheint als der Ruf „für unseren Kaiser", das will ich hier unerörtert lassen. Sicher aber ist, daß hier ein für das preußische Offizierkorps und jeden wahren Patrioten sehr beachtenswertes Moment vorliegt. Meine Herren, lassen Sie uns deshalb heute erneut erinnern, daß wir in einem persönlichen Treueverhältnis zum Kaiser und König stehen, daß das alte Siegeswort „Mit Gott *für König* und Vaterland" nichts an seiner Berechtigung, nichts an seiner Bedeutung, nichts an seinem entflammenden Zauber, nichts an seiner ehernen Stärke verloren hat.[4]) Da liegen die Wurzeln unserer und des Staates Kraft. Für Kaiser und König wollen wir arbeiten, siegen und sterben, und indem wir *ihm* die Treue halten dem Vaterlande dienen. König und Vaterland, Kaiser und Reich sind eins.[5])

[. . .] [6])

---

[1]) In einem Schreiben vom 13. 1. 1917 (BA Koblenz P 135, Nr. 1297) forderte das preuß. Kriegsministerium die stellv. Generalkommandos auf, in jeder Weise für eine würdige Gestaltung der öffentlichen Feiern aus Anlaß des kaiserlichen Geburtstages zu sorgen.

[2]) Voran gehen Betrachtungen zur militärischen Situation.

[3]) In der Vorlage folgt das durchgestrichene Wort „politische".

[4]) Vgl. hierzu Nr. 246, 267, 272 und 326.

[5]) Vgl. auch die Ansprache Wild v. Hohenborns vor den Offizieren seines Stabes am 27. 1. 1918, Nr. 425. Vgl. auch Koszyk, S. 31 f.

[6]) Die Rede schließt mit einem Gelöbnis treuer Pflichterfüllung etc. und einem „Heil unserem Kaiser".

252.

Schreiben des Obersten Mertz v. Quirnheim an den bayerischen Kriegsminister zu einer Kontroverse zwischen dem bayerischen Ministerpräsidenten und der Obersten Heeresleitung.[1])

15. 2. 1917, Gr. Hauptquartier. — BHStA IV München MKr, 2114, handschriftl. Ausfertigung.

Euerer Exzellenz Mitteilungen über die Äußerungen unseres Ministerpräsidenten habe ich Seiner Exzellenz dem General Ludendorff vorgetragen. Exzellenz Ludendorff lassen für den eingehenden Aufschluß bestens danken. Es ist zweifellos, daß die Äußerungen des Ministerpräsidenten in einer geradezu unverantwortlichen Entstellung hieher mitgeteilt wurden.[2]) Immerhin besteht zwischen der tatsächlichen Entwicklung der Ereignisse in Polen und der von Exzellenz v. Hertling gegebenen Darstellung ein Widerspruch. Hierüber, sowie über einzelne andere Punkte wird der Herr General Feldmarschall Euerer Exzellenz Aufklärung zugehen lassen, da hier großer Wert darauf gelegt wird, daß in diesen Dingen sich nicht falsche Anschauungen verbreiten. Die O.H.L. ist gern bereit, den sehr bedauerlichen Rechnungsfehler in der militärischen Bewertung Polens auf sich zu nehmen, ein Fehler, der durch einen unbegreiflichen Optimismus des polnischen deutschen Gouverneurs veranlaßt wurde.[3]) Andererseits möchte aber die O.H.L. nicht auch für die gründlich verfehlte polnische Politik verantwortlich gemacht werden. —

[1]) Der Zusammenhang, in dem dieses Schreiben steht, ist von E. Deuerlein in dem Aufsatz „Eine unbekannte Kontroverse zwischen Staatsminister Graf Hertling und der Obersten Heeresleitung im Februar/März 1917" (Hist. Jahrbuch, 70. Jg. 1951, S. 260 ff.) dargestellt worden. Das Schreiben ist dort im Auszuge zitiert, im Text allerdings falsch datiert. Ergänzend zu den Angaben Deuerleins sei hinzugefügt, daß die erste Entgegnung des bayer. Kriegsministers (S. 269, Anm. 32) sowie der Privatbrief des Chefs der Armeeabteilung I des bayer. Kriegsministeriums vom 12. 2. 1917 stammen und sich auch im Nachlaß Mertz v. Quirnheim, Nr. 28, befinden. Mertz v. Quirnheim hat in seinen unvollendeten Erinnerungen eine Darstellung der Kontroverse gegeben, vgl. Nr. 25 des Nachlasses. Durch den Reichskanzler wurde auch der Chef des Geheimen Zivilkabinetts von dem Schriftwechsel Hertling-Hindenburg informiert, vgl. Nachlaß Schwertfeger, Nr. 212.

[2]) Der OHL war zugetragen worden, daß der bayerische Ministerpräsident in der streng vertraulichen Aussprache des Finanzausschusses der bayer. Abgeordnetenkammer am 1. 2. 1917 gesagt hätte: „Exzellenz Ludendorff hat uns durch die Proklamation von Polen den Frieden im Osten unmöglich gemacht und nunmehr macht er uns durch den U-Boot-Krieg den Frieden auch im Westen unmöglich." Vgl. Deuerlein, a.a.O. S. 268. Über die „Gewährsmänner" der OHL bestand bisher keine Klarheit, allein das Aktenzeichen der beiden Schreiben Hindenburgs an Hertling vom 27. 2. und 15. 3. 1917 (Deuerlein, a.a.O., S. 272, Anm. 41, und S. 280, Anm. 53) deutet auf die Beteiligung des Oberstleutnants Bauer hin. Aus dem Nachlaß Bauer, Nr. 11, ergibt sich, daß Graf Preysing, erblicher Reichsrat der Krone Bayerns, die Informationen über den Chef der Auslandsabteilung des Admiralstabes der Marine, Kapitän z. See Kurt Graßhoff, an Oberstleutnant Bauer gelangen ließ. Auch Graf Bothmer (vgl. Nr. 160) sowie Graf Reventlow waren beteiligt. In seinem Brief vom 3. 2. 1917 schrieb Graßhoff an Bauer: „Wenn Sie Wert darauf legen, hier mal durchgreifen zu können — Hertling ist das Sprachrohr des Kanzlers — so steht Ihnen Graf Preysing zu einer Unterredung hier in Berlin in den nächsten Tagen zur Verfügung. Er ist bereit, Ihnen die Namen der Gewährsmänner zu nennen, die nachher nicht kneifen. [...] Vielleicht bietet hier das Schicksal die Hand." Ob es zu dieser Unterredung kam, ist ungewiß; der Chef des Generalstabes des Feldheeres und die Operationsabteilung weilten vom 11.—16. 2. 1917 in Berlin.

[3]) Der Satz ist in der Vorlage von Empfängerseite mit Bleistift unterstrichen.

Exzellenz Ludendorff lassen Euere Exzellenz bitten von einer weiteren Verfolgung der Angelegenheit im Landtage u.s.w. Abstand nehmen zu wollen.[4]) Ich denke, daß die Mitteilungen des Herrn Generalfeldmarschall — soweit ich über deren Inhalt in Kenntnis gesetzt wurde — Euerer Exzellenz Veranlassung geben unseren Herrn Ministerpräsidenten über den Sachverhalt zu unterrichten.

Ein tatkräftiges Vorgehen gegenüber dem Vertrauensbruch im Finanzausschuß würde zweifellos erwünscht sein. Es dürfte aber unter den jetzigen Verhältnissen davon Abstand genommen werden müssen. Es sind nämlich Persönlichkeiten in diese Angelegenheit verwickelt, deren Bloßstellung einen großen politischen Skandal für Bayern zur unabweisbaren Folge hätte. Ob Eitelkeit, Redesucht, Angst, Torheit oder Mangel an politischem Anstande diese Herrn zu dem unglaublichen Schritte führten, wage ich nicht zu entscheiden.[5])

Der erbitterte Kampf, der seit langem gegen den Reichskanzler geführt wird, hat ja seinen letzten Grund in innerpolitischen Verhältnissen. Die äußere Politik gibt hierfür nur den Vorwand. Der Boden sachlicher Auseinandersetzungen ist längst verlassen.[6]) Leider ist die O.H.L. in diesen Kampf hineingezerrt worden und soll nun den Sturmbock machen.[7]) In der Wahl der Kampfmittel scheint

[4]) Kurz vor dem Zusammentritt der bayer. Reichsratskammer am 10. 3. 1917 erhielt Graf Preysing eine Einberufungsorder, die ihn zwang, am 9. 3. 1917 an die Westfront abzureisen; vgl. PA Bonn Polit. Abt., Deutschland Nr. 122, Nr. 16, Bd. 8. Oberst Mertz v. Quirnheim hatte dem Chef der Armeeabteilung I des bayer. Kriegsministeriums den Namen des „Täters", wie er sich ausdrückt, im Vertrauen genannt; vgl. Nachlaß Mertz v. Quirnheim, Nr. 25.

[5]) Die beiden vorangehenden Sätze sind von Empfängerseite durch einen senkrechten Bleistiftstrich am Rande und die Marginalie „Reichsrat" bezeichnet.

[6]) Vgl. u. a. die Kundgebung des Geschäftsführenden Ausschusses des Alldeutschen Verbandes vom 21. 1. 1917, Schulthess 1917/I, S. 66 f. Zur gefährdeten Stellung des Reichskanzlers Ende Januar/Anfang Februar 1917 vgl. u. a. Valentini, S. 146 ff., S. 245 ff.; Müller, S. 255 ff. (Eintragungen vom 30. 1., 1. 2., 2. 2., 7. 2., 23. 2. 1917); Hoffmann, Bd. 1, S. 154 ff. (Briefe vom 15. 1., 16. 1., 17. 1. 1917, o. D.); Bericht des bayer. Militärbevollmächtigten im Gr. Hauptquartier vom 28. 2. 1917 (BHStA IV München MKr, 1828).

[7]) Als symptomatisch hierfür kann die Rede gelten, die Dr. Carl Duisberg bei der Tagung des Deutschen Museums am 6. 2. 1917 in München in Anwesenheit bayer. Minister und Vertreter der Reichsbehörden hielt. Duisberg, der aus dem Gr. Hauptquartier kam, erging sich in heftigen Angriffen gegen die preuß. Eisenbahnverwaltung und scheute auch nicht vor Andeutungen über einen notwendigen Personenwechsel an der Spitze der Reichsleitung zurück. Duisberg benutzte auch einen Empfang am Abend desselben Tages, um dem bayer. König seine Ansichten vorzutragen. Die Empörung der bayer. Minister und Beamten über dieses Verfahren war einhellig. Der Reichskanzler brachte die entsprechenden Berichte des Gesandten Treutler und des Ministerialdirektors Dr. Lewald dem Zivilkabinettschef und Generalfeldmarschall v. Hindenburg am 10. 2. 1917 zur Kenntnis. Hindenburg hatte daraufhin nichts Eiligeres zu tun, als den gesamten amtlichen Vorgang, der eine Reihe vertraulicher Informationen auch zur Person Duisbergs enthielt, diesem zur Stellungnahme zu übergeben. Duisbergs Rechtfertigungsschreiben vom 12. 2. 1917 übersandte Hindenburg am 18. 2. 1917 mit folgender Stellungnahme dem Reichskanzler: „Auf Euer Exzellenz Schreiben vom 10. 2. — 557 I beehre ich mich zu erwidern, daß ich den Geheimrat Duisberg gebeten habe, in Zukunft meine Person bei öffentlichen Erörterungen nicht zu erwähnen, trotzdem ich seine Bemerkungen, soweit sie die Oberste Heeresleitung angehen, in keiner Weise für bedenklich halten kann. Im übrigen bewegen sich die Ausführungen des Geheimrats Duisberg auf Gebieten, die mich nicht unmittelbar berühren." Das Schreiben trägt das Aktenzeichen „II Nr. 47815 op.", stammt also aus der Abteilung des Oberstleutnants Bauer. Für die Vorgänge vgl. PA Bonn Polit. Abt., Deutschland Nr. 122, Nr. 16 geh., Bd. 1; Nachlaß Schwertfeger, Nr. 212, und Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 2, S. 724 f.

von der „Parteirichtung" jede politische Sittlichkeit beiseite geschoben zu sein. Nur so erklärt sich, daß von sonst ganz anständigen Menschen jede[8]) sittliche Bewertung dieser Mittel versagt.

Daß sich gewisse bayerische Kreise in diesem seinen innersten Wesen nach rein *preußischen* Konflikt hineinziehen lassen, ist schon deswegen bedauerlich, weil man hier mit einer Art von Verachtung auf diese „Handlanger" herunterschaut. Sie brauchen auf die Fußtritte nicht zu warten, die man ihnen nach dem getanen Dienst verabreichen wird.

Es wäre von außerordentlichem Gewinn, wenn Bayern für die hiesigen Kampfhähne keine solchen Hilfskräfte stellen würde. Schon die bayerische Selbstachtung sollte das verbieten. Könnte in dieser Richtung irgend ein Einfluß auf unsere Parteimänner beider[9]) Kammern ausgeübt werden, so wäre das nur von Vorteil.

Ich hatte in der letzten Zeit Gelegenheit mich von der großen Bewertung unseres Ministerpräsidenten von Seite hochgestellter ruhig denkender preußischer[10]) Männer zu überzeugen. Ich glaube auch nicht, daß es den konservativen Heißspornen in Preußen darum zu tun ist, unseren Ministerpräsidenten zu stürzen, ich habe aber nicht den mindesten Zweifel, daß sie diesen Sturz rücksichtslos anstreben würden, wenn sie in Exzellenz von Hertling ein Hindernis ihrer Politik ersähen. Durch die an Exzellenz Ludendorff gerichtete Mitteilung wollte man auch nicht Exzellenz v. Hertling einen Strick drehen, wohl aber wollte man ein neues Kampfmittel gegen den Reichskanzler schaffen.

von Mertz.

[8]) Es folgt das durchgestrichene Wort „Art".

[9]) Das Wort ist von Empfängerseite zweimal unterstrichen, der gesamte Absatz durch Bleistiftstrich am Rande hervorgehoben.

[10]) Nachträglich eingefügt.

253.

Schreiben des Oberkommandos in den Marken an den Vorsitzenden des sozialdemokratischen Central-Wahlvereins für Spandau, Potsdam, Osthavelland[1]), betr. Bedingungen für die Zulassung von öffentlichen Wahlversammlungen.[2])

21. 2. 1917, Sect. P. Nr. 160087. I. 13121. — MGFA MA/RMA, Nr. 4412, XX. 60, Bd. 1, Abschrift.[3])

Die Bestimmungen des Vereinsgesetzes vom 19. 4. 1908[4]) sind im diesseitigen Befehlsbereich nach Aufhebung des Artikels 29 der Verfassungsurkunde durch

[1]) Auf eine entsprechende Anfrage vom 13. 2. 1917.

[2]) Vgl. hierzu Nr. 111.

[3]) Abschriften richtete das Oberkommando an das preuß. Kriegsministerium, den Landrat des Kreises Osthavelland, die Polizeidirektion Potsdam und die Polizeiverwaltung Spandau. Das preuß. Kriegsministerium seinerseits übersandte Abschriften an sämtliche Militärbefehlshaber, die bundesstaatlichen Kriegsministerien sowie eine Reihe von Zentralbehörden mit dem Ersuchen, gegebenenfalls in gleicher Weise zu verfahren.

[4]) Vgl. Huber, Dokumente, Bd. 2, S. 374 ff.

die Bekanntmachung vom 31. 7. 1914 über die Genehmigungspflicht aller öffentlichen Versammlungen und durch die Bekanntmachung vom 19. 3. 1916 über die Anzeigepflicht nichtöffentlicher Versammlungen eingeschränkt worden.[5]) Diese Einschränkung besteht auch für Versammlungen der Wahlberechtigten zum Betriebe der Wahlen zu den auf Gesetz oder Verordnung von Behörden beruhenden öffentlichen Körperschaften; es wird aber Vorsorge getroffen werden, daß öffentliche Versammlungen in geschlossenen Räumen im Sinne des § 17 des Wahlgesetzes für den Deutschen Reichstag[6]) für den Betrieb der Wahl im Reichstagswahlkreis Spandau—Potsdam—Osthavelland durch die Ortspolizeibehörden bis zur Beendigung der Wahlhandlung zugelassen werden, wenn die Einberufer sich mit einer polizeilichen Überwachung einverstanden erklären und sich selbst verpflichten, für Ruhe, Ordnung und Sicherheit in und nach den Versammlungen Sorge zu tragen.[7]) Auch dürfen die Reden und eine sich anschließende Diskussion den Burgfrieden nicht gefährden und den Geist entschlossenen Durchhaltens im deutschen Volke nicht irgendwie beeinträchtigen.

In den Wahlflugblättern müssen gleichfalls alle gehässigen, den Burgfrieden und die Einheit der Bevölkerung gefährdenden Äußerungen vermieden und muß bei der Herstellung und Verbreitung dieser Druckschriften beachtet werden, daß es durch Bekanntmachung vom 10. 3. 1916 verboten worden ist, Druckschriften ohne Preßvermerke[8]) herzustellen oder zu verbreiten.[9])

Von seiten des Oberkommandos
Der Chef des Stabes
gez. v. Berge.

[5]) Vgl. Nr. 250, Anm. 7.

[6]) Vgl. Huber, Dokumente, Bd. 2, S. 245.

[7]) Die Ortspolizeibehörden wurden vom Oberkommando über die in Anm. 3 genannten Zivilverwaltungsbehörden angewiesen, bei zweifelhaften Fällen die Entscheidung dieser Behörden herbeizuführen und über die etwaige Auflösung von Versammlungen an das Oberkommando zu berichten.

[8]) Vgl. hierzu Nr. 72 und 108.

[9]) In einem Kommentar des Pressereferats des bayer. Kriegsministeriums zu dem Schreiben des Oberkommandos heißt es (BHStA IV München MKr, 11500): „In Bayern sind ähnliche einschränkende Bestimmungen für Versammlungen seitens der militärischen Zensurstellen *nicht* ergangen. Vorträge und Versammlungen werden den Zensurstellen regelmäßig erst durch die Presse oder durch Mitteilung der Polizeibehörden bekannt und nur in Ausnahmefällen zur Zensur herangezogen." Vgl. hierzu auch Nr. 250, Anm. 8.

254.

Auszug aus der Zusammenstellung der Monatsberichte der stellv. Generalkommandos an das preußische Kriegsministerium betr. die allgemeine Stimmung im Volke.[1])

3. 3. 1917, Nr. 280/17 g. B. 6., Geheim! — GLA Karlsruhe Abt. 456, Bd. 70, gedrucktes Exemplar.

[...][2])

Während es sich bei den erwähnten Ausschreitungen[3]) lediglich um Einzelerscheinungen handelt, ist die Beunruhigung im rheinisch-westfälischen Industriebezirk in letzter Zeit derartig gewachsen, daß entschiedene Maßnahmen erforderlich erscheinen, wenn weiteren Ausständen und Ruhestörungen vorgebeugt werden soll.

Das VII. A.K. äußerst sich hierzu folgendermaßen:

„Die gehobene Stimmung, die nach der Erklärung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges im allgemeinen Platz gegriffen hat, wird durch die fortgesetzt zunehmenden Ernährungsschwierigkeiten wesentlich beeinträchtigt. Zu diesen trat Ende Januar infolge des starken Frostes in weiten Teilen des Korpsbezirks eine sehr empfindliche Kohlennot[4]), die der ärmeren Bevölkerung schwere Entbehrungen auferlegte und auch eine Reihe größerer Werke zum Stillstand zwang. Die Ernährungsschwierigkeiten dauerten auch nach Eintritt milderer Witterung unverändert fort, da Kohlenzufuhren nach wie vor fast völlig ausblieben. Wiederholt hat das Generalkommando darauf hingewiesen, daß es gelingen müsse, dem rheinisch-westfälischen Industriebezirk die nötigsten Lebensmittel in ausreichenden Mengen zuzuführen; andernfalls seien Ausstände und Unruhen unvermeidlich. Diese Voraussage ist eingetroffen. Die seit vielen Monaten herrschende Lebensmittelknappheit hat bei der Arbeiterschaft allmählich eine tiefgreifende Unzufriedenheit geschaffen[5]), die sich besonders seit dem Aufhören der Kartoffelverteilung wesentlich verschärft hat. Dazu kam in der Stadt Essen, daß im

[1]) Zu den Berichten vgl. Nr. 154, Anm. 1.

[2]) Voran gehen Berichte über den Einfluß, den die Eröffnung des unbeschränkten U-Bootkrieges, die Polenfrage und das Hilfsdienstgesetz auf die allgemeine Stimmung ausübten.

[3]) Bericht des stellv. Generalkommandos des VIII. AK über umfangreiche Straßenunruhen am 20./21. 2. 1917 in Aachen.

[4]) Vgl. Feldman, S. 256 ff.

[5]) Die verheerende Ernährungskrise des Winters 1916/1917 spiegelt sich auch in den „Zusammenstellungen"; vgl. im Dezemberbericht die Ausführungen der stellv. Generalkommandos des VII., VIII. und XXI. AK, im Januarbericht die des stellv. Generalkommandos des X. AK und im Februarbericht außer dem vorliegenden den der stellv. Generalkommandos des VIII. und XI. AK. In der Zusammenfassung des preuß. Kriegsministeriums für den Berichtsmonat Januar 1917 heißt es, „daß zwar die politischen und militärischen Ereignisse wesentlich stimmungsverbessernd gewirkt haben, daß aber andererseits unter dem beherrschenden Einfluß der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, besonders der Kartoffelnot, die Sorgen darüber, ob wir in den nächsten Monaten der an uns herantretenden Versorgungsschwierigkeit Herr bleiben werden, in weiten Kreisen erheblich zugenommen und die bisher bestehende Zuversicht etwas erschüttert hat".

Februar infolge umfangreicher Brotkartenfälschungen die Mehlversorgung ins Stocken geriet. Geschickte Aufhetzer erhoben die Forderungen, ihnen mehr Lebensmittel zuzuweisen oder ihren Lohn so zu erhöhen, daß sie imstande wären, die noch im freien Verkehr zu hohen Preisen — größtenteils verbotswidrig — gehandelten Lebensmittel zu kaufen. Mitte Februar brachen auf den Kruppschen Werken in Essen Ausstände aus[6]), die bald auf verschiedene Zechen in den Landkreisen Essen und Recklinghausen sowie in den Städten Oberhausen, Mülheim a. d. Ruhr und Herne übergriffen. Diese Ausstände sind nach einigen Tagen beigelegt worden, nachdem die Werke den Arbeitern beträchtliche Lohnerhöhungen bewilligt und Hoffnung auf eine reichlichere Lebensmittelversorgung gemacht hatten. Am 26. Februar brachen jedoch in Barmen neue Ausstände aus[7]), welche diesmal mit erheblichen Unruhen verknüpft waren: Bäckerläden wurden geplündert, das Rathaus wurde demoliert, die Polizei wurde angegriffen. Durch energische militärische Maßnahmen wurde die Ordnung bald wieder hergestellt. Immerhin befinden sich am Schlusse des Monats noch etwa 1000 Munitionsarbeiter in Barmen im Ausstand. Außerdem sind in den letzten Tagen des Februar noch auf mehreren Zechen in Bochum (darunter Zeche Lothringen) sowie auf Zeche Kaiserstuhl in Dortmund Ausstände ausgebrochen.

Es wäre verfehlt, aus der verhältnismäßig schnellen Beendigung der meisten dieser Ausstände den Schluß zu ziehen, daß die Industriearbeiterschaft sich nunmehr mit der unzureichenden Ernährung ruhig abgefunden hat. Sie erwartet vielmehr, daß mit allem Nachdruck auf eine schleunige Besserung der Lebensmittelversorgung hingearbeitet wird. Dazu gehört vor allem, daß nach Eintritt milderen Wetters Kartoffeln wieder in ausreichender Menge anrollen. Einige große Städte, z. B. Düsseldorf, Duisburg, Barmen, Elberfeld, Oberhausen, Mülheim a. d. Ruhr, Hagen i. W., haben volle fünf Wochen keine Kartoffeln mehr austeilen können. Auch Essen vermag nur an die Schwerarbeiter geringe Mengen zu geben, nicht aber an die allgemeine Bevölkerung. Dieser Zustand ist nicht mehr lange aufrechtzuerhalten. Werden die Erwartungen der Bevölkerung abermals getäuscht, so sind neue Ausstände unvermeidlich, die voraussichtlich nicht so leicht beizulegen sein werden und zu sehr ernsten Folgen führen können."

[...][8])

---

[6]) Vgl. dazu die Abschrift eines nicht abgegangenen Schreibens Hindenburgs, offenbar von Oberstleutnant Bauer entworfen, an den Reichskanzler vom 21. 2. 1917 (Nachlaß Bauer, Nr. 14), in dem es unter Bezug auf Unruhen in Essen und Magdeburg heißt: „Die Kriegführung leidet fortgesetzt durch die Verhältnisse im Innern Deutschlands. Ich kann Euer Exzellenz wiederum nur bitten, entscheidend Wandel zu schaffen und halte es für dringend geboten, daß Seine Majestät rücksichtslosen Einblick gewinnt. Da die Kriegführung in Betracht kommt, werde ich Seiner Majestät eine entsprechende kurze Meldung machen." Vgl. hierzu Nr. 219, 246 und 252.

[7]) Vgl. hierzu Archivalische Forschungen 4/II, Nr. 2—4, S. 372 ff., insbesondere Nr. 4, S. 377 ff., sowie Dokumente und Materialien II/1, Nr. 189, S. 554 ff., Nr. 191, S. 562 ff. und Nr. 200, S. 582 ff.

[8]) Es folgen Berichte, insbesondere des stellv. Generalkommandos des XI. und XX. AK, über die besonders schwer auf der Bevölkerung lastende Kohlennot.

255.

Schreiben der Oberzensurstelle an sämtliche Zensurstellen. Leitsätze für die Zensur in Volksernährungsfragen.[1])

10. 3. 1917, Nr. 20650 O. Z.[2]) — MGFA MA/RMA, Nr. 2356, XVII. 1. 5. 11, Bd. 3, vervielfältigtes, eigenhändig vollzogenes Exemplar.

Nachdem die Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Verhältnisse, insbesondere auf dem Gebiete des Ernährungswesens sich im Laufe der Kriegszeit gesteigert haben, und da diese Schwierigkeiten während der nächsten Monate bis zur neuen Ernte naturgemäß noch steigen werden[3]), bedürfen die Leitsätze für die Zensur der Lebensmittelfragen Nr. 4241 O. Z. vom 27. 12. 15.[4]) einer Zusammenfassung und Ergänzung.

Wer sich an öffentlichen Erörterungen der Ernährungsfragen beteiligt oder wer über Behandlung dieser Fragen, auch über solche in Versammlungen und Sitzungen, öffentlich berichtet, wird sich vor Augen halten müssen, welche schwere Verantwortung er übernimmt, wenn er durch unbedachte Äußerungen oder Mitteilungen die Sicherheit und Zukunft des Vaterlandes gefährdet. Im Vertrauen darauf, daß sich alle, die sich in wirtschaftlichen Fragen an die Öffentlichkeit wenden, dieses Verantwortungsgefühls bewußt sein werden und daß insbesondere die für die Aufrechterhaltung des Burgfriedens erlassenen Bestimmungen auch für die Behandlung der Ernährungsfragen strengstens gewahrt werden, bleiben Mitteilungen und Erörterungen über die Volksernährung im allgemeinen zensurfrei.

Damit militärische Interessen nicht mittelbar durch Schwächung der Kraft des Durchhaltens in der heimischen Bevölkerung und unmittelbar durch Verschlechterung der Stimmung im Heere geschädigt werden, müssen aber für Veröffentlichungen irgendwelcher Art auf dem Gebiete der Volksernährung in Wort, Schrift oder Bild folgende Richtlinien beachtet werden:

1. *Verboten sind:*
   a) Behauptungen oder Vermutungen, daß unser wirtschaftliches Durchhalten unmöglich sei oder durch die getroffenen Organisationen und Maßnahmen unmöglich gemacht werde.
   b) Nach Inhalt, Ton oder äußerer Aufmachung aufsehenerregende Darstellungen und Mitteilungen über Ernährungsfragen, in Sonderheit auf Verhetzung berechnete oder verhetzend wirkende Äußerungen über das Verhältnis zwischen Stadt und Land, die die Eintracht unter verschiedenen Volksschichten zu stören geeignet sind. Unzufriedenheit erregende oder

[1]) Vgl. hierzu Nr. 121 und 183.

[2]) Mit dem Zusatz: „Nur für die Zentralstellen, nicht zur Aushändigung an die Presse."

[3]) Vgl. hierzu Nr. 254. Auch die OHL sah sich gezwungen, die Verpflegungssätze für das Feldheer herabzusetzen und allgemeine Sparmaßnahmen anzuordnen. Vgl. Ursachen und Folgen, Bd. 1, S. 194 (Befehl vom 23. 3. 1917); Ludendorff, Urkunden, S. 193 ff. (Schreiben an den preuß. Kriegsminister vom 26. 3. 1917, Befehl vom 6. 4. 1917).

[4]) Vgl. Nr. 121.

auf ihre Erregung abzielende Vergleiche der Ernährungsverhältnisse in verschiedenen Bundesstaaten, obrigkeitlichen Bezirken oder in Stadt und Land.

c) Nachrichten über Straßenkundgebungen, Unruhen und über Ausstandsbewegungen wegen Ernährungsmittelknappheit.[5])

2. *Nur von der örtlichen Presse* dürfen Mitteilungen über örtliche Schwierigkeiten in der Ernährung gebracht werden, und dies nur in einer Form, die den örtlichen Charakter des Notstandes klar ersehen läßt.

3. *Der Vorprüfung unterliegen:*

a) Nachrichten über Verderben von Lebensmittelvorräten. Diese dürfen erst veröffentlicht werden, nachdem sie der Zensur zur Prüfung vorgelegen haben. Vorprüfung ist erforderlich, um falsche oder übertriebene Angaben von der Veröffentlichung auszuschließen, da sie besonders ungünstig auf die Volksstimmung einwirken.

b) Aufsätze über deutsche Ernährungsfragen, die der ausländischen Presse entnommen sind, Artikel und Berichte der neutralen Auslandspresse über Unterredungen, die amtliche deutsche Stellen mit neutralen Berichterstattern in wirtschaftlichen, insbesondere Ernährungsfragen gehabt haben, sowie Beurteilungen über Verwertungen dieser Aufsätze und Berichte. Sie dürfen erst nach erfolgter Freigabe durch die Oberzensurstelle im Inland veröffentlicht werden.

Bei[6]) strengster Durchführung dieser Zensurgrundsätze soll jedoch die Kritik an den getroffenen Organisationen und Maßnahmen als solche keineswegs unterdrückt werden, und in sachlicher Weise vorgetragene, die Kraft des Durchhaltens nicht schwächende Beurteilungen und Anregungen werden durch die Zensur keine Einengung zu erfahren haben.

Besonders umsichtig wird gegenüber der wissenschaftlichen Fachkritik von berufenen Gelehrten und Sachverständigen zu verfahren sein; Aufsätze in wissenschaftlichen Fachzeitschriften, die oft sonst nicht vorhandene Zusammenstellungen enthalten und nützliche Anregungen geben, dürfen vor allem nicht unmöglich gemacht werden. Indessen bleibt auch solchen Ausführungen gegenüber stets abzuwägen, inwieweit sie nach Inhalt und Ton den für die Zensur geltenden Gesichtspunkten in Ernährungsfragen etwa nicht entsprechen.

I. A.
v. Olberg.

[5]) Durch Schreiben der Oberzensurstelle vom 15. 11. 1917 (MGFA MA/RMA, Nr. 2356, XVII. 1. 5. 11, Bd. 4) wurde der Katalog durch eine Ziffer „d)" erweitert, die folgendermaßen lautete: „Vergleiche zwischen dem derzeitigen heimischen Ernteergebnis und demjenigen früherer Kriegsjahre, sofern der Vergleich eine Verschlechterung erkennen läßt. Durch derartige Nachrichten wird das Bestreben der feindlichen Regierungen erleichtert, unsere wirtschaftliche Stärke als versiegend darzustellen und dadurch die Kampfstimmung im eigenen Lande zu beleben." Vier Tage später wurde die Bestimmung wieder außer Kraft gesetzt (MGFA MA/RMA, Nr. 2354, XVII. 1. 5. 8a, Bd. 6).

[6]) Am 22. 3. 1917 bat die Oberzensurstelle die Zensurstellen, die Richtlinien, unter geringfügiger, stilistischer Abänderung der beiden letzten Absätze, der Presse auszuhändigen (MGFA MA/RMA, Nr. 2356, XVII. 1. 5. 11, Bd. 3; StA Koblenz 403, Nr. 14131).

256.

Telegramm des Legationsrats Freiherr v. Grünau an das Auswärtige Amt. Bericht über ein Gespräch des Kaisers mit Hindenburg über dessen Verhältnis zum Reichskanzler.[1])

14. 3. 1917, Homburg, Tel. Nr. 5. — PA Bonn Polit. Abt., Auswärtiges Amt Gr. Hauptquartier, Bd. 247, handschriftl. Entwurf.

Eigenhändig für den Herrn Reichskanzler.

Der Kaiser hat heute bei seinem zweistündigen Aufenthalt im Hauptquartier lange alleine mit dem Feldmarschall konferiert, der seine alten Beschwerden wiederholte[2]) und zum Ausdruck brachte, daß Euere Exzellenz ihn haßten und gegen ihn arbeiteten. Die Adlon-Konferenz[3]) sei von Spitzeln arrangiert gewesen, um Feldmarschall zu stürzen (sic!). Seine Majestät sagte mir, er habe[4]) Feldmarschall eingehend Sachlage auseinandergesetzt und ihm dargelegt, daß er sich von allerhand Leuten mißbrauchen lasse, die periodisch das Bedürfnis fühlten, sich als Retter des Vaterlandes aufzuspielen. Feldmarschall solle[5]) diese Leute von sich abschütteln und verhüten, daß sie seinen Namen als Aushängeschild benutzten. Er, der Kaiser, kenne das politische Geschäft nun[6]) seit bald 30 Jahren,

[1]) Vgl. hierzu Müller, S. 265 (14. 3. 1917).

[2]) Ursprünglich: „der wieder seine alten Beschwerden vorbrachte".

[3]) Zur Adlon-Konferenz vgl. C. Haußmann, Schlaglichter. Reichstagsbriefe und Aufzeichnungen, hrsg. von U. Zeller, Frankfurt/M. 1924, S. 85 ff., sowie Weber, S. 103 f., und Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 2, S. 725 f. Einladungsschreiben und Unterlagen für die Konferenz finden sich im Nachlaß Schwertfeger, Nr. 212. Ebenda auch die Abschrift eines Schreibens des Kaisers an die Chefs des Militär- und des Zivilkabinetts vom 27. 2. 1917, in dem er das Verhalten der Schwerindustriellen (gemeint ist Duisberg) als Hochverrat bezeichnete. „Das Gravierende für Mich liegt in dem geflissentlich erweckten Anschein, daß das Treiben gegen den Kanzler mit zum mindesten stillschweigenden Einverständnis oder Mitwissen der Obersten Heeresleitung inscениert wird [. . .]. Euere Exzellenz werden die Güte haben, die Oberste Heeresleitung zu orientieren und zur Äußerung aufzufordern, wie sie gegen Herrn Duisberg Stellung zu nehmen gedenkt [vgl. hierzu Nr. 252, Anm. 7]. Ich muß endlich mal durchgreifen, um die Prärogative der Krone, die in so schandbarer Weise verletzt worden sind, zu wahren und wieder klarzustellen."
Der Bericht Hindenburgs vom 5. 3. 1917 ist nicht erhalten.
Die Konferenz war von Graf Hoensbroech (vgl. Nr. 142, Anm. 2 und 6), Emil Kirdorf und Admiral v. Knorr einberufen worden; vgl. auch Nachlaß Traub, Nr. 38. Der Admiral wurde durch ein Kabinettsschreiben vom 28. 2. 1917 aufgefordert, eine schriftliche Meldung über seine diesbezügliche politische Tätigkeit dem Kaiser zu erstatten. Knorrs Meldung vom 5. 3. 1917 ist in sehr freimütiger Weise abgefaßt und verhehlt nicht, daß der Zweck der Adlon-Konferenz und aller anderen Versammlungen derselben Kreise die Beseitigung des Reichskanzler gewesen sei. Der Kaiser äußerte daraufhin am 10. 3. 1917 sein „ernstestes Befremden" über die Beteiligung des Admirals an einer gegen den Kaiser und seine Regierung gerichteten Agitation, griff aber keineswegs durch, wie er angekündigt hatte, sondern forderte von Knorr nur, „daß Sie sich eingedenk Ihrer Stellung als Ritter des Schwarzen Adlerordens und als Admiral à la suite des Seeoffizierkorps künftighin von politischen Agitationen fernhalten." Vgl. die Vorgänge im Nachlaß Vanselow, Nr. 7609. Vgl. auch Müller, S. 262 (28. 2. 1917), und Nr. 165, Anm. 17.

[4]) Es folgt das durchgestrichene Wort „mit".

[5]) Es folgt das durchgestrichene Wort „sich".

[6]) Nachträglich eingefügt.

der Feldmarschall könne seinem Urteil vertrauen. Euere Exzellenz hätten vom Feldmarschall in einer Weise gesprochen, die gerade die entgegengesetzte Gesinnung zum Ausdruck gebracht habe, als der Feldmarschall sich einbilde. Er kenne Euere Exzellenz und die Aufrichtigkeit Ihres Charakters genau und von Intriguen seitens Euerer Exzellenz könne keine Rede sein. Der Feldmarschall solle sich das endlich gesagt sein lassen und zu vertrauensvoller Zusammenarbeit die Hand bieten, statt sich immer wieder durch unverantwortliche Dritte beeinflussen zu lassen. Wenn nicht immer alles gerade so oder so schnell gehe, wie sich das die O.H.L. denke, so läge das daran, daß Euere Exzellenz in dem Ihnen eigenen großen Verantwortlichkeitsgefühl die Dinge pflichtmäßig gründlich prüfen müßten, oder an sachlichen Meinungsverschiedenheiten, nicht aber an willkürlich bereiteten Schwierigkeiten. Euere Exzellenz hätten das Vertrauen des Volkes, wie das auch bei der letzten Rede im Reichstag[7]) und in der Presse zum Ausdruck gekommen sei. Dem Einwand, der Reichstag repräsentiere gar nicht die Volksmeinung, begegnete der Kaiser mit der Bemerkung[8]), daß er allerdings im Reichstag die Vertretung des Volkes anerkenne und ob denn die paar Mißvergnügten, die dem Feldmarschall in den Ohren lägen, besser die Stimmung des Volkes widerspiegelten.

Bezüglich des Geredes vom „Militarismus" in Berlin sagte der Kaiser, er habe die Minister und Staatssekretäre einzeln danach gefragt, ob in ihren Ämtern Strömungen gegen den Militarismus propagiert würden, was jeder einzelne entschieden zurückgewiesen habe.

Hinsichtlich der Stellung Euerer Exzellenz gegenüber[9]) der Durchführung des U-Bootkriegs beruhigte der Kaiser den Feldmarschall und sagte, daß Euere Exzellenz sich zu einem einmal gefaßten Beschluß rücksichtslos und vorbehaltlos bekennten. Er erinnerte an die letzte Sitzung in Pleß[10]) und unterstrich, daß gerade die Haltung Euerer Exzellenz in dieser Konferenz dem Feldmarschall ein Beweis für die Loyalität[11]), Entschlossenheit und Ernsthaftigkeit Euerer Exzellenz sein müsse.

Ich kann nicht alle Einzelheiten wiederholen, habe aber den Eindruck, daß der Kaiser mit großer Wärme und Entschiedenheit für Euere Exzellenz eingetreten st. Seine Majestät selbst glauben, daß nunmehr die Dispositionen des Feld-

[7]) Am 27. 2. 1917, vgl. Sten. Berichte, Bd. 309, S. 2374 ff. Zu dieser Rede schrieb General v. Seeckt (Nachlaß Seeckt, Nr. 60) am 2. 3. 1917: „Was redet der Mann im Reichstag! Jetzt wie ein rasender Achill. Die verdammten unklaren Phrasen über das Innere, die nur verhetzen und beunruhigen." Zu den innenpolitischen Anschauungen des Generals, der sich einer „Demokratisierung" nicht verschloß, gleichzeitig aber jeglichen Parlamentarismus ablehnte und das Heil in einem aufgeklärten Absolutismus sozialer Prägung („modernisierte Fritzenherrschaft") erblickte, vgl. neuerdings H. Meier-Welcker, Seeckt, Frankfurt/M. 1967, S. 46 f., 63, 74 f., 113 f., 126 f., 162 ff., und insbesondere S. 186 ff.

[8]) Die vorangehenden drei Worte nachträglich eingefügt.

[9]) Die vorangehenden Worte nachträglich eingefügt, ursprünglicher Wortlaut: „Wegen der Durchführung".

[10]) Am 29. 1. 1917. Beratung über die Instruktion an den deutschen Botschafter in Washington mit der Mitteilung der deutschen Friedensbedingungen an Präsident Wilson, vgl. Ritter, Bd. 3, S. 403.

[11]) Es folgt das durchgestrichene Wort „und".

marschalls Euerer Exzellenz gegenüber sich zum Bessern wenden werden[12]); für General Ludendorff könne er allerdings nicht garantieren. Übrigens hat Seine Majestät selbst kürzlich Anlaß gehabt, sich über zwei Telegramme Ludendorffs zu beschweren, die an ihn in[13]) befehlsmäßigem Tone abgefaßt gewesen seien, so daß er zurückgefragt habe, seit wann er denn als Organ der O.H.L. betrachtet werde. Grünau.

[12]) Vgl. Nr. 260.

[13]) Nachträglich eingefügt.

257.

Telegramm des Reichskanzlers an Generalfeldmarschall v. Hindenburg. Einspruch gegen eine geplante Erklärung des Kriegspresseamts zur politischen Verantwortlichkeit der Obersten Heeresleitung.

14. 3. 1917. — PA Bonn Polit. Abt., Auswärtiges Amt Gr. Hauptquartier, Bd. 245, Abschrift.[1])

Major Stotten[2]) teilt soeben Entwurf der Antwort mit, die er auf Anfrage Wacker[3]) in Pressekonferenz[4]) geben soll.

Ich halte diese Antwort und überhaupt ein Eingehen auf die von Wacker angeschnittenen Einzelfragen[5]) für glatt unmöglich. Meines Erachtens ist die einzig mögliche Antwort ungefähr folgende:

„Eine Verantwortung in politischem Sinn besteht lediglich für politische Maßnahmen der Reichsleitung. Träger dieser Verantwortung ist der Reichskanzler, der sich dieser Verantwortung niemals entzogen hat noch entziehen wird."

Euerer Exzellenz gegenüber füge ich folgendes hinzu:

Eine Verantwortung der Obersten Heeresleitung besteht nur gegenüber dem Kaiser als dem Obersten Kriegsherrn, jedoch nicht gegenüber dem Parlament oder gar gegenüber einer Versammlung von Journalisten. Wieweit Forderungen, Wünsche und Urteile der Obersten Heeresleitung die Gestaltung politischer Maßnahmen beeinflussen, ist eine innere Angelegenheit zwischen Oberster Heeres-

[1]) Nach einem von Legationssekretär Frhr. v. Lersner abgezeichneten Vermerk wurde das Original am 14. 3. 1917 an Hindenburg gesandt.

[2]) Chef des Kriegspresseamts.

[3]) Berliner Vertreter des „Hamburger Fremdenblatts".

[4]) Vgl. Nr. 38, Anm. 3. Die sog. „Großen Protokolle" der Pressekonferenzen, in denen auch die Anfragen der Pressevertreter verzeichnet sind, liegen erst ab 22. 10. 1917 vor; vgl. Nr. 417, Anm. 1.

[5]) Einen Hinweis auf den Inhalt der nicht vorliegenden Anfrage Wacker gibt Hindenburg in seinem Schreiben vom 17. 3. 1917, vgl. Nr. 260; danach hatte Wacker offenbar danach gefragt, welchen Anteil einerseits die Oberste Heeresleitung und andererseits die Reichsleitung an dem Zustandekommen und der Durchführung bestimmter Maßnahmen, wie z. B. der Requirierung belgischer Arbeiter für die deutsche Industrie, dem Hilfsdienstgesetz und der Lösung der polnischen Frage, gehabt habe. Vgl. Nr. 263, Anm. 8. Vgl. auch Braun, S. 139, der vermutet, daß die Anfrage von militärischer Seite bestellt gewesen sei.

leitung und Reichskanzler. Wenn die Oberste Heeresleitung sich darauf einläßt, ihren Anteil an dem Zustandekommen politischer Maßnahmen öffentlich darzulegen, so unterstellt sie damit ihre Wirksamkeit der öffentlichen Diskussion,[6]) die selbstverständlich vor den Toren der Parlamente nicht Halt machen wird. Im Interesse der Aufrechterhaltung unserer staatsrechtlichen Verhältnisse und insbesondere der Unantastbarkeit der Kommandogewalt des Kaisers müßte ich mich jedem Schritt auf dieser schiefen Ebene auf das entschiedenste widersetzen. Ich glaube unter diesen Umständen davon absehen zu können, darzutun, in welchen Punkten meine Beurteilung der in dem Erklärungs-Entwurf dargestellten Einzelfälle von denjenigen des Erklärungs-Entwurfs auch sachlich abweicht.

Ich bitte das Kriegspresseamt anzuweisen, daß keine Antwort auf die Wackersche Anfrage erteilt wird, bevor zwischen Oberster Heeresleitung und Reichskanzler ihr Wortlaut vereinbart ist.

von Bethmann Hollweg.

[6]) Vgl. Nr. 248.

258.

Aufzeichnung des Oberstleutnants Bauer: Die Stellung des Reichskanzlers.[1])

Mitte März 1917.[2]) — Nachlaß Bauer, Nr. 16, maschinenschriftlich.

Die Gunst der staatserhaltenden Parteien hat Herr v. *Bethmann Hollweg* schon lange verscherzt, einmal durch seine Liebedienerei gegenüber den ein starkes Königstum bekämpfenden Parteien (jüdischer Liberalismus und Sozialdemokratie), dann wegen seiner unglücklichen Hand in der auswärtigen Politik.

[1]) Aus dem Dokument ist nicht ersichtlich, ob und in welcher Weise diese Aufzeichnung verwandt worden ist. Es handelt sich um die Durchschrift einer Reinschrift. Die geschäftsmäßige, von Kanzlistenhand stammende Bezeichnung der Anlagen am Seitenrand deutet jedoch darauf hin, daß die Aufzeichnung nicht nur für den internen Gebrauch der OHL bestimmt war.
Die Aktivität des Oberstleutnants Bauer mit dem Ziel, den Sturz des Reichskanzlers zu erreichen, war im Frühjahr 1917 besonders ausgeprägt und vielgestaltig. Einen Tag, nachdem der Chef des Geheimen Zivilkabinetts die ihm von der OHL zum Beweis der Unhaltbarkeit des Reichskanzlers übersandten Unterlagen einer eingehenden Kritik unterzogen und zurückgewiesen hatte (vgl. Valentini, S. 149 und S. 219 ff.), entwarf Bauer (am 31. 1. 1917) ein Schreiben voller Angriffe auf die Reichsleitung an den Generaloberst v. Plessen, dem die Materialien mit der Bitte um vertrauliche Behandlung übergeben werden sollten. Ludendorff zögerte jedoch und der Schritt unterblieb; vgl. Nachlaß Bauer, Nr. 15. — An den Anteil Bauers an der Affaire Duisberg (vgl. Nr. 252, Anm. 7) und der Kontroverse zwischen dem bayer. Ministerpräsidenten und der OHL (vgl. Nr. 252, Anm. 2) sei erinnert. — Im März 1917 richtete Bauer eine entsprechende Denkschrift an den Kronprinzen, vgl. Bauer, S. 134 ff. — Vgl. auch die Denkschrift vom 6. 3. 1917, Nr. 219.

[2]) Aus dem Text ergibt sich, daß die Aufzeichnung nach dem 14. 3. 1917, jedoch bevor die russische Revolution in den politischen Überlegungen der OHL eine Rolle spielte (vgl. Nr. 264), entstanden sein muß. Am Kopf der Vorlage ist in der Handschrift Bauers vermerkt „März 18“, wobei die Ziffer 8 von anderer Hand durch die Ziffer 7 ersetzt wurde.

Liberalismus und Sozialdemokratie stützten den Kanzler, weil er ihnen eine weitgehende innerpolitische Neuorganisation zugesagt hat[3]) und weil sie nach seinem sonstigen Nachgeben auch glaubten, bei ihm ein leichtes Spiel zu haben in der Durchsetzung einer *rein demokratischen und parlamentarischen Regierung.* Nachdem Herr v. *Bethmann Hollweg* aber ihren Wünschen bisher nicht nachgegeben hatte und z. Zt. auch nicht hätte nachgeben können, begannen sie ihm den Rücken zu kehren und ihn anzugreifen. Ein Stimmungsbild in dieser Hinsicht bietet ein Artikel des Sozialdemokraten *Haenisch* in [der] „Internationalen Korrespondenz"[4]) und ein Leitartikel der „Vossischen Zeitung" vom 12. 3. 17.[5]) Auch der „Vorwärts" forderte unter dem 11. 3. in einer Besprechung der „*Adlon*-Konferenz" die Einführung der parlamentarischen Regierung.[6]) Hierbei ist zu bemerken, daß die *Adlon*-Konferenz jedenfalls von absolut königstreuen und vaterländisch denkenden Männern in bester Absicht abgehalten wurde, wenn auch Form, Zeitpunkt und Ziele unangebracht gewesen sein mögen. „Hochverrat" droht von dieser Seite nicht, sondern nur eine ehrliche Feindschaft gegen den jetzigen Komplex.[7])

Als nun die Debatte im Herrenhaus gelegentlich der Diätenvorlage[8]) zeigte, daß doch noch starke Widerstände gegen die Erweiterung der Volksrechte beständen (wobei zweifellos auch in Form und Sache weit über das Ziel hinausgeschossen und so dem inneren Frieden erheblich geschadet wurde), da kamen von den links stehenden Parteien erhebliche Angriffe gegen den Kanzler und mahnten ihn an seine gegebenen Versprechungen. *Die Lage war für den Kanzler übel.* Antwortete er nicht im Sinne der links stehenden Parteien, so hatte er auf der ganzen Linie verspielt, rechts wie links. Antwortete er, so *mußte* er Entgegenkommen zeigen. Und so tat er das letztere.[9]) Nun ist kein Zweifel, daß eine *soziale* Neuorientierung nötig ist und kommen muß. Sie wäre auch ohne den Krieg gekommen. Aber sie muß unter straffster Leitung durch die Regierung erfolgen und unter Beibe*halt* einer starken Monarchie. Und *deshalb* sind die *zu weitgehenden* und *zu bestimmten*[10]) Versprechungen des Kanzlers eine so große Gefahr. Denn die links stehenden Parteien sehen darin die Zusicherung einer *parlamentarisch-demokratischen* Regierung. Diese schließt aber die Verringerung der Macht der Krone und die Unmöglichkeit straffer Regierung in sich. Ohne straffe Leitung werden aber die sozialen Erschütterungen so schwer werden, daß

[3]) Am Rande Verweis auf die Anlagen.

[4]) Liegt nicht vor.

[5]) Am Rande Verweis auf die Anlagen. Der Artikel Georg Bernhards in Nr. 129 der Zeitung mit der Überschrift „Kanzler und Ministerpräsident" schließt mit folgendem Satz: „Worauf beruht nun eigentlich das Vertrauen, das die Leute Herrn von Bethmann Hollweg entgegenbringen? Im Grunde genommen auf der Zuversicht, daß Hindenburg schon siegen und daß sich alles übrige dann finden wird."

[6]) Am Rande Verweis auf die Anlagen. Es handelt sich um einen Leitartikel von Otto Huë „Ministerstürzer aus Gewohnheit" in Nr. 69 des „Vorwärts" vom 11. 3. 1917.

[7]) Vgl. hierzu Nr. 256, Anm. 3.

[8]) Am 9. 3. 1917, vgl. Schulthess 1917/I, S. 272 ff.

[9]) In seiner Rede am 14. 3. 1917 vor dem Preuß. Abgeordnetenhaus, vgl. Sten. Berichte Pr. Abg.-Hs., Bd. 5, Sp. 5254 ff.

[10]) Bethmann Hollweg hatte ausdrücklich vermieden, konkrete Versprechungen zu machen.

ihr Ausgang mindestens fraglich ist. Voraussichtlich würde ein Übergang zur parlamentarisch-demokratischen Regierung das Ende der Monarchie und damit der Machtstellung Deutschlands sein.
Man wende nicht ein, daß wir der Sozialdemokratie usw. nachgeben müssen, weil wir sie nicht aufhalten könnten. Vorläufig sind es nur wenige zielbewußte Hetzer und Fanatiker, die nur dadurch an Boden gewinnen, daß sie sich auf eine gewisse Presse stützen und ungehindert Propaganda treiben. Daß wir mit diesem Gewährenlassen auf falscher Bahn sind, zeigt die Wahl *Potsdam—Osthavelland*, wo der Kandidat der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft (*Hoffmann*, *Liebknecht* usw.) schon wieder ¼ der abgegebenen Stimmen erhielt![11]) Und das noch mitten im Kriege. Trotzdem überwiegt z. Zt. im *Volke und im Heer* noch alte monarchische Gesinnung; das zeigt erfreulicherweise die „Neue Preußische Zeitung" vom 3. 17.[12])

Die Geschichte lehrt immer wieder, daß dem sogenannten Volkswillen *nachgeben* zum sicheren Sturz führt, weil es nichts anderes ist, als das Volk zum willenlosen Werkzeug von Fanatikern zu machen, die ihre Macht mißbrauchen. Andererseits muß eine kluge und starke Regierung selbst die Wege finden, die das Volk zu gemeinsamer Arbeit zusammenschließen.

[11]) Die Reichstagsersatzwahl im Wahlkreis Potsdam 7 (vgl. Nr. 253), die durch die gerichtliche Verurteilung Karl Liebknechts notwendig wurde, gewann am 14. 3. 1917 der Kandidat der SPD mit 16881 Stimmen, während Franz Mehring von der SAG 5010 Stimmen erhielt. Vgl. Schulthess 1917/I, S. 288.

[12]) Am Rande Verweis auf die Anlagen. Das Erscheinungsdatum des Artikels ist in der Vorlage unkenntlich gemacht.

259.

Auszug aus einem Brief des Generalleutnants Wild v. Hohenborn an seine Frau. Beurteilung der russischen Revolution und der Politik der „Neuorientierung".

16. 3. 1917, Buzancy. — Nachlaß Hohenborn, Nr. 4, handschriftlich.

[. . .][1])

Nun ist *endlich* die russische Revolution da[2]), aber freilich noch nicht in der gewünschten Form.[2]) Natürlich begrüße ich es um des monarchischen Gedankens willen,[3]) daß die Dynastie — mag sie in den einzelnen ihrer Glieder auch sehr wenig taugen — vorläufig erhalten blieb; aber im Übrigen scheint die neue Regierung doch eine solche der nationalen Verteidigung zu sein. Man wird weiter durchhalten wollen! Trotzdem kann man hoffen, daß das Ganze eine *erste* Erschütterung darstellt, der andere folgen werden. Wir könnten's brauchen![4])

[1]) Der persönlich gehaltene Anfang des Briefes ist weggelassen worden.

[2]) Am 14. 3. 1917 wurde die provisorische Regierung unter Fürst Lwow gebildet. Ob die Abdankung des Zaren am 15. 3. 1917 zugunsten seines Bruders, des Großfürsten Michael Alexandrowitsch, Wild v. Hohenborn schon bekannt gewesen ist, erscheint zweifelhaft. Vgl. Schulthess 1917/II, S. 657 ff.

[3]) Die vorangehenden fünf Worte sich nachträglich eingefügt.

[4]) Dazu vor allem Hoffmann, Bd. 1, S. 159 ff.

Ich muß immer an den 7jährigen Krieg denken, den Friedrich der Große doch auch nur durchhalten konnte, weil ihm ein gnädiges Geschick den Tod seiner Erzfeindin, der Kaiserin v. Rußland, bescherte. Also aus dem Osten komme das Heil und zwar in der Form strammer Revolutionen! Eine drollige Zeit, die solche Wünsche hervorbringt![5]) — Na — und bei uns im Innern gehts ja auch lustig her. Es ist doch schade, daß ich nicht dabei bin. Das Herrenhaus[6]), Schorlemer[7]), die Rede des Reichskanzlers[8]), was sind das für fortgesetzte Sensationen! Der Reichskanzler hat wieder aus der Tiefe seiner Überzeugung geschöpft und mit all dem sittlichen Ernst gesprochen, der ihn ja zweifellos auszeichnet. Aber er hat mal wieder *Versprechungen* gemacht. Daß er reden kann und daß er unsere Zukunft so auffaßt, wie er es schilderte, das wußten wir schon; aber wenns ans Einlösen geht, wirds böse werden. Ich passe eben nicht mehr in diese Zeit und bleibe dabei, daß es eben doch mit der ganzen Neuorientierung sich im Wesentlichen um nichts Anderes handelt als um Bezahlung für erfüllte verdammte Pflicht und Schuldigkeit. Hat sich denn unser ganzer Kram, wie er bisher war, nicht bewährt? Auf dem „Alten" bauen sich doch unsere jetzigen Erfolge auf! Weiß der Kanzler denn so genau, daß bei dem Umbau des Hauses die Fundamente so fest bleiben, wie sie waren? Und was wird das Alles für Folgen für die Armee haben?![9]) — Ich bin in diesen Tagen recht sorgenvoll. Man redet immer von der Zeit nach den Freiheitskriegen. Blech! 1806 fiel der Staat zusammen, weil man — und zwar auch die Armee! — auf den Lorbeeren Friedrichs eingeschlafen war. Dann kam die freiheitliche Idee und die aus der Tiefe der Volksseele geborene Erhebung, bei der die Regierenden die Geschobenen waren. Das Volk rettete den zertrümmerten Staat. Ist das jetzt ebenso? Weiß Gott, wenn einer anerkennt, was unser herrliches Volk leistet, bin ichs. Es ist mit Worten nicht zu schildern — und ich *sehe* es täglich vor Augen. Aber den Gedankensprung vom heldenhaften Durchhalten zur Umformung des Herrenhauses und Ähnlichem kann ich nicht mitmachen. Und sollte man wirklich später auch an der Armee rütteln, dann ade Zukunft; aber es wird so kommen.[10]) Eins zieht das Andere nach sich. Liebe Else, ich fürchte, wir werden unseren Kohl im Frieden mit Grollen bauen. — Na, vorläufig ists aber noch nicht so weit. Erst mal siegen! Und in der Hinsicht verläßt mich mein Optimismus *nicht.*

[...][11])

[5]) In die allgemeine Erwartung einer militärischen Entspannung auf Grund der Revolution mischten sich wegen der allgemein angenommenen britischen Beteiligung an den Ereignissen und der Rückwirkungen auf die innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands skeptische Töne. Vgl. Müller, S. 265 ff.; Einem, S. 293 ff.; Gallwitz, S. 172; Thaer, S. 107; Archivalische Forschungen 4/II, Nr. 10, S. 386 f. (Brief des Oberhofmarschalls v. Reischach vom 19. 3. 1917); Nachlaß Seeckt, Nr. 60 (Briefe vom 16., 20., 26. 3. und 5. 4. 1917); MGFA MA/OdO, Nr. 1139, D. V. O. 1, Bd. 1 (Brief des Kapitäns z. S. Boy-Ed an Kontreadmiral v. Ußlar vom 17. 3. 1917).

[6]) Vgl. Nr. 258, Anm. 8.

[7]) Wild v. Hohenborn bezieht sich hier vermutlich auf die Rede des preußischen Landwirtschaftsministers v. Schorlemer, die er am 7. 3. 1917 im Preuß. Abgeordnetenhaus zum Etat seines Ministeriums gehalten hat, vgl. Sten. Berichte Pr. Abg.-Hs., Bd. 4, Sp. 4770 ff.

[8]) Vgl. Nr. 258, Anm. 9.

[9]) Vgl. Nr. 251.

[10]) Vgl. Nr. 277.

[11]) Es folgen Ausführungen über die militärische Situation in seinem Frontabschnitt.

260.

Schreiben des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg an den Reichskanzler zum Verhältnis von Kommandogewalt und politischer Verantwortlichkeit.

17. 3. 1917, Gr. Hauptquartier, M. J. Nr. III b 9999 II pers.[1]) — PA Bonn Polit. Abt., Auswärtiges Amt Gr. Hauptquartier, Bd. 245, Abschrift.

Euer Exzellenz Telegramm vom 14. III.[2]) hat mich schwer betroffen.

Ich hatte den Entwurf der Antwort, die das Kriegspresseamt auf die Anfrage Wacker in der Pressekonferenz geben sollte, Euer Exzellenz vorher mitteilen lassen, für den Fall, daß Euer Exzellenz wider Erwarten sachliche Bedenken haben sollten.

Als Major Nicolai dem General Ludendorff am 14. III. abends meldete, Euer Exzellenz hätten Bedenken, hat General Ludendorff sofort den Befehl gegeben, die Beantwortung vorläufig auszusetzen[3]), da der Obersten Heeresleitung, wie bisher stets, ein einheitliches Auftreten den Pressevertretern gegenüber geboten erschien und ich nähere sachliche Darlegungen Euerer Exzellenz erwarten durfte. Um so peinlicher war ich überrascht, als ich am 15. III. früh das Telegramm Euerer Exzellenz erhielt.[4])

---

[1]) Das Schreiben wurde am 18. 3. 1917 durch Kurier an den Reichskanzler übersandt.

[2]) Vgl. Nr. 257.

[3]) Vgl. die Darstellung durch Ministerialdirektor Deutelmoser in Nr. 261.

[4]) Über die erste Reaktion Hindenburgs und Ludendorffs informiert ein Fernschreiben des Legationssekretärs Frhr. v. Lersner an Staatssekretär Zimmermann vom 15. 3. 1917 nachmittags (PA Bonn Polit. Abt., Auswärtiges Amt Gr. Hauptquartier, Bd. 245, dort auch die folgenden Vorgänge). Ludendorff äußerte sich im Anschluß an die Übergabe eines Privatbriefes für den Staatssekretär: „Der Feldmarschall und er seien über die Schärfe der Fassung im höchsten Grade erregt. Er habe heute früh den Brief an Euere Exzellenz zerreissen wollen, denn er befürchte nunmehr einen Kampf auf der ganzen Linie!" Daraufhin kündigte Zimmermann in einem Telegramm vom 16. 3. 1917 seine Vermittlung an, glaubte eine Beilegung ohne nennenswerte Schwierigkeiten in Aussicht stellen zu können und bat, bis zur Rückkehr des Kanzlers, der am 16. und 17. 3. 1917 in Wien weilte, von weiteren Schritten abzusehen. Doch Frhr. v. Lersner mußte dem Staatssekretär am Abend desselben Tages die Äußerung Ludendorffs mitteilen: „Der Feldmarschall könne seine Antwort aber nur dann aufschieben bzw. abändern, wenn Euere Exzellenz glauben den Herrn Reichskanzler dazu bewegen zu können, daß er das Telegramm zurückziehe." Das aber erschien Zimmermann unmöglich (Telegramm vom 17. 3. 1917): „*Rein sachlich* erscheint mir sein Inhalt [Kanzlertelegramm vom 14. 3. 1917, Nr. 257] einwandfrei. Auch ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Oberste Heeresleitung nicht in die politische Diskussion hineingezogen werden darf. Dies würde aber zweifellos der Fall gewesen sein, wenn die fragliche Erklärung in der Pressesitzung abgegeben worden wäre." Die längeren Ausführungen des Staatssekretärs über das aufrichtige Bemühen des Reichskanzlers, mit der OHL vertrauensvoll zusammenzuarbeiten, blieben ohne Wirkung. Frhr. v. Lersner mußte dem Staatssekretär am Abend des 17. 3. 1917 mitteilen, daß General Ludendorff den Vermittlungsversuch als gescheitert betrachte. Zu den Formen des Geschäftsverkehrs zwischen der OHL und dem Reichskanzler vgl. den Bericht des Legationsrats Krafft v. Dellmensingen an den bayer. Ministerpräsidenten Hertling vom 13. 3. 1917 (BHStA II München, MA I, Nr. 945), sowie den Brief Graf Lerchenfelds an Hertling vom 24. 3. 1917 (BHStA II München, MA I, Nr. 958) über eine Unterredung mit dem Grafen Zech. „Nach meiner Erfahrung trifft übrigens die Bemerkung Zechs [die mündlichen Erörterungen zwischen der OHL und dem Reichskanzler verliefen stets gut, der schriftliche Verkehr bliebe dagegen

Euere Exzellenz glauben, auf sachliches Eingehen verzichten zu können, und bezeichnen lediglich meinen Wunsch, böswilligem Klatsch entgegenzutreten, als eine glatte Unmöglichkeit. Euer Exzellenz belehren mich über das Verhältnis der Obersten Heeresleitung zum Obersten Kriegsherrn und unterstellen mir, ich sei imstande, die Kommandogewalt Seiner Majestät zu untergraben. Euer Exzellenz sagen mir sogar, daß Euer Exzellenz insbesondere im Interesse der Unantastbarkeit der Kommandogewalt Seiner Majestät des Kaisers sich jedem Schritt auf dieser schiefen Ebene auf das entschiedenste widersetzen müßten.

Ich weise alles das auf das allerschärfste zurück und spreche mein Bedauern aus, daß Euer Exzellenz derartig mir zu schreiben keine Bedenken gehabt haben.

Daß ich nur Seiner Majestät dem Kaiser und König, meinem Obersten Kriegsherrn, verantwortlich bin, jedoch nicht dem Parlament oder gar einer Versammlung von Journalisten, ist mir bekannt. Nichts liegt mir ferner, als irgend jemandem anderen als meinem Obersten Kriegsherrn eine Kritik an den von der Obersten Heeresleitung getroffenen Maßnahmen zuzubilligen oder die Maßnahmen zu verantworten.

Stets habe ich gegen Versuche, die Kommandogewalt Seiner Majestät zu beeinträchtigen, Front gemacht. Ich muß Euer Exzellenz daran erinnern, daß Sie an mich unter dem 29. 9. 1916 das Ersuchen richteten, wenn möglich persönlich vor der Budgetkommission des Reichstags zu erscheinen, um dieser über die Kriegslage, also auf dem ureigensten Gebiete der Kommandogewalt Seiner Majestät, Aufklärung zu geben. Hier lag vielleicht die Gefahr einer Verletzung der Kommandogewalt Seiner Majestät vor. Deshalb ist das Ersuchen abgelehnt worden.[5])

Ich verweise auch auf meinen bei Euerer Exzellenz erhobenen Einspruch gegen die Schrift „Irrtümer der Obersten Heeresleitung", die der beim Auswärtigen Amt beschäftigte Dr. Rohrbach Ende August 1916 verbreitete.[6])

Darüber hinaus bin ich aber auch verpflichtet und geht mein Bestreben auch im vorliegenden Falle dahin, die Kommandogewalt Seiner Majestät vor der öffentlichen Meinung von allem, was seiner Bedeutung nach nicht an sie heranreicht, freizuhalten. Ich kann nicht zugeben, daß die Kommandogewalt Seiner Majestät das geringste mit der belgischen Arbeiterfrage[7]), mit dem Hilfsdienstgesetz[8]), mit der Transportlage im Innern Deutschlands und mit meiner und des Generals

schwierig, zuweilen unmöglich] nicht nur bei Hindenburg und Ludendorff, sondern bei den meisten Militärs zu; die Herren können wohl schreiben, aber sie ahnen meist nicht, wie man schreibt!" Und bezüglich der Kontroverse Hindenburg—Hertling (vgl. Nr. 252) fügte er hinzu: „Und was soll das kleine L unter den beiden Briefen? Kann vielleicht Hindenburg allein keine Briefe schreiben?"

[5]) Vgl. hierzu Ritter, Bd. 3, S. 327 ff., und Ludendorff, Urkunden, S. 306 ff.

[6]) Die Denkschrift liegt nicht vor; vgl. P. Rohrbach, Um des Teufels Handschrift. Zwei Menschenalter erlebter Weltgeschichte, Hamburg 1953, S. 201 f.

[7]) Vgl. hierzu Ritter, Bd. 3, S. 433 ff. Heranzuziehen sind auch die Protokolle der Hauptvorstandssitzungen des Vereins Deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller (BA Koblenz, R 13 I), in denen ab Juli 1915 die belgische Arbeiterfrage als Verhandlungsgegenstand begegnet.

[8]) Siehe hierzu Kapitel VI.

[9]) Vgl. W. Conze, Polnische Nation und Deutsche Politik im ersten Weltkrieg, Köln 1958, S. 177 ff.

Ludendorff Tätigkeit in der polnischen Frage[9]) zu tun hat. Den Beweis des Gegenteils haben Euer Exzellenz mir nicht geliefert. Wäre das Gegenteil tatsächlich der Fall, dann bliebe für Euer Exzellenz und die Ressortminister kein Raum zur Betätigung.

Die Oberste Heeresleitung ist in den zur Erörterung gestellten und anderen Fragen immer wieder in die öffentliche Debatte gezogen worden, ohne daß sie auf die Entwickelung dieser Fragen den entscheidenden Einfluß hatte. Erst am 10. III. hat sich der Minister der öffentlichen Arbeiten vor dem Abgeordnetenhause in bestimmter Richtung auf mich berufen.[10]) Auch der Herr Landwirtschaftsminister hat mich genannt.[11]) Ich erinnere ferner daran, in welchem Umfange die Oberste Heeresleitung während der Entwickelung des U-Bootkrieges in die öffentliche Erörterung gezogen worden ist, und an die vom Auswärtigen Amt zensierten und von mir bei Euerer Exzellenz beanstandeten sogenannten „Fidelis-Artikel".[12]) Hierdurch muß Unsicherheit über die Oberste Heeresleitung entstehen.

Die Behauptung, daß die von mir gewollte Aufklärung den Berliner Pressevertretern nicht gegeben werden könne, stelle ich entgegen, daß in zahlreichen ähnlichen Fällen seitens der Reichsbehörden dieser Weg gewählt wurde, um, wie ich es beabsichtigte, auf Unkenntnis oder böswilliger Absicht beruhenden Entstellungen auf einfachste Weise zu entkräften und Gerüchte, die im Publikum verwirrend wirken und die Kraft des Volkes zum Durchhalten lähmen, zurückzuweisen. Ich brauche nur auf die Erklärung des Auswärtigen Amts in der Pressebesprechung am 12. III. 1917 als Beispiel zu verweisen.[13])

Auf ausdrücklichen Befehl Seiner Majestät des Kaisers benutzt die Oberste Heeresleitung jetzt die Pressevertreter, um eine günstige Stimmung im Deutschen Volk für die im Gange befindlichen Operationen zu schaffen, die von Seiner Majestät als Oberstem Kriegsherrn befohlen sind. Daß aber selbst hierdurch die Kommandogewalt Seiner Majestät berührt werden könnte, würde ich auf das bestimmteste ablehnen.

---

[10]) Vgl. Sten. Berichte Pr. Abg.-Hs., Bd. 5, Sp. 5034. Breitenbach hatte ein Schreiben Hindenburgs vom 6. 12. 1916 erwähnt, in dem der preuß. Eisenbahnverwaltung ein hohes Lob ausgesprochen wurde.

[11]) In seiner Rede vom 15. 3. 1917 (Sten. Berichte Pr. Abg.-Hs., Bd. 5, Sp. 5352 f.) erwähnte Schorlemer die in einem Schriftwechsel mit Hindenburg festgehaltene Billigung seiner Politik durch den Generalfeldmarschall. Hindenburg nahm diese beiden Fälle zum Anlaß, den Reichskanzler am 19. 3. 1917 nachdrücklich und in längeren Ausführungen zu bitten, die Minister darauf hinzuweisen, daß die OHL nicht in die öffentliche Debatte gezogen zu werden wünsche. Bethmann Hollweg entsprach dieser Bitte in der Sitzung des preuß. Staatsministeriums vom 5. 4. 1917, worauf beide Minister erklärten, sie seien „durch das eigene Verhalten des Herrn Feldmarschalls" dazu veranlaßt worden. Vgl. PA Bonn Polit. Abt., Auswärtiges Amt Gr. Hauptquartier, Bd. 272, und Preußen Nr. 11 Geheim, Bd. 17.

[12]) Vgl. Nr. 247. In der Pressebesprechung vom 4. 6. 1917 wurde erneut darauf hingewiesen, daß die OHL nicht in den innenpolitischen Streit hineingezogen werden dürfe, vgl. MGFA MA/RMA, Nr. 2357, XVII. 1. 5. 13, Bd. 2.

[13]) Vgl. die „Aufzeichnungen aus der Pressebesprechung", MGFA MA/RMA, Nr. 2357, XVII. 1. 5. 13, Bd. 2. Das Auswärtige Amt verwahrte sich in der genannten Besprechung gegen Vorwürfe aus Anlaß des deutschen Bündnisangebotes an Mexiko.

Ich mache die vorstehenden Darlegungen nur mit lebhaftem Bedauern. Euer Exzellenz haben mich leider dazu veranlaßt.

Ich bitte nun Euere Exzellenz, mir auf den rein sachlichen Grund und Boden zu folgen und mir anzugeben, welche Bedenken Euer Exzellenz gegen meine in den vier bis fünf Punkten niedergelegten Anschauungen haben, und wie dann den Gerüchten entgegengetreten werden soll, unter denen die Oberste Heeresleitung leidet und die das Vertrauen zu ihr in einem Augenblick schwächen, wo es doppelt nötig wäre.[14])

Dem Herrn Kriegsminister habe ich von Euer Exzellenz Telegramm und von dieser meiner Antwort Kenntnis gegeben.

gez. von Hindenburg.

[14]) Vgl. Nr. 262.

261.

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Deutelmoser über die Vorgänge zwischen dem Kriegspresseamt und der Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amts bezüglich der geplanten Erklärung des Kriegspresseamts zur politischen Verantwortlichkeit der Obersten Heeresleitung.[1])

20. 3. 1917. — PA Bonn Polit. Abt., Auswärtiges Amt Gr. Hauptquartier, Bd. 245, Abschrift.[2])

Die Auskunft, die der Chef des Kriegspresseamts in der Besprechung vom 15. März 1917 auf die Anfrage des Journalisten Wacker abgeben sollte, ist hier am 14. März unter Nr. 1679[3]) geheim mit einer Zuschrift folgenden Wortlauts eingegangen:

„Ich beehre mich sehr ergebenst mitzuteilen, daß ich beauftragt worden bin, nachstehende Erklärung in der Pressebesprechung am 15. März abzugeben."

Die Zuschrift deutete, wie diese Fassung ergibt, mit keinem Worte an, daß beabsichtigt war, den politischen Behörden vor der Abgabe der Erklärung noch Gelegenheit zu bieten, ihren etwaigen Bedenken Geltung zu verschaffen. Es konnte aus ihr mithin kein anderer Schluß gezogen werden, als der, daß die politischen Behörden den Entwurf nicht mit prüfen, sondern lediglich von ihm als einer fest beschlossenen Maßnahme Kenntnis nehmen sollten.

Dies stand in unvereinbarem Widerspruch mit der Auffassung, die der Herr Reichskanzler mir durch die Reichskanzlei hatte übermitteln lassen, sobald die Wacker'sche Anfrage dort bekannt geworden war.[4]) Das Kriegspresseamt war

[1]) Ein Vergleich der entsprechenden Angaben in Nr. 257, 260, 262 und vor allem 263 ergibt ein interessantes Bild der Stellung des Chefs des Kriegspresseamts, Major Stotten, gegenüber dem Chef der Nachrichtenabteilung im Generalstab des Feldheeres, Major Nicolai. Außerdem vermitteln die Dokumente, besonders Nr. 261 und 263 einen Einblick in das von Nicolai angewandte Verfahren bei der Behandlung von politischen Fragen gegenüber Zivilbehörden.

[2]) Dem Schreiben des Reichskanzlers vom 21. 3. 1917 (Nr. 262) als Anlage beigegeben.

[3]) Liegt nicht vor.

[4]) Vgl. Nr. 257.

von dieser Auffassung zweimal benachrichtigt worden, bevor der Entwurf der geplanten Erklärung mir vorgelegt wurde. Die erste Verständigung war am 13. März telephonisch durch den Legationsrat von Rheinbaben erfolgt, die zweite am 14. März schriftlich durch mich selbst (Schreiben A. N. 4721). Der Umstand, daß die Zuschrift des Kriegspresseamts trotz dieser doppelten Benachrichtigung den erwähnten Wortlaut hatte, ließ vollends dem Gedanken keinen Raum, daß etwaige Einwände der politischen Behörden gegen die Erklärung beachtet werden sollten.

Der Verlauf eines Telephongesprächs, das ich mit dem Chef des Kriegspresseamtes führte, nachdem der Entwurf hier eingegangen war, bestätigte diese Auffassung auch insofern, als der Chef des Kriegspresseamts sich gegenüber dem politischen Bedenken darauf berief, er habe aus dem Gr. Hauptquartier die bündige Weisung, vor den Vertretern der Presse das zu erklären, was in dem Entwurfe niedergelegt sei. Er erwähnte dabei auch ausdrücklich, daß er sowohl die telephonische wie die schriftliche Mitteilung über den Standpunkt der politischen Behörden an die Oberste Heeresleitung weitergegeben habe. Da er trotzdem jene bindende Weisung erhalten habe, so könne er nun von sich aus nichts weiteres tun, als ausführen, was ihm befohlen sei.

Ich erwiderte ihm darauf, daß dann kein anderer Ausweg offen bleibe als ein Telegramm des Herrn Reichskanzlers an den Herrn Feldmarschall. Im Anschluß daran meldete ich dem Herrn Reichskanzler den Sachverhalt.[5])

Am folgenden Tage (15. März)[6]), rief mich dann der Chef des Kriegspresseamts telephonisch an und teilte mir mit, er habe aus dem Gr. Hauptquartier die Weisung erhalten, den Vertretern der Presse vorerst noch keine Erklärung abzugeben, da sich zwischen den beteiligten obersten Stellen eine so weit gehende Verschiedenheit der Auffassung herausgestellt habe, daß die Erledigung der Sache hinausgeschoben werden müsse.

Ich habe darauf erwidert, das in dieser Weisung zu Tage tretende Entgegenkommen der Obersten Heeresleitung werde hier dankbar begrüßt werden.

gez. Deutelmoser.

[5]) Deutelmoser war jedoch nicht der Verfasser des Kanzlertelegramms vom 14. 3. 1917, wirkte aber bei dem Vermittlungsversuch des Staatssekretärs Zimmermann mit und setzte sich mit Oberstleutnant v. Haeften in Verbindung, worauf Ludendorff, vermutlich durch Major Nicolai informiert, sein Befremden darüber äußerte und um streng vertrauliche Behandlung der Angelegenheit bat; vgl. Nr. 260, Anm. 4.

[6]) Aus Nr. 263 ergibt sich, daß Major Nicolai General Ludendorff erst dann die Bedenken des Reichskanzlers mitteilte, als Major Stotten ihn davon in Kenntnis gesetzt hatte, daß ein Telegramm des Reichskanzlers an die OHL zu erwarten sei.

262.

Schreiben des Reichskanzlers an Generalfeldmarschall v. Hindenburg betr. die alleinige Verantwortlichkeit der Reichsleitung für politische Entscheidungen gegenüber der Öffentlichkeit.

21. 3. 1917[1]), Homburg. — PA Bonn Polit.Abt., Auswärtiges Amt Gr. Hauptquartier, Bd. 245, Abschrift.

Euerer Exzellenz Schreiben vom 17. d. M.[2]) habe ich zu erhalten die Ehre gehabt. Ich ersehe daraus zu meinem aufrichtigen Bedauern, daß mein Telegramm vom 14.[3]) bei Euerer Exzellenz Empfindungen hervorgerufen hat, die ich nicht habe hervorrufen wollen, auch nach allem, was mir über die Sachlage bekannt war, nicht habe erwarten können.[4]) In Anbetracht der ungeheuren Aufgabe und großen Verantwortung, die auf Euerer Exzellenz ruht, habe ich mich immer bestrebt, sowohl von Euerer Exzellenz als von dem General Ludendorff derartige Angelegenheiten solange als irgend möglich fernzuhalten und die Behandlung den beiderseitigen Referenten zu überlassen. Das habe ich auch in diesem Falle versucht.

Die anliegende Aufzeichnung des Ministerialdirektors Deutelmoser[5]) über seine Verhandlungen mit dem Chef des Kriegspresseamts wird Euere Exzellenz davon überzeugen, daß ich mich zu dem Telegramm an Euere Exzellenz vom 14. d. M.[3]) nur entschloß, nachdem die Behandlung durch die Referenten ergeben hatte, daß hier eine Erklärung über die verwickelten und gefährlichen Grenzfragen zwischen der militärischen und zivilen Leitung gegen meinen ausdrücklichen Wunsch ohne meine Mitwirkung abgegeben werden sollte. Das Schreiben Euerer Exzellenz vom 17. März[2]) hat mich ja nun darüber aufgeklärt, daß dieses Verfahren nicht im Sinne Euerer Exzellenz gewesen wäre, sondern daß es sich offenbar um das Mißverständnis einer nachgeordneten Stelle gehandelt hat. Auf der anderen Seite werden Euere Exzellenz aber, wie ich nicht bezweifele, auch anerkennen, daß die Situation, soweit sie meiner Beurteilung zugänglich war, mich zu direkten Vorstellungen bei Euerer Exzellenz zwingen mußte.

---

[1]) Von Legationssekretär Graf Zech am 21. 3. 1917 an Legationssekretär Frhr. v. Lersner übersandt, von diesem am 22. 3. 1917 vormittags Hindenburg persönlich übergeben.

[2]) Vgl. Nr. 260.

[3]) Vgl. Nr. 257.

[4]) In ähnlichem Sinne hatte der Reichskanzler nach seiner Rückkehr aus Wien am 18. 3. 1917 an Hindenburg telegraphiert und entgegenkommend, unter Hinweis auf seine Arbeitsüberlastung, hinzugefügt: „Wenn ich auch den sachlichen Standpunkt, den ich in der Frage eingenommen habe, aufrechterhalten muß, so muß ich nach nochmaliger Lektüre des Telegrammentwurfs zugeben, daß seine Fassung zu Mißverständnissen Anlaß geben kann, die mit meinen Absichten in scharfem Widerspruch stehen würden." Hindenburg antwortete darauf am 19. 3. 1917 lapidar: „Ich vermag dessen [Telegramm vom 18. 3. 1917] Bedeutung für mich erst dann richtig einzuschätzen, wenn ich die sachlichen Bedenken kennen gelernt habe, welche Euere Exzellenz nach Empfang meines Schreibens [vgl. Nr. 260] etwa noch erheben sollten." Vgl. PA Bonn Polit. Abt., Auswärtiges Amt Gr. Hauptquartier, Bd. 245.

[5]) Vgl. Nr. 261.

Auf zwei Punkte des Schreibens Euerer Exzellenz darf ich besonders eingehen. Euere Exzellenz sagen, mein Telegramm unterstellte Euerer Exzellenz, imstande zu sein, die Kommandogewalt Seiner Majestät zu untergraben. Eine derartige Unterstellung liegt mir gänzlich fern. Ich habe lediglich es für meine Pflicht gehalten, auf die Folgen hinzuweisen, die eintreten müßten, wenn die betreffenden Fragen der öffentlichen Kritik unterstellt würden.

Was ferner meinen durch das Telegramm vom 29. 9. 16 an Euere Exzellenz weitergegebenen Wunsch der Reichstagsmitglieder nach einem persönlichen Erscheinen Euerer Exzellenz betrifft[6]), so habe ich ein solches Erscheinen sofort abgelehnt und nur die Entsendung eines Generalstabsoffiziers angeregt lediglich zu dem Zweck, tatsächliche Mitteilungen über die Kriegslage, wie sie sonst von mir unter Berufung auf Euere Exzellenz gegeben werden, zu machen, nicht aber um in irgend einer Weise vor der Volksvertretung Rechenschaft abzulegen. Die Einwendungen, die Euere Exzellenz auch hiergegen erhoben, habe ich sofort als durchaus berechtigt anerkannt.

Was die Beantwortung der Anfrage des Herrn Wacker[7]) betrifft, so würde ein solches Eingehen auf die Fragen selbst, zumal vor dem Forum einer Pressekonferenz, unter deren Mitgliedern einzelne mehr Neigung zu kritischen Diskussionen als zur Entgegennahme sachlicher Mitteilungen haben, zu einer Erörterung der schwierigsten und delikatesten Fragen führen, die der öffentlichen Erörterung entzogen bleiben müssen. Das Bestreben Euerer Exzellenz, dem politischen Kampf fernzubleiben, habe ich stets als durchaus berechtigt anerkannt. Es ist indes eine bedauerliche Tatsache, daß das Bestreben, Euere Exzellenz in den politischen Kampf zu ziehen und die Autorität Euerer Exzellenz gegen die Reichsleitung auszuspielen, den Mittelpunkt der Taktik bildet, die die Gegner der Reichsleitung in ihrem politischen Kampfe befolgen.[8]) Bei der zu erteilenden Antwort würde daher m. E. davon auszugehen sein, daß sie ein sachliches Eingehen auf die der Erörterung zu entziehenden Einzelfragen vermeidet und den Pressevertretern keine Grundlage zu Betrachtungen über Unstimmigkeiten zwischen dem Reichskanzler und der Obersten Heeresleitung liefert. Bei der von mir vorgeschlagenen Fassung[9]) würde alle politische Verantwortung von mir übernommen, wie das der verfassungsmäßigen Stellung des Reichskanzlers entspricht. Die Frage, wie die zu verantwortenden Entscheidungen zustande kommen und wie groß dabei der Anteil des politisch verantwortlichen Reichskanzlers und der der Verantwortung entzogenen Obersten Heeresleitung ist, wird ein Internum der amtlichen Stellen bleiben müssen. Ich darf Euerer Exzellenz ergebenst vorschlagen, die Feststellung einer solchen Antwort auf den zunächst von mir beschrittenen Weg der Verhandlungen zwischen dem Chef des Kriegspresseamts und dem Direktor Deutelmoser zu verweisen.[10])

---

[6]) Vgl. Nr. 260, Anm. 5.

[7]) Vgl. Nr. 257, Anm. 5.

[8]) Vgl. Nr. 252, Anm. 7.

[9]) Vgl. Nr. 257.

[10]) Vgl. Nr. 263, Anm. 8.

Was das Schreiben Euerer Exzellenz vom 19. ds.[11]) betrifft, so bin ich gern bereit, den von Euerer Exzellenz ausgesprochenen Wunsch den Herren Ressortministern zu übermitteln.

gez. v. Bethmann Hollweg.

[11]) Vgl. Nr. 260, Anm. 11.

263.

Schreiben des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg an den Reichskanzler. Erneute Forderung einer Erklärung vor der Öffentlichkeit über die Verantwortlichkeit der Obersten Heeresleitung.

24. 3. 1917[1]), Gr. Hauptquartier, M. J. 10129 II pers. — PA Bonn Polit. Abt., Auswärtiges Amt Gr. Hauptquartier, Bd. 245, Abschrift.

In der Euer Exzellenz Schreiben vom 21. III. 1917[2]) beigefügten Aufzeichnung des Ministerialdirektors Deutelmoser[3]) weist dieser auf die am 14. März von ihm an Major Stotten gegebene Mitteilung hin. Diese Mitteilung wurde von Major Stotten sofort hierher weitergeleitet. Sie nahm nur zur *Anfrage* Wacker Stellung und sagte, daß diese nach Ansicht Euerer Exzellenz erst nach vorheriger Vereinbarung mit Euer Exzellenz, dem Auswärtigen Amt und dem Reichsamt des Innern zu beantworten sei. Hier war also klar ausgesprochen, daß eine endgültige Stellungnahme erst erfolgen könne, wenn auch die von der Obersten Heeresleitung beabsichtigte *Antwort* dort bekannt war. Es konnte daher keinem Zweifel unterliegen, daß die Mitteilung des Antwort-Entwurfs an die in jener Mitteilung genannten Reichsbehörden am 14. III. zum Zwecke der Stellungnahme erfolgte.

Als Major Stotten am 14. III. abends meldete, daß die Stellungnahme Euerer Exzellenz keine zustimmende sein würde, wurde sofort vom General Ludendorff der Aufschub der Beantwortung angeordnet.

Euer Exzellenz Telegramm[4]), das am 15. III. hier einging, enthielt nicht die erwartete sachliche Äußerung. Ich unterließ trotzdem nicht, im Schluß meines Schreibens am 17. III.[5]) zu bitten,

„mir anzugeben, welche Bedenken Euer Exzellenz gegen meine in den vier bis fünf Punkten niedergelegten Anschauungen haben, und wie dann den Gerüchten entgegengetreten werden soll, unter denen die Oberste Heeresleitung leidet und die das Vertrauen zu ihr in einem Augenblick schwächen, wo es doppelt nötig wäre."

Ich wiederhole diese Worte, weil auch Euer Exzellenz Schreiben vom 21. III. 1917[2]) nur insofern darauf eingeht, als mein Bestreben, dem politischen Kampf

[1]) Am 25. 3. 1917 durch Legationssekretär Frhr. v. Lersner mit Kurier dem Reichskanzler übersandt.

[2]) Vgl. Nr. 262.

[3]) Vgl. Nr. 261, insbesondere Anm. 1 und 6.

[4]) Vgl. Nr. 257.

[5]) Vgl. Nr. 260.

fern zu bleiben, zwar als durchaus berechtigt anerkannt, auf die einzelnen Punkte meines Antwort-Entwurfs aber seitens Euer Exzellenz nicht näher eingegangen wird.

Als Grund, warum ein sachliches Behandeln der Einzelfragen in der Antwort überhaupt zu vermeiden sei, wird das Bestreben der Gegner der Reichsleitung angegeben, in ihren politischen Kampf die Oberste Heeresleitung hineinzuziehen und deren Autorität *gegen* die Reichsleitung auszuspielen. Daß die Oberste Heeresleitung aber ebenso in den politischen Kampf gezogen wird, wenn sie *für* Maßnahmen der Heimatsbehörden ausgespielt wird[6]), wird nicht festgestellt.

Es handelt sich in der Antwort, die ich geben will, nicht um eine Erörterung verfassungsmäßiger Verantwortung. Ich will lediglich eine möglichst scharfe Klarstellung des Tätigkeitsgebiets der O.H.L. in den berührten Fragen. Da hierüber in der Öffentlichkeit Unklarheit herrscht, wird die O.H.L. immer wieder zu Unrecht in politische Erörterungen gezogen und findet böswilliger Klatsch unwidersprochen Verbreitung.

Um diesem Zustande baldigst ein Ende zu machen, halte ich ein Eingehen auf die Einzelfragen nach wie vor für geboten und muß, bis zu ihnen von Euer Exzellenz Stellung genommen ist, an der bisherigen Fassung ihrer Beantwortung festhalten. Im übrigen bin ich von dem Bestreben geleitet, eine auch[7]) Euerer Exzellenz genehme Antwort zu finden.

Angesichts der Bedeutung aber, welche die Frage für die O.H.L. hat, kann ich mir von Verhandlungen zwischen dem Chef des Kriegspresseamts und dem Ministerialdirektor Deutelmoser keinen Erfolg versprechen. Euere Exzellenz bitte ich vielmehr, einen Vertreter bestimmen und beauftragen zu wollen, mit der O.H.L. im Gr. Hauptquartier die zu erteilende Antwort gemeinsam aufzustellen.[8])

gez. v. Hindenburg.

---

[6]) Vgl. Nr. 248 und Nr. 260, Anm. 11.

[7]) In der Vorlage folgt „von", Abschreibefehler.

[8]) Ob der Reichskanzler auf diese Bitte eingegangen ist und wer gegebenenfalls mit diesen Verhandlungen beauftragt wurde, läßt sich aus den vorliegenden Akten nicht entnehmen. Am 10. 4. 1917 gaben jedoch die Vertreter des Auswärtigen Amts und des Kriegspresseamts in der Pressekonferenz entsprechende Erklärungen ab, die erkennen lassen, daß es zu keiner Einigung gekommen ist (vgl. HStA Stuttgart WKM, Abt. A, Bd. 1525; die Erklärungen wurden von der Oberzensurstelle unter Nr. 337 O. Z. geh. an sämtliche Zensurstellen verteilt). Der Vertreter des Auswärtigen Amts beschränkte sich auf die sinngemäße Wiedergabe der vom Reichskanzler gegenüber der OHL (vgl. Nr. 257) vertretenen Formel. Der Vertreter des Kriegspresseamts forderte zunächst die Pressevertreter auf, ihm alle Gerüchte über die politische Tätigkeit der OHL mitzuteilen und womöglich die Verbreiter namhaft zu machen. Dann schilderte er das militärische Tätigkeitsgebiet der OHL und führte zu den strittigen Fragen folgendes aus: „Was z. B. die Verwendung der belgischen Arbeiter betrifft, so unterstützte der Chef des Generalstabes des Feldheeres die Wünsche nach belgischen Arbeitern beim Generalgouvernement, weil die deutsche Industrie Arbeiter brauchte und in Belgien eine bedenkliche Arbeitslosigkeit herrschte, die die Sicherheit des Landes und damit die der Armeen gefährdete. Hiermit aber endigt seine Zuständigkeit in dieser Frage.
Als weiteres Beispiel kann die von einem der Herren berührte polnische Frage dienen. Generalfeldmarschall v. Hindenburg stellte sich auf die bereits vor seinem Amtsantritt gefaßten grundlegenden politischen und militärischen Beschlüsse, da damals für die Bildung des polnischen Heeres nach Ansicht der zuständigen Stellen gute Aussichten vorhanden waren.

Soweit die Heimat für die Kriegführung in Betracht kommt, stellt die Oberste Heeresleitung bestimmte Forderungen in Bezug auf die Kriegsrüstung und kann dabei nur Ziele angeben. Wie die Ziele erreicht werden, ist Sache der heimischen Behörden und der gesetzgebenden Faktoren, auf die die Ausführung übergeht.
So ging der Grundgedanke des Hilfsdienstgesetzes von der Obersten Heeresleitung aus. Auf die nähere Gestaltung des Gesetzes hatte sie keinen Einfluß. Hier haben nur die verfassungsmäßig berufenen Faktoren mitgewirkt.
Als weiteres Beispiel führe ich aus, daß in Bezug auf die heimischen Eisenbahnen die Oberste Heeresleitung die zur Kriegführung unerläßlichen Ansprüche für Truppen- und Materialtransporte stellt. Die Regelung der Transportfrage im Innern ist aber im übrigen nicht ihr Tätigkeitsgebiet.
Daß Entscheidungen innerpolitischer Art, wie die in der Anfrage des einen Herren berührten, nichts mit dem Tätigkeitsgebiet der Obersten Heeresleitung zu tun haben, ergibt sich aus diesen Ausführungen von selbst."

264.

Telegramm der Oberzensurstelle an die Presseabteilung des Admiralstabes betr. Verbot der Übernahme des Aufrufs russischer Sozialisten an die deutsche Arbeiterschaft in die deutsche Presse.

26. 3. 1917, Nr. 21001 O. Z. — MGFA MA/Adm, Nr. 2412, P 18, Bd. 4., Abschrift.

Die dänische Zeitung Sozialdemokraten veröffentlicht Aufruf russischer Sozialdemokraten an deutsche Arbeiter.[1]) Auszugsweise Telegramme sind bereits in Deutschland eingetroffen.[2]) Auf Befehl der Obersten Heeresleitung ist mit allen zur Verfügung stehenden Mittel[n] und rücksichtsloser Strenge der Übergang

[1]) Vgl. Schulthess 1917/II, S. 671. Der Aufruf wurde am 25. 3. 1917 veröffentlicht, nachdem am 23. 3. 1917 die Versammlung der russischen Sozialisten stattgefunden hatte (vgl. das Telegramm des Ministerialdirektors Deutelmoser an Legationsrat Frhr. v. Grünau vom 27. 3. 1917, PA Bonn Polit. Abt., Auswärtiges Amt Gr. Hauptquartier, Bd. 245). Angesichts von Äußerungen in der deutschen Presse, die darauf abzielten, das alte System in Rußland zu stützen bzw. die günstige militärische Situation auszunutzen (vgl. Nr. 70, Anm. 25), forderte der Aufruf die deutschen Arbeiter indirekt auf, für einen Frieden ohne Annexionen und Kriegsentschädigung einzutreten.

[2]) Aus der weiteren Entwicklung der Angelegenheit (vgl. Nr. 265) ergibt sich, daß dem vorliegenden Telegramm der Oberzensurstelle ein anderes (Nr. 20410 O. Z.) vorausgegangen sein muß bzw. daß der Admiralstab das Telegramm Nr. 20410 O. Z. verspätet unter der Nr. 21001 O. Z. erhalten hat. Aus dem Zusammenhang läßt sich entnehmen, daß zwischen beiden Telegrammen — wenn es sie gegeben hat — dem Inhalt nach kein wesentlicher Unterschied bestanden hat. General Ludendorff beschwerte sich in einem undatierten Telegramm (Nr. III b 10160 II.) bei dem Staatssekretär Zimmermann darüber, daß der Zensor des Auswärtigen Amts beim Haupttelegraphenamt in Berlin das Auslandstelegramm unbeanstandet passieren ließ und dadurch die Veröffentlichung in der „Kölnischen Zeitung" ermöglichte. „Euer Exzellenz darf ich meine ernstesten Bedenken darüber aussprechen, daß dieses Telegramm, welches die deutsche Arbeiterschaft zum offenen Widerstand gegen etwaige militärische Entschließungen der Obersten Heeresleitung auffordert, freigegeben wurde." Ministerialdirektor Deutelmoser stellte dagegen in seinem Telegramm an Legationsrat Frhr. v. Grünau fest, daß der Aufruf schon vor dem Eintreffen des fraglichen Telegramms in Berlin bekannt war (vgl. PA Bonn Polit. Abt., Auswärtiges Amt Gr. Hauptquartier, Bd. 245).

dieser Telegramme oder des Aufrufs in die deutsche Presse zu verhindern.[3]) Grenzüberwachungsstellen sind zum Anhalten der fraglichen Zeitungsnummern zu veranlassen.[4])

Ober-Zensurstelle.

[3]) Vgl. die entsprechende Verfügung des stellv. Generalkommandos des II. AK vom 26. 3. 1917 (GStA Berlin Rep. 30, Nr. 651, Bd. 6).

[4]) Für die weitere Entwicklung vgl. Nr. 265, 266, 268, 270 und 271.

265.

Telegramm des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts an den Legationssekretär Freiherr v. Lersner. Einspruch gegen das von der Obersten Heeresleitung veranlaßte Verbot der Veröffentlichung des Aufrufs russischer Sozialisten.

27. 3. 1917[1]), Nr. 487. — PA Bonn Polit. Abt., Auswärtiges Amt Gr. Hauptquartier, Bd. 245.

Zensurerlaß Nr. 20410 O. Z.[2]), wodurch Verbreitung des in Dänenblatt Sozialdemokraten veröffentlichten Aufrufs russischer Sozialisten[3]) in deutscher Presse verboten wird, ist politisch bedenklich. Ausland wird aus Unterdrückung des Aufrufs in Deutschland den Schluß ziehen, daß unsre innere Lage äußerst schwierig sei und Belastungsprobe russischen Aufrufs nicht mehr vertrage. Überdies wird aus Unterdrückung gefolgert werden, daß Deutschland Sturz des Zaren bedaure und demokratisches Rußland als doppelt gefährlichen Feind betrachte, den man vernichten müsse. Artikel Professors Spahn in Vossischer Zeitung vom 20. abends[4]) hat nach Bericht Graf Ratzaus[5]) auch schon in diesem Sinne gewirkt und ist deshalb Schulfall, der deutlich zeigt, wie sehr wir durch Eindruck zarenfreundlicher Haltung jetzt den russischen Kampfwillen stärken. Unterzeichner des Aufrufs sind überdies zum Teil Persönlichkeiten, die schon früher durch Taten bewiesen haben, daß sie Frieden mit uns wollen.

Nach innen wird Veröffentlichung des Aufrufs wenig schaden, jedenfalls nicht entfernt soviel, wie sie nach außen nützen könnte.

Übrigens ist mit Sicherheit anzunehmen, daß der Artikel im Reichstag von sozialdemokratischer Seite verlesen werden wird und dadurch doch in die deutsche Presse kommt. Daß der sozialdemokratische Redner bei dieser Gelegenheit das Zensurverbot in unliebsamer Weise kritisieren wird, liegt auf der Hand.[6])

[1]) Das Telegramm wurde in Berlin am 27. 3. 1917, 12.30 Uhr m[orgens?] abgesandt; es ist laut handschriftlichem Vermerk, im Gr. Hauptquartier am 27. 3. 1917, 9.00 Uhr Vm. eingetroffen. In seinem Telegramm an Legationsrat Frhr. v. Grünau (vgl. Nr. 264, Anm. 2) stellte Ministerialdirektor Deutelmoser fest, daß das vorliegende Telegramm noch am 26. 3. 1917 an Frhr. v. Lersner gerichtet worden sei.

[2]) Vgl. Nr. 264, Anm. 2.

[3]) Vgl. Nr. 264, Anm. 1.

[4]) Vgl. Nr. 70, Anm. 25.

[5]) Graf Ulrich v. Brockdorff-Rantzau, Gesandter in Kopenhagen.

[6]) Vgl. die Ausführungen des Abgeordneten Dittmann in der Sitzung des Reichstages vom 14. 5. 1917; Sten. Berichte, Bd. 310, S. 3365 f.

Bitte demgemäß bei Oberster Heeresleitung vorstellig werden[7]), daß Zensurverbot aufgehoben wird, zumal da Aufruf durch unterirdische Kanäle ja doch Verbreitung finden und dann viel bedenklicher wirken wird als bei Erörterung in der Öffentlichkeit.

Zimmermann.

[7]) Frhr. v. Lersner übersandte am 27. 3. 1917, um 1 Uhr Nm., dem Chef des Generalstabes des Feldheeres eine Abschrift des Telegramms „mit der Bitte um Entscheidung". Zu dem sich ergebenden Telegrammwechsel vgl. W. J. Mommsen, Die deutsche öffentliche Meinung und der Zusammenbruch des Regierungssystems Bethmann Hollweg im Juli 1917, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 19. Jg. (1968), S. 664 f.

266.

Telegramm des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts an den Legationssekretär Freiherr v. Lersner über die voraussehbaren innenpolitischen Folgen des Verbots der Veröffentlichung des Aufrufs russischer Sozialisten.[1])

27. 3. 1917[2]), Nr. 496. — PA Bonn Polit. Abt., Auswärtiges Amt Gr. Hauptquartier, Bd. 245.

Im Anschluß an Tel. Nr. 487.[3]) Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß Kopenhagener Resolution von sozialdemokratischer Seite voraussichtlich im Reichstag verlesen und dabei Zensurverbot zur Sprache gebracht werden wird.[4]) Daraus entwickelt sich folgende Situation: Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft bekommt Gelegenheit, für freiheitliche Entwickelung in Rußland zu sprechen und angebliche Besorgnisse vor dieser Entwickelung auf unserer Seite zu behaupten. Das Zensurverbot wird als kräftige Illustration ausgenutzt werden. Sozialdemokratische Fraktion wird, um den Radikalen nicht Vorsprung bei Anhang im Lande zu lassen, in ähnlicher Tonart sprechen. Die bisher mit Erfolg gepflegten Gegensätze zwischen beiden Teilen der Sozialdemokratischen Partei werden damit in einer den deutschen Arbeitern gefühlsmäßig besonders wichtigen Angelegenheit verwischt. Die Parole gegen den Zarismus war von Anfang des Kriegs an für Sozialdemokraten von besonderer Bedeutung. Wird bei ihnen dem Verdacht Nahrung gegeben, als wären irgendwelche Maßnahmen bei uns von Wunsch beeinflußt, der Revolution in Rußland zu Gunsten des Zarismus Schwierigkeiten zu machen, so kann üble Wirkung nicht ausbleiben. Psychologie

[1]) Das Telegramm geht zurück auf eine Bitte des Frhr. v. Lersner, der am Abend des 27. 3. 1917 (7.30 Uhr Nm.), nach Übersendung von Nr. 265 an die Oberste Heeresleitung (vgl. dortige Anm. 7), folgendes Telegramm an den Staatssekretär richtete (PA Bonn Polit. Abt., Auswärtiges Amt Gr. Hauptquartier, Bd. 245): „Stimmung bei Oberster Heeresleitung ist schärfstens gegen Zurückziehung des Zensurerlasses Nr. 20410 O. Z. Euere Excellenz bitte ich daher gehorsamst zwecks mündlicher Verwertung bei General Ludendorff mir Telegrammüber Tragweite der Angelegenheit für Politik Euerer Excellenz und weitere Gründe für Aufhebung des Zensurverbots zugehen lassen zu wollen."

[2]) Von Berlin abgegangen um 11.10 Uhr Nm.

[3]) Vgl. Nr. 265.

[4]) Vgl. Nr. 265, Anm. 6.

deutschen Arbeiters ist in diesen Dingen sehr einfach. Er sieht im Zensurverbot nur Unterdrückung einer Stimme aus dem revolutionären russischen Lager. Er stimmt denen zu, die gegen solche Unterdrückung am schärfsten protestieren. Daß militärisches Interesse dies Vorgehen verlangt, wird er nicht verstehen. Erst durch Zensurverbot wird Gedanke angeregt, daß mit Möglichkeit von Widerständen gegen militärische Entschlüsse gerechnet wird. Nachdem erster Eindruck russischer Revolution vorüber ist, kann mit ruhiger Entwickelung bei uns gerechnet werden, wenn jeder Schein der Nervosität vermieden wird und unsere Arbeiter sicher bleiben, daß Vorgänge in Rußland keinen Rückschlag zu ihren Ungunsten bei uns haben werden. Sie werden um so eher bei [der] Überzeugung bleiben, daß russische Ereignisse mit unseren Verhältnissen nichts zu tun haben, je unbefangener wir die russischen Nachrichten herauslassen. Der Anschein, daß man ihnen mit Rücksicht auf ihre Stimmung etwas verheimliche, wirkt aufreizend, stört ihr Vertrauen zur Regierung und führt sie radikalen Ideen und Wortführern zu.

Bitte obiges mündlich verwerten.[5])

Zimmermann.

[5]) Vgl. Nr. 270.

267.

Telegramm des Legationsrats Freiherr v. Grünau an den Reichskanzler. Der Kaiser über mögliche Rückwirkungen der russischen Revolution auf den monarchischen Gedanken.

27. 3. 1917[1]), Homburg, Tel. Nr. 15, Geheim. — PA Bonn Polit. Abt., Auswärtiges Amt Gr. Hauptquartier, Bd. 245, handschriftl. Entwurf.[2])

Nur für Herrn Reichskanzler.

Seine Majestät sagte mir soeben, er habe aus einigen Zeitungsstimmen den Eindruck gewonnen, als wolle England[3]) die russische Revolution zum Anlaß nehmen, um gegen den monarchischen Gedanken im allgemeinen zu Felde zu ziehen[4]), insbesondere aber in Deutschland unter Benutzung der durch die „Neuorientierung" entstandenen Kontroversen.[5]) Seine Majestät lassen Euere Exzellenz bitten, hierauf besonders zu achten und auf die Presse vorbeugend einzuwirken auch in der Richtung, daß sie nicht etwa Artikel aufnimmt[6]), die

[1]) Abgesandt um 11.45 Uhr Nm.

[2]) Die von Bethmann Hollweg abgezeichnete Entzifferung des Telegramms in: PA Bonn Polit. Abt., Europa Generalia Nr. 92 geh., Bd. 1.

[3]) Es folgen die durchgestrichenen Worte „die Gelegenheit der".

[4]) Der Satz lautete ursprünglich „zum Anlaß nehmen um allgemein gegen den monarchischen Gedanken insbesondere aber in Deutschland zu Felde zu ziehen". Der folgende Satzteil ist nachträglich hinzugefügt worden.

[5]) Vgl. die kurze, bei Müller, S. 266 (16. 3. 1917), wiedergegebene Äußerung des Kaisers.

[6]) Ursprünglicher Wortlaut „sie nicht ihre Spalten Artikeln öffnet".

von anscheinend harmlosen, in Wirklichkeit aber von von England vorgeschobenen Personen stammen. Seitens der O.H.L. seien Maßnahmen ergriffen worden, um der Verbreitung antimonarchischer Ideen im Feldheere entgegenzuwirken; sie habe sich auch an den Kriegsminister gewandt, um entsprechende Einwirkung auf die Heimatstruppen zu veranlassen.[7])

Der Kaiser war heute im Hauptquartier und ich möchte annehmen, daß vorstehender Gedanke dort entstanden ist. Ich darf aber bemerken, daß der Kaiser die „Neuorientierung" in diesem Zusammenhange nicht etwa abfällig als etwas gefährliches erwähnte, sondern damit nur zum Ausdruck bringen wollte, daß England die durch die Beschäftigung mit der Neuorientierung ausgelösten Gedankengänge möglicherweise benutzen werde, um den Hebel für antimonarchische Propaganda anzusetzen.

Grünau.

[7]) Vgl. hierzu Nr. 282.

268.

Telegramm des Legationssekretärs Freiherr v. Lersner an das Auswärtige Amt. General Ludendorff zur Begründung des Verbots der Veröffentlichung des Aufrufs russischer Sozialisten.

28. 3. 1917[1]), Gr. Hauptquartier, Nr. 400. — PA Bonn Polit. Abt., Auswärtiges Amt Gr. Hauptquartier, Bd. 245.[2])

General Ludendorff läßt drahten:[3])

„Die von E. E. gegen den Zensurerlaß Nr. 20410 vom 26. 3. erhobenen Bedenken[4]) können an meinem Einverständnis mit dem Telegramm Nr. 82/17 g. Z. 3. vom 26. 3., das der Kriegsminister an den Reichskanzler gerichtet hat[5]), nichts ändern.

Wir dürfen den Versuchen der Entente und unserer Sozialdemokraten, die russische Revolution zum Nachteil der inneren Festigkeit des Deutschen Reiches auszunutzen, nicht mit verschränkten Armen zusehen. Um im Inneren die Ruhe und an der Front den kriegerischen Geist zu erhalten, muß vielmehr die öffentliche Meinung fest geführt werden.

Dazu bedarf es in erster Linie des Zensurverbots und strengster Abwehr zur Verstopfung unterirdischer Kanäle, in zweiter Linie der richtigen Aufklärung im In- und Auslande, in Reichstag und Presse.

[1]) Abgesandt im Gr. Hauptquartier um 12.30 Uhr Vm.; die von Frhr. v. Lersner handschriftlich vorangestellte Adressierung ist noch vom 27. 3. 1917 datiert.

[2]) Für eine Abschrift der Vorlage vgl. PA Bonn Polit. Abt., Europa Generalia Nr. 82 Nr. 1, Bd. 28.

[3]) Aus einem handschriftlichen Vermerk des Frhr. v. Lersner geht hervor, daß ihm die Stellungnahme Ludendorffs durch ein — nicht vorliegendes — Schreiben der Politischen Abteilung des Generalstabes des Feldheeres mit dem Aktenzeichen „18261 P." übermittelt wurde.

[4]) Ludendorff bezieht sich hierbei auf den ersten Einspruch des Staatssekretärs Zimmermann, vgl. Nr. 265.

[5]) Vgl. den Abdruck des Schreibens sowie die Antwort des Reichskanzlers vom 28. 3. 1917 bei Volkmann, S. 286 ff. Das Schreiben des preuß. Kriegsministers ist wieder abgedruckt in: Dokumente und Materialien II/1, Nr. 201, S. 585, hierzu Koszyk, S. 32. Vgl. auch Nr. 70.

Ich empfehle, in Übereinstimmung mit dem Kriegsminister eine Einflußnahme auf die Parteiführer des Reichstags durch den Reichskanzler, unter Darlegung der Gründe für den Zensurerlaß, eine Erklärung des Reichskanzlers von der Tribüne des Reichstages, daß wir keinen Anlaß haben, in die Entwicklung der russischen Bewegung einzugreifen[6]), und eine Vereinbarung, daß auch die Redner aller Fraktionen sich in gleichem Sinne aussprechen. Hierbei könnte es den Sozialdemokraten unbenommen bleiben, ihrer Sympathie für die russischen Revolutionäre Ausdruck zu geben, wenn sie sich nur des Vergleichs mit unseren Verhältnissen enthalten. Die Presse wäre anzuweisen, in gleichem Sinne zu schreiben.[7])

Daß das feindliche Ausland trotzdem aus der Unterdrückung des Aufrufes Schlüsse ziehen wird, die ihm Waffen gegen uns geben, kann uns kalt lassen. Die Entente hat angesichts der russischen Revolution und ihrer Folgen genug mit eigenen Sorgen zu tun. Die Neutralen werden in diesem Augenblick auch keine besondere Neigung empfinden, ihre Haltung zu ändern.

Den von England propagierten Nachrichten über eine bevorstehende Offensive unserer Nord-Ost Front mit dem Zweck, in zarenfreundlicher Absicht das demokratische Rußland niederzuwerfen, wird Oberstleutnant v. Haeften auf meine Veranlassung in der neutralen Presse entgegentreten. Er wird dabei auch ausführen, daß wir keinen Anlaß haben, auf die Entwicklung der inneren russischen Zustände durch eine große Offensive Einfluß zu suchen."[8])

Lersner.

[6]) Vgl. die Rede des Reichskanzlers vor dem Reichstag am 29. 3. 1917; Sten. Berichte, Bd. 309, S. 2865 ff., sowie Nr. 270.

[7]) Vgl. Nr. 278.

[8]) Vgl. Anm. 6 sowie Nr. 70, insbesondere Anm. 25. — Der bayer. Militärbevollmächtigte berichtete am 28. 3. 1917 (BHStA IV München MKr, 1828), Generalfeldmarschall v. Hindenburg sei der Ansicht, „es wäre ganz gut, daß wir dort [Rußland gegenüber] gegenwärtig keine große Offensive machen, das würde die Parteien doch nur einigen; so haben sie Gelegenheit, sich gegenseitig zu bekämpfen. Man wird erst sehen müssen, wer in Ruß[land] das Heft in der Hand behält; voreilige Verbindung zu suchen, könnte üble Folgen haben." Hierzu bemerkte der bayer. Kriegsminister in einer Marginalie: „Sehr verständig!"

269.

Telegramm des Legationssekretärs Graf Zech an den Legationsrat Freiherr v. Grünau. Mitteilung des Telegrammwechsels des Reichskanzlers mit dem Kronprinzen betr. die Besprechung der russischen Revolution in der Presse.

28. 3. 1917[1]), Nr. 502. — PA Bonn Polit. Abt., Auswärtiges Amt Gr. Hauptquartier, Bd. 245.[2])

Im Anschluß an gestriges Telephongespräch zur Kenntnisnahme und Mitteilung an Exzellenz von Valentini.[3]) —

[1]) Abgesandt um 10.38 Vm.

[2]) Für eine Abschrift vgl. PA Bonn Polit. Abt., Preußen Nr. 1 g, Nr. 1, Beiakten, Bd. 3.

[3]) Nach einer Marginalie des Frhr. v. Grünau wurde Valentini noch am selben Tage von dem Vorgang in Kenntnis gesetzt.

Der Kronprinz hat am 27. an den Kanzler telegraphiert:

„Wie lange werden Euer Exzellenz noch dulden, daß die Frankfurter Zeitung und ähnliche gesinnungstüchtige Blätter in spaltenlangen Artikeln die russische Revolution verherrlichen. Wir alle hier draußen sind empört. Wilhelm Kronprinz."

Der Kanzler hat darauf geantwortet:

„Da sich in der Tat in einzelnen Artikeln der ersten Kommentare zur russischen Revolution einige bedauerliche Wendungen gefunden haben, ist — *sofort* — mit allen Mitteln auf die gesamte linksstehende Presse eingewirkt worden, und zwar mit Erfolg. Sogar der „Vorwärts" hat daraufhin eine gemäßigte Sprache geführt. Eine Parteinahme zugunsten des alten Regimes gegen die jetzige russische Regierung und die russischen Sozialisten wäre ein schwerer politischer Fehler. Wir dürfen die großen Möglichkeiten, die die russische Entwickelung uns bietet nicht aus innerpolitischer Nervosität aus der Hand geben, zumal zu einer solchen Nervosität kein Anlaß vorliegt und jedes Einschreiten den Eindruck der Schwäche und Ängstlichkeit machen würde."[4])

Zech.

[4]) Der Reichskanzler beließ es nicht bei diesem Telegrammwechsel. Am 1. 4. 1917 sandte er dem Kronprinzen einen Brief, in dem er sich über die Form des — offenen — kronprinzlichen Telegramms beschwerte. Nachdem er seine grundsätzliche Bereitschaft zu einem politischen Gedankenaustausch erklärt hatte, schloß der Reichskanzler den Brief mit folgendem Satz: „Aber ich muß entscheidenden Wert darauf legen, daß unser Verkehr sich dabei nicht in Formen vollzieht, die in gleicher Weise die Interessen Ew. K. u. K. Hoheit wie des mir anvertrauten Amtes zu schädigen geeignet sind." Vgl. PA Bonn Polit. Abt., Preußen Nr. 1 g, Nr. 1, Beiakten Bd. 3; dort auch ein entsprechendes Schreiben des Legationssekretärs v. Prittwitz und Gaffron an den persönlichen Adjudanten des Kronprinzen, Major v. Müller, vom 28. 3. 1917. Vgl. auch Müller, S. 270 (2. 4. 1917).
Auch in militärischen Kreisen begegnete das allgemeine Verhalten des Kronprinzen zunehmender Kritik. In einem vertraulichen Erlaß Hindenburgs vom 2. 4. 1917, der über die Oberbefehlshaber der Heeresgruppen, Armeen und Armeeabteilungen bis zu den Divisionskommandeuren mitgeteilt wurde, wandte sich der Generalfeldmarschall scharf gegen die im Offizierkorps verbreitete Kritik an der militärischen Führung des Kronprinzen sowie gegen „törichte Gerüchte" und „völlig aus der Luft gegriffene Behauptungen" über das Privatleben des Thronfolgers; GLA Karlsruhe Abt. 456, Bd. 37. Vgl. auch Gallwitz, S. 18 und S. 36.

270.

Telegramm des Legationssekretärs Freiherr v. Lersner an das Auswärtige Amt. Weigerung des Generals Ludendorff, das Verbot der Veröffentlichung des Aufrufs russischer Sozialisten aufzuheben.

28. 3. 1917[1]), Gr. Hauptquartier, Nr. 402. — PA Bonn Polit. Abt., Auswärtiges Amt Gr. Hauptquartier, Bd. 245, handschriftl. Entwurf.[2])

Für Herrn Staatssekretär.

Euerer Excellenz Tel. 496[3]) habe ich mit General Ludendorff besprochen.

[1]) Abgesandt um 12 Uhr Vm.

[2]) Frhr. v. Lersner übersandte des Text des Telegramms sowohl an den Chef der Politischen Abteilung des Generalstabes des Feldheeres, Oberst v. Bartenwerffer, als auch an den Legationsrat Frhr. v. Grünau.

[3]) Vgl. Nr. 266.

Der General erklärte, er sei zu seinem großen Bedauern nicht in der Lage, das Zensurverbot aufzuheben.[4]) Er betrachte[5]) diese Angelegenheit einzig und allein vom militärischen Gesichtspunkte aus.[6])

Die Oberste Heeresleitung müsse alle Einflüsse von der Armee fernhalten[7]), die geeignet wären, die Operationsfreiheit[8]) zu beschränken.

Der heutige Heeresbericht[9]) würde andererseits bereits darauf hinweisen, daß an der Ostfront Operationen nicht in Betracht kommen.[10])

Auch würde er den Herrn Reichskanzler (vgl. Tel. 492 an mich)[11]) einige ähnlich lautende Sätze für die morgige Rede[12]) vorschlagen.

Lersner.

---

[4]) Vgl. Nr. 264 und insbesondere Nr. 271.

[5]) Verbessert aus „Er müsse [...] betrachten."

[6]) Nach einem ergänzenden Telegramm des Frhr. v. Lersner an den Staatssekretär (mitgeteilt an Frhr. v. Grünau am 29. 3. 1917, vgl. PA Bonn Polit. Abt., Auswärtiges Amt Gr. Hauptquartier, Bd. 245) hob Ludendorff dieses Argument besonders hervor und fügte hinzu: „Es läge ihm durchaus fern gegen irgendeine Partei Stellung zu nehmen. Er müsse nur in der jetzigen Zeit besonders alle schädlichen Einflüsse von der Armee fernhalten."

[7]) Verbessert aus „könne keine Einflüsse auf das Heer zulassen".

[8]) Es folgt die durchgestrichene Ergänzung „der O. H. L.".

[9]) Vgl. Amtliche Kriegs-Depeschen. Nach Berichten des Wolff'schen Telegr.-Bureaus, 6. Bd., Berlin o. J., S. 2102 (28. 3. 1917). Der entsprechende Satz für die Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern lautet: „Zwischen Meer und Karpathen hat das Frühjahrs-Tauwetter eingesetzt, das größere Gefechtshandlungen ausschließt."

[10]) Verbessert aus „daß wir an der Ostfront uns ruhig verhalten werden".

[11]) Liegt nicht vor.

[12]) Vgl. Nr. 268, Anm. 6.

271.

Telegramm der Oberzensurstelle an die Presseabteilung des Admiralstabes[1]) betr. Verhinderung jeder öffentlichen Unterstützung der russischen Revolutionäre.

28. 3. 1917[2]), Nr. 21518 O. Z. — MGFA MA/Adm, Nr. 2412, P 18, Bd. 4.

Zu Zensurtelegramm Nr. 20410 O. Z.[3])

Es liegt Veranlassung vor, darauf hinzuweisen, daß es erforderlich ist, in der Presse auch Abdruck jeder Zustimmungskundgebung an die Adresse revolutionärer Elemente in Rußland zu verhindern.[4])

Oberzensurstelle.

---

[1]) Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß dieses Telegramm an sämtliche Zensurstellen gerichtet wurde. Das stellv. Generalkommando des II. AK gab am 30. 3. 1917 den Wortlaut den unterstellten Zenurbehörden bekannt; GStA Berlin Rep. 30, Nr. 651, Bd. 6.

[2]) Im Admiralstab eingegangen um 4.35 Uhr Nm.

[3]) Vgl. Nr. 264.

[4]) Am 1. 4. 1917 zog die Oberzensurstelle das Telegramm zurück; das am 26. 3. 1917 ausgesprochene Verbot (vgl. Nr. 264) wurde jedoch aufrechterhalten (GStA Berlin Rep. 30, Nr. 651, Bd. 6). Vgl. die Erörterung dieser Maßnahmen anläßlich der Besprechung der Leiter der Zensurstellen am 4. 4. 1917, Nr. 70.

272.

Telegramm des Reichskanzlers an Legationsrat Freiherr v. Grünau betr. die Rückwirkungen der russischen Revolution auf die Politik der „Neuorientierung".[1])

28. 3. 1917[2]), Nr. 100. — PA Bonn Polit. Abt., Auswärtiges Amt Gr. Hauptquartier, Bd. 245, Entzifferung.[3])

Zur persönlichen Information und gelegentlichen geeigneten Verwertung.[4])

Auf Presse ist bereits in dem von Seiner Majestät befohlenen Sinne eingewirkt worden. Ich wende der Sache um so größere Aufmerksamkeit zu, als russische Revolution gesamte Öffentlichkeit natürlich lebhaft beschäftigt. Daß die Sozialdemokratie ihrer Sympathie für die russischen Revolutionäre Ausdruck gibt, ist nicht zu verhindern, doch wird es, wie ich hoffe[5]), glücken sie, soweit nicht der radikalste Flügel in Frage kommt, von einem Vergleich unserer Zustände mit den russischen abzuhalten. Die Ausbreitung antimonarchischer Tendenzen besorge ich einstweilen nicht ernsthaft.[6]) Die Stellung der Monarchie ist in den breiten Volksmassen stark. Eine direkte Gefahr würde aber[7]) entstehen, wenn man demokratische Forderungen, die eine unvermeidliche Folge dieses Krieges sind, schlechterdings als antimonarchisch brandmarken und wie es vor dem Kriege Sitte war, nur die Reaktionäre als[8]) verläßliche Stützen des Thrones anerkennen wollte. Davon werden sich auch die militärischen Kreise überzeugen lassen müssen. Eine reaktionär gesinnte Militärdiktatur würde uns dem Untergang entgegen führen. Der Verlauf der Dinge kann die Befriedigung demokratischer Forderungen schon während des Krieges notwendig machen, wobei es möglich ist, daß die lange Dauer des Krieges, die Größe der Opfer und schließlich auch die russischen Vorgänge solche Konzessionen jetzt als ungenügend erscheinen lassen, die im ersten Kriegsjahr noch als ausreichend gelten konnten. Ohne nervösen Stimmungen nachzugeben, muß man sich dessen bewußt sein, daß ein „zu spät" oder „zu wenig" verhängnisvoll werden kann.[9])

v. Bethmann Hollweg.

---

[1]) In Beantwortung des Telegramms des Frhr. v. Grünau vom 27. 3. 1917, vgl. Nr. 267.

[2]) In Berlin abgegangen um 4.55 Uhr Nm.

[3]) Für den eigenhändigen Entwurf und das Reinkonzept des Telegramms vgl. PA Bonn Polit. Abt., Europa Generalia Nr. 92 Geheim, Bd. 1. Der Entwurf ist von Staatssekretär Zimmermann am 29. 3. 1917 abgezeichnet worden.

[4]) Von Frhr. v. Grünau am 29. 3. 1917 zu den Akten geschrieben.

[5]) Die vorangehenden drei Worte im Entwurf (vgl. Anm. 3) nachträglich eingefügt.

[6]) Der folgende Satz ist im Entwurf (vgl. Anm. 3) nachträglich hinzugefügt worden.

[7]) Ursprünglicher Wortlaut: „würde wohl nur entstehen".

[8]) Im Entwurf folgt das durchgestrichene Wort „eine".

[9]) Vgl. die im Vergleich hierzu sehr zurückhaltende Rede des Reichskanzlers vor dem Reichstag am folgenden Tag — Sten. Berichte, Bd. 309, S. 2865 ff. —, die auch im Gegensatz zu seiner Rede vor dem Preußischen Abgeordnetenhaus am 14. 3. 1917 — Sten. Berichte Pr. Abg.-Hs., Bd. 3, Sp. 5354 ff. — steht. Vgl. Braun, S. 104 (Tagebucheintrag vom 1. 4. 1917), sowie Nr. 275 und 276.

273.

Fernschreiben des Gouvernements Kiel an das Reichsmarineamt betr. die Streiksituation auf den Kieler Werften.

28. 3. 1917, Kiel, St. O. 1968, G., Ganz Geheim! — MGFA MA/StO, Nr. 1446, Kommandantur Friedrichsort Gg. 15, Bd. 1, Abschrift.[1])

Im Anschluß an St. O. 1959 G.[2]) *Stand der Arbeiterbewegung am Abend.* Fast vollkommen im Ausstand sind Kaiserwerft, Torpedowerkstatt, Germaniawerft und Howaldtswerke. Gouvernement hat mit Arbeitern nicht mehr verhandelt.[3]) Dagegen hat Oberbürgermeister aus längeren Verhandlungen mit den Vertrauensleuten den Eindruck, daß Grund für Arbeitsniederlegung nicht in lokalen Ernährungsschwierigkeiten, sondern in allgemeiner Unzufriedenheit mit Ernährungssystem und wahrscheinlich auch[4]) auf politischem Gebiete liegt. Bei heute Abend erfolgter Sitzung mit Oberbürgermeister und Leiter der beteiligten Betriebe bezw. deren Stellvertreter[5]) ist festgestellt, daß Arbeiter den gemäßigten Arbeiterausschüssen aus den Händen geglitten sind und sich augenblicklich im Fahrwasser linksstehender sozialdemokratischer Elemente befinden.[6]) Daher ist

[1]) Abschriften des Fernschreibens erhielten die Kieler Marinebehörden sowie der Magistrat der Stadt, wobei das Begleitschreiben in Vertretung des Chefs des Stabes des Gouvernements der Korvettenkapitän Kunau unterzeichnete. Das Fernschreiben selbst trägt in der Vorlage keine Unterschrift.

[2]) Vgl. MGFA MA/StO, Nr. 1446, Kommandantur Friedrichsort Gg. 15, Bd. 1 (dort auch der in Anm. 6 zitierte Bericht vom 30. 3. 1917). In dem Bericht vom 28. 3. 1917 morgens berichtete der Gouverneur, daß am 27. 3. 1917 zunächst 1500 Arbeiter der Howaldtswerke, dann die Hälfte der Arbeiter der Germania-Werft (4000 Mann) die Arbeit niedergelegt hatten. Bei beiden Betrieben handelte es sich um private Unternehmen. Die Arbeiter forderten eine bessere Lebensmittelversorgung und drangen, nach Ablehnung ihrer Forderungen durch Magistrat und Gouvernement, in Bäckerläden ein und erzwangen die Abgabe von Brot ohne Karten aber gegen Bezahlung (!). Am 28. 3. 1917 schlossen sich den Streikenden die Arbeiter der staatlichen Betriebe — Kaiserliche Werft und Torpedowerkstatt — an. Der Gouverneur empfahl alle Forderungen abzulehnen. „Arbeiter müssen einsehen lernen, daß Massendruck und Arbeitsniederlegungen keinen Erfolg haben und nur geeignet sind, die dauernde Fürsorgearbeit der Behörden zu stören."

[3]) Die Arbeiter hatten am 27. 3. 1917 das Gouvernement um Brot aus Marinebeständen gebeten. Das Gouvernement lehnte nach einer Besprechung mit den „beteiligten Stellen" ab; vgl. Anm. 2

[4]) Handschriftlich ergänzt.

[5]) Die drei vorangehenden Worte handschriftlich ergänzt.

[6]) Im Bericht vom 28. 3. 1917 morgens (vgl. Anm. 2) war dagegen besonders die Ruhe hervorgehoben worden, in der sich die Arbeitsniederlegungen und Demonstrationszüge vollzogen hatten. Auch in dem Schlußbericht vom 30. 3. 1917 (vgl. Anm. 2) wurde ausdrücklich festgestellt, daß es zu irgendwelchen Ausschreitungen nicht gekommen sei. Am 29. 3. 1917 war bei einer Besprechung der Vertrauensleute mit der knappen Mehrheit von 316 gegen 287 Stimmen beschlossen worden, am 30. 3. 1917 die Arbeit wieder aufzunehmen, dabei allerdings alle Überstunden solange zu verweigern, bis eine nach Berlin zu entsendende Kommission Bericht erstattet habe. Trotz der knappen Mehrheit wurde der Beschluß am 30. 3. 1917 von den Arbeitern befolgt. Es ist offensichtlich, daß das Gouvernement in der Beurteilung der Lage vor allem dem Oberbürgermeister und den Betriebsleitern folgte. — Dagegen herrschte im Reichsmarineamt die Überzeugung, daß der Magistrat in der Vorsorge für die Ernährung

Bewegung bedenklich und mit längerer Dauer des Ausstandes zu rechnen. Trotzdem wird in völliger Übereinstimmung mit Magistrat, der Germaniawerft, den Howaldtwerken und der Torpedowerkstatt erneut dringend davon abgeraten, den Arbeitern[7]) Zugeständnisse auf dem Ernährungs- oder Lohngebiete zu machen. Zugeständnisse würden vielleicht jetzt schnellere Arbeitsaufnahme zur Folge haben, aber die große Gefahr hervorrufen, daß die Arbeiterschaft bei jeder neuen Gelegenheit mit Ausständen Forderungen durchzusetzen versuchen wird. Außerdem wird Einfluß radikaler Elemente durch Zugeständnisse vergrößert, dagegen Einfluß der Arbeiterausschüsse erheblich geschwächt, wenn nicht aufhören.[8]) Gouvernement hält es für *dringend notwendig*, daß je ein in Arbeiter- und Lohn- sowie in Lebensmittelfragen bewanderter und zu Entscheidungen berechtigter Vertreter *möglichst umgehend zur Besprechung hierherkommt.*[9])

Gouvernement.

---

der Bevölkerung kläglich versagt habe; vgl. die Aufzeichnung über die Besprechung beim Staatssekretär am 28. 3. 1917 über die Ernährungslage in Kiel (MGFA MA/RMA, Nr. 2047, I. 3. 11. 7a, Bd. 1), die Aufzeichnung des Kapitänleutnants Jores von der Festungskommandantur Wilhelmshaven über seine Besprechungen am 10. 4. 1917 im Reichsmarineamt (MGFA MA/StN, Nr. 5473, G. 10, Bd. 1) und die Übersicht über die von Ende Januar bis Ende März 1917 in Kiel verteilten Lebensmittel (MGFA MA/StO, Nr. 4665, III. 15. 8n, Bd. 2). Aus diesen Unterlagen geht hervor, daß es in Kiel seit Wochen keine Kartoffeln, keinen Gries usw. gegeben hatte. Der Streik brach aus, als bereits seit vier Tagen kein Brot auf regulärem Wege mehr zu haben war. Hinzu kam, daß die Arbeiter der Kaiserlichen Betriebe besser versorgt waren als die der Privatindustrie. Die knappe Mehrheit für den Beschluß zur Wiederaufnahme der Arbeit am 29. 3. 1917 kann also nicht ohne weiteres auf Einflüsse von radikaler Seite zurückgeführt werden. Der Hinweis auf das Vorhandensein derartiger Einflüsse war dagegen ein probates Mittel, um das Militär zum Eingreifen zu bewegen, vgl. auch Dokumente und Materialien II/1, Nr. 189, S. 554 ff. Als auf der Germaniawerft in Kiel am 30. 3. 1917 ungefähr 100 Arbeiter aus Anlaß des Streiks von der Firma als abkömmlich bezeichnet worden waren — vermutlich als Anführer bei der Arbeitsniederlegung —, flackerte der Streik wieder auf. Das preuß. Kriegsministerium lehnte es jedoch ab, diese Leute einzustellen, daraufhin wurde auch die Einstellung der Marineangehörigen rückgängig gemacht (Bericht vom 30. 3. 1917, vgl. Anm. 2).

[7]) Es folgt das durchgestrichene Wort „irgendwelche".

[8]) In einem Schreiben vom 5. 4. 1917 an sämtliche Zensurstellen wandte sich die Oberzensurstelle gegen die, unter Umgehung der Arbeiterausschüsse, „von außen in die Belegschaften hineingetragene aufreizende Agitation", die erwiesenermaßen für die Arbeitseinstellungen in den großen Industriegebieten verantwortlich sei; vgl. MGFA MA/RMA, Nr. 2356, XVII. 1. 5. 11, Bd. 4.

[9]) Das Gouvernement schien also doch mit der Notwendigkeit von Zugeständnissen zu rechnen.— Aus den Akten geht nicht hervor, ob es zu einer Entsendung eines Vertreters der Zentralbehörde gekommen ist. Der Staatssekretär genehmigte am 7. 4. 1917 den Rückgriff auf Marinebestände zur Ergänzung der Lebensmittelversorgung der Rüstungsarbeiter in der Privatindustrie; vgl. MGFA MA/StO, Nr. 4665, III. 15. 8n, Bd. 2.

274.

Erlaß des bayerischen Kriegsministeriums an die Militärbefehlshaber.[1]) Richtlinien für die Bekämpfung innerer Unruhen.[2])

2. 4. 1917[3]), München, Nr. 47280 A., Streng vertraulich! — BHStA IV München MKr, 2497 Abschrift.

Die nächsten Monate werden mit den zunehmenden Schwierigkeiten der Volksernährung[4]) eine weitere Steigerung der Anforderungen bringen, die an die Opferwilligkeit und Entsagungsfreudigkeit unseres Volkes gestellt werden müssen.

Die städtische Bevölkerung, die vorwiegend unter der Knappheit der Lebensmittel zu leiden hat, hat sich im großen und ganzen so einsichtig benommen, daß man ihr auch in schwerster Zeit volles Vertrauen entgegenbringen und hoffen darf, daß sie auch einer gesteigerten Belastungsprobe ge[wachsen][5]) sein wird, wenn nicht besondere unvorhergesehene Erschwerungen hinzutreten. Die leitenden Persönlichkeiten der großen Arbeiterorganisationen sind sich darüber im Klaren, daß Aufläufe und Demonstrationen nicht das geeignete Mittel sind, um bestehende Notstände zu mildern und daß sie selbst die Einwirkung auf ihre Organisation in dem Augenblick verlieren, in dem die Masse ihre Unzufriedenheit auf die Straße trägt. Selbstverständlich kann aber unter Umständen auch der beste Wille der Führer das Entstehen und die Ausbreitung von Unruhen nicht verhindern. Deshalb müssen die Militärbefehlshaber auf alle Möglichkeiten gefaßt sein und müssen für sie Vorsorge getroffen haben.

Euere Exzellenz bitte ich mir zu berichten, welche Vorkehrungen für den Fall von Unruhen getroffen sind; für etwa noch zu erlassende Anordnungen gestatte ich mir die folgenden Gesichtspunkte zur Erwägung zu geben.[6])

1. Es muß zwischen *Aufläufen*, die sich gelegentlich bei besonders empfindlichen Mißständen in der Lebensmittel- und Kohlenversorgung oder bei ähnlicher Veranlassung aus Menschenansammlungen ergeben und großen organisierten *Volksbewegungen*, die politischen und revolutionären Charakter tragen, scharf unterschieden werden.

2. Die *Verhütung* der *ersteren* setzt frühzeitige Kenntnis der Ursachen voraus, die aus aufmerksamer Beobachtung der Presse und anderer Äußerungen der

[1]) Der bayer. Staatsminister des Innern erhielt eine Abschrift des Erlasses.

[2]) Vgl. hierzu Nr. 150, 156 und 162.

[3]) Die Jahreszahl ist handschriftlich verbessert aus „1918".

[4]) Am 23. 3. 1917 beschloß das Kuratorium der Reichsgetreidestelle die Herabsetzung der täglichen Mehlration von 200 auf 170 gr. pro Kopf der Bevölkerung ab 15. 4. 1917. Für die Einzelheiten der Regelung vgl. Schulthess 1917/I, S. 336 f.

[5]) In der Vorlage steht, vermutlich auf Grund eines Abschreibefehlers, das Wort „gemessene".

[6]) Das stellv. Generalkommando des II. bayer. AK richtete am 7. 4. 1917 einen Befehl an die unterstellten militärischen Dienststellen (vgl. GLA Karlsruhe Abt. 456, Bd. 77), der in den wesentlichen Abschnitten wörtlich mit der Vorlage übereinstimmt und im übrigen mit größtem Nachdruck die Garnisonkommandos usw. zu einer engen und ununterbrochenen Zusammenarbeit mit den zivilen Verwaltungsbehörden verpflichtete.

Volksstimmung und durch dauernde Fühlung mit zuverlässigen Vertretern der Arbeiterorganisationen und der sozialdemokratischen Partei gewonnen wird. Schleunigste Abstellung bestehender Mißstände, soweit sie behoben werden können, und Vermeidung überflüssiger Menschenansammlungen kann drohenden Unruhen vorbeugen. Enges Zusammenarbeiten mit den verantwortlichen Stellen der städtischen und staatlichen Verwaltung und rasches Handeln ohne Scheu vor Verantwortung ist nötig.

3. Erfahrungsgemäß entstehen Demonstrationen gewöhnlich aus der durch das vergebliche Anstehen vor Kaufläden und Abgabestellen unruhig werdenden Menge. Deshalb muß mit allen Mitteln danach getrachtet werden, daß die Bevölkerung gerade in den kritischen Zeiten der nächsten Monate die ihr zustehenden knapp bemessenen Verpflegungsmittel bequem und ohne unnützes Warten erhält.

4. Die *Verhinderung* solcher Aufläufe und Demonstrationen ist zunächst Sache der Polizei. Nur wenn sie sich der Aufgabe nicht gewachsen fühlt, soll militärische Hilfe in Anspruch genommen werden.

5. Das *Eingreifen* der *bewaffneten Macht* muß vorbereitet, die Zuständigkeitsverhältnisse zwischen Polizei und Militärbefehlshabern müssen vorher geregelt sein.

6. Die *Art des Eingreifens* der Truppe soll dem Zweck einer polizeilichen Maßnahme entsprechen und der Ursache der Unruhen — zumeist tatsächlich bestehenden Notständen — Rechnung tragen, also auf Beruhigung und Zerstreuung der Masse hinzielen. Dementsprechend müssen Führer und Truppe ausgewählt sein. Was die Menge reizt: Berittene, allzu junge Mannschaften, Tätlichkeiten und vor allem Blutvergießen muß vermieden werden, solange sich der Zweck mit anderen Mitteln erreichen läßt.

7. Die Menschenmenge darf durch das militärische Aufgebot nicht eingekeilt werden, sondern soll langsam in verschiedenen Richtungen und womöglich ins Freie auseinander getrieben werden. Enge Straßen und das Stadtinnere sollen womöglich abgesperrt werden. Infanterie soll mit dem Kolben, nicht mit dem aufgepflanzten Seitengewehr voran, vorgehen.

8. Wenn Unruhen bevorstehen, sind die Truppen in den Kasernen zu Übungen zu versammeln, Ausgang in die Stadt ist, auch in den Lazaretten, Genesungskompagnien usw. und in Urlaub befindlichen Mannschaften zu verbieten, um ihre Teilnahme an den Aufläufen zu verhindern. Hiezu sind Patrouillen zu entsenden und Wachen an entsprechenden Stellen mit bestimmten Instruktionen einzusetzen.

9. Als Führer des militärischen Aufgebots müssen besonders geeignete, besonnene und erfahrene Offiziere ausgewählt sein, die sich mit der ihnen bevorstehenden Verwendung im Voraus beschäftigt haben.[7]) Was die Wahl der Truppe anbelangt, so wird man alte ortsansässige Mannschaften (Landwehr und Landsturm) wegen

[7]) In dem Befehl des stellv. Generalkommandos des II. bayer. AK (vgl. Anm. 6) wurde angeordnet, daß „sämtliche Offiziere durch eingehende Besprechung der allgemeinen und der besonderen örtlichen Möglichkeiten" auf den Fall eines entsprechenden Einsatzes vorbereitet werden sollten.

ihrer nahen Beziehungen zur städtischen Bevölkerung ebenso wie ganz junge Jahrgänge vermeiden. Besonders wichtig ist die sorgfältige Auswahl zuverlässiger, ruhiger und verständiger Unteroffiziere.

10. *Revolutionäre Bewegungen* großen Stils, gleichviel ob sie wirtschaftlicher oder politischer Natur sind, kündigen sich in der Presse und in der Volksstimmung an. Schon deshalb ist es unklug, in kritischsten Zeiten die freie Meinungsäußerung der Presse zu unterbinden und die Fühlung mit den Führern der großen Organisationen aufzugeben.

11. Solche Bewegungen sind als Geistesepidemien anzusprechen und zu behandeln; sie machen — wie wirkliche Seuchen — vor den Kasernentoren nicht Halt und greifen mit Sicherheit auf die Truppen über. Die engen Beziehungen zwischen Garnison und Bevölkerung einer großen Stadt können auch die strengsten disziplinären Anordnungen nicht unterbinden.

12. Daraus folgt, daß in Fällen der Ziff. 10 Truppen, die man unbedingt fest in der Hand haben muß, um einen Aufstand mit Waffengewalt niederzuschlagen, nicht der Umgebung des Infektionsherdes selbst entnommen werden dürfen. Es ergibt sich also die Notwendigkeit, zur Unterdrückung ernster Unruhen, zuverlässige Truppen anderer Standorte schleunigst heranzuziehen und die Truppen des eigenen Standortes abzuschieben.

13. Alle anderen Rücksichten treten bei der Niederwerfung revolutionärer Bewegungen hinter der Notwendigkeit, das Ziel in kurzer Zeit und ohne Einschränkung zu erreichen, zurück. Entschlossene und verantwortungsfreudige Führer mit unbedingt zuverlässigen Truppen sind dazu nötig.

14. Selbstverständlich muß vermieden werden, daß die Öffentlichkeit durch das Bekanntwerden etwaiger für den Fall innerer Unruhen getroffenen Vorkehrungen beunruhigt wird.[8])

von Hellingrath.

[8]) Für das übrige Reichsgebiet liegt eine derartig umfassende Anweisung von militärischer Seite nicht vor. Eine auf interessantem Aktenmaterial beruhende Darstellung gibt Scheel, passim. Ein Charakteristikum des Aprilstreiks 1917 war es, daß die Behörden, zivile wie militärische, sich intensiv auf ihn vorbereitet hatten. Besonders das preuß. Innenministerium entfaltete eine rege Aktivität (Erlasse vom 30. 3. 1917 und 7. 4. 1917 — StA Koblenz 403, Nr. 7215) mit dem Ziele, die Polizeikräfte mit allen Mitteln (bessere Ernährung, Ergänzung durch Unteroffiziere des Heeres — siehe hierfür ein Schreiben des stellv. Generalkommandos des VIII. AK an das Oberpräsidium der Rheinprovinz vom 12. 4. 1917, StA Koblenz 403, Nr. 7215) und unter straffer Führung in den Stand zu setzen, allen Erfordernissen gerecht zu werden. Es war ganz offensichtlich das Bestreben des preuß. Innenministers, militärische Hilfe nur im alleräußersten Notfalle zu erbitten, womöglich aber selbst mit den erwarteten Unruhen fertig zu werden; vgl. hierzu den Erlaß vom 7. 4. 1917 und die entsprechenden Äußerungen Loebells in der Sitzung des preuß. Staatsministeriums vom 6. 4. 1917 (vgl. Archivalische Forschungen 4/II, Nr. 25, S. 418, und PA Bonn Polit. Abt., Preußen Nr. 11 Geheim, Bd. 17). Auch aus dem militärischen Bereich gibt es eine Reihe von Hinweisen und Anordnungen, die der Vorbereitung auf die erwarteten Unruhen dienten (Schreiben des preuß. Kriegsministeriums vom 7. 4. 1917 an die Militärbefehlshaber — StA Koblenz 403, Nr. 7215 —, Verfügung des stellv. Generalkommandos des VIII. AK vom 9. 4. 1917 an die Zivilbehörden und des XXI. AK an die Garnisonkommandos vom 12. 4. 1917 — StA Koblenz 403, Nr. 7215 —, erneuter Hinweis des preuß. Kriegsministeriums an die Militärbefehlshaber vom 13. 4. 1917 — Dokumente und Materialien II/1, Nr. 211, S. 609 f., sowie HStA Stuttgart WKM, Abt. B, Bd. 1039 —, Befehl der Kommandantur Kiel vom 14. 4. 1917 — MGFA MA/StO,

Nr. 1416, Ms XV, Bd. 1). Aus ihnen allen geht jedoch hervor, daß eine derart intensive Zusammenarbeit mit den zivilen Behörden, wie sie das bayer. Kriegsministerium anstrebte, in den preuß. Gebieten nicht vorgesehen war. Die militärischen Vorbereitungen beschränkten sich hier, neben der personellen Unterstützung der Polizei, auf Maßnahmen für den Fall eines von den Zivilbehörden erbetenen Einsatzes des Militärs. In einem solchen Falle ging dann, nach der Dienstvorschrift über den Waffengebrauch des Militärs und seine Mitwirkung zur Unterdrückung innerer Unruhen vom 19. 3. 1914 (vgl. Huber, Dokumente, Bd. 2, S. 393 ff.), die alleinige Entscheidungsbefugnis über die Art und Weise des Einsatzes (auch der Polizei) auf die Truppenbefehlshaber über.

275.

Schreiben des bayerischen Kriegsministeriums an den bayerischen Ministerpräsidenten[1]) betr. die Bedeutung innenpolitischer Fragen für den Ausgang des Krieges.

2. 4. 1917, München, Nr. 51080. — BHStA IV München MKr, 2114, Abschrift.[2])

Das ungebrochene dauernde Erhalten unserer Kampffronten ist gegenüber der zahlenmäßigen Überlegenheit unserer Feinde an sich schon eine so gigantische Ruhmestat der deutschen und verbündeten Heere, daß eine militärische Mehrleistung, etwa im Sinne einer gewaltigen, entscheidungsuchenden, strategischen Offensive gegen die gegnerischen Kraftzentren wohl weder gefordert, noch erwartet werden kann.

Unter diesem Augenpunkt verschiebt sich das Schwergewicht in unserem Daseinskampf immer mehr nach der Forderung einer *dauernden Erhaltung* der moralischen Kräfte in der Heimat.

Gelingt es uns *hier*, inmitten unseres wundervoll bewährten, *nicht*bewaffneten Volkes, den Siegeswillen und die Einheitlichkeit und Kraft des Denkens und des Empfindens zu erhalten, gelingt es den verbündeten Regierungen, durch kluge, zeitgerechte Ausnützung der seelischen Imponderabilien neue mächtige Impulse und Stärkungen zu geben, dann *allein* werden wir nach meinem Urteil den Entscheidungskampf auch *zeitlich* bestehen können.

Daß die furchtbare Not und Entbehrung, die nicht nur den minderbemittelten, breiten Volksmassen, sondern auch dem ganzen Mittelstand, insonderheit aber

[1]) Mit einem, von dem Chef der Armeeabteilung I, Major Kreß v. Kressenstein, konzipierten und vom bayer. Kriegsminister v. Hellingrath im Entwurf abgezeichneten Schreiben vom 2. 4. 1917 wurde eine Abschrift der Vorlage an den bayer. Militärbevollmächtigten im Gr. Hauptquartier gesandt. Der bayer. Kriegsminister ermächtigte den Militärbevollmächtigten „der Obersten Heeresleitung gegenüber von meiner Stellungnahme in der Frage der Preuß. Wahlrechtsreform Gebrauch zu machen, wenn diese Angelegenheit Euerer Exzellenz gegenüber zur Sprache kommen sollte". Aus dem Begleitschreiben geht hervor, daß der bayer. Ministerpräsident am 4. 4. 1917 die Vorlage dem Reichskanzler zur Kenntnis gebracht hat. Vgl. das Schreiben Hertlings vom 4. 4. 1917, BHStA II München, MA I, Nr. 961. Der preuß. Gesandte in München teilte am 9. 4. 1917 mit, daß der Reichskanzler das Schreiben des bayer. Kriegsministeriums durch die Osterbotschaft als erledigt betrachte (BHStA II München, MA I, Nr. 961).

[2]) Im Auszug zitiert von Bergsträsser, S. 157, sowie in WUA, Bd. 7/I, S. 241 f.

dem großen Heere der Festbesoldeten auferlegt ist, schon eine Belastungsprobe darstellt, die kaum mehr zu überbieten sein wird, liegt auf der Hand.

Wir haben diese Belastung bis jetzt überstanden und können sie weiter bestehen; *darüber* habe ich keinen Zweifel; ebensowenig aber auch darüber, daß diese Not nicht zuletzt *darum* ertragen wird, weil die Führer der in den Parteien organisierten Volksmassen mit Einsatz ihrer ganzen Persönlichkeit sich für diesen Zweck *rückhaltlos* und freudig einsetzen.

Mit der Ausschaltung dieser im vaterländischen Geiste freiwillig und überzeugt wirkenden Einflüsse aber, würde die innere Kraft und Geschlossenheit unseres Volkes auf das Äußerste gefährdet, und alle etwa als Gegenwirkung beabsichtigten Versuche, durch *künstliche* Stimmungsmache[3]) hiefür einen Ersatz zu bieten und die *öffentliche Meinung von regierungswegen zu galvanisieren*, müßten m. E. unbedingt scheitern.

Unter diesem Gesichtspunkte gesehen muß ich feststellen, daß die Rede des Herrn Reichskanzlers im Reichstage in der Sitzung vom 29. März[4]) zum Antrag auf Einsetzung eines Verfassungsausschusses von der bayerischen Presse nahezu einhellig einer wenig wohlwollenden Kritik unterzogen wurde und die Hoffnungen weitester Kreise enttäuscht hat.[5])

Ich würde es überaus beklagen, wenn an die *wirtschaftlichen* Belastungsproben unseres Volkes auch noch solche sehr tiefgehender Spannungen *innerpolitischer* Natur hinzutreten würden.

Daß die staatsrechtliche Würdigung, ob die Reform des preußischen Wahlrechts eine deutsche oder eine preußische Frage sei und demgemäß vor das Forum des deutschen Reichstages oder des preußischen Abgeordnetenhauses gehöre, sich meiner amtlichen Zuständigkeit als bayerischer Kriegsminister *entzieht*, ist selbstverständlich.[6])

[3]) Als in München der Verdacht aufkam, daß eine Reihe von Vortragsveranstaltungen zugunsten der Kriegsanleihe in der zweiten Hälfte des März 1917 zur Agitation gegen den Reichskanzler ausgenutzt werden sollte, schritt das Pressereferat des bayer. Kriegsministeriums sofort dagegen ein; vgl. das Telegramm des Gesandten Treutler vom 17. 3. 1917 an das Auswärtige Amt (PA Bonn Polit. Abt., Deutschland Nr. 122 Nr. 16, Bd. 8) und das Schreiben des bayer. Kriegsministeriums vom 18. 3. 1917 an die Veranstalter (BHStA IV München MKr, 11522).

[4]) Vgl. Nr. 272, Anm. 9.

[5]) In der dem bayer. Ministerpräsidenten vorgelegten Form des Schreibens lautete der Schluß des Satzes folgendermaßen: „Verfassungsausschusses, nach den nahezu einhelligen Äußerungen der bayer. Presse in der gesamten Öffentlichkeit keinen günstigen Eindruck gemacht hat." Laut eines Vermerkes wurde die Änderung vom bayer. Kriegsminister auf Grund einer telephonischen Besprechung des Referenten im Ministerium des Äußern mit Oberstleutnant Falkner v. Sonnenburg vorgenommen; BHStA II München, MA I, Nr. 961.

[6]) Am 21. 5. 1917 berichtete der Gesandte Treutler über ein Gespräch mit dem bayer. König an das Auswärtige Amt (PA Bonn Polit. Abt., Deutschland Nr. 122 Nr. 16, Bd. 8). Dabei bemerkte der König, daß die „innere Politik [des Reichskanzlers] die beste Möglichkeit böte, den Krieg siegreich zu Ende zu führen. Wenn er auch die preußische Wahlrechtsfrage als eine interne Angelegenheit Preußens ansehe, so sei doch das ganze Reich am Wohl und Wehe seiner Glieder und besonders der stärksten und bedeutendsten lebhaft interessiert." Vgl. auch den Bericht des Legationsrats Krafft v. Dellmensingen vom 15. 4. 1917 (BHStA II München, MA I, Nr. 945), nach dem Kronprinz Rupprecht die Notwendigkeit einer Wahlrechtsänderung anerkannte, jede Form einer Parlamentarisierung jedoch ablehnte, ebenso Rupprecht, Bd. 2, S. 127, 134.

Aber in meiner Eigenschaft als oberster Militärbefehlshaber des bayer. Besatzungsheeres empfinde ich es als Pflicht darauf hinzuweisen, daß der bisherige Verlauf der Verhandlungen zur Reform des preußischen Wahlrechtes, der auch im bayerischen Volke, wie wohl im ganzen übrigen Deutschland, mit größter Spannung verfolgt wurde, wenig geeignet erschien, in diesen Zeiten der höchsten Not den Geist des Volkes zu *beleben und zu erfrischen.*[7])

Sollten auch Euer Exzellenz sich mit den vorstehenden Gedankengängen einverstanden erklären können, so nehme ich nicht den geringsten Anstand, Euer Exzellenz zu ermächtigen, sie der Reichsleitung mit tunlichster Beschleunigung zugänglich zu machen.

von Hellingrath.

[7]) In der dem bayer. Ministerpräsidenten vorgelegten Form lautete der Satz: „Aber in meiner Eigenschaft als oberster Militärbefehlshaber des bayer. Besatzungsheeres empfinde ich es als Pflicht, darauf hinzuweisen, daß die Wirkungen der Erklärungen des Herrn Reichskanzlers m. E. nicht dazu geeignet erscheinen, den Geist des bayerischen Volkes zum freudigen Durchhalten in diesen Zeiten der höchsten Not zu *beleben und zu erfrischen.*" Vgl. Anm. 5.

276.

Telegramm des Reichskanzlers an den Legationsrat Freiherr v. Grünau zur Vorbereitung der Osterbotschaft und über die Notwendigkeit einer Ankündigung des gleichen Wahlrechts.[1])

4. 4. 1917. — PA Bonn Polit. Abt., Auswärtiges Amt Gr. Hauptquartier, Bd. 247, Entzifferung.

Für Exzellenz von Valentini. Auf Telegramm von heute nachmittag.[2])

Allerhöchster Erlaß wird so vorbereitet, daß er Ostersonntag veröffentlicht werden kann. Vor Sonnabend früh wird indes Allerhöchste Zustimmung kaum erbeten werden können. Nach meiner persönlichen Ansicht muß Erlaß das gleiche Wahlrecht ankündigen. Vage Zusicherungen würden nur den Streit verschärfen, ohne irgend jemand zu befriedigen. Dieser Ansicht ist auch Batocki und nach der inner- und äußerpolitischen Entwicklung der letzten Tage nunmehr auch Helfferich. Loebell spreche ich morgen früh.

Die politische Stellung Hindenburgs ist Ew. Exzellenz bekannt. Ludendorff hat sich Zimmermann gegenüber, der ganz meine Ansicht teilt, ziemlich ablehnend ausgesprochen. Die Ansichten der Militärs[3]) dürfen aber keinesfalls bestimmend

[1]) Zur Einordnung des Telegramms in den Zusammenhang der Vorbereitungen für die vom Kaiser am 4. 4. 1917 gewünschte „Osterbotschaft" vgl. Bergsträsser, S. 113 ff., besonders S. 135 ff. und S. 138 ff.

[2]) Der Kanzler antwortete auf ein um 2 Uhr Nm abgegangenes Telegramm, in dem die Reaktion des Kaisers auf den Brief des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes, v. Batocki, vom 1. 4. 1917 dem Reichskanzler mitgeteilt worden war. Zur Stellungnahme des Kaisers vgl. auch Müller, S. 271 f. (5. 4. 1917).

[3]) Wie sehr die Atmosphäre zwischen der Obersten Heeresleitung und dem Reichskanzler vergiftet war, dafür gibt Mertz v. Quirnheim in seinen Erinnerungen (vgl. Nr. 246, Anm. 1 und 3) ein wohl extremes Beispiel, das zwar nicht in einem direkten Bezug zur Wahlrechtsfrage

wirken, denn ich überzeuge mich mit jedem Tage mehr, daß der beabsichtigte Schritt eine unbedingte Notwendigkeit für die Stützung der Monarchie ist. Seine Majestät haben absolut Recht, nunmehr auf einen schnellen Entschluß zu drängen. Die Nachrichten, daß die Herabsetzung der Brotrationen zu unerfreulichen Vorgängen führen wird, mehren sich. *Nach* diesen Vorgängen ist der Schritt unmöglich.

Bethmann Hollweg.

steht, jedoch zeigt, wie die Politik und die Person des Reichskanzlers insgesamt beurteilt wurde. Im Anschluß an die Wiedergabe eines entsprechenden Briefauszuges vom 2. 3. 1917 schreibt er u. a.: „Es ist mir eine der größten Unbegreiflichkeiten gewesen und geblieben, daß der Generalfeldmarschall und General Ludendorff dieses Treiben auch bei unseren Mahlzeiten und dem anschließenden Zusammensein fast ohne jede Rücksicht auf anwesende deutsche Gäste und die bedienenden Ordonnanzen duldeten. Nur zweimal versuchte der Generalfeldmarschall nach meinem Erleben einen mäßigenden Einfluß. Das eine Mal als einer der Generalstabsmajore den Reichskanzler offen als ‚Schuften' bezeichnete. Da sagte der Feldmarschall zu mir gewendet: ‚Bockelberg (das war der Sünder!) scheint heute Nacht nicht gut geschlafen zu haben.' Das andere Mal rief eben dieser Herr aus: ‚Solch ein Reichskanzler gehört auf den Sandhaufen!' Da lautete die Entgegnung des Generalfeldmarschalls: ‚Sie haben gestern auf ihrem Cavallo die Bügel verloren, heute verlieren Sie die Zügel!' Damit war die Angelegenheit erledigt. Ich muß es aber im Interesse der übrigen Zuhörer ausdrücklich feststellen, daß diese beiden ungeheuerlichen Entgleisungen starkes Mißfallen erregten und daß man die ‚Milde' des Generalfeldmarschalls und Ludendorffs lebhaft bedauerte." Vgl. Nachlaß Mertz v. Quirnheim, Nr. 25.

277.

Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des preußischen Staatsministeriums. Stellungnahme des Kriegsministers zur Reform des preußischen Wahlrechts.[1])

5. 4. 1917, St. M. 1952. — PA Bonn Polit. Abt., Preußen Nr. 11 Geheim, Bd. 17, Abschrift.[2])

[...][3])

Der Herr **Kriegsminister** führte aus, daß er sich über die Technik der Wahlreform kein Urteil erlauben wolle. Wenn der Herr Ministerpräsident von gestürzten Thronen gesprochen habe, so glaube er doch darauf hinweisen zu sollen, daß die Könige von Belgien, Serbien und Montenegro von uns gestürzt seien und daß auch beim Sturze des Zaren der Krieg mitgewirkt habe. Das, was unsere Feinde gegen unsere inneren Zustände im antimonarchischen und -dynastischen Sinne anführten[4]), sei eben ein Kriegsziel der Feinde wie die anderen auch und

[1]) Vgl. hierzu Bergsträsser, S. 135 ff. und S. 141 ff.

[2]) Das Protokoll ist im Auszug abgedruckt in: Archivalische Forschungen 4/II, Nr. 24, S. 409 ff., dort auch die Liste der anwesenden Minister und Staatssekretäre.

[3]) Der Kriegsminister äußerte sich erst gegen Ende (S. 30 f.) der ausgedehnten Debatte, deren Protokoll 38 Schreibmaschinenseiten umfaßt. Vor dem Kriegsminister sprach sich Staatsminister Graf Roedern im Sinne Bethmann Hollwegs für die Annahme der vorgelegten Fassung der kaiserlichen Botschaft aus.

[4]) Vgl. Nr. 282.

werde sich ebenso wie die anderen Kriegsziele mit dem Ausgang des Kampfes erledigen. Die neuerlichen Unruhen seien durch Hunger entstanden und der werde durch ein Wahlrecht nicht beseitigt. Auch Herr Staatsminister Dr. Helfferich habe gesagt, daß die Mehrheit der Parteien gegen ein allgemeines Wahlrecht sei.[5]) Er frage sich daher, wohin es führen solle, wenn man den König dahin bringe, die Konservativen zu beseitigen, auf deren Wirken sich Preußen während zweier Jahrhunderte aufgebaut habe. Wenn ferner die zweite Kammer so demokratisch eingerichtet werde, wie jetzt vorgeschlagen sei, so scheine es ihm keineswegs gewährleistet, daß die erste Kammer so organisiert werden könne, wie man heute hoffe.[6]) Alle diese Fragen seien so unsicher, daß er sich für ihre Vertagung bis nach dem Kriege aussprechen müsse.[7]) Jetzt werde man an ihnen nichts ändern können und durch die beabsichtigte Kundgebung nur neuen Zündstoff anhäufen.[8])

[...][9])

[5]) Vgl. Archivalische Forschungen 4/II, Nr. 24, S. 415 ff. Im direkten Anschluß an die dort wiedergegebenen Ausführungen hatte Helfferich die ablehnende Haltung der Konservativen, Nationalliberalen und des Zentrums im preuß. Landtag skizziert, aber doch die Hoffnung geäußert, daß man Teile des Zentrums und der Nationalliberalen für ein modifiziertes Reichstagswahlrecht gewinnen könne.

[6]) In der Zusammenfassung des Ergebnisses der Sitzung wies Bethmann Hollweg diesen Zweifel zurück, da die Reform des Herrenhauses noch von dem bestehenden Abgeordnetenhaus beraten und verabschiedet werden würde.

[7]) Mit dieser Ablehnung befand sich der Kriegsminister in voller Übereinstimmung mit General Ludendorff; vgl. Müller, S. 272 (5. 4. 1917). Diese Äußerung Ludendorffs gelangte über Valentini am 6. 4. 1917 an den Reichskanzler; vgl. Bergsträsser, S. 136, Anm. 3. Am Nachmittag des 8. 4. 1917 ließ Ludendorff sich vom Staatssekretär Zimmermann ausdrücklich bestätigen, daß weder er noch Hindenburg auch nicht von Zimmermann über die Osterbotschaft orientiert worden seien; vgl. PA Bonn Polit. Abt., Preußen Nr. 3 Nr. 2, Bd. 5; vgl. auch Ludendorffs Brief an A. Wyneken vom 21. 4. 1917 in: Knesebeck, S. 159 f. Oberstleutnant Bauer bemerkte zu einem Artikel der „Frankfurter Zeitung" (Nr. 97 vom 8. 4. 1917) über die Osterbotschaft, in dem vom „mündigen Volk" die Rede war: „Das Volk ist nie mündig. Wer solchen Unsinn schreibt, kennt es nicht, lügt oder spekuliert auf Ausnutzung der Dummheit." Und zu dem Satz des Artikels: „Wir haben nicht den geringsten Zweifel, in welcher Richtung die Meinung unserer Krieger sich betätigen wird" schrieb er an den Rand: „Ich habe große Zweifel! Es kommt darauf an, ob wir ruhig zusehen, wie verhetzt wird." Die Osterbotschaft schien ihm ein Schritt auf dem Wege zur Republik zu sein. Vgl. Nachlaß Bauer, Nr. 17. Vgl. auch Nr. 276 und 281.

[8]) In der Sitzung des Staatsministeriums vom 6. 4. 1917 (vgl. den auszugsweisen Abdruck in: Archivalische Forschungen 4/II, Nr. 25, S. 417 ff., sowie PA Bonn Polit. Abt., Preußen Nr. 11 Geheim, Bd. 17) kam es dann zu der von Bergsträsser, S. 141 ff., ausführlich geschilderten Intervention des Kriegsministers gegen die im Entwurf der Osterbotschaft enthaltene Wendung „aus der Wehrmacht ein wahres Volksheer zu machen" und zu der außerordentlich geschickten Skizzierung des Widerstandes innerhalb des Offizierkorps gegen die Wahlrechtsreform durch Bethmann Hollweg, indem er nämlich in dieser Frage sowohl den Kaiser als auch die Mannschaften und Unteroffiziere gegen das Offizierkorps ausspielte. So kam es zu der einigermaßen überraschenden zweiten Erklärung des Kriegsministers: „er habe es für seine Pflicht gehalten, auf seine Bedenken gegen den Erlaß wegen seines möglichen Einflusses auf die Armee hinzuweisen. Das Offizierkorps und die Armee würden aber unter allen Umständen ihre Pflicht tun, so daß nachhaltig schädigende Wirkungen nicht zu befürchten seien. Er halte es auch für wünschenswert, daß Seine Majestät mit der Botschaft hervortrete."

[9]) Im Anschluß an den Kriegsminister sprach noch einmal der Innenminister.

278.

Schreiben der Oberzensurstelle an sämtliche Zensurstellen. Wahrung des Burgfriedens bei Erörterungen über die russische Revolution.[1])

5. 4. 1917, Nr. 22000 O. Z. — Archivalische Forschungen, Bd. 4/II, Nr. 23a, S. 406 f.[2])

In Berücksichtigung der anliegend übersandten Richtlinien Nr. 21994 II.[3]) empfiehlt es sich, folgende Maßnahmen zu treffen:

1. Die militärische Presseaufsicht ist gegenüber allen Versuchen, die Stimmung im Innern und den Burgfrieden zu stören, an allen Stellen mit ganz besonderer Sorgfalt durchzuführen und zwar bezüglich der Druckschriften jeder Richtung und Art.

2. Bei allen Generalkommandos pp. umgehend und in den kommenden Wochen wiederholt die leitenden Persönlichkeiten der Presse, Chefredakteure und Verleger, zu eingehender persönlicher Besprechung zu versammeln. Hierbei sind sie zur positiven Mitarbeit zu veranlassen.[4])

Es ist darauf hinzuweisen, daß der Burgfriede gerade auch bei Besprechungen der russischen Revolution und ihrer Rückwirkung auf die inneren deutschen Zustände strengstens zu wahren ist, nicht der sogenannten Neuorientierung halber[5]), sondern um den politischen *Streit* aus dem Heere und Volk fernzuhalten. Hiernach sind also alle Aufsätze, welche in verhetzender und gehässiger Weise aus den Vorgängen in Rußland (selbst auch nur in versteckter Form) darauf hinweisen, daß auch bei uns die Zustände einem ähnlichen Prozeß entgegenreiften, völlig unzulässig.[6]) Eine Beweis-

[1]) Vgl. die Aussprache hierüber in der Besprechung der Leiter der Zensurstellen am 4. 4. 1917, Nr. 70; sowie Fischer, S. 426 f.

[2]) Erwähnt auch bei Scheel, S. 7 f., und bei Koszyk, S. 35 f. Ein Exemplar des Schreibens und der Richtlinien (Anm. 3) befindet sich in: MGFA MA/RMA, Nr. 2356, XVII. 1. 5. 11, Bd. 4.

[3]) Vgl. Archivalische Forschungen, Bd. 4/II, Nr. 23 b, S. 407 ff.

[4]) Das stellv. Generalkommando des VIII. AK übersandte Schreiben und Richtlinien am 10. 4. 1917 an die örtlichen Zensurstellen und forderte sie auf, bis zum 1. 5. 1917 zu berichten, wann und wie oft sie derartige Besprechungen abgehalten haben; StA Koblenz 403, Nr. 14131. Das stellv. Generalkommando des X. AK beauftragte am 11. 4. 1917 die örtlichen Zensurstellen, die leitenden Persönlichkeiten der Presse vertraulich und mündlich von den Richtlinien in Kenntnis zu setzen. Das stellv. Generalkommando folgte bei der Instruktion der Zensurstellen nicht wörtlich, sondern nur sinngemäß dem vorliegenden Schreiben der Oberzensurstelle; StA Hannover Hann 122a, XXXIV, Nr. 336.

[5]) Vgl. hierzu Bergsträsser, S. 159, der auf den nachteiligen Einfluß der Richtlinien und entsprechender Zensurmaßnahmen für die Wirkung des Wahlrechtserlasses vom 7. 4. 1917 hinweist. Der Chef der Armeeabteilung I des bayer. Kriegsministeriums bezeichnete die Richtlinien in einer Aufzeichnung vom 6. 5. 1917 (vgl. Nr. 68, Anm. 2) als „überflüssig und politisch unzweckmäßig". Es sei allerdings auch nicht die von ihm befürchtete Verschärfung der Zensur oder eine negative Interpretation des Wahlrechtserlasses dadurch eingetreten.

[6]) In dem Bericht für den Monat März 1917 (vgl. Nr. 154, Anm. 1) schrieb das württ. Kriegsministerium: „Es ist nicht zu verkennen, daß die Nachrichten über die Rolle, welche in Rußland die Industriearbeiter in der Bewegung gespielt haben, auch auf die deutschen Arbeiter in der Richtung eingewirkt haben, daß sie glauben, ihren Einfluß sowohl auf den eigenen Fabrikbetrieb wie auf die politische Leitung erheblich ausdehnen zu können." Und das stellv. Generalkommando des IX. AK formulierte: „Der Wind hat den Unkrautsamen herübergetragen und er ist, dafür sprechen sichere Anzeichen, schon an vielen Stellen auf-

führung, welche bezweckt, nachzuweisen, daß die Nichtbetätigung der Regierung oder das Nichterfüllen gegebener Zusagen dazu führen könne, daß sich das Volk aus eigenem Willen, wie in Rußland, die erstrebten Freiheiten verschaffen oder erzwingen könne, wird immer scharfe Äußerungen Andersdenkender herbeiführen müssen und schließlich dazu ausarten, anderen Parteien bösen Willen unterzuschieben. Es ist kein Zweifel, daß der Burgfrieden bei einer solchen Betätigung der Presse nicht aufrechterhalten werden kann und daß die Rückwirkung nicht nur auf die Stimmung im Innern, sondern vor allem auch an der Front eine äußerst unerwünschte und vom militärischen Standpunkte nicht zu duldende ist.[7]) Immer unter der Begründung, daß wir nichts gegen sachliche Besprechungen der Vorgänge in Rußland haben, ist der Presse völlige Klarheit darüber zu geben, daß wir rücksichtslos durchgreifen werden, wo der Burgfrieden in dieser Beziehung gebrochen wird.

Andererseits ist mit Zensureingriffen bei strenger Durchführung der gegebenen Richtlinien zurückhaltend zu verfahren; Zensuranweisungen über die Art der Besprechung der russischen Revolution sind nicht zu geben. Die häufig wiederholte positive Aufklärung über die von uns erstrebten Ziele muß genügen. Hingegen ist bei jedem ernsten Verstoß gegen den Burgfrieden, wie er nach diesen Erläuterungen aufzufassen ist, von der Presseaufsicht einzugreifen. Um hierbei ein zu scharfes Zufassen zu vermeiden und eine verschiedenartige Handhabung in der großen Zahl der Zensurstellen auszuschließen, wird empfohlen, in zweifelhaften Fällen den fraglichen Artikel telegraphisch, telephonisch oder durch Fernschreiber an O. Z. zu übermitteln (soweit die Zeitungen dort nicht bereits vorhanden sind), und vor Zensureingriffen die Ansicht der Oberzensurstelle, welche umgehend mit den Zentralbehörden in Verbindung treten wird, abzuwarten.

Bei schweren Verstößen, deren sofortige Ahndung durch Verhängung der Präventivzensur oder Verbot des Erscheinens unbedingt erforderlich scheint, bleibt es den Generalkommandos selbstverständlich unbenommen, ohne vorherige Anfrage sofort energisch durchzugreifen. Den Leitern der Presseabteilungen wird hiernach klar sein, daß sie bei zielbewußtem Vorgehen die Zentralbehörden hinter sich haben werden, andererseits aber, daß sie jede kleinliche Handhabung der Zensur vermeiden müssen.

I. A.
v. Olberg.

---

gegangen. Unterdrücke man einen weiteren Aufgang früh genug! Vorläufig hat das Belagerungsgesetz noch Gültigkeit und wirkt schützend. Gibt die Regierung, in dem Glauben durch Nachgiebigkeit nützen zu können, den Wünschen gewisser Kreise nach, so wird ein Einsehen zu spät kommen."

[7]) Der Oberpräsident der Rheinprovinz erhielt am 21. 5. 1917 vom stellv. Generalkommando des VIII. AK folgende vertrauliche Mitteilung für die Presse (StA Koblenz 403, Nr. 14132): „Es ist verboten, daß bis auf Weiteres über die Zersetzung des russischen Heeres in der deutschen Presse Nachrichten oder Erörterungen erscheinen, da eine derartige Auffassung [sic!] weder im Inlande noch im Auslande in unserem Interesse liegt."

279.

Schreiben des Chefs des Generalstabes des Feldheeres an den preußischen Kriegsminister betr. Verhinderung der Teilnahme deutscher Sozialisten an dem internationalen Sozialistenkongreß im Haag.[1])

7. 4. 1917, Gr. Hauptquartier, M. J. Nr. 18535 P., Geheim! — PA Bonn Nachr. Abt., Deutschland 9, Bd. 3, Abschrift.[2])

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Sozialisten der Entente-Staaten Anstrengungen machen, um auf ihre Regierungen Einfluß zu baldiger Beendigung des Krieges zu gewinnen. Die Entente-Regierungen sehen sich bereits veranlaßt, Rücksicht auf die Zunahme der sozialistischen Arbeiterbewegung zu nehmen. Die französische und englische Regierung — letztere entgegen ihrer bisher schroff abweisenden Haltung — scheinen entschlossen zu sein, die Beschickung des internationalen Sozialistenkongresses zuzulassen, der im Laufe des April im Haag zusammentreten soll. Der Kongreß soll die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen zustande bringen. Man hofft, daß er auch von deutschen Vertretern besucht und Gelegenheit gegeben wird, die deutschen Sozialisten dahin zu bringen, daß auch sie auf den Weltfrieden und die Freiheit der Völker hinarbeiten sollen. Man will hierzu die Drohung benutzen, daß die demokratischen Entente-Staaten mit der jetzigen, absoluten, deutschen Reichsleitung und dem Hause Hohenzollern niemals in Friedensverhandlungen eintreten würden.

Die Gefahr, die hieraus für Deutschland und im Besonderen für den Geist des Heeres erwachsen würde, liegt auf der Hand. Sie muß vereitelt werden, wenn sie uns nicht um einen gesicherten Frieden bringen soll.

Aus militärischen Gründen halte ich es daher für erforderlich, daß

1. ein Besuch des Kongresses durch deutsche Sozialisten verhindert wird[3]),

---

[1]) Nach Olga Hess Gankin, H. H. Fischer, The bolsheviks and the world war. The Origin of the Third International (The Hoover Library on War, Revolution and Peace 15), Stanford 1960, S. 573 f., hatten die amerikanischen Sozialisten Anfang Januar 1917 den Vorschlag eines derartigen Kongresses im Haag gemacht; die Mehrzahl der interessierten sozialistischen Parteien sprach sich jedoch von vornherein für Stockholm aus.

[2]) Hat dem Reichskanzler am 9. 4. 1917 vorgelegen (vgl. den letzten Abschnitt der Vorlage).

[3]) Der Reichskanzler sprach sich in einem längeren Schreiben vom 11. 4. 1917 (Entwurf mit eigenhändigen Korrekturen Bethmann Hollwegs in: PA Bonn Nachr. Abt., Deutschland 9, Bd. 3, dort auch die weiter unten erwähnte Aktennotiz vom 11. 4. 1917) an den preuß. Kriegsminister gegen derartig rigorose Maßnahmen aus. „Wie wir uns im vorliegenden Falle zu stellen haben werden, wird noch näher zu prüfen sein, wenn über Zeitpunkt, Ort und Programm des Kongresses genauere Mitteilungen vorliegen. Schon jetzt aber möchte ich meine Meinung dahin aussprechen, daß die zur Vermeidung etwaiger Schädigungen in Aussicht genommenen Maßnahmen Gefahren im Gefolge haben würden, die weit größer sind als die durch Teilnahme am Kongreß etwa zu befürchtenden Unzuträglichkeiten." Im preuß. Kriegsministerium waren die Meinungen in dieser Frage geteilt, wie aus einer Aktennotiz vom 11. 4. 1917 hervorgeht. Der Chef der Presseabteilung, Major Grau, hielt die Maßnahmen für unzweckmäßig, während der Bearbeiter, ein Hauptmann Pfaff, im Allgemeinen Kriegsdepartement unter Oberst v. Wrisberg der Ansicht Ludendorffs zuzustimmen schien. Der Standpunkt des Reichskanzlers setzte sich jedoch durch; am 20. 4. 1917 wurde das württ. Innenministerium vom

2. die Ergebnisse des Kongresses bei uns nicht propagiert werden,
3. die deutsche Arbeiterschaft aufgeklärt wird über die gegenwärtige Gesamtlage, die Nöte der feindlichen Länder und die wahren Absichten unserer Gegner.

Ich bin überzeugt, daß eine rechtzeitige, rückhaltlose Aufklärung, die sich nicht scheut, die Ziele des internationalen Sozialismus und seine Gefahren für die Zukunft des deutschen Vaterlandes aufzudecken, volles Verständnis im deutschen Volke finden wird.

Ich bitte Euere Exzellenz, in diesem Sinne bei dem Herrn Reichskanzler vorstellig zu werden. Einen Aufschub verträgt bei dem baldigen Zusammentritt des Kongresses die Angelegenheit nicht.

I. A.
gez. Ludendorff.

Auswärtigen Amt unterrichtet, daß „Anträge von Deutschen auf Ausstellung des Sichtvermerks zu einer Reise in das Ausland [...] stets dann der Paßzentrale beim stellvertr. Generalstab [...] zur Stellungnahme vorzulegen" seien, „wenn anzunehmen ist, daß die Reise zu politischen Zwecken erfolgt". Eine derartige Vermutung bestehe immer dann, „wenn der Antragsteller ein Sozialdemokrat" sei. StA Ludwigsburg E 150—153, Nr. 2051, Bd. 2. Damit war ein generelles Verbot umgangen worden. Am 29. 4. 1917 erhielt Staatssekretär Zimmermann sogar die Zustimmung des preuß. Innenministers und des Kriegsministers zu einer am 30. 4. 1917 abzugebenden Erklärung im Hauptausschuß des Reichstags, wonach keine Bedenken gegen die Erteilung von Pässen an Mitglieder der USPD-Fraktion zur Reise nach Stockholm bestünden. In der entsprechenden Aufzeichnung (PA Bonn Nachr. Abt., Deutschland 9, Bd. 3) heißt es interessanterweise: „Exzellenz Ludendorff habe geantwortet, daß er mit dieser Angelegenheit nichts zu tun habe." Vgl. L'Allemagne et les problèmes de la paix pendant la première guerre mondiale, hrsg. von A. Scherer und J. Grunewald, Bd. 2, Paris 1966, Nr. 95, 99 und 102. Am 25. 5. 1917 wies schließlich der stellv. Generalstab sämtliche Postüberwachungsstellen an, sozialistische Schriften und Aufforderungen, „die eine Beeinflussung der auswärtigen Politik bezwecken", und deren Einfuhr nach Deutschland aus Anlaß des Stockholmer Kongresses wohl versucht werden würde, anzuhalten und sofort dem stellv. Generalstab vorzulegen; MGFA MA/StO, Nr. 1573, VII. 5. 7, Bd. 3. Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Aufzeichnung des bayer. Kriegsministers v. Hellingrath vom 20. 4. 1917 (BHStA II München, MA I, Nr. 961), in der er sich aus militärischen und politischen Gründen für einen raschen Frieden der Verständigung mit Rußland aussprach.

„Ich kenne und teile das Mißbehagen über den Umstand, daß anscheinend Verhandlungen über die Friedensfrage durch die internationale Sozialdemokratie angebahnt sind und geführt werden, und glaube zu wissen, daß Kräfte am Werk sind, um diesen Bestrebungen entgegenzuarbeiten. Man sollte aber das Gute nehmen, woher es kommt! Solange nicht die konstituierende Versammlung in Rußland eine vertragsfähige Regierung geschaffen haben wird, kann es sich nur um Vorverhandlungen handeln. Wer dabei Unterhändler ist, kann nicht ausschlaggebend sein. Jedenfalls dürfen die einmal angeknüpften Beziehungen nicht aus unsachlichen Gründen heraus gestört werden."

280.

Schreiben des stellv. Generalkommandos des XI. AK an sämtliche Zensurstellen. Unterrichtung über die für den Gründungsparteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands[1]) getroffenen Zensurverfügungen.

8. 4. 1917[2]), Kassel, I c. Nr. 3259/17. — MGFA MA/Adm, Nr. 2412, P 18, Bd. 4, vervielfältigtes, eigenhändig vollzogenes Exemplar.

Den Veranstaltern der zurzeit in Gotha tagenden „Osterkonferenz der sozialdemokratischen Opposition" ist auferlegt worden, alle Zeitungsberichte über die Konferenz dem stellv. Generalkommando zur Vorprüfung vorzulegen. Um auch Berichte von anderer Seite zu erfassen, sind die Zeitungen des Korpsbezirks angewiesen worden, alle derartigen Veröffentlichungen zur Vorprüfung vorzulegen.

Eine gleiche Maßnahme für den dortigen Befehlsbereich wird anheimgestellt.[3])

Von seiten des stellv. Generalkommandos
Der Chef des Stabes
Frhr. von Tettau
Oberst.

[1]) Vgl. hierzu Dokumente und Materialien II/1, Nr. 205 ff., S. 594 ff.; E. Prager, Geschichte der USPD. Entstehung und Entwicklung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin 1921, S. 143 ff.; Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 2, S. 670 ff.

[2]) Bei der Presseabteilung des Admiralstabes eingegangen am 10. 4. 1917.

[3]) Das stellv. Generalkommando des VIII. AK erließ am 10. 4. 1917 eine entsprechende Verfügung; StA Koblenz 403, Nr. 14131. Das stellv. Generalkommando des XI. AK verbot am 11. 4. 1917 „bis zur Stellungnahme der Berliner Zentralstellen" die Veröffentlichung des Manifestes der Gothaer Osterkonferenz und teilte dies sämtlichen Zensurstellen mit; MGFA MA/Adm, Nr. 2412, P 18, Bd. 4. Das preuß. Kriegsministerium teilte am 27. 4. 1917 dem Reichsamt des Innern das Veröffentlichungsverbot — ohne den zitierten Zusatz — mit und fügte hinzu: „Das Verbot ist hauptsächlich aus dem Grunde erfolgt, weil durch die Veröffentlichung die gegenwärtige gespannte Stimmung, die schon durch die Streiks zum Ausdruck kommt, noch verschärft werden könnte. Auch ist anzunehmen, daß das Manifest in großem Umfang als Flugblatt Verbreitung finden würde." Das Reichsamt des Innern setzte die bundesstaatlichen Regierungen am 5. 5. 1917 von dem Schreiben des preuß. Kriegsministeriums in Kenntnis; StA Ludwigsburg E 150—153, Nr. 2051, Bd. 2. Vgl. auch Nr. 290, 298 und 303.

281.

Brief des Legationsrats Freiherr v. Grünau an den Reichskanzler über die Reaktionen im Gr. Hauptquartier auf die Osterbotschaft.[1])

11. 4. 1917, Homburg. — PA Bonn Polit. Abt., Weltkrieg Nr. 2 geheim, Bd. 32, handschriftl. Ausfertigung.

Hochzuverehrender Herr Reichskanzler!

Euere Exzellenz sind vom Großen Hauptquartier aus über die interessante

[1]) Vgl. den Text der sog. Osterbotschaft bei Huber, Dokumente, Bd. 2, S. 467 f., vgl. auch Nr. 275—77.

Episode bei der Südarmee[2]) informiert worden. Der Kaiser hat mir gestern Abend nach seiner Rückkehr aus Kreuznach sehr lebhaft von dieser Sache erzählt. Danach soll die letzte Rede Euerer Exzellenz im Reichstag[3]), namentlich aber der Ostererlaß einen außerordentlichen Eindruck auf die Russen gemacht haben. Der die Deputation führende Unteroffizier, der den als Parlamentär vorausgesandten Offizier bei den weiteren Verhandlungen ganz in den Hintergrund gedrängt habe, soll unter Hinweis auf die Rede gesagt haben, daß die neue Regierung sie genauso belüge wie die alte. Der Kaiser spann den Faden in der üblichen Weise weiter und schilderte sehr dramatisch, wie sich die weitere Entwicklung vollziehen könne.[4]) Immerhin ist nicht von der Hand zu weisen, daß der Zwischenfall symptomatisch von Bedeutung ist und er gewisse Hoffnungen auf eine Lösung erweckt, an die man bisher nicht denken konnte, vorausgesetzt, daß diese Stimmung die Oberhand gewinnt. Heute wird gemeldet, daß es hinter der russischen Front gegenüber der 10. Armee sehr lebhaft zugeht und daß auch dort russischerseits Anbiederungsversuche gemacht werden.

Interessant für Euere Exzellenz ist der Umstand, daß nach der Schilderung des Kaisers gerade der Ostererlaß einen so gewaltigen Eindruck gemacht hat, was seitens der O.H.L., wie mir Lersner sagte, Euerer Exzellenz gegenüber verschwiegen worden sei. Daß sich die Südarmee tatsächlich in diesem Sinne geäußert hat, hat mir Lersner bestätigt, der es aus anderer Quelle erfahren hat. Hier schweigt man sich über den Ostererlaß aus[5]); der Kaiser selbst ist aber ganz Feuer und Flamme und liest die ausländischen Pressestimmen (Schweiz) mit großer Befriedigung und zum Ärger zuhörender Spitzen vor. Exzellenz v. Valentini hofft aber allmählich Exzellenz v. Lyncker bekehren zu können. Der Kaiser ist dieser Tage *sehr* nervös. Die Schlacht von Arras[6]) beschäftigt

[2]) Vgl. Müller, S. 274 (11. 4. 1917), und die zusammenfassende Darstellung der örtlich beschränkten Verhandlungen in: Weltkrieg, Bd. 12, S. 488 f. und S. 494.

[3]) Vgl. Nr. 272, Anm. 9.

[4]) Vgl. hierzu auch die Aufzeichnung über ein Telefongespräch des Legationssekretärs Frhr. v. Lersner mit dem Auswärtigen Amt am 12. 4. 1917, in: Germany and the Revolution in Russia 1915—18, hrsg. von Z. A. B. Zeman, London 1958, Nr. 44, S. 45.

[5]) Oberst Mertz v. Quirnheim (vgl. Nr. 246, Anm. 1 und 2) schrieb in einem Brief am 8. 4. 1917: „Die Erregung über die ‚Osterbotschaft des Kaisers' betreffend die zukünftige Entwicklung des preußischen Parlamentarismus ist hier ziemlich groß. Du kennst ja die ‚konservative Richtung' die hier sehr laut von manchen vertreten wird. Wir Süddeutsche verstehen das ja gar nicht, können eben nicht in jedem Abgeordneten ein[en] Untertan sehen. Ich bedauere eigentlich den Zeitpunkt der Kaiserlichen d. h. ‚Königlichen Botschaft' und zwar deswegen, weil man natürlich behaupten wird, sie sei unter dem Druck der russischen Revolution geboren." Nachlaß Mertz v. Quirnheim, Nr. 25. Vgl. auch die Eintragungen bei Müller, S. 273 ff.; Ludendorff, Kriegserinnerungen, S. 355 f.; Gallwitz, S. 181. Valentini berichtete dem Reichskanzler am 9. 4. 1917 (PA Bonn Polit. Abt., Auswärtiges Amt Gr. Hauptquartier, Bd. 247), daß der Kronprinz, den er wegen der Osterbotschaft aufgesucht hatte, „außer einigen landläufigen Einwendungen kein[en] Widerspruch von Belang" erhoben habe. Auch der Chef des Stabes, Oberst Graf v. d. Schulenburg, verhielt sich während des Vortrags des Kabinettschefs „offenbar zustimmend". Zur Einstellung des Gr. Hauptquartiers vermerkte Valentini am Schluß des Telegramms: „Umgebungen [des Kaisers] nach wie vor ablehnend." Vgl. Bergsträsser, S. 153 sowie Nr. 283.

[6]) Beginn der alliierten Frühjahrsoffensive am 9. 4. 1917, vgl. Weltkrieg, Bd. 12, S. 212 ff.

ihn sehr stark. Außerdem soll er sehr viel schreiben, als ob er eine Niederschrift über den Ostererlaß macht.

Wie ich höre, ist General von Nagel beim Kronprinzen Rupprecht wegen des englischen Einbruches geköpft worden. Das wäre wirklich sehr schade, würde aber durchaus den Traditionen entsprechen.

Hier ist es immer noch sehr kalt, gestern Abend Schneesturm, heute Nachm. 4° Kälte.

Die Kaiserin reist morgen früh nach Berlin; es heißt, daß sie in einer Woche wieder zurück sein wird.

Ich habe die Ehre zu sein

Euerer Exzellenz
gehorsamst ergebener
v. Grünau.

282.

Schreiben des Chefs des Generalstabes des Feldheeres an den preußischen Kriegsminister betr. Maßnahmen gegen die feindliche antimonarchische Propaganda.[1])

12. 4. 1917, Gr. Hauptquartier, M. J. Nr. III b 21 IV., Geheim! — PA Bonn Nachr. Abt., Deutschland 13, Bd. 1, Abschrift.[2])

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die feindlichen Mächte dem Krieg gegen Deutschland und seine Verbündeten eine weltgeschichtliche Deutung zu geben bestrebt sind, als handle es sich um einen Kampf[3]) freiheitlich regierter Völker gegen die angeblich unter der Staatsform veralteter Monarchie geknechteten Völker der Mittelmächte. Die russische Revolution und die Begründung der Kriegserklärung Amerikas[4]) haben dieser von unseren Feinden gepflegten Tendenz neue Nahrung und Werbekraft gegeben.

Neben der Verwertung dieser Tendenz bei den Neutralen und den eigenen Völkern

[1]) Vgl. hierzu Nr. 267 und 268, insbesondere Anm. 5.

[2]) Abdruck bei Thimme, S. 248 f., sowie Archivalische Forschungen 4/II, Nr. 34, S. 433 f. Das preuß. Kriegsministerium übersandte am 22. 5. 1917 eine Abschrift des Schreibens an die Reichskanzlei, das Auswärtige Amt, das Reichsamt des Innern, den preuß. Innenminister sowie den Kultusminister und die Chefs des Militär- und Zivilkabinetts. Gleichzeitig lud das Kriegsministerium zu einer kommissarischen Besprechung am 25. 5. 1917 ein. Vgl. hierzu Nr. 326. — Das Reichsmarineamt, das vom preuß. Kriegsministerium eigenartigerweise nicht unterrichtet wurde und an der Besprechung am 25. 5. 1917 auch nicht teilnahm, übersandte am 2. 8. 1917 nach dem Auftreten der ersten Befehlsverweigerungen auf der Flotte (vgl. Nr. 375) eine Abschrift der Vorlage an die Kommandobehörden der Marine. Das Reichsmarineamt bat, ihm zu gegebener Zeit mitzuteilen, „ob und wie sich die in Frage stehende feindliche Einwirkung bemerkbar macht". Dazu die Marginalie von unbekannter Hand: „hat es schon stark getan". Vgl. MGFA MA/KdH, Nr. 3300, A. 1. Gg. XI a.

[3]) Von hier an ist der Satz in der Vorlage von Empfängerseite unterstrichen. Der Absatz ist durch einen senkrechten Bleistiftstrich am Rande insgesamt hervorgehoben.

[4]) Vgl. hierzu die Botschaft Wilsons an den Kongreß vom 2. 4. 1917, Schulthess 1917/II, S. 875 ff., Hoffmann, Bd. 1, S. 164 (6. 4. 1917), sowie K. L. Selesnjow, Die Propaganda der kriegführenden Staaten an der russischen Westfront unter den gegnerischen Truppen in den Jahren 1914—1917, in: Zeitschrift für Militärgeschichte, 7. Jg. (1968), S. 58 ff.

unternehmen es unsere Feinde, auch auf die Völker der Mittelmächte[5]) in antimonarchischem Sinne einzuwirken, wohl wissend, daß sie damit die Grundlage ihres geschichtlichen Werdens und ihres staatlichen Aufbaues treffen und ihre Widerstandskraft jetzt und in der Zeit des friedlichen Wiederaufbaues erschüttern können.

Ich lasse durch eine besondere Stelle in meinem Stabe diese Vorgänge verfolgen. Während schon seit einiger Zeit an der Ostfront Versuche, auf unsere Truppen in antimonarchischem Sinne einzuwirken, an zahlreichen Stellen festzustellen waren und auch Anzeichen dafür vorhanden sind, daß vom neutralen Ausland aus Versuche gegen das Volk in der Heimat vorbereitet werden, ist in den ersten Tagen des April auch an der Westfront der erste Beweis derartiger feindlicher Unternehmungen gegen die Widerstandskraft unseres Heeres erbracht worden.

Die anliegende Gedichtsammlung „Sturmläuten" ist von einem feindlichen Flieger auf Bahnhof St. Quentin in mehreren Exemplaren abgeworfen worden.[6])

Wenn auch ein Zweifel in die Treue des deutschen Volkes nicht berechtigt ist, so haben die feindlichen Unternehmungen doch schon erwiesenermaßen einen Umfang angenommen, daß wir vor ihnen nicht die Augen verschließen dürfen. Es handelt sich dabei nicht um schwebende innerpolitische Fragen[7]), sondern nur um die Erhaltung[8]) des persönlichen Verhältnisses unseres Volkes zu unserem Allerhöchsten Herrn.[9]) Es müssen Maßregeln ergriffen werden, daß die vom Feind organisierte Vergiftung der Volksseele verhindert oder bekämpft wird.

Der Weg, wie dies zu erreichen ist, bedarf eingehender Erwägung. Entschlüsse müssen aber ohne Zeitverlust gefaßt werden. Dabei halte ich es für zweckmäßig, die Maßnahmen in der Heimat mit denen beim Feldheer in Einklang zu bringen.[10])

Euer Exzellenz bitte ich, sich dieser Frage annehmen zu wollen.[2]) Bei Fortführung der Angelegenheit bitte ich, die Oberste Heeresleitung in Bezug auf das Feldheer zu beteiligen.

I. A. gez. Ludendorff.

[5]) Die vorangehenden drei Worte sowie die Worte „Neutralen" und „eigenen" sind in der Vorlage von Empfängerseite durch Unterstreichung hervorgehoben.

[6]) Vgl. hierzu Thimme, S. 120 f.

[7]) Vgl. hierzu Nr. 326 a, insbesondere die Bemerkungen des Majors Nicolai.

[8]) Von hier bis zum Schluß des Absatzes in der Vorlage von Empfängerseite unterstrichen.

[9]) Vgl. hierzu Nr. 251.

[10]) Der Absatz ist in der Vorlage durch einen senkrechten Bleistiftstrich am Seitenrande hervorgehoben.

283.

Auszug aus einem Brief des Generalleutnants Wild v. Hohenborn an seine Frau. Beurteilung der innenpolitischen Entwicklung.

13. 4. 1917, Buzancy. — Nachlaß Hohenborn, Nr. 4, handschriftlich.

[. . .][1])

Was uns sonst bewegt, deutest Du in der Schilderung der Unterhaltung mit Döring an. Ich bin ganz geknickt.[2]) Ja, wenn das ein freies Geschenk wäre; aber

[1]) Anfang und Schluß des Briefes enthalten Mitteilungen familiären Charakters.

[2]) Vgl. dagegen die Stellungnahme von Oberst Max Hoffmann, der für die Gewährung des Reichstagswahlrechts für Preußen eintrat, Müller, S. 276 (17. 4. 1917), sowie Marwitz, S. 228.

B[ethmann] H[ollweg] kommt ja stets zu spät. Erst die Revolution in Rußland und dann der Verfassungsausschuß[3]) — und *dann* die Ostergabe.[4]) Der arme Kaiser ist nicht gut beraten. Und wie soll das alles enden?! Es ist ein Glück, daß ich aus der Regierung raus bin; es hätte Konflikte über Konflikte gegeben, äußere und innere. — Was ich sonst noch auf dem Herzen habe, darf ich nicht schreiben. Und trotzdem glaube ich noch an ein gutes Ende. Der liebe Gott geht solche Wege und sone; die Revolution in Rußland ist uns eine gar nicht abzumessende Hülfe, und der neulich bei mir gewesene Admiral Koch[5]) hat mir bewiesen, daß die U-Boote wirklich so arbeiten, wie wirs erwartet hatten. Wenn das früher gekommen wäre! aber wir kommen eben stets zu spät. — Der Kriegsminister wird nach dem Kriege auch einen sehr schweren Stand haben, wenn die Linke weiter so erfolgreich fordert wie bisher. Welche Fülle von schwierigen Fragen wird da auftauchen! Gott gebe, daß er fest bleibt; aber leicht wirds nicht sein, da die Regierung doch homogen sein muß und der allgemeine Kurs der Erhaltung des bewährten weiß Gott nicht dient. Glücklicher Weise steht in der Osterbotschaft, das bisherige Volksheer solle *erhalten* bleiben.[6]) Ein Volksheer waren wir vor dem Kriege und wollen es bleiben, ja noch mehr werden; aber wenns an die Kommandogewalt, an Ehrengerichte, Disziplinarsachen, Entlassungsrecht — ja Ernennungsrecht und manches andere gehen sollte, kurz wenn das kaiserliche Heer zum Parlamentsheer herabzusinken drohen sollte, dann kann nur ein neuer Bismarck und ein neuer Roon helfen. Hoffentlich sehe ich zu schwarz.

[...][1])

[3]) Der Reichstag hatte in seiner Sitzung vom 29. 3. 1917 mit sehr großer Mehrheit die Einsetzung eines Verfassungsausschusses beschlossen, vgl. Sten. Berichte, Bd. 309, S. 2932 f.

[4]) Oberst Mertz v. Quirnheim vertrat dieselbe Ansicht (vgl. Nr. 281, Anm. 5), ebenso Generaloberst v. Einem, vgl. Einem, S. 287.

[5]) Vizeadmiral R. Koch, Stellv. Chef des Admiralstabes der Marine.

[6]) Vgl. hierzu Nr. 277, Anm. 8.

284.

Auszüge aus einem Bericht des Chefs der Presseabteilung des Admiralstabes an den Chef des Stabes des Oberbefehlshabers der Ostseestreitkräfte betr. die politische Lage.

17. 4. 1917, Streng vertraulich! — MGFA MA/OdO, Nr. 1139, D. V. O. 1, Bd. 1, Ausfertigung.[1])

Hochzuverehrender Herr Admiral![2])

In Beantwortung der heutigen telephonischen Anfrage in Eile kurz Folgendes:

Die augenblickliche Lage wird meines Erachtens beherrscht von

1. der russischen Revolution,

[1]) Die Ausfertigung trägt die Paraphe des Oberbefehlshabers, des Großadmirals Heinrich Prinz von Preußen, sowie der vier Admiralstabsoffiziere des Stabes.

[2]) Kontreadmiral L. v. Uślar.

2. der Offensive im Westen,

3. der Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber den noch Neutralen.

Zu 1. Viel mehr, als was in den Zeitungen steht, weiß man auch hier nicht. Das ist bei dem natürlichen Tohuwabohu einer Revolution, aus der sich noch keine neue Führung in so kurzer Zeit herausentwickeln kann, nicht überraschend. Auf alle Fälle schreitet bis jetzt die innerpolitische und militärische Zersetzung weiter fort. An der Ostfront herrscht so gut wie allgemeiner Waffenstillstand. So richtig es meines Erachtens ist baldmöglichst mit Rußland zu einem Sonderfrieden zu kommen, so ernst sind die Gefahren eines sozialistischen Friedens, besonders im Hinblick auf die allgemeine innerpolitische und äußerpolitische Rückwirkung. Die viel angegriffene kürzliche Auslassung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung[3]) war übrigens eine hoch-staatspolitische Aktion und nicht etwa nur das Produkt der Presse-Abteilung des Auswärtigen Amts.

[...][4])

Die Führer unserer gemäßigten Sozialdemokraten und unter ihnen besonders die Gewerkschaftsführer haben sich in der 16.-April-Frage[5]) sehr verständig benommen und trotz anfänglicher Befürchtungen auch im Großen und Ganzen vollen Erfolg mit ihren Bemühungen für die Aufrechterhaltung der Ordnung erreicht.[6]) Jedenfalls ist hier in Berlin der gestrige Tag und noch mehr der heutige durchaus harmlos verlaufen.[7]) Man hat sich hier und da versammelt und einige halbwüchsige Burschen haben auch einige Ladenfenster eingeschlagen.

Weit bedenklicher wie der Unwille der Bevölkerung über die Nahrungsmittelfrage, der leider in vieler Richtung eine große Berechtigung hat, scheint mir aber das Überhandnehmen des Friedens-Geredes zu sein. Dies nicht nur wegen der Rückwirkung auf das Ausland und unsere militärische und politische Stellung, sondern auch wegen des Einflusses des fortgesetzten Gedankens an die Friedensmöglichkeiten auf die Stimmung und die Nerven des Volkes und schließlich vielleicht sogar der Front. Diese Frage ist um so ernster, als infolge der russischen Revolution und der Friedensmöglichkeit mit Rußland die Sozialisten als Friedensbringer erscheinen und natürlich mit allen Mitteln daran arbeiten, diesen Eindruck zu verstärken.

Mit[8]) gehorsamsten Grüßen und der Bitte um eine untertänige Empfehlung an Seine Königliche Hoheit bleibe ich

Herrn Admirals sehr ergebener
K. Boy-Ed.

---

[3]) Vgl. die Wiedergabe des Artikels vom 15. 4. 1917, in dem die Verständigungsbereitschaft mit Rußland betont wurde, in: Schulthess 1917/I, S. 406 f.

[4]) In der Vorlage folgen die Ausführungen zu Punkt 2 und 3 der o. a. Disposition.

[5]) Es handelt sich hierbei um die mit der Herabsetzung der Mehlration zum 15. 4. 1917 (vgl. Nr. 274, Anm. 4) verbundenen Befürchtungen eines möglicherweise sich ausdehnenden Streiks. Daß Kapitän z. S. Boy-Ed vom 16. 4. 1917 spricht, hängt wohl damit zusammen, daß der 15. 4. 1917 ein Sonntag war.

[6]) Am 13. 4. 1917 hatten entsprechende Verhandlungen zwischen den amtlichen Stellen und den Gewerkschaftsführern stattgefunden; vgl. Feldman, S. 336 f. Vgl. auch Müller, S. 275 (14. 4. 1917).

[7]) Zum Verlauf des Streiks vgl. Nr. 289.

[8]) Die Schlußformel in der Vorlage eigenhändig.

285.

Telegramm des Legationsrats Freiherr v. Grünau an das Auswärtige Amt. Protest des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg gegen die Veröffentlichung der Kriegszielresolution der Sozialdemokratischen Partei.

21. 4. 1917, Gr. Hauptquartier, Nr. 556. — PA Bonn Polit. Abt., Weltkrieg Nr. 2 Geheim, Bd. 33, Abschrift.

Für Herrn Reichskanzler.

Im Anschluß an Telegramm Nr. 548.[1])

Feldmarschall von Hindenburg läßt mitteilen:

„Erfahre soeben Inhalt der von sozialdemokratischer Presse veröffentlichten sozialdemokratischen Resolution.[2]) Die einer solchen Veröffentlichung entgegenstehenden Interessen der Kriegführung haben bei den Verhandlungen der Parteiführer mit der politischen Reichsleitung anscheinend keine Würdigung gefunden.[3])

Die Verbreitung der Resolution jetzt durch Verbot einzudämmen, halte ich für unangebracht und zwecklos. Unter erneutem Hinweis auf die Interessen der Kriegführung bitte ich Euere Exzellenz, mich mit Auskunft zu versehen, wie Euere Exzellenz der Wirkung der Resolution auf das Heer und die Rüstungsarbeiter, an sich, und im Hinblick auf die zu erwartenden Gegenäußerungen anderer Parteien Rechnung zu tragen gedenken.“[4])

gez. Grünau.

---

[1]) Liegt nicht vor.

[2]) Vgl. hierzu Schulthess 1917/I, S. 419 f., ferner Quellen I/3, Bd. 2, Nr. 439, S. 251 ff., und Quellen I/4, S. 225 f. Die Resolution, beschlossen auf der gemeinsamen Sitzung des Parteiausschusses und des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei am 19. 4. 1917, forderte die sofortige Beseitigung aller Ungleichheiten der Staatsbürgerrechte in Deutschland, begrüßte „mit leidenschaftlicher Anteilnahme den Sieg der russischen Revolution“ und trat für einen Frieden ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen ein. Vgl. hierzu auch die Aufzeichnung des Majors Nicolai über seine Aussprache mit den Vertretern des Presseausschusses der Pressebesprechungen am 29. 4. 1917 (Nachlaß Bauer, Nr. 11).

[3]) Mit einem Schreiben vom 4. 5. 1917 (PA Bonn Polit. Abt., Auswärtiges Amt Gr. Hauptquartier, Bd. 246), dessen Anlagen nicht vorliegen, stellte der Reichskanzler im Gegenteil fest, daß alles geschehen sei, um die Veröffentlichung der sofort als sehr bedenklich erkannten Resolution zu verhindern. „Wenn die Bemühungen trotzdem ohne Erfolg geblieben sind, so lag das an Gründen, die der amtlichen Einwirkung entzogen waren“, d. h. vermutlich, daß man die normale Veröffentlichung einem Verbot mit anschließender Verlesung der Resolution und Erörterung der Zensurmaßnahme im Reichstag vorzog. Der Reichstag trat nach der Osterpause am 24. 4. 1917 wieder zusammen. Vgl. auch die halbamtliche Erklärung zur Stellung der Reichsleitung zur Kriegszielfrage in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 25. 4. 1917, Schulthess 1917/I, S. 455 ff., ferner Braun, S. 105 (Tagebucheintrag vom 23. 4. 1917).

[4]) Vgl. die Schilderung bei Müller, S. 277 f. (21. 4. 1917), wonach Hindenburg die Resolution zum Anlaß nahm, die Verabschiedung des Reichskanzlers zu fordern. — Die sozialdemokratische Resolution wurde am 21. 4. 1917, zwei Tage vor den Kreuznacher Besprechungen über die Kriegsziele, veröffentlicht. Vgl. Ritter, Bd. 3, S. 504 ff., sowie W. J. Mommsen, Die deutsche öffentliche Meinung und der Zusammenbruch des Regierungssystems Bethmann Hollweg im Jahre 1917, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 19. Jg. (1968), S. 665 ff.

286.

Aufzeichnung aus dem Nachlaß Bauer:[1]) Über die Zukunft Deutschlands.

Ende April 1917.[2]) — Nachlaß Bauer, Nr. 2, maschinenschriftlich.

I. *Allgemeines über die Entwickelung der innerpolitischen Lage in Deutschland seit Beginn des Krieges.*[3])

Vor dem Kriege herrschte in Deutschland im Einzelnen zwar viel Unzufriedenheit, im großen Ganzen aber war die Lage im Innern vollkommen sicher. Von der Sozialdemokratie waren nur die Führer und eine kleine Gruppe von Phantasten gegen die bestehende Staatsform (die Monarchie) gerichtet; die Masse lief ihnen nach, weil sich die Führer den Anschein zu geben wußten, daß sie allein die Arbeiter-Interessen verträten. Daß die Masse an sich keineswegs antimonarchisch gesonnen war, erwies sich bei *Beginn des Krieges*, als das ganze Volk sich in geschlossener Einigkeit hinter den Kaiser stellte. Dadurch wurden auch die Führer der Sozialdemokratie gezwungen, wenigstens scheinbar umzuschwenken; sie hätten sonst jeden Anhang verloren.

Bei Beginn des Krieges gab es also ein wirklich einiges Volk. Das blieb, solange alles durch die militärischen Ereignisse in Anspruch genommen war.

Als dann politische Fragen wieder in den Vordergrund drängten, wäre es für die Regierung zweifellos ein Leichtes gewesen, durch Aufklärung und überhaupt aktive Tätigkeit im Innern, das Volk geschlossen bei der Fahne zu halten. Die Regierung überließ aber die Masse der arbeitenden Bevölkerung wieder dem Einfluß der sozialdemokratischen Führer (insbesondere den sozialdemokratischen Gewerkschaften), also gerade denjenigen Organen, die, wie erwähnt, vor dem Krieg große Teile des Volkes im antimonarchischen und antistaatlichen Sinne geführt hatten und diesen Weg bei Beginn des Krieges nur verlassen hatten, weil ihre Anhänger die Gefolgschaft versagten. Die Regierung hat dadurch die der jetzigen Struktur Deutschlands feindl[ichen] Tendenzen *künstlich* neu

---

[1]) Die Vorlage trägt weder eine Unterschrift noch sonstige handschriftliche Ergänzungen, die einen Hinweis auf den Verfasser geben könnten. Im Kopf der Aufzeichnung ist in Bauers Handschrift vermerkt: „Frühjahr 1917". Die Vorlage wurde ohne Datumsangabe zu den Akten geschrieben, die entsprechende Paraphe ist nicht eindeutig aufzulösen, sie stammt jedoch vermutlich von Major v. Harbou, der der Abteilung Bauers angehörte. Aus dem Inhalt ist mit Sicherheit zu schließen, daß die Aufzeichnung nicht von außen an die OHL herangetragen worden ist, sondern innerhalb der OHL entstanden ist. Die relativ gemäßigte Ausdrucksweise spricht gegen eine Verfasserschaft Bauers. Vgl. Ritter, Bd. 3, S. 549 ff.

[2]) Die Denkschrift ist mit Sicherheit nach der Veröffentlichung der sozialdemokratischen Resolution vom 19. 4. 1917 (vgl. Nr. 285) entstanden — im Text wird auf sie Bezug genommen. Die Beratungen des Verfassungsausschusses des Reichstages vom 4.—11. 5. 1917 werden dagegen nicht erwähnt, es ist daher anzunehmen, daß die Denkschrift zwischen dem 21. 4. und 4. 5. 1917 entstanden ist. Da auf den Streik Mitte April 1917 und die sich daran anschließenden Maßnahmen nicht eingegangen wird, ist eine nähere Bestimmung nicht möglich.

[3]) Die Überschriften I—IV sind in der Vorlage jeweils an den linken Rand der halbseitig beschriebenen Blätter gerückt.

geschaffen. Die Sozialdemokratie hat auch nicht versäumt, sofort *im alten Sinne wieder* zu arbeiten. Ihr tatsächlicher Erfolg ist bislang noch gering. Dafür werden ihre Forderungen um so lauter verkündet und der Anhang wächst zusehends, und wird es noch mehr, wenn die Regierung weiter ruhig zusieht und sie sogar begünstigt.

Augenblicklich haben wir also in Deutschland in der Auffassung vom Staate 2 Parteien:

1. eine *noch* kleine, bestehend aus einzelnen Führern der Sozialdemokratie und des jüdischen Liberalismus, sowie deren fanatischen Anhang. Sie wollen zweifellos die *Republik;* um an Anhang zu gewinnen, fordern sie bessere Ernährung, allgemeine Gleichheit, sofortigen Frieden ohne Annexionen und ohne Entschädigungen — also Spekulationen auf die Massen-Instinkte.
2. eine noch große (vom Konservativen bis zum Liberalen und zur Masse der Arbeiter). Sie will eine kraftvolle Monarchie, einen erfolgreichen Frieden und will unter allen Umständen durchhalten.

II. *Gründe für die innere Unzufriedenheit des größten und besten Teils der deutschen Bevölkerung.*

Nun ist das Bezeichnende an den jetzigen Zuständen, daß nicht etwa die *große Partei* eines starken Deutschlands hinter der jetzigen Regierung steht, sondern die kleine, schwache mit dem Ziel der Internationale. Aber auch diese letztere stützt die Regierung nur deshalb und solange, als sie glaubt, daß die Regierung in ihrem Sinne wirkt. Das wird auch unumwunden ausgesprochen. Die große Partei aber steht fast geschlossen *gegen* die Regierung.

Welche Gründe hat das?

1. Zunächst ist es naturgemäß der Umstand, daß die Regierung durch ihr Geschehenlassen das Wiedererstehen der *antimonarchischen* Richtung unterstützt hat. Hierbei hat vor allem die erwähnte Überlassung oder besser Übertragung der Volksaufklärung und Führung an sozialdemokratische Organe mitgewirkt. Im hohen Maße sind es dabei die Einzelbestimmungen des Hilfsdienstgesetzes, das den Arbeiterführern eine ungeheure Macht gegeben hat. Dies Gesetz hat uns trotz seines gesunden Gedankens — der Hilfs*pflicht* — tatsächlich durch die Erweiterung der sozialdemokratischen Arbeiterrechte außerordentlich geschadet. Die national-monarchischen Teile des Volkes und der Arbeiterschaft sind dadurch geradezu terrorisiert. Die Annahme dieses Gesetzes war ein Fehler.
2. Dann ist es die Unsicherheit betr. der politischen Ziele, über die die Regierung keine klaren Richtlinien gegeben hat. Die Erklärungen des Kanzlers, besonders auf den beiden wichtigsten Gebieten der Friedensziele und der Neuorientierung, sind zudem offensichtlich nur unter dem Druck der Ereignisse und der Volksstimmung erfolgt. *Geführt* hat die Regierung hierbei jedenfalls nicht. Dieser Mangel an Führung ist der Hauptgrund der Gegnerschaft der großen Partei, die einen *starken* Staat will und von der Leitung mit Recht verlangt, daß sie *aktiv* sich betätigt. Nur der Wille imponiert dem Einzelnen wie der Masse.

3. *Ernährungspolitik.*

In der Preisbildung, in der Verteilung der Lebensmittel und in den Versuchen zur Hebung der Produktion haben wir die schwersten Fehler gemacht. Der Kampf gegen Wucher, Kettenhandel und Hinterziehung ist ohne Energie geführt. Die Folgen sind: Mangel, z. T. unnötig hohe Preise, gegenseitiges Mißtrauen. Denn jeder glaubt, der andere habe es besser, alle aber beschimpfen die Regierung. Auch auf diesem Gebiet hat die Aufklärung versagt. Die Reichskanzlerrede v. 14. 3. d. J.[4]), das Fideikommißgesetz[5]) und die Aufhebung der Sprachenparagraphen[6]) haben dann den letzten Rest innerer Einigkeit zerstört.

4. Am schlimmsten aber wirkt es auf das Volk, daß die *äußere* Politik fast nur Mißerfolge gehabt hat. Es mag unentschieden bleiben, ob der Kanzler daran schuld ist, die Tatsache, daß fast die ganze Welt gegen uns steht, hat für das Volk genügt, um jedes Vertrauen zu nehmen. Dazu kommt aber auch der *schwerwiegende Fehler*, daß Leute wie *Scheidemann*, *Erzberger*[7]) usw. sich als Vertreter des deutschen Volkes aufspielen durften, ohne in die Schranken gewiesen zu werden. Daß der sozialdemokratische Friedensaufruf[8]) frei in die Presse ging, hat das Volk in breitesten Kreisen maßlos verbittert und diese Erbitterung macht auch vor dem Thron nicht mehr Halt.

Diese 4 Umstände wirken im Innern und es ist unmöglich, daß der Mann, der sie großenteils tatsächlich verschuldet hat, Wege findet, das Volk wieder zu einen auf nationaler, monarchischer Grundlage.

III. *Das Verhältnis zu unseren Feinden.*

Es kommt aber noch hinzu, daß der Kanzler das Mißtrauen der *ganzen Welt* gegen uns heraufbeschworen hat. Das Wort von dem Fetzen Papier — ausgebeutet und ausgenutzt durch die feindliche Lügenpresse — hat dem Glauben an deutsche Treue ein Ende bereitet. Es ist ausgeschlossen, daß mit diesem Mann irgendeine Regierung ernsthaft Friedensverhandlungen führen kann.

IV. *Aussichten für die Zukunft.*

a) Es ist möglich, daß in Kürze ein sozialdemokratisch-international gestimmtes Friedensangebot[9]) an uns herantritt. Dann gibt es für das Volk bei seiner berechtigten Friedenssehnsucht einen heißen Kampf zwischen dem augen-

[4]) Vgl. Nr. 272, Anm. 9.

[5]) Am 22. 1. 1917 fand die erste Beratung des Gesetzentwurfes betr. Familienfideikommisse im preuß. Abgeordnetenhaus statt (Vgl. Sten. Berichte Pr. Abg.-Hs, Bd. 3, Sp. 3226 ff.), die weitere Beratung im Plenum wurde am 1. 5. 1917 (vgl. Sten. Berichte Pr. Abg.-Hs, Bd. 5, Sp. 5809 ff.) bis auf weiteres ausgesetzt.

[6]) Der Bundesrat stimmte am 19. 4. 1917 (vgl. Schulthess 1917/I, S. 423 f) dem vom Reichstag in dritter Lesung am 5. 6. 1916 (vgl. Sten. Berichte, Bd. 307, S. 1473 ff.) verabschiedeten Gesetzentwurf zu.

[7]) Vermutlich eine Anspielung auf die Besprechungen Erzbergers in Stockholm mit Kolyschko, vgl. Ritter, Bd. 3, S. 490 ff., und Müller, S. 275 f. (15. 4. 1917) und S. 279 f. (24. und 26. 4. 1917).

[8]) Vgl. Nr. 285.

[9]) Vgl. Nr. 279.

blicklichen Wunsch nach Frieden und dem Gebot für Deutschlands Zukunft. Es ist aber keine Frage, *daß wir den Krieg ohne Rücksicht auf Friedenssehnsucht, Entbehrungen und internationale Tendenzen so lange* durchführen müssen, bis wir den *Sieg* errungen haben und *das* erreichen können, was für die Zukunft Deutschlands nötig ist. Auch das erfordert eine stahlharte Führung mit dem Vertrauen des ganzen Volkes. Dieses besitzt der jetzige Kanzler nicht.

Haben wir auch weiterhin keine Führung, bleibt es bei dem jetzigen Geschehenlassen, so treiben wir im Innern mit Sicherheit der Republik mit stark internationalem Einschlag entgegen. Das bedeutet Deutschlands und der Krone Ende. Daß etwa die jetzige Regierung aus einer schwachen plötzlich eine starke wird, ist ausgeschlossen. Es muß also jetzt *sofort* eine neue feste Leitung einsetzen.[10])

b) Auch nach dem Friedensschluß bezw. Demobilmachung harren unser schwere Aufgaben, es heißt die Landwirtschaft heben, die Industrie leistungsfähig zu machen, den Welthandel[s]-Verkehr wieder anzubahnen, Bevölkerungspolitik zu treiben, Arbeiter- und Kriegsbeschädigtenfürsorge ein[zu]leiten und die politischen Rechte wieder zu ordnen. Hierzu sind Vorbereitungen schon jetzt nötig, aber geschehen ist nichts, wenigstens nicht durch die Reichsleitung aus eigener Kraft. Auch hier ist starkes zielbewußtes Führen und Können nötig und diesen Ansprüchen genügt die jetzige Reichsleitung an Haupt und Gliedern nicht. Die Zeiten nach dem Kriege werden schwer, wir werden zunächst weiter darben müssen, die Löhne werden sinken, wir müssen Geld aufbringen. Alles dies ist Zündstoff für revolutionäre Gedanken. Und hier vorzubauen, ist Pflicht der Reichsleitung, sonst ist Deutschlands Ende trotz militärischen Siegen in Kürze gekommen.[11])

---

[10]) Auch Großadmiral v. Tirpitz nahm die sich abzeichnende Möglichkeit einer internationalen sozialistischen Konferenz und die Gefahr von Massenstreiks zum Anlaß, Graf zu Eulenburg in einem Gespräch am 24. 4. 1917 (Nachlaß Tirpitz, S 6) zu bitten, Hindenburg zu veranlassen beim Kaiser eine „Änderung des bei uns herrschenden politischen Systems" zu erwirken. Das innenpolitische Motiv der Kriegszielbewegung kam dabei sehr deutlich zum Ausdruck: „Das vom Reichskanzler hingestellte Ziel der inneren [Neu-]Orientierung hätte die Parteien bis weit in die nationalliberalen Parteien hinein vollständig umgarnt. Diese Bewegung würde dadurch noch gefährlicher gemacht als eine ganze Reihe bisher zuverlässig monarchischer Elemente von dem Gedanken erfaßt werde, schlimmere Folgen als die jetzige Leitung in politischer Hinsicht haben müßte, könnte auch ein parlamentarisches System nicht mit sich bringen. Die Demokratie hätte sich des Gedankens bemächtigt, daß eben ein sogenannter Scheidemann-Frieden ihnen die Herrschaft bringen müßte. Bei einem Frieden, der die Zukunft Deutschlands sicherte, würden dagegen so viel brennende Aufgaben auftreten, daß die innere [Neu-]Orientierung so wie die Demokratie sie versteht, dagegen leicht zurücktreten könnte. Nach meiner Überzeugung müßte eben alles versucht werden, die nationalen Kreise, Konservative, Zentrum und Nationalliberale dagegen zu vereinigen (leider habe ich nicht gesagt, daß hierzu die Kriegsziele dienen müßten). In weiten Kreisen besteht nun die Empfindung, daß der Reichskanzler beständig diese demokratische Bewegung fördert und nach wie vor auf den Scheidemann-Frieden hinarbeitet."

[11]) Vgl. zu der Aufzeichnung auch den Brief Ludendorffs an A. Wyneken vom 21. 4. 1917 in: Knesebeck, S. 159 f.

287.

Bericht des Beauftragten des bayerischen Kriegsministeriums beim Kriegsamt über eine Besprechung mit Industriellen bezüglich der Maßnahmen zur Unterdrückung des Streiks.[1])

24. 4. 1917[2]), Nr. 2496 B. B., Streng vertraulich! — BHStA IV München MKr, 251, Ausfertigung.

Gelegentlich der am 24. 4. stattgefundenen Sitzung des Fahrzeugausschusses wurden auch die Vorkommnisse der letzten Wochen eingehend erörtert. — Wenn auch der Rückgang in der Produktion stark durch verspätete Materiallieferungen und die Osterfeiertage gelitten hat, so macht sich doch jeder Tag, der infolge Streikbewegungen für die Arbeit verloren geht in außerordentlich bedenklicher Weise geltend.

Eine starke Beunruhigung der Industrie wurde dadurch erzeugt, daß dem Vernehmen nach den Lokomotivfabriken und Werkstätten neuerdings Arbeiter entzogen werden sollten. Hierauf wurde erwidert, daß dies höchstens aus Versehen geschehen sei. Etwas anderes sei es aber, wenn Leute statt zu arbeiten, streiken, dann muß unbedingt fest zugegriffen werden.

Direktor **Busch**[3]) beklagt sich darüber, daß man Fachleute deren Entfernung im Interesse der Produktion dringend erwünscht sei, nicht los werden kann.[4])

Direktor **Sorge**[5]) gibt zu, daß dies in den letzten Wochen vielfach vorgekommen sein dürfte. Heute sei man sich jedoch darüber klar, daß die Hetzer unbedingt entfernt werden müßten, besonders wenn die Tatsache der Verhetzung einwandfrei festgestellt und an der richtigen Stelle angebracht werde. Es ist dies ein sehr heikles Thema[6]) und es sind ohne Zweifel große Mißgriffe gemacht worden. Auch seitens der militärischen Stellen, so u. a. sind Erlasse und schriftliche Anfragen bei Hunderten von Betrieben nach Hetzern ausgelaufen.

Aber dies sei sicher, daß im Gegensatz zu der bisherigen zurückhaltenden Tendenz, jetzt ganz energisch eingegriffen wird. Auch ist den Betrieben, die mit einer Einziehung von ca. 10% Facharbeitern rechnen müssen, verhältnismäßig leicht unruhige Elemente bei dieser Gelegenheit zu entfernen, auch wenn es sich mitunter um sonst wertvolle Facharbeiter handeln soll.

---

[1]) Für den Zusammenhang vgl. Nr. 289.

[2]) Der Bericht gelangte als Anlage zu dem Bericht vom 11. 5. 1917 an das bayer. Kriegsministerium. Die Vorlage ist nicht datiert, aber von Hauptmann Müller, dem Beauftragten des bayer. Kriegsministeriums, unterschrieben. Ob er persönlich an der Sitzung teilgenommen hat, ist nicht ersichtlich. Vgl. auch Feldman, S. 342, dort falsch datiert.

[3]) Kommerzienrat Viktor Busch, Mitglied des Bezirkseisenbahnrats in Köln.

[4]) Für den Zusammenhang vgl. Nr. 222.

[5]) Chef des technischen Stabes des Kriegsamts.

[6]) Auch für die Industrie, vgl. die Äußerung des Geheimrats v. Borsig gegenüber Major Nicolai am 29. 4. 1917 (vgl. Nachlaß Bauer, Nr. 11), der eine Erschütterung der Autorität der Werkleiter durch unzweckmäßige militärische Eingriffe befürchtete.

Herr **Sichler**[7]) teilt vertraulich mit, daß gegenwärtig 1800000 Reklamierte in der Kriegswirtschaft beschäftigt sind[8]), und daß die Herausziehung der eben erwähnten 10% Facharbeiter so gedacht sei, daß man nach und nach etwa monatlich 3 bis 4% frei macht. Übrigens werden sich die Zahlen durch aus dem Lazarett zurückkommenden Leute voraussichtlich noch verringern. Von einer Herausziehung ausgenommen sind die Landwirtschaft, die Lokomotivfabriken und Eisenbahnwerkstätten.[9])

Direktor **Sorge** macht weitere streng vertrauliche Mitteilungen: Danach sollten in Berlin am 20. 4. 4000 Arbeiter eingezogen werden, dagegen haben jedoch die Industrie und zwar große Firmen sofort gerufen: so scharf darf man nicht eingreifen.

Als General Groener[10]) daraufhin bemerkt habe, man braucht ja nicht gerade in Berlin anfangen, habe offenbar alles aufgeatmet und diesem Gedanken sofort freudig zugestimmt.[11])

Dann habe man noch eine volle Stunde der kostbarsten Zeit über die Verteilung der Verdienstkreuze für Kriegshilfe gestritten.

Damit wolle er die Haltung der Industrie charakterisieren und möchte nur dringend wünschen, aufklärend zu wirken.

Direktor **Brückmann**[12]) erwähnt, daß das Vorgehen vom 20. 4. auch nicht besonders gewandt gewesen sei. — Wohl an 50 Offiziere seien am genannten Tage ausgeschickt worden und gegen 3 Uhr nachmittags in den Betrieben eingetroffen, wo sie mitteilten, so und soviele Leute müssen eingezogen werden, u. a. z. B. bei einer Tochtergesellschaft von Borsig von 850 Arbeitern 150. Um 4 Uhr sollte bereits eine Besprechung stattfinden, zu welcher die Liste der einzuziehenden mitzubringen sei.

4000 Mann für Berlin sei ja nicht besonders viel, doch muß eine richtige Verteilung gemacht werden. Man konnte bemerken, wie die durch [die] in Aussicht genommenen Einziehungen nicht betroffenen Industriellen froh gewesen seien und sich vorsichtig im Hintergrund gehalten hätten.

Direktor **Sorge** gibt die gemachten Fehler zu und bemerkt, daß leider überall die Tendenz hervortrete: jeder nur für sich.

Direktor **Brückmann** bemerkt, daß er dreimal bei General v. Kessel gewesen sei mit dem dringenden Ersuchen, daß Leute, die die Produktion störten eingezogen werden möchten, jedes Mal hat man zugestimmt und jedes Mal ist die Einziehung nach 2 Tagen unterblieben.

[7]) Referatsleiter im Kriegs-Ersatz und Arbeits-Departement des Kriegsamts, vgl. Nr. 184, Anm. 2, und Nr. 185, Anm. 3.

[8]) Die Angaben sind in der Vorlage von Empfängerseite unterstrichen und am Rande mit zwei Ausrufezeichen versehen.

[9]) Der vorangehende Satz ist in der Vorlage von Empfängerseite unterstrichen und am Rande mit der Marginalie versehen: „Wie viel % sind dies?“

[10]) In der Vorlage „Gröner“.

[11]) Der vorangehende Satz ist in der Vorlage von Empfängerseite am Rande durch zwei senkrechte Striche hervorgehoben. Dazu die handschriftliche Bemerkung: „Soll etwa wieder in Süddeutschld. angefangen werden?“

[12]) Direktor bei den Borsig-Werken in Berlin.

Geheimrat Schrey[13]) fragt an, ob die Angstmeierei, die diesmal die Industrie ergriffen habe, auch auf die Behörden übergegangen sei, worauf Direktor Sorge erwidert, daß man lange geglaubt habe, mit Entgegenkommen auszukommen, jetzt werde man jedoch, wenn auch mit aller Vorsicht, so doch fest zugreifen. Man sei sich über alle Folgerungen klar und werde keine Maßregel ergreifen, ohne darüber klar zu sein, was man weiter tun wird, wenn diese 1 Maßregel nicht wirken sollte.

Müller.

[13]) Geheimer Baurat, Vorstand der Waggonfabrik in Danzig.

288.

Telegramm General Ludendorffs an den Reichskanzler. Unterrichtung über eine dem Kriegspresseamt erteilte Weisung hinsichtlich der Handhabung der Zensur gegenüber Streiknachrichten[1]) und Betrachtungen zur russischen Revolution.

24. 4. 1917, Gr. Hauptquartier, Nr. III b 10480 II geheim. — PA Bonn Polit. Abt., Auswärtiges Amt Gr. Hauptquartier, Bd. 245, Entwurf.[2])

Ich habe an den Chef des Kriegspresseamts in Berlin folgende Weisung erteilt:

„1) An die Zensurbehörden ist nach herbeigeführtem Einverständnis der beteiligten Behörden zu verfügen:

Äußerungen in der Presse, die sich gegen Streiks richten, sind zensurfrei. Durch Besprechung mit leitenden Persönlichkeiten extremer Rechts-Presse ist übermäßige Schärfe, die Volksverführern Stoff zum Hetzen bieten könnte, zu verhindern. Presseäußerungen, die einen Streik empfehlen oder sich sonst zu Gunsten von Streiks aussprechen, widerlaufen den Interessen der Kriegführung und sind daher verboten.

Diese Bestimmungen sind mit Strenge durchzuführen, sie gelten, solange der weitaus größte Teil der deutschen Industrie für Kriegszwecke arbeitet und somit eine jede Arbeitseinstellung die Kriegführung schädigt.[3])

2) Die Links-Presse bringt in weitestem Umfange die in bezug auf den Krieg und den Friedensschluß bekannt gegebenen Entschließungen der Sozialisten deutscher, verbündeter, neutraler und feindlicher Länder. Gegen diese Ver-

[1]) Zu Verlauf und Konsequenzen des Aprilstreiks vgl. Nr. 289.

[2]) Die von Ludendorff abgezeichnete und datierte Vorlage wurde durch Legationssekretär Frhr. v. Lersner an den Reichskanzler weitergeleitet.

[3]) Dieser Teil der Weisung wurde am 24. 4. 1917 abends durch Telegramm der Oberzensurstelle sämtlichen Zensurstellen wörtlich mitgeteilt; vgl. MGFA MA/RMA, Nr. 2354, XVII. 1. 5. 8a, Bd. 5. Ob und in welcher Weise das Einverständnis der beteiligten Behörden hierzu eingeholt wurde, ist nicht bekannt. Der Oberpräsident der Rheinprovinz wurde am 25. 4. 1917 von der entsprechenden Verfügung des stellv. Generalkommandos des VIII. AK, die wiederum wörtlich mit dem Telegramm der Oberzensurstelle übereinstimmt, unterrichtet; vgl. StA Koblenz 403, Nr. 14131.

tretung einseitiger Anschauungen ist lebhafter Widerspruch andersdenkender Presse unvermeidlich. Zum Teil schon beginnender zersetzender Meinungsstreit in Presse verlangt Richtlinien an Zensur und Presse. Hierüber ist sofort mit Reichskanzlei und anderen Zentralbehörden in Verbindung zu treten.[4])

3) Deutsche Presse beschäftigt sich in weitem Umfange mit Ereignissen in Rußland, wobei Stellungnahme je nach politischem Standpunkt verschieden ist. Wird Presse hierbei nicht angeleitet, so kann sie durch Äußerungen den feindlichen Bestrebungen, in Rußland die Macht zu behalten, Material in die Hand geben. Straffe Presseführung deshalb auch auf diesem Gebiet notwendig. Hierüber ist mit Auswärtigem Amt sofort in Verbindung zu treten und anzuregen, daß dieses entsprechende Richtlinien an Presse und Presseaufsichtsbehörden erläßt.[5])

4) Die durch Besprechung dieser Gebiete in weitem Umfange geschehende Verbreitung des Friedensgedankens in Deutschland entspricht dem Willen unserer Gegner, aber nicht den Erfordernissen unserer eigenen Lage. Die Folge ist ein Nachlassen der Spannkraft des deutschen Volkes und Heeres. Diesen Folgen muß in der Presse und mit sonst geeigneten Mitteln nachdrücklich entgegengearbeitet werden.[6]) Auch hierüber ist mit den beteiligten Behörden sofort in Verbindung zu treten."

Unter Bezugnahme auf meine an Euere Exzellenz gerichteten Schreiben III b 8769 II vom 17. 12. 1916[7]) und III b 10319 II vom 2. 4. 1917[8]) möchte ich nicht unterlassen, Euere Exzellenz unmittelbar in Kenntnis zu setzen und zu bitten, daß Euer Exzellenz den angeregten Erwägungen besonderes Interesse zuwenden möchten. Gleichzeitig bitte Euer Exzellenz ich davon verständigen zu dürfen, daß die Erledigung meiner in vorgenannten Schreiben übermittelten Vorschläge noch aussteht.

Chef des Generalstabes des Feldheeres
I. A.
L[udendorff]

---

[4]) Vgl. hierzu Nr. 279, 284 und 285.

[5]) Vgl. die Richtlinien der Oberzensurstelle vom 5. 4. 1917 (Nr. 278), die der OHL offenbar nicht mehr genügten. Der bayer. Militärbevollmächtigte berichtete am 23. 4. 1917 (BHStA IV München MKr, 1828) über den Besuch des preuß. Kriegsministers am 22. 4. 1917 im Gr. Hauptquartier, der wegen der sozialdemokratischen Resolution vom 19. 4. 1917 (Nr. 285) dorthin berufen worden sei, da diese im Generalstab und im Militärkabinett „Entrüstung und Erregung" hervorgerufen habe. „Von einer, *allerdings nicht maßgebenden* Seite wurde die Meinung geäußert, da gehöre nur nach Berlin eine Division (z. B. das Alpenkorps) und dann sollten ein paar 100 Schreier an die Wand gestellt werden. — Der Chef der III b, Major Nicolai, dann der bekannte Militär-Politiker, Oberstleutnant Bauer, sind sehr erregt und blicken nicht rosig in die Zukunft, da zu Hause der Boden zu schwanken scheint." Vgl. Feldman, S. 339 f.

[6]) Vgl. u. a. Nr. 322 und 325.

[7]) Vgl. Ludendorff, Urkunden, S. 280 f. Dieses Schreiben sowie das in Anm. 8 nachgewiesene beschäftigen sich mit der Organisation der amtlichen Pressestellen, die nach Ansicht der OHL in einer zentralen Institution zusammengefaßt werden sollten, vgl. auch Nr. 336.

[8]) Vgl. Vogel, S. 47 f.

289.

Aufzeichnung des Chefs der Fabrikenabteilung des Reichsmarineamts[1]) über eine Besprechung im Kriegsamt aus Anlaß der Streikbewegung.[2])

26. 4. 1917[3]), zu A IV 4547. — MGFA MA/RMA, Nr. 4412, XX. 60, Bd. 1, handschriftlich.[4])

Am 26. 4. 17 fand im Kriegsamt unter Vorsitz von Excellenz Groener eine Aussprache über die praktische Handhabung der Grundsätze des Versammlungsrechts und über die Erfahrungen der letzten Streikbewegungen statt, an der Vertreter sämtlicher Generalkommandos und Regierungspräsidien sowie Bundesstaaten teilnahmen. Die Stationskommandos Kiel und Wilhelmshaven waren nicht vertreten. Ich habe Excellenz Groener auf die Notwendigkeit ihrer Beteiligung

---

[1]) Korvettenkapitän H. Erler.

[2]) Zu der Besprechung war am 23. 4. 1917 sowohl vom Kriegsamt (vgl. BHStA IV München MKr, 11500; MGFA MA/RMA, Nr. 4412, XX. 60, Bd. 1) als auch vom Reichsamt des Innern (BHStA IV München MKr, 11500; StA Ludwigsburg E 150—153, Nr. 2051, Bd. 2) eingeladen worden. Während das Kriegsamt als Gegenstand der Besprechung nur angab, daß über „die Grundsätze für die Behandlung des Versammlungsrechtes mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage" verhandelt werden sollte, erwartete das Reichsamt des Innern von der Besprechung die Festlegung einheitlicher und den Verhältnissen Rechnung tragender Bestimmungen über die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts. Im bayer. Kriegsministerium hegte man daher zunächst den Verdacht, daß versucht werden sollte, die in Berlin geltenden Bestimmungen auch auf Bayern zu übertragen. Niedergeschlagen hat sich dieser Verdacht u. a. in der Niederschrift der bayer. Vertreter über die Berliner Besprechung (BHStA IV München MKr, 251; erwähnt bei Feldman, S. 344), in der mit Ausführlichkeit die Ausführungen der Militärbefehlshaber über die unterschiedliche Regelung des Versammlungsrechts in ihren Bezirken wiedergegeben sind. Im übrigen stellt die bayer. Niederschrift eine wertvolle Ergänzung der Vorlage dar, bringt jedoch weniger konkrete Einzelangaben und dürfte später als die Vorlage abgefaßt worden sein (vom Chef des Pressereferats des bayer. Kriegsministeriums am 4. 5. 1917 unterzeichnet). Sie wird im folgenden als „BKM Aufzeichnung" bezeichnet. Zur Frage der Regelung des Versammlungsrechts ergibt sich auf Grund der BKM Aufzeichnung folgendes Bild: Der Regelung durch das Oberkommando in den Marken (vgl. Nr. 250, Anm. 7) hatten sich die stellv. Generalkommandos des II., IV., IX., XII., XVII., XX. und XXI. AK angeschlossen. Im Bereich des stellv. Generalkommandos des XV. AK waren alle politischen Versammlungen verboten. Im Bereich des stellv. Generalkommandos des VI. AK waren alle politischen und militärischen Versammlungen anzeige- und genehmigungspflichtig, die Gesuche mußten 8—10 Tage vorher dem zuständigen Landrat vorgelegt werden. „Die übrigen Versammlungen" mußten 48 Stunden vor Beginn angezeigt werden. Besondere Regelungen hatten die stellv. Generalkommandos des VII. (vgl. Nr. 13 und 174), des VIII. (vgl. Nr. 7) und des XIII. AK (vgl. Nr. 99) eingeführt. Die Vertreter der stellv. Generalkommandos des X. und XVIII. AK berichteten, daß in ihren Bezirken Friedenszustände herrschten und nur gelegentlich eingegriffen werden müßte (vgl. Nr. 5 b).

[3]) Der Bericht wurde am 27. 4. 1917 vom Verfasser abgezeichnet. Die Besprechung fand um 11 Uhr im Kriegsamt statt.

[4]) Die Niederschrift hat dem Direktor des Allgemeinen Marinedepartements des Reichsmarineamts, Vizeadmiral Hebbinghaus, vorgelegen, der sie ausgiebig mit Unterstreichungen versah, die nicht nachgewiesen werden. In den Akten des Marinearchivs befindet sich noch eine zweite, wesentlich kürzere Niederschrift eines anderen Teilnehmers, die der Marinestation der Nordsee am 10. 5. 1917 übersandt wurde (MGFA MA/StN, Nr. 5473, G. 10, Bd. 1).

bei solchen allgemeinen Beratungen hingewiesen, der ihre Nichtheranziehung auf ein bedauerliches Versehen zurückführte.

Die Beratung verfolgte nur den Zweck einer gegenseitigen Aussprache. Irgendwelche Anordnungen in der Frage des Versammlungsrechtes sind vom Kriegsamt nicht beabsichtigt.[5]) Den stellv. Generalkommandos soll auch weiter volle Selbständigkeit in ihren Entschließungen belassen werden, zumal die Verhältnisse in den einzelnen Korpsbezirken so verschiedenartig sind, daß eine allgemeine Regelung nicht am Platze wäre. Das Kriegsamt empfiehlt jedoch, das Versammlungsrecht nur soweit einzuschränken als es unbedingt erforderlich ist.

Der **Vertreter des Polizeipräsidenten von Berlin**[6]) führte aus, daß in Berlin bisher[7]) öffentliche Versammlungen der Genehmigung der Polizei bedurften, nicht öffentliche Versammlungen dagegen nur meldepflichtig wären, wenn es sich um politische Versammlungen oder um Vereinigungen handelte, die politische Tendenzen verfolgen. Anmeldung in beiden Fällen 48 Stunden vor ihrer Abhaltung.

Diese[8]) Anordnung sieht keine Anmeldepflicht vor für die sogenannten Werkstätten- und Betriebsversammlungen. Nachdem festgestellt ist, daß diese Versammlungen neuerdings von politischen Agitatoren für ihre Zwecke ausgenutzt werden, sind sie ebenfalls unter Anmeldepflicht gestellt worden. Außerdem sind die Saalbesitzer verpflichtet worden, Versammlungen nur dann aufzunehmen, wenn eine polizeiliche Genehmigung vorgezeigt werden kann. Mit diesen Anordnungen hofft man vorläufig auskommen zu können, zumal die Erfahrungen nach dieser Richtung hin günstig sind. Es haben stattgefunden im Jahre 1914 — 500 bis 600, 1916 — 1800 und in diesem Jahre bis heute 850 Versammlungen. Nur eine Versammlung hat während der ganzen Dauer des Krieges aufgelöst werden müssen, die gänzliche Aufhebung des Versammlungsrechtes[9]) würde in Anbetracht der allgemeinen und wachsenden[10]) Neigung, in Versammlungen zusammenzukommen, eine äußerst bedenkliche Maßnahme sein, von der nur abgeraten werden könne.

Excellenz **Groener:** Die Streikbewegungen beruhten anfangs auf einer Art Massensuggestion, hervorgerufen durch die Herabsetzung der Brotrationen und

---

[5]) Nach der BKM Aufzeichnung (Anm. 2) hat Groener gesagt, daß „heute" Beschlüsse nicht beabsichtigt seien, wobei der Verfasser dieses Wort hervorhob.

[6]) Nach der BKM Aufzeichnung (Anm. 2) gab der Vertreter des Oberkommandos in den Marken die Darstellung über die Regelung des Versammlungsrechts im Bereich von Berlin. Vgl. Nr. 250, Anm. 7.

[7]) In der Vorlage nachträglich hinzugefügt.

[8]) Nach der BKM Aufzeichnung (Anm. 2) stammen die folgenden Ausführungen vom Vertreter des Polizeipräsidiums Berlin. Er wies darauf hin, daß die Verschärfung der Maßnahmen auf eine Anordnung des Oberkommandos in den Marken zurückgehe.

[9]) In der BKM Aufzeichnung (Anm. 2) folgt der Zusatz: „wie vorgeschlagen". Eine generelle und rigorose Einschränkung des Versammlungsrechts lehnten alle Teilnehmer an der Besprechung ab und befanden sich damit in Übereinstimmung mit dem preuß. Kriegsministerium.

[10]) Die vorangehenden zwei Worte in der Vorlage nachträglich eingefügt.

den Fortfall der Zulagen für die Schwerstarbeiter[11]); dann aber traten politische Dinge in den Vordergrund[12]), die besonders in den Wahlrechtsforderungen[13]) und der Einsetzung eines Arbeiterrats nach russischem Muster ihren Ausdruck fanden.[14]) Die sozialdemokratische Arbeitergemeinschaft hat während dieser Bewegungen ganz scharf die Grenze innegehalten, die an dem Strafgesetzbuch vorbeiführt. Die leitenden Persönlichkeiten haben sich mit viel Geschick in dem Hintergrund zu halten gewußt. Diese Agitation muß aber nunmehr tot gemacht werden. Hierzu müssen die Arbeitergemeinschaften immer mehr isoliert werden. Der Streikstimmung und den Streikhetzern müssen wir den Druck der öffentlichen Meinung entgegensetzen. Die Presse ist hierfür das geeignete Organ. Ein Aufruf des Kriegsamts an die Rüstungsarbeiter wird morgen in ihr erscheinen; er wird in Form von Flugblättern in alle Fabriken getragen werden.[15]) Weiter werden wir mit dem rechtsstehenden Flügel der Sozialdemokratie zusammengehen müssen.[16]) Die freien Gewerkschaften müssen tun, was sie zugesagt haben.[17]) Sie müssen alle Streiks während des Krieges restlos verurteilen. Sie befürchten zwar, sich damit allzusehr in das Regierungsfahrwasser zu stellen. Sie werden aber durchhalten, wenn wir sie mit geeigneten Mitteln unterstützen. Ein allge-

---

[11]) Vgl. hierzu die Äußerung des Unterstaatssekretärs Drews vom 13. 4. 1917 (Nachlaß Bauer, Nr. 11): „Wir glauben indessen, daß es vielleicht zu Demonstrationen, wohl auch zu Demonstrationsstreiks kommen wird. Militär und Polizei sind auf äußerste Reserve angewiesen, und es wird sicherlich keine Gelegenheit zum Eingreifen geboten werden." Vgl. Nr. 274, Anm. 8. Im Bericht des Oberkommandos in den Marken vom 17. 4. 1917 über den Streik am 16. 4. 1917 (PA Bonn Nachr. Abt., Deutschland 9, Bd. 3) heißt es: „Im allgemeinen kann man die gestrige Straßenkundgebung der Berliner Arbeiterschaft als einen Mißerfolg bezeichnen." Immerhin befanden sich — nach den Angaben des Oberkommandos — etwa 130000 Arbeiter im Ausstand. Vgl. auch Nr. 284.

[12]) Nach der BKM Aufzeichnung (Anm. 2) erwähnte Groener an dieser Stelle ausdrücklich die „Haase- und Spartakus-Gruppe". Vgl. hierzu die Darstellung von Scheel, S. 3 ff.; Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 2, S. 678 ff.; sowie die in Dokumente und Materialien II/1, Nr. 213, 215 und 216, S. 612 ff. wiedergegebenen Resolutionen und Flugblätter.

[13]) Vgl. hierzu die Äußerung des Unterstaatssekretärs Drews gegenüber Major Nicolai vom 29. 4. 1917 (Nachlaß Bauer, Nr. 11): „Forderung auf Wahlrechtsänderung noch während des Krieges werde nicht erfüllt werden. Geprüft werde aber zur Zeit die Frage, ob das *gleiche* Wahlrecht zugestanden werden solle."

[14]) Vgl. außer der Darstellung der Entwicklung bei Scheel (Anm. 12) den Abdruck entsprechender Dokumente in: Archivalische Forschungen 4/II, Nr. 38, 42—44, 49—51, 54, 56, 57 und 60, S. 438 ff., sowie Dokumente und Materialien II/1, Nr. 212—214, S. 611 ff.

[15]) Vgl. den Wortlaut des Aufrufs vom 27. 4. 1917 bei Schulthess 1917/I, S. 460 f. Für die zwiespältige Wirkung des Aufrufs vgl. Feldman, S. 345 ff.

[16]) Nach der BKM Aufzeichnung (Anm. 2): „vollständig zusammenzugehen".

[17]) Am 13. 4. 1917 fanden Verhandlungen im Berliner Rathaus zwischen Vertretern der Arbeiterschaft und Behördenvertretern (Batocki, Groener, Michaelis und Helfferich) statt — vgl. Nachlaß Bauer, Nr. 11 (Unterredung mit Unterstaatssekretär Drews) —, auf die Groener hier anspielen könnte. Nach dem Wortlaut der BKM Aufzeichnung (Anm. 2) bezog er sich jedoch auf den Briefwechsel zwischen Hindenburg, Groener und den Gewerkschaften (17./18./26. 4. 1917); vgl. Ursachen und Folgen, Bd. 1, Nr. 126, S. 202 ff. Vgl. auch das Schreiben der Generalkommission der Gewerkschaften an die Zentralvorstände der Gewerkschaften vom 23. 4. 1917, abgedruckt in: Archivalische Forschungen 4/II, Nr. 61, S. 467 ff.

meines Versammlungsverbot würde sie nur weiter nach links drängen. Darum ist es in gegenwärtiger Stunde nicht angebracht.[18])

Min[isterial]-Direktor **Lewald:** Gegen Agenten, die zum Streik auffordern, soll in Zukunft wegen Landesverrats vorgegangen werden. Das Rundschreiben des Reichskanzlers in der Presse läßt dies nicht ganz deutlich erkennen.[19]) Die allgemein gehaltene Form des Rundschreibens war[20]) aber mit Rücksicht auf das Ausland geboten.

VIII. Armeekorps (Rheinland): Allgemeine Lage in der Provinz ist günstig. Aachen und Eschweiler waren harmloser Natur. Es sind deshalb auch keine scharfen Maßnahmen zur Anwendung gekommen.[21]) Im Bezirk Düsseldorf hat die radikale Arbeitergruppe eine sehr starke Vertretung. Sie fährt vollkommen im Fahrwasser der Ha[a]se-Gruppe. In Düsseldorf ist man deshalb nicht ganz ohne Besorgnis vor weiteren Unruhen der Metallarbeiter. Die Frage der Kartoffelversorgung ist in dieser Hinsicht ein entscheidender Faktor. Die Polizei ist wegen starker Schwächung durch Einziehungen zum Kriegsdienst nicht in der Lage, den Stand der Dinge zu überblicken.[22])

Excellenz **Groener:** Die oberste Heeresleitung ist durchaus mit der Zurückziehung der geeigneten Organe für die Zivilbehörden einverstanden. Die Generalkommandos möchten dem nachkommen und weitestes Entgegenkommen zeigen.

---

[18]) Vgl. hierzu auch die Rede Groeners vor dem Hauptausschuß des Reichstages am 26. 4. 1917, Schulthess 1917/I, S. 442 ff.

[19]) Vgl. den Text des Schreibens bei Schulthess 1917/I, S. 455. Nach der BKM Aufzeichnung (Anm. 2) fügte Lewald erläuternd hinzu: „Das Rundschreiben gehe von dem Gedanken aus, daß Personen, die in der Rüstungs-Industrie und in sonstigen Kriegsbetrieben zur Arbeitseinstellung aufforderten, strafrechtliche Verfolgung wegen Landesverrat zu gewärtigen hätten. Diese Anschauung sei von den einschlägigen Justizstellen allgemein gebilligt worden." Im Laufe der Diskussion folgerte der Vertreter des Großherzogtums Hessen daraus: „Wenn der Anreiz zum Streik als Landesverrat anzusehen sei, dann verfolgten wohl auch Versammlungen, welche [auf] die Herbeiführung eines Streiks abzielten, einen strafbaren Zweck und seien deshalb unzulässig." Vgl. hierzu auch den Brief des Abgeordneten Frhr. v. Richthofen an den Abgeordneten Schiffer vom 16. 6. 1917 (Nachlaß Schiffer, Nr. 12), in dem es heißt: „Ich möchte Sie auf Folgendes aufmerksam machen, das mir in meiner Praxis in der ‚Wumba' in letzter Zeit aufgefallen ist. Es mehren sich in meinem Departement jetzt die Anfragen von staatsanwaltlichen Behörden und Untersuchungsrichtern, die dahin gehen, ob in diesem oder jenem Falle der Stillstand eines industriellen Unternehmens auch nur für einen Tag, oder das Ausscheiden dieser oder jener Arbeitskräfte geeignet gewesen sei, die Kriegsmacht zu schädigen. Augenscheinlich häufen sich die Fälle von Anklagen wegen Landesverrat und muß, um das Delikt konstruieren zu können, von der ‚Wumba' gewissermaßen die mögliche Schädigung der deutschen Kriegsmacht bescheinigt werden." Angesichts der Strafen („10 Jahre Zuchthaus und dergleichen") hielt Richthofen das für einen unmöglichen Zustand und machte Vorschläge für eine gesetzliche Regelung. Vgl. auch Archivalische Forschungen 4/II, Nr. 98, S. 511 ff.

[20]) In der Vorlage verbessert aus „ist".

[21]) Nach der BKM Aufzeichnung (Anm. 2) begrüßte das stellv. Generalkommando des VIII. AK es, „wenn es im Sinne der Obersten Heeresleitung liege, daß schärfere Maßnahmen nicht Platz greifen sollten". — Die folgenden Ausführungen machte nach der BKM Aufzeichnung der Vertreter der Rheinprovinz.

[22]) Nach der BKM Aufzeichnung (Anm. 2) schloß der Vertreter der Rheinprovinz daran die Bitte, daß die eingezogenen Polizeikräfte der Zivilverwaltung wieder zur Verfügung gestellt würden. Vgl. auch Nr. 274, Anm. 8.

Regierungsvertreter Rheinland: Für die Streikbewegungen ist im Allgemeinen die Beschränkung der Lebensmittel der ursächliche Grund gewesen. Die Streiks haben sich deshalb bisher auch nicht eindämmen lassen. Eine Ausnahme machte nur Düsseldorf. Den Führern ist gesagt worden, daß sie in Haft genommen werden würden, wenn irgend etwas passieren würde. Das hat bisher gewirkt. Die Führer wollen aber trotzdem auf Demonstrationen nicht verzichten. Energisches Einschreiten ist vorgesehen. Elberfeld ist der nächste unsichere Platz. Nachdem Militär eingerückt ist, sind die spontan aufgetretenen Unruhen zurückgedämmt worden. In Barmen war als Motiv der Unruhen ebenfalls Lebensmittelknappheit angegeben worden. Trotzdem hat die Regierung den Eindruck, daß die Unruhen [seit] langer Zeit vorbereitet waren.

VII. Armeekorps (Westfalen): Die Ha[a]se-Gruppe arbeitet geschickter als die Gewerkschaften. Das hat sich besonders in Essen gezeigt. Die Menge steht heute auf dem Standpunkt der unabhängigen sozialdemokratischen Partei. Für die Entwicklung der ganzen Bewegung ist dies nicht ohne Interesse. Die Arbeiterführer erklären inoffiziell, daß sie sich in einer sehr schwierigen Lage befänden. Treten sie zu sehr für die Regierung ein, so verlieren sie den Boden unter den Füßen. Es ist sehr schwer festzustellen, wer die Streikhetzer sind. Die Leute arbeiten außerordentlich gerissen.[23]) Das Generalkommando muß deshalb sehr vorsichtig vorgehen, sonst erklären sich schließlich auch noch die gutgesinnten Arbeiter mit den Streiklustigen solidarisch.

Excellenz **Groener:** Der gefährlichste unter den Agitatoren ist wohl der Abgeordnete Dittmann. Er war auch der Drahtzieher in Spandau. Wenn er in flagranti ertappt wird, wird zugegriffen werden.[24])

Regierung Münster: Die Unruhen in Gelsenkirchen, Bochum und Recklinghausen sind auf die Herabsetzung der Brotrationen zurückzuführen. Die Leute haben sich in den Versammlungen schnell überzeugen lassen, daß eine Erhöhung der Brotrationen und Kartoffelzuweisungen gegenwärtig nicht ausführbar ist. Ersatz ist in Mehl gegeben worden. Neuerdings ist aber auch die Lohnfrage[25]) mit angeschnitten worden. Daher wird vermutet, daß gewisse Kräfte an der Arbeit sind, die die gegenwärtige Streikstimmung ausnutzen wollen. Es genügt nur ein geringfügiger Anlaß, um einen Streik hervorzurufen. Eine besondere Agitation ist gar nicht einmal erforderlich; der Zufall bringt ihn.[26]) Ein sehr wichtiger Punkt ist die Kartoffelfrage. Die Leute stehen auf dem Standpunkt, daß die Regierung den Arbeitern nicht gehalten hätte, was sie ihnen versprochen hätte. Sozialdemokratische Abgeordnete erhoffen eine Besserung, wenn Arbeitervertreter bei der Verteilung der Lebensmittel zur Mitarbeit herangezogen würden.

---

[23]) Nach der BKM Aufzeichnung (Anm. 2) erwähnte der Vertreter des stellv. Generalkommandos des VII. AK in diesem Zusammenhang ausdrücklich die „geschickte Agitation von Haase und namentlich von Dittmann".

[24]) Nach der BKM Aufzeichnung (Anm. 2) machte Groener darauf aufmerksam, daß Dittmann seine Eigenschaft als Reichstagsabgeordneter vor einer Verhaftung unter den bekannten Umständen nicht schütze.

[25]) In der BKM Aufzeichnung (Anm. 2) heißt es: „Mindestlohnfrage".

[26]) Nach der BKM Aufzeichnung (Anm. 2) stammen die folgenden Ausführungen vom Vertreter des stellv. Generalkommandos des VII. AK.

Die Arbeiterschaft mutmaßt überall einen Mißbrauch. Auch die Beschaffung der Kleider macht den Leuten Sorge, desgl. die Beschaffung der Seife. Wenn die Werke anstatt der Lohnaufbesserung die Lieferung der Seife übernehmen würden, so wäre ein großes Agitationsmittel ausgeschaltet.

Excellenz **Groener:** Jede Ernährungsfrage springt, wenn sie nicht schnell erledigt wird, auf die Lohnfrage über. Das ist eine alte Erfahrung. Er habe deshalb auch bereits die Regierung gebeten, daß Arbeitervertreter zur Lebensmittelverteilung herangezogen würden.[27]) Die Arbeitgeber dürfen nicht immer geschützt werden. Sie müssen dem neuen Geist Rechnung tragen.[28]) Auch die städtischen Verwaltungen dürfen die Fleischzusatzkarten nicht nach verschiedenartigen Grundsätzen verteilen. Es erzeugt Mißstimmung, wenn ihre Abgabe an einem Orte außerordentlich eingeschränkt und im Nachbarorte sehr bereitwillig gegeben wird.[29])

Regierung Münster:[30]) Der freie belgische Arbeiter hat sich als ein in besonders hohem Maße aufhetzerisches Element erwiesen. Der Eintritt der polnischen und belgischen Arbeiter in die Arbeiterorganisationen müßte grundsätzlich verboten werden.

Minist[erial]Direktor **Lewald:** Der belgische Arbeiter kann die Rechte deutscher Arbeiter nicht für sich in Anspruch nehmen. Er kann deshalb auch von allen Organisationen rechtlich ausgeschlossen werden.

XXI. Generalkommando (Lothringen): Die Bergarbeiter an der Saar sind königstreue Arbeiter. In Saarbrücken war ein Streik in Aussicht genommen worden, weil den Schwerstarbeitern die Zulage entzogen werden sollte. Er ist aber nicht zur Ausführung gekommen.

X. Generalkommando (Hannover): Die Provinz ist ruhig. Einzige Ausnahme hat Braunschweig gebildet; Schwierigkeiten sind z. Zt. überwunden. Lohnbewegungen sind häufiger vorgekommen. Generalkommando hat jedesmal mit gutem Erfolg vermittelt. Politische Führer werden dabei grundsätzlich nicht herangezogen, sondern nur die Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen und die Arbeitgeberorganisation. Die Führer der freien Gewerkschaften haben um Beteiligung an der Lebensmittelverteilung gebeten. Sie wollen ihre Arbeiter

---

[27]) Vgl. Schulthess 1917/I, S. 406. Nach dem Kurzprotokoll nahm Groener in diesem Zusammenhang auch zur Frage der Vertretung der wirtschaftsfriedlichen (gelben) Arbeitervereine in den Lebensmittelausschüssen Stellung. Er äußerte, daß dies Sache der Stellen sei, die diese Ausschüsse zu bilden hätten. Er halte die Hinzuziehung der Arbeitervereine für zweckmäßig und wünschenswert. Nach der BKM Aufzeichnung (Anm. 2) wurde diese Frage an anderer Stelle verhandelt.

[28]) BKM Aufzeichnung (Anm. 2): „Er sei entschlossen, gegen die Arbeitgeber, die in ihren ganz verschrobenen Ansichten verharrten und nicht einsehen wollten, daß jetzt die Verhältnisse ganz anders lägen wie vor 20 Jahren, rücksichtslos vorzugehen." Vgl. Nr. 227 und 232.

[29]) In der BKM Aufzeichnung (Anm. 2) folgen Ausführungen des Hauptmanns v. Heeringen im Auftrage des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes über die Zulagen für Schwer- und Schwerstarbeiter.

[30]) Nach der BKM Aufzeichnung (Anm. 2) stammen die folgenden Sätze von dem Vertreter der Rheinprovinz, der gleichzeitig das angekündigte Vorgehen Groeners gegen die Arbeitgeber sehr begrüßte. Der vor ihm sprechende Vertreter der Provinz Westfalen (Münster) nahm zum Versammlungsrecht Stellung.

überzeugen können, daß Verteilung gerecht erfolgt. Ferner möchte die Regierung die Bildung der Arbeiterausschüsse begünstigen. Streiks, die lokale Lohnbewegungen betreffen, müssen von den Streiks gegen die Regierungsgewalt unterschieden werden. Gegen erstere sollte man nicht ohne weiteres die Staatsgewalt geltend machen.[31]) Das würde nur die Arbeitsunlust vermehren. Z. Zt. sind keine Streikbewegungen im Korpsbezirk in Aussicht.

Excellenz **Groener:** Es ist Sache der Arbeitgeber, Streiks wegen Lohndifferenzen zu verhindern. Verhältnisse in England und ihre Entwicklung sollten uns zur Warnung dienen. Je obstinater aber die Arbeitgeber bleiben, je mehr kann die Entwickelung den Gang nehmen, den sie in England genommen hat.

Kohlenförderung und Kohlenausgabe sind heute die entscheidenden Momente für die Rüstungsindustrie. 40000 Arbeiter sind allein für die Kohlenförderung im Heere freigegeben worden. Die Kohlendecke, die sich über das ganze Reich ausbreitet, ist viel zu knapp, um den Ausfall an Zufuhr zu decken. Nur für die allerdringendsten Bedürfnisse — Hausbrand ist dabei nicht berücksichtigt — ist ein Tagesbedarf von 31000 Wagen notwendig.[32]) Im günstigsten Falle können aber nur 22500 Wagen am Tage befördert werden, also nur $^2/_3$ des Allernotwendigsten. Es ist daraus ersichtlich, daß hier und da immer wieder ein Mangel eintreten muß.

Regierung Hannover: Lebensmittelverhältnisse in Bremen und Preußen sind verschieden. Daher gelegentliche Unruhen in Lehe[33]) wegen besserer Verhältnisse in der Lebensmittelversorgung in Bremen.

Regierung Braunschweig:[34]) Braunschweig ist eine Hochburg der Sozialdemokratie. Die radikalen Führer sind sehr eifrig am Werk; die Presse ist in ihren Händen. Auch die Gewerkschaften haben jetzt radikale Führer. Leute wie Thalheimer, Oerter hetzen. Augenblicklich herrscht zwar Ruhe. Es wird aber dauernd agitiert. Für den 1. Mai sind Friedensdemonstrationen geplant; namentlich sollen die Frauen für die Demonstrationen mobil gemacht werden, weil gegen sie nicht so scharf eingeschritten werden kann wie gegen die Männer. Es ist notwendig, daß die Polizei in Zukunft alle Versammlungen überwacht und daß die Reklamierten ausgetauscht werden, um die radikalen Führer zu beseitigen. Als letzte Maßnahme würde Einstellung der Arbeiter in das Heer in Frage kommen. Die Arbeiter selbst sind harmlos; die Führer bedeuten alles. Kartoffelnot und Kohlennot bilden nur den Deckmantel für politische Zwecke.

---

[31]) Vgl. Nr. 274.

[32]) Nach der BKM Aufzeichnung (Anm. 2) galten diese Angaben für das von der Ruhr versorgte Gebiet. Vgl. zur Kohlenkrise Feldman, S. 262 ff.

[33]) Vgl. hierzu die Berichte des Kommandanten der Befestigungen an der Wesermündung vom 19. und 21. 4. 1917 (MGFA MA/StN, Nr. 1811, G. 37, Bd. 1, dort auch Material zu den Ausständen Anfang April), aus denen hervorgeht, daß die Arbeiter der Werften des Bezirks am 3. und 4. 4. 1917 gestreikt hatten, daß es aber durch eine intensive Zusammenarbeit des Kommandanten mit den Gewerkschaftsführern und den Arbeiterausschüssen (vgl. auch Nr. 250, Anm. 4) gelungen war, einen Streik Mitte April 1917 zu verhindern. Der Kommandant setzte sich nachdrücklich, auch gegenüber dem Reichsmarineamt, für eine bessere Lebensmittelversorgung der Arbeiter ein.

[34]) Nach den allerdings widersprüchlichen Angaben der BKM Aufzeichnung (Anm. 2) dürfte es sich um den Polizeipräsidenten von Braunschweig gehandelt haben.

IV. Generalkommando (Magdeburg): In der Provinz Sachsen nur geringfügige Streiks, einer in Magdeburg, einer in Halle. Die Aufklärung in besonderen Betriebsbesprechungen hat sehr nützlich gewirkt. In Magdeburg ist die Arbeiterschaft sehr aufgeklärt, in Halle war sie verhetzt und unaufgeklärt. Der Mangel an Aufklärung und die Nichtbeteiligung der Arbeiter in den Kommunen hat sich klar als Schaden erwiesen. In Halle war außer der Lebensmittelknappheit auch die Lohnforderungen ein Beweggrund für die Unruhen. Halle ist augenblicklich die einzige Stadt in der Provinz, die nicht ganz sicher ist. Die Militarisierung der Waffen- und Munitionsfabrik[35]) hat abschreckend gewirkt.

Excellenz **Groener:** Die Militarisierung der Betriebe hat sich als ein erfolgreiches Mittel erwiesen. Sie ist aber nur möglich für einzelne Betriebe, um ein Exempel zu statuieren. Wir können aber nicht daran denken, in weiterem Maße Betriebe militärisch zu organisieren. Schon eine Versorgung der Arbeiter aus militärischen Beständen ist ganz ausgeschlossen.[36])

Das Belagerungsgesetz steht über dem Hilfsdienstgesetz.[37]) Den Generalkommandos ist nicht ein Titelchen von ihren Gerechtsamen aus dem Belagerungsgesetz durch das Hilfsdienstgesetz genommen. Die Generalkommandos sind in diesem Punkte vollkommen selbständig.

Jeder Betrieb, der militarisiert wird, muß als Oberhaupt ein Organ der Kommandogewalt erhalten. Es darf nicht vorkommen, daß nur einseitig die Arbeiter militarisiert werden, also nur Arbeitszwang ausgeübt wird. In der deutschen Waffen- und Munitionsfabrik lag die Schuld an den Unruhen zum großen Teil in der Ungeschicklichkeit der Direktion.[38]) Es darf unter den Arbeitern kein Zweifel darüber aufkommen, daß die Kommandogewalt nicht auf absolut neutralem Boden steht. Was dem einen recht ist, muß auch dem anderen billig sein.

IX. Generalkommando (Altona): Am 1. Mai werden Unruhen befürchtet infolge der Hetzarbeit der Ha[a]se Spartakus-Gruppe. Hoffentlich wird es noch gelingen, durch Abschiebung der Hetzer die Ruhe aufrechtzuerhalten. Besonders schwierig ist in dieser Richtung die Lage in Bremen. Der Einfluß der Hetzer ist unglaublich gestiegen, in dem gleichen Maße der Einfluß der gemäßigten Führer geschwunden. In Hamburg hat die Liebknecht-Gruppe dagegen nicht an Boden gewonnen, obwohl auch dort zahlreiche Hetzblätter verteilt worden sind.[39])

---

[35]) Am 19. 4. 1917, vgl. Archivalische Forschungen 4/II, Nr. 51, S. 453 ff. Zu den Verhältnissen im Bereich des stellv. Generalkommandos des IV. AK vgl. Nr. 292.

[36]) Vgl. Nr. 162 und 242. Für eine ähnlich zurückhaltende Stellungnahme Groeners in dieser Frage vgl. Archivalische Forschungen 4/II, Nr. 57, S. 460 f.

[37]) Vgl. hierzu Nr. 217 und 225. Bereits am 16. 4. 1917 hatte Groener dem stellv. Generalkommando des IV. AK mitgeteilt (vgl. MGFA MA/StO, Nr. 4682, III. 15. 24 a, Bd. 1), daß die militärischen Maßnahmen bei Streiks „ohne irgendwelche Rücksicht auf das Hilfsdienstgesetz zu ergreifen" seien. „Mit einer allmählichen Auswechslung unruhiger Elemente bin ich durchaus einverstanden."

[38]) Nach der BKM Aufzeichnung (Anm. 2) äußerte sich der Vertreter der Provinz Sachsen wie folgt: „Die Schuld an den Unruhen liege vielfach auf Seite der Werkleitungen. Sie behaupteten, mit den jungen Leuten die jetzt in die Betriebe kämen, könne man nicht umgehen."

[39]) Nach der BKM Aufzeichnung (Anm. 2) nahmen die Vertreter der Hansestädte selbst das Wort.

Regierung Schleswig: Bei den Unruhen in Altona, die auch Plünderungen von Läden zeitigten, waren Frauen und Kinder das treibende Element. Sie sind in der Hauptsache auf die Mißstimmung über die Lebensmittelknappheit zurückzuführen. Die Arbeiterbewegung in Kiel war dagegen politischer Natur. Agitation ist und wird aber so geheim betrieben, daß man die Agitatoren nicht fassen kann.

Excellenz **Groener:** Bezüglich der Arbeiterbewegung in Kiel ist vom Reichsmarineamt in Anwesenheit des Oberwerftdirektors von Kiel gelegentlich einer staatsministeriellen Sitzung mitgeteilt worden, daß die Unruhen durch unzureichende Maßnahmen der Stadtverwaltung verursacht worden seien. Demnach lag ihnen ein politischer Anlaß nicht zu Grunde.[40])

Regierung Schleswig: Der Regierungspräsident ist der Ansicht, daß die Auffassung des Reichsmarineamts nicht zutrifft. Es liegen bestimmte Anzeichen dafür vor, daß die Unruhen politischen Charakter trugen.

II. Generalkommando (Stettin): nichts vorgekommen. Einige Unruhen der Arbeiterschaft in Stettin sind durch das Generalkommando geschlichtet worden.[41])

XVII. Generalkommando (Danzig): Unruhen sind an einem Tage nur in Danzig vorgekommen. Gewehrfabrik und die beiden Werften waren die Träger der Bewegung. Ursache waren Lebensmittelsorgen. Die Speckverteilung in Kiel hatte die Gemüter in Aufregung gesetzt. Die Arbeiter wollten nicht schlechter behandelt werden wie die Arbeiter in Kiel und ebenfalls Speck zugeteilt erhalten.

XX. Generalkommando (Allenstein): In Elbing hat der Schlichtungsausschuß nicht gearbeitet. Ziese[42]) sträubt sich, dem neuen Geist Rechnung zu tragen. Es wird nichts anderes übrigbleiben als seine Fabrik in militärische Leitung zu übernehmen, wenn er sich nicht fügen will.

Excellenz **Groener:** Ebenso scharf wie gegen die Streikschürer und Streikbewegungen wird gegen diejenigen vorgegangen werden, die die Rechte der Arbeiter verkürzen wollen. Es muß in solchem Falle auch einmal nach der Arbeitgeberseite hin abschreckend gewirkt werden.

I. Generalkommando (Königsberg): nichts vorgekommen. Gerüchte über beabsichtigte Streiks liegen wohl vor. Die Sozialdemokratie neigt zur Ha[a]se'schen Richtung. Es wird viel Hauspolitik getrieben. In der Gewerkschaft ist das Verhältnis der Ha[a]se'schen Richtung zu anderen wie 4:3.

V. Generalkommando (Posen): Ein Streik der Textilarbeiter ist in Landeshut vorgekommen, dadurch verursacht, daß in einem benachbarten Kreise mehr Brot verteilt worden ist. Ein ähnlicher, auf gleiche Ursache zurückzuführender Streik trat in Grünberg auf. Arbeiter verhalten sich sonst durchweg ruhig und loyal.

VI. Generalkommando (Schlesien): Aufklärung ist in Fluß und zwar in Ver-

---

[40]) Vgl. hierzu Nr. 273.

[41]) Vgl. hierzu Nr. 292.

[42]) Geheimrat Carl H. Ziese, Direktor der Schichau-Werke in Elbing und Danzig.

bindung mit dem Kriegspresseamt.[43]) Schlesiens Arbeitern kann das beste Zeugnis ausgestellt werden. Sie sind durchaus königstreu. Daher wird auch das Versammlungsrecht sehr milde gehandhabt. Alle politischen Versammlungen bedürfen der Genehmigung des Generalkommandos, alle übrigen sind nur anzeigepflichtig. Die Gewerkschaften haben die Massen in der Hand. Unruhen wären nur dann zu befürchten, wenn größere Änderungen in der Lebensmittelversorgung zum Nachteile der Arbeiter eintreten würden. Deshalb sollten solche Änderungen peinlichst vermieden werden. Die Versuche, Arbeiter aus Schlesien nach anderen Industriebezirken fortzulocken, müssen eingestellt werden. Schlesien braucht seine Arbeiter selbst und kann mit einem Zuzug nicht rechnen, da erfahrungsgemäß die Abwanderung ohnehin von Osten nach Westen und nicht umgekehrt erfolgt.

XII. Generalkommando (Dresden): Die Ernährungsschwierigkeiten in Sachsen sind groß. Augenblicklich herrscht zwar überall Ruhe, die Lage ist aber nicht sicher. Das Leipziger Programm mit seinen politischen Forderungen kennzeichnet die Art der Agitation, die in die Arbeiterschaft hineingetragen wird. Den Führern der Gewerkschaften waren die Zügel vollkommen aus der Hand genommen worden. Sie erfuhren von der Streikbewegung in Leipzig erst durch das Generalkommando. Augenblicklich hat sich die Kriegsamtstelle das Vertrauen der Arbeiter zu gewinnen gewußt. Große Vorsicht in der Behandlung aller Fragen ist am Platze.

XI. Generalkommando (Cassel): Der einzige dunkle Punkt im Korpsbezirk ist Gotha als Hochburg der sozialdemokratischen Arbeitergemeinschaft; im übrigen sind die Verhältnisse gut und werden es auch bleiben, solange an den Lebensbedingungen nichts geändert wird. Keinesfalls darf den Leuten das Hamstern auf dem Lande verboten werden. Die Arbeiterfrauen stehen mit dem Lande in inniger Beziehung. Solange sie von dort ihre Vorräte beziehen können, die ihnen einen Ausgleich für die mitunter schwierige Beschaffung in den Städten bieten, sind sie ganz zufrieden. Ein Verbot, wie es das Oberkommando in den Marken erlassen hat, würde die schlimmsten Folgen zeitigen, ohne daß es für die Lebensmittelstreckung auch nur den geringsten Erfolg haben würde. Die Bauern würden ihre Kartoffelvorräte dann einfach verfüttern. Streiks dürfen nicht mit Lebensmittelzuführung besänftigt werden. Das schafft Präzedenzfälle, die die Massen später als ein Recht für sich in Anspruch nehmen.[44])

Excellenz **Groener:** überläßt diese Fragen den zuständigen Stellen.

Oberkommando in den Marken erklärt, daß es sich nur sehr ungern zu dem Verbot des Hamsterns entschlossen habe. Das Hamstern der Berliner habe sich

[43]) Vgl. hierzu Nr. 321. Nach der BKM Aufzeichnung äußerte sich hierzu Groener wie folgt: „Auf die Aufklärung würde er in seinem Aufruf ganz besonders hinweisen. Eine Aufklärung von außen erziele allmählich keine Wirkung mehr. Es bliebe nichts anderes übrig als in den Betrieben selbst die Aufklärung möglichst durch die Arbeiter zu betreiben. Vor allem müsse der lehrhafte Ton und die amtliche Aufklärung vermieden werden. Die Aufklärung soll in Witz und Humor und angepaßt an das Empfindungsvermögen der Leute erfolgen."

[44]) In dieser Frage sprach sich nach der BKM Aufzeichnung (Anm. 2) der Vertreter der Provinz Ostpreußen in ähnlichem Sinne aus, während der Vertreter der Rheinprovinz für die Bekämpfung der Hamsterei eintrat.

aber geradezu zu einer Landplage ausgewachsen, die das Land völlig ausplünderte. Was für Berlin als Millionenstadt notwendig sei, brauche deshalb aber noch nicht für andere Städte notwendig sein, wo die Bedingungen andere wären.

Kriegsernährungsamt hält das Hamstern auf dem Lande für einen Krebsschaden, dem überall energisch entgegengearbeitet werden müsse. Es wäre sonst ganz ausgeschlossen, mit den Beständen auszukommen. Schon jetzt seien die Landräte nicht mehr in der Lage, die angeforderten Mengen aus ihren Kreisen herauszuholen. Das Hamstern mache alle Rationierungen illusorisch.

Regierung Hessen Nassau[45]**:** Die Verpflegungsschwierigkeiten seien besonders in Frankfurt und Hanau sehr groß. Werden sie noch größer oder treten Unregelmäßigkeiten in der Zufuhr auf, so wird das auf die Arbeiterbevölkerung nicht ohne Wirkung sein.

Großherzogtum Hessen: Der in Mainz vorgekommene Krawall ist nicht durch Lebensmittelnot, sondern durch politische Agitation verursacht.[46]) Die Ha[a]se'sche Richtung macht sich immer stärker geltend. Die Entwicklung wird scharf beobachtet.

Baden:[47]) keine Schwierigkeiten.

Elsaß:[48]) Arbeiterschaft ist von der Agitation verschont geblieben dank der strengen Maßnahmen auf Grund des Kriegszustandes.

Metz:[49]) Keine Unruhen. Arbeiter sind zum großen Teile gefangene Russen und Reklamierte. Letztere sind Agitationen gegenüber unzugänglich.

Bayern:[50]) Bevölkerung wenig angekränkelt durch die neue Richtung. Die Mehrheit steht immer in Fühlung mit der Regierung.

Württemberg:[51]) Es gibt eine kleine sehr rührige Gruppe der Spartakuspartei, die Schwierigkeiten macht.[52]) Sonst nichts besonderes zu bemerken.

Excellenz **Groener** wirft die Frage auf, ob es Mittel und Wege gibt, die Agitation unter den Jugendlichen zu verhindern.

---

[45]) Nach der BKM Aufzeichnung (Anm. 2) äußerte sich der Vertreter des stellv. Generalkommandos des XVIII. AK vornehmlich zu Versammlungsrechtsfragen; sowohl der militärische als auch der zivile Vertreter sprachen sich für eine wirksame Unterstützung der Mehrheitssozialdemokratie aus.

[46]) Nach dem Kurzprotokoll (Anm. 4) dagegen wurden die Unruhen von den zuständigen Stellen „auf die Krawallust der Frauen und jungen Burschen zurückgeführt".

[47]) Nach der BKM Aufzeichnung (Anm. 2) sprachen sowohl der Vertreter der Regierung als auch des stellv. Generalkommandos des XIV. AK.

[48]) Der Bereich des stellv. Generalkommandos des XV. AK gehörte zum Operations- und Etappengebiet der Armeeabteilung B. Vgl. hierzu S. IX.

[49]) Vertreter des Gouvernements.

[50]) Die beiden Vertreter des bayer. Kriegsministeriums schilderten in ausführlicher Weise die Handhabung des Versammlungsrechts in Bayern und die gute Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratischen Partei (vgl. hierzu Nr. 165); sie lehnten eine einheitliche Regelung für die Handhabung des Versammlungsrechts (vgl. Anm. 2) ab.

[51]) Nach der BKM Aufzeichnung (Anm. 2) sprach zunächst der Vertreter des stellv. Generalkommandos des XIII. AK, dann der Vertreter der Regierung, der sich dafür aussprach, daß scharf nur gegen einzelne Führer, nicht aber gegen die Masse vorgegangen werden solle.

[52]) Vgl. Nr. 122.

Die Frage hat einzelne Generalkommandos bereits beschäftigt. Verbot der Teilnahme von Agitatoren in den Jugendverbänden, Auflösung von Jugendverbänden zweifelhaften Charakters, militärische Kontrolle und Aufsicht sind in Erwägung gezogen worden.[53])

Excellenz Groener bat die Generalkommandos, ihre Erfahrungen und Ansichten hierüber schriftlich einzureichen.

Excellenz Groener schloß die Sitzung mit dem nochmaligen ausdrücklichen Hinweis, daß keine Bestimmungen von zentraler Stelle bezüglich der Behandlung des Versammlungsrechts beabsichtigt wären, sondern daß die Regelung den Generalkommandos nach wie vor selbständig überlassen bleibe.[54])

[53]) Hierzu nahmen nach der BKM Aufzeichnung (Anm. 2) die Vertreter des Oberkommandos in den Marken sowie der stellv. Generalkommandos des XI. und XIII. AK Stellung. Die Maßnahmen des stellv. Generalkommandos des XIII. AK (vgl. Nr. 122) fanden überwiegend Zustimmung.

[54]) Allerdings richtete das Kriegsamt am 1. 7. 1917 ein Schreiben an die Militärbefehlshaber, in dem diese gebeten wurden, Auskunft über eine ganze Reihe von Fragen zur Handhabung des Versammlungsrechts sowie über das politische Versammlungswesen insgesamt zu geben. Begründet wurde das Ersuchen mit der Notwendigkeit „einen Überblick über stattfindende Arbeiterversammlungen zu bekommen"; MGFA MA/StN, Nr. 5473, G. 10, Bd. 1. Für die Berichte der Militärbefehlshaber der Marine vgl. MGFA MA/RMA, Nr. 4390, XX. 33, Bd. 5. Vgl. auch den entsprechenden Bericht des stellv. Generalkommandos des II. bayer. AK vom 30. 7. 1917, BHStA IV München MKr, 253 (sowie Archivalische Forschungen 4/II, Nr. 153, S. 615).

290.

Telegramm der Oberzensurstelle an das Nachrichtenbureau des Reichsmarineamts[1]) betr. Verbot der Veröffentlichung eines Maiaufrufs der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

26. 4. 1917, Nr. 22821 O. Z. — MGFA MA/RMA, Nr. 2354, XVII. 1. 5. 8a, Bd. 5.

Veröffentlichung einer Kundgebung der unabhängigen sozialdemokratischen Partei worin die beiden Fraktionen der unabhängigen Sozialdemokraten zur Feier des 1. Mai zur Bekundung der internationalen Solidarität der Arbeiterklassen auffordern[2]), ist auf Grund des Zensurtelegramms Nr. 22717 O. Z. v[om] 24. 4. 17[3]) unzulässig.[4]) Es wird gebeten, Nachdruck und Besprechung zu verbieten.[5]) Presse ist durch W T B und T U verständigt.

Oberzensurstelle.

[1]) Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß sämtliche Zensurstellen unterrichtet wurden.

[2]) Vgl. Schulthess 1917/I, S. 455 (24. 4. 1917). Vgl. auch den Abdruck entsprechender Flugblätter in: Dokumente und Materialien II/1, Nr. 221—223, S. 634 ff. sowie Archivalische Forschungen 4/II, Nr. 83—88, S. 487 ff.

[3]) Vgl. Nr. 288, Anm. 3, sowie Nr. 298.

[4]) Durch Telegramm vom 27. 4. 1917 änderte die Oberzensurstelle den Wortlaut wie folgt: „Nachdruck der Kundgebung der unabhängigen sozialdemokratischen Partei ist zulässig, wenn sie mit einer Besprechung im Sinne des Zensurtelegramms Nr. 22717 O. Z. vom 24. 4. 17 verbunden wird." MGFA MA/RMA, Nr. 2354, XVII. 1. 5. 8 a, Bd. 5.

[5]) Das württ. Ministerium des Innern richtete am 27. 4. 1917 einen Erlaß an die Oberämter (StA Ludwigsburg E 150—153, Nr. 2051, Bd. 2), wonach im Rahmen der bisher geltenden Bestimmungen (vgl. Nr. 99) alle öffentlichen politischen Versammlungen und geschlossene politische Versammlungen dann, wenn sie von radikalsozialdemokratischer Seite veranstaltet werden würden, zu verbieten seien. Umzüge politischen Charakters seien zu verhindern. Auch die Ernährungsfrage habe in diesem Fall als politische Frage zu gelten.

291.

Erklärung des preußischen Kriegsministeriums und des Kriegspresseamts vor der Pressekonferenz im Reichstag zur Streikbewegung.[1])

27. 4. 1917, Vertraulich! — MGFA MA/RMA, Nr. 2356, XVII. 1. 5. 11, Bd. 4, vervielfältigtes Exemplar.

K[riegs] M[inisterium] II:[2]) Von verschiedenen Seiten ist bei mir angeregt worden, die Aufmerksamkeit der Presse erneut auf den Versuch der Franzosen, durch die Kriegsgefangenen Sabotage verüben zu lassen, hinzulenken. Es ist meines Erachtens mit Recht darauf hingewiesen worden, daß die Angelegenheit journalistisch noch viel mehr ausgeschlachtet werden könnte, als es bisher geschehen ist. Angesichts des Greuelfeldzuges unserer Gegner aus Anlaß der Rückverlegung unserer Front im Westen, wäre es dringend erwünscht, wenn das Thema nicht sobald zur Ruhe käme. —

Der Herr Chef des Kriegsamts, Exzellenz Groener, hat einen Aufruf an die Rüstungsarbeiter erlassen[3]), der Ihnen für die morgen früh erscheinenden Blätter durch W T B zugehen wird. Der Aufruf nimmt Bezug auf den Brief von Exzellenz von Hindenburg[4]) und wendet sich scharf gegen die Streikbewegung. Exzellenz Groener ordnet an, daß unverzüglich in allen Betrieben hochgesinnte Arbeiter, mutige Männer und Frauen, sich zusammentun und ihre Kameraden aufklären, was die Not der Zeit und die Zukunft des Vaterlandes von uns allen fordert: Arbeit und wiederum Arbeit bis zum glücklichen Ende des Krieges. Diese mutigen Arbeiter sollen rücksichtslos gegen alle diejenigen vorgehen, die hetzen und aufreizen, um dem Heere die Waffen und die Munition zu entziehen. Weiter heißt es in dem Aufruf:

„Leset Hindenburgs Brief immer wieder, und Ihr werdet erkennen, wo unsere schlimmsten Feinde stecken. Nicht draußen bei Arras, an der Aisne und in der Champagne — mit diesen werden Eure feldgrauen Söhne und Brüder fertig. Nicht drüben in London. Mit diesen werden unsere Blaujacken auf den Unterseebooten gründliche Abrechnung halten. Die schlimmsten Feinde stecken mitten unter uns — das sind die Kleinmütigen und die noch viel Schlimmeren, die zum Streik hetzen. Diese müssen gebrandmarkt werden vor dem ganzen Volke, diese Verräter am Vaterlande und am

[1]) Das vollständige Protokoll der Pressekonferenz (vgl. Nr. 417, Anm. 1) sandte die Oberzensurstelle noch am 27. 4. 1917 an sämtliche Zensurstellen.

[2]) Vgl. Nr. 110, Anm. 3. Sprecher war Major Grau, wie sich aus der Vorlage ergibt.

[3]) Vgl. Nr. 289, Anm. 15.

[4]) Vom 17. 4. 1917; vgl. Nr. 289, Anm. 17.

Heere. Ein Feigling, wer auf ihre Worte hört! Leset im Reichsstrafgesetzbuch, was § 89 über den Landesverrat sagt! Wer wagt es, nicht zu arbeiten, wenn Hindenburg es befiehlt?

Der Brief Hindenburgs und dieser Aufruf sind in allen Rüstungsbetrieben so anzuschlagen, daß jeder Arbeiter tagtäglich sie vor Augen hat als dauernde Mahnung zur Überwindung des Kleinmutes, zur Erfüllung der Pflichten gegen unser geliebtes deutsches Vaterland. Wir sind nicht weit vom Ziel. Es geht ums Dasein unseres Volkes. Glückauf zur Arbeit."

Die Wirkung des Aufrufes wird im wesentlichen davon abhängen, wie ihn die Presse bringt und auswertet. Ich darf die Bitte aussprechen, daß die Kundgebung von Exzellenz Groener allgemein an hervorragender Stelle zum Abdruck gelangt und kräftig unterstrichen wird. Der Verbrauch an Munition und Material in der Riesenschlacht im Westen übersteigt alles bisher Dagewesene. Noch ist es gelungen, den dadurch entstandenen Bedarf zu decken. Jede Muskel, jeder Nerv in der Heimat muß angespannt werden, daß wir es auch weiter können. Sind wir nicht in der Lage, dem unerhörten Munitions- und Material-Einsatz unserer Gegner mindestens ein Gleiches entgegenzustellen, so bleibt uns nichts übrig, als den Menschenwall zu verstärken. Das würde Blut und wieder Blut kosten, das dann diejenigen verschuldet hätten, die hinter der Front uns in den Arm fallen. Sie kürzen den Krieg nicht ab, sie verlängern ihn. Dieser Gedankengang ist ja so klar, und es ist nur notwendig, ihn in den verschiedensten Variationen in die Gedankenwelt der Arbeiter hineinzuhämmern.

Als in voriger Woche der Hindenburg-Brief erschien[5]), auf dem ja der Groener-Aufruf aufbaut, war zwar in der Presse manch herzhaftes Wort zu lesen; dennoch habe ich die Empfindung, daß das Thema im allgemeinen nicht richtig angefaßt war, und ich glaube, Sie werden mir darin zustimmen.

Wir wollen uns doch einmal vergegenwärtigen, was vorgefallen war. Zunächst streikten etwa 200000 Rüstungsarbeiter in Berlin[6]) und etwa 50000 im Lande. Der Grund sollte die Herabsetzung der Brotration sein. War denn die Brotration nur den Rüstungsarbeitern herabgesetzt? Nein, alle Arbeiter, das ganze deutsche Volk hatte das gleiche zu ertragen. Und von den Arbeitern ausgerechnet die am besten bezahlten, die zudem die Pflicht hatten, unser Heer mit Waffen und Munition zu versorgen, mußten ihrem Unwillen in dieser Form Ausdruck geben. Die innere Ursache war aber nicht immer die Lebensmittelfrage, diese war oft nur vorgeschoben, dahinter steckte die Verhetzung durch die politischen Drahtzieher, die die Gutmütigkeit unserer Arbeiter mißbrauchten. Die Entwicklung der Streikbewegung in den Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken hat dies ja voll bestätigt. Ich gebe zu, daß wir vielleicht alle den Demonstrationsstreik am 16. nicht so ernst genommen hatten, wie er es verdiente. Als nun aber der Streik die politische Wendung nahm und der Hindenburgbrief erschien, da war es aber für die Presse höchste Zeit, aus der Reserve herauszutreten und in loderndem Zorn das Gebaren der noch Streikenden zu brandmarken. Das ist nicht allgemein geschehen, und erst nach und nach ist diese Stimmung in einen

[5]) Am 19. 4. 1917; vgl. Schulthess 1917/I, S. 422.

[6]) Vgl. Nr. 289, Anm. 11.

Teil der Presse hineingekommen.[7]) Es liegt mir fern, schulmeistern zu wollen, aber ich möchte doch von den damaligen Kommentaren zum Hindenburgbrief zwei herausgreifen, die mir besonders charakteristisch erscheinen. Ein großes Blatt beurteilt in einem kurzen Artikel zunächst sehr zustimmend den Hindenburgbrief und schließt den Kommentar mit den Worten: „Andererseits darf ja vorausgesetzt werden, daß die Regierung ihre den Arbeitern gegebenen Versprechen in vollem Maße erfüllen wird." Meine Herren. Ich bekam einen Schrekken, als ich das las. Diese Worte im Zusammenhang mit dem Vorhergehenden stärken doch geradezu den Hetzern den Rücken. Hier hätte ich mir als Schluß etwa die Worte gewünscht: „Hoffentlich gelingt es, die an der Streikfortsetzung Schuldigen dingfest zu machen, damit sie die ganze Schwere des Gesetzes treffen kann." In späteren Artikeln hat das gleiche Blatt, wie anerkannt werden muß, kräftigere Töne gefunden.

Ein anderes Blatt, eine große sozialdemokratische Provinzzeitung, gibt sich in einem längeren Artikel in anerkennenswertester Weise Mühe, auf die Arbeiter beruhigend einzuwirken. Die Ausführungen gipfeln aber in dem in Fettdruck hervorgehobenen Satz: „Im übrigen aber trifft es zu, daß jeder große Streik in der Munitionsindustrie gegenwärtig wegen der Gefährdung der Kampfkraft an den Fronten überaus gefährlich und bedenklich ist." Meine Herren, das ist zu schwächlich. Das ist nicht der Ton, der hier am Platze war und kein augenfällig klares Abrücken von den Streikenden. Vor allem die Schuldfrage mußte scharf hervorgehoben werden. Sie muß überhaupt den Kernpunkt bei den Erörterungen bilden. Die Tätigkeit der Streikhetzer „grenzt nicht an Landesverrat", wie ich es einmal gelesen habe, sondern bei ihnen liegt der Tatbestand „vollendeten Landesverrates" vor.[8]) Nennen Sie ruhig das Kind beim richtigen Namen! Das kann nur nützen. Es wäre besonders erwünscht, wenn die den Arbeiterkreisen nahestehende Presse ihren Lesern wiederholt eine Rechtsaufklärung über den § 89 des R[eichs-] St[raf-] G[esetz] B[uches] erteilen würde. Die Gerichte haben bereits auf Landesverrat erkannt, wenn Lieferanten der Heeresverwaltung unreelle Ausrüstungsstücke anschmierten. Ist es denn nicht Landesverrat, wenn jemand unsere Arbeiter verführt, die Fabrikation des nötigsten Materials für unser Heer zu hemmen? Ich bin überzeugt, daß wir alle in der Beurteilung dieser Vorgänge übereinstimmen. Da wollen wir das doch auch öffentlich zum Ausdruck bringen. Benutzen Sie, bitte, die Gelegenheit, die Ihnen der Groener-Aufruf bringt, und schlagen Sie tüchtig in die gleiche Kerbe. Ich wüßte wirklich nicht, warum ein sozialdemokratisches oder freisinniges Blatt nicht mit der gleichen Schärfe, wie z. B. eine konservative Zeitung, das verdammen soll, was verdammenswert ist. Im Gegenteil, gerade diese Zeitungen sollten die kräftigsten Töne finden und nicht den geringsten Zweifel über ihre Stellungnahme lassen. Die im Trüben

[7]) Im Anschluß an die offiziellen Erklärungen ergab sich im Zusammenhang mit dieser Bemerkung des Majors Grau noch eine ziemlich heftige Kontroverse einzelner Pressevertreter mit den Vertretern der Oberzensurstelle und des Oberkommandos in den Marken, denen vorgeworfen wurde, durch die Zensurmaßnahmen eine scharfe Pressepolemik gegen den Streik verhindert zu haben. Vor allem die Direktiven, die Hauptmann v. Vietsch vom Oberkommando in den Marken in der Sonderpressebesprechung am 21. 4. 1917 (vgl. Scheel, S. 71 ff.) ausgegeben hatte, wurden von einer Minderheit der Pressevertreter als Hemmnis empfunden.

[8]) Vgl. Nr. 289, Anm. 19.

fischenden Drahtzieher und ihr Anhang müßten von der ganzen öffentlichen Meinung isoliert werden, dann verlieren sie auch von ihrem Einfluß. Die öffentliche Meinung wird von der Presse repräsentiert. Durch sie muß jetzt eine Bewegung gehen, die sich auf die Leser überträgt. Die paar hunderttausend Rüstungsarbeiter müssen erkennen, daß sie nicht „Deutschland" sind. Nicht akademische Betrachtungen über Zweck, Sinn, Notwendigkeit oder Verwerflichkeit von Streiks sind jetzt am Platze. Wer der Ansicht ist, daß Arbeitsniederlegungen im jetzigen Augenblick ein Verbrechen sind — und jeder wirklich deutsch Denkende muß dieser Ansicht sein —, der hat meiner Ansicht nach die Verpflichtung, gegenüber den Arbeitern offen Farbe zu bekennen. Und zwar nicht nur einmal. Der skizzierte Gedankengang muß einhämmernd fortgesponnen werden, bis er Gemeingut aller überhaupt Belehrbaren geworden ist.

Als der Krieg ausbrach, brachte uns die Gefahr der Koalition unserer Feinde eine nationale Welle, die uns einigte. Unser endgültiger Sieg und damit ein hoffentlich guter Friede scheint nicht mehr fern zu sein. Es kommt jetzt nur darauf an, bis zur nächsten Ernte durchzuhalten und Waffen und Munition, Munition und Waffen zu produzieren, was nur erdenklich möglich ist. Fast größer erscheint mir daher jetzt die von uns allen klar erkannte innere Gefahr, der unser aller Kampf zu gelten hat. Diese Gefahr ist groß genug, daß sie uns in gleicher Weise einigen könnte, wie der 4. August 1914.

K[riegs-] P[resse-] A[mt] II.:[9]) Ich bin von der Obersten Heeresleitung beauftragt, die Worte, welche Major Grau soeben gesprochen hat, nachdrücklichst zu unterstreichen. Die Frage der Streiks enthält ja eine Menge Gesichtspunkte wirtschaftlicher und politischer Art. Der Standpunkt, von dem aus die Oberste Heeresleitung die Frage ansieht, ist der, daß alle die Gesichtspunkte, die in der Presse und im Lande geltend gemacht worden sind, völlig verschwinden. Der einzige Gesichtspunkt, von dem aus die Oberste Heeresleitung ausgehen muß, ist der der Kriegführung. Wenn solche Ereignisse, wie in den Vorwochen, sich wiederholen sollten, so liegt darin eine geradezu tödliche Gefahr für den Ausgang des Kampfes, nicht des Kampfes, der heute, morgen und übermorgen gekämpft wird, sondern für den Ausgang des gesamten Krieges und damit für die Zukunft des deutschen Volkes. Werden wir dieser Bestrebungen nicht Herr, ja wiederholen sie sich auch nur, dann stehen wir vor der Tatsache: Das deutsche Volk in Waffen hat nie gesehene Heldentaten verrichtet, das Volk in der Heimat aber hat durch Energielosigkeit und Kurzsichtigkeit den Verlust des Kampfes herbeigeführt. Die Oberste Heeresleitung hat das gesamte Heer im Auge, das sind nicht nur die Kämpfer an der Front, die die Hauptlast zu tragen haben, — diese Front kann nicht leben, wenn der Körper hinter ihr, der durch unzählige Fäden mit ihr verbunden ist, nachläßt. Dies geschieht durch den Streik. Der Obersten Heeresleitung muß daran liegen, daß das nicht vorkommt. Die Aufgabe der Presse hat Herr Major Grau gekennzeichnet. Unterschiede der Parteien kann es da nicht geben. Die *eine* Frage ist die: Ist man *für* oder *gegen* den Streik? Wer dagegen ist, hat die Pflicht, vor dem Vaterlande diese Meinung offen, ehrlich und deutlich zu bekennen. Diejenigen, die zu Ausständen neigen, sind kurzsichtig und verführt, sie machen sich

[9]) Sprecher war der Chef des Kriegspresseamts, Major Stotten, wie sich aus der Vorlage ergibt. Vgl. im übrigen Anm. 2 und Nr. 298.

nicht klar, was werden würde, wenn sie in ihrer Haltung in dieser Weise beharren. Deswegen muß es ihnen klar gemacht werden. Vor allem muß jeder wissen, daß derjenige, der so handelt, Landesverrat verübt und genauso ehrlos dasteht, wie jeder andere Landesverräter, und daß er genauso als Ehrloser vom gesamten Volke verurteilt wird. An die Presse ergeht die Bitte, in diesem Sinne zu schreiben, ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen. Es hat keinen Zweck, einzuwenden, es würde Beunruhigung dadurch hervorgerufen.[10]) Es kommt lediglich darauf an, eine völlige Scheidung herbeizuführen zwischen denjenigen, die vaterländisch denken, und denjenigen, die es nicht tun.

[10]) Das Kriegspresseamt machte im Rahmen seiner Flugblattaktion (vgl. Nr. 138, insbesondere Anm. 5 und 7, und Nr. 139, Anm. 8) Propaganda gegen den Streik, so u. a. mit einem Blatt „Wer ist der Todfeind des deutschen Arbeiters". Das stellv. Generalkommando des XIV. AK lehnte diese Form der Propaganda ab, insbesondere erschien ihm der wiederholte, wenn auch ablehnende Hinweis auf den Streik unzweckmäßig, ja gefährlich. Den Arbeitern würde dadurch immer wieder die Möglichkeit eines Streiks zu Bewußtsein gebracht. Interessanterweise stimmte die Auskunftstelle des Kriegspresseamts diesem Gedanken „ohne Streikgefahr keine Verteilung von Flugblättern vorzunehmen" vollkommen zu. Vgl. den Schriftwechsel vom 9. 5./16. 5. 1917 in: GLA Karlsruhe Abt. 456, Bd. 87.

292.

Auszüge aus der Zusammenstellung der Monatsberichte der stellv. Generalkommandos an das preußische Kriegsministerium[1]) betr. die allgemeine Stimmung im Volke.

3. 5. 1917, Nr. 600/17 g. B. 6, Geheim! — GLA Karlsruhe Abt. 456, Bd. 70, gedrucktes Exemplar.[2])

[. . .][3])

Des weiteren sei erwähnt, was das IV. A.K. in längerer Ausführung äußert:

Grundlegend für die Gestaltung der Volksstimmung im Monat April ist die Ende März mit Wirkung vom 16. April an bekanntgegebene Herabsetzung der Brotportion, die damit verbundene Heraufsetzung der Fleischportion und die Regelung der Kartoffelversorgung gewesen.[4]) Die Herabsetzung der Brotportion

[1]) Vgl. zu den „Zusammenstellungen" Nr. 154, Anm. 1.

[2]) Für einen kurzen Auszug vgl. Archivalische Forschungen 4/II, Nr. 102, S. 517 f.

[3]) Im ersten Teil der Zusammenstellung werden die Berichte der stellv. Generalkommandos über die Wirkung des U-Bootkrieges, des Erfolges der Kriegsanleihe, der allgemeinen außenpolitischen Lage und der militärischen Situation an den Fronten auf die Stimmung der Bevölkerung wiedergegeben. Unmittelbar voraus geht der Bericht des Oberkommandos in den Marken über den Streikverlauf, vgl. hierzu Nr. 289, Anm. 11 und 14.

[4]) Vgl. hierzu Nr. 274, Anm. 4. Schon in den Berichten für den Monat März 1917 wiesen einzelne stellv. Generalkommandos auf die immer bedrohlicher werdende Situation auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung hin. Vgl. einen Auszug aus der „Zusammenstellung" in: Archivalische Forschungen 4/II, Nr. 40, S. 440 f. Nicht nur das stellv. Generalkommando des IX. AK, sondern auch das des I., IV., VII. und X. AK berichteten über die sich unter der Bevölkerung — nicht nur der Arbeiterbevölkerung — immer mehr verbreitende Unruhe. Am 27. 3. 1917 unterrichtete die Oberzensurstelle sämtliche Zensurstellen, daß der Abdruck und die Besprechung eines Briefes des Präsidenten des preuß. Abgeordnetenhauses an die Abgeordneten mit der Bitte um Lebensmittel für die Angestellten des Hauses verboten sei; vgl. MGFA MA/RMA, Nr. 2354, XVII. 1. 5. 8 a, Bd. 5.

traf die gesamte Bevölkerung wie ein schwerer Schlag. Eine tiefe Mißstimmung machte sich in allen Kreisen geltend. Man sah allgemein sehr schwarz in die Zukunft und glaubte, daß England seinem Ziele, Deutschland auszuhungern, nunmehr nicht mehr fern sei. Schwere Vorwürfe gegen die geringe Voraussicht der Ernährungsbehörden wurden erhoben. Man hob von allen Seiten hervor, daß die maßgebenden Stellen immer und immer wieder versichert hätten, wir würden mit unseren Vorräten gut durchkommen. Durch die Herabsetzung der Brotportion würden diese Redner Lügen gestraft. Besonders schwer war die Beunruhigung und Mißstimmung in den Kreisen der Fabrikarbeiter, die auf die Ernährung durch Brot wesentlich angewiesen sind.

Dieser höchst ungünstigen Wirkung der Herabsetzung der Brotportion mußte rasch und mit durchgreifenden Mitteln entgegengetreten werden. Das stellvertretende Generalkommando und die Kriegsamtstelle Magdeburg, das Kriegswirtschaftsamt für die Provinz Sachsen in Magdeburg sowie alle in Frage kommenden zivilen Verwaltungsstellen sahen das einzige Mittel, um einem weiteren Ausbreiten der Mißstimmung und einem fortschreitenden Sinken des Vertrauens des Volkes entgegenzuwirken, in einer bis an den einzelnen Volksgenossen dringenden Aufklärung über die allgemeine Lage unserer Ernährung, über unsere Vorräte und über die Möglichkeit des Durchhaltens.[5]) Diese Aufklärung konnte aus zutageliegenden Gründen nur von Mund zu Mund geschehen. Sie ist schnell und mit aller Energie und, wie vorweg gesagt werden kann, mit Erfolg im gesamten Korpsbezirk durchgeführt worden. In hunderten von Besprechungen, Versammlungen, Verhandlungen ist eine große Arbeit von allen berufenen Stellen geleistet worden, an der sich u. a. auch in dankenswerter Weise die Lehrer und Geistlichen beteiligt haben. Im allgemeinen wurde bei der Aufklärung die Richtlinie eingehalten, daß unsere Ernährungslage ohne Schminke dargestellt, daß auf die im Lande noch vorhandenen und durch die angeordnete Nachschau zu erfassenden Vorräte hingewiesen wurde, und endlich, daß ein Durchhalten, wenn auch mit Einschränkung, gewährleistet sei. Zweck und Ziel sollten sein, die Bevölkerung im Innersten von dem Ernst der schweren Zeit zu überzeugen, um in ihr den festen Willen zu erwecken, trotz Entbehrung durchzuhalten. Es mag sein, daß bei der Aufklärung hier und da durch einseitige Schwarzmalerei in kleineren Kreisen Unruhe verursacht worden ist, die zu unsinnigen Gerüchten Anlaß gegeben hat. Es haben diese stellenweisen Übertreibungen sogar das Gute gehabt, die landwirtschaftliche Bevölkerung von dem tatsächlichen Ernst der Dinge zu überzeugen und zur willigen Hergabe aller irgendwie verfügbaren Lebensmittel zu veranlassen. Im allgemeinen kann ich aber mit Genugtuung feststellen, daß trotz der schweren, durch die Herabsetzung der Brotportion hervorgerufenen Erschütterung der Volksstimmung die Lage jetzt wieder hergestellt ist. Die Bevölkerung hat im allgemeinen das Vertrauen wiedergewonnen, daß wir durchhalten werden. Die ganze Aufklärungsarbeit hat obendrein, wie mir scheint, Behörden und Bevölkerung in ein bei der jetzigen ernsten Zeit zu begrüßendes, engeres Verhältnis gebracht.

[5]) Von ähnlichen Aufklärungsaktionen kleineren Umfangs berichteten die stellv. Generalkommandos des I., X., XI. und AK, die Kriegsamtstelle Frankfurt/M. sowie das stellv. Generalkommando des XVII. AK (im Mai-Bericht).

So ist es denn gelungen, daß der 16. April ohne allgemeine Unruhen vorübergegangen ist. Demgegenüber ist das Bild, das über die besondere Wirkung der Herabsetzung der Brotportion auf die Arbeiterschaft gegeben werden kann, nicht so günstig.

Alsbald nach der Bekanntgabe der Herabsetzung der Brotportion tauchten aus allen Teilen des Korpsbezirks Gerüchte darüber auf, daß die Arbeiterschaft beabsichtige, am 16. April durch umfangreiche Ausstände, ja durch Unruhen und durch geschlossene Züge auf die Dörfer, um dort zu plündern, gegen die Brotportion zu demonstrieren. Ich habe sofort Veranlassung genommen, diesen Gerüchten nachzugehen und habe durch die von mir in allen größeren Rüstungsbetrieben eingerichteten Ernährungsausschüsse[6]) Fühlung mit der Arbeiterschaft unmittelbar nehmen lassen. In den infolgedessen stattgehabten zahlreichen Besprechungen, insbesondere aber in einer Verhandlung, die unter meinem Vorsitz am Ostersonnabend (7. April) mit den Vertretern der Magdeburger Metallarbeiterschaft und mit Arbeitgebern unter Beteiligung der Zivilbehörden stattfand, ergab sich, daß die Arbeiter nicht nur Wünsche nach besserer Ernährung, sondern auch Forderungen stellten, die die Arbeitszeit und die Arbeitslöhne und die Gewährung politischer Rechte betrafen. Die Lage klärte sich dann weiter durch Besprechungen, die mit den Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Halle stattfanden. Danach glaube ich die jetzige Stimmung in der Arbeiterschaft zusammenfassend dahin skizzieren zu sollen: Die Schwierigkeiten in der Ernährung sind höchstens der Anlaß, wenn nicht der Vorwand gewesen, um bestimmte Forderungen anderer Art durchzudrücken. Die Arbeiterorganisationen und die Arbeiterführer wollten die bedrängte Lage, in die die Behörden wegen Ernährungsschwierigkeiten gekommen waren, ausnutzen, um höhere Löhne, geringe Arbeitszeit und politische Rechte (Beseitigung des preußischen Wahlrechts, Aufhebung des Belagerungszustandes, Erweiterung der Arbeiterausschüsse, Beteiligung der Arbeiter an der Ernährungswirtschaft, Versammlungsfreiheit, Aufhebung der Zensur usw.) zu erzwingen. Dadurch aber, daß die durch Herabsetzung der Brotportion geschaffene schwierige Ernährungslage durch Heraufsetzung der Fleischportion, durch Regelung der Kartoffelversorgung und durch Hergabe von Lebensmitteln seitens der Kommunalverbände aus ihren Rücklagen gemildert wurde, sowie durch Beteiligung der Arbeiter an den Nachschaukommissionen, durch Verhandlungen über die Forderung einer Herabsetzung der Arbeitszeit, insbesondere aber durch die Osterbotschaft über das preußische Wahlrecht, ist es gelungen, den agitatorisch geführten Vorstoß abzuwenden.[7]) Vereinzelt sind Arbeiterausstände und

[6]) Vgl. hierzu Groeners Ersuchen vom 13. 4. 1917; Nr. 289, Anm. 27. Nach den Berichten der stellv. Generalkommandos wurden Arbeitervertreter zu einer ganzen Reihe von Ausschüssen herangezogen, deren Verbreitung und Zusammensetzung regional wohl sehr verschieden gewesen sein dürften. Das stellv. Generalkommando des VII. AK sprach sich bereits im März-Bericht für die Beteiligung von Arbeitervertretern an den sog. Nachprüfungsausschüssen aus, durch die die vorhandenen Lebensmittelbestände auf dem Lande rücksichtslos erfaßt werden sollten. Im Mai-Bericht der stellv. Generalkommandos wurden die über die Verteilung der Zulagenkarten entscheidenden Ausschüsse im allgemeinen sehr positiv beurteilt. Allein der Regierungspräsident von Breslau erhob im April-Bericht gegen die Beteiligung der Arbeiter bei der Lebensmittelverteilung grundsätzliche Bedenken.

[7]) Auch die stellv. Generalkommandos des I., IX., X. und XVIII. AK berichteten über entsprechende Verhandlungen mit den Gewerkschaften; vgl. auch Nr. 289, Anm. 33.

Streiks, die aber die Dauer von wenigen Tagen nicht überschritten haben, vorgekommen. Sie haben sämtlich durch Eingreifen der Kriegsamtstelle oder des stellvertretenden Generalkommandos alsbald beigelegt werden können. Die Stimmung in der Arbeiterschaft beginnt sich auch bereits wieder in vaterländischem Sinne zu befestigen, besonders seitdem der Reichskanzler in seinem Schreiben an die Bundesregierungen[8]), seitdem der Generalfeldmarschall Hindenburg in seinem Briefe[9]) an Generalleutnant Groener und endlich, seitdem dieser im Reichstagsausschuß[10]) klar und scharf gegen Streiks Stellung genommen und die gemeinsame Pflicht zur gemeinsamen Tragung der Beschwernisse unterstrichen haben. Den Aufruf an die Rüstungsarbeiter von Exzellenz Groener beurteilt die sozialdemokratische Presse nicht so günstig.[11])

[. . .][12])

Das II. A.K., das aus Besprechungen mit Vertretern der Arbeiterschaft zunächst den Eindruck gewonnen hatte, daß sich die Wünsche der Arbeiter lediglich um Ernährungs- und nicht um Lohnfragen oder politische Fragen drehten, kommt schließlich ebenfalls zu der Überzeugung, daß es in der Hauptsache politische Einflüsse sind, die die Unzufriedenheit unter den Arbeitern veranlaßt haben. In seinem Bericht heißt es: Ich habe der am 29. April von mir empfangenen Deputation sehr bestimmt eröffnet, daß für sie in den Ernährungsfragen alles geschehen sei, was zur Zeit möglich wäre, und habe sie an ihre vaterländische Pflicht erinnert angesichts der schweren Kämpfe an der Front und der niedrigen Gesinnung, ihren dort fechtenden Volksgenossen durch Arbeitseinstellungen die Waffen zu entziehen. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß die Arbeiter hierfür durchaus empfänglich waren und glaube auch nicht, daß es in nächster Zeit zu Arbeitseinstellungen kommen wird. Ich bin indessen meiner Sache nicht sicher, was die Zukunft bringen kann, wenn eine weitere politische Agitation einsetzen sollte. Ich habe auch heute noch, wie ich es während des ganzen Krieges wiederholt betont habe, ein starkes Mißtrauen gegen einen großen Teil der Gewerkschaftsführer. Von einigen der hiesigen Gewerkschaftsführer habe ich die Überzeugung, daß sie heimlich aufreizend wirken und sich dann, sobald die Erregung einen gewissen Grad erreicht hat, zu den Behörden begeben und ihre Vermittlung anbieten, selbstredend, um die letzteren zu täuschen und um die Arbeiterbewegung in die Hand zu bekommen.[13]) Einzelne gerade dieser hiesigen Gewerkschaftsführer haben auch in dem Schlichtungsausschuß und in anderen Ausschüssen gesessen.

---

[8]) Vgl. Nr. 289, Anm. 19.

[9]) Vgl. Nr. 289, Anm. 17.

[10]) Vgl. Nr. 289, Anm. 18.

[11]) Vgl. Nr. 289, Anm. 15.

[12]) Es folgen kürzere Berichtsauszüge anderer stellv. Generalkommandos, in denen u. a. die Kriegsamtstelle Frankfurt/M. darauf hinwies, daß bei den Demonstrationen weniger die Arbeiterschaft als vielmehr die „sonstige Zivilbevölkerung" führend beteiligt gewesen sei; in diesem Zusammenhang wird das großstädtische Bürger- und Beamtentum erwähnt.

[13]) Über ein derartiges Verhalten der Gewerkschaften berichteten auch das württ. Kriegsministerium und das stellv. Generalkommando des VII. AK, das außerdem die Bildung einer linksradikalen Gewerkschaftsgruppe, des „Allgemeinen Arbeiterverbandes" in Düsseldorf, meldete, der in Verbindung mit der Gruppe der „Internationalen Sozialisten Deutschlands" stehe.

Wie die Werftarbeiter politisch bearbeitet werden, ist mir — ich kann nur sagen, zu meinem Schrecken — klar geworden in der mir gegenüber ausgesprochenen lebhaften Verteidigung eines Scheidemannschen Friedens ohne Annexionen und ohne Kriegsentschädigung. Mein Hinweis darauf, daß ohne die letzteren das deutsche Volk wirtschaftlich zusammenbrechen müsse, fand die überraschende Entgegnung, daß es den übrigen Völkern aber auch so gehen werde und doppelt, wenn sie an uns noch Kriegsentschädigungen zahlen sollten. Es bedurfte meinerseits eines sehr energischen Hinweises, daß wir für unser Volk zu sorgen hätten und nicht für unsere Feinde, und daß es eine Vaterlandslosigkeit sei, aus weichlicher Rücksichtnahme für die Gegner das eigene Volk wirtschaftlich zu ruinieren. Bei der Mehrzahl der Anwesenden schien das auch durchzudringen, bei einigen aber habe ich mit tiefem Bedauern gesehen, daß die Gedanken des Zusammenhangs der internationalen Sozialdemokratie tiefer sitzen wie die Empfindung für Volk und Vaterland. Diese Gefahr ist eine sehr große und beweist, daß es die höchste Zeit ist, der Arbeit der führenden Sozialdemokratie in Berlin ganz energisch ihre unsauberen Geschäfte und Arbeit für die Internationale zu legen, wenn das Vaterland nicht bleibenden Schaden erleiden soll.

[. . .][14])

[14]) Es folgen weitere Berichtsauszüge in der insgesamt 41 Seiten umfassenden „Zusammenstellung".

293.

Bericht des Legationssekretärs Freiherr v. Lersner an den Staatssekretär des Auswärtigen Amts über die Zuversicht der Obersten Heeresleitung auf einen baldigen Sieg.

5. 5. 1917[1]), Gr. Hauptquartier, persönlich! — PA Bonn Polit. Abt., Auswärtiges Amt Gr. Hauptquartier, Bd. 227, handschriftl. Entwurf.

Euerer Excellenz bitte ich gehorsamst melden zu dürfen, daß die Stimmung bei der Obersten Heeresleitung und den übrigen hiesigen Militärs[2]) sich in der letzten Woche in völlige Siegeszuversicht gewandelt hat.[3])

[1]) Am selben Tage durch Kurier befördert.

[2]) Die vorangehenden fünf Worte nachträglich ergänzt.

[3]) Vgl. für den Zusammenhang Ritter, Bd. 3, S. 515 ff., danach entzog sich auch der Reichskanzler nicht ganz dieser optimistischen Beurteilung der Situation. Vgl. auch die Aufzeichnung Victor Naumanns vom 13. 5. 1917 in: Dokumente und Argumente, Berlin 1928, S. 249. Der württ. Militärbevollmächtigte im Gr. Hauptquartier, Generalleutnant F. v. Graevenitz, berichtete am 19. 5. 1917 über ein Gespräch mit dem Reichskanzler am 18. 5. 1917 (HStA Stuttgart WKM, Persönliche Angelegenheiten, Bd. 87), in dem Bethmann Hollweg zum Ausdruck brachte, daß er unter Berücksichtigung aller Verhältnisse den Friedensschluß für den Herbst des Jahres erwarte. „Die Lage sei noch nie während des Krieges so günstig gewesen wie jetzt."

Nach Rücksprache mit General Ludendorff nahm ich bereits gestern Gelegenheit Euerer Excellenz zu drahten, daß der General die allergrößte[4]) Zuversicht auf militärischem Gebiete hegt. Die wiederholten[5]) englischen, wenig vorbereiteten Angriffe zeigten ihm, daß England nicht mehr lange mitmachen könne.[6]) Das Verhalten Rußlands werde hierbei wohl mitwirken. Hauptsächlich seien es jedoch die großen Ubootserfolge, die England schreckten. Vertraulich wurde mir mitgeteilt, daß vom April bereits die Versenkung von[7]) über 900000 Tonnen gemeldet sei[8]), dabei wären noch etwa 10 Uboote nicht zurückgekehrt.

General Ludendorff glaubt, daß England in spätestens 2—3 *Monaten*[9]) um Frieden bitten müsse.[10]) Andere[11]) glauben, daß dies schon in 2—3 *Wochen* erfolgen werde.

Wie stark die Siegeszuversicht hier [ist][12]), ist vielleicht am besten daraus zu ersehen, daß alte Bekannte von mir, wie Major v. dem Bussche, Hauptmann v. Harbou, Graf Dohna u.s.w. mich nacheinander aufgesucht haben, um mir vertraulich klarzumachen, wie großartig wir militärisch dastünden. Überall seien

---

[4]) Die Vorsilbe „aller" nachträglich hinzugefügt.

[5]) Das vorangehende Wort in der Vorlage nachträglich ergänzt.

[6]) In der Vorlage folgt ein durchgestrichener Satz zum U-Bootkrieg, der sich inhaltlich mit den entsprechenden Ausführungen weiter unten deckt.

[7]) Die vorangehenden drei Worte nachträglich ergänzt.

[8]) Vgl. Müller, S. 284 (6. 5. 1917), wonach der Chef des Admiralstabes, Admiral v. Holtzendorff, bereits von 1 Million versenkter Tonnage sprach. Nach den Angaben des Seekriegswerkes (Der Krieg zur See 1914—1918, Teil IV/4, Berlin 1941, S. 195) wurden im April 1917 durch U-Boote insgesamt 860334 Br. R. T. versenkt.

[9]) Die Ziffer „2" ist in der Vorlage nachträglich ergänzt worden.

[10]) Vgl. die handschriftliche Notiz des Abg. Frhr. v. Richthofen vom 5. 5. 1917 (Nachlaß Richthofen, Nr. 11): „Hindenburg erklärt dem Herrn Tramm — [Stadtdirektor von] Hannover, daß der Krieg sicher im August dieses Jahres beendigt sein werde. Im Sept[ember] wäre er wieder in Hannover." Vgl. auch Fischer, S. 512. Für die Beurteilung der Lage durch die OHL ist eine Zusammenstellung über den Stand und die Aussichten des U-Bootkrieges charakteristisch, die am 11. 5. 1917 allen Heeresgruppen und Armee-Oberkommandos zuging (Aktenzeichen: II Nr. 55050 op., vgl. auch Weltkrieg, Bd. 12, S. 539 ff.). Nach dem Willen Ludendorffs sollten alle „höheren Stäbe bis zu den Divisionen einschließlich" über den Inhalt unterrichtet werden, ja selbst „gegen eine Bekanntgabe an die Truppe, jedoch unter Weglassung bestimmter zeitlicher Daten über das Erlahmen der feindlichen Widerstandskraft" sei nichts einzuwenden. Nach den üblichen Berechnungen heißt es am Schluß dieser Zusammenstellung: „Wir wissen, daß infolge schlechter Ernten und der Schiffahrtsschwierigkeiten England, Frankreich und Italien von Juli ab das Brotgetreide fast völlig fehlt; Ersatz kann England nur durch Abschlachten seiner Viehbestände finden, dann aber ist es auf Jahre ruiniert und von September an ohne Fleisch, Fett, Butter, Milch. Es muß also von September ab nur noch von der eigenen neuen Getreideernte leben. Die reicht höchstens für 2 Monate. Ende des Jahres aber fehlt, wie oben gezeigt, die Tonnage für eine auch nur annähernd ausreichende Einfuhr. England stände vor einer ganz schweren Hungersnot. Ähnlich steht es mit Frankreich und Italien. — Im Gegensatz dazu ist unsere Ernährung für die Zukunft zwar auch nur knapp aber sicher. Wir können warten, unsere Feinde nicht." Vgl. BHStA II München, MA I, Nr. 968.

[11]) Ursprünglicher Wortlaut: „Manche Leute".

[12]) Frhr. v. Lersner hat diesen Satz mehrfach korrigiert; der Wortlaut der durchgestrichenen Ergänzungen ist nicht mehr zu entziffern. Die Worte „nacheinander" und „vertraulich" sind nachträglich hinzugefügt worden.

wir stärker als je. England sei bald erledigt[13]), Rußlands Heer kein zu fürchtender Gegner mehr. Bald würden die Feinde mit Friedensangeboten kommen. Und vor dem Augenblick[14]) hätte man bei den Soldaten Angst: Die Diplomaten würden dann wohl[15]) zu schnell zugreifen und nicht die Nerven haben, die Feinde „zappeln" zu lassen.

Ich darf gehorsamst bemerken, daß die oben genannten Herren alles Leute sind, die dauernd in und außer Dienst um den Feldmarschall und General Ludendorff sind. Aber[16]) auch Andere wie Oberst Freiherr v. Marschall, Oberstleutnant Holland, Major v. Wehrs, Oberstleutnant v. Tieschowitz, Oberst v. Bartenwerffer u.s.w. haben sich mir gegenüber ähnlich ausgesprochen.

Lersner.

[13]) Die vorangehenden vier Worte nachträglich hinzugefügt.
[14]) In der Vorlage ursprünglich „Und da".
[15]) Die vorangehenden zwei Worte nachträglich ergänzt.
[16]) „Aber" nachträglich hinzugefügt.

294.

Auszug aus einem Brief des Generalleutnants Wild v. Hohenborn an seine Frau zu den innenpolitischen Rückwirkungen der russischen Revolution und über die politische Aufgabe des preußischen Kriegsministers.

8. 5. 1917, Buzanzy. — Nachlaß Hohenborn, Nr. 4, handschriftlich.

[. . .][1])

Die Ruhe an der russischen Front ist ein Geschenk des Himmels. Endlich mal ein wirkliches Glück in diesem Kriege. Die sonstigen Folgen dieses Triumphs der Freiheit freilich mag der Teufel holen. Es legt sich eine bedenkliche Patina auf den Glanz der alten Krone Preußens.[2]) Es ist gut, daß man nicht mitverantwortlich ist. Ich denke aber, der Kriegsminister bleibt stramm. Er hat als Sommekämpfer und Hindenburgkreatur Vertrauen; sein schroffer Widerspruch wird Eindruck machen. Aber die Oberste Heeresleitung muß neutral bleiben. Hindenburg könnte *viel* tuen; aber er darf seine militärische Vertrauensstellung nicht im politischen Streit aufs Spiel setzen. Politische Generale sind stets vom Übel gewesen und in Deutschland unbekannt. Da muß der Kriegsminister helfen. Ich bin sehr gespannt auf die Entwicklung der nächsten Monate. Es ist in *jeder* Hinsicht der Wendepunkt der Geschicke Deutschlands.

[. . .][3])

[1]) Der erste Teil des Briefes enthält u. a. Mitteilungen über militärische Veränderungen im Frontabschnitt.
[2]) Vermutlich spielt Wild v. Hohenborn damit auf die am 4. 5. 1917 begonnenen Beratungen des Verfassungsausschusses des Reichstages an; vgl. Schulthess 1917/I, S. 508 ff. Am 5. 5. 1917 schrieb er in einem Brief an seine Frau (Nachlaß Hohenborn, Nr. 4): „Freilich was uns die russische Revolution und die von ihr angefachte Internationale sonst bescheren wird, davon schweigt des Sängers Höflichkeit. Scheidemann Vorsitzender des Verfassungsausschusses im Reichstag! das spricht Bände. Ich wäre jetzt als Kriegsminister komplett unmöglich; gegen *den* Strom hätte ich nicht schwimmen können." Vgl. im übrigen Nr. 296.
[3]) Es folgt der persönlich gehaltene Schluß des Briefes.

295.

Schreiben des preußischen Kriegsministeriums an den Chef des Generalstabes des Feldheeres[1]) betr. Maßnahmen zur Verhinderung des Eindringens sozialistischer Propaganda in das Heer.

12. 5. 1917, Nr. 2807/17. g. A 1, Geheim! — BHStA IV München MKr, 251, Abschrift.[2])

Im Hinblick auf die kürzlichen Streikumtriebe in der Rüstungsindustrie halte ich es für geboten, Maßnahmen zur Verhinderung des Eindringens der Propaganda in das Heer zu treffen, da anzunehmen ist, daß die Anstifter der Streiks versuchen werden, die Propaganda durch Flugschriften und Handzettel auf heimlichem Wege auch in das Heer hineinzutragen.

Um dem zu begegnen, halte ich es für erforderlich, verdächtige Leute scharf überwachen zu lassen (Briefkontrolle). Namentlich erscheint mir geboten, auf die vom Urlaub aus der Heimat zurückkehrenden Leute ein wachsames Auge zu richten, ob nicht von ihnen Flugschriften und Handzettel eingeschleppt werden. Auch erscheint es nötig, das Eisenbahnpersonal in den besetzten Gebieten in bezug darauf zu überwachen, daß von ihm nicht Flugschriften und Handzettel eingeschmuggelt oder den Soldaten auf der Fahrt heimlich zugesteckt werden.

Euerer Excellenz darf ich die Veranlassung des Weiteren anheimstellen.[3])

Die stellvertretenden Generalkommandos usw. sind ersucht worden, auch bei den Mannschaften des Besatzungsheeres von Zeit zu Zeit Nachsuchungen nach Flugschriften usw. der bezeichneten Art vornehmen zu lassen.[4])

Der Kriegsminister
v. Stein.

---

[1]) Abdrucke des Schreibens gingen an sämtliche preuß. stellv. Generalkommandos, an die bundesstaatlichen Kriegsministerien sowie an das Reichsmarineamt.

[2]) Für ein weiteres Exemplar vgl. HStA Stuttgart XIII. AK, Abt. II, Bd. 93.

[3]) Der Chef des Generalstabes des Feldheeres übernahm in einem Befehl vom 24. 5. 1917 (MGFA MA/OdO, Nr. 1139, D. V. O. 2, Bd. 1) die Anregungen des preuß. Kriegsministeriums und machte „den verantwortlichen Dienststellen des Operations- und Etappengebiets die nachdrückliche Bekämpfung solcher Propaganda zur ernsten Pflicht".

[4]) Das preuß. Kriegsministerium hatte bereits in einem Schreiben vom 3. 5. 1917 die Militärbefehlshaber aufgefordert, bei Auftauchen entsprechender Flugblätter in kriegswirtschaftlichen Betrieben sofort die Staatsanwaltschaft zu unterrichten und die Belegschaften durch Anschläge auf diese, als „Landesverrat" bezeichneten Umtriebe aufmerksam zu machen (MGFA MA/RMA, Nr. 4389, XX. 33, Bd. 4); vgl. Nr. 289, Anm. 19, sowie Archivalische Forschungen 4/II, Nr. 100, S. 515. — Der Referent des bayer. Kriegsministeriums vermerkte auf der Vorlage: „Dem Ersuchen wird wohl stattzugeben sein." Dementsprechend wurde das Schreiben des preuß. Kriegsministeriums den bayer. Dienststellen zur weiteren Veranlassung und Berichterstattung am 23. 5. 1917 übersandt. — Das Kommando der Marinestation der Ostsee übernahm in einem Befehl vom 13. 6. 1917 (MGFA MA/StO, Nr. 1446, Kommandantur Gg. 15, Bd. 1) im wesentlichen den ersten Abschnitt der Vorlage und wies die militärischen Dienststellen an, auf die zurückkehrenden Urlauber „ein wachsames Auge zu richten". Vgl. auch Nr. 312.

296.

Telegramm des Kaisers an den Reichskanzler zu den Beschlüssen des Verfassungsausschusses des Reichstages und allgemein zur Politik der „Neuorientierung".

12. 5. 1917, Homburg. — PA Bonn Polit. Abt., Auswärtiges Amt Gr. Hauptquartier, Bd. 247, Abschrift.[1])

Lieber Bethmann! Ich habe Ihren gestrigen Ausführungen[2]) mit Befriedigung entnommen, daß Sie mit Mir in der Unannehmbarkeit der Beschlüsse des Verfassungsausschusses, soweit sie geeignet sind, Meine und der Bundesstaaten Rechte anzutasten und den *föderativen* Charakter des Reiches zu verschieben, übereinstimmen.[3]) Ich vertraue Ihrer bewährten Einsicht, daß Sie auch etwaigen weiteren *Versuchen* und Bestrebungen, im Reich und in Preußen die äußere Lage zur Verwirklichung des *sogenannten parlamentarischen Systems* auszunutzen, mit Festigkeit *entgegentreten* werden. Dieses System hat in England und Frankreich total Schiffbruch gelitten. Zumal in England — der Mutter der Parlamente — ist das Parlament und Volk völlig ausgeschaltet, ist über nichts befragt oder orientiert worden und hat widerstandslos einer *Diktatur eines* mit unbeschränkten Vollmachten versehenen Premierministers an der Spitze eines *Komitees* von wenigen Männern weichen müssen. Also das alte „*Directoire*" in aller Form. Das ist die Um- und Rückbildung vom reinen parlamentarischen, bewährten Regime in England zur *absoluten Autokratie*! In solche[m][4]) Augenblick werde Ich nicht dulden, daß Experimente für *alte* parlamentarische Gepflogenheiten — die sich schon in England *überlebt* haben — bei uns probiert werden. Es ist für uns unmöglich, solche Versuche zu machen, da wir *nicht* zwei Parteien haben — wie einst im alten England —, sondern einen ganzen Haufen. In Preußen würde der Gedanke, Minister zu nehmen, bloß *weil* sie dem *Parlament* angehören, unmöglich sein. Erstens wird das Recht des Königs dadurch gehindert, der sich seine Minister nach Belieben selbst wählt oder entläßt, zweitens hat der Versuch keine Aussicht

[1]) Aus der Abschrift geht nicht hervor, durch wen das Telegramm dem Reichskanzler übermittelt wurde, vermutlich jedoch durch Legationsrat Frhr. v. Grünau (vgl. Anm. 9).

[2]) Der Reichskanzler war am 11. 5. 1917 zu Besprechungen mit dem Kaiser und der OHL nach Kreuznach gekommen (vgl. Müller, S. 285) und fuhr von dort aus nach Wien weiter.

[3]) Zur Stellungnahme des Reichskanzlers zur Arbeit und den Beschlüssen des Verfassungsausschusses vgl. das Protokoll der Sitzung des preuß. Staatsministeriums vom 1. 5. 1917 (PA Bonn Polit. Abt., Preußen Nr. 11 Geheim, Bd. 17), der eine Denkschrift des Staatssekretärs Helfferich vom 23. 4. 1917 zugrunde lag (vgl. PA Bonn Polit. Abt., Deutschland Nr. 125, Bd. 8). In Telegrammen an den Chef des Zivilkabinetts zur Unterrichtung des Kaisers vom 5. 5. 1917 (PA Bonn Polit. Abt., Auswärtiges Amt Gr. Hauptquartier, Bd. 227) und vom 8. 5. 1917 (PA Bonn Polit. Abt., Auswärtiges Amt Gr. Hauptquartier, Bd. 247) war Bethmann Hollweg bemüht, die Erregung des Kaisers und seiner Umgebung zu dämpfen. Vgl. hierzu auch die Berichte über die Verhandlungen des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten am 9. 5. 1917 zu diesem Gegenstand (BHStA II München, MA I, 962, und StA Ludwigsburg E 130, N. I. 1a), die umfangreiche Niederschrift des Staatssekretärs Helfferich über die Verhandlungen des Verfassungsausschusses (BHStA II München, M. A. 1936, D. R. Nr. 530), sowie den Bericht Lerchenfelds an Hertling vom 15. 5. 1917 (BHStA II München, MA I, Nr. 958).

[4]) In der Vorlage „solchen".

auf praktischen Erfolg. Es ist seinerzeit, *gegen Meinen Rat*, von Bülow der Versuch mit der Ernennung des Führers der Liberalen Exzellenz von Moeller als Handelsminister gemacht worden.[5]) Er mißglückte, da seine eigene Partei sofort gegen Moeller Front machte, aus Neid, und ihn stürzte. Miquel[6]) wurde von Mir zum Minister gemacht nicht weil er im Parlament war, sondern weil er ausgezeichnete Leistungen auf dem Gebiet der Verwaltung vorweisen konnte an der Spitze Frankfurts, wie Lentze[7]) Magdeburg. Zudem würde ein aus Parteimitgliedern zusammengesetzes Ministerium auch einen Sozialisten mit einbegreifen, was undenkbar ist. Im Reich ist gleichfalls das parlamentarische Regime ausgeschlossen, da das *Zentrum* die ausschlaggebenden Stimmen hat. Es kann also, mit der Linken verbunden, einen konservativen Minister stürzen, mit der Rechten koaliert, einen Liberalen werfen! So würde in kurzem die Reichsregierung total in den Händen des Zentrums liegen und ihm ausgeliefert sein. In Edenkoben[8]) ließen Seine Majestät der König sowohl wie seine Vertrauten deutlich durchblicken, daß die Fürsten und ihre Regierungen zwar die *Osterbotschaft* voll würdigen und billigen, aber irgend welchen *weitergehenden* Plänen absoluten Widerstand entgegensetzen werden. Die *Osterbotschaft* wird — *nach dem Kriege* — *durchgeführt*, darüber *hinaus gehe Ich unter keinen Umständen*.[9]) Helfferich kann auch Einsicht in diese Meine

[5]) Theodor v. Möller war vom 6. 5. 1901—19. 10. 1905 preuß. Handelsminister.

[6]) Johann v. Miquel war vom 24. 6. 1890—5. 5. 1901 preuß. Finanzminister.

[7]) August Lentze war vom 28. 6. 1910—5. 8. 1917 preuß. Finanzminister.

[8]) Am 10. 5. 1917 besuchte der Kaiser den bayer. König auf Schloß Ludwigshöhe bei Edenkoben; vgl. Müller, S. 284, sowie Schulthess 1917/I, S. 551. Zur Reaktion der bundesstaatlichen Regierungen auf die Beschlüsse des Verfassungsausschusses vgl. die in Anm. 3 erwähnten Berichte über die Verhandlungen des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten am 9. 5. 1917, sowie ein Telegramm des Zivilkabinettschefs vom 9. 5. 1917 an den Reichskanzler (PA Bonn Polit. Abt., Auswärtiges Amt Gr. Hauptquartier, Bd. 247).

[9]) In einem Telegramm vom 13. 5. 1917 an Unterstaatssekretär Wahnschaffe (PA Bonn Polit. Abt., Auswärtiges Amt Gr. Hauptquartier, Bd. 247) wies Legationsrat Frhr. v. Grünau im Einvernehmen mit Valentini ausdrücklich darauf hin, daß das kaiserliche Telegramm „nicht als die Wirkung neuer Vorstöße der Militärs mit Spitze gegen den Herrn Reichskanzler zu betrachten" sei. Der Kaiser habe im Gegenteil am 11. 5. 1917 beim Militärvortrag in scharfer Weise betont, „daß der Kanzler Allerhöchst sein vollstes Vertrauen genieße, daß er an ihm festhalten wolle, daß er sich die Anfeindungen gegen den Kanzler verbitte und daß die Generäle sich nicht in die Politik mischen sollten, von der sie nichts verständen". —
Zur Reaktion militärischer Kreise auf die Beschlüsse des Verfassungsausschusses vgl. Einem, S. 308 ff. (7. 5. 1917); Gallwitz, S. 184 und 189. In der Sitzung des preuß. Staatsministeriums am 1. 5. 1917 (vgl. Anm. 3) beschränkte sich der Kriegsminister auf die allerdings vielsagende Frage, ob der Reichstag das Recht habe, einen Verfassungsausschuß einzusetzen und ob die Reichsleitung die Pflicht habe, sich an den Beratungen zu beteiligen. Entgegen den Empfehlungen Bethmann Hollwegs und Helfferichs beteiligte sich der General v. Stein nicht an den Beratungen; vgl. WUA, Bd. 7/II, S. 162 f. Er wandte sich jedoch am 4. 6. 1917 (HStA Stuttgart WKM, Persönl. Angelegenheiten, Bd. 27) an das württ. Kriegsministerium und bat um Stellungnahme zu den staatsrechtlichen Konsequenzen der vom Verfassungsausschuß beschlossenen verantwortlichen Gegenzeichnungspflicht des Kriegsministers bei Offizierernennungen. Auf die umfangreichen Ausarbeitungen des württembergischen und sächsischen Kriegsministeriums sei hingewiesen: StA Ludwigsburg E 130, J. III und M I 1a, sowie HStA Stuttgart WKM, Abt. Kr. A., Bd. 1036.
Der bayer. Militärbevollmächtigte im Gr. Hauptquartier schrieb am 15. 5. 1917 (BHStA IV München MKr, 1828): „Die trübe Perspektive für das Militärkabinett hat natürlich die Stimmung seiner Mitglieder etwas gedrückt. Die einschlägigen bayerischen Verhältnisse

Instruktion für die Behandlung der inneren Verhältnisse daheim nehmen, ebenso Loebell.[10])

gez. Wilhelm I. R.

scheinen ihnen keinen Trost zu gewähren, denn sie befürchten, daß die Bundesstaaten mit ihrem demokratischeren Regime nur so lange ohne Schaden und Konflikt auskommen, als Preußen an seinen bewährten Traditionen und an der unbeschränkten Kommandogewalt des Kaisers fest hält." Vgl. auch den Bericht des Legationsrats Krafft v. Dellmensingen an Hertling vom 19. 5. 1917 (BHStA II München, MA I, Nr. 945), sowie Braun, S. 105 f.
Als in der Morgenausgabe der „Täglichen Rundschau" vom 13. 5. 1917 über eine angebliche Parteiführerbesprechung mit dem Reichskanzler berichtet wurde, in der Bethmann Hollweg, auf die Verstimmung des Gr. Hauptquartiers über den Verfassungsausschuß angesprochen, sein Einvernehmen mit den Bundesregierungen in dieser Frage hervorgehoben haben sollte, nahm Hindenburg (bzw. die Nachrichtenabteilung III b) dies zum Anlaß, um vom Reichskanzler in beinahe befehlsmäßigem Ton Aufklärung über seine Äußerungen zu verlangen. Legationsrat Frhr. v. Grünau verhinderte jedoch die Übermittlung des Telegramms an den Reichskanzler (PA Bonn Polit. Abt., Auswärtiges Amt Gr. Hauptquartier, Bd. 247). Zu der erneuten Brüskierung des Reichskanzlers durch die OHL anläßlich eines Besuches Bethmann Hollwegs bei Kronprinz Rupprecht — ein Befehl Ludendorffs verbot allen höheren Kommandostellen (bis einschließlich der Generalkommandos und der Etappeninspektionen), politischen Persönlichkeiten, deren Besuch nicht durch den Generalquartiermeister angemeldet sei, irgendwelche Auskünfte zur militärischen Lage zu geben — vgl. Bericht Krafft v. Dellmensingen an Hertling vom 4. 6. 1917, BHStA II München, MA I, Nr. 945, sowie Rupprecht, Bd. 2, S. 166 f., 170, 178 f., 181.

[10]) Vgl. die Ausführungen Loebells vor der Dienstversammlung der Ober- und Regierungspräsidenten am 5. 6. 1917, Archivalische Forschungen 4/II, Nr. 115, S. 543 ff. Vgl. auch Nr. 297.

297.

Brief Professor Schäfers an Oberstleutnant Bauer. Anfrage zur politischen Aktivität Stresemanns in Verbindung mit der Obersten Heeresleitung.

24. 5. 1917. — Nachlaß Bauer, Nr. 11, handschriftlich.

Sehr geehrter Herr Oberstleutnant!

Verzeihen Sie, wenn ich mir herausnehme, eine Frage zu stellen. Dr. Stresemann verbreitet hier, wie mir gesagt wird, die Nachricht, daß die oberste Heeresleitung entschieden abgeraten habe von der konservativen Interpellation[1]), daß sie gegen deren Willen eingebracht sei. Es wird hier erzählt, daß Stresemann am vorigen Freitag (18.) im Hauptquartier gewesen sei. Wie verhält es sich wohl mit diesen

[1]) Vgl. Schulthess 1917/I, S. 473. Die am 3. 5. 1917 eingebrachte Interpellation wandte sich gegen die sozialdemokratische Formel eines Friedens „ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen" und kritisierte die unklare Stellungnahme des Reichskanzlers hierzu. Vgl. auch den Bericht des Grafen Lerchenfeld an Hertling vom 15. 5. 1917, BHStA II München, MA I, Nr. 958.

beiden Behauptungen? Eine Aufklärung in irgendwelcher Form wäre mir sehr wertvoll.[2])

Der 15. Mai[3]) hat wohl erwiesen, daß vom Reichstag keine Hilfe zu erwarten ist. Der schon vorher erfolgte Umfall Stresemanns hat eine ganze Anzahl Nationalliberaler mitgerissen hinüber zur Schiffer-Carolathschen Richtung. Indem der Reichskanzler die Frage der Neuorientierung aufwarf und Seine Majestät für die Osterbotschaft gewann, ist es ihm gelungen, die Konservativen zu isolieren und die Augen der großen Mehrheit des Reichstags auf die inneren Fragen zu lenken. Und das, während die äußeren Verhältnisse sich drohender gestalten denn je. Nur wenn Polen noch für lange Zeit militärisch und politisch fest in unserer Hand bleibt, kann Deutschland erhaltenbleiben, sonst nicht. Ob wir in Zukunft einmal einen selbständigen polnischen Staat neben uns ertragen können, ist eine Frage für sich; wird er jetzt aufgerichtet, so ist das unser Untergang. Schafft sich dieser Staat ein nationales Heer, so marschiert es gegen uns, nicht gegen Rußland. Daran können auch Besatzungsrechte und das Recht der Mobilisierung, wie es in den Juli-Entwürfen in Aussicht genommen wurde[4]), nichts ändern. Gott mag geben, daß die verhängnisvollen Zugeständnisse nicht schon gemacht sind. Unserer auswärtigen Politik ist alles zuzutrauen.

Graf von Westarp sagt, daß in der Besprechung, die er mit Ihnen hatte, von der Interpellation mit keinem Worte die Rede war.

In Betreff des U-Boot-Baus lege ich die Anlage[5]) bei, die mir von einem Reichstags-Abgeordneten, der sie aus offenbar gut unterrichteter Quelle erhielt, mitgeteilt wurde, zu Ihrer persönlichen, vielleicht für Sie erwünschten Information. Im Reichshaushaltsausschuß hat der Staats-Sekretär verstanden, die Herren zu beruhigen.[6]) Im Reichs-Marine-Amt stellt man offenbar alles auf den vollen Erfolg schon im Spätsommer oder Herbst.

Nur mit Widerstreben falle ich Ihnen lästig; aber ich weiß mir nicht zu helfen. Die Heeresleitung bleibt unsere einzige Hoffnung. Prof. Schiemann hat hier gesprächsweise verlauten lassen, daß im Hauptquartier v. Stein und v. Bernhardy als Nach-

---

[2]) Vgl. hierzu Nr. 299 und 301. Stresemann schrieb am 10. 4. 1917 (Nachlaß Stresemann, Bd. 133) u. a. an Bassermann: „Interessant ist insbesondere, daß die oberste Heeresleitung die Bestrebungen auf Stärkung des Parlaments beinahe offen unterstützt." Im Anschluß hieran berichtete er, daß Oberst Hoffmann Richthofen und Erzberger gegenüber bestimmte Verfassungsänderungen (z. B. Berufung von Parlamentariern) dringend befürwortet habe. Der Besuch Richthofens und Erzbergers an der Ostfront fand Mitte März 1917 statt; vgl. Hoffmann, Bd. 1, S. 157 (14. 2.), S. 161 f. (17. 3.), S. 163 (26. 3.). Am 10. 5. 1917 schrieb Stresemann in einem Brief an Dr. Hugo (Nachlaß Stresemann, Bd. 171): „Wie sehr die Politik des Grafen Westarp den Kanzler und die schwächliche Richtung stärkt, davon habe ich mich in Unterhaltungen mit maßgebenden Militärs erst vor kurzem überzeugen können."

[3]) Sitzung des Reichstages, Debatte über die konservative und die sozialdemokratische Kriegszielinterpretation.

[4]) Schäfer bezog sich hierbei vermutlich auf die Denkschrift des Generalgouverneurs v. Beseler vom 23. 7. 1916, vgl. W. Conze, Polnische Nation und Deutsche Politik im ersten Weltkrieg, Köln 1958, S. 178 ff.

[5]) Liegt nicht vor.

[6]) Der Marineetat wurde am 26., 27. und 30. 4. 1917 im Haushaltsausschuß verhandelt; vgl. Schulthess 1917/I, S. 445 ff.

folger genannt würden[7]), mich sogar aufgefordert, letzteren Namen in die Presse zu bringen, was ich natürlich nicht getan habe.

Ihr
in verehrungsvoller Hochachtung
ergebener
D. Schäfer.

[7]) Andere Kandidaten für den Posten des Reichskanzlers waren z. B. der Generaloberst v. Falkenhausen und der General v. Gallwitz. Vgl. Einem, S. 310 f. (17. 5. 1917), Marwitz, S. 235; Nachlaß Falkenhausen, Nr. 2 (Bericht über einen Besuch beim Chef des Militärkabinetts am 2. 5. 1917). Vgl. auch Müller, S. 284 ff. (Eintragungen vom 10., 17. und 19. 5. 1917), wobei besonders der dort wiedergegebene Brief Erzbergers vom 8. 5. 1917 von Interesse ist. Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Andeutungen W. Heines in der Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am 1. 5. 1917, Quellen I/3, Bd. 2, Nr. 439 c, S. 256, sowie den Brief des Unterstaatssekretärs Wahnschaffe an den Chef des Zivilkabinetts vom 24. 5. 1917 (Nachlaß Schwertfeger, Nr. 208).

298.

Ausarbeitung des Kriegspresseamts: Zur Frage der Streiks und deren Urheber.

25. 5. 1917, Nr. 16272. — StA Ludwigsburg E 150—153, Nr. 2051, Bd. 2, Abschrift.[1])

Obwohl die Feststellung der Personen, die zum Streik aufforderten, schon schwierig ist, und noch schwieriger natürlich die der einzelnen Persönlichkeiten, die als treibende Kraft hinter diesen standen, so ist doch die Haltung der beiden sozialdemokratischen Parteien eine ziemlich klare gewesen und verdient in der öffentlichen Meinung stärker hervorgehoben zu werden als es bis jetzt in der Presse geschehen ist.[2]) Zu unterscheiden sind zunächst bei allen Bewegungen — Exzellenz von Groener wies in seiner Rede darauf hin[3]) — die anfänglich rein wirtschaftlichen Forderungen und die teilweise daraus folgende politische Agitation.

Die *Gewerkschaften* als solche waren gegen jede Arbeitsniederlegung, besonders in der Rüstungsindustrie, rieten sogar von den sogenannten „Hungerstreiks" ab, die sie inner- und außenpolitisch für unfruchtbar und schädlich hielten. Um aber die Streikbewegung, wo sie eingesetzt hatte, in der Hand zu behalten, versuchten sie, die unfruchtbaren Forderungen um höhere Brotration, denen doch nicht stattgegeben werden konnte, in Lohn- und Arbeitsstundenforderungen umzuwandeln,

[1]) Die Vorlage wurde unter dem angegebenen Datum von der Abteilung IV c des Kriegspresseamts dem württ. Kriegsministerium, zusammen mit einer weiteren Ausarbeitung — „Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei und die Hetzflugblätter" — übersandt.

[2]) Das preuß. Kriegsministerium hatte am 1. 5. 1917 sämtliche Militärbefehlshaber, die bundesstaatlichen Kriegsministerien sowie einige Zentralbehörden aufgefordert, „alles Material, das Beweise dafür liefert, daß die Spartakus-Gruppe, die Gruppe ‚Internationale' und die ihnen nahestehenden Gruppen des radikalen Flügels der Sozialdemokratie die kürzlich stattgefundenen Streiks angestiftet haben", auf schnellstem Wege vorzulegen (BHStA IV München MKr, 251). Es ist anzunehmen, daß das Kriegspresseamt auch dieses Material für die vorliegende Ausarbeitung herangezogen hat. Im Kriegsministerium diente es als Grundlage des Schreibens des Obermilitärbefehlshabers vom 14. 6. 1917, vgl. Nr. 303.

[3]) Vor dem Hauptausschuß des Reichstages am 26. 4. 1917; vgl. Nr. 289, Anm. 18.

vor allem auch, um dadurch hineingetragenen politischen Momenten die Spitze abzubrechen. Sie erkannten in richtiger Einsicht die Gefahren solcher Agitationen.[4])

Auch die *sozialdemokratische Mehrheitspartei* ist nirgends kompromittiert: Daß sie anfangs die Streikbewegung nicht energisch genug verdammte, erscheint begreiflich. Ihre Stellung war eine prekäre dem Vorwurf der Radikalen gegenüber, sie besorgte nur die Geschäfte der Regierung. Als später die öffentliche Meinung und die Oberste Heeresleitung energischere Schritte verlangte, hat [der] Vorwärts zur Arbeit am 1. Mai aufgefordert.[5]) Auch alle Äußerungen, die auf dem Parteiausschuß geschahen[6]), sprechen eine Stellungnahme gegen die Streiks der Rüstungsarbeiter aus, die als inner- und außenpolitisch unklug erkannt wurden.

Schon vor dem 15. April herrschte in Arbeiter-Kreisen eine gewisse Unruhe und in einzelnen Betrieben Sachsens kam es zu kleinen Arbeitseinstellungen wegen bevorstehender Verminderung der Brotration und Verteilung der Lebensmittel, die aber nach Rücksprache der Arbeiterdeputationen mit den betreffenden Nahrungsmittelbehörden schnell ein Ende fanden.[7])

Am 14. April (Sonntags)[8]) wurden Flugblätter verteilt, die zum Streik für Brot und Frieden aufforderten und Gerüchte verbreitet, es werde am Montag von den Metallarbeitern und allen Heizern und Maschinisten in Deutschland gestreikt.

Die Streikhetzer hatten, wie man weiß, nur teilweisen Erfolg; den bedentendsten in Berlin und Leipzig.

Eine Versammlung der streikenden Arbeiter von Leipzig am 16. April verlief zunächst ruhig, solange nur allgemeine Lebensmittelfragen erörtert wurden. Später traten *Lipinsky* und *Geyer* auf und zogen die Agitation ins Politische. Die Arbeitsführer sollen zum Teil dann niedergeschrien worden sein und die Führung aus der Hand verloren haben. Es wurde schließlich eine Abordnung, bestehend aus Lipinsky, Lieberrasch und dem Schriftleiter der Leipziger Volkszeitung Liebmann (alle drei Anhänger der Opposition) gewählt, die am 17. d. M. sich zum Reichskanzler nach Berlin begeben und von ihm bindende Erklärungen fordern sollten über sofortige Versorgung mit Lebensmitteln, Verbilligung derselben, Aufhebung des Belagerungszustandes, der Zensur, des Hilfsdienstgesetzes, Koalitionsfreiheit, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht für alle Körperschaften und bindende Erklärungen über Friedensziele der Regierung.[9])

[4]) Vgl. hierzu Nr. 289, Anm. 33, und Nr. 292, Anm. 13.

[5]) Vgl. die am 28. 4. 1917 veröffentlichte Erklärung der Generalkommission der Gewerkschaften und des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei zum 1. Mai 1917, Schulthess 1917/I, S. 462 f.

[6]) Vgl. Schulthess 1917/I, S. 416 ff.

[7]) Vgl. Nr. 289, Anm. 33, und Nr. 292.

[8]) Der 14. 4. 1917 war ein Sonnabend.

[9]) Zum Streik der Leipziger Arbeiter vgl. W. Richter, Gewerkschaften, Monopolkapital und Staat im ersten Weltkrieg und in der Novemberrevolution (1914—1919), Berlin 1959, S. 109 ff., sowie E. Matthias, Die Rückwirkungen der russischen Oktoberrevolution auf die deutsche Arbeiterbewegung, in: Deutschland und die Russische Revolution, hrsg. v. H. Neubauer, Stuttgart 1968, S. 77 ff. Bei Lipinsky handelt es sich um Richard Lipinsky. Der Name Lieberrasch wandelt sich in einem Schreiben der Generalkommission (Archivalische Forschungen 4/II, Nr. 61, S. 467) in Liebrasch.

Ähnlich verlief eine Versammlung der streikenden Arbeiter der deutschen Waffen- und Munitionsfabriken in Berlin[10]), in welcher ebenfalls der Gewerkschaftsleiter Siering, der für die Arbeitsaufnahme sich einsetzte, niedergeschrien wurde und der Beschluß gefaßt wurde, eine Kommission, bestehend aus den Abgeordneten *Vogtherr*, *Ledebour*, *Hoffmann* und den Arbeiterausschußmitgliedern Kronentaler[11]), Fischer und Peters, solle sich am 18. nachmittags um 6 Uhr zu dem Herrn Reichskanzler begeben und ihm mitteilen, daß die Arbeiterschaft folgende Forderungen erhebe:

1. Die Zuteilung größerer Brotrationen,
2. Die Abstellung des Wuchers mit Lebensmitteln,
3. Maßnahmen zur gerechteren Verteilung mit Lebensmitteln,
4. Die sofortige Freilassung von Liebknecht,
5. Versammlungsfreiheit,
6. Sofortige Änderung des preußischen Wahlrechts,
7. Sofortige Einleitung von Friedensverhandlungen,
8. Sofortige Bekanntgabe von Friedensbedingungen.

Daß der Abgeordnete *Paul Hoffmann* sich in Arbeiterversammlungen der streikenden Munitionsarbeiter, wo er nichts zu suchen hatte, politisch-agitatorisch betätigte, erzählt ein Berichterstatter der Sozialdemokratischen Korrespondenz. Auffallend ist ferner, daß die Leipziger Volkszeitung zu einer Zeit, wo die politische Seite der Streiks noch nicht erörtert wurde, ausdrücklich darauf hinweist, daß man die politische Seite nicht als unwesentlich ansehen dürfe. Sämtliche in Frage kommenden Herren *Lipinsky*, *Geyer*, *Liebmann*, *Ledebour*, *Vogtherr*, *Hoffmann* sind bekannte Führer oder Anhänger der unabhängigen sozialdemokratischen Partei, die Leipziger Volkszeitung deren offizielles Organ. Alle diese Herren betätigten sich auf der Gothaer Konferenz[12]), wo ein Anhänger der „Internationale" am 6. April unter anderem äußerte: — „Wir werden uns nur dann (von der Arbeitsgemeinschaft) trennen, wenn ihre Politik nicht nach den Grundsätzen der Gruppeninternationalen geführt wird." — „Jetzt genügt uns die Kreditverweigerung (im Parlament) nicht mehr." — „Arbeitern muß Gelegenheit gegeben werden, eine andere Taktik, eine revolutionäre Taktik, einzuschlagen."

Von dieser bzw. der Spartakus-Gruppe sollen auch die Flugblätter ausgegangen sein, die alle auf eine große Aktion am 1. Mai hinarbeiteten. (Denn schon Flugblätter vom 14. April, in denen zunächst zu der als Hungerstreik arrangierten Arbeitsniederlegung aufgefordert wurde, weisen auf den 1. Mai hin.) Die gesamte Aktion war einfach und logisch geplant: Benützung der nicht zu leugnenden Unzufriedenheit der Arbeiter mit der Ernährung und Verteilung der Lebensmittel, um zunächst einen Streik zu provozieren; diesen dann durch Agitationen ins Politische zu ziehen und so bis zum 1. Mai den Massenstreik politischer Natur durchzusetzen. Dahin äußern sich auch alle Kenner der Arbeiterverhältnisse, auch daß die soge-

[10]) Vgl. hierzu Scheel, S. 50 ff.

[11]) Die Schreibweise wechselt, vgl. Scheel, S. 55, und Archivalische Forschungen 4/II, Nr. 59c, S. 464.

[12]) Vgl. Nr. 280.

nannte Spartakus-Gruppe diese revolutionäre Agitation ziemlich öffentlich betrieben habe.

Nach alledem scheint die Behauptung des Abgeordneten Dittmann (23. April Hilfsdienstausschuß) und Ledebour (24. April Plenum), sie und ihre Partei hätten mit der Agitation durch die Flugblätter nichts zu tun, doch wohl nur im wörtlichsten Sinne richtig[13]); es ist auch nicht verwunderlich, daß die Herren sich als nicht mitverantwortlich für Flugblätter erklären wollen, die die im Auszuge nachstehenden Forderungen enthalten.

„Das stärkste Bollwerk des Krieges ist die Deutsche Regierung, die im Interesse der herrschenden Junker- und Kapitalistenklasse den Krieg angestiftet hat. Ihre sogenannten Friedensangebote an die ‚feindlichen' Staaten waren nur Sand in die Augen des deutschen Volkes, Heuchelei und Betrug, um die Fortsetzung des Krieges rechtfertigen zu können."[14]) —

„Trotz der begangenen Fehler ist und bleibt der Massenstreik vom 15.—17. April ein Ruhmesblatt und ein Markstein in der Geschichte des deutschen sozialistischen Proletariats. Ohne Belagerungszustand — vielmehr trotz desselben —, ohne Zwangsgesetze und militärische Disziplin hat sich eine Proletarier-Armee von über 300000 Arbeiterinnen und Arbeitern — was einer Stärke von 10 Armeekorps entspricht — mit wunderbarer Einmütigkeit und Ordnung von selbst mobilisiert. Die verlegenen Berichte in der bürgerlichen Presse, die schlotternde Angst der Regierung, die verlogene Botschaft des Abgottes der Imperialisten — Hindenburgs — sind der beste Beweis dafür, wie sehr sich die Feinde der Arbeiter vor der neuen Waffe fürchten. Das in der offiziellen Arbeiterbewegung von den Instanzen verpönte und gehaßte Prinzip der selbständigen Massenaktion ist auf der ganzen Linie zum Durchbruch gekommen und hat gesiegt; neue gewaltige Ausblicke eröffnen sich für die Arbeiterbewegung in Deutschland."[15])

Beteiligung an solcher hochverräterischen Agitation erschien selbstverständlich nicht rätlich, außerdem mußte das Schicksal Liebknechts warnend wirken.

Zweideutig zum mindesten bleibt ferner der Aufruf, den die unabhängige sozialdemokratische Partei am 24. April beschloß[16]):

„Mehr denn je ist die Bekundung internationaler Solidarität Pflicht der Arbeiterklasse, soll der grausige Weltkrieg seinem Ende nahe gebracht werden. Dieses Bewußtsein wird ganz besonders am 1. Mai des Jahres überall die Arbeiter und Arbeiterinnen durchdringen. Sie werden, wie es nur irgend möglich ist, ihre Stimme erheben für die Forderungen, die sie bis aufs tiefste bewegen für den Achtstundentag, für Weltfrieden, für die Völkerverbindung."

Sogar [der] Vorwärts bezeichnet die Zweideutigkeit dieses Aufrufes als einen schweren Mangel.

Nimmt man alle Tatsachen zusammen, so ist der Versuch, die gesamte Sozialdemokratie für den Ausbruch der Rüstungs-Streiks verantwortlich zu machen,

---

[13]) Zu Ledebours Rede vgl. Sten. Berichte, Bd. 309, S. 2940 f.

[14]) Vgl. den Abdruck des Flugblattes in: Archivalische Forschungen 4/II, Nr. 88, S. 497 ff.

[15]) Vgl. den Abdruck des Flugblattes in: Archivalische Forschungen 4/II, Nr. 86, S. 492 ff.

[16]) Vgl. Nr. 290, Anm. 2.

energisch von der Hand zu weisen, während die gesamte unabhängige sozialdemokratische Partei zum mindesten von schwerer moralischer Schuld nicht freigesprochen werden kann.

Zur Charakteristik dient ja auch die Weigerung des Abgeordneten Dr. Cohn dieser Partei, unter das Dankschreiben des Reichstagshauptausschusses an die Helden von Arras, Aisne und Champagne seine Unterschrift zu setzen.[17])

Hinzuzufügen ist noch, daß außer ganz wenigen Links-Radikalen in Berlin, die diesen Tag zu einem Ausflug benutzten, der 1. Mai vollkommen ruhig verlief, daß also die gesamte Agitation ein glatter Fehlschlag war und an dem gesunden Geiste der Arbeiter, Gewerkschaften und auch der sozialdemokratischen Mehrheitspartei scheiterte. Die moralische Bedeutung dieses Sieges über die Agitation ist nicht zu unterschätzen.

[17]) Zur Erklärung des Hauptausschusses vom 25. 4. 1917 vgl. Schulthess 1917/I, S. 444.

299.

Brief des Oberstleutnants Bauer an Professor Schäfer zur innenpolitischen Situation.

Ende Mai 1917[1]), Gr. Hauptquartier. — Nachlaß Bauer, Nr. 11, handschriftl. Entwurf.

Sehr geehrter Herr Geheimrat

Auf Ihr geehrtes Schreiben[2]) gestatte ich mir folgendes zu erwidern.

1. Betr. der konservativen Interpellation. Die O.H.L. hat sich in diese Angelegenheit nicht eingemischt. Ich habe persönlich Bedenken darüber geäußert[3]), mich aber auch jeder bestimmten Einwirkung enthalten, wie das ja bei der geringen Kenntnis, die ich von der parlamentarischen Lage haben konnte, selbstverständlich ist. Ich hoffe aber, mit Ihnen bei nächster Gelegenheit mal darüber sprechen zu können.

2. Stresemann war noch nicht hier. Ich habe ihn persönlich gesprochen, neben sächsischen[4]) Industriefragen auch innerpolitische Sachen, aber rein gesprächsweise.[5])

3. Betr. des Reichstags bin ich ganz Ihrer Ansicht. Es ist bitter, aber nicht zu

[1]) Der Entwurf ist nicht unterzeichnet und trägt keinen Abgangsvermerk. Im Kopf ist lediglich vermerkt: „Gr. H. Qu. 5. 17."

[2]) Vgl. für die Einzelheiten Nr. 297.

[3]) Vgl. hierzu die Stellungnahme des Obersten Hoffmann — der von dem unglaublichen politischen Ungeschick der Konservativen sprach — in: Hoffmann, Bd. 1, S. 165 (19. 5. 1917). Vgl. auch Einem, S. 310 f., sowie Nr. 297, Anm. 2.

[4]) In der Vorlage nachträglich ergänzt.

[5]) Vgl. hierzu Nr. 301.

ändern.[6]) Erfreulich bleibt die Haltung eines großen Teils der Presse. Hoffentlich hält sie vor.

4. Betr. Polens und des U-Boot-Krieges habe ich keine Sorge *vor*läufig.[7]) Aber es wird aufgepaßt und ich hoffe, wir sind auf dem richtigen Wege. Auch darüber später mündlich.

5. Sie sagen, daß die Geschichte die O.H.L. mit zur Verantwortung ziehen würde! Wofür? Hier ist weit[4]) mehr geschehen, als bekannt ist. Wenn Seine Majestät anders *befiehlt*, ist doch für uns nichts zu machen. Das ist auch[8]) hart, aber, sagen Sie mir, bitte, einen Ausweg.

Im übrigen gebe ich die Hoffnung durchaus[4]) nicht auf, und bitte Sie dasselbe zu tun. Es muß glücken, und man darf die Flinte nicht ins Korn werfen.

Verzeihen Sie die Kürze, es geht in aller Eile.

Mit vorzüglicher Hochachtung habe ich die Ehre zu sein
Ihr aufrichtig ergebener

[6]) Vgl. hierzu den ausführlichen Brief Dr. Carl Röchlings vom 15. 5. 1917 an Oberstleutnant Bauer; Nachlaß Bauer, Nr. 11. Röchling berichtete über die Reichstagssitzung des Tages, unterzog alle Parteien — auch die Konservativen — einer sehr scharfen Kritik und bemühte sich vor allem darzulegen, daß die Rede des Reichskanzlers in jeder Hinsicht ungenügend, ja schädlich gewesen sei. „Deshalb muß der Mann verschwinden, je eher desto besser. Denn es ist kein Zweifel, daß je mehr sich der Krieg dem Ende nähert und die eigentliche Heerführung hinter der politischen Leitung zurücktritt, die Aussichten, von diesem Mann befreit zu werden, immer geringer werden. Deshalb dürfte es 5 Minuten vor 12 sein."

[7]) Vgl. hierzu Nr. 304, 306 und 307.

[8]) In der Vorlage folgen die durchgestrichenen Worte „für uns". Vgl. hierzu Nr. 246.

300.

Brief des Ministerialdirektors Deutelmoser an Major Fleck[1]) zur Beurteilung der Haltung der beiden sozialdemokratischen Parteien.

30. 5. 1917, A. N. 9619. — PA Bonn Nachr. Abt., Deutschland 9, Bd. 4, Abschrift.

Mein lieber Fleck!

Haben Sie herzlichen Dank für Ihren heute bei mir eingegangenen Brief von gestern, dessen Anlage[2]) ich Ihnen wunschgemäß sofort zurücksende.

Daß wir die Augen offen halten müssen, glaube ich ebenso wie Sie. Gegenüber der sozialdemokratischen Minderheit stehe auch ich auf dem Standpunkt, daß schonungsloses Zugreifen in allen Fällen gebotenist, wo es etwas zum Zugreifen gibt.

[1]) Vom Zentraldepartement des preuß. Kriegsministeriums.

[2]) Liegt nicht vor. Nach einer Notiz Deutelmosers handelt es sich um die Abschrift einer Anzeige an das stellv. Generalkommando des VI. AK über Wandkritzeleien: „Hoch die Sozialdemokratie; Schießt die Leutnants tot, dann wird Frieden!" etc.

Die Bestrebungen der Mehrheit beurteile ich dagegen anders als Sie.[3]) Die Leute sind der ehrlichen Überzeugung, daß ihr Tun nicht nur der Partei sondern auch dem Vaterlande nützt. Gehen sie dabei in die Irre, so hilft nur Einwirkung auf ihre Überzeugung, nicht gewaltsamer Druck.

Und überzeugen tut man nicht, wenn man nur droht oder anklagt wie es z.B. die Deutsche Tageszeitung macht.

Ich bekenne mich nach wie vor zu der Parole vom 4. August 1914 und sehe eine innenpolitische Flaumacherei darin, wenn man aus gelegentlichen Äußerungen des Unmuts nervöse Schlußfolgerungen zieht. In dieser Anschauung kann mich auch die Benutzung internationaler Schlagworte durch die mißmutigen Sozis nicht beirren. Dieselben Leute, die jetzt immer so tun, als drohe uns eine Revolution, haben im Frieden stets vom Massenstreik der Sozialdemokraten geunkt. Genau so unrecht wie sie damit hatten, werden sie auch mit ihrer jetzigen Gespensterfurcht haben, wenn unsere Waffen nur siegreich sind. Darauf allein kommt es vorerst an, und das setzt Geschlossenheit und gegenseitiges Vertrauen in der Heimat voraus. Mündlich bei Gelegenheit mehr.

In alter Freundschaft drückt Ihnen herzlich die Hand
Ihr getreuer
gez. Deutelmoser.

[3]) In seinem ausführlichen Brief (PA Bonn Nachr. Abt., Deutschland 9, Bd. 4) hatte Major Fleck eine Reihe von Vorkommnissen geschildert, aus denen er die Schlußfolgerung zog, daß die Sozialdemokratie, deren Flügel er nicht unterschied, unablässig allein zugunsten ihrer eigenen Macht und der Macht der Internationale tätig sei. In dem Brief heißt es dann: „Nur für die Größe und die Macht des deutschen Vaterlandes haben sie kein Verständnis — im Gegenteil, sie wissen, daß diese Macht erst gebrochen werden muß, ehe sie selbst triumphieren. Sie werden durch Agitation im Innern und durch ihr Verhalten in Stockholm alles daransetzen, um unser Vaterland, obwohl es in seiner Schicksalsstunde steht, zu lähmen und zu schwächen und damit sich selbst zu nützen.
Vorläufig besteht die Macht der S[ozialdemokratie] noch hauptsächlich aus Bluff, aus Drohungen mit Aufständen etc., bestimmt dazu, unsere staatlichen Gewalten einzuschüchtern. Noch haben letztere das Heft in den Händen, noch gilt das Bismarckwort: ‚Ich fürchte die Demokratie nicht, und wenn ich sie fürchtete, dann stände ich nicht auf dieser Stelle.‘ — Aber wie lange noch? Der Versuch der S[ozialdemokratie] ist jedenfalls im Gange, die wirkliche Macht im Reiche an sich zu bringen. Möchte es die Regierung nicht versäumen, sich auf diesen Kampf um die Regierungsgewalt vorzubereiten. Er muß mal kommen. Der Kampf braucht aber nicht gescheut zu werden, wenn rechtzeitig alle Patrioten um die Fahne des Vaterlandes geschart werden, und diese Fahne von einer starken Regierung dem Volke vorangetragen wird.
Lieber Deutelmoser, ich merke, daß hier die Grenze kommt für einen Nicht-Fachmann. Ich kann Sie aber versichern, daß die Stimmung in Armee- und Marinekreisen *mindestens* so besorgt ist wie die meine, ich sehe manches noch ruhiger an, glaube ich, als die meisten Kameraden. Vielleicht sind Ihnen auch aus diesem Grunde meine Mitteilungen von Interesse.“

301.

Brief Stresemanns an den Grafen Westarp über seine Beziehungen zum Gr. Hauptquartier.

4. 6. 1917. — Nachlaß Stresemann, Bd. 171, Durchschrift.[1])

Sehr geehrter Herr Kollege!

Meine Karte aus dem Riesengebirge haben Sie hoffentlich erhalten. Ich möchte heute Gelegenheit nehmen, auf die von Herrn Fuhrmann Ihnen gegenüber berührte Angelegenheit zurückzukommen.[2])

Um zunächst eins vorwegzunehmen: Meine Auffassung war darin unrichtig, daß ich einen Herrn als zur Obersten Heeresleitung zählend ansah, der nicht dazu gehört, wenigstens ist mir von militärischer Seite mitgeteilt worden, daß die Oberste Heeresleitung nur aus Hindenburg und Ludendorff bestände und andere Persönlichkeiten hierfür gar nicht in Betracht kämen. Mein Gewährsmann gehört dem Hauptquartier an und steht in enger Fühlung mit den beiden Erstgenannten.[3]) Er suchte meine Bekanntschaft anläßlich seiner Anwesenheit in Berlin, und wir waren in einem Kreise von ausgesprochenen Gegnern des Kanzlers zu einem Frühstück beisammen. Ich nahm an, daß der Zweck dieser Diskussion wäre, die nationalliberale Fraktion zu bewegen, sich Ihrer Interpellation anzuschließen, was damals zeitlich noch möglich gewesen wäre. Um so mehr war ich erstaunt, als mir gerade von dieser Seite gesagt wurde, man halte die konservative Interpellation für taktisch durchaus unrichtig, sie werde nicht zur Schwächung, sondern zur Stärkung der Situation des Kanzlers dienen und daß hinzugefügt wurde, es sei Sorge dafür getragen, daß das den Konservativen auch mitgeteilt werde.

Wenige Tage darauf war ich Zeuge eines telefonischen Gesprächs mit dem Hauptquartier, in welchem derselbe Gedanke zum Ausdruck kam.

Ich nahm deshalb an, daß der genannte Herr oder ihm nahestehende militärische Kreise sich in der Zwischenzeit mit Ihnen in Verbindung gesetzt und Sie von dieser Auffassung unterrichtet hätten. Darauf bezogen sich meine Ausführungen. Sie waren unrichtig in der Beziehung, daß ich jemanden zur Obersten Heeresleitung rechnete, auf den diese Bezeichnung, wie ich mir habe sagen

[1]) Die Durchschrift ist nicht unterzeichnet und trägt keinen Abgangsvermerk. Der unvollständige letzte Satz des Briefes ist in der Vorlage nicht korrigiert.

[2]) Vgl. Nr. 297 und 299, sowie Westarp, S. 86 ff.

[3]) In einem Brief vom 18. 6. 1917 an Oberstleutnant Bauer bedankte sich Stresemann für die freundliche Aufnahme im Gr. Hauptquartier und für die Vermittlung eines Gespräches mit Hindenburg und Ludendorff. Nach dem Schreiben Stresemanns bildeten Fragen der sächsischen Kohlenversorgung den Anlaß des Besuches — für den Bauer ein Auto des Gr. Hauptquartiers zur Verfügung stellte —, jedoch wurden zweifellos auch andere Themen berührt. In der Unterhaltung mit Hindenburg wurde die Frage der (militärischen?) Jugenderziehung besprochen, wie Stresemann selbst erwähnt. Wann der Besuch genau stattfand, konnte nicht ermittelt werden. Vgl. Nachlaß Stresemann, Bd. 172. Vgl. hierzu Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 2, S. 748.

lassen, nicht zutrifft. Sie werden aber mir als Nichtmilitär diesen [Fehler] gewiß entschuldigen.

Indem ich Ihnen in Göhren gute Erholung wünsche, bin ich

mit den besten Empfehlungen und dem Ausdruck
vorzüglichster Hochachtung
Ihr Ihnen sehr ergebener

302.

Schreiben der Marinestation der Ostsee an einzelne Immediatbehörden[1]) der Marine betr. Beteiligung von Militärpersonen an politischen Versammlungen.

4. 6. 1917, Kiel, St. O. 3419 G., Geheim! — MGFA MA/KdH, Nr. 788, Gg. 5a, Bd. 1, Abschrift.

Am 21. Mai 1917 hat der Reichstagsabgeordnete Landsberg in einer öffentlichen Versammlung über das Thema „des deutschen Volkes Forderungen" gesprochen.[2]) Als Eintrittsgeld wurden 10 Pfennige erhoben.

Nach dem Polizeibericht haben etwa 50 uniformierte Militärpersonen, meistens Matrosen, aber auch Deckoffiziere, Feldwebel und Unteroffiziere (Armee u. Marine-Infanterie) an der Versammlung teilgenommen.

Nach einer Beobachtung war ein Teilnehmer ein Offizierstellvertreter eines Armeetruppenteils, dessen Feststellung leider nicht gelungen ist.

Die Kommandantur Kiel meldet, daß 12 Militärpersonen festgestellt worden sind. 5 waren von der I. M[atrosen] D[ivision], 2 von SMS „Kaiserin Augusta", die übrigen, abgesehen von einem Armeeangehörigen, von der Flotte.

Da die Beteiligung von Militärpersonen an politischen Versammlungen in letzter Zeit mehrfach beobachtet worden ist, wird unter Beziehung auf Ziffer 185 der allgemeinen Stationsbefehle und den letzten Hinweis hierauf im Stationstagesbefehl Nr. 146 vom 5. Mai 1917[3]) gebeten, den unterstellten Marineteilen erneut eine eingehende Belehrung der Deckoffiziere, der Unteroffiziere und Mannschaften zur Pflicht zu machen[4]), daß jede Beteiligung an Vereinigungen und Versammlungen — gleichgültig welcher Parteirichtung — ohne besondere dienstliche Erlaubnis verboten ist.[5])

---

[1]) Das Schreiben wurde der Marinestation der Nordsee, dem Oberbefehlshaber der Ostseestreitkräfte und dem Kommando der Hochseestreitkräfte übersandt. Admiral Scheer übernahm die Anordnung für die Hochseeflotte durch Befehl vom 19. 6. 1917.

[2]) Vgl. hierzu den Beschluß des Parteiausschusses der Sozialdemokratischen Partei vom 19. 4. 1917 (Schulthess 1917/I, S. 419 f.), die Interpellation der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 3. 5. 1917 (Schulthess 1917/I, S. 473) sowie die Reichstagsrede Scheidemanns vom 15. 5. 1917 (Sten. Berichte, Bd. 310, S. 3390 ff.).

[3]) Die genannten Befehle liegen nicht vor.

[4]) Vgl. die entsprechenden Befehle der Marinestation der Ostsee an die unterstellten militärischen Dienststellen vom 4. 6. 1917 in: MGFA MA/RMA, Nr. 6062, IX. 1. 3. 15, Bd. 2. Die Kommandantur Kiel wurde angewiesen, die unterstellten Armeeangehörigen (Urlauber sowie Verwundete und Kranke in Lazaretten) in disziplinarischer Hinsicht hierüber zu belehren.

[5]) Vgl. hierzu Nr. 145, 182 und 295, insbesondere Anm. 4.

Öffentliche Vorträge über politische Themata gelten bis auf weiteres als Versammlungen im Sinne der A[llgemeinen] St[ations] B[efehle der Marinestation der] O[stsee] Abschn. IV. § 35 Ziffer 185 a.1 (Seite 33).[6])

gez. Bachmann.

[6]) Liegt nicht vor.

303.

Schreiben des Obermilitärbefehlshabers an die Militärbefehlshaber.[1]) Richtlinien für die Maßnahmen zur Unterdrückung der Agitation der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

14. 6. 1917, Nr. 3545. 17 g A 1, Geheim! — MGFA MA/RMA, Nr. 4413, XX. 69a, Bd. 1, vervielfältigtes, eigenhändig vollzogenes Exemplar.[2])

Die Vorgänge bei den letzten Streiks und sonstige Nachrichten haben ergeben, daß die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft, die sich seit der Gothaer Tagung als „Partei der unabhängigen Sozialdemokratie" bezeichnet, am Werke ist, Verhetzung im weitesten Maße in das Volk zu tragen.[3]) Sie agitiert sowohl gegen die Fortsetzung des Krieges als auch gegen die bestehenden Staatseinrichtungen in einer Weise, die auf den Willen des Volkes, den Krieg bis zum glücklichen Ende durchzuführen, zersetzend wirkt.

Wenn auch als äußerer Anlaß der Streiks der Lebensmittelmangel geltend gemacht worden ist, so ist doch die tiefere Ursache ohne Zweifel in geheimen politischen Wühlereien zu suchen, wie die zahlreichen zur Verbreitung gekommenen Flugblätter zeigen.

Ein beliebtes Agitationsmittel in Versammlungen bilden Angriffe auf das Hilfsdienstgesetz, das nur zur Knebelung der Arbeiterschaft geschaffen sei. Neben der staatsfeindlichen Richtung sind diese Angriffe ein taktisches Mittel, den noch auf nationalem Boden stehenden Teil der Arbeiter zur unabhängigen Sozialdemokratie herüberzuziehen.

Diesem gefährlichen Treiben der unabhängigen Sozialdemokratie muß mit aller Entschiedenheit entgegengetreten und ihr die Möglichkeit zur Verbreitung ihrer Gesinnung im Volke unterbunden werden.

Indes wird mit Rücksicht auf das Kaiserwort: „Ich kenne keine Parteien mehr" darauf zu achten sein, daß die Maßnahmen nicht in eine Form gekleidet werden,

[1]) Das Schreiben wurde außerdem der Reichskanzlei, dem Reichsamt des Innern, dem Reichsmarineamt, dem preuß. Minister des Innern und den bundesstaatlichen Kriegsministerien übersandt.

[2]) In Auszügen abgedruckt bei Höhn, S. 513 f. Vgl. auch Archivalische Forschungen 4/II, Nr. 167, S. 635 f.

[3]) Vgl. hierzu Nr. 298, insbesondere Anm. 2.

die nach außen den Eindruck erwecken könnte, als seien sie gegen die *Partei als solche* gerichtet.[4])

Als Mittel kommen unter anderem in Betracht:[5])

1. In erster Linie sind die von der unabhängigen Sozialdemokratie ausgehenden oder auf sie zurückzuführenden Versammlungen allgemein streng zu überwachen.

Versammlungen, in denen als Hetzer bekannte Personen reden sollen, sind grundsätzlich nicht zuzulassen. Treten solche Personen in Versammlungen als Redner auf, ohne daß dies vorher angekündigt worden ist, oder führen die angemeldeten Redner hetzerische Reden, so sind die Versammlungen sofort aufzulösen. Dies trifft auch dann zu, wenn Reichstags- und Landtagsabgeordnete als Redner in Frage kommen, jedoch sind Versammlungen, in denen Abgeordnete über ihre Tätigkeit zu ihren Wählern sprechen wollen, zunächst zu gestatten. Ihre Auflösung hat aber gleichfalls sofort zu erfolgen, sobald hetzerische Ausdrücke oder Redewendungen fallen.

Erörterungen über das Hilfsdienstgesetz in den Versammlungen in dem Sinne, daß es als arbeiterfeindlich hingestellt oder sonst herabgewürdigt wird, dürfen unter keinen Umständen geduldet werden.

Auch Angriffe gehässiger Art auf die rechtsstehenden Teile der Arbeiterschaft in der Sozialdemokratie sind, da sie den Burgfrieden stören, ein Auflösungsgrund für Versammlungen.

Ob gegen einzelne Personen sich ein Redeverbot empfiehlt, hängt von den Umständen ab. Von der Verhängung dieses Verbots gegen Reichstags- und Landtagsabgeordnete innerhalb ihres Wahlkreises ist jedoch mit Rücksicht auf ihre Abgeordneten-Eigenschaft abzusehen.

2. Betreiben Personen systematisch die Verhetzung der Bevölkerung, so ist ihnen gegenüber unnachsichtig von dem Mittel der Schutzhaft[6]) Gebrauch zu machen. Gegenüber Reichstags- und Landtagsabgeordneten empfiehlt sich die Verhängung von Schutzhaft jedoch nur im äußersten Falle und erst dann, wenn meine Zustimmung unter Darlegung der Verhältnisse eingeholt ist.

---

[4]) Vgl. hierzu Nr. 109, 122, 162 und 166.

[5]) Die Ziffer 1.) der Vorlage — mit Ausnahme des ersten und des letzten Abschnittes — übernahm das stellv. Generalkommando des XIV. AK in seine Verfügung vom 19. 6. 1917 an das bad. Ministerium des Innern (GLA Karlsruhe Abt. 456, Bd. 77). In der entsprechenden Verfügung des Ministeriums an die Verwaltungsbehörden wurde angeordnet, daß die Bezirksämter Berichte über die bisher stattgefundenen und über jede einzelne der in Zukunft stattfindenden Versammlungen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei an das stellv. Generalkommando richten sollten. Das stellv. Generalkommando hatte bereits am 2. 5. 1917 angeordnet, daß sämtliche Versammlungen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei polizeilich überwacht werden sollten.
Vgl. auch die Verfügung des stellv. Generalkommandos des XIX. AK vom 30. 6. 1917 (Archivalische Forschungen 4/II, Nr. 129, S. 564 f.), in die ebenfalls im wesentlichen die Ziffer 1.) der Vorlage übernommen worden ist.

[6]) Vgl. das Gesetz betr. die Verhaftung und Aufenthaltsbeschränkung auf Grund des Kriegszustandes und des Belagerungszustandes vom 4. 12. 1916. Abgedruckt bei Huber, Dokumente, Bd. 2, S. 459 f.

3. Gegen die Verbreitung kriegsgegnerischer und staatsfeindlicher Schriften und Flugblätter ist mit aller Schärfe vorzugehen.[7])

4. Auf die Verhängung der Briefsperre gegen verdächtige Personen wird hingewiesen.

Ich ersuche die Königlichen stellvertretenden Generalkommandos usw. hiernach das Weitere zu veranlassen und auch alle sonstigen Mittel zur Anwendung zu bringen, die geeignet sind, den Einfluß der unabhängigen Sozialdemokratie auf die Bevölkerung einzudämmen.[8]) In der Hauptsache wird es darauf ankommen, die schädliche Tätigkeit der Führer der Parteiorganisationen der unabhängigen Sozialdemokratie zu unterbinden.[9]) Auch dem Streben der Partei, neue Parteizeitungen zu gründen, muß ein Riegel vorgeschoben werden. Sollten hierbei Zweifel über die gesetzlichen Möglichkeiten des Einschreitens auftauchen, so ist mit dem Kriegsministerium in Verbindung zu treten.

Wo sich Anhalt für eine Verfolgung wegen Landesverrats ergibt, sind ungesäumt die nötigen Schritte in dieser Richtung zu tun.[10])

Ich ersuche die Herren stellvertretenden Kommandierenden Generale usw. den Erlaß nicht den unterstellten Militär- und Zivilbehörden mitzuteilen, vielmehr

---

[7]) Bereits am 16. 2. 1917 hatte der Obermilitärbefehlshaber in einem Schreiben an sämtliche Militärbefehlshaber und verschiedene Reichs- und Landesbehörden auf die Notwendigkeit eines einheitlichen Vorgehens der Militärbefehlshaber gegen die Herstellung und Verbreitung der anonymen, aus linksradikalen Kreisen stammenden Flugschriften hingewiesen und das Muster einer Verordnung beigefügt (MGFA MA/RMA, Nr. 2354, XVII. 1. 5. 8a, Bd. 5). Eine Anzahl der daraufhin in den folgenden Monaten erlassenen Verordnungen der Militärbefehlshaber ist nachzuweisen: Verordnung der Kommandantur Coblenz-Ehrenbreitstein vom 23. 2. 1917 und die Verordnung des stellv. Generalkommandos des VIII. AK vom 8. 3. 1917 (StA Koblenz 403, Nr. 14131); Verordnung des stellv. Generalkommandos des II. AK vom 2. 5. 1917 (GStA Berlin Rep. 30, Nr. 651, Bd. 6); Verordnung des Gouvernements Kiel vom 10. 5. 1917 (Verordnungssammlung für das Gebiet des erweiterten Befehlsbereichs des Reichskriegshafens Kiel, Kiel 1918, S. 63 f.); Verordnung des stellv. Generalkommandos des VII. AK vom 12. 5. 1917 (H. Lehmann, Handbuch der Verordnungen des kommandierenden Generals, Münster 1917, Bd. 2). Vgl. im übrigen Nr. 53 und 169.

[8]) Im bayer. Kriegsministerium billigte man die Intentionen des Schreibens des Obermilitärbefehlshabers (vgl. die Voten der einzelnen Abteilungen in: BHStA IV München MKr, 11528), wies jedoch auf die unterschiedlichen Rechtsverhältnisse in Bayern hin, die z. B. ein generelles Verbot bestimmter Versammlungen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei nicht erlaubten. In dem Erlaß des bayer. Kriegsministeriums vom 16. 8. 1917 (BHStA IV München MKr, 11522) wurden daher die stellv. Generalkommandos sehr eingehend über alle Möglichkeiten der Beschränkung der Tätigkeit dieser politischen Gruppe unterrichtet (z. B. Auflagen für die Veranstalter von Versammlungen etc.). Vgl. Albrecht, S. 281 ff.

[9]) In die Verfügung der Kommandantur Coblenz-Ehrenbreitstein vom 21. 6. 1917 (StA Koblenz 403, Nr. 14152) an die Verwaltungsbehörden wurde allein diese Anregung des Obermilitärbefehlshabers übernommen und näher erläutert. Das stellv. Generalkommando des XIX. AK unterrichtete die 2. Torpedo-Abteilung in Wilhelmshaven am 12. 7. 1917 über die Einstellung des Redakteurs der „Leipziger Volkszeitung", Herre, und seine Überweisung nach Wilhelmshaven. Erläuternd heißt es in diesem Schreiben: „Da in Leipzig die Linksradikalen in der Mehrzahl sind und daher ständig mit allen möglichen Zwischenfällen gerechnet werden muß, liegt dem stellv. Generalkommando sehr viel daran, wenn Herre streng beobachtet wird und nicht wieder nach Leipzig kommt." MGFA MA/RMA, Nr. 4417, XXI. 3, Bd. 1.

[10]) Vgl. Nr. 289, Anm. 19.

nach den in dem Erlaß gegebenen Richtlinien die weiteren Anordnungen von sich aus zu treffen.[11])

v. Stein.

[11]) Vgl. hierzu die Verfügungen des stellv. Generalkommandos des VIII. AK vom 27. 6. 1917 (StA Koblenz 403, Nr. 14152), in der die Vorlage im wesentlichen wörtlich übernommen wurde, und des Kommandos der Marinestation der Nordsee vom 22. 6. 1917 (MGFA MA/StN, Nr. 5473, G. 10, Bd. 1), in der dem Sinne nach sämtliche Anregungen des Obermilitärbefehlshabers enthalten sind.
Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Anfrage des Abgeordneten Dittmann, die in der Reichstagsitzung vom 20. 7. 1917 verhandelt wurde (Sten. Berichte, Bd. 310, S. 3608 f.).

304.

Brief des Reichstagsabgeordneten Erzberger an den Reichskanzler über eine Unterredung mit Oberstleutnant Bauer zur Kriegslage.[1])

16. 6. 1917. — PA Bonn Polit. Abt., Weltkrieg geheim, Bd. 38, Abschrift.

Euer Excellenz

gestatte ich mir im Anschluß an die heute stattgefundene Besprechung über die vertrauliche Unterredung mit Herrn Oberstleutnant Bauer am 10. Juni folgendes mitzuteilen:[2])

Oberstleutnant Bauer erklärte mir, daß er meine Auffassung über die politische Situation nach jeder Richtung teile.[3]) Es sei vollkommen falsch, wenn man behaupte, daß die Oberste Heeresleitung die Ansicht vertrete, daß England in diesem Jahr um Frieden bitten werde.[4]) Die Oberste Heeresleitung stehe

[1]) Vgl. hierzu K. Epstein, Matthias Erzberger and the Dilemma of German Democracy, Princeton 1959, S. 185 ff.

[2]) Schon am 11. 6. 1917 unterrichtete der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, W. v. Stumm, den Staatssekretär im Gr. Hauptquartier über die Unterredung Erzberger—Bauer (PA Bonn Polit. Abt., Weltkrieg geheim, Bd. 38). In dem Telegramm wurden zwei Punkte der Unterredung hervorgehoben: die Mitteilung, daß die OHL einen Winterfeldzug erwarte, und die Darlegungen Bauers über die artilleristische Unterlegenheit der deutschen Armee. Stumm kommentierte den Wandel der Ansicht innerhalb der OHL mit dem Satz: „Oberste Heeresleitung will also anscheinend wieder beizeiten das unschuldige Lamm spielen." Staatssekretär Zimmermann strich diesen Satz am Rand an und vermerkte dazu (13. 6. 1917): „Meine Unterredung mit General L[udendorff] bestätigt völlig nebenstehende Ausführungen. Ich habe dem General über meine Auffassung keinen Zweifel gelassen." Für den Stimmungsumschwung innerhalb weniger Wochen in Generalstabskreisen vgl. auch den Bericht Krafft v. Dellmensingens vom 29. 6. 1917 (BHStA II München, MA I, Nr. 945).

[3]) Vgl. hierzu Hoffmann, Bd. 1, S. 166 ff. (29. 5., 11. 6., 13. 6. 1917).

[4]) Vgl. hierzu Nr. 293, 306 und 307; vgl. auch Weltkrieg, Bd. 12, S. 573 ff. Im Nachlaß Richthofen findet sich eine nicht unterzeichnete Niederschrift vom 26. 5. 1917, die vermutlich von Richthofen selbst stammt, in der es u. a. heißt (Nachlaß Richthofen, Nr. 13): „Die augenblickliche Lage ist, daß über die Ansichten des Krieges, namentlich in Verbindung mit dem U-Boot-Krieg augenscheinlich eine starke Meinungsverschiedenheit zwischen Zivil und Militär herrscht. Hindenburg und Ludendorff behaupten, und scheinen auch tatsächlich zu glauben, daß der Krieg unmittelbar vor dem Ende steht. Ende Juli setzen sie als letzten Termin. Sie verlassen sich in dieser Beziehung ganz auf die Marine und andere Informationen.

vielmehr genau auf demselben Standpunkt, den ich entwickelt habe (d. h. daß der Krieg mindestens bis zum nächsten Jahr dauere). Er selbst sei ganz überrascht, wie er in Berlin einen geradezu unverantwortlichen Optimismus vorgefunden habe.[5]) Es sei dringendste Pflicht, das Volk sofort aufzuklären, damit es darauf vorbereitet sei, daß die Gegner noch nicht an Frieden dächten und wir weiter kämpfen müßten, ob wir wollten oder nicht.

Ich teilte dann Herrn Oberstleutnant Bauer mit, wie ich mir in bester und wirkungsvollster Weise eine solche Aufklärung des Volkes vorstelle (Sofortige Veröffentlichung der feindlichen Pressestimmen über einen Winterfeldzug 1918, Konferenz im Kriegspresseamt zur Aufklärung durch Presse über einen Winterfeldzug, Verlängerung der Legislaturperiode des Reichstages um ein Jahr in der Julitagung, intensive Bearbeitung aller Volkskreise durch eine Art geistiges Kriegsernährungsamt).[6]) Oberstleutnant Bauer stimmte allen diesen Vorschlägen zu und versprach, sie bei der Obersten Heeresleitung zu unterstützen.[7]) Er bat mich auch, das Material, das ich besitze, in früheren Denkschriften niedergelegt habe, ihm zu unterbreiten. Excellenz Hindenburg sei zweifellos bereit, die Arbeiten zur Aufrechterhaltung der guten Stimmung zu unterstützen, wenn es auch nicht zu

---

[...] Diese Stimmung der Generalität des Hauptquartiers geht so weit, daß sie mit schärfsten Maßregeln droht, wenn die darauf berechnete Politik nicht entsprechend ausreicht oder von maßgebenden Persönlichkeiten auch Parlamentariern erschwert würde. Alle Gegengründe die ihnen aufgemacht werden verfangen nicht und werden als Flausenmacherei abgetan. Ohne Konsequenz für diese Beurteilung ist es auch, daß Ludendorff innerpolitisch jetzt ganz auf Seite der Scharfmacher steht. [...] Der Reichskanzler steht auf einem anderen Standpunkt. Auch seiner Ansicht nach ist die Lage für England nicht ganz leicht, aber immerhin keineswegs so, daß im Laufe der nächsten Monate mit einem Zwang für England zum Frieden gerechnet werden könnte. Erzberger sagte mir, daß der Reichskanzler darauf gefaßt sei, daß es Anfang Juli im Reichstage zu den schärfsten Auseinandersetzungen kommen werde. Er rechnet damit, daß umfangreiche Personenwechsel notwendig sein würden, wenn nicht bis Anfang Juli die Prophezeiung der Marine und der Militärs eingetroffen sein, die 4 hauptsächlichen Staatssekretäre (Capelle, Helfferich, Roedern, Zimmermann) nicht zu halten sein dürften. [...] Erzberger steht auf dem Standpunkt, daß der Reichstag im Juli mit diesem System brechen müsse wenn bis dahin nicht andere Ereignisse eingetreten seien. Er glaubt auch, daß der Reichskanzler für alles zu haben sei. Es sei aber größte Vorsicht in allen politischen Unternehmungen geboten, weil man im Hauptquartier ganz radikale Ansichten habe und auch vor Maßregeln gegen Abgeordnete nicht zurückschrecken würde."

[5]) Vgl. hierzu Nr. 308.

[6]) Vgl. die Denkschrift Erzbergers „Geistiges Kriegsernährungsamt" vom 11. 6. 1917 und die Bemerkungen des Unterstaatssekretärs Heinrichs hierzu in: StA Hannover StM, Y IX 2 23, Adhibendum, Bd. 1. Zur näheren Erläuterung vgl. Nr. 328, Anm. 5.

[7]) In einem Brief vom 15. 6. 1917 bestätigte Bauer den Empfang der Denkschrift, die er General Ludendorff vorgelegt habe und Generalfeldmarschall v. Hindenburg noch vorlegen werde. „Daß beide Herren zustimmen, ist m. E. selbstverständlich." Im Mittelpunkt des Briefes steht jedoch die Bitte, Erzberger möge seinen Einfluß in Österreich geltend machen, um „eine festere Haltung Österreichs zu erreichen. Wenn von Österreichs Regierung aus der *feste Wille* und die *sichere* Möglichkeit des Durchhaltens betont wird, ist viel gewonnen und der Friede vielleicht *wirklich nahe*. Daß wir uns gleichwohl auf den 4. Kriegswinter einrichten müssen, wird Ihrem Vorschlage entsprechend in der Pressekonferenz bekanntgegeben werden. Auch sonst ist das Nötige darin veranlaßt. Ihren Vorschlag betr. Elsaß-Lothringen und Verlängerung der Legislaturperiode habe ich Seiner Exzellenz vorgetragen. Ich berichte darüber, sobald ich das Ergebnis erfahre." Nachlaß Bauer, Nr. 19.

seiner unmittelbaren Aufgabe gehört. Unser Volk sei sich über die Lage garnicht klar. Der Luxus und die große Sorglosigkeit in Berlin hatten ihn bei seiner diesmaligen Anwesenheit davon überzeugt und doch sei Sorge mehr als je begründet. Die feindliche Überlegenheit an Munition betrage heute 4 zu 1. Im kommenden Jahr müßte man im Frühjahr damit rechnen, daß sie mindestens 6 zu 1 betrage. Oberstleutnant Bauer betonte wiederholt das Wort *mindestens*. Im Verlauf der Unterredung erklärte er, daß bis dahin das Verhältnis von 6 zu 1 nur dann eingehalten werden könne, wenn bei uns alles gut gehe (ohne Streiks) und bei dem Gegner aber alles schlecht gehe (Streiks, Explosionen, starke Versenkung durch U-Boote). Das Verhältnis von 4 zu 1 hätte uns gerade noch gestattet, die Westfront in der Angriffsstellung zu halten. Bei einer größeren Überlegenheit an Munition diese Front noch zu halten, darüber könne er keine bestimmten positiven Zusagen geben.

Ich darf dieser Aufzeichnung noch beifügen, daß Geheimrat Duisberg von den Bayer'schen Farbwerken mich letzten Mittwoch[8]) besuchte und erklärte, daß Excellenz Hindenburg und Ludendorff ihm persönlich noch vor 3 Wochen[9]) gesagt hätten, daß im August England um Frieden bitten müsse.[10]) Bei seiner letzten Anwesenheit im Hauptquartier sei ihm allerdings gesagt worden, daß mit einem Winterfeldzug zu rechnen sei. Die Arbeiterkreise im Westen würden diese Veränderungen sehr schwer tragen. Er befürchtet hier das schlimmste.

Da diese Ausführungen in ganz vertraulichen Aussprachen gemacht wurden, so darf ich Euer Excellenz wohl bitten, sie als vertraulich aufnehmen zu wollen.[11])

Mit dem Ausdruck der ausgezeichnetsten Hochachtung habe ich die Ehre zu sein

Euer Excellenz
ganz ergebener
gez. Erzberger
Mitglied des Reichstages.

[8]) 13. 6. 1917.

[9]) Also in den Tagen um den 23. 5. 1917.

[10]) Dieser Satz ist in der Vorlage am Rande durch einen senkrechten Bleistiftstrich hervorgehoben und mit einem Ausrufezeichen versehen.

[11]) Vgl. im Zusammenhang des Briefes auch Hoffmann, Bd. 1, S. 167 ff. (7. 6., 26. 6., und 29. 6. 1917), sowie Eisenhart Rothe, S. 112 ff.

305.

Aufzeichnung des Oberstleutnants Bauer über eine Unterredung mit dem Staatssekretär des Reichsschatzamts.[1])

20. 6. 1917.[2]) — Nachlaß Bauer, Nr. 17, handschriftlich.

Graf R[oedern] suchte am 20. 6. u. a. auch zu erfahren:

[1]) Durch ein Schreiben des Bureaus des Staatssekretärs vom 15. 6. 1917 ließ Graf Roedern Bauer zu einem Besuch bei dessen nächster Anwesenheit in Berlin auffordern; Nachlaß Bauer, Nr. 17.

[2]) Die Aufzeichnung Bauers ist nicht datiert.

1. ob O.H.L. geneigt sei, auch linksstehende Parlamentarier zu empfangen. Antwort abgelehnt. O.H.L. habe nie Parlamentarier empfangen als *solche*, sondern lediglich, wenn sie als Vertreter gewisser Teile der Rüstungsindustrie oder sonstiger wichtiger Wirtschaftsbetriebe kamen.

2. Wie O.H.L. zur Frage der Heranziehung von Parlamentariern zur Regierung stände.[3])

Wir treiben keine Politik. Wie Feldmarschall und E[xzellenz] L[udendorff] denkt, mir unbekannt. Persönlich glaubte ich, daß dies eintreten würde, aber es müßte als Geschenk der Krone, nicht erzwungen geschehen.

3. Frage des Wahlrechts in Preußen. Ob Feldmarschall *für* Änderung sei?

Antwort. Ansicht des F[eldmarschalls] mir nicht so bekannt, daß ich Antwort geben könnte. Jedenfalls sei er nicht reaktionär wie von ihm behauptet würde, Wahlrecht auf Vermögen bzw. Einkommen zu bauen. Ebenso falsch ist überall gemeines, gleiches Wahlrecht. Außerdem müßte Rückkehr der Leute aus dem Schützengraben abgewartet werden.[4])

Bauer.

[3]) Vgl. die Eintragung des Admirals v. Müller über eine Besprechung am 7. 5. 1917 mit Graf Roedern; Müller, S. 284.

[4]) Vgl. Nr. 281.

306.

Brief des Oberstleutnants Bauer an den Vizeadmiral Kraft.[1])

25. 6. 1917[2]), Gr. Hauptquartier. — Nachlaß Bauer, Nr. 11, Durchschrift.

Euer Exzellenz! Hochverehrter Herr Admiral!

Euer Exzellenz bestätige ich gehorsamst den Empfang des betr. Zeitungsartikels sowie der Begleitzeilen dazu.[3]) Der Artikel „Reichskanzler und Konservative“[4]) ist Ihrem Wunsche entsprechend Seiner Majestät vorgelegt. Ob Seine Majestät ihn *gelesen* hat, habe ich nicht feststellen können, nehme es aber an, da ich an

[1]) Direktor des Werftdepartements des Reichsmarineamts, vgl. Nr. 215.

[2]) Laut handschriftlichem Vermerk am 26. 6. 1917 durch Kurier übersandt.

[3]) Beides liegt nicht vor.

[4]) Vermutlich handelt es sich um den Artikel „Der Kanzler und die Konservativen“ in der Zeitung „Der Reichsbote“ (Nr. 276) vom 2. 6. 1917, den die Redaktion gesperrt folgendermaßen einleitete: „Von besonderer (nicht parlamentarischer) Seite wird uns geschrieben“. Der Autor versucht eine Rechtfertigung der konservativen Politik, verurteilt die Politik des Reichskanzlers und schließt mit einem Bekenntnis zu den überlieferten Grundsätzen konservativer Politik. „Wenn trotz alledem die konservative Partei nach wie vor entschlossen gegen die weitere Demokratisierung und für die Rechte der Bundesstaaten, des Königs von Preußen und des Kaisers eintritt, so kommt für sie dabei keine Rücksicht auf parteitaktische Vorteile in Betracht. [...] Maßgebend bleibt ihnen allein die pflichtgemäße Überzeugung, daß eine starke Monarchie und der bundesstaatliche Charakter des Reiches ebenso zu den unersetzlichen Grundlagen einer glücklichen Zukunft des Vaterlandes gehören wie die treue Anhänglichkeit an das Herrscherhaus.“

den Tagen keine weiteren Sachen dem Flügeladjudanten zugestellt habe. Nach wie vor sind die Konservativen die „bösen Leute" dank der Einflüsterungen gewisser Leute.

Auf den U-Bootkrieg setzen wir volles Vertrauen und bleiben an der Arbeit, ihn zu stützen. Denn die Gegenströmungen halten an, auch da, wo man sie nicht vermutet.[5]) Ich habe übrigens Exzellenz *Ludendorff* ausdrücklich gemeldet, daß nach der mir von Euer Exzellenz gemachten Mitteilung das Möglichste für Bau und Ausnutzung der Boote geschähe.

Betr. des Artikels der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung[6]) liegt die Sache so. Es ist auch in der Pressekonferenz betont, daß Schlagworte wie Annexionen, Kontributionen usw. besser vermieden werden, um im Innern die Gegensätze abzuschwächen und unseren Gegnern nicht immer Wasser auf ihre Mühle zu liefern. Es sollen also lieber Worte wie „Ausgleich" „Grenzberichtigungen" usw. gewählt werden. Insofern besteht zwischen Reichsleitung und Oberster Heeresleitung Einvernehmen. Im übrigen sind Euer Exzellenz ja unsere vorläufigen Ziele bekannt, und daran hat sich *nichts* geändert. Herr *Deutelmoser* hat entschieden wenig Glück bei seinen Ausführungen gehabt.[7])

Ich hoffe demnächst in *Berlin* zu sein und werde nicht verfehlen, Euer Exzellenz und auch Herrn Graf *Westarp* im Einzelnen Rede und Antwort zu stehen.

Mit der Versicherung vorzüglichster Hochachtung habe ich die Ehre zu sein Euer Exzellenz gehorsamster

[5]) Vgl. Nr. 307.

[6]) In einem Artikel vom 16. 6. 1917 (vgl. Schulthess 1917/I, S. 640 f.) nahm die Zeitung Stellung zu der Botschaft Präsident Wilsons vom 2. 6. 1917 an die russische provisorische Regierung (vgl. Schulthess 1917/II, S. 891 ff.). In diesem Artikel, der nach Angabe des Staatssekretärs Zimmermann (vgl. die Aufzeichnung Eugen Zimmermanns vom 29. 6. 1917, Quellen I/1, Bd. 1, Nr. 17, S. 82, Anm. 8) von ihm gemeinsam mit General Ludendorff auf Drängen Kaiser Karls verfaßt worden war, wurde festgestellt, daß die russische Formel eines Friedens ohne Annexionen und Kontributionen keinerlei Hinderungsgrund für einen Frieden zwischen Rußland und den verbündeten Mächten darstelle. In freier gegenseitiger Verständigung solle durch einen Ausgleich ein Zustand geschaffen werden, der ein friedliches Nebeneinanderleben auf die Dauer gewährleiste.

[7]) Die Protokolle der Pressekonferenzen für diesen Zeitraum liegen nicht vor.

307.

Brief des Oberstleutnants Bauer an den Reichstagsabgeordneten Erzberger über die Erfolgsaussichten des U-Bootkrieges.

25. 6. 1917[1]), Gr. Hauptquartier. — Nachlaß Bauer, Nr. 19, Durchschrift.

Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Ein Abgeordneter, dessen Namen ich leider nicht zu nennen vermag, hat Exzellenz *Ludendorff* u. a. mitgeteilt, Sie hätten „auf Grund von Informationen

[1]) Laut handschriftlichem Vermerk am 26. 6. 1917 durch Kurier übersandt.

aus dem Großen Hauptquartier kein Vertrauen in den U-Bootkrieg".[2]) Obwohl ich nach unserer mündlichen Rücksprache weiß, daß dies nicht zutrifft[3]), glaube ich Ihnen davon Kenntnis geben zu sollen, schon als Beweis, wie in *Berlin* unter Namennennung flau gemacht wird. Sr. Exzellenz habe ich übrigens erklärt, daß gerade Sie im Gegensatz zu anderen Berliner Stellen absolut zuversichtlich in die Zukunft schauten.[4])

Zugleich möchte ich hinzufügen, daß der U-Bootkrieg *besser* als erwartet, gelaufen ist und daß ich von seinem durchschlagenden Erfolg überzeugt bin.[5]) Daß sich dies Urteil auf ruhige Berechnungen gründet, die bisher absolut gestimmt haben, brauche ich nicht zu versichern.[6])

Mit aufrichtigster Hochachtung habe ich den Vorzug zu sein, stets

Ihr ergebenster
B[auer]
Oberstleutnant.

[2]) Erzberger antwortete hierauf postwendend (26. 6. 1917; Nachlaß Bauer, Nr. 19) und überaus geschickt: „Die Behauptung, die mir ein Abgeordneter in den Mund legt ist vollkommen unzutreffend. Ich habe in den letzten Wochen überhaupt mit gar keinem Reichstagsabgeordneten über die Frage des U-Bootkrieges gesprochen."

[3]) Vgl. dagegen K. Epstein, Matthias Erzberger and the Dilemma of the German Democracy, Princeton 1959, S. 186 f.

[4]) Vgl. hierzu Nr. 304.

[5]) Vgl. hierzu Nr. 308.

[6]) Vgl. hierzu K. Epstein, Matthias Erzberger and the Dilemma of the German Democracy, Princeton 1959, S. 154 f., S. 186.

308.

Schreiben des Reichskanzlers an den Chef des Generalstabes des Feldheeres.[1]) Beurteilung der innenpolitischen Situation und der allgemeinen Kriegslage.

25. 6. 1917, Rk. 13370 K. J. — PA Bonn Polit. Abt., Auswärtiges Amt Gr. Hauptquartier, Bd. 227, Abschrift.[2])

Euer Exzellenz stimme ich darin zu, daß es in der gegenwärtigen Kriegslage vor

[1]) Der Reichskanzler antwortete damit auf das Schreiben Hindenburgs vom 19. 6. 1917 (vgl. Ludendorff, Urkunden, S. 395 ff.), das durch das preuß. Kriegsministerium am 19. 7. 1917 den Militärbefehlshabern, den bundesstaatlichen Kriegsministerien und dem Reichsmarineamt mit der Bemerkung übersandt wurde, im Sinne des Schreibens Hindenburgs zu wirken, es jedoch den unterstellten Dienststellen nicht mitzuteilen (MGFA MA/OdO, Nr. 1139, D. V. O. 1, Bd. 1, vgl. auch Nr. 331 und 332). Sowohl das Schreiben vom 19. 6. 1917 als auch die Antwort Hindenburgs vom 7. 7. 1917 (vgl. Ludendorff, Urkunden, S. 401 ff.) auf das vorliegende Schreiben des Reichskanzlers sind, nach Ausweis des Aktenzeichens, in der Abteilung des Oberstleutnants Bauer bearbeitet worden. Für den Zusammenhang vgl. Ritter, Bd. 3, S. 553 f.

[2]) Bereits abgedruckt bei Ludendorff, Urkunden, S. 397 ff., jedoch ohne die Randbemerkungen Hindenburgs. Der Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei übersandte das Schreiben am 25. 6. 1917 auch dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts (PA Bonn Polit. Abt., Weltkrieg

allem darauf ankommt, die innere Geschlossenheit des Volkes aufrecht zu erhalten. Die Vorstellungen von der schnellen und durchschlagenden Wirkung des Unterseebootskrieges sind als *übertrieben erkannt worden.*[3]) Damit ist die weit verbreitet gewesene, auch im Verkehr zwischen Front und Heimat genährte sichere Erwartung des Kriegsendes noch vor dem Herbst zusammengebrochen.[4]) Um die *herabgedrückte Stimmung*[5]) wieder zu heben, müssen vor allem die wirtschaftlichen Schwierigkeiten bekämpft werden. Ist der Ausfall der Ernte, dem die größte Bedeutung zukommt, im allgemeinen vom menschlichen Zutun unabhängig, so darf ich mich bezüglich der *Kohlenversorgung*[6]) auf die inzwischen erfolgten mündlichen Mitteilungen des Herrn Staatssekretärs des Innern beziehen.[7])

Bei der Darlegung der von der Weiterführung des Unterseebootskrieges zu erwartenden Wirkungen erscheint mir bei aller Zuversicht Vorsicht geboten. Die auf statistische Berechnungen gegründeten Voraussagen haben sich als *zu unzuverlässig*[8]) erwiesen, als daß sie mit Überzeugungskraft wiederholt werden könnten. Dagegen muß die Eindämmung der *inneren Streitigkeiten mit allen Mitteln*[9]) angestrebt werden. Die Kriegszielfrage sollte ganz ruhen, keinesfalls zu einem Gegenstande gemacht werden, bei dem die verschiedenen Volksteile, womöglich nach ihrer politischen Parteirichtung und unter *Anrufung militärischer*

Nr. 18 Geheim, Bd. 48). Die Vorlage ist von Ludendorff und von Hindenburg am 27. 6. 1917 abgezeichnet worden. Die kursiv gesetzten Worte und Satzteile sind von Hindenburg unterstrichen worden, der jeweils auch am Rande senkrechte Striche anbrachte, die nicht nachgewiesen werden. — Zu dem Briefwechsel vgl. auch Müller, S. 295 (22. 6. 1917) und S. 298 (28. 6. 1917).

[3]) Randbemerkung Hindenburgs: „Von wem?" Vgl. hierzu Nr. 307, Anm. 6. Admiral v. Holtzendorff versuchte durch ein Schreiben vom 27. 6. 1917 an den Reichskanzler, diesem Eindruck entgegenzutreten und Bethmann Hollweg zu veranlassen, durch eine öffentliche Erklärung dem schwindenden Vertrauen in die Wirkungen des U-Bootkrieges wieder aufzuhelfen (MGFA MA/RMA, Nr. 6455, Cl. XXXIX; auszugsweise veröffentlicht in: Der Krieg zur See IV, Bd. 4, S. 388). Bei den wörtlichen Zitaten der folgenden Anmerkungen handelt es sich jeweils um die Randbemerkungen Hindenburgs, wenn nichts anderes vermerkt.

[4]) Vgl. hierzu die Zusammenstellung der Berichte der stellv. Generalkommandos (vgl. Nr. 154, Anm. 1) für den Monat Juni. Auf Grund der Berichte vor allem der stellv. Generalkommandos des IV., XI., XIV. und XVIII. AK sowie des württ. Kriegsministeriums formulierte das preuß. Kriegsministerium zusammenfassend: „Mit zunehmender Erkenntnis, daß wir einem vierten Kriegswinter entgegengehen, macht sich aber auch eine tiefe Friedenssehnsucht in weiten Kreisen des Volkes bemerkbar, die wohl in den seltensten Fällen dem Verlangen nach einem Frieden um jeden Preis, sondern vielmehr dem Bedürfnis nach Beendigung dieses furchtbaren Ringens und nach Wiederkehr ruhiger und geordneter Verhältnisse entspringt." Vgl. auch die Denkschrift der Vorstände der Sozialdemokratischen Partei und der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 28. 6. 1917, in: Ursachen und Folgen, Bd. 1, S. 211 ff. Hierzu Quellen I, Bd. 1/I, S. XXV.

[5]) „Ist nur in Flaumacher-Kreisen herabgedrückt. Die Armee ist durchaus siegessicher!"

[6]) „Darauf haben wir bereits im Februar hingewiesen." Vgl. hierzu Feldman, S. 262 ff.

[7]) Vgl. hierzu Müller, S. 295 (20. 6. 1917), sowie die Ausführungen Hindenburgs in dem Schreiben vom 7. 7. 1917 (vgl. Anm. 1).

[8]) „Inwiefern?" Vgl. hierzu Nr. 307, Anm. 6.

[9]) „Nur durch eine feste Hand möglich, zu der Volk und Heer Vertrauen haben."

und politischer *Autoritäten*[10]), gegen einander ausgespielt werden. Die Aussichten eines Friedens, den wir diktieren könnten, sind in so *unbestimmte* und jedenfalls in *so weite Fernen gerückt*, daß die Vorspiegelung eines *fetten Friedens*[11]) bei dem langen und schweren Weg, den wir noch zu durchlaufen haben, zu neuen und verderblichen Enttäuschungen führen müßte. Im Gegensatz hierzu scheint mir allein die Tatsache schärfster Betonung zu bedürfen, daß wir einem *Helotendasein*[12]) entgegensehen, wenn wir nachgeben wollten, so lange bei unseren Feinden noch keine Friedensneigung durchbricht.

Jede scharfe Verurteilung des Gedankens an einen *Verständigungsfrieden*[13]) muß dagegen unterbleiben. Sollte sich die Vorstellung festsetzen, daß wir bei der *jetzigen Kriegslage Friedensmöglichkeiten wegen Unerreichbarkeit bestimmter Kriegsziele ausschlügen*[14]), so wären unabsehbare Folgen für die innere Widerstandsfähigkeit gewiß. Auch die *Rücksicht auf Österreich-Ungarn*[15]), wo die antideutsche Stimmung stetig wächst, führt zwingend zu demselben Schluß.

Für die Neuordnung unserer inneren politischen Zustände hat der Ostererlaß Seiner Majestät die Wege gewiesen. Ich will dahingestellt sein lassen, inwieweit diese Fragen die Gedanken in den Schützengräben und in der Etappe bewegen, wobei ich allerdings die Ansicht, daß dort nur *sehr wenig Interesse dafür bestehe*, für *irrig halte*.[16]) In der Heimat jedenfalls beanspruchen diese Fragen die größte Bedeutung. Die verbreitete und schwer zu bekämpfende Vorstellung, daß sich die Gegner der *Neuordnung eines starken vielleicht im Endergebnis entscheidenden Rückhaltes erfreuen*[17]), trägt in die gesamte innere Lage ein Moment täglich *wachsender Unruhe*[18]), die radikale Forderungen belebt, die Gesamtsituation aber schwächt.

Bei den vorstehenden Erwägungen gehe ich von folgender Beurteilung der Kriegslage aus.

---

[10]) „Das gilt uns!" Vgl. hierzu die Differenzen, die sich aus einem an Hindenburg gerichteten, von diesem dem Kaiser vorgelegten Brief eines Kommissionsrates ergaben. In einer Stellungnahme für den Kaiser schrieb Valentini (Nachlaß Valentini, Nr. 2): „Zu verwundern ist es nicht, wenn die dauernde Lektüre solcher Briefe den Herrn Feldmarschall erregt. Sie sind die Frucht einer systematisch fortgesetzten Hetze gegen den Kanzler durch die alldeutsch-konservative Presse, durch Vorträge sogen. ‚besorgter Patrioten' und Wühlereien unverantwortlicher politischer Konventikel. Aber der Herr Feldmarschall täte besser, derartigen plumpen Anzapfungen kein Gewicht beizumessen. [...] In dieser Erkenntnis sollte der Herr Feldmarschall Euer Majestät zur Seite stehen in der Abwehr dieses verhängnisvollen Treibens und sollte sich nicht durch plumpe, geradezu bycantinische Schmeicheleien, wie sie dieser Brief enthält, blenden und als Geschäftsträger dunkler Mächte und einer ebenso gehässigen wie politisch kurzsichtigen Agitation mißbrauchen lassen." Vgl. hierzu W. Hubatsch, Hindenburg und der Staat, Göttingen 1966, S. 166 f.

[11]) „Warum ist unsere Lage schlechter geworden? Wir müssen nur siegen wollen."

[12]) „Auf solches steuert der Ton des Schreibens allerdings zu."

[13]) „Also: Kehrt marsch!"

[14]) „Liegt denn eine Möglichkeit vor?"

[15]) „Schwanken wir, dann Österreich erst recht."

[16]) „Hat keiner behauptet. Sicher ist aber, daß der Verfassungsausschuß die Gemüther der Offiziere erregt hat." Vgl. hierzu Nr. 296, Anm. 9.

[17]) „Wenn sie zu weit nach links geht und dadurch den Thron gefährdet allerdings." Vgl. hierzu Braun, S. 108 (Tagebucheintrag vom 4. 7. 1917).

[18]) Von Hindenburg am Rande mit einem Fragezeichen versehen.

Über den Herbst hinaus wird *sich Österreich-Ungarn schwerlich an der Stange halten lassen.*[19]) Daß bis dahin England durch den Unterseebootskrieg zur *Kapitulation gezwungen werden könnte*, erscheint *ausgeschlossen.*[20]) Selbst wenn wir imstande sein sollten, allein den Krieg über den Winter fortzuführen, können wir nicht damit rechnen, im nächsten Frühjahr oder überhaupt zu irgend einem im voraus bestimmbaren Zeitpunkt, *durch den Unterseebootskrieg völlige Meister unserer Feinde zu werden.*[18]) Allerdings vernichtet ein energisch geführter Unterseebootskrieg mehr an Tonnage als neu gebaut werden kann. Niemand aber kann bestimmen, bei welcher Untergrenze den Feinden die Fortführung des Krieges tatsächlich unmöglich wird. Nach aller menschlichen Voraussicht wird diese Grenze jedenfalls erst zu einer Zeit erreicht, die wir vernünftiger Weise *nicht mehr in unsere Rechnung stellen können.*[21]) Hingegen ist die Aussicht nicht ausgeschlossen, daß wir England, wenn auch nicht niederringen, so doch noch zur rechten Zeit *zum Einlenken bringen*[22]) können. Voraussetzung dafür aber ist, daß sich England als die Seele des Krieges zu Friedensverhandlungen entschließt. Die Entwickelung der russischen Zustände kann darauf einwirken, wird aber vor der Hand schwerlich entscheidend sein. Aus Frankreich mehren sich zwar die Stimmen, welche von wachsender Kriegsmüdigkeit und beginnender Erschütterung des régimes Poincaré berichten. Ein den Frieden erzwingender Zusammenbruch Frankreichs darf aber nach dem Beitritt Amerikas zum Kriege *kaum mehr erhofft werden.*[23]) So bleibt England. Aufgabe unserer Politik und Kriegführung ist es deshalb, durch energische Fortführung des Ubootskrieges England so sehr als möglich zu schwächen, gleichzeitig aber *alles zu unterlassen, was den Entschluß Englands zur Anknüpfung von Friedensverhandlungen erschweren könnte.*[24]) So lange Lloyd George am Ruder bleibt, halte ich jede Hoffnung für illusorisch. Seine Stellung scheint nicht mehr vollkommen fest zu sein. Wirklich gefährdet kann sie aber nur werden, wenn die Kriegsmüdigkeit der breiten Massen des englischen Volkes zunimmt und bei den intelligenten und führenden Schichten die Erkenntnis durchbricht, daß bei ruhiger Überlegung die Beendigung des Krieges seiner Fortsetzung vorzuziehen ist. Entscheidend für eine solche Entwickelung ist selbstverständlich die Überzeugung von unserer Unbezwingbarkeit im Äußern und im Innern. Hierauf also haben wir das Hauptgewicht zu legen. Helfen aber können wir außerdem, wenn wir die chauvinistischen und kriegstreibenden Instinkte des englischen Volkes *nicht ohne Not aufpeitschen.*[25]) In dieser Beziehung hat unzweifelhaft der letzte Luftangriff auf London eine verheerende Wirkung ausgeübt. Er hat nach *zuverlässigsten Nachrichten*[26]) die Wut des englischen Volkes derart gesteigert, daß englische Staatsmänner, die

---

[19]) „Abwarten!"

[20]) „Nie behauptet." Vgl. Nr. 293.

[21]) „Der Starke kann das schon."

[22]) „Also doch!"

[23]) „Ganz und garnicht?"

[24]) „Also nicht schießen, um den Feind nicht zu reizen."

[25]) „Also Schonung des Feindes."

[26]) „Woher stammen die?" Vgl. Ritter, Bd. 3, S. 552; Müller, S. 296 (24. 6. 1917).

an sich einem Friedensschluß geneigt wären, *erklärt haben*[27]), keine englische Regierung, die nach solchen Vorgängen mit Deutschland verhandeln wolle, würde sich auch nur einen Tag vor der Volkswut halten können. Da ich nicht zu erkennen vermag, daß so geartete Luftangriffe *militärisch absolut notwendig sind*, darf ich die Bitte aussprechen, von ihnen wegen ihrer *verderblichen politischen Folgen abzusehen*.[28])

Fasse ich alles Vorstehende zusammen, so befinden wir uns in einer inneren Lage, die schwer ist, die aber durch einmütiges Zusammenhandeln aller maßgebenden Faktoren überwunden werden kann und wird.[29])

gez. von Bethmann Hollweg.

[27]) „Woher diese Nachricht?"

[28]) „Jedes Mittel, den Feind zu schädigen muß angewendet werden, und gerade dem Engländer imponiert solche Rücksichtslosigkeit."

[29]) „Eine bedauerlich düstere Anschauung. Das machen wir nicht mit! gez. H." Zur Situation im Gr. Hauptquartier in jenen Tagen, in die auch der Besuch des Oberpräsidenten v. Berg fiel, vgl. Valentini, S. 153 ff., Müller, S. 296 ff.; Ludendorff, Kriegserinnerungen, S. 358 f., Hoffmann, Bd. 1, S. 170 (29. 6. 1917).

309.

Schreiben des Obermilitärbefehlshabers an die Militärbefehlshaber[1]) betr. Einschreiten gegen ein Flugblatt der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

26. 6. 1917, Nr. 4247/17. g. A 1, Geheim! — MGFA MA/RMA, Nr. 2354, XVII. 1. 5. 8a, Bd. 6, vervielfältigtes, eigenhändig vollzogenes Exemplar.

Von der Zentralleitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist der umstehende Aufruf[2]) verbreitet worden, der in parteipolitischer agitatorischer Weise gegen den rechtsstehenden Flügel der Sozialdemokratie Stellung nimmt sowie zum Abfall von diesem und zur Werbung von Mitgliedern für die Unabhängige Sozialdemokratie auffordert und dadurch den Burgfrieden stört.[3]) Ferner ist der Aufruf darauf gerichtet, „die Massen des deutschen

[1]) Das Schreiben wurde außerdem der Reichskanzlei, dem Reichsamt des Innern, dem Reichsmarineamt, der Oberzensurstelle des Kriegspresseamts, dem preuß. Minister des Innern und den bundesstaatlichen Kriegsministerien übersandt.

[2]) Es handelt sich um einen Aufruf vom 12. 4. 1917. Abgedruckt bei E. Prager, Geschichte der USPD. Entstehung und Entwicklung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin 1921, S. 152 ff. Für ein ähnliches Flugblatt vgl. auch Archivalische Forschungen 4/II, Nr. 131, S. 569 ff.

[3]) Welche Schwierigkeiten sich auch für aufgeschlossene Zensurstellen aus dem Gegensatz der beiden sozialdemokratischen Parteien ergaben, verdeutlicht ein vom Minister unterschriebenes Schreiben des bayer. Kriegsministeriums an die Oberzensurstelle des Kriegspresseamts vom 29. 6. 1917 (BHStA IV München MKr, 14020) aus Anlaß eines von Major Nicolai und der Oberzensurstelle beanstandeten Artikels der „Münchener Post" vom 25. 5. 1917 (Albrecht, S. 236); vgl. in diesem Zusammenhang Nr. 68, insbesondere Anm. 2 und 3. Zu dem Verhältnis der Zensurstelle zum führenden Organ der süddeutschen Sozialdemokratie heißt es in dem Schreiben: „Die ‚Münchener Post' ist bekanntlich das führende Organ der süddeutschen

Proletariats *im Geiste der Internationale* zur Beschleunigung des Friedens zu sammeln"; die Unabhängige Sozialdemokratie sucht daher Einfluß auf die Kriegführung zu gewinnen.[4])

Die Verbreitung derartiger Flugblätter ist nicht zu gestatten; gegebenenfalls ist gegen ihre Verbreitung einzuschreiten. Auf den Erlaß des Kriegsministeriums vom 26. Juni 1915 Nr. 2478. 15. geh. A 1 wird hingewiesen.[5])

Ich ersuche die Herren Militärbefehlshaber, das Erforderliche zu veranlassen.[6])

v. Stein.

Sozialdemokraten. Trotz mancher Entgleisungen hat sie sich während des Krieges im allgemeinen durchaus loyal verhalten und im vaterländischen Sinne betätigt. Ihrem Einfluß ist es nicht zum mindesten zu danken, daß bisher in Bayern nennenswerte Ausstandsbewegungen nicht vorgekommen sind und die unabhängigen Sozialdemokraten nur sehr geringe Gefolgschaft gewinnen konnten.

Die Stellung des Blattes ist naturgemäß in der gegenwärtigen Zeit infolge der verhetzenden Agitation der radikalen Sozialdemokraten keine leichte; der Verdacht liegt zu nahe, daß es, wie ihm auch schon in der sozialdemokratischen Presse vorgeworfen wurde, im Solde der Regierung steht. Es muß daher — soferne es sich seinen Leserkreis erhalten will — alles vermeiden, was diesem Verdachte Nahrung geben könnte und insbesondere durch seine Veröffentlichungen beweisen, daß es ohne Rücksichtnahme auf die Regierung ausschließlich die Interessen der Sozialdemokratischen Partei vertritt.

In Erkenntnis dieser Schwierigkeiten versteht es die Schriftleitung der Zeitung, Dinge, die geeignet sind, sie mit Zensuranordnungen in Konflikt zu bringen, in eine Form zu fassen, die es häufig erschwert, den glatten Tatbestand eines Verstoßes gegen Zensurvorschriften nachzuweisen. Gerade aus politischen Erwägungen aber muß das Kriegsministerium vermeiden Anlaß zu Konflikten mit der "Münchener Post" ihrerseits hervorzurufen, muß sich vielmehr darauf beschränken, nur bei zweifelsfreien und erheblichen, die Interessen der Landesverteidigung gefährdenden Zensurverstößen einzuschreiten. Ein allzu scharfes, die Eigenart des Blattes unterdrückendes Vorgehen der Zensurstelle könnte die „Münchener Post" veranlassen ihre wertvolle vaterländische Mitarbeit aufzugeben und vielleicht sogar zur Opposition überzugehen, und würde so zur Förderung der staatsgefährlichen Bestrebungen der radikalen Sozialdemokraten aufs wirksamste beitragen."

[4]) Vgl. die Verwendung des gleichen Arguments gegenüber der sozialdemokratischen Kriegszielresolution, Nr. 285.

[5]) Vgl. Nr. 108, Anm. 10.

[6]) Das Reichsamt des Innern übersandte am 3. 7. 1917 das Schreiben des Obermilitärbefehlshabers den außerpreußischen Bundesregierungen mit der Aufforderung, geeignete Maßnahmen zu ergreifen (BHStA IV München MKr, 11528).

310.

Schreiben des Obermilitärbefehlshabers an die Militärbefehlshaber[1]) betr. Maßnahmen gegen die radikalsozialistische Jugendbewegung.

30. 6. 1917, Nr. 3782/17. g. A 1, Geheim! — MGFA MA/RMA, Nr. 6062, IX. 1. 3. 10, Bd. 1, vervielfältigtes, eigenhändig vollzogenes Exemplar.[2])

In verschiedenen Gegenden hat sich das Bestreben des linken Flügels der Sozialdemokratie — namentlich der Spartakusgruppe — geltend gemacht, die Arbeiterjugend in ihr Fahrwasser zu führen und sie zu Massenaktionen der revolutionären Arbeiterpartei vorzubereiten.

Um diese radikalsozialistische Jugendbewegung möglichst vor den staatlichen Behörden zu verschleiern und dadurch ihr Eingreifen hintanzuhalten, wird die Einrichtung von Vereinen und Versammlungen in aller Form vermieden und die Werbetätigkeit durch gemeinschaftliche Ausflüge und andere mehr unvorbereitete Zusammenkünfte, wie Umzüge, Besprechungen, ferner durch Verbreitung von Flugblättern usw. auszuüben versucht.

Da diese Bewegung, die ihre Herde in den Großstädten und Industriezentren hat, bewußt jedes Vaterlandsgefühl verneint, den Klassenkampf als ihren Zweck aufstellt und ausgesprochenermaßen auf den Umsturz hinarbeitet, so muß auf sie, namentlich im Hinblick auf den von der unabhängigen Sozialdemokratie betriebenen engen Zusammenschluß aller radikalen Elemente, ein scharfes, wachsames Auge gerichtet werden. Auf Verhetzung in dieser Richtung ist offenbar auch die an verschiedenen Orten hervorgetretene starke Beteiligung von Jugendlichen an den Lebensmittelunruhen zurückzuführen.

Ich ersuche die Herren Militärbefehlshaber, zur Überwachung der radikalsozialistischen Jugendbewegung die nötigen Anordnungen zu treffen.[3]) Welche Maßnahmen im Einzelnen geboten erscheinen, hängt von den örtlichen Verhältnissen ab und muß der Prüfung durch die Militärbefehlshaber vorbehalten bleiben.

---

[1]) Das Schreiben wurde außerdem dem Reichsamt des Innern, dem Reichsmarineamt, dem preuß. Minister des Innern, dem preuß. Kultusminister sowie den bundesstaatlichen Kriegsministerien übersandt.

[2]) In kurzen Auszügen wiedergegeben bei Höhn, S. 515 ff. Höhn gibt in den Anmerkungen das Datum des Schreibens jeweils richtig an, im Text werden dagegen falsche Daten genannt (1. 6. 1917, 13. 7. 1917).

[3]) Vgl. hierzu Archivalische Forschungen 4/II, Nr. 149, S. 607, sowie die Verfügung der Marinestation der Nordsee vom 13. 7. 1917 und den darauf erfolgenden Bericht des Kommandanten der Befestigungen an der Wesermündung vom 24. 7. 1917 (MGFA MA/StN, Nr. 1811, G. 37, Bd. 1). Auch das bayer. Kriegsministerium erließ auf Grund des Schreibens des Obermilitärbefehlshabers nach eingehendem Votenwechsel am 24. 9. 1917 eine entsprechende Verfügung an die stellv. Generalkommandos, in der jedoch darauf hingewiesen wurde, daß die Agitation „am wirksamsten durch rechtzeitig einsetzende Gegenaufklärung" bekämpft werden könne. Die mit der Volksaufklärung befaßten Ministerien (vgl. Nr. 137) wurden in einem besonderen Schreiben von den Vorgängen unterrichtet und um Unterstützung gebeten; BHStA IV München MKr, 11528.

Als Richtlinien empfehle ich die abschriftlich anliegenden Mitteilungen des Oberkommandos in den Marken vom 1. 5. 17 P. Nr. 175745/14646[4]) und die Anordnungen des stellvertretenden Generalkommandos XIII. Armeekorps vom 16. 2. 16 und 19. 7. 16.[5])

In der Hauptsache wird es darauf ankommen, die Tätigkeit der Führer der Bewegung zu unterbinden[6]) — nötigenfalls durch Inschutzhaftnahme —, bestehende Jugendorganisationen der radikalen Sozialdemokratie aufzulösen und ihre Versammlungslokale zu sperren, um auf diese Weise jenen Elementen die Gelegenheit zu Zusammenkünften nach Möglichkeit zu nehmen.

Über besondere Wahrnehmungen auf dem Gebiete der radikal-sozialistischen Jugendbewegung ist dem Kriegsministerium zu berichten.

Ich ersuche die stellvertretenden Generalkommandos usw., diesen Erlaß nicht den unterstellten Behörden mitzuteilen[7]), sondern die weiteren Anordnungen von sich aus zu treffen.

v. Stein.

---

[4]) In dem als Anlage beigegebenen Bericht des Oberkommandos in den Marken, in dem über Maßnahmen gegen einzelne führende Persönlichkeiten der sozialistischen Jugendbewegung berichtet wurde, heißt es u. a.: „Der im März 1916 ins Leben gerufene radikale Jugendbildungs-Verein Groß-Berlin hat sich infolge der durch die Polizei geübten scharfen Kontrolle bisher nicht entwickeln können. Zunächst wurde eine geregelte Leitung des Vereins dadurch unmöglich gemacht, daß seine Leiter oder Vorsitzenden nach und nach eingezogen wurden. Durchsuchungen brachten das gesamte Mitgliedermaterial der Berliner Ortsgruppe zur Kenntnis der Behörde, und die wiederholte Auflösung von General- und Mitgliederversammlungen hatte zur Folge, daß monatelang Versammlungen überhaupt nicht mehr abgehalten wurden.
Durch das Verbot ihres Organs „Freie Jugend" in Braunschweig, von dem hier zirka 1000 Exemplare beschlagnahmt wurden, wurde das Bindemittel mit den Gruppen im Reiche genommen, ein Erfolg, der durch das Verbot des in der Schweiz erscheinenden internationalen Organs „Jugendinternationale" noch verstärkt wurde.
Eine Reihe von „Mitteilungsblättern", die ohne Genehmigung der Zensur erschienen waren, wurde beschlagnahmt und der weitere Vertrieb dieser Blätter durch diesseitige Anordnung schließlich verboten." Vgl. hierzu: Die Jenaer Jugendkonferenz Ostern 1916 und ihre Bedeutung für die Sammlung der revolutionären deutschen Arbeiterjugend im Kampf gegen Imperialismus und Krieg (= Wissenschaftliche Studien des pädagogischen Instituts Leipzig), Leipzig 1966.

[5]) Vgl. Nr. 122, Anm. 4. Durch die Verfügung des stellv. Generalkommandos XIII. AK vom 18. 7. 1917 wurde auch die Freie Jugendorganisation Esslingen aufgelöst, ihr Jugendheim geschlossen und ihren Führern jede Art politischer Tätigkeit verboten; StA Ludwigsburg E 150—153, Nr. 2048.

[6]) Vgl. hierzu Nr. 303.

[7]) Die vorangehenden sieben Worte sind in der Vorlage von Empfängerseite durch Unterstreichung hervorgehoben.

311.

Schreiben der Oberzensurstelle an sämtliche Zensurstellen. Verbot der Verbreitung einer Reichstagsrede des Abgeordneten Scheidemann als Flugblatt.

2. 7. 1917, Nr. 25674. O. Z., Vertraulich! — MGFA MA/RMA, Nr. 2356, XVII. 1. 5. 11, Bd. 4, vervielfältigtes, eigenhändig vollzogenes Exemplar.[1])

Auf die Anfrage mehrerer Zensurstellen, ob die Reichstagsrede des Abgeordneten Scheidemann vom 15. 5. 17[2]) als Flugblatt in der Arbeiterschaft verteilt werden darf, teilt die Oberzensurstelle im Einvernehmen mit dem Kgl. Kriegsministerium mit, daß eine derartige Verwendung der Rede unzulässig ist. Dem Recht des Abgeordneten Scheidemann auf Bekanntgabe seiner Äußerungen im Reichstag ist durch die seinerzeitige Veröffentlichung der Reichstagsverhandlungen in der gesamten Presse Genüge geschehen. Die Rede unterliegt, wenn sie aus dem Rahmen der Reichstagsverhandlungen herausgenommen und zu Propagandazwecken durch Flugblattverteilung verwertet werden soll, wie jede andere Veröffentlichung, den Zensurbestimmungen. Da sie an zahlreichen Stellen gegen die geltenden Bestimmungen verstößt (Burgfrieden, Drohung mit der Revolution, pp.), kann die beabsichtigte Verwertung nicht gestattet werden.[3])

I. A.
v. Olberg.

[1]) Für ein weiteres Exemplar vgl. StA Koblenz 403, Nr. 14132.

[2]) Vgl. Sten. Berichte, Bd. 310, S. 3390 ff. Scheidemann hatte in seiner Rede davor gewarnt, den Krieg um weitgesteckter Eroberungsziele willen fortzusetzen. Sollten Großbritannien und Frankreich auf Annexionen verzichten und würde dann die Reichsleitung wegen dieser Ziele den Krieg nicht beenden, dann, so fuhr Scheidemann fort, „dann, meine Herren, verlassen Sie sich darauf, dann haben Sie die Revolution im Lande". Über die Reaktion im Gr. Hauptquartier berichtete der bayer. Militärbevollmächtigte am 16. 5. 1917 (BHStA IV München MKr, 1828): „Die Beantwortung der Kriegsziel-Interpellationen durch den Herrn Reichskanzler wird von den hiesigen Extremen ohne besonderen Beifall aufgenommen. Man findet unter anderem, daß er Scheidemanns Revolutionsdrohung ganz anders hätte abtun sollen (natürlich wieder ‚feste reinschießen' und Aufhängen der Rädelsführer im Tiergarten in Aussicht stellen); im übrigen wäre auch Rösicke sachlich gar nicht auf der Höhe gewesen bei Begründung der Interpellation. — Der Herr Reichskanzler hat zwar wieder kapituliert, aber eine lange Amtsdauer wird ihm nicht zugebilligt."
Dagegen fand der Chef der Presseabteilung des Admiralstabes, Kapitän z. S. Boy-Ed in seinem Bericht vom 15. 5. 1917 an Kontreadmiral v. Ußlar (MGFA MA/OdO, Nr. 1139, D. V. O. 1, Bd. 1), daß der Reichskanzler wirkungsvoll und geschickt gesprochen habe und daß man auch mit der vom Kanzler eingenommenen Haltung hinsichtlich der Kriegsziele zufrieden sein könne. „Scheidemann brachte sich zum Glück durch seine wahrscheinlich in seinem Konzept nicht vorhanden gewesene Drohung mit der Revolution um einen guten Teil des Eindrucks seiner an sich schlau angelegten Rede." Vgl. auch Müller, S. 287 f. (15./16. 5. 1917).

[3]) Das Verbot wurde auf Veranlassung des Obermilitärbefehlshabers und im Einverständnis mit der OHL am 11. 2. 1918 aufgehoben. Vgl. das Schreiben der Oberzensurstelle in: MGFA MA/Adm, Nr. 2413, P 18, Bd. 6.

312.

Schreiben des preußischen Kriegsministeriums an die Militärbefehlshaber.[1]) Maßnahmen gegen das Eindringen politischer Propaganda in das Heer.[2])

7. 7. 1917, Nr. 4481/17. G. A 1, Geheim! — MGFA MA/Adm, Nr. 2413, P 18, Bd. 5, vervielfältigtes, eigenhändig vollzogenes Exemplar.

Eine Zeitung hat den Versuch gemacht, eine allgemeine Volksabstimmung über Friedensziele zu veranstalten. Sie hat dabei ihre Propaganda nicht allein auf die Zivilbevölkerung beschränkt, sondern sich auch unmittelbar an die Soldaten an der Front gewandt.

Ist schon die Veranstaltung derartiger Abstimmungen unter der Zivilbevölkerung unzulässig, da sie den Zweck haben, auf die Kriegführung Einfluß zu gewinnen[3]), umsomehr darf die Armee nicht an solchen politischen Kundgebungen beteiligt werden, da hierdurch die Dienstzucht und die Bereitschaft des Heeres, seine Aufgaben zu erfüllen, untergraben werden.[4])

Bereits durch Telegramm der Ober-Zensurstelle vom 7. 6. 17 ist eine Zensurverfügung ergangen, daß es Heeresangehörigen verboten ist, sich irgendwie öffentlich mit Politik zu befassen, und daß es infolgedessen auch aus militärischen Gründen nicht angängig ist, in Zeitungen, Broschüren oder Flugblättern sich an Heeresangehörige zu wenden, um diese zur Stellungnahme zu irgendwelchen politischen Fragen aufzufordern.[5]) Ebenso ist darauf hingewiesen worden, daß

[1]) Das Schreiben wurde außerdem der Reichskanzlei, dem Reichsamt des Innern, dem Auswärtigen Amt, dem Reichsmarineamt, dem preuß. Minister des Innern, den bundesstaatlichen Kriegsministerien, dem Chef des stellv. Generalstabes, dem Kriegspresseamt, der Generalinspektion des Ingenieur- und Pionierkorps und der Festungen sowie der Generalinspektion des Militär-Verkehrswesens übersandt. Der Chef des Generalstabes des Feldheeres erhielt das Schreiben mit der Bitte, die erforderlichen Anordnungen zu treffen. Vgl. Gallwitz, S. 208, 213 und 245.

[2]) Vgl. hierzu Nr. 295.

[3]) Vgl. hierzu Nr. 168.

[4]) Vgl. Nr. 302.

[5]) Bereits durch ein Telegramm der Oberzensurstelle vom 5. 6. 1917 (MGFA MA/Adm, Nr. 2412, P 18, Bd. 4, sowie StA Koblenz 403, Nr. 14132) griff die Zensur in eine Polemik Kölner Zeitungen ein. Die „Kölnische Volkszeitung" hatte zu einer Unterschriftensammlung für einen Hindenburgfrieden aufgerufen. Daran und auf Grund von Vorkommnissen bei einer Artillerie-Einheit an der Front bei dieser Unterschriftensammlung hatte die „Rheinische Zeitung" (Nr. 128 vom 4. 6. 1917) unter der Überschrift „Politisierung der Armee" scharfe Kritik geübt. Auf Grund dieser Kontroverse sah sich die Oberzensurstelle zu einer grundsätzlichen Äußerung veranlaßt (Telegramm vom 7. 6. 1917, MGFA MA/RMA, Nr. 2354, XVII. 1. 5. 8a, Bd. 5). In ihr heißt es: „Heeresangehörigen ist es verboten, sich irgendwie öffentlich mit Politik zu befassen. Infolgedessen ist es auch aus militärdienstlichen Gründen nicht angängig, in Zeitungen, Broschüren oder Flugblättern sich an Heeresangehörige zu wenden, um diese zur Stellungnahme zu irgendwelchen politischen Fragen aufzufordern." Mehrfache Anfragen zur Bedeutung des ersten Satzes des Telegramms zwangen die Oberzensurstelle zu einer weiteren Erläuterung. In dem Schreiben vom 5. 7. 1917 (MGFA MA/RMA, Nr. 2356, XVII. 1. 5. 11, Bd. 4) heißt es: „Es ist der Zweck des Zensurtelegramms Nr. 24548 O. Z. vom 7. 6. 17, zu verhüten, daß politische Tagesfragen von außen in das Heer hineingetragen werden und daß Heeresangehörige diesen Absichten durch öffentliche Stellungnahme

die Veröffentlichung von Feldpostbriefen politischen Inhalts im Sinne des Schreibens der Ober-Zensurstelle vom 18. 5. 17 Nr. 23582[6]) verboten ist.

Das Kriegsministerium ersucht, dieser Angelegenheit dauernd ein scharfes Augenmerk zuzuwenden und solche öffentliche politische Kundgebungen zu verhindern, namentlich aber dafür Sorge zu tragen, daß eine derartige Propaganda nicht in das Heer getragen wird. Dieser Sache muß besonders nach der Rückkehr der sozialistischen Delegierten von der Konferenz in Stockholm die größte Aufmerksamkeit zugewendet werden.[7])

Über besondere Wahrnehmungen auf diesem Gebiet ist dem Kriegsministerium zu berichten.

Die Königlichen stellvertretenden Generalkommandos usw. werden ersucht, diesen Erlaß nicht an die unterstellten Dienststellen mitzuteilen, sondern die erforderlichen Maßnahmen von sich aus zu treffen.[8])

v. Stein.

---

ihrerseits stattgeben. Es wird gebeten, den 1. Satz dieses Zensurtelegramms nicht weiter auszulegen, als zur Erreichung dieses Endzweckes erforderlich ist." Vgl. hierzu Rupprecht, Bd. 2, S. 203, sowie Nr. 327. Das Schreiben des preuß. Kriegsministeriums bezieht sich auf diese Vorgänge.

[6]) Vgl. MGFA MA/RMA, Nr. 2356, XVII. 1. 5. 11, Bd. 4, sowie StA Koblenz 403, Nr. 14132 (8. 6. 1917).

[7]) Die deutschen Delegationen waren zum Zeitpunkt der Ausfertigung des Schreibens bereits zurückgekehrt. Vgl. Quellen I/3, Bd. 2, Nr. 442, S. 263, Anm. 2.

[8]) Vgl. die Verfügung des stellv. Generalkommandos des II. AK vom 15. 7. 1917 (GStA Berlin Rep. 30, Nr. 651, Bd. 6) sowie den Erlaß des bad. Ministeriums des Innern vom 6. 8. 1917 (GLA Karlsruhe Abt. 456, Bd. 88).

313.

Telegramm des Unterstaatssekretärs in der Reichskanzlei an den Legationssekretär Freiherr v. Lersner betr. Mitteilungen von Reichstagsabgeordneten über die Stellungnahme Ludendorffs zur gegenwärtigen Krise.[1])

8. 7. 1917. — PA Bonn Polit. Abt., Auswärtiges Amt Gr. Hauptquartier, Bd. 247, Entzifferung.[2])

Für General Ludendorff.

Ein angesehener bürgerlicher Abgeordneter teilte mir heute folgendes vertraulich mit:

In einer Besprechung, die heute zwischen Vertretern des Zentrums, der Nationalliberalen, des Fortschritts und der Sozialdemokraten stattfand, hätten 2 Abgeordnete von verschiedenen Fraktionen folgendes behauptet:[3])

---

[1]) Zum Verlauf der Krise um den Reichskanzler vgl. Quellen I/1, Bd. 1, Nr. 1—17, und die dort im einzelnen verzeichneten Nachweise.

[2]) Am Rande der Vermerk: „General Ludendorff Kenntnis gegeben. L[ersner] 9. 7."

[3]) Vgl. hierzu Quellen I/1, Bd. 1, Nr. 4, S. 18 f. (Erzberger).

Der Reichskanzler habe Seiner Majestät dringend abgeraten, Parlamentarier[4]) in die Regierung aufzunehmen, weil dies eine Verkürzung der Rechte des Kaisers bedeute. Dies widerspreche der Meinung des Generals Ludendorff, die dahin gehe, daß eine Beteiligung des Parlaments an der Regierung zur Zeit erwünscht sei. Ferner hätten die beiden Abgeordneten übereinstimmend berichtet, der Reichskanzler sei schuld, daß Generalfeldmarschall von Hindenburg und der General Ludendorff, welche die Absicht gehabt hätten, in vertrautem Kreise den Parlamentariern jede gewünschte Aufklärung zu geben, unverrichteter Sache zurückgekehrt seien, weil der Reichskanzler dem Kaiser gesagt habe, daß es sich nur um eine vorübergehende Aufregung im Reichstag handle und daß er, der Reichskanzler, bis Montag im Besitz eines Vertrauensvotums im Reichstag sein werde.[5]) Die beiden Abgeordneten, die diese Mitteilung in der Besprechung gemacht hätten, seien offenbar gutgläubig gewesen. Sie hätten behauptet, ihre Kenntnis aus absolut zuverlässiger Quelle zu haben, und den Eindruck erweckt, als stände zwischen ihnen und General Ludendorff nur *eine* Person als Übermittler der Nachricht. Ein angesehener Abgeordneter einer anderen bürgerlichen Fraktion berichtete mir das gleiche, fügte nur hinzu, daß nicht 2 sondern 3 Abgeordnete von verschiedenen Fraktionen mit diesen angeblichen Informationen hervorgetreten seien und daß in der Besprechung behauptet worden sei, der General Ludendorff habe zu allen Dreien denselben Mann als Boten gesandt. Es sei ferner von den angeblich informierten Abgeordneten erzählt worden, der Kriegsminister habe den Generalfeldmarschall und General Ludendorff veranlaßt, nach Berlin zu kommen. Der Kaiser habe sie aber unwillig empfangen und wieder nach Hause geschickt auf Grund falscher Informationen durch den Kanzler. Vom[6]) Kanzler sei dem Kaiser gesagt worden, die Aufregung Erzberger's sei mitbegründet durch Mitteilungen des Oberstleutnants Bauer.[7])

---

[4]) In der Vorlage von hier bis zum Ende des Satzes von Empfängerseite durch Unterstreichung hervorgehoben.

[5]) General Ludendorff ließ Unterstaatssekretär Wahnschaffe durch Frhr. v. Lersner am 9. 7. 1917 hierzu folgendes mitteilen (PA Bonn Polit. Abt., Auswärtiges Amt Gr. Hauptquartier, Bd. 247): „Seine persönliche Stellungnahme zur Aufklärungsfrage gehe dahin, daß falls Mitglieder des Reichstags ihn im Generalstabsgebäude aufgesucht hätten, er auf Befehl Seiner Majestät, der von den politischen Faktoren herbeizuführen gewesen wäre, die Aufklärung gegeben hätte." Vgl. hierzu Quellen I/1, Bd. 1, Nr. 4 und Nr. 17, sowie Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 2, S. 753 f.

[6]) In der Vorlage ist der Satz von Empfängerseite durch einen Bleistiftstrich am Rande hervorgehoben.

[7]) Zur Rolle Bauers in der Reichskanzlerkrise vgl. Quellen I/1, Bd. 1, Nr. 16 und 17. Vgl. auch Nr. 314 und 319. Nach dem Empfang Hindenburgs und Ludendorffs durch den Kaiser am 7. 7. 1917 abends (vgl. Nr. 314) kam es zu dem folgenden Briefwechsel zwischen Bauer und Erzberger (Nachlaß Bauer, Nr. 19, Abschriften). Am 7. 7. 1917 (der Brief trägt offensichtlich irrtümlich das Datum des 6. 7. 1917) schrieb Bauer an Erzberger: „Der Herr Reichskanzler hat Seiner Majestät gegenüber erklärt, Ihr Umfall, d. h. Ihr Eintreten für einen Verzichtfrieden, sei durch Äußerungen von mir hervorgerufen, die ich zu Ihnen über unsere schlechte Munitionslage gemacht hätte.
Exzellenz *Ludendorff* hat mir Aufklärung befohlen. Infolgedessen bitte ich Sie, hochverehrter Herr Abgeordneter, mir schriftlich die Unrichtigkeit dieser Verdächtigung zu erklären. Außerdem liegt mir daran, daß festgestellt wird:

Ich bin selbstverständlich der Behauptung, daß derartige Nachrichten vom General Ludendorff oder sonst von der Obersten Heeresleitung stammen könnten, aufs Schärfste entgegengetreten. Euerer Exzellenz wäre ich für telegraphische Ermächtigung, diese Behauptung auch sofort in Ihrem Namen zu dementieren, zu Dank verbunden, da die Mitteilungen hier großen Schaden anrichteten.[8])

Wahnschaffe.

---

1. Unsere Besprechung war rein privater Natur, ich habe also nicht im Auftrage der O.H.L. gesprochen.
2. Ich habe Ihnen gegenüber eine Parlamentsdebatte über die Munitionslage als unerwünscht bezeichnet, und zwar weil
a) unsere Munitionslage jetzt befriedigend sei und sich dauernd bessere, ein Grund zu Besorgnissen also nicht vorhanden sei,
b) weil eine Besprechung über Ursachen und Schuld an der früheren, zeitweiligen Munitionsknappheit nur Beunruhigung im Volke gäbe und der Entente Wasser auf ihre Mühle liefere."

Erzberger antwortete am 8. 7. 1917: „1. Es ist vollkommen unzutreffend, daß ich einen ‚Umfall' in meinen Ansichten über [das] Kriegsende vollzogen habe.
2. Ihre Angaben über Munitionsversorgung haben meine politische Stellungnahme in keiner Weise beeinflußt.
3. Gerade auf Grund unserer Besprechungen habe ich davon abgesehen, im Reichstag und anderwärts die ganze Frage der Munitionsversorgung zur Sprache zu bringen.
Ich bestätige somit vollinhaltlich Ihren Brief."

Daraufhin erstattete Bauer am 9. 7. 1917 die folgende dienstliche Meldung: „Betr. der Entstehung meiner Bekanntschaft mit dem Abg. Erzberger und des Inhalts der Besprechungen mit ihm, melde ich gehorsamst: Ich hatte über das Erzbecken Briey mit Herrn Thiessen [!] aus dienstlicher Veranlassung eine Besprechung. Herr Thiessen hatte dann anscheinend über seine Unterredung mit mir dem Herrn Erzberger Mitteilungen gemacht; jedenfalls wurde mir mitgeteilt, daß Herr Erzberger den Wunsch hätte, mit mir über wirtschaftliche Fragen zu sprechen. Ich kam diesem Wunsch nach. — Bei dieser Besprechung betonte ich zu Anfang, daß ich als *Privatperson* komme. Dementsprechend verlief die Unterhaltung. Es wurden wirtschaftliche und auch soziale Probleme besprochen. *Politisch* habe ich mich nach keiner Richtung hin geäußert. *Militärisch* habe ich mich auf die Richtigstellung einiger Punkte beschränkt, bei denen ich fand, daß Herr Erzberger zu schwarz sah. Um militärische Geheimnisse handelte es sich dabei selbstverständlich nicht. Im übrigen vergl. anliegenden Schriftwechsel. Bauer, Oberstleutnant."

Dieser Schriftwechsel wurde am 20. 7. 1917 von Hindenburg an den Chef des Militärkabinetts mit der Bitte gesandt, dem Kaiser in geeigneter Form davon Kenntnis zu geben. Vgl. hierzu Nr. 304 und 307.

[8]) Vgl. hierzu auch Braun, S. 115 f. (Tagebucheintrag vom 12. und 14. 7. 1917). Es ist bisher wenig beachtet worden, daß der Schriftwechsel zwischen Wahnschaffe und Ludendorff auch nach dem Sturz Bethmann Hollwegs mit zunehmender Schärfe fortgesetzt wurde (vgl. einen Telegrammwechsel vom 12. 7. 1917, in PA Bonn Polit. Abt., Auswärtiges Amt Gr. Hauptquartier, Bd. 247, sowie WUA, Bd. 2, S. 34 ff.). Wahnschaffe schrieb in seinem letzten Brief an Ludendorff vom 31. 7. 1917 u. a.: „Wenn Euer Exzellenz glauben bestreiten zu sollen, jemals durch Ihr Verhalten ‚eine schädliche, die Staatsautorität schwer erschütternde und die Festigkeit des Staatsgefüges bedrohende Wirkung hervorgerufen zu haben' [geht zurück auf eine Formulierung Wahnschaffes in seinem Schreiben vom 21. 7. 1917], so darf ich darauf aufmerksam machen, daß ich in meinem Schreiben diese Wirkung gewissen, im Umlauf befindlichen Erzählungen zugeschrieben habe, die ich in Wahrnehmung meiner dienstlichen Pflichten als unwahr bekämpft habe, und zu deren Widerlegung ich die mir leider nicht gewährte Mitwirkung Euer Exzellenz erbeten hatte."
In einem Randvermerk dazu vom 3. 8. 1917 notierte Bauer, daß sich eine Antwort erübrige, da der Reichskanzler, dem der Schriftwechsel durch Major v. Harbou unterbreitet worden war, Wahnschaffe „auf das Unzulässige seiner Schreiben" hingewiesen habe.

314.

Auszüge aus einer Aufzeichnung des Obersten Mertz v. Quirnheim: Der Kampf gegen den Reichskanzler.[1])

9. 7. 1917.[2]) — Nachlaß Mertz v. Quirnheim, Nr. 23, handschriftlich.[3])

[. . .][4])

Ich finde aber, daß der Haß gegen Bethmann Hollweg ein so tiefgehender ist, daß er keinerlei Grenzen mehr kennt. Man sollte glauben, daß man es in diesem Manne mit dem niederträchtigsten Staatsverbrecher zu tun hat, dem jedes Mittel recht ist, um seine selbstsüchtigen Pläne durchzusetzen. Merkwürdiger Weise deckt sich diese Auffassung wie sie besonders in den preußischen konservativen Kreisen vertreten wird, mit derjenigen der ruhiger und sachlicher denkenden Süddeutschen in keiner Richtung. Der Grund ist sehr einfach. Die preußischen stockkonservativen Kreise finden, daß ihnen ihre politischen Felle wegzuschwimmen drohen, da v. Bethmann Hollweg zweifellos das alte Preußen mit seiner jeder politischen Moral Hohn sprechenden Verfassung von Grund aus umbauen will. Man betrachtet die Osterbotschaft[5]) geradezu als die Tat eines Schurken, eine Charakterbezeichnung, die man gegen den Reichskanzler überall und laut anwenden zu dürfen glaubt.[6]) Selbst Wetzell, der doch sonst in innerpolitischen Dingen vernünftiger denkt, sieht nicht ein, welch ein ungeheurer Schaden mit solchen Äußerungen angerichtet wird. Auch er hält die Entfernung des jetzigen Reichskanzlers für eine Notwendigkeit, da Bethmann Hollweg jede kraftvolle Politik nach Innen und Außen vermissen lasse. Diese Auffassung herrscht hier seit nahezu ¾ Jahr allgemein. Wenn man den Vorwürfen gegen Bethmann Hollweg freilich auf den Grund geht, so findet man, daß diese Vorwürfe allermeist nur auf ganz hohlen Schlagworten gegründet sind. Eine kräftige Politik nach Außen können wir im Kriege doch nur führen, wenn uns die kriegerischen Erfolge dazu befähigen. Was helfen denn große Worte in Reichstagsreden, wenn der Gegner darüber lachen kann. Nun sind ja unsere deutschen Leistungen wahrhaft ungeheuer. Diese für sich genommen machen auf unsere Feinde ganz zweifellos einen ungeheuren Eindruck, aber wir vergessen bei ihrer Einschätzung immer wieder die Zustände bei unseren Bundesgenossen und dann die Wirkungen der Blockade auf unsere Widerstandskraft. Die neueste Phrase, die von Bauer in die Welt gesetzt wurde (seit U-Bootkrieg) ist: „Die Zeit arbeitet für uns."[7]) Es ist ein Beweis für die Gedankenlosigkeit und Blindheit vieler Menschen unserer Umgebung, daß diese Phrase nachgebetet wird. Es ist eine

[1]) Vgl. hierzu auch Nr. 319.

[2]) Verbessert aus „8. 7. 1917". Mertz v. Quirnheim wird die Aufzeichnung im Laufe dieser beiden Tage, nach der Rückkehr aus Berlin, in Kreuznach verfaßt haben.

[3]) Zum Nachlaß Mertz v. Quirnheim vgl. Nr. 246, Anm. 1.

[4]) Die Aufzeichnung beginnt mit einer Bemerkung über den „Unterschied zwischen politischem und normalem menschlichen Anstand".

[5]) Vgl. Nr. 277.

[6]) Vgl. Nr. 276, Anm. 3.

[7]) Vgl. Nr. 293, insbesondere Anm. 10.

ganz merkwürdige Tatsache, daß allmählich immer mehr Menschen gegenüber den Leistungen und Wirkungen unseres U-Bootkrieges bedenklich werden.[8]) Wir nähern uns jetzt dem Ablauf des 5. Monats der rücksichtslosen Kriegführung. Wir haben das Gefühl, die Marine hat sich getäuscht oder sie täuscht uns. Zweifel an der Wahrheitsliebe der U-Boot-Kommandanten werden in vertrauten Gesprächen immer häufiger. Dazu kommt, daß wir weder auf den Schlachtfeldern noch sonst wie eine greifbare Tatsache über die Wirkung der gegnerischen Schiffsbekämpfung feststellen können.

[...][9])

Doch was schreibe ich da Alles. Ich wollte ja nur vom Kampf gegen v. Bethmann Hollweg reden. Der wirkliche Grund, warum man ihn stürzen will, liegt auch bei der O.H.L. auf innerpolitischem Gebiet. Wenn General Ludendorff erklärt, er kümmere sich nicht um Parteipolitik, so ist das ebenso richtig als falsch. Er bekämpft die Bethmannsche Politik innerpolitischer Nachgiebigkeiten, damit treibt General Ludendorff aber Parteipolitik. Was würde es für einen geradezu gewaltigen Eindruck machen, wenn General Ludendorff (durch die Stimme Hindenburg) erklären ließe: „Ja, auch die O.H.L. ist für das allgemeine preußische Wahlrecht, weil es unseren preußischen Soldaten das giebt, was sie sich voll verdient haben." Ich glaube, Ludendorff würde auf den Händen getragen werden, alle Streikgefahren etc. wären beseitigt, der Eindruck auf das Ausland ungeheuer. Wie herrlich könnte man eine solche Kundgebung frisieren!! Aber zu einer solchen Auswertung politischer Ideen in Richtung des Krieges fehlt General Ludendorff jedes Verständnis. Er meint, mit kräftigen Phrasen könne das Volk auf die Dauer hochgehalten werden. Wir müßten ungeheuerliches Glück haben, wenn solches auf dem bisherigen Wege und mit den bisherigen Methoden genügend lang gelänge. Was dann? Bauer sagte mir vor etlichen Wochen:[10]) „Das müssen Sie doch einsehen, daß wir nach dem Kriege mit einem Reichstag nicht weiter arbeiten können. Mit Ausschüssen der Volksvertretung mag das gehen, sonst nicht." Als ich ihm sagte: „Aber Bauer, wie wollen Sie denn das machen? Wollen Sie dem Volke nach diesem Kriege und nach einem Siege das Wahlrecht nehmen?" Da antwortete er mit sarkastisch diabolischem Grinsen: „Wir behalten ja die Maschinengewehre!" Und einem solchen Irren folgt General Ludendorff nahezu blind, d. h. er unterliegt immer wieder Bauers Einflüssen. Nach Außen und Innen das gleiche Bild. — Vor etlichen Tagen traf ich Bauer auf dem Weg ins Dienstgebäude. Er jammerte mir vor, daß General Ludendorff nicht energisch genug an dem Sturz Bethmann Hollwegs arbeite. Jetzt würde er (Bauer) mit den politischen Parteien sich verbünden.[11]) Ich sagte hierauf: „Na,

[8]) Vgl. Nr. 304 und 308.

[9]) Im folgenden gibt Mertz v. Quirnheim einen Überblick über die militärische Lage, die er vor allem durch die zunehmende Schwäche der Verbündeten gekennzeichnet sah. „Wenn die Kriegslage so bleibt, wie sie jetzt ist, d. h. wenn wir nicht zu ganz wesentlichen Erfolgen kommen, so brechen uns die Verbündeten zusammen." Die innere Schwäche Deutschlands sieht er nicht in einem mangelnden Willen zum „Durchhalten"; das Volk könne „aus materiellen, seelischen und moralischen Gründen" den Kampf „nicht mehr auf die Dauer fortsetzen".

[10]) Zum folgenden vgl. Nr. 246, 258 und 286.

[11]) Vgl. hierzu Nr. 297, 299, 301, 304, 305 und 307.

Bauer, das ist ein gefährlich Ding. Es hebt ein solches Verfahren unsere ganze Verfassung aus den Angeln." „Ach was Verfassung, diese ist so wie die Regierung sie auslegt." Hierauf ich: „Geben Sie sich der Illusion hin, daß die Parteien, mit deren Hilfe Sie den Kanzler stürzen wollen, nicht auch bei der Wahl eines Ersatzes mitbestimmen wollen? Und wenn die Parteien das tun und erzwingen werden, so haben Sie das ganze Verfassungsgebäude zertrümmert und wir haben das parlamentarische System." Bauer glaubte das alles verhindern zu können. Ich sagte darauf: „Glauben Sie ja nicht, daß ich gegen eine solche Revolution von Oben wäre. Aber so wie die Verhältnisse jetzt liegen, könnte und müßte sie von Ludendorff in Form eines Volkstribunats gemacht werden." Bauer meint, ja eine Diktatur sei unbedingt nötig. Er äußerte sich aber nicht, wie sie mit den von mir angedeuteten Mitteln zu machen wäre! — — —

Nach allem was ich von Seiten Bethmann Hollwegs gehört und gelesen habe, muß ich sagen, daß ich ihn für einen hoch bedeutenden Mann von selten tiefem Blick in die Bewegungen der Zeit halte. Es ist zu schade, daß diesen großen geistigen Gaben nicht ein gleich großer Wille zur Seite steht. Dieser Wille wäre in aller erster Linie nötig in der Wahrung der Stellung des Staatsmannes gegenüber der Obersten Heeresleitung. Es mag überraschend sein, daß ich als Soldat und Angehöriger der O.H.L. so eine Äußerung zu machen wage. Ich muß aber einer solchen etwaigen Überraschung eine vielleicht noch mehr überraschende zweite Mitteilung beifügen, nämlich, daß ich keineswegs der Einzige bin, der innerhalb der O.H.L. in dieser Weise denkt. Wie oft sprechen Wetzell und ich über diesen Punkt und jedesmal klingt unsere Unterhaltung aus in dem tiefen Schmerz, daß wir keinen willenskräftigen Mann an der Spitze der Reichsleitung haben. So wie die Verhältnisse jetzt sind, kann man ein gutes Ende nicht erhoffen.[12]) General Ludendorff ist die verkörperte Kraft und der verkörperte Wille, ihm fehlt aber der staatsmännische Geist. Er glaubt es ließe sich die Politik so führen wie er das Heer führt. In diesem Irrtum wird er durch Oberstleutnant Bauer geradezu empörend ausgenützt. Bauer ist nun ja *das* verderbliche Element in dieser Richtung und General Ludendorff bringt die Energie nicht auf ihn abzuschütteln.[13]) Wie herrlich wäre es, wenn der Feldmarschall und General Ludendorff *zusammenwirkend* mit Bethmann Hollweg unser Geschick in die Hand nähmen. Die Behauptung „das sei nicht möglich" beruht auf Vorurteil. Jetzt hat man allerdings die Reichsleitung derartig vor den Kopf

[12]) In ähnlichem Sinne schrieb der bayer. Kriegsminister v. Hellingrath am 4. 7. 1917, im Hinblick auf eine geplante Reise ins Gr. Hauptquartier, an Hertling (BHStA II München, MA I, Nr. 959): „Wiederholte Mitteilungen der letzten Tage lassen ersehen, daß General Ludendorff sich mehr denn je im alldeutschen Fahrwasser bewegt. Ein durchgreifender Erfolg meiner Besprechung ist deshalb nicht zu erhoffen, doch schüttet sie vielleicht doch etwas Wasser in den Wein der Utopisten. Die Notwendigkeit, General Ludendorff als Politiker auszuschalten, wird immer dringender; er glaubt, diese Rolle spielen zu *müssen*, weil er die Reichsleitung hiezu nicht für fähig hält, und würde sich, soweit ich zu urteilen in der Lage bin, recht gerne bescheiden, wieder ausschließlich Soldat zu sein. Mein ceterum censeo, daß dem Herrn Reichskanzler ein Mann an die Seite gestellt werden sollte, der zugleich das Vertrauen des Heeresleitung genießt, habe ich mir erlaubt Euerer Exzellenz schon vorzutragen." Vgl. Rupprecht, Bd. 2, S. 222 f.

[13]) Vgl. hierzu den Bericht Mertz v. Quirnheims über seine Unterredung mit Graf Hertling am 3. 11. 1917, Nr. 403.

gestoßen, daß man in ihr sogen. „persönliche Feinde" erblickt, ein erschreckender Zustand. Aber selbst dieser wäre erträglich, wenn Bethmann Hollweg sich zu einer Gewaltnatur, wie Ludendorff es ist, sich entwickeln könnte. Ich glaube daß es *immer noch nicht* zu spät wäre. Bethmann Hollweg hat das Vorurteil, daß er gegen die beiden großen Heerführer nicht angehen *könnte*, dazu fehle ihm die Unterstützung der heimatlichen politischen Kreise. Ich glaube, daß er diese Unterstützung haben würde, wenn er diese Kreise rückhaltlos über die Unhaltbarkeit des jetzigen Verhältnisses aufklären würde und sich als kraftvoller Volksführer zeigen würde. Rafft Bethmann Hollweg sich zu diesem kurzen aber entscheidenden Kampf nicht auf, dann wäre ich für einen Volkstribun Ludendorff, das wäre gegenüber dem jetzigen Zustand das geringere Übel.[14]) Ich fürchte aber, d. h. ich weiß es sicher, daß Ludendorff selbst fühlt, er ist zu einer solchen politischen Führung gänzlich ungeeignet.

Wir fuhren am 6. [Juli] zum Sturz des Reichskanzlers nach Berlin.[15]) Der Kaiser hat uns glatt abfahren lassen.[16]) Er hat dem Feldmarschall und dem General Ludendorff mit dürren Worten erklärt: sie sollten sich um ihre militärischen Dinge kümmern. Wir fuhren wie begossene Pudel nach Kreuznach heim. Der Kaiser soll erschreckend „formlos" gewesen sein. Die Absicht, den Kanzler trotzdem bei der nächsten Gelegenheit, sie mag noch so sehr an den Haaren herbeigezogen sein, zu stürzen, bleibt unverändert.

Ich glaube mich nicht zu täuschen, wenn ich annehme, daß der Feldmarschall über den Ausgang unserer Berliner politischen Spritztour recht bedrückt ist. Er ist es besonders deswegen, weil er empfindet, daß er den Kaiser in eine sehr peinliche Lage versetzte und daß er ihn nötigte, seine militärischen Vertrauensmänner schroff zu behandeln. General Ludendorff hat rasch die kalte Dusche abgeschüttelt, die auf ihn niederging. Er hat diesmal die Eigenschaft einer Ente bewiesen, die vom Regen noch nicht naß wird. Gestern Morgen sprach General Ludendorff mit ganz ungeheucheltem Humor über die Berliner Abweisung mit mir. Etliche Bissigkeit war freilich zu bemerken, aber augenblicklich sitzt dieses Gefühl nicht tief. Das ist auch das einzig richtige. Hoffentlich hat man allgemein davon gelernt. Ausgesprochener ist die Bitterkeit bei unseren „Politikern", worunter ich auch die begreife, die diese Tätigkeit ausüben, ohne daß sie dazu irgendwie berufen sind. Den harmlosesten Eindruck macht von diesen auf mich v. Bockelberg. Ich würde sogar in den meisten Fällen seine Schimpfereien erträglich und erheiternd finden, wenn seine diesbezüglichen Ergüsse etwas mehr in geschlossenem Kreise stattfänden. So aber empfinde ich sie geradezu als ein unwürdiges Betragen.[6]) Ich habe jetzt schon wiederholt durch Major v. Pappus Dinge gehört, die von unserem gemeinsamen Tisch den Angehörigen des Militär-Kabinetts und den Militär-Bevollmächtigten brühwarm zugetragen wurden.

[...][17])

[14]) Vgl. hierzu Nr. 319, insbesondere Anm. 32.

[15]) Vgl. Quellen I/1, Bd. 1, Nr. 17.

[16]) Vgl. Ludendorff, Urkunden, S. 404 f., sowie Nr. 319, Anm. 10.

[17]) Als Beispiel führte Mertz v. Quirnheim im folgenden eine Äußerung Hindenburgs („Er würde es als einen besonders befriedigenden Abschluß seiner militärischen Laufbahn betrachten, wenn er die deutsche Armee zum Einmarsch nach Böhmen kommandieren dürfte.") an, die aus dem Kreis des Generalstabes sehr schnell nach außen gedrungen war.

315.

Auszüge aus dem Protokoll der Sitzung des preußischen Kronrats. Stellungnahme des preußischen Kriegsministers und des Staatssekretärs des Reichsmarineamts zur Reform des preußischen Wahlrechts.[1])

9. 7. 1917, St. M. I 108. — PA Bonn Polit. Abt., Preußen Nr. 11 Geheim, Bd. 17, Abschrift.[2])

[...][3])

Der Herr **Kriegsminister** führte aus, daß es ihm von seinem Ressort aus schwer sei, die Stimmung im Lande richtig zu beurteilen. Er müsse aber gegenüber den Ausführungen des Herrn Handelsministers[4]) darauf hinweisen, daß in der Pulver-Förderung im letzten Monate die Produktion auf das höchste gestiegen sei. Das beweist aber noch nichts, da in anderen gewerblichen Betrieben die Verhältnisse auch anders liegen könnten.

Die Wahlrechtsfrage bedeute nach seiner Auffassung nur einen Bruchteil derjenigen Momente, welche die Stimmung des Volkes beeinflußten, und deshalb glaube er nicht, daß durch ihre Lösung eine wesentliche Änderung herbeigeführt werden würde. Er könne die gehörten staatsrechtlichen Erörterungen über die Formen und die Wirkungen des Wahlrechts als Laie nicht erweitern, er müsse aber doch betonen, daß das gleiche Wahlrecht weder den Hunger noch die Kälte beseitigen könne[5]) und sehe sich genötigt, sich den Herren Staatsministern anzuschließen, welche Seine Majestät gebeten hätten, von dem beantragten Schritte abzusehen.[6])

---

[1]) Vgl. für den Zusammenhang Patemann, S. 89 ff.

[2]) Das 42 Schreibmaschinenseiten umfassende Protokoll ist in einem ausführlichen Auszug veröffentlicht in: Archivalische Forschungen 4/II, Nr. 143, S. 588 ff., dort auch die Liste der anwesenden Minister und Staatssekretäre; vgl. auch Ursachen und Folgen, Bd. 1, S. 324.

[3]) Vor dem Kriegsminister sprachen der Kultus- und der Justizminister, dessen Ausführungen sich an die in den Archivalischen Forschungen wiedergegebene Rede des Finanzministers anschlossen.

[4]) Der Handelsminister hatte auf die Produktionsausfälle in Oberschlesien auf Grund politischer Streiks hingewiesen, vgl. Nr. 232.

[5]) In der Sitzung des Staatsministeriums vom 8. 7. 1917 (PA Bonn Polit. Abt., Preußen Nr. 3 Nr. 2, Bd. 5) hatte der Kriegsminister auf die „durchaus gute" militärische Lage hingewiesen, allerdings in Frage gestellt, ob das Reich den kommenden Winter wirtschaftlich noch durchhalten könne. „Daß es bei unseren Feinden besser stände als bei uns, glaube er nicht, und deshalb dürften wir die Flinte nicht ins Korn werfen." In der Sitzung des Staatsministeriums vom 11. 7. 1917 (StA Hannover StM, C. III. 3. 1, Bd. 2), in der Bethmann Hollweg über die Entscheidung des Kaisers für das gleiche Wahlrecht berichtete (vgl. hierzu auch die Aufzeichnung Bethmann Hollwegs vom 11. und 14. 7. 1917, WUA, Bd. 2, S. 152 ff.), erklärte der Kriegsminister ohne nähere Begründung, daß er den Kaiser um seine Entlassung bitten werde, vgl. Stein, S. 132 f.

[6]) Zur Reaktion des Militärs zur Ankündigung des gleichen Wahlrechts vgl. Einem, S. 324 ff.; Gallwitz, S. 203; Gündell, S. 265; und den Brief des Generalmajors Graf v. d. Goltz an den Grafen Westarp vom 7. 7. 1917, abgedruckt in: Ursachen und Folgen, Bd. 1, S. 322 f. Vgl. auch Nr. 320, Anm. 10.

[...][7])

Der Herr **Staatssekretär des Reichs-Marineamts** führte aus, wenn er die Überzeugung hätte, daß das gleiche Wahlrecht auf die Dauer zu vermeiden sei, dann würde er sich sicherlich gegen den Schritt aussprechen. Aber die Wahlrechtsfrage sei so sehr in den Vordergrund getreten, daß sie bei den zu überwindenden Schwierigkeiten die erste Rolle spiele, und deshalb sei ihre Klärung jetzt erforderlich. Der Unterschied zwischen dem Pluralwahlrecht[8]) und dem gleichen Wahlrecht sei in den Massen noch nicht sehr weit eingedrungen, dafür werde indessen die Agitation schon sorgen, und deshalb werde auch gegen das Pluralwahlrecht dieselbe Agitation einsetzen wie wir sie gegen das Klassenwahlrecht erlebt hätten. Damit werde aber die Wirkung der Osterbotschaft zunichte gemacht werden. Wenn das gleiche Wahlrecht auf die Dauer nicht zu vermeiden sei, so würde seine Gewährung immer schwerer werden und deshalb empfehle es sich, hierfür den jetzigen Zeitpunkt zu ergreifen. Falls Seine Majestät einen anderen Entschluß fassen sollte, so habe er die Befürchtung, daß innere Unruhen entstehen würden, deren Ausgang mehr oder weniger dem Zufall unterläge, und die Gefährlichkeit solcher Unruhen für Staat und Monarchie in der gegenwärtigen Zeit sei nicht zu verkennen. Deshalb glaube er Seiner Majestät empfehlen zu sollen, den beantragten Schritt jetzt zu tun.[9])

[...][10])

[7]) Nach dem Kriegsminister sprachen der Staatssekretär des Reichsschatzamts, Graf v. Roedern, sowie der Staatssekretär des Auswärtigen Amts, die beide die Ankündigung des gleichen Wahlrechts befürworteten.

[8]) Das der preuß. Minister des Innern befürwortete, vgl. hierzu Patemann, S. 79 ff.

[9]) Zur Reaktion aus den Kreisen des Offizierkorps auf die innenpolitische Krise insgesamt vgl. Nr. 319, Anm. 35.

[10]) Nach Admiral v. Capelle sprachen die Staatssekretäre des Reichskolonialamts und des Reichsjustizamts.

316.

Schreiben des Obermilitärbefehlshabers an die Militärbefehlshaber betr. Maßnahmen bei Ausbruch von Streiks.

11. 7. 1917, Nr. 4713/17. g. A 1, Geheim! — MGFA MA/RMA, Nr. 4413, XX. 60 a, Bd. 1, vervielfältigtes, eigenhändig vollzogenes Exemplar.[1])

Die in letzter Zeit vorgekommenen Streiks geben mir zu folgenden Hinweisen Veranlassung:

1. Aus den mir zugegangenen Mitteilungen habe ich den Eindruck gewonnen, daß, wenn auch die Ernährungsverhältnisse zur Zeit schwierig liegen, die Streiks auf

[1]) Eingegangen im Reichsmarineamt am 13. 7. 1917, vom Staatssekretär abgezeichnet. Mehrere Registraturvermerke zu den Vorgangsschreiben des preuß. Kriegsministeriums werden nicht nachgewiesen. — Das Schreiben des Obermilitärbefehlshabers ist abgedruckt in: Archivalische Forschungen 4/II, Nr. 141, S. 604, dort auch der Nachweis des Verteilers.

Machenschaften besonders von Anhängern des radikalen Flügels der Sozialdemokratie zurückzuführen sind.[2])

Gegen solche Machenschaften muß mit aller Strenge *schnell* eingeschritten werden, und verweise ich auf die Verfügung des Kriegsministeriums vom 28. 7. 16 Nr. 4427. 16. g. A 1 II. Ang.[3]) sowie auf meine Erlasse vom 14. 6. 17 Nr. 3545. 17. g. A 1[4]) und vom 30. 6. 17 Nr. 3782. 17. g. A 1[5]), die dafür die Richtlinie geben.

Ich mache nochmals darauf aufmerksam, daß es in erster Linie darauf ankommt, der Anstifter der Unruhen habhaft zu werden und sie der Bestrafung zuzuführen. Dies wird auf die Masse die beste Wirkung ausüben.

2. Vom Gebrauch der Schußwaffe ist, soweit es irgend wie möglich ist, abzusehen, selbst wenn die Menge sich zu Tätlichkeiten hinreißen läßt. Herausforderungen seitens des Militärs und der Polizei müssen vermieden werden; alle Unterführer sind entsprechend anzuweisen.

3. Soweit es die Verhältnisse nötig erscheinen lassen, ist das Vereins- und Versammlungsrecht zu beschränken, in solchen Fällen kommt der Erlaß vom 17. 1. 17 Nr. 11. 17. g. A 1[6]) nicht in Betracht.

4. Ich empfehle, bei Streiks die Polizei durch verständige Unteroffiziere erheblich zu verstärken, da ich hierin ein sehr gutes Mittel zur Unterdrückung der Unruhen erblicke.[7])

5. Aufmerksamkeit verlangt auch das Verhalten der Truppe zur Bevölkerung, namentlich wenn sich die Truppen aus der betreffenden Gegend rekrutieren. Ein Austausch in solchem Falle wird angebracht sein.[8])

---

[2]) Die Ausführungen der Oberzensurstelle in der Pressebesprechung vom 2. 7. 1917 (MGFA MA/RMA, Nr. 2357, XVII. 1. 5. 13, Bd. 2) über die Unruhen in Düsseldorf, Stettin und in Schlesien erweckten ebenfalls den Eindruck, als ob die mangelnde Lebensmittelversorgung nur ein vorgeschobener Grund für die Ausstände darstellten. Vgl. demgegenüber den Bericht des stellv. Generalkommandos des VII. AK vom 10. 7. 1917 über die Streiksituation (Archivalische Forschungen 4/II, Nr. 144, S. 595 ff.), der vom Kriegsamt am 23. 7. 1917 in einer Zusammenfassung, in der ebenfalls als Hauptgrund der Ausstände die mangelnde Lebensmittelversorgung hervorgehoben wurde, u. a. dem Reichsmarineamt übersandt wurde (MGFA MA/StN, Nr. 1811, G. 37, Bd. 1, sowie Archivalische Forschungen 4/II, Nr. 160, S. 624 f.). Vgl. auch Archivalische Forschungen 4/II, Nr. 154 a, S. 616. Für die Situation in Schlesien vgl. Archivalische Forschungen 4/II, Nr. 146, S. 601 ff. Vgl. für den Zusammenhang Feldman, S. 362 ff., sowie Nr. 232.

[3]) Vgl. Nr. 162.

[4]) Vgl. Nr. 303.

[5]) Vgl. Nr. 310.

[6]) Vgl. Nr. 250.

[7]) Diese Ziffer ist in der Vorlage von Empfängerseite durch einen Bleistiftstrich am Rande hervorgehoben. — In der Folge kam es auch zu einem intensiven Nachrichtenaustausch zwischen den örtlichen Polizeibehörden und den Militärpolizeistellen, vgl. hierzu Archivalische Forschungen 4/II, Nr. 148, S. 605 f., und Nr. 175, S. 651. Das dort abgedruckte Schreiben des preuß. Ministers des Innern vom 12. 7. 1917 wurde am 24. 8. 1917 vom Reichsamt des Innern den außerpreuß. Bundesstaaten empfehlend übersandt (BHStA IV München MKr, 253). Für die entsprechenden Vereinbarungen zwischen dem stellv. Generalkommando des XIII. AK und dem württ. Ministerium des Innern (Schriftwechsel vom 7. 11. 1917/4. 2. 1918) vgl. StA Ludwigsburg E 150—153, Nr. 2051, Bd. 2 und 3.

[8]) Vgl. Nr. 274, Ziffer 12.

Ich ersuche die stellvertretenden Generalkommandos u.s.w., diesen Erlaß nicht an die unterstellten Militär- und Zivilbehörden mitzuteilen, sondern die weiteren Anordnungen von sich aus zu treffen.[9])

v. Stein.

[9]) Das stellv. Generalkommando des VIII. AK erließ am 16. 7. 1917 (StA Koblenz 403, Nr. 14152) eine entsprechende Verfügung, in die die Ziffern 1—4 der Vorlage zum Teil wörtlich übernommen wurden.

317.

Schreiben der Oberzensurstelle an sämtliche Zensurstellen. Einschreiten gegen pessimistische Betrachtungen zur militärischen Lage.

12. 7. 1917, Nr. 26187 O. Z. — MGFA MA/RMA, Nr. 2356, XVII. 1. 5. 11, Bd. 4, vervielfältigtes Exemplar.[1])

Von einem Teil der Presse wird in der letzten Zeit häufig die Kriegslage der Mittelmächte in einem Sinne beurteilt, als ob die Fortführung der militärischen Operationen zu einem Siege nicht führen könne und daher zweckwidrig und aussichtslos sei.[2]) Derartige Betrachtungen sind zensurpflichtig auch wenn sie, wie dies meist geschieht, in politischen Erörterungen zum Beweis der Notwendigkeit eines baldigen Friedensschlusses benutzt werden.[3]) Sie dürfen nicht zugelassen werden, da sie die Zuversicht des Volkes untergraben und die Kampffreudigkeit der Truppe schädigen.

I. A.
gez. v. Olberg.

[1]) Für ein weiteres Exemplar vgl. StA Koblenz 403, Nr. 14132.

[2]) Vgl. hierzu die Aufzeichnungen aus den Pressebesprechungen vom 9. und 12. 7. 1917 (MGFA MA/RMA, Nr. 2357, XVII. 1. 5. 13, Bd. 2). Am 9. 7. 1917 stellte der Vertreter der Oberzensurstelle fest: „Ein Blick in die gestrigen und heutigen Tageszeitungen lehrt, daß die Erörterungen im Anschluß an die Verhandlungen des Hauptausschusses des Reichstags kolossale Erregung in der Bevölkerung auslösen müssen." Er bat die Pressevertreter zu beachten, daß die Aufrechterhaltung der Stimmung augenblicklich die Hauptsache sei. Die Rückwirkungen der Berichterstattung im In- und Ausland „und namentlich draußen bei der Truppe" seien überwiegend schädlich. Der Vertreter des Admiralstabes versuchte am 9. und 12. 7. 1917 in längeren Ausführungen nachzuweisen, daß eine Krise in der militärischen und politischen Beurteilung des U-Bootkrieges, vor allem dessen kriegsentscheidender Bedeutung garnicht existiere. Der Vertreter des Auswärtigen Amts gab am 12. 7. 17 eine nicht näher gekennzeichnete neutrale Stimme wieder, die den Absichten der Propaganda sehr entgegenkam: „Deutschland steht augenblicklich so stark und mächtig da, daß es zu irgend welchen Pessimismus oder Schlappheit oder Kleinmut keinen Anlaß hat." Vgl. hierzu Nr. 308.

[3]) Am 14. 7. 1917 nachmittags richtete die Oberzensurstelle an die Zensurstellen folgendes Telegramm (MGFA MA/RMA, Nr. 2354, XVII. 1. 5. 8a, Bd. 6): „Die oberste Heeresleitung spricht die bestimmte Erwartung aus, daß die Presse bei jeder Erörterung der augenblicklichen inner- und außerpolitischen Fragen Rücksicht nimmt auf den noch unausgefochtenen militärischen Kampf. In ganz besonderem Maße ist jetzt bei Erörterung von Kriegszielen Zurückhaltung in der Presse geboten. Es wird gebeten, in vorstehendem Sinne auf die Presse einzuwirken." Am 14. 7. 1917 war im „Vorwärts" eine von der endgültigen Fassung nur geringfügig abweichende Fassung der Friedensresolution erschienen, vgl. Quellen I/1, Bd. 1, Nr. 15 und Nr. 25 e.

318.

Brief des Oberstleutnants Bauer an den Reichstagsabgeordneten Erzberger.

20. 7. 1917, Gr. Hauptquartier. — Nachlaß Bauer, Nr. 19, Durchschrift.[1])

Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Wichtige militärische Fragen riefen mich am Dienstag, den 17. d. Mts. Abends nach hier zurück. So war es mir leider nicht mehr möglich, mich von Ihnen zu verabschieden und hole ich dies daher hiermit schriftlich nach. Ich wünsche Ihnen vor allem gute Erholung für Ihren Urlaub (um den ich Sie eigentlich beneide) und hoffe, daß Sie danach bald mit neuer Kraft für des Vaterlandes Wohl weiter schaffen können.[2]) Sie können auf Ihren Urlaub die Befriedigung mitnehmen, Entscheidendes geleistet zu haben und wenn, wie ich glaube, nunmehr eine festere innere und äußere[3]) Politik und eine größere Einmütigkeit des deutschen Volkes einsetzen wird, so werden Sie, hochverehrter Herr Abgeordneter, auch daran hervorragenden Anteil haben.

Mit der vorzüglichsten Hochachtung habe ich den Vorzug zu sein stets

Ihr aufrichtigst ergebener
B[auer]
Oberstleutnant.

[1]) Die Ausfertigung des Briefes wurde am 21. 7. 1917 abgesandt.

[2]) Vgl. hierzu Nr. 393, Anm. 9.

[3]) In einem Brief vom 16. 7. 1917 an Bauer hatte sich Erzberger scharf gegen die Ernennung von Helfferich zum Staatssekretär des Auswärtigen Amts ausgesprochen und sich — „Sollte der von uns gewünschte Kandidat nicht durchgehen" — für den Unterstaatssekretär v. Stumm als Nachfolger Zimmermanns eingesetzt. Vgl. Quellen I/1, Bd. 1, Nr. 22, Anm. 8.

319.

Auszug aus den Erinnerungen des Generalmajors a. D. Mertz v. Quirnheim: Die Kanzlerstürzerei.

Nachlaß Mertz v. Quirnheim, Nr. 25. — Manuskript: „Im Großen Hauptquartier", handschriftlich.[1])

Heimatbrief vom 7. Juli 17. Berlin Vorm.

„... Wir sind mit Feldmarschall und Exzellenz Ludendorff soeben hier eingetroffen.[2]) Wie lange wir bleiben, wissen wir nicht. Grund ist nicht die militärische, sondern die politische Lage, die *ganz* verfahren ist. Im Übrigen will ich darüber schweigen. ... Wie ich hier den Tag oder die Tage verbringe weiß ich

[1]) Zu den Erinnerungen Mertz v. Quirnheims vgl. Nr. 246, Anm. 3. In der rechten oberen Ecke der ersten Seite der Aufzeichnung befindet sich der Vermerk: „6. u. 12. [7. 1917] Fahrten nach Berlin. 7. u. 16. [7. 1917] Rückfahrten."

[2]) Vgl. Quellen I/1, Bd. 1, Nr. 17.

noch nicht. Meist werde ich wohl ‚Denkübungen'[3]) abhalten. . . . Heute Nachm[ittag] trifft der Kaiser von Wien hier ein. Ich denke d. h. hoffe, daß die Krisis sich dann bald lösen wird, sie muß es ja. — Sollte Ludendorff am Montag[4]) im Reichstag sprechen, so hoffen wir dort sein zu können . . ."

Was war geschehen?

Am Morgen des 6. Juli hatte der geschäftige Centrumsabgeordnete Erzberger, ein für meinen Geschmack geradezu widerliches Parteiprodukt, das aber nicht nur durch die beschränktesten seiner politischen Gesinnungsgenossen, sondern durch die Regierung selbst zu einer Großstellung herangezogen war, im Reichstag (Haupt-Ausschuß)[5]) eine Rede gehalten[6]), die an feigem Abfall von jeder kriegerischen Energie nicht mehr zu übertreffen war. Er legte eine Resolution zu Gunsten eines Friedens „ohne Eroberungen etc." vor.[7]) Die Nachricht davon gelangte sofort in die Hände des General[s] Ludendorff.[8]) Ich war eben zum Vortrag bei diesem als Oberstleutnant Bauer, jedenfalls von einem Parlamentarier unterrichtet, hereinstürzte. „Nun ist es aber höchste Zeit, daß der Kanzler verschwindet" waren seine Schlußworte.

Im Zuge nach Berlin war frisch fröhliche Kampfstimmung. Der Feldzugsplan stand fest. Der Kanzler muß weg und General Ludendorff hält im Reichstag eine fulminante Rede, in der er den „ganzen Unsinn, ja das Verbrecherische dieser parlamentarischen Weichheit darlegen würde." Ich hatte bisher schon so viele „kräftige Worte" gegen den Reichskanzler gehört, daß ich die ganze Geschichte eigentlich nicht recht ernst nahm. Eines aber machte mich doch bedenklich, nämlich daß Ludendorff im Reichstag sprechen sollte. Ich äußerte dieses Bedenken gegenüber Major Wetzell im — wenn ich mich recht erinnere — Beisein des Generals von Bartenwerffer unter der Begründung: „General Ludendorff ist wenigstens auf politischem Gebiete ein durchaus ungeeigneter Debatter, nun sei ich überzeugt, daß man ihn im Ganzen ruhig anhören wird, aber es sei doch nicht ausgeschlossen, daß er durch die äußerste Linke unterbrochen wird und dann wieder völlig seine Ruhe und Sachlichkeit verliert."

Die Dinge in Berlin liefen aber ganz anders als wir es angenommen hatten. Der von Wien eintreffende Kaiser fuhr zunächst zu Bethmann Hollweg[9]), ließ sich

[3]) Als deren Ergebnisse vermutlich auch die Aufzeichnungen vom 9. und 16. 7. 1917 aufgefaßt werden dürfen, vgl. Nr. 314 und unten Anm. 44.

[4]) 9. 7. 1917.

[5]) Die Klammer sowie die dieser vorausgehenden zwei Worte nachträglich ergänzt.

[6]) Vgl. Quellen I/1, Bd. 1, Nr. 1 a, Anm. 13.

[7]) Vgl. Quellen I/1, Bd. 1, Nr. 1 a, S. 5 ff. sowie Nr. 25 a.

[8]) Vgl. Quellen I/1, Bd. 1, Nr. 17, Anm. 2.

[9]) Vgl. Quellen I/1, Bd. 1, Nr. 4, Anm. 10, Müller S. 300 (7. 7. 1917). Der Reichskanzler telegraphierte am 6. 7. 1917 (ohne Uhrzeitangabe) an Legationsrat Frhr. v. Grünau (Ankunftsvermerk: 7. Juli nachmitt.): „Der Kriegsminister teilt mir soeben mit, daß er im Verein mit der Obersten Heeresleitung Thronvortrag bei der morgigen Anwesenheit Seiner Majestät in Berlin erbeten habe behufs Stellungnahme zum Vorschlag Erzberger vom militärischen Standpunkt aus. Ich bitte Seiner Majestät zu melden, daß ich großen Wert darauf legen muß, an dem Vortrag teilzunehmen, vorher aber allein Vortrag über die ganze politische Lage, die sich in den letzten Tagen ernst gestaltet hat, halten zu dürfen." PA Bonn Polit. Abt., Auswärtiges Amt Gr. Hauptquartier, Bd. 273.

hier unterrichten und fertigte dann die beiden hohen Generale bei ihrem Erscheinen vor ihm kurz ab, so daß wir noch am Abend des 7. Juli mit hängenden Ohren nach Kreuznach zurückfuhren.[10]) Wie mir erzählt wurde, hatte der Kaiser zu Hindenburg und Ludendorff in einer halb verärgerten, halb „witzigen" Form gesagt: „Fahrt nur wieder heim und überlaßt die politischen Fragen den dafür verantwortlichen Reichsstellen." —

Der Generalfeldmarschall war tief verstimmt. Ihm war die ganze Geschichte natürlich ein Greul gewesen, dagegen war die Erbitterung Ludendorffs gegen den Reichskanzler nur noch gesteigert.[11])

Wir hatten also auf Befehl des Kriegsherrn in Kreuznach zu bleiben. Die Aufregung blieb dort groß. Es konnte unmöglich so bleiben. Dem Generalfeldmarschall merkte man den schweren inneren Konflikt an. Es konnte aber gar kein Zweifel bestehen, daß General Ludendorff sich durchsetzen würde. Dieser wurde von Oberstleutnant Bauer aus Berlin von den dortigen weiteren Entwicklungen unterrichtet, Entwicklungen, die Bauer maßgebend beeinflußte.[12])

Ich war über all das tief verstimmt, ja wütend und mein Zorn richtete sich besonders gegen — den Kaiser. Ihn hielt ich für die Zerfahrenheit, in der wir jetzt waren, in erster Linie verantwortlich. Alle meine Heimatbriefe aus diesen Tagen beweisen das. Der Kaiser[13]) enttäuschte nach *allen* Seiten. Und so sollte es weitergehen. —

General Ludendorff spielte den letzten Trumpf gegen den Reichskanzler aus. Er reichte ein Gesuch um Enthebung von seiner Kriegsstelle ein[14]) und — Hindenburg schloß sich ihm an.[15]) Ob schweren oder leichten Herzens spielt da keine Rolle. Es geschah. Der Kaiser erhielt hierüber telefonisch Nachricht aus Kreuznach (12. Juli)[16]), er rief die beiden Generale im höchsten Zorne herbei[17]), sah sich aber dann doch veranlaßt den Vorstellungen Bethmann Hollwegs nachzugeben, die darauf hinausgingen: „Ich kann unmöglich bleiben, wenn die Generale gehen."[18])

Die ganze Angelegenheit endete wie eine Komödie über die man lachen könnte, wenn sie nicht so traurige Folgen gehabt hätte. Als die beiden Generale am 13. Juli Vormittags beim Kaiser erschienen[19]), da rief dieser ihnen entgegen: „Was macht Ihr denn für ernste Köpfe. Ich habe ja den Kanzler schon weggeschickt."

---

[10]) Vgl. W. Hubatsch, Hindenburg und der Staat, Göttingen 1966, S. 166 (die dortige Datumsangabe: „Montag den 7. 7." ist korrekturbedürftig. Am Sonnabend, den 7. 7. 1917, befand sich Hindenburg in Berlin, der Brief dürfte vom 9. 7. 1917 stammen), sowie Nr. 314.

[11]) Vgl. Nr. 313.

[12]) Vgl. Quellen I/1, Bd. 1, Nr. 16 b und Nr. 17, sowie Braun, S. 113 f.

[13]) In der Vorlage verbessert aus „Er".

[14]) Vgl. Ludendorff, Urkunden, S. 407.

[15]) Vgl. W. Hubatsch, Hindenburg und der Staat, Göttingen 1966, S. 169. (Im Zusatz des Verfassers muß es natürlich „Juli" statt „Mai" heißen).

[16]) Vgl. hierzu Ludendorff, Urkunden, S. 406, sowie Quellen I/1, Bd. 1, Nr. 12, Anm. 4.

[17]) In der Vorlage folgen die durchgestrichenen Worte: „mußte aber".

[18]) Vgl. hierzu die Aufzeichnung Bethmann Hollwegs vom 14. 7. 1917, WUA, Bd. 2, S. 153 ff.

[19]) Vgl. Ludendorff, Urkunden, S. 408.

Und nun begann die „Kanzlersuche"!!! —

Ich darf es für mich in Anspruch nehmen, daß ich mich an der Kanzlerhetze niemals beteiligte. Ja ich beteiligte mich überhaupt nicht an den Treibereien gegen die Reichsregierung. Offen gestanden ekelten sie mich an. Das ging auch anderen so z. B. Wetzell und v. Oldershausen. Die[20]) Hetzereien hatten Formen angenommen, wie sie im Verkehr vornehmer Menschen bedenklich waren. Ich berichte da von einem Beispiel:[21]) Gelegentlich der sog. „Osterbotschaft", die den Preußen ein weitgehendes Wahlrecht für ihren Landtag versprach, gingen die Wellen auch bei der O.H.L. recht hoch. Bei einem Mittagessen äußerte sich der dem Generalfeldmarschall schräg gegenübersitzende Major von Bockelberg in geradezu haarsträubenden Ausdrücken über den Reichskanzler. Der Generalfeldmarschall wandte sich lachend an mich mit den Worten: „Bockelberg scheint heute Nacht schlecht geschlafen zu haben." Am folgenden Tag wiederholten sich die Angriffe Bockelbergs in der gleichen, ja noch höher gesteigerten Form. Er behauptete schließlich: „Bethmann Hollweg müsse in einem anderen Lande doch schon längst auf den Sandhaufen gestellt werden. Er ist ein Schurke!" Einen Augenblick trat da Stille ein. Da sagte der Generalfeldmarschall allerdings mit etwas gedämpfter Stimme: „Sie haben gestern auf Ihrem durchgehenden Pferde die Bügel verloren, heute verlieren Sie auch noch die Zügel." — Ich war ganz starr über diesen Vorgang, der sich in Anwesenheit von servierenden Ordonnanzen vollzog. — Daß solche Worte über die Reichsleitung und den ersten Beamten des Kaisers selbst am Tische des Generalfeldmarschalls fielen, ja fallen konnten, war auch Außen natürlich bekannt. Sie wurden ja auch „im Scherze" als Stimmungsbilder weitererzählt. Hätte ich mich nicht von Anfang an von all solchen Hetzereien ferngehalten, so hätte mich eine dringende Warnung meines Kriegsministers[22]) dazu veranlaßt. (Dieser war Ende 1916 in Pleß und ersuchte mich ganz dringend in diesem Sinne.)

In den oben erwähnten [Juli][23]) Tagen wurde ich aber doch in die Frage der Nachfolge Bethmann Hollwegs hineingezogen. Diese Frage spielte auf unseren beiden Fahrten nach Berlin (6. und 12. Juli) eine große Rolle. Ich war Anfangs stiller Zeuge[24]) der mir[25]) geradezu unbegreiflichen babylonischen Verwirrung. Ich hörte wie Wetzell sich für Bülow[26]) einsetzte, den andere ebenso energisch

[20]) In der Vorlage ursprünglich „Diese Hetzereien".

[21]) Vgl. hierzu Nr. 276, Anm. 3, in der das Beispiel in leicht abgewandelter Form wiedergegeben ist; vgl. auch Nr. 314.

[22]) Generalleutnant v. Hellingrath.

[23]) In der Vorlage irrtümlich „Juni Tagen".

[24]) In der Vorlage ursprünglich „Zuhörer".

[25]) In die Vorlage nachträglich eingefügt.

[26]) Fürst v. Bülow war offenbar der von der OHL bevorzugte Kandidat für den Reichskanzlerposten. Vgl. hierzu Ludendorff, Urkunden, S. 406; W. Hubatsch, Hindenburg und der Staat, Göttingen 1966, S. 168; Bauer, S. 144; Einem, S. 324 f.; sowie auch u. a. W. Rathenau, Tagebuch 1907—1922, hrsg. und kommentiert v. H. Pogge — v. Strandmann, Düsseldorf 1967, S. 216 ff. Am 12. 7. 1917 schrieb Oberst Hoffmann in einem Brief an seine Frau (Nachlaß Hoffmann, Nr. 2): „Ludendorff rief mich an wegen der Kanzlerfrage. Er und Hindenburg wollen heute ein Ultimatum stellen: Bethmann Hollweg muß fort. Als Nachfolger hat die größten Chancen Bülow." Und Graf v. d. Schulenburg schreibt in seinen Aufzeichnungen

ablehnten. Wetzell glaubte über alle Mängel seines Kandidaten hinwegsehen zu können in Anbetracht des „glänzenden Rednertalentes" Bülows und ein solches bräuchten wir vor Allen. Auch der Name Tirpitz[27]) fiel. Auch er traf auf ernste Bedenken. Andere[28]) Persönlichkeiten wurden genannt, aber teils mit Stillschweigen teils mit Protest abgelehnt. General Ludendorff vertrat den Standpunkt: die Wahl eines anderen Kanzlers sei Sache des Civilkabinetts, er beteiligte sich also an der „Suche" sehr wenig. Da wandte sich der Generalfeldmarschall an mich: „Bei Euch Süddeutschen wird ja wohl Bethmann hoch bewertet." Ich antwortete mit den „Worten meines Königs"[29]) und verschwieg nicht, daß dieser ein Kanzlerstürzen für bedenklich erklärt habe, wenn man keinen Ersatz habe. Wieder sagte General Ludendorff, daß einen solchen zu stellen nicht Sache der O.H.L. wäre. Da nannte einer der Herren den Namen des Grafen Hertling. Es wurde festgestellt, daß er schon ernstlich „erwogen" worden sei. Der Generalfeldmarschall wandte sich erneut fragend an mich. Wieder gab ich Antwort im Sinne meines Königs. Da fiel der Satz: „Man kann es doch mal mit Hertling versuchen." General Ludendorff betonte mit Schärfe: „Zum versuchen ist keine Zeit." Ich ergänzte diese abweisende Haltung des Generals mit der Erklärung: daß ein so vornehmer, jenseits allen Ehrgeizes stehender alter Staatsmann wie

---

(Nachlaß Schulenburg, Nr. 1): „Ich habe den Kronprinzen gewarnt, sich nicht mißbrauchen zu lassen. Der Thronfolger könnte nur dann seine Mitwirkung am Kanzler-Sturz vor der Geschichte verantworten, wenn er sicher war, daß ein Besserer — Tirpitz oder Bülow — sein Nachfolger würde." Auf Grund von Mitteilungen des Kronprinzen Rupprecht berichtete Legationsrat Krafft v. Dellmensingen am 11. 7. 1917 (BHStA II München, MA I, Nr. 945) über ein Telefongespräch zwischen Ludendorff und dem Chef des Generalstabes der Heeresgruppe, Generalleutnant v. Kuhl, nach der Rückkehr Ludendorffs aus Berlin: „General Ludendorff sagte hiebei, daß der Kanzler unmöglich im Amt bleiben könne [...] General Ludendorff sagte weiter, als Nachfolger Bethmanns käme nur der Fürst Bülow in Betracht, weil man einen General nicht zum Kanzler machen wolle, um den Anschein der Diktatur zu vermeiden [...] So, wie die Dinge jetzt lägen, ließe es sich nicht vermeiden, dem Parlament einige Zugeständnisse zu machen."

[27]) In einem seiner politischen Lageberichte an Kontreadmiral v. Ußlar bemerkte Kapitän z. S. Boy-Ed am 10. 7. 1917: „Auffällig ist, daß der Name Tirpitz in diesen Tagen überhaupt nicht genannt ist." MGFA MA/OdO, Nr. 1139, D. V. O. 1, Bd. 1.

[28]) In der Vorlage ursprünglich: „Auch andere Persönlichkeiten".

[29]) Mertz v. Quirnheim wurde am 27. 6. 1917 von General Ludendorff mit einer politischen Mission beim bayer. König betraut. Er sollte den König im Namen der Obersten Heeresleitung bitten, bei dem bevorstehenden Besuch des österreichischen Kaisers in München (30. 6. 1917, vgl. Schulthess 1917/I, S. 663) seinen ganzen Einfluß aufzubieten, „um diesem schlappen Charakter den Rücken zu steifen", wie Mertz v. Quirnheim schreibt (vgl. die Aufzeichnungen vom 30. 6. 1917 im Nachlaß, Nr. 24, sowie den entsprechenden Teil seiner Erinnerungen im Nachlaß, Nr. 25). Bei der Audienz, die vermutlich am 29. 6. 1917 stattfand, kam die Sprache auch auf die innerpolitischen Verhältnisse. Dabei äußerte der König u. a.: „Wer führt denn eigentlich unsere Politik?" Ich [Mertz v. Quirnheim]: „Nach meiner Ansicht liegt der Schwerpunkt dieser Führung im Großen Hauptquartier." Der König: „Kann denn das General Ludendorff auch? Das Gr. Haupt-Quartier will ja den Kanzler stürzen. Hat man denn auch schon einen Nachfolger? Ich muß sagen, daß mir Bethmann Hollweg ganz gut gefällt! Neulich hörte ich nun, man will Hertling an seine Stelle haben. Der kann es ja körperlich gar nicht mehr machen. Ich muß mich ja selbst schon mit seiner Nachfolgerschaft beschäftigen. Man schickt aber doch keinen Kanzler weg, bevor man nicht einen voll geeigneten Ersatz bereit hat!?" (Aufzeichnung vom 30. 6. 1917).

Hertling zu einem solchen Versuch sich auch gar nicht mißbrauchen lassen würde Gereizt durch einen Zwischenruf setzte ich sarkastisch hinzu: „Man hat ja schon einmal einen halbverbrauchten ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten auf den Stuhl des Reichskanzlers gesetzt. Ich weiß nicht, ob die damit gemachten Erfahrungen zur Wiederholung des Experimentes reizen. Möchte allerdings dabei anfügen, daß Hertling nach meiner Überzeugung einer wesentlich anderen Sinnes- und Denkungsart entspringe als Hohenlohe.“[30]) Damit endete meine Tätigkeit für die Reichskanzlersuche, d. h. in des Wortes strengster Bedeutung „noch nicht“. — Am 13. Juli — es war nach meiner Erinnerung *nach* dem Mittagessen — ließ mich General Ludendorff rufen. Er hatte uns vorher mit strahlendem Gesicht mitgeteilt, daß der Generalfeldmarschall und er auf ihren Posten blieben (aus meinem Heimatbrief vom 13. 7.)[31]). Er hatte dem gestrigen Gespräch entnommen, daß ich mit meinem König von der Kandidatur Hertling für den Kanzlerposten geredet hatte. Ich bestätigte ihm das und wiederholte des Königs Worte. General Ludendorff ging vor mir im Zimmer auf und ab, blieb plötzlich vor mir stehen und sagte — wohl nur im Scherze — „sonst wüßten Sie auch keinen Anderen?“ Ich nahm die Sache aber ernst und antwortete: „Doch Euere Exzellenz, nämlich *Euere Exzellenz*!“[32]) und wie er mich frug: „Wie stellen Sie sich das vor?“, da antwortete ich: „Im Sinne einer Kriegsdiktatur[33]) und zwar einer solchen gestützt auf links d. h. auf die breite Volksmasse. Diese müssen wir haben, die Anderen sollen nur zetern.“ Der General schüttelte den Kopf: „Und wer sollte den Krieg führen? Nein, es geht wirklich nicht. Ich kann diese Leitung nicht aus der Hand geben!“ — Wir wurden unterbrochen. — Für mich bestand kein Zweifel, daß General Ludendorff doch das Empfinden hatte: er würde der Aufgabe als Politiker nicht gewachsen sein, daß er dagegen als „treibende“ und „beaufsichtigende“ Kraft auch in der Zukunft seine Rolle spielen müßte. Daher auch die Illusionen, mit denen er die

[30]) Chlodewig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst, Reichskanzler vom 29. 10. 1894 bis zum 15. 10. 1900.

[31]) Dieser Satz ist in der Vorlage nachträglich hinzugefügt worden.

[32]) In einer Fußnote vermerkte Mertz v. Quirnheim: „Lange nach dem Kriege hörte ich durch General Groener, daß auch dieser den General Ludendorff aufforderte, den Reichskanzlerposten zu übernehmen. Auch ihm gegenüber verhielt sich Ludendorff abweisend.“ Vgl. hierzu auch eine undatierte Aufzeichnung im Nachlaß Schiffer, Nr. 1, in der Schiffer über eine Unterredung mit Erich Marcks (Mai/Juni 1917) berichtet, zu dessen größtem Erstaunen Schiffer als Nachfolger Bethmann Hollwegs den General Ludendorff vorgeschlagen habe. „Der stärkere Einfluß gehe von Ludendorff aus. So ergebe sich der unhaltbare Zustand, daß in Wahrheit Ludendorff durch Bethmann hindurch regiert, aber keine Verantwortung für das trägt, was dieser tut, und wenn er sich nicht bewährt, achselzuckend erklären kann, daß nicht er, sondern Bethmann die Sache zu vertreten habe. Da sei es denn doch besser, daß der verantwortliche Mann auch an die verantwortliche Stelle gebracht werde.“ Und Vizeadmiral Ritter v. Hipper schrieb am 8. 7. 1917 (Nachlaß Hipper, Nr. 7): „Wenn wir den momentan entstandenen Riß [in den innenpolitischen Verhältnissen] auch überkleistern und wieder einen augenblicklichen Ausweg aus dem Dilemma finden werden, unter diesem Reichskanzler, diesem Oberschlappier, kommen wir nicht vorwärts. Weg damit, den Reichstag heimschicken, einen Diktator ernennen, das scheint mir der richtige Weg zu sein.“ Für das Zögern Ludendorffs vgl. auch Eisenhart Rothe, S. 158 ff., und Feldman, S. 366 f.

[33]) Vgl. hierzu Nr. 246 und 314.

Ernennung Michaelis begrüßte. Ob dabei die „religiöse Bruderschaft“[34]) der Beiden einen Einfluß ausübte, das lasse ich dahingestellt.

Und nun noch ein Wort zum Sturze Bethmann Hollwegs.[35])
Daß bei solchen „Stürzen“ nicht gerade immer die saubersten Hände und die reinsten Beweggründe am Werke und auschlaggebend sind, ist — wie es scheint — ein „Gesetz der Geschichte“. Bethmann Hollweg und seine Anbeter hatten zweifellos ein Recht über diese Erscheinungen zu klagen.

Wenn aber jemals einen Kanzler dieses sein Schicksal verdient erreichte, so war es Bethmann Hollweg. Er hat sich systematisch das Grab seines dienstlichen Ansehens bei der O.H.L. gegraben. Ich nenne nur zwei Fälle: Als Bethmann in

---

[34]) Michaelis gehörte der protestantischen Gemeinschaftsbewegung an, über Ludendorffs Beziehungen zu dieser Gruppe ist nichts bekannt. Der bayer. Militärbevollmächtigte berichtete am 17. 7. 1917 aus dem Gr. Hauptquartier: „In einer Unterhaltung mit Oberst Frhr. v. Marschall äußerte dieser, daß die ganze Neubesetzung der Reichs- und Pr. Staatsstellen jedenfalls einen entschiedenen Ruck nach rechts bedeuten werde, wie dies ja auch nach der bisherigen ‚unverantwortlichen Mißwirtschaft‘ gar nicht anders zu denken sei. Auf meine Frage, wie dies in Preußen angesichts des unzweideutigen Kaiserlichen Erlasses über das gleiche Wahlrecht gemacht werden wolle, meinte er, man müsse eben durch Stärkung des Herrenhauses die Wirkung des demokratisierten Abgeordnetenhauses auszugleichen versuchen. — Der neue Reichskanzler genießt vorläufig das Wohlwollen und Vertrauen des Mil. Kab., wenn man auch ab und zu von einem ‚Übergangsstadium‘ sprechen hört. [...] Dr. Michaelis sei Mitglied einer protestantischen Sekte ‚Evangelische Kirchengemeinschaft‘ und als solcher außerordentlich religiös. Die genannte Gemeinschaft sei eine der strengsten und verpöne auch im öffentlichen Leben jede Unwahrheit und alles Lavieren. An ihrer Spitze stehen 3 Propheten, zur Zeit preußische Generale! —“

[35]) Für die Vorgänge vgl. Quellen I/1, Bd. 1, Nr. 16 b und 17. Zur Reaktion in militärischen Kreisen vgl. Ludendorff, Kriegserinnerungen, S. 359 ff.; Rupprecht, Bd. 2, S. 219 ff., Bd. 3, S. 14 ff.; Einem, S. 324 ff.; Gallwitz, S. 202 ff.; Eisenhart Rothe, S. 59 ff.; Thaer, S. 128 f.; Vizeadmiral Ritter v. Hipper begrüßte den Sturz Bethmann Hollwegs mit einem „Hurrah“ (Nachlaß Hipper, Nr. 7); Seeckts Reaktion war sehr gedämpft: „Es ist aber eine schwache und negative Freude“ (Nachlaß Seeckt, Nr. 60, Brief vom 15. 7. 1917). Einen Tag später schrieb er: „Wozu fechten wir eigentlich noch? Die Heimat ist uns in den Rücken gefallen und damit ist der Krieg verloren. Das und nichts anderes ist der Sinn der letzten Ereignisse.“ Interessant ist es, die Zensurpolitik jener Tage zu verfolgen. Am 13. 7. 1917 (StA Koblenz 403, Nr. 14132) erinnerte die Oberzensurstelle aus Anlaß des Artikels „Die Krisis vor der Lösung“ in der Nr. 320 der „Germania“ vom 13. 7. 1917 an die Zensurverfügung, wonach die Oberste Heeresleitung nicht in den Streit der politischen Meinungen hineingezogen werden dürfe (vgl. Nr. 248, Anm. 5). Sie wiederholte diese Mahnung am 17. 7. 1917 (MGFA MA/RMA, Nr. 2356, XVII. 1. 5. 11, Bd. 4). Am 24. 7. 1917 schließlich ging das folgende Telegramm an die Zensurstellen (GStA Berlin Rep. 30, Nr. 651, Bd. 6, sowie StA Koblenz 403, Nr. 14132): „Trotz mehrfacher der Presse und den Presseaufsichtsstellen bekannter Verbote wird die Oberste Heeresleitung fortgesetzt in der Presse in Erörterungen über innerpolitische und außenpolitische Fragen gezogen. Anfragen bei den verantwortlichen Presseaufsichtsstellen haben ergeben, daß nicht mit der notwendigen Strenge hiergegen eingeschritten wird. Die Oberste Heeresleitung ersucht daher noch einmal auf das ernstlichste, in jedem Fall gegen Zeitungen jeder Parteirichtung rücksichtslos einzuschreiten, wenn sie gegen das eingangs erwähnte Verbot verstoßen. Ein sofortiges Verbot der Zeitung ist nach den vorangegangenen Ermahnungen durchaus berechtigt und auch deswegen am wirksamsten, weil es sofort allgemein das Einschreiten der Presseaufsicht erkennen läßt und dadurch verhindert, daß Zeitungen anderer Parteirichtungen sich berechtigt oder verpflichtet glauben, ihrerseits gegen eine Zeitung zu polemisieren, welche die Oberste Heeresleitung anscheinend ohne Einschreiten der Presseaufsicht in die politische Debatte gezogen hat.“

der Polnischen Frage (Herbst 1916) gegen seine feierlich [betonte][36]) Überzeugung vor der O.H.L. die Flagge strich[37]), da erntete er statt Dank nur Mißachtung. Und als er dieses Verfahren bei der Entscheidung über den verstärkten U-Boot-Krieg wiederholte[38]), da sprach man über ihn überhaupt nur noch mit Spott und Hohn. Gewiß war Bethmann ein persönlich vornehmer Mann und von hoher Einsicht. Aber von einem erschreckenden Mangel an wahrem Mannesmut. Daran mußte er scheitern.[39]) — Zweifellos hing er sich an seinen Posten, als er schon gar nicht mehr zu verteidigen war. Daß ihn sein Kaiserlicher Herr fallen ließ, konnte ihn gar nicht überraschen, denn er mußte diesen doch kennen. —

Die Ernennung seines Nachfolgers war eine politische wie persönliche Unerhörtheit.[40]) Man nahm auf die nur so hingeworfene Anregung[41]) des Generalobersten von Plessen einen Mann, von dem niemand etwas anderes wußte, als daß er „energisch sei". Der Chef des Civilkabinetts nahm dabei[42]) eine Verantwortung auf sich, die er vor der Geschichte gar nicht tragen kann. Er beging ein Verbrechen, das sich leider erst spät sühnte. —

Nach dem Kanzlerwechsel und nach der Annahme der gegen den ursprünglichen Wortlaut im wesentlichen kaum veränderten „Friedensresolution"[43]) sonnte sich

[36]) In der Vorlage ist das Wort nicht völlig zu entziffern.

[37]) Vgl. hierzu W. Conze, Polnische Nation und Deutsche Politik im ersten Weltkrieg, Köln 1958, S. 191 ff., besonders S. 209 ff.

[38]) Vgl. Ritter, Bd. 3, S. 379 ff.

[39]) In der Vorlage folgt der durchgestrichene Passus: „er ist auch meiner Beobachtung nach [daran] gescheitert." Vgl. hierzu auch Nr. 314.

[40]) Vgl. hierzu Quellen I/1, Bd. 1, Nr. 18, Anm. 4, sowie Nr. 19. Vgl. auch Anm. 43.

[41]) In der Vorlage ursprünglich „Bemerkung".

[42]) In der Vorlage ursprünglich „damit".

[43]) Vgl. Anm. 44 sowie Quellen I/1, Bd. 1, Nr. 1—25. Ergänzend hierzu: Am 8. 7. 1917 abends telegraphierte Legationssekretär Frhr. v. Lersner an das Auswärtige Amt für den Reichskanzler und den Staatssekretär (PA Bonn Polit. Abt., Weltkrieg Geheim, Bd. 38): „General Ludendorff hat soeben von einer beabsichtigten Resolution der Reichstagsmehrheit Kenntnis erhalten, wonach wir keinerlei Gebietserweiterungen machen und den Krieg nur zur Verteidigung unseres territorialen Besitzstandes führen dürfen. Der General würde eine solche Resolution vom militärischen Standpunkt auf das tiefste bedauern und läßt Euerer Exzellenz streng vertraulich mitteilen, daß nach Entscheidung Seiner Majestät um Mitte Juli die Russen angegriffen werden sollen."
Zu Quellen I/1, Bd. 1, Nr. 18, Anm. 6. Am 14. 7. 1917, 3.40 Uhr morgens erreichte das Oberpräsidium der Rheinprovinz folgendes Telegramm des stellv. Generalkommandos des VIII. AK (StA Koblenz 403, Nr. 14132): „Auf Wunsch der Obersten Heeresleitung und im Einverständnis mit dem Absender Herrn Dr. Südekum ist das Friedensprogramm der Mehrheit des Reichstags nicht abzudrucken." Am 21. 7. 1917 gab das Kriegspresseamt folgende Direktive an die Presse (MGFA MA/RMA, Nr. 2354, XVII. 1. 5. 8a, Bd. 6): „Kriegspresseamt bittet im Auftrage der Obersten Heeresleitung, die dortige Presse vertraulich in folgendem Sinne zu verständigen, ohne daraus ein Verbot oder einen Befehl zu machen: Die im Reichstag angenommene Resolution betont in zweitem Teil Entschlossenheit, in dem uns aufgezwungenen Kampf unerschütterlich auszuharren. Rücksicht auf Kampfkraft des Heeres und der Verbündeten macht es dringend wünschenswert, diesen Teil der Resolution gebührend hervorzuheben und zu betonen, dagegen die Friedensbereitschaft nicht derart in die erste Linie zu setzen, daß daraus eine Friedenspropaganda entsteht, die mit der festen Absicht und der unzweifelhaften Möglichkeit des Ausharrens nicht im Einklang steht." Vgl. auch Nr. 317 sowie Hindenburg, S. 292 f., Ludendorff, Kriegserinnerungen, S. 362 ff.; Litzmann, Bd. 2, S. 166 f.

die O.H.L. eine Zeit lang in dem Glücke „politischer Ruhe" d. h. — wie Bauer sich ausdrückte, der „Herrschaft".[44])

[...][45])

[44]) Vgl. hierzu die Aufzeichnung Mertz v. Quirnheims (Nachlaß Nr. 23) vom 16. 7. 1917 mit der Überschrift „Der Sturz des Kanzlers v. Bethmann Hollweg". In ihr heißt es u. a.: „Nun ist die Tat vollbracht! Die Freude daran ist aber doch nur eine *sehr* geringe. Die Frage ist in erster Linie: ist der neue Kanzler im Stande seinen Aufgaben gerecht zu werden.
In die Einzelheiten bei den Vorgängen betreffend die sogen. Friedensresolution bin ich nicht eingeweiht. Ich weiß nur eines, nämlich daß die Auffassung über den Wert u. Unwert einer solchen Erklärung sehr starken Schwankungen innerhalb der O. H. L. unterworfen war. [In einer Randbemerkung erläuterte Mertz v. Quirnheim: Der Wortlaut der bekannt gewordenen Resolution wurde in Kreuznach als „harmlos" bezeichnet, man könne sich ruhig damit abfinden. Etwas „Erregung" zeigte sich erst während der Fahrt nach Berlin.] Schließlich erkannte man aber klar und deutlich, daß diese Resolution eine glänzende Gelegenheit zum endgültigen Generalangriff auf den Kanzler gäbe. Und nun nutzte man sie unter dem Antrieb Bauers, der alle Minen springen ließ, aus. Nicolai gab mir dies rückhaltlos zu und auch Wetzell ist viel zu ehrlich, um die wahre Sachlage irgendwie zu verheimlichen! Stimmung in der Armee, in der Heimat, unter den polit. Parteien wurde, wie Nicolai meinte, gut ausgenutzt. Der Kanzler fiel auf Anhieb, ich glaube aber, daß er selbst ging, weil er einsieht, daß sich gegen Hindenburg—Ludendorff z. Zt. kein Staatsmann auf die Dauer halten kann. Die Rolle des Kronprinzen ist mir eigentlich nicht recht klar. Er scheint einen wesentlichen Einfluß auf die Stellungnahme seines Vaters ausgeübt zu haben. Bauer spricht wenigstens in großen Tönen davon, wie es ihm gelungen sei, den Kronprinzen entsprechend ‚auszuwerten'. Aber auch hinter dieser und anderen Ruhmredereien verbirgt sich meinem Gefühle nach ein merkwürdiges, kaum zu verheimlichendes, ja von manchen gar nicht verheimlichtes Unbehagen. Ist es das Gefühl, daß man nicht nobel handelte? oder fürchtet man ‚Nachwirkungen'?" In einer Randbemerkung Mertz v. Quirnheims heißt es: „Die größte Rache des gestürzten Kanzlers besteht in der Wahl seines Nachfolgers, ein ganz bedeutungsloser Herr, so sagt mir H. v. L[ersner]". Und an anderer Stelle: „Als ich bei der Rückfahrt die Frage stellte: ob man bei der Ernennung Michaelis die Parteien ebenso gehört habe wie beim Sturz Bethmann Hollwegs, war die Empörung groß!! Wie ich höre ist man in parlamentarischen Kreisen äußerst verschnupft, daß der Kaiser sich bei der Ernennung M.s nicht bei den verschiedenen parlamentarischen Größen erkundigt d. h. durch Valentini mit ihnen Fühlung gesucht hatte. Da haben wir es also. Bauer meint, das verbessere die innere Lage ganz unglaublich, denn dadurch hätten die Herren den Beweis, daß der Kaiser regiere u. nicht sie." In einer gesonderten Bemerkung vom 16. 7. 1917 schrieb Mertz v. Quirnheim: „Über den Kanzlerwechsel sprach ich auch Gen. Ludendorff heute. Er machte mir einen sehr verstimmten u. durchaus unbefriedigten Eindruck. [....] Maj. v. P[appus] erzählte mir, daß unser König nach der persönlichen Vorstellung des neuen Kanzlers über diesen das vielsagende Urteil fällte: ‚zweifellos ein prächtiger mittlerer Beamter!' Die Bemerkung macht die Runde u. dient nicht gerade dazu M. Ansehen zu stärken."

[45]) Im folgenden berichtet Mertz v. Quirnheim über die Reaktion des bulgarischen Militärbevollmächtigten im Gr. Hauptquartier, Oberst Gantschew, auf die Friedensresolution.

320.

Auszüge aus der Zusammenstellung der Monatsberichte der stellv. Generalkommandos an das preußische Kriegsministerium[1]) betr. die allgemeine Stimmung im Volke.

3. 8. 1917, Nr. 1331/17. g. B. 6, Geheim! — GLA Karlsruhe Abt. 456, Bd. 70, gedrucktes Exemplar.

[...][2])

So sagt z. B. das XI. A. K.:

„Die äußerst unerfreulichen Ereignisse in der inneren Politik haben die Volkskreise auf das tiefste erschüttert. Dabei ist es freilich schwer festzustellen, in welchem Umfange die Auffassung von der Bedeutung der inneren Umwälzung eine einheitliche ist. Insbesondere ist kaum klarzustellen, ob hinter der Friedenskundgebung der Mehrheitsparteien des Reichstags wirklich der größte Teil des Volkes steht. Nicht zu bezweifeln ist freilich, daß dieses von der Arbeiterschaft wohl angenommen werden kann. Aber wenn man dieses auch zugeben will, so ist doch anderseits zu sagen, daß die Arbeiterschaft in diesem Falle die wirtschaftliche Tragweite eines sogenannten Verzichtfriedens unter Belastung einer jeden Kriegspartei mit ihren eigenen Kriegskosten nicht richtig einzuschätzen vermag. Denn wenn tatsächlich das Deutsche Reich einen Frieden abschließen muß, durch den es keinerlei Kriegsentschädigung bekommt und seine eigenen Kriegslasten tragen muß so wird ganz Deutschland und nicht zum wenigsten die Arbeiterkreise derartig durch zukünftige Einschränkungen und Steuerleistungen gedrückt sein, daß der Wohlstand Deutschlands mindestens auf Jahrzehnte hinaus vernichtet oder zum wenigsten stark gefährdet sein wird. Die Interessen der Arbeiterschaft sollten es also geradezu erfordern, einen Frieden unter tunlichster Entschädigung Deutschlands zu erreichen.[3])

---

[1]) Vgl. zu den „Zusammenstellungen" Nr. 154, Anm. 1.

[2]) Dem Auszug voran gehen Berichte über die Stimmung der Arbeiterbevölkerung und des Mittelstandes, für die das zusammenfassende Urteil des preuß. Kriegsministeriums über die Stimmung im Monat Juli 1917 zutrifft: „Im Vordergrund des allgemeinen Interesses steht wie im Vormonat [vgl. hierzu Archivalische Forschungen 4/II, Nr. 150, S. 608 ff.] die wirtschaftliche Lage. Ihre künftige Gestaltung erfüllt, je nachdem in den einzelnen Provinzen mit einem günstigeren oder ungünstigeren Ernteausfall zu rechnen ist, das Volk mit neuer Hoffnung oder Sorge. Eine Quelle allgemeiner, ständig wachsender Befürchtungen bildet daneben die mangelhafte Kohlenversorgung [...]. Von geringerer Bedeutung für das Gesamtstimmungsbild sind im Vergleich hierzu die innerpolitischen Vorgänge, die in der ersten Hälfte des Monats zwar die gebildeteren und politisch interessierten Kreise lebhaft erregten, bei der breiten Masse der Bevölkerung aber gegenüber den Schwierigkeiten der Ernährung an Bedeutung zurückstehen mußten." Jedoch hätten auch die innenpolitischen Vorgänge im allgemeinen sich negativ auf die Stimmung ausgewirkt.

[3]) Dagegen schrieb das stellv. Generalkommando des VII. AK: „Vor allem wenden sich die Gedanken der Frage zu, ob der Krieg eine angemessene Entschädigung für die vielen Opfer an Gut und Blut bringen, ohne dabei sich klar bewußt zu werden, welch gewaltiger Erfolg es für uns ist, den Besitzstand unseres Reiches gegen eine Welt von Feinden zu behaupten und, ob sich die Entwicklung unseres künftigen Wirtschaftslebens ohne allzu große Hemmungen bis in die ferne Zukunft vollziehen wird."

Sicher ist weiter, daß die gebildeten und urteilsfähigen Kreise die Vorgänge im Reichstag völlig unbegreiflich finden.

Ob der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg wirklich gehen mußte und nicht mehr zu halten war, ist eine rein politische Frage, deren Erörterung hier aus[ge]schalte[t] [werden] muß. Aber in weiten Kreisen des Volkes findet man es unverantwortlich und unbegreiflich, daß in derartig ernsten Kriegszeiten große Parteien des Reichstags solch einen inneren Zwist ohne jede erkennbare innere oder äußere Berechtigung zwangsweise haben herbeiführen können.[4]) Schon die Rücksicht auf die schwere Schädigung Deutschlands im feindlichen und neutralen Ausland hätte die innere Geschlossenheit des Reichstags verlangen müssen. Dieses Nichtverstehen der schweren Erschütterung des inneren Friedens in Deutschland ist freilich mit dadurch veranlaßt, daß keinerlei Aufklärung des Volkes erfolgt ist. Es ist immer hinter verschlossenen Türen verhandelt und nur eine Reihe von einzelnen Richtigstellungen (z. B. daß keine Verurteilung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges erfolgt sei)[5]) herausgegeben worden. Es ist aber nicht der Öffentlichkeit unterbreitet worden, was nun eigentlich die Ursache des Kanzlerwechsels gewesen ist, und damit wird den übertriebenen Gerüchten nur Tür und Tor geöffnet. Es ist deshalb zu wünschen, daß eine öffentliche Aufklärung noch nachträglich dahin erfolgt, daß die inneren Vorkommnisse das Volk hinsichtlich eines ungünstigen Ausganges des Weltkrieges nicht zu beunruhigen brauchen."

[...][6])

Als besonders bemerkenswert seien noch die Ausführungen des II. A. K.[7]) über die innerpolitischen Vorgänge erwähnt, in denen es heißt: „Im allgemeinen ist in dieser Jahreszeit der pommersche Kleinstädter und Landmann, dessen ganzes Interesse durch die Ernte in Anspruch genommen wird, wenig geneigt, sich durch andere Dinge abziehen zu lassen. In den vorliegenden Berichten ist das auch zum Teil zum Ausdruck gebracht.[8]) Die große überwiegende Mehrzahl aber betont, daß die politischen Vorgänge doch von so großem Einfluß gewesen seien, daß sie eine tiefe Einwirkung auf die Volksstimmung gehabt haben:

Von allen Seiten wird der Freude und der Befriedigung Ausdruck gegeben, daß der Reichskanzler von Bethmann Hollweg nicht mehr an seinem Platz stehe. Sein Abgang wird fast ausnahmslos als ein großer Sieg der deutschen Sache betrachtet, von welchem man sich im Verein mit den Siegen im Osten eine neue Wendung zum Guten verspricht. Beides hat erlösend und befreiend gewirkt.

Dieser Grundton der Stimmung geht durch alle vorliegenden Berichte, und zwar nicht bloß durch die ländlichen, sondern auch durch die städtischen, am leb-

[4]) In diesem Urteil stimmen alle Berichtsauszüge überein.

[5]) Vgl. Nr. 317, Anm. 2.

[6]) Es folgen weitere Berichtsauszüge, wobei die Ausführungen des stellv. Generalkommandos des IV. AK besonders interessant sind. Das stellv. Generalkommando war der Ansicht, daß durch die innenpolitischen Vorgänge die USPD „wesentlich an Boden" gewonnen habe.

[7]) Vgl. hierzu auch Archivalische Forschungen 4/II, Nr. 135, S. 574 f. (vgl. hierzu den Bericht des Landrats von Kolberg vom 26. 6. 1917 in: H.-J. v. Brockhusen-Justin, Der Weltkrieg und ein schlichtes Menschenleben, Greifswald 1928, S. 204 ff.).

[8]) Ähnliches berichtete das stellv. Generalkommando des XX. AK.

haftesten durch Mittel- und Hinterpommern, aber auch klar und bestimmt in Vorpommern.

Diese Stimmung ist nicht unwesentlich für die kommende Kriegsanleihe. Es wird nicht ganz leicht sein, in der Bevölkerung bei der schlechten Ernte eine Stimmung hervorzubringen, die trotz der kommenden wirtschaftlichen Not das noch vorhandene Bargeld zusammensucht und es hergibt. Dazu gehört in erster Linie, daß der immer hin und her schwankende Zustand des Hoffens und Zagens in eine feste Zuversicht übergeführt wird, vor allem dahin, daß dieser Krieg nicht enden wird, ohne dem Vaterland eine volle Kriegsentschädigung zu sichern. In dieser Hinsicht hat die im Reichstag erlassene Friedensresolution verderblich gewirkt[9]) und wird, wie ich fürchte, ihre Quittung bei der Zeichnung der Kriegsanleihe finden. Der einfache Mann sagt sich, daß, wenn wirklich ein Friede nach Scheidemann-Erzberger geschlossen werden sollte, dann der Steuerdruck ein so vernichtender werden muß, daß er alle Ursache hat, sein letztes Bargeld zurückzuhalten.[3]) Dagegen hört man es offen aussprechen, und die Berichte geben es wieder, daß es kein besseres Mittel für einen vollen Erfolg der Kriegsanleihe geben wird, als eine bestimmte Erklärung der Regierung, daß es keinen anderen Frieden geben kann als einen solchen, welcher die Nation entlastet und die Kriegskosten den Feinden auferlegt.

Es darf außerdem nicht verkannt werden, wenn man die Stimmung im hiesigen Korpsbezirk richtig beurteilen will, daß sehr erschwerend für die Arbeit im Volk die bindende Erklärung gewirkt hat, daß Preußen das Reichstagswahlrecht erhalten soll. Mit geringen Ausnahmen des großstädtischen Freisinns erklärt man diesen Schritt als einen schlimmen Fehler, der nicht nur den Bestand des alten Preußens und seiner Krone gefährdet, sondern auch die schwerwiegendsten Rückwirkungen auf das Reich haben muß. Man befürchtet ferner, daß dieser Schritt auf der abschüssigen Bahn, der von der Linken ja nur für eine kleine Abschlagszahlung erklärt wird, zur Republik führen muß, wenn nicht eine starke Hand Preußen noch einmal vom Abgrund zurückreißt.[10]) Das Volk in seiner Gesamtheit hier will nichts wissen vom gleichen Wahlrecht und vom parlamentarischen System. Es hat keinen anderen Wunsch, als unter dem Hohenzollernhause nach wie vor gut und sicher regiert zu werden. Dieses Gefühl der Sicherheit ist in letzter Zeit in bedenklichem Maße verlorengegangen, so daß die Schwierigkeiten, die der Krieg naturgemäß mit sich bringt, nicht mehr mit der freudigen Opferwilligkeit getragen werden wie im ersten Kriegsjahr. Der Wunsch ist ein allgemeiner, daß nicht immer bloß auf die Männer der Linken gehört wird, sondern daß auch einmal wieder den Anschauungen derer in Worten und Taten Rechnung getragen werde, die aus altpreußischer, königstreuer und

[9]) Vgl. die positive Beurteilung der Friedensresolution durch Generalmajor v. Gleich in einem Brief an seinen Sohn vom 13. 8. 1917 (Nachlaß Gleich, Nr. 170): „Ich erblicke in der Friedensresolution wesentlich die Ablehnung weiterer Eroberungen im Osten und das ist ein nicht ganz ungesunder Gedanke."

[10]) Vgl. Einem, S. 326 ff. Das stellv. Generalkommando des XIX. AK berichtete: „Der große Teil der Arbeiter erkennt sehr wohl, daß eine Durchführung politischer Reformen mitten im Kriege untunlich ist, erwartet allerdings umso bestimmter, daß die in Aussicht gestellte ‚Neuorientierung' sofort nach Kriegsschluß in Angriff genommen werde." Die Arbeiterschaft sei darin durch den Erlaß über das gleiche Wahlrecht bestärkt worden.

staatserhaltender Gesinnung heraus an den Grundlagen des preußischen Staates nicht rütteln lassen wollen; die da meinen, daß ein geschichtlich gewordenes Gut, das sich in jeder Beziehung als echt erwiesen hat, nicht um deswillen vernichtet werden darf, weil unter den bestehenden Verhältnissen dem persönlichen Ehrgeiz und der Eitelkeit einiger weniger nicht ausreichend Genüge geleistet wird. Die schweren inneren Kämpfe, die uns noch bevorstehen, trüben den Blick in die Zukunft; und das immer noch, trotzdem der Rücktritt des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg so große Erleichterung geschaffen hat.

[...][11])

[11]) Die folgenden Berichtsauszüge zur innenpolitischen Situation vom württ. Kriegsministerium, den stellv. Generalkommandos des V. und IX. AK beschäftigen sich mit dem Anwachsen und dem Verhalten der radikalen Linksgruppen, vor allem auch der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

VIII.

Die Propaganda im Zeichen des „Vaterländischen Unterrichts“

April 1917 — Oktober 1918

321.

Auszug[1]) aus den Aufzeichnungen über die Besprechung der Leiter der Zensurstellen betr. Mittel und Wege der durch die stellv. Generalkommandos zu betreibenden Propaganda.[2])

4. 4. 1917, Nr. 22077 O. Z. Vertraulich! — MGFA MA/RMA, Nr. 2357, XVII. 1. 5. 13, Bd. 2, gedrucktes Exemplar.[3])

[. . .][1])
Beeinflussung der Stimmung im Innern.

Chef K.Pr.A.:

Im allgemeinen kann ich mich auf die Ausführungen beziehen, die kürzlich bei Besprechung der Chefs der Stäbe im Kriegsamt gemacht worden und die im Umdruck den Generalkommandos zugegangen sind, also den Herren bekannt sein werden.[4]) Da an der Aufklärung viele Behörden beteiligt sind, besteht die Gefahr, daß nebeneinander hergearbeitet wird, so daß teils doppelte Arbeit geleistet wird, teils manche Gebiete gar nicht beackert werden. Das gilt auch für Berlin und für das Kriegspresseamt. Deshalb bitte ich auftragsgemäß die Behörden, die auf diesem Gebiete tätig sind, das Kriegspresseamt auf dem Laufenden zu erhalten, während andererseits das Kriegspresseamt ihnen von seiner Tätigkeit Kenntnis geben wird. Der gleiche Gesichtspunkt gilt für die Korps-Bezirke. Meines Erachtens sind die Generalkommandos die geeigneten Zentralen auch für die Aufklärung, nachdem sie nun bald drei Jahre tätig sind und die Verhältnisse ihres Korps-Bezirkes am genauesten kennen. Selbstverständlich ist, daß an der Lösung der besonders wichtigen Aufgaben, z. B. der Ernährungsfrage, die dafür eigens geschaffenen Behörden, z. B. Kriegswirtschaftsämter, mitarbeiten, aber ich glaube, die Leitung der Aufklärung auch auf diesem Gebiete muß in der Hand der Generalkommandos bleiben, sonst müßten beim Auftreten noch wichtigerer Fragen besondere Organisationen geschaffen werden. So ist der Vorschlag entstanden, in jedem Korpsbezirk einen Aufklärungsoffizier mit der Leitung der Aufklärung zu betrauen, besonders dazu geeignete Leute werden sich in den Presseabteilungen finden.[5]) In letzter Zeit ist wiederholt betont worden, daß die Beeinflussung durch das gedruckte oder geschriebene

[1]) Vgl. Nr. 70, Anm. 1.

[2]) An der Besprechung nahmen, nach einer Notiz des Oberstleutnants Falkner v. Sonnenburg vom 12. 4. 1917 (BHStA IV München MKr, 13890), etwa 50—60 Offiziere und Behördenvertreter teil.

[3]) Vgl. Nr. 70, Anm. 2.

[4]) Vgl. das Schreiben des Kriegspresseamts vom 29. 3. 1917 in: BHStA IV München MKr, 13890. Der Inhalt des Schreibens deckt sich weitgehend mit den folgenden Ausführungen des Chefs des Kriegspresseamts, Major Stotten, und des Chefs der Abteilung IV des Amts, Major Warnecke. Vgl. auch Archivalische Forschungen 4/II, Nr. 89, S. 500 f. Für eine vorausgegangene Besprechung in der Reichskanzlei am 31. 3. 1917 vgl. Koszyk, S. 34 f.

[5]) Die Tendenz zur Dezentralisierung der Propaganda deutete sich schon in dem Schreiben des Kriegspresseamts vom 8. 3. 1917 (Nr. 140) an; die Absicht wurde in dem in Anm. 4 nachgewiesenen Schreiben deutlich ausgesprochen.

Wort nicht ausreiche, ja viele sagen, das nütze gar nichts. Das glaube ich zwar nicht, aber es gibt doch viele Leute, die entweder nichts lesen oder nicht glauben, was sie lesen, auf diese wird das gesprochene Wort besser wirken. Die Aufklärungsoffiziere müssen danach streben, eine möglichst große Zahl von Persönlichkeiten in die Hand zu bekommen, damit jede Gelegenheit zur mündlichen Einwirkung benutzt wird.[6]) Das Kriegspresseamt kann hier nicht mehr tun, als den Vorschlag machen, die Ausführung muß den Generalkommandos überlassen bleiben. Das Kriegspresseamt ist bestrebt, Aufklärungsstoff zu beschaffen, dieser kann aber wegen der verschiedenartigen Verhältnisse im Deutschen Reich nicht wahllos geliefert werden, sondern wird zweckmäßigerweise entsprechend den Bedürfnissen angefordert werden müssen. Zwei Gesichtspunkte kommen besonders in Frage: Die Beeinflussung des Landes, damit es die Not der Stadt und die Notwendigkeit zur Hergabe von Lebensmitteln erkennt, ferner die Beeinflussung der Städter, damit sie verstehen, daß die Leistungsfähigkeit des Landes nicht unbegrenzt ist.[7]) Um die Unterlagen rechtzeitig an die richtigen Stellen leiten zu können, ist es notwendig, die Stimmung der einzelnen Landesteile zu kennen. Deswegen bittet das Kriegspresseamt, über die Stimmung und über besondere Vorfälle auf dem Laufenden gehalten zu werden. Die Generalkommandos versenden regelmäßige Monatsberichte an das Kriegsministerium, und von diesem geht eine ausgezeichnete Zusammenstellung auch dem Kriegspresseamt zu[8]), diese Zusammenstellung hat aber die eine Lücke — und darauf kommt es gerade an —, daß die örtlichen Angaben nicht einzeln darin enthalten sind. Daher schlage ich vor, einen Durchschlag des ganzen Berichts der Generalkommandos dem Kriegspresseamt zu übersenden, damit hier zu ersehen ist, wo mit Aufklärung geholfen werden kann.

Chef Abteilung IV.:

Über die Tätigkeit des Kriegspresseamts in der Aufklärung sind die Herren durch den Ihnen zugegangenen Vortrag des Herrn Chef K.Pr.A. gelegentlich der Sitzung im Kriegsamt am 28. März 1917[4]) und die eben gehörten Ausführungen im allgemeinen unterrichtet. Ich kann mich daher in meinen Ausführungen verhältnismäßig kurz fassen und mich auf praktische Winke, wie sie sich aus der bisherigen Tätigkeit der mir unterstellten Abteilung ergeben haben,

[6]) Vgl. hierzu Nr. 140.

[7]) Major Stotten hatte sich bei der Besprechung im Kriegsamt (vgl. Anm. 4) hierzu wie folgt geäußert: „Es kommt deshalb darauf an, Ernährungsfragen nicht nur an sich zu behandeln, sondern die durch sie in Mitleidenschaft gezogene Stimmung auch mittelbar zu heben. Hierfür kommen z. B. folgende Gesichtspunkte in Betracht, die gewiß den Generalkommandos nichts Neues bieten: Beim Feinde herrschen mindestens die gleichen schlechten Ernährungszustände. Sehr zutreffend ist das Wort, daß der Friede nicht identisch mit Brot sei. Die Linderung der Ernährungsschwierigkeiten ist nicht von einem baldigen, sondern nur von einem guten Frieden zu erwarten. Nach dem Kriege wird, u. a. wegen der schlechten Welternte, alle Welt hungern, wir jedoch am wenigsten. Aber nach einem schlechten Frieden, der uns Kriegsentschädigungen und Gebietsverminderung auferlegen würde, könnte der Arbeiter hohe Lebensmittelpreise nicht bezahlen, die Landwirtschaft könnte nicht neu emporblühen, die vom Feinde beabsichtigten wirtschaftlichen Hemmungen würden nicht beseitigt, unser wirtschaftliches Leben käme nicht wieder in Gang. Infolgedessen ist es nötig, jetzt zu entbehren, um dann im Frieden etwas zu haben!“

[8]) Zu den „Zusammenstellungen“ vgl. Nr. 154, Anm. 1.

beschränken. Der militärischen Aufklärung zur Hebung der Stimmung sind folgende Ziele gesteckt: Unter unbedingtem Ausschluß politischer Streitfragen soll sie alle Mittel, Presse, Flugblätter, Flugschriften, Vorträge, Theater[9]), Kirche, Schule ausnützen, um Klarheit über Ursache, Notwendigkeit und Zweck des Krieges zu verbreiten, um die Zuversicht, das Pflichtbewußtsein und die Opferwilligkeit zu stärken.

Ich möchte den Entwicklungsgang der Tätigkeit kurz skizzieren. Die Schaffung der „Deutschen Kriegsnachrichten" (D.K.)[10]), deren Entwicklung Sie ja alle selbst zu verfolgen Gelegenheit gehabt haben, hat sich als eine Maßnahme erwiesen, deren Richtigkeit der immer größer werdende Abdruck der Artikel in der Presse zeigt. Nicht praktisch erscheint mir die von einem Generalkommando gegebene Anregung, die Artikel möglichst mit dem Vordruck „D.K." zu versehen. Ich glaube, daß dies dem Abdruck nicht förderlich ist. Die Anfertigung hier bearbeiteter oder von anderer Seite zur Verfügung gestellter Artikel hat immer größeren Umfang angenommen. Ich glaube auch, die Stellvertretenden Generalkommandos werden mehr und mehr dazu übergehen müssen, der Presse ihres Korpsbezirks Material zur Verfügung zu stellen. Wir sind gern bereit, sie hierbei durch zur Verfügungstellung von Stoff zu unterstützen. Ich möchte aber gleichzeitig auch anregen, daß die Presseabteilungen gutes, ihnen zur Verfügung stehendes Material, soweit es sich zur Verbreitung über das ganze Reich eignet, dem Kriegspresseamt geben, damit es von hier aus den weitesten Kreisen zugänglich gemacht werden kann. Einzelne Presseabteilungen haben auf diesem Gebiet unsere Tätigkeit schon wesentlich unterstützt. Ich würde außerordentlich dankbar sein, wenn für die Folge diejenigen, die sich noch nicht hierin betätigt haben, ebenso verfahren würden.

Die Flugblattverteilung hat sich im allgemeinen bewährt und ist immer weiter ausgebaut worden.[11]) Dringend notwendig ist, daß eine Kontrolle seitens der stellv. Generalkommandos stattfindet, ob die Flugblätter auch wirklich alle Kreise erreichen. Ich habe einzelne Stichproben gemacht und dabei festgestellt, daß die Direktoren von großen Werken mit mehreren tausend Arbeitern von dem Bestehen dieser Flugblätter nicht unterrichtet waren. Die Art der Verteilung bei den verschiedenen Generalkommandos ist außerordentlich verschieden.[12])

[9]) Die Initiative für verbilligte — sog. 30-Pfennig-Vorstellungen — Theatervorstellungen für die arbeitende Bevölkerung ging Anfang Februar 1917 vom Kriegsamt aus. Vgl. HStA Stuttgart WKM, Abt. WK, Bd. 75. In einer Verfügung vom 10. 5. 1917 wies das Kriegsamt die Kriegsamtstellen und die Kriegswirtschaftsämter an, die Aufklärungsoffiziere der stellv. Generalkommandos in jeder Hinsicht zu unterstützen; HStA Stuttgart WKM, Abt. A, Bd. 1727.

[10]) Vgl. Nr. 134 und 136. Major Stotten berichtete (Anm. 4), daß die D.K. Ende März 1917 eine Auflage von fast 6000 erreicht hatten.

[11]) Vgl. hierzu Nr. 138, Anm. 5 und 7, und Nr. 139, Anm. 8. Major Stotten berichtete (Anm. 4 daß bis Ende März 1917 insgesamt etwa 40 Millionen Flugblätter verteilt worden wären Die Anforderungen der stellv. Generalkommandos schwankten zwischen 30000 und 200000 bei einzelnen Flugblättern.

[12]) So ließ das stellv. Generalkommando des XIV. AK Flugblätter mit Hilfe des bad. Kultusministeriums durch die Ortsschulbehörden, ein sich besonders an die Industriearbeiterschaft wendendes Flugblatt durch die Handelskammern verteilen (GLA Karlsruhe Abt. 456, Bd. 87).

In Charlottenburg werden die Flugblätter mit den Brotkarten verteilt und kommen so mit Sicherheit in jede Familie, anderwärts werden sie in Schulen, Kirchen, Fabriken, größeren Vereinen, Jugendorganisationen, im Kino mit dem Programm, auf den Straßen, in Volksküchen, in Warteräumen, durch Polizeibeamte, durch Postboten usw. verteilt. In jedem Falle empfiehlt es sich, nachzuprüfen, ob wirklich die Flugblätter in alle Haushaltungen kommen.

Ich komme nun zum Vortragswesen und zur Beschaffung von Stoff für die verschiedenen in der Vortragstätigkeit arbeitenden Organe.[13]) Wir haben damit begonnen, daß wir die Jugendpfleger mit Material versorgt haben. Das Bedürfnis in diesen Kreisen war so außerordentlich groß, daß es sich als unmöglich erwies, die Versendung vom Kriegspresseamt aus zu bewerkstelligen. Deshalb sind für diesen Zweck zwei Zentralstellen, eine vom Kriegsministerium und eine vom Kultusministerium, geschaffen worden. Nachdem diese Organisation feststand, sind wir dazu übergegangen, die sämtlichen Geistlichen und Lehrer zunächst in Preußen und demnächst auch in den übrigen Bundesstaaten durch Vermittlung der „Deutschen Kriegswochenschau" (D.K.W.)[14]) mit Material zu versorgen. Wir sind alsdann an die Frauenvereinigungen, Berufsvereine, den Wehrverein, die Kriegervereine und viele andere Organisationen herangetreten. Von allen Seiten hat diese Tätigkeit der Versorgung mit Material so große Anerkennung gefunden, daß es wohl als zweifellos anzusehen ist, daß sie einem unbedingten Bedürfnis entsprach. Der Umfang dieser Tätigkeit ist jedoch allmählich so groß geworden[15]), daß sich eine Dezentralisation nicht mehr vermeiden läßt. Aus diesen Gründen sind wir an die Stellvertretenden Generalkommandos herangetreten und haben sie gebeten, sich für die Aufklärungstätigkeit besondere Organe zu schaffen, die wieder in Verbindung mit den bestehenden Vereinigungen, mit Behörden und Einzelpersonen dafür sorgen, daß das Material in umfangreichster Weise im ganzen Volke bekannt wird. Habe ich vorher die Notwendigkeit dieser Dezentralisierung begründet aus der Notwendigkeit der Arbeitsentlastung des Kriegspresseamtes, so hat sie andererseits ihre innere Berechtigung darin, daß nur die Stellvertretenden Generalkommandos imstande sind, zu beurteilen, was für die speziellen Verhältnisse ihrer Bezirke erforderlich ist. Bei der augenblicklichen Lage in der Ernährungsfrage, die es notwendig macht, von jedem einzelnen zu verlangen, daß er sich diejenigen Beschränkungen auferlegt und diejenigen Leiden willig trägt, die die Kriegsnotwendigkeiten erfordern, ergibt sich die Notwendigkeit, dieser Frage ganz besondere Beachtung zu schenken. Es ist daher vorgeschlagen worden und wird auch diesseits für praktisch erachtet, daß in einiger Zeit die Aufklärungsoffiziere für einige Tage nach Berlin kommen, um über diese ganze Frage von sachverständiger Seite eingehend unterrichtet zu werden, damit sie ihrerseits wieder ihren Organen das hier Gehörte in

[13]) Vgl. Nr. 140.

[14]) Vgl. Nr. 138, Anm. 4. Nach den Angaben Major Stottens (Anm. 4) hatte die D.K.W. eine Auflage von 170000 erreicht.

[15]) Major Stotten berichtete (Anm. 4), daß an einzelnen Tagen bis zu 300 Pakete und Postsendungen mit Vortragsstoff versandt wurden.

angemessener Form weitergeben und für die Verbreitung Sorge tragen.[16]) Den sämtlichen Herren ist die Organisation für die Propaganda der Kriegsanleihe bekannt.[17]) Ich glaube, daß diese den Anhalt bieten kann, in welcher Weise die Organisation auch für die allgemeine Aufklärung ausgebaut werden kann. Ob dieselben Persönlichkeiten, die jetzt für die Kriegsanleihe tätig sind, sich auch für andere Fragen eignen, oder ob sich ein Ersatz empfiehlt, muß von Fall zu Fall beurteilt werden. Es liegt dem Kriegspresseamt absolut fern, irgendwelche Schematisierung zu empfehlen. Die Rücksicht auf die vorhandenen Organisationen, auf die örtlichen Verhältnisse und nicht zuletzt auf die vorhandenen Persönlichkeiten wird die Organisation maßgebend beeinflussen. Infolge der Tätigkeit des Kriegspresseamts arbeiten an der Aufklärungstätigkeit zahlreiche Privatorganisationen, die von hier aus mit Material versehen worden sind. Dieses Verfahren muß auch unbedingt beibehalten werden, da dadurch die weitestgehende Wirkung erzielt werden wird. Die Vermeidung der Kollisionsgefahr wird sich aber bei einiger Geschicklichkeit der Organisationsleiter zweifellos erreichen lassen; unbedingt notwendig ist Zusammenfassung und einheitliche Leitung. Die Hauptwirkung wird aber immer durch die Initiative, den Eifer und den Patriotismus der Einzelnen erzielt werden. Wie mir bekannt ist, hat die M[ilitärische Stelle des] A[uswärtigen] A[mts] die Stellvertretenden Generalkommandos gebeten, für die Aufklärung durch Film und Bild ebenfalls eine Organisation zu schaffen.[18]) Ich nehme an, daß die Leiter dieser Organisationen häufig dieselben sein werden, wie die Leiter der vom Kriegspresseamt angeregten Aufklärungsorganisationen. Jedenfalls muß die Einheitlichkeit unbedingt gewährleistet werden. Und Zweifel bestehen wohl darüber nicht, daß auch bei der Aufklärung durch Bild und Film die Aufrechterhaltung der Stimmung der oberste Gesichtspunkt sein muß. Das Bedürfnis muß die Maßnahmen bestimmen. Gegenseitige Orientierung über alle wichtigen Fragen, Anregung und Zusammenarbeit muß der Grundgedanke sein, wenn unsere gemeinschaftliche Arbeit zu einem gedeihlichen Erfolge führen soll. Nur bitte ich, ersticken Sie nicht die Initiative, lassen Sie jedem die notwendige Bewegungsfreiheit, und behalten Sie nur die Leitung lose in der Hand, dann wird das Ganze dem Zwecke dienen, zu dem es geschaffen ist.

K.M.:

Um zweckmäßige amtliche Films für die Front und das Inland bereit zu stellen, ist ein Filmamt gegründet worden, das Films und andere stehende Lichtbilder

[16]) Diese Tagung fand am 20. und 21. 4. 1917 statt, vgl. die Einladung des Kriegspresseamts vom 12. 4. 17 (GLA Karlsruhe Abt. 456, Bd. 84). Ein Protokoll liegt nicht vor. Nach der Tagesordnung sprachen D. Traub (Mitglied des preuß. Abgeordnetenhauses) über die Technik des Vortragswesens, Dr. Stresemann zum Thema „Warum müssen wir durchhalten", Prof. Dr. Abderhalden über Ernährungswirtschaft, Unterstaatssekretär Dr. Michaelis über den augenblicklichen Stand der Volksernährung. Über die Schwierigkeiten der Kriegsernährung und die Bekämpfung der Notlage referierten vom Standpunkt des Produzenten der Direktor der Raiffeisen-Organisation, Dr. Grabein, vom Standpunkt der Konsumenten der Geschäftsführer des deutschen Städtetages, Dr. Luther. Außerdem berichteten die Leutnants Henning und Wentscher vom Kriegspresseamt über Materialsammlung und Materialbenutzung zur Hebung der öffentlichen Stimmung.

[17]) Vgl. hierzu u. a. K. Helfferich, Der Weltkrieg, Bd. 2, Berlin 1919, S. 144 ff.

den Generalkommandos nach Bedarf zur Verfügung stellt.[18]) Auf Grund einer kürzlich erfolgten Besprechung mit den Lichtbildoffizieren ist die Heeresverwaltung zu der Überzeugung gelangt, daß die ganze Lichtbild- und Filmaufklärung in den Händen der Generalkommandos belassen werden soll, entsprechende Richtlinien werden in einigen Tagen den Generalkommandos zugehen. Wir glauben, daß das Filmamt den Generalkommandos gute Dienste leisten kann, wie dies beim XIV. Korps bereits der Fall gewesen ist.

Chef III b:

Ich möchte daran noch eine Bitte rein militärischer Art anknüpfen. Es sind in Deutschland mehrfach Gerüchte militärischer Art verbreitet gewesen, die geeignet waren, Beunruhigung hervorzurufen, und die unbegründet waren. Ich möchte bitten, dem weiter Aufmerksamkeit zuzuwenden und uns in die Lage zu versetzen, den vielleicht auch vom Feinde oder von ängstlichen Gemütern, die nicht zu Worte kommen dürfen, verbreiteten Gerüchten die Wurzel abzugraben. Unsere Auskunft wird immer zuverlässig sein. Das ist selbstverständlich. Ob eine Auskunft der militärischen Zweckmäßigkeit wegen immer möglich sein wird, ist eine andere Frage. Ich will als Beispiel folgenden Fall hervorheben:

Von der Absicht, im Westen einen gewissen Teil der vordersten Front aufzugeben, waren in Deutschland viele Gerüchte verbreitet. Wir waren garnicht in der Lage zu erklären: Nein. Denn dann hätten wir eine nicht zuverlässige Auskunft gegeben. Wir waren aber auch nicht in der Lage zu sagen: Ja. Denn es sollte geheim gehalten, durfte jedenfalls nicht öffentlich bestätigt werden. Wir konnten also nur erklären: es sind da so viele Gerüchte verbreitet über das, was da wird, daß wir zu einem einzelnen nicht Stellung nehmen können.

Es kommt aber noch etwas anderes hinzu. Die militärischen Ereignisse oder die Vorbereitungen unserer Operationen lassen sich sehr schwer geheim halten. Ein Krieg unter Ausschluß der Öffentlichkeit ist nicht möglich. Es gelangen Nachrichten in die Heimat und werden dort verbreitet, trotz aller Ermahnungen zur Verschwiegenheit, trotz allen Appells an das Pflichtgefühl, daß man auf Urlaubsreisen und in Feldpostbriefen nichts erzählen soll. Es geschieht eben doch.

Vor den Operationen an der Westfront war die Kunde weit in Deutschland verbreitet, und trotzdem ist es geglückt, dem Feinde die Vorbereitung und Durchführung dieser Maßregel geheimzuhalten. Das war nur dadurch möglich, daß der Feind, der auch von diesen Gerüchten Kenntnis erhielt, auch andere Nachrichten bekam, die ihn unsicher machten: was ist nun wahr? Der eine behauptet: die Deutschen wollen zurückgehen, der andere behauptet: nein, im Gegenteil, sie greifen an. Der eine spricht von einer Offensive hier, der andere von einer Offensive dort. So wird der feindliche Nachrichtendienst in Unsicherheit gebracht, und seine Nachrichten beschränken sich nicht auf die richtige Nachricht. Es kann sehr wohl möglich sein, daß wir von der Organisation, mit der Sie überhaupt Aufklärung treiben, auch für diese rein militärische Aufklärung gegen falsche oder schädliche Gerüchte Gebrauch machen. Appellieren wir in dieser Weise an Sie, dann erfordert es besonderes militärisches Verständnis und auch militärischen Takt, denn wenn man merkt, daß die Nachricht mit

[18]) Vgl. hierzu Nr. 136, Anm. 8.

Absicht verbreitet wird, so sagt sich natürlich jeder Mensch: das ist nicht wahr, denn welche Heeresleitung wird denn absichtlich die Wahrheit verbreiten über ihre Absichten? Es müßte also auf diesem Gebiete mit größter Vorsicht vorgegangen werden, damit kein Schaden entsteht. Ich möchte Sie aber auch um Ihre Mitarbeit bitten, wenn in dieser Richtung Wünsche von uns an Sie herantreten.

Kriegs-Ernährungsamt:

Das Kriegsernährungsamt bittet dringend um weitgehende Aufklärung über die Maßnahmen zur Lebensmittelversorgung und ihre Durchführung, da unter den Arbeitern, Arbeitervertretern, Betriebsleitern usw. eine unglaubliche Unwissenheit auf diesem Gebiete besteht. Die wirtschaftlichen Fachoffiziere der Kriegsamtstellen, die in unmittelbarer Verbindung mit dem Kriegsamt und dem Kriegs-Ernährungsamt stehen, dürften durchaus geeignet sein, die Generalkommandos mit dem notwendigen Aufklärungsstoff zu versehen. Wir können uns nicht darauf beschränken, die erlassenen Bestimmungen in der Presse zu erläutern, vielleicht wäre zu erwägen, ob nicht die drei mit der wirtschaftlichen Aufklärung sich befassenden Stellen, Kriegspresseamt, Kriegsamt, Kriegs-Ernährungsamt, periodisch zusammenkommen und dann die in diesen Besprechungen festgelegten und vom Präsidenten des Kriegs-Ernährungsamts genehmigten Richtlinien den Generalkommandos und der Presse zugehen sollen.

K.M. Dresden:

Ich habe mich überzeugen lassen, daß eine Zentralisation der Aufklärungsarbeit nicht möglich ist, bitte aber dringend, daß die mit dieser Arbeit beschäftigten Zentralstellen jedes ihrer Schreiben unter allen Umständen mit den Adressen versehen, an die die Schreiben gegangen sind. Anderenfalls ist es ungeheuer schwer, mit den einzelnen Stellen ins Benehmen zu treten.

VII. A.K.:

Mit der Aufklärungsarbeit des Kriegspresseamts kommen wir nicht aus. Arbeitervertreter müssen hauptamtlich in die städtischen Lebensmittelämter berufen werden, damit sie in engster Fühlung mit den Kommunalverbänden arbeiten. Wenn Arbeitervertreter außerdem den Nachschaukommissionen zugesellt werden und auf Grund eigener Anschauung ihre Berufsgenossen aufklären können, daß alles erfaßt ist, so wird dies weit mehr nützen, als wenn wir das Volk mit papierenem Trost versehen.[19])

Chef III b:

Meine Herren, ich glaube, daß das Kriegspresseamt sich vor dem „papierenen Trost" selbst hütet. Das Kriegspresseamt bleibt bei seinem Bestreben, zur Aufklärung beizutragen, und ich unterstütze noch einmal die Bitte des Vertreters des Kriegs-Ernährungsamts und bitte auch im Namen des Chefs des Kriegsamts, Exzellenz Groener, daß die aufklärende Tätigkeit des Kriegspresseamts von den Generalkommandos usw. unterstützt wird. Was außerhalb dieses Wirkungskreises des Kriegspresseamts für die Sache zu geschehen hat, gehört nicht zu unserer Entscheidung, nicht zu unserem Arbeitsgebiet.

[19]) Vgl. hierzu Nr. 289, Anm. 37, und Nr. 292, Anm. 6.

VII. A.K.:

Im VII. Korps sind freiwillige Ausschüsse gebildet worden, die durch öffentliche Vorträge, vor allem aber durch Bearbeitung von Person zu Person, wirken sollen, damit in alle Volksschichten die Aufklärung hineingetragen wird. Man darf dabei nicht schematisieren, sondern muß die einzelnen Stellen lose halten. Allerdings besteht dabei das eine Bedenken, daß die Möglichkeit einer ausreichenden Kontrolle, ob auch wirklich grundlegend gearbeitet wird, fehlt.

V. A.K.:

Es ist angeregt worden, mit der Aufklärungsarbeit an die bestehenden Organisationen anzuknüpfen. Das wird fast überall ohne nennenswerten Apparat möglich sein. Aber Kosten entstehen doch. Mindestens müssen neben den Reisekosten die baren Auslagen ersetzt werden. Die Generalkommandos aber haben dazu keine Mittel in der Hand.

Chef III b:

Die Kostenfrage kann hier nicht entschieden werden. Wir nehmen von der Anregung Kenntnis. Die Frage wird erwogen werden.[20])

X. A.K.:

Die Aufklärung durch Vorträge steht und fällt mit der Kostenfrage. Zur Deckung der Kosten sollte ein bestimmter Titel unseres Kriegsetats zur Verfügung gestellt werden mit der Einschränkung, daß nur notwendige Kosten daraus ersetzt werden.

XI. A.K.:

Ich unterstreiche die Kostenfrage. Diese spielt auch bei den Besprechungen mit den Pressevertretern dieselbe Rolle. Könnten wir den Zeitungen sagen, ihre Vertreter erhielten Militärfreifahrtscheine oder die Kosten würden ihnen ersetzt, dann wären die Besprechungen viel zahlreicher beschickt.

[...][21])

[20]) Vgl. hierzu Nr. 347.

[21]) Major Nicolai schloß die Vormittagssitzung mit Bemerkungen zu speziellen Zensurfragen.

322.

Telegramm des Legationssekretärs Freiherr v. Lersner an Staatssekretär Zimmermann. General Ludendorff über die Bekämpfung der antimonarchischen Propaganda.[1])

29. 4. 1917[2]), Gr. Hauptquartier, Nr. 626. — PA Bonn Polit. Abt., Auswärtiges Amt Gr. Hauptquartier, Bd. 245, handschriftl. Entwurf.[3])

Oberst Freiherr Marschall sprach mich gestern darauf an, daß dem Militärkabinett[4]) in letzter Zeit verschiedentlich Briefe zugegangen seien, die Seine Majestät aufforderten, für sich und die Hohenzollern dem Throne zu entsagen. Die Entente kämpfe ja nicht gegen[5]) das deutsche Volk, sondern gegen den Kaiser[6]) und die Hohenzollern. Hierbei beriefen sich die Briefschreiber auf Veröffentlichungen in der deutschen Presse, die aus ausländischen Zeitungen[7]) übernommen seien.

Euerer Excellenz telephonischer Weisung gemäß besprach ich dies mit General Ludendorff. Der General steht völlig auf dem Standpunkte Euerer Excellenz, daß ähnliche Veröffentlichungen in die deutsche Presse nicht aufgenommen werden dürfen.[8]) Er[9]) habe bereits gestern[10]) den Major Nicolai nach Berlin entsandt, zur[11]) Rücksprache mit dem Kriegsminister, damit solchen anti-

---

[1]) Vgl. hierzu Nr. 282.

[2]) Abgangsvermerk: 4 Uhr 30 nachmittags.

[3]) Für eine von Staatssekretär Zimmermann abgezeichnete Abschrift vgl. PA Bonn Nachr. Abt., Deutschland 9, Bd. 3.

[4]) Ursprünglich: „daß ihm".

[5]) In der Vorlage folgen die durchgestrichenen Worte: „Deutschland und".

[6]) Ursprünglich: „gegen ihn und".

[7]) Ursprünglicher Wortlaut: „aus der Auslandspresse übernommen".

[8]) Auf Grund des Telegramms Lersners wies der Direktor der Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amts, Deutelmoser, die Zensurberatungs- und die Postüberwachungsstelle des Amts an, derartige Pressestimmen grundsätzlich als „bedenklich" zu bezeichnen und an die militärische Zensur weiterzuleiten, die Anweisung habe, diese Presseäußerungen zu unterdrücken. Vgl. PA Bonn Nachr. Abt., Deutschland 9, Bd. 3.

[9]) Ursprünglicher Wortlaut: „Er ist gerne bereit, falls".

[10]) Ursprünglich: „gestern". Vgl. hierzu die nicht unterzeichneten „Notizen über Reise Berlin 28. und 29. April 1917" im Nachlaß Bauer Nr. 11, die — entgegen der Annahme bei Feldman, S. 347, Anm. 77 — von Nicolai stammen dürften. Sie sind zwar nur von Ludendorff und Bauer abgezeichnet, beschäftigen sich jedoch fast ausschließlich mit Presse- und Propagandafragen. Außerdem ist als Begleiter der enge Mitarbeiter Nicolais, Hauptmann Kroeger, namentlich erwähnt. — Als Ergebnis der Unterredung mit dem Kriegsminister wird in den „Notizen" festgestellt, daß beim Kultusministerium eine stärkere Hervorhebung der monarchischen Verdienste im Geschichtsunterricht der Schulen und auf den Universitäten angeregt werden sollte bzw. schon wurde. Vgl. Nr. 326a.

[11]) Ursprünglicher Wortlaut: „damit er mit dem Kriegsminister Rücksprache nimmt, wie den antimonarchischen Strömungen entgegengetreten werden könne".

monarchischen Strömungen erfolgreich entgegengetreten werde.[12]) Gleichzeitig übergab der General mir eine Zusammenstellung feindlicher Pressestimmen und der Propagandatätigkeit gegen Kaiser und Monarchie.[13]) Schriftstück[14]) geht an Euere Excellenz heute abend mit Kurier ab.[15])

Lersner.

[12]) Vgl. hierzu Nr. 326. In einer Lagebeurteilung Ludendorffs vom 19. 4. 1917 aus Anlaß der Denkschrift Czernins vom 12. 4. 1917 (vgl. Ritter, Bd. 3, S. 494 f.) heißt es: „Gestützt auf ihre Heere werden die Monarchien Mitteleuropas keine Schwächung des monarchischen Ansehens zu befürchten haben, wenn es gelingt, den Völkern beim Friedensschluß Erfolge einzubringen. Augenblicklich erscheint die Stimmung in Deutschland so gefestigt [vgl. Nr. 284—289], daß jede Annahme einer Minderung des monarchischen Ansehens als nicht stichhaltig zurückgewiesen werden muß. Nur wenn durch übereilten Friedensschluß keine Erfolge eintreten, dann wäre allerdings eine gefahrdrohende Minderung des monarchischen Ansehens zu befürchten." Vgl. PA Bonn Polit. Abt., Weltkrieg Nr. 2 geheim, Bd. 33.

[13]) Ursprünglicher Wortlaut: „Zusammenstellung aus der feindlichen Presse- und Propagandatätigkeit, die sich gegen Kaiser und Monarchie wendet."

[14]) Liegt nicht vor.

[15]) Vgl. hierzu Nr. 323.

323.

Vortragsnotiz des Direktors der Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amts für den Staatssekretär. Überlegungen angesichts der Möglichkeit eines gegen die Hohenzollern gerichteten Friedensangebots der Entente.

2. 5. 1917, A.N. 7837. — PA Bonn Nachr.Abt., Deutschland 9, Bd. 3, Ausfertigung.[1])

Nach der anliegenden Zusammenstellung[2]) scheint es mir immerhin nicht unmöglich, daß die Entente, die jetzt ja neue Kriegszielerklärungen planen soll, eines Tages plötzlich mit der offiziellen Kundgebung herauskommt: „Deutschland kann sofort einen günstigen Frieden haben, wenn die Hohenzollern abgesetzt werden."[3])

Es wird geraten sein, schon jetzt dafür vorzusorgen, daß eine etwaige Entente-

[1]) Von Staatssekretär Zimmermann ohne Datumsvermerk abgezeichnet.

[2]) Liegt nicht vor. Es ist zu vermuten, daß es sich um die von Frhr. v. Lersner erwähnte Sammlung feindlicher Pressestimmen (vgl. Nr. 322) handelte.

[3]) Wenige Tage später, am 8. 5. 1917, richtete der Chef der Armeeabteilung I des bayer. Kriegsministeriums, Major Frhr. Kreß v. Kressenstein, folgende Vortragsnotiz an den bayer. Kriegsminister (BHStA IV München MKr, 2114): „Wenn England durch das Mißlingen der englisch-französischen Offensive und durch die Erfolge des U-Bootkrieges gezwungen werden sollte, Einleitungen zu späteren Friedensunterhandlungen zu treffen, so darf mit der Wahrscheinlichkeit gerechnet werden, daß es die Gegensätze, die über Kriegs- und Friedensziele innerhalb der Mittelmächte bestehen, auszunützen sucht, um sich den Frieden zu erleichtern und Deutschland in innere Schwierigkeiten zu bringen.
Die Entente wird vielleicht erklären, daß sie bereit sei mit dem deutschen Volke zu verhandeln, nicht aber mit dem deutschen Kaiser, den sie als Repräsentanten des preußischen Militarismus und Imperialismus zu bekämpfen behauptet. [Hierzu bemerkte der Kriegsminister: Eine solche Forderung wird sie nur stellen, wenn sie nicht zu einem Friedensangebot *gezwungen* ist.]

erklärung dieses Inhalts allenthalben im deutschen Volk, besonders auch bei den Sozialdemokraten, auf fest geschlossene, entrüstete Gegenkundgebungen stößt. Dazu werden vor allem die Parteiführer rechtzeitig festgemacht werden müssen. Erstens weil sie wahrscheinlich selbst noch vorbereitende Schritte tun müssen, damit die Regie mit Sicherheit klappt. Zweitens aber auch deshalb, weil die Entente sich, sofern sie den Schritt überhaupt unternimmt, vermutlich gerade einen Zeitpunkt dazu aussuchen wird, wo der Reichstag nicht versammelt ist und demzufolge das einheitliche Handeln der Volksvertreter und der ihrem Einfluß zugänglichen Presse bedeutend erschwert ist.

Durch vertrauliche Vorbesprechung mit den Parteiführern könnte vielleicht auch die Frage geklärt werden, ob es nicht am Ende noch zweckmäßiger wäre, einer etwaigen offiziellen Kundgebung der Ententeregierungen schon jetzt durch eine geschlossene Erklärung des Reichstags zuvorzukommen.[4]) Das vorliegende

Wenn sich dann die Situation so gestalten wird, daß das kriegsmüde Volk den Frieden *ohne* Annexionen und *ohne* Entschädigungen, auf den es durch die sozialdemokratische Agitation vorbereitet ist, in greifbarer Nähe vor sich sieht, der deutsche Kaiser und seine oberste Heeresleitung aber die Fortführung des Krieges als nötig erklärt um unsere Feinde dahin zu bringen, daß sie den *von uns diktierten* Frieden — *mit* Annexionen und Kriegsentschädigungen — annehmen müssen; — wenn dann das Volk in seinem stürmischen Verlangen nach Frieden auf den König von Bayern hinweist als den Monarchen, der dem Reich den Frieden und Ordnung seiner inneren Verhältnisse im Sinne einer freiheitlichen Fortentwicklung des Staatslebens bringen soll — wie wird sich einer solchen Situation gegenüber die bayerische Presse — wie wird sich ihr gegenüber die Bayerische Staatsregierung verhalten?

Der Möglichkeit einer solchen Situation, die den Keim der schwersten Konflikte innerhalb des deutschen Reichs in sich tragen würde, müßte jetzt schon entgegengearbeitet werden. Die Reichsleitung und der König von Bayern müßten eine gemeinsame Parole ausgeben: ‚Ein billiger Frieden ohne Annexionen mit Rußland — Fortsetzung des Kampfes gegen England ohne Erbarmen, bis es auf den Knien um Frieden bettelt!'

Wenn eine derartige Aktion für nötig und zweckmäßig gehalten wird, ist es allerhöchste Zeit sie einzuleiten."

Generalleutnant v. Hellingrath entschied am 19. 5. 1917, nach der Rede des Reichskanzlers im Reichstag vom 15. 5. 1917 (Sten. Berichte, Bd. 310, S. 3395 ff.): „Der Reichskanzler hat gesprochen; mit ihm läßt sich nichts anfangen. Es würde aber vielleicht genügen, wenn im bayerischen Staats-Anzeiger unter xxx oder offiziös ein Artikel erschiene, der sich in obigem Sinne ausspräche. Bei der Aufmerksamkeit, mit denen alle aus Bayern kommenden Auslassungen verfolgt werden, wäre einem solchen Artikel die höchste Bedeutung gesichert, und die norddeutsche offiziöse Presse hätte Gelegenheit, sich zustimmend hiezu zu äußern." Generaloberst v. Einem schrieb dagegen am 2. 5. 1917 in einem Brief an seine Frau (Nachlaß Einem, Briefe): „Es dauert nicht mehr lange und England pfeift auf dem letzten Loch. Dann kommt das Friedensangebot, das uns nichts nimmt und nichts gibt, auf das die Sozis eingeschworen sind. Es ist unmöglich anzunehmen, denn tatsächlich hat man uns unsere Handelsgebiete in ganz Amerika und China genommen und dazu sämtliche Kolonien, die wieder aufgebaut werden müßten."

Die Überlegungen Deutelmosers und Kreß v. Kressensteins sind zu sehen auf der in jenen Tagen sehr optimistischen Beurteilung der Kriegslage, vgl. hierzu Nr. 293.

[4]) Die Vorlage ist auch an den Reichskanzler gelangt. In einem Randvermerk vom 4. 5. 1917 nahm er folgendermaßen Stellung: „Meo voto sollten Abschriften der Pressenachrichten den Parteiführern (konservativ, freikonservativ, nationalliberal, Zentrum, Freisinnige, Soz.Dem. — also nicht Polen u. soz.dem. Arb.Gem.) zugestellt werden mit der Anregung, bei der dritten Lesung des Etats [14.—16. 5. 1917] von sich aus Stellung gegen diese ausländischen Treibereien zu nehmen. Sehr dankbar wäre ich, wenn E. E. mit dem Freisinnigen v. Payer selbst entsprechend reden wollten." Einem Vermerk am Kopfe der Vorlage ist zu entnehmen,

Material aus der feindlichen Presse gäbe dazu ja eine durchaus hinreichende Unterlage. Vielleicht verhütet man so, daß die Entente überhaupt eine offizielle Erklärung losläßt. Das wäre für uns wohl sicher die beste Lösung, besonders im Hinblick auf die gewissenlosen Minderheits-Hetzereien, (vgl. z. B. Mehrings Telegramm für Stockholm)[5]) und die Lage in Österreich-Ungarn.[6])

Deutelmoser.

daß mit Schreiben vom 6. 5. 1917 folgende Reichstagsabgeordnete unterrichtet wurden Graf Westarp, Frhr. v. Gamp, Spahn, Prinz Schönaich, v. Payer, Ebert, Kaempf.

[5]) Es dürfte das Schreiben Franz Mehrings an den Vorsitzenden des Exekutivkomitees des Arbeiter- und Soldatenrats in Petrograd, Tscheidse, vom 29. 4. 1917 gemeint sein, vgl. A. Balabanoff, Die Zimmerwalder Bewegung 1914—1919, in: Archiv für Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, 12. Jg. Leipzig 1926., S. 370 ff.

[6]) Vgl. hierzu Ritter, Bd. 3, S. 494 f.

324.

Richtlinien für die Aufklärungs- und Propagandatätigkeit im Bereich des stellv. Generalkommandos des X. AK.[1])

10. 5. 1917, Hannover, Abt. II b 1 B. Nr. 1649 S, Vertraulich! — HStA Stuttgart XIII. AK, Abt. II, Bd. 69, gedrucktes Exemplar.[2])

In dem jetzt einsetzenden nach jeder Richtung hin *entscheidenden Abschnitt des Krieges bildet die Aufrechterhaltung einer opferfreudigen und zuversichtlichen Stimmung in der Bevölkerung* die erste Voraussetzung des Erfolges. *Die Oberste Heeresleitung hat sich daher entschlossen, die Aufklärungstätigkeit im Inlande im Anschluß an bereits vorhandene Organisationen zu fördern und sie unter Leitung je eines Aufklärungsoffiziers bei den stellv. Generalkommandos einheitlich zusammenzufassen.*[3])

Ziel.[4])

Unter unbedingtem Ausschluß politischer Streitfragen will die Aufklärungsstelle des Generalkommandos alle Mittel: Presse, Flugblätter, Flugschriften, Vorträge, Kirche, Schulen, Vereine, Theater, Kino usw. ausnützen, um Klarheit über Ursache und Zweck des Krieges zu verbreiten, der Verhetzung und Verärgerung mancher Kreise mit Erfolg entgegenzuarbeiten, die Zuversicht und Opferwilligkeit der Bevölkerung zu stärken und das Verständnis für die Kriegs-

[1]) Einem Vermerk zufolge sind die Richtlinien entnommen aus dem Vortrag des Aufklärungsoffiziers des stellv. Generalkommandos, Leutnant d. R. Dr. Spickernagel, anläßlich der Vorbesprechung der Behörden und Vereine am 10. 5. 1917. Vgl. auch die Rede Spickernagels über „Ziele und Wege der Kriegsaufklärung" vom 6. 9. 1917 vor den im Korpsbereich für die Aufklärung wirkenden Persönlichkeiten, StA Hannover Hann 122a, XXXIV, Nr. 367.

[2]) Die Vorlage wurde dem stellv. Generalkommando des XIII. AK am 20. 6. 1917 übersandt. Für ein weiteres Exemplar vgl. StA Hannover Hann 122a, XXXIV, Nr. 333. Kurze Zitate aus den Richtlinien bei Höhn, S. 555 ff.

[3]) Vgl. Nr. 124.

[4]) In der Vorlage sind diese und die folgenden Zwischenüberschriften als Marginalie ausgeworfen.

ereignisse zu erhöhen. Jeder Deutsche muß erkennen lernen, welche Gründe zu diesem Kriege gegen Deutschland geführt haben, daß es um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes geht, und daß wir gerade in den kommenden Monaten durchhalten müssen, um den Siegespreis für dreijährige Opfer und Entbehrungen zu erringen.[5])

Besondere Gesichtspunkte.

Hierfür kommen besonders folgende Gesichtspunkte in Betracht, die gewiß nichts Neues bieten, aber auf dem Gebiete der Aufklärung dürfen wir uns vor Wiederholung nicht scheuen, wir müssen die Wahrheit immer wieder in die Herzen unserer Volksgenossen hämmern:[6]) beim Feinde herrschen die gleichen schlechten Ernährungszustände. Sehr zutreffend ist das Wort, daß der Friede nicht gleichbedeutend mit Brot sei. Die Linderung der Ernährungsschwierigkeiten *ist nicht von einem baldigen, sondern nur von einem guten Frieden zu erwarten.* Nach dem Kriege wird u. a. wegen der schlechten Welternte alle Welt hungern, wir noch am wenigsten. Aber nach einem schlechten Frieden, der uns Kriegsentschädigungen und Gebietsverminderung auferlegen würde, könnte der Arbeiter hohe Lebensmittelpreise nicht bezahlen, die Landwirtschaft könnte nicht neu emporblühen, die vom Feinde beabsichtigten wirtschaftlichen Hemmungen würden nicht beseitigt, unser wirtschaftliches Leben käme nicht wieder in Gang. Infolgedessen ist es nötig. jetzt zu entbehren, um dann im Frieden etwas zu haben.[7]) Das gegenseitige Verständnis zwischen Stadt und Land muß gehoben werden. Hier kommen zwei Gesichtspunkte besonders in Frage:[8]) die *Beeinflussung des Landes*, damit es die Not der Stadt und die Notwendigkeit zur *Hergabe von Lebensmitteln* erkennt und die *Beeinflussung der Städter*, damit sie verstehen, daß die Leistungsfähigkeit des Landes nicht unbegrenzt ist. Die militärischen Erfolge, die nach dem übereinstimmenden Urteil aller berufenen Stellen entscheidende Tätigkeit unserer U-Boote gerade während der kommenden Monate[9]), die

[5]) In den „Richtlinien für die Aufklärungstätigkeit der Ausschüsse und Vertrauensmänner" des stellv. Generalkommandos des XII. AK vom Mai 1917 (HStA Stuttgart XIII. AK, Abt. II, Bd. 69) heißt es hierzu deutlicher: „Denn gerade jetzt muß das Wort vom Durchhalten Wahrheit werden. England, unser stärkster Feind, hat erkannt, daß es kein Mittel gegen deutsche Unterseeboote gibt, es hat erkannt, daß einige weitere Monate Unterseebootkrieg genügen werden, es völlig auszuhungern. [...] Es handelt sich einfach darum, ob wir noch einige Monate die seelische Stärke zum Durchhalten aufbringen."

[6]) Zum folgenden vgl. Nr. 321, Anm. 7.

[7]) Sowohl in den Richtlinien des stellv. Generalkommandos des XII. AK wie in denen des XVII. AK vom 25. 5. 1917 (für beide gilt der Nachweis in Anm. 5) erscheinen diese Thesen in ähnlicher Form.

[8]) Vgl. die Ausführungen des Chefs des Kriegspresseamts in Nr. 321.

[9]) Vgl. hierzu Anm. 5. Das stellv. Generalkommando des XVII. AK sah sich am 15. 8. 1917 veranlaßt, den mit der Propaganda befaßten Behörden und Persönlichkeiten „Wichtige Hinweise für die weitere Inlandaufklärung" zu geben (verteilt in ca. 650 Exemplaren), die sich in 17 Punkten fast ausschließlich mit den an den U-Bootkrieg geknüpften Hoffnungen beschäftigten. In ihnen heißt es: „Solche Friedenshoffnungen, die sich an bestimmte, dicht bevorstehende Zeitpunkte knüpfen, können zu einer erheblichen Gefahr werden; denn, wenn sie fehlschlagen, können sie zur Verminderung des Willens zum Durchhalten und zur Verringerung des Vertrauens in die leitenden Stellen führen." An anderer Stelle jedoch heißt es: „Es kann und muß jedem klar gemacht werden, daß die Zeit jetzt für uns arbeitet." Über die Genese dieses Schlagworts vgl. Nr. 314.

Kenntnis der Bedeutung unserer Hochseeflotte als siegreicher Schutz unserer unversehrten Küsten müssen verwertet werden, um die Stimmung zu heben.

Mittel und Wege.

Um dieses wichtige Ziel zu erreichen, müssen alle Kreise des Volkes, alle Behörden und privaten Organisationen *unter Hintansetzung politischer, wirtschaftlicher oder konfessioneller Gegensätze* einmütig zusammen arbeiten. Im Laufe des Krieges ist auf diesem Gebiete durch die freiwillige Aufklärungsarbeit privater Vortragsvereinigungen, seitens der Behörden, Vereine, Gewerkschaften, insbesondere auch durch die Tätigkeit der Presse, der Geistlichkeit und der Schulen außerordentlich Verdienstvolles geleistet worden. Es besteht diesseits nicht die Absicht, diese verdienstvolle private Tätigkeit in Zukunft irgendwie zu behindern. Das Generalkommando ist vielmehr der Überzeugung, daß die Hauptwirkung in der Aufklärungstätigkeit immer durch die Initiative, den Eifer und die Vaterlandsliebe der einzelnen erzielt werden wird.

Zusammenarbeit. Bericht an das Generalkommando.

Wenn aber viele Organe an der Aufklärung beteiligt sind, besteht naturgemäß die Gefahr, daß nebeneinander hergearbeitet wird, so daß teils doppelte Arbeit geleistet wird, teils manche Gebiete gar nicht beackert werden. Das Generalkommando bittet daher, daß es über die private Aufklärungstätigkeit in Kenntnis gesetzt wird. Um die Aufklärung rechtzeitig und in geeigneter Form an die richtigen Stellen leiten zu können, ist es notwendig, die *Stimmung* der einzelnen Landesteile zu kennen; deswegen erscheint es wünschenswert, daß das Generalkommando durch diese Berichte über die Stimmung und über besondere Vorfälle, insbesondere über etwa auftretende *beunruhigende Gerüchte* auf dem laufenden gehalten wird.

Andererseits möchte das Generalkommando allen im Korpsbereich vorhandenen und bewährten Organisationen seine *Unterstützung und Förderung* angedeihen lassen, insbesondere durch *Lieferung von geeignetem Aufklärungsmaterial und im Bedarfsfalle auch durch Entsendung von Rednern.* Auf jeden Fall ist eine Fühlungnahme der verschiedenen in der Aufklärungsarbeit tätigen Organisationen mit der Aufklärungsstelle des Generalkommandos sehr erwünscht.

Aufklärungsmaterial, Presse.

Als Aufklärungsmaterial kommt in Frage einmal die *Presse:* ihre Nutzbarmachung für die Aufklärung ist bereits durch die Presseabteilung des Generalkommandos seit Beginn des Krieges in die Wege geleitet und in den von Zeit zu Zeit stattfindenden Pressesitzungen ständig vertieft und erweitert worden.

Flugschriften.

Als ein gutes Aufklärungsmittel haben sich ferner *Flugblätter und Flugschriften* bewährt, da sie mit ihren aufklärenden Ausführungen auch jene Kreise erreichen, welche gar nicht oder doch nur sehr unregelmäßig Zeitung lesen. Das Generalkommando ist gern bereit, im Bedarfsfalle derartige Flugschriften, die nach Möglichkeit illustriert werden sollen, kostenlos zu liefern und nimmt Vorschläge und Anregungen in dieser Beziehung entgegen. Doch wird man sich vor einem Zuviel auf diesem Gebiete hüten müssen, weil sonst die Gefahr vorliegt, daß die Flugblätter nicht die nötige Beachtung finden. Flugblätter dürfen nicht unver-

mittelt kommen; sie haben nur dann eine Berechtigung, wenn sie aus *einem dringenden Tagesbedürfnis* heraus geboren werden.

Redner.

Bei richtiger Wahl der *Redner und des Vortragsstoffes* bildet das *gesprochene Wort*, wenn möglich in Verbindung mit authentischen bildlichen Darstellungen, zur Zeit das wirksamste Mittel der Aufklärung. Das Generalkommando ist damit beschäftigt, aus allen Teilen Deutschlands, insbesondere aber aus dem Korpsbereich, namhafte und bewährte Redner zu gewinnen, die den Vereinen, Behörden usw. namhaft gemacht und zur Verfügung gestellt werden können, falls die eigene Beschaffung geeigneter Redner auf Schwierigkeiten stoßen sollte. Im allgemeinen wird es sich jedoch empfehlen, solche Persönlichkeiten zu gewinnen, welche die *örtlichen* Verhältnisse kennen und das Vertrauen ihrer Mitbürger genießen.

Lichtbilder.

Den Herren würden auch *Lichtbilder* für ihre Vorträge zur Verfügung gestellt werden können, die entweder von der Aufklärungsstelle des Generalkommandos, oder durch ihre Vermittlung vom Bild- und Filmamt in Berlin, Zimmerstraße 72/74, bezogen werden. Das Generalkommando bittet, Wünsche nach Rednern unter Angabe der gewünschten Vortragsthemata und unter Bezeichnung, wann und in welchen Orten gesprochen werden soll, möglichst frühzeitig nach hier gelangen zu lassen. Falls bei den Behörden, Vereinen usw. Redner vorhanden sind, die besonders geeignet erscheinen, auch über den dortigen Wirkungsbereich hinaus Vorträge zu halten, wird um gefl. Mitteilung nach hier gebeten, damit die betreffenden Herren in die hier geführte *Rednerliste* übernommen werden können. Die entstehenden *Kosten* für die von hier zur Verfügung gestellten Redner würden vom Generalkommando übernommen werden.

Filme.

Auch *Filmvorführungen* können den Zwecken der Aufklärung wirksam dienen. Fast in allen größeren Provinzorten sind Lichtbild-Theater vorhanden, in denen von Zeit zu Zeit geeignete Sonder-Vorführungen für Vereine, Schulen usw. stattfinden können; aufklärende Filme nebst den dazugehörigen einleitenden Vorträgen können ebenfalls durch Vermittlung des Generalkommandos kostenlos bezogen werden.

Kirche.

Die *Geistlichkeit* aller Konfessionen hat bereits während des ganzen Krieges in vorbildlicher Weise für die Aufklärung gewirkt. Eine engere Fühlungnahme zwischen Generalkommando und Geistlichkeit würde diese Aufklärungstätigkeit sicherlich noch fruchtbringender gestalten. Die militärische Aufklärungstätigkeit könnte sich die Erfahrung der Geistlichkeit zu Nutzen machen, während die Herren Geistlichen ihrerseits aus dem reichen Material der militärischen Stellen schöpfen und ihre Betätigung über das Gebiet der Ernährungsfragen, der notwendigen Verständigung zwischen Stadt und Land, Erzeugern und Verbrauchern, der Werbung für die Kriegsanleihe hinaus auf Fragen, wie die Ursache des Krieges und die Notwendigkeit eines siegreichen Durchhaltens, erstrecken könnten.

Schule.

Die Schulen haben in hohem Maße dazu beigetragen, das Verständnis der Bevölkerung für manche Schwierigkeiten unserer Kriegswirtschaft zu erhöhen und haben, um nur ein praktisches Beispiel zu erwähnen, in Verbindung mit der Geistlichkeit für die Unterbringung der Stadtkinder auf dem Lande durch ihre aufklärende Tätigkeit dankenswerte praktische Arbeit geleistet. Die Aufklärung in den Schulen ist schon deshalb von großer Bedeutung, weil sie von den Kindern auf die Eltern weiterwirkt. An manchen Orten haben die Schulen große Erfolge auf diesem Gebiete mit der Einrichtung von sog. „*Eltern-Abenden*" erzielt.

Eltern-Abende.

Das Generalkommando würde es dankbar begrüßen, wenn die Schulbehörden der Ausgestaltung derartiger Einrichtungen weiterhin ihre Förderung angedeihen lassen würden.[10])

Freiwillige Hilfsausschüsse.

An vielen Orten bestehen bereits unter dem Namen von „vaterländischen Vortrags-Vereinigungen", „Wohlfahrts-Ausschüssen" und dergl. *freiwillige Vereinigungen*, die sich um die Hebung der Stimmung und die Aufklärung der Bevölkerung sehr verdient gemacht haben; sie sollen natürlich bestehen bleiben. Von Fall zu Fall müßte in Erwägung gezogen werden, ob ihre Zusammensetzung umfassend genug ist, um in der breiten Bevölkerung das nötige Vertrauen zu finden, oder ob man nicht *Zuwahlen* vornehmen kann, um *alle Schichten der Bevölkerung, alle Parteien und Konfessionen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer*[11]), *Männer und Frauen* in ihnen zu gemeinsamer fruchtbringender Arbeit zu vereinigen.

Mitwirkung der Frauen.

Die *Frau aller Stände*, die in dieser Kriegszeit ein ganz besonderes Maß von Sorgen und Lasten, Entbehrungen und Opfern zu tragen hat, verdient vor allem bei unseren Bestrebungen Berücksichtigung. Das Generalkommando wird sich freuen, wenn es gerade auch die *Mitwirkung der Frauen-Organisationen* für die Zwecke der Aufklärung gewinnen könnte.

Gedenkfeiern.

Willkommene Gelegenheiten zu aufklärender Tätigkeit haben den freiwilligen Hilfs-Ausschüssen die Feiern großer militärischer Erfolge geboten. Hoffentlich

[10]) In den Richtlinien des stellv. Generalkommandos des XII. AK (vgl. Anm. 5) heißt es hierzu: „Als Ort der Vorträge ist möglichst das Gasthaus zu wählen, nur in Ausnahmefällen die Schule. Der Zuhörer will ungezwungen sitzen und nach des Tages Last und Mühen ein Glas Bier trinken (Wirt rechtzeitig in Kenntnis setzen, damit er, wenn möglich, Bier besorgt!)."

[11]) Bei einer vom sächs. Kriegsministerium veranstalteten Besprechung über Aufklärungsfragen am 24. 5. 1917 berichtete Hauptmann d. R. Ritter von der Kriegsamtstelle im Bereich des stellv. Generalkommandos des XIX. AK, daß von den Arbeitgebern benannte Arbeiter als Vertrauensleute für die Aufklärung eingesetzt werden würden. Die Arbeiter wurden zu diesem Zweck z. T. vom Feldheer reklamiert; HStA Stuttgart XIII. AK, Abt. II, Bd. 69, vgl. auch Nr. 329. Das stellv. Generalkommando des VII. AK empfahl in einer Besprechung mit den Landräten am 4. 5. 1917 (vgl. StA Koblenz 403, Nr. 12643) die Hinzuziehung von Arbeitern zu den Lebensmittelausschüssen, wie schon in der Besprechung vom 4. 4. 1917 (Nr. 321).

bietet auch die kommende Zeit bald wieder Anlaß zu derartigen Veranstaltungen. Dem Aufklärungsoffizier des Generalkommandos liegt der besondere Wunsch auf dem Herzen, daß diese freien Vereinigungen den 31. Mai zum Anlaß einer schlichten, dem Ernste der Zeit angepaßten Gedenkfeier der *Schlacht vor dem Skagerrak* nehmen möchten. Dem deutschen Volke muß zum Bewußtsein gebracht werden, daß ohne den Sieg vor dem Skagerrak, d. h. ohne den siegreichen Schutz unserer unversehrten Küsten unser U-Bootkrieg gegen England nicht möglich wäre. Die weltgeschichtliche Bedeutung dieses Tages in dem Kampf gegen England muß hervorgehoben werden.

Mündliche Beeinflussung durch Vertrauensmänner.

Wichtiger noch als diese Arten der Aufklärung ist die *mündliche Beeinflussung von Mann zu Mann, von Angesicht zu Angesicht.* Wir möchten gerne eine möglichst große Anzahl geeigneter Persönlichkeiten gewinnen, die als *Vertrauensmänner* für die Aufklärung im Korpsbereich tätig sein und den von uns zur Verfügung gestellten Stoff bis in die kleinsten Kanäle der Bevölkerung hineinleiten können. Hierbei wären in erster Linie die bereits bei der Werbung für die Kriegsanleihe erfolgreich tätigen Persönlichkeiten zu berücksichtigen.

Schwierigkeiten.

Das Arbeitsgebiet, das vor uns liegt, ist umfangreich und schwierig. Die Länge des Krieges, die unerhörten Anforderungen, die der Krieg an jeden einzelnen stellt, insbesondere die Ernährungsschwierigkeiten, welche uns durch die englische Blockade auferlegt werden, bedeuten für unser Volk eine sehr harte *seelische Belastungsprobe.* Der tägliche Kleinkampf wirtschaftlicher Sorgen hat manche müde und mutlos gemacht. Das Feuer der Begeisterung ist bei vielen erloschen. Die Selbstsucht tritt wie in allen Zeiten der Gefahr stärker hervor. Eine gewisse Kriegsnervosität hat die Menschen erfaßt und hemmt das freudige Zusammenarbeiten aller für das Gemeinwohl. Zudem bringt die notwendige Umstellung unserer Volkswirtschaft auf den Krieg manche Schwierigkeiten und Hemmungen mit sich, die der Bevölkerung nicht immer erklärlich scheinen und daher viel unnötige Erbitterung schaffen. Fortwährend kommen neue Verordnungen, um die Maschine unserer Kriegswirtschaft im Gange zu halten, was heute richtig ist, trifft morgen schon nicht mehr zu; die Schuld liegt aber zumeist nicht bei den Behörden, sondern in den Verhältnissen. Auf der einen Seite gibt es ungezählte Möglichkeiten, auf unlautere Weise viel Geld zu verdienen und auf der anderen Seite geben Mangel und Sorgen gewissenlosen Einflüsterungen willig Gehör. Da gilt es aufzuklären, zu stärken, zu raten und zu helfen.

Stimmung.

Die Stimmung unseres Volkes ist trotz aller nach dreijährigen Opfern und Entbehrungen nur zu begreiflichen Friedenssehnsucht eine durchaus gute. Ungeachtet mancher betrübenden Teilerscheinungen[12]), die uns das Leben der

[12]) In den Richtlinien des stellv. Generalkommandos des XII. AK (vgl. Anm. 5) wurden in diesem Zusammenhang vor allem die „aus Gedankenlosigkeit" geschriebenen Klagebriefe an die Soldaten im Felde erwähnt. Der Abschnitt schließt mit folgender Aufforderung: „Darum: wer nicht genügend eigene Gedanken zur Abfassung eines Briefes ohne Klagelieder hat, beschränke sich lieber auf die Absendung einer Postkarte mit kurzen, aber erfreulichen Mitteilungen!"

Gegenwart bietet, erscheint die Gesamtleistung unseres deutschen Volkes doch riesengroß. Um diese Leistung voll zu ermessen, stehen wir den Dingen noch zu nahe.

Mitarbeit aller Kreise.

Unsere *Aufklärungstätigkeit wendet sich an alle Kreise*, ob hoch oder niedrig, reich oder arm, überall soll sie wieder die Opferfreudigkeit stärken, der ungerechten Kritik steuern, den Glauben an die beste Absicht der Behörden erhalten, die Wahrheit verbreiten. Vor allem aber wollen wir immer wieder bei unserer Aufklärungsarbeit auf den Hauptschuldigen für unsere inneren Schwierigkeiten hinweisen, der jenseits des Kanals auf der Insel sitzt. Die Aufklärungstätigkeit wendet sich an alle Kreise, aber sie kann ihre Aufgabe nur dann erfüllen, wenn *sie von allen Kreisen gefördert wird; sie darf nicht von außen kommen*, wir bedürfen der *freudigen Mitarbeit aller.*

Die Aufklärung als Mittel der Kriegführung.

Wenn sich die Oberste Heeresleitung jetzt entschlossen hat, die Aufklärungstätigkeit im Inlande zu fördern, so geschieht es nicht etwa aus der Besorgnis heraus, daß unser Volk in den kommenden entscheidenden Monaten nicht durchhalten werde. Auch ohne Aufklärungsarbeit würden wir über die nächsten Monate hinwegkommen. Aber die Oberste Heeresleitung hat erkannt, daß die Stimmung der Bevölkerung ein sehr wirksames *Mittel der Kriegführung ist* und daher spannt sie jetzt die sittlichen Kräfte des Volkes an, um die Stoßkraft unserer gesamten Kriegführung für den Endkampf im Sinne Hindenburgs durch den „*Furor teutonicus*" zu verstärken. Richtig geleitete Aufklärung wird uns das Durchhalten erleichtern, wird manchen Argwohn im Volke beseitigen, wird unser öffentliches Leben von mancher unnötigen Spannung und Hemmung befreien. Wenn durch unsere Aufklärungstätigkeit das gegenseitige Verständnis wächst, wenn die Schranken, die zu Beginn des Krieges wie vor einer Zaubergewalt gefallen waren, und die wir nun im dritten Kriegsjahre wieder in Mißverstand, in Mißgunst und in Mißtrauen zwischen den Kreisen der Bevölkerung aufgerichtet sehen, niederbrechen, dann wird unsere Tätigkeit nicht nur dazu beitragen, den *Sieg* zu erringen, sondern sie wird vor allen Dingen wertvolle Vorarbeit für die kritische *Zeit der Demobilmachung* leisten, in der neue und wichtige Ziele der Aufklärung auftreten werden und der jetzt schon alle in der Aufklärung tätigen Persönlichkeiten gewissermaßen als *Kommissare der geistigen Übergangswirtschaft* ihre Aufmerksamkeit widmen sollten. Wenn wir in diesem Geiste an unsere Arbeit gehen, werden wir Erfolg haben. Dann wird sich auch für uns *Hindenburgs* Verheißung erfüllen: „*Wenn auch das Heer in der Heimat durchhält, sind wir des Sieges gewiß!*"

325.

Schreiben des stellv. Generalkommandos des XIII. AK an das Kriegspresseamt.[1]) Organisation des militärischen Aufklärungsdienstes im Bereich des stellv. Generalkommandos.

16. 5. 1917, Stuttgart, Nr. A.O. 43739. — HStA Stuttgart XIII. AK, Abt. II, Bd. 60, Entwurf.[2])

Auf Grund der am 20. und 21. April im Deutschen Reichstag stattgehabten Besprechungen[3]) ist der vom stellv. Generalkommando des 13. A.K. dazu entsandte Vertreter Oberleutnant d. R. *Hermelink* (im Zivilberuf ord. Professor der Kirchengeschichte an der Universität Marburg) zum Aufklärungsoffizier des stellv. Generalkommandos (A.O.) bestellt worden. Er hat die schon bestehende Organisation der Truppenaufklärung weiter auszubauen, sowie im Verein mit den dazu bestellten Zivilbehörden (Mittelstelle[4]) und Landesausschuß für Volksaufklärungen), die Inlandaufklärung durch Wort und Bild auf jede Weise zu fördern.[5])

Die „Mittelstelle", an deren Spitze der Direktor des evang. Oberschulrats, Dr. von *Hieber*, steht, arbeitete bisher in der Weise, daß einerseits sämtliche im Lande angestellten Schulinspektoren (in 28 Bezirken) die Volksaufklärung innerhalb ihres Tätigkeit-Bereichs wahrnehmen; andererseits bestehen in jedem der 64 Oberämter „Bezirks-Kriegsausschüsse", die in erster Linie die Volksaufklärung über die Volksernährung usw. sich zur Aufgabe machen und ebenfalls der „Mittelstelle" unterstehen. Die weitere Organisation des militärischen Aufklärungsdienstes ist nun in der Weise gedacht, daß jedem der Schulinspektoren je ein Offizier (aus der Reihe der in der Truppenaufklärung bisher bewährten Herren) beigegeben wird, der zugleich mit den ihm zu nennenden (3 bis 4) Bezirks-Kriegsausschüssen des betr. Bereichs Fühlung aufnimmt. Der Aufklärungsoffizier des stellv. Generalkommandos arbeitet in steter enger Fühlungnahme mit der Mittelstelle. Durch ihn geht zugleich die Verbindung mit dem Bild- und Film-Amt in Berlin für den Gesamtaufklärungsdienst für Württemberg.[6])

[1]) Auf dessen Schreiben vom 28. 4. 1917, Nr. 13259 IV f, das nicht vorliegt.

[2]) Nach einem handschriftlichen Vermerk am Kopf der maschinenschriftlichen Vorlage ist das Schreiben am 16. 5. 1917 abgegangen.

[3]) Vgl. Nr. 321, Anm. 16.

[4]) Vgl. Nr. 129, Anm. 4.

[5]) Am 15. 5. 1917 beantragte das stellv. Generalkommando des XIII. AK beim württ. Kriegsministerium Mittel für den Kauf von Vorführungsapparaten und Büchern in Höhe von 3.300,— Mark. Am 8. und 9. 6. 1917 wurde eine Aufklärungstagung veranstaltet, bei der u. a. Hauptmann d. L. Kornemann (Professor für alte Geschichte an der Universität Tübingen) über Erfahrungen bei Vorträgen im Feld und in der Heimat referierte. Eine Sammlung der Vorträge der Tagung erschien unter dem Titel: „Aufklärungsdienst in Württemberg". Für die Vorgänge vgl. HStA Stuttgart WKM, Abt. A, Bd. 1727.

[6]) Zur Propagandatätigkeit in Württemberg vgl. Nr. 329, 335, 338, 354 und 365. Das stellv. Generalkommando des XIV. AK sah zunächst davon ab, eine eigene Organisation neben den seit längerem bestehenden Volksaufklärungsausschüssen (vgl. Nr. 129, Anm. 1) aufzubauen. Es begnügte sich damit, einzelne Offiziere an den Sitzungen der Ausschüsse der Amtsbezirke

Es wird gebeten, dem A.O. des stellv. Generalkommandos des 13. A.K. (Abt. II d A.O.) ein komplettes Exemplar der D.K.W.[7]) (einschließlich der bisher erschienenen Nummern), sowie die sonstigen Veröffentlichungen des Kriegspresseamtes regelmäßig zukommen zu lassen. In der Anlage[8]) ist ferner eine Liste der bisher für Aufklärung tätigen Offiziere mitgeteilt, an welche von nun an ebenfalls je ein Exemplar der D.K.W. und der M.b.K.[9]) regelmäßig zu senden wäre. Weitere Adressen werden noch mitgeteilt werden.

Von seiten des stellv. General-Kommandos
I. V.
gez. Hummel[10])
Oberstleutnant.

teilnehmen zu lassen. Aber schon im Juni 1917 forderte das stellv. Generalkommando eine stärkere Beteiligung und schlug die Bildung eines zentralen Ausschusses (4—6 Personen) für die Aufklärungsarbeit vor, dessen Geschäftsführer und Exekutivorgan der Chef der Aufklärungsabteilung des stellv. Generalkommandos sein sollte. Das bad. Ministerium des Innern akzeptierte diesen Vorschlag mit spürbarer Verärgerung. Vgl. GLA Karlsruhe Abt. 456, Bd. 84.

[7]) Vgl. Nr. 321, Anm. 14.

[8]) Liegt nicht vor.

[9]) „Mitteilungen betreffend Kriegsaufklärung". Vgl. hierzu Archivalische Forschungen 4/II, Nr. 89, S. 500 f.

[10]) Handschriftlich eingefügt.

326.

Besprechung der zentralen militärischen und zivilen Behörden im preußischen Kriegsministerium betr. Maßnahmen gegen die feindliche antimonarchische Propaganda.

326a: Protokoll der Besprechung.[1])

25. 5. 1917. — PA Bonn Nachr.Abt., Deutschland 13, Bd. 1, handschriftlich.[2])

Oberst **v. Wrisberg:** Passives Zusehen geht nach Ansicht der Heeresverwaltung nicht weiter. Feinde draußen und drinnen sind lebhaft am Werk. — *Geschickte* Arbeit nötig.

[1]) In der Aufzeichnung des preuß. Kriegsministeriums über die Ergebnisse der Sitzung (vgl. Nr. 326b, Anm. 3) sind als Teilnehmer an der Besprechung vermerkt: Oberst v. Wrisberg, Oberst Waitz, Oberst v. Meiß, Major van den Bergh, Major Graf v. Büdingen, Major Grau und Hauptmann Pfaff (preuß. Kriegsministerium), Major Nicolai und Hauptmann d. R. Kliewer (Oberste Heeresleitung), Major Stotten (Kriegspresseamt), General Brose (stellv. Generalstab), Major Graf zu Waldeck (Militärkabinett), Oberstleutnant v. Haeften (Militärische Stelle des Auswärtigen Amts), Ministerialdirektor Deutelmoser (Auswärtiges Amt), Ministerialdirektor Lewald und Landrat v. Jacobi (Reichsamt des Innern), Geh. Oberregierungsrat v. Eichmann (Reichskanzlei), Regierungsrat Dr. Wolff (preuß. Staatsministerium), Geh. Oberregierungsrat v. Roedenbeck (preuß. Ministerium des Innern), Oberregierungsrat Dr. Graeber (preuß. Kultusministerium), Graf zu Rantzau (preuß. Ministerium des königl. Hauses), ein Vertreter des Zivilkabinetts war nicht erschienen.

Graf Büdingen: Feind arbeitet mit Fliegerabwurf und Einfuhr über Holland usw. Das Ganze eine Teilerscheinung der allgemeinen internationalen Propaganda. — Gemeine Schmäh- und Hetzartikel gegen den Kaiser. Antimilitaristische Tendenzen spielen hinein.

Unabhängige Sozialdemokratie beteiligt sich anscheinend an der feindlichen Arbeit durch ihre Flugblätter. Prozesse wegen Landesverrats schweben.

Verhetzungen leider nicht ohne Erfolg. Weite Kreise gegen Regierung verhetzt.

Maßnahmen: Erlaß an Stellv. General-Kommandos zur besseren Grenzüberwachung.

Kultusministerium Aufklärung in den Schulen.[3])

Flieger die Hetzblätter abwerfen, werden erschossen.[4])

Besprechungen mit der Presse (KPrA 11. 5. — Reichskanzlei 21. 5.[5])

v. Wrisberg: 1. Kleinere Presse mehr mit Stoff speisen.

2. Frontbriefe an die kleine Lokalpresse.

Lewald:[6]) Material den Abgeordneten noch mehr erschließen.[7]) Auch Sozialdemokraten werden die Gefahr dann klar erkennen und mitmachen (Auslage der Schriften!). Abgeordnete werden dann auch ihrerseits noch Anregungen geben. Frontpropaganda beim Feind verstärken! Sozialdemokratische Feldpost[8]) ausnutzen! Verhaftungen Sozialdemokratischer Minderheits-Abgeordneter *vorsichtig* handhaben. Die Courage ist nicht mehr so groß wie im Falle Liebknecht.[9]) Zumal keine Festnahme auf frischer Tat, so daß Reichstag gefragt werden muß.[10])

---

[2]) Es handelt sich um eine während der Sitzung angefertigte Niederschrift des Ministerialdirektors Deutelmoser. Für die Vorlage benützte Deutelmoser zunächst die Rückseite der Einladung zu der Besprechung durch das preuß. Kriegsministerium vom 22. 5. 1917, die Bezug nahm auf das Schreiben des Chefs des Generalstabes des Feldheeres vom 12. 4. 1917 (vgl. Nr. 282). Deutelmoser hat in der Vorlage die Namen der Sprecher, z. T. mehrfach, unterstrichen, dies bleibt bei der Wiedergabe unberücksichtigt.

[3]) Vgl. hierzu Nr. 322, Anm. 10.

[4]) Mit Schreiben vom 11. 5. 1917 teilte das preuß. Kriegsministerium den stellv. Generalkommandos eine Weisung des Chefs des Generalstabes des Feldheeres an die Heeresgruppen mit, in der es hieß: „Feindliche Flieger [an] der Westfront haben aufreizende Schriften, besonders auch solche gegen den Allerhöchsten Kriegsherrn, abgeworfen. Diese Tätigkeit steht außerhalb der Kriegshandlung. Feindliche Flieger, bei denen derartige Schriften gefunden werden oder die sich des Abwurfs solcher Schriften schuldig gemacht haben, sind kriegsgerichtlich abzuurteilen." Das preuß. Kriegsministerium forderte die stellv. Generalkommandos zu gleichem Vorgehen auf. Vgl. StA Koblenz 403, Nr. 14132. Vgl. auch Marwitz, S. 241 f.

[5]) Vgl. z. B. die Ausführungen des Kriegspresseamts bei der Pressebesprechung vom 21. 5. 1917, MGFA MA/RMA, Nr. 2357, XVII. 1. 5. 13, Bd. 2.

[6]) Deutelmosers Schreibweise in dieser Aufzeichnung: „Lehwald".

[7]) Vgl. hierzu Nr. 323, Anm. 4.

[8]) Vgl. hierzu Nr. 160, Anm. 8.

[9]) Vgl. hierzu Nr. 147, Anm. 4.

[10]) Der Sinn des Satzes ist unklar. Nach Art. 31 der Reichsverfassung konnten Reichstagsabgeordnete, wenn sie bei Ausübung einer strafbaren Handlung betroffen wurden, ohne Genehmigung des Reichstages verhaftet werden.

v. Wrisberg: Franzosen und Russen mehr gegen England aufhetzen. Kriegs-Ministerium legt darauf besonderen Wert. Vortrags-Propaganda![11])

Benehmen mit *allen* Parteien (auch Konservative!) wegen Vorträgen in den Städten (Heydebrand, Stresemann, Groeber).

Haeften: Fürstlichkeiten an der Front usw. viel zu wenig aktiv beim Kontakt mit Soldaten oder bei ernster Arbeit. Kronprinz im Verkehr mit der Truppe.[12]) — Films und Bilder! — Ähnlich daheim. — Neutrale Berichterstatter. — Wirkung so ohne Byzantinismus[13]), rein menschlich.

v. Jacobi: Auf kleine Presse leicht durch Behörden einzuwirken. — Filmarbeit sehr wertvoll! *Konservative* haben schon Redepropaganda organisiert und Weisungen dazu erteilt.

Nicolai: Pressearbeit ist vergeblich wenn nicht Geschlossenheit auch auf *andern* Gebieten gewahrt wird. — Einspruch der Frankfurter Zeitung gegen Zensur-Unterdrückung des Arbeiter- und Soldaten-Aufrufs.[14]) — *Wurzel* der Sache liegt viel tiefer im Gebiet der hohen Politik.[15]) *Alle Arbeit ist umsonst, wenn nicht eine starke Innere und äußere Politik geführt wird.* Section IV bei Abteilung IIIb verfolgt feindliche Bewegung d. h. bearbeitet *feindliche* und *deutsche Presse*, *Abwurfsachen* und *Gerüchte* (z. B. Kaiser Hauptaktionär der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft).[16]) *Sammelstelle* im GrHQu. lassen.—Alles Material dorthin leiten. *Franzose* gegen deutsche Propaganda *geschlossen ablehnend.* Elan groß (Kampf im eignen Land). Auch *Russen* noch längst nicht fertig. — Hetzerische Propaganda lehnt Front ab.

v. d. Bergh: *D.-K.*[17]) haben besonders in Kleiner Presse gut gewirkt. Ebenso *D.K.W.*[18]) auf Führer aller Stände (Pfarrer, Lehrer usw.). —

v. Wrisberg: Früher französische Presse [...][19]) kaiserfreundlich (Boulanger Zeit). — *Hauptsache* im übrigen: „Starke innere und äußere Politik."

---

[11]) Vgl. hierzu Nr. 140 und 321.

[12]) Vgl. hierzu auch Nr. 269, Anm. 4. Selbst General M. v. Eberhardt kritisiert in seinen Erinnerungen (Nachlaß Eberhardt, Nr. 14) das z. T. vorschriftswidrige Auftreten des Kronprinzen bei Truppenparaden.

[13]) Vgl. hierzu Nr. 327.

[14]) Vgl. hierzu Nr. 70, Anm. 20.

[15]) Vgl. hierzu die Aufzeichnungen Nicolais über seine Unterredungen in Berlin am 28./29. 4. 1917 (Nachlaß Bauer, Nr. 11). Unterstaatssekretär Wahnschaffe lehnte den Vorschlag der OHL, eine einheitliche „Presseleitung" bei der Reichskanzlei zu errichten, ab. (Vgl. auch Nr. 336). Auch der preuß. Kriegsminister war nicht geneigt, die Oberzensurstelle in seinen Verantwortungsbereich zu übernehmen, weil er nicht Gefahr laufen wollte, vor dem Reichstag über einzelne Zensuranordnungen Rede und Antwort stehen zu müssen.

[16]) Vgl. die Auszüge aus den Zusammenstellungen in: Archivalische Forschungen 4/II, Nr. 109, 111 und 121, S. 524 ff. Vgl. hierzu Nr. 322 und 323, Anm. 2. Auch der preuß. Kriegsminister, dem Nicolai am 28. 4. 1917 (Nachlaß Bauer, Nr. 11) eine entsprechende Zusammenstellung vorlegte, zeigte sich sehr beeindruckt und bat um 14-tägige Berichterstattung.

[17]) Vgl. Nr. 321, Anm. 10.

[18]) Vgl. Nr. 321, Anm. 14.

[19]) Das Wort an dieser Stelle der Vorlage ist nicht eindeutig zu entziffern. Vermutlich handelt es sich um eine ungewöhnliche Abkürzung für „zum Teil".

Lewald: Begriff Stärke „sehr dehnbar". Die Einen sehen Stärke im Mut zum Liberalismus. Die Andern in der Reaktion. — Angesichts der geschlossenen Stimmung im Verfassungs-Ausschuß fragt Lewald: Ist Politik der *Osterbotschaft* oder Politik *Heydebrands* eine starke Politik.

Nicolai: Vergleich mit Siegfriedstellung: Mitte halten, Flügel verteidigen. „Bis hierher und nicht weiter".

Lewald: Also: „Man weiß was man will."

v. Wrisberg: „Aber die Andern müssen es ebenfalls wissen." — Im übrigen: Einwirkung der Regierung auf Stimmung des Volkes durch „führendes Eingreifen und Hervortreten". Dies gerade auch in monarchischem Sinne, z. B. Einwirkung auf *Abgeordnete.* Vorträge halten lassen durch sie. — Parole: Jeder kehre vor seiner Tür. Mache Gerüchte tot. — *Klubs* das Maul stopfen! — *Regierung die wir haben stützen!* In letzter Linie fällt alles *auf Seine Majestät.* — *Festnahme von Hetzern.*

Haeften: *Aufziehen von Pressefeldzügen glückt bei uns nie.* Schuld nicht an Presse sondern an Regie. Z. B. mangelhafte Ausnutzung von Rede Kämpf[20]) [und][21]) Dankablehnung Cohn.[22]) — M[ilitärische Stelle des] A[uswärtigen A[mts] hat Erfahrung gemacht, daß die Presse ganz gut mitgeht, wenn man sie richtig ansetzt.[23])

Lewald: *Was fehlt, ist vor allem Sinn der Zeitungsleiter für Propaganda.* Sie kochen zuviel *Parteisuppen.* Gegner darin ganz anders. *Individuelle Schreibweise.* Presse druckt alberne Romane und redet dann von Papiernot!

Waitz: *Geeignete persönliche Beeinflussung der Presseleiter ist nötig. Empfänglichkeit dazu da.*

Nicolai: Unterstützt Lewald und Waitz. — Wir stoßen in Aufklärung stets auf *Grenzen* und werden *müde. Wir verlangen Leitung.* Nicht Losarbeiten von 12 getrennten Stellen.[15]) *Geschlossenheit* ist notwendig. General-Commando I. bayr. Corps.[24])

Haeften: *Eine Reichsstelle* muß da sein, die nichts anderes macht als Propaganda vorbereiten und *führen!*[25])

Lewald: *Nachrichten Stelle Reichsamt des Innern hat durch rechtzeitiges Vorbauen Politik sehr erleichtert* (Jesuitengesetz. — Wirtschaftsleben).[26])

1. *Notwendigkeit einheitlicher* Leitung anerkannt!
2. *Diese Stelle* allseits unterstützen.

---

[20]) Rede des Präsidenten des Reichstages am 2. 5. 1917 anläßlich des Eintritts der Vereinigten Staaten in den Krieg, Sten. Berichte, Bd. 309, S. 2945 f.

[21]) In der Vorlage schließt sich ohne das verbindende „und" eine neue Zeile an, in der die Worte „mangelhafte Ausnutzung von" durch Wiederholungszeichen ersetzt sind.

[22]) Vgl. Nr. 298, Anm. 17.

[23]) Am Rande der Vorlage der Vermerk: „Milit[är hat es] leichter als anderwärts".

[24]) Worauf Nicolai hierbei anspielte ist nicht bekannt.

[25]) Vgl. Anm. 15.

[26]) Vgl. Braun, S. 101. — Die folgende Aufzählung (1.—3.) ist in der Vorlage sowohl vom Vorhergehenden wie vom Nachfolgenden deutlich abgesetzt.

3. *AN*[27]) soll die Sache machen. *Schnell* handeln![28])

Kultusminister versendet Runderlaß und regt darin Einwirkung an.[3])

v. Jacobi: Bundesregierungen sind zu verständigen.

Haeften: *Versammlung der Bundesregierungen über Filmpropaganda*[29]) *findet im Juni statt.*

Nicolai: *Schulabende!* Für Knaben und Mädchen. — Vorträge verwundeter Offiziere. — *Films* usw. —

v. Wrisberg: Dafür befreien von Schularbeiten Tags darauf. Oberkirchenrat. *Heranziehen der Frauen* ist unbedingt notwendig.

Stotten: Mündliche Aufklärungstätigkeit wird vom KPrA auch durch engen Kontakt mit ca. 1000 Vereinen, darunter auch Frauenvereinen [gefördert].[30]) Aufklärung im *Inland* viel wichtiger als Arbeit im *Auslande!*

v. Wrisberg: pflichtet dem letzten Satz lebhaft bei. Befürwortet ebenfalls sehr lebhaft die mündliche Aufklärung unter den Frauen durch die Vereine. Auch hierin muß die *leitende Stelle* alles tun. *Lazarette* auch berücksichtigen.

Nicolai: erbittet vom Kriegs-Ministerium Auskunft, ob heimkehrende *Kriegsgefangene* antimonarchisch beeinflußt worden sind. *(Arbeit der deutschen Propaganda [an den]*[31]) *Kriegsgefangenen der Feinde bei uns!* Auch wegen *Wiederanknüpfung der zerrissenen Fäden!)*

v. Wrisberg: Hilfsdienstkreuze auch mehr an *Frauen* verleihen.

Stotten: Presse muß viel leiden. — *Mehr Orden an Presse* verleihen!

v. Wrisberg: Wie kann S. M. mehr in den Vordergrund treten?

a) Reise nach Berlin

b) [Reise] zu andern Bundesfürsten.

Nicolai: Frontreisen unter Teilnahme von Kriegsberichterstattern. — Sorgfältige Prüfung der Reden aber erfahrungsgemäß nötig, damit keine Mißverständnisse vorkommen. Auch *Reisen im Inland* müssen ausgenützt werden! *Schwierigkeit: Zensurprüfung* mit *Schnelligkeit* vereinbaren. S. M. auch mit wichtigen *politischen Taten* in Verbindung bringen! — Auch Kaiserin. — Fabrikbesuche durch S. M.[32])

v. Wrisberg: Vertrauensmänner der Regierung öfter versammeln, auch im Parlament! Gerade *Reichstagsklatsch* oft sehr übel. — *Zurückhaltung* der Prinzen usw. über Verfassungsfragen, Neuorientierung usw.! Besonders Kronprinz bei Journalisten nicht immer glücklich. — *Halb-Orientiertsein ist schlimmer als nichts zu wissen.* Wrisberg regt an, daß S. M. ein *Heim für invalide Schwerarbeiter* schüfe, z. B. in einem alten *Schloß.* Auch für Erholungsurlaub solcher Arbeiter. — Hervortreten der *Mitglieder des Kaiserhauses* in der *Verwundetenpflege.*[33])

---

[27]) Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amts.

[28]) Vgl. Nr. 336.

[29]) Vgl. Vogel, S. 30 ff.

[30]) Vgl. Nr. 139.

[31]) In der Vorlage „auf die Kriegsgefangenen".

[32]) Am Rande vermerkt: „Reklamechef engagieren!"

[33]) Die Schlußbemerkung des Obersten v. Wrisberg hat Deutelmoser auf die linken Seitenränder der Blätter geschrieben; die Zeilen sind z. T. schwer lesbar, die Schlußzeile unlesbar.

326b: Vortragsnotiz[1]) des Ministerialdirektors Deutelmoser.

26. 5. 1917, A.N. 9163/17, Geheim! — PA Bonn Nachr.Abt., Deutschland 13, Bd. 1, maschinenschriftlich.

I.

Bei der Besprechung, die gestern im Kriegsministerium unter dem Vorsitz des Obersten v. Wrisberg stattgefunden hat, sind für die Bekämpfung der antimonarchischen Entente-Treibereien folgende Vorschläge gemacht worden:

1. *Einheitliche Leitung* der gesamten politischen Arbeit auf diesem Gebiete durch eine von dem Herrn Reichskanzler zu bestimmende *Zentralstelle.* Zuleitung aller von anderen Behörden stammenden, den Gegenstand berührenden Nachrichten und Vorschläge an diese Stelle, die ihrerseits wiederum die praktische Einzelarbeit nach Bedarf auf die mitwirkenden Behörden verteilt.[2])

2. *Schleuniges Handeln,* damit die vergiftende Wirkung der feindlichen Machenschaften nicht weiter um sich frißt.[3])

3. *Austausch der Pressenachrichten* und sonstigen Beobachtungen über die antimonarchische Propaganda unserer Feinde zwischen der unter Ziffer 1 erwähnten Zentralstelle und der bei der Abteilung III b im Generalstabe des Feldheeres neu errichteten Sektion IV, wo das Material für die Oberste Heeresleitung gesammelt wird.[4]) Besonderen Wert legt der Generalstab auch auf die Feststellung, ob unsere durch Austausch in die Heimat zurückgelangten Kriegsgefangenen während ihrer Gefangenschaft im antimonarchischen Sinne beeinflußt worden sind.

4. Sicherstellung besonderer *Geldmittel* für die geplante Aufklärungstätigkeit im Inlande.

---

[1]) Die Vortragsnotiz war nicht nur für den Staatssekretär des Auswärtigen Amts bestimmt, sondern ging auch an die Reichskanzlei. Die Vorlage ist mit Randbemerkungen Bethmann Hollwegs versehen, der am 2. 6. 1917 seine Ansicht wie folgt zusammenfaßte (Marginalie im Kopf der Vorlage): „Mit Nr. III ganz einverstanden. Die meisten übrigen Vorschläge von Nr. I halte ich für verfehlt. Nur Nr. 17 scheint mir beachtenswert."

[2]) Randvermerk Bethmann Hollwegs: „Nein. Wäre aufdringlich und würde Sache nur verschlimmern." Regierungsrat Dr. Wolff vom preuß. Staatsministerium faßte das Ergebnis der Sitzung in einer kurzen Notiz folgendermaßen zusammen: „Im Vordergrund der Beratungen stand die Schaffung einer Zentrale für eine großzügige Preßpropaganda." Vgl. StA Hannover StM, Y. IX. 2. 23, Adhibendum, Bd. 1.

[3]) Vgl. hierzu die Aufzeichnung des preuß. Kriegsministeriums über das Ergebnis der Sitzung, übersandt mit Anschreiben vom 20. 6. 1917, abgedruckt in: WUA, Bd. 5, S. 130 ff. Der nicht abgedruckte Schlußsatz der Aufzeichnung ist von besonderem Interesse: „Bei allen Teilnehmern herrschte völlige Einigkeit über den außerordentlichen Ernst der Lage sowie darüber, daß vorstehende Maßnahmen mit größter Beschleunigung zu ergreifen sind, besonders da auch von der Stockholmer Konferenz eine weitere schwere Schädigung des monarchischen Gefühls zu befürchten ist." Vgl. PA Bonn Nachr. Abt., Deutschland 13, Bd. 1. Vgl. hierzu auch Nr. 279, Anm. 3. — In der Aufzählung der konkreten Einzelmaßnahmen geht die Aufzeichnung des preuß. Kriegsministeriums über die — nach dem Protokoll Deutelmosers — in der Sitzung erwähnten hinaus (vgl. z. B. Punkt VI der Aufzeichnung).

[4]) Vgl. Nr. 326a, Anm. 16.

5. Verständigung der *Bundesregierungen* über die endgültigen, zwischen Kriegsministerium, Auswärtigem Amt, Reichsamt des Innern und Reichskanzlei zu treffenden Vereinbarungen.

6. Bessere *Absperrung unserer Grenzen* gegen das Eindringen antimonarchischer Druckschriften (Erlaß des Kriegsministeriums an die Stellvertretenden Generalkommandos).[5])

7. Erschießung aller in unsere Hände fallenden feindlichen Flieger, die solche Schriften durch Abwurf verbreitet haben.

8. Speisung der *Presse*, besonders auch der kleineren Blätter, mit geeignetem Abwehr- und Aufklärungsstoff. Dazu Mitwirkung der D.K. (Deutsche Kriegsnachrichten, herausgegeben vom Kriegspresseamt).[6])

9. Heranziehung der *Lehranstalten* zu zweckentsprechender Einwirkung auf die Jugend (Erlaß des Kultusministeriums). Hierbei Verwertung des durch die D.K.W. (Kriegspresseamt)[7]) verbreiteten Stoffes.

10. Veranstaltung einer für die Aufklärung der Parlamentarier bestimmten *Ausstellung des in unseren Händen befindlichen feindlichen Agitations-Materials* (Broschüren, Karikaturen, Flugblätter usw.), damit System und Umfang der feindlichen Tätigkeit richtig erkannt werden und auch die Volksvertretung an ihrer Abwehr wirksamen Anteil nimmt.[8])

11. *Verstärkung der Aufklärungstätigkeit an der Front*, sowohl beim *eignen Heere* (hier möglichst unter Mitwirkung auch der Sozialdemokratischen Feldpost) wie beim *Feinde* (dort besonders durch überzeugende Hinweise auf das überwiegende Interesse Englands an der allgemeinen Verhetzung).

12. *Abhalten von Vorträgen* durch die besonders redegewandten Parlamentarier (Die Konservativen haben eine solche Vortragstätigkeit bereits in systematischer Weise aufgenommen).[9])

13. Verbreitung von Films, die von der tätigen und aufopfernden Anteilnahme der deutschen Fürsten und ihrer Familienangehörigen an der Erfüllung aller durch den Krieg bedingten Pflichten sowohl im Felde wie in der Heimat Zeugnis ablegen.

14. Verbreitung von *Darstellungen neutraler Zeitungsberichterstatter* über den in der Ziffer 13 erwähnten Gegenstand. Der falsche Anschein des Byzantinismus wird durch Heranziehung der Neutralen am besten vermieden.

15. Nachdrückliche *Fürsorge für festere politische Geschlossenheit des Volkes* in allen seinen Teilen (Major Nicolai: „Alle Arbeit ist umsonst, wenn nicht eine starke innere und äußere Politik geführt wird." Oberst v. Wrisberg schließt sich dem an. Direktor Lewald erwidert: „Der Begriff der Stärke ist sehr dehnbar. Die Einen sehen die Kraft in dem Mut zum Fortschritt, die Anderen in dem Entgegenstemmen gegen ihn. Angesichts der im Verfassungsausschuß zutage

[5]) Vgl. Nr. 295.

[6]) Vgl. Nr. 321, Anm. 10.

[7]) Vgl. Nr. 321, Anm. 14.

[8]) Vgl. Nr. 323.

[9]) Randvermerk von unbekannter Hand: „Nur Partei-Interessen."

getretenen Stimmung ist die Frage berechtigt: Soll unter ‚Starker Politik' die Politik der Kaiserlichen Osterbotschaft oder die Politik des Herrn v. Heydebrand verstanden werden?" Major Nicolai antwortet darauf, er denke sich als Laie die Sache so, daß man — wie im Westen bei der Verteidigung der Siegfriedstellung — sage: „Bis hierher und nicht weiter."[10]) Oberst v. Wrisberg verlangt „Einwirkung der Regierung auf die Stimmung des Volkes durch führendes Eingreifen und Hervortreten". Er hebt zugleich hervor, daß die Regierung, die wir haben, gestützt werden müsse, auch gerade um der Monarchie willen. Die Angriffe gegen den Reichskanzler träfen schließlich ja alle auch den Kaiser.)

16. Rücksichtsloses *Einschreiten gegen offenkundige Verhetzungsbestrebungen*, besonders gegen die Treibereien der sozialdemokratischen Minderheit, aber selbstverständlich nur da, wo bewußtes Verschulden klar erwiesen ist.

17. Planmäßig betriebene *mündliche Aufklärung der leitenden Journalisten Deutschlands* über das System der feindlichen Propagandatätigkeit.[11]) Belebung des immer noch viel zu wenig entwickelten Verständnisses für die Notwendigkeit einer von der politischen Parteirichtung unabhängigen, zielbewußten, einheitlichen — aber deshalb nicht etwa äußerlich gleichförmigen — *Pressetaktik* und die dabei einzuschlagenden Wege (Direktor Lewald bemerkt dazu, die Nachrichtenstelle im Reichsamt des Innern habe durch eine auf *rechtzeitiger Information über die Ziele unserer inneren Reichspolitik* beruhende vorbereitende Einwirkung auf die Presse schon sehr viel dazu beigetragen, dieser Politik die Wege zu ebnen. So z. B. bei der Aufhebung des Jesuitengesetzes und bei manchen wirtschaftlichen Maßnahmen.)

18. Heranziehung der *Frauenvereine* zur Mitwirkung (Das Kriegspresseamt steht nach Angabe des Majors Stotten bereits mit über 1000 Vereinen, darunter auch Frauenvereinen, in dauernder Verbindung.)

---

[10]) Bethmann Hollweg hat diesen Satz dick unterstrichen und am Rande vermerkt: „Genau das Gleiche hat mir der Kronprinz gesagt. Also eine von O.H.L. ausgegebene Parole, die auf gänzlicher politischer Unkenntnis beruht." Auch in der Aufzeichnung des preuß. Kriegsministeriums (vgl. Anm. 5) erscheint eine entsprechende Formulierung: „Eine starke innere *Politik*, die die Bekämpfung dieser antimonarchischen Bestrebungen miteinschließt, muß sich in klarem, festem ‚Bis hierher und nicht weiter' abgegrenzt *zeigen*. Es genügt nicht, daß die Regierung weiß, was sie will, sondern mindestens müssen es auch die anderen mit Verantwortung beladenen Stellen wissen." Der Reichskanzler wies diese Formulierung in einem Schreiben an den preuß. Kriegsminister zurück (PA Bonn Nachr. Abt., Deutschland 13, Bd. 1). In dem undatierten (vermutlich Ende Juni 1917) Entwurf dieses Schreibens heißt es hierzu: „Wenn die Behandlung der hier berührten grundsätzlichen politischen Fragen in diesem Zusammenhang erforderlich erschien, so hätte sich darüber eine Besprechung zwischen den Herren Staatsministern und Ressortchefs ohne Zeitverlust herbeiführen lassen, falls nicht Euer Exzellenz von Ihrem Rechte als Staatsminister Gebrauch machen wollten, in einem Votum an den Präsidenten des Staatsministeriums diejenigen Grundsätze auseinanderzusetzen, nach denen die innere Politik Preußens und des Reiches von jetzt an nach Ihrer Meinung zu führen ist. Euer Exzellenz werden mich immer gern bereit finden, in eine Erörterung darüber mit den Herren Staatsministern einzutreten. Es ist aber nicht Sache eines Kreises von Referenten verschiedener Zentralstellen, wie sie zu der kommissarischen Beratung vom 25. Mai versammelt waren, Richtlinien für die innere Politik aufzustellen. Bedenken dagegen sind auch in den Verhandlungen selbst hervorgehoben worden, ohne daß dies in der Niederschrift über die Ergebnisse zum Ausdruck gekommen ist."

[11]) Randvermerk Bethmann Hollwegs: „Ja"; vgl. Anm. 1.

19. Ausdehnung der Aufklärungstätigkeit auch auf die *Lazarette* und *Genesungsheime.*

20. Verstärkung des Antriebs zur Mitarbeit durch die *Verleihung von Auszeichnungen* an besonders verdiente Persönlichkeiten der Presse und des Hilfsdienstes, auch an *Frauen.*[12])

21. Fürsorge für bessere öffentliche Würdigung der *persönlichen Verdienste Seiner Majestät des Kaisers* (Berichterstattung über seine Reisen an die Front, seine Besuche bei deutschen oder verbündeten Fürsten und seine sonstige Arbeit zum Wohle des Vaterlandes). Von Seiten des Kriegsministeriums wurde in diesem Zusammenhange auch angeregt, daß Seine Majestät ein *Erholungsheim für Schwerarbeiter* stiften und so seine besondere Fürsorge für die Arbeiterschaft bekunden möchte.[13])

22. *Planmäßige Einwirkung der Reichsregierung auf ihre besonderen Vertrauensleute* (z. B. Parlamentarier), damit diese stets ausreichend über alles wichtige unterrichtet sind und sowohl dem oft sehr bedenklichen Klatsch entgegentreten wie aus eigenem Antriebe positiv aufklärend tätig sein können (Oberst v. Wrisberg: „Nur halb unterrichtet zu sein ist schlimmer als garnichts zu wissen").

II.

Folgende Maßnahmen *sind* bereits in die Wege geleitet:

1. Verteilung des von der Obersten Heeresleitung gelieferten Berichtsstoffes über die antimonarchischen Treibereien der Entente an bürgerliche und sozialdemokratische Abgeordnete (mit Ausnahme der Unabhängigen Sozialdemokraten und der Polen).[14])

2. Beobachtung der feindlichen Presse und Verwertung des so gewonnenen Stoffes in der deutschen. (Hier wird indessen noch mehr geschehen müssen, damit die amtliche Arbeit einerseits lückenlos und planmäßig wird, sich andererseits aber auch vor schädlichem Übermaß und Aufdringlichkeit hütet.)

3. Vorsichtige Einwirkung auf geeignete sozialdemokratische Schriftsteller dahin, daß sie im Sinne der mit dem 4. August 1914 eingeleiteten nationalen Sammlungspolitik schreiben.

4. Es schweben Verhandlungen über die Abfassung einer Gegenschrift gegen das neue antimonarchische Buch von Fernau.[15])

5. Der Präsident des Reichstages ist veranlaßt worden, auf die antimonarchisch gefärbte Kongreßrede Wilsons mit einer kräftigen Ansprache im Reichstage zu erwidern. Er hat dies bekanntlich auch sofort bereitwillig getan.[16])

---

[12]) Vgl. hierzu das Schreiben des Zivilkabinetts an das preuß. Kriegsministerium vom 4. 7. 1917, StA Hannover StM, Y. IX. 2. 23, Adhibendum, Bd. 1. Das Zivilkabinett lehnte darin die Forderung des preuß. Kriegsministeriums nach einer großzügigeren Handhabung der Verleihung des Eisernen Kreuzes 2. Kl. am weiß-schwarzen Bande ab, kam jedoch ähnlichen Wünschen hinsichtlich des Verdienstkreuzes für Kriegshilfe entgegen.

[13]) Vgl. Anm. 3.

[14]) Vgl. Nr. 323 und 326a, Anm. 16.

[15]) H. Fernau, Durch! ... zur Demokratie! Bern 1917. Zu Fernau vgl. Thimme, S. 75 ff.

[16]) Vgl. Nr. 326a, Anm. 20.

III.

Bei den weiteren Maßnahmen wird berücksichtigt werden müssen, daß es vor allem darauf ankommt, in den Volkskreisen Eindruck zu machen, die durch jahrzehntelange politische Irreführung dem monarchischen Gedanken entfremdet worden sind oder ihm gleichgültig gegenüberstehen. Nur in diesen Kreisen ist ja für den vom Feinde verbreiteten Ansteckungsstoff eine gewisse Empfänglichkeit vorhanden.

Gegenüber der ohnehin im monarchischen Sinne zuverlässigen Mehrheit des Volkes wird das Ziel der amtlichen Bestrebungen erstens[17]) darin zu suchen sein, verständige und taktvolle Mitarbeiter zu gewinnen, die besonders in der Sozialdemokratie Vertrauen genießen. Die Gesellschaft für Soziale Reform (Büro für Sozialpolitik unter Leitung des Professors Dr. E. Francke) wird hier wichtige Dienste leisten können.

Daneben wird aber zweitens angestrebt werden müssen, der übertriebenen Besorgnis entgegenzuwirken, als sei die Monarchie in Deutschland tatsächlich gefährdet. Gelingt das, so wird in der Heimat den Verstiegenheiten der Chauvinisten, die sich als die alleinigen Stützen des Thrones gebärden, der Wind aus den Segeln genommen und die Gefahr vermindert, daß die Sozialdemokraten durch allerlei über das Ziel hinaus schießende Anrempelungen von jener Seite erst recht in die Opposition gedrängt werden.

Wir würden dann ferner dem feindlichen Ausland deutlich vor Augen führen, daß jede Hoffnung, durch antimonarchische Hetzereien in Deutschland mehr als die Abspaltung völlig belangloser Minderheitsgruppen zu erreichen, von vornherein zum Scheitern verurteilt sei. Unsere Feinde sind viel zu klug und berechnend, als daß sie angesichts dieser Erkenntnis noch weiter vergebliche Liebesmüh aufwenden würden. Ihre antimonarchischen Treibereien würden dann sehr bald abflauen oder mindestens doch auf die ungefährliche Note abgestimmt werden: „Deutschland hält zu seinem Kaiser. Also ist es auch mit diesem zu vernichten." Mit solchen Vernichtungsdrohungen würde der Feind uns aber[18]) innerlich nur desto fester zusammenschweißen. Aus alledem folgt, daß die Schritte, die wir zu tun haben, vor allem die sozialdemokratische Mentalität berücksichtigen müssen.[19]) Mit allem, was byzantinisch anmuten könnte, wird der Krone nicht gedient sondern nur geschadet. Das gilt von der Wirkung nach außen genau so wie von der nach innen. Jede Aufdringlichkeit muß vermieden werden, schon weil sie beim Feinde nur den Eindruck machen würde, daß uns sein Treiben Besorgnis einflöße und also auch aussichtsreich sei.[19])

Geschickte und planmäßig wiederholte Hinweise auf die Schäden der imperialistisch gerichteten Oligarchie in Frankreich und Nordamerika werden günstiger wirken als offene Anpreisungen der monarchischen Regierungsform.

Der indirekte Weg scheint mir, um es kurz zu sagen, bei der ganzen Sache besser als der direkte zu sein. Vor allem auch deshalb, weil er den Entente-Demokratien gegenüber nicht die Abwehr sondern den *Angriff* bedeutet und weil er bei uns daheim um das Gebiet der innenpolitischen Gegensätze herumführt.

[17]) Das Wort ist in der Vorlage durch Bleistiftstriche eingeklammert und durch „vor allem" ergänzt worden.

[18]) In der Vorlage handschriftlich eingefügt.

[19]) Randvermerk Bethmann Hollwegs: „Ja".

327.

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Deutelmoser. Informationen über die Pressepolitik des Majors Nicolai.

12. 6. 1917, A.N. 10579. — PA Bonn Nachr.Abt., Deutschland 8, Bd. 1, handschriftlich.[1])

In einer vertraulichen Besprechung erzählte mir gestern der Verleger der Kölnischen Zeitung, Kommerzienrat Neven Du Mont, er habe kürzlich in Cöln mit Major Nicolai zu Abend gespeist[2]) und sei von diesem dabei in dem Sinne bearbeitet worden, daß die Kölnische Zeitung in der Kriegszielfrage eine „stärkere" Haltung einnehmen möchte. Er habe dies jedoch abgelehnt und erklärt, daß die Kölnische Zeitung ihren Überzeugungen nicht untreu werden könne.

Oberstleutnant v. Haeften, dem ich heute von dieser Unterredung vertraulich Kenntnis gab, ergänzte die Mitteilung des Herrn Neven Du Mont dahin, daß Major Nicolai vor einiger Zeit auch den Dr. Simon in Frankfurt in ähnlichem Sinne zu beeinflussen gesucht[3]), dabei aber ebenfalls eine ziemlich nachdrückliche Ablehnung erfahren habe (Anscheinend handelte es sich um Dr. *Heinrich* Simon).[4])

Heute habe ich Herrn [Dr.] *Kurt* Simon[5]) empfangen, der mir über seine Balkanreise berichtete. Er kam im Anschluß daran auch auf das Kriegspresseamt zu sprechen und bezeichnete dessen Tätigkeit als politisch oft recht bedenklich. Besonders die Überschwemmung der Presse mit einer großen Flut von uniformierenden Artikeln habe ihre großen Nachteile. Der ganze dazu dienende Apparat entziehe der Presse wertvolle Kräfte, die in freier Betätigung besseres wirken könnten (Diese Klagen sind nicht neu).[6]) Das ganze Arbeitssystem laufe schließlich in hohem Maße auf eine Art von politischer Bevormundung hinaus, besonders gegenüber den kleineren Blättern.

Auch die Frontzeitungen dehnten sich über die normalen Grenzen ihrer Entwicklung aus. Indem sie sich nicht als Ergänzung sondern mehr als Ersatz für die heimische Presse betrachteten, wirkten sie zwischen Heer und Heimat oft weniger verbindend als trennend. Sie verschlängen überdies auch, ebenso wie die sonstigen militärischen Massenartikel auf dem Gebiete der Stimmungsmache, viel Personal und Material, das der freien Presse entzogen würde und so deren Niveau immer tiefer hinabdrücke.

[1]) Deutelmoser zeichnete die Vorlage für den Wirkl. Legationsrat Heilbron zur vertraulichen Kenntnisnahme aus, der am folgenden Tage empfahl, die Aufzeichnung auch der Reichskanzlei (Legationsrat Riezler) zugänglich zu machen. Riezler legte die Aufzeichnung Unterstaatssekretär Wahnschaffe vor, der ihn beauftragte, die Angelegenheit mit Deutelmoser zu besprechen.

[2]) Von „Kommerzienrat" bis „gespeist" durch einen senkrechten Bleistiftstrich am Rande hervorgehoben.

[3]) Von „ergänzte" bis „gesucht" durch einen senkrechten Bleistiftstrich am Rande hervorgehoben.

[4]) Chefredakteur der „Frankfurter Zeitung".

[5]) Einer der Verleger der „Frankfurter Zeitung".

[6]) Vgl. Nr. 138, Anm. 6.

Über seinen Bruder Heinrich Simon berichtete Dr. Simon, daß dieser seit einiger Zeit als Kanonier eingezogen sei. Es scheine so, als hätten dabei militärische Schikanen den Ausschlag gegeben, da Dr. Heinrich Simon einzelnen Herren im Gr.H.Qu. nicht genehm sei.

Endlich betonte Dr. Kurt Simon, daß die Art, wie man von militärischer Seite für die Monarchie zu arbeiten suche, den ertrebten Zwecken eher schädlich als nützlich sei. So verbreite man z. B. jetzt im großen Stil Herrn Wynekens[7]) Berichte aus dem H.Qu. des Kronprinzen. Dadurch schade man Wyneken, dem das Odium des Byzantinismus angeheftet werde, ohne der Sache zu nützen. Die Leute, die solche Artikel nötig hätten, läsen sie ja doch nicht oder würden durch ihre Aufdringlichkeit nur abgestoßen.

D[eutelmoser]

[7]) Verleger der „Königsberger Allgemeinen Zeitung".

328.

Befehl des Chefs des Generalstabes des Feldheeres an die Oberkommandos der Heeresgruppen und Armeen[1]) betr. die Einrichtung einer Aufklärungsorganisation beim Feldheer.[2])

17. 7. 1917[3]), Gr. Hauptquartier, Nr. III b 11450 II geh. — HStA Stuttgart WKM, Abt.A, Bd. 1727, vervielfältigtes, eigenhändig vollzogenes Exemplar.

Die bei den Armeen zur Werbearbeit für die 6. Kriegsanleihe[4]) geschaffenen Aufklärungsorganisationen haben sich außerordentlich bewährt. Die Mehrzahl der Armeeoberkommandos haben sich für das Fortbestehen dieser Aufklärungsorganisationen ausgesprochen.

Ich kann diesem Standpunkt nur durchaus beipflichten. Die Aufklärungstätigkeit beim Feldheer über Zweck und Bedeutung des Krieges nimmt an Wichtigkeit zu, je länger der Krieg dauert und der Heimat Opfer auferlegt, deren Rückwirkung auf die Stimmung des Heeres nicht ausbleiben kann.[5])

[1]) Der Befehl war außerdem an den Oberbefehlshaber Ost, die Generalgouvernements in Brüssel und Warschau, den Generalquartiermeister, das preuß. Kriegsministerium, die Militärische Stelle beim Auswärtigen Amt, das Kriegspresseamt, die Feldpressestelle und an die Politische und die Nachrichtenabteilung des Generalstabes des Feldheeres gerichtet.

[2]) Vgl. hierzu Nr. 331 und 332.

[3]) Der Befehl ging am 7. 8. 1917 beim württ. Kriegsministerium ein.

[4]) Die 6. Kriegsanleihe wurde vom 15. 3. bis 16. 4. 1917 zur Zeichnung aufgelegt.

[5]) Vgl. hierzu die bei Thimme, S. 250 f., abgedruckte Niederschrift über eine Besprechung bei Major Nicolai am 8. 6. 1917 über die Aufgaben der Propaganda. In dieser Niederschrift heißt es: „Die militärische Propaganda darf unter keinen Umständen durch Besprechung der innenpolitischen Fragen im Sinne einer bestimmten Partei arbeiten. Während es ihre Aufgabe ist, über die Grundlagen des Deutschen Reiches und der deutschen Macht und auch über die Bedürfnisse des Deutschen Reiches aufklärend zu wirken, muß sie Artikel, auch wenn sie von Behörden kommen, die eine Beeinflussung versuchen, unbedingt ablehnen. Außenpolitisch ist einmal unbedingt notwendig, daß der Charakter des deutschen Verteidigungs-

Um die bei den einzelnen Armeen bereits stattfindende Arbeit in eine feste Organisation zu bringen, sie zu unterstützen und ihre Wirkung durch zielbewußte Leitung zu verstärken, auch mit der Aufklärungstätigkeit in der Heimat in Übereinstimmung und Wechselwirkung zu bringen, soll folgendes geschehen:

1. Das Kriegsministerium hat durch Verfügung Nr. 3523/6. Mob. a vom 9. 7. 1917[6]) bei jedem Armeeoberkommando für die Aufklärungstätigkeit die Stelle eines Stabsoffiziers, Hauptmanns oder Leutnants als „Leiter der Aufklärungstätigkeit unter den Truppen" mit einem unberittenen Trainsoldaten und zwei Unteroffizieren, Gefreiten oder Gemeinen als Schreiber etatsmäßig bewilligt. Eine weitere Mitteilung hierüber durch das Kriegsministerium ergeht nicht.
2. Der Leiter der Aufklärungstätigkeit unter den Truppen soll nach den Weisungen des Armeeoberkommandos im Operations- und Etappengebiet die Aufklärung unter den Truppen einheitlich leiten.
3. Eine in Berlin bei der Abteilung IV des Kriegspresseamts bestehende Zentralstelle[7]) wird den Aufklärungsoffizieren geeignetes Material zuleiten und die auf dem Gebiete der Aufklärungstätigkeit gesammelten Erfahrungen und Vorschläge allgemein verwerten (Siehe Schreiben Generalstab des Feldheeres Abteilung III b Sektion II Nr. 10610 geheim vom 6. 5. 17 an die Nachrichtenoffiziere.)[6]) Die Feldpressestelle[8]) in Charleville und die Beauftragten des Generalquartiermeisters West und Ost werden sich an diesem Dienstzweig beteiligen.
4. Die Armeeoberkommandos der Westfront ersuche ich, mir zum 25. d. M. die als Leiter der Aufklärungstätigkeit unter den Truppen bestimmten Offiziere namhaft zu machen und zu diesem Tage zu einer Besprechung beim Chef der Abteilung III b in das Große Hauptquartier zu entsenden. Auf Grund dieser Besprechung werden Leitsätze für die Aufklärungstätigkeit aufgestellt und den Armeeoberkommandos übermittelt werden.[9])

---

krieges dauernd betont wird. Die Propaganda hat die Aufgabe, nachzuweisen, daß ein Verzichtfriede oder ein Verständigungsfriede den Bedürfnissen des deutschen Volkes nicht entspricht, sondern daß nur der deutsche Sieg und die daraus beim Friedensschluß zu ziehenden Konsequenzen glückliche Zustände für das deutsche Volk und für jeden einzelnen Stand herbeizuführen vermögen." In diesem Zusammenhang sei nochmals auf die Denkschrift Erzbergers vom 11. 6. 1917 über ein „Geistiges Kriegsernährungsamt" verwiesen (vgl. Nr. 304, Anm. 6), die über Oberstleutnant Bauer auch Hindenburg und Ludendorff vorgelegt worden war (vgl. Nr. 304, Anm. 7) und auf diesem Wege vermutlich auch Major Nicolai zur Kenntnis gekommen ist. Erzberger befaßte sich in der Denkschrift weniger mit dem Inhalt der Propaganda wie mit ihrem organisatorischen Aufbau. Er setzte sich für die Errichtung einer Zentralstelle ein, in der die Oberste Heeresleitung und der Reichskanzler gleichberechtigt vertreten und durch einen politischen Beirat, über dessen Zusammensetzung nichts gesagt ist, unterstützt werden sollten. Das Hauptgewicht legte Erzberger jedoch auf monatliche Besprechungen der Kreisschulinspektoren mit den Lehrern des Bezirks und des Landrats mit den Geistlichen beider Konfessionen im Sinne der von Berlin empfangenen Informationen.

[6]) Liegt nicht vor.

[7]) Abteilung IV d des Kriegspresseamts; vgl. Nr. 139, Anm. 12.

[8]) Vgl. Nr. 136, Anm. 16.

[9]) Vgl. Nr. 331. Über die Besprechung am 25. 7. 1917 im Gr. Hauptquartier liegen keine Nachrichten vor.

5. Abdruck dieser Leitsätze werde ich dem Oberbefehlshaber Ost zugehen lassen. Ich bitte, danach in gleicher Weise die Aufklärungstätigkeit an der Ostfront und unter den Truppen im Verwaltungsgebiet des Oberbefehlshabers Ost zu regeln, und stelle anheim, hierzu den Leiter der Zentralstelle in Berlin heranzuziehen.
6. Das Oberkommando der Heeresgruppe Mackensen ersuche ich, im Sinne der Ziffer 5 für das Operations-, Etappen- und Verwaltungsgebiet in Rumänien Anordnungen zu treffen.
7. Bei der Auswahl der Leiter der Aufklärungstätigkeit ist die hohe Bedeutung dieser zu berücksichtigen. Ganz gleich welchen Alters oder Dienstgrades, kommt es hauptsächlich darauf an, daß der Aufklärungsoffizier die Truppe kennt, Geschick und Interesse für seine Aufgabe besitzt. Notwendig ist, daß die mit der Aufklärungsarbeit betrauten Offiziere bei den A.O.Ks. bodenständig verbleiben. Ein Wechsel in der Person des Aufklärungsoffiziers würde bei seiner umfangreichen Tätigkeit, die sich hauptsächlich auf gesammelte örtliche Erfahrungen stützt, auf die Aufklärung nicht fördernd wirken.
8. Das Generalgouvernement in Brüssel bitte ich zwecks Einrichtung eines Aufklärungsdienstes unter den Truppen im Generalgouvernement einen Offizier zu der Besprechung am 25. 7. in das Große Hauptquartier zu entsenden (siehe Punkt 4), das Generalgouvernement in Warschau bitte ich, zu dem gleichen Zweck mit dem Oberbefehlshaber Ost in Verbindung zu treten.

I. A.
Ludendorff.

329.

Schreiben des stellv. Generalkommandos des XIII. AK an württembergische Feldtruppenteile. Verwendung von Urlaubern zur Inlandspropaganda.[1])

19. 7. 1917, Stuttgart, Abt. II d (A. O.) Nr. 69238 Kr. — HStA Stuttgart WKM, Abt. A, Bd. 1001, gedrucktes Exemplar.

Betr.: *Inlandaufklärung.*

Durch Verfügung des Königlich Preußischen Kriegsministeriums, die laut Erlaß des Königlich Württembergischen Kriegsministeriums vom 21. Mai 1917 (Nr. 9280 K. 17. A. 1)[2]) auch auf Württemberg Anwendung findet, sind im Einverständnis mit dem Generalstab des Feldheeres bei sämtlichen stellv. Generalkommandos besondere Aufklärungsoffiziere ernannt worden, die die Stimmung der Bevölkerung und der Heimattruppen durch Wort und Bild in jeder Hinsicht zu heben die Aufgabe haben.

[1]) Das stellv. Generalkommando des XIV. AK richtete ein ähnliches Schreiben am 23. 8. 1917 an die Generalkommandos badischer Truppenteile, vgl. GLA Karlsruhe Abt. 456, Bd. 88.

[2]) Vgl. hierzu Nr. 325.

Für die Lichtbildaufklärung in Württemberg ist neben den Darbietungen des Bild- und Filmamts in Berlin die Sammlung eines besonderen, spezifisch württembergischen Lichtbildermaterials aus den Fronten unserer Truppen und aus der Heimat geplant. Es ergeht hiermit das Ersuchen an die Feldtruppenteile, charakteristische photographische Aufnahmen von Frontbildern, von Land und Leuten und Etappeneinrichtungen usw., die für den angegebenen Zweck geeignet erscheinen, zur weiteren Verwendung an den Aufklärungsoffizier des stellv. Generalkommandos einzuschicken. Am besten sind Abzüge auf Celloidin-Papier oder leihweise Überlassung der Negative.

Die auf „Durchhalten" in der Heimat abgezielte Inlandaufklärung stößt bedauerlicher Weise immer wieder auf hemmende Wirkungen seitens der aus Feldtruppenteilen beurlaubten Mannschaften.[3]) Ein eingelaufener Bericht schreibt z. B. hierüber:

„Immer und immer wieder tritt einem die geradezu unheimliche Macht entgegen, die die Erzählungen des Feldsoldaten in der Heimat ausüben. Der Soldat, der aus dem Schützengraben kommt, ist in der Heimat unbedingte Autorität für alles, was den Krieg betrifft. Und mag er auch in Galizien stehen, er weiß doch am besten, wie's in Flandern zugeht.

Wäre es nicht möglich, daß man den Gebildeteren und den Zuverlässigen unter den in Urlaub gehenden Schützengraben-Soldaten den Auftrag geben würde, den Leuten zu Hause einen kleinen Vortrag zu halten und namentlich den oft ganz blödsinnigen Gerüchten über den Kaiser[4]), den Kronprinzen[5]), über die Verpflegung, über das Leben der Offiziere[6]) entgegenzutreten und ein wahrheitsgetreues Bild von dem Krieg an der Front zu geben? Man könnte ja die Betreffenden durch etwa verlängerten Urlaub belohnen."

Der hier gegebenen Anregung entsprechend wird vorgeschlagen, die zu beurlaubenden Mannschaften in jedem Falle belehren zu lassen, von welcher Bedeutung ihr Auftreten in der Heimat ist. Weiterhin wird gebeten, solche Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften, die fähig und geneigt sind, während ihres (zu diesem Zwecke etwa zu verlängernden) Urlaubs an der Heimataufklärung über die allgemeine Lage, die kommende Kriegsanleihe usw. sich zu beteiligen, an das Stellv. Generalkommando XIII. A.K. (Abt. II d, A.O. Stuttgart, Jägerstraße 11, Erdgeschoß, Fernspr. 13120 and 10179) zur näheren Belehrung und Beaufsichtigung zu überweisen.

v. Schaefer.

[3]) Vgl. hierzu Nr. 332 und vor allem Nr. 334. Vgl. auch Thaer, S. 122 (Eintragung vom 15. 5. 1917).

[4]) Vgl. die Bemerkung Major Nicolais in der Besprechung vom 25. 5. 1917, Nr. 326a.

[5]) Vgl. Nr. 269, Anm. 4.

[6]) Vgl. Nr. 334, Anm. 9.

330.

Schreiben der Militärischen Stelle des Auswärtigen Amts an die Chefs der Politischen und Nachrichten-Abteilung im Generalstab des Feldheeres über eine Propaganda-Aktion aus Anlaß des Beginns des vierten Kriegsjahres.[1])

20. 7. 1917, J. Briefb. Nr. 911/185 geheim. — MGFA MA/Adm, Nr. 2411, P 16, Bd. 2, Abschrift.[2])

Es steht wohl außer Zweifel, daß die Friedens-Resolution des Reichstages ein Kind der Panik gewesen ist[3]), die zum Teil hervorgerufen wurde

1. durch systematische Propaganda-Kundgebungen der Staatsmänner der feindlichen Regierungen mit der Tendenz: Deutschlands U-Bootkrieg war ein Fiasko. Deutschland steht vor dem militärischen, wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch; die Kriegszielforderung der Entente wurde dementsprechend immer anmaßender.
2. Durch völliges Fehlen einer politisch-propagandistischen Gegenwirkung von Seiten der deutschen Staatsmänner.
3. Durch die Rede des Abgeordneten Erzberger im Hauptausschuß, der stark beeinflußt war von dem unter englischer Propagandawirkung stehenden Wiener Hof.[4])

Es erscheint dringend notwendig, bei unseren Feinden eine ähnliche Gegenwirkung auszulösen. Der geeignete Anlaß hierfür dürfte der Eintritt in das 4. Kriegsjahr sein. Es muß eine starke sich über mehrere Wochen erstreckende Propaganda mit suggestiver Wirkung nach nachstehenden Gesichtspunkten einsetzen:

1. Alle Versprechungen der feindlichen Regierungen für ihre kriegsmüden Völker haben sich bisher nicht erfüllt (Hinweis auf die Hoffnungen, die, wie jetzt nach Eintritt der Vereinigten Staaten, früher bei Eintritt Italiens und Rumäniens in den Krieg erweckt wurden).

---

[1]) Durch den Befehl des Chefs des Generalstabes des Feldheeres vom 22. 5. 1917 (MGFA MA/Adm, Nr. 2412, P 18, Bd. 4) wurde der Tätigkeitsbereich der Militärischen Stelle des Auswärtigen Amts wesentlich erweitert. Oberstleutnant v. Haeften wurde maßgeblich in die Führung und Gestaltung der Inlandspropaganda eingeschaltet. Diese Gewichtsverlagerung zwischen Kriegspresseamt und Militärischer Stelle des Auswärtigen Amts dürfte ihre Ursache in der negativen Beurteilung der Fähigkeiten des Chefs des Kriegspresseamts, Major Stotten, durch Major Nicolai gehabt haben. In der Aufzeichnung Nicolais über die Ergebnisse der Reise nach Berlin am 28./29. 4. 1917 (vgl. Nachlaß Bauer, Nr. 11) heißt es: „Aus diesem Grunde [Notwendigkeit einer militärischen ‚Presseführung'] bedarf es ernstlicher Erwägung, ob Major Stotten für diese Aufgaben die geeignete Persönlichkeit ist." Zu Stotten vgl. auch Nr. 333, Anm. 12. Nach der Umorganisation im Bereich der militärischen Propaganda lud Oberstleutnant v. Haeften am 25. 6. 1917 zu einer ersten Besprechung ein (MGFA MA/Adm, Nr.2411, P 16, Bd. 2).

[2]) Oberstleutnant v. Haeften übersandte die Vorlage am 21. 7. 1917 der Presseabteilung des Admiralstabes und bezog sich dabei auf eine Sitzung vom 18. 7. 1917, zu der er am 17. 7. 1917 eingeladen hatte. Vgl. MGFA MA/Adm, Nr. 2411, P 16, Bd. 2.

[3]) Zur Reaktion der OHL auf die Friedensresolution vgl. Nr. 319, Anm. 43 und 44.

[4]) Vgl. hierzu K. Epstein, Matthias Erzberger and the Dilemma of German Democracy, Princeton 1959, S. 185 ff.

2. Auch ein 4. Kriegsjahr wird die militärische Lage der Entente nicht nur nicht verbessern, sondern aller Voraussicht nach erheblich verschlechtern (U-Bootwirkung. Hinweis auf die weitere finanzielle Überlastung durch Fortsetzung des Krieges bis zum wirksamen Einsetzen amerikanischer Hilfe, auf die vor 12 Monaten nicht zu rechnen ist, hierzu Material vom Reichsschatzamt).
3. Deutschlands militärische und wirtschaftliche Kraft zum Durchhalten für einen 4. Kriegswinter.[5])
4. Die wirtschaftliche Lage wird sich für uns bessern, für die Gegner verschlechtern (gute Ernte, besonders in Rumänien).

Für diese Propaganda ist anliegender Plan für das Inland und das neutrale Ausland entworfen worden.[6])

Gleichzeitig mit dieser Sonderpropaganda werden nach einem bereits aufgestellten Plane die militärischen Ereignisse an allen Fronten, zu Lande wie zu Wasser in den nächsten Wochen besonders nachdrücklich propagiert werden, ähnlich wie bei den großen Abwehrschlachten im Artois und an der Aisne.

Einheitliches Zusammenwirken aller in Betracht kommenden militärischen Stellen (Kriegsministerium, Reichs-Marine-Amt, Admiralstab, Kriegspresseamt, Militärische Stelle des Auswärtigen Amts) ist unter Leitung von Militärischer

---

[5]) Vgl. das Merkblatt der Militärischen Stelle des Auswärtigen Amts für die Auslandspropaganda, Nr. 22, vom 1. 8. 1917: „Deutschlands Stärke für das 4. Kriegsjahr". Zu den Merkblättern vgl. Nr. 136, Anm. 9.

[6]) Der vom 20. 7. 1917 datierte „Propagandaplan" sah u. a. folgende Maßnahmen vor:

„1. Am 28. 7. Erlaß eines Armee- und Marinebefehls. (Entwurf von M.A.A. bereits vorgelegt.) [vgl. Schulthess 1917/I, S. 737 f.]

2. Aufruf an das Volk. (Veranlaßt Reichskanzlei.) [vgl. Schulthess 1917/I, S. 737]

3. Telegrammwechsel zwischen den Obersten Heeresleitungen der Verbündeten am 2. 8. (Pol. Abt. wird um Veranlassung gebeten.) [Schulthess 1917/I, S. 746, berichtet nur von einem Telegrammwechsel zwischen Hindenburg und Jekow].

4. Interview des Herrn Ersten Generalquartiermeisters mit einem neutralen Pressevertreter Anfang August. (Entwurf legt M.A.A. zum 25. 7. vor.) [Oberstleutnant v. Haeften teilte dem Admiralstab am 21. 7. 1917 mit, daß das Interview mit dem Journalisten Torelius bis zum Abschluß der in Gang befindlichen Operationen zurückgestellt werde.] [. . .]

6. Patriotische Kundgebungen in den großen Städten Deutschlands am 2. August in Berlin etwa in Form einer Feier im Reichstagsgebäude mit Rede des Reichskanzlers und Begrüßungstelegramm des Generalfeldmarschalls von Hindenburg. (Veranlaßt Reichskanzlei, Entwurf zum Begrüßungstelegramm M.A.A. falls Feier zu Stande kommt.) [vgl. Schulthess 1917/I, S. 742 f.] [. . .]

9. Kriegspresseamt veröffentlicht in „Deutschen Kriegsnachrichten" und „Deutscher Kriegswochenschau" zur Verbreitung in der Inlandspresse und der des neutralen Auslandes (durch M.A.A.) Artikel aus besonders berufenen Federn, die den Geist und die Taten des August 14, den Kalendertagen entsprechend, wieder beleben: im Inland zur Hebung der Stimmung, im Ausland zur Stärkung des militärischen Ansehens; entsprechende Artikel erscheinen im „Nachrichtendienst" M.A.A. Ebenso wird ähnliches Material zu Vorträgen im In- und Ausland zur Verfügung gestellt. Unterstützt werden diese Vorträge durch geeignete Bilder und Filme (z. B. Neuer Tannenberg-Film und Film U-35.)" Vgl. hierzu auch den Briefwechsel zwischen Major Nicolai und A. Fendrich vom 22./25. 7. 1917 in: A. Fendrich, Die Kluft. Ergebnisse, Briefe, Dokumente aus den Kriegsjahren 1914—1919, Stuttgart 1919, S. 74 ff.

Stelle des Auswärtigen Amts bereits sichergestellt, mit der Reichskanzlei ist Fühlung genommen. Dementsprechend haben alle Stellen bereits ihre Aufträge erhalten.

gez. v. Haeften
Oberstleutnant.

331.

Befehl des Chefs des Generalstabes des Feldheeres an die höheren Kommandobehörden des Feldheeres.[1]) Leitsätze für die Aufklärungstätigkeit unter den Truppen.

29. 7. 1917, Gr. Hauptquartier, Nr. III b 11567/II, Nur für den Dienstgebrauch! — MGFA MA/Adm, Nr. 2417, P 31, Bd. 1, gedrucktes Exemplar.[2])

Im Anschluß an die Verfügung Chef des Generalstabes des Feldheeres Nr. III b 11450/II geh. vom 17. 7. 1917[3]) Ziffer 4 und 5 übermittle ich im folgenden auf Grund der Besprechung der Aufklärungs-Offiziere der Westfront

Leitsätze für die Aufklärungstätigkeit unter den Truppen.

I.

Bedeutung der Aufklärungstätigkeit

Das deutsche Heer ist durch den Geist, der es beseelt, seinen Feinden überlegen und seinen Verbündeten ein starker Rückhalt.

Zu Beginn des Krieges war die Grundlage dafür Begeisterung und in langer Friedensausbildung anerzogene Mannszucht. Die drei Kriegsjahre haben diese Grundlage verschoben und erweitert. Verständliche Sehnsucht nach Heimat, Familie und Beruf kann die Kampfentschlossenheit lähmen und den Willen, bis zum endgültigen Sieg durchzuhalten, abschleifen.

Die Länge des Krieges brachte auch in zunehmendem Maße für Heimat und Heer Entbehrungen und Opfer. Je mehr diese Lasten auf den Geist des Heeres drücken, um so mehr *müssen Überzeugung, Pflichtgefühl und klare Entschlossenheit Grundlage der Kampfkraft des Heeres werden.*

Hierfür zu sorgen, ist Aufgabe der Aufklärungstätigkeit unter den Truppen.

II.

Organisation

1. Die Zusammenfassung der bereits bei der Mehrzahl der Armeen geschaffenen Einrichtungen zur Aufklärung unter den Truppen in *eine einheitliche Organisation* soll

[1]) Der Befehl wurde außerdem dem Kriegspresseamt, der Militärischen Stelle des Auswärtigen Amts sowie den bundesstaatlichen Kriegsministerien übersandt. Insgesamt wurden die „Leitsätze" in einer Auflage von 500 Stück gedruckt.

[2]) Die Vorlage wurde am 22. 9. 1917 der Presseabteilung des Admiralstabes übersandt. — Die „Leitsätze" wurden in ihrer durch den Befehl vom 15. 9. 1917 (vgl. Nr. 337) veränderten Form mehrfach abgedruckt; vgl. Ludendorff, Urkunden, S. 271 ff.; Nicolai, Nachrichtendienst, S. 119 ff.; Ursachen und Folgen, Bd. 1, S. 220 ff. Vgl. die kritischen Äußerungen des bayer. Kronprinzen (Rupprecht, Bd. 2, S. 236 f.) hierzu.

[3]) Vgl. Nr. 328.

jene nicht binden, sondern fördern und gewonnene Erfahrungen verallgemeinern. Die Stimmung beim Heer und in der Heimat steht in Wechselwirkung. Deswegen muß die Aufklärungstätigkeit in der Heimat mit der beim Heer in Übereinstimmung gebracht werden.

2. *Die Armeeoberkommandos*, Generalgouvernements und Stellvertretenden Generalkommandos[4]) sind dafür verantwortlich, daß die notwendige Aufklärung bei den ihnen unterstellten Truppen erfolgt. Die Art der Aufklärung im einzelnen muß ihnen überlassen bleiben.

3. Die durch die Verfügung des Kriegsministeriums Nr. 3523/6 Mob.a vom 9. 7. 17[5]) als „*Leiter der Aufklärungstätigkeit unter den Truppen*" aufgestellten Offiziere sind die Bearbeiter und Ratgeber für diesen Dienstzweig bei den Armeeoberkommandos. Die Geeignetheit ist entscheidend für das Gelingen ihrer Aufgaben. Hierzu ist volle Hingabe an den Dienst, Verständnis, Arbeitskraft, eigenes Überzeugtsein von der Bedeutung der Aufgabe, Takt und Kenntnis politischer und wirtschaftlicher Fragen, vor allem aber Kenntnis der inneren Verfassung der *Truppe* selbst notwendig. Es empfiehlt sich, den Leiter der Aufklärungstätigkeit dem Generalstab zuzuteilen. Auch die zu Schreibern bestimmten Unteroffiziere pp. müssen zur geistigen Mitarbeit geeignet, nicht nur Schreibkräfte sein.

4. Es empfiehlt sich, bei den Armeeoberkommandos pp. und bei *Divisionen und Etappen-Inspektionen* eine gleichmäßige, feste Organisation zu schaffen. Bei diesen Stellen ist der Truppenbefehl, die Seelsorge, Intendantur, Verpflegung pp. vereinigt und damit eine Anlehnung an die Befehlsverhältnisse der Division möglich. Einer Zersplitterung und einem Eingreifen in die Befehlsverhältnisse wird dadurch vorgebeugt.

Innerhalb der Divisionen und Etappen-Inspektionen wird sich die Aufklärungstätigkeit zweckmäßig den verschiedenen Verhältnissen anpassen.

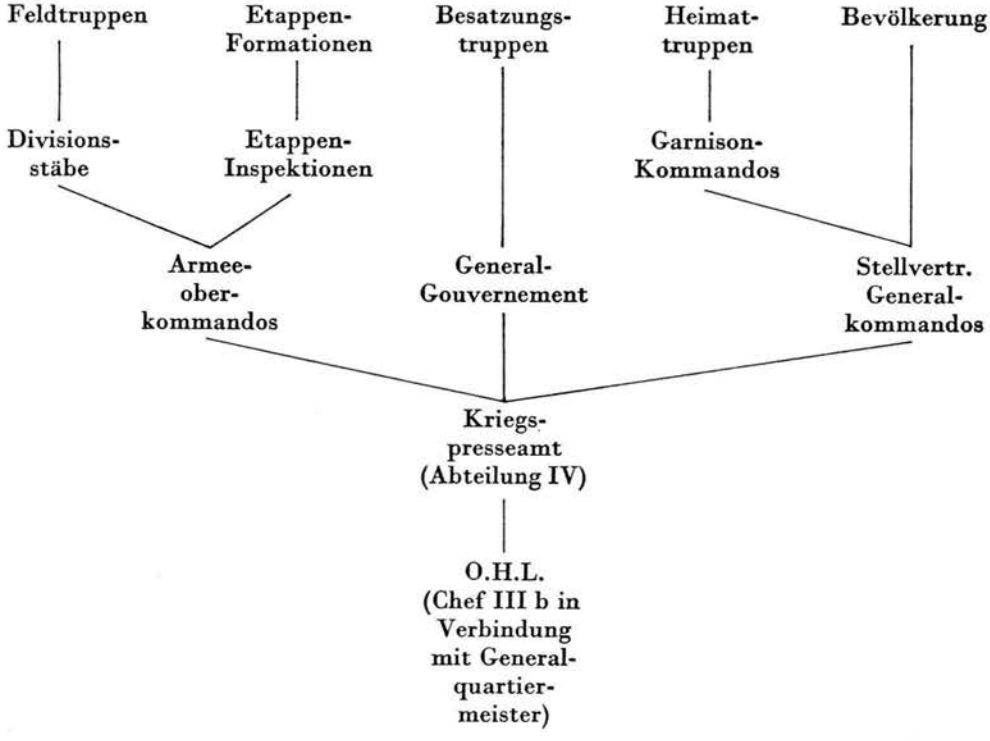
5. *Bei der Truppe* selbst ist der Träger der Aufklärungstätigkeit der Offizier als berufener Führer der Truppe. Jeder Truppenvorgesetzte muß sich die Förderung der Aufklärung seiner Untergebenen angelegen sein lassen. Ohne nachdrücklichste Förderung sämtlicher Befehlsstellen bleibt die Tätigkeit der Aufklärungsorgane erfolglos.

[4]) Der Chef des Generalstabes des Feldheeres übersandte die „Leitsätze" mit Schreiben vom 9. 9. 1917 den stellv. Generalkommandos (z. T. durch Vermittlung der bundesstaatlichen Kriegsministerien). In dem Schreiben heißt es: „In der Heimat ist es von zunehmender Wichtigkeit, das Bewußtsein zu erhalten, daß wir noch im Kriege stehen, und daß wir ihn in erster Linie gewinnen müssen und daß wir dies vor den täglichen Sorgen und vor den Gedanken an den Frieden nicht vergessen dürfen. Andernfalls wirken von der Heimat Einflüsse auf das Feldheer, welche den steigenden Anforderungen an die Leistungen unserer Truppen nicht entsprechen." Vgl. GLA Karlsruhe Abt. 456, Bd. 86. Einige stellv. Generalkommandos hatten bereits im Anschluß an die Organisation der Aufklärung für die Zivilbevölkerung Richtlinien für die Aufklärungstätigkeit unter den Truppen erlassen, die sich in ihrer Zielsetzung kaum von der Vorlage unterschieden. Vgl. die „Leitsätze für Truppenaufklärung" des stellv. Generalkommandos des XIV. AK vom 18. 6. 1917 (GLA Karlsruhe Abt. 456, Bd. 87), sowie die undatierten „Leitsätze für die Aufklärungstätigkeit unter den Truppen" des stellv. Generalkommandos des III. AK (HStA Stuttgart WKM, Abt. Kr. A, Bd. 1084), aus denen Eduard David vor dem Untersuchungsausschuß zitierte (WUA, Bd. 7/I, S. 176 f.). Der Befehl des stellv. Generalkommandos des IV. AK vom 20. 7. 1917 legte die Organisation und Durchführung der Aufklärung in die Hand von Obmännern und Vertrauensleuten, wobei für die vorgesetzten Obmänner auch Unteroffiziere und Mannschaften bestimmt werden konnten. Darin liegt ein wesentlicher Unterschied zu den Leitsätzen der OHL (vgl. hierzu auch die Ausführungen Major Nicolais in Nr. 346). In der Folge gab das stellv. Generalkommando des IV. AK periodisch „Nachrichten betreffend Aufklärung" heraus, die Einzelanweisungen enthielten (HStA Stuttgart WKM, Abt. Kr. A, Bd. 1084).

[5]) Liegt nicht vor.

Unteroffiziere und Mannschaften, die geeignet sind, können von Offizieren zur Aufklärungstätigkeit herangezogen werden; eine selbständige Tätigkeit dürfen sie nicht ausüben.

6. Die Organisation ergibt danach folgendes Bild:



III.

Arbeitsweise

1. *Ferngehalten* muß werden, was auf die Stimmung der Truppe nachteilig zu wirken geeignet ist, wie Flugblätter vom Feind und aus der Heimat. Über Briefkontrolle und persönliches Verhalten der Offiziere siehe die angefügte Verfügung des Generalquartiermeisters V a 1739 vom 25. 7. 1917.[6])

2. Die Tätigkeit der *Aufklärung* darf nicht erklärliche Stimmungen eindämmen wollen, die dann nur unter der Decke verbitternd weiter wirken, sondern soll sie feststellen und zerstreuen. Nicht fortleugnen, was allgemein, sei es mit Recht oder Unrecht, geglaubt wird, dagegen aufklären und das beseitigen, was falsch und schädlich daran ist. Friedenssehnsucht ist selbstverständlich, aber Pflichtgefühl und Siegeswille müssen stärker sein.

Die gegebene Aufklärung muß unbedingt zutreffend und zuverlässig sein. Ihr Erfolg wird von dem zunehmenden *Vertrauen* abhängen.

3. In erster Linie gilt es festzustellen, welche *Fragen* die Truppe bewegen und der Aufklärung bedürfen. Heimat und Heer stehen hier in enger Beziehung. Deshalb muß

[6]) Vgl. Ludendorff, Urkunden, S. 275. Zu den Befehlen über das persönliche Verhalten der Offiziere vgl. Nr. 334, Anm. 9.

Aufklärung in der Heimat und beim Heer Hand in Hand arbeiten. Die gemachten Feststellungen sind dem Kriegspresseamt bekannt zu geben. Den Stoff zur Aufklärung besorgt das Kriegspresseamt und leitet ihn den Bedarfsstellen zu durch

a) die Korrespondenzen des Kriegspresseamts (Deutsche Kriegswochenschau, Deutsche Kriegsnachrichten)[7]),

b) Broschüren[8]),

c) Korrespondenz und Mitteilungen aus den besetzten Gebieten des Westens, der Feldpressestelle[9]) in Charleville,

d) Bilder und Plakate, dem Verständnis der Mannschaften angepaßt,

e) Flugblätter.[10])

Außerdem teilen die Leiter der Aufklärung dem Kriegspresseamt *Erfahrungen* bei ihrer Tätigkeit mit. Das Kriegspresseamt stellt diese Erfahrungen *aus* der Truppe zusammen und versendet an alle Stellen „Mitteilungen betreffend Kriegsaufklärung".[11])

Hierdurch werden die Erfahrungen verallgemeinert.

Das Kriegspresseamt leitet außerdem Material zu, welches nach den Feststellungen in der Heimat zur Aufklärung bei den Truppen geeignet scheint.

4. *Die Armeeoberkommandos* entscheiden, was von dem vom Kriegspresseamt überwiesenen Material zur Aufklärung unter den Truppen verwendet werden soll. Um einen Überblick über die Bedürfnisse der Truppe zu haben, müssen die Leiter der Aufklärungstätigkeit bei den Armeeoberkommandos in enger Verbindung mit den Divisionsstäben pp. stehen.

5. *Zur Aufklärungstätigkeit in der Truppe* wird das Material verwertet durch

a) Vorträge, Unterhaltungsabende, Feldkinos und Theateraufführungen, zu denen die Militärische Stelle beim Auswärtigen Amt durch Vermittlung des Kriegspresseamts das nötige Material zur Verfügung stellt;

b) Feldpredigten;

c) Armeezeitungen[12]), deren Verbreitung und richtige Verteilung zu überwachen ist;

d) Feldbüchereien (möglichst bei jedem Truppenteil eine);

e) Feldbuchhandlungen[13]), deren Überwachung und Beeinflussung Aufgabe der Aufklärungsoffiziere ist.

Die zur Erholung und Aufheiterung dienenden Maßnahmen müssen in erster Linie den fechtenden Truppen und Truppen in Ruhestellung zugute kommen.

6. Bei der Aufklärungstätigkeit ist eine *Diskussion* nicht zuzulassen. Dagegen empfiehlt sich die Einrichtung von *Fragekästen* und *Auskunftsstellen* für alle Fragen, die den einzelnen Mann in bezug auf seine heimatlichen Verhältnisse betreffen.

7. Zuverlässige *Urlauber* werden mit Vorteil verwendet werden, vom Heer in die Heimat zu leiten, was dort zur Hebung der Stimmung beitragen kann. Das Kriegs-

[7]) Vgl. Nr. 321, Anm. 10 und 14.

[8]) Vgl. hierzu Nr. 346, Anm. 5, 6 und 17.

[9]) Vgl. Nr. 136, Anm. 16.

[10]) Vgl. hierzu Nr. 321, Anm. 11.

[11]) Vgl. Nr. 325, Anm. 9.

[12]) Vgl. hierzu K. Kurth, Die deutschen Feld- und Schützengrabenzeitungen des Weltkrieges, Leipzig 1937.

[13]) Vgl. Nr. 346.

presseamt wird dafür sorgen, daß über die Fragen, die sich als Gegenstand der Aufklärung bei den Truppen ergeben, auch in der Heimat eine Aufklärung stattfindet.

8. Auf dieser Grundlage hat sich die *Aufklärung dem örtlichen Bedürfnis anzupassen* und sich von jeder Verallgemeinerung fernzuhalten. Es wäre *falsch*, wenn durch die Aufklärung Gedanken *verbreitet* würden, die der Truppe an sich zurzeit *fern*liegen.

IV.

Gegenstand der Aufklärung

1. Es empfiehlt sich, die Aufklärung *auf das Wesentliche zu beschränken*, dieses aber dauernd mit Nachdruck zu verfolgen und die verschiedenen Mittel der Aufklärung hierauf zu vereinigen.

2. Die *wesentlichen Gebiete der Aufklärung* sind:

a) Ursachen des Krieges. Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands, ihre Bedeutung und die Folgen eines verlorenen Krieges, besonders auch für den deutschen Arbeiter. Die Notwendigkeit, weiterzukämpfen, bis der Vernichtungswille unserer Feinde gebrochen und Sicherheit für die wirtschaftliche Weiterentwicklung geschaffen ist.

b) Die Gesamtgröße unserer bisherigen Erfolge rechtfertigt Vertrauen auf endgültigen Sieg. Siegesbewußtsein, Pflichttreue und Mannesstolz sind zu fördern. Entscheidung ist schon zu unseren Gunsten gefallen. Es gilt, sie endgültig zu sichern. Voraussetzungen hierfür sind gegeben. Rohstoffe und Munitionsersatz gesichert. Wirkung des U-Bootkrieges steigert sich.

c) Notwendigkeit und Bedeutung der Führung auf allen Gebieten (militärisch, Regierung, Verwaltung, Industrie und Handel). Daraus Notwendigkeit der Autorität einerseits, der Unterordnung andererseits herleiten. Dabei ist besonders das Vertrauen zu Kaiser und zu den Bundesfürsten sowie zur militärischen Führung zu vertiefen.

d) Gegner, von unserer militärischen Unbesiegbarkeit überzeugt, setzt seine Hoffnung auf unseren wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch und auf den Auseinanderfall unserer Bündnisse.

Schwierigkeiten der Wirtschaftslage durch Lebensmittel und Kohlen sind vorhanden und anzuerkennen, besonders in der Heimat; sie werden aber mit Sicherheit überwunden. Notwendigkeit der Lebensmittelbeschränkung und Kohleneinteilung durch Maßnahmen der Behörden ist zu erläutern. Fehler sind früher selbstverständlich aus anfänglicher Unkenntnis der zu bewältigenden Aufgaben, oft auch gerade aus dem Bestreben größter Gerechtigkeit gemacht worden. Wege und Mittel zur gerechten und vorsorglichen Verteilung werden aber angestrebt und gefunden werden. Kleinere Härten bleiben unvermeidlich, schon wegen der sehr verschiedenen Interessen von Produzent und Konsument. Ausgleich der Verstimmung zwischen Stadt- und Landbevölkerung. Gegenseitiges Verständnis und Unterstützung tut not. Verwerflichkeit des Kriegswuchers. Kriegsende bedeutet nicht Ende der wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Schimpfen nutzt nichts, jeder muß selbst helfen und schaffen. Das eigene Ich muß zurücktreten vor dem gemeinsamen großen Ziel. Streiks gefährden den Sieg und kosten das Blut der Truppe, Friedensduselei verlängert ebenso wie Mißmut den Krieg. *Einigkeit* im Innern macht stark, alles andere schwächt. Verständnis für das Wesen und die Leistungen unserer Verbündeten.

e) Aufklärung darüber, daß unsere Gegner, wenn sie den Krieg als aussichtlos aufgeben müssen, versuchen werden, durch „Friedensverhandlungen" uns die Früchte un-

seres militärischen Sieges zu entreißen und in Sonderheit unsere wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten zu erdrosseln. Es muß jedem Soldaten klar gemacht werden, daß wir auch dann bereit sein müssen, den Kampf jederzeit wieder aufzunehmen, um *unser* Kriegsziel, d. h. die Sicherstellung unserer Zukunft, zu erreichen. Volk und Heer muß bis zum endgültigen Friedensschluß in voller Stärke und Einigkeit hinter den Führern des Reiches stehen.

I. A.
Ludendorff.

332.

Schreiben des Chefs des Generalstabes des Feldheeres an die Chefs des Stabes der Heeresgruppen und Armeen[1]) über die Notwendigkeit der Aufklärungstätigkeit unter den Truppen.

31. 7. 1917, Gr. Hauptquartier, II Nr. 4123 geh. op.[2]), Persönlich! — E. Ludendorff, Urkunden der Obersten Heeresleitung, Berlin 1922, S. 278 f.[3])

Den höheren Kommandostellen bis einschließlich Divisionen wird in diesen Tagen unter III b Nr. 11567/II vom 29. 7. ein Schreiben über Aufklärungstätigkeit im Heere zugehen um die Kampfkraft des Heeres zu erhalten.[4])

Ich möchte dazu folgendes bemerken:

Die Stimmung in der Heimat ist tief gesunken.[5]) Bei den engen Beziehungen von Heimat und Heer kann das Heer auf die Dauer nicht unberührt bleiben.

[1]) Eine Abschrift des Schreibens im Nachlaß Bauer, Nr. 14, trägt den Empfängervermerk: „An alle Stabschefs."

[2]) Es verdient festgehalten zu werden, daß dieses der Frontpropaganda gewidmete Schreiben in der Operationsabteilung des Oberstleutnants Bauer entworfen wurde. Vgl. Nr. 304, Anm. 6 und 7.

[3]) Abgedruckt auch in: Ursachen und Folgen, Bd. 1, S. 224 f.; erwähnt in: WUA, Bd. 6, S. 20 und S. 125, vgl. hierzu Rupprecht, Bd. 2, S. 234 f.

[4]) Vgl. Nr. 331.

[5]) Vgl. hierzu den Bericht des Majors v. Weiß von der 1. Garde-Reserve-Division vom 24. 7. 1917, Nachlaß Bauer, Nr. 11. Der Major hatte seinen Urlaub nach eigener Angabe dazu benutzt, die Stimmung in der Heimat zu erkunden. In dem Bericht, der von Ludendorff für die Abteilungen O II (Bauer) und III b (Nicolai) des Generalstabes des Feldheeres ausgezeichnet wurde, heißt es: „Das Volk ist jahrelang sich selbst überlassen geblieben; jede Fühlung mit dem Heere fehlt; die Krone tritt nie in Erscheinung, ihre Einwirkung auf das Volk fehlt; sie wird vermißt. — Dadurch wird das Volk schlechten Einflüssen, die dauernd auf das Lebhafteste arbeiten, leicht zugänglich. — Das Volk ist kurzsichtig; es hat alles Große, was es selbst geleistet hat, vergessen; nimmt unsere gute militärische Lage als selbstverständlich an und empfindet Stillstand als Rückschritt. Aber mit dem Volk, wie es ist, muß man rechnen; daher muß eine groß angelegte Propaganda sofort einsetzen, um das Heer und die Führer des Volkes wieder mit diesem in Verbindung zu bringen, das geschwundene Vertrauen (Tatsache!) neu herzustellen. — Das Volk muß „geführt" werden. — Den Zeitungen glaubt es nicht; oft, immer wieder, hörte ich in den verschiedensten Schichten: ‚Das ist ja doch nicht wahr!', wenn irgendeine Nachricht der Zeitungen von Erfolgen und guten Aussichten sprach. Ich fand diese Stimmung bis in die gebildeten Kreise vor. Besonders im Mittelstand, bei städtischen und ländlichen Arbeitern. Die gebildeten, wohlhabenden Kreise waren aufs Äußerste besorgt um den Fortbestand unserer Monarchie und Verfassung. Gut denkende

Im Innern machen sich neben krassem Egoismus und rücksichtsloser Gewinn- und Genußsucht Flaumacherei, Pessimimus und Pflichtvergessenheit breit, die den Ausgang des Krieges gefährden können. Diese Erscheinungen sind zu einem Teil auf wirkliche Notstände, wie schwierige Ernährungs- und Kohlenlage, pekuniäre Sorgen, Länge des Krieges, Verlust von Angehörigen usw. zurückzuführen. Zum größten Teil aber sind sie durch die zielbewußte Agitation gewisser staatszerstörender Elemente hervorgerufen, die skrupellos diese Notstände zur Förderung ihrer politischen Ziele ausnutzen und Unfrieden, Verhetzung usw. auf alle Art zu stiften suchen. Unser Volk ist in Alltagssorgen befangen und hat für die Größe und den Ernst der Zeit, wie für die Leistungen von Heer und Flotte, kaum noch Verständnis.[6]) Es zerfleischt sich in fruchtlosen Erörterungen, statt zunächst freudig, geschlossen und seiner kämpfenden Söhne würdig, den Krieg und seine unvermeidlichen Lasten zu tragen.

Die Stimmung aus der Heimat hat tatsächlich schon vereinzelt auf das Heer übergegriffen, wie zahllose Zuschriften bezeugen.[7]) Daneben wird versucht, durch eine unmittelbare Beeinflussung die Kampffreudigkeit des Heeres zu beeinträchtigen. Dem allen kann nicht tatenlos zugesehen werden. Es gilt, im Heer die Kampfkraft und damit die Siegeszuversicht, wie sie bei unserer Lage durchaus berechtigt ist, die Liebe zum Kaiser und den Landesherren und ein starkes deutsch-vaterländisches Gefühl immer von neuem zu beleben, stark zu erhalten und ferner dafür zu sorgen, daß aus dem Heer heraus den Hetzern, Flaumachern und Schwächlingen daheim und im Heere entgegengetreten, ohne daß die Notlage, die in der Heimat ist, übersehen wird.

Ich bitte dringend, sich dieser äußerst wichtigen Frage mit größtem Nachdruck anzunehmen. Die Richtlinien dazu gibt das oben genannte III b Schreiben. Außerdem bitte ich mit den neugeschaffenen Aufklärungs-Offizieren in enge Fühlung zu treten und ihren Anregungen und Wünschen möglichst nachzukommen.

Ich behalte mir vor, auch von hier aus Beiträge zur Aufklärung im genannten Sinn zur weiteren Verwertung zu senden.

Ich empfehle auch, mit den Truppenführern, insbesondere den Regimentskommandeuren sich persönlich ins Benehmen zu setzen. Innerhalb der Truppen selbst wird es meines Erachtens zweckmäßig sein, einzelne Punkte z. B. Pflichten des Einzelnen in der Front und daheim als Instruktionsgegenstände zu behandeln.

Sobald ein gewisser Erfolg erzielt ist, wird es angezeigt sein, Mannschaften, die nach ihren Anschauungen und Fähigkeiten geeignet erscheinen, bei ihrem Urlaub in die Heimat zu veranlassen, dort zur Hebung und Festigung der Stimmung zu wirken.

Mittelstandskreise, die Fühlung mit der Arbeiterschaft haben, verlangten immer und immer wieder danach, daß das Volk ‚bearbeitet' werden solle, daß man ihm Gelegenheit gäbe, vom Kaiser und vom Heer durch Vorträge und Lichtbilder zu sehen und zu hören, um ihm die Notwendigkeiten des Alltags und die Leistungen des Heeres plastisch zur Kenntnis, die Person des Kaisers nahezubringen. — Immer und immer wieder wurde mir versichert, daß man der Rückkehr der Soldaten nach dem Frieden mit der größten Sorge entgegensehe."

[6]) In dem Bericht des Majors v. Weiß (vgl. Anm. 5) heißt es hierzu: „Mit Hilfe des Heeres muß das Volk beeinflußt werden. Der ‚Feldgraue' hat noch Einfluß, wenn er, mit dem Kreuz geschmückt, spricht; ihm glaubt die Heimat. Aber schon *beginnt* man ‚zu Hause' auch keine Rücksicht mehr auf den Feldgrauen zu nehmen. Früher überall mit Jubel empfangen, von Fremden mit Rücksicht behandelt, geht man jetzt fast überall schon achtlos an ihm vorüber, empfindet ihn sogar in seiner Masse als störend. — Der Grund hierfür ist der, daß man sich daran gewöhnt hat, von seinen ‚Heldentaten' zu lesen, daß man alles als selbstverständlich ansieht, daß die Sorgen des Alltags jeden sein eigenes Ich zu sehr in den Vordergrund stellen lassen und manches andere, dessen Ausführung hier zu weit ginge, das aber sehr ernst ist."

[7]) Der in dem Satz enthaltene Widerspruch ist sowohl für den Sachverhalt als auch für den Charakter des Schreibens insgesamt aufschlußreich.

Verständnisvolles Einwirken der Vorgesetzten auf die Mannschaften bei Antritt des Urlaubs und bei Rückkehr wird immer nutzbringend sein.[8])

Im Ganzen handelt es sich, wie ich ausdrücklich nochmals betone, um eine Aufgabe von großer Tragweite, deren Durchführung, neben Beharrlichkeit, Takt und Umsicht erfordert.

Ich bitte den Herren Oberbefehlshabern Vortrag zu halten.

Die Korps- und Etappenchefs und die ältesten Generalstabsoffiziere der Divisionen haben Abschrift erhalten.

I. A.
gez. Ludendorff.

[8]) Vgl. Nr. 329 und 334.

333.

Auszüge aus dem Protokoll des Kriegspresseamts über die Besprechung der zentralen Militär- und Zivilbehörden sowie der Aufklärungsoffiziere der stellv. Generalkommandos über Propagandafragen.[1])

7./10. 8. 1917[2]), Nur für den Dienstgebrauch! — MGFA MA/Adm, Nr. 2393, P 2, gedrucktes Exemplar.[3])

[...][4])

Vorsitzender[5]) dankt beiden Herren und fährt fort: Als wir diese Versammlung ins Auge faßten, haben wir natürlich angenommen, daß es möglich sein würde, schon erheblich mehr über die politische Lage zu sagen, und daß es auch möglich sein würde, den Herren Gelegenheit zu Anfragen zu geben. So wie die Sache liegt, werden die Herren mir zustimmen, daß wir heute jedenfalls auf eine Diskussion verzichten müssen. Sollte es möglich sein, daß die Herren des Auswärtigen Amts ihre heutigen Ausführungen noch ergänzen, so wäre es jedenfalls mit Dank zu begrüßen.

[1]) Nach dem Teilnehmerverzeichnis beteiligten sich insgesamt 194 Vertreter von Militär- und Zivilbehörden an der Besprechung, insbesondere die Aufklärungsoffiziere der stellv. Generalkommandos (vgl. Anlage 3). Es waren allerdings auch einige wenige Abgesandte privater Vereinigungen vertreten, z. B. Frhr. v. Gleichen vom Bund deutscher Gelehrter und Künstler sowie Prof. Dr. Stahlberg vom Unabhängigen Ausschuß für einen deutschen Frieden.

[2]) Zu der Tagung war am 1. 8. 1917 durch das Kriegspresseamt eingeladen worden (MGFA MA/RMA, Nr. 2358, XVII. 1. 5. 17, Bd. 1), die Besprechung fand im Reichstagsgebäude statt.

[3]) Der Presseabteilung des Admiralstabes mit Schreiben vom 12. 9. 1917 übersandt. Das Protokoll umfaßt 93 Druckseiten (DIN A 5).

[4]) Der Chef des Kriegspresseamts eröffnete die Sitzung am 7. 8. 1917 und erwähnte in seiner kurzen Rede die unterschiedliche Intensität, mit der die stellv. Generalkommandos die Aufklärung betrieben. Dann folgten die Vorträge von Major Hasse (Die militärische Lage zu Beginn des vierten Kriegsjahres), Dr. Wagner (Die Aufgaben des Bild- und Filmamtes), Ministerialdirektor Deutelmoser (Die allgemeine politische Lage) und von Legationsrat Köpke (Die Wirkung des Kriegseintritts der Vereinigten Staaten von Nordamerika auf die mittel- und südamerikanischen Staaten und die europäischen Neutralen).

[5]) Major Stotten, Chef des Kriegspresseamts.

Ich möchte nur kurz auf eine Frage eingehen, von der ich vermute, daß sie doch vielen oder allen am Herzen liegt. Bei der Aufklärungstätigkeit, wo man die Bevölkerung immer wieder zu neuem Durchhalten anspornen soll, wo man ihre Zuversicht festigen soll, entsteht auch natürlich die Frage: Was soll man der Bevölkerung sagen, was ist der Lohn der großen Opfer und der immer wieder neuen Anstrengungen? Es kann sich die Frage aufwerfen, inwiefern die Aufklärungstätigkeit beeinträchtigt wird durch die bekannte Entschließung des Reichstags?[6]) Zu dieser Frage restlos Stellung zu nehmen, ist mir natürlich nicht möglich, schon deswegen nicht, weil es nicht meines Amtes sein würde. Ich möchte aber nicht unterlassen, Ihnen ganz kurz meine Auffassung zu sagen.

Es ist ja bekannt, daß die Entschließung nach der Absicht derjenigen, die sie veranlaßt und die ihr zugestimmt haben, eine politische Wirkung haben soll, und die Lage ist augenblicklich wohl immer noch so, daß es allerdings, was die Aufklärung anlangt, falsch sein würde, wenn man sich in offenen Widerspruch zu dieser Erklärung setzen wollte. Es würde auch deswegen keineswegs erwünscht sein, weil unsere gesamte Aufklärungstätigkeit sich von einem politischen Beigeschmack irgendwelcher Art natürlich vollkommen freihalten muß, denn je lebendiger sie wird, um so mehr wird sie die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit natürlich auf sich ziehen, und es wäre sehr unerwünscht, wenn Hemmungen eintreten würden dadurch, daß andere Teile sich verpflichtet sehen würden, sie zu bekämpfen.[7]) Andererseits bin ich der festen Überzeugung, daß zu irgendeinem Pessimismus aus Anlaß dieser Entscheidung gerade für uns nicht der mindeste Grund vorliegt. Ich glaube — ich kann Sie da verweisen sowohl auf die Äußerung Seiner Majestät des Kaisers in den letzten Tagen, wie auch auf verschiedene Ausführungen des Herrn Reichskanzlers, z. B. an das Wort Seiner Majestät des Kaisers erinnern von dem starken Reich, in dem unsere Kinder sicher leben sollen[8]), auf den Hinweis des Herrn Reichskanzlers auf die Nervosität, die vorübergehend über uns gekommen ist, die wir aber wieder los werden[9]), und besonders auch darauf, daß er ausgeführt hat, daß das Entgegenkommen, das wir unseren Feinden gegenüber bewiesen haben, selbstverständlich zur Voraussetzung oder Ergänzung haben muß, daß auch von ihrer Seite etwas Ähnliches geschieht[10]) — daß davon keine Rede ist, wissen die Herren alle, man kann eher annehmen, das gerade Gegenteil davon ist der Fall — wenn wir also unsern Blick auf den kommenden Frieden richten wollen, dann müssen wir uns jedenfalls klar sein, daß er sobald noch nicht kommen wird. Wenn einmal der Friede da ist, so wird niemand glauben, daß wir uns an den Verhandlungstisch setzen werden mit gebundenen Händen, während der Gegner volle Freiheit hätte — also ich glaube, daß wir dem Frieden durchaus mit Zuversicht entgegensehen können. Wie er aussehen wird, wird natürlich von der Lage abhängen,

[6]) Vgl. hierzu Nr. 319, Anm. 43.

[7]) Vgl. hierzu Nr. 337, Anm. 7, und Nr. 341.

[8]) Aufruf des Kaisers an das deutsche Volk vom 1. 8. 1917, vgl. Schulthess 1917/I, S. 737.

[9]) Erklärung des Reichskanzlers gegenüber dem Chefredakteur der „Dresdner Neuesten Nachrichten" am 31. 7. 1917, vgl. Schulthess 1917/I, S. 736 f.

[10]) Rede des Reichskanzlers vor Pressevertretern am 28. 7. 1917, vgl. Schulthess 1917/I, S. 729 ff., S. 731.

in der uns der Friede finden wird, und zwar nach verschiedenen Beziehungen, sowohl in wirtschaftlicher Beziehung, wie in innerpolitischer, wie in militärischer. Was die wirtschaftliche Lage anlangt, so werden wir gemäß unserer Tagesordnung Vorträge hören, die Ihnen gewiß die Zuversicht geben werden, daß wir in dieser Hinsicht mit vollem Vertrauen dem weiteren Verlauf des Krieges entgegensehen und damit auf einen guten Frieden rechnen können.[11]) Ebenso ist meine persönliche Ansicht, daß wir die innerpolitische Lage mit voller Zuversicht ansehen können. Weiter möchte ich jedoch auf diese Frage nicht eingehen aus dem schon erwähnten Grunde: es ist nicht meines Amtes. Dasselbe möchte ich bei dieser Gelegenheit besonders für die gesamte Aufklärungstätigkeit betonen: Halten die Herren sich von jeder irgendwie innerpolitischen Aufklärung fern! Unsere Aufklärung hat mit Politik nicht das Mindeste zu tun.

Was nötig ist, ist eine große, unerschütterliche Zuversicht im Volke. Wenn es Ihnen gelingt, im Volke allmählich diese Zuversicht zu verbreiten und zu stärken, so tragen Sie, glaube ich, am meisten dazu bei, daß der Friede uns in einer Lage findet, wie wir hoffen dürfen, daß er die Opfer und die Anstrengungen vollständig belohnt.[12])

[...][13])

Bergrat **Dr. Herbig:** Die Arbeiterpolitik ist ein sehr kitzliches Kapitel. Ich bin 12 Jahre lang Arbeiterdezernent im Saarrevier gewesen bei einer sehr ruhigen und durch und durch patriotischen Bevölkerung, die den siebziger Krieg aus der Nähe gesehen hat, die außerdem unter den günstigsten sozialen Bedingungen arbeitet. Ich komme also aus einem verhältnismäßig sehr ruhigen Bezirk. Aber, meine Herren, das habe ich gelernt, daß man sehr vorsichtig sein muß, und ich weiß es auch anderswo her. Der Herr Vorredner[14]) hat in einer gewissen Richtung etwas vollkommen Zutreffendes gesagt und gewollt, aber leider wird das Wort nicht allein in dem Sinne gehört, in welchem man es spricht, sondern es wird auch von vielen anderen Ohren gehört, nicht nur deutschen, sondern auch englischen, und es wirkt in diesen anderen Ohren ganz anders, als man es haben

[11]) Vgl. hierzu die Ausführungen Major Warneckes am Schluß des Dokuments.

[12]) Major Stotten war in der Nachmittagssitzung des 7. 8. 1917 nicht anwesend, übernahm den Vorsitz wieder am 8. 8. 1917 und verabschiedete sich bereits in der Vormittagssitzung des 9. 8. 1917 von der Versammlung. Am 14. 8. 1917 teilte er dem Vorstand der Presseabteilung des Admiralstabes mit (MGFA MA/Adm, Nr. 2393, P 2, Bd. 2), daß der Chef des Generalstabes des Feldheeres eine andere Verwendung für ihn „in Aussicht" genommen habe (Führung einer türkischen Offiziersabordnung auf dem Kriegsschauplatz). Es kann wohl angenommen werden, daß Major Nicolai seine bereits im April 1917 geäußerten Bedenken über die Eignung Stottens (vgl. die Notizen über die Reise nach Berlin am 28. /29. 4. 1917, Nachlaß Bauer, Nr. 11) durch diese Rede vollauf bestätigt fand und für eine rasche Ablösung Stottens sorgte. Vgl. auch das Urteil des Oberstleutnants Falkner v. Sonnenburg über Stotten in Nr. 137. Nachfolger Stottens als Chef des Kriegspresseamts wurde Major Würz.

[13]) Mit dieser Rede Major Stottens schloß die Vormittagssitzung. Am Nachmittag sprach zunächst Prof. Dr. Wiedenfeld über die Rohstoffversorgung und beantwortete im Anschluß eine Reihe von Fragen, die aus der Versammlung an ihn gestellt wurden. Dann sprach Bergrat Dr. Herbig über die Kohlenversorgung. In der Aussprache schlug Leutnant Grimm vom Armeeoberkommando Woyrsch vor, bei Streiks die Belieferung der Arbeiter mit Hausbrandkohle einzuschränken.

[14]) Leutnant Grimm.

wollte. Diese Rückwirkung, daß die Leute sich sagen „Ich schlage an meine Brust, wie kann ich meine Standesgenossen so schädigen!" findet tatsächlich nicht statt. Denn den Leuten, die einen Streik beginnen, wird schon zur Genüge gesagt: ein Streik ist das schlechteste Mittel, das ihr in diesem Falle haben könnt, denn ihr schädigt das Vaterland. In der gewerkschaftlichen Arbeiterschaft ist der Gedanke auch durchaus klar: Wenn wir den Krieg verlieren, sinken die Löhne bis ins Bodenlose. Wenn trotzdem Leute noch streiken, sind das irregeführte Leute, bei denen das nicht verfängt. Denen ist schon gesagt worden: Ihr fallt ja euren Brüdern an der Front in den Rücken, und das hat nicht verfangen. Meiner Ansicht nach wäre es falsch, eine Drohung auszusprechen in dem Sinne: dann wollen wir es euch entgelten lassen, indem wir euch den Kohlenkorb höherhängen. So sehr ich den Grundgedanken als gut ansehe, bitte ich Sie aus überwiegend taktischen Gründen, dies ganz tief in Ihrem Busen zu verschließen und kein Wort davon über Ihre Lippen zu bringen.

Major **Warnecke:** Ich halte es für absolut notwendig, daß wir die Arbeiter unbedingt auf die Folgen ihres Handelns aufmerksam machen, und zu den Folgen dieses Handelns gehört, daß sie selber frieren, wenn sie keine Kohlen erzeugen. Daß man ihnen nicht drohen darf: wir werden euch die Kohlen beschneiden, ist richtig, aber daß man sie auf die Folgen aufmerksam macht, halte ich für nötig. Wenn wir von dem Standpunkt ausgehen, daß man den Arbeitern das nicht sagen darf, dann können wir die ganze Propagandatätigkeit einstellen.

[...][15])

Oberleutnant **Schmetzer**[16]) (stellv. General-Kommando XVI. AK): Ich möchte noch kurz auf den Punkt zurückkommen, daß Herr Bergrat Herbig sehr zweifelhaft sich geäußert hat gegenüber den Wirkungen, die möglich wären bezüglich der Belehrung der Bergleute. Sie sind zugänglich einer Belehrung in dem Sinne, daß man ihnen sagt: Wenn ihr nachlaßt in der Förderung, in der Anstrengung, schädigt ihr zunächst und am allerschärfsten und empfindlichsten eure eigenen Standesgenossen.[17]) Es tut mir leid, daß ich Herrn Bergrat Herbig nach allen den Ausführungen, die er gemacht hat, und für die ich sehr dankbar bin, nicht zustimmen kann. Ich komme aus demselben Gebiet, aber ich habe in der letzten Zeit ungefähr 40 bis 50 Bergarbeiter-Versammlungen besucht, und ich muß sagen: Ich habe nicht in einer einzigen Anhaltspunkte dafür gefunden, daß die Leute einer eindringlichen Belehrung gegenüber starr geblieben wären. Am Sonntag vor acht Tagen war eine Versammlung im Saargebiet von 1200 Anhängern der christlichen Gewerkschaften. Während vor 6 bis 7 Wochen die Stimmung dort sehr kritisch war, ist es jetzt wieder etwas rosiger geworden, und zwar wesentlich durch die ständige Beruhigungstätigkeit, die nicht nur von militärischen Stellen, sondern vielmehr noch durch Arbeiterfunktionäre ausgeübt worden

---

[15]) Es folgen weitere Anfragen und Anregungen zur Kohleversorgung der Zivilbevölkerung.

[16]) Oberleutnant Schmetzer hielt am 10. 8. 1917 innerhalb der Tagung einen Mustervortrag zum Thema „Wie bringe ich meine Gedanken an die aufzuklärende Masse heran?" Vgl. auch Ludendorff, Kriegserinnerungen, S. 569.

[17]) Für diese Form der Belehrung sprach sich auch der Leiter der Aufklärungsabteilung des stellv. Generalkommandos des VII. AK, Rechtsanwalt Kempkes, aus, er lehnte jedoch, ebenso wie Bergrat Dr. Herbig, jede Drohung ab.

ist. Ich möchte ausdrücklich hier dem Gedanken entgegentreten, als ob die Bergleute wirklich unzugänglich seien, weil die Erfahrungen, die wir nicht allein in diesen 40 bis 50 Versammlungen, sondern bei insgesamt 120 bis 130 Versammlungen des letzten Jahres gemacht haben, allen diesen Behauptungen widersprechen. Ich glaube, daß die Bergbehörde die Versammlungen selbst aus eigener Erfahrung nur wenig kennt, denn in keiner der Versammlungen war die Bergbehörde zu ihrer eigenen Orientierung vertreten.

[...][18])

Major **Warnecke:**

[...] Dann lautet eine Anfrage:

Welche Wege haben die einzelnen Generalkommandos einzuschlagen, um an die Industriearbeiterschaft heranzukommen?

Das restlos zu beantworten, ist unmöglich, denn die Verhältnisse liegen doch an jeder einzelnen Stelle anders. Die verschiedenen Möglichkeiten sind erprobt; an der einen Stelle haben sie sich bewährt, an der andern haben sie sich nicht bewährt.[19]) Das ist in der Hauptsache eine Personen- und Geschicklichkeitsfrage. Daß die stärkste Wirkung zweifellos diejenigen Organe haben, die dauernd auf die Arbeiterschaft Einfluß haben, ist ja sicher, und daß man sich deren, soweit sie guten Willen zeigen, bedient, ist zweifellos empfehlenswert.

Rechtsanwalt **Kempkes:**[17]) Ich glaube, bei der Frage: Wie kommt man an die Rüstungsarbeiter heran? wird man zu unterscheiden haben zwischen den sozialdemokratischen Arbeitern und der übrigen Arbeiterschaft. Nach meiner Erfahrung ist es außerordentlich schwer, an die Gewerkschaften selbst heranzukommen. Im einzelnen Falle mag es gehen durch praktische Bearbeitung einzelner leitender Führer. Viel leichter dagegen sind die Verhältnisse bei der Rüstungsindustrie dort, wo es sich um die christlich-nationale Arbeiterschaft handelt. Dort kann man darauf rechnen, daß sie durchaus bereit sind, an der Aufklärungsarbeit mitzuwirken, und daß sie auch dankbar sind für jede Fühlungnahme, die das stellvertretende Generalkommando mit ihnen nimmt.

Hauptmann **Kleisinger:**[20]) Wir haben Fühlung genommen mit dem Fabrikarbeiterverband, dem Metallarbeiterverband, dem Transportarbeiterverband und wir haben es so gemacht, daß wir neben den Flugschriften, die wir vom

[18]) Am 8. 8. 1917 folgten die Vorträge von Direktor Reiß über die Lage auf dem Papiermarkt, von Dr. Lübbert über Wesen und Wirken der Zentral-Einkaufsgesellschaft, des Geh. Oberfinanzrats Dr. Schwarz über die „Kriegsfinanzierung bei uns und unseren Gegnern", des Stadtrats Dr. Krüger über die Kartoffel- und Fleischversorgung, von Korvettenkapitän v. Falkenried über die Wirkungen des U-Bootkrieges und von Dr. Wohlmannstetter über die Getreideversorgung. Die Vorträge wurden jeweils unterbrochen durch kurze Aussprachen. Der 9. 8. 1917 war ganz der Diskussion gewidmet. Die verschiedensten Themen wurden dabei berührt, wobei die Ernährungsfragen den breitesten Raum einnahmen. Gegen Ende der Vormittagssitzung beantwortete Major Warnecke schriftlich eingereichte Fragen.

[19]) So lehnte das stellv. Generalkommando des XIV. AK es z. B. ab, bestimmte, vom Kriegspresseamt übersandte Flugblätter gegen den Streik unter der Arbeiterschaft verteilen zu lassen, da Betriebe und Handelskammern negative Auswirkungen einer derartigen Propaganda befürchteten. Vgl. hierzu Nr. 291, Anm. 10, und den entsprechenden Schriftwechsel vom Mai/Juni 1917 in: GLA Karlsruhe Abt. 456, Bd. 87.

[20]) Vom stellv. Generalkommando des XVIII. AK.

Kriegspresseamt erhalten haben, die wir natürlich ganz besonders ausgesucht haben, Flugschriften hinzugefügt haben, die aus der sozialdemokratischen Partei selbst entstanden sind. Dazu gehörte in der Regel die Broschüre, die vom Parteivorstande herausgegeben ist. Der andere Weg war der, daß wir uns an die Arbeitgeber gewendet haben. Dieser Weg ist natürlich noch schwieriger, denn nur da, wo in den großen Betrieben vor allen Dingen die soziale Fürsorge gut ist und immer fortschreitet, ist es möglich, auch durch den Arbeitgeber auf die Arbeiter einzuwirken. Da ist es natürlich, daß in den Fabriken auch wohl Klagen zu uns gelangen, und wir haben unser besonderes Augenmerk gerade auf diese Fabriken und suchen darauf hinzuwirken, daß diese Klagen abgestellt werden. Wir wenden uns an die Arbeitgeber und teilen den Gewerkschaften mit, was wir gemacht haben.

Dann möchte ich noch einen Punkt erwähnen, das ist die Aufklärung der Frauen, der Fabrikarbeiterinnen. Da haben sich die Gewerkschaften auch bereit erklärt, uns zu helfen, und zwar haben wir den Gedanken, in den Fabriken Vorträge halten zu lassen vor den Fabrikarbeiterinnen, allerdings nicht in einer Zeit, die die Ruhepause darstellt, sondern der Betrieb soll eine Viertelstunde früher geschlossen werden und da soll eine kurze Ansprache gehalten werden, vielleicht durch Frauen, durch Vertrauenspersonen. Das sind zum Teil die Fabrikpflegerinnen, die durch die Kriegsamtstellen gestellt sind. Wir haben schon recht gute Erfahrungen damit gemacht.

Leutnant **Spickernagel:**[21]) Verhältnismäßig leicht ist es, an die christlichen Gewerkschaften heranzukommen, namentlich dank der sehr regen Unterstützung der katholischen Geistlichkeit. Wir glaubten das Ziel dadurch zu erreichen, daß wir, als die Aufklärungstätigkeit einsetzte, zwei Versammlungen veranstalteten, eine kleine, gewissermaßen konstituierende Versammlung — das war ein ganz kleiner Ausschuß von den Vertretern der Regierung, dazu aber gleichzeitig sämtliche Gewerkschaften und größeren Vereine, und man merkte es den sozialdemokratischen Vertretern an, daß sie dankbar waren, daß man ihren Rat hören wollte, wie man die Aufklärungsorganisation aufbauen sollte, daß man sie in diesen engeren Ausschuß mit hineinnahm. Da haben wir nun eine Reihe von führenden Persönlichkeiten der sozialdemokratischen Bewegung, die mitarbeiten. Bei einer Versammlung wird u. a. ein sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter ein Referat halten und wird sprechen von seinen Eindrücken von einer Frontreise. Man kommt nicht an die Arbeiter heran, indem man selber als Redner auftritt, sondern man muß die Führer zu gewinnen suchen. Gewinnt man diese, so hat man auch die Arbeiterschaft gewonnen. Wir halten uns von den Gewerkschaften selber fern, gewinnen uns aber die maßgebenden Führer. [...][22])

Major **Warnecke:** Wir haben eine ganze Menge Anregungen gehört, und es freut mich, daß in der Mehrzahl die Anregungen des Kriegspresseamts wiedergefunden wurden, so daß sehr viel auf guten Boden gefallen zu sein scheint. Namentlich

[21]) Vom stellv. Generalkommando des X. AK, vgl. hierzu auch Nr. 324.

[22]) Im folgenden wies Hauptmann Steinbrecher vom stellv. Generalkommando des XVII. AK darauf hin, daß man auch über Schulversammlungen und Elternabende an die Arbeiterschaft herankommen könne.

die Zusammenarbeit mit den christlichen Gewerkschaftsführern scheint sich doch allmählich durchzusetzen. Ich habe die christlichen Gewerkschaftsführer, soweit ich sie persönlich gesprochen habe, gebeten, auf ihren Reisen sich mit den Aufklärungsoffizieren in Verbindung zu setzen und ihre Organisation zur Verfügung zu stellen.

[...][23])

Eine Anfrage von Herrn Dr. Hammermüller-Limbach[24]) lautet:

[...][25])

Dann heißt es weiter in der Anfrage:

2. Ohne auf politische Verhältnisse aufreizend zu wirken, ist es doch durchaus notwendig, die Bevölkerung über die Folgen eines faulen Friedens aufzuklären. Breite Schichten wollen einen Frieden um jeden Preis. Die Kraft zum Durchhalten wird erhöht, wenn die Bevölkerung erfährt, was ein Verzichtfriede für uns bedeuten würde.

Wir vertreten keine Kriegsziele, wie ich schon wiederholt gesagt habe[26]), aber ich meine, auf die Folgen eines faulen Friedens hinweisen, das ist gerade so eine Kriegszielpropaganda. Nicht in der Form, aber in der Sache wirkt es doch auf eine Kriegszielpropaganda hin, und in der Beziehung haben wir Ihnen ein so reichliches Material zugehenlassen, daß da im Augenblick wohl kaum neues nötig sein wird.[27]) Ich möchte diese Gelegenheit benutzen, um darauf hinzuweisen, daß der Grundsatz des Immerwiederhervorholens nicht vergessen wird. In den M. b. K.[28]) steckt mehr Arbeit als Umfang, und es empfiehlt sich, wenn man einmal ein paar Stunden Zeit hat — und die muß sich auch der Aufklärungs-

[23]) Major Warnecke machte im folgenden noch auf die Überwachungsreisenden der stellv. Generalkommandos aufmerksam, die ihre Tätigkeit in den Zügen zur Aufklärung benutzen sollten.

[24]) Schuldirektor in der Amtshauptmannschaft Chemnitz.

[25]) Der erste Teil der Anfrage bezog sich auf die lähmende Wirkung von Urlaubererzählungen, vgl. hierzu Nr. 329 und 334.

[26]) Als im Verlauf der Aussprache am 9. 8. 1917 Leutnant Spickernagel vom stellv. Generalkommando des X. AK kritisierte, daß das Kriegspresseamt auch Kriegszielbroschüren versende, die bei sozialdemokratischen Mitgliedern der Aufklärungsausschüsse Proteste zur Folge gehabt hätten, antwortete Major Warnecke: „Damit möchte ich gleich eine andere Frage verbinden, die an uns gestellt ist, und das ist die: Inwiefern können politische Organisationen in den Dienst unserer Aufklärungstätigkeit gestellt werden? Das ist eine sehr wichtige Frage, und ich kann da nur wieder anknüpfen an das, was ich vorhin sagte: Wir treiben keine Politik, und ich halte es für vollkommen ausgeschlossen, daß wir politisch stark gefärbte Organisationen in den Dienst unserer Aufklärung als solche stellen. Daß diese Organisationen sicher in der Aufklärungstätigkeit gern mitarbeiten, ist eine Tatsache, und daß ihnen Material zugeführt wird, halte ich auch für gut und richtig, aber nicht den Organisationen als solchen, sondern Persönlichkeiten daraus, die das für sie Verwendbare verwenden. Aber es muß ausgeschlossen sein, daß die politische Organisation sich als ein Organ der Aufklärungsorganisation der Obersten Heeresleitung betrachtet. Das geht natürlich nicht. Ich glaube, damit ist die Frage wohl ziemlich beantwortet. Im Einzelfall muß natürlich immer erwogen werden, wie gehandelt wird. Es lassen sich wirklich von hier, von der Zentralstelle aus, keine bindenden Regeln geben. Es ist alles eine Takt-, ich möchte beinahe sagen, eine Gefühlsfrage, wie weit man gehen kann, wen man heranziehen kann und wie man ihn heranziehen kann."

[27]) Vgl. hierzu Nr. 341 und 346.

[28]) Vgl. Nr. 325, Anm. 9.

offizier einmal verschaffen, daß man dann noch einmal wieder hineinsieht in die M. b. K. Da stößt man auf manches und fragt sich, ob das noch nachwirkt, und gräbt es wieder aus. Das wird der Arbeit sehr nützlich sein. Wir dürfen nicht immer Neues schaffen, sondern müssen das Alte immer wieder hervorholen und dafür sorgen, daß das Feuer im Glühen bleibt.[29])

[29]) Damit schloß die Besprechung vom 9. 8. 1917, am folgenden Tage hielt Oberleutnant Schmelzer den in Anm. 16 erwähnten Vortrag und Major Nicolai teilte die Richtlinien für die Aufklärungstätigkeit (vgl. Nr. 331) mit.

334.

Erlaß des bayerischen Kriegsministeriums an die Kommandeure aller mobilen bayerischen Formationen betr. die Stimmung in der Heimat.

11. 8. 1917, München, Nr. 121418 A, Geheim![1]) — BHStA IV München BM Berlin, B. Kriegsakten, 16, Bd. 8, gedrucktes Exemplar.[2])

Von höchster Wichtigkeit für die glückliche Beendigung des Krieges ist die *Stimmung in der Heimat*. Es darf auch im *Feldheer* kein Zweifel darüber bestehen, daß selbst die beste Führung und die größte Tapferkeit unserer Truppen nicht imstande sind, den Endsieg zu erringen, wenn die Masse des Volkes in der Heimat, wenn die Arbeiter der Rüstungsindustrie und die landwirtschaftlichen Erzeuger in ihrer hingebungsvollen, aufs äußerste angespannten Arbeit und in ihrem Willen zum Durchhalten nachlassen, wenn sie im willigen Ertragen der schweren Entbehrungen erschlaffen.

Auch darüber muß Klarheit bestehen, daß die *Frauen* daheim, die im Kampfe mit den Ernährungsschwierigkeiten schon heute sehr erheblichen Belastungsproben ihrer geistigen und körperlichen Spannkraft ausgesetzt sind und denen bei der drohenden Knappheit der Kohlenversorgung ein besonders harter Winter bevorsteht, ein *sehr wesentliches* Moment für die Erhaltung einer erträglichen Stimmung der großen Massen unseres Volkes bilden.

Wenn also der Stimmung in der Heimat eine ausschlaggebende Bedeutung für den Ausgang des Krieges beizumessen, wenn sie als *ein militärisches Kriegsmittel schlechthin* zu bezeichnen ist[3]), so muß auch offen ausgesprochen werden, daß die Widerstandskraft und Opferwilligkeit des Volkes von Monat zu Monat immer bedenklichere Einbuße erleidet.[4]) Dies gilt nicht nur für die Stadt, sondern — nach einwandfreien Beweisen — ganz besonders für das Land.

[1]) In der Vorlage mit dem Zusatz: „Nur im Auszug zu den Akten, Urschrift vernichten, Vollzug melden! Nur von Offizieren zu bearbeiten."

[2]) Abdruck des Dokuments in WUA, Bd. 6, S. 242 ff., ohne Nachweis des Fundorts, erwähnt bei Ay, S. 25 f., vgl. auch S. 104 ff., sowie bei Albrecht, S. 244 f. Der Vermerk des stellv. bayer. Militärbevollmächtigten in Berlin, Generalleutnant Ritter v. Köppel, im Kopf der Vorlage: „An ZD [Zentraldepartement des preuß. Kriegsministeriums] U. R. zur Kenntnis. Berlin 16. 8. [19]17" ist durchgestrichen.

[3]) Für eine ähnliche, hohe Einschätzung der inneren Verhältnisse für den Ausgang des Krieges vgl. Nr. 275.

[4]) Vgl. hierzu Nr. 254, 292 und 320.

Die bei Kriegsbeginn herrschende Begeisterung ist längst abgeflaut; sie hat vielfach einem weitgehenden Pessimismus Platz gemacht, dessen Gefahren nicht unterschätzt werden dürfen.

Verhältnismäßig am besten werden die moralischen und materiellen Prüfungen von der *organisierten Arbeiterschaft* ertragen. Hohe Löhne, die straffe Organisation und der starke Einfluß der Führer der sozialdemokratischen *Mehrheitspartei*, sowie der freien, christlichen und Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften stützen und stärken ihren Willen zum Aushalten so nachhaltig, daß — *wenigstens in Bayern* — von *dieser Seite* her ein Nachlassen der seelischen Widerstandskraft zunächst nicht zu befürchten ist.[5])

Freilich ist hierbei nicht zu verkennen, daß sich neben dieser Arbeiterschaft in wachsender Zahl auch nichtorganisierte Arbeiter befinden, die der Einwirkung von bewährten Führern entbehren, den Umsturzgedanken radikaler Kreise zugänglich und trotz ihrer hohen Löhne unzufrieden sind.

Ungleich schwerer als die Arbeiterschaft leiden unter den Opfern und Entbehrungen des Krieges die Millionen der meist dem Mittelstand angehörenden Leute, deren Einkommen sich nicht im Verhältnis mit der maßlosen Preissteigerung aller Lebensbedürfnisse erhöht hat, also vor allem die Festbesoldeten, die kleinen Gewerbetreibenden usw. Sie stehen zum großen Teil vor dem Zusammenbruch ihrer Existenz, sind zu einem wirtschaftlichen Proletariat herabgesunken, das von der Hand in den Mund lebt, und entbehren der materiellen Vertretung durch eine mächtige Organisation und der moralischen Stütze durch einflußreiche und anerkannte Führer.[6]) Daß die Umschichtung aus einem wirtschaftlich sorgenfreien Dasein in bittere Not zu spontanen Ausbrüchen der Unzufriedenheit führen kann, braucht wohl nicht näher ausgeführt zu werden.

Pflicht eines jeden ist es, die Stimmung im Heimatheer, in Stadt und Land, in allen Schichten der Bevölkerung nach Kräften zu beeinflussen, daß sie uns als Kriegsmittel erhalten bleibt.

Mit allen Mitteln arbeiten deshalb die heimischen Militär- und Zivilbehörden, unterstützt durch die uneigennützige Tätigkeit von vaterländisch gesinnten Vereinen und Männern, dahin, die Stimmung zu heben, die Heimat von der unabänderlichen Notwendigkeit des Durchhaltens *zu überzeugen.*[7])

Diese Arbeit aber stößt bedauerlicherweise immer wieder auf den einwandfrei nachgewiesenen Widerstand der *aus dem Felde in die Heimat beurlaubten Mannschaften*, deren Erzählungen über alles, was den Krieg betrifft, in der Heimat noch immer unbedingten Glauben finden[8]), und zwar gerade in jenen *nicht* organisierten, führerlosen Schichten der Bevölkerung. Dem Kriegsministerium stehen vielfache Beweise zur Verfügung,

[5]) Vgl. hierzu Nr. 250, 284, 292 und 298.

[6]) Vgl. hierzu Nr. 298, Anm. 12, sowie Feldman, S. 464 ff.

[7]) Das bayer. Kriegsministerium hatte am 30. 7. 1917 „Richtlinien für die Durchführugn der Aufklärungsarbeit im Besatzungsheer" erlassen (HStA Stuttgart XIII. AK, Abt. II, Bd. 69, vgl. auch Höhn, S. 522, Anm. 1), die sich dadurch auszeichneten, daß sie die Erörterung der Kriegs- oder Friedensziele ausdrücklich verboten und die verantwortlichen Obmänner und Vertrauensmänner zu enger Zusammenarbeit mit den Zivilbehörden verpflichteten. In dem Begleitschreiben wies das bayer. Kriegsministerium darauf hin, daß die angeordneten monatlichen Belehrungen in einem möglichst kleinen Kreis durchzuführen seien, um die Beeinflussung wirksamer zu gestalten. Zur bayer. Form der Propaganda vgl. Nr. 137, sowie die Ausführungen des Oberstleutnants Frhr. Kreß v. Kressenstein in Nr. 346. Am 19. 2. 1918 gab das bayer. Kriegsministerium eine gedruckte „Zusammenfassung sämtlicher für die Aufklärung im bayerischen Besatzungsheere zurzeit geltenden Erlasse, Bestimmungen, Anweisungen usw." heraus (HStA Stuttgart XIII. AK, Abt. II, Bd. 69).

[8]) Vgl. Nr. 329 und 332.

daß eine große Anzahl von Mannschaften diese ihnen von der Heimat eingeräumte Autorität — zum größten Teil wohl aus Gedankenlosigkeit und falsch verstandenem Heldentum, zum Teil aber auch bewußt — dazu mißbraucht, der Heimat die törichtesten Erzählungen über den Kaiser, die Verpflegung, das Leben der Offiziere an und hinter das Front[9]), über Verluste, eigene Leistungen und überstandene Gefahren und über der Verhältnis zu den nichtbayerischen Kontingenten aufzutischen und hierdurch dem Mißvergnügen mit den Verhältnissen in der Heimat noch ein weitgehendes Mißtrauen über das Leben in der Front und den Etappen hinzuzufügen.

Solch unüberlegtes Gerede beeinflußt die Gesamtstimmung in der Heimat auf das ungünstigste und bildet tatsächlich ein unüberwindliches Hindernis für die Aufklärungsarbeit der Behörden in der Heimat. Diese Hemmungen zu beseitigen ist demnach ein unbedingtes Gebot kriegerischer Notwendigkeit für die Befehlshaber des Besatzungsheeres; ich erbitte hiezu die tatkräftige und durchgreifende Mitwirkung der in den Kampffronten und Etappen stehenden bayerischen Kommandeure.

Ich habe keinen Zweifel, daß bei vorgängiger und eindringlicher Belehrung die Mehrzahl der nur *fahrlässig* sich in dieser Beziehung verfehlenden Leute selbst einsehen wird, welch unabsehbarer Schaden durch ihre unüberlegten Schilderungen von der Front angerichtet wird. Es ist deshalb Pflicht sämtlicher Kommandeure, dementsprechend in geeigneter Weise und wiederholt auf die ihnen unterstellten Mannschaften einzuwirken.

Solche Leute aber, die nach Ansicht der Kompagnie- usw. Führer als genügend verlässig erachtet werden, sowie sämtliche Offiziere bitte ich, *vor ihrer* Beurlaubung besonders darüber aufzuklären, daß sie durch *wahrheitsgetreue* Schilderung der Verhältnisse an der Front dazu berufen seien, die Stimmung in der Heimat zu *heben* und damit zu einem glücklichen Endes dieses Krieges sehr wesentlich beizutragen. Derartige besonders vertrauenswürdige, sorgfältig ausgewählte Leute, sowie die Offiziere müssen durch *ihre* Schilderungen ein *Gegengewicht* schaffen gegenüber allen jenen üblen Ausstreuungen, die nicht fahrlässig, sondern *vorsätzlich* in der Heimat versucht werden und an denen neben feindlichen, auch sehr wahrscheinlich Agenten des *radikalen Flügels der Sozialdemokratie* beteiligt sind.

Ich ersuche die Herren Kommandeure der mit dieser Verfügung beteil[ig]ten Verbände usw., mir im Laufe des Monats Oktober über den Vollzug meiner Anregung und über etwa dabei gemachte Erfahrungen kurz zu berichten[10]) und bin für sachdienliche Vorschläge — gegebenenfalls unter Namhaftmachung einzelner für die Heimataufklärung während des Urlaubes besonders geeigneter Persönlichkeiten — dankbar. Die K. Generalkommandos und Divisionen bitte ich, in ihrem Befehlsbereich stehende einzelne Kompagnien usw. und Formationen (nur *bayerische*), die mit der vorstehenden Verfügung nicht beteil[ig]t sind, in geeigneter Form davon zu verständigen.

v. Hellingrath.

[9]) Vgl. hierzu Nr. 129, Anm. 3. Im Jahre 1917 kann man tatsächlich von einer Häufung von Erlassen der zentralen militärischen Behörden zu diesem Thema sprechen. Vgl. das in WUA, Bd. 6, von M. Hobohm zusammengetragene Material: Schreiben des preuß. Kriegsministeriums vom 3. 6. 1917 (S. 26 f.); Befehl des Chefs des Generalstabes des Feldheeres vom 17. 6. 1917 (S. 29 f.); Befehl des Chefs des Generalstabes des Feldheeres vom 11. 7. 1917 (S. 36 f.); Befehl des Oberkommandos der Armeeabteilung C vom 12. 8. 1917 (S. 42); Befehl des Chefs des Generalstabes des Feldheeres vom 4. 10. 1917 (S. 43 ff.); Tagesbefehle Wilhelms II vom 8. 10. 1917 (S. 47 f., Abdruck auch in: Offiziere im Bild von Dokumenten aus drei Jahrhunderten, Stuttgart 1964, S. 207 f., Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 6); Befehl des Armeeoberkommandos I vom 12. 10. 1917 (S. 48 f.); Schriftwechsel zu einem Bericht des stellv. Generalkommandos des VII. AK über Erfahrungen von Feldgeistlichen bei ihrer Aufklärungstätigkeit, 1917/1918 (S. 56 ff.). Vgl. auch Nr. 385 und 394.

[10]) Vgl. die bei Höhn, S. 528, S. 553 f., im Auszug zitierten Berichte.

335.

Verfügung des stellv. Generalkommandos des XIII. AK an die unterstellten Militärbehörden. Zur Behandlung politischer Fragen im Rahmen der Aufklärung.[1])

7. 9. 1917, Stuttgart, Abt. IIa Nr. 93095 Kr., Vertraulich! — HStA Stuttgart WKM, Abt. A., Bd. 1727, gedrucktes Exemplar.

Ein Vorkommnis bei einem Ersatztruppenteil veranlaßt mich, darauf hinzuweisen, daß bei der Aufklärungstätigkeit innerhalb der Truppen besondere Geschicklichkeit und Takt erforderlich sind. Selbstverständlich läßt sich das schwer zu umgrenzende Gebiet der äußeren und inneren Politik nicht ganz ausschalten. Es muß aber unbedingt vermieden werden, daß die Aufklärung den Charakter von verletzenden Angriffen gegen politische Parteien annimmt, wie sie auch von Seiten der Zensur von keiner Partei, sei sie wer sie wolle, weder in der Presse noch in Versammlungen im Interesse des Burgfriedens gestattet werden.[2])

Ganz ungehörig sind Beleidigungen einzelner Parteiführer oder Volksvertreter, die bei Erhebung der gerichtlichen Klage zur Bestrafung des Beleidigers führen müssen.

Der Zweck der Aufklärung wird durch solche Mißgriffe vollständig verfehlt.

In der Armee sind die Anhänger aller politischen Parteien vertreten. Daß alle von dem festen Willen durchdrungen werden, ihre Pflicht gegen König und Vaterland überall und nach jeder Richtung zu erfüllen und daß sie sich darüber klarwerden, warum dies unbedingt notwendig ist, das ist das Ziel der Aufklärung. Je sachlicher bei dieser Aufklärungstätigkeit verfahren wird, desto eher wird sie imstande sein, unrichtige oder gefährliche Anschauungen richtig zu stellen oder zu ändern.

Ich erwarte von allen Offizieren und sonstigen Persönlichkeiten, die sich mit der Aufklärung beschäftigen, daß sie vorstehende Gesichtspunkte strengstens beachten und nicht durch Entgleisungen auf diesem Gebiet dazu beitragen, unsere Aufklärungstätigkeit geradezu in Mißkredit zu bringen.

Diese Verfügung ist bei allen Truppenteilen des Besatzungsheeres in geeigneter Weise zum Gegenstand der Besprechung mit den für Aufklärung in Betracht kommenden Offizieren pp. zu machen.

v. Schaefer.

[1]) Vgl. hierzu Nr. 334, Anm. 7, Nr. 341, 346, 381, 384, 387 und 391.

[2]) Vgl. die Definition des Burgfriedens in Nr. 182.

336.

Erlaß des Reichskanzlers an die Staatssekretäre der Reichsämter[1]) betr. die Einrichtung einer Zentralstelle des reichsamtlichen Pressedienstes in der Reichskanzlei.[2])

9. 9. 1917, Rk 3341. — MGFA MA/RMA, Nr. 2256, I. 2. 1. 84, Bd. 1, vervielfältigtes, eigenhändig vollzogenes Exemplar.

Im Interesse der einheitlichen Führung und der Ausgestaltung des Pressedienstes der Reichsämter habe ich eine Zentralstelle des reichsamtlichen Pressedienstes in der Reichskanzlei[3]) errichtet. An der Spitze dieser Zentralstelle steht mein Pressechef. Zu meinem Pressechef habe ich den bisherigen Leiter der Nachrichtenstelle des Reichsamts des Innern, Landrat Freiherrn von *Braun*, bestimmt.[4]) Die Aufgaben[5]) meines Pressechefs sind in der Hauptsache als *interne* gedacht; er soll also in der Regel *nicht* Auskünfte und Informationen oder Materialaufzeichnungen und -zusammenstellungen an die Presse geben. Dies bleibt grundsätzlich Sache der Nachrichtenabteilungen und sonstigen Presseeinrichtungen der einzelnen Reichsämter. Ihm obliegt vielmehr, bei den genannten Nachrichtenabteilungen und Presseeinrichtungen die Einheitlichkeit ihrer Arbeit und ihr zweckmäßiges Zusammenwirken dauernd sicherzustellen, ihnen in allen Angelegenheiten, deren Führung und Entscheidung ich mir selbst vorbehalte, meine preßpolitischen Direktiven zu übermitteln, alle grundsätzlichen und organisatorischen Fragen der Preßpolitik, die nicht ein einzelnes Ressort, sondern eine Mehrheit von solchen oder den gesamten reichsamtlichen Pressedienst berühren, zu prüfen, zu entscheiden, bezw. entsprechend vorbereitet, meiner Entscheidung vorzulegen.[6])

---

[1]) Sowie an die Unterstaatssekretäre Wallraf und Dr. Schwander.

[2]) Vgl. zur Vorgeschichte dieses Erlasses Vogel, S. 37—49. Dem beständigen Drängen der Obersten Heeresleitung, besonders Ludendorffs, nach einer Zentralisierung der offiziellen Pressepolitik in und durch die Reichskanzlei begegnete Bethmann Hollweg und sein Unterstaatssekretär Wahnschaffe mit schwer verständlicher Ablehnung und Rücksichtnahme auf die Eigenständigkeit der Ressortpressestellen. Vogel erwähnt den vorliegenden Erlaß nicht. Vgl. auch Nr. 132, 133 und 326.

[3]) Die Bezeichnung der neuen Institution ist in der Vorlage von Empfängerseite (Capelle) unterstrichen worden.

[4]) Vgl. Braun, S. 138 ff. Vgl. die Kritik an Brauns organisatorischen Vorstellungen, die sich schließlich durchsetzten, bei Vogel, S. 45.

[5]) Vgl. die Denkschrift Brauns vom 23. 8. 1917 über Aufgaben und Kompetenzen des Pressechefs in der Reichskanzlei, BA Koblenz R 43 I, Nr. 1772, dort auch ein weiteres Exemplar der Vorlage.

[6]) Vgl. hierzu die Aufzeichnung über die Besprechung am 16. 8. 1917 beim Reichskanzler über die Umgestaltung des amtlichen Pressedienstes sowie die Meldung des Chefs der Presseabteilung an den Chef des Admiralstabes über die, unter Hinzuziehung der militärischen Vertreter, abschließende Besprechung beim Reichskanzler am 27. 8. 1917, MGFA MA/Adm, Nr. 2411, P 16, Bd. 2. Koszyk, S. 46 ff. und 181 f. Kapitän z. S. Boy-Ed äußerte in der Besprechung am 27. 8. 1917 im Hinblick auf die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Auswärtigen Amt und den Marinebehörden über Fragen des U-Bootkrieges: „Bei solchen Meinungsverschiedenheiten würde das neue Bureau gewissermaßen eine schiedsrichterliche Tätigkeit auszuüben und nach Anweisung des Herrn Reichskanzlers die von den beiden

Euer Exzellenz bitte ich, dafür Sorge tragen zu wollen, daß, soweit dies nicht bereits der Fall ist, in Ihrem Amte — seiner Größe und seinem Zusammenhange mit der öffentlichen Preßdiskussion entsprechend — eine leistungsfähige Presseeinrichtung geschaffen wird, die in enger Zusammenarbeit mit der Presse, für alle Fragen und Angelegenheiten, die in Euer Exzellenz Zuständigkeit fallen, eine ausreichende Aufklärungstätigkeit zu entfalten vermag. Der Dienst soll von Sachkundigen, im Umgange mit der Presse erfahrenen und mit ihren Bedürfnissen vertrauten Persönlichkeiten versehen werden, die mit Euer Exzellenz, ferner mit den Unterstaatssekretären, Abteilungsleitern und Sachreferenten in dauernder Fühlung stehen und sich stets über alle für ihre Tätigkeit wichtigen Vorgänge und Arbeiten im Amte auf dem laufenden halten können. Bei der großen Bedeutung der Angelegenheit bitte ich Euer Exzellenz, Ihre sämtlichen Referenten mit allem Nachdruck anzuweisen, daß sie der Tätigkeit der Presseeinrichtung jede erforderliche Unterstützung angedeihen lassen.[7]) Die organisatorischen Einzelheiten und die Lösung der Personalfragen bitte ich unter Hinzuziehung meines Pressechefs zu regeln.[8])

Michaelis.

Ressorts in der Öffentlichkeit einzuschlagende Haltung zu bestimmen haben." Vgl. hierzu die Auseinandersetzungen in dieser Frage im Frühjahr 1916, Nr. 58 und 61. Die ungewöhnliche Harmonie der Ressorts in einer bisher sehr umstrittenen Angelegenheit kommt auch in einer Notiz des Unterstaatssekretärs Heinrichs vom 28. 8. 1917 über die Besprechung zum Ausdruck, wobei er hervorhob, daß auch das preuß. Ministerium des Innern sich mit Programm und Organisation einverstanden erklärte; StA Hannover StM, T. IV. Nr. 1, Bd. 2.

[7]) Auf einen entsprechenden Antrag des Vorstandes des Nachrichtenbureaus vom 18. 9. 1917 lehnte es der Staatssekretär der Marine jedoch ab, den Erlaß des Reichskanzlers bei den Dezernenten etc. des Amts bekanntzumachen, die sich in ihrer Arbeit vornehmlich von militärischen, technischen und Verwaltungsgesichtspunkten leiten lassen müßten. „Die *politischen* Gesichtspunkte können nur von den höheren Stellen (Staats-Sekretär, Departements-Direktoren) berücksichtigt werden." MGFA MA/RMA, Nr. 2256, I. 2. 1. 84, Bd. 1.

[8]) Zur weiteren Entwicklung vgl. Nr. 362.

337.

Befehl des Chefs des Generalstabes des Feldheeres an die höheren Kommandobehörden des Feldheeres.[1]) Zur weiteren Ausgestaltung des „Vaterländischen Unterrichts".

15. 9. 1917[2]), Gr. Hauptquartier, Nr. III b 12503 II, Geheim. — MGFA MA/Adm., Nr. 2417, P 31, Bd. 1, vervielfältigtes, eigenhändig vollzogenes Exemplar.[3])

Mehrere Berichte, die mir auf Grund der durch Verfügung des Chefs des Generalstabes des Feldheeres Nr. III b 11567/II[4]) eingeleiteten Aufklärungstätigkeit unter den Trup-

---

[1]) Sowie an die bundesstaatlichen Kriegsministerien, das Kriegspresseamt und sämtliche stellv. Generalkommandos.

[2]) Die Vorlage wurde am 30. 9. 1917 vom Kriegspresseamt dem Chef der Presseabteilung des Admiralstabes übersandt.

[3]) Abgedruckt bei Ludendorff, Urkunden, S. 275 ff.; Auszüge zitiert bei Höhn, S. 519 ff.

[4]) Vgl. Nr. 331.

pen erstattet worden sind[5]), ergeben, daß diese Arbeit überall im Gange ist, großes Interesse erweckt und sich somit frisch in der Entwicklung befindet.

Um diese in den richtigen Bahnen zu halten, verweise ich erneut auf die im vorgenannten Schreiben mitgeteilten Leitsätze.

Folgende bisher hervorgetretenen Gesichtspunkte halte ich ferner für allgemein beachtenswert.

Es ist zur Sprache gebracht worden, daß die Bezeichnung „Aufklärungstätigkeit" zu Mißdeutungen Anlaß geben und leicht mit politischen Fragen in Verbindung gebracht werden oder den Anschein politischer Tätigkeit[6]) erwecken könnte. Um das Wesen dieses Dienstzweiges richtig zu erfassen, ist vorgeschlagen worden, anstatt „Aufklärungstätigkeit" „*Vaterländischer Unterricht*" und anstelle des Wortes „Aufklärungsoffizier" „*Unterrichtsoffizier*" zu setzen. Ich stimme diesem Vorschlage zu und bitte, die Bezeichnungen in Zukunft stattfinden zu lassen.[7])

Es handelt sich um einen vaterländischen Unterricht, wie wir ihn auch im Frieden zur Vertiefung der Vaterlandsliebe und zur Anerziehung selbstloser Hingabe bei den Truppen pflegten. Die Unterlagen für die Aufgaben des Unterrichts, die der Krieg stellt, stehen den Unterrichtenden nicht ohne weiteres und umfassend zur Verfügung. Das Material ihnen zuzuleiten und sie für den Unterricht anzuleiten, ist der Zweck der Zusammenfassung in eine einheitliche Organisation.

---

[5]) Das Kriegspresseamt bat die stellv. Generalkommandos mit Schreiben vom 30. 8. 1917 um einen kurzen Bericht zum 10. 9. 1917 über die bisherigen Erfolge der Aufklärungstätigkeit zum Zwecke einer entsprechenden Meldung an die Oberste Heeresleitung. Vgl. HStA Stuttgart XIII. AK, Abt. II, Bd. 60. Vgl. auch Nr. 338 und 340.

[6]) In einem Informationsblatt der 29. Infanterie-Division vom 6. 9. 1917 (MGFA, I H 125), „Anregungen und Hinweise für die Truppen-Aufklärung" heißt es hierzu: „Politische Fragen. Sie sind stets nur ganz allgemein zu behandeln. Niemals für eine politische Partei Stellung nehmen. Etwa zu behandelnde Fragen: Ursachen des Krieges [...] Vorzüge der monarchischen Staatsform vor der republikanischen, besonders in Deutschland. Nachteile des parlamentarischen Regierungssystems, gefährliche Wirkung der von der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft vertretenen Ansichten. Diktatoren nur bei unseren Gegnern (Kerenski, Wilson), nicht bei uns. Keine Festlegung auf *bestimmte* Kriegsziele."

[7]) Vgl. hierzu die Ausführungen Oberstleutnant Nicolais am Schluß der Besprechung vom 27. 8. 1917 (vgl. Nr. 336, Anm. 6): „Die Oberste Heeresleitung müsse darauf dringen, daß die Stimmung zu Hause erhalten bliebe. Sie sehe eine ernste Gefahr darin, wenn dies nicht geschähe. Es sei jetzt schon so weit gekommen, daß der Abgeordnete Erzberger im Reichstage die Richtigkeit oder Fassung der Heeresberichte der Obersten Heeresleitung kritisiert und der Abgeordnete Scheidemann einen Vorstoß wegen angeblicher politischer Betätigung der Obersten Heeresleitung [in der Sitzung des Hauptausschusses des Reichstags am 23. 8. 1917, vgl. Schulthess 1917/I, S. 768] gemacht habe. Die Oberste Heeresleitung denke nicht daran, Politik zu treiben, sie halte es aber für ihre Pflicht, zur Hebung der Stimmung der Front und auch im Volk, gelegentlich kräftige Worte zu sagen, bei denen ein politischer Einschlag nicht immer zu vermeiden sei. Es sei zu erwarten, daß die von der Obersten Heeresleitung betriebene Aufklärungsarbeit an der Front von den Mehrheitsparteien des Reichstages kritisiert werde und die Einstellung dieser Tätigkeit verlangt würde. Die Oberste Heeresleitung erwarte demgegenüber von der Reichsleitung, daß sie sich einem solchen Versuch mit allen Mitteln widersetzen würde. Die Stimmung an der Front sei noch immer ausgezeichnet; sie könne aber unmöglich lange so bleiben, wenn — wie bisher — fortgefahren würde, hinter der Front flau zu machen.
Der Herr Reichskanzler antwortete mit einigen allgemeinen Worten, in denen er ungefähr sagte, er habe sich mit Excellenz Hindenburg und Ludendorff [am 9. und 10. 8. 1917, vgl. den kurzen Bericht des bayer. Militärbevollmächtigten vom 13. 8. 1917, BHStA IV München MKr, 1828] in diesem Sinne ja schon unterhalten."

Ferner ist nur bei einheitlichen Grundsätzen gewährleistet, daß die Aufklärung unter den Truppen in den richtigen Bahnen erhalten und von den richtigen Persönlichkeiten ausgeübt wird. Die Leitung des Dienstes in der Hand der zuständigen Kommandobehörden, die Teilnahme höherer Offiziere an der Erziehung des Lehrpersonals und durch Besichtigung des Lehrverfahrens bietet Gewähr dafür, daß die erteilten Leitsätze nicht überschritten werden.

Dem an einzelnen Stellen hervorgetretenen Wunsche, auch bei den Divisionen für die Leiter dieses Dienstzweiges eigene Etatstellen zu schaffen, kann ich nicht zustimmen. Nur bei den Armeeoberkommandos bedarf es für die ihnen obliegenden Aufgaben der Leitung und Aufsicht besonderer Offiziere. Die Auswahl dieser Offiziere ist ausschlaggebend (Ziffer II, 3); ihr muß andauernd besonderer Wert beigelegt werden. Im übrigen soll der vaterländische Unterricht nicht auf einzelne Persönlichkeiten beschränkt, sondern auf eine breite Basis des Offizierskorps[8]) und sonst geeigneter Lehrkräfte gestellt werden.

Das Lehrmaterial unterliegt nach Ziffer III 4 der Leitsätze der Begutachtung durch die Armeeoberkommandos. Broschüren[9]) pp. sollen im allgemeinen nur als Lehrmaterial an die Lehrkräfte, nicht aber in breitem Umfange bei den Truppen selbst verteilt werden. Doch wird es sich empfehlen, derartiges Lehrmaterial auch in den Feldbuchhandlungen verkäuflich zu halten.

Die Unterrichtsoffiziere sollen vor allem die Heranbildung von Lehrern für den vaterländischen Unterricht fördern, selbst persönlich in diesem Dienstzweig aber nicht allein und nicht allzusehr hervortreten. Es genügt nicht, nur einzelne Offiziere auszubilden; vielmehr muß erstrebt werden, alle Offiziere und sonst geeignete Lehrer in diesem Dienstzweige auszubilden. Wieweit hierbei zu gehen ist, ergeben örtliche Bedürfnisse und persönliche Verhältnisse. Wesentlich ist ferner, nicht aus dem Auge zu verlieren, daß der vaterländische Unterricht die Mannszucht festigen, nicht sie lockern soll. Dies setzt dem Hineinziehen von Unteroffizieren und Mannschaften in das Lehrpersonal Grenzen.[10])

Die Ersatztruppenteile schaffen ständigen Austausch zwischen Fronst und Heimat. Sie sind erfahrungsgemäß Ablagerungs- und Ausgangsstellung für allerhand schädliche Stimmungen und unkontrollierbare Gerüchte. Deshalb ist der vaterländische Unterricht bei den Ersatztruppenteilen von ganz besonderer Bedeutung.

Auf die Wechselwirkung zwischen Heimat und Heer ist in den Richtlinien Ziffer II 1 und III 3 hingewiesen. Im Geist und für die Erfüllung der vaterländischen Aufgaben ist Volk und Heer untrennbar. Infolgedessen hat die in Verbindung mit den Zivilbehörden stattfindende Belebung des vaterländischen Geistes unter der Bevölkerung größte Bedeutung. In dieser Richtung zu wirken, müssen die Kommandobehörden in der Heimat sich ganz besonders angelegen sein lassen.

Nicht übersehen werden darf die etwa von Arbeiter-Kommandos aus der Heimat im Kriegsschauplatz ausgehende Wirkung.

Es ist gefragt worden, welche Stellung der vaterländische Unterricht zur Frage der Kriegsziele einzunehmen habe, für die durch Tageszeitungen usw. das lebhafte Interesse bei der Truppe erweckt und die Stellungnahme des Einzelnen beeinflußt werde. Erörterungen über Kriegsziele sind an sich nicht Gegenstand des vaterländischen Unterrichts. Dagegen wird es bereits so geschehen und ist nichts dagegen einzuwenden, daß Vorgesetzte, sofern sich Mannschaften mit Fragen über Kriegsziele vertrauensvoll an

[8]) Vgl. hierzu die entsprechenden Ausführungen Oberstleutnant Nicolais in Nr. 346.

[9]) Vgl. hierzu Nr. 346, Anm. 5, 6 und 17.

[10]) Vgl. hierzu Nr. 331, Anm. 4, und Nr. 334, Anm. 7.

sie wenden, ihren Untergebenen in ruhiger und sachlicher Form die eigene Ansicht über diese Frage zum Ausdruck bringen.[11])

Es bestanden ferner Zweifel, ob die Verquickung der Werbetätigkeit für Kriegsanleihen und des vaterländischen Unterrichts zweckmäßig oder ob sie nicht geeignet sei, den letzteren auf einen bestimmten Zweck eingestellt erscheinen zu lassen und damit seinen Erfolg abzuschwächen. Ich kann mich diesen Bedenken nicht anschließen. Das allgemeine Vertrauen in die Zukunft des Vaterlandes, welches der vaterländische Unterricht

[11]) Vgl. hierzu die Ausführungen Major Stottens in Nr. 333; sowie die Auszüge aus dem Vortrag des Chefs des Generalstabes der Etappeninspektion V am 23. 8. 1917 über die Aufklärungstätigkeit in: WUA, Bd. 7/I, S. 142. In einem Brief an den Reichstagsabgeordneten v. Payer vom 4. 9. 1917 (Nachlaß Payer, Nr. 11) berichtete ein Oberleutnant Hirsch (beim Gruppenführer der Flieger 8) über die unter der Leitung eines Oberkriegsgerichtsrats stehende Aufklärungstätigkeit im Gruppenabschnitt. In einem dem Brief in Abschrift beigelegten, entsprechenden Flugblatt heißt es: „Und wenn wir morgen einen faulen Frieden schließen, *so bedeutet dieser Frieden nicht mehr Brot.* Gerade im Frieden werden wir der Weltbrotkarte zusteuern. Mehrere Jahre werden wir noch die Rationierungen weitertragen müssen. Unser Boden kann nicht mehr hergeben. Wer soll uns denn liefern? die andern haben ja selber nichts, sie leiden ja mehr als wir!

II. *Können wir siegen?*

Militärisch unbedingt! Wir haben schon genug gesiegt, es kommt nur darauf an, das Gewonnene zu behaupten. [...]

Kriegsziele.

Keine Kriegszieldebatten!

Reichsregierung, O.H.L. und Reichstagsabgeordnete (mit Ausnahme des linken Flügels der Sozialdemokraten) sind sich völlig einig über die Grundsätze, unter denen wir Frieden schließen können. Wenn unsere Feinde ihre wahnsinnigen Vernichtungs- und Eroberungspläne aufgeben, so werden auch wir bereit zum Frieden sein und den Krieg nicht verlängern, um noch ein Stück Land zu gewinnen. Aber auch darin sind sich die vorhergenannten Faktoren einig, daß wir uns nichts entgehen lassen dürfen, was wir behaupten können. In dieser Hinsicht gibt es Objekte, die für Deutschlands Lebensinteressen von entscheidender Bedeutung sind oder sein können. Kurland würde als Siedlungsland für unseren Bevölkerungsüberschuß ein sehr wertvolles Gebiet sein. Durch die Vergrößerung der Bebauungsfläche würde Deutschland viel unabhängiger von aller Einfuhr werden. Von Kurland aus wird auch Petersburg unmittelbar durch die U-Boote beherrscht, desgl. die wichtige Verbindung zwischen dem menschenreichen Rußland und den materialreichen Westmächten, die über Schweden führt. Das Erzbecken von Briey würde von besonderer Bedeutung sein, weil die Erzvorräte Deutschlands in absehbarer Zeit sich ihrem Ende zuneigen werden. Das Erzbecken von Briey hat einen Wert von 49 Milliarden, und läßt sich noch gewaltig höher auswerten. Das müssen wir auch berücksichtigen. Eine Kriegsentschädigung werden wir kaum erlangen. [...] Es bleibt also nur übrig, statt baren Geldes Geldeswert zu verlangen, und solchen stellen gerade das Erzbecken von Briey und Kurland dar. Daß wir unsere Kolonien voll zurückerhalten oder vorteilhaft austauschen müssen, ist selbstverständlich und Ehrensache. [...]

Eine ganz besonders wichtige Frage ist für uns die Zukunft Belgiens. Belgien ist wie Frankreich und England unser Todfeind. Wenn es als selbständiger, von Deutschland unabhängiger Staat aus dem Kriege hervorgeht, dann wird es das Sprungbrett, von dem England in einem künftigen Kriege mit einem Satze uns in den Nacken springen kann, denn in wenigen Tagen kann von der belgischen Grenze ein vereintes englisch-französisch-belgisches Heer in unser Industriezentrum bis Essen vordringen und jeden Widerstand unmöglich machen. [...] Vor dem Krieg und während des Krieges haben wir dem Gegner die Wahl gelassen zwischen unserer Hand und unserer Faust. Sie haben die Faust gewählt, und sollen sie haben." K.-H. Schädlich (Der „Unabhängige Ausschuß für einen Deutschen Frieden" als Zentrum der Annexionspropaganda des deutschen Imperialismus im ersten Weltkrieg, in: Politik im Krieg 1914—1918, Berlin 1964, S. 58) kann einen Vertrauensmann des Ausschusses als Aufklärungsoffizier einer Division nachweisen.

stärken soll, wird im Gegenteil auch auf das Ergebnis der Zeichnungen für Kriegsanleihen im Heer und in der Heimat günstig wirken. In den Zielen stimmt der vaterländische Unterricht mit der Werbetätigkeit für Kriegsanleihen überein; Übereinstimmung und gegenseitige Ergänzung in der Ausübung ergeben sich daraus von selbst.

Mit Recht ist darauf hingewiesen worden, daß siegreiche Kämpfe, die wir an verschiedenen Stellen unserer ausgedehnten Front führen, jederzeit durch eingehende Besprechung auch bei denjenigen Truppen ausgewertet werden müssen, die nicht an diesen Erfolgen unmittelbar beteiligt sind und ihre belebende Wirkung deshalb nicht unmittelbar spüren. Das Gleiche gilt für die Auswertung der Erfolge unserer U-Boot-Waffe.

Der feindliche Vernichtungswille und die Notwendigkeit unseres Weiterkämpfens kommt den im Etappen-, Besatzungs- und Heimatdienst verwendeten Truppen weniger zum Bewußtsein als den Kampftruppen selbst. Deswegen ist dem Geist unter den Etappentruppen besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und der vaterländische Unterricht bei ihnen in besonderem Maß zu pflegen. Die Verhältnisse ergeben, daß die in weitestem Umfange stattfindende Fürsorge für Mannschaften den Etappentruppen in weit höherem Maße zugute kommt als den Truppen am Feind. Ohne Etappentruppen zu vernachlässigen, müssen aber doch gerade die für die Fürsorge der Mannschaften getroffenen Einrichtungen wie Theater, Unterhaltung usw. möglichst weit nach vorn verlegt werden.

Schließlich ist die Frage aufgeworfen worden, ob dieser Unterrichtsdienst geheim zu halten sei. Hierfür liegt keine Veranlassung vor.

I. A.
Ludendorff.

338.

Bericht des Aufklärungsoffiziers des stellv. Generalkommandos des XIII. AK über die bisherigen Ergebnisse der Aufklärungstätigkeit.

19. 9. 1917, Stuttgart.[1]) — HStA Stuttgart XIII. AK, Abt. II, Bd. 60, Durchschrift.

In Württemberg, d. h. im Bereich des XIII. A.K. ist schon seit Sommer 1916 eine Mittelstelle[2]) über Volksaufklärung unter Leitung der Ministerien des Innern und des Kirchen- und Schulwesens begründet worden, der im Frühjahr 1917 eine militärische Aufklärungsorganisation zur Seite trat.[3]) Die letztere ist einerseits aus der zur Werbearbeit für die 6. Kriegsanleihe geschaffenen Organisation, andererseits aus den zur Aufklärung über die Ernährungsfragen berufenen Organen allmählich entstanden und hat durch die Bestellung des Unterzeichneten zum Aufklärungsoffizier des stellv. Generalkommandos (Ende April 1917) sowie durch die Anregungen der Berliner, vom Kriegspresseamt Abteilung IV einberufenen Tagung vom 20./21. April[4]) ihre festen Formen angenommen. Aus-

[1]) Nach dem vom 19. 9. 1917 datierten, jedoch nicht unterzeichneten Begleitschreiben wurde der Bericht dem Kriegspresseamt übersandt. Vgl. Nr. 337, Anm. 5.

[2]) Vgl. Nr. 129, Anm. 4.

[3]) Vgl. Nr. 325.

[4]) Vgl. Nr. 321, Anm. 16.

schlaggebend für den Aufbau des Ganzen war die Tagung der Aufklärungsoffiziere am 8. und 9. Juni[5]), deren Ergebnisse in den von hier ausgegebenen Heften über „Aufklärungsdienst in Württemberg" zusammengefaßt sind. Insbesondere sind dort im ersten Heft (Teil I. Seite 6—11) die Richtlinien und die Ausgestaltung der Organisation zu ersehen.[6]) Die seither gewonnenen Ergebnisse lassen sich derart zusammenfassen:

Die *Truppenaufklärung* ist überall im besten Gang. In allen Ersatztruppenteilen finden mindestens wöchentlich Unterrichtsstunden über allgemeine Themen geschichtlicher und volkswirtschaftlicher Art statt, die im Übungsheft aufzunehmen sind. Fast bei allen Truppenteilen sind Lesezimmer eingerichtet, für deren Ausstattung zum Teil private Wohltätigkeit in Anspruch genommen wurde und in dem das Aufklärungsmaterial aufliegt. In regelmäßiger Folge werden auch Unterhaltungsabende für die Truppen mit Bild-Vorführungen und Musik abgehalten. In den größeren Garnisonen sind Sprechstunden mit der Möglichkeit zu Rechts- und sonstigen Auskünften eingerichtet. Die Ausstattung der Wachtlokale und der Krankenstuben mit Lesestoff und geeignetem Wandschmuck wurde veranlaßt. In ausschließlich aus Lehrern und Geistlichen zusammengesetzten Landsturmrekruten-Depots wurden Vorträge höheren Inhalts (einer mit dem Thema „Über die Pflichten der Gebildeten im Kriege") veranlaßt.[7])

Nach Beendigung der Werbearbeit an der 7. Kriegsanleihe[8]) ist eine systematische Inangriffnahme der Arbeit in den Lazaretten und die Ausarbeitung eines einheitlichen Plans und Stufenfortschritt für den Unterricht bei den Truppenteilen ins Auge zu fassen.[9])

Die *Inlandaufklärung* ist in der Weise organisiert, daß für den Bereich jedes Bezirkskommandos (3—4 Oberämter), je ein Aufklärungsoffizier (von den Berufen der Lehrer, Geistlichen, Juristen, Landwirte usw.)[10]) aufgestellt ist, der im Verein mit den Bezirksbehörden, namentlich den der „Mittelstelle für Volksaufklärung" unterstehenden Bezirksschulinspektoren die Aufklärung unter dem Volk in jeder Hinsicht unterstützt. Bei dem Charakter der schwäbischen Bevölkerung kann es sich nicht in erster Linie um Vortragstätigkeit handeln, obwohl eine solche namentlich in den größeren Städten und in den Badeorten (Wildbad, Herrenalb, Liebenzell, Mergentheim, Freudenstadt) regelmäßig alle drei bis 4 Wochen und unter großem Zulauf ausgeführt wurde. Viel mehr ist

[5]) Vgl. Nr. 325, Anm. 5.

[6]) Im Sommer 1918 wurde die Organisation umgestaltet; vgl. Nr. 363, Anm. 6, und Nr. 365.

[7]) Vgl. die Bemerkungen des Generalobersten Frhr. v. Falkenhausen in den „Erinnerungen aus dem Weltkrieg 1914/18" (Nachlaß Falkenhausen, Nr. 2) über die vom Unterrichtsoffizier des Generalgouvernements in Brüssel, Prof. Schubotz, veranstalteten Hochschulkurse, und zu der sog. Bildungszentrale.

[8]) Laut einer Ankündigung vom 5. 9. 1917 wurde die 7. Kriegsanleihe vom 19. 9. bis 18. 10. 1917 zur Zeichnung aufgelegt; vgl. Schulthess 1917/I, S. 788.

[9]) In einer Verfügung des stellv. Generalkommandos des XIV. AK vom 19. 9. 1917 (GLA Karlsruhe Abt. 456, Bd. 84) heißt es: „Der Aufklärungsdienst ist der augenblicklich wichtigste Dienst hinter der Front und kommt der Munitionslieferung an Bedeutung mindestens gleich."

[10]) Es handelte sich demnach um Reserveoffiziere, vgl. Nr. 346.

Wert [auf][11]) eine gründliche Organisation der „Mundpropaganda" gelegt worden: nicht nur die Urlauber der Ersatztruppenteile, die Mannschaften der Gefangenenkommandos und der Erntekommandos wurden nachdrücklich und ständig [auf][11]) ihr Verhalten gegenüber der Heimatbevölkerung hingewiesen, sondern es ist seitens des stellv. Generalkommandos insbesondere auch an die Feldtruppenteile herangegangen worden, daß von dort aus eine gründliche Belehrung der in die Heimat abgehenden Urlauber eingerichtet werde.[12]) In mehrfacher Weise [und nach Vorschlägen][13]) des Aufklärungsoffiziers ist ein regelrechter Aufklärungsdienst von Frontsoldaten in der Heimat veranlaßt worden; solche Leute, die dazu geeignet und geneigt sind, erhalten von ihren Feldtruppenteilen Urlaubsverlängerung und haben sich beim heimatlichen Bezirkskommando zu melden, wo sie von dem Aufklärungsoffizier des betr. Bezirks an geeigneten Stellen verwendet werden. So ist es möglich gewesen, durch einen Gefreiten King, der im Frieden Wirt und Gewerkschaftsbeamter war, weit in die Gewerkschaftskreise[14]) der Schwarzwälder Holz- und Metallindustrie zu wirken, sowie durch einen Postbeamten Germann in die z. T. recht unzufriedenen Kreise des niederen Beamtentums.

Diesen Grundsätzen entsprechend, waren die Aufklärungsoffiziere in ihren Bezirken vorzugsweise bei den Führern des Volks (in den Bezirksorganisationen der Pfarrer und Lehrer, in den landwirtschaftlichen Bezirksvereinen, Amtskörperschaftsgenossenschaften usw.) tätig und haben diese Kreise immer wieder mit Stoff und Stimmung für ihre tätige Arbeit unter der Bevölkerung versehen. Um den mannigfach auftretenden falschen Gerüchten und der Mißstimmung gegen Preußen zu begegnen, ist die Abfassung von zwei Flugblättern „Falsche Gerüchte" und „Württemberg und Preußen" in die Wege geleitet. In dem einen werden die bisher aufgetretenen falschen Gerüchte und der zugrundeliegende Tatbestand kurz nebeneinander gestellt, um die Unstimmigkeit und die Methode der Gerüchtsfabrikation darzutun; im anderen soll gezeigt werden, was Württemberg an Preußen ausführt und was von dort eingeführt wird, und dann in großen Zügen zu kennzeichnen, was Süddeutschland und Württemberg dem führenden Bundesstaat im Reich verdankt.

Zum Teil schon an der Werbearbeit an der 7. Kriegsanleihe und dann in den Herbst und Winter hinein ist eine bis in jedes Dorf gehende Lichtbildpropaganda der vom Bild- und Film-Amt wöchentlich gelieferten Zeitbilder in die Wege zu leiten; ein Wandertheater für die in Betracht kommenden Gegenden vorzubereiten.

Ende September soll eine „Bauernreise" nach Stuttgart zur Besichtigung der städtischen Lebensmittellager sowie der Rüstungsbetriebe von Bosch und Daimler stattfinden; für Ende Oktober ist ein kriegswirtschaftlicher Kurs mit den Gewerkschaften geplant.[14])

---

[11]) In der Vorlage „auch".

[12]) Vgl. Nr. 329.

[13]) In der Vorlage sind an dieser Stelle offenbar einige Worte ausgelassen worden.

[14]) Vgl. hierzu Nr. 354.

Die Stimmung unter der Bevölkerung ist vielfach gedrückt, insbesondere unter der Friedensresolution des Reichstags. Der meist günstige Ernteausfall hat jedoch in Verbindung mit der tatkräftigen Hilfe, die die Heeresverwaltung durch die Gestellung von Arbeitskräften und Pferden geleistet hat, auf dem Lande auch zur Besserung der Stimmung beigetragen. Andererseits wird durch Maßregel[n] wie die neue Ölverordnung[15]), die geradezu den Bruch eines gegebenen Versprechens bedeuten, neue Erbitterung erzeugt.

[15]) Vgl. die Verordnung über Ölfrüchte und daraus gewonnene Produkte vom 23. 7. 1917, sowie die Verordnung über die Preise von Ölfrüchten vom 7. 8. 1917, Reichsgesetzblatt 1917, S. 646 ff., S. 699 f.

339.

Befehl der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht an die Armee-Oberkommandos betr. die Aufgaben und die Auswahl von Offizier-Kriegsberichterstattern.

24. 9. 1917, Mons, Ia/N. O. Nr. 27492. — MGFA MA/Adm, Nr. 2399, P 6, Bd. 5, Abschrift.

Auf Anregung der O.H.L. hin ist die amtliche Berichterstattung über die Kriegsereignisse besonderen Offizier-Kriegsberichterstattern[1]) zu übertragen.[2])

Die Aufgabe der O.K.B.s ist die Aufklärung der heimischen Presse durch im Sinne der O.H.L. angefertigte Aufsätze über Kampfhandlungen.

Das Material soll sich der O.K.B. durch persönliches Miterleben der betreffenden Kampfhandlungen in vorderster Linie verschaffen.

Die redaktionelle Überarbeitung und die Weiterleitung an das Kriegspresseamt, bezw. an die militärische Stelle beim Auswärtigen Amt ist Aufgabe der Feldpressestelle, nach deren Vorschriften die O.K.B.s zu arbeiten haben.[3])

[1]) Im folgenden abgekürzt: O.K.B.

[2]) Vgl. hierzu K. Kurth, Die deutschen Feld- und Schützengrabenzeitungen des Weltkriegs, Leipzig 1937, S. 231 f. Vgl. auch die Richtlinien für die Offizier-Kriegsberichterstattung des Oberkommandos der 3. Armee vom 24. 5. 1918 (MGFA MA/Adm, Nr. 2421, P 43, Bd. 1), aus denen hervorgeht, daß im Armeebereich erst zu diesem Zeitpunkt diese besondere Form der Berichterstattung in Gang kam.

[3]) Vgl. die undatierte, von der Feldpressestelle herausgegebene „Dienstanweisung für den Offizier-Kriegsberichterstatter", sowie die ebenfalls undatierten „Richtlinien für den Dienst der Offizier-Kriegsberichterstatter"; MGFA MA/Adm, Nr. 2421, P 43, Bd. 1. In der „Dienstanweisung" heißt es: „Aufgabe des O.K.B. ist: die Verbindung zwischen Front und Heimat durch ständige Berichterstattung zu erhalten und immer inniger zu gestalten, um so das Verständnis der Gesamtheit für die Kriegsvorgänge zu befestigen und dadurch den einheitlichen Siegeswillen unseres Volkes zu stärken." Einen ziemlich genauen Einblick in das Arbeitsgebiet des Offizier-Kriegsberichterstatters geben die „Richtlinien", die auch die Zielsetzung konkreter umreißen. In ihnen heißt es u. a.: „Der O.K.B. ist nicht Kriegsgeschichtsschreiber, sondern Militärjournalist, der die Ereignises so zu schildern versteht, wie es für die Zwecke der Obersten Heeresleitung vorteilhaft ist. [...] Es hat sich das Bedürfnis herausgestellt, daß über die größeren Kampfhandlungen *telegrafisch* berichtet wird. Die *Telegramme* haben einerseits den Zweck, für den ergänzenden Heeresbericht, der im Großen Hauptquartier bearbeitet und durch W.T.B. verbreitet wird, Material zu liefern. [...] Alle diesbezüglichen Telegramme sind unter dem Vermerk ‚für M.A.A. bestimmt' unmittelbar an den Vertreter der M.A.A. (Militärische Stelle des Auswärtigen Amtes) zum Großen Haupt-

Die ausschließlich vom militärischen Gesichtspunkte aus zu handhabende Zensur erfolgt zunächst durch das A.O.K., danach durch die Heeresgruppe, von der die Aufsätze an die Feldpressestelle weitergeleitet werden.

Bei jedem A.O.K. und dem Marinekorps[4]) ist ein bodenständiger O.K.B. zu bestimmen, der zum N[achrichten] O[ffizier] der O.H.L. kommandiert wird und, unbeschadet seiner Hauptaufgabe, dem N[achrichten] O[ffizier] als Hilfsarbeiter zur Verfügung steht.

Das gegenwärtige Aufklärungsbedürfnis der Heimat[5]) über die Vorgänge an der

quartier zu senden. Telegrammadresse: Hauptmann Lührs, Großes Hauptquartier, Abteilung III b. [...] Im Laufe der Zeit hat es sich als zweckmäßig erwiesen, *Aufsätze nach folgenden Grundsätzen* zu bearbeiten: a) Aufsätze, die kleine Kampfhandlungen oder räumlich und zeitlich begrenzte Ausschnitte aus größeren Schlachten in einer Form zur Darstellung bringen, für die ein Interesse bei der *gesamten Heimatpresse* vorausgesetzt werden darf. Diese Artikel werden an das Kriegspresseamt zur Aufnahme in die „*Deutschen Kriegsnachrichten*" übermittelt. [...] b) Aufsätze, die nur *für einen begrenzten Teil der Heimatpresse* bestimmt sind, wenn es sich um Kampfhandlungen von Truppen handelt, die sich aus der betreffenden Provinz pp. rekrutieren. [...] Für die Stimmung in den deutschen Bundesstaaten ist es von Bedeutung, daß besonders die militärischen Leistungen der *kleineren Kontingente* bei passender Gelegenheit ins rechte Licht gesetzt werden. [...] c) Aufsätze für die *Auslandspresse:* die Militärische Stelle des Auswärtigen Amts (M.A.A.) gibt einen besonderen Nachrichtendienst für die neutrale Presse heraus. Daher sind Aufsätze bereitzustellen, welche stofflich eigenartige interessante Schilderungen geben, die das Ausland besonders interessieren könnten. [...] e) Aufsätze *rein propagandistischen Inhalts*, die geeignet sind, die Stimmung in der Heimat zu beleben. Hierin gehören auch Schilderungen größerer Schlachten, welche unmittelbar nach oder sogar während der Schlacht der Heimat übermittelt werden können, um ihr ein Bild der Schlacht zu geben, das noch keinen Anspruch auf geschichtliche Genauigkeit im ganzen und einzelnen bietet, wohl aber geeignet ist, der Heimat einen Eindruck von der Gewalt und Bedeutung jener Kämpfe zu verschaffen, die zur Zeit im Brennpunkt des allgemeinen Interesses stehen. Hierzu gehören auch Richtigstellungen feindlicher Funksprüche, welche grobe Fälschungen des tatsächlichen Herganges der Kämpfe enthalten. Die Dienststelle, welche mit der Verbreitung der Widerlegungen feindlicher Funksprüche beauftragt ist, ist die Militärische Stelle des Auswärtigen Amtes (M.A.A.)."

[4]) Das Marinekorps wandte sich am 30. 9. 1917 an das Oberkommando der 4. Armee und bat, von der Bestimmung eines besonderen Offizier-Kriegsberichterstatters für das Marinekorps abzusehen. Ein entsprechender Seeoffizier würde nicht zur Verfügung stehen. Der Presseabteilung des Admiralstabes gelang es in der Folge nicht, den Chef des Admiralstabes, den Chef der Hochseeflotte und den Oberbefehlshaber der Ostseestreitkräfte von der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit dieser neuen Form der Propaganda zu überzeugen (vgl. MGFA MA/Adm, Nr. 2399, P 6, Bd. 5). Erst im Juni 1918 wurde für die Marine eine ähnliche Einrichtung geschaffen (vgl. MGFA MA/Adm, Nr. 2421, P 41, Bd. 1).

[5]) Interessant sind in diesem Zusammenhang einige Zahlen aus der „Verteilungsübersicht der O.K.B.-Arbeiten für die Heimat- und Auslandspresse vom 1. 1. 18—1. 7. 18", die von der Feldpressestelle zusammengestellt wurden (MGFA MA/Adm, Nr. 2421, P 41, Bd. 1). Danach wurden in dieser Zeit 234 Stimmungs- und Kampfberichte als Telegramme an die Militärische Stelle des Auswärtigen Amts bzw. an das Kriegspresseamt gesandt. Die letztgenannten Institutionen, die stellv. Generalkommandos sowie das sächs. und das bayer. Kriegsministerium erhielten insgesamt 2383 Aufsätze, wobei den stellv. Generalkommandos des VI.—X. AK in diesem Zeitraum jeweils über 100 Aufsätze zugesandt wurden. Der Versand von Aufsätzen erreichte im April (696) einen Höhepunkt. Die Feldpressestelle registrierte auch den Eingang von Belegexemplaren der Zeitungen, in denen die Aufsätze erschienen waren. Im Januar 1918 zählte man 355 Belege, im April waren es bereits 949 und im Juni (406 Aufsatzexemplare waren versandt worden) erreichte man die Rekordzahl von 1941 Belegexemplaren. Da erfahrungsgemäß nicht alle Zeitungen Belegexemplare einsandten, wird der Erfolg der Offizier-Kriegsberichterstatter noch höher einzuschätzen sein.

flandrischen Küste führt dazu, neben einem O.K.B. der 4. Armee eine Stelle für einen weiteren O.K.B., der der 4. Armee untersteht, beim Marinekorps zu schaffen.

Zu O.K.B.s sind jüngere Offiziere, Oberleutnants und Leutnants, zu verwenden, welche ihre Befähigung zu gewandter Darstellung militärischer Ereignisse in der Presse dargetan haben.

Zur Ermittlung geeigneter Offiziere kann die Mithilfe der Feldpressestelle beim Generalstabe im H.Qu. Mezieres-Charleville in Anspruch genommen werden. Die Stelle beim Marinekorps ist mit einem Seeoffizier oder einem Offizier zu besetzen, der neben den genannten Eigenschaften den marinetechnischen Dienst beherrscht.

Die Armeeoberkommandos werden ersucht, baldmöglichst geeignete Offiziere zu ermitteln und Namen, Dienstgrad und Truppenteil der ausgewählten Offiziere zu melden.

Diese Offiziere sind zunächst zu einer Probedienstleistung von 4 Wochen und, wenn sie sich als geeignet bewähren, dauernd zu kommandieren. Über die Frage der Eignung ist vorher eine gutachtliche Äußerung der Feldpressestelle einzufordern.

Bei Beginn der ersten Kommandierung sind die Offiziere zur Rücksprache mit der Feldpressestelle so bald als möglich auf einen Tag nach Charleville zu entsenden, um durch die Feldpressestelle in ihre neue dienstliche Aufgabe eingeweiht zu werden.

Von Seiten des Oberkommandos
gez. von Kuhl.

340.

Auszüge aus dem Bericht des stellv. Generalkommandos des V. AK an das preußische Kriegsministerium[1]) über die ergriffenen und geplanten Maßnahmen auf dem Gebiet der Propaganda.

30. 9. 1917, Posen, Abt. Pr. Nr. U/643. — GLA Karlsruhe Abt. 456, Bd. 84, Abschrift.

Das Stellv. Generalkommando V. A.K. hat die Notwendigkeit einer Aufklärungstätigkeit unter der Zivilbevölkerung bereits vor Jahr und Tag erkannt und in dem bescheidenen Rahmen, der vor der Zentralisierung dieser Arbeit in Berlin möglich war, entsprechend dieser Erkenntnis gewirkt. Seit der grundlegenden Verfügung vom 5. März 17 Nr. 1455.2.17. A. 3.[2]) ist die Organisation der *Zivil*bevölkerung sofort in Angriff genommen und wenigstens formal schon im Früh-

[1]) Der Bericht nimmt Bezug auf ein Schreiben des Kriegsministeriums vom 11. 9. 1917. In diesem Schreiben bat das Kriegsministerium um Berichterstattung bis zum 10. 10. 1917, da in den Monatsberichten (vgl. Nr. 154, Anm. 1) zum Ausdruck komme, „daß ein Durchhalten nur gewährleistet ist, wenn von Seiten der Behörden alles geschieht, um weitgehend für Aufklärung in der Bevölkerung und im Heimatheer zu sorgen". Vgl. HStA Stuttgart XIII. AK, Abt. II, Bd. 66. Vgl. hierzu auch Nr. 337, Anm. 5.

[2]) Liegt nicht vor.

sommer auch zum Abschluß gebracht worden, wenn auch die praktische Arbeit schon wegen des überwiegend agrarischen Charakters des Korpsbezirkes in der Zeit der Ernte weniger gefördert werden konnte. Um für den Herbst und Winter eine eindringliche Kleinarbeit zu sichern, bereist der Leiter der Aufklärungsarbeiten[3]) seit einigen Wochen systematisch den Korpsbezirk zu intimen Besprechungen mit den einzelnen Kreis- und Ortsausschüssen. Das Ergebnis dieser Reisen ist ein außerordentlich wirksames, sodaß es sich vielleicht auch in anderen Korpsbezirken empfehlen dürfte, sie gegebenenfalls eintreten zu lassen[4]), weil in den grundlegenden Versammlungen schon wegen ihrer Vielköpfigkeit sich nicht feststellen läßt, ob die Durchführung der Arbeiten überall in den rechten Händen liegt.

Über die Organisation und das Tätigkeitsgebiet der Aufklärung sei in folgendem, getrennt nach Zivil- und Truppenaufklärung, berichtet:

A.) *Aufklärung unter der Zivilbevölkerung.*

I.) *Organisation.*

Die *Gesamtleitung* liegt bei der Presse-Abteilung des Stellv. Generalkommandos, bei der für diese Geschäfte eine besondere Unterabteilung geschaffen worden ist.

Um den Fortbestand der Arbeit für den Fall der Demobilisierung vorzubereiten[5]), sind unter der Zentralstelle im Anschluß an die politische Gliederung des Korpsbezirkes *zwei Bezirksausschüsse*[6]) in Posen und Liegnitz geschaffen worden, in denen das Generalkommando den Vorsitz, die Königliche Regierung den stellvertretenden Vorsitz inne hat, und die sich aus Vertretern der Geistlichkeit, Schule, Industrie, Landwirtschaft, Handel, Gewerbe, Handwerk und Arbeiterschaft, sowie der Presse zusammensetzen.

Das Arbeitsgebiet ist: Begutachtung der Arbeitspläne für die Bezirke, sowie der Tätigkeitsberichte der Kreis- und Ortsausschüsse. In die praktische Arbeit greifen die Bezirksausschüsse nicht ein.

Sie wird geleitet von den *Kreis- und Ortsausschüssen*, die vielfach, je nach den örtlichen Verhältnissen, noch in die Unterausschüsse gegliedert sind. In jedem Stadt- bezw. Landkreise des Korpsbezirkes besteht ein Ausschuß. Die Zusammensetzung dieser Ausschüsse schließt sich, wenn sie auch entsprechend den abweichenden Verhältnissen und Bedürfnissen nicht schematisch ausgestaltet werden konnten, im wesentlichen der Zusammensetzung der Bezirksausschüsse an. Die Vertretung nach außen hin hat der größere, sozusagen repräsentative Ausschuß, während die eigentlichen Geschäfte in der Regel von einem kleinen Arbeitsausschuß geführt werden. Das gewährt den Vorteil, daß manche grundsätzlichen Fragen der Propaganda, die vielleicht größere Vorsicht erheischen, nur von wirklich vertrauenswürdigen Persönlichkeiten behandelt bezw. vorbereitet werden.

---

[3]) Prof. Dr. Herrmann.

[4]) Eine entsprechende Empfehlung richtete das Kriegspresseamt am 4. 10. 1917 an die stellv. Generalkommandos und wies darauf hin, daß den Ausschüssen teilweise das reichhaltige Aufklärungsmaterial noch gar nicht bekannt sei; GLA Karlsruhe Abt. 456, Bd. 84.

[5]) Vgl. hierzu Nr. 355.

[6]) Vgl. hierzu Nr. 325, insbesondere Anm. 6.

Für den Verkehr zwischen dem Generalkommando und den Kreis- und Ortsausschüssen wird seit dem 7. VI. 17 ein „Nachrichtenblatt" herausgegeben.[7]) [...][8])

Über die Eindrücke der in der Einleitung erwähnten Rundreisen sei noch Folgendes erwähnt:

Die Stimmung der Bevölkerung bestätigt allenthalben, daß mit der Aufklärungstätigkeit leider reichlich spät begonnen worden ist. Um so wichtiger ist es, daß mit dem größten Nachdruck und dem dazu unerläßlichen starken Optimismus versucht wird, das Versäumte möglichst nachzuholen.

Die Träger der Aufklärungsarbeit betonen immer wieder, daß sie, um die Massen zum einmütigen Durchhalten bis zu einem guten Frieden mit Überzeugung aufrufen zu können, selbst das Vertrauen hegen müssen, daß die Regierung einen festen Kurs steuert. Dieses Vertrauen ist aber vielfach auch unter dem neuen Kanzler und Staatssekretär des Auswärtigen noch nicht vorhanden. Als Haupthemmnis einer wirksamen Aufklärung bei den Massen wird von den Vertrauensleuten allgemein die starke Verärgerung über die kriegswirtschaftlichen Nöte bezeichnet, deren möglichste Abstellung erst uns Aussicht auf nennenswerte Erfolge in denjenigen Kreisen bietet, die unseren Bestrebungen grundsätzlich fern stehen, auf deren Gewinnung es aber hauptsächlich ankommt.

Damit soll nicht gesagt sein, daß die politischen Momente für unsere Arbeit von geringerer Bedeutung seien.[9]) Es kann im Gegenteil garnicht genug auf den von hier von vorn herein eingenommenen Standpunkt hingewiesen werden, daß die Aufklärungsarbeit ernstlich bemüht sein muß, sich politisch neutral zu halten und daß vor allem vermieden werden muß, sie etwa als Vorspanndienst für den unabhängigen Ausschuß für einen deutschen Frieden oder neuerdings die Vaterlandspartei erscheinen zu lassen. Eine grundsätzliche Stellungnahme der Zentralstellen über das Verhältnis von Vaterlandspartei und Aufklärungsarbeit wäre dringend erwünscht[10]), besonders nachdem die Presse im Anschluß an den

---

[7]) Ähnlich wie beim stellv. Generalkommando des IV. AK, vgl. Nr. 331, Anm. 4.

[8]) Im folgenden wird über bereits durchgeführte bzw. für den Herbst und Winter geplante Aktionen berichtet. Danach waren vor allem die verbilligten Theater- und Kinoaufführungen besonders gut besucht. Mit 6 Wanderkinos wurden auch die kleinen Ortschaften (500 — 1000 Einwohner) planmäßig besucht, wobei vorwiegend Bufa-Filme vorgeführt wurden. Für die Vortragspropaganda hatte das stellv. Generalkommando 300 Redner gewonnen, mit denen im Herbst und Winter ein umfangreiches Programm abgewickelt werden sollte, außerdem standen 20 Feldgeistliche für eine Vortragsreise bereit.

[9]) Im Bericht für den Monat August (vgl. Nr. 154, Anm. 1) schrieb das stellv. Generalkommando des V. AK: „Daß darum die Aufgabe, in den auf Befehl der Obersten Heeresleitung geschaffenen Aufklärungsorganisationen eine unpolitische Gegenwirkung [gegen die sozialdemokratische Stellungnahme zur Friedensfrage] [zu] versuchen, ebenso notwendig wie schwierig ist, haben die bisherigen Erfahrungen bereits erwiesen. Es kann nur dringlichst davor gewarnt werden, diese Tätigkeit, wie es in anderen Korpsbezirken wohl noch stärker als hier versucht worden ist, in die Hände ausgesprochener politischer Persönlichkeiten gelangen zu lassen, da die Sozialdemokratie selbstverständlich sofort herausgefühlt hat, daß unsere gesamte Arbeit sich zum mindesten praktisch gegen ihre Tätigkeit richtet."

[10]) Vgl. Nr. 341.

bekannten Streit zwischen Graf Reventlow und dem „Vorwärts“[11]) den Begriff der Aufklärung in einer Weise, die geeignet ist, auch unsere Tätigkeit zu vergiften, in die öffentlichen Debatten gezogen hat.

[...][12])

[11]) Die Kontroverse nahm ihren Ausgang von einem Artikel des Grafen Reventlow in der „Deutschen Tageszeitung“ vom 27. 8. 1917, in dem er bestritt, daß die Mehrheit des Reichstages die Mehrheit des Volkes repräsentiere und die Frage von Neuwahlen aufwarf. Die journalistische Auseinandersetzung verschärfte sich, als Vorgänge bekannt wurden, die darauf hindeuteten, daß die parlamentarische Minderheit und außerparlamentarisch rechts gerichtete Gruppen sich mit Erfolg bemühten, die amtliche „Aufklärungstätigkeit“ für ihre Zwecke zu benützen. Vgl. „Vorwärts“, Nr. 254 vom 16. 9. 1917 (Eduard David: Die innere Gefahr), Nr. 257 vom 19. 9. 1917 (Ein gefährlicher Plan), Nr. 258 vom 20. 9. 1917 (Die amtliche „Aufklärung“ gegen den Reichstag) und Nr. 259 vom 21. 9. 1917 (Eine Richtigmeldung). Vgl. auch den Aufruf des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei vom 23. 9. 1917 „Verständigungsfriede oder Krieg ohne Ende?“ in: Schulthess 1917/I, S. 808 ff.

[12]) Es folgt der Bericht über die Aufklärung unter den Truppen, die erst durch eine Verfügung vom 8. 9. 1917 endgültig eingeführt wurde, da das stellv. Generalkommando zunächst zögerte, die kurze militärische Ausbildungszeit noch mehr zu beschränken.

341.

Schreiben des preußischen Kriegsministeriums an die stellv. Generalkommandos betr. Richtlinien für die Aufklärungstätigkeit in der Heimat.[1])

30. 10. 1917, Nr. 1449/17 g. Z 3, Geheim! — GLA Karlsruhe Abt. 456, Bd. 86, vervielfältigtes, eigenhändig vollzogenes Exemplar.

Die hier vorgelegten Berichte[2]) der stellvertretenden Generalkommandos ergeben, daß an allen Stellen an dem Weiterbau und der Vertiefung des vaterländischen Unterrichts in der Heimat gearbeitet wird. Um ihn weiter zu fördern und vor schädlichen Auswüchsen zu bewahren, wird auf folgendes hingewiesen.

Unbedingt muß alles vermieden werden, was den Anschein erwecken könnte, als ob eine politische Beeinflussung der Mannschaften in irgend einer Richtung versucht werden solle.[3]) Derartige Versuche würden nicht nur Mißtrauen

[1]) Der Reichstag hatte sich in den Sitzungen vom 6. und 9. 10. 1917 (Sten. Berichte, Bd. 310, S. 3713 ff. und S. 3765 ff.) mit der politischen Seite des „Vaterländischen Unterrichts“ beschäftigt. Der preuß. Kriegsminister wies zwar den Vorwurf einer Politisierung der Armee durch diesen neuen Dienstzweig weit von sich, angesichts der großen Zahl von konkreten Beispielen, die vor allem der Abgeordnete Landsberg vorbrachte, wirkte seine Argumentation nichts weniger als überzeugend. Zu den Reichstagsverhandlungen vgl. Nr. 398—400, sowie Hoffmann, Bd. 1, S. 180.

[2]) Vgl. Nr. 340, Anm. 1.

[3]) Schon am 13. 10. 1917 hatte der Pressechef der Reichskanzlei, Frhr. v. Braun, folgendes Telegramm an die Oberzensurstelle gerichtet (MGFA MA/Adm, Nr. 2414, P 20, Bd. 1): „Der Herr Reichskanzler hält es nicht für wünschenswert, daß die Aufklärungstätigkeit der den Stellvertretenden Generalkommandos angegliederten Presseabteilungen sich auf die Behandlung politischer Fragen erstreckt. Er ist vielmehr der Ansicht, daß die Aufklärung, soweit sie in militärischen Händen ruht, sich nur das Ziel setzen darf, durch den Nachweis unserer ungebrochenen militärischen Kraft und ihrer Erfolge die berechtigte Zuversicht auf den glücklichen Ausgang des Krieges immer von neuem zu beleben.“

erwecken, sondern auch eine Gegenwirkung Andersdenkender hervorrufen und dadurch den Erfolg des vaterländischen Unterrichts in Frage stellen.[4])

Die Leitsätze der Obersten Heeresleitung (III b 11567 II vom 29. Juli 1917)[5]) und die Ergänzung hierzu (III b 12503 II vom 15. September 1917)[6]) bilden auch die Grundlage für die Aufklärungstätigkeit in der Heimat.[7]) Jede Erörterung

[4]) Der Bearbeiter des stellv. Generalkommandos des XIV. AK, Dr. Hertel, vermerkte hierzu am Rande: „Berücksichtigung bei den Mit[teilungen] f[ür den] V[aterländischen] U[nterricht]."

[5]) Vgl. Nr. 331.

[6]) Vgl. Nr. 337.

[7]) Bei einer Besprechung mit den Aufklärungsoffizieren der Westfront am 4. und 5. 11. 1917 (MGFA MA/Adm, Nr. 2417, P 31, Bd. 1) verteidigte Major Nicolai mit allem Nachdruck die Leitsätze gegenüber allen in der Öffentlichkeit gegen sie laut gewordenen Vorwürfe. In der Besprechung äußerte er sich auch über die Zielsetzung und Arbeitsweise des Vaterländischen Unterrichts. „Die Aufgabe ist allseitig, sowohl von den aktiven Offizieren wie von den Herren des Beurlaubtenstandes, als militärische anerkannt und behandelt worden. Der Angriff in der Öffentlichkeit ging auf Entstellung zurück. Er ist abgeschlagen worden. Der Unterricht ist vaterländischer Unterricht, und dabei bleibt es. Er soll die Kampfkraft während des vierten Kriegsjahres nicht nur erhalten, sondern auch erhärten. Dieses Ziel wird erreicht werden. Bedroht wird es, wenn Fälle vorkommen, die Anlaß zu berechtigter Kritik bieten. Beschwerden werden immer erhoben werden, unerbittlich ist jedoch dafür zu sorgen, daß nicht gegen die Richtlinien verstoßen wird, denn jedes notwendig werdende Zugeständnis eines Verstoßes gegen die Richtlinien ist ein verlorenes Gefecht. Mit bestimmter Tendenz haben sich Ratgeber von beiden Seiten herangedrängt, aber der Unterricht muß unparteiisch bleiben nach rechts und links. Jeder Vortragende ist zu verpflichten, Angriffe zu unterlassen; bei Zuwiderhandlungen wird die weitere Tätigkeit sofort unterbunden. Das Oberkommando muß entscheiden, ob der Stoff sich eignet, an die Gruppe weitergegeben zu werden. [...] Die Aufklärungsoffiziere erhalten alles, weil auch in Tendenzschriften sich Richtiges finden kann; weitergegeben werden darf aber nur, was den Richtlinien entspricht. Der Unterricht ist nach den Richtlinien straff in der Hand zu behalten. Zentralstelle soll Abteilung IV des Kriegspresseamts sein, die die M.b.K. als Verordnungsblatt ausbauen wird. [...] Der Vaterländische Unterricht muß unbedingt Dienst sein, wenn auch seine Mittel, wie Kino oder zwanglose Unterhaltung, nicht immer dienstlich sind. Die Mannszucht muß gefestigt werden durch Aufklärung über die Bedeutung und Leistung des Führers, anschaulich gemacht durch faßliche Beispiele (Erfolge in Oberitalien). [...] Durch die Kriegsberichterstatter-Offiziere wird Fühlung mit der *Heimatpresse* gehalten. Heimatzeitungen sind heranzuziehen, Büchereien zu fördern, jedoch darauf zu achten, daß nicht durch *Bücherspenden* aus der Heimat (z. B. zu Weihnachten) politische Tendenz hereingetragen wird. Gegen pazifistische Bestrebungen ist unerbittlich vorzugehen. Auch der christliche Geist der *Soldatenheime* darf nicht in Weichlichkeit ausarten. Gut sind *Vorträge zurückgekehrter Kriegsgefangener*. [...] Gewarnt werden muß vor Unvorsichtigkeit bei schriftlicher Niederlegung von Richtsätzen. Diejenigen der Armeeabteilung A enthalten manches, was dem Feinde gegenüber oder politisch bedenklich ist. Drucksachen bleiben nicht geheim. Der Presse würde durch eine schon bereitliegende Zensurverfügung eine Besprechung des Vaterländischen Unterrichts verboten werden. Aber wir dürfen auch sonst zu berechtigter Kritik keinen Stoff liefern. Es empfiehlt sich, bei der Neuherausgabe der Instruktion die alte Auflage einzuziehen. Der Unterrichtsoffizier darf sich nicht zu sehr durch Ratschläge beeinflussen lassen. Es ist nötig, daß ein klarer Wille herrscht. Die Form der Hochschulkurse für Mannschaften für den Vaterländischen Unterricht bedarf richtigen Inhalts. Sonst erzeugt sie leicht Halbbildung, und Halbbildung macht den Menschen anspruchsvoll und schwach. *Pflichtenlehre* ist notwendig. Auch wird Bürgerkunde immer nach dem, der sie lehrt, politisch gefärbt sein. Durch Gelehrte und weltabgewandten Idealismus kann staatsbürgerliche Einsicht nicht hervorgerufen werden. Deshalb ist es erforderlich, daß jetzt nicht Theoretiker den Vaterländischen Unterricht erteilen, sondern überzeugte, ehrliche und von Einseitigkeit freie Persönlichkeiten. Das Heer

der Kriegsziele muß unterbleiben.[8]) Insbesondere darf nicht ein Frieden der

ist auf diese Weise eine große Erziehungsanstalt für das Volk, der Militarismus äußert sich in der edelsten Form. Davon darf man sich viel versprechen, indem er den Leuten die Möglichkeit gibt, sich zur Wehr zu setzen gegen Kleinmut und Kleinmütige, gegen Schwierigkeiten und Hetzer." An der Besprechung nahm der Unterrichtsoffizier beim Oberkommando der 1. Armee, Major v. Osten-Sacken, teil, dessen Flugblatt „Belgien und der Verzichtfriede" von dem Abgeordneten Dittmann im Reichstag zitiert wurde (vgl. Sten. Berichte, B. 310, S. 3767). Zu dem Ergebnis der Besprechung in organisatorischer Hinsicht vgl. Ludendorff, Urkunden, S. 277. Major Nicolai schien mit dem Ergebnis der Besprechung sehr zufrieden zu sein. Dem Vertreter des Reichsmarineamts im Gr. Hauptquartier gegenüber sprach er von den vorzüglichen Resultaten des Unterrichts an der Westfront. „Die Ausschaltung jeglicher politischer Aufklärungstätigkeit habe sich durchführen lassen und bewährt." Vgl. MGFA MA/RMA, Nr. 7841, M (Tagesmeldungen).

[8]) Vgl. hierzu die Ausführungen Major Stottens in Nr. 333 sowie die im Reichstag (Anm. 1) erwähnten Beispiele. In der Anlage des Befehls des Oberbefehlshabers der Ostseestreitkräfte vom 4. 9. 1917 (vgl. Nr. 385) wurden die Kriegsziele wie folgt umschrieben: „Die großen Auswanderungszahlen von Deutschen vor dem Kriege zeigen, daß uns unser Heimatland zu klein wird. In unseren Nachbarländern, besonders in Kurland, dem alten deutschen und von vielen Deutschen bewohnten Land, und in Litauen lassen sich aber mehrere Hunderttausende Familien ansiedeln, die so dem deutschen Mutterlande erhalten bleiben. Diese Gebietserweiterung ermöglicht andererseits Hunderttausenden deutscher in Rußland und anderen Staaten lebender Landwirtsfamilien die Rückkehr zur heimatlichen Scholle. Das Land sorgt in erster Linie für die Volksvermehrung, und je größer das deutsche Volk, umso kräftiger wird es späteren Feinden trotzen können. Daneben sind Gebietserweiterungen notwendig zum besseren Schutze unserer Hauptindustrie-, Kohlen- und Erz-Gegenden, zum Schutze der dort lebenden Arbeiter und ihrer Familien. Die Grenze wird nach rein strategischen Gesichtspunkten festgelegt werden müssen, sodaß sie sich in späteren Kriegen leicht verteidigen läßt (Flußläufe, Gebirgszüge, Sumpfgebiete usw.). Sodann müssen wir uns die Möglichkeit schaffen, unseren Rohstoffbedarf möglichst ganz im eigenen Lande decken zu können, vor allem Getreide, Holz, Kohlen, Erze, Erdöl. Zu den Gebietserweiterungen ist zu rechnen die Schaffung überseeischer Stützpunkte für unsere Handels- und Kriegsschiffe, damit wir nicht in späteren Kriegen unsere Schiffe und Besatzungen, unsere mühsam erworbenen Handelsbeziehungen verlieren, und unseren im Auslande lebenden Landsleuten den nötigen Schutz zuteil werden lassen können. [...] Aus dem Gesagten folgt klar, daß uns nur ein starker Friede taugt, wenn wir lebenskräftig bleiben und nicht untergehen wollen, wenn wir unsern Männern und Frauen, vor allem den heimkehrenden Kriegern Existenz und Erwerbsmöglichkeit schaffen wollen. Dieser Frieden muß erreicht werden, für diesen Preis müssen wir noch weiterkämpfen." Dem Bericht des Aufklärungsoffiziers der Marinestation der Ostsee, Kapitänleutnant d. S. v. Flottwell über die Aufklärungstätigkeit bis zum 30. 11. 1917 sind als Anlage „Richtlinien" für den Vaterländischen Unterricht beigegeben (MGFA MA/Adm, Nr. 2417, P 31, Bd. 1), in denen es u. a. heißt: „d. Die eigenen Kriegsziele, besonderer Hinweis auf die Stimmen aus Arbeiterkreisen zu dieser Frage. (Vom Kriegspresseamt geliefertes Material). — Der Status quo ante 1. 8. 14 eine Unmöglichkeit. — Ergebnisse der Wirtschaftskonkurrenz der Entente. Friedensangebote werden als Schwäche ausgelegt, wirken kriegsverlängernd. Sicherung für die Zukunft durch Verträge unmöglich. Krieg gelehrt, daß alle Verträge im Kriegsfalle wertlos sind. Freiheit der Meere im Frieden auch ohne Verträge vorhanden. [...] f. Das Verlangen Englands und Amerikas nach Demokratisierung Deutschlands nur Augenverblendung. Absicht: durch Hervorrufen innerer Unruhen, den Krieg auf diese Weise zu gewinnen, da er militärisch von ihnen nicht gewonnen werden kann. Demokratie bedeutet Herrschaft des internationalen Kapitalismus. Zusammenhang der französischen, britischen, amerikanischen Plutokratie. g. Die Entwicklung Preußen Deutschlands unter der Regierung ihrer Fürsten. Die großen kulturellen Errungenschaften. Schule, Hochschule, Kunst, Soziale Fürsorge, nicht möglich gewesen unter Regierungsformen, wie wir sie in Frankreich, England, Amerika ausgebildet sehen. Bei uns freiestes Wahlrecht, Vereins-, Versammlungs- und Presserecht, dagegen darlegen, wie es damit in England, Frankreich, Amerika aussieht. (Nur durch besonders hierin fachkundige Redner)."

Verständigung in abfälliger Weise besprochen werden.[9]) Das Streben nach einem Frieden um jeden Preis muß dagegen nachhaltig bekämpft[10]) werden, da es mit dem Willen zum Siege, der Grundlage alles soldatischen Denkens, nicht vereinbar ist. „Die Folgen eines *verlorenen* Krieges" sind in den Leitsätzen als Unterrichtsgegenstand besonders aufgeführt.

Es empfiehlt sich, den vaterländischen Unterricht, auch wenn er in größerem Rahmen als in der Kompagnie abgehalten wird, in die Dienststunden zu legen, da durch ihn die freie Zeit der Mannschaften nicht verkürzt werden soll. Mit Rücksicht auf die Zusammensetzung der Truppe im Kriege kann es nur erwünscht sein, wenn auch geeignete Persönlichkeiten, die dem Heere nicht angehören, zu den Vorträgen herangezogen werden. Bekannte im Leben stehende Männer, oder Redner der großen politischen Parteien werden sich hierzu bereitfinden.[11]) Bedingung ist dabei, daß sie sich unter Ausschaltung aller politischen Fragen im Rahmen der für den vaterländischen Unterricht gegebenen Leitsätze halten. Eine derartige Vortragstätigkeit kann jedoch nicht als vaterländischer Hilfsdienst betrachtet werden.[12])

Besonders gute Erfahrungen sind bei einzelnen Truppenteilen mit folgenden Maßnahmen gemacht worden:

1. Aushängen von Fragekästen[13]), in die die Leute Zettel ohne Namensunterschrift mit Fragen, die sie beschäftigen, hineinwerfen können. Der Unterrichtsoffizier erhält dadurch die nötige Anregung für sein weiteres Arbeiten.

2. Aushängen von Bildern oder Veranstalten von Filmvorführungen.

3. Veranstaltung von Gedenkfeiern an Tagen, an denen sich das Regiment vor dem Feind besonders ausgezeichnet hat. Ein solcher Tag bleibt am besten sonst dienstfrei.

4. Verbindung eines Vortrages mit einem Konzert der Kapelle.

5. Führung der Truppe in Fabriken der Rüstungsindustrie.

6. Herausgabe eines nach Bedarf erscheinenden Nachrichten-Blattes in dem Anregungen für den Unterricht gegeben und Erfahrungen mitgeteilt werden.

---

[9]) Die vorangehenden zwei Sätze sind in der Vorlage von Empfängerseite unterstrichen worden. Zum letzten Satz vgl. die Ausführungen des Abgeordneten Landsberg im Reichstag (Sten. Berichte, Bd. 310, S. 3719 ff.).

[10]) Das Wort ist in der Vorlage von Empfängerseite unterstrichen worden.

[11]) In einer handschriftlichen Aufzeichnung Dr. Hertels (vgl. Anm. 4) über eine Besprechung mehrerer stellv. Generalkommandos am 9. 10. 1917 in Frankfurt/M. über Aufklärungsfragen heißt es dagegen: „Ablehnung aller Anlehnung an politische Vereine oder Parteien. [. . .] Ablehnung aller Parteipersönlichkeiten." Vgl. GLA Karlsruhe Abt. 456, Bd. 84.

[12]) Der gesamte Absatz ist in der Vorlage durch einen senkrechten Strich am Seitenrande von Empfängerseite hervorgehoben, der letzte Satz mit einem Ausrufezeichen versehen worden. Der Abgeordnete Landsberg hatte am 6. 10. 1917 im Reichstag ein Schreiben des stellv. Generalkommandos des VI. AK zitiert, wonach die Vortragstätigkeit im Sinne des „Vaterländischen Unterrichts" gegebenenfalls als „vaterländischer Hilfsdienst" angesehen werden könne; vgl. Sten. Berichte, Bd. 310, S. 3720.

[13]) Die Stichworte der Punkte 1 bis 6 sind in der Vorlage von Empfängerseite jeweils unterstrichen und am Rande mit der Marginalie „ja" versehen worden, bei Punkt 5 lautet der Vermerk „teilweise".

Notwendig erscheint auch, daß den Truppen die Leistungen unserer Verbündeten mehr vor Augen geführt werden.[14])

Bei der engen Verbindung von Heer und Bevölkerung ist es klar, daß es nur von Vorteil sein kann, wenn die stellvertretenden Generalkommandos bestrebt sind, die Stimmung der Bevölkerung aufmerksam zu verfolgen und — soweit die Verhältnisse es erfordern — auf sie Einfluß zu gewinnen.[15])

In erster Linie wird diese Aufgabe zwar den Zivilbehörden zufallen. Eine enge Fühlungnahme mit diesen erscheint indessen dringend erforderlich, da die meisten Fragen, die die Bevölkerung jetzt bewegen, in Zusammenhang mit den Kriegsereignissen und militärischen Maßnahmen stehen. Die Militär-Behörden müssen sich jedoch auch hierbei von jedem Eingehen auf politische Fragen fernhalten[16]) und sich streng auf die Gebiete beschränken, die durch die Leitsätze umschrieben werden.

---

[14]) Der vorangegangene Satz ist in der Vorlage von Empfängerseite am Rande mit einem doppelten Bleistiftstrich und dem Vermerk „MVU" (vgl. Anm. 4) versehen worden.

[15]) Die vorangehenden fünf Worte sind in der Vorlage von Empfängerseite unterstrichen worden.

[16]) Die vorangehenden sieben Worte sind in der Vorlage von Empfängerseite unterstrichen worden. — So wies das stellv. Generalkommando des IV. AK in seinen Nachrichten betreffend Aufklärung (vgl. Nr. 331, Anm. 4) vom 16. 10. 1917 nachdrücklich darauf hin, „daß es nicht angängig ist, die Aufklärungsorganisationen zu Angriffen auf die einzelnen Parteien oder zur Vertretung von parteipolitischen Gesichtspunkten zu benützen." Vgl. HStA Stuttgart WKM, Abt. Kr.A, Bd. 1084. Diese Formulierung geht zurück auf ein Schreiben des Kriegspresseamts vom 27. 9. 1917, das den Hinweis mit den ersten Angriffen der Presse auf die amtliche Aufklärungstätigkeit begründete; vgl. HStA Stuttgart XIII. AK, Abt. II, Bd. 60. Das Amt selbst hielt sich jedoch nicht an diesen Grundsatz. Der bayer. Kriegsminister wandte sich am 26. 9. 1917 an das bayer. Staatsministerium des Äußeren und legte die vom Kriegspresseamt übersandte Schrift „Die Weltlage am Schlusse des 3. Kriegsjahres" vor. Das Kriegspresseamt hatte diese Schrift für die Aufklärungsarbeit empfohlen, aber hinzugefügt, daß Staatsmittel hierfür nicht beansprucht werden dürften. Dazu bemerkte der Kriegsminister: „Diese vorsichtige Fassung ist durchaus begründet, da die Schrift außer bestimmten Kriegszielforderungen (S. 10 und 17) und einer Kritik des Verständigungsfriedens (S. 18) in einer sehr scharfen Polemik gegen den ‚altersschwachen Reichstag' der, wenn seine Auflösung jetzt möglich wäre, vom Sturme des nationalen Unwillens weggefegt würde (S. 23) gipfelt. Durch Empfehlung dieser Schrift stellt sich das Kriegspresseamt in Widerspruch zu dem größten Teil des deutschen Volkes und tritt für eine Reichstagsauflösung ein. Der Vorfall spiegelt in seltener Schärfe die Ansicht des Kriegspresseamtes wieder und ist ein neuer Beweis für die Notwendigkeit, den Druckschriften des Kriegspresseamts gegenüber die äußerste Vorsicht walten zu lassen. Ich werde die Verbreitung dieser Schrift im Besatzungsheer verhindern." Der Vorgang gelangte durch den Gesandten Lerchenfeld auch zur Kenntnis der Reichskanzlei und des Auswärtigen Amts. — Wenige Tage später lehnten die „Münchner Neuesten Nachrichten" den Abdruck des vom Kriegspresseamt übersandten Artikels „Scheidemanns Gefolgschaft" ab. In dem Schreiben vom 1. 10. 1917 heißt es u. a.: „So gerne wir bereit sind, vom Kriegs[presse]amt Informationen und Anregungen entgegenzunehmen, die das militärische Interesse angehen, und sie zum Besten des Vaterlandes nach Kräften zur Geltung zu bringen, so unvereinbar finden wir es mit der verfassungsmäßig gewährleisteten Verteilung der Gewalten im Staate, wenn sich eine militärische Stelle wie das Kriegspresseamt auf das Gebiet der Parteipolitik begibt und durch einen Artikel, der uns unter der Flagge ‚Heeressache' zuging, einen Parteiführer in Mißkredit zu bringen sucht, der der Mehrheit des Reichstags angehört — wohl gemerkt jenes Reichstags, der den historischen Beschluß vom 4. August 1914 gefaßt und seitdem alle Kriegskredite und sonstigen Staatserfordernisse mit bewunderungswürdiger Bereitschaft bewilligt hat. [. . .]

Es darf nicht geduldet werden, daß einzelne *politische* Parteien oder Gruppen, die Betätigung der Militär-Behörden nach dieser Richtung zum Vorspann für ihre eigene Agitation mißbrauchen oder sich öffentlich den Anschein geben, als entspränge ihre Tätigkeit den Wünschen militärischer Stellen.[17]) Wenn durch den vaterländischen Unterricht bei den Truppen Kosten entstehen, so können diese natürlich auf militärische Fonds übernommen werden.[18]) Größte Sparsamkeit ist jedoch unbedingt erforderlich. Da die Aufrechterhaltung der Stimmung bei der Bevölkerung in erster Linie Sache der Zivilbehörden ist, so kann es nicht gebilligt werden, wenn z. B. in großer Zahl Plakate an Häusern, Schaufenstern und sogar Litfaßsäulen angebracht werden und die Kosten hierfür auf militärische Fonds übernommen werden.

Ganz abgesehen von diesen Gründen, die allein schon ausschlaggebend wären, verbietet sich aber der Abdruck des Artikels auch noch wegen der darin enthaltenen groben sachlichen Unrichtigkeiten. Wir können uns nicht denken, was ein Rechenkunststück, das die Zahl der sozial-demokratischen Wählerstimmen auf 176 453, höchstens auf 706 000 herab kalkuliert, für einen Zweck hat, wenn dieser Zweck nicht eine Selbsttäuschung sein soll, mit der sich politisierende Militärs im Hinblick auf etwaige weitausgreifende Pläne Mut zu machen wünschen. [. . .] Uns scheint das Vorgehen des Kriegspresseamts, das sich offiziell an der Hetze gegen den Reichstag beteiligt, so bedenklich, daß wir uns verpflichtet fühlen, davon dem hiesigen Kriegsministerium Kenntnis zu geben, womit wir zugleich einem von dort geäußerten Wunsch entsprechen." Vgl. auch die Bemerkung des Abgeordneten David vom 16. 1. 1918 in: Quellen I/1,Bd. 2, Nr. 141 a, S. 106.

[17]) Der vorangehende Satz ist in der Vorlage von Empfängerseite durch einen senkrechten Strich am Rande hervorgehoben worden. In der Besprechung der Leiter der Zensurstellen am 16. 10. 1917 im Reichstag (vgl. Nr. 73) setzte sich Major Nicolai mit Nachdruck für die Ausschaltung aller politischen Fragen bei der Aufklärungsarbeit ein, wobei allerdings zu beachten ist, daß Nicolai — wie die überwiegende Mehrzahl der Offiziere — unter Politik im Grunde nur die Auseinandersetzungen und Entwicklungen innerhalb der Parteien verstand, die die Innen- und Außenpolitik des Reiches bzw. Preußens nicht berührten. Vgl. auch S. XIX u. XXIV. In der Argumentation Nicolais kommt diese Unterscheidung deutlich zum Vorschein: „Daß Sie über den Parteien bleiben, meine Herren, ist selbstverständlich. Politik ist nicht unsere Sache. Wir fördern weder diese noch jene Richtung. Wir dienen lediglich den Interessen der Obersten Heeresleitung. Wir sind rein militärisch, rein auf den Sieg gerichtet. In dem, was Sie mitteilen, empfehle ich Ihnen, nur Tatsachen festzustellen und die Schlußfolgerungen — das kam heute auch schon zur Sprache — meist den Zuhörern zu überlassen. [. . .] Ich möchte auch hier noch einmal betonen, meine Herren, daß Sie alle Parteien beteiligen müssen. Es gibt für Sie keine Parteien! Ich habe auch da meine Erfahrungen gemacht: ich kenne Stellen, die noch dazu neigen, sich entweder nur nach rechts anzulehnen, weil es ihnen persönlich sympathischer ist, oder nach links zu arbeiten in einer gewissen Kampflust, oder aber vielleicht mit der Linken zu arbeiten aus Erwägungen der politischen Zweckmäßigkeit oder aus sonstigen Gründen. Meine Herren! Das sind alles Erwägungen, die mit der militärischen Presseaufsicht gar nichts zu tun haben; denn das ist Politik — und Politik darf nicht getrieben werden. [. . .] Ich möchte dann noch einmal ganz ausdrücklich betonen, daß die Fragen der inneren Politik an sich absolut ausscheiden. Soweit die Erscheinungen des innerpolitischen Kampfes zu einer Gefahr für die Kampfkraft des Volkes werden könnten, werden sie natürlich eine militärische Gefahr, und da bedarf es Ihrer beratenden, belehrenden und unter Umständen eingreifenden Tätigkeit, um diesen Schaden für die Kriegführung abzuwenden. Sonst aber gilt es nur, meine Herren, daß Sie den neutralen Boden schaffen für eine geschlossene nationale Gesinnung."

[18]) Der vorangehende Satz ist in der Vorlage von Empfängerseite durch einen senkrechten Strich am Rande hervorgehoben und mit folgenden Bemerkungen versehen worden, die sich vornehmlich auf die folgenden Sätze beziehen: „K.P. Amt hat nach mündlicher Mitteilung gegen diesen Erlaß Einspruch bei oberster Heeresleitung erhoben! H[ertel]." Vgl. hierzu Nr. 346.

Den stellvertretenden Generalkommandos wird es möglich sein, auch ohne derartige kostspielige Mittel im Einvernehmen mit den Zivilbehörden die Fühlung mit der Bevölkerung zu behalten.

Soweit von den stellvertr. Generalkommandos Anordnungen getroffen sind, die vorstehenden Richtlinien entgegenlaufen, ersucht das Kriegsministerium um alsbaldige Abstellung.

v. Stein.

342.

Auszug aus dem Schreiben des Kriegspresseamts an die Presseabteilungen der stellv. Generalkommandos sowie sämtliche Gouvernements und Kommandanturen. Veranstaltung von Bezirkspressebesprechungen.

1. 11. 1917, 31005 II. — MGFA MA/Adm, Nr. 2414, P 19, Bd. 1, vervielfältigtes, eigenhändig vollzogenes Exemplar.

Einer Anregung von Seiten der Presse folgend, haben im Kriegspresseamt Erwägungen geschwebt, Vertreter aller deutschen Zeitungen zu einer Besprechung zusammenzuziehen, um hierdurch eine Belebung des Volkswillens zum Durchhalten[1]) und zur Anfeuerung der Siegeszuversicht zu erreichen. Wie das Kriegspresseamt unter Nr. 29381 O.Z. vom 25. 9. bereits mitteilte, mußte aus praktischen Gründen von einer allgemeinen Pressebesprechung in Berlin abgesehen werden.[2]) Hingegen ist bei der Besprechung mit den Leitern der Presseabteilungen der stellv. Generalkommandos am 16. 10. 17 in Berlin als zweckmäßig erkannt worden, bezirksweise Pressebesprechungen abzuhalten und zur Teilnahme hieran Vertreter möglichst aller Zeitungen der einzelnen Bezirke aufzufordern.[3]) Zweck dieser Bezirksbesprechungen soll sein, die Pressevertreter durch Vorträge der zuständigen Behörden über die Grundlagen unserer Kampfkraft zuverlässig zu unterrichten und dadurch in Stand zu setzen, selbständig zur Erhaltung des Siegeswillens im Volk und Heer beizutragen. Gelegentlich dieser Besprechungen können auch Fragen der Zensur zur Sprache gebracht werden, sie sollen aber nicht den Gegenstand der Tagesordnung bilden, wie es überhaupt anzustreben ist, gelegentlich dieser Besprechungen *jedes Abschweifen* von den durch die Vorträge gegebenen Themen zu unterlassen.

[1]) Die vorangehenden fünf Worte sowie das Wort „Besprechung" sind in der Vorlage von Empfängerseite unterstrichen worden.

[2]) Vgl. MGFA MA/RMA, Nr. 2354, XVII. 1. 5. 8a, Bd. 6. In dem Schreiben zitierte das Kriegspresseamt ausführlich die Eingabe eines nicht genannten Pressevertreters, erklärte es aber für unmöglich, Vertreter *aller* Zeitungen in Berlin zu versammeln. Das Amt empfahl dagegen regelmäßige Besprechungen mit den Pressevertretern im Bereich der einzelnen stellv. Generalkommandos. So veranstaltete z. B. das stellv. Generalkommando des XIII. AK in Stuttgart (13. 11. 1917) und Ulm (12. 11. 1917) derartige Pressebesprechungen; vgl. MGFA MA/Adm, Nr. 2414, P 19, Bd. 1.

[3]) Zu der Besprechung am 16. 10. 1917 vgl. Nr. 73. Major Nicolai schlug zu diesem Zeitpunkt noch Pressebesprechungen in Posen, Leipzig, München, Frankfurt und Hannover vor und wollte auch die Vertreter der deutschen Presse in Belgien, Polen und Litauen sowie die der Feldzeitungen hinzuziehen.

In Ausführung dieser Anregung, welche die Billigung der O.H.L. gefunden hat, sind die Städte Danzig, Leipzig, Hannover, Frankfurt a. M. und Karlsruhe als Orte für die Bezirkspressebesprechungen bestimmt und folgende Bezirkseinteilungen festgesetzt worden:

Für Danzig: I., II., V., XVII. und XX. A.K.

Für Leipzig: III., IV., VI., die Thüringischen Teile des XI., XII. und XIX. A.K.

Für Hannover: VII., IX., X., die Hessischen Teile des XI. A.K.

Für Frankfurt a. M.: VIII. XVI., XVIII., und XXI. A.K.

Für Karlsruhe: XIII., XIV. und XV. A.K.

Mit Kriegsministerium München schweben besondere Verhandlungen.[4]) Die Presseabteilungen und Zeitungen der Gouvernements und Kommandanturen nehmen an den Besprechungen ihres Korpsbezirks teil.

Bei diesen Besprechungen werden Vorträge von Vertretern des Generalstabes, des Admiralstabes, des Kriegsministeriums und des Kriegsernährungsamtes gehalten werden.[5]) Eine Zusammenstellung der Redner, sowie der an den Besprechungen teilnehmenden Persönlichkeiten des Generalstabes des Feldheeres und des Kriegspresseamtes wird den Presseabteilungen nebst Reiseplan zugehen.[6])

[...][7])

Würz.

---

[4]) Vgl. hierzu Nr. 343 und 344.

[5]) Nach dem Bericht des Fregattenkapitäns Huning vom Admiralstab der Marine vom 17. 11. 1917 über den Verlauf der Bezirksbesprechungen in Danzig, Leipzig und Hannover (MGFA MA/Adm, Nr. 2414, P 19, Bd. 1) wurden von militärischer Seite folgende Vorträge gehalten: Hauptmann Zimmermann, Die allgemeine Kriegslage und die Beteiligung Amerikas am Kriege; Hauptmann Hähnelt, Die Fliegerwaffe; Fregattenkapitän Huning, U-Bootkrieg und allgemeine Marinefragen; außerdem sprachen je ein Vertreter des Kriegsernährungsamts und der Kriegsrohstoffabteilung. In Hunings Bericht werden die Besprechungen als großer Erfolg bezeichnet. Huning bedauerte allerdings, daß es nur in Danzig zu der von ihm als notwendig betrachteten Aussprache mit den Pressevertretern gekommen, in Leipzig und Hannover dies dagegen aus Zeitmangel unterblieben sei. Das Kriegspresseamt jedoch befürchtete von freien Diskussionen unerwünschte politische Auseinandersetzungen. Erst im September 1918 wurde den Presseabteilungen der stellv. Generalkommandos mitgeteilt, daß schriftliche Anfragen der Pressevertreter zu den einzelnen Vorträgen nach Prüfung und Entscheidung durch die Behördenvertreter am Schluß der Besprechung beantwortet werden dürften. Dieses Verfahren sollte nur dann angewandt werden, wenn von den Pressevertretern der Wunsch nach einer Aussprache geäußert würde (Schreiben vom 3. 9. 1918, MGFA MA/Adm, Nr. 2414, P 19, Bd. 1).

[6]) Weitere Bezirkspressebesprechungen fanden in der Zeit vom 15. bis 24. 3. und vom 17. 9. bis 26. 9. 1918 statt. Vgl. hierzu MGFA MA/Adm, Nr. 2414, P 19, Bd. 1, und Nr. 2418, P 34, Bd. 1. Der nach Leipzig entsandte Vertreter des bayer. Kriegsministeriums urteilte über die dortige Bezirkspressebesprechung vom 24. 9. 1918 (BHStA IV München MKr, 14027): „Die Versammlung war von etwa 250—300 Vertretern der sächsischen, thüringischen und schlesischen Presse besucht und wurde von dem Oberstleutnant im Generalstab des Feldheeres Nicolai geleitet; [...] Eine Diskussion fand nicht statt und wurde nicht verlangt. [...] Die Wirkung der Vorträge auf die Zuhörer ging über den üblichen Dank mit mäßigem Beifall nicht hinaus."

[7]) Es folgen organisatorische Einzelheiten für die vom 11.—19.11. 1917 (11. 11. — Danzig; 13. 11. — Leipzig; 15. 11. — Hannover; 18. 11. — Frankfurt; 19. 11. — Karlsruhe) stattfindenden Bezirkspressebesprechungen.

343.

Schreiben des Chefs des Generalstabes des Feldheeres[1]) an den bayerischen Kriegsminister. Kritik an dem Verhalten des Pressereferenten des bayerischen Kriegsministeriums in pressepolitischen Fragen.[2])

23. 11. 1917, Gr. Hauptquartier, Nr. III b 12846/II, Persönlich! — BHStA IV München MKr, 14020, Ausfertigung.

Seine Exzellenz der Herr Bayerische Militärbevollmächtigte im Großen Hauptquartier wird nicht unterlassen haben, Euerer Exzellenz Mitteilung zu machen über eine Rücksprache, die sowohl der Herr Generalfeldmarschall wie ich mit ihm darüber gehabt haben, daß verschiedene Vorgänge der letzten Zeit geeignet sind, Mißverständnisse zwischen dem Königlichen Kriegsministerium und der Obersten Heeresleitung aufkommen zu lassen.[3])

Da ich persönlich großen Wert darauf lege, daß zwischen Euerer Exzellenz und mir Klarheit der Auffassung und rückhaltloses gegenseitiges Vertrauen herrscht, so möchte ich nicht unterlassen, mich in folgendem persönlich an Euer Exzellenz unmittelbar zu wenden.

Die Oberste Heeresleitung hatte es für zweckmäßig und notwendig erachtet, die deutsche Presse vor Eintritt in den vierten Kriegswinter in größerem Umfange über die Grundlagen unserer Kampfkraft zu unterrichten, als es bisher durch die im Reiche verteilten einzelnen Pressestellen möglich ist.[4]) Daß es erwünscht war, hierbei auch das große von der bayerischen Presse beeinflußte Heimatgebiet zu erfassen, liegt auf der Hand. Dementsprechend hatte sich der Chef der Abteilung III b in einem Schreiben vom 27. 10. 1917[5]) an Euer Exzellenz mit der Bitte gewandt, auch für Bayern eine solche Besprechung anordnen zu wollen, zu gestatten, daß er mit Vertretern von Reichsbehörden an dieser Besprechung teilnehme, und über die von jedem einzelnen vertretenen Gebiete über Kriegslage, Wirtschaftslage, Rohstoffversorgung des Reiches sowie über die Lage des Seekrieges Vorträge halten zu lassen.

Es mußte hier überraschen, daß Euer Exzellenz in dem Antwortschreiben an mich vom 8. 11.[5]) sich dem Wunsche der Obersten Heeresleitung versagten und auch für eine etwaige spätere Gruppenbesprechung für die bayerische Presse den Vorbehalt machten, daß die Sprecher dann ausschließlich aus dem Kreise der *bayerischen* Offiziere und Beamten zu entnehmen seien. Es entstand hier der Eindruck, daß die bayerische Presse lediglich vom bayerischen Standpunkt aus angesehen werden dürfe, während die Oberste Heeresleitung Wert darauf legen muß, daß die gesamte deutsche Presse die Gesamtinteressen des Reiches und der deutschen Kriegführung vertritt.

[1]) Gedruckter Kopfbogen: „Chef des Generalstabes des Feldheeres."

[2]) Vgl. die Antwort des bayer. Kriegsministers vom 26. 11. 1917, Nr. 344.

[3]) Der Bericht des bayer. Militärbevollmächtigten wurde mündlich erstattet, vgl. Nr. 344.

[4]) Vgl. hierzu Nr. 342.

[5]) Liegt nicht vor.

Daß dem zuwiderlaufende Ansichten durch das Pressereferat beim Königlich Bayerischen Kriegsministerium vertreten würden, glaubte ich schon bei früheren Gelegenheiten bemerken zu können.[6]) In den letzten Tagen nun sind mir hierzu Vorgänge bekannt geworden, von denen ich nicht weiß, ob sie zu Euerer Exzellenz Kenntnis gelangt sind.

Die Bezirks-Pressebesprechung in Karlsruhe am 19. 11.[7]) an welcher etwa 200 Schriftleiter von Zeitungen aus dem Bereiche des XIII., XIV. und XV. Armeekorps teilnahmen, war durch die zwischen der badischen und pfälzischen Presse bestehenden Beziehungen auch Vertretern der letzteren bekannt geworden. Der Schriftleiter einer pfälzischen Zeitung hatte von sich aus den Wunsch, an dieser Besprechung teilzunehmen, und das Einverständnis der zuständigen Presseaufsichtsbehörden (Stellv. bayerische Infanterie-Brigade und Stellv. bayerisches Generalkommando) erbeten und erhalten. Auf Anfrage beim Königlichen Kriegsministerium erhielt er dagegen ein Telegramm etwa folgenden Inhalts:

„Eine Teilnahme an der von der Obersten Heeresleitung veranlaßten Besprechung in Karlsruhe ist nicht erwünscht. Derartige Besprechungen der Obersten Heeresleitung finden bei bayerischen Generalkommandos nicht statt. Kriegsministerium."[8])

Dieses Telegramm hat bei den Vertretern der pfälzischen und badischen Presse erhebliches Aufsehen erregt. Euer Exzellenz werden mir zustimmen, daß dieses Telegramm geeignet ist, in der breiten Öffentlichkeit der Presse den Eindruck von Unstimmigkeiten zwischen dem bayerischen Kriegsministerium und der Obersten Heeresleitung zu erwecken und dadurch die Interessen der Kriegführung *auf das äußerste* zu gefährden.

Des weiteren hat sich folgender Vorgang ereignet. Die Oberste Heeresleitung erließ am 21. 11. nach vorheriger Vereinbarung mit dem Auswärtigen Amt eine Weisung an die Presseaufsichtsbehörden, nach der russische Angebote für Waffenstillstand als militärische Angelegenheit erklärt und die Behandlung dieser Frage in vollem Umfange der militärischen Presseaufsicht unterstellt wurde.[9]) Während diese für unsere Kriegführung außerordentlich wichtige und durch die tatsächlichen Vorgänge sehr dringliche Anordnung im übrigen Deutschland am 22. 11. morgens durchgeführt war, war am 22. 11. nachmittags für die bayerische Presse noch nichts veranlaßt. Dagegen war der Leiter des Pressereferats beim Königlichen Kriegsministerium[10]) mit der Reichskanzlei in Verbindung getreten und hatte dort Bedenken erhoben, ob die Erklärung der Obersten Heeresleitung, daß Waffenstillstandsverhandlungen eine militärische Angelegenheit seien, zu Recht bestehe; nach völkerrechtlichen Begriffen sei dies eine politische Angelegenheit. In einer am 22. 11. nachmittags beim Herrn Reichskanzler stattgefundenen Besprechung ist der vom Auswärtigen Amt und

[6]) Vgl. hierzu Nr. 68.

[7]) Vgl. hierzu Nr. 342, Anm. 7.

[8]) Das Zitat ist in der Vorlage von Empfängerseite durch einen Strich am Seitenrand hervorgehoben.

[9]) Vgl. Nr. 411.

[10]) Oberstleutnant Falkner v. Sonnenburg.

der Obersten Heeresleitung eingenommene Standpunkt dann noch einmal anerkannt worden.

Euer Exzellenz wollen mir gestatten, zu diesem Vorgehen des Pressereferats beim Königlichen Kriegsministerium folgendes zu bemerken:

Nur die Oberste Heeresleitung ist in der Lage, zu beurteilen, welche Veröffentlichungen in der Presse der Kriegführung schädlich sind, ihre Weisungen in dieser Beziehung müssen daher unbedingt verbindlich sein.[11]) Notwendige Vereinbarungen mit anderen Ressorts der Reichsregierung zu treffen, muß der Obersten Heeresleitung überlassen sein. Die Presseaufsichtsstellen können nur zuständig sein für die Art der Durchführung der von der Obersten Heeresleitung für die Kriegführung erlassenen Weisungen. Euer Exzellenz werden ferner die Forderung als berechtigt anerkennen, daß, wenn das Presse-Referat Zweifel in Bezug auf die von der Obersten Heeresleitung erlassene Weisung hatte, es diese bei der Oberzensurstelle oder durch Euer Exzellenz bei der Obersten Heeresleitung unmittelbar anbringen mußte, nicht aber bei einer nicht militärischen Dienststelle zur Sprache bringen durfte. Ein anderes Vorgehen könnte nur als mangelndes Vertrauen oder mangelnder Wille zu gemeinsamer Arbeit gedeutet werden; ein Zustand, der schwere Gefahren heraufführen würde und deshalb nicht geduldet werden dürfte. Außerdem konnte das Vorgehen des Herrn Pressereferenten die schwerwiegende Gefahr von Weiterungen zwischen der Obersten Heeresleitung und dem Herrn Reichskanzler herbeiführen, mit dem in vollem Einvernehmen die gemeinsamen Aufgaben zu lösen die Oberste Heeresleitung auf das ernstlichste bestrebt ist.[12]) Und schließlich ist durch das Vorgehen des Herrn Pressereferenten eine Verzögerung in der Durchführung einer für die Kriegführung außerordentlich wichtigen Anordnung eingetreten, die von schwerstem Nachteil für die Kriegführung sein konnte.

Nach diesen Vorgängen bin ich verpflichtet, Euerer Exzellenz zu erklären, daß die Leitung der Presseaufsicht in Bayern Wege einschlägt, die für die Interessen des Vaterlandes unheilvoll zu werden geeignet sind.[13]) Zweifellos ist zu Beginn des Krieges der Fehler gemacht worden, daß von unzuständiger Stelle in die Leitung der bayerischen Presse eingegriffen wurde. Sobald dies erkannt, wurde aber von der Obersten Heeresleitung angeordnet, daß Wünsche oder Richtlinien in Bezug auf die bayerische Presse nur dem bayerischen Kriegsministerium zugeleitet wurden, da es dessen eigener Zuständigkeit zukommt, sie in die Tat umzusetzen.[6]) Jetzt gewinnt es den Anschein, als ob der mit der Länge des Krieges und der Zunahme politischer und wirtschaftlicher Momente in der Kriegführung wachsende Widerstand gegen die militärische Presseaufsicht im dortigen Pressereferat eine Stütze findet, und die Oberste Heeresleitung selbst dort mit Widerständen zu rechnen hat, die Euer Exzellenz nicht billigen und nicht dulden werden.

---

[11]) Vgl. hierzu Nr. 70, Anm. 32. Von „ihre Weisungen" bis zum Schluß des Satzes in der Vorlage von Empfängerseite durch einen Strich am Seitenrand hervorgehoben.

[12]) Vgl. hierzu Nr. 403.

[13]) Von „die für die Interessen" bis zum Schluß des Satzes in der Vorlage von Empfängerseite durch einen Strich am Seitenrand hervorgehoben.

Euerer Exzellenz will ich auch nicht vorenthalten, daß mir mehrfach und von den verschiedensten Seiten die Behauptung zugetragen worden ist, das Pressereferat des Königlichen Kriegsministeriums stehe der Verbreitung des völlig unbegründeten Gerüchtes, die Oberste Heeresleitung mische sich in ihr nicht gebührendem Maße in Fragen der inneren und äußeren Politik ein, zum mindesten passiv gegenüber.[14]) Ich lege auf derartige Zuträgereien an sich keinen Wert, in der Absicht offener Aussprache will ich sie aber Euerer Exzellenz nicht vorenthalten. Solche Behauptungen gewinnen für die Oberste Heeresleitung aber naturgemäß an Bedeutung, wenn sie auf tatsächliche Anzeichen der Zurückhaltung oder des nicht rückhaltlosen Vertrauens stößt, wie sie in der letzten Woche das Pressereferat des Königlichen Kriegsministeriums erbrachte.

Euer Exzellenz werden mir in der Auffassung beipflichten, daß eine untergeordnete Dienststelle nicht zu einem Wirken gelangen darf, welches das offene und vertrauensvolle Verhältnis zwischen Euerer Exzellenz und der Obersten Heeresleitung gefährden kann, und werden sich meiner Bitte nicht versagen, den Verhältnissen nachzugehen und notwendigenfalls für eine Änderung zu sorgen.

I. A.
Ludendorff.

[14]) Vgl. hierzu H. Lutz, Deutscher Krieg und Weltgewissen, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte, Bd. 25, 1962, S. 476 ff.

344.

Schreiben des bayerischen Kriegsministers an General Ludendorff. Grundsätzliche Ausführungen über die Zusammenarbeit des bayerischen Kriegsministeriums mit der Obersten Heeresleitung in pressepolitischen Fragen.[1])

26. 11. 1917, München, Nr. 204241, Persönlich! — BHStA IV München MKr, 14020, handschriftl. Entwurf.[2])

Die Ausführungen des gefälligen Schreibens, das Euere Exzellenz am 23. ds. Mts. mit No. IIIb 12846 II an mich gerichtet haben, und der ergänzende Vortrag, den mir der Herr Bayer. Militär-Bevollmächtigte im Gr.H.Qu. über die ihm von Herrn Generalfeldmarschall und von Eurer Exzellenz gewordenen Aufträge mündlich erstattet hat, lassen mich zu meinem lebhaftesten Bedauern erkennen, daß[3]) sich im Gr.H.Qu. aus Vorkommnissen der letzten Zeit Verstimmungen

[1]) Vgl. Nr. 343.

[2]) Der Entwurf ist nicht unterzeichnet, jedoch mit einem Mundierungsvermerk versehen. Eine Reinschrift des Entwurfs liegt nicht vor. Nach einem Vermerk in den Registraturfindbüchern gelangte auch die Durchschrift der Ausfertigung nicht in die Registratur. — Der Entwurf stammt, der Handschrift nach, von dem Chef der Armeeabteilung I des bayer. Kriegsministeriums, Major Frhr. Kreß v. Kressenstein. Die Verbesserungen, die z. T. vom bayer. Kriegsminister selbst, in der Mehrzahl jedoch von Kreß v. Kressenstein stammen, werden nur angemerkt, wenn es sich nicht um rein stilistische Korrekturen handelt. Eine Vorstufe zu dem Entwurf stellt die ebenfalls von Kreß v. Kressenstein stammende Aufzeichnung „Gedankengang für die Beantwortung" dar.

[3]) Die folgenden vier Worte sind nachträglich eingefügt worden.

gegen das bayer. Kriegsministerium entwickelt haben, die Eure Exzellenz geeignet erscheinen, das offene und vertrauensvolle Verhältnis zwischen der OHL und mir zu gefährden. Der Möglichkeit, daß diese Vorkommnisse auf mangelndes Vertrauen in die Oberste Heeresleitung oder auf unzulängliche Bereitschaft[4]) zu gemeinsamer Arbeit zurückgeführt werden könnten, möchte ich bitten von vorneherein jeden Boden durch die aufrichtige Versicherung entziehen zu dürfen, daß mir selbstverständlich[5]) nichts ferner liegt als derartige Beweggründe.[6]) Ich glaube den Umstand, daß die Tätigkeit des bayer. Kriegs-Ministeriums nur auf einem einzigen Gebiete[7]) der gegenwärtigen Kriegführung Euerer Exzellenz zu Ausstellungen Anlaß gibt als Beweis dafür in Anspruch nehmen zu dürfen, daß es weder mir noch dem mir unterstellten Ressort an gutem Willen fehlt.

Wenn sich auf dem Gebiet der Presseaufsicht und der damit eng verbundenen Einwirkung auf die heimatliche Stimmung[8]) Meinungsverschiedenheiten ergeben haben, so habe ich das selbst jederzeit schmerzlichst empfunden. Denn es widerstrebt meinem inneren soldatischen Empfinden auf das allerlebhafteste, in der gegenwärtigen schweren Zeit Anschauungen, die von jenen der OHL abweichen, vertreten zu müssen.[9]) Ich bin aber eben auf dem Platze, an den Seine Majestät mein Allergnädigster König mich gestellt hat, nicht nur Soldat, sondern auch Mitglied der verantwortlichen bayer. Staatsregierung; das verpflichtet mich, die Interessen des Bundesstaates da zu vertreten, wo die staatsrechtlich gegebenen und für mich bindenden Verhältnisse sich nicht ohne weiteres mit der vom rein militärischen Standpunkt aus vielleicht wünschenswert erscheinenden straffen Zentralisierung der Regierungsgewalten in Einklang bringen lassen. In diesem Sinn ist mir der Anlaß willkommen, Klarheit zu schaffen und den Weg für einen künftigen reibungslosen Verkehr zwischen OHL und bayer. Kriegs-Ministerium zu ebnen.[10])

---

[4]) Verbessert aus „mangelnden Willens".

[5]) Nachträglich eingefügt.

[6]) Im Entwurf folgt der durchgestrichene Satz: „Ich habe mit Freude erst vor einigen Tagen in einer Vollsitzung der bayer. Kammer der Abgeordneten Anlaß genommen, meiner rückhaltlosen Bewunderung für die OHL und meinem felsenfesten Vertrauen in sie öffentlich Ausdruck zu geben."

[7]) Der Satz ist mehrfach geändert worden. Er lautete ursprünglich: „Ich glaube, daß darin [spätere Fassung: die Tatsache], daß das bisherige reibungslose und erfolgreiche Zusammenarbeiten der OHL mit dem bayer. Kriegs-Ministerium nur auf einem einzigen Gebiete".

[8]) Es folgt das durchgestrichene Wort „tiefgehendere".

[9]) Es folgt der durchgestrichene Passus: „statt in jeder Hinsicht dazu beitragen zu können, dem Herrn Generalfeldmarschall u. Ew. Exz. [frühere Fassung: Ew. Exz. u. Ihren Mitarbeitern] die drückende Last der Verantwortung und einer fast übermenschlichen Arbeitsleistung zu erleichtern."

[10]) Es folgt der durchgestrichene Absatz: „Wenn ich sonach überzeugt bin, daß die *Wurzel* aller Mißverständnisse in der angedeuteten Richtung zu suchen ist und daß nur die Beseitigung dieses *inneren* Grundes, nicht einzelner *äußerer* Anlässe eine dauernde Abhilfe gewährleistet, so ergibt sich hieraus für mich die Folgerung, daß die Person eines einzelnen Referenten dabei keine ausschlaggebende Rolle spielen kann. Obstlt. Falkner von Sonnenburg, eine hervorragende Kraft von außergewöhnlich reicher Erfahrung auf allen militärischen u. politischen Gebieten, ist mir ein wertvoller Berater, der in den grundsätzlichen Fragen seines Referates

Selbstverständlich erkenne ich an, daß die militärische Presseaufsicht während des Krieges sich nicht auf rein militärisches Gebiet beschränken kann, sondern wegen der Rückwirkungen der inneren Politik auf die Kriegführung auch politische Gebiete umfassen muß. Die Presse ist als Verkörperung der öffentlichen Meinung aber nichts anderes als ein Faktor des inneren Staatslebens. Entzieht sich aber schon das Besatzungsheer, das im Krieg nicht unter den Befehl des Obersten Bundesfeldherrn tritt, dem gegenüber vielmehr die Kommandogewalt des Königs von Bayern auch in Kriegszeiten keine Beschränkung erleidet, unmittelbarer Einwirkung der Obersten Heeresleitung, so muß dies in vermehrtem Maße für die übrigen Gebiete des inneren Staatslebens des Bundesstaates zutreffen, weil Eingriffe in diese Beziehungen die Souveränität des Landesherrn unmittelbar berühren. Es liegt auf der Hand, daß Grenzverletzungen, die die Presse treffen, besonders empfindlich wirken.

Aus dieser Auffassung heraus, deren staatsrechtliche Berechtigung wohl unanfechtbar ist, hat das bayer. Kriegs-Ministerium von jeher die Zuständigkeit der Organe der OHL, die zum Zweck der Presseaufsicht in die Heimat abgeordnet sind, gegenüber den bundesstaatlichen Regierungen nicht anerkennen können. Leider wurde versäumt rechtzeitig in aller Form gegen diese Organisation Einspruch zu erheben, weil im Bestreben der gemeinsamen Arbeit keine Hindernisse in den Weg zu legen, Auseinandersetzungen vermieden werden [sollten][11]) und weil es das Kriegs-Presse-Amt in der ersten Zeit[12]) verstanden hat, durch die Handhabung seiner Befugnisse die bestehenden Schwierigkeiten zu vermeiden.[13])

sich durchaus in den von mir gebilligten Bahnen bewegt. Inwieweit ich seine Maßnahmen, die mit den fraglichen Vorkommnissen der letzten Zeit zusammenhängen, nicht gutheißen kann, wird die Erörterung der Einzelfälle dartun. Einzelne Mißgriffe können mir aber keinen Anlaß geben, auf die Mitarbeit eines bewährten Offiziers, der sich in langer Kriegszeit unbestreitbar große Verdienste erworben hat, zu verzichten. — Mehrfache mündliche Aussprachen, die zwischen Organen der OHL und einzelnen Vertretern meines Ministeriums in früherer Zeit stattgefunden haben, haben zwar zur Feststellung äußerer Formen für den Verkehr zwischen den einschlägigen Organen der OHL und dem bayer. Kriegs-Ministerium geführt, die innere Unklarheit des gegenseitigen Verhältnisses kommt aber doch immer wieder zum Durchbruch, wie dies das Schreiben Ew. Exz. deutlich beweist." Zu den Praktiken des Kriegspresseamts (Tätigkeit von Agenten in Bayern) vgl. Albrecht, S. 310, Anm. 22.

[11]) In der Vorlage „wollten".

[12]) Ursprünglicher Wortlaut: „und der Takt des ersten Chefs des Kriegspresseamts [Deutelmoser] es verstanden hat."

[13]) Es folgen die durchgestrichenen Sätze: „Die zunehmende Dauer des Krieges hat aber wie auf manchem anderen Gebiet Bestrebungen gezeitigt, die unverkennbar die Konjunktur der Kriegsnotwendigkeiten zu Gunsten der Zentralisierung ausnützen wollten. Der Gefahr, die daraus für die bundesstaatliche Verfassung des Reiches erwächst, verpflichtete die bayer. Staatsregierung gemäß der Verantwortung, die sie dem König und dem Land gegenüber trägt, den ersten Anfängen sich zu widersetzen und auf klare Abgrenzung der Befugnisse des Reiches, der obersten Heeresleitung und der Bundesstaaten zu drängen. Mancherlei Mißgriffe, die Ew. Exzellenz selbst zuzugeben die Güte haben, verschärften die Lage." Im „Gedankengang" (vgl. Anm. 2) heißt es zu den „Mißgriffen": „Gleicher Vorgang wie bei dem vorbehaltlosen Anschluß Bayerns an die zentrale Rohstoffverwaltung im Reich, die — im Bestreben, alle Kräfte für die Zwecke der Kriegführung zusammenzufassen beschlossen — zu schweren wirtschaftlichen Schädigungen Bayerns geführt hat, weil Bayern an der Mitwirkung an der Verwaltung ausgeschlossen erst mühsam die Wahrung seiner berechtigten Interessen erkämpfen mußte." Vgl. hierzu Feldman, S. 282 f., 421 ff.

Später haben mehrfache Verhandlungen zu formalen Abmachungen geführt, die die Reibungsfläche verringerten, aber sie nie beseitigen konnten, denn die Gegensätzlichkeit der grundsätzlichen Auffassung blieb bestehen.[14])

Wie die Oberste Heeresleitung ihre rein militärischen Anforderungen an das bayer. Kriegsministerium richtet und das bayer. Besatzungsheer die Aufgaben, die sich aus den Erfordernissen der Kriegführung ergeben, auf Befehl des Kriegsministers als des obersten bayer. Militärbefehlshabers in der Heimat erfüllt, so müßte meines Erachtens die oberste Heeresleitung die *Aufgaben* und *Ziele* bezeichnen, die sich aus Gründen der Kriegführung für die Beeinflussung der öffentlichen Meinung in der Heimat und ihre Äußerungen in Wort und Schrift ergeben, während der *Vollzug*, die *Wahl* der für Erreichung der Ziele anzuwendenden Mittel und einzuschlagenden Wege den Regierungen der Bundesstaaten überlassen bleiben müßten. Die Gleichmäßigkeit der Wirkung im ganzen Reich würde nach meinem Dafürhalten dadurch besser gewährleistet, als durch die Anwendung gleicher Methoden, die in verschiedenen Teilen des deutschen Reiches verschiedene Wirkungen auslösen und der Eigenart des Bundesstaats, seiner Bevölkerung und seiner Presse nicht Rechnung tragen.

Die Gleichartigkeit des Vollzuges verbietet sich schon aus der Eurer Exzellenz bekannten Verschiedenheit der gesetzlichen Grundlagen, auf die sich die Presseaufsicht stützt; das bayerische Kriegszustandsgesetz[15]) bietet dem Militärbefehlshaber erheblich beschränktere Befugnisse als das Preußische Belagerungszustandsgesetz. Auch die innere Struktur der Staatsregierung, die Abgrenzung zwischen Militär- und Zivilstaatsverwaltung, die parlamentarischen Verhältnisse, die politische Parteigruppierung verlangen verschiedene Rücksichten in den einzelnen Bundesstaaten.

Die Behandlung der Presse erfordert genaue Kenntnis ihrer Eigenart, ihrer Entwicklung während des Krieges und die Nutzbarmachung der in dieser Zeit gesammelten Erfahrungen. Die Einwirkung auf sie muß diesen örtlich verschiedenen Imponderabilien Rechnung tragen, wenn das Ergebnis nicht beeinträchtigt werden soll. Die bayerische Presse zumal verlangt eine sichere aber verständnisvolle Hand, sie verträgt kein Übermaß der Einwirkung, sie verlangt Stetigkeit der Führung und wehrt sich gegen Anordnungen, die in der Praxis nicht zuverlässig vollzogen werden können, gegen jede Bestrebung der Uniformierung, die ihr den Kredit bei den Lesern untergräbt und der Zentralisierung, die ihr die Unabhängigkeit beschränkt. Sie fordert ein Vertrauensverhältnis zwischen sich und der Zensurbehörde und verträgt keine Einmischung von dritter Seite.

Ich bin der festen Überzeugung, daß die Wurzel aller bisherigen Mißverständnisse in dem Augenblick beseitigt ist, in dem Eure Exzellenz den Standpunkt anerkennen, daß die Organe der obersten Heeresleitung keine Befugnis besitzen, auf irgend welche Funktionen des inneren Lebens des Bundesstaates einzuwirken, und diese Organe anweisen, hieraus die praktischen Folgerungen zu ziehen. Nur der ständig fortwirkende Kampf um den *Grundsatz* fordert in Bayern bei jedem

[14]) Vgl. Nr. 68.

[15]) Vgl. hi rzu Nr. 28.

Anlaß einen gewissen Widerstand heraus, während die Gegenseite bestrebt ist, ihren Willen mit Mitteln durchzusetzen, die in Bayern tiefste Verstimmung erregen und als Beweise mangelnden Vertrauens in den guten Willen der bayerischen Regierung empfunden werden müssen.

Ich gestatte mir im Anschluß an diese allgemeinen Erörterungen auf die einzelnen Vorkommnisse einzugehen, die Euere Exzellenz berührt haben.

Was die Abhaltung der Gruppen-Pressebesprechungen anbelangt, so hat sich mein Standpunkt aus rein sachlichen Erwägungen ergeben. Ich bin nach wie vor der Auffassung, daß zur Zeit ein Bedürfnis nach einer derartigen Besprechung nicht in dem Maße besteht, das den an sich stark überlasteten Schriftleitern der Zeitaufwand zugemutet werden muß, der damit verbunden ist. Die Ernährungslage wird in periodischen Pressebesprechungen im Ministerium des Innern erörtert, Vertreter[16]) des Kriegs-Ernährungsamtes (Dr. Wohlmannstetter), der Reichsbank (Geh. Finanzrat Bastian), des K.R.A. des Preuß. Kriegsministeriums (Prof. Wiedenfeld), und des Reichsmarineamts (Kpt. z. S. Michaelis) haben erst kürzlich bei einem durch das Ministerium des Innern abgehaltenen Aufklärungskurs, an dem Schriftleiter der hiesigen[17]) Zeitungen teilgenommen haben, Vorträge gehalten.

Ich muß zugeben, daß es richtiger gewesen wäre, der Abteilung IIIb den Standpunkt des bayerischen Kriegsministeriums alsbald, nachdem Major Nicolai seine Absicht derartige Kurse abzuhalten bei einer Sitzung in Berlin geäußert hatte, zur Kenntnis zu bringen; ich kann aber nicht zugeben, daß meine Haltung in diesem Einzelfall den Eindruck begründen kann, als ob in Bayern die Gesamtinteressen des Reiches und der deutschen Kriegführung lediglich vom bayerischen Standpunkt aus angesehen würden.[18])

Das Telegramm, das sich auf die Karlsruher Pressebesprechung bezog, war die Konsequenz meiner Haltung zu der Frage dieser Besprechungen an sich. Wenn die — wie ich zugestehen muß — nicht glückliche Fassung des Telegramms Anlaß zu einer keineswegs beabsichtigten Deutung gab, so bedauere ich dies lebhaft.

Die Weitergabe der Zensuranordnung vom [21.][19]) ds. Mts. ist durch die Rücksprache, die der Pressereferent mit dem Geh. Legations Rat Frhr. von Stengel gepflogen hat, nicht verzögert worden. Die Angelegenheit wurde mir am [21.][19]) alsbald nach meiner Rückkehr von einer Landtagssitzung vorgetragen und nach meiner Entscheidung ausgefertigt, ohne daß die Antwort aus Berlin, die erst um 5.15 Nachm. eintraf, abgewartet wurde.

Der Pressereferent hat sich ohne meine Ermächtigung mit einem ihm persönlich bekannten Beamten der Reichskanzlei in Verbindung gesetzt. Ich kann dieses

[16]) Von „des" bis „Bastian" nachträglich eingefügt.

[17]) Verbessert aus „meisten".

[18]) Es folgt der durchgestrichene Satz: „Ich glaube vielmehr, daß die bayerische Presse den allgemeinen deutschen Interessen dann am willigsten und am erfolgreichsten dient, wenn sie nach ihrer Eigenart geleitet und geführt wird."

[19]) In der Vorlage wird das Datum des 22. 11. 1917 angegeben. Vgl. Nr. 411, auch im „Gedankengang" wird jeweils der 21. 11. 1917 genannt.

Verfahren nicht billigen, weil es die Grenzen der Befugnisse eines Referenten überschritt, weil eine Notwendigkeit dazu nicht vorlag und weil es Anlaß zu Mißdeutungen geben konnte. Daß diese Wirkung tatsächlich eingetreten ist, bedauere ich lebhaft. Ich habe Vorsorge getroffen, daß ein unmittelbarer Verkehr zwischen Referenten des Kriegsministeriums und der Reichskanzlei[20]) ohne meine ausdrückliche Ermächtigung künftig ausgeschlossen bleibt.[21])

Die Gründe, die den Referenten zu der Anfrage veranlaßten, waren das Bestreben, der Anordnung eine einwandfreie formale Fassung und eine zuverlässige rechtliche Grundlage zu sichern. Daß die von der Oberzensurstelle gewählte Fassung diesen Anforderungen nicht voll entsprach, daß ein Interesse bestand, die Zuständigkeitsfrage nicht zu allgemeiner kritischer Erörterung zu stellen und daß besondere Vorsicht in der Abfassung der Anordnung mit Rücksicht auf Reichs- und Landtagsverhandlungen der letzten Zeit geboten war, muß ich ihm zubilligen. Die Absicht eine Entscheidung des Hrn. Reichskanzlers herbeizuführen, bestand keineswegs; andere Motive des Referenten anzunehmen, dazu liegt für mich keinerlei Anhaltspunkt vor.

Auch in diesem Falle ist das bayer. Kriegsministerium der Anforderung der OHL sachlich im vollsten Umfang nachgekommen.

Wenn Eure Exzellenz bei der Erörterung dieses Vorkommnisses die Auffassung niederlegen, daß Weisungen, die mir durch die Oberzensurstelle zugehen, unbedingt verbindlich sein müssen und daß Zweifel über die rechtliche Grundlage einer mit Gesetzeskraft auszustattenden Anordnung ausschließlich bei der Oberzensurstelle oder der OHL zur Sprache gebracht werden dürfen, eine Auffassung also, die ein unmittelbares Unterstellungsverhältnis des bayer. Pressereferats — eines Bestandteils meines Ministeriums — unter der Oberzensurstelle als gegeben annimmt, so darf ich ergebenst auf meine Darlegungen über die Gegensätzlichkeit der grundsätzlichen Auffassung hinzuweisen mir gestatten. Auch dieses Vorkommnis geht also doch — von der persönlichen Seite abgesehen — im Grund genommen auf die Unklarheit des gegenseitigen Verhältnisses zurück. —

Ich[22]) möchte aber nicht verfehlen, abschließend in aller Form die Erklärung abzugeben, daß es mein fester Wille ist alles zu vermeiden, was geeignet sein könnte, das Einvernehmen zwischen der Obersten Heeresleitung und dem Herrn Reichskanzler zu beeinträchtigen und daß ich dieser meiner Willensmeinung unbedingte Geltung innerhalb meines Ministeriums verschaffen werde.

Die Haltung des bayerischen Volkes und seiner Presse im gegenwärtigen Krieg[23]) und die Tatsache, daß die politischen und sozialen Gegensätze in Bayern sich nicht annähernd so schroff wie in anderen Gegenden Deutschlands äußern,

[20]) Ursprünglich „Reichsstellen".

[21]) Im „Gedankengang" heißt es weiter hierzu: „Unter der oben gemachten Einschränkung muß ich als Mitglied der Staatsregierung des Bundesstaates Bayern das Recht in Anspruch nehmen, in politischen und staatsrechtlichen Angelegenheiten mit dem Herrn Reichskanzler zu verkehren u. kann in einem solchen Verkehr ein Mißtrauen gegen die OHL nicht anerkennen."

[22]) Der folgende Absatz ist nachträglich eingefügt worden.

[23]) Es folgt der durchstrichene Passus: „die Tatsache, daß trotz der schwersten Belastung der Bevölkerung ernstliche Unruhen in Bayern nicht vorgekommen sind".

beweisen mir, daß die Führung des bayerischen Volkes in der Heimat und die Leitung der bayerischen Presse sich auf dem richtigen Weg befindet.

Ich glaube sichere Bürgschaft leisten zu können, daß — falls nicht unvorhergesehene Entwickelungen eintreten — in Bayern der glücklichen Beendigung des Krieges innere Widerstände nicht erwachsen werden — unter der Voraussetzung allerdings, daß die bayer. Presse unabhängig bleibt und nach den bisherigen erprobten Methoden behandelt wird. Ich bitte Eure Exzellenz in mich das Vertrauen zu setzen, daß es mir gelingen wird, die Ziele, die Eure Exzellenz im Interesse der erfolgreichen Beendigung des Krieges mir stecken, erreicht werden — wenn auch vielleicht auf anderen Wegen, wie anderwärts.

345.

Auszug aus den Richtlinien für den „Vaterländischen Unterricht" im Bereich des stellv. Generalkommandos des XIX. AK.[1])

15. 12. 1917, Leipzig, Br. B. Nr. 213479 K. A./10063 P. A., Nur für den Dienstgebrauch! — HStA Stuttgart WKM, Abt. A, Bd. 1001, gedrucktes Exemplar.[2])

[...][3])

III.

Gegenstand des vaterländischen Unterrichts.

1. *Der v. U. ist auf das Wesentliche zu beschränken.*

2. *Der Unterrichtsstoff* ist nach freiem Ermessen des Unterrichtenden so zu wählen, daß er der Eigenart des jeweiligen Mannschaftskreises angepaßt ist.

Junge Rekruten sind durch Schilderungen von Heldentaten ihrer Kameraden leicht für die Ideale Vaterland und Freiheit, Kameradschaftlichkeit und Treue, Gehorsam und Heldenmut zu entflammen.

[1]) Vgl. hierzu auch die „Leitsätze für den vaterländischen Unterricht bei den Truppen", am 9. 1. 1918 vom stellv. Generalkommando des XII. AK herausgegeben (HStA Stuttgart XIII. AK, Abt. II, Bd. 69), sowie die Nr. 5 der „Mitteilungen für den vaterländischen Unterricht" des stellv. Generalkommandos des XIV. AK vom 23. 11. 1917 (GLA Karlsruhe Abt. 456, Bd. 87), in denen nochmals (vgl. Nr. 351, Anm. 4) ausführlich zur Truppenaufklärung Stellung genommen wurde. Die Äußerungen beider Generalkommandos stimmen weitgehend, z. T. wörtlich mit den Richtlinien des stellv. Generalkommandos des XIX. AK überein. Zum vaterländischen Unterricht im Bereich des stellv. Generalkommandos des XII. AK vgl. Höhn, S. 536 ff.

[2]) Dem württ. Kriegsministerium mit Schreiben vom 20. 12. 1917 übersandt.

[3]) In einem I. Abschnitt wurde die Organisation des Vaterländischen Unterrichts geregelt. Hierbei heißt es zu den Vertrauensleuten, die unter der Leitung von Offizieren für die Aufklärung unter den Truppen wirken sollten: „Die Tätigkeit der Vertrauensleute ist Herzenssache, in zweiter Linie erst Verstandessache, der Wille ist wichtiger als das Wissen. Es ist deshalb auf die Vorbildung dieser Leute weniger Wert zu legen als auf die Fähigkeit, Tatsachen, von denen sie selbst voll überzeugt sein müssen, ihren Kameraden innerlich nahe zu bringen." Ein II. Abschnitt belehrt über Zweck und Notwendigkeit des Vaterländischen Unterrichts.

Bei älteren Leuten empfiehlt sich ein verständnisvolles Eingehen auf die oft schwierige wirtschaftliche Lage dieser Mannschaften. Soziale Gesichtspunkte sind herauszuarbeiten! Sachkenntnis und Offenheit des Vortragenden erwecken das Vertrauen und wirken werbend für die vaterländische Sache.

Verwundete wollen Abwechselung und Unterhaltung haben. Außerdem ist bei ihnen meist ein ausgesprochener Trieb zur Weiterbildung wahrzunehmen. Diesem ist Rechnung zu tragen.

3. Der *Gegenstand* des v. U. ist am besten einem der folgenden Gebiete zu entnehmen, für deren Behandlung nachstehend einige Beispiele gegeben werden:

A. *Werden der deutschen Einheit und Wesen des deutschen Reiches.*

Die deutsche Eigenart mit ihren guten und schlechten Seiten ist im Rahmen des geschichtlichen Herganges klarzulegen. Auf die Verschiedenheit innerhalb der deutschen Stämme ist hinzuweisen und dabei auszuführen, daß der Deutsche doch noch immer dann, wenn es ums Ganze ging, nicht haderte sondern handelte.

Der hohe *kulturelle* Wert der Verschiedenheit der deutschen Stämme ist hierbei zu betonen. Gleichsam in einer Art Arbeitsteilung wird, je nach der besonderen Veranlagung des einzelnen Stammes, am Werke des deutschen Kulturfortschrittes gearbeitet.

Die geschichtliche Entwickelung hat aus den deutschen Volksteilen ein einheitliches Reichsgebilde geschaffen, das auch im gegenwärtigen Weltkriege seine Feuerprobe wieder glänzend besteht.

Also: Auf der Einigkeit und Treue der deutschen Volksgenossen beruht die Machtfülle des deutschen Reiches.

B. *Die Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, besonders die von der Reichsgründung bis zum Ausbruch des Krieges.*

Unser gewaltiger wirtschaftlicher Aufschwung, der am besten mit wenigen Zahlen kurz beleuchtet wird, muß den Leuten so greifbar vor Augen geführt werden, daß sie von dem Gefühle der Sicherheit durchdrungen werden, gegenüber den Lasten, die der Krieg uns gebracht hat und noch bringen wird.

Auf Englands Neid ist hinzuweisen!

Auch die Schwächen unserer Wirtschaftslage sind zu erwähnen. Wir sind angewiesen auf die Zufuhr ausländischer Rohstoffe und sind nicht in der Lage, unsere überseeischen Handelsbeziehungen hinreichend zu schützen.

Also: Der wirtschaftliche Aufschwung Deutschlands machte uns zum ernsthaften Konkurrenten und damit zum Feinde Englands. Er verschafft uns ungeheure wirtschaftliche Kräfte, macht uns aber in bezug auf Rohstofflieferung immer abhängiger vom Auslande.

C. *Der Weltkrieg.*

a) *Ursache des Krieges.*

Der tiefere Grund des Krieges ergibt sich aus dem unter B entwickelten wirtschaftlichen Aufstiege Deutschlands und dem dadurch entstandenen Neid Englands. Außerdem wußte England Frankreichs Revanchelust und Rußlands

Ausdehungsbestrebungen so geschickt den von ihm eingeleiteten Einkreisungsplänen einzufügen, daß eine zielbewußte Kriegsverschwörung daraus wurde. Der ausgesprochene Friedenswille des deutschen Kaisers, der Europa mehr als einmal vor dem Kriege bewahrte, konnte sich in den Julitagen 1914 nicht durchsetzen (vgl. Prozeß gegen Suchomlinow[4]), russische Geheimakten).

Also: Der Krieg ist uns aufgezwungen.

b) *Verlauf des Krieges.*

Mit Stolz kann der deutsche Soldat auf das Erreichte zurückschauen. Unsere Fronten im Westen, Osten und Süden stehen tief in Feindesland. Die militärischen Erfolge — die Leistungen unserer Verbündeten dürfen hier nicht vergessen werden — sind derart, daß durch sie der Krieg schon zu unseren Gunsten entschieden ist. Von dieser Überzeugung müssen die Leute innerlich so sehr durchdrungen sein, daß sie gegen kleinere Rückschläge unempfindlich werden. An Hand der Karte ist die jeweilige Kriegslage immer wieder zu besprechen. Auch auf die Wirkung des U-Boot-Krieges ist hinzuweisen.

Also: Militärisch ist der Sieg errungen. Es gilt nur noch, ihn dadurch zu sichern, daß wir wirtschaftlich durchhalten.

c) *Die kriegswirtschaftliche Lage Deutschlands.*

Schwierigkeiten wirtschaftlicher Art sind vorhanden und haben für den Einzelnen, insbesondere für die Angehörigen in der Heimat, Entbehrungen zur Folge. Das ist offen einzugestehen. Hinzuweisen ist jedoch auf das Bestreben der Behörden, die Kriegslasten gerecht und gleichmäßig zu verteilen. Trotzdem sind Fehler gemacht worden, und werden bei der Schwere und Größe der Aufgabe auch für die Zukunft nicht ganz zu umgehen sein. Härten sind unvermeidbar. Aber stets ist hervorzuheben, daß die Entbehrungen des Heimatheeres gering sind gegenüber den Mühen und Leiden, die das Frontheer für uns alle opferwillig trägt. Unsere Schwierigkeiten wirtschaftlicher Natur sind jedoch auch mit Friedensschluß nicht mit einem Schlage aus der Welt zu schaffen. Jeder hat sich mit dieser feststehenden, harten Tatsache abzufinden und sein Teil zur Hebung der Schwierigkeiten beizutragen.

Also: Die bestehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten können und müssen ertragen und überwunden werden.

4. Die *Vaterlandsliebe* entspringt der Kenntnis vom *Werte* des Vaterlandes.

Die Leute sind daher eingehend zu unterrichten über das deutsche Land, das deutsche Volk und den deutschen Staat.

A. *Das deutsche Land:*[5])

a) *Schönheit* und *Fruchtbarkeit.*

[4]) Vgl. hierzu Schulthess 1917/I, S. 786.

[5]) In den „Mitteilungen" des stellv. Generalkommandos des XIV. AK (vgl. Anm. 1) wurde auf die Förderung der Volkskunde besonderer Wert gelegt. „Durch das große Erlebnis des Krieges ist das volkstümliche Empfinden wieder aufgerüttelt worden und hat allgemein das Heimatgefühl erstarken lassen. Volkslieder, Volkssprichwörter, volkstümliche Sitten, Pfingst-, Oster-, Ernte- und Weihnachtsgebräuche begegnen neben dem Sagenkreis, den landwirtschaftlichen [!] Schönheiten, den geschichtlichen Schauplätzen, der Burgenkunde und den früheren Kriegsschicksalen der Heimat erfahrungsgemäß gesteigertem Interesse. Das gesamte Gebiet der Volkskunde verdient daher, soweit es sich nicht in die eigentlichen Unterrichts-

b) *Geographische Lage.*
c) *Das Verhältnis Deutschlands zu den übrigen Ländern* in geographischer und wirtschaftlicher Beziehung.

B. *Das deutsche Volk.*
Der deutsche Volkscharakter ist zu beleuchten. Dieser prägt sich in allgemeinen Wesenszügen aus, die dem ganzen Volke eigen sind und die durch natürliche Anlagen und geschichtliche Entwickelung bestimmt werden.

Besondere Hervorhebung der Haupteigenschaften: Treue, Pflichtbewußtsein, Ordnungssinn, Gemütstiefe, Idealismus, Familiensinn, Heimatliebe.

Dem sind die Eigenarten fremder Völker gegenüber zu stellen.

C. *Der deutsche Staat:*
a) *Die Verfassung.*
Die Verfassung eines jeden Volkes ist das Erzeugnis einer langen geschichtlichen Entwickelung. Vor einer äußerlichen Benutzung fremder Vorbilder, die den deutschen Verhältnissen nicht entsprechen, muß daher gewarnt werden. Es ist zu berücksichtigen, daß vielfach Schlagworte über den Inhalt täuschen.

Zu schildern sodann ist alles das, was Deutschland seinen Fürstenhäusern und deren bedeutendsten Vertretern an äußerer und innerer Entwickelung verdankt.

b) *Die Gesetzgebung.*
Durch Beantwortung etwa folgender Fragen kann auch dies Gebiet gemeinverständlich dargestellt und für den vaterländischen Unterricht verwertet werden:

1. In welcher Weise *sorgt* der deutsche *Staat* für seine *Bürger?*
Auf die *deutsche Kultur*, wie sie sich äußert im Bildungswesen, in der Gesundheitspflege, der Wohlfahrtspflege und in der Rechtsprechung ist hier einzugehen.

Ein Vergleich mit dem Stande der Kultur in anderen Ländern ist anzustellen.

2. In welcher Weise *sorgt* der deutsche *Staat* insbesondere für seine *Arbeiter?*
Die ganze soziale Gesetzgebung in ihren Grundlinien ist darzulegen. Es ist hinzuweisen auf die Millionensummen, die bisher von der Sozialversicherung an die Arbeiter gezahlt worden sind und täglich gezahlt werden. Vor allem ist hier zu betonen, daß die Zuschüsse, die das Reich zur Sozialversicherung beisteuert, ganz außerordentlich hohe sind. Hier ist nachdrücklich hervorzuheben, daß diese Leistungen Deutschlands für seine Arbeiter einzig in der Welt dastehen.

5. *Die Kriegsartikel*[6]) *sind besonders dazu geeignet, Gegenstand des v. U. zu sein.*
Mit einem Vorlesen der einzelnen Kriegsartikel ist allerdings die Aufgabe des v. U. nicht erfüllt. In den *Geist* des militärischen Katechismusses ist einzudringen.

---

stunden eingliedern läßt, wenigstens bei den Unterhaltungsveranstaltungen besondere Berücksichtigung, zumal die einschlägigen Vorträge den Vorteil bieten, daß sie dem einfachsten Mann verständlich sind, vielfach durch Lichtbilder veranschaulicht werden können und nicht nur das Heimatgefühl und damit das vaterländische Empfinden stärken, sondern auch für die Zeit nach dem Kriege von Gewinn bleiben." Vgl. auch das Zitat aus dem Erlaß des stellv. Generalkommandos des VII. AK vom 20. 7. 1917 bei Höhn, S. 519 f.

[6]) Vgl. die „Kriegsartikel für das Heer" vom 22. 9. 1902, Armee-Verordnungsblatt 1902, S. 279 ff.

Das Ergebnis des Unterrichts ist nicht damit ein befriedigendes, daß die Mannschaften den Wortlaut der Kriegsartikel mechanisch beherrschen. Vielmehr sind die Leute von der Notwendigkeit und dem Werte der militärischen Pflichten und Tugenden dermaßen seelisch zu überzeugen, daß eine entsprechende Einwirkung auf den Willen sich von selbst ergibt.

6. *Es ist streng darauf zu achten, daß Politik nicht zum Gegenstande des v. U. gemacht wird.*

7. *Jede Erörterung der Kriegsziele hat zu unterbleiben.*
Unzulässig insbesondere ist die abfällige Besprechung eines Verständigungsfriedens. Dagegen ist das Streben nach einem Frieden um jeden Preis *nachhaltig* zu bekämpfen.[7])

8. *Immer wieder* ist in wechselnder Form den Mannschaften *klar vor Augen zu führen, warum weiter gekämpft werden muß*, daheim sowohl wie im Felde, unter Hinweis auf die traurigen Folgen eines verlorenen Krieges für *alle* Bevölkerungsschichten.

9. *Schlußwahrheiten.*

I. Auf die Führung kommt es an! Unsere Gegner, obwohl sie uns an Zahl weit überlegen und, was persönliche Tapferkeit angeht, nicht zu unterschätzen sind, haben unseren hervorragend geführten Truppen gegenüber nicht standhalten können.

Also: Führung und Unterordnung sind die zuverlässigsten Faktoren des Erfolges.

II. Knapp sind unsere Vorräte an Rohstoffen und Lebensmitteln. Unsere Versorgung ist jedoch gesichert durch behördliche Rationierung.

Also: Wer Wucher treibt, und wer hamstert, versündigt sich schwer am Gemeinwohl.

III. Unseren Gegnern stehen die Rohstoffe der ganzen Welt zur Munitionsbeschaffung zur Verfügung; wir müssen dies ausgleichen durch Erfindungsgeist und Arbeitseifer.

Also: Jeder, der dazu imstande ist, muß geistig oder körperlich „Rüstungsarbeiter" werden. Streik in dieser Zeit ist Vaterlandsverrat und Brudermord.[8])

IV. Mehr wie je sind Stadt und Land jetzt aufeinander angewiesen. Munition schafft die Stadt, Nahrungsmittel liefert das Land. Beides braucht unser Heer zum Siege.

Also: Verständnisvolles Zusammenarbeiten von Stadt und Land sichern den Sieg.

---

[7]) Vgl. hierzu Nr. 341, längere Ausführungen auch in den „Mitteilungen" des stellv. Generalkommandos des XIV. AK (vgl. Anm. 1).

[8]) Vgl. hierzu das Merkblatt des stellv. Generalkommandos des III. AK (Ende November 1917), das für die zur Kriegsindustrie beurlaubten oder entlassenen Unteroffiziere und Mannschaften gedacht war; HStA Stuttgart WKM, Abt. Kr. A., Bd. 1084. Überschrift: „Arbeiten und Ausharren!".

V. Unsere Gegner wissen, daß die Waffen für uns entschieden haben. Nachdem auch die Aussichtslosigkeit des Hungerkrieges immer klarer zutage tritt und England den Druck unserer U-Boote immer empfindlicher an seiner Kehle verspürt, erhoffen unsere Feinde alles von der Uneinigkeit im Innern.

Also: Geschlossen und entschlossen müssen wir durchhalten, denn ums Letzte geht es und ums Ganze.

VI. Der Krieg hat alle Volksschichten auf Gedeih und Verderb zusammengeschweißt. Der Arbeiter hat genau so viel zu verlieren wie der Arbeitgeber, der Arme so viel wie der Reiche.

Also: Einig und stark muß dastehen das ganze Volk.

[...][9])

[9]) In einem IV. Abschnitt folgen Anweisungen über Unterrichtstätigkeit und Unterrichtsmittel. Bei letzteren wurde besonderer Wert auf Vorträge aller Art gelegt. Dasselbe gilt auch für das stellv. Generalkommando des XIV. AK, das seinen „Mitteilungen" (vgl. Anm. 1) eine umfangreiche Rednerliste beilegte.

346.

Auszüge aus der Aufzeichnung über die Besprechung sämtlicher mit der Durchführung des „Vaterländischen Unterrichts" beauftragten Militärbehörden.

27. 12. 1917[1]), Gr. Hauptquartier, Abteilung III b. Nr. 14133/II, Nur für den Dienstgebrauch! — MGFA MA/Adm, Nr. 2417, P 31, Bd. 1, gedrucktes Exemplar.[2])

[...][3])

Chef III b:[4]) Ich betone, daß selbstverständlich keine Gleichmacherei getrieben

[1]) Die Besprechung fand am 10. 12. 1917 im Reichstagsgebäude statt, an ihr nahmen insgesamt 98 Offiziere teil, insbesondere die Unterrichtsoffiziere der Armeen und der stellv. Generalkommandos (Anlage 3).

[2]) Korvettenkapitän v. Selchow, der als Vertreter des Admiralstabes an der Besprechung teilgenommen hatte, vermerkte auf der ersten Seite der Aufzeichnung: „Sehr ungenau und z. T. falsch wiedergegeben." Die Aufzeichnung umfaßt 16 zweispaltig bedruckte Seiten.

[3]) Nach der Begrüßung durch Major Nicolai berichteten zunächst die Unterrichtsoffiziere der Armee-Oberkommandos der Ostfront über die Entwicklung des Vaterländischen Unterrichts in ihren Abschnitten. Der Unterrichtsoffizier beim Oberkommando der 10. Armee hob hervor, daß der Oberbefehlshaber, Generaloberst v. Eichhorn, persönlich lebhaften Anteil nehme und regelmäßig diesbezügliche Besprechungen mit den Divisionskommandeuren abhalte. Vgl. Anm. 17.

[4]) Zur Persönlichkeit des Majors Nicolai notierte sich am 10. 12. 1917 Korvettenkapitän v. Selchow in seinem Tagebuch (Nachlaß Selchow, Logbuch Nr. 36): „Er wirkt beim Sprechen sehr stark als guter, preußischer Offizier, der sich durch lange Praxis in seiner jetzigen Tätigkeit eine nicht nur vollständige Stoffbeherrschung, sondern auch Gewandtheit in der Diskussion angeeignet, sodaß man sich einen besseren Leiter eigentlich kaum denken kann. Oder kann man sich doch einen besseren denken? Denn eigentlich befriedigt er einen trotzdem nicht. Aber es ist sehr schwer zu sagen, warum nicht? Denn wenn er der Typus eines hervorragenden Offiziers ist, wenn er es glänzend gelernt hat, eine Debatte zu leiten, und wenn er es versteht, seine militärischen Gedanken kurz und klar zum Ausdruck zu bringen, dann

werden soll. Wenn die Herren verschiedener Ansicht sind und verschiedene Erfahrungen haben, so ist das nur gut und gesund. Sie müssen unter Verantwortlichkeit der zuständigen Armeeoberkommandos in der Verwertung des überwiesenen Materials die Wege gehen, die sie für die richtigen halten. Unsere gemeinsame Aussprache kann nur den Zweck haben, daß der eine dem anderen etwas Gutes absieht und daß auch wir etwas lernen.

Hauptmann **Leonhard** (Abschnitt Zloczow): Über Einmischungen von fremder Seite ist nicht geklagt worden mit Ausnahme einer Verlagsbuchhandlung, welche den Unterrichtsoffizieren direkt das Material zugesandt hat mit der Bitte um Massenbestellung. Es ist darauf verfügt worden, daß diese Bestellungen allein in der Hand des Armeeoberkommandos liegen, aber trotz dieses Erlasses ist der Versuch von der betreffenden Buchhandlung — es handelt sich um die Lehmannsche Buchhandlung — wiederholt worden.[5])

Chef III b: Die Oberste Heeresleitung hat Ihnen geschrieben, daß sie das nicht billigt. Wir können nicht mehr tun; wenn es trotzdem vorkommt, werden wir uns auf Sie verlassen müssen. Wir haben keine Anordnungsgewalt für irgendwelche Buchhandlung. Deswegen mag von außen an uns herantreten, was will, wir müssen alles ablehnen, was nicht innerhalb unseres Willens und unserer Direktiven liegt.[6])

---

muß der Grund für das Nicht-Befriedigen doch offenbar außerhalb seiner Person liegen. Einseitigkeit macht stark. Und der preußische Offizier ist in und zur Einseitigkeit erzogen. Vielleicht hätte Friedrich der Große all das, was heute Nicolai sagte, nicht besser sagen können. Aber, wenn er auch dieselben Worte gesagt hätte, sie würden anders gewirkt haben. Nicht daß Nicolai kühl und verstandesgemäß gesprochen hätte. Garnicht. Nicolai sprach ganz mit dem Herzen, und die Wirkung in dieser Hinsicht war daher sehr stark. Aber man merkte ihm an, daß sein Horizont Grenzen habe; und das hätte man Friedrich dem Großen wahrscheinlich nicht angemerkt. Jedenfalls bleibt Nicolai ein Problem, das man an einem Tage nicht lösen kann. Aber eins kann man als Ergebnis dieses Vormittags ohne weiteres mit nach Hause nehmen: Nicolai ist jedenfalls kein geborener Redner, und doch hat er es durch Fleiß, Sachkenntnis, Übung und Routine dahin gebracht, daß er seine Stellung heute als Leiter der Versammlung glänzend ausfüllte."

[5]) Der Verlag wandte sich am 20. 8. 1917 auch an das stellv. Generalkommando des XIV. AK und überreichte ein Widmungsstück der Schrift von H. Claß, Zum deutschen Kriegsziel. Größere Partien dieser und anderer Schriften (z. B. die von F. Lehmann herausgegebene Broschüre: Deutschlands Zukunft bei einem guten und bei einem schlechten Frieden) seien bereits von anderen stellv. Generalkommandos für die Aufklärung der Truppe bezogen worden. Das Schreiben wurde ohne Kommentar am Ankunftstag zu den Akten geschrieben; GLA Karlsruhe 456, Bd. 87. Aus einer Aufstellung vom 15. 10. 1917 über das Aufklärungsmaterial beim Oberbefehlshaber der Ostseestreitkräfte geht hervor, daß der Verlag 100 Abdrucke der Schrift „Deutschlands Zukunft" gestiftet hatte, die dann verteilt wurden. Die anderen Schriften des Verlags waren nur in jeweils einem Exemplar vorhanden und wurden einem nicht näher bestimmten Kreis (von Offizieren?) im Umlaufverfahren zur Kenntnis gebracht; MGFA MA/OdO, Nr. 1139, Nr. 46a, Bd. 1.

[6]) Auf Grund eines Berichtes des Gesandten v. Treutler vom 30. 5. 1917 an den Reichskanzler wurde Ministerialdirektor Deutelmoser beauftragt, einen Bericht der „Münchener Post" zu überprüfen, wonach die Lehmannsche Schrift „Deutschlands Zukunft" in großem Umfange durch militärische Stellen verteilt worden sei. In einem Rundschreiben hatte der Verlag behauptet, daß sowohl das Gr. Hauptquartier als auch das preuß. Kriegsministerium größere Mengen gekauft hätten. Ludendorff habe die ihm zur Verfügung gestellten 3000 Stück verteilt, der preuß. Kriegsminister habe eine Schenkung von 10000 Exemplaren für die

Hauptmann **Leonhard** (Abschnitt Zloczow): Wir haben auch Vertrauensleute aus dem Mannschaftsstande herangezogen. Es bestehen zwar dagegen noch gewisse Bedenken, aber diese weichen immer mehr.

Chef III b: Was die Heranziehung von Mannschaften als Vertrauensleute anlangt, so liegt die Verantwortlichkeit dafür bei den örtlichen Vorgesetzten. Diese Einrichtung kann richtig und erlaubt und sie kann falsch sein. Zu bedenken sind natürlich besonders die Verhältnisse an der Ostfront, wo wir in der feindlichen Armee Zustände haben, die jeder Beschreibung spotten. Deswegen muß bei uns eine um so schärfere Disziplin herrschen und wir müssen immer im Auge behalten, daß in den Leitsätzen ausgesprochen ist: unser Unterricht soll die Disziplin festigen und nicht sie lockern.[7])

Hauptmann **Leonhard** (Abschnitt Zloczow): Es sind Zweifel aufgetaucht, inwieweit direkte Weisungen des Kriegspresseamts an die Armee ergehen können.

Chef III b: Die Organisation des vaterländischen Unterrichts schließt sich an die Befehlsverhältnisse an. Das Kriegspresseamt hat nur Anregungen entgegenzunehmen und sie an die Oberste Heeresleitung weiter zu vermitteln. Das Kriegspresseamt ist aber allein die Stelle, mit der Sie verkehren können und darüber führt der Weg zur Obersten Heeresleitung. Es ist vorgekommen, daß einzelne Stellen sich unmittelbar an die Oberste Heeresleitung gewendet haben. Ich bitte das nicht zu tun, sondern sich an das Kriegspresseamt zu wenden. Die Oberste Heeresleitung kann sich nicht mit Einzelheiten befassen, sonst verliert sie die Übersicht.

Die Wünsche der Obersten Heeresleitung gingen ihnen zunächst zu in Form der Leitsätze und sind ergänzt durch zwei Verordnungen.[8]) Ich halte es für zweckmäßig, wenn wir in Zukunft des ersten Teil des Mitteilungsblattes (M.v.U.) als Verordnungsblatt für den vaterländischen Unterricht betrachten[9]) und die Ratschläge im ersten Teil sozusagen Verordnungscharakter haben, immer natürlich unter dem grundlegenden Gesichtspunkt der Leitsätze, daß für die Verantwortung und Durchführung der Armeeoberbefehlshaber zuständig ist. Ich möchte also davon abraten, daß wir einzelne Verordnungen von der Obersten Heeresleitung verlangen. Wir können Ihnen das dauernd zugehen lassen durch die M.v.U.

Lazarette mit Dank angenommen. Nach dem „Vorwärts" hatten auch kleinere sozialdemokratische Zeitungen darüber berichtet (vgl. die Freiburger „Volkswacht", Nr. 134, vom 12. 6. 1917, Ausschnitt in: GLA Karlsruhe Abt. 456, Bd. 87). Nach einem Gespräch mit Major Grau vom preuß. Kriegsministerium am 8. 6. 1917 notierte Deutelmoser: „Grau hat Stampfer vertraulich aufgeklärt: a) *nichts gekauft*, b) nichts empfohlen, c) nicht gedankt, d) Verlag erhält grobes Schreiben, e) nur auf Liebesgaben Weg verteilt (Schenkung), da kein schädlicher Einfluß auf Geist der Truppen. [. . .] *OHLtg.* ist angefragt betr. Empfehlung und wie Behandlung gedacht. (Auch da kein Ankauf!)" Zur Verteilung der Broschüre im Feldheer vgl. Groener, S. 561 (28. 10. 1917), sowie Fischer, S. 444 f.

[7]) Vgl. hierzu Nr. 331, Anm. 4.

[8]) Vgl. Nr. 331, 332 und 337.

[9]) Das Kriegspresseamt gab zunächst die „Mitteilungen betreffend Kriegsaufklärung" (M.b.K.) heraus; vgl. Nr. 325, Anm. 9. Die erste Nummer der „Mitteilungen für den vaterländischen Unterricht erschien am 3. 11. 1917; vgl. MGFA MA/Adm, Nr. 2417, P 31, Bd. 1.

[...][10])

Chef III b: Diese Ausführungen erledigen die beiden Hauptgesichtspunkte. Die Feldzeitung[11]) ist eben eine lokale Zeitung, bestimmt für den Bereich des Heeres, wo sie erscheint. Da soll sie den Leuten schildern, was sich in ihrem Armeebereich abspielt, natürlich ohne irgendwelche militärischen Geheimnisse zu verraten. Zweitens soll den Leuten das Land, in dem sie leben, näher gebracht werden. Das muß aber wiederholt geschehen. Es genügt nicht, wenn einmal darüber geschrieben wird, besonders, da die Leser der Feldzeitungen wechseln. Die Feldzeitungen können niemals anderen Zeitungen eine Konkurrenz machen. Ebenso wie beispielsweise die „Gleiwitzer Zeitung" nicht der „Frankfurter Zeitung" Konkurrenz machen kann. Sie haben ihre besonderen Aufgaben, weil die Grenzen, wo unsere Leute leben, hinausgeschoben sind. Ich will einmal annehmen, wir würden alles Land, was wir jetzt inne haben, auch behalten, dann ist es doch selbstverständlich, daß im Frieden Zeitungen entstehen würden. Wir sind jetzt drei Jahre in dem Gebiet, da entstehen natürlich Zeitungen mit der Aufgabe der Lokalzeitungen. Ich möchte also feststellen, daß die Feldzeitungen diesen Weg weitergehen. Die zweite springende Frage ist die Konkurrenz oder Rückwirkung auf die Tageszeitungen. Da müssen wir wieder zwei Dinge unterscheiden: einmal die kleine Heimatzeitung des Mannes, die er sich kommen läßt, um die einzelnen Nachrichten zu verfolgen. Daß der Mann diese Zeitungen liest, soll man in jeder Beziehung fördern[12]), denn es verbindet ihn bei der Länge des Krieges mit seiner Heimat. Es ist dasselbe, wie wenn er aus der Heimat Briefe bekommt. Dann aber gibt es eine Anzahl Blätter, die diesen persönlichen Charakter nicht tragen. Das sind die großen politischen Blätter. Für die gibt es einen gewissen Interessentenkreis und wir haben keinen Anlaß, den Leuten diese Lektüre zu entziehen. Nun gibt es aber noch eine ganze Menge Leser, die die Zeitungen kaufen, die sie zufällig bekommen, und da muß allerdings eine Aufsicht stattfinden, da muß eine absolute Unparteilichkeit herrschen. *Da ist von der Obersten Heeresleitung verfügt worden, daß die Armeeoberkommandos das Überwiegen bestimmter Zeitungen nicht dulden und nicht fördern sollen.*[13]) Die Möglichkeit, sie zu erwerben, bieten in erster Linie die Feldbuchhandlungen und Bahnhofsbuchhandlungen. Da müssen wir eine gewisse Aufsicht ausüben, sonst überlassen wir anderen Persönlichkeiten und Organisationen einen Einfluß, auf den wir bewußt verzichten. Für diese Käufer und diese Zeitungen muß die Aufsicht einsetzen.

[...][14])

Major **Hosse** (K.Pr.A.): Ich möchte zu den verschiedenen Fragen, die hier angeschnitten sind von seiten des Kriegspresseamts Stellung nehmen. Zunächst

[10]) Es folgen weitere Berichte über den Vaterländischen Unterricht an der Ostfront, in denen insbesondere über den problematischen Wert von Fragekästen (vgl. Nr. 341) und die Feldzeitungen referiert wurde.

[11]) Vgl. hierzu K. Kurth, Die deutschen Feld- und Schützengrabenzeitungen des Weltkriegs, Leipzig 1937.

[12]) Vgl. hierzu Nr. 125, Anm. 2.

[13]) Ein entsprechender Befehl liegt nicht vor. Vgl. Nr. 327. Vgl. hierzu Gallwitz, S. 300.

[14]) Auf eine Frage Major Nicolais berichteten die Unterrichtsoffiziere der Ostfront über die Zusammenarbeit mit der k. u. k. Armee.

die Frage der Buchhandlungen, die sich direkt an die Unterrichtsoffiziere wenden mit ihren Büchern. Da handelt es sich nicht nur um einen einzigen Verlag, sondern wir haben nach dieser Richtung hin sehr viele Erfahrungen gemacht. Die Buchhandlungen wenden sich offen unter Berufung auf das Kriegspresseamt an die Unterrichtsoffiziere. Ich möchte daher bitten, nur diejenigen Broschüren und sonstigen Veröffentlichungen, die wir durch die „M.v.U." empfohlen haben, zu nehmen[15]), andere Bücher selbst zu prüfen oder zur Prüfung dem K.Pr.A. zuzusenden. Von den Karten interessieren natürlich am meisten diejenigen des Bewegungskrieges, vor allen Dingen jetzt Italien. Es ist uns nicht möglich, jetzt die Karten in so großem Umfange herzustellen, wie es gewünscht wird; dagegen haben wir uns entschlossen, den „M.v.U." kurze Skizzen anzufügen. Übrigens sind von verschiedenen Armeen sehr hübsche Karten angefertigt worden, indem man die Rückseiten der alten Karten benutzte.

[...][16])

Major **Würz** (Chef K.Pr.A.): Es ist in der letzten Zeit mehrfach vorgekommen, daß Berufungen auf das Kriegspresseamt stattgefunden haben bei der Verbreitung von Broschüren und Büchern. Diese Berufungen entbehren jeglicher Grundlage. Die Verleger wissen ganz genau, daß, wenn sie sich in dieser Weise auf das Kriegspresseamt berufen, das an Ort und Stelle nicht sofort nachgeprüft werden kann. Es wird also ein Mißbrauch mit dem Kriegspresseamt getrieben. Ich möchte empfehlen, sich auf nichts derartiges einzulassen und nur das zu nehmen, was ausdrücklich durch den vaterländischen Unterricht empfohlen ist.

Chef III b: Schicken Sie solche Bücher an das Kriegspresseamt, das kann sie prüfen. Es wird vielfach versucht, mit diesen Dingen in die Armee einzudringen.[17]) Wir sollen das aber nicht dulden. Es wird auch auf dem Wege versucht, daß in der deutschen Presse gewisse Broschüren zur Versendung ins Feld empfohlen werden. Natürlich sind die immer stark einseitig. Sie müssen da aufpassen, daß nicht auf diesem Wege ein Material im Heer Verbreitung findet, was den Grundsätzen des vaterländischen Unterrichts zuwiderläuft. Auch da können wir aber

---

[15]) Vgl. hierzu Nr. 341, Anm. 16.

[16]) Major Hosse berührte noch einige andere Fragen (Verwendung von Geistlichen, Aufklärung über die Demobilmachung), dann sprach Korvettenkapitän v. Selchow und äußerte den Wunsch nach „Wanderrednern" der Armee für die Flotte.

[17]) So übersandte der Admiral z. D. v. Grapow, Mitglied des Alldeutschen Verbandes, am 3. 7. 1917 (Briefbogen der Hauptleitung des Verbandes) der Presseabteilung des Admiralstabes zwei Sonderabdrucke seines Vortrages „Die Freiheit der Meere nach dem Kriege" und bat um Auskunft, ob auch in der Marine — wie im Heer durch die Marketendereien — ein Vertrieb möglich sei. Die Presseabteilung verwies den Admiral an die Immediatstellen. Vgl. MGFA MA/Adm, Nr. 2405, P 13, Bd. 4. Der Chef der Hochseeflotte, Admiral Scheer, übersandte wenige Tage später, am 7. 7. 1917, dem Oberbefehlshaber der Ostseestreitkräfte seine Denkschrift „Welche Stellung an der See braucht Deutschland für seine nationale Entwicklung", deren Gedanken, wie er hinzufügte, dazu bestimmt seien, „anregend" auf das ihm unterstellte Offizierkorps zu wirken. Vgl. MGFA MA/OdO, Nr. 1139, D.V.O.1, Bd. 1. Zu einer Schrift des Oberkommandos der 10. Armee, „Unser Vaterland", vgl. WUA, Bd. 1, 7/I, S. 148 ff., sowie die Ausführungen des Vertreters des preuß. Kriegsministeriums in der Pressebesprechung vom 6. 5. 1918 (BHStA IV München MKr, 14026).

nicht schematisieren und können die Verwendung solcher Schriften nicht verbieten, wenn sie nicht gerade aufreizenden Inhalts sind.

[...][18])

Chef III b: Wir sind mit der Ostfront im ganzen fertig. Darf ich fragen, wer von den Herren, die von der Ostfront gekommen sind, ist aktiver Offizier? — Also m. H., nur ein einziger Leiter des vaterländischen Unterrichts ist aktiver Offizier! Ich möchte die weitere Frage stellen: Wie verträgt sich das mit dem Grundsatz, daß der vaterländische Unterricht ein Dienstzweig des Heeres auch im Frieden bleiben soll? Ich möchte darauf nur hinweisen. — Jedenfalls möchte ich die Bitte an Sie richten: ziehen Sie die aktiven Offiziere zur Mitarbeit heran. Es steht ja in den Richtlinien, daß aufgebaut werden soll auf der breiten Grundlage des Offizierkorps. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Herren vom Beurlaubtenstande ihr reiches Wissen und ihre reichen Erfahrungen in den Dienst der Sache stellen, aber diese Erfahrungen nehmen sie mit in ihren bürgerlichen Beruf zurück. Ich möchte also nochmals die Bitte an Sie richten: vernachlässigen Sie nicht die Heranziehung aktiver Offiziere für diesen Dienstzweig, denn wir brauchen sie für die Übergangszeit[19]), wo so nach und nach die Mannschaften demobilisiert werden, wo wir der Truppe auch klarmachen müssen, warum das alles nötig ist. Wenn dann die Herren vom Beurlaubtenstande entlassen werden, dann versiegt die ganze Organisation zu einem Zeitpunkt, wo sie noch nicht versiegen darf. Also verlieren Sie diesen Gesichtspunkt bei Ihrer Arbeit nicht aus dem Auge.

[...][20])

Chef III b: Ist gegen diese Ausführungen von irgendeiner Stelle der Ostfront etwas einzuwenden oder etwas hinzuzufügen?[21]) Darf ich die Herren von der Heeresgruppe Linsingen zu meiner Information fragen, ob die Leiter des Unterrichts aktive Offiziere oder Reserveoffiziere sind?

Hauptmann **Prym** (Heeresgr. Linsingen): Teilweise aktive Offiziere, aber in der Hauptsache Reserveoffiziere. In der Front fast nur Reserveoffiziere im Alter von 25 bis 40 Jahren. Sie gehören den verschiedensten Berufen an, es sind Kaufleute, hier und da ein Nationalökonom, ein Amtsrichter, ein Oberlehrer, ein Anwalt.

Chef III b: Ist es an andern Stellen anders? Das hat natürlich alles seine Vorzüge und seine Nachteile. Den großen Nachteil der überwiegenden Verwendung der Offiziere des Beurlaubtenstandes habe ich schon betont. Ich möchte auch davor warnen, daß der vaterländische Unterricht sich in Theorie verliert. Wenn die

---

[18]) In der Vorlage folgen die Berichte der Unterrichtsoffiziere der Militärverwaltung Rumänien sowie der Generalgouvernements Warschau und Belgien.

[19]) Vgl. hierzu Nr. 355.

[20]) Major Nicolai wandte sich dann der Frage eines Unterrichtsbuches für den Vaterländischen Unterricht zu, bejahte die Notwendigkeit und forderte die Unterrichtsoffiziere zur Mitarbeit auf. Ende Februar 1918 gab das Kriegspresseamt die von Wilhelm Ziegler bearbeiteten „Grundlagen für den Vaterländischen Unterricht unter Berücksichtigung des bisher vom Kriegspresseamt verbreiteten Unterrichtsmaterials" heraus; vgl. Höhn, S. 540 f., S. 528, Anm. 3, sowie S. 538, Anm. 1.

[21]) Rittmeister Schmige vom Oberkommando der 8. Armee hatte auf eine Frage Nicolais über die gute Stimmung der Truppen berichtet.

Sache vom Professorenstandpunkt aus gemacht würde, so würde das falsch sein. Es muß immer gemacht werden vom Standpunkt des Soldaten aus.

[...][22])

Chef III b: Das Wort Obmann und Vertrauensmann klingt nicht gut. Der Kompagniechef nimmt sich die besten Leute zusammen und spricht mit ihnen, wie er beispielsweise auch von einer Patrouillentätigkeit spricht. Das Wort Obmann und Vertrauensmann bringt leicht eine andere Auffassung zutage. Ich möchte bitten, mit derartigen Worten Maß zu halten, und sie einzutragen in die Überweisungspapiere, würde ich für bedenklich halten. Ich würde vorschlagen zu sagen: „Zeichnet sich aus durch vortreffliche Gesinnung, die er auf seine Kameraden zu übertragen sehr geeignet ist."

Hauptmann **Clausnitzer** (Stellv. Gen. Kdo. XX. A.K.): Wir haben ein Schreiben vom Kriegsministerium bekommen, in welchem wiederholt betont war, daß die Aufklärung der Zivilbevölkerung in erster Linie Aufgabe der Zivilbehörden sei, und daß größere Kosten zu diesem Zweck nicht auf militärische Fonds übernommen werden dürfen.[23]) Was den Hinweis betrifft, daß es Aufgabe der Zivilbehörden sei, so hat das erstaunt, weil durch die Oberste Heeresleitung den stellvertretenden Generalkommandos die gesamte Aufklärung übertragen ist. Was die Kostenfrage betrifft, so wissen wir jetzt überhaupt nicht mehr, ob und in welchem Umfange wir Kosten für Aufklärung der Zivilbevölkerung noch auf militärische Fonds übernehmen dürfen. Die Kostenfrage ist aber von ausschlaggebender Bedeutung. Zu der Mitteilung, daß die Aufklärung der Zivilbevölkerung in erster Linie eine Aufgabe der Zivilbehörden sei, liefert eine gewisse Illustration, daß gewisse Berliner Zentralstellen anfangen, die Aufklärung in den Rahmen ihrer Tätigkeit aufzunehmen. Das ist erst in den letzten Tagen durch das Kriegsernährungsamt und dann auch durch die Reichsbank geschehen. Ich möchte dahingestellt sein lassen, ob der Sache dadurch gedient wird, daß von verschiedenen Stellen Aufklärung getrieben wird. Es scheint dringend nötig, daß einheitlich vorgegangen wird, und daß diese Stellen sich mit den Generalkommandos in Verbindung setzen. Die richtige Stelle wird das Kriegspresseamt sein. Sonst kommen wir in große Verwirrung. Ich bin schon gefragt worden, ob wir die Sache abgeben wollen. Das Schreiben ist an sämtliche Redner und Vertrauensmänner der Reichsbank gerichtet, die diese für die Zwecke der Kriegsanleihe gehabt hat, aber sie arbeiten auch für unsere Aufklärungsorganisation.

Hauptmann **Buchmann** (K.Pr.A.): Das Kriegsernährungsamt hat uns davon in Kenntnis gesetzt, daß es Aufklärung auf dem platten Lande machen will. Ich habe gleich gesagt, das würde ein Nebeneinander sein. Was die Reichsbank anlangt, so hat die Abteilung IV des Kriegspresseamts vor einigen Tagen ein Schreiben bekommen von dem Nachrichtenbureau der Reichsbank, in dem gesagt wird, es würde in den nächsten Tagen mit dem Kriegspresseamt in Verbindung treten. Daß ein hektographiertes Schreiben hinausgegangen ist, ist mir

[22]) In der Vorlage folgen die Berichte der Unterrichtsoffiziere der stellv. Generalkommandos des XV. und XX. AK.

[23]) Vgl. Nr. 341.

unbekannt. Ich würde auch das Nachrichtenbureau der Reichsbank bitten, daß das Kriegspresseamt dauernd auf dem Laufenden erhalten wird, damit wir vor allen Dingen die Zusammenarbeit sicherstellen.

[...][24])

Leutnant **Spickernagel** (Stellv. Gen. Kdo. X. A.K.):[25]) Der vaterländische Unterricht ist im X. A.K. durch Erlaß vom 1. Mai eingeleitet worden und durch persönliches Eingreifen des kommandierenden Generals gefördert. Die Heranziehung guter Unterrichtsorgane bildete deshalb große Schwierigkeiten, weil auch beim Reserveoffizierkorps im Durchschnitt die Leute nicht mehr diejenigen sind, die im Frieden das Reserveoffizierkorps hatte. Die einzelnen Truppenkommandeure leiten die Unterrichtskurse im Ort. Das Generalkommando hat die Unterrichtsoffiziere vorzubilden. Das scheint mir deshalb notwendig, weil sehr viele Herren nicht den richtigen Geist in sich haben, der für die Führung des vaterländischen Unterrichts erforderlich ist. Die Unterrichtsoffiziere bei den Ersatzbataillonen sind nicht dienstfrei, weil wir derartige Bestände an Offizieren nicht haben; aber es ist in einer Verfügung ausdrücklich gefordert worden, daß der Kommandeur nach seinem eigenen Ermessen diesem Unterrichtsoffizier, der den vaterländischen Unterricht leitet, die genügende freie Zeit für seine Vorbereitung zur Verfügung stellen soll. Es kann sich um halbe Tage, Stunden und mehrere Tage handeln. Der kommandierende General legt ganz besonderen Wert auf die praktischen Maßnahmen, als da sind: Mannschaftslesestunden. Wir legen in den Mannschaftslesestunden einmal die Bücher aus, die uns von dem Kriegspresseamt übermittelt werden, dann namentlich gute vaterländische Lesestoffe, unter dem Gesichtspunkt ausgewählt, daß die Leute angeregt werden. Wir schicken die „Deutsche Kriegswochenschau“[26]) den Unterrichtsoffizieren mit der Weisung zu, daß sie eine Unterlage bieten soll für ihre Unterrichtsvorbereitung, haben aber Weisung gegeben, daß die Exemplare nach Gebrauch einzubinden sind und in den Mannschaftsstuben ausgelegt werden. Sie werden auf diese Weise doppelt verwertet. In den Mannschaftslesestunden legen wir auch Feldzeitungen aus. Wir halten die Einwirkung der Feldzeitungen auf die Truppenteile auch in der Heimat für sehr gut, und wir haben in unserem Bereich eine eigene Zeitung gegründet, die von den Truppen gern gelesen wird. Wenn Mannschaftslesestunden um gute Lektüre bitten, verweisen wir auf die Feldzeitung. Besonderen Wert legen wir auf die Belieferung der Soldatenheime. Die Lazarettpfarrer sind angewiesen, die Soldatenheime von Zeit zu Zeit zu besuchen, auch die Garnisonältesten haben dieselbe Weisung. Übrigens fordern die Soldatenheime jetzt dauernd Stoff an. Besonderen Wert hat der kommandierende General auf die Rechtsauskunftsstellen gelegt. Wir bitten um Material, hauptsächlich solche Bücher, die dem betreffenden juristisch vorgebildeten Berater gute Nachschlagewerke bieten. Derartige Nachschlagebücher müssen vorhanden sein, sonst ist die Rechtsauskunftsstelle nicht in der Lage, derartigen Nachfragen nachzukommen. Es ist ausdrücklich gesagt worden, es müsse ein Rechtskundiger

[24]) In der Vorlage folgen die Berichte der Unterrichtsoffiziere der stellv. Generalkommandos des V. und XI. AK.

[25]) Vgl. Nr. 324 und 333.

[26]) Vgl. Nr. 321, Anm. 14.

genommen werden, aber auch der kann ohne solche Nachschlagewerke nicht auskommen.

Hauptmann **Buchmann** (Kr.Pr.A.): In der M.v.U. wird ein Literaturverzeichnis erscheinen, in dem die billigen brauchbaren Handbücher angegeben werden, die besonders für die Rechtsauskunftsstellen und die wirtschaftliche Auskunft in Betracht kommen.

Leutnant **Spickernagel** (Stellv. Gen. Kdo. X. A.K.): Wanderkinos und Heimatfronttheater haben wir in erster Linie an solchen Stellen, wo die Truppen in Ruhestellungen sind. Wir haben den Küstenschutz und Grenzschutz. Dorthin schicken wir regelmäßig unsere Wanderkinos. Ebenso vermitteln wir für die Truppenlager seit einiger Zeit regelmäßig Gastspiele guter Theater aus Hannover. Das ist mit großem Dank von der Truppe aufgenommen worden. Das Programm hat immer einen vaterländischen Charakter. Die Urlaubssperre hat verstimmend auf die Truppe eingewirkt, sonst ist die Stimmung gut. Es wird überall hervorgehoben, daß die Stimmung gegen das Frühjahr sich wesentlich gehoben hätte. Großen Wert legen wir auf die Aufklärung in den Lazaretten. Hier haben wir mit dem passiven Widerstand der Ärzte zu kämpfen gehabt, haben es aber dahin gebracht, daß die Lazarette sich dieser Aufgabe widmen und haben auch die Lazarettpfarrer und ganz besonders die sehr gebildeten und geeigneten Hilfsschwestern herangezogen. Ich unterschreibe die Ausführungen, daß es sehr bedauerlich sein würde, wenn den Zivilbehörden die Aufklärung jetzt ganz überlassen würde. Dann wird nach unseren bisherigen Erfahrungen die Aufklärung sich lediglich auf dem Papier abspielen, in Form von Verfügungen. Wir dürfen, wenn diese verschiedenen Zentralstellen in Berlin eine Aufklärungstätigkeit ausüben wollen, darum bitten, daß sie dann doch mit uns zusammenarbeiten und wir nicht nebeneinander herarbeiten. Es ist ein außerordentliches Bedürfnis vorhanden, daß die Sache stark zentralisiert in einer Hand bleibt. Es wird immer wieder betont aus der Bevölkerung: Wir wollen mit *einer* Stelle, und zwar mit dem *Generalkommando* zusammen arbeiten. Um die Zivilaufklärung, die infolge der jetzt eingetretenen Schwierigkeiten der Verkehrsmittel und der Lebensmittelbeschaffung erschwert worden ist, zu fördern, haben wir eine Dezentralisation dahin eintreten lassen, daß wir an mehreren Orten Vorträge stattfinden lassen. Man macht bei dem Verkehr mit den Zivilbehörden immer die Erfahrung, es bestehe kein Bedürfnis nach Aufklärung, und wenn man sie schließlich dahin gebracht hat, daß es gemacht werden muß, melden sie, daß ein derartiger Andrang wäre, daß der Saal zu klein sei. Diesen Pessimismus werden wir nach und nach überwinden. Bevor wir solche Aufklärungsveranstaltungen machen, haben wir kurze Vorbesprechungen im kleinen Kreise, zu denen alle Parteien herangezogen werden. Diese Vorbesprechungen sind vertraulich insofern, als sie nicht in der Presse abgedruckt werden dürfen, sie sind aber insofern auch nicht vertraulich, als gesagt wird: es muß in weite Kreise der Bevölkerung hinein, machen Sie den weitesten Gebrauch davon, aber die Presse soll nichts darüber bringen. Das halte ich für sehr wichtig. Es darf nicht allzu viel in der Bevölkerung über die Technik unserer Aufklärung bekannt werden. Ich habe auch immer das Gefühl, daß, wenn den Zivilorganen gesagt wird, es sei eine vertrauliche Sache, es sei ein Vertrauensvotum, das wir ihnen geben, sie

mit einem viel größeren Gefühl von der Wichtigkeit der Sache an die Arbeit gehen. An diesen Veranstaltungen nehmen alle Parteien teil, auch die Sozialdemokraten. Ich habe gefunden, daß gerade dadurch, daß der Vertreter des Generalkommandos von vornherein sagte: wir treiben keine Politik weder gegen die Reichstagsmehrheit, noch gegen die Vaterlandspartei, noch gegen sonstwen, daß man dann auch alle Vorurteile wegräumt. Ich habe auch darauf hingewiesen: unsere Aufklärung ist so eingerichtet, als wenn es weder eine Reichstagsmehrheit gäbe noch eine Vaterlandspartei. Unsere Aufklärung ist eine mündliche von Mann zu Mann und wird außerdem ausgeübt durch unsere zahlreichen Versammlungen. Außerdem senden wir den Leuten die vom Kriegspresseamt zugestellten Schriften zu. Wenn es nun besonders notwendig erscheint und wenn die Schriften einem besonderen Zweck dienen sollen, dann schicken wir kurze Notizen mit diesen Schriften heraus.

[...][27])

Chef III b: Die Frontreisen[28]) aus der Heimat erfreuen sich draußen an der Front

[27]) In der Vorlage folgen die Berichte der Unterrichtsoffiziere der Marinestation der Nordsee und des stellv. Generalkommandos des XII. AK.

[28]) Legationssekretär Frhr. v. Lersner teilte dem Reichskanzler am 2. 8. 1917 folgende Anfrage Ludendorffs mit (PA Bonn Polit. Abt., Auswärtiges Amt Gr. Hauptquartier, Bd. 227): „Kriegspresseamt schlüge zur Hebung der Stimmung unter *Reichstagsabgeordneten Frontreisen* vor. Die Abgeordneten sollten hierbei nur als *Gäste*, nicht etwa als parlamentarische Aufsichtspersonen auftreten. Da es sich um Hebung der Stimmung handle, solle Auswahl der Abgeordneten hauptsächlich danach erfolgen, den Kopfhängern und Schwarzsehern das Vertrauen zu stärken."
Nach dem Bericht des bayer. Militärbevollmächtigten vom 21. 9. 1917 fanden im September 1917 insgesamt vier Reisen von Reichstagsabgeordneten an die Front statt. Eine Gruppe besuchte die Heeresgruppe „Deutscher Kronprinz", die andere die Heeresgruppe „Kronprinz Rupprecht", eine weitere fuhr an die Ostfront und die vierte besuchte die Verwaltungsgebiete; BHStA IV München MKr, 1828. Zur Zusammensetzung der unter Führung des Reichstagspräsidenten Kaempf stehenden Gruppe, die die Heeresgruppe „Deutscher Kronprinz" und das Gr. Hauptquartier besuchte, vgl. Quellen I/4, S. 253. Der Besuch der Parlamentarier hat in den Aufzeichnungen und Erinnerungen führender Offiziere ein außergewöhnliches Echo gefunden. So schreibt der Chef des Stabes der Heeresgruppe, der damalige Oberst Graf v. d. Schulenburg, in seinen Erinnerungen (Nachlaß Schulenburg, Nr. 1): „Im Sommer [19]17 hatten wir sehr viel Besuch. Erwähnenswert ist eine Abordnung des Reichstages, die sich mehrere Tage an unserer Front aufhielt. Ich hatte über die Lage besonders mit dem ehrwürdigen Präsidenten Kaempf und dem Zentrumsführer Trimborn ein längeres Gespräch, in dem ich die Notwendigkeit auseinandersetzte, daß mit Rußland schnell ein weiser und weitsichtiger Friede geschlossen werden mußte. Kein Geld und kein Land, aber die offene Tür und günstige Handelsverträge. [...] Nur durch einen weisen Frieden könnten wir mit den Russen schnell zum Ziel kommen, und dies sei für die militärpolitische Lage von ausschlaggebender Bedeutung. Nur auf diese Weise würden wir rechtzeitig für Italien und die Westfront starke Kräfte freibekommen und in die Möglichkeit versetzt, durch die Zertrümmerung der italienischen Kräfte und einer drohenden Offensive im Westen, England und Frankreich friedensgeneigt zu machen. Von einem Sieg-Frieden könne allerdings nicht mehr die Rede sein, denn unser Atem würde ständig kürzer und England, hinter dem die ganze Welt stünde, würde höchstens auf einen Verständigungsfrieden auf den Status quo ante zu haben sein. Für eine Verständigung seien in unserer heutigen Lage aber zwei Dinge erforderlich, einmal die in geschickter Weise nach England gegebene Erklärung über die klare Räumung Belgiens und der baldige Aufmarsch zu einer Doppel-Offensive gegen Italien, zu der jeder im Osten oder Westen nur irgendwie entbehrliche Mann heranzuziehen war. Der im Osten abgeschlossene Friede werde außerdem der Welt und der Entente beweisen, daß wir

keine Eroberungspolitik trieben. Wenn Frankreich in Elsaß-Lothringen ein Bissen zugeworfen würde, sei die Wahrscheinlichkeit einer Einigung vorhanden. [...] Entscheidend sei also, daß wir die Lage ausnutzen und im Osten schnell und großzügig handeln. Versäumen wir diese Gelegenheit, so könne sich für uns die Lage nur verschlechtern. Die Spannkraft unserer Bundesgenossen lasse nach und auch auf unserem Volk und Heer lastet der wirtschaftliche Druck. Unsere Kraft nahm in demselben Verhältnis ab, wie die der Entente durch den Zustrom der Amerikaner und die wirtschaftliche Unterstützung der ganzen Welt mit der Zeit wieder steigen müßte. Sei unsere wirkliche Lage drüben erst in ihrem ganzen Umfange bekannt, so wäre es für einen Verständigungsfrieden zu spät. [...] Kaempf und Trimborn stimmten mir in allem zu, äußerten aber ihr Erstaunen, bei uns solche mäßigen und verständigen Ansichten zu finden. Sie lebten in der Heimat in der Auffassung, daß die Front nur an einen Gewaltfrieden denke. Ich erwiderte ihnen, daß diese Ansicht von den meisten Oberbefehlshabern der Westfront geteilt würde, denn wir stünden alle unter dem Eindruck, daß die eiserne Westmauer bis jetzt nur gehalten habe, weil sich die Truppe unvergleichlich geschlagen habe und aufs Beste geführt worden sei. Oft aber habe das Halten an einem seidenen Faden gehangen, und auf die Dauer sei es nicht durchführbar, sich fortwährend mit unzureichenden und überspannten Kräften gegen ständig wachsende Überlegenheiten schlagen zu müssen. [...] Am meisten gebe aber die zersetzende Wirkung der großen Dauerschlachten zu denken, in denen unsere Truppen von der Übermacht erdrückt allmählich physisch und moralisch zerschlagen würden. Der Abgang an tüchtigen Frontoffizieren, Unteroffizieren und gut ausgebildeten Mannschaften sei enorm. Viele tüchtige Regiments- und Bataillonsführer seien den immer wieder auf sie einstürmenden nervenzersetzenden Einflüssen der Abwehrschlachten, dem Druck der auf ihnen lastenden Verantwortung und der steigenden Schwierigkeiten erlegen, ihre zusammengeschossenen Truppen mit unzureichenden Mitteln immer wieder aufbauen zu müssen, ohne die dafür notwendige Möglichkeit zu haben, ihre Truppen in einer langen Ruhezeit und bei ausgiebiger Verpflegung fern von jedem Kampf zusammenschweißen zu können."

In einem Brief des Generalleutnants Wild v. Hohenborn an seine Frau vom 19. 9. 1917 heißt es (Nachlaß Hohenborn, Nr. 4): „Ich hatte nun inzwischen die Reichstagsleute hier; sie sollten hier ‚Siegesgewißheit' eingeimpft bekommen! Zunächst kamen sie bereits gänzlich erschöpft hier an, erklärten sofort den nächsten Tag gründlich ausschlafen zu müssen und wälzten sich dann durch den kleinen Rest des Programms stöhnend hindurch. Sie brachten der Gottähnlichkeit des Parlaments seufzend ihr Opfer! Sie waren ja nun auch dabei! Können mitreden! Obs was genützt hat? Ich fürchte: nein; denn ihre Parteibrille hatten sie ja Alle aufbehalten. Wer weiß dagegen, was für quere Beobachtungen sie zu unserm Nachteil gemacht zu haben glauben. — Kempf war recht nett, nur zu alt für solche Streiche. Mit Heydebrand und Schulz-Bromberg habe ich mich gründlichst ausgeschimpft. In List-Erlangen lernte ich einen sympathischen, in Fischbeck, der Dich wohl kannte, einen möglichst greulichen Freisinnigen kennen. Pardon List ist nationalliberal! Das erklärt viel. Ich hatte ihn mit dem freisinnigen Liszt verwechselt. Trimborn (K.) der alte Spaßmacher! Der Soze David sehr zurückhaltend, von feinem Benehmen und scharfem Geist, leider nicht der uninteressanteste. Abends waren wir zum Essen bei Einem. Wesentlich Neues habe ich nun eigentlich nicht erfahren. Nur scheint kein Mensch den Kanzler für etwas Bleibendes zu halten. Kein Mensch glaubt, daß *er* den Frieden machen kann. Mehrfach wurde ein mystisch-religiöser Zug bei ihm gefunden. [...] Über innere Politik *sprach* ich nicht, *schimpfte* nur furchtbar, ebenso über Polen. Über Rußland sagten wir Alle, daß kein Mensch die Entwicklung voraussehen könne; nur der Soze hofft auf friedliche Entwicklung. Und der Grundton: Sorge wegen der Zukunft! — Übrigens sondierte mich Heydebr. auffallend über Tirpitz! Das ist eben das Elend, daß *der* Kanzler nicht zu finden ist. Ich empfehle immer den General Gallwitz. Falkenhayn kommt erst später." Vgl. auch Einem, S. 336 ff.

Über eine Unterhaltung mit dem Abgeordneten David berichtet Oberst Mertz v. Quirnheim in einem Brief vom 21. 9. 1917 (Nachlaß Mertz v. Quirnheim, Nr. 25): „Gestern hatten wir einen nicht ganz uninteressanten Tisch. Es waren Reichstagsabgeordnete verschiedenster Parteien hier. Ich saß neben dem Reichstagspräsidenten Kaempf. Alter Herr! Entschieden verständiger, aber viel zu ruhiger Denkungsart. Er hat nur äußerlich einen viel zu großen Mund. Sonst sieht er würdig aus. Das konservative Element war durch von Heydebrand, das nationalliberale von einem namens List, das freisinnige von Fischbeck, das sozialdemo-

nur verhältnismäßiger Beliebtheit. Am liebsten hat man dort Leute, denen man anmerkt, daß sie ausgesuchte Leute sind, daß ihnen die Vaterlandsliebe im Herzen sitzt, daß sie Patrioten sind und zu patriotischen Zwecken kommen. Aber ich möchte darauf hinweisen, daß bei der Obersten Heeresleitung und auch sonst die Bereitwilligkeit für solche Reisen nur dann bestehen bleibt, wenn solche Reisen auch Erfolg haben. Wir haben mehrfach beobachtet, daß nachher weiter nichts geschah. Wir haben auch die Erfahrung gemacht, daß die Auswahl und Zusammensetzung nicht richtig war. Wenn aber die Reisen wirklich nach rein sachlichen Gesichtspunkten zusammengestellt werden, Leute genommen werden, von denen man sicher ist, daß sie Kapital schlagen aus dem, was man mit ihnen unternimmt, dann sind sie auch der Truppe willkommen. Es werden dann gern alle Umständlichkeiten ertragen, es wird gern Benzin, Gummi usw. gegeben. Dann gehört auch dazu eine gute Führung. Ich möchte jedenfalls die Herren, die vorn den vaterländischen Unterricht leiten, bitten, diese Frontreisen zu unterstützen. Die Nachrichtenoffiziere sind auch angewiesen, sich der Sache zu widmen, aber die Herren vom vaterländischen Unterricht müssen es auch tun: sie müssen unbedingt erfahren, wenn solche Reisen kommen und müssen auch mit den Herren sprechen. Sie können dann mit den Leuten wirklich sprechen über die Einzelheiten der Zusammenhänge. Das ist sehr wichtig, denn dadurch erfahren sie, was die Leute in der Heimat gern sehen und hören möchten, was die Urlauber, die nach Hause kommen, erzählen sollen, wie sie auftreten müssen. Das ist eine reiche Quelle für gegenseitige Belehrung, und deswegen müssen die Frontreisen für diesen Zweck stattfinden.

[...][29])

Oberstleutnant **Frhr.v. Kreß** (Vertreter des bayerischen Kriegsministeriums):[30]) Die Aufklärungstätigkeit im bayerischen Besatzungsheer bewegt sich genau in

kratische durch Dr. David vertreten, der mir gegenüber saß, ein kluges Gesicht. — Alle waren begeistert und ergriffen von dem, was sie an der Front gesehen hatten. Wir waren alle natürlich sehr nett gegen sie. Ludendorff hatte sich am Nachmittag mit jedem Einzelnen beschäftigt. Am lautesten mit dem Zentrumsabgeordneten Trimborn. Dieser ist nämlich — schwerhörig. Als ich um 7 Uhr Abends zum Vortrag antrat, war Excellenz wirklich sichtlich ermüdet.

Mit Dr. David kam ich in ein interessantes Gespräch. Ich erzählte ihm, daß ich vor 3 Jahren mit seinem Parteigenossen Köster in Lille an einem Tische saß. Dabei sagte mir dieser: ‚Das Geld, das Deutschland in seine Rüstungen gesteckt hat, rentiert sich jetzt glänzend!!' Darauf hätte ich ihm geantwortet: ‚Schön, daß Sie das sagen, aber noch schöner wäre es, wenn Sie schon zu der Erkenntnis gekommen wären, daß es leider nicht genug war.' Darauf antwortete mir Dr. David: ‚Ja wer hätte ahnen können, daß die internationalen Bande sich als so schwach erweisen.' Darauf ich: ‚Soweit ich es weiß, hat Lasalle dies kommen sehen und Schweitzer wohl auch. Es liegt wie ein Fluch auf unserem Vaterland, daß die geistigen Größen der Arbeiterpartei ihre völlig wirklichkeitsfremden Lehren im Auslande geschaffen haben. [...].' Dr. David blieb stumm und blickte wie geistesabwesend auf den Tisch. Ein weiteres Gespräch kam weder mit mir noch mit einem seiner anderen Tischnachbarn nicht in Fluß. Der Reichstagspräsident Kaempf hatte uns zugehört. Er erzählte es dem General Ludendorff, der mir darüber seine Genugtuung aussprach." Vgl. Quellen I/4, S. 253, sowie Gallwitz, S. 245 f.; Bernhardi, S. 467 f.; Gündell, S. 272.

[29]) In der Vorlage folgen die Ausführungen des Vertreters des sächs. Kriegsministeriums.

[30]) Vgl. hierzu Nr. 344 und die Disposition der Rede des Oberstleutnants Frhr. Kreß v. Kressenstein in: BHStA IV München MKr, 13946.

denselben Bahnen wie in Preußen. Einige kleine Abweichungen haben sich dadurch ergeben, daß bei uns die Bewegung schon bei der 6. Kriegsanleihe eingesetzt hat und daß wir damals besonderen Wert auf eine Bearbeitung der technischen Institute und verschiedenen exterritorial gelegenen Truppenteile gelegt haben. Infolgedessen sind bei uns neben den Obmännern der Generalkommandos noch solche der Feldzeugmeisterei der Ingenieurinspektion und der Fußartillerie tätig. Im großen und ganzen aber ist die Tätigkeit dieselbe, die Erfahrungen sind die gleichen, und ich darf mich darauf beschränken, nur ein paar Punkte anzuführen. Wir haben es in Bayern in der letzten Zeit zumal schmerzlich empfunden, daß die Leute, die nach ihrer Wiedergenesung zu den Ersatztruppenteilen kommen, und die in erster Linie das Objekt einer Bearbeitung in diesem Sinne bilden, infolge der schwierigen Ersatzverhältnisse nur sehr kurze Zeit bei uns gewesen sind; wir haben sie sehr häufig unmittelbar nach ihrem Einrücken wieder ins Feld schicken müssen. Das sind natürlich Elemente, die draußen einen üblen Eindruck machen, wenn sie ankommen, das sind Leute, die von jeher nicht zu den besten gehört haben und die nach mehrfachen Verwundungen keine Lust mehr haben. Die jungen Leute sind ja verhältnismäßig sehr leicht zu unterrichten, trotzdem haben sich Schwierigkeiten ergeben, weil auch die zur Unterrichtserteilung berufenen Organe im Besatzungsheer leider einem ständigen Wechsel unterworfen sind. Sobald man einmal einen hat, der wirklich etwas Hervorragendes leistet, wird er k. v. und kommt ins Feld hinaus. Das sind die Schwierigkeiten, von denen ich spreche, um den Herren, die von der Front gekommen sind, zu zeigen, daß wir in der Heimat auch mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Damit komme ich auf einen Punkt, nämlich die manchmal erörterte Frage, wer an der Verschlechterung der Stimmung die Schuld trägt, der Urlauber oder der Ersatz. Derartige Betrachtungen haben keinen Zweck. Wir können keinen Unterschied machen zwischen Heimat und Front, wir brauchen drinnen und draußen das gleiche. Zweifellos spielt der Umstand eine große Rolle: der Mann, der draußen im Felde manches durchgemacht hat, schüttet im Kriege sein Herz denjenigen, die ihm gesellschaftlich am nächsten stehen, aus, kommt der Urlauber in die Heimat, so macht er dasselbe, aber mündlich. Dabei trägt er in starken Farben auf und vergißt nicht seine eigenen Leistungen in den Vordergrund zu stellen und erzählt dabei manchmal etwas, was er nur vom Hörensagen weiß. Wir dürfen diese Erscheinungen in ihrer Schädlichkeit nicht überschätzen, und wir wollen uns um deswillen gewiß nicht gegenseitig die Schuld zuschieben, sondern immer im Auge behalten, daß die Zwecke und Ziele, die wir anstreben, die gleichen sind. Für die Heimat ergibt sich also als besondere Aufgabe die Ausbildung von derartigen Organen, die befähigt und geeignet sind, diesen Unterricht zu leiten. Soviel über die Aufklärung im Ersatzheer. Wenn ich nun zu der Aufklärung im *Volke* in der Heimat übergehe und etwas ausführlicher darüber sprechen muß, als ich ursprünglich beabsichtigt hatte, so hat das seinen Grund darin, daß im Laufe der heutigen Verhandlungen die prinzipielle Frage mehrmals berührt worden ist, ob die Zivilverwaltungsbehörden an dieser Aufklärung zu beteiligen seien oder nicht. Da muß ich nun doch erstens einmal, um die ganz hervorragenden Leistungen, die die bayerischen Zivilbehörden auf diesem Gebiete erreicht haben,

herauszustreichen, und zweitens, weil ich glaube, daß die Herren gerade für diesen Punkt Interesse haben, auf die Organisation in der Aufklärung in der Heimat in Bayern etwas näher eingehen.[31]) Wir sind hier dem Vorbild Preußens nicht gefolgt aus einer Reihe von Gründen, die ich hier des weiteren auseinanderzusetzen keine Veranlassung habe. Sie lagen in der historischen Entwicklung, hauptsächlich darin, daß wir schon auf diesem Gebiete angefangen hatten, und mit gutem Erfolge angefangen hatten, bevor zu einer allgemeinen Einführung übergegangen wurde. Wir haben uns für den Anfang auf den Standpunkt gestellt, daß das Besatzungsheer von Soldaten und die Zivilbevölkerung von Zivilisten bearbeitet werden sollte. Dabei hat der Gesichtspunkt eine wichtige Rolle gespielt, daß wir von Anfang an geglaubt haben, mit allen Organisationen möglichst im Hintergrunde bleiben zu müssen, mit allem, was vom Staat ausgeht, nicht an die Öffentlichkeit heranzutreten, denn das, was wir mit der ganzen Aufklärung in der Heimat bezwecken, ist nichts anderes, als die Gegenwirkung gegen gewisse Auffassungen, die ein Teilbestand der Massenpsychose sind, die der Krieg hervorbringt. Wie soll man dem entgegentreten auf anderm Wege als dem der Massensuggestion? Diese kann man aber niemals ausüben auf jemanden, der mit einem gewissen Widerwillen gegen die Aufklärung ausgerüstet ist, und das ist jeder, sobald ihm zum Bewußtsein kommt, daß die Belehrung von Amtswegen kommt. Aus dem Grunde haben wir uns bestrebt, unsere Aufklärung von Anfang an so zu gestalten, daß wir uns an schon bestehende große Organisationen angeschlossen haben, daß wir aus einem im ganzen Lande verbreiteten Verein uns einzelne Vertrauensmänner gewonnen haben, denen haben wir die Aufschlüsse gegeben, die sie für ihre weitere Tätigkeit gebraucht haben, und die haben nun diese Gedanken in ihrer großen Organisation weiterverbreitet. Dann haben wir natürlich nicht nur mit einer einzigen derartigen Organisation dies gemacht, sondern mit mehreren, und daraus hat sich dann ergeben, daß wir die ganze große Organisation der inneren Staatsverwaltung mit heranzuziehen gesucht haben, nicht um als Beamte dem Volk gegenüber aufzutreten, sondern um in das ganze Staatswesen hinein die Gedanken zu bringen, die uns für die Aufklärung grundlegend sein sollen. Im einzelnen brauche ich darauf nicht näher einzugehen. Wenn es gewünscht wird, so ist der hier anwesende Vertreter des Ministeriums des Innern gern bereit, den Herren noch einige Aufklärungen zu geben, wie sich die Aufklärung unserer Staatsverwaltung abspielt.[32]) Nur eine Vorbedingung war natürlich gegeben, nämlich die der engsten Verbindung zwischen der Heeresverwaltung und Staatsverwaltung. Die haben wir in Bayern bei dem beschränkten Umfange sehr wohl selbst in die Hand nehmen können, und die beiden Ministerien, das Kriegsministerium und das Ministerium des Innern, arbeiten nun im engsten Einvernehmen miteinander. Das Ergebnis ist, daß wir nicht die geringsten Reibungen gehabt haben, und der Erfolg ist, soweit sich von einem abschließenden Erfolge sprechen läßt, wirklich gut. Ich kann nicht verhehlen, daß das bayerische Volk, zumal in den letzten Monaten, teilweise unter außerordentlicher Belastung gelitten hat. Wir hatten

[31]) Vgl. hierzu Nr. 137 und 334, sowie die Darstellung bei Albrecht, S. 201 ff., 242 ff. und 331 ff.

[32]) Nach der Rede Kreß v. Kressensteins verzichtete Nicolai in einer auffallend kurzen Bemerkung auf eine Stellungnahme.

auch in Bayern eine Zeit, wo der Schwerarbeiter kaum etwas zu essen hatte und auch keine Kohlen gehabt hat, um sich das bißchen Essen noch warm zu machen. Das ist wohl das ärgste, was in der Bevölkerung passieren kann. Trotzdem sind wir ohne nennenswerte Ausschreitungen über diese Zeit hinweggekommen, und ich kann wohl erwähnen, daß, wenn nicht ganz unvorhergesehene Ereignisse kommen, wir in bezug auf die Kriegführung nicht die geringsten Schwierigkeiten haben werden. Nur eins muß man da berücksichtigen: bei unsern leichtblütigen Pfälzern, den geistesregeren Franken und unsern, wenn ich so sagen darf, massiver organisierten Altbayern muß natürlich auch manchmal die Gelegenheit sein, ihren Willen über die Sachlage ungeniert zu äußern, und dann geschieht das bei uns vielleicht in etwas lebhafterer und gründlicherer Art als anderwärts. Das darf Sie aber über die Stimmung im bayerischen Volke nicht täuschen; die Stimmung ist gut und sogar unter den jetzigen Verhältnissen ausgezeichnet. Wir sind dem Kriegspresseamt für die Mitarbeit außerordentlich dankbar. Es kommt hin und wieder einmal vor, daß das eine oder andere Produkt, das wir vom Kriegspresseamt bekommen, unserem süddeutschen Geschmack nicht ganz entspricht.[33]) Von dem machen wir dann weniger Gebrauch, ebenso wie wir hin und wieder Ergänzungen eintreten lassen müssen. Im großen und ganzen aber schätzen wir die Mithilfe des Kriegspresseamts sehr hoch und sind außerordentlich dankbar dafür.

[...][34])

Major **Dobberke** (Vertreter des preußischen Kriegsministeriums): Der Erlaß über die Aufklärungstätigkeit bei der Zivilbevölkerung[35]) ist an verschiedenen Stellen wohl nicht ganz richtig aufgefaßt worden. Ich kann mir das nur so erklären, daß der Erlaß nicht im Zusammenhang mit all den anderen in dieser Materie gültigen Erlassen gelesen ist. Es ist ganz klar, daß nach wie vor die Aufklärungstätigkeit auch bei der Zivilbevölkerung in den Händen des Generalkommandos liegen soll. Der Erlaß weist nur darauf hin, daß die Zivilbehörden herangezogen werden sollen, wie das ja auch in den meisten Fällen geschieht. Sie können doch ohne die Mitarbeit der Zivilbehörden gar nicht auskommen. Es soll nur darauf hingewiesen werden, daß Sie den Zivilbehörden eine gewisse Verantwortung aufbürden, und daß, wo es geht, die Zivilbehörden zu der Kostenfrage herangezogen werden sollen. Auf dem Gebiete der Kostenfrage[36]) soll nicht gesagt werden, daß alles, was für die Aufklärung der Zivilbevölkerung geschieht, nicht von dem Militär getragen werden kann, es wird davor gewarnt, daß unnötig große Kosten beantragt werden, wie z. B. durch das Anbringen von unendlich vielen Plakaten hier in Berlin, deren Wirksamkeit recht zweifelhaft ist. Es soll darauf hingewiesen werden, daß das Eindringen der Aufklärung in die Massen unter Zuhilfenahme der Zivilbehörden sich auf weniger kostspielige und jedenfalls wirksamere Weise erreichen lassen wird. Ich möchte darauf noch einmal ganz besonders hinweisen.

---

[33]) Vgl. Nr. 341, Anm. 17.

[34]) In der Vorlage folgen Bemerkungen des Majors Hosse vom Kriegspresseamt über das organisierte Vortragswesen, wofür 500 Redner zur Verfügung standen.

[35]) Vgl. Nr. 341.

[36]) Vgl. hierzu Nr. 347.

[...][37])

Chef III b: Man soll doch nicht immer auf die Hilfe von oben warten, sondern das möglichst selbst zu machen suchen. Die Karte kommt ja immer zu spät. Selbstgefertigte Skizzen werden oft genügen. Ich kann die Besprechung abschließen und an die letzte Bemerkung anknüpfend sagen: unsere Besprechungen sollen nicht den Zweck haben, Sie in Ihrer Selbständigkeit irgendwie zu beeinträchtigen oder Sie zu der Auffassung zu erziehen, auf die Hilfe von oben zu warten; im Gegenteil: Ihre Selbsttätigkeit soll gefördert werden, es soll Gewähr geboten werden, daß Sie für diese Selbsttätigkeit erhöhte Sachkenntnis bekommen, indem Sie auch einmal andere sprechen hören und mir Gelegenheit gegeben wird, über die Ansichten, die in diesen Ausführungen zutage treten, der Obersten Heeresleitung ein Bild zu geben. Im allgemeinen kann ich sagen, daß alles, was ich gehört habe, durchaus zu billigen ist. Ich will die Frage nur streifen, wieviele aktive Offiziere im vaterländischen Unterricht in der Heimat tätig sind. Wir müssen auch in der Heimat Wert darauf legen, daß die Tätigkeit des vaterländischen Unterrichts auch während der Demobilmachungszeit weiter ausgeübt wird, und deswegen ermahne ich Sie: stellen Sie auch in der Heimat aktive Offiziere in den Dienst des vaterländischen Unterrichts, basieren Sie ihn nicht nur auf die Offiziere des Beurlaubtenstandes, denn je mehr der vaterländische Unterricht in den Händen der Herren des Beurlaubtenstandes liegt, um so größer wird die Gefahr der geistigen Dezentralisation sein: daß der Unterricht Wege geht, die der Geschmacksrichtung des einzelnen entsprechen. Es sind ganz sicher auch unter den Offizieren des vaterländischen Unterrichts, die jetzt des Königs Rock tragen, ausgesprochene Politiker, denen es sehr schwer wird, die absolute Neutralität zu wahren. Da möchte ich auf Grund der Erfahrungen bitten: achten Sie darauf, daß solche sich nicht betätigen. Es kann niemand gegen seine Natur und Überzeugung, und schließlich eine Charakterlosigkeit und Schwachheit wird man niemanden zumuten wollen. Im übrigen aber gibt es für den vaterländischen Unterricht keine Gleichmacherei. Die Verhältnisse liegen ja für den vaterländischen Unterricht überall verschieden, verschieden liegen die Verhältnisse für das Heer und für die Heimat, aber wenn die Verhältnisse verschieden liegen, so ist es wieder gerade geboten, daß wir durch gemeinschaftliche Besprechungen auf unsere gemeinsamen Ziele hinweisen und sie, wenn auch auf verschiedenen Wegen, zu erreichen suchen. An der Front kommt es in erster Linie darauf an, den Mannschaften die Kraft zum Durchhalten auf dem moralischen, auf dem psychischen Gebiet zu geben. Die Leitsätze der Obersten Heeresleitung bestehen in ihrem vollen Umfange noch zu Recht, und ich möchte noch einmal darauf hinweisen, daß es sich zunächst darum handelt, alles fernzuhalten, was den Geist der Truppen ungünstig zu beeinflussen imstande ist. Der Grund kann sowohl ruhen in unseren eigenen Reihen und unsern eigenen Verhältnissen, es kann aber auch versucht werden, ihn hineinzutragen, und dieses Hineintragen kann wieder von zwei Seiten geschehen; einmal vom Feinde. Dagegen zu kämpfen und aufzupassen mit der Feldpolizei und dauernd in dieser Richtung die Aufmerksamkeit bei den Stäben wach zu halten, dazu ist auch der

[37]) In der Vorlage folgen kurze Anfragen sowie ein Bericht des Unterrichtsoffiziers der Marinestation der Ostsee.

Aufklärungsoffizier da. Weiter versucht man von anderer Seite, Schädliches in das Heer hineinzutragen, man versucht, die Grundlagen unserer Kampfkraft zu erschüttern. Auch hier aufzupassen ist Aufgabe der Unterrichtsoffiziere. Sie sind natürlich in diesen Dingen zu Anordnungen nicht zuständig, aber Sie sind zuständig, diese Dinge bei Ihren Oberkommandos immer wieder zur Sprache zu bringen und darauf hinzuweisen. Ich habe vorhin gesagt, daß die Verhältnisse an den verschiedenen Fronten verschieden sind. Es ist ein großer Unterschied zwischen der Ostfront und der Westfront. Ich habe heute die Herren nicht sprechen lassen, die von der Armee sind, die jetzt die Schlacht bei Cambrai schlägt. Es wäre interessant zu hören, wie dort jetzt die Aufgaben des vaterländischen Unterrichts gelöst werden, ob da überhaupt die Rede ist von solchen. Ich glaube, da läßt man ihn ruhen und kann ihn ruhen lassen, denn wo gekämpft wird, das haben bisher die Erfahrungen gezeigt, ist der Geist der Truppen der beste, aber wo geruht wird, sind die Gefahrenquellen des Müßiggangs, der aller Laster Anfang ist. In der Heimat sind die Verhältnisse auch ganz verschieden. Wir haben gehört, wie der Herr Vertreter des bayerischen Kriegsministeriums uns die Verhältnisse geschildert hat. Man ist dort sehr früh aufgestanden, und zwar Arm in Arm mit den Zivilbehörden. Bei uns ist man in bezug auf den vaterländischen Unterricht auch früh aufgestanden, aber meist waren es nur die Militärbehörden. Daraus hat sich denn ergeben, daß diese Tätigkeit in ihren Händen liegt. Es wäre falsch und würde zu einem absoluten Verzicht führen, wenn man plötzlich sagte: das geht uns nichts mehr an. Daß wir den Geist des Heeres nicht von dem Geist der Heimat trennen können, ist selbstverständlich. Daß der Geist in Deutschland so gut ist, verdanken wir in allererster Linie unserer militärischen Lage, und daß er manchmal so schlecht ist, verdanken wir auch zum großen Teil unserer guten militärischen Lage. Unsere Siege bringen ja immer wieder die Gewißheit, daß wir den Krieg gewinnen, auf der anderen Seite schaffen diese Siege aber auch einen gewissen Leichtsinn, eine gewisse Unbescheidenheit. Nun kommen im deutschen Volke eine ganze Menge von Schwierigkeiten hinzu, die auf dem Heer nicht in dem Umfange lasten, das sind die Verpflegungsschwierigkeiten, die Kohlennot usw. Da muß unbedingt auch in der Heimat dafür gesorgt werden, daß diese nun einmal vorhandenen Kriegsnotwendigkeiten nicht Stimmungen wecken, die auf das Heer einen Einfluß ausüben, und sie gewinnen Einfluß, denn mit der Heimat ist das Heer dauernd verbunden. Wir kommen also gar nicht davon los, daß wir aus rein militärischen Gründen auch auf diesem Gebiet eine gewisse Aufklärungstätigkeit entfalten. Ob wir das ausführen, oder ob es die Zivilbehörden ausführen, ist gleich; aber es zu verlangen, haben wir ein Recht, und es wird sehr oft in der Praxis sich so abspielen, daß eine Einwirkung auf die Zivilbehörden durch die Militärbehörden erfolgt. Dann möchte ich Sie aber dringend bitten, Ihr Ziel nicht aus dem Auge zu verlieren und sich nicht zu überlasten. Von diesem Standpunkt ist nicht ohne Bedenken, daß ein Teil der Leiter des vaterländischen Unterrichts zu gleicher Zeit Leiter der Feldzeitungen ist, beides sind große Aufgaben, und so sehr es erwünscht und notwendig ist, daß die Feldzeitungen in voller Übereinstimmung mit den Leitern des Unterrichts stehen, so möchte ich dringend warnen, sich zu überlasten. Dann möchte ich Sie bitten, daß Sie die Aufklärung auf Ihren Dienstbereich beschränken. Es ist z. B. vorgekommen, daß ein Vor-

tragsoffizier des Feldheeres durch einen beurlaubten Soldaten im Sinne seines Unterrichts in der Heimat Maßnahmen veranlaßt hat. Das geht nicht. Es handelte sich darum, daß er Ansichtskarten verkaufen ließ für die Werbetätigkeit für die 7. Kriegsanleihe. Dann beschränken Sie sich aber auch inhaltlich. Z. B. eine Aufklärung über Geschlechtskrankheiten und Sittlichkeitsvorträge und ähnliches ist sehr schön und erstrebenswert, aber ich zweifle daran, ob es in erster Linie zu den Aufgaben des vaterländischen Unterrichts gehört. Es könnte ja geschehen, wenn dafür Zeit ist und dafür Arbeitskräfte usw. zur Verfügung stehen, aber erst kommt das andere. Dann möchte ich aber auch bitten, beschränken Sie sich auf zeitgemäße Fragen. Es liegt hier im Unterricht ebenso wie sonst für den Leiter eines großen Unternehmens: er darf voraus *denken*, aber er muß in der Gegenwart und in der Praxis handeln. Also, Sie als Leiter des vaterländischen Unterrichts dürfen sich den Kopf darüber zerbrechen, wie es bei der Demobilmachung werden wird, aber jetzt darüber einen Vortrag zu halten bei der Truppe, wäre falsch. Jetzt spricht man nur vom Kriege und nicht vom Frieden.

Was die Frage der Demobilmachung betrifft, so ist darüber noch nicht viel zu sagen. Die Fragen sind außerordentlich verquickt mit anderen Dingen. Sie wird aber entschieden sein, wenn alle Vorfragen entschieden sind; sie wird die letzte sein. Wenn Sie jetzt etwas darüber sagen wollen, dann können Sie nur Unheil anstiften. Sie können Hoffnungen erwecken, die nachher nicht erfüllt werden.

Je länger der Krieg dauert, um so mehr berühren wir uns mit wirtschaftlichen und politischen Fragen. Ich möchte daher nochmals betonen, daß die Politik durch den vaterländischen Unterricht nicht in das Heer hineingebracht werden soll, sondern im Gegenteil aus ihm ferngehalten werden soll. Wenn Sie sich diesen wirtschaftlichen und politischen Fragen zuwenden, so ist es Ihrem Taktgefühl und Geschick überlassen, die richtige Linie der Aufklärungserziehung und Beeinflussung im vaterländischen Sinne zu finden.

347.

Ausarbeitung des Korvettenkapitäns v. Selchow für einen Vortrag beim Staatssekretär des Reichsmarineamts über die Organisation des „Vaterländischen Unterrichts" in der Marine.

9. 1. 1918. — MGFA MA/Adm, Nr. 2417, P 31, Bd. 2, Entwurf.[1])

A. Armee.

I. Personal. Die Armee hat mit dem Vaterländischen Unterricht Anfang 1917[2])

[1]) Der Entwurf wurde von Selchow am 9. 1. 1918 dem Chef der Presseabteilung, Kapitän z. S. Boy-Ed, mit dem Bemerken vorgelegt, daß das Etatsdepartement mit allen Punkten einverstanden sei. Boy-Ed stimmte am 10. 1. 1918 zu und ordnete auch einen Vortrag beim Chef des Admiralstabes an. Wann die Vorträge stattgefunden haben, ist nicht zu ersehen.

[2]) In die Vorlage nachträglich handschriftlich eingefügt. Die Angabe ist allerdings falsch, vgl. Nr. 321, 328 und 331.

begonnen. Die Organisation ist derart, daß das Kriegspresseamt das Material liefert und gleichzeitig als Zentralstelle für den Vaterländischen Unterricht für die Armee fungiert. Das Kriegspresseamt untersteht direkt der Obersten Heeresleitung, und zwar dem Chef III b Major Nicolai. Vom Kriegspresseamt wird das Material an die Unterrichtsoffiziere der Armee geleitet. Einen Unterrichtsoffizier haben sämtliche Armeegruppen, A.O.K.'s, Armeekorps und Divisionen, sowie die Generalgouvernements. Sämtliche Unterrichtsoffiziere sind von jedem anderen Dienste befreit, nur einzelne Unterrichtsoffiziere der Divisionen sind daneben noch Kompagniechefs.[3]) Die Unterrichtsoffiziere der Divisionen leiten das Material an die Regimenter und Bataillone weiter, die ihrerseits geeignete Offiziere mit Vorträgen und Belehrungen betrauen und daneben Auskunfteien über Versorgung, Geldwirtschaft, wirtschaftliche Fragen usw. einrichten. Außer der Truppe wird von dieser Organisation, und zwar von den heimischen Armeekorps, in weitem Umfange die Zivilbevölkerung, die Rüstungsindustrie und die ganze Heimat erfaßt. Hier ist es Sache der Unterrichtsoffiziere, mit den geeigneten Persönlichkeiten und Organisationen Fühlung zu nehmen und aufklärend zu wirken.

II. Material. An Material geht den Unterrichtsoffizieren laufend das Folgende zu:

1) *M.V.U.* Dies ist gewissermaßen das Verordnungsblatt für die Unterrichtsoffiziere, in dem Erfahrungen, die an einer Stelle gemacht werden, allen Unterrichtsoffizieren zugänglich gemacht werden.[4])
2) *Broschüren.* Geeignete Broschüren werden laufend im Kriegspresseamt geschrieben und in Tausenden von Exemplaren an die Unterrichtsoffiziere verteilt. Broschüren, die auch die Zivilbevölkerung mit erfassen sollen, werden in weit über 100000 Exemplaren hergestellt.
3) *Solda.* Die Solda ist eine Soldatenausgabe der Nachrichten der Auslandspresse, also eine Zusammenstellung der neutralen und feindlichen Stimmen, soweit diese geeignet sind, das Vertrauen in den eigenen Erfolg zu stärken. Die Solda erscheint wöchentlich.
4) *D.K.W.* Die D.K.W. ist eine Kriegswochenschau, die den Aufklärungsoffizieren Material für ihre Vorträge liefern soll.[5])
5) *Bildplakate.* Dies sind große Plakate, die die Wirkungen irgendwelcher Kriegserfolge besonders drastisch und plastisch darstellen.
6) *Bilderbogen.* Dies sind Bilderbogen nach Art der früheren Neuruppiner Bilderbogen, die die Stimmung unter den Leuten heben und erhalten sollen.

[3]) Ob diese Formulierung den Sachverhalt richtig wiedergibt, erscheint zweifelhaft. In der Besprechung vom 4./5. 11. 1917 (vgl. Nr. 341, Anm. 7) hatte Major Nicolai zurückhaltend die Ansicht geäußert, daß darauf hingewirkt werden solle, daß die Unterrichtsoffiziere bei den Divisionen „möglichst vom übrigen Dienst befreit" werden. Bei den von Selchow als Armeegruppen bezeichneten Verbänden handelt es sich um die Heeresgruppen. Nach Nr. 331 hatten die Armeekorps keine leitende Funktion innerhalb des „Vaterländischen Unterrichts".

[4]) Vgl. Nr. 346, Anm. 9.

[5]) Aus einer Meldung des Chefs der Presseabteilung an den Chef des Admiralstabes vom 26. 1. 1918 (MGFA MA/Adm, Nr. 2414, P 20, Bd. 1) geht hervor, daß die D.K.W. zu diesem Zeitpunkt eine Auflage von 220000 Exemplaren erreicht hatte, vgl. im übrigen Nr. 321, Anm. 14.

7) *Bilder.* Die Bilder kommen wöchentlich serienweise heraus, sind als Wechselrahmenbilder gedacht und sind zum Aufhängen in Kasernen, Kantinen und Schützengräben bestimmt. Sie zeigen im Bild die neuesten Kriegsereignisse.

8) *Wandkarten.* Diese sind für den Unterricht besonders zweckmäßig und dienen sowohl für geographische, wie wirtschaftliche, wie auch Staatsbürgerkunde betreffende Vorträge.

9) *Kinos und Films.* Nahezu sämtliche Truppenteile, Kommandanturen, Gouvernements pp sind heute mit Kinos versehen, in die die Mannschaften zur Belehrung und Unterhaltung als Teil des Dienstes geführt werden.

10) *Vorträge.* Sowohl das Kriegspresseamt selbst wie auch die einzelnen Obersten Frontstellen versuchen, aus Offizier-, Marine- und Zivilkreisen Vortragsredner zu gewinnen, die teils vor der Truppe, teils vor der Zivilbevölkerung, Rüstungsarbeitern usw. durch geeignete Vorträge die Lage erläutern.[6])

11) *Feldzeitungen.* Eine große Zahl von Korps und Armeen gibt Feldzeitungen heraus, die in Wort und Bild das Leben im Felde und die Kriegsereignisse festhalten und den Leuten vor Augen führen.[7])

Dieser ganze Apparat hat sich zu einer ungeheuren Organisation ausgewachsen, der viele Hunderte von Offizieren und ungezählte andere Menschen: Schriftsteller, Maler, Karikaturenzeichner, Verleger, Künstler, Photographen, Techniker jeder Art beschäftigt.

III. Kosten. Der Geld-Etat für den Vaterländischen Unterricht ist nicht limitiert. Erstens verfügt das Kriegspresseamt über soviel Geldmittel, als es für nötig hält, außerdem aber ist jedem Armeekorps seinerseits das Kapitel 21a für die Zwecke des Vaterländischen Unterrichts geöffnet, auf das es alles übernehmen kann, was es für den vaterländischen Unterricht braucht.[8]) Die Auslegung kann in weitherzigster Weise vorgenommen werden, d. h. also es dürfen z. B. Kinos, Wandkarten, Saalmieten, Vortragsreisen pp daraus bezahlt werden. Als zu weitgehend sind z. B. Romanbibliotheken und Fußbälle bezeichnet.

B. Marine.

Als im November 1917 das Kriegsministerium forderte, daß die Marine die ihr für den Vaterländischen Unterricht erwachsenden Kosten selbst tragen sollte, wurde die Presseabteilung des Admiralstabes der Marine als Zentralstelle für den Vaterländischen Unterricht für die Marine bestimmt.[9])

---

[6]) Vgl. hierzu z. B. das Verzeichnis (Stand: Anfang 1918) der seit Oktober 1916 gehaltenen Vorträge des Bundes deutscher Gelehrter und Künstler oder den Bericht der „Urania" über ihre Tätigkeit auf dem Gebiet des Vortragswesens (MGFA MA/Adm, Nr. 2419, P 34, Bd. 4).

[7]) Vgl. Nr. 346, Anm. 11.

[8]) So teilte das Kriegspresseamt am 2. 8. 1917 den stellv. Generalkommandos mit, daß den Kriegervereinen die durch Aufklärungs- und Vortragstätigkeit entstehenden Kosten erstattet werden könnten; vgl. GLA Karlsruhe Abt. 456, Bd. 84. Vgl. daneben auch die von Verwaltungsbehörden verausgabten Summen, Archivalische Forschungen 4/II, Nr. 240, S. 774 ff.

[9]) Vgl. hierzu die Vortragsnotiz des Kapitäns z. S. Boy-Ed für den Chef des Admiralstabes vom 31. 10. 1917, sowie die Aktennotiz vom 3. 11. 1917 über einen Vortrag beim Staatssekretär des Reichsmarineamts ebenfalls am 31. 10. 1917. Capelle wehrte sich zunächst gegen die Zentralisierung, da er Komplikationen mit dem Reichstag befürchtete. Die techni-

Bis zu diesem Zeitpunkte war der eigentliche Vaterländische Unterricht in der Marine nicht organisiert.[10]) Wohl hatten einzelne Stellen der Front vom Kriegspresseamt Material erbeten und erhalten.[11]) Eine große einheitliche Organisation aber wie in der Armee bestand nicht. Durch mündliche und schriftliche Vereinbarungen zwischen der Presseabteilung und den einzelnen Frontstellen wurde diese im Dezember 1917 allmählich geschaffen und bezüglich der Materialversorgung zunächst eine Übergangswirtschaft eingeführt.

I. Personal. Infolge Personalmangels war es nicht möglich, dienstfreie Unterrichtsoffiziere in der Marine einzuführen, wie dies die Armee hat. Nur die beiden Stationskommandos konnten je einen Kapitänleutnant d. R. für ihr[en] Bereich ganz für diesen Zweck freimachen.[12]) Alle übrigen Unterrichtsoffiziere mußten ihren Dienst nebenamtlich versehen.

Folgende Stellen in der Marine sind Zentralstellen für den Vaterländischen Unterricht.

1. Station O[13])

schen Einzelheiten wurden in einer Besprechung der beteiligten Marinebehörden am 11. 12. 1917 festgelegt. Für sämtliche Vorgänge vgl. MGFA MA/Adm, Nr. 2417, P 31, Bd. 1. Zu der Besprechung vom 11. 12. 1917 heißt es in dem Tagebuch Selchows (Nachlaß Selchow, Logbuch Nr. 36): „Um 5 Uhr Nachmittags hatte ich eine Sitzung in meiner Wohnung über Vaterländischen Unterricht und ähnliche Fragen in der Marine, an der teilnahmen: als Vertreter der Hochseeflotte: Korvettenkapitän Karcher, als Vertreter der Marinestation [der Nordsee] Hauptmann Böning, der Ostseestation Korvettenkapitän Düms und Kapitänleutnant v. Bartenwerffer. Das Ergebnis dieser Sitzung war tief traurig. Schon die Wahl der Offiziere, denen die obersten Kommandobehörden der Marine dieses außerordentlich wichtige Fach anvertraut hatten, zeigte, daß sie gar nicht verstanden, was Vaterländischer Unterricht eigentlich bedeuten sollte. Das heißt doch nicht, den Matrosen erzählen, wo und wann Karl der Große geboren wurde. Da wäre Geschützexerzieren natürlich wichtiger. Sondern das heißt, kämpfen um die Seele unseres Volkes, ihm zeigen, daß wir alle eines Blutes sind, daß wir zusammengehören in dieser Stunde der Not. Aber dazu braucht man natürlich Menschen, die auch fähig sind, mitzufühlen mit ihren Leuten, die imstande sind einzugehen auf ihren kleinen und großen Kummer, die ihnen die Lasten tragen helfen, die, unsäglich schwer, auf Tausenden von unseren Volksgenossen lasten. Denn wenn wir das nicht tun, dann greifen die internationalen Ideen der Dittmann und Genossen immer weiter um sich, dann ist die Katastrophe im Innern unvermeidlich. ‚Sie Schwarzseher' entgegnete die Hochseeflotte von ihrem stolzen Kothurn herunter. Ja, dann freilich ist nichts zu machen."

[10]) Am 10. 9. 1917 schrieb der spätere Unterrichtsoffizier bei der Hochseeflotte, Korvettenkapitän Karcher, an die Presseabteilung des Admiralstabes (MGFA MA/Adm, Nr. 2399, P 6, Bd. 5), daß angesichts der noch nicht abgeklungenen Unruhe unter den Besatzungen an Veranstaltungen im Sinne des Vaterländischen Unterrichts garnicht gedacht werden könne. Vgl. hierzu Nr. 396, Anm. 7.

[11]) Nicht nur vom Kriegspresseamt, sondern auch von der Presseabteilung. So veranstaltete z. B. das Kommando der Marinestation der Nordsee alljährlich für das Offizierkorps eine Reihe von Vorträgen (3—4) über allgemein interessierende Tagesfragen. Vgl. die Anfrage der Station vom 4. 1. 1918 (MGFA MA/RMA, Nr. 2258, I. 2. 3. 4, Bd. 4), in der als einzige Bedingung genannt wurde, daß Parlamentarier nicht in Frage kämen. Für 1918 wurden als Vortragende vorgesehen: Prof. Dr. Sering, Prof. Dr. Harms, Dr. A. Kaegbein und ein Offizier des Kriegspresseamts.

[12]) Vgl. Anm. 9.

[13]) Vgl. den Bericht des Kapitänleutnants d. S. v. Flottwell über die „Aufklärungstätigkeit im Befehlsbereich der Marinestation der Ostsee bis 30. 11. 1917" (MGFA MA/Adm, Nr. 2417, P 31, Bd. 1).

2. O.d.O.
3. B[efehlshaber der] M[arine] A[nlagen] Libau
4. Flotte
5. Station N
6. Mittelmeerdivision
7. Führer der U-Boote, Pola
8. Flottillenchef Cattaro
9. Mar. Abt. Varna
10. Mar. Abt. Constanza
11. Die dem R.M.A. unterstellten Behörden, auf die besonders zurückgekommen werden wird.

II. Material. Die vorgenannten Stellen haben erhalten

a) einmalig aus den bisher erschienenen Broschüren pp das Material, das für ihre Zwecke geeignet ist, und erhalten von jetzt ab:

b) laufend das folgende Material:

1. Broschüren	2000
2. D.K.W.	1200
3. Solda	5500
4. M.V.U.	650
5. Bildplakate	3600
6. Bilderbogen	3300
7. Bilder	1200
8. Wandkarten nach Bedarf	
9. Films nach Bedarf.	

Ferner werden Vortragsredner von Zeit zu Zeit nach Bedarf vermittelt werden.[14])

Das vorstehende Material konnte im allgemeinen ohne weiteres von der Armee übernommen werden. Eine Ausnahme macht die Solda. Diese war bisher fast nur auf die Armee zugeschnitten. Sollte sie für die Marine und zwar besonders für die U-Boote brauchbar werden, so müßte sie nach anderen Gesichtspunkten geschrieben werden. Die U-Bootsleute sind einerseits die besten Propagandöre für den U-Bootskrieg, wie sie andrerseits auch am leichtesten die Stimmung für den U-Bootkrieg umwerfen können, da man ihnen am meisten glaubt und da sie relativ viel auf Urlaub ins Inland kommen. Festgestelltermaßen gibt es gerade unter den U-Bootsmatrosen pp eine Menge Pessimisten, Leute, die vielleicht einen weniger tüchtigen Kommandanten haben oder einen Kommandanten, der Pech hat. Diese Leute schaden mehr als 1000 Vorträge wieder gut machen

[14]) Am 12. 1. 1918 richtete der Chef des Admiralstabes an das Kommando der Hochseestreitkräfte die Aufforderung, Offiziere für Vorträge vor der Zivilbevölkerung und Heeresangehörigen zu benennen. „Mit der Zuspitzung der gesamten Kriegslage und der langen Dauer des Kriegs gewinnt die Stimmung des eigenen Volkes eine immer größere Bedeutung." Admiral Scheer unterstützte diese Forderung nachhaltig (Schreiben vom 4. 2. 1918, MGFA MA/Adm, Nr. 2419, P 34, Bd 4). Die Resonanz war gering, weder das II. noch das IV. Geschwader hatten bis zum 15. 3. 1918 einen Offizier hierfür benannt.

können.[15]) Das Kriegspresseamt hat sich nun in entgegenkommendster Weise bereit erklärt, die Solda in dieser Richtung so auszubauen, daß sie auch für die Marine und besonders für die U-Bootsleute geeignet wird.

Was die Frage der Feldzeitungen betrifft, so hatte die Presseabteilung des Admiralstabes eine besondere Marinezeitung angeregt. Diese Anregung ist von der Station O und der Flotte aufgegriffen. Die Station O beabsichtigt, für ihren Befehlsbereich ein besonderes Lokalblatt herauszugeben[16]), die Flotte hat vor, das bereits bestehende Blatt der Kreuzer „Auf Vorposten" auf die ganze Flotte zu übernehmen. Beide Zeitungen werden sich selbst unterhalten. Die Presseabteilung ist nur gebeten worden, sie mit Material und vor allem auch mit Matern zu unterstützen.

Die dem R.M.A. unterstellten Behörden, Werften, Depots pp erhalten von dem neu herauskommenden Material nach Verabredung je 1 Exemplar zugestellt. Sollte sich eine Broschüre oder ein Plakat nach Ansicht der betreffenden Stelle für Verbreitung oder Aushang bei den Arbeitern besonders eignen, so wird von Fall zu Fall die gewünschte Zahl zur Verfügung gestellt.[17])

III. Kosten. An Geldmitteln werden gebraucht:

a) Bezahlung der von der Armee gelieferten Broschüren pp
b) Bezahlung der Ausgaben der Front
c) Bezahlung der Ausgaben der Presseabteilung des Admiralstabes.

Zu a) Es ist nicht möglich, was die Broschüren und Zeitschriften betrifft, mit dem Kriegspresseamt genau abzurechnen. Es wird deshalb vorgeschlagen, dem Kriegspresseamt monatlich eine Pauschalsumme zu überweisen. Unverbindliche Besprechungen mit dem Kriegspresseamt haben ergeben, daß diese Regelung auch von dort für die beste gehalten wird. Als Pauschalgebühren wird vorbehalt-

[15]) Am 2. 4. 1918 wandte sich der Chef des Admiralstabes an das Kommando der Hochseestreitkräfte, den Befehlshaber der U-Boote und das Marinekorps und verlangte die intensive Aufklärung der zu beurlaubenden U-Boot-Besatzungen, deren pessimistische Berichte verheerend auf die Stimmung der Bevölkerung wirkten (MGFA MA/Adm, Nr. 2417, P 31, Bd. 2).

[16]) Kapitänleutnant d. S. v. Flottwell hat seinen Vorschlag schriftlich erläutert (undatiert, von Selchow am 24. 12. 1917 abgezeichnet). In der Aufzeichnung heißt es: „Bei meinem Vorschlag handelt es sich aber um eine Unternehmung, die über den Krieg hinaus auch im Frieden beibehalten werden soll, um gerade in späteren Zeiten nicht nur unterhaltend, sondern auch aufklärend zu wirken. Wenn der Frieden die Marine wieder vor andere Aufgaben stellt, als sie jetzt hat, die Ausmünzung der Lehren des Krieges im regelrechten Ausbildungsbetrieb stattfindet, wird kein Raum mehr sein für den Vaterländischen Unterricht im Umfange, wie es jetzt geschieht und geschehen muß, um empfindliche Lücken zu schließen. Dann wird es keine Aufklärungsschriften mehr geben, dann wird der V.U. ganz andere Formen annehmen, verquickt vielleicht mit dem regulären Dienstunterricht, ohne in dessen starre Formen eingeengt zu sein. Bleiben aber wird die aus dem Kriege gewonnene Erkenntnis, daß man nicht ungenützt unseren jungen Nachwuchs drei und noch mehr Jahre in der Hand behält, ohne ihn auch zu vaterländischen und zuverlässigen Staatsbürgern zu erziehen. Man wird sicherlich — je mehr im Zivilleben die über das erträgliche Maß hinausschießende Demokratisierung sich breit macht — bemüht sein *müssen*, die militärische Dienstzeit so gewissermaßen in dieser Hinsicht als Reduzierventil zu benutzen. Ein solches Streben bedeutet nicht eine Politisierung der Wehrmacht, die unter allen Umständen für alle Zeiten fern gehalten werden muß, sondern wie im heutigen, völlig neutralen Sinne Vaterlandsliebe und Königstreue stärken."

[17]) Vgl. hierzu Nr. 349 und 350.

lich des Einverständnisses des Kriegspresseamts die monatliche Summe von 10000 M vorgeschlagen. Mit der M[ilitärischen Stelle des] A[uswärtigen] A[mts], welche die Plakate und Bilderbogen liefert, ist eine monatliche Abrechnung möglich. Die hier entstehenden Kosten werden weit hinter der andern Summe zurückbleiben.

Zu b) Der Front ein Kapitel zu öffnen, wie es die Armee getan hat, erscheint bedenklich, da die Ausgaben, wie es bei der Armee auch der Fall ist, unkontrollierbar ins Ungemessene wachsen würden. Es wird deshalb vorgeschlagen

der Flotte	1000 M
der Station O	1000 M
der Station N	1000 M
der Mittelmeerdiv.	500 M
dem O.d.O.	500 M
dem F.d.U. Pola	200 M
zusammen:	4200 M monatlich

für den Vaterländischen Unterricht zur Verfügung zu stellen.

Zu c) Da alle Broschüren pp an die Presseabteilung des Admiralstabes geleitet werden und diese die Zentralstelle für die Marine bildet, so werden ihr die größten Kosten erwachsen. Bei der entsprechenden Behörde der Armee, dem Kriegspresseamt, gehen diese Ausgaben weit in die Millionen. Wie hoch sich diese Kosten belaufen werden, ist nicht abzusehen. Wie sehr die Ausgaben bei der Armee schwanken, ergibt sich daraus, daß z. B. ein Armeekorps monatlich 3000 M, ein anderes 85000 M für den Vaterländischen Unterricht verbraucht hat. Als Vergleich darf darauf hingewiesen werden, daß ein Armeekorps etwa 30000 Mann, die Station O beispielsweise 48000 Mann zu versorgen hat.

Es wird, um einen Überblick zu behalten, aber auch hier nicht für zweckmäßig angesehen, unbegrenzte Mittel zu bewilligen, sondern vorgeschlagen, der Presseabteilung des Admiralstabes zunächst monatlich 10000 M für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen. Als Gesamtbedarf ergäbe sich danach für die Marine die Summe von 30000 M monatlich[18]), eine im Vergleich zu den Armeeausgaben verschwindend geringe Zahl. Außer dieser laufenden Summe wäre eine einmalige Ausgabe notwendig, nämlich die Bezahlung derjenigen Broschüren pp, die bisher vom Kriegspresseamt herausgegeben und für die Frontstellen der Marine als Material von Wert und zum Teil schon geliefert sind. Diese Summe wird etwa auf 25000 M geschätzt. Bei dem Entgegenkommen der Armeebehörden ist jedoch damit zu rechnen, daß der größere Teil dieser Summe auf Armeefonds übernommen wird, so daß für die Marine schätzungsweise noch 10000 M zu zahlen übrig bleiben.

[18]) Der Staatssekretär des Reichsmarineamts genehmigte ab 1. 1. 1918 eine monatliche Summe von 25000 Mark, die ab 1. 6. 1918 auf 35000 Mark erhöht wurde; am 30. 11. 1918 wurden die Zahlungen eingestellt (vgl. MGFA MA/Adm, Nr. 2421, P 38, Bd. 1). Trotz gesteigerter Tätigkeit war Korvettenkapitän v. Selchow mit der Durchführung des Vaterländischen Unterrichts, insbesondere bei der Hochseeflotte, keineswegs zufrieden (vgl. Nachlaß Selchow, Logbuch Nr. 37, Eintragung vom 17. 5. 1918).

Als Richtlinien für den Vaterländischen Unterricht dienen die Äußerungen des Reichskanzlers Michaelis vom Oktober 1917.[19])

[19]) Der letzte Satz ist handschriftlich hinzugefügt worden. Zu den Äußerungen von Michaelis am 9. 10. 1917 vgl. Sten. Berichte, Bd. 310, S. 3773 f.

348.

Befehl des Chefs des Generalstabes des Feldheeres an die Oberkommandos der Heeresgruppen und Armeen[1]) betr. die Behandlung der Friedensverhandlungen mit Rußland[2]) im „Vaterländischen Unterricht".

21. 1. 1918, Gr. Hauptquartier, Nr. III b 14784/II, Geheim! — MGFA MA/Adm, Nr. 2417, P 31, Bd. 2, vervielfältigtes, eigenhändig vollzogenes Exemplar.[3])

Von einer Kommandobehörde sind Weisungen an die Unterrichtsoffiziere erteilt worden über die Behandlung der Friedensverhandlungen mit Rußland beim Vaterländischen Unterricht. Es ist sicher, daß die Verhandlungen mit Rußland von den Truppen mit lebhaftem Interesse verfolgt werden und geeignet sind, auf die Stimmung der Truppen zurückzuwirken. Es ist fernerhin selbstverständlich, daß die Vorgesetzten, in Sonderheit die Armeeoberkommandos, sich hierüber unterrichtet halten. Jedoch darf zu diesem Zweck die Truppe niemals unmittelbar befragt werden.[4]) Nur vertrauliche Äußerungen der Unterrichtsoffiziere oder der Truppenkommandeure dürfen herbeigeführt werden. Ergibt sich bei den Armeeoberkommandos auf diese Weise ein bestimmtes Bild, so ist es der Obersten Heeresleitung erwünscht, davon unterrichtet zu werden.

Besondere Richtlinien für die Behandlung der Frage[5]) durch den Vaterländischen Unterricht zu erlassen, wird nicht für erforderlich gehalten. Die für den Vaterländischen Unterricht von der Obersten Heeresleitung aufgestellten Leitsätze sind auch für diese Frage zutreffend und ausreichend[6]), indem sie verlangen, politischen Streit aus dem Heere fernzuhalten und das Heer bis zum endgültigen

[1]) Abschriften des Befehls erhielten u. a. die bundesstaatlichen Kriegsministerien, der Staatssekretär des Reichsmarineamts und das Kriegspresseamt.

[2]) Vgl. hierzu vor allem Nr. 411 und 417.

[3]) Die Vorlage ist vom Staatssekretär abgezeichnet. Den höheren Marinekommandostellen wurde der Befehl am 11. 2. 1918 zur Kenntnisnahme übersandt.

[4]) Vgl. hierzu Nr. 312.

[5]) In der Vorlage ist der Text an dieser Stelle handschriftlich von unbekannter Seite in „Behandlung von Friedens-Fragen" verändert worden.

[6]) Am 1. 1. 1918 erschien ein Neudruck der Leitsätze (vgl. Nr. 331), in dem die Änderungen durch den Befehl vom 15. 9. 1917 (vgl. Nr. 337) berücksichtigt worden waren, vgl. MGFA MA/Adm, Nr. 2417, P 31, Bd. 1. In einem Brief des inzwischen zum Oberstleutnant beförderten Chefs der Abteilung III b, Nicolai, an Kapitän z. S. Boy-Ed vom 20. 2. 1918, in dem er auch zur Neuorganisation der Aufklärungsarbeit der Zivilbehörden (vgl. Nr. 362) kritisch Stellung nahm, heißt es allerdings: „Was bisher fehlt und was notwendig ist, ist lediglich die Ausgabe politischer Richtlinien und verwertbaren politischen Materials. Dies muß natürlich durch die zuständigen Reichsbehörden geschehen." MGFA MA/Adm, Nr. 2420, P 35, Bd. 1.

Friedensschluß in voller Stärke und Einigkeit in der Hand seiner Führer zu halten.
Sollte ein Armeeoberkommando den Erlaß besonderer Richtlinien für den Vaterländischen Unterricht in Bezug auf Friedensverhandlungen für zweckmäßig erachten, so ist, da es sich dabei um politische Dinge handelt, die Zustimmung der Obersten Heeresleitung hierzu einzuholen.

I. A.
Ludendorff.

349.

Aufzeichnung des Vorstandes des Nachrichtenbureaus des Reichsmarineamts über eine Besprechung mit dem Werftdepartement des Amts betr. die Propaganda in den Werften.[1])

14. 2. 1918. — MGFA MA/Adm, Nr. 2420, P 35, Bd. 1, maschinenschriftlich.[2])

Excellenz **Harms:** Broschüren und sonstiges Material ist an die Werften und 14 Behörden gegeben worden. Ich bat, an B VII zu dessen Information auch ein Exemplar solcher Broschüren zu senden. Ich habe Gelegenheit genommen, als die Arbeitervorstände der Werften hier waren, mich zu erkundigen, was aus diesem Material geworden sei. Sie sagten, sie hätten immer diese Papiere geschickt bekommen, mehr als sie brauchten. Sie teilten die Sachen aus; wenn sie mehr benötigten, dann bäten sie hier um weitere. Am 8. Juni 1917 ist von der Presseabteilung an die Werften platonische Aufforderung gerichtet, sie möchten sich zu der Aufklärungsarbeit äußern.[3]) Diese Erklärung ist selbstverständlich nicht erfolgt. Wir haben dann nach einiger Zeit — November 1917 — außer den 14 Behörden auch noch die Bekleidungsämter mit Material versorgt. Was sie damit machen, ist ihre Sache. B als solches ist mit der Sache nicht befaßt gewesen. Die Broschüren waren mir alle schon bekannt. Ich habe schon vor 20 Jahren gesehen, wie wenig Zweck solche Broschüren-Verteilung hat. Sie liegen höchstens in den Speiseanstalten, Kantinen herum, man kann auch wohl einmal 1 Exemplar im Bureau liegen sehen, aber dieses hat schon seine Bedenken. Politisch stehen wir so, daß offiziell erklärt ist, daß die Arbeiter uns nur so lange etwas angehen, als sie auf der Werft arbeiten. Dies ist der theoretisch-politische Standpunkt, der auch eingehalten werden muß. Ich habe seinerzeit ein eigenes Werft-Journal gegründet, das aus Mangel an Einnahmen wieder einging. Es müßte etwas geschehen seitens der Gouverneure, die den Stellvertr. Generalkommandos der

[1]) An der Besprechung nahmen der Abt.Chef im Werftdepartement (B), Wirkl. Geh.Rat Harms, sowie Regierungsrat Dr. Braun teil. Das Nachrichtenbureau (N) war vertreten durch: Kapitän z. S. Boy-Ed, Korvettenkapitän Wittmann, Korvettenkapitän v. Selchow, Kapitänleutnant Mantels und Kapitänleutnant v. Koblinski.

[2]) Die Aufzeichnung ist von Kapitän z. S. Boy-Ed mit zahlreichen Unterstreichungen und handschriftlichen Verbesserungen versehen. Die Veränderungen des ursprünglichen Textes werden vermerkt. Zu den verhandelten Fragen vgl. Nr. 347.

[3]) Ein entsprechendes Schreiben liegt nicht vor.

Armee entsprechen. Diese haben einen großen Aufklärungsapparat, vieles wird ehrenamtlich gemacht. Man kommt so außerordentlich schwer an die Leute heran.[4]) Ob und was in dieser Richtung unsere beiden Marinestationskommandos gemacht haben, entzieht sich meines Bereichs. Die Sache steht also so: Die Broschüren- und Drucksachenverteilung an die Werften steht vollkommen frei. Wenn man nun eine Etage weitergehen will, dann muß man an das *Wort* appellieren und Redner vorschicken. Diese dürfen natürlich nicht unter der Firma der Werft erscheinen, da alles, was unter dieser erscheint, von vornherein suspect ist. Also als Vorschlag z. B. Wanderredner. Nach dieser Richtung ist bisher von hier nichts veranlaßt. Man könnte die Vorstände der Werftarbeiter hierher kommen lassen und sich mit ihnen besprechen. Aber das ist meines Erachtens Persönlichkeitssache. Ein Redner kann sehr gut sein, dann funktioniert es besser, der weniger gute Redner kann alles unter den Tisch werfen. Die ganze Bevölkerung muß bearbeitet werden. Danzig fällt wohl ganz aus unserem Rahmen heraus, die Werft[5]) ist nur sehr klein im Verhältnis zu den anderen.

Kapt. **Boy-Ed** hat sich der Aufklärungstätigkeit[6]) aus *eigenster* Initiative angenommen, hatte dabei die Oberste Heeresleitung als Beispiel vor sich.[7]) Wir haben unsere Aufklärungsarbeit auf die Front und auf die Werftarbeiter ausgedehnt. Ich habe Kapitänleutnant Mantels als Referenten für letztere Tätigkeit bestimmt. Wir haben allerdings B und den Herrn Staatssekretär nicht gleich davon unterrichtet (Fülle von Arbeit, wir hielten auch die Sache damals nicht für so wichtig). Wir wollten den Werften zeigen, was von der Obersten Heeresleitung geleistet wurde. B ist aber durch Herrn Regierungsrat Dr. Braun die Sache von uns bereits im Juli v. J. zugänglich gemacht.[8]) Wenn S. Excellenz davon nichts gehört hat, so ist dies nicht unsere Schuld. Sobald Regierungsrat Braun mitunterrichtet war, arbeitete nach meiner Meinung B mit. Die Möglichkeit zu einer solchen Mitarbeit war jedenfalls[9]) durchaus vorhanden.

Excellenz **Harms:** In dem Umfange, wie Sie die Sache eingeleitet haben, war nichts weiter zu machen. Was aus solcher Papier-Agitation werden kann, ist daraus geworden: nämlich blutwenig.

Kapt. **Boy-Ed:** Nach der Richtung liegen aber Erfahrungen von der Obersten Heeresleitung vor, ausführliche Berichte auf Grund praktischer Erfahrungen. Wenn B diese Voraussicht hatte, daß die Sache so, wie sie von uns angefaßt wurde, nichts nützte, dann hätte B doch mehr Nachdruck seinerseits ausüben können.[10]) Als ich die Angelegenheit dem Herrn Staatssekretär vortrug, hat

[4]) Vgl. Nr. 354, 358 und 360.

[5]) Zu den Verhältnissen auf der ebenfalls in Danzig befindlichen Schichau-Werft vgl. Nr. 224, Anm. 3, und Nr. 289, Text zu Anm. 42.

[6]) In der Vorlage geändert aus: „Wir haben uns dieser Aufklärungstätigkeit".

[7]) In der Vorlage geändert aus: „wir hatten ja die Oberste [...] vor uns".

[8]) In der Vorlage geändert aus: „Herrn Regierungsrat Dr. Braun haben wir die Sache zugänglich gemacht."

[9]) Ursprünglich: „also".

[10]) In der Vorlage folgen die durchgestrichenen Sätze: „Der Herr Staatssekretär betonte damals, daß wir nichts anderes machen könnten, wie die Armee. Ich betone nochmals, daß die ganze Aufklärungs-Angelegenheit unserer *eigensten* Initiative entsprang."

Seine Excellenz sich auf den Standpunkt gestellt, daß wir wohl nicht anders könnten, da die Armee auch schon in der Aufklärungsarbeit tätig sei.[11]) Ich möchte hiermit historisch festgestellt haben, daß N die Notwendigkeit dieser Aufklärung zuerst[12]) erkannt hat. *Der Staatssekretär warnte dringend vor einer organisierten Zentralisation*, und zwar als Reichstagsvertreter.

Die Aufklärungstätigkeit hielt sich in bescheidenen Grenzen, die Anforderungen, die die Werften stellten, waren sehr bescheiden, oft bekamen wir überhaupt keine Antworten. Als Beispiel — Ein vorzügliches Flugblatt, das in sehr drastischer Weise die Ziele unserer Feinde darstellte, wurde von der Werft Kiel[13]) überhaupt nicht angefordert.

Excellenz **Harms:** Es ist überhaupt fraglich, ob solche Plakate in solchen Betrieben aufgehängt werden sollten, die direkt den Behörden unterstehen.

Kapt. **Boy-Ed:** Dann hat es überhaupt keinen Wert, ein Wort über die Aufklärungstätigkeit zu sprechen. Ich bin überzeugt, daß in den Munitions[werk-] stätten überall behördliche Plakate zu sehen sein werden.

Excellenz **Harms:** Dann verlangt beispielsweise die Genossenschaft auch das Aufhängen ihrer Plakate. Ob diese angeschlagen werden oder nicht, ist eine prinzipielle Frage. Wenn die Werften diese vorzüglichen Plakate nicht verlangt haben, so geht doch daraus hervor, daß die Werften eben anderer Ansicht sind und diese Plakate nicht so vortrefflich finden.

Kapt. **Boy-Ed:** Das ist Mangel an Interesse und Erkenntnis der Lage.[13])

Excellenz **Harms:** Ich werde jedenfalls die Herren der Arbeitervorstände hierher kommen lassen, besonders da der Staatssekretär mir gesagt hat, wie weit er gehen will.

Kapt. **Boy-Ed:** Nicht nur die Werften, auch die Front war bisher gegenüber der Aufklärung gleichgültig.[14]) Wir haben die Flotte schon immer gebeten, uns mehr Material zu geben. Sie hatte uns darauf geantwortet: „Taten müßten sprechen." Jetzt hat auch sie ihren Standpunkt geändert, warum sollte dies bei den Werften nicht auch der Fall sein.

Kapt. **v. Selchow:** Das Gouvernement Kiel hat sich in glänzender Weise der Aufklärungstätigkeit angenommen.[15]) Es ist dafür eine neue Organisation gegründet, an deren Spitze ein Kapitänleutnant d. R., von Flottwell, steht, die gute Erfolge verspricht. Man versucht, besonders die Familien der Werftarbeiter zu erfassen.

Excellenz **Harms:** Nur die Werftdirektoren könnten Direktiven geben und den Direktoren müssen wir sie geben.[16])

Kapt. **Boy-Ed:** Es sind nur Anregungen, keine Direktiven möglich. Wir müssen die Sache vom generellen Standpunkt aus betrachten. Wenn wir uns in Kiel

[11]) Vgl. Nr. 347, Anm. 9.

[12]) Ursprünglich: „selbst".

[13]) Die vorangehenden vier Worte sind handschriftlich ergänzt.

[14]) Der vorangehende Satz ist handschriftlich eingefügt worden.

[15]) Vgl. Nr. 347, Anm. 13 und 16.

[16]) Die vorangehenden sieben Worte sind handschriftlich ergänzt.

einmischen, müssen wir es auch auf anderen Werften tun, dafür fehlt uns aber die Kenntnis der Arbeiter-Bedürfnisse.[17])

Excellenz **Harms:** Wir haben doch nur, praktisch genommen, zwei Punkte: Kiel und Wilhelmshaven. Dort brauchen wir einen Menschen, der die Sache in die Hand nimmt, also v. Flottwell und Blecher.

Kapt. **Boy-Ed:** Das ist alles Sache des Gouvernements, nicht unsere.

Excellenz **Harms:** Die Gouvernements müssen dafür sorgen, daß sie sich Plakate und Drucksachenmaterial verschaffen, ebenso geeignete Wanderredner. — In Wilhelmshaven habe ich mir die Kinos angesehen, die einen glänzenden Erfolg aufweisen. Das ist jedoch Dienst, die werden einfach hingeschickt. Es bleibt also nur übrig, daß die Herren Flottwell und Blecher nunmehr von den Kaiserlichen Behörden unterstützt werden. Anweisungen wären beispielsweise dahin zu geben, daß die Arbeitervorstände sich mit diesen Herren in Verbindung setzen und entsprechende Vorschläge dem Oberwerftdirektor machen. Ein Mann muß dafür verantwortlich sein, der sein ganzes Dasein an diese Aufgabe setzt. An diese können sich dann die Arbeiter- und Amtsvorstände wenden. Ich glaube bei kleinen Behörden ist nicht das geringste Verständnis für diese Aufgabe vorhanden.

Kaptlt. **Mantels:** Wir haben gerade bei kleinen Depots die besten Erfahrungen gemacht.

Reg. Rt. **Braun:** Solche Aufklärung muß auf neutralen Boden verlegt werden. Die Arbeiter reagieren ganz anders, wenn solche Verteilungen usw. nicht von ihren Vorgesetzten kommen.

Kapt. **Boy-Ed:** Die Oberste Heeresleitung hat keine Furcht vor dem Reichstag. Sie ist für ihre obrigkeitliche [?] Leitung des Vaterländischen Unterrichts[16]) heftig angegriffen worden und hat glänzend bestanden.

Wenn ein Oberwerftdirektor solche Propaganda ablehnt, so kann ich mich davon nicht überzeugt finden, daß deshalb nun nichts weiter mehr versucht werden soll. Die Aufklärung bei den Marinewerften ist sehr bescheiden. Der Herr Staatssekretär interessiert sich nur für diese Sache, weil er es nicht vermeiden kann. Die Armee ist selbständig vorgegangen und hat glänzende Erfolge erzielt.

Excellenz **Harms:** Die Verhältnisse von Armee und Marine sind kolossal verschieden. Wir haben es mit einer stramm organisierten Arbeiterschaft und mit einer außerordentlich linksstehenden zu tun. Unter den Berufen, die da in Frage kommen, sind es besonders die Schiffbauer. Der Hilfsdienst hat die Leute u. a. aufgehetzt. Die am besten bezahlten Leute sind auch die unruhigsten. Die unruhigsten Elemente sind wohl auf der Schichau-Werft.

Kapt. **Boy-Ed:** Ich glaube mir dies so zu erklären, daß diese Leute wissen, daß sie wichtige Arbeit leisten. Excellenz Scheer schrieb mir, daß er in diesem Streik eine gewisse Tendenz erblicke, den U-Bootskrieg zu erschweren. Darum müßte man rücksichtslos eingreifen. Er ist sich nicht[18]) ganz klar darüber, wie weit die

[17]) Die vorangehenden neun Worte sind handschriftlich ergänzt.

[18]) Handschriftlich ergänzt.

Verantwortlichkeit des Staatssekretärs und der Gouverneure bezüglich Einwirkung auf die Arbeiter[19]) geht.

Excellenz **Harms:** Der Staatssekretär hat gar keine Verantwortung, die hat der Gouverneur allein.[20]) Wir können bei Unruhen nichts machen, das liegt lediglich in den Händen der ausübenden Gewalt.

Kapt. **Boy-Ed:** Was die Verantwortlichkeit für die gesamte Aufklärungstätigkeit für die großen Massen des Volkes betrifft, so hat der Herr Reichskanzler auf Grund der letzten Vorgänge die vorgenannte Tätigkeit für sehr wichtig, wenn auch als etwas zu spät erkannt, und hat den Herrn Vicekanzler Excellenz v. Payer beauftragt, die ganze Aufklärungstätigkeit in die Hand zu nehmen, der wiederum den Pressechef beim Reichskanzler zur Mitarbeit heranzieht. (Sitzung in der Reichskanzlei vom 9. Februar 1918).[21])

Der Vertreter des Kriegsministeriums hat geäußert: Der Verkehr des Ausschusses mit den Marine- und anderen Behörden habe durch das Kriegsministerium zu geschehen.

Excellenz **Harms:** Betr. Verteilung von Flugblättern:

Im Falle eines Streikes müßten den Werftarbeitern[22]) die Flugblätter unter „ganz vertraulich" zugestellt werden. Der Unterschied würde ja hier nur der sein, daß, während sonst die Blätter nur so hingeschickt werden, man jetzt eine ausdrückliche Einladung beifügt, sich nach Wunsch von hier noch mehr Exemplare zu beschaffen.

Kapt. **Boy-Ed:** Betr. Mundpropaganda: Der Wunsch nach Vorträgen muß aus technischen Gründen von den Arbeitern selbst ausgehen.[23]) Es wird beschlossen, daß B die Arbeiter- und Amtsvorstände kommen läßt, um sich mit ihnen zu beraten, wie die Sache weiter ausgebaut werden kann. Kapitän v. Selchow und Kapitänleutnant Mantels werden hierbei hinzugezogen.[24])

B[oy-]E[d]

[19]) Die vorangehenden fünf Worte sind handschriftlich ergänzt.

[20]) Vgl. hierzu Nr. 157.

[21]) Vgl. Nr. 362, Anm. 2.

[22]) Offensichtlich sind nur Vorstände der Werftarbeiter gemeint.

[23]) In einem vorangehenden, durchgestrichenen Satz war auf ein entsprechendes Beispiel verwiesen worden.

[24]) Vgl. Nr. 350.

350.

Niederschrift über eine Besprechung der mit der Propaganda unter den Werftarbeitern beauftragten Offiziere und Beamten verschiedener Marinedienststellen im Reichsmarineamt.[1])

20. 2. 1918, 5038 P. — MGFA MA/Adm, Nr. 2420, P 35, Bd. 1, handschriftlich.[2])

Exzellenz **Harms:** Von der letzten Streikbewegung[3]) ausgehend. Frage der künfti-

[1]) Vgl. hierzu Nr. 347 und 349; ein Teilnehmerverzeichnis liegt nicht vor.

[2]) Der Verfasser der Niederschrift ist unbekannt.

[3]) Vgl. hierzu insbesondere Nr. 437, 438, 444 und 445.

gen Gegenmaßnahmen. Im Besonderen Frage der Gegenpropaganda gegen die von den U[nabhängigen] Sozialisten eingeleitete Propaganda (bolschewistische Ideen der Weltrevolutionierung).[4])

Es ist geltend gemacht worden, daß es sehr wichtig sei die ins Leben gerufene Propaganda (Vaterländischer Unterricht) zu verstärken. Bisher sei diese an den Werften außerhalb der Betriebe, in Speisehäusern usw. geschehen. Es fragt sich, ob man bei dieser Methode bleiben oder noch einen Schritt weiter und in die Betriebe gehen soll und ob dieses überhaupt möglich ist. Vorausschickend wird bemerkt, daß die Besprechungen noch keine Direktiven bedeuten sollen.

Die Heeresverwaltung hat im allgemeinen bei den Generalkommandos sog. Aufklärungsoffiziere eingesetzt, denen die Aufklärungstätigkeit sowohl für die Front, als auch für die Zivilbevölkerung zufällt. In gleicher Weise sind bei der Marine Offiziere bei den Gouvernements Kiel und Wilhelmshaven tätig.

Bei einer Besprechung mit den Generalkommandos am Sonntag und Montag in Berlin[5]) haben sich u. a. folgende Gesichtspunkte ergeben.

14. Korps. Es wurde die Frage aufgeworfen innerhalb der Werkstätten und innerhalb der Arbeitszeit, gegen Bezahlung der Zeit, Vorträge halten zu lassen. Im Saarrevier ist dieses jedoch als bedenklich angesehen worden. — Im *6. Korps* sind mit Theatervorstellungen gute Erfahrungen gemacht worden, indes muß dabei die Politik vermieden werden, da sonst von den „Aufzuklärenden" niemand kommt.

Im *4. Korps* haben sich die Arbeiter überhaupt gegen die Aufklärung ausgesprochen.

In der Schweiz arbeitet eine Organisation mit Mitteln von 200 Millionen Mark um die Stimmung bei uns zu vergiften.

Es ist eine sehr energische Gegenpropaganda notwendig, welche nunmehr auch großzügig in der „*Organisation eines Aufklärungsdienstes durch Flugblätter, Plakate, Bilder, Films und Vorträge*" geschaffen ist, unter Leitung der Reichsregierung, an deren Spitze der Vertreter des Herrn Reichskanzlers, Herr v. Payer, steht.[6])

Exzellenz Harms wird abberufen. Die Aufzeichnung der vorgenannten Organisation vom [9.][7]) II. 18 wird von

Geh. Reg. Rat **Dr. Braun** verlesen. Die Tätigkeit der genannten Organisation bezweckt die Zuleitung des Aufklärungsmaterials an die breiten Massen. — Zwecks Informierung über die Aufklärungstätigkeit in Heeresbetrieben hat Dr. Braun tags zuvor telefonisch die Ansichten des Wumba und des Kriegsamts eingeholt. Das Wumba steht deshalb noch in Unterhandlung mit dem Letzteren. Während das Kriegsamt „zentralisieren" will, will das *Wumba* allein vorgehen. Es wird von ihm beabsichtigt, Plakate in den Speiseräumen, Wohlfahrtsanstalten, Ankleideräumen usw. aufzuhängen. Ferner tritt das Wumba für

[4]) Vgl. Nr. 351.

[5]) Vgl. Nr. 444 und 445.

[6]) Vgl. Nr. 362, Anm. 2.

[7]) In der Vorlage erscheint das unzutreffende Datum des 19. 2. 1918.

Vorträge während der Arbeitszeit ein, monatlich einmal, 1 Std. nicht überschreitend, Erstattung des *Zeitlohnes*. Vorschläge für die Vorträge vom Arbeiterausschuß, wodurch mehr Propaganda zum Besuch der Vorträge erzielt wird. Flugschriften waren bisher nicht verteilt worden.[8])

Der Vertreter des Kriegsamts will sich im Einvernehmen mit dem Kriegs-Presse-Amt und den Generalkommandos mit den Privatrüstungsindustrien ins Benehmen setzen.[9])

Auf die von Dr. Braun an die erschienenen Vertreter der 3 Kaiserlichen Werften und der Torpedowerkstatt gerichtete Frage, in wieweit das ihnen von dem Nbüro[10]) zugestellte Aufklärungsmaterial verwendet worden sei, ist nach gleichlautender Angabe der bezeichneten Vertreter zuerst festzustellen, daß diese auf Grund der vom Nbüro übersandten Musterbroschüren usw., nach Sichtung des jeweils geeigneten Materials, die notwendige Anzahl direkt von den Gouvernements Kiel, Wilhelmshaven bezw. Generalkommando Danzig bezogen haben, um Zeitverluste zu vermeiden, wodurch es sich erklärt, warum beim Nbüro fast niemals Nachforderungen erfolgt sind und es den Anschein hatte, als wenn die Aufklärungstätigkeit bei den Werften usw. nicht das gewünschte Interesse gefunden habe.[11])

Korvettenkapitän **Simon,** Danzig. Die Plakate sind nicht allein im Werftspeisehaus, Ankleideräumen usw. sondern auch innerhalb der Werkstätten angeschlagen worden. Hierbei ist auch der Arbeiter-Ausschuß gehört worden. Ebenso sind auch Broschüren in den Werkstätten zur Verteilung gelangt. Korvettenkapitän Simon stand auf dem Standpunkte: „Keine halbe Maßregeln". Das Anschlagen der Wallrafrede[12]) habe geschadet. Hierdurch seien die Werftarbeiter überhaupt erst auf den Streik aufmerksam gemacht worden. —

Korvettenkapitän Simon beantragte einen Geldfond, um gegebenenfalls in der Lage zu sein auch anderes, nicht vom Nbüro vermitteltes Propagandamaterial sich schnellstens verschaffen zu können.

Korvettenkapitän **Hasse,** Friedrichsort: Bei der Torpedowerkstätte sind Plakate und Broschüren lediglich in der Speiseanstalt aufgehängt bezw. ausgelegt worden; dieses genügte hier aber auch, da sämtliche Arbeiter diese beträten.

Gewerberat **Jaspersen,** Kiel: Plakate und Broschüren sind an die einzelnen Werftressorts gegeben worden, doch sei nicht bekannt inwieweit sie von dort zur Aufhängung bezw. Verteilung gelangt sind. Bezüglich eines Aushängens der Plakate in den Werkstätten sei man zurückhaltend gewesen.

Korvettenkapitän **Hasse,** Friedrichsort: Auf besondere Bitte der Arbeiter fände in den Abendstunden allgemeiner deutscher Unterricht statt. Dieses wäre vielleicht eine Gelegenheit die „Aufklärungstätigkeit" dabei leise mit einfließen zu lassen.

---

[8]) Vgl. hierzu Nr. 357.

[9]) Vgl. hierzu Nr. 352.

[10]) Nachrichtenbureau des Reichsmarineamts.

[11]) Vgl. hierzu Nr. 349.

[12]) Vor dem Hauptausschuß des Reichstags am 26. 1. 1918, vgl. Schulthess 1918/I, S. 46 f.

Gewerberat **Zöllner**, Wilhelmshaven: Plakate sind in den Werkstätten nicht angeschlagen worden, wohl aber in den Werftspeisehäusern, Ankleideräumen, Wohlfahrtsanstalten, Lehrlingsheimen, Baracken, Arbeiter-Amt usw. Broschüren seien ebendort zur Verteilung bezw. Auslage gekommen. Ferner auch in den Sprechzimmern der Kassenärzte. Man wollte noch weiter gehen und diese Broschüren mit einem Stempel: „Zum Mitnehmen" versehen. In größeren Mengen sind Broschüren an sämtliche Arbeiter-Ausschußmitglieder, Vorsitzenden der christlichen Gewerkschafts-Vereine zur Verteilung gelangt. —

Zur allgemeinen Hebung der Stimmung fänden jeden Donnerstag Theatervorstellungen und Kinovorführungen für ein ganz geringes Entgelt statt, die mit der Aufklärungs-Tätigkeit nichts zu tun haben.[13]) Am meisten werden Erfolge durch Vorträge erwartet. Der Ansicht schließen sich auch die übrigen anwesenden Vertreter an.

Korvettenkapitän **Simon**, Danzig, hat unter vorheriger Anhörung des Arbeiter-Ausschusses bereits Vortrag zugelassen, bittet das Aufklärungsmaterial direkt an das Arbeiter-Amt, Fuchswall 6 zu senden.[14])

Gewerberat **Zöllner**, Wilhelmshaven, unter Beipflichtung der übrigen Vertreter, klagt über Mangel an Personal für die Aufklärungstätigkeit. —

Allgemein: Der Frage der Errichtung eines Kiosks zum Vertriebe der Broschüren wird allgemein Interesse entgegengebracht. Die Broschüren sollen neben Zeitungen usw. gegen einen geringen Betrag verkauft werden; man ist der Ansicht, daß der Arbeiter eine Broschüre, für die er Geld bezahlt hat noch eher liest, als wenn sie an ihn verschenkt wird. Der Verkäufer müßte an dem Verkauf dieser Broschüren stark interessiert werden, damit er dieselben unverfänglich anbieten und loszuwerden trachtet. In Danzig ist bereits in ähnlicher Weise verfahren unter Zuhilfenahme der Schrift [. . .] „Der Volkswart" (?), durch den allerhand aufklärende Artikel unter die Bevölkerung gebracht worden sind.

Korvettenkapitän **v. Selchow**: Weist auf zwei Wege hin, die beschritten werden können: 1. Die militärische Seite. 2. Auf dem Verwaltungswege. — Gibt einen kurzen Bericht über den vom 11. A.K. in Eisenach abgehaltenen Lehrgang unter Major Seebohm.[15]) Vortrag des Bankdirektors Pfeiffer unter Beifall sämtlicher anwesender Zuhörer aus der Bevölkerung aller Parteirichtungen auch [der] Sozialdemokraten. Versuch an die Arbeiter durch die Familien heranzukommen. Es ist beabsichtigt Offiziere und Marinestäbe zu ähnlichem Lehrgang in [Meiningen][16]) zu kommandieren. — In Kiel und Wilhelmshaven seien

[13]) Vgl. hierzu Nr. 321, Anm. 9.

[14]) Im Anschluß an die Besprechung vom 20. 2. 1918 wandte sich der Oberwerftdirektor der Kaiserlichen Werft Danzig, Kontreadmiral Hollweg, am 23. 2. 1918 unter „Ganz Geheim" an die Presseabteilung des Admiralstabes. „Zur Aufklärung der Arbeiterschaft über die Folgen der inneren Uneinigkeit und eines etwaigen neuen Streiks beabsichtigt die Werft: 1) Vorträge zu veranstalten, 2) Druckschriften zu verteilen, 3) Plakate auszuhängen." Hollweg bat um die Benennung entsprechender Redner und die Übersendung von Druckschriften; vgl. MGFA MA/Adm, Nr. 2418, P. 34, Bd. 1.

[15]) Über die intensiven Bemühungen des stellv. Generalkommandos des XI. AK vgl. Nr. 358.

[16]) In der Vorlage statt der Ortsangabe ein Fragezeichen; vgl. Nr. 358, Anm. 3.

besondere Aufklärungsoffiziere eingesetzt, die bisher als Centralstellen für den Frontunterricht tätig sind und den Kommandanturen unterstehen. Die gegenwärtig an diesen Stellen fungierenden Offiziere haben sich z. T. nicht als für die „Unterrichtstätigkeit" recht geeignet gezeigt. — Der Admiralstab wird seinen Einfluß geltend machen, daß hier geeignete Offiziere kommandiert werden. — Einverständniserklärung kleinere entstehende Ausgaben, z. B. Erstattung von Reisekosten für Vortragende aus dem zur Verfügung stehenden Fond zu bezahlen, größere Beträge können dem Fond nicht entnommen werden, evtl. müßte erst eine Erhöhung desselben beantragt werden.[17]) Zustimmung zu dem Vorschlage der Errichtung von Kiosken.

Korvettenkapitän **Hasse**, Friedrichsort: Macht auf den Hauptmann Jtes II. See-Wehr-Abteilung Friedr[ichs]Ort als sehr geeigneten Aufklärungsoffizier (im Zivilberuf Direktor einer Schule) aufmerksam.

Allgemein ist man der Ansicht, daß die ganze Aufklärungstätigkeit am richtigsten den Herren zufällt, die hierfür bei den Kommandanturen eingesetzt sind, denen neben der Frontaufklärung auch diejenige der Werften usw. zufallen müsse. Es müßten Mittel und Wege gefunden werden, die Aufklärungstätigkeit möglichst mit Hülfe der Gewerkschaften *außerhalb* der Betriebe auszuüben.[18]) Vorträge während der Arbeitszeit auch gegen Bezahlung, *in* den Betrieben werden als ganz ausgeschlossen bezeichnet. — Gegen eine Verteilung von Schriften, Anschlägen von Plakaten auch in den Betrieben (Werkstätten) werden keine Bedenken erhoben, sofern es sich lediglich um das vom N-Büro vermittelte Material oder desjenigen von der „Reichsorganisation" handelt. — Plakate, Flugschriften *irgend* einer politischen Partei sind ohne weiteres abzulehnen. —

Nach Wiedererscheinen von Exz. Harms gibt
Dr. Braun dem Genannten einen kurzen Überblick über das Ergebnis der Aussprache und stellt fest, daß wir bisher eigentlich schon mehr veranlaßt haben als die Heeresbetriebe.

---

[17]) Vgl. Nr. 347, Anm. 18.

[18]) Vgl. hierzu die Aktennotiz des Kapitänleutnants v. Koblinski vom 17. 6. 1918 über eine Unterredung mit C. Legien (MGFA MA/Adm, Nr. 2420, P 35, Bd. 1): „Am 17. 6. 18 suchte ich Herrn Legien, den Vorsitzenden des Gewerkschaftssekretariats auf und trug ihm die Bitte der Presseabteilung vor, sein Einverständnis zu geben, daß die Presseabteilung unter Berufung auf ihn Aufklärungsschriften an die Gewerkschaftssekretariate und Kartelle senden dürfte. Ich berief mich dabei auf den großen Erfolg, der mit der durch Herrn Giesberts, Vorsitzender der christlichsozialen Gewerkschaften, veranlaßten Propaganda erzielt war und das große Interesse, das auch in Arbeiterkreisen für die Marine herrsche. Herr Legien erklärte, daß er persönlich dem Gedanken sehr sympathisch gegenüberstehe, jedoch allein nicht entscheiden könne, sondern erst das Generalkommissariat befragen müsse. Er werde die mitgebrachten Schriften prüfen, das Resultat und den Vorschlag in der Versammlung vortragen und der Presseabteilung Nachricht geben. Ich regte dann an, daß von einem Ubootkommandanten Vorträge mit Lichtbildern im Gewerkschaftshaus selbst gehalten würden. Herr Legien verwies mich an Herrn Reichstagsabgeordneten Kristen [Körsten], der für Vortragsangelegenheiten und speziell für Berlin zuständig sei. Herr Legien äußerte starke Zweifel, ob bei der Haltung speziell der Berliner Gewerkschaftsführer, darauf eingegangen würde, da es ihm nicht gelungen sei, die Führer der Berliner Verbände zu einer Zustimmung zur Propagandierung der Ludendorffspende zu bewegen. Legien bemerkte dabei, daß er die Arbeiter für verständiger halte als die Führer."

Exzellenz **Harms:** Den Betrieben werden nunmehr Direktiven zur intensiveren Aufklärungstätigkeit zu geben sein[19]), wobei es den Oberwerftdirektoren überlassen bleiben muß Methoden ausfindig zu machen, die den lokalen Verhältnissen entsprechen.[20])

Auf nochmaligen Hinweis von Korvettenkapitän **Simon,** daß Geldmittel notwendig seien — sagt Exzellenz **Harms:** „Geld können Sie soviel bekommen wie Sie haben wollen — stellt R.M.A. zur Verfügung, Blankoschecks . . .".

Als Vorschlag wird gemacht:

für *Broschüren:* *Außerhalb* der Betriebe.

1) Auslegen in den Werftspeisehäusern, Wohlfahrts-, Ankleideräumen, Krankenhäusern, Kassenärzten usw.
2) Verteilung,
3) Niederlegen in größerer Anzahl mit Stempel: „Zum Mitnehmen".
4) In größerer Anzahl an die Vorstände der Arbeiter-Ausschüsse.

Innerhalb der Betriebe.

Verteilung in den Werkstätten und Büros.

Plakate: In entsprechender Weise.

[19]) Bereits am 6. 3. 1918 unterzeichnete der Staatssekretär den Entwurf von „Richtlinien für die Aufklärungstätigkeit in den Betrieben der Marineverwaltung", der dem Chef des Kriegsamts zur Stellungnahme übersandt wurde. Der Entwurf, der Erlaß der Richtlinien vom 7. 6. 1918 sowie deren „Berichtigung" (vgl. WUA, Bd. 10/I, S. 336 f.) entsprachen weitgehend den in der Vorlage enthaltenen Vorschlägen. Für den Entwurf vgl. MGFA MA/RMA, Nr. 4453, Ms. 7 b. 1 a, Bd. 1, für die Richtlinien vgl. MGFA MA/Adm, Nr. 2420, P 35, Bd. 1.

[20]) Wie schleppend diese Aufklärung in Gang kam, dafür bietet das Schreiben — Ganz Geheim — der Kaiserlichen Werft Kiel vom 12. 6. 1918 (!) ein Beispiel (MGFA MA/Adm, Nr. 2402, P 9, Bd. 2): „Es ist in Aussicht genommen, u. a. auch durch geeignete Vorträge auf die vaterländische Gesinnung der Arbeiterschaft einzuwirken und dadurchgleich zeitig etwaigen Wühlarbeiten feindlicher Agenten entgegen zu arbeiten. Die Vorträge würden durch den Wohlfahrtsverein der Werft veranstaltet werden."

351.

Schreiben des Kriegspresseamts an sämtliche stellv. Generalkommandos. Antistreikpropaganda mit Hilfe der gegen den deutschen Arbeiter gerichteten Äußerungen prominenter Persönlichkeiten der Entente.

27. 2. 1918[1]), Nr. 636 IV U. O. Geheim. — MGFA MA/Adm, Nr. 2420, P 35, Bd. 1, vervielfältigtes, eigenhändig vollzogenes Exemplar.

Die mit uneingeschränktem Eifer weiter betriebene Agitation zur Aufhetzung der Arbeiter zu Streiks läßt die Aufnahme einer energischen Gegenaktion im

[1]) Der Presseabteilung des Admiralstabes übersandt am 5. 4. 1918.

militärischen Interesse notwendig erscheinen.[2]) Das Kriegspresseamt beabsichtigt daher nach erfolgter Fühlungnahme mit der Obersten Heeresleitung, dem Kriegsministerium und den maßgebenden Zivilbehörden eine Auswertung solcher Aussprüche feindlicher Staatsmänner, Arbeiterführer und sonstiger hervorragender Persönlichkeiten, die sich besonders gegen den deutschen Arbeiter richten, in die Wege zu leiten.[3])

Diese Aussprüche sollen, mit vorsichtigen Überschriften versehen, unter Quellenangabe und (für die Richtigkeit) gezeichnet vom Kriegspresseamt in besonderer Aufmachung (große Lettern, farbiges Papier usw.) wie die beigefügten Muster[4]) zeigen, unter Leitung der Unterrichtsoffiziere der stellvertretenden Generalkommandos für die zuständigen Korpsbezirke verbreitet werden. Während das Kriegspresseamt die Beschaffung des Materials übernimmt und dieses bereits in entsprechender Aufmachung (nur als Anregung gedacht) den stellvertretenden Generalkommandos zugehen läßt, werden diese gebeten, die Drucklegung, die endgültige Bestimmung der Aufmachung und die Auswahl aus dem zur Verfügung gestellten Material zu veranlassen und dann am besten wohl mit Hilfe der örtlichen Polizeiverwaltungen regelmäßig — zunächst wöchentlich — ein Antistreikblatt zur Verbreitung zu bringen.[5])

Als geeignete Orte zur Verbreitung dürften sich weniger die Fabrik*höfe*, in denen die Zettel zu schnell abgerissen werden, als Fabrik*eingänge*, Zechenplätze, Verkehrszentren, Eingänge zu Lebensmittelläden, Bahnhöfe, Post, Wartesäle,

---

[2]) Bereits am 5. 2. 1918 hatte sich das Kriegspresseamt an die Unterrichtsoffiziere der stellv. Generalkommandos gewandt und zur Vorbeugung gegen weitere Streiks die Verbreitung von Druckschriften und Flugblättern unter der Arbeiterschaft empfohlen. Es wurde insbesondere auf folgende Druckschriften hingewiesen: Franz Behrens (Gewerkschaftssekretär, Reichstagsabgeordneter der Wirtschaftlichen Vereinigung), Was der deutsche Arbeiter vom Frieden erwartet. Ein Wort aus der Arbeiterschaft, Hagen 1917; C. M. Schiffer (Gewerkschaftssekretär der christl. Gewerkschaften in Düsseldorf), Friede und Brot; August Winnig (Vorsitzender des deutschen Bauarbeiterverbandes), Der englische Wirtschaftskrieg und das werktätige Volk Deutschlands, erschienen in der Reihe „Um Deutschlands Zukunft", hrsg. vom Bund deutscher Gelehrter und Künstler, Heft 3 (1917); Wilhelm Wallbaum (Mitglied des Preuß. Abgeordnetenhauses), Warum müssen wir durchhalten? Ein Wort an die deutsche Arbeiterschaft, Hagen 1917. Vgl. MGFA MA/Adm, Nr. 2420, P 35, Bd. 1. — Oberstleutnant Bauer versuchte mit Hilfe von Stinnes sogar den katholischen Episkopat zu einer Erklärung gegen alle Streikversuche zu veranlassen; vgl. Schriftwechsel mit Stinnes vom 24./28. 2. 1918, Nachlaß Bauer, Nr. 12. Vgl. hierzu Nr. 449, Anm. 1.

[3]) Admiral Scheer hatte sich mit einem ähnlichen Vorschlag, der ihm von unbekannter Seite unterbreitet worden war, am 3. 2. 1918 an den Chef des Admiralstabes gewandt und darauf gedrungen, „daß auf diesem Gebiet von der Zentralstelle aus mit größter Beschleunigung in weitem Umfange ans Werk gegangen" werde. Im Hinblick auf den Januarstreik schrieb Scheer: „Offenbar haben wir, trotz aller Aufklärungstätigkeit noch nicht die Wege gefunden, die zum Herzen und zum Verstand des Arbeiters führen." Vgl. MGFA MA/Adm, Nr. 2417, P 31, Bd. 3.

[4]) Liegen nicht vor.

[5]) Das Kriegspresseamt übersandte am 19. 3. 1918 weitere Muster und kündigte gleichzeitig wöchentliche Sendungen derartiger Plakate an. Über die Organisation der Plakat-Aufklärung und andere Themen fand am 15. und 16. 5. 1918 auf Veranlassung der OHL eine besondere Besprechung der Unterrichtsoffiziere in Berlin statt. Für beide Vorgänge vgl. MGFA MA/Adm, Nr. 2420, P 35, Bd. 1; GLA Karlsruhe Abt. 456, Bd. 84 (Einladung zu der Besprechung am 15./16. 5. 1918).

Wagen der elektrischen Straßenbahn und Schaufenster aller Straßen, wo Arbeiter verkehren, empfehlen.

Von dem Gesichtspunkte ausgehend, daß diese Propaganda auf die großen Städte und die Industrieorte beschränkt bleiben soll, wird gebeten, wo die Verteilung nicht durch die stellv. Generalkommandos übernommen wird, die in Frage kommenden Polizeibehörden zur Übernahme der Verteilung zu veranlassen und das Kriegspresseamt von deren Stellungnahme möglichst bald in Kenntnis zu setzen. Auch dürfte es sich empfehlen, sich der Unterstützung der Kriegsamtstellen zu versichern.[6])

Um die Aufmerksamkeit des Publikums noch besonders anzuziehen, wird vorgeschlagen, neben den Zetteln Bilder zum Aushang zu bringen. Näheres wäre mit dem Aushängedienst des Bild- und Film-Amts zu vereinbaren.

Das gleiche gilt von einer weiteren Anregung, der zufolge der Wortlaut der Zettel als Lichtbild in den Pausen der Lichtspieltheater und unter Vorführungen der Reklamescheinwerfer auf die Leinwand geworfen werden soll.

Die Kosten für die gedachten Maßnahmen: Organisation und Materialbeschaffung können mit Rücksicht auf die militärische Notwendigkeit nach Rücksprache mit dem Kriegsministerium aus Staatsmitteln bestritten werden. Es wird daher gebeten, die belegten Forderungsnachweise durch die Polizeiverwaltungen den stellvertretenden Generalkommandos vorzulegen und von diesen zum 10. jedes Monats an das Kriegspresseamt weiterzuleiten.

Würz.

[6]) Vgl. Nr. 352.

352.

Verfügung des Kriegsamts an die Kriegsamtstellen. Veranstaltung von Vorträgen für die Arbeiter der privaten Rüstungsindustrie.

13. 3. 1918, Nr. M 3a 2. 28 969. 3. 18. K. geh., Geheim! — GLA Karlsruhe Abt. 456, Bd. 84, vervielfältigtes Exemplar.[1])

Die letzte Streikbewegung[2]) hat gezeigt, daß vielfach in Arbeiterkreisen das Verständnis für die Notwendigkeit ständiger und ununterbrochener Anspannung der Arbeitskraft jedes Einzelnen noch nicht durchgedrungen ist. Die Gründe dafür liegen neben anderen zweifellos auch in der teilweise noch sehr mangelhaften Aufklärung der Arbeiterschaft.[3]) Das Kriegsamt verkennt nicht, daß eine solche Aufklärung besonderen Schwierigkeiten begegnen wird und mit besonderem Takt und größter Vorsicht zu handhaben ist, wenn nicht das Gegenteil des

[1]) Die Randvermerke des Bearbeiters im stellv. Generalkommando des XIV. AK, dem das Schreiben am 17. 3. 1918 nachrichtlich zugegangen war, sind kaum zu entziffern. Sie beziehen sich auf den Geschäftsgang, enthalten aber auch eine Reihe von Namen, vermutlich der Personen, die für Vorträge vor Arbeitern in Frage kommen.

[2]) Vgl. hierzu insbesondere Nr. 437, 438, 444 und 445.

[3]) Vgl. die Äußerung von Admiral Scheer, Nr. 351, Anm. 3, Nr. 358 und 360.

eigentlichen Zweckes erreicht werden soll.[4]) Andererseits erfordert die augenblickliche Lage gebieterisch, daß Wege gefunden werden, auf denen in weiterem Umfang als dies bisher geschehen ist, eine Aufklärung der Arbeiter vor allem in den Rüstungsbetrieben erfolgt.[5])

Die guten Erfahrungen, welche nach hier vorliegenden Berichten mit Vorträgen (Lichtbilder!) durch Offiziere, Geistliche und Mannschaften gemacht worden sind, die auf Grund ihrer Fronterlebnisse über die Verwendung, die Wirkung, den Bedarf etc., der von den verschiedenen Rüstungsbetrieben hergestellten Waffen, Munition, Flugapparate, Fesselballons etc. in Fabriken sprachen[6]), veranlassen das Kriegsamt, den Kriegsamtstellen die Prüfung der Frage nahezulegen, ob nicht auch für ihren Bereich die Abhaltung derartiger Vorträge angezeigt ist. Es wird darauf ankommen, daß *geeignete* Redner unter Vermeidung jeglichen Eingehens auf politische Fragen den Arbeitern überzeugend darlegen, wie ihre ihnen vielleicht unwesentlich erscheinende Arbeit zu ihrem Teil zum Gelingen des Gesamterfolges beizutragen vermag.

Von einer allgemeinen Anordnung möchte das Kriegsamt wegen der Verschiedenheit der örtlichen Verhältnisse, die verschiedene Arten der Durchführung oder nach Umständen auch deren Unterlassung bedingen können, absehen. Im allgemeinen werden bei einer Durchführung der vorgeschlagenen Aufklärungstätigkeit folgende Richtlinien zu gelten haben: Die Kriegsamtstellen arbeiten in enger Verbindung mit den Leitern des vaterländischen Unterrichts bei den stellvertretenden Generalkommandos. Das Kriegspresseamt, mit dem ins Benehmen getreten ist, wird dieselben auf den besonderen Zweck der geplanten Vorträge hinweisen und sie ersuchen, den Kriegsamtstellen, falls diese an die Leiter des vaterländischen Unterrichts herantreten, geeignete Redner (Lichtbildapparate) zur Verfügung zu stellen.[7]) Sollten geeignete Vortragskräfte dort nicht zur Verfügung stehen, so können dieselben unmittelbar durch das Kriegspresseamt angefordert werden, das seinerseits die Durchführung der Vorträge durch Vermittlung des mit ihm in Verbindung stehenden „Vortrags-Verbandes" ausführen lassen wird.

Die Kriegsamtstellen ihrerseits würden sich mit den privaten Rüstungsbetrieben ihres Bezirks, deren Auswahl ihrem Ermessen anheimgestellt bleibt, ins Benehmen zu setzen haben und dieselben *in geeigneter Weise* unter genauer Bezeichnung des in Frage kommenden Redners, des Themas und des Zweckes der

[4]) Vgl. hierzu Nr. 445, Anm. 36.

[5]) Vgl. hierzu Nr. 354.

[6]) Das Kriegspresseamt bezog sich auf Wünsche „aus den Kreisen der Leiter von Rüstungs- und Fabriksbetrieben", als es mit Schreiben vom 23. 2. 1918 die Presseabteilung des Admiralstabes um die Benennung geeigneter Offiziere und Mannschaften für diesen Zweck bat. „Maßvoll und besonnen im Ausdruck sollen die Vorträge sich grundsätzlich von der Erörterung parteipolitischer Fragen fernhalten. Ihr Hauptzweck soll sein, den Arbeitern und Arbeiterinnen die Wichtigkeit ihrer Arbeit für den ganzen Ausgang des Krieges und damit für das eigene Wohlergehen der Arbeiterschaft eindringlich vor Augen zu führen." Ein erster Versuch mit derartigen Vorträgen sollte in Berlin gemacht werden. Vgl. MGFA MA/Adm, Nr. 2418, P 34, Bd. 1, dort und in den folgenden Bänden (Nr. 2419, P 34, Bd. 2—5) auch die Berichte der eingesetzten Offiziere und Mannschaften.

[7]) Vgl. das Schreiben vom 16. 3. 1918, GLA Karlsruhe Abt. 456, Bd. 84.

Vorträge, wie er oben näher gekennzeichnet worden ist, um Mitteilung ersuchen, ob Bedenken gegen deren Abhaltung bestehen.[8]) Nur insoweit als die Firmen ihr Einverständnis dazu erklären oder von seiten der Arbeiterschaft ein gleichgerichteter Wunsch laut wird, werden Vorträge abzuhalten sein. Es wird sich dabei als vorteilhaft erweisen, daß die Vorträge in der Fabrik selbst und womöglich im Rahmen der Arbeitszeit unter Gewährung des Lohns abgehalten werden, damit eine weitgehendste Beteiligung der Arbeiterschaft (besonders auch der Frauen) gesichert ist. Zwecks Festlegung des Reiseweges des einzelnen Redners wird es sich empfehlen, daß der genaue Zeitpunkt des Vortrages von den Fabriken mitgeteilt wird. Der Inhalt der Vorträge wird in seinen wesentlichsten Punkten vorher zur Kenntnis der Kriegsamtstellen zu bringen sein.[9])

Das Kriegsamt sieht bis zum 1. Juni 1918 den Meldungen sämtlicher Kriegsamtstellen entgegen, inwieweit dem angeregten Gedanken entsprochen worden ist und welche Erfahrungen dabei gesammelt werden konnten.[10])

Soweit den Kriegsamtstellen selbst Redner bekannt sind, die für die angeregte Aufklärungstätigkeit hervorragend geeignet erscheinen und sich bereits besonders bewährt haben, sind die Namen derselben unter genauer Bezeichnung des von ihnen gewählten Themas und der Zeit, in der sie zur Verfügung stehen würden, sofort dem Kriegsamt mitzuteilen, damit diese Kräfte auch in anderen Bezirken für die überaus wichtige Aufklärungstätigkeit nutzbringend verwendet werden können.

Scheüch.

[8]) Der Schluß des Satzes ist in der Vorlage von Empfängerseite durch einen senkrechten Strich am Rande hervorgehoben.

[9]) Der vorangehende Satz ist in der Vorlage von Empfängerseite durch einen senkrechten Strich am Rande hervorgehoben.

[10]) Vgl. hierzu Nr. 359.

353.

Auszug aus einem Votenwechsel innerhalb des bayerischen Kriegsministeriums über die Formen einer Antistreikpropaganda im Heer.

24./30. 3. 1918, Zu Nr. 31801. — BHStA IV München, MKr 254.

[...][1])

[1]) Den Anlaß des Votenwechsels bildete das Schreiben des Kriegspresseamts vom 5. 2. 1918 (vgl. Nr. 351, Anm. 2). Das Pressereferat überwies das Schreiben an eine Sektion des Kriegsamts innerhalb des bayer. Kriegsministeriums und gab damit zu erkennen, daß es eine besondere Aufklärung des Besatzungsheeres über den Streik nicht beabsichtigte. Dagegen erhoben sowohl der Chef der Generalstabssektion der Armeeabteilung, Major v. Wenz zu Niederlahnstein, als auch der Chef der Armeeabteilung, Oberstleutnant Kreß v. Kressenstein, Einspruch. Der Letztere schrieb am 14. 3. 1918: „Der Streik während des Krieges ist eine Erscheinung von so weittragender militärischer Wirkung, daß die Aufklärung im Heere an ihr nicht wird vorübergehen können. Auf die politischen Ursachen des Streiks einzugehen, muß dabei vermieden werden. Daraus ergibt sich freilich eine Schwierigkeit, deren Überwindung Takt

Bei Durchführung der Anregung[2]) von A I, die die Billigung von A-Chef gefunden hat, würde die Aufklärungsorganisation[3]) in ganz neue Bahnen gelenkt werden; sie müßte ihren bisherigen politisch-neutralen Standpunkt aufgeben und würde dadurch — von den linksstehenden Parteien bisher schon gesuchte aber nicht entdeckte — Angriffsflächen bieten, die m. E. ihrer Gesamtwirksamkeit schweren Abbruch zufügen würde.

Zweifellos ist die Bekämpfung der Streikbewegung von größtem militärischen Wert. APr hat sich dieser Ansicht nie verschlossen. Nur will sie die Besprechung der Streikfrage aus dem Aufklärungsunterricht aus folgenden Gründen ausgeschlossen wissen:

Es ist nicht zu vermeiden, daß bei Besprechung der Streikbewegung auch auf die politischen Ursachen eingegangen wird. Die Obmänner haben gleich nach Ausbruch der Bewegung um Weisungen gebeten, wie sie sich der Frage gegenüber verhalten sollen. Hätte APr die Streikfrage für den Aufklärungsunterricht freigegeben, so wären nicht nur vereinzelt sondern allenthalben Entgleisungen eingetreten. Die Vertrauensleute hätten — ganz erklärlich — ihrem Unmut über die Bewegung Luft gemacht und nicht nur bei der strengsten Verurteilung Kurt Eisners, der Frau Lerch-Rabanowitsch sowie der sonstigen Hetzer der Unabhängigen[4]) Halt gemacht, sondern wären, militärisch und menschlich sehr begreiflich, noch weiter gegangen und hätten ganz bestimmt eine kräftige Polemik gegen die Sozialdemokratie beider Richtungen begonnen, da ihnen die politischen Zusammenhänge und Unterscheidungen fehlen, die es zu einer politischen Notwendigkeit machen, die sogenannten Regierungssozialisten in ihrem eigenen Kampfe gegen die Unabhängigen zu stärken. Die unmittelbare Folge einer derartigen Kampfansage der Aufklärungsoffiziere gegen die Sozialdemokratie als solcher überhaupt hätte bei einem Teil der Soldaten, die sozialistisch denken, diese Ausführungen als unrichtig und ungerecht empfinden lassen, es wäre zu Diskussionen gekommen; die Aufklärungssitzungen wären zu einem politischen Debattierklub mit schlimmsten innerlichen Nachwirkungen geworden. Es darf nicht vergessen werden, daß die Vertrauensleute — um eben wirkliche „Vertrauensleute" zu sein — zum großen Teil dem Mannschaftsstand

---

erfordert. Die Gefahr, daß da und dort eine Entgleisung vorkommt, muß m. E. in Kauf genommen werden, angesichts der Notwendigkeit, die Mannschaften darüber aufzuklären, warum die Regierung den Generalstreik mit den äußersten Mitteln bekämpfen muß." — Das Votum des Pressereferats liegt in maschinenschriftlicher Form, mit zahlreichen Unterstreichungen und Ergänzungen in der Handschrift des Oberstleutnants Falkner v. Sonnenburg vor. Die Unterstreichungen wurden nicht vermerkt. Die Stellungnahmen der übrigen Offiziere sind handschriftlich abgefaßt.

[2]) Major v. Wenz hatte am 13. 3. 1918 geschrieben: „Vom Standpunkt der A I aus muß unbedingt gefordert werden, daß die Truppenkommandeure als Leiter der Aufklärungstätigkeit ihren Einfluß geltend machen und den Mannschaften gegenüber aufklärend wirken, welchen immensen Schaden die Streiks in Betrieben, die uns Kriegsmaterial liefern, oder deren ungestörtes Arbeiten für die Kriegsführung von Bedeutung ist, verursachen können. Das ist keine politische, das ist eine rein militärische Handlung."

[3]) Vgl. hierzu Nr. 137 und 334, Anm. 7.

[4]) Die vorangehenden drei Worte sind handschriftlich eingefügt.

angehören, und deren Hörer[5]) daher nicht unter dem Zwange der militärischen Disziplin in ihren Entgegnungen stehen. Aber selbst dann, wenn solche Gegenäußerungen an die Vertrauensleute[4]) nicht offen in die Erscheinung getreten wären, hätten diese Vertrauensleute[6]) zum mindesten das Vertrauen vieler Kameraden verloren. Aus diesen Gründen erschien es nicht zweckmäßig in diesen politisch erregten Tagen Öl in das Feuer zu gießen. Die Erfahrung hat diesem Verhalten Recht gegeben: In den Februarberichten melden noch[7]) die Obmänner, daß die Soldaten vielfach mit ihren Sympathien auf Seite der Streikenden stehen — die Berichte sind sehr pessimistisch; im März dagegen berichten sie allgemein, daß die Streikbewegung von der Truppe verurteilt wird.

Dieser Umschwung ist also nicht durch Aufklärungsvorträge gegen den Streik[8]) erfolgt, sondern dadurch, daß es vermieden wurde, in einer erregten Zeit die Gegensätze noch zu verschärfen. Die eigene[7]) ruhige Überlegung nach der ersten Erhitzung hat den Soldaten von selbst darauf gebracht, daß ein Streik gerade ihn selbst, als Kämpfer in der Front, schädigen müßte; aus ihrer inneren Überlegung haben diese in der Mehrzahl, mit sehr gesundem Urteil begabten Leute erkannt, daß es in der Tat eine Versündigung an unserem ganzen Volke darstelle, wenn in dem uns aufgedrängten Daseinskampf ein Volksteil nun versage und sich der vaterländischen Pflicht zur äußersten gemeinsamen Verteidigungsarbeit freiwillig entzieht.

APr hat in diesem Gedankengange in Nr. 6 der „Mitteilungen des K.M."[9]) in Ziff. 78 darauf hingewiesen, welches Echo der Streik in der feindlichen Presse gefunden hat. Für den ruhig denkenden, noch nicht verhetzten Mann, dessen Anschauungen und Urteile noch schwankend waren, mußte diese indirekte psychologische Methode der Beeinflussung seines Denkens viel zwingender wirken, als eine offene, erregte Polemik. Die Erregung ist jetzt geschwunden, die Erinnerung verblaßt. Es erscheint daher zum mindesten fraglich, ob es jetzt, in der Zeit des Abflauens, psychologisch zweckmäßig wäre, aufs neue die Streikfrage anzuschneiden und die Gegensätze von neuem zu verschärfen. Sicherlich würden viele Vertrauensleute die Streikfrage mit größtem Eifer behandeln, wenn das Kriegs-Ministerium dies nicht nur grundsätzlich gestatten, sondern direkt befehlen würde. Die Folge wäre m. E. nur ein sehr starker Anreiz für die in jedem, auch dem Deutschen steckende Kritiksucht, für den Geist des Widerspruchs, der nur durch die strengste politische Neutralität, also nicht durch äußeren Zwang, sondern durch psychologische, mittelbare Wirkung niedergehalten wurde. Das Problem der Aufklärung ist und bleibt eben ein ausschließlich psychologisches und wird nur dann richtig gelöst, wenn die von A I, dem Herrn A-Chef und mir gleichmäßig erwünschte und militärisch als unbedingt notwendig erkannte Wirkung tatsächlich erreicht wird. Der Geisteszustand unseres Volkes hat sich eben im Laufe der 4 Kriegsjahre ganz außerordentlich verändert!

---

[5]) Die vorangehenden zwei Worte sind handschriftlich eingefügt.

[6]) In der Vorlage ursprünglich „hätten sie".

[7]) Handschriftlich eingefügt.

[8]) Die Worte „also [. . .] gegen den Streik" sind handschriftlich ergänzt.

[9]) Liegt nicht vor.

Auch [Dr. Meßmer][10]) berichtet mir, daß ihm seine geistlichen Vertrauens[...][11]) bei den Bezirkskonferenzen auf dem Lande übereinstimmend mitgeteilt hätten: „Unser Volk ist ein ganz anderes geworden, — es hat gelernt selbst politisch zu denken, sich selbst sein eigenes Urteil zu bilden und lehnt jede Form der Aufklärung, in der es politische Zwecke vermutet, mit größtem Mißtrauen ab.“[12])

Bei voller Einigkeit des Zieles, auch in der Streiksache, beziehen sich meine Zweifel lediglich auf die Zweckmäßigkeit der von A I angeregten Mittel. A I will unmittelbar den militärischen Zweck erreichen, m. E. aber erscheint die mittelbare Beeinflussung in Bezug auf deren Wirkung als die erfolgreichere.

Es erscheint mir jedoch nach reiflicher Überlegung nicht unmöglich einen Mittelweg zu finden, den ich zunächst nur ganz allgemein dahin skizzieren möchte, daß nach wie vor die Streikfrage aus dem Aufklärungsunterricht ausgeschaltet bleibt; daß dagegen wenn schon darüber gesprochen werden soll[5]), die militärischen Dienstvorgesetzten, die Bataillons-, die Kompagnieführer angewiesen werden im Dienstunterricht ihrer Anschauung Ausdruck zu geben. Der Dienstvorgesetzte hat viel mehr wie der Vertrauensmann das rein dienstliche Interesse im Auge, er bespricht in der dienstlichen Instruktionsstunde, in der es keine Diskussion gibt, die militärische Seite des Streiks; er hat es nicht nötig auf dessen politische Ursachen einzugehen; er hat keine Zwischenfragen zu beantworten. Der Vertrauensmann, der gewohnt ist, Fragen wirtschaftlicher, sozialer, rechtlicher Natur, sowie solche[7]) der äußeren Politik sich zu überlegen und darüber zu sprechen, der durch seine Stellung mit dem rein militärischen Dienst nur ganz lose verknüpft ist, wird daher viel eher der Gefahr verfallen, sich auf das parteipolitische Gebiet zu begeben, als der militärische Vorgesetzte. Allein schon[7]) dadurch, daß die Frage im Dienst- und nicht im Aufklärungsunterricht besprochen wird, sieht der Mann, daß es sich hier um eine rein militärische Maßnahme, nicht um politische Erörterungen und Einwirkungen handelt.

Bei der grundlegenden politischen Wichtigkeit der Frage erbitte ich die Entscheidung Seiner Exzellenz des Herrn Ministers, ob auch fernerhin an dem hier entwickelten, in der Praxis bewährten, Grundsatze der Aufklärungstätigkeit für die Folge festgehalten werden soll, oder ob nach den Anregungen von A I und A-Chef die Streikbewegung zu einem Gegenstand der Erörterung durch die Vertrauensleute der Aufklärungsorganisation bei den Truppen des Besatzungsheeres gemacht werden soll, deren Behandlung im Dienstunterricht durch die Militärvorgesetzten mir demnach[8]) als der empfehlenswertere Weg erscheint.

Um meine Auffassung über den Gesamtkomplex der hier einschlägigen Fragen erneut darzulegen, nehme ich Bezug auf eine von mir vor 3 Jahren niedergeschriebene, hier beigelegte Denkschrift vom 7. 2. 15 Nr. 12805[9]), auf deren Seiten 11, 12 und 13 die Grundsätze umschrieben wurden, die m. E. in der Behandlung der Sozialdemokratie während dieses Krieges vom staatsmännischen Standpunkt aus zu beachten waren. Die Entwickelung der Ereignisse vom Februar

[10]) Lesart unsicher.

[11]) Das Wort ist nicht zu entziffern; im Sinne von: Vertrauensleute.

[12]) Der vorangehende Absatz ist handschriftlich eingefügt.

1915 bis zum heutigen Tage haben die dort ausgeführten Gedankengänge zum mindesten nicht Lügen gestraft.
Womit über A I zu A-Chef.

v. Sonnenburg 24/3.

Sektion I entnimmt den vorstehenden Ausführungen, daß die Stellungnahme zur Streikfrage nicht als ganz außerhalb der Aufklärungstätigkeit liegend betrachtet wird. Auf diese Feststellung kam es A I an. Welche Methode einzuschlagen ist, um das Ziel zu erreichen, das in den „Richtlinien für die Durchführung der Aufklärungstätigkeit" in Ziffer 2 klar umrissen ist[13]), mag vollkommen der Leitung des Aufklärungswesens überlassen bleiben.

v. Wenz 27/3.

Auch ich habe nie die „Erörterung der Streikbewegung" als Gegenstand der Aufklärungstätigkeit der Vertrauensleute im Auge gehabt. Ich bin aber der Anschauung, daß eine Erscheinung, die — wie die letzten Streiks — das gesamte Volk und insbesondere unsere Soldaten an der Front tief bewegt hat, nicht mit völligem Stillschweigen übergangen werden kann, weil daraus Schlüsse gezogen werden könnten, die unerwünscht sind. Der Soldat an der Front soll und muß wissen, wie die Militärbefehlshaber über den Streik und über seine Folgen für die Kriegführung denken. Sein Urteil darüber soll er sich selbst bilden. Ich bin mit A I der Anschauung, daß die Methode die gerade in diesem Falle einzuhalten ist, der Leitung des Aufklärungswesens überlassen bleiben darf.

Kreß 30/3.

Über die Notwendigkeit, den Mannschaften klarzulegen, welche Wirkungen auf die Kriegführung eine Streikbewegung ausübt und wie sich die Streikenden am Vaterland und an den Frontkämpfern versündigen und letzten Endes sich selbst schaden, besteht nach Vorstehendem Übereinstimmung. Man darf bei der Bedeutung der Sache den Kopf nicht in den Sand stecken, sondern muß fest, aber auch besonnen und geschickt zugreifen und den Soldaten unverblümt sagen, daß und warum seine Vorgesetzten den Streik schärfstens verurteilen und mit allen Mitteln gegen ihn ankämpfen.
Mit dem Vorschlag von APr, auf welche Weise diese Belehrungen stattzufinden haben und mit seiner Begründung bin ich durchaus einverstanden. Hiernach bliebe also die Streikfrage aus dem Aufklärungsunterricht nach wie vor ausgeschaltet, wäre dagegen im Dienstunterricht zu behandeln. Hierbei ist zu erwägen, ob es sich nicht empfiehlt, den Besatzungstruppen klare Richtlinien für diesen Unterricht hinauszugeben, um Entgleisungen und Seitensprünge auf das parteipolitische Gebiet nach Möglichkeit hintanzuhalten.

von Hellingrath 30. 3. 18.

[13]) Die Ziffer der dem Erlaß vom 30. 7. 1917 (vgl. Nr. 334, Anm. 7) beigegebenen Richtlinien lautet: „Zu diesem Zweck ist es nötig: a) die Stimmung im Heer und im Land mit allen Mitteln zu heben, den Willen zum Durchhalten zu stärken; b) falsche und übertriebene Gerüchte richtig zu stellen, Verhetzungen und Mißstimmungen sachlich entgegenzutreten; c) die Gründe der als drückend empfundenen Maßnahmen und staatlichen Anordnungen klarzulegen; d) den Nachweis zu liefern, daß der Staat bestrebt ist, für den Soldaten und seine Angehörigen zu sorgen, nicht nur während des Krieges sondern auch in Zukunft; e) dem einzelnen Mann in allen persönlichen Angelegenheiten mit Rat und Tat zur Seite zu stehen (Beratungsstellen)."

354.

Bericht des stellv. Generalkommandos des XIII. AK über Verlauf und Ergebnis einer Aufklärungstagung mit Vertretern der organisierten Arbeiterschaft Württembergs.

25. 4. 1918, Stuttgart, Abt. II d (UO) Nr. 600 Kr. — GLA Karlsruhe Abt. 456, Bd. 84, Abschrift[1]).

Seit Bestehen des Unterrichtsdienstes beim stellv. Generalkommando des XIII. (Kgl. Württ.) A.K. war es das Bestreben des Unterrichtsoffiziers[2]), an die Arbeiter der Industrie, insbesondere an die der Rüstungsbetriebe heran zu kommen und es wurde über die einzuschlagenden Wege mehrfach mit den in Betracht kommenden Referenten des Kgl. Württ. Kriegsministeriums (Abteilung für Kriegsamtsangelegenheiten) Besprechungen gepflogen. Angesichts der bestehenden Schwierigkeiten[3]) wurde als Ziel gesteckt: erstens zu erreichen, daß aus den Kreisen der Arbeiterschaft selbst der Wunsch ausgesprochen werde, in die Aufklärungsarbeit hineingezogen zu werden und zweitens insbesondere mit denjenigen Betrieben in dauernde Fühlung zu kommen, deren Arbeiterschaft innerhalb des Korpsbereichs eine gewisse führende Stellung einnimmt. Bezüglich des ersten Punktes wurden gelegentlichen Aufforderungen seitens der christlich organisierten Arbeiterschaft zur Abhaltung von Vorträgen selbstverständlich stets Folge geleistet, ferner wurde erreicht, daß von den Angehörigen des Kgl. Hüttenwerks in Wasseralfingen und der Zeppelinwerke in Friedrichshafen immer wieder Vorträge seitens der zuständigen Unterrichtsoffiziere angefordert wurden. Unter die Gruppe der in Württemberg führenden Betriebe mit nicht immer ruhiger Arbeiterschaft gehören ganz entschieden die Daimlerwerke in Untertürkheim mit 12000 Arbeiter, die Betriebe von Robert Bosch in Stuttgart und Feuerbach mit je ungefähr 6000 Arbeitern und die verschiedenen Zeppelinwerke in Friedrichshafen mit zusammen mehr als 6000 Arbeitern. Ein besonders unruhiges Element bilden fernerhin die Arbeiter von Göppingen, verteilt in zehn kleinere Betriebe von 200 bis 800 Arbeitern. Mit diesen Betrieben, deren Verhalten für die ganze Arbeiterschaft Württembergs von maßgebender Bedeutung ist, wurde in der Weise Fühlung gesucht, daß der Unterrichtsoffizier die Versammlungen der

[1]) Das Kriegspresseamt übersandte am 25. 5. 1918 sämtlichen stellv. Generalkommandos eine Abschrift des Berichts. „Der Bericht hat dem Kriegsamt und Chef III b vorgelegen und ist von diesen Stellen die Art und Weise, wie dieser Lehrgang durchgeführt wurde, für durchaus zweckmäßig und beachtenswert bezeichnet worden." Das Kriegspresseamt regte entsprechende Maßnahmen der stellv. Generalkommandos an.

[2]) Hauptmann d. R. Prof. Dr. Hermelink.

[3]) In einem Schreiben des stellv. Generalkommandos des XIII. AK vom 10. 4. 1918 an das württ. Kriegsministerium heißt es hierzu deutlicher: „Aus bekannten Gründen stießen alle diese Bemühungen auf besondere Schwierigkeiten, insbesondere nach den bekannten Zusammenstößen im Reichstage [vgl. Nr. 341, Anm. 1], durch welche die Aufklärungsarbeit in Arbeiterkreisen in einen gewissen Verruf gebracht wurde." HStA Stuttgart XIII. AK, Abt. II, Bd. 66. Zu der im folgenden erwähnten Kritik der Industriellen an einem gemeinsamen Mittagessen, vgl. R. Merton, Erinnernswertes aus meinem Leben — das über das Persönliche hinausgeht, Frankfurt/M. 1955, S. 27 f.

Arbeiterausschüsse, über die vom Vertreter des Kgl. Württ. Kriegsministeriums (Abteilung für Kriegsamtsangelegenheiten) ihm Mitteilung gemacht wurde, besuchte und die Klagen der Arbeitervertreter, die in der Hauptsache Ernährungsschwierigkeiten betrafen, mit anhörte um sie in Gemeinschaft mit dem Kriegsamtsvertreter nach Möglichkeit zurückzuweisen bezw. richtig zu stellen. Als Ergebnis solcher Vorbesprechungen ist mit den Vertretern der Arbeiterausschüsse von Daimler und Bosch die Abhaltung eines Lehrgangs über kriegswirtschaftliche Fragen, an dem die Vertreter der Arbeiterausschüsse sämtlicher Rüstungsbetriebe Württembergs teilzunehmen hätten, in Vorschlag gebracht worden.

Am 15. und 16. April fand dieser Lehrgang statt. Einladungen hierzu ergingen an die Vorsitzenden der Arbeiterausschüsse in sämtlichen Rüstungsbetrieben, die Namen der Vorsitzenden waren hierher durch den Stuttgarter Bezirksleiter des deutschen Metallarbeiterverbandes (9. Bezirk) bekannt geworden. Außerdem ergingen Einladungen an die Bezirksleitungen des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, des christlichen Metallarbeiter-Verbandes und des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins für Metallarbeiter und Maschinenbau, sowie des Fabrikarbeiter-Verbandes mit dem Anheimgeben, je 1 bis 3 Gewerkschaftsbeamte zu diesem Lehrgang abzuordnen. Auch wurden je die Vorsitzenden des Stuttgarter Gewerkschaftskartells sowie des evg. und kath. Arbeitervereins in Württemberg von dem Unternehmen benachrichtigt. An die Werksleitungen erging eine Mitteilung worin gebeten wurde, den betreffenden Arbeitern einen entsprechenden Urlaub zu gewähren. Auch wurden die Vorsitzenden des Verbandes württembergischer Metallindustrieller zur Teilnahme eingeladen. Anfangs wurden von dieser Seite Bedenken laut: das stellv. Generalkommando stärke in unnötiger Weise das durch den Krieg ungeheuer gewachsene Selbstbewußtsein der Arbeiter. Auch wurde namentlich Anstoß genommen an dem Programmpunkt des gemeinsamen Mittagessens im Metallarbeiterheim; es erschien als unwürdig, daß Offiziere mit Arbeitervertretern zusammen zu Tisch säßen. Doch der Verlauf der Tagung hat die Bedenken zum Stillschweigen gebracht und es ist auch von der Seite der Arbeitgeber zum Schluß anerkannt worden, daß durch die ganze Veranstaltung ein nationaler und volkswirtschaftlicher Gewinn erzielt worden sei. Den Teilnehmern wurde das Reisegeld nach Stuttgart, der Lohnausfall für die beiden Tage, sowie ein Tagegeld von 15 M für Auswärtige, von 10 M für Stuttgarter Arbeiter vergütet. Die Hoffnung, daß ein größerer Teil der Arbeitgeber den Lohnausfall selbst tragen würde, hat sich nicht erfüllt. Nur zwei Firmen haben Lohnausfall und Reisegeld, zwei die Kosten der ganzen Tagung für ihre Arbeiter bestritten. Im Ganzen waren Arbeiter von 113 Werken mit zusammen 186 Vertretern beteiligt; bei den Werken mit über 1000 Arbeitern wurde für jedes Tausend ein weiterer Vertreter eingeladen.

Der Lehrgang wurde eröffnet durch eine Begrüßung seitens des Chefs des Stabs des stellv. Generalkommandos[4]), worin auf die gegenwärtigen Entscheidungskämpfe im Westen hingewiesen und zugleich auch zur Geduld und zum Abwarten der letzten Auswirkung dieser Entscheidungsschläge gemahnt[5]) wurde

[4]) Generalmajor v. Stroebel.

[5]) Vgl. hierzu Nr. 463, Anm. 9.

Darauf gab der Unterrichtsoffizier einen Überblick über die Methoden der feindlichen Propagandaarbeit[6]) (als sehr wirksam wurde in der späteren Aussprache die Beschreibung einzelner seinerzeit im Bild- und Film-Amt vorgeführten Hetzfilme erwähnt). Auf dieser Folie wurde es als selbstverständlich empfunden, daß auch wir (wie ein Zwischenruf sagte „viel zu spät") eine Propaganda auch im Inland entfalten. Die Behörden und Mittel dieser Propagandaarbeit, das Kriegspresseamt mit seinen Veröffentlichungen, das Bild- und Film-Amt mit seinen Plakaten, Schaubildern, Werbefilmen und Lichtbildern wurden kurz beschrieben. Plakate und Schaubilder aller Art waren an den Wänden des Sitzungssaales angeschlagen, die für die Arbeiterschaft geeignet erscheinenden Werbeschriften und Lichtbilderverzeichnisse lagen auf jedem Platz aus. Es wurde zu recht reger Benutzung dieser Propagandamittel aufgefordert.

Als Redner sprachen am ersten Tage Professor Dr. Wiedenfeld, Vormittags und Nachmittags je 1 ½ Stunden über „Die Rohstoffversorgung im Kriege". An Stelle des in Aussicht genommenen, aber an der Teilnahme verhinderten, Generalstabsoffiziers vom Kriegspresseamt sprang der Unterrichtsoffizier des stellv. Generalkommandos mit einem Vortrag über „Die Kriegslage" ein. Für den Abend konnten eine Reihe von Plätzen in den beiden Häusern des Hoftheaters zur Verfügung gestellt werden. Der Rest der Teilnehmer wurde in ein Kino geführt, wo einige Filme des Bild- und Film-Amtes, besonders „U-Boote heraus" mit großem Beifall vorgezeigt wurden.

Am zweiten Tage sprach zunächst Reichstagsabgeordneter Giesberts über „Wirtschaftliche Fragen und Sozialpolitik während und nach dem Kriege". Darauf fand eine ausgiebige Aussprache über die bisherigen Vorträge statt. Bei derselben wurde seitens des die Versammlung leitenden Unterrichtsoffiziers Wert darauf gelegt, je nach zwei Arbeitervertretern wieder einen der Referenten des Kgl. Württ. Kriegsministeriums bezw. des stellv. Generalkommandos zum Worte kommen zu lassen. Durchweg wurde die Veranstaltung als höchst dankenswert und für die Zukunft wichtig anerkannt, insbesondere von den Landtagsabgeordneten Reichel und Andre, wenn auch natürlich dazwischen hinein echte Töne der Arbeiterunzufriedenheit nicht fehlten. Man spürte, daß die Leute das Bedürfnis hatten, einen Teil ihrer Klagen, die ihnen in ihren Arbeiterausschüssen zu schaffen machen, dem stellv. Generalkommando gegenüber abzuwälzen. Sehr geschickt und wirksam waren auch in der Debatte die glänzenden Entgegnungen der Referenten Wiedenfeld und Giesberts. Auch wurden alle berichtigenden Bemerkungen des Unterrichtsoffiziers und der anwesenden Vertreter des Kgl. Württ. Kriegsministeriums mit Beifall entgegengenommen. Das Interesse steigerte sich noch am Nachmittag des zweiten Tages, als von Dr. Wohlmannstetter im Beisein von Württembergischen Vertretern der Landesversorgungsbehörden und des Stuttgarter städt. Lebensmittelamtes Ernährungsfragen besprochen wurden. Zum Schluß fanden Besichtigungen der städtischen Kriegsküche und der städtischen Lagerräume statt.

Der Erfolg der Tagung war derart durchschlagend, daß während derselben und kurz nach ihr von verschiedenen Teilnehmern Bestellungen auf Plakate, Bro-

[6]) Von „Überblick" bis „Propagandatätigkeit" in der Vorlage von Empfängerseite unterstrichen.

schüren und Vorträge einliefen. Eine ganze Reihe von Leitern der Arbeiterausschüsse (zum Beispiel Ulm, Heilbronn, Aalen, Oberndorf, Friedrichshafen) baten, es möchten mit den Arbeitern ihrer Werke an Ort und Stelle ähnliche Besprechungen abgehalten werden. Auch wurde von dem Anerbieten Gebrauch gemacht, mit Lichtbildern Vorträge über die in Rüstungsbetrieben hergestellten Waffen, Munition, Flugapparate zu veranstalten.[7]) Bei den persönlichen Berührungen, die anläßlich dieser Führungen und während des im Metallarbeiterheim veranstalteten Essens zwischen Offizieren und Arbeitern stattfanden, trat gerade noch mehr als bei der offiziellen Aussprache die allgemeine Freude und Genugtuung über den trefflichen Verlauf der ganzen Veranstaltung zu Tage.

An dem Lehrgang nahmen auch die (zirka 25) im Unterrichtsdienst des stellv. Generalkommandos erprobtesten Offiziere teil.[8]) Sie waren also alle Zeugen der hierbei zu Tage tretenden Stimmung und der Äußerungen der Diskussionsredner. Auch hatten sie Gelegenheit mit den Arbeitervertretern gerade ihrer Bezirke in Fühlung zu kommen. Sie sind dazu berufen, die Ergebnisse der Tagung weiter zu verwerten. Es war von Anfang an das Bestreben des Unterrichtsoffiziers des stellv. Generalkommandos, eine Spezifizierung der Interessen seiner Mitarbeiter herbeizuführen, so daß der eine über den U-Bootkrieg, der andere für die Flugwaffe und verwandte Gebiete, der dritte für volkswirtschaftliche Fragen, ein anderer für Ernährungsfragen usw. als Hauptreferent und Redner innerhalb des Korpsbereichs zu gelten und sich fortzubilden hatte.[9]) Mit Hilfe dieser Mitarbeiter soll nun die in Frage stehende Aufgabe der Zukunft gelöst werden. Es ist davor zu warnen, irgendwelche beliebige fremde mit Arbeiterkreisen und der Arbeiterstimmung nicht genügend vertraute Redner abzuordnen, mögen sie auch noch so interessant und packend reden können, denn es besteht die Gefahr, daß durch irgend welche nebensächliche Wendung eine plötzliche Mißstimmung herbeigeführt und viel an der ganzen Aufgabe verdorben wird. Nach dem hier bestehenden Plan sollten vielmehr die in der Unterrichtstätigkeit bewährten Organe sich in die für Arbeitervorträge in Betracht kommenden Stoffgebiete einarbeiten und je nach Bedürfnis hin und her verwendet werden. Sie sind dann auch am ehesten im Stande den in gleicher Weise immer wiederkehrenden Einwendungen und Klagen zu begegnen.

Nach den hier gemachten Erfahrungen konzentriert sich das Interesse der Arbeiter um die drei Mittelpunkte der Kriegs-Rohstoff- und Übergangswirtschaft, der Kriegsernährungsfrage und der rein militärischen Lage und Waffentechnik. Es besteht die Absicht, außer den schon genannten Unterrichtsoffizieren auch Volkswirtschaftler und einzelne Referenten der württembergischen Ernährungsbehörden (Landesversorgungsstelle, Landesgetreide- und Fleisch-Stelle und Landeskartoffelstelle) für die bevorstehende Aufklärungspropaganda unter der Arbeiterschaft heranzuziehen. Ein Haupterfordernis der ganzen Aufklärungstätigkeit in Arbeiterkreisen ist es nach hiesigen Erfahrungen, daß man den Arbeiterführern Gelegenheit zur Aussprache gibt, um die Ventile der Unzufriedenheit zu öffnen.

[7]) Vgl. Nr. 352, Anm. 6.

[8]) Vgl. Nr. 325.

[9]) Von „Hauptreferent" bis zum Schluß des Satzes in der Vorlage von Empfängerseite unterstrichen.

Sehr bewährt haben sich im württembergischen Korpsbereich jene im Anfang dieses Berichts erwähnten regelmäßigen Besprechungen des (von einem oder mehreren seiner Mitarbeiter begleiteten) Unterrichtsoffiziers mit den Arbeiterausschüssen der führenden Betriebe.[10]) Die Arbeitervertreter stellten dabei alle möglichen Fragen über die Tagesereignisse („Wie denken Sie über den Ostfrieden?" „Weshalb wurde bei der Hauptschlacht in Frankreich gerade das alte Kampfgebiet der Somme gewählt?" usw.) die anspruchslos als Privatmeinung des Unterrichtsoffiziers bezw. seiner militärischen Begleiter beantwortet wurden, jedoch zu weiterem Nachdenken und zur Erörterung unter den Arbeitskollegen führen mußten. Selbstverständlich ist von Anfang an erklärt worden, daß es keineswegs die Absicht des stellv. Generalkommandos seine könne, die sozialdemokratische Gesinnung der mit dem Unterrichtsoffizier zusammenkommenden Arbeiter weg zu disputieren, daß es sich vielmehr nur darum handle, bei gegenseitiger Wahrung der Standpunkte das Wissen über den Krieg und seine Erscheinungen zu erweitern und eine Arbeitsgemeinschaft zum Besten unseres Volkes zu gewinnen. Von seiten der Gewerkschaften wird dementsprechend das ganze Unternehmen, das tatsächlich auf eine Stärkung der moralischen und intellektuellen Autorität der Arbeiterführer[11]) hinausläuft, auch unterstützt. Doch werden von seiten solcher Unternehmer, die mit der gewerkschaftlichen Vertretung ihrer Arbeiter auf gespannterem Fuße stehen eher Bedenken erhoben werden. Es [stehen][12]) aber diesen Bedenken solche entschiedene Vorteile gegenüber, daß hierorts die Absicht besteht, neben der ins große gehenden Propaganda auch diese Art der Arbeiterbeeinflussung mehr in kleinen aber führenden Kreisen auch in Zukunft weiter fortzuführen.[13])

Von seiten des stellv. General-Kommandos
I. A.
gez. Unterschrift.

[10]) Die vorangehenden zwei Sätze sind in der Vorlage durch Unterstreichungen („Gelegenheit zur Aussprache", „Besprechungen", „Unterrichtsoffizier mit den Arbeiterausschüssen") und einen senkrechten Strich am Seitenrand von Empfängerseite hervorgehoben.

[11]) Von „tatsächlich" bis „Arbeiterführer" in der Vorlage von Empfängerseite unterstrichen.

[12]) In der Vorlage „bestehen".

[13]) Vgl. Nr. 365.

355.

Denkschrift des im Kriegspresseamt tätigen Hauptmanns Weiß über den „Vaterländischen Unterricht" während der Übergangszeit und im Frieden.

Anfang Mai 1918. — HStA Stuttgart XIII. AK, Abt. II, Bd. 67, Abschrift[1]).

I. Im Heere.

1. Der vaterländische Unterricht bleibt auch im Frieden ein Zweig des allgemeinen Dienstunterrichts.[2])

2. Auf Grund der gewonnenen Erfahrungen ist beim Kriegsministerium eine Zentralstelle einzurichten.

3. In den Vordergrund tritt an Stelle der in den „Leitsätzen für den vaterländischen Unterricht unter den Truppen"[3]), Kapitel IV, aufgeführten Gegenstände des Unterrichts die staatsbürgerliche Erziehung oder mit anderen Worten „die Erziehung des Mannes zum Staatsbewußtsein". Themata hierfür sind:

a) Das Werden der deutschen Einheit.

b) Das Verhältnis Deutschlands zu den übrigen Völkern.

c) Das deutsche Land.

d) Das deutsche Volk.

e) Die deutsche Volkswirtschaft.

f) Die deutsche Kulturarbeit.

g) Die deutschen Staatseinrichtungen und die Stellung des deutschen Staatsbürgers im Reich und in der Welt.

Durch diese staatsbürgerliche Erziehung wird die Bildung des Mannes so weit gehoben, daß er sich selbst ein Urteil darüber bilden kann, was im Interesse des Vaterlandes und in seinem persönlichen Interesse liegt. Je niedriger die Bildung des Volkes ist, um so leichter gelingt es, die große Masse irre zu führen.

4. Große Sorgfalt ist auf die Heranbildung der jungen aktiven Offiziere zu ge-

[1]) Hauptmann Weiß, der der Auskunftabteilung des Kriegspresseamts angehörte, übersandte am 8. 5. 1918 diese Abschrift dem Unterrichtsoffizier des stellv. Generalkommandos des XIII. AK mit dem folgenden Begleitschreiben: „In die Tagesordnung [der Besprechung vom 15./16. 5. 1918, vgl. Nr. 351, Anm. 5] hatte ich mit aufgenommen: ‚Hinüberleiten der Aufklärungstätigkeit in den Frieden'. Dieses Thema ist von Chef III b gestrichen worden mit der Begründung, daß es jetzt noch nicht an der Zeit sei, diese Frage aufzurollen, die Oberste Heeresleitung würde schon rechtzeitig hierfür Sorge tragen. Ich bin aber der Ansicht, daß es sich doch empfehlen würde, die Frage bei der Aussprache anzuschneiden. In der Anlage übersende ich Ihnen zu Ihrer persönlichen *vertraulichen* Orientierung eine Eingabe, die ich an den Chef des Kriegspresseamts gemacht hatte, die aber nur bis zu Major Hosse [Chef der Auskunftabteilung] gelangt ist."

[2]) In einer Verfügung vom 3. 10. 1918 wies das preuß. Kriegsministerium die stellv. Generalkommandos darauf hin, daß Enttäuschungen über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten bei Friedensschluß durch eine entsprechende Aufklärung vorgebeugt werden müsse. „Bei der Truppe wird dies eine der Aufgaben des vaterländischen Unterrichts sein, der sich im Kriege bewährt hat und im Frieden beibehalten werden muß." Es sei deshalb notwendig, schon jetzt aktive Offiziere in diesen Dienstzweig einzuweisen. Vgl. GLA Karlsruhe Abt. 456, Bd. 37.

[3]) Vgl. Nr. 331.

eigneten Erziehern durch besondere Unterrichtskurse zu verwenden. Zurzeit sind mit verschwindenden Ausnahmen alle Unterrichtsoffiziere inaktive Offiziere.[4])

Bei jedem Regiment ist ein etatsmäßiger Unterrichts-Offizier. Kriegsbeschädigte Offiziere, die bereits als Unterrichts-Offiziere tätig waren, können hierbei Verwendung finden.

5. Sehr wichtig ist es, den Unteroffizieren eine gründlichere Aus- und Vorbildung zu geben, da häufig ihre Bildungshöhe nicht im Einklang steht mit ihrer äußeren Machtstellung als Vorgesetzte. Die Möglichkeiten zum Übertritt in bürgerliche Berufe müssen vermehrt werden. Gelegenheit zur Vorbildung für diese Berufe muß den Unteroffizieren in größerem Umfange als bisher gegeben werden. Je besser in dieser Hinsicht für den Unteroffizierstand gesorgt wird, um so mehr werden gute bürgerliche Elemente sich der Unteroffizierslaufbahn zuwenden.

6. Die Wohlfahrtseinrichtungen, die zum Teil schon durchgeführt, zum Teil aber noch bei einigen stellv. Generalkommandos in der Entwicklung begriffen sind, wie Beratungsstellen, Soldatenheime, Lesezimmer, musikalische und sonstige Unterhaltungen, bleiben bestehen. Das Hinzuziehen der Zivilbevölkerung (besonders ehemaliger Angehöriger des Regiments) bei Veranstaltungen wie Regimentsfeiern, Sportfesten usw. ist gleichfalls zu pflegen.

7. Das zahlreiche Aufklärungsmaterial (Kino- und Lichtbildapparate, Büchereien usw.) muß nach Kriegsschluß den Truppenteilen in der Heimat zugeführt, soweit es dort nicht benötigt, den Aufklärungsorganen der Zivilbehörden überlassen werden.

II. Bei der Zivilbevölkerung.

1. Jetziger Stand: Beim Oberkommando in den Marken bezw. bei allen stellv. Generalkommandos (Bayern: Ministerium des Innern) sind besondere Abteilungen eingerichtet, denen die Aufklärungstätigkeit übertragen ist. Nur wenige Abteilungen haben die Zivilaufklärung gut durchorganisiert und so in der Hand, daß sie auch genügenden Einfluß auf die Zivilbevölkerung haben.

Die stellv. Generalkommandos müssen jetzt, ehe es zu spät ist, dazu gebracht werden, ihre Zivilorganisation bis in die Arbeiterbevölkerung und bis zur kleinsten Gemeinde auszubauen. Jetzt stehen hierfür auch noch genügende Mittel zur Verfügung.

2. Das Beratungs- und Auskunftswesen ist bei weitem noch nicht genügend ausgebaut. Gerade hier ist aber die beste Gelegenheit geboten, allen Kreisen der Bevölkerung die Beibehaltung der Aufklärungstätigkeit als dringend erscheinen zu lassen.[5])

3. Die Überleitung der Aufklärung in den Friedenszustand wird bei den einzelnen stellv. Generalkommandos nach verschiedenen Gesichtspunkten erfolgen müssen. Deshalb ist es dringend erwünscht, die Leiter der Aufklärung der stellv. Generalkommandos *bald* zu einer Besprechung einzuberufen. Bei den Bundesregierungen werden es wahrscheinlich, wie in Bayern die Ministerien sein, sonst die Ober-

[4]) Vgl. die Ausführungen Major Nicolais bei der Besprechung vom 10. 12. 1917, Nr. 346.

[5]) Dieser Absatz ist in der Vorlage von Empfängerseite durch einen senkrechten Strich am Seitenrand hervorgehoben.

präsidien, bei denen ein besonderer Referent *schon jetzt* hierfür bestimmt werden muß. Einige Unterrichtsoffiziere (besonders Kriegsbeschädigte) werden sicher bereit sein, diese Stellen zu übernehmen.

4. Dringend nötig ist die Schaffung einer Zentralstelle, die dem Reichskanzler unmittelbar unterstellt werden muß, um die Mitarbeit der anderen Behörden zu ermöglichen (z. B. für koloniale Ziele usw.). Übernahme der Abteilung IV, des Archivs Ic und eines Teils der Auslandstelle in diese Zentrale.[6])

Aufgaben dieser Zentrale:

a) Politische Aufklärung nach englischem und amerikanischem Muster.

b) Wirtschaftliche Aufklärung (z. B. Auslandshandel).

c) Staatsbürgerliche Erziehung des gesamten Volkes als Gegengewicht zu der verschärft einsetzenden Propaganda der Sozialdemokratie. Revolution sonst unausbleiblich (Stimmungsbild aus einem märkischen Landsturmbataillon: „Hütet Euch vor den zusammengesetzten Gewehren!"). Die Gelegenheit ist jetzt sehr günstig, da, wie die Erfahrungen lehren, Bildungshunger im Volke vorhanden ist.

5. Schule und Kirche müssen erheblich mehr als bisher zur Mitarbeit herangezogen werden.

6. Der Erziehung der Jugend in der Zeit zwischen Schule und Kaserne muß größere Sorgfalt gewidmet werden (Unterstützung durch staatliche Mittel).

7. Die Volksbildungsvereine und verwandte Organisationen müssen zur Mitarbeit (durch Gewährung staatlicher Mittel) gewonnen werden.

gez. Weiß.

[6]) Vgl. Nr. 362 und 370.

356.

Befehl des Chefs des Generalstabes des Feldheeres an die Oberkommandos der Heeresgruppen und Armeen[1]) betr. Vorzensur aller Druckschriften für den „Vaterländischen Unterricht" durch das Kriegspresseamt.

7. 5. 1918, Gr. Hauptquartier, Nr. III b 2377/R. 16501/II, Geheim! — HStA Stuttgart WKM, Abt. A, Bd. 1001, vervielfältigtes, eigenhändig vollzogenes Exemplar.

In Erweiterung zu III Ziffer 4) der Leitsätze für den Vaterländischen Unterricht

[1]) Der Befehl richtete sich außerdem u. a. an den Oberbefehlshaber Ost, die Generalgouvernements in Brüssel und Warschau sowie an die Militärverwaltung Rumänien. Den bundesstaatlichen Kriegsministerien wurde ein Abdruck des Befehls „mit dem Anheimstellen eines gleichen Erlasses an die für den Vaterländischen Unterricht in der Heimat verantwortlichen Kommandobehörden" übersandt. Das württ. Kriegsministerium entsprach dieser Anregung durch eine Verfügung vom 18. 5. 1918, während das preuß. Kriegsministerium in einer Verfügung vom 4. 6. 1918 die Prüfung der Druckschriften nach wie vor den stellv. Generalkommandos überließ, „wenn es auch keinem Zweifel unterliegen kann, daß bei der Prüfung [. . .] mit äußerster Sorgfalt verfahren werden muß". Das württ. Kriegsministerium hob daraufhin seine Verfügung wieder auf. Aus einer Anfrage des sächs. Kriegsministeriums vom 19. 7. 1918 beim bayer. und württ. Kriegsministerium geht hervor, daß man in Dresden zu diesem Zeitpunkt noch nicht wußte, wie man sich verhalten sollte. Für die Vorgänge vgl. HStA Stuttgart WKM, Abt. A, Bd. 1001.

unter den Truppen (Chef des Generalstabes des Feldheeres Nr. III b 11567/II vom 29. 7. 1917)[2]) bestimme ich, daß Druckwerke für den Vaterländischen Unterricht, die nicht vom Kriegspresseamt verbreitet, sondern von einzelnen Kommandobehörden für den Vaterländischen Unterricht hergestellt werden, grundsätzlich dem Kriegspresseamt zur Vorzensur einzureichen sind und daß dessen Stellungnahme entscheidend für Verwendung oder Ausschluß beim Vaterländischen Unterricht sein soll.[3])

I. A.
Ludendorff.

[2]) Vgl. Nr. 331.

[3]) Von „daß Druckwerke" bis zum Ende des Satzes in der Vorlage von Empfängerseite z. T. doppelt unterstrichen. — Vermutlich bildete die an die Öffentlichkeit gedrungene Schrift des Oberkommandos der 10. Armee „Unser Vaterland" den Anlaß dieses Befehls; vgl. Nr. 346, Anm. 17.

357.

Richtlinien des Waffen- und Munitions-Beschaffungsamts für die Aufklärungstätigkeit in den staatlichen Rüstungsbetrieben.[1])

8. 5. 1918, Nr. 1853. 18 geh. W.V. I 1. — GLA Karlsruhe Abt. 456, Bd. 84, Abschrift.

a) Aufklärung in Staatsbetrieben hat im allgemeinen nur dann Erfolg, wenn die Arbeiterschaft selbst den Wunsch danach bei der vorgesetzten Dienststelle zu erkennen gibt; anders geübte Aufklärungstätigkeit stößt von vornherein als behördliche Maßnahme auf Mißtrauen und Widerstand. Dem Geschick eines Vorgesetzten, der seine Arbeiterschaft kennt und der ihr Vertrauen genießt, wird es gelingen, den Wunsch nach Anregung und Aufklärung bei den Arbeitern zu erwecken.

b) Jeder Zwang zur Teilnahme stellt das Gelingen in Frage und muß daher vermieden werden.

c) Der Hauptwert wird Vorträgen jeder Art beigemessen, die ihrem Inhalt nach geeignet sind, den Willen zum Durchhalten und den Widerstand gegen die Vernichtungspläne unserer Gegner zu stärken, insbesondere auch solche, die dem Arbeiter anschaulich vor Augen führen, wie seine vielleicht ihm unwesentlich erscheinende Arbeit zu ihrem Teil zum Gesamterfolg beizutragen vermag. Jedes Eingehen auf inner- oder außerpolitische Fragen ist dabei streng zu vermeiden.

[1]) In dem Begleitschreiben erklärte Generalmajor Coupette, der Chef des Waffen- und Munitions-Beschaffungsamts: „Es erscheint notwendig, die höheren Orts gewünschte Aufklärungstätigkeit unter den Angestellten und Arbeitern der staatlichen Rüstungsbetriebe zur Erzielung eines nachhaltigen Erfolges in einheitlichem Sinne und nach einheitlichen Gesichtspunkten in die gewollten Bahnen zu lenken. [. . .] Ich erwarte, daß die für die Durchführung verantwortlichen Dienststellen sich dieser Aufgabe mit besonderem Interesse zuwenden." Vgl. auch die Bemerkungen des Regierungsrats Dr. Braun am 20. 2. 1918 über die Absichten des „Wumba", Nr. 350, sowie die entsprechenden Richtlinien für die Marinebetriebe, Nr. 350, Anm. 19.

Ausschlaggebend für nachhaltigen Eindruck ist die Persönlichkeit des Vortragenden. Steht ein geeigneter Offizier usw. nicht zur Verfügung, so wird die Aufklärungsabteilung des stellv. Generalkommandos bezw. das Kriegspresseamt auf Antrag gern helfen. Dem Zuhörer soll nicht etwa nur eine vorübergehende Unterhaltung geboten, sondern er soll zu eigenem Nachdenken über das Gehörte geführt werden. Daher keine Übertreibungen, Verallgemeinerungen, Verunglimpfungen der Gegner und Schönfärbereien heimischer Verhältnisse, die näherer Betrachtung nicht standhalten, sondern geschichtliche usw. Tatsachen, ihre Entstehung, Entwicklung und daraus sich ergebende Folgerungen und Vergleiche. Anregende, dabei leichtverständliche und schlichte Darstellung.

Ob ein freier Meinungsaustausch nach dem Vortrage sich empfiehlt, wird im Einzelfall zu entscheiden sein und im allgemeinen von dem rein äußerlich erkennbaren Erfolge und dem mehr oder minder starken Eindruck, den er auf die Arbeiterschaft gehabt hat, abhängen. Daher Zuhörerkreis nicht zu groß; Trennung in Vorträge für Männer, Frauen und Jugendliche. Jeder Werksangehörige soll möglichst einmal im Monat Gelegenheit haben, einem Vortrag beizuwohnen. Dauer des Vortrages nicht über ½ Stunde, da sonst die ermüdeten Leute nicht folgen können.

Bezüglich Lohnvergütung für die Vortragsdauer s. Erl. v. 27. 2. 18 Nr. 430.2.18. W.V. I 1.[2])

Leitwort, kurzer Inhalt des Vortrages und Name des Vortragenden ist bis auf weiteres rechtzeitig hierher zur Genehmigung vorzulegen.

d) Aushängen von Plakaten, Auslegung und Verteilung von Broschüren können die Wirkung der Vorträge vertiefen und nachhaltiger gestalten. Diese Mittel *allein* haben keinen Erfolg. Nur *solche* Plakate und Broschüren dürfen zur Verwendung kommen, die von einer vorgesetzten Dienststelle zum Zwecke der Verbreitung übersandt werden. Verteilung von Flugblättern im allgemeinen wertlos; nur auf ausdrücklichen Befehl einer vorgesetzten Dienststelle vornehmen. Der Bereitstellung geeigneten Lesestoffs in den Arbeiterbüchereien ist erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden.

e) Kosten sollen im allgemeinen nicht entstehen.[3]) Sind sie in Ausnahmefällen nicht zu umgehen, so können Aufwendungen bis zu 100 Mark im Einzelfalle gemacht und bei den sächlichen Ausgaben der in Betracht kommenden Kapitel verrechnet werden. Diesen Betrag übersteigende Mehraufwendungen sind hier von Fall zu Fall zu beantragen.

f) Über die gemachten Erfahrungen usw. ist erstmalig zum 1. 7. 18, dann ¼jährlich zu berichten.

[2]) Liegt nicht vor.

[3]) Die Kosten entstanden dem Kriegspresseamt bzw. den stellv. Generalkommandos für die zur Verfügung gestellten Druckschriften , Redner etc.

358.

Auszug aus dem Bericht des stellv. Generalkommandos des XI. AK betr. die Wirkung der Aufklärung in Stadt und Land.

9. 5. 1918, Kassel, I b Nr. A 1012. — MGFA MA/Adm, Nr. 2420, P 35, Bd. 1, Abschrift.

[. . .][1])

Für die Aufklärungstätigkeit auf dem Lande stehen in den Geistlichen, den Lehrern, den Beamten der Raiffeisenvereine und ähnlicher Verbände zahlreiche Personen zur Verfügung, die geeignet und gewillt sind, den Aufklärungsstoff weiter zu leiten. Dennoch ist die Schwierigkeit, die Einzelnen wirklich zu erreichen sehr groß, und ebenso groß ist die Schwierigkeit, den an einer vorgefaßten Meinung zäh [festhaltenden][2]) Landmann eines Besseren belehren zu müssen.

Noch größer als auf dem Lande, wenn auch anders geartet, sind die Schwierigkeiten bei der städtischen Arbeiterbevölkerung. Wenn diese auch im allgemeinen leichter geneigt ist, etwas Neues sich anzusehen und Neues zuzulernen, so pflegt sie in allen politischen Parteifragen desto fester eingeschworen zu sein auf die rechtgläubigen Parteilehrmeinungen. Personen, die geeignet und gewillt sind, unter der Arbeiterbevölkerung aufzuklären, sind kaum vorhanden; denn die Leute, auf die der Arbeiter hört, nämlich seine Führer, sind für eine umfassende, unparteiische Aufklärung im allgemeinen nicht zu haben, weil sie befürchten müssen, daß ihnen eine solche Aufklärung den bisherigen Einfluß auf die Massen schmälern würde. Einen großen Teil der städtischen Arbeiter wird daher die Aufklärungstätigkeit nicht erreichen können.[3])

---

[1]) In einem ersten Abschnitt des Berichts, der vermutlich dem Kriegspresseamt erstattet wurde, wurde auf die Organisation und die Mittel für den Vaterländischen Unterricht „bei der bürgerlichen Bevölkerung" näher eingegangen. Danach war der Korpsbereich in 77 Bezirke eingeteilt, an deren Spitze je ein Obmann stand, der zusammen mit den Vertrauensleuten des Bezirks die eigentliche Aufklärungstätigkeit durchführte. Das Generalkommando bemühte sich in erster Linie darum, diese Obmänner und Vertrauensleute weiterzubilden und für ihre Aufgaben zu schulen (vgl. Anm. 3). Bei der Truppe traten an Stelle der Obmänner die Unterrichtsoffiziere (127 im Korpsbereich), die sich ihre Vertrauensleute unter den Unteroffizieren und Mannschaften auswählten.

[2]) In der Vorlage: „fest gehaltenen".

[3]) Diese Feststellung ist um so beachtenswerter, als das stellv. Generalkommando des XI. AK sich wie kein anderes um eine möglichst wirkungsvolle Ausgestaltung des Vaterländischen Unterrichts bemühte. Vgl. die Richtlinien für die „Aufklärung der Bevölkerung" vom 18. 8. 1917, HStA Stuttgart XIII. AK, Abt. II, Bd. 69. In mehrtägigen Lehrgängen in verschiedenen Städten des Korpsbereichs wurden unter der Leitung des Unterrichtsoffiziers des stellv. Generalkommandos, Major Seebohm, die Obmänner und Vertrauensleute mit ihren Aufgaben vertraut gemacht, Erfahrungen und Schwierigkeiten ausgiebig diskutiert. Vgl. Höhn, S. 559 ff. Der Bericht über den ersten Lehrgang liegt gedruckt vor: Erster Lehrgang des stellv. Generalkommandos XI. Armeekorps für Vaterländischen Volksunterricht, Jena 5., 6., 7. November 1917, Cassel 1917. Korvettenkapitän v. Selchow, der an dem dritten Lehrgang in Eisenach vom 12.—14. 2. 1918 teilnahm, war dermaßen beeindruckt von dem Gebotenen, daß auf seine Veranlassung die beiden Marinestationskommandos vom Admiralstab aufgefordert wurden, ihre Unterrichtsoffiziere an dem fünften Lehrgang (vom 26.—28. 2. 1918 in Meiningen) teilnehmen zu lassen. Vgl. MGFA MA/Adm, Nr. 2418, P 34, Bd. 1; die selbstsichere Antwort der Marinestation der Ostsee vom 23. 2. 1918 in Nr. 2420, P 35, Bd. 1.

Um so notwendiger und wichtiger wird der planvolle, sachgemäße Ausbau der Truppenaufklärung. Denn sie kann und muß das Ohr jedes Heeresangehörigen erreichen. Bei umsichtiger und geschickter Handhabung muß es gelingen, daß auch ein in verstockter Gegensätzlichkeit sich gefallender Mann wenigstens zuhört und beginnt, sich die Sache [auch][4]) einmal von einer anderen Seite zu betrachten, als er bislang zu tun pflegte. Damit ist schon viel gewonnen!

Bewährt hat sich bei der Aufklärungstätigkeit der Grundsatz, daß bei *allen* Veranstaltungen *nur* wirklich Wertvolles geboten werde, daß *Alles*, was gesagt wird, zuverlässig wahr sein muß, und daß *nur* der reden soll, der von der Sache aus eigener Arbeit und Erfahrung etwas versteht.

Ganz auszuschließen ist die amerikanisch-englische Art der Stimmungsmache und der Vergewaltigung des öffentlichen Wahrheitsbewußtseins; diese Art möge Deutschland dauernd fernbleiben!!

Als ungeeignet für die Aufklärungstätigkeit haben sich berufsmäßige Schönredner erwiesen, ferner alle Personen, denen es vorwiegend zu tun ist um die Befriedigung ihrer Selbstgefälligkeit und ihres Sonderehrgeizes.

Von seiten des stellv. Generalkommandos
Der Chef des Stabes
gez. Freiherr von Tettau
Oberst.

Das stellv. Generalkommando des XI. AK hatte sich von vornherein und mit Erfolg bemüht, Vertreter der Arbeiterschaft bei diesen Lehrgängen zu Wort kommen zu lassen. So sprachen bei den Lehrgängen im Februar 1918 der Geschäftsführer des Konsumvereins Schwarza, Hartmann, über die Kriegsbewirtschaftung der wichtigsten Lebensmittel, der Reichstagsabgeordnete Robert Schmidt ebenfalls über Lebensmittelfragen und der Gewerkschaftssekretär Grzesinski über die Kriegsfürsorge. Über diese Vorträge urteilte das stellv. Generalkommando des XI. AK in der Vorlage: „Diese Redner beherrschten den Stoff ausgezeichnet und entwickelten eine bemerkenswerte Gewandheit sowohl beim Vortrag, wie bei den Fragebeantwortungen; in ihren Ausführungen blieben sie sachlich und unparteiisch." Im Sommer und Frühherbst 1918 unternahm das stellv. Generalkommando nochmals Versuche, den Vaterländischen Unterricht in aller Breite zu intensivieren, vgl. MGFA MA/Adm, Nr. 2417, P 31, Bd. 3.

[4]) In der Vorlage: „auf".

359.

Verfügung des Kriegsamts an die Kriegsamtstellen. Zum bisherigen Ergebnis und zur Fortsetzung der Vortragsveranstaltungen vor Arbeitern der privaten Rüstungsindustrie.

10. 7. 1918, Nr. M 3a 2. 29528. 7. 18. geh. K, Geheim! — MGFA MA/StN, Nr. 5473, G. 10, Bd. 2, vervielfältigtes Exemplar.

Die gemäß Verfügung des Kriegsamtes vom 13. März 1918, Nr. M3a2. 28969.3.18. K. geh.[1]) zum 1. Juni eingeforderten Berichte[2]) der Kriegsamtstellen und Kriegs-

[1]) Vgl. Nr. 352.

[2]) Die Berichte liegen nicht vor.

amtnebenstellen lassen erkennen, daß nicht überall mit gleichem Erfolg die Aufklärung der Arbeiter durch Vorträge innerhalb der privaten Rüstungsindustrie sich hat durchführen lassen. Vereinzelt haben die Kriegsamtstellen selbst auf Grund besonderer Verhältnisse ihrer Bezirke von einer Abhaltung derartiger Vorträge absehen zu müssen geglaubt, zum Teil ist auch die Durchführung an der ablehnenden Haltung der in Frage kommenden Kreise der privaten Rüstungsindustrie gescheitert. Vor allem hat sich verschiedentlich starker Widerstand der Arbeitgeber gegen die Abhaltung der Vorträge *innerhalb* der Arbeitszeit geltend gemacht.[3]) Das teilweise Fehlen geeigneter Vortragsräume in den Fabriken hat ebenfalls hemmend gewirkt. Andererseits ist es aber einer Reihe von Kriegsamtstellen, insbesondere solchen, die schon seit längerer Zeit sich auf dem Gebiete der Aufklärungstätigkeit besonders rührig gezeigt haben, gelungen, zahlreiche Fabriken für den Plan zu gewinnen und die Abhaltung der vom Kriegsamt angeregten Vorträge in die Wege zu leiten.

In der angezogenen Verfügung vom 13. März 1918 ist den Kriegsamtstellen bezw. den Kriegsamtnebenstellen die Prüfung der Frage nahegelegt worden, inwieweit für ihren Bereich derartige Vorträge von Nutzen sein können. Jeder Zwang der Durchführung sollte vermieden werden, sowohl was die nachgeordneten Stellen wie insbesondere auch die beteiligte Industrie betraf. Wo besondere Verhältnisse andere Wege, als die vom Kriegsamt bezüglich der Durchführung angeregten (z. B. Abhaltung der Vorträge nach Schluß der Arbeitszeit, an Sonntagen etc.) bedingen, sind sie, wenn dadurch der beabsichtigte Erfolg nicht in Frage gestellt ist, zu beschreiten. Im wesentlichen wird es darauf ankommen, wie es vielfach von den Kriegsamtstellen beabsichtigt ist, mit einem Versuch in einigen Betrieben, die sich mit der Abhaltung der Vorträge einverstanden erklärt haben, zu beginnen. Es ist eine immer wieder gemachte Erfahrung, daß anfänglich Arbeitgeber wie Arbeitnehmer jeder derartigen neuen Einführung mit einem gewissen Mißtrauen gegenüberstehen.[4]) Wie überall ist auch hier aller Anfang schwer und gewisse bestehende Vorurteile können nur durch Beharrlichkeit überwunden werden. Wirklich gute Vorträge haben, wie die Berichte mehrerer Kriegsamtstellen ausführen, innerhalb der Arbeiterschaft durchaus freundliche Aufnahme gefunden.[5])

[3]) Vgl. in diesem Zusammenhang auch Nr. 354.

[4]) So berichtete die Marinestation der Ostsee am 16. 7. 1918 an das Kriegsamt (MGFA MA/Adm, Nr. 2419, P 34, Bd. 3): „In den hiesigen privaten Rüstungsbetrieben ist sowohl von seiten der Leitungen, wie der Arbeiter die Abhaltung von Vorträgen abgelehnt worden. Von seiten der *Leitungen* wurde geltend gemacht, wenn man einerseits den Arbeitern sagte, daß keine Minute gefeiert werden dürfe, man sie andrerseits nicht selbst von der Arbeit durch Vorträge abhalten könne. Sobald das Prinzip, daß an der Arbeitsstätte Unterbrechung der Arbeit durch Besprechungen, Vorträge u. dergl. nicht stattfinden dürfen, einmal durchbrochen sei, müsse man den Arbeitern auch zugestehen, daß sie ihrerseits Besprechungen über Lohnfragen usw. abhielten. In der Freizeit Vorträge abhalten zu wollen, wäre zwecklos, weil niemand freiwillig dazu kommen würde; die Leute hätten in einer Stadt wie Kiel Anregung u. Zerstreuung genug. [. . .] Von *Arbeiterseite* wurde mit dem Führer der hiesigen Sozialdemokraten u. den Vertretern sämtlicher wirtschaftfriedlichen Organisationen Rücksprache genommen. Übereinstimmend waren sämtliche Vertreter gegen derartige Vorträge weil zwecklos. Die Unwilligen würde man dadurch doch nie bekehren, sie würden nur auf Grund einer solchen Praxis fordern, auch ihrerseits Vorträge zu halten. Dadurch käme nur Unruhe in die Betriebe. Dagegen wurde von seiten der Leitungen wie auch der Arbeiter die Verbreitung von kleinen,

Der Auffassung einiger Kriegsamtstellen, daß durch solche Vorträge nur Unruhe unter die Arbeiterschaft gebracht würde und daß, da augenblicklich keine Streikgefahr bestehe, eine Aufklärung nicht nötig sei, kann sich das Kriegsamt nicht anschließen. Nur allzu leicht wird der Arbeiter, wenn der Streik unmittelbar vor der Tür steht, geneigt sein, einer plötzlich einsetzenden und in ihren Zielen dann nur allzu durchsichtigen Propaganda sich grundsätzlich ablehnend gegenüber zu verhalten. Dagegen wird in Zeiten der Streikmöglichkeit eine Verstärkung einer bereits eingeführten, allgemein bekannten und zum Teil beliebt gewordenen Aufklärungsart innerhalb der Arbeiterschaft einsetzen können, ohne besonders aufzufallen. Im übrigen darf nicht übersehen werden, daß der *ununterbrochen* tätigen, verhetzenden Wühlarbeit revolutionärer Elemente nur durch eine *ununterbrochene* zielbewußte Aufklärungstätigkeit wirksam entgegengearbeitet werden kann.[6])

Den angekündigten weiteren Meldungen der Kriegsamtstellen über die weiteren Erfahrungen sieht das Kriegsamt entgegen.[7])

Scheüch.

---

leicht verständlichen Schriften gewünscht. Man könne an der Hand dieser Schriften sehr leicht und gut in den Pausen im Gespräch mit den Arbeitskameraden aufklärend wirken. Mit gutem Erfolg sind von Mitte April bis Ende Juni an die hiesigen Betriebe 55150 solcher Schriften verteilt, die zum größten Teil vom Kriegspresseamt geliefert worden sind. Die Nachfrage nach derartigen Schriften ist sehr groß."
Als besonders wirksam wurde die Schrift von August Winnig, Der englische Wirtschaftskrieg und das werktätige Volk Deutschlands (vgl. Nr. 351, Anm. 2) bezeichnet.

[5]) Vgl. hierzu eine ganze Reihe von Berichten, die dem Admiralstab von Marineangehörigen (Offiziere, Deckoffiziere, Mannschaften) über ihre Vortragsreisen erstattet wurden, in: MGFA MA/Adm, Nr. 2419, P 34, Bd. 2—5.

[6]) So veranstaltete z. B. das Oberkommando in den Marken Ende Juli/Anfang August 1918 einen mehrtägigen „kriegswirtschaftlichen" Lehrgang mit Vertretern der Arbeiterausschüsse der Rüstungsindustrie, vgl. MGFA MA/Adm, Nr. 2419, P 34, Bd. 3.

[7]) Vgl. Nr. 361.

360.

Auszug aus dem Schreiben des stellv. Generalkommandos des VI. AK an die Presseabteilung des Admiralstabes betr. die Propaganda unter den Industriearbeitern.

17. 7. 1918, Breslau, Abt. P. Nr. 669/7. 18. — MGFA MA/Adm, Nr. 2419, P 34, Bd. 4, Ausfertigung.

Die Aufklärungsabteilung beim stellv. Generalkommando verfügt für ihre Werbezwecke u. A. über etwa 240 Ortsausschüsse und 17000 Vertrauensleute. Sie ist hierdurch in der Lage, für ihre Aufklärungsveranstaltungen eine planmäßige und ausreichende Propaganda zu betreiben. So sind namentlich die von ihr im Korpsbereiche veranstalteten Vortragsversammlungen sehr gut besucht gewesen, in Breslau waren zum Beispiel in den bisher veranstalteten 3 Vortragsversammlungen jedesmal 3 bis 4000 Personen anwesend. Allerdings fällt es sehr schwer,

und diese Erfahrung ist auch in anderen Korpsbereichen gemacht worden, die *Industriearbeiter* in solche Vorträge hineinzubekommen, und eine allzu starke Propaganda kann hier unter Umständen das Gegenteil von dem herbeiführen, was erreicht werden soll. Die starke Unzufriedenheit unter den Arbeitern über die derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnisse, die Erregung, die ständig von anderer Seite in die Arbeiterschaft hineingetragen wird, machen den Arbeiter der Aufklärung gegenüber mißtrauisch und zurückhaltend.[1]) Die Aufklärungs-Abteilung hat deshalb schon andere Wege gesucht, um an die Arbeiter heranzukommen, und es haben sich als sehr geeignete Mittel für diesen Zweck die Veranstaltung von Volksunterhaltungsabenden sowie die Aufführungen des seit einigen Monaten gegründeten Heimatfront-Theaters erwiesen. Zur Zeit schweben Erwägungen, ob und inwieweit es sich ermöglichen lassen würde, Vorträge für Arbeiter in der Fabrik während der Arbeitszeit und unter Fortzahlung des Lohnes für diese Zeit zu veranstalten.[2])

[. . .][3])

Von seiten des stellv. General-Kommandos
Für den Chef des Stabes
da Rocha-Schmidt
Hauptmann.

[1]) Zur Situation in Schlesien vgl. Nr. 466. Auf die großartigen Angaben im ersten Satz der Vorlage fällt dadurch ein bezeichnendes Licht.

[2]) Vgl. hierzu die Monate zurückliegende Anregung des Kriegsamts, Nr. 352; vgl. auch Nr. 357.

[3]) Im folgenden wird über den guten Erfolg eines Vortrages des Korvettenkapitäns Roedenbeck in Bismarckhütte berichtet und eine Wiederholung empfohlen.

361.

Verfügung des Kriegsamts an die Kriegsamtstellen. Aufklärung der Arbeiter in der privaten Rüstungsindustrie durch die Auslage von Zeitungen aller Parteirichtungen in den Fabriken.

31. 7. 1918, Tgb. Nr. Stab M 3a 2. 26551. 7. 18. K. — HStA Stuttgart XIII. AK, Abt. II, Bd. 66, vervielfältigtes Exemplar.[1])

Eine Kriegsamtstelle ist an die Kreise der privaten Rüstungsindustrie herangetreten mit dem Vorschlag, in den Fabriken Zeitungen *aller* Parteien massenweise in den Lesezimmern usw. der Betriebe *unentgeltlich* auszulegen und den Arbeitern die Mitnahme dieser Zeitungen auch nach Hause zu gestatten. Es soll auf diesem Wege den Arbeitern die Möglichkeit gegeben werden, die Vorgänge der Gegenwart auch von einem anderen Gesichtswinkel aus als lediglich dem eines Parteiblattes kennen und beurteilen zu lernen. Fast alle Werke im Bereich der Kriegsamtstelle haben einen Versuch in der angeregten Richtung unternommen und sich zum Tragen der entstehenden Kosten bereit erklärt. Der Erfolg ist ein außerordentlich guter gewesen. Die Zeitungen sind von den Arbeitern gern gelesen und fast ausnahmslos mit nach Hause genommen worden. Dem

[1]) Nach einem handschriftlichen Vermerk im Kopf der Vorlage hat das württ. Kriegsministerium am 15. 8. 1918 eine entsprechende Verfügung erlassen.

Arbeiterausschuß wurde bekannt gemacht, daß die Zeitungen bestellt worden seien, um der Arbeiterschaft eine Lese- und Unterhaltungsgelegenheit während der Mittagspause zu geben und es hat sich außer bei der U.S.P. nirgends eine Opposition gegen diese Maßnahme gerührt.

Das Kriegsamt hält das mitgeteilte Verfahren für ein wirksames Gegengewicht gegenüber der fortgesetzten verhetzenden Flugblattpropaganda und regt daher an, die Durchführung der Maßnahme auch im dortigen Bezirk ins Auge zu fassen und zu diesem Zweck mit den in Frage kommenden Kreisen der privaten Rüstungsindustrie in geeigneter Weise ins Benehmen zu treten.

Was die Auswahl der Zeitungen betrifft, so ist es notwendig, daß Zeitungen aller Parteirichtungen, also auch die von den Arbeitern sonst gelesenen ausgelegt werden.[2])

---

[2]) Der Vaterländische Unterricht an der Front ging in dieser Beziehung andere Wege. In den Besprechungen des Oberstleutnants Nicolai mit den Unterrichtsoffizieren am 27./28. 6. 1918 in Charleville, am 3./4. 7. 1918 in Warschau und am 13. 7. 1918 in Sofia (vgl. die am 24. 8. 1918 versandte Niederschrift über diese Besprechungen in: HStA Stuttgart WKM, Abt. A, Bd.1001) wurde ausführlich die Frage des Vertriebs von Tageszeitungen durch die Feldbuchhandlungen erörtert. Sehr viel deutlicher als im Dezember 1917 (vgl. Nr. 346) sprach sich Nicolai hierüber aus: „Die Feldbuchhandlung ist ein Organ des Armeeoberkommandos, dazu bestimmt, die Truppen der Armee seitens der vorgesetzten Dienststelle mit Lesestoff zu versorgen, und es ist selbstverständlich ganz ausgeschlossen, daß durch dieses dienstliche Organ Lesestoff verbreitet wird, der nach Ansicht des Armeeoberkommandos auf den Geist der Truppe schädlich zu wirken geeignet ist. Mit dem Verbot der Verbreitung gewisser Bücher und Zeitungen durch die Feldbuchhandlungen braucht also in keiner Weise kurz getreten zu werden. Ein Verbot von Zeitungen für den ganzen Armeebereich, also auch im Selbstabonnement, darf jedoch nur in Verbindung mit der Obersten Heeresleitung erlassen werden, weil Zeitungsverbote beim Feldheer selbstverständlich in der Heimat einen starken Widerhall finden, und weil nur an der Zentralstelle übersehen werden kann, ob die Vorteile im einzelnen Fall die Nachteile überwiegen. [. . .] Die Heimatpresse übt einen außerordentlichen großen Einfluß auf das Feldheer aus; ihrer Verbreitung muß deshalb ganz besondere Aufmerksamkeit zugewandt werden. Im ganzen werden fast 1300000 Heimatzeitungen im gesamten Feldheer und den besetzten Gebieten gehalten. Davon sind etwa 31% national-liberal, dann folgen mit fast ebenso großer Prozentzahl die nationalen parteilosen Blätter, vor allem die breite Masse der Provinzpresse, die ein sehr bedeutungsvolles Bindeglied zwischen engerer Heimat und Feldheer ist und ihre Aufgabe während des Krieges in bester Weise erfüllt hat; danach folgen die freisinnigen Blätter, danach die sozialdemokratischen mit rund 10%, die konservativen mit ungefähr 3% und schließlich die polnischen mit einer so geringen Zahl, daß sie prozentualiter nicht erfaßt werden kann." Aus den Angaben einzelner Unterrichtsoffiziere geht hervor daß der Verkauf des „Vorwärts" z. B. in den Feldbuchhandlungen der Armeeabteilung C und im Bereich der Militärmission Konstantinopel verboten war. —

Welche seltsamen Wege der Vaterländische Unterricht in der Schlußphase des Krieges beschritt, kam vor allem bei der Besprechung in Warschau zum Ausdruck. Hauptmann v. Dewitz gen. v. Krebs von der Armeeabteilung D äußerte sich zu den Aufgaben des Unterrichts u. a. wie folgt: „Ein weiteres Gebiet ist die Hochhaltung der eigenen Rasse. Einer Verbrüderung muß entgegengewirkt werden. Es muß der Truppe klargemacht werden, daß sie einer höherstehenden Rasse angehört." Und Nicolai sagte dazu: „Auch den Stolz auf die eigene Rasse zu pflegen, gehört zu den Aufgaben des vaterländischen Unterrichts. Wer stolz ist, läßt sich nicht unterkriegen. Wer stolz ist, ist Deutscher, wer nicht stolz ist, ist international. Deswegen muß der Stolz auf die eigene Rasse hochgehalten werden." In derselben Besprechung sprachen sich einzelne Unterrichtsoffiziere offen für die Propagierung weitgesteckter Kriegsziele im Osten im Vaterländischen Unterricht aus.

Die von der Kriegsamtstelle erwähnte Tatsache, daß auch die Zeitungen anderer als der ihnen gewohnten Richtung von den Arbeitern gern genommen werden, deckt sich mit den hier gemachten Erfahrungen.

Die Kriegsamtstellen melden bis zum 1. Oktober 1918, ob und inwieweit dem angeregten Gedanken im dortigen Bezirke entsprochen worden ist und welche Erfahrungen dabei gemacht werden konnten.[3])

Scheüch.

[3]) Derartige Berichte liegen nicht vor.

362.

Brief des Oberstleutnants Bauer an Oberst v. Winterfeldt über die Aufgaben und zur Person des von der Obersten Heeresleitung vorgeschlagenen Propagandaministers.

3. 8. 1918, Gr. Hauptquartier. — Nachlaß Bauer, Nr. 13, Durchschrift.[1])

Hochverehrter Herr Oberst!
Euer Hochwohlgeboren sind über den Vorschlag der O.H.L. betr. Schaffung eines Propaganda-Ministers unterrichtet.[2]) Ich darf vielleicht nochmal kurz meine Ansicht darüber auseinandersetzen.

Der Name Propagandaminister ist irreführend. Es handelt sich um die Hebung der Stimmung in der Heimat und um geschickte Propaganda im Ausland. Hierzu

[1]) Im Kopf des Briefes die Paraphe „v. H[arbou]". Laut Kanzlistenvermerk am 3. 8. 1918 abgesandt.

[2]) Oberst v. Winterfeldt war Vertreter der OHL beim Reichskanzler. — Zu den Bemühungen um eine Zentralisierung der Propaganda vgl. Vogel, S. 49—59, S. 94 ff. Ministerialdirektor Deutelmoser, der den Frhrn. v. Braun als Pressechef (vgl. Nr. 336) beim Reichskanzler abgelöst hatte, richtete im Februar 1918 die „Zentrale für Heimatdienst" unter bewußter Ausschaltung der OHL bzw. des Kriegspresseamts ein (Vgl. auch Nr. 444.). Die Zentrale stand unter der Leitung des Stellvertreters des Reichskanzlers, v. Payer. In dem ständigen Ausschuß der Zentrale war allein das preuß. Kriegsministerium vertreten, das in Zusammenarbeit mit den Organen der OHL (Kriegspresseamt und Militärische Stelle des Auswärtigen Amts) die militärische Seite der Aufklärung wahrnehmen sollte (neben den von Vogel gegebenen Belegen vgl. auch einzelne Stücke in: MGFA MA/RMA, Nr. 2256, I. 2. 1. 84, Bd. 1; sowie MGFA MA/Adm, Nr. 2420, P 35, Bd. 1). Die OHL fand sich mit dieser Regelung, die ihr den maßgebenden Einfluß verwehrte, nicht ab. Oberst v. Haeften arbeitete daher im März und Juni 1918 Voranschläge für ein Reichspropagandaamt aus, die Ludendorff dem Reichskanzler vorlegte. Auf das Schreiben der OHL vom 7. 6. 1918 (vgl. Vogel, S. 98 ff.) antwortete der Reichskanzler am 23. 6. 1918 und kündigte kommissarische Beratungen dieser Frage für den Juli 1918 an. Zum Zeitpunkt des Schreibens des Oberstleutnant Bauer hatte zwar Ministerialdirektor Deutelmoser einen den Wünschen der OHL entgegenkommenden Plan eines Reichspresseamts in enger Anlehnung an das Auswärtige Amt ausgearbeitet, eine Entscheidung war jedoch nicht getroffen worden, über kommissarische Beratungen liegen keine Hinweise vor. Zur weiteren Entwicklung vgl. Anm. 10.

muß in erster Linie die Presse dienen[3]) und es müßte dem betreffenden Minister eine weitgehende Einwirkung auf die Presse gewährt werden. Außerdem müßten ihm natürlich alle anderen Propagandamittel unterstehen. Hiernach würden insbesondere auch der Oberst v. Haeften und das Kriegspresseamt ihm völlig zu unterstellen sein. Außerdem aber müßte der Oberstleutnant Nicolai in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnis zu ihm stehen und zudem die Verbindung zwischen dem Minister und der O.H.L. bilden.[4]) Selbstverständlich müßte der Minister weiterhin in engster Fühlung, vielleicht auch in Unterstellung zu dem Auswärtigen Amt stehen, sofern nicht der Herr Reichskanzler sich ihn unmittelbar unterstellt.

Daß eine solche Stelle nötig ist, erscheint mir zweifellos und zwar aus folgenden Gründen:

1. Die Stimmung in Deutschland ist gerade in den intelligenten Kreisen, zu denen man durchaus sachlich und ruhig sprechen könnte, überaus schlecht.[5])

2. Die linksstehende Presse arbeitet absolut im Sinne einer sozialdemokratischen Machtpolitik und kehrt sich überhaupt nicht an nationale Fragen und den Ernst der gegenwärtigen Lage.[6])

3. Im Ausland sind wir auch da, wo wir es könnten, vollständig zurückgedrückt (vgl. Anlage).[7]) Wir verlieren sogar andauernd immer mehr an Boden.[8])

Natürlich wird auch der beste Propagandaminister nichts nützen, wenn er nicht die nötige Gewalt bekommt oder doch entsprechend durch die höchsten Militär- und Zivilstellen gestützt wird. Deshalb muß er aber in der Lage sein, sofort und nachdrücklich da einzuschreiten, wo gegen die von ihm zu erlassenden Richtlinien und Verfügungen verstoßen wird, oder wo er Widerstand findet. Das geht nicht ohne gerichtliche Entscheidungen. Nun arbeiten aber unsere Zivilgerichte derartig langsam, daß mit ihnen überhaupt nichts anzufangen ist. Wir müßten also diese Sachen notgedrungen an die Kriegs- bezw. Feldgerichte verweisen und es müßten außerdem Anweisungen gegeben werden, daß diese Fälle innerhalb einer ganz kurz bemessenen Frist abzuurteilen sind.[9])

---

[3]) Ministerialdirektor Deutelmoser schätzte die durch die Presse zu erzielende Propagandawirkung außerordentlich gering ein, da ihre Glaubwürdigkeit während des Krieges stark gelitten habe. Vgl. auch Nr. 368, Anm. 5.

[4]) Diese Vorschläge lassen vermuten, daß Bauer den seit Beginn des Jahres in Propagandafragen vorherrschenden Einfluß Haeftens auf Ludendorff einzudämmen versuchte. Über den Plan einer Zusammenfassung der militärischen Propagandastellen unter dem Chef des stellv. Generalstabes berichtet Frhr. v. Freytag-Loringhoven, Menschen und Dinge, wie ich sie in meinem Leben sah, Berlin 1923, S. 325 f.

[5]) Vgl. hierzu Nr. 365 und Nr. 469, Anm. 6.

[6]) Vgl. hierzu Nr. 465.

[7]) Liegt nicht vor.

[8]) In einer Besprechung im preuß. Kriegsministerium am 21. 8. 1918 zwischen dem Kriegspresseamt, der Auslandsabteilung der Obersten Heeresleitung und der Presseabteilung des Admiralstabes gab Generalmajor v. Wrisberg als Grund der Zusammenkunft an: „Zunehmende deutschfeindliche Stimmung in verbündeten Armeen und Bevölkerungen, einheitliche Propaganda notwendig." Vgl. MGFA MA/Adm, Nr. 2402, P 9, Bd. 2.

[9]) Vgl. hierzu die unter Nr. 464 abgedruckte Denkschrift Bauers.

Das sind nur einige Gesichtspunkte. Es ist aber klar, daß die ganze Frage außerordentlich schwierig ist, andererseits ist sie aber so wichtig und so dringend, daß meiner Meinung nach wirklich keine Zeit verloren werden darf.[10])

[10]) Durch Erlaß des Reichskanzlers vom 29. 8. 1918 wurde die „Zentralstelle für Werbe- und Aufklärungsdienst für das In- und Ausland" begründet, in der unter der Leitung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts Ministerialdirektor Deutelmoser die politischen und Oberst v. Haeften die militärischen Angelegenheiten bearbeiten sollten. Damit war der direkte Einfluß der OHL auf die Nachrichten- und Propagandapolitik der Reichsleitung wieder hergestellt. Haeften berichtet in seinen Erinnerungen über die Vorgeschichte dieses Erlasses folgende, über die Angaben bei Vogel (vgl. Anm. 2) hinausgehende Einzelheiten (Nachlaß Haeften, Nr. 5): „Im Anschluß hieran bemerkte der General [Besprechung Haeftens mit Ludendorff in der Nacht vom 12. auf 13. 8. 1918], die Aufklärung im In- und Auslande sei jetzt sehr wichtig und müsse von *einer* Stelle *einheitlich* geregelt werden. Er bäte mich, diese Aufgabe als Unterstaatssekretär und Gehilfe des Reichskanzlers nunmehr zu übernehmen. Durch diese mich völlig unvorbereitet treffende Eröffnung war ich sehr überrascht und bat den General, mir bis morgen Bedenkzeit zu gewähren. Der General war damit einverstanden und entließ mich gegen 2 Uhr nachts. Für den nächsten Vormittag um ½9 Uhr wurde ich zum Vortrag bestellt. [. . .] Es kam sofort die Rede auf die von mir zu übernehmende neue Aufgabe, die mein Ausscheiden aus dem Heere und meine Ernennung zum Zivilbeamten nötig machte. Ich bat den General nach reiflicher Erwägung, von diesem Plane Abstand nehmen zu wollen. Als Unterstaatssekretär sei ich nicht von *ihm*, sondern vom Reichskanzler und dessen Politik abhängig. Entweder würde ich mich den politischen Methoden und dem bisherigen Verhalten der politischen Stellen fügen müssen, oder ich müßte pflichtgemäß dagegen ankämpfen, ein Kampf, der wahrscheinlich meine baldige Entfernung aus dem neuen bedeutsamen Amt zur Folge haben würde, ohne daß ich der Sache irgendwie von Nutzen hätte sein können. Ich möchte mir hingegen den Vorschlag erlauben, mich als Vertreter der Obersten Heeresleitung unter Belassung in meiner *militärischen* Stellung dem Reichskanzler für die neue Aufgabe zur Verfügung zu stellen. Als von den zivilen Behörden unabhängiger *Offizier*, hinter dem seine (des Generals Ludendorff) Autorität stände, könne ich wahrscheinlich viel besser für die von ihm vertretenen Anschauungen kämpfen, wie als ein dem Reichskanzler unmittelbar unterstellter *Beamter*, der *allein* von diesem abhängig sei. Meine Einwände schienen dem General einzuleuchten. Die Angelegenheit werde jetzt bei der bevorstehenden Besprechung mit dem Reichskanzler zur Sprache kommen, er wolle dann nachher die Sache noch einmal mit mir besprechen. [. . .] Am Abend des 13. August wurde ich wiederum von General Ludendorff empfangen, der mir eröffnete, der Reichskanzler und der Staatssekretär v. Hintze wünschten meine Berufung zum Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt. Meine Stellung solle mit großen Machtbefugnissen hinsichtlich der Leitung der in- und ausländischen Presse sowie der Aufklärung der öffentlichen Meinung im In- und Auslande ausgestattet werden. Alle diesbezüglichen Organisationen im ganzen Deutschen Reiche sollten mir *einheitlich* unterstellt werden; ich solle aber nicht dem Reichskanzler, sondern dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Hintze unterstellt werden. Ich erklärte, dann sei für mich die ganze Stellung unannehmbar. Unter Hintze könne ich unter *keinen* Umständen arbeiten, da ich ihn im dienstlichen Verkehr, solange er noch Gesandter in Christiana war, als unehrlich und unzuverlässig kennengelernt hatte. Exzellenz werden sich erinnern, daß ich bei meiner Anwesenheit im Großen Hauptquartier Ende Juni des Jahres dringend vor seiner Ernennung zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes gewarnt hätte. General Ludendorff, der damals noch Herrn v. Hintze für eine zuverlässige Persönlichkeit und einen tatkräftigen Staatsmann hielt, wollte dies nicht wahrhaben und redete mir nachdrücklich zur Annahme dieser Stellung unter Hintze zu. [. . .] Ich wiederholte nochmals meine Bedenken gegen meine Verwendung als Zivilbeamter unter dem Staatssekretär v. Hintze, dadurch würde mir im Kampfe um die Belange der Obersten Heeresleitung das Rückgrat gebrochen werden; ich befürchte, dann meinen Dienst nicht den Wünschen des Generals entsprechend versehen zu können. Wir trennten uns, ohne daß der General eine Entscheidung in dieser Frage traf. — Am 14. August war eine Kronratsitzung unter Vorsitz des Kaisers, bei der diesem das Ergebnis der Besprechung vom 13. August vorgetragen wurde. Im Anschluß daran ließ mich General Ludendorff zu sich rufen und teilte mir den

Schließlich noch ein Wort über die Persönlichkeit bezw. Persönlichkeiten.

Wenn man eine militärische Persönlichkeit nehmen will, so würde ich den General Litzmann[11]) für geeignet halten, dem dann ein höherer Regierungsbeamter beizugeben wäre. Vielleicht wäre es aber auch zweckmäßig für diesen besonderen Fall einen gewiegten Parlamentarier zu nehmen. Natürlich muß er einer rechts-

---

Verlauf der Sitzung in kurzen Worten mit. Die Reichsregierung werde sich nunmehr ernstlich um Herstellung des Friedens bemühen. Meine Aufgabe sei es, sie dabei auf dem Gebiete der Propaganda wirksam zu unterstützen. Ich bat den General für deren Durchführung um klare Richtlinien, insbesondere auch in der belgischen Frage, die bald in den Mittelpunkt der Erörterung gelangen werde. Der General betonte, daß bei der Propaganda die Erklärung des Reichskanzlers vom 13. Juli 1918 über die Selbständigkeit und Integrität Belgiens in den Vordergrund gerückt werden solle, während unsere beabsichtigten militärischen und wirtschaftlichen Sicherungen aus politischen Gründen zunächst mehr in den Hintergrund zu treten hätten. Für meine Bitte, mir in der Propaganda aus Zweckmäßigkeitsgründen größere Freiheit und Selbständigkeit zu gewähren und mir zu erlauben, wenn die öffentliche Erörterung über den Frieden, vor allem mit der ausländischen Presse, in Gang komme und die Propaganda es erfordere, ohne zu feste Bindung an die *eigentlichen* politischen Ziele den propagandistischen Kampf je nach Gutdünken freier führen zu können, hatte der General volles Verständnis und billigte mir ausdrücklich volle Freiheit zu, namentlich auch bei den geplanten öffentlichen Kundgebungen. Abschließend brachte ich nochmals die Rede auf meine Ernennung zum Unterstaatssekretär. Mein Übertritt in die Zivilverwaltung komme mir in dem jetzigen Augenblick, wo militärische Erfolge nicht mehr zu erwarten seien, wie Fahnenflucht vor, als ob ich das sinkende Schiff verlassen wolle. Mich bedrücke dabei auch vor allem das Gefühl der mangelnden Treue ihm (dem General Ludendorff) gegenüber. Diese Äußerung tat dem General offenbar wohl, und er sagte mir völlige Freiheit des Entschlusses in dieser Angelegenheit zu. Ich machte nunmehr einen Vorschlag, wonach der Reichspressechef, Ministerialdirektor Deutelmoser, und ich dem Reichskanzler für den gesamten Werbe- und Aufklärungsdienst zur einheitlichen Leitung nach den Weisungen des Reichskanzlers zur Verfügung gestellt werden sollten, wobei mir ausdrücklich die Aufgabe zugewiesen werden solle, der Obersten Heeresleitung den ihr gebührenden Einfluß zu sichern. Hiermit war der General einverstanden.

Unmittelbar nach meiner Rückkehr nach Berlin am 16. August erschien der Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei v. Radowitz bei mir in der ‚Ohla' (M.A.A.), um mich im Auftrage des Reichskanzlers zu bitten, die Stellung des neu zu schaffenden Unterstaatssekretariats für Werbe- und Aufklärungsdienst zu übernehmen; ich würde in dieser Stellung dem Staatssekretär v. Hintze unterstellt sein. Ich lehnte dieses Anerbieten auf Grund meiner letzten Besprechung mit General Ludendorff ab und machte meinerseits Herrn v. Radowitz einen ähnlichen Vorschlag wie dem General Ludendorff. Hiergegen hatte Herr v. Radowitz Bedenken und suchte mich für seinen Vorschlag umzustimmen. Ich blieb jedoch bei meiner Ablehnung, so daß Herrn v. Radowitz schließlich in eine Erörterung meines Vorschlages eintrat. Zu den in den nächsten Tagen hierüber stattfindenden Verhandlungen wurde auch der Reichspressechef, Ministerialdirektor Deutelmoser, hinzugezogen; sie fanden nach Einholung der Zustimmung der Obersten Heeresleitung ihren Abschluß in einem in der Anlage beigefügten Runderlaß des Reichskanzlers vom 29. August 1918." Vgl. auch Eisenhart Rothe, S. 129 f., dessen Kandidat der Unterstaatssekretär Peters war. Für die Tätigkeit der neuen „Zentrale" vgl. Quellen I/1, Bd. 2, S. 475, Anm. 10, sowie Nr. 367. Der Kaiser, obwohl mit der Einrichtung der „Zentralstelle" einverstanden, übte Kritik an der Berufung Deutelmosers und Haeftens, sie seien „zu bürokratisch veranlagt"; vgl. Weber, S. 133, Anm. 102.

[11]) In der Vorlage als General v. Litzmann bezeichnet. Der General hatte als Führer des XXXX. Reservekorps an der Westfront am 6. 8. 1918 den von ihm am 2. 8. 1918 erbetenen Abschied erhalten. Für die Zeit nach seiner Verabschiedung plante er „öffentliche Vorträge vor Männern und Frauen aller Parteien, um das nationale Feuer zu schüren und das Vertrauen in unsere Heeresleitung und in die geschichtliche Bestimmung Deutschlands zu stärken", vgl. Litzmann, Bd. 2, S. 220 ff.

stehenden Partei angehören und vorher gehört werden, ob er bereit ist, in der angegebenen Richtung zu wirken. Ich bezweifle allerdings fast, ob sich ein Parlamentarier dazu findet. Sollte es der Fall sein, so würde man ihm zweckmäßig einen militärischen Chef geben und da würde zum Beispiel der Oberst Heye[12]) eine ausgezeichnete Persönlichkeit sein.

Zu dem Minister müßten meines Erachtens ferner ehrenamtlich einige Vertreter aus der Presse treten und zwar sowohl der Berliner wie der Provinzpresse. Hier ist eine Auswahl nicht schwierig. Das Kriegspresseamt, das meiner Meinung nach zur Zeit eine ziemlich unglückselige Behörde ist, ließe sich bei dieser Gelegenheit ganz außerordentlich einschränken.

Vielleicht haben meine Ausführungen für Herrn Oberst einiges Interesse.
Mit der Versicherung aufrichtigster Hochachtung verbleibe ich

Euerer Hochwohlgeboren
ergebenster
B[auer].

[12]) Chef des Stabes der Heeresgruppe Herzog Albrecht von Württemberg.

363.

Bericht des Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen an den preußischen Minister des Innern über die im Bereich des stellv. Generalkommandos des I. AK begründete zivile Aufklärungsorganisation.

26. 8. 1918, Königsberg, O. P. 5050 K. — StA Hannover StM, Y. IX. 2. 23, Adhibendum, Bd. 1, Abschrift.[1])

Euerer Exzellenz überreiche ich unter Bezugnahme auf die Unterredung mit Herrn von Below[2]) eine Aufzeichnung über die seit einigen Wochen im Einvernehmen mit dem stellvertretenden Generalkommando I. Armeekorps für dessen Korpsbezirk eingeleitete Überführung des Aufklärungsdienstes unter der Zivilbevölkerung auf eine zivile Stelle.[3]) Anlaß war das fast völlige Versagen des

[1]) Batocki übersandte die Abschrift gleichfalls am 26. 8. 1918 an den Unterstaatssekretär Heinrichs.

[2]) Damit dürfte der dem Bezirksausschuß des Regierungsbezirks Königsberg angehörende Herr v. Below, Rittergutsbesitzer auf Raudischken, gemeint sein.

[3]) In dem beigefügten Bericht des Leiters des neu gegründeten „Heimatdienstes", Oberregierungsrat Dr. Hoffmann (Direktor des Provinzialschulkollegiums in Königsberg), vom 22. 8. 1918 heißt es u. a.: „Das Haupterfordernis schien uns zu sein, daß die den Aufklärungsdienst versehende Stelle keinen behördlichen Charakter trägt, sondern als eine gleichsam aus der Bevölkerung unabhängig hervorgegangene Arbeitsgemeinschaft wirkt. [. . .] Damit hängt zusammen, daß sich diese Arbeitsgemeinschaft aus einer größeren Zahl von Männern und Frauen zusammensetzt, die möglichst viele Berufe und Schichten der Bevölkerung vertreten. — In der Unabhängigkeit und Allgemeinheit haben wir die Voraussetzungen für den Erfolg. — Die Arbeit vollzieht sich in folgender Weise: 1. Zunächst monatlich einmal versammeln sich die Mitglieder zu einer Sitzung, in welcher von einem Sachkundigen die Darstellung der Lage an

bisherigen militärischen Aufklärungsdienstes unter der Zivilbevölkerung.[4]) Insbesondere stehen die Arbeiterkreise der bisherigen militärischen Aufklärung ablehnend gegenüber.[5]) Die Schwierigkeiten der Aufgabe auch für eine zivile Organisation sind nicht zu unterschätzen, müssen aber überwunden werden, wenn der Gefahr einer schweren Erschütterung der öffentlichen Stimmung nach Aufhören des Kriegszustandes, unter Umständen schon während desselben, vorgebeugt werden soll.[6])

Die unter Leitung des Herrn Stellvertreters des Reichskanzlers stehende neue Reichsstelle, von deren Bestehen ich erst vor einigen Tagen zufällig Kenntnis

---

der Front und die Behandlung einer gerade im Vordergrunde des Interesses stehenden Frage der heimatlichen Verhältnisse geboten wird. [. . .] Durch solche Vorträge und die sich daran anschließende Aussprache aufgeklärt und durch das Bewußtsein des Zusammenschlusses mit vielen Gleichgesinnten gefestigt, wirken die Mitglieder in ihren Kreisen und sonst bei sich bietender Gelegenheit von Mann zu Mann auf die Stimmung der Bevölkerung. — 2. Die Mitglieder dieser Arbeitsgemeinschaft suchen das Vertrauen der Kreise, mit denen sie Fühlung haben, zu gewinnen und diejenigen Umstände zu erforschen, die die Stimmung niederdrücken. Ihre Beobachtungen und Erfahrungen tragen sie in der nächsten Versammlung vor. [. . .] Die erste solche Versammlung hat am 15. d. M. stattgefunden [ein Protokoll dieser Besprechung ist dem Brief Batockis als Anlage beigefügt]. Von den Geladenen hat keiner gefehlt. Anwesend waren neben den Vertretern der Behörden Männer und Frauen aller Kreise, soweit ich sie nach meiner Personalkenntnis für geeignet hielt. Durch mündliche Verhandlung gelang es mir, auch Vertreter gewerkschaftlicher Organisationen zum Erscheinen zu veranlassen. [. . .] Die laufenden Geschäfte werden von einer Geschäftsstelle besorgt, in der neben dem Unterzeichneten zwei Oberlehrer tätig sind, die das Generalkommando zur Verfügung gestellt hat. Dieses bestreitet zunächst auch die Kosten. Diese Geschäftsstelle, Hauptstelle des Heimatdienstes, hat Sprechstunden für die Bevölkerung eingerichtet, in denen mündliche Anfragen in dem oben bezeichneten Sinne entgegengenommen werden und Auskunft erteilt wird. [. . .]
Bedauerlicherweise begegnet die Arbeit des Heimatdienstes bei den Behörden an manchen Stellen einem Mißtrauen, und dieses wird wachsen, da in den Aussprachen auch manche Kritik der behördlichen Maßnahmen laut werden wird. Aber dieses Ventil ist notwendig und heilsam. [. . .] Die Not der Zeit verlangt eine unbefangene Würdigung der Seelenstimmung des Volkes, mit bürokratischer Voreingenommenheit ist es nicht zu regieren, dagegen bin ich von Ostpreußen wenigstens fest überzeugt, daß sie durch verständnisvolles Eingehen zu lenken sind." Neue Wege der Propaganda wurden damit nicht beschritten.

[4]) Vgl. hierzu die bei Höhn, S. 563 ff., in Auszügen zitierte Rede des stellv. kommandierenden Generals des I. AK, v. Dickhuth-Harrach, vor den Unterrichtsoffizieren Mitte Juli 1918.

[5]) Vgl. hierzu Nr. 358—360.

[6]) Um die gleiche Zeit versuchte das stellv. Generalkommando des XIII. AK durch organisatorische Maßnahmen die Zusammenarbeit mit den Zivilbehörden zu verstärken und die Aufklärung insgesamt zu intensivieren (vgl. das Schreiben an das württ. Ministerium des Innern vom 27. 7. 1918 in: HStA Stuttgart XIII. AK, Abt. IIa, Bd. 67; sowie die „Neuen Richtlinien für den vaterländischen Unterricht" vom 19. 7. 1918 in: HStA Stuttgart WKM, Abt. A, Bd. 1001). Das stellv. Generalkommando des XIV. AK forderte in einem Schreiben an das bad. Ministerium des Innern vom 28. 8. 1918 (GLA Karlsruhe Abt. 456, Bd. 87) die Gründung eines „Landesausschusses für die Volksaufklärung". „Alle im öffentlichen Leben verantwortlichen Stellen, Verbände und Persönlichkeiten sollten in den großen Rahmen der Volksaufklärung eingegliedert werden, damit auch der letzte nationaldenkende Deutsche in ihren Dienst gestellt wird." Die Gründungsversammlung des Landesausschusses sollte am 8. 10. 1918 in Baden-Baden stattfinden, sie wurde am 7. 10. 1918 abgesagt. In München fand ebenfalls am 30. 9./1. 10. 1918 eine Aufklärungstagung statt, vgl. Albrecht, S. 350 f.

erhielt[7]), scheint dieselben Ziele zu verfolgen wie die ostpreußische Organisation, kann aber nach meiner Überzeugung nur im engen Einvernehmen mit den örtlichen Verwaltungsstellen der Bundesstaaten insbesondere Preußens erfolgreich arbeiten.

gez. von Batocki.

[7]) Von „Stellvertreter" bis „erhielt" in der Vorlage von Empfängerseite unterstrichen. Dazu der Vermerk Heinrichs auf dem kurzen Begleitschreiben Batockis: „Mitteilung über die neugeschaffene Reichsstelle wird seitens des Reichskanzlers gemacht werden." Heinrichs meint damit die „Zentralstelle für Werbe- und Aufklärungsdienst für das In- und Ausland" (vgl. Nr. 362, Anm. 10), während Batocki auf die im Februar 1918 geschaffene „Zentrale für Heimatdienst" (vgl. Nr. 362, Anm. 2) anspielt, wie es sich nicht nur aus der Erwähnung des Stellvertreters des Reichskanzlers, sondern auch aus dem Bericht des Oberregierungsrats Dr. Hoffmann zweifelsfrei ergibt.

364.

Brief des Kapitäns z. S. Boy-Ed[1]) an Korvettenkapitän v. Selchow über die Situation der Aufklärung bei der Hochseeflotte.[2])

9. 9. 1918, Wilhelmshaven. — MGFA MA/Adm, Nr. 2419, P 34, Bd. 4, Abschrift.

Lieber Herr v. Selchow!

I. Der Umstand, daß Fregatten-Kapitän Schulz (der neu bei der Flotte ist)[3]) sich erfreulicherweise ganz außerordentlich für die *Frage der Aufklärung und Stimmung bei den Mannschaften* interessiert, sowie meine bisherige Tätigkeit hat mich in eine Art Mitarbeiterschaft für die Behandlung der Angelegenheit in der Flotte hineingebracht.

Fregatten-Kapitän Schulz will mit Hilfe des die Wichtigkeit der Frage voll erkennenden Flottenchefs[4]) zunächst versuchen, die *Aufgabe den älteren Offizieren dringlich zu machen.*[5]) Seiner Ansicht nach muß die Aufklärungstätigkeit mehr von oben herunter geleitet werden, als bisher geschehen ist. Es seien bisher ungenügende, teilweise minderwertige Kräfte dafür angesetzt worden.

Zunächst müsse daher erst einmal ein Vortrag gehalten werden, durch den den älteren Offizieren ein allgemeiner Einblick in die Wichtigkeit der Frage gegeben und ihnen die vielen Möglichkeiten der Beeinflussung der Stimmung der Mannschaft und auch ihrer Beschäftigung in belehrendem und unterhaltendem Sinne dargelegt werden müßten.

[1]) Kapitän z. S. Boy-Ed war Ende August 1918 zum Stabe des Kommandos der Hochseestreitkräfte kommandiert worden. Die Presseabteilung des Admiralstabes übernahm Korvettenkapitän Scheibe. Vgl. die Abschiedsrede Boy-Eds vor der Pressekonferenz am 24. 8. 1918, MGFA MA/Adm, Nr. 2414, P 19, Bd. 1.

[2]) Vgl. hierzu Nr. 347, Anm. 18.

[3]) Im Stabe des Kommandos der Hochseestreitkräfte.

[4]) Admiral Ritter v. Hipper.

[5]) Obwohl die Presseabteilung des Admiralstabes und der Flottenchef sich seit Oktober 1917 um den Vaterländischen Unterricht in der Flotte bemüht hatten! Vgl. hierzu Nr. 347, Anm. 9, 14 und 18.

Ob ich das nicht könne? Ich habe darauf geantwortet, daß ich sehr gerne ein paar allgemeine einleitende Worte sprechen würde, daß ich aber die Details nicht genügend beherrsche[6]), sondern daß Sie dafür die gegebene Persönlichkeit seien.

Ich bitte Sie also damit zu rechnen, daß die Flotte Sie evtl. telegraphisch zu einem solchen Vortrag (der evtl. 2—3mal für die jeweilig einlaufenden Geschwader zu halten wäre) vom Admiralstab anfordert.[7]) Schulz wollte auf einen Armee-Offizier (Kriegs-Presse-Amt oder ähnliches) heraus. Ich glaube, daß im Interesse der Marine und des Presse-Abteilung-Prestige Sie das unter allen Umständen übernehmen sollten. Es wird sich vielleicht empfehlen, sich über Einzelheiten (Beschäftigung der Leute im Schützengraben, Unterrichts-, Universitäts- usw. -Kurse) vorher bei der Armee noch zu informieren.

Der Vortrag würde auch eine vorzügliche Gelegenheit bieten, die bekannten (bisher so ungenügend ausgenutzten) belehrenden Unterrichtskarten usw. vorzuführen. Vielleicht würde er auch der Station anzubieten sein.

Wenn Sie mir einiges Material für die einleitenden allgemeinen Ausführungen schicken könnten, wäre ich dankbar (darunter würde ich z. B. Auslassungen des Reichskanzlers, der Deutschen Zeitung usw. über die „kriegsentscheidende" Bedeutung der Stimmung pp. verstehen).[8])

II. Für die Belehrung und Aufheiterung der Mannschaften in puncto *Westfront* habe ich die Bitte um Hersendung des Hauptmanns Zimmermann[9]) (durch Presseabteilung) empfohlen.

III. Der Lic. *Rump* hat mit seiner Anregung an die Mannschaft, sich ihm mit ihren Nöten oder Sorgen anzuvertrauen, m. E. mit Recht Anstoß erregt. Es gibt nichts Gefährlicheres für die Disziplin und das Ansehen der Vorgesetzten als die Einschiebung einer Zwischen-(noch dazu „Vertrauens"-) Instanz. Rump berief sich bei dieser Unterhaltung mit mir auf der „Thüringen" auch in dieser Beziehung auf Sie.[10]) Schulz erzählte von einer sehr lehrreichen und interessanten Sitzung im Kriegsministerium unter Vorsitz Wrisberg's am 3. September über Aufklärungs- und Stimmungsfragen.[11]) Es seien anwesend gewesen die Chefs der Stäbe der Stellv. Generalkommandos und der Marinestationen. Vom R.M.A. sei Kehrhahn dagewesen. — Ich glaube, daß man die Admiralität nicht hätte übergehen sollen!

[6]) Diese Feststellung muß einigermaßen verwundern, Boy-Ed war immerhin von März 1916 bis August 1918 Chef der Presseabteilung des Admiralstabes, die seit Herbst 1917 die Zentralstelle für den Vaterländischen Unterricht in der Marine war. Vgl. die sehr scharfen Urteile des Korvettenkapitäns v. Selchow über seinen Chef, Nachlaß Selchow, Logbuch Nr. 37 (Eintragungen vom 8. 2. und 23. 4. 1918).

[7]) In seinem Antwortbrief vom 13. 9. 1918 konnte Selchow wegen anderer Verpflichtungen einen Besuch in Wilhelmshaven nicht in Aussicht stellen.

[8]) Seiner Antwort vom 13. 9. 1918 legte Selchow eine Abschrift des von Boy-Ed seinerzeit selbst abgezeichneten und für gut befundenen Vortrags beim Staatssekretär über den Vaterländischen Unterricht (vgl. Nr. 347) bei.

[9]) Angehöriger des Kriegspresseamts.

[10]) Selchow reagierte in seiner Antwort vom 13. 9. 1918 auf diesen Vorwurf, indem er eine äußerst positive Beurteilung der Vorträge des Pfarrers Rump durch den Kommandanten S.M.S. „Markgraf", Kapitän z. S. Mörsberger, der Kritik entgegenstellte.

[11]) Über diese Besprechung liegen keine näheren Nachrichten vor.

Kennen Sie das Plakat „Wie schadet dem Feind der U-Bootkrieg?", herausgegeben vom Stellv. Generalkommando XV. Armeekorps von Hauptmann d. L. Dr. Künkele. Die Ausführung ist schlecht, die Idee gut.

Dieses nicht nur der Kürze, sondern auch deshalb an Sie, weil meines Wissens Scheibe noch auf Urlaub ist. Ich bitte den Brief aber als „dienstlich" zu behandeln.

Mit besten Grüßen an Sie und die übrigen P- und N-Herren, insbesondere auch an Wittmann, stets Ihr

gez. Boy-Ed.

365.

Auszüge aus der Aufzeichnung des Unterrichtsoffiziers des stellv. Generalkommandos des XIII. AK[1]) über die Stimmung im Lande und die eingeleiteten Maßnahmen.

16. 9. 1918, Stuttgart. — HStA Stuttgart XIII. AK, Abt. II, Bd. 67, Durchschrift.[2])

1. *Allgemeine Bemerkungen über den Stimmungsniederdruck.*
Es handelt sich in erster Linie um einen Zusammenbruch der öffentlichen Meinung der *Gebildeten*, bedingt durch das Versagen übertriebener Offensivehoffnungen und durch die Aussicht auf die Notwendigkeit eines neuen Kriegswinters, sowie durch die Zweifel an der weiteren Schlagfertigkeit unseres Heeres.[3]) Eben

[1]) Hauptmann d. R. Prof. Dr. Hermelink.

[2]) Die Durchschrift ist nicht unterzeichnet und ohne Angabe eines Adressaten. Handschriftliche Korrekturen offensichtlicher Schreibfehler werden nicht vermerkt. Die Vorlage trägt die Überschrift: „Die gegenwärtigen Maßnahmen zur Hebung der Stimmung in Württemberg."

[3]) Vgl. hierzu Nr. 469. Ein charakteristisches Beispiel hierfür ist ein Brief Stresemanns an Oberstleutnant Bauer vom 8. 8. 1918 (Nachlaß Bauer, Nr. 20), in dem es u. a. heißt: „Leider ist augenblicklich die Stimmung im Innern wieder einmal dem Nullpunkt nahe. Man kann sich darüber ärgern und dagegen schreiben, wie ich das in einem Aufsatze getan habe, der in den nächsten Tagen in den ‚Deutsche Stimmen' erscheinen wird und den ich mir gestatten werde, Ihnen zuzusenden. Leider muß man aber auch sagen, daß man sich über diese Stimmung garnicht wundern kann angesichts der Tatsache, daß die politischen Stellen in Deutschland für die Propaganda im Innern nicht das geringste tun, wenn auf unser deutsches Volk fortgesetzt die Reden feindlicher Staatsmänner niederprasseln, die die Niederlage Deutschlands als ganz selbstverständlich annehmen und davon sprechen, daß im Jahre 1920/21 mit Hilfe der amerikanischen Armee Elsaß-Lothringen endgültig erobert werden würde, daß man uns keine Wolle, keine Baumwolle, kein Kupfer und keinen Kautschuk mehr senden würde, dann kann man sich ja nicht darüber wundern, daß viele Leute ein Gruseln ankommt, und daß man mit seelisch so herabgestimmten Armeekorps ebenso wenig politische Schlachten schlagen kann als mit desolaten Armeen auf dem Schlachtfelde. [. . .] Wir müssen etwas in dieser Beziehung tun und es kann nicht alles auf dem Generalfeldmarschall und auf Ludendorff sitzen bleiben, zumal diese sich ja doch naturgemäß in erster Linie um die militärische Lage kümmern müssen. Aber sagen Sie bitte Ludendorff, daß es die höchste Zeit ist, daß die Politiker gezwungen werden, den Mund aufzutun und ihrerseits etwas Volkstümliches gegenüber diesen englisch-amerikanischen Reden zu sagen. Am besten täte es Hertling selbst oder Hintze. Wir kommen sonst in einen Schlamassel des seelischen Niederbruchs hinein, die Miesmacher gewinnen vollkommen die Überhand, das Durchhalten wird erschwert und die Stimmung an der

durch das Versagen dieses Rückgrats kam das ganze Gebäude der Stimmung im Lande zum Wanken. Die *landwirtschaftliche* Bevölkerung, durch die verschiedenen Maßnahmen der Kriegsernährungswirtschaft längst schon verdrossen, erlitt den Tiefpunkt in der Woche vom 8. bis 15. August: mit den trüben Nachrichten von der Schlappe zwischen Avre und Ancre[4]) durchliefen die übertriebensten Gerüchte von ungeheuren Verlusten der württembergischen Truppen („die ganze 27. Infanterie-Division ist abgeschnappt!") das ganze Land, und zugleich brachte einerseits der Schluß des Versorgungsjahres die Selbstversorger an den Rand des Nichts, andererseits drohte hoffnungsloses Regenwetter die Ernteaussichten gänzlich zu zerstören. Das Erntewetter (vom 16. August ab) hat hier die Gemüter auf andere Stimmungsinhalte gelenkt, und bis jetzt ist das Gleichgewicht nahezu gänzlich wieder hergestellt.

Auch bei der *Arbeiterschaft* machte sich der Schluß des alten Versorgungsjahres und der bis heute noch nicht vollzogene Übergang in die geregelten Formen des neuen in teilweise eruptiven Stimmungsäußerungen bemerkbar.

Die über die Lebensmittelversorgung abgehaltenen Versammlungen, die zum Teil aus der Unterrichtsabteilung des stellv. Generalkommandos veranlaßt, in allen Fällen aber von Unterrichtsoffizieren besucht waren, sind nur in wenigen Städten (Heilbronn, Heidenheim, Neckarsulm) in etwas erregteren Formen verlaufen, welche aber nicht tragisch zu nehmen, vielmehr als Ventilöffnungen zu werten sind. Man hört da heftige Anklagen gegen die Regierung, daß sie nicht im Stande sei, dem Kriegswucher und der allgemeinen Hamsterei ein Ende zu machen[5]), und es werden, falls nicht ganz energische Besserung eintrete, eine völlige Auflösung unserer Ernährungswirtschaft und damit nicht endenwollende Unruhen unter der Arbeiterschaft vorausgesetzt. Die Kriegslage an der Westfront hat im Gegensatz zu den wirtschaftlichen und innerpolitischen Fragen bei der Arbeiterschaft eine mehr beruhigende Wirkung ausgeübt („jetzt wissen wir,

---

Front sinkt. Sie wissen wie optimistisch, vielmehr wie fest vertrauend auf einen guten Ausgang des Krieges ich meinerseits bin, aber auch ich muß Ihnen sagen, daß es mir nicht mehr gelingt, in meiner Partei die Leute bei der Stimmung zu halten, wenn jede politische Offensive in Deutschland unterlassen wird. Es ist garnicht abzusehen, in welche Lage wir hineinkommen, wenn man derartig das Volk, das doch auch eine ganze Menge zu ertragen hat, unter dem Druck der feindlichen Propaganda läßt ohne etwas dagegen zu tun. [. . .] Das Volk will, daß ihm Leute von Fleisch und Blut, die mit ihrem Namen und ihrem Charakter einstehen, etwas sagen, woran es sich aufrichten und darüber hinaus die alte Siegesstimmung wieder gewinnen kann. Es muß ein entschiedener Druck auf die Herren ausgeübt werden, daß sie ihr rätselhaftes Schweigen brechen, indem wir innerlich verbluten und damit wir nur die Geschäfte des Herrn Scheidemann oder in der letzten Auswirkung die Geschäfte des Herrn Ledebour besorgen. Bitte glauben Sie nicht, daß ich zu schwarz male, denn ich habe die Stimmung der verschiedensten Kreise kennengelernt und kann Ihnen nur sagen, daß wir gegenwärtig ein niederdrückendes Gefühl in der Öffentlichkeit haben, wie ich es seit Kriegsbeginn noch kaum erlebt habe." Vgl. hierzu auch Quellen I/1, Bd. 2, S. 475, Anm. 10.

[4]) Vgl. Nr. 465.

[5]) Der inzwischen zum Oberst beförderte Oberstleutnant Bauer wandte sich am 26. 8. 1918 in dieser Frage an Oberst v. Haeften und dieser antwortete ihm am 5. 9. 1918 (Nachlaß Bauer, Nr. 13): „Das, was Sie über den Schleichhandel und seine verhängnisvollen Folgen schreiben, habe ich Herrn v. Radowitz [Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei] mitgeteilt, er wird die Sache auch von sich aus aufgreifen."

daß es keinen Eroberungsfrieden gibt!"), ja auch zum Widerstand entschlossene Äußerungen hervorgebracht („bis zum Kriegsausbruch kannten wir kein Vaterland, aber jetzt wissen wir doch, daß wir es verteidigen *müssen*" oder: „ins Land herein dürfen wir als Arbeiter keinen Feind lassen!" und ähnliches). Übereinstimmende Berichte besagen, daß die Unabhängige Sozialdemokratie im Lande sich *nicht* entschlossen hatte, die jetzige allgemeine Mißstimmung zu einer Propaganda der Tat zu formen[6]); und es scheint mir, daß die gemäßigten Führer, selbst in so unruhigen Betrieben wie Daimler-Untertürkheim und Zeppelin-Werke Friedrichshafen, ihre Massen noch völlig in der Hand haben, trotz zahlreicher radikaler Einzeläußerungen, die sich namentlich infolge der auf alle Gebiete des täglichen Verbrauchs übergreifenden Preiswelle des August und Septembers entladen.

Am heillosesten sind die verdrossenen und gänzlich defaitistischen Äußerungen des allerdings in seinen Grundlagen erschütterten *Mittelstands*[7]), die verstärkt werden durch so viel undisziplinierte *Frauengeschwätz*. Und ganz übel wirken neuerdings wieder die reisenden Urlauber, die nach vielfachen Berichten nicht in erster Linie aus der Front, sondern aus Etappen und Heimatheer Mißstimmung im Lande verbreiten. Doch auch gerade die aus der Front kommenden Soldaten scheinen in der Heimat wie von einem unseligen Gifthauch angesteckt zu werden, um zum Teil aus Großmannssucht, zum Teil in Nervosität die soldatische Haltung zu verlieren, welche sie, an die Front zurückgekehrt, nach übereinstimmenden Nachrichten sofort wieder zu gewinnen pflegen.[8]) Doch müssen ihre eigentlich nicht ernst zu nehmenden Proletereien („wenns jetzt nicht ausgeht, gehen wir im Winter noch samt und sonders über!" oder: „wer mich noch einmal k.v. schreibt, dem schlage ich die Hirnschale ein!" oder: „der Krieg wird doch nur für die Reichen geführt; die Armen bleiben in der Front; alle Reichen werden herausgezogen!" usw.) auf die verängstigten Gemüter der Heimat eben deswegen wirken, weil es so scheint, als ob die Grundlage unserer Stärke: eben die Schlagfertigkeit des Heeres, bis ins Mark getroffen sei. Wegen dieser Urlaubergeschwätze, die einem immer wieder entgegengehalten werden, ist es so schwer, die Front der Gebildeten und Führer des Volks, auf die bei der Stimmungsbildung alles ankommt und die allenthalben ins Weichen gekommen ist, zu neuer Standhaftigkeit zu bringen.

Direkte Einwirkungen der *feindlichen Propaganda* sind im Lande nur wenige nachzuweisen. Doch fehlen sie nicht ganz. Abgesehen von den durch die Presse verbreiteten Ministerreden und Heeresberichten des Auslands, die übrigens in den Kreisen der Arbeiterschaft mit mehr Kritik als in den gebildeten und Mittelstands-Kreisen entgegengenommen werden[9]), sind es insbesondere die schlagartig auftauchenden *Gerüchte*[10]), die im Lande gewirkt haben („Duell Hindenburg – Kronprinz Rupprecht", mit dem Doppelerfolg, daß der Verlust des Heerführers

[6]) Vgl. hierzu Nr. 478, Anm. 7.

[7]) Vgl. hierzu Feldman, S. 464 ff.

[8]) Vgl. hierzu Nr. 468 (Stellungnahme Heilmanns).

[9]) Vgl. Nr. 471.

[10]) Vgl. Nr. 468.

und die Unstimmigkeit zwischen Bayern und Preußen in krasse Beleuchtung gerückt werden soll, oder: „Einbruch der Franzosen im Elsaß und in Baden; sie stehen schon in Rastatt" oder „auf dem Kniebis" mit dem Erfolg, daß die allgemeine Unsicherheit in Süddeutschland gesteigert werden soll). Von besonderer Schlagart waren die systematisch durch das ganze Land gehenden und auch von Frontsoldaten zu hörenden *Geschwätze*, man habe schon im Jahre 1917 ein Friedensangebot der Feinde gehabt; dasselbe sei aber auf Hindenburgs Rat abgelehnt worden. Und jetzt „habe man den Salat", daß Hindenburg andauernd zurückgehe. Überhaupt sei dessen Ruf weit übertrieben worden. Seit er an der Spitze stehe, sei nichts Rechtes mehr los. „Wenn wir ihn einmal zu sehen kriegen, kommt er nicht ungerupft davon, der Massenmörder!" wird als Aussage von Soldaten berichtet. Ganz heillos sind endlich die *antimonarchischen* Gerede[11]), die oft in Eisen- und Straßenbahnen usw. zu hören waren: „Der Krieg werde doch nur für die Firma Wilhelm und Söhne geführt. Ehe die nicht fallit mache, gebe es doch keinen Frieden." Oder:„ Ehe [nicht] der Kronenwirt (oder„ sämtliche Kronenwirte") in Blut versaufen, höre das Blutvergießen nicht auf", — und damit in engstem Zusammenhang das *Spielen mit der Revolution:* „So kanns nicht weiter gehen!" — „Wir werden bald was erleben!" Doch sind es nicht zielbewußte Radikale, von denen solche Losung ausgeht, sondern es ist das Nachgeschwätz auswärtiger, feindlicher Losungsworte, durch urteilslose und aufgeregte Leute nicht nur in den Reihen der Arbeiterschaft, sondern bisweilen bis in die Landwirtschaft und den Mittelstand hinein. Ja, bis in die gebildeten Kreise ist ein Nachlaß[en] des monarchischen Gefühls wahrzunehmen, wobei die Tatsachen besprochen werden: daß keiner der Kaisersöhne in vorderer Linie im Kampfe stehe („der Heldentod eines kaiserlichen Prinzen wäre die Rettung der Monarchie gewesen!"), daß die Thronkandidaturen des Ostens unter Deutschlands Fürsten gierig aufgeteilt werden[12]); daß gerade in der Zeit der Großkämpfe von Verlobungsabsichten der Kronprinzen von Sachsen und Bayern und im Hause des Herzogs Albrecht gesprochen wurde. Im Oberland wurde vielfach die herzogliche Hofhaltung in Altshausen mit Bitterkeit bemängelt: zur Zeit, als die Lebensmittelnot gerade auch in der landwirtschaftlichen Bevölkerung zu spüren war (August und September), sei dort ein durch Hamsterei gesichertes Wohlleben wahrzunehmen gewesen; und die wohlgenährten zahlreichen Pferde seien fleißig spazierengefahren, aber nie der Landwirtschaft zur nötigen Arbeit angeboten worden.

2. *Die im Rahmen der bisherigen Aufklärungsarbeit getroffenen Gegenmaßnahmen.* Es wurde eine Besprechung der mit der Inlandaufklärung beauftragten Unterrichtsoffiziere sowie der Truppenunterrichtsoffiziere einberufen, bei der die Gegenmaßnahmen erörtert wurden. Die nötigen Maßnahmen bei den *Truppen und in den Lazaretten* bestehen in erweitertem Heranziehen gerade auch der kommandierten Mannschaften und Unteroffiziere zu den Veranstaltungen des Truppenunterrichts (siehe besonderen Bericht).[13])

[11]) Vgl. hierzu Nr. 481, 485 und 487.

[12]) Vgl. K.-H. Janßen, Macht und Verblendung. Kriegszielpolitik der deutschen Bundesstaaten 1914—1918, Göttingen 1963.

[13]) Liegt nicht vor.

Die *Organisation* der mit der Inlandaufklärung beauftragten Unterrichtsoffiziere ist derart, daß die Oberämter des Landes unter eine Anzahl (24) Unterrichtsoffiziere aufgeteilt sind, welche die Aufgabe haben, die unter Anregung der Mittelstelle in den amtlichen Bahnen der Kirche, der Schule und der Bezirks- bezw. Ortsverwaltung gehende Aufklärungstätigkeit in den ihnen zugeteilten Bezirken jeweils neu anzuregen und durch eigene reiche Vortragstätigkeit zu unterstützen.[14]) Diese Unterrichtsoffiziere der Inlandaufklärung wurden nun angewiesen, überall *Bezirksbesprechungen* mit den führenden Persönlichkeiten des Bezirks zu veranlassen und neben der Vorbereitung der Kriegsanleihe unter Besprechung der Winteraufgaben in Sonderheit die gesunkene Stimmung der Zusammengekommenen durch offene, rückhaltlose, zugleich aber auch Vertrauen und Entschlossenheit heischende Besprechung der Kriegslage zu heben. Der Unterrichtsoffizier des stellv. Generalkommandos war selbst bei etwa 20 derartigen Besprechungen in allen Teilen des Landes anwesend, um überall wahrzunehmen, daß der jeweils geladene Kreis der führenden und gebildeten Männer und Frauen wieder neu gestärkt und zu seinem Aufklärungsberuf aufgemuntert werden konnte. Dabei wurden neben den Vorträgen über die Kriegslage vielfach auch andere Referate (zum Beispiel über die russische Revolution von einem heimgekehrten Internierten, über die Lage der Landwirtschaft bezw. der Industrie, über bargeldlosen Zahlungsverkehr, über Kolonialkriegerspende usw.) gehalten. Und insbesondere wurde der weitere Ausbau bzw. die Festigung der Orts- und Bezirkskriegsausschüsse ins Auge gefaßt; im Zusammenhang damit ist die Ausdehnung der *Vortragstätigkeit* mit Hilfe der vom stellv. Generalkommando zu liefernden Lichtbilder bis in jedes Dorf des Landes für diesen Winter ausgemacht und in die Wege geleitet worden.

[. . .][15])

Als *Ziel der Aufklärung* kann jetzt nicht mehr so wie im Anfang des Kriegs die Weckung der vaterländischen Begeisterung bezeichnet werden. Vielmehr muß aller ungesunde Optimismus und die Rosigfärberei, die vielfach die Methode unserer Propaganda war, vermieden werden.[16]) Immer wieder wird uns vorgeworfen, durch bestimmte Berichte des Kriegspresseamtes oder des Kriegsernährungsamtes sei das Volk angelogen worden; deshalb glaube man auch keinem Heeresbericht mehr; „man kenne den Schwindel". Ohnehin steht unser Volk aller amerikanischen reklamehaften Form der Propaganda durchaus mißtrauisch gegenüber. Dem gegenüber muß zunächst unter schlichter trockener Darlegung der tatsächlichen Verhältnisse die auf die Zähne beißende Entschlossenheit gegen den

[14]) Vgl. Nr. 325.

[15]) Im folgenden werden die ergriffenen und geplanten Maßnahmen im einzelnen besprochen (Angaben über die Organisation des Plakataushangs, das vom stellv. Generalkommando herausgegebene Mitteilungsblatt „Heimatdienst in Württemberg", Verteilung von Flugblättern, vor allem der in 500000 Exemplaren verteilten Rede des Kaisers vor Krupparbeitern vom 10. 9. 1918 (vgl. hierzu Müller, S. 411, und B. Menne, Krupp. Deutschlands Kanonenkönige, Zürich 1937, S. 331 f.) und des Aufrufs Hindenburgs vom 2. 9. 1918. Daran schließt sich ein 3. Abschnitt der Aufzeichnung über die neuen Aufgaben der Propaganda an. In diesem Abschnitt wird der zivilen Aufklärung ihr Versagen bescheinigt (vgl. Nr. 363, Anm. 6) und eine Spezialisierung der Aufklärung für einzelne Bevölkerungsgruppen empfohlen.

[16]) Vgl. hierzu Nr. 465.

Vernichtungswillen unserer Feinde geweckt werden. Es ist bei der oben geschilderten Methode tatsächlich weiten Kreisen unseres Volkes noch nicht aufgegangen, daß es sich um Sein oder Nichtsein handelt.

Zu diesen Abwehrgedanken können heute noch sämtliche Kreise unseres Volks weit bis in die Reihen der linken Sozialdemokratie zusammengefunden werden. Dazu aber wird unter Hinweis auf die große Geschichte unseres Volks der Glaube an seine Unbezwingbarkeit und an die freie Fortentwicklung der deutschen Zukunft in warmherzigster, wahrhaft begeisternder Weise zu begründen sein. Aus Entschlossenheit und Glaube kommt der Sieg.[17])

[17]) Vgl. auch Nr. 369.

366.

Schreiben des preußischen Kriegsministeriums an die stellv. kommandierenden Generale.[1]) Aufforderung zur Intensivierung der Propaganda angesichts der Kriegslage.

18. 9. 1918, Nr. 1020/9.18 Z 3, Geheim! — MGFA MA/RMA, Nr. 2359, XVII. 1. 5. 21, Bd. 1, vervielfältigtes, eigenhändig vollzogenes Exemplar.

Die jetzige Lage Deutschlands und seiner Verbündeten erfordert dringender denn je feste Geschlossenheit im Innern und entschlossene Abwehr aller Versuche unserer Gegner, das Volk zu spalten.

Euere Exzellenz ersuche ich mit allen Mitteln in diesem Sinne zu wirken.[2]) Unter Ausschaltung jeder politischen Streitfrage ist durch Einwirkung auf die Presse[3]), durch Vorträge, Plakate, Aushangzettel, Bilder auf den Ernst der Lage hinzuweisen. Kino- und Theatervorstellungen sind im Interesse der Stimmung auszunutzen. Die Gefahren der Uneinigkeit müssen der Bevölkerung in eindringlicher Weise vor Augen geführt werden. Das Verständnis dafür muß geweckt werden, daß ein Versagen der seelischen Widerstandskräfte im jetzigen Augenblick den Untergang Deutschlands bedeutet.[4]) Das Schicksal der einzelnen Berufsstände,

[1]) Das Schreiben ging nachrichtlich an den Chef des Generalstabes des Feldheeres, den Reichskanzler, den Staatssekretär des Reichsmarineamts (dem, nach einem Vermerk am Seitenrande der Vorlage, von Korvettenkapitän v. Selchow Vortrag darüber gehalten wurde), die bundesstaatlichen Kriegsministerien, den Chef des Kriegspresseamts und an Oberst v. Haeften.

[2]) Vgl. hierzu auch Nr. 367 und 368.

[3]) In der Pressekonferenz vom 3. 9. 1918 (MGFA MA/RMA, Nr. 2357, XVII. 1. 5. 13, Bd. 2) hatte der Vertreter des Kriegspresseamts folgenden Appell an die Pressevertreter gerichtet: „Ich richte daher an die Presse die Aufforderung, an ihrem Teil eindringlich dazu beizutragen, daß das Volk die Größe des Augenblicks begreift und alle Kräfte auf das eine Ziel vereinigt, dem Vernichtungswillen des Feindes standzuhalten und ihn zu brechen. Unterschätzen Sie den Ernst meiner Ausführungen nicht, mit denen ich Sie zur Mitarbeit aufrufe."

[4]) Der Chef des Admiralstabes, Admiral Scheer, richtete am 27. 9. 1918 ein Schreiben an den stellv. Chef der Hochseeflotte, Admiral Souchon, und die Chefs der Marinestationskommandos (MGFA MA/Adm, Nr. 2402, P 9, Bd. 2), in dem er die Freistellung bestimmter Offiziere für Vortragszwecke anordnete. Zur Begründung führte er an: „Die politische Lage ist zurzeit

der Frauen und Kinder und ihr Interesse an einer glücklichen Beendigung des Krieges kann dabei veranschaulicht werden.

An der Kostenfrage darf das, was als notwendig erkannt ist, nicht scheitern. Die Heranziehung von geeigneten Privatpersonen zur Aufklärung empfiehlt sich in weitestem Maße. Die Mitwirkung von Geistlichen und Lehrern wird dabei von Bedeutung sein.

In der Besprechung mit den Chefs der Stäbe am 3. September ist bereits zum Ausdruck gekommen, welcher Wert der Aufklärungsarbeit unter den Truppen[5]) und in der Zivilbevölkerung beizumessen ist.[6]) Wenn ich heute Euerer Exzellenz persönlich die Bedeutung dieses Arbeitsgebietes nahe lege, so geschieht es, weil der Ernst der Lage es erfordert.

Über den Stand der Aufklärungsarbeit, über sich zeigende Schwierigkeiten, Erfolge und Erfahrungen ersuche ich Euere Exzellenz mich auf dem Laufenden zu halten.[7])

Der Kriegsminister
v. Stein.

---

derart [es folgt das durchgestrichene Wort „ernst"], daß alle Hebel in Bewegung gesetzt werden müssen, um ernste Wendungen [ursprünglich: „eine Katastrophe"] zu verhindern. Es ist daher unter anderem eine dringende Forderung der Stunde, überall im Reich Vorträge durch Offiziere halten zu lassen, um die Stimmung wieder zu heben. Zum Halten derartiger Vorträge kommen nur Offiziere in Frage, die bereits eine große Erfahrung auf diesem Gebiete oder eine ganz besondere Veranlagung hierfür haben. Dafür, daß Offiziere, die sich erst auf diesem Gebiete einarbeiten müssen, gestellt werden, ist es zu spät. [. . .] Es geht aber in den nächsten Wochen um das Ganze. Wie die Dinge heute liegen, müssen selbst die militärischen Interessen zurücktreten."

[5]) Vgl. hierzu Nr. 470.

[6]) Über die Besprechung liegen keine näheren Nachrichten vor. Eine Folge dieser Besprechung dürfte das Schreiben des stellv. Generalkommandos des II. AK an die Ausschüsse für Kriegsaufklärung des Korpsbereichs vom 4. 9. 1918 sein (Nachlaß Eberhardt, Nr. 92), in dem die Vertrauensleute aufgerufen wurden, mit allen Mitteln gegen die Gerüchte vorzugehen, in dem sie aber auch sehr ausführlich über die Lage im Westen informiert wurden. Fehler der Berichterstattung wurden zwar zugegeben, aber als Ergebnis der angestellten Betrachtungen glaubte das stellv. Generalkommando doch feststellen zu können: „Wir dürfen heute ebenso hoffnungsvoll in die Zukunft schauen, wie in den letzten Märztagen dieses Jahres. Unsere Offensive wird nach dem anfänglichen Rückschlag weiter gehen, sobald die günstigen Vorbedingungen dafür gegeben sind. Entscheidende Erfolge gegen die vereinigte Macht der gesamten Weststaaten lassen sich nun einmal nicht in einer Spanne kurzer Wochen erzielen. [. . .] Die deutsche Führung hat ihre operative Freiheit längst zurückgewonnen und gestaltet auch diese Abwehrschlacht so, wie das dem deutschen Kriegsziel am besten entspricht, und das ist unverändert die Zermürbung der feindlichen Kampfkraft."

[7]) Das stellv. Generalkommando des XVIII. AK wandte sich daraufhin an das preuß. Kriegsministerium und beklagte sich über die mangelnde Initiative und Mitarbeit der Zivilbehörden, die noch nicht erkannt hätten, „daß auch ihre Mitwirkung bei dieser Tätigkeit unerläßlich ist, wenn sie alle Volkskreise erfassen soll". Vgl. hierzu das Schreiben des preuß. Kriegsministeriums an den Reichskanzler und den preuß. Minister des Innern vom 28. 9. 1918 (GLA Karlsruhe Abt. 456, Bd. 84).

367.

Entwurf von Richtlinien der Auslandsabteilung der Obersten Heeresleitung für die dringlichste Aufklärungsarbeit in der Heimat.[1])

20. 9. 1918. — MGFA MA/Adm, Nr. 2420, P 35, Bd. 2, Durchschrift.[2])

1. Die nächsten Wochen entscheiden über Deutschlands Schicksal! Die gesamte Weltlage wird zur Zeit beherrscht von den militärischen Ereignissen an der Westfront, wo die von der Entente noch vor Winteranfang erstrebte Entscheidung bevorsteht. Ehe diese nicht gefallen, ist jede Friedensaussprache unmöglich.[3])

Wir müssen also kämpfen!

2. Es gilt, unserem Volke vor allem über die nächsten Herbstwochen hinwegzuhelfen und ihm ein festes, zeitlich nicht zu fernes Ziel zu zeigen, das *zunächst* erreicht werden muß und kann; das belebt die Widerstandskraft.[4])

3. Hierzu gilt es, folgende einfache Gedankengänge den breiten Massen zu vermitteln:[5])

a) Die Front wird und muß halten; mit allen Mitteln ist die Zuversicht zu unserer militärischen Stärke zu heben und zu festigen. (Stärke unserer Front, Aussichten des U-Bootkrieges, Sicherung der Rohstoffversorgung.)

b) Was muß die Heimat tun, um die Front in dieser entscheidenden Kampf- und Kraftprobe zu unterstützen? Jedem einzelnen Berufsstande sind die ihm hieraus erwachsenden Pflichten klar zu machen.

---

[1]) Die Richtlinien wurden am 20. 9. 1918 von Oberst v. Haeften der Presseabteilung des Admiralstabes übersandt mit der Bitte, sie durch den Chef des Admiralstabes prüfen zu lassen und sie bei Genehmigung an die entsprechenden Stellen weiterzuleiten. In einer, durch Korvettenkapitän v. Selchow stark erweiterten und von dem stellv. Chef des Admiralstabes, Kapitän z. S. v. Bülow, gebilligten Form wurden sie am 30. 9. 1918 unter „Ganz Geheim" den Marinekommandobehörden übersandt. Für die Zusätze vgl. Anm. 4—7.

[2]) Oberst v. Haeften übersandte die „Richtlinien" in abgewandelter Form bereits am 19. 9. 1918 an Ministerialdirektor Deutelmoser (WUA, Bd. 2, S. 359). Die Auslandsabteilung der Obersten Heeresleitung gab am 1. 10. 1918 „Richtlinien für die Aufklärungstätigkeit" heraus, die vornehmlich für das Ausland bestimmt waren, vom Admiralstab aber auch an alle Kommandostellen der Marine versandt wurden. Der erste Satz dieser Richtlinien lautete: „Die Entente hat keine Aussicht, die Mittelmächte militärisch niederzuringen." Vgl. MGFA MA/Adm, Nr. 2420, P 35, Bd. 2.

[3]) Vgl. hierzu Nr. 469, Anm. 6.

[4]) Zusatz in den Richtlinien des Admiralstabes (vgl. Anm. 1): „Es muß betont werden, daß wir das Schwerste bereits hinter uns haben, wir stehen auf der letzten Stufe vor dem Gipfel der Schwierigkeiten."

[5]) In den Richtlinien des Admiralstabes (vgl. Anm. 1) erscheint als Ziffer a) folgender Zusatz: „a) Worum es geht! Nicht allein um die großen Fragen von Thron und Altar, Krone und Vaterland, es geht um Fragen, die Jeden von uns auf das Allerpersönlichste treffen. Wir leiden! Es fehlen uns Nahrungsmittel, Rohstoffe für Bekleidung und Hausrat, für Industrie und Landwirtschaft, für unsere gesamte Lebenshaltung, Stoffe, die über See eingeführt werden. Siegt England, dann verlieren wir unseren Übersee-Handel, dann droht uns der Rohstoff-Boykott, *dann wird der Zustand, unter dem wir jetzt leiden, verewigt.*"

c) Welches Schicksal droht Deutschland und jedem einzelnen im Falle des Unterliegens in *politischer*, *wirtschaftlicher* und *militärischer Hinsicht*? Jedem Berufsstande sind vor allem die dem Einzelnen drohenden wirtschaftlichen Folgen zu zeigen.[6])

d) Welches sind unsere Aussichten bei erfolgreicher Überwindung der jetzigen Krisis.

Rückschlag, ja Enttäuschung bei unseren kriegsmüden, den 5. Kriegswinter fürchtenden Feinden, infolgedessen vielleicht erhöhte Bereitschaft zu einer für uns ehrenvollen, unser Dasein sichernden Verständigung.[7])

---

[6]) Die Folgen werden in den Richtlinien des Admiralstabes (vgl. Anm. 1) durch die folgenden Zusätze noch näher erläutert: „e) Die Niederlage bringt uns wilde Völker, bringt uns Verwüstung und Tod ins eigene Land. f) Die Staatsmänner der Entente lügen, wenn sie behaupten, uns die Befreiung zu bringen. Gegensatz zwischen ihren Reden (Clemenceau, Lloyd George) und den über der Front abgeworfenen und im Inlande verbreiteten feindlichen Flugblättern, die nicht von englischen oder französischen Soldaten geschrieben sind, sondern von Wilson, Clemenceau, Lloyd George selbst, um ihnen zu einem englisch-amerikanischen Siege zu verhelfen. Dann aber droht uns das Schicksal Irlands und Indiens."

[7]) In den Richtlinien des Admiralstabes (vgl. Anm. 1) fehlt die folgende, hervorgehobene Zeile, dagegen wird vor den Folgen einer Revolution gewarnt und der Versuch gemacht, die quantitative Überlegenheit der Entente als nicht kriegsentscheidend hinzustellen. „h) Falls von einer Selbsthilfe des Volkes gesprochen wird, ist auf die Folgen der russischen Revolution, des Zusammenbruchs der Versorgungs-Organisationen des deutschen Reiches für die Bevölkerung, besonders der Städte, der Unterbrechung der Verkehrsverbindungen auf dem gleichen Gebiete (Nahrung, Kohlen, besonders im Winter) hinzuweisen. Das arme Volk wird dem Wucher ganz ausgeliefert werden, wird von Hunger und Frost umkommen. Bei der dichten Bevölkerung Deutschlands würden diese Folgen noch viel früher und viel krasser eintreten, als in Rußland. i) Der Hinweis auf die Menge unserer Feinde, besonders der Hinzutritt Amerikas ist dadurch zu entkräften, daß wir mit Rücksicht auf die Zahl unserer Feinde den Krieg von vornherein hätten aufgeben und daß wir nach diesem Maßstab gemessen längst hätten unterliegen müssen. Die Entwickelung hat das Gegenteil bewiesen, wir haben die Russen durch unsere Siege zum Frieden gezwungen und stehen nur allein noch gegen die Westfront. Die Zahl der Amerikaner wird die der Russen niemals erreichen, schon jetzt müssen die Menschentransporte vermindert werden, da Material und Proviant transportiert werden müssen. [. . .] Wir müssen jetzt die Nerven behalten. Dann werden wir in diesem Freiheitskriege wie vor 100 Jahren einen für uns annehmbaren Frieden erkämpfen."
In einem Begleitschreiben des Admiralstabes wurden die Marinekommandobehörden vor allem auf die Gefährlichkeit der feindlichen Propaganda in den Eisenbahnzügen hingewiesen: „Zivilpersonen und vor allem auch von der Front kommende Soldaten hetzen in einer Weise gegen den Krieg, gegen die Offiziere und gegen alle Ordnung, wie es teilweise schlimmer nicht gedacht werden kann. Hier läßt sich nur durch geeignete Gegenpropaganda vielleicht Besserung schaffen. Auf Urlaub fahrende Offiziere, die in Zivil fahren müßten, und einzelne *besonders vorsichtig ausgesuchte* und *besonders geeignete* Deckoffiziere, Unteroffiziere und Mannschaften könnten durch ruhiges, sachliches Eingreifen in die Unterhaltung, z. B. durch Widerlegung mit überlegenen Gründen, durch Fragen, wie man sich denn die Zukunft dächte, wenn die Infanterie jetzt die Waffen fortwürfe und Darstellung der Folgen eines solchen Zusammenbruchs sehr segensreich wirken."
Das Kommando der Hochseestreitkräfte hatte für diese Gegenpropaganda von vornherein nur Offiziere für geeignet gehalten und meldete am 21. 10. 1918 deren völlige Einstellung MGFA MA/Adm, Nr. 2420, P 35, Bd. 2). „Bei der Entwickelung, die die Dinge inzwischen genommen haben, wird aber von der Maßnahme überhaupt abzusehen sein. Die betreffenden Offiziere könnten leicht in bedenkliche Lagen kommen, die in keinem Verhältnis zu dem zu erwartenden Nutzen stehen."

Dann werden wir siegen!

4. Diese Gedankengänge sind möglichst durch Propaganda von Mund zu Mund (bei Reisen, bei der Berufsarbeit, Vorträgen in Vereinen pp.) den breiten Massen immer wieder von neuem einzuprägen. Vor allem gilt es aber schnell handeln, kein Tag darf versäumt werden.

5. Material zur näheren Begründung vorstehender Richtlinien findet sich in der „Deutschen Kriegswochenschau"[8]) bezw. wird in den nächsten Nummern geboten werden, ist auch, falls gewünscht, bei allen amtlichen Aufklärungsstellen erhältlich.

[8]) Vgl. Nr. 347, Anm. 5.

368.

Leitsätze des preußischen Kriegsministeriums[1]) für die Aufklärungsarbeit in der Heimat.[2])

1. 10. 1918. — MGFA MA/Adm, Nr. 2420, P 35, Bd. 2, vervielfältigtes Exemplar.

1.) Noch nie hat der Feind seinen Willen, uns Freiheit, Wohlfahrt und Ehre zu rauben, so deutlich bekundet wie jetzt. Die höhnische Roheit der französischen Antwort auf die letzte versöhnliche Note Österreich-Ungarns ist bezeichnend dafür. Infolge[3]) ungewohnter, vorübergehender Waffenerfolge, wähnen die feindlichen Machthaber, Deutschlands Niederlage sei nahe. Es gilt, daß Heer und Heimat sie in kraftvoller, zuversichtlicher Einigkeit eines Besseren belehren.

2.) Da der Feind keinen Frieden will, der nicht mit unserer Knechtung bezahlt würde, müssen wir weiterkämpfen. Wir *müssen* es und wir *können* es auch! Wir haben genug Reserven an Truppen, Kriegsgerät, Rohstoffen und an sonstigen für die Kriegführung unentbehrlichen Hilfsmitteln, um in der Lage zu sein, dem Feinde auch ferner siegreich zu trotzen. Unsere Unterseeboote nehmen an Zahl und Güte fortdauernd zu.

[1]) Nachdem Oberst v. Haeften seine „Richtlinien" (vgl. Nr. 367) am 19. 9. 1918 Ministerialdirektor Deutelmoser übersandt hatte, arbeitete dieser „Leitsätze" aus, die der Vorlage mit einer geringfügigen Ausnahme (vgl. Anm. 3) vollkommen entsprechen. In einem Schreiben an das preuß. Kultusministerium vom 27. 9. 1918 (Nachlaß Schwertfeger, Nr. 115) bat Deutelmoser, diese „Leitsätze" anstelle der Haeftenschen „Richtlinien" dem bereits fertiggestellten Erlaß an die Kirchen- und Schulbehörden beizulegen (zur Absendung des Erlasses kam es jedoch nicht mehr). Oberst v. Haeften habe sich mit den „Leitsätzen", die ihm zur Einsicht vorgelegt worden seien, „vollkommen einverstanden erklärt". Dies Einverständnis scheint jedoch nur von kurzer Dauer gewesen zu sein, vgl. Anm. 5 und Nr. 367, Anm. 2.

[2]) Das preuß. Kriegsministerium versandte die Leitsätze, die „von der Reichsregierung aufgestellt" worden seien, an die preuß. stellv. Generalkommandos und teilte sie nachrichtlich auch der OHL und ihren Organen, dem Reichsmarineamt und den bundesstaatlichen Kriegsministerien mit. Die Presseabteilung des Admiralstabes übersandte sie am 11. 10. 1918 den Marinekommandobehörden (MGFA MA/KdH, Nr. 1354, A. 10, Bd. 2).

[3]) In der dem Kultusministerium übersandten Form der „Leitsätze" heißt es an dieser Stelle: „Trunken vom Rausche ungewohnter".

3.) Die Entscheidung über den Ausgang des Krieges und unser aller zukünftiges Schicksal liegt an der Westfront. Hier strebt deshalb auch der Feind nach einem baldigen Siege. Machen wir ihm die Hoffnung darauf zunichte, so wird sein jetziger Übermut in Enttäuschung umschlagen. Die Kriegsmüdigkeit der uns feindlichen Völker Europas, die dann im nahenden Winter weit mehr Beschwerden erdulden müßten als wir, verbessert in diesem Falle die Aussicht auf die gegenseitige ehrenvolle Verständigung, die von den Regierungen unserer Gegner jetzt noch abgelehnt wird.

4.) Nach welchen Zielen wir streben und in welchem Geiste wir kämpfen, geht aus den neuesten Reden unserer führenden Staatsmänner klar und deutlich hervor.[4]) Nach Eroberungen oder unrechtmäßigem Vorteil anderer Art auf Kosten fremder Nationen, seien sie groß oder klein, steht nicht unser Sinn. Wir lieben selber die Freiheit zu sehr, um sie andern nicht ehrlich zu gönnen. Unser einziges Kampfziel ist der dauernde, sichere Schutz des deutschen Landes, der deutschen Arbeit und aller von ihr geschaffenen Wirtschafts- und Geisteswerte.

5.) Dem gegenüber steht der Wille des Feindes, uns dieses oberste Recht eines freien Volkes dauernd gewaltsam vorzuenthalten. Bezeichnend dafür ist unter anderm sein Streben, Deutschland von einem zukünftigen Versöhnungsbunde der Völker auszuschließen und es auch nach dem jetzigen Kriege wirtschaftlich bis zum Äußersten zu bekämpfen. Mit wohlgemeinten, guten Worten läßt sich dieser Vernichtungswille, wie die Erfahrung beweist, nicht überwinden. Nur entschlossene Taten können unsere Gleichberechtigung mit den anderen Nationen durchsetzen.

6.) Im festen Vertrauen auf unsere erprobten, tapferen Truppen verbürgt[5]) sich die Oberste Heeresleitung dafür, daß unsere Westfront standhalten wird. Sie muß sich dazu aber auch auf die treue Hilfe der Heimat verlassen. So wenig wie draußen am Feind, darf zu Hause irgendwer in der Pflichterfüllung versagen, denn unser Verteidigungskampf ist ein Volkskrieg, bei dem es auf die Leistungen jedes Einzelnen ankommt, gleichviel auf welchem Posten er steht.

7.) Wir alle, Männer und Frauen, müssen deshalb, solange der Krieg noch währt, jedes Wort, das wir sprechen und schreiben, jede Tat, die wir unternehmen, gewissenhaft daraufhin prüfen, wie unser Verhalten auf die Kriegführung einwirken könnte. Kein Stand und Beruf steht außerhalb dieser ernsten Verpflich-

[4]) Vgl. hierzu Nr. 469, Anm. 9 ff.

[5]) An diesem Wort entzündete sich später eine persönliche Kontroverse zwischen Deutelmoser und Haeften (Nachlaß Schwertfeger, Nr. 114, 115, 504 und 540). Schon in seinen „Notizen zur Propagandafrage" vom 19. 8. 1918 (vgl. WUA, Bd. 2, S. 356 ff.) hatte Deutelmoser darauf abgehoben, daß eine Wirkung überhaupt nur noch durch wahrheitsgemäße, fundierte Nachrichten und Mitteilungen zu erzielen sei. Jede Form der Schönfärberei würde nur das Gegenteil des angestrebten Propagandaerfolges erreichen. Die Beurteilung der militärischen Lage war Ende September 1918 das entscheidende Element bei jedem Propagandavorhaben. Oberst v. Haeften war in dieser Beziehung die zuständige Auskunftsstelle für Deutelmoser (vgl. Nr. 362, Anm. 10), der daher der Einverständniserklärung Haeftens (vgl. Anm. 1) den größten Wert beilegen mußte. Haeften hat später heftig bestritten, eine derartige „Bürgschaftserklärung" abgegeben zu haben. Zum Verhältnis Haeften-Deutelmoser, das für das Jahr 1918 wohl als gespannt zu bezeichnen ist, vgl. die Aufzeichnungen Deutelmosers vom 7. 4. und 16. 5. 1918 in: Nachlaß Schwertfeger, Nr. 504, sowie Nr. 456, Anm. 8.

tung. Ein wichtiger Teil der Aufklärungsarbeit muß darin bestehen, dies sämtliche Volksgenossen immer von neuem richtig erkennen zu lehren.

8.) Wer so seine Pflicht gegenüber der Volksgemeinschaft erfüllt, dient damit zugleich auch seinem eigenen Wohlergehen. Nur Verblendung und Kurzsichtigkeit kann sich dieser Wahrheit verschließen. Es gibt in Deutschland keinen einzigen Menschen, der nicht den schwersten persönlichen Schaden erlitte, wenn uns die Feinde besiegten. Es gibt auch niemand, dem unsere siegreiche Selbstbehauptung nicht mit unbedingter Gewißheit eine bessere Zukunft verbürgte. Unsere Gegner bekämpfen uns nicht, um uns glücklich zu machen, sondern um nach der Niederlage, die sie uns zufügen möchten, Nutzen aus unserm gemeinsamen Unglück zu ziehen. Auch diese Erkenntnis muß die Aufklärungsarbeit in allen Kreisen des Volkes ausbreiten und vertiefen.

9.) Wenn jedermann in der oben geschilderten Weise treu seine Schuldigkeit tut und freudig seinen Teil der gemeinsamen Kriegslasten trägt, ist uns ein günstiger Friede gewiß. Aber auch *nur dann*! Diese Tatsache in sämtliche Köpfe und Herzen hineinzuhämmern, nicht mit allgemeinen Redensarten, sondern unter verständnisvoller Nutzanwendung der Grundsätze auf das praktische, tägliche Leben, ist der wichtigste Teil der dem Aufklärungswesen zufallenden Aufgaben.

10.) Jede Gelegenheit in diesem Sinne besonders durch mündliche Aussprache, sei es bei der Berufstätigkeit, auf Reisen oder auch bei geselligen Zusammenkünften und Vorträgen Gutes zu schaffen, muß ohne Verzug und unermüdlich ausgenutzt werden.

Den zur Begründung der Leitgedanken im einzelnen nötigen Stoff enthält die deutsche Kriegswochenschau[6]), die in dieser Hinsicht die Tagespresse wirksam ergänzt und zu aufmerksamer Benutzung empfohlen wird.

Daneben sind alle amtlichen Aufklärungsstellen immer bereit, auf Wunsch noch weiteren Stoff zu liefern.

Die Leitsätze werden je nach Bedarf durch die Ausgabe neuer Blätter vervollständigt werden.[7])

[6]) Vgl. Nr. 347, Anm. 5.

[7]) Das preuß. Kriegsministerium versandte die „Leitsätze Nr. 2" am 31.10.1918 (MGFA MA/RMA, Nr. 2359, XVII. 1. 5. 21, Bd. 1). In ihnen wurden Hinweise zur Behandlung der 14 Punkte des Präsidenten Wilson gegeben.

369.

Besprechung der zentralen militärischen Stellen mit den Leitern des „Vaterländischen Unterrichts" bei den stellv. Generalkommandos.

369a: Auszüge aus dem Protokoll.

18. 10. 1918[1]), Nr. 899 IV U. O., Geheim! — GLA Karlsruhe Abt. 456, Bd. 88, vervielfältigtes Exemplar.[2])

[. . .][3])

Wirkl. Geh. Kriegsrat **Walde** (Kgl. Sächs. Kriegsministerium): Es wurde vorhin allgemein die Frage gestellt, ob es ratsam sei, den vaterländischen Unterricht mit politischen Dingen zu befassen. Hierzu möchte ich mir erlauben, aus Sachsen folgendes mitzuteilen: An das Kriegsministerium ist vor längerer Zeit bereits seitens eines sächsischen Zivilministeriums die Anregung gegeben worden, von seiten der Obersten Heeresleitung darauf hinzuwirken, den vaterländischen Unterricht auch für politische Zwecke zu verwerten. Besonders wurde diese Anregung damit begründet, daß man sagte, die Bundesstaaten sind besonders daran interessiert, über die Frage der Kriegsentschädigung genauer orientiert zu werden als bisher, und zwar wegen der finanzpolitischen Wirkungen, die gerade diese Frage auf die Bundesstaaten[4]) ausübt; und man wollte weitergehen und wollte sagen, diese Frage der Kriegsentschädigung soll speziell auch mit zum Gegenstand des vaterländischen Unterrichts gemacht werden, weil in dieser Richtung noch die unglaublichsten Ansichten bestehen. Nun kamen, ehe sich das Kriegsministerium zu dieser Anregung schlüssig machen konnte, die politischen Veränderungen der letzten Zeit, und diese und der weitere Gesichtspunkt, daß

[1]) Die Besprechung, zu der das Kriegspresseamt am 11. 10. 1918 eingeladen hatte (MGFA MA/Adm, Nr. 2417, P 31, Bd. 2), fand am 15. 10. 1918 im preuß. Abgeordnetenhaus statt. Das Protokoll trägt das Datum 18. 10. 1917, wurde jedoch vom Kriegspresseamt bereits am 17. 10. 1918 den stellv. Generalkommandos und Armee-Oberkommandos übersandt.

[2]) Das Protokoll umfaßt 34 Schreibmaschinenseiten, die beigegebenen Niederschriften der Vorträge über die militärische bzw. politische Lage weitere 18 Schreibmaschinenseiten. An der Besprechung nahmen 65 Offiziere und Beamte teil, vgl. Anlage 3.

[3]) Nach kurzen Begrüßungsworten Oberstleutnant Nicolais hielt Hauptmann Zimmermann vom Kriegspresseamt einen Vortrag über die militärische Lage, der mit dem Satz schloß: „So sind wir, selbst wenn wir gezwungen sind, den Kampf noch das nächste Jahr fortzuführen, unter dauernder Straffung unserer Linien, unter Schonung unserer Kräfte ganz zweifellos in der Lage, den Kampf zum Schutz unserer Heimat kraftvoll weiter durchzuführen." Nach den Angaben des Unterrichtsoffiziers des stellv. Generalkommandos des XIV. AK (vgl. Nr. 369b) beschränkte sich Korvettenkapitän v. Selchow bei seinem Vortrag über den „Stand des Seekrieges" auf den Nachweis, daß die Marineoperationen durch die Räumung Flanderns nicht nachteilig beeinflußt würden. Daran schloß sich der Vortrag des Legationsrats v. Riepenhausen über die politische Lage an. In der Aussprache kamen zunächst die Vertreter der Grenzkorpsbezirke zu Wort, die angesichts der unsicheren Lage in Elsaß-Lothringen und der offenen polnischen Propaganda die Forderung nach einer politischen, und zwar nationalpolitischen Orientierung des „Vaterländischen Unterrichts" erhoben, so vor allem Professor Dr. Herrmann vom stellv. Generalkommando des V. AK.

[4]) In der Vorlage folgt an dieser Stelle das Wort „Politik", wodurch auch der Wortlaut „bundesstaatliche Politik" möglich wäre.

meines Erachtens bisher die Leitsätze der Obersten Heeresleitung dem widersprachen, haben das Sächsische Kriegsministerium veranlaßt, dieser Anregung zunächst keine Folge zu geben. Da aber jetzt die Frage hier allgemein gestellt wurde, halte ich mich für verpflichtet, diese Angelegenheit aus dem sächsischen Bereiche hier zur Kenntnis der Obersten Heeresleitung zu bringen.

Leutnant **Spickernagel** (stellv. Generalkommando X. A.K.): Ich glaube, grundlegend für die Weiterführung des vaterländischen Unterrichts in der Heimat ist die Orientierung über die militärische Lage. Heute ist uns hier von Vertretern des Generalstabes und des Admiralstabes eine solche Erklärung gegeben worden. Ich darf vielleicht sagen, daß die Orientierung über die militärische Lage, wie sie uns hier gegeben ist, eine andere sein muß als die, die den politischen Parteien und Parteiführern gegeben wird[5]), oder aber wie sie von diesen Parteiführern weitergeleitet wird in die öffentliche Meinung und daß unsere Arbeit von vornherein erfolglos bleiben muß, wenn durch die politischen Parteien, namentlich der linken Seite, eine andere Orientierung in das Volk hineingetragen wird. Das wesentliche ist ja, daß die militärische Lage im Gesamtrahmen sich anders darstellt, als wenn man nur eine einzelne Front beachtet; und da sind mutlose Gerüchte hier von politischen Parteiführern fast sämtlicher Parteien durch ihre Organisation, durch ihre Parteisekretäre und durch ihre Zeitungen bereits in weitem Maße in das Volk hineingetragen und haben außerordentlich entmutigend gewirkt.

Nun hat der Herr Vertreter des Auswärtigen Amts vorhin gesagt, daß es wünschenswert erscheine, wenn die Organe der Rechtsparteien weiterhin auf ihrem alten Standpunkt eines starken Friedens stünden und das auch zum Ausdruck brächten; das würde dem Auslande gegenüber nützliche Wirkung hervorrufen.[6]) Dieser Meinung sind wohl auch alle Herren, die in der politischen Propaganda stehen. Aber ich glaube, daß man dann, wenn man das auf der einen Seite fordert, auf der anderen Seite von den Linkszeitungen — und ich darf da wohl ruhig Namen nennen, wir sind ja unter uns —, namentlich vom Berliner Tageblatt und von der Frankfurter Zeitung, noch in viel höherem Maße als von sozialdemokratischen Organen fordern muß, daß sie dann der politischen Leitung jetzt nicht in den Rücken fallen und dem Auslande gegenüber systematisch den Eindruck hervorrufen: wir können ja gar nicht anders mehr, wir können auch dann, wenn Ihr uns den Waffenstillstand nicht gewährt, den Kampf nicht fortsetzen, daß sie ganz offen von einem Zusammenbruch des militärischen Systems nicht nur, sondern überhaupt des Militarismus sprechen, und daß sie auch ganz offen schon die Führung angreifen. Das Vertrauen zur Führung ist ja das Notwendigste, was ein Volk in seinem Daseinskampfe braucht. Das Vertrauen ist auch noch in weiten Kreisen in der Provinz vorhanden. Hier in Berlin ist es vielleicht nicht mehr vorhanden; wenn man so den Äußerungen der untersten Volksschichten zuhört und auch hier dem ganzen Leben und Treiben zusieht, ist es vielleicht nicht mehr da, und einem großen Teil der Bevölkerung ist es anschei-

[5]) Vermutlich eine Anspielung auf den Vortrag des Majors Erich Frhr. v. d. Bussche-Ippenburg am 2. 10. 1918 vor den Fraktionsvorsitzenden der Reichstagsfraktionen, vgl. Quellen I/2, S. 44, Anm. 3, sowie Nr. 480, Anm. 13.

[6]) Vgl. hierzu Nr. 469, Anm. 6.

nend ganz gleichgültig, was aus Deutschland wird. Aber in der Provinz steckt in breiten Schichten bis in die Arbeiterschaft hinein ein unerschütterliches Vertrauen zur O.H.L., ich darf ganz ruhig sagen: ein Vertrauen zur militärischen Leitung, das viel stärker ist als zur politischen Leitung. Wenn dies Vertrauen nun erschüttert wird durch die Polemik der demokratischen Zeitungen und durch die Minierarbeit, durch entmutigende Gerüchte über den drohenden Zusammenbruch des Heeres infolge des Bolschewismus und ähnlicher Dinge, wenn dies Zutrauen erschüttert wird, dann ist das deutsche Volk nicht mehr in der Lage, nach Ablehnung des Waffenstillstandes soviel Nervenkraft aufzubringen, wie ein Volk in einem solchen schweren Schicksalskampf notwendig hat.

[. . .][7])

Oberstleutnant **Nicolai:**[8]) Meine Herren, es ist eben von dem Herrn Vertreter des Kriegsministeriums ausgeführt worden, daß wir es unterlassen sollen, an Vergangenem zu hängen, daß wir alles vereinigen sollen auf die Gegenwart und auf die Zukunft. Das ist zweifellos richtig. Ich möchte aber doch davon ausgehen, daß zwei wichtige Dinge uns mit der Vergangenheit verknüpfen. Das eine ist, daß wir gegen eine Welt von Feinden kämpfen, und das Zweite ist, daß wir seit langem friedensbereit sind, daß *wir um den Frieden kämpfen.* Wenn man sich das nicht vergegenwärtigt, so scheint es, als ob wir mit einem plötzlichen Umschwung, mit einem plötzlichen Niederbrechen zu rechnen hätten. Gestatten Sie mir deshalb, daß ich noch ein paar ergänzende Worte zur militärischen Lage sage und dazu, worauf sich die Zustimmung der O.H.L. oder der Entschluß der O.H.L. zum Frieden gründet.[9])

Ich sagte schon: Wir kämpfen gegen eine Welt von Feinden. Als dieses Kriegsjahr begann, ballten sich die Kräfte unserer Feinde auf unserer Westfront vor uns zusammen.

[. . .][10])

Meine Herren, das sind schwerwiegende Veränderungen der militärischen Lage, die in den letzten drei Wochen eingetreten sind, die das Kräfteverhältnis zu unseren Ungunsten beeinflussen. In klarer Erkenntnis dieser Lage sagte sich die Oberste Heeresleitung, wie es der Herr Vertreter des Kriegsministeriums schon ausführte, daß wir zwar den Krieg als reinen Verteidigungskrieg, wenn der Feind will, weiterführen können, daß der Krieg von dort, wo er jetzt geführt wird,

[7]) Im folgenden stellte Hauptmann Bloem von der Feldpressestelle die Frage, ob schon jetzt das Volk durch große demonstrative Kundgebungen zum weiteren „Durchhalten" aufgerufen werden solle. Die Unterrichtsoffiziere des Oberkommandos in den Marken und des stellv. Generalkommandos des IV. AK wiesen auf die Gerüchte hin, wonach die Oberste Heeresleitung für das Waffenstillstandsangebot verantwortlich sein sollte und einen Zusammenbruch der Westfront befürchte. Der Vertreter des Oberkommandos in den Marken schlug große Sympathiekundgebungen für die OHL vor. Daran schloß sich der in Nr. 369b wiedergegebene Vortrag von Oberstleutnant van den Bergh vom preuß. Kriegsministerium an.

[8]) Vgl. hierzu Nr. 369b.

[9]) Vgl. hierzu auch Nr. 482 und 484.

[10]) Im folgenden gab Oberstleutnant Nicolai einen Überblick über die Entwicklung der militärischen Lage von März bis September 1918 und stellte dabei in Abrede, daß die OHL die amerikanische Gefahr unterschätzt und die Fochschen Reserven als für immer vernichtet bezeichnet habe.

durch Nordfrankreich und Belgien schrittweise in zäher Verteidigung gehen und auch das ganze Land dort noch in Trümmer legen kann, daß aber das Ziel, um das wir kämpfen — der Frieden — dadurch nicht verbessert werden kann. Wir würden Tausende und Abertausende in außerordentlich verlustreichen Schlachten opfern, ohne eine wesentliche Änderung erreichen zu können.

[. . .][11])

Meine Herren, gestern war wieder ein Großkampftag allererster Ordnung. Wir haben ganz außerordentlich schwere Angriffe in Flandern gehabt in Verbindung mit der feindlichen Flotte. Wir haben ganz gewaltige Durchbruchsangriffe auszuhalten gehabt in der Champagne. An solchen Tagen steht das Schicksal auf des Messers Schneide. Aber der gestrige Kampftag ist für den Feind im ganzen erfolglos verlaufen. Meine Herren, solche Tage werden sich wiederholen. Diesen Ernst der Lage, den schildern Sie dem deutschen Volke! Wir stehen im Kampf! Im Kampf um den Frieden, aber wir stehen im Kampf, und wir brauchen *alle* unsere Kräfte für diesen Kampf!

Hierzu ist das erste, was wir tun müssen: *sich des Ernstes der Lage bewußt sein*, mit den Tatsachen rechnen, sich als verantwortlicher Leiter des Vaterländischen Unterrichts nicht dem anschließen, was man von den Leuten hört, die von den Dingen nicht wissen, wie sie wirklich stehen. Wir müssen die Lage bitter ernst ansehen, aber hinter diesem Ernst muß der *Stolz* stehen darüber, was wir bisher geleistet haben.

Auf diesen Ernst und berechtigten Stolz baut sich das zweite auf: daß das *Vertrauen* erhalten wird. Ich habe Ihnen schon gesagt, daß von irgendwelchem Zusammenbruch nicht die Rede ist, daß aber vieles von den Dingen, die sich abspielen, und die Gründe zu den Entschlüssen nicht öffentlich gesagt werden können. Da frage ich: Wo ist das vielgerühmte Vertrauen, das viele im Munde führten? Jetzt brauchen wir's! Vertrauen, wenn große Siege errungen werden, ist nicht schwer; aber Vertrauen haben, wenn man nicht weiß, wo der Weg hinführt und warum es so geht — das ist Vertrauen. So pflegen Sie weiter *das Vertrauen zur Obersten Heeresleitung*.[12]) Aber pflegen Sie es nicht im Gegensatz zu

[11]) Einen Überblick über die gegenwärtige Lage schloß Oberstleutnant Nicolai mit einem Hinweis auf den entschlossenen Vernichtungswillen des Feindes, der weder einen Waffenstillstand noch einen Frieden auf der Grundlage der jetzigen militärischen Lage wolle.

[12]) Welch schwierige Aufgabe den Unterrichtsoffizieren übertragen wurde, zeigt das folgende Beispiel. Das preuß. Kriegsministerium wandte sich am 30. 10. 1918 an das württ. Kriegsministerium und bat um Aufklärung über öffentliche Äußerungen des Hauptmanns d. R. Prof. Dr. Hermelink, der in Stuttgart gesagt haben sollte, „daß die Mitteilungen des Großen Hauptquartiers über die militärische Lage von der Regierung und vom Reichstag offenbar mißverstanden worden seien; diese Mitteilungen der Obersten Heeresleitung seien nicht so aufzufassen gewesen, daß Gefahr bestehe. Der Reichstag und die Regierung haben aus den Mitteilungen der Obersten Heeresleitung falsche Schlüsse gezogen. Gefahr bestehe nicht." In seiner Meldung führte Hermelink hierzu u. a. aus: „Seit Anfang Oktober gingen und gehen im Lande Gerüchte um, wie z. B. auch aus beil. Zeitungsnachricht des ‚Schwarzwälder Boten' vom 5. November Nr. 257 zu ersehen ist, daß die Westfront ‚innerhalb der nächsten 24 Stunden' im Zusammenbrechen begriffen sei und eine Überflutung gerade auch Süddeutschlands von den feindlichen Heeren erwartet werden müsse. Beim Nachforschen nach den Urhebern dieser Gerüchte stieß ich auf angebliche Äußerungen von Reichstagsabgeordneten und anderen Herren, die in Berlin waren, wonach von Hindenburg oder Ludendorff an den Reichskanzler

dem *Vertrauen zur politischen Reichsleitung*. Die Oberste Heeresleitung und die politische Reichsleitung sind *einer* Ansicht, wir haben eine einheitliche Regierung.[13])

[. . .][14])

Also, meine Herren, „es ist meine Pflicht, die von Seiner Majestät Allerhöchst berufene Regierung zu unterstützen!“[15]) Das Wort *gilt* für uns, und damit sind alle parteipolitischen oder sonstigen Erörterungen erledigt. Ich habe aus Zwischenrufen und auch aus verschiedenen Ausführungen den Eindruck gewonnen, daß in Ihnen sich der Parteimann immer noch nicht genügend für die Aufgabe der Leitung des Vaterländischen Unterrichts freimachen kann. Das müssen wir aber unter allen Umständen![16]) Und gerade wenn jetzt die Forderung erhoben wird, und durchgeführt werden sollte, daß der Vaterländische Unterricht endlich auch auf dem politischen Gebiet helfen möchte, dann kann das nur geschehen unter politischer Führung durch die verantwortliche Reichsregierung.[17])

Es sind angebliche Äußerungen des Generalfeldmarschalls verbreitet, die Westfront hielte nur noch zwei Tage. Meine Herren, solche Äußerungen sind nie gefallen. Aber der Generalfeldmarschall und General Ludendorff setzen, nachdem sie einmal den schweren Entschluß gefaßt hatten, Waffenstillstands- und Frie-

---

telegraphiert oder telephoniert worden sei, daß ‚schleunigst‘ oder ‚sofort‘ oder ‚innerhalb der nächsten 24 Stunden‘ Waffenstillstand geschlossen werden müsse, da sonst die Westfront zusammenbreche. Ich habe anläßlich der Aufklärungsversammlung in Berlin am 15. Oktober 1918 dem Chef des Kriegspresseamts von diesem Gerücht Mitteilung gemacht und die Auskunft erhalten, daß von einer unmittelbaren Gefahr für die Westfront (d. h. bis zum nächsten Frühjahr) nicht die Rede sein könne. Sowohl vom Chef des Kriegspresseamts als auch vom Vertreter der Heeresleitung ist die *Dringlichkeit* der Waffenstillstandsforderung seitens der Obersten Heeresleitung damit begründet worden, daß man 1. angesichts der allgemeinen Notwendigkeit des Friedensschritts von jeder unnötigen Verlängerung des Blutvergießens habe absehen wollen und daß man 2. im Rücken der ohnehin überlasteten Heeresfront lange Waffenstillstands- und Friedensstreitereien zu vermeiden gesucht habe, daß dagegen von einem unmittelbaren Zusammenbruch der Westfront nicht geredet werden dürfe. — Von diesen Auskünften habe ich in meinen vielen Aufklärungsversammlungen zur Bekämpfung der obigen Gerüchte reichlich Gebrauch gemacht und betont, daß alle angeblich auf Regierungs- oder Reichstagskreise zurückgehenden Vorstellungen von einem unmittelbaren Zusammenbruch der Westfront auf einem Mißverständnis beruhen müssen. *Unmittelbare* Gefahr *für die Westfront* bestehe nicht. Dabei ist aber von mir niemals versäumt worden, auf den ungeheuren *Ernst der Gesamtlage* hinzuweisen, welcher den Entschluß der O.H.L. zum Friedensschritt veranlaßt habe.“ HStA Stuttgart XIII. AK, Abt. II, Bd. 66. Vgl. Quellen I/2, Nr. 85, S. 321 f.

[13]) Die vorangehenden drei Sätze sind in der Vorlage von Empfängerseite dick unterstrichen und am Rande durch zwei senkrechte Striche hervorgehoben worden.

[14]) Nicolai verlas nun den in Nr. 483 wiedergegebenen Erlaß Hindenburgs vom 13. 10. 1918.

[15]) Zitat aus dem Erlaß Hindenburgs, von Empfängerseite dick unterstrichen.

[16]) Von „Eindruck gewonnen“ bis zum Ende des vorangehenden Satzes in der Vorlage von Empfängerseite dick unterstrichen und durch einen senkrechten Strich am Seitenrand hervorgehoben.

[17]) Von „unter politischer“ bis zum Ende des Satzes in der Vorlage von Empfängerseite dick unterstrichen und durch einen senkrechten Strich am Seitenrand hervorgehoben. Vgl. hierzu auch den bei Thimme, S. 272 ff., abgedruckten Bericht der Kriegsamtstelle Leipzig an das Kriegspresseamt vom 21 10. 1918, aus dem hervorgeht, daß die geforderte Unterstützung der Regierung durch die Obmänner und Vertrauensleute des „Vaterländischen Unterrichts“ auf Schwierigkeiten stieß.

densverhandlungen herbeizuführen, nun auch ihre ganze Autorität daran, daß dieser Entschluß schnell durchgeführt wird, damit wir bald wissen: ja oder nein; denn der Übergang muß kurz sein. Ungewißheit darüber [ist][18]) schädlich für ein Volk und ein Heer, das in so schwerem Kampf steht wie wir. Und weiter: Wenn der Entschluß zum Frieden führt, dann soll auch nicht ein Deutscher mehr fallen, der nicht fallen muß. Es ist also richtig, daß die Oberste Heeresleitung auf Beschleunigung drängt, aber nicht etwa, weil die Front nur noch 48 Stunden halten könnte![12]) Seit der Zeit, wo der Feldmarschall das ausgesprochen haben soll, sind 14 Tage vorbei, und ich habe Ihnen gesagt, wie der gestrige Tag verlaufen ist. Dem Gerücht, daß General Ludendorff zusammengebrochen sei, kann entgegengetreten werden: General Ludendorff war am 9. und 10. Oktober in Berlin und hat mit verschiedenen Herren des öffentlichen Lebens und auch vor allem mit den Herren der Regierung gesprochen, wobei sich jeder hat überzeugen können, daß er nicht niedergebrochen ist.[19])

Meine Herren, ich möchte noch einmal das Wort „Vertrauen" in Ihre Erinnerung zurückrufen, und möchte das Wort Vertrauen nicht nur für die Oberste Heeresleitung in Anspruch nehmen, sondern auch für die Regierung.

Wenn ich nun sagte, Sie sollen auf den Ernst der Lage hinweisen, so hat das gewisse Folgerungen. Viele Leute wollen jetzt Volksversammlungen einberufen und reden von einer Volkserhebung[20]); und achten nicht darauf, daß im Lande eine ganze Anzahl von Drückebergern und sonst Leute sich herumtreiben, die sich des Ernstes unserer Lage und ihrer Pflicht nicht bewußt sind. Erst sollte einmal darin eine gesunde Auffassung im Volke herrschen. Ich möchte Sie bitten, hierauf Ihr besonderes Augenmerk zu richten. Diese Frage der Drückeberger, überhaupt die Frage des Menschenersatzes, spielt für uns eine ganz besondere Rolle. Es muß ein Drang zur Front sein anstatt ein sich der Front Entziehen. Wenn es vorkommen kann, daß Transporte auf dem Wege zur Front sich vermindern, dann ist doch der richtige Geist im Volke nicht vorhanden.[21]) Sorgen Sie dafür, daß es als Schande betrachtet wird, sich so zu benehmen. Auch die Frauen und die Heranwachsenden müssen diese Ansicht teilen und in ihrem Sinne wirken. Deswegen wiederhole ich: Schildern Sie den Ernst der Lage ohne Kleinmut, ohne Verzagtheit großzuziehen, sondern um daraus die sich ergebenden Pflichten abzuleiten.

Ich möchte Ihnen ein Flugblatt vorlesen, das bei einzelnen Armeeoberkommandos verbreitet ist:

„Deutsche Soldaten!

Seid wachsam. Das Wort Waffenstillstand geht durch Graben und Lager. Noch ist es nicht so weit. Das Wort wird von manchem schon als Gewißheit, von anderen wohl gar als der lang ersehnte Friede aufgefaßt. Der und jener glaubt, es käme nicht mehr auf ihn an, läßt nach an Wachsamkeit, Mut, Ausdauer und Mißtrauen gegen den Feind. Noch ist es nicht so weit. Noch ist der Waffenstillstand nicht geschlossen. Noch ist Krieg, so wie er vorher war. Gerade jetzt gilt es, wachsam zu sein, tapfer auszuharren.

[18]) In der Vorlage „sind".

[19]) Vgl. hierzu Nr. 496, Anm. 25.

[20]) Vgl. hierzu Nr. 484, Anm. 4, sowie oben Anm. 7.

[21]) Vgl. hierzu Nr. 472.

Gerade jetzt seid Ihr auf feindlichem Boden und auf elsaß-lothringischem Gebiet der Wall der Heimat. In schwerer Stunde sieht das Vaterland in Euch sein Heil und seine Hoffnung."

[. . .][22])

Dies führt dazu, daß Sie sehr recht haben, wenn Sie sagen: der Vaterländische Unterricht muß sich jetzt politisch betätigen können. Der Krieg wird eben immer mehr politisch und wirtschaftlich, das rein Militärische wird einmal dagegen zurücktreten. Was uns dann fehlt und was wir dann brauchen, das ist die einheitliche Leitung. Wir können Ihnen in dem Vaterländischen Unterricht nicht freie Bahn geben zur politischen Betätigung, wenn wir ihnen nicht gleichzeitig Richtlinien geben. Diese Richtlinien aber können wir Ihnen nicht von der Obersten Heeresleitung aus geben, diese Richtlinien müssen Sie von der obersten Reichsleitung bekommen.[23])

Vorgestern hat gleichzeitig mit der Besprechung der Chefs der Stäbe der Stellvertretenden Generalkommandos eine Besprechung sämtlicher Oberpräsidenten usw. stattgefunden[24]), und ich nehme also an, daß die Zivilbehörden in derselben Weise, wie Ihre Herren Chefs und Sie selbst unterrichtet wurden. Ich empfehle also zunächst ein enges Zusammenarbeiten mit den Zivilbehörden, und ich hoffe, daß wir bald auch das noch erreichen, was der Herr Vertreter des Kriegsministeriums sagte: die einheitliche Anleitung des Vaterländischen Unterrichts auch auf politischem Gebiet. Ehe wir das nicht haben, kommen wir nicht weiter. Die Oberste Heeresleitung arbeitet seit dem Jahre 1916 daran. Die Durchführung ist jetzt so dringend notwendig, wie es bisher noch nicht war.

Dafür meine Herren, daß ich aus Ihren Ausführungen entnehmen konnte, Sie haben sich bisher von Politik ferngehalten, möchte ich Ihnen danken. Ich möchte Ihnen auch danken, daß Sie die Leitsätze der Obersten Heeresleitung[25]) unbedingt respektiert haben und sie nicht selbständig übertreten haben. Ich möchte auch darauf hinweisen: Sie selbst sind nicht Politiker, Sie dürfen es nicht sein! Sie sind Ausführende der Weisungen, die Sie von den zuständigen Stellen erhalten.[26])

[. . .][27])

Dann war von Ihnen gesagt worden, das Ziel solcher Veranstaltungen sollte sein, dem Feinde und den Neutralen unsere Stärke zum Bewußtsein zu bringen. Das ist richtig und gut, meine Herren; aber ich möchte noch einmal darauf hinweisen,

---

[22]) Nicolai wies im folgenden auf die Schwierigkeiten hin, die sich aus einer Zurücknahme der deutschen Armeen auf deutsches Reichsgebiet ergeben würden und forderte zur Bekämpfung der durch die feindliche Propaganda ausgestreuten Gerüchte auf.

[23]) Die vorangehenden zwei Sätze sind in der Vorlage von Empfängerseite mehrfach unterstrichen. Zu den politischen Richtlinien vgl. z. B. Nr. 500, Anm. 12.

[24]) Über beide Besprechungen liegen keine näheren Nachrichten vor; zur Stellungnahme einzelner Oberpräsidenten vgl. Nr. 492, Anm. 5.

[25]) Vgl. Nr. 331.

[26]) Der letzte Satz ist in der Vorlage von Empfängerseite unterstrichen.

[27]) Im folgenden forderte Nicolai nochmals eine enge Zusammenarbeit mit der Presse und sprach sich gegen sofortige demostrative Volksversammlungen zur Weiterführung des Krieges aus.

die Oberste Heeresleitung will den Frieden. Es darf also nichts geschehen, was sozusagen den Weg zum Frieden erschwert.

Nun zu unseren Ausführungen selbst. Sie sind natürlich als vertraulich zu behandeln und sie sollen nach außen hin nur durch Ihr Handeln in die Erscheinung treten, sie sollten Sie in erster Linie ins Bild setzen, wie die Dinge stehen. Ich hoffe, dies ist erreicht.

Ich hoffe, Sie haben doch über den ganzen Zusammenhang der Dinge, sowohl wie sie entstanden sind, wie auch worauf sie ruhen und wohin sie gehen, einen Einblick bekommen.[28]) Sie selbst können also die Auffassung, die Sie gewonnen haben, in Zukunft schon vertreten. Sie können auch Ihre Vertrauensleute in diesem Sinne befruchten. Ich möchte, ehe Sie positivere und klarere Richtlinien bekommen, die Sie in die Lage setzen, wirklich zu handeln, Ihnen noch einmal die Worte vor Augen stellen, die meiner Ansicht nach das umfassen, was wir jetzt brauchen. Das eine ist *Stolz* auf das, was wir geleistet haben und noch leisten, das Zweite ist *Vertrauen zur Obersten Heeresleitung und zur Regierung*, das Dritte ist *Pflichtbewußtsein*, weil wir noch im Kampfe stehen, daß wir zwar friedensbereit sind, aber entschlossen, weiterzukämpfen, wenn der Vernichtungswille unserer Feinde es fordert. Dieses Pflichtbewußtsein wird gesteigert durch die klare *Erkenntnis des Ernstes unserer Lage*, damit wir uns frei halten von Leichtfertigkeit und unsere Kräfte verdoppeln. Und letzten Endes brauche wir als Ausfluß des Vertrauens den Gehorsam, die *Disziplin im Volke*, die Straffheit, das Zusammenhalten.

[. . .][29])

[28]) Von „Zusammenhang" bis zum Schluß des Satzes in der Vorlage von Empfängerseite unterstrichen.

[29]) Nach Oberstleutnant Nicolai sprachen noch einige Offiziere des preuß. Kriegsministeriums und des Kriegspresseamts über Einzelheiten der Filmpropaganda, des Bilderaushangs, des Vortragswesens usw.

369b: Auszug aus der Niederschrift des Hauptmanns Herlan.[1])

Mitte Oktober 1918.[2]) — GLA Karlsruhe Abt. 456, Bd. 88, handschriftlich.

[. . .][3])

All dem machten die nun folgenden Ausführungen des Vertreters des preußischen Kriegsministeriums[4]) ein Ende. Hätte man diese an den Anfang der ganzen Tagung gestellt, so wären alle die anderen Reden in Wegfall gekommen. Notizen durften keine gemacht werden; es sei streng vertraulich und geheim.

[1]) Aufklärungsoffizier des stellv. Generalkommandos des XIV. AK.

[2]) Die Aufzeichnung ist undatiert, sie wurde vor Eintreffen des offiziellen Protokolls, das am 21. 10. 1918 in Karlsruhe vorlag, abgefaßt.

[3]) Für den Verlauf der Besprechung vgl. Nr. 369a.

[4]) Vgl. Nr. 369a, Anm. 7.

Im großen und ganzen seien es die Mitteilungen, die am Sonntag, den 13. [10. 1918] die Chefs der Stäbe der stellv. Generalkommandos eröffnet bekommen hätten.

Die militärische Lage sei ernst. Feind überlegen an Truppen und Material. Unsere Bundesgenossen zum Teil ausgeschieden. Vorschlag zum Friedensangebot sei von Oberster Heeresleitung ausgegangen. Die Regierung nehme nur Odium auf sich.[5]) Nicht geschlagen, nur sei jetzt günstiger, wenn man Frieden bekommen [könnte][6]), ohne noch Menschen zu opfern. Räumung günstig, weil Frontverkürzung, auch [das] Heer [könne sich] ausruhen, wenn nochmals weiter gehen müsse.[7]) Ziel sei, Gegner an den Verhandlungstisch zu zwingen. Elsaß-Lothringen und Posen würden gleichsam neutralisierte Objekte darstellen. Die neue Regierung handle stets im Einvernehmen mit der Obersten Heeresleitung. Gefahr, daß wenn [wir] weiter kämpfen müssen, wir zwar noch länger halten, aber doch vielleicht schlechter abschneiden. Geschlagen seien wir nicht.

(Auch hier die sonderbare Hoffnung auf Auslegung der Artikel[8]) nach unserem Sinn, geistige Unterschätzung der Gegner.)

Oberstleutnant Nicolai faßte die Gesichtspunkte nun etwa folgendermaßen zusammen — auch hier durften keine Notizen gemacht werden.

Es wird eine einheitliche Leitung kommen für die Gesamtaufklärung, damit Grundsätze durchgeführt werden können (vielleicht Erzberger ?).[9]) Keine großen Versammlungen — Demonstrationsversammlungen — bis die Leitung da ist, die auch Richtlinien dann herausgeben wird.

Oberste Heeresleitung will den Frieden; es darf nichts geschehen, was den Frieden erschwert.

Die den Herren übergebenen Leitsätze (K.Pr.Amt Nr. 59017)[10]) seien zunächst Richtschnur (die Leitsätze gehen im Sinne der oben skizzierten Äußerungen des Vertreters des Kriegsministeriums).

Man müsse jetzt etwa folgendes Ziel aufstellen für die Aufklärungstätigkeit:

1. Hinweis auf den Ernst der Lage.
2. Stolz erwecken auf Geleistetes und noch zu Leistendes.
3. Vertrauen zur Obersten Heeresleitung und der Regierung.
4. Pflichtbewußtsein; wir stehen noch im Kampfe.
5. Ernst und Größe dieser Aufgabe.
6. Ausdruck: Gehorsam, Disziplin, Zusammenhalt.

---

[5]) Vgl. hierzu Nr. 482 und 484.

[6]) In der Vorlage steht an dieser Stelle das Wort „jetzt".

[7]) Wohl folgendermaßen zu verstehen: Die Frontverkürzung sei auch insofern günstig, als sie den Truppen die Möglichkeit gebe, sich auszuruhen für den Fall, daß der Krieg weitergeführt werden müsse.

[8]) Gemeint sind vermutlich die 14 Punkte Wilsons.

[9]) Vgl. hierzu Nr. 370.

[10]) Die „Leitsätze zur Behandlung der deutschen Antwortnote an den Präsidenten Wilson" wurden am 14. 10. 1918 vom Kriegspresseamt herausgegeben, vgl. MGFA MA/Adm, Nr. 166, IV. 1. 3, Bd. 1.

Nachdem noch einige reine Propaganda-Vorbereitungsmaßregeln des Kriegspresseamts (Strichfilme, Bildaushang) bei Notwendigwerden einer Massenaufpeitschung gemacht waren, wurde Tagung geschlossen.

Das *Protokoll* über die Tagung soll baldmöglichst verschickt werden.

Herlan
Hauptmann.

370.

Aufzeichnung des Staatssekretärs Erzberger über das Ergebnis einer Besprechung betr. Änderungen in der Geschäftsverteilung des dem Reichskanzler unterstellten Kriegspresseamts.[1])

31. 10. 1918. — PA Bonn Nachr.Abt., Deutschland 9, Bd. 11, vervielfältigtes Exemplar.[2])

Unter dem Vorsitz Seiner Exzellenz des Staatssekretärs Erzberger fand heute eine Aussprache zwischen dem Chef des Kriegspresseamts, Major Würz, und den

[1]) Zu den vorangegangenen Verhandlungen innerhalb der Reichsbehörden vgl. Quellen I/2 Nr. 41 und Nr. 43, sowie Nicolai, Nachrichtendienst, S. 135 f. In Ausführung des Beschlusses vom 11. 10. 1918 wandte sich der Stellvertreter des Reichskanzlers am 19. 10. 1918 an den Chef des Generalstabes des Feldheeres, den preuß. Kriegsminister und an die Staatssekretäre des Auswärtigen Amts und des Reichsschatzamts mit einem entsprechenden Vorschlag, der auch den übrigen beteiligten Stellen mitgeteilt wurde (StA Hannover StM, Y. IX. 2. 23, Adhibendum, Bd. 1). Im einzelnen sah der Vorschlag vor: „1. Im Kriegspresseamt und in der Auslandsabteilung der Obersten Heeresleitung werden die in der Ziffer 3 der Anlage [Beschluß vom 11. 10. 1918, vgl. Quellen I/2, Nr. 43] aufgeführten Bestandteile von den übrigen Organen der beiden Nachrichtenstellen abgesondert und dem Kriegsministerium zur Verfügung gestellt. 2. Die nach Ziffern 1 und 4 der Anlage dem Herrn Reichskanzler zuzuweisenden Teile des Kriegspresseamts und der Auslandsabteilung werden Seiner Exzellenz dem Herrn Staatssekretär Erzberger unterstellt. An ihrer bisherigen Unterbringung und an ihrem technischen Dienstbetriebe ändert sich vorläufig nichts. 3. Um das Aufklärungswesen im Heimatgebiet und im Heere einheitlich zusammenzufassen, wird die bisher dem Pressechef beim Herrn Reichskanzler zugeteilte Zentralstelle für Heimataufklärung [vgl. hierzu Nr. 362, Anm. 2] ebenfalls Seiner Exzellenz dem Herrn Staatssekretär Erzberger überwiesen. 4. Bei der Zusammenlegung der oben erwähnten Dienststellen sollen einerseits Ersparnisse an Personal und Kosten, andererseits Verbesserungen in dem gemeinsamen Dienstbetriebe angestrebt werden. 5. Für den Aufklärungsdienst in der Heimat und an der Front würde diese Zusammenlegung zur Folge haben, daß die amtliche Arbeit, die sich mit der Tagespresse und den Depeschendiensten beschäftigt, grundsätzlich von der gesamten übrigen Propaganda getrennt werden müßte. Dieser Umstand legt die Erwägung nahe, ob es nicht ratsam ist, aus *allen*, also auch den nach dem Ausland hin arbeitenden Nachrichtenstellen des Reiches die Bestandteile auszusondern und zusammenzulegen, die sich nicht mit der Tagespresse und dem Depeschendienste befassen. Es würde auf diese Weise eine Art von Reichs-Propaganda-Zentrale zustande kommen." Die Vor- und Nachteile einer derartigen Propagandazentrale wurden im Anschluß hieran erörtert, jedoch zum Schluß festgestellt, daß zunächst nur die „Einheitlichkeit der politischen und technischen Leitung" sichergestellt werden könne und alle übrigen Maßnahmen erst nach dem Kriege in Angriff genommen werden sollten. — Nach dem Begleitschreiben Erzbergers vom 2. 11. 1918 zur Vorlage wurde das Kriegspresseamt durch Verfügung vom 29. 10. 1918 dem Reichskanzler unterstellt.

[2]) Die Aufzeichnung wurde an den Chef des Generalstabes des Feldheeres, den Pressechef beim Reichskanzler, die Pressewarte und die Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amts, die Nachrichtenabteilung des preuß. Kriegsministeriums, die Auslandsabteilung der Obersten Heeresleitung, das Kriegspresseamt und an das Reichsschatzamt versandt.

Vertretern verschiedener Reichsstellen statt. Es waren außer den Vorgenannten anwesend:

der Pressechef beim Reichskanzler, Ministerialdirektor Deutelmoser,
Legationsrat von Schmidthals vom Auswärtigen Amt (Pressewarte),
Oberstleutnant van den Bergh vom Kriegsministerium,
Major von Stülpnagel von der Auslandsabteilung der Obersten Heeresleitung und
Prof. Prion vom Reichsschatzamt.

Im Verlauf der Verhandlungen wurde über nachstehende Punkte Übereinstimmung erzielt:

1. Das Kriegspresseamt wird mit Ausnahme der Abteilung II (Zensurberatungsstelle der Obersten Heeresleitung)[3]), der Abteilung Generalstab und der Sektion Feldpressestelle dem Reichskanzler bezw. Staatssekretär Erzberger unterstellt.[4])

Disziplinar ist nach wie vor die Oberste Heeresleitung für das gesamte Kriegspresseamt zuständig.

Mithin arbeiten in Zukunft sachlich die Abteilungen I (Lesestelle der Inlandpresse) und IV (Aufklärung und vaterländischer Unterricht in Frontheer, Heimatheer und Zivilbevölkerung) nach den Weisungen und Richtlinien des Staatssekretärs Erzberger.[5])

Für die Abteilung Generalstab wird bestimmt, daß alle an Pressevertreter (Pressekonferenz, Militärschriftsteller und einzelne Zeitungen) hinauszugebenden Richtlinien für die Bearbeitung der militärischen Lage in der Presse vor der Ausgabe dem Staatssekretär Erzberger zur Herbeiführung des Einverständnisses vorzulegen sind.[6])

2. Die bisher bei den verschiedenen Reichsstellen gesondert erfolgende Durcharbeitung der deutschen Presse soll baldmöglichst bei *einer* Stelle (Pressewarte)

---

[3]) Es handelt sich hierbei um die Oberzensurstelle des Kriegspresseamts, vgl. hierzu Nr. 75. Aus einer Mitteilung der Oberzensurstelle an sämtliche Zensurstellen vom 21. 10. 1918 (MGFA MA/RMA, Nr. 2356, XVII. 1. 5. 11, Bd. 5) geht hervor, daß die Zensur rein militärischer Veröffentlichungen und die Vorbereitung sowie Bearbeitung aller mit den Pressekonferenzen zusammenhängenden Fragen bei der jetzt in „Zensurberatungsstelle der OHL" umbenannten Abteilung II des Kriegspresseamts verblieben, während die „Oberzensurstelle beim Obermilitärbefehlshaber" die Masse der Zensurangelegenheiten bearbeitete.

[4]) Zur bisherigen Organisation des Kriegspresseamts vgl. Nr. 54, 124, 136, Anm. 4, und Nr. 139, Anm. 12.

[5]) Vgl. hierzu die Mitteilung des Oberstleutnants Nicolai vom 15. 10. 1918, Nr. 369 b. Das preuß. Kriegsministerium teilte bereits am 31. 10. 1918 den preuß. stellv. Generalkommandos die Übernahme der Leitung der gesamten Aufklärungstätigkeit in der Heimat durch Staatssekretär Erzberger mit. Zur Tätigkeit Erzbergers vgl. K. Epstein, Matthias Erzberger and the Dilemma of German Democracy, Princeton 1959, S. 263 f.

[6]) Die Verlesung des Telegramms Hindenburgs zur Note des Präsidenten Wilson an die Oberkommandos der Armeen vom 24. 10. 1918 in der Pressekonferenz vom 25. 10. 1918 durch das Kriegspresseamt bildete den unmittelbaren Anlaß für die Verabschiedung Ludendorffs, vgl. Nr. 494 und 496.

zusammengelegt werden.[7]) Um das für ihre Sondergebiete wichtige Material zu bearbeiten, werden seitens der verschiedenen Ämter eigene Vertreter der Pressewarte zugeteilt.

Demgemäß wurde für die bisherige Abteilung I des Kriegspresseamts festgesetzt:

a) Im unmittelbaren Einvernehmen zwischen Kriegspresseamt und Pressewarte geht die Abteilung I des Kriegspresseamts in der Pressewarte auf. Für den rein militärischen Teil des bisher vom Kriegspresseamt verfertigten Auszuges aus der deutschen Tagespresse werden die Lesestellen der Pressewarte entsprechend erweitert.

b) Die bisherigen Wochenberichte und Sonderberichte des Kriegspresseamts werden von der Pressewarte weitergeführt. Die bisherigen Monatsberichte der Pressewarte kommen in Wegfall.

c) Das Archiv des Kriegspresseamts wird von der Pressewarte übernommen und im bisherigen Rahmen weitergeführt.

d) Das vom Kriegspresseamt herausgegebene Nachschlagewerk der deutschen Presse[8]) wird von der Pressewarte übernommen und auf dem laufenden gehalten, desgleichen die Lesestelle für Broschüren und Flugblattliteratur und die Bearbeitung der antimonarchischen Propaganda.

e) Als Termin für den Abschluß des Übertritts der Abteilung I des Kriegspresseamts zur Pressewarte wird der 1. Januar 1919 in Aussicht genommen. Soweit erforderlich und möglich, tritt auch das Personal der Abteilung I zur Pressewarte über. Die bei der Pressewarte nicht verwendbaren Arbeitskräfte scheiden aus dem Kriegspresseamt aus.

3. Die Abteilung IV bearbeitet den vaterländischen Unterricht und Aufklärungsdienst im Feldheer im Einvernehmen mit der Obersten Heeresleitung, im Heimatheer im Einvernehmen mit dem Kriegsministerium. Sie wird bezüglich des Aufklärungsdienstes in der Zivilbevölkerung der Zentralstelle für Heimatdienst[9]) koordiniert.

4. Der Vorsitzende der Pressekonferenz, Major Schweitzer, wird beauftragt, die dort bisher üblichen Debatten abzustellen.

Um für die einheitliche Orientierung der Pressevertreter eine Gewähr zu bieten, werden die Nachrichtenstellen der einzelnen Ämter verpflichtet, die den Pressevertretern bekannt zu gebenden Orientierungen vorher mit den übrigen beteiligten Stellen zu vereinbaren und nötigenfalls das Einverständnis des Pressechefs beim Reichskanzler herbeizuführen. Dieser trägt die Verantwortung dafür, daß solche Orientierungen sich im Rahmen der Auffassungen der Reichsleitung halten. Wichtige Orientierungen sind daher nach Möglichkeit schriftlich festzu-

[7]) Bereits am 2. 11. 1918 fand unter dem Vorsitz Erzbergers eine Sitzung mit den Vertretern der beteiligten Reichsbehörden statt, in der eine grundsätzliche Einigung über die Zusammenlegung der Lesestellen erzielt wurde (MGFA MA/Adm, Nr. 2411, P 16, Bd. 4).

[8]) Handbuch Deutscher Zeitungen 1917, bearb. im Kriegspresseamt von Rittmeister a. D. Oskar Michel, Berlin 1917.

[9]) Zur Übernahme der „Zentrale für Heimatdienst" (Nr. 362, Anm. 2) durch Erzberger vgl. Quellen I/2, Nr. 41, Anm. 3. Zur Tätigkeit Erzbergers in dieser Funktion vgl. Nr. 500, Anm. 12; Nr. 507, Anm. 5; Nr. 509, Anm. 8.

legen und rechtzeitig vorher dem Pressechef beim Reichskanzler zwecks Herbeiführung des Einverständnisses der Reichsleitung vorzulegen.

Das Protokoll der Pressekonferenz[10]) wird wie bisher beim Kriegspresseamt Abteilung II geführt und geht in Zukunft außer an die bisherigen Dienststellen auch persönlich an die Staatssekretäre ohne Portefeuille Erzberger, Gröber, Scheidemann und Haussmann und an den Vizekanzler von Payer.

gez. Erzberger
Staatssekretär.

[10]) Zu den Protokollen vgl. Nr. 417, Anm. 1.

IX.

Gegen die Mehrheitsparteien des Reichstages

Juli 1917 — März 1918

371.

Vortragsnotiz des Ministerialdirektors Deutelmoser für den Reichskanzler.[1]) Notwendigkeit grundsätzlicher Entscheidungen auf dem Gebiet der inneren Politik.

22. 7. 1917 — PA Bonn Nachr. Abt., Deutschland 9, Bd. 5, Durchschrift.[2])

Sowohl im Inlande wie im Ausland zeigt sich das unverkennbare Bestreben, alle irgendwie verschiedener Deutung fähigen Stellen aus der Antrittsrede des Herrn Reichskanzlers so auszulegen, wie es den politischen Führern für ihre besonderen Zwecke dienlich scheint.[3])

Dieses Bestreben muß, sofern man es sich selbst überläßt, in Deutschland mit Naturnotwendigkeit zu einer weiteren Verschärfung der Parteigegensätze führen. Es bedeutet damit zugleich die Gefahr einer zunehmenden Schwächung nach außen.

Die gestrige Queenshall[4])-Rede von Lloyd George[5]) beweist, daß der englische Staatsmann das nur allzu schnell und richtig erkannt hat. In Verbindung mit den Stimmen der feindlichen und eines Teils der neutralen Presse zeigt sie zugleich, daß wir auf eine schonungslose Benutzung jeder politischen Blöße, die wir uns geben, künftig noch sicherer zu rechnen haben als bisher. Dieser Umstand wird, da wir die Heimat nicht gegen die geistigen Einflüsse aus den feindlichen

[1]) Zur Berufung Michaelis vgl. Nr. 319, Anm. 40.

[2]) Nach einem handschriftlichen Vermerk Deutelmosers im Kopf der Vorlage hat er das Original dem Reichskanzler am 23. 7. 1917 beim Vortrag überreicht; unter demselben Datum ist die Vorlage von Deutelmoser abgezeichnet worden.

[3]) Zum Text der Rede vom 19. 7. 1917 vgl. Sten. Berichte, Bd. 310 ,S. 3570 ff. — Im Nachlaß Heinrichs, Nr. 32, befindet sich die Abschrift einer nicht unterzeichneten Aufzeichnung, die die Paraphe „M[ichaelis?"], verbunden mit dem Datum des 17. 7. 1917, trägt. In ihr wird ausgeführt, daß es der Reichskanzler in der Hand habe, durch seine Antrittsrede einen entscheidenden Schlag gegen die britische Kriegspropaganda zu führen, indem er sich unzweideutig auf den Boden der Friedensresolution stelle und die alldeutschen und annexionistischen Kreise, deren Presse den Kanzler bereits als einen der Ihren bezeichne, von sich abschüttele. — Zur Vorbereitung der Rede vgl. Quellen I/1, Bd. 1, Nr. 19, 22 und 23, S. 87 ff. Zur Reaktion auf die einschränkende Wendung des Kanzlers, „wie ich sie auffasse" im Hinblick auf die Friedensresolution vgl. Quellen I/1, Bd. 1, Nr. 29, S. 126 ff., sowie Quellen I/4, S. 249 (19. 7. 1917). Mertz v. Quirnheim schreibt hierzu in seinen Erinnerungen (Nachlaß Nr. 25, vgl. Nr. 246, Anm. 3): „Dieser Satz fand in der O.H.L. die rückhaltloseste Billigung. Ich sprach darüber auch mit dem davon besonders begeisterten Bauer und nannte diese Erklärung die nach der ganzen politischen Lage dümmst-mögliche, weil Michaelis sich damit habe in die Karten schauen lassen und dabei jedes Vertrauen eingebüßt habe. Da erklärte mir Bauer: Michaelis habe sich auf diese Weise frei von parlamentarischer Bevormundung machen wollen und das sei ihm auch gelungen. Er habe dabei gewußt, daß er die O.H.L. voll und ganz zu seiner Unterstützung bereit habe. Oberstleutnant Bauer, die innenpolitisch treibende Kraft der O.H.L., hatte nämlich ganz richtig erkannt, daß der ‚Parlamentarismus', den er zum Sturz des Kanzlers aufgerufen hatte, nunmehr seine Zeit für gekommen hielt. Er erklärte plötzlich Michaelis als den Kanzler der O.H.L., der nur eine Torheit nicht machen dürfte, nämlich sich von ihr freizumachen."

[4]) Handschriftlich verbessert aus „Guildhall".

[5]) Vgl. Schulthess 1917/II, S. 307 ff.

Ländern absperren können, die Festigkeit unseres inneren Zusammenhalts rückwirkend auf immer stärkere Belastungsproben stellen.[6])

Wir haben ferner der Tatsache ins Gesicht zu sehen, daß sich die Spannkraft des Volkes, wie das ja selbstverständlich ist, unter der Wirkung des langen Krieges erheblich vermindert hat.[7]) Die Stimmung kann infolgedessen auch durch die kräftigsten und geschicktesten Reden und Schriften nicht mehr in demselben Maße gehoben werden, wie sie durch schwächliche, ungeschickte oder aufreizende Einflüsse herabgedrückt werden kann. Gelingt es also nicht, sie durch militärische oder politische Erfolge oder endlich durch nennenswerte Verbesserungen der Wirtschaftslage, besonders der Volksernährung, aufzufrischen, so steht unwiderleglich fest, daß wir uns, was die kriegerische Standfestigkeit und Entschlossenheit der breiten Volksmassen besonders in den Großstädten angeht, auf absteigender Linie bewegen.

Es fragt sich dann für die Zukunft nur, ob das Gleiche auch von den feindlichen Ländern gilt, und ob unsere oder die feindliche Kurve steiler nach unten führt. Der Ausgang des Krieges ist dann mit anderen Worten in der Tat zu einer unmittelbaren Frage der besseren Nerven der Volksgesamtheit geworden.

In dieser Feststellung liegt ein Hinweis von entscheidender Bedeutung für die Art der öffentlichen Taktik, die wir anzuwenden haben, um Sieger zu bleiben.

Durch nichts wird die Nervenkraft schneller zermürbt als durch Ungewißheit und nagende Zweifel.[8]) Mehr als in jedem früheren Entwicklungsabschnitt des Krieges kommt es deshalb jetzt darauf an, daß rückhaltlose Klarheit über den Teil der schwebenden Fragen geschaffen wird, deren Entscheidung allein in unseren eigenen Händen ruht und von dem Willen der Feinde unabhängig ist. Es bleibt ja selbst dann noch mehr als genug in der Schwebe. Aber wir hätten doch wenigstens die Zahl der zersetzenden Einflüsse soweit eingeschränkt, wie das überhaupt im menschlichen Machtbereich liegt.

In den außenpolitischen Dingen ist die Herbeiführung völliger Klarheit nicht möglich, ehe der Krieg militärisch entschieden ist oder bevor wir in ernste Friedensverhandlungen eingetreten sind.[9]) Das einzige Gebiet, auf dem die Regierung schon jetzt entscheidendes tun kann, ist das der inneren Politik. Unbestreitbar wäre es zwar theoretisch am besten, gerade hier den Austrag der schwebenden Fragen bis nach dem Kriege hinauszuschieben. Aber praktisch sieht die Sache anders aus.

Wir können die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß der Kampf um die sogenannte Demokratisierung Deutschlands im Gange ist und daß jedes Hinaus-

[6]) In seiner Rede hatte Lloyd George erklärt, daß mit einem freien Deutschland ein Friedensschluß möglich wäre, jedoch nicht mit einem von einer Autokratie beherrschten Deutschland. „Die Feinde der Freiheit und Unabhängigkeit Deutschlands sind seine eigenen Regierenden und nicht die alliierten Mächte."

[7]) Vgl. hierzu die Berichte der stellv. Generalkommandos; z. B. Nr. 320.

[8]) Es liegt nahe, an die enttäuschten Hoffnungen auf den entscheidenden Erfolg des unbeschränkten U-Bootkrieges zu denken; vgl. Nr. 293.

[9]) Vgl. hierzu auch die Denkschriften des Kronprinzen Wilhelm vom 18. 7. 1917 (P. Herre, Kronprinz Wilhelm. Seine Rolle in der deutschen Politik, München 1954, S. 104 ff.) und des Kronprinzen Rupprecht von Bayern vom 19. 7. 1917 (Bd. 3, S. 14 ff.).

zögern seiner Entscheidung, wie sie auch ausfallen möge, die Gegensätze schon deshalb verschärft, weil der Feind sie mit allen Mitteln zu schüren sucht.[10]) Die Bewegung nach links wird sich unter diesen Umständen immer mehr von jeder Rücksicht auf die geschichtliche Überlieferung loslösen und zusehends radikaler werden, solange sie auf keinen festen Staudamm trifft. Auf der anderen Seite ist klar, daß für die Anlage dieses Dammes, der doch irgendwo errichtet werden muß, nur zwei im Wesen grundverschiedene Methoden in Frage kommen: Entweder schiebt man ihn in der Richtung der drängenden Flut soweit vor, daß diese schon einigermaßen abgeebbt ist, ehe sie ihn erreicht. Dann genügt ein vergleichsweise niedriger Aufzug. Oder man sucht die demokratische Flutwelle in den denkbar engsten Schranken zu halten. Dann bedarf es mit jedem Tage, der bis dahin vergeht, um so stärkerer Staumittel, und man endet, wenn der richtige Zeitpunkt verpaßt wird, unwiderruflich bei der Militärdiktatur.

Es kommt mir nicht zu und liegt mir deshalb auch fern, das eine oder das andere Rezept zu empfehlen. Für meine Pflicht erachte ich es jedoch, auf die Stimmungswerte hinzuweisen, die so oder so auf dem Spiele stehen und zwischen denen es zu wählen gilt. Wir kommen um die klare Entscheidung nicht herum, mit welcher Art von innenpolitischer Opposition wir uns abfinden wollen, um die weit überwiegende Mehrheit des Volkes geschlossen hinter die Regierung zu bringen.

[10]) In diesem Zusammenhang ist ein Brief des Direktors des Ullstein-Verlages, Georg Bernhard, an den Chef der Presseabteilung des Admiralstabes, Kapitän z. S. Boy-Ed, vom 4. 9. 1917 (MGFA MA/Adm, Nr. 2399, P 6, Bd. 5) von Interesse, in dem es u. a. heißt: „Daß der Weg zum Parlamentarismus führt, ist selbstverständlich. Die konservativen Elemente des Volkes, ebenso wie die Anhänger eines verständigen Liberalismus haben es in der Hand, die Entwicklung langsam so zu führen, daß wir vorläufig diejenigen parlamentarischen Errungenschaften bekommen, die eine größere Stetigkeit der Politik gewährleisten, ohne gleichzeitig eine parlamentarische Korruption in Deutschland einzuführen. Aber je weniger diese Elemente und auch die Krone mit ihrer Verantwortlichkeit nach dieser Richtung hin sich bewußt werden, je weniger sie ihrerseits die Fortschritte begünstigen, je mehr sie versuchen, in den alten rückschrittlichen Bahnen sich zu halten, um so stärker wird die Strömung werden, von der sie schließlich überrannt werden müssen. — Wenn Sie die Freundlichkeit haben wollen, die Vossische Zeitung aufmerksam auf ihr Verhalten gegenüber dem Parlamentarismus zu prüfen, so werden Sie finden, daß wir in einer Mitverantwortlichkeit des Parlaments eine Bürgschaft für eine Stetigkeit unserer Politik gegenüber von launenhaften Sprüngen sehen, die diese Politik, solange sie von einem einzigen Manne abhängig ist, immer wieder machen muß. Diese Sprünge erwecken Mißtrauen in der Welt. Diese Sprünge haben das Mißtrauen auch schon vor dem Kriege in der Welt erweckt. Denn die Welt hat es natürlich nicht verstanden, daß wir heute alle Töpfe im Porzellanladen zerschlugen, morgen ein unschuldiges Gesicht machten und dabei erklärten: ‚Wir wollen ja gar nicht.' Wir wollten tatsächlich nicht, das war ja sogar unser Fehler. Aber da die Welt ja nicht wußte, daß es bei uns nur Dummheit ist, so hielt sie das alles für versteckte Bosheit. Das muß für die Zukunft vermieden werden. Das ist nur zu vermeiden, wenn man weiß, daß nach bestimmten Parteiströmungen Politik gemacht wird. Diese Politik mag schlecht oder sie mag gut sein, sie ist jedenfalls in ihren Zielen erkennbar und jeder außerhalb des Deutschen Reiches ist daher in der Lage, seine Stellung zu uns zu finden. Jede konsequente und als solche erkennbare Politik schafft natürlich Feinde. Aber sie erwirbt auch gleichzeitig Freunde, weil alle diejenigen, deren Interessen mit uns gemeinsam gehen, den Weg zu uns finden. Wenn aber die Richtlinien einer Politik nicht erkennbar sind, so wird jeder mißtrauisch und man gewinnt keine Freunde, sondern nur Feinde." Hierzu auch die zurückhaltend positiven Urteile des Korvettenkapitäns v. Selchow über Bernhard in den Tagebucheintragungen vom 6. 9. und 9. 10. 1917 (Nachlaß Selchow, Logbuch Nr. 35 und 36).

Je nachdem diese Entscheidung ausfällt, muß auch unsere Pressetaktik gewählt werden. Stehen wir in dieser Hinsicht nicht früh genug auf, so bekommen wir in der Presse überhaupt keine Gefolgschaft, auf die man sich einigermaßen verlassen kann. So war es bis jetzt und so darf es unter keinen Umständen bleiben, wenn die Regierung die Zügel wieder fest in die Hand bekommen will.

Die Friedens- und Kriegszielfrage steht mit dem oben behandelten Grundproblem der inneren Politik im engsten Zusammenhang. Es hilft nichts, das hinwegdisputieren zu wollen, wie man es bisweilen versucht. Der gemeinsame Boden, in dem sich die Wurzeln beider politischen Fragen verschlingen, liegt für Deutschland freilich auf einem ganz anderen Gebiet als für unsere Feinde. Wie die ganze Entente ein bloßer Zweckverband ist, so ist auch die Frage der Demokratisierung für sie nur ein Kriegsmittel und als solches ein Gegenstand rein verstandesmäßiger Erwägung. Für Deutschland dagegen umschließt die Frage auch über die Grenzen der Zweckmäßigkeit hinaus den ganzen tiefen Gegensatz zwischen der konservativen und der fortschrittlichen Lebens- und Weltanschauung.[11])

Wir kämpfen also auch hier einen ungleichen Kampf. Die Anderen sind nur mit dem berechnenden Kopf, wir selber dagegen sind sehr stark auch mit dem Herzen beteiligt. Was ethisch unsere Stärke ist, wird so politisch zu einem bedenklichen Nachteil für uns, denn Rechnungen lassen sich ausgleichen, Überzeugungen und Empfindungen nicht.

Mit verhängnisvoller Geschicklichkeit haben die Feinde das ganze Problem in einer Weise angefaßt, die von vornherein eine große Zahl von guten deutschen Vaterlandsfreunden — dazu rechne ich auch die sozialdemokratische Mehrheit — in schwere innere Konflikte zwischen ihrem Nationalgefühl und ihrer allgemeinen Weltanschauung stürzte. Und mit ebenso kluger Berechnung haben die Gegner es fertiggebracht, den deutschen Meinungsstreit über Gebietsveränderungen und Kriegsentschädigungen wie überhaupt die ganze Friedensfrage, obwohl sie mit der inneren Politik an sich nur lose verknüpft ist, untrennbar mit ihr zu verschweißen.

Zwar decken sich bei uns in Deutschland die sogenannten annexionistischen Kreise durchaus nicht völlig mit den innenpolitisch rechtsgerichteten. Immerhin aber herrscht zwischen beiden doch eine ziemlich enge Wahlverwandtschaft, und diese genügt in Verbindung mit der ideologischen Geistesrichtung eines großen Teils der Leute von links vollkommen, um die auf unsere innere Zerspaltung zielenden feindlichen Treibereien kräftig zu unterstützen. Besonders unsere äußersten Extreme rechts und links haben auf diese Weise ohne ihr Wissen und Wollen oft die Geschäfte der Gegner besorgt. Und die Gefahr ist groß, daß sie darin fortfahren werden, denn das Mittel, sie aus ihrer Selbsthypnose zu erwecken, ist leider immer noch nicht gefunden

Die Einen liefern dem Ausland durch die Verkündung großer Machterweiterungswünsche immer neuen Stoff, um uns als Feinde fremder Freiheit zu brandmarken. Die Andern verscheuchen den von ihnen erstrebten Verständigungsfrieden, indem sie hinter ihm herlaufen, statt sich leise an ihn heranzupurschen. Beide verkennen, daß sie so auf dreifache Weise den Krieg verlängern: erstens durch die unmittel-

[1]) Vgl. hierzu die Denkschrift Deutelmosers zur Kriegszielfrage vom 5. 10. 1916, Nr. 175.

bare Wirkung ihrer verfehlten Taktik, zweitens, indem sie dem Feinde Unterlagen liefern, um unsere Politik als doppelzüngig hinzustellen, und drittens dadurch, daß sie den Gegnern immer wieder das Bild unserer inneren Zerfahrenheit und mit ihm[12]) alle die Hoffnungen vor Augen halten, die sich daraus für die feindlichen Mächte ergeben.

Die Gegensätze haben sich leider im Laufe der Zeit schon derartig zugespitzt, daß jedes Bemühen, sie auch nur bis zum Beginn der Friedensverhandlungen ganz zu überbrücken, aussichtslos ist. Um so aussichtsloser, als jede der beiden Gruppen gerade in ihrer Methode zugleich auch das beste Mittel sieht, um die Feinde zum Frieden geneigt zu machen. Die Einen wollen durch Worte einschüchternd wirken, obwohl die viel stärkere Macht unserer Waffen dazu bisher noch nicht ausgereicht hat. Die Andern bilden sich ein, daß in solchen Lagen gutes Zureden hülfe.

Das Schlimmste aber ist auch hier, daß die Organe der politischen und militärischen Staatsgewalt bisher nicht geschlossen und einmütig vorgegangen sind, um die Führung zu übernehmen. Dieser Entschluß muß jetzt gefaßt und rücksichtslos durchgeführt werden. Es versteht sich von selbst, daß für die oberste Leitung in dieser hochpolitischen Sache nur der Reichskanzler in Betracht kommen kann.[13])

Und für die praktische Arbeit wird als Leitsatz gelten müssen: Der Friede kommt nicht einen Augenblick früher als bis die Gegner erkannt haben, daß sie ihn nötiger haben als wir. Wären wir nicht dazu imstande, ihnen diese Erkenntnis aufzuzwingen, so wäre mit dem Kriege auch unsere Freiheit verloren und alles, was wir von ihr für unsere Zukunft erhoffen. Gelingt es dagegen, die Feinde zu dieser Erkenntnis zu bringen, — und das können wir, wie die Erfahrung gezeigt hat, nur von den Waffen erwarten — so haben wir nicht nur den Frieden überhaupt, sondern auch den Frieden, den wir brauchen. Wie er im einzelnen aussehen muß, kann erst die Zukunft zeigen. Bis dahin gilt es zu kämpfen und also *einig* zu sein.

D[eutelmoser]

[12]) Die vorangehenden acht Worte sind in der Vorlage handschriftlich hinzugefügt.

[13]) Vgl. hierzu Nr. 342, Anm. 4.

372.

Auszug aus einem Brief des Generalleutnants Wild v. Hohenborn an seine Frau zur Reichstagsrede des Reichskanzlers und der bevorstehenden Neubesetzung einzelner Reichsämter und preußischer Ministerien.

29. 7. 1917, Buzanzy. — Nachlaß Hohenborn, Nr. 4, handschriftlich.

[. . .][1])

Du schreibst Gutes vom neuen Kanzler.[2]) Natürlich muß er sich erst orientieren.

[1]) Der erste Teil des Briefes enthält Mitteilungen persönlichen Charakters.

[2]) Zur Reaktion auf den Kanzlerwechsel im Gr. Hauptquartier vgl. Nr. 319, Anm. 34 und 35.

Seine Rede habe ich geradezu studiert und bin zu der Ansicht gekommen, daß sie in dem unglücklichen Moment leidlich war.[3]) Es ist schwer zu sagen, ob ein *sehr* starker Mann ganz reine Bahn hätte machen können. Die Erbschaft war zu furchtbar belastet und die Nervosität gar zu arg. Gott gebe, daß Michaelis recht hatte mit seinem Lavieren und daß er später die Zügel anzieht.[4]) Daß Schorlemer und Trott gehen, scheint sicher. Die neue Stellung Helfferichs[5]) (falls die Zeitungen recht haben) wird eine Mißgeburt; er hat, trotz seines Verstandes, ja trotz seiner eminenten Begabung, Unsinn genug gemacht. In einem geteilten Reichsamt der Innern hätte ich ihn eher ertragen. Jetzt wird er zu großen Einfluß auf die Gesamtpolitik, besonders die Äußere haben — und es ist und es bleibt doch so eine Sorte Bethmann Hollweg, nur mit mehr kaltem rechnerischen Verstand an Stelle der philosophischen Betrachtungsweise, *kein* Kerl von Eisen und *kein* Preuße! — Kühlmann würde, wenn die Wahl auf ihn trifft, wohl das beste darstellen was wir haben[6]); aber unter Helfferich? das wäre schade. — Jedenfalls ist's gut, daß Michaelis sich Zeit läßt. Es ist zu furchtbar wichtig.[7]) Im preußischen Staatsministerium wird der konservative Grundgedanke doch hoffentlich der maßgebende bleiben. Jedenfalls man immer sachte mit der Umkrempelung. Ob Schmittchen wohl Kultusminister wird? Er ist doch mehr Bienchen als Mann. —

---

[3]) Vgl. hierzu die sehr zurückhaltende, negative Einschätzung des neuen Kanzlers durch General v. Seeckt (Nachlaß Seeckt, Nr. 60, Briefe vom 16. 7. und 12. 8. 1917) und Großadmiral v. Tirpitz (A. v. Tirpitz, Deutsche Ohnmachtspolitik im Weltkriege, Hamburg 1926, S. 609 ff., Brief vom 2. 8. 1917).

[4]) Von seiten der OHL wurde dieser Versuch unternommen; vgl. das in der Abteilung des Oberstleutnants Bauer entworfene Schreiben des Chefs des Generalstabes des Feldheeres vom 10. 8. 1917 (WUA, Bd. 2, S. 39 ff.) an den Reichskanzler, mit dem auf innenpolitischem Gebiet ein Verfahren vorgeschlagen wurde, das sich bezüglich einer einheitlichen Kriegszielpolitik — Ergebnis der Kreuznacher Besprechungen (vgl. WUA, Bd. 12/I, S. 204 ff.) vom 9. 8. 1917 — in den Augen der OHL bereits bewährt hatte und ihr den bestimmenden Einfluß sicherte. Vgl. hierzu Ritter, Bd. 4, S. 46.

[5]) Helfferich übernahm die allgemeine Stellvertretung des Reichskanzlers und blieb Mitglied des preuß. Staatsministeriums, vgl. Schulthess 1917/I, S. 744.

[6]) Kühlmanns Kandidatur begegnete einer scharfen Ablehnung aus Marinekreisen; vgl. hierzu den Bericht des Marineattachés in Konstantinopel vom 29. 7. 1917, sowie die Berichte des Marineattachés in Den Haag vom 1. und 3. 8. 1917 (MGFA MA/Adm, Nr. 2025, III. 1. 1., Bd. 1), die auch die Militärpolitische Abteilung des Generalstabes des Feldheeres beschäftigten, vgl. die Aufzeichnung über ein Gespräch zwischen Oberst Bartenwerffer und Major Niemann am 1. 8. 1917 (MGFA MA/Adm, Nr. 582, V. 25. 21. 2, Bd. 5). Vgl. auch den in Anm. 3 erwähnten Brief von Tirpitz vom 2. 8. 1917, sowie einen Brief General v. Seeckts vom 6. 8. 1917 (Nachlaß Seeckt, Nr. 60); beide stimmten in ihrer negativen Beurteilung Kühlmanns überein.

[7]) In einem Brief vom 8. 8. 1917 (Nachlaß Hohenborn, Nr. 4) kommentiert Wild v. Hohenborn die Berufungen in die Reichsleitung und das preuß. Staatsministerium: „Nun ist die große Bombe in Berlin geplatzt. Tant de bruit pour une omelette! Der Reichskanzler hat aber bis auf die Berufung des Sozis Müller richtig gehandelt. Besser ist das Ministerium freilich nicht geworden. [. . .] Spahn ist ganz gut, Krause ein eitler Patz, vor dem sehr tüchtigen Schwander habe ich etwas Manschetten; Walraff ist Delbrück Nr. 2, wird stets koulant vermitteln; Waldow gut. [. . .] Und nun Kühlmann! Er ist etwas besonderes, wird aber bezüglich seiner Stellung zu England schwenken müssen." Zur Kritik in parlamentarischen Kreisen vgl. Quellen I/1, Bd. 1, Nr. 30, S. 130, Anm. 12.

Also Buttlar sagt, draußen sei Alles nervös und deprimiert wegen der Heimat? Recht hat er. — Mordsnervös ist man — aber trotzdem gestrichen voll von Zuversicht — ich wenigstens. Und auf die Heimatstimmung herrscht eine grenzenlose Wut. Ich schrieb auf zweimaliges Verlangen zum Eintritt ins 4. Mob[ilmachungs]jahr einige Worte an die Kattowitzer Zeitung und habe kein Blatt vor den Mund genommen. *Unsere* Meinung, die des Millionenvolksheers, ist doch auch kein Pappenstiel verglichen mit Erzberger! Ich stehe nicht allein; *Alle* denken gleich, auch der gemeine Mann!

[...][8])

[8]) Der Schluß des Briefes ist nicht erhalten.

373.

Meldung des Kommandanten des Linienschiffes „Friedrich der Große" an das Kommando des IV. Geschwaders zur Resonanz sozialdemokratischer Zeitungen bei den Mannschaften.

1. 8. 1917, B. Nr. G. g. 585, Durch einen Offizier geschrieben. Ganz geheim! — MGFA MA/KdH, Nr. 3300, A. 1 Gg. XIa., Bd. 1, handschriftliche Ausfertigung.[1])

Anbeifolgend wird ein Brief des Heizers Wilhelm vorgelegt, der von der P.P.St.[2]) der Hochseeflotte beanstandet und dem Kommando zugestellt worden ist.

Der Verfasser stützte sich beim Rapport darauf, daß er lediglich die Ansicht seiner Zeitung, der „Leipziger Volkszeitung", wiedergegeben habe. Das Halten dieser Zeitung kann gemäß RMA N. 2264 vom 19. 7. 16[3]) nicht mehr verboten werden. Ich habe den Mann unter Hinweis auf die Kriegsartikel wegen Ungehorsams gegen einen Befehl in Dienstsachen durch Nichtbefolgung (§ 92)[4]) bestraft, da er bewußt eine Kritik an der Obersten Kriegsleitung gefällt und hiermit einem Schiffsbefehl zuwidergehandelt hat, durch den u. a. die Kritik an Vorgesetzten in Briefen ausdrücklich verboten ist.

[1]) Die Meldung ist vom Chef des IV. Geschwaders, Vizeadmiral Mauve, am 4. 8. 1917 abgezeichnet und dem Gericht des Geschwaders zur Kenntnis gebracht worden. Die im Text erwähnte Anlage ist bei diesem Gericht verblieben und liegt nicht vor.

[2]) Post-Prüfstelle.

[3]) Vgl. hierzu Nr. 81, Anm. 5. Das Reichsmarineamt übersandte unter dem angegebenen Datum dem Kommando der Hochseestreitkräfte eine Abschrift des Schreibens des preuß. Kriegsministeriums vom 31. 8. 1914 (vgl. Nr. 81) mit der Bemerkung, „daß eine Änderung in der darin zum Ausdruck gebrachten Auffassung bisher nicht eingetreten ist, und die Auffassung auch hier vertreten wird" (MGFA MA/KdH, Nr. 3300, A. 1 Gg. XIa, Bd. 1). Vgl. auch Nr. 392, Anm. 2.

[4]) § 92 des Militärstrafgesetzbuches lautet: „Ungehorsam gegen einen Befehl in Dienstsachen durch Nichtbefolgung oder durch eigenmächtige Abänderung oder Überschreitung desselben wird mit Arrest bestraft." K. Elsner v. Gronow und Georg Sohl, Militärstrafrecht, Berlin 1906, S. 117 ff.

In dem Vorfall wird ein deutliches Anzeichen für die Vergiftung und Verwirrung erblickt, welche die sozialdemokratische Presse in den Köpfen der eingeschifften Mannschaften bewirkt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Einwirkung an Bord und bei dem Mangel an kriegerischer Beteiligung ungleich schneller und leichter vor sich geht, wie bei den vorwiegend dem feindlichen Feuer ausgesetzten Truppenteilen des Heeres.

Es wird deshalb die Genehmigung erbeten[5]), das Halten bezw. Lesen auch der nach dem 31. 8. 14 erschienenen sozialdemokratischen Blätter und Schriften, zumal deren Überwachung durch die Regierung offenbar nicht ausreicht, an Bord endgültig zu verbieten.[6])

Fuchs.[7])

[5]) Die vorangehenden sechs Worte sind in der Vorlage von Empfängerseite unterstrichen, sowie der gesamte Absatz durch einen Strich am Seitenrand hervorgehoben.

[6]) Am 9. 8. 1917 erließ das Kommando der Hochseestreitkräfte eine Weisung („Von Offizier geschrieben! Ganz Geheim! Persönliches!") an die unterstellten Befehlshaber, in dem es unter anderem heißt(MGFA MA/KdH, Nr. 3300, A. 1 Gg. XIa., Bd. 1): „Ein Verbot von Drucksachen und Zeitungen ist nur dann möglich, wenn sie nachweislich revolutionär sind oder zur Verbreitung von Flugblättern benutzt werden. Die an Bord von den Mannschaften gehaltenen Zeitungen sind in diesem Sinne zu kontrollieren, unter möglichster Vermeidung von Verzögerungen für die Empfänger. Finden sich revolutionäre Aufsätze, so ist die betreffende Zeitung unverzüglich auf dem Dienstweg hier zur Vorlage zu bringen. Finden sich Flugblätter in einer Zeitung, so ist dies durch Zeugenaussage festzulegen und die Angelegenheit ebenfalls sofort auf dem Dienstweg herzugeben. Presseverbote dürfen nur von mir ausgesprochen werden. [...] Die Munitionskammern und Torpedoräume sind unauffällig unter verschärfte Kontrolle zu nehmen. Kurz vor dem 15. d. Mts. ist eine unvermutete Revision der Munitionskammern anzuordnen." Vgl. hierzu Nr. 379.

[7]) Kapitän z. See, wurde noch im August 1917 zum Kommandanten der Befestigungen des Reichskriegshafens Kiel ernannt.

374.

Schreiben des Kommandos der Hochseestreitkräfte an die Chefs der Immediatbehörden der Marine.[1]) Erster Bericht über die Vorgänge auf einzelnen Schiffen der Hochseeflotte.[2])

4. 8. 1917, P. 2296. A 4., Vom Offizier geschrieben. Ganz geheim! Persönliches! — MGFA MA/MK, Nr. 3580, II, Bd. 3, Ausfertigung.

I. Vorgänge:

1. Am 1. August mußte auf S.M.S. „Prinzregent Luitpold" ein Ausflug der Heizer wegen des Wetters ausfallen. Von dem statt dessen angesetzten Dienste

[1]) Außerdem an den Oberwerftdirektor und die Kommandantur in Wilhelmshaven sowie an die Kommandantur der Insel Helgoland. Der Kaiser wurde erst anläßlich seines Besuches in Wilhelmshaven am 18. 8. 1917 unterrichtet.

[2]) In den Verhandlungen des Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages ist eine Fülle von Material über die Flottenunruhen ausgebreitet worden (vgl. insbesondere WUA, Bd. 9 und 10); es fehlt jedoch bis heute eine umfassende Darstellung der Vorgänge, die im gleichen Maße die poli-

drückten sich mehrere Leute und wurden vom Kommandanten[3]) mit Arreststrafen belegt, aber wegen Überfüllung der Arrestzellen nicht abgeführt. Am 2. August vormittags wurde festgestellt, daß ca. 350 Mann, darunter die am Vortage Bestraften, in der Hauptsache Heizer, sich von Bord entfernt hatten. — Sie wurden in Rüstersiel in einer Wirtschaft festgestellt und kehrten, ohne Schwierigkeiten zu machen, an Bord zurück. Als Grund ihres Verhaltens gaben sie an, daß sie gegen die am Vortage verhängten Strafen demonstrieren wollten.

2. Am Abend des 2. August wurde in einem Lokal in Rüstringen von der Kriminalpolizei eine Matrosen-Versammlung, die hinter verschlossenen Türen tagte, aufgehoben und 6 Leute von S.M.S.S. „Friedrich der Große" und „Kaiserin" festgenommen. Die übrigen Teilnehmer, etwa 15 an der Zahl, hatten das Lokal kurz vor Eintreffen der Kriminalpolizei verlassen.

3. Irgendwelche weiteren Vorfälle haben sich nicht ereignet.

II. Feststellungen:

1. Es bestehen Bestrebungen, die scheinbar von einer anarchistischen Zentrale im Lande geleitet werden, um auf den Schiffen Organisationen mit Vertrauensleuten und dergleichen zu schaffen mit dem Zwecke, der Mannschaft

---

tischen und die militärischen Voraussetzungen der Bewegung, die mit ihrer Unterdrückung zusammenhängenden Probleme sowie die politischen und militärischen Auswirkungen berücksichtigt. Im Rahmen der Edition ist ein detaillierter Nachweis der Einzelvorgänge nicht möglich. Für sie sei verwiesen auf die erwähnten Bände des Untersuchungsausschusses sowie ferner auf: W. Dittmann, Die Marine-Justizmorde von 1917 und die Admirals-Rebellion von 1918, Berlin 1926; F. Brüninghaus, Die politische Zersetzung und die Tragödie der deutschen Flotte, Berlin 1926; V. Bredt, Die Marineunruhen 1917, in: Preußische Jahrbücher, Bd. 208, 1927, S. 1 ff.; J. Joos, Die Vorgänge in der Marine 1917/18, in: Politisches Jahrbuch, München-Gladbach 1928, S. 682 ff.; H. Neu, Die revolutionäre Bewegung auf der deutschen Flotte 1917—18, Stuttgart 1930; H. Linnefeld, Beiträge zur Vorgeschichte der Novemberrevolution von 1918, Phil. Diss. Hamburg 1933; H. Kutscher, Admiralsrebellion oder Matrosenrevolte? Der Flotteneinsatz in den letzten Tagen des Weltkrieges, Stuttgart 1933, S. 37 ff.; H.-J. Bernhard, Die Entstehung einer revolutionären Friedensbewegung in der deutschen Hochseeflotte im Jahre 1917, in: Revolutionäre Ereignisse und Probleme in Deutschland während der Periode der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917/1918, hrsg. vom Institut für Geschichte an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Berlin 1957, S. 89 ff.; Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 2, S. 697 ff.; R. Scheer, Vom Segelschiff zum U-Boot, bearb. v. A. Scheibe, Leipzig 1936, S. 267 ff.; R. Scheer, Deutschlands Hochseeflotte im Weltkrieg, Berlin 1919, S. 412ff.; H. v. Waldeyer-Hartz, Admiral Hipper, Leipzig 1933, S. 233ff.; P. Behncke, Unsere Marine im Weltkriege und ihr Zusammenbruch, Berlin 1919, S. 44ff.; A. Hopman, Das Kriegstagebuch eines deutschen Seeoffiziers, Berlin 1925, S. 256; A. Scheibe, Tirpitz, Lübeck 1934, S. 58 f.; A. Scheibe, War es die Marine?, als Manuskript hrsg. vom Reichsbund Deutscher Seegeltung, Berlin 1940, S. 18 ff.; H. Beckers, Wie ich zum Tode verurteilt wurde. Die Marinetragödie im Sommer 1917, Leipzig 1928; Anti-Nauticus (i. e. W. Sachse), Deutschlands revolutionäre Matrosen, Hamburg 1925; W. Sachse, Frieden . . . ahoi . . .!, in: Die Büchergilde, Heft 2, Berlin 1933; W. Sachse, Rost an Mann und Schiff. Ein Bekenntnisroman um Skagerrak, Berlin 1934. Am wertvollsten erscheint noch immer die wohl aggressiv-scharfe, jedoch auf umfassender Aktenkenntnis beruhende Schrift W. Dittmanns. Der Aktenbestand des Marinearchivs ist für den Fragenkomplex nicht mehr vollständig.

[3]) Kapitän z. S. K. v. Hornhardt.

bestimmenden Einfluß zu verschaffen. Das Ziel ist, die Unterordnung zu beseitigen, mithin revolutionär und zersetzend.[4])

2. Es scheint teilweise versucht zu werden, die Menagekommission[5]) als Bordorganisation auszunutzen.

3. Die Agitatoren scheinen z. T. mit Erfolg den guten Teil der Besatzungen durch rücksichtslose Drohungen zum Mitmachen oder doch wenigstens zum Dulden ihrer Propaganda gezwungen zu haben.[6]) Flugblätter scheinen in großer Menge verteilt worden zu sein. Unteroffiziere sind, soweit bisher festgestellt, nirgends beteiligt.

4. Der ganze Umfang der Organisation und die Zusammenhänge mit Stellen an Land, deren Bestehen nach den vorgefundenen Papieren unzweifelhaft ist, läßt sich noch nicht übersehen. Die im Gange befindliche Untersuchung wird anscheinend wesentlich dadurch gefördert, daß die Hauptagitatoren festgesetzt sind und keinen terroristischen Einfluß mehr ausüben können.

5. Der Zweck der unter I.2 erwähnten Versammlung scheint Besprechung über Schaffung von Bordorganisationen gewesen zu sein.

6. Es scheint ein Zusammenhang zwischen den Organisationen auf den Schiffen und Organisationen in Kiel und auf der Insel Helgoland zu bestehen oder beabsichtigt zu sein.

Im Entwurf gez. Scheer
Von Seiten des Kommandos der Hochseestreitkräfte
Der Chef des Stabes
von Trotha.

---

[4]) Es verdient Beachtung, daß zu diesem Zeitpunkt die politische Komponente offenbar noch nicht erkannt, bzw. nicht im Vordergrund der Überlegungen stand. Auch Vizeadmiral Ritter v. Hipper bezeichnete die Ereignisse in seinem Tagebuch (Nachlaß Hipper, Nr. 7, Eintragung vom 3. 8. 1917) als eine „anarchistische Bewegung". Für die Flottenführung stellten sich die Ereignisse des 1. und 2. 8. 1917 zunächst als vorläufiger Höhepunkt der seit Wochen immer wieder auftretenden Unbotmäßigkeiten und Gehorsamsverweigerungen dar. Vgl. hierzu insbesondere den in Anm. 2 erwähnten Aufsatz von H.-J. Bernhard.

[5]) Die Einrichtung von Menagekommissionen ging auf eine Forderung des Hauptausschusses des Reichstages zurück, vgl. Schulthess 1917/I, S. 447 (27. 4. 1917). Vgl. hierzu auch Nr. 292, Anm. 6. Der Staatssekretär des Reichsmarineamts erließ daraufhin am 20. 6. 1917 eine Verfügung zur Ergänzung der Schiffsverpflegungsvorschrift und der Marine-Landverpflegungsvorschrift (Marine-Verordnungsblatt 1917, S. 184), wonach neben dem Verpflegungsausschuß, dessen Vorsitzender der I. Offizier war, ein Mannschaftsausschuß aus „zwei Unteroffizieren und einigen Gemeinen" vom Kommandanten zu ernennen war, der „etwaige Beschwerden und Wünsche der Mannschaft in bezug auf die Verpflegung beim I. Offizier" zur Sprache bringen konnte. Admiral Scheer hat sich nur widerstrebend dieser Verfügung angeschlossen (vgl. WUA, Bd. 9/I, S. 7 f.), so daß die Verfügung den Mannschaften erst durch die Zeitungen bekannt wurde. Zu beachten ist auch, daß zumindest einige Menagekommissionen unter dem Druck der Mannschaften nicht vom Kommandanten ernannt, wie es die Verfügung vorsah, sondern von den Mannschaften gewählt wurden, wie u. a. auch aus Nr. 375 hervorgeht.

[6]) Vgl. hierzu auch Nr. 375, Anm. 12.

375.

Bericht des Kommandos des IV. Geschwaders an das Kommando der Hochseestreitkräfte über Umfang und Organisation der sozialistischen Propaganda nach den bisherigen Feststellungen.

7. 8. 1917, Ganz geheim! Von Offizier geschrieben! — MGFA MA/KdH, Nr. 3300, A. 1. Gg. XIa, Bd. 1, Entwurf.[1])

Aus der bisherigen Untersuchung[2]) habe ich folgendes Bild von der sozialistischen Propaganda[3]) erhalten:

Sie geht aus von den Mitgliedern oder Anhängern der sog. Unabhängigen Sozialdemokraten und ist wahrscheinlich mit Wissen der betreffenden Reichstagsabgeordneten erfolgt.[4]) Die Agitation in der Marine ist erst 2—3 Monate alt.[5])

---

[1]) In dem nicht abgedruckten Entwurf des Anschreibens kündigte der Geschwaderchef weitere Berichte ähnlicher Art über seine „Eindrücke über die sozialistische Bewegung" an. Nach einem handschriftlichen Vermerk vom 9. 8. 1917 ist die Vorlage auf Befehl des Geschwaderchefs nicht ausgefertigt worden, „da Flotte laufend mündlich unterrichtet wird".

[2]) Die Protokolle der gerichtlichen Vernehmungen der angeklagten Mannschaften des IV. Geschwaders und die entsprechenden Urteile befinden sich in: MGFA MA/KdH, Nr. 788, Gg. 5. a, Bd. 1; MGFA MA/KdH, Nr. 3300, A. 1. Gg. XIa, Bd. 1, wichtige Auszüge auch in: MGFA MA/RWM, Nr. 4078, Flottenunruhen, Bd. 1; MGFA MA/OdO, Nr. 1139, D.V.O. 2, Bd. 1. Vgl. auch das Gutachten W. Dittmanns, WUA/IV, Bd. 9/I, S. 1 ff., sowie Bd. 10/I, S. 299 ff.

[3]) Der Chef des IV. Geschwaders scheint den Ereignissen nicht dieselbe Bedeutung beigemessen zu haben wie das Kommando der Hochseestreitkräfte. Admiral Scheer hatte bereits in seinem Schreiben vom 4. 8. 1917 von revolutionären und zersetzenden Bestrebungen gesprochen (vgl. Nr. 374). In einem Schreiben an den Marinekabinettschef vom 8. 8. 1917 (MGFA MA/MK, Nr. 3580, II, Bd. 3) heißt es bereits, daß „eine sorgfältig vorbereitete und ausgedehnte Wühlarbeit im Gange" sei, „um die Angehörigen von Heer [!] und Flotte für die Friedensbewegung der Unabhängigen Socialisten zu gewinnen".

[4]) In einem Bericht des Gerichts des IV. Geschwaders, unterschrieben vom Gerichtsherrn, Vizeadmiral Mauve, und Marinehilfsgerichtsrat Dr. Dobring an das Kommando der Hochseestreitkräfte vom 11. 8. 1917 (MGFA MA/KdH, Nr. 3300, A. 1. Gg. XIa, Bd. 1) wurde diese Vermutung konkretisiert: „Durch gerichtliche Feststellungen, die sich auf vorgefundenes gedrucktes und geschriebenes Material und weitere Ermittlungen stützen, ist einwandfrei bewiesen, daß die sog. Unabhängige Sozialdemokratische Partei eine eifrige Agitation unter den Mannschaften der Flotte betreibt, die folgende Ziele anstrebt: 1. eine möglichst große Zahl von Anhängern anzuwerben, 2. Geldbeträge zu sammeln für die Parteikasse, 3. Unterschriften zu sammeln, um die Forderung der nach Stockholm zu entsendenden Parteivertreter zu unterstützen für Erreichung eines sofortigen Friedensschlusses ohne Annexionen und Entschädigungen, 4. die Besatzungen aufzuhetzen, durch Gehorsamsverweigerungen in größerem Maßstabe und Demonstrationen die Schlagfertigkeit der Flotte herabzusetzen oder gänzlich lahm zu legen.
Folgende Beziehungen zu der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und folgende Organisationen in der Flotte sind festgestellt: Förderer der Bewegung sind der Reichstagsabgeordnete Dittmann und die in seinem Büro beschäftigte Agitatorin Frau Luise Zietz; sie sind zugleich Hauptlieferanten von Broschüren und Werbematerial. Berater der Mannschaften in Wilhelmshaven ist der politische Redakteur der Leipziger Volkszeitung Herre, z. Zt. als Seewehrmann eingezogen. Die entsprechende Stelle in Kiel steht noch nicht ganz fest. Der Berater in Wilhelmshaven verkehrte durch beurlaubte Mannschaften mit p. Dittmann. Er hat von verschiedenen Schiffen Vertrauensleute angeworben, die ihrerseits unter Benutzung

Bis jetzt beschränkt sie sich darauf, Stimmung zu machen für einen sofortigen Friedensschluß „ohne Annexionen und Entschädigungen". Es sind bereits Listen mit Unterschriften für einen solchen Frieden aufgestellt und wahrscheinlich auch schon in den Händen der außerhalb der Marine stehenden Agitatoren.[6]) Nebenbei haben Geldsammlungen stattgefunden und sind auch schon Gelder abgeführt. Um große Summen scheint es sich noch nicht zu handeln, ich glaube, die Agitatoren wollen die Leute, die Geld geben, in erster Linie durch ihre Mitschuld an sich fesseln. Diese Geldsammlungen sind auch die Folge, daß auf einigen Schiffen das Interesse der Leute an Beiträgen zu den Schiffshilfsfonds nachläßt. Die Agitation hat infolge der Unzufriedenheiten über Verpflegung einen fruchtbaren Boden gefunden. Die Zentralstelle für die Agitation innerhalb der Marine scheint Kiel zu sein. Von da aus und von anderen Stellen aus dem Lande werden die Schiffe mit Zeitschriften, Flugblättern usw. versorgt. Die Zahl der socialistischen Zeitschriften ist an Bord erschreckend groß geworden.[7])

Es ist noch nicht sicher, ob von der Zentralstelle mit einzelnen Schiffen direkt verkehrt wird, oder ob zunächst eine Unterzentrale auf jedem Verbande usw. angestrebt wird. Mir scheint letzteres der Fall zu sein. Für das IV. Geschwader halte ich es für erwiesen.[8]) Diese Unterzentrale sucht sich Vertrauensgenossen auf jedem Schiff aus und diese wieder bei jeder Division. Dabei sind die von der Mannschaft neuerdings gewählten Menagekommissionen[9]) die gegebenen Stellen, die ohne besonders aufzufallen die Vermittlung mit den Leuten übernehmen. Es scheint, als ob die Mannschaftsmitglieder der Menagekommission der Ansicht sind, daß sie nicht bloß für Essenswünsche der Leute zu sorgen hätten, sondern

---

des ihnen gelieferten Agitationsmaterials die Bewegung weiter verbreitet, die vorstehenden, unter 1 bis 4 erwähnten Ziele angestrebt und zum Teil bereits erreicht haben."

[5]) Handschriftlicher Vermerk am Seitenrand: „Wahrscheinlich älter. Geldsammlung Kaiserin bis April [19]16." Der Text wurde handschriftlich geändert in: „der Marine ist scheinbar noch nicht sehr alt."

[6]) Am 4. 8. 1917 war auf „Prinzregent Luitpold" ein Aufruf zum Beitritt zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei gefunden worden (abgedruckt in: Dokumente und Materialien II/1, Nr. 228, S. 655), der am 5. 8. 1917 vom Kommando der Hochseestreitkräfte an die Chefs der Immediatbehörden der Marine versandt wurde. In dem Aufruf wurde betont, daß nur der Beitritt einer großen Zahl den Vertretern der Partei bei der geplanten Stockholmer Konferenz dienlich sein werde. Nur auf diese Weise werde es möglich sein, die Regierung zu einem baldigen, jede Annexion fremden Gebietes ausschließenden Friedens drängen zu können. Ein Mitgliedsbeitrag werde während der Dienstzeit nicht erhoben. Das Kommando der Hochseestreitkräfte vermutete am 5. 8. 1917 (MGFA MA/MK, Nr. 3580, II, Bd. 3), daß auf diesen Aufruf hin bereits Unterschriften geleistet und „abgeschickt" worden seien. Vgl. hierzu auch WUA, Bd. 9/I, S. 22 ff. Am 9. 8. 1917 faßte das Kommando der Hochseestreitkräfte das Ergebnis der Untersuchungen wie folgt zusammen: „Die ganze Bewegung, die auch in der Armee bereits weite Kreise ergriffen haben soll, wird vielleicht von Frankfurt a. M. aus geleitet. Daneben werden Bremen und Kiel sowie als Zentrale für die Verbreitung von Flugblättern die ‚Leipziger Volkszeitung' genannt. Zweck der ganzen Bewegung soll sein, die Herbeiführung des Friedens durch Agitation in Heer und Flotte zu erzwingen, da die Regierungen hierzu unfähig seien. In den feindlichen Ländern sollen gleiche Bewegungen im Gange sein."

[7]) Vgl. Nr. 373.

[8]) Der vorangehende Satz ist in der Vorlage mit Bleistift durchgestrichen.

[9]) Vgl. Nr. 374, Anm. 4.

eine Art von „Soldatenrat“[10]) wären, der von den Vorgesetzten gebilligt wird. Wo diese Leute von der Mannschaft gewählt und von den Vorgesetzten nur bestätigt sind, empfiehlt es sich, Änderungen vorzunehmen und neue Leute zu kommandieren.

Es hat augenscheinlich die Absicht bestanden, bei der bevorstehenden Stockholmer Konferenz die Wünsche der Unabhängigen Sozialisten mit Tausenden von Unterschriften[11]) zu unterstützen und, falls die Konferenz ohne Ergebnis verliefe, 2—3 Wochen später mit Demonstrationen hervorzutreten.

Für direkt anarchistische oder Sabotage-Ausschreitungen schwerer Art liegen bisher keinerlei Anzeichen vor.

Die überwiegende Menge der für diese Friedensagitation gewonnenen Leute sind Mitläufer und haben nur unterzeichnet oder Beiträge gezeichnet oder ihre Zustimmung gegeben unter einem fast unglaublichen terroristischen Druck der Rädelsführer.[12]) Antworten wie: „Wenn es herauskommt, daß ich gestehe, so werde ich totgeschlagen“, sind wiederholt erfolgt. Daher atmen die Leute auf, wenn Rädelsführer gefaßt werden, aber sie haben noch Angst, daß diese aus der Untersuchungshaft wieder an Bord kommen. *Das muß unter allen Umständen vermieden werden.*

Es ist bisher kein Unteroffizier der Flotte im Verdacht der Teilnahme. Ich habe aber die Überzeugung, daß die Unteroffiziere etwas von der Agitation wissen, aber entweder Angst vor den Rädelsführern haben oder nicht wagen, ohne positive Beweise vorzutreten, oder hoffen, daß die Entdeckung durch Offiziere gemacht wird und daß sie dann gedeckt werden.

Elsäßer sind für die Agitation anscheinend besonders empfänglich, ebenso wie natürlich auch alle Metallarbeiter usw. Deshalb ist die Mehrzahl der Verführten unter dem Heizerpersonal zu finden.

M[auve][13])

---

[10]) In der Vorlage mit Bleistift unterstrichen.

[11]) Zu der mehrmals verschobenen, am 5. 9. 1917 in Stockholm zusammengetretenen dritten Zimmerwalder Konferenz vgl. Schulthess 1917/II, S. 616 ff., J. Braunthal, Geschichte der Internationale, Bd. 2, Hannover 1963, S. 106 ff., und Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 2, S. 717 ff.

[12]) Weder in den Tagebuch des Matrosen Stumpf (WUA, Bd. 10/II) noch in den Briefen des Obermatrosen Lotter (WUA, Bd. 9/II, S. 38 ff.) ist von einem derartigen „terroristischen“ Druck die Rede. Der im folgenden zitierte Ausspruch kann auch aus durchsichtigen Motiven der Untersuchungsgefangenen erfolgt sein. Zum Tagebuch des Matrosen Stumpf vgl. die Einleitung von D. Horn zur amerikanischen Ausgabe (War, Mutiny and Revolution in the German Navy. The World War I Diary of Seaman Richard Stumpf, New Brunswick N.J., 1967).

[13]) Admiral Scheer beantragte in dem in Anm. 3 erwähnten Schreiben an den Chef des Marinekabinetts die Ablösung Mauves. Die Begründung ist mehr als aufschlußreich und dürfte, nach dem Ergebnis der Verhandlungen des Untersuchungsausschusses, nicht nur für die Person Mauves zutreffen. „Die Untersuchung hat ergeben, daß eine sorgfältig vorbereitete und ausgedehnte Wühlarbeit im Gange war, um die Angehörigen von Heer und Flotte für die Friedensbewegung der Unabhängigen Sozialisten zu gewinnen. Eine größere Anzahl der Rädelsführer ist festgenommen und weitgehende Kenntnis von ihren Verbindungen und Absichten erlangt, so daß zu hoffen ist, daß der ganze Anschlag fehlschlägt.

Anfänglich war natürlich nicht zu übersehen, welche Beweggründe für die Aufsässigkeit der Leute vorlagen und es war Sache des Geschwaderchefs in der richtigen Weise vorzugehen. Dabei hat Vizeadmiral Mauve, von dessen Geschwader außer ‚Prinzregent Luitpold' noch ‚Friedrich der Große' und ‚Kaiserin' in Mitleidenschaft gezogen werden sollten, leider den Erwartungen nicht entsprochen. Während er der Lage zunächst ratlos gegenüberstand, gelingt es ihm nun bei der weiteren Verfolgung der Angelegenheit nicht, den richtigen Ton zu finden, um mit seinen Kommandanten in vertrauensvoller Zusammenarbeit vorzugehen. Auch habe ich nicht die Überzeugung mehr, daß er bei etwaiger Wiederholung von Ausschreitungen oder auch bei der Ausrottung des eingerissenen Übels die zweckmäßigste Art finden wird. Seine Autorität beruht nur auf der ihm durch seine dienstliche Stellung eingeräumten Gewalt und nicht auf seiner Persönlichkeit, wie es gerade jetzt besonders nötig und nützlich wäre.
Nach reiflicher Überlegung halte ich es für das Beste, daß er tunlichst bald von seinem Posten enthoben wird. Wenn Se. Majestät für die nächste Zeit der Flotte einen Besuch zugedacht haben und dieser, wie ich hoffe, zur Ausführung kommt, so wäre es gut, daß Mauve dann nicht mehr in seiner Stellung ist." Der Chef des Marinekabinetts stimmte der Ablösung am 11. 8. 1917 zu.

376.

Niederschrift über die Besprechung im preußischen Kriegsministerium mit den Vertretern der stellv. Generalkommandos betr. die schärfere Handhabung des Gesetzes über den Belagerungszustand.

14. 8. 1917, Nr. 5506. 17. g. A. 1, Geheim. — MGFA MA/StN, Nr. 1811, G. 37, Bd. 2, Abschrift.[1])

Bei der am 13. 8. 1917 12⁰ mittags im Ministersaal des Kriegsministeriums stattgefundenen Sitzung nahmen teil

vom Preuß. Kriegsministerium:	Der Kriegsminister, Oberst v. Wrisberg, Oberst Waitz, Oberst Grautoff, Oberst v. Meiss, Major Graf v. Büdingen, Major Krall, Major Grau, Hauptmann Pfaff.
vom Kriegsamt:	Oberst Marquardt, Major v. Kretschmann, Major v. Kühlwetter, Hauptmann v. Bose.
vom Bayer. Kriegsministerium:	Major Schumacher.
vom Sächs. Kriegsministerium:	Oberst v. Koppenfels, Major Auerbach, Major v. Haebler.

[1]) Die Niederschrift wurde am 2. 9. 1917 dem Staatssekretär des Reichsmarineamts übersandt (MGFA MA/RMA, Nr. 4390, XX. 33, Bd. 5), der sie am 12. 9. 1917 an die Marinestationen der Nord- und Ostsee weiterleitete und gleichzeitig das preuß. Kriegsministerium um Hinzuziehung des Reichsmarineamts zu künftigen derartigen Besprechungen bat. Für weitere Exemplare vgl. BHStA IV München MKr, 251; HStA Stuttgart XIII. AK, Abt. II, Bd. 98. — Die Niederschrift wurde in der Reichstagssitzung vom 10. 10. 1917 von dem sozialdemokratischen Abgeordneten Schmidt (Berlin) erwähnt, vgl. Sten. Berichte, Bd. 310, S. 3865 ff. Das preuß. Kriegsministerium stellte Nachforschungen darüber an, wie die geheime Niederschrift in die Hände der Abgeordneten kommen konnte; vgl. das Schreiben vom 25. 10. 1917 (MGFA MA/StN, Nr. 1811, G. 37, Bd. 2).

vom Württ. Kriegsministerium:	Hauptmann d. L. Gros I.
vom Oberkommando in den Marken:	Major v. Lettow.
vom stellv. Generalkommando des Gardekorps:	Oberst v. Behr,
vom I. AK:	Oberstleutnant z. D. Hahn,
vom II. AK:	Oberst a. D. Snethlage,
vom III. AK:	Oberst v. Engelmann,
vom IV. AK:	Oberst z. D. v. Wasilewski,
vom V. AK:	Generalleutnant z. D. v. Schimmelpfennig,
vom VI. AK:	Generalleutnant v. Heinemann,
vom VII. AK:	General d. Inf. z. D. Frhr. v. Gayl, Hauptmann Ruscher,
vom VIII. AK:	Generalleutnant z. D. v. Hepke,
vom IX. AK:	Oberstleutnant z. D. v. Voss,
vom X. AK:	Generalleutnant z. D. v. Rogowski,
vom XI. AK:	Major Seebohm,
vom XII. (Sächs.) AK:	Generalmajor Baessler,
vom XIII. (Württ.) AK:	Generalmajor z. D. v. Stroebel,
vom XIV. AK:	Oberst Alefeld,
vom XV. AK:	Generalmajor z. D. Philgus,
vom XVII. AK:	Oberst v. Linsingen,
vom XVIII. AK:	Oberst Schmid,
vom XIX. (Sächs.) AK:	Hauptmann Ritter,
vom XX. AK:	Oberstleutnant Frhr. v. d. Goltz,
vom XXI. AK:	Oberstleutnant Zechlin,
vom I. B.AK:	Oberst z. D. Kleemann,
vom II. B.AK:	Hauptmann Gesslein,
vom III. B.AK:	Oberst a. D. Frhr. v. Berchem.

Der Herr **Kriegsminister** eröffnet die Sitzung mit dem Hinweis auf die immer stärker auftretenden Anzeichen eines bevorstehenden Generalstreiks. Der Zeitpunkt für seinen Ausbruch wird verschieden angegeben; von vielen Seiten ist der 15. 8.[2]), von anderen wieder der 20. 8. oder ein Zeitpunkt gleich nach der Stockholmer Konferenz angegeben worden.[3]) Bei der Marine hat sich das Vorhandensein einer sehr bedenklichen Organisation unter Mannschaften des IV. Geschwaders der Hochseeflotte feststellen lassen, die darauf hinzielt, Unterschriften für einen bedingungslosen Frieden zu sammeln, um diese als Unterlagen

[2]) Vgl. hierzu Archivalische Forschungen 4/II, Nr. 161, 165, 170, 172, 174, 176 ff., S. 626 ff.; Nr. 375, Anm. 6.

[3]) Vgl. hierzu Nr. 386.

den Unabhängigen Sozialdemokraten[4]) zur Stockholmer Konferenz[5]) mitzugeben. Die Hauptschuldigen sind gefaßt, die Untersuchung ist im Gange.[6]) Ob in das Verfahren auch Mannschaften der Armee verwickelt sind, ist noch nicht klar.

Unsere Maßnahmen gegen den erwarteten Generalstreik müssen vorbeugend mit aller Schärfe getroffen werden. Sind erst einmal Maßnahmen als nötig erkannt und ergriffen, so dürfen sie auf keinen Fall, wie es in letzter Zeit des öfteren vorkam, wieder rückgängig gemacht werden. Das führt zum Ruin der Autorität. — Betreffend den Waffengebrauch weist der Erlaß des Kriegsministers vom 11. 7. 1917 — 4713/17.g.A1[7]) — darauf hin, daß seine Anwendung bis aufs äußerste hinauszuschieben ist. — Von dem Machtmittel der Kommandierenden Generale, das ihnen in dem Versammlungs-Verbot[8]) oder der -Überwachung gegeben ist, muß in ausgiebiger Weise, wo es erforderlich erscheint, Gebrauch gemacht werden. Mit der Überwachung dürfen aber nur wirklich geeignete Beamte betraut werden, damit so bedauerliche Ungeschicklichkeiten, wie sie vorgekommen, gänzlich ausgeschaltet werden. Hat da ein überwachender Beamte sich die tollste Hetzrede eines Radikalen ruhig mitangehört, um dann, als nun ein Arbeiter auftritt, um in regierungsfreundlichem Sinne die Ausführungen des Radikalen zu widerlegen, diesem Redner das Wort zu entziehen.

Es wird erwogen werden, die künftig in der Heimat verwendeten reklamierten Arbeiter nicht mehr als Reklamierte sondern als Urlauber für die Arbeit heranzuziehen.[9])

Das Kapitel der Klagen gegen die Reklamierten ist sehr umfangreich; hier ist ein ganz besonders scharfes und schnelles Eingreifen erforderlich.[10])

Hierauf beauftragt der Herr Kriegsminister den Herrn AD-Direktor mit der Leitung der weiteren Verhandlung.

[4]) Nach einem Bericht des Beauftragten des bayer. Kriegsministeriums beim Kriegsamt vom 14. 8. 1917 (BHStA IV München MKr, 252) äußerte General v. Stein in diesem Zusammenhang: „Wer die Treiber in dieser Bewegung sind, ist außerordentlich schwer zu sagen. Auf alle Fälle war es bisher nicht möglich, die Rädelsführer zu packen und sie zu überführen. Wir haben jedoch ziemlich sichere Beweise, daß die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft bei allen diesen Bewegungen keine geringe Rolle spielt und da wieder ganz besonders der Abgeordnete D[ittmann]. Ganz ausgeschlossen ist es aber nicht, ob nicht auch die sogenannten regierungsfreundlichen Sozialdemokraten ab und zu dahinter stecken. Allerdings wird diesem von den maßgebenden Führer[n] dieser Partei unbedingt widersprochen." Vgl. hierzu die kritische Bemerkung Steins am 13. 8. 1917 gegenüber Vizeadmiral Hebbinghaus zum Verhalten der sog. „alten" Sozialdemokratie, WUA, Bd. 9/I, S. 66. Vgl. auch Nr. 303.

[5]) Vgl. hierzu Nr. 375, Anm. 11.

[6]) Vgl. Nr. 374, 375, 378, 379, 382, 383, 396, 401 und 412.

[7]) Vgl. Nr. 316.

[8]) Nach dem Bericht des Beauftragten des bayer. Kriegsministeriums beim Kriegsamt (vgl. Anm. 4) führte General v. Stein hierzu aus: „Nur soviel möchte ich noch bemerken, daß sich bei Streiks, besonders beim VI. Korps, das Verbot von Versammlungen gut bewährt hat, wenn auch uns hier in Berlin von seiten der Reichstagsabgeordneten große Schwierigkeiten gemacht worden sind. Doch darf dies letztere keine Rolle spielen."

[9]) Hierzu kam es nicht, vgl. Nr. 233, 236 und 238. Diese Bemerkung Steins wurde in der Sitzung des Reichstages (vgl. Anm. 1) erwähnt.

[10]) Vgl. Nr. 239, Anm. 12.

Oberst **v. Wrisberg** führt aus: Wenn man sich zunächst die *Gründe* für die allerorten zahlreich auftretenden Streiks ansieht, kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß sie in der überwiegenden Mehrzahl aus recht frivolen Gründen in Szene gesetzt werden.

Der immer wieder aufgeführte Grund der Nahrungsfrage ist in den meisten Fällen unbegründet und vorgeschützt.[11]) Immer wieder tritt aus den Beschwerden hervor, „wir haben es schlechter als andere Betriebe, da streiken wir eben, bis wir es ebenso gut haben". Daß die betreffenden Arbeiter aber alles, was ihnen zusteht, oder was ihnen nur irgendwie gegeben werden kann, erhalten, daß sie vollkommen ausreichend versorgt sind, davon ist dann mit keinem Wort die Rede. Dort wo dieser Grund nicht vorgeschützt ist, sondern tatsächliche Übelstände vorhanden sind, da muß allerdings mit allen Mitteln darauf hingewirkt werden, diese Übelstände abzustellen. Der Arbeiter muß das unbedingte, felsenfeste Vertrauen bekommen: „Wir haben eine Militärverwaltung, die *gerecht* ist, die uns hilft, wenn unsere Beschwerden der tatsächlichen Begründung nicht entbehren."

Das darf aber nicht dazu führen, daß nun dauernd Zugeständnisse gemacht werden, was in der letzten Zeit geschehen ist.[12]) Das ist schließlich eine Schraube ohne Ende! Schon jetzt haben wir durch die Teilstreiks einen Ausfall von mehreren hunderttausend Tonnen Kohlen![13]) Das geht unmöglich so weiter, auch schon im Hinblick auf die spätere Umgestaltung der Lohnfrage im Frieden.

Die *Mittel*, die uns gegen die Streiks zur Verfügung stehen, gibt in *allgemeinen* Gesichtspunkten der Erlaß des K.M. vom 28. 7. 16 4427/16.g.A1[14]) an die Hand. Hierin hat sich seitdem nichts geändert, der Herr Obermilitärbefehlshaber steht noch voll und ganz auf dem Boden dieses Erlasses.

---

[11]) Vgl. dagegen Nr. 316, Anm. 2. In der Zusammenfassung des preuß. Kriegsministeriums zu den Monatsberichten der stellv. Generalkommandos vom 3. 9. 1917 (vgl. Nr. 154, Anm. 1 und 2) heißt es: „Alles in allem beherrschten aber die wirtschaftlichen Fragen so sehr die Lage, daß die militärisch-politischen Ereignisse gegenüber nicht recht zur Geltung kommen konnten." Hier auch ein kurzer Bericht des stellv. Generalkommandos des X. AK über den Streik von 4000 Arbeitern in Braunschweig vom 15.—20. 8. 1917. Vgl. auch Dokumente und Materialien II/1 Nr. 231, S. 661 f.

[12]) Damit dürften bestimmte Maßnahmen des Kriegsamts gemeint sein, vgl. Nr. 229, 232 und Feldman, S. 426 ff.

[13]) Vgl. das Telegramm Ludendorffs an das preuß. Kriegsministerium vom 23. 7. 1917 (Ludendorff, Urkunden, S. 186 f.), das von diesem am 27. 7. 1917 an die stellv. Generalkommandos weitergeleitet (MGFA MA/StN, Nr. 5473, G. 10, Bd. 1) und darauf hingewiesen wurde, daß die „Grundursache der Streicks in Verhetzung von radikaler Seite zu suchen" sei und die Ernährungslage nur als äußerer Anlaß benutzt werde. Das Kriegsministerium ersuchte die stellv. Generalkommandos „Hetzereien und Streiks mit der gebotenen Schärfe, Festigkeit und schneller Entschlossenheit entgegenzutreten und jedes erlaubte Mittel zur Anwendung zu bringen, um besonders der Hetzer habhaft zu werden. Noch wehrpflichtige Hetzer sind unnachsichtig und ungesäumt zum Heeresdienst einzuziehen, wenn nicht im Wege der Strafverfolgung schärfer gegen sie einzuschreiten ist." Vgl. hierzu die Verfügungen der stellv. Generalkommandos des XIII. AK vom 31. 7. 1917 (HStA Stuttgart XIII. AK, Abt. II, Bd. 93) und des XIV. AK vom 11. 8. 1917 (GLA Karlsruhe Abt. 456, Bd. 77).

[14]) Vgl. Nr. 162.

Sehr bemerkenswert ist es, daß auch die national gesinnten Sozialdemokraten dringend ein scharfes Durchgreifen anraten.

Ich komme jetzt auf die *Einzelmittel:*

1. Strengere Stellungnahme dem *Vereins- und Versammlungsrecht* gegenüber. Nötigenfalls darf vor Verbot aller Versammlungen nicht zurückgeschreckt werden.[15])

Hierbei ist es aber möglich, individuell vorzugehen, d. h. nicht den einzelnen Parteirichtungen gegenüber, sondern örtlich. In Gegenden, wo die Bevölkerung sich ruhig und zuverlässig geführt, ist es wohl am Platze, eine Linderung in den Maßnahmen gegen das Vereins- und Versammlungsrecht eintreten zu lassen.

2. Rechtzeitige *Unterstellung der Betriebe unter militärische Leitung*[16]), sofern sie nach Lage der Verhältnisse zweckmäßig erscheint. Nur wenn Betriebe in militärische Leitung genommen sind, ist es angängig, wehrpflichtige Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit aufzufordern unter der Androhung, daß sie von einem bestimmten Zeitpunkt an als zum Heeresdienste eingezogen gelten und dann unter den Kriegsgesetzen stehen. Diese Anordnung ist durch die zuständigen Bezirkskommandos verbreiten zu lassen, da die Heerordnung die Einberufung durch die Bezirkskommandos vorschreibt und es nach einem Urteil des Reichsmilitärgerichts zweifelhaft erscheint, ob die unmittelbare Anordnung der Generalkommandos als rechtgiltig anerkannt wird. Eine Verfügung hierüber wird den stellv. Generalkommandos noch zugehen.[17])

3. *Einziehung der Reklamierten*, auch wenn sie des Hetzens und der beabsichtigten Arbeitsniederlegung nur verdächtig erscheinen.[18]) Verspätet würde es vielfach sein, erst abzuwarten, bis Material vorhanden, das sie einwandfrei überführt. Bei der im Geheimen betriebenen Betätigung wird die Beibringung von Material in den meisten Fällen nicht möglich sein.

Bei diesem Punkt kann gesagt werden: lieber etwas zu früh als zu spät. Es ist ja durchaus keine Strafe, wenn der Mann seine Dienste nunmehr an der Front statt an der Drehbank dem Vaterlande weiht!

4. Auf besseres *Zusammenwirken der Militär- und Zivilbehörden* ist hinzuwirken. Zivilbehörden sind vielfach von Streiks überrascht worden, auch ist von ihnen militärische Hilfe zu spät angefordert worden.

Als Sammel- und Austauschstelle für Nachrichten über Streiks sind die Militärpolizeistellen geeignet. Dieserhalb ist ein Erlaß unterwegs.[19])

---

[15]) Vgl. Anm. 8, sowie Nr. 390.

[16]) Vgl. hierzu Nr. 242.

[17]) Vgl. Nr. 389.

[18]) Gegen nicht der Wehrpflicht unterliegende Personen sollte im Wege der Schutzhaft vorgegangen werden. Nach dem Bericht des Beauftragten des bayer. Kriegsministeriums (vgl. Anm. 4) führte Oberst v. Wrisberg hierzu aus: „Leute, die als systematische Hetzer bekannt werden, müssen unnachsichtlich in Schutzhaft genommen werden. Wenn darunter sich Reichstags- und Landtagsabgeordnete befinden, kann die Schutzhaft nur durch den Militäroberbefehlshaber angeordnet werden."

[19]) Vgl. Nr. 316, Anm. 7.

5. *Verstärkung der Polizei* durch verständige *Unteroffiziere.* Ausbildung dafür ist nicht erforderlich.

6. Austausch unzuverlässig erscheinender Truppen.

7. *Schärfere Überwachung der Jugend.*[20])

Hierauf führte Oberst von Wrisberg noch einige Einzelfälle aus den Meldungen der Kriegsamtstellen an, die für die Allgemeinheit lehrreiche Hinweise sein können.

a) In einer großen Stadt hat ein Mann an eine große Demonstrationsmenge Hetzreden gehalten. Warum ist man des Mannes nicht habhaft geworden?

b) An anderem Orte wurden Unruhen beigelegt, nachdem der Leiter der Kriegswirtschaftsstelle, der sich durch ungerechte Lebensmittelverteilung unbeliebt gemacht hatte, entfernt worden war. Warum ist diese Persönlichkeit nicht rechtzeitig als ungeeignet erkannt?

c) Gewerkschaften erheben Lohnforderungen; unter den Leuten befinden sich Italiener. Es ist nicht ersichtlich, was mit diesen feindlichen Ausländern geschehen ist.

d) Ein stellv. Generalkommando gibt die Anregung, die vielen Zeitungsnachrichten über Disziplinwidrigkeiten in den gegnerischen Heeren zu unterdrücken, da sie in gewissen Kreisen aufreizend und anregend zu gleichen Versuchen wirken könnten.

Alle diese Betrachtungen über zu ergreifende Maßnahmen sind Hinweise für die stellv. Generalkommandos. An der Spitze des Territoriums steht der Kommandierende General, er hat die Gewalt in Händen, die Mittel stehen ihm in zahlreicher Auswahl, wie die Hinweise zeigen, zur Verfügung, anwenden muß er sie nach eigenem Ermessen unter eigener Verantwortung, denn nicht Alles paßt für jedes Territorium und jeden Fall. Jederzeit aber kann der Kommandierende General der tatkräftigsten Unterstützung des Ober-Militärbefehlshabers versichert sein.

Exzellenz **Frhr. v. Gayl** (VII.) glaubt auch im Namen der übrigen Generalkommandos mit großer Freude und Genugtuung den Ton der ganz bestimmten Richtlinien begrüßen zu dürfen und zollt hierfür dem Ober-Militärbefehlshaber lebhaften Dank, er habe nichts mehr zu bemerken, er werde sich danach richten und handeln.

Exzellenz **v. Heinemann** (VI.) führt ergänzend aus, daß das Durchgreifen sich unbedingt gegen alle Parteirichtungen wenden muß, nicht einseitig gegen die Sozialdemokratie.

Das Generalkommando seufzt unter der Last der allzuviel geforderten Berichte über Vorkommnisse. Manchmal werden diese Berichte von verschiedenen Stellen mehrmals gefordert.

Was die Unterstellung der Betriebe unter militärische Leitung anbetrifft, so sind die Schwierigkeiten bei großen Betrieben fast unüberwindlich, jedenfalls müßte dann das Generalkommando auf die Lohnfragen entscheidenden Einfluß haben.[21])

[20]) Vgl. Nr. 310.

[21]) Vgl. Nr. 291.

Hetzer sind schon in größerer Anzahl eingezogen worden, aber hier stößt man immer wieder auf die Schwierigkeit, die durch die schwankenden Angaben der Betriebsleitungen entstehen.[22]) Einmal werden die Einziehungen stürmisch gefordert, um dann gleich hinterher zu kommen: „Um Gottes willen jetzt keine Einziehungen, wo die Sache gerade wieder in Ordnung kommt." Das Zusammenwirken zwischen Militär- und Zivilbehörden wird mit allen Mitteln vom Generalkommando angestrebt, die Verbindung mit den Zivilbehörden sei vorhanden, aber die Zivilbehörde wisse nie von etwas.

Unteroffiziere zum Polizeidienst heranzuziehen, scheitere an Mangel des Personals. Auf dem Papier stünde zwar eine stattliche Zahl von Unteroffizieren, die aber bei näherem Hinsehen fast restlos zu allen möglichen Kommandos aufgingen.

Exzellenz von Heinemann fordert dann vor Allem eine *harte Hand gegen die Kriegsgefangenen.*

Dies sei besonders nötig bei den unter Tage arbeitenden Kriegsgefangenen. Hier fehlt der Vorgesetzte, der Obersteiger habe nicht die Autorität des Unteroffiziers. Die Gerichte seien zu milde, z. B. seien Kriegsgefangene, die einem Obersteiger beinahe den Schädel eingeschlagen, von dem Gericht nur zu 3 Monaten Gefängnis wegen schwerer Körperverletzung verurteilt.

Oberst **v. Wrisberg** äußerte hierauf, er habe nur Direktiven geben wollen; wie weit in den Ausführungen zu gehen sei, sei Sache der Herren Kommandierenden Generale. Um die Hetzer in größerem Umfange ausfindig zu machen, rege er an, sich immer noch mehr Vertrauensleute unter den Arbeitern selbst zu schaffen.

Was die Unteroffiziere anbelangt, so habe das VI. Armeekorps 3000, während andere Korps nur mit 800 daständen, da müsse doch eigentlich für Polizeizwecke etwas übrig bleiben. Warum greife man nicht auf die vielen Wachtmeister und Unteroffiziere der Kavallerie bei den Ersatz-Eskadrons zurück.

Das viele Schreibwerk läßt sich nicht immer vermeiden. Anfragen aus den Abgeordnetenkreisen müssen vom Kriegsministerium beantwortet werden. Das Kriegsministerium tut sein möglichstes, um das Schreibwerk auf das notwendigste Maß zurückzuführen.

Oberst **Alefeld** (XIV.): Der Streik in Mannheim (Benz) war kein politischer, er ist dank dem Eingreifen des Generalkommandos jetzt beigelegt.[23]) Das Generalkommando sieht in der militärischen Unterstellung, wenigstens bei großen Betrieben, eine große Gefahr.[16]) Es wird dann ein passiver Widerstand einsetzen, dem man sehr schlecht beikommen könnte. Die Erzielung der Einigung in Lohnfragen sei daher erstrebenswert. Die Hetzer im Streik Benz seien ermittelt,

[22]) Vgl. hierzu die Bemerkungen Direktor Sorges in einer Besprechung mit Industriellen am 24. 4. 1917, Nr. 287.

[23]) In dem Bericht des Beauftragten des bayer. Kriegsministeriums beim Kriegsamt (vgl. Anm. 4) heißt es hierzu: „Bei den Maßnahmen muß stets auch eingehendst die Haltung der Arbeitgeber mit in Rechnung gestellt werden. Wo natürlich der Arbeitgeber ungeheure Gewinne erzielt, wird Neigung vorhanden sein, dementsprechend auch die Löhne hinaufzuschrauben. Wenn die Firma Benz in Mannheim in ihrer letzten Jahresbilanz 30 Millionen Reingewinn aufweist, dann kann es nicht Wunder nehmen, daß die Arbeiter aus diesem Reinverdienst etwas für sich beanspruchen und es unter Umständen durch Streiks durchzusetzen hoffen."

jedoch habe man das Zufassen einem späteren Zeitpunkt überlassen, um die sich langsam beruhigende Lage durch einen scharfen Eingriff nicht erneut zu gefährden. Das Generalkommando schlage noch folgende Maßnahmen vor:

1. Umfangreicher Austausch der Wehrpflichtigen zwischen Etappe (bezw. Front) und Heimat. — Hierzu müßte die Etappe und die Front dauernd Facharbeiternachweise führen.

2. Die Versammlungsgenehmigung von der Bedingung abhängig machen, daß auch andere Leute, die auf gegenteiligem Standpunkt stehen, von der Versammlung gehört werden.

3. Die Fabrik- pp. leiter anregen, mehr Einfluß auf ihre Arbeiter dadurch zu gewinnen, daß sie den Leuten menschlich nähertreten. (Es läßt sich dies vergleichen mit dem Einfluß, den ein guter Kompagnie-Chef außerdienstlich auf seine Leute ausüben kann.)

Exzellenz **v. Rogowski** (X.) schlägt als ein weiteres Mittel möglichst zahlreiche Bildung von *außerordentlichen Kriegsgerichten* vor. (Korpsbezirk in Kreise teilen.) Nur nicht immer so viel verhandeln, man kommt dann schließlich in eine Sackgasse.[24]) Der Kommandierende General muß in seinem Territorium die ultima ratio sein; daher nicht jede Kleinigkeit vor sein Forum schleppen. Wenn er aber einmal in die Erscheinung tritt, dann schnelle und durchgreifende Entscheidung.

Exzellenz **Frhr. v. Gayl** (VII.) bestätigt, daß er mit den außerordentlichen Kriegsgerichten sehr gute Erfahrungen gemacht hat.

Oberstleutnant **v. Voss** (IX.) begrüßt mit Freuden, daß das Belagerungszustandsgesetz wieder zur vollen Geltung kommt.

Die Zensur der Presse müsse unbedingt verschärft werden.

Schutzhaft könne strenger gehandhabt werden.

Die Verpflegungsschwierigkeiten seien jetzt größtenteils behoben, sie dürften keinesfalls mehr als Streikgründe anerkannt werden.

Er sei im großen und ganzen für die Verschärfung der Maßregeln, müsse sich daher zum Teil in Gegensatz zu den Ausführungen des XIV. Armeekorps setzen.

Erforderlich sei es, grundsätzlich festzulegen, wer denn eigentlich für die Behandlung der Streiks zuständig sei: die an sich selbständig arbeitende Kriegsamtstelle oder das Generalkommando ?[25]) Dieser Dualismus sei ganz besonders auffallend beim Bremer Streik in die Erscheinung getreten.

[24]) In dem Monatsbericht vom 3. 9. 1917 (vgl. Nr. 154, Anm. 1) schreibt das stellv. Generalkommando des X. AK zum Braunschweiger Streik (vgl. Anm. 11): „Er wurde von einer Gruppe radikal-sozialistischer gewissenloser Hetzer, insbesondere von deren Führer, dem Anarchisten Sepp Oerter, geleitet. Infolge sofortiger energischer Maßnahmen des stellv. Generalkommandos — Übergang der Polizeigewalt auf die Militärbehörde, Festnahme der Rädelsführer, Einsetzung eines außerordentlichen Kriegsgerichts, Einziehung der wehrpflichtigen Streikenden zum Heeresdienst und ihre Kommandierung zur Arbeit gegen Soldatenlöhnung, sowie Stellung der Hauptrüstungsbetriebe Braunschweigs unter militärische Leitung — wurde der Streik im Keime erstickt."

[25]) Vgl. Nr. 12. In einer Verfügung des Kriegsamts vom 4. 10. 1917 (MGFA MA/StN, Nr. 5473, G. 12, Bd. 1) wurde nochmals festgestellt, daß allein die stellv. Generalkommandos über die bei einem Streik zu treffenden Maßnahmen zu entscheiden hätten und die Kriegsamtstellen nur in deren Auftrag wirken könnten.

Den Gewerkschaften sei nicht allzuviel zu trauen. Denen seien die Generalkommandos gut genug dazu, ihre Geschäfte zu besorgen, zur gegebenen Zeit werde schon der Teufelsfuß zum Vorschein kommen.

Er möchte das Versammlungsverbot differenzieren.

Viel zu wenig Nachdruck werde immer noch auf die Jugendüberwachung gelegt. Hier trete eine ganz ungeheure Gefahr zutage, da der Radikalismus systematisch die Jugendlichen politisch vergiftet.

Das Generalkommando habe sich bisher grundsätzlich von Lohnfragen ferngehalten.

Major **v. Lettow** (Oberkommando in den Marken): Das Oberkommando hat mit der militärischen Unterstellung von Betrieben in einem Falle recht gute Erfahrungen gemacht.[16]) Es sei dies aber ein zweischneidiges Schwert, und der Erfolg werde sich nur dann einstellen, wenn, wie es das Oberkommando getan, man sich vorher vergewissert, daß wirklich der größte Teil der Arbeiter weiter arbeiten will. Dann sei die Maßnahme gewissermaßen ein militärischer Schutz dieser Arbeitswilligen. Treffe diese Voraussetzung nicht zu, dann könne die Unterstellung leicht ein Schlag ins Wasser werden. Aber die Androhung an sich wirke schon Wunder.

Die Handzettel mit der Streikproklamation für den 15. seien auch schon in Berlin, man habe aber noch nicht zugegriffen, um das Ergebnis in einem späteren Augenblick ergiebiger zu gestalten. Die Verbreitung von Gerüchten, so die Vorhersage, daß gewisse Betriebe an dem und dem Tage in die Luft fliegen werden, sind wohl als Machenschaften zur Unterstützung des Streiks anzusehen, damit die Arbeiter schon aus Furcht nicht zur Arbeit kommen.

Oberst **v. Wrisberg:** Die erwähnten Streik-Handzettel sind anscheinend schon weit verbreitet, das Kriegsministerium hat darüber Mitteilung aus den verschiedensten Teilen des Reichs.

Was die Verbreitung von Gerüchten über bevorstehende Explosionen anlangt, so wäre zu erwägen, ob für die Aufklärung nicht die Flucht in die Öffentlichkeit das wirksamste Mittel sei, wie jetzt auch der Ober-Militär-Befehlshaber, entgegen dem früheren Standpunkt, einer rückhaltlosen Veröffentlichung von solchen Unglücksfällen zugestimmt hat.

Generalmajor **Baessler** (XII.) erbittet vom Kriegspresseamt die Genehmigung, daß die Berichte über derartige Unglücksfälle unverzüglich nach dem Geschehen freigegeben werden, um eine Beunruhigung, die die Ungewißheit immer mit sich bringt, gar nicht erst aufkommen zu lassen.

Exzellenz **v. Hepke** (VIII.): Aachen muß unbedingt mit Lebensmitteln versorgt werden. Die Bevölkerung leidet schwer. Sie hat während der ganzen 3 Kriegsjahre eine mustergültige Haltung bewahrt. Die an sich kleineren Streiks im Korpsbezirk beruhen tatsächlich auf Ernährungsschwierigkeiten.

Nur im Kohlenrevier steht die Lohnbewegung im Vordergrund. Die Lohnforderungen sind aber so außergewöhnlich hoch, daß schon aus dem Grunde nicht nachgegeben werden könne. Es würde ein Mehr von 900 Millionen bedeuten. Wer solle das denn letzten Endes bezahlen? Doch der Steuerzahler. Den Arbeit-

gebern könne man ja nachgeben, daß sie, wie sie auch wollen, eine Lohnerhöhung individuell gewähren, so dem wirklich tüchtigen Facharbeiter, aber niemals ganz allgemein, daß jeder junge Bengel, der nur Handlangerdienst tut, an der Lohnerhöhung mit teilnimmt.

Die Arbeitersekretäre seien ein Krebsschaden.

An Unteroffizieren habe auch das VIII. Armeekorps Mangel.

Generalmajor **Baessler** (XII.): Die Gefahr des Generalstreiks bestehe in Sachsen unbedingt und zwar infolge der bis zur Grenze des Erträglichen gesteigerten Ernährungsschwierigkeiten. Weit schlimmer aber sei für Sachsen der Mangel an Menschenmaterial. Wenn dem nicht abgeholfen werde, drohe dies eine große Gefahr, wenn *nicht gar* der *Zusammenbruch* Sachsens zu werden. Die 4 in der Kampffront in Flandern stehenden sächsischen Divisionen könnten nicht mal mehr ihre Verluste ausgleichen. Dies liege hauptsächlich in der Verteilung der Kriegsgefangenen, worüber seitens des Korps schon wiederholt beweglich geklagt wurde.

Während die preußischen Korps 49000—155000 Kriegsgefangene zugewiesen erhielten, bekam das industriereiche XII. deren nur 22000. Diese Zahlen sprechen für sich.

Exzellenz **v. Heinemann** (VI.): Im Oberschlesischen Industriegebiet herrschen keine Ernährungsschwierigkeiten; woher die Lebensmittel kämen, wisse er nicht, aber sie seien da. Hier ständen nur Lohn- und politische Fragen im Vordergrund, deshalb müsse er nochmal fordern, dem Generalkommando entscheidenden Einfluß auf die Lohnfragen einzuräumen.

Dem Vorschlage des XIV. Armeekorps betreffend den Austausch der Reklamierten zwischen Heimat und Front (Etappe) könne er *nicht* beistimmen. Die Leute, die frisch von der Front kommen, arbeitsungewohnt, werden in ihren Leistungen bedeutend gegen die eingearbeiteten Leute zurückstehen, so daß eine erhebliche Schädigung der Kriegswirtschaft durch diese Maßnahme zu befürchten ist.

Major **Seebohm** (XI.): Die Träger der Unruhen sind nur die Frauen und Jugendlichen. Gerade gegen die letzteren sind vom XI. Armeekorps scharfe Erlasse für nötig gehalten und herausgegeben.[26]) Das Generalkommando beantrage eine Heraufsetzung der Altersgrenze.

Auf den Erlaß, der über die Bekämpfung der Schundliteratur ergangen ist (20. 7. 17/780/7.Z 3), weist das Generalkommando hin, und bittet, ihn nochmals durchzuprüfen. Die Grenze, was zur Schundliteratur gehört, kann gar nicht weit genug gezogen werden. So gehörten die in der Liste des Berliner Polizei-Präsidenten aufgeführten Bücher fast ausschließlich zu denen, die schon sowieso auf Grund der bestehenden Gesetze unterdrückt werden konnten.

Das Generalkommando bitte, ihm mehr freie Hand zu lassen auf diesem Gebiet.

[26]) Vgl. in diesem Zusammenhang die Verfügung des stellv. Generalkommandos des VIII. AK an die Abteilungen für Kirchen- und Schulwesen der Regierungspräsidien vom 14. 8. 1917 (StA Koblenz 403, Nr. 5375). Schüler, Erzieher und Eltern sollten nachdrücklich auf die Gefahren hingewiesen werden, die sich aus der Beteiligung von Schülern an Demonstrationen etc. ergeben konnten.

Hauptmann **Ritter** (XIX.): Die bereits erwähnten Handzettel hat man sogar in den Volksküchen gefunden. Das Generalkommando halte es daher für geboten, schon vor dem 15. zuzugreifen. Die bisherigen Streiks seien wie auch beim XII. Armeekorps lediglich aus Ernährungsfragen zu erklären. Das Generalkommando halte es daher für geboten, daß ihm Einfluß auf diese Fragen eingeräumt werde.

Oberstleutnant **Hahn** (I.): In Königsberg ist davon gesprochen, die Zulage für Schwer- und Schwerstarbeiter in Fortfall kommen zu lassen. Das sei eine sehr gefährliche Maßnahme, die besser unterbliebe. —

Das Generalkommando werde sich der rüpelhaften 17jährigen Bengels mit besonderer Sorgfalt annehmen. Es sei aber leider keine gesetzliche Grundlage gegeben so, wie es erwünscht wäre, gegen sie einzuschreiten (Arbeitshaus); ob da nicht eine militärische Grundlage für ein schärferes Vorgehen geschaffen werden könne?

Die Erfahrungen mit Kommandierungen von Unteroffizieren zur Polizeiverstärkung seien gut.

Oberst **v. Linsingen** (XVII.): Das Generalkommando hat durch die in seinem Territorium liegenden Festungen dauernd mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Es bittet grundlegende Klarheit in dem Verhältnis der Festungsgouverneure bezw. Kommandanten zum Kommandierenden General zu schaffen.[25])

Exzellenz **v. Hepke** (VIII.): Der Erlaß des Kriegsministeriums vom 7. 8. 17/291/7.S.D.[27]) regt an, geeignete Leute aufzufordern, zur Hebung der Stimmung in der Heimat ihre Erlebnisse den Zeitungen mitzuteilen, diese Maßnahme erscheine nicht unbedenklich.

Major **Seebohm** (XI.) erbittet auch für das XI. Armeekorps eine Mehrzuteilung von Kriegsgefangenen, begründet durch neu entstandene Heeresindustrie.

Oberst **v. Wrisberg:** Die Anregungen und Wünsche nochmals zusammenfassend wird Verfolgung und wenn tunlich, Abhülfe derselben zugesagt. Erwähnt sei noch:

Die Versammlungsanträge dürfen nicht unterschiedlich nach Parteirichtungen, wohl aber nach örtlichen Verhältnissen behandelt werden.

Könnte man nicht den unter Tage arbeitenden Gefangenen gegenüber sagen, daß der Obersteiger als Unteroffizier und Vorgesetzter ihnen gegenüber gelte?

Die militärische Unterstellung der Betriebe bezieht sich im großen und ganzen lediglich auf die Oberaufsicht; der übrige Betrieb wird dadurch weiter nicht berührt.

In dem Verhältnis der Festungsgouverneure zu den Kommandierenden Generalen kann jetzt im Kriege keine grundlegende Änderung herbeigeführt werden.

Der Vorsitzende schließt die Versammlung mit dem Wunsche, daß die Verhandlungen wesentlich zur Weisung des Weges, den wir beschreiten müssen, beitragen. Es gibt viele Wege, die zum Ziel führen, Hauptsache bleibt, daß sie zum Ziel führen, dann bleibt uns der Sieg wie draußen so auch drinnen gewiß.

gez. v. Wrisberg.

[27]) Liegt nicht vor.

377.

Weisung des Kommandos des IV. Geschwaders an die Kommandanten der Linienschiffe des Geschwaders betr. die Notwendigkeit einer intensiven Aufklärung der Mannschaften.

15. 8. 1917, B. Nr. P. 472 A. 1, Persönliches! — MGFA MA/KdH, Nr. 3300, A. 1 Gg. XIa, Bd. 1, Abschrift.[1])

Die Vorkommnisse der letzten Zeit und die daraufhin eingeleiteten zahlreichen Vernehmungen haben gezeigt, daß unsere Besatzungen der Einwirkung regierungs- und vaterlandsfeindlicher Elemente in einer Weise ausgesetzt sind[2]), die es uns zur ernsten Pflicht machen, diesen Umtrieben nach Kräften entgegenzutreten.

Gewissenlose Agitatoren treten an unsere Leute heran, um sie für die Ziele der Unabhängigen Socialdemokratie zu gewinnen. Durch zahllose Flugblätter und Aufrufe wird unter den Besatzungen geworben. In geheimen Versammlungen werden unsere Leute zu aktiven Handlungen zur Erzwingung eines Friedens ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen aufgefordert. Diejenigen Mannschaften, die ihren Beitritt zu den Zielen der U.S.P.D. erklärt haben, werden unter terroristischem Drucke festgehalten, auch wenn sie inzwischen längst erkannt haben, daß diese Bestrebungen nicht ihrer Gesinnung entsprechen und sich mit ihren Pflichten als Soldat und gegen ihr Vaterland nicht vereinigen lassen.

Daß die Bewegung diesen Umfang hat annehmen können, beweist, daß unsere Besatzungen nicht genügend über die großen Fragen dieser ernsten Zeit[3]) aufgeklärt sind.

---

[1]) Aus dem der Vorlage beigefügten handschriftlichen Entwurf geht hervor, daß die Weisung auch dem Kommando der Hochseestreitkräfte, dem Führer der Troßschiffe sowie dem evangelischen und dem katholischen Geistlichen zur Kenntnis gebracht wurde.

[2]) Vgl. Nr. 375.

[3]) Im Entwurf (vgl. Anm. 1) folgt der durchgestrichene Passus: „von den dazu berufenen Stellen". In diesem Zusammenhang ist eine undatierte Tagebucheintragung des Korvettenkapitäns v. Selchow aus dem Juni 1917 (Nachlaß Selchow, Logbuch Nr. 35) von Interesse, der zu dieser Zeit I. Offizier auf „Hannover" war. „Je länger wir auf der Elbe liegen, um so schwerer wird der Krieg. Es sind nicht die beiden Butterkügelchen, die wir täglich nur bekommen, auch nicht die ewigen Wrucken Mittag für Mittag, und das tägliche Einerlei der fettlosen, lieblos zubereiteten Mahlzeiten, es ist das nicht dabei sein dürfen, wo die Würfel fallen, wo die Größe wartet. Und unterdessen schleicht die Unzufriedenheit von Schiff zu Schiff und gewinnt immer mehr Boden. Und es kommt der Tag, da ist sie so groß, daß sie die Disziplin über Nacht zerbricht. Freilich, das glaubt man nicht. Und doch sind die Zeichen der Zeit nie deutlicher gewesen als jetzt." Dann berichtet Selchow über ein Gespräch mit dem Kommandanten, Kapitän z. See Wilhelm Heine, den er als einen innerlich unfreien Menschen schildert. „Kommandant: Für mich sind diese Leute [die Ingenieure] Zugoffiziere. Je mehr Sie auf sie drücken, um so leichter werden Sie verhindern, daß die üblen Elemente unter den alten Heizern tonangebend werden.
I. O.: Ich kenne die Strömungen im Maschinenpersonal und die radikalen Elemente unter den Heizern ganz genau und habe sie schon alle einzeln mehrmals bei mir in der Kammer gehabt.

Es wird daher zur[4]) vornehmsten Pflicht, namentlich der älteren Offiziere, auf unsere Besatzungen in dem Sinne einzuwirken, daß sie sich ihrer Pflichten gegen Kaiser und Reich bewußt bleiben.[5]) Vielleicht hat an manchen Stellen eine gewisse Scheu bestanden, mit den Mannschaften über sociale Fragen und die umstürzlerische Bewegung in anderen Ländern und bei uns zu sprechen. Diese Scheu ist falsch. Unter den Besatzungen werden diese Fragen dauernd erörtert, und da hierbei bisher vielfach die Belehrung und der Einfluß durch den Offizier gefehlt hat, sind unsere Mannschaften ganz einseitig den Werbungen der U.S.P.D. ausgesetzt gewesen.

Ich bin überzeugt, daß die große Masse der Leute, die sich jetzt der regierungsfeindlichen Bewegung angeschlossen haben, bei verständiger Aufklärung durch unsere Offiziere über die hohen Ziele, für die wir im Kampfe stehen, und über die unseligen Folgen, die ein Frieden nach den ungeklärten Ideen der U.S.P.D. für unser ganzes Volk und besonders für die unteren Klassen mit sich bringen müßte, zur Einsicht kommen wird.[6])

Kommandant: Wenn sie ordentlich hochgenommen werden, wird weder Ungnade noch einer der anderen gefährlich.

I. O.: Ungnade ist längst nicht der Schlimmste und ist zu leiten wie ein Kind, wenn man eben sich der notwendigen Mühe unterzieht, ihn zu leiten. Im übrigen sind die pazifistischen und sozialistischen Tendenzen auf der „Hannover" heute noch ohne Bedeutung. Sie können aber, wenn man sie nicht sehr im Auge behält, leicht einmal Formen annehmen, die gefährlich werden, besonders wenn der Krieg noch lange dauert.

Kommandant: Sie dürfen eben keine Gelegenheit vorübergehen lassen, alte Heizer abzuschieben.

I. O.: Das tue ich auch nicht. Und der Leitende Ingenieur ist ebenso hinterher wie der Rollenoffizier. Aber viel vorbestrafte Leute will eben jetzt niemand nehmen.

Kommandant: Was war nun Ihr zweiter Grund für die Schaffung der 9. Division?

I. O.: Herr Kapitän, ich bin alter Schulschiffs-I. Offizier und da liegen mir die 12jährigen immer besonders am Herzen. Es wird hier an Bord eine Menge Arbeitsdienst gemacht, bei dem man nichts lernen kann. Von diesem Dienst wollte ich die 12jährigen befreien. Sie sollen statt dessen lieber eine Werft ansehen oder bekommen Spezialunterricht oder machen Dienst, der ihnen auch für ihre Zukunft nützt. Sie sind doch schließlich als Kapitulanten ähnliche Spezialisten wie die Signalgasten oder das Torpedopersonal.

Kommandant: Bringen Sie ihnen nur nicht die Ansicht bei, daß sie mehr wären als die anderen.

[. . .]

I. O.: Mein eigentlicher Grund ist auch noch ein ganz anderer. Der Krieg kann noch lange dauern und wir dürfen uns durch die Verhältnisse auf dem II. Geschwader nicht täuschen lassen über die Stimmung auf dem III. und IV. Geschwader. Kapitän Hermann [vermutlich Korvettenkapitän C. Hermann, Navigations-Offizier auf „Helgoland"] hat mich verschiedentlich besucht und mir allerhand erzählt. Es ist dort nicht alles so, wie es sein sollte. So etwas, wie auf dem „König Albert" kann Schule machen. Man muß auf Unruhen vorbereitet sein, und da brauche ich eine Handvoll Leute, auf die ich mich absolut verlassen kann. Ich habe deshalb die besten Unteroffiziere in die 9. Division genommen, ferner die meisten 12jährigen, außerdem aber auch noch aus den anderen Leuten einige dazu, die mir für diesen Zweck besonders geeignet schienen."

[4]) Ursprünglicher Wortlaut im Entwurf (vgl. Anm. 1): „Es ist die".

[5]) Über die Entwicklung des „Vaterländischen Unterrichts" auf der Hochseeflotte vgl. Nr. 347, insbesondere Anm. 9 und 10 sowie Nr. 364.

[6]) Vizeadmiral Ritter v. Hipper notierte am 7. 8. 1917 (Nachlaß Hipper, Nr. 7) „Ich glaube, daß wir der ganzen Bewegung noch Herr werden können, wenn wir eine Anzahl rücksichtslos an die Wand stellen. Tun wir das nicht, dann geht es schief." Kontreadmiral Meurer schrieb

Hierzu ist es erforderlich, daß ganz klar und ohne Scheu über alle in Betracht kommenden Fragen mit unseren Leuten gesprochen wird. Ich kann auch keinen Nachteil darin erblicken, wenn darauf hingewiesen wird, daß auch in die Marine eine Bewegung Eingang gefunden hat, die sich den Bemühungen der verantwortlichen Regierung einen für das deutsche Vaterland vorteilhaften Frieden mit allen Kräften zu erzwingen, entgegenstellt, und mit welchen Mitteln ihre Verbreitung gefördert wird.[7]) Ein Hinweis darauf, welcher schweren Vergehen sich die Beteiligten an dieser Bewegung schuldig machen, und welches Unglück sie im Hinblick auf die hohen zu erwartenden Strafen über sich bringen, wird es den Leuten bewußt machen, daß wir nicht gewillt sind, unsern Leuten die Beteiligung an derartigen politischen Bewegungen zu gestatten.[8])

Nicht jeder Offizier wird die Gabe haben, durch seinen Vortrag in dem oben angedeuteten Sinne auf die Besatzung einzuwirken. Die Auswahl der hierfür bestimmten Offiziere bedarf daher besonderer Sorgfalt. Dem ungeachtet muß aber auch jeder Divisionsoffizier und Wachingenieur bei passender Gelegenheit in verstehendem Sinne auf seine Leute Einfluß ausüben.[9])

Um in geeigneter Weise unsere Leute aufklären zu können, ist die Kenntnis des Inhalts der am meisten an Bord verbreiteten socialdemokratischen Zeitungen erforderlich. Die Durchsprechung einzelner darin enthaltener Forderungen wird sich empfehlen, die allen Schiffen zugehenden „Nachrichten der Auslandspresse“[10]) enthalten viel brauchbares Material zur Aufklärung über die Kriegsziele unserer Feinde und die zu erwartenden Folgen, falls die Bestrebungen der U.S.P.D. die Oberhand gewinnen. Auf B.Nr. 4346.A.1. v. 28. VII. 17[11]) wird hingewiesen.

I. V.
gez. Meurer.

dagegen am 11. 8. 1917 (Nachlaß Behncke, Nr. 4) an Vizeadmiral Behncke: „Jedenfalls habe ich vorläufig in keiner Weise über unsere Leute zu klagen, und freue mich im Gegenteil über ihre harmlose, kindliche Fröhlichkeit. Selbstredend können immer einzelne Schreier und Krakehler in der Menge mit enthalten sein. Sie sind aber nach meiner Überzeugung auf ganz wenige Ausnahmen beschränkt. Zahlreicher sind leider die ganz törichten Mitläufer.“

[7]) Ursprünglicher Wortlaut im Entwurf (vgl. Anm. 1): „wenn darauf hingewiesen wird, daß die regierungsfeindliche, vaterlandsfeindliche Bewegung in die Marine Eingang gefunden hat und mit welchen Mitteln ihre Verbreitung gefördert wird“.

[8]) Der vorangehende Satz ist im Entwurf (vgl. Anm. 1) mehrfach, vor allem stilistisch korrigiert worden.

[9]) Der vorangehende Satz ist im Entwurf (vgl. Anm. 1) nachträglich hinzugefügt worden.

[10]) Später erschien eine besondere Soldaten-Ausgabe (Solda) dieser im Kriegspresseamt zusammengestellten Übersicht, vgl. Nr. 347.

[11]) Liegt nicht vor.

378.

Niederschrift über eine Besprechung beim Reichskanzler. Maßnahmen gegen den Reichstagsabgeordneten Dittmann und die Unabhängige Sozialdemokratische Partei aus Anlaß der Unruhen auf der Hochseeflotte.

21. 8. 1917, J. 221 Gg./17, Ganz Geheim. — MGFA MA/RWM, Nr. 4078, Flottenunruhen, Bd. 1, Abschrift.[1])

Anwesend:
Ihre Exzellenzen der Reichskanzler Michaelis, der Vizekanzler Helfferich, die Staatssekretäre der Marine v. Capelle, und des Reichsjustizamts v. Krause, die Minister des Krieges v. Stein, der Justiz Dr. Spahn und des Innern Drews, die Unterstaatssekretäre des Reichsamtes des Innern Wallraf, des Staatsministeriums Heinrich[s] und der Reichskanzlei v. Graevenitz, der Reichsanwalt Richter und der Hilfsarbeiter der Reichsanwaltschaft Landgerichtsdirektor Rosenthal, der Adjutant des Reichskanzlers Oberst v. Winterfeldt, der Unterzeichnete.[2])

Exzellenz **Michaelis** legt dar, welche Vorkommnisse auf der Hochseeflotte die Veranlassung zu der heutigen Besprechung gegeben haben, und bezeichnet sie als ernst.[3])

Exzellenz **v. Capelle** gibt an der Hand der Akten und unter Vorlesen von Protokollen eine eingehende Sachdarstellung in längerer Rede.[4]) Am Schlusse betont er, welche Gefahr diese Ereignisse nicht nur für die Kaiserliche Marine, sondern auch für das Vaterland an sich tragen, und verlangt, daß alle zulässigen Maßnahmen getroffen werden, um die Flotte dagegen zu schützen, daß revolutionärer Geist in sie hineingetragen wird.[5]) Er bezeichnet es zunächst als notwendig, daß in umfassendem Maße Durchsuchungen bei allen Beteiligten gehalten werden, und stellt es als unbedingt erforderlich hin, daß gegenüber der unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands alle Vorkehrungen getroffen werden, um zu verhindern, daß sie die Disziplin der Flotte zersetzt, und daß sie anarchistische Bestrebungen in ihr verbreitet.

Reichsanwalt **Richter** beleuchtet den vorliegenden Tatbestand vom juristischen

[1]) Der Justitiar des Reichsmarineamts, Wirkl. Geh. Admiralitätsrat Dr. Felisch, hat diese und die folgenden Niederschriften (Nr. 382 und 383) über die Besprechungen der Zentralbehörden in dieser Angelegenheit abgefaßt. Die Abschrift sämtlicher Niederschriften umfaßt 48 Schreibmaschinenseiten. Felisch hat — nach der Abschrift — nur die letzte Niederschrift (Besprechung vom 26. 8. 1917, vgl. Nr. 383, Anm. 22) unterzeichnet, und zwar am 8. 9. 1917. — W. Dittmann hat die Besprechung erwähnt, vgl. WUA, Bd. 9/I, S. 88.

[2]) Wirkl. Geh. Admiralitätsrat Dr. Felisch.

[3]) Der Staatssekretär des Reichsmarineamts hatte am 6. 8. 1917 dem Reichskanzler den in Nr. 375, Anm. 6, erwähnten Aufruf übersandt, vgl. Archivalische Forschungen 4/II, Nr. 169, S. 642 f. Nachrichten über eine nähere Unterrichtung über die Vorgänge liegen nicht vor.

[4]) Vgl. das in Nr. 375, Anm. 2, nachgewiesene Material.

[5]) Damit entsprach Capelle dem dringenden Verlangen des Kommandos der Hochseestreitkräfte, vgl. WUA Bd. 9/I, S. 85. Vgl. hierzu Nr. 501.

Standpunkte aus.[6]) Nach ihm ist der Tatbestand des § 139[7]) Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich gegen Frau *Zietz* und gegen den Abgeordneten *Dittmann* erfüllt; ob auch gegen die anderen Abgeordneten, steht dahin. Beihilfe zum Landesverrat kann auch durch intellektuellen Rat erfolgen; eine solche intellektuelle Beihilfe liegt hier vor, löst sich aber in dem allgemeinen Begriff des § 89[8]) des Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich auf, weil in ihr zugleich ein Vorschubleisten liegt. Auch die Aufstellung der Beitrittslisten hat den Zweck des Vorschubleistens. Aus diesen und anderen Gründen kommt somit Versuch des Landesverrats nach § 89 in Betracht. Sollte von den Listen in Stockholm Gebrauch gemacht worden sein, so liegt sogar vollendeter Landesverrat nach diesem Paragraphen vor.

Eine Haussuchung kommt nur gegen Frau *Zietz* und gegen die sonstigen Personen, die nicht Abgeordnete sind, in Betracht; gegen Abgeordnete, insbesondere also gegen *Dittmann*, so lange nicht, wie deren Immunität besteht. Letzteres ist für den Gang der Untersuchung insofern aber sachlich bedeutungslos, als ein Erfolg von der Haussuchung überhaupt wohl bei keinem der Beteiligten zu erwarten ist.

Soviel sich bisher übersehen läßt, ist die strafbare Bewegung nicht von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (U.S.P.D.) in die Marine hineingetragen worden, sondern es sind umgekehrt die Marineangehörigen an die Angeordneten ihrerseits herangetreten. Ein aktives Unterstützen durch die Abgeordneten kann nur in deren intellektueller Beihilfe gefunden werden. Sollten gegen *Reichpietsch* und *Sachse* Todesurteile gefällt und vollstreckt werden, so ist jede Untersuchung gegen die Abgeordneten aussichtslos.[9])

Der **Reichskanzler:** Die Abgeordneten sind die moralischen Urheber. Wenn auch die Marineangehörigen an die Abgeordneten herangetreten sind, so haben sie doch diesen Schritt aus dem Milieu der U.S.P.D. heraus getan. Aber der juristische Beweis kann aus den Akten zur Zeit nicht erbracht werden. Ich bin bereit, eine Schließung des Reichstages herbeizuführen, um die Abgeordneten, die dann sich ihrer Immunität nicht mehr erfreuen, verhaften zu lassen, falls genügender Beweis vorliegt, der diesen Schritt rechtfertigen würde. Deshalb frage ich, ob das vorhandene Material noch ergänzt werden kann.

---

[6]) Vgl. hierzu die von Dr. Felisch wiedergegebene Ansicht der Oberreichsanwaltschaft, WUA Bd. 9/I, S. 86 ff.

[7]) „Wer von dem Vorhaben eines Hochverrats, Landesverrats [...] zu einer Zeit, in welcher, die Verhütung des Verbrechens möglich ist, glaubhaft Kenntnis erhält und es unterläßt, hiervon der Behörde [...] zur rechten Zeit Anzeige zu machen, ist, wenn das Verbrechen oder ein strafbarer Versuch desselben begangen worden ist, mit Gefängnis zu bestrafen."

[8]) „Ein Deutscher, welcher vorsätzlich während eines gegen das Deutsche Reich ausgebrochenen Krieges einer feindlichen Macht Vorschub leistet oder der Kriegsmacht des Deutschen Reichs oder der Bundesgenossen desselben Nachteil zufügt, wird wegen Landesverrats mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Festungshaft bis zu zehn Jahren ein. Neben der Festungshaft kann auf Verlust der bekleideten öffentlichen Ämter sowie der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte erkannt werden."

[9]) Dr. Felisch hatte noch am 16. 8. 1917 in einem Bericht an den Staatssekretär die Möglichkeit von Todesurteilen ausgeschlossen, vgl. WUA, Bd. 9/I, S. 70 f.

Exzellenz **v. Krause:** Ich möchte die Zwischenfrage aufwerfen, ob *Dittmann* bereits als Zeuge vernommen worden ist.[10])

Reichsanwalt **Richter:** Nein, das ist bisher nicht geschehen. Ich möchte noch hinzufügen, daß der Redakteur *Herre*[11]) der spiritus rector der Bewegung ist.

Exzellenz **v. Krause:** *Dittmann* wird sich damit herausreden, daß er nur von der Werbung neuer Mitglieder seiner Partei gewußt hat, die als solche nicht verboten ist und jedenfalls keinen Landesverrat darstellt. Greifbares Material fehlt uns nach dem, was bisher vorgetragen worden ist. Ein Schlag ins Wasser aber wäre schlimm.

Exzellenz **v. Stein:** Wer hat es veranlaßt, daß Listen für Stockholm gesammelt werden? Das ist doch nicht aus den Köpfen der Matrosen hervorgegangen. Deshalb steht es für mich fest, daß die Abgeordneten diejenigen gewesen sind, die die Weisung für die Art des Handelns gegeben haben.

Exzellenz **Spahn:** Es wußte jedermann, daß solche Listen für Stockholm gebraucht werden. Immerhin hat ja *Dittmann* die Anregung dazu gegeben, daß solche Listen aufgestellt würden. Trotzdem wird ein Landesverrat *Dittmann* schwer nachzuweisen sein.

Exzellenz **Helfferich:** Mittäterschaft der U.S.P.D. liegt sicher vor. Wenn Frau *Zietz* sagt: „Die Soldaten sind ja weiter als wir", so geht diese Bemerkung nicht auf die Zahl, sondern auf die Ideen der Soldaten. Die letzte Rede von *Haase* im Reichstage[12]) hat außerordentlich starke Revolutionsideen enthalten. Und gerade sie ist als Agitationsmaterial in die Flotte hineingetragen worden. Die schwere Schuld der U.S.P.D. steht für mich außer Frage.

Der **Reichskanzler:** Ich bin dafür, daß Reichsanwalt Richter nach Wilhelmshaven reist und dort die Leute selbst vernimmt.[13]) Hierbei würden die Gesichtspunkte namentlich zu berücksichtigen sein, die heute zur Sprache gekommen sind.

Exzellenz **v. Capelle:** Ich bin gleichfalls für diese Reise. Es muß alles versucht werden, um die Schuld derjenigen zu ermitteln, die revolutionäre Ideen in die Flotte hineingetragen haben.

Exzellenz **Spahn:** Ich warne aber davor, die Person Seiner Majestät hineinzuziehen.[14])

Exzellenz **v. Capelle:** Ich bin von der Flotte gefragt worden, wie ich mich in politischer Hinsicht zu der Angelegenheit stelle[15]); darauf habe ich erwidert, daß ich politisch keinerlei Bedenken gegen die Vornahme von Haussuchungen und gegen sonstige Untersuchungshandlungen zu erheben habe, daß ich aber nicht wünsche, es sollten solche Maßregeln dem Gang der militärischen Unter-

[10]) Zu dieser Frage vgl. WUA, Bd. 9/I, S. 82 f.

[11]) Vgl. Nr. 303, Anm. 9.

[12]) Am 19. 7. 1917, vgl. Sten. Berichte, Bd. 310, S. 3585 ff.

[13]) Vgl. hierzu Nr. 382, Anm. 4.

[14]) Diese überraschende Bemerkung steht vermutlich im Zusammenhang mit dem Besuch des Kaisers in Wilhelmshaven am 18. 8. 1917, vgl. Müller, S. 313, und seiner Eigenschaft als Oberster Gerichtsherr.

[15]) Vgl. WUA, Bd. 9/I, S. 85.

suchung nur als Vorwand dazu nutzen, um politische Zwecke zu erreichen. Deshalb habe ich mich dahin ausgesprochen, daß das Gericht es erwägen möge, ob das Einschreiten gegen Zivilpersonen im Rahmen des militärischen Verfahrens und zu den in diesem zu erreichenden Zwecken notwendig sei. Daraufhin ist mir, bezw. meinem Kommissar, vom Gerichte des IV. Geschwaders mitgeteilt worden, solche Maßnahmen seien nicht erforderlich, um die Schuld der dort Angeklagten festzustellen, oder überhaupt um irgend welche Interessen wahrzunehmen, die innerhalb des militärgerichtlichen Verfahrens von Wesentlichkeit seien. Aus diesem Grunde sind bisher Haussuchungen unterblieben.[16])

Geheimrat Dr. **Felisch:** Nach Mitteilungen, die mir gemacht worden sind, soll die Hauptverhandlung gegen *Reichpietsch* und Genossen bereits [am] Sonnabend der laufenden Woche[17]) stattfinden. Es ist damit zu rechnen, daß Todesurteile gefällt und sehr bald vollstreckt werden. In diesem Falle würden die Zeugen ausscheiden, die aus eigener Wissenschaft über die Verhandlungen mit den Abgeordneten der U.S.P.D. Aussagen machen können. Es muß nun jedes Eingreifen der Marine-Justizverwaltung in den Gang des anhängigen Verfahrens peinlichst vermieden werden; immerhin würde es mir als zulässig erscheinen, durch Benehmen mit den beteiligten Amtspersonen ein Hinausschieben der Urteilsfällung zu erzielen. Würde derartiges wohl als erwünscht erscheinen?

Der **Reichskanzler:** Das möchte ich nicht tun.[18]) Der Reichsanwalt muß versuchen, den Beweis der Tat durch seine Vernehmungen uns zu sichern.

Exzellenz **v. Capelle:** Wollen wir den Gedanken fallen lassen, auf Grund des § 139[7]) vorzugehen?

Der **Reichskanzler:** Man kann den Reichstag nicht schließen wollen, um gegen einen Abgeordneten vorzugehen, der sich gegen diesen Paragraphen vergangen hat, wohl aber wegen der ganz wesentlich schwereren Tat des Landesverrats. Läßt sich durch die Vernehmungen des Herrn Reichsanwalts Landesverrat nicht nachweisen, dann warten wir bis zum Herbst. Ich für meine Person würde es allerdings geradezu begrüßen, wenn wir zu einem Schließen des Reichstages gelangten, um gegen die U.S.P.D. vorzugehen.

Exzellenz **Drews:** Der Oberkommandant in den Marken würde in Berlin selbst Haussuchung halten können und in der Lage sein, im Interesse der öffentlichen Sicherheit auch bei Abgeordneten Durchsuchungen vorzunehmen. Ich habe selbst dort früher gearbeitet und würde bei der vorhandenen Sachlage keine Bedenken getragen haben, die Schuldigen einschließlich der Abgeordneten in Schutzhaft zu nehmen. Im Interesse der öffentlichen Sicherheit ist das Oberkommando in den Marken zu jedem solchen Vorgehen allerdings als die einzige der in Betracht kommenden Behörden berechtigt.

Der **Reichskanzler:** Auf das Verhängen von Schutzhaft wollen wir uns nicht einlassen.

Schluß der Sitzung.

---

[16]) W. Dittmann berichtet jedoch von einer Hausdurchsuchung im Berliner Büro der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei am 14. 8. 1917, vgl. WUA, Bd. 9/I, S. 83 f.

[17]) D. h. am 25. 8. 1917.

[18]) Trotzdem geschah es auf einem allerdings sehr indirekten Wege. Vgl. WUA, Bd. 9/I, S. 74.

379.

Schreiben des Staatssekretärs des Reichsmarineamts an die Kommandobehörden der Marine. Maßnahmen gegen die Agitation der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei durch Zeitungen und Flugblätter.

23. 8. 1917, Nr. A. IV. 9453, Geheim! — MGFA MA/MK, Nr. 3440, XXV. c, Bd. 1, Ausfertigung.

Es ist festgestellt, daß die „unabhängige socialdemokratische Partei Deutschlands" (U.S.P.D.) eine die Manneszucht in hohem Grade gefährdende Wühlarbeit in der Kaiserlichen Marine betreibt. Zur Einschränkung und Verhinderung dieser hetzerischen, gewissenlosen und vaterlandsfeindlichen Agitation unter den Angehörigen der Kaiserlichen Marine ersuche ich für den unterstellten Befehlsbereich einen dienstlichen Befehl in nachstehendem Sinne zu erlassen.[1])

I. Es wird den Angehörigen der Kaiserlichen Marine verboten

1. Halten, Verbreiten und Einführen an Bord S.M. Schiffe, in Kasernen oder sonstigen Diensträumen von a) den in der Anlage genannten Zeitungen, b) Flugblättern und Druckschriften der „U.S.P.D.", insbesondere Reden der Abgeordneten dieser Partei in Flugblattform.
2. Teilnahme an Vereinen und Versammlungen der „U.S.P.D.".

II. Die Marineangehörigen haben über alle zu ihrer Kenntnis gelangenden Verstöße gegen obige Ziffer I unverzüglich ihrem nächsten Disziplinarvorgesetzten Meldung zu machen.[2])

III. Zuwiderhandlungen gegen I und II unterliegen disziplinarischer oder gerichtlicher Bestrafung.

Eingehende begründende Erläuterung dieses Befehls bei seiner Bekanntgabe an die Mannschaften durch geeignete Offiziere wird empfohlen.

v. Capelle.

[Anlage: Blätter der „U.S.P.D."]

1.	„Schwäbische Volkszeitung"	Augsburg
2.	„Fränkische Volkstribüne"	Bayreuth
3.	„Mitteilungsblatt"	Berlin
4.	„Volkszeitung"	Düsseldorf
5.	„Tribüne"	Erfurt
6.	„Thüringen"	Erfurt

[1]) Vgl. hierzu den Befehl des Kommandos der Hochseestreitkräfte vom 28. 8. 1917 und der Marinestation der Ostsee vom 29. 8. 1917 (MGFA MA/RMA, Nr. 6062, IX. 1. 3. 15, Bd. 2). Admiral Scheer, der die Vorlage fast wörtlich übernahm, fügte noch folgendes hinzu: „Die Verhetzung hat insofern Erfolg gehabt, als es auf einigen Schiffen zu groben Verstößen gegen die Disziplin gekommen ist, die in dem noch schwebenden gerichtlichen Verfahren zu den schwersten Strafen gegen die Anstifter und Teilnehmer führen werden. Sobald die Verfahren zum Abschluß gekommen sind, wird den Kommandos eine kurze Darstellung über ihr Ergebnis zugehen, um unnützen Redereien entgegentreten und Maßnahmen für die Zukunft treffen zu können." Vgl. hierzu Nr. 396, Anm. 7.

[2]) Vgl. hierzu auch Nr. 394.

7. „Reussische Tribüne“	Gera
8. „Generalanzeiger für Gotha“	Gotha
9. „Halberstädter Volkszeitung“	Halberstadt
10. „Volksblatt für Halle“	Halle a. d. S.
11. „Oberfränkische Volkszeitung“	Hof i. B.
12. „Leipziger Volkszeitung“[3])	Leipzig
13. „Volkszeitung“	Muldenthal
14. „Nordhäuser Volkszeitung“	Nordhausen
15. „Fränkische Tagespost“[4])	Nürnberg
16. „Pirnaer Volkszeitung“	Pirna
17. „Remscheider Volksstimme“	Remscheid
18. „Volksblatt“[5])	Saalfeld
19. „Bergische Arbeiterstimme“	Solingen
20. „Thüringer Volksfreund“	Sonneberg S/M
21. „Freie Presse“	Straßburg i. E.
22. „Fränkischer Volksfreund“	Würzburg
23. „Volksbote“	Zeitz.

Vermerk: Die Ergänzung dieser Liste bleibt vorbehalten.[6])

[3]) Vgl. hierzu auch Nr. 382.

[4]) Das Ende September 1917 wieder aufgehobene Verbot für diese, auf dem Standpunkt der Sozialdemokratischen Partei stehenden Zeitung führte im März 1918 zu einer Anfrage des bayer. Kriegsministeriums bei Admiralstab. Vgl. MGFA MA/RMA, Nr. 6062, IX. 1. 3. 10, Bd. 1.

[5]) Das Kommando des IV. Geschwaders wandte sich am 23. 8. 1917 wegen eines Artikels „Das Klasseninteresse“ dieser Zeitung an das Kommando der Hochseestreitkräfte und bat um ein Verbot des Haltens dieses Blattes, da durch derartige Artikel das Vertrauen zwischen Vorgesetzten und Untergebenen „von innen“ untergraben und dem Bestreben entgegengearbeitet werde, „den Mannschaften eine gute vaterländische Gesinnung einzuflößen“. Da der Artikel sich jedoch auf englische und französische Verhältnisse bezog, wurde ein direkter Antrag unterlassen. Vgl. MGFA MA/KdH, Nr. 3300, A. 1. Gg. XIa, Bd. 1. In der Vorlage wird als Erscheinungsort angegeben: „Saalefeld i. S.“

[6]) Vgl. Nr. 392.

380.

Bericht des Chefs der Presseabteilung des Admiralstabes an den Chef des Stabes des Oberbefehlshabers der Ostseestreitkräfte über die Verhandlungen des Hauptausschusses des Reichstages.

23. 8. 1917, Streng vertraulich! — MGFA MA/OdO, Nr. 1139, D.V.O. 1, Bd. 1, Ausfertigung.[1])

Hochzuverehrender Herr Admiral![2])

[1]) Vgl. Nr. 284, Anm. 1.

[2]) Kontreadmiral L. v. Ußlar. Anrede eigenhändig.

In aller Eile beehre ich mich über die gestrige Sitzung im Hauptausschuß[3]) einiges kurz zu berichten:

Die Verhandlung war für alle Diejenigen, welche ihr Vaterland frei von Partei-Interessen lieben, unter Berücksichtigung der Zeit und der Umstände, in denen wir leben, die Schwärzeste, welche je erlebt werden konnte; eine hilflose, eingeschüchterte Regierung und ein unfähiger, konfuser, nur von Partei-Interessen geleiteter Reichstag ohne jede Leitung und Disziplin!

Der Kapitalfehler des Reichskanzlers, der zu der Katastrophe (denn es ist eine solche)[4]) führen mußte, war, daß er überhaupt im Hauptausschuß erschien und sich auf eine Diskussion einließ, wenn anzunehmen war, daß die Mehrheitsparteien ihn ins Gedränge bringen und auf ihre — den glücklichen Ausgang des Krieges gefährdenden — Interessen festlegen wollten. Der Fehler war umso unbegreiflicher, als die Regierung im Augenblick vom Reichstag nichts braucht.

Trotz dieses Fehlers hätte die Verhandlung aber keinen solchen erschreckenden Verlauf genommen, wenn nicht jede Regie sowohl seitens der Regierung als auch seitens des Reichstages gefehlt hätte. Mit einem so wenig eingespielten Apparat durfte die neue Regierung sich niemals in das Kreuzfeuer eines politisch unerzogenen eitlen und selbstsüchtigen Reichstages begeben. Und der Ausschuß dieses Reichstages wurde geleitet von einem Mann[5]), der weder genügend leitungstechnische Erfahrung, noch genügend schnelle Auffassung und politische Einsicht besaß, um den ganzen Sinn und die große Gefahr des Verlaufs der Dinge zu erfassen. Unter dem klugen, geschäftsgewandten Spahn[6]) hätte die Regierung sich niemals so viel vergeben, wie gestern und wäre der Reichstag niemals so weit vorgedrungen.

Wenn es so weitergeht, wie gestern, steht das Schicksal des Deutschen Reiches unter dem Zeichen Erzberger–Scheidemann.[7]) Der überernährte Zentrumsmann

---

[3]) Zu den Verhandlungen des Hauptausschusses vom 21.—25. 8. 1917 vgl. Schulthess 1917/I, S. 755 ff.; Quellen I/1, Bd. 1, Nr. 28—35, S. 121 ff.; Quellen I/3, Bd. 2, Nr. 451, S. 317 ff.; Quellen I/4, S. 251. In der Sitzung vom 22. 8. 1917 war es zu einer Kontroverse der Mehrheitsparteien mit dem Reichskanzler über dessen Interpretation der Friedensresolution gekommen.

[4]) Die vorangehenden fünf Worte sind in der Vorlage unterstrichen.

[5]) Die Verhandlungen wurden geleitet vom stellv. Vorsitzenden des Ausschusses, dem sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Südekum.

[6]) Dr. Peter Spahn war am 6. 8. 1917 zum preuß. Justizminister ernannt worden.

[7]) In einem Bericht Boy-Eds vom 24. 8. 1917 an denselben Adressaten (MGFA MA/OdO Nr. 1139, D.V.O. 1, Bd. 1) bedauerte er, den vorliegenden Bericht unter dem unmittelbaren Eindruck der Ereignisse geschrieben zu haben und dadurch im Ausdruck hier und da zu heftig gewesen zu sein, blieb jedoch bei seiner pessimistischen Beurteilung der Lage. Der „Wiederannäherung der Mehrheitsparteien an den Kanzler", die er feststellen zu können glaubte, gab er eine bezeichnende Interpretation: „Man könnte nämlich annehmen, daß Erzberger und Scheidemann in Exzellenz Michaelis ein willfähriges, weil nicht widerstandsfähiges Instrument für ihre Zwecke sehen." Vgl. hierzu auch die gedruckte Aufzeichnung aus der Pressebesprechung vom 23. 8. 1917 (MGFA MA/RMA, Nr. 2357, XVII. 1. 5. 13, Bd. 2), in der das Auswärtige Amt den Eindruck einer Krise im Verhältnis zwischen Kanzler und Mehrheitsparteien zu verwischen suchte und die Presse zu einer entsprechenden Kommentierung der Ereignisse aufforderte. Zu Erzberger vgl. auch Nr. 293 und 405.

mit seinem zwei- bis dreifachen Nacken, der trotz Allem immer noch mit einem staatlichen Auto den Reichstag erreicht und verläßt, ist de facto unumschränkter Leiter der Zentrumspartei (der alte schwächliche Groeber war gestern nicht einmal[8]) erschienen!). Er arbeitet in engster Fühlung und nicht im Mindesten verhüllter Gemeinschaft mit den Führern der Sozialdemokratie, während von Payer mit seinen Freisinnigen ein geduldeter Mitläufer ist. Die Nationalliberalen sind jeder Führung und auch offenbar jeder[9]) Geschlossenheit baar; ihr nomineller derzeitiger Führer, Prinz Carolath, ist ein ebenso famoser wie seniler und[10]) unenergischer Mann, dessen rednerische Ausführungen oft bei seinen eigenen Fraktionsgenossen ein entschuldigendes Lächeln hervorrufen. Die deutsche Fraktion endlich wurde in der gestrigen wohl allzu entscheidenden Sitzung vertreten durch den Abgeordneten Bruhn. Sein Durchschnittsverstand und sein Ton und seine Auffassung des Bierbankpolitikers sind bezeichnend für das Konglomerat von hin- und herschwankenden Abgeordneten, deren Sprecher er war. Die einzige Partei, welche sich auch gestern in diesen Fährnissen unseres Vaterlandes staatspolitisch benahm, waren die Konservativen. Der Graf Westarp hielt eine Rede, welche die Regierung hätte halten müssen. Man muß vor den Konservativen umso mehr den Hut abnehmen, als sie bisher von der Regierung alles andere, wie liebenswürdig angefaßt wurden und trotzdem verteidigte gestern Graf Westarp seinen sonstigen Gegner Helfferich wegen des von Erzberger angerissenen kürzlichen Unterseebootkrieges-Interviews.[11])

Die Rolle, welche Helfferich gestern spielte, scheint mir noch nicht klar. Ich persönlich habe den Eindruck einer beleidigten Passivität bei ihm. Vielleicht hat der Reichskanzler seine eigene Klugheit und Gewandtheit überschätzt und auf eine ungefragte Beratung durch seinen Stellvertreter verzichtet.

Was nun weiter werden soll, d. h. wie die Regierung aus dem Schlamassel, in dem sie sich gänzlich durch eigene Schuld und so gänzlich unnötig befindet, wieder herauskommen will, ist mir unklar. Es mag ja sein, daß Michaelis zu den Menschen gehört, die mit der Größe ihrer Aufgabe wachsen.[12]) Ich glaube aber, daß er sich gestern allzusehr in den Morast hineingeritten und auch eine zu große parlamentarische Ungewandtheit und zu wenig Sinn für Regie gezeigt hat, um selbst bei erheblicher Steigerung seiner Energie und seines Monarchismus mit diesem Reichstag weiterarbeiten zu können. Unser Vaterland wird kaum

---

[8]) Handschriftlich eingefügt.

[9]) Handschriftlich verbessert.

[10]) Die vorangehenden zwei Worte sind nachträglich eingefügt.

[11]) Vgl. Schulthess 1917/I, S. 752.

[12]) Vgl. hierzu die überwiegend negativen Urteile über die Fähigkeiten des Reichskanzlers bei Einem, S. 332 ff. (Briefe vom 26., 27. 8. und 6. 9. 1917); Hoffmann, Bd. 1, S. 179 (Brief vom 14. 9. 17); Müller, S. 315 (Eintragung vom 24. 8. 1917); Thaer, S. 135 (Brief vom 31. 8. 1917), aber auch das positive Urteil des Kronprinzen Rupprecht (Bd. 2, S. 252 ff.) sowie Nr. 398. Nach den Monatsberichten der stellv. Generalkommandos (vgl. Nr. 154, Anm. 1) für August und September 1917 hatten die innenpolitischen Ereignisse keinen Einfluß auf die Stimmung der Bevölkerung, die wirtschaftlichen Fragen (Kartoffel, Kohlen für den Winter) standen völlig im Vordergrund des Interesses.

anders zu retten sein als durch die Einführung einer Diktatur.[13]) Man hat die Vorgänge der letzten Wochen gerade auf Seiten der Mehrheitspartei eine friedliche Revolution genannt, so möge man einen friedlichen Diktator einsetzen, um diese Revolution, welche unser Vaterland abwärts bringt, aufzuhalten. Der Diktator könnte nur Hindenburg sein und wie man aus Armeekreisen hören kann, würde Ludendorff die Sache auch alleine ebenso gut weitermachen.

Das einzig einigermaßen Erfreuliche war gestern, außer der Rede Westarps die von der Presse außerordentlich schlecht wiedergegebenen Einführungsworte des neuen Staatssekretärs des Auswärtigen.[14])

Sonst kann man abschließend nur sagen, von Reichsleitung und Reichstags-Mehrheit: „Herr vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun." Dies klingt hart, ist aber wohl doch richtig, denn der Abgeordnete Ledebour rieb sich die Hände und verließ mit seinen Landesverräterischen Fraktionskollegen den Sitzungssaal freudestrahlend. Das Vorkommnis ist umso peinlicher und ernster, als nicht nur Österreich-Ungarn, sondern seit einigen Wochen auch die Türkei anscheinend aufgehört haben, noch pupillarisch sichere Bundesgenossen zu sein.

Herrn[15]) Admiral gehorsamster
Boy-Ed.

---

[13]) In einem Bericht des bayer. Bevollmächtigten im Gr. Hauptquartier vom 26. 8. 1917 (BHStA IV München MKr, 1828) heißt es: „Erzberger ist natürlich hier ein Gräuel, wozu nicht wenig seine Stellungnahme im Hauptausschuß beigetragen haben mag, wonach die Friedensresolution der Reichstagsmehrheit von *keinem militärischen Erfolg* überholt werden könnte. Viele haben die Meinung, daß der jetzige Reichstag überhaupt nicht die Anschauungen des deutschen Volkes wiedergibt, daß die jetzigen Reichsboten, soweit sie der Reichstagsmehrheit angehören, daß größte Unglück für Deutschland sind, indem sie die Zwangslage der Regierung nur zur Erreichung ihrer selbstsüchtigen Parteizwecke ausnützen, ohne an die politische Zukunft des Reiches und an die dafür gebrachten Opfer zu denken. Manche glauben, wenn es so weiter geht, an eine Auflösung des Reichstages, die freilich möglichst zu vermeiden wäre. Michaelis müßte jedenfalls gehalten werden. Andere Heißsporne denken an noch viel radikalere Maßnahmen der Regierung gegen die ‚Vaterlandsverräter' usw. Merkwürdig ist, daß aber niemand eine Revolution in Deutschland oder Preußen für möglich hält, auch nicht bei den reaktionärsten, schärfsten Maßnahmen der Regierung." Und Prof. Dr. Dietrich Schäfer schrieb am 1. 9. 1917 an Oberstleutnant Bauer (Nachlaß Bauer, Nr. 11): „Die Lage ist überaus ernst. Für meine Person habe ich die Überzeugung gewonnen, daß der gegenwärtige Reichskanzler anders als sein Vorgänger das Richtige will. Ich bin mir aber nicht sicher, ob er der drängenden Reichstagsmehrheit auf die Dauer gewachsen bleibt [...]. Ich glaube, daß er seiner Stellung nur gerecht werden kann, und auch das, was ihm am Herzen liegt, nur durchführen kann, wenn er an der Heeresleitung eine feste Stütze hat, und nicht nur eine Stütze, sondern geradezu eine Richtschnur. Er bedarf dessen nach meiner Meinung in der äußeren wie in der inneren Politik." Vgl. auch Nr. 393.

[14]) Boy-Ed sprach sich auch in seinem Bericht vom 24. 8. 1917 (vgl. Anm. 7) sehr positiv über Kühlmann aus.

[15]) Schlußformel eigenhändig.

381.

Schreiben des Staatssekretärs des Reichsmarineamts an die Kommandobehörden der Marine betr. die dienstliche Verteilung politischer Schriften.

24. 8. 1917, Nr. A. IV. 9572, Geheim! — MGFA MA/MK, Nr. 3440, XXV. c, Bd. 1, Abschrift.[1])

Im Hauptausschuß des Reichstages ist Klage darüber geführt worden[2]), daß im Befehlsbereich des Hochseekommandos eine *dienstliche* Verteilung politischer Schriften z. B. der Lehmann'schen Broschüren[3]), stattgefunden hätte.

Die *dienstliche* Verteilung von Schriften *politischen* Inhalts — gleichgültig welcher Richtung — bei den Dienststellen der Kaiserlichen Marine muß ich, zumal unter den jetzigen Verhältnissen, als nicht angängig ansehen.

Das Kaiserliche Kommando ersuche ich daher ergebenst von dienstlicher Verteilung derartiger Literatur grundsätzlich abzusehen.[4])

gez. v. Capelle.

[1]) Das Schreiben wurde dem Chef des Admiralstabes und dem Chef des Marinekabinetts in Abschrift übersandt. Die Wiedergabe des Textes in: WUA, Bd. 9/I, S. 27, ist nicht einwandfrei.

[2]) Durch die Abgeordneten Haußmann und Scheidemann am 23. 8. 1917, vgl. Schulthess 1917/I, S. 764 ff.

[3]) Vgl. hierzu Nr. 346, Anm. 5 und 6.

[4]) Zur Antwort des Oberbefehlshabers der Ostseestreitkräfte vgl. Nr. 384.

382.

Niederschrift über die Besprechung des Staatssekretärs des Reichsmarineamts mit Staatssekretär Dr. Helfferich betr. das bisherige Ergebnis der Ermittlungen über die Unruhen auf der Hochseeflotte und mögliche Maßnahmen gegen Abgeordnete der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

24. 8. 1917, J. 221. gg./17, Ganz Geheim. — MGFA MA/RWM, Nr. 4078, Flottenunruhen, Bd. 1, Abschrift.[1])

Anwesend: Exzellenz Helfferich, Exzellenz v. Capelle, Exzellenz Hebbinghaus[2]), Ministerialdirektor Delbrück vom Reichs-Justizamt, Reichsanwalt Richter, Landgerichtsdirektor Rosenthal und der Unterzeichnete.[3])

Reichsanwalt **Richter** trägt das Ergebnis seiner Reise nach Wilhelmshaven so

[1]) Vgl. Nr. 378, Anm. 1. W. Dittmann erwähnt die Besprechung in WUA, Bd. 9/I, S. 80.

[2]) Über die Mission des Direktors des Allgemeinen Marinedepartements des Reichsmarineamts nach Wilhelmshaven in den ersten Augusttagen vgl. WUA Bd. 9/I, S. 15 f., 66 f., 80, 120.

[3]) Vgl. Nr. 378, Anm. 2.

wie vorstehend vor[4]) und hebt hervor, daß das Beweismaterial jetzt abgeschwächt ist.

---

[4]) Unmittelbar vor dieser Besprechung hatte Reichsanwalt Richter das Ergebnis seiner Reise nach Wilhelmshaven (vgl. Nr. 378) dem Staatssekretär vorgetragen. In diesem Bericht heißt es: „Die Bewegung hat Anfang Juni 1917 begonnen. Die Vorkommnisse auf S.M.S. „Prinzregent" waren das erste äußere Zeichen. Damals fand auch eine sozialdemokratische Versammlung in Kiel statt, die hiermit im Zusammenhang gestanden zu haben scheint, wie überhaupt die ersten Vorgänge sich in Kiel und nicht in Wilhelmshaven abgespielt haben. Einen äußeren Anstoß gab das Verbot der sozialdemokratischen Zeitungen durch Admiral Bachmann [vgl. Nr. 302, von einem Zeitungsverbot ist nichts bekannt]; gleichzeitig machten sich Menageschwierigkeiten geltend. Reichpietsch war dazu ausersehen, diese Vorkommnisse als Beschwerde der U.S.P.D. mitzuteilen. Er fuhr deshalb zu Dittmann nach Berlin. Die Zusammenkunft zwischen Dittmann und Reichpietsch muß sich Mitte Juni abgespielt haben, da Reichpietsch vom 6. bis 21. Juni Urlaub nach Berlin hatte. [...] Jedenfalls sollte er aber *Mißstände* auf der Flotte der U.S.P.D. mitteilen. Zu diesem Zweck hat ihm Sachse Stichworte auf einem Zettel mitgegeben. [...] Reichpietsch hat ausgesagt, daß er auf Sachses Auftrag hin gefahren ist. Er hat sich eine Stunde lang mit Dittmann in dessen Wohnung unterhalten; nachher hat ihn Dittmann zu Frau Zietz geführt [...]. Reichpietsch hat ihm den Brief übergeben wollen, den Sachse ihm geschrieben hatte; doch hat Dittmann zunächst erwidert, er sei nicht zuständig für Marinesachen, vielmehr bearbeite der Abgeordnete Vogtherr diese in der Partei. Da Vogtherr aber damals verreist war, und Reichpietsch nur kurzen Urlaub hatte, ist dann die Rede zwischen den Beiden in Fluß gekommen. Zu jener Zeit hatte die U.S.P.D. nur etwa 60 Mitglieder in der Flotte. Die Agitation ging nicht recht vorwärts, weil es an Material fehlte. Dittmann hat nun Material hergegeben und hat Reichpietsch zur Agitation in der Flotte aufgefordert. Von Stockholm ist erst bei Frau Zietz die Rede gewesen. Dittmann sagte dort, daß Frau Zietz jetzt nach Stockholm reisen solle. Er verlangte übrigens eingehende schriftliche Mitteilung über die Mißstände von Reichpietsch. Nach einigen Tagen ist Reichpietsch wieder nach dem Schiffbauerdamm gegangen, hat dort aber Dittmann nicht angetroffen, weil dieser im Reichstage war. Nunmehr hat sich Reichpietsch dorthin begeben und hat merkwürdigerweise nicht verlangt Dittmann, sondern Haase zu sprechen. Hieraus ist die bereits bekannte Zusammenkunft von Haase, Vogtherr und Dittmann mit Reichpietsch im Reichstagsgebäude zustande gekommen. Die anderen Abgeordneten kannten die Sachlage bereits genau. Reichpietsch hat seine schriftliche Darstellung an Vogtherr übergeben und hat darauf selbst unaufgefordert die Organisation dargelegt. Die Abgeordneten freuten sich sehr über seine Mitteilungen und munterten ihn auf, in seiner Arbeit fortzufahren. Dittmann ermahnte ihn zu besonderer Vorsicht, weil die Sache bedenklich sei; namentlich solle er bei politischen Versammlungen an Land große Vorsicht walten lassen, da die Sache doch ‚sehr gewagt' sei. Die Agitationsmittel sollte sich Reichpietsch lieber nicht mitnehmen, sondern um der größeren Sicherheit willen sich postlagernd schicken lassen. Auf dem Nachhausewege hat Dittmann den Reichpietsch nochmals gewarnt. Dieser hat dann trotz der gegenteiligen Stellungnahme von Dittmann Reden von diesem, von Haase und andere Drucksachen selbst mitgenommen. Den Hauptteil des Materials aber hat er an Senf in Kiel und an Büdeler in Wilhelmshaven schicken lassen. Zusammen hat es sich etwa um 400 Broschüren gehandelt; darunter war Dittmanns Rede über die Schutzhaft und Reden von Haase über die Gesamtlage der Partei. Über Stockholm soll bei dieser größeren Konferenz nach der jetzigen Darstellung von Reichpietsch nicht gesprochen worden sein, während er früher anders hierüber ausgesagt hat. Vogtherr hat sich nun Reichpietsch nochmals zu sich kommen lassen und weitere Mitteilungen über Mißstände in der Flotte von ihm erbeten. Außerdem ist Reichpietsch bei dem Kassierer der Partei namens Herbst in Berlin gewesen. Er hat auch ihm von den Verhandlungen der Organisation erzählt. Herbst hat ihm gesagt, die Partei brauche zwar Geld, werde aber in diesem Falle auch auf Beiträge verzichten können.

Reichpietsch behauptet jetzt, daß alles, was auf Gewaltanwendung, Streik usw. hinzielt nicht auf Berlin zurückzuführen sei. Das soll erst hinterher durch Herre hineingekommen sein, und zwar durch Reden, die er auf dem Schiff gehalten hat. Herre soll nach Reichpietschs

Exzellenz **v. Capelle:** Man könnte bei dem Parteisekretär *Herbst*[5]) Haussuchung halten.

Exzellenz **Helfferich:** Ich wäre gern gegen die U.S.P.D. vorgegangen. Da aber jetzt das Material noch schwächer als vorher ist, sehe ich hierfür keinen rechten Weg.

Exzellenz **v. Capelle:** Wenn es sich nur um den akuten Fall handelte, so müßten die militärischen Interessen sich den großen politischen Bedenken unterordnen. Ich erblicke aber den weit höheren Wert in der allgemeinen politischen Sachlage. Die U.S.P.D. will Heer, Marine und Arbeiter revolutionieren. Wenn dieses ganze Material bekannt werden sollte, würden die bürgerlichen Parteien der Regierung

---

jetziger Darstellung auch den Gedanken der Listen für Stockholm ausgeheckt haben. Trotzdem gibt Reichpietsch auch jetzt noch zu, daß er Listen, auf denen die Namen der neu gewonnenen Mitglieder der U.S.P.D. zusammengestellt werden sollten, aus Berlin mitgenommen habe. Die ausgefüllten Listen sind dann Müller mitgegeben worden, damit er sie zunächst der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung" aushändige.
Nachgewiesen ist, daß der Abgeordnete Henke aus Bremen, der eine Rede in Kiel gehalten hat, tatsächlich eine Liste mit 12 Namen von Marineangehörigen gehabt hat, die als Mitglieder der U.S.P.D. eingetragen worden waren. Es handelt sich hierbei um Leute von S.M.S. „Ziethen". Außerdem hatte Henke einen Zettel mit den Namen Reichpietsch und anderen. Henke ist seinerzeit in Kiel verhaftet und 24 Stunden dort in Haft gehalten worden.
Müller hatte überdies ein Schreiben mitbekommen, in dem gesagt worden war, daß 5000 Mann von der Flotte zur U.S.P.D. stehen. Dieses Schreiben ist etwa von Ende Juli; die Abgeordneten müssen es anfangs August erhalten haben. [...] Später ist dann Sachse selbst in Berlin gewesen. Er hat sich bei Dittmann als von Reichpietsch kommend bezeichnet. Dittmann hat sich des früheren Gesprächs mit Reichpietsch erinnert. Er hat zunächst die Einzellisten über den Eintritt in die U.S.P.D., die Sachse ihm mitgebracht hatte, nicht abnehmen wollen, weil er nur die Zentralstelle sei, hat das aber dann doch getan, weil Sachse sich darauf berufen hat, daß er nur kurzen Urlaub habe. Dittmann hat auch Sachse vor der Gefährlichkeit der Sache gewarnt. Die Unterredung zwischen den Beiden ist am 1. oder 2. Juli gewesen. Es ist falsch, wenn Reichpietsch die politische Seite der Angelegenheit auf Herre zurückführen will. Sachse verbleibt dabei, daß sie von Reichpietschs Berliner Besuchen in die Bewegung hineingekommen sei.
Mehr Material über den Zusammenhang mit Abgeordneten ist nicht vorhanden. [...] Es läßt sich rechtlich konstruieren, versuchten Landesverrat auch bei den Abgeordneten anzunehmen. Sie haben die Erschütterung der Schlagkraft der Marine herbeiführen wollen; sie haben auch die dokumentarische Festlegung der Bewegung durch die Listen für Stockholm herbeiführen wollen. [...] Wenn ich gefragt werde, ob dieser versuchte Landesverrat vor Gericht bewiesen werden kann, so muß ich darauf aufmerksam machen, daß als Zeugen nur Sachse und Reichpietsch vorhanden sind; und diese werden vielleicht erschossen werden. Dann werden die sozialdemokratischen Abgeordneten zugeben, daß zwar ähnlich so gesprochen worden ist, wie Sachse und Reichpietsch gesagt haben, daß aber die Auslassungen von diesen nicht völlig zutreffend sind. Auf diese Weise werden die Abgeordneten sich herausreden können. Außerdem widersprechen sich Sachse und Reichpietsch untereinander. Was Herre anlangt, so wird er wohl die von Reichpietsch aus Berlin mitgebrachte Organisationsidee aufgenommen und die Bewegung in diesem Sinne weitergeführt haben. Er versucht jetzt, sich als geisteskrank hinzustellen. Ob bei dieser Gesamt-Sachlage eine Verurteilung zu erzielen sein wird, ist mithin zweifelhaft. Jedenfalls kommt § 139 gegen die Abgeordneten nicht mehr in Frage; denn damals lag noch kein Landesverrat vor, den sie hätten anzeigen können. Gegen Frau Zietz ist nichts zu machen; sie ist nur Botin gewesen."

[5]) Von Reichsanwalt Richter (vgl. Anm. 4) als Kassierer der U.S.P.D. bezeichnet.

einen schweren Vorwurf daraus machen, daß sie nichts getan [hat].[6]) Deshalb müssen jedenfalls zunächst die Haussuchungen stattfinden.[7])

Zu diesem Zeitpunkt erscheint Geheimrat *von Eichmann* von der Reichskanzlei und nimmt an den weiteren Verhandlungen teil.

Exzellenz **v. Capelle:** Es ist ein Flugblatt vorhanden, das so aussieht, als wäre es ein solches der U.S.P.D.[8]) Dies ist das Flugblatt, das bei *Adomeit* gefunden worden ist.

Reichsanwalt **Richter** verliest dies Flugblatt.

Landgerichtsdirektor **Rosenthal:** *Becker*[9]) hat dieses Flugblatt Ende Juni von einem Heizer von S.M.S. „von der Tann" erhalten und zur Propaganda benutzt.

Exzellenz **v. Capelle:** Der Führer der alten sozialdemokratischen Partei, *Ebert*, hat mir gegenüber von vornherein betont, daß nach seiner Auffassung dieses Flugblatt nicht von der U.S.P.D. herrühre.[10]) Er hat hiermit Recht behalten.

Exzellenz **Helfferich:** Wer nicht mit den Parteiverhältnissen Bescheid weiß, wird in einem solchen Flugblatt nichts davon sagen, daß das Mitgliedsbuch da und da liegt; auch hat *Dittmann* zu *Reichpietsch* das gleiche gesagt und hervorgehoben, daß ein Mitgliedsbeitrag jetzt noch nicht gezahlt zu werden brauche. Beachtet man diese beiden Tatsachen, so steht ein Zusammenhang zwischen diesem Flugblatt und der U.S.P.D. fest.

Exzellenz **v. Capelle:** Ich mache darauf aufmerksam, daß bei der Besprechung mit *Reichpietsch* der Parteiführer der U.S.P.D. *Haase*, ferner als Dezernent dieser Partei für die Marine *Vogtherr* und *Dittmann*, der zuerst mit der Sache befaßt worden war, zusammen gewesen sind. Hieraus geht hervor, daß die Partei

[6]) In der Vorlage „haben". — Ähnlich hatte sich der Staatssekretär kurz zuvor in der Besprechung mit dem Reichsanwalt ausgedrückt. „Die U.S.P.D. will Heer, Flotte und Arbeiterschaft revolutionsreif machen und muß deshalb öffentlich geächtet werden. Dieses allgemeine Interesse überwiegt das des akuten Falles." In derselben Besprechung hatte Dr. Felisch dem Staatssekretär folgenden Rat erteilt: „Wenn ich dem Staatssekretär des Reichs-Marine-Amts Rat zu geben habe, so sage ich, daß das Beweismaterial zu schwach ist, um eine sofortige Schließung des Reichstages und die Einleitung eines Verfahrens gegen die Abgeordneten zu rechtfertigen; dann müßte man also bis zur Wiedereröffnung des Reichstages am 26. September mit Anträgen auf Genehmigung zur Strafverfolgung der Abgeordneten warten; denn der Staatssekretär des Reichs-Marine-Amts kann die Verantwortung für ein Vorgehen auf Grund eines Beweismaterials, das zu einer Verurteilung bestimmt nicht ausreicht, nicht übernehmen. Wenn ich aber dem Reichskanzler Rat zu erteilen habe, und wenn dieser so schneidig ist, wie ich es erhoffe, dann rate ich ihm, selbst dann gegen die Abgeordneten einzuschreiten, wenn er von vornherein mit einer Freisprechung rechnet. Denn der politische Gewinn, die U.S.P.D. unschädlich zu machen, ist meines Erachtens größer als der Schaden, den eine Freisprechung anrichtet."

[7]) Zu den Hausdurchsuchungen vgl. Nr. 378, Anm. 16, sowie WUA, Bd. 9/I, S. 134.

[8]) Aus dem folgenden ergibt sich, daß es sich hierbei um das in Nr. 375, Anm. 6, erwähnte Flugblatt handelt.

[9]) Es muß sich hier um den Heizer Johann Beckers von „Prinzregent Luitpold" handeln, der zunächst zum Tode, dann jedoch zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde.

[10]) Vgl. die Niederschrift über die Unterredung des Staatssekretärs mit Ebert am 9. 8. 1917, Dokumente und Materialien II/1, Nr. 229, S. 656 ff., und Archivalische Forschungen 4/II, Nr. 173, S. 646 ff. Ebert hatte sich scharf gegen die Umtriebe ausgesprochen, gleichzeitig aber eine aktive Beteiligung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in Frage gestellt.

der Sache eine größere Bedeutung beigemessen hat. Alle diese Abgeordneten waren auch von der Sachlage unterrichtet. Wir müssen deshalb alle Mittel in Bewegung setzen, daß auch sie zur Verantwortung gezogen werden. Eine so gute Gelegenheit wie die jetzige, gegen die revolutionäre Partei vorzugehen, ergibt sich so leicht nicht wieder.

Exzellenz **Helfferich:** Daß *Dittmann* dem *Sachse* gegenüber zuerst zurückhaltend war, kann darauf beruhen, daß er vorsichtig war und befürchtete, es könnte ihm vielleicht eine Falle gelegt werden. Er konnte nicht wissen, ob *Sachse* nicht zu diesem Zwecke zu ihm geschickt war, und wollte deshalb den fremden Mann erst sondieren. Das Flugblatt, das bei *Adomeit* gefunden worden ist, ist für mich von großer Bedeutung. Der Reichskanzler kann die Sache nicht einfach laufen lassen. Es müssen zunächst die Haussuchungen stattfinden, aber die ganz großen Maßnahmen, wie die Schließung des Reichstages, können jetzt nicht in Betracht kommen.

Ministerialdirektor **Delbrück:** Ich habe nichts gegen die Durchsuchungen, sie können noch heute stattfinden; aber eine Verhandlung würde mit Freisprechung der Abgeordneten enden.

Reichsanwalt **Richter:** *Herre*[11]) ist wegen Paralyse von der Marine entlassen worden.

Geheimrat **Dr. Felisch:** Es besteht die juristische Möglichkeit, auch jetzt schon Durchsuchungen bei *Dittmann* und bei den anderen Abgeordneten trotz deren Immunität vorzunehmen, wenn man nämlich ein Verfahren gegen Frau *Zietz*, *Herbst* usw. einleitet und innerhalb des Rahmens dieses Verfahrens die Haussuchungen bei den Abgeordneten zu dem Zwecke vornehmen läßt, Beweismaterial gegen Frau *Zietz*, *Herbst* usw. zu erhalten. Ich will einem solchen Vorgehen nicht gerade das Wort reden, halte mich aber für verpflichtet, auf diese Möglichkeit hinzuweisen.

Exzellenz **Helfferich:** Ich möchte doch nicht, daß hiervon Gebrauch gemacht wird. Die übrigen Haussuchungen sollen aber sofort vorgenommen werden, ohne daß die Entscheidung des Reichskanzlers abgewartet wird. Das will ich selbst vertreten.

Exzellenz **v. Capelle:** Und was soll man dem Reichstage sagen, wenn wir Montag[12]) danach gefragt werden sollten?

Exzellenz **Helfferich:** Wir antworten dann nur, daß enge Fäden zur U.S.P.D. vorlägen.

Exzellenz **v. Capelle:** Mein augenblicklicher Gedanke ist der, man antwortet: So und so liegt die Sache. Die Hauptprotokolle haben den und den Inhalt. Ergeben die Verhandlungen mehr, so behalten wir uns vor, auch gegen die Abgeordneten vorzugehen. Statt dessen könnte man aber auch je 2 Abgeordnete von allen Parteien ohne die U.S.P.D. zusammenberufen und ihnen die Sachlage vertraulich mitteilen. Wird die Angelegenheit in der Budgetkommission behandelt, so laufe ich Gefahr, daß man dort auch die Klagen über die Schwierig-

[11]) Vgl. Nr. 303, Anm. 9.

[12]) 27. 8. 1917.

keiten in der Verpflegung der Flotte und über Ohrfeigen, die ausgeteilt worden sind, vorbringt, und daß die Debatte verflacht.

Exzellenz **Helfferich:** Man muß in der Tat die Parteiführer so, wie Exzellenz v. Capelle vorgeschlagen hat, im voraus durch den Reichskanzler unterrichten lassen. Es ist besser, daß dies morgen geschieht, ehe die Abgeordneten selbst in der Budgetkommission eine Anfrage stellen können.[13]) Heute müssen sofort die Haussuchungen vorgenommen werden. Die Herren von der Reichsanwaltschaft müssen noch hier in Berlin bleiben.

Schluß der Sitzung.

[13]) Vgl. Nr. 383.

383.

Niederschrift über die Besprechung des Reichskanzlers mit führenden Abgeordneten der Reichstagsparteien über die Flottenunruhen und mögliche Maßnahmen gegen Abgeordnete der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.[1])

25. 8. 1917, J. 221. gg./17, Ganz Geheim. — MGFA MA/RWM, Nr. 4078, Flottenunruhen, Bd. 1, Abschrift.[2])

Anwesend: Ihre Exzellenzen der Reichskanzler Michaelis, der Vizekanzler Helfferich, die Staatssekretäre der Marine v. Capelle und des Reichsjustizamtes v. Krause, die Minister der Justiz Dr. Spahn und des Innern Drews, die Unterstaatssekretäre des Reichsamts des Innern Wallraf, Freiherr v. Stein und der Reichskanzlei v. Graevenitz, der Reichsanwalt Richter und der Hilfsarbeiter der Reichsanwaltschaft, Landgerichtsdirektor Rosenthal, der Adjutant des Reichskanzlers Oberst v. Winterfeldt, die Reichstagsabgeordneten: Ebert, Erzberger, Fehrenbach, v. Payer, Scheidemann, Stresemann, War[muth][3]), Graf Westarp und der Unterzeichnete.[3])

Exzellenz **Michaelis** eröffnet die Sitzung mit einer kurzen Darlegung über die Vorgänge auf der Flotte und mit einem Hinweise auf deren sehr ernsten Charakter, der es geboten erscheinen lasse, die Führer der Parteien mit der Sachlage bekannt zu machen.

Exzellenz **v. Capelle** teilt die Vorkommnisse und die Umtriebe auf der Flotte

[1]) Zu der Sitzung vgl. WUA, Bd. 9/I, S. 68, S. 89 f. sowie Quellen I/1, Bd. 1, Nr. 49, S. 221, Anm. 9.

[2]) Vgl. Nr. 378, Anm. 1.

[3]) Vgl. Nr. 378, Anm. 2. In der Vorlage erscheint als Teilnehmer der Reichstagsabgeordnete „Warburg". Es ist nicht zu klären, ob es sich um einen Fehler des Protokollanten (vgl. Nr. 378, Anm. 2) oder um ein Versehen in der Abschrift handelt. Mit großer Wahrscheinlichkeit dürfte der Abgeordnete Fritz Warmuth von der Deutschen Fraktion, die sich 1916 aus verschiedenen kleinen konservativen Gruppen (insbesondere der Reichspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung) gebildet hatte, gemeint sein. Warmuth nahm am selben Tage als Sprecher der Fraktion an der Sitzung des Hauptausschusses teil (Schulthess 1917/I, S. 775 f.).

eingehend mit und verliest alle wesentlichen Protokolle[4]), die sich auf diese Vorgänge beziehen. Er bezeichnet die Schlagfertigkeit der Flotte als nicht beeinträchtigt und hebt im einzelnen Folgendes hervor:

Seine Majestät der Kaiser und ich sind auf der Flotte gewesen[5]); äußerlich war alles in Ordnung. Nach meinen persönlichen Eindrücken und nach den Mitteilungen[6]), die ich erhalten habe, hat nach dem Eingreifen der Behörden alles deshalb aufgeatmet, weil der Terrorismus endlich eine Ende erhielt. Wie bedeutsam die Ereignisse gewesen sind, geht daraus hervor, daß ein Todesurteil bereits gefällt worden ist.[7]) Zahlreiche Fäden führen zur U.S.P.D. Aufgeklärt ist in dieser Hinsicht aber noch nicht alles. Es gehen täglich noch neue Vernehmungen ein. In erster Linie muß sich die Marine selbst gegen das Eindringen des revolutionären Geistes in ihre Reihen schützen; ich habe deshalb die Befehlshaber ersucht, die Zeitungen der U.S.P.D., die ich ihnen namentlich bezeichnet habe, zu verbieten.[8]) Diejenigen der alten sozialdemokratischen Partei werden dadurch nicht berührt.[9]) Heer und Marine sind aber darin einig, daß sie auch von außen geschützt werden müssen. Die Marine leidet schwer unter diesen Vorgängen. Ich habe die Herren Abgeordneten hierüber aufklären wollen, damit sie unbegründeten Gerüchten entgegentreten können, und betone nochmals, daß die Schlagfertigkeit der Marine unangetastet geblieben ist, wobei ich hinzufüge, daß der Flottenchef Seiner Majestät selbst gemeldet hat, daß alles in Ordnung sei.

Exzellenz **Michaelis:** Der Staatssekretär des Reichs-Marine-Amts hat mir vor einer Woche über die Vorgänge Meldung erstattet. Ich habe zwei Vertreter der Reichsanwaltschaft nach Wilhelmshaven entsendet und weitere Vernehmungen durch diese veranlaßt. Die Untersuchung wird fortgesetzt, hat aber noch nicht soviel erbracht, daß gegen Abgeordnete vorgegangen werden könnte. Trotzdem wollte ich den Herren schon in diesem Stadium der Angelegenheit Aufklärung geben. Die Presse wird über diese Ereignisse nichts bringen; sobald es erforderlich ist, wird sie aber unterrichtet werden. Sie soll dann auch erfahren, daß die Ruhe in der Marine wiederhergestellt ist. Es sind jetzt schon unkontrollierbare Gerüchte im Umlauf; ich bitte, daß Sie mitwirken, um einer derartigen Beunruhigung der Öffentlichkeit entgegenzutreten. In gewissem Zusammenhange mit diesen Vorkommnissen steht ein Aufruf, von dem Abdrücke mir durch den Kriegsminister zugegangen sind. Hierin wird die sozialistische Jugend aufge-

[4]) Vgl. hierzu Nr. 375, Anm. 2, und Nr. 382, Anm. 4.

[5]) Am 18. 8. 1917, vgl. Müller, S. 313.

[6]) In einer Besprechung mit den Reichstagsabgeordneten Dr. Pfleger und Noske am 26. 8. 1917 (MGFA MA/RWM, Nr. 4078, Flottenunruhen, Bd. 1) erklärte der Staatssekretär, daß diese Mitteilungen von „älteren Offizieren" stammten. Zu dieser Besprechung vgl. WUA, Bd. 9/I, S. 17, 90, 159, sowie Anm. 30.

[7]) In dem Verfahren gegen Mannschaften von „Prinzregent Luitpold" war der Heizer Bernhard Spanderen durch Urteil vom 23. 8. 1917 (vgl. WUA, Bd. 10/I, S. 316 ff.) zum Tode verurteilt worden. Das Urteil wurde von Admiral Scheer am 3. 9. 1917 in eine vierjährige Gefängnisstrafe umgewandelt.

[8]) Vgl. Nr. 379.

[9]) Nach den Angaben von W. Dittmann gehörten nur 15 der insgesamt 23 verbotenen Zeitungen zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, WUA, Bd. 9/I, S. 20 f. Vgl. auch Nr. 379, Anm. 4, und Nr. 392.

fordert, am 2. und 3. September zu handeln.[10]) Es soll an diesen Tagen ein Demonstrationsstreik stattfinden. Die sozialistische Jugend aller Länder ruft ihre Klassengenossen zu gewaltsamen Kundgebungen gegen das herrschende System infamer Entrechtung und schmachvoller Unterdrückung auf. Nunmehr sollen Taten geschehen. Jeder soll dafür agitieren, daß in diesen beiden Tagen alle Betriebe ruhen, und daß die streikende Arbeiterschaft sich zu Demonstrationsveranstaltungen versammelt. Ein besonderer Mahnruf wird an die Arbeitsbrüder im bunten Rock gerichtet. Wörtlich heißt es:

„Wenn sich das bis zur Verzweiflung getriebene Volk nun endlich einmal zur revolutionären Tat aufrafft, den Vernichtungskampf wagt, unerschüttert das Banner der Revolution entfacht — dann kämpft mit uns! Widerhandelt den Befehlen! Schießt nicht auf Vater und Mutter! Auf, mutige Kämpfer, für die Sache des internationalen Proletariats, die auch die Eure ist! Werdet selbst Soldaten der Revolution! Die sozialistische Jugendbewegung Deutschlands."

Mit Rücksicht auf alles dieses möchte ich in unserem kleinen Kreise auch Anlaß zur Aussprache geben. Die Reichsleitung allein kann nicht alles tun, wir müssen im vaterländischen Interesse gemeinsam handeln.

Abgeordneter **Ebert:** Von unserem Standpunkte aus ist jeder Versuch, die Landesverteidigung zu stören oder zu schwächen, mißbilligenswert. Ich sehe aber noch nicht klar in den Dingen und möchte zur ernstesten Vorsicht raten. Die Verbreitung von Schriften der U.S.P.D. ist als solche noch nicht strafbar, wenn auch wir Sozialdemokraten stets die Werbung von Soldaten zu politischen Zwecken verworfen haben. Nach dem Protokoll erzählen die Matrosen mehr ihre eigene Meinung als das, was ihnen von den Abgeordneten der U.S.P.D. gesagt worden ist. Es fehlt noch der Nachweis, daß diese Abgeordneten selbst eingegriffen haben. Es scheint sich an der Wasserkante bei unseren Seeleuten eine gewisse Nervosität geltend zu machen. Ich hörte in den letzten Tagen von einem Vorgehen gegen einen Matrosen, das mich ernst gestimmt hat. Darnach hatte ein Matrose Abonnements auf den „Vorwärts" nach Berlin übermittelt. Dieser Mann und alle Abonnenten auf den „Vorwärts" in der Marine haben antreten müssen; der Matrose selbst ist wiederholt verhaftet worden, und der erste Offizier hat sich sehr abfällig über den „Vorwärts" ausgesprochen. Ich möchte davor warnen, irgendwie nervös vorzugehen.[11])

Exzellenz **Michaelis:** Es sind heute nur die Aussagen der Rädelsführer vorgelesen worden. Die Untersuchung ist aber ohne Nervosität in voller Ruhe, wenn auch mit Energie, durchgeführt worden. Wie denken die Herren über die Möglichkeit der Geheimhaltung?

Abgeordneter **v. Payer:** Sind *Dittmann*, *Vogtherr* und *Haase* schon vernommen worden?

Exzellenz **Michaelis:** Nein.

Abgeordneter **v. Payer:** Es ist etwa $^1/_{10}$ von den Mannschaften der Flotte dabei beteiligt. Wie soll es möglich sein, das geheim zu halten? Und wie soll eine Bestrafung erfolgen?

---

[10]) Vgl. den entsprechenden Aufruf in: Dokumente und Materialien II/1, Nr. 233, S. 669 f.

[11]) Ein ähnliches Beispiel berichtet W. Dittmann, vgl. WUA, Bd. 9/I, S. 25 ff.

Exzellenz **v. Capelle:** Streng verantwortlich gemacht werden die Rädelsführer. Wie diejenigen, die nur verführt worden sind, werden behandelt werden, das kann ich noch nicht genau sagen, jedenfalls aber milde; ob sie überhaupt werden bestraft werden, weiß ich nicht. Es besteht ja in Wilhelmshaven Briefsperre; aber durch sie läßt sich eine Geheimhaltung nicht durchführen. Wer will, geht einfach über die oldenburgische Grenze und steckt seine Briefe dort in den Kasten.

Abgeordneter **Erzberger:** Ist nur die Schlachtflotte beteiligt oder auch die Torpedoflotte, die Mannschaften in Flandern und die Werften? Sollen überhaupt Abgeordnete verhaftet werden?

Exzellenz **v. Capelle:** Erwiesen ist nur die Beteiligung der Schlachtflotte, zu der allerdings auch die kleinen Kreuzer gehören; einer von diesen ist stark hierbei beteiligt.[12]) Nicht erwiesen ist das Übergreifen der Bewegung auf die Torpedoflotte; an ein solches glaube ich auch nicht. Was die Werften anlangt, so ist ein Werftschreiber Vertrauensmann der U.S.P.D.[13]) Daß die Werften an sich unruhig sind, weiß man ja. Und doch möchte ich verneinen, daß die Bewegung von der Schlachtflotte anderweit übergegriffen hat.

Exzellenz **Michaelis:** Die Untersuchung wird fortgesetzt; sie hat bis jetzt aber nicht so viel erwiesen, daß Haft gegen einen Abgeordneten in Frage käme.

Abgeordneter **Scheidemann:** Ich bin für Veröffentlichung des Sachverhalts. Bisher habe ich von allem nichts gehört, wobei ich allerdings bemerken muß, daß ich ein paar Tage auswärts gewesen bin. Von derartigen Vorgängen greift ein Gerücht stets ohne weiteres um sich; und es kommt auch ins Ausland, da man dorthin leicht Briefe zu bringen vermag. Wenn dann die auswärtigen Zeitungen Näheres über die Sache bringen, so ist das sehr ungünstig, und es ist deshalb ratsam, vorher hier etwas bekanntzugeben. Hervorheben möchte ich aber, daß die Abgeordneten der U.S.P.D. so schlau und so vorsichtig sind, daß man sie nicht wird fassen können. Sie werden auch die Spuren der Tat verwischen. Und wenn nun sie selbst frei bleiben, die Verführten aber streng bestraft werden, so wird das böses Blut machen. Deshalb sollte man die Todesurteile auf keinen Fall vollstrecken.

Exzellenz **Michaelis:** Gegen die Verführten wird man nicht zu scharf vorgehen. Aus dem Aktenmaterial ergibt sich aber, daß ein Teil der Angeklagten bewußte Anhänger der U.S.P.D. gewesen sind, die mit voller Kenntnis des Sachverhalts und mit Vorbedacht Propaganda getrieben haben. Diese Leute müssen streng gefaßt werden, sonst kann die Autorität und die Disziplin in der Marine nicht aufrecht erhalten werden.

Abgeordneter **Graf Westarp:** Eine Agitation der U.S.P.D. in Heer und Marine darf unter keinen Umständen geduldet werden. Der Einzelfall muß als solcher geprüft werden. Kennt man aber die Quellen der Verbreitung der sonstigen Flugblätter, sind Anhaltspunkte dafür vorhanden, daß die Abgeordneten der U.S.P.D. eine Agitation dieser Art treiben, oder daß sie sich gar strafbar gemacht haben, so darf ihre Abgeordneten-Eigenschaft diese Herren nicht schützen. Es ist zu

---

[12]) Es handelt sich um den kleinen Kreuzer „Pillau", vgl. das Urteil gegen den Oberheizer Josef Fischer vom 25. 8. 1917, WUA, Bd. 10/I. S. 321 ff.

[13]) Werftschreiber Büdeler in Wilhelmshaven.

gewärtigen, daß sie Spuren der Tat verwischen werden; deshalb sollte man sofort und rücksichtslos zugreifen. Ich kann mich auch nicht dafür aussprechen, daß die Todesurteile nicht vollstreckt werden. Das eine Leben des Schuldigen steht auf der einen Seite, auf der anderen aber das von Tausenden und Hunderttausenden, die durch den einen bedroht worden sind.

Abgeordneter **v. Payer:** Die Mehrheit des Volkes würde die Vollstreckung der Todesstrafe nicht als eine gerechte Sühne betrachten. Man würde nervös werden, wenn eine oder gar mehrere Todesstrafen sollten zur Vollstreckung gelangen. Geheimhalten läßt sich die Vollstreckung einer Todesstrafe überhaupt nicht. Das Gerücht würde dann die Tatsachen sehr wesentlich übertreiben. Man sollte deshalb jetzt eine kurze amtliche Mitteilung über das Vorgefallene in die Presse bringen; sonst kommt es vom Auslande aus in die Presse und ins Publikum hinein. Wir Abgeordneten können in der Haushaltskommission später mit den Abgeordneten der U.S.P.D. nach Abschluß der Untersuchung ein kräftiges Wort reden. Gerichtlich vorgehen gegen sie darf man aber nur, wenn man genügendes Material gegen sie hat. Man darf die Sache auf keinen Fall zu einem Triumph für sie ausgehen lassen. Bei dem jetzt vorliegenden Material würde ich als Berichterstatter im Reichstage mich nicht für die Erteilung der Genehmigung zur Einleitung einer Untersuchung aussprechen. Hat man mehr Material, als wir heute gehört haben, so soll man rücksichtslos zugreifen; sonst nicht.

Exzellenz **Michaelis:** Ich bitte den Herrn Reichsanwalt, sich darüber zu äußern, ob das Material zur Erhebung der Anklage ausreicht, und darüber, welchen moralischen Eindruck er von den Handlungen der Abgeordneten erhalten hat.[14])

Reichsanwalt **Richter:** Die Organisation war anfänglich nur ein minimaler Zusammenschluß. Die Verbindung mit den Abgeordneten ist auf den Juni 1917 zurückzuführen. Damals hat das IV. Geschwader in Kiel gelegen.[15]) Dort hat ein Verbot des Admirals Bachmann, sozialdemokratische Zeitungen zu halten[16]), böses Blut gemacht und Reichpietsch veranlaßt, sich an den Abgeordneten Dittmann zu wenden; weshalb gerade an diesen, ist nicht mit Sicherheit festgestellt worden. Nur zwei Rädelsführer, der Matrose Reichpietsch und der Oberheizer Sachse, haben sich persönlich mit Abgeordneten in Verbindung gesetzt. Reichpietsch war vom 6. bis zum 21. Juni beurlaubt; in dieser Zeit ist er mit dem Abgeordneten Dittmann zusammengetroffen. Sachse hat ihm einen Zettel mit Stichworten mitgegeben. Reichpietsch hat seine Beschwerde bei Dittmann in einstündiger Unterredung vorgebracht. Zu diesem Zeitpunkt hatte eine erhebliche Organisation noch nicht bestanden; sie umfaßte nur etwa 60 Mann, die alle Anhänger der U.S.P.D. waren. Ich habe jetzt nochmalige Vernehmung in Wilhelmshaven veranlaßt und habe diese Protokolle heute mitgebracht.—

Der Reichsanwalt verliest diese auf seine Veranlassung stattgehabten Protokolle im vollen Wortlaute und fährt sodann fort:

---

[14]) Vgl. hierzu auch Nr. 382, Anm. 4.

[15]) Nach dem in Nr. 375, Anm. 6, erwähnten Schreiben des Kommandos der Hochseestreitkräfte vom 9. 8. 1917 lag das IV. Geschwader Ende Juni 1917 in Kiel.

[16]) Nach den vorhandenen Unterlagen handelte es sich nicht um ein Zeitungsverbot, sondern um die in Nr. 302 belegte Maßnahme der Marinestation der Ostsee.

Der Oberheizer Sachse ist am 1. oder 2. Juli beim Abgeordneten Dittmann gewesen.
Es sind nun gestern Haussuchungen auf meine Veranlassung abgehalten worden und zwar bei Frau Zietz und bei dem Parteisekretär Herbst in Berlin, bei Büdeler in Wilhelmshaven, bei der Redaktion der „Volkszeitung" in Leipzig und bei Herre; alle diese Durchsuchungen sind ergebnislos abgelaufen. Nur ist bei Herre ein Feldpostbrief mit vagem Inhalte gefunden worden. Von einer weiteren Durchsuchung, die bei Poller[17]) in Kiel stattgefunden hat, ist das Ergebnis bis heute noch unbekannt.

Der Reichsanwalt verliest schließlich die Friedenskundgebung, laut deren Wortlaute die Marineangehörigen der U.S.P.D. beitreten[18]); desgleichen verliest er den bei Adomeit gefundenen Aufruf.[19])

Abgeordneter **Fehrenbach:** Uns interessiert zunächst die Beteiligung der Abgeordneten der U.S.P.D. Der moralische Zusammenhang zwischen ihrem Verhalten und zwischen den Vorgängen auf der Flotte ist dargetan und ist aufs schwerste zu verwerfen. Inwieweit dieser Vorgang vom militärstrafrechtlichen Gesichtspunkte aus zu packen ist, ist eine besondere Frage, die uns weniger interessiert. Es liegen nun bisher wirkliche Zeugenaussagen nicht vor. In derartigen Angelegenheiten darf ein Abgeordneter sich nicht auf seine Immunität berufen. Der Reichstag würde diese auch nicht gelten lassen. Aber es muß unter allen Umständen genügendes Material vorliegen. Das vermisse ich bis jetzt, und ich bin auch der Meinung, daß mehr nicht erhältlich sein wird. Nachdem jetzt bei Frau Zietz Haussuchung gehalten worden ist, muß man es als sicher betrachten, daß bei Dittmann, Vogtherr und Haase nichts mehr wird gefunden werden. Das uns vorliegende Beweismaterial ist also das Schlußmaterial. Es liegen drei Gespräche mit Abgeordneten vor und eins mit dem Parteisekretär Herbst. Dabei sind allgemeine Klagen vorgebracht worden über das Verbot von Exzellenz Bachmann und über Menagefragen; hiermit ist nichts anzufangen. Etwas bestimmtes, das auf verbrecherische Handlungen in der Marine abzielte, ist bisher nicht erwiesen. Auch gegen Herre läßt sich nicht viel erreichen; das interessiert uns überdies weniger, da er nicht Abgeordneter ist. Nach dem jetzigen Stande der Dinge kann man sagen, daß auf eine Verurteilung der Abgeordneten nicht zu rechnen ist. Überdies muß man darauf Rücksicht nehmen, daß v. Payer Berichterstatter für die Frage der Immunität geworden wäre, und wir haben soeben gehört, daß für ihn das Material nicht ausreicht. Dann um Gotteswillen kein Vorgehen gegen Abgeordnete![20]) Es kommt nun noch der Aufruf in Betracht: er ist in der Tat etwas bedenklich. Es fehlt aber doch am Nachweise des Zusammenhanges zwischen ihm und der U.S.P.D. Man steht beweislos da. Die moralische Schuld ist erwiesen, und man kann es deshalb bedauern, daß man nicht zugreifen kann; und trotzdem soll man nicht zugreifen.

---

[17]) Parteisekretär der Sozialdemokratischen Partei in Kiel.

[18]) Vgl. WUA, Bd. 9/I, S. 23 f. (falsch datiert).

[19]) Vgl. Nr. 375, Anm. 6.

[20]) Die beiden vorangehenden Sätze sind in der Vorlage durch doppelte Bleistiftstriche am Seitenrande hervorgehoben.

Auf fällt es mir, daß die Angeklagten von vornherein ein offenes Geständnis abgelegt haben; sogar darüber, daß sie ein Schiff haben in die Luft sprengen wollen.

Exzellenz **Michaelis:** Nein: Der Betreffende sagt gerade, daß er sich von dem Plane, das Schiff in die Luft zu sprengen, ferngehalten hat.

Abgeordneter **v. Payer:** Dann liegt das also anders. Es handelt sich um sehr schwere militärische Verbrechen. Und doch möchte ich bitten: Untersuchen Sie individuell die Schuld jedes Einzelnen, und lassen Sie mehr Milde als Strenge walten.[21]) Das ist aber nur ein freundlicher Rat.

Exzellenz **Michaelis:** Es herrscht also bei den Herren Übereinstimmung dahin, daß eine Veröffentlichung in der Presse zweckmäßig ist[22]), etwa dahin, daß die Rädelsführer, die mit Zahlen zu nennen sind, gefaßt worden sind, und daß Ruhe an Bord herrscht. Ferner besteht Einigkeit dahin, daß nach dem bisher vorliegenden Material nicht gegen Abgeordnete einzuschreiten ist, und daß ihre Immunität sie schützen würde.[21]) Wir müssen uns im übrigen überlegen, was gegen die U.S.P.D. zu veranlassen sein wird.

Exzellenz **v. Capelle:** Die Flotte steht vor dem Feinde. Es gilt das Feldverfahren. Der Flottenchef allein hat das Bestätigungsrecht, auch der Kaiser kann nicht eingreifen. Ich habe sehr eingehend mit dem Flottenchef gesprochen; es ist für ihn sehr schwer, ein Todesurteil zu bestätigen, das das Gericht nach dem Gesetze gesprochen hat. Die Rädelsführer sind aber nicht arme Teufel; sie sind mit allem Bewußtsein vorgegangen und haben von den Abgeordneten immer wieder den Hinweis darauf erhalten, daß es um Kopf und Kragen geht. Der Flottenchef hat mir gesagt, er könne es mit seinem militärischen Gewissen nicht vereinbaren, Milde walten zu lassen. Es war noch ein Fall vorgekommen, der heute nicht vorgetragen worden ist, und zwar auf S.M.S. „Pillau". Damals hat man Milde

[21]) Der vorangehende Satz ist in der Vorlage mit Bleistift unterstrichen.

[22]) Die Aufzeichnung des Admiralitätsrats Dr. Felisch (vgl. Nr. 378, Anm. 1) endet mit einem Aktenvermerk über zwei Besprechungen im Reichsmarineamt, in denen die Frage einer Presseveröffentlichung erörtert wurde. In der ersten Besprechung wurde ein vorläufiger Entwurf einer Presseerklärung aufgesetzt. Er lautet: „Es laufen Gerüchte um, daß auf der Schlachtflotte größere Unruhen vorgekommen sind. Das ist nicht zutreffend. Allerdings haben auf einzelnen wenigen Schiffen kleinere Unruhen stattgefunden, im Wesentlichen hervorgerufen durch Ernährungsschwierigkeiten, die längst beseitigt worden sind. Die Unruhen sind vollständig beigelegt, die Gefechtsfähigkeit der Flotte ist in keiner Weise beeinträchtigt; es hat auch keinen Zeitpunkt gegeben, in dem dies der Fall gewesen wäre." In der zweiten Besprechung, an der Vizeadmiral Hebbinghaus teilnahm, wurde eine Veröffentlichung überhaupt verworfen, da „eine solche Veröffentlichung zurzeit nicht zweckmäßig sei", und da „sie — vorbehaltlich etwaiger späterer Änderung der Sachlage — auch alsbald nach der Bestätigung der Urteile durch den Flottenchef nicht ratsam erschiene". Der Chef der Presseabteilung des Admiralstabes informierte die Herren seiner Abteilung am 1. 9. 1917 (MGFA MA/Adm, Nr. 2414, P 19, Bd. 1) in entsprechender Weise. „Es sind Gerüchte herumgegangen, die sich auf gewisse Vorkommnisse auf der Hochseeflotte beziehen. Wie an allen Gerüchten, so ist auch an diesem *etwas* daran, wenn es auch längst nicht so schlimm gewesen ist. Ich mache die Herren auch nur im Dementisinne darauf aufmerksam, falls der eine oder andere von Ihnen einmal von dritter Seite daraufhin angesprochen wird. Große Übertreibungen sind auf das richtige Maß zurückzuführen [...]. Ich bitte Herrn Röpke aufzupassen, ob eine leiseste Andeutung des Vorkommnisses sich in der Presse befindet; diese müßte im Keim erstickt werden."

walten lassen, und das Ergebnis war, daß die Leute sagten, man wagt es nicht, die letzten Folgerungen zu ziehen.[23]) Man muß berücksichtigen, daß die Verhältnisse an Bord ganz anders als im Schützengraben sind. In der Flotte fehlt der Anreiz des Vorgehens gegen den Feind. Die Leute liegen im dritten Jahre auf der Außenjade oder anderswo; sie haben ungeheuer viel Muße und keinen Feind sich gegenüber. Das Meer ist durch Minen verseucht, der Feind gar nicht zu erwarten, und das wissen die Leute. Auf den Schiffen ist keinerlei Bequemlichkeit vorhanden; sie sind eiserne Kästen, von denen alles entfernt worden ist, was irgendwie der Behaglichkeit dienen könnte. Nun können die Leute nicht immerzu Dienst tun; das halten auch die Kanonen selber gar nicht aus, daß man immerzu an ihnen hantiert. Viel freie Zeit ist vorhanden, und darum wird den Leuten auch alles mögliche geboten: man macht mit ihnen Ausflüge, läßt sie die Kinos besuchen usw. Außerdem liegt alles auf dem Schiff im engsten Raum beisammen. Die Disziplin ist deshalb an Bord nicht so gut wie im Heere; sie muß aber gegen revolutionäre Angriffe geschützt werden. Ich kann den Flottenchef verstehen, daß er bereit ist, die Todesurteile vollstrecken zu lassen. Ich selbst habe keinerlei Einfluß auf ihn.

Abgeordneter **Erzberger:** Man muß prüfen: die Leute sind bei ihrer Agitation von der Unzufriedenheit in der Marine ausgegangen; deshalb muß die Marine ermitteln, ob und wie den Mißständen abzuhelfen ist. Außerdem ist genau zu erwägen, welche Wirkung die Vollstreckung der Todesurteile auf die Flotte haben würde. Man muß sehr vorsichtig sein, ebenso bei der Veröffentlichung, von der hier geredet worden ist. Worte wie „Rädelsführer" und dergleichen müssen vermieden werden; nur etwa, daß Todesurteile gefällt worden sind und wieviele, und daß man diese nicht vollstrecken würde. Man muß nicht so sehr die Wirkung auf das Inland wie die auf das Ausland in Rücksicht ziehen.[20])

Exzellenz **v. Capelle:** Ich habe schon wochenlang zuvor einen Brief von dem Abgeordneten Pfleger bekommen.[24]) Daraufhin habe ich den Vizeadmiral Hebbinghaus nach Wilhelmshaven für eine Woche geschickt. Er hat dort eine Untersuchung eingeleitet[25]), aus der sich aber nichts ergeben hat.

Behauptet wurde Folgendes: Schlechtes Beispiel der Offiziere; es ergab sich, daß ein solches nicht vorlag. — Schlechte Behandlung der Leute. In dieser Beziehung wurde ermittelt, daß ein Reserveoffizier zu einem Matrosen das Wort „Schweinehund" gebraucht hatte. Er selbst gab an, daß er nur gesagt habe, der Betreffende sehe wie ein Schwein aus. Trotzdem ist der Reserveoffizier streng bestraft worden. Andere Fälle ließen sich nicht ermitteln. — Urlaubsverweigerung. In dieser Beziehung ergab sich, daß jeder Mann 10 Tage Urlaub gehabt hat, und daß an einzelnen Stellen mehr gegeben worden ist. Überall aber ließ sich das nicht durchführen, und so ist in dieser Beziehung eine ungewisse [!] Ungleichheit vorhanden gewesen.

---

[23]) Der vorangehende Satz ist in der Vorlage durch einen doppelten Bleistiftstrich am Seitenrand hervorgehoben. — Am 20. 7. 1917 entfernten sich 140 Mann des kleinen Kreuzers „Pillau" unerlaubt vom Dienst. Vgl. WUA, Bd. 9/I, S. 5.

[24]) Es muß sich um den Brief Pflegers vom 28. 7. 1917 handeln, vgl. WUA, Bd. 9/I, S. 15.

[25]) Vgl. hierzu Nr. 382, Anm. 2.

Klagen über das Essen. Über das Essen ist von jeher in der Marine geredet worden. Es war im Anfange des Krieges natürlich besser als jetzt. Trotzdem ist es immer noch völlig ausreichend an Bord, und die Leute haben dort mehr als die meisten zu Hause. Die Offiziere haben es schließlich auch nicht besser als die Mannschaften.

Die ganze Untersuchung hat keinen Anlaß zu wirklich berechtigten Klagen gegeben.[26])

Ich bemerke noch, daß der Abgeordnete *Vogtherr* schon früher eine kleine Anfrage an die Reichsregierung gerichtet hat, die im Zusammenhang mit dieser Sache steht.[27])

Abg. **Stresemann:** Ich bin von der moralischen Mitschuld der U.S.P.D. überzeugt. Ehe man ein Todesurteil vollstreckt, sollte man sehr eingehend prüfen. Mit einem Verbote des Haltens der Schriften der U.S.P.D., was ich sonst nicht billigen würde, bin ich hier ganz einverstanden. Ferner lenke ich die Aufmerksamkeit auf den Generalstreik, der für den 2. und 3. September geplant wird. Ich höre aus Industriekreisen in Sachsen, daß dies eine sehr ernste Gefahr ist.

Abg. **War[muth]:**[3]) Ich warne vor jeder Veröffentlichung in der Presse; sonst wird aus der Mücke ein Elefant. Im übrigen schließe ich mich dem Abgeordneten *Fehrenbach* an. Es geschieht das größte Unglück, wenn man mit einer Untersuchung beginnt und nichts mit ihr erreicht. Die Mitglieder der U.S.P.D. waren die Drahtzieher. Die Leute, die sich zur Agitation hergegeben haben, müssen jetzt auch die Folgen tragen. Wir stehen im Felde. Auch in der Armee sind Todesurteile vollstreckt worden. Die Betreffenden haben Tausende in Gefahr gesetzt; ich erinnere an den Plan, ein Schiff in die Luft zu sprengen. Bei dieser Sachlage muß das Mitleid schweigen.

Abg. **Ebert:** Es ist gesagt worden, daß *Henke*[28]) eine Zeitschrift „Der Lotse" für die Marine herausgeben wolle. Das trifft nicht ganz zu, da die Zeitschrift bereits besteht. Sie ist für die Zivilbevölkerung an der Wasserkante bestimmt und bewegt sich vollkommen innerhalb der gesetzlichen Vorschriften. Der genannte Poller ist unser Parteisekretär und ist derjenige, der nach der uns heute gegebenen Sachdarstellung *Reichpietsch* und Genossen abgewiesen hat. Der Aufruf[19]), der bei *Adomeit* gefunden worden ist, rührt bestimmt nicht von der U.S.P.D. her. Bei den Redereien, daß ein Schiff in die Luft gesprengt werden solle, handelt es sich jedenfalls nur um ein unbegründetes Gerücht. Dasselbe Gerücht ging für den 15. August betreffs eines großen Werkes in Tempelhof um; da war auch gesagt worden; es solle das Werk in die Luft gesprengt werden. 200 Frauen waren deshalb nicht zur Arbeit gekommen. Und doch war es nur ein leeres Gerücht. Zum 15. August war auch ein Generalstreik für das deutsche

[26]) Vgl. dagegen das Tagebuch des Matrosen Stumpf (WUA, Bd. 10/II) und die Briefe des Obermatrosen Lotter (WUA, Bd. 9/II, S. 38 ff.).

[27]) In der Anfrage vom 18. 7. 1917 (Anlagen zu den Sten. Berichten, Bd. 321, Nr. 939, S. 1754) beschäftigte sich Vogtherr mit einer Verfügung, wonach Mannschaften der Marine, „die schlechte Gesinnung in politischer wie in anderer Hinsicht" zeigten, in die Arbeiterabteilungen der Marine kommandiert werden konnten.

[28]) Alfred Henke, Mitglied der Bremer Bürgerschaft und Reichstagsabgeordneter der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

Reich angesagt worden; in Wirklichkeit waren daran aber nur 3000 Personen in Braunschweig beteiligt.[29]) Sonst ist er kläglich gescheitert. Der neue Generalstreik zum 2. und 3. September geht von jugendlichen Personen aus. Man muß solche Dinge nicht zu tragisch nehmen, freilich auch nicht unterschätzen. Wir haben in der Sozialdemokratie eine Einrichtung, wonach Beschwerden von Soldaten an die richtige Adresse geleitet werden; das hat sich sehr bewährt. Aus den Kreisen der Marine haben wir verhältnismäßig wenig Beschwerden.

Ich bitte auch darum, die Todesurteile nicht zu vollstrecken: das Urteil als solches wirkt schon abschreckend. Wird es vollstreckt, so bedenke man, daß die Matrosen in engem Konnex mit Arbeitern auf den Werften usw. stehen; sie arbeiten mit ihnen Ellbogen an Ellbogen.[30]) Es könnte durch die Vollstreckung der Todesstrafe leicht das Gegenteil von dem eintreten, das man beabsichtigt. Eine vorsichtige Notiz in der Zeitung erschiene auch mir richtig.

Abg. **Graf Westarp** schließt sich dem letzten Satze an.

Exzellenz **Spahn:** Würde ein Begnadigungsgesuch[31]) eingereicht werden, so ist es garnicht zu berücksichtigen. Der Gerichtsherr hat das Urteil ohne Rücksicht hierauf zu bestätigen oder nicht zu bestätigen. Bestätigt er es, so muß das Urteil unter allen Umständen vollstreckt werden.

Exzellenz **Michaelis:** Wir müssen uns gegen die U.S.P.D. stark machen. Sie ist moralisch an dem Vorgekommenen mitschuldig. Ihre Schriften müssen anders als die von anderen Parteien behandelt werden. Wir werden einig in dieser Beurteilung sein und einig in dem, was wir jetzt dem Vaterlande aus dem vorliegenden Anlasse schuldig sind.

Ich danke den Herren für ihr Erscheinen und schließe die Sitzung.
Schluß 7¾ Uhr.

[29]) Vgl. Nr. 376, Anm. 24.

[30]) Vgl. hierzu auch den Hinweis des Reichstagsabgeordneten Noske in der Besprechung vom 26. 8. 1917 (Anm. 6) auf die Unzufriedenheit in der Baudivision in Wilhelmshaven, der den Staatssekretär sofort zu einem Telegramm an die Marinestationen in Kiel und Wilhelmshaven veranlaßte, diese Einheiten mit besonderer Aufmerksamkeit zu beobachten (MGFA MA/RMA, Nr. 3141, I. 3. 1. 1c, Bd. 1). Zur Stellungnahme Noskes in dieser Besprechung vgl. auch WUA, Bd. 9/I, S. 90. Der Reichstagsabgeordnete Dr. Pfleger übergab bei dieser Gelegenheit die Briefe des Obermatrosen Lotter, vgl. Anm. 26.

[31]) Vgl. hierzu die Vorgänge um den Abschiedsbrief des Oberheizers Reichpietsch an seine Eltern vom 30. 8. 1917, in dem er um ein Begnadigungsgesuch an den Kaiser bat (WUA, Bd. 9/I, S. 77 f., S. 135 f.; sowie den Schriftwechsel zwischen dem Reichsmarineamt und dem IV. Geschwader in dieser Angelegenheit vom 20./23. 11. 1917 in: MGFA MA/KdH, Nr. 788, Gg. 5. a, Bd. 2, und MGFA MA/RMA, Nr. 7635, III. 2., Bd. 1). Der Brief wurde erst nach der Exekution an die Eltern abgesandt.

384.

Schreiben des Oberbefehlshabers der Ostseestreitkräfte an den Staatssekretär des Reichsmarineamts betr. die dienstliche Verteilung politischer Schriften.

2. 9. 1917, Kiel, B. Nr. G. 6113 A 3, Persönliches! Ganz Geheim! — MGFA MA/MK, Nr. 3440, XXV. c, Bd. 1, Abschrift.[1])

In dem erwähnten Schreiben[2]) sehen Euer Excellenz die *dienstliche* Verbreitung von Schriften *politischen* Inhaltes als *nicht angängig* an und ersuchen daher, von der Verteilung derartiger Literatur *grundsätzlich* abzusehen.

Als militärischer Befehlshaber halte ich *mich allein* für die Aufrechterhaltung einer guten Disziplin und eines königstreuen vaterländischen Geistes in meinem Befehlsbereiche in vollem Umfange Seiner Majestät dem Kaiser gegenüber für verantwortlich. Es muß daher *meiner* Entscheidung überlassen bleiben, in welcher Weise ich glaube auf die Gesinnung der mir unterstellten Leute einwirken zu können.[3])

Wenn ich auch allgemein an dem alten Grundsatze festhalte, daß Politik nicht in das Heer und die Marine hineingehört, so sehe ich doch heute in einer gesunden Aufklärung des Personals über Fragen allgemein politischen Interesses, wie sie jedem täglich in der Tagespresse entgegentreten, durch Verbreitung *guter* politischer Literatur, sofern diese keine ausgesprochene Parteitendenz hat und nicht im Widerspruche steht zu den von der Reichsregierung verfolgten politischen Zielen, geradezu eine *Notwendigkeit*. Es darf nicht vergessen werden, daß der größere Teil des Personals im Gegensatz zur Friedenszeit aus Reservisten und Seewehrleuten besteht, die in ihrem Civilleben — zum mindesten als Reichstagswähler — bereits mit Politik in Berührung gekommen sind. Besonders auf diese Leute muß die auch Euer Excellenz bekannte weitgehende heimliche Propaganda gerade derjenigen politischen Parteien, auf deren Führer die erwähnten Klagen im Hauptausschuß des Reichstages wohl mit Recht in erster Linie zurückgeführt werden dürfen[4]), von verderblichster Wirkung sein. Diesem von geschicktesten Elementen gewisser politischer Parteien betriebenen Unwesen vermag der politisch nicht halbwegs so geschulte militärische Vorgesetzte durch seine persönliche Aufklärung allein nicht einmal die Waage zu halten. Nur die Zuhilfenahme guter politischer Schriften kann und muß hier in Verbindung mit anderen Maßnahmen den Kehraus machen.[5])

---

[1]) In einem Auszug abgedruckt in: WUA, Bd. 9/I, S. 27.

[2]) Vgl. Nr. 381.

[3]) In welcher Weise der Oberbefehlshaber der Ostseestreitkräfte sich diese Einwirkung dachte, geht aus dem folgenden Dokument, Nr. 385, insbesondere Anm. 3, hervor.

[4]) Vgl. Nr. 381, Anm. 2.

[5]) In der Antwort des Chefs der Hochseestreitkräfte vom 3. 9. 1917 (MGFA MA/MK, Nr. 3440, XXV. c, Bd. 1) auf das Schreiben des Staatssekretärs vom 24. 8. 1917 heißt es: „Im Allgemeinen bestehen an keiner Stelle Zweifel darüber, daß politische Propaganda jeder Richtung an Bord nicht stattzufinden hat, unter den jetzigen Verhältnissen aber, wo wir gegen eine, mit allen bewährten agitatorischen Mitteln betriebene, revolutionäre Wühlarbeit zu kämpfen haben und wo dem einheitlichen Kampfgeist der Besatzungen planmäßig entgegengearbeitet

Sollten Euer Excellenz die gänzliche Ausschaltung der politischen Beeinflussung in der Marine vertreten, so darf ich ergebenst darauf hinweisen, daß Euer Excellenz mit dem Schreiben betreffend das Verbot des Haltens radikal-sozialistischer Zeitungen selbst dieses Prinzip durchbrochen haben.[6])

Ich bedauere daher, dem Ersuchen Euer Excellenz nicht stattgeben zu können.[7]) Dagegen werden mir Anregungen Euer Excellenz, die meine obige Aufgabe mir erleichtern, stets willkommen sein.[8])

Die übrigen Immediatstellen haben Abschrift dieses Schreibens erhalten.[9])

gez. Heinrich Prinz von Preußen.

---

wird, müssen wir alle Mittel benutzen, um die Besatzungen über die Lage bei unseren Gegnern und bei uns, und über die Ziele aufzuklären, für die sie weiter durchhalten müssen." Vgl. hierzu auch Nr. 377.

[6]) Vgl. Nr. 381.

[7]) Vgl. die Erwiderung des Staatssekretärs vom 15. 9. 1917, Nr. 387.

[8]) Der Chef des Marinekabinetts kommentierte das Schreiben durch folgende Bemerkung (7. 9. 1917) im Kopf der Vorlage: „Hoffentlich läßt sich das der Staatssekretär nicht gefallen."

[9]) Das Schreiben war gerichtet an die Chefs des Marinekabinetts, des Admiralstabes, der Marinestationen der Ost- und Nordsee, der Mittelmeerdivision, an den Kommandierenden Admiral des Marinekorps und an das Sonderkommando der Kaiserlichen Marine in der Türkei. — In Kenntnis des vorliegenden Schreibens wandte sich am 10. 9. 1917 Admiral Bachmann an den Staatssekretär (MGFA MA/MK, Nr. 3440, XXV. c, Bd. 1). In diesem Schreiben heißt es: „Auch im Gouvernementsbereich ist in einem Falle eine politische Schrift [Aus einem Randvermerk des Marinekabinetts geht hervor, daß es sich um die Broschüre aus dem Verlag Lehmann, München, „Deutschlands Zukunft bei einem guten und bei einem schlechten Frieden" (vgl. Nr. 346, Anm. 5 und 6) handelte. Admiral v. Müller bemerkte hierzu: „Ich kenne sie und mißbillige alle Schriften, die aus dieser Ecke kommen."] zur Verteilung gekommen, was zu verhindern ich keinen Anlaß sah, da ich die Überzeugung habe, daß wir einer gesunden Aufklärung — nicht durch hetzerische und einseitig parteipolitische, wohl aber durch gute allgemein politische Schriften, die im vaterländischen Sinne wirken, dringend benötigen. Es handelt sich in der jetzigen Lage nicht so sehr um die Beeinflussung der jungen aktiven Soldaten, die bisher mit keiner Politik in Berührung gestanden haben, als um die Leitung und Aufklärung der jetzt den größeren Bestandteil ausmachenden älteren Leute, die mindestens schon als Reichstagswähler Gelegenheit hatten, sich politisch zu betätigen. Es wäre geradezu bedenklich, wenn diese Marineangehörigen nur der einseitigen Beeinflussung durch die sozialdemokratische Tagespresse und die vielen im geheimen umlaufenden Schriften der U.S.P.D. ausgesetzt wären, deren vergiftender Einfluß sich leider schon in höchst bedenklicher Form gezeigt hat. Dieses Hetzmaterial von den Leuten fern zu halten, ist zwar das eifrigste Bestreben aller Dienststellen, seine gänzliche Unterdrückung wird aber wohl kaum zu erreichen sein. Ein Mittel, um dieser verderblichen Propaganda aufklärend und gegenwirkend zu begegnen, sehe ich in der Ausnutzung guter politischer Schriften [vgl. auch Nr. 386].

Ich verkenne nicht die schwierige Lage, aus der heraus Euer Exzellenz sich zu dem erwähnten Ersuchen veranlaßt gesehen haben, möchte aber bis zum Eingang einer gegenteiligen Äußerung annehmen, daß Euer Exzellenz dabei nur einseitig *partei*politische Schriften im Auge hatten und nicht verhindern wollten, daß durch gute politische Schriften allgemein nationalen Charakters den Vorgesetzten Stoff und Anregung zu gesunder Aufklärung ihrer Leute gegeben und diesen selbst solche Lektüre zugänglich gemacht wird, indem derartige Schriften beispielsweise in den Kasinos und Mannschaftslesestuben ausgelegt werden." Für den Gesamtzusammenhang vgl. Nr. 337.

385.

Weisung des Oberbefehlshabers der Ostseestreitkräfte an die Befehlshaber der unterstellten Verbände. Maßnahmen gegen die sozialistische Agitation.

4. 9. 1917, Kiel, Nr. P. 2142 A 3, Persönliches! Ganz Geheim! — MGFA MA/OdO, Nr. 1139, D.V.O. 2, Bd. 1, Entwurf.

Die Vorgänge auf Schiffen der Hochseestreitkräfte, denen Agitationen seitens der „Unabhängigen Socialdemokratie" zugrunde liegen, geben mir Veranlassung zu Vorbeugungsmaßnahmen. Neben einer scharfen Aufsicht durch die höheren Vorgesetzten, einem rücksichtslosen Einschreiten[1]) in Fällen solcher Umtriebe sehe ich das beste Mittel zur Bekämpfung des Umsichgreifens der Wirkung disciplinschädigender Agitationen in einer verständigen Belehrung und Aufklärung der Mannschaften durch geeignete ältere Offiziere tunlichst unter Anknüpfung an die kriegerischen und politischen[2]) Tagesereignisse. Als Anhalt für diese Belehrung soll die in der Anlage in Stichworten gegebene Richtlinie dienen.[3])

Sodann halte ich es für erforderlich, daß sich[2]) die[4]) Vorgesetzten[5]) durch sorgfältig auszuwählende Vertrauensleute dauernd[2]) über die Stimmung der Mannschaft unterrichtet halten.[6]) Hierdurch wird es möglich sein, rechtzeitig von dem

[1]) Handschriftliche Ergänzung: „und durchgreifende gerichtliche Untersuchungen".

[2]) Das vorangehende Wort ist in der Vorlage nachträglich durchgestrichen.

[3]) Der vorangehende Satz lautet in der endgültigen Fassung: „Für das Gebiet einer solchen Belehrung soll die Anlage einen Anhalt geben." Für die Anlage vgl. Nr. 341, Anm. 8. Daneben sind noch die der Anlage beigegebenen „Stichworte für die Aufklärung der Mannschaften" von Interesse: „a. *Ursachen des Krieges.* Englands Wirtschaftsneid, Unmöglichkeit für Deutschland, Krieg zu verhindern (Suchomlinow). b. *Verlauf des Krieges:* Vergleich unserer und der feindlichen Kriegführung. Bestreben Deutschlands, Krieg nur mit der bewaffneten Macht zu führen, Krieg unserer Feinde dagegen gegen das Volk. Verhalten der Feinde gegen die Neutralen. Verleumdung, Hetze und Bestechung. Englischer Aushungerungsplan — deutscher Ubootskrieg. Hierbei besonderes Verhalten Amrikas darlegen. Unausbleiblicher Erfolg des Ubootkrieges beim Durchhalten. (Schriften des Admiralstabs!) c. *Gegnerische und eigene Friedensziele.* Eigene Kriegsziele allgemein behandeln. Unmöglichkeit, Frieden auf dem Stande vom 1. 8. 14 zu schließen, da Feinde gesamte deutsche Außenwirtschaft vernichtet haben und Lasten des Krieges für uns unerträglich sind. Schädlichkeit weiterer Friedensangebote oder Friedensdemonstrationen betonen, da Wirkung kriegverlängernd. (Auslegung als Schwächezeichen). d. Unsere *Wehrpflicht* und die der Gegner. Kriegsvorbereitungen, Rüstungswettstreit. Preußischer Militarismus leeres Schlagwort; Englische See-Hegemonie[?]. e. Unsere *Staatsverfassung.* Dagegen die der Hauptgegner. Rechte und Pflichten der Staatsbürger in den verschiedenen Verfassungen. Soziale und wirtschaftliche Lage der arbeitenden Klassen. Demokratie in Wirklichkeit Plutokratie. Aufstieg aus unterster Klasse in Deutschland sehr leicht. Demokratische Institutionen in Heer und Marine bereits vorhanden. Aufstieg vom Gemeinen zum Offizier bereits im Frieden (Feuerwerkoffz. pp.). Preußische Könige stets große Fürsorge für untere Klassen. f. *Wohlfahrtswesen.* Versicherungen (Alters-, Unfall-, Invaliden-pp.)."

[4]) Handschriftlich ergänzt: „höhern".

[5]) Handschriftliche Ergänzung: „dafür Sorge tragen, daß Offiziere und Unteroffiziere sich auch außerdienstlich um die Leute kümmern und empfehle ihnen, sich außerdem".

[6]) Handschriftlich verbessert in: „die Stimmung der Besatzung zu unterrichten".

Einsetzen unerlaubter Propaganda Kenntnis zu erhalten, die[7]) schlechten Elemente unter den Leuten herauszufinden und die erforderlichen Gegenmaßnahmen[8]) zu treffen.

Daneben weise ich besonders[2]) darauf hin, daß der socialistischen Propaganda unter den Besatzungen der größte Nahrungsstoff zugeführt wird durch den jetzigen Verhältnissen nicht entsprechendes Verhalten der Vorgesetzten, besonders in allem, was mit der Verpflegung zusammenhängt. Es läßt sich beispielsweise nicht miteinander vereinbaren, daß der Vorgesetzte seine Leute zur Zufriedenheit mit der jetzigen etwas kärglichen Verpflegung ermahnt und selbst, wenn auch nur gelegentlich, größere Feiern in der Messe veranstaltet oder sich über die gewöhnliche Zeit hinaus abends trinkend in der Messe aufhält.[9]) Das System der allgemein gleichen Rationierung an Land sowie die gleiche Verpflegungsart von Offizieren und Mannschaften im Felde zwingen dazu, daß sich der Offizier an Bord mit den ihm zustehenden Mengen begnügt und jeglichen Luxus vermeidet.[10]) Ich ersuche auf diesem Gebiete besonders auf das Offizierkorps einzuwirken.[11])

Die Unteroffiziere haben auch auf den größeren Schiffen wieder wie früher soweit angängig an den Mannschaftsbacken ihre Mahlzeiten einzunehmen.[12])

Vierteljährlich, zunächst am 1. 10., sehe ich einem kurzen Bericht über die Stimmung der Mannschaft und über die Disciplin entgegen.

H[einrich Prinz von Preußen][13])

[7]) Handschriftlich ergänzt: „rechtzeitig die schlechten Elemente".

[8]) Handschriftlich ergänzt: „rechtzeitig".

[9]) Handschriftlich korrigiert in: „und selbst, wenn auch nur gelegentlich, bei größeren Feiern in der Messe sich keine Beschränkungen auferlegt oder über die gewöhnliche Zeit hinaus abends der Geselligkeit huldigt".

[10]) Handschriftlich verändert in: „daß der Offizier an Bord ebenfalls sehr einfach lebt und jeglichen Luxus vermeidet".

[11]) Vgl. hierzu Nr. 334, Anm. 9. Der Gouverneur von Kiel wies in einem Befehl vom 11. 9. 1917 auf das unwürdige Verhalten junger Offiziere nach einem Kasinobesuch hin, das das Ansehen des Offizierstandes auf nicht wieder gutzumachende Weise schädige (MGFA MA/OdO, Nr. 1265, C. I. 96, Bd. 1).

[12]) Der vorangehende Satz lautet in der endgültigen Fassung: „Was die Unteroffiziere betrifft, so empfehle ich, möglichst viele wieder wie früher mit den Mannschaften essen zu lassen."

[13]) Der Oberbefehlshaber zeichnete den Entwurf am 3. 9. 1917 ab, er wurde jedoch erst am folgenden Tage ausgefertigt.

386.

Schreiben des Gouverneurs des Reichskriegshafens Kiel an das preußische Kriegsministerium. Notwendigkeit einer umfassenden Aufklärung der Öffentlichkeit über die feindliche Propaganda.

10. 9. 1917, Kiel, St. O. 5694 G. — MGFA MA/OdO, Nr. 1139, D.V.O. 2, Bd. 1, Abschrift.

Auf das gefällige Schreiben vom 29. August lfd. Jahres B. Nr. 5608.17 g A 1[1])

[1]) Vgl. Archivalische Forschungen 4/II, Nr. 190, S. 676 ff.

und unter gleichzeitiger Bezugnahme auf das Schreiben des Kriegsministeriums, Kriegsamts, vom 24. August lfd. Js. B. Nr. 1033/7.17 AZS. 1.[2])

Sowohl der 2. wie der 3. September sind ohne Jugendversammlungen[3]) oder Proteststreiks im hiesigen Gouvernementbereich vergangen.

Trotzdem in der hiesigen Arbeiterschaft ein ziemlich starker und extremer Flügel der unabhängigen Sozialdemokratie sich befindet, konnte nach den örtlichen Beobachtungen angenommen werden, daß diese aus der Schweiz stammenden Aufrufe im Sinne der Agenten nicht genügend bekannt geworden waren, und daß die hiesige Arbeiterjugend nicht geeignet war, diesem Aufrufe zur Revolutionierung Folge zu leisten. Es ist deshalb auch unterlassen worden, einen Gegenaufruf öffentlich anzuschlagen, oder durch die Presse irgend eine Gegenaktion einzuleiten[4]), da sonst die Allgemeinheit, gerade unmittelbar vor der Möglichkeit des Eintreffens einer solchen aufständischen Bewegung, darauf aufmerksam gemacht worden wäre und die betreffenden feindlichen Agenten damit neben einer gewissen Reklame doch eine Beunruhigung der Behörden und der Bevölkerung, also jedenfalls einen Teil ihres Bestrebens, erreicht hätten.[5])

Zum Erlaß eines Aufrufes war in Kiel um so weniger Veranlassung gegeben, als das Gouvernement erst am 12. August mit einem längeren Aufruf sich an die Arbeiter aller bedeutenden Rüstungs-Industrien gewendet hatte und durch diesen nur in den Werkstätten zum Anschlag gekommenen Aufruf alles das zum Ausdruck gebracht hatte, was sich unter den gegebenen Verhältnissen sagen ließ.[6])

---

[2]) Vgl. GLA Karlsruhe Abt. 456, Bd. 77; das Schreiben ist an die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände gerichtet.

[3]) Vgl. die verschiedenen Streikaufrufe der sozialistischen Jugendbewegung in: Archivalische Forschungen 4/II, Nr. 186, 189, S. 663 ff., und Dokumente und Materialien II/1, Nr. 233, S. 669 f.

[4]) Wie es das preuß. Kriegsministerium vorgeschlagen hatte. Vgl. die entsprechende Bekanntmachung des stellv. Generalkommandos des IV. AK vom 31. 8. 1917, Archivalische Forschungen 4/II, Nr. 187b, S. 665 ff.

[5]) Von denselben Überlegungen ließ sich das bayer. Kriegsministerium leiten, als es das Schreiben des preuß. Kriegsministeriums den bayer. stellv. Generalkommandos gar nicht erst mitteilte, vgl. BHStA IV München MKr, 11528.

[6]) Abdruck des Aufrufs in: MGFA MA/RMA, Nr. 4390, XX. 33, Bd. 5. In dem Aufruf heißt es u. a.: „Die ganze Welt weiß, daß Deutschland an sich den Frieden erstrebt, allerdings einen solchen, der ihm seine Zukunft sichert und der des Blutes der Millionen die sich für den Bestand des Reiches geopfert haben, wert ist. [...] Unsere Feinde wollen keinen Verständigungsfrieden. Sie wollen Deutschland, wie es von Anfang an der Zweck ihres gemeinschaftlichen, hinterlistigen Überfalls war, vernichten. Nachdem ihm [dem Feind] dies militärisch nicht gelungen ist und unsere strategische Lage augenblicklich besser ist als seit langer Zeit, nachdem der gegen uns geplante Hungerkrieg ebenfalls hinfällig geworden ist, soll Deutschland im Innern vergiftet und dadurch uneinig und wehrlos gemacht werden. [...] Die berufendsten Vertreter der Arbeiterschaft haben erst kürzlich bei der von allen Parteien des Reichstags veranstalteten vaterländischen Feier des 4. August den Gedanken weit von sich gewiesen, daß die deutsche Arbeiterschaft in dieser schweren Zeit ihr Vaterland in Stich lassen könnte.
Handelt danach und weist alle Hetzereien nicht bloß von Euch, sondern macht sie durch festen, vaterländischen Zusammenschluß gegenstandslos.
Denjenigen aber, der trotzdem noch an Euch mit einem solchen Ansinnen herantritt, den überliefert dem strafenden Arm der Gerechtigkeit. Es gibt kein Denunziantentum, wenn man

Das Kriegsamt in Berlin war durch Telegramm vom 11. August[7]) und durch Schreiben vom 18. August[7]) von diesen Ereignissen unterrichtet worden. Ein Abdruck des damals erlassenen Aufrufes wird zur gefälligen Kenntnis beigelegt.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit bemerken, daß ich es nicht für nützlich halten würde, wenn irgendwo in Deutschland auf den Aufruf des Reichskanzlers vom 25. April 1917[8]) zurückgegriffen werden würde, wie dies das Kriegsamt in seinem eingangs angeführten Schreiben vom 24. August 1917[2]) empfiehlt. Solche Aufrufe müssen stets unmittelbar aus dem Gebote der Stunde geboren, und der augenblicklichen Sachlage angepaßt werden, damit sie die breiten Massen bei jenen Fragen zu packen imstande sind, die augenblicklich die Gemüter erregen.

Der Umstand, daß, wie das Kriegsamt erst vor kurzem mitgeteilt hat, in den neutralen Ländern rings um Deutschland, großzügige feindliche Organisationen bestehen, die mit unbeschränkten Mitteln nur den einen Zweck verfolgen, Deutschland hinterlistigerweise zur Revolution zu bringen, es dadurch seiner starken Zentralmacht zu berauben und dem Feinde auf diesem Wege den Sieg zu ermöglichen, auf den er selbst sonst nicht mehr zu hoffen sich unterfängt, im Zusammenhang mit den Tatsachen, daß der extreme Flügel der unabhängigen Sozialdemokraten offenbar seit Monaten emsig bei der Arbeit ist, um eine Untergrabung der Disziplin im Heere und der Marine herbeizuführen, läßt es für zwingend notwendig erscheinen, daß von den Zentralstellen des Reiches, womöglich im Reichstage selbst, in breitester Öffentlichkeit auf die Gefahr hingewiesen wird, die dem deutschen Volke durch diese zielbewußte und mit großem Apparat arbeitende Organisation droht.[9])

Es ist selbst[10]) vielen amtlichen Stellen unbekannt, in welcher Weise und zu welchem Zwecke diese feindlichen Organisationen arbeiten, und daß manche Erscheinung des öffentlichen Lebens, die sonst unverständlich ist, auf sie zurückzuführen sein wird. Die Bevölkerung weiß im Allgemeinen überhaupt nichts davon. Kleinere Andeutungen in den Tageszeitungen sind nicht durchgedrungen. Es kann mit größter Zuversicht angenommen werden, daß die ganze Bevölkerung einschließlich des überwiegenden Teiles der Arbeiterschaft künftigen Erscheinungen dieser feindlichen Zersetzungs-Organisation, die an den Einzelnen herantreten, mit viel größerem Mißtrauen und mit bereitwilligerer Ablehung gegenübertritt, wenn sie sich sagen kann, daß auch dies wiederum auf die feindliche Agitation zurückzuführen ist. Die Handzettelverteilung wird voraussichtlich bald da bald dort wieder aufflackern, um bei irgendeiner günstig erschei-

einen Vaterlandsverräter unschädlich macht, sondern notwendige und selbstberechtigte Selbsthilfe.
Gott schütze Deutschland vor seinen inneren Feinden, mit seinen äußeren wird es schon fertig werden." Auch der Gouverneur des Reichskriegshafens Wilhelmshaven erließ eine ähnliche öffentliche Bekanntmachung, ebenso das stellv. Generalkommando des IX. AK am 14. 8. 1917 (MGFA MA/StN, Nr. 5473, G. 10, Bd. 1). Vgl. in diesem Zusammenhang auch Archivalische Forschungen 4/II, Nr. 198, S. 699 f.

[7]) Liegt nicht vor.

[8]) Vgl. Nr. 289, Anm. 19.

[9]) Vgl. hierzu Nr. 326, 330, 332, 336 und 409.

[10]) In der Vorlage handschriftlich ergänzt: „sehr".

nenden Gelegenheit in hinterhältiger Weise einen eigentlich von niemand gewollten, und auch von den Arbeitern nicht beschlossenen Streik hervorzurufen. Ebenso wird der bisherige Versuch, auf die Arbeiterjugend einzuwirken, nicht der einzige bleiben, und die gefährlichen Unternehmungen gegen die Disziplin in Heer und Marine, namentlich gegenüber dem in der Heimat gebliebenen Teil, werden weitergehen. Der Schlußsatz in dem Aufruf „Demonstrationsstreik“[11]) der klipp und klar die Aufforderung enthält: „Widerhandelt den Befehlen! Schießt nicht auf Vater und Mutter! auf mutige Kämpfer für die Sache des internationalen Proletariats, die auch die eure ist! Werdet selbst Soldaten der Revolution!“ läßt darüber keinen Zweifel.

Mit örtlichen Maßnahmen läßt sich einer derartig planmäßigen über ganz Deutschland verbreiteten Agitation nur im beschränkten Maße entgegentreten. Dagegen wird die Aufklärung des Volkes durch die Zentralstellen des Reiches und durch die gesamte dafür verfügbare Presse einen tiefgreifenderen und sichtbareren Erfolg zeitigen. Erst wenn das Volk die Gefahr kennt, der es ausgesetzt ist, und wenn auch der einfache Mann die feindliche Absicht begriffen hat, ist die Gefahr beschworen. Irgendeine Geheimhaltungsnotwendigkeit wird diesen Gegenmaßregeln nicht entgegenstehen. Die feindliche Agitation wird viel mehr geschädigt, wenn ihre Maulwurfsarbeit ans Licht gezogen wird, als wenn sie diese unerkannt fortzusetzen vermag.

Die Tatsache, daß die Tageszeitungen den Mannschaften allgemein zugänglich sind und daß sie daraus vielfach ihre Stimmungen und Ansichten schöpfen, würde es auch sehr begrüßenswert erscheinen lassen, wenn alle feindlichen Kundgebungen, die auf dieses Ziel der Hervorrufung innerer Unruhen gerichtet sind, wie z. B. die letzte Wilson-Note[12]), gleich bei ihrer Veröffentlichung mit lapidaren Sätzen als solche gebrandmarkt werden würden, damit sie von Anfang an ihr gewünschtes Ziel nicht erreichen.

Die großen militärischen Interessen, die deshalb mit dieser Frage verknüpft sind, weil ein Übergreifen dieser ganzen innerpolitischen Bewegung auf die bewaffnete Macht vom Feinde ja in erster Linie gewollt ist, rechtfertigen es, daß von militärischer Seite auf die Notwendigkeit dieser Abwehrmaßregeln hingewiesen wird.

gez. Bachmann.

[11]) Vgl. Nr. 383, Anm. 10.

[12]) Es dürfte sich hierbei um die Antwortnote Lansings vom 27. 8. 1917 an den Papst handeln. Vgl. Schulthess 1917/II, S. 901 ff.

387.

Schreiben des Staatssekretärs des Reichsmarineamts an den Oberbefehlshaber der Ostseestreitkräfte[1]) betr. die dienstliche Verteilung politischer Schriften.

15. 9. 1917, A. IV. 10204, Ganz geheim. Persönliches. — MGFA MA/MK, Nr. 3440, XXV. c, Bd. 1, Abschrift.[2])

Mir liegt nichts ferner als eine Einmischung in die Befugnisse der militärischen Befehlshaber auf dem Gebiete der Erhaltung der Disziplin.

Auch hinsichtlich der Notwendigkeit einer gesunden Aufklärung durch die militärischen Vorgesetzten bei der Truppe zur Erhaltung königstreuen und vaterländischen Geistes stehe ich ganz auf dem Boden der dortigen Ausführungen, ebenso wie ich für die Abwehr gefährlicher politischer Beeinflussung durch Verbot der Zeitungen usw. der unabhängigen Sozialdemokratie die politische Verantwortung übernommen habe.[3])

Mein Ersuchen vom 24. August 1917[4]) bezieht sich auf die *Form* der Verbreitung politischer Schriften. Geschieht solche Verbreitung durch eine Kommandostelle unter *amtlichen* Formen, dienstliche Verteilung z. B. durch den Kommandobefehl, so sind die politisch anders Urteilenden geneigt, darin eine Begünstigung ihrer politischen Gegner und damit eine ausdrückliche Parteinahme seitens der betreffenden militärischen Kommandostellen zu erblicken.

Aus diesem Grunde haben sämtliche liberalen Parteien des Reichstages einschließlich des Zentrums und der Nationalliberalen durch ihre Redner im Hauptausschuß ein solches Verfahren ausdrücklich für unzulässig erklärt und um Abstellung ersucht.[5]) Die Konservativen haben geschwiegen. Angesichts dieser Konstellation hätte eine Abweisung des Wunsches der großen Mehrheit unserer Volksvertretung zu einem Konflikt zwischen der Marine und ihr führen müssen, den ich unter den heutigen Umständen aus solchem Grunde um so weniger zu verantworten in der Lage bin, als meines Erachtens die wünschenswerte Aufklärungstätigkeit auch ohne die dienstliche Verteilung politischer Schriften durchführbar ist.

Ich darf darauf hinweisen, daß mein Ersuchen weder die Offiziere noch die einzelnen Dienststellen darin beschränkt, sich für den eigenen Bedarf geeignete Literatur selbständig zu beschaffen. Ebenso wenig steht es der Weitergabe des vom Kriegspresseamt für Vorträge und Belehrungen überwiesenen Materials entgegen.

Würde andererseits an dem Verfahren festgehalten, daß hohe Kommandostellen der Marine ihre *amtlichen* Wege zur Verbreitung einzelner politischer Schriften durch Verteilung an der Front zur Verfügung stellen, so besteht unter den

[1]) In Erwiderung auf dessen Schreiben vom 2. 9. 1917, Nr. 384.

[2]) Das Schreiben wird erwähnt in: WUA, Bd. 9/I, S. 28.

[3]) Vgl. Nr. 379.

[4]) Vgl. Nr. 381.

[5]) Vgl. Nr. 381, Anm. 2, sowie Quellen I/1, Bd. 1, Nr. 30, S. 131, und Nr. 43a, S. 208; WUA, Bd. 3, S. 270 f.; Quellen I/3, Bd. 2, Nr. 452, 454, 458, S. 326 ff.

gegenwärtigen Verhältnissen die Gefahr, daß der Anspruch auf gleiche Behandlung für Schriften aller Parteirichtungen erhoben wird.

Schon die Erörterung dieser, militärisch natürlich unerfüllbaren, Forderung könnte, angesichts der auch in den bürgerlichen Mehrheitsparteien vorhandenen Auffassungen, der beabsichtigten Aufklärungstätigkeit in der Truppe nur hinderlich werden. Deshalb halte ich es für den geringeren Nachteil, auf die *dienstliche Verteilung* politischer Schriften in der Marine überhaupt zu verzichten.

Mein Ersuchen vom 24. August stellt eine Maßnahme der inneren Politik dar, für die das Kaiserliche Kommando die Verantwortung gewißlich mir zusprechen wird.

Sollten meine Ausführungen Billigung finden[6]), was ich erwarten darf, so erübrigt sich für mich einen Allerhöchsten Befehl zu erbitten, was ich im Kriege und unter den jetzigen Verhältnissen wenn irgend möglich vermeiden muß.

Die übrigen Immediatstellen haben Abschrift erhalten.[7])

gez. v. Capelle.

[6]) Vgl. Nr. 391.

[7]) Vgl. hierzu Nr. 384, Anm. 9. Das Kommando der Hochseestreitkräfte unterrichtete die Befehlshaber der unterstellten Verbände am 26. 9. 1917 von dem Schreiben des Staatssekretärs, dessen Bekanntgabe auf die Stabsoffiziere beschränkt wurde (MGFA MA/KdH, Nr. 3300, A. 1. Gg. XIa, Bd. 1).

388.

Schreiben des Oberbefehlshabers der Ostseestreitkräfte an die Immediatbehörden der Marine[1]) über den Beitritt von Marineoffizieren zur Deutschen Vaterlandspartei.

16. 9. 1917, Kiel, B. Nr. P. 2241 A 3, Geheim! Persönliches! — MGFA MA/MK, Nr. 3440, XXV. c, Bd. 1, Ausfertigung.[2])

Hier ist die Frage aufgeworfen worden, ob es dem Offizier gestattet ist, der neugegründeten „Deutschen Vaterlandspartei" als Mitglied beizutreten.[3]) Um

[1]) Mit Ausnahme des Reichsmarineamts.

[2]) Auszugsweise abgedruckt in: WUA, Bd. 9/I, S. 29. Für den Entwurf der Vorlage vgl. MGFA MA/OdO, Nr. 1139, D.V.O. 2, Bd. 1. Admiral v. Müller vermerkte am 23. 9. 1917 im Kopf der Vorlage: „Keine Stellungnahme nötig."

[3]) Zur Gründung der Deutschen Vaterlandspartei am 2. 9. 1917 vgl. Schulthess 1917/I, S. 782 ff., sowie K. Wortmann, Geschichte der Deutschen Vaterlandspartei 1917—1918, Halle 1926; Fischer, S. 565 ff.; Einem, S. 341 f. (Brief vom 27. 9. 1917); Groener, S. 558 (Eintragung vom 30. 9. 1917); Müller, S. 324 (Eintragung vom 8. 10. 1917); Feldman, S. 430 f. Zur Förderung der Partei durch die Industrie vgl. das Protokoll der Hauptvorstandssitzung des Vereins Deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller vom 24. 9. 1917, BA Koblenz R 13 I, Nr. 152. Einige Hinweise auf die Förderung der Vaterlandspartei durch offizielle Stellen ergeben sich aus dem Nachlaß Tirpitz. In einem Brief an Johann Albrecht von Mecklenburg vom 12. 10. 1917 (Nachlaß Tirpitz, K 104) berichtet der Großadmiral von einer einstündigen Unterredung Kapps mit dem Reichskanzler am 10. 10. 1917, der keine Einwendungen erhoben habe. Das Kriegspresseamt lasse alle Schriften der Partei unzensiert passieren. In einem Brief vom

einer grundsätzlichen Regelung dieser Frage nicht vorzugreifen, ist zunächst die Genehmigung hierzu nicht erteilt worden. Immerhin erscheint jedoch eine eingehende Prüfung dieser Angelegenheit angebracht.[4])

Zunächst ist zu unterscheiden zwischen aktiven und inaktiven Marineangehörigen. Letzteren ist die Zugehörigkeit zu einer politischen (nationalgesinnten) Partei als Mitglied unbenommen, auch während der Ableistung von Übungen oder während der Einberufung in der Kriegszeit; ein Beitritt zu der neugebildeten Partei dürfte daher ebenfalls möglich sein.

Sodann ist zu erwägen, ob die Vaterlandspartei eine ausgesprochen politische Partei ist. Da sie nicht in der Volksvertretung vertreten sein wird, ihr Zweck vielmehr lediglich der Zusammenschluß aller königstreu gesinnten Deutschen ist gegenüber den die innere Einigkeit angreifenden Elementen, ist diese Frage zu verneinen.[5]) Sie dürfte mithin eher mit dem Flottenverein, Wehrverein und ähnlichen Institutionen auf die gleiche Basis zu stellen sein als mit den Reichstagsparteien. Hiernach wäre mithin auch gegen den Beitritt aktiver Marineangehörigen grundsätzlich nichts einzuwenden.

Schließlich fragt es sich aber, ob der guten Sache durch den Beitritt von Offizieren pp. genützt wird; und diese Frage ist zu verneinen. Es ist zweifellos erstre-

---

15. 10. 1917 berichtet Großadmiral v. Koester, daß alle Gliederungen des Flottenvereins aufgefordert seien, für einen Beitritt der Vereinsmitglieder zu werben. Der Oberwerftdirektor in Danzig, Kontreadmiral Hollweg, schrieb am 24. 10. 1917 (Nachlaß Tirpitz, S. 6), daß er die Werbung in jeder Weise unterstütze. Am 6. 11. 1917 konnte Tirpitz Johann Albrecht von Mecklenburg berichten (Nachlaß Tirpitz, K 104), daß eine Unterredung mit Ludendorff ein greifbares Ergebnis nicht gebracht habe; auch dort wurde der Name „Partei" als Fehler betrachtet und eine Änderung „in vorsichtiger und übergleitender Weise für ausführbar gehalten".

[4]) Vgl. auch Nr. 416.

[5]) Vgl. hierzu Nr. 410.

[6]) Korvettenkapitän v. Selchow begrüßte begeistert die Gründung der Deutschen Vaterlandspartei. „Es war [die Mitteilung der Gründung durch Graf Reventlow] wie wenn in zwölfter Stunde ein Stern aufgeht, auf den nun alles seine letzten Hoffnungen setzt. Denn was uns fehlt, das ist ja die innere Einigkeit und der Siegeswille. Von außen her wird und kann man uns nicht totschlagen. Unser schlimmster Feind sind wir selbst." (Eintragung vom 8. 9. 1917). Und am 26. 9. 1917 notierte er über ein Gespräch mit dem ehemaligen Gesandten in Stockholm, v. Reichenau: „Ich entgegnete ihm, er kenne ja meine Auffassung über die Vaterlandspartei. Sie käme leider ein Jahr zu spät, und es würde ihr wohl kaum noch gelingen, das Vaterland zu retten. Aber wie die Verhältnisse nun einmal lägen, sei es doch der einzige Weg, auf dem überhaupt noch eine Rettung möglich sei. Täten wir garnichts oder begäben wir uns in das Fahrwasser der Erzberger und Scheidemann, dann sei nicht nur der Krieg, sondern auch Staat und Dynastie verloren. Und wenn der Stellvertretende Chef des Generalstabes, Exc. v. Freytag-Loringhoven, den ihm unterstellten Offizieren den Eintritt in die Vaterlandspartei verboten habe, dann wisse ich nicht, wie er in diesem Augenblick ein solches Verbot vor der Weltgeschichte verantworten wolle. Jedenfalls könne ich einem solchen Mann, so sehr ich ihn auch persönlich geschätzt habe und so gern ich mich auch immer mit ihm unterhielte, in politischer Beziehung kein Vertrauen mehr entgegenbringen." (Nachlaß Selchow, Logbuch Nr. 36). Kontreadmiral v. Trotha beglückwünschte Tirpitz am 11. 9. 1917 (Nachlaß Tirpitz K 6) zur Gründung der Vaterlandspartei und schrieb: „Der Deutsche braucht Führung und will sie haben; er ist geschaffen einheitlich gelenkt zu werden. Aus dieser Nationaleigentümlichkeit erwachsen seine großen nicht nachzuahmenden Leistungen, aber auch seine Hilflosigkeit, wenn eben ein führender Geist fehlt."

benswert, wenn die Partei ihre Mitgliederzahl gerade aus den bürgerlichen Kreisen rekrutiert; der Endzweck, die Bekämpfung der Anhänger eines Verzichtfriedens, wird sich in diesem Falle besser erreichen lassen, als wenn durch den Beitritt zahlreicher Militärpersonen der Anschein erregt wird, als stände die „Militärpartei" hinter der Neugründung.

Es wird deshalb für richtig gehalten, daß die Marineangehörigen der Vaterlandspartei nicht beitreten.[6]) Hierbei bleibt es ihnen trotzdem unbenommen, durch Geldzuweisungen die gute Sache zu fördern.[7])

Heinrich Prinz v. Preußen.

[7]) Zwei Tage nach dieser Stellungnahme am 18. 9. 1917 fand in Wilhelmshaven beim Chef der Marinestation der Nordsee, Admiral v. Krosigk, eine Kommandeursitzung über dieselbe Frage statt. Das Ergebnis der Besprechung faßte Krosigk in einer Aufzeichnung zusammen, die allen unterstellten Dienststellen mitgeteilt wurde: „Wenn auch die Vaterlands-Partei in ihrem Aufruf darauf hinweist, daß sie keine politische Partei sei, so muß doch gesagt werden, daß dies auf die Dauer nicht der Fall sein kann. Z. B. ist ihr innerpolitisches Ziel, den Beweis zu führen, daß weiteste Kreise des Deutschen Volkes nicht mit der Resolution der Reichstagsmehrheit übereinstimmen. — Meine Ansicht geht dahin, daß weder Offiziere noch Mannschaften, solange sie zum aktiven Dienst eingezogen sind, einer Partei oder [einem] Verein beitreten können, bei dem die Möglichkeit besteht, in Gegensatz zur Regierung zu kommen. Dagegen ist jede Sympathiebezeugung durchaus erwünscht, sogar geboten durch Überweisung eines Beitrages mit dem Hinzufügen, daß man nicht in die Parteiliste aufgenommen werden möchte, da das für eine aktive Militärperson nicht angängig erscheine. Hauptsache, daß Partei reichlich unterstützt wird, und zwar spielt dabei die Höhe des Betrages nicht annähernd eine solche Rolle wie daß *möglichst viele* Stimmen sich zu Gunsten der von der Deutschen Vaterland-Partei angestrebten Ziele der letzteren mitteilen, damit zum Ausdruck kommt, wie weite Kreise hinter ihren Zielen stehen. Ich empfehle jedem, in seinem Kreise in diesem Sinne zu wirken, jedoch unter keinen Umständen in der Form einer Propaganda unter den *Mannschaften*. Frauen können meiner Ansicht nach in die Partei als Mitglied eintreten. Jede aktive Militärperson kann also außerdem daß die Frau Mitglied wird, als Zweiter seinen Beitrag schicken." (MGFA MA/OdO, Nr. 3440, XXV. c, Bd. 1). Der Text dieser Aufzeichnung wurde am 18. 1. 1918 im Hauptausschuß des Reichstages vom Abgeordneten Ebert verlesen und führte auf Initiative des Staatssekretärs zu einer Mißbilligung des Verhaltens des Admirals durch den Kaiser. Für diese Vorgänge vgl. MGFA MA/MK, Nr. 3440, XXV. c, Bd. 1, sowie Müller, S. 351; Quellen I/1, Bd. 2, Nr. 141a, S. 104 ff. und WUA, Bd. 9/I, S. 29 f. In Bayern forderte im August 1917 der Kommandeur eines Ersatzbataillons seine Offiziere beim Mittagstisch zum Beitritt auf und alle trugen sich in die vorbereitete Liste ein. In einer Stellungnahme vom 23. 2. 1918 (BHStA IV München MKr, 11523) begründete er sein Verhalten mit der Notwendigkeit, erzieherisch auf die vor allem aus dem Beurlaubtenstande kommenden Offiziere des Bataillons, „die gewöhnt sind, Zeitungen verschiedener Richtungen zu lesen und sich mit Politik zu befassen", einzuwirken. „Wenn keine Gegenwirkung stattfindet, so werden namentlich die jüngeren Offiziere durch die Freiheitsphrasen der um die Volksgunst buhlenden demokratischen Blätter derart beeinflußt, daß sie einer ernstlichen Probe auf ihre königstreue Gesinnung nicht mehr standhalten." Vgl. auch die Ausführungen des nationalliberalen Abgeordneten Dr. Cremer am 23. 9. 1917, Quellen I/5, Nr. V, S. 399 f., sowie S. 412 und 429 ff.

389.

Schreiben des preußischen Kriegsministeriums an die bundesstaatlichen Kriegsministerien und die stellv. Generalkommandos betr. die Einberufung wehrpflichtiger Arbeiter bei Streiks.[1])

21. 9. 1917, Nr. 5121/17. g. A 1, Geheim! — MGFA MA/StN, Nr. 5473, G. 12, Bd. 1, gedrucktes Exemplar.

Bei Streiks Wehrpflichtige im Wege der öffentlichen Aufforderung zu militärischen Dienstleistungen in Kriegswirtschaftsbetrieben heranzuziehen, dergestalt, daß sie dann als Heeresangehörige gelten, ist nur dann angängig, wenn die Betriebe unter militärische Leitung gestellt sind.[2])

Bedingung ist, daß Tag, Ort und Stunde der Gestellung zur Dienstleistung in den betr. Betrieben in der öffentlichen Aufforderung angegeben sind. Da § 42 Ziffer 1 der H[eer-] O[rdnung][3]) die Einberufung durch die Bezirkskommandos vorschreibt, so ist die Aufforderung zur Vermeidung ihrer etwaigen rechtlichen Anfechtung durch die Bezirkskommandos verbreiten zu lassen.[4])

Von dieser Einberufung werden erfaßt: die kriegsbrauchbaren Mannschaften des Beurlaubtenstandes und des ausgebildeten Landsturms sowie die Angehörigen des unausgebildeten Landsturms, die gemustert und als kriegsbrauchbar ausgehoben sind, einschließlich der Zurückgestellten.

---

[1]) Zur „Militarisierung" kriegswirtschaftlich wichtiger Betriebe vgl. Nr. 242, 289, 376, 444 und 445.

[2]) Über die Form, in der eine Militarisierung vollzogen werden sollte, herrschten bei den einzelnen stellv. Generalkommandos offensichtlich unterschiedliche Auffassungen. So entwarf das stellv. Generalkommando des XIII. AK am 11. 8. 1917 für einen befürchteten Streik in der Friedrichshafener Industrie eine Verordnung auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand, wonach den Belegschaften einzelner Firmen „die Verweigerung der ihnen von den berufenen Vertretern" der Firmen „zugewiesenen Beschäftigung und insbesondere die Niederlegung der Arbeit im ganzen" verboten wurde. Es wurde den Belegschaften befohlen, „die ihnen bisher obliegende Arbeit einstweilen zu den seitherigen Bedingungen fortzusetzen". Das preuß. Kriegsministerium, dem diese Verordnung zur Begutachtung vorgelegt wurde, erhob zwar keine rechtlichen Bedenken, hielt jedoch den praktischen Erfolg einer solchen Maßnahme für zweifelhaft. Es empfahl die Einsetzung eines militärischen Leiters und die Einziehung wehrpflichtiger Streikender zum Heeresdienst und ihre sich daran anschließende Kommandierung zur Arbeit. Zu diesen Vorgängen vgl. HStA Stuttgart XIII. AK, Abt. II, Bd. 93. — Dagegen erließ der Gouverneur von Kiel bereits am 10. 6. 1917 „Richtlinien für militärische Leiter von Rüstungsbetrieben", die ganz den Vorstellungen des preuß. Kriegsministeriums entsprachen, vgl. MGFA MA/StO, Nr. 1416, Ms. XV, Bd. 1.

[3]) Vgl. D.V.E. Nr. 142, Heerordnung, Neuabdruck Berlin 1904. Satz 2 Ziffer 1 des § 42 lautet: „Die Einberufung aller Personen des Beurlaubtenstandes erfolgt durch die Bezirkskommandos."

[4]) Diese Maßnahme brachte erhebliche organisatorische Schwierigkeiten mit sich, da die Arbeiter eines Betriebes in der Regel mehreren Bezirkskommandos unterstanden. Das stellv. Generalkommando des XIII. AK versuchte diese Schwierigkeiten dadurch zu umgehen, daß es die Einberufungen im Namen der Bezirkskommandos aussprechen wollte, wozu die Bezirkskommandos schriftlich ihr Einverständnis erklärten, vgl. HStA Stuttgart XIII. AK, Abt. II, Bd. 93. Vgl. auch Nr. 242, Anm. 5.

Die Königlichen stellvertretenden Generalkommandos werden ersucht, die in ihren Bezirken liegenden Festungs-Gouvernements und -Kommandanturen von Vorstehendem zu verständigen.

Nebenabdrucke für die Bezirkskommandos liegen bei.

Im Auftrage
v. Wrisberg.

390.

Schreiben des preußischen Kriegsministeriums an die Militärbefehlshaber.[1]) Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts gegenüber den Gewerkschaften.

25. 9. 1917, Nr. 6112. 17. g. A 1. — MGFA MA/RMA, Nr. 2354, XVII. 1. 5. 8a, Bd. 6, vervielfältigtes, eigenhändig vollzogenes Exemplar.

In der Anlage[2]) übersendet das Kriegsministerium eine von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hierher vorgelegte Schrift mit Klagen über die Handhabung des Belagerungszustandsgesetzes seitens der stellvertretenden Generalkommandos nebst der darauf erteilten Antwort.[3])

---

[1]) Die Reichskanzlei, das Reichsamt des Innern, das Reichsmarineamt und das preuß. Ministerium des Innern wurden ebenfalls unterrichtet. Für den Zusammenhang vgl. auch Feldman, S. 432 ff.

[2]) Siehe unten.

[3]) In dem Schreiben des preuß. Kriegsministeriums vom 22. 9. 1917 heißt es u. a.: „Eine Verschärfung der Bestimmungen über die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrecht ist von hier aus in der letzten Zeit allgemein nicht erfolgt. Es ist vielmehr nach wie vor Sache der Generalkommandos, die die Verantwortung für die Sicherheit ihres Bezirkes tragen, nach den örtlichen Verhältnissen von Fall zu Fall ihre Entscheidungen selbständig zu treffen. Wo es an einzelnen Stellen notwendig gewesen ist, die Bestimmungen des Vereins- und Versammlungsrechts schärfer zu handhaben, ist dies durch die fortgesetzten Streikdrohungen, Hetzereien und Wühlereien notwendig gemacht worden, die in den vielerorts beschlagnahmten Flugblättern ihren Ausdruck finden. Im Interesse der Mehrzahl der Arbeiterschaft insbesondere der Mitglieder der Gewerkschaften dürfte es liegen, wenn diese unberechtigten und Unruhe stiftenden Treibereien verhindert werden.
Ich kann ferner nicht zugeben, daß aus den getroffenen Anordnungen die Absicht einer ausnahmsweisen Behandlung der Gewerkschaften hervorgeht oder daß die Generalkommandos die Absicht haben sollten, die Tätigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen zu verhindern. Es ist im Gegenteil bekannt, daß im allgemeinen zwischen den Generalkommandos und den Gewerkschaften ein gutes Einvernehmen herrscht, durch welches auch in den meisten Fällen an Ort und Stelle Unstimmigkeiten sofort beseitigt werden können. [. . .] Die Zugehörigkeit zu bestimmten politischen Parteien ist für die Handhabung des Versammlungsrechts nicht maßgebend. Der alleinige Zweck ist die Aufrechterhaltung der Kriegswirtschaft, der Ruhe und Sicherheit des Landes. Daß schwere Ausschreitungen gerade in Arbeiterkreisen vorgekommen sind, kann nicht geleugnet werden.“ Der Referent im bayer. Kriegsministerium bemerkte hierzu: „Das Antwortschreiben des pr. Kriegsministeriums schiebt die Schuld an etwaigen Mißständen den stellv. Generalkommandos zu.“ Die Vorgänge wurden den bayer. stellv. Generalkommandos nicht einmal „zur Kenntnisnahme“ übersandt, weil man befürchtete, daß dies zu einer nicht beabsichtigten Verschärfung der Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts führen könnte. Vgl. BHStA IV München MKr, 11522.

Zu den in den Schreiben erhobenen Klagen wird bemerkt, daß, auch mit Rücksicht auf die Zeichnung der Kriegsanleihe[4]), es nicht als zulässig bezeichnet werden kann, wenn durch zu scharfe Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechtes Unruhe unter die Arbeiterschaft gebracht wird.[5]) Die Möglichkeit, die wirtschaftlichen Interessen der von ihnen vertretenen Berufsgruppen wahrzunehmen, muß den Gewerkschaften, ebenso wie den anderen Arbeiterorganisationen gewährleistet bleiben.[6]) Es wird daher ersucht, in der Praxis die erlassenen Bestimmungen so zu handhaben, daß nicht unnötige Schwierigkeiten entstehen. Anmeldefristen von Vorträgen und Versammlungen dürfen nicht zu lang bemessen sein. Diskussionen sind an sich zulässig aber anmeldepflichtig. Versammlungen, die Arbeiterfragen zum Gegenstande haben, sollen, wenn dies nicht aus anderen Gründen bedenklich erscheint, nicht erschwert und der Begriff Arbeiterfragen nicht zu eng gefaßt werden. Auch die Besprechung der Kohlen- und Lebensmittelfragen pp. dürfte hierzu zu rechnen sein. Bekannte und zuverlässige Persönlichkeiten brauchen weniger scharfen Bestimmungen unterworfen zu werden als z. B. fremde oder solche Einberufer von Versammlungen, von denen von vornherein anzunehmen ist, daß ihr Auftreten verhetzend oder ruhestörend wirken wird. Der Wortlaut von Reden dürfte nur in letzterem Falle einzufordern sein. Im Übrigen bleibt es bei den bisher ergangenen Erlassen.

Soweit die vorgebrachten Klagen nicht hierdurch ihre Erledigung gefunden haben, wird um baldigste Rückäußerung mit Rücksicht auf den Beginn der Reichstagssitzungen[7]) ersucht. Selbstverständlich bleibt in Gefahrfällen die Anwendung scharfer Maßregeln bestehen.

v. Stein.

[Anlage: Auszüge aus der Eingabe der Generalkommission der Gewerkschaft Deutschlands vom 8. 9. 1917 an den preußischen Kriegsminister]

[. . .][8])

---

[4]) Die VII. Kriegsanleihe war am 5. 9. angekündigt und am 19. 9. 1917 zur Zeichnung aufgelegt worden, vgl. Schulthess 1917/I, S. 788.

[5]) Vgl. hierzu jedoch die Ausführungen Steins und Wrisbergs vor den Vertretern der stellv. Generalkommandos am 13. 8. 1917, Nr. 376.

[6]) Als Beispiel für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den örtlichen Gewerkschaftsführern und den militärischen Dienststellen vgl. die Vorgänge um die Verhinderung eines Streiks im Bereich der Befestigungen an der Wesermündung Mitte August 1917 (MGFA MA/StN, Nr. 1471, C. XXXI. 114, Bd. 1 und 2). Der Kommandant, Vizeadmiral Schröder, handelte, wie schon im April 1917 (vgl. Nr. 289, Anm. 33) in engem Einvernehmen mit den Gewerkschaften und benützte die Gelegenheit, in einer ausführlichen Stellungnahme vom 25. 8. 1917 auf die unzureichenden Lohnverhältnisse der Werftarbeiter hinzuweisen, die, zusammen mit der schwierigen Ernährungslage, alle Bemühungen der Gewerkschaften zur Erhaltung des Arbeitsfriedens zunichte zu machen drohten. Der Kommandant setzte sich für eine staatliche Unterstützung vor allem der kinderreichen Arbeiterfamilien ein. Über die Marinestation der Nordsee gelangte der Bericht auch an das Reichsmarineamt.

[7]) Vgl. die Debatte aus Anlaß einer entsprechenden Interpellation in den Sitzungen des Reichstages am 10. und 11. 10. 1917, Sten. Berichte, Bd. 310, S. 3858 ff., und Bd. 311, S. 3885 ff. In der Sitzung vom 10. 10. 1917 verlas der preuß. Kriegsminister die Vorlage im Auszug.

[8]) Am Anfang der Eingabe, die auch an den Reichskanzler gerichtet wurde, führt die Generalkommission Beschwerde über Zensurmaßnahmen einzelner stellv. Generalkommandos auf Grund der Empfehlung der Oberzensurstelle vom 6. 6. 1917 (vgl. Nr. 72, insbesondere Anm. 5).

In gleicher Weise wirken die Verordnungen der Korpskommandos betreffend die Ausübung des Vereins- und Versammlungsrechts.[9]) Die von dem stellvertretenden Generalkommando des I. Armeekorps am 2. Juli 1917 erlassene Verordnung bestimmt unter Ziffer 2 und 3 das folgende:

„2. Öffentliche Versammlungen in geschlossenen Räumen bedürfen der Genehmigung der Polizeibehörde.

Die Genehmigung ist von dem Veranstalter mindestens 48 Stunden vor dem Beginne der Versammlung unter Angabe des Ortes, der Zeit, des Gegenstandes der Versammlung, sowie der auftretenden Redner nachzusuchen. Sie ist schriftlich zu erteilen. In dem Falle der Verweigerung ist dem Veranstalter sofort ein kostenfreier Bescheid zu erteilen.

Den Polizeibehörden steht die Überwachungs- und Auflösungsbefugnis zu. Die Auflösung hat insbesondere zu erfolgen, wenn Ausführungen gemacht werden, durch die die *Einigkeit des deutschen Volkes gestört wird*, oder die eine Aufreizung der einzelnen Bevölkerungsklassen gegeneinander oder *gegen die Staats- oder Kommunalverwaltungen* enthalten, *sowie wenn nicht vorher angemeldete Redner auftreten.*

3. Soll in einer öffentlich oder nicht öffentlichen Versammlung ein Vortrag über militärische Angelegenheiten oder über die Kriegsziele gehalten werden, so muß er vorher schriftlich abgefaßt und die Niederschrift muß der zuständigen militärischen Zensurbehörde zur Genehmigung vorgelegt werden, und zwar mindestens 5 Tage vor dem Tage, an welchem der Vortrag gehalten werden soll.

Die Genehmigung erfolgt durch schriftliche Bescheinigung. Der nicht genehmigte Inhalt darf nicht vorgetragen werden. Nach Beendigung des Vortrages ist die Versammlung sogleich zu schließen.

Derartige nicht öffentliche Versammlungen, sowie die nicht öffentlichen Versammlungen politischer Vereine und alle sonstigen nicht öffentlichen Versammlungen, in denen öffentliche Angelegenheiten erörtert werden, sind vom Vorstand oder vom Einberufer mindestens 48 Stunden vor dem Beginn der Versammlung unter Angabe des Ortes, der Zeit und des Verhandlungsgegenstandes und des etwaigen Redners bei der Ortspolizeibehörde schriftlich anzuzeigen.

Über die Anzeige ist von der Polizeibehörde sofort eine kostenfreie Bescheinigung zu erteilen.

Der Zutritt zu einer nicht öffentlichen Versammlung eines politischen Vereins steht nur den Mitgliedern des Vereins gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte zu (Türkontrolle). Fremde und Gäste dürfen nicht eingeführt werden.

Ein Referat über solche Versammlungen in der Presse ist nur dann statthaft, wenn es vorher von der zuständigen Zensurstelle schriftlich genehmigt ist.

Den Polizeibehörden steht in den vorbezeichneten, nicht öffentlichen Versammlungen die Überwachungs- und Auflösungsbefugnis zu. Die Auflösung hat insbesondere zu erfolgen, wenn Ausführungen gemacht werden, durch die *die Einigkeit des deutschen Volkes gestört* wird oder die eine Aufreizung der einzelnen Bevölkerungsklassen gegeneinander oder *gegen die Staats- oder Kommunalbehörden* enthalten, sowie, *wenn nicht angemeldete Redner auftreten.*

Soll in einer Versammlung ein genehmigungspflichtiger Vortrag gehalten werden, so ist dem Beauftragten der Polizeibehörde die genehmigende Bescheinigung der Zensurbehörde vor dem Beginn der Versammlung von ihrem Veranstalter vorzulegen.

[9]) Vgl. in diesem Zusammenhang Nr. 250, 289, Anm. 2, und insbesondere Nr. 303 sowie Nr. 406.

Diese Verordnung findet keine Anwendung auf nicht öffentliche Versammlungen, die rein geselligen, religiösen Zwecken oder Zwecken der Wohlfahrtspflege, der Förderung von Kunst und Wissenschaft dienen."

Noch weitergehend ist die vom stellvertretenden Generalkommando des V. Armeekorps unter dem 14. Juli 1917 erlassene Verordnung, die in Ziffer 1 bis 4 besagt:

„1. Vereine, deren Zwek oder Tätigkeit den Strafgesetzen oder den Interessen der Kriegführung zuwiderläuft, können für die Dauer des Kriegszustandes aufgelöst werden. Die Auflösungsverfügung ist nicht anfechtbar.

2. Alle öffentlichen oder nicht öffentlichen Versammlungen, in denen Angelegenheiten politischer oder wirtschaftlicher Art, *insbesondere Lohn- und Arbeitsbedingungen, oder Angelegenheiten des vaterländischen Hilfsdienstes*, besprochen werden sollen, sind genehmigungspflichtig.

Die Anträge auf Erteilung der Genehmigung sind ausschließlich bei den zuständigen Landräten, in den kreisfreien Städten bei der Polizeiverwaltung anzubringen, und zwar *mindestens 8 Tage* vor den Versammlungstagen.

Diese Behörden legen die Anträge mit Stellungnahme umgehend dem stellvertretenden Generalkommando, für den Bereich der Festung Glogau der dortigen Kommandantur, zur Entscheidung vor.

In den Anträgen ist stets anzugeben:

a) Ort und Zeit der Versammlung,
b) die Tagesordnung,
c) Name des Leiters und
d) Name des Redners.

Die Genehmigung kann ohne Angabe von Gründen versagt werden.[10]) Die Entscheidung ist nicht anfechtbar.

Für alle übrigen öffentlichen oder nicht öffentlichen Versammlungen ist eine Genehmigung nicht erforderlich. Sie sind jedoch, wenn sie anderen als rein geselligen, wissenschaftlichen oder kirchlichen Zwecken dienen sollen, bei den zuständigen Landräten bezw. den Polizeiverwaltungen der kreisfreien Städte spätestens 48 Stunden vor ihrem Beginn schriftlich anzuzeigen.

Die Anzeigen müssen die oben unter a bis d vorgeschriebenen Angaben enthalten.

3. Die Polizeibehörde ist berechtigt, in jede Versammlung Beauftragte zu entsenden, die sich unter Kundgebung ihrer Eigenschaft dem Leiter, oder, solange dieser nicht bestellt ist, dem Veranstalter der Versammlung zu erkennen geben müssen. Den Beauftragten muß ein angemessener Platz eingeräumt werden.

4. Die Beauftragten der Polizeibehörde sind außer in den Fällen des § 14 des Reichsvereinsgesetzes befugt, unter Angabe des Grundes die Versammlung für aufgelöst zu erklären, wenn der Inhalt der Reden, Anträge, Gesänge oder Vorführungen den Interessen der Kriegführung zuwiderläuft. Die Auflösungserklärung ist nicht anfechtbar."

Eine im Wortlaut übereinstimmende Verordnung ist bereits am 5. Juli von dem stellvertretenden Generalkommando des VI. Armeekorps in Breslau erlassen worden. Beide Verordnungen heben das Vereins- und Versammlungsrecht nahezu vollständig auf.

[10]) Gegen diese Praxis wandte sich das Kriegsamt in einem Schreiben vom 25. 7. 1917 (GLA Karlsruhe Abt. 456, Bd. 77) und forderte die stellv. Generalkommandos auf, bei Versammlungsverboten die tatsächlichen Gründe anzugeben und den Antragsteller nicht durch die vielfach benutzte Formel: „aus dienstlichen Gründen" vor den Kopf zu stoßen.

[. . .][11])

Eine Verordnung, die es den Gewerkschaften nicht nur unmöglich macht, für ihre Mitglieder eine Besserung der Löhne und Arbeitsbedingungen herbeizuführen, sondern sie auch verhindert, die tariflich mit den Unternehmer-Organisationen vereinbarten Löhne aufrecht zu erhalten, ist am 22. August von dem stellvertretenden Generalkommando des VII. Armeekorps in Münster erlassen. Sie lautet:

„Wer es unternimmt, selbst oder durch Dritte Arbeiter und Arbeiterinnen, die bei im Dienste der Heeresverwaltung beschäftigten Unternehmern, oder in unmittelbar oder mittelbar für Heeresbedarf tätigen Betrieben beschäftigt sind, zum Aufgeben oder zum Wechsel ihrer Arbeitsstelle zu veranlassen, wird nach § 9 des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. 6. 1851 und des Gesetzes vom 11. 12. 1915 mit Gefängnis bis zu einem Jahre, beim Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder bis zu M 1500,— Geldstrafe bestraft."

Bei einer Verhandlung auf dem Polizeiamt in Düsseldorf am 29. August erklärte der Vertreter des Zimmererverbandes, daß ein Unternehmer pro Stunde 50 Pf. weniger zahle, als der vereinbarte Tariflohn beträgt. Er habe gestern die Kollegen aufgefordert, heute den Tariflohn zu verlangen oder die Entlassung zu fordern. *Der Polizeirat erklärte, nach der Verordnung sei er strafbar.* Der Polizeidezernent ergänzte es noch und meinte, es können nur solche Leute gemeint sein, die dem Arbeiter vorreden, daß er zu wenig verdiene, trotzdem die Arbeiter mit dem Lohne zufrieden seien. Hiernach darf man in den Betrieben, wo die niedrigsten Löhne gezahlt werden, den Arbeitern nicht mehr sagen, daß sie mehr fordern sollen.

Daß die Verordnungen der stellvertretenden Generalkommandos in ihrem Wortlaut rücksichtslos von den nachgeordneten militärischen Stellen und den Polizeibehörden angewandt werden, ist uns aus einer Reihe Mitteilungen von Arbeiterorganisationen einwandfrei zur Kenntnis gekommen.

[. . .][12])

Ew. Exzellenz werden aus den vorstehend angeführten Fällen ersehen, daß es sich nicht nur um die Verhinderung gewerkschaftlicher Betätigung in einzelnen Armeekorpsbezirken, sondern um eine solche ganz allgemeiner Natur handelt. Wir sind gern bereit, in mündlicher Verhandlung die vorstehend angeführten Fälle anzuführen [?]. Wir müssen, wenn diese Praxis der stellvertretenden Generalkommandos, der nachgeordneten militärischen Stellen und der polizeilichen Organe weiterhin befolgt werden sollte, jede Verantwortung für die sich daraus ergebenden Folgen ablehnen. Die gewerkschaftlichen Vertrauensleute werden, falls Ew. Exzellenz nicht willens oder nicht in der Lage sind, eine Änderung dieser Praxis der Militär- und Polizeibehörden herbeizuführen, davon absehen

[11]) In der Vorlage weist die Generalkommission im folgenden darauf hin, daß durch diese Maßnahmen der § 14 des Hilfsdienstgesetzes verletzt werde — eines Reichsgesetzes, dessen Bestimmungen auch durch die Kommandogewalt der stellv. Generalkommandos nicht außer Kraft gesetzt werden könnten. Diese Ansicht wurde vom preuß. Kriegsminister in seiner Antwort vom 22. 9. 1917 (vgl. Anm. 3) zurückgewiesen. Vgl. auch Nr. 289, insbesondere Anm. 37.

[12]) In der Vorlage wird im folgenden eine Fülle von Beispielen für die Behinderung der Tätigkeit der Gewerkschaftsfunktionäre durch die stellv. Generalkommandos und untergeordnete Organe geschildert.

müssen, im Sinne des vaterländischen Hilfsdienstgesetzes auf eine Regelung entstehender Differenzen zwischen den Unternehmern und der Arbeiterschaft einzelner Betriebe einzuwirken. Wir sind uns über die Folgen, die eine solche Zurückhaltung für die Produktion der notwendigen Kriegsmaterialien und die Rückwirkung auf die militärische Widerstandsfähigkeit des deutschen Reiches haben muß, vollständig nlar. Die Verantwortung trifft uns nicht. Wenn auf der einen Seite verlangt wird, daß die Arbeiterschaft und insbesondere die gewerkschaftlichen Organisationen im vaterländischen Interesse alles tun, um die Widerstandskraft unseres Volkes auf das äußerste zu steigern, so darf ihnen auf der anderen Seite nicht die Möglichkeit genommen werden, diesen Anforderungen zu entsprechen. Es gewinnt den Anschein, als wären die von den stellvertretenden Generalkommandos erlassenen Verordnungen und die von den nachgeordneten Behörden getroffenen Maßnahmen, die bereits eine tiefgehende Erbitterung in der Arbeiterschaft hervorgerufen haben, auf Unkenntnis der gegebenen Verhältnisse oder auf den Einfluß von den Gewerkschaften böswillig gesinnter Seite zurückzuführen.

Die Gewerkschaften und Angestelltenverbände verlangen kein besonderes Recht und keine Bevorzugung. Sie fordern das gleiche Recht und die gleiche Möglichkeit, wie sie die Unternehmer haben, die wirtschaftlichen Interessen der von ihnen vertretenen Berufsgruppen wahrzunehmen. Die Unternehmer können wegen ihrer geringen Zahl sich leicht ohne Versammlungen verständigen. Die Arbeiter und Angestellten bedürfen dazu der unbehinderten Ausübung des Vereins- und Versammlungsrechtes. Differenzen können durch sofortige Rücksprache mit den beteiligten Arbeitern in einer Versammlung in einigen Stunden beigelegt werden. Wer den Arbeitern das Recht nimmt, unbehindert und zu jeder Zeit zu solchen Versammlungen zusammenzutreten, hindert sie nicht nur an der Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen, sondern trägt auch die Verantwortung für Konflikte, die eine Störung der Produktion für den Heeresbedarf herbeiführen.

Wir bitten Ew. Exzellenz deshalb dringend, nicht nur im Interesse der Arbeiterschaft, sondern im Interesse der Wohlfahrt unseres Volkes und unseres Landes dafür Sorge tragen zu wollen, daß die Verordnungen, die zu den von uns geschilderten Zuständen geführt haben, beseitigt werden. Es muß der im Dienste der Allgemeinheit tätigen organisierten Arbeiterschaft und ihren Beauftragten die Möglichkeit gegeben werden, die aus der tiefgehenden Unzufriedenheit, die infolge der gegenwärtigen Verhältnisse in Deutschland in der Arbeiterschaft vorhanden ist, entstehenden Differenzen in geordneter, dem Interesse des Landes dienender Weise zu regeln.

[. . .][13])

Ergebenst
Die Generalkommission der
Gewerkschaften Deutschlands
gez. C. Legien.

[13]) Das Schreiben der Generalkommission schließt mit einem Hinweis auf die sehr rege Versammlungstätigkeit rechts gerichteter Gruppen und die Aufklärungstätigkeit der stellv. Generalkommandos selbst, wobei die Rede des Aufklärungsoffiziers des stellv. Generalkommandos des VI. AK, des Hauptmanns Ganse, im Auszug wiedergegeben wird. Vgl. hierzu auch Nr. 324.

391.

Schreiben des Oberbefehlshabers der Ostseestreitkräfte an den Staatssekretär des Reichsmarineamts betr. die dienstliche Verteilung politischer Schriften.

25. 9. 1917, Kiel, B. Nr. P. 6740 A 3, Ganz Geheim! Persönliches! — MGFA MA/MK, Nr. 3440, XXV. c, Bd. 1, Abschrift.[1])

Auf Euer Excellenz Schreiben habe ich Folgendes zu erwidern:[2])

Wenn ich überhaupt den mir unterstellten Kommandos Schriften politischen Inhaltes zukommen lasse, so handelt es sich *stets* um eine *dienstliche* Maßnahme, einerlei, ob die Verteilung durch Tagesbefehl oder mit besonderen Anschreiben erfolgt, oder ob es sich nur um eine Empfehlung oder einen Hinweis auf derartige Lektüre handelt.

Ein Ersuchen der Reichstagsvertreter um Abstellung solcher Maßnahmen stellt einen ungerechtfertigten Eingriff in die Kommandogewalt dar, der entschieden zurückgewiesen werden muß.

Von einem *Anspruch* einzelner *Parteien*, die *amtlichen* Wege zur Verteilung von Schriften politischen Inhalts zu benutzen, die Kommandobehörden also gewissermaßen als Poststellen anzusehen, kann keine Rede sein.

Ich betone hierbei ausdrücklich, daß es sich nicht um Verbreitung *partei*politischer Lektüre handelt.[3]) Ich würde jederzeit auch Schriften sozialdemokratischen Ursprungs meinen unterstellten Kommandos dienstlich zukommen lassen, wenn sie nach *meiner Überzeugung* der Erreichung meiner Absicht, der Kräftigung der vaterländischen und königstreuen Gesinnung der mir unterstellten Besatzungen — und *das* ist der *entscheidende* Punkt — dienlich sind.[4])

Dieses Verfahren steht einer Maßnahme der inneren Politik fern, ist vielmehr eine rein militärische Maßnahme; eine Allerhöchste Entscheidung hierzu dürfte sich demnach erübrigen.[5])

Die übrigen Immediatstellen haben Abschrift erhalten.[6])

gez. Heinrich Prinz von Preußen.

[1]) Für den Entwurf des Schreibens vgl. MGFA MA/OdO, Nr. 1139, D.V.O. 2, Bd. 1. — Die Vorlage ist im Auszug zitiert in: WUA, Bd. 9/I, S. 28 f.

[2]) Vgl. Nr. 387.

[3]) Vgl. Nr. 346, Anm. 5.

[4]) Vermerk des Abteilungschefs im Marinekabinett, Kapitän z. S. v. Restorff, am 29. 9. 1917 im Kopf der Vorlage: „Ich halte diese Ansicht des O.d.O.für *berechtigt* und den militärischen Anschauungen unserer Offiziere entsprechend." Erwiderung des Admirals v. Müller: „Ich halte sie für unberechtigt."

[5]) Über irgendwelche weiteren Schritte des Staatssekretärs in dieser Frage ist nichts bekannt.

[6]) Vgl. Nr. 384, Anm. 9.

392.

Schreiben des Staatssekretärs des Reichsmarineamts an die Kommandobehörden der Marine zum Verbot der Zeitungen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei für die Marine.

26. 9. 1917, Nr. A. IV. 10774, Geheim. — MGFA MA/MK, Nr. 3440, XXV. c, Bd. 1, Ausfertigung.

Auf Grund inzwischen erfolgter Feststellungen wird die Anlage zum hiesigen Schreiben vom 23. August 1917 Nr. A IV 9453[1]) durch die beigefügte Zusammenstellung ersetzt.[2])

Es besteht z. Zt. ein starkes politisches Interesse daran, daß die Blätter der alten sozialdemokratischen Partei von dem Verbot ausgenommen werden. Andererseits ist die Frage, ob eine Zeitung als Organ der unabhängigen sozialdemokratischen Partei anzusehen ist oder nicht, in manchen Fällen aus naheliegenden Gründen schwer zu entscheiden. Abgesehen davon ist die Richtung der einzelnen Zeitung gelegentlichen Änderungen unterworfen, z. B. durch Wechsel der Redaktion oder durch Wechsel in der politischen Färbung lokaler Parteigruppen, so daß häufig von einer festen Zugehörigkeit des einzelnen Blattes zur Rechts- oder zur radikalen Richtung der sozialdemokratischen Partei schlechthin nicht gesprochen werden kann.

Die anliegende neue Liste stellt das bisherige Ergebnis eingehender Prüfung der Frage dar, doch muß aus den vorgenannten Gründen mit einer laufenden Berichtigung der Zusammenstellung gerechnet werden.[3])

v. Capelle.

---

[1]) Vgl. Nr. 379.

[2]) Das Kommando der Hochseestreitkräfte und die Marinestation der Ostsee trugen durch Befehle vom 4. bzw. 5. 10. 1917 den Veränderungen Rechnung, vgl. MGFA MA/RMA, Nr. 6062, IX. 1. 3. 15, Bd. 2. Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Aufzeichnung (Reichstagsmaterial) des Allgemeinen Marinedepartements vom 4. 1. 1918 (MGFA MA/RMA, Nr. 7635, A. I. c, Bd. 1), in der die Entwicklung der Zeitungsverbote in der Marine während des Krieges zusammenfassend geschildert wird; vgl. auch Nr. 81, Anm. 5.

[3]) Mit Schreiben vom 25. 10. 1917 beantragte die Marinestation der Nordsee beim Staatssekretär des Reichsmarineamts im Sinne der Vorlage das Verbot der in Bremen erscheinenden, von dem Reichstagsabgeordneten A. Henke herausgegebenen Blätter, insbesondere der „Bremer Bürgerzeitung" und des „Mitteilungsblattes für die sozialistische Jugendbewegung". Ein Verbot wurde nicht ausgesprochen. Dagegen bemühte sich das Reichsmarineamt um ein Einschreiten des stellv. Generalkommandos gegen die ebenfalls in Bremen, unter Beteiligung von Radek und Henke erscheinende Wochenschrift „Arbeiterpolitik". Der stellv. Generalstab, der sich für ein vollständiges Verbot der Zeitung und eine Schließung der Druckerei ausgesprochen hatte, konnte sich jedoch gegenüber dem stellv. Generalkommando des IX. AK nicht durchsetzen, das den Vorteil einer gewissen Kontrolle der radikalen Kräfte durch die Überwachung der unter Vorzensur stehenden Zeitung nicht aufgeben wollte. Jedoch wurde für Heer und Marine ein Verbot dieser Zeitung im Sinne der Vorlage angeregt und vom Reichsmarineamt auch erlassen, für die Vorgänge vgl. MGFA MA/RMA, Nr. 6062, IX. 1. 3. 10, Bd. 1, sowie Archivalische Forschungen 4/III, Nr. 463, S. 1199 f.

[Anlage: Blätter der „U.S.P.D."]

1. Volkszeitung	Düsseldorf
2. Tribüne	Erfurt
3. Reussische Tribüne	Gera
4. Generalanzeiger für Gotha	Gotha
5. Volksblatt für Halle	Halle a. S.
6. Leipziger Volkszeitung	Leipzig
7. Nordhäuser Volkszeitung	Nordhausen
8. Bergische Arbeiterstimme	Solingen
9. Volksbote	Zeitz
10. Volkszeitung für das Muldenthal	Leipzig
11. Pirnaer Volkszeitung	Pirna
12. Mitteilungsblatt	Berlin
13. Remscheider Arbeiterzeitung	Remscheid
14. Reussische Volkszeitung	Greiz
15. Der Sozialdemokrat	Stuttgart.

393.

Brief des Vizeadmirals Kraft[1]) an Oberstleutnant Bauer zur Entwicklung der inneren Verhältnisse und Empfehlung des Großadmirals v. Tirpitz als Reichskanzler.

27. 9. 1917. — Nachlaß Bauer, Nr. 11, handschriftlich.[2])

Sehr geehrter Herr Oberstleutnant!

Habe sehr bedauert, Sie bei Ihrer letzten Anwesenheit nicht gesehen zu haben. — Nach meiner Rückkehr vom Urlaub habe ich leider eine Menge recht trüber Nachrichten gehört. Vor allen Dingen, daß beide Marine-Vertreter in der entscheidenden Sitzung nicht klar für Flandern eingetreten sind.[3]) Die flaumachenden Ernährungs- und Finanzmänner scheinen sie beeinflußt zu haben. Flandern müssen wir als Marinebasis unbedingt haben, es bedroht den strategischen Aufmarsch Englands auf dem Wasser, ja es macht ihn unmöglich. Das beweist dieser Krieg. Flandern ist aber auch mit seiner Küste die Flankendeckung der Armee! Michaelis soll ja noch völlig eingeschüchtert sein; schwerbelastet, ja überbelastet hat er die unselige Erbschaft Bethmann Hollwegs angetreten; zu ihrer Regu-

[1]) Vgl. Nr. 306, Anm. 1.

[2]) Paraphe Bauers (28. 9. 1917) und Ludendorffs im Kopf der Vorlage.

[3]) Vgl. dagegen die Darstellung von B. Schwertfeger in: WUA, Bd. 2, S. 101 ff., insbesondere S. 107 sowie S. 140 f. Zum Kronrat am 11. 9. 1917 im Schloß Bellevue vgl. R. v. Kühlmann, Erinnerungen, Heidelberg 1948, S. 481 f.; K. Helfferich, Der Weltkrieg, Bd. 2, Berlin 1919, S. 479 f.; Müller, S. 319 ff.; Ludendorff, Urkunden, S. 428 ff.

lierung gehörte ein starker Mann![4]) Aber v. Müller und v. Valentini haben ja anscheinend einen Betgenossen durchgebracht[5]), weil sie sonst selbst in Gefahr gerieten! Dazu jetzt die glänzende Stimmung im ganzen Volk![6]) Überall Kundgebungen gegen Wilson[7]), gegen die Entente! Von der Reichstagsmehrheit des 19. Juli sagen sich immer mehr Menschen los[8]); namhafte Persönlichkeiten der fortschrittlichen Volkspartei und des Centrums verlassen ihre Abgeordneten![9])

[4]) Zur wachsenden Kritik auch in militärischen Kreisen an Michaelis vgl. die politischen Berichte des Chefs der Presseabteilung des Admiralstabs, Kapitän z. S. Boy-Ed an an Kontreadmiral v. Ußlar vom 26. 9., 29. 9. und 7. 10. 1917 (MGFA MA/OdO, Nr. 1139, D.V.O. 1, Bd. 1). Am 29. 9. 1917 berichtete er über die Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages am 28. 9. 1917 u. a.: „Das persönliche Auftreten des Herrn Reichskanzlers gestern war trotz der einfachen Verhältnisse, unter denen sich dasselbe dank der Haltung des Zentrums vollzog, wieder wenig eindrucksvoll. Er las seine Rede (die er einem hohen Mitglied der Regierung gegenüber übrigens selber als ‚langweilig' bezeichnet hat) mit seiner gequälten Stimme mit so wenig Erfolg vor, daß sich nach ihrer Beendigung auch nicht ein einziger Laut des Beifalls regte und der erste Redner der Abgeordneten, der Sozialdemokrat Noske, die nachstehende, einigermaßen beschämende Kritik über die Rede fällte: ‚Der Reichskanzler hat uns soeben in der Form einer politischen Wochenplauderei Ausführungen gemacht, die jedem, der Zeitungen zu lesen gewöhnt ist, nicht ganz unbekannt sind.' [...] Das Berliner politische Gesprächsthema ist zur Zeit in verstärktem Maße der *Reichskanzler* und ein *möglicher neuer Wechsel*. Es kursiert in weitesten Kreisen z. B. die Frage: ‚Wann gibt es Frieden?' Antwort: ‚Nach Michaelis'." Vgl. auch Groener, S. 558 f. (Eintragungen vom 22. 9. und 6. 10. 1917).

[5]) Vgl. Nr. 319, Anm. 34.

[6]) Korvettenkapitän v. Selchow faßte seinen Eindruck über die erste Veranstaltung der Deutschen Vaterlandspartei — auf deren Wirken Vizeadmiral Kraft offenbar hinweisen will — am 24. 9. 1917 in Berlin in folgenden Worten zusammen (Nachlaß Selchow, Logbuch Nr. 35): „Zu den beiden großen Tagen des Krieges, dem Tage der Kriegserklärung und dem Tage, als der Kaiser in Wilhelmshaven uns für Skagerrak dankte, gesellt sich als dritter großer Tag der heutige. Die Erhebung und die Begeisterung des heutigen Abends läßt sich in Worten nicht wiedergeben. Es war wie ein ungeheurer Lichtblick in die Nacht des Dunkels, die uns seit dem Erzbergerjuli mit seiner Mehrheitsresolution umgibt. Wenn der Geist von heute abend noch einmal das ganze deutsche Volk ergriffe, wie würden noch heute siegen!" Und der Ehrenvorsitzende der Partei Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg, schrieb am 29. 9. 1917 an General v. Seeckt (Nachlaß Seeckt, Nr. 89): „Seit langem sehnten sich Tausende nach einem derartigen Kristallisationspunkte vaterländischer Gesinnung und Betätigung, und so ist die Zustimmung im ganzen Reiche und auch aus der Front eine erfreulich große. [...] Regierung und die politischen Parteien haben versagt, so griffen vaterländisch gesinnte Männer zur Selbsthilfe, um dem Feldherrn ein Heimatheer im Rücken zu schaffen, das denen entgegenwirken will, die im Begriffe stehen, die deutsche Eiche im Mark auszuhöhlen, die uns um den notwendigen Siegespreis prellen und dem jüdischen Dollar überantworten wollen."

[7]) Vgl. Nr. 386, Anm. 12.

[8]) Als wesentliches Ergebnis der Sitzung des Hauptausschusses am 28. 9. 1917 (vgl. Anm. 4) stellte Kapitän z. S. Boy-Ed fest, daß der Zusammenhalt der Reichstagsmehrheit auf Grund der entgegenkommenden Haltung des Zentrums sich lockere.

[9]) In diesem Zusammenhang verdient vor allem die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Oberstleutnant Bauer und dem Abgeordneten Erzberger nach dem Sturz Bethmann Hollwegs und der Annahme der Friedensresolution Beachtung (vgl. Nr. 318). Die Beziehungen kühlten sich merklich ab. Schon am 1. 8. 1917 schrieb Bauer dem Abgeordneten (Nachlaß Bauer, Nr. 19): „Unsere militärische Lage, der U-Bootskrieg, Ernährungslage und Rohstofflage giebt ihnen [den Feinden] wohl kein Recht mehr auf solchen Frieden [Erdrosselungsfrieden] zu hoffen — davon spricht auch keine ernsthafte Ententestimme mehr — also ruht ihre Hoffnung auf unseren inneren Verhältnissen. Auch da ist ein großer Umschwung zum Guten zu merken. Aber Streiks, Flaumacherei, Friedensduselei usw. sind doch noch nicht beseitigt. Es ist schade! Wenn heute das deutsche Volk geschlossen und mit festem Siegeswillen da-

Wie könnte ein energischer, zielbewußter Kanzler dies auswerten! Tut Michaelis es nicht, so je eher, je besser ein neuer *Mann!*[10])

stände, dann wären wir dem Frieden nahe. Denn die anderen haben den Krieg auch recht satt. Aber diese Geschlossenheit bei uns zu erreichen, ist sehr schwer nach allem, was in der letzten Vergangenheit geschehen ist. Immerhin hoffe ich, daß namentlich die Herren Abgeordneten durch Vorträge usw. viel dazu beitragen werden. Es ist das ja eine dankbare Aufgabe." Als Erzberger jedoch in einem Brief vom 5. 9. 1917 Ludendorff Äußerungen eines Angehörigen des Feldheeres übersandte, der sich im Sinne der Resolution des Reichstages — offenbar in sehr drastischer Weise (der Brief liegt nicht vor) — für einen baldigen Frieden der Verständigung aussprach, antwortete Bauer am 9. 9. 1917 in nicht mißzuverstehender Schärfe. „Das ist ja doch alles barer Unfug. Woher soll denn dieser gänzliche Stimmungsumschwung zwischen Juni und Ende August im Heer gekommen sein? Es hat sich militärisch doch nichts ereignet außer unseren glücklichen Operationen im Osten und den abgewiesenen Angriffen im Westen; die könnten doch nur die Stimmung gehoben haben.
Und im Innern haben wir neben dem preuß. gleichen Wahlrecht, der Parlamentarisierung und der Besserung der Ernährungslage die Friedensresolution gehabt. Von diesen Punkten kann doch höchstens die Friedensresolution ungünstig gewirkt haben. Daß sie aber derartig katastrophal verschlechternd auf die Stimmung im Heer gewirkt hat, werden Sie selbst nicht annehmen wollen. Unsere Bedenken, die wir von Anfang an in dieser Richtung gehabt haben, kennen Sie ja. Aber wir haben das militärische Selbstbewußtsein des Heeres, das in der Resolution den Ausdruck der Schwäche im Gegensatz zu seiner eigenen Auffassung von der Lage am Feind sehen konnte, richtig eingeschätzt. Die Tatsachen haben uns Recht gegeben. Der deprimierende Eindruck war nur vorübergehend. [...] Wie unglaublich verwirrt stellt sich die deutsche Politik in diesen Auslassungen dar! Glaubt er, der Kanzler wolle den Krieg als Selbstzweck? Glaubt er, irgendein deutscher Staatsmann strebe *nicht* den Frieden an? Wer ist ferner die preußische Militärkaste mit Macht- und Eroberungsgelüsten? Woraus soll denn dieses mystische Gebilde, das unsere *Gegner* ‚erfunden' haben, bestehen? Ich bin erstaunt, zu sehen, daß bei uns Menschen ernsthaft an so etwas glauben. Wenn sie besteht, so befände sich ihr Haupt doch hier im Gr.H.Qu.! Denn wir [stehen] nun einmal neben dem Kriegsminiser an der Spitze von allem was Soldat ist. Illegitime Einflüsse werden aber hier nicht geduldet, das werden Sie mir wohl glauben. Sollte also der Feldmarschall und der I. Generalquartiermeister selbst diese Gelüste haben? Difficile est, satiram non scribere. [...] Es betrübt mich, offen gesagt, daß Sie, Herr Abgeordneter, diesem Machwerk die Bedeutung einer ‚*wahrheitsgemäßen*' Gesamtschilderung beimessen und seine Beachtung erbitten.
Ich habe Wert darauf gelegt, in diesem privaten Schreiben näher auf Ihren Brief, auf den Excellenz Ludendorff Ihnen ja offiziell schon geantwortet hat, einzugehen, da es von Bedeutung ist, daß falsche Anschauungen über das Heer sich nicht bei Männern, deren Wort wie das Ihre in der breiten Öffentlichkeit *Gewicht* hat, festsetzen. [...] Daß auch das Heer den Frieden herbeisehnt, ist ja selbstverständlich. Das tut *jeder!* Nur über die Mittel, die zum Frieden führen, gehen, wie ich eben schon sagte, die Ansichten auseinander, vielleicht auch zwischen Ihnen und mir. Das schadet ja aber auch nichts." Zwei Tage später, am 11. 9. 1917, kam es zu einer Begegnung zwischen Ludendorff und Erzberger, für die sich nicht Bauer, sondern der preuß. Innenminister Drews eingesetzt hatte (vgl. WUA, Bd. 2, S. 45 f.; eine Abschrift des Briefes des preuß. Innenministers im Nachlaß Schwertfeger, Nr. 114). Ein sehr verbindlicher Brief Bauers vom 15. 9. 1917 kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Höhepunkt der Zusammenarbeit überschritten war und für die kommenden Monate der Abgeordnete Stresemann (vgl. Nr. 407) der parlamentarische Verbindungsmann des Oberstleutnants wurde. Bauer beteiligte sich im Frühjahr 1918 aktiv an dem Vorgehen des Unabhängigen Ausschusses gegen Erzberger (Nachlaß Bauer, Nr. 12). Vgl. auch Nr. 405.

[10]) Neben Tirpitz wurde vor allem Fürst Bülow als Kanzlerkandidat genannt — und bekämpft, vgl. die warnenden Briefe des Fürsten Hatzfeldt und des Gesandten Treutler vom 22. 10. 1917 an Valentini (Nachlaß Schwertfeger, Nr. 209 und 210). Vgl. auch Quellen I/1, Bd. 1, S. 245, Anm. 58; V. Naumann, Dokumente und Argumente, Berlin 1928, S. 285; Rupprecht, Bd. 2, S. 275 f.; sowie Nr. 403.

Ich halte an v. Tirpitz[11]) fest; wie sein Name im Volk wirkt, hat sich jetzt wieder gezeigt! Er versteht auch die Regie! Ich nehme Bezug auf meinen Brief vom 27. Januar.[12]) Noch heute würde sein Name im Verein mit Hindenburg und Ludendorff wie ein Programm zum Schlußakkord auf die Entente wirken! Unsere jetzige Regierung kennt sie; mit den Waffen und gegen die U-Boote kann sie nicht gewinnen; daher blufft sie und baut auf das deutsche Erbübel der inneren Zwietracht! Tieftraurig!! Und dabei haben wir alle Ursache zu bester Zuversicht! Gewiß es ist überall schwer! Aber die Wirkung des U-Bootkrieges ist so sicher, wie das einfachste Rechenexempel. Wenn es ein Fehler war im Januar zu sagen, in 6 Monaten ist England fertig, ebenso falsch ist es jetzt zu sagen, wir können nicht noch ein Jahr Krieg führen! Das brauchen wir bestimmt *nicht*. Nach den Tatsachen der letzten 6 Monate und unter vorsichtiger Einschätzung der Möglichkeiten auf allen Gebieten der Tonnage bei unsern Gegnern, müssen wir im ersten Vierteljahr 1918 am Ziel sein. Zu diesem Ergebnis sind die verschiedensten Ermittler gekommen. S[iehe] Anl[age][12]), die ich vertraulich zu behandeln bitte!

Ich bitte *dringend*, mit allen Ihnen möglich erscheinenden Mitteln bei Ludendorff und durch ihn bei Hindenburg dahin zu wirken, daß, wenn es jetzt zur Krisis kommt, der starke Mann als Dritter in ihren Bund kommt, der in letzter Stunde des Deutschen Reiches Zukunft retten kann. Dieser Ansicht sind mit mir viele, wenn nicht alle älteren Seeoffiziere!

Ich sehe keinen anderen Ausweg! Es sei denn, daß England und Genossen wieder so unflätig aufwarten, daß selbst die Flauen nicht mitmachen können, was von ihnen verlangt wird.

Ich stehe jetzt wieder ganz in jeder Beziehung zur Verfügung! Bin ja auch telephonisch zu erreichen von 10—3½ und 5½—7.

Sollte ein Wechsel in der Reichsleitung eintreten, dann ist ja auch im Falle v. Tirpitz als Nachfolger Wechsel von v. Müller und v. Valentini zwingende Notwendigkeit und eine Erlösung von großem Übel![13])

---

[11]) Am 29. 9. 1917 berichtete Legationssekretär Frhr. v. Lersner an Staatssekretär v. Kühlmann, der ihm aufgetragen hatte, die bayer. Bedenken gegen Fürst Bülow der OHL mitzuteilen (PA Bonn Polit. Abt., Auswärtiges Amt Gr. Hauptquartier, Bd. 247): „Da ich weiß, daß namentlich Admiral von Tirpitz bei der O.H.L. einen großen Anhängerkreis besitzt, unter dem auch sehr einflußreiche Herren sind, nahm ich Gelegenheit, General Ludendorff [...] vertraulich hierauf anzureden. General Ludendorff versicherte mir, daß er gute Nachrichten habe, wonach der Fürst sich völlig ruhig verhielte und weit entfernt davon sei, die politische Bühne nochmals zu betreten. Was Herrn von Tirpitz beträfe, so wisse er, daß er keinerlei Schritte gegen den Herrn Reichskanzler unternähme. Tirpitz sei ein Mann der Rechten, die, wie er bestimmt erfahren habe, ebenso wie die O.H.L., stets zum Herrn Reichskanzler stünde. Als Mensch sei Herr v. Tirpitz vielleicht nicht ganz einwandfrei, aber fast die ganze Marine hinge geschlossen an ihm und blicke wie zu einem Vater zu ihm auf. Seine Politik gegen England, das er als den *Feind* schon seit Jahrzehnten erkannt habe, sei unbedingt die richtige gewesen. Aus unserer weiteren längeren Unterhaltung schien mir hervorzugehen, daß [General Ludendorff] weit mehr zu den Anhängern als zu den Gegnern des Admirals gehört."

[12]) Liegt nicht vor.

[13]) Vgl. Nr. 420.

Es steht mehr auf dem Spiel als 2—3 S.M. gewohnte und bequeme Menschen! Es gilt Deutschlands Zukunft für ein Jahrhundert!

Dieser Brief ist nur für Sie und Ludendorff!

Mit freundlichem Gruß Ihr sehr ergebener
Kraft.

394.

Befehl des stellv. Generalkommandos des XIV. AK an die unterstellten Kommandeure. Mitteilung über die Flottenunruhen und entsprechende Anordnungen für den Befehlsbereich.[1])

27. 9. 1917, Karlsruhe, Abt. IVe — Abwehr — Nr. 42751, Streng geheim! Persönlich! — GLA Karlsruhe Abt. 456, Bd. 86, vervielfältigtes, eigenhändig vollzogenes Exemplar.

Es ist zu meiner Kenntnis gekommen[2]), daß vor kurzem durch Auffindung eines Aufrufs, der von dem Heizer eines Kriegsschiffs verfaßt war, eine unter den Mannschaften der Hochseeflotte bestehende Organisation aufgedeckt wurde, welche bezweckte, die Besatzung der Flotte der unabhängigen sozialdemokratischen Partei zuzuführen und für die Ziele dieser Partei zu gewinnen. Bei den vorgenommenen Durchsuchungen der Sachen der Mannschaften wurden Listen über die Mitglieder der Organisation gefunden, ferner Druckschriften der Partei, Briefe, die auf die Organisation Bezug hatten, und im Zusammenhang damit auch ein Verzeichnis mit Adressen von Unteroffizieren und Mannschaften des Landheeres.

Nach den mir gewordenen Mitteilungen ist die Organisation in folgender Weise zu Stande gekommen. Anscheinend durch einen in Wilhelmshaven befindlichen Vertrauensmann der unabhängigen sozialdemokratischen Partei und den zum Flottendienst einberufenen sozialdemokratischen Redakteur Herre haben Mannschaften eines Kriegsschiffes Fühlung mit der Partei erlangt. Zwei Heizer und ein Matrose machten es sich zur besonderen Aufgabe, die Gedanken der Partei unter den Mannschaften ihres Schiffes zu verbreiten und zu diesem Zwecke eine Organisation zu schaffen, die sich auf die ganze Hochseeflotte erstrecken sollte. Geheime Versammlungen in einer Gastwirtschaft Wilhelmhavens wurden abgehalten, auf denen die hierzu erforderlichen Maßnahmen beraten wurden. Es wurden Mannschaften anderer Schiffe für die Einrichtung von Unterorganisationen gewonnen, Listen in Umlauf gesetzt, durch deren Ausfüllung die Zuge-

[1]) Die Vorlage geht zurück auf einen zum großen Teil wörtlich übernommenen Befehl des Chefs des Generalstabes des Feldheeres vom 3. 9. 1917 (MGFA MA/OdO, Nr. 1139, D.V.O. 2, Bd. 1) an die Heeresgruppen, Armee-Oberkommandos und Generalgouvernements, der vom preuß. Kriegsministerium am 14. 9. 1917 den Militärbefehlshabern mit dem Ersuchen mitgeteilt wurde, entsprechende Anordnungen für die Truppen des Heimatgebiets zu treffen.

[2]) Zum folgenden vgl. Nr. 374, 375, 382, 396 und 412.

hörigkeit zur U.S.P. erklärt wurde und sozialistische Druckschriften, sowie von Mannschaften verfaßte Aufrufe verbreitet. Im Verlaufe dieser Agitation haben zwei der erwähnten Rädelsführer gelegentlich eines Urlaubs die Reichstagsabgeordneten Dr. [sic!] Dittmann und Ha[a]se aufgesucht und mit ihnen und den sozialistischen Führern Vogtherr und Frau Zietz verhandelt. Von diesen wurde ihnen Förderung und Unterstützung zugesagt, zugleich aber Vorsicht wegen der Gefährlichkeit und Strafbarkeit des Unternehmens anempfohlen. Sozialistische Schriften, insbesondere die Reden des Abgeordneten Dittmann, wurde[n] ihnen mitgegeben. Im Übrigen erfolgte die Übermittlung solcher Schriften mit Hilfe eines in Wilhelmshaven wohnenden Vertrauensmannes und des vorerwähnten zum Flottendienst eingezogenen Redakteurs Herre.

Als nächster Zweck der Organisation wurde ins Auge gefaßt und ins Werk gesetzt, Listen über den Beitritt der Mannschaften zur U.S.P. aufzustellen, die auf der Stockholmer Konferenz zum Beweise des Einverständnisses der Flottenbesatzung mit den Bestrebungen der extremen sozialdemokratischen Partei vorgelegt werden sollte. Einige solcher Listen sind tatsächlich an Dittmann gelangt.

Den Führern der Organisation war das Programm der U.S.P., den Frieden nötigenfalls durch aktiven oder passiven Widerstand des Militärs herbeizuführen, bekannt. Sie billigten dieses Ziel. In den erwähnten Versammlungen ist auch allem Anschein nach über die Mittel zu seiner Erreichung, insbesondere über eine allgemeine Arbeitsverweigerung der Heizer, gesprochen und für diese Maßnahmen die Zeit nach der Stockholmer Konferenz und nach etwaiger Ablehnung der von dieser ausgehenden Friedensvorschläge ins Auge gefaßt worden.

Die Organisation hat sich auf die geschilderte Weise auf mehrere Schiffe ausgebreitet.

Die bisher ermittelten Hauptbeteiligten sind verhaftet. Sie sehen schwerer Bestrafung entgegen.

Anzeichen, daß staatsfeindliche und verbrecherische Bestrebungen und Unternehmungen der geschilderten Art auch im Landheere schon festen Fuß gefaßt haben, sind, insbesondere in meinem Korpsbezirk, noch nicht hervorgetreten. So ist auch die durch meine Verfügung vom 19. 5. 17 IVe 18800[3]) angeordnete Spindrevision erfreulicherweise ohne Resultat geblieben.

Daß eine solche Gefahr aber auch dem Heere droht, beweisen neben der erwähnten Auffindung der Adressen von Heeresangehörigen die unermüdlichen Versuche der linksstehenden Sozialisten, ihre Propaganda in die Armee zu tragen.[4]) Es gilt die Gefahr zu beschwören und auf ihre vollständige Beseitigung mit allem Nachdruck hinzuarbeiten. Der Ausgang des Krieges und das Wohl des Reiches können auf dem Spiele stehen.

Ich ordne daher an:

Jeder Truppenführer ist mir dafür verantwortlich, daß in seinem Bereich Vor-

[3]) Liegt nicht vor.

[4]) Vgl. hierzu Nr. 295, 408 und 409.

kommnisse, wie die geschilderten, unmöglich sind.[5]) Mit welchen Mitteln das zu geschehen hat, muß ich nach Maßgabe der verschiedenartigen persönlichen Verhältnisse seinem Ermessen überlassen.[6]) Da vor allem mit dem Versuch gerechnet werden muß, hetzerische Schriften in der Armee zu verbreiten, sind gelegentliche überraschende Spindrevisionen durch Offiziere ein wirksames Mittel.

Indessen muß auch jeder andere Versuch, aufrührerischen Gedanken in das Heer Eingang zu verschaffen, zum Gegenstand schärfster Wachsamkeit und strengster Ahndung gemacht werden.[7]) Jedes hierfür hervortretende Anzeichen muß mit Nachdruck verfolgt, der Tatbestand in solchen Fällen sofort eingehend festgestellt und der Schuldige der Verurteilung zugeführt werden.

Ich erinnere bei diesem Anlaß an meine Verfügung vom 11. 7. 17 I c 5454[3]), deren Inhalt erneut sämtlichen Unteroffizieren und Mannschaften als Dienst-

[5]) Das stellv. Generalkommando des VII. AK wies in diesem Zusammenhang die Regierungspräsidenten des Korpsbereichs in einem Schreiben vom 26. 9. 1917 (StA Koblenz 403, Nr. 14152) darauf hin, daß besonders die jungen, vor der Einberufung stehenden Leute, die für die Industrie zurückgestellten Mannschaften und allgemein die Arbeiter der Heeresbetriebe und der Rüstungsindustrie der Propaganda der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei ausgesetzt seien. Das Generalkommando ersuchte die Behörden, mit der größten Aufmerksamkeit, ev. unterstützt durch Vertrauensleute, die Bewegung zu beobachten und gegebenenfalls einzuschreiten. Vgl. auch Höhn, S. 512. — An dieser Stelle ist auch auf die zunehmende Disziplinlosigkeit und Meutereien bei den Truppentransporten von der Ost- zur Westfront im Herbst und Winter 1917 hinzuweisen. Vgl. den überaus scharfen Erlaß bzw. Befehl des preuß. Kriegsministeriums vom 14. 11. 1917 und des Chefs des Generalstabes des Feldheeres vom 19. 11. 1917 (GLA Karlsruhe Abt. 456, Bd. 37). In letzterem wurde festgestellt: „Von der Gesamtsumme der abgesandten Mannschaften sind bis zu 10% nicht mit dem Transport ans Ziel angelangt." Vgl. auch Weltkrieg, Bd. 13, S. 26.

[6]) Der Chef des Stabes des stellv. Generalkommandos des XIV. AK teilte die Vorlage den Abteilungsvorständen des stellv. Generalkommandos am 7. 10. 1917 mit folgendem Zusatz mit: „Ich ersuche die Herren Abteilungsvorstände, unter Berufung auf das zwischen ihnen und ihrem Unterpersonal bestehende Vertrauensverhältnis und an der Hand der anliegenden Verfügung ihre Schreiber auf das Bestehen unabhängig sozialistischer Propaganda im Heere hinzuweisen und ihnen klarzulegen, wie wenig dieselbe die Aussichten auf einen dem ganzen Volke, nicht zum mindesten der Arbeiterklasse nützlichen Frieden fördert.
Es ist nach der Anrufung des Ehr- und Pflichtgefühls des Soldaten ausdrücklich noch darauf hinzuweisen, daß sich auch strafbar macht, wer einen ihm zur Kenntnis gekommenen Fall derartiger Propaganda nicht meldet."

[7]) In einem Befehl des stellv. Generalkommandos des XIII. AK vom 12. 10. 1917 (HStA Stuttgart WKM, Abt. A, Bd. 1217) heißt es u. a.: „Auch unsere Feinde wissen, daß Deutschland mit den Waffen nicht zu überwinden ist. Sie setzen ihre letzte Hoffnung darauf, im deutschen Volke Zwietracht und Streit zu stiften. Unverantwortliche Hetzer im eigenen Land kommen diesen Anschlägen unserer Feinde zu Hilfe. Diese Bestrebungen haben noch keinerlei Erfolg gehabt. Doch sind radikale und revolutionäre Elemente unausgesetzt an der Arbeit, den Geist des Mißmuts und der Auflehnung gegen die Gesetze und gegen die rechtmäßige Obrigkeit unter das Volk zu tragen.
Zu der Vaterlandsliebe der schwäbischen Truppen, die sich in diesem Kriege so herrlich bewährt hat, habe ich das Vertrauen, daß sie solchen staatsfeindlichen Bestrebungen keinen Eingang in ihrer Mitte verstatten. Die Pflicht der Treue, deren unverbrüchliche Wahrung ihr im Fahneneid gelobt habt, und eure Ehre verbieten euch, an solchen Machenschaften Anteil zu nehmen. Jeder einzelne von euch muß sich aber auch vor Augen halten, daß er schon dann ehrlos handelt, wenn er Bestrebungen dieser Art im Heere geschehen läßt, ohne sie zur sofortigen Anzeige und Bestrafung zu bringen."

befehl bekannt zu geben ist. Es ist Vorsorge zu treffen, und genau zu überwachen, daß ausnahmslos jeder Mann, auch die Abkommandierten, von diesem Befehle Kenntnis erhält. Die Bekanntgabe ist bis auf Weiteres bei jedem Löhnungsappell zu wiederholen unter besonderem Hinweis darauf, daß Zuwiderhandlungen nach § 104 Militär-Straf-Gesetz-Buch aber auch gemäß §§ 92, 93 Militär-Straf-Gesetz-Buch[8]) strafbar sind und daß demnach Unkenntnis des Verbots in Zukunft nicht vorgeschützt werden kann.

Vor allem gilt es aber, den Geist der Vaterlandsliebe in der Truppe wachzuhalten und in jedem Mann das Gefühl zu wecken, daß es schon ehrlos ist, wenn ein Soldat, der von aufrührerischen Bestrebungen oder Verabredungen im Heere Kenntnis erhält, nicht sofort Anzeige erstattet.

Der Kommandierende General
Isbert
Generalleutnant.

[8]) Vgl. K. Elsner, v. Gronow und G. Sohl, Militärstrafrecht, Berlin 1906, S. 117 ff. Die §§ 92 und 93 betreffen den Ungehorsam gegen einen Befehl in Dienstsachen, nach § 104 wurde bestraft, wer keine Anzeige einer ihm zur Kenntnis gekommenen Meuterei erstattete.

395.

Brief des Oberstleutnants Helfritz[1]) an den Ministerialdirektor Deutelmoser betr. den Einfluß der „Frankfurter Zeitung" auf Mannschaften und jüngere Offiziere des Feldheeres.

2. 10. 1917. — PA Bonn Nachr. Abt., Deutschland 1, Bd. 14, maschinenschriftlich.

Lieber Deutelmoser!

Das Bestreben, den Mannschaften an der Front die Notwendigkeit eines weiteren Durchhaltens klarzumachen, ihre Stimmung in diesem Sinne günstig zu beeinflussen und damit auch auf die Stimmung in der Heimat zu wirken, findet seine größte Schwierigkeit in der Bekämpfung der aus den Zeitungen geschöpften Ansichten. Leider ist das an der Westfront mit am meisten verbreitete Blatt die „Frankfurter Zeitung". Ganz abgesehen von jedem Parteistandpunkt wirkt das Blatt durch seine jüdisch gehässigen Angriffe auf alle, die nicht den gleichen würdelosen pacifistischen Bestrebungen huldigen, zersetzend.[2]) Nicht nur für den gewöhnlichen Mann, auch für unsere jungen Offiziere bedeutet es geradezu eine vaterländische Gefahr. Beide sind meist nicht in der Lage, einen richtigen

[1]) Chef des Generalstabes des V. AK.

[2]) In seiner Antwort vom 11. 10. 1917 (PA Bonn Nachr. Abt., Deutschland 1, Bd. 14) schrieb Deutelmoser hierzu: „Ich glaube aber doch, daß Sie der Zeitung Unrecht tun, wenn Sie ihr eine absichtlich zersetzende Stimmungsmache vorwerfen. Die Ansichten über das, was dem Vaterlande nützt oder schadet, gehen nun einmal gerade bei uns in Deutschland besonders weit auseinander. Die tiefen Gegensätze der ganzen Lebens- und Weltanschauung, die unser Volk schon seit Jahrhunderten zerspalten und tief in seiner geschichtlichen Entwicklung begründet sind, sprechen dabei entscheidend mit. Jeder Bekehrungsversuch an den Andersgesinnten ist auf dem Gebiete dieser grundlegenden Fragen völlig aussichslos."

Maßstab an die verhetzenden, zum Frieden um jeden Preis drängenden Artikel zu legen und vermögen nicht zu beurteilen, inwieweit diese Artikel lediglich parteipolitischen Zwecken oder dem internationalen jüdischen Kapital dienen sollen. Dadurch, daß die Zeitung am schnellsten an der Front erscheint und mit Nachrichten gut bedient ist, erfreut sie sich der größten Beliebtheit. Versuche, ihren Bezug einzuschränken, führen zu einem nur geringen Ergebnis, sie zu verbieten, fehlen uns die rechtlichen Mittel.[3]) Es bleibt mithin nur die Möglichkeit von Seiten der Regierung durch die Pressezensur auf ihren Inhalt einzuwirken.[4]) Ihre Verbindungen und Ihre Erfahrungen auf diesem Gebiet werden Sie wahrscheinlich in den Stand setzen, Mittel und Wege zu finden, dies zu erreichen.[5]) Nur wenn derartige, jedem Vaterlandsgefühl Hohn sprechende Artikel rücksichtslos aus der Presse ausgemerzt werden, verspricht die von der O.H.L. angeordnete und mit allen Mitteln zu fördernde Aufklärungsarbeit unter den Truppen einen wirklichen Erfolg.

In alter Freundschaft bin ich mit herzlichem Gruß

Ihr
Helfritz
Oberstleutnant.

[3]) Vgl. die Bemerkungen Major Nicolais hierzu vor den Unterrichtsoffizieren am 10. 12. 1917, Nr. 346.

[4]) Hierauf erwiderte Deutelmoser (vgl. Anm. 2): „Wenn das möglich wäre, dann wäre es leicht, Politik zu machen. Leider ist das aber in Wirklichkeit durchaus nicht so einfach. Wir können die miteinander im Kampfe liegenden Gegensätze der allgemeinen Weltanschauung selbst mitten in dem jetzigen schweren Kampf um unser staatliches Dasein nicht zu völliger Waffenruhe zwingen. Das ist ein Unglück, — aber eins, an dem keine Staatskunst etwas zu ändern vermag. Was wir von denen, die guten Willens sind, erreichen können, ist nicht die Preisgabe oder auch nur das Verschweigen ihrer Überzeugung, sondern nichts weiter als die Wahrung vornehmer Kampfessitten."

[5]) Deutelmoser bat Helfritz in seinem Antwortbrief (vgl. Anm. 2), ihm durch eine offene und vor allem sachlich begründete Stellungnahme zu genau bezeichneten Artikeln der „Frankfurter Zeitung" die Möglichkeit zu geben, bei der Redaktion Vorstellungen zu erheben, die dann zweifellos berücksichtigt würden. Im übrigen wies er darauf hin, daß selbst die OHL offenbar den guten Willen der Zeitung anerkenne, da sie wohl sonst Major Nicolai nicht die Genehmigung zur Veröffentlichung eines Artikels in der Zeitung gegeben haben würde.

396.

Bericht des Chefs der Hochseestreitkräfte an den Kaiser über die Ursachen der Flottenunruhen.

6. 10. 1917, Gg. 6964. B. I. — MGFA MA/MK, Nr. 3440, XXV. c, Bd. 1, Ausfertigung.[1])

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät berichte ich alleruntertänigst das Folgende.

[1]) Der Bericht wurde vom Chef des Admiralstabes, Admiral v. Holtzendorff, während des Immediatvortrags am 27. 10. 1917 (Paraphe Wilhelms II. im Kopf der Vorlage) dem Kaiser vorgelegt, vgl. Müller, S. 327. Holtzendorff, der auch über die Verhältnisse in den übrigen Marineteilen

Auf Grund der mir vom Chef des Admiralstabes zugegangenen Mitteilung, daß Euere Majestät Meldung über die disziplinaren Verhältnisse in der Flotte befohlen haben, habe ich Berichte der mir unterstellten Befehlshaber eingefordert[2]) und durch diese meine eigene Ansicht voll bestätigt gefunden, die ich wie folgt zusammenfasse:

Die disziplinaren Verhältnisse in *dem bisherigen Sinne* sind unverändert geblieben. Die Zahlen der Bestrafungen bewegen sich, ausweislich der Strafbücher, in normalen Grenzen. Längere Werftliegezeiten haben, wie stets, auch im letzten Kriegsjahre ungünstig gewirkt, nach Wiederaufnahme der Fronttätigkeit zeigte sich jedoch überall schnell wieder das normale Bild. Wie zu erwarten stand, sind die Verhältnisse auf den Schiffen und Fahrzeugen mit ausgesuchter Besatzung, und auf solchen, denen besondere kriegerische Erfolge zuteil geworden sind oder denen eine in langer Friedensarbeit gegründete Tradition zuhilfe kommt, besser als auf solchen Fahrzeugen, die eine neu zusammengestellte Besatzung haben, oder auf denen infolge der Eigenart ihres Verwendungszwecks die militärischen Aufgaben zurückstehen oder die Überwachung durch die Vorgesetzten schwierig ist.

Im übrigen sind aber nirgendwo besonders auffallende Überschreitungen des Normalmaßes nach der ungünstigen Seite zu verzeichnen.[3])

Ganz unabhängig von der allgemeinen Manneszucht muß die *Einwirkung der politischen Bewegung*, die in Teilen der Hochseestreitkräfte Eingang gefunden hat, auf die Disziplin betrachtet werden.

Diese Bewegung ist entstanden aus dem Widerhall, den die Umwälzungen in Rußland und die lebhafte Erörterung innerpolitischer Fragen in ganz Deutschland bei den Besatzungen gefunden hat. Daß er auf den kampfkräftigsten Schiffen deutlicher merkbar wurde, ist als Begleiterscheinung des Seekriegs, wie er sich

---

berichtete (vgl. die Aufzeichnung für den Thronvortrag vom 26. 10. 1917, MGFA MA/Adm, Nr. 2022, I. 3. 8, Bd. 30), äußerte sich über die Wirkung der ergriffenen Maßnahmen skeptischer als Scheer: „Die Erscheinungen werden mit Rücksicht auf den Umfang der Bewegung und den erreichten Grad der Verhetzung namentlich auch in Anbetracht der Unmöglichkeit, den großen Schiffen wesentlich andere Kriegsaufgaben zuzuweisen, voraussichtlich nicht sofort völlig verschwinden."

[2]) Vgl. die Einzelberichte der Linienschiffe des IV. Geschwaders und den zusammenfassenden Bericht des Chefs des IV. Geschwaders, Admiral Souchon, an das Kommando der Hochseestreitkräfte vom 30. 9. 1917, in: MGFA MA/KdH, Nr. 3300, A. 1. Gg. XIa, Bd. 1, sowie den Bericht des Oberbefehlshabers der Ostseestreitkräfte an den Chef des Admiralstabes vom 5. 10. 1917, in: MGFA MA/OdO, Nr. 1139, D.V.O. 2, Bd. 1.

[3]) Das Verfahren des Kommandos der Hochseestreitkräfte, bei der Betrachtung der disziplinären Verhältnisse die Flottenunruhen zunächst ganz auszuschalten, obwohl für ihren Ausbruch auch Umstände nichtpolitischer Art geltend gemacht werden, verdient Beachtung. Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Bestrafungslisten des IV. Geschwaders für 1917 (MGFA MA/KdH, Nr. 3300, A. 1. Gg. XIa, Bd. 1) und die Zusammenstellung des stellv. Generalstabes über die in der Zeit vom 1. 8.—31. 12. 1917 rechtskräftig ausgesprochenen Verurteilungen wegen Landes- und Kriegsverrats sowie wegen Vergehens gegen das Spionagegesetz (MGFA MA/RMA, Nr. 4390, XX. 33, Bd. 7). Der stellv. Generalstab stellte fest, daß die Verurteilungen „außerordentlich" gestiegen seien. In den ersten drei Kriegsjahren betrug die Zahl der Verurteilten 273, in den fünf Berichtsmonaten wurden allein 126 Personen verurteilt.

entwickelt hat, zu erklären. Die ältesten Mannschaftsjahrgänge sind noch in ziemlicher Stärke auf denselben Schiffen, auf denen sie teilweise schon vor sechs, auch sieben Jahren eingestellt wurden. Die erfahrenen und tüchtigen Vorgesetzten der mittleren Grade, und zwar Offiziere wie Unteroffiziere, sind für Unterseeboote und sonstige Verwendungszwecke freigemacht und durch weniger bewährte oder sehr junge ersetzt worden.

Kampfhandlungen waren sehr selten und der Dienst nahm gerade auf den genannten Schiffen eine gewisse Einförmigkeit an. Da auch die Verpflegung nur eben ausreichend und wenig abwechslungsreich war, fühlten die Leute sich, angesteckt von der Stimmung im Lande und unter dem Einfluß der jetzt zum Dienst eingezogenen, bereits politisch geschulten alten Jahrgänge vielfach unbefriedigt und ließen sich, von der Verheißung baldigen sicheren Friedens geblendet, von intelligenten und redegewandten Kameraden verlocken, sich der politischen Organisation mit dem Programm der unabhängigen sozialdemokratischen Partei anzuschließen. Natürlich griff die Bewegung auch auf andere Schiffe über, wenn die Möglichkeit, Beziehungen herzustellen gegeben war oder solche durch persönliche Freundschaften schon bestanden. Da die Führer der Bewegung auf Euerer Majestät Schiff „Friedrich der Große" waren, sind die Schiffe des IV. Geschwaders[4]) außer Euerer Majestät Schiff „Kaiser", — am meisten Euerer Majestät Schiff „Prinzregent Luitpold" — außerdem Euerer Majestät Schiffe „Pillau", „Westfalen" und „Rheinland", die mit erstgenanntem Schiff zusammen in der Werft gelegen hatten, mehr oder weniger stark beeinflußt worden. Auf den übrigen Schiffen des I. Geschwaders[5]) mit Ausnahme von Euerer Majestät Schiffen „Oldenburg" und „Thüringen" sind ebenfalls Organisationen entdeckt worden, es geschah aber so rechtzeitig, daß ihre Wirkung begrenzt blieb. Wenn auch damit gerechnet werden muß, daß eine Bewegung, die die Gemüter so stark erregt hat, nicht plötzlich zum Stillstand kommt, zumal sie immer wieder aus dem Lande, und zwar unter geistiger Leitung von Reichstagsabgeordneten genährt wird[6]), und deshalb auch nach Abschluß der jetzt beim I. Geschwader schwebenden Verfahren wohl noch weitere Untersuchungen und Strafen notwendig werden, so bin ich doch der Ansicht, daß bei der großen Masse der Besatzungen die strengen Strafen gewirkt und die Leute den schlechten Weg erkannt haben, den man sie führen wollte.

---

[4]) Vgl. hierzu Nr. 374 und 375.

[5]) Zu dem Verfahren gegen Mannschaften des I. Geschwaders, die erst im September 1917 eröffnet wurden, vgl. MGFA MA/MK, Nr. 3580, II, Bd. 3; MGFA/KdH, Nr. 788, Gg. 5a, Bd. 1 und 2; MGFA MA/OdO, Nr. 1139, D.V.O. 2, Bd. 1; MGFA MA/RWM, Nr. 4078, Flottenunruhen, Bd. 1; WUA, Bd. 10/I, S. 301 ff.; Volkmann, S. 288 f.; Archivalische Forschungen 4/II, Bd. 2, Nr. 197, S. 697 ff.; H. J. Bernhard, Unveröffentlichte Dokumente zum Aufstand in der deutschen Hochseeflotte im Sommer 1917, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 5. Jg. 1957, S. 1053 ff.

[6]) Auf diesen Umstand wies der Chef des Stabes des Kommandos der Hochseestreitkräfte, Kontreadmiral v. Trotha, in einem Brief vom 1. 10. 1917 an einen nicht näher zu identifizierenden Herrn Knizel zur Weiterleitung an Oberstleutnant Bauer hin (Nachlaß Bauer, Nr. 11): „Wir vertreten mit aller Schärfe den Standpunkt, daß man unbedingt gegen die Abgeordneten vorgehen müsse, wenn die Gefahr nicht bestehenbleiben solle, daß die Bewegung immer wieder neue Nahrung bekommt."

Es sind alle in meiner Macht liegenden Maßnahmen ergriffen[7]), um der Gefahr Herr zu werden, und ich bin der Ansicht, daß auf allen mir unterstellten Streitkräften die Besatzungen jetzt fest in der Hand ihrer Vorgesetzten sind.

Scheer
Admiral
und Chef der Hochseestreitkräfte.

[7]) Vgl. hierzu den Befehl Admiral Scheers vom 7. 10. 1917, WUA, Bd. 10/I, S. 141 ff., sowie den Kommentar des Sachverständigen Alboldt hierzu. — Wesentlicher Bestandteil der Maßnahmen war daneben die Abgabe unzuverlässiger Mannschaften an die Marineteile an Land, d. h. vor allem an die Arbeiter-Abteilungen der Werften und an das Marinekorps in Flandern. Der Austausch scheint einen großen Umfang angenommen zu haben, denn am 31. 1. 1918 sah sich das Kommando der Hochseestreitkräfte veranlaßt, die Geschwader darauf hinzuweisen, daß „schlechte politische Gesinnung" keinen ausreichenden Grund für die beantragte Versetzung eines Mannes darstelle. Für die Vorgänge vgl. MGFA MA/KdH, Nr. 3300, A. 1. Gg. XIa, Bd. 1.

397.

Vortragsnotiz aus dem Pressereferat des bayerischen Kriegsministeriums zur Veranstaltung des sozialdemokratischen Parteitags in Würzburg.

9. 10. 1917, München, Nr. 169237. A. — BHStA IV München MKr, 11522, handschriftlich.

Gegen die Abhaltung des Parteitages der sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Würzburg[1]) wurde eine grundsätzliche Erinnerung nicht erhoben (vgl. K.M. Nr. 131 001 A/17).[2])

Laut Telegramm des stellv. Generalkommandos II. A.K. vom 8. 10. 17 (E.Nr. 170353) soll im Zusammenhang mit der Tagung am 14. 10. 17 eine *öffentliche Volksversammlung* abgehalten werden. Redner: Abgeordneter Scheidemann; Tagesordnung: „Sozialdemokratie, Verständigungsfrieden und Vaterlandspartei." Das *stellv. Generalkommando* bittet um *Drahtantwort*, ob hiergegen eine Erinnerung besteht.

Nach telephonischer Mitteilung des Herrn Oberst Freiherr von Thüngen ist der stellv. kommandierende General des II. A.K. bereit, zu persönlicher Rücksprache über die Angelegenheit bei S. Exzellenz dem Herrn Kriegsminister sich einzufinden.

[1]) Vgl. Quellen I/4, S. 254; Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Würzburg 1917, Berlin 1917.

[2]) Liegt nicht vor. Schon am 30. 6. 1917 hatte Staatssekretär Helfferich auf Veranlassung des Abgeordneten Ebert bei der bayer. Regierung angefragt, ob irgendwelche Bedenken gegen die Abhaltung des Parteitags, der damals für die zweite Hälfte August vorgesehen war, in Würzburg beständen. Ebert glaubte, maßvolle Haltung des Parteitags zusichern zu können. Er sei sich klar, daß die Berichte der Zensur unterlägen, bitte aber um möglichstes Entgegenkommen. Die „Freiheit der Erörterung" müsse jedoch gewährleistet sein. Weder das bayer. Kriegsministerium noch das bayer. Ministerium des Innern erhoben Einwände. Für die Vorgänge vgl. BHStA IV München MKr, 11522.

Mit Randbericht Nr. 295708 vom 4. 10. 17 fragt das stellv. Generalkommando ferner an, ob gegen die *Tagesordnung* und die in der Vorlage angegebene Durchführung des Parteitages Bedenken bestehen. Als Redner über politische Angelegenheiten treten Dr. David und Scheidemann auf. Zu der Tagung, die in der Zeit vom 14. [bis][3]) etwa 20. 10. 17 im Huttenschen Garten stattfindet, werden ungefähr 300 Delegierte kommen. Die Verhandlungen sind *öffentlich;* der Zutritt ist aber nur gegen die vom Lokalkomité ausgegebenen Karten gestattet.

In letzterer Hinsicht kommen Bedenken kaum in Betracht. Es wird nur unter *beschränkter Öffentlichkeit* verhandelt. Die Redner Abg. Dr. David und Scheidemann bieten eine gewisse Gewähr dafür, daß größere Entgleisungen nicht vorkommen.[4])

Aber auch gegen die Abhaltung der *öffentlichen Volksversammlung* möchte nach Anschauung von APr eine grundsätzliche Erinnerung nicht zu erheben sein. Nach der Tagesordnung ist zwar zu erwarten, daß die „Vaterlandspartei" einige derbe Wahrheiten zu hören bekommt. Nach der ganzen Art ihrer Agitation muß sie sich aber wohl eine Kritik gefallen lassen.[5]) Darlegungen über den „Verständigungsfrieden" sind in der gegenwärtigen Zeit kaum zu unterdrücken. Es ist jedoch zu verlangen, daß die Redner nicht die *Stimmung zum Durchhalten* gefährden. Was den weiteren Punkt der Rede „über Sozialdemokratie" betrifft, so wird die Bedingung zu stellen sein, daß die Opferwilligkeit und militärische Unterordnung der Truppen nicht von *politischen Zielen abhängig* gemacht wird.

Wenn auch die Person des Abg. Scheidemann in gewissem Umfange dafür bürgt, daß gegen diese Grundsätze nicht verstoßen wird, so wird es vielleicht doch zweckmäßig sein, die Bedingungen zu formulieren. Die Abg. Scheidemann und David haben auch schon in München in öffentlichen Versammlungen gesprochen, ohne daß irgendwelche Beanstandungen zu erheben gewesen wären.

Eine persönliche Rücksprache des stellv. kommandierenden Generals mit S. Exzellenz dem Herrn Kriegsminister dürfte sich nach Vorstehendem erübrigen.

[...][6])

---

[3]) In der Vorlage steht an dieser Stelle „mit".

[4]) Vgl. hierzu die Reaktion des Generalobersten v. Einem auf die Rede des Abgeordneten Scheidemann am 18. 10. 1917 über „Die nächsten Aufgaben der Partei", Einem, S. 344 f.

[5]) Vgl. Nr. 410, Anm. 9.

[6]) In der Vorlage folgt der in Vertretung des Kriegsministers von General der Kavallerie z. D. Frhr. v. Speidel unterzeichnete Telegrammentwurf an das stellv. Generalkommando des II. bayer. AK. Danach sollten die Veranstalter verpflichtet werden, „die bei Fortdauer der Kämpfe unerläßliche Geschlossenheit unseres Volkstums und den Geist zum Durchhalten" nicht zu erschüttern und „die Opferwilligkeit und militärische Unterordnung der Truppen nicht von politischen Zielen abhängig" zu machen. Das bayer. Kriegsministerium erklärte sich mit den von Höhn, S. 517, nur im Auszug zitierten besonderen Bedingungen des stellv. Generalkommandos des II. bayer. AK, die sehr viel mehr ins einzelne gingen, einverstanden. — Obwohl bereits in Würzburg alle Presseveröffentlichungen zensiert wurden, ordnete das stellv. Generalkommando des VIII. AK eine nochmalige scharfe Prüfung der Parteitagsberichte an, vgl. die Verfügung vom 15. 10. 1917, StA Koblenz 403, Nr. 14133.

398.

Bericht des Chefs der Presseabteilung an den Chef des Admiralstabes über die Sitzung des Reichstages vom 9. Oktober[1]) und zur Kanzlerkrise.

10. 10. 1917, P. 5560, Ganz Geheim! — MGFA MA/Adm, Nr. 2418, P 32, Bd. 1, Ausfertigung.[2])

Nicht nur der Mangel an Zeit, sondern eine Art intuitive Vorahnung, daß die am Montag, den 8. Oktober, im Hauptausschuß des Reichstages[3]) erzielte innerpolitische Ausgleichung nicht lange dauern würde, hat mich verhindert, über den Verlauf der Verhandlungen zu berichten. Die Vorgänge in der gestrigen Vollsitzung im Plenum haben diese Empfindung gerechtfertigt.

Wir haben einen neuen schwarzen Tag in unserem Vaterland gehabt, und während am Sonnabend Reichstag und Regierung sich mit einigem Übergewicht der letzteren in die Schuld für den unglücklichen Verlauf der Verhandlungen teilen mußten[4]), trifft meines Erachtens für das gestrige Unglück die Regierung allein schweres Verschulden. Dies nicht so sehr um ihrer Absichten und Gedanken willen, als vielmehr wegen der Form und der Regie, in der jene zum Ausdruck gebracht wurden. Natürlich hat auch der Reichstag wieder, mit Ausnahme der unten noch einmal kurz zu behandelnden Konservativen es nicht unterlassen, seine Unreife, Führerlosigkeit und Inkonsequenz zu zeigen, wodurch der Gesamteindruck nach innen und vor allen Dingen leider nach außen[5]) nur desto trauriger werden mußte.

Über die Gefährlichkeit und auch staatsrechtliche, verfassungsmäßige Unmöglichkeit der Auslassungen des Reichskanzlers über die Partei der Unabhängigen Sozialisten zu schreiben erübrigt sich, da die Presse gerade diesen Punkt aus

---

[1]) Sten. Berichte, Bd. 310, S. 3765 ff., insbesondere S. 3773 ff. Vgl. auch Quellen I/1, Bd. 1, Nr. 44 ff., S. 213 ff., sowie Quellen I/3, Bd. 2, Nr. 456 ff., S. 335 ff. sowie U. Bermbach, Vorformen parlamentarischer Kabinettsbildung in Deutschland. Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18 und die Parlamentarisierung der Reichsregierung, Köln 1967 (= Politische Forschungen, Bd. 8, hrsg. v. D. Sternberger), S. 157 ff.

[2]) Im Kopf der Vorlage Paraphe Holtzendorffs mit dem Datum des 11. 10. 1917. Am Schluß der Vorlage bemerkte der Admiralstabschef: „Besten Dank! Ich sehe nicht so schwarz, wohl weil die Luft des Reichstags die Anwesenden mehr belästigt, als die weiter abstehenden." — Eine Abschrift der Vorlage wurde an den Chef des Stabes des Oberbefehlshabers der Ostseestreitkräfte gesandt, vgl. MGFA MA/OdO, Nr. 1139, D.V.O. 1, Bd. 1.

[3]) Vgl. Schulthess 1917/I, S. 861 ff.

[4]) Vgl. den in Nr. 393, Anm. 4, erwähnten Bericht Boy-Eds vom 7. 10. 1917.

[5]) In den Pressebesprechungen wurde dieser Gesichtspunkt von dem Vertreter des Admiralstabes verständlicherweise vor allem in den Vordergrund geschoben. Er weigerte sich, irgendwelche Einzelheiten, die über die Feststellungen des Staatssekretärs in der Reichstagssitzung vom 9. 10. 1917 hinausgingen, mitzuteilen; vgl. hierzu die Aufzeichnungen aus den Pressebesprechungen vom 11. und 15. 10. 1917 (MGFA MA/RMA, Nr. 2357, XVII. 1. 5. 13, Bd. 2) sowie das Protokoll der Pressebesprechung vom 29. 10. 1917 (BHStA IV München MKr, 14025). Im übrigen bemühte sich die Presseabteilung durch Zensurverfügungen den Begriff der Meuterei aus den Presseveröffentlichungen herauszuhalten. Vgl. den Entwurf einer Zensurverfügung vom 16. 10. 1917 (MGFA MA/Adm, Nr. 2413, P 18, Bd. 5) und die Schreiben der Abteilung an das Kriegspresseamt vom 3. und 30. 11. 1917 (MGFA MA/Adm, Nr. 2418, P 32, Bd. 1).

naheliegenden Gründen besonders herausarbeiten wird. Leider hat aber meines Erachtens der Staatssekretär des Reichsmarineamts außerordentlich unglücklich operiert.[6]) Er hat für jeden logisch und nicht etwa nur parteipolitisch Denkenden unlösbare Situationen geschaffen, indem er, wenn auch vielleicht nicht seiner Absicht, so doch seinen Worten nach drei namentlich genannte sozialistische Abgeordnete der Beihilfe zum Landesverrat öffentlich anklagte, während diese drei Abgeordneten gleichzeitig, ohne auch nur in eine Untersuchung hineingezogen worden zu sein, nicht nur ruhig dasitzen, sondern sogar ihn und die Regierung noch heftig angreifen durften. Entschließt sich aber die Regierung — was *dringend* zu hoffen ist — nun doch noch zu einer Einleitung eines Verfahrens gegen die drei Sozialisten[7]), so hat sie sich vor dem Gericht der Öffentlichkeit und dem Urteil der Welt für die peinliche Tatsache zu verantworten, daß die Hauptzeugen gegen jene drei Abgeordneten bereits dem Tode überliefert worden sind.

Ich bin deshalb der Meinung, daß nicht nur eine Kanzlerkrisis[8]), sondern auch eine ganz erhebliche Staatssekretärkrisis[9]) besteht. Es scheint mir ferner ausgeschlossen, daß die Regierung die taktische und rednerische Geschicklichkeit besitzen wird, diese Krisis zu überwinden.

Jedenfalls hat der Herr Reichskanzler gestern abermals gezeigt, daß, wenn er klare konsequente Gedanken besitzt, er zum mindesten nicht versteht, sie zum Ausdruck zu bringen. Wenn immer der Herr Reichskanzler sich zum Worte meldet, befällt wohl alle anwesenden Regierungsvertreter und Freunde der Regierung ein beängstigendes Furchtgefühl, „wenn es nur gut geht". Es besteht darin[10]) ein fundamentaler Unterschied zwischen dem früheren und jetzigen Reichskanzler. Wenn Ersterer das Wort ergriff, so war man sicher, daß er eine verfahrene Situation entweder ganz wieder einrenkte, oder sie außerordentlich

---

[6]) Vgl. hierzu Nr. 400. Zur Vorgeschichte vgl. das Schreiben des Staatssekretärs an den preuß. Kriegsminister vom 17. 9. 1917 (Archivalische Forschungen 4/II, Nr. 201, S. 705 f.), das Schreiben des preuß. Ministers des Innern an den Reichskanzler vom 24. 9. 1917 (Volkmann, S. 289 f.) und den Bericht des Geh. Admiralitätsrats Dr. Felisch an den Staatssekretär vom 3. 10. 1917 (WUA, Bd. 9/I, S. 78).

[7]) Vgl. Nr. 401.

[8]) Vgl. die in den in Anm. 1 erwähnten Quellenbänden zitierten Äußerungen sowie Müller, S. 323 f.; Groener, S. 559 (Eintragung vom 10. 10. 1917); Hoffmann, Bd. 1, S. 180 f. (Briefe vom 10. und 12. 10. 1917); Thaer, S. 143 f. (Eintragungen vom 14. und 15. 10. 1917).

[9]) Vgl. Nr. 399 und 400. Korvettenkapitän v. Selchow vermerkte am 14. 10. 1917 in seinem Tagebuch (Nachlaß Selchow, Logbuch Nr. 36): „Als ich des Morgens aufs Amt ging, war der Staatssekretär infolge der englischen Tartarennachrichten über Meutereien auf der deutschen Flotte äußerst erregt. Schließlich hat er auch allen Grund dazu. Meutereien können immer einmal vorkommen, wenn irgendwo mangelhafte Vorgesetzte sind. Es kommt nur darauf an, daß sofort mit rücksichtsloser Strenge durchgegriffen wird. Das ist bei uns nicht geschehen. Und das ist allemal der Anfang vom Ende. Wenn Admiral Scheer, der Sieger von Skagerrak, dazu nicht einmal die Kraft findet, wer soll sie dann eigentlich haben? Wir sind auf dem Amt jetzt oft in einer solchen Wut, daß wir nur bedauern, nicht Engländer zu sein. Der Engländer packt doch zu und hat politischen Blick. Wir deutschen Menschen sind wirklich von einer unerträglichen Borniertheit."

[10]) In der Vorlage nachträglich handschriftlich ergänzt.

besserte.[11]) Wenn aber Letzterer, selbst bei völlig geglätteter Situation anfängt, zu sprechen, ist bei jedem zweiten Mal ein Wirrwarr, ein grundsätzliches Mißverständnis oder Ähnliches die Folge. Ich persönlich halte ein weiteres Verbleiben des Herrn Reichskanzlers nicht nur wegen des Mangels an Autorität dem Reichstag gegenüber, sondern auch wegen seiner persönlichen Unzulänglichkeit für ausgeschlossen.[12])

Über das Mißbehagen über das unglückliche Auftreten der Regierung am gestrigen Tage hinaus kommt die Betrübnis, daß die Reichstagsmehrheit, welche am Montag sich nach vorübergehender Festigung von Neuem zu lockern begonnen hat, offenbar wieder fester zusammengeschweißt ist.[13]) Man wird dies nicht nur im Hinblick auf die Friedensverhandlungen, sondern auch für die Entwickelung unseres Verfassungslebens zu bedauern haben.

Staatserhaltend für das Ansehen des Vaterlandes besorgt und sich selber konsequent haben sich gestern abermals die Konservativen unter der Führung ihres vorzüglichen Grafen v. Westarp benommen. Es liegt meines Erachtens eine bittere Ironie darin, daß gerade diese Partei, welche vielen Mitgliedern der Regierung der Gegenstand abfälligster Kritik gewesen ist, sich in diesen letzten Tagen abermals als diejenige erwiesen hat, welche über den Rahmen der Parteipolitik hinaus denkt und handelt und für Würde und Prestige sowie deren Wirkung auf das Ausland, allenfalls noch außer den Nationalliberalen, die richtige Empfindung zeigt.

Gut abgeschnitten hat gestern wieder der Staatssekretär des Äußern, von Kühlmann. Was er über England und dessen eigentlichen Grund zur Fortsetzung des Krieges sagte, ist ganz meine persönliche Ansicht. Ich hatte ihr meinerseits unter dem 5. Oktober in dem beigelegten Aufsatz des „Lokal-Anzeiger" „Dilettantismus und Frechheit", indem ich fast in derselben Weise, wie Excellenz von Kühlmann Churchill lächerlich mache, Ausdruck gegeben.[14])

Im Hinblick auf die meines Erachtens unbestreitbare Tatsache einer Kanzlerkrisis möchte ich zum Schluß nicht unerwähnt lassen, daß als neue Kandidaten für den Reichskanzlerposten neuerdings genannt werden Prinz Max von Baden(!), Fürst von Bülow, Graf von Bernstorff und von den Konservativen wieder der General von Gallwitz. Ich möchte glauben, daß von den vorgenannten Kandidaten trotz aller bestehenden Schwierigkeiten Fürst Bülow der geeignetste ist.[15]) Vom Grafen Bernstorff wird behauptet, daß er während seines Berliner Aufenthalts intensive Fühlung mit einflußreichen Abgeordneten und Vertretern der Presse genommen hat und damit seine demokratische Grundauffassung nachträglich betont hat. Ich persönlich halte den Grafen Bernstorff bei aller Aner-

---

[11]) Der vorangehende Satz ist von dem Empfänger der Abschrift der Vorlage (vgl. Anm. 2) unterstrichen worden.

[12]) Die vorangehenden drei Worte sind von dem Empfänger der Abschrift der Vorlage (vgl. Anm. 2) unterstrichen worden.

[13]) Unleserliche Marginalie am Seitenrand der Vorlage.

[14]) Es handelt sich um eine Erwiderung auf eine Rede Churchills.

[15]) Vgl. hierzu Nr. 394, Anm. 10.

kennung vieler guter Eigenschaften desselben für[16]) unzulänglich für den arbeitsreichen, vielseitigen und verantwortungsvollen Posten eines Reichskanzlers. Er ist u. a. zu oberflächlich und auch viel zu wenig gewandt im Reden. Die Marine dürfte sich ihn zu allerletzt wünschen, da er zu denen gehört, welche in der Existenz der deutschen Flotte den Grund zu diesem Weltkriege sehen.

P.
Boy-Ed.

[16]) In der Vorlage handschriftlich verbessert aus: „völlig".

399.

Fernschreiben des Chefs des Admiralstabes an den Reichskanzler. Stellungnahme zu Gerüchten über einen Rücktritt des Staatssekretärs des Reichsmarineamts aus Anlaß der Reichstagsverhandlungen über die Flottenunruhen.

11. 10. 1917, Gr. Hauptquartier, Nr. 1565, Ganz Geheim. — MGFA MA/RMA, Nr. 7167, II. 2. 1. c. 8, Bd. 2, Abschrift.[1])

Nachrichten aus Berlin sprechen von einem bevorstehenden Rücktritt des Admirals Capelle als Staatssekretär des Reichs-Marine-Amts aus Anlaß der Reichstagsverhandlungen über die Agitation der U.S.P. in der Flotte.[2]) Das dringende Interesse der Marine zwingt mich, einer solchen Wendung, soweit es in meiner Macht steht, vorzubeugen. Der Staatssekretär des R.M.A. hat unter parlamentarischer Nötigung den Zusammenhang zwischen Gährungen und Unbotmäßigkeiten auf einzelnen Schiffen der Flotte und verschiedenen Reichstagsabgeordneten an Hand der Gerichtsakten zur Kenntnis gebracht. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die betreffenden Reichstagsabgeordneten Rat und Belehrung besonders in Form von politischen Druckschriften erteilt haben, aus denen sich der Geist der Insubordination entwickelt und zu Absichten und Handlungen landesverräterischer Natur verdichtet hat.

Ob in der Methode, wie der Staatssekretär des R.M.A. vorgegangen ist, nach parlamentarischer Sitte gefehlt worden ist, ob den betreffenden Reichstagsabgeordneten daraus ein formales Beschwerderecht erwächst, sind nachgeordnete Fragen gegen die Forderung und Bedeutung seines Rücktritts aus diesem Anlaß. Dieser Rücktritt würde unzweifelhaft die Maßnahmen, die zur Wahrung der Mannszucht in der Flotte ergriffen worden sind, das Zutrauen in deren rechtliche Grundlage erschüttern und damit den Geist in der Flotte auf das schwerste gefährden. Mit der aus dem Rücktritt des Staatssekretärs des R.M.A. nur zu leicht zu folgernde Anerkennung der verhängten Todesstrafe als Justizmord würde der Flottenchef Admiral Scheer seine Autorität verlieren und von seiner Stellung als Flottenchef weichen müssen, Folgen sachlich wie personell, [die]

[1]) Die Vorlage ist am 12. 10. 1917 im Reichsmarineamt eingegangen und von Capelle abgezeichnet worden.

[2]) Vgl. hierzu Nr. 398. Der Reichskanzler hatte dem Staatssekretär bereits am 10. 10. 1917 einen solchen Schritt nahegelegt, vgl. Nr. 400, Anm. 8.

die militärische Leistung der Marine schwer beeinträchtigen müßte[n]. Demgegenüber wiegt die zur Schau getragene Entrüstung der betroffenen Reichstagsabgeordneten federleicht, zumal wenn jetzt noch nach neu beigebrachtem Belastungsmaterial der Reichstag aufgefordert wird, die strafrechtliche Verfolgung der 3 Reichstagsabgeordneten zuzulassen.[3])

Vorher einen Rücktritt des Admirals Capelle ins Auge zu fassen, halte ich im Marine- und Staatsinteresse für verhängnisvoll und fühle mich verpflichtet, diese meine Auffassung beim Reichskanzler mit voller Bestimmtheit geltend zu machen.[4]) Die umlaufenden Gerüchte erfordern eine umgehende Abweisung.

gez. von Holtzendorff.

[3]) Vgl. hierzu Nr. 401.

[4]) Der Reichskanzler sah sich auf Grund dieses Einspruchs gezwungen, seinen Antrag auf eine sofortige kaiserliche Entscheidung, die er durch Telegramme vom 11. 10. 1917 an den Chef des Marinekabinetts und seinen Vertreter im Gr. Hauptquartier erbeten hatte, zurückzunehmen. Aus dem Telegramm an Legationsrat Frhr. v. Grünau vom 12. 10. 1917 geht darüber hinaus hervor, daß auch die OHL sich gegen einen sofortigen Rücktritt Capelles ausgesprochen hatte (für die Vorgänge vgl. PA Bonn Polit. Abt., Auswärtiges Amt Gr. Hauptquartier, Bd. 247). Zum Einspruch der OHL vgl. auch den Bericht des bayer. Militärbevollmächtigten im Gr. Hauptquartier vom 23. 10. 1917 (BHStA IV München MKr, 1828): „Reichskanzler und Staatssekretär des Reichs-Marine-Amts werden zu halten versucht. — Nur von einer Seite, die allerdings den letzten Reichstagssitzungen anwohnte, hörte ich das Urteil, daß beide unmöglich wären. Über allenfallsigen Ersatz ist sich aber auch diese Stelle gänzlich im Unklaren. — Man glaubt, daß die Verhältnisse zur Diktatur drängen (vielleicht bis zum nächsten Frühjahr), wobei allerdings ein nahes, für uns günstiges Kriegsende angenommen wird; mit welcher Berechtigung, ist mir unbekannt! Als Diktator wurde Ludendorff genannt." Eine ähnliche Stellungnahme findet sich in einem Brief Wild v. Hohenborns vom 16. 10. 1917 (Nachlaß Hohenborn, Nr. 4). Auch der Staatssekretär des Auswärtigen Amts wandte sich gegen einen Rücktritt Capelles, vgl. Müller, S. 325 (Eintragung vom 12. 10. 1917). Zur Haltung der Parteien vgl. Quellen I/1, Bd. 1, Nr. 50, 55, 57 und 107, S. 224 ff.

400.

Abschiedsgesuch des Staatssekretärs des Reichsmarineamts aus Anlaß der Differenzen mit dem Reichskanzler.

12. 10. 1917. — MGFA MA/RMA, Nr. 7167, 2. 1. c. 8, Bd. 2, handschriftl. Entwurf.[1])

Euere Kaiserliche und Königliche Majestät bitte ich allerunterthänigst, mich von meiner Stellung als Staatssekretär des Reichsmarineamts in Gnaden entheben zu wollen. Die Beweggründe für diese meine Bitte liegen auf innerpolitischem Gebiet.[2])

[1]) Der Entwurf ist von Capelle weder abgezeichnet noch unterschrieben. Nach einem Kanzleivermerk ist jedoch eine Reinschrift angefertigt worden. Auch das Datum ist von Kanzlistenhand eingesetzt. Am Abend des 11. 10. 1917 hatte Capelle dem Chef des Marinekabinetts angekündigt, daß sein Abschiedsgesuch mit dem „nächsten Balkanzug" folge. Daß die Ausfertigung des Abschiedsgesuchs Capelles das Datum des 12. 10. 1917 trug, geht aus der Mitteilung Admiral v. Müllers über die endgültige Ablehnung hervor.

[2]) In der Vorlage folgen die durchgestrichenen Worte: „Sie sind kurz folgende:".

In der Reichstagssitzung vom [9.][3]) Oktober richtete der Abgeordnete Dittmann von der unabhängigen sozialdemokratischen Partei schwere Vorwürfe gegen die Marine, die darin gipfelten, daß

1. ohne Grund ein allgemeines Verbot von Halten der Zeitungen seiner Partei in der Marine erlassen sei,
2. Todesurteile und 200 Jahre Zuchthaus verhängt worden seien lediglich wegen Zugehörigkeit zur unabhängigen Sozialdemokratie.

Ich war damit in die mir an sich nicht unerwünschte Zwangslage versetzt, diesen Anschuldigungen mit größtem Nachdruck und auch unter Einsetzung meiner eigenen Person entgegenzutreten. Als Soldat mußte ich die unaufhörliche Wühlarbeit der unabhängigen Sozialisten schonungslos an den Pranger stellen, um damit unserem Vaterlande klar zu zeigen, wohin die Bestrebungen dieser Partei letzten Endes führen, welchen Schaden sie bereits in der Marine angerichtet hatten.[4]) Ich habe als Unterlage lediglich die mir vorliegenden, einwandfreien Aussagen zweier der Rädelsführer in der revolutionären Bewegung benutzt und die Frage, ob sich die Abgeordneten vom rein juristischen Standpunkt aus strafbar gemacht hätten, nicht berührt.[5])

Nach der Anklagerede des Abgeordneten Dittmann äußerte der Herr Reichskanzler mir gegenüber: „Die Kugel ist nun aus dem Lauf. Gehen Sie jetzt los." Ich nahm an, daß ich Dittmann auf's Schärfste zurückweisen sollte.[6])

[3]) Das in der Vorlage angegebene Datum des 8. Oktober beruht auf einem Irrtum, vgl. Sten. Berichte, Bd. 310, S. 3765 ff.

[4]) In einem weiteren, jedoch für ungültig erklärten handschriftlichen Entwurf (MGFA MA/RMA, Nr. 7167, II. 2. 1. c. 8, Bd. 2) heißt es hierzu: „Ich habe das getan in dem ich diese der Wirkung auf das Ausland halber als unbedeutend hinstellte und die Mitwisserschaft der drei unabhängigen sozialdemokratischen Abgeordneten Dittmann, Vogtherr und Haase über die Vorgänge auf der Flotte preisgab. Letzteres mußte ich als der E. Maj. verantwortlicher Staatssekretär thun, um dem Reichstage die Bedeutung, Tragweite und Gefährlichkeit der Angelegenheit darzuthun, denn es steht ja leider fest, daß ein nicht unbedeutender Teil der Marinemannschaften durch die unabhängige sozialistische Propaganda bereits verseucht ist und daß von dieser Seite zielbewußt auf völlige Untergrabung der Disziplin weiter gearbeitet wird."

[5]) In dem in Anm. 4 erwähnten Entwurf heißt es hierzu: „Ich habe ferner nicht die unabhängige sozialistische Partei als solche angegriffen, sondern nur die Mitwisserschaft von drei kompromittierten Abgeordneten festgenagelt, ohne darauf einzugehen, ob sie sich auf Grund eines Paragraphen des Strafgesetzbuches schuldig gemacht hätten. Meine Ausführungen waren Feststellungen von Tatsachen nicht eine Anklage." Vgl. hierzu die interessante Beurteilung des Verhaltens des Staatssekretärs in dem Bericht Kapitän z. S. Boy-Eds vom 12. 10. 1917 an Kontreadmiral v. Ußlar (MGFA MA/OdO, Nr. 1139, D.V.O. 1, Bd. 1): „Das Vorgehen des Staatssekretärs und teilweise auch seiner Berater läßt sich nur erklären mit einer Art Hypnose, in der er sich auf Grund der Aktenkenntnis befand. Er durfte aus inner- und außerpolitischen sowie militärischen Gründen in der Öffentlichkeit wenig sagen und wußte, daß er wenig sagen durfte, er sagte dann aber, gewissermaßen unbewußt, doch mehr, weil er so viel wußte, und weil er die tatsächlichen Vorgänge mit Recht als sehr ernst auffaßte."

[6]) Der vorangehende Satz wurde in der Vorlage verbessert aus: „Ich nehme an, daß ich Dittmann aufs schärfste zurückweisen kann." In dem in Anm. 4 erwähnten Entwurf wird der Vorgang wie folgt geschildert: „Der im Reichstag anwesende Reichskanzler Exc. Dr. Michaelis sagte mir darauf dem Sinne nach ‚die Kugel ist heraus, es bleibt nichts übrig als zu erwidern'. Er fragte mich dann noch, ob er in seiner Erwiderung sagen könne, daß Dittmann in letzter Linie befugt sei, Kritik an den sogenannten alldeutschen Agitationen in Heer und Marine zu üben. Ich bejahte ohne Kenntnis davon zu haben, was der Reichskanzler weiterhin sagen

Am Abend des 10. Oktober erhielt ich vom Herrn Reichskanzler das in Abschrift[7]) anliegende Schreiben.[8]) Als am 11ten Oktober in einer Berliner Zeitung die ebenfalls angeschlossene[9]) Auslassung erschien, aus der gefolgert werden mußte, daß der Herr Reichskanzler meine Vertretung der Marine-Interessen im Reichstage öffentlich mißbilligte[10]), bat ich ihn in einer Unterredung darum, dieser Ansicht entgegenzutreten. Er lehnte dies ab, erkannte vielmehr die erwähnte Auslassung als zutreffend an.[11]) Da hiermit ein unüberbrückbarer

würde. In seinen Ausführungen gab mir der Reichskanzler dann selbst die Anweisung, auf die Ausführungen des Dittmann im einzelnen zu antworten."

[7]) Die vorangehenden zwei Wörter sind in der Vorlage nachträglich ergänzt.

[8]) Das Schreiben (MGFA MA/RMA, Nr. 7167, II. 2. 1. C. 8, Bd. 2) hat folgenden Wortlaut: „Durch Ihre gestrigen Erklärungen bin ich in eine sehr schwierige Lage gekommen. Als ich meine Zustimmung gab, daß Sie auf die Dittmannsche Anzapfung wegen der hohen Strafen bei der Marine auf Ihr Material eingingen, konnte ich natürlich nur annehmen, daß Sie dies in dem Sinne tun würden, wie wir ihn nach Verhandlung mit Reichsanwalt und Parteien festgestellt hatten, nämlich: daß zwar ein Beweis für die Mitwisserschaft der Abgeordneten an den verbrecherischen Plänen der Matrosen *nicht* erbracht sei, — daß aber feststehe, daß Rädelsführer in der Zeit, wo der Plan ersonnen wurde, — bei den Abgeordneten gewesen und daß sie von ihnen Material (Drucksachen pp.) erhalten hätten.
Statt dessen haben Sie gesagt, daß die Matrosen ‚ihren' Plan mitgeteilt hätten — und dies konnte und ist auch nur so aufgefaßt worden, daß die Abgeordneten schuldige Mitwisser seien. Da dies nun nicht erwiesen ist, ist die Aktion nicht nur wirkungslos, sondern im Gegenteil nur schädlich gewesen und die Parteien machen mir mit Recht schwere Vorwürfe.
Ich muß ihnen (— den Führern, die mich demnächst aufsuchen wollten —) sagen, daß ich zwar dafür die Verantwortung übernehme, daß die Akten-Tatsachen im Reichstag mitgeteilt seien, daß ich aber für die Form die Verantwortung auf Ihnen lassen müsse."
In einem Telegramm ebenfalls vom 10. 10. 1917 (PA Bonn Polit. Abt., Auswärtiges Amt Gr. Hauptquartier, Bd. 247) an den Kaiser beurteilte Michaelis die Lage optimistischer. Seine Erklärung über die U.S.P.D. habe zwar einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen, habe aber „einen wirklichen Konflikt nicht geschaffen".

[9]) Die vorangehenden drei Worte sind in der Vorlage nachträglich ergänzt. Capelle bezieht sich hier auf einen Artikel in der „Vossischen Zeitung", Nr. 520, vom 11. 10. 1917 (Abendausgabe).

[10]) In dem in Nr. 399, Anm. 4, erwähnten Telegramm an Admiral v. Müller vom 11. 10. 1917 betonte Michaelis, daß die Rede Capelles der deutschen Sache im Ausland geschadet und seine Lage sehr geschädigt habe. „Ich halte deshalb Herrn von Capelles Stellung für unhaltbar." In dem Telegramm vom selben Tage an Legationsrat Frhr. v. Grünau drängte er auf eine möglichst baldige Ernennung eines Nachfolgers.

[11]) Nach dem in Anm. 4 erwähnten Entwurf hat Capelle in dieser Unterredung einen Widerruf in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" verlangt, und zwar mit der Begründung, „daß mein Rücktritt bei der augenblicklichen Lage eine politische Unmöglichkeit sei und nichts geringeres als regierungsseitige Propaganda für die unabhängige sozialistische Partei bedeute". Der Reichskanzler lehnte jedoch ab. Kapitän z. S. Boy-Ed umriß die entstandene Situation in seinem Bericht vom 12. 10. 1917 (vgl. Anm. 5) mit folgenden Worten: „1. Der wegen der unerhörten und teilweise nicht unbedenklich vorgeschrittenen Agitation der Unabhängigen Sozialisten dringend erwünschte Vorstoß gegen dieselben ist so gut wie verpufft. 2. Die Regierung ist aus ihrer, ursprünglich glänzenden Angriffslage in die sich unter nicht gerade angenehmen Begleitumständen abspielende Verteidigungslage gebracht. 3. Dieser Erfolg der Unabhängigen Sozialisten wird auf alle ihre Anhänger eine ermutigende Wirkung haben. 4. Der ungünstige Eindruck der Flotten-Angelegenheit auf das Ausland wird durch die Ankündigung des Abgangs des Staatssekretärs erheblich verstärkt. [...] 5. Das Vertrauen in die Regierung seitens des deutschen Volkes und in der Einschätzung der Verbündeten ist um einen weiteren Grad erschüttert und der Mut und die Zuversicht unserer Feinde entsprechend gestiegen."

Gegensatz zwischen dem Herrn Reichskanzler und mir entstanden ist, bin ich zu meiner allerunterthänigsten Bitte, mich verabschieden zu wollen, gezwungen.[12]) Schweren Herzens entschließe ich mich in der jetzigen Zeit zu diesem Schritt. Die Überzeugung jedoch, als Soldat und als der Ew. Majestät verantwortliche Vertreter der Marine nicht anders haben handeln zu können, als ich es that, lassen mich auch die Folgen meines Vorgehens ruhig auf mich nehmen.[13]) Wenn ich von meiner Stellung zurücktrete, so geschieht dies in dem Bewußtsein, bis zum letzten Augenblick alle meine Kräfte dem Dienste Ew. Majestät und der Kaiserlichen Marine restlos gewidmet zu haben.

[12]) Nachdem der Staatssekretär den Chef des Marinekabinetts bereits am 11. 10. 1917 (vgl. Anm. 1) über seine Absichten unterrichtet hatte, teilte er dem Reichskanzler am 12. 10. 1917 mit, daß er bis zur Entscheidung über sein Abschiedsgesuch die Geschäfte weiterführen werde.

[13]) Zur Reaktion des Chefs des Admiralstabes und der OHL sowie der dadurch bewirkten Unsicherheit des Reichskanzlers vgl. Nr. 399. Am 14. 10. 1917 hielten Admiral v. Müller und der Chef des Zivilkabinetts dem Kaiser Vortrag über die Angelegenheit mit dem Ergebnis, daß eine Entscheidung erst nach Rückkehr des Kaisers von seiner Balkanreise getroffen werden sollte. Vgl. die Telegramme Müllers und Valentinis vom 14. 10. 1917 (MGFA MA/RMA, Nr. 7167, II. 2. 1. c. 8, Bd. 2, und PA Bonn Polit. Abt., Auswärtiges Amt Gr. Hauptquartier, Bd. 247). Eine Vorentscheidung fiel am 21. 10. 1917 (vgl. Müller, S. 326) und am 27. 10. 1917 wurde das Abschiedsgesuch endgültig zurückgewiesen.

401.

Schreiben des Staatssekretärs des Reichsmarineamts an den Reichskanzler. Antrag auf Eröffnung eines gerichtlichen Untersuchungsverfahrens gegen Abgeordnete der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei aus Anlaß der Flottenunruhen.

16. 10. 1917, Nr. J. I. 347 gg., Ganz Geheim. — MGFA MA/OdO, Nr. 1139, D.V.O. 2, Bd. 1, Abschrift.[1])

Euerer Exzellenz melde ich gehorsamst, daß die die Disziplin in der Flotte gefährdende Bewegung noch nicht zum Stillstand gekommen ist.[2])

Trotz der im August 1917 erfolgten strengen Bestrafung von Rädelsführern unter den Matrosen und Heizern sind neue schwere Vergehungen in der gleichen Richtung zu Tage getreten.[3])

Das Bedrohlichste ist, daß aus mehrfachen Aussagen von Beschuldigten hervorgeht, daß die unruhig gewordenen Marineangehörigen auf „ein Zeichen aus Berlin" warten, auf das hin die kriegerische Tätigkeit eingestellt und der Gehorsam allgemein verweigert werden würde.

[1]) Ohne Kommentar abgedruckt in: Dokumente und Materialien II/1, Nr. 239, S. 680 f. Erwähnt auch in WUA, Bd. 9/I, S. 97.

[2]) Vgl. hierzu den Bericht Scheers vom 6. 10. 1917, Nr. 396, der wohl des Adressaten wegen in dieser Hinsicht optimistischer abgefaßt ist.

[3]) Damit sind die Untersuchungen gegen Mannschaften der Schiffe des I. Geschwaders gemeint; vgl. Nr. 396, Anm. 5.

Ich bin durch die zu meiner Kenntnis gelangten neuerlichen kriegsgerichtlichen Untersuchungen in meiner Überzeugung nur noch bestärkt worden, daß die Bewegung auf Einflüsse von Mitgliedern der unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands zurückzuführen ist. Die Aussagen des Heizers *Calmus*[4]) bezeichnen bestimmte Persönlichkeiten aus diesem Kreise, zu denen er zum Mindesten nach Berlin entsandt sei. Das allgemein erwartete „Zeichen aus Berlin" läßt sich anders überhaupt nicht deuten.

Unter diesen Umständen halte ich eine einwandfreie Aufklärung des Zusammenhanges für unumgänglich notwendig. Eine solche ist aber nur durch die Mittel einer gerichtlichen Untersuchung[5]) gegen die verdächtigen Personen der [U.S.P.D.][6]) möglich.[7])

Wird durch das gerichtliche Verfahren die Schuld der Betreffenden nachgewiesen, so können die geistigen Urheber unschädlich gemacht werden. Sollten die Betreffenden, wider mein Erwarten, den Beweis bringen, daß sie der Bewegung fern stehen, so fällt damit wenigstens für die Marineangehörigen die Hoffnung auf die Unterstützung der [U.S.P.D.][6]) für die Zukunft fort.

Schon die Erfahrung, daß eine starke Hand nicht nur ihnen selbst, sondern auch etwa mitbeteiligten, in moralischer Hinsicht viel schuldigeren Zivilpersonen entgegengehalten wird, wird den Geist der Auflehnung dämpfen.

Nach den Vorgängen im Reichstage am 9. Oktober 1917[8]) kann sich meines Dafürhaltens der Reichstag der Genehmigung einer gerichtlichen Untersuchung gegen seine verdächtigen Mitglieder nicht entziehen.

Die Bedenken, die der Vertreter des Reichsanwalts im August 1917 geltend machte[9]), gingen nur dahin, daß möglicherweise das Beweismaterial nicht ausreichend sein werde, um eine Verurteilung zu sichern. Immerhin erklärte der Reichsanwalt *Richter* bei dieser Gelegenheit, daß versuchter Landesverrat mindestens gegenüber *Dittmann* soweit nachzuweisen sei, daß Anklage gegen ihn erhoben werden könnte. Abgesehen davon, daß der Verdacht sich inzwischen durch mehrfache Aussagen verstärkt hat, bedarf es zu einem Antrage auf Aufhebung der Immunität von Reichstagsabgeordneten nur eines Beweismaterials, das hinreichend ist zur Einleitung des *Ermittlungs*verfahrens. Zu der Frage, ob eine Verurteilung zur Strafe gesichert ist, würde der Reichstag gar nicht Stellung nehmen können, ohne seinerseits einem Richterspruch vorzugreifen.

In Vertretung des militärischen Interesses der Marine halte ich für meine Pflicht, Euer Exzellenz nunmehr zu bitten, den Oberreichsanwalt anweisen zu wollen, den Antrag auf Genehmigung des Reichstages zur Einleitung einer gerichtlichen Untersuchung gegen die Reichstagsabgeordneten *Dittmann*, *Haase* und *Vogtherr* zu stellen.[10]) Ohne eine solche gerichtliche Untersuchung müßte die Marineverwaltung es ablehnen,

[4]) Vgl. die Protokolle der Vernehmungen des Heizers am 13. und 18. 9. 1917, die Mitteilung über das phantasievolle Geständnis vom 9. 10. und die Aufzeichnung des Fregattenkapitäns v. Gaudecker, Kommandant des kleinen Kreuzers „Pillau", über die Gerichtsverhandlung am 10. 10. 1917 sowie weiteres Material über den Prozeß Calmus in: MGFA MA/KdH, Nr. 788, Gg. 5a, Bd. 1. Vgl. auch die Wiedergabe des „Geständnisses" in WUA, Bd. 9/I, S. 93 ff.

[5]) Die vorangehenden zwei Wörter sind in der Vorlage von Empfängerseite dick unterstrichen.

[6]) In der Vorlage wird die unverständliche Abkürzung „U.A.S.D." verwandt.

[7]) Derselben Ansicht war der preuß. Kriegsminister; vgl. das in WUA, Bd. 9/I, S. 97, erwähnte Schreiben.

[8]) Vgl. Nr. 398.

[9]) Vgl. Nr. 382, Anm. 4, sowie Nr. 383.

[10]) Zur ablehnenden Antwort des Reichskanzlers vom 2. 11. 1917, die sich vor allem auf eine ausführliche Stellungnahme des Staatssekretärs des Reichsjustizamts vom 1. 11. 1917 stützte, vgl. WUA, Bd. 9/I, S. 99 ff. Vgl. auch Nr. 413.

für die Schlagfertigkeit der Marine weiterhin ihrerseits die Verantwortung zu übernehmen.[11])

gez. v. Capelle.

[11]) Der vorangehende Absatz ist in der Vorlage von Empfängerseite am Seitenrand durch einen senkrechten Strich hervorgehoben.

402.

Entwurf eines Schreibens des Chefs des Generalstabes des Feldheeres an den Reichskanzler. Bemerkungen zur innenpolitischen Situation.

Mitte Oktober 1917[1]), Gr. Hauptquartier. — Nachlaß Bauer, Nr. 2, maschinenschriftlich.[2])

Wie bei den Fragen der äußeren Politik, so erscheint es mir bei dem engen Zusammenhang der inneren *wirtschaftlichen* und *politischen Lage* mit der Kriegführung nötig, daß auch hierin zwischen Eurer Exzellenz und der O.H.L. Einigkeit in der Beurteilung herrscht.[3]) Ich möchte mir daher gestatten, nachstehend meine Auffassung klar zu legen und wäre Eurer Exzellenz für Entwickelung der dortigen Ansicht dankbar. Ich brauche wohl nicht zu bemerken, daß mir ein Eingreifen in Eurer Exzellenz Dienstbereich völlig fern liegt.

Die innere Lage war beim Weggang des Kanzlers v. Bethmann-Hollweg außerordentlich verfahren. Das gleiche Wahlrecht für Preußen war zugesichert[4]), desgleichen weitgehende Parlamentarisierung[5]), die Begehrlichkeit des Reichstags und insbesondere der Linken ins Maßlose gesteigert, die Presse zum Teil demoralisiert[6]), die Friedensresolution trug uns den Hohn unserer Feinde und im Innern verschärften Zwiespalt ein — kurz, im Innern herrschte kaum noch Verständnis für die Bedürfnisse des Krieges, sondern Eigennutz, Parteizwist und Flaumacherei regierte fast unbeschränkt, wobei die Reichsleitung sich Schritt für Schritt hatte zurückdrängen lassen. An *durchgreifenden* Maßnahmen zur vollen Entfaltung unserer Kräfte, Sicherstellung von Nahrung, Heizung usw. hat es gefehlt. So standen wir meiner festen Überzeugung nach vor einer Krisis, die wir nicht ertragen hätten. Die Erbschaft in solcher Lage anzutreten, war ein schwerer Entschluß für Euere Exzellenz. Es ist nun kein Zweifel, daß sich seitdem *vieles* gebessert hat. Die allen hier zum Besuch eingetroffenen Männern

[1]) In der Vorlage ist zwar Monat und Jahr, nicht jedoch der Tag angegeben. Aus dem Text ergibt sich, daß der Entwurf nach dem sozialdemokratischen Parteitag, der am 20. 10. 1917 beendet wurde, verfaßt worden sein muß.

[2]) Aus der Vorlage läßt sich der Verfasser nicht ermitteln; sie ist nicht unterzeichnet oder von einem Bearbeiter abgezeichnet; die wenigen handschriftlichen Ergänzungen erlauben kein sicheres Urteil. Aus dem unvollständigen Aktenzeichen läßt sich nur entnehmen, daß der Entwurf in der Abteilung des Oberstleutnants Bauer (II op) entstanden ist. Nach diesen Angaben erscheint es fraglich, ob der Entwurf überhaupt über die Abteilung hinaus gelangt ist.

[3]) Vgl. hierzu Nr. 372, Anm. 4.

[4]) Vgl. hierzu Nr. 315.

[5]) Vgl. hierzu Nr. 372, Anm. 7.

[6]) Vgl. hierzu Nr. 371.

von Einfluß (gleichgültig welcher Parteirichtung)[7]) aufgetragene Parole, „auf Ruhe und Frieden im Innern" zu wirken, ist allgemein innegehalten und gibt ein erfreuliches Zeichen des Verständnisses für unsere Situation. Die unerquicklichen Scenen in der letzten Reichstags-Session[8]) hatten daher nur vorübergehende Wirkung und waren jedenfalls nicht beabsichtigt. Auch die Presse ist nach vorübergehender Aufwallung, namentlich wegen des Themas Marinemeuterei wieder ruhiger geworden. Vor allem ist aber auch allmählich das unerquickliche Thema vom Frieden und Friedensresolution in den Hintergrund getreten.

Trotzdem wäre es verfrüht und verfehlt zu übersehen, daß diese Ruhe nur mit großer Mühe *künstlich* erreicht worden ist, und daß eine Menge Zünd- und Reibungsstoff in der Luft liegt. Zunächst ist kein Zweifel, daß das Volk mit seinen parlamentarischen Vertretern herzlich wenig zufrieden ist. Die Presse pendelt zwischen beiden hin und her. Im *Ganzen* also ein Bild absoluter Zerfahrenheit.[9])

Betrachtet man die 3 Faktoren, Reichstag, Volk und Presse einzeln, so zeigt sich folgendes Bild: Der Reichstag ist noch immer durch die Friedensresolution in 2 Lager gespalten. Konservative stehen hinter der Regierung und erwarten von ihr endlich die feste Hand. Sie wünschen daher vorläufig keinen Konflikt und keinen Wechsel. Die Nationalliberalen betonen zwar den Parlamentarismus, aber zunächst doch sehr theoretisch. Sie haben aber kein Vertrauen zu der Reichsleitung und haben es nach der letzten Reichstags-Session noch mehr verloren. Sie wünschen also einen Wechsel, erkennen aber an, daß es sehr unerquicklich und schädlich wäre, wenn im *Reichstag* darauf gedrängt würde.

Das Zentrum ist in seinen politischen Ansichten durch die Friedensresolution zerrissen, einig ist es sich in dem Wunsch nach einer starken zielbewußten Reichsleitung und erhofft wie die Nationalliberalen diese durch einen Wechsel — ohne Druck des Reichstages. Die freisinnigen Parteien stehen auf dem Boden der Resolution, wünschen die Durchführung des Parlamentarismus, und haben im übrigen auch kein Vertrauen zu der Reichsleitung, da ihnen die Erfüllung ihrer Sonderwünsche nicht gesichert erscheint. Sie drängen also auf einen Wechsel in der Reichsleitung.

Am verworrensten ist die Lage bei den Sozialdemokraten. Der eine, *ruhige* Teil ist sich über den Fehlschlag der Friedensresolution klar und sieht die Notwendig-

[7]) Zuletzt den Vertretern der Gewerkschaften, vgl. Nr. 236, Anm. 3.

[8]) Der Reichstag hatte sich am 11. 10. 1917 vertagt.

[9]) Vgl. den Tagebucheintrag Thaers, S. 144, vom 20. 10. 1917. Generalfeldmarschall v. Woyrsch schrieb am 10. 10. 1917 an General v. Loewenfeld von einem „Tiefstand patriotischen Gefühls" bei den Mehrheitsparteien (Nachlaß Eberhardt, Nr. 44). In der zusammenfassenden Einleitung des preuß. Kriegsministeriums zu den Berichten der stellv. Generalkommandos (vgl. Nr. 154, Anm. 1) für den Monat Oktober 1917 heißt es: „Gingen infolgedessen [Offensive gegen Italien] die Wogen der Begeisterung zeitweise recht hoch, so wurde dieser Stimmungsaufschwung doch wesentlich beeinträchtigt durch die andauernde innenpolitische Unruhe und Zerrissenheit. Mit starkem Mißmut und Unbehagen werden zwischen der inneren und der äußeren Front immer wieder Vergleiche angestellt und einmütig erhebt sich im Volk das Verlangen, daß die Rücksicht auf unser Ansehen nach außen hin dem ewigen Parteihader doch endlich einmal ein Ziel setzen möge."

keit der Fortsetzung des Krieges ein. Im übrigen hat auch dieser Teil der Sozialdemokratie sein Programm — Internationale und Klassenkampf — nicht geändert, hält aber vorläufig damit noch zurück. Die Unabhängigen stehen offen auf dem Boden der Internationale und verfolgen ihre im Augenblick doppelt gefährlichen Ziele skrupellos mit allen Mitteln. Sie gewinnen zweifellos an Anhang und es ist absolut klar, daß ein Teil der Sozialdemokratie sich spätestens beim Frieden auf ihre Seite stellt. Beide sozialdemokratischen Parteien bekämpfen schon aus Grundsatz die Regierung — es sei denn, daß sie sich ihnen ausliefert. Man kann daher sagen, daß alle Parteien — mit Ausnahme der aber auch nur noch *abwartenden* Konservativen — für einen Wechsel in der Reichsleitung sind, ohne es jetzt auf einen Kampf ankommen lassen zu wollen.[10]) Die Gründe, daß sie das letztere nicht wollen, sind verschieden, aber durchsichtig. Bei allen Parteien ist es die Furcht vor einer *Auflösung*.

Niemand weiß, was nach einer Auflösung wird, wie seine Partei abschneidet, ob er wiedergewählt wird usw. Am meisten hat diese Furcht die Sozialdemokraten ergriffen, die vor ihrer eigenen Courage Angst bekommen haben. Sie wollten etwas Skandal zur Ausnutzung auf ihrem Parteitag[11]); die Sache entglitt aber ihren Händen und außerhalb des hysterisch erregten Reichstages sahen sie erst, was auf dem Spiel stand. Zentrum und rechtsstehende Parteien möchten die Auflösung auch aus Vernunftsgründen vermieden sehen. Sie scheuen den üblen Eindruck, den die Auflösung im Auslande machen würde.

Auf dieser Grundlage ist es daher noch geglückt, die Ruhe aufrecht zu erhalten und auch der Schrei nach Auslieferung der Person des Staatssekretärs des Reichsmarineamts[12]) und des Vizekanzlers sind langsam verstummt. —

Das *deutsche Volk* in seiner Gesamtheit steht dem Reichstag fremd und verständnislos, wie es für jeden außerhalb des Parteigetriebes nicht anders sein kann, gegenüber. Die Hauptfrage, die es beengt, ist immer noch die des Friedens, indes ist der Streit um die Friedensziele doch wesentlich gemildert, auch hier meist durch persönliche Einwirkung[13]), der sich alle eigentlich willig fügten. Daneben beherrschen doch dauernd, wenn auch im Augenblick weniger brennend die Frage der Teuerung, der Ernährung und Heizung die Gemüter.[14]) Die Mehrzahl trägt alle Entbehrungen willig, ist aber in höchstem Maße empört über Wucher, Schleichhandel usw., und schiebt die Schuld hierin ausgiebig auf die Juden und die Regierung. Innerpolitische Fragen sind dem überwiegenden Teil unseres

[10]) Vgl. hierzu die Verhandlungen des Interfraktionellen Ausschusses, Quellen I/1, Bd. 1, Nr. 48 ff. S. 218 ff.; W. Rathenau, Politische Briefe, Dresden 1929, S. 159 ff. (Brief vom 16. 10. 1917); Groener, S. 559 f. (Brief vom 15. 10. 1917); Hoffmann, Bd. 1, S. 191 f. (Brief vom 18. 10. 1917). Zur Stellungnahme der OHL vgl. Nr. 399, Anm. 4. Groener vermerkte in seinem Tagebuch am 14. 10. 1917 (Nachlaß Groener, Nr. 23), daß nunmehr auch der „Lokalanzeiger", das Sprachrohr Ludendorffs — wie er meint —, die Stellung des Kanzlers für erschüttert halte. „Es ist mir allerdings ganz unklar, was Ludendorff will und wie er zu regieren wünscht."

[11]) Der vom 14. bis 20. 10. 1917 in Würzburg tagte, vgl. Nr. 397.

[12]) Zur Haltung der Parteien in dieser Frage vgl. Nr. 399, Anm. 4.

[13]) Vgl. die Presseerklärung Hindenburgs vom 25. 9. 1917, Ursachen und Folgen, Bd. 1, S. 411.

[14]) Vgl. hierzu die in Anm. 9 erwähnten Berichte der stellv. Generalkommandos für den Monat Oktober.

Volkes *ganz gleich* und selbst die sozialdemokratischen Führer müssen, um politisch zu werben und zu wirken, Teuerung, Hunger und Frieren des armen Arbeiters — dem es eigentlich ganz gut geht — ausschlachten.

Abseits steht die Partei der unabhängigen Sozialdemokraten auf ihrem verbohrten Standpunkt der Internationale. Sie ist aber noch[15]) kein ausschlaggebender Faktor, gewinnt aber infolge ihrer maßlosen Hetze dauernd an Zulauf.

Angesichts des ganzen, gewiß unerfreulichen Bildes ist das Vertrauen des Volkes[16]) zur Regierung gering. Das ganze Volk wünscht eine Änderung und ruft hierzu nach dem „starken Mann“[17]) nach „Reichstagsauflösung“ usw., ohne sich voll klar zu sein, weshalb, und was daraus wird.

Die Presse hat es angesichts des Wirrwarrs nicht leicht. Bald gibt sie mehr der Volksstimmung Raum, bald mehr der des Reichstags. Die einzelnen Blätter schwanken deshalb oft von einem Tag zum andern erheblich. Im allgemeinen ist die Presse aber ordentlich und will das Beste, es fehlt ihr aber auch jetzt noch an einer richtigen Führung, worauf ich noch zurückkomme. Sehr übel wirken, nach wie vor, die Blätter der roten und goldenen Internationale, die seit Kriegsbeginn unser Volk vergiften und dem Auslande Stoff für [seine][18]) Stimmungsmache liefern.

Betrachtet man so die Gesamtlage, so ist sie, trotzdem wie ich eingangs erwähnt, z. Zt. noch *künstliche Ruhe* herrscht, höchst unerfreulich und für jeden Staatsmann ungeheuer schwierig.

Die Hauptaufgabe, eine starke Regierung zu schaffen, die Volk und Parlament führt, war nach dem Weggang des Herrn v. Bethmann Hollweg zunächst einfach unmöglich, dazu waren die geschaffenen Gegensätze und die Unbotmäßigkeit zu groß. So galt es eben vorläufig zur Ruhe zu kommen und dies ist, wie ich ebenfalls eingangs ausführte, annähernd und mit großer Mühe geglückt. Der Boden für ein starkes Handeln der Regierung ist damit vorbereitet. Es kommt hinzu, daß gerade die Zerfahrenheit der Parteien untereinander und in sich, und das Verlangen nach einer starken Hand der Regierung fast unbegrenzte Möglichkeiten geben, die Zügel nunmehr fest in die Hand zu nehmen. Es ist möglich, daß es der Reichstag zu einem Konflikt kommen läßt. Das wäre auch jetzt noch unerwünscht, da es der Agitation der Linken Wasser auf die Mühle gäbe, man muß aber unter Umständen auch diesen Schritt entschlossen tun, nur muß sich die

---

[15]) In der Vorlage nachträglich handschriftlich ergänzt.

[16]) Die vorangehenden Worte sind in der Vorlage handschriftlich hinzugefügt.

[17]) Korvettenkapitän v. Selchow schrieb am 21. 10. 1917 in sein Tagebuch (Nachlaß Selchow, Logbuch Nr. 36): „Die Brücken, die die ersten Kriegsjahre geschlagen zwischen Stand und Stand, zwischen Schicht und Schicht des deutschen Volkes, sie brechen allmählich zusammen. Jeder aktive Offizier, der fällt, ist ein Brückenpfeiler, der bricht. Und Reserveoffiziere und Kriegsersatzoffiziere tragen, von zahllosen, wundervollen Ausnahmen abgesehen, jeder auf seine Weise dazu bei, die seit Jahren vorhandene Kluft zu vertiefen. Und trotzdem können wir noch heute siegen, wenn ein Mann an unserer Spitze stände, an der Obersten, der Mut hätte. Denn allen Gelehrten zum Trotz kommt es im Kriege nicht auf Geld an in erster Linie und nicht auf die Zahl der Soldaten und die Menge der Kanonen, sondern auf den Mut dessen, der an höchster Stelle befiehlt.“

[18]) In der Vorlage: „ihre“.

Regierung hierbei ein gutes Kampfgelände aussuchen. Jedes Zurückweichen vor Forderungen des Parlaments, vor dem Schreien nach Opfern würde ich für falsch halten. Daß ein Minister geht, weil es Männern wie Haase, Ledebour usw. so paßt, ist ein unhaltbarer Zustand.[19]) Es hat jetzt nur ein Grundsatz zu gelten, nämlich der der „*persönlichen Leistung*". Wenn aber ein Minister von Parlamentsgnaden geht und kommt, so werden wir ganz sicher nicht zum Ziele kommen. Es ist im Gegenteil kein Zweifel, daß je stärker sich der einzelne Mann zeigt, um so größer die Anfeindung sein wird. Erst allmählich wird bei dem allgemeinen Mißtrauen und der künstlich hochgezogenen Kritik Jedes von Jedem wieder Vertrauen zur Reichsleitung wiederkehren können, vorläufig werden noch alle an dem Erbteil der verflossenen Epoche bitter zu leiden haben. Andererseits ist es nötig, daß Jeder, der sich unfähig zur Ausfüllung seiner Stelle fühlt oder erweist, umgehend Platz macht. Kleben im Amt ist ein Verbrechen. Mich zu äußern, ob Euere Exzellenz überall die richtigen Männer haben, ist nicht meine Sache, ich möchte aber meine hierzu oft geäußerten Bedenken nicht vorenthalten.

Im einzelnen halte ich für nötig, daß folgenden Punkten besonderes Augenmerk geschenkt wird.

a) *Die Handhabung der Presse.* Ich muß es aussprechen, daß ich darin mich bitter enttäuscht sehe.[20]) Abgesehen von vielen unnützen Mißgriffen fehlt es an fester Leitung. Ohne diese werden wir aber nicht auskommen, und namentlich nicht, wenn es zu einem Konflikt zwischen Regierung und Parlament kommt.

b) Die sozialen Fragen, insbesondere die Kriegsbeschädigtenfürsorge, die Bevölkerungspolitik und der Ausbau der Arbeitergesetzgebung. — Da die Maßnahmen des Hilfsdienstgesetzes beim Kriegsende aufhören, so muß bis dahin Klarheit über alle neuen Schritte herrschen. Dies wird nicht nur zur Beruhigung der Arbeiter beitragen, sondern ist auch angesichts der bei Eintritt des Friedens zu erwartenden Schwierigkeiten hinsichtlich Unterbringung der Arbeiter sowie wegen[21]) der Lohn- und Ernährungsfragen unbedingt nötig.

c) Ebenso schwierig wie dringlich sind die Fragen des Wiederaufbaues unseres *Wirtschaftslebens*, des Handels, der Industrie und Landwirtschaft. Es sind da, namentlich mit Rücksicht auf die größtmöglichste Stärke und Schlagbereitschaft von Heer und Flotte, die weitschauendsten Maßnahmen nötig.[22]) Einen Teil davon bildet die sogenannte Übergangswirtschaft[23]) und die Frage der Beschaffung der Geldmittel zur Tilgung der Kriegskosten.

Alle diese Fragen greifen ineinander und sind entscheidend für Deutschlands sittliche, wirtschaftliche und militärische Zukunft. Sie müssen schnell ihrer Lösung entgegengeführt werden. Daß dies auf dem bisher beschrittenen Wege geschieht, und der Reichstag dabei in bisheriger Form mitwirkt, halte ich für ausgeschlossen. Es muß vielmehr unter Heranziehung der führenden Leute aus den betreffenden Kreisen und unter Mitwirkung der Parteiführer alles so vor-

[19]) Vgl. hierzu Nr. 399 und 400.

[20]) Vgl. hierzu Nr. 336.

[21]) Die vorangehenden drei Worte sind in der Vorlage handschriftlich hinzugefügt.

[22]) Die vorangehenden vier Worte sind in der Vorlage nachträglich ergänzt.

[23]) Vgl. hierzu Feldman, S. 298 ff.

bereitet werden, daß die Vorlagen spruchreif in den Reichstag usw. kommen, der übliche Kuhhandel also nicht mehr stattzufinden braucht, sonst kommen wir nie zu Ende. Nur in diesem Sinne halte ich eine Parlamentarisierung der Regierung für zweckmäßig und sogar nötig. Es ist für uns wenig erhebend, daß England uns in allen diesen Fragen weit voraus ist.

Die sogenannten innerpolitischen Fragen treten m. E. demgegenüber völlig zurück. Der Schwerpunkt liegt ganz überwiegend auf der sozial-wirtschaftlichen Seite. Die Aufgaben, die in dieser Beziehung der Lösung harren, sind gewaltig und entscheiden über das Schicksal Deutschlands. Hierzu die besten und tüchtigsten Kräfte zusammenzufassen und das für Richtig erkannte unbeirrt durchzuführen, ist eine schwere aber überaus dankbare Aufgabe.

403.

Auszug aus den Erinnerungen des Generalmajors a. D. Mertz v. Quirnheim über seine Unterredung mit dem Reichskanzler im Auftrage der Obersten Heeresleitung am 3. 11. 1917.[1])

Nachlaß Mertz v. Quirnheim, Nr. 26. — Manuskript: „Im Großen Hauptquartier", handschriftlich.[2])

Meine Sendung zum Reichskanzler Graf Hertling[3]) am 3. November 1917 hatte einen bezeichnenden Vorgang. General von Bartenwerffer[4]) kam zu mir im Auftrage des Generals Ludendorff: „ich, als Bayer, sollte den Grafen Hertling um einen persönlichen Empfang bitten, mit dem Zwecke ihm den Standpunkt der O.H.L. zu den Fragen der inneren Politik vorzutragen." Ich erhob dagegen ernsteste Bedenken: das würde ja den Eindruck hervorrufen als ob ich mich hinter dem Rücken meiner Vorgesetzten so etwa wie Bauer[5]) in diese Dinge einmischen wolle. Wir kamen dann dahin überein: von Seite der O.H.L. bei Hertling anzuregen, ob er nicht mich als besonderen Vertrauensmann des Generals Ludendorff empfangen wollte, um eine Erklärung und Aufklärung in politischen Fragen entgegenzunehmen. Hertling antwortete „mit Freuden". Für diesen Auftrag unterrichtete mich General Ludendorff dann selbst in seiner Weise: „Sagen Sie dem Grafen, daß die Oberste Heeresleitung ihm ihr Vertrauen

[1]) Nach einem Auszug aus einem Brief Mertz v. Quirnheims fand diese Unterredung am Nachmittag des Tages statt. Hindenburg und Ludendorff waren am Abend des 1. 11. 1917 mit Begleitung von Kreuznach nach Berlin gefahren und kehrten am 6. 11. 1917 wieder dorthin zurück. Über die mehrmalige Verschiebung des Reisetermins vgl. die Berichte des bayer. Militärbevollmächtigten, BHStA IV München MKr, 1828.

[2]) Zu den „Erinnerungen" vgl. Nr. 246, Anm. 3.

[3]) Über die Vorgänge, die zur Ernennung des Grafen Hertling zum Reichskanzler und zur Umbesetzung verschiedener Reichsämter und preuß. Ministerien führten vgl. Quellen I/1, Bd. 1, Nr. 54 ff., S. 233 ff.; Quellen I/4, S. 255 f. Zur Wendung Hertlings von Helfferich zu Payer vgl. Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 3, S. 86.

[4]) Chef der Militärpolitischen Abteilung des Generalstabes des Feldheeres.

[5]) Vgl. hierzu Nr. 246, 314 und 319.

ausspricht[6]) gleichzeitig mit der Versicherung weitgehendster Zurückhaltung in allen von der Kriegsleitung nicht unmittelbar berührten Fragen. Sie läßt aber den Grafen gleichzeitig ersuchen bei der Wahl seiner Mitarbeiter den bisherigen Staatssekretär Helfferich auszuschließen. Dieser Mann genieße bei ihm (General Ludendorff) und besonders auch beim Generalfeldmarschall so wenig Vertrauen, daß eine Zusammenarbeit mit ihm ganz ausgeschlossen wäre." Damit wurde ich „mir selbst überlassen", ich mußte versuchen die geradezu krasse Einmischung in die Personalfrage mit der „Versicherung der Nichteinmischung" in irgend einer versöhnlichen Form anzubringen ohne — hinausgeworfen zu werden. Ich bezweifelte von Anfang an meine diesbezügliche diplomatische Findigkeit und überließ alles dem Gang der Ereignisse auf die „Politik" den Satz Moltkes anwendend: „Die Strategie ist nur System von Aushilfen."

Meine Mission wurde mir von Anfang an durch einen ungemein liebenswürdigen Empfang von Seiten des Grafen Hertling erleichtert. In einer souveränen, fast heiteren Weise sprach er von den Schwierigkeiten seiner Aufgabe, unter denen persönliche Voreingenommenheiten ihm gegenüber eine ziemlich spürbare Rolle spielten.[7]) Das erleichterte meinen „Einsatz": Versicherung des Vertrauens der O.H.L., d. h. ihrer beiden führenden Persönlichkeiten und deren Zusicherung der „Nichteinmischung" in nicht militärische Dinge. Wie wenn Hertling geahnt hätte, daß ich noch einen bedenklichen Zusatz zu machen hatte, so stürzten aus seinem Munde Ausdrücke hellster Freude heraus und [er] knüpfte daran die Frage: ob ich ein politischer Vertrauensmann des Generalfeldmarschalls und des Generals Ludendorff wäre, da ich ja doch im Sommer — wie ihm unser König erzählt habe, in einer politischen Mission in München gewesen sei.[8]) Diese Art

[6]) Der bayer. Militärbevollmächtigte schrieb am 30. 10. 1917 an seinen Kriegsminister (BHStA IV München MKr, 1828): „Die Stimmung der O.H.L. ist wegen der Kandidatur des Grafen Hertling auf den Reichskanzlerposten sehr gedrückt, da sie so etwas wie ein schlechtes Gewissen ihm gegenüber empfinden soll [vgl. Nr. 252]. Außerdem noch deswegen, weil die ganze Sache ohne sie in Berlin gemacht wird." Vgl. auch Ludendorff, Kriegserinnerungen, S. 424 f.

[7]) Auch in militärischen Kreisen wurde der neue Reichskanzler überwiegend negativ beurteilt, insbesondere wegen der Umstände, unter denen seine Ernennung erfolgte. Generalleutnant Wild v. Hohenborn schrieb am 2. 11. 1917 an seine Frau (Nachlaß Hohenborn, Nr. 4): „Nun scheinen wir ja den neuen Kanzler zu haben. Auch seine Wahl ist auf innerer Unwahrheit begründet. Er denkt innerlich anders, als das ihm aufoktroyierte Programm lautet. Innerlich konservativ, föderalistisch und dem Parlamentarismus abhold, wird er liberal, zentralistisch und parlamentsergeben regieren, falls man das Regieren nennt. An sich habe ich nichts gegen ihn, außer daß er als Baier uns Preußen das Wahlrecht verpfuscht; aber *wie* er seine Kandidatur betrieben, und daß er seine alten Grundsätze der Mehrheit opfert, das gefällt mir nicht. Die Bethmannsche Erbschaft ist eben derart, daß mit Anstand nur ein General auskommt, der den großen Schwamm nimmt und die ganze auf der Tafel stehende Schmiererei wegwischt. Zu solcher Wahl gehört aber Mut! Haben wir den, mein Freundchen??" Ähnlich äußerte sich Vizeadmiral Ritter v. Hipper in einer Tagebucheintragung vom 9. 11. 1917 (Nachlaß Hipper, Nr. 7). Vgl. auch Einem, S. 348 ff.; Thaer, S. 148 (Eintragung vom 13. 11. 1917); Müller, S. 329 ff. Groener urteilte positiv. In einem Brief vom 6. 11. 1917 (Nachlaß Groener, Nr. 31) schrieb er: „Was ich zum neuen Kanzler sage? Das ist ein Kompromißkanzler bis zum nächsten Mal. Doch nehme ich an, daß er in der Behandlung der Dinge wie der Menschen gewandter ist als Michaelis und daß er die Führung mehr in der Hand behält als sein Vorgänger, der darüber zwar große Töne geredet hat, aber nicht danach zu handeln wußte."

[8]) Vgl. Nr. 319, Anm. 29.

„Vertrauensstellung" verneinte ich glattweg. Nur der „Zufall" spielte damals wie jetzt eine Rolle, nämlich meine Eigenschaft als Bayer. Hertling sprach reizend darüber und interessierte sich auffallend für meinen Arbeitsbereich, dessen Schilderung ich mit den Worten schloß: „Euere Exzellenz sehen schon daraus, daß ich mich von Einmischung in innerpolitische Fragen völlig freihalten kann." — Während wir so sprachen drängte sich mir immer bedrohlicher die Sorge nach der Anbringung des zweiten, so bedenklichen Teiles meines Auftrages auf. Da fuhr es mir plötzlich durch den Sinn „Helfferich" ist ja ein „Bayer". Mit einer Art Verzweiflungssprung fuhr ich nun fort: „Bei diesen Fragen handelt es sich ja fast nur um preußische Verhältnisse und [...][9]) Stellungnahmen vielleicht übelnehmen besonders wenn sie denjenigen der O.H.L. nicht entsprechend wären, eine solche Empfindlichkeit wäre begreiflich. Besonders jetzt sei diese Empfindlichkeit zu spüren, wo das bayerische Stammeselement innerhalb der Reichsleitung an den maßgebendsten Stellen vorherrsche[10]), so sei z. B. von Kühlmann davon nicht unberührt, am meisten aber Helfferich. Mindestens im Unterton sei das zu fühlen. In Helfferich sehe die O.H.L. geradezu einen unmittelbaren Gegner. Ich hatte mich eben wieder in einer Aussprache mit General Ludendorff von dem Ausmaße dieser Stimmung überzeugt. Eine Zusammenarbeit zwischen diesem und Helfferich sei völlig unmöglich."

Diesen meinen Worten folgte eine Stille. Der Graf sah vor sich hin und frug dann fast zögernd: „Sagen Sie mir das als Ihre Auffassung oder vielleicht im Auftrage des Generals Ludendorff?" Meiner Antwort: „Im Auftrage des Generals Ludendorff" folgte wieder eine Stille, was sie zu bedeuten hatte, fühlte ich, so unterbrach ich sie selbst mit den Worten: „Ich habe versucht das zu verschleiern, aber ich bin leider kein Diplomat." Da lachte Hertling ganz herzhaft. — Wir erörterten dann die Gründe der Mißstimmung gegen Helfferich, die ich in die Zeit der Entscheidung über den verstärkten U-Bootkrieg zurückführte und die dann durch seine Unterstützung der Bethmann Hollweg'schen Verfassungsreformen außerordentlich verstärkt wurde. Auf die Frage des Grafen: ob nicht auch „Rassengründe"[11]) dabei eine Rolle spielten, vermochte ich keine Antwort zu geben.

Wir kamen zum Schlusse: Hertling war sehr sehr ernst, als er mir sagte: „Ich werde also auf Helfferich verzichten.[12]) Aber ich stelle eine ganz bestimmte Gegenforderung. Unter dem unmittelbaren Befehl des Generals Ludendorff befindet sich ein Oberstleutnant Bauer. Ich lasse bitten, daß diesem seine bisherige Einwirkung auf politischem Gebiete und zwar in jeder Richtung verboten wird."

Meine Verabschiedung erfolgte in den denkbar liebenswürdigsten Ausdrücken.

[9]) Die folgenden drei Wörter sind in der Vorlage nicht mit Sicherheit zu entziffern; dem Sinne nach müßten sie etwa lauten: „man würde neutrale".

[10]) Dies wurde auch in dem Bericht des bayer. Militärbevollmächtigten vom 30. 10. 1917 (vgl. Anm. 6) betont.

[11]) In einer Fußnote erläuterte Mertz v. Quirnheim diese Frage: „Das Wort ‚Rassengründe' sprach Graf Hertling aber nicht aus. Er überging den Ausdruck, indem er sich mit der rechten Hand an der Nase zog."

[12]) Vgl. hierzu besonders Quellen I/1, Bd. 1, Nr. 101, S. 549, Anm. 3.

Ich begab mich spornstreichs zu General Ludendorff und berichtete diesem eingehendst von dem Verlauf und dem Endergebnis meiner Sendung.[13]) Er war in hohem Grade befriedigt. Zur Frage Bauer meinte er: „Ich habe ihn schon so oft aufgefordert, seine Einmischungen in politische Fragen sein zu lassen, aber er läßt sich immer wieder dazu hinreißen." — Ich bat General Ludendorff hierüber doch nochmals mit Graf Hertling zu sprechen, dieser würde dann sehen, daß sein Entgegenkommen mit einem gleichen beantwortet würde. — Ludendorff gab hierauf keine Antwort. Ob er in der Angelegenheit etwas tat, weiß ich nicht.— Ich aber war froh, die Geschichte los zu sein. Den General von Bartenwerffer aber bat ich dafür mitzusorgen, daß ich zum letzten Mal in der O.H.L. in meiner Eigenschaft als Bayer Verwendung gefunden hatte.

[. . .][14])

Am 6. November Nachts standen Wetzell und ich mit General Ludendorff vor dem Extrazug, der uns von Berlin nach Kreuznach zurückbringen sollte. Wir sprachen über gleichgültige Dinge. Da stürmte Oberstleutnant Bauer auf General Ludendorff zu mit den Worten: „Gestatten Euere Exzellenz, daß ich diesen Zug nicht zur Rückreise benutze, ich habe morgen noch zwei Gespräche mit Reichstagsabgeordneten." Der General wandte sich ohne Antwort dem Zuge zu und stieg ein. Bauer blieb in Berlin.[15]) —

[. . .][16])

[13]) Mertz v. Quirnheim unterrichtete am 8. 11. 1917 auch den bayer. Militärbevollmächtigten, vgl. dessen Bericht vom selben Tage (BHStA IV München MKr, 1828). Danach erteilte ihm Hindenburg — nicht Ludendorff — den Auftrag, nachdem Wetzell — nicht Bartenwerffer — an ihn herangetreten war. In dem Bericht wird Hertlings Verlangen nach Ausschaltung des politischen Einflusses des Oberstleutnants Bauer wiedergegeben, nicht aber die Forderung der OHL, Helfferich zu verabschieden. Zu ersterem heißt es in dem Bericht u. a.: „Oberst Mertz unterzog sich diesem Ansuchen und schenkte Ex. Ludendorff über Bauer reinen Wein ein; zugleich übermittelte er Graf Hertlings Bitte. — Ludendorff nahm alles an, fand auch, daß Bauer seine Befugnisse nicht zum Vorteile des ganzen überschreite und sagte die Abhilfe zu. — Anscheinend wurde dem Bauer von der O.H.L. entsprechende Weisung gegeben. — Oberst Mertz teilte mir noch mit, daß seitdem Bauer von der ausgesuchtesten Liebenswürdigkeit ihm gegenüber wäre. —"

[14]) In der Vorlage folgt ein kurzer Briefauszug vom 5. 11. 1917, in dem Mertz feststellt, daß sich die OHL bei der Entscheidung über die Kanzlerfrage ganz zurückgehalten habe.

[15]) Auf den Einfluß Bauers auf Ludendorff wirft der Bericht Mertz v. Quirnheims über ein Gespräch mit dem General am 8. 10. 1917 ein bezeichnendes Licht (Nachlaß Mertz v. Quirnheim, Nr. 26): „Nicht nur auf dem Gebiete der Kriegführung, sondern auch auf dem der inneren und äußeren Politik der Reichsleitung sei alle Entscheidung auf ihn geworfen. Aus seinen Worten ging mit vollster Klarheit hervor, daß die vorherige Hochschätzung des Reichskanzlers auf stark absteigendem Aste sich befand. Ludendorff hatte offenkundig die Erfahrung gemacht, daß ein Reichskanzler völlig abhängig von der O.H.L. eben kein Reichskanzler sei. Er wäre noch viel weniger zu gebrauchen als ein schlechter Generalstabschef einer Armee. Er [Ludendorff] könne sich nicht vorstellen, wie das weitergehen sollte [. . .]. Es war für mich kein Zweifel, daß der offenkundige Tiefstand der Ludendorffschen Stimmung im stärksten Maße politischen Ursprungs war. Jeder ‚Ratschlag' auf diesem Gebiete war aber von vorneherein zum Scheitern verurteilt. Er würde einen solchen wohl angehört, vielleicht sogar gebilligt haben, doch wäre das völlig ergebnislos geblieben, wenn er nicht mit der von Oberstleutnant Bauer ausgehenden Richtung in Einklang stand." Zu Bauers Aktivität in Berlin vgl. Nr. 407.

[16]) Die Aufzeichnung schließt mit persönlichen Bemerkungen über diese „diplomatischen" Aktionen Mertz v. Quirnheims.

404.

Telegramm des Chefs der Nachrichtenabteilung im Generalstab des Feldheeres an das Kriegspresseamt. Anordnung von Maßnahmen gegen den „Vorwärts".

6. 11. 1917, Gr. Hauptquartier, III b Nr. 12834/2. — MGFA MA/RMA, Nr. 2356, XVII. 1. 5. 11., Bd. 4, Abschrift.[1])

Der Vorwärts vom 6. November bringt in seiner Nummer 305 einen Artikel „Warum noch Krieg?", in dem Gedanken ausgesprochen werden, die geeignet sind, die Kampfkraft des Heeres lahm zu legen. Der militärische Sieg wird nicht als Mittel zum Frieden, sondern als Hinderungsgrund für den Frieden hingestellt.[2]) Ob wir unsern Verteidigungskrieg in der Defensive oder Offensive führen, in beiden Fällen müssen wir siegen. Ein Eindringen der vom Vorwärts entwickelten schädlichen Gedanken in das Heer darf nicht geduldet werden.[3]) Der Schriftleitung des Vorwärts ist durch die zuständige Presseaufsichtsbehörde zu eröffnen, daß seine Zulassung zum Feldheere und zu den Heimattruppen verboten werden wird, wenn die beanstandeten Gedanken auch nur im geringsten wieder behandelt werden sollten.[4]) Sämtlichen Presseaufsichtsstellen ist von

---

[1]) Das Kriegspresseamt teilte das Telegramm am 6. 11. 1917 sämtlichen Zensurstellen mit. Die Vorlage ging am 7. 11. 1917 im Reichsmarineamt ein und wurde dem Staatssekretär vorgelegt und von ihm abgezeichnet. Das stellv. Generalkommando des VIII. AK unterrichtete die örtlichen Zensurstellen noch am 6. 11. 1917 telegraphisch, übersandte ihnen den Wortlaut des Telegramms des Chefs der Nachrichtenabteilung jedoch erst am 10. 11. 1917 (StA Koblenz 403, Nr. 14134).

[2]) Der vorangehende Satz ist in der Vorlage von Empfängerseite unterstrichen. In dem beanstandeten Artikel, der die Kriegsziele der Alliierten kritisch beleuchtet, wird u. a. folgendes ausgeführt: „Kein Staatsmann des feindlichen Auslands kann heute noch seine kriegsverlängernde Politik mit deutschen Eroberungsabsichten, mit dem notwendigen Schutz Belgiens oder mit den innerpolitischen Verhältnissen Deutschlands begründen. [. . .] Wir müssen uns heute klar darüber sein, daß die eigentlichste und tiefste Ursache dafür, daß es so ungeheuer schwer ist, zum Frieden zu kommen in den *militärischen Erfolgen* Deutschlands liegt. Indem Deutschland einer so ungeheuren Koalition widerstand und im Kampfe gegen sie bald hier, bald dort durch gewaltige Vorstöße immer neues Vorgelände zu seiner Verteidigung gewann, hat es der Welt eine Kraftprobe gegeben, die sie überrascht und erschreckt hat. Und so ergibt sich der tragische Konflikt, daß uns der militärische Erfolg den Frieden nicht bringen kann, weil das politische, wirtschaftliche, geographische Übergewicht der anderen zu groß ist, und daß wir das einzige Mittel, das uns nach feindlicher Behauptung den Frieden bringen soll, nämlich den eigenen militärischen Mißerfolg, aus Gründen der Selbsterhaltung nicht wollen können. [. . .]
Was ist angesichts dieser Sachlage für die deutsche Regierung zu tun? Jeder Rückfall in annexionistische Gebärdenspiele nach außen und autokratischer Manieren nach innen würde von den Gegnern Deutschlands als eine Befreiung aus ihrer täglich schwieriger werdenden Lage begrüßt werden."

[3]) Vgl. hierzu Nr. 295 und 312.

[4]) Der vorangehende Satz ist ab „Zulassung" von Empfängerseite dick unterstrichen. Zur Zulassung sozialdemokratischer Zeitungen vgl. Nr. 81. — Der „Vorwärts" wurde am 20. 12. 1917 auf Grund einer Notiz mit der Überschrift „Laßt sie betteln gehen?", in der die Kriegsbeschädigtenfürsorge kritisiert wurde, für drei Tage vom Oberkommando in den Marken verboten. Das Verbot wurde am 22. 12. 1917, nachdem Ph. Scheidemann einen entsprechenden Brief („Es ist selbstverständlich, daß die Redaktion des ‚Vorwärts', bemüht sein wird, in

dieser Weisung der O.H.L., als maßgebend für die Handhabung der militärischen Presseaufsicht Kenntnis zu geben. Der Nachdruck des Artikels des Vorwärts ist zu verbieten. Eine weitere Behandlung der beanstandeten Gedanken in der gesamten Presse ist zu verhindern.

Blankenhorn.

Zukunft bei der Abfassung auch solcher Notizen eine Formulierung zu wählen, die keinen Zweifel über ihre guten Absichten aufkommen läßt.") an das Oberkommando gerichtet hatte, wieder aufgehoben. Für die Vorgänge vgl. MGFA MA/RMA, Nr. 2354, XVII. 1. 5. 8a, Bd. 6.

405.

Schreiben des Obermilitärbefehlshabers an das württembergische Kriegsministerium zur Biberacher Rede des Reichstagsabgeordneten Erzberger.

11. 11. 1917, Nr. 6581/17. g. A. 1, Geheim. — HStA Stuttgart XIII. AK, Abt. II, Bd. 98, Abschrift.

Der Reichstagsabgeordnete *Erzberger* hat am 16. 9. 17 in Biberach vor seinen Wählern eine Rede über Krieg und Frieden gehalten, in der Mitteilungen militärischen Inhalts die wichtigste Stelle einnehmen, und die die wesentliche Grundlage für Schlüsse bilden, die *Erzberger* auf die politische Lage zog.[1]) Im Vordergrunde stehen Angaben über unsere Unterseestreitkräfte, die eine Preisgabe von Tatsachen darstellen, deren Bekanntwerden bei unseren Feinden eine Schädigung unserer Seekriegführung bedeutet.[2])

[1]) Über die Rede berichtete die „Germania" in der Abendausgabe vom 19. 9. 1917 (Nr. 436). Die Zeitung wurde daraufhin, noch am 19. 9. 1917, vom Oberkommando in den Marken verboten; das Verbot wurde am 21. 9. 1917 wieder aufgehoben; vgl. MGFA MA/RMA, Nr. 2354, XVII. 1. 5. 8a, Bd. 6. Zur Rede Erzbergers vgl. K. Epstein. Matthias Erzberger and the Dilemma of German Democracy, Princeton 1959, S. 219 ff.

[2]) Der Vertreter des Admiralstabes in den Pressebesprechungen, Kapitän z. S. Boy-Ed, nahm am 20. 9. 1917 vor den Pressevertretern zu der Veröffentlichung der „Germania" Stellung (MGFA MA/RMA, Nr. 2357, XVII. 1. 5. 13, Bd. 2). Er zitierte die Wiedergabe der Erzbergerschen Ausführungen über den U-Bootkrieg, wonach im Frühjahr 1916 „etwas mehr als ein halbes Hundert Unterseeboote" vorhanden gewesen wären, und fügte hinzu: „Nach meiner persönlichen Auffassung sind wegen der Angaben über unsere U-Bootstreitkräfte die objektiven Voraussetzungen für die Einleitung eines Verfahrens wegen Landesverrats gegen das Blatt gegeben." Diese Äußerung wurde in der Berliner Presse (Tägliche Rundschau, Kreuzzeitung) verwertet, und zwar nun gegen die Person Erzbergers. Dieser erhob daraufhin am 21. 9. 1917 Beschwerde beim Staatssekretär des Reichsmarineamts gegen Kapitän z. S. Boy-Ed. Im Einverständnis mit dem Reichskanzler bat der Staatssekretär mit Schreiben vom 23. 9. 1917 den Staatssekretär des Reichsjustizamts um eine Stellungnahme, ob gegen den Abgeordneten Erzberger gerichtlich vorgegangen werden könne. In dem beigegebenen Gutachten des Justitiars des Reichsmarineamts, Dr. Felisch, wurde dargelegt, daß Erzbergers Äußerungen die Voraussetzungen des § 89 (Landesverrat) des Strafgesetzbuches erfüllten. Mit einbezogen wurde eine Notiz der „Germania" vom 23. 8. 1917 (Nr. 390), in der Mitteilungen des Staatssekretärs des Reichsmarineamts in der Hauptausschußsitzung des Reichstags vom selben Tage über die Zahl der monatlichen U-Boot-Neubauten veröffentlicht

Im weiteren Verlaufe seiner Rede hat der Abgeordnete Erzberger geäußert, die Fortsetzung des Krieges um ein Jahr bedeute weitere rund 500000 Tote. Er hat diese Behauptung mit der Feststellung begründet, daß täglich durchschnittlich 1250 Soldaten fielen.

Ob die militärischen Stellen eingeschritten sind, ist mir nicht bekannt geworden.[3]) Ich glaube deshalb, meiner Auffassung dahin Ausdruck geben zu sollen, daß schon die auf dem Gebiet der Kriegführung liegenden Äußerungen ein Einschreiten durch Auflösung geboten, und daß andererseits die aus den Mitteilungen gezogenen Folgerungen eine Gefahr bilden, den festen Willen des deutschen Volkes zum Durchhalten bis zum Siege zu erschüttern.[4]) Den mit der Überwachung der Versammlung beauftragten Personen kann meines Erachtens der Vorwurf nicht erspart werden, daß sie ein Einschreiten unterlassen haben, wo ihnen ein solches die dringendsten Interessen des Vaterlandes als ein Gebot unbedingter Notwendigkeit erscheinen lassen mußten.

Dieser Fall hat mir Veranlassung gegeben, den beiliegenden Erlaß[5]) an die preußischen stellvertretenden Generalkommandos usw. zu richten, und bitte ich das Königliche Kriegsministerium, gleiche Anordnungen auch für den dortigen Geschäftsbereich zu veranlassen.

gez. v. Stein.

---

wurden (Vgl. hierzu den Brief Boy-Eds an Kapitän z. S. Levetzow — Nachlaß Levetzow, Box 3 — vom 26. 8. 1917, in dem er versuchte, das Hochseekommando gegen den Staatssekretär zu mobilisieren). Das Gutachten des Reichsjustizamts vom 25. 9. 1917 kam zu einem anderen Ergebnis: „Allein wenn hiernach auch die Äußerungen des Abgeordneten Erzberger den objektiven Tatbestand des Landesverrats unter Umständen verwirklichen können, so erscheint doch eine Verurteilung um deswillen ausgeschlossen, weil die Feststellung des subjektiven Tatbestandes des Landesverrats auf Grund des vorhandenen Materials nicht möglich ist." Eine Verurteilung auf Grund des Gesetzes gegen den Verrat militärischer Geheimnisse vom 3. 6. 1914 zu einer relativ geringfügigen Geldstrafe könne zwar erwartet werden, es sei jedoch die Frage, ob der Aufwand in einem annehmbaren Verhältnis zu dem — auch politischen — Ergebnis stehen würde. Die Aufhebung der Immunität durch den Reichstag wurde im übrigen für ausgeschlossen gehalten. Am 15. 10. 1917 teilte der Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei mit, daß eine weitere Verfolgung der Angelegenheit „nicht angezeigt" erscheine. Für die Vorgänge vgl. MGFA MA/RMA, Nr. 7635, III. (Erzberger).

[3]) In einem Bericht des stellv. Generalkommandos des XIII. AK vom 29. 11. 1917 an das württ. Kriegsministerium wurde festgestellt, daß die Versammlung in Biberach polizeilich nicht überwacht worden sei, da das nach einer allgemeinen Verordnung des stellv. Generalkommandos zuständige Oberamt in der Person des Abgeordneten Erzberger die Gewähr dafür sah, daß in der Versammlung nicht gegen die Interessen des Reichs verstoßen würde. Gegenüber der Berichterstattung der Presse habe das stellv. Generalkommando eingegriffen. Eine Überwachung aller öffentlichen Versammlungen sei schon aus Mangel an Polizeikräften ausgeschlossen (HStA Stuttgart XIII. AK, Abt. II, Bd. 98).

[4]) Vgl. hierzu auch den Bericht des stellv. Generalkommandos des XIII. AK vom 30. 9. 1917 an das Kriegspresseamt über Mitteilungen zur Kriegslage von Abgeordneten der freisinnigen Volkspartei (Abgeordneter Liesching) und des Zentrums (Abgeordneter Erzberger) an Parteimitglieder zur Rechtfertigung der Friedensresolution, deren gerüchteweise Verbreitung sehr schädlich sei. Um eine Einwirkung auf die Parteiführer wurde gebeten (HStA Stuttgart XIII. AK, Abt. II, Bd. 60).

[5]) Vgl. Nr. 406.

406.

Schreiben des Obermilitärbefehlshabers an die Militärbefehlshaber.[1]) Richtlinien für die Überwachung öffentlicher Versammlungen.

11. 11. 1917, Nr. 6581. 17. g. A. 1., Geheim! — MGFA MA/RMA, Nr. 2354, XVII. 1. 5. 8a, Bd. 6, vervielfältigtes, eigenhändig vollzogenes Exemplar.

Ein Reichstagsabgeordneter[2]) hat in seinem Wahlkreise in einer öffentlichen Versammlung eine Rede über Krieg und Frieden gehalten, in der er unsere Kriegführung schädigende Mitteilungen militärischen Inhalts gemacht hat, und aus denen er Schlüsse auf die politische Lage zog, die in hohem Grade geeignet sind, den festen Willen des deutschen Volkes zum Durchhalten bis zum Siege zu schwächen, ja zu erschüttern, wenn die Auffassungen des Redners in den breiten Kreisen des Volkes Fuß fassen.

Dieser Fall[3]) gibt Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß in öffentlichen Versammlungen keine Erörterungen zugelassen werden dürfen, die auf dem Gebiete der Kriegführung liegen[4]), Mitteilungen über Kampfkräfte, Verluste usw. enthalten, oder in denen aus der Kriegslage und unseren militärischen und wirtschaftlichen Machtmitteln Folgerungen und Schlüsse politischer und sonstiger Art gezogen werden, die geeignet sind, den Kampf- und Siegeswillen unseres Volkes nachteilig zu beeinflussen und die Zuversicht unserer Feinde zu stärken. Namentlich kommt dies für Versammlungen in Betracht, in denen über Krieg und Frieden und deren Ziele gesprochen werden soll.

Ich ersuche, Anordnung zu treffen[5]), daß derartige Erörterungen ohne Rücksicht auf die Person des Vortragenden nicht gestattet werden[6]) und die die

[1]) Das Schreiben wurde auch den bundesstaatlichen Kriegsministerien, dem Chef des Generalstabes des Feldheeres, der Reichskanzlei, dem Reichsamt des Innern, dem Auswärtigen Amt und dem preuß. Minister des Innern übersandt.

[2]) Vgl. Nr. 405.

[3]) Vgl. Nr. 405, Anm. 4. Das preuß. Kriegsministerium hatte das stellv. Generalkommando des XIV. AK bereits mit Schreiben vom 13. 10. 1917 ersucht, Nachforschungen über Vorgänge innerhalb des Zentrums anzustellen, bei denen von Abgeordneten die Friedensresolution als eine Folge der schlechten Kriegslage dargestellt worden sei. Vgl. hierzu den Bericht des stellv. Generalkommandos an das preuß. Kriegsministerium vom 1. 11. 1917 in: WUA, Bd. 6, S. 232 f. Der Schriftwechsel wurde am 21. 11. 1917 vom preuß. Kriegsministerium den stellv. Generalkommandos mit der Bitte übersandt, diese „Flaumacherei" mit großer Aufmerksamkeit zu verfolgen und alle Beobachtungen mitzuteilen, um die „Zentrale dieser Agitation" ausfindig machen zu können (StA Koblenz 403, Nr. 14152). Vgl. auch Rupprecht, Bd. 2, S. 259.

[4]) Von „in öffentlichen" bis „Kriegführung liegen" in der Vorlage von Empfängerseite dick unterstrichen.

[5]) Am 19. 11. 1917 erließ das stellv. Generalkommando des II. AK eine Bekanntmachung, die folgenden bemerkenswerten Satz enthält: „Die Ankündigung öffentlicher politischer Versammlungen, welche verboten sind, wird untersagt." Mitgliederversammlungen waren dagegen nach wie vor gestattet (GStA Berlin Rep. 30, Nr. 839, Bd. 2).

[6]) Das Schreiben des Obermilitärbefehlshabers war die Veranlassung für eine Kontroverse zwischen dem stellv. Generalkommando des XIV. AK und dem bad. Ministerium des Innern (für die Vorgänge vgl. GLA Karlsruhe Abt. 456, Bd. 77). Der Minister des Innern, Freiherr

Versammlungen überwachenden Personen ungesäumt von dem Recht der Auflösung der Versammlung Gebrauch machen, wenn von den Rednern Äußerungen der erwähnten Art getan werden.

v. Stein.

v. Bodman, weigerte sich beharrlich, einer entsprechenden Verfügung des stellv. Generalkommandos vom 17. 11. 1917 Folge zu leisten und die Bezirksbehörden anzuweisen, alle öffentlichen Versammlungen polizeilich zu überwachen. Bodman erhob Einspruch beim preuß. Kriegsministerium (20. 11. 1917): „Die Durchführung der jetzt vorliegenden Anordnung des Generalkommandos würde, da bisher in Baden eine polizeiliche Überwachung allgemein nur für die Versammlungen der unabhängigen Sozialdemokraten angeordnet war, eine von der Allgemeinheit und insbesondere von den politischen Parteien aller Richtungen drückend empfundene Einschränkung der Versammlungsfreiheit bedeuten und zweifellos im bevorstehenden Landtag die schärfste Kritik erfahren. Voraussetzung zu einer Änderung in der Handhabung des Versammlungsrechts sollte nach der früheren Auffassung des Generalkommandos sein, daß die Verhältnisse dazu zwingen. Daß ein solcher Zwang der Verhältnisse vorliegt, vermögen wir nicht zu erkennen." Als das stellv. Generalkommando auf sofortige Durchführung der Verfügung bestand, verwies Bodman auf den Weg direkter Weisungen des stellv. Generalkommandos an die Bezirksämter (24. 11. 1917). Zur Begründung seiner Stellungnahme führte er u. a. aus: „Ganz besonders bedenklich erscheint es mir, eine solche Maßnahme zu treffen, ehe Seine Exzellenz der Herr Reichskanzler nach Übernahme seines Amtes Gelegenheit gehabt hat, vor dem Reichstag Stellung zu den innerpolitischen Fragen zu nehmen, die heute für die Stellung der Mehrheit der Volksvertretung zur Regierung von ausschlaggebender Bedeutung sind. Zu diesen Fragen gehört zweifellos auch diejenige der Handhabung des Versammlungsrechts." Der Minister konnte sich jedoch gegenüber den militärischen Behörden nicht durchsetzen. Am 25. 11. 1917 erging die Verfügung des stellv. Generalkommandos an die Bezirksämter. Am 8. 12. 1917 wies der Obermilitärbefehlshaber den Einspruch des Ministers zurück und betonte, daß es sich um eine reichseinheitliche Weisung an alle Militärbefehlshaber (zu der er in dieser Form gar nicht die Kompetenz hatte) handele und er nicht in der Lage sei, diese Weisung für den Bereich des stellv. Generalkommandos des XIV. AK aufzuheben bzw. zu modifizieren. — Die Bezirksämter führten die Verfügung des stellv. Generalkommandos teilweise so rigoros durch, daß sich das stellv. Generalkommando am 24. 12. 1917 gezwungen sah, darauf hinzuweisen, daß die im Rahmen der patriotischen Volksaufklärung stattfindenden Versammlungen im allgemeinen nicht überwacht zu werden brauchten.

407.

Auszug aus einem Brief Stresemanns an den Reichsrat v. Buhl über seine Zusammenarbeit mit der Obersten Heeresleitung.[1])

12. 11. 1917. — Nachlaß Stresemann, Bd. 177, Durchschrift.[2])

Sehr verehrter Herr Reichsrat!

[. . .][3])

[1]) Zur Politik Stresemanns und der nationalliberalen Reichstagsfraktion Ende Oktober/Anfang November 1917 vgl. Quellen I/1, Bd. 1, Nr. 75 ff., insbesondere Nr. 90, 104 und 106.

[2]) Der Auszug ist wiedergegeben in: Quellen I/1, Bd. 1, Nr. 90, Anm. 7.

[3]) Zu Anfang des Briefes betonte Stresemann seine Zusammenarbeit mit Friedberg. — In seinen Briefen vom 2. und 7. 11. 1917 hatte sich Buhl in scharfer und äußerst abfälliger Weise über Hertling geäußert (Nachlaß Stresemann, Bd. 177).

Sie sprechen von einer drohenden Spaltung der Partei für den Fall, daß die Partei in Konflikt mit der Obersten Heeresleitung komme. Wenn ein solcher Konflikt stattfindet, dann würde die Fraktion auf Seiten der Obersten Heeresleitung stehen. Bei der Bethmann-Krise habe ich Tag für Tag mit den Vertretern der Obersten Heeresleitung Rats gepflogen.[4]) Auch diesmal bin ich mit der Obersten Heeresleitung konform gegangen und habe nochmals vor kurzem von einem ihrer Mitglieder vernommen, daß man mir mit unbeschränktem Vertrauen entgegenkomme, da man überzeugt sei, daß ich im Sinne der Obersten Heeresleitung handele.[5]) Derselbe Vertreter der Obersten Heeresleitung — einer der ersten Mitarbeiter Hindenburgs und sein politischer[6]) Vertrauter — hat mir aber auch dringend aus Kreuznach telegraphiert: „Sorgen Sie als Vorsitzender der nationalliberalen Fraktion dafür, daß die Sozialdemokratie bei der Stange bleibt. Wir können nicht einen par[t :n][7]) Streik auch nur von acht Tagen vertragen, da wir mit der Munition angesichts des Fortganges der Flandernschlacht nicht übermäßig bestellt sind."[8]) Ludendorff ging mir gegenüber sogar so weit zu sagen, daß er gegen den Eintritt Davids als Minister nichts einzuwenden hätte, wenn dadurch Ruhe hergestellt würde. Daß Hindenburg und Ludendorff die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer Bauer und Legien empfangen und ihnen Zusicherungen gegeben haben, werden Sie gelesen haben.[9]) Bei dem jetzigen Vorgehen bestehen also keine Differenzen zwischen der Obersten Heeresleitung und mir. Unser gemeinsamer Kandidat war Bülow[10]), unsere gemeinsame Idee war, den Burgfrieden zu haben.
[. . .][11])

---

[4]) Vgl. Quellen I/1, Bd. 1, Nr. 16, S. 73 ff.

[5]) In einem Brief an den Reichstagsabgeordneten Sieg vom 31. 10. 1917 (Nachlaß Stresemann, Bd. 176) gibt Stresemann auch eine Begründung für die von der OHL befürwortete Zusammenarbeit der Nationalliberalen mit den Mehrheitsparteien. „Sowohl mit Hindenburg, wie mit Ludendorff wie mit seinen Mitarbeitern kann ich täglich verkehren, und sie schenken mir ihr volles Vertrauen. Das richtet mich gegenüber manchen Unliebsamkeiten stets auf. Von dieser Seite wird übrigens die Politik der Verhandlung mit den Mehrheitsparteien durchaus gebilligt, weil man sich dort sagt, daß ein Fernbleiben der nationalliberalen Fraktion uns auf Gedeih und Verderben der Mehrheit Erzberger-Scheidemann ausliefern würde, während wir doch so die Möglichkeit haben, die Politik einigermaßen auf der Mitte zu halten, weil das Zentrum in dieser Beziehung mit uns geht." Vgl. hierzu auch Quellen I/1, Bd. 1, Nr. 104, S. 558 ff.

[6]) Die vorangehenden zwei Worte handschriftlich verbessert aus: „Ludendorffs".

[7]) In der Vorlage: „parzellen".

[8]) In einem Brief an Prof. Hebel in Kassel vom 13. 11. 1917 (Nachlaß Stresemann, Bd. 177) wiederholte Stresemann diese Erklärung — unter Hinzufügung des Satzes „Politische Konzessionen sind demgegenüber gleichgültig." — fast wörtlich und fuhr dann fort: „Weiter sagte er mir im Laufe der Unterredung: Sie müssen dafür sorgen, daß bei der nächsten Reichstagsverhandlung Ruhe bleibt. Dann werden wir auch Frieden bekommen. Wenn diese Ruhe nicht eintritt, dann können wir uns ja totsiegen und kommen niemals zu einem verständigen Frieden. Bis zum Frühjahr müssen wir Frieden haben, weil bis dahin die Zeit für uns arbeitet, während es später auch anders sein kann."
Alles spricht dafür, daß dieser Vertraute Ludendorffs der Oberstleutnant Bauer war. Auch die Einschätzung der Kriegslage spricht dafür. Vgl. die in Nr. 239, Anm. 19, erwähnte Denkschrift Bauers, worin die militärische und wirtschaftliche Lage des Reichs so dargestellt wird, daß die vorgeschlagene räumlich begrenzte Frühjahrsoffensive im Westen als die letzte Möglichkeit einer siegreichen Beendigung des Krieges erscheint.

[9]) Vgl. Nr. 236, Anm. 3.

[10]) Vgl. Nr. 393, Anm. 10.

[11]) In der Vorlage folgen kurze Bemerkungen über Stresemanns Verhältnis zu Erzberger, vor dem Reichsrat v. Buhl gewarnt hatte. Die Durchschrift ist nicht abgezeichnet.

408.

Schreiben des preußischen Kriegsministeriums an die Militärbefehlshaber[1]) betr. Mitgliederwerbung politischer Vereine in Heer und Marine.

12. 11. 1917, Nr. 6555/17.g.A 1, Geheim! — HStA Stuttgart WKM, Abt. II, Bd. 98, vervielfältigtes, eigenhändig vollzogenes Exemplar.

Einzelne Anhänger, Bureaus und Vereine der unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands haben sich parteipolitisch dahin betätigt, Listen über Zugehörigkeit von Mannschaften des Heeres und der Marine zu dieser Partei auf Grund schriftlicher Anfragen bei Leuten und Sammlung von Adressen im Heere und in der Marine aufzustellen und Druckschriften der Partei an die Mannschaften zu versenden.[2])

Da durch diese Werbung von Mitgliedern die Politik in das Heer getragen wird, ferner den Heeresangehörigen die Teilnahme an politischen Vereinen und Versammlungen verboten ist (§ 49 R[eichs-]Mil[itär-]Ges[etz][3]), so wird ersucht, den politischen Vereinen[4]), namentlich Wahlvereinen, *und zwar ohne Unterschied der Partei*, jede Tätigkeit zu verbieten, die auf Werbung von Mitgliedern im Heere und in der Marine abzielt.[5]) Gegen Einzelpersonen ist gegebenenfalls mit besonderen Verboten vorzugehen.

---

[1]) Das Schreiben wurde auch den bundesstaatlichen Kriegsministerien, dem Chef des Generalstabes des Feldheeres, dem Kriegspresseamt, der Reichskanzlei, dem Reichsamt des Innern und dem preuß. Minister des Innern übersandt.

[2]) Vgl. hierzu Nr. 379 und 394.

[3]) Vgl. hierzu die Stellungnahme des bayer. Kriegsministeriums, Nr. 416.

[4]) Die vorangehenden zwei Worte sind in der Vorlage von Empfängerseite unterstrichen.

[5]) Von „jede Tätigkeit" bis zum Ende des Satzes in der Vorlage von Empfängerseite unterstrichen. — Der Bearbeiter des stellv. Generalkommandos des XIII. AK vermerkte hierzu: „Auf den ersten Blick scheint die vorgeschlagene Verfügung einwandfrei. Es fragt sich aber, ob sie so *ganz allgemein* gehalten gegenüber dem heutigen ‚Volk in Waffen' nicht weiter geht als notwendig und durch den Zweck geboten ist." Die Verordnung des stellv. Generalkommandos (abgedruckt in: Handbuch der während des Krieges ergangenen Verordnungen des stellv. Generalkommandos XIII. AK, Stuttgart 1918, S. 94) verbot dann auch nur die Aufstellung von Listen über die Parteizugehörigkeit von Militärpersonen und die Verbreitung politischer Druckschriften in Heer und Marine. — In anderer Richtung verlief die Entwicklung beim Gouvernement des Reichskriegshafens Kiel (MGFA MA/StO, Nr. 1573, VII. 5.7., Bd. 3). Hier schlug der Bearbeiter sowohl einen entsprechenden Befehl für Militärpersonen als auch eine Verordnung für Zivilpersonen vor. Die Angelegenheit blieb jedoch zunächst liegen, da, wie es in einem Schreiben des Gouvernements vom 25. 1. 1918 an das Reichsmarineamt heißt: „zunächst in persönlichem Schriftwechsel mit Kapitän zur See Seebohm die Frage des Beitritts von Personen des Soldatenstandes zur Vaterlandspartei geklärt werden mußte." In dem Schreiben wurde weiter darauf hingewiesen, daß der Begriff des politischen Vereins in Rechtsprechung und Verwaltung außerordentlich umstritten sei und die Vereine, „die getroffen werden sollen", sich unter dem Eindruck des Verbots zu Vereinigungen gesellschaftlicher Natur verwandeln könnten, die ein Eingreifen unmöglich machten. Das Reichsmarineamt empfahl dem Gouvernement schließlich am 5. 7. 1918, von einer Verordnung im Sinne der Vorlage ganz abzusehen.

Die stellvertretenden Generalkommandos u.s.w. werden ersucht, die erforderlichen Maßnahmen von sich aus zu treffen.[6])

v. Stein.

[6]) Die Verordnungen des stellv. Generalkommandos des II. AK vom 19. 11. 1917 (GStA Berlin Rep. 30, Nr. 839, Bd. 2) und des X. AK vom 9. 12. 1917 (StA Hannover Hann 122a, XXXIV, Nr. 158) entsprachen zum Teil wörtlich der Anregung des preuß. Kriegsministeriums. Vgl. in diesem Zusammenhang auch Archivalische Forschungen 4/II, Nr. 249, S. 791 f.

409.

Schreiben des Chefs des Generalstabes des Feldheeres an das preußische Kriegsministerium über das Ausmaß der feindlichen Propaganda im Inland und die Einrichtung einer zentralen Abwehrstelle.

15. 11. 1917, Gr. Hauptquartier, Nr. III b 16864/III, Geheim! — MGFA MA/KdH, Nr. 3300, A. 1. Gg. XIa, Bd. 1, Abschrift.[1])

Im Laufe des Krieges hat der feindliche Nachrichtendienst in immer steigendem Maße seine Tätigkeit über das Gebiet der militärischen Erkundung hinaus erstreckt. In Verbindung mit dem Bestreben, den Vierbund wirtschaftlich abzuschnüren, hat er zunächst unserer wirtschaftlichen Lage die regste Aufmerksamkeit zugewendet. Seine Erkundungen auf wirtschaftlichem Gebiet hat der Feind nicht nur dazu benutzt, die Abschnürung der Mittelmächte immer wirksamer zu gestalten; er ist vielmehr dazu übergegangen, einen besonderen Sabotagedienst einzurichten, der auf Grund dieser Erkundungen durch Zerstörung kriegswirtschaftlicher wichtiger Betriebe und Vorräte unsere Lage verschlechtern soll.

Daneben setzt der Feind seine Hoffnungen auf politische Unruhen in Deutschland; demgemäß ist er jetzt besonders bemüht, unsere politischen Verhältnisse eingehend zu erkunden. Auch auf diesem Gebiete begnügt sich der Feind nicht mit einer erkundenden Tätigkeit; er ist vielmehr mit allen Mitteln bestrebt, unsere innerpolitischen Verhältnisse nach der von ihm gewünschten Richtung zu beeinflussen.[2])

Die nötigen Handhaben für seine Tätigkeit findet der Feind vor. Die Ernährungsschwierigkeiten und die sonstigen Entbehrungen und Opfer, die der Krieg allen Klassen der Bevölkerung auferlegt, haben im Volke Friedenssehnsucht und in ziemlich breiten Schichten auch eine Mißstimmung gegen die bestehenden Gewalten erzeugt. Gewisse Bestrebungen internationalen Charakters, wie die radikale Sozialdemokratie und der Pazifismus[3]) sind bemüht, die bestehende Gärung für ihre politischen Ideen und Sonderziele auf Kosten vaterländischer Interessen auszunutzen.

[1]) Das Schreiben wurde am 20. 12. 1917 vom Reichsmarineamt dem Kommando der Hochseestreitkräfte übersandt, das seinerseits am 31. 12. 1917 die unterstellten Verbände unterrichtete. — Das Reichsamt des Innern forderte am 19. 11. 1917 die bundesstaatlichen Regierungen zur Mitarbeit auf (StA Ludwigsburg E 150—153, Nr. 2051, Bd. 3). Vgl. Ay, S. 42.

[2]) Vgl. hierzu Thimme, passim.

[3]) In der Vorlage heißt es jeweils: Pazificismus, pazificistisch! — Vgl. hierzu auch Nr. 113 und 419.

Diese Stimmungen und Bestrebungen sucht der Feind zu unterstützen, zu stärken und seinen Zielen dienstbar zu machen. Die Friedenssehnsucht soll gesteigert, der Glaube an die Gerechtigkeit unserer Sache, das Vertrauen auf den Sieg und die Kraft zum wirtschaftlichen Durchhalten erschüttert werden. Verleumderische und verhetzende Broschüren, Zeitungen und Flugschriften werden von neutralen Grenzländern her auf jede erdenkliche Art und Weise in das Reichsgebiet eingeschmuggelt, häufig auch von Flugzeugen und durch Ballons über dem Reichsgebiet abgeworfen. In diesen Schriften wird die deutsche Regierung beschuldigt, den Krieg angezettelt zu haben und ihn verwerflicher Gründe halber unnötig zu verlängern. Die Arbeiterbevölkerung wird zu Massenstreiks und das Volk zu gewaltsamer Auflehnung gegen die herrschende Ordnung, zur Vertreibung der Regierenden aufgefordert, die Soldaten zum Ungehorsam und zur Dienstverweigerung aufgestachelt. Mit einzelnen, besonders fanatischen Vertretern des radikalen Sozialismus, des Pazifismus und ähnlicher Bestrebungen im Inlande oder neutralen Auslandes werden schriftlich und durch Agenten Beziehungen angeknüpft und ihre Bestrebungen in jeder Weise gefördert.[4]) Die Internierten in neutralen Ländern werden durch eine energische Propaganda bearbeitet, damit sie ihrerseits die bei ihnen erzeugte Mißstimmung und Unzufriedenheit auf ihre Angehörigen in der Heimat verpflanzen. Auch die deutschfeindlichen Elemente der uns verbündeten Staaten im neutralen Auslande und in ihrer Heimat macht der Feind seinen Zwecken dienstbar.

Besonders seit dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg ist ein großzügiges, einheitlich geleitetes Vorgehen bemerkbar, das nach den bisher vorliegenden Nachrichten noch erheblich ausgebaut und verstärkt werden soll.

Diese Anstrengungen des Feindes sind eine schwere Gefahr für die Aufrechterhaltung der Kampfkraft des deutschen Volkes und damit für die Kriegführung.[4]) Personen, die sich bewußt in den Dienst dieser Bestrebungen stellen, begehen Landesverrat, strafbar nach § 89 des Reichsstrafgesetzbuches. Aber auch die Elemente, welche ohne das Bewußtsein, dem Feinde Vorschub zu leisten, sich in den Dienst dieser Bestrebungen stellen, gefährden den Erfolg unserer Waffen und müssen unschädlich gemacht werden.

Zur Bekämpfung dieser Gefahr beizutragen, ist Pflicht aller militärischen Stellen. Der Generalstab hat bereits seit längerer Zeit der Abwehr dieser Gefahr seine Aufmerksamkeit zugewendet. Die Überwachung des Briefverkehrs mit dem Auslande, die Tätigkeit der im neutralen Auslande eingerichteten Beobachtungsstellen, die Tätigkeit der Militär-Polizeistellen im Inlande sowie die Kontrolle der Grenzen haben wertvolles Material auf diesem Gebiete zutage gefördert, vom Ausland nach dem Inland führende Fäden aufgedeckt und mehrfach zur Unschädlichmachung der gegen unsere Kampfkraft tätigen Personen geführt.

Die fortgesetzt gesteigerte, zielbewußte Tätigkeit des Gegners erfordert indessen einen *planmäßigeren Ausbau* der Abwehr. Diese setzt vor allem voraus, daß alle Vorkommnisse auf diesen Gebieten einer Stelle lückenlos bekannt werden. Zur Zeit verteilt sich die Kenntnis auf den Generalstab des Feldheeres, den stellver-

[4]) Der vorangehende Satz ist in der Vorlage von Empfängerseite durch einen Doppelstrich am Seitenrand hervorgehoben.

tretenden Generalstab der Armee wie auch die verschiedenen Zentralbehörden (Kriegsministerium, Auswärtiges Amt, Ministerium des Innern, Reichsamt des Innern) und ihre nachgeordneten Stellen. Es gibt aber noch keine Dienststelle, die das vorhandene Material in seiner Gesamtheit kennt.

Bezüglich der Streiks und inneren Unruhen ist bereits eine Vereinheitlichung der Bearbeitung durch die im Juli d. Js. zwischen dem Kriegsministerium, dem stellv. Generalstab der Armee und dem Ministerium des Innern getroffene Vereinbarung angebahnt worden, wonach die Militärpolizeistellen als Sammelstellen für alle Meldungen dienen sollen.[5]) Unter Leitung des stellvertretenden Generalstabes (Abteilung IIIb) hat sich das Verfahren bewährt und in kurzer Zeit schon wesentliche Erfolge für die Interessen der Kriegführung erzielt. Nachdem somit auf einem Gebiet ein geordnetes und planmäßiges Verfahren platzgegriffen hat, ist es dringend notwendig, in gleicher Weise auf den anderen Gebieten der vermehrten Arbeit des Feindes Rechnung zu tragen. Diese Gebiete sind alle Bestrebungen, welche vom Ausland ausgehen und darauf abzielen, unsere Kampfkraft zu schwächen, insbesondere

1) die Propaganda unter den Internierten,

2) Anstiftung zu Streiks und inneren Unruhen,

3) pazifistische und ähnliche Bestrebungen internationaler Art,

4) Versuche, in den verbündeten Ländern gegen Deutschland Stimmung zu machen.

Ich habe daher den Stellv. Generalstab (Abteilung IIIb) beauftragt, die Feststellung und Beobachtung dieser feindlichen Unternehmungen planmäßig auszugestalten. Ich ersuche, den Stellv. Generalstab bei Durchführung dieser Aufgaben in jeder Weise zu unterstützen und ihm vor allem auf schnellstem Wege alles Material zuzuleiten, das über die vorgenannten Bestrebungen bekannt wird.[6]) In dieser Richtung bitte ich auch mit möglichster Beschleunigung die stellv. Generalkommandos anzuweisen und ein gleiches Ersuchen an die in Frage kommenden bundesstaatlichen Ministerien zu richten. Die Reichsbehörden werden von mir unmittelbar verständigt.

Dem Stellv. Generalstab wird damit lediglich eine erkundende Tätigkeit zufallen. Das Ergebnis wird er denjenigen Stellen zuleiten, denen die im Einzelfall zu treffenden Gegenmaßnahmen obliegen.[7])

Für eine Mitteilung, daß ich auf Zustimmung und Unterstützung der dargelegten unabweisbaren Aufgaben rechnen kann, wäre ich zu Dank verpflichtet.

I. A.
gez. Ludendorff.

---

[5]) Vgl. Nr. 316, insbesondere Anm. 7.

[6]) Der vorangehende Satz ist in der Vorlage vom Empfängerseite unterstrichen.

[7]) Über die Auswertung des von dem neugegründeten Referat X des stellv. Generalstabes gesammelten Materials vgl. die Aufzeichnung der entsprechenden Abteilung (G) des Admiralstabes vom März 1918 (MGFA MA/Adm, Nr. 2402, P 9, Bd. 2). Danach waren für Veröffentlichungen in der Presse des In- und Auslandes über Mittel und Wege der alliierten Propaganda eine Vielzahl von Behörden zuständig, sodaß angenommen werden kann, daß die aufklärende Wirkung im Volk selbst unzureichend geblieben ist.

410.

Erlaß des preußischen Kriegsministeriums an die Militärbehörden der Heimat betr. die Deutsche Vaterlandspartei.

20. 11. 1917, Nr. 7089/17. g. A 1, Geheim. — MGFA MA/RMA, Nr. 6062, IX. 1. 3. 10, Bd. 1, gedrucktes Exemplar.[1])

Aus Anlaß mehrer Anfragen[2]) wird mitgeteilt, daß die Deutsche Vaterlandspartei nicht als politischer Verein im Sinne des § 49 Abs. 2 des Reichs-Militärgesetzes[3]) angesehen werden kann. Danach liegt keine Berechtigung vor, Militärpersonen den Beitritt zur Deutschen Vaterlandspartei zu verbieten.[4]) Andererseits unterliegt es keinem Zweifel, daß den Vorgesetzten verboten ist, auf Militärpersonen zum Beitritt zur Deutschen Vaterlandspartei einzuwirken.

Im übrigen wird bemerkt, daß zu den im § 49 Abs. 2 Reichs-Militärgesetz angeführten Militärpersonen des aktiven Heeres *alle* in Kriegszeiten im Heeresdienste befindlichen Offiziere, Sanitätsoffiziere, Militärbeamten und Mannschaften gehören (§ 38 Reichs-Militärgesetz).

v. Stein.

---

[1]) Die Vorlage ist am 24. 11. 1917 im Reichsmarineamt eingegangen.

[2]) Zur Vorbereitung der Reichstagsdebatte vom 6. 10. 1917 über die Agitation durch Vorgesetzte im Heer zugunsten alldeutscher Politik (vgl. Nr. 341), hatte das preuß. Kriegsministerium selbst am 1. 10. 1917 telegraphisch bei den bundesstaatlichen Kriegsministerien (BHStA IV München MKr, 11522) und stellv. Generalkommandos (vgl. GLA Karlsruhe Abt. 456, Bd. 87) angefragt, ob „die Bestrebungen der deutschen Vaterlandspartei von irgendwelchen Dienststellen" innerhalb des jeweiligen Geschäftsbereichs „gefördert worden" seien. Bei den drei bayer. stellv. Generalkommandos scheint dies nur in einem ganz geringfügigen Maße der Fall gewesen zu sein.

[3]) Die entsprechende Bestimmung des Gesetzes vom 2. 5. 1874 lautet: „Die Teilnahme an politischen Vereinen und Versammlungen ist den zum aktiven Heere gehörigen Militärpersonen untersagt".

[4]) Der vorangehende Satz ist in der Vorlage von Empfängerseite unterstrichen. Admiral v. Capelle bemerkte hierzu in einer Marginalie mit dem Datum vom 27. 11. 1917: „Der Kriegsminister wird den Erlaß zurückziehen. Von uns nichts zu veranlassen." Capelle hatte sich nach Bekanntwerden des Erlasses, gestützt auf ein Gutachten seines Justitiars Dr. Felisch, an den Reichskanzler gewandt, der auf einer Aufhebung des Erlasses bestand (vgl. die Aktennotiz vom 16. 12. 1917 in: MGFA MA/RMA, Nr. 6062, IX. 1. 3. 10, Bd. 1). Vgl. hierzu auch Müller, S. 335 (Eintragungen vom 25. und 27. 11. 1917). — Das preuß. Kriegsministerium hob den Erlaß durch Telegramm vom 27. 11. 1917 „wegen eines zu Grunde liegenden Rechtsirrtums" auf. Aus der entsprechenden Benachrichtigung des Marinekorps durch das Armee-Oberkommando 4 (Schreiben vom 3. 12. 1917, MGFA MA/RMA, Nr. 6062, IX. 1. 3. 15, Bd. 2) geht hervor, daß das preuß. Kriegsministerium das Feldheer — über die OHL — bereits am 16. 11. 1917 über den unpolitischen Charakter der Vaterlandspartei aufgeklärt hatte. — Das bayer. Kriegsministerium hatte auf Grund der Anfrage des preuß. Kriegsministeriums (vgl. Anm. 2) bereits am 13. 10. 1917 die bayer. stellv. Generalkommandos darauf hingewiesen, daß „die deutsche Vaterlandspartei als parteipolitische Organisation anzusprechen" sei. Der Versuch des bayer. Landesvereins der Partei, Offiziere des bayer. Kriegsministeriums durch Übersendung von Freikarten an den Veranstaltungen der Partei, und zwar in besonders hervorgehobener Weise, zu beteiligen, schlug fehl. Zu den Vorgängen vgl. BHStA IV München MKr, 11522. Für den Zusammenhang vgl. Albrecht, S. 286 ff.

[Anlage: Aufzeichnung aus dem preußischen Kriegsministerium über die Deutsche Vaterlandspartei][5])

Der deutschen Vaterlandspartei ist der Charakter eines politischen Vereins im Sinne des § 49 des Reichs-Militärgesetzes vom 2. 5. 74[6]) und des Reichsvereinsgesetzes nicht beizumessen, da sie, wie aus dem Rundschreiben der Partei vom 2. 10. 17[7]) hervorgeht, das Ziel hat, alle Deutschen ohne Unterschied ihrer politischen Parteistellung unter die Fahne des deutschen Sieges zu sammeln, sie im Glauben an den deutschen Sieg zu einen und damit den Kampfes- und Siegeswillen des deutschen Volkes zu stärken und Strömungen entgegenzuwirken, die geeignet sind, den Kampfeswillen und die Hoffnung auf ein siegreiches Ende des Krieges zu schwächen.

Hat sich hiernach die deutsche Vaterlandspartei die Förderung nationaler, volkserzieherischer Ziele zur Aufgabe gestellt, ohne dabei eine *unmittelbare* Einwirkung auf den Staat und die Gesetze auszuüben, so dürfte die Vaterlandspartei nicht das Merkmal tragen, das nach obergerichtlichen Entscheidungen für die Begriffsbestimmung des „politischen Vereins" im Sinne des Reichsvereinsgesetzes gilt. Nach diesen Entscheidungen ist ein Verein ein politischer, wenn er auf die Verfassung, Verwaltung und Gesetzgebung des Staates, die staatlichen Rechte der Bürger oder die internationalen Beziehungen der Staaten zueinander einzuwirken sucht, d. h. sie fortzubilden oder abzuändern strebt und zwar mit Hilfe des Staates in Gesetzgebung und Verwaltung.

Keine dieser Voraussetzungen wird bei den vorerörterten Zielen der Vaterlandspartei für vorliegend erachtet.[8]) Namentlich kann die Frage der Einwirkung auf die internationalen Beziehungen der Staaten zueinander nicht in Betracht kommen, da wir uns mit den in Frage kommenden Staaten im Kriege befinden, also jene Beziehungen zu diesen Staaten aufgehört haben und es sich bei dem Waffenkampfe um Sein und Nichtsein Deutschlands handelt.[9])

---

[5]) Die Aufzeichnung befindet sich in derselben Akte wie der Erlaß des preuß. Kriegsministeriums. Vizeadmiral Hebbinghaus vermerkte am 13. 12. 1917 im Kopf der nicht unterzeichneten Aufzeichnung: „Von General v. Wrisberg (A. Kriegs-Dep.) persönlich erhalten." Hebbinghaus hat in den folgenden Monaten, auch innerhalb des Reichsmarineamts, versucht, jede Verbindung zur Vaterlandspartei zu vermeiden. Vgl. hierzu einen durch die Reichstagsdebatte vom 6. 10. 1917 veranlaßten Bericht vom 28. 12. 1917 in: MGFA MA/RMA, Nr. 7635, A. I. c, Bd. 1. Ab Juni 1918 haben jedoch mehrfach Seeoffiziere im Rahmen von Veranstaltungen der Vaterlandspartei Vorträge im Sinne der allgemeinen Propaganda gehalten; für diese Vorgänge vgl. MGF AMA/Adm, Nr. 2419, P 34, Bd. 3 und 5. Ein Versuch des Allgemeinen Marinedepartements dieses Verfahren zu unterbinden, scheiterte am Widerstand der anderen beteiligten Departements und Abteilungen, vgl. MGFA MA/RMA, Nr. 6062, IX. 1. 3. 10, Bd. 1.

[6]) Ursprünglicher Wortlaut: „des vorgenannten Gesetzes." Die Zusätze sind handschriftlich ergänzt.

[7]) Liegt nicht vor; vermutlich ist der Aufruf vom 12. 10. 1917 gemeint, vgl. K. Wortmann, Geschichte der Deutschen Vaterlands-Partei 1917—1918, Halle 1926, S. 44 ff.

[8]) Vgl. hierzu auch Nr. 388.

[9]) In einer Aufzeichnung vom 1. 12. 1917 kam ein Referent im Pressereferat des bayer. Kriegsministeriums zu einem völlig anderen Ergebnis (BHStA IV München MKr, 11523): „Daß die Vaterlandspartei solche Ziele hat, möchte schon nach ihrem offiziellen Aufruf vom 12. 10. 1917, in welchem sie die Bekämpfung der *Reichstagsmehrheit vom 19. 7. 1917 und der von ihr beschlossenen Friedensresolution als ihre Aufgabe bezeichnet*, nicht zweifelhaft sein. Es dürfte

Was nun die Ausübung der Tätigkeit der deutschen Vaterlandspartei betrifft, so sind allerdings Übergriffe vorgekommen, die geeignet erscheinen, der Partei den Stempel einer politischen aufzudrücken.[10]) Übergriffe werden sich in nationalen Fragen aber niemals vermeiden lassen. Entscheidend ist m. E. die Grundrichtung des Vereins, und diese dürfte im Großen und Ganzen von der deutschen Vaterlandspartei bei ihrer Betätigung auch gewahrt worden sein.[11])
Ähnliche Verhältnisse lagen s. Zt. beim Wehrverein und Flottenverein vor, die bis jetzt ebenfalls nicht als politische Vereine angesehen worden sind.

noch schärfer aus den Kundgebungen und Reden in den einzelnen Landesvereinen und Ortsgruppen hervorgehen." Und zur Aufhebung des Erlasses des preuß. Kriegsministeriums vom 20. 11. 1917: „Immerhin muß außerordentlich bedauert werden, daß in einer *aus politischen Gründen so hoch bedeutsamen Angelegenheit ein derartiger Rechtsirrtum* vorkommen konnte. Es ist nur daraus erklärlich, daß bei der Ausarbeitung des Schreibens vom 20. 11. 1917 entweder mit sträflicher Oberflächlichkeit oder in bewußter Verkennung der *gesetzlichen* Bestimmungen vorgegangen wurde."

[10]) Zur Rede des Großadmirals v. Tirpitz in München am 10. 11. 1917 vgl. Quellen I/1, Bd. 1, Nr. 111, Anm. 5.

[11]) Vgl. hierzu auch Nr. 431.

411.

Fernschreiben des Chefs der Nachrichtenabteilung im Generalstab des Feldheeres an das Kriegspresseamt. Richtlinien für die Behandlung möglicher Waffenstillstandsverhandlungen mit Rußland in der Presse.[1])

21. 11. 1917, Gr. Hauptquartier, III b Nr. 13450 II geh. — PA Bonn Polit. Abt., Auswärtiges Amt Gr. Hauptquartier, Bd. 246, Abschrift.[2])

An sämtliche Presseaufsichtsbehörden ist folgende Weisung zu erlassen, nach vorheriger Verständigung mit dem Auswärtigen Amt.[3])
Für den Fall, daß russische Angebote für Waffenstillstand ergeben, daß wir es tatsächlich mit dem Anerbieten der russischen Obersten Heeresleitung, der Äußerung[4]) einer verhandlungsfähigen Regierung und nicht etwa[5]) einer einzelnen Partei zu tun haben, *wird Oberste Heeresleitung Angebot und Bedingungen mit*

[1]) Vgl. den sich hieran anschließenden Briefwechsel zwischen Ludendorff und dem bayer. Kriegsminister, Nr. 343 und 344.

[2]) Die als „Abschrift" gekennzeichnete Vorlage weist eine Reihe von handschriftlichen Verbesserungen und Ergänzungen auf, wobei der ursprüngliche Wortlaut nicht mehr zu entziffern ist. Die Vorlage ist in dieser Form von Major Nicolai eigenhändig unterzeichnet. Vgl. hierzu die Verfügung des Oberkommandos in den Marken vom 22. 11. 1917, Archivalische Forschungen 4/II, Nr. 236, S. 769 f.

[3]) Die vorangehenden sieben Worte sind in der Vorlage handschriftlich ergänzt. Nach einem handschriftlichen Vermerk Nicolais hatte, nach Mitteilung des Kriegspresseamts, das Auswärtige Amt der Weisung zugestimmt. Vgl. hierzu Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 3, S. 84 f.

[4]) Die vorangehenden sechs Worte sind in der Vorlage handschriftlich ergänzt.

[5]) In der Vorlage handschriftlich ergänzt.

allem Ernst prüfen.[6]) Ein Waffenstillstand mit einem unserer Feinde ist eine ausschließlich militärische Angelegenheit, besonders mit Rücksicht auf die Gesamtkriegführung. Die Behandlung der Frage in der Presse unterliegt daher in vollem Umfange der militärischen Presseaufsicht.[7]) Folgende Gesichtspunkte sind maßgebend.

Es kommt nicht darauf an und sind wir nicht genötigt, überhaupt einen Waffenstillstand mit Rußland[8]) zu schließen, sondern wir können nur einen mit Rücksicht auf die Gesamtkriegslage militärisch annehmbaren[5]) Waffenstillstand gebrauchen. Rücksicht auf andere Fronten und andere Feinde verlangt ferner, daß alles, was als Schwäche gedeutet werden kann, unterbleibt. Die Möglichkeit eines Waffenstillstandes[9]) mit Rußland ist deshalb kühl und maßvoll zu besprechen, kann als willkommener erster Schritt auf dem Wege zum Frieden anerkannt werden, aber nur unter dem Vorbehalt, daß nicht wir, sondern Rußland ihn benötigt. Dabei ist es andererseits nicht erwünscht, in dieser Richtung weitergehend Polemik über Verhältnisse in Rußland stattfinden zu lassen, die ernsthafte Waffenstillstands[5])-Verhandlungen mit Rußland erschweren oder der Entente Einwirkung auf Rußland erleichtern würde. Am richtigsten handelt deutsche Presse, wenn sie auch diese Ereignisse wie sonst die militärischen Vorgänge immer nur in Umfange des tatsächlich Geschehenen und Erreichten bespricht.

In diesem Sinne ist die *gesamte deutsche Presse, besonders auch die sozialdemokratische*[10]), *durch die Presseaufsichtsbehörden zu unterrichten.* Jeder Versuch einer

[6]) Am 8. 11. 1917 hatte der 2. allrussische Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte einen Friedensvorschlag gebilligt, der am 9. 11. 1917 veröffentlicht wurde; vgl. Schulthess 1917/II, S. 759 ff.; W. Steglich, Die Friedenspolitik der Mittelmächte 1917/18, Bd. 1, Wiesbaden 1964, Bd. 1, S. 236 ff.; Z. A. B. Zeman, Germany and the Revolution in Russia 1915—18, London 1958, S. 74 ff.; Groener, S. 562 (Eintragung vom 9. 11. 1917); Einem, S. 350 (Brief vom 8. 11. 1917). Als am 12. 11. 1917 die Unabhängige Sozialdemokratische Partei einen Aufruf in der „Leipziger Volkszeitung" (Nr. 264) zur Unterstützung der russischen Revolution und für einen annexionslosen Frieden veröffentlichte (vgl. Schulthess 1917/I, S. 967 f. — unter dem Datum des 13. 11. 1917), erging am 13. 11. 1917 ein Zensurtelegramm der Oberzensurstelle, in dem die Zensurbehörden ersucht wurden, Abdruck und Besprechung des Aufrufs zu verbieten und die Ausgabe der „Leipziger Volkszeitung" zu beschlagnahmen (MGFA MA/RMA, Nr. 2354, XVII, 1. 5. 8a, Bd. 6). Zur Reaktion von Teilen der Arbeiterschaft auf die russische Oktoberrevolution vgl. Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 3, S. 75 ff.

[7]) Nach Beginn der Waffenstillstandsverhandlungen am 3. 12. 1917 häuften sich die Mahnungen der Presseaufsichtsbehörden, alle Nachrichten, die in einem auch noch so losen Zusammenhang mit den Verhandlungen ständen, zur Zensur vorzulegen. Begründet wurde dieses Verlangen u. a. auch damit, daß die Entente mit einer Flut von tendenziösen Pressetelegrammen versuche, die Verhandlungen zu stören. Vgl. die Aufzeichnungen aus den Pressebesprechungen vom 10. und 13. 12. 1917 (MGFA MA/RMA, Nr. 2357, XVII. 1. 5. 13, Bd. 2) und das Schreiben der Oberzensurstelle vom 12. 12. 1917 (MGFA MA/Adm, Nr. 2413, P 18, Bd. 5). Vgl. hierzu auch die Begründung der vorliegenden Zensuranweisung durch das Kriegspresseamt in der Pressebesprechung vom 26. 11. 1917 (BHStA IV München, MKr, 14025).

[8]) Die vorangehenden Worte sind in der Vorlage handschriftlich ergänzt.

[9]) In der Vorlage folgen zwei unleserlich gemachte Worte.

[10]) Durch eine Verfügung vom 22. 11. 1917 verbot das bayer. Kriegsministerium öffentliche Versammlungen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, wenn in ihnen die Forderung nach einem allgemeinen Waffenstillstand mit dem Ziel eines annexionslosen Friedens erhoben werden sollte (BHStA IV München MKr, 11522). In einem Telegramm vom 23. 11. 1917

Beeinflussung von Waffenstillstandsverhandlungen ist ein Versuch der Beeinflussung der militärischen Kriegführung und deshalb verboten und durch sofortiges Einschreiten zu verhindern.[11])

Nicolai.

ersuchte die Oberzensurstelle alle Zensurstellen, gegen Veröffentlichung von Aufforderungen an die Bevölkerung, unter Ausschaltung der Regierungen den Frieden zu erzwingen, rücksichtslos einzuschreiten (MGFA MA/RMA, Nr. 2354, XVII. 1. 5. 8a, Bd. 6). Vgl. hierzu das Verbot des sowjetrussischen Funkspruchs vom 28. 11. 1917, Archivalische Forschungen 4/II, Nr. 248, S. 790 f.

[11]) Vgl. hierzu auch Nr. 417.

412.

Bericht des Marinehilfskriegsgerichtsrats Dr. Dobring an den Staatssekretär des Reichsmarineamts über die Rolle einzelner Abgeordneter der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei bei den Flottenunruhen.[1])

24. 11. 1917. — MGFA MA/KdH, Nr. 788, Gg. 5. a, Bd. 2, Abschrift.[2])

Verbindungen der U.S.P. mit Marineangehörigen bestehen in weitem Umfange. Soweit sie sich auf die bloße Parteiangehörigkeit beschränken, oder die Beseitigung von vermeintlichen oder wirklichen Mißständen in der Marine zum Ziele haben, sind sie in diesem Zusammenhange ohne Interesse und dürfen übergangen werden.

[1]) Wie sich aus dem Text der Vorlage ergibt, lag dem Bericht ein Auftrag des Staatssekretärs des Reichsmarineamts zugrunde. Aus einem Schreiben Admiral v. Capelles vom 29. 10. 1917 an Admiral Scheer (BA-MA Koblenz K0-5/4) geht hervor, daß der Staatssekretär nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages erneute Anfragen über die Flottenunruhen erwartete und aus diesem Anlaß von allen beteiligten Stellen Berichte einforderte, die — zu einem Gesamtbericht zusammengefaßt — ihm die Zurückweisung der erwarteten Angriffe ermöglichen sollten. Vermutlich ist Dr. Dobring mit der Abfassung dieses Gesamtberichts beauftragt worden. — Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Aufzeichnung des Justitiars des Reichsmarineamts vom 25. 11. 1917 über die zu erwartenden Anfragen aus dem Reichstag und deren Beantwortung, MGFA MA/RWM, Nr. 4078, Flottenunruhen, Bd. 1. — Nachdem Capelles erneuter Versuch, ein Verfahren gegen die Abgeordneten in Gang zu bringen (Nr. 401) am Widerspruch des Reichsjustizamts gescheitert war und auch die Reichsanwaltschaft sich nicht zu der Einleitung eines Verfahrens entschließen konnte (vgl. WUA, Bd. 9/I, S. 98 f.), war man auch im Reichsmarineamt nicht mehr bereit, einen weiteren Vorstoß gegen die Abgeordneten zu unternehmen, sondern beschränkte sich darauf, die vom Staatssekretär in der Reichstagssitzung vom 9. 10. 1917 eingenommene Position zu stützen und zu verteidigen. Gerade der Schlußsatz des mit großer Schärfe und weitreichenden Folgerungen geschriebenen Berichts läßt dies deutlich erkennen. — Für die in der Vorlage genannten Verfahren und zitierten Aussagen sei verwiesen auf die in Nr. 375, Anm. 2, Nr. 396, Anm. 5, und Nr. 401, Anm. 4, nachgewiesenen Akten und Literaturangaben. Die von Dr. Dobring am Rande seines Berichtes jeweils angegebenen Verweise auf die Untersuchungsakten entsprechen nicht der jetzigen Ordnung der vorliegenden Akten; sie werden aus diesem Grunde nicht vermerkt.

[2]) Die Abschrift ist von Admiral Scheer und Kontreadmiral v. Trotha abgezeichnet, einer weiteren Paraphe ist das Datum des 26. 11. 1917 hinzugefügt.

Dagegen ist hier von Wert der Nachweis von Verbindungen der Partei mit Marineangehörigen zu Zwecken, welche den allgemeinen Strafgesetzen und den besonderen Kriegsgesetzen zuwiderlaufen.

Als Untersuchungsführer im grundlegenden Verfahren des IV. Geschwaders gegen *Sachse* und Genossen wegen Kriegsverrats[3]), als Verhandlungsführer in den Verfahren des I. Geschwaders gegen *Calmus* und Genossen und *Haase* und Genossen wegen Kriegsverrats[4]) und in Durchführung des von Euerer Exzellenz mir erteilten anliegenden[5]) Spezialauftrages habe ich mit dem Untersuchungsführer des I. Geschwaders, Marinehilfskriegsgerichtsrat *Loesch*, die feste Überzeugung erlangt, mindestens, daß die Umtriebe auf der Flotte mit dem Ziele der Erzwingung eines Verzichtfriedens von den Reichstagsabgeordneten Dittmann, Haase, Vogtherr[6]), vielleicht [auch][7]) Ledebour, gekannt und, sei es ausdrücklich, sei es stillschweigend, gebilligt sind. Mit hoher Wahrscheinlichkeit drängt sich mir die weitere Überzeugung auf, daß der im Verfahren des IV. Geschwaders nach Kriegsrecht zum Tode verurteilte und hingerichtete Matrose *Reichpietsch* zur Propagierung jener Ziele von den genannten Abgeordneten ausdrücklich ermutigt und zur Vorbereitung und Durchführung dieser Agitation mit Broschüren- und Flugblättermaterial laufend versehen ist.

Meine Überzeugung auf Grund des vorhandenen Materials darf nun nicht dahin ausgelegt werden, daß eine Verurteilung der Abgeordneten durch das Reichsgericht wegen Landesverrats, Anstiftung zum Kriegsverrat oder aus § 139 R.St. G.B.[8]) irgendwie absolut gewährleistet wäre. Dagegen dürfte der zur Eröffnung des Hauptverfahrens mindestens aus § 139 R.St.G.B.[9]) erforderliche „hinreichende Verdacht" ohne Bedenken erwiesen, damit aber die Möglichkeit für eine geschickte Verhandlungsleitung oder eine zupackende Fragestellung der Reichsanwaltschaft geschaffen sein, eine breite Erörterung der Machenschaften der U.S.P. in der Flotte in der Hauptverhandlung zu erwirken. Es ist mir persönlich, auch in Erwägung der letzthin vom Reichstage in der gleichen Frage bewiesenen hochgespannten Ansprüche auf dem Gebiete der verfassungsmäßigen Immunität der Abgeordneten, nicht zweifelhaft, daß nach dem Ergebnis dieser Erörterungen, ein Zusammengehen des Reichstages in der innerpolitisch zur Zeit wohl wertvolleren moralischen, als der juristischen Verurteilung mit Euerer Exzellenz selbst dann erfolgen dürfte, wenn eine Freisprechung der Abgeordneten „mangels ausreichenden Beweises" das Ergebnis der Reichsgerichtsverhandlung wäre. Nach dem vorliegenden Material dürfte ein anders gearteter Freispruch kaum zu besorgen sein, zumal auch der vorsichtigsten Bewertung des Materials neben allen äußeren Beweisen vorzugsweise die innere Wahrscheinlichkeit des Verdachtes gegen die Abgeordneten nicht entgehen kann.

---

[3]) Vgl. Nr. 375.

[4]) Vgl. Nr. 396, Anm. 5.

[5]) Liegt nicht vor.

[6]) In der Vorlage ist der Name des Abgeordneten jeweils falsch mit „Voigtherr" angegeben.

[7]) In der Vorlage „auf".

[8]) Vgl. Nr. 378, Anm. 7.

[9]) Vermerk am Rande von unbekannter Hand: „Soll wohl St. P. O. heißen".

Das eingestandene Ziel der U.S.P. in der Kriegsfrage ist die möglichst schnelle Herbeiführung eines Verzichtfriedens auch entgegen dem Willen der Reichsregierung. Die Verwerfung auch des Verteidigungskrieges und die entsprechende Haltung in der Verweigerung der Kriegskredite scheidet die U.S.P. von den „Regierungssozialisten".[10]) Die Erzwingung des Friedens durch Streik der Zivilbevölkerung erscheint nach der Auffassung der U.S.P. zulässig. Nach mir gewordenen Mitteilungen soll die Anstiftung der U.S.P. zu Streiks der Rüstungsbetriebe erwiesen sein.[11]) Selbst wenn letzteres nicht der Fall sein sollte, so kann an der theoretischen Geneigtheit der U.S.P. zum Friedensstreik ebensowenig ein Zweifel sein, wie an ihrer Auffassung, daß nur die scharfen Strafen des Kriegsrechts sie an der offenen Übertragung ihrer Theorien auf die Praxis der Truppe hindere. Unterstrichen darf an dieser Stelle werden, daß der Zeuge Sens[12]), der dieses Material geliefert hat, Parteivorstand der Kieler Ortsgruppe der U.S.P. war, als solcher aber unbestreitbar das Programm seiner Partei und ihrer Vertreter gekannt haben muß.

Vorsichtig ausgedrückt, beweist das aber wiederum, daß ein Streik, der für den Krieg ausschlaggebenden Faktoren, des Heeres und der Flotte der U.S.P. zur Erreichung ihres Friedenszieles nicht unwillkommen sein kann, daß sie ihn vielmehr, parteipsychologisch gedacht, gerade wünschen muß. Daß dieser Wunsch von prominenten Mitgliedern der Partei in der Praxis propagiert, mindestens aber, daß mit dem Gedanken des Streiks der Flotte gespielt ist, so zwar, daß die zuhörenden Mannschaften S.M.S. „Westfalen" ihn als Streikaufforderung aufgefaßt haben und auffassen mußten, beweist die Feststellung des Gerichts [des] I. Geschwaders in der Kriegsverratssache Haase und Genossen[13]), auf Grund des Zeugnisses des Matrosen Adams. Nach diesem Zeugnis hat der Parteisekretär *Gueth* der Parteigruppe der U.S.P. in Kiel ausdrücklich erklärt, auf denjenigen Schiffen, auf denen die im Sinne der U.S.P. organisierten Mannschaften die Oberhand hätten, sollten sie gegebenenfalls die Befehle der Vorgesetzten nicht befolgen, sondern in den Kasematten ruhig sitzen bleiben. Auch hier muß hervorgehoben werden, daß Gueth als Parteisekretär mit der Meinung seiner Parteioberen nicht unvertraut sein kann und daß er ausdrücklich um Verhaltungsmaßregeln im Sinne der Partei ersucht war. Gerade der von Haase und Genossen ursprünglich als ungeheuerlich empfundene, vom IV. Geschwader durch Reichpietsch und Genossen auf das I. Geschwader übertragene Gedanke der Gewaltanwendung gab nämlich für Haase und nach dessen Verhaftung, für Fritz und Genossen den Anlaß, Gueth zu konsultieren, um gewissermaßen eine authentische Interpretation des Willens der Berliner Abgeordneten zu erlangen, und sich so Garantien zu verschaffen. Diesem Verlangen gegenüber erfolgte aber jene Anweisung Gueths. — Sollte sie lediglich durch einen Disziplinbruch Gueths ihre Erklärung finden können?

---

[10]) Vgl. hierzu die Bemerkungen W. Dittmanns in: WUA, Bd. 9/I, S. 43 ff.

[11]) Vgl. hierzu Nr. 298, 303, 309, 310 und 376.

[12]) Vgl. die Abschriften der Protokolle der Vernehmungen von Sens am 17., 20. und 27. 11. 1917 (MGFA MA/KdH, Nr. 788, Gg. 5. a, Bd. 2).

[13]) Vgl. Nr. 396, Anm. 5.

Nach meiner Auffassung liegt diese Anweisung aber schon ohne weiteres im Rahmen der von den Abgeordneten geständigermaßen entwickelten Tätigkeit innerhalb der Flotte. Die Agitation der U.S.P. innerhalb der Flotte durch Marineangehörige und die Unterstützung dieser Personen mit Agitationsmaterial wird von den Abgeordneten zugegeben. Behauptet wird nur, daß sie sich auf den Mitgliederfang für die Partei auf legalem Boden und ohne Verfolgung weiterer Ziele beschränkt hat.

Wenn der Gedanke richtig ist, daß der, welcher den Streik der Rüstungsbetriebe zur Erzwingung der Untätigkeit der Truppen für zulässig hält, dem Streik der Truppen trotz vorhandenen Materials nicht unsympathisch gegenüberstehen kann[14]) und beide Gedanken in sein Programm aufnehmen muß, so tritt die zugestandene eifrige Werbearbeit in der Flotte für die U.S.P. schon aus diesem Gesichtspunkt in ein besonderes Licht. Denn einerseits kann nur die Anwerbung unbedingter Anhänger ihres Programms von der Partei beabsichtigt und ihr von Wert sein, andererseits bewegt sich das Programm zweifellos, insoweit als es die Erzwingung des Friedens zum Gegenstande hat, auch nach der sehr vorsichtigen Praxis des Reichsgerichts auf landesverräterischem Boden, von der Stellungnahme des Reichs-Militärgerichts im Falle Liebknecht[15]) ganz zu schweigen. In diesem Zusammenhange aber drängt sich die Frage auf, welchen legalen Zweck die Werbetätigkeit gerade unter den aktiven Truppen verfolgen kann, bei Leuten also, deren Ansicht, soweit ihr Wahlrecht nicht überhaupt ruht, in keiner gesetzlichen Weise zum Ausdruck kommen kann, von denen sich also die Partei normalerweise während des Krieges keinen Nutzen versprechen kann. Wenn hier eingewendet werden sollte, es handele sich um Werbearbeit für die Friedenszeit, so steht dem gegenüber ein nach meiner Ansicht ausschlaggebendes positives Moment, das übereinstimmend von den Angeklagten und den Zeugen in allen Verfahren bekundet wird und mir beweist, wie sekundär für die Partei die Zeit nach dem Kriege war und wie sehr sie gerade mit dem aktivistischen Wert ihrer Agitation für die engste Gegenwart gerechnet hat.

„Blickt vertrauensvoll nach Stockholm", das war die Botschaft, mit der die Fraktion im Reichstage den Matrosen Reichpietsch zur Agitation in der Flotte entließ. Und wie die Agitation auf der Flotte, sei es, daß die Initiative von Reichpietsch mit Billigung der U.S.P., sei es daß sie von der U.S.P. spontan ausgegangen ist, vor der Stockholmer Konferenz eingesetzt und die Stimmensammlung zur Unterstützung des Stockholmer Friedens, zum Zwecke gehabt hat, so ist die zwingende Erreichung des sofortigen Friedens gerade durch Nachweis der Kriegsmüdigkeit der Truppen der dem Verständnis der Truppen ebenso angepaßte, wie nach dem Programm der U.S.P. konsequente Köder gewesen, der die lauffeuerartige Verbreitung der Agitation ermöglicht hat. Wer auch immer von den vielen Mitläufern der Bewegung nach dem ihm mitgeteilten Zweck der Listensammlung gefragt ist, immer ist die Antwort erfolgt: „Damit die Abgeordneten auf der Stockholmer Konferenz damit ‚auftrumpfen' konnten, gerade wieviel Militär kriegsmüde, geschlossen hinter ihnen stünde und bereit

[14]) Der erste Teil des Satzes ist in der Vorlage von Empfängerseite durch einen Strich am Seitenrand hervorgehoben.

sei, mit den gleichgestimmten Ententegenossen die Beschlüsse durchzusetzen, auf welche Weise, das würde der nach der Konferenz erwartete ‚Wink von Berlin' ergeben."

Es ist meines Erachtens ganz besonders charakteristisch, daß subjektiv bei den Anhängern der Flottenorganisation kein Zweifel darüber bestand, wie ausschlaggebend neben dem Quantum der Stimme das Quale ihrer Soldateneigenschaft war und daß der Wink zum Losschlagen „von Berlin" kommen sollte.

Wenn nun durch die beschlagnahmte Korrespondenz, wenn weiter durch die Aussagen Sachses, Schlegels, Strahls in diesen Akten und die Aussagen Martin Müllers in den Akten des IV. Geschwaders feststeht, daß von der U.S.P. die Abgeordneten Dittmann, Haase und die Parteifunktionäre Herbst und Frau Zietz vornehmlich durch Reichpietsch bis fast unmittelbar vor seiner Verhaftung auf dem laufenden gehalten sind, wenn es in dem von Martin Müller überbrachten Brief von Sachse an Herbst oder Dittmann geheißen hat, daß schon 5000 Mann geschlossen hinter den Zielen der Partei ständen, fehlt es da wirklich so sehr an dem äußeren und inneren Tatbestande, um mindestens den Eventualdolus der Abgeordneten und ihres Personals im Sinne der §§ 89[16]), 139 R.St.G.B. als gegeben anzusehen? Kann man wirklich annehmen, daß ein gewiegter Jurist, wie Haase, daß Parlamentarier wie Dittmann und Vogtherr zumal im Zeichen der russischen Revolution den Lauf der Dinge nicht vorausgesehen und ihn eintretendenfalls gewollt haben? Mag hier genügen, daß der Beweis einer inneren Wahrscheinlichkeit, daß die moralische Überzeugung von ihrer Mitwisserschaft mindestens wohl schwerlich mehr bezweifelt werden kann, schon ohne das jetzt zu erörternde Material, das, wenn es zutrifft, eine schwerwiegendere Verurteilung zur Folge haben müßte.

Sämtliche Fäden der revolutionären Flottenbewegung gehen auf den Matrosen Reichpietsch zurück. Er war, was die Abgeordneten nicht geleugnet haben, Bindeglied zwischen der Fraktion und der Flotte.

Nach den Zeitungsberichten, weiteres Material war mir nicht zugänglich, hat der Abgeordnete Haase, meiner Erinnerung nach, den Reichpietsch als einen „frischen jungen Mann von hohen Gedanken" geschildert.[17]) In derselben Sitzung ist er auch von Haase oder von anderer Seite[18]) als ein „sehr frommer Jüngling" geschildert worden.[19])

Nach dem erdrückenden Beweismaterial und den einzelnen kriegsgerichtlichen Akten noch zuletzt nach dem unzweideutigen Zeugnis der Verurteilten Sachse, Bräuner, Schlegel ist gerade Reichpietsch der fanatische Anhänger der Revolution „nach russischem Muster" gewesen und hat diese Revolution zum Zwecke der Erzwingung des Friedens gepredigt. Reichpietsch hat nach dem weiteren

[15]) Vgl. Nr. 147, Anm. 4.

[16]) Vgl. Nr. 378, Anm. 8.

[17]) Sten. Berichte, Bd. 310, S. 3786.

[18]) In der Vorlage folgen die Worte: „weiß ich nicht mehr".

[19]) Haase sprach im Zusammenhang mit dem verspätet zugestellten Abschiedsbrief des Oberheizers Reichpietsch (vgl. Nr. 383, Anm. 31) von seinen Eltern als „frommen Mitgliedern der Baptistengemeinde", vgl. Sten. Berichte, Bd. 310, S. 3804.

Zeugnis des Sachse Signalgäste von S.M.S. „Friedrich der Große" sowie Läufer von demselben Schiff zum Diebstahl von Geheimbefehlen, mindestens aber zum groben Vertrauensbruch und zur Verletzung ihrer besonderen Schweigeverpflichtung bewogen, um dem Abgeordneten Haase Agitationsmaterial gegen die Regierung während des Krieges zu verschaffen. Ich möchte bezweifeln, daß nach diesen aktenmäßig bekundeten Tatsachen die melodramatische Beurteilung des Reichpietsch standhalten kann, wobei ich noch davon absehe, daß Reichpietsch auch mit den Strafgesetzen sonst offenkundig kollidiert ist. Denn, nach meiner sicheren Erinnerung aus seinem Stammrollenauszuge, der mir augenblicklich nicht zugänglich ist, ist Reichpietsch in die zweite Klasse des Soldatenstandes versetzt gewesen, während sich seine spätere Rehabilitierung, die er behauptet hat, trotz aller Bemühungen nicht hat feststellen lassen.[20]) Nach der Praxis der Kriegsgerichte muß sich Reichpietsch des Diebstahls oder eines anderen ehrenrührigen Vergehens in ziemlich schwerer Weise schuldig gemacht haben, was ja durch den Stammrollen-Auszug leicht feststellbar ist. Wenn mein persönlicher Eindruck als Untersuchungsführer von ihm noch in Frage kommen sollte, so kann ich ihn nur als das schildern, was man im Berliner Jargon einen „Luden" nennt. Es war mir von Wert, gesprächsweise von Sachse zu erfahren, daß sich ihm gegenüber Reichpietsch gerühmt hat, er habe schon vor Diensteintritt in den Kreisen der Halbweltlerinnen verkehrt. Polizeiliche Ermittlungen haben nach dieser Richtung Beweise nicht erbracht.

Von diesem Reichpietsch nahmen die Abgeordneten Haase, Vogtherr, Dittmann in der, sei es zufälligen, sei es verabredeten Konferenz, im Fraktionszimmer der U.S.P. im Reichstage Geheimbefehle entgegen, sie erhielten, genannt wird von Sachse der Abgeordnete Haase, laufend weitere Geheimbefehle, die Reichpietsch, als Matrose, nur auf unlauterem Wege erhalten haben kann, und sie benutzten, nach Sachses Erinnerung, die im übrigen durch die Reichstagsverhandlungen kontrollierbar sein müssen, denjenigen Befehl Seiner Majestät, der die Versetzung von Mannschaften wegen ihrer politischen Gesinnung in die Arbeiterabteilung nach Magdeburg billigen soll, zu einer sogenannten „kleinen Anfrage".[21])

Über den weiteren Verlauf der Konferenz haben nun die neuesten Ermittlungen ein weit schärferes Bild noch ergeben, als es in den Akten des IV. Geschwaders, auf deren Euerer Exzellenz bekannte und wörtlich im Reichstage verlesene protokollarische Darstellung durch Reichpietsch und Sachse ich Bezug nehmen darf, der Fall war, und bei dem begreiflichen Bestreben der Beschuldigten, die

---

[20]) Vgl. hierzu das vom Allgemeinen Marinedepartement zusammengetragene Material über Führung, disziplinare und militärgerichtliche Verurteilung des Reichpietsch in: MGFA MA/RMA, Nr. 6829, III. 1. 1. 20, Bd. 9. Danach wurde Reichpietsch seit seinem Eintritt in die Kaiserliche Marine am 16. 7. 1912 insgesamt 14mal bestraft, davon einmal zu 5 Monaten Gefängnis wegen militärischen Diebstahls. Bei dieser Gelegenheit (12. 4. 1915) wurde er in die II. Klasse des Soldatenstandes versetzt, jedoch am 21. 3. 1917 wieder in die I. Klasse zurückversetzt. — Handschriftlicher Vermerk am Seitenrand, der den oben erwähnten Angaben nur teilweise entspricht: „einmal wegen Kameradendiebstahls in 4 Fällen, ein zweites Mal wegen Diebstahls von ca. 400 M. in einer Offizierkammer verurteilt."

[21]) Vgl. Nr. 383, Anm. 27.

Abgeordneten, von denen sie Hülfe erwarten mußten, zu schonen, der Fall sein konnte.

Während es nach der dortigen Darstellung immerhin zweifelhaft sein konnte, ob nicht nur eine mehr oder minder stillschweigende Übereinkunft zur Propaganda der Tat unter dem Zeichen des Eventualdolus abgeschlossen war, und für diese Übereinkunft an offenen Tatsachen in der Konferenz selbst lediglich die Warnung Dittmanns vor der Gefährlichkeit des Unternehmens des Reichpietsch, diese allerdings in zwingender Weise, als Indizienbeweis zu verwerten war, sind im gegenwärtigen Verfahren durch die im Verein mit der offensichtlich zurückhaltenden Aussage des Parteivorstandes Sens zu verwertenden ohne gegenseitige Kenntnis ihrer Angaben unabhängig erstatteten Aussagen der Verurteilten Sachse und Bräuner[22]) meines Erachtens vollgültige Beweise dafür erbracht, daß Reichpietsch in seiner Idee, den Frieden durch Streik der Flottenmannschaften „nach russischem Muster" zu erzwingen, von den in der fraglichen Konferenz anwesenden Abgeordneten verstanden ist, ihre Billigung erfahren und ihre Unterstützung durch Agitationsmaterial im weitesten Umfange erhalten hat.

Trifft das zu, so haben die Abgeordneten durch ihre Haltung als Deutsche vorsätzlich während eines gegen das deutsche Reich ausgebrochenen Krieges der Wehrmacht des deutschen Reiches durch Untergrabung ihrer Disziplin Nachteile zugefügt, sei es nur im Parteiinteresse sei es zum Zwecke der Revolution (vgl. § 89 R.St.G.B.).

Daß Reichpietsch behauptet hat, er habe die Ideen des Flottenstreiks den Abgeordneten auseinandergesetzt, und habe nach anfänglichem ängstlichem Zögern wegen der Gefährlichkeit der Sache die Zustimmung der Abgeordneten erhalten, steht nach der mit besonderer Vorsicht und nach eingehendster Ermahnung des Zeugen durch mich protokollierten Aussage des Bräuner außer Frage. Diese Aussage würde die Warnung Dittmanns vor der Gefährlichkeit des Reichpietsch'schen Vorhabens und die Mahnung zur besonderen Vorsicht um so lückenloser ergänzen, als nach dem Protokoll des Amtsrichters *Holthöfer* vom 10. November 1917 in der Voruntersuchungssache Zietz[23]) des Reichsgerichts der Abgeordnete Vogtherr unmittelbar vor Dittmann und jedenfalls in derselben Konferenz die Agitation für die Partei, das Halten und Lesen einschlägiger Zeitungen und selbst das Abhalten von Versammlungen zu Agitationszwecken erlaubt, also ungefährlich erklärt hat.

Ebenso kann es nach der Aussage Sachses nicht weiter zweifelhaft sein, daß auch ihm gegenüber wiederholt und zwar mindestens einmal in Gegenwart des Parteivorstandes Sens Reichpietsch trotz aller Vorhalte in aller Form erklärt hat, der Streik der Truppen zur Erzwingung des Friedens sei zulässig, die Berliner Abgeordneten hätten ihm das selbst versichert.

Wenn Sens in seiner uneidlichen Aussage sich zwar an alle sonst ihm von Sachse vorgehaltenen Einzelheiten des Gesprächs erinnert, den springenden Punkt aber vergessen haben will, so ist sein Verhalten angesichts der sonstigen von ihm

[22]) Vgl. Anm. 12, sowie WUA, Bd. 10/I, S. 309 ff., S. 312 f.

[23]) Vgl. MGFA MA/KdH, Nr. 788, Gg. 5. a, Bd. 2.

selbst gegenüber der Wahrscheinlichkeit dieses Erinnerungsfehlers gemachten Vorhalte und Einschränkungen so charakteristisch, daß gerade diese zögerliche mit offensichtlichem Unbehagen abgegebene Aussage diejenige Sachses stützt.

Behauptet hat danach der einzige Zeuge jener Konferenz, Kenntnis und Billigung der Abgeordneten, soweit der Flottenstreik als Mittel zur Erzwingung des Friedens in Frage kommt[24]), der Schluß auf Ermutigung zur Propaganda der Tat ist zwingend, wenn Reichpietsch, und das dürfte der einzige noch zu sichernde Punkt sein, die Wahrheit gesagt hat.

Daß seine Ziele parteipsychologisch in der Linie der U.S.P. liegen müssen, habe ich auszuführen versucht, daß der Streik der Truppen der politischen Auffassung der U.S.P. nicht entgegensteht, hat neben allem übrigen ihre Haltung gegenüber dem A.- und S.-Rat und ihre letzte Stellungnahme zu den Bolschewicki bewiesen.[25]) Gründe innerer Wahrscheinlichkeit sprechen sonach sicherlich nicht gegen, stark aber für die Richtigkeit der Angaben des Reichpietsch.

Überzeugend wirkt aber die Wertung der Personen, denen gegenüber und die Situation in der Reichpietsch seine Behauptungen aufgestellt hat.

Wenn Reichpietsch seine Behauptungen zu Agitationszwecken aufgestellt und sie Zögernden oder Ablehnenden gegenüber vorgebracht hätte, um sie durch die Namen der Abgeordneten zu übertölpeln, wäre die Annahme der durch den Zweck geheiligten Mittel erlaubt. Sachse und Bräuner sind aber Intimi des Reichpietsch gewesen, sie waren zur Zeit der Erzählungen bereits entschlossene Anhänger und brauchten in keiner Weise für die Partei mehr gewonnen werden. Zeitlich und örtlich verschieden hat ihnen Reichpietsch wörtlich dasselbe erzählt.

Weiter. Sachse, der seiner glaubhaften Äußerung nach ursprünglich gemäß der Scheidemann-Richtung Gegner der Gewaltanwendung war, stand, als Reichpietsch die Ansicht der Abgeordneten preisgab, unmittelbar vor seinem Urlaub und beabsichtigte, Dittmann persönlich in Berlin aufzusuchen, um sich gerade über diese Frage zu informieren, was beides dem Reichpietsch bekannt war.

Ist anzunehmen, daß der „junge Mann mit den hohen Gedanken" so dumm war, aus Rechthaberei seine ganze Autorität und Glaubwürdigkeit aufs Spiel zu setzen? Schließlich. Die gleiche Erzählung hat Reichpietsch in Gegenwart des Parteivorstandes Sens und von diesem bekämpft, in erregter Debatte vertreten. Reichpietsch verkehrte, wie anderweit festgestellt ist, über Sens mit Dittmann. Sens war durch Dittmann dem Reichpietsch als Vertrauens- und Auskunftsmann der U.S.P. in Kiel selbst bezeichnet worden.

Ist es zu glauben, daß Reichpietsch es wagt, diesem Mann, der ihn, was er bei seiner gegensätzlichen Auffassung dieser Kardinalfrage unbedingt erwarten mußte, durch eine einfache Anfrage bei der Partei widerlegen konnte, etwas zu sagen, von dessen Gegenteil er überzeugt ist?

Und an das alles schließt sich die glatte Bekundung des Sachse organisch an, es habe ihm stets den Eindruck gemacht, als ob Reichpietsch die reine Wahrheit sagte, als er von der Berliner Konferenz sprach.

---

[24]) Die drei vorangehenden Worte in der Vorlage handschriftlich ergänzt.

[25]) Vermutlich bezieht sich Dr. Dobring hierbei auf den in Nr. 411, Anm. 6, erwähnten Aufruf der Partei vom 12. 11. 1917.

Der Zufall hat es gefügt, daß ein zweifellos unbefangenes Zeugnis mit dieser Ansicht Sachses vorliegt. Der Aufmerksamkeit meines Sekretärs ist es gelungen, den [bei] Blatt 33 der Akten befindlichen Kassiber[26]) abzufangen, nachdem ihn Sachse im halbdunkelnen Korridor des Polizeipräsidiums bereits seiner Braut zugesteckt hatte. Hier heißt es u. a., daß sich die Eltern des Sachse bei einem Gnadengesuch darauf berufen sollen, daß „doch nur eine Verführung durch die Abgeordneten vorlag", eine Meinung, die, wie sie den Erfolg der Agitation erklärt, unter den Mannschaften der Flotte allgemein ist, und neben anderem die völlige Unterdrückung der Bewegung verbürgt, nachdem die Ohnmacht der U.S.P. zur Abwendung der kriegsgerichtlichen Strafen klar zu Tage liegt.

Zusammenfassend kann ich nach alledem nur nochmals meiner Überzeugung Ausdruck geben, daß die Darstellung der Abgeordneten im Reichstage falsch, der Vorwurf Euerer Exzellenz sachlich berechtigt war.

gez. Dr. Dobring.

[26]) Liegt nicht vor.

413.

Auszug aus dem Kriegstagesbefehl Nr. 156 des Oberbefehlshabers der Ostseestreitkräfte betr. die politische Betätigung der Deckoffiziere und Mannschaften.[1])

24. 11. 1917, Kiel, Geheim! — MGFA MA/OdO, Nr. 1139, D.V.O. 2, Bd. 1, vervielfältigtes Exemplar.

[. . .][2])

Verbot: A. Den unterstellten Deckoffizieren, Unteroffizieren und Gemeinen[3]) ist verboten:[4])

1.) jede Beteiligung an Vereinigungen, Versammlungen, Festlichkeiten, Geldsammlungen, zu der nicht vorher besondere dienstliche Erlaubnis erteilt ist;

2.) jede Dritten erkennbar gemachte Betätigung revolutionärer oder vaterlandsfeindlicher[5]) Gesinnung, insbesondere durch entspr[echende] Ausrufe, Gesänge oder ähnliche Kundgebungen;

[1]) Das Kommando der Hochseestreitkräfte hatte bereits am 21. 11. 1917 einen entsprechenden Befehl erlassen (MGFA MA/KdH, Nr. 3300, A. 1. Gg. XI. a, Bd. 1), der auch den übrigen Immediatstellen der Marine mitgeteilt wurde (MGFA MA/MK, Nr. 3440, XXV. c, Bd. 1). Im Zusammenhang mit der Vorlage vgl. Nr. 408.

[2]) Der Auszug umfaßt Punkt III des Befehls, unter I und II wird die Abwesenheit des Oberbefehlshabers und die Kommandierung eines Offiziers bekanntgegeben.

[3]) Für die von demselben Oberbefehlshaber gewünschte politische Haltung der Seeoffiziere vgl. Nr. 388.

[4]) Der folgende Text (Ziffer 1—3) folgt mit zwei Ausnahmen (vgl. Anm. 5 und 6) dem Wortlaut der Allerhöchsten Ordre für die Marine vom 23. 5. 1894 (zitiert in einer Aufzeichnung des Allgemeinen Marinedepartements vom 4. 1. 1918, MGFA MA/RMA, Nr. 6062, IX. 1. 3. 15, Bd. 2), die dem Erlaß des preuß. Kriegsministeriums vom 24. 1. 1894 (vgl. Nr. 81) dem Sinne nach entspricht.

[5]) In der Ordre (vgl. Anm. 4) stand hierfür: „sozialdemokratischer".

3. das Halten und die Verbreitung revolutionärer oder vaterlandsfeindlicher[5]) Schriften sowie jede Einführung solcher Schriften an Bord S. M. Schiffe, in Kasernen oder sonstigen Diensträumen, sowie jeden Verkehr mit durch Sonderbefehl verbotenen Zeitungen[6]), deren Redakteuren und Berichterstattern, einschließlich aller Versuche und Vorbereitungen hierzu.[7])

B. 1. Politische Vereine.
Beitritt, Beibehaltung der etwa vor dem Diensteintritt erworbenen Mitgliedschaft und Besuche von Vereinssitzungen jeglicher Art ist verboten.[8])

2. Vereine außerhalb der Marine mit Ausnahme der zu 1. Genehmigung zum Beitritt oder zur Beibehaltung der etwa vor dem Diensteintritt erworbenen Mitgliedschaft erteilt der Kommandant. Genehmigung ist in beiden Fällen von vorheriger Anfrage bei der örtlichen Kommandantur abhängig zu machen, die sich über die einzelnen Vereine unterrichtet hält.

3. Die Bildung von Vereinen innerhalb der Verbände unterliegt der Genehmigung des Verbandschefs.

[...][9])

[6]) Vgl. hierzu Nr. 379 und 392. In der Ordre (vgl. Anm. 4) stand hierfür: „jeden Verkehr mit sozialdemokratischen Zeitungen".

[7]) Das preuß. Kriegsministerium taktierte in dieser Frage sehr viel vorsichtiger. In einem Schreiben vom 1. 12. 1917 (BHStA IV München MKr, 11525) wies es die stellv. Generalkommandos darauf hin, daß die Entscheidung vom 31. 8. 1914 (Nr. 81) jederzeit wieder aufgehoben werden könne, wenn „Artikel veröffentlicht werden, die geeignet sind, den einheitlichen Geist des Heeres zu beeinträchtigen". Insbesondere die Zeitungen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei seien „geeignet", in dieser Hinsicht „nachteilig zu wirken". In dem Schreiben heißt es dann: „Ein militärisches Leseverbot der Zeitungen der Unabhängigen Sozialdemokratie muß aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen als eine aus politischen Gründen unerwünschte Maßnahme bezeichnet werden. Vielmehr muß versucht werden, eine solche Maßnahme durch ernste Einwirkung auf die betr. Zeitung zu vermeiden. Den verantwortlichen Schriftleitern ist klar zu machen, daß sie dem Umstande, daß die Zeitungen auch im Heere gelesen werden, unbedingt Rechnung tragen müssen, und daß sie, wenn nicht die gebotene Mäßigung geübt wird, ihre Zeitungen dem militärischen Leseverbot ausgesetzt sind." Für den Fall, daß dennoch ein Leseverbot ausgesprochen werden mußte, wurden die stellv. Generalkommandos ersucht, zunächst mit dem Kriegsministerium in Verbindung zu treten.

[8]) Vgl. Nr. 408 und 416.

[9]) In der Vorlage folgen Mitteilungen und Befehle rein dienstlicher Art.

414.

Brief General Ludendorffs an Freiherr v. Schorlemer zur Wahlrechtsfrage.[1])

6. 12. 1917, Berlin[2]), Persönlich. — Nachlaß Bauer, Nr. 17, handschriftl. Entwurf.[3])

Euer Exzellenz

danke ich sehr ergebenst für Ihren Brief vom 5. XII.[4]) Ich nehme zu seinem Inhalt wie folgt Stellung:[5])

Die Behauptungen, daß die O.H.L.[6]) aus der Besorgnis heraus, daß eine Ablehnung der Wahlrechtsvorlage zu Arbeitseinstellungen führen würde, sich für die Annahme dieser Vorlage ausgesprochen habe[7]), beruhen *nicht* auf Wahrheit. — Die O.H.L. hat vielmehr zu der Wahlrechtsvorlage überhaupt keine Stellung

[1]) Für den Zusammenhang — am 5. 12. 1917 hatte die erste Lesung der am 25. 11. 1917 eingebrachten Gesetzentwürfe zur Reform des preuß. Landtages begonnen — vgl. Patemann, S. 123 ff. Zur Haltung des Kaisers in dieser Frage vgl. die interessante Eintragung vom 24. 8. 1917 bei Müller, S. 316. Am 10. 11. 1917 telegraphierte Wilhelm II. nach einem Gespräch mit dem Kronprinzen an Graf Hertling (PA Bonn Polit. Abt., Preußen Nr. 3 Nr. 2, Bd. 6), er wünsche Vortrag (ev. auch einen Kronrat) über die Wahlrechtsvorlage, „um die darin aufzunehmenden Kautelen gegenüber dem gleichen Wahlrecht festzustellen. Ev. wäre als Unterlage dazu auch an berufsständisches Wahlrecht zu denken." Zur Wahlrechtsvorlage vgl. auch die Äußerungen Einems, S. 352 ff. (Eintragungen vom 21. 11., 7. 12. 1917 und 10. 1. 1918).

[2]) Aus dem Brief Schorlemers vom 5. 12. 1917 (vgl. Anm. 4) geht hervor,daß Ludendorff am 6. 12. 1917 in Berlin erwartet wurde, aus der Anfrage des Grafen Strachwitz (vgl. Anm. 5) ergibt sich, daß Ludendorff an diesem Tag in Berlin war.

[3]) Der Entwurf ist mit Bleistift von unbekannter Hand geschrieben. Nach einem Vermerk des Majors v. H[arbou] wurde der Brief am 6. 12. 1917 abgesandt.

[4]) In diesem Brief (vgl. Nachlaß Bauer, Nr. 17) informierte Schorlemer Ludendorff über die ablehnende Haltung der Fraktion des Zentrums im Abgeordnetenhaus gegenüber der Wahlrechtsvorlage. Diese Mehrheit fühle sich aber nicht frei in ihrer Entscheidung, da Straßendemonstrationen und Streiks bei einer Ablehnung der Vorlage befürchtet würden und behauptet werde, daß auch die OHL diese Ansicht teile.

[5]) Dem Grafen Strachwitz, der um eine Unterredung mit Ludendorff gebeten hatte, die jedoch nicht zustande kam, teilte Oberst v. Winterfeldt am 6. 12. 1917 (Nachlaß Bauer, Nr. 12) mit, Ludendorff befürchte, daß „jede, gleichviel welche Äußerung zur Frage etwaiger Streiks der Rüstungsarbeiter als eine indirekte Einwirkung der Obersten Heeresleitung auf das Schicksal der Wahlrechtsvorlage ausgelegt" werden würde.

[6]) In der Vorlage folgt der durchgestrichene Passus: „sich für eine Annahme der Wahlrechtsvorlage".

[7]) Vgl. hierzu Ludendorff, Urkunden, S. 290 f., und Feldman, S. 445 ff. In einem Brief vom 18. 12. 1917 an Oberstleutnant Bauer bezeichnete Dr. C. Röchling den Abgeordneten Stresemann als denjenigen, der die OHL für die Wahlrechtsvorlage einzuspannen versuche. Bauer antwortete darauf am 25. 12. 1917 (vgl. für beide Briefe Nachlaß Bauer, Nr. 11) ziemlich unverfroren (vgl. hierzu Nr. 407): „Ich brauche wohl nicht mehr zu sagen, daß die mir untergeschobene Äußerung *jeder* Berechtigung entbehre. Ich fürchte keinen Munitionsstreik, bin mit der Munitionslage zufrieden und fürchte höchstens die Schlappheit gewisser Leute in Berlin. Daß Herr Dr. Stresemann die Äußerung getan hat, kann ich mir nicht denken. Er kennt mich doch ganz genau wie ich ihn und ich schenke ihm weitgehend Vertrauen. Wollen Sie ihn nicht einmal selbst fragen?" Vgl. hierzu auch Bauer, S. 208.

genommen.[8]) Sie will aus der inneren Politik herausbleiben und auch nicht von anderer Seite hineingezogen werden.

Unabhängig[9]) von der Wahlrechtsvorlage bin ich aber ganz allgemein der Ansicht, daß das Verantwortungsgefühl und vaterländische Empfinden der deutschen[10]) Arbeiter und ihrer Führer viel zu groß ist, als daß Arbeitseinstellungen[11]) größerer Art oder gar Generalstreiks, zumal während des Krieges, für sie überhaupt in Frage kommen könnten.

E. E. aufrichtig ergebener
gez. L[udendorff]

[8]) Vgl. hierzu den Brief Ludendorffs vom 8. 12. 1917 an den preuß. Minister des Innern (Ludendorff, Urkunden, S. 291 ff.), den Brief Ludendorffs vom 16. 12. 1917 an A. Wyneken (Knesebeck, S. 163), den Einspruch Hindenburgs vom 16. 12. 1917 gegen die sozialdemokratische Agitation zugunsten der Wahlrechtsvorlage (Archivalische Forschungen 4/II, Nr. 270, S. 838 f.) und die Mitteilung des nationalliberalen Abgeordneten Lohmann über seine Unterredung mit Bauer, der ihm an Hand einer Kontrolle von 50000 Feldpostbriefen nachgewiesen habe, daß die Wahlrechtsfrage im Heer überhaupt keine Rolle spiele (H. Thieme, Nationaler Liberalismus in der Krise. Die nationalliberale Fraktion des Preußischen Abgeordnetenhauses 1914—1918, Boppard 1963, S. 230). Vgl. hierzu jedoch einen Auszug aus dem Bericht für den Monat November des stellv. Generalkommandos des V. AK an das preuß. Kriegsministerium (PA Bonn Polit. Abt., Deutschland Nr. 163 geheim, Bd. 2), aus dem hervorgeht, daß die Einbringung der Wahlrechtsvorlage im Korpsbereich ein sehr lebhaftes Interesse gefunden habe. Vgl. auch Nr. 415, 421, 440 und 446.

[9]) In der Vorlage ursprünglich: „Ganz unabhängig".

[10]) In der Vorlage nachträglich ergänzt.

[11]) In der Vorlage lautete der Passus ursprünglich wie folgt: „als daß Arbeitseinstellungen größeren Stils (Generalstreiks) während des Krieges".

415.

Auszug aus einem Brief des Generalleutnants Wild v. Hohenborn an seine Frau über die Waffenstillstandsverhandlungen mit dem revolutionären Rußland.[1])

7. 12. 1917, Buzanzy. — Nachlaß Hohenborn, Nr. 4, handschriftlich.

[...][2])

Es ist ja ein eigenartiger und für die Zukunft nicht gleichgültiger Gedanke, daß wir gerade den russischen Ultrarevolutionären viel verdanken; aber man muß die Sache praktisch nehmen! Erst müssen wir durch! Also rein mit Lenin und Genossen ins Kirchengebet der allgemeinen Fürbitte! Möge die Bande eine Weile

[1]) Die am 3. 12. 1917 begonnen hatten, vgl. hierzu auch Nr. 411, Anm. 6.

[2]) Anfang und Ende des Briefes tragen persönlichen Charakter. — In einem Brief vom 9. 12. 1917 äußerte Generaloberst v. Einem ähnliche Gedanken (Nachlaß Einem, Briefe): „Daß wir mit einer sozialrevolutionären Regierung verhandeln und Frieden schließen ist wenig angenehm, es schließt die Gefahr in sich, daß die Bewegung bei uns wächst, denn es gibt bei uns ja auch Lenins und Trotzkis, die gerne an die Gewalt kommen würden. Die Hauptsache ist trotzdem Friede mit Rußland. Dann wird schon einer kommen, der Lenin stürzt und allmählich kommen dann wieder anständige Leute oder ein Diktator an die Spitze."

florieren — zu unserem Vorteil. — *Diesmal* werden sie doch auch in Italien ihr Revolutiönchen machen.[3]) Hoffen wir das Beste. Auch da ist der Wunsch antimonarchische Revolutionen in Europa zu bekommen, blödsinnig; wir spüren ja die demokratischen Folgen der Demokratisierung genug am eigenen Leibe. Aber alles, was dem Siege dient, ist willkommen. Also mag auch die savoyische Dynastie purzeln. — Unsere Berliner Kulturfortschritte sind entsetzlich[4]); ich hoffe aber doch, daß sich im Abgeordnetenhaus eine Mehrheit findet, die das Ärgste verhindert. Es wird wohl um wenige Stimmen gehen.[5]) Manchmal juckt es mich, mitschieben zu können.

[...][2])

[3]) Unter dem Eindruck der Niederlage in der 12. Isonzoschlacht, die jedoch bereits im November ihren Höhepunkt überschritten hatte.

[4]) General v. Loewenfeld schrieb am 19. 12. 1917 an seine Schwester (Nachlaß Eberhardt, Nr. 43): „Wenn wir aber auch Frieden haben sollten, so sehe ich für unsere inneren Verhältnisse ziemlich schwarz. Es fehlt an energischen Männern an der Spitze. Oben versagt man ganz. [...] Wo soll es mit unserem guten, alten Preußen hin?" Und Groener berichtet über ein Gespräch mit General Graf Schmettow (Nachlaß Groener, Nr. 23) am 13. 1. 1918: „Politisches Gespräch mit Schmettow, der hoch konservativ denkt und vor allem fürchtet, daß Preußen im Reich aufgehen würde, d. h. mit anderen Worten, daß der agrarische, ostelbische Einfluß auf die Regierung aufhören würde."

[5]) Vgl. Nr. 414, Anm. 1.

416.

Weisung des bayerischen Kriegsministeriums an den stellv. kommandierenden General des III. bayerischen AK[1]) betr. die politische Betätigung von Militärpersonen.[2])

27. 12. 1917[3]), München, Nr. 196881/17, Geheim! — BHStA IV München MKr, 11523, handschriftl. Entwurf.

Nach § 49 Abs. 2 R[eichs-] M[ilitär-] G[esetz][4]) ist den zum aktiven Heere gehörigen Militärpersonen die Teilnahme an politischen Vereinen und Versammlungen untersagt. Zum aktiven Heere im Sinne dieser Bestimmung gehören die im § 38 RMG aufgeführten Personen, also auch die aus dem Beurlaubtenstande

[1]) In Beantwortung des nicht vorliegenden Berichtes des stellv. Generalkommandos, in dem es sich — wie aus dem Votenwechsel im bayer. Kriegsministerium hervorgeht — um den Beitritt bzw. das Verbleiben von Militärpersonen in der deutschen Vaterlandspartei (vgl. Nr. 410, Anm. 4) gehandelt haben muß. — Abschriften der Weisung wurden den stellv. kommandierenden Generalen des I. und II. bayer. AK, den bayer. Staatsministern, dem preuß. Kriegsminister, dem Kriegspresseamt und dem bayer. Militärbevollmächtigten in Berlin und im Gr. Hauptquartier zur Kenntnisnahme übersandt.

[2]) Vgl. hierzu Nr. 388, 408, 410 und 413.

[3]) Die Vorlage wurde am 27. 12. 1917 von Hellingrath abgezeichnet, die Ausfertigung wurde am 28. 12. 1917 abgesandt.

[4]) Vgl. Nr. 410, Anm. 3.

zum Dienst einberufenen Militärpersonen. Eine „Teilnahme an politischen Versammlungen" ist schon in der Anwesenheit bei einer solchen Versammlung zu erblicken. Unter „Teilnahme an politischen Vereinen" ist nicht nur die aktive Beteiligung am Vereinsleben (Übernahme von Ämtern, Teilnahme an Vereinsversammlungen), sondern auch die bloße Mitgliedschaft (Beitritt zu derartigen Vereinen, Beibehaltung einer bereits bestehenden Mitgliedschaft) zu verstehen.[5])

Das Kriegs-Ministerium verkennt nicht, daß es aus politischen Erwägungen kaum angängig wäre, eine restlose Beachtung dieser Vorschriften[6]) während des gegenwärtigen Krieges zu verlangen. Insbesondere würde es nicht zweckmäßig sein, den zum[7]) Dienst einberufenen Militärpersonen des Beurlaubtenstandes die Teilnahme an politischen Versammlungen als Zuhörer und die Fortsetzung der[8]) Mitgliedschaft bei politischen Vereinen grundsätzlich zu verbieten. Die stillschweigende Duldung einer Außerachtlassung des[9]) § 49 Abs. 2 RMG erscheint deshalb weniger bedenklich, weil § 49 keine Strafbestimmung enthält und das Verbot des § 49 Abs. 2 auch nicht als ein Befehl in Dienstsachen im Sinne des § 92 M[ilitär-]Str[af-] G[esetz-]B[uches] zu erachten sein wird[10]), solange es nicht seitens der militärischen Vorgesetzten durch besonderen Befehl eingeschärft wird.

Sollte indes das agitatorische oder provokatorische Auftreten von Militärpersonen in politischen Vereinen oder Versammlungen ein Einschreiten der vorgesetzten militärischen Stelle angezeigt erscheinen lassen, so dürfte es sich im Allgemeinen empfehlen, vor dem Ergreifen weiterer Maßnahmen zunächst zu versuchen, die Militärperson durch Belehrung über die gesetzlichen Vorschriften

---

[5]) Diese Ausführungen beruhen auf einem Votum der Abteilung für Rechtsangelegenheiten (R) vom 10. 11. 1917, das nach Erläuterung der eindeutigen Rechtslage mit dem bezeichnenden Satz schloß: „Im übrigen pflichtet R. der Anschauung von A.-Chef unbedingt darin bei, daß in den gegenwärtigen Kriegszeiten, die vom politischen Standpunkt aus immerhin heikle Frage nicht ohne zwingenden Grund allgemein für das ganze Heer aufgerollt werden sollte." Das Pressereferat konnte sich mit einer rein juristischen Betrachtungsweise nicht zufrieden geben. In der Stellungnahme des Referats heißt es u. a.: „Es [das Referat] hält aus politischen Erwägungen insbesondere für unmöglich zu verlangen, daß die zahlreichen Heeresangehörigen, welche vor ihrer Einberufung im politischen Leben tätig waren, *nunmehr* aus den Vereinen austreten und an keiner politischen Versammlung mehr teilnehmen; es sei in dieser Hinsicht nur auf die im Heere befindlichen Abgeordneten, wie z. B. Geheimrat Prof. Günther etc. verwiesen." Es sei mit Bestimmtheit zu erwarten, daß die stellv. Generalkommandos „bei der immer mehr zunehmenden politischen Bewegung und Verschärfung der politischen Gegensätze" über kurz oder lang in dieser Frage Stellung nehmen müßten. „Da ein strenges Festhalten an dem Wortlaut des § 49 nicht angängig ist, eine ungleiche Handhabung der Bestimmungen in den 3 Korpsbezirken aber lebhafte Klagen hervorrufen würde, wäre es daher — wenigstens nach der Anschauung von APr — dringend geboten, den stellv. Generalkommandos schon jetzt Weisung zu geben, ob und inwieweit im *einzelnen Fall* ein Einschreiten oder ein stillschweigendes Dulden veranlaßt ist."

[6]) In der Vorlage folgt der durchgestrichene Passus: „die schon im Frieden nicht völlig durchgeführt wurden".

[7]) In der Vorlage ist das folgende Wort „aktiven" durchgestrichen.

[8]) Die vorangehenden zwei Worte sind in der Vorlage nachträglich von anderer Hand ergänzt.

[9]) Ursprünglicher Wortlaut: „Duldung diesbezüglicher Verstöße gegen § 49".

[10]) Ursprünglicher Wortlaut: „zu erachten ist".

zur Aufgabe ihrer im Widerspruch mit § 49 RMG stehenden Betätigung zu veranlassen.[11])

Daß sich die militärischen Maßnahmen gleichmäßig gegen die Teilnahme an politischen Vereinen und Versammlungen *aller Parteien ohne Rücksicht auf Art und Richtung der Partei* wenden müssen, bedarf keiner weiteren Ausführung. In jedem Falle dienstlichen Vorgehens ist zu erwägen, ob hieraus nicht unverhältnismäßige Nachteile und unerwünschte Folgen entstehen können.

Wenn es hiernach nicht möglich sein wird, die Teilnahme von Heeresangehörigen an politischen Versammlungen und Vereinen völlig zu verhindern[12]), so darf dagegen im Interesse der Schlagfertigkeit unserer Truppen eine politische Betätigung von Militärpersonen *innerhalb der Armee* keinesfalls geduldet werden; namentlich wäre jeder Mißbrauch des militärischen Vorgesetztenverhältnisses zu politischen Zwecken unnachsichtlich zu unterdrücken.

Aus der gleichen Erwägung muß aber auch etwaigen Versuchen außerhalb des Heeres stehender bürgerlicher Kreise, politische Bestrebungen in die Armee hineinzutragen, mit Entschiedenheit begegnet werden. Diese Absicht lag bereits dem K.M. E. Nr. 92088 A vom 14. 6. 1917[13]) zugrunde. Den nämlichen Zweck verfolgt eine weitere dem stellv. Generalkommando demnächst zugehende Anordnung, durch welche den politischen Vereinen jede auf die Werbung von Mitgliedern im Heere und in der Marine abzielende Tätigkeit untersagt werden wird.[14])

H[ellingrath]

---

[11]) Ursprünglicher Wortlaut: „zu versuchen, ob die Militärpersonen nicht durch Belehrung über die gesetzlichen Vorschriften zur Aufgabe ihrer gesetzwidrigen Tätigkeit veranlaßt werden können". — Als dem bayer. Kriegsministerium Anfang November 1917 von privater Seite mitgeteilt wurde, daß auf einem Plakat ein Gefreiter, allerdings unter Angabe seines Zivilberufes, zusammen mit dem Landtagsabgeordneten Auer zu einer sozialdemokratischen Versammlung aufgerufen habe, meinte das Pressereferat darüber hinwegsehen zu können. Der Chef der Armeeabteilung I des Ministeriums, Major Kreß v. Kressenstein, entschied jedoch am 6. 11. 1917, daß der Gefreite durch seinen Truppenteil über die Unzulässigkeit dieser aktiven politischen Tätigkeit zu belehren sei; über die rein passive Teilnahme von Heeresangehörigen an politischen Vereinen und Versammlungen könne hinweggesehen werden (BHStA IV München MKr, 11522).

[12]) Aus einem Aktenvermerk des württ. Kriegsministeriums über eine Besprechung in Berlin am 4. 12. 1917 geht hervor, daß von militärischer Seite sogar darauf gedrängt wurde, daß die Vertrauensleute der stellv. Generalkommandos in den Betrieben als Arbeiter einer Organisation, wohl vor allem der Gewerkschaft, beitraten, auch wenn sie Militärpersonen waren (HStA Stuttgart XIII. AK, Abt. II, Bd. 98).

[13]) Liegt nicht vor!

[14]) Im Sinne des Schreibens des preuß. Kriegsministeriums vom 12. 11. 1917, Nr. 408.

417.

Auszug aus den Aufzeichnungen aus der Pressebesprechung.[1]) Stellungnahme des Vertreters des Kriegspresseamts zur Frage der Freigabe eines sowjetrussischen Funkspruchs.[2])

31. 12. 1917, Nr. 326, Vertraulich! — BHStA IV München MKr, 14025, vervielfältigtes Exemplar.

[. . .][3]

K.Pr.A. II:[4]) Ich komme kurz auf die Ausführungen der Herren Zimmermann, Grunwald, Breslauer[5]), v. Gerlach und Eisele zurück. Den Ausführungen des Herrn Eisele[6]) stimme ich in allem, denen des Herrn von Gerlach[7]) im ersten Teil zu. Wenn wir es im deutschen Volke nur mit Intelligenz zu tun hätten, dann läge nicht der mindeste Grund vor, den Funkspruch nicht freizugeben. Aber wir haben es leider nicht nur mit Intelligenz, sondern auch mit einer großen Menge

[1]) Hierbei handelt es sich nicht um die gedruckten Aufzeichnungen aus der Pressebesprechung (vgl. Nr. 38, Anm. 5), sondern um die sog. „Großen Protokolle", die den Verlauf der Besprechungen wörtlich wiedergeben. Die Oberzensurstelle versandte Vervielfältigungen der Protokolle vom 22. 10. 1917 bis zum Ende des Krieges an eine Reihe von Behörden und Personen (insgesamt 56 Exemplare, vgl. das Schreiben vom 19. 10. 1917, BHStA IV München MKr, 14025). Eine vollständige Sammlung für den genannten Zeitraum befindet sich im Bayer. Kriegsarchiv. Es ist mit größer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß die mit Zensur- und Pressefragen befaßten Referate und Abteilungen der Berliner Zentralbehörden auch schon vor dem genannten Zeitpunkt Abschriften der Protokolle erhielten. Trotz intensiver Bemühungen konnten entsprechende Sammlungen in den Beständen des Marinearchivs und des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts nicht ermittelt werden.

[2]) Zur Verwendung des Funkspruchs als sowjetrussisches Propaganda-Instrument vgl. W. Baumgart, Deutsche Ostpolitik 1918. Von Brest-Litowsk bis zum Ende des Ersten Weltkriegs, München 1966, S. 342 f.

[3]) Zu Beginn der Besprechung hatte der Pressechef beim Reichskanzler, Ministerialdirektor Deutelmoser, den Funkspruch des sowjetrussischen Volkskommissariats für Äußere Angelegenheiten vom 29. 12. 1917 zur Vertagung der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk (vgl. Archivalische Forschungen 4/II, Nr. 286, S. 867 ff.) verlesen. Auf Fragen der Pressevertreter erklärte er: „Was die Veröffentlichung des Funkspruchs angeht, so haben wir keinerlei Zensurrecht; sollte er auf irgendeine Weise in die Öffentlichkeit kommen, so wäre die politische Reichsleitung nicht in der Lage, den Abdruck zu verbieten. Eine andere Frage ist, wie sich die militärische Leitung dazu stellt." Der Chef des Kriegspresseamts, Major Würz, erhob gegen eine Veröffentlichung Einspruch und sagte dabei: „Der letzte Teil [des Funkspruchs] ist ja nichts weiter als ein Schritt auf dem von der russischen Regierung angekündigten Wege, den Revolutionsgedanken in unser Heer und Volk hineinzutragen." Diese Propaganda dürfe nicht gefördert werden.

[4]) Chiffre für „Vertrauliche Mitteilungen", vgl. Nr. 38.

[5]) Zimmermann von der „Deutschen Zeitung", Grunwald vom „Volksblatt Mülhausen" und Breslauer vom „Berliner Lokalanzeiger" hatten sich für die Freigabe des Funkspruchs, ev. unter Fortlassung des propagandistischen Teils eingesetzt.

[6]) Der Korrespondent der „Kölnischen Volkszeitung" warnte vor den in ihrer Wirkung auf Deutschland „gefährlichen Phrasen" und davor, „die Agitation der Bolschewisten durch Weiterverbreitung ihrer Auslassung in Deutschland zu unterstützen".

[7]) Der Schriftleiter der „Welt am Montag" warnte vor einer nur teilweisen Veröffentlichung, es gebe nur zwei Möglichkeiten: völlige Freigabe oder völliges Verbot. Er plädierte für die Freigabe.

Urteilsloser zu tun, auf die das ständige Einhämmern der revolutionären Ideen, wie es von der Entente und von Rußland betrieben wird, zweifellos nicht ohne Einfluß bleiben würde. Aus diesem Grunde müssen wir aus militärischen Rücksichten die Veröffentlichung des Funkspruches uns versagen.[8]) Dem vorgeschlagenen Mittelweg, nur den 1. Teil freizugeben, möchte ich nicht zustimmen; denn sofort würde behauptet werden, daß wir die Öffentlichkeit täuschen wollten. Das wollen wir aber grundsätzlich nicht tun. Durchschnittlich laufen täglich 50—60 Telegramme ein, die offen oder versteckt nur den Zweck verfolgen, die revolutionären Ideen und Gedanken im deutschen Heer und Volke zu verbreiten. Diese Telegramme werden grundsätzlich nicht veröffentlicht, und wir können mit dem Funkspruch keine Ausnahme machen. Es ist uns ja während der Waffenstillstandsverhandlungen gelungen, infolge unseres Verfahrens die Stimmung im Lande gut zu erhalten und Schwankungen und beabsichtigte Beeinflussung durch unsere Feinde zu verhindern[9]), und ich hoffe, daß dies uns auch bei den Friedensverhandlungen gelingen wird.[10]) Nur um eines bitte ich: Seien Sie skeptisch gegen alle Nachrichten der vorerwähnten Art, und überlassen Sie es doch der Obersten Heeresleitung, das Richtige herauszufinden, was der Öffentlichkeit ohne Schädigung militärischer Interessen bekanntgegeben werden darf. Sie haben sich bisher bei der Obersten Heeresleitung nicht getäuscht, und ich glaube auch, daß Sie sich bei der Handhabung dieser Frage in ihr nicht täuschen werden, die Oberste Heeresleitung wird gewiß das Richtige treffen und finden.

[...][11])

[8]) Diese Entscheidung entsprach ganz dem Sinne der Zensurrichtlinien für die Berichterstattung über die Friedensverhandlungen vom 20. 12. 1917 (vgl. Archivalische Forschungen 4/II, Nr. 276, S. 848 f.), die in der Pressebesprechung des gleichen Tages heftig kritisiert wurden (BHStA IV München MKr, 14025). Zur gleichen Zeit wurde von allen Parteien im Interfraktionellen Ausschuß die Forderung erhoben, die politische Zensur während der Friedensverhandlungen aufzuheben, vgl. Quellen I/1, Bd. 1, Nr. 127a, S. 626 ff.

[9]) Vgl. hierzu Nr. 411. In der Pressebesprechung vom 17. 12. 1917 sprach das Kriegspresseamt den Pressevertretern den Dank der OHL „für das verständnisvolle Zusammenarbeiten während der Waffenstillstandsverhandlungen" aus!

[10]) Vgl. Nr. 422.

[11]) Im folgenden gab der Vertreter des Admiralstabes Erläuterungen zu Ereignissen auf dem Gebiet des Seekriegs.

418.

Telegramm der Oberzensurstelle an das Nachrichtenbureau des Reichsmarineamts[1]) zu Presseberichten über politische Stellungnahmen der Obersten Heeresleitung.

9. 1. 1918, Nr. 34672 O.Z. — MGFA MA/RMA, Nr. 2356, XVII. 1. 5. 11, Bd. 4.

Nachstehende Zensurverfügung zur Kenntnis.

Es wird dringend gebeten der Presse die Zensuranweisung Nr. 17563 O.Z. vom 29. 12. 16[2]) betr. Fernhaltung der Obersten Heeresleitung aus dem Parteigetriebe und aus dem Streit der politischen Meinungen erneut einzuschärfen.[3])

Oberzensurstelle.

---

[1]) Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß dieses Telegramm an sämtliche Zensurstellen gerichtet wurde; vgl. Anm. 3.

[2]) Vgl. Nr. 247, Anm. 6. Entsprechende Hinweise des Kriegspresseamts und der Oberzensurstelle auch in den Pressebesprechungen vom 13. und 20. 9. 1917 (MGFA MA/RMA, Nr. 2357, XVII. 1. 5. 13, Bd. 2).

[3]) Das Telegramm steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem schweren Konflikt zwischen der Reichsleitung und der Obersten Heeresleitung über den Fortgang der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk. Zu dieser Auseinandersetzung vgl. Quellen I/1, Bd. 2, Nr. 135 ff., S. 77 ff.; Rupprecht, Bd. 2, S. 310 ff.; W. Steglich, Die Friedenspolitik der Mittelmächte 1917/18, Bd. 1, Wiesbaden 1964, S. 317 ff., und S. 338 f.; W. Baumgart, Deutsche Ostpolitik 1918. Von Brest-Litowsk bis zum Ende des Ersten Weltkriegs, München 1966, S. 18 f.; Ritter, Bd. 3, S. 122 ff., und die dort gegebenen Nachweise. Gallwitz, S. 272 und 275, erwähnt eine zweimalige Aufforderung der OHL über die Wirkung des Friedensangebotes auf die Truppe zu berichten. Vgl. auch Nr. 421. Die Gerüchte über den Konflikt und die Rücktrittsabsichten Ludendorffs waren am 6. 1. 1918 in die Presse gelangt (vgl. Quellen I/1, Bd. 2, Nr. 135, S. 77, Anm. 5). Daraufhin unterrichtete die Oberzensurstelle am 6. 1. 1918 die Zensurstellen, daß die Besprechung der Nachricht über ein Entlassungsgesuch Ludendorffs verboten sei. Am 8. 1. 1918 wurde auf dieses Verbot nochmals nachdrücklich hingewiesen (MGFA MA/RMA, Nr. 2356, XVII. 1. 5. 11, Bd. 4). In der Pressebesprechung vom 7. 1. 1918 (BHStA IV München MKr, 14025) wurde von einem Pressevertreter gefordert, die Zensurverfügung auch gegenüber offiziellen Stellen durchzusetzen: er habe von „maßgebender Stelle" erneut bestätigt bekommen, daß Ludendorff tatsächlich sein Entlassungsgesuch eingereicht habe, das aber vom Kaiser nicht angenommen worden sei. Das Kriegspresseamt wies das Gerücht wiederum zurück und erklärte gegenüber den Vermutungen, daß der General durch annexionistische Forderungen die Friedensverhandlungen störe, unter Hinweis auf die Billigung des Friedensangebots vom Dezember 1916 durch die OHL: „Es wird deshalb auch die Annahme gerechtfertigt sein, daß er, ebenso wie bei der Beurteilung von militärischen Fragen, auch bei der Beurteilung der militärpolitischen Lage den realen Boden nicht verlassen wird. Dafür bürgt auch sein stark ausgeprägter Wirklichkeitssinn." In der Pressebesprechung vom 10. 1. 1918 verlangten die Journalisten, unter Führung von Georg Bernhard, in geradezu stürmischer Form Aufklärung über die Angelegenheit. Weder das Kriegspresseamt noch der Pressechef beim Reichskanzler waren jedoch zu irgendeiner Erklärung bereit. Allein die Oberzensurstelle berichtete über ihre Bemühungen, das Gerücht aus der Presse fernzuhalten, gab aber selbst deren völligen Mißerfolg zu — offenbar ohne darüber sehr beunruhigt zu sein; eine erneute Mahnung erfolgte nicht. Die Zusammenarbeit der Oberzensurstelle mit den Zensurstellen scheint in diesem Falle nicht sehr wirksam gewesen zu sein.
Dem Pressechef beim Reichskanzler war durch Journalisten mitgeteilt worden, daß Major Würz, der Chef des Kriegspresseamts, für die Ausstreuung der Mitteilung über das Entlassungsgesuch Ludendorffs verantwortlich sei (vgl. hierzu die Mitteilung des Legationsrates Heilbron an Unterstaatssekretär v. d. Bussche vom 19. 1. 1918, die Aufzeichnung Ministerial-

direktor Deutelmosers vom 21. 1. 1918 und andere Unterlagen in: PA Bonn Nachr. Abt., Deutschland 9, Bd. 7). Aus den Akten ergibt sich, daß Würz am 5. 1. 1918 einen „angesehenen Journalisten [...] um seinen Rat" gefragt hat, wie den umlaufenden Krisengerüchten begegnet werden könne. „Wenn dieser Journalist gemeint haben sollte, er hätte die Gerüchte bestätigt und hätte zu einer Veröffentlichung treiben wollen, so wäre dies ein aus begreiflicher Erregung hervorgegangenes Mißverständnis gewesen." Auch gegenüber Oberst v. Winterfeldt versicherten die Majore Würz und Nicolai in „durchaus überzeugender Weise", sie hätten allein die Absicht gehabt, den Gerüchten entgegenzutreten.

419.

Schreiben des Obermilitärbefehlshabers an die Militärbefehlshaber betr. die pazifistische Bewegung.[1])

10. 1. 1918, Nr. 54/18. g. A 1, Geheim! — MGFA MA/RMA, Nr. 4413, XX. 60. a, Bd. 1, vervielfältigtes, eigenhändig vollzogenes Exemplar.

Der Erlaß des preußischen Kriegsministeriums vom 7. November 1915[2]) Nr. 3740/15. g. A 1. II. Ang. (vergl. Erlaß des Ober-Militärbefehlshabers vom 9. Februar 1917[3]) Nr. 700/17. g. A 1), betr. Behandlung der pazifistischen Bestrebungen, wird dahin eingeschränkt, daß künftig der *buchhändlerische* Vertrieb von Werken rein wissenschaftlichen, keine Propaganda treibenden pazifistischen Inhalts, sofern er sonst nicht gegen die Zensurvorschriften verstößt, zugelassen werden darf. Die Freigabe darf nur von Fall zu Fall nach eingehender Prüfung durch die Zensurstellen erfolgen.[4]) In Zweifelsfällen ist meine Entscheidung[5]) einzuholen. Verhindert muß aber werden, daß die Freigabe dieser Schriften zu Propagandazwecken ausgenützt wird.

Im übrigen bleiben die im Erlaß vom 7. November 1915 aufgestellten Gesichtspunkte maßgebend. Hierzu wird auf die Bewegung für einen Frieden um jeden Preis[6]) besonders hingewiesen, die anfängt sich zu einer Gefahr auszuwachsen

[1]) Diesem Schreiben ging eine Reihe von kommissarischen Beratungen zwischen dem preuß. Kriegsministerium und dem Reichsamt des Innern voraus, die bis in den September 1917 zurückreichten, wie sich aus einem Schreiben des preuß. Kriegsministeriums vom 30. 11. 1917 ergibt (MGFA MA/RMA, Nr. 4413, XX. 60. a, Bd. 1). Unter dem Eindruck der in der Reichstagssitzung vom 11. 10. 1917 vorgebrachten Beschwerden (vgl. Nr. 74, insbesondere Anm. 14), sah sich das Kriegsministerium gezwungen, auch die Bestimmungen gegen die pazifistische Bewegung etwas zu lockern. Dem Schreiben vom 30. 11. 1917 war der Entwurf eines Schreibens an die Militärbefehlshaber beigefügt, das wörtlich mit der Vorlage übereinstimmt. Der Entwurf, der dem Chef des Generalstabes des Feldheeres, dem Reichsmarineamt, dem Reichsamt des Innern und den bundesstaatlichen Kriegsministerien zur Stellungnahme übersandt worden war, hatte demnach die Zustimmung aller beteiligten Behörden gefunden. Vgl. auch Stein, S. 120 f.

[2]) Vgl. Nr. 113.

[3]) Liegt nicht vor. Nach einem Vermerk des Reichsmarineamts enthielt dieses Schreiben lediglich einen Hinweis auf das Schreiben vom 7. 11. 1915.

[4]) Vgl. hierzu H. Lutz, Deutscher Krieg und Weltgewissen, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte, Bd. 25 (1962), S. 470 ff.

[5]) Die vorangehenden zwei Worte in der Vorlage von Empfängerseite unterstrichen.

[6]) Die vorangehenden sechs Worte in der Vorlage von Empfängerseite unterstrichen.

und nachdrücklich bekämpft werden muß.[7]) Nicht nur ist zu befürchten, daß es auf die Dauer den Bemühungen ihrer Anhänger gelingen könnte, in Teilen des Volkes den Willen zum Durchhalten und die Hoffnung auf den endgiltigen Sieg zu erschüttern, es besteht auch begründeter Verdacht, daß diese Leute, um ihre Ziele zu erreichen, teilweise nicht vor Mitteln zurückschrecken, die unter das Gesetz fallen. Rücksichtslose Schärfe gegenüber diesen Bestrebungen ist daher ernste Pflicht eines jeden Militärbefehlshabers.[8])

Aufmerksam gemacht wird noch auf eine pazifistische Organisation, die sich „Weltfriedenswerk vom Weißen Kreuz (Volksheilzentrale)" nennt und ihren Sitz in Graz hat.[9])

v. Stein.

[7]) In dem Schreiben vom 30. 11. 1917 (vgl. Anm. 1) wurde die Gefahr, die von der pazifistischen Bewegung ausging, folgendermaßen gekennzeichnet: „Die völlige Freigabe der pazifistischen Betätigung hätte zweifellos zur Folge, daß die vielfach fanatischen Vertreter des Pazifismus mit allen Mitteln die Ausbreitung der pazifistischen Bewegung betreiben würden. Tor und Tür wäre der Flaumacherei in größtem Stile geöffnet, und die pazifistischen Ideen würden schließlich im Volke derart um sich greifen, daß eine Untergrabung des festen Kampfes- und Siegeswillens und der zuversichtlichen Stimmung befürchtet werden muß." Vgl. auch Archivalische Forschungen 4/II, Nr. 268, S. 834 f.

[8]) Vgl. hierzu auch das Schreiben des Obermilitärbefehlshabers an die Militärbefehlshaber vom 8. 7. 1918 (MGFA MA/Adm, Nr. 166, IV. 1. 3, Bd. 1), in dem auf die „Zentralstelle Völkerrecht" (hierzu Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 2, S. 446 ff.) und die „Deutsche Friedensgesellschaft" aufmerksam gemacht wurde, deren geplante Versammlungen für einen Verständigungsfrieden im Sinne der Reichstagsresolution vom 19. 7. 1917 verhindert werden sollten. Mit Schreiben vom 20. 8. 1918 wurden die Militärbefehlshaber in entsprechender Weise auf den „Deutschen Frauenausschuß für dauernden Frieden" hingewiesen. Alle Richtlinien für die Behandlung der pazifistischen Bewegung wurden am 24. 10. 1918 durch das preuß. Kriegsministerium aufgehoben, allerdings mit dem Hinweis, daß nach wie vor die Erörterung über Abtrennung deutscher Gebietsteile im befürwortenden Sinne unzulässig sei (vgl. MGFA MA/RMA, Nr. 4413, XX. 60. a, Bd. 1).

[9]) Im Schreiben vom 30. 11. 1917 (vgl. Anm. 1) wurde erläuternd bemerkt, daß diese Organisation von katholischen Geistlichen ausgehe.

420.

Bericht des Chefs des Generalstabes des Feldheeres an den Kaiser über die Notwendigkeit der Verabschiedung des Chefs des Geheimen Zivilkabinetts.[1])

16. 1. 1918, Gr. Hauptquartier. — Nachlaß Bauer, Nr. 18, Entwurf.[2])

Euerer Majestät
berichte ich in Ausführung des mir durch General v. Lyncker überbrachten Allerhöchsten Befehls alleruntertänigst Folgendes:

[1]) Vgl. hierzu die Darstellung der Ereignisse bei Valentini, S. 190 ff., und S. 223 ff. Danach hat Hindenburg am 14. 1. 1918 vormittags vom Kaiser ultimativ die sofortige Entlassung Valentinis gefordert. Der Kaiser hat daraufhin Hindenburg durch den Chef des Militärkabinetts, Generaloberst Frhr. v. Lyncker, auffordern lassen, die Gründe für diese Forderung in schriftlicher Form vorzulegen. — Zum Sturz Valentinis vgl. Quellen I/1, Bd. 2, Nr. 141a, S. 103, Anm. 26.

[2]) Aus der Vorlage ist nicht zu entnehmen, ob eine Ausfertigung angefertigt und dem Kaiser vorgelegt worden ist. Am 16. 1. 1918 war die Verabschiedung Valentinis bereits entschieden, nachdem der Kabinettschef durch Oberst v. Winterfeldt im Laufe des Vormittags des 15. 1. 1918 über die entstandene Situation unterrichtet worden war.

Euer Majestät habe ich wiederholt um eine Neubesetzung der Stellung des Chefs des Zivil-Kabinetts gebeten.[3]) Ich wagte diese Bitte, weil mir als Chef des Generalstabes die Stimmung im Volke nicht gleichgültig sein kann, und weil ich als treuer Diener meines Kaisers und Königs angesichts drohender Gefahr nicht glaubte schweigen zu dürfen.

Die immer radikalere Entwicklung unserer inneren Lage ist nicht durch den Krieg bedingt [!]; die Geschlossenheit des Volkes war vielmehr zu Beginn des Feldzuges größer denn je. Erst die schwächliche, entschlußlose, vor Conflikten zurückweichende Haltung des Herrn von Bethmann hat zu einer Zuspitzung zwischen rechts und links, zu einer Opposition der von alters her königstreuen Elemente gegen die Regierung[4]), zu schweren Krisen in verschiedenen Fragen des Wirtschaftslebens und vor allem zu einer Verringerung der Rechte und damit des Ansehens der Krone geführt. Auch Bethmann's äußere Politik war nicht einwandsfrei. Sie konnte es nicht verhindern, daß die ganze Welt gegen uns in Waffen steht, daß man uns Mißtrauen entgegen bringt, und daß wir selbst unseren Bundesgenossen gegenüber nicht voll die Stellung einnehmen, die wir nach unseren militärischen Leistungen erwarten müssen.

Alles das ist in erster Linie Schuld des früheren Reichskanzlers. Ich kann aber Herrn von Valentini nicht von schwerster Mitschuld freisprechen. Die Stellung des Chefs des Zivil-Kabinetts hat sich immer mehr zu der eines politischen Berathers Euerer Majestät ausgewachsen. Als solcher mußte Herr v. Valentini bestrebt sein, sich durch enge Fühlungnahme mit leitenden und unabhängigen Männern des öffentlichen Lebens ein klares Bild von den in der überwiegenden Mehrheit des Volkes herrschenden Stimmung und Gefühlen zu verschaffen und Euer Majestät hiervon Kenntniß zu geben. Anstatt über den Parteien zu stehen, hat er dies nur in einseitiger, stark links gefärbter Tendenz gethan. Ich habe den Chef des Zivil-Kabinetts wiederholt auf das Gefährliche der Bethmann'schen Politik hingewiesen.[5]) Er ist aber bis zuletzt deren Vertreter geblieben; er hat außerdem in Krisen geschwankt und sich als kein glücklicher Menschenkenner erwiesen.

So ist es gekommen, daß Bethmann's Nachfolger vor einer fast unlösbaren Aufgabe stehen, und[6]) daß sich die Besten im Lande in dumpfer Verzweiflung, mit tiefem Schmerz abseits halten oder gar zur Opposition, ja zur persönlichen

---

[3]) Valentini datiert den Beginn der Gegnerschaft Hindenburgs und Ludendorffs gegen ihn auf das Frühjahr 1917, vgl. Valentini, S. 150. Zu den Versuchen des Kronprinzen im Juli und November 1917, Valentini zu beseitigen, vgl. WUA, Bd. 7/II, S. 388 ff., Müller S. 334 f., Quellen I/1, Bd. 1, Nr. 114, S. 610 f., und Nr. 118, S. 613. Am 13. 1. 1918 versuchte der Kronprinz vergeblich, Valentini zur Einreichung eines Abschiedsgesuches zu bewegen, vgl. Valentini, S. 190 f.

[4]) Vgl. hierzu z. B. Nr. 165 und 256.

[5]) Vgl. hierzu Nr. 308, Anm. 10.

[6]) Den folgenden Teil des Satzes hat Hindenburg eigenhändig korrigiert. Ursprünglicher Wortlaut: „und daß die große Mehrheit des Volkes, die Besten im Lande, in dumpfer Verzweiflung, mit tiefem Schmerz abseits stehen oder zur Opposition, ja sogar zur persönlichen Stellungnahme gegen die Krone getrieben sind."

Stellungnahme gegen die Krone getrieben sind.[7]) Dadurch hat das Ansehen der Krone unendlich gelitten; sie ist in schwerster Gefahr!

Daß es in Preußen so weit gekommen ist, daran trägt nächst Bethmann Valentini die größte Schuld.[8]) Hierüber besteht bei allen Königstreuen kein Zweifel. Änderung ist nur zu erhoffen, wenn Euer Majestät in Allerhöchst ihre nächste Umgebung einen Mann berufen, der klar und neutral die Lage erkennt, seinem Allergnädigsten Herrn mannhaft und offen über die Zustände berichtet und die Fühlung mit dem Volke, das sehnsüchtig darauf wartet, wiederherstellt. Wenn Euer Majestät glauben, daß ich in diesen Dingen zu schwarz sehe, so kann ich nur in Ehrfurcht bitten, andere Männer zu hören, welche unser Volk kennen, für Preußen — Deutschlands Größe einstehen und treue Diener ihres Kaisers und Königs sind.

Abgesehen von den[9]) dargelegten, allein ausschlaggebenden Gründen für eine Enthebung des Herrn von Valentini tritt für mich und General Ludendorff noch ein persönlicher Grund hinzu. Der Chef des Zivil-Kabinetts hat meines Erachtens die Pflicht, Reibungen auszugleichen und zu verhindern, daß Euer Majestät plötzlich vor schwere Entschlüsse und seelische Konflikte gestellt werden. Ich habe zu Beginn meiner jetzigen Tätigkeit versucht, zu diesem Zweck mit Herrn von Valentini Fühlung zu nehmen. Der damalige Verlauf schloß jede Wiederholung dieses Versuches aus.[10])

Die große Verantwortung, die Euer Majestät auf mich und meinen bewährten Gehülfen gelegt haben, lassen ein freudiges und sicheres Arbeiten nicht zu, wenn wir dauernd die Machtstellung der Krone und das Vaterland in Gefahr sehen und des uneingeschränkten Vertrauens Euerer Majestät nicht gewiß sind.[11]) Solange Herr von Valentini sich in Euerer Majestät Nähe befindet, ist dies

[7]) Die „Deutsche Zeitung" wurde am 24. 12. 1917 vom Oberkommando in den Marken wegen des Artikels „Erziehung zur Krone" für 5 Tage und am 26. 1. 1918 für 4 Tage wegen Verunglimpfung des Kaisers in dem Artikel „Graf Hertling bittet um neue Friedensbedingungen" verboten; vgl. MGFA MA/RMA, Nr. 2354, XVII. 1. 5. 8a, Bd. 6. Oberstleutnant v. Haeften berichtet (Nachlaß Haeften, Nr. 5) von einer Äußerung Ludendorffs am 14. 1. 1918: „Das deutsche Volk steht mir höher als die Person des Kaisers." Haeften hatte die Meinung vertreten, daß die Generale selbst bei einem sog. Verzichtfrieden den Kaiser nicht verlassen dürften.

[8]) In einem Briefentwurf Valentinis an Hindenburg vom Januar 1918 (Nachlaß Schwertfeger, Nr. 206) gibt der verabschiedete Kabinettschef eine Äußerung des Kaisers wieder, wonach Hindenburg dem Kaiser erklärt habe, er trage Bedenken, die Offensive im Westen zu eröffnen, solange er einen solchen Feind [Valentini] im Rücken habe. Valentini beschließt den nicht abgesandten Brief mit dem Satz: „Möchte Euer Exzellenz alsdann [nach Aufklärung der „dunklen Machenschaften"] die Erkenntnis nicht zu schwer treffen, einen ehrlichen Mann ungerechterweise verunglimpft und den König zu einem Schritt gezwungen zu haben, der sein monarchisches Gefühl aufs Tiefste kränken mußte."

[9]) Das in der Vorlage folgende Wort „vorstehend" ist durchgestrichen.

[10]) Valentini wandte sich gegen die schon am 10. 1. 1917 erhobene Forderung der OHL, Bethmann Hollweg zu verabschieden. Die in diesem Sinne geführten Unterredungen mit Hindenburg und Ludendorff blieben ergebnislos, führten vielmehr sehr schnell zu einem Bruch der Generale mit dem Zivilkabinettschef. Vgl. Valentini, S. 146 ff.

[11]) Zur Krise um Person und Politik des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts vgl. Nr. 421.

ausgeschlossen. Das Vertrauen zu dieser Persönlichkeit fehlt nicht nur bei mir und General Ludendorff, sondern auch im besten Theile des Volkes.

H[indenburg]
General-Feldmarschall.

421.

Bericht des bayerischen Militärbevollmächtigten an den bayerischen Kriegsminister. Äußerungen im Gr. Hauptquartier zum Sturz Valentinis und zur preußischen Wahlrechtsvorlage.

17. 1. 1918, Gr. Hauptquartier, Nr. 14009, Geheim! — BHStA IV München MKr, 1828, handschriftl. Ausfertigung.

Es stellt sich immer mehr heraus, daß die letzte Unternehmung der O.H.L. in Berlin[1]) zu einem vollständigen Fehlschlag für sie geführt hat.[2]) Um nicht mit

[1]) Hindenburg und Ludendorff hielten sich vom 12.—14. 1. 1918 in Berlin auf, vgl. Quellen I/1, Bd. 2, Nr. 141a, S. 102, Anm. 26.

[2]) Gegenstand der Verhandlungen mit der Reichsleitung war die Klärung der sog. Verantwortlichkeitsfrage im Hinblick auf die Friedensverhandlungen (vgl. die Nachweise in Quellen I/1, Bd. 2, Nr. 141a, S. 102, Anm. 26) sowie der Versuch, die Reichsleitung zu einem Abrücken von der Friedensresolution des Reichstages vom 19. 7. 1917 zu bestimmen (vgl. hierzu Quellen I/1, Bd. 2, Nr. 146, S. 127 ff., insbesondere Anm. 16 f. sowie das Schreiben Solfs an den Reichskanzler vom 18. 1. 1918 über eine Unterredung mit dem Reichstagsabgeordneten David, Nachlaß Solf, Nr. 54). Der Vertreter des Reichsmarineamts im Gr. Hauptquartier berichtete am 16. 1. 1918 (MGFA MA/RMA, Nr. 7841, M) über ein Gespräch mit Oberstleutnant Bauer: „Die Frage, ob man von der Friedensresolution abrücken solle spiele die Hauptrolle. Bauer glaubt nicht, daß der Reichskanzler dafür zu haben sein wird. Letzterer habe sich bei den Vorbesprechungen sehr wenig orientiert erwiesen, namentlich über Arbeiterfragen. Bauer bedauert, daß Se. Majestät nicht Exzellenz Ludendorff zu den Besprechungen hinzugezogen habe. Die Chefs (Exzellenz v. Hindenburg, Reichskanzler) seien zu wenig über die Einzelfragen orientiert. Daß Exzellenz Ludendorff nicht zugezogen ist, fällt hier allgemein auf." Gegenüber dem Kaiser erhob Hindenburg die Forderung, Valentini und Kühlmann zu verabschieden (vgl. Nr. 420, Anm. 1). Gegen den Staatssekretär des Auswärtigen Amts war seit Ende Dezember 1917 unter maßgeblicher Beteiligung des Oberstleutnants Bauer ein regelrechtes Kesseltreiben inszeniert worden, das jedoch am Widerstand des Kaisers und Kanzlers scheiterte. Im Bericht des bayer. Militärbevollmächtigten vom 29. 12. 1917 (BHStA IV München MKr, 1828) heißt es, daß die „Voreingenommenheit" gegen Kühlmann durch Bauer und den Major v. Bockelberg „wach erhalten" wurde (vgl. hierzu auch die folgenden Berichte aus der ersten Januarhälfte 1918). Am 4. 1. 1918 richtete der bayer. Staatsrat und Unterstaatssekretär im Kriegsernährungsamt, Edler v. Braun, eine Eingabe an den König von Bayern, in der die heftigsten Vorwürfe gegen die Politik Kühlmanns erhoben und der König zu einer Demarche beim Kaiser aufgefordert wurde. Eine Abschrift der Eingabe wurde dem König von Sachsen übersandt, zwei weitere gingen über Major v. Harbou an Oberstleutnant Bauer zur Weiterleitung an den preuß. Kronprinzen (Nachlaß Bauer, Nr. 12). Bauer selbst verfaßte eine Denkschrift „Zur gegenwärtigen Lage", die am 6. 1. 1918 dem Kronprinzen übersandt wurde. In ihr wurde festgestellt, daß sich Kühlmann auf die Seite von Haase, Scheidemann und Erzberger in der Friedensfrage gestellt habe und einen Verzichtfrieden anstrebe. Hindenburg, Ludendorff, das Heer und der „weitaus größere Teil des

leeren Händen zurückzukommen, hat man sich gewissermaßen auf den Sturz Valentinis geeinigt und mit dieser „Abschlagszahlung" mußte sich die O.H.L. abfinden.[3])

Von Valentini wird gesagt, daß er keine glückliche Hand in der Auswahl der Persönlichkeiten gehabt habe und daß er ein unverbesserlicher Pessimist gewesen sei. Sein Nachfolger, der bisherige Oberpräsident von Ostpreußen, von Berg, sei ein alter Freund und Studiengenosse des Generalfeldmarschalls[4]), ihm ähnlich an Festigkeit des Charakters, Sicherheit und Ruhe.

In den preußischen Kreisen des Gr. Hauptquartiers ist man sehr beglückt über den Sturz Valentinis, den man als logische Folge von Bethmanns Abgang schon viel früher gewünscht hätte und zu dem man — um das Kleeblatt voll zu machen — noch die Entfernung des Chefs des Marinekabinetts, Admirals von Müller, gerne sähe.[5]) —

Bezüglich der inneren Politik, scheint man sicher mit dem Durchfall der Wahlrechtsvorlage im preußischen Landtage zu rechnen, da keine der Parteien — ausgenommen die Sozialdemokraten — das *gleiche* Wahlrecht wolle.[6]) Für ein Pluralwahlrecht wäre man jetzt zu haben. Die Haltung der Krone und der preußischen Minister begegnet in allen besitzenden Klassen nur Kopfschütteln und Bedauern. Man erhofft viel, ja Alles, von der Haltung Bayerns! Bayern als Agrarstaat könne allein der sozialdemokratischen Flut einen Damm entgegensetzen (?). Es müßte sich aber vor weiterer Industrialisierung hüten (Krupp).[7]) Solche Meinung hörte ich vom Delegierten der freiwilligen Krankenpflege, Frhr. von Kerckerinck zur Borg.[8]) Ich deutete ihm an, daß dieser Vorschlag einen Verzicht Bayerns auf Mehrung seines Wohlstandes zu Gunsten Preußens enthalte. —

Auffällig schien mir, daß General von Marschall, der von Berlin zurückgekehrt

---

Volkes" lehnten eine solche Politik ab. Dieser Kampf „zweier Weltanschauungen" müsse nun entschieden werden (Nachlaß Bauer, Nr. 2). Vgl. hierzu auch den Brief Ludendorffs an A. Wyneken vom 1. 1. 1918, in: Knesebeck, S. 164 f. Sowohl die Eingabe des Staatsrats v. Braun als auch die Denkschrift Bauers waren bereits am 9. 1. 1918 in den Händen des bayer. Kronprinzen (Bericht Krafft v. Dellmensingens vom 10. 1. 1918, BHStA II München, MA I, Nr. 945). Vgl. auch Bernhardi, S. 487 ff.

[3]) Vgl. Nr. 420.

[4]) Hier liegt offenbar eine Verwechslung vor; Berg stand auf Grund einer gemeinsamen Studienzeit in einem besonders engen Verhältnis zum Kaiser. Vgl. Quellen I/1, Bd. 2, Nr. 141a, S. 103, Anm. 26.

[5]) Admiral v. Müller wehrte sich seit dem Herbst 1917 vergebens gegen Verleumdungen seiner Person in der Presse. Vgl. die Meldung des Kapitäns z. S. Boy-Ed vom 3. 11. 1917 (MGFA MA/Adm, Nr. 2414, P 20, Bd. 1) und den Tagebucheintrag des Korvettenkapitäns v. Selchow vom 22. 1. 1918 (Nachlaß Selchow, Logbuch Nr. 37, dazu auch MGFA MA/Adm, Nr. 2025, III. 1. 1, Bd. 1), sowie Müller, S. 348 f.

[6]) Vgl. Nr. 440 und 446.

[7]) Der vorangehende Satz ist in der Vorlage von Empfängerseite durch einen senkrechten Strich am Seitenrand hervorgehoben.

[8]) Vgl. die Eintragung über eine Unterhaltung mit dem Reichstagsabgeordneten des Zentrums Frhr. v. Kerckerinck am 10. 1. 1918 in: Einem, S. 358, sowie Nr. 440.

ist, für die letzte energische Rede des Generals Hoffmann in Brest[9]) keinen so großen Enthusiasmus zeigte, wie er bei unserer Tischgesellschaft darüber vorhanden war. Er meinte nur, wenn man zum Frieden kommen wolle, dürfe man nicht so reden.

v. Hartz.

[9]) Rede Hoffmanns vom 12. 1. 1918, vgl. Schulthess 1918/II, S. 659 f.; Quellen I/1, Bd. 2, Nr. 140, S. 91, Anm. 5; W. Steglich, Die Friedenspolitik der Mittelmächte 1917/18, Bd. 1, Wiesbaden 1964, S. 332.

422.

Auszug aus den Aufzeichnungen aus der Pressebesprechung.[1]) Stellungnahme des Vertreters des Kriegspresseamts zu den Verhandlungen in Brest-Litowsk.

18. 1. 1918, Nr. 334, Vertraulich! — BHStA IV München MKr, 14025, vervielfältigtes Exemplar.

[...][2])

K.Pr.A. II:[3]) Ich möchte auch im Auftrage der Obersten Heeresleitung die Bitte des Direktors Deutelmoser[4]) unterstreichen in bezug auf den Stand der Verhandlungen, auch für den Fall daß sich die Lage in Brest verschärft und möglicherweise zu einem Abbruch der Verhandlungen führt, in der Presse zuversichtliche Stimmung an den Tag zu legen. Nicht wir haben davon Nachteil, sondern einzig die Russen, Anknüpfend an das, was die Herren Baake und Grunwald[5]) ausgeführt haben, wäre dabei auch in der linksstehenden Presse zum Ausdruck zu bringen,

[1]) Vgl. Nr. 417, Anm. 1.

[2]) Georg Bernhard vom Ullstein-Verlag hatte auf die möglichen innenpolitischen Folgen eines Scheiterns der Verhandlungen in Brest-Litowsk aufmerksam gemacht. „Wir dürfen nicht vergessen, daß die offizielle Sozialdemokratie bei allem guten Willen, den sie zweifellos hat, doch abhängig ist von ihrem linken Flügel, den Unabhängigen [...]. Ich weiß nicht, wohin das [Berichte über unterschiedliche Auffassungen innerhalb der deutschen Delegation bei den Verhandlungen] nach den optimistischen Auftakten, die den Verhandlungen gegeben worden sind im Falle eines Scheiterns führen wird." In der sich daran anschließenden Diskussion ergriff auch der Vertreter des Kriegspresseamts das Wort. Vgl. hierzu auch Nr. 348.

[3]) Vgl. Nr. 417, Anm. 4.

[4]) Der Pressechef beim Reichskanzler hatte darauf hingewiesen, daß die deutsche Seite möglicherweise gezwungen sein könnte, „den Russen gegenüber eine etwas deutlichere Sprache zu führen." Das bedeute jedoch nicht, daß auf einen Abbruch der Verhandlungen hingesteuert werde. „Daß dieser Zeitpunkt einmal kommen könnte, dürfen wir nicht aus dem Auge verlieren und darum muß die Presse vorausblickend dafür sorgen, daß dann jeder Mann mit der vollen festen Überzeugung von der Gerechtigkeit und der Notwendigkeit unserer äußersten Bedingungen durchdrungen ist."

[5]) Grunwald hatte betont, daß irgendwelche Konzessionen an die USPD die Position der deutschen Unterhändler nur schwächen würde. Baake hatte erklärt, daß er die Situation in Brest-Litowsk nicht so pessimistisch betrachte, der Zwang der Tatsachen werde die Russen zum Abschluß eines Sonderfriedens führen. „Was die Stellung der deutschen Sozialdemokratie angeht, so erkläre ich: die Politik meiner Partei geht von rein sachlichen Erwägungen aus, sie wird nicht von Konkurrenz-Rücksichten auf die linksstehende Gruppe beeinflußt. Mit dieser Politik hat die Sozialdemokratie gute Erfolge erzielt. Die Berliner Kommunalwahlen des Ostens, die öffentlich waren, haben gezeigt, daß der offizielle [!] Anhang der offiziellen Sozialdemokratie in Berlin viel stärker ist, als man angenommen hat. Daher keine Schwarzseherei, nur Ruhe und Besonnenheit gegenüber den Brester Verhandlungen." Vgl. hierzu auch Quellen I/3, Bd. 2, Nr. 462 ff., S. 349 ff., sowie Quellen I/4, S. 263 ff.

daß die Propaganda der Russen, ihre Versuche, revolutionäre Ideen in das deutsche Volk und Heer hineinzutragen, zwecklos sind; daß jeder Erfolg fehlen wird, daß etwaige Hoffnungen der Russen, durch die Brester Verhandlungen bei uns ähnliche Zustände hervorzurufen, wie in Rußland, nicht in Erfüllung gehen werden.[6]) Nach dem, was den Herren aus meinen vertraulichen Mitteilungen über den Zustand des russischen Heeres bekannt ist, haben die Russen gar keine Möglichkeit, die Feindseligkeiten gegen uns wieder zu eröffnen, während andererseits unsere militärische Lage im Osten so ist, daß wir, wenn es notwendig wird, jeden Tag die Feindseligkeiten wieder aufnehmen können.[7]) Das Material, was hierüber den Herren bisher vertraulich bekannt gegeben worden ist, können sie für diese Darstellung von jetzt ab in der Presse verwerten. Soweit die Herren sich nicht Notizen gemacht haben, bin ich bereit, die wichtigen Momente über den Zustand des russischen Heeres zu morgen im Umdruck zusammenstellen zu lassen. Auch die Oberste Heeresleitung legt im Interesse der Kriegführung großen Wert darauf, daß diese Zuversicht, auch wenn Friedensverhandlungen nicht zu dem gewünschten Abschluß kommen[8]), in der Presse durchaus zur Geltung kommt; wir können warten, die Russen aber nicht.

[. . .][9])

[6]) Zu den Versuchen, die revolutionäre Propaganda der Sowjetrussen von der deutschen Öffentlichkeit fernzuhalten, vgl. Nr. 417, sowie Archivalische Forschungen 4/II, Nr. 313, S. 919. Die Monatsberichte der stellv. Generalkommandos in der Zusammenfassung durch das preuß. Kriegsministerium für die Monate Dezember 1917 bis Februar 1918 (vgl. Nr. 154, Anm. 1 und 2) geben einen Überblick über die Schwankungen der allgemeinen Stimmung im Hinblick auf die Verhandlungen in Brest-Litowsk. Aus dem Rahmen der im ganzen eher ausgewogenen und glättenden Berichte fällt die Stellungnahme des württ. Kriegsministeriums zu dieser Frage für den Monat Januar 1918, in der es u. a. heißt: „Das Aufhören des Siegeszuges unserer und der verbündeten Heere in Norditalien, die verhältnismäßige Ruhe an den Fronten und die bekannten Vorgänge in Brest-Litowsk scheinen in Verbindung mit den um so schärfer einsetzenden Redeschlachten der leitenden Staatsmänner der Entente eine gewisse Unruhe ins Volk getragen zu haben, die leider von dem Gegenteil dessen zeugen, was wir alle in der gegenwärtigen Zeit am meisten bedürfen — der ruhigen starken Nerven."

[7]) Zur Entscheidung über die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten am 18. 2. 1918 im Kronrat vom 13. Februar vgl. Quellen I/1, Bd. 2, Nr. 161, insbesondere Anm. 28 sowie Nr. 163, insbesondere Anm. 15; Quellen I/3, Bd. 2, Nr. 467, S. 373 ff.; W. Baumgart, Deutsche Ostpolitik 1918. Von Brest-Litowsk bis zum Ende des ersten Weltkriegs, München 1966, S. 23 ff.

[8]) In der Pressebesprechung vom 28. 1. 1918 (BHStA IV München MKr, 14025) erklärte der Vertreter des Kriegspresseamts: „Anschließend an die Ausführungen des Herrn Vorredners [der Vertreter des Auswärtigen Amts hatte die Pressevertreter um größtmögliche Einmütigkeit gebeten, „da die nächsten Tage von einer großen entscheidenden Bedeutung für den Gang der Friedensverhandlungen" sein würden] bitte auch ich im Auftrag der Obersten Heeresleitung die Presse aller Parteien, in den nächsten Tagen das Verhalten der Bolschewiki, ihre bisherige Verhandlungsmethode, ihr sonstiges Auftreten gegen Deutschland, ihre Versuche, revolutionäre Ideen nach Deutschland hineinzutragen, aufzugreifen. Es ist unbedingt erforderlich, daß die Presse in diesem Sinne energisch schreibt, da die Verhandlungen in Brest so geführt werden müssen, daß bis Anfang Februar Klarheit geschaffen ist. Es kommt also darauf an, die Öffentlichkeit immer wieder auf die wahren Absichten der russischen Machthaber hinzuweisen. Diese Absichten sind: 1. Verzögerung der Friedensverhandlungen zwecks Herbeiführung der Revolution bei den Mittelmächten, 2. Übertragung der inneren chaotischen Zustände auf unsere unerschütterte innere Front und dadurch die Herbeiführung unserer miltärischen Niederlage."

[9]) Im folgenden wurde eine Zensurverfügung zur Streikbewegung in Österreich-Ungarn besprochen, vgl. Nr. 423.

423.

Auszug aus den Aufzeichnungen aus der Pressebesprechung.[1]) Stellungnahme des Vertreters des Kriegspresseamts zum Verbot der Behandlung des Streiks in Österreich-Ungarn in der deutschen Presse.

21. 1. 1918, Nr. 336, Vertraulich! — BHStA IV München MKr, 14025, vervielfältigtes Exemplar.

[. . .][2])

K.Pr.A II:[3]) Bei der Zensurverfügung, die Erörterung der Ausstände in Österreich-Ungarn aus der deutschen Presse fern zu halten[4]), sprachen erhebliche militärische Interessen mit, die sich wohl ein großer Teil der Herren nicht klar gemacht hat. Wie den Herren aus der englischen Presse vielleicht bekannt ist, ist die Verpflegungslage in England augenblicklich außerordentlich trübe, den Engländern fehlt es in dieser Richtung an einem Argument, um die Stimmung ihres Volkes wieder zu heben. Wenn man die Ausstandsfrage in Österreich-Ungarn in der deutschen Presse sofort erörtert hätte, so ist kein Zweifel, daß dabei auch die Verpflegungslage in Österreich breit behandelt worden wäre; dadurch würden wir den Engländern das Agitationsmittel zur Hebung der eigenen Stimmung unzweifelhaft in die Hand geben.[5]) Ebenso verhält es sich auch mit der politischen Seite der Ausstandsbewegung in Österreich-Ungarn, die die Entente mit Freudengeheul behandelt haben würde, um einen Riß, eine Verstimmung zwischen uns und unseren Verbündeten festzustellen, ebenfalls wieder zwecks Hebung der eigenen Stimmung.[6]) Gerade diese heikle Frage muß mit ruhigen Nerven behandelt werden, und die ruhigen Nerven finden sich wieder, wenn man erst einmal den ganzen Verlauf sich sachlich klar macht, vor allen Dingen erst dann in die Erörterung eintritt, wenn sich die augenblickliche Erregung gelegt hat.[7]) Ich stehe daher auf

[1]) Vgl. Nr. 417, Anm. 1.

[2]) In der voraufgehenden Erörterung über die Behandlung des Streiks in Österreich-Ungarn in der Presse hatte zuletzt der Korrespondent der „Kölnischen Volkszeitung" sich für eine unmißverständliche Stellungnahme gegen die antideutschen Stimmen in der Donau-Monarchie ausgesprochen.

[3]) Vgl. Nr. 417, Anm. 4.

[4]) Bekanntgegeben in der Pressebesprechung vom 18. 1. 1918 (vgl. Nr. 422, Anm. 9), wodurch Nachdruck und Besprechung aller Nachrichten über die Streikbewegung verboten wurden. Vgl. auch Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 3, S. 143 ff.

[5]) H. v. Gerlach, der Schriftleiter der „Welt am Montag" machte sofort darauf aufmerksam, daß auf diese Weise nicht verhindert werden könne, daß Nachrichten über den Streik nach Großbritannien gelangten. Aus dem Schweigen der deutschen Presse würde man im Gegenteil sehr leicht für Deutschland ungünstige Schlüsse ziehen. Der Vertreter des Kriegsamts meinte daraufhin, daß die Erörterung freigegeben werde, wenn die erste Erregung über die Ereignisse abgeklungen sei.

[6]) Vgl. Anm. 2. H. v. Gerlach hatte gegenüber Eisele (vgl. Anm. 2) bemerkt, daß durch ein bloßes Auftrumpfen, durch Pochen auf die deutsche Weltmachtstellung der Bewegung in Österreich-Ungarn nicht zu begegnen sei.

[7]) Als Hauptmann v. Vietsch vom Oberkommando in den Marken mitteilte, daß er, in Erwartung der Aufhebung des rigorosen Verbotes, der „B.Z. am Mittag" die Veröffentlichung einer vorsichtigen Nachricht über Teilstreiks gestattet habe, erhob sich ein lebhafter und allseitiger Protest der Pressevertreter, die entweder gleiche Freiheit oder gleiche Unfreiheit (wie Grunwald

dem Standpunkt, daß die Zensurverfügung absolut notwendig war. Sie wird aber wieder aufgehoben werden, sobald den Herren die Richtlinien gegeben werden können, die die Erörterung gestatten, unter Vermeidung der von einer uneingeschränkten Erörterung zu befürchtenden Nachteile.[8])
[. . .][9])

es formulierte) für die gesamte Presse forderten. An dem Verbot des „Vorwärts" vom 21. 1. 1918 (MGFA MA/Adm, Nr. 2393, P 1, Bd. 2, vgl. auch Quellen I/4, S. 266), der sich verschiedentlich über das Verbot hinweg gesetzt hatte, nahmen sie weniger Anstoß, als an dieser offenkundigen Bevorzugung einer Zeitung. Dieser Sachverhalt kam auch in einer großen Diskussion über die Verwertung von Informationen aus den Pressebesprechungen durch Behördenvertreter in der Besprechung vom 24. 1. 1918 (BHStA IV München MKr, 14025) zum Ausdruck. In dieser Sitzung wurde auch bekannt, daß der Redakteur des „Vorwärts", Erich Kuttner, am 24. 1. 1918 seinen Einberufungsbefehl bekommen hatte, obwohl seine Zurückstellung bis zum 1. 4. 1918 genehmigt worden war. Die Vertreter des preuß. Kriegsministeriums und des Oberkommandos in den Marken versuchten die Ansicht, daß es sich hier um eine politische Maßnahme handele, zu widerlegen. Der fatale Eindruck verstärkte sich jedoch, als der Korrespondent der „Vossischen Zeitung" erklärte, Kuttner sei totaler „Ganzinvalide", durch eine Schußverletzung am rechten Arm könne er die rechte Hand kaum bewegen. Zu dem gegen Kuttner nach dem Januarstreik eingeleiteten Verfahren bei einem außerordentlichen Kriegsgericht vgl. F. Stampfer, Erfahrungen und Erkenntnisse, Aufzeichnungen aus meinem Leben, Köln 1957, S. 215 f.

[8]) In der Pressebesprechung am 24. 1. 1918 (vgl. Anm. 7) gab der Vertreter des Auswärtigen Amts eine breite Darstellung der Streikbewegung, damit war die Erörterung freigegeben.

[9]) Es schloß sich die in Anm. 5 und 7 erwähnte Erörterung an.

424.

Schreiben des Chefs der Presseabteilung des Admiralstabes an die Pressereferenten des Auswärtigen Amts, des preußischen Kriegsministeriums und des Oberkommandos in den Marken.[1]) Information der Öffentlichkeit über den beabsichtigten Streik.

25. 1. 1918, P. 563, Vertraulich. — MGFA MA/Adm, Nr. 2399, P 6, Bd. 6, Durchschrift.[2])

Es scheint mir Pflicht, der Sicherheit halber mitzuteilen, daß mir zugegangenen Gerüchten zufolge für Montag den 4. Februar ein Generalstreik in Aussicht ge-

[1]) Am 26. 1. 1918 unterrichtete Kapitän z. S. Boy-Ed auch den Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei sowie den Vertreter des Admiralstabes im Gr. Hauptquartier. In einer gesonderten Meldung wurde auch der Chef des Admiralstabes in Kenntnis gesetzt (MGFA MA/Adm, Nr. 2414, P 20, Bd. 1). Korvettenkapitän v. Selchow berichtet in seiner Tagebucheintragung vom 24. 1. 1918 von einer gewissen Unruhe im Admiralstab, da „innere Unruhen" erwartet würden und man „mit einem Generalstreik" rechne, „Vorbereitungen großen Stils" würden getroffen (Nachlaß Selchow, Logbuch Nr. 37).

[2]) Die Vorlage ist weder unterschrieben, noch abgezeichnet. Die Abfassung der Vorlage durch Kapitän z. S. Boy-Ed geht aus der Meldung an den Chef des Admiralstabes vom 26. 1. 1918 (vgl. Anm. 1) hervor.

nommen ist.[3]) Die Begründung für denselben soll sein: Lebensmittelfrage und Wahlrechtsvorlage.

Ich bin grundsätzlich der Auffassung — und Erfahrungen in diesem Kriege bei uns und in fremden Ländern haben die Richtigkeit dieser Anschauung erwiesen — daß man derartigen Massenunternehmungen von vornherein ebenso rücksichtslos entgegentreten muß, wie sie selbst gedacht sind. Dazu gehört meines Erachtens in erster Linie, daß man die Absicht des Streikes in der Öffentlichkeit sofort und auf das breiteste erörtert.[4]) Der Sinn auch der breiten Massen unseres Volkes wird noch so gesund sein, daß er nach Fortnahme des Mystischen und Heimlichen derartiger Bewegungen (worin der gefährliche Anreiz liegt) ein Einsehen hat. Es ist doch geradezu ungeheuerlich, daß ausgerechnet *Arbeiter streiken wollen, um derentwillen skandalöserweise ein Schleichhandel im Großen zum Nachteil der übrigen Bevölkerung, insbesondere der Kriegerwitwen und -waisen, kleinen Handwerkern und vor allen Dingen der mittleren und unteren Beamten* sich eingebürgert hatte. Es ist ferner unerhört, daß die Wahlrechtsvorlage als weiterer Grund angeführt wird, denn ein Generalstreik richtet sich in seinen Folgen in erster Linie gegen die Regierung und die Bevölkerung der großen Städte. Diese aber sind bekanntlich nicht diejenigen, die die Erledigung der Wahlrechtsvorlage verzögern.

Sollte diese meines Erachtens sofort notwendige Presseaufklärung ohne Erfolg bleiben, so müßte m. E. der leiseste Versuch zu einem Verbrechen am Vaterlande in der Stunde des Sieges mit den drastischsten Mitteln unterdrückt werden.[5])

[3]) Zur Vorgeschichte des Streiks vgl. W. Bartel, S. 150 ff. Vgl. auch Archivalische Forschungen 4/III, Nr. 319 f., 324 f., 331, 334, 336 ff., S. 930 ff.; Dokumente und Materialien II/2, Nr. 27, S. 74; Thaer, S. 151 (Eintragung vom 31. 12. 1917). In der Sitzung des Hauptausschusses am 22. 1. 1918 hatten auch die Sozialdemokraten Ebert und Scheidemann auf die Möglichkeit eines Streiks hingewiesen, vgl. Quellen I/4, S. 266. Ein Aufruf der USPD in der Sonderbeilage der „Internationalen Korrespondenz" vom 22. 1. 1918 zum Massenstreik wurde durch die Zensurbehörden verboten (MGFA MA/RMA, Nr. 2356, XVII. 1. 5. 11, Bd. 4; StA Koblenz 403, Nr. 14134). Zum Aufruf der USPD vgl. Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 3, S. 141 f.

[4]) Vgl. hierzu die Rede des Staatssekretärs des Innern im Hauptausschuß am 26. 1. 1918, Schultheß 1918/I, S. 46 f., die noch am selben Tage von der Presseabteilung des Admiralstabes den Gouvernements in Kiel und Wilhelmshaven zur „weitesten Verbreitung" übermittelt wurde (MGFA MA/RMA, Nr. 2349, XVII. 1. 5. 7, Bd. 15).

[5]) Vgl. hierzu insbesondere Nr. 437 und 438.

425.

Rede des Generalleutnants Wild v. Hohenborn vor den Offizieren des Stabes des XVI. Armeekorps aus Anlaß des Geburtstags des Kaisers.[1])

27. 1. 1918, Buzanzy. — Nachlaß Hohenborn, Nr. 5, maschinenschriftlich.

Meine Herren, wir wollen auch in diesem engeren Kreis dem Kaiser und König nochmals unser Hurra bringen. Welche Gedanken verbinden wir damit? — Meine Herren, es ist mir immer, sei es als Kompagnie-Chef, sei es als Regiments-Kommandeur oder wo es auch war, ein besonders feierlicher, nachdenklicher und erhebender Akt gewesen, bei festlichen Gelegenheiten das Kaiserhoch auszubringen. Sollte das nicht in dieser großen, tiefernsten, sorgenschweren, aber auch wieder, gebs Gott, glückverheißenden Zeit in besonderem Maße der Fall sein, in einer Zeit, wo wir den Inhaber der Krone die schwere Last seines Amtes tragen sehen durch die unerhörteste Erschütterung und Kraftprobe, die unser junges Reich überhaupt, unser altes Preußen seit über 100 Jahren zu bestehen gehabt hat?! — Meine Herren, ich habe heute morgen inmitten unserer Leute dem Kaiser als Obersten Kriegsherrn den *Sieg* gewünscht und zu treuer Mitarbeit zu dessen Erringung aufgefordert.[2]) Hier — wo Führer des Heeres versammelt sind — strömt diese Bitte um Sieg doppelt heiß aus dem Herzen, pocht diese Mahnung zu treuer Mitarbeit doppelt eindringlich ans Gewissen. — Meine Herren, wir sehen unser Volk in schwerstem Ringen gegen mächtige und verbissene Feinde, wir kennen deren auf Vernichtung des Deutschtums gerichtete Ziele, wir kennen die Größe der von uns noch zu lösenden Aufgabe, wir brauchen ja nur auf Österreich-Ungarn zu blicken, um zu sehen wie schwankend an manchen Stellen der Boden ist, auf dem wir stehen[3]), wir verschließen, auch als Offiziere, unsere Augen nicht vor den in unserer Heimat bestehenden, am Siegeswillen des Volkes nagenden inneren Zerwürfnissen und vor den wirtschaftlichen Schwierigkeiten unserer ganzen Lage.[4]) Aber, meine Herren, wir sind uns auch bewußt, daß unser

[1]) Vgl. hierzu die Rede Wild v. Hohenborns aus dem gleichen Anlaß im Jahre 1917, Nr. 251. Das Kriegspresseamt hatte die Presseabteilungen sämtlicher stellv. Generalkommandos mit Schreiben vom 12. 1. 1918 (HStA Stuttgart XIII. AK, Abt. II, Bd. 60) aufgefordert, in Abwehr der intensiven feindlichen Propaganda und in Anbetracht der „glänzenden militärischen Lage" den Veranstaltungen am 27. 1. 1918 besondere Aufmerksamkeit (Hinweise in Pressebesprechungen) zu widmen. „Die Beteiligung auch der am weitesten links stehenden Presse an der Würdigung des Geburtstages Seiner Majestät des deutschen Kaisers durch eingehende Schilderung der patriotischen Veranstaltungen würde zweifellos nicht ohne starken Eindruck auf das feindliche und neutrale Ausland bleiben." Vgl. hierzu auch Nr. 326.

[2]) Text der Rede im Nachlaß Hohenborn, Nr. 5. Hinsichtlich des Sieges hatte Wild v. Hohenborn ausgeführt: „Dieser restlose volle Sieg, der einem größeren Deutschland einen glorreichen Frieden und damit uns und unseren Nachkommen als Lohn für unsere unerhörten Opfer ein für immer gesichertes glückliches Dasein gibt, dieser restlose volle Sieg das ist unser heutiger Geburtstagsglückwunsch für unsern kaiserlichen Herrn."

[3]) Anspielung auf den nur wenige Tage zurückliegenden Streik in Österreich-Ungarn, vgl. Nr. 423.

[4]) Die Ansprache Generalleutnant Groeners aus demselben Anlaß war überwiegend den wirtschaftlichen Problemen des Krieges und der Zukunft gewidmet. Vgl. Nachlaß Groener, Nr. 23, im Auszug wiedergegeben in: Groener, S. 564.

deutsches Volk, daß unser heldenhaftes Heer all dieser Schwierigkeiten Herr sein wird, wenn wir einig, fest und treu bleiben, einig geschart um unseren Kaiser, fest und treu in *Seinem* Dienst. Meine Herren, ich denke dabei nicht an einen Schattenkaiser, wie er in manchen Köpfen spuken mag, ich denke nicht an den falschen Glanz eines wesen- und kraftlosen, nur dem Titel nach vorhandenen Kaisertums, dessen Träger als Vollzieher sogenannten Volkswillens ein marionettenhaftes Dasein fristen würde, sondern ich denke an den Erben der Krone Kaiser Wilhelms des Großen, an den Inhaber der in der Reichsverfassung verankerten Gewalten, wie Bismarcks Staatskunst sie statuierte, und zugleich an unseren Landesherrn, unsern Allergnädigsten König von Preußen in all seiner persönlichen Machtvollkommenheit. Ich denke heute auch nicht an eine allgemeine, das Symbol des Reiches darstellende Kaiseridee, sondern an Seine Majestät Wilhelm den II., Ihren und meinen Kaiser und König und Obersten Kriegsherrn, an ihn als Person, an ihn, dem wir im Fahneneid einst in jungen Jahren treu und redlich zu dienen geschworen haben. Welche Wandlungen auch immer unser staatliches Leben durchmachen wird — Wandlungen, deren Notwendigkeit infolge des ungeheuren Erlebens, in dem wir stehen, auch ich nicht verkenne — an einem Tag wie dem heutigen lassen Sie uns uns immer erinnern, daß wir Offiziere dem Kaiser *persönlich* dienen, daß ihm unser Herz, unser Degen, unser Leben gehört. Meine Herren, viel zu viel steht heute, auch im Heer, der Kaiser als Träger der Regierungsgewalt im Mittelpunkt kritischen Denkens und nörgelnder Gespräche. Gewiß das große deutsche Zukunftsproblem — inner- und außenpolitisch genommen — dessen Lösung heute das Volk bis in seine Tiefen beschäftigt, kann und darf auch vom denkenden Offizier nicht unbeachtet gelassen werden; aber gerade weil dies deutsche Zukunftsproblem uns zur Zeit so unwiderstehlich in seinen Bann zieht und die Gefahr eines politisierenden Heeres heraufbeschwört, müssen wir an Tagen wie dem heutigen uns auf den Kernpunkt unserer dienstlichen Pflichterfüllung besinnen und das persönliche Band, das den Kaiser und sein Heer, den König und seine Offiziere, Wilhelm den II. und Sie und mich verbindet, wieder enger und fester knüpfen, müssen wir den monarchischen Gedanken, wie ich ihn andeutete, als unser heiligstes Glaubensbekenntnis von Neuem in uns tiefe Wurzel schlagen lassen. Dieser monarchische Gedanke, diese persönliche Mannestreue gegen den Souverän, war unsere Stärke und soll es bleiben![5]) — Aus solch persönlichen Gefühlen treuester Ergebenheit heraus

[5]) Die Ausführungen Wild v. Hohenborns lassen erkennen, daß der monarchische Gedanke, wie er ihn verstand, im Offizierkorps nicht mehr unbestritten war. Der freiwillige Verzicht — z. T. auch die bewußte Ausschaltung — des Kaisers auf die Wahrnehmung seiner Funktionen als Staatsoberhaupt und Oberster Kriegsherr ist in seinen politischen Auswirkungen in den Quellen belegt und in der Literatur übereinstimmend beurteilt worden. Es sei hier nur an die Kriegstagebücher des Admirals v. Müller erinnert, die einmal mehr die in dieser Hinsicht ganz eindeutige Atmosphäre im Umkreis des Gr. Hauptquartiers wiedergeben. Weniger bekannt und belegt — abgesehen von einigen wenigen Unmutsäußerungen während des Krieges und dem reichen Material aus den letzten Wochen des Krieges — sind die Folgen dieser Entwicklung für die Loyalität des Offizierkorps gegenüber dem Kaiser, deren Erschütterung ein wesentliches Element der Verfassungsstruktur — die kaiserliche und königlich preußische Kommandogewalt — nicht unberührt lassen konnte.
Generaloberst v. Einem, der durch seine Funktionen als preuß. Kriegsminister (1903—1909), Kommandierender General des VII. AK (1909—1914) und Oberbefehlshaber der 3. Armee (1914—1918) dem Kaiser zeitweise sehr nahe stand, beschäftigte sich während des Krieges

in seinen fast täglichen Mitteilungen an seine Frau (Nachlaß Einem, Briefe) immer wieder mit der Person und dem Wirken des Kaisers. Sein Urteil war von Anfang an eindeutig. Nach einem Besuch im Gr. Hauptquartier schrieb er am 13. 11. 1914: „Es drückt auch alle, daß der Kaiser selbst gänzlich Renonce [Fehlfarbe im Kartenspiel] ist. Das Mitsprechen hört in Lagen, die die Entscheidung so oder so beeinflussen können, auf. Das habe ich immer vorher gesagt. Da erhält nur der die Stimme, der Beurteilung besitzt." In einem Brief vom 1. 3. 1915 beklagte er sich über die liberale Innenpolitik Bethmann Hollwegs und fügte hinzu: „Das ist nicht zu ändern, da die höchste Stelle eine selbständige Einsicht nicht hat. Zunächst müssen wir den Krieg zu Ende bringen. Gott kann man nicht genug danken, daß er uns Hindenburg [!] gegeben hat." Am 23. 3. 1915 schrieb er über eine Unterredung mit Bethmann Hollweg: „Kein Führer der Nation, wohin man blickt. B[ethmann] arbeitet am Kaiser, daß er der Führer der Nation würde. Er könnte es schon, aber nach dem Kriege wird seine Vergnügungs- und Erholungslust in hohem Grade zunehmen und er wird für das öffentliche Wohl weniger als sonst zu haben sein. Im alten Rom schuf man in solcher Zeit einen Dictator. Aber das geht nicht, wenn man einen Monarchen hat. Das habe ich gestern auch Tirpitz gesagt, der Hindenburg dazu machen wollte." Den Grund für das Versagen des Kaisers und damit der Führung der Nation sah er darin, „daß wir seit ¼ Jahrhundert ein arbeitendes Staatsoberhaupt nicht gehabt haben." Ende September/Anfang Oktober steigerte sich sein Unmut zu scharfer Erbitterung anläßlich der Besuche des Kaisers während der kritischen Phase der Herbstschlacht in der Champagne (vgl. auch Einem, S. 151 ff.). „Der Allerhöchste ist erfüllt mit Gleichgültigkeit und Schimmerlosigkeit. Dabei verwöhnt durch die Siege in Rußland. Warum soll das nicht hier gehen? Daß in der geschlagenen russischen Armee keine Kanonen mehr sind, hier bei den Franzosen aber doppelt soviele als bei uns, das weiß er nicht, will es wohl auch nicht wissen. Außerdem wäre es ihm gleichgültig" (6. 10. 1915). „Bethmann erzählte mir gestern noch ganz interessant von S. M. Daß ein Mann sich im Kriege ändert, kommt häufig vor, namentlich wenn er ins Feuer kommt, in Lebensgefahr und Schweres durchlebt. S. M. ist der alte geblieben. Ich und immer Ich. Ich habe die Operation befohlen und aufgepaßt, daß keine Dummheiten gemacht werden. B[ethmann] meinte: ja, wenn er das Laien erzählte, aber daß er es mir erzählt, ist eigentlich zuviel verlangt. Das finde ich allerdings auch" (8. 10. 1915). Er beklagte es, daß „der ‚Allerhöchste' ein so naiver Dilettant ist, der militärische Taten in ihrer Wirkung aus eigener Kraft nicht zu bewerten vermag" (23. 10. 1915). Nach dem Sturz von Tirpitz erwartete er nichts mehr vom Kaiser. „Er kann nicht mit Gründen kämpfen, sondern nur mit Faustschlag auf den Tisch und rauhe Worte. Und stets folgt er der Schwäche, nie dem starken Willen. Das Preußentum hat sein Blut nur mit einigen Tropfen durchsetzt, die Masse ist Coburgsches vom Vater seiner Mutter. Wie schlecht haben die Menschen prophezeit, die mit dem Alter eine Änderung kommen sahen: es ist nur ärger geworden" (18. 3. 1916). In den kommenden Monaten und Jahren knüpfte Einem seine Hoffnungen und Erwartungen an den Namen Hindenburg. Schon am 30. 9. 1916 schrieb er: „Für mich ist es ein schönes Gefühl, daß Hindenburg und Ludendorff überhaupt unabsetzbar sind. ‚Kein Kaiser und kein König kann daran was machen', wie es im Liede heißt." Diesem Gedanken wird wiederholt Ausdruck verliehen (vgl. den Brief vom 4. 11. 1916). Kommentarlos gab er die Ansicht Ludendorffs wieder: „S. M. gänzlich ahnungslos und ohne Character, bricht völlig zusammen bei Mitteilung von Verlusten, Niederlagen pp. Umgebung ganz entsprechend. Vertrauen S. M. zu Hindenburg blind" (19. 1. 1917). Und angesichts der ersten Schritte der „Neuorientierung" schrieb Einem am 29. 3. 1917: „Und S. M. läßt alles über sich ergehen mit dem sog. Mut der Kaltblütigkeit oder mit anderen Worten: der Vogel Strauß Politik. Wer wird der Retter sein in der Not? Es ist schwer zu sagen, da man nicht weiß, ob die Masse dann noch so auf Hindenburg hören wird wie heute." Über den Besuch des Kaisers beim Armee-Oberkommando am 23. 5. 1917 berichtete er seiner Frau in einem eingeschriebenen Brief, der nicht erhalten ist. Das „Entsetzen" seiner Frau über diesen Bericht kommentierte Einem am 29. 5. 1917: „Man könnte bald die innere Lage als rettungslos ansehen, wenn nicht die O.H.L. wäre. Es muß doch einmal eine Aufklärung kommen. Der mehr genannte L[udendorff] sagte mir ‚ihm' würde es ganz recht sein, eine Rolle zu spielen wie der ‚King', wenn er nur sein ‚Vergnügen' haben könnte. Alles Andere sei ihm ganz Wurscht. Das habe ich längst gewußt, seit 20 Jahren bin ich mir darüber ganz klar. Überall fehlt der *Ernst*, ohne den es doch nun einmal nicht geht. Nur in einer Richtung gibt es *Ernst:* in der ehrlichen Sucht nach Vergnügungen und Abwechslungen. Und dabei keine Ahnung von der Lage

lassen Sie uns dem Kaiser unseren Glückwunsch bringen. Gott segne ihn und sein Tun und gebe ihm wie seinen großen Vorfahren den Lorbeer des Siegers, damit er dann ein gesichertes *größeres* Deutschland einem langen und glücklichen Frieden entgegenführen möge. Und somit Vorwärts mit Gott für Kaiser und Reich! Rufen Sie mit mir: Seine Majestät der Kaiser und König, Wilhelm II. unser erhabener Souverän und Oberster Kriegsherr, Hurra!

und von der Auffassung der besten Volkskreise." Sarkastisch bemerkte er zu der Entscheidung über die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen: „Der König von Preußen hat sich den Ast, auf dem er sitzt, selbst abgesägt und die Republik ist im Anmarsch. [...] Ob S. M. sich damals diese herrliche Zukunft so gedacht hat, der er uns entgegenführen wollte?! Auf der Rutschbahn geht es verdammt schnell nach unten, nun ist kein Halten mehr" (12. 7. 1917). Hindenburg war zum eigentlichen Träger der monarchischen Idee geworden. Sehr deutlich kommt die völlige Umkehrung des Verhältnisses zwischen dem Obersten Kriegsherrn und seinem Generalstabschef in einem Brief Einems vom 16. 10. 1917 über die Geburtstagsfeierlichkeiten zu Ehren Hindenburgs im Gr. Hauptquartier zum Ausdruck: „Hervorgetreten ist das ganz ausgezeichnete Verhältnis S. M. zu Hindenburg. Nicht nur die Reden haben das erwiesen, sondern auch das Verhalten des Kaisers, der ehrerbietig gewesen ist. Er hat sich um seinen Generalstabschef gesorgt und damit bekundet, daß er weiß welchen Wert Hindenburg für den Krieg, für Deutschland und die Monarchie hat. Es ist das Walten des göttlichen Willens, daß wir diesen Mann haben, der einen Pol in der Zerrissenheit unseres Volkes bildet." Als der Kronprinz Einem am 14. 12. 1917 aufsuchte, um ihn offenbar über die Frage einer vorzeitigen Abdankung des Kaisers zu sondieren („Ich erhalte Briefe aus allen Teilen des Landes und von allen Ständen, die mich auffordern dahin zu wirken, daß S. M. abdanke und ich den Thron besteige"), verhielt er sich sehr zurückhaltend, denn auch der Kronprinz entsprach nicht seinen Vorstellungen. Während des Jahres 1918 wird der Kaiser in den Briefen Einems kaum erwähnt, und wenn es geschieht, dann nur im Sinne einer Reminiszenz („Vielleicht sieht man den Kaiser nächstens mal, der im übrigen spurlos verschwunden ist", 29. 7. 1918). Das Verhalten des Kaisers im Oktober 1918 erscheint im Grunde als eine Bestätigung des eigenen Urteils („Und ‚Er' ist doch noch viel kleiner — um kein anderes Wort zu gebrauchen — als man annehmen durfte" 13. 10. 1918; vgl. auch Nr. 497, Anm. 2). Viel entscheidender wurde, daß sich in Einem von Ende April 1918 an die Zweifel regten, ob die OHL den Krieg zu einem siegreichen Ende bringen könne. Ab Juli 1918 wächst die Kritik an Ludendorff, dann aber auch an Hindenburg. Auch die Autorität, die für Einem an die Stelle des Kaisers getreten war, ist Monate vor dem Kriegsende längst ihres Glanzes entkleidet (vgl. Nr. 469, Anm. 7). Für einen Teil des Offizierkorps, so darf man daraus schließen, hatte sich die Kommandogewalt des Kaisers, vormals das einigende Band des Offizierkorps, aufgelöst und die an seine Stelle getretene Befehlsgewalt der OHL war spätestens seit Anfang Oktober 1918 in ihren Grundfesten erschüttert, die moralische Autorität Hindenburgs durch die Ereignisse des 9. 11. 1918 in Frage gestellt. Vgl. Nr. 481, Anm. 5.

426.

Erlaß des bayerischen Kriegsministeriums an die stellv. kommandierenden Generale der bayerischen Armeekorps.[1]) Richtlinien für das Verhalten bei dem zu erwartenden Streik.[2])

27. 1. 1918, München, Nr. 20858, Vertraulich! — BHStA IV München MKr, 253, vervielfältigtes Exemplar.

Es steht fest, daß die Partei der unabhängigen Sozialdemokraten durch eine umfassende Agitation mit Flugblättern usw. einen Massenstreik mit öffentlichen

[1]) Sowie an den Feldzeugmeister.

[2]) Vgl. hierzu die Richtlinien für die Bekämpfung innerer Unruhen vom 2. 4. 1917, Nr. 274.

Demonstrationen vorbereitet.[3]) Die übrige Sozialdemokratie steht dieser Bewegung fern und mißbilligt sie. Es besteht sonach z. Z. kein Anlaß anzunehmen, daß ein die ganze Rüstungsindustrie und die Verkehrsanstalten umfassender *General*streik unmittelbar bevorsteht. Wohl aber muß, zumal in den Städten, in denen die unabhängige Sozialdemokratie Wurzel gefaßt hat, mit örtlichen Arbeitseinstellungen in einzelnen Betrieben gerechnet werden.[4])

Vermutlich will die unabhängige Sozialdemokratie durch diese Mittel für ihre Partei-Zwecke werben, sie sucht hauptsächlich Frauen, Jugendliche, Verwundete und Kriegsbeschädigte für sich zu gewinnen. Nebenbei mag sie hoffen, daß sich die Regierung zu Maßnahmen verleiten läßt, durch welche breite Massen der Bevölkerung und womöglich die gesamte gemäßigte Sozialdemokratie zum Anschluß an die Bestrebungen der Unabhängigen gebracht werden.[5])

Daraus ergibt sich die unbedingte Notwendigkeit größter Zurückhaltung und besonnensten Vorgehens für alle zur Aufrechterhaltung der Ordnung bestimmten staatlichen Organe.

Arbeitseinstellungen dürfen nicht durch Gewaltanwendung bekämpft werden. Wehrpflichtige Arbeiter sind unverzüglich durch Gestellungsbefehle zu den Bezirks-Kommandos einzuberufen und von dort aus unter militärischer Aufsicht zur Arbeitsaufnahme im früheren Betrieb und unter unveränderten Arbeitsbedingungen zu kommandieren.[6])

Ob die übrigen Arbeitskräfte durch Kriegszustandsanordnung zur Arbeit anzuhalten sind, ist nach Lage der Verhältnisse von Fall zu Fall durch die Herrn Kommandierenden Generale zu entscheiden.

Rädelsführer sind zur Truppe einzuziehen und aus ihrer bisherigen Umgebung zu entfernen.[7])

Menschenansammlungen zu zerstreuen und *Ausschreitungen* zu verhindern, ist zunächst Sache der Polizei. Wird militärische Hilfe angefordert, so ist die Auswahl besonnener und ruhiger, aber tatkräftiger Führer von allergrößer Wichtig-

[3]) Vgl. hierzu Nr. 424, Anm. 3. — Durch den Erlaß des bayer. Kriegsministeriums vom 16. 8. 1917 (vgl. Nr. 303, Anm. 8) hatten die stellv. Generalkommandos jeweils am Ende eines Kalendervierteljahrs dem Ministerium über die Tätigkeit und die allgemeine Entwicklung der USPD zu berichten. Sie waren dabei weitgehend auf die Unterstützung der zivilen Verwaltungsbehörden angewiesen, die Zusammenarbeit verlief nicht ohne Reibungen (vgl. das Schreiben des bayer. Kriegsministeriums an das Ministerium des Innern vom 6. 11. 1917, BHStA I München, M Inn 71706). Oberstleutnant Falkner v. Sonnenberg, der Leiter des Pressereferats, zog am 11. 1. 1918 (BHStA IV München MKr, 11529) aus den Berichten über das letzte Kalendervierteljahr 1917 den Schluß, „daß zwar die Tätigkeit der Unabhängigen in einzelnen Bezirken eine ziemlich vage ist, daß aber die Bewegung einen gefahrdrohenden Umfang bisher nicht angenommen hat". Nach den Berichten konzentrierte sich die Tätigkeit der USPD vor allem auf die Städte München, Nürnberg, Fürth, Aschaffenburg und Schweinfurt. Mitte Dezember 1917 zählte der Ortsverein München ca. 300 Mitglieder.

[4]) Vgl. hierzu Nr. 434.

[5]) Wie weit das Pressereferat des bayer. Kriegsministeriums in seinen Bemühungen ging, um eine solche Reaktion zu vermeiden, zeigt das beantragte Verbot weiterer Versammlungen der Deutschen Vaterlandspartei, Nr. 431.

[6]) Vgl. Nr. 242 und 389.

[7]) Vgl. Nr. 441.

keit. Die Anwendung von Waffengewalt kann gerade bei der Spannung der jetzigen Lage zu unabsehbaren Folgen führen, sie ist nur dann zu rechtfertigen, wenn Gewalttätigkeiten der Bevölkerung vorangegangen sind und alle anderen Mittel versagen.

Um die Teilnahme von Verwundeten usw. an Demonstrationen zu verhindern, sind sie an kritischen Tagen in den Lazaretten usw. zu konsignieren.

Verkehrsstockungen infolge von Arbeitsverweigerungen im Bereich der Verkehrsverwaltung müssen durch sofortige Aushilfe militärischer Kommandos hintangehalten werden.

Ich bitte mir bis auf weiteres tägliche Drahtung über die Verhältnisse im Korpsbereich zukommen zu lassen.

gez. v. Hellingrath.

427.

Auszug aus den Aufzeichnungen aus der Pressebesprechung.[1]) Erklärung des Vertreters des Oberkommandos in den Marken zur Behandlung des Streiks[2]) in der Presse.

28. 1. 1918, Nr. 339, Vertraulich! — BHStA IV München MKr, 14025, vervielfältigtes Exemplar.

[. . .][3])

Oberkommando II:[4]) Über den Stand der Streiks in Berlin liegen zwei Mitteilungen vor, die eine schließt heute früh ab, wo die Arbeiter zunächst die Arbeit aufgenommen, dann aber die Werkstätten verlassen, oder dort nicht gearbeitet haben, die andere um 12 Uhr mittags, also mit dem Eintritt der Mittagspause, in der die Entscheidung darüber fallen wird, ob die Arbeiter weiter arbeiten werden.[5]) Es ist also möglich, daß die mir vorliegenden Zahlen bereits durch die Ereignisse überholt sind. Gegenüber dem Streik eine Vogel-Strauß-Politik zu treiben, wäre gefährlich, vielmehr ist es besser, die Sachlage so darzustellen, wie sie wirklich ist. Aber wenn die Presse Zahlen veröffentlichen will, dann wird

[1]) Vgl. Nr. 417, Anm. 1.

[2]) Zum Januarstreik vgl. Quellen I/1, Bd. 2, Nr. 155, S. 192 ff, insbesondere die Nachweise in Anm. 3; Quellen I/3, Bd. 2, Nr. 465 und 466, S. 361 ff.; Feldman, S. 447 ff., A. J. Ryder, The German Revolution of 1918, Cambridge 1967, S. 116 ff.; sowie Nr. 424, Anm. 3.

[3]) Zuvor war die Situation bei den Verhandlungen in Brest-Litowsk erörtert worden, vgl. Nr. 422, Anm. 7. Der Vertreter des Oberkommandos in den Marken antwortete auf Fragen der Pressevertreter.

[4]) Vgl. Nr. 417, Anm. 4.

[5]) Im direkten Anschluß an den abgedruckten Auszug gab der Vertreter des Oberkommandos in den Marken die Zahlen der um 12 Uhr in Berlin im Streik befindlichen Arbeiter, getrennt nach den einzelnen Werken, bekannt. Danach betrug die Gesamtzahl der Streikenden zu diesem Zeitpunkt 47750 Mann, wobei allerdings nur unklare Angaben über die Streikenden in der Daimler-Motorenfabrik, bei den Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken, den Rumpler-Werken und zwei Betrieben der AEG gemacht wurden. Zur weiteren zahlenmäßigen Entwicklung des Streiks vgl. Nr. 432, Anm. 11.

gebeten, sie in Einklang mit den amtlichen Zahlen zu bringen und überhaupt die Meldungen über den Streik nicht mit fetter Überschrift zu versehen. Unsere Losung muß sein, Kampf gegen die Drahtzieher und Schonung der Arbeitswilligen. Dieser Ausdruck aber sollte wegen seines unsympathischen Beigeschmacks in der Arbeiterbewegung in der Presse vermieden und dafür umschrieben werden. Vor allem keine Ausführungen, mit denen Öl ins Feuer gegossen würde! In diesem Rahmen ist die Erörterung zensurfrei.[6]) Zu Zusammenrottungen und Kundgebungen ist es bisher nicht gekommen. Sollte es dazu kommen, dann wird daran erinnert, daß Mitteilungen darüber vorzensurpflichtig sind.

[. . .][5])

[6]) Im Anschluß an die Mitteilungen des Vertreters des Oberkommandos in den Marken wurde jedoch vom Vertreter des Kriegspresseamts auf die Zensurverfügungen vom 24. 4. 1917 (vgl. Nr. 288, insbesondere Anm. 3) und vom 12. 12. 1917 (MGFA MA/RMA, Nr. 2356, XVII. 1. 5. 11, Bd. 4) hingewiesen, die nach wie vor ihre Gültigkeit behielten. In der Verfügung vom 12. 12. 1917 wurden alle Nachrichten und Besprechungen über Straßenkundgebungen, Zusammenrottungen und Aufzüge der Vorzensur unterworfen. Durch ein Telegramm der Oberzensurstelle vom 27. 1. 1918 war ebenfalls nachdrücklich an die Zensurverfügungen erinnert worden. Der Rahmen für eine freie Berichterstattung über den Streik war also außerordentlich gering.

428.

Telegramm der Oberzensurstelle an das Nachrichtenbureau des Reichsmarineamts.[1]) Maßnahmen gegen die Berichterstattung über den Streik im „Vorwärts" und der „B.Z. am Mittag".

29. 1. 1918, Nr. 35596 O. Z. — MGFA MA/RMA, Nr. 2356, XVII. 1. 5. 11, Bd. 4.

Nachdruck und Besprechung des Leitartikels „Vorwärts" Nr. 29 vom 29. 1. 18 „Die Forderungen der Arbeiter"[2]) und des Artikels „Der Streik" sind aus militärischen Gründen unzulässig[3]), desgleichen Nachdruck und Besprechung der in der „B.Z. am Mittag" Nr. 24 vom 29. 1. 18 unter der Überschrift: „Der 2. Streiktag" veröffentlichten „Forderungen der Streikenden' . Es wird gebeten, entsprechendes Verbot zu erlassen.

Ausfuhr der Nr. 29 des „Vorwärts" und Nr. 24 der „B.Z. am Mittag" ist zu verhindern. Presse ist durch W[olffs] T[elegraphen] B[üro] und T[elegraphen] U[nion] verständigt.

Oberzensurstelle.

[1]) Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß dieses Telegramm an sämtliche Zensurstellen gerichtet wurde.

[2]) Die Streikforderungen sind abgedruckt bei W. Bartel, S. 157.

[3]) Vgl. hierzu die Begründung des Verbots des „Vorwärts" für die Dauer von „zunächst" drei Tagen durch das Oberkommando in den Marken, Archivalische Forschungen 4/III, Nr. 362a, S. 990 f. Hierzu auch Nr. 427 sowie 429, 430, Anm. 3, und Nr. 435, Anm. 6.

429.

Auszug aus den Aufzeichnungen aus der Pressebesprechung.[1]) Stellungnahme des Vertreters des Oberkommandos in den Marken zu dem Verbot des „Vorwärts".

30. 1. 1918, Nr. 340, Vertraulich! — BHStA IV München MKr, 14025, vervielfältigtes Exemplar.

[. . .][2])

Oberkommando II:[3]) Aus den von Herrn Direktor Bernhard schon angeführten grundsätzlichen Erwägungen möchte ich mir versagen, vor diesem Forum mich an einer Diskussion über die von dem Herrn Oberbefehlshaber getroffenen Anordnungen[4]) hinsichtlich ihrer Nützlichkeit oder Zweckmäßigkeit zu beteiligen. Wenn ich es aber täte, würde ich mich selbstverständlich aus vollem Herzen dem anschließen, was Herr Dr. Eisele[5]) und die anderen Herren gleicher politischer Richtung gesagt haben.

Nachdem Herr Heilmann soeben auf das Verbot des Vorwärts zu sprechen gekommen ist, stelle ich fest, daß die von ihm gegebene Darstellung unrichtig ist. Es ist nicht zutreffend, daß in der Begründung des Verbots gesagt worden ist, es sei erfolgt, weil der Vorwärts eine Aufforderung zum Generalstreik erlassen habe. Es hat vielmehr in der Begründung gestanden, daß das Verbot des Vorwärts erfolgt ist, weil er eine Aufforderung zur Teilnahme an einem Massenstreik

---

[1]) Vgl. Nr. 417, Anm. 1.

[2]) Zu Beginn der Besprechung verlas der Vertreter des Reichsamts des Innern die auch den Bundesregierungen mitgeteilte Niederschrift über die Vorgänge am 29. 1. 1918, die zur Ablehnung von Verhandlungen mit Vertretern der Streikenden durch den Staatssekretär Wallraf führten (vgl. Archivalische Forschungen 4/III, Nr. 370, S. 1013 f.). Danach berichteten die Vertreter des Oberkommandos in den Marken (vgl. Anm. 3) und des Admiralstabes (vgl. Nr. 437, Anm. 24) über die Streiklage und die getroffenen Maßnahmen. Diese Mitteilungen bildeten den Auftakt zu einer ausgedehnten Diskussion unter den Pressevertretern über die Zweckmäßigkeit des „Vorwärts"-Verbotes und des Verhaltens des Staatssekretärs Wallraf. Insbesondere Georg Bernhard, unterstützt von Grunwald (Volksblatt Mühlhausen) und Nuschke (Berliner Volkszeitung), kritisierte in heftiger Weise die Maßnahmen der Behörden, da sie die Gefahr in sich trügen, daß die Bewegung außer Kontrolle gerate. Die Kritik wurde zweifellos gefördert durch die Tatsache, daß durch den Streik das Erscheinen der Berliner Zeitungen in Frage gestellt bzw. bei einigen tatsächlich verhindert wurde. Andere Vertreter der bürgerlichen und rechtsgerichteten Presse (Quirmbach von der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung", Neumann vom „Berliner Lokalanzeiger" und Metger von den „Leipziger Neuesten Nachrichten") wiesen diese Kritik mit Entschiedenheit zurück.

[3]) Vgl. Nr. 417, Anm. 4.

[4]) Verbot aller — auch der bereits genehmigten — Versammlungen über öffentliche Angelegenheiten; Verbot der Bildung von Streikkomitees (Schulthess 1918/I, S. 50); Verbot weiterer Zusammenkünfte der zentralen Streikleitung (vgl. W. Bartel, S. 161); Auflösung des sog. „Arbeiterrates" (vgl. Archivalische Forschungen 4/III, Nr. 367, S. 1011); Verhängung der Vorzensur für alle Nachrichten über den Verlauf der Streikbewegung und aller damit zusammenhängender Vorgänge (Telegramm der Oberzensurstelle vom 29. 1 1918, MGFA MA/RMA, Nr. 2356, XVII. 1. 5. 11, Bd. 4).

[5]) Der Korrespondent der „Kölnischen Volkszeitung" hatte auf die Vorgänge in Österreich-Ungarn hingewiesen und das Verbot des „Vorwärts" als durchaus gerechtfertigt erklärt.

veröffentlicht hat.[6]) Darin liegt ein erheblicher Unterschied. Die Darstellung des Herrn Heilmann ist damit wohl richtig gestellt.[7]) Der springende Punkt in der Vorwärts-Angelegenheit scheint mir indessen in der bisherigen Diskussion nicht getroffen zu sein.

Herr Direktor Bernhard hat geäußert, das Nichterscheinen der Berliner Zeitungen stütze sich auf das Verbot des Vorwärts. Ich möchte behaupten, daß keiner von uns diese Frage mit einem glatten Ja oder einem glatten Nein beantworten kann, das wird schwer zu entscheiden sein.

Wie es aber auch sei, es kommt auf den Grund an, der zu dem Verbot geführt hat. Es ist richtig, daß das Verbot politische Folgen gehabt hat, diese wären aber auch aus anderen Gründen eingetreten. Die Vorgänge in Österreich hinsichtlich der Zeitungen reden da eine überzeugende Sprache. Ich persönlich bezweifle also die Auffassung des Herrn Vorredners; die Dinge wären genau so gelaufen, wie wir es jetzt sehen. Jedenfalls ist die Verhängung des Verbots durch rein militärische Interessen begründet.

Niemand wird behaupten können, daß in dieser kritischen Situation das Hinausgehen[8]) des Vorwärts vom 29. d. M. in die Hand von Millionen von Heeresangehörigen nicht die Interessen des Heeres in dem schroffsten Maße schädigt, und niemand wird verlangen können, daß wir die uns zu Gebote stehenden Machtmittel nicht anwenden, um die erkannten Schädigungen abzuwenden. Nun ist viel von der Psychologie der Massen gesprochen worden, aber hier handelt es sich [weniger][9]) um psychologische Momente, vielmehr um Tatsachen, und da liegt uns eine Fülle von Material vor, welches Ihnen nicht bekannt ist.

Ich möchte Ihnen nur aus einem Flugblatt eine Stelle vorlesen, wo u. a. gefragt wird, ob eine weitere opferreiche Offensive oder ein demokratischer Frieden erfolgen soll.[10]) Ein weiteres Flugblatt, das in vielen Exemplaren verbreitet ist, nennt Hindenburg einen Menschenschlächter.

Da hört für mich die Psychologie der Massen auf. Demgegenüber möchte ich für die Behörde, die ich zu vertreten die Ehre habe, sagen, daß sie mit vollster Entschlossenheit und unbeugsamer Tatkraft sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen stellen wird, wie sie es bisher stets getan hat.

K.Pr.A. II:[3]) Man gewinnt durchaus den Eindruck, daß ein großer Teil der Bevölkerung vergißt, daß wir im Kriege stehen, daß wir einen schweren Kampf gegen die äußeren Feinde führen, der nur von den Kämpfern an der Front gewonnen werden kann. Das Gefühl, daß jeder, der hier in der Heimat an einem

---

[6]) Vgl. Archivalische Forschungen 4/III, Nr. 362 a, S. 990 f.

[7]) E. Heilmann hatte außerdem erklärt: „Auch gegenüber den Kollegen, die glauben, die sozialdemokratische Partei und der Vorwärts hätten für den Streik Propaganda gemacht, möchte ich betonen, daß das nicht der Fall ist. Es handelt sich um eine Streikbewegung, die die Sozialdemokratie nicht unterdrücken konnte, die sie aber auch nicht laufen lassen konnte, ohne Einfluß darauf zu nehmen, mit dem Ziele, den Streik alsbald zu beendigen." Vgl. hierzu auch Archivalische Forschungen 4/III, Nr. 371, S. 1014 f.

[8]) Vgl. Nr. 428.

[9]) In der Vorlage steht an dieser Stelle das in diesem Zusammenhang unverständliche Wort „mehr".

[10]) Ähnliche Gedankengänge finden sich in einer Reihe von Entschließungen und Flugblättern, die in den Archivalischen Forschungen 4/III, Nr. 334, 348, 353, S. 953 ff., abgedruckt sind.

Streik sich beteiligt, unseren Kämpfern an der Front feige in den Rücken fällt, ist an der Front durchweg vorhanden.[11]) Pflicht der Presse, die doch allgemein auf dem Standpunkt steht, daß der Krieg gewonnen, daß ein glückliches Deutschland mit zufriedenstellenden Arbeitsverhältnissen und Lebensbedingungen geschaffen werden muß, ist es, alle die an den Pranger zu stellen, die an dem Streik teilnehmen. Das ist die Presse unseren Kämpfern an der Front schuldig.

[. . .][12])

[11]) Vgl. hierzu z. B. Einem, S. 364 ff. (Eintragung vom 30. 1., Briefe vom 1. und 3. 2. 1918); Thaer, S. 160 ff. (Briefe vom 28., 30. und 31. 1., vom 2., 4. und 5. 2. 1918); Briefe Wild v. Hohenborns an seine Frau vom 29. 1. und 1. 2. 1918 (Nachlaß Hohenborn, Nr. 5).

[12]) In der Vorlage folgen Mitteilungen des Pressechefs beim Reichskanzler über den Stand der Verhandlungen in Brest-Litowsk.

430.

Telegramm des Legationssekretärs Freiherr v. Lersner an das Auswärtige Amt. Äußerung General Ludendorffs zur Bekämpfung des Streiks.

30. 1. 1918[1]), Gr. Hauptquartier, Nr. 171, Dringend. Eigenhändig. — PA Bonn Polit. Abt., Deutschland Nr. 152, Bd. 4, Abschrift.

Nur für Herrn Unterstaatssekretär Freiherrn von dem Bussche.

General Ludendorff läßt Euere Exzellenz dringend bitten, bei dem Herrn Reichskanzler auf Verhaftung der Berliner Streikrädelsführer und der hetzenden Abgeordneten, wie Haase, hinzuwirken.[2]) Wenn Regierung jetzt nicht zugriffe, fürchte er schlimmstes.[3]) Vielleicht könnte man Abgeordnete wenigstens in Schutzhaft nehmen.

Lersner.

[1]) Abgesandt um 12 Uhr 45.

[2]) Die Antwort des Reichskanzlers erfolgte umgehend (Konzept von der Hand Radowitz' auf Vorder- und Rückseite der Vorlage, um 15 Uhr 10 durch Fernschreiber übermittelt): „Reichskanzler läßt drahten: Regierung ist sich ihrer Pflicht und Ernstes der Situation voll bewußt und handelt dementsprechend, wünscht andererseits aber dringend Vermeidung jeder entbehrlichen Schroffheit und insbesondere jeder gesetzlich nicht zu rechtfertigenden Maßnahme, als welche Schutzhaft der Abgeordneten angesichts der Reichsverfassung sich darstellt. Die Verhaftung der Rädelsführer eventuell auch von Abgeordneten wird von deren Verhalten abhängen. Vorläufig verläuft alles ruhig. Radowitz." Vgl. in diesem Zusammenhang auch das Telegramm des Chefs des Admiralstabes an den Staatssekretär des Reichsmarineamts vom 31. 1. 1918 (MGFA MA/RMA, Nr. 2049, XVII. 1. 5. 36, Bd. 2): „Oberste Heeresleitung hat sich dahin ausgesprochen, daß jede Nachgiebigkeit gegenüber den Streikenden für Durchführung des Krieges verderblich sein würde und daher unterbleiben müßte. Selbst wenn durch Festbleiben die Bereitstellung von Kriegsmaterial für die Operationen verzögert werden sollte, würde sie dieses in Kauf nehmen als das kleinere Übel." Holtzendorff bat Capelle um die Bestätigung, daß er denselben Standpunkt vertrete. Capelle antwortete daraufhin am 1. 2. 1918 zurückhaltend: „Ich teile den Standpunkt Euerer Exzellenz und werde ihn nach Möglichkeit vertreten."

[3]) Noch am 29. 1. 1918 meldete der Vertreter des Reichsmarineamts nach Berlin (MGFA MA/RMA, Nr. 7841, M): „Hier ist man der Ansicht, daß die geplante große Streikbewegung in Deutschland wirkungslos verpufft ist." Der Informant scheint Major v. Harbou von der Operationsabteilung des Oberstleutnants Bauer gewesen zu sein. Ebenfalls am 29. 1. 1918 richtete die

Oberzensurstelle jedoch an die Zensurstellen ein Telegramm (MGFA MA/RMA, Nr. 2356, XVII. 1. 5. 11, Bd. 4), das zeigt, wie sehr die öffentliche Kritik an dem Gang der Verhandlungen in Brest-Litowsk die OHL beunruhigte: „Auf Befehl der Obersten Heeresleitung werden die Zensurbehörden ersucht, die Durchführung der von der Obersten Heeresleitung im Interesse der Kriegführung erlassenen Anordnungen unbedingt gegen die Blätter sämtlicher Parteirichtungen durchzuführen. Einige Blätter scheuen schon nicht davor zurück, auf die Art der Weiterführung des Krieges einen Einfluß zu gewinnen, indem sie Betrachtungen über die Notwendigkeit anstellen. Solche Versuche sind geeignet, die Kampfkraft des Heeres, auf der die siegreiche Beendigung des Krieges beruht, zu schädigen und den Feinden Vorschub zu leisten. Die Oberste Heeresleitung erwartet von den Presseaufsichtsbehörden, daß sie durch Belehrung, Ermahnung und Einschreiten die Interessen der Kriegführung gegen das schädliche Wirken einzelner Blätter schützen. Besonders die dem „Vorwärts", dem „Berliner Tageblatt" und der „Frankfurter Zeitung" nahestehenden Blätter haben in letzter Zeit häufig gegen diese Interessen verstoßen. [. . .]" Der Kronprinz, in dieser Hinsicht ein getreues Sprachrohr der OHL, telegraphierte am 3. 2. 1918 an den Kaiser (PA Bonn Polit. Abt., Auswärtiges Amt Gr. Hauptquartier, Bd. 246): „Ich bitte Dich die drei Zeitungen Frankfurter Zeitung, Berliner Tageblatt und Vorwärts an der Westfront verbieten zu wollen. Das Unheil, welches diese 3 Blätter während der letzten Monate in den Köpfen unserer Mannschaften angerichtet haben, ist bedauerlich. Für uns Führer ist es nicht gleichgültig, in welcher Stimmung Offiziere und Mannschaften in die großen Entscheidungskämpfe eintreten."
Nach der Niederschlagung des Streiks schien Ludendorff keine derartigen Befürchtungen mehr zu haben. Im Kronrat am 13. 2. 1918 (Niederschrift aus den Akten der Reichskanzlei im Nachlaß Schwertfeger, Nr. 119) forderte er den Vormarsch auf Petersburg, und als der Reichskanzler darauf bemerkte: „Wir riskieren Streik", antwortete der General: „Streik macht nichts." Gegenüber dem Chef des Admiralstabes ging er am 15. 2. 1918 noch weiter (MGFA MA/Adm, Nr. 4055, PG 64726): „Einen Generalstreik fürchtet General Ludendorff nicht; es sind genügend zuverlässige Truppen zu seiner Niederwerfung vorhanden; nötigenfalls müßte die Westoffensive aufgeschoben werden; Generalstreik würde den Krieg verlängern und dadurch in sich Volk für solche Torheiten strafen.—" Nach einer Notiz des Kronprinzen Rupprecht (Bd. 2, S. 324) befahl Ludendorff schon am 20. 1. 1918 den Armeen die Bereithaltung einiger Bataillone für den Fall innerer Unruhen. Vgl. auch Nr. 442.

431.

Entwurf[1]) einer Weisung des bayerischen Kriegsministeriums an die stellv. kommandierenden Generale der bayerischen Armeekorps[2]) betr. Einschränkung der Veranstaltungen der Deutschen Vaterlandspartei.[3])

30. 1. 1918, München, Nr. 16319, Streng geheim! — BHStA IV München MKr, 253, handschriftlich.

Die Betätigung der deutschen Vaterlandspartei hat in neuerer Zeit in weiteren Kreisen der Bevölkerung Beunruhigung erregt.[4]) Ihre Veranstaltungen sind mehr-

[1]) Der Entwurf wurde nicht vollzogen, sondern unter Hinweis auf den in Nr. 434, Anm. 7, erwähnten Erlaß vom 22. 2. 1918 zu den Akten geschrieben.

[2]) Die Weisung sollte auch den bayer. Staatsministern, dem Kabinett des bayer. Königs, den bayer. Militärbevollmächtigten im Gr. Hauptquartier und in Berlin, dem preuß. Kriegsministerium und dem Kriegspresseamt in Berlin zur Kenntnisnahme übersandt werden.

[3]) Vgl. hierzu Nr. 410, Anm. 4 und 9.

[4]) Aus dem der Vorlage vorangehenden ausführlichen Votum des Pressereferats geht hervor, daß ein Schreiben des bayer. Ministeriums des Innern den Anlaß für den Entwurf bildete. Danach hatte der Landtagsabgeordnete Ludwig Giehrl mit Rücksicht auf Arbeiterschaft und Kleinbürgertum eine wesentliche Einschränkung der öffentlichen Veranstaltungen der Deutschen Vaterlandspartei angeregt. Das Ministerium des Innern hielt es für wünschenswert, die stellv. Generalkommandos entsprechend zu instruieren.

fach gesprengt worden.[5]) Eine Wiederholung derartiger Vorkommnisse ist nicht unwahrscheinlich; auch wird nach einer mir zugegangenen vertraulichen Mitteilung nicht ohne Grund befürchtet, daß ein ferneres Hervortreten der Vaterlandspartei die ständig drohende Ausstandsgefahr erheblich steigern würde.[6])

Bei der Verschiedenartigkeit der örtlichen Verhältnisse wird die Wirkung von Veranstaltungen der Vaterlandspartei auf die Bevölkerung naturgemäß nicht überall eine nachteilige sein. In Orten aber, in denen Arbeiter und kleine Bürger überwiegen[7]), ist der Eindruck unverkennbar ein ungünstiger. Nur zu leicht findet dort die Behauptung Glauben, daß die Vaterlandspartei durch ihr Verlangen nach einem Machtfrieden zur Verlängerung des Krieges beitrage und im Inneren[8]) die Regierung an der zugesagten freiheitlicheren Gestaltung des Verfassungslebens zu verhindern versuche. Eine wachsende Erbitterung der längst kriegsmüden und zum Teil in ihren Nerven erschütterten Massen[9]) und der immer mehr zutage tretende Wunsch, diesen Bestrebungen durch Gewalt zu begegnen, sind die unvermeidlichen Folgen derartiger auf das bisherige Gebahren der Vaterlandspartei sich stützender Ausstreuungen.[10])

[5]) In dem Votum des Pressereferats (vgl. Anm. 4) wurden Veranstaltungen der Deutschen Vaterlandspartei in Leipzig und Stuttgart als Beispiele genannt. In Stuttgart hatte das stellv. Generalkommando des XIII. AK daraufhin am 23. 1. 1918 alle öffentlichen politischen Versammlungen im Umkreis der Landeshauptstadt verboten (vgl. Handbuch der während des Krieges ergangenen Verordnungen des stellv. Generalkommandos XIII. Armeekorps, Stuttgart 1918, S. 36). In Leipzig wurden alle öffentlichen Versammlungen verboten. In Kassel wurde der Besuch von Veranstaltungen der Deutschen Vaterlandspartei allen Heeresangehörigen verboten. In München selbst wurde eine Veranstaltung der Partei am 21. 1. 1918 durch „recht zweifelhafte Elemente" der USPD, wie das Pressereferat feststellte, gesprengt. Oberstleutnant Falkner v. Sonnenburg, der die Veranstalter von vornherein auf diese Möglichkeit hingewiesen hatte, mußte sich nach diesem Ereignis gegen beleidigende Behauptungen des Geheimrats v. Gruber wehren; für die Vorgänge vgl. BHStA IV München MKr, 11523, sowie die Darstellung bei K. A. v. Müller, Mars und Venus. Erinnerungen 1914—1918, Stuttgart 1954, S. 221 ff.

[6]) Der Landtagsabgeordnete Giehrl (vgl. Anm. 4) war der Meinung, daß nur wenig erforderlich sei, „um die gegenwärtig herrschende Spannung zum Platzen zu bringen". Die Kriegsamtstelle Nürnberg des bayer. Kriegsministeriums bezeichnete in einem Bericht vom 30. 1. 1918 (BHStA IV München MKr, 252) als das Ziel des ausgebrochenen Streiks: „Demonstration gegen die alldeutsche Kriegspropaganda und gegen die z. Zt. im Preußischen Abgeordnetenhaus versuchte Verschleppung und Verwässerung der Bethmann'schen Umorientierungspolitik."

[7]) Ursprünglicher Wortlaut: „In Orten mit überwiegend Arbeitern und kleinen Bürgern".

[8]) Die vorangehenden zwei Worte sind in der Vorlage nachträglich ergänzt.

[9]) Ursprünglicher Wortlaut: „und zum Teil verhetzten Massen".

[10]) Ursprünglicher Wortlaut: „unvermeidlichen Folgen derartiger, nach dem bisherigen Verhalten der Vaterlandspartei nicht unbegründeter Ausstreuungen". — Vgl. hierzu Müller, S. 350 (Eintragung vom 5. 2. 1918), sowie Groener, S. 564 (Eintragung vom 5. 2. 1918), dagegen Thaer, S. 160 (Brief vom 28. 1. 1918). Vgl. hierzu auch die handschriftliche Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs im preuß. Staatsministerium vom 3. 2. 1918 (Nachlaß Heinrichs, Nr. 32), in der es u. a. heißt: „Die Vaterlandspartei hat durch ihre Gründung zweifellos dazu beigetragen, den sich in der Friedensresolution des Reichstages vom Juli 17 äußernden Niedergang der Volksstimmung einzudämmen und eine zuversichtliche Haltung anzubahnen. Sie will ferner durch ihre weitgehenden annektionistischen Friedensziele ‚der Regierung den Rücken' stärken, um einen ‚guten' Frieden zu erkämpfen. Erreicht sie diesen Zweck? Breite Massen des Volkes, insbesondere die arbeitenden Massen wollen unterstützt und geschürt

Unter diesen Umständen würde ich es im Einverständnisse mit dem K. Staatsministerium des Innern sehr begrüßen, wenn die Vaterlandspartei künftig nicht mehr im gleichen Umfange[11]) wie seither ihre Bestrebungen in der Öffentlichkeit vertreten würde. Ein bezügliches Verbot nach Art. 4 Ziff. 2 des Kriegszustandsgesetzes, das wohl auch rechtlich zulässig wäre, würde hierfür die sicherste Handhabe geben. Aus politischen Erwägungen[12]) möchte ich jedoch von solchen Zwangsanordnungen nur im äußersten Notfalle Gebrauch gemacht wissen. Weit erwünschter erschiene es mir, wenn die Organisation der Vaterlandspartei auf gütlichem Wege zur einstweiligen Aufgabe oder wenigstens zu einer angemessenen Beschränkung ihrer Werbetätigkeit veranlaßt werden könnten. Das vaterländische Empfinden der verantwortlichen Leiter[13]) wird sie wohl in den meisten Fällen davor bewahren, sich bei entsprechender Aufklärung der Erkenntnis der Lage zu verschließen.

Sollten gegen die Abhaltung einer Veranstaltung der Vaterlandspartei grundsätzliche Bedenken nicht bestehen, so wäre jedenfalls durch die militärische Zensur dafür Sorge zu tragen, daß in den Ankündigungen, Reden etc. alles vermieden wird, was von den Andersdenkenden als eine Herausforderung empfunden werden müßte.[14])

---

durch die sozialdemokratische Agitation jetzt zweifellos sobald als möglich den Frieden, vielleicht sogar schon den Frieden um jeden Preis. Durch die über jede erreichbare Möglichkeit hinausgehenden Friedensziele der V.P. wird in diese Volkskreise große Erbitterung hineingetragen. Es entstehen die schärfsten Kämpfe zwischen ihnen und der V.P., die sich zu einem inneren Konflikte auszuwachsen drohen. Unsere Feinde hoffen hierauf und glauben auch nur noch kurze Zeit ausharren zu müssen, um durch den politischen Zusammenbruch Deutschlands Sieger werden zu können. So wirkt die V.P. durch ihre maßlosen Übertreibungen kriegsverlängernd. Sie hofft dafür auf bessere Friedensbedingungen. Es fragt sich also, ob diese zu erhoffenden Verbesserungen die wirtschaftlichen und finanziellen Nachteile überbieten oder auch nur ausgleichen, welche uns aus jedem Monat Kriegsverlängerung erwachsen. Es ist offenbar in weiten Kreisen der Bevölkerung noch nicht genügend bekannt oder bewertet, welcher enormer wirtschaftlicher und finanzieller Niedergang bei uns schon eingetreten und welche Riesenschwierigkeiten nach dem Kriege zu überwinden, um Deutschlands Wiederaufstieg zu ermöglichen. Demgegenüber spielen die Annektion einiger Quadratmeilen Land im Osten oder etwa des Erzbeckens Briey gar keine Rolle."

[11]) Die vorangehenden drei Worte sind in der Vorlage nachträglich ergänzt.

[12]) In dem Votum des Pressereferats (vgl. Anm. 4) heißt es hierzu: „Denn die Bestrebungen der *Vaterlands*partei stehen sowohl in *innerpolitischer* wie in *außenpolitischer* Beziehung mit der *amtlichen Regierungspolitik* in Widerspruch. Auch ist ihre Tätigkeit dazu angetan, den Burgfrieden zu stören und in weiteren Kreisen der Bevölkerung Beunruhigung zu erregen; ihr angebliches Ziel, die Einheit und Geschlossenheit des deutschen Volkes herbeizuführen, ist eine die *gegenteilige* Wirkung *hervorrufende Utopie*. Ein einseitiges Vorgehen würde jedoch gegen das Kaiserwort: „Ich kenne keine Parteien mehr" verstoßen. Es müßte insbesondere den Widerspruch der — in Bayern — zweifellos vorhandenen zahlreichen königstreuen Anhänger der Vaterlandspartei erregen und wäre namentlich dann unverständlich, wenn nicht wenigstens gegen die zersetzende Betätigung der *unabhängigen* Sozialdemokraten gleiche Vorkehrungen getroffen würden."

[13]) Statt ursprünglich: „der Veranstalter".

[14]) Vgl. hierzu den Briefwechsel zwischen dem Ortsverein Breslau der Partei und Prof. Dr. Fester vom März 1918 (Nachlaß Fester, Nr. 136) über eine als Bismarck-Feier gedachte Veranstaltung, die von der Kommandantur der Festung Breslau verboten worden war. Der preuß. Kriegsminister v. Stein teilte Fester in einem Handschreiben vom 24. 3. 1918 mit, daß er auf die Beschwerde des Ortsvereins entschieden habe, daß die Versammlung zuzulassen sei. (Den Hinweis auf diesen Vorgang verdankt der Bearbeiter Herrn Dr. K. Schwabe, Freiburg).

Ferner könnte den Veranstaltern nahegelegt werden, durch eine entsprechende Saalkontrolle den ungestörten Verlauf der Versammlung gefährdende Elemente fernzuhalten.[15])

Vorstehende Gesichtspunkte werden zweckmäßig auch auf andere, ähnliche Ziele wie die Vaterlandspartei verfolgende Vereinigungen Anwendung finden.

Daß auch von gegnerischer Seite eine unsachliche Bekämpfung der Vaterlandspartei tunlichst unterbleibt, ist ein billiger und selbstverständlicher Wunsch.

Ew. Exzellenz bitte ich hiernach das Geeignete veranlassen zu wollen. Für kurze Mitteilung der gegebenenfalls getroffenen Vorkehrungen und gemachten Beobachtungen wäre ich zu Dank verbunden.

[15]) Der Absatz ist der Vorlage nachträglich hinzugefügt worden.

432.

Auszüge aus den Aufzeichnungen aus der Pressebesprechung.[1]) Erläuterungen des Vertreters des Oberkommandos in den Marken zu verschiedenen Maßnahmen der Behörde aus Anlaß des Streiks.[2])

31. 1. 1918, Nr. 341, Vertraulich! — BHStA IV München MKr, 14025, vervielfältigtes Exemplar.

[. . .][3])

Oberkommando II:[4]) Herr Direktor Bernhard hat die Frage gestellt, wann der „Vorwärts" wieder erscheine. Darauf habe ich zu sagen: Das Verbot einer Zeitung ist nach den Grundsätzen, auf die sich das Oberkommando gestellt hat, eine Garantiemaßnahme. Sie wissen, daß sich die Sachlage durch die Erörterungen im Reichstage etwas verschoben hat und daß die Presse sogar den Wunsch ausgedrückt hat, ein Verbot möchte mehr als eine Strafe angesehen, dafür aber zeitlich begrenzt werden.[5]) Wir haben uns auf den Standpunkt gestellt, daß durch das Verbot gewisse Garantien von der betreffenden Zeitung gegeben werden müssen, die deren Haltung in der Zukunft gewährleisten. Wir hatten damals ständig die Formel bei allen Zeitungen gewählt „Bis auf weiteres", d. h. bis zu dem Zeitpunkte, wo die Zeitung ihre Garantien anbietet. An diesem Standpunkte des Oberkommandos hat sich nichts dadurch geändert, daß, einer allgemeinen Verfügung des Herrn Obermilitärbefehlshabers entsprechend, das Verbot zeitlich begrenzt wird. Im Falle des „Vorwärts" haben wir, wie gewöhnlich, die Formel gewählt „zunächst auf 3 Tage", und es damit der Zeitung überlassen,

[1]) Vgl. Nr. 417, Anm. 1.

[2]) Die Erklärung des verschärften Belagerungszustandes durch den Oberbefehlshaber in den Marken erfolgte erst am Nachmittag des 31. 1. 1918. Zum Verlauf des Streiks am 30. und 31. 1. 1918 vgl. auch W. Bartel, S. 161 f., sowie Nr. 429.

[3]) Der Vertreter des Oberkommandos in den Marken antwortete auf Fragen, die Georg Bernhard, nach der Verlesung des Heeresberichts, in längeren Ausführungen zur Streiksituation in Berlin gestellt hatte.

[4]) Vgl. Nr. 417, Anm. 4.

[5]) Vgl. hierzu Nr. 67 und 74.

auf Grund dieser Sachlage mit der Behörde in Verbindung zu treten. Sollte eine derartige Erklärung abgegeben werden, so würde das eine neue Grundlage für den Herrn Ober[befehlshaber][6]) bilden. Eine solche Erklärung ist aber bisher nicht gegeben worden.

Wenn Herr Direktor Bernhard weiter über die Zensurmaßnahmen gesprochen hat und über die Grundsätze, die jetzt für die Behandlung der Streikangelegenheit giltig sind, so habe ich folgendes darauf zu erwidern: Es besteht Vorzensur und zwar für alle Nachrichten, die sich mit dem Streik und den Vorgängen bei dem Streik beschäftigen.[7]) Damit ist keineswegs gesagt, daß die Ausübung der Zensur schon in dem Sinne erfolgen soll, wie Herr Direktor Bernhard dies von vornherein annimmt. Ich habe mich am ersten Tage auf den Standpunkt gestellt, daß es keinen Zweck hat, die Dinge zu vertuschen, sondern daß wir den Tatsachen ins Auge sehen und nur verhindern wollen, daß eine Beunruhigung in das Publikum getragen wird, in Berlin und von da ausstrahlend in die Provinz[8]), durch Veröffentlichung von Gerüchten, falschen Zahlen, falschen Daten usw.

Wenn jetzt also von Demonstrationen die Rede ist, so sehe ich keinen Anlaß, diese Demonstrationen totzuschweigen, wohl aber sehe ich die Notwendigkeit, daß die Nachrichten darüber auch in einer Form in die Bevölkerung getragen werden, wie sie den Tatsachen entspricht. Wenn ich mir den Eindruck rekonstruiere, den ich gestern aus den Hunderten von telephonischen Gesprächen gewonnen habe und der sich durch Gerüchte über derartige Demonstrationen — abgelaufene und bevorstehende — ergibt, so ersehe ich daraus erst recht die zwingende Notwendigkeit, diesen Gerüchten entgegenzutreten, vor allen Dingen aber ihnen sofort nachzugehen, um festzustellen, was wahres daran ist, und erst dann, wenn diese Feststellung gemacht ist, der Bevölkerung die Tatsachen bekanntzugeben.

Um bei den Demonstrationen zu bleiben: Es ist richtig, daß gestern solche in Charlottenburg stattgefunden haben, über die mir ein Bericht vorliegt. Es haben sich in der Jungfernheide 10000 Personen versammelt, die nach Siemensstadt gezogen sind. Dort sind sie mit Beamten zusammengestoßen, sind aber, ohne daß Waffengewalt angewandt werden mußte, auseinandergegangen. Ein Teil hat sich weiter nach Siemensstadt begeben und ist dort von Schutzleuten auseinandergetrieben worden. Dabei ist ein berittener Beamter vom Pferde gezogen und 2 sind geschlagen worden. Im übrigen sind keine Verletzungen vorgekommen. Der Zug hat sich dann zerstreut. Ferner ist keine Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung eingetreten.

Die Tatsache, daß sich in Moabit Ansammlungen abgespielt haben, die auch zu Zusammenstößen mit der Polizei geführt haben, ist richtig. Leider ist ein Schutz-

---

[6]) In der Vorlage wird an dieser Stelle der Obermilitärbefehlshaber genannt, das Verbot und dessen Aufhebung wurde jedoch vom Oberbefehlshaber in den Marken, Generaloberst v. Kessel, ausgesprochen, vgl. Nr. 428, Anm. 3, und Nr. 435, Anm. 6.

[7]) Vgl. Nr. 429, Anm. 4.

[8]) Zu Beginn der Pressebesprechung hatte der Vertreter des Kriegspresseamts auf die Reaktion des Auslandes hingewiesen und entsprechende Telegramme mit Nachrichten aus Petersburg und London — dort erschien ein Extrablatt mit der Überschrift „Der Zusammenbruch der Mittelmächte" — bekanntgegeben.

mann erschossen worden. Es sind auch sonstige Schlägereien vorgekommen. Ein genaues Bild über die Sache ist noch nicht zu gewinnen. Zum Teil stehen noch die Arbeiter zu Trupps von Hunderten an den Straßenecken.

Das alles hat die Bevölkerung gesehen. Es wäre daher falsch, jetzt nichts darüber zu schreiben. Das ist auch nicht beabsichtigt. Aber ich sage noch einmal, wenn ich die Fülle von Gerüchten, die mir gestern abend zugekommen sind, berücksichtige und dabei sehe, eine wie große Rolle die Phantasie dabei spielt, so erkenne ich die zwingende Notwendigkeit, daß wir diese Dinge unter einer gewissen Kontrolle halten müssen. Es ist dafür gesorgt, daß in der Presseabteilung eine sehr schnelle Berichterstattung in jeder Hinsicht gewährleistet ist.

Wenn weiter über Zensurmaßnahmen gesprochen wird, so habe ich zu sagen, daß nach der allgemeinen Verfügung, die schon im Dezember ergangen ist[9]), alle Nachrichten und die Besprechung über Straßendemonstrationen, Zusammenrottungen usw. aus Gründen der öffentlichen Sicherheit der Vorzensur unterliegen. Daran müssen wir uns unbedingt halten. Andererseits kann ich Ihnen gewährleisten, daß sich die Zensur in kurzer Zeit abspielt und daß ich bereit bin, Ihre Nachrichten telephonisch richtig zu stellen.

Wie wichtig es ist, in der Berichterstattung außerordentlich genau zu sein, und wie wichtig es ist, sich bei jedem Wort, das gesprochen wird, den Eindruck nicht nur auf die Bevölkerung in Berlin, sondern auch in der Provinz vorzuhalten, möchte ich Ihnen an einem Beispiel erläutern, ohne damit einen Vorwurf gegen eine Zeitung erheben zu wollen! Ich hatte mir erlaubt auszuführen[10]), daß die Zahl der Arbeiter hier in den Betrieben etwa 700000 beträgt und daß erst an dieser Zahl gemessen die Streikzahl überhaupt eine gewisse Bedeutung gewinne. Nebenbei gesagt, hat dankenwerter Weise eine Zeitung die Zahl der gesamten Arbeiter in Deutschland mit 7 Millionen berechnet und ihr die Zahl der Ausständigen mit 640000 im ganzen Reiche gegenübergestellt. Damit läßt sich arbeiten. Gestern erschien in einer Zeitung ein Artikel, in dem ganz richtig dargestellt wurde, die Zahl der Arbeiter der Industriewerke betrage 700000. Ich würde zunächst vielleicht gar nichts an der Sache gefunden haben, wenn ich nicht wenige Minuten nach Erscheinen der Zeitungen von mindestens 5, 6 amtlichen und nichtamtlichen Stellen zum Teil auch aus der Bevölkerung angerufen und gefragt worden wäre: Wie ist das möglich, daß jetzt die Zahl der Streikenden schon auf 700000 angewachsen ist? Ich wiederhole, ich will keinen Vorwurf gegen die Zeitung erheben; ich möchte nur darauf hinweisen, wie sich die Dinge dem Leser, der jetzt befangen und erregt ist und nicht kritisch die nächsten folgenden Ausführungen liest, darstellen. Daher liegt es an uns, auf die Leser entsprechend einzuwirken, und aus diesem Grunde möchte ich bitten, die Veröffentlichung entsprechend einzurichten und alles auszuschalten, auch was Sie der Vorzensur einreichen, was in dieser Beziehung schädlich sein könnte. Wir stehen genau auf demselben Standpunkt, wie Herr Direktor Bernhard, aber wir können unter keinen Umständen in diesem kritischen Augenblick darauf verzichten, die Tatsachen, die veröffentlicht werden, an unserem Material zu messen.

[9]) Vgl. Nr. 427, Anm. 6.

[10]) In der Pressebesprechung vom 28. 1. 1918 (Nr. 427).

[. . .][11])

Was die Veröffentlichung der Aufrufe der unabhängigen Sozialdemokratie betrifft[12]), so würde ich mich dem Standpunkte des Herrn Direktor Bernhard anpassen können[13]), aber auch da wird man generell schwer ein Rezept geben können. Es kommt für uns darauf an, wie der einzelne Fall liegt, und in welchem Sinne er behandelt wird. Haben Sie Vertrauen zu uns, daß wir nichts vertuschen wollen, und daß wir am besten beurteilen können, was unseren militärischen Interessen und den Interessen der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit schadet. Im ganzen sind wir einig, daß wir die Lage als keineswegs beunruhigend anzusehen brauchen. Prophezeien ist schwer. Ich möchte wiederholen: Sollte es beunruhigend werden, dann werden wir alle auf dem Posten sein.

[. . .][14])

[11]) Im folgenden berichtete der Vertreter des Oberkommandos in den Marken über die allgemein herrschende Stimmung und vertrat die Ansicht, daß der Streik im Abflauen begriffen sei, fügte jedoch hinzu, es gäbe auch andere Stimmen. Die Zahl der Streikenden in Berlin gab er nach gewissenhafter Prüfung, wie er betonte, mit ca. 180000 als obere Grenze an.

[12]) Georg Bernhard hatte aus dem Aufruf vom 10. 1. 1918 (vgl. Archivalische Forschungen 4/III, Nr. 334, S. 953 ff.) einige Stellen wörtlich zitiert.

[13]) Georg Bernhard hatte das Recht zur Veröffentlichung derartiger Aufrufe gefordert, um den Arbeitern deutlich sagen zu können, wohin die Fahrt gehe.

[14]) Im folgenden ergriff Friedrich Stampfer das Wort zu einem scharfen Protest gegen die bisherigen Maßnahmen der Behörden. Er erklärte, für den Ausbruch des Streiks sei weder die SPD noch die USPD verantwortlich, sondern Flugblätter, „deren Ursprung wir alle nicht kennen." Er akzeptierte die vom Vertreter des Kriegspresseamts geäußerte Ansicht, daß ein Teil des Volkes die Nerven verloren habe. „Um ein Bild der Psychiatrie zu gebrauchen, sage ich: in früheren Zeiten wurden Leute, die die Nerven verloren hatten, mit Zwangsjacke und Prügeln behandelt; später hat man das als falsch erkannt. Hier aber, wo es sich um einen ähnlichen Vorgang in der Politik handelt, hat man das noch nicht erkannt, sondern ist mit den alten Mitteln der Psychiatrie vorgegangen. Zu diesen Mitteln gehört auch die Vorzensur. Sie ist ein Teil der sehr unglücklichen und verhängnisvollen Maßnahmen, die getroffen worden sind." Die Vorzensur verhindere die Selbstkorrektur der Presse und begünstige jede Art von Gerüchten. „Niemand ist heute da, der die Bewegung in Schranken halten, der das Schiff steuern kann." Der Vertreter des Oberkommandos in den Marken antwortete, daß gerade im jetzigen Moment eine straffe Zensur unentbehrlich sei.

433.

Telegramm der Marinestation der Nordsee an die Kommandantur der Befestigungen an der Wesermündung. Anordnungen des Obermilitärbefehlshabers aus Anlaß des Streiks.[1])

31. 1. 1918[2]), Wilhelmshaven, M. 2337 I, Ganz Geheim! — MGFA MA/StN, Nr. 1811, G. 37, Bd. 2.

Obermilitärbefehlshaber drahtet: Aus Anlaß der Streiks befehle ich, daß alle geeigneten Maßnahmen zum Schutze der Arbeitswilligen zu treffen sind. Es sind

[1]) Vgl. in diesem Zusammenhang den Immediatbericht des Obermilitärbefehlshabers vom 5. 2. 1918 (Nr. 437) sowie die Bemerkungen des Oberstleutnants Bauer (Nr. 442) über die Rolle, die der Chef des Kriegsamts, Generalmajor Scheüch, während des Streiks spielte. Vgl. auch Archivalische Forschungen 4/III, Nr. 394, S. 1047.

[2]) Das Telegramm wurde in Wilhelmshaven um 18 Uhr 20 aufgegeben.

nicht zu dulden: Demonstrationszüge vor den Werken, Versammlungen mit hetzerischen Reden, Bedrohung Arbeitswilliger, Verteilung von Flugblättern vor den Werken und auf den Bahnhöfen, Hetzreden vor den Fabriken und in der Bahn. Offene und versteckte Aufforderung zum Streik in der Presse, Veröffentlichungen von Zahlen der Streikenden in der Presse, solange sich diese in aufsteigender Richtung befinden. Ferner sind nicht nur Arbeiterräte, sondern erst recht Aktionskomitees nicht zu dulden und daher aufzulösen[3]), gehorchen sie nicht, ist zur Verhaftung zu schreiten; wo Polizei nicht ausreicht, ist sie durch Unteroffiziere zu verstärken, oder es muß mit militärischen Maßnahmen durchgegriffen werden.

Nordseestation.

[3]) In einem Telegramm vom 29. 1. 1918 hatte der Obermilitärbefehlshaber die stellv. Generalkommandos ersucht, etwa sich bildende „Arbeiterräte und Aktionskomitees nach russischem Muster" zu verbieten; das Telegramm erreichte das stellv. Generalkommando des XIV. AK erst am 30. 1. 1918, vgl. GLA Karlsruhe Abt. 456, Bd. 78, sowie StA Ludwigsburg E 150—153, Nr. 2051, Bd. 3.

434.

Aufzeichnung[1]) aus dem bayerischen Kriegsministerium. Maßnahmen zur Bekämpfung des Streiks.[2])

1. 2. 1918, München. — BHStA IV München MKr, 253, handschriftlich.

1. Versammlungen in geschlossenen Räumen sind *bis auf Weiteres* zu dulden[3]),

[1]) Die Aufzeichnung trägt die Überschrift „Ministerrat am 1. 2. 18" und gibt, wie sich aus dem Text ergibt, das Ergebnis der Beratung wieder. Die Aufzeichnung ist nicht unterschrieben oder abgezeichnet; die Handschrift weist jedoch den Chef der Armee-Abteilung I, Oberstleutnant Frhr. Kreß v. Kressenstein, als den Verfasser der Vorlage aus. — Auf einem am 31. 1. 1918 abgezeichneten Vorgang in derselben Akte findet sich eine handschriftliche Notiz Kreß v. Kressensteins ohne nähere Bezeichnung, die jedoch ohne Zweifel in diesen Zusammenhang gehört (Vorbesprechung innerhalb des Kriegsministeriums?). Die Notiz hat folgenden Wortlaut: „Ergebnis der Besprechung: *Die Regierung muß Preußen gegenüber Stellung zur Wahlrechtsfrage nehmen. Verhalten gegenüber Aktionskomitees und Arbeiterausschüssen* prohibitiv wirken! Welche Maßnahmen — in welchem Zeitpunkt. *Kriegszustandsgebot* gegen Betätigung von Aktionskomité ‚jede Tätigkeit verbieten, die geeignet ist, die Bevölkerung zu Maßnahmen zu veranlassen, die ihren Willen der Regierung gegenüber auf anderen als verfassungsmäßigen Wegen zum Ausdruck bringen lassen.' Standrecht vorbereiten!"

[2]) Zum Verlauf des Streiks in Bayern vgl. Schulthess 1918/I, S. 55 f., A. Mitchell, Revolution in Bavaria 1918—1919. The Eisner Regime and the Sovietrepublic, Princeton 1965, S. 31 f. und S. 66 ff., W. Boldt, Der Januarstreik 1918 in Bayern mit besonderer Berücksichtigung Nürnbergs, in: Jahrbuch für fränkische Landesforschung, 25 (1965), S. 5 ff., und vor allem Albrecht, S. 294 ff.

[3]) Am 30. 1. 1918 war jedoch bereits eine für den 5. 2. 1918 geplante öffentliche Versammlung der USPD im Mathäserbräu-Festsaal verboten und innerhalb des bayer. Kriegsministeriums entschieden worden, von nun an die gleichmäßige Behandlung der beiden sozialdemokratischen Parteien zuungunsten der USPD aufzuheben. Damit war keineswegs für immer ein grundsätzliches Verbot dieser Versammlungen ausgesprochen, wie dem stellv. Generalkommando des III. bayer. AK Mitte März 1918 mitgeteilt wurde, vielmehr wurden die

Redner, die eine aufrührerische Sprache führen, nachträglich und möglichst unauffällig zu verhaften.[4]) Reden stenographisch mitschreiben.

2. Zu Versammlungen im Freien ist keine Erlaubnis zu erteilen. In vielen Fällen wird allerdings nicht zu hindern sein, wenn sie trotzdem stattfinden.[5]) Eingreifen von Militär zur Sprengung solcher Versammlungen nur im äußersten Notfall — also um Gewalttätigkeiten hintanzuhalten.

3. Abordnungen empfangen, wenn sie von Abgeordneten geführt werden — aber nur Entgegennahme von Wünschen, nicht zu Verhandlungen.[6])

4. Vorbereitungen zur Militarisierung der kriegswichtigen Betriebe, einschließlich Eisenbahnen im Fall eines Generalstreiks.[7])

Bedingungen für die Zulassung verschärft (vgl. hierzu Nr. 453). Mitte Februar 1918 wurden auch Versammlungen verschiedener Organisationen der Eisenbahn- und Postbediensteten in Anbetracht der nach dem Streik noch immer gespannten Lage, vor allem aber auf Grund der Befürchtungn des Verkehrsministers verboten. Für die Vorgänge vgl. BHStA IV München. MKr, 11523. Zur parlamentarischen Kritik an diesen Maßnahmen vgl. Albrecht, S. 310 ff.

[4]) In der Nacht vom 31. 1. zum 1. 2. 1918 wurden zwei Personen, unter ihnen Kurt Eisner, verhaftet, vgl. Schulthess 1918/I, S. 55.

[5]) Am 3. 2. 1918 fand auf der Theresienwiese eine Versammlung statt, bei der die Wiederaufnahme der Arbeit am 4. 2. 1918 beschlossen wurde, vgl. Schulthess 1918/I, S. 55.

[6]) Dieser Grundsatz (vgl. hierzu auch Nr. 445, Anm. 12) und die Erklärungen des bayer. Ministerpräsidenten v. Dandl am 31. 1. und 1. 2. 1918 vor der Abgeordnetenkammer, in denen er die vermittelnde Rolle der SPD-Führer anerkannte, stieß bei der OHL auf heftige Kritik. Am 4. 2. 1918 berichtete der bayer. Militärbevollmächtigte aus dem Gr. Hauptquartier (BHStA IV München MKr, 1828): „Das Verhalten des Bayer. Herrn Ministerpräsidenten gegenüber den Streiks hat bei der O.H.L. sehr enttäuscht. Seinen Dank an die Sozialdemokraten und den Empfang von Streikabordnungen (?) empfindet man als eine Durchlöcherung des Prinzips." Oberst Mertz v. Quirnheim schrieb hierzu in einem undatierten Brief an Oberstleutnant Frhr. Kreß v. Kressenstein (BHStA IV München MKr, 2114): „Die Behandlung der Streikangelegenheit in Bayern hat nicht nur hier, sondern auch anderwärts das größte Mißtrauen und Mißmut erregt. Ich habe in dieser Beziehung durch ruhige Erzählung der mir bekannten Vorgänge in der Pfalz wohl etwas günstig einwirken können. Die Vorgänge in München sind mir unbekannt. Man ist ja versucht, die feste und bestimmte Haltung der Reichsleitung mit dem ‚Dank unseres Ministerpräsidenten an die Sozialdemokratie' in bissige Vergleiche zu ziehen. Klug war das Auftreten Dandls nicht. Fühlte er ein Bedürfnis, der Sozialdemokratie dankbar zu sein, so konnte er ihnen das privatim sagen. In der Zeitung machte die Äußerung geradezu einen jämmerlichen Eindruck! Man verglich hiermit höhnend die Äußerungen des Reichskanzlers (der nebenbei bemerkt die vollste Unterstützung Payers hatte) und die Entschlossenheit des Preußischen Kriegsmin[isters]." Vgl. hierzu auch Müller, S. 351 (Eintragung vom 6. 2. 1918), sowie V. Naumann, Dokumente und Argumente, Berlin 1928, S. 339.

[7]) Das bayer. Kriegsministerium versuchte auch für die Bekämpfung von Streiks scharf zwischen örtlich und zeitlich begrenzten Ausständen und dem allgemeinen Generalstreik zu unterscheiden. Die Erfahrungen des Januarstreiks wurden nach der Besprechung in Berlin am 18. 2. 1918 (Nr. 445) in einem Erlaß vom 22. 2. 1918 zusammengefaßt (BHStA IV München MKr, 2497), auf dessen Einleitung Oberstleutnant Falkner v. Sonnenburg Einfluß nahm (BHStA IV München MKr, 253). Darin heißt es u. a.: „Im Verlauf der abgeschlossenen Streikbewegung in Bayern hat die gemäßigte Sozialdemokratie in verschiedenen Orten die Bewegung aufgenommen und in ruhige Bahnen gelenkt. Die Forderungen der Demonstranten bezogen sich in der Hauptsache auf beschleunigte Herbeiführung des Friedens und Durchführung der preuß. Wahlrechtsreform — Gegenstände, die die bayer. Regierung nur unmittelbar [!] berühren und deshalb einen Konfliktstoff zwischen Regierung und Volk zu

5. Von Ausweisungen möglichst absehen, dafür Verhaftungen. Sonst schickt uns Preußen als Entgelt anrüchige Bayern.[8])

6. Preußen will Zulage für Schwerstarbeiter den Streikenden streichen. Diese Maßnahme ist nicht durchführbar und wirkt als Schikane.

7. [9]) Standrecht nicht für das ganze rechtsrheinische Bayern, sondern nur für begrenzte Bezirke (starkes Aufsehen, Besetzen der Standgerichte). Neuen Antrag vorbereiten, in ihm außer Zeit auch *Ort* der Allerhöchsten Vollziehung freilassen.

8. Referentenbesprechung mit Zetlmeier[10]) und Meier wegen Kriegszustands-

---

bilden nicht geeignet sind. — Um Wiederholung von Streikbewegungen nach Möglichkeit zu verhindern, muß alles vermieden werden, was geeignet ist, die politischen Gegensätze zu verschärfen. Die Genehmigung von Versammlungen der unabhängigen Sozialdemokratie und der Vaterlandspartei (vgl. Nr. 431, Anm. 1) ist unter diesem Gesichtspunkte besonders sorgfältig zu erwägen. [...] Es muß unterschieden werden zwischen örtlich und zeitlich begrenzten Streiks, die in der Regel auf die Wühlarbeit einzelner radikaler Elemente zurückzuführen sind und einem allgemeinen unter einheitlicher Leitung im Reich organisierten Ausstand (Generalstreik). Während die letztgenannte Art die gesamte für die *Kriegführung* nötige Produktion unterbindet, stellen sich die mit örtlichen Streiks verbundenen Arbeiterunruhen zunächst nur als Störungen der *öffentlichen Ordnung* dar. Nach dieser Unterscheidung sind die für die Bekämpfung anzuwendenden Mittel zu bemessen. Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung verlangt nachdrückliches Vorgehen unter Anwendung der *nach dem örtlichen Bedürfnis zu wählenden Mittel.* Der Generalstreik muß *einheitlich* bekämpft, seine Organisation ausgeschaltet, die Wiederaufnahme der Arbeit und ihre Fortführung erzwungen werden. *Die sorgfältigste und andauernde Beobachtung aller Bewegungen in der Arbeiterschaft ist für die nächste Zeit von ausschlaggebender Bedeutung.* Nur wenn der Ursprung, der Umfang und der Zweck sich vorbereitender Unruhen rechtzeitig und zuverlässig erkannt werden, stehen von Anfang an die zur Bekämpfung geeigneten Mittel mit Sicherheit fest. [...] Vor der Anwendung kleinlicher Mittel ist dringend zu warnen. *Militarisierung von Betrieben* darf nur dann angeordnet werden, wenn eine längere, dauernde Unterbrechung der Arbeit die für die Kriegführung wichtige Erzeugung gefährdet. Sie wird somit im allgemeinen nur bei einem etwaigen Generalstreik zu verfügen sein. Insbesondere darf die Militarisierung nicht als nachträgliches Strafmittel für kurzfristige Arbeitseinstellung angewandt werden. Die Bildung von Arbeiterausschüssen usw. unter Führung angesehener Mitglieder der gemäßigten Sozialdemokratischen Partei kann vorteilhaft sein, solange sie beruhigend wirken und die für die öffentliche Ordnung besonders gefährliche unorganisierte Masse der Frauen und Jugendlichen im Zaume zu halten verstehen. Unter keinen Umständen aber kann die Tätigkeit von Aktionskomité[s] usw. geduldet werden, die eine Einwirkung auf Krieg und Frieden, Heer und Flotte, Staatsverfassung und Staatsverwaltung mit *ungesetzlichen Mitteln* bezwecken. Als ungesetzliches Mittel gilt auch der Streik, der in offener oder verschleierter Weise einen solchen Zweck verfolgt."

[8]) Seit August 1917 beschäftigte sich das Pressereferat des bayer. Kriegsministeriums mit der Frage der Ausweisung einzelner Linksradikaler, insbesondere Kurt Eisners. Das stellv. Generalkommando des I. bayer. AK und die entsprechenden Polizeidienststellen wurden beauftragt, die Tätigkeit einzelner Personen zu überwachen. Am 31. 1. 1918 beantragte das Pressereferat die Ausweisung Eisners und am selben Tage wurde das stellv. Generalkommando des I. bayer. AK mit dem Vollzug der Anordnung beauftragt. Trotz der monatelangen Nachforschungen war es jedoch den bayer. Behörden entgangen, daß Eisner neben der preuß. auch die bayer. Staatsangehörigkeit besaß und damit eine Ausweisung nicht möglich war. Für die Vorgänge vgl. BHStA IV München MKr, 11486, 11528 und 11529, sowie Ay, S. 192 ff.

[9]) In der Vorlage wird hier die Zählung der einzelnen Punkte unterbrochen und nochmals die Ziffer 6 gesetzt.

[10]) Bezirksamtmann Joseph Zetlmeier im bayer. Ministerium des Innern.

verfügung betr. Arbeiterräte (Muster: Erlaß des Oberbefehlshabers der Marken.[11]) Ergebnis im nächsten Ministerrat besprechen.

9. Unteroffizier Fechenbach[12]) soll dem Eisner den Befehl über Verhalten der Truppen übermittelt haben.

10. Vorgehen gegen Prof. Foerster wird allgemein begrüßt.[13])

[11]) Vgl. Archivalische Forschungen 4/III, Nr. 367, S. 1011.

[12]) Felix Fechenbach, Verfasser der Schrift: Der Revolutionär Kurt Eisner. Aus persönlichen Erlebnissen, Berlin 1929.

[13]) Vgl. hierzu H. Lutz, Deutscher Krieg und Weltgewissen, in: Zeitschrift für bayer. Landesgeschichte, Bd. 25 (1962), S. 504 ff., S. 538 ff.

435.

Auszug aus den Aufzeichnungen aus der Pressebesprechung.[1]) Erklärung des Vertreters des Oberkommandos in den Marken über die Verhaftung des Reichstagsabgeordneten Dittmann und zur Aufhebung des Verbots des „Vorwärts".

1. 2. 1918, Nr. 342, Vertraulich! — BHStA IV München MKr, 14025, vervielfältigtes Exemplar.

[. . .][2])

Endlich ist mitzuteilen, daß der Abgeordnete Dittmann gestern verhaftet worden ist.[3]) Er war Mitglied der Streikleitung, und dementsprechend war ihm vom Oberbefehlshaber jede weitere Betätigung im Zusammenhang mit dem Streik untersagt. Entgegen diesem Verbot hat er aber in einer unerlaubten Versammlung zu Treptow zu einer größeren Volksmenge zu sprechen versucht, seine Rede klang aus in dem Sinne, der Streik müsse hochgehalten werden. Die Hilfsorgane der Staatsanwaltschaft haben in diesem Vorkommnis, das zweifellos eine Übertretung des Belagerungszustandsgesetzes darstellt, eine strafbare Handlung und in der Rede die Aufreizung zum Landesverrat erblickt; sie haben Dittmann auf frischer Tat verhaftet. Er wird heute dem zuständigen Staatsanwalt zur Vernehmung vorgeführt werden.

Neumann (Berliner Lokal-Anzeiger): Können Mitteilungen, wie die von der Verhaftung Dittmann's ohne Zensurvorlage veröffentlicht werden?

Oberkommando II:[4]) Meine Mitteilung erfolgt aus dem Gedanken heraus, daß

[1]) Vgl. Nr. 417, Anm. 1.

[2]) Zu Beginn der Pressebesprechung hatte u. a. der Vertreter des Admiralstabes aus Anlaß des Jahrestages der Eröffnung des unbeschränkten U-Bootkriegs entsprechende Mitteilungen gemacht. Der Vertreter des Oberkommandos in den Marken ging im ersten Teil seiner Ausführungen auf die Streiksituation ein, die er im wesentlichen als unverändert bezeichnete.

[3]) Vgl. hierzu W. Bartel, S. 162 ff. — Dittmann wurde am 4. 2. 1918 durch ein außerordentliches Kriegsgericht wegen versuchten Landesverrats und Widerstands gegen die Staatsgewalt zu 5 Jahren und 2 Monaten Festungshaft verurteilt. Vgl. hierzu Quellen I/3, Bd. 2, Nr. 468, S. 378 f., Sten. Berichte, Bd. 311, S. 4048 ff., sowie Thaer, S. 162 (Brief vom 5. 2. 1918), der mit dem Strafmaß nicht zufrieden war.

[4]) Vgl. Nr. 417, Anm. 4.

sie verwertet werden kann. Das schließt aber an und für sich die Vorzensur nicht aus.[5]) Daß die Vorzensur notwendig ist, hat sich gestern gezeigt; die Mitteilungen des Herrn von Vietsch sind von einigen Herren hier aufgeschrieben und gleich vorgelegt worden; trotzdem fanden sich Mißverständnisse darin. Ich bin bereit, die Fassung der Nachricht von der Verhaftung Dittmann's gleich hier mit dem Zulassungsvermerk zu versehen; außerdem gebe ich sie, da sie klar und einfach ist, ausnahmsweise hier frei, in der Erwartung, daß sie so wiedergegeben wird, wie ich sie vorgetragen habe.

Buchhorn (Hannoverscher Kurier): Können wir die Gründe über die frühzeitige Aufhebung des Vorwärts-Verbots[6]) erfahren?

Oberkommando II:[4]) Nach der klaren programmatischen Erklärung des Herrn von Vietsch über den Sinn des Erscheinungsverbots und die dafür geltenden Prinzipien[7]) werden Sie nicht annehmen, daß diese Prinzipien jetzt verlassen worden wären. Das Verbot erfolgt, wenn eine die militärischen Interessen schädigende Nachricht erscheint, es ist keine Strafe, und die Zeitung wird wieder zugelassen, sobald sie genügende Garantien gibt, daß fortan keine Gefahr mehr in dieser Richtung besteht. Dieses Prinzip ist auch im vorliegenden Falle durchaus gewahrt worden. Der Vorwärts ist gestern nachmittag an uns heran getreten und hat recht weitgehende Garantien in dieser Richtung geboten, daß die zukünftige Haltung des Blattes die Gefahr, die zu dem Verbot geführt hat, nicht weiter in sich schließt.[8]) Auch gegenüber den Ausführungen des Herrn Vertreters des Vorwärts, von denen Sie das Gefühl haben werden, daß sie die Garantien verletzen[9]), kann ich erklären: Es ist Gewähr dafür geboten, daß auf dem Gebiet, das uns in erster Linie interessiert, vom Vorwärts im Gegensatz zu den hier gemachten Ausführungen seines Vertreters nichts gebracht wird, was vom Standpunkte der Staatsgewalt und der Autorität als gefährlich angesehen werden müßte.

[...][10])

[5]) Es wurde der Berliner Presse verboten über das Gerichtsverfahren gegen Dittmann zu berichten, vgl. MGFA MA/Adm., Nr. 2393, P 1, Bd. 2, vgl. auch Nr. 436.

[6]) Zur Aufhebung des Vorwärts-Verbots am 1. 2. 1918 vgl. Archivalische Forschungen 4/III, Nr. 362b, S. 991 f. Friedrich Stampfer wurde am 13. 2. 1918 vom Oberkommando in den Marken von den besonderen Verpflichtungen, die er mit seiner Erklärung vom 31. 1. 1918 übernommen hatte, entbunden, vgl. MGFA MA/RMA, Nr. 2354, XVII. 1. 5. 8a, Bd. 6.

[7]) Vgl. Nr. 432.

[8]) Vgl. hierzu die Mitteilung des Unterstaatssekretärs v. d. Bussche an den Gesandten Rosenberg in Brest-Litowsk vom 1. 2. 1918, Quellen I/1, Bd. 2, Nr. 155, S. 196, Anm. 25.

[9]) Die Ausführungen bewegten sich in derselben Linie wie die Kritik Stampfers in der Pressebesprechung vom 31. 1. 1918, vgl. Nr. 432, Anm. 14.

[10]) Abschließend hielt der Vertreter des Reichswirtschaftsamts einen Vortrag über die Wiederaufnahme des Handelsverkehrs mit Rußland.

436.

Auszug aus den Aufzeichnungen aus der Pressebesprechung.[1]) Mitteilungen des Vertreters des Oberkommandos in den Marken über die Streiksituation und über einzelne Maßnahmen des Oberkommandos.

2. 2. 1918, Nr. 343, Vertraulich! — BHStA IV München MKr, 14025, vervielfältigtes Exemplar.

[...][2])

Oberkommando II:[3]) Das Streikbild ist heute wesentlich günstiger[4]), als gestern. Hier ist wiederholt auseinandergesetzt worden, wie schwierig es ist, positive absolut richtige Zahlen zu erhalten; aber ich glaube sagen zu können, daß die Streikziffern um rund 20% niedriger sind als gestern. Auch die Stimmung in der Arbeiterschaft — soweit man von einer solchen reden kann — ist zweifellos bedeutend ruhiger und vernünftiger; verschiedentlich mehren sich die Fälle, wo Arbeiter einzelner Betriebe die Fühlung mit den Arbeitgebern aufgenommen haben und in Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit eingetreten sind. Allgemein herrscht der Eindruck vor, daß am Montag[5]) mit der Wiederaufnahme der Arbeit im weitesten Umfange zu rechnen ist. Auch die Unruhen sind wesentlich zurückgegangen, gestern ist beim Straßenbahnverkehr kaum ein erheblicher Zwischenfall vorgekommen. Es ist zu hoffen, daß es so bleiben wird. Trotzdem würden wir bitten, gerade in diesem Augenblick vor Ausschreitungen auf der Straße zu warnen; denn es ist eine alte Erfahrung, wenn eine Bewegung, wie diese, nicht zum Erfolge führt, daß dann die Leute, die ein Interesse an ihr haben, beim Mißlingen nochmals versuchen, die Menge auf die Straße zu treiben, damit sie Dummheiten begehe.[6]) Material werden Sie in den Urteilen finden, die die heute zusammengetretenen außerordentlichen Militärgerichte[7]) fällen und die eine gewisse abschreckende Wirkung haben werden. Diese Urteile der außerordentlichen Militärgerichte gehören zweifellos zu den Vorgängen, die mit dem Streik und den Unruhen im Zusammenhang stehen, sodaß auch sie der Vorzensur unterliegen — ganz abgesehen davon, daß militärgerichtliche Urteile überhaupt vorzensurpflichtig sind. Bei dieser Gelegenheit erinnere ich daran, daß die Vorlagepflicht sich auch auf alle Resolutionen, Entschließungen von Parteien und sonstigen hier in Betracht kommenden Organen erstreckt. Es ist möglich,

[1]) Vgl. Nr. 417, Anm. 1.

[2]) Zu Beginn der Besprechung wurden Fragen im Zusammenhang mit den Verhandlungen in Brest-Litowsk erörtert.

[3]) Vgl. Nr. 417, Anm. 4.

[4]) Vgl. hierzu W. Bartel, S. 164 ff.

[5]) 4. 2. 1918.

[6]) Außer den bei W. Bartel (vgl. Anm. 3) erwähnten Flugblättern vgl. das Flugblatt eines sog. Informationsbureaus von Anfang Februar 1918, Archivalische Forschungen 4/III, Nr. 406, S. 1080 f.

[7]) Nach der Einführung des verschärften Belagerungszustandes am 31. 1. 1918 (vgl. Dokumente und Materialien II/2, Nr. 38, S. 92) setzte der Oberbefehlshaber in den Marken am selben Tage außerordentliche Kriegsgerichte ein (vgl. Dokumente und Materialien II/2, Nr. 37, S. 91), deren Zahl am 10. 2. 1918 verdoppelt wurde (BA Koblenz P 135, Nr. 11653).

daß heute die Frage auftauchen könnte, ob Sie solche Entschließungen abdrucken dürfen oder nicht.[8])

Im Laufe des heutigen Tages werden wir eine Erweiterung der Zensurvorschrift über die Veröffentlichung von Streikmeldungen vornehmen müssen, dergestalt, daß auch Nachrichten über Ausstandsbewegungen im neutralen und feindlichen Auslande der Vorzensur unterstellt werden.[9]) Es hat nämlich den Anschein, als ob von interessierter Seite derartige Nachrichten hierher gebracht werden, die aber fingiert sind zu dem Zweck, die streikenden Elemente zu ermuntern und aufzureizen.[10]) Verschiedentlich hat sich gezeigt, daß solche Meldungen den Tatsachen nicht entsprechen und widerrufen worden sind. Wir haben keine Veranlassung, sie ohne Nachprüfung zu veröffentlichen.

[...][11])

[8]) Damit spielte der Vertreter des Oberkommandos in den Marken auf die Entschließung der Konferenz der Zentralvorstände der freien Gewerkschaften vom 1. 2. 1918 (vgl. Dokumente und Materialien II/2, Nr. 41, S. 96 f.) an, deren Veröffentlichung und Besprechung am 2. 2. 1918 verboten wurde (MGFA MA/RMA, Nr. 2356, XVII. 1. 5. 11, Bd. 4). In dem Telegramm der Oberzensurstelle wurde Bezug genommen auf ein vorangegangenes Telegramm vom selben Tage, wonach alle Veröffentlichungen, die eine Verlängerung des Streiks hervorrufen könnten — insbesondere alle Beschlüsse von Parteien und Arbeiterorganisationen, die sich nicht klar gegen den Streik aussprechen — unterbunden werden sollten.

[9]) Vgl. MGFA MA/RMA, Nr. 2356, XVII. 1. 5. 11, Bd. 4. Am 4. 2. 1918 wurde das „Berliner Tageblatt" verboten, weil die Zeitung eine Meldung aus Petersburg über den Streik in Deutschland kommentarlos abgedruckt hatte, vgl. Archivalische Forschungen 4/III, Nr. 410, S. 1094 f. Das Verbot wurde am 5. 2. 1918 wieder aufgehoben (MGFA MA/RMA, Nr. 2354, XVII. 1. 5. 8a, Bd. 6).

[10]) Im weiteren Verlauf der Besprechung nannte das Kriegspresseamt einzelne Beispiele falscher Berichterstattung der ausländischen Presse über den Streik in Deutschland.

[11]) Im Anschluß hieran gab der Vertreter des Kriegsamts einen Überblick über die Meldungen der Kriegsamtstellen über den Stand des Streiks am 1. 2. 1918, 4 Uhr nachmittags. Danach war die Arbeit auf den Werften an Nord- und Ostsee — mit Ausnahme Bremens — wieder aufgenommen worden oder war für den 2. 2. 1918 zu erwarten. Im Bereich des stellv. Generalkommandos des IV. AK war mit einer Ausnahme (Staßfurt) der Streik beendet. Im Bereich des stellv. Generalkommandos des XI. AK dauerte der Streik in Gotha und Jena noch an; es wurde erwartet, daß er sich in Jena noch ausdehnen werde.

437.

Bericht des preußischen Kriegsministers und Obermilitärbefehlshabers an den Kaiser über Ursachen, Verlauf und Auswirkungen des Streiks.

5. 2. 1918, Nr. 930/18. g. A 1. — BA-MA Koblenz, H02-1/20, Ausfertigung.[1])

Dem Kriegsministerium waren schon vor einigen Wochen Nachrichten zugegangen, daß vom feindlichen Auslande[2]), namentlich von Rußland, eine Agitation

[1]) Das Anschreiben zu dem Bericht ist am 8. 2. 1918 vom Chef des Militärkabinetts abgezeichnet worden. Ob dem Kaiser diese Ausfertigung vorgelegen hat, erscheint zweifelhaft, er hat sie nicht abgezeichnet oder mit Marginalien versehen. Der Bericht ist auch an das Reichsmarineamt gelangt, vgl. MGFA MA/RMA, Nr. 4417, XXI. 14, Bd. 1. — Vgl. hierzu auch Wrisberg, Bd. 1, S. 97 ff.

[2]) Vgl. hierzu Nr. 409.

ins Werk gesetzt sei, in Deutschland und Österreich-Ungarn die Revolution zu entfachen. Flugblätter tauchten auf, die die Arbeiter aufforderten, die Regierungen der Vierbundmächte zum Frieden zu zwingen und die Lösung der Friedensfrage selbst in die Hand zu nehmen.[3]) Als Ausgangspunkt dieser Agitation ist die Konferenz des Zimmerwalder-Komitees in Stockholm anzusehen.[4]) Wenn auch noch keine bestimmten Beweise vorliegen, daß die radikalen sozialistischen Elemente Deutschlands mit der ausländischen Agitation unmittelbar in Verbindung gestanden haben, so kann hierüber aber nach den gemachten Beobachtungen kein Zweifel obwalten.[5]) Gewiß haben die Vorgänge in Rußland auf verhetzte Teile der Arbeiterschaft in Deutschland und Österreich-Ungarn ihren zur Nachahmung reizenden Eindruck nicht verfehlt. Auch haben jene Ideen mit der Zeit in den radikalen Kreisen der Arbeiter Fuß gefaßt, und werden sie von den Führern der unabhängigen Sozialdemokratie durch versteckte Agitation dauernd in einer Weise weiter genährt, daß bei diesem Teile der Bevölkerung die in großzügiger Weise schon seit langem stattfindende Aufklärungsarbeit leider versagt.[6]) Nach meiner Überzeugung würde diese Agitation trotzdem nicht ausgereicht haben, einen Teil der Arbeiter zum Streik greifen zu lassen, wenn sie nicht von außen gekommen wäre. Sie wird in so geheimer Weise betrieben, daß ihr schwer beizukommen ist.

Hinzu kommt noch, daß kürzlich in Österreich die Streiks zu Erfolgen der Arbeiter geführt haben, die für die deutschen Arbeiter geradezu eine Aufstachelung bedeuten mußten, gleiche Versuche zu wagen.

Auf die Regierung einen Druck auszuüben, politische Forderungen zu gewähren und einen schleunigen Friedensschluß herbeizuführen, der für uns aber einen Verzichtfrieden bedeuten würde, ist auch seit längerer Zeit das Bestreben der rechtsstehenden Sozialdemokratie (Richtung Scheidemann). Es zeigte sich infolgedessen bei den Streiks ein Zusammengehen beider Richtungen.[7])

Von der rechtsstehenden Gruppe ist beabsichtigt gewesen, in einen Streik einzutreten, falls [im][8]) Februar eine Herabsetzung der Lebensmittelraten stattfinden sollte, die aber nicht eingetreten ist. Die Rivalität zwischen der rechten

[3]) Vgl. hierzu Nr. 417.

[4]) Vgl. hierzu Nr. 375, Anm. 11.

[5]) Vgl. hierzu die Ausarbeitung des Referates X des stellv. Generalstabes (vgl. Nr. 409, Anm. 7) vom 9. 2. 1918 über die Beziehungen der Bolschewisten zur Streikbewegung in Deutschland, MGFA MA/StN, Nr. 5473, G. 10, Bd. 2. Auch der Chef des Kriegspresseamts machte in der Pressebesprechung vom 4. 2. 1918 (BHStA IV München MKr, 14025) die Propaganda der Entente für den Ausbruch des Streiks verantwortlich. — In den Berichten der stellv. Generalkommandos an das preuß. Kriegsministerium (vgl. Nr. 154, Anm. 1 und 2) für die Monate Dezember 1917 und Januar 1918 ist dagegen kaum von einer vom Ausland ausgehenden Propaganda die Rede. Die gelegentlichen Ausstände im Dezember 1917 werden auf Ernährungsschwierigkeiten und die Agitation der USPD zurückgeführt. Auch in der zusammenfassenden Darstellung des preuß. Kriegsministeriums im Januar-Bericht wird die Verhetzung von „radikaler Seite" für den Streik verantwortlich gemacht.

[6]) Vgl. hierzu Nr. 354, Anm. 3, 358 und 360.

[7]) Vgl. hierzu Nr. 429, Anm. 7, und 442.

[8]) In der Vorlage steht an dieser Stelle das Wort „mit", es könnte daher auch „Mitte Februar" gemeint sein.

und linken Gruppe der Sozialdemokratie hat nun die letztere dazu getrieben, den Streik schon jetzt zu inscenieren, um der rechten Gruppe zuvorzukommen und dieser in Bezug auf den Einfluß auf die Arbeiter-Massen den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Als sich die Nachrichten über den bevorstehenden Streik verdichteten[9]), ging vom Kriegsministerium den stellvertretenden Generalkommandos usw. am 25. Januar 1918 unter dem verabredeten Stichwort: „Anfang" Mitteilung zu, daß der Ausbruch des Generalstreiks am 28. Januar wahrscheinlich sei.[10]) Tatsächlich setzten die Streiks in den verschiedensten Punkten im Reiche mit diesem Zeitpunkte auch ein.

Die Generalkommandos sind seit langer Zeit mit den nötigen Weisungen über die Behandlung der Streiks versehen.[11]) Als wichtigste Punkte hiervon sind hervorzuheben, daß ein Einschreiten mit Waffengewalt nur im äußersten Notfalle stattfinden soll, sonst aber mit Nachdruck alle geeigneten Mittel zur Niederhaltung der Streiks anzuwenden sind, wie Unschädlichmachung der Führer und Hetzer, Verstärkung der Polizei mit Unteroffizieren, eine Maßnahme, die sich vielfach gut bewährt hat. Ferner ist, wenn eine gütliche Beilegung der Streiks nicht zu erreichen ist und die Arbeiter der Aufforderung zur Wiederaufnahme der Arbeit nicht Folge leisten, Stellung der vom Streik betroffenen Betriebe unter militärische Leitung vorgesehen, die zugleich die heeresdienstpflichtigen Arbeiter als zum Heeresdienst eingezogen erklärt und sie unter die Militärgesetze stellt. Diese Maßnahme hat sich in früheren Fällen gleichfalls als sehr heilsam gezeigt.

Die letzten Streiks haben ihr Zentrum in Berlin und finden ihre Unterstützung nicht nur seitens der Parteileitung der unabhängigen, sondern auch der rechtsstehenden Sozialdemokratie.

Als sich in Berlin ein Arbeiterrat nach russischem Muster gebildet hatte, erließ ich am 29. Januar 1918 Weisung an die stellvertretenden Generalkommandos usw., solche Arbeiterräte und Aktions-Komitees nicht zu dulden.[12]) Vom Oberkommando in den Marken wurde der Arbeiterrat in Berlin aufgelöst.[13]) Dieser hatte die Absicht, mit Unterstützung von Abgeordneten beider sozialdemokratischer Richtungen Verhandlungen mit der Regierung zu pflegen und verschiedene radikal-politische Forderungen zu stellen, worüber Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät von dem Herrn Reichskanzler berichtet sein dürfte.[14])

[9]) Vgl. die Mitteilung des preuß. Kriegsministeriums an das Reichsamt des Innern vom 25. 1. 1918, Dokumente und Materialien II/2, Nr. 27, S. 74.

[10]) Liegt nicht vor.

[11]) Vgl. hierzu Nr. 162, 316, 376 und 389.

[12]) Vgl. Nr. 433, Anm. 3.

[13]) Vgl. Nr. 429, Anm. 4.

[14]) Vgl. das Telegramm des Reichskanzlers an den Kaiser vom 4. 2. 1918 (Dokumente und Materialien II/2, Nr. 44, S. 102 ff.), den Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des preuß. Staatsministeriums vom 4. 2. 1918 sowie den Bericht des preuß. Ministers des Innern an den Kaiser vom 15. 2. 1918 (Archivalische Forschungen 4/III, Nr. 408, S. 1082 ff., und Nr. 442, S. 1159 ff.).

Da die Streikenden Arbeitswillige an der Fortsetzung ihrer Arbeiten zu hindern versuchten, erließ ich am 31. Januar 1918 eine erneute Anweisung zum Schutze der Arbeitswilligen.[15])

Am 31. Januar 1918 wurde vom Oberkommando in den Marken infolge Ausschreitungen, bei denen leider ein Schutzmannwachtmeister sein Leben eingebüßt hat, der verschärfte Belagerungszustand über Berlin verhängt.[16]) Die damit in Wirksamkeit getretenen außerordentlichen Kriegsgerichte haben ihre Tätigkeit am 2. Februar aufgenommen.

Ferner hat das Oberkommando in den Marken 7 kriegswichtige Betriebe vom 4. Februar 1918 ab unter militärische Leitung gestellt.[17])

Von Verhaftungen ist die des Reichstagsabgeordneten *Dittmann* (Unabhängige sozialdemokratische Partei) zu erwähnen.[18]) Dieser wurde bei einer Ansprache an Streikende, die die Arbeiter zum weiteren Streik aufforderte, festgenommen. Die Anklage lautet auf versuchten Landesverrat und Widerstand gegen die Staatsgewalt. Bei der Tat ergriffen, somit nicht unter dem Schutze der Immunität stehend, ist *Dittmann* durch das außerordentliche Kriegsgericht zu 5 Jahren Festungshaft verurteilt.

Für den Fall von größeren Unruhen in Berlin sind von der Obersten Heeresleitung 4 Jäger-Bataillone zur Verfügung gestellt und in und bei Berlin untergebracht worden.[19])

Über den Verlauf der Streikbewegung im Einzelnen melde ich alleruntertänigst folgendes:

Im Gegensatz zu früheren Arbeitsniederlegungen, welche in unmittelbaren Forderungen der Arbeiter begründet waren, wurden diesmal *politische* Ansprüche in den Vordergrund gerückt. Der Ausgangs- und Mittelpunkt der ganzen Bewegung war naturgemäß Berlin.

Hier setzte am 28. Januar der Ausstand in 38 der bedeutendsten kriegswichtigen Betriebe ein, in denen die Zahl der Ausständigen im Laufe dieses Tages eine Höhe von ungefähr 45000 Mann erreichte.[20]) Am 29. Januar steigerte sich die Zahl der Streikenden[21]); doch war bereits eine starke Spaltung in der Arbeiterschaft und ein bedeutender Mangel an einheitlicher Leitung bemerkbar. Am 30. Januar erreichte die Bewegung mit einer Zahl von 150—180000 Ausständigen ihren Höhepunkt, von dem sie am 31. Januar wieder auf schätzungsweise 140000 herabsank. Während an den Vortagen die Ruhe nirgends gestört war,

[15]) Vgl. Nr. 433.

[16]) Vgl. Nr. 436, Anm. 7.

[17]) Vgl. Dokumente und Materialien II/2, S. 93.

[18]) Vgl. Nr. 435, Anm. 3.

[19]) Vgl. hierzu ein Schreiben des preuß. Kriegsministeriums an die OHL vom 10. 1. 1918 (zitiert in WUA, Bd. 3, S. 61 f.), in dem die Freigabe eines Teils des Jahrganges 1899 für das Feldheer von der Bereitwilligkeit der OHL, bei inneren Unruhen „geschlossene Truppenkörper des Feldheeres" zur Verfügung zu stellen, abhängig gemacht wurde.

[20]) Vgl. Nr. 427, Anm. 5.

[21]) Vgl. hierzu Dokumente und Materialien II/2, Nr. 33, S. 84 ff.

kam es an diesem Tage im Norden und Nordosten der Stadt zu Störungen der öffentlichen Ruhe und des Verkehrs.[22])

Obgleich die rege Agitation für den Massenstreik fortwährte, vermehrte sich am 1. Februar die Streikmüdigkeit, die sich am 2. und 3. Februar noch weiter verstärkte, sodaß in den meisten Betrieben mit einem großen Teil der Belegschaft wieder gearbeitet wurde und in den nächsten Tagen die volle Wiederaufnahme der Arbeit in Aussicht steht.[23])

Die Ausstrahlung der Bewegung war je nach der Stärke der politischen Wühlarbeit sehr verschieden. Am frühesten und mit der größten Wirkung trat die Ausstandsbewegung in Kiel ein, wo sich die Zahl der ausständigen Werftarbeiter am 29. Januar auf 23000 Mann steigerte und die Arbeit in allen Betrieben stark beeinträchtigt war. Mit dem 30. Januar begann aber auch hier ein Rückgang, der am 1. Februar zur vollen Wiederaufnahme der Arbeit führte.[24])

In Hamburg traten am 28. Januar gleichfalls eine Reihe von Werften in Ausstand, deren Betrieb am 29. und 30. Januar mit 24000 Mann Streikenden bedeutend herabgesetzt wurde.[25]) Die Ausdehnung der Bewegung nach Altona, Lübeck, Rostock und Schwerin war nur von kurzer Dauer und geringer Bedeutung.

[22]) Vgl. Nr. 432.

[23]) In dem Bericht des Berliner Polizeipräsidenten an das Oberkommando in den Marken vom 6. 2. 1918 (Archivalische Forschungen 4/III, Nr. 423, S. 1113 ff.) heißt es, daß die letzten Streikenden am 5. 2. 1918 die Arbeit wieder aufgenommen hätten.

[24]) Zum Kieler Streik vgl. Dokumente und Materialien II/2, Nr. 30, S. 78 f. und den ausführlichen Bericht des Gouvernements an den Staatssekretär des Reichsmarineamts vom 9. 2. 1918 (MGFA MA/RMA, Nr. 4453, Ms. 7b. 1a, Bd. 1). Nach diesem Bericht ging der Streik, der schon am 25. 1. 1918 ausbrach, von Klagen der Arbeiter über die ungerechtfertigte Einziehung ihrer Vertrauensleute (Torpedo-Werkstatt), über die Zusammensetzung der Arbeiterausschüsse (Germaniawerft) und von allgemeinen Klagen über die unzureichende Verpflegung aus. Die Arbeiter der Torpedo-Werkstatt legten wegen der Einziehung einiger ihrer Vertrauensleute zuerst die Arbeit nieder, am 26. 1. 1918 folgten ihnen die Arbeiter der Germaniawerft. Der Gouverneur genehmigte am 28. 1. 1918 (24000 Streikende) für den folgenden Tag 5 Versammlungen in Lokalen der Stadt, die am 30. 1. 1918 erneut stattfanden. Am 1. 2. 1918 wurde die Arbeit wieder aufgenommen. In dem Bericht heißt es u. a.: „Aus den Verhandlungen des Militärpolizeimeisters mit den Abordnungen der Streikenden, aus den Maßnahmen der Streikleitung, sei es durch Ordner auf den Straßen oder sei es in den genehmigten Versammlungen, war immer eine gewisse Ruhe und Sachlichkeit festzustellen, die auch wohl noch dadurch gestärkt ist, daß das Gouvernement auf der einen Seite von Anfang an mit Nachdruck die militärische Kommandogewalt betonte und auch nach außen zum Ausdruck brachte, auf der anderen Seite, aber ohne Schärfe durch den Militärpolizeimeister über die Genehmigung von Versammlungen verhandeln ließ." Das Gouvernement bezweifelte im übrigen die Möglichkeit einer vollständigen Militarisierung der Rüstungsbetriebe, vgl. hierzu Anm. 25, sowie Nr. 242, 444 und 445. Für einen Überblick über die Streiks im Reichsgebiet vgl. Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 3, S. 162 ff.

[25]) Vgl. hierzu Dokumente und Materialien II/2, Nr. 31, S. 80 f. Die am 29. 1. 1918 ausgesprochene Militarisierung der Werften konnte in der ursprünglich gedachten Form nicht durchgeführt werden. Aus der Niederschrift über eine Besprechung im stellv. Generalkommando des IX. AK am 1. 2. 1918 (MGFA MA/RMA, Nr. 4453, Ms. 7b. 1a, Bd. 1) geht hervor, daß es sich als unmöglich herausstellte, die Masse der notwendigen Gestellungsbefehle in der ursprünglich veranschlagten kurzen Zeit auszufertigen und daß die Arbeitsaufnahme der Wehrpflichtigen zu Soldatenlöhnung selbst von den Werften als untragbar bezeichnet wurde. Vgl. auch den Bericht des stellv. Generalkommandos an den Obermilitärbefehlshaber vom 3. 2. 1918 (MGFA MA/StN, Nr. 5473, G. 10, Bd. 2).

Dagegen traten die Werften in Bremen am 1. Februar mit 3600 Arbeitern in Ausstand, der bei gleichbleibender Zahl heute noch fortbesteht.[26])

Im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet sowie im Bezirke des VIII. Armeekorps war die Arbeit nur in geringem Umfang gestört. An Metallarbeitern hatten sich nur gegen 20000 Mann der Arbeitsniederlegung angeschlossen, während auf den Kohlenzechen ungefähr 15000 Mann streikten. Die Bewegung ist aber auch hier im Abnehmen.[27])

Im Saargebiet ist alles ruhig.

Im Gebiete des stellvertretenden Generalkommandos XI. Armeekorps flammte die Arbeitsniederlegung nur kurz und in nicht bedeutendem Umfange auf.[28]) Das gleiche gilt von der Bewegung im Gebiete des IV. Armeekorps in Magdeburg und Halle, wo am 28. und 29. Januar ungefähr 17000 Mann streikten.[29])

Im Süden Deutschlands kam es nur in Bayern, in Nürnberg-Fürth am 28. und 29. Januar zu stärkerer Arbeitseinstellung mit 53000 Streikenden, die aber am 30. und 31. Januar schon wieder völlig zurückgegangen war, um dann freilich noch einmal in München kurz aufzuflackern.[30])

Im Königreich Sachsen waren nach völliger Ruhe bis zum 30. Januar am 31. Januar nur etwa 3500 Mann an der Bewegung beteiligt, die am 2. Februar bereits wieder abgeflaut war.[31])

Der Osten Deutschlands, vor allem Schlesien, war nicht in Mitleidenschaft gezogen, mit Ausnahme von Danzig, wo am 31. Januar 2500 Arbeiter, vor allem Jugendliche, bis zum 2. Februar streikten.[32])

Soweit sich die *Wirkungen auf die Rüstungsindustrie* heute bereits übersehen lassen, ergibt sich folgendes Bild:[33])

---

[26]) Vgl. hierzu die Notizen vom 9. 2. 1918 für den Immediatvortrag des Staatssekretärs des Reichsmarineamts (MGFA MA/RMA, Nr. 4453, Ms. 7b, 1a, Bd. 1), der am 14. 2. 1918 stattfand (Müller, S. 356).

[27]) Vgl. hierzu Feldman, S. 451. Im Januar-Bericht (vgl. Nr. 154, Anm. 1 und 2) schreibt das stellv. Generalkommando des VII. AK: „Seinem inneren Wesen nach war dieser Ausstand politischer Natur. Die Leiter der christlichen Gewerkschaften und der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine sowie der gelben Gewerkschaften haben sich redlich bemüht, den Ausstand beizulegen. Dasselbe gilt auch von einem Teile der Leiter der freien Gewerkschaften, besonders in der Metallindustrie; dagegen hat der sozialdemokratische Bergarbeiterverband (der sogenannte alte Bergarbeiterverband), eine energische Bekämpfung des Ausstandes vermissen lassen. Hätte der alte Bergarbeiterverband in gleicher Weise wie die christlichen und Hirsch-Dunckerschen Organisationen Stellung gegen den Ausstand genommen, so wäre dieser zweifellos nicht zu so großer Ausdehnung gelangt, wie es geschehen ist."

[28]) Vgl. Nr. 436, Anm. 11.

[29]) Vgl. hierzu Archivalische Forschungen 4/III, Nr. 403, S. 1077 f.

[30]) Vgl. Nr. 434, sowie Archivalische Forschungen 4/III, Nr. 348, S. 973 f.

[31]) Vgl. hierzu Dokumente und Materialien II/2, Nr. 29, S. 76 f. und Nr. 40, S. 94 f.; Archivalische Forschungen 4/III, Nr. 354 f., S. 982 ff.; Nr. 375 f., S. 1021 ff.; Nr. 392, S. 1044; Nr. 399, S. 1071 f.; Nr. 401 f., S. 1073 ff.

[32]) Zum Streik in Danzig vgl. den Bericht des Oberwerftdirektors der Kaiserlichen Werft vom 1. 2. 1918 (MGFA MA/RMA, Nr. 4453, Ms. 7b. 1a, Bd. 1), in dem u. a. berichtet wird, daß sich auch Frauen aus dem Mittelstand aktiv am Streik beteiligt hätten. Im übrigen werden die Bemühungen der Gewerkschaftsführer, den Streik beizulegen, hervorgehoben.

[33]) Vgl. Feldman, S. 452.

Durch den Streik sind ohne Zweifel gewisse Rückschritte auf dem Gebiet der *Waffen- und Munitions-Anfertigung* eingetreten.

Zu der großen Gesamterzeugung sind sie aber von keiner einschneidenden Bedeutung. Am empfindlichsten wird ein Ausfall in der Anfertigung von Am[m]onpulver in der Am[m]onpulverfabrik der A.E.G. in Hennigsdorf bei Spandau sein, der etwa 50 t beträgt.

Dieser Ausfall macht zu der Gesamtlieferung von 10000 t im Monat nur etwa 0,02% der Gesamtlieferung aus.

Die Anfertigung von neuen *Flugzeugen* ist durch den Streik bei den *Flugzeugfabriken* nur unwesentlich berührt worden. Auch bei den *Motorenfabriken* wird der Ausfall voraussichtlich nur gering sein. Das gleiche gilt für den *Luftschiffbau*. Dagegen wird die Anfertigung von *Panzerkraftwagen* erheblicher in Mitleidenschaft gezogen, da 3 für die Herstellung dieser Kraftwagen wichtige Fabriken in Berlin stillgelegen haben.

Aus dem Bereich der Marine sind durch den Streik hauptsächlich die Torpedowerkstatt in Friedrichsort und die Firma Schwartzkopff in Berlin mit Torpedolieferungen, und die Ubootswerften in Kiel, Hamburg, Bremen und zum Teil auch in Danzig betroffen worden. Die Wirkungen des Streiks lassen sich zur Zeit noch nicht voll übersehen. Sie hängen von dem mehr oder minder gestörten Zusammenarbeiten der Unterlieferanten mit den Bauwerften ab. Die Minderproduktion an Torpedos beträgt ungefähr 140 Stück. Sie hat augenblicklich keinen unmittelbaren Einfluß auf die Kriegführung. Die im Bau befindlichen Uboote werden ungefähr eine der Dauer des Streiks entsprechende 8tägige Ablieferungsverzögerung erleiden.

Die Streikbewegung hat, auch wenn sie noch nicht ganz erloschen ist, dank der festen Haltung der Behörden mit einem völligen Zusammenbruch geendigt. Immerhin ist ein erneutes Aufleben, möglicherweise in verstärktem Maße, nicht ausgeschlossen.[34]) Die Bewegung wird weiter scharf im Auge behalten; das Kriegsministerium steht mit dem Oberkommando in den Marken, den stellvertretenden Generalkommandos usw. und mit dem stellvertretenden Generalstab der Armee in dauerndem Nachrichtenaustausch.

Die bewährten Maßnahmen der stellvertretenden Generalkommandos usw. und eine feste Haltung der Regierung bieten dafür Gewähr, auch einer erneuten Bewegung mit Erfolg Herr zu werden.

Die Ereignisse haben unzweifelhaft den Beweis geliefert, daß eine Bekämpfung derartiger Bewegungen nur bei unveränderter Aufrechterhaltung des Belagerungs-Zustandes möglich ist.

v. Stein.

[34]) Der Vertreter des Kriegspresseamts, Major Würz, teilte in der Pressebesprechung am 4. 2. 1918 (BHStA IV München MKr, 14025) mit, daß mit einem erneuten Streik in den nächsten Tagen zu rechnen sei. Vgl. Nr. 444, Anm. 2.

438.

Bericht des Oberbefehlshabers in den Marken an den Kaiser[1]) über den Verlauf des Streiks in Berlin und die daraus zu ziehenden Folgerungen.

6. 2. 1918, Sect. Ia. Nr. 239914. — BA-MA Koblenz, H02-1/20, Ausfertigung.[2])

Euer Majestät melde ich, daß nunmehr der Ausstand als beendet angesehen werden kann, da die Arbeit, abgesehen vielleicht von einzelnen Arbeitern, wieder aufgenommen ist.[3]) Ob die Bemühungen der unabhängigen Sozialdemokratie, den Streik jetzt erneut wieder aufleben zu lassen, von Erfolg sein werden, läßt sich mit Bestimmtheit noch nicht sagen, erscheint jedoch wenig wahrscheinlich.[4])

Von der Absicht der linksstehenden Sozialdemokratie, am 27. Januar Demonstrationen zu veranstalten und in den darauffolgenden Tagen einen Generalstreik zu beginnen, war ich rechtzeitig unterrichtet worden[5]), so daß ich umfassende polizeiliche und militärische Maßnahmen treffen konnte. Nur ein Teil der Berliner Arbeiter folgte dem Ruf der Hetzer, sodaß die Zahl der Streikenden niemals mehr als 170000 betragen hat.)[6] Wie immer bei solchen Anlässen versuchten die Streikenden die Arbeitswilligen zu terrorisieren, sodaß die Hauptaufgabe der Polizei und bewaffneten Macht war, den Schutz der Arbeitswilligen durchzuführen. Hierzu genügten die Kräfte des Stellvertretenden Generalkommandos des Gardekorps nicht, besonders auch in Rücksicht darauf, daß für alle Fälle auch noch verwendungsbereite Truppen zum Schutz öffentlicher Gebäude und wichtiger Betriebe zur Verfügung stehen mußten, sodaß ich zur Verstärkung des Stellvertretenden Generalkommandos des Gardekorps Truppen des Stellvertretenden Generalkommandos III. Armeekorps und die mir von Euer Majestät zur Verfügung gestellten Jäger heranzog.[7]) Bei den Demonstrationen auf der Straße ist es nirgends zum Waffengebrauch durch das Militär gekommen. Das Erscheinen des Militärs genügte überall, die Demonstranten zu

[1]) Generaloberst v. Kessel informierte den Kaiser auch während des Streiks über die Situation, vgl. z. B. sein Telegramm vom 31. 1. 1918 (BA-MA Koblenz, H02-1/20) über die Verhaftung Dittmanns und die Einsetzung von außerordentlichen Kriegsgerichten, das Wilhelm II. mit einem „sehr gut" quittierte. Kessel hatte auch dafür gesorgt, daß der Kaiser am 27. 1. 1918 Berlin verließ, vgl. Müller, S. 348, sowie Nachlaß Berg, Nr. 2. Zum Streikverlauf in Berlin vgl. neuerdings auch Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 3, S. 146 ff.

[2]) Paraphe des Kaisers im Kopf der Vorlage, dort auch der Vermerk Lynckers (10. 2. 1918), daß der Bericht dem Kaiser vorgelegen habe.

[3]) Vgl. Nr. 437, Anm. 23.

[4]) Vgl. Nr. 444, Anm. 2.

[5]) Vgl. Nr. 437, sowie Nr. 424, insbesondere Anm. 1.

[6]) In einem Bericht des Oberkommandos in den Marken an das preuß. Kriegsministerium vom 4. 2. 1918 (MGFA MA/MK, Nr. 3440, XXV. b, Bd. 1), der sich auf die Darstellung des äußeren Verlaufs der Streikbewegung beschränkt, werden ähnliche Zahlen genannt. Danach haben am 28. 1. 1918 etwa 85000 Arbeiter gestreikt (vgl. Nr. 427, Anm. 5) und diese Zahl stieg „rasch auf das Doppelte", als bekannt wurde, daß die SPD in die Führung des Streiks eingetreten war.

[7]) Vgl. Nr. 437, Anm. 19.

zerstreuen. Die Polizei dagegen hat verschiedentlich von der Waffe Gebrauch machen müssen. Als die Demonstrationen am Donnerstag[8]) einen ernsteren Charakter angenommen hatten, verhängte ich den verschärften Belagerungszustand durch Einsetzung von Kriegsgerichten.[9]) Dies hat wesentlich mit dazu beigetragen, die Kraft des Streiks zu brechen und weitere Ausschreitungen zu verhüten. Zu nennenswerten Demonstrationen kam es danach nicht mehr, und auch in der Zahl der Streikenden trat eine Vermehrung nicht mehr ein.

Der Verlauf dieses Streiks hat mir erneut gezeigt, daß es wichtig ist, gegen irregeleitete Volksmassen unter allen Umständen mit Strenge vorzugehen.[10]) Wird bei den Volksmassen auch nur auf kurze Zeit der Eindruck der Schwäche erweckt, so wächst solche Bewegung ins Ungemessene[11]), und bedarf es zu ihrer Unterdrückung später viel strengerer Maßnahmen. Bei unseren geordneten staatlichen Verhältnissen darf kein Zweifel darüber aufkommen, daß Forderungen — zumal rein politischer Art wie in diesem Falle — nicht durch Streiks ertrotzt werden können.

Jeder Versuch, die russischen Zustände auch bei uns herbeizuführen, muß rücksichtslos unterdrückt[12]) werden. Bei uns liegen die Verhältnisse ganz anders als in Rußland. Hier bei uns ist die Masse des Volkes im Innern durchaus zufrieden. Wo sich Unzufriedenheit äußert, geschieht es nicht der Verhältnisse wegen, sondern nur weil die Verhetzung[11]) gelungen ist. Jedes Nachgeben stärkt dann natürlich das Ansehen der Hetzer und Führer[13]) und die Begehrlichkeit der Massen, während Strenge und Unnachgibigkeit sie sehr bald auf den richtigen Weg zurückführen. Ein Beweis hierfür waren mir auch die Ereignisse vom Anfang Dezember v. Js.[14]) Damals wurde von einem Teil der Arbeiter in der Daimler-Motoren Fabrik gestreikt und passive Resistenz ausgeübt. In einer großen Zahl von Versammlungen erklärten sich die Berliner Metallarbeiter mit den Arbeitern der Daimler-Motoren Fabrik solidarisch und beschlossen, sofort zu streiken und dadurch die gesamte Berliner Rüstungsindustrie lahm zu legen, wenn militärische Maßnahmen ergriffen werden sollten. Als dann trotzdem ohne Rücksicht auf diese Kundgebungen das Werk unter militärische Leitung gestellt wurde, erfolgte von seiten der Metallarbeiter nichts, und der Arbeiterausschuß des Werkes bat bereits am nächsten Tage sehr bescheiden um Aufhebung der Maßnahme, nachdem die Arbeit sofort wieder aufgenommen worden war.[15])

---

[8]) 31. 1. 1918.

[9]) Vgl. Nr. 436, Anm. 7.

[10]) Von „gegen irregeleitete" bis zum Schluß des Satzes in der Vorlage vom Kaiser unterstrichen und durch einen Bleistiftstrich am Rande hervorgehoben.

[11]) die vorangehenden fünf Worte in der Vorlage vom Kaiser unterstrichen.

[12]) Die vorangehenden drei Worte in der Vorlage vom Kaiser unterstrichen.

[13]) Die vorangehenden neun Worte in der Vorlage vom Kaiser unterstrichen.

[14]) Es handelte sich um einen Sitzstreik der Dreher vom 2. bis 6. 12. 1917, vgl. die Mitteilung des Oberkommandos in den Marken in der Pressekonferenz vom 6. 12. 1917 (BHStA IV München MKr, 14025).

[15]) Die Darstellung der Beilegung dieses Streiks ist in der Vorlage vom Kaiser mit Unterstreichungen und Bleistiftstrichen am Rande versehen worden.

Bei der jetzigen Ausstandsbewegung zeigte sich wieder, von wie großer Wichtigkeit es ist, daß von allen Regierungsstellen aus einheitlich vorgegangen und keine Nachgibigkeit gezeigt wird.[16]) Ich bin dieserhalb mit dem Herrn Kriegsminister und auch mit dem Herrn Reichskanzler in dauernder Verbindung geblieben. Von beiden Seiten fand ich weitgehendstes, verständnisvollstes Entgegenkommen und Unterstützung.[17]) Es ist aber leider nicht zu verkennen, daß viele behördliche Stellen noch immer glauben, mit Nachgibigkeit und Unterhandeln etwas zu erreichen. Diese Stellen haben noch immer nicht einsehen gelernt, daß die Masse unbelehrbar ist[11]), daß die Hetzer und Führer, denen sie folgen, nichts einsehen *wollen* und stets unbeirrt durch alle Konzessionen ihr Ziel bis ans Ende verfolgen werden.

Das Hauptergebnis bei Beendigung des jetzigen Streiks ist, daß ohne jegliche Konzessionen die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen wurde.[18]) Es ist dies meiner Ansicht nach besonders wichtig für die Zukunft, denn es ist sicher anzunehmen, daß von sozialdemokratischer Seite versucht werden wird, die nächste sich bietende Gelegenheit für einen erneuten Streik auszunutzen. Soweit mir bekannt, ist damit zu rechnen, daß die Brotration im Laufe des Jahres herabgesetzt wird[19]), und glaube ich bestimmt, daß dies ein neuer Anlaß zum Streik sein wird. Wenn die Behörden sich vorher klar darüber geworden sind, daß die Maßnahme unvermeidlich und zum Durchhalten unbedingt erforderlich ist, so müssen auch bei diesem Anlaß dann sämtliche Stellen festbleiben und sich nicht auf Unterhandlungen und Konzessionen bei etwaigem Streik einlassen. Nur bei solchem Vorgehen werden die Massen einsehen, daß sie sich unbedingt fügen müssen, wenn es das staatliche Interesse erfordert.[20])

von Kessel
Generaloberst, Generaladjutant,
Oberbefehlshaber in den Marken
und Gouverneur von Berlin.

[16]) Von „Regierungsstellen" bis zum Schluß des Satzes in der Vorlage vom Kaiser unterstrichen und mit einem Bleistiftstrich am Rande versehen.

[17]) Der Satz ist in der Vorlage vom Kaiser unterstrichen und am Rande angestrichen. Dazu der Vermerk: „gut".

[18]) Von „daß" bis zum Schluß des Satzes in der Vorlage vom Kaiser unterstrichen und am Rande angestrichen. Dazu der Vermerk: „gut".

[19]) Von „damit" bis „wird" in der Vorlage vom Kaiser unterstrichen und am Rande angestrichen. Dazu der Vermerk: „Nein!" Vgl. hierzu die Ausführungen des Staatsministers v. Waldow in der Sitzung des preuß. Staatsministeriums vom 4. 2. 1918 (Archivalische Forschungen 4/III, Nr. 408, S. 1085 f.).

[20]) Schlußmarginalie Wilhelms II.: „gut".

439.

Schreiben des preußischen Kriegsministeriums an die Militärbefehlshaber betr. Geldsammlungen für politische Zwecke im Heer.

6. 2. 1918, Nr. 687/1. 18. A 1, Geheim! — MGFA MA/RMA, Nr. 6062, IX. 1. 3. 10, Bd. 1, vervielfältigtes Exemplar.

Wie aus einer Bekanntmachung des Parteivorstandes der sozialdemokratischen Partei Deutschlands hervorgeht[1]), haben unter den Heeresangehörigen verschiedentlich Geldsammlungen für den Parteivorstand zum Zwecke der Förderung des Kampfes für Friede und Freiheit stattgefunden.

Die Veranstaltung von Sammlungen im Heere, die, wie im vorliegenden Falle, politischen Zielen dienen, ist nicht statthaft.[2])

Es wird ersucht, die Truppen hierauf hinzuweisen.[3])

Im Auftrage
v. Wrisberg.

[1]) Die Oberzensurstelle teilte den Zensurstellen am 9. 2. 1918 mit (MGFA MA/RMA, Nr. 2356, XVII. 1. 5. 11, Bd. 4), daß der „Vorwärts" Quittungen über Spenden veröffentliche, in denen als Spender auch Heeresangehörige — unter Angabe der Truppenteile — genannt würden. „Die Veröffentlichung der Beteiligung von Heeresangehörigen in politischen Vereinen und Korporationen ist unerwünscht." Vgl. hierzu auch Nr. 408 und 416. Dr. Paul Fleischer, Sekretär der katholischen Arbeitervereine, wandte sich am 25. 2. 1918 an Oberstleutnant Bauer (Nachlaß Bauer, Nr. 12) und wies auf entsprechende Quittungen in der „Breslauer Volkswacht" hin. „Für Frieden und Freiheit" sei die Parole der russischen Revolution.

[2]) Auch die Maßnahmen zur Verhinderung der Werbung von Mitgliedern durch Flugschriften, auf die im November 1917 schon hingewiesen worden war (vgl. Nr. 408, Anm. 5), wurden, vor allem gegen die linksstehenden Parteien, fortgesetzt. Das bayer. Kriegsministerium verbot am 22. 1. 1918 die Versendung der Flugschrift „Die Sozialdemokratie für die Feldgrauen" an Heeresangehörige (BHStA IV München BM Berlin, B. Kriegsakten, 21, Bd. 9). Das stellv. Generalkommando des II. AK verbot zunächst am 5. 12. 1917 ganz allgemein die Verbreitung dieser Broschüre, mußte jedoch am 21. 2. 1918 das Verbot auf die Verbreitung unter Heeresangehörigen beschränken (GStA Berlin Rep. 30, Nr. 651, Bd. 6). Auch für das Flugblatt des Reichstagsabgeordneten der Fortschrittlichen Volkspartei, Dr. Müller (Meiningen), „Die Feldgrauen und wir zu Hause", wurde dasselbe Verbot ausgesprochen (Schreiben des preuß. Kriegsministeriums vom 12. 4. 1918, MGFA MA/RMA, Nr. 6062, IX. 1. 3. 15, Bd. 2).

[3]) Das bayer. Kriegsministerium übernahm die Anweisung des preuß. Kriegsministeriums, allerdings mit der charakteristischen Einschränkung, daß nicht auf die Sammlung der Sozialdemokratischen Partei Bezug genommen wurde (BHStA IV München MKr, Nr. 11525).

440.

Brief Oberstleutnant Bauers an den Landtagsabgeordneten Dr. Röchling zu Gerüchten über die Stellungnahme der Obersten Heeresleitung zur Wahlrechtsvorlage.[1])

7. 2. 1918[2]), Gr. Hauptquartier. — Nachlaß Bauer, Nr. 12 , Durchschrift.

Sehr geehrter Herr Geheimrat!
Euerer Hochwohlgeboren möchte ich im Anschluß an unsere neuliche Besprechung[3]) noch einige Worte betreffs des Wahlrechts mitteilen.[4])
Auch von anderer Seite ist jetzt die Mitteilung hierher gekommen, daß der Generalfeldmarschall und Exzellenz Ludendorff sich für beschleunigte Einführung des Wahlrechts ausgesprochen hätten mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse. Ich möchte nochmals erklären, daß dies erstunken und erlogen ist. Beide Herren haben sich über das gleiche Wahlrecht überhaupt nicht geäußert, weil es eine rein innerpolitische Angelegenheit ist, die die Oberste Heeresleitung nichts angeht.[5]) Es ist also auch unsinnig, wenn behauptet wird, daß einer der Herren geäußert hätte, das gleiche Wahlrecht müsse bei etwaigen Streiks oder zur Vermeidung von solchen sofort gegeben werden, weil ein Streik die gesamte Kriegsführung in Frage stellen könnte.[6]) Diese letztere Unterstellung ist auch in sofern unrichtig, als, wie der letzte Streik bewiesen hat, die dadurch entstehende Minderlieferung an Munition und sonstigem Kriegsgerät durchaus nicht so in Betracht kommt, wie ängstliche Gemüter anzunehmen scheinen.[7]) Ich bitte Sie, wo es nötig ist, diesen falschen Auffassungen entgegen zu treten.

[1]) Für den Zusammenhang vgl. Patemann, S. 140 ff. Kommerzienrat Dr. Röchling informierte Bauer in den folgenden Wochen sehr eingehend über die Kommissionsberatungen und die entscheidende Rolle, die dem Zentrum dabei zufiel. In dieser Hinsicht empfahl er eine Einwirkung auf den Abgeordneten Frhr. v. Loë (vgl. die Briefe vom 28. 2., 16. 3. und 24. 3. 1918 im Nachlaß Bauer, Nr. 12, sowie Nr. 452).

[2]) Erwähnt bei Feldman, S. 452, dort allerdings unter dem falschen Datum des 10. 2. 1918.

[3]) Wann diese Besprechung stattfand, ist nicht zu ermitteln. Auf der Rückseite des Briefes eines gewissen Lebius vom 30. 1. 1918 (Nachlaß Bauer, Nr. 15), den Ludendorff am 31. 1. 1918 für die Operationsabteilung II (Bauer) auszeichnete, befindet sich die Notiz Bauers „Reibnitz 9.30 V[ormittag], Zimmermann 10.00 V, Röchling 11.00 V." Es ist also anzunehmen, daß die Besprechung zwischen dem 1. und 6. 2. 1918 stattfand.

[4]) Vgl. hierzu auch Nr. 414 und 446, sowie Koszyk, S. 183 f. (Schreiben Hindenburgs ohne Datumsangabe).

[5]) In der Pressebesprechung vom 21. 2. 1918 (BHStA IV München MKr, 14025) teilte der Vertreter des Kriegspresseamts einen Befehl der OHL mit, der wohl auf Oberstleutnant Bauer zurückzuführen sein dürfte. Er erklärte: „Ich habe Befehl erhalten, Gerüchten entgegenzutreten, die Seine Exzellenz den Herrn Generalfeldmarschall oder den Herrn Ersten Generalquartiermeister in irgendeinen Zusammenhang mit den zur Zeit schwebenden Fragen des preußischen Wahlrechts bringen, da sie jeglicher Wahrheit entbehren. Es ist stets grundsätzlich von beiden Heerführern abgelehnt worden, in irgendeiner Richtung zu Wahlrechtsfragen Stellung zu nehmen. Kombinationen, die darauf hinausgehen, sie als Scharfmacher gegen das Wahlrecht hinzustellen, sind deshalb ebenso falsch wie alle Gerüchte, sie hätten Abgeordnete beeinflußt, dem allgemeinen Wahlrecht zuzustimmen."

[6]) Vgl. hierzu Nr. 414, Anm. 7.

[7]) Vgl. hierzu Nr. 437, sowie 407, insbesondere Anm. 8.

Mit der Versicherung der vorzüglichsten Hochachtung bin ich Euer Hochwohlgeboren

sehr ergebener
B[auer]
Oberstleutnant.

441.

Schreiben des stellv. Generalkommandos des III. AK an das stellv. Generalkommando des XIV. AK betr. die Kennzeichnung der aus Anlaß des Streiks eingezogenen Wehrpflichtigen.[1])

7. 2. 1918, Abt. Ia. Nr. 190082. — GLA Karlsruhe Abt. 456, Bd. 77, Abschrift.

Im Anschluß an das diesseitige Telegramm vom 2. dieses Monats Ia No. 173522 wird gebeten, die in Frage kommenden dort unterstellten Truppenteile nochmals mit besonderer Weisung über den Grund und Anlaß der Einziehung der bei ihnen unter Stichwort „Berlin 1918" eingestellten Leute[2]) zu versehen.

Diese Leute haben sich nachgewiesenermaßen an dem Streik in Berlin und Umgegend beteiligt und sich hetzerisch und teilweise agitatorisch zur weiteren Entwicklung des Streiks betätigt.[3]) Um ihnen die Möglichkeit einer späteren

[1]) Vgl. die Wiedergabe eines Schreibens des stellv. Generalkommandos des III. AK an das stellv. Generalkommando des I. AK in: Dokumente und Materialien II/2, Nr. 48, S. 113 f. Das Schreiben trägt dasselbe Datum, dasselbe Aktenzeichen und stimmt inhaltlich mit der Vorlage überein. Es weist jedoch gegenüber der Vorlage eine solche Fülle von Abweichungen im Wortlaut auf, daß an der Korrektheit der Wiedergabe gezweifelt werden muß (Quelle: „Spartacus" Nr. 9 vom Juni 1918). Unterzeichnet ist das Schreiben von einem Generalmajor v. Höfer, einen Offizier dieses Namens und Ranges hat es nicht gegeben (vgl. Ehren-Rangliste des ehemaligen Deutschen Heeres, hrsg. vom Deutschen Offizier-Bund, Berlin 1926). Die Vorlage ist einem Befehl des stellv. Generalkommandos des XIV. AK, unterschrieben vom stellv. kommandierenden General, vorangestellt (vgl. Anm. 3).

[2]) W. Bartel, S. 165, S. 172, S. 178, gibt die Zahl der aus Anlaß des Streiks in Berlin eingezogenen wehrpflichtigen Arbeiter mit 50000 an. Er beruft sich dabei auf Zeugenaussagen im Prozeß gegen den Reichspräsidenten Ebert im Jahre 1924. Aus Nr. 444 geht hervor, daß ca. 150 Personen verhaftet oder in Schutzhaft genommen und ca. 3500 zum Militärdienst eingezogen wurden. Eine andere Quelle gibt allerdings die Zahl von 6000 eingezogenen Arbeitern an (vgl. Nr. 445, Anm. 16), keinesfalls dürfte jedoch die Zahl von 50000 erreicht worden sein. Im Februar 1918 waren die Behörden, insbesondere die Kriegsamtstellen nicht mehr in der Lage, 50000 Arbeiter in den wichtigsten Rüstungsbetrieben schnell und in vollem Umfang zu ersetzen (vgl. hierzu z. B. Nr. 241). Die Einziehung von 50000 Arbeitern hätte eine nachhaltige Schädigung der Rüstungsproduktion nach sich gezogen. Deshalb wies das Kriegsamt schon am 30. 1. 1918 über die stellv. Generalkommandos die Kriegsamtstellen an, im Falle von Einziehungen „mit allen Mitteln" für Ersatzkräfte zu sorgen (GLA Karlsruhe Abt. 456, Bd. 78).

[3]) In einem Befehl des stellv. Generalkommandos des XIV. AK vom 12. 2. 1918 an die unterstellten Truppenteile (vgl. Anm. 1) wurde zur Behandlung der Eingezogenen folgendes angeordnet: „Im übrigen sind die Leute mit Ernst und Strenge, aber *durchaus gerecht* zu behandeln. Durch Belehrung ist dafür Sorge zu tragen, daß nicht etwa Unteroffiziere, namentlich jüngere Unteroffiziere, die Leute ausgesucht schlecht behandeln, daß namentlich auch

Reklamation auf Beurlaubung oder Entlassung zu nehmen, war von hier aus auf Anweisung des Kriegsministeriums gebeten, in die Militärpapiere der Leute folgenden Vermerk einzutragen:

„Die Wiedereinziehung erfolgt, da die Bedingung für eine Zurückstellung nicht erfüllt."

Es wird nochmals ersucht, bei den in Frage kommenden Truppenteilen die sofortige Nachtragung dieses Vermerks in die Militärpapiere aller derjenigen Leute anordnen zu wollen, bei welchen der Vermerk noch fehlen sollte, bezw. eine diesbezügliche Nachprüfung durch die Truppenteile vornehmen zu lassen.

Auch wird gebeten, die Truppenteile anzuweisen, Anträgen dieser Leute auf Beurlaubungen[4]), namentlich nach Berlin und Umgegend[5]), wenigstens für die nächste Zeit nicht stattzugeben.

Bemerkt wird noch, daß durch den angeführten Vermerk die Vorbedingungen für weitere, spätere Reklamationen dieser Leute zur Arbeitsleistung in Betrieben genommen sind, also etwaige Reklamationsanträge in allen Fällen abgelehnt werden müssen.[6])

Von seiten des stellv. Generalkommandos
Für den Chef des Stabes
gez. v. Engelmann
Generalmajor.

---

die Unteroffiziere sich verletzender Redewendungen und jeder Anspielung auf den Anlaß der Einstellung enthalten. Es ist Pflicht aller Vorgesetzten, die durch agitatorischen Einfluß irregeleiteten Leute durch geeignete dienstliche und außerdienstliche Einwirkung zu vaterländischem Denken und Empfinden zurückzuführen und Freude am militärischen Beruf in ihnen zu wecken. — Die Einstellung in die Armee ist eine notwendige Maßnahme, aber keineswegs eine Strafe und darf daher auch niemals als solche empfunden werden; auch in allen Fällen wie in dem vorliegenden muß es als Ehre betrachtet werden, dem Vaterland mit der Waffe dienen zu dürfen. Etwaiger irrtümlicher Auffassung ist durch Belehrung entgegenzuwirken."

[4]) Das stellv. Generalkommando des XIV. AK behielt sich auch bei einer eventl. später eintretenden Lockerung die Entscheidung über jeden einzelnen Urlaubsantrag vor (vgl. Anm. 3).

[5]) In einem Schreiben vom 20. 4. 1918 wies das preuß. Kriegsministerium die stellv. Generalkommandos an, bei drohenden Unruhen im Raum von Berlin jede Beurlaubung von Offizieren und Mannschaften dorthin zu verbieten (HStA Stuttgart WKM, Abt. A, Bd. 963).

[6]) Das stellv. Generalkommando des XIV. AK zog die Konsequenz aus dieser Anordnung und befahl (vgl. Anm. 3): „Soweit die eingestellten Leute feldverwendungsfähig sind, sind sie beschleunigt auszubilden oder, falls sie schon früher gedient haben, nachzubilden, damit sie so bald als möglich als Nachersatz ins Feld geschickt werden können. Es ist aber möglichst zu vermeiden, daß Transporte ausschließlich oder überwiegend aus solchen Leuten zusammengesetzt werden."

442.

Aufzeichnung[1]) Oberstleutnant Bauers zu dem Immediatbericht des preußischen Kriegsministers über den Streik.

10. 2. 1918, Gr. Hauptquartier. — Nachlaß Bauer, Nr. 12, maschinenschriftlich.[2])

Zu den Ausführungen des Kriegsministeriums[3]), denen man durchaus zustimmen kann, möchte ich ergänzend noch folgendes bemerken:

Die *moralische* Schuld an dem immerhin bedauerlichen Streik trägt zweifellos die Sozialdemokratie und zwar in allen ihren Färbungen von rechts bis zu den Ultraradikalen.[4]) Sie alle haben letzten Endes in dem Streben, Anhänger zu gewinnen, aufhetzend gewirkt, die Begehrlichkeit angestachelt, und mehr oder minder offen mit Streik gedroht. Daß der schließlich ausgebrochene Streik den sozialdemokratischen Führern (mit Ausnahme der radikalen) und den Gewerkschaftsführern im Augenblick nicht gelegen kam, ist natürlich zutreffend. Die Bewegung ist über ihren Kopf hinweg erfolgt. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß sie im innersten Herzen auf Seiten der Streikenden standen, auch wenn sie äußerlich zur Ruhe und Wiederaufnahme der Arbeit mahnten. Es blieb ihnen kaum etwas anderes übrig, als das letztere zu tun, denn der Augenblick des Streiks war entschieden ungünstig. Die Rüstungsarbeiter, als die Mehrheit ihres Gefolges, leben im Augenblick in außerordentlich günstigen Verhältnissen, sie haben hohe Löhne, ausreichende Verpflegung und genügende Heizung. Es war nicht anzunehmen, daß die in ihrer überwiegenden Mehrheit doch ruhig und praktisch denkenden Arbeiter unter diesen Verhältnissen der Aufforderung zum Streik Folge leisten würden.[5]) Man kann sich fragen, warum denn überhaupt der Streik inszeniert wurde. Die Antwort hierauf dürfte durch folgende Momente gegeben sein:

1. Der Streik in Österreich, bei dem leider die Regierung zurückgewichen war, hatte in gewissem Sinne ansteckend gewirkt und die Hoffnung erweckt, daß

---

[1]) Oberstleutnant Bauer übersandte die Aufzeichnung an den Adjutanten des Kronprinzen, Major Müldner v. Mülnheim, mit der Bitte, den beigefügten Bericht des preuß. Kriegsministers über die Streikbewegung (vgl. Nr. 437) dem Kronprinzen vorzulegen. „Ich habe mir erlaubt, einige aus eigener Beobachtung in Berlin stammende Bemerkungen hinzuzufügen, die vielleicht auch von Interesse sind." Der Generalgouverneur in Belgien, Generaloberst v. Falkenhausen, der sich Ende Januar 1918 in Berlin aufhielt, erwähnte in seinen Erinnerungen (Nachlaß Falkenhausen, Nr. 2) die erfolgreiche Mitwirkung des „von der O.H.L. nach Berlin entsandten vielgenannten Oberst Bauer" bei der Niederwerfung des Streiks. Vgl. Bauer, S. 183.

[2]) Die Vorlage ist erwähnt bei Feldman, S. 453, allerdings unter der nicht ganz korrekten Bezeichnung „Brief an Major von Mülnheim".

[3]) Vgl. Nr. 437.

[4]) Vgl. hierzu auch Nr. 446. Zur Auseinandersetzung unter den Parteien über die Streikbewegung und deren politische Konsequenzen vgl. Quellen I/1, Bd. 2, Nr. 153 ff., 157, 159, 161 f., S. 188 ff., sowie Quellen I/3, Bd. 2, Nr. 465 f., S. 361 ff.

[5]) Vgl. hierzu den Schriftwechsel um eine angebliche Äußerung Ludendorffs (Der deutsche Arbeiter sei zu einem Generalstreik zu feige), die vor allem in Sachsen als Gerücht verbreitet wurde, in: Ludendorff, Urkunden, S. 117 ff.

auch schon ein größerer Teilstreik unsere Regierung zur Nachgiebigkeit zwingen würde.[6])

2. Die zweifellos mit Entente-Geldern genährte Propagierung von Bolschewicki-Ideen[7]) hatte keine Zeit zu verlieren, denn das Spiel in Brest[8]) konnte nicht ad infinitum fortgesetzt werden, um so weniger, als offenbar [nach][9]) gemeinschaftlicher Verabredung auch Streiks in Frankreich und England beabsichtigt waren.

3. Die Führer dieser Streiks haben offensichtlich ihren Einfluß überschätzt. Das war erklärlich, denn bisher war ihnen niemand entgegengetreten und unter den jugendlichen Arbeitern und den vollkommen demoralisierten Arbeiterinnen fand die Hetze ein dankbares Publikum. Ein Menetekel dafür, daß man Jugendliche und Weiber aus der Politik rauslassen soll.

4. Eine völlige Täuschung über die angeblich im Volke herrschende Erregung bezüglich des gleichen Wahlrechts.[10]) Eine solche besteht tatsächlich nur in einem Teil der Presse und bei einem Teil der Politiker. Im übrigen hat es für das in schwerstem Ringen und Sorgen stehende Volk und Heer augenblicklich ganz untergeordnete Bedeutung.

Über den Verlauf des Streiks möchte ich noch einiges hinzufügen:

Meiner Meinung nach herrschte, wenigstens zu Anfang, durchaus nicht bei allen leitenden Stellen wirkliche Festigkeit. Es ist wohl ein Hauptverdienst des Generals Scheuch, diese feste Stimmung bei den verschiedensten militärischen und zivilen Dienststellen hervorgerufen zu haben. Derselbe General hat auch durch seine kurzen und bestimmten Auseinandersetzungen gegenüber den Gewerkschaftsführern ganz zweifellos zur Klärung der Angelegenheit beigetragen.[11]) Auch die von hier gegebene Versicherung, daß der durch den Streik etwa eintretende Ausfall an Gegenständen der Rüstungsindustrie belanglos wäre und keinerlei Grund zum Nachgeben bieten könnte, hat außerordentlich erfrischend gewirkt.[12]) Nachdem aber einmal das Übergewicht der Regierung über den Streik festgestellt war, haben sich dann alle Behörden in anerkennenswerter fester Haltung bewegt. Sehr gut war es meiner Meinung nach, daß man mit dem Militär noch nicht einmal gedroht hat. Grade der Umstand, daß die bürgerliche Gewalt schon allein ausreichte, hat erwiesen, wie fest die Regierungsgewalt im

[6]) Vgl. Nr. 423.

[7]) Vgl. hierzu z. B. Nr. 417.

[8]) Vgl. hierzu Nr. 422.

[9]) In der Vorlage steht an dieser Stelle das Wort „auf", die sinngemäße Ergänzung könnte demnach auch lauten: „auf Grund".

[10]) Vgl. hierzu Nr. 414, Anm. 8.

[11]) Die Abordnung des Aktionskomitees unter Führung der Abgeordneten Scheidemann und Haase traf bei ihrem gescheiterten Versuch, mit dem Staatssekretär des Reichsamts des Innern Verhandlungen aufzunehmen, in dieser Behörde mit dem Generalmajor Scheüch zusammen (vgl. Quellen I/3, Bd. 2, Nr. 466, S. 367; bei dem dort genannten Freiherrn v. Stein dürfte es sich um den Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts und nicht um den preuß. Kriegsminister, der kein Freiherr war, handeln). Über eine weitere Zusammenkunft Scheüchs mit Gewerkschaftsführern ist nichts bekannt.

[12]) Vgl. hierzu Nr. 430, Anm. 2.

Grunde noch steht. Immerhin hätte man in einzelnen Punkten schärfer vorgehen können, zum Beispiel in der Festnahme von Streikposten, Verhaftung von Rädelsführern und militärischen Einziehung von Hetzern. An Stellen, wo in dieser Beziehung fester zugepackt wurde, wie z. B. beim stellvertretenden Generalkommando VII. Armeekorps, ist der Streik überhaupt nicht zum Ausbruch gekommen.[13])

Es ist wahrscheinlich, daß das Schüren für einen Generalstreik weiter geht. Irgend welcher Anlaß zur Sorge besteht nicht[14]), wenn unsere Regierung fest bleibt und alles vermeidet, was eine Beunruhigung des Volkes zur Folge haben könnte. Besonders muß man versuchen, ohne eine Herabsetzung des Verpflegungssatzes auszukommen. — Nicht ausgeschlossen ist es, daß, sobald die Verhandlungen über das gleiche Wahlrecht im Abgeordnetenhaus beginnen, Beunruhigung eintritt. Sie ist leider nicht zu vermeiden, denn die Regierung muß selbstverständlich hinter der Wahlrechtsvorlage, wie sie nun einmal ist, stehen bleiben. Sie soll sich aber meines Erachtens hüten, einen unnützen Druck nach irgend einer Seite, rechts oder links, auszuüben, denn die Gefahr, die rechtsstehenden, monarchisch gesinnten Kreise durch einen Druck im Sinne des gleichen Wahlrechts vor den Kopf zu stoßen, ist m. E. gerade so bedenklich, wie das Gegenteil. Ich hoffe immer noch, daß das Abgeordnetenhaus manns genug sein wird, um den richtigen Weg zu finden. Eine Auflösung des Abgeordnetenhauses[15]) oder aber die zwangsweise Einführung des gleichen Wahlrechts durch den Reichstag würde ich allerdings nach wie vor als ein schweres Unglück für Preußen und Preußens Krone ansehen.

[13]) Immerhin streikten auch dort ca. 35000 Arbeiter, vgl. Nr. 437.

[14]) Vgl. im Gegensatz hierzu das Schreiben Hindenburgs an den Reichskanzler vom 17. 2. 1918 und das Schreiben Ludendorffs an den preuß. Kriegsminister vom 18. 2. 1918 (Ludendorff, Urkunden, S. 99 ff.), in denen deutlich die Befürchtungen über die Rückwirkungen eines erneuten Streiks auf die Rüstungsproduktion zum Ausdruck kommen.

[15]) Vgl. hierzu Nr. 446 und 452.

443.

Verfügung des stellv. Generalkommandos des VII. AK an die Regierungspräsidenten des Bereichs betr. die Handhabung des Versammlungsrechts.[1])

12. 2. 1918, Münster, Abt. Ib, Nr. 103, geh., Geheim! — StA Koblenz 403, Nr. 14152, Abschrift.

Durch telegraphische Anweisung vom 8. ds. Mts.[2]) habe ich das Verbot der Abhaltung von politischen Versammlungen, das aus Anlaß der Streikbewegung ergangen war, wieder aufgehoben[3]) und gleichzeitig damit alle früheren Be-

[1]) Vgl. hierzu insbesondere Nr. 390 sowie 406 und die dort geführten Nachweise.

[2]) Liegt nicht vor.

[3]) Nach einer Mitteilung des Wolffschen Telegraphen Bureaus vom 9. 2. 1918 (Schulthess 1918/I, S. 54) hatte der Oberbefehlshaber in den Marken zu diesem Zeitpunkt ebenfalls die einschränkenden Bestimmungen auf dem Gebiet des Versammlungswesens (vgl. Nr. 429, Anm. 4) wieder aufgehoben.

stimmungen über die Handhabung des Versammlungsrechts wieder in Kraft gesetzt. Es erschien mir nicht erwünscht, das allgemeine Verbot länger als unbedingt notwendig bestehen zu lassen; nur gegenüber der unabhängigen sozialdemokratischen Partei wird es bis auf weiteres bestehen bleiben müssen.[4]) Im übrigen wird es genügen, wenn die Polizeiverwaltungen im Rahmen der Rundverfügung vom 3. 2. 1917, Abteilung Ib Nr. 29 geheim[5]), von Fall zu Fall etwaige Bedenken durch Auferlegung der einen oder anderen in der genannten Verfügung vorgesehenen Bedingungen beseitigen.[6]) Es ist dabei durchaus möglich, in allen politischen Versammlungen die Erörterungen frei zu halten von allen Äußerungen die geeignet sind, den Burgfrieden zu gefährden. Abgesehen davon, daß nach Lage des Falles die Vorlage der Richtlinien oder auch des vollen Wortlauts der Vorträge verlangt werden kann, wird dem Einberufer der Versammlung stets die Verpflichtung aufzuerlegen sein, den Gang der Verhandlungen in dem durch die ergangenen Verfügungen zugelassenen Rahmen zu halten. Für die Erörterung der Kriegsziele verweise ich besonders auf die Rundverfügung vom 16. 12. 1916, Abt. Ib Nr. 56753.[7]) *Militärische*[8]) Angelegenheiten bedürfen stets der Vorprüfung; es sind also Vorträge, in denen militärische Fragen berührt werden, stets in vollem Wortlaut vorzulegen. Wenn die Polizeibehörden die gegebenen Richtlinien beachten, wird die Handhabung des Versammlungsrechts zu berechtigten Beschwerden keine Veranlassung geben, wobei

---

[4]) Vgl. hierzu das Schreiben des Obermilitärbefehlshabers vom 14. 6. 1917 (Nr. 303), sowie die Entscheidung des bayer. Kriegsministeriums vom 30. 1. 1918 (Nr. 434, Anm. 3) — das letzte Glied in dieser allgemeinen Entwicklung. Vgl. auch Nr. 488.

[5]) Vgl. Nr. 250, Anm. 7.

[6]) Vermutlich veranlaßt durch die in dem Schreiben des Obermilitärbefehlshabers vom 11. 11. 1917 (Nr. 405) enthaltene Kritik stellte das stellv. Generalkommando des XIII. AK Anfang Januar 1918 „Richtlinien für die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts" auf, die vom württ. Ministerium des Innern durch Verfügung vom 22. 1. 1918 den zuständigen Oberämtern übermittelt wurden (StA Ludwigsburg E 150—153, Nr. 2051, Bd. 3). Danach waren alle Versammlungen politischer Vereine und Gruppen 48 Stunden vor Beginn der Versammlung bei dem entsprechenden Oberamt anzumelden, das nun in eigener Zuständigkeit über die Genehmigung und deren Bedingungen zu entscheiden hatte. Versammlungsverbote konnte allerdings nur das stellv. Generalkommando aussprechen. Auch die Genehmigung von Versammlungen der USPD und der Deutschen Friedensgesellschaft behielt sich das stellv. Generalkommando vor. Im übrigen sollten die Oberämter nach folgenden Grundsätzen entscheiden: „Der Zweck aller Beschränkungen der Vereins- und Versammlungsfreiheit ergibt sich durch das Interesse der öffentlichen Sicherheit. Es muß verhindert werden, daß bei der Versammlungstätigkeit durch verhetzende Agitation die zuversichtliche, siegesfrohe Stimmung des Volkes und der Wille zum Durchhalten beeinträchtigt oder der innere Frieden gestört wird. Auch darf nicht geduldet werden, daß Versammlungen den Anlaß zu Ausschreitungen und Unruhen geben. Alle über dieses Maß hinausgehenden Beschränkungen sind schädlich. Sie beeinträchtigen die Stimmung und geben Anlaß zu unerwünschter Agitation. Insbesondere ist jede kleinliche oder chicanöse Beschränkung der Versammlungsfreiheit zu vermeiden. Gewerkschaftsversammlungen können an sich nicht als politische Versammlungen angesehen werden; auch sonstige Versammlungen, welche wirtschaftliche Angelegenheiten z. B. Arbeiter-, Kohlen- oder Lebensmittelfragen zum Gegenstand haben, sollen regelmäßig nicht erschwert werden."

[7]) Vgl. hierzu Nr. 181, Anm. 4.

[8]) Zu dem weitgefaßten Begriff der „militärischen Angelegenheiten" vgl. Nr. 50, Anm. 6.

natürlich Voraussetzung sein muß, daß sie gleichmäßig für alle *politischen* Versammlungen aller Vereine und Parteien angewendet werden.[9])

Auch für die Gewerkschaftsversammlungen bleibt es bei den früheren Bestimmungen.[10])

In der Rundverfügung vom 3. Februar 1917, Abteilung Ib Nr. 29 geh.[5]), habe ich angeordnet, daß die Landräte usw. ehe sie die Genehmigung zu einer Versammlung versagen, vorher stets das Einverständnis des stellv. Generalkommandos einholen und nur bei Gefahr im Verzuge nach Versagung der Genehmigung diese Zustimmung nachholen sollten. Diese Bestimmung ändere ich dahin ab, daß die Landräte usw. für die Folge vor Versagung der Genehmigung das Einverständnis der Regierungspräsidenten — der Fürstlichen Regierung[11]) — des Fürstlichen Ministeriums[12]) einzuholen haben. Auf die jedesmalige Mitwirkung des Generalkommandos glaube ich verzichten zu können, weil die Grundsätze für die Handhabung des Versammlungsrechts im Laufe der Zeit sich im allgemeinen so fest gesetzt haben und bekannt sind, daß die Einheitlichkeit ihrer Handhabung dadurch nicht gefährdet wird, daß die Entscheidungen nunmehr für die Regierungsbezirke getrennt werden. Ich glaube dabei auch sicher sein zu dürfen, daß gegenüber dem bisherigen Verfahren eine sachliche Änderung dadurch nicht eintritt, und daß auch Euer Hochgeboren — Hochwohlgeboren — die Fürstliche Regierung[11]), — das Fürstliche Ministerium[12]) — besonders darüber wachen werden, daß nicht Unzufriedenheit und berechtigte Beschwerden daraus entstehen, daß einzelne Polizeiverwaltungen besonders scharf vorgehen, und daß in benachbarten Bezirken eine gleichmäßige Handhabung Platz greift.[13]) Über jeden Fall der Versagung der Genehmigung ersuche ich mir sofort Bericht vorzulegen.

Die Verfügung vom 2. 9. 1916, Abteilung Ib Nr. 37371[14]), mit der die Vorlage sämtlicher Versammlungsberichte angeordnet worden ist, bleibt nach wie vor bestehen. Ebenso bleiben bestehen die verschiedenen Sonderverfügungen betreffend das Versammlungsrecht, durch welche für bestimmte Verhandlungsgegenstände oder einzelne Persönlichkeiten besondere Bestimmungen (z. B. Redeverbot) getroffen sind.

[9]) Vgl. hierzu auch Nr. 454 und 455.

[10]) Vgl. hierzu Nr. 390, Anlage (Verfügung des stellv. Generalkommandos des VII. AK vom 22. 8. 1917). Vgl. im Gegensatz hierzu die Verfügung des Kommandanten der Befestigungen an der Wesermündung (vgl. Nr. 250, Anm. 4) vom 4. 12. 1917, wonach Gewerkschaftsversammlungen nur noch in Ausnahmefällen überwacht werden sollten (MGFA MA/StN, Nr. 1811, G. 37, Bd. 2).

[11]) Fürstlich Lippische Regierung in Detmold.

[12]) Fürstlich Schaumburg-Lippisches Ministerium in Bückeburg.

[13]) Vgl. hierzu die ausführliche Aufzeichnung aus dem Pressereferat des bayer. Kriegsministeriums vom 25. 3. 1918 über die Handhabung des Versammlungsrechts im Bereich des stellv. Generalkommandos des II. bayer. AK aus Anlaß von Beschwerden sozialdemokratischer Funktionäre (BHStA IV München MKr, 11523). Die Beschwerden waren z. T. darauf zurückzuführen, daß die bayer. Behörden im westlichen Teil der Pfalz Versammlungen, die im rechtsrheinischen Bayern ohne weiteres genehmigt wurden, in Anlehnung an die Praxis der preuß. Behörden in der Pfalz verboten. Schon am 26. 3. 1918 genehmigte das bayer. Kriegsministerium eine Vortragsreise des Landtagsabgeordneten Auer in die Rheinpfalz.

[14]) Liegt nicht vor.

Ich ersuche Euer Hochgeboren — Hochwohlgeboren — die Fürstliche Regierung[11]) — das Fürstliche Ministerium[12]) —, die Landräte usw. mit den erforderlichen Anweisungen versehen zu wollen.

Der kommandierende General
gez. Frhr. von Gayl.

444.

Niederschrift über die Besprechung der Zentralbehörden im preußischen Kriegsministerium über die Ursachen der Streikbewegung und über entsprechende Gegenmaßnahmen.

18. 2. 1918[1]), A 6319. — PA Bonn Polit. Abt., Deutschland Nr. 152, Bd. 5, maschinenschriftlich.

Tagesordnung:

1. Feststellung des allgemeinen Verlaufs des Streiks, seine Gründe, Ziele, Grund seines Scheiterns.
2. Besprechung der getroffenen Maßnahmen.
3. Erfahrungen.
4. Künftige Maßnahmen
   a) Politisch,
   b) Militärisch,
   c) Wirtschaftlich.

Vorsitz: Generalmajor von Wrisberg. Vertreten: 1. Reichskanzlei, 2. Reichsamt des Innern, 3. Auswärtiges Amt, 4. Reichsmarineamt, 5. Ministerium des Innern, 6. Stellv. Generalstab, Abteilung III b, 7. Oberkommando in den Marken, 8. Kriegsamt, 9. Kriegsministerium Abt. A D, Z D (3), A M, A E, Just. I, 10. Admiralstab, 11. Kriegsernährungsamt (Hptm. v. Heeringen).

Die Sitzung wurde eröffnet durch einleitende Bemerkungen des
Generalmajors **von Wrisberg:** Es kann nicht mehr zweifelhaft sein, daß neue Streikbewegungen im Werke sind.[2]) Ursprünglich war ein Neuausbrechen des Streiks für den 18. Februar beabsichtigt; ich glaube aber, daß dieser Termin zu früh sein dürfte. Als neuer Termin wird Anfang März angegeben. Diese Angabe möchte ich nicht ohne weiteres abweisen. Es dürfte sich bei dem Streik um einen

[1]) Das preuß. Kriegsministerium hatte durch ein in derselben Akte befindliches Schreiben vom 8. 2. 1918 zu der Besprechung eingeladen, die am Sonntag, den 17. 2. 1918 von 11—13 Uhr 15 stattfand. Vom Auswärtigen Amt nahmen Ministerialdirektor Deutelmoser und Assessor Dr. Strahl, der auch die Niederschrift anfertigte, teil.

[2]) Vgl. hierzu die verschiedenen Aufrufe und Flugblätter linksradikaler Gruppen aus dem Frühjahr 1918, abgedruckt in: Dokumente und Materialien II/2, Nr. 46, 50, 54, 56 und 57, S. 107 ff. Zur Reaktion der amtlichen Stellen vgl. Archivalische Forschungen 4/III, Nr. 407, 485, 489, 497 und 519, S. 1081 ff., sowie das Schreiben des preuß. Kriegsministeriums vom 2. 3. 1918 (StA Ludwigsburg E 150—153, Nr. 2051, Bd. 3).

auch für das gesamte Ausland geplanten Generalstreik handeln. Dahin deuten auch Nachrichten, die uns z. B. von dem bulgarischen Ministerpräsidenten zugegangen sind.

Morgen werden Besprechungen der Heeresverwaltung mit den stellv. Generalkommandos stattfinden.[3]) Es handelt sich darum, bei der heutigen Besprechung dafür Grundlagen zu gewinnen.

Nach Berichten der Generalkommandos[4]) wurden als Gründe für den letzten Streik Verworrenheit der inneren und äußeren Lage angegeben. Es handelt sich um Hetzereien von den Unabhängigen Sozialdemokraten, bei denen der Terrorismus eine große Rolle gespielt hat. Nur von einem einzigen stellv. Generalkommando werden Beschwerden über Zensur- und Belagerungszustände als Gründe erwähnt. Die Sozialdemokraten beider Parteien sind in erheblichem Maße an der Vorbereitung und Führung beteiligt gewesen.[5])

Direktor **Deutelmoser:** Auch die Lebensmittelfrage hat eine sehr große Rolle gespielt, insbesondere die Furcht vor der Herabsetzung der Brotration[6]), Beschwerden über den Schleichhandel und über mangelhafte Ergreifung der Nahrungsmittel bei den Produzenten. Außerdem ist der österreichische Einfluß bei dem Streik nicht zu verkennen.[7]) Bereits bei früherer Anwesenheit der österreichischen Sozialistenführer Adler, Renner usw. wurde eine kennzeichnende Resolution gefaßt. Jetzt dürfte der Besuch von Ellenbogen vielleicht in Ver-

[3]) Vgl. Nr. 445.

[4]) Zur Berichterstattung der stellv. Generalkommandos vgl. Nr. 445, Anm. 5.

[5]) Vgl. die noch schärfere Stellungnahme von Oberstleutnant Bauer (Nr. 442, dort auch Anm. 14). Dagegen heißt es in einem Bericht des Bureaus für Sozialpolitik vom 15. 2. 1918 — die Berichte wurden seit September 1917 allmonatlich den Kriegsamtstellen, z. T. im Auszug übersandt (HStA Stuttgart WKM, Abt. KrA, Bd. 1082) — zur Verantwortlichkeit der SPD für den Streik: „Daß die alte Sozialdemokratie zu den Urhebern der Streikbewegung gehört hat, ist so gut wie ausgeschlossen [...]. Partei und Gewerkschaften haben aber, trotz ehrlicher Betonung ihres Willens zur Vaterlandsverteidigung, in den Kundgebungen des Parteiausschusses und der Gewerkschaftsvorstände-Konferenz, keine ausdrückliche Absage an den Streik erteilt. Sie hielten dies angesichts der Massenstimmung für aussichtslos.“ Dazu bemerkte das Kriegsamt in einer Fußnote: „Der Satz ‚ehrliche Betonung usw.‘ gibt kein klares Bild von den tatsächlichen Verhältnissen. Er zeigt vielmehr eine verschleiernde Umschreibung der unsicheren Haltung der alten sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften, die durch den sie überraschenden Ausbruch des letzten Streiks verursacht worden ist.“ Diese Kommentierung der Berichte hatte eine bezeichnende Vorgeschichte. Das stellv. Generalkommando des IX. AK richtete am 24. 1. 1918 ein Schreiben an den preuß. Kriegsminister, in dem darauf hingewiesen wurde, „daß durch die einseitige Kenntnisgabe von Ansichten einer einzelnen Berufsklasse seitens der den Kriegsamtstellen vorgesetzten Dienstbehörde nur zu leicht der Eindruck erweckt wird, daß solche Ausführungen mehr oder weniger die Billigung dieser vorgesetzten Dienstbehörde finden, daß also durch deren Mitteilung den Kriegsamtstellen gewisse Richtlinien gegeben werden sollen. Die Wahrscheinlichkeit einseitiger Beeinflussung kann umso größer sein, als es bei der sich überstürzenden Entwicklung schwer ist, diesen Fragen gegenüber einen objektiven Standpunkt zu behalten.“ Das stellv. Generalkommando hielt es aus diesem Grunde für unerläßlich, die Berichte durch einen der „maßgebendsten Volkswirte“ kommentieren zu lassen. Das Kriegsamt entsprach der Forderung, verfaßte die Kommentare jedoch selbst.

[6]) Vgl. Nr. 438, Anm. 19.

[7]) Vgl. Nr. 423.

bindung mit dem Streik stehen. Auch bestehen starke Verbindungen der österreichischen Sozialdemokraten durch den Vorwärts-Redakteur Stampfer.[8])

Unterstaatssekretär[9]) **Lewald:** Bei einer Rücksprache mit dem Abg. Ebert hat dieser als Grund für den Streik den schleppenden Gang der Friedensverhandlungen, die Hetze der Vaterlandspartei, die Wahlrechtsverschleppung, die Furcht vor der Herabsetzung der Ernährungsrationen, auch das drohende Sinken gewisser Lohnraten angegeben.[10])

Generalmajor **von Wrisberg:** Aus Sachsen liegen Berichte vor, daß die Streikenden sich gerade über die zur Bekämpfung des Schleichhandels ergriffenen Maßnahmen beschwert hätten.[11])

Geh. Regierungsrat **von Jacobi:**[12]) Dasselbe hat mir der Abgeordnete Noske gesagt; er hat auch auf den demnächst bevorstehenden Streik hingewiesen.

General **Scheuch:** Die Streikleitung benutzt jedes Agitationsmittel; solange der Schleichhandel geduldet wird, dient er ihr als Vorwand, wird scharf dagegen eingeschritten, so werden diese Maßnahmen zur Hetze benutzt. Zensur- und Belagerungszustand sind Maßnahmen, die nicht die Masse treffen. Viele Streikende fragen überhaupt erst, wenn sie die Arbeit niedergelegt haben nach dem Warum.

Vertreter des Ministeriums des Innern: Nach den Ermittelungen des Ministeriums des Innern hat die breite Masse auch für die Wahlrechtsfragen gar kein besonderes Interesse. Die meisten für den Streik angegebenen Gründe treffen nur für die Führer zu; die breite Masse wird höchstens durch Lebensmittelfragen berührt.

Rechtsanwalt **Tornau:**[13]) Der Streik ist offenbar von Petersburg aus inszeniert, alle Schlagworte werden erst hier von den Drahtziehern geprägt. Darauf deutet auch eine bei einer vertraulichen Parteiversammlung der Unabhängigen Sozialdemokraten in Dresden gefallenen Äußerung hin „nach den uns aus Stockholm zugegangenen Mitteilungen sind wir verpflichtet, zu streiken". Viel scheint bei diesen Verbindungen auch die Person Radeks[14]) mitzuspielen. Dieser hat starke Beziehungen nach Deutschland und steht erwiesenermaßen auch mit Minster[15]) in Verbindung.

Direktor **Deutelmoser:** Die Petersburger Einflüsse sind unbestreitbar; das zeigt sich ja auch schon in dem Verhalten Trotzkis. Aber auch von den andern

[8]) Dr. Wilhelm Ellenbogen war ein führender österreichischer Sozialdemokrat. Stampfer war österreichischer Staatsangehöriger.

[9]) Im Reichsamt des Innern.

[10]) Vermutlich bezieht sich Lewald hierbei auf die Besprechung beim Reichskanzler am 2. 2. 1918, an der außer Ebert auch Scheidemann, Haase und Ledebour teilnahmen, vgl. Quellen I/1, Bd. 2, Nr. 155, S. 193 und 195, sowie Quellen I/3, Bd. 2, Nr. 466, S. 369 f.

[11]) Vgl. hierzu Feldman, S. 443 f., 460 ff. und S. 505.

[12]) Vortragender Rat im Reichsamt des Innern. — Die inkorrekte Schreibweise des folgenden Redners, des Generalmajors Scheüch, ist beibehalten worden.

[13]) Vermutlich ein Angehöriger des Referats X im stellv. Generalstab der Armee, vgl. Nr. 409.

[14]) Mitglied der sowjetrussischen Delegation in Brest-Litowsk.

[15]) Herausgeber der unter den deutschen Internierten und Deserteuren in Holland weit verbreiteten sozialistischen Wochenschrift „Der Kampf". Über Minster vgl. Thimme, S. 107 ff.

Ententeländern wird in dieser Beziehung parallel gearbeitet. Man sagt sich bei ihnen, wenn in Rußland chaotische Zustände herrschen, dann soll aber auch Deutschland durch Übergreifen der Streikbewegung nach Möglichkeit geschwächt werden. Kennzeichnend ist in dieser Hinsicht ein Artikel der Berner Freien Zeitung, in dem es heißt: „Nach deutschen Meldungen arbeitet man ja nun wieder in Deutschland, aber man braucht nicht zu verzweifeln". Bemerkenswert ist ferner die Mäßigung der Ententepresse während des letzten Streiks. Teils ist diese wohl auf das Bestreben zurückzuführen, die Streiklust im eigenen Lande nicht zu animieren, teils aber wohl auch auf die Furcht, die deutschen Streikenden zu kompromittieren.

Generalmajor **von Wrisberg:** In der Schweiz hat sich ein Komitee unter französischen Offizieren gebildet, das mit viel Geld arbeitet. Dieses schickt Leute mit den deutschen Gefangenen abgenommenen Pässen nach Deutschland. Dagegen müssen energische Maßnahmen getroffen werden.[16])

Direktor **Deutelmoser:** Ich kann mich über diesen Spezialpunkt nicht äußern, werde aber dafür sorgen, daß das etwa bekannt werdende Material dem Kriegsministerium übermittelt wird.

Vertreter des Admiralstabs: Auch die Engländer arbeiten parallel mit den Russen. Bekanntlich sind in Amerika ebenfalls gewaltige Geldmittel für Streikpropaganda zur Verfügung gestellt.

Rechtsanwalt **Tornau:** Für den letzten Streik läßt sich die Ententepropaganda nach den gemachten Erfahrungen wohl nur wenig verantwortlich machen[17]); sie fängt jetzt erst an zu wirken.

Generalmajor **von Wrisberg:** Das Kriegsministerium hat im Jahre 1916 Richtlinien für die Generalkommandos festgelegt, wie bei den Streiks vorzugehen ist.[18]) Diese Richtlinien haben sich im allgemeinen gut bewährt. (Verliest die Richtlinien). Es ist ein vielseitig geäußerter Wunsch, daß die Zahl der Streikenden nicht mehr öffentlich bekannt gegeben wird. Eine Anordnung in dieser Richtung ist auch schon an die Generalkommandos ergangen.[19]) Trotzdem hat es sich nicht vermeiden lassen, daß die Zeitungen übertriebene Zahlen gebracht haben.

General **Scheuch:** Betreffs der Veröffentlichungen von Nachrichten über Streiks muß den Generalkommandos freie Hand gelassen werden. Eine völlige Unterbindung der Streiknachrichten ist unmöglich.

Direktor **Deutelmoser:** Von einem Verbot aller Veröffentlichungen über Streiks ist abzuraten, da man dadurch auch eine mögliche Gegenwirkung in der Presse lahmlegt.[20]) Wenn man sich dann an vernünftige Sozialdemokraten wendet, berufen sich diese darauf, daß sie bei der Verzerrung des Bildes durch solche schroffen Zensurmaßnahmen nicht in der Lage seien, ihrerseits einzuwirken.

---

[16]) Zur französischen Propaganda von der Schweiz aus vgl. Thimme, S. 54 ff., sowie W. Nicolai, Geheime Mächte, Leipzig 1923, S. 59 ff.

[17]) Vgl. im Gegensatz hierzu die Ansicht des preuß. Kriegsministers in seinem Immediatbericht vom 5. 2. 1918 (Nr. 437).

[18]) Vgl. Nr. 162.

[19]) Vgl. Nr. 433.

[20]) Vgl. hierzu Nr. 429, Anm. 2, und Nr. 432, Anm. 14.

Auch die Zulassung von Veröffentlichungen der Zahlen muß den Generalkommandos überlassen bleiben, da sich diese Frage nur an Ort und Stelle beurteilen läßt.

Unterstaatssekretär **Lewald:** Empfiehlt es sich nicht, solche Zahlenmeldungen unter Vorzensur zu stellen?

Generalmajor **von Wrisberg:** Der Kriegsminister hat befohlen, daß keine Zahlen veröffentlicht werden sollen, solange die Anzahl der Streikenden im Steigen begriffen ist.[19])

Hauptmann **Gröger:** Verliest eine Verfügung vom 1. Februar 1918, durch die gewisse Maßnahmen der Vorzensur angeordnet werden.[21])

Geh. Regierungsrat **von Jacobi** erwähnt einen Bericht aus Westfalen, wo Wiedergabe der Berliner Zahlen sehr ungünstig gewirkt hätte. Man müsse darauf dringen, daß bei Veröffentlichung von Zahlen auch immer die Prozentsätze angegeben würden.

Direktor **Deutelmoser:** Stellt zur Erwägung, ob man da, wo die absoluten Zahlen sehr hoch seien, nicht besser nur die Prozentsätze angäbe.

Generalmajor **von Wrisberg:** Die Gerüchte von der Herabsetzung der Brotration haben sehr beunruhigend gewirkt.

Direktor **Deutelmoser:** Bei einer Besprechung in der Reichskanzlei ist darüber beraten worden, wie man diesen Gerüchten entgegentreten könne. Ein Vertreter des Kriegsernährungsamts hat ausgeführt, daß die jetzige Brotration bis Mitte März gesichert sei, aber betont, daß man von einer Veröffentlichung absehen und nur mündlich wirken wolle.[22])

Vertreter des Ministeriums des Innern: Der preußische Staatsminister hat geäußert, daß bis zum 15. April sicher keine Herabsetzung stattfinden werde. Mein Minister hat befürwortet, in der Presse bekannt zu geben, daß „auf absehbare Zeit eine Herabsetzung nicht in Frage komme".

Generalmajor **von Wrisberg:** Steht gleichfalls auf dem Standpunkt, daß eine Erklärung in der Presse sehr wünschenswert sei.

Unterstaatssekretär **Lewald:** Man könne die Veröffentlichung in der Presse ja auch so formulieren, daß man „Gerüchte, daß eine Herabsetzung bevorstünde" widerlege.

General **Scheuch:** Aus Mitteilungen des Kriegsamts geht hervor, daß die Terminangabe betreffs der Brotration doch nicht so ganz feststehend sein soll. Man muß eine Notiz in der Presse etwa so verbrämen, daß man angebe, daß bei etwaiger Einschränkung der Brotration andere Nahrungsmittel an deren Stelle treten würden.

Direktor **Deutelmoser:** Es haben in voriger Woche Besprechungen über die Aufnahme einer Propagandatätigkeit in der Reichskanzlei stattgefunden. Diese sind in dem Sinne zu einem einstweiligen Abschluß gelangt, daß ein Ausschuß

[21]) Vgl. Nr. 436, Anm. 8.

[22]) Vgl. hierzu die Stellungnahme des Staatsministers v. Waldow in der Besprechung des preuß. Staatsministeriums am 4. 2. und 22. 3. 1918 (Archivalische Forschungen 4/III, Nr. 408, S. 1085 f., und Nr. 496, S. 1252 ff.).

gebildet werden soll, an dessen Spitze Vizekanzler Exzellenz von Payer treten soll.[23]) Auch das Kriegsministerium war bei diesen Beratungen vertreten. (Es folgen Mitteilungen über die Zusammensetzung des Ausschusses im einzelnen.)

Generalmajor **von Wrisberg** betont den großen Wert der Verteilung von Flugblättern; z. B. lasse sich die Warnung von Exzellenz Wallraf[24]) vor dem Streik dazu gut benutzen.

Unterstaatssekretär **Lewald:** Auch Plakate seien außerordentlich wirkungsvoll. Die Erklärung der Regierung über ihre Entschlossenheit in der Wahlrechtsfrage[25]) könne in dieser Weise verbreitet werden. Es müßten auch Geldmittel für die Aufklärungstätigkeit im einzelnen, z. B. zur Unterstützung der inneren Mission, die im Norden von Berlin arbeite, zur Verfügung gestellt werden.

Generalmajor **von Wrisberg** tritt dem bei. Mit Geld dürfe nicht gespart werden. Er begrüße die Zentralisierung.

Direktor **Deutelmoser:** Die Scheu der Regierung, für eine derartige Propagandatätigkeit Geld aufzuwenden, sei vorwiegend aus dem Gefühl entstanden, sich der Parteilichkeit zu verdächtigen[26]); aber das Ausland gäbe uns durch Einsetzung von Aufklärungsministern und großzügiger Organisation in dieser Hinsicht ein Vorbild. Plakate und Flugblätter seien notwendig. Die Einwirkung auf die Tagespresse genügte nicht. Sämtliche Organisationen, an deren Spitze Persönlichkeiten stünden, die für diesen Gedanken empfänglich wären, müßten herangezogen werden. Besonders müßte auch eine Einwirkung auf die Frauen stattfinden.

Oberstleutnant **von Berge**[27]) stimmt besonders dem zu, was über die Heranziehung der Frauen gesagt worden ist. Es bestehe bereits in der Provinz Brandenburg eine Vereinigung in dieser Hinsicht, die ohne Bekanntgabe in der Öffentlichkeit wirke, die sich aber von Politik fernhalte. Der Etat auf diesem Gebiet sei monatlich 25000 Mark, was die Bedeutsamkeit dieser Bewegung zeige.

Hauptmann **Gröger:** Das Kriegspresseamt habe bereits am 6. Februar ein Schreiben über die Flugblätterpropaganda an die nachgeordneten Stellen abgelassen.[28])

Direktor **Deutelmoser:** Bevor man an die Propaganda herangehe, sei es erforderlich, zunächst eine Inventur des Vorhandenen zu machen. Er schlägt vor, daß von dem Kriegsministerium an den Reichskanzler eine Aufzeichnung gegeben werde, welche militärischen Aufklärungsorganisationen bereits bestünden.

Hauptmann **von Priesdorf[f]** erklärt, daß eine solche Aufzeichnung gegeben werden könne.

Exzellenz **Harms**[29]) teilt mit, daß in der Schiffindustrie nur außerhalb der

---

[23]) Vgl. hierzu Nr. 362, Anm. 2.

[24]) Vgl. Nr. 424, Anm. 4.

[25]) Vgl. Nr. 446, Anm. 28.

[26]) Vgl. hierzu z. B. Nr. 326b, Anm. 2.

[27]) Chef des Stabes beim Oberkommando in den Marken.

[28]) Vgl. hierzu Nr. 351.

[29]) Abteilungschef im Werftdepartement des Reichsmarineamts.

Betriebe Propaganda gemacht würde. Soll jetzt in die Betriebe hineingegangen werden?[30])

General **Scheuch** befürwortet, daß man in die Betriebe hineingehe. Die Presse gebe schon die Parteigesichtspunkte wieder. Demgegenüber sei es ein Recht der Regierung, auch ihrerseits mit allen Mitteln ihre Ansicht zu verbreiten, und ebenso habe sie ein Recht, dafür Gelder zur Verfügung zu stellen.

Unterstaatssekretär **Lewald:** Eine solche Propaganda dürfe nicht auf Polemik abgestellt sein, sondern müsse objektiv gehalten werden.

Generalmajor **von Wrisberg:** Auch die Arbeiter gehen mit ihren Flugblättern in die Betriebe hinein.

Exzellenz **Harms:** Bisher sind die Flugblätter der Unabhängigen Sozialdemokraten nicht in die Betriebe hineingelangt. Wenn wir jetzt mit Flugblättern in die Betriebe hineingingen, so würde das auch die Gegenseite tun.

Generalmajor **von Wrisberg:** Wie die Marine das halten wolle, müsse ihr überlassen bleiben.

General **Scheuch:** Die Verbreitung von Reden Abgeordneter durch Anschlag sei gefährlich. In Frankreich z. B. sei dafür ein Kammerbeschluß notwendig. Wenn sich der Reichstag nun auch auf diesen Standpunkt stellt, könne das zu unbequemen Konsequenzen führen.

Oberstleutnant **von Berge:** Man müsse auch mit den gesetzlichen Bestimmungen rechnen, die verböten, daß politische Plakate angeschlagen würden.

Er weist darauf hin, daß auch Drucker und Verleger auf den Flugblättern stehen müssen.

Geh. Regierungsrat **von Jacobi:** Die Flugblätter gegen den Streik müßten binnen kürzester Frist herauskommen. Zur Verbreitung müsse man sich mit den Betriebschefs in Verbindung setzen. Außerdem wäre Einverständnis mit den Bundesregierungen notwendig.

Direktor **Deutelmoser:** Das Reichsamt des Innern wird gebeten, baldigst Entwürfe für Flugblätter vorzulegen.

Geh. Regierungsrat **von Jacobi** wendet dagegen ein, daß es Sache des neu gegründeten Ausschusses sei, die Flugblätter zu entwerfen.

Generalmajor **von Wrisberg** betont die Wichtigkeit von Vorträgen in öffentlichen Versammlungen.[31]) Die Redner müßten aber dadurch unterstützt werden, daß man gutgesinnte Arbeiter in die Versammlungen hineinschieben müsse, damit die Vorträge nicht gleich niedergeschrieen würden.

Direktor **Deutelmoser:** Auch die Vortragspropaganda solle der Ausschuß in die Wege leiten.

Der Vertreter des Ministeriums des Innern macht darauf aufmerksam, daß öffentliche Versammlungen zur Zeit in Berlin verboten seien.[32])

---

[30]) Vgl. hierzu Nr. 349 und 350.

[31]) Vgl. hierzu Nr. 352.

[32]) Das Verbot war bereits wieder aufgehoben worden, vgl. Nr. 443, Anm. 3.

Unterstaatssekretär **Lewald** weist darauf hin, daß jetzt anläßlich der Wahlen von Niederbarnim[33]) größere Redefreiheit gewährt werde; das sollte man dazu benutzen, auch Redner der bürgerlichen Parteien zu Reden zu veranlassen.

Geh. Regierungsrat **von Jacobi:** Es sei verschiedentlich versucht worden, Geld für Propagandazwecke vom Reichsschatzamt zu erlangen. Dies habe es aber jedes Mal abgelehnt.

Generalmajor **von Wrisberg:** Die Streikenden sind natürlich, je nach den Gründen, die sie zu ihrer Handlung veranlaßt haben, ganz verschieden zu behandeln. Mir ist versichert worden, daß im Falle des positiven Nachweises, daß bei den Streiks fremdes Geld im Spiele sei, kein einziger deutscher Arbeiter mehr streiken werde. Es muß offen darauf hingewiesen werden, daß Geld für die Streiks in der Schweiz gesammelt werde und eine Prämie von 5000 Mark ausgesetzt werden für jeden, der zweckdienliche Nachrichten über das Arbeiten von fremdem Gelde bei den deutschen Streiks machen könne.

Oberstleutnant **von Berge:** Dafür sei eine Prämie von mindestens 30000 Mark notwendig, die dem Anzeigenden ein späteres unabhängiges Leben sichere.

Unterstaatssekretär **Lewald** fragt an, ob es richtig sei, daß [etwa][34]) über 1000 Personen wegen des letzten Streiks in Berlin in Haft seien.

Oberstleutnant **von Berge** und **Der Vertreter des Ministeriums des Innern** geben an, daß nur 150 Personen sistiert seien. Etwa 3500 Personen seien zum Militärdienst eingezogen.[35])

Generalmajor **von Wrisberg** befürwortet eine schärfere Einwirkung auf die rechte Presse, die durch ihre Beschuldigungen mit Landesverrat die bessergesinnten Arbeiter, die nur durch den Zwang zum Streik gebracht worden seien, sehr verbittere.[36])

Direktor **Deutelmoser** begrüßt diese Anregung. Eine solche Einwirkung müsse indes dem Militär überlassen bleiben.

Generalmajor **von Wrisberg:** Durch Erlaß des Kriegsministeriums vom 16. Februar sei die Anordnung getroffen worden, daß arbeitsscheues Gesindel und ehemalige Zuchthäusler aus Berlin herauszuziehen und sie mit Aufenthaltsbeschränkung unter Aufsicht zu stellen seien.[37]) Dies beschränke sich auf diejenigen, die nicht arbeiteten.

Rechtsanwalt **Tornau:** Es sei erwiesen, daß die Berliner Streikleitung den Streik in der Provinz durch verdeckte Telegramme zu leiten versucht habe. Es müsse infolgedessen bei Streikgefahr eine schärfere Telegrammzensur befürwortet werden.

---

[33]) Die Reichstagsersatzwahl fand am 14. 3. 1918 statt, sie war durch den Tod des Abgeordneten Stadthagen notwendig geworden.

[34]) In der Vorlage steht an dieser Stelle das Wort: „eben".

[35]) Vgl. hierzu Nr. 441, Anm. 2.

[36]) Vgl. hierzu Nr. 431. Die OHL dagegen befürwortete die nachdrückliche öffentliche Charakterisierung des Streiks als Landesverrat, vgl. Ludendorff, Urkunden, S. 99 ff.

[37]) Vgl. Nr. 19, Anm. 7.

Vertreter der Marine weist darauf hin, daß auch die besitzenden Klassen im Auslande durch die in der ganzen Welt bestehende Streikgefahr mehr und mehr auf die Hilfe durch die Haltung der deutschen Regierung rechneten, um die rote Welle zu dämmen. Demnächst sollten aus Schweden gewisse unruhige Elemente ausgewiesen werden. Es sei notwendig, daß in dieser Hinsicht die deutsche Regierung ein wachsames Auge habe und gegebenenfalls mit den fremden Regierungen zusammen arbeite.

St[rahl]

445.

Niederschrift[1]) über die Besprechung im preußischen Kriegsministerium mit den Vertretern der stellv. Generalkommandos[2]) betr. Streik und Streikbekämpfung.

20. 2. 1918[3]), Stuttgart, Streng Geheim. — HStA Stuttgart XIII. AK, Abt. II, Bd. 98, maschinenschriftlich.

A. Allgemeine Besprechung

General **von Wrisberg** leitet die Besprechung ein: Die Arbeiterschaft habe sich nicht beruhigt, sondern wolle den Streik fortsetzen. Anfang März werde ein gefährlicher Termin sein und zwar für ganz Europa.[4])

Zu Frage 1.[5])

General **von Wrisberg:** Der Kern sei ein politischer gewesen. Ursachen: Drang nach allgemeinem Wahlrecht[6]) und Verständigungsfrieden. Außerdem haben

[1]) Nach einem Vermerk des Chefs des Stabes des stellv. Generalkommandos des XIII. AK, des Generalmajors v. Stroebel, war ein offizielles Protokoll der Besprechung nicht zu erwarten. Das preuß. Kriegsministerium, das am 8. 2. 1918 zu der Sitzung eingeladen hatte, übergab den Anwesenden während der Besprechung sog. „Notizen", die auf spezielle Fragen der stellv. Generalkommandos stichwortartige Antworten erteilten (vgl. Anm. 15, 22, 30 und 40). Vgl. auch den zusammenfassenden Bericht vom 19. 2. 1918 in den Akten des bayer. Kriegsministeriums (BHStA IV München MKr, 253) und die Aufzeichnung in den Akten des Reichsmarineamts (MGFA MA/RMA, Nr. 4453, Ms. 7b. 1a, Bd. 2).

[2]) Außerdem waren vertreten: die bundesstaatlichen Kriegsministerien, das Reichsmarineamt, das Kriegsernährungsamt, der stellv. Generalstab der Armee und der Admiralstab.

[3]) Die Besprechung fand am 18. 2. 1918, 11 Uhr vormittags im preuß. Kriegsministerium statt.

[4]) Vgl. Nr. 444, Anm. 2.

[5]) Das preuß. Kriegsministerium hatte zugleich mit der Einladung (vgl. Anm. 1) in einem gesonderten Schreiben die stellv. Generalkommandos zur Berichterstattung über den Streik aufgefordert und dafür einen Katalog von neun Fragen aufgestellt. In leicht abgewandelter Form (sieben statt neun) bildete dieser Katalog die Tagesordnung der Besprechung am 18. 2. 1918. Die erste Frage — die in der Vorlage wie die folgenden jeweils wiederholt wird — lautete: „Welche Beobachtungen und Erfahrungen sind in politischer Beziehung, namentlich hinsichtlich der Ursache des Streiks gemacht?"
Sämtliche Berichte der beteiligten Marinebehörden sind erhalten (MGFA MA/RMA, Nr. 4453, Ms. 7b. 1a, Bd. 1), ebenso die Berichte der stellv. Generalkommandos des XIII. AK vom 15. 2. 1918 (HStA Stuttgart XIII. AK, Abt. II, Bd. 98) und des XIV. AK vom 15. 2. 1918 (GLA Karlsruhe Abt. 456, Bd. 78) sowie der des bayer. Kriegsministeriums vom 14. 2. 1918 (BHStA IV München MKr, 253).

[6]) Besonders hervorgehoben von dem Oberwerftdirektor der Kaiserlichen Werft Kiel, Vizeadmiral v. Henkel-Gebhardi, in seinem Bericht vom 14. 2. 1918 (vgl. Anm. 5).

mitgewirkt: Erbitterung gegen die Vaterlandspartei, Unwillen über Beschränkung der Versammlungsfreiheit, über Bekämpfung des Schleichhandels, Absicht gegen die Offensive und Sturm gegen die Militärgewalt.[7])

IX. Korps: Die Wiedereinziehung zurückgestellter Fabrikarbeiter gehöre mit zu den Ursachen. Die Arbeiter glauben, daß politische Gründe für die Einberufungen maßgebend seien.[8])

III. Korps: Der letzte Streik sei nur eine Probe-Mobilmachung der radikalen Arbeiter gewesen. Die Unzufriedenheit sei überall vorhanden, auch bei den Konservativen. Vier Reichskanzler hätten eine Abänderung des Wahlrechts versprochen und nachdem das Versprechen bisher nicht gehalten worden sei, sagen die Leute: man könne der Regierung nicht glauben. Alle Parteien, auch die Konservativen, hätten die Regierungsautorität untergraben und behauptet, die leitenden Persönlichkeiten seien politisch unfähig. Die Regierungsautorität müsse zunächst wiederhergestellt werden.

VII. A.K.: Ursache sei gewesen der Drang nach dem Wahlrecht.

General **von Wrisberg:** Ein Probestreik sei es sicher nicht gewesen, dazu sei er zu schlecht organisiert gewesen. Vielleicht habe eine Rivalität zwischen gemäßigten und unabhängigen Sozialdemokraten mitgespielt. Die Unabhängigen hätten den anderen zuvorkommen wollen. Die Sache habe sich nach und nach entwickelt.

Zu Frage 2.[9])

General **von Wrisberg:** Es habe sich bewährt, daß mit Streikenden nicht verhandelt werden dürfe. Das müsse auch künftig der leitende Grundsatz sein.[10]) Wenn es sich in Wahrheit nur um wirtschaftliche Fragen, Lohnstreitigkeiten handle,

---

[7]) In dem Bericht des bayer. Kriegsministeriums vom 14. 2. 1918 (vgl. Anm. 5) heißt es hierzu: „Die Ursachen der jüngsten Streiks lagen nach den in Bayern gemachten Beobachtungen und Erfahrungen im Grunde in der tiefliegenden Sehnsucht nach der Wiederkehr geordneter Friedensverhältnisse, die auch in Bayern in den Arbeiterkreisen insbesondere bei Frauen und Jugendlichen tatsächlich vorhanden ist. Lebensmittelknappheit, Verärgerung über Wucher und Schleichhandel und unerhörte Verteuerung der Lebensbedürfnisse, die übrigen Entsagungen und Opfer der Kriegszeit einerseits, und die Überzeugung, daß durch übermäßige Forderungen annexionistischer Kreise die Friedensaussichten beeinträchtigt würden andererseits, haben einen empfänglichen Boden für die aufreizende Tätigkeit der Anhänger der unabhängigen Sozialdemokratie bereitet. Obwohl diese ihrer Zahl nach in Bayern keine politische Bedeutung haben und fast alle weder Bayern noch der Arbeiterschaft angehören, hat die von ihnen ausgegebene Streikparole in einzelnen Städten eine nicht erwartete Wirkung ausgelöst." Nach dem bayer. Bericht über die Besprechung (vgl. Anm. 1) wurde dieser Abschnitt „als alle auch sonst vorgebrachten Gründe umfassende Begründung verlesen".

[8]) Der Vertreter des stellv. Generalkommandos des IX. AK bezog sich hiermit vermutlich auf den Streikausbruch in der Torpedo-Werkstatt Kiel (vgl. Nr. 437, Anm .24), deren Arbeiter eine Abordnung zum stellv. Generalkommando zur Klärung dieser Frage entsandten. Vgl. hierzu auch den umfangreichen Bericht der Torpedo-Werkstatt an das Reichsmarineamt vom 16. 2. 1918 (vgl. Anm. 5).

[9]) Die Frage lautete: „Welche Mittel sind zur Beilegung der Streiks angewandt? Ist mit den Arbeitern seitens der stellvertretenden Generalkommandos usw. verhandelt, gegebenenfalls aus welchem Grunde, über welche Punkte und mit welchem Erfolg?"

[10]) Die vorangehenden zwei Sätze sind in der Vorlage mit Bleistift unterstrichen.

dann dürfe man verhandeln, aber über politische Machtfragen nicht.[11]) Die Generalkommandos, die verhandelt hätten, würden es nicht wieder tun. Dagegen seien Vorverhandlungen, um einen Streik zu verhindern, wohl angebracht, nur mit den Streikenden selbst nicht.[12])

XVII. A.K.: Der Kommandant von Danzig und ebenso der Regierungspräsident daselbst hätten die Arbeiter empfangen und zwar mit Erfolg. Es müsse also das Mittel im einzelnen Fall doch gestattet sein.

IX. A.K.: Aufklärende Unterhandlungen hätten wohl einen Wert, aber keine Zugeständnisse an Streikende. Sprechen mit ihnen dürfe man wohl.[13])

General **Scheüch** (pr. Kriegsamt): In Berlin seien die berufenen Vertreter der Arbeiter[14]), Abgeordnete und Gewerkschaftsleiter empfangen worden, dagegen die streikenden Arbeiter selbst nicht. Das solle auch für künftig die Richtlinie sein, aber kein Schema.[15]) Die Kriegsamtstellen sollen als Organe der Stellv. Kommandierenden Generale mit den berufenen Vertretern verhandeln.

General **von Wrisberg:** Außerdem hätten sich beim letzten Streik bewährt: polizeiliche Mittel, Verstärkung der Polizei, Wiedereinziehung einer größeren Zahl von Reklamierten.[16]) Militarisierung einzelner Betriebe (glänzend bewährt). Verbot aller Versammlungen, in welchen öffentliche Angelegenheiten verhandelt werden sollen, Verbot eines Arbeiterrats. Maßregeln zum Schutz von Arbeits-

---

[11]) Die vorangehenden fünf Worte sind in der Vorlage durch einen Strich am Seitenrand hervorgehoben.

[12]) In dem Bericht des bayer. Kriegsministeriums (vgl. Anm. 5) heißt es hierzu: „Abgesehen vom Empfang einer die Freigabe der verhafteten Rädelsführer fordernden Arbeiterdeputation durch den Polizeipräsidenten in München wurde mit den Streikenden lediglich von Seiten der Regierung und auch nur insofern verhandelt, als einer Deputation gestattet wurde, dem Herrn Minister des Äußern die Wünsche der Streikenden vorzutragen. In Verhandlungen wurde nicht eingetreten. Zusicherungen wurden dabei seitens der Regierung nicht gemacht." Vgl. hierzu Nr. 434, Anm. 6.

[13]) In dem bayer. Bericht über die Besprechung (vgl. Anm. 1) heißt es hierzu deutlicher: „Sich die Leute *selbst bestellen*, um mit ihnen *zu reden*, sie *aufzuklären* oder zu *warnen*, oder auch ihnen Weisungen zu geben, dagegen ist nichts einzuwenden. Aber Leute, die *fordern* empfangen zu werden, dürfen nicht zur Türe hereingelassen werden, sonst sagen sie später, man hat mit uns verhandelt!"

[14]) Die vorangehenden vier Worte sind in der Vorlage mit Bleistift unterstrichen.

[15]) Der vorangehende Satz ist in der Vorlage durch einen Strich am Seitenrand hervorgehoben. — In den „Notizen" (vgl. Anm. 1) heißt es hierzu: „Rechtzeitige Fühlungsnahme mit den Führern der alten sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften (XIV). Versammlungen auf deren Wunsch zur Beruhigung der Arbeiter waren stellenweise zweckmäßig und erfolgreich." Das stellv. Generalkommando des XIV. AK hatte mit Hilfe „einer in den Arbeiterkreisen sehr einflußreichen Persönlichkeit außerhalb Mannheims" den Streik in dieser Stadt beilegen können; vgl. den Bericht des stellv. Generalkommandos vom 3. 2. 1918 an das bad. Ministerium des Innern (GLA Karlsruhe Abt. 456, Bd. 78).

[16]) In dem bayer. Bericht über die Besprechung (vgl. Anm. 1) wird eine wesentlich höhere Zahl der in Berlin eingezogenen Arbeiter (6000) als in der Besprechung vom 17. 2. 1918 genannt (vgl. Nr. 471, Anm. 2). Auf der Kaiserlichen Werft Kiel wurden 62 Arbeiter für abkömmlich erklärt. Der Oberwerftdirektor der Kaiserlichen Werft Danzig bemerkt in seinem Bericht vom 14. 2. 1918 (vgl. Anm. 5): „Die Arbeitslage macht die Heranziehung größerer Zahlen von Arbeitern unmöglich."

willigen. Außerordentliche[25]) Kriegsgerichte. Warnende Bekanntmachungen der stellv. kommandierenden Generale. Eingreifen der Strafverfolgungsbehörden.

Zu Frage 3.[17])

General **von Wrisberg:**

a)[18]) kein Verhandeln mit Streikenden (wie oben),

b) Verstärkung der Polizei, ständige Überwachung von Hetzern,

c) Einziehung einer größeren Zahl Reklamierter.[19])

VIII. A.K.: Es sei dringend erwünscht, daß gefährliche Leute eingezogen würden.

General **von Wrisberg** fährt fort:

d) Militarisierung einzelner Betriebe.[20])

Oberkommando in den Marken: Militarisierung sei nach den letzten Erfahrungen in Berlin nur in beschränktem Maße möglich[21]), denn man müsse auch die Mittel haben, diejenigen, welche die militärischen Befehle nicht befolgen, zu bestrafen. Das könne man aber nur durchführen gegenüber einer beschränkten Zahl von Arbeitern, allgemeine Militarisierung bei einem Generalstreik gehe nicht an. Unumgänglich notwendig seien außerordentliche Kriegsgerichte, die sofort und auf Gefängnis erkennen. Die ordentlichen Gerichte würden nach langen Wochen oder Monaten auf 20 oder 30 Mark Geldstrafe erkennen. Für jeden militarisierten Betrieb müsse ein militärischer Leiter bestellt werden.

V. A.K.: Man könne doch auch die Fabrikdirektoren als Beauftragte des kommandierenden Generals aufstellen.[22])

General **Scheüch:** Nein, der militärische Leiter müsse ein neuer Mann sein und hinter ihm die militärische Waffe und Macht [stehen], er gebe die Befehle.[23])

IX. A.K.: Auch nach den Erfahrungen des IX. A.K. könne nur eine mäßige Zahl von Betrieben militarisiert werden.[24]) Die militärische Leitung stehe über der Direktion ebenso wie über den Arbeitern. Der leitende[25]) Offizier dürfe nicht Polizist der Arbeitgeber sein.[26]) Er müsse immer am Platz sein. Schlichtungs-

---

[17]) Die Frage lautete: „Sind für die Bekämpfung von Streiks für künftig Vorschläge zu machen?"

[18]) Die einzelnen Punkte sind in der Vorlage mit Bleistift unterstrichen.

[19]) Hierauf legte die Torpedo-Werkstatt Kiel in dem Bericht ihres Direktors (vgl. Anm. 8) Kapitän z. S. Hering, besonderen Nachdruck.

[20]) Vgl. hierzu Nr. 242.

[21]) Die vorangehenden fünf Worte sind in der Vorlage unterstrichen.

[22]) Nach den „Notizen" lehnte das preuß. Kriegsministerium den Vorschlag des stellv. Generalkommandos des V. AK, den „Zivilbetriebsleitern Befehlsgewalt zu verleihen", ab.

[23]) Der vorangehende Satz ist in der Vorlage durch einen Strich am Seitenrand hervorgehoben.

[24]) Vgl. hierzu Nr. 437, Anm. 25.

[25]) In der Vorlage nachträglich handschriftlich ergänzt.

[26]) Wie unsympathisch aber auch den Arbeitgebern die Militarisierung ihrer Betriebe war, geht aus einem Schriftwechsel des Reichsmarineamts mit der Werft Blohm & Voß in Hamburg hervor. In einem Schreiben vom 23. 2. 1918 (zitiert nach einem Schreiben des Reichsmarineamts vom 12. 5. 1918, MGFA MA/RMA, Nr. 4453, Ms. 7b. 1a, Bd. 1) behauptete die Werft, daß es „der Förderung kriegswichtiger Arbeiten nützlicher wäre, die Streiks zu gestatten". Vgl. hierzu Weber, S. 119 (nach einem Bericht der preuß. Gesandtschaft in Hamburg). Vgl. auch Nr. 242, Anm. 7.

ausschüsse hätten mit dem Moment seiner Einsetzung nichts mehr zu tun.[27]) Im einzelnen seien viele Fragen noch ungeklärt, z. B. ob die Arbeiterversicherung fortlaufe.

General **von Wrisberg:** Die praktischen Erfahrungen des Oberkommandos in den Marken werden demnächst in Umdruck mitgeteilt[23]), soweit dann noch Zweifel bestehen, sollen die stellv. Generalkommandos beim preuß. Kriegsamt anfragen.

General **Scheüch:** abgesehen von Fabriken müsse man an Elektrizitäts- und Wasserwerke denken.[23]) Geeignete Auswahl der militärischen Leiter der Betriebe sei sehr wichtig. Der Leiter müsse immer da sein und die Leitung wirklich in der Hand haben.

General **von Wrisberg:** Eine Verfügung betr. militärische Löhnung der militarisierten Arbeiter komme in Preußen demnächst heraus.[23])

IX. A.K.: Die Durchführung der militärischen Löhnung sei praktisch unmöglich. Beim IX. A.K. seien 10000 Mann militarisiert worden. Der Stichtag, zu dem die Militarisierung durch öffentlichen Anschlag befohlen werde, dürfe nicht zu kurz gewählt werden, man müsse den Leuten Zeit lassen sich zu besinnen. 50% seien freiwillig gekommen. Die Einberufung durch öffentlichen Anschlag genüge nicht[24]), die Einberufung durch Gestellungsbefehle müsse nachfolgen.[28])

Auf Anregung des **XIII. A.K.**[29]), Generals von Ströbel, wird noch die Frage besprochen, inwieweit innerhalb des militarisierten Betriebes der höhere militärische Dienstgrad Vorgesetzter sei. General von Wrisberg spricht sich dahin aus, innerhalb des Betriebes sei trotz militärischer Löhnung nach Dienstgraden das zivile Dienstverhältnis maßgebend. Die Anordnungen der zivilen Dienstvorgesetzten gelten als militärische Befehle.

General **von Wrisberg** fährt fort:

e) streng paritätische Behandlung aller Parteien durch die Generalkommandos.

Man könne von jetzt ab die öffentlichen Versammlungen der unabhängigen Sozialdemokraten nicht allgemein verbieten, das wäre keine gleichmäßige Behandlung, nur soweit ein Redner sprechen wolle, der als Hetzer bekannt sei, müsse verboten werden.[30])

IX. A.K.: Gegen die sozialdemokratischen Blätter und ihre Tonart sollte man

[27]) Vgl. Nr. 242, Anm. 8. Der Betriebsdirektor der Baubeaufsichtigung der Germania-Werft in Kiel, Dix, sprach sich dagegen für die Beibehaltung der Schlichtungsausschüsse aus, „gewissermaßen als Sicherheitsventil im Interesse des militärischen Leiters und der vollen Aufrechterhaltung" des Betriebes. Gegen einen passiven Widerstand der Arbeiter seien die Mittel des militärischen Leiters beschränkt (Bericht vom 14. 2. 1918, MGFA MA/RMA, Nr. 6447, T. B. 63, Bd. 2).

[28]) Aus den „Notizen" (vgl. Anm. 1) geht hervor, daß in Leipzig eine Militarisierung mit Hilfe von Blanco-Gestellungsbefehlen in drei Stunden durchgeführt wurde.

[29]) Im Bereich des stellv. Generalkommandos des XIII. AK und des XVIII. AK war es zu keinen Streiks gekommen, vgl. die Berichte der stellv. Generalkommandos für den Monat Februar 1918 (vgl. Nr. 154, Anm. 1 und 2).

[30]) Vgl. hierzu jedoch Nr. 443, insbesondere Anm. 4 und 6.

schärfer vorgehen.[31]) Auch die Blätter der[32]) Gemäßigten müßten mehr eingedämmt werden.

General **von Wrisberg:** Die alte sozialdemokratische Partei dürfe man nicht zu streng behandeln, das gäbe sonst zu große Erbitterung.

III. A.K.: Das Ventil des Schimpfens mit Worten müsse man zulassen, nur die Staatsautorität dürfe man nicht herabsetzen lassen.

General **von Wrisberg** fährt fort:

f) Verbot von Arbeiterräten.

g) Schutz Arbeitswilliger.

IX. A.K.: Schwache Patrouillen hätten zum Schutz [Arbeitswilliger][33]) keinen Wert. Ein stärkeres Militäraufgebot müsse am Platz sein.

h) außerordentliche Kriegsgerichte.

IX. A.K. (Oberstleutnant von Voss) teilt hiezu auf persönliches Befragen mit, daß beim IX. Korps in jeder Stadt mit militarisiertem Betrieb ein besonderes Kriegsgericht eingesetzt worden sei.

i) Warnende Aufrufe der kommandierenden Generale.

General **Scheüch:** Dazu könne man keinen allgemeinen Grundsatz aufstellen. Es komme das sehr auf das persönliche Ansehen und Vertrauen des kommandierenden Generals an.

k) Schärferes Eingreifen der zivilen Strafverfolgungsbehörden.

l) Keine unrichtigen Presseberichte über die Zahl der Streikenden.

General **Scheüch:** Sachsen habe vorgeschlagen, gar keine Zahlen über Streiks in die Zeitungen zu bringen, aber das gehe nicht an, sonst entstünden tolle Gerüchte. Aber man könne Presseberichte über Streiks unter Vorzensur stellen und brauche nicht alles zu sagen, aber die mitgeteilten Zahlen müßten richtig sein, sonst glaube das Publikum nichts.[34])

m) Gegenorganisation.[35])

General **von Wrisberg:** Diesem Punkt müsse die größte Aufmerksamkeit zugewandt werden, darüber werde auch eine Verfügung kommen.

---

[31]) Im Bericht der Kaiserlichen Werft Wilhelmshaven vom 15. 2. 1918 (vgl. Anm. 5) heißt es: „Ohne die zweifelhafte Haltung des ‚Vorwärts' und des Abgeordneten Scheidemann wäre ein Vorgehen der Gruppe [der USPD] auch kaum zu irgendwelcher Bedeutung gelangt."

[32]) Die vorangehenden zwei Worte sind in der Vorlage nachträglich handschriftlich ergänzt.

[33]) In der Vorlage steht: „streikender Arbeiter".

[34]) Vgl. hierzu die Erörterung in der Besprechung vom 17. 2. 1918, Nr. 444.

[35]) Der Oberwerftdirektor der Kaiserlichen Werft Danzig, Konteradmiral Hollweg, schlug hierzu in seinem Bericht vom 14. 2. 1918 (vgl. Anm. 5) folgendes vor: „Volkstümliche, der breiten Masse verständliche, unentwegte Aufklärung über die Folgen eines ungünstigen Friedens für die Arbeiterschaft. — Verhinderung der deutschen Presse an der Verbreitung der Trotzkischen Revolutionsidee, wie sie täglich durch wörtliche Wiedergabe seiner Reden erfolgt. Festigkeit der Regierung. Klare Ziele für den Friedensschluß. Rücksichtslose Bekämpfung der revolutionären Propaganda. Einziehung wehrpflichtiger Agitatoren." Vgl. hierzu im übrigen Nr. 351 und 352.

VIII. A.K.: In Trier seien Rednerkurse vorgeschlagen worden. Soldaten von der Front und Divisionspfarrer sollen in die Betriebe geschickt werden und während der bezahlten Arbeitsstunden zu den Arbeitern sprechen.

XIV. A.K.: Solche Vorträge würden schon gehalten, aber die Leute seien bereits mißtrauisch, es handle sich um Abgesandte der Vaterlandspartei.

General **von Wrisberg:** Aufklärende Flugblätter seien von Wert.

IX. A.K.: Man müsse damit vorsichtig sein, die Druckerei müsse nach dem Gesetz auf dem Flugblatt angegeben sein und die Sozialdemokraten machen sofort darauf aufmerksam, welcher Partei der Drucker angehöre.

n) Es sollte der Nachweis erbracht werden, daß Geldmittel unserer Gegner auf innere Unruhen hinwirken.

General **von Wrisberg:** Man wisse zwar, daß in der Schweiz ein Komitee bestehe, das zu diesem Zweck über 200 Millionen verfüge, aber positive Beweise seiner Tätigkeit im Inland habe man nicht. Für diesbezügliche Nachrichten werde eine hohe Prämie (auch über 3000 Mark) gezahlt.[34])

General **Brose** (stellv. Generalstab): Die Gelder kommen über die Schweiz und über Lübeck herein,

o) Einfluß auf die sozialdemokratische Presse.

General **von Wrisberg:** Durch die Gewerkschaften müsse man Einfluß gewinnen.[36])

p) Vertrauensleute unter den Arbeitern.

General **von Wrisberg:** Solche könne man nicht genug haben.

q) Gegen Zuchthäusler und arbeitsscheues Gesindel müsse scharf vorgegangen werden.

General **von Wrisberg:** Eine Verfügung stehe bevor.[37]), dieselbe sei aber nur dort durchzuführen, wo der Belagerungszustand durch Aufhebung der Garantien der persönlichen Freiheit verschärft sei.

u) Sofortige Verhaftung der Hetzer und Anführer.[38])

General **von Wrisberg:** Das sei notwendig auch gegenüber von Abgeordneten. Es sei zwar strittig, ob die Schutzhaft gegenüber von *Abgeordneten* durchgreife und sie sollte nur angewandt werden mit Zustimmung des Kriegsministeriums,

[34]) Der Vorredner ist in der Vorlage fälschlich als „General von Brose" bezeichnet. — Eine Anregung des Direktors der Norddeutschen Seekabelwerke AG, eine allgemeine Kundgebung der deutschen Arbeiterschaft gegen den Streik herbeizuführen, wurde vom Reichsmarineamt an das Kriegsamt weitergeleitet. Generalmajor Scheüch antwortete am 8. 3. 1918, daß der Gedanke sehr zu begrüßen sei, aber eben nur mit den freien Gewerkschaften zu verwirklichen sei. Die Gewerkschaften seien aber zu einer ganz eindeutigen Erklärung nicht bereit (MGFA MA/RMA, Nr. 4453, Ms. 7b. 1a, Bd. 1). Und das Pressereferat des bayer. Kriegsministeriums bemerkte zu dem Schreiben Scheüchs: „Nach Anschauung von APr werden weitere größere Arbeiteraufstände nur durch tunlichstes Entgegenkommen gegenüber den innenpolitischen Forderungen der arbeitenden Klassen (insbesondere Preußisches Wahlrecht), durch eine *aufrichtige*, von scharfmacherischen Bestrebungen sich fernhaltende *Friedens*politik und außerdem durch eine *rücksichtslose Unterdrückung der zersetzenden Umtriebe der Unabhängigen* sich fernhalten lassen." Vgl. auch Nr. 351, Anm. 2, und Nr. 449.

[37]) In der Vorlage „bestehe bevor". — Vgl. Nr. 19, Anm. 7.

[38]) In den „Notizen" (vgl. Anm. 1) wurde vorgeschlagen, die Reisen der Abgeordneten der USPD genau zu beobachten und dann entsprechende Versammlungsverbote auszusprechen.

damit die Generalkommandos Rückendeckung hätten, aber ultima ratio sei die Schutzhaft auch bei Abgeordneten.[39])

Zu Frage 4.[40])

General **von Wrisberg:** Die meisten Generalkommandos hätten mit „ja" geantwortet.

Zu Frage 5.[41])

General **von Wrisberg:** Nein.

Zu Frage 6.[42])

General **von Wrisberg:** Nur einzelne.

Zu Frage 7.[43])

General **von Wrisberg:** Es seien nur einzelne hervorragende Führer verhaftet worden.[44])

Sicherung durch Truppen.

General **von Wrisberg:** Den Generalkommandos werde es sicher[45]) gelingen, sich zuverlässige Truppen zu schaffen. Im äußersten Fall werde durch das Kriegsministerium geholfen, aber es müsse bedacht werden, daß an der Front jede Truppe notwendig sei.

B. Besprechung über Militarisierung der Eisenbahnen.

Der **Referent des preuß. Kriegsministeriums:** Die militärische Leitung müsse im Falle der Militarisierung beim stellv. Generalkommando nicht bei der Linienkommandantur sein.[46]) Der kommandierende General müsse Herr im Hause auch über die Eisenbahn sein. Der Feldeisenbahnchef selbst sage, die Militarisierung müsse in den Händen der stellv. Generalkommandos stehen. Die Linienkommandanturen haben keine Truppen hinter sich und keine gesetzlichen Befugnisse. Für Streiks in den Werkstätten seien die Bahnhofskommandanten meist auch gar nicht die richtigen Männer zur militärischen Leitung. Da müsse der stellv. kommandierende General die richtigen Persönlichkeiten einsetzen. Etwas anderes sei es, wenn etwa im Betrieb selbst z. B. durch Lokomotivführer gestreikt werde, da könne es sich darum handeln, daß der Linienkommandant vom

[39]) Vgl. hierzu Nr. 102, insbesondere Anm. 6.

[40]) Die Frage lautete: „Haben die Generalkommandos und zutreffendenfalls auf welche Weise schon vorher sich Nachrichten zu verschaffen gewußt über den bevorstehenden Ausbruch des Streiks?"

[41]) Die Frage lautete: „Ist wenigstens ungefähr festzustellen, in welchem Umfange organisierte und in welchem Umfange nichtorganisierte Arbeiter an dem Streik sich beteiligt haben?"

[42]) Die Frage lautete: „Sind Fälle von Terrorismus beobachtet worden? Wenn ja, ausreichende Sammlung des Beweismaterials."

[43]) Die Frage lautete: „Die vorgenommenen Verhaftungen von solchen Persönlichkeiten, die bei der Streikbewegung besonders (führend) hervorgetreten sind, ferner inwieweit und mit welchem Ergebnis Strafverfahren eingeleitet sind."

[44]) In der Besprechung vom 17. 2. 1918 (Nr. 444) wurde die Zahl von 150 Verhaftungen für Berlin genannt.

[45]) In der Vorlage handschriftlich ergänzt.

[46]) Der vorangehende Satz ist in der Vorlage mit Bleistift unterstrichen.

Generalkommando mit der militärischen Leitung beauftragt werde. Auch sonst sei natürlich immer möglich, daß ein Bahnhofskommandant militärischer Leiter eines Teils des Betriebs werde, aber Grundsatz dürfe das nicht sein.

Die Militarisierung der Eisenbahn sei insofern von besonderer Art, als der Betrieb keinen Tag unterbrochen werden dürfe, daher müsse die Einberufung wie eine kleine Mobilmachung genau vorbereitet sein. Die Gestellungsbefehle müßten daliegen, ebenso müsse eine Dienstanweisung für den militärischen Leiter vorbereitet sein, denn das sei keine so einfache Sache. Der militärische Leiter sei dafür verantwortlich, daß die Arbeit weitergehe, aber in den technischen Betrieb habe er nicht einzugreifen.

Die Anträge auf Militarisierung müssen ausgehen von der Generaldirektion und über die Linienkommandantur sei ihr Weg an das Generalkommando. Eine Fristsetzung gäbe es da nicht. Betr. die Löhnung der militarisierten Eisenbahner liege die Sache vielleicht anders als bei Fabriken. Bei den Eisenbahnen müsse der Eisenbahnlohn weiterbezahlt werden.[47]) Die Eisenbahndirektionen selbst seien darüber verschiedener Meinung gewesen. Einkleidung und Einberufung zu einem Ersatztruppenteil seien ausgeschlossen. Die Anordnungen der Dienstvorgesetzten gelten als militärische Befehle. Der militärische Dienstgrad komme nicht in Betracht.

Hegelmaier.[48])

[47]) Die vorangehenden zwei Sätze sind in der Vorlage durch einen Strich am Seitenrand hervorgehoben.

[48]) Major im stellv. Generalkommando des XIII. AK.

446.

Entwurf einer Stellungnahme der Obersten Heeresleitung zur Denkschrift des preußischen Ministers des Innern über die innenpolitische Lage.[1])

21. 2. 1918, Gr. Hauptquartier. — Nachlaß Bauer, Nr. 2, maschinenschriftlich.

Euerer Majestät hat der Minister Drews eine Denkschrift[2]) über die innenpolitische Lage unterbreitet, die auch mir in Abschrift zugegangen ist.

Ich halte im militärischen Interesse mich für verpflichtet, zu dieser Denkschrift, die meiner Überzeugung nach schwerwiegende und für die Gegenwart und Zukunft Deutschlands gefährliche Trugschlüsse enthält, Stellung zu nehmen. Ich darf alleruntertänigst voraus bemerken, daß ich mich stets nur insoweit für befugt

[1]) Oberstleutnant Bauer übersandte am 21. 2. 1918 diesen „Entwurf zu Vortragsnotizen für Seine Majestät" über die Denkschrift des preuß. Ministers des Innern an den Chef des Zivilkabinetts, der nach Mitteilung Bauers in dem Anschreiben am folgenden Tage sich darüber mit Ludendorff besprechen wollte. — Über die enge Zusammenarbeit zwischen der OHL und dem Chef des Zivilkabinetts in jenen Tagen vgl. Müller, S. 357 (Eintragung vom 21. 2. 1918). Vgl. auch Ritter, Bd. 4, S. 160 ff.

[2]) Abgedruckt bei Volkmann, S. 291 ff.; erneut abgedruckt in den Archivalischen Forschungen 4/III, Nr. 396, S. 1048 ff.

gehalten habe mich zu innerpolitischen Fragen zu äußern, als wirtschaftliche und soziale Fragen eng damit verknüpft waren, die auf die militärische Lage und die gesamte Kriegführung einen wesentlichen und mitbestimmenden Einfluß ausüben. Hierzu gehört z. B.[3]) die gesamte Ernährungsfrage, die Frage der Stickstoffversorgung für Heer und Landwirtschaft, der sonstigen Düngemittel, der Kohlenversorgung, sowie aller sonstigen Rohstoffe, ferner die Bereitstellung der Arbeiter in Industrie und Landwirtschaft[4]) u. a. Da ich zu all diesen Fragen dauernd Stellung nehmen, vielfach sogar auf Wunsch und Drängen der verschiedenen zuständigen Stellen, weitgehend Entscheidungen treffen mußte, war ich gezwungen, mich dauernd auf dem laufenden zu halten. Hierdurch und durch die dauernden mündlichen und schriftlichen Äußerungen aus allen Kreisen des Volkes, sowie durch die Meldungen meiner Untergebenen, glaube ich ein klares und zutreffendes Bild über die innerpolitische Lage im weiteren Sinne gewonnen zu haben.[5])

Die Denkschrift des Ministers Drews geht davon aus, daß die sozialdemokratische Partei[6]) sich zu Beginn des Krieges zum nationalen Gedanken bekannt habe und daß deshalb die Regierung mit ihr rechnen konnte. Hier liegt der erste Trugschluß vor, denn wie der Minister selbst an anderer Stelle[7]) ausführt, blieb diese Partei selbstverständlich ihren radikalen inner- und außerpolitischen Phantomen treu.[8]) Der Staatsmann, der sich auf sie stützen will, wird notgedrungen von Zugeständnis zu Zugeständnis schreiten müssen. Das Ende dieser Bahn zeigt uns Rußland. Die Sache lag[9]), wie Euerer Majestät jeder Kundige bestätigen wird, wesentlich anders. Als der Krieg ausbrach, flammte Patriotismus und das Gerechtigkeitsgefühl, letzteres nennt der Minister selbst einen der wesentlichsten Faktoren der deutschen Volksseele[10]), in ungeahnter Weise empor. Die Parteigegensätze verschwanden, der deutsche Arbeiter fühlte, wie er in seiner Mehrheit auch heute noch fühlt, national und somit standen die sozialdemokratischen Führer völlig vereinsamt und ohne jede Macht da. Es blieb ihnen gar nichts weiter übrig, wie einzulenken. Die Regierung hat diese Lage der größten Schwäche ihrer gegebenen Feinde nicht ausgenutzt, sondern reichte ihnen die Hand und glaubte, mit ihnen arbeiten zu können, ja noch mehr, sie stärkte das Ansehen der sozialdemokratischen Gewerkschaften, indem sie sich auf ihre

---

[3]) Von der Hand Bauers geändert aus: „Ich darf in diesem Zusammenhang nur auf [...] hinweisen."

[4]) Es erscheint aufschlußreich, daß die aufgezählten Gebiete alle dem Tätigkeitsbereich des Oberstleutnants Bauer angehörten, wobei er natürlich geflissentlich seine rein politische Tätigkeit beim Sturz Bethmann Hollwegs und in der preuß. Wahlrechtsfrage überging. Ebenso aufschlußreich ist daneben die Feststellung, daß die Gebiete, in denen Major Nicolai innenpolitisch tätig war, ebenfalls nicht berücksichtigt wurden.

[5]) Bauer vermerkte am Rande der Vorlage, daß dieser Abschnitt mit Ausnahme des ersten Satzes dem Chef des Zivilkabinetts nicht mitgeteilt wurde.

[6]) In der Vorlage mit Bleistift unterstrichen.

[7]) Die drei vorangehenden Worte sind in der Vorlage nachträglich ergänzt.

[8]) Der Minister hatte in seiner Denkschrift auf die unausbleiblichen Rückwirkungen der radikalen Forderungen der Minderheit auf die Mehrheitspartei hingewiesen.

[9]) In der Vorlage folgt das durchgestrichene Wort „also".

[10]) Diese Ergänzung ist in der Vorlage mit Bleistift eingeklammert.

Führer stützte, während sie die wirtschaftsfriedlichen Arbeiter-Verbände, die man damals mit Leichtigkeit zu einer nationalen Einheit hätte zusammenschweißen können, unbeachtet ließ oder vor den Kopf stieß. Diese Lage nutzten die anfangs verlassenen sozialdemokratischen Führer aus. Sie bemächtigten sich allmählich wieder der von der Regierung führerlos gelassenen Massen, gewannen wieder an Macht und fühlten sich bald stark genug, um der schwächlichen Regierung den Kampf anzusagen. Reibungsstoff war genug gegeben. Die unvermutet lange Dauer des Krieges, die schweren Verluste, vor allem aber die, wie man jetzt wohl sagen kann, nicht sehr glückliche Art und Weise, in der die Ernährungspolitik, die Bewirtschaftung der Rohstoffe usw. durchgeführt wurde, wirkten außerordentlich verstimmend im Volk und gaben den Boden für die weiteren sozialdemokratischen Agitationen. Es ist nun ganz klar, daß weitgehende Eingriffe auf den gesamten Gebieten der Ernährungswirtschaft, Rohstoffe usw. unbedingt nötig waren. Das sah auch das Volk ein, aber, wie ich schon sagte, die Form der Ausführung, die Flut immer neuer Bestimmungen und Verfügungen wirkte aufreizend und zog vor allem einen Gegensatz zwischen Stadt und Land, dem Industriearbeiter und der landwirtschaftlichen Bevölkerung groß. Bezeichnend ist dabei, daß im Grunde der gesamte Gang unserer inneren Wirtschaftspolitik durchaus von sozialdemokratischen Einflüssen bestimmt wurde. Auf den sozialdemokratischen[11]) Arbeiter wurden die weitgehendsten Rücksichten genommen. Ihre Arbeitervertreter sitzen in den Reichsämtern und werden überall gehört, während nationale Arbeiter und[7]) der Mittelstand, die treueste und zuverlässigste Stütze eines Staates, mehr als es die Verhältnisse wohl mit sich brachten[12]), vernachlässigt wurden. Die Sorge um den Mittelstand muß[13]) daher für die Zukunft einer der schwersten sein.

Trotzdem aber seitens der Regierung eigentlich alles im sozialdemokratischen Sinne geschah, ließ sie sich gleichzeitig in rein innerpolitischen Fragen zurückdrängen oder vielmehr, sie ging fluchtartig zurück. Das stärkte die Anmaßung der Sozialdemokraten ins Ungemessene. Das Hilfsdienstgesetz, das die Pflicht auch des nicht waffenfähigen Mannes zur Arbeit fürs Vaterland festlegen sollte, wurde unter sozialdemokratischem Druck zu einem Kampfmittel der Arbeiter gegen die Arbeitgeber und gegen den Staat. Ihm verdanken wir die sinnlos hohen Löhne und diesen wiederum die ungeheure finanzielle Belastung Deutschlands. Über die Folgen dieser Erscheinung zu sprechen, würde hier zu weit führen. Ich kann Euerer Majestät aber empfehlen, darüber einmal den Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten und den Herrn Reichsschatzsekretär zu hören.

So ist es weiter und weiter gegangen. Sozialdemokratische Führer haben im Reichstage mit Streik, ja sogar mit Revolution gedroht, sie haben die Regierung Euerer Majestät auf bestimmte Friedensgrundsätze mehr oder minder festgelegt, sie haben innerpolitische Forderungen erhoben und durchgesetzt (siehe weiter unten) und schließlich ist es[14]) bereits zum Streik gekommen. Weitere Streiks sind zu befürchten. Ich darf auf diese letzteren etwas eingehen.

[11]) In der Vorlage nachträglich ergänzt.

[12]) In der Vorlage folgen die durchgestrichenen Worte: „ins Elend gestoßen und".

[13]) In der Vorlage handschriftlich verbessert aus: „wird".

[14]) In der Vorlage folgt das durchgestrichene Wort „jetzt".

Streik ist, wie auch das Reichsgericht entschieden hat, Landesverrat; Mitwisserschaft oder Aufreizung dazu sind also Verbrechen im Sinne des § 139 R.Str.G.[15]) Zwar lehnen Gewerkschaftsführer und die meisten sozialdemokratischen Abgeordneten ab, den Streik hervorgerufen zu haben. Wie aber auch der Minister Drews anführt, haben sie ganz fraglos um den Streik mindestens gewußt, teilweise aber auch zweifellos offen dazu gehetzt[16]) (Dittmann).[17]) Die moralische Schuld liegt fraglos bei ihnen[18]), d. h. sie sind, und das muß ich offen aussprechen, Landesverräter. Wenn ich nun auch nicht empfehlen würde, gegen sie alle mit Gewalt vorzugehen, so kann ich andererseits einer Nachgiebigkeit erst recht nicht das Wort reden. Ich habe dem Herrn Reichskanzler vorgeschlagen, Gewerkschaftsführer und Abgeordnete klipp und klar vor die Frage zu stellen, wie sie sich zu einem Streik im Kriege stellen.[19]) Verurteilen sie den Streik, so sind sie gezwungen, vor ihren Arbeitern das auch zu vertreten und das muß zu einer Spaltung im Arbeiterlager führen, wobei sich ergeben wird, daß der weitaus größte Teil der Arbeiter auf nationalem Boden steht. Das wäre somit ein schwerer Schlag gegen die dann in eine absolute Minderheit gedrängte Sozialdemokratie. Verurteilen die Führer[20]) den Streik nicht unbedingt, so ist wenigstens klar erwiesen, auf welche Ziele sie hinaus wollen und der Kampf muß dann aufgenommen und durchgeführt werden. Der Minister Drews hält jedes Aufnehmen eines solchen Kampfes anscheinend für nicht möglich oder für gefährlich. Das ist m. E. unzutreffend. Noch heute ist das Volk in seiner ganz überwiegenden Mehrheit national und monarchisch gesinnt. Schon[21]) die Angehörigen der wirtschaftsfriedlichen Verbände und die unorganisierten Arbeiter, die zum größten Teil[22]) auf nationaler Grundlage stehen, sind insgesamt an Zahl den freien Gewerkschaften weit überlegen.[23]) Die Macht der letzteren und der ihnen eng verbundenen christlichen Gewerkschaften usw. wird weit überschätzt. Zwar hat die Zahl der Mitglieder der[24]) sozialdemokratischen Gewerkschaften, namentlich im letzten Jahr, erheblich zugenommen. Die Zunahme ist aber ganz wesentlich durch jugendliche männliche und unverheiratete weibliche Arbeiter erfolgt. Der Jugendparagraph hat sich zweifellos als besonders verhängnisvoll erwiesen. Im übrigen ist es eine bekannte Erscheinung, daß alle radikalen Bewegungen an Frauen und Jugendlichen weit mehr Zulauf haben, wie gemäßigte Richtungen, weil diese Elemente[11]) der Verhetzung leichter zugänglich und zu ruhigem und

[15]) Vgl. Nr. 378, Anm. 7.

[16]) Drews hatte in der Denkschrift (vgl. Anm. 2) geäußert, daß die SPD sich die Streikbewegung „zu eigen" gemacht habe, auf Grund ihrer bedrohten Stellung innerhalb der Reichstagsmehrheit, der tiefen Mißstimmung der Arbeiterschaft und der „Bedrohung der preußischen Wahlreform".

[17]) Ursprünglich: „siehe Herrn Dittmann".

[18]) Vgl. Nr. 442.

[19]) Vgl. das Schreiben vom 17. 2. 1918, in: Ludendorff, Urkunden, S. 99 ff.

[20]) In der Vorlage handschriftlich verbessert aus „sie".

[21]) In der Vorlage handschriftlich verbessert aus „Allein".

[22]) In der Vorlage verbessert aus: „soweit sie".

[23]) Vgl. hierzu Nr. 449.

[24]) Die zwei vorangehenden Worte sind in der Vorlage nachträglich ergänzt.

verständigem Abwägen nicht in der Lage sind. Diese Erfahrung lehrt nicht nur die Geschichte, sondern jeder Einsichtige kann sie tagtäglich machen.

Auf Grund dieser Sachlage glaube ich daher, daß man, ohne überhaupt eine starke innerpolitische Erschütterung durchzumachen, auch jetzt noch die sozialdemokratische Bewegung isolieren oder zu einer reinlichen Trennung in einen nationalen und einen internationalen Teil bringen kann.[25]) Wenn aber der Herr Minister glaubt, durch Nachgiebigkeit die Sozialdemokraten wenigstens für den Krieg an der Stange halten zu können, so irrt er sich. Die Sozialdemokratie wird nur immer höhereForderungen stellen, sie wird uns außerpolitisch ungeheuer schaden und den Krieg verlängern, sie wird im Innern an Macht gewinnen und allmählich selbständige Stellungen wie in England erringen und es schließlich dahin bringen, daß die guten Elemente des Volkes das Vertrauen zur Regierung völlig verlieren und den Kampf aufgeben. Regieren heißt herrschen und wer herrschen will, muß sich auf die Kraft und die Treue stützen, nicht aber auf diejenigen, die ihm seine Macht entreißen wollen.[26]) Ich wüßte nicht, welche Machtmittel die Sozialdemokratie gegen eine starke Regierung ins Feld führen will. Der Minister fürchtet Kreditverweigerung durch die Sozialdemokraten. Sie werden sich vor diesem unklugen Schritt schwer hüten, denn das würde ihre Stellung im Volk ungeheuer erschüttern, zudem würden die Kredite aber noch immer eine große Majorität im Reichstag haben. Der Minister fürchtet ferner einen Generalstreik, der auf den Krieg ungünstig einwirken würde. Auch diese Furcht teile ich nicht. Der letzte Streik hat erwiesen, daß ruhiger und entschlossener Haltung der Regierung gegenüber ein Streik schnell zusammenbricht. Möglich, daß spätere Streiks größeren Umfang annehmen; bleibt die Regierung fest, so werden auch diese im Sande verlaufen, der Minister Drews sagt ja selber, daß „die zivile wie die militärische Gewalt in Preußen und Deutschland auf zu soliden Fundamenten ruht, und daß der gesunde, ordnungsliebende Sinn des deutschen Bürgertums revolutionären Infektionen nicht so zugänglich ist, wie unseren Nachbarn".[27]) Das ist durchaus zutreffend. Dann ist aber auch seine Furcht unbegründet.

---

[25]) In seinen „Erinnerungen" berichtet Generaloberst v. Falkenhausen (Nachlaß Falkenhausen, Nr. 2, S. 294), daß er nach dem raschen Zusammenbruch des Streiks Anfang 1918, dessen Anfänge er in Berlin miterlebte, die „Empfindung" gehabt habe, daß eine „Sprengung oder Schwächung der Mehrheitssozialistischen Partei" möglich gewesen wäre, die Lage von der Regierung jedoch nicht ausgenutzt wurde. Vgl. hierzu auch Archivalische Forschungen 4/III, Nr. 420, S. 1110.

[26]) Vgl. hierzu das Schreiben Bauers an den Vizeadmiral Kraft vom 28. 2. 1918 (Nachlaß Bauer, Nr. 2), in dem er die Reichstagsrede des Vizekanzlers v. Payer vom 25. 2. 1918 (vgl. Schulthess 1918/I, S. 91 ff.) als ein „Trauerspiel" bezeichnete. „Es kommt den Herren da oben absolut nicht zum Bewußtsein, daß das Volk nach vernünftiger Führung verlangt und verlangen muß und daß all das Geschrei nach Demokratisierung, Parlamentarisierung letzten Endes doch daher kommt, daß es an Führung d. h. an geeigneten, starken Männern fehlt." Zur Rede Payers vgl. auch Archivalische Forschungen 4/III, Nr. 466, S. 1204 f., sowie einen Brief Wild v. Hohenborns an seine Frau vom 28. 2. 1918 (Nachlaß Hohenborn, Nr. 5).

[27]) Der Satz in der Denkschrift lautet: „Die zivile wie die militärische Gewalt ruhen dazu in Preußen-Deutschland auf zu soliden Fundamenten, und es ist der gesunde, ordnungsliebende Sinn des deutschen Bürgertums revolutionären Infektionen nicht so zugänglich, wie es bei unseren östlichen und westlichen Nachbarn der Fall ist."

Wie falsch der Herr Minister die öffentliche Meinung und insbesondere die Stellungnahme der Sozialdemokratie zu den Friedensfragen beurteilt, zeigt die Annahme (auf Seite 22 seines Berichts), daß im Falle eines Abbruchs des Waffenstillstandes mit Rußland vielleicht „tiefe Mißstimmung, Arbeitseinstellungen und tumultuarische Auftritte entstehen würden". Die inzwischen vollzogene Tatsache hat erwiesen, daß mit Ausnahme eines kleinen Teils von Flaumachern und eines Teils der jüdischen und sozialdemokratischen Presse das Volk wie von einem Alpdruck befreit aufatmete. Es ist im Grunde eben gar keine Frage, daß die ganze Kriegszieldebatte längst überholt ist. Jeder in Deutschland wünscht schließlich einen guten Frieden mit Landerwerb und Kriegsentschädigung. Wenn die sozialdemokratischen Parteiführer scheinbar noch an der Friedensresolution festhalten, so geschieht es eben nur, um ihre Theorien zu verfechten und weil sie hoffen, daß auch gegen ihren scheinbaren Widerspruch die Sache schon gut gehen wird; die Masse steht jedenfalls nicht hinter ihnen. Daß einzelne Theoretiker und verbohrte Internationalisten an dem Schlagwort der „Freiheit der kleinen Nationen", „Frieden ohne Annexionen" und „ohne Entschädigungen" festhalten, ändert nichts an der Gesamttatsache.

Ich darf schließlich noch mit einigen Worten auf Preußen kommen. Nach Ansicht des Ministers Drews ist die Forderung nach einem gleichen Wahlrecht allgemein.[28]) Auch das trifft nicht zu. Dem deutschen Volke und namentlich Preußen[29]) liegt die allgemeine Gleichmacherei nicht. Es ist ein Volk, das an Ordnung und Autorität gewöhnt ist, dank seiner hohen sittlichen und geistigen Stärke. Fraglos ist das alte Wahlrecht überholt, es muß verschwinden, aber die ganze Frage des Wahlrechts ist für das Volk viel weniger brennend[30]), wie die der Ernährung, der Beschaffung der täglichen Lebensbedürfnisse, der erklärliche Wunsch nach Frieden und nach Ruhe und Ordnung. Der Herr Minister betont ja selbst die überragende Bedeutung der Ernährungsfrage. Daß dies zutrifft, hat sich wiederholt bei Streiks usw. erwiesen. Wir haben überhaupt bisher[11]) noch keinen politischen Streik gehabt außer dem letzten, und der bezog sich mehr auf die Friedensfrage und brach zudem schnell genug zusammen. Im übrigen waren es Lohn- und Ernährungsstreiks.

Euere Majestät haben in hochherziger Weise Preußen das gleiche Wahlrecht dargeboten. Selbstverständlich hat Euerer Majestät Regierung und damit auch der Minister Drews die Pflicht, dieses Wahlrecht zu vertreten und mit ihm zu stehen und zu fallen. Die Entscheidung über die Annahme liegt aber verfassungsmäßig bei den zuständigen Parlamenten, dem Abgeordnetenhaus und dem Herrenhaus. Nehmen diese Körperschaften das Wahlrecht an, dann ist es gut, lehnen

[28]) In seinem Erlaß an die Regierungspräsidenten vom 11. 2. 1918 (PA Bonn Polit. Abt., Preußen Nr. 3 Nr. 2, Bd. 6, abgedruckt in: Ursachen und Folgen, Bd. 1, S. 335 f.) betonte der Minister die „entscheidende kriegspolitische Bedeutung" der Wahlrechtsfrage. Zum Stand der parlamentarischen Behandlung der Wahlrechtsvorlage in jenen Wochen vgl. Patemann, S. 143 ff.

[29]) Die drei vorangehenden Worte sind in der Vorlage handschriftlich ergänzt.

[30]) Vgl. hierzu die Verfügung des stellv. Generalkommandos des VII. AK vom 13. 2. 1918 (StA Münster, Abt. III, Nr. 7, Zgg 1/1946) aus Anlaß der Wahlrechtsdemonstration der Bielefelder Stadtverordneten-Versammlung vom 25. 1. 1918. Das stellv. Generalkommando erklärte derartige demonstrative Beschlüsse öffentlicher Körperschaften als „durchaus unerwünscht", sah aber keine Möglichkeit, sie zu verbieten.

sie es ab, so werden sie notgedrungen andere Vorschläge machen müssen, die die Regierung dann prüfen kann.[31]) Auch wenn dann mit der Einführung eines neuen Wahlrechts Zeit vergeht, so befürchte ich nach dem oben gesagten keine große Beunruhigung im Volk.[24]) Es wird[32]) schon jetzt in allen rechtlich denkenden Kreisen anerkannt, daß es eigentlich eine Härte ist, wenn[11]) gerade die Männer, die zur Zeit Gut, Blut und Leben für ihr Vaterland einsetzen, überhaupt nicht gehört werden. Der sozialdemokratische Einwand, daß das Heer nur zum Kampf da ist[33]) und keine Politik zu treiben habe, ist fadenscheinig. Wir haben ein Volksheer, das zu seinem überwiegenden Teil sich aus Männern zusammensetzt, die im Frieden politisches Wahlrecht haben, und wenn dieses Recht jetzt für sie ruht, so ist doch die Enttäuschung darüber, daß man gerade in diesem Augenblick wichtige Reformen ohne sie vornimmt, zweifellos berechtigt. Es kommt hinzu, daß dieser am Feinde stehende Teil von Männern nach seinen körperlichen, geistigen und seelischen Eigenschaften den weitaus besten Teil des Volkes darstellt. Wenn im Heere selbst der Gedanke des gleichen Wahlrechts gleichwohl[11]) sehr nebensächlich aufgefaßt wird, so ist dies einmal ebenfalls ein Beweis, daß die Frage nicht so brennend ist, wie sie von der Sozialdemokratie und der linksliberalen Presse hingestellt wird, andererseits haben die am Feinde stehenden Männer natürlich andere Sorgen und soweit die Heimat in Betracht kommt, liegen leider nicht unwichtige Gründe zur Verstimmung vor. Es wird z. B. überaus hart empfunden, daß in der Heimat jetzt unerhörte Löhne bezahlt und der linksliberalen Presse hingestellt wird, andererseits haben die am Feinde mit kargem Lohn abfinden muß und seine Angehörigen vielfach in schwerer finanzieller Bedrängnis weiß. Auch das der daheim Befindliche im wesentlichen seiner Beschäftigung wie im Frieden nachgeht, in absoluter Sicherheit lebt und vom Kriege überhaupt nichts weiß, trotzdem aber immer von der gleichen Pflichterfüllung „vor dem Feinde wie in der Heimat" redet, fordert zur Kritik heraus und wird bitter empfunden. Es ist eine gar nicht seltene Erscheinung, daß Urlauber, aus großen Städten zurückkommend, ihrem Unwillen über die dort herrschende Vergnügungssucht, die Demoralisation und die Gleichgültigkeit gegen den Krieg in heftigsten Worten Luft machen. Zur Zeit schweigt das Heer und tut seine Pflicht. Daß aber nach Beendigung des Krieges die Zurückkehrenden nicht schweigen werden, ist ebenso sicher und ich glaube, es ist zweckmäßig und gerecht[24]), schon jetzt der Stimmung dieser Männer Rechnung zu tragen[34]), denen doch[35]) Tron und Vaterland ihren Bestand und Rettung verdankt. Wenn der Minister Drews sagt, daß „letzten Endes nur die baldige Erledigung

[31]) Das vom preuß. Minister des Innern in einem Votum vom 11. 2. 1918 (PA Bonn Polit. Abt., Preußen Nr. 3 Nr. 2, Bd. 6) für möglich gehaltene und befürchtete Eingreifen des Reichstags, das er auch in seiner Denkschrift andeutete, überging die OHL geflissentlich.

[32]) In der Vorlage verbessert aus: „Es kommt hinzu, daß". Vgl. hierzu auch Ludendorffs Äußerung gegenüber Haeften am 4. 2. 1918 (Nachlaß Haeften, Nr. 5): „Gegen Neuwahlen während des Krieges, bei denen die im Schützengraben das Vaterland verteidigenden Deutschen ausgeschlossen sind, werde ich mich aufs Äußerste wehren; das hieße ja geradezu die besten Deutschen rechtlos machen."

[33]) In der Vorlage verbessert aus: „da sein kann".

[34]) Ursprünglicher Wortlaut: „schon jetzt auf die Stimmung dieser Männer hinzuwirken".

[35]) In der Vorlage folgen die durchgestrichenen Worte: „letzten Endes".

der Wahlreform der Regierung auch in den Kriegszielfragen die volle Freiheit gegenüber der Sozialdemokratie geben kann", so ist das[36]) ein doppelter Trugschluß. Schon jetzt setzt der Kampf um das Frauenstimmrecht, um die Herabsetzung der Altersgrenze und um andere Punkte ein. Dieser Kampf wird nicht ruhen, bis zur allgemeinen Demokratisierung. Die Stellung der Sozialdemokratie zu den Kriegszielfragen wird dadurch aber überhaupt nicht geändert, denn Dank kennt die Sozialdemokratie, wie auch Minister Drews sagt, nicht, und im übrigen beruht die Stellung zu den Kriegszielfragen auf den sozialdemokratischen Lehrsätzen, von denen sie nicht ab kann. Ganz zweifellos recht hat der Minister aber damit, daß die Behandlung der Wahlrechtsfrage augenblicklich überaus unerquicklich und auf die Geschlossenheit des Volkes störend wirke, das muß aber, wie die Sache einmal liegt, in den Kauf genommen werden, und kann es auch, wenn man ruhig Blut behält. Hinsichtlich der etwaigen Auflösung des Abgeordnetenhauses und einer etwaigen Aufoctroyirung des gleichen Wahlrechts stehe ich auf dem Boden des Ministers. Ich halte beide Wege für nicht gangbar.[37]) Die Frage eines Verfassungsbruchs durch die Krone kommt daher meines Erachtens überhaupt nicht in Frage. Im übrigen stehe ich rein theoretisch hinsichtlich eines Verfassungsbruchs auf anderem Boden wie der Minister. Er sagt: „Die Spuren der Monarchien, die sich zu dem verzweifelten Schritt des Verfassungsbruchs haben verleiten lassen, müssen schrecken".[38]) Das trifft in *der* Form nicht zu. Jede Verfassung jeden Staates überlebt sich einmal. Es wird dann entweder auf friedlichem, d. h. gesetzgeberischem Wege, eine neue Verfassung geschaffen, oder es geschieht gewaltsam. Geschieht es gewaltsam, so kann dies durch eine Revolution des Volkes erfolgen und dieser Weg ist immer unheilvoll, aber auch nur dann möglich gewesen, wenn eine kraftlose Regierung an der Spitze stand. Der andere gewaltsame Weg war der Verfassungsbruch durch die Regierenden. Er ist sicher mindestens ebenso oft zum Guten ausgeschlagen, wie zum Bösen, je nach der Weisheit und dem Weitblick ihrer Urheber.

Wenn der Minister zum Schluß sagt, „die Krone wird ihrer Zusage, die nicht zuletzt der Sozialdemokratie galt, auch dann treu bleiben, wenn die Sozialdemokratie untreu wird", so möchte ich bemerken, daß die Krone ihre Zusage ja bereits erfüllt hat, die Sozialdemokratie aber schon jetzt zeigt, daß sie untreu ist und[24]) bleiben will. Die Krone hat also meiner alleruntertänigsten Meinung nach jedenfalls keinen Grund, zu Gunsten der sie stets und für alle Zeiten bekämpfenden Sozialdemokratie die nationalen und monarchischen Teile des Volkes zu unterdrücken. Ich bestreite auch den Satz des Ministers, in dem er sagt, „in den innerpolitischen Forderungen ruht die beste werbende Kraft bei den breiten Volksmassen". Nicht in innerpolitischen[39]), sondern in sozial-wirtschaftlichen Forderungen ruht das Schwergewicht, sonst geben wir dem Volk

[36]) In der Vorlage folgt das durchgestrichene Wort „wieder".

[37]) Vgl. hierzu Nr. 452.

[38]) In der Denkschrift (vgl. Anm. 2) heißt es: „Die Spuren der Staaten, zumal der Monarchien, die sich vor schwierigen, scheinbar unlösbaren Situationen zu dem verzweifelten Schritt des Verfassungsbruchs haben verleiten lassen, müssen schrecken. Die Verfassung, die der König nicht hält, hält auch den König nicht mehr."

[39]) In der Vorlage folgt das durchgestrichene Wort „Forderungen".

Steine anstatt Brot. Eine großzügige Förderung der wirtschaftlich sozialen Fragen wird Krone und Volk, insbesondere die Arbeiterschaft, wieder zusammenkitten. Als hauptsächliche sozialwirtschaftliche Forderung sehe ich eine gesunde Bodenreform, Siedlungsgelegenheit, Fürsorge für Kriegsverletzte und invalide Arbeiter, Konsolidierung der Familien und Bevölkerungspolitik[40]), sowie Schaffung eines wirtschaftlichen Friedens zwischen Arbeitgebern und -nehmern an; das sind große Ziele und die Geschichte aller Zeiten lehrt, daß nur die Staaten, die diese Bahnen wandeln, blühen und gedeihen. Je demokratischer die Regierung wird, umsomehr machen wir uns die Erfüllung dieser Ziele unmöglich, denn jede Demokratie ist letzten Endes die Herrschaft des Kapitals und[11]) der von ihm bezahlten Demagogen und Presse. Die Geschichte unserer Nachbarländer zeigt dies, wie ich meinen sollte, deutlich.

Ziehe ich aus meinen vorstehenden Äußerungen die Folgerung, so komme ich zu dem Schluß, daß die Regierung die Macht hat und die Kraft finden muß, sich politisch von den staatszersetzenden Gedanken der Demokratie freizumachen, andererseits aber ungesäumt an die Lösung der sozial-wirtschaftlichen Fragen heranzugehen. Das Volk wartet darauf. Es sind doch im Grunde daheim dieselben Menschen, wie die, die an der Front so Ungeheueres geleistet haben an Pflichttreue und Aufopferung, und sie sind daher auch mit denselben Mitteln zu leiten wie diese, nämlich durch eine starke Hand, strengste Gerechtigkeit für alle, weitgehendste Fürsorge und Erweckung des Verständnisses für die großen Aufgaben, die des deutschen Volkes harren.

[40]) Vgl. Ludendorff, Urkunden, S. 213 ff.

447.

Auszug aus einem Brief eines höheren Offiziers an Oberstleutnant Bauer zu den Verhältnissen in der Heimat.

1. 3. 1918. — Nachlaß Bauer, Nr. 12, handschriftlich.

Lieber Bauer!

[...][1])

Unsere Regierung hat ja leider immer nur Angst vor unserer Linken und ist deshalb vollkommen auf den bolschewistischen annexions- und kontributionslosen Frieden eingeschworen. Als ob jemand, der einen Prozeß um Haus und Hof durch mehrere Jahre hindurch führt und den Prozeß gewinnt, sich freiwillig zu einem Vergleich bereit erklären würde! Daß man bei uns die „kochende Volksseele" nicht zu fürchten braucht, sondern sie mit den richtigen Mitteln sehr schnell

[1]) In dem sechsseitigen Brief wird zunächst auf die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk eingegangen unter der Parole „Nur mit eiserner Faust kann ein deutscher Friede erzwungen werden". Beispiele der „jammervollen" deutschen Außenpolitik vor dem Kriege werden in großer Ausführlichkeit geschildert.

zur Abkühlung bringen kann, hat das Vorgehen von Kessel[2]) gezeigt, der Gott sei Dank der Bande endlich einmal beigebracht hat, wer Herr im Hause ist. Auch da ist wieder der Beweis geliefert worden, daß nur kraftvolles Auftreten und Stärke imponiert! — Man munkelt jetzt wieder von Streikbewegungen, die Anfang März einsetzen sollen.[3]) Hoffentlich verkündet man dann gleich den verschärften Belagerungszustand über ganz Deutschland, denn wenn [die] Schurken es wagen, uns in den schon zum vernichtenden Schlage erhobenen Schwertarm zu fallen, so sind sie Vaterlandsverräter, die als solche behandelt werden müssen. Ich möchte dabei auch einmal Ihr Auge und durch Sie das der Obersten Heeresleitung auf unsere stellvertretenden Generalkommandos richten. Es gibt natürlich einzelne rühmliche Ausnahmen, die große Mehrzahl taugt aber nichts, denn sie waren auf einen Krieg von 4 Monaten zugeschnitten, nicht aber auf einen von 4 Jahren. Setzen Sie dort, wo es nötig ist — und das wird vielfach der Fall sein! — einen aktiven, energischen Generalstabs-Major als Chef des Stabes hin, der wird die Sache dann schon machen. Schaffen Sie vor allem die weichen Brüder und Schulmeister in ihrer Landwehr „Hauptmann a. D." Uniform aus den Kriegsämtern und stellv. Generalkommandos heraus. Weshalb immer zarte Rücksichtnahme gegen ältere Herren?[4]) Im Heere sind doch schon eine Menge anerkannt tüchtiger Leute einfach nach Hause geschickt worden, weil sie irgendwo Pech hatten. Da soll man lieber einmal das sogenannte „Heimatsheer" etwas genauer unter die Lupe nehmen.

[...][5])

Ehrhardt.[6])

[2]) Generaloberst v. Kessel, Oberbefehlshaber in den Marken, vgl. dessen Immediatbericht vom 6. 2. 1918 (Nr. 438).

[3]) Vgl. Nr. 444, Anm. 2.

[4]) Die vorangehenden zwei Sätze sind in der Vorlage von Empfängerseite durch einen Strich am Seitenrand hervorgehoben. — Zur personellen Zusammensetzung der stellv. Generalkommandos vgl. Anlage 1.

[5]) Im Anschluß hieran werden auch die Kriegsgesellschaften und ihre Methoden einer scharfen Kritik unterzogen und abschließend nochmals die Friedensverhandlungen mit Rußland erörtert.

[6]) Aus der Anrede geht hervor, daß es sich um einen Offizier gleichen oder höheren Ranges handeln muß. In der Ehren-Rangliste des ehemaligen Deutschen Heeres, hrsg. vom Deutschen Offizier-Bund, Berlin 1926, sind mehrere Offiziere dieses Namens und dieser Rangstufen ausgewiesen. Um welchen von ihnen es sich in diesem Falle handelt, läßt sich jedoch nicht ermitteln.

448.

Verfügung des Oberkommandos in den Marken an den Polizeipräsidenten von Berlin betr. Maßnahmen gegen den Deutschen Metallarbeiterverband. Mitteilung von Einzelheiten an das preußische Kriegsministerium.

9. 3. 1918[1]), P. 247855/23607, Geheim! — MGFA MA/StN, Nr. 1811, G. 37, Bd. 2, Abschrift.

Zu den Schreiben vom 6. und 7. 3. 18 — 93 VII. 5. 18[2]) — wird ersucht, den Mitgliedern der Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes verhandlungsschriftlich zu eröffnen, daß Seine Exzellenz der Oberbefehlshaber in den Marken ihnen jede Tätigkeit, die die Herbeiführung einer Abstimmung der Mitglieder des genannten Verbandes über die Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages zum Gegenstande hat, auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. 6. 1851 hiermit verbietet.

Um Mitteilung vom Veranlaßten wird ersucht.

Von seiten des Oberkommandos
Der Chef des Stabes
gez. v. Berge.

Abschrift dem Königlichen Kriegsministerium zur Kenntnisnahme übersandt. Veranlassung zu dieser Anordnung hat die Mitteilung des Herrn Polizeipräsidenten von Berlin gegeben, daß im Bereiche der Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes am 10., 13. und 17. 3. 18 unter den Mitgliedern Abstimmungen vorgenommen werden sollen, zu dem ausgesprochenen Zwecke, von dem Verbandsvorstande die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung des Gesamtverbandes zu erzwingen. Nachdem das dahingehende Verlangen zunächst nur von der Opposition gestellt war, hat jetzt die hiesige Ortsverwaltung selbst die Vorarbeiten für die Abstimmung in die Hand genommen.

Ob die oben wiedergegebene Anordnung die Abstimmung verhindern wird, ist zweifelhaft, da die Mitglieder des Verbandes auch sonst noch Mittel und Wege finden werden, sie doch vorzunehmen (z. B. schriftlich). Es wird daher erforderlich sein, sämtliche Militärbefehlshaber auf die Absicht, eine Generalversammlung

---

[1]) Am selben Tage wurde in der „Metallarbeiter-Zeitung" ein Aufruf des Vorstandes des Metallarbeiter-Verbandes gegen einen Streik veröffentlicht. Vgl. Dokumente und Materialien II/2, Nr. 51, S. 122 ff. Für den Zusammenhang vgl. W. Richter, Gewerkschaften, Monopolkapital und Staat im ersten Weltkrieg und in der Novemberrevolution (1914—1919), Berlin 1959, S. 177 ff.

[2]) Liegt nicht vor. Vgl. hierzu auch die Anfrage des Abgeordneten Ledebour vom 17. 7. 1917 (Anlagen zu den Sten. Berichten, Bd. 321, Nr. 934, S. 1748) betr. das wiederholte Verbot der Abhaltung einer Generalversammlung der Ortsstelle Berlin des deutschen Metallarbeiter-Verbandes zur Regelung innerer, organisatorischer Angelegenheiten. Vgl. die ausweichende Antwort des Obersten v. Wrisberg im Reichstag am 20. 7. 1917 (Sten. Berichte, Bd. 310, S. 3602) sowie eine erneute Anfrage des Abgeordneten Ledebour vom 19. 2. 1918 (Sten. Berichte, Bd. 311, S. 3991 f.).

des Gesamtverbandes herbeizuführen, aufmerksam zu machen[3]), damit gegebenen Falles die Abhaltung der Generalversammlung selbst verboten werden kann.

Von seiten des Oberkommandos
Der Chef des Stabes
gez. v. Berge.

[3]) Das preuß. Kriegsministerium übersandte am 21. 3. 1918 den Militärbefehlshabern die Verfügung und die Erläuterung des Oberkommandos in den Marken und fügte den bemerkenswerten Satz hinzu: „Der Zweck der geplanten Generalversammlung ist, einen Vorstandswechsel im Verbande herbeizuführen. Dadurch würde aber der gesamte Verband in die Arme der Unabhängigen sozialistischen Partei getrieben werden." Auch das Reichsamt des Innern unterrichtete mit Schreiben vom 27. 3. 1918 die Bundesregierungen über die Maßnahmen des Oberkommandos (StA Ludwigsburg E 150—153, Nr. 2051, Bd. 3).

X.

Zerfall und Zusammenbruch der politischen Machtposition

März 1918 — November 1918

449.

Auszüge aus einem Brief des Oberstleutnants Bauer an Dr. Fleischer[1]) betr. wirtschaftsfriedliche Arbeiterverbände und freie Gewerkschaften.

25. 3. 1918, Gr. Hauptquartier. — Nachlaß Bauer, Nr. 12, Durchschrift.

Sehr geehrter Herr Doktor!

Für Ihre Zeilen vom 21. des Monats[2]) nebst Beilagen danke ich Ihnen auch im Namen von Exzellenz Ludendorff bestens. Die Erfolge in den Verhandlungen mit dem Hauptausschuß nationaler Arbeiter- und Berufsverbände begrüße ich mit großer Freude.[3]) Ebenso erhoffe ich von der Einwirkung des Herrn Kardinals von Hartmann[4]) und der Herren Bischöfe eine wesentliche Förderung der Angelegenheit.[5])

Ich habe persönlich den Eindruck gewonnen, als ob man auch an manchen Regierungsstellen die Macht der wirtschaftsfriedlichen Verbände höher einzuschätzen beginnt.[6]) Leider ist nun mal die Fühlungnahme mit den Gewerkschaften so eng geworden und natürlich setzen die Gewerkschaften Ihrer Bewegung den größten Widerstand entgegen, daß ich von unserer Regierung entscheidende

[1]) Sekretär der katholischen Arbeitervereine, vgl. seine Schrift: Welche Gefahr droht Deutschland und seiner Arbeiterschaft von einem unbesiegten England. Die Notwendigkeit der Aufklärung, Berlin 1916. Dr. Fleischer stand seit Ende Februar 1918 (vgl. Nr. 439, Anm. 1) mit Bauer in näherer Verbindung, vgl. auch Bauer, S. 158.

[2]) Vgl. Nachlaß Bauer, Nr. 12.

[3]) In seinem Brief hatte Dr. Fleischer berichtet, daß ein unter seiner Mitwirkung entstandener Aufruf gegen die revolutionäre Propaganda und Streiks von dem Hauptausschuß angenommen worden sei und in nächster Zeit auch anderen wirtschaftsfriedlichen Verbänden zur Unterschrift vorgelegt werde. Bei den Verhandlungen, deren Ziel die Vereinigung aller wirtschaftsfriedlichen Verbände sei, halte er sich jedoch als Akademiker im Hintergrunde; die Aktion werde von dem Zentrumsabgeordneten Bartholomäus Koßmann, einem ehemaligen Bergarbeiter, in der Öffentlichkeit weitergeführt. Zur weiteren Entwicklung vgl. Nr. 452, Anm. 8 und 9. — Die Verdienste Fleischers wurden von Ludwig Müller v. Hausen (vermutlich Hauptmann a.D. und zu Beginn des Krieges in der Kommandantur der Feste Boyen) immerhin so hoch eingeschätzt, daß er Bauer gegenüber die Verleihung des EK II an Fleischer anregte. „Er hat es im unerschrockenen Kampfe gegen den inneren Feind hundertfach verdient." (Nachlaß Bauer, Nr. 12, Brief vom 5. 3. 1918).

[4]) Erzbischof von Köln.

[5]) Fleischer hatte berichtet, daß der Bischof von Paderborn, Schulte, ihn wegen einer Erklärung der katholischen Bischöfe gegen Streikbewegungen an Kardinal v. Hartmann verwiesen habe. Er habe daraufhin den Bischof von Trier, Korum, aufgesucht, der sich sehr entgegenkommend gezeigt habe. Vgl. hierzu auch Nr. 351, Anm. 2.

[6]) Vgl. hierzu den Brief des Grafen v. und zu Hoensbroech, Mitglied des Herrenhauses, vom 25. 10. 1917, dessen Empfänger wahrscheinlich Ludendorff war (Nachlaß Bauer, Nr. 15). In diesem Brief, der von Ludendorff ab- und für Bauers Operationsabteilung ausgezeichnet (dort eingegangen am 10. 3. 1918) wurde, setzte sich Hoensbroech nachdrücklich für die wirtschaftsfriedlichen Arbeiterverbände ein, verurteilte deren Benachteiligung durch die Behörden und charakterisierte mit scharfen Worten die in seinen Augen verhängnisvolle Machtstellung der freien und insbesondere der christlichen Gewerkschaften. Dieses Schreiben, von Bauer zustimmend kommentiert, trägt im Kopf den Vermerk: „Für Exzellenz v. Berg." — Vermutlich bezieht sich Bauer an dieser Stelle auf eine positive Resonanz des Zivilkabinettschefs.

Schritte zurzeit nicht erwarte. Ich habe aber den Eindruck, als ob trotz der maßlosen Agitation der Linksradikalen und anderer gewissenloser Hetzer unsere deutsche Arbeiterschaft in ihrer Masse national denkt und einen Streik größeren Stils nicht mitmachen würde. Die Äußerung der sozialdemokratischen Abgeordneten, die Sie mir mitgesandt haben[7]), muß man schließlich doch unter dem Gesichtspunkt betrachten, daß sie von ihren Theorien nicht loskönnen und daß sie schließlich versuchen müssen, der Regierung andauernd mit einer Opposition zu drohen, um für sich Zugeständnisse herauszuschlagen. Mit einem Wort, ich sehe eine Gefahr mehr in der Nachgiebigkeit unserer Regierung, als in den Reden und Drohungen einer Anzahl von Fanatikern. Unsere Zukunft hängt meines Erachtens lediglich davon ab, daß wir eine Regierung bekommen, die stark ist und sich auf die nationalen Teile des Volkes, insbesondere also auf die nationale Arbeiterschaft stützt.[8]) Je mehr es gelingt, die wirtschaftsfriedlichen Verbände zusammenzufassen und damit eine geschlossene Macht zu bilden, um so eher wird eine künftige Regierung gewillt sein, mit dieser Macht zu marschieren und deshalb glaube ich, daß Sie an einem großen und verdienstvollen Werke tätig sind. [...][9])

Soviel heute in aller Eile und Kürze. Unsere Gedanken und Sorgen liegen, wie Sie sich denken können, zurzeit auf dem großen Schlachtfelde. Es gibt noch viel zu tun für uns und so leicht und rasch, wie man es sich in der Heimat vorzustellen scheint, geht die Sache nicht.[10]) Unsere Truppen sind über jedes Lob erhaben. Ich wünschte, etwas von ihrem Geiste käme auch in der Heimat zum Durchbruch, dann würden Sie, verehrter Herr Doktor, auch leichtere Arbeit haben.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr ergebener
B[auer]
Oberstleutnant.

[7]) Liegen nicht vor.

[8]) Vgl. hierzu Nr. 446 und 452.

[9]) Im folgenden nimmt Bauer zu einer Anfrage bezüglich Litauens Stellung.

[10]) Vgl. hierzu Nr. 463 und 465.

450.

Telegramm der Oberzensurstelle an die Presseabteilung des Admiralstabes[1]) betr. die Wiedergabe der feindlichen Heeresberichte in der Presse.

1. 4. 1918, Nr. 38866 O.Z. — MGFA MA/Adm, Nr. 2413, P 18, Bd. 6.

Die feindlichen Heeresberichte stellen jetzt mehr denn je die Wahrheit auf den

[1]) Aus entsprechenden Anordnungen der stellv. Generalkommandos des II. und des X. AK jeweils vom 2. 4. 1918 (GStA Berlin Rep. 30, Nr. 651, Bd. 6; StA Hannover Hann. 122a, XXXIV, Nr. 337) geht hervor, daß die Zensurstellen allgemein unterrichtet wurden. In der Pressebesprechung vom 2. 4. 1918 (BHStA IV München MKr, 14027) wies der Vertreter des Kriegspresseamts — mit den Worten der Vorlage — auf die Gefährlichkeit der feindlichen Heeresberichte hin. Für die entsprechende bayer. Anordnung vgl. Albrecht, S. 332.

Kopf[2]); die Absicht ist Irreführung der eigenen Völker, zum großen Teil aber, vielleicht hauptsächlich, die Beeinflussung der Kampfkraft in der deutschen Heimat, besonders durch die Behauptung erfolgloser deutscher Kämpfe und ungeheure[r] deutscher Verluste, diese Behauptungen sind falsch. Der Abdruck der feindlichen Berichte soll auch jetzt nicht verboten werden, um nicht falscher Auffassung solcher Anordnung Raum zu geben. Wir sind aber zur Abwehr dieser feindlichen Bestrebungen verpflichtet. Den Zeitungen, welche feindliche Heeresberichte bisher bringen, ist nahezulegen, auf Abdruck zu verzichten. Erachten sie dies nicht für zweckmäßig, so sind sie zu verpflichten, grundsätzlich dabei auf Tendenz feindlicher Heeresberichte, besonders bei Angabe deutscher Verluste, hinzuweisen, sowie darauf, daß nur deutscher Heeresbericht glaubhaft ist.[3]) Die Durchführung dieser Bedingung haben die Aufsichtsbehörden zu überwachen.

Oberzensurstelle.

[2]) Das Problem des ungehinderten Abdrucks der feindlichen Heeresberichte hat die Zensurbehörden während der ganzen Kriegszeit immer von neuem beschäftigt. So warf z. B. der Vertreter des sächs. Kriegsministeriums in der Zensoren-Besprechung am 19./20. 6. 1916 (für den Nachweis vgl. Nr. 63 sowie 136, Anm. 15) die Frage an Hand von einigen Zuschriften auf. Nachdem die Hoffnungen auf den unbeschränkten U-Bootkrieg enttäuscht worden waren, griff der Generalstab des Feldheeres ein (Schreiben des Kriegspresseamts vom 23. 7. und 12. 9. 1917, MGFA MA/Adm, Nr. 2393, P 2, Bd. 2) und setzte schließlich durch, daß militärische Nachrichten aus dem Ausland, z. B. Betrachtungen feindlicher Staatsmänner über die deutsche Kriegführung der Zensur unterworfen wurden (Schreiben vom 1. 10. 1917, MGFA MA/Adm, Nr. 2413, P 18, Bd. 5). Ausgenommen blieben jedoch nach wie vor die feindlichen Heeresberichte. In welche schwierige Situation die Zensurbehörden dadurch im weiteren Verlauf der Offensive im Westen gebracht wurden, zeigte sich schon in der zweiten Hälfte April, als nach den ersten Teilerfolgen eine als trügerisch empfundene Ruhe an der Westfront eintrat. Vgl. hierzu Nr. 463, 465 und 471.

[3]) Vgl. hierzu Nr. 465, Anm. 5 und 9.

451.

Vortragsnotiz des Leiters des Pressereferats des bayerischen Kriegsministeriums betr. öffentliche Versammlungen der Sozialdemokratischen Partei.

22. 4. 1918, München, Nr. 95 298. — BHStA IV München MKr, 11 523, maschinenschriftlich.

Am 20. 4. 18 erschien bei Referent der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Franz Schmitt, München, und teilte mit, es seien seitens des Sozialdemokratischen Vereins München und des Gewerkschaftsvereins München die Vertreter zusammengerufen worden um Stellung zu nehmen zu der Frage der Feier des 1. Mai.[1]) Es hätten hiezu verschiedene Anträge vorgelegen; der erste sei dahin gegangen, man solle den 1. Mai überhaupt ignorieren. Der zweite sei dahin gegangen, man solle den 1. Mai feiern; ein Ausgleichungsantrag, der seitens der

[1]) Vgl. hierzu die Aufzeichnung über die Besprechung im Reichsamt des Innern am 22. 4. 1918 (Archivalische Forschungen 4/III, Nr. 529, S. 1305 ff.) und die Aufzeichnung über die Besprechung mit Gewerkschaftsvertretern im Reichswirtschaftsamt am 26. 4. 1918 (Dokumente und Materialien II/2, Nr. 59, S. 143 ff.).

Münchener Führer der Sozialdemokratie befürwortet worden sei, sei dahin gegangen, am 1. Mai solle *gearbeitet* werden, man könne jedoch im Interesse des Parteiprogramms die Beachtung dieses Tages nicht vollkommen unterdrücken; dieser Vergleichsantrag sei angenommen worden. Das Ergebnis dieses Beschlusses ist das vorliegende Schreiben vom 20. 4. 18, wonach der Sozialdemokratische Verein München und der Gewerkschaftsverein München am Mittwoch, *den 1. Mai 18 abends 7 Uhr ca. 10 öffentliche Versammlungen abzuhalten beabsichtigen* mit der Tagesordnung: „Die Bedeutung des 1. Mai." Der Veranstalter der Versammlungen ist nach dem Schreiben Landtagsabgeordneter Erhart Auer. „Nach übereinstimmendem Beschluß der Gesamtvertretung der freiorganisierten Arbeiterschaft wird *in allen Betrieben voll gearbeitet.* Die Arbeiter begeben sich nach Schluß der Arbeitszeit unmittelbar in die Versammlungslokale." Mit Rücksicht auf die Entstehungsgeschichte dieser politischen Veranstaltungen sowie vor allem auf den Umstand, daß die sozialdemokratischen Führer auf das militärwichtige Erfordernis der Nichtunterbrechung der Arbeit Bedacht genommen haben, ist ein Schluß zu ziehen auf den Geist, in dem seitens der sozialdemokratischen Führer, bezw. des Veranstalters Landtagsabgeordneter Auer[2]) diese Angelegenheit behandelt werden soll. Es kann daher beantragt werden, daß den geplanten Veranstaltungen *kein Hindernis in den Weg* gelegt, sondern die nachgesuchte Genehmigung erteilt wird.

Die Tatsache, daß die sozialdemokratischen Führer von der geplanten Veranstaltung und von dem Geist, in dem sie gehalten werden soll, der militärischen Stelle vorher eingehende Mitteilung gemacht haben, dürfte als Beweis gelten, mit welchem Vertrauen die betreffenden Führer den militärischen Stellen in diesen Angelegenheiten gegenüber stehen.

Die beantragten Veranstaltungen dürften gegebenenfalls[3]) nach dem Muster des beiliegenden allgemeinen Genehmigungsformulars zu genehmigen sein.

Mit Rücksicht auf die Möglichkeit, daß die Sache unter Umständen zu Besprechungen in politisch anderweitig orientierten Kreisen oder im Landtag Anlaß geben könnte, wird die Entscheidung Sr. Exzellenz des Herrn Kriegsministers zu erholen sein.

Womit zu A Chef mit der Bitte, die Entscheidung Sr. Exzellenz des Herrn Kriegsministers herbeizuführen.[4])

Sonnenburg.

---

[2]) Auer stand auch in einem vertrauensvollen Verhältnis zu dem Referenten im bayer. Ministerium des Innern, Zetlmeier, der mit den Abgeordneten z. B. am 14. 6. 1918 die unruhige Situation in Nürnberg besprach, worauf sich Auer sofort dorthin begab, um „die Arbeiterschaft in Ordnung zu bringen" (BHStA IV München MKr, 254).

[3]) In der Vorlage handschriftlich ergänzt.

[4]) Nachdem auch der Chef der Armee-Abteilung, Oberstleutnant Kreß v. Kressenstein, zugestimmt hatte, entschied der bayer. Kriegsminister v. Hellingrath am 23. 4. 1918 in einem handschriftlichen Zusatz: „Mit Genehmigung der Versammlungen einverstanden!"

452.

Auszug aus der Aufzeichnung des Oberstleutnants Bauer: Bemerkungen über die innere Politik.[1])

23. 4. 1918, Gr. Hauptquartier. — Nachlaß Bauer, Nr. 2, maschinenschriftlich.

Der Friede mit Rußland, der Ukraine und Rumänien ist zwar endlich zustande gekommen, dank der Erfolge unserer Waffen und dank des wiederholten energischen Eingreifens der Obersten Heeresleitung, sonst verhandelten wir wahrscheinlich heute noch in Brestlitowsk.[2]) Das Auswärtige Amt hat restlos versagt.

Die Erörterungen im Reichstag über den Frieden und die Umtriebe der Vertreter der sogenannten Mehrheitsparteien gaben noch kurz vor der Offensive vom 21. 3. ein überaus unerquickliches Bild.[3]) Sie zeigten die klägliche Schwäche der Regierung und sie haben ganz fraglos der Entente wieder viel Wasser auf ihre Mühlen geliefert und den Kriegswillen unserer Feinde erheblich gestärkt. Was soll man nur dazu sagen, wenn schon ein Fehrenbach ungefähr erklärt, daß wir auch nach der großen Offensive im Westen beweisen würden, daß wir nur einen Verteidigungskrieg führen und nicht an Annexionen dächten![4]) Man kann immer nur wieder fragen, sind diese Leute törichte Phantasten oder Verbrecher?[5]) Sicher ist, daß sie schlapp wie alte Weiber sind, woraus sich auch vielleicht erklärt, daß sie sich politisch absolut mit Weibern gleichstellen wollen, das heißt diesen das Stimmrecht in den Rachen werfen möchten.

Das Einsetzen der Offensive hat nun erheblich auffrischend gewirkt. Das Volk, ich möchte sagen, mit Ausnahme von Berlin, ist fester, ernster geworden und unbedingt zuverlässig. Die ewigen Hetzereien zum Streik haben bisher nicht Boden zu fassen vermocht.[6]) Immerhin ist festzustellen, daß diese maßlosen, ganz offen betriebenen Hetzereien eine Gefahr bilden und daß es schlechterdings nicht zu verstehen ist, daß unsere Regierung immer noch ruhig zusieht, ja in gewissem Sinne durch Begünstigung der Gewerkschaften, Vorschub leistet. Die

---

[1]) Die Aufzeichnung trägt keine Unterschrift, dem Inhalt nach stammt sie jedoch mit größter Wahrscheinlichkeit von Bauer; insbesondere die langen nicht abgedruckten Ausführungen über die Stellung der Frau sprechen hierfür. Aus der Vorlage läßt sich nicht entnehmen, in welcher Weise die Aufzeichnung von Bauer verwertet wurde.

[2]) Der Vertrag von Brest-Litowsk war am 3. 3. 1918, der Vertrag mit der Ukraine bereits am 9. 2. 1918 unterzeichnet worden. Die Unterzeichnung des Vertrages mit Rumänien erfolgte erst am 7. 5. 1918. Vgl. hierzu W. Baumgart, Deutsche Ostpolitik 1918. Von Brest-Litowsk bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, München 1966, S. 13 ff. und S. 60 ff.

[3]) Der Reichstag beschäftigte sich am 20. und 22. 2., sowie am 18. und 19. 3. 1918 mit der Ostpolitik; Sten. Berichte, Bd. 311, S. 4002 ff. und S. 4424 ff. Zur Politik der Mehrheitsparteien vgl. Quellen I/1, Bd. 2, Nr. 163 ff., S. 240 ff.

[4]) Fehrenbach hatte sich in der Sitzung des Reichstages vom 18. 3. 1918 (Sten. Berichte, Bd. 311, S. 4430 f.) gegen Annektionen gewandt, Grenzberichtigungen jedoch befürwortet.

[5]) In der Vorlage ist der größere Teil des Absatzes einschließlich des vorangehenden Satzes durch einen Strich am Seitenrand hervorgehoben.

[6]) Vgl. hierzu Nr. 444, Anm. 2.

höchst zweifelhafte Rolle, die die Gewerkschaften bei den letzten Streiks gespielt haben, scheint unserer Regierung noch nicht klar geworden zu sein.[7])

Es ist weiter garnicht zu verstehen, daß die Regierung immer noch nicht daran geht, sich auf die wirtschaftsfriedlichen Vereinigungen, die an Mitgliederzahl den sozialdemokratischen weit überlegen sind[8]), zu stützen, obwohl dies sehr einfach wäre, denn tatsächlich ist bereits eine lebhafte Bewegung zu erkennen, die den Zusammenschluß aller wirtschaftsfriedlichen Verbände bezweckt.[9]) Vorläufig herrscht aber anscheinend in Berlin nur die Furcht vor dem „Roten" und dem „Schwarzen Mann". Jede Anzapfung von irgend einer Reichstagsseite, insbesondere den Genossen Erzberger[10]), Scheidemann, Ebert, Haase usw. wird damit beantwortet, daß man aus „*innerpolitischen Gründen*" nachgeben müsse. Nun hat die Regierung zwar eigentlich schon nichts mehr, was sie hinwerfen kann, es sei denn, daß sie sich schlechtweg auf völlige Demokratisierung einläßt.[11]) Diese ist ja auch zweifellos das Endziel des Reichstags. Natürlich darf man sich über diese Haltung der Regierung nicht wundern. Graf Hertling, ein an sich ehrenhafter Mann, ist alt und schwach, Kühlmann (s. oben) ist falsch und versucht seine Position zu halten[12]), selbst mit Hilfe der Herren Erzberger und Genossen. Er spekuliert wohl auch selbst auf den Reichskanzlerposten. Die Sozialdemokraten haben keinen Grund, von ihren Theorien abzugehen, wenn die Regierung auf jede Drohung reinfällt. Unter diesen — aber absolut falschen — Gesichtspunkten spielt natürlich das preußische gleiche Wahlrecht beim Reichs-

[7]) In den Berichten der stellv. Generalkommandos an das preuß. Kriegsministerium (vgl. Nr. 154, Anm. 1 und 2) beklagte sich vor allem das stellv. Generalkommando des XIX. AK über die lohntreibende und Unruhe stiftende Politik der Gewerkschaften.

[8]) Dr. Fleischer (vgl. Nr. 449, Anm. 1) hatte Bauer am 6. 4. 1918 (Nachlaß Bauer, Nr. 12) mitgeteilt, daß der von ihm propagierte Aufruf gegen Streikbewegungen (vgl. Nr. 449, Anm. 3) von Verbänden mit insgesamt mehr als 900000 Mitgliedern unterzeichnet werde. Die freien Gewerkschaften zählten um diese Zeit bereits wieder weit über 1 Million Mitglieder, die christlichen Gewerkschaften etwas über 400000, vgl. hierzu H. J. Varain, Freie Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Staat. Die Politik der Generalkommission unter der Führung Carl Legiens (1890—1920), Düsseldorf 1956, S. 96.

[9]) Vgl. Nr. 449. In einem Brief an Dr. Fleischer vom 10. 4. 1918 (vgl. Nachlaß Bauer, Nr. 12) schrieb Bauer, daß „sich jedoch die Anzeichen einer reinlichen Scheidung aller national denkenden Kreise von den Internationalen" mehren würden. Am 18. 5. 1918 kündigte er Dr. Fleischer an (Nachlaß Bauer, Nr. 13), daß er den Grafen Limburg-Stirum gebeten habe, mit ihm (Dr. Fleischer) Verbindung aufzunehmen, um den wirtschaftsfriedlichen Verbänden auch bei der Reichsleitung Gehör zu verschaffen.

[10]) Ein aufschlußreiches Zeugnis für die innerhalb des Generalstabes des Feldheeres zeitweise herrschenden gegensätzlichen politischen Ansichten ist die Unterredung des Majors Graf Büdingen am 26. 4. 1918 mit dem Abgeordneten Frhr. v. Richthofen über eine „Verständigung und Fühlungnahme" der OHL mit den Mehrheitsparteien, insbesondere mit dem Abgeordneten Erzberger, vgl. Quellen I/1, Bd. 2, Nr. 184, S. 370. Da der Major im preuß. Kriegsministerium auch mit Zensur- und Aufklärungsfragen zu tun hatte, kann vermutet werden, daß er im Auftrag des Oberstleutnants Nicolai handelte. Nach einer Aufzeichnung im Nachlaß Schiffer, Nr. 4, vom 24. 4. 1918 (nachträglich datiert?) scheint auch Oberst v. Haeften hier eine Rolle gespielt zu haben.

[11]) In der Vorlage ist der Absatz bis einschließlich des vorangehenden Satzes durch einen Strich am Seitenrand hervorgehoben.

[12]) Vgl. Nr. 459, Anm. 11.

tag eine große Rolle.[13]) Es ist aber trotzdem grundverkehrt, zu glauben, wie ich schon wiederholt betonte, daß diese Frage im Volk augenblicklich besonders tragisch genommen wird.[14]) Im Gegenteil, breite, und zwar die besten Kreise des Volkes sehen in der durch das gleiche Wahlrecht geschaffenen Demokratisierung eine unmittelbare Gefahr, nicht nur für Preußens Vorherrschaft, sondern für Deutschland, für den Kaiser und letzten Endes damit für die Trone aller Bundesfürsten. Erfreulicherweise scheint das Zentrum, nachdem ihm die Regierung die geforderten Garantien hinsichtlich des konfessionellen Charakters der Volksschulen und der Aufrechterhaltung der jetzigen Verhältnisse zwischen Staat und Kirche nicht geben konnte, bedenklich geworden zu sein. Auch in nationalliberalen Kreisen ist noch erheblicher Widerstand trotz aller Erpressungsversuche.[15]) Daß die Regierung in Ausführung des Allerhöchsten Befehls sich für das gleiche Wahlrecht einsetzt, ist selbstverständlich, denn dazu ist sie da. Sie hat aber kein Recht, das Abgeordnetenhaus zu vergewaltigen.[16]) Die Sachlage

[13]) Zum Stand der Wahlrechtsverhandlungen unmittelbar vor der 2. Lesung der Vorlagen im Plenum vgl. Patemann, S. 155 ff.

[14]) Am 16. 4. 1918 schrieb Oberstleutnant Bauer an den persönlichen Adjutanten des Kronprinzen (Nachlaß Bauer, Nr. 12), Major Müldner v. Mülnheim: „Unruhen sind, wenn das Wahlrecht im Plenum abgelehnt wird, nicht zu befürchten. Ein paar Zeitungen werden schreien, es rührt kein Mensch den Finger. Daß das Ansehen der Krone geschmälert wird, halte ich für ausgeschlossen, wahrscheinlich tritt in breiten Kreisen das Gegenteil ein, wenn man den Willen und das Bekenntnis zur Macht sieht." In den Berichten der stellv. Generalkommandos an das preuß. Kriegsministerium (vgl. Nr. 154, Anm. 1 und 2) für die Monate März und April 1918 wird dagegen von der Mehrzahl der stellv. Generalkommandos die Bedeutung der Wahlrechtsfrage als ein wesentliches Element der „Stimmung" breitester Volksschichten hervorgehoben, wenn auch die Offensive im Westen diese Frage augenblicklich etwas in den Hintergrund rücke.

[15]) Vgl. hierzu den Briefwechsel zwischen Oberstleutnant Bauer und dem nationalliberalen Landtagsabgeordneten Geheimrat Dr. Carl Röchling (Nachlaß Bauer, Nr. 11—13). Röchling unterrichtete Bauer sehr häufig und detailliert über den Stand der Wahlrechtsberatungen und gab auch entsprechende Anregungen. In den Äußerungen und Denkschriften Bauers zur Wahlrechtsfrage lassen sich die Argumente und Vorschläge Röchlings z. T. sehr unverfälscht nachweisen.

[16]) In dem Brief an Major Müldner v. Mülnheim (vgl. Anm. 14), dem im übrigen zur Information des Kronprinzen zwei Briefe Röchlings beigelegt waren, heißt es hierzu: „Unsere Regierung (Payer, Drews und Hertling) versucht mit der Drohung, das Abgeordnetenhaus aufzulösen oder selbst ihren Abschied einzureichen, die schwankenden Elemente im Abgeordnetenhaus noch im letzten Augenblick *für* ein gleiches Wahlrecht umzustimmen. Daß ihnen dies glückt, ist sehr gut möglich, denn ein großer Teil der Abgeordneten, die allmählich sich zum gleichen Wahlrecht bekannt haben, hat dies eben auch nur getan aus berechtigten Bedenken gegen eine Auflösung des Abgeordnetenhauses in jetziger Zeit. Sollte die Absicht der Regierung nicht gelingen, so scheint mir Hertling allerdings entschlossen, *tatsächlich* die Auflösung vorzunehmen. [. . .] Ich bin nach wie vor der Ansicht, daß Drohen mit der Auflösung unstatthaft ist, die Auflösung selbst natürlich erst recht. Lehnt das Abgeordnetenhaus also das gleiche Wahlrecht ab, so wäre zu erklären, daß von einer Auflösung mit Rücksicht auf den Krieg und darauf, daß die meisten Wähler im Felde ständen, also ihrer Ansicht nicht Ausdruck verleihen könnten, Abstand genommen würde. Es wäre dann meines Erachtens eine Kommission zu ernennen, die mit der Regierung eine neue Vorlage ausarbeitet." Vgl. hierzu einerseits das Telegramm des Chefs des Geheimen Zivilkabinetts an Hindenburg vom 2. 5. 1918 (Nachlaß Bauer, Nr. 17), in dem es heißt: „melde ich, daß ich seit gestern [in] Berlin bin, um in dem Sinne Euer Exzellenz [d. h. gegen die Annahme der Vorlage bzw. gegen die Auflösung

ist doch so: Auf unrichtige und unwahre Vorstellungen des damaligen Reichskanzlers von Bethmann-Hollweg hat Seine Majestät befohlen, daß die Regierung einen Gesetzentwurf für gleiches Wahlrecht den preußischen Parlamenten vorlegen sollte. Seine Majestät glaubte damit den Wünschen seines Volkes nachzukommen. Wenn sich jetzt zeigt, daß seine Voraussetzungen nicht zutreffen, so entfällt hiermit auch die Notwendigkeit, dieses Wahlrecht durchzudrücken.[17]) Man muß sich meines Erachtens klar werden, was Demokratisierung heißt. Die anliegende kleine Schrift „Preußentum und Demokratie"[18]) schildert dies in vortrefflicher Weise. Es ist ein Schlagwort, wenn man sagt, das gesamte Volk solle mitregieren, der Wille des Volkes sei maßgebend. Einen einheitlichen Willen des Volkes gibt es garnicht, es handelt sich stets nur darum, daß einzelne Führer die die niederen Instinkte der Masse aussuchen, sich zu ihren Führern aufwerfen und so eine Pöbelherrschaft herbeiführen, die mit allen Guten und Edeln mehr oder minder gewaltsam aufräumt.

Für die Masse bedeutet Freiheit stets nur Zügellosigkeit ihrer niederen Begierden, Gleichheit, die Beseitigung aller auch noch so begründeter Vorrechte der anderen.

In unserem Volke, insbesondere in Preußen, steckt vorläufig noch ein ungeheurer Schatz an Gerechtigkeitsgefühl, Disziplin und Idealismus. Das hat der Krieg bewiesen und dadurch darf man sich durch die Reden verbohrter oder verbrecherischer Parlamentarier und Agitatoren nicht irre machen lassen. Andererseits soll man aber unser Volk vor dem Gift, was hier ausgespritzt wird, schützen. Es ist auch nicht zu verkennen, daß verschiedene Einflüsse namentlich der des Großkapitals, das den Mittelstand zerschlägt und den Arbeiter zur Maschine herabwürdigt, ebenso die Verbreitung *jüdischer* Denkungsweise (denn diese beherrscht tatsächlich die Sozialdemokratie und die Kreise des Berliner Tageblattes, der Frankfurter Zeitung usw.) zersetzend wirken. Dem muß entgegen-

---

des Landtags] zu wirken". Auf der anderen Seite steht das geradezu heuchlerische Schreiben Ludendorffs an Stresemann vom 8. 5. 1918 (Nachlaß Stresemann, Bd. 181) in Beantwortung der Anfrage Stresemanns vom 29. 4. 1918 (beides abgedruckt bei Ludendorff, Urkunden, S. 293 ff.).

[17]) In seinem Brief an Major Müldner v. Mülnheim (vgl. Anm. 14) formulierte Bauer: „Meines Erachtens hat der König sein Wort eingelöst, indem seine Regierung das *gleiche Wahlrecht eingebracht hat*. Wenn der König sieht, daß er falsch beraten ist und daß das Parlament selbst dieses Wahlrecht nicht will, so besteht für ihn meines Erachtens keine Pflicht, die äußersten Machtmittel, die er hat, die Auflösung des Landtags, vorzunehmen. Dieses Machtmittel ist vorgesehen, um einer offenkundig schädlichen Politik des Parlaments im Notfalle entgegenwirken zu können. Jetzt aber ist der Fall *umgekehrt*, jetzt soll das Machtmittel angewendet werden, um den preußischen Staat auf eine mit tötlicher Sicherheit verhängnisvolle Bahn zu schieben. Das Königtum soll sich, Preußen und Deutschland das Grab graben. Selbst wenn der König sein Wort verpfändet hätte, was, wie ausgeführt, nicht der Fall ist, wäre keine Frage, daß das Staatswohl vorzugehen hätte." Vgl. auch Gallwitz, S. 333, sowie Einem, S. 393 ff. In seinen Briefen vom 3., 4. und 10. 5. 1918 (Nachlaß Einem, Briefe) sprach er sich im übrigen scharf gegen Friedberg aus.

[18]) Heinrich Heine (i. e. Prof. Heinrich Kraeger, Düsseldorf), Preußentum und Demokratie, in 1.—6. Auflage erschienen in der Reihe „Für Kaiser und Reich. Eine Reihe vaterländischer Schriften", Deutsch-nationale Verlagsanstalt, Hamburg 1918. Bauer bedankte sich in einem Brief vom 25. 3. 1918 (Nachlaß Bauer, Nr. 15) bei Kraeger für die Schrift, „die in außerordentlich klarer Weise" zeige, „auf welch abschüssige Bahn wir im Innern geraten sind."

getreten werden, *sonst gehen wir zu Grunde.*[19]) *Je mehr jetzt während des Krieges und nach dem Kriege international-demokratische Vorstellungen sich auf der ganzen Erde breit machen werden, umsomehr muß Deutschland und Preußen der Fels im Meer bleiben*, an dem diese Flut sich bricht. Mögen die anderen Staaten an der Krankheit der Demokratie dahinsiechen, mögen sie sich zerfleischen und untergehen, uns kann es nur recht sein, denn umso leichter wird [es] dem Germanentum [fallen,] seine welthistorische Aufgabe zu erfüllen und zu ungeahnter Größe emporzusteigen. Aber zwei Sachen sind dazu nötig:

1. eine starke Regierung, die sich nicht scheut, mit dem Reichstag und der vaterlandslosen Presse aufzuräumen[20]), und die nationalen Elemente, wozu auch der bei weitem größte Teil der Arbeiter gehört, zu sammeln,
2. eine soziale Neuordnung. Dazu gehört insbesondere eine großzügige Wohnungs- und Ansiedelungspolitik.[21]) In der Mietskaserne und in der Fabrik kann nichts Gutes heranwachsen. Die Ansiedelung der Industriearbeiter einerseits und die Schaffung eines bäuerlichen Grundbesitzes sind daher unerläßlich. Land ist genug vorhanden.

Nächstdem muß der Mittelstand wieder aufgerichtet und gestützt werden. Er hat durch den Krieg am meisten gelitten und enthält die wertvollsten Kräfte unseres Volkes. Beschreiten wir diesen Weg, so verschwindet die Gefahr des Geburtenrückganges[22]), die zweifellos zurzeit sehr groß ist, [und] die Irreligiosität von selbst.

Die politischen Rechte spielen dabei eine geringe Rolle. Hätten wir erst wieder eine männlich deutsche Auffassung im Volk, so würde auch ein gleiches Wahlrecht an sich nichts schaden; nur würde es dann niemand mehr fordern. Zu verwerfen ist dies Wahlrecht stets vom ethischen Standpunkt aus, denn allen Rechten müssen erfüllte Pflichten gegenüber stehen. Darin liegt einmal eine Belohnung und zweitens der Ansporn. Die erfüllten Pflichten sind ja vorläufig noch himmelweit verschieden. Was hat der Soldat, der sein Leben für das Vaterland einsetzt, gemein mit dem Schieber, der die Notlage ausnutzt, um Millionengewinn zu sammeln, was hat die Frau, die Gatten und Söhne im Felde hat, gemein mit der Dirne, die auf ihre Art Geld verdient und sich das Leben

[19]) In seinem Brief an Major Müldner v. Mülnheim (vgl. Anm. 14) schrieb Bauer lapidar: „Die einmal eingeleitete Demokratisierung läßt sich nicht aufhalten, sie endigt beim Bolschewisten und aus dem Bolschewismus kann doch nur eine starke Hand retten. Ich glaube, es ist besser, die starke Hand schiebt *vorher einen Riegel vor.*" Vgl. hierzu Bernhardi, S. 495.

[20]) Bauer versprach sich viel, wie er Major Müldner v. Mülnheim mitteilte (vgl. Anm. 14), von einem Eingreifen des Kronprinzen, der Mitte April auch von dem Zentrumsabgeordneten des preuß. Landtags Freiherr v. Loë aus diesem Grunde aufgesucht wurde. Bauer bezeichnete eine Verabschiedung von Payer und vor allem Drews für wünschenswert. Vermutlich hat dieser Hinweis mit zu dem Telegramm des Kronprinzen an den Kaiser beigetragen, in dem der Rücktritt von Friedberg und Drews gefordert wurde (vgl. Müller, S. 373 f., Eintragung vom 3. 5. 1918). Korvettenkapitän v. Selchow, ein Vetter des Ministers, begegnete der allgemeinen Kritik mit der Überzeugung, daß Preußen nicht in seinen Überlieferungen verharren dürfe, sich vielmehr an die Spitze der Entwicklung setzen müsse. Drews sei in dieser Hinsicht auf einem gangbaren Weg (Nachlaß Selchow, Logbuch Nr. 37, Eintragung vom 7. 4. 1918).

[21]) Vgl. hierzu Ludendorff, Urkunden, S. 253 ff.

[22]) Vgl. hierzu Ludendorff, Urkunden, S. 213 ff., S. 259.

so angenehm wie möglich gestaltet. Alle großen Gesetzgeber, alle Religionsstifter haben die Pflichten vor die Rechte gesetzt und damit die Menschheit oder ihre Völker zur Höhe geführt.

Eine außerordentliche und meist nicht erkannte Gefahr liegt in der Frauenbewegung.

[...][23])

[23]) Im folgenden wird die Frauenbewegung als „Kampf der nur für sich sorgenden alleinstehenden Frau gegen die Familie" — der „Frau" gegen das „Weib" — charakterisiert und verurteilt.

453.

Verfügung des bayerischen Kriegsministeriums an das stellv. Generalkommando des III. bayerischen AK. Verbot der Versammlungen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

4. 5. 1918, München, 104 571. — BHStA IV München MKr, 11 524, handschriftl. Entwurf.

In Übereinstimmung mit dem K. Staatsministerium des Innern[1]) bin ich der Anschauung, daß öffentliche Veranstaltungen[2]) der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands[3]) in Bayern künftig grundsätzlich nicht mehr zugelassen sind.[4])

[1]) Das bayer. Ministerium des Innern hatte nach Vereinbarung mit dem bayer. Kriegsministerium am 28. 4. 1918 einen Erlaß an die Regierungspräsidien gerichtet (BHStA IV München MKr, 11 529), wonach alle Versammlungen der USPD zum 1. Mai, die über reine Mitgliederversammlungen hinausgingen, zu verbieten seien.

[2]) Im Sinne des Schreibens des preuß. Kriegsministeriums vom 4. 5. 1918 an die Militärbefehlshaber (vgl. Archivalische Forschungen 4/III, Nr. 552, S. 1336 f.) wurden auch die offiziellen Äußerungen der USPD überwacht und z. T. rigoros verboten, vgl. z. B. das Verbot der Veröffentlichung des Aufrufs der Partei vom 28. 5. 1918 (vgl. Dokumente und Materialien II/2, Nr. 61, S. 151 ff.) durch das Oberkommando in den Marken (PA Bonn Nachr.Abt., Deutschland 9, Bd. 8).

[3]) Auch gegen einzelne Mitglieder der Partei wurde schärfer vorgegangen. Am 4. 5. 1918 befahl das bayer. Kriegsministerium den Truppenteilen in der Heimat (BHStA IV München MKr, 2497), „einwandfrei als Anhänger der Unabhängigen Partei" erkannte Heeresangehörige „bei Versetzungen und Abstellungen dem neuen Truppenteil mit gesondertem Schreiben ausdrücklich als ‚unabhängige Sozialdemokraten' zu überweisen", um ihre Verwendung in Vertrauensstellungen zu verhindern. Erich Mühsam wurde am 28. 4. 1918 aus München nach Traunstein — als Zwangsaufenthaltsort — ausgewiesen (BHStA IV München MKr, 11 529). Der Redakteur der „Leipziger Volkszeitung", Herre (vgl. Nr. 303, Anm. 9), wurde nach der Entlassung aus der Marine weiter in Schutzhaft gehalten (Nachlaß Daehnhardt, Nr. 7635; Reichstagsmaterial 15. 4. 1918). Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Ausarbeitungen des stellv. Generalstabes über „Die revolutionäre Bewegung in Holland und ihre Beziehungen zu Deutschland", vom 1. 4. 1918 und über „Die revolutionäre Bewegung in den nordischen Staaten und ihre Beziehungen zu Deutschland" vom 15. 4. 1918 (MGFA MA/StN, Nr. 5473, G. 10, Bd. 2).

[4]) In der Begründung der Verfügung wies Oberstleutnant Falkner v. Sonnenburg auf die Entscheidung vom 30. 1. 1918 (vgl. Nr. 434, Anm. 3) hin, mit der bereits eine Verschärfung der Maßnahmen gegen das Versammlungswesen der USPD eingetreten war. Der Chef der Armee-Abteilung des bayer. Kriegsministeriums, Oberstleutnant Kreß v. Kressenstein entschied am 2. 5. 1918, daß „öffentliche Versammlungen der U.S.P.D. künftig grundsätzlich nicht mehr zuzulassen" seien.

Ich ersuche daher unter Bezug auf das Ferngespräch vom 3. 5. 1918[5]), die Abhaltung der von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei am 7. 5. 1918 in Fürth geplanten öffentlichen Volksversammlung[6]) durch eine auf den Art. 4 Ziff. 2 des Kriegszustandsgesetzes[7]) sich stützende Anordnung — ohne Angabe von Gründen — zu verbieten.

[...][8])

I. V.
Speidel.

[5]) Die Entscheidung war dem stellv. Generalkommando am 3. 5. 1918 zunächst telefonisch mitgeteilt worden.

[6]) In der Versammlung sollte der Reichstagsabgeordnete Henke über das Thema „Die neuen Steuern für den deutschen Arbeiter" sprechen, außerdem sollte eine freie Diskussion stattfinden.

[7]) Vgl. Nr. 28, Anm. 2.

[8]) In der Vorlage folgt die Anweisung, die Verfügung zur Kenntnisnahme an die stellv. Generalkommandos des I. und II. bayer. AK, die Militärbevollmächtigten in Berlin und im Gr. Hauptquartier, den Obermilitärbefehlshaber und das Kriegspresseamt, das Kabinett des bayer. Königs, den bayer. Ministerpräsidenten sowie an das bayer. Ministerium des Innern zu übersenden.

454.

Schreiben des Obermilitärbefehlshabers an die Militärbefehlshaber[1]) betr. die Wahlrechtsversammlungen der Sozialdemokratischen Partei.

25. 5. 1918, Nr. 639.5.18. A 1. — MGFA MA/RMA, Nr. 6062, IX. 1. 3. 10, Bd. 1, vervielfältigtes Exemplar.

In einem Aufruf in Nr. 102/3 des „Vorwärts" vom 15. April d. J. wird vom sozialdemokratischen Parteivorstand, der preußischen Parteileitung und der Landtagsfraktion zur Abhaltung von Wahlrechtsversammlungen im ganzen Reich aufgefordert.[2]) Nach dem Wortlaut der Aufforderung sollen zu diesen Versammlungen alle eingeladen werden, die gleiches Recht für Alle wollen. Daraus ergibt sich unzweideutig, daß die geplanten Versammlungen öffentlichen Charakter tragen sollen. Die in Berlin für den 23. April d. J. angekündigten beiden Versammlungen sind, weil die Einladungen und Eintrittskarten keinen Zweifel

[1]) Außerdem wurde das Schreiben dem stellv. Generalstab der Armee, den bundesstaatlichen Kriegsministerien, der Reichskanzlei und dem Reichsamt des Innern, sowie dem preuß. Minister des Innern auf dessen Schreiben vom 4. 5. 1918 hin nachrichtlich übersandt.

[2]) Vgl. den Abdruck des Aufrufs in: Dokumente und Materialien II/2, Nr. 58, S. 141 f. Die Oberzensurstelle unterrichtete am 15. 4. 1918 die Zensurstellen, daß der Abdruck und die Besprechung des Aufrufs in der Presse unzulässig seien (MGFA MA/RMA, Nr. 2356, XVII. 1. 5. 11, Bd. 5). Vgl. hierzu die Aufzeichnung aus der Reichskanzlei über eine Unterredung mit Ebert am 15. 4. 1918, der versicherte, die Wahlrechtsagitation ziele nicht auf einen Streik (H. Weber, Zum Problem der Wahlrechtsreform in Preußen während der Jahre 1917—1918, in: Politik im Kriege 1914—1918, Berlin 1964, S. 203, Anm. 68); sowie Gallwitz, S. 314.

ließen, daß es sich um öffentliche Versammlungen handelte, verboten worden.[3]) Da nach dem an die Partei gerichteten Aufruf damit gerechnet werden muß, daß auch an anderen Orten ähnliche Versammlungen geplant werden, mache ich auf die Angelegenheit aufmerksam und ersuche, um gleichmäßige Behandlung zu sichern, gleiche Veranstaltungen „als öffentliche Versammlungen" nicht zu genehmigen.[4])

Im Auftrage
v. Wrisberg.

[3]) Der „Vorwärts" war bereits am 13. 4. 1918 wegen eines Artikels zur Wahlrechtsfrage „Heraus aus dem Schlammfeld! Ein Wahlrechtskampf in Sicht" für einen Tag verboten worden; vgl. Koszyk, Zwischen Kaiserreich und Diktatur. Die sozialdemokratische Presse von 1914 bis 1933, Heidelberg 1958, S. 106 f., hierzu auch Quellen I/3, Bd. 2, Nr. 474, S. 392 f. Im Anschluß an dieses Verbot (MGFA MA/RMA, Nr. 2354, XVII.1.5.8a, Bd. 6) wies der Obermilitärbefehlshaber in einem Schreiben vom 29. 4. 1918 an das Oberkommando in den Marken (MGFA MA/RMA, Nr. 6062, IX.1.3.10, Bd. 1) darauf hin, daß ein Zeitungsverbot solange aufrecht zu erhalten sei, bis die Redaktion „*genügende Sicherheit*" für ihr weiteres Verhalten gegeben habe. Ein schärferes Vorgehen gegen den „Vorwärts" stehe durchaus im Einklang mit den entsprechenden Richtlinien (vgl. Nr. 74).

[4]) Das stellv. Generalkommando des XIII. AK wies daraufhin am 7. 6. 1918 über das württ. Ministerium des Innern die Verwaltungsbehörden an, alle öffentlichen Wahlrechtsversammlungen der SPD zu verbieten (StA Ludwigsburg E 150—153, Nr. 2051, Bd. 3). Vgl. hierzu Nr. 457, 461 und 473 sowie Feldman, S. 490 ff.

455.

Schreiben des Obermilitärbefehlshabers an die Militärbefehlshaber. Handhabung des Versammlungsrechts gegenüber den Gewerkschaften.

30. 5. 1918, Nr. 3865. 18.g. A 1, Geheim! — MGFA MA/StN, Nr. 5473, G. 10, Bd. 2, vervielfältigtes, eigenhändig vollzogenes Exemplar.[1])

In den Erlassen des Kriegsministeriums vom 17. 1. 1917[2]) und 25. 9. 1917[3]) habe ich Richtlinien für Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts niedergelegt und die Gründe angegeben, die eine freiere Handhabung des Rechts ratsam erscheinen lassen.

Die stellvertretenden Generalkommandos handeln bezüglich des Versammlungs- und Redeverbots verschieden. Gewisse Verschiedenheiten können durch die besondern örtlichen Verhältnisse berechtigt sein. Aber die Grundsätze müssen gleich sein.[4])

[1]) Eine Abschrift der Vorlage, die nur geringfügige Abweichungen aufweist, ist abgedruckt in: Archivalische Forschungen 4/III, Nr. 577, S. 1367 f.

[2]) Vgl. Nr. 250.

[3]) Vgl. Nr. 390.

[4]) In der Besprechung zwischen Behördenvertretern und Gewerkschaftsführern am 26. 4. 1918 (Dokumente und Materialien II/2, Nr. 59, S. 143 ff.) wurde vor allem Beschwerde gegen die Handhabung des Versammlungsrechts durch die stellv. Generalkommandos des IV., VI., VII. und VIII. AK geführt. Am 30. 5. 1918 wandte sich die Generalkommission der Gewerkschaften erneut mit einer Beschwerdeschrift an das preuß. Kriegsministerium (GLA Karlsruhe Abt. 456, Bd. 77).

Übereinstimmung herrscht darüber, daß bei ausbrechender Unruhe und bei Aufständen mit einer jeden Zweifel ausschließenden Festigkeit, die vor Gewaltmaßnahmen nicht zurückschreckt, aufgetreten werden muß.[5]) Diese Festigkeit muß sich selbstverständlich auch in den gewöhnlichen Zeiten der Ruhe zeigen, sie muß sich aber nicht in der Androhung oder Ausübung von Gewaltmaßregeln äußern. In solchen Zeiten kommt es darauf an, auch politisch zu verfahren.

Für die gesamte Bevölkerung steht eine vermehrte Belastungsprobe durch Herabsetzung der Brotration bevor.[6]) Sie fällt zusammen mit innerpolitischen Kämpfen.[7]) Die Spannung wird sich auf irgend eine Weise Luft machen. Wird ihre Äußerung gewaltsam verhindert, so frißt sie im Verborgenen weiter und entzieht sich der Aufsicht. Am meisten wird dies der Fall bei der Arbeiterbevölkerung sein, die willig bei der Arbeit zu halten eine der wichtigsten Aufgaben ist.

Die Gewerkschaften haben sich zur Verfügung gestellt bezüglich der Volksernährung auf die Arbeiter aufklärend zu wirken.[8]) Über ihr Verhalten werden die Ansichten verschieden sein. Die Presse-Äußerungen der sozialdemokratischen Partei können sogar erhebliche Zweifel erwecken.[9]) Deshalb muß eine Aufsicht bei Versammlungen vorhanden sein. Die Organe der aufsichtführenden Polizei handeln aber bisweilen ungeschickt und verständnislos. So sind Versammlungen aufgelöst, als Redner gerade im vaterländischen Sinne reden wollten. Die Auswahl für die Aufsicht muß daher vorsichtig getroffen werden. Die Beobachtung der Stimmung in der Arbeiterschaft und die Kenntnis der Persönlichkeiten, die in den Versammlungen auftreten wollen, lassen ein Urteil bilden, ob die Genehmigung einer Versammlung nicht von größerem Nutzen für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Arbeitsfreudigkeit sein wird als ihr Verbot.[10])

Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts hat die Organisationen gebeten, die Arbeiterschaft aufzuklären und zu beruhigen. Hierbei dürfen ihnen keine Hindernisse in den Weg gelegt werden, soweit es die Verhältnisse irgend zulassen. Zu solchen Behinderungen gehört auch die Forderung langfristiger Anmeldung vor Abhaltung der

[5]) Vgl. hierzu Nr. 316 und 445.

[6]) Am 16. 5. 1918 hatte das Kriegsernährungsamt die Herabsetzung der täglichen Mehlration von 200 auf 160 g ab 16. 6. 1918 angekündigt; vgl. Schulthess 1918/I, S. 183. Zur Entwicklung der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung im Jahre 1918 vgl. Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 3, S. 321 ff.

[7]) Vgl. Nr. 454.

[8]) Vgl. die in Anm. 4 nachgewiesene Besprechung.

[9]) Vgl. Nr. 454, Anm. 2.

[10]) In einer besonders schwierigen Lage befanden sich die Gewerkschaften im Saargebiet. Einige wenige Akten der Kriegsamtstelle Saarbrücken (unsignierter Bestand im MA Freiburg) bezeugen, daß die Militärbehörden eine intensive Zusammenarbeit mit dem Gewerkverein christlicher Bergarbeiter pflegten (kurzgefaßte Wochenberichte eines Referats der Kriegsamtstelle, Februar 1917/Oktober 1918, vgl. auch Nr. 333). Die Tätigkeit des freigewerkschaftlichen Bergarbeiterverbandes wurde mit wachsendem Argwohn betrachtet (vgl. Nr. 466, Anm. 11) — u. a. auch von der sehr aktiven katholischen Geistlichkeit (vgl. Nr. 449, Anm. 5). Seit Januar 1918 wurde die Tätigkeit des Sekretärs des Bergarbeiterverbandes, Pokorny, der nach Ausbruch eines Streikes im Herbst 1917 zum Militärdienst eingezogen worden und nun wieder zurückgekehrt war, auf das genaueste überwacht, jeder kleinste Verstoß gegen das ihm auferlegte Redeverbot — das im April 1918 bedingt aufgehoben wurde — registriert, und in langen verhörähnlichen Unterredungen mit ihm erörtert. Obwohl Pokorny sich mit der politischen Linie der Generalkommission identifizierte, z. B. in der Stellungnahme zur USPD, bereitete die Kriegsamtstelle alle Maßnahmen vor, um ihn bei passender Gelegenheit auf dem Wege über die Schutzhaft aus dem Saargebiet zu entfernen.

Versammlung.[11]) Denn dadurch wird oft der Zweck des Redners, aus bestimmten Anlässen beruhigend zu wirken, vereitelt.

v. Stein.

[11]) Vgl. hierzu Nr. 390, Anlage. Das Pressereferat des bayer. Kriegsministeriums, das in seiner Stellungnahme vom 14. 6. 1918 (BHStA IV München MKr, 11 524) vor allem den inneren Widerspruch der beiden Schreiben des Obermilitärbefehlshabers vom 25. und 30. 5. 1918 hervorhob, stellte zu diesem Punkt fest, daß in Bayern keine allgemeine Verpflichtung zur Anmeldung öffentlicher Versammlungen bestehe, derartige Versammlungen würden auch nur in Ausnahmefällen polizeilich überwacht. — Vgl. auch Archivalische Forschungen 4/III, Nr. 605, S. 1411, sowie die Übersicht über die Versammlungen von Februar—Juni 1918 im Bereich des Gouvernements Wilhelmshaven (MGFA MA/StN, Nr. 5473, G. 10, Bd. 2, 24. 7. 1918).

456.

Aufzeichnung des Oberstleutnants Bauer: Bemerkungen zum gleichen Wahlrecht unter Berücksichtigung der gegenwärtigen innenpolitischen Lage.[1])

1. 6. 1918, Gr. Hauptquartier. — Nachlaß Bauer, Nr. 17, Durchschrift.

A. Allgemeine Betrachtungen über politische Rechte.

Ob Bethmann-Hollweg aus innerer Überzeugung oder nur, um sich noch einmal seine Stellung zu retten, das gleiche Wahlrecht dem König vorgeschlagen hat, mag ununtersucht bleiben. Tatsache ist jedenfalls, daß er damit die innere Einigkeit Preußens und Deutschlands einer außerordentlich schweren Belastungsprobe unterworfen hat, an der wir noch lange tragen müssen; denn es ist ganz klar, daß das gesamte Proletariat wie der sogenannte Freisinn nicht so leicht auf das ihm angebotene gleiche Wahlrecht wieder verzichten wird. Die Herrschaft der Masse, wie sie der demokratische Gedanke anstrebt, ruht auf der *Zahl*. Ein gleiches Wahlrecht gibt aber ohne weiteres der *Zahl* den *Ausschlag*. Folglich muß die Demokratie einfach um der politischen Macht willen das gleiche Wahlrecht fordern. Sie muß es möglichst auch auf Frauen ausdehnen, denn dadurch gewinnt sie zunächst abermals an *Zahl*.

Man muß sich klar sein, daß, wenn wir diesen Weg beschreiten, es ein Aufhalten nicht mehr gibt, denn die Masse wird stets in den Händen derer sein, die ihre Unzufriedenheit zu schüren wissen. Selbstverständlich aber ist es ein leichtes, eine Masse gegen alles das, was sie selbst nicht besitzt (Rang, Titel, Stellung, Besitz, Vermögen und höheres Einkommen), aufzustacheln. Damit arbeiten denn auch alle Agitatoren, freilich ohne es selbst völlig ernst zu nehmen. Denn sie gebrauchen die Masse eben wieder nur, um ihre egoistischen, ehrgeizigen Pläne mit deren Hilfe durchzuführen.

[1]) Bauer übersandte die Aufzeichnung am 1. 6. 1918 dem persönlichen Adjutanten des Kronprinzen, Major Otto v. Müller, mit der Bitte, sie, zusammen mit einem Brief des Abgeordneten Dr. Röchling und einem Antrag der nationalliberalen Fraktion des preuß. Abgeordnetenhauses, dem Kronprinzen vorzulegen. Um welchen Brief Röchlings es sich dabei handelte, ist nicht ersichtlich (vgl. Nr. 452, insbesondere Anm. 15). Bei dem Antrag handelte es sich um die Drucksache Nr. 1040 (vom 12. 5. 1918), vgl. Drucksachen Pr. Abg.-Hs., Bd. 11, S. 6119 f.

Die Begründung, die im Abgeordnetenhaus *für* das gleiche Wahlrecht vorgebracht wurde, ist sinnlos, sie gipfelt letzten Endes darin, daß in diesem Krieg alle, daheim wie draußen, in gleicher Weise ihre Pflicht getan hätten und daß dieser gleichen Pflichterfüllung entsprechend auch alle — Mann und Weib — gleiches Wahlrecht haben müßten. So richtig der Grundsatz „gleiche Pflichten, gleiche Rechte" ist, so falsch ist die Behauptung, daß gleiche Pflichterfüllung vorläge. Der Mann im Schützengraben leistet zweifellos augenblicklich das höchste an Pflichterfüllung, auch da natürlich wieder mit sehr starken Abstufungen. Demgegenüber leistet der gutbezahlte Rüstungsarbeiter herzlich wenig an Pflichterfüllung, jedenfalls nicht mehr, als wie im Frieden auch, d. h. er erwirbt den Unterhalt für sich und seine Familie. Der Kriegsgewinnler, Schleichhändler und die zahlreichen nur ihren Vergnügungen nachgehenden Frauen leisten sogar nicht nur nichts *positives* an Pflichterfüllung, sondern sind *negative* Werte. Wenn also die Sozialdemokratie selber den Grundsatz aufstellt: „gleiche Rechte, gleiche Pflichten", so folgt daraus ohne weiteres, daß die Rechte ganz erheblich abgestuft, zum Teil ganz entzogen werden müßten. Man sieht daraus, daß sowohl aus *politischen wie aus ethischen Gründen* (und letztere sind für das Wachstum und Gedeihen eines Volkes nicht außer Acht zu lassen), die Gleichmacherei und somit auch ein gleiches Wahlrecht absurd ist. Leider stützt aber auch die Religion zum Teil diesen blödsinnigen Gedanken, durch das Dogma, daß alle Menschen gleich seien und eine Seele besäßen. Ich für meine Person danke jedenfalls für die Gleichstellung mit einem Neger oder gar einem Feuerländer, Herr Erzberger mag sich für seine Person ja mit ihnen gleichstellen.

Wenn man also ein Wahlrecht aufbauen will, so muß man es ethisch und politisch richtig begründen. Dies geschieht ethisch in der Weise, daß man alle Pflichterfüllung, die für den Staat von Wert ist, mit Rechten ausstattet, *politisch* dadurch, daß man den staatserhaltenden Faktoren den nötigen Einfluß einräumt. Übrigens greifen ethische und politische Faktoren eng in einander über. Ein Blick in die Geschichte zeigt, daß alle großen Gesetzgeber aller Zeiten, nach diesen allgemeinen Gesichtspunkten gehandelt und dadurch ihre Völker zur Größe geführt haben. Natürlich wechseln die Ansichten über ethische und politische Pflichten und ebenso sind die entsprechenden Rechte Veränderungen unterworfen.

Zurzeit würden ethische und politische Rechte etwa auf die Erfüllung folgender Pflichten zu setzen sein:

1. abgeleistete Militärdienstpflicht, womöglich mit einer Zusatzstimme für Teilnahme am Kriege,
2. Besitz und Erhaltung einer Familie von mindestens 5 Köpfen,
3. Besitz eines gewissen Mindestvermögens oder Grundstücks, Hauses oder dergleichen im gleichen Wert (aber höchstens mit einer Zusatzstimme),
4. Einnahme einer leitenden Stelle im staatlichen, kirchlichen oder Wirtschaftsleben,
5. Nachweis einer gewissen geistigen Bildung (vollgültiger Besuch einer Volksschule müßte natürlich genügen).

Das würden im Höchstfalle 5 bis 6 Stimmen auf einen Wähler ergeben. Falsch ist es, eine Altersstimme zu geben, denn es ist absolut nicht einzusehen, warum der Mensch mit 50 Jahren plötzlich mehr Gewicht haben soll, wie mit 40.[2]) Natürlich muß man die Altersstufe, bei der das Wahlrecht beginnt, so hoch setzen, daß die nötige sittliche und politische Reife gewährleistet erscheint. 30 Jahre dürften durchaus angemessen sein.[3])

Die Dauer der Ansässigkeit an einem Ort für eine Zusatzstimme in Anrechnung zu bringen, ist an sich weder ethisch noch politisch berechtigt. Die Sache ist trotzdem erwägenswert, weil man damit den ruhigen Elementen einen größeren Einfluß gewährt, andererseits geht aber recht guten Elementen, z. B. allen Beamten usw. diese Stimme meist verloren. Man müßte also dafür wieder einen Ausgleich schaffen, was meines Erachtens sehr schwierig ist.

Der Gedanke, außer den einzelnen Zusatzstimmen sozusagen eine Grundstimme jedem Wähler von einem bestimmten Jahre ab zu geben, ist meines Erachtens falsch. Das bloße Vorhandensein auf dieser Erde, als nur nehmender Teil und ohne Gegenleistung gegen den Staat, gibt keinen Grund für Ausübung eines politischen Rechtes. Jedenfalls kann man dann auch den Frauen diese Stimme nicht vorenthalten. Das wäre aber aus anderen Gründen durchaus unangezeigt.

B. Die preußische Wahlrechtsfrage.

Es herrscht jetzt absolute Unsicherheit, was das Herrenhaus tun soll, ob das gleiche Wahlrecht der Regierung annehmen oder der Regierung einen Vermittlungsvorschlag anbieten.[4]) Daß die meisten Mitglieder des Herrenhauses vernünftig genug sind, um die Gefahr des gleichen Wahlrechts für Preußen theoretisch zu erkennen, ist anzunehmen, aber die drohende Auflösung einerseits, die Furcht vor Unruhen im Innern andererseits, haben die Sinne umnebelt und führen zu einer Art Vogel Strauß-Politik.

Es müßte sich aber jeder darüber klar sein, daß er hier, wo es um Preußens und Deutschlands Zukunft geht, lediglich seiner Überzeugung zu folgen hat.

Es lohnt daher auch nicht, Abänderungsvorschläge zum Wahlrecht zu machen. Alle Abänderungsvorschläge und alle sogenannten Sicherungen sind halbe Maßnahmen, mehr oder minder unbewußt unter der Suggestion eines gleichen Wahlrechts entstanden.

Ich glaube, daß der *einzige gangbare Weg daher der ist*, daß das Herrenhaus die Wahlrechtsvorlage der Regierung glatt ablehnt.[5]) Wenn dann nicht die Regierung

[2]) Der Antrag Lohmann (Nr. 1040, vgl. Anm. 1) sah eine Zusatzstimme für diejenigen Wahlberechtigten vor, die das 50. Lebensjahr erreicht hatten, sowie u. a. für diejenigen, die 10 Jahre in einer Gemeinde ansässig waren. Vgl. hierzu auch Müller, S. 382 f. (Eintragung vom 6. 6. 1918).

[3]) In einem Brief an Bauer vom 27. 5. 1918 (Nachlaß Bauer, Nr. 17) erwähnte der Frhr. v. Kerckerinck zur Borg, der zusammen mit Landrat Frhr. v. Maltzahn und dem Zentrumsabgeordneten Frhr. v. Loë die Stellungnahme des Kronprinzen zu beeinflussen suchte, daß der ehemalige preuß. Landwirtschaftsminister, Frhr. v. Schorlemer, die Wahlberechtigung an ein Lebensalter von 30 Jahren knüpfen wollte.

[4]) Vgl. hierzu Patemann, S. 199 ff.

[5]) Diesen Standpunkt wird Bauer auch in einer Besprechung mit dem Kronprinzen Anfang Juli 1918 vertreten haben. Vgl. hierzu sein Schreiben an den persönlichen Adjutanten des Kronprinzen, Major v. Müller, vom 21. 6. 1918 (Nachlaß Bauer, Nr. 17). Danach sollten seinem

die Torheit einer Auflösung von Herrenhaus und Abgeordnetenhaus begeht, sind irgendwelche Unruhen nicht zu befürchten. Wohl aber müssen dann die beiden Minister, Friedberg[6]) und Drews, das Feld räumen. Für den Grafen Hertling besteht kein Anlaß, denn wir haben noch keine parlamentarische Regierung und der Ministerpräsident ist lediglich seinem König verantwortlich. Er hat redlich versucht, das gleiche Wahlrecht einzuführen.

Nach Weggang der beiden Minister müßte meines Erachtens durch Allerhöchste Kabinettsordre Herrenhaus und Abgeordnetenhaus aufgefordert werden, eine gemischte Kommission zu ernennen, um mit der Regierung gemeinschaftlich ein neues Wahlrecht auszuarbeiten. Hierbei würde dann die Regierung zweckmäßig von vornherein den Standpunkt, wie er unter A. eingenommen ist, vertreten, d. h. das Wahlrecht auf der Erfüllung bestimmter Pflichten aufbauen.

Daß bei einer einigermaßen energischen Regierung sich ein verständiges Wahlrecht ohne alle Schwierigkeiten durchsetzen läßt, ist nach der bisherigen Haltung unseres Volkes doch nicht zu bezweifeln.[7]) In unserem Volk steckt eben noch eine Unsumme von Gerechtigkeitssinn, Verantwortlichkeitsgefühl und Treue, so daß es bei vernünftiger Aufklärung und bei zielbewußter Führung zu allem fähig ist. Das hat der Krieg ausreichend bewiesen, um so wichtiger ist es, daß wir nicht durch Nachgiebigkeit und Feigheit dahin kommen, Preußen und damit Deutschland nach dem Kriege zugrunde gehen zu lassen.[8])

Vortrag Unterredungen des Kronprinzen mit den Mitgliedern des Herrenhauses Frhr. v. Wilmowski, Graf v. Ballestrem, Oberbürgermeister Körte und Krupp v. Bohlen und Halbach über die Wahlrechtsfrage folgen. Diesen Vorschlag unterbreitete Bauer nach Rücksprache mit dem Landrat v. Maltzahn.

[6]) Vgl. hierzu den auf Initiative des Abgeordneten Dr. Röchling zustande gekommenen Brief Ludendorffs an Oberst v. Winterfeldt vom 19. 6. 1918 zu der Äußerung Friedbergs in einer vertraulichen Besprechung der Nationalliberalen, daß die militärische Lage einen Wahlkampf im Herbst wohl ermöglichen werde (Nachlaß Bauer, Nr. 17). Auf der Abschrift des Schreibens Röchlings vom 15. 6. 1918 der handschriftliche Vermerk vermutlich Ludendorffs: „Entwurf eines Schreibens an Winterfeldt. Nicht auf Politik eingehen, nur — Friedberg erweckt damit militärische Hoffnungen, von denen wir noch nicht wissen, ob sie sich erfüllen werden." Vgl. auch Patemann, S. 198.

[7]) Die Berichte der stellv. Generalkommandos an das preuß. Kriegsministerium (vgl. Nr. 154, Anm. 1 und 2) für die Monate Mai und Juni 1918, die in der Beurteilung der allgemeinen politischen Fragen allerdings in einem nur schwer abschätzbaren Maße die subjektiven Ansichten der Referenten und der Militärbefehlshaber wiederspiegeln, vermitteln den Eindruck, daß die Wahlrechtsfrage die Bevölkerung — im Gegensatz zu den militärischen Ereignissen im Westen — nur wenig beschäftige. Verschiedene stellv. Generalkommandos, insbesondere die des XVIII. und XXI. AK, wiesen jedoch darauf hin, daß dies nur ein vordergründiger Eindruck sei, das Verhalten der Bevölkerung beruhe auf der festen Überzeugung, daß das königliche Wort gehalten werde. Für den Juni 1918 registrierten die stellv. Generalkommandos des V., VI. und VII. AK eine lebhafte Versammlungstätigkeit der SPD und eine damit verbundene, sich steigernde Unruhe insbesondere der Arbeiterbevölkerung. Vgl. hierzu Archivalische Forschungen 4/III, Nr. 592, S. 1394, sowie Quellen I/3, Bd. 2, Nr. 479 f., S. 398 ff.

[8]) Vgl. in diesem Zusammenhang die Stellungnahme des Ministerialdirektors Deutelmoser vom 14. 6. 1918 (Nachlaß Schwertfeger, Nr. 504) zu der Denkschrift des Obersten v. Haeften vom 3. 6. 1918 (vgl. Nr. 459, Anm. 8) über eine „Deutsche politische Offensive". Hierin bezeichnete Deutelmoser als erste und wichtigste Voraussetzung einer wirkungsvollen und einheitlichen außenpolitischen Offensive die Bereitschaft der OHL, „mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln" der politischen Führung die Durchsetzung der preuß. Wahlrechtsreform zu ermöglichen.

457.

Auszug aus der Stellungnahme des Pressereferats des bayerischen Kriegsministeriums zu dem Schreiben des Obermilitärbefehlshabers über die Wahlrechtsversammlungen der Sozialdemokratischen Partei.

5. 6. 1918, München, Nr. 131873 A. — BHStA IV München MKr, 11524, maschinenschriftlich.[1])

[. . .][2])

Dem Erlaß scheint — wie aus dem Adressenvermerk entnommen werden möchte — ein Notenwechsel mit dem preußischen Minister des Innern vorausgegangen zu sein.[3])

Grund und Zweck der Anordnung sind aus dem Einlauf nicht ersichtlich. Es kann aber hieraus die merkwürdige Tatsache herausgelesen werden, daß der oberste preußische Militärbefehlshaber mit den ihm durch den Krieg gegebenen Machtmitteln Bestrebungen unterdrücken will, die auf die Verwirklichung eines Kaiserlichen Versprechens und auf die Durchsetzung einer vom preußischen Zivilstaatsministerium eingebrachten Vorlage gerichtet sind. Falls die Anordnung bezielen sollte, die Wahlrechtsbewegung zurückzudämmen, so wird ihr ein sonderlicher Erfolg kaum beschieden sein. Denn das Verlangen nach Einführung des allgemeinen Wahlrechtes in Preußen hat schon viel zu tief Wurzeln in der Bevölkerung gefaßt, als daß es mit solchen Gewaltmitteln noch auf längere Zeit unterdrückt werden könnte.[4]) Andererseits bestehen gegen das Vorgehen des Obermilitärbefehlshabers eine Reihe von Bedenken:

1. Ein derartiges Versammlungsverbot widerspricht der von allen politischen Parteien wiederholt erhobenen Forderung und der von den Regierungsstellen mehrfach gegebenen Zusage, daß das Versammlungsrecht so wenig wie möglich beschränkt werden solle.
2. Das angeregte Versammlungsverbot wäre mit der von den zuständigen Stellen schon öfter aufgestellten Behauptung, daß eine politische Zensur nicht bestehe, unvereinbar. Gerade in seiner Beschränkung auf Wahlrechtsversammlungen würde es einen außerordentlich schweren Eingriff in das politische Leben darstellen.
3. Die Anordnung des preußischen Obermilitärbefehlshabers widerspricht dem von ihm selbst wiederholt vertretenen Grundsatz, daß alle politischen Parteien gleichmäßig zu behandeln seien. Folgerichtig müßte auch die öffentliche Betätigung der Anhänger des allgemeinen Wahlrechtes unter den übrigen

[1]) Einzelne Feststellungen der Stellungnahme sind in der Vorlage von unbekannter Seite mit Bleistift unterstrichen, sie werden im folgenden nicht nachgewiesen.

[2]) In der Vorlage wird einleitend der Inhalt der Schreibens des Obermilitärbefehlshabers vom 25. 5. 1918 (Nr. 454) wiedergegeben.

[3]) Vgl. Nr. 454, Anm. 1.

[4]) Vgl. hierzu die Stellungnahme des bayer. Kriegsministers zur Wahlrechtsfrage in seinem Schreiben an den bayer. Ministerpräsidenten vom 2. 4. 1917 (Nr. 275), die Äußerung Mertz v. Quirnheims vom Juli 1917 (Nr. 314) sowie die kurze Notiz über eine entsprechende Äußerung des bayer. Königs in: Müller, S. 376 (Eintragung vom 13. 5. 1918).

Parteien (namentlich Fortschrittliche Volkspartei und Zentrum) und der Gegner der Wahlrechtsvorlage verboten werden. Eine derartige Ausdehnung des Verbotes scheint nicht beabsichtigt zu sein und wäre wohl auch unausführbar. Das Verbot wird daher seitens der Sozialdemokratie als Ausnahmegesetz empfunden werden und verbitternd wirken.

4. Das Verbot wird jenen ein willkommenes Agitationsmittel sein, die schon bisher behaupteten, daß die Zivilbehörden in Deutschland machtlos seien und daß auch im Inland ausschließlich die Militärpartei herrsche.[5]) Es wird die schon jetzt zum Teil bestehende Anschauung verstärken, daß die Regierung ihr dem Volke gegebenes Versprechen nicht einlösen will und kann und daß das Volk sich seine Rechte auf dem von den Unabhängigen in Aussicht genommenen Wege des gewaltsamen Umsturzes erkämpfen muß.

So wird der Erlaß in erster Linie nur die Sache der Unabhängigen fördern. Sollte er — was APr vorerst bezweifelt[6]) — allgemein durchgeführt werden, so könnte er katastrophale Folgen haben.

Das Schreiben des Obermilitärbefehlshabers ist dem Kriegsministerium lediglich „nachrichtlich" zugegangen. Die Abhaltung einschlägiger Versammlungen wird in Bayern wohl kaum in Frage kommen. Sollte sie geplant werden, so dürfte sich ein der Anregung des Obermilitärbefehlshabers entsprechendes grundsätzliches Verbot aus den oben angeführten Erwägungen nicht empfehlen. Aber auch rechtliche Bedenken möchten hiergegen bestehen, da es zur „Erhaltung der öffentlichen Sicherheit" kaum notwendig wäre, von vornherein Versammlungen zu untersagen, die — unter den vom Kriegsministerium etwa für veranlaßt befundenen Bedingungen — sich nur für eine Vorlage der Regierung einsetzen würden.

Immerhin wäre es bei der sehr großen Bedeutung der Angelegenheit von Interesse, zunächst noch die Beweggründe des Obermilitärbefehlshabers kennen zu lernen. [. . .][7])

[5]) Als der Abgeordnete Scheidemann diese Auffassung in scharfer Form in seiner Reichstagsrede vom 3. 7. 1918 (Sten. Berichte, Bd. 313, S. 5706 ff.) zum Ausdruck brachte, wandte sich der Vorstand der Presseabteilung des stellv. Generalkommandos des II. bayer. AK, Oberst v. Thüngen, wegen einer Anzahl im Prinzip bereits genehmigter Versammlungen, die der sozialdemokratische Abgeordnete Schöpflin mit dem Thema „Sozialdemokratie und Weltkrieg" in der Pfalz veranstalten wollte, an das bayer. Kriegsministerium (BHStA IV München MKr, 11524). Der stellv. kommandierende General habe Bedenken, die Versammlungen endgültig zu genehmigen, da Scheidemann die OHL angegriffen habe. Der Chef der Armee-Abteilung I, Major v. Wenz, sah in der Rede Scheidemanns keinen „genügenden" Grund, die Versammlungen nicht zu genehmigen und fand „den Mangel an Verantwortungsfreudigkeit, das Sichunterstellen" des stellv. Generalkommandos „geradezu unglaublich". Oberstleutnant Kreß v. Kressenstein und der Kriegsminister v. Hellingrath schlossen sich dieser Stellungnahme an.

[6]) Vgl. Nr. 461 und Nr. 473, Anm. 9.

[7]) In der Vorlage folgt der Entwurf eines entsprechenden Schreibens an den Obermilitärbefehlshaber. Der Chef der Armee-Abteilung I befürchtete jedoch von einer Antwort des Obermilitärbefehlshabers „u. U. unangenehme Hemmungen unserer Entschlüsse"; die Anfrage unterblieb daher.

458.

Befehl des stellv. Generalkommandos des XIII. AK an die Heeresangehörigen des Befehlsbereichs. Verbot der Teilnahme an öffentlichen Demonstrationen.

25. 6. 1918, Stuttgart, Abwehr-Abt. IIe2. Nr. 45861 Kr.-HStA Stuttgart XIII. AK, Abt. II, Bd. 93, Ausfertigung.

1. Im Interesse der Aufrechterhaltung der militärischen Zucht und Ordnung[1]) verbiete ich allen Heeresangehörigen meines Befehlsbereichs die Teilnahme an öffentlichen Umzügen und Aufläufen, sowie öffentlichen Demonstrationen jeder Art, insbesondere solchen, die zur Vorbereitung oder aus Anlaß von Streiks stattfinden.[2])

2. Dieses Verbot ist Befehl in Dienstsachen im Sinne des § 92 des Reichsmilitärstrafgesetzbuches und gilt auch für kommandierte und beurlaubte Heeres-

[1]) D ie Aufrechterhaltung der Disziplin bereitete seit Herbst 1917 den zuständigen Stellen zunehmende Schwierigkeiten, vgl. hierzu Weltkrieg, Bd. 13, S. 26 f., Bd. 14, S. 29 f.; WUA, Bd. 6, S. 14 f.; D. Dreetz, Zur Bildung von Militärgefangenenkompanien im deutschen Heer während des ersten Weltkriegs, in: Zeitschrift für Militärgeschichte, 6. Jg. (1967), S. 462 ff.; sowie Ludendorff, Kriegserinnerungen, S. 516 ff. Bei Eisenbahntransporten, insbesondere der aus russischer Kriegsgefangenschaft zurückgekehrten Soldaten an die Westfront, kam es zu Ausschreitungen, die an Meuterei grenzten (vgl. Rupprecht, Bd. 2, S. 288 und S. 413). Das preuß. Kriegsministerium und die OHL reagierten mit scharfen Vorschriften für die Eisenbahntransportführer — Befehle vom 14. und 19. 11. 1917 (GLA Karlsruhe Abt. 456, Bd. 37) —, trotzdem kam es z. B. Ende Mai 1918 zu schweren Ausschreitungen bei Ersatztransporten in Ingolstadt und Erlangen, vgl. die entsprechenden Telegramme der Oberzensurstelle vom 24. und 25. 5. 1918 (MGFA MA/RMA, Nr. 2356, XVII.1.5.11, Bd. 5), sowie Ay, S. 186 f., und Albrecht, S. 335 ff. Viel gefährlicher war jedoch die zunehmende „Drückebergerei". In dem Befehl der OHL vom 19. 11. 1917 wird von einer Verlustquote von bis zu 10 % bei Ersatztransporten an die Front berichtet! Vgl. hierzu Thaer, S. 146 f. (Eintragung vom 4. 11. 1917). E. O. Volkmann (Die sozialen Mißstände im Heer während des Weltkrieges, in: Wissen und Wehr, 10. Jg. 1929, S. 157) nimmt für die letzten Monate des Krieges eine Zahl von 750000 bis 1 Million „Drückeberger" an. Es ist beachtenswert, daß die OHL sich offenbar außerstande sah, diese Massen-Fahnenflucht mit geeigneten Mitteln zu unterbinden. B. Guttmann, Schattenriß einer Generation. 1888—1918, Stuttgart 1950, S. 137, stellt bereits im Mai 1917 eine merkliche Lockerung der Disziplin fest (Urlaubsüberschreitungen). — Nachdem im Westen der erste große Angriff nicht das von der Truppe erwartete Ergebnis gehabt hatte, griff die Unzuverlässigkeit auf die Fronttruppen über, vgl. hierzu Thaer, S. 181 ff. (Eintragung vom 18. 4. 1918), S. 187 ff. (Eintragung vom 26./27. 4. 1918) und S. 194 ff. (Eintragung vom 2. 5. 1918). Generaloberst v. Einem schrieb seiner Frau am 1. 5. 1918: „Das Heer ist zu einem Diebsgelichter geworden, wie wir es 1870/71 nicht kannten." Und am 24. 6. 1918: „*Ein* Motiv für die Tapferkeit unserer Infanterie in der Offensive ist die Plünderungssucht" (Nachlaß Einem, Briefe). Korvettenkapitän v. Selchow schrieb am 30. 5. 1918 in sein Tagebuch (Nachlaß Selchow, Logbuch Nr. 37): „Die Stimmung in der Armee wird von Tag zu Tag schlechter. Daran ist gar nicht zu zweifeln. Alle privaten Nachrichten, die man von allen Teilen der Front bekommt, bestätigen das [. . .]. Übersieht Ludendorff das? Glaubt er wirklich, das bloße sic jubeo genüge heute noch?" Vgl. auch Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 3, S. 357 ff., sowie Nr. 463, 465, 470 und 472.

[2]) Das stellv. Generalkommando des II. AK verbot am 15. 5. 1918 kurzerhand alle Aufrufe und Bekanntmachungen, durch die Militärpersonen „aufgefordert oder angereizt werden", einer politischen Partei beizutreten oder an einer politischen Versammlung teilzunehmen (GStA Berlin Rep. 30, Nr. 839, Bd. 2). Vgl. hierzu Nr. 408 und 416.

angehörige während der Dauer ihres Kommandos oder ihrer Beurlaubung.[3]) Auf Zurückgestellte findet es keine Anwendung.

3. Das Verbot ist alsbald und in der Folge monatlich einmal allen Unteroffizieren und Mannschaften der Truppenteile, Lazarette usw. bekanntzugeben.

v. Schaefer.

[3]) Ein Befehl des stellv. Generalkommandos des XIII. AK vom 29. 5. 1918 (HStA Stuttgart XIII. AK, Abt. II, Bd. 93) hatte es den zur Arbeitsleistung in Industrie und Landwirtschaft beurlaubten und kommandierten Militärpersonen verboten, sich an Streiks zu beteiligen.

459.

Meldung des Vorstandes des Nachrichtenbureaus des Reichsmarineamts an den Staatssekretär über die Berichterstattung des Chefs des Kriegspresseamts vor dem Reichskanzler über die Zensurmaßnahmen aus Anlaß der Kühlmann-Krise.[1])

26. 6. 1918, N. 1765, Streng vertraulich! — MGFA MA/RMA, Nr. 2253, I.2.1.57, Bd. 2, Ausfertigung.[2])

Der Leiter des Kriegspresseamts (gleichzeitig Vertreter der Obersten Heeresleitung in den Pressesitzungen), Major *Würz*, wurde gestern zum Herrn Reichskanzler befohlen[3]), wo anwesend waren: Der Reichskanzler, der Vicekanzler, Excellenz Wallraf, Oberst von Winterfeld[t] (Verbindungsoffizier der Obersten Heeresleitung beim Reichskanzler), Geheimrat Heilbron[4]) (Vertreter des beurlaubten Deutelmoser) und anfänglich auch der später in den Reichstag abberufene Kühlmann.

Dem Major Würz wurde Gelegenheit gegeben, sich über die für die Kühlmann-Rede ergangene Zensurverfügung[5]) sowie über das in der Pressesitzung vom

[1]) Zu den politischen Vorgängen von der Rede des Staatssekretärs am 24. 6. 1918 bis zu seiner Entlassung am 9. 7. 1918 vgl. Quellen I/1, Bd. 2, Nr. 191—205, S. 413 ff.; Quellen I/3, Bd. 2, Nr. 486 und 490, S. 407 ff.; Quellen I/4, S. 278; Ritter, Bd. 4, S. 381 ff. Ergänzend sei noch auf einen Brief des Unterstaatssekretärs v. Radowitz an Unterstaatssekretär Heinrichs vom 7. 7. 1918 (Nachlaß Heinrichs, Nr. 36) hingewiesen, aus dem hervorgeht, wie unsicher sich der Reichskanzler in der Frage der Verabschiedung Kühlmanns fühlte.

[2]) Die Vorlage ist von Staatssekretär v. Capelle abgezeichnet.

[3]) Es ist anzunehmen, daß die Besprechung vor der Rede Hertlings im Reichstag am Nachmittag des 25. 6. 1918 (Sten. Berichte, Bd. 313, S. 5640) stattfand.

[4]) In der Vorlage falsch: „Heilbronn".

[5]) Zum Text dieser Verfügung vgl. Quellen I/1, Bd. 2, Nr. 191, Anm. 8 (Punkt 2). Die dort wiedergegebene Version weicht geringfügig von dem, um 14 Uhr 45 von der Oberzensurstelle an die Zensurstellen abgesandten Telegramm ab (MGFA MA/RMA, Nr. 2356, XVII. 1.5. 11, Bd. 5). Die Verfügung war den Pressevertretern in der Pressebesprechung des Vormittags bereits vertraulich zur Kenntnis gegeben worden (BHStA IV München MKr, 14026), und zwar direkt im Anschluß an einen schwachen Versuch des Vertreters des Auswärtigen Amts, die Rede Kühlmanns zu verteidigen. Vgl. auch die entsprechenden Verfügungen der stellv. Generalkommandos des VIII. und XIV. AK vom 25. bzw. 26. 6. 1918 (StA Koblenz 403, Nr. 14136; GLA Karlsruhe Abt. 456, Bd. 120). Als H. v. Gerlach in der Pressebesprechung

[25.][6]) Juni bekanntgegebene, in der Anlage abschriftlich beigefügte Telegramm[7]) auszulassen.

Major Würz begründete die Notwendigkeit der Zensurverfügung damit, daß er noch am Tage der Kühlmann-Rede von einer großen Anzahl von Pressevertretern, insbesondere von Sozialdemokraten, darauf angeredet worden sei, daß Excellenz Kühlmann seine Ausführungen doch zweifellos nur unter Mitwissen der Obersten Heeresleitung gemacht haben könne, daß diese also umgefallen sei.[8]) Wenn die Zensurverfügung nicht ergangen wäre, so würde der „Vorwärts" bei seiner Auffassung und bei der Ausbeutung seiner Auffassungen, daß behördlicherseits die Erreichung des Friedens durch militärische Entscheidungen als unmöglich erklärt sei, bleiben und nach anfänglicher vermutender Behandlung bald als Tatsache hingestellt haben.

Der Reichskanzler erkannte diese Beweisführung als richtig an.

Bezüglich des vorher erwähnten Telegramms erklärte Major Würz, daß die Anfragen aus der Pressesitzung ohne jegliches Zutun seinerseits ergangen seien. Das Telegramm sei auf seine Anregung, und zwar absichtlich in unzweideutiger Form[9]) bereit gehalten, da Anfragen in der gegebenen Richtung mit Sicherheit erwartet werden konnten.

Als Major Würz auf Wunsch des Reichskanzlers das Telegramm noch einmal vorlas, sagte nach Vorlesen der Sätze: „Oberste Heeresleitung peinlich überrascht von Kühlmann-Rede. War ohne vorherige Kenntnis." der Reichskanzler: „Ich auch!"

---

gegen die Zensurverfügung protestierte und sie als einen Eingriff in die freie Berichterstattung über die Reichstagsverhandlungen bezeichnete, sah sich die Oberzensurstelle veranlaßt, am Abend des 25. 6. 1918 folgendes Telegramm an die Zensurstellen zu richten (MGFA MA/RMA, Nr. 2356, XVII.1.5.11, Bd. 5): „Aus der Zensurverfügung Nr. 42738 O.Z. v. 25. 6. 18 darf keinerlei Beschränkung der Veröffentlichung von Reichstagsreden abgeleitet werden. Sie soll lediglich verhindern, daß eine Auffassung verbreitet wird, als haben Reichsleitung und O.H.L. irgendwelche Zweifel an dem siegreichen Ausgang unseres militärischen Kampfes."

[6]) In der Vorlage wird irrtümlich das Datum des 24. 6. 1918 angegeben.

[7]) Vgl. Quellen I/1, Bd. 2, Nr. 191, Anm. 8 (Punkt 1). Die Erklärung wurde den Pressevertretern nur zur persönlichen Unterrichtung (vgl. Nr. 38) gegeben. In der Pressebesprechung vom 28. 6. 1918 (BHStA IV München MKr, 14026) wurde von Georg Bernhard festgestellt, daß die am 25. 6. 1918 gegebenen Mitteilungen bereits am Nachmittag desselben Tages im Reichstag in vollem Umfang bekannt waren, also grobe Verletzungen der getroffenen Vereinbarungen vorlägen. Bernhard hegte den Verdacht, daß die Indiskretionen von Regierungsvertretern ausgegangen seien. — Die Erklärung des Majors Würz in der Pressebesprechung am 25. 6. 1918 erfolgte im übrigen gegen Schluß der Aussprache und nach einer sehr breit angelegten Interpretation der Kühlmann-Rede durch den Vertreter des Auswärtigen Amts, die aber bei einzelnen Pressevertretern auf heftige Kritik stieß.

[8]) In diesem Zusammenhang sei auf die Bemühungen um eine sog. „Friedensoffensive" vor und während der Offensive im Westen hingewiesen, bei denen Oberst v. Haeften eine bedeutende Rolle spielte und die von demselben Gedanken ausgingen, der zum Sturz Kühlmanns führte, nämlich, daß der Krieg nicht allein durch militärische Entscheidungen beendet werden könne. Vgl. hierzu vor allem WUA, Bd. 2, S. 90 ff. und S. 191 ff., sowie Ludendorff, Kriegserinnerungen, S. 477; Rupprecht, Bd. 2, S. 330 ff., S. 399 ff., und Bd. 3, S. 24 f.; Eisenhart Rothe, S. 98 ff. Vgl. Ritter, Bd. 4, S. 162, 247 ff. und 388 ff.; sowie Fischer, S. 829 f.

[9]) Die vorangehenden sechs Worte sind in der Vorlage nachträglich hinzugefügt.

Als die Vorlesung des Telegramms beendet war, sagte der Vicekanzler: „Diese Erklärung hätte auch ich unterschrieben."

Bei dieser Gelegenheit melde ich, daß meines Erachtens das Bleiben von Excellenz v. Kühlmann vollkommen ausgeschlossen ist, und zwar wegen der Rede an sich, wegen des Gegensatzes, in den sich der Staatssekretär zu Seiner Majestät und der Obersten Heeresleitung gestellt hat, wegen des durch das Pressesitzungs-Telegramm dokumentierten, m. E.[10]) offenkundig gewordenen Bruchs zwischen der Heeresleitung und Excellenz v. Kühlmann[11]) und schließlich wegen des Verlustes an Ansehen des Staatssekretärs im Reichstag. Es widerspricht den tatsächlichen Verhältnissen, wenn die sozialdemokratische und ein Teil der freisinnigen Presse es so darzustellen versucht, als ob nur der Zorn des Grafen Westarp und der Alldeutschen die Kühlmann-Krisis herbeigeführt habe. Richtig ist vielmehr, daß der ganz überwiegende Teil des politischen Berlins außer sich über die Rede ist und sie gänzlich unbegreiflich findet. Selbst Leute, wie Erzberger und Freiherr v. Richthofen und der Vertreter der Frankfurter Zeitung, die zu den treuesten Anhängern Kühlmanns gehören, haben ihre Köpfe über diese Entgleisung geschüttelt.

Als originell möchte ich noch feststellen, daß — sei es aus Mangel an Verständnis für die Psyche des Volkes, sei es aus Kameradschaft allein — die Mitglieder des Auswärtigen Amts (von denen ich eine ganze Reihe sprach), weder für den großen Schaden der Rede, noch für die Erschütterung der Stellung von Excellenz v. Kühlmann Verständnis zeigten.

Boy-Ed.[12])

[10]) Handschriftlich ergänzt.

[11]) Zum Verhältnis zwischen Kühlmann und Ludendorff vgl. die Studie von W. Baumgart, Deutsche Ostpolitik 1918. Von Brest-Litowsk bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, München 1966. Obwohl der Sturz Kühlmanns in militärischen Kreisen allgemein begrüßt wurde, verband sich mit diesem Gefühl doch die Erkenntnis, daß mit einem Personenwechsel nichts gewonnen war, daß Kühlmann eine unbequeme Wahrheit ausgesprochen habe. Vgl. Groener, S. 570; Hoffmann, Bd. 1, S. 199 f.; Einem, S. 413. Selbst Ludendorff äußerte gegenüber Oberst v. Thaer (Thaer, S. 210) am 26. 6. 1918: „So etwas kann man denken, aber nicht sagen, vor allen Dingen nicht als deutscher Außenminister."

[12]) Für weitere Berichte Boy-Eds zur Kühlmann-Krise vom 27. und 28. 6. 1918 vgl. MGFA/MA/RMA, Nr. 2253, I. 2. 1. 57, Bd. 2.

460.

Telegramm der Oberzensurstelle an das Nachrichtenbureau des Reichsmarineamts[1]) betr. Zensurmaßnahmen bei Ablehnung der Kriegskredite durch die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion.

9. 7. 1918, Nr. 43401 O.Z. — MGFA MA/RMA, Nr. 2356, XVII. 1. 5. 11, Bd. 5.

Falls die Sozialdemokraten beschließen sollten, die Kriegskredite abzulehnen[2]), ist zu befürchten, daß die sozialdemokratische Presse diese Entschließung in einer Form vertreten wird, die dazu geeignet wäre, den Geist des Heeres auf das Schwerste zu schädigen. Die Presseabteilungen werden ersucht, der Presse ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, wenn derartige Aufsätze unter Umgehung der Zensur erscheinen, die Oberzensurstelle sofort zu verständigen, damit eine Beschlagnahme etwa bereits versandter Zeitungen beim Feldheer rechtzeitig erfolgen kann.

Oberzensurstelle.

[1]) Wie aus der Vorlage hervorgeht, wurden auch die übrigen Zensurstellen unterrichtet. Vgl. auch die entsprechende Verfügung des stellv. Generalkommandos des VIII. AK vom 10. 7. 1918 (StA Koblenz 403, Nr. 14136). Das stellv. Generalkommando des X. AK hatte bereits durch eine Verfügung vom 26. 4. 1918 festgestellt, „daß auch die unzweideutige Aufforderung [in der Presse] zu einer nur bedingten Bewilligung der Kriegskredite eine indirekte Aufforderung zur Ablehnung der geforderten Kredite und deshalb aus militärischen Rücksichten unzulässig ist." (StA Hannover Hann 122a, XXXIV, Nr. 337).

[2]) Vgl. hierzu Quellen I/3, Bd. 2, Nr. 481, 487, 489 und 491, S. 402 ff. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß am 3. 7. 1918 den Etat abzulehnen, am 12. 7. 1918 sprach sie sich für eine erneute Bewilligung der Kriegskredite aus.

461.

Schreiben des Obermilitärbefehlshabers an das Gouvernement der Festung Köln.[1]) Maßnahmen gegen öffentliche Versammlungen über die Wahlrechtsfrage.

12. 7. 1918, Nr. 2136/6. 18. A 1. — MGFA MA/Adm, Nr. 2413, P 18, Bd. 6, Abschrift.[2])

Der Erlaß vom 25. 5. 18 Nr. 639/5. 18. A 1[3]) bezweckt, eine gleichmäßige Behandlung *aller* öffentlichen Versammlungen[4]), in denen die preußische Wahlrechtsfrage erörtert werden soll, in allen Bezirken der Militärbefehlshaber zu

[1]) Auf eine Anfrage des Gouvernements vom 25. 6. 1918, die nicht vorliegt.

[2]) Eine Abschrift wurde den Empfängern des Schreibens des Obermilitärbefehlshabers vom 25. 5. 1918 (Nr. 454, Anm. 1) übersandt.

[3]) Vgl. Nr. 454.

[4]) Die vorangehenden vier Worte sind in der Vorlage von Empfängerseite mit Bleistift unterstrichen.

sichern. Er erstreckt sich mithin auch auf *alle* politischen Parteien.[5]) Um Berufungen zu verhüten, können Ausnahmen für einzelne Bezirke nicht zugelassen werden. Wo ein Verbot für öffentliche politische Versammlungen nicht besteht, wird von einem allgemeinen Verbot öffentlicher Wahlrechtsversammlungen abgesehen werden können, um eine Verschärfung bestehender allgemeiner Anordnungen zu vermeiden. Es dürfte genügen, wenn derartigen Versammlungen — für die Anmeldepflicht allerdings bestehen müßte — von Fall zu Fall auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungs-Zustand die Genehmigung versagt werden würde.[6])

Im Auftrage
gez. v. Wrisberg.

[5]) Das Pressereferat des bayer. Kriegsministeriums stellte in einem Aktenvermerk vom 26. 7. 1918 (BHStA IV München MKr, 11524) zunächst fest, daß der Obermilitärbefehlshaber offenbar selbst die Überzeugung gewonnen habe, daß ein einseitiges Verbot der sozialdemokratischen Wahlrechtsversammlungen auf die Dauer nicht haltbar sei. Die politischen Bedenken des Referats waren jedoch nicht geschwunden (vgl. Nr. 457). „Durch diese erweiternde Interpretation dürften die *rechtlichen* Bedenken gegen die Übernahme des Erlasses für Bayern eher *vermehrt* wie *vermindert* werden. Es ist nicht einzusehen, inwiefern eine maßvoll gehaltene Vertretung der Regierungsvorlage oder eine Erörterung der für und gegen die Vorlage sprechenden Gründe die *öffentliche Sicherheit* zu gefährden vermöchte. Ein Verbot wäre nur im einzelnen Falle mit Rücksicht auf die Person des Vortragenden, die Art der Besprechung der Wahlrechtsfrage etc. zu rechtfertigen. [...] Es erscheint unverständlich, daß man in gegenwärtiger Zeit jede öffentliche mündliche Erörterung über eine reine innerpolitische Angelegenheit, die weiteste Kreise des Volkes betrifft und bewegt, durch militärische Gewaltmittel zu verhindern sucht." Dagegen kam das stellv. Generalkommando des XIII. AK wiederum ohne Kommentar (vgl. Nr. 454, Anm. 4) den Wünschen des Obermilitärbefehlshabers nach und richtete am 30. 7. 1918 eine entsprechende Verfügung an das württ. Ministerium des Innern (StA Ludwigsburg E 150—153, Nr. 2051, Bd. 3).

[6]) Es blieb nicht bei dieser einen Revision des Schreibens vom 25. 5. 1918. Der Obermilitärbefehlshaber richtete am 5. 8. 1918 folgendes Schreiben an die Militärbefehlshaber (MGFA MA/RMA, Nr. 6062, IX. 1. 3. 10, Bd. 1): „Da öffentliche Versammlungen nicht in allen Korpsbezirken grundsätzlich verboten sind, wird in Abänderung der erwähnten Erlasse [Nr. 454 und 461] den Militärbefehlshabern nunmehr anheimgestellt, Wahlrechtsversammlungen dort, wo die politische Lage es gestattet, nach eigenem Ermessen zu genehmigen." Das Pressereferat des bayer. Kriegsministeriums bezeichnete dies als eine völlige Umkehr und fand die Begründung im Hinblick auf die früheren Schreiben „recht eigenartig" (BHStA IV München MKr, 11524; 16. 8. 1918). Vgl. auch Nr. 473, Anm. 9.

462.

Entwurf eines Schreibens des Staatssekretärs des Reichsmarineamts an den preußischen Kriegsminister[1]) betr. den Verkehr zwischen Heeres- bzw. Marineangehörigen und Reichstagsabgeordneten.

Mitte Juli 1918[2]), A 638 ggh., Ganz Geheim! — MGFA MA/RMA, Nr. 6062, IX. 1. 3. 15, Bd. 2, handschriftlich.

Eure Exzellenz haben die Anfrage des Reichstagsabgeordneten Dr. Müller-Meiningen und Genossen vom 6. Juli 18 betreffend Verkehr vonHeeresangehörigen mit Reichstagsabgeordneten (Reichstagsdrucksache Nr. 1734, Anfrage Nr. 517)[3]) am 12. Juli durch den Generalmajor von Wrisberg vorläufig beantworten lassen.[4]) Die Angelegenheit dürfte damit kaum endgültig erledigt sein.[5]) Da die Marine in gleicher Weise wie das Heer interessiert ist und weil ferner die für das Heer in dieser Frage zu treffenden Anordnungen auch auf die Handhabung in der Marine zurückwirken müssen, möchte ich Euerer Exzellenz im Folgenden meinen Standpunkt darlegen und daran das Ersuchen knüpfen, mich bei Weiterverfolgung nicht unbeteiligt zu lassen. Die Erlaubnis des Verkehrs von Heeres- und Marineangehörigen mit Abgeordneten birgt die allergrößten Gefahren für die militärische Disziplin in sich und öffnet einem durch Namenlosigkeit gedeckten Angebertum die Thür, das das Vertrauensverhältnis zwischen Vorgesetzten und Untergebenen aufs schwerste schädigen muß. Bei dem Mangel an Schreibgewandtheit und dem häufig geringen Verständnis der Beschwerdeführer für die betreffenden Zusammenhänge wäre der Verkehr[6]) geeignet, nicht nur bei den Abgeordneten, sondern im ganzen Volk falsche Auffassungen hervor-

[1]) Der Entwurf wurde zunächst als ein Schreiben des Staatssekretärs an den Reichskanzler konzipiert. Nachdem jedoch Generalmajor v. Wrisberg am 12. 7. 1918 vor dem Reichstag zu der behandelten Frage Stellung genommen hatte (vgl. Anm. 4), wurde die Vorlage entsprechend umadressiert. Die daraus sich ergebenden Änderungen des Textes werden nicht vermerkt.

[2]) Der erste Entwurf der Vorlage datiert vom 11. 7. 1918; nach verschiedenen Änderungen und Referentenbemerkungen wurde die Vorlage am 15. 7. 1918 zu den Akten geschrieben.

[3]) Vgl. Anlagen zu den Sten. Berichten, Bd. 325. In der Anfrage, die von den Abgeordneten Dr. Müller-Meiningen, Held, Stücklen und Dr. Wirth unterschrieben war, wurde Bezug genommen auf eine Erklärung des Generalmajors v. Wrisberg vor dem Reichstag am 12. 6. 1918 (Sten. Berichte, Bd. 313, S. 5430), wonach ein allgemeines Verbot des Verkehrs zwischen Heeresangehörigen und Reichstagsabgeordneten nicht bestehe. Trotzdem werde auch weiterhin darüber geklagt, daß dieser Verkehr „von militärischen Stellen mit kriminellen und disziplinarischen Strafen bedroht" werde. Der Reichskanzler wurde gefragt, wie er „dieses Recht von Offizieren und Mannschaften gegen die Übergriffe kurzsichtiger Vorgesetzter zu sichern" gedenke.

[4]) Generalmajor v. Wrisberg hatte erklärt (Sten. Berichte, Bd. 313, S. 6093 f.), daß ein allgemeines Verbot nicht bestehe und daß dem preuß. Kriegsministerium auch von speziellen Verboten bei einzelnen Truppenteilen nichts bekannt sei.

[5]) Zu einer endgültigen Erklärung des preuß. Kriegsministers vor dem Reichstag kam es nicht mehr.

[6]) Die vorangehenden sieben Worte sind in der Vorlage, z. T. von anderer Hand, nachträglich ergänzt.

zurufen und das Vertrauen zur bewaffneten Macht zu untergraben. Die Mehrzahl der Beschwerdeführer sind erfahrungsgemäß minderwertige Elemente, die[7]) mit böswilliger Absicht entstellte Darstellungen aus ihrem Kreise hinaustragen; Eitelkeit und Großmannssucht spielen nicht selten eine Rolle dabei. Es sei schließlich auch noch an den Zusammenhang der Unruhen in der Flotte im Sommer 1917 mit den Beziehungen der Rädelsführer zu politischen Persönlichkeiten[8]) erinnert.

Daß Verfehlungen und Mißstände im militärischen Leben vorkommen können[9]), die auch wohlgesinnte Leute anstelle einer dienstlichen Beschwerde zu einer namenlosen Eingabe oder zu einem Brief an einen Abgeordneten bewegen, kann völlig nicht von der Hand gewiesen werden.

Das ist der Grund dafür, daß bisher im allgemeinen unter stillschweigender Duldung des Verkehrs auf die Eingaben von Abgeordneten, die auf Mitteilungen von Marineangehörigen beruhten, eingegangen und ein grundsätzliches Verbot des Verkehrs mit Abgeordneten nicht erlassen worden ist.

Wenn jetzt aber seitens einiger Abgeordneter ein *Recht* des Verkehrs mit Heeres- und Marineangehörigen beansprucht wird, so wird damit das Verbot herausgefordert, denn es würde einen unhaltbaren und jede militärische Disziplin zersetzenden Zustand bedeuten, wenn der Abgeordnete zur militärischerseits anerkannten[10]) Beschwerdeinstanz erhoben würde. Wird doch schon das Eintreten der Abgeordneten für die Klagen von Mannschaften geradezu als Werbemittel für politische Parteien benutzt und damit entgegen allen bewährten militärischen Grundsätzen der Versuch gemacht, Politik in das Heer und die Marine zu tragen.

Ich halte es daher für geboten, daß den Bestrebungen der Abgeordneten mit Entschiedenheit entgegengetreten wird und daß die vorliegende Anfrage endgültig mit einem grundsätzlichen Verbot für alle Angehörigen der bewaffneten Macht beantwortet wird, mit Abgeordneten und sonst außerhalb des Heeres und der Marine stehenden Leuten in Verbindung zu treten, in Angelegenheiten, die in irgendwelcher Beziehung zum militärischen Dienst stehen.[11])

Der Staatssekretär des Reichs-Marine-Amts.

---

[7]) In der Vorlage folgt der durchgestrichene Passus: „nicht nur aus den genannten, ihnen anhaftenden Mängeln, sondern ganz besonders".

[8]) Von anderer Hand verbessert aus: „Elementen", vgl. hierzu Nr. 378, 382, 383, 401 und 412.

[9]) Der folgende Teil des Satzes ist von anderer Hand ergänzt. Ursprünglicher Text: „bei denen das Absehen von einer Beschwerde oder Meldung auf dem Dienstwege und auch bei wohlgesinnten Leuten das Mittel der namenlosen Anzeige oder eines Briefes an einen Abgeordneten verständlich und schließlich entschuldbar erscheinen kann, läßt sich nicht wegleugnen."

[10]) Die vorangehenden zwei Worte in der Vorlage von anderer Hand ergänzt.

[11]) Ein weiterer, nicht zu identifizierender Referent des Allgemeinen Marinedepartements des Reichsmarineamts nahm am 14. 7. 1918 zu der Vorlage wie folgt Stellung: „So sehr ich die theoretische Richtigkeit der begründeten Ausführungen anerkenne, halte ich doch ein *ausdrückliches Verbot des Verkehrs mit Abgeordneten* bei unseren Staatseinrichtungen nicht für durchführbar. Würde ein solches erlassen, so würden wahrscheinlich *alle* Parteien des Reichstages die Wiederaufhebung verlangen. Meiner Ansicht nach kann den Nachteilen solchen Verkehrs nur entgegengewirkt werden durch a) Erziehung und Belehrung, daß alle dienstlichen Klagen bei den ord[entlichen] Vorgesetzten anzubringen, b) durch dauernde Ein-

schärfung des doch schon bestehenden Verbotes, über dienstliche Angelegenheiten und Personen außerhalb der Marine zu reden. Insofern glaube ich auch, daß Gen. v. Wrisberg absichtlich nicht mehr sagen will, als er gesagt hat." Daraufhin entschied der Direktor des Allgemeinen Marinedepartements, Vizeadmiral Hebbinghaus, daß „in der Sache nichts veranlaßt werden" solle.

463.

Auszug aus den Aufzeichnungen aus der Pressebesprechung.[1]) Kritik an der offiziellen Darstellung der militärischen Lage.

23. 7. 1918, Nr. 395, Vertraulich! — BHStA IV München MKr, 14026, vervielfältigtes Exemplar.

[. . .][2])

K. Pr. A. II: Man kann natürlich die zukünftigen Ereignisse nicht voraussagen. Wir müssen uns aber vor Augen halten, daß wir es mit einem entschlossenen Gegner zu tun haben, dessen Vernichtungswille durch die bisher erlittenen wuchtigen Schläge noch nicht gebrochen ist, der aber die ihm in dieser Richtung drohende Gefahr erkannt hat. Um zu unserm Ziel, d. h. den Vernichtungswillen des Gegners zu brechen, zu gelangen, werden neue Aufgaben an uns heran treten. Wir werden auch diese neuen Aufgaben lösen, aber nur, wenn wir ruhige Nerven auch in der Heimat bewahren, unsere Einigkeit und Geschlossenheit zur Erreichung dieses Ziels nicht aufgeben und das Vertrauen in unsere eigene Kraft, zur Truppe und zur Führung nicht wanken lassen. Ich hatte in den letzten Tagen den Eindruck, als ob auch einzelne Herren der Presse Nerven bekommen haben. Meine Herren, wir erleben ja gar keine Überraschung durch die Angriffe der Entente. Ich habe vor Beginn der diesjährigen Offensive und auch während der großen Schlacht in Frankreich im März d. J. des öfteren von dieser Stelle aus betont, daß wir nicht damit rechnen können, einen ungehemmten Siegeslauf gegen unsere Gegner im Westen ausführen zu können, daß wir vielmehr schwere Kämpfe zu bestehen haben würden, die naturgemäß nicht ohne die Wechselfälle des Bewegungskrieges verlaufen.[3]) Bis jetzt ist der Gegner unserer eigenen

[1]) Vgl. Nr. 417, Anm. 1 und 4.

[2]) Der Chef des Kriegspresseamts, Major Würz, gab nach der Verlesung des Heeresberichts einen Überblick über die durch den französischen Gegenangriff am 18. 7. 1918 aus dem Waldgebiet von Villers-Cotterêts entstandene militärische Lage, dessen letzter Absatz hier abgedruckt wird. Der Tenor seiner Lagebeurteilung läßt sich mit dem von ihm selbst gebrauchten Satz wiedergeben: „Der Erfolg des Feindes ist im Verhältnis zu den gebrachten Opfern kein ausschlaggebender." Vgl. Einem, S. 416 ff., Thaer, S. 213 ff., insbesondere die Anm. 172 ff., sowie Weltkrieg, Bd. 14, S. 466 ff.

[3]) Es läßt sich in der Tat nachweisen, daß das Kriegspresseamt in den Pressebesprechungen (vgl. BHStA IV München MKr, 14025 und 14026) wiederholt und nachdrücklich vor einer die militärischen Erfolge übertreibenden Berichterstattung gewarnt hat. In den Pressebesprechungen vom 29. 4. und 2. 5. 1918 wandte es sich gegen die sensationelle Abfassung militärischer Meldungen und gegen entsprechende Überschriften, für die die Verhängung der Vorzensur angedroht wurde. Ende Mai/Anfang Juni 1918 warnte das Amt nachdrücklich vor Voraussagen über die weitere Entwicklung der Offensive der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz (Pressebesprechungen vom 28. 5. und 4. 6. 1918). Auf der anderen Seite ver-

Initiative gegenüber fast untätig gewesen, und er hat sich auf reine, meist frontale Abwehr beschränkt. Daß er jetzt aus seiner Untätigkeit heraustritt, ist durchaus natürlich und beweist nur seine Erkenntnis der ihm drohenden Gefahr.

Pr. **Bernhard** (Ullsteinverlag): Sie alle haben wohl Sonnabend[4]) abend den Kommentar zum Heeresbericht gelesen, der anfängt: „Die glänzende Ausführung des abermaligen Uferwechsels über den breiten Strom, der unbemerkt vom Feinde vor sich ging, stellt eine neue hervorragende Leistung der deutschen Führung und Truppe dar." Man kann ja über den Inhalt des Kommentars streiten. Persönlich möchte ich meiner Ansicht dahin Ausdruck geben: Dieser Kommentar gehört in das Kapitel, über das ich neulich[5]) mir erlaubte zu sprechen. Ich weiß nicht, ob es richtig war, daß an dem Tage, nachdem immerhin ein Teil der Offensive, wie uns hier richtig gesagt worden ist, nicht so gegangen ist, wie wir es erwartet haben, — was wir als selbstverständlich hinnehmen müssen, da der Krieg auf Wechselfälle gestellt ist — daß an einem solchen Tage ein

urteilte das Amt in z. T. sehr scharfer Form die in den Kampfpausen aufkommenden Bedenken über den schließlichen Erfolg der einzelnen Offensiven und bezeichnete sie schlicht als „Mießmacherstimmung" (vgl. die Pressebesprechungen vom 22. 4. und 7. 6. 1918). Es kam dem Amt offensichtlich darauf an, eine abgewogene, aber durchaus optimistische Beurteilung der Gesamtsituation über die Presse auf die breite Öffentlichkeit zu übertragen. Diese Absicht trug dazu bei, daß z. B. die Bedeutung der amerikanischen Streitkräfte auf dem europäischen Kriegsschauplatz verharmlost wurde (vgl. die Pressebesprechung vom 17. 5. 1918). In der Pressebesprechung vom 23. 7. 1918 sagte Major Würz z. B.: „Die amerikanischen Truppen bilden gewiß eine Gefahr, die nicht zu unterschätzen ist, sie wird aber durch diese Ereignisse [verlustreiche Angriffe der Amerikaner] vermindert." Diese Form der Verharmlosung unterscheidet sich jedoch sehr deutlich von der später von allen Seiten beklagten „Schönfärberei", wie sie z. B. in einer Aufzeichnung des Kapitäns z. S. Michaelis vom 26. 6. 1918 zum Ausdruck kommt (MGFA MA/RMA, Nr. 7635, A. I. c). Diese Aufzeichnung, als Reichstagsmaterial gedacht, trägt die Überschrift: „Kann Amerika Millionenheere an die Westfront werfen?" und verneint im Ergebnis diese Frage natürlich. Kapitän z. S. Brüninghaus riet von einer derartigen Erklärung vor dem Reichstag ab („Wir legen uns doch ziemlich fest."), begann seine Ausführungen vor dem Hauptausschuß des Reichstages am 24. 9. 1918 aber doch mit dem Satz: „Die militärische Lage zur See läßt sich kurz in die wenigen Worte zusammenfassen: Unsere Sache steht gut!", vgl. Schulthess 1918/I, S. 300.

[4]) 20. 7. 1918.

[5]) In der Pressebesprechung vom 19. 7. 1918 (BHStA IV München MKr, 14026) hatte sich G. Bernhard im Anschluß an die Erläuterungen des Heeresberichts durch das Kriegspresseamt (Lage beiderseits Reims kein Mißerfolg, jedoch gewolltes Operationsziel nicht erreicht, örtliche Erfolge des Gegners) wie folgt geäußert: „Die Mitteilungen des Herrn Major Würz haben denjenigen sicher nicht überrascht, der voriges Mal seinen Ausführungen aufmerksam zugehört hat. Das K.Pr.A. hat erfreulicherweise uns von Anfang an über die Operationen im Westen überaus vorsichtig informiert. Leider aber muß ich sagen, daß diesmal die amtliche Berichterstattung des Hauptquartiers nicht so glücklich gewesen ist. [...] Auch einzelne Militärberichterstatter sind dieser Suggestion erlegen und haben dazu beigetragen, eine Hurrastimmung zu erzeugen, sodaß alles, was wir jetzt schreiben, den Eindruck einer mißglückten Operation erwecken kann. Das ist außerordentlich bedauerlich." Kapitän z. S. Boy-Ed schrieb am 24. 5. 1918 an Korvettenkapitän Schulze in Flandern (MGFA MA/Adm, Nr. 2421, P 41, Bd. 1): „Die Berechtigung zu letzterer Annahme [Vorkommnisse im Zusammenhang mit dem englischen Angriff auf Zeebrügge] leite ich unter Anderem aus der Kenntnis der täglichen Heeresberichte her. Ich habe niemals gelesen, daß wir hier oder dort — was ja ganz selbstverständlich wäre — einmal eine Schlappe erlitten haben. Ich darf darauf verzichten, Ihnen geradezu klassische Beispiele als Beweis anzuführen." Vgl. hierzu auch WUA, Bd. 2, S. 184 ff.; Rupprecht, Bd. 3, S. 25 f.; und Nr. 465, Anm. 9.

amtlicher Kommentar zum Heeresbericht mit Worten beginnt, die wir belächeln würden, wenn sie im österreichischen Heeresbericht gestanden hätten oder heute stehen würden. Das ist Geschmacksache, darüber will ich mir kein Urteil erlauben. Aber der Bericht ist an die Zeitungen mit dem Wolff-Ruf gegeben worden: „Der heutige Heeresbericht darf nur im Zusammenhang mit nachfolgendem Kommentar veröffentlicht werden." Das ist ein Novum. Bisher hat man amtlich nur den Heeresbericht veröffentlicht; was sonst dazu veröffentlicht wurde, war Sache der einzelnen Zeitungsredaktionen. Mir ist unerfindlich, was die Heeresleitung bewogen haben mag, die Zeitungen zu zwingen, einen solchen Kommentar zu bringen. Der Erfolg ist, daß fast alle Zeitungen diesen Kommentar, weil sie ihn gewissermaßen für einen Teil des Heeresberichtes hielten, fett dahintersetzten, sodaß der einfache Zeitungsleser den Namen Ludendorff auch auf den Kommentar beziehen wird. Wenn dies Verfahren weiter geübt werden sollte, dann können die Zeitungen ihre Militärberichterstatter entlassen. Ich kann mir nicht denken, daß sie überhaupt noch in der Lage sind, zweckmäßige Tätigkeit zu entfalten, wenn Klischeeberichte als Kommentare zu den Heeresberichten den Zeitungen gegeben werden. Wenn der deutschen Heeresleitung daran liegt, in der Weise Propaganda zu machen, daß das Ausland sieht, daß die öffentliche Meinung bei uns nicht nur von einer Stelle aus dirigiert, sondern ihr klischeeartig vorgeschrieben wird, was sie zu denken hat, so würde ich das bedauern; das stände auch im Widerspruch zu allem, was uns bisher von der Heeresleitung gesagt worden ist, stände im Widerspruch zu der Gepflogenheit, die militärische Kritik durch die militärischen Mitarbeiter möglichst unschematisch und individuell zu gestalten. Das jetzige Vorgehen muß im Auslande bedenklich wirken. Wenn dort eine einigermaßen geschickte Propaganda gemacht wird, dann muß sie sich sagen, die Deutschen wagten es nicht mehr, die militärischen Mitarbeiter zu Worte kommen zu lassen, sondern die Oberste Heeresleitung mache sich selbst die Kritik. Ich brauche nicht zu sagen, wie die Angelegenheit auch auf die deutsche Bevölkerung wirkt. In einer derartigen Lage, wie augenblicklich, ist es notwendig, daß dem einzelnen Zeitungsleser die Sache nahe gebracht wird in der Sprache, die er in seinem Blatt gewohnt ist. Da muß der Bevölkerung gesagt werden können: Da ist etwas schief gegangen. Das muß sie ertragen. Es muß ihr gesagt werden, daß sie durch das Genie unserer Heerführer verwöhnt worden ist. Statt dessen werden die militärischen Mitarbeiter ausgeschaltet, und man begibt sich der letzten Möglichkeit, auf die Bevölkerung einzuwirken, indem man Klischees liefert. Soll das System des bisherigen Zusammenarbeitens von Heeresleitung und Presse, das wir für vernünftig gehalten haben, geändert werden?

K.Pr.A. II: Herrn Bernhard erwidere ich: Die Absicht, eine Änderung herbeizuführen, besteht nicht. Dieser Wolff-Ruf erfährt eine recht harmlose Aufklärung: Die Oberste Heeresleitung hatte ihre Auslandsabteilung gebeten, zu dem Heeresbericht gleichzeitig einen Kommentar zu geben[6]), in dem Sinne, wie

[6]) Oberst v. Haeften berichtet in seinen Erinnerungen (Nachlaß Haeften, Nr. 5), daß er am 9. 3. 1918 mit Ludendorff „die Richtlinien für die Propaganda zur Vorbereitung der großen Offensive in Frankreich" besprochen habe. Ob sich diese Richtlinien auch auf die Inlandspropaganda erstreckten, mit der Haeften ex officio nichts zu tun hatte, läßt sich nicht nach-

ich die vertrauliche Unterrichtung einzelner Herren hier vorgenommen hatte. Da dieser Auftrag sehr spät einging, hat sich der betreffende Bearbeiter mit W.T.B. in Verbindung gesetzt und dahin geeinigt, den Kommentar telefonisch durchzugeben; da aber noch nicht die Sicherheit gegeben war, daß der Kommentar mit dem Heeresbericht verbreitet wurde, hat der Herr bei W.T.B. angeregt, die Berliner Zeitungen wenigstens telefonisch zu verständigen, daß noch ein Kommentar käme, dessen Veröffentlichung möglichst gleichzeitig mit dem Heeresbericht erwünscht sei. Der Redakteur bei W.T.B. hat — wie ich festgestellt habe — dieser Bitte entsprochen, nur in ungeschickter Form: Er hat, statt einen Wunsch, eine Bitte an die Berliner Zeitungen zu übermitteln, dem Wolff-Ruf eine Fassung gegeben, die wie eine Zensurverfügung klingt. Das war keineswegs beabsichtigt. Überhaupt liegt hier ein Ausnahmefall vor. Hätte der Redakteur an Stelle der Fassung „Der heutige Heeresbericht darf nur in Verbindung mit folgendem Kommentar der Auslandsabteilung der Obersten Heeresleitung veröffentlicht werden" für den Wolff-Ruf die Fassung gewählt „Es wird gebeten, den jetzt folgenden Kommentar gleichzeitig mit dem Heeresbericht zu veröffentlichen", dann hätte wohl Herr Bernhard nicht Veranlassung genommen, seine Frage an mich zu richten. Ich betone nochmals: Es ist nicht beabsichtigt, irgend eine Änderung eintreten zu lassen.

Pr. **Bernhard** (Ullsteinverlag): Ohne eine große Erörterung entfachen zu wollen, möchte ich dem Herrn Vorredner prinzipiell sagen, daß durch seine Mitteilungen die Sachlage sich natürlich wesentlich ändert. Wir sehen, daß eine prinzipielle Änderung nicht beabsichtigt wird. Aber es ist nicht erwünscht, daß solche Kommentare ohne weiteres nachgedruckt werden. Der Chef des Kriegspresseamts gibt uns hier in jeder Sitzung solche Kommentare mit dem ausdrücklichen Wunsch, sie nicht wörtlich nachzudrucken, nicht wie wenn sie geheime Dinge darstellten, sondern um den Eindruck der Uniformierung zu vermeiden. So gut solche Kommentare, wie der der Militärischen Stelle, im Auslande wirken, wo wir ähnlich arbeiten müssen, wie die Entente mit Havas- und Reuter-Kommentaren arbeitet, so gefährlich sind sie im Innern; mindestens ist es nicht erwünscht, daß die Zeitungen, die hier vertreten sind oder eigene militärische Mitarbeiter haben, diese Klischees nachdrucken müssen. Es wäre gut, diese Auffassung vom Chef des Kriegspresseamts bestätigt zu sehen.[7])

Pr. **Pietsch** (Schlesische Zeitung): Herr Major Würz hat davon gesprochen, daß einzelne Herren der Presse die Nerven zu verlieren scheinen. In großem Umfange

---

weisen. Vgl. hierzu auch Nr. 367 und 368. Die Mitteilung des Majors Würz zeigt jedoch, daß Haeftens Auslandsabteilung (nach H. Cron, Die Organisation des deutschen Heeres im Weltkriege, Forschungen und Darstellungen aus dem Reichsarchiv, Heft 5, Berlin 1923, S. 21, war damit die Presseabteilung der Ohla beauftragt) die jeweils abends ausgegebenen Kommentare zum Heeresbericht verfaßte. Diese Kommentare sind zusammen mit der etwas zurückhaltenderen Interpretation der Heeresberichte durch das Kriegspresseamt in den Pressebesprechungen in erster Linie verantwortlich für die den tatsächlichen Verhältnissen nicht Rechnung tragende Einschätzung der militärischen Lage in der Öffentlichkeit. Vgl. hierzu auch WUA, Bd. 6, S. 208 f.

[7]) Eine solche Bestätigung ist nicht erfolgt.

ist das in der Bevölkerung der Fall[8]), zum großen Teil dadurch, daß in früheren Darstellungen als Wirkung der neuen Offensive bezeichnet worden ist, daß die Fochsche Manövrierarmee längst zum Teufel wäre. Sie hat sich in der letzten Zeit aber sehr lebendig gezeigt. Wünschenswert wäre es, uns in Zukunft die Sachlage nicht gar so optimistisch darzustellen, sondern nach dem Muster des bekannten Heeresberichts ruhig einen Mißerfolg zuzugeben, wo er nicht zu verheimlichen ist, zumal die Bevölkerung ihn sich größer auszumalen geneigt ist, als er in Wirklichkeit ist. Der Heeresbericht, von dem ich spreche, lautet: „Seine Majestät der König hat eine Bataille verloren. Ruhe ist die erste Bürgerpflicht".

[...][9])

[8]) Vgl. hierzu die Berichte der stellv. Generalkommandos an das preuß. Kriegsministerium (vgl. Nr. 154, Anm. 1 und 2) für die Monate März bis Juli 1918, die, trotz der zurückhaltenden Sprache, die immer weiter um sich greifende Ernüchterung erkennen lassen. Konnte das preuß. Kriegsministerium für den März 1918 berichten, daß die Offensive der Stimmung einen „Schwung" gegeben habe, „wie sie [die Stimmung] ihn seit den Augusttagen des Jahres 1914 nicht wieder erfahren" habe, so heißt es in der Zusammenfassung des Berichts für den Monat Juli 1918: „Während die breit Masse des Volkes, durch die im Frühjahr erzielten Erfolge verwöhnt, bis dahin mit der Beendigung des Krieges noch in diesem Jahre ziemlich sicher gerechnet und die Ereignisse auf dem Kriegsschauplatz im Hinblick darauf mit größter Spannung verfolgt hat, hat die Aussicht auf einen weiteren Kriegswinter bei vielen Leuten eine gewisse Stumpfheit und Gleichgültigkeit verursacht und die wirtschaftlichen Sorgen und Entbehrungen wieder mehr denn je in den Vordergrund gerückt." Korvettenkapitän v. Selchow, der am 5. 4. 1918 (Nachlaß Selchow, Logbuch Nr. 37) in einem Gespräch die „militärische Politik" Ludendorffs für verbrecherisch erklärt hatte, weil er, wie alle andern auch, den Kopf in den Sand stecke und die Realitäten nicht akzeptieren wolle, berichtete am 11. 7. 1918, daß „die Stimmung im Hause" sich zu wandeln beginne und „immer verzweifelter" werde (Nachlaß Selchow, Logbuch Nr. 38). Vgl. auch Nr. 465.

[9]) Nach kurzen Bemerkungen des Vertreters des Auswärtigen Amts über die Lage im Kaukasus und einer Replik von G. Bernhard schloß die Besprechung.

464.

Aufzeichnung des Oberstleutnants Bauer über die Rückwirkungen der innenpolitischen Situation auf das Feldheer.[1])

Ende Juli 1918.[2]) — Nachlaß Bauer, Nr. 2, maschinenschriftlich.[3])

Zustände im Innern.[4])

Das Bild im Innern ist wenig erfreulich. Es herrscht Kleinmut, Futterneid, Gewinnsucht und — Vergnügungssucht. Daneben ist ein innerpolitisches Chaos eingetreten. Der Burgfrieden ist vergessen, Parteien und Presse bekämpfen sich untereinander, die Arbeiterschaft droht mit Streiks und Herr Ledeb[o]ur kann offen im Reichstag das Proletariat zur Revolution aufrufen.[5]) Die Erwerbs-

[1]) Die Aufzeichnung ist in inhaltlich nur geringfügig abgewandelter Form der Denkschrift des Kronprinzen Wilhelm an den Kaiser vom Juli 1918 als Anlage beigegeben worden (vgl. Bauer, S. 215 ff.). Der Kronprinz übersandte am 30. 7. 1918 die Denkschrift auch an General Ludendorff (Nachlaß Bauer, Nr. 15), der Chef des Zivilkabinetts vermerkt den Eingang der Denkschrift in seinen Erinnerungen für den 29. 7. 1918 (Nachlaß Berg, Nr. 2) und bezeichnet sie als „auffallend pessimistisch". Die Annahme von H. Weber, S. 130, Anm. 86, daß Bauer die Denkschrift am 11. 7. 1918 der OHL übergeben habe, dürfte unzutreffend sein. Die zitierte Tagebucheintragung bezieht sich offensichtlich auf die von Weber in Anm. 83 nachgewiesene Denkschrift Bauers. In diesen Zusammenhang gehört auch die Denkschrift des Majors Niemann vom 20. 7. 1918 und die Stellungnahme Bauers hierzu vom 28. 7. 1918 (vgl. WUA, Bd. 2, S. 214 ff.). Weder von Ludendorff noch von Berg wurde die in den beiden Denkschriften gegebene Lagebeurteilung völlig akzeptiert. In einem Brief an B. Schwertfeger vom 20. 5. 1927 berichtet Niemann folgendes: „Nun wird es Sie vielleicht interessieren, daß Ludendorff Mitte August 18 vom Inhalt dieser Denkschrift, die er zunächst gebilligt hatte, vollkommen abrückte. Während der Verhandlungen in Spa überbrachte mir Tieschowitz eine offizielle Weisung Ludendorffs, über meine Denkschrift dürfe nichts verlauten, sie sei geeignet, schädliche Wirkungen hervorzurufen. Ich glaube mich auch zu erinnern, daß Tieschowitz mir sagte, General v. Eisenhart sei in diesem Sinne bei Ludendorff vorstellig geworden." In seinen Erinnerungen (a.a.O., S. 225) erwähnt Bauer, daß der Chef des Zivilkabinetts ihm Vorhaltungen gemacht habe, weil er zu schwarz sähe. Das schließt jedoch nicht aus, daß sie in der Beurteilung der inneren Verhältnisse weitgehend übereinstimmten (vgl. Anm. 39). — Vgl. auch die Denkschrift Bauers aus der ersten Hälfte Juli 1918 (Nachlaß Bauer, Nr. 2), die noch von der unerschütterten militärischen Lage an der Westfront ausgeht, jedoch gleichfalls eine Neuordnung der inneren Verhältnisse fordert und deren Notwendigkeit bei einem als möglich, aber nicht wahrscheinlich bezeichneten Mißlingen der Offensive besonders hervorhebt.

[2]) Die Aufzeichnung ist von unbekannter Hand im Kopf der Vorlage auf den „August 1918" datiert worden, vgl. Anm. 1.

[3]) Die in den Anmerkungen nachgewiesenen handschriftlichen Zusätze etc. stammen von Oberstleutnant Bauer.

[4]) Die Zwischenüberschriften sind in der Vorlage jeweils von Bauer handschriftlich am Seitenrand hinzugefügt.

[5]) Am Schluß seiner Reichstagsrede vom 3. 7. 1918 (vgl. Sten. Berichte, Bd. 313, S. 5713). In einem Entwurf Bauers vom 12. 7. 1918 (Nachlaß Bauer, Nr. 14) für ein Schreiben Ludendorffs an den Reichskanzler heißt es hierzu: „Ich muß aber darauf bestehen, daß solche Reden, wie sie Ledeb[o]ur und andere im Reichstag gehalten haben, nicht mehr vorkommen. Ein Mann, der offen zur Revolution aufruft, darf nicht geduldet werden, und wenn ihm sein Reichstagsmandat Immunität gewährt, so blieben eben nur Schritte übrig, die diese Immunität aufheben." Der Entwurf wurde von Ludendorff nicht vollzogen, vielmehr Bauer am 20. 7. 1918 zurückgereicht, wobei die beiden zitierten Sätze offenbar von Ludendorff selbst durchgestrichen wurden.

verhältnisse sind ins Sinnlose verwandelt.[6]) Der Mittelstand ist zum großen Teil vernichtet, zum anderen Teil in großer Bedrängnis, namentlich die Familien von Offizieren und Beamten, kleinen und mittleren, ehrlichen[7]) Kaufleuten usw.[8]) leiden geradezu bittere Not.[9]) Demgegenüber haben die Arbeiter die Situation ausgenutzt und sich Löhne verschafft, die durchweg sehr hoch, teilweise ungeheuerlich sind.

Respekt vor Obrigkeit und Gesetz ist völlig geschwunden. Eine natürliche Folge der Schwäche der Regierung einerseits und der Unsumme falscher und unausführbarer Vorschriften andererseits! Namentlich die Landwirtschaft, der man ganz gewiß das Lob nicht versagen kann, daß sie mit ihren stark eingeschränkten Kräften das Unmöglichste geleistet hat, ist bis aufs Äußerste erbittert. (Daß im übrigen die allgemeine Gewinnsucht auch einen Teil der Landwirte ergriffen hat, soll nicht geleugnet werden, ist aber auch nur natürlich).

Es fragt sich, wohin treiben wir, wenn es so weiter geht. Dazu muß man notwendigerweise einen Blick zurückwerfen, um zu sehen, wodurch wir so heruntergekommen sind.

Die flammende Begeisterung und die Einmütigkeit, wie sie im Juli 14 herrschte, kann in einem nunmehr vierjährigen Krieg mit so ungeheuren Opfern an Blut und Werten aller Art natürlich nicht bleiben, aber unser deutsches Volk ist so vortrefflich, daß es wohl möglich gewesen wäre, denselben entschlossenen Ernst und Willen zum Siege[10]), wie er im Heere herrscht — das ja doch auch nur ein Teil des Volkes ist — auch in der Heimat aufrecht zu halten. Das Volk war zweifellos bereit und willig, seiner Regierung zu folgen. Was geschah?

Statt das Volk für seine große Aufgabe zu erziehen, wurde geradezu alles getan, um es in kleinlichen Alltagssorgen verkümmern zu lassen. Unsere militärischen Erfolge wurden beinahe geflissentlich verkleinert. Unsere Diplomatie trat überall, wo es nur ging, den Rückzug an.

Aus Furcht vor der Sozialdemokratie, die in Wirklichkeit bei Beginn des Krieges völlig machtlos war, spielte unsere Regierung zunächst den Gewerkschaften die Macht in die Hände und auf diesem Wege erweckte sie dann die Sozialdemokratie zu neuem Leben. Eine wirkliche Macht ist sie freilich immer noch nicht, wohl aber gebärdet sie sich so und die Regierung kriecht vor ihr ins Mauseloch. Durch Drohungen mit Streiks oder Umsturz, wozu bald die Ernährungslage, bald politische Momente (Wahlrecht) den Vorwand gaben, erzwang die Sozialdemokratie[11]) vor allem immer höhere Löhne und festigte, auch mit Hülfe des Hilfsdienstgesetzes, ihre Organisation. Gewiß war die Ernährungslage nicht immer leicht, aber die Arbeiter waren besser gestellt, wie der Mittelstand und wenn der letztere seine viel größeren Entbehrungen würdig trug, so hätte man das von den Arbeitern auch verlangen können. Bezeichnend für die Auffassung

[6]) In der Vorlage handschriftlich verbessert aus: „gesteigert".

[7]) In der Vorlage mit Bleistift unterstrichen.

[8]) In der Vorlage handschriftlich ergänzt.

[9]) Vgl. hierzu Feldman, S. 464 ff.

[10]) In der Vorlage sind die vorangehenden sechs Worte mit Bleistift unterstrichen.

[11]) In der Vorlage handschriftlich verbessert aus: „sie".

ist ein seinerzeit gefallenes Schlagwort: „Gegen[7]) den deutschen Arbeiter können wir den Krieg nicht gewinnen!“[12]) Es ist aber ohne weiteres klar, daß der Krieg ganz wesentlich für den deutschen Arbeiter[13]) geführt wird, denn ohne Deutschlands Weltmachtstellung läge Industrie und Handel brach und damit wäre auch die Arbeits- und Erwerbs[8])-möglichkeit der Arbeiter beschränkt. Außerdem braucht man ja nur die Lage des deutschen Arbeiters mit der eines Arbeiters in irgend einem anderen Land zu vergleichen. Um wieviel besser der deutsche Arbeiter in jeder Hinsicht[14]) gestellt ist, springt dann in die Augen.

Es muß klar ausgesprochen werden, die Regierung unter Bethmann-Hollweg[13]) hat nicht nur restlos versagt, sie hat ungeheure Werte im Volk vernichtet.[10]) Die Nachfolger, persönlich einwandfreie Männer, haben es jedenfalls nicht verstanden, die Übelstände zu beseitigen, es ist fortgewurstelt worden und Flickwerk geleistet. Jetzt stehen wir anscheinend vor neuen Streiks und die politische Wühlarbeit[15]) der Linken droht das ganze Staatsgebäude zu erschüttern.[16]) Wohl ist der überwiegende Teil des deutschen Volkes und in Sonderheit Preußens noch absolut verläßlich, aber er steht niedergeschlagen und vor den Kopf gestoßen abseits und hat zum großen Teil die Hoffnung aufgegeben, und das alles in einem Augenblick[10]), wo der Entscheidungskampf im Gange ist und wo nicht nur vom Heere, sondern auch von der Heimat das Letzte gefordert werden muß. Der Versuch, dieses Letzte herauszuholen durch Sammlung aller Kräfte für Ersatz und Arbeit ist schon jetzt als halb[8]) fehlgeschlagen zu bezeichnen.[17]) Die Regierung wagt nicht, ein großzügiges Wehrpflicht- und Hilfsdienstgesetz einzubringen, wagt es nicht, weil „ein Kuhhandel wie noch nie über politische Rechte entstehen würde“[18]), „weil es die schwersten *inneren* Erschütterungen geben würde“[19]),

---

[12]) In einer Fußnote zu dem in seinen Erinnerungen wiedergegebenen Abdruck vermerkt Bauer (vgl. Anm. 1), daß Groener sich derart in einer Industriellensitzung in Düsseldorf geäußert habe. Soweit bekannt, hat Groener an einer dieser Besprechungen nicht teilgenommen. Der Ausspruch fiel schon bei der Unterrichtung der Bevollmächtigten zum Bundesrat über das Hilfsdienstgesetz am 9. 11. 1916 (vgl. Nr. 198).

[13]) In der Vorlage sind die vorangehenden vier Worte mit Bleistift unterstrichen.

[14]) In der Vorlage sind die vorangehenden drei Worte handschriftlich ergänzt.

[15]) In der Vorlage handschriftlich verbessert aus „Mitarbeit“.

[16]) Vgl. hierzu den Bericht Dr. Paul Fleischers vom 6. 7. 1918 an Bauer über die Unruhe unter der Arbeiterschaft im Zusammenhang mit der erneuten Herabsetzung der Kartoffelration am 8. 7. 1918. Fleischer berichtete, daß nach seinen Informationen, vor allem aus dem oberschlesischen Industriegebiet, sich der nächste Streik vor allem gegen Hindenburg und Ludendorff richten werde. Er verband seine Darstellung mit einem heftigen Angriff auf das „staatssozialistische System“ und unterbreitete Vorschläge für eine „berufständische Organisation der Erzeuger und Händler“, über die er bereits mit dem Generalintendanten, General v. Eisenhart-Rothe, auf Veranlassung Ludendorffs eingehend gesprochen habe. Aus den Randbemerkungen des Majors v. Harbou geht hervor, daß Fleischer für seine Pläne von dieser Seite keine Unterstützung erwarten konnte. — Die Beurteilung der innenpolitischen Entwicklung, besonders unter Bethmann Hollweg, in der hier vorgenommenen Art ist eine Konstante aller politischen Denkschriften Bauers, vgl. Nr. 219, 258, 286, 442, 446, 452 und 456.

[17]) Vgl. hierzu Nr. 243 und 244.

[18]) Staatssekretär Wallraf gebrauchte das Wort vom „Kuhhandel“ in der in Nr. 244, Anm. 1, erwähnten Besprechung.

[19]) Vgl. das Schreiben des Kriegsministers v. Stein an Hindenburg vom 24. 6. 1918, Nr. 243.

„weil im Volk der Gedanke auftauchen könnte, es sei doch alles verloren." Soweit sind wir glücklich gesunken.

Tatsächlich ist einzusehen, daß es[20]) durch die falsche und unzureichende Aufklärung unseres Volkes sowie[8]) durch die Mentalität der Regierung es jetzt fast unmöglich ist[8]), dem Volke die Wahrheit zu sagen, ohne es völlig zu entmutigen.[21]) Es hat ja so schon kein Vertrauen mehr. Die berüchtigte Kühlmann-Rede, die sachlich vielleicht gar nicht mal so schlimm war, war unter diesen Umständen schlimmer wie ein paar verlorene Schlachten.[22]) Noch übler[23]) freilich wirken die Hetzreden der Linksradikalen, die ungestraft zur Revolution hetzen und dem deutschen Staat offen den Kampf ansagen.[5])

Das Bild ist nicht nur trübe, es ist vernichtend. Mit solcher Heimat im Rücken kann[10]) — und das muß ausgesprochen werden — nimmermehr ein Krieg gewonnen werden[24]), denn die Heimat ist letzten Endes doch die Wurzel, aus der das Heer seine Kraft beziehen muß.

Zustand des Heeres.

Betrachten wir jetzt[8]) das Heer.[7]) Es steckt zweifellos eine ungeheure Menge von Pflichtgefühl und Vaterlandsliebe und von Kraft darin. Unsere Gegner habens erfahren müssen, aber es beginnt abzubröckeln. Das geht aus der Zunahme der Überläufer, aus der sich immer stärker zeigenden Drückebergerei nach hinten, aus den vielen Vergehen gegen die militärische Ordnung und aus den Briefen aus dem Felde einwandfrei hervor.[25]) Das ist zunächst umso merkwürdiger, als siegreiche Heere — und wir sind siegreich — im allgemeinen in guter Stimmung sich zu befinden pflegen. Die angegebenen Zersetzungserscheinungen sind daher umso ernster zu bewerten. Woran liegen sie?

1.[26]) In allererster Linie ist es die Stimmung der Heimat, die sich auf das Heer überträgt. Die erwähnten Reden von Kühlmann und den links stehenden Parlamentariern haben auch im Heer eine tiefgehende Depression ausgelöst.

---

[20]) In der Vorlage sind die vorangehenden zwei Worte handschriftlich ergänzt.

[21]) Vgl. Nr. 463 und 465.

[22]) Vgl. Nr. 459. Stresemann berichtet in einem Brief vom 1. 8. 1918 an Dr. Brüss (Nachlaß Stresemann, Bd. 195) über Informationen, die er — vermutlich von Oberstleutnant Bauer — über die Rückwirkung der Kühlmannrede auf das Heer erhalten habe. „Wenige Tage nach Kühlmanns Rede wurde mir von maßgebender Seite an der Front die Mitteilung, daß wir seit 1914 noch niemals soviele Überläufer gehabt hatten, wie nach der Kühlmannrede. Die Wirkung auf das Heer war eine vollkommen vernichtende. Von Regiment zu Regiment pflanzte sich der Satz fort: wenn wir doch nicht mehr siegen können, wollen wir wenigstens unser Leben retten. Die Offiziere wurden sofort aufgefordert aufklärend gegenüber den Mannschaften zu wirken, die Soldaten sagten aber, Kühlmann ist Staatssekretär, der Mann muß es wissen und wenn er so spricht, dann denkt der Kaiser und die Regierung ebenso. Aus diesem Grunde ist die Entlassung Kühlmanns von der Obersten Heeresleitung gefordert worden, weil die Oberste Heeresleitung erklärte, die Verantwortung für die Aufrechterhaltung des Offensivgeistes im Heere nicht tragen zu können, wenn der Vertreter dieser Anschauungen Staatssekretär des Äußern bliebe."

[23]) In der Vorlage handschriftlich verbessert aus „schlimmer".

[24]) In der Vorlage sind die vorangehenden fünf Worte mit Bleistift unterstrichen.

[25]) Vgl. Nr. 465.

[26]) Die Ziffern 1-6 sind in der Vorlage von Bauer nachträglich hinzugefügt worden.

Man sagt sich, alles siegen ist ja doch umsonst und leider ist diese Auffassung richtig, solange es in der Heimat nicht besser wird.

2. Der 2. Grund ist die Sorge um die Daheimgebliebenen. So gut es dem in der Heimat arbeitenden Rüstungsarbeiter geht, so schlecht geht es den daheimgebliebenen Familien unserer Soldaten[27]) im gesamten Mittelstand und bei den Arbeitern, soweit Frauen und Kinder nicht selbst erwerbstätig sind. Die zunehmende Teuerung und die Rücksichtslosigkeit, mit der gerade gegen die Kriegerfamilien jedermann (der Hausbesitzer so gut wie die Polizeibehörde) vorgeht, erweckt eine ungeheure Erbitterung.

3. Der 3. Grund ist die mangelnde Fürsorge für die Kriegsbeschädigten. Die Sache kommt und kommt nicht zu einer wirklich restlosen Lösung. Es ist manches gute[8]) geschehen, aber etwas ausreichendes, großzügiges ist nicht geschaffen.[28])

4. Die geradezu empörende Gleichgültigkeit der Heimat gegenüber dem Krieg und den in die Heimat zurückkehrenden Kriegern. Man kann da wirklich das Unglaublichste erleben. Ein Verwundetenzug macht auch nicht den mindesten Eindruck mehr. Verwundete und Kriegsbeschädigte werden zum Beispiel beim Besteigen einer Elektrischen auf [die] Seite geschoben, besonders vom weiblichen Geschlecht, und Platz macht ihnen niemand mehr. Es ist gar nicht übertrieben, wenn man sagt, daß der Feldgraue, namentlich der Verstümmelte, in der Heimat Mensch 2. Klasse geworden ist.

5. Eine ganz ungeheure Wut herrscht endlich auf die Juden und auch da mit Recht. Wenn man in Berlin ist, durch die Wirtschaftsämter geht oder die Tauentzienstraße kommt, kann man durchaus glauben, daß man in Jerusalem wäre. Vorne an der Front sieht man dagegen kaum einen Juden. Fast jeder denkende Mensch ist empört über diese geringe Heranziehung der Juden, aber gebessert wird nichts, denn an die Juden, das heißt das Kapital, das wieder Presse und Parlament in der Hand hat, anzugehen, ist ja unmöglich.[29])

6. Der 6. und vielleicht ausschlaggebende Grund ist aber die Löhnungsfrage.[7]) Es ist seinerzeit zugestanden, daß Reklamierte in den Fabriken denselben Lohn erhalten, wie freie Arbeiter. Dies erforderte die Gerechtigkeit, und der Grundsatz, für gleiche Arbeit gleiche Löhne zu zahlen. Wie steht es denn aber mit den Soldaten im Felde gegenüber den Arbeitern in der Heimat? Der Soldat an der Front leistet *in jeder Beziehung* so unendlich viel mehr, wie der Heimatarbeiter, der ja im Grunde nur wie im Frieden arbeitet, und zur Belohnung dafür wird er mit wenigen Groschen entlöhnt und darf Gesundheit, Blut und Leben darangeben, ohne daß auch nur ein Mensch davon Notiz nimmt. Selbstverständlich wirkt das erbitternd und mit vollem Recht.[30]) Ganz schlimm ist die Sache geworden, seitdem Helfer und Helferinnen bis in das Etappengebiet vorgeschoben werden und so mit Ruhedivisionen in Berührung kommen. Was für Gefühle den Mann, der geistig und körperlich aufs äußerste mitgenommen aus einer

[27]) In der Vorlage handschriftlich verbessert aus „der [...] Mutter mit ihren Kindern".

[28]) Vgl. hierzu Ludendorff, Urkunden, S. 258 und S. 266 ff.

[29]) Vgl. hierzu Nr. 186, Anm. 3.

[30]) Vgl. hierzu Thaer, S. 119 f. (Eintragung vom 15. 5. 1917).

Schlacht kommt, bewegen müssen, wenn er solche Helferin im modernen Kleid und herumkokettierend herumflanieren sieht, wenn er dann erfährt, daß solch ein Mädchen das 7 bis 8 fache seines eigenen Lohnes erhält und wenn er dann schließlich noch erleben muß, daß diese Mädchen sich ihm gegenüber mit einer Überhebung bewegen, die geradezu ins Grenzenlose geht, so müßte er schon ein vollendeter Narr sein, wenn ihn nicht eine gelinde Wut über diese Zustände ergriffe.[31]) Beseitigung dieser irrsinnigen Zustände ist daher unbedingt nötig. Können wir die Arbeitslöhne nicht heruntersetzen, so müssen wir die Löhnung entsprechend heraufsetzen und wer nicht geeignet ist zum Dienst an der Front, hat wenigstens die Pflicht, sich an anderer Stelle für das Vaterland zu betätigen und zwar an der Stelle, wo er hingestellt wird, nicht, wo es ihm gerade paßt und mit einer Entlöhnung, die im richtigen Verhältnis zu der des Soldaten steht.

Beseitigung der Mißstände.

Wollen wir diese Zustände in Heer und Heimat bessern, so müssen wir die Ursachen dazu beseitigen. Dazu ist nötig:

1. Daß unserem Volk der Ernst der Lage klargemacht wird, natürlich, ohne dem Pessimismus Vorschub zu leisten[21]),
2. daß alle Kräfte, auch die der Frauen, für Ersatz und Kriegsarbeit restlos erfaßt werden,
3. daß die Lohnfrage für die Arbeiter[14]) bezw. Löhnungsfrage für das Heer[14]) geregelt wird[32]),
4. daß Streiks verboten und Zuwiderhandelnde wegen Landesverrat bestraft werden,
5. daß alle sozialen Reformen für Kriegsbeschädigte und Kriegsteilnehmer usw. beschleunigt durchgeführt werden,
6. daß alle Handlungen, Reden usw., die geeignet sind den inneren Frieden zu stören und damit dem Feinde Vorschub zu leisten, grundsätzlich untersagt werden.

Zu dem letzten Punkte ist noch zu bemerken:

a) Zu Reden, die geeignet sind uns erheblich zu schaden gehören namentlich solche der linksstehenden Parlamentarier, desgleichen entsprechende Artikel in ihrer Presse. Die Parlamentarier sind leider immun, wenn sie im Reichstag reden. Man müßte also diesen Leuten einfach eröffnen, daß, wenn sie nicht Order parieren, der Reichstag aufgelöst würde.[33])

---

[31]) Die folgenden zwei Sätze sind in der Vorlage durchgestrichen.

[32]) Vgl. hierzu Nr. 263, Anm. 4. In dem in Anm. 5 erwähnten Entwurf eines Schreibens an den Reichskanzler hatte Bauer eine sofortige Erhöhung des Solds der Unteroffiziere und Mannschaften um durchschnittlich 20 Mark im Monat gefordert. Am 1. 8. 1918 fand ein Immediatvortrag des Staatssekretärs des Reichsschatzamts, Graf Roedern, und des preuß. Kriegsministers über die Erhöhung des Soldes statt, der nach einem Vermerk des Chefs des Zivilkabinetts „ohne Schwierigkeiten" verlief (Nachlaß Berg, Nr. 2).
Tatsächlich erhielten ab 1. 8. 1918 alle mobilen Unteroffiziere und Mannschaften eine monatliche Zulage von 9 Mark, vgl. Armee-Verordnungsblatt 1918, S. 439.

[33]) Vgl. in diesem Zusammenhang die Niederschrift über die Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses vom 6. 7. 1918 (Quellen I/1, Bd. 2, Nr. 194, S. 421 ff.), in der die Zuspitzung des Verhältnisses zwischen den Mehrheitsparteien des Reichstages und der OHL zum Ausdruck kommt.

b) Die Wahlrechtsfrage[34]) spielt in Preußen tatsächlich eine verhältnismäßig geringe Rolle. Gleichwohl wird eifrige Propaganda getrieben und eine gewisse Verhetzung ist zweifellos erreicht. Es ist ein Unglück, daß diese Frage während des Krieges angeschnitten ist; nachdem es aber[8]) einmal geschehen ist, muß man mit ihr fertig werden, um zur Ruhe zu kommen. Dabei ist ein Weg unbedingt zu vermeiden, nämlich Auflösung des Abgeordnetenhauses, um das gleiche Wahlrecht mit Hülfe von Neuwahlen durchzudrücken. Das hieße eine derartige Unruhe und Uneinigkeit in das Volk hineintragen, daß der Schaden überhaupt unübersehbar ist. Zudem wäre es ja fraglich, ob bei einem neuen Abgeordnetenhaus das gleiche Wahlrecht durchginge. Sollte das aber der Fall sein, so muß man sich darüber klar sein, daß das das Ende Preußens und Deutschlands als monarchistischer Staat ist. Bebel hat nicht so unrecht gesagt: „Haben wir erst Preußen, haben wir auch Deutschland!"

Es bleibt also nur übrig, entweder den politischen Wahlkampf zu verschieben bis nach dem Kriege. Das würde, wenn die linksstehenden Parteiführer, wie oben angeführt, belehrt würden, zweifellos ein gangbarer Weg sein. Immerhin bringt er keine Lösung und die Lage nach dem Kriege ist unsicher. Besser ist also, jetzt zum Schluß zu kommen und zwar auf dem Boden eines Kompromisses. Widerstände werden sich, namentlich, wenn die vorstehend unter 1, 4, 5 und 6 angegebenen Maßnahmen gleichzeitig ergriffen werden, sicherlich nicht ergeben.[35])

Was ist zu tun.

Es bleibt nun die letzte Frage, wer soll diese Maßregeln ergreifen. Meines Erachtens hilft gar nichts weiter, als wie den Reichskanzler bezw. das preußische Staatsministerium zu befragen, ob es gewillt ist, diesen Weg zu gehen und diejenigen Männer, die sich zu schwach dazu fühlen oder die Verantwortung nicht tragen können, von ihren Ämtern wegzunehmen.[36]) Erspart bleibt uns der Kampf nicht. Er ist aber jetzt noch[8]) verhältnismäßig leicht durchzufechten.[37]) Weichen wir ihm jetzt aus, so ist erstens der Ausgang des Krieges in Frage gestellt, und das hieße Deutschlands Untergang. Außerdem würden aber im geschlagenen Deutsch-

[34]) Vgl. hierzu Nr. 456 und 467.

[35]) Am 24. 8. 1918 schrieb L. Müller v. Hausen (vgl. Nr. 449, Anm. 3) an Bauer: „Ich teile durchaus nicht die Ansicht von Fleischer [mit Tintenstift unterstrichen], daß wir durch einen gewaltsamen Umsturz hindurch müssen, glaube vielmehr, daß die Arbeiterbewegungen sich durchaus wörtlich einschränken und zum Stillstand bringen lassen, wenn rechtzeitig und entschlossen eingegriffen wird."

[36]) Vgl. hierzu die Aufzeichnung des Obersten v. Haeften vom 30. 6. 1918 über Ludendorffs Auffassung über die Ziele der deutschen Politik (Nachlaß Haeften, Nr. 10). Als wichtigstes Erfordernis wird darin die Herstellung der Einheit zwischen der Reichs- und Heeresleitung hinsichtlich der politischen Ziele hervorgehoben. Bezüglich der inneren Verhältnisse heißt es: „Gegenüber der Vielgestaltigkeit und Uneinheitlichkeit der Ziele, der Wünsche und des Wollens der politischen Parteien im Reichstage und der öffentlichen Meinung in der Presse würde ein fester, führender politischer Wille unbedingt Führung und Macht an sich reißen. Ihm würden auch die opponierenden politischen Parteien des Reichstages, wenn auch vielleicht anfangs unter Kämpfen, doch schließlich sich beugen. Heute kann mit Recht die Reichstagsmehrheit die Reichsleitung gegen die Oberste Heeresleitung und können die rechtsstehenden Parteien (Vaterlandspartei) die O.H.L. gegen die Reichsleitung ausspielen."

[37]) Die vorangehenden zwei Sätze sind in der Vorlage mit Bleistift unterstrichen.

land derartige innere Zustände einreißen, wie sie in Rußland zurzeit herrschen. Also gilt es jetzt zu wählen.[38]) Die Wahl kann nicht schwer sein.[39])

[38]) Die vorangehenden drei Worte sind in der Vorlage mit Bleistift unterstrichen.

[39]) Während und nach der Kühlmann-Krise ist der Gedanke einer Übernahme der Regierungsgeschäfte durch Ludendorff bzw. durch einen General mehrfach erörtert worden. Vgl. vor allem Thaer, S. 211 (Eintragung vom 30. 6. 1918); Rupprecht, Bd. 2, S. 420; sowie Hoffmann, Bd. 1, S. 201 (Brief vom 20. 7. 1918). In einem Brief vom 30. 6. 1918 schrieb Groener an seine Frau (Nachlaß Groener, Nr. 32): „Mag nun ein neuer Staatssekretär kommen mit diesem oder jenem Namen, das bleibt einerlei, denn es liegt viel weniger an der Person als am ganzen System. *Die* Politik, die Ludendorff haben will, kann er nur *selbst* machen, er muß also einen Strohmann an die Stelle setzen. [. . .] Neuerdings spricht man wieder davon, Hindenburg zum Reichskanzler zu machen, was ich dem alten Herrn nicht wünsche." Dr. C. Röchling empfahl in einem Brief vom 23. 7. 1918 an den Abgeordneten Schifferer (Nachlaß Bauer, Nr. 13) Tirpitz als den geeigneten Nachfolger Hertlings. Vgl. in diesem Zusammenhang auch Quellen I/1, Bd. 2, Nr. 188, S. 377. Der Kandidat des Chefs des Zivilkabinetts scheint, zumindest zeitweise, der Generalgouverneur von Belgien, Generaloberst v. Falkenhausen, gewesen zu sein. In seinen Erinnerungen heißt es hierzu: „Mein Sohn, der zum Reichskommissar für Ober-Ost in Berlin ernannt worden war, hatte dort Anfang Juli bei Gelegenheit der Krisis Kühlmann–Hertling Exzellenz v. Berg gesprochen. Dieser hat ihm vertraulich gesagt, daß er für den Fall eines aus verschiedenen Gründen möglichen Rücktritts Hertlings, den Berg für nötig hielt, mich für dessen geeigneten Nachfolger hielte; der Kaiser wäre auch dieser Ansicht. Berg wollte demnächst mit mir selber darüber sprechen. [. . .] Die von Berg in Aussicht gestellte Verhandlung über die Übernahme des Reichskanzlerpostens erfolgte dann Ende Juli in die durch die Ereignisse an der Front, nach dem 18. Juli, verschärfte Lage hinein. Der Chef des Zivilkabinetts war am 28. Juli abends bei mir, brachte mir herzliche Grüße vom Kaiser und berührte sogleich das zu erwartende Thema. Ich sagte ihm meine oben angeführte Auffassung und konnte schließlich nach längerem eingehenden Gespräch nicht anders als zustimmen, wenn es unbedingt nötig wäre, was für den Fall eines bald notwendig werdenden Wechsels in Aussicht gestellt wurde. Ich verhehlte ihm nicht, daß ich schon früher Grund gehabt hätte, mich mit der Möglichkeit, auf den Kanzlerposten berufen zu werden, zu beschäftigen und dabei die für mich als General in besonderem Maße entstehenden Schwierigkeiten zu erwägen. Die Lage wäre jetzt wohl noch erheblich schwieriger als früher geworden, wobei ich den zeitigen kriegerischen Mißerfolg im Westen nicht zu hoch einschätzen und mich von einer schwächlichen pessimistischen Auffassung, die mein Handeln niemals beengt hätte, gänzlich fernhalten wollte. Aber es wäre klar, daß bei den jetzigen innerpolitischen Zuständen ein Handeln auf parlamentarischer Grundlage kaum möglich oder von Dauer sein könnte. Den Versuch dazu würde ich jedenfalls machen; ich stünde den parlamentarischen Verhältnissen und ihrer Behandlung auf Grund meiner früheren Tätigkeit im Kriegsministerium nicht ganz fern und hätte auch jetzt einige Fühlung damit behalten. Es würde sich also voraussichtlich gleich oder bald die Notwendigkeit herausstellen, Gewaltmaßnahmen anzuwenden: Auflösung des Reichstages, möglichst unter Vermeidung oder doch Hinausschieben der sehr bedenklichen und schwierigen Neuwahlen, scharfes Vorgehen gegen die zersetzenden Bestrebungen der Linksradikalen, schließlich Anwendung militärischer Gewalt. Zu letzterer müßte ich mich der Haltung der Truppen, besonders derjenigen in der Reichshauptstadt, versichern. Zweifel in dieser Beziehung dürften nicht aufkommen und wären zu beseitigen, auch in bezug auf die Geeignetheit der maßgebenden Führer für die schwierige Lage. Ich führte das alles an, nicht um die vorhandenen Schwierigkeiten besonders hervorzuheben, sondern um ihnen klar und fest ins Auge zu sehen und keine Illusionen aufkommen zu lassen. Ich würde zu den schärfsten Mitteln erst greifen, wenn mit anderen nicht auszukommen wäre, aber ich müßte unter allen Umständen das Heft in der Hand behalten und dürfte vor nichts zurückschrecken. Selbst nicht vor großen Streiks und Aufständen, in die auch schlimmstenfalls Teile des Feldheeres eingreifen müßten. Ich hoffe, daß, wenn ich berufen würde, mir die Einsicht und der feste Wille gegeben wäre, das schwere Amt zu führen. Ich wollte, wie ich mich zum Schluß ausdrückte, wenn es notwendig wäre, ‚in die Bresche springen!'— Berg stimmte mir in allem zu, unsere Ansichten gingen wie immer zusammen. Er sprach so-

gar die Absicht aus, den zuletzt bei der Ernennung der Reichskanzler eingeschlagenen parlamentarischen Weg zu verlassen und einfach zu mir nach Brüssel zu kommen und mir die Ernennung zum Reichskanzler zu überbringen. Ich nahm diese Absicht vorläufig stillschweigend hin und behielt mir vor, diese eintretendenfalls noch auf ihre Notwendigkeit und Geeignetheit zu erwägen. Damit hätte sich die Lage innerpolitisch sofort erheblich zugespitzt und die Diktatur wäre nahe gerückt. Meine obige Äußerung zum Schluß meiner Ausführungen hatte die Lage also richtig gekennzeichnet. Daß der Kaiser, zu dem ich in der nächsten Woche nach Spa kommen sollte, mit unserer Auffassung der Lage einverstanden war, konnte ich nach der Sendung von Berg an mich annehmen. Ebenso konnte ich auf die Unterstützung der Obersten Heeresleitung rechnen, die schon lange unter der schwächlichen Zügelführung der Staatsgewalt zu leiden hatte."
Am 3. 8. 1918 war Falkenhausen vom Kaiser nach Spa eingeladen worden, doch zu einer Unterredung mit dem Kaiser über die Übernahme des Reichskanzlerpostens kam es nicht, obwohl Berg an seinem Plan nach wie vor festzuhalten schien. Falkenhausen hatte den Eindruck, daß der Kaiser an Hertling festhalten wolle, da dieser die Kühlmann-Krise zu seiner Zufriedenheit gelöst hatte. Vgl. Nachlaß Falkenhausen, Nr. 2.

465.

Auszüge aus den Aufzeichnungen aus der Pressebesprechung.[1]) Kritik an der offiziellen Darstellung der militärischen Lage, Erörterungen über die Rückwirkung politischer Ereignisse auf die Truppe.[2])

13. 8. 1918, Nr. 401, Vertraulich! — BHStA IV München MKr, 14026, vervielfältigtes Exemplar.[3])

[. . .][4])

K.Pr.A. II: Ich möchte daher aus diesem Anlaß die dringende Bitte an die Herren richten, in Ihrem Urteil Zurückhaltung zu üben. Selbstverständlich bin ich stets gern bereit, den Herren Rede und Antwort zu stehen, wenn Ihnen die Folgerichtigkeit meiner Ausführungen nicht einleuchtet. Ich möchte aber die dringende Bitte aussprechen, nicht in der Art und Weise, wie es Herr Dr. Pietsch in der vorigen Pressebesprechung getan hat, Kritik zu üben, die, wie ich schon vorhin äußerte, das gegenseitige Vertrauen unbedingt erschüttern muß.[5]) Dies

[1]) Vgl. Nr. 417, Anm. 1 und 4.

[2]) Vgl. hierzu auch Nr. 463.

[3]) Die zahlreichen Unterstreichungen bzw. sonstigen Hervorhebungen, mit denen die Referenten im bayer. Kriegsministerium die Vorlage versehen haben, werden nicht vermerkt.

[4]) Die Pressebesprechung wurde eröffnet durch Mitteilungen verschiedener Behörden, u. a. des Admiralstabes. Sodann nahm der Chef des Kriegspresseamts, Major Würz, Stellung zu der Kritik, die in der Pressebesprechung vom 9. 8. 1918 an der Informationspolitik der Militärbehörden geübt worden war.

[5]) Dr. Pietsch, der Korrespondent der „Schlesischen Zeitung", hatte in der Besprechung am 9. 8. 1918 u. a. ausgeführt: „Zu dem System des Verschweigens und Beschönigens: Ich habe nichts gegen das Beschönigen, wenn es geschickt und zweckmäßig geschieht. Die Zeitung ist nicht da, um Geschichte zu schreiben, sondern um Geschichte zu machen. Es handelt sich nicht darum, alle Wahrheit zu sagen; was man ohne Schaden verschweigen kann, soll man verschweigen oder beschönigen, sofern dies geschickt und erfolgversprechend geschieht. Aber die Praxis der letzten Zeit hat auf die Stimmung der großen Masse der Bevölkerung, nicht etwa der großstädtischen, sondern der kleinen Leute auf dem Lande, die denkbar schlechteste Wir-

gilt ganz besonders für die augenblickliche Lage, in der nur das unbedingte Vertrauen von Heimat und Volk zu Heer, Führern und Oberster Heeresleitung uns die Gewähr bietet, daß wir auch diesen Ansturm des Gegners siegreich bewältigen werden.

Ich möchte die Herren daran erinnern, daß ich schon lange vor Beginn der diesjährigen Offensive immer wieder darauf hingewiesen habe, daß wir keinen ungehinderten Siegeslauf bei unseren Kämpfen im Westen erwarten dürften, daß vielmehr ernste und schwere Kämpfe bevorstünden, in deren Verlauf Schwankungen unvermeidlich seien.[6]) Ich rufe den Herren die dunklen Zeiten und kritischen Lagen ins Gedächtnis zurück, die wir im Laufe dieses nun vierjährigen Feldzuges siegreich überwunden haben. Das Stocken unserer Offensive im Herbst 1914 an der Marne und der Einfall der Russen im Osten, die italienische Kriegserklärung im Frühjahr 1915, die große Brussilowsche Offensive im Frühjahr 1916, gleichzeitig die starken Durchbruchsversuche der Entente im Westen und der Zwang, die österreichische Offensive gegen Italien einzustellen, weiterhin im Spätsommer 1916 das erneute Vordringen der Russen in Galizien und in der Bukowina, die Somme-Offensive und damit zusammentreffend die rumänische Kriegserklärung — meine Herren, das sind wahrlich alles überaus kritische Lagen gewesen, die wir dennoch alle siegreich überwunden haben, und mit denen sich unsere augenblickliche Lage überhaupt nicht vergleichen läßt! So günstig stehen wir also jetzt da! Ist es da nicht völlig unverständlich und durch nichts gerechtfertigt, daß wir bei dieser ersten, nicht unerwarteten und unsere günstige strategische Lage kaum beeinflussenden Schwankung des großen Kampfes die Köpfe hängen lassen und einen Pessimismus an den Tag legen, der nur bei unseren Gegnern berechtigt wäre![7]) Die Stimmung in der Heimat, meine Herren, wirkt unvermeidlich auf die Stimmung der Truppe an der Front nach. Pessimismus und Schwäche in der Heimat lähmt auch den Soldaten an der Front die Kampfeslust und den Siegeswillen. Es ist nicht nur Ihr Recht, sondern auch Ihre Pflicht, meine Herren, auf den Ernst und die Schwere des Kampfes, in dem wir noch

---

kung ausgeübt. Ich wiederhole da ein Wort, das mir dieser Tage die Postagentin meiner Heimat, eine gebildete Frau, Witwe eines Lehrers, sagte: ‚Glauben Sie mir, hier bei uns auf dem Lande glaubt auch der einfachste Mann aus dem Volke der Obersten Heeresleitung in ihren Berichten und Darstellungen und Vertröstungen kein Wort mehr‘.“

[6]) Vgl. hierzu Nr. 463, Anm. 3.

[7]) Vgl. hierzu Hoffmann, Bd. 1, S. 205. Hoffmann hielt am 19. 8. 1918 die Lage im Westen für vollkommen gesichert. Vgl. dagegen Gallwitz, S. 344. In der Hauptvorstandssitzung des Vereins Deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller am 2. 9. 1918 (BA Koblenz R 13 I, Nr. 155) erklärte der Generaldirektor der Pulverfabrik Troisdorf der Rheinisch-Westfälischen Sprengstoff-AG, Müller, daß „zu Bedenken irgendwelcher Art [. . .] nicht die geringste Veranlassung“ vorliege. „Ich habe persönlich die feste Überzeugung, daß das jetzige Zurückgehen unserer Armeen ein taktisches Manöver unserer Obersten Heeresleitung war, daß sie damit wohl das Richtige getan hat und wir auch wohl vertrauen können, daß es nicht von bösen Folgen für uns sein wird.“ Vgl. hierzu auch die „Merkblätter“ der Auslandsabteilung der OHL (Ohla) für die Propaganda im In- und Ausland (MGFA MA/Adm, Nr. 2416, P 26, Bd. 1). Überschriften der Merkblätter vom 20. 7. 1918 (Nr. 97): „Der vereitelte französische Durchbruch“, vom 22. 7. 1918 (Nr. 98): „Fochs Ringen um die Entscheidung“, vom 29. 7. 1918 (Nr. 100): „Fochs Mißerfolg“, vom 26. 8. 1918 (Nr. 104): „Die Alliierten werden von Tag zu Tag finanziell und wirtschaftlich abhängiger von Amerika“.

stehen und dessen Ende wir noch nicht absehen, immer wieder mit aller Bestimmtheit hinzuweisen. Es wäre aber ein großer Fehler, hierbei Kleinmut zu zeigen an Stelle des festen Willens zum entscheidenden Endkampf und an Stelle der unerschütterlichen Zuversicht, des festen Vertrauens in seinen glücklichen Ausgang. Meine Herren! Wir müssen uns hierin unsere Gegner, besonders Frankreich, zum Vorbild nehmen, das, aus tausend Wunden blutend, stolz den Kopf hoch trägt gleich einem Sieger. Tatsächlich sind wir aber in diesem Weltringen die Sieger geblieben und jene die Besiegten. Dieses Schicksal wird sich nicht mehr wenden, wenn wir einig, willensstark und entschlossen den Sieg behaupten wollen.

[. . .][8])

Pr. **Pietsch** (Schlesische Zeitung): Meine Äußerungen waren vollkommen improvisiert auf Grund sehr betrübender Eindrücke, die ich in der Heimat und namentlich in dem ländlichen, sehr gutmütigen Teil der Bevölkerung in bezug auf die Wirkung der bisherigen Praxis der Belehrung der Bevölkerung gewonnen habe.[9]) Ich muß hervorheben, daß mir Herren, und zwar sicherlich nicht von mir allein ganz besonders hochgeschätzte militärische Mitglieder an den Pressetischen ihre Zustimmung über die Art dieser Wirkung geäußert haben. Einer der Herren zeigte mir eine offene Postkarte aus dem Leserkreise, die sich in bezug auf die Zweckmäßigkeit der bisherigen Praxis[10]) viel schärfer aussprach, als ich es getan habe.

[8]) Major Würz verlas im Anschluß hieran den Heeresbericht. Bei der Kommentierung des Heeresberichtes sprach der Vertreter des Kriegspresseamts zwar von Anfangserfolgen der alliierten Offensive, erklärte aber im übrigen, daß die weit ausgreifenden Pläne der Gegner „gescheitert" seien. Daraufhin verwahrte sich Dr. Pietsch gegen den Vorwurf, durch seine Kritik dem Kleinmut Vorschub geleistet zu haben.

[9]) In dem Bericht des stellv. Generalkommandos des XIV. AK an das preuß. Kriegsministerium für den Monat August 1918 (GLA Karlsruhe Abt. 236, Nr. 23079) heißt es hierzu: „Wenig die Psychologie der Heimatbevölkerung beachtend sind die *offiziösen Beiberichte zu dem Heerestagesbericht*. Wenn diese Berichte fast regelmäßig sich bemühen, die im Tagesbericht mit nackten Worten mitgeteilten militärischen — wenn auch nur taktischen — Mißerfolge im rosigen strategischen Licht erscheinen zu lassen, so untergräbt dieser damit zum Ausdruck gebrachte Mangel an Vertrauen zur eigenen Einsicht der Leser geradezu die feste Zuversicht in unsere militärische Leistungsfähigkeit und die Glaubwürdigkeit des Heerestagesberichtes. — Es würde der psychologischen Verfassung der Heimat eher entsprechen, wenn derartige vorübergehende militärische Mißerfolge entweder ungeschminkt zugegeben oder nur mit Einschränkung im Tagesbericht veröffentlicht werden. Werden sie aber einmal im Tagesbericht bekannt gegeben, dann sollte auch jedes schmückende Beiwerk beiseite gelassen werden und auf keinen Fall die Absicht des Beruhigenwollens so deutlich erkennbar hervortreten dürfen, wie es in der letzten Zeit wiederholt zu beobachten war." Vgl. hierzu WUA, Bd. 2, S. 328 und 434 ff.; Bd. 6, S. 210 f.; sowie Einem, S. 421 ff. (Eintragungen vom 5., 12. und 16. 8. 1918). Der für die Kommentierung der Heeresberichte verantwortliche Hauptmann i. G. Zimmermann schrieb am 23. 9. 1918 (HStA Stuttgart WKM, Abt. II, Bd. 60): „Wenn auch die augenblickliche Gesamtlage an unseren Fronten, trotz der nicht zu unterschätzenden Erfolge unserer Gegner an der Westfront und der neuerlichen Erfolge der einheitlichen Angriffe der Entente-Truppen in Mazedonien und Palästina, in keiner Weise Veranlassung gibt zu einer *pessimistischen* Beurteilung, so dürfen wir auf der anderen Seite auch in keiner Weise mehr schönfärben und dadurch unseren Leserkreis über den Ernst der Lage hinwegtäuschen." Vgl. auch Nr. 366 bis 368, Nr. 463, Anm. 3, und Nr. 469.

[10]) In einem Zensurtelegramm vom 19. 8. 1918 (MGFA MA/RMA, Nr. 2356, XVII.1.5.11, Bd. 5) sprach die OHL der Presse ihre Anerkennung „für die schnelle und richtige Darstellung" der Abwehrschlacht aus, wandte sich jedoch gleichzeitig gegen die Voraussage einer neuen deut-

Was ich sachlich in bezug auf die Wirkung dieser Praxis geäußert habe, halte ich vollkommen aufrecht, und ich werde mir gestatten, Herrn Major Würz schriftlich eingehend über meine Erfahrungen auf diesem Gebiet zu berichten. Wenn ich in der Form gefehlt habe, so bitte ich Herrn Major Würz herzlichst um Entschuldigung, und es würde mir sehr leid tun, wenn er mir schlimme Absichten oder dergleichen zutrauen sollte. Selbstredend habe ich nur unter dem für mich sehr niederdrückenden Eindruck gesprochen, den die Stimmung, die ich draußen fand, bei mir erweckt hat.

[. . .][11])

Pr. **Wiesner** (Frankfurter Zeitung): Herr Major Würz hat in der letzten Pressebesprechung in aller Offenheit über die Vorgänge zwischen Ancre und Avre berichtet und gesagt, wir sollten zugeben, daß wir eine Schlappe erlitten hätten, die aber wieder wett gemacht werden würde.[12]) Die Art können wir durchaus begrüßen, und wir haben keine Veranlassung, uns zu beklagen, daß wir über den wahren Sachverhalt nicht unterrichtet worden wären. Herr Major Würz hat in diesen Ausführungen unter anderem gesagt, es stehe noch nicht fest, welche Umstände zu der Schlappe geführt hätten.[13]) Das ist durchaus begreiflich. Herr

schen Offensive. Am 21. 8. 1918 unterrichtete das Kriegspresseamt eine Anzahl Militärschriftsteller, daß „neue französische Angriffe nördlich der Aisne vollständig unsern Absichten entsprechen und daß die Art unserer Abwehr sich voll bewährt habe"; vgl. das Telegramm der Oberzensurstelle vom 21. 8. 1918 (MGFA MA/Adm, Nr. 2413, P 18, Bd. 6).

[11]) Nach einer Replik des Majors Würz stellte der Vertreter der „Deutschen Zeitung", Zimmermann, bohrende Fragen über die Ursache der Niederlage vom 8. 8. 1918, wobei offensichtlich die Gerüchte über ein Versagen der deutschen Truppen eine große Rolle spielten.

[12]) „Es muß aber zugegeben werden, daß die Schlappe südlich der Somme durch die Zahl der Gefangenen und Geschütze, die wir verloren haben werden, empfindlich ist. Während dies selbstverständlich auch in der Presse zugegeben werden muß, darf der Erfolg der starken Tankgeschwader zweckmäßig nicht zu sehr betont werden." (Pressebesprechung vom 9. 8. 1918).

[13]) Vgl. hierzu die von Haeften in seinen „Erinnerungen" (Nachlaß Haeften, Nr. 5) wiedergegebene Einschätzung der Niederlage durch Ludendorff in der Nacht zum 13. 8. 1918: „Aber trotzdem habe der 8. August die ganze Westfront und darüber hinaus die unserer Verbündeten erschüttert. Der Glaube an unseren Sieg, der schon durch das Mißlingen unserer Offensive am 15. Juli ins Wanken gekommen sei, drohe endgültig verloren zu gehen. Nur die Hoffnung auf unseren Enderfolg habe bisher den Vierbund zusammengehalten. Die Ursachen zu der Niederlage vom 8. August lägen tiefer. Der Geist der Truppe habe zum ersten Mal versagt, jedenfalls bei den erwähnten kampfkräftigen, völlig ausgeruhten Divisionen der 2. Armee. Die hohen Gefangenenzahlen auf deutscher Seite seien ein Beweis für die schlechte Haltung einiger Divisionen.
Eine zuverlässige Truppe könne unmöglich selbst bei dem Stande der heutigen Technik so vollkommen überrannt werden, um so weniger als in Erwartung des englischen Angriffs die Truppe auf ihn in jeder Weise vorbereitet gewesen sei. Selbst die Truppen einer zurückgehenden *Garde*-Division hätten einer aus Württembergern bestehenden zu Hilfe kommenden Eingreifdivision zugerufen: ‚Streikbrecher!' und ‚Kriegsverlängerer!'. Das sei ein böses Zeichen. Die Grundlage aller seiner militärischen Maßnahmen, das Vertrauen zur Zuverlässigkeit der Truppe und damit zum Enderfolg der deutschen Waffen, sei damit erschüttert. ‚In diesen furchtbarsten Tagen seines Lebens', so schloß er, ‚wo ihm der Boden unter den Füßen schwanke, habe er einen festen inneren Halt an der Ruhe und dem unerschütterlichen Gottvertrauen des Feldmarschalls gehabt. Ohne den Feldmarschall und sein Gottvertrauen, an dem er sich innerlich aufgerichtet habe, wäre er über diese schweren Tage nicht hinweggekommen'." Vgl.

Major Würz konnte darüber noch nicht unterrichtet sein, denn an der Front in der Abwehrschlacht gab es gewiß ganz andere Dinge zu tun, als nach diesen Umständen zu suchen. Aber aus diesen Worten hat ein Teil der Presse besondere Schlüsse gezogen und geschrieben, für diesen Mißerfolg seien die Reden vom Bundesratstisch, insbesondere die Rede des früheren Staatssekretärs von Kühlmann[14]) verantwortlich. In dieser Behauptung steckt eine schwere Kränkung unserer Truppen. Wir dürfen die Truppen nicht so einschätzen, wie wenn sie absichtlich das Vaterland im Stich ließen[15]); das traue ich keinem unserer Soldaten zu, und daß sie eine solche Kränkung auch nicht verdienen, dafür sprechen die vier Kriegsjahre. Ich möchte daher eine Erklärung darüber herbeiführen, ob die O.H.L. diese Auslegungen in einigen Zeitungen billigen kann, oder ob sie, wie ich, der Auffassung ist, daß darin eine schwere Kränkung unserer Truppen zu erblicken ist.

K.Pr.A. II: Ich werde diese Anregung weitergeben, möchte aber schon jetzt ganz allgemein nochmals darauf hinweisen, was ich in meinen ersten Ausführungen gesagt habe, daß nämlich die Rückwirkung der Stimmung in der Heimat auf die Stimmung an der Front sehr viel größer und intensiver ist, als man sich das hier in der Heimat gemeinhin vorstellt. Gerade diesen Gesichtspunkt müssen wir uns zukünftig viel mehr vor Augen halten, als es bisher geschehen ist. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn ich betone: Es ist doch in vielen Dingen — ich spreche nicht von der Rede v. Kühlmann, sondern von Dingen, die auf ganz anderen Gebieten liegen — hier in der Heimat und auch in der Presse nach allen Regeln der Kunst mit der Stimmung der Truppe an der Front geaast worden. Darüber dürfen wir uns nichts weismachen. Das geht aus vielen Zuschriften von der Front ganz klar hervor, die auch wohl die Redaktionen bekommen haben werden. So viel möchte ich jetzt allgemein über diese Frage sagen. Inwieweit ich mich im Einzelnen darüber werde äußern können, das muß ich selbstredend vorher mit der Obersten Heeresleitung besprechen.

Pr. **Heilmann** (Vorwärts): Natürlich hätte es viel näher gelegen, von unserem politischen Standpunkt aus zu sagen, daß die wiederholte Ablehnung des gleichen Wahlrechts die Stimmung bei der Truppe verdorben hat. Diese Tatsache hat auf eine sehr viel größere Zahl von Soldaten zweifellos mehr Eindruck gemacht als das Eintagsereignis der Kühlmann-Rede. Trotzdem ist es keinem Blatte eingefallen, zu schreiben, daß die Schlappe auf die Ablehnung des Wahlrechts zurückzuführen wäre, schon deswegen nicht, weil wir darüber nichts sagen können,

---

auch Ludendorff, Kriegserinnerungen, S. 547 ff., und die ungedruckten Erinnerungen des Generals v. Eberhardt (Nachlaß Eberhardt, Nr. 15), der am 8. 8. 1918 im Gr. Hauptquartier war und über die Erregung Ludendorffs berichtet. Der Unterstaatssekretär im Reichsschatzamt, Schiffer, veranlaßte den Schwager Ludendorffs, Jahn, sich bei diesem nach der militärischen Lage zu erkundigen. Ludendorffs Auskunft lautete dem Sinne nach, daß die Situation zeitweise ernst gewesen, „jetzt aber durchaus wieder gesichert sei" (Nachlaß Schiffer, Nr. 3, Notiz vom 15. 8. 1918). Schiffer informierte auch Staatssekretär Graf Roedern über diese beruhigende Auskunft (Nachlaß Schiffer, Nr. 13).

[14]) Vgl. Nr. 459, Anm. 1 und 11.

[15]) Zu der zunehmenden Disziplinlosigkeit im Feldheer vgl. Nr. 458, Anm. 1, sowie WUA Bd. 11/I, S. 385 ff.; Volkmann, S. 313 ff.

solange wir nicht Auskunft erhalten haben, ob ein Versagen der Truppe oder andere Gründe vorliegen. Die Auskunft hierüber scheint mir jedoch notwendig zu sein, damit nicht die Stimmung des Heeres in den Mittelpunkt der politischen Erörterungen gerückt wird. Damit wäre nichts gebessert.

Pr. **Grunwald** (Volksblatt Mühlhausen): Ich halte es nicht für richtig, bestehende politische Gegensätze hier auszutragen; dazu haben wir unsere Blätter, und ein Teil der Kollegen benutzt diese mit Recht ausgiebig dazu. Ich unterstreiche aber die Auffassung des Herrn Major Würz über die Verbindung der Stimmung in der Heimat mit der an der Front. Wir kommen nicht daran vorbei, daß alle Dinge, die hier vorgehen, auch an der Front beachtet werden. So sehr wir das im Gedächtnis haben sollten, bitte ich doch Herrn Major Würz, die Vorwürfe, die er — sicher objektiv — einem Teil der Presse machen wollte, und die auch ich unterstreiche, — da ist keiner unschuldig, wir können nicht bei jeder Zeile denken, wie sie auf die Front wirkt, dazu ist nicht jeder jeden Augenblick fähig im Drange der Geschäfte, also wird ein solcher Vorwurf objektiv berechtigt erscheinen — an andere Stellen zu richten. Es ist nicht so einfach, die Presse oder eine bestimmte Richtung für diese üble Wirkung verantwortlich zu machen. Dafür sind ganz andere Faktoren verantwortlich, die außerhalb des Bereiches der Presse und der militärischen Stellen liegen. Ich sehe einen großen Schaden hinsichtlich der Frontstimmung nicht in der Rede eines Abgeordneten oder eines Staatssekretärs, sondern in der Art, wie wir in den letzten Jahren in den Parlamenten Politik gemacht haben. Das trifft nicht *eine* Partei, sondern alle. In keinem anderen Lande sehen wir eine solche parlamentarische Behandlung wichtigster interner Dinge, wie in Deutschland. Das liegt an der Tradition. Wir sind noch kein Volk, das für Weltpolitik in diesem kritischen Zeitpunkt reif ist, wir kranken an der Zersplitterung und an der Unfähigkeit, Politik zu machen. Der Hauptschaden für die schädliche Rückwirkung auf die Frontstimmung liegt nicht in dieser oder jener Äußerung der Presse oder politisch oder militärisch höher Gestellter, sondern vor allem — was ich auch unterstreichen möchte — in den Vorgängen im preußischen Abgeordnetenhause. Ich stelle fest: Von zwei sehr tüchtigen Hauptleuten aus der Sommeschlacht ist mir wörtlich gesagt worden, ganze Kompagnien hätten in Zusammenkünften erklärt, sie wüßten nicht, für wen in der Heimat sie sich schlagen sollten, wenn das gleiche Wahlrecht ihnen vorenthalten würde. Zugleich haben Hauptleute wie Truppe erklärt, trotzdem täten sie ihre Pflicht. Und sie haben sie getan, wie auch Herr Major Würz anerkannt hat. Wir sollten deshalb alle, jeder an seinem Teil, wo er immer kann, darauf bedacht bleiben, nichts zu tun, was diese üble Wirkung an die Front tragen könnte.

Pr. **Wiesner** (Frankfurter Zeitung): Es war nicht meine Absicht, eine politische Erörterung zu entfesseln, sonst hätte ich die Gründe anführen müssen, die uns von einzelnen Soldaten mitgeteilt worden sind. Dann hätte ich auch sagen müssen, daß auf einzelne Soldaten die Entlassung vonKühlmann so gewirkt hat, wie nach Angabe anderer die Rede selbst auf sie gewirkt hat. Darüber können wir keine objektive Untersuchung anstellen; das sind einzelne Stimmungsmomente, die uns von diesem oder jenem zugetragen werden, und sie geben kein objektives

Bild. Was ich wollte, war, verhindern, daß die Oberste Heeresleitung, wie es in dem Artikel, den ich im Auge habe, geschehen ist, damit belastet wird, daß sie sich angeblich für diesen Mißerfolg draußen zu entschuldigen versucht hätte mit der Wirkung der Rede des Herrn v. Kühlmann. Wenn man dahin käme, dann könnten wir erleben, daß in der Tat das große Vertrauen, das die Oberste Heeresleitung bei allen Parteien genießt, untergraben werden könnte, infolge der politischen Auswertung von seiten bestimmter Gruppen in Deutschland.

[. . .][16])

[16]) In der Folge wandten sich die Vertreter der rechtsgerichteten Presse (Rheinisch-Westfälische Zeitung, Berliner Lokalanzeiger, Deutsche Zeitung) gegen die politischen Erörterungen im Rahmen der Pressebesprechung, darauf folgten Mitteilungen des Auswärtigen Amts. Major Würz unterrichtete am Tage nach dieser Pressekonferenz den Pressechef beim Reichskanzler über den Verfall der „Volksstimmung", vgl. Koszyk, S. 49 f.

466.

Schreiben der Generalkommission der Gewerkschaften an den Chef des Kriegsamts[1]) über die gewerkschaftsfeindlichen Maßnahmen des stellv. Generalkommandos des VI. AK.

19. 8. 1918, Nr. 1738/18. — Nachlaß Bauer, Nr. 13, Durchschrift.[2])

Euer Hochwohlgeboren übermitteln wir ergebenst beiliegend einen Bericht über die Ursachen und den Verlauf der Bergarbeiterstreiks in Oberschlesien im Juni-Juli 1918, der uns von den gewerkschaftlichen Funktionären im oberschlesischen Industriegebiet zugesandt worden ist.[3]) Nach unserer Kenntnis der Personen der Berichterstatter ist an der Richtigkeit der Darstellungen nicht zu zweifeln.

Aus dem Bericht geht hervor, daß die gegen den Willen der gewerkschaftlichen Organisationen in Oberschlesien ausgebrochenen Streiks im wesentlichen auf die Maßnahmen des Stellvertretenden Generalkommandos des VI. Armeekorps zurückzuführen sind, gegen die wir wiederholt sowohl bei Euer Hochwohlgeboren als auch den anderen in Frage kommenden Reichsstellen Einspruch erhoben haben. Auch im Reichstage sind in aller Öffentlichkeit diese Maßnahmen kritisiert

[1]) Aus einem, am 14. 9. 1918 an Oberst Bauer gerichteten Brief Legiens (Nachlaß Bauer, Nr. 13) geht hervor, daß das vorliegende Schreiben auch an den Reichskanzler, den preuß. Kriegsminister und den Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts gesandt worden ist.

[2]) Die Durchschrift ist von Legien eigenhändig unterzeichnet.

[3]) In dem siebenseitigen Bericht wird hervorgehoben, daß die Forderung des Achtstundentages für sämtliche oberschlesischen Gruben und Hütten nicht von den freien Gewerkschaften, sondern schon im Februar 1918 von dem Verband der katholischen Arbeitervereine erhoben worden war. Der Ausbruch des Streiks am 26. 6. 1918 wird auf die Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung und auf die Unterbindung jeder gewerkschaftlichen Versammlungstätigkeit durch das stellv. Generalkommando des VI. AK zurückgeführt. — Zur Situation in Oberschlesien vgl. Feldman, S. 507 ff., Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 3, S. 360 ff., sowie Dokumente und Materialien II/2, Nr. 69, S. 178.

worden.[4]) Die Beschwerden wurden als berechtigt anerkannt und Abhilfe in Aussicht gestellt, die jedoch nicht eingetreten ist. Das Stellvertretende Generalkommando des VI. Armeekorps hat neuerdings eine Verfügung erlassen, nach der eine Versammlung nicht mehr wie bisher sechs Tage vor ihrem Stattfinden angemeldet und um die Genehmigung nachgesucht werden muß.[5]) Anscheinend ist diese Verfügung eine Besserung des bisherigen Zustandes. Sie ist jedoch ohne jede praktische Wirkung, denn es besteht nach wie vor die Verfügung des Stellvertretenden Generalkommandos, daß von dem Stattfinden einer Versammlung, sei es durch besondere Einladungszettel, sei es durch Veröffentlichung in der Presse oder mündlich nichts bekannt gegeben werden darf, bevor die Genehmigung des Stellvertretenden Generalkommandos zum Abhalten der Versammlung vorgelegt werden kann. Infolgedessen ist die neuerliche Verfügung nicht eine Erleichterung, sondern eine Erschwerung für die Einberufung der Versammlungen, da nunmehr das Stellvertretende Generalkommando es in der Hand hat, die Frist für die Genehmigung nach Belieben auszudehnen.[6]) Bei der Stimmung, die in der oberschlesischen Arbeiterschaft infolge der unzureichenden Ernährung und des zum Teil sehr eigenartigen Vorgehens der Bergwerksbesitzer vorhanden ist, müssen Versammlungen, die sich zur Beilegung eines drohenden Konfliktes notwendig machen, unverzüglich einberufen werden können. Es dürfen nicht 10, 12 oder mehr Tage vergehen, ehe nach Eintreffen der Genehmigung die Versammlung stattfinden kann. Die Gefahr neuer Konflikte besteht infolge dieses eigenartigen Verfahrens des Stellvertretenden Generalkommandos des VI. Armeekorps nach wie vor.

Der überwiegende Teil der oberschlesischen Arbeiterschaft ist der deutschen Sprache nicht mächtig. Infolgedessen ist es erforderlich, in ihrer Muttersprache (der polnischen) mit ihr zu verhandeln und die behördlichen Anordnungen und die Vorgänge im Wirtschaftsleben, über die sie unterrichtet sein muß, ihr in dieser Sprache zu übermitteln. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat deshalb bereits seit dem Jahre 1900 eine in polnischer Sprache erscheinende Gewerkschaftszeitung, die „Oswiata" herausgegeben. Bei Kriegsausbruch mußte das Erscheinen des Blattes eingestellt werden. Es ergab sich jedoch nach kurzer Zeit, gerade mit Rücksicht auf die Kriegsverhältnisse, die Notwendigkeit, das Blatt wieder herauszugeben. Sein Redakteur ist Herr Caspari in Kattowitz, der schon seit vielen Jahren im Dienste der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands steht. Er ist uns als ein ruhiger, durchaus nicht polnisch-nationalistisch angekränkelter Mann bekannt. Deshalb ist die Behauptung, daß in der „Oswiata" Artikel veröffentlicht worden sind, die geeignet waren, Mißstimmung in der polnisch-sprechenden Bevölkerung hervorzurufen, durchaus unzutreffend. Auf unser Ersuchen an das Kgl. Preußische Kriegsministerium und im weiteren Verlaufe der Sache an das Kriegsamt, uns die Nummern der

[4]) Insbesondere von dem sozialdemokratischen Abgeordneten G. Bauer in seiner Rede vom 4. 6. 1918, Sten. Berichte, Bd. 312, S. 5170 ff. Vgl. auch Sten. Berichte, Bd. 312, S. 5347 ff., sowie Bd. 313, S. 5783 ff.

[5]) Vgl. hierzu Nr. 390, Anlage.

[6]) In der Vorlage ist der vorangehende Satz von Bauer durch einen Strich am Seitenrand hervorgehoben und mit der Marginalie: „Ja" versehen worden.

„Oswiata" zu nennen, in denen solche Artikel gestanden haben, ist bisher eine Mitteilung nicht erfolgt, obgleich fünf Monate darüber vergangen sind. Statt dessen hat das Stellvertretende Generalkommando des VI. Armeekorps unterm 3. Mai 1918 auf Grund des § 9 b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851[7]) und § 1 des Gesetzes betreffend Abänderung dieses Gesetzes vom 11. Dezember 1915 dem Redakteur Caspari zu Kattowitz auf die Dauer von drei Monaten das Einberufen von Versammlungen, das Halten von Vorträgen und die Bekanntmachung dieses Verbots innerhalb des Korpsbezirks verboten. Als Antwort auf die am 4. Juli 1918 an das Kriegsministerium gegen diese Anordnung eingelegte Beschwerde wurde die bisher Herrn Caspari bewilligte Freistellung vom Militärdienst zurückgezogen. Unsere Bemühungen, Caspari, der, wie durch die unseren Eingaben beigefügten ärztlichen Atteste einwandfrei nachgewiesen wurde, schwer lungenkrank ist, weiterhin vom Militärdienst freizubekommen, waren vergeblich. Caspari ist am 29. Juli zum Militärdienst eingezogen. Er hat sich, nachdem er 1½ Tage Dienst getan hat, krank melden müssen und ist am 11. August von dem Exerzierdienst befreit worden. Es handelt sich bei der Einziehung Casparis somit offenkundig nicht um eine militärische Notwendigkeit, sondern um einen Strafakt, der unserer festen Überzeugung nach auf das Betreiben bestimmter Unternehmerkreise in Oberschlesien zurückzuführen ist, die einen verhängnisvollen Einfluß auf das Stellvertretende Generalkommando des VI. Armeekorps auszuüben scheinen.[8]) Verhängnisvoll deshalb, weil derartige Maßnahmen geeignet sind, Konflikte herbeizuführen, die den ungestörten Fortgang unserer Kriegsindustrie auf das Schwerste schädigen müssen.

Da es uns nicht möglich ist, Ersatz für Caspari zur Redigierung der „Oswiata" zu erhalten, so haben wir das Erscheinen des Blattes einstellen müssen.[9]) Das,

[7]) Vgl. Nr. 3b, Anm. 1.

[8]) In einer zweiten Eingabe an das Kriegsamt von Ende August 1918 konnte die Generalkommission hierfür den Nachweis an Hand eines in ihre Hände geratenen Schriftwechsels führen (Nachlaß Bauer, Nr. 13). Das Kriegsamt hatte in einem Schreiben vom 10. 8. 1918 das stellv. Generalkommando des VI. AK aufgefordert, das ausgesprochen negative Urteil über die Rolle der Gewerkschaften während des Streiks — enthalten in dem Monatsbericht des stellv. Generalkommandos vom 1. 8. 1918 — näher zu erläutern und zu präzisieren. Dieses Schreiben wurde den Vorstandsmitgliedern des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins am 17. 8. 1918 mit dem folgenden Hinweis der Geschäftsstelle des Vereins übersandt: „Das Stellvertretende Generalkommando bemerkt hierzu, daß der in dem anliegenden Schreiben auszugsweise aufgenommene Bericht zum größten Teil auf Angaben fußt, die bei gelegentlichen Besprechungen zwischen Hauptmann Nebelung und Vertretern der beteiligten Zivilbehörden, sowie der Arbeitgeber ersterem gemacht worden sind. Der Bericht sei ein Niederschlag der Erfahrungen und Beobachtungen der letzten Zeit.
Um in der Lage sein zu können, gegebenenfalls den Gewerkschaftsführern entsprechend entgegenzutreten, bedarf das Kriegsamt bestimmter Tatsachen, auf Grund deren es die im Auszug enthaltenen allgemeinen Schlüsse jederzeit den Gewerkschaften gegenüber mit Belegen versehen kann. Das Generalkommando ersucht uns dementsprechend um Mitteilung bestimmter Tatsachen im Sinne des angezogenen Berichts." Dazu bemerkte die Generalkommission: „Drastischer als durch diese Vorgänge kann der Nachweis für die Richtigkeit unserer Behauptungen nicht erbracht werden, daß die schwere Schädigung, die unsere Kriegsindustrie im oberschlesischen Industriegebiet infolge der Streiks erlitten hat, auf die Maßnahmen des stellvertretenden Generalkommandos zurückzuführen ist."

[9]) Der vorangehende Satz ist in der Vorlage von Bauer durch einen Strich am Seitenrand hervorgehoben.

was bisher durch das polnische Blatt erreicht worden ist, in kritischen Stunden auf die Arbeiterschaft beruhigend zu wirken, ist damit fortgefallen. Nach den Erfahrungen, die wir bisher bezüglich Beseitigung oder Milderung der Anordnungen und Verfügungen des Stellvertretenden Generalkommandos des VI. Armeekorps gemacht haben, befürchten wir, daß auch dieser Bericht nicht dazu führen wird, daß eine den Verhältnissen entsprechende Regelung des Vereins- und Versammlungswesens in Oberschlesien resp. im Bereich des VI. A.K. eintreten wird. Wir fürchten auch, daß dieser Bericht nicht dazu führt, daß Caspari vom Militärdienst entlassen und uns damit die Möglichkeit gegeben wird, die „Oswiata" wieder erscheinen zu lassen.

Wir wollten jedoch nicht verfehlen, Euer Hochwohlgeboren auf diese Vorgänge aufmerksam zu machen.[10]) Wir unsererseits haben uns bisher bemüht, Konflikte, die geeignet sind, den geregelten Fortgang unserer Kriegswirtschaft zu stören, zu verhindern oder doch wenigstens bei ihrem Beginn beizulegen.[11]) Wird uns dies durch die Maßnahmen des Stellvertretenden Generalkommandos des VI. Armeekorps unmöglich gemacht, so müssen wir die Verantwortung für die sich ergebenden Folgen ablehnen. Wenn infolge des Nichterscheinens unseres polnischen Blattes die polnisch sprechende Arbeiterbevölkerung Oberschliesens zu jener Erregung kommt, die trotz aller drakonischen und gerade deshalb in diesem Falle verfehlten Maßnahmen der Militärbehörden in irgendeiner Form sich Aus-

---

[10]) In seinem Schreiben an Oberst Bauer vom 14. 9. 1918 (vgl. Anm. 1) wies Legien da rauf hin, daß trotz der beiden Beschwerden noch keine Änderung der Verhältnisse, insbesondere der Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts, im Bereich des stellv. Generalkommandos des VI. AK eingetreten sei. Deshalb sehe er sich gezwungen, das „Gr. Hauptquartier über die Vorgänge zu unterrichten: [. . .] Jedenfalls können die Gewerkschaften unter diesen Umständen für die Schädigung, die unserer Kriegswirtschaft infolge der Maßnahmen des stellvertretenden Generalkommandos des VI. A.K. erleidet, nicht verantwortlich gemacht werden." Bauer übertrug dann Major v. Harbou die Erledigung der Angelegenheit, der im Kopf des Schreibens vermerkte: „Scheüch nimmt sich persönlich der Sache an". Am 23. 9. 1918 schrieb Bauer an Legien (Nachlaß Bauer, Nr. 13): „Die Angaben Ihrer Beschwerdeschriften haben mich sehr interessiert [der folgende Teil des Satzes ist durchgestrichen] und den Eindruck, den ich über den schlesischen Bergarbeiterstreik auf Grund Ihrer Ausführungen und Mitteilungen von anderen Seiten gewonnen hatte, bestätigt. Auch ich bin der Ansicht, daß nichts schädlicher wirkt, als eine Politik der Nadelstiche und Verärgerung, und daß nichts wichtiger ist, wie gegenseitige enge Fühlungnahme. [Der folgende Satz ist durchgestrichen] In beiden Punkten wird dank der nun einmal im Deutschen Reiche herrschenden Bürokratie viel gesündigt. Wie ich Ihnen schon neulich sagte, hat die O.H.L. auf die militärischen Verhältnisse der Heimat, insbesondere die stellvertretenden Generalkommandos, keinen direkten Einfluß. Das einzige was ich daher tun konnte, war, daß ich Herrn General Scheüch durch den Major v. Harbou nochmals gebeten habe, den erwähnten Zuständen seine besondere Aufmerksamkeit zu schenken."

[11]) In den Berichten der stellv. Generalkommandos an das preuß. Kriegsministerium (vgl. Nr. 154, Anm. 1 und 2) für die Monate Juni und August 1918 wird ganz allgemein auf die große Unruhe unter der Arbeiterschaft aufmerksam gemacht, die von der Mehrzahl der Behörden auf die Lebensmittelschwierigkeiten zurückgeführt wurden. Das stellv. Generalkommando des II. AK z. B. sah jedoch in der Agitation der Gewerkschaften die Ursache der vereinzelt (vor allem auch im Bereich der stellv. Generalkommandos des VII. und des XXI. AK) aufgeflackerten Streiks. Vgl. hierzu auch Dokumente und Materialien II/2, Nr. 70, S. 179 f.; Archivalische Forschungen 4/III, Nr. 631, 632, 645, S. 1471 ff.; sowie Archivalische Forschungen 4/IV, Nr. 672, S. 1542 f. Vgl. auch Nr. 243, Anm. 4.

bruch verschaffen wird, können wir für uns in Anspruch nehmen, rechtzeitig gewarnt zu haben.

Ergebenst
Die Generalkommission der
Gewerkschaften Deutschlands
C. Legien.

467.

Brief General Ludendorffs an Freiherrn v. Schorlemer zu dessen Vorschlag eines Gruppenwahlrechts für Preußen.[1])

25. 8. 1918[2]), Gr. Hauptquartier. — Nachlaß Bauer, Nr. 17, Entwurf.

Sehr geehrter Herr Minister!

Euerer Exzellenz bestätige ich dankend das Schreiben vom 20. d. Mts.[3]) und gestatte mir dazu folgendes zu bemerken.

Ich stehe auf dem Standpunkte, daß wir innerpolitische Erschütterungen bis zum Kriegsende vermeiden müssen. Wenn irgend möglich, gilt es also einen Kompromiß zu schaffen, der alle Teile befriedigt, und der gleichzeitig eine Gewähr für die weitere innerpolitische Entwicklung Preußens bietet.[4]) Diesen Forderungen schein[t][5]) mir Euer Exzellenz Vorschlag zu entsprechen.[6])

[1]) Zur Charakterisierung des Gruppenwahlrechts und zu den Beratungen der Kommission des Herrenhauses, dem die Wahlrechtsvorlage nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses am 4. 7. 1918 überwiesen worden war, vgl. Patemann, S. 206 ff.

[2]) Nach einem Kanzleivermerk noch am selben Tag abgesandt.

[3]) Vgl. Nachlaß Bauer, Nr. 17, dort auch eine Korrespondenz zwischen Schorlemer und Bauer, aus der hervorgeht, daß die Wahlrechtsfrage zwischen den beiden in der ersten Hälfte des August mündlich beraten worden ist. Bauer erhielt die Denkschrift Schorlemers über das Gruppenwahlrecht früher als Ludendorff (abgesandt am 19. 8. 1918).

[4]) Diese, im Grunde wenig besagende Stellungnahme, unterscheidet sich dennoch sehr deutlich von früheren Äußerungen (vgl. Nr. 452 und 456). Ludendorff verlangte eine Lösung, die „alle Teile", d. h. auch die Anhänger des gleichen Wahlrechts „befriedigt". Auf diese Weise forderte er das Unmögliche und vermied, die Frage der vom preuß. Staatsministerium angedrohten Auflösung des Landtages zu berühren. Zur Haltung Hertlings in dieser Frage vgl. Patemann, S. 204 ff. sowie S. 221, insbesondere Anm. 2. — In einem Brief an seine Frau vom 9. 9. 1918 zeigte sich Seeckt (Nachlaß Seeckt, Nr. 61) entsetzt über die Rede Hertlings am 4. 9. 1918 vor dem Wahlrechtsausschuß des Herrenhauses (vg.. Schulthess 1918/I, S. 270 f.).

[5]) In der Vorlage: „scheinen".

[6]) Auch gegenüber dem Grafen Yorck v. Wartenburg, der sich in einem langen Schreiben vom 30. 8. 1918 zur Unterstützung der Vorschläge des Frhr. v. Schorlemer an Ludendorff gewandt hatte, erklärte er in einem Schreiben vom 2. 9. 1918 sein Einverständnis mit dem Vorschlag des Gruppenwahlrechts, fügte jedoch bezeichnenderweise hinzu: „allerdings unter dem Gesichtspunkt, daß wir innerpolitisch zunächst zum Frieden kommen müssen und daß die vorgeschlagene Lösung einer zu großen Radikalisierung für die nächste Zukunft vorbeugt. Was später wird, wird ja wesentlich vom Kriegsausgang und davon abhängen, was wir für eine Regierung bekommen." Schorlemer gegenüber betonte Ludendorff nochmals am 1. 9. 1918, daß eine baldige, alle Teile zufriedenstellende Lösung notwendig sei (für die Vorgänge vgl.

Tatsächlich wird ja durch die Einführung von Wahlgruppen die Gleichheit des Wahlrechts durchbrochen, aber zweifellos im günstigen und staatserhaltenden Sinne.

Mir persönlich wäre es an sich sympathisch gewesen, wenn wir für erfüllte Wehrpflicht eine Zusatzstimme eingesetzt hätten. Die Sozialdemokratie basiert die Forderung des gleichen Wahlrechts auf dem Grundsatz „Gleiche Pflichten, gleiche Rechte", und behauptet, alle hätten in diesem Kriege voll ihre Pflicht erfüllt. So richtig der Grundsatz ist, so wenig liegt tatsächlich gleiche Pflichterfüllung vor. Was es heißt, 4 Jahre am Feinde seine Pflicht getan zu haben, scheint man vielfach daheim auch nicht einmal zu ahnen, sonst könnten solche Behauptungen nicht aufgestellt werden. Ich glaube also, daß unsere Kämpfer an der Front wohl ein Recht darauf hätten, politisch höher bewertet zu werden. Den Einwand, daß dadurch das Wahlrecht noch radikaler werden würde, vermag ich nicht gelten zu lassen.[7]) Die auf diese Weise politisch bevorrechteten Männer werden immer Gegner eines gleichen Wahlrechts bleiben, schon um sich nicht selbst zu entrechten. Dadurch aber würden sie selbst in einen Gegensatz zur Sozialdemokratie gedrängt, deren Grundbedingung die allgemeine Gleichmacherei ist.

Ich will aber mit Vorstehendem nicht Einspruch gegen Euer Exzellenz Absichten erheben. Nur für den Fall, daß es Euer Exzellenz nicht gelingt[8]), die Wahlreform in Ihrem Sinne durchzusetzen und daß es doch zu Zusatzstimmen kommt, möchte ich bitten, dann in erster Linie eine Zusatzstimme für erfüllte Wehrpflicht in Aussicht zu nehmen.

Mit der Versicherung aufrichtiger Hochachtung bin ich

Euer Exzellenz
sehr ergebener
L[udendorff]

Nachlaß Bauer, Nr. 17). — Angesichts dieser dunklen, die Verhärtung der innenpolitischen Fronten in dieser Frage übersehenden Wunschvorstellungen ist es schwer, wenn nicht unmöglich, die mit diesen Äußerungen verbundene politische Absicht näher zu umreißen. Offenkundig ist nur, daß Ludendorff und Bauer, angesichts der sich verschlechternden militärischen Lage, die Positionen des Frühjahrs (vgl. Nr. 452 und 456) nicht mehr aufrechterhalten zu können glaubten. Wichtig erschien ihnen eine baldige Lösung, deren Modalitäten sie im Gegensatz zu früher nur noch wenig interessierten.

[7]) Schorlemer hatte in seinem Brief vom 20. 8. 1918 (Anm. 3) hierzu ausgeführt: „Der Vorzug der Gruppenwahl besteht meines Erachtens auch darin, daß er eine nähere Prüfung der Frage, ob auch den Kriegsteilnehmern eine Mehrstimme zu gewähren sei, erledigt. Gewiß ist den Kriegsteilnehmern nach diesem furchtbaren Kriege jede Bevorzugung zu gönnen, aber bei dem Wahlrecht handelt es sich doch schließlich um das Wohl des Staates und der Monarchie und es ist leider nicht abzusehen, welche Wirkung auf das Wahlergebnis mit der Zuteilung von Millionen von Mehrstimmen verbunden sein würde."

[8]) In der Vorlage handschriftlich ergänzt.

468.

Auszug aus den Aufzeichnungen aus der Pressebesprechung.[1]) Kritik an der Verordnung des Oberkommandos in den Marken gegen die Verbreitung von Gerüchten.

3. 9. 1918, Nr. 407, Vertraulich! — BHStA IV München MKr, 14027, vervielfältigtes Exemplar.[2])

[...][3])

Oberkommando II: Da es Gepflogenheit des Oberkommandos ist, die Presse rechtzeitig von bevorstehenden Aktionen zu unterrichten, möchte ich einen Aufruf und eine Verordnung des Oberbefehlshabers in den Marken mitteilen, die morgen früh an den Anschlagsäulen erscheinen werden. Der Aufruf lautet:

An die Bevölkerung Berlins und der Marken. Törichtes Geschwätz, leichtfertiges Gerede, in vereinzelten Fällen wohl auch landesverräterische Böswilligkeit, verbreiten jeder tatsächlichen Unterlage entbehrende Gerüchte, übertreiben vorübergehende Erfolge unserer Feinde und ihre Machtmittel, bezweifeln unsere eigene wirtschaftliche Widerstandskraft und verringern die bewundernswerten Leistungen unserer trefflichen, dem Feinde standhaltenden Streitkräfte.

Dieses Treiben ist geeignet, das durch die Tatsachen vollauf gerechtfertigte unbedingte Vertrauen auf den schließlichen Sieg und den gegenüber dem Vernichtungswillen unserer Gegner gebotenen und auch vorhandenen ehernen Willen zum Durchhalten zu erschüttern.

Ich habe mich daher genötigt gesehen, die nebenstehende Verordnung zu erlassen. Ich hoffe aber im Vertrauen auf den gesunden Sinn der Bevölkerung, daß es nur dieser Mahnung bedarf, um Wandel zu schaffen, und daß Bestrafungen nur in seltenen Fällen notwendig sein werden.

Der Oberbefehlshaber in den Marken
v. Linsingen
Generaloberst.

Die Verordnung lautet:

Bekanntmachung. Auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand[4]) bestimme ich im Interesse der öffentlichen Sicherheit für das Gebiet der Stadt Berlin und der Provinz Brandenburg:

Wer ein nicht erweislich wahres Gerücht, das geeignet ist, die Bevölkerung zu beunruhigen, ausstreut oder unbefugt weitergibt oder verbreitet, wird, auch wenn er dabei die Wahrheit des Gerüchtes bezweifelt oder bestreitet, sofern nach bestehenden Gesetzen keine höhere Strafe verwirkt ist, mit Gefängnis bis zu 1 Jahre, beim Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M bestraft. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

Der Oberbefehlshaber in den Marken
v. Linsingen
Generaloberst.

[1]) Vgl. Nr. 417, Anm. 1 und 4.

[2]) Die Vorlage ist von den Referenten des bayer. Kriegsministeriums mit vielfachen An- und Unterstreichungen versehen; diese werden nicht berücksichtigt.

[3]) Die Pressebesprechung wurde eröffnet durch Mitteilungen verschiedener Behörden.

[4]) Vgl. Nr. 3b, Anm. 1.

Über die sachliche Berechtigung dieser Anordnung, wenigstens in dem Punkte, daß den umlaufenden Gerüchten mehr als bisher entgegengetreten werden muß, werden wir alle einig sein. Ich darf in dieser Beziehung auf die Ausführungen des Chefs des Kriegspresseamts verweisen, der wiederholt namens der Obersten Heeresleitung dargelegt hat, wie außerordentlich gefährlich die Verbreitung derartiger Gerüchte ist.[5]) Es kann sich nur darum handeln, ob die Verordnung allen den Bedenken Rechnung trägt, die ihrem Erlaß entgegenstehen und die sehr eingehend geprüft worden sind. Meine Bitte geht dahin, daß Sie diese Bedenken gegen Einzelheiten der Formulierung, die vielleicht bei Ihnen vorhanden sind, zurückstellen hinter den Zweck und vor allem, wie es auch der Oberbefehlshaber tut, auch Ihrerseits dem beredten Ausdruck geben, daß es zur Anwendung des Strafgesetzes nicht kommen soll und wird. Ich darf hier an andere Bestimmungen erinnern, die ebenso unter Strafschutz stehen, deren Sie sich vielleicht kaum noch erinnern werden. Z. B. an die Verordnung vom 31. Juli 1914[6]), die die Grundlage unserer gesamten Zensurtätigkeit bildet: „Ich verbiete die Veröffentlichung und Mitteilung militärischer Angelegenheiten." Auch da folgte die Strafbestimmung. Das bedeutet, daß eigentlich jedermann, der irgend eine militärische Nachricht seinem Freunde oder zu Hause erzählt, sich gegen diese Verordnung vergeht. Der Zweck war damals ganz klar. Man wollte zu Anfang des Krieges der Verbreitung von Gerüchten, teils wahren, teils nicht wahren, entgegentreten. In der Praxis hat sich das ganz anders gestaltet. Die Verordnung, die einen wesentlichen Teil der Gerüchte treffen sollte, nämlich militärische Nachrichten, hat garnicht genügt, weil sie in Vergessenheit geraten ist, und kann auch nicht genügen, weil sie nur militärische Nachrichten trifft. Daneben kommen noch in Frage Gerüchte auf wirtschaftlichem und persönlichem Gebiet — ich erinnere an Gerüchte über den Kaiser und die Kaiserin —, sodaß eine Ergänzung nach dieser Richtung notwendig war. Ich bitte, gehen Sie mit der Bekanntmachung wohlwollend um, erwähnen und besprechen Sie sie erst, wenn sie durch Anschlag der Bevölkerung bekannt gemacht ist. Sonst würde die Wirkung abgeschwächt. Da ich nicht genau sagen kann, zu welcher Stunde die Verordnung angeschlagen werden wird, wollen wir vereinbaren, daß die Besprechung erst in der Nummer erfolgen soll, die nach dem Säulenanschlag erscheint.

Pr. **Grunwald** (Volksblatt Mühlhausen): Ich muß offen gestehen, es ist schwierig, sich über die Verordnung auszusprechen. Sachlich hat Hauptmann Beer recht, und wir stimmen mit ihm darin überein, daß den Gerüchten mit allen zweckentsprechenden Mitteln entgegenzutreten ist. Das ist auch von der Presse schon lange geschehen, bevor noch der Oberbefehlshaber mit diesem neuen Mittel hervorgetreten ist. Ich glaube nicht, daß die Presse schlechte Arbeit getan hat. Aber ich glaube, daß diese Verordnung Öl ins Feuer gießen wird, sie kompromittiert die Presse, öffnet dem Denunziantentum Tür und Tor und gibt dem Auslande

[5]) Major Würz wandte sich z. B. in der Pressebesprechung vom 23. 7. 1918 (vgl. Nr. 463) mit folgenden Worten gegen das Gerücht, Hindenburg sei ermordet worden: „Auf diese Gerüchte kann ich nicht mehr reagieren. Ich richte nur die Bitte an die Presse, die Übermittler solcher Gerüchte — ich kann nicht empfehlen, ihnen gegenüber handgreiflich zu werden — derartig anzupfeifen, daß sie nicht mehr wiederkommen. Das ist das einzige Mittel, um gegen solche Gerüchte aufzukommen."

[6]) Vgl. Nr. 31, Anm. 2.

Material, wie es ihm Tausende von Schwätzern nicht bringen können. Man mag politisch zu der Verordnung stehen, wie man will; das Ausland wird sagen: Wenn der Oberkommandierende der Reichshauptstadt mit einer solchen Verordnung zwangsweise vorgehen muß, was müssen das für innere Zustände in Deutschland sein! Ich habe die Hoffnung, daß kein einziges Organ den Wunsch des Hauptmann Beer erfüllen wird, diese Verordnung zu schlucken, zu unterstützen oder gar zu loben. Die Verordnung wird herauskommen; das ist schade, aber nicht wir haben die Verantwortung dafür. Wenn eine solche Verordnung geplant wird, die so tief eingreift in die öffentliche Meinung, in das Gebiet, das die Presse bearbeitet, und auf dem man sonst, wenn man die Presse braucht, sie nicht oft genug herbeirufen kann, dann wäre es Pflicht der Loyalität gewesen, Vertreter der Presse zuzuziehen, um die Wirkung vorher zu besprechen. Nachher ist es sehr schwer, etwas zu bessern; dann ist es bequem, unsere Mitarbeit zu erbitten und zu fordern. Das müßte die Presse grundsätzlich ablehnen. Dieser Fall ist für mich ein Beweis dafür — ich maße mir nicht an, ihm dem neuen Oberbefehlshaber zuzuschreiben — daß in den letzten Zeiten vom Oberkommando Maßnahmen getroffen worden sind, die in auffallendem Gegensatz zu früheren Vorgängen im Oberkommando stehen. Ich glaube gerade bei dieser Verordnung durchaus mit Unbehagen feststellen zu müssen, daß die Presse und alles, was in weiterem Umfange dazu gehört, in ein Verhältnis zum Oberkommando gekommen ist, das nicht mehr als erfreulich und sympathisch zu betrachten ist. Dieser Erlaß übersteigt nach meinem Gefühl und nach meiner Auffassung alles, was überhaupt zu erwarten war. Ich wiederhole, daß ich unendlichen Schaden voraussehe, sodaß ich wünschen möchte, der Appell an das Oberkommando, die Verordnung zurückzuziehen, wäre erfolgreich.

Pr. **Bernhard** (Ullstein-Verlag): Im Gegensatz zu Herrn Grunwald stört mich nicht, was das Ausland dazu sagen wird, und zwar deswegen nicht, weil an sich die Maßnahme sich nur gegen solche Gerüchte richtet, die nicht erweislich wahr sind. Wenn man diese scharf bekämpft, so kann das Ausland nichts dagegen haben. Daß bei uns eine Menge Geschichten herumgetragen werden, weiß das Ausland genau. Man braucht nur Istwestija zu lesen, wo Herr Radek schreibt, was man in Deutschland denkt und was zu veröffentlichen uns von der Zensur verboten wird. Das schwer Bedenkliche der Verfügung liegt in etwas anderem, nämlich in dem Zusatz „auch wenn er dabei die Wahrheit des Gerüchtes bezweifelt oder bestreitet". Dadurch ist es überhaupt unmöglich gemacht, über irgend einen Vorgang — ich rede noch garnicht von der Presse — zu sprechen. Ich bin nicht in der Lage, wenn ich mich mit jemand über die Stimmung unterhalte und ihm sage, was für Blödsinn herumgetragen wird, mich davor zu schützen, daß der Mann zum Oberkommando oder zum Richter geht und mich denunziert. Der Richter ist dann garnicht in der Lage, sich zu fragen, ob ich bestraft werden soll oder nicht. Auch der Gutgläubigste wird bestraft werden müssen. So wird eine Denunziationssucht einsetzen, von der wir uns noch gar keine Vorstellung machen können. Wie konnten Juristen eine Verfügung mit solchem Zusatz zulassen? Es gibt keinen Schutz, keine Gutgläubigkeit mehr. Die Verfügung von 1914 ist immerhin doch so gewesen, daß die Anzeige nur von einer Behörde erfolgen konnte; ein Interesse, aufzupassen, ob militärische Nachrichten verbreitet werden, hatte

nur die Behörde. Das Oberkommando ist sehr loyal in der Anwendung dieser Verfügung verfahren; denn von Rechts wegen war es berechtigt, jede aus Versehen nicht zensierte Nachricht in der Zeitung unter diese Bestimmung zu stellen. Aber mit der jetzigen Verordnung liegt es anders. Wenn die Dinge durch irgendwen zur Kenntnis der Gerichte kommen — und jetzt haben viele ein Interesse daran, Vereinigungen können sich auswachsen, um den Dingen nachzuspüren — dann ist von uns auch der Gutgläubigste, auch der schärfste Militarist von uns — ich bitte, mich nicht mißzuverstehen — nicht sicher davor, daß sich der politische Gegner, der vielleicht ganz anders denkt, ein Vergnügen daraus macht, zu denunzieren.[7]) Ich verlange nicht, daß man die Presse vorher hört. Aber es wird gut sein, Juristen zu hören. Daß Juristen, die irgendwie Zusammenhang mit dem Leben haben, eine solche Bestimmung entwerfen können, verstehe ich nicht. Ich bitte Hauptmann Beer, doch vielleicht seinerseits den Versuch zu machen, daß die Verordnung vorläufig nicht angeschlagen, sondern nochmals durchberaten wird. Andernfalls würden unübersehbare Konsequenzen die Folge sein.

Pr. **Sochaczewer** (Freisinnige Beiträge): In meiner Nachbarschaft ist mit Recht die Frage aufgeworfen worden, ob, wer z. B. nach Halle fährt und dort die Gerüchte weiterträgt, straffrei bleibt.

Oberkommando II: Um die Antwort auf die letzte Frage vorweg zu nehmen: Auch in Halle wird man dann bestraft, weil der Kommandierende General des IV. A.K. eine fast gleichlautende Verordnung seit Monaten in Kraft gesetzt hat; auch noch zwei oder drei andere Korps sind uns mit gutem — oder wie Sie sagen werden — schlechtem Beispiel vorangegangen.[8])

Ich bin tief betrübt, aus Herrn Grunwalds Munde zu hören — und er glaubt dabei als Ihr Wortführer sprechen zu können —, daß die Beziehungen der Presse zur Zensur sich in den letzten Wochen derartig verschlechtert hätten. Ich wäre dankbar, wenn er mir die Gründe, die er dafür zu haben glaubt, mitteilen würde; eine Aussprache würde genügen, um sie zu beseitigen. Mir kommt es überraschend, ich hatte nicht den Eindruck, daß sich unsere Beziehungen irgend wie verschlechtert hätten. Was die Sache selbst betrifft, so ist zweifellos der Einwand des Herrn Bernhard von der Denunziantenwut erheblich. Aber gerade dieser Gesichtspunkt ist von uns reiflich überlegt und geprüft worden. Ganz beseitigen läßt sich diese Gefahr nicht. Sie ist da, aber die Frage ist, ob sie nicht zurücktreten muß hinter der anderen Gefahr, die durch ungehinderte Verbreitung der Gerüchte besteht. Trotz seiner großen Schärfe gegen die Juristen hat Herr Bernhard nicht Recht. Mir scheint, daß er ein entscheidendes Wort überhört, nämlich das Wort „unbefugt". Dieser Begriff ist im Strafgesetzbuch ganz geläufig. Wo die Befugnis vorliegt, ist die Strafbarkeit ausgeschlossen. Das wird zweifellos überall da zutreffen,

[7]) Ein Referent des bayer. Kriegsministeriums vermerkte zu diesem Satz am Rande: „Sehr wahr".

[8]) Vgl. hierzu die Bekanntmachungen des stellv. Generalkommandos des XIII. AK vom 27. 11. 1914, 29. 2. 1916 (beide abgedruckt in: Handbuch der während des Krieges ergangenen Verordnungen des stellv. Generalkommandos XIII. Armeekorps, Stuttgart 1918, S. 26) und vom 13. 9. 1918 (HStA Stuttgart XIII. AK, Abt. II, Bd. 93) sowie eine entsprechende Verordnung des stellv. Generalkommandos des VI. AK vom 9. 9. 1918 (Archivalische Forschungen 4/IV, Nr. 702, S. 1594).

wo irgend jemand, aus welchem Grunde auch immer, die Befugnis hat. Ob er sie hat, läßt sich im Gesetz nicht bestimmen. Das zu prüfen ist Sache des Richters. Wenn Herr Bernhard mir sagt, in Berlin werde dies oder jenes erzählt oder wenn er in der Presseorganisation dies oder jenes vorträgt, so ist dies zweifellos ein befugtes Vorgehen, weil er den Zweck verfolgt, nicht Gerüchte auszustreuen, sondern ihnen entgegenzutreten. Sie haben ferner zweierlei bei der Kritik unterschätzt: Was wollen wir treffen und beseitigen? Ist es nicht unbedingt notwendig, daß etwas geschieht? Ich habe bereits vorhin auf die Ausführungen des Chefs des Kriegspresseamts verweisen können. Aber sie alle werden aus Ihrem Bekanntenkreis dauernd hören und Zuschriften erhalten — bei uns gehen diese Zuschriften in die Hunderte —: „Tretet Ihr denn nicht endlich diesen Gerüchten entgegen? Sind sie nicht geradezu ein Verbrechen, da sie die Stimmung des Volkes dauernd herabdrücken?" Der zweite Gesichtspunkt ist: Halten Sie sich etwas weniger an die Verordnung, etwas mehr an den Aufruf; er schließt, daß es nicht zur Bestrafung kommen wird. Wir hoffen mit Ihnen, daß es zu Bestrafungen in keinem Falle kommen wird. Wenn die Bevölkerung darauf hingewiesen wird, was sie leichtfertig anrichtet, dann wird jeder sich fragen, ob es nicht vernünftiger ist, den Mund zu halten, als die Gerüchte weiter zu tragen. Nur den zu erfassen und zur Bestrafung zu bringen, der die Gerüchte als wahr unterstellt, das wäre ein Messer ohne Schneide. Gerüchte werden fast immer in der Form wiedergegeben. „Ich glaube es natürlich nicht". Darin liegt eben der Begriff des Gerüchtes. Will man den Gerüchten beikommen, dann bleibt nichts anderes übrig, als gerade diesen Zusatz, über den Herr Bernhard sich so empört, hinzuzunehmen. Vergessen Sie nicht: Wir gehen aus von Unterlagen, die ich im einzelnen nicht mitteilen kann; es handelt sich zweifellos um eine große Zahl feindlicher Agenten, die ausgesprochen zu dem Zweck bestellt sind, die Gerüchte systematisch weiter zu tragen. Das ist mit Absicht nicht hervorgehoben worden. Aber sie dürfen nicht die darin liegende Gefahr unterschätzen. Um alles dies zu treffen, bleibt nichts andres übrig, als die Bekanntmachung in dieser Form herauszugeben.[9]) Die Bekanntmachung bitte ich nicht dem Verhältnis der Presse zur Zensur zur Last zu legen, ich teile sie mit, nicht als Pressechef, sondern als Vertreter der Abteilung des Oberkommandos, die sie entworfen hat, die aber mit der Presse nichts zu tun hat, nämlich der Abwehrabteilung, die die feindlichen Agenten bekämpft und für die Stimmung der Bevölkerung verantwortlich ist.

Pr. **Buchhorn** (Hannoverscher Kurier): Herr Bernhard schätzt die Wirkung auf das Ausland gering ein. Man kann sie aber nicht hoch genug einschätzen. Hauptmann Beer sagt, das IV. Korps habe schon einen solchen Erlaß herausgegeben, und wir wissen aus den Zeitungen, daß das auch in vielen anderen Korpsbezirken der Fall ist. So entsteht der Eindruck, daß die Erlasse auf Anordnung einer überragenden Stelle ergangen sind. Die Verordnung kommt in dem Augenblick, wo unsere Gegner glauben, uns an der Westfront geschlagen zu haben. Daß der Verband daraus Propaganda schlägt, ist selbstredend. Wir haben aber schlimmere

[9]) General v. Seeckt bedauerte in einem Brief vom 9. 9. 1918 (Nachlaß Seeckt, Nr. 61), daß eine solche Verordnung notwendig wurde, hielt sie jedoch „für gut und nicht zu umgehen. Gegen diese Geschichtenträgerei kann gar nicht scharf genug vorgegangen werden." Für viele werde es ein heilsamer Schreckschuß sein.

Zeiten erlebt, als diese, und schlimmere Gerüchte gehört, als die jetzigen, und sind doch ihrer Herr geworden, nicht zuletzt durch die Presse. Binden Sie nicht, wie bisher, der Presse den Mund zu, dann wird es schon besser werden. Diejenigen unseres Volkes, die jetzt noch an die Zukunft glauben, werden nunmehr sagen: „Sind solche Erlasse notwendig, sieht es so dreckig aus, dann wollen wir lieber heute Schluß machen als morgen."

Pr. **Grunwald** (Volksblatt Mühlhausen): Darüber ist kein Streit, daß mit allen Mitteln den Gerüchten entgegenzutreten ist; wird ein Agent gefaßt, so kann er schon nach den jetzigen Verordnungen hinlänglich bestraft werden. Ich habe drei bis vier Gerichtsverhandlungen im Sinne, wo die Agenten bitter bestraft worden sind. Diese Verordnung wird nur bewirken, daß die Gerüchte noch mehr Elastizität, Glauben und Gefährlichkeit gewinnen. — Ich habe nicht gesagt, das Verhältnis zwischen der Zensur des Oberkommandos und der Presse wäre schlechter geworden, sondern die Verhältnisse im Oberkommando sollen in den letzten Monaten üble Erscheinungen gezeitigt haben; darüber ist mir Material zugegangen, und ich werde gelegentlich darauf zurückkommen. Ich weiß, daß Hauptmann Beer dieselbe Loyalität und persönliche Liebenswürdigkeit besitzt, wie sein Vorgänger.

Pr. **Breslauer** (Berliner Lokal-Anzeiger): Es hat keinen Zweck, weiter über die Sache zu reden. Die Verordnung wird kommen, und wir werden uns mit ihr abfinden. Das Oberkommando wird mit ihr dieselbe Erfahrung machen, wie das Kriegsernährungsamt und der Bundesrat mit mehreren anderen Verordnungen, sie wird die Öffentlichkeit einen Tag beschäftigen und dann in Vergessenheit versinken. Das ist nicht der richtige Weg, um dem mit Recht beklagten Übel zu steuern. Ich wäre glücklich, könnte ich dem Oberkommando einen geeigneteren Weg zeigen. Der Reichstag wird Skandal machen[10]), aber auch nicht wissen, wie Abhilfe zu schaffen ist. Das Aufbringen und Verbreiten von Gerüchten ist, wenn wir die Agenten ausscheiden, ein Symptom unserer allgemeinen Lage und Stimmung. So lange nicht die Lage zu verbessern ist, ist die Stimmung nicht zu heben, und wir werden uns mit diesem Symptom weiter zu quälen haben. Ich glaube, wenn der Presse und der Öffentlichkeit verboten wird, in dieser Weise sich mit den Gerüchten zu beschäftigen, dann wird das Übel größer anstatt kleiner. Hauptmann Beer beruft sich auf das Wort „unbefugt". Ist denn die Presse befugt oder unbefugt? Wir alle wissen, daß die Presse nach feststehender Rechtsprechung des Reichsgerichts kein anerkanntes Organ der öffentlichen Interessen ist. Infolgedessen müßten wir vermeiden, Gerüchten entgegenzutreten, so lange wir nicht durch W.T.B. dazu autorisiert sind. Ich weiß nicht, inwieweit die objektive Möglichkeit bestehen bleibt, von den offiziös herausgegebenen Richtigstellungen Kenntnis zu geben. Der Erfolg wird der sein, daß man mehr als bisher dort, wo es bemerkt werden kann, den Mund hält; aber dort, wo es nicht bemerkt werden kann, wird man verstehen, die Gerüchte herumzutragen, die dann mit noch größerer Möglichkeit Glauben finden werden.

Pr. **Zimmermann** (Deutsche Zeitung): Das bisher Vorgebrachte diente im wesentlichen dazu, zu warnen. Aber die Verfügung ist auch absolut undurchführbar;

[10]) Vgl. hierzu Quellen I/1, Bd. 2, Nr. 210, 217 und 218, S. 478 ff.

denn danach könnte man sich über militärische Angelegenheiten überhaupt nicht mehr unterhalten. Die Verfügung bleibt scheinbar auf dem Papier, aber sie gibt der Regierung doch Möglichkeiten höchst bedenklicher Natur an die Hand. Die Regierung kann jeden Menschen, der ihr nicht paßt, fassen; daß er sich über militärische Angelegenheiten unterhalten hat, wird ihm immer nachzuweisen sein. Die Verordnung muß krisenhaft wirken, muß eine Krisis hervorrufen, sie unterstützt stark die radikalen Parteien, wie es bisher noch durch keine Kundgebung im Kriege geschehen ist. Ich glaube, man ist sich über die Tragweite noch garnicht klar geworden.

Pr. **St[r]ümke** (Berliner Börsenzeitung): Ist die Kritik der Verordnung der Presse völlig freigegeben?

Oberkommando II: Diese Frage ist, ich sage es offen, mir sehr unbequem. Ich möchte zunächst an ihren guten Willen appellieren. Wenn Sie mit mir einig sind, daß den Gerüchten entgegenzutreten ist, dann werden Sie mir zugeben, daß mit einer Kritik, wie der heutigen, genau das Gegenteil erreicht wird. Die Kritik in diesem Raume, bevor die Bekanntmachung erlassen ist, ist durchaus berechtigt. Ich kann ausdrücklich sagen, daß ich alle vorgebrachten Bedenken heute noch an zuständiger Stelle vortragen werde. Aber darüber ist kein Zweifel: Diese Kritik in der Presse würde einen wesentlichen Teil der Wirkung vorweg nehmen. Jeder würde sich sagen, wie hier Herr Zimmermann gesagt hat, die Verordnung sei undurchführbar, also brauche man sich garnicht danach zu richten. Ich bitte, Ihre Bedenken möglichst zurückzustellen und die Kritik kurz zu fassen. In der Sache habe ich keinen Zweifel, daß es sich hier um eine militärische Angelegenheit handelt, sodaß an sich die Zensurpflicht gegeben wäre. Nun bin ich gern geneigt, von ihr Abstand zu nehmen, wenn ich die Gewißheit hätte, daß Sie die gewissen Grenzen, die ich andeutete, inne halten wollten. Sonst könnte ich, als eine Stelle des Oberkommandos, unmöglich zulassen, daß gegen eine andere Stelle des Oberkommandos vorgegangen würde. Umgekehrt würde die Zensur beiden Teilen unbequem sein; mir jedenfalls würde es garnicht liegen, einen Teil der Kritik durch den Zulassungsstempel zu billigen. Ich bitte Sie daher, Ihren Gefühlen in der Zeitung möglichste Zurückhaltung aufzuerlegen, und mir zu sagen, was sie sachlich sagen zu müssen glauben, unter dem Gesichtspunkt, inwieweit die Auslassungen den Zweck der Verordnung nicht vereiteln. Herr Zimmermann schätzt die Verordnung so ein, daß man sich über militärische Angelegenheiten nicht mehr unterhalten kann. Halten Sie sich doch an den Wortlaut „Wer ein nicht erweislich wahres Gerücht . . . weitergibt". Was ein Gerücht ist, hat der Richter zu prüfen. Auch bin ich nicht befugt, eine Interpretation des Begriffes „unbefugt" zu geben; auch das ist Sache des Richters. Ich glaube, daß Sie wohlwollende Richter finden werden.

Pr. **Bernhard** (Ullstein-Verlag): Hauptmann Beer hat einen ausgezeichneten Kommentar zur Umgehung der Verordnung gegeben. Wenn ich sage, unsere Truppen hätten nichts zu essen, also stählen sicher alle Intendanturen, dann kann mir keiner etwas anhaben. Wenn ich aber sage, der Intendant X habe gestohlen, also habe das Bataillon nichts zu essen, dann werde ich bestraft. Es wird also jeder ganz verleumderische Behauptungen aufstellen können, ohne gefaßt zu werden. Nun will Hauptmann Beer einen Kompromiß mit uns schließen, der an

sich annehmbar wäre. Wenn an Einschränkung der Kritik nichts weiter verlangt wird, als zu sagen, die Verordnung sei nicht durchführbar, dann können wir darauf eingehen. Wenn aber eine weitergehende Einschränkung der Kritik verlangt wird, dann wäre ich in der unangenehmen Lage, zu wünschen, daß die Zensur scharf gehandhabt werde und alles vorgelegt werden muß; dann möchte ich die Verantwortung der Öffentlichkeit gegenüber nicht tragen, sondern sie lieber der Militärbehörde aufhalsen.

Pr. **Lorek** (Der Tag): Ich muß auf das letzte Wort des Hauptmann Beer zurückkommen, das zeigt, wie furchtbar die Verordnung ist: Wer unbefugt ist, hat das Gericht zu entscheiden. Ich führe da ein Beispiel aus dem Leben an: Dasselbe Oberkommando hatte im August 1914, als die Kaufleute die Fünf-Mark-Darlehnskassenscheine nicht nehmen wollten, weil sie sie nicht kannten, an mich die Bitte gerichtet, diese im Faksimile zu veröffentlichen, damit die Leute sehen könnten, wie die Scheine aussehen. Ich habe das getan, und deswegen bin ich gerichtlich belangt und durch sämtliche Instanzen getrieben worden, bis schließlich die Angelegenheit niedergeschlagen worden ist. Dasselbe werden wir auch jetzt wieder haben. Die Gerichte sind gezwungen, sich der einzelnen Fälle anzunehmen.

Pr. **Heilmann** (Vorwärts): Der Wortlaut der Verordnung läßt den Wahrheitsbeweis zu. Nun sind Hauptträger der falschen Gerüchte zweifellos die Feldgrauen, Soldaten und Offiziere, die auf Urlaub in die Heimat kommen.[11]) Es ist ein offenes Geheimnis, daß 9/10 der Gerüchte auf Erzählungen der Leute beruhen, die, um sich wichtig zu machen, oder gutgläubig unter den Eindruck ihrer Erlebnisse draußen viel mehr erzählen, als wahr ist. Wird nun jemand angeklagt, so wird er die Mannschaften und namentlich die Offiziere aus der Front als Zeugen laden lassen, auf deren Mitteilungen er seinen guten Glauben stützt, daß das Gerücht erweislich wahr sei. Wir bekommen da eine Art des Prozeß-Verfahrens, die ungeheuerlich ist; ein großer Teil des Heeres wird beschäftigt sein, auf Grund von Vorladungen nach Berlin zu kommen. Ich glaube nicht, daß wir solche Verordnungen nötig haben, um die Stimmung zu halten und zu bessern oder aufzurichten. Das sind so künstliche Mittel, wie sie Clemenceau in Paris rigoros anwendet, die aber für Deutschland so gänzlich ortsfremd und wesensfremd sind, daß wir wirklich nicht nötig haben, dazu zu greifen.

Oberkommando II: Diese Ausführungen haben mich überzeugt, daß es sich hier um eine ernste militärische Angelegenheit handelt. Ich folge daher der Anregung des Herrn Bernhard: Wenn Sie kritisieren wollen, dann legen Sie Ihre Ausarbeitungen vor, dann werden wir die Verantwortung dafür übernehmen müssen, was Sie schreiben.

[...][12])

[11]) Das preuß. Kriegsministerium forderte in einem Schreiben an die Militärbefehlshaber vom 30. 8. 1918 ein scharfes Vorgehen gegen die Verbreitung von Gerüchten durch Urlauber (Archivalische Forschungen 4/III, Nr. 660, S. 1513). Vgl. auch Nr. 334, Anm. 9 und 10.

[12]) Im Anschluß hieran verlas der Vertreter des Kriegspresseamts den Heeresbericht und erläuterte ihn in der gewohnten Weise. Schließlich verlas er den Aufruf Hindenburgs vom 2. 9. 1918 (vgl. Schulthess 1918/I, S. 267 ff.). Georg Bernhard begrüßte den Aufruf, der besser als die Verordnung Linsingens geeignet sei, die Flut der Gerüchte zu bekämpfen.

469.

Auszug aus der Zusammenstellung der Monatsberichte der stellv. Generalkommandos an das preußische Kriegsministerium.[1]) Aus dem Bericht des stellv. Generalkommandos des II. AK über die Stimmung im Volke.[2])

3. 9. 1918, Tgb. Stab M. 3a 1 Nr. 30361/18. geh. K., Streng geheim! — BHStA IV München MKr, 12853, gedrucktes Exemplar.[3])

[...][4])

Das II. A.K. urteilt folgendermaßen:

„Die Stimmung im Korpsbezirk ist seit 6 bis 8 Wochen erheblich zurückgegangen, und zwar nicht bloß in den Städten, sondern fast noch mehr auf dem Lande. Das stellvertretende Generalkommando hat sich lebhaft bemüht, den Ursachen dieser höchst bedauerlichen Erscheinung nachzugehen und ist zu der Überzeugung gekommen, daß verschiedene Ursachen mitwirken. Allgemein ist eine gewisse Kriegsmüdigkeit eingetreten[5]), die zu einem großen Teil trotz aller Aufklärungsarbeit ihren Grund darin hat, daß in weiten Kreisen des Volkes immer noch nicht erkannt wird, was in diesem Kriege auf dem Spiel steht, auch von solchen, die ihrer sozialen Stellung und Bildung nach besser unterrichtet sein könnten. Es kommt dazu, daß die leitenden und führenden Persönlichkeiten im Korpsbezirk — nicht gemeint sind die amtlichen Stellen — mit der politischen Leitung und Führung in unserer äußeren und inneren Politik während des Krieges nicht einverstanden sind, ja zum größten Teil sie für verderblich halten. Diese führenden Männer im Korpsbezirk können ihrer innersten Überzeugung nach die Politik der Regierung nicht billigen, daher auch nicht für sie eintreten; sie wollen aber in gewohnter Loyalität auch nicht gegen die Regierung arbeiten, sie schweigen daher

---

[1]) Vgl. Nr. 154, Anm. 1 und 2.

[2]) Teilweise bereits abgedruckt in: Archivalische Forschungen 4/IV, Nr. 679, S. 1561 ff. Vgl. die ausführlichen Zitate aus dem Gesamtbericht bei G. Paulus, Der Bankrott der Militärdiktatur 1918, in: Politik im Krieg 1914—1918, Berlin 1964, S. 245 ff.

[3]) Die zahlreichen Unterstreichungen in der Vorlage von Empfängerseite werden nicht vermerkt.

[4]) In der Einleitung des über 40 Seiten umfassenden Berichts stellte das preuß. Kriegsministerium fest, daß der seit zwei Monaten zu verzeichnende „Rückgang der allgemeinen Volksstimmung" andauere und mehrere stellv. Generalkommandos der Meinung seien, „daß die Stimmung seit Kriegsausbruch noch nie so schlecht gewesen sei als in den letzten Wochen". Ursache dieser Erscheinung sei zu einem „nicht unwesentlichen Teil" die militärische Lage im Westen, die als eine „schwere Enttäuschung" empfunden werde und durch die jede Hoffnung auf ein Kriegsende noch im Jahre 1918 geschwunden sei. Vgl. hierzu auch die Denkschrift des stellv. kommandierenden Generals des VII. AK vom 17. 9. 1918 an den Chef des Zivilkabinetts (Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 3, S. 403 f.). Für Bayern vgl. Ay, S. 24, und Albrecht, S. 347 f.

[5]) Diese Beobachtung kehrt in sämtlichen Berichten, auch den optimistisch gefärbten, wieder. Das stellv. Generalkommando des XII. AK formulierte: „In weiten Kreisen, besonders in den unteren Ständen, herrscht eine fast völlige Teilnahmslosigkeit gegenüber den Kriegsereignissen".

und ziehen sich immer mehr zurück.[6]) Damit entziehen sie sich auch der Aufgabe der Aufklärung des Volkes, die sie sonst mit Freuden und Erfolg leisten würden. Hier im Korpsbezirk fühlt sich daher ein großer Teil der Bevölkerung gewissermaßen verlassen und führerlos. Der Staat und seine Organe treten nur mit ihm in Verbindung in der Durchführung der staatssozialistischen Zwangswirtschaft mit allen verbitternden und demoralisierenden Folgen. Es bereitet sich dadurch ein für den Umsturz günstiger Boden vor, so daß das platte Land bei etwa kommenden inneren Stürmen nicht mehr der Staatsordnung den Rückhalt geben wird, den sie sonst dort gewohnheitsgemäß gefunden hätte. Bisher haben allein die Siege und Erfolge der deutschen Waffen und das unbegrenzte Vertrauen auf die Oberste Heeresleitung das Volk aufrechterhalten. Die tiefe Mißstimmung über die staatssozialistische Zwangswirtschaft, über die Schwäche der auswärtigen Politik und über den vollkommenen Bruch der inneren Politik mit preußischer Tradition, die hier im Korpsbezirk ihren festesten Boden hat, ist trauernden Herzens zwar, aber still hingenommen worden, immer in dem Gedanken, die Armee wird es wieder gut machen. Der Krieg dauert jetzt vier Jahre und die Nerven sind mitgenommen. Bei den zeitigen Rückschlägen an der Westfront bricht damit weiten Teilen der hiesigen Bevölkerung diejenige Stütze, welche sie bisher allein aufrecht erhielt, und es ist mit einem Zusammenbruch ihres Vertrauens in die Weisheit der Staatsleitung und die Gerechtigkeit unserer Sache zu rechnen.[7])

---

[6]) Andere Beobachter sprachen nicht nur von einer schweigenden Zurückhaltung der konservativen Gruppen, sondern von dem Versagen der bisher tonangebenden Schicht, vgl. Nr. 345. Oberst v. Haeften schrieb am 5. 9. 1918 an Oberst Bauer (Nachlaß Bauer, Nr. 13): „Vor allen Dingen halte ich das Schlappmachen der bisher in ihren kriegspolitischen Forderungen weitgehenden Persönlichkeiten für geradezu unheilvoll. Ich habe neulich mit einem Führer der Alldeutschen gesprochen und ihn gebeten, auf die alldeutsche Presse doch dahin zu wirken, daß sie entweder ihre alten Forderungen mit unverminderter Schärfe aufrecht erhält oder still schweigt. Das Schlappmachen dieser Leute wirkt im Auslande geradezu unheilvoll und würdelos. Jetzt darf von Frieden und Verständigung überhaupt nicht mehr die Rede sein. Auch jede Propaganda muß jetzt in den Hintergrund gestellt werden. Jetzt heißt es lediglich die Zähne zusammen beißen, bis die Entscheidung gefallen ist, so oder so. Im übrigen muß in der Heimat allenthalben energisch zugefaßt werden, das ist die beste Propaganda."

[7]) In den Berichten der übrigen stellv. Generalkommandos wird zwar überwiegend das unverminderte Vertrauen der Bevölkerung zur OHL hervorgehoben, in einigen Berichten erscheint diese gewohnte Formel jedoch nicht mehr und das Oberkommando in den Marken meldete unzweideutig: „Das Bedauernswerte dabei ist aber, daß hierbei das bisher unerschütterliche Vertrauen zur Obersten Heeresleitung bedenklich ins Wanken geraten ist." Vgl. hierzu auch einen Brief Admiral v. Müllers an Valentini vom 29. 8. 1918 (Nachlaß Schwertfeger, Nr. 213), in dem er über eine Unterhaltung mit dem sozialdemokratischen Schriftsteller Fendrich berichtet: „Dann packte F. mir gegenüber aus, wie miserabel die Stimmung im Lande wäre, in Norddeutschland noch mehr wie in Süddeutschland, und welche traurige Rolle der Kaiser dabei spielte. In Süddeutschland glaube man wenigstens noch an Hindenburg und Ludendorff, während man in Norddeutschland anfinge Ludendorff als eine politische Gefahr anzusehen. Anderseits besprächen die Bayern den Fall, daß statt der Hohenzollern die Wittelsbacher deutscher Kaiser werden könnten." Generaloberst v. Einem stand der OHL spätestens seit Anfang Juli 1918 kritisch gegenüber. Am 5. 9. 1918 schrieb er an seine Frau (Nachlaß Einem, Briefe): „Darauf [Friedensangebot] geht der allmächtige Mann der Vereinigten Staaten, Wilson, nur ein, wenn das Haus Hohenzollern entthront wird und das wird bei den heutigen Ministern und dem herrlichen Reichstag, in dem die süddeutschen Demokraten den Ton angeben, gar nicht schwer sein. Dann wird ein Abgeordneter Präsident und die

Das ist bedauerlich, ist aber eine von vielen mit Sicherheit vorhergesehene Folge der staatlichen Leitung während des ganzen Krieges innen und außen. Diese Überzeugung, welche in mündlichen Unterhaltungen dem stellvertretenden Generalkommando gegenüber von den verschie densten Seiten ausgesprochen wird, findet ihre Bestätigung in den hier vorliegenden Stimmungsberichten und ist d. E. mit tiefem Ernst aufzunehmen.

Es kommt dazu, daß seit einigen Wochen sozialistische Arbeit mit erneutem Hochdruck einsetzt, um die Bevölkerung zu verhetzen. Diese Arbeit beschränkt sich nicht mehr auf die Arbeiterkreise, sondern versucht auch auf die Truppe Einfluß zu gewinnen und zeigt sich in der Verteilung unerhörter Flugblätter in einer revolutionären Schärfe, wie sie bisher noch nicht dagewesen sind. Es ist kein Zweifel, daß diese Agitation von der unabhängigen Sozialdemokratie ausgeht. ...

Die Wühlerei der Sozialdemokratie findet eine Unterstützung leider in vielen Redereien von der Front beurlaubter Soldaten, welche sich entweder wichtig machen wollen oder vielleicht noch häßlichere Gründe haben.[8]) Dem letzteren Umstand müssen zum großen Teil die wilden Gerüchte zugeschrieben werden, die von Mund zu Mund verbreitet werden und hauptsächlich Brutstätten in den Ansammlungen finden, die sich vor den Läden behufs Einkaufs von Lebensmitteln in allen Straßen bilden. ...

Zu erwähnen ist noch, was vor kurzem ein in der politischen Arbeit der Handwerkerbewegung tätiger und sehr ordentlicher Handwerksmeister sagte, daß nämlich die Stimmung im Lande eine ganz andere sein würde, wenn alle 14 Tage von den preußischen Ministern solche Kundgebungen bekannt würden, wie sie vor kurzem seitens des Kriegsministers dem Vertreter einer Berliner Zeitung

---

Sache ist in Ordnung. So wird es jetzt kommen, das ist meine Überzeugung. Die O.H.L. hat in diesem Jahre vollkommen versagt, sie war sich der Kräfte unserer Feinde nie bewußt und überschätzte die eigenen; sie sah nie voraus und wurde stets sehr unangenehm überrascht; sie war störrisch wie ein Maulesel, hielt an der voreingenommenen Meinung fest und glaubte keinem Einsichtigen, keiner auf Tatsachen fußenden Meldung. So konnte es nicht gut gehn und wir müssen den Schaden tragen." Am 17. 9. 1918 wiederholte er den Gedanken: „Sehr traurig ist es, daß das Ansehen der O.H.L. im Heere und im Lande so gelitten hat. Sie hat es sich selbst zuzuschreiben. Hindenburg redet noch immer von Sieg trotz der Amerikaner. Da kann man sagen: Wer lacht da! So etwas müßte vermieden werden. Denn wir können die ganze Welt nicht besiegen. Es ist ein Riesenfehler gewesen, daß Ludendorff jedem Verständigungsfrieden sich widersetzt hat. Und immer wieder stellt sich die Frage: wir haben doch einen Kaiser, entscheidet er oder läßt er sich leiten. Leider das letztere."

[8]) Die Berichte aller stellv. Generalkommandos stimmen in dieser Hinsicht überein. Vgl. hierzu auch das Schreiben des stellv. Generalkommandos des II. AK vom 4. 9. 1918 an die Ausschüsse für Kriegsaufklärung (vgl. Nr. 366, Anm. 6). In diesem Schreiben sowie in allen Berichten der stellv. Generalkommandos für den Monat August wird die überaus negative Wirkung der halbamtlichen Kommentare zum Heeresbericht hervorgehoben, durch die Erwartungen geweckt worden seien, denen nun eine um so tiefere Enttäuschung gefolgt sei. Vgl. hierzu auch Archivalische Forschungen 4/III, Nr. 644, S. 1498 f.; in dieser Aufzeichnung Deutelmosers macht Major Würz den Leiter der Auslandsabteilung der OHL, Oberst v. Haeften, für diese verhängnisvolle Berichterstattung verantwortlich, vgl. auch Nr. 463, Anm. 6.

gegenüber gegeben worden ist[9]), daß aber Reden wie die des Dr. Solf[10]) das Gegenteil bewirken und die Stimmung mutlos machen und herabdrücken müssen. Ich war erstaunt, von dem einfachen Manne dieses Urteil zu hören, da ich gehofft hatte, daß die Rede des Dr. Solf von der Masse der Bevölkerung nicht verstanden worden sei. Das Gegenteil ist der Fall. Ich habe in verschiedenen Bevölkerungsschichten mich hiernach erkundigt: in Mittelstands-, Handwerker-, Kaufmannskreisen, ländlichen Kreisen, und überall ohne Ausnahme [habe ich] die Meinung erfahren, daß die Kundgebung des Kriegsministers mit größter Freude vernommen worden sei und lebhaft zur Wiederbelebung der Stimmung beigetragen habe, aber doch nicht das Unheil habe wieder gutmachen können, was durch die Reden des Prinzen Max von Baden[11]) und des Dr. Solf angerichtet worden sei, welche die Bevölkerung nicht bloß mutlos gemacht, sondern Zweifel an einem siegreichen Ausgang des Krieges hervorgerufen hätten."

[...][12])

[9]) Vgl. Schulthess 1918/I, S. 264 f. Stein wandte sich in dieser Unterredung vor allem gegen die Verbreitung von Gerüchten.

[10]) Zur Rede Solfs am 20. 8. 1918 vgl. Schulthess 1918/I, S. 254 ff. In den Berichten der stellv. Generalkommandos fand die Rede im ganzen ein nicht ungünstiges Echo; es wurde ganz allgemein begrüßt, daß damit nun endlich der politischen Offensive der Alliierten entgegen getreten wurde. Das stellv. Generalkommando des XIV. AK empfahl sogar am 5. 9. 1918 den Unterrichtsoffizieren, neben der Kundgebung Hindenburgs vom 2. 9. 1918 (vgl. Schulthess 1918/I, S. 267 ff.) die Rede Solfs dem Vaterländischen Unterricht zugrunde zu legen (GLA Karlsruhe Abt. 456, Bd. 84).

[11]) Rede zur Jahrhundertfeier der bad. Verfassung am 22. 8. 1918, vgl. Schulthess 1918/I, S. 261 ff.

[12]) Es folgen weitere Auszüge aus den Berichten der stellv. Generalkommandos.

470.

Befehl des stellv. Generalkommandos des XIV. AK an die unterstellten Truppenteile und Militärbehörden betr. die Ausbildung der Offiziere.[1])

3. 9. 1918, Karlsruhe, Abt. IIa. Nr. 755/18 pers. — GLA Karlsruhe Abt. 456, Bd. 86, vervielfältigtes, eigenhändig vollzogenes Exemplar.

So hoch auch im Frieden schon für das Offizierkorps die Ziele gesteckt waren, um im Geiste der Allerhöchsten Vorschriften seiner Aufgabe gewachsen zu sein, die augenblickliche Lage des Vaterlandes erfordert gebieterisch noch eine Steigerung der Pflichten für die Gesamtheit, wie für jeden Einzelnen, auch in der Heimat. Mit der Gewalt und Dauer des Widerstandes unserer Gegner, mit der Ausdehnung ihrer auf unsere Vernichtung gerichteten Mittel auf immer neue Gebiete auch unseres Volkslebens, muß vor allem unser eigener *Wille* wachsend sich emporheben zu stets sich erneuerndem Widerstand in einer das gesamte Leben stets mehr und mehr umfassenden und durchdringenden Gestaltung. So ist es

[1]) Vgl. hierzu auch Nr. 483, 486 und 491 sowie den Befehl des Chefs des Generalstabes des Feldheeres an die Heeresgruppen und Armee-Oberkommandos vom 26. 9. 1918 (Amtliche Urkunden, S. 42).

auch mit dem von alters hergebrachten und dauernd gepflegten, bewährten hohen Maß der Pflichterfüllung allein nicht mehr getan, auch nicht nur mit dem guten Willen, mehr zu leisten. Jeder Stillstand, jedes nur Erhaltenwollen des Vorhandenen trägt heute schon das Zeichen des Rückschrittes an sich. Nur eine sich steigernde lebendig schöpferische Kraft des Willens kann helfen. Die Not der Zeit, der Vernichtungswille unserer Feinde zwingt uns das Letzte an Kraft einzusetzen, das wir besitzen, und es frei und brauchbar zu machen zum Nutzen der Allgemeinheit. Auch der Wille braucht Schulung und Übung; dann erst wird er zur feingeschliffenen Waffe, zur beseelenden und vorwärtstreibenden Kraft. Neben der unbedingt nötigen Selbstzucht des Einzelnen, muß ihm daher Gelegenheit geboten werden, seinen Geist, sein Denken und Streben, Wollen und Können zu schmieden in der Glut, die führende Geister bereits entfacht haben und wohl behüten.

Diesen Werdegang, diesen Härtungsprozeß des Wollens des Einzelnen bis zur höchsten Kraftentfaltung zu fördern, bis zu jener wunderbaren Kraft der Gemeinschaft, des gleichen Sinnes, der gemeinsamen Teilung und Ertragung von Not, Leid und Gefahr, zum Widerstand bis zum Äußersten, muß die vornehmste Aufgabe der Kommandeure sein.

Da gilt es überall Kräfte, die sich offenbaren, zu [heben][2]), zu entwickeln und dienstbar zu machen, wegemüden, zögernden, irregeführten Geistern liebevoll nachzugehen, sie durch Rat und Tat zu stützen und wiederzugewinnen, schlechte Elemente zu belehren zu suchen, sie zur Umkehr veranlassen oder aber sie überwachen, als Spreu kennzeichnen und ihren schädlichen Einfluß auszuschalten suchen, wenn nötig mit aller Schärfe des Gesetzes. Das Alles weist uns vor Allem auf das unendlich wichtige Gebiet der Erhaltung der *Disziplin*. Vorträge, Belehrungen, die die Erhaltung der Disziplin im Heere zum Gegenstande haben, sind nicht hoch genug zu bewerten. Auf diesem Gebiet ersteht für die leider immer weniger werdenden älteren aktiven Offiziere eine außerordentliche Verantwortung.[3]) Noch kann die Disziplin als gesichert gelten, es kommt aber darauf an, sie unter allen Umständen zu erhalten. Die Schwierigkeiten sind gewachsen (Wechsel der Vorgesetzten, unvermeidlicher Wechsel des Truppenteils im Besatzungsheer wie Feldheer seitens des einzelnen Mannes, wachsender Einfluß trüber Stimmung in der Heimat, verderbliche Einwirkung staatsuntergrabender Elemente, die auch vom Auslande durch Agenten und Flugschriften heimlich gestützt werden) und es mehren sich die Anzeichen (Gehorsamsverweigerungen, Versuche sich der Absendung ins Feld zu entziehen, Zeichen schlechten Geistes in der Truppe)[4]), daß wir alle Kraft zusammennehmen müssen, um diesen Ein-

[2]) Durch die Heftung des Bandes ist das Wort nicht mehr mit Sicherheit zu entziffern.

[3]) Vgl. hierzu den Befehl des Chefs des Generalstabes des Feldheeres an die Heeresgruppen und Armee-Oberkommandos vom 11. 9. 1918 (Amtliche Urkunden, S. 37 f.), in dem auf einen schnellen Ersatz der ausgefallenen Kompanie- und Bataillonsführer durch aktive Offiziere aus den Stäben gedrungen wurde.

[4]) Vgl. hierzu Nr. 458, Anm. 1, Nr. 465, Anm. 15, und Nr. 472. Der bayer. Militärbevollmächtigte im Gr. Hauptquartier urteilte am 9. 9. 1918 (BHStA IV München MKr, 1828): „Der Rückzug hatte große Verluste an Menschen und Material gekostet [. . .] und was schlimmer ist, den inneren Halt der Truppen sehr erschüttert."

wirkungen entgegen zu arbeiten, das Heer als sichere Stütze des Staates zu bewahren.

Träger der Disziplin ist der Offizier ganz allein. Disziplin lehren und erhalten kann aber nur derjenige, der Selbstdisziplin übt und vollendetes Pflichtgefühl besitzt.[5]) Diese Eigenschaft unserem Offizierersatz einzuimpfen, darauf kommt es in allererster Linie an. Durch sein persönliches Beispiel auf allen Gebieten wirkt der Offizier disziplinfördernd. Nur derjenige Vorgesetzte hat Autorität, an dem der Untergebene weder in seiner Pflichtauffassung im Dienst, noch in seinem Lebenswandel außer Dienst etwas aussetzen kann. Dazu unparteiliche Gerechtigkeit und Wohlwollen, Strenge, wo sie sein muß, mit diesen Eigenschaften gepaart, wird niemals von den Mannschaften als Härte empfunden.

Welche heiligen Pflichten dem Offizier als Richter in Ehrensachen gegenüber dem eigenen Kameraden, als Richter im Kriegsgerichte, als Träger der Disziplinarstrafgewalt obliegen, muß bei den Vorträgen der Offiziere eindringlichst zum Ausdruck kommen. Gerechte Härte ist hier im Standes- wie Heeresinteresse geboten, falsche Milde wohl zu unterscheiden von berechtigter Nachsicht. Durch K[orps-]V[erordnungs-]Bl[att] ist bereits eine Broschüre „Vom Heer und neuer Zeit" von Hauptmann Sperling (Verlag von Uhland Buchdruckerei Stuttgart)[6]) als empfehlenswert genannt worden; ihre Lektüre kann allen Offizieren hier nochmals ganz besonders empfohlen werden. Sie wird neben dem bereits älteren, aber immer noch in seinen Grundsätzen ausgezeichneten Buche des Obersten Schaible „Standes- und Berufspflichten" (Mittler und Sohn)[7]) den älteren Offizieren beste Anregungen für die von ihnen zu haltenden Vorträge bieten.

Neben der Sorge der Kommandeure im Sinne der von mir bereits ergangenen mannigfachen und eingehenden Verfügungen über die Weiterbildung des Offi-

---

[5]) Ob das Offizierkorps in seiner Gesamtheit diese Forderung noch erfüllte, wurde zunehmend in Frage gestellt. Vgl. hierzu Nr. 129, Anm. 3, sowie Nr. 334, Anm. 9. Am 22. 6. 1918 wandte sich das preuß. Kriegsministerium gegen das unwürdige Benehmen jüngerer Offiziere gegenüber Feldwebelleutnants (MGFA MA/Adm, Nr. 582, V.25.21.2, Bd. 5). Auch in den Monatsberichten der stellv. Generalkommandos an das preuß. Kriegsministerium (Nr. 154, Anm. 1 und 2) für die Monate August und September 1918 tauchen entsprechende Klagen auf. Wild v. Hohenborn schrieb an seine Frau (Nachlaß Hohenborn, Nr. 5): „Es ist wie ein Verhängnis, daß bei uns alles so schlapp ist (leider auch in meiner, politisch entsetzlich dämlichen Umgebung). Ich bin manchmal ganz verzweifelt! Ich finde einfach kein Verständnis. Sollte man für möglich halten, daß mein Chef den österreichischen Schritt für der Weisheit Höchstes hielt!? Vielzuviel Hang zum guten Leben, Bürotätigkeit wie im Frieden, kein Vernichtungswille, kein tägliches Sinnen und Trachten, wie man dies und jenes besser machen könnte! *In den meisten Stäben ist es so.* Ich muß rütteln und schütteln, damit sie ordentlich anziehen. Der Ernst der Situation drückt sich höchstens in vermehrter Sucht nach Frieden aus. Bei der *Truppe* ist's anders! *Vorn*, im Graben, bei den Kerls gesunde ich immer wieder. Das Schlimme ist, meine Umgebung *versteht* mich nicht. Schimpfe und dränge ich, fühle ich, daß sie meinen, ich sei nervös. Wenn der Feind hübsch ruhig ist und die Schauspieltruppe ein neues Stück und das Casino ein gutes Menu gibt, dann sind sie reizend. — Es sind ja natürlich auch bessere dabei; aber die Atmosphäre ist schlapp." — Vgl. auch Gallwitz, S. 345 f.

[6]) Paul Sperling, Vom Heer und neuer Zeit. 2 Aufsätze über die innere Weiterentwicklung unseres Heerwesens, 3. mit einem Nachtrag versehene Auflage, Stuttgart 1918, 92 Seiten.

[7]) Camill Schaible, Standes- und Berufspflichten des deutschen Offiziers. Für angehende und jüngere Offiziere des stehenden Heeres und des Beurlaubtenstandes, 9. unveränderte Auflage, durchgesehen und verbessert v. Klemens Spohn, Berlin 1917. Vgl. hierzu S. XIX f.

zierkorps, auf die ich von Neuem mich beziehe, insbesondere die Verfügung vom 4. 1. 18 IIa Nr. 40[8]), die mit einigen Ergänzungen als Anlage diesem Schreiben beigefügt, erwächst die hohe und ernste Pflicht, auch besonders aller derjenigen Offiziere zu gedenken, deren augenblickliche Lage den engeren Verband eines Offizierkorps ausschließt, wie namentlich der in den Lazaretten befindlichen Verwundeten und Kranken.

Ich ordne daher an: In gleicher Weise wie vorstehend für die Truppenteile befohlen, haben in allen Garnisonen, in denen sich Offizier-Lazarette befinden, die Garnsionältesten im Benehmen mit den Chefärzten für die Weiterbildung der ausgehfähigen Offiziere vom Hauptmann abwärts durch gemeinsame Vorträge usw. Sorge zu tragen.

Für Vorträge aus Gruppe I[9]) sind Stabsoffiziere und andere ältere Offiziere zu gewinnen, wo Redner für die in Gruppe II[10]) genannten Vorträge an Ort und Stelle fehlen, sind Anträge unter Bezeichnung des Vortragsstoffes an Abt. V des Generalkommandos zu richten, die aus den dortigen Listen Vortragende namhaft machen wird. Zum *15. jeden Monats* haben alle Truppenteile über das Veranlaßte im Einzelnen zu berichten. Den Berichten ist ein genauer Plan der Vorträge unter Angabe der Vortragenden, Zahl der Teilnehmer und den einzelnen Lazaretten und der Vortrags-Themen beizufügen. Die Berichte sind — auch seitens der Garnisonkommandos — durch die betreffenden Brigaden vorzulegen. Termin bei diesen ist der 5. j. Mts.

Der kommandierende General
Isbert.

[8]) Liegt nicht vor.

[9]) Diese Gruppe von Vorträgen sollten dem „Offizier als Volkserzieher, Vorgesetzter und Ehrenmann" gelten. Zugrunde zu legen waren hierbei die Verordnungen über die Ehrengerichte, die Militärstrafgerichtsordnung und die zahlreichen Erlasse über die Standes- und Berufspflichten des Offiziers. „Die Kommandeure müssen durch solche Vorträge die Überzeugung zu gewinnen suchen, daß sowohl der Inhalt dieser Vorschriften pp, wie der *Geist* aus dem sie entstanden und mit dem sie begriffen sein wollen, zum geistigen Gemeingut und Richtgang ihres Offizierkorps geworden ist."

[10]) Die Vorträge sollten sich mit Fragen beschäftigen, „wie sie die große Zeit unseres Vaterlandes in überreicher Fülle zur Erörterung bietet".

471.

Auszüge aus den Aufzeichnungen aus der Pressebesprechung.[1]) Erklärung des Vertreters des Kriegspresseamts über die Behandlung der Reden feindlicher Staatsmänner und der feindlichen Heeresberichte in der Presse.

6. 9. 1918, Nr. 408, Vertraulich! — BHStA IV München MKr, 14027, vervielfältigtes Exemplar.[2])

[...][3])

K.Pr.A. II: Ich stimme dem, was Herr Kuttner[4]) gesagt hat, in vielen Dingen bei, vor allem dem, daß man unsere Bevölkerung nicht genügend hinweisen kann auf den Ernst und die Schwere des Kampfes, sowie auf die Gefahren, die uns drohen.

Was die Verbreitung der Äußerung von Exzellenz Ludendorff[5]) angeht, so weiß ich nicht, wie es zu der Weglassung der von Herrn Kuttner erwähnten Stelle gekommen ist. — Eine Zensur hat nicht stattgefunden, das möchte ich betonen, ich habe auch die Stelle mehrfach in Zeitungen gelesen.

Nun möchte ich zunächst Stellung nehmen zu dem, was Herr Grunwald angeregt hat: In der Zensurverfügung betr. Vorlage der Reden feindlicher Staatsmänner und Politiker steht nichts davon, daß derartige Nachrichten zur Zensur vorgelegt, sondern nur, daß sie der Oberzensurstelle zugeleitet werden sollen.[3]) Eine Zensur soll nicht ausgeübt werden; vielmehr ist durch die Vorlage beabsichtigt, den amtlichen Stellen Zeit zu geben, daß sie zu den Reden Stellung nehmen können, damit diese nicht, wie es bisher von der Mehrzahl der Zeitungen geschehen ist, unkommentiert in die Öffentlichkeit gelangen. Was Herr Grunwald ausgeführt hat, ist durchaus richtig gedacht, wird aber von den meisten Zeitungen leider nicht befolgt und die Erfahrung lehrt, daß der Drang nach Sensation diese bessere Einsicht, die vielleicht herrscht, entschieden in den Hintergrund drängt,

[1]) Vgl. Nr. 417, Anm. 1 und 4.

[2]) Die zahlreichen Unterstreichungen von Empfängerseite in der Vorlage werden nicht vermerkt.

[3]) In der vorausgehenden Debatte über die Zweckmäßigkeit der Anordnung der Oberzensurstelle vom 3. 9. 1918 (StA Koblenz 403, Nr. 14137), „alle Reden und Äußerungen von Staatsmännern und sonstigen im öffentlichen Leben stehenden Personen des feindlichen Auslandes" der Oberzensurstelle zuzuleiten, die dann die Freigabe zusammen mit einem Kommentar, bzw. entsprechenden Richtlinien, bekanntgeben werde, hatte sich die Mehrzahl der Pressevertreter gegen diese Maßnahme ausgesprochen. In der Frage der Veröffentlichung der feindlichen Heeresberichte hatten sich nur die Vertreter der „Deutschen Zeitung" und des „Berliner Lokal-Anzeigers" für ein sofortiges Veröffentlichungsverbot eingesetzt.

[4]) E. Kuttner vom „Vorwärts" hatte in längerer Rede ausgeführt, daß eine Stärkung des Widerstandswillens nicht durch optimistische Berichte, durch ein Vorenthalten der Wahrheit, sondern nur durch die Betonung der Gefahr und durch die Hervorhebung des Verteidigungscharakters des Krieges zu erreichen sei.

[5]) Das „Berliner Tageblatt" berichtete in der Abendausgabe (Nr. 454) des 5. 9. 1918 über ein Interview Ludendorffs mit dem Berliner Korrespondenten der ungarischen Zeitung „Az Est". Danach äußerte sich der General zur Kriegslage wie folgt: „Wir haben das erbitterte Ringen bisher in Ehren bestanden und sind zuversichtlich, daß wir dies auch weiter tun werden. [...] Wir sind mit der russischen Dampfwalze fertig geworden und werden auch mit Amerika fertig werden. Unser Wille zum Sieg bleibt ungebrochen und wir werden den Vernichtungswillen des Feindes brechen."

daß also eine große Zahl von Zeitungen, nur um zuerst eine Rede bringen zu können, diese ohne Kommentar aufnimmt. Dies soll durch die Verfügung von jetzt ab verhindert werden. Bei der Maßnahme kann es sich nur darum handeln, daß die Veröffentlichung auf kurze Zeit hinausgeschoben wird. Sobald die amtlichen Stellen, die bisher den Wortlaut solcher Äußerungen vielfach erst aus der Tagespresse erfuhren, jetzt aber vorher Kenntnis davon erhalten sollen, in geeigneter Weise, sei es durch einen Wolffruf, sei es durch einen Hinweis in der Norddeutschen Allg. Zeitung, Stellung dazu genommen und der Presse Richtlinien gegeben haben, wie sie die Behandlung der Rede in der Presse im Interesse der Reichsleitung wünschen, wird die Veröffentlichung sofort freigegeben werden. Die Maßnahme ist dadurch hervorgerufen worden, daß aus der Presse und aus der breitesten Öffentlichkeit heraus immer wieder das Verlangen gestellt worden ist, solche Reden nicht mehr ohne Kommentar auf die Bevölkerung einwirken zu lassen, und die in Betracht kommenden Stellen haben nach langen Verhandlungen sich dahin geeinigt, daß nur durch eine solche Verfügung, die nicht in den Rahmen der eigentlichen Zensurverfügungen fällt, Abhilfe geschaffen werden kann.[6]) Ich glaube die Aufregung, die hier herrscht, ist nicht am Platze; in der Verfügung ist nur dem Wunsch und dem Verlangen eines großen Teils der einsichtigen Öffentlichkeit Rechnung getragen worden.

Was die Frage der Veröffentlichung der feindlichen Heeresberichte angeht[7]), so möchte ich auch dazu Stellung nehmen: Wir haben die Veröffentlichung vor jetzt etwa 3¾ Jahren — es ist um die Jahreswende 1914/15 gewesen — nach langen Besprechungen den Schriftleitungen freigegeben im Vertrauen darauf, daß die öffentliche Meinung in Deutschland durch die feindlichen Heeresberichte in keiner Weise beeinflußt werde, weil das Vertrauen in die Richtigkeit und Objektivität der deutschen Heeresberichte im Volke niemals erschüttert werden könne. Das war vor 3¾ Jahren. Im Verlauf dieser Jahre hat sich aber herausgestellt, daß die Gegner von dem Mittel der Stimmungsmache durch die Heeresberichte in einer Weise Gebrauch machten, die wir anfänglich viel zu gering eingeschätzt haben. Herr Bernhard hat richtig betont, daß heute die feindlichen Heeresberichte tatsächlich gar nicht mehr eine Unterrichtung der Öffentlichkeit über die tatsächlichen Vorgänge auf dem Kriegsschauplatz sind, sondern ein ausgesprochenes Propagandamittel.

---

[6]) Eine derartige Verfügung war bereits in der Pressebesprechung vom 26. 7. 1918 (BHStA IV München MKr, 14026) für die nächsten Tage angekündigt worden. — Am 31. 8. 1918 wurde außerdem, auf Anregung des preuß. Kriegsministeriums, die schon Anfang Februar 1918 (Nr. 436) verfügte Vorzensur für Streiknachrichten aus dem Ausland verschärft (MGFA MA/StN, Nr. 5475, G. 24, Bd. 1; vgl. StA Koblenz 403, Nr. 14137): „Es muß bei solchen Veröffentlichungen vermieden werden, daß für die Arbeiterschaft einerseits der Anreiz entsteht, durch gleiche Streikbewegungen ihre Lohnbedingungen zu verbessern, andererseits der Gedanke auftaucht, als ob der allgemeine Weltstreik sich verwirklichen lasse, an dem sich die Arbeiter auch ihrerseits zur Erzwingung des Friedens beteiligen müßten. Deshalb sind Nachrichten über Streiks außerhalb Deutschlands nur vereinzelt und in unauffälliger, streng sachlicher Form ohne Parteikommentar zuzulassen, wobei jede Berichterstattung über das Bevorstehen oder den Verlauf des Streiks und über etwaige erzwungene Erfolge sowohl in politischer als auch in materieller Beziehung zu unterbleiben hat."

[7]) Vgl. hierzu Nr. 450.

[...][8])

Daraus geht klar hervor, daß eine planmäßige Behandlung unserer Heeresberichte in der feindlichen Presse obwaltet. Es ist nun die Frage, wie wir uns demgegenüber verhalten sollen. Da gebe ich Herrn Baake vollkommen recht, daß wir angesichts der augenblicklichen Kriegslage das Erscheinen der feindlichen Heeresberichte in der deutschen Presse durch Zensurmaßnahmen nicht verbieten dürfen. Das würde selbstredend seitens der Entente erhöht als Propagandamittel ausgenutzt werden. Aber ich sehe nicht ein, weshalb wir uns darüber nicht unterhalten sollen. Es wird die Zeit kommen, wo die Kriegslage sich wieder festigt, wo Ruhe an den Fronten eintreten wird. Wir müssen uns klar werden darüber, ob wir nicht schon jetzt die Maßnahme erörtern sollen, die wir zu dem erwähnten Zeitpunkt treffen können, um bei Wiederaufleben der Kampftätigkeit den Gegnern das Propagandamittel ihrer Heeresberichte aus der Hand zu winden. Sie werden einwenden, die feindlichen Berichte würden überall hin durch Funksprüche verbreitet und seien auch in der neutralen Presse zu lesen. Das können und wollen wir nicht verhindern. Wohl aber können wir die Einwirkung auf die urteilslose große Masse des deutschen Volkes verhindern. Daß die Herren der Presse die feindlichen Heeresberichte lesen, halte ich für absolut notwendig. Aber für ebenso notwendig halte ich, daß die Wirkung auf die kritiklose Masse des Volkes unterbunden wird, die doch wirklich durch unsere Heeresberichte genügend über die Kriegslage unterrichtet wird. Man muß sich klar darüber sein, daß die feindlichen Heeresberichte, wie ja auch mehrfach gesagt worden ist, in erster Linie darauf berechnet sind, auch Stimmung bei den eigenen Völkern der Entente zu machen. Schon daraus geht hervor, daß die Berichte auf unser Volk ungünstig wirken müssen. Hinzu kommt, daß bei uns ein Heeresbericht sich mit der ganzen Kampffront beschäftigt, während bei der Entente über dieselbe Kampffront 4 Heeresberichte, zum Teil sogar zweimal täglich ausgegeben werden. Es kommt also vor, daß wir in unserer Presse — ich habe es selbst in einzelnen Zeitungen beobachtet — 7 bis 8 feindliche Heeresberichte gegenüber einem einzigen deutschen Heeresbericht finden. Das ist Wahnsinn. (Zuruf Bernhard: Selbstmord!) Zudem können die feindlichen Heeresberichte, von denen jeder nur einen Bruchteil der Kampffront behandelt, sich viel mehr in Einzelheiten ergehen, und diese Einzelheiten werden so aufgemacht, daß die Propagandawirkung herauskommt. Das ist bei unserm Heeresbericht, der die ganze Front behandelt, ausgeschlossen. Wollten wir das ebenfalls tun, dann würden Heeresberichte herauskommen, zu deren Abdruck es den Zeitungen an Papier fehlen würde. Mit anderen Worten: Zur Aufklärung haben wir die feindlichen Heeresberichte nicht notwendig, der deutsche Heeresbericht bringt die ausschlaggebenden Momente, er war immer zuverlässig, wird es auch bleiben; und er reicht für die deutsche Bevölkerung aus. Daß einmal hin und wieder in einem solchen Heeresbericht eine nicht ganz klare oder — ich möchte sagen — geschickte Wendung mit unterläuft, läßt sich nicht vermeiden; man muß dabei berücksichtigen, welche Fülle von Arbeit bei der Abfassung zu leisten ist, da kann es mal vorkommen, daß ein Ausdruck gebraucht wird, der bei späterer Überprüfung nicht gewählt würde. Jedenfalls

[8]) In dem folgenden Abschnitt gab der Vertreter des Kriegspresseamts einen Überblick über die Verwertung des deutschen Heeresberichts in der Presse der Alliierten.

ist dies Eine festzuhalten: Unser Heeresbericht ist durchaus zuverlässig, das Vertrauen in ihn darf unter keinen Umständen erschüttert werden.[9]) Aber lassen wir es zu, daß das Vertrauen erschüttert wird, wenn wir mit unsern Heeresberichten auch die Lügen der feindlichen Heeresberichte veröffentlichen. Es sind verschiedene Vorschläge gemacht worden, wie man dem entgegentreten könne. Von den verschiedensten Seiten ist mir gesagt worden, man solle die feindlichen Heeresberichte kürzen, wie es auch die Entente mit den deutschen Berichten tut. Das würde ich für falsch halten. Gibt man sie überhaupt, dann im ganzen Wortlaut; denn jeder Kritiker wird sonst argwöhnisch werden und nachsehen, was gestrichen ist, dann wird er die kritische Sonde anlegen und grübeln, warum die Streichung erfolgt ist. Das würde den Gerüchten Vorschub leisten. Ferner ist vorgeschlagen worden, die Presse solle selbst die Streichungen vornehmen. Die Folge wäre, daß die eine Zeitung dieses, die andere jenes streicht, und man brauchte sich nur 3 Zeitungen zu kaufen, um den ganzen Bericht zu haben. Und abgesehen davon, ist auch von dem Laien gar nicht zu beurteilen, was gestrichen werden soll. Vielleicht überlegt sich selbst die Presse unter Prüfung aller dieser Gesichtspunkte, wie diesem Unfug der Stimmungsmache durch die Heeresberichte der Entente gesteuert werden kann. Jedenfalls — das möchte ich zum Schluß nochmals sagen — stimme ich mit Herrn Baake darin überein, daß im jetzigen Augenblick ein Verbot des Abdrucks der feindlichen Heeresberichte durch Zensurverfügung nicht günstig wirken würde.[10]) Andererseits müssen wir uns doch klar darüber werden, wie wir uns in Zukunft beim Abflauen der augenblicklichen Kampftätigkeit zu den Heeresberichten stellen wollen.

[. . .][11])

[9]) Vgl. Nr. 465, Anm. 9.

[10]) An diesem Grundsatz wurde bis zum Ende des Krieges festgehalten. Am 28. 9. 1918 ersuchte die Oberzensurstelle die Zensurstellen (MGFA MA/Adm, Nr. 2413, P 18, Bd. 7), die amtliche und halbamtliche militärische Berichterstattung — mit Ausnahme der Heeresberichte — der alliierten Presse nur dann zur Veröffentlichung in der deutschen Presse freizugeben, wenn diese Nachrichten durch WTB verbreitet werden. Nachrichten über die Kriegslage aus dem neutralen Ausland sollten nur dann zur Veröffentlichung freigegeben werden, wenn sie dem deutschen Heeresbericht nicht widersprachen. Vgl. die entsprechende Verfügung des stellv. Generalkommandos des X. AK vom 3. 10. 1918 in: StA Hannover Hann 122a, XXXIV, Nr. 337.

[11]) Im Anschluß hieran gab der Vertreter des Kriegspresseamts einen Überblick über die militärische Lage im Osten.

472.

Schreiben der Oberzensurstelle an die Zensurstellen betr. die Unterrichtung über Meutereien.

14. 9. 1918, Nr. 46104 O.Z., Geheim. — MGFA MA/RMA, Nr. 2356, XVII.1.5.11, Bd. 5, vervielfältigtes, eigenhändig vollzogenes Exemplar.

Nachstehend wird im Auszug Abschrift eines Schreibens des Oberkommandos in den Marken vom 10. 8. 18 übermittelt. Die Oberzensurstelle hält die darin

ausgesprochenen Bedenken gegen Zensurtelegramme über Fälle von Meutereien für berechtigt und wird daher in Zukunft derartige, Einzelfälle betreffende, Zensuranweisungen nicht mehr erlassen. Auf die diesseitige Nr. 33404 O.Z. v. 12. 12. 17[1]) wird erneut hingewiesen.

I.V.
Ziehe.

[Anlage: Auszugsweise Abschrift eines Schreibens des Oberkommandos in den Marken]

Wie bei dem Oberkommando in den Marken bekannt geworden ist, macht sich in den Kreisen der U.S.P.D. neuerdings eine Bewegung geltend, die antimilitärische Propaganda lebhafter zu betreiben, um auf diese Weise den Frieden schneller erzwingen zu können.

Dieser die Disziplin des Heeres aufs schwerste gefährdenden Propaganda muß mit allen Mitteln entgegengetreten werden.[2]) Wie von außerhalb berichtet wird, benutzt die Propaganda die Nachrichten von Meutereien, die in letzter Zeit vereinzelt vorgekommen sind, um durch deren Verbreitung andere Truppenteile zu ähnlichen Ausschreitungen anzuregen. Es ist daher von größter Bedeutung, die Weitergabe solcher Nachrichten mit allen Mitteln zu unterdrücken. Die Oberzensurstelle hat auch offenbar in diesem Bestreben, sobald sich ein Fall von Meutereien ereignete, Zensurverbot erlassen, Nr. 40174. O.Z. (Neu-Ulm), Nr. 41284. O.Z. (Ingolstadt)[3]), Nr. 43501. O.Z. (Graudenz).

Es kommt aber in Frage, ob durch diese Zensurverbote, die von allen Zensurstellen übernommen werden, nicht die gesamte deutsche Presse und insbesondere auch manche Redaktion der U.S.P.D. auf die betreffenden Vorgänge besonders hingewiesen werden oder gar erst durch das Zensurverbot von dem Vorkommnis Kenntnis erhalten. Die Fälle Ingolstadt, Graudenz und Neu-Ulm sind, wie hier bekannt wurde, in Versammlungen der U.S.P.D. besprochen worden. Wenn auch irgend welche bestimmten Anhaltspunkte dafür, daß gerade diese Vorgänge erst durch die Zensurtelegramme jenen Kreisen bekannt geworden sind, fehlen, so gestattet sich das Oberkommando doch vorzuschlagen, von derartigen Zensurverboten im Einzelfall für die Zukunft abzusehen. Soweit es sich um Meldungen über *militärische* Meutereien und Unruhen handelt, gewähren bereits die bestehenden Zensurvorschriften über militärische Nachrichten ausreichende Sicherheit dafür, daß diese Nachrichten nicht ohne vorherige Zensur gebracht werden.

---

[1]) Vgl. Nr. 427, Anm. 6.

[2]) Zu den vermehrt auftretenden Disziplinwidrigkeiten und Ausschreitungen vgl. Nr. 458, Anm. 1, Nr. 465, Anm. 15, sowie Gallwitz, S. 381 und S. 386, und F. v. Loßberg, Meine Tätigkeit im Weltkriege 1914—1918, Berlin 1939, S. 356. Das preuß. Kriegsministerium erließ am 22. 7. 1918 (BA-MA Koblenz, K02-5/4) und am 15. 8. 1918 (GLA Karlsruhe Abt. 456, Bd. 37) Anordnungen zur Aufrechterhaltung der Ordnung bei Militärtransporten, die das Begleitpersonal zu sofortigem rücksichtslosem Einschreiten, einschließlich des Waffengebrauchs, auch bei nur geringfügigen Widersetzlichkeiten verpflichteten. Vgl. in diesem Zusammenhang auch den Auszug aus dem Postprüfungsbericht der 6. Armee für die Zeit vom 21.—31. 8. 1918 bei Thimme, S. 264 ff.; Rupprecht, Bd. 2, S. 430, S. 439 ff.; sowie WUA, Bd. 6, S. 21 f., und Bd. 11/I, S. 385 ff. Vgl. im übrigen Nr. 476.

[3]) Vgl. Nr. 458, Anm. 1.

473.

Auszug aus der Niederschrift über eine Besprechung beim Reichskanzler zur Vorbereitung auf die Verhandlungen des Hauptausschusses des Reichstages.

21. 9. 1918[1]), Geheim. — MGFA MA/RMA, Nr. 2049, XVII.1.5.36, Bd. 2, vervielfältigtes Exemplar.[2])

Anwesend: Der Herr Reichskanzler; Exzellenz von Payer; A.A.: Unterstaatssekretär v. d. Bussche; R.A.d.I.: Exzellenz Wallraf; R.W.A.: Exzellenz Frhr. v. Stein; R.Sch.A.: Exzellenz Graf Roedern; R.M.A.: Exzellenz Vize-Admiral Behncke[3]), Kapitän z. S. Brüninghaus; Kr.Min.: General v. Wrisberg, Oberst Waitz; O.H.L.: Oberst v. Winterfeldt; St.Min.: Exzellenz Heinrichs; Reichskanzlei: Unterstaatssekretär v. Radowitz, Ministerialdirektor Deutelmoser, Legationsrat v. Prittwitz.

[...][4])

Der Herr **Reichskanzler:** Wegen der Wahlreform genügt wohl kurzer Hinweis auf frühere Erklärungen.[5])

Exzellenz **v. Payer:** Versammlungsrecht und Zensur werden große Schwierigkeiten machen. Man wollte zuerst eine Ober-Instanz oder ein Gericht über der Zensur haben. Jetzt haben die Sozialdemokraten eine neue Idee[6]), festzustellen

1. welche Fragen militärischer Natur, also militärisch zu zensieren,
2. welche Fragen gemischter Natur,
3. welche Fragen politischer Natur seien. Letztere wären der Militärzensur ganz zu entziehen.

Exzellenz **Wallraf:** Änderung des Belagerungszustands-Gesetzes ist schwierig. Materientrennung im Kriege nicht durchführbar. Die Handhabung der Trennung ist sehr ungleich. In einem Vorort von Köln wurde die Erörterung der Wahlreform verboten.[7]) Einzelne Kommandierende Generale lassen ihre persönlichen

[1]) Die Besprechung begann um 17.30 Uhr und wurde um 19.00 Uhr beendet.

[2]) Stichwortartige Notizen des Unterstaatssekretärs Heinrichs in dessen Nachlaß, Nr. 30.

[3]) Vizeadmiral Behncke, der von Admiral Scheer als Nachfolger des Admirals v. Capelle als Staatssekretär des Reichsmarineamts vorgeschlagen worden war, hatte die Leitung des Amts am 18. 9. 1918 von Admiral v. Capelle übernommen, wurde aber bereits am 22. 9. 1918 in dieser Stellung durch Vizeadmiral Ritter v. Mann-Tiechler ersetzt. Vgl. Deist, S. 347.

[4]) Der Reichskanzler eröffnete die Besprechung mit einer kurzen Skizzierung seiner vor dem Hauptausschuß zu haltenden Rede. Payer referierte über die parlamentarische Lage: „Kanzlerstürzlerische Stimmung herrscht nicht in dem Maße, wie das in der Presse hingestellt wird." —Vgl. hierzu Quellen I/1, Bd. 2, Nr. 211 ff., S. 480 ff.; Quellen I/3, Bd. 2, Nr. 492, S. 417 ff.; Dokumente und Materialien II/2, Nr. 78, S. 196 f.; Rupprecht, Bd. 2, S. 446; Thaer, S. 229 (Brief vom 15. 9. 1918); Müller, S. 417 (Eintragung vom 22. 9. 1918). — Die Besprechung wandte sich dann der baltischen und polnischen Frage zu.

[5]) Für den Zusammenhang vgl. Patemann, S. 209 ff. In den Berichten der stellv. Generalkommandos an das preuß. Kriegsministerium (vgl. Nr. 154, Anm. 1 und 2) für den Monat September kommt zum Ausdruck, daß die innenpolitischen Fragen in der zweiten Hälfte des Monats die Bevölkerung ebenso sehr beschäftigten wie die militärische Entwicklung an den Fronten.

[6]) Vgl. Quellen I/1, Bd. 2, Nr. 256a, S. 786 (Ziffer 6).

[7]) Vgl. hierzu Nr. 454 und 461.

politischen Einflüsse hineinspielen. Bei einzelnen Generalkommandos sind Zivilberater vorhanden. Es wäre ratsam, dies überall durchzuführen.

General **v. Wrisberg:** Reinliche Materientrennung kaum möglich. Die Kommandierenden Generale sind für die Sicherheit verantwortlich; würden also mit den Zivilstellen leicht in Konflikt geraten. Die Zuziehung von Zivilberatern beim Ober-Militärbefehlshaber wäre gut. Muß mir Rücksprache mit meinem Minister vorbehalten.[8])

Das Ministerium des Innern hatte um Freigabe der Wahlrechtsbesprechungen gebeten. Das Kriegsministerium hat die grundsätzliche Genehmigung abgelehnt unter Berufung auf Sicherheitsgründe. Eine heutige Besprechung hat zu dem Ergebnis geführt, daß die Kommandierenden Generale angewiesen werden, im allgemeinen diese Besprechungen zu erlauben.[9]) Ein Verbot soll nur da, wo die Sicherheit es erfordert, ergehen, unter Mitteilung an das Kriegsministerium. Damit waren die Vertreter des Reichsamts des Innern und des Ministeriums des Innern einverstanden.

Exzellenz **Wallraf:** Es wäre zu wünschen, daß die militärischen Erlasse den Zivilbehörden vorgelegt würden (Erlaß Linsingen[10]), Erlaß desKriegsministeriums gegen die Pazifisten).[11])

Der Herr **Reichskanzler:** Ich muß diesen Wunsch dringend unterstützen. In Münster sollte der zum Mitglied des Herrenhauses ernannte Herr Stegerwald für die Wahlrechtsvorlage sprechen, das wurde verboten. Der Fall ist geradezu paradox.

Exzellenz **Graf Roedern:** Im Ausschuß wird auch die Auflösung der Berliner Wahlversammlung erörtert werden.[12]) Es wäre ratsam, wenn beim Oberkommando ein Zivilberater vorhanden wäre, wie das seinerzeit Exzellenz Drews als Unterstaatssekretär gewesen ist. Ich bin nicht darüber orientiert, wie das heute ist.

---

[8]) Mit Schreiben vom 2. 10. 1918 an die Militärbefehlshaber ersuchte der Obermilitärbefehlshaber um Auskunft, ob, einer früheren Anregung folgend, bei allen politischen Maßnahmen auf Grund des Belagerungszustandes Zivilbeamte hinzugezogen würden und welche Erfahrungen damit gemacht worden seien. Das stellv. Generalkommando des XIV. AK berichtete daraufhin am 8. 10. 1918, daß das stellv. Generalkommando alle Entscheidungen grundsätzlicher Natur nur im engen Einvernehmen mit der bad. Regierung treffe (GLA Karlsruhe Abt. 456, Bd. 77). Vgl. im übrigen Nr. 30.

[9]) Vgl. das Schreiben des Obermilitärbefehlshabers an die Militärbefehlshaber vom 25. 9. 1918 (MGFA MA/RMA, Nr. 6062, IX.3.15, Bd. 2): „Ich habe Veranlassung darauf hinzuweisen, daß es im Sinne meiner Verfügung vom 5. 8. 18 Nr. 5521.18.g. A 1 [Nr. 461, Anm. 6] liegt, wenn die Erörterung der preußischen Wahlrechtsfrage möglichst allgemein gestattet würde und daß nur unter solchen Umständen Wahlrechtsversammlungen zu verbieten wären, wo es das Interesse der Sicherheit des Reiches fordert." Die öffentliche Kritik an der bisherigen Praxis wurde im übrigen auf den mangelnden „Takt" und die „Unkenntnis" der überwachenden Polizeibeamten zurückgeführt.

[10]) Vgl. Nr. 468.

[11]) Vgl. Nr. 419, Anm. 8.

[12]) Es handelte sich um eine Versammlung der USPD am 19. 9. 1918 aus Anlaß einer Ersatzwahl für den Reichstag, die am 15. 10. 1918 stattfand (vgl. Schulthess 1918/I, S. 344 f.). Der Abgeordnete Stresemann erwähnte die Angelegenheit in der Sitzung des Hauptausschusses am 25. 9. 1918 (vgl. Schulthess 1918/I, S. 307), vgl. auch die entsprechenden Anfragen in der Pressebesprechung vom 20. 9. 1918 (BHStA IV München MKr, 14027).

Exzellenz **Wallraf:** Zu meinem Erstaunen existiert eine Proscriptionsliste gegen Hetzredner, die dem Reichsamt des Innern nicht bekannt ist, auf welcher der Reichstagsabgeordnete Haase steht.[13]) Im übrigen ist eine Beaufsichtigung der Wählerversammlungen im Kriege nicht zu entbehren.

General **v. Wrisberg:** Der Kriegsminister steht den Wahlversammlungen freundlich gegenüber. Haase ist das Wort versagt worden auf Ersuchen des Oberkommandos, weil er Hetzer ist. Nur die Sicherheitsfrage ist entscheidend. Das Oberkommando glaubt, daß man Haase das Wort geben könne. Dies wird ihm morgen eröffnet werden, damit die Sache vor Zusammentritt des Hauptausschusses erledigt ist.

Exzellenz **Wallraf:** Ein Hauptwortführer der Berliner Versammlungen war der Portier der Russischen Botschaft.

General **v. Wrisberg:** Bei der Versammlung waren die schlimmsten Elemente aus Berlin und Umgegend zusammengetrommelt.

[. . .][14])

[13]) Vgl. hierzu Nr. 108, Anm. 8.

[14]) Im folgenden wurde vom Staatssekretär des Reichsschatzamts, Graf Roedern, die Frage der Aufhebung des § 9 der Reichsverfassung angeschnitten. Vgl. hierzu Quellen I/1, Bd. 2, Nr. 233, Anm. 10, und Nr. 235, Anm. 10 und 15.

474.

Telegramm des Legationsrats Freiherr v. Lersner an den Legationsrat Freiherrn v. Grünau.[1]) Entgegenkommen der Obersten Heeresleitung auch in innenpolitischen Fragen.

25. 9. 1918, Gr. Hauptquartier, Nr. 86. — PA Bonn Polit. Abt, Auswärtiges Amt Gr. Hauptquartier, Bd. 228, Entwurf.

Falls Sie irgend welche Wünsche betreffs innerpolitischer Maßnahmen[2]) haben, bitte ich, sie mir hierher zu geben.[3]) Ich glaube, daß ich zur Zeit von Oberster Heeresleitung jegliche[4]) Unterstützung auch in dieser Beziehung erhalten kann.[5])

Lersner.

[1]) Der sich am 24. und 25. 9. 1918 mit dem Kaiser in Kiel befand. In der Nacht vom 25./26. 9. 1918 erfolgte die Rückfahrt nach Schloß Wilhelmshöhe bei Kassel.

[2]) Die vorangehenden vier Worte sind in der Vorlage von Lersner mit Bleistift unterstrichen.

[3]) Die vorangehenden drei Worte sind in der Vorlage von Lersner mit Bleistift unterstrichen. — Grünau telegraphierte am 26. 9. 1918 an Lersner (PA Bonn Polit. Abt, Auswärtiges Amt Gr. Hauptquartier, Bd. 228): „Ich habe im Augenblick keinen besonderen Wunsch, erst muß etwas mehr Klärung der äußeren Lage eintreten. Aber vielleicht könnten Sie erreichen, daß Oberste Heeresleitung sichtbar von der Halunken-Erklärung des Preußen-Tages von vorgestern abrückt." Um welche Erklärung es sich dabei handelte, konnte nicht ermittelt werden, vgl. im übrigen Nr. 478, Anm. 10.

[4]) In der Vorlage von Lersner mit Bleistift unterstrichen.

[5]) In der Vorlage von Lersner verbessert aus „könne".

475.

Aufzeichnung des Generalmajors a. D. v. Haeften über die Entstehung der Waffenstillstandsforderung innerhalb der Obersten Heeresleitung.[1])

Nachlaß Haeften, Nr. 5. — Manuskript: „Erlebnisse 1918", Bd. 2.

1. Am 24. September 1918 unterrichtete General Ludendorff den an diesem Tage im Großen Hauptquartier in Spaa weilenden General Gröner eingehend über die militärische Lage an allen Kriegsfronten.[2]) Hierbei schilderte General Ludendorff die Lage an der Westfront durchaus zuversichtlich und in keiner Weise bedenklich. Im Gegensatz hierzu bezeichnete unmittelbar darauf Oberst Heye[3]), danals Chef der Operationsabteilung, die Lage an allen Fronten, besonders auch an der Westfront, als *bedrohlich*, hier sei jederzeit mit der Möglichkeit eines feindlichen Durchbruchs zu rechnen. General Gröner legte den Ausführungen des Obersten Heye um so weniger Gewicht bei, als er ihn als Pessimisten kannte.[4]) Er berichtete daher am gleichen Tage nach Kiew an den dortigen deutschen Oberbefehlshaber über die militärische Lage durchaus zuversichtlich im Ludendorff'schen Sinne.[5])
2. Im Herbst 1921 stellte der frühere Reichskanzler, Prinz Max von Baden, durch mich die Frage an General v. Mertz — im Jahre 1918 Chef der Abteilung Balkan-Orient im Großen Hauptquartier —, ob die Forderung des Friedens- und Waffenstillstandsangebots seitens des Generals Ludendorff vornehmlich in der *militärischen* Lage begründet gewesen sei.

   In der Antwort[6]) des Generals v. Mertz heißt es wie folgt: „Schon am 25. 9. (1918) erklärte General Ludendorff die Lage vom militärischen Gesichtspunkt aus für *völlig* hoffnungslos. Auch die Gründe, *die mich veranlaßten, am 26. 9.*

[1]) In der Vorlage trägt die Aufzeichnung die Überschrift: Über die Entstehungsgeschichte des Friedens und Waffenstillstands-Angebotes vom 3. Oktober 1918. Aus den, der Aufzeichnung beigegebenen Fußnoten ergibt sich, daß sie 1935/36 entstanden sein muß, vgl. hierzu im übrigen Quellen I/2, S. LXVII.

[2]) Fußnote Haeftens: „Mitteilung des Generals Gröner an mich vom November 1935." Vgl. hierzu Groener, S. 412 f. Danach antwortete Ludendorff auf die Frage Groeners, wie lange der Widerstand im Westen noch aufrecht erhalten werden könne: „Bis Weihnachten muß Friede sein."

[3]) Zur Ablösung des bisherigen Chefs der Operationsabteilung Ia, des Oberstleutnants Wetzell, und zur Berufung von Oberst Heye, dem vom 11. 9. 1918 die Operationsabteilungen Ia, Ib und Ic unterstellt wurden, vgl. Foerster, S. 64 ff., sowie Nachlaß Heye, Nr. 4. Auch bei dieser sehr wesentlichen Entscheidung hatte Oberst Bauer die Hand im Spiel.

[4]) Groener (vgl. Anm. 2) spricht nur davon, daß er Ludendorffs Lagebeurteilung „mehr Gewicht" beimaß. Zum Problem der militärischen Lagebeurteilung durch Ludendorff vgl. H. Meier-Welcker, Die deutsche Führung an der Westfront im Frühsommer 1918, in: Welt als Geschichte, 21. Jg. 1961, S. 164 ff. Im übrigen zeichnete nicht nur Heye ein düsteres Bild der Lage, auch der Chef des Feldeisenbahnwesens, Oberst v. Oldershausen, machte Groener auf die „äußerst kritische" Lage aufmerksam. Doch glaubten er und seine Mitarbeiter, „Ludendorff nicht vorgreifen zu dürfen", wie Groener schreibt.

[5]) Groener (vgl. Anm. 2) gewann den Eindruck, „daß die Fortsetzung des Rückzugs im Westen" nicht ernstlich bedroht sei.

[6]) Fußnote Haeftens: „Das Original der Mitteilung vom 18. X. 1921 ist in meinem Besitz."

die sofortige Berufung des Staatssekretärs v. Hintze nach Spaa zu veranlassen, waren lediglich auf die *militärische Lage zuückzuführen* ..." Diesen Mitteilungen lag folgender, mir damals von General v. Mertz an der Hand seines Tagebuchs mündlich erläuterter Tatbestand zugrunde:

Am 25. 9. 1918 hatte der Generalstabsarzt der Armee, Dr. Schjerning, dem General Ludendorff beim Vortrag über eine in Südfrankreich unter den französischen Truppen herrschende Lungengrippe berichtet, die viele Opfer fordere und voraussicht ich auch auf die französische Front übergreifen werde. General Ludendorff äußerte sich hierüber sehr erfreut mit den Worten: „Hoffentlich wird Ihre Vermutung zutreffen. *Das ist meine letzte Hoffnung.*"[7]) Schjerning, der über diese Äußerung sehr betroffen war, machte hiervon den Obersten Heye und v. Mertz Mitteilung. Am Tage darauf, am 26., fand anscheinend auf Veranlassung des Obersten Heye im Amtszimmer des Generals v. Bartenwerffer eine Beratung statt, der außer den vorgenannten Herren noch Oberst v. Mertz und Major v. Stülpnagel beiwohnten, und in deren Mittelpunkt Ludendorffs Äußerung über seine „letzte Hoffnung" stand.[8]) Oberst Heye berichtete zunächst über die äußerst ernste Lage an

[7]) Vgl. hierzu WUA, Bd. 2, S. 428 (Niederschrift Mertz v. Quirnheims), Foerster, S. 85 ff., J. Petzold, Die Entscheidung vom 29. September 1918; in: Zeitschrift für Militärgeschichte, 4. Jg. 1965, S. 517 ff., E. Kessel, Ludendorffs Waffenstillstandsforderung am 29. September 1918, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 2/68, S. 65 ff., sowie neuerdings Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 3, S. 421 ff. Vgl. auch Amtliche Urkunden, Nr. 6, S. 26 f. Der dort abgedruckte Bericht Lersners macht es wahrscheinlich, daß sich der Vorgang so abgespielt hat, wie Mertz v. Quirnheim ihn geschildert hat (vgl. Foerster, S. 86). Danach hat Ludendorff selbst den angeblichen Ausbruch der Lungenpest mitgeteilt und auf zweifelnde Einwendungen des Generalarztes Schjerning mit „förmlich verfallener" Stimme erklärt: „Ich habe mich an die Nachricht geklammert wie ein Ertrinkender an einen Strohhalm". Vgl. hierzu auch Weltkrieg, Bd. 14, S. 629, sowie S. A. Kaehler, Zur Beurteilung Ludendorffs im Sommer 1918, in: Studien zur deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Göttingen 1961, S. 255.

[8]) Die Besprechung fand auf Initiative des Obersten Mertz v. Quirnheim statt, vgl. hierzu WUA, Bd. 2, S. 428; W. Foerster, S. 87; S. A. Kaehler, Studien zur deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Göttingen 1961, S. 256. Die Eintragung in dem Tagebuch Mertz v. Quirnheims lautet (Auszug im Nachlaß Groener, Nr. 63): „Ernstes Gespräch mit General v. Bartenwerffer, v. Lersner, Brinkmann. Ich fordere von Lersner kategorisch auf, endlich dafür zu sorgen, daß Hintze hier her kommt und daß nicht in der bisherigen Weise fortgewurschtelt wird. General v. Bartenwerffer schließt sich sehr ruhig und sachlich an. Oberst Heye herbeigerufen. Auch er ganz meiner Ansicht. Schildert den Ernst der Lage ebenso ruhig als treffend. Wir können nicht mehr so weiter, wir müssen uns erschöpfen." Die „letzte Hoffnung" stand demnach keineswegs im Mittelpunkt der Erörterungen. Mertz v. Quirnheim, der den politischen Aktionen Ludendorffs immer mit Distanz begegnet war und der die mangelnde Zusammenarbeit zwischen Heeres- und Reichsleitung nach seiner Mission im November 1917 (vgl. Nr. 403) besonders deutlich empfinden mußte, hat spätestens seit Anfang September bei verschiedenen Gelegenheiten darauf gedrängt, daß der Reichsleitung und insbesondere dem Staatssekretär v. Hintze ein zutreffendes Bild der Lage gegeben werde. Vgl. hierzu insbesondere Foerster, S. 59 ff. In diesem Zusammenhang verdient auch die Initiative des bayer. Kriegsministers zur Herbeiführung eines Verständigungsfriedens Mitte August 1918 Beachtung, vgl. Albrecht, S. 355 f. — Seit Mitte September 1918 stand Mertz in einem unmittelbaren dienstlichen Verkehr — ermächtigt durch Ludendorff (vgl. WUA, Bd. 2, S. 250) — mit dem Vertreter des Auswärtigen Amts, Frhr. v. Lersner, im Hinblick auf die drängenden Balkanfragen und mußte dabei erkennen, in welchem Maße sich selbst dieser Mann, der in fast täglicher Berührung mit Ludendorff und in einem engen

der deutschen Westfront.[9]) Er und Stülpnagel hätten in den letzten Tagen mehrfach, aber vergeblich versucht, auf Ludendorff einzuwirken, daß er die Reichsregierung über die Hoffnungslosigkeit der militärischen Lage aufkläre und sie um die sofortige Einleitung „der erforderlichen Maßnahmen" ersuche.[10]) Man beschloß, den Vertreter des Auswärtigen Amtes, Legationsrat v. Lersner, sofort zu der Beratung hinzuzuziehen. Nach dessen Orientierung forderte ihn Oberst v. Mertz auf, Staatssekretär v. Hintze sofort über die Aussichtslosigkeit weiteren militärischen Widerstandes telefonisch aufzuklären und ihn zu ersuchen, sich möglichst bald in das Große Hauptquartier zu einer Besprechung über die Lage zu begeben. Das Gespräch Lersner–Hintze fand in Gegenwart der anderen Herren statt.[11]) Von diesem überaus wichtigen Vorgang hat General Ludendorff nie etwas erfahren, noch heute ist er meines Wissens hierüber nicht unterrichtet.[12]) Den wiederholten dringenden Vorstellungen von Heye und Stülpnagel hatte er sich — wie erwähnt — bisher unzulänglich gezeigt.[13]) Die Aktion der vorgenannten Herren beim Staatssekretär v. Hintze erfolgte also *ohne Ludendorffs Vorwissen*.[14])

Hintze war durch diese Eröffnung auf das stärkste betroffen[15]) und um so

---

Kontakt mit den Offizieren der OHL stand, über die wahre militärische Lage täuschte (vgl. hierzu den Brief Lersners an Hintze vom 2. 10. 1919 im Nachlaß Schwertfeger, Nr. 542). Es erscheint überaus charakteristisch, daß der Bayer Mertz v. Quirnheim der einzige Offizier innerhalb der OHL war, der in klarer Erkenntnis der Situation die Initiative ergriff, um General Ludendorff zu zwingen, die „Barriere" zu nehmen, d. h. der Reichsleitung das Eingeständnis der drohenden Niederlage zu machen (vgl. Foerster, S. 87). Der Versuch des Oberstleutnants Bauer, Anfang August 1918, Ludendorff zu beseitigen (vgl. Foerster, S. 71 f.) darf hier unberücksichtigt bleiben, da Bauer auch in diesem Fall den ihm eigenen Weg der Intrige gegangen zu sein scheint. Vgl. hierzu Eisenhart Rothe, S. 110 ff.

[9]) Vgl. hierzu die Denkschrift Heyes vom 24. 9. 1918 mit Randbemerkungen Ludendorffs (Nachlaß Heye, Nr. 4), sowie — in einem größeren Zusammenhang — Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 3, S. 417 ff.

[10]) In einer Fußnote weist Haeften auf Gallwitz, S. 441, hin. Gallwitz gibt hier eine Unterredung am 29. 10. 1918 mit Major v. Stülpnagel wieder, der von dem tagelangen Schwanken Ludendorffs vor dem 28. 9. 1918 berichtete, vgl. auch Rupprecht, Bd. 3, S. 376 f.

[11]) Vgl. hierzu das Telegramm Lersners an Hintze vom 26. 9. 1918, WUA, Bd. 2, S. 403 f.

[12]) Das ist eine nicht zutreffende Annahme, Oberst Heye unterrichtete Ludendorff im Anschluß an die Besprechung. Vgl. Foerster, S. 87 f.

[13]) In einer Fußnote verweist Haeften auf die in Anm. 10 angegebene Stelle der Erinnerungen des Generals v. Gallwitz.

[14]) Foerster, S. 88, stellt gegenüber diesem rein formalen Argument fest: „Ludendorff wird innerlich eine Erleichterung empfunden haben, daß durch den Schritt seines Abteilungschefs der Weg zur Aussprache mit dem Staatsmann ohne sein eigenes Zutun gefunden worden war."

[15]) Hintze berichtet (WUA, Bd. 2, S. 251 und S. 403), daß er nicht nur durch den Frhr. v. Lersner am 26. 9. 1918 über die bedrohliche militärische Lage informiert wurde, sondern daß er mehrere Hinweise aus der Armee in jenen Tagen erhalten habe. — Für Hintze werden diese Mitteilungen eher eine Bestätigung längst gehegter Befürchtungen gewesen sein, denn seit dem 13. 8. 1918 wußte er, daß die militärische Situation nicht zum besten stand. Zur Unterrichtung der Reichsleitung über die militärische Lage vgl. vor allem WUA, Bd. 2, S. 223 ff., sowie die entsprechenden Anlagen; Foerster, S. 53 ff., S. 84 ff.; Ludendorff, Urkunden, S. 499 ff.; Amtliche Urkunden, Nr. 2 f., S. 7 ff.; Archivalische Forschungen 4/III, S. 1514 ff.

peinlicher berührt, als sein dem General Ludendorff am 9. September gegebenes Versprechen[16]), an die Königin von Holland mit der Bitte um Friedensverhandlungen heranzutreten, sowie seine diesbezüglichen Bemühungen bisher irgendwelche Ergebnisse nicht gezeitigt hatten. Die dringende Friedensfrage war in den letzten Wochen um keinen Schritt von der Stelle gerückt. Die im Auswärtigen Amt sofort einsetzenden Beratungen Hintzes mit seinen Mitarbeitern unter Heranziehung des Vizekanzlers v. Payer und des Staatssekretärs des Reichsschatzamtes, Graf v. Roedern, fanden am Vormittag des 28. September ihren Abschluß. Ihr Ergebnis ist in der vom Unterstaatssekretär v. Stumm und den vortragenden Legationsräten v. Rosenberg und v. Bergen unterschriebenen Aufzeichnung aktenmäßig festgelegt.[17]) Dieses Dokument enthält die erste in den Akten befindliche urkundliche Erwähnung des Friedens- und *Waffenstillstandsangebotes*[18]) und die erste aktenmäßige Niederschrift des Programmes der ganzen schwerwiegenden Aktion, die bezeichnet wird „mit der Revolution von oben und mit dem Hissen der weißen Fahne" (Waffenstillstandsangebot).

In der 11. Vormittagsstunde des 28. September wurde dem Legationsrat v. Lersner in Spaa die Ankunft des Staatssekretärs v. Hintze dortselbst in der Frühe des 29. September angekündigt. Ich vermute[19]), daß dem Legationsrat v. Lersner — und durch ihn auch dem General Ludendorff — bei diesem Telefongespräch die *Veranlassung* der Reise des Staatssekretärs sowie die *in Aussicht genommenen Gegenstände der Besprechung* (sogenannte Hintze-Aktion) übermittelt worden sind. Diese telefonische Mitteilung ist wiederum

[16]) Diese Formulierung dürfte charakteristisch sein für die Auffassungen, die in der OHL, vor allem bei Ludendorff selbst, über das Verhältnis zur Reichsleitung und über die Möglichkeiten und Aufgaben des Politikers vorherrschten. — Zu dem erwähnten Vorgang selbst — die OHL erklärte sich mit der Einleitung eines Vermittlungsversuches über eine neutrale Macht einverstanden — vgl. WUA, Bd. 2, S. 244 f.

[17]) Vgl. Amtliche Urkunden, Nr. 12, S. 47. Vgl. auch WUA, Bd. 2, S. 251 f.

[18]) Im Gegensatz zu dieser Hervorhebung durch Haeften heißt es in der Aufzeichnung: „Die auf diese Weise neu gebildete Regierung würde im gegebenen Moment an den Präsidenten Wilson heranzutreten haben mit dem Ersuchen, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen und zu diesem Zwecke allen kriegführenden Parteien die Entsendung von bevollmächtigten Delegierten nach Washington vorzuschlagen. Je nach den Wünschen unserer militärischen Stellen würde dem Präsidenten nahezulegen sein, die Kriegführenden eventuell gleichzeitig zum Abschluß eines sofortigen Waffenstillstanddes einzuladen. Unsere Aufforderung an Herrn Wilson wäre von der Erklärung zu begleiten, daß Deutschland, eventuell der Vierbund, bereit ist, den Friedensverhandlungen als Programm die bekannten 14 Punkte des Präsidenten zugrunde zu legen."

[19]) Fußnote Haeftens: „Diese Vermutung hat sich inzwischen als gerechtfertigt erwiesen. Wie ich festgestellt habe, hat Oberst v. Winterfeldt noch am Vormittag des 28. September im Auftrage von Hintze mit Ludendorff in Hintzes Sinne telefoniert. Das Ergebnis war, daß Winterfeldt dem Reichskanzler im Auftrage der O.H.L. meldete, diese sei zu der Ansicht gekommen, eine Umbildung der Regierung sei notwendig — eine Eröffnung, die diesen ebenso überraschte wie die ihm kurz zuvor gemeldete Abreise von Hintze in das Große Hauptquartier." Vgl. hierzu WUA, Bd. 2, S. 253. Einen Beleg für das Gespräch Winterfeldts mit Ludendorff im Auftrag und im Sinne Hintzes gibt Haeften nicht. Vgl. hierzu auch die Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs Heinrichs (Quellen I/1, Bd. 2, Nr. 258, S. 797), wonach Graf Stirum aus Spa Hertling über den Wunsch der OHL nach einer Umbildung der Regierung informiert habe.

die Veranlassung gewesen zu der zwischen dem Feldmarschall und General Ludendorff am Abend des 28. September stattgehabten Aussprache.[20])

Hieraus dürfte hervorgehen, daß das vom Obersten v. Mertz bei der Beratung am 26. September veranlaßte Telefongespräch Lersner–Hintze und dessen daraufhin einsetzende Beratungen im Auswärtigen Amt[21]) der Ausgangspunkt zu der innen- wie außenpolitisch verfehlten Hintze'schen Aktion der Revolution von oben und des Friedens- und Waffenstillstandsangebotes[22]) gewesen sind und nicht, wie bisher vielfach behauptet worden ist, die Aussprache zwischen Hindenburg und Ludendorff, von der bisher angenommen worden war, daß sie bereits am Abend des 27. September stattgefunden habe. Sie hat jedoch, wie *einwandfrei* feststeht, erst am Abend des 28. September stattgehabt und kann daher nicht, wie irrtümlich angegeben, der Ausgangspunkt der Hintze'schen Aktion gewesen sein.

gez. v. Haeften.[23])

[...][24])

[20]) In einer Fußnote verweist Haeften auf die entsprechenden Stellen der Erinnerungen Hindenburgs und Ludendorffs; vgl. Hindenburg, S. 293 f.; Ludendorff, Kriegserinnerungen, S. 582 f. — Seit dem 26. 9. 1918 war sich Ludendorff über die mit der angekündigten Reise Hintzes in das Gr. Hauptquartier verbundenen Konsequenzen im Klaren (vgl. Foerster, S. 87 f.), die Information Hindenburgs am 28. 9. 1918 (18 Uhr) war eine lang aufgeschobene Konsequenz dieser Erkenntnis.

[21]) An dieser Stelle verweist Haeften auf eine nicht vorliegende Anlage. Ob die Beratungen erst am 26. 9. 1918 eingesetzt haben, erscheint zweifelhaft. Zu Hintzes Haltung gegenüber innenpolitischen Reformen vgl. Quellen I/1, Bd. 2, Nr. 232, Anm. 5.

[22]) Fußnote Haeftens: „Vgl. hierzu: Am Quell deutscher Kraft, Ludendorff-Halbmonatsschrift, Folge 23 vom 5. III. 1936, S. 923, wo es heißt: ‚Wenn ich ... aufdeckte, daß auf Wirken der überstaatlichen Mächte (gemeint ist Hintze) schon *vor* meinem Entschluß zum Waffenstillstand in Berlin die Revolution von oben und die Friedensvermittlung Wilsons beschlossen war, ... so tat ich das ...'."

[23]) In der Vorlage handschriftlich eingefügt.

[24]) Das Ziel, das Haeften mit dieser seltsam widersprüchlichen Aufzeichnung verfolgte, ergibt sich aus der sich an die Vorlage anschließenden Zusammenfassung: „Hiernach dürfte als feststehend anzusehen sein, daß die Aktion Hintze zunächst ohne Vorwissen des Generals Ludendorff entstanden ist. Sein Fehler oder richtiger Irrtum war es, sich dieser Aktion — und damit dem Friedens- und Waffenstillstandsangebot anzuschließen, anstatt die Mitbeteiligung der O.H.L abzulehnen, vor allem, auch die Idee des Waffenstillstandsangebotes, das so verheerende politische und militärische Folgen haben sollte. Sowohl Ludendorff wie Winterfeldt haben sich von Hintze überlisten und mißbrauchen lassen. Hintze hat es hiernach, als das Unglück da war, mit großer Geschicklichkeit verstanden, aus der Aktion Hintze eine Aktion Ludendorff zu machen und diesem die alleinige Verantwortung für diesen schlimmen, ja katastrophalen politischen Fehler zuzuschieben." Haeften übersieht dabei vollkommen die Bedeutung der von Mertz v. Quirnheim ergriffenen Initiative, interpretiert die Aufzeichnung aus dem Auswärtigen Amt vom 28. 9. 1918 falsch und übergeht die bestimmten Forderungen Ludendorffs gegenüber Hintze und dem Kaiser am 29. 9. 1918 (vgl. WUA, Bd. 2, S. 260 ff.; Quellen I/1, Bd. 2, Nr. 249, Anm. 3). Die Aufzeichnung wirft im übrigen ein bezeichnendes Licht auf seine eigene Haltung, vgl. hierzu Nr. 367 und 368.

476.

Auszüge aus dem Bericht des bayerischen Militärbevollmächtigten an den bayerischen Kriegsminister. Beurteilung der militärischen und politischen Lage im Gr. Hauptquartier.

29. 9. 1918, Gr. Hauptquartier, Nr. 17159, Streng vertraulich. — BHStA IV München MKr, 1828, Ausfertigung.

Meine heute bei Oberst von Mertz eingeholten Erkundigungen haben ergeben: Unsere militärische Lage im Westen ist sehr ernst![1]) Bei der 4. Armee haben 4 Stellungsdivisionen ihre gesamte Artillerie eingebüßt. Auch bewährte Divisionen haben bei den Angriffen gegen die 17. Armee versagt. Unsere Verluste stehen nicht mehr im Einklang mit der Ersatzlage.[2]) Die 7. Kavallerie-Schützendivision hat ihre ganzen Offiziere verloren.

[1]) Vgl. Nr. 475, Anm. 2. Aus dem ausführlichen Tagebucheintrag des Generaloberſten v. Einem vom 26./27. 9. 1918 geht die Bedrohlichkeit der Lage beispielhaft hervor, vgl. Einem, S. 438 ff. Vgl. auch Hoffmann, Bd. 1, S. 212 (Brief vom 27. 9. 1918).

[2]) Vgl. hierzu Nr. 244, insbesondere Anm. 3. Wild v. Hohenborn schrieb am 3. 10. 1918 (Nachlaß Hohenborn, Nr. 5): „Unsere alte schöne Armee existiert nicht mehr. Wir haben ein Milizheer [...] Die ganzen Linien sind arg dünn. Aber der Franzose greift auch schlapp an; sonst hätte er uns längst über den Haufen geworfen." Die eindrucksvollste Schilderung der Situation an der Front stammt von Generalmajor v. Kemnitz, dem ehemaligen Kommandeur der 35. Infanterie-Division, in einem Brief an Seeckt vom 30. 9. 1918 (Nachlaß Seeckt, Nr. 88): „Deine Frage nach meinen Erfahrungen, Ansichten und Stimmung an unserer Westfront beantworte ich mit restlosester Offenheit. [...] Die Beobachtungen, die ich an sehr vielen Stellen gemacht habe, zeigen überall annähernd das gleiche Gesicht. Somit glaube ich doch, genügende Unterlagen für ein allgemeines Urteil zu besitzen. Der Kernpunkt des Übels besteht kurz darin, daß wir offenbar unsere Infanterieverbände nicht mehr auffüllen können. Im April habe ich in der siegreichen Durchbruchschlacht südlich Armentières etwa 2500 Mann verloren, davon ca. 2100 Infanterie. Der ganze Infanterieersatz bis zu meiner Fortschickung wird keine 900 Mann betragen haben. Dabei ging ich in jene Angriffschlacht schon mit knapp 650 Mann Bataillons*verpflegungs*stärke (ohne Masch.Gew.Kp.) hinein [Im Februar 1917 war die Bataillons*gefechts*stärke von 919 auf 650 Mann herabgesetzt worden]. In dieser Stärke liegt Alles, was zum Troß gehört und garnicht in das wirkliche Feuer genommen werden kann oder darf: Felddienstunfähige; Leute, die zwar ‚k.v.', aber über 42 Jahre alt sind und dgl.; letzte Söhne ganz ausgeschossener Familien, einzige Ernährer u.s.w., die bestimmungsgemäß nicht nach vorn genommen werden dürfen. Ferner liegen darin die zahlreichen Sonderkommandos, die heute unentbehrlich sind: Minenwerfer und sonstige Sonderwaffen, Nachrichtenmittel aller Art, Meldegänger und was es Alles giebt. Die Zahl ist sehr groß. Was als eigentliche Kompagnie-Kampfstärke bleibt (einschl. der Bedienung der leichten Masch.Gew.) ist erschreckend wenig. Als ich in meine bisher letzte Abwehrschlacht zwischen Arras und Douai hineinging, war die wirkliche Kompagnie-Kampfstärke ca. 70 Mann. Ich hatte mit dieser Stärke einen Divisionsstreifen von fast 6 km, und hatte zuerst anzugreifen. [...] Als ich fortging, hatten die *Regimenter* — nicht Bataillone — noch *Kampf*stärken von durchschnittlich knapp 600 Mann, alles eingerechnet, auch Masch.Gew.Kompagnien und Stäbe. Dabei betrugen ihre *Verpflegungs*stärken (jetzt ‚Feldstärken' betitelt) immer noch 1500—1600 Mann. Die Verluste treffen eben letzten Endes stets nur die Kampfstärken der Kompagnien. [...] Was ich sonst in dieser Zeit von Divisionen gesehen habe, sah ähnlich aus. 40 Mann Kampfstärke pro Kompagnie war keineswegs wenig — OHL scheint Vogel Strauß zu spielen, denn sie läßt sich 1918 nur noch die ‚Feldstärken' (s. oben) melden. Früher meldeten wir ‚Grabenstärken', ‚Gewehrstärken' und dgl. Aus dem Gesagten ergibt sich Alles. Unsere Infante-

Während wir unsere ganzen Reserven an die Hauptkampffronten bei Cambrai, in der Champagne und den Argonnen geworfen hatten, kamen die starken Angriffe bei Ypern, die nur von den dortigen Stellungsdivisionen ausgeführt wurden und einen überraschend günstigen Erfolg für die Gegner hatten.[3]) An weitere Angriffe im Elsaß glaubt man nicht, weil die Franzosen dieses Land nicht in die Kampfzone einbeziehen und verwüsten, sondern es nur bei anderweitigen strategischen Erfolgen, durch „Einmarsch" gewinnen wollen.[4])

Die derzeitigen Verhältnisse haben die OHL sehr kleinlaut gemacht[5]) und herrscht hier eine stumpfe Stimmung. Bezeichnend ist es, daß heute beim regelmäßigen Vortrag, der sonst gewöhnlich jede eigene Schlappe in den größten deutschen Sieg umzudichten wußte, Hauptmann Wever wörtlich begann: „Gestern haben unsere Truppen in Flandern eine schwere Niederlage erlitten." Diese ungewohnte Wahrheitsliebe giebt zu denken.

Der Reichskanzler ist mit Ex. v. Hintze heute hier und dürfte endlich zwischen OHL und der Reichsleitung einmal klipp und klar die tatsächliche Lage an der Westfront dargelegt werden.[6]) Die OHL hat den Bogen überspannt und den Zeitpunkt versäumt die Wahrheit zu sagen, jetzt ist die innere und äußere Lage so

---

rieaufstellung hat nur noch die Dichtigkeit von Festungsvorposten, es fehlt jede Nachhaltigkeit in Angriff und Verteidigung. Die Divisionen sind an Infanterie keine Divisionen. Trotz teilweisen Freiwerdens des Ostheeres sind wir so schwach wie noch nie, und werden immer schwächer. Wo der Gegner ernsthaft und entsprechend tief gestaffelt ansetzt, entstehen Einbrüche, und es ist kein gutes Zeichen für die Qualität der feindlichen Infanterie, daß sie nicht noch ganz andere Erfolge erzielt. [...] Die Stimmung an der Front ist durch diese Verhältnisse, die auch dem beschränktesten Musketier ins Auge springen, natürlich beeinflußt. Die Drückebergerei wirkt um so ansteckender, als unsere Militär-Strafgesetze, vermutlich die Mildesten auf der ganzen Erde, dem gewiegten Gewohnheitsdrückeberger sein Handwerk ziemlich ungefährlich erscheinen lassen. Wer sich hierbei richtig anzustellen weiß, riskiert nur Gefängnis, wenn auch von sehr langer Dauer. Ein Mensch, der kein Ehrgefühl hat, befindet sich aber im Gefängnis bzw. in einer Strafgefangenenkompagnie weit wohler, als im Granattrichter. Nach Friedensschluß rechnet er mit Sicherheit auf Amnestie. Natürlich wirkt das Beispiel und die Belehrung durch diese Elemente — die der Truppe als ‚Ersatz' immer wieder zugeschoben werden — bei der allgemeinen und großen Kriegsmüdigkeit ansteckend. [...]" Vgl. hierzu H. Meier-Welcker, Seeckt, Frankfurt/M. 1967, S. 191, und WUA, Bd. 3, S. 67 f., sowie Nr. 472.

[3]) Vgl. Weltkrieg, Bd. 14, S. 614 ff.

[4]) Vgl. hierzu den Bericht des ehemaligen Chefs des Stabes der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz, Graf v. d. Schulenburg, über die Lage bei der Heeresgruppe in den letzten Kriegsmonaten, WUA, Bd. 6, S. 309 ff.

[5]) Als der Hauptausschuß nach den unbefriedigenden Auskünften des Generalmajors v. Wrisberg über die militärische Lage am 24. 9. 1918 (vgl. Schulthess 1918/I, S. 298 ff.) um eine vertrauliche Orientierung durch einen besonderen Vertreter der OHL bat, lehnte Ludendorff nicht von vornherein ab, wie das bisher der Fall war. Am 27. 9. 1918 telegraphierte Legationsrat Frhr. v. Lersner an Staatssekretär v. Hintze u. a. (PA Bonn Polit. Abt., Auswärtiges Amt Gr. Hauptquartier, Bd. 228): „Oberste Heeresleitung hat vorläufig abgelehnt, da sämtliche Mitglieder zur Zeit durch große Abwehrschlacht übermäßig beschäftigt sind. Außerdem will General Ludendorff Bitte des Hauptausschusses erst hier mit Euerer Exzellenz besprechen." Der im folgenden erwähnte Hauptmann Wever erscheint in der Vorlage als „Wewer".

[6]) Vgl. Nr. 475 und 477.

erschwert, daß ein Zurechtfinden sehr schwierig geworden ist.[7]) Die politische Abteilung soll vollkommen versagt und für sich Politik getrieben haben, statt das Auswärtige Amt zu verständigen und diesem Anhaltspunkte und Orientierungen zu geben, wonach dieses hätte arbeiten sollen. Wenn *heute* nicht der Mut gefunden wurde die volle Wahrheit zu sagen, so wird eine Katastrophe unvermeidlich. Die Notwendigkeit eines Waffenstillstandes dürfte für uns nur mehr eine Frage von Wochen sein. Wir haben innerhalb 4 Wochen 4000 Geschütze verloren.

[. . .][8])

Die recht pessimistische Betrachtung der Lage im Westen habe ich von Oberst von Mertz, der unsere gegenwärtige Situation für höchst bedenklich hält.[9]) Auch das Auswärtige Amt ist sich über die kritische Lage vollkommen klar. Man rechnete heute sogar mit einer möglichen Entlassung des Kanzlers und seines ganzen Stabes, als Nachfolger wurden Bernstorff, Solf und Bethmann genannt.

[. . .][10])

Es wäre nur gut den Ernst der Lage unserem Heimatlande nicht länger vorzuenthalten, damit es nicht von heute auf morgen vor Tatsachen gestellt wird, die ihm über die Kräfte gehen.[11])

I. V.
Pappus.

[7]) Selbst dem vielgewandten Oberst Bauer, der offenbar im August 1918 noch durch eine Umbildung der Regierung die militärische Niederlage auffangen wollte (vgl. Quellen I/1, Bd. 2, Nr. 217, Anm. 93 f., sowie Nr. 464, Anm. 39), fiel in einem Schreiben vom 28. 9. 1918 an Professor Dietrich Schäfer (Nachlaß Bauer, Nr. 13) nichts besseres ein als das Verhalten der Franzosen im Frühjahr 1918 als Vorbild zu preisen.

[8]) In der Vorlage folgt eine ausführliche Darstellung der militärischen und politischen Situation in Bulgarien.

[9]) Vgl. Nr. 475, Anm. 4.

[10]) In der Vorlage wird in der Folge auf die vorhandenen Abwehrerfolge hingewiesen, die zu gewissen Hoffnungen berechtigten.

[11]) Vgl. hierzu Nr. 480. In der Pressebesprechung vom 28. 9. 1918 (BHStA IV München MKr, 14027) wurden die Behörden gefragt, was sie gegenüber dem „defaitistischen Treiben der Börse" zu tun gedächten, die am 27. 9. 1918 einen Kurssturz von 40—100% bei Spekulationspapieren erlebt habe. Eine Antwort erfolgte nicht. Dagegen erklärte der Vertreter der Oberzensurstelle: „Die ganze strategische Lage läßt sich augenblicklich durchaus günstig an, was den Sachverständigen ein Blick auf die Karten zeigen wird; Näheres darüber möchte ich nicht ausführen."

477.

Bericht des bayerischen Militärbevollmächtigten an den bayerischen Kriegsminister. Unterrichtung durch General Ludendorff über die Notwendigkeit eines Waffenstillstands.[1])

30. 9. 1918, Gr. Hauptquartier, Nr. 17179, Streng vertraulich. — BHStA IV München MKr, 1828, Ausfertigung.

Heute 11.15 Vorm. wurden die 3 Militärbevollmächtigten der nichtpreuß. Bundesstaaten von Ex. Ludendorff im Beisein von Oberst Heye[2]) von Nachstehendem in Kenntnis gesetzt:

Gestern Abend wurde der bulgarische Waffenstillstand angenommen.[3]) Die militärische Lage hat es nötig gemacht, 2 österreichische und 4 deutsche Divisionen, die für Rumänien bestimmt waren, nach Nis zu instradieren, 1 deutsche Division mußte zum Schutze von Konstantinopel verfügbar gemacht werden. Dadurch wurden für die Westfront 7 Divisionen weniger verfügbar. In Rumänien ist die Lage unruhig und auch die österreichische SO-Front erscheint neuerdings bedroht zu sein. Diese ungünstigen Verhältnisse greifen auf die Westfront über.[4]) Hier wurden 22 Divisionen aufgelöst, die feindliche Überlegenheit ist um 30 — 40 Divisionen gestiegen, darunter 38 amerikanische, die an Mannschaften besonders stark sind. Die Kopfstärke unserer Divisionen ist wesentlich geschwächt und stellen manche davon nur mehr Attrappen vor.[5]) Dazu nehmen die feindlichen Tankmassen immer weiter zu, die eigene Widerstandsfähigkeit gegen diese Massentankangriffe läßt sichtlich nach. Einzelne unserer Divisionen legen immer noch Zeugnis ab von größter Unerschrockenheit und altem guten Geiste und besonderer Tapferkeit. Die Divisionskommandeure nehmen die letzten Reserven in die Hand und führen sie persönlich in den Kampf. Diesen gegenüber versagen jedoch wieder andere Divisionen vollkommen und reißen in ihrem Zurückgehen die tapferen Nachbarn unnachsichtlich mit sich. Wo der Grund dafür zu suchen, ob im Offiziersmangel[6]) oder anderen Umständen[7]), läßt sich jetzt nicht einwandfrei feststellen. Die oberste Führung hat nicht mehr den Einfluß, der unbedingt nötig

[1]) Vgl. hierzu den Bericht des sächs. Militärbevollmächtigten, Generalmajor v. Eulitz, abgedruckt bei Ludendorff, Urkunden, S. 524 f.

[2]) In der Vorlage: „v. Heye".

[3]) Vgl. Amtliche Urkunden, Nr. 9, S. 30, sowie Schulthess 1918/II, S. 531 ff., S. 709 f.

[4]) Die Aufzeichnung Ludendorffs vom 31. 10. 1918 über das Waffenstillstandsangebot (vgl. WUA, Bd. 2, S. 361 ff.) bestätigt die weiter unten geäußerte Ansicht des Majors Pappus, daß der bulgarische Zusammenbruch Ludendorff „gelegen" gekommen sei, um die in der drohenden Niederlage im Westen begründete Waffenstillstandsforderung zu motivieren. Vgl. hierzu auch die Reaktion Ludendorffs auf die ersten Nachrichten über den bulgarischen Friedensschritt in einem Telegramm des Legationsrats Frhr. v. Lersner an das Auswärtige Amt vom 26. 9. 1918, Amtliche Urkunden, Nr. 6, S. 26 f.

[5]) Vgl. hierzu Nr. 476, Anm. 2.

[6]) Vgl. Nr. 470, Anm. 3 und 5.

[7]) In der Aufzeichnung Ludendorffs vom 31. 10. 1918 (vgl. Anm. 4) heißt es hierzu kurz und bündig (S. 362): „Der Geist der Truppe hatte versagt, jedenfalls bei einigen Divisionen." Und hierfür wurde „die Heimat" verantwortlich gemacht. Vgl. auch Nr. 479 und 481.

ist zur einheitlichen Gestaltung der Operationen. Die Spannung ist an der Westfront jetzt eine derartige, daß eine Aussicht auf Besserung oder ein offensives Vorgehen unsererseits ausgeschlossen erscheint. In Berücksichtigung dieser Umstände kam Generalfeldmarschall v. Hindenburg und Ex. Ludendorff[8]) zur Überzeugung, daß es im Interesse des deutschen Heeres geboten sei, die Feindseligkeiten einzustellen[9]) und haben in diesem Sinne Seiner Majestät Meldung erstattet.[10])

SM. haben daraufhin dem Reichskanzler und dem Staatssekretär des Auswärtigen befohlen, diesen Verhältnissen Rechnung tragend, sofort[11]) die nötigen weiteren Schritte zu unternehmen.[12])

---

[8]) In der Vorlage folgen vier durchgestrichene, nicht mehr zu entziffernde Worte.

[9]) Nach dem Bericht des sächs. Militärbevollmächtigten (vgl. Anm. 1) hat Ludendorff von der notwendigen „Beendigung" der Feindseligkeiten gesprochen. — Einige Zeugnisse legen die Vermutung nah, daß Ludendorff, der sich über die politischen und psychologischen Folgen der Waffenstillstandsforderung kaum genügend Rechenschaft abgelegt haben dürfte, von vornherein mehr an eine zeitweilige Waffenruhe als an einen regelrechten Waffenstillstand gedacht hatte und dies auch für durchführbar hielt. Vgl. eine entsprechende Äußerung gegenüber Admiral Scheer am 29. 9. und 6. 10. 1918, zitiert bei Deist, S. 349, Anm. 18, und S. 350. Auch manche Formulierungen in den Erinnerungen Heyes (Nachlaß Heye, Nr. 4) deuten darauf hin. In den Erinnerungen des Grafen v. d. Schulenburg (Nachlaß Schulenburg, Nr. 1) heißt es: „Meines Erachtens ist sich die O.H.L damals der Tragweite des Schrittes nicht klar gewesen. Fast hatte es den Anschein, als ob sie Waffenstillstand mit Waffenruhe verwechselte. Anfang Oktober ließ ich der O.H.L durch meinen ersten Generalstabsoffizier sagen, daß die Front der III. Armee bei Fortsetzung der Schlacht zurückgenommen werden müsse, da die Armee ohne Zufluß von Reserven nicht mehr imstande sei, die augenblickliche Stellung gegen einen erneuten Ansturm zu halten. Major v. Bock meldete mir, er habe mit dem Ia der O.H.L Major v. Stülpnagel telefoniert und die O.H.L ließe uns sagen, die 3. Armee müsse in ihrer augenblicklichen Stellung noch 48 Stunden halten, dann sei der Waffenstillstand abgeschlossen. Ich rief Stülpnagel durch Telefon an und äußerte ihm meinen Zweifel, daß der Feind so schnell mit uns abschließen würde. Wenn er sich überhaupt darauf einließe, würde er militärische Vorteile verlangen, wahrscheinlich die Räumung von Frankreich, Belgien und Elsaß-Lothringen, vielleicht würde er sogar das Zurückgehen unseres Heeres hinter den Rhein fordern. Stülpnagel war ganz erstaunt über meine Ansicht, das wären doch Friedensbedingungen und nicht solche, die man beim Abschluß eines Waffenstillstandes stellte." Vgl. S. A. Kaehler, Studien zur deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Göttingen 1961, S. 264.

[10]) Der Meldung an den Kaiser ging eine Besprechung zwischen Hintze, Hindenburg, Ludendorff und Heye voraus. Vgl. hierzu WUA, Bd. 2, S. 260 ff., und die entsprechenden Anlagen, vgl. auch die Angaben in: Quellen I/1, Bd. 2, Nr. 249, Anm. 3, sowie die Mitteilungen J. S. Drabkins (Die November-Revolution 1918 in Deutschland, Berlin 1968, S. 78 f.) aus den Akten der Reichskanzlei. Nach der Eintragung vom 30. 9. 1918 im Kriegstagebuch der Seekriegsleitung (MGFA MA/Adm, Nr. 4055) habe die OHL dem Kaiser gemeldet, „daß die Armee so mürbe sei, daß sie den Krieg mit Erfolg nicht weiterführen könne, wir daher schleunigst Frieden brauchten. Der Kanzler müsse den innerpolitischen Folgen dieser Lage Rechnung tragen".

[11]) In der Vorlage handschriftlich eingefügt.

[12]) Vgl. Amtliche Urkunden, Nr. 13, S. 48. Zum Erlaß des Kaisers vom 30. 9. 1918 aus Anlaß des Rücktritts des Grafen Hertling vgl. Schulthess 1918/I, S. 314, sowie Quellen I/1, Bd. 2, Nr. 249, Anm. 2. Entgegen der dort mitgeteilten Version des Grafen Roedern, daß der wesentliche Unterschied zwischen dem Entwurf und der endgültigen Fassung des Erlasses („Es ist daher Mein Wille, daß Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen sind, in weitem [statt: in weiterem] Umfange teilnehmen an den Rechten und Pflichten der Regierung.") wahrscheinlich auf einen Schreibfehler zurückzuführen sei, geht aus der Akte PA Bonn

Die Demission des Kanzlers steht mit diesen rein militärischen Verhältnissen in keinerlei Zusammenhang, vielmehr betonte Ex. Ludendorff, daß zwischen der OHL und dem Reichskanzler stets das beste Einvernehmen geherrscht hat und die OHL zu ihrem tiefsten Bedauern den Grafen Hertling scheiden sehe, den einzig innere Umstände zur Aufgabe seines Postens veranlaßt haben.[13]) Die OHL bekam erst gestern von dieser Absicht des Kanzlers Kenntnis und legt Wert darauf, daß die bundesstaatlichen Regierungen darüber orientiert werden, daß die OHL nur die militärische Ansicht abgegeben hat und es der Regierung überlassen muß das weitere zu tun.[14]) Die zu unternehmenden Schritte müssen baldmöglichst unternommen und keine Zeit versäumt werden, sobald die neue Regierung gebildet sein wird.[15])

Der Entschluß der OHL zu der entscheidenden Meldung über die tatsächliche militärische Lage an S. M. ist nicht im Affekt gefaßt worden, entsprang vielmehr der schmerzlichen Überzeugung, daß die deutsche Armee mit ihrem hervorragenden Menschenmaterial nicht den feindlichen Truppen, wohl aber den feindlichen Maschinen nicht mehr gewachsen ist, die jetzt in tausenden von Tanks unsere Linien zum Wanken bringen.

Soweit die Orientierung durch Ex. Ludendorff.[16])

Polit. Abt., Deutschland Nr. 88, Bd. 13, eindeutig hervor, daß die völlige Umformung des von Hintze am 29. 9. 1918, 20 Uhr, dem Auswärtigen Amt übermittelten Entwurfes zurückzuführen ist auf den Unterstaatssekretär v. Stumm und den Legationsrat v. Jordan, die um 23.50 Uhr die endgültige Fassung als Vorschlag an den Reichskanzler in Spa absandten.

[13]) Vgl. Nr. 475, Anm. 19, sowie WUA, Bd. 2, S. 261 ff. Aus den Aufzeichnungen des Chefs des Zivilkabinetts v. Berg (Nachlaß Berg, Nr. 2) geht hervor, daß er am Nachmittag des 29. 9. 1918 nochmals den Gedanken einer „Art Diktatur" unter einem Soldaten mit Hindenburg und Ludendorff besprach, jedoch ihre Zustimmung nicht fand. Er wird dabei erneut an Generaloberst v. Falkenhausen (vgl. Nr. 464, Anm. 39) gedacht haben. Am 30. 9. 1918 telegraphierte Berg an ihn (Nachlaß Falkenhausen, Nr. 2): „Veränderte Verhältnisse machen frühere Pläne unmöglich." Vgl. hierzu auch die Denkschrift des Unterstaatssekretärs Heinrichs vom 30. 9. 1918, Quellen I/1, Bd. 2, Nr. 254, S. 773 ff., sowie Gallwitz, S. 401.

[14]) Vgl. hierzu Nr. 481, Anm. 5 und 17, sowie Thaer, S. 235 (Text zu Anm. 234a).

[15]) Ludendorff ging hierbei von der von Hintze genährten Erwartung aus, daß die neue Regierung bereits am 1. 10. 1918 gebildet sein werde, vgl. WUA, Bd. 2, S. 267 f. und S. 411, sowie Quellen I/1, Bd. 2, Nr. 253, Anm. 5. Zur Regierungsbildung vgl. Quellen I/1, Bd. 2, Nr. 249 ff., S. 738 ff.; Quellen I/2, Nr. 1 ff., S. 3 ff.; Quellen I/3, Bd. 2, Nr. 495—497, S. 463 ff.; Quellen I/4, S. 284 f.; Archivalische Forschungen 4/IV, Nr. 694, S. 1581 f. Zur Persönlichkeit und politischen Zielsetzung des neuen Reichskanzlers vgl. jetzt Golo Mann in der Einleitung zu den von ihm und A. Burckhardt neu herausgegebenen „Erinnerungen und Dokumente" des Prinzen Max von Baden (Stuttgart 1968).

[16]) Zur Reaktion auf die Erklärung Ludendorffs bei führenden Offizieren vgl. Eisenhart Rothe, S. 121 ff.; Thaer, S. 234 ff. (Eintragung vom 1. 10. 1918, die Datierung ist falsch, die Unterrichtung der Chefs der Abteilungen des Generalstabes des Feldheeres und der Formationen des Gr. Hauptquartiers fand am 29. 9. 1918 abends — 22 Uhr — statt); Foerster, S. 91 ff.; Ludendorff, Urkunden, S. 526 f. Die Eintragung im Tagebuch des Obersten Mertz v. Quirnheim lautet (Nachlaß Groener, Nr. 63): „Soeben teilt uns Abteilungschefs Exzellenz Ludendorff mit, daß er in Übereinstimmung mit dem Feldmarschall erklären müßte, daß wir den Krieg aufgeben, und in Friedens- und Waffenstillstandsverhandlungen eintreten müßten. Die entsprechenden Schritte würden sofort eingeleitet. Der Reichskanzler ist entlassen, Graf Roedern mit seiner Stellvertretung beauftragt. Welch ein Abschluß dieses fürchterlichen Ringens. Exzellenz begründete die Hoffnungslosigkeit der jetzigen Lage damit, daß er 6 Divisionen, die ihm von Österreich zugesagt waren, nach Bulgarien abgeben muß. Nicolai

Von anderer Seite wurde mir mitgeteilt, daß Ex. Ludendorff nicht den Entschluß finden konnte den einschlägigen Persönlichkeiten die wahren Tatsachen über unsere militärische Lage zu offenbaren und unserer schon seit dem Beginn des Rückzuges auf die Siegfriedstellung am 2. 9. 18. schwierige Situation ein rechtzeitiges Ende zu bereiten.[17]) Die Verhältnisse in Bulgarien kommen uns jetzt sehr gelegen und bieten uns eine erwünschte Handhabe, zur Einleitung der jetzt militärisch nötigen Schritte.

Erst gestern bekam S. M. der Kaiser erstmals einen Einblick in unsere tatsächliche Lage, allerdings zu einem Zeitpunkte, der leider zu spät war.

Der Kaiser trägt diese schwere Prüfung in königlicher Haltung und Größe[18]), aber es wird ihm ein Trost und eine Aufrichtung sein, wenn er an den Bundesfürsten eine starke Stütze findet. Vielleicht wäre es möglich, daß S. M. der König eine Depesche an S. M. den Kaiser senden, die ausdrücken könnte, daß unser König in diesen schweren Stunden dem Kaiser zur Seite steht.

Die Lage ist jetzt die, daß man hofft bis morgen Abend einen Vorschlag zum Waffenstillstand der Entente zukommen lassen zu können, wenn bis dahin die neue Regierung schon ernannt ist. Als Nachfolger Hertlings werden genannt: Prinz Max v. Baden, Payer und Kühlmann; als Nachfolger Hintzes, dessen Abgang aber noch gar nicht feststeht, Bernstorff, Rosenberg, Brockdorff-Rantzau und Kühlmann.[15])

In Bulgarien hat sich die Lage wieder verschlechtert. 2 km vor Sofia sind Kämpfe entbrannt in die auch deutsche Truppen eingegriffen haben. Man fürchtet, daß dort die Lage kaum zu halten sein wird. Der deutsche Militärbevollmächtigte hat gebeten, keine deutschen Truppen mehr zu schicken.

I. V.
Pappus.

(frech oder dumm?) erklärte mir, er sei völlig überrascht!!!" Eine undatierte Aufzeichnung im Nachlaß Schiffer, Nr. 1, berichtet über die Rückkehr Graf Roederns nach Berlin am 30. 9. 1918: „Gegen Abend traf er ein. Im Reisemantel, bestaubt und in einer bei ihm ungewöhnlichen Weise in seinem Äußeren derangiert, trat er ein, warf sich in einen Sessel und sagte nur: ‚Alles ist verloren.' Ich fragte: ‚Haben wir eine Schlacht verloren?' Er antwortete: ‚Schlimmer'. Neue Frage: ‚Ist der Durchbruch erfolgt?' Antwort: ‚Noch schlimmer'. Als ich ihn rat- und verständnislos anstarrte, fuhr er fort: ‚Das Heer kann nicht mehr halten, und es wird nicht bloß zerbrochen und zerschlagen werden, sondern sich in aufgelöster Ordnung regel- und zuchtlos über das Land ergießen. Das hat mir Ludendorff heute selbst gesagt.'"

[17]) Vgl. Nr. 475, insbesondere Anm. 8.

[18]) Vgl. hierzu WUA, Bd. 2, S. 264 f.; Müller, S. 420 ff. Nach dem Kriegstagebuch der Seekriegsleitung (vgl. Anm. 10) äußerte der Kaiser gegenüber Admiral Scheer am Abend des 29. 9. 1918: „Wir haben den Krieg verloren. Ich hatte gehofft, daß Gott es anders lenken würde. Nach der Marneschlacht sagte ich schon, daß der Krieg verloren sei, aber Hindenburg und Ludendorff waren anderer Ansicht. Es hat ja auch keinen Zweck mehr, darüber zu reden. Ich hoffe, das deutsche Volk wird so vernünftig sein treu zu mir zu stehen. Heer und Volk haben sich glänzend geschlagen, die Politiker nicht." Und der Chef des Zivilkabinetts v. Berg berichtet über eine Unterredung am Vormittag des 30. 9. 1918: „Ich bin dann auch nach dem kurzen Vortrag lange bei ihm gewesen, habe viel mit ihm gesprochen, der Kaiser war sehr gedrückt, er brach einmal in Tränen aus, man mache ihn für all das Blut, das verflossen, verantwortlich, Witwen und Waisen forderten von ihm Rechenschaft, und er habe es nicht gewollt. Ich hatte großes Mitleid mit dem Kaiser, der das Beste ganz gewiß gewollt, aber der schwierigen Situation auch jetzt nicht gewachsen war, der nie wirklich führte, immer geschoben wurde und nur in Worten stark war."

478.

Vortragsnotiz des Leiters der Pressesektion des bayerischen Kriegsministeriums betr. Zulassung von Versammlungen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei aus Anlaß einer Reichstagsersatzwahl.

30. 9. 1918, München, Nr. 250677, Von Hand zu Hand. — BHStA IV München MKr, 11529, handschriftlich.

In einer Rücksprache mit Oberregierungsrat Zetlmeier (Ministerium des Innern) hat Auer gebeten, daß sich die Polizei nicht in die bevorstehende Wahlagitation in München anläßlich der Reichstagsersatzwahl für Abg. von Vollmar[1]) mischen möge. Er hoffe mit den Unabhängigen, welche Kurt Eisner als Kandidaten aufstellen würden und für die Reichstagsabgeordneter Haase in München sprechen werde, so abzurechnen, daß die Bewegung in Bayern wahrscheinlich für immer erledigt sein werde. Man werde sicherlich am besten fahren, wenn die Versammlungen der Unabhängigen nicht verboten würden.[2])

Aufgrund dieser Rücksprache hält der K. Staatsminister des Innern im Hinblick auf die jüngsten Vorgänge im Reichstagshauptausschuß[3]) und in der Presse ein Verbot der von den Unabhängigen in Aussicht genommenen Versammlungen oder ein Sprechverbot für Angehörige der Unabhängigen Partei nicht für angezeigt.

APr: Nach meiner Kenntnis von der Person des Abg. Auer[4]) bin ich überzeugt, daß er sein Vorhaben mit Erfolg durchführen wird. Ich würde ein Verbot der Wahlversammlungen ebenfalls für einen *politischen* Fehler halten.[5]) Wie für die

[1]) Vollmar hatte sein Reichstagsmandat am 18. 8. 1918 niedergelegt, vgl. Quellen I/3, Bd. 1, S. CL XXXIV. Zu einer Ersatzwahl kam es jedoch infolge des Putsches vom 7. 11. 1918 nicht mehr, vgl. A. Mitchell, Revolution in Bavaria 1918—1919. The Eisner Regime and the Soviet-Republic, Princeton 1965, S. 75 ff.

[2]) Nach einem Bericht Zetlmeiers vom 26. 9. 1918 (der Vorlage als Anlage beigegeben; für die Ausfertigung vgl. BHStA I München MInn, 71706) war sich Auer völlig sicher, auch gegenüber Haase die Oberhand zu behalten. Zur Kandidatur Eisner bemerkte er: „Die Aufstellung des Eisner als Kandidaten sei natürlich nur eine Mache, denn die Unabhängigen hätten hier höchstens 300 wirkliche Mitglieder und wenn auch das jüdische Geld für den Glaubensgenossen Eisner sehr tätig sein werde, so glaube er doch, daß die Unabhängigen mit ihren Mitläufern nicht mehr als 2000 Stimmen aufbringen würden. Wünschenswert wäre nur, daß bis zum Wahltermin nicht etwa die Verhandlung gegen Eisner durchgeführt werde, denn der Prozeß würde sicher von den Unabhängigen und von den Juden ausgebeutet werden." Vgl. in diesem Zusammenhang einen Bericht aus dem bayer. Ministerium des Innern vom 13. 9. 1918 über die Entwicklung der USPD in Bayern (BHStA IV München MKr, 11529).

[3]) In dem Schreiben des Ministers v. Brettreich vom 27. 9. 1918 (der Vorlage als Anlage beigegeben) wird besonders auf die Kritik verwiesen, die das Vorgehen der Polizeibehörden gegen eine Berliner Wahlversammlung der USPD im Hauptausschuß hervorgerufen hatte, vgl. Nr. 473, Anm. 12.

[4]) Vgl. hierzu Nr. 451.

[5]) Nachdem Kriegsminister v. Hellingrath bereits am 29. 9. 1918 in einem Vermerk auf dem Brief Brettreichs vom 27. 9. 1918 (vgl. Anm. 3) sein Einverständnis mit dem Vorschlag des Ministers des Innern ausgedrückt hatte, fügte er der Vorlage am 1. 10. 1918 den folgenden Randvermerk hinzu: „Ich habe am 30. 9. 1918 dem Staatsminister des Innern mündlich mitgeteilt, daß ich ein Verbot der Wahlversammlungen der U.S.P. für einen politischen Fehler halten würde. Exz. v. Brettreich hat mir zugestimmt."

Versammlungen der Wahlberechtigten vom Tage der amtlichen Bekanntmachung des Wahltages bis zur Beendigung der Wahlhandlung keine *polizeiliche* Anzeigepflicht besteht (§ 6 Abs. 2 Reichs-Vereins-Gesetz)[6]), so dürfte es sich empfehlen, auch vom Standpunkte der *militärischen Zensur* aus von derartigen Versammlungen keine Kenntnis zu nehmen und deren Beschränkung durch Anordnungen aufgrund des Kriegszustandsgesetzes zu vermeiden.[7]) Demgemäß wäre für die genannten Veranstaltungen der Vollzug des K.M.E. Nr. 104541 v. 4. 5. 18[8]), wonach öffentliche Veranstaltungen der U.S.P. grundsätzlich nicht mehr zuzulassen sind, auszusetzen.[9]) Bei diesen Veranstaltungen ist u. U. auch mit einem Auftreten jener unabhängigen Hetzer zu rechnen, denen durch Kriegszustandsanordnung des stellv. Generalkommandos I. A.K. eine Betätigung für die U.S.P.D. verboten ist. Auch diesen sollte hierbei keine Schwierigkeit gemacht werden.[10]) Eine entsprechende Verständigung des stellv. Generalkommandos I. A.K. wäre angezeigt.[11])

---

[6]) Vgl. Huber, Dokumente, Bd. 2, S. 375.

[7]) Vgl. hierzu den Bericht der Presseabteilung des stellv. Generalkommandos des XIX. AK vom 6. 9. 1918 und eine entsprechende Mitteilung des stellv. Generalkommandos an das sächs. Kriegsministerium vom 10. 9. 1918 (Archivalische Forschungen 4/IV, Nr. 669 und 675, S. 1537 ff.) sowie das Verbot der Sympathie-Erklärung der Parteileitung der USPD für die „kommunistischen Parteien" Rußlands (Archivalische Forschungen 4/IV, Nr. 680, S. 1563 f.).

[8]) Vgl. Nr. 453.

[9]) Als das stellv. Generalkommando des III. bayer. AK am 3. 10. 1918 die Anfrage an das bayer. Kriegsministerium richtete, ob Kundgebungen der USPD am 8. und 9. 10. 1918 in Nürnberg, die nur schwach als „Bezirksversammlungen" getarnt waren und auf denen der Parteivorsitzende zum Thema: Die politische Lage im Reiche, sprechen sollte, verboten werden sollten, antwortete das bayer. Kriegsministerium: „Kriegsministerium würde in Anbetracht der politischen Gesamtlage gegen die Beurteilung der für den 8. und 9. 10. beabsichtigten Bezirksversammlungen als nichtöffentliche, darum nichtgenehmigungspflichtige eine Erinnerung nicht erheben." Für die Vorgänge vgl. BHStA IV München MKr, 11529. Vgl. auch Nr. 488.

[10]) Im Gegensatz zu diesem offensichtlichen Gewährenlassen der agitatorischen Tätigkeit der USPD — in der sicheren Erwartung, die SPD unter Führung Auers werde die Situation in der Hand behalten —, wandte sich Oberstleutnant Falkner v. Sonnenburg zur selben Zeit energisch gegen weitere Versammlungen der Deutschen Vaterlandspartei (vgl. auch Nr. 431). In einer Vortragsnotiz vom 27. 9. 1918, aus Anlaß einer für den 4. 10. 1918 geplanten Veranstaltung, heißt es: „Es kann kein Zweifel bestehen darüber, daß die öffentliche Meinung in der großen Mehrzahl der Bevölkerung diese auf der Grundlage eines zu erstrebenden Sieg-Friedens und den daraus entspringenden Annexionsforderungen in öffentlichen Veranstaltungen grundsätzlich und leidenschaftlich ablehnt. Diese Tatsache dürfte zu beachten und hierbei zu prüfen sein, ob Vorträge dieser Art, deren Tendenz an sich durchweg schon der offiziellen Politik der Reichsleitung widerspricht, für die nächste Zeit im Interesse der Einigkeit und Geschlossenheit unseres Volkskörpers durch die Militärbefehlshaber überhaupt zugelassen werden können." Sonnenburg forderte eine grundsätzliche Äußerung der Staatsministerien des Innern und des Äußeren hierzu. Obwohl der beteiligte Abteilungschef Sonnenburg zustimmte, folgte Kriegsminister v. Hellingrath in diesem Falle dem Rat Sonnenburgs nicht und genehmigte die Veranstaltung. In einem Vermerk betonte er: „Es wird den Staatsministerien nicht möglich sein, eine *grundsätzliche* Auffassung bezüglich Veranstaltungen der Vaterlandspartei zu äußern. Die Frage, ob Versammlungen zuzulassen sind oder nicht, kann nur von Fall zu Fall entschieden werden und hängt auch von den Zeiten, von den Rednern und ihrem Thema ab." Sonnenburg dürfte bei seiner Stellungnahme nicht ganz

Zum Schlusse erlaube ich mir noch die Bitte anzufügen, bei allen *etwa* einschlägigen Besprechungen mit Vertretern anderer Staatsministerien[12]) über politische Angelegenheiten, deren Bearbeitung mir in der Regel überwiesen wird, mit Rücksicht auf meine Kenntnis der gesamten politischen Entwicklung seit Anfang des Krieges beigezogen zu werden.[13])

v. Sonnenburg.

---

unbeeindruckt von dem Flugblatt „Preußenherzen hoch", das angeblich vom Bund der Kaisertreuen stammte, gewesen sein. Zu dem Flugblatt, das gehässige Angriffe auf bayern enthielt, vgl. Thimme, S. 139 f., und insbesondere Ay, S. 88 f., S. 134 ff., S. 146 f., sowie Albrecht, S. 232 ff. Die Verbreitung des Flugblattes wurde am 19. 9. 1918 durch das bayer. Kriegsministerium verboten, die Oberzensurstelle übernahm das Verbot und dehnte es auf einen Abdruck des Flugblattes im „Berliner Tageblatt", Nr. 487, vom 23. 9. 1918 aus (vgl. MGFA MA/RMA, Nr. 2356, XVII. 1. 5. 11, Bd. 5). Völlig entgegengesetzt war offenbar die Haltung des Oberbefehlshabers in den Marken. Der preuß. Kultusminister Dr. Schmidt erwähnte in der Sitzung des preuß. Staatsministeriums am 27. 9. 1918 (Nachlaß Heinrichs, Nr. 28), daß der Oberbefehlshaber durch die Schulen Plakate der Vaterlandspartei verteilen lasse und auf die Bitte „in Zukunft politisch gerichtete Plakate in den Schulen nicht ohne Einvernehmen mit der Schulverwaltung zu verbreiten", geantwortet habe, „hierzu sei er gern bereit, indessen seien jene Plakate der Vaterlandspartei nicht politischer Natur".

[11]) Die drei stellv. Generalkommandos der bayer. AK und das Ministerium des Innern wurden entsprechend unterrichtet.

[12]) Die folgenden elf Worte sind von Sonnenburg eigenhändig eingefügt worden, der ursprüngliche Text ist nicht mehr zu entziffern.

[13]) Diesem letzten Satz lagen offenbar Kompetenzkonflikte mit dem Referate 1b der Sektion II der Armee-Abteilung unter Major Schumacher, der die Streikangelegenheiten mitbearbeitete, zugrunde. In einer abschließenden Notiz vom 17. 9. 1918 zu einem längeren Votenwechsel stellte der Chef der Armee-Abteilung, Oberst Braun, fest, daß alle allgemeinen politischen Angelegenheiten von Oberstleutnant Falkner v. Sonnenburg zu bearbeiten seien, „wo alle politischen Fäden zusammenlaufen"; vgl. BHStA IV München MKr, 11529.

479.

Auszüge aus einem Bericht des bayerischen Militärbevollmächtigten an den bayerischen Kriegsminister über eine Unterredung mit General Ludendorff über die militärische Lage.

3. 10. 1918, Gr. Hauptquartier, Nr. 1 geh., Streng vertraulich. — BHStA IV München MKr, 1828, Ausfertigung.

Heute bot sich mir die Gelegenheit zu einer persönlichen Aussprache über die Lage mit Ex. Ludendorff.

Ich erklärte ihm, daß man in München das Friedensersuchen Deutschlands nur dahin auffassen könne, daß die OHL jede Hoffnung auf eine günstige Beendigung des Krieges aufgegeben habe. Ex. Ludendorff bestätigte diesen Eindruck als richtig. Durch den Zusammenbruch Bulgariens sei das Kräfteverhältnis derart ungünstig verschoben, daß nicht nur keine Aussicht mehr bestehe, den

Feind zu Friedensbereitschaft zu zwingen, sondern daß auch die Westfront nicht mehr bis zum Winter zu halten sein werde.[1])

Die Hoffnung den Feind zum Frieden zu zwingen habe er schon nach dem 8. August aufgegeben und damals zu Staatssekretär v. Hintze gesagt, er solle sehen, daß wir zum Frieden kämen. Aber damals habe er geglaubt, die Westfront bis zum Winter halten zu können. Nunmehr sei aber die feindliche Überlegenheit an Menschen und Maschinen zu groß.[2]) Die Amerikaner hätten 39 Divisionen in Frankreich, an Infanterie doppelt so stark als eine deutsche Division. Der Zusammenbruch Bulgariens bedeute einen Ausfall von 25 Divisionen[3]) und er könne aus der Heimat keinen Nachschub erhalten, obwohl ihm von Bekannten immer wieder geschrieben werde, in der Heimat lauften Drückeberger zu Tausenden herum.[4])

Das deutsche Volk werde nun zu spät erkennen, wie falsch seine Hoffnungen auf einen Verständigungsfrieden waren, der Friede werde sehr hart und unerbittlich werden.

Ich war dann Zeuge, wie ein Telegrammentwurf an den Prinzen Max v. Baden[5])

---

[1]) Hierzu die Randbemerkung des Kriegsministers v. Hellingrath: „Das wäre auch ohne den Zusammenbruch Bulgariens der Fall gewesen." — Gegenüber den schwankenden Aussagen Ludendorffs über die militärische Lage, vor allem über deren weitere Entwicklung, in der ersten Hälfte Oktober 1918 blieb der Tenor der Lagebeurteilung durch Oberst Heye sich völlig gleich, vgl. Deist, S. 349 und S. 354. — Vgl. in diesem Zusammenhang auch Hoffmann, Bd. 1, S. 213 f. (Brief vom 3. 10. 1918).

[2]) Randbemerkung des Kriegsministers v. Hellingrath: „Diese Überlegenheit hat doch schon im August bestanden."

[3]) Der vorangehende Satz ist in der Vorlage von Empfängerseite unterstrichen und mit einem Fragezeichen am Rande versehen worden.

[4]) Vgl. Nr. 458, Anm. 1.

[5]) Es handelt sich offenbar um das Schreiben Hindenburgs an den Reichskanzler vom 3. 10. 1918 (Amtliche Urkunden, Nr. 33, S. 73), obwohl dort von einer Ablehnung der Bitte um Anwesenheit Hindenburgs im Reichstag nicht die Rede ist. — Zur Einflußnahme der OHL auf die Regierungsbildung und zu ihrem Drängen auf eine schnelle Absendung der ersten Note an den Präsidenten Wilson vgl. die erschöpfende Dokumentation der Vorgänge in: Quellen I/1, Bd. 2, Nr. 249 ff., und Quellen I/2, Nr. 1 ff. Als Ergänzung hierzu sei vermerkt, daß der bayer. Militärbevollmächtigte in einem Bericht vom 4. 10. 1918 (BHStA IV München MKr, 1828) den Widerstand des Chefs des Zivilkabinetts gegen eine Berufung Erzbergers (vgl. Quellen I/2, Nr. 2b, S. 17) auf den Einfluß Hindenburgs zurückführte. In dem Bericht heißt es: „Es besteht große Wahrscheinlichkeit, daß die Schwierigkeiten, die der Zivilkabinettschef v. Berg dem Eintritt Erzbergers in die neue Regierung in den Weg legt, auf unmittelbare Einwirkung des Feldmarschalls v. Hindenburg zurückzuführen sind. Auch dieser ist sich offenbar nicht darüber im Klaren, welch' tiefgreifenden Veränderungen unsere ganze innere Politik unterzogen werden muß, wenn wir den Frieden erlangen sollen, den wir nun dringend brauchen." — Noch am 4. 10. 1918 berichtete der stellv. bayer. Militärbevollmächtigte aus Berlin (BHStA IV München BM Berlin, B. Kriegsakten, 16, Bd. 8): „Im Kriegsministerium sieht man nach wie vor in General Gallwitz den einzigen starken Mann, der als Reichskanzler der schwierigen Lage gewachsen wäre. Er wird noch kommen oder — die Militärdiktatur." Wild v. Hohenborn dürfte die Ansicht der großen Mehrheit des Offizierkorps wiedergeben, wenn er am 4. 10. 1918 in einem Brief an seine Frau schreibt (Nachlaß, Hohenborn, Nr. 5): „Von den inneren Verhältnissen kein Wort. Man darf nicht daran denken wenn man sich den Kopf für die hiesigen Aufgaben klar erhalten will. Es ist ganz entsetzlich, wohin wir steuern! Der Teufel hole den ganzen Reichstag." Vgl. hierzu auch die sehr viel schärferen Formulierungen Korvettenkapitäns v. Selchow in seinen Tagebucheintragungen

verlesen und gebilligt wurde. Dieser scheint vorgeschlagen zu haben, das Friedensangebot erst am Dienstag[6]) abgehen zu lassen, wenn er seine Programmrede im Reichstag[7]) gehalten haben würde. Auch hatte er um Anwesenheit des Feldmarschalls v. Hindenburg bei dieser Gelegenheit im Reichstag gebeten. Die OHL lehnte beides in dem Telegramm ab. Sie wies darauf hin, daß das Waffenstillstandsersuchen höchst dringlich sei, da jede Verzögerung täglich tausenden von Soldaten nutzlos das Leben koste und zudem die OHL vor folgenschwere Entschlüsse stellen könne, da die andauernden Kämpfe im Westen bedeutende und unersetzliche Verluste verursachten. Die Anwesenheit des Feldmarschalls im Reichstag wurde abgelehnt mit der Begründung, daß kein unliebsamer Präzedenzfall geschaffen werden wolle und wegen Mangel an Zeit in der gegenwärtigen Lage.

Dies der wesentliche Inhalt der Unterredung.

An der Front tobt inzwischen der Großkampf. In der Tat scheint die beschleunigte Übergabe des Friedensangebotes und das damit verbundene Ansuchen um Waffenstillstand das einzige Mittel, um der Armee die Schmach und Katastrophe einer Niederlage und der damit unweigerlich verbundenen Auflösung der Disziplin zu ersparen[8]), (Banden von Drückebergern sollen sich schon im Rheinland gezeigt haben).[4])

[...][9])

---

vom 30. 9., 3. und 4. 10. 1918 (Nachlaß Selchow, Logbuch Nr. 38), worin er sich vor allem über die Berufungen Erzbergers und Solfs empört. Merkwürdig ruhig reagierte Generalmajor v. Seeckt in einem Brief an seine Frau vom 4. 10. 1918 (Nachlaß Seeckt, Nr. 61): „Wie die Verhältnisse einmal geworden sind, halte auch ich es für das richtige, den zu fassenden Entschlüssen eine möglichst breite Basis zu geben, damit alle an der Verantwortung beteiligt sind. Wenn wir dadurch zu einer inneren Einheit kommen, da ist kaum ein Opfer zu groß. Ob wir diese inneren Opfer bringen wollen, werden wir nicht gefragt. Verlangt wird aber von uns, daß wir sie freudig und rückhaltlos bringen und darin liegt das Schwere. Das muß jeder mit sich selbst abmachen. Keine Anklagen und kein Nörgeln. Mehr als je verlangt das Vaterland, daß jeder seine Schuldigkeit tut an seiner Stelle, gleichviel ob sie hoch oder tief, öffentlich oder verborgen ist. Weniger als je haben einzelne Wünsche und persönliche Neigungen Berechtigung."

[6]) 8. 10. 1918.

[7]) Vgl. hierzu Quellen I/2, Nr. 23, S. 77 ff.

[8]) Am 2. 10. 1918 hatte der bayer. Militärbevollmächtigte aus dem Gr. Hauptquartier berichtet (BHStA IV München MKr, 1828): „Es fällt mir nach den Eindrücken, die ich heute hier gewonnen habe, schwer zu glauben, daß wir einer Katastrophe noch entrinnen werden. [...] Wenn die feindlichen Angriffe, woran nicht zu zweifeln ist, weitergehen, muß einmal der Augenblick kommen, in dem die Front an irgend einer Stelle bricht, ohne daß das Loch wieder zugestopft werden kann. Ein alsdann angeordneter Rückzug aber kann nur katastrophal endigen, ihm sind die Nerven der erschöpften und zermürbten Truppen nicht mehr gewachsen. Die O.H.L. scheint aber auch jetzt wieder sich die Gefahr nicht klar vor Augen zu halten. Irgendwelche Entschlüsse durchgreifender Art sind nicht gefaßt, vorbereitende Anordnungen nicht getroffen. Kommen bessere Nachrichten von der Front, so wird die Lage sofort wieder übertrieben hoffnungsvoll beurteilt. Im übrigen beschränkt sie sich darauf, auf eilige Übermittlung des Friedensangebotes zu drängen, auf dessen Annahme sie zuversichtlich hofft."

[9]) In der Vorlage folgen Mitteilungen über die Lage in Bulgarien und in der Türkei.

Der Zusammenbruch Bulgariens kommt der OHL nicht ungelegen, um das Eingeständnis des eigenen Zusammenbruchs zu verschleiern, dessen Herannahen sie sich ohne Zweifel zu lange und noch vor 14 Tagen selbst nicht eingestehen wollte.[10]) Dieser Mangel an Erkenntnis der eigenen Lage hat ohne Zweifel auch die Maßnahmen der OHL ungünstig beeinflußt. Heute vor 14 Tagen erklärte sie dem Zaren Ferdinand, es sei unmöglich ihm Kräfte zur Unterstützung zu schicken und heute rollen trotz weiterer Verschlechterung der Lage auf dem westlichen Kriegsschauplatz 5 Divisionen nach Serbien und Bulgarien. Die Maßnahmen der OHL entbehren seit 20. 9. 18 jeder Planmäßigkeit und lassen keinen leitenden Plan mehr erkennen).[11])

[...][12])

[10]) Vgl. Nr. 477, Anm. 4.

[11]) Generalmajor Ritter v. Köberle urteilte in seinem Bericht vom 4. 10. 1918 (BHStA IV München MKr, 1828) noch schärfer: „Für das in der preußischen Armee übliche von Exc. v. Falkenhayn und Ludendorff mit soviel Rücksichtslosigkeit durchgeführte Ablösen der Führer und Generalstabsoffiziere nach jeder mißlungenen Operation oder verlorenen Schlacht läßt sich wohl nur ein Grund mit Berechtigung für alle anerkennen, der nämlich, daß Führer u.s.w., die Unglück gehabt haben, meist durch die Frage, wie das gekommen sei, wen die Schuld treffe, so innerlich in Anspruch genommen sind, daß sie darüber das Auge für das zunächst Nötige verlieren, der klaren Überlegung entbehren und so das Unglück leicht vergrößern anstatt einschränken und lokalisieren oder gar auswetzen.
Anerkennt man die Richtigkeit des vorstehenden Gedankenganges, so wäre es wohl höchste Zeit, den oben erwähnten Grundsatz nunmehr auf Exc. Ludendorff selbst anzuwenden. Denn man wird wohl nicht zu scharf urteilen, wenn man seine Führung etwa vom 20. 8. ab als zusammenhanglos, klarer Leitlinien und der Folgerichtigkeit entbehrend bezeichnet. Ich habe in meinem gestrigen Sonderbericht auf die widerspruchsvolle Behandlung der militärischen Unterstützung Bulgariens hingewiesen, das Gleiche wiederholt sich nun mit der Türkei." Mertz v. Quirnheim notierte am 12. 10. 1918 in sein Tagebuch (Nachlaß Groener, Nr. 63): „Major v. Stülpnagel sagt mir, daß Seine Majestät die weitere Unterstützung der Türken wünsche (raus aus den Kartoffeln, hinein in die Kartoffeln). — Ich protestiere, daß all dies befohlen wird, ohne mich in Kenntnis zu setzen. Da ruft v. Stülpnagel: ‚Was wollen Sie noch von diesem militärischen Desperado?'"

[12]) In der Vorlage folgen Mitteilungen über die Regierungsbildung und die Verhandlungen über die Note an den Präsidenten Wilson, wobei sich Köberle aber wenig informiert zeigt.

480.

Auszüge aus den Aufzeichnungen aus der Pressebesprechung.[1]) Protest der Pressevertreter gegen die Informationspolitik der Behörden.[2])

4. 10. 1918, Nr. 418, Vertraulich! — BHStA IV München MKr, 14027, vervielfältigtes Exemplar.[3])

[...][4])

Pr. **Bernhard** (Ullsteinverlag): Es läßt sich zwar eigentlich in der augenblicklichen Situation recht wenig an, aber wir sind uns alle klar, daß sich die Bitte des Auswärtigen Amtes nicht ohne weiteres erfüllen läßt. Es wünscht, wir sollten nicht nur unserem Volk Mut zusprechen, sondern es so stark machen, daß es über die Grenze Deutschlands hinaus wirkt und Österreich ebenfalls mit Mut erfüllt. Das ist an sich recht schön gedacht. Aber wenn wir das tun und nachher am Sonnabend[5]) im Reichstag etwas passiert, was im Gegensatz dazu steht, dann ist der Blamierte die deutsche Presse. Gewiß muß jeder Opfer bringen, und nötigenfalls muß die Presse sich zwangsweise blamieren. Aber bei dem, was am Sonnabend im Reichstag geschieht und geschehen muß, haben Sie das Vertrauen der Presse notwendig. Sagen wir jetzt, es schwirrten nur Pulvergerüchte herum, es sei aber alles rosig, dann ist das Vertrauen der Bevölkerung zur Presse nicht möglich. Alles hängt von der militärischen Lage ab, alles, was politisch passiert, ist nur zu beurteilen unter dem Gesichtspunkt „Wie stehen wir militärisch?" Ich richte daher die herzliche, aber ebenso dringende Bitte an die militärischen Kreise und die Oberste Heeresleitung: Wollen Sie uns nicht in letzter Stunde mitteilen, wie es wirklich steht? Vielleicht ist es nicht so schlimm, wie es gemacht wird; vielleicht ist es doch so schlimm — wir müssen es ertragen. Wir wollen ja die Dinge nicht in die Welt hinaus posaunen. Aber wir müssen wissen, was zur Vorbereitung der Dinge, die, wie wir sicher wissen, geschehen werden, getan werden muß, damit die Bevölkerung morgen nicht aus den Wolken fällt. Die Auffassung im Deutschen Reich ist in zwei Lager geteilt: die einen sehen, wie ich hoffe, über Gebühr schwarz; die andern dagegen — und das sind nicht ganz nebensächliche Kreise — so rosig, daß sie heute noch am Behalten von Belgien festhalten. Nun stellen Sie sich einmal vor, was geschieht, wenn am Sonnabend ein Friedensangebot im Reichstag erfolgt: Dann gibt es im Volke eine Kata-

---

[1]) Vgl. Nr. 417, Anm. 1 und 4.

[2]) Vgl. hierzu auch Nr. 463 und 465.

[3]) Die zahlreichen Unterstreichungen in der Vorlage von Empfängerseite werden nicht nachgewiesen. Oberstleutnant Falkner v. Sonnenburg vermerkte auf der ersten Seite: „*Sehr lesenswert!* Sturm in der Presse gegen das System des Kriegspresseamts in Berlin, besonders S. 7 ff." Dieser Teil der Aufzeichnungen wird im folgenden im Auszug wiedergegeben.

[4]) Die Pressebesprechung wurde eingeleitet durch Mitteilungen verschiedener Behörden und Anfragen der Pressevertreter. Der Vertreter des Auswärtigen Amts forderte schließlich die Pressevertreter zu der von ihnen gewünschten, bisher aber zurückgestellten politischen Diskussion auf.

[5]) 5. 10. 1918.

strophe[6]), die einen werden darin die Bestätigung ihrer schwarzen Ansicht sehen, die andern Verrat dahinter wittern. Sie werden dann den alten Zwist in womöglich noch verschärfter Form aufleben sehen. Damit das nicht geschieht, muß die Presse wirklich unterrichtet werden. Wir haben die Pflicht und Schuldigkeit, das Volk auf alles, was kommen kann und muß, wirklich vorzubereiten. Ich bitte daher nochmals herzlich: Geben Sie uns Aufklärung, mit der wir etwas anfangen können. [...][7])

Pr. **Eisele** (Kölnische Volkszeitung): Jeder von uns erlebt in seinem Kreise tägliche Beispiele des Niederbruchs. Dieser ist nur dann aufzuhalten, wenn wir wissen: Haben wir ein intaktes Heer? Ist es unwahr, was gepredigt wird, die Front bröckele auseinander, wofür Anzeichen bis gestern vorhanden waren? Ist unwahr, daß Ordre und Desordre Platz greifen in Bulgarien, im Westen und an anderen Stellen? Ist es unwahr, daß mit oder gegen Wissen der Obersten Heeresleitung Friedensangebote gemacht werden? Wenn Sie das erhärten können, dann können wir beginnen, wieder aufzubauen; wieder aufbauen müssen wir, denn der Niederbruch ist da. Leider sind Mißtrauen und Niederbruch bis in die Stellen gedrungen, zu denen man bisher absolut Vertrauen hatte, auch ihnen vertraut man nicht mehr, und das ist das schlimmste in diesen Tagen.[8])

[6]) Korvettenkapitän v. Selchow schrieb am 5. 10. 1918 in sein Tagebuch (Nachlaß Selchow, Logbuch Nr. 38): „Sieht denn kein Mensch, daß diese Note das Ende bedeutet, die Revolution, den Sturz der Monarchie, den völligen Zusammenbruch? Was wird von Deutschland bleiben? [...] ‚Aber reden Sie doch nicht solch einen Unsinn', sagte mir heute ein Mann mit mehr Streifen als ich. Wir werden zwar die belgische Küste nicht bekommen. Aber wir werden mit dem Frieden, den wir von dem Präsidenten Wilson bekommen, noch ganz zufrieden sein! [...] Im übrigen muß ich aber doch feststellen, daß die Stimmung im Hause völlig verzweifelt ist." Und das stellv. Generalkommando des XIV. AK urteilte in seinem Monatsbericht für das preuß. Kriegsministerium für den Monat Oktober 1918 (GLA Karlsruhe Abt. 236, Nr. 23079): „Das Friedensangebot der neuen Reichsregierung an den Präsidenten Wilson kam völlig überraschend, beklagt von vielen, die — gestützt auf die seitherigen amtlichen Veröffentlichungen — an einen deutschen Sieg geglaubt hatten, begrüßt von einer kriegsmüden Masse; mit unverhohlener Genugtuung, um nicht zu sagen Schadenfreude, aufgenommen von Jenen, die schon bisher immer Schwarzseher waren und in dem Friedensangebot eine amtliche Bestätigung ihrer pessimistischen Ansichten erblickten." Vgl. auch K. Herrmann, Der Zusammenbruch 1918 in der deutschen Tagespresse, Phil. Diss. Münster 1958, S. 48 ff.

[7]) Der Vertreter des Auswärtigen Amts antwortete mit einer ausgesprochen farblosen Erklärung, in der er einen Mittelweg zwischen optimistischer und pessimistischer Berichterstattung empfahl. Grunwald (Volksblatt Mühlhausen) wies auf die genaue Unterrichtung der Abgeordneten hin und machte erneut (vgl. Nr. 476, Anm. 11) auf die gefährlichen Umtriebe an der Börse aufmerksam, um die sich weder das Oberkommando in den Marken noch das Reichsschatzamt kümmere.

[8]) Vgl. hierzu die Berichte der stellv. Generalkommandos an das preuß. Kriegsministerium für den Monat September 1918 (vgl. Nr. 417, Anm. 1 und 2), im Auszug abgedruckt in: Archivalische Forschungen 4/IV, Nr. 712, S. 1610 f. In der Zusammenfassung des preuß. Kriegsministeriums lautet der erste Satz: „Die überwiegend ungünstigen politischen und militärischen Ereignisse, welche im September in schneller Folge auf die Volksseele einstürmten, haben das von Woche zu Woche immer trüber gewordene Stimmungsbild noch mehr verdunkelt und gegen Ende des Monats einen Zustand der Ungewißheit und Verwirrung geschaffen, wie er in der Geschichte dieses Krieges ohne Beispiel dasteht." Das stellv. Generalkommando des XIV. AK bezeichnet die Stimmung als „niedergedrückt, oftmals stumpf bis zur Gleichgültigkeit", mehrere stellv. Generalkommandos berichten von um sich greifender „Hoffnungslosigkeit".

Das von Herrn Grunwald angeführte Gerücht ist nicht das einzige.[9]) Für die Wahrscheinlichkeit dieses Gerüchts werden so viele Tatsachen angegeben, daß man es glauben, ja wünschen muß. Sprechen Sie uns mit offenen klaren Tatsachen an, dann können wir anfangen wieder aufzubauen. Mehr will ich nicht sagen.

Pr. **Wiesner** (Frankfurter Zeitung): Ich unterstütze die Bitte des Auswärtigen Amtes, in diesen Tagen nicht die Nerven zu verlieren. Es haben viele Persönlichkeiten, denen wir starke Nerven zugetraut haben, die Nerven verloren. Aber unsere Pflicht ist es, in der Heimat nicht nachzugeben, sondern fest zu bleiben, wir haben eine Gewinnchance: Es wird nur besser, wenn wir durchhalten bis zum Winter. Wir müssen uns dafür einsetzen, daß dies erreicht wird. Ich bitte aber, mit verfehlten Maßnahmen endlich Schluß zu machen. Meine Zeitung hat bei Oberkommando und Kriegsministerium Protest gegen die Nichtveröffentlichung von Reden ausländischer Staatsmänner[10]) eingelegt. Es hat nichts gefruchtet, unsere Beweggründe wurden nicht verstanden. Jetzt erleben wir dasselbe mit der Wilsonveröffentlichung.[11]) Was sie in Berlin angerichtet hat, können Sie sich nicht denken. In Wien ist sie veröffentlicht, hat dort zu einer Hausse in der Börse geführt, ist dann an die deutschen Börsen telefoniert worden und hat hier neue Gerüchte gezeitigt. Warum hat man uns die Meldung vorenthalten und gibt sie uns erst heute? Wahrscheinlich wird sie morgen im Reichstag eine große Rolle spielen, aber wir können nicht vorbeugend wirken. Weg mit dem alten Kram! Volle Klarheit! Kein Verbergen mehr! Dann können wir wieder zusammenarbeiten und die Heimat aufrichten. Der Wille dazu ist da. Jeder weiß, es geht um sein Eigenstes, darum, daß wir nicht zusammenbrechen. Schaffen Sie uns die Freiheit dazu!

[...][12])

Pr. **Baecker** (Deutsche Tageszeitung): Ich bitte um eine Mitteilung, was morgen der Reichskanzler vermutlich dem deutschen Volke zu sagen haben wird. So nötig es ist, uns über die militärische Lage zu unterrichten, ebenso notwendig ist es, bei einem solchen Schritt in dieser Zeit, wo die ganzen verfassungsmäßigen Einrichtungen des Deutschen Reiches eine Umwandlung erfahren, wo die Kriegspolitik an entscheidenden Punkten angelangt ist, die Presse nicht warten zu lassen, bis der Reichskanzler gesprochen hat, sondern sie 24 Stunden früher zu unterrichten. Ich weiß nicht, ob der Vertreter des Auswärtigen Amts dazu ermächtigt ist. Selbstredend kann die Presse nur dann, wenn sie einigermaßen darauf vorbereitet wird, eine Linie einhalten, die erträglich ist, und damit ein zu starkes Auseinanderfallen der Meinungen im deutschen Volke verhindern.

Pr. **v. Salzmann** (Vossische Zeitung): Seitens der militärischen Mitarbeiter unterstütze ich die Bitte der Herren Vorredner. Ich bitte um Wahrheit über die

[9]) Grunwald hatte berichtet, es werde verbreitet, General Ludendorff habe abgedankt und Deutschland habe über die Schweiz ein Friedensangebot an die Vereinigten Staaten gerichtet.

[10]) Vgl. hierzu Nr. 471, insbesondere Anm. 3.

[11]) Es handelt sich hierbei um die Rede Wilsons in New York am 27. 9. 1918, vgl. Schulthess 1918/II, S. 588 ff.

[12]) Der Vertreter des Auswärtigen Amts begründete die Verzögerung der Freigabe damit, daß der Originaltext noch nicht vorliege. Er gab gleichzeitig eine Reuter-Fassung mit dem Hinweis frei, daß die Völkerbundsideen Wilsons durchaus diskutabel seien.

militärische Lage. Ich habe die maßgebenden Herren im Großen Hauptquartier schriftlich gebeten: „Geben Sie uns Wahrheit, Wahrheit, Sie diskreditieren uns bis auf die Knochen!" Wir erhalten Briefe, die besagen „Sie lügen, was Sie schreiben, ist Blech." Wenn die Presse nicht die Mittel an die Hand bekommt, die öffentliche Meinung zu stützen, dann folgt ein noch nie dagewesener Zusammenbruch.[13]) Geben Sie uns die Wahrheit über die Lage.

A. A. II: Meine Herren, es sind da eben Wünsche geäußert und dunkle Andeutungen gemacht worden über gewisse Dinge, die vielleicht bevorstehen könnten. Ich nehme an, daß dies im Zusammenhang steht mit der Rede, die morgen seitens des neuen Reichskanzlers im Reichstag gehalten werden soll. Ich kann Ihnen darüber noch nichts mitteilen; wir müssen damit noch etwas warten.[14]) Sie reden davon, daß Ihnen gewisse Gerüchte bekannt sind und daß Sie es für richtig halten würden, wenn wir Ihnen nun sagen würden, was da bevorsteht, damit Sie uns dabei unterstützen könnten. Ich glaube nicht, daß Sie bereits jetzt irgend etwas über die Gerüchte bringen sollten, die Ihnen bekannt sind. Ich glaube auch nicht, daß wir Ihnen bis morgen etwas sagen werden. Ich mag mich irren, es mag sein, daß es anders wird. Immerhin würde ich doch bitten, daß Sie Ihre Sprache so einrichten, daß Sie nachher von den Tatsachen nicht desavouiert werden können. Legen Sie sich bitte weder nach der einen, noch nach der anderen Seite fest.

Pr. **Moszkowski** (Chemnitzer Allgemeine Zeitung): Wir erleben immer wieder dasselbe Schauspiel: Die Regierung gegen die Presse, nicht mit ihr! Sie haben kein Vertrauen zu uns, Sie glauben, daß uns etwas vorenthalten werden müsse.[15]) Seit vier Jahren erklären wir, wir wollen mit Ihnen zusammenarbeiten, wir kennen die Stimmung der Leser und des Publikums, wir kennen Verschiedenes,

---

[13]) Dieser vorausgesagte Zusammenbruch hatte seine Vorstufe in der Reaktion der Fraktionsvorsitzenden der Reichstagsparteien auf den Vortrag des Majors Frhr. v. d. Bussche-Ippenburg am 2. 10. 1918 über die militärische Lage, vgl. hierzu Quellen I/2, Nr. 14, Anm. 3.

[14]) Zur Entstehung der Reichstagsrede des Reichskanzlers vgl. Quellen I/2, Nr. 23, S. 77 ff.

[15]) Die Erregung der Pressevertreter war angesichts der Informationspolitik der Behörden in den vorangegangenen Tagen sehr verständlich. In der Pressebesprechung vom 30. 9. 1918 war der Vertreter des Auswärtigen Amts nach dem Wahrheitsgehalt der Gerüchte über einen bereits erfolgten Rücktritt des Reichskanzlers und die Ernennung eines Nachfolgers gefragt worden. Er antwortete: „Ich bin nicht beauftragt, Ihnen darüber etwas mitzuteilen." Nach Abschluß der Pressekonferenz verkündeten Extrablätter der „B.Z. am Mittag" die Entlassung Hertlings und der Erlaß des Kaisers wurde um 13 Uhr 15 allen Zeitungsredaktionen übermittelt. Die Pressebesprechungen endeten gewöhnlich gegen 13 Uhr (vgl. die Beschwerde Georg Bernhards in der Pressebesprechung vom 1. 10. 1918). Ebenfalls am 30. 9. 1918 gab das Kriegspresseamt einen Kommentar zu dem bulgarischen Zusammenbruch, der die Lage eher verharmloste als verdeutlichte. Das Kriegspresseamt hielt sich dabei an „Richtlinien" der politischen Abteilung des Generalstabes des Feldheeres vom 28. 9. 1918 (MGFA MA/Adm, Nr. 2421, P 45, Bd. 1), deren erster Satz lautet: „Die neueren Nachrichten vom mazedonischen Kriegsschauplatz zeigen, daß die Lage sich nicht so bedrohlich darstellt, als es im ersten Augenblick der Verwirrung den Anschein hatte." Die Gründe, die für den Zusammenbruch Bulgariens angegeben wurden, seien rein innenpolitischer Natur (Parteikämpfe, bolschewistische Ideen, Übertragung der Politik auf das Heer, „Miesmacher hatten Oberwasser") und waren eindeutig im Blick auf die deutschen Verhältnisse konzipiert. „Sie [die erwähnten inneren Verhältnisse] können den Untergang eines Landes und seine wehrlose Auslieferung an seine Feinde herbeiführen." Vgl. auch WUA, Bd. 6, S. 211.

was Sie nicht ganz genau so kennen wie wir. Aber Sie geben uns nicht die Gelegenheit. Wir richten diesen Appell nicht im Interesse einzelner Blätter, nicht wegen der Inseratenverbreitung und des Abonnentenfangs an Sie, sondern damit Sie lernen, das Instrument der Presse zu spielen, das so machtvoll ist und in anderen Ländern so machtvoll gespielt wird. Hören Sie doch endlich darauf. Vielleicht ist es noch nicht zu spät. Ein System wird geändert, aber es geht weiter mit den alten Mitteln.

Pr. **Baake** (Sozialdemokratische Provinzpresse): Ich halte es für falsch, den Herren Vertretern der Regierung Vorwürfe zu machen. Sie haben hier nur Ausführungen zu machen, sie haben ein Amt und keine Meinung. Ich halte den Entschluß der neuen Regierung, die Presse vorher nicht zu unterrichten, für nicht endgültig. Wenn mit gehörigem Nachdruck gesagt wird, der Eindruck der gesamten Presse sei, sie müsse vorher unterrichtet werden, dann wird man diesem berechtigten Wunsche Gehör verschaffen können. Es handelt sich nur um die Energie, die Sache der Presse zur eigenen zu machen.

Pr. **Bernhard** (Ullsteinverlag): Nachdem ich mich mit der Mehrheit der Ausschußmitglieder in Verbindung gesetzt habe, gebe ich namens der Mehrheit des Ausschusses und, wie ich annehmen darf im einstimmigen Namen der Versammlung die Erklärung ab: Wenn die Ämter ihren Standpunkt nicht ändern, wenn wir nicht bis morgen vor der Kanzlerrede unterrichtet sind über das, was der Kanzler morgen sagen wird, genau so wie die Abgeordneten, dann werden wir zu den Pressesitzungen nicht mehr erscheinen.[16]) Ich beantrage Schluß der Sitzung.

Vorsitzender: Der Chef des Kriegspresseamts hat noch Ausführungen zu machen.

Pressevertreter: Wenn außerhalb dieser Sitzung eine Unterrichtung stattfinden soll, dann darf sie sich nicht beschränken auf eine zugelassene Zahl von Zeitungen, sondern alle hier zugelassenen Herren müssen zugezogen werden.

K.Pr.A. II: Ich möchte zu Beginn unterstreichen, was Herr Wiesner gesagt hat, daß die Nerven an vielen Stellen verloren gegangen zu sein scheinen. Ich habe durchaus den Eindruck, daß die Nerven auch in dieser Versammlung völlig verloren gegangen sind.

[...][17])

III:[18]) Die Angriffe des Feindes werden fortgesetzt werden mit voller Wucht, wie bisher. Unsere Truppen haben sich meist glänzend geschlagen. Aber bei den andauernden Angriffen des Feindes sind die eigenen Verluste teilweise erheblich.

Sie sehen aus diesen ganz offenen und klaren Darlegungen, daß an den umschwirrenden Gerüchten nichts Wahres ist. Von einem Abbröckeln, einem

---

[16]) Vgl. hierzu die Pressebesprechung vom 5. 10. 1918.

[17]) Major Würz gab in folgendem einen ausführlichen Bericht über die militärische Lage an den Fronten, dessen abschließende Zusammenfassung im Auszug wiedergegeben wird.

[18]) Chiffre für „Mitteilungen nur zur persönlichen Unterrichtung", vgl. Nr. 38.

Durchbruch, einem Versagen unserer Truppen im Westen ist gar keine Rede.[19]) Ebenso ist an den Gerüchten über die Person des Generals Ludendorff nichts Wahres. Selbstredend konnte er in den Tagen der Großkämpfe nicht mit in Berlin sein — darauf sind doch die Gerüchte zurückzuführen, er mußte an der Front bleiben. Das ist doch selbstverständlich. Daraus Schlüsse zu ziehen auf einen etwaigen Rücktritt des Generals Ludendorff, ist falsch.

[...][20])

[19]) Vgl. hierzu Nr. 477 und 479. Noch in der Pressebesprechung vom 11. 10. 1918 gab das Kriegspresseamt (vgl. die an sämtliche Zensurstellen verteilten Aufzeichnungen, Nr. 38, Anm. 5) Richtlinien für die Besprechung der militärischen Entwicklung an der Westfront aus, die den Vorzug einer beweglichen, ausweichenden Verteidigung stark hervorhoben und deren letzter Punkt lautete: „Jeder Schritt rückwärts, den wir in der Mitte des großen Bogens zwischen Nordsee und Maas tun, bringt für uns den weiteren großen Vorteil einer erheblichen Verkürzung der Schlachtfront. Die O.H.L. erhält dadurch die Möglichkeit, die Zahl der beweglichen Reserven zu erhöhen. Bei dem Ausscheiden der bulgarischen Armee ist das von besonderer Bedeutung. Wenn man nach diesen Gesichtspunkten die Besprechung einrichtet, dann wird dies erheblich zur Beruhigung beitragen und zur Abweisung der umlaufenden blöden Gerüchte über einen Zusammenbruch der Front."

[20]) Die Pressebesprechung schloß nach längeren Ausführungen des Korrespondenten der „Kölnischen Volkszeitung", Eisele, in denen er nach Ursachen und Umständen des Rückzuges im Westen fragte und die zeigten, daß die Erklärungen des Chefs des Kriegspresseamts als nicht ausreichend empfunden wurden.

481.

Bericht des Legationsrats Krafft v. Dellmensingen an den bayerischen Ministerpräsidenten über einen Besuch des Kronprinzen Wilhelm bei Kronprinz Rupprecht von Bayern

7. 10. 1918, Tournai. — BHStA II München, MA I, Nr. 945, Ausfertigung.[1])

Euer Excellenz!

Hochgebietender Herr Ministerpräsident!

Das Telegramm Seiner Excellenz des Herrn Staatsrats von Lössl über den deutschen Friedensschritt vom 4. ds. Mts. habe ich am Morgen des 5. erhalten[2]) und Seiner Königlichen Hoheit dem Kronprinzen sogleich Vortrag erstattet. S. K. Hoheit hatte bis dahin zwar auf militärischem Wege davon Kenntnis erhalten[3]), daß ein solcher Schritt unmittelbar bevorstehe — man scheint ihn sogar im Großen Hauptquartier noch etwas früher erwartet zu haben —, über Form und Inhalt des Friedensangebots hatte der Kronprinz aber noch gar nichts erfahren.

[1]) Der Bericht ist erwähnt bei Feldman, S. 517.

[2]) Liegt nicht vor.

[3]) Vgl. Kronprinz Rupprecht, Bd. 2, S. 453 (30. 9. 1918).

Vor zwei Tagen weilte Seine Kaiserliche Hoheit der Kronprinz des Deutschen Reiches und von Preußen am Nachmittage 1½ Stunden bei S. K. Hoheit.[4]) Der Besuch kam völlig überraschend; der Deutsche Kronprinz, der vorher bei der Heeresgruppe Böhn gewesen war, ließ erst von dort aus eine Stunde vor seinem Eintreffen telefonisch anfragen, ob sein Besuch S. K. Hoheit genehm sei.

Dem Gespräch der beiden hohen Herren hat bis auf eine ganz kurze Zeitspanne S. K. Hoheit Herzog Luitpold in Bayern angewohnt. Was ich hier ehrerbietigst berichte, ist eine kombinierte Wiedergabe der allgemeiner gehaltenen Mitteilungen des Kronprinzen und der mehr in's einzelne gehenden Schilderung des Herzogs Luitpold. Über den Gegenstand des kurzen Gesprächs unter vier Augen hat der Kronprinz mir nichts gesagt; es ist möglich, daß hier noch ein besonderer Gegenstand erörtert worden ist und S. K. Hoheit sich verpflichtet hat, hierüber völliges Stillschweigen zu bewahren. Daß hiebei etwa die Frage einer möglichen Abdankung des Kaisers erörtert worden wäre, hält Herzog Luitpold nach dem Verlauf des allgemeinen Gesprächs für ausgeschlossen.[5])

Der Deutsche Kronprinz sprach besonders ausführlich davon, daß Seine Majestät der Kaiser bisher immer „angelogen" worden sei. Der Kaiser sei noch nach dem Mißerfolg bei Reims[6]) fest davon überzeugt gewesen, daß Er den Frieden diktieren könne. Charakteristisch für die Art der Seiner Majestät gegebenen Informationen sei gewesen, daß der Kaiser, als Er beim letzten Vormarsch in Gegenwart des Kronprinzen eine Ansprache an vorgehende Truppen gehalten habe, über die damalige Stärke der Foch'schen Reserven gänzlich falsche Angaben gemacht habe und, als Ihn der Kronprinz darauf aufmerksam machte, ärgerlich erwidert habe, der Kronprinz wisse das nicht, Ihm sei es so gesagt worden.[7]) Der Kronprinz fügte selbst bei, daß sein Vater diese unglückseligen Verhältnisse mitverschuldet habe, weil Er eben ein offenes Wort nicht habe hören wollen. Seinen — des Kronprinzen — Rat habe der Kaiser stets mit den Worten abgewiesen, er sei zu jung und verstünde diese Dinge noch nicht. Als dem Kaiser dann in der allerletzten Zeit reiner Wein habe eingeschenkt werden müssen, sei das Erwachen aus diesem schönen Traum für Ihn geradezu entsetzlich gewesen.[8])

---

[4]) Im Kriegstagebuch des Kronprinzen Rupprecht wird dieser Besuch nicht erwähnt.

[5]) Kronprinz Wilhelm besuchte am Morgen des 5. 10. 1918 den Generaloberst v. Einem, hierbei wurde die Abdankungsfrage besprochen, vgl. Einem, S. 445 f. Im Anschluß an den Satz: „Er zweifle gar nicht daran, daß die Hohenzollern abgesetzt würden, da dies sicherlich eine Forderung von Wilson wäre" heißt es in dem erhalten gebliebenen Tagebuch: „Er würde sich einen Cylinder anschaffen, sich ein Gütchen in der Schweiz kaufen und dort seine Tage verbringen. Ich suchte ihn zu trösten, wies ihn darauf hin, daß alle kämpfen wollten für die Existenz Deutschlands und wir einen schmachvollen Frieden nicht annehmen würden. (Kaiser habe abdanken wollen, er danke aber dafür die Sache zu übernehmen, S. M. müßte die Suppe selbst auslöffeln, die er uns eingebrockt hätte. Denn S. M. hätte sich um nichts gekümmert, seine Politik allein geführt und im Felde alles der O.H.L. überlassen. Diese aber habe immer drauf losgewirtschaftet und stehe nun vis à vis de rien. Sie habe längst gewußt, daß es keine Reserven mehr gäbe, aber sich nicht danach gerichtet. Er (Kronprinz) habe den Niederbruch kommen sehen und sei nun ganz ruhig.)."

[6]) 15. 7. 1918.

[7]) Vgl. hierzu Nr. 463 und 465, insbesondere Anm. 9.

[8]) Vgl. hierzu Nr. 477, Anm. 18.

Das Urteil Seiner Kaiserlichen Hoheit über die militärische Lage stimmt mit dem des Kronprinzen vollkommen überein; auch er erwartet noch weitere schwere Angriffe, denen gegenüber wir wohl bei der jetzt üblichen Taktik des Ausweichens beharren müssen. Der Kronprinz erzählte, er habe vor kurzem Herrn von [Heydebrand][9]) zu sich in sein Hauptquartier gebeten, ihm die Lage offen dargelegt und ihm gesagt, daß die Haltung der konservativen Partei Deutschland in's Unglück stürzen werde.[10]) Herr von Heydebrand habe gesagt, was ihm der Kronprinz sage, sei geradezu niederschmetternd und stehe in unlösbarem Widerspruch mit allen Aufschlüssen, die man ihnen bisher gegeben habe.[11])

Zu dem innerpolitischen Umschwung äußerte sich S. Kais. Hoheit zustimmend[12]); Er sagte im einzelnen, die Persönlichkeit des Prinzen Max von Baden sei ihm nicht näher bekannt, er freue sich aber über das günstige Urteil S. Kgl. Hoheit[13]) und hoffe, daß das Zusammenwirken eines deutschen Fürsten mit den demokratischen Elementen im Reiche eine Stütze für den monarchischen Gedanken bilden werde. Der monarchische Gedanke sei freilich in dieser schweren Stunde, in der über das Schicksal von ganz Deutschland entschieden werde, nicht das wichtigste. Nach seiner Anschauung sei der Monarch heute nichts anderes als der erste bezahlte Diener des Staates.

Bei der Erörterung der Friedensmöglichkeiten gaben Seine Kaiserliche Hoheit der Überzeugung Ausdruck, daß wir, um zu einem Abschluß zu kommen, wohl Elsaß-Lothringen preisgeben und uns zur Schadloshaltung Belgiens verpflichten müßten.[14]) Die Fragen des Ostfriedens sind anscheinend nicht erörtert worden.

Der Kronprinz erörterte dann im Gespräch noch verschiedene andere Fragen von untergeordnetem Interesse und sprach auch davon, daß einzelne militärische Befehlshaber sich nicht genug hätten tun können in zwecklosen Chikanen gegen die Bevölkerung der besetzten Gebiete und daß er stets und häufig auch mit Erfolg bemüht gewesen sei, hier Abhilfe zu schaffen.

---

[9]) In der Vorlage „Heidebrand".

[10]) Die Kritik an der Politik der Konservativen Partei war auch im Offizierkorps verbreitet. So schrieb z. B. der General Fritz v. Below an den General v. Loewenfeld am 26. 9. 1918 (Nachlaß Eberhardt, Nr. 44): „Ja, Sie haben Recht unsere Lage im Innern ist jämmerlich. So sehr ich das Gebahren der Mehrheitsparteien verurteile, das auf schnöde Erpressung gegen die in schwierigster Lage befindliche Regierung hinausläuft, so bin ich doch der Meinung, daß die Rechtsparteien, Alldeutsche- und Vaterlandspartei auch ihr gut Teil Schuld an den inneren Zerwürfnissen haben."

[11]) Vgl. hierzu Quellen I/2, Nr. 28, Anm. 2.

[12]) Gegenüber Generaloberst v. Einem äußerte er einige Stunden früher das Gegenteil, vgl. Anm. 5.

[13]) Kronprinz Rupprecht hatte sich schon früher für eine Kandidatur des Prinzen Max von Baden ausgesprochen, vgl. den Bericht Krafft v. Dellmensingens vom 27. 9. 1918 (BHStA II München, MA I, Nr. 945). Für das meist negative Urteil führender Militärs über den neuen Reichskanzler vgl. Einem, S. 444 f., sowie Thaer, S. 236 ff.

[14]) Hierzu die Bemerkung Hindenburgs am 5. 10. 1918 gegenüber den Militärbevollmächtigten (Bayer. Bericht vom 7. 10. 1918, BHStA IV München MKr, 1828): „Wir machen ja jetzt schwere Zeiten durch meine Herrn, aber ich bin überzeugt, daß wir doch zu einem ehrenvollen Frieden gelangen, denn nur von einem solchen kann die Rede sein." Vgl. hierzu auch Nr. 477, Anm. 9, sowie Quellen I/2, Nr. 36, S. 115 ff.

Der Eindruck des politischen Umschwunges auf die Herren des hiesigen Stabes ist kein einheitlicher; bei den endlosen Erörterungen dieses Themas platzen die Meinungen manchmal scharf auf einander. Die große Mehrzahl der bayerischen Offiziere begrüßt zwar die Berufung von Parlamentariern in die Regierung nicht gerade mit Freude, sieht darin aber das geeignete Mittel, die absolut notwendige Geschlossenheit in der Heimat herzustellen. Sie beklagen vielfach, daß die Wirksamkeit der Alldeutschen uns schweren Schaden zugefügt habe[15]), und hoffen, daß diese innerpolitischen Ereignisse uns dem Frieden näher bringen werden. Der Gedanke, daß das Volk auf die Gestaltung seines Schicksals einen entscheidenden Einfluß ausüben soll, erscheint ihnen heute, wenn sie sich früher auch mit solchen Fragen nicht befaßt haben, doch nicht unberechtigt.[16]) Ganz anders die preußischen Herren. Sie sehen fast alle in der Demokratisierung das größte Unglück, das uns überhaupt hätte treffen können. Ein demokratisches Preußen ist für sie überhaupt kein Preußen mehr. Manche scheinen zu hoffen, daß sich doch noch einmal die Möglichkeit bieten könnte, den bisherigen Zustand durch einen Gewaltakt wiederherzustellen.[17]) Nach ihrer Anschauung hat uns nur die Ablehnung der Militärforderungen durch die Linksparteien des Reichstags und die Haltung dieser Parteien während des Kriegs in's Unglück gestürzt. Sie

---

[15]) Vgl. Nr. 478.

[16]) Nicht nur von bayer. Offizieren wurden die politischen Aspekte der neuen Regierung anerkannt. Kapitän z. S. M. v. Egidy, Direktor der Marineschule Mürwik, schrieb am 10. 10. 1918 an Kapitän z. S. v. Levetzow: „Meine Befürchtung ist jedoch stark, daß wir zu allem Anderen auch noch die Haltung verlieren werden. Scheidemann wohl, aber niemals einem Erzberger kann man so was wie nationale Würde und Haltung zutrauen. — Wenn die neue Regierung sich nun bloß nicht wieder auf Halbheiten oder Hinterhältigkeiten einläßt, die uns in der Vergangenheit, namentlich in der Aera Bethmanns, um unser Ansehen in der Welt so gründlich gebracht haben. Jetzt muß der Weg wenigstens gerade und offen zu Ende gegangen werden. — Wir wundern uns hier eigentlich über unsere eigene Ruhe. Man ist innerlich viel aufrechter als zu den Zeiten der Erniedrigung vor Amerika durch unsere widerwärtigen Bethmannschen Noten." Dagegen schrieb Kontreadmiral v. Trotha am 2. 10. 1918 an Tirpitz (Nachlaß Tirpitz, K 6): „Ich bin ein glühender Monarchist; von mir könnte der König von Preußen alles Verlangen! Aber dagegen steht ein Königtum, das willenlos sich treiben läßt vom Strom der Sozialdemokratie. Um die Zeit zu beschwören ruft man Leute herbei, die für mich gerade die Eigenschaften des deutschen Volkes darstellen, die seine Zersetzung, seinen sicheren Untergang bedeuten müssen. Dahinein soll ich treten als einer der persönlichen Berater des Herrschers. Die Lage, in die der Kaiser sich der Regierung gegenüber gebracht hat, ist ja ein solcher Widerspruch, daß sich dafür eine einfache Lösung nicht finden läßt!

Nun ich werde meine Pflicht tun, soweit ich kann, sie wird getragen sein vom größten Glauben an die Bestimmung des deutschen Volkes und von der hingebensten Treue gegen Kaiser und Reich, ich werde mich dabei, so hoffe ich, auch frei machen können von rückständigem, unzeitgemäßen Kleben an von der neuen Zeit überholten Begriffen und Formen, aber den Preußen werde ich nicht abstreifen können, auch nicht dem Kaiser zuliebe, weil ohne ein Preußen Deutschland keine Kraft hat."

[17]) In dem Bericht des bayer. Militärbevollmächtigten vom 7. 10. 1918 (vgl. Anm. 14) heißt es: „Zur innerpolitischen Lage hört man vielfach die Meinung äußern, es ist ganz gut, daß die linksstehenden Parteien das Odium dieses Friedensschlusses auf sich nehmen müssen. Der Sturm der Entrüstung des Volkes wird sich dann gegen diese kehren. Später hofft man dann sich wieder in den Sattel zu schwingen und nach dem alten Rezept weiter zu regieren." Vgl. auch Bernhardi, S. 510 ff., und Thaer, S. 235, dazu S. A. Kaehler, Studien zur deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Göttingen 1961, S. 264.

können oder wollen sich auch immer noch nicht zu völliger Klarheit über die militärische Lage durchringen.[18]) Allgemeiner Ablehnung begegnet der Gedanke des Völkerbundes und der Abrüstung. Rechtsfriede und Völkerbund sind nur „Sprüche, um damit die Dummen zu fangen".

Mit der Versicherung der ausgezeichneten Hochachtung und tiefsten Verehrung habe ich die Ehre zu sein

Euer Excellenz
ehrerbietigst gehorsamster
Krafft.[19])

[18]) Vgl. hierzu Nr. 479, insbesondere Anm. 11. In dem Bericht des bayer. Militärbevollmächtigten vom 7. 10. 1918 (vgl. Anm. 14) heißt es: „Ich habe aber die Anschauung, daß sich die Herrn der OHL vielfach nicht darüber klar sind, was der Feind, wenn er sich überhaupt auf Verhandlungen einläßt, was ja wahrscheinlich ist, an militärischen Sicherungen fordern wird."

[19]) Die drei vorangehenden Worte eigenhändig.

482.

Auszüge aus den Aufzeichnungen aus der Pressebesprechung.[1]) Erklärung des Chefs des Kriegspresseamts über das Einvernehmen zwischen Reichsleitung und Oberster Heeresleitung in der Frage des Friedensangebots.

8. 10. 1918, Nr. 421, Vertraulich! — BHStA IV München MKr, 14027, vervielfältigtes Exemplar.[2])

[...][3])

K.Pr.A. II: Um anzuknüpfen an die Erörterungen über die Frage, ob in der Presse darauf hingewiesen werden soll, daß die Antwort aus dem Weißen Hause nicht so schnell eingehen kann, möchte ich Ihnen das 8-Uhr-Abendblatt von gestern zeigen mit der großen Überschrift „Noch keine Antwort". Da kann man nur fragen: Wo bleibt die Würde? Man braucht sich nicht zu wundern, wenn heute als Überschrift gewählt ist „Noch immer keine Antwort".

III:[4]) Ich habe den Herren eine Äußerung unter III abzugeben, die ich bitte, vertraulich an Ihre Schriftleitungen weiterzugeben:[5])

Die Behandlung des Friedensschrittes der neuen deutschen Reichsleitung in einem großen Teil derjenigen Presse, die nicht auf dem Boden der augenblick-

[1]) Vgl. Nr. 417, Anm. 1 und 4.

[2]) Die zahlreichen An- und Unterstreichungen in der Vorlage von Empfängerseite werden nicht nachgewiesen.

[3]) Zu Beginn der Pressebesprechung äußerte sich der Vertreter des Admiralstabes sehr ausführlich zu der in der Presse diskutierten Frage, ob der unbeschränkte U-Bootkrieg den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg verursacht und damit wesentlich den Ausgang des Krieges beeinflußt habe. Außerdem erörterte der Vertreter des Auswärtigen Amts aktuelle politische Themen, u. a. die polnische Frage.

[4]) Vgl. Nr. 480, Anm. 18.

[5]) Zur Veranlassung dieser Erklärung vgl. die Besprechung beim Reichskanzler am Vormittag des 8. 10. 1918, Quellen I/2, Nr. 31, S. 104 f.

lichen Regierung steht, läßt erkennen, daß meine hier in der Pressebesprechung gemachten Ausführungen, daß der Friedensschritt im vollen Einvernehmen zwischen Reichsleitung und Oberster Heeresleitung erfolgt ist[6]), keine Berücksichtigung finden.

Ich habe in einer der Pressebesprechungen der letzten Woche weiterhin ausgeführt, daß für die Oberste Heeresleitung die Beurteilung der Frage maßgebend gewesen ist, ob nach dem Ausfall Bulgariens in der augenblicklichen militärischen Lage ein weiterer Einsatz von Blut im Verhältnis steht zu dem, was wir militärisch bei einer Fortführung der Kämpfe noch erreichen können, und daß diese Frage nach reiflicher Überlegung von der Obersten Heeresleitung verneint werden mußte.

Lagen die Verhältnisse aber so, wie ich sie eben geschildert habe, so war es auch zwecklos, den Kampf auch nur einen Tag länger als wie es unbedingt notwendig ist, fortzuführen. Deshalb hat sich die Oberste Heeresleitung dafür eingesetzt, daß das erfolgte Friedens- und Waffenstillstandsangebot sofort erfolgte und tausende von Menschenleben, die uns jeder Kampftag an der Westfront kostet, nicht weiterhin unnütz geopfert wurden.[7])

Wenn jetzt in einem Teil der Presse die Auffassung vertreten wird, daß der Friedensschritt der Regierung verfrüht sei, und in dieser Frage ein Gegensatz zwischen Reichsleitung und Oberster Heeresleitung bestände, so entspricht dies in keiner Weise der Auffassung der Obersten Heeresleitung.

Die Begründung für den Schritt der Reichsleitung in der Rede des Reichskanzlers[8]) durfte naturgemäß nur eine politische und keine militärische sein — denn eine militärische Begründung wäre im In- und Auslande von großem Schaden gewesen und hätte unsere Feinde auf den Gedanken bringen müssen, daß nur noch eine kurze Fortsetzung ihrer Angriffe unsere militärische Niederlage herbeiführen müßte.[9])

Daß diese etwaige Erwartung unserer Gegner nicht zutrifft, beweisen die fortdauernden erfolgreichen Abwehrkämpfe an der Westfront. Seit dem Tage, an dem der Entschluß zum Friedensschritt gefaßt worden ist, sind bereits wieder 10 Tage vergangen und unsere Westfront hat allen Anstürmen standgehalten.

---

[6]) Nach einer Bemerkung Deutelmosers in der Besprechung vom 8. 10. 1918 (vgl. Anm. 4) wurde die Presse darüber am 6. 10. 1918 informiert.

[7]) Als Georg Bernhard in der Pressebesprechung vom 10. 10. 1918 auf die weit verbreiteten Gerüchte hinwies, daß das Waffenstillstandsangebot nicht nur auf Veranlassung und unter Mitwirkung der OHL zustandegekommen sei, sondern daß Ludendorff in einem Telegramm den Abschluß des Waffenstillstandes innerhalb von 48 Stunden gefordert habe, da sonst die Front zusammenbrechen könnte, erklärte der Chef des Kriegspresseamts: „Von einer Frist von 48 Stunden ist dabei keine Rede gewesen. Ebensowenig ist von militärischer Seite ein Telegramm mit einer solchen Angabe abgesandt, auch nicht von militärischer Seite verlesen worden." Er kündigte eine autoritative Stellungnahme an, vgl. Nr. 484, sowie WUA, Bd. 6, S. 110.

[8]) Am 5. 10. 1918, vgl. Sten. Berichte, Bd. 314, S. 6150 ff.

[9]) Dieser Gesichtspunkt wurde in der Erklärung vom 15. 10. 1918 noch deutlicher hervorgehoben, vgl. Nr. 484.

Ich richte daher an die Presse die eindringliche Bitte, die erwähnten Auslassungen, namentlich die Frage der Verantwortung für den erfolgten Friedensschritt, mit Rücksicht auf die weitere Kriegführung zu unterlassen, vielmehr in diesen schweren Tagen dazu beizutragen, die Geschlossenheit der Heimat für den Fall der Ablehnung unseres Angebots sowohl unserem eigenen kämpfenden Heer als auch unseren Feinden klar zum Bewußtsein zu bringen.

[...][10])

III:[4]) Ich muß doch von dem Beschluß[11]) abweichen und auf die Äußerungen der Herren Wiesner und Baecker[10]) zurückkommen. Ich glaube, die von mir abgegebene Erklärung war ganz unzweideutig, sowohl nach der Richtung, die Herr Wiesner, als auch nach der Richtung, die Herr Baecker vorgeschlagen hat. Es heißt da tatsächlich: (Der Schlußsatz wird nochmals verlesen). Alles, was wir jetzt tun, ist für die weitere Kriegführung von ausschlaggebender Bedeutung. Dazu gehört auch die Frage, die Herr Baecker angeschnitten hat, ob man sagen soll, es treffe nicht zu, was geredet werde, wir seien vielmehr militärisch so stark, daß wir die Westfront halten. Auch das würde ich nicht für richtig halten. Denn dabei ziehen wir tatsächlich die militärische Lage in die Frage des Friedensangebots hinein. (Zuruf v. Salzmann: Das ist doch die Grundlage!) Gewiß, aber ich sage ausdrücklich, daß die Begründung nicht militärischer, sondern nur politischer Art sein darf. (Zuruf v. Salzmann: Beides hängt doch zusammen!) Das wissen wir, aber das zu erörtern, ist unklug. Deswegen habe ich den Herren das vorgetragen.

[...][12])

[10]) In der Folge wandte sich Georg Bernhard gegen die Zensurbestimmungen für Reden ausländischer Staatsmänner (vgl. Nr. 471, Anm. 3), und der Korrespondent der „Frankfurter Zeitung", Wiesner, begrüßte die Erklärung des Majors Würz, die insbesondere den die neue Regierung diskreditierenden Artikeln des Grafen Reventlow den Boden entziehe. Der Vertreter der „Deutschen Tageszeitung" widersprach Wiesner energisch, die Erklärung des Majors Würz habe sich nicht dagegen gewandt, daß in möglichst vielen Zeitungen erklärt werde, „daß unsere Lage durchaus nicht so ist, daß wir den Friedensschritt hätten unternehmen müssen".

[11]) Es war beschlossen worden, die Aussprache zu unterbrechen und zunächst die Erklärungen der Regierungsvertreter entgegenzunehmen.

[12]) Major Würz äußerte sich im Anschluß hieran zu der wünschenswerten Behandlung der Meldungen der alliierten Presse über die Zerstörungen im geräumten Gebiet und über die zu erwartenden Waffenstillstandsbedingungen, dann verlas er den Heeresbericht und gab die entsprechenden Erläuterungen.

483.

Befehl des Chefs des Generalstabes des Feldheeres an das Feldheer über die veränderte politische Situation.[1])

13. 10. 1918, Gr. Hauptquartier, M. J. 91336. — PA Bonn Polit. Abt., Auswärtiges Amt Gr. Hauptquartier, Bd. 229, Abschrift.[2])

Die politischen Vorgänge der letzten Tage haben auf das Heer, namentlich auf das Offizierkorps[3]), einen tiefen Eindruck gemacht.[4])

Es ist meine Pflicht[5]), die von Seiner Majestät Allerhöchst berufene Regierung zu unterstützen. Dem Friedensschritt stimme ich zu.

Vor allen anderen Armeen hat die deutsche das voraus, daß sie und ihr Offizierkorps nie Politik trieben.[6]) Daran wollen wir festhalten.

Ich erwarte, daß das Vertrauen, das mir in guten Tagen geschenkt wurde, auch jetzt sich betätigt.

gez. Generalfeldmarschall v. Hindenburg.

---

[1]) Der Befehl wurde am 16. 10. 1918 von dem Staatssekretär a. D. v. Hintze an das Auswärtige Amt weitergegeben, vgl. den Abdruck in: Amtliche Urkunden, Nr. 50, S. 115.

[2]) Die Abschrift wurde von Oberst v. Tieschowitz, dem Chef der Zentralabteilung des Generalstabes des Feldheeres, sämtlichen Dienststellen des Gr. Hauptquartiers zur Bekanntgabe an alle Offiziere, Beamten und Mannschaften zugeleitet. Vgl. auch Gallwitz, S. 416 f.

[3]) Vgl. hierzu den Befehl Hindenburgs vom 22. 10. 1918 über die Standes- und Berufspflichten des Offiziers, abgedruckt in: Offiziere im Bild von Dokumenten aus drei Jahrhunderten (= Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 6), Stuttgart 1964, S. 208 f. Zu der Fülle ähnlicher Befehle in jenen Tagen vgl. Nr. 486. — In einem Schreiben vom 5. 10. 1918 (GLA Karlsruhe Abt. 456, Bd. 37) an die stellv. Generalkommandos und Offizier-Ausbildungsinstitutionen wies das preuß. Kriegsministerium darauf hin, daß der „Vaterländische Unterricht" nur durchgeführt werden könne, „wenn das gesamte Offizierkorps von seinem Geist durchdrungen ist und sich zum Träger der Aufklärungstätigkeit macht."

[4]) Der vorangehende Satz ist in der Vorlage von Empfängerseite (Hintze?) unterstrichen.

[5]) Die vorangehenden zwei Worte sowie der Passus „Regierung zu unterstützen" sind in der Vorlage von Empfängerseite unterstrichen. — Oberstleutnant Nicolai verlas den Befehl vor den versammelten Leitern des „Vaterländischen Unterrichts" bei den stellv. Generalkommandos am 15. 10. 1918 (vgl. Nr. 369a) unter besonderer Betonung dieses Satzes. — Am 5. 10. 1918 wies das preuß. Kriegsministerium die preuß. stellv. Generalkommandos an, die Reichstagsrede des Prinzen Max von Baden (vgl. Nr. 482, Anm. 8) „in vollem Wortlaut weitestgehend auch auf dem Lande durch Massenanschlag [Maueranschlag?] zu verbreiten". Die bundesstaatlichen Kriegsministerien wurden entsprechend verständigt (HStA Stuttgart XIII. AK, Abt. II, Bd. 66).

[6]) Die vorangehenden fünf Worte sowie das Wort „deutsche" sind in der Vorlage von Empfängerseite unterstrichen.

484.

Auszüge aus den Aufzeichnungen aus der Pressebesprechung.[1]) Ausführungen des Chefs des Kriegspresseamts über die erwünschte Tendenz der Presseveröffentlichungen und über die Veranlassung des Friedensangebots durch die Oberste Heeresleitung.

15. 10. 1918, Nr. 427, Vertraulich! — BHStA IV München MKr, 14027, vervielfältigtes Exemplar.[2])

[...][3])

K.Pr.A. II: Ich möchte zu den Ausführungen über die Veröffentlichungen in der Presse ein paar Worte sagen. Wir müssen in der augenblicklichen Lage gerade vom militärischen Gesichtspunkt aus in der Presse Zurückhaltung üben, sowohl nach der einen wie nach der andern Seite hin. Es wäre ganz falsch, jetzt schon zu versuchen, eine Stimmung in die Höhe zu peitschen[4]), die wir vielleicht nachher noch notwendig brauchen, die aber jetzt zwecklos verpufft. Es würde dies zur Folge haben, daß es uns nachher schwerer wird, die fest geschlossene Haltung und Stimmung neu zu erzeugen. Andererseits wäre es ganz falsch, einen Pessimismus in die Presse zu bringen, wie das zweifellos vielfach zum Ausdruck kommt. Alle bisherigen Schilderungen der militärischen Lage und alle Gerüchte haben sich durch den Gang der Ereignisse als unwahr und übertrieben herausgestellt. Seit den Tagen des Entschlusses, ein Friedensangebot an Wilson zu richten, sind jetzt über vierzehn Tage verstrichen, und unsere Front hat gehalten, und auch gestern bei den schweren Kämpfen in Flandern, wo es sich um einen ernsten Durchbruchsversuch handelt, ist dieser gescheitert. Auf einer Front von rund 20 km ist der gestrige Kampftag für den Gegner ein voller Mißerfolg. Man sollte das in der Presse immer wieder betonen, so daß das Vertrauen in unsere Führung und Armee, das zweifellos in manchen Teilen der Bevölkerung zu wanken beginnt, wieder hergestellt wird.[5])

[...][6])

Es ist Aufgabe der Presse, dieses Vertrauen wieder in die Höhe zu bringen. Wir haben keine Veranlassung, die Flinte ins Korn zu werfen, wir sind militärisch durchaus in der Lage, den Kampf weiter zu führen, wenn das nötig sein sollte, aber wir haben auch das Interesse daran, nun an den Verhandlungstisch zu

---

[1]) Vgl. Nr. 417, Anm. 1 und 4.

[2]) Die zahlreichen An- und Unterstreichungen in der Vorlage von Empfängerseite werden nicht nachgewiesen.

[3]) Die Pressebesprechung wurde eingeleitet durch Mitteilungen verschiedener Behörden und Anfragen der Pressevertreter, insbesondere zur polnischen Frage.

[4]) Zu der von W. Rathenau angeregten „Levée en masse" vgl. Quellen I/2, Nr. 26, Anm. 29; Nr. 30, S. 103; Nr. 36, S. 118 f., S. 122 f.; Nr. 39, S. 127; Nr. 61, S. 205 f., S. 213; sowie W. Rathenau, Tagebuch, S. 226 ff.

[5]) Dieser Teil der Erklärung des Kriegspresseamts ist in die an die Zensurstellen versandten „Aufzeichnungen" (vgl. Nr. 38, Anm. 5) aufgenommen worden.

[6]) Im folgenden verurteilte der Chef des Kriegspresseamts die überaus pessimistische Berichterstattung einer nicht näher bezeichneten Korrespondenz.

kommen.[7]) Wir müssen aber auch dem Gegner keine Handhabe geben, das Friedensangebot auszuschlagen. Wir geben ihm die Handhabe, wie das schon mehrfach geschehen ist, in der Presse, wenn wir unsere militärische Lage schwärzer schildern, als sie ist. Wenn wir am Verhandlungstisch sind, dann liegen die Verhältnisse anders. Denn wenn wir erst sitzen, will keiner wieder aufstehen. Dann läßt sich ja ganz anders reden, als das jetzt der Fall ist. Ich bitte also die Presse, Zurückhaltung zu üben, bis eine Klärung eingetreten ist.

[...][8])

K.Pr.A. II: Um Herrn Dr. Pietsch[9]) zu antworten: Ich habe bereits mehrfach ausgeführt, daß es taktisch unklug wäre, in der Presse breitzutreten, daß der Friedensschritt von der Obersten Heeresleitung angeregt worden ist.[10]) Wenn wir aber auf Dr. Pietsch eingehen, müssen wir das wieder von vornherein betonen. Es ist entgegen der Bitte der Obersten Heeresleitung und der Reichsleitung schon viel zu viel in der Presse gesagt worden.[11]) Mir ist nicht verständlich, weshalb so wenig auf diese Bitten eingegangen und ihnen nachgekommen wird.

---

[7]) In einem Telegramm vom 18. 10. 1918 an die Zensurstellen erklärte die Oberzensurstelle Nachdruck und Besprechung einer Meldung „Kein Zwang zur Liquidation" in der „Deutschen Kriegszeitung" (Berliner Lokal-Anzeiger am Abend), Nr. 245, vom 18. 10. 1918, die sich angeblich auf Äußerungen eines Vertreters der OHL stützte, für unzulässig. Vgl. MGFA MA/Adm, Nr. 2413, P 18, Bd. 7. Zur Presseberichterstattung über die militärische Lage vgl. K. Herrmann, Der Zusammenbruch 1918 in der deutschen Tagespresse, Phil. Diss. Münster 1958, S. 74 und 79 ff.

[8]) Im Anschluß hieran wurde der Heeresbericht verlesen und entsprechende Erläuterungen gegeben. Daraufhin folgten Mitteilungen des Auswärtigen Amts.

[9]) Dr. Pietsch hatte die Frage gestellt, ob es sich nicht empfehlen würde, durch entsprechende Artikel die im Volk weit verbreitete Ansicht zu widerlegen, die OHL habe sich wegen der Stimmung im Heer an der Front „zum Friedensangebot veranlaßt gesehen".

[10]) In der Pressebesprechung vom 22. 10. 1918 bat der Vertreter des Kriegspresseamts, jeden Hinweis darauf zu unterlassen, „daß der Friedensschritt von seiten der Obersten Heeresleitung ausgegangen wäre. Ich habe diese Bitte mehrfach zum Ausdruck gebracht, leider findet sie in der Presse wenig Widerhall. So las ich noch gestern Abend in der Zeitung folgende Auslassung eines Abgeordneten: ‚Da das Waffenstillstandsangebot auf Anregung der leitenden militärischen Stellen erfolgt ist, ist die Forderung Wilsons, daß aus ihm keine Verschlechterung der militärischen Lage unserer Gegner entstehen darf und daß deshalb die Bedingungen der Beurteilung der militärischen Ratgeber zu überlassen sind, sehr begreiflich'. Das ist durchaus richtig, aber es ist, wie ich mehrfach ausgeführt habe, unklug, so zu schreiben. Ich bitte, dies künftighin zu unterlassen; wir verderben uns damit die plate form für die Verhandlungen. Vielmehr ist es erwünscht, auszudrücken, daß wir durch eine Räumung unsere militärische Lage verschlechtern würden, daß deshalb vom militärischen Standpunkt aus nur nach Eintritt des Waffenstillstandes die Räumung für uns in Frage kommen könnte, und auch dann nur unter gewissen Garantien. Das ist eine so klare Frage, daß ich weiter nichts hinzuzusetzen brauche." Vgl. hierzu auch K. Herrmann, Der Zusammenbruch 1918 in der deutschen Tagespresse, Phil. Diss. Münster 1958, S. 85 ff.

[11]) In dem Bericht des stellv. Generalkommandos des XIV. AK an das preuß. Kriegsministerium (vgl. Nr. 480, Anm. 6) ist die Reaktion auf derartige Meldungen wie folgt dargestellt: „Als allmählich die Wahrheit über die Entstehungsgeschichte des Friedensangebotes durchsickerte, als bekannt wurde, daß es nicht etwa nur in Übereinstimmung, sondern sogar auf Veranlassung der Obersten Heeresleitung ergangen war, erfolgte ein weiterer Niedergang der allgemeinen Stimmung, den man fast als einen Stimmungszusammenbruch bezeichnen konnte. Auch sonst ruhig denkende Elemente hielten militärisch alles für verloren. In weiten Kreisen rechnete man mit einem baldigen Einmarsch der Feinde in Baden."

Ich will keine Zeitungen nennen, die Herren wissen ja selbst, welche ich meine. Wir müssen unter allen Umständen vermeiden, im Auslande den Eindruck zu erwecken, daß dieser Schritt von militärischer Seite tatsächlich angeregt und gefordert worden ist. Die Reichsleitung und der Reichskanzler haben es übernommen, das Odium auf sich zu nehmen, und nun darf die Presse diese Taktik nicht verderben.[12])

[...][13])

[12]) Vgl. auch WUA, Bd. 6, S. 110 f., wo die Erklärungen vom 15. und 22. 10. 1918 unkorrekt wiedergegeben sind.

[13]) Die Pressebesprechung nahm ihren Fortgang mit Anfragen der Pressevertreter.

485.

Auszug aus einem Brief des Generalleutnants Wild v. Hohenborn an seine Frau zur militärischen und politischen Situation.

16. 10. 1918. — Nachlaß Hohenborn, Nr. 5, handschriftlich.

[...][1])

Wir stehen *unbesiegt* hinter der Aisne, seit 2 Tagen unangegriffen.[2]) Leute sind kaputt, aber geben ihr Letztes und Bestes willig her.[3]) *Noch hält* die Stimmung trotz der verzweifelten politischen Lage! Es ist fast Unmögliches, was von den Leuten verlangt wird, ihre Stellungen bis zum letzten Mann zu halten und dabei fortwährend von Räumung, Waffenstillstand und Frieden zu hören.[4]) Eben kam

[1]) Die persönlich gehaltenen Mitteilungen am Anfang und am Schluß des Briefes werden nicht abgedruckt.

[2]) Vgl. hierzu Weltkrieg, Bd. 14, S. 652 und S. 654 f., und Einem, S. 450 f.

[3]) Der Vorgesetzte Wild v. Hohenborns, Generaloberst v. Einem, schrieb am 15. 10. 1918 an seine Frau (Nachlaß Einem, Briefe): „Sehr schwer wird es werden, das Heer in Ordnung zu halten. Die Disziplin ist sehr gesunken. Mit Feuer und Schwert müßte eingegriffen werden, aber die Offiziere können nichts und die Unteroffiziere sind ebenso untauglich. Es ist schon gut, wenn der Krieg recht bald zu Ende geht." Vgl. im übrigen Nr. 476, Anm. 2.

[4]) Vgl. hierzu den Befehl des Führers der Gruppe Metz, des Generalleutnants Lequis, vom 20. 10. 1918 (Nachlaß Lequis, Nr. 40). Nach einem Hinweis auf die verbreiteten Friedenshoffnungen heißt es in dem Befehl: „Zunächst will der Feind uns den Waffenstillstand nur gewähren, wenn wir unser Heer voll in seine Hände geben, so wie wir es bei Bulgarien sehen. Alsdann erst will er den Frieden mit uns schließen; das kann er dann ganz nach seinem Belieben, weil wir wehrlos sind. Welche Folgen dies für den Einzelnen haben wird, liegt klar auf der Hand. In erster Linie ist die Zukunft der deutschen Arbeiterschaft am schwersten gefährdet, da sie auf der freien Entwicklung unserer Industrie und unseres Handels begründet ist, diese aber in erster Linie geknebelt werden soll. Die Entbehrungen und Entsagungen, die unser Vaterland augenblicklich ertragen muß, werden sich dann ins Ungemessene steigern. — Es ist deshalb wahrscheinlich, daß wir weiterkämpfen müssen, bis der Feind sich zu Bedingungen herbeiläßt, die nicht unsere Zukunft vernichten. Ein starkes Volk, ein tüchtiges Heer kann nicht vernichtet werden, wenn es nicht will; auch die Feinde sind schwer erschüttert, ihre Verluste sind weit größer als unsere, ihre Hoffnung geht hauptsächlich darauf hinaus, daß wir den Mut verloren haben. — Darum stehe ein Jeder an seiner Stelle seinen Mann, solange es das Vaterland verlangt!" Vgl. auch Nr. 494, Anm. 8.

die 2. Antwort Wilsons[5]), dieses verdammten Pharisäers. Mein Stab ist verdutzt — ich nicht! Ich hatte nichts Anderes erwartet. Die Entente fordert bedingungslose Übergabe nach dem Rezept Bulgariens.[6]) Anders *konnte* es nicht kommen, die Leute, die Anderes erwarteten, sind Verbrecher oder Schafsköpfe oder beides. Meine letzten Gedanken über all das mag ich nicht aussprechen.[7]) Es ist ja auch Alles überholt, bis Du meine Briefe liest. Wer weiß, was diese Tage bringen. *Ich* glaube kaum, daß *diese* Regierung uns den Frieden bringt! Es sei denn, daß die Übergabe auf Gnade oder Ungnade erfolgt. Aber auch dann sind ihre Tage gezählt, wenn auch der Abgang zu spät erfolgt. In ähnlichen Lagen wählen andere Völker eine Regierung der nationalen Verteidigung, wir aber wählen eine Regierung der Demütigung und Verzagtheit.[8]) „Kampf auf Leben und

[5]) Amtliche Urkunden, Nr. 48, S. 109 f.

[6]) Vgl. Nr. 477, Anm. 3.

[7]) Der bevollmächtigte Generalstabsoffizier für Rumänien, Oberstleutnant Stieler v. Heydekampf schrieb am 15. 10. 1918 an den Unterstaatssekretär Schiffer (Nachlaß Schiffer, Nr. 3): „Der Stein rollt — und keine Macht der Erde hält ihn auf. [...] Anfang dieses Jahres stand die OHL vor der entscheidenden Frage, wie die Operationen 1918 zu führen seien. Es gab 2 Möglichkeiten: Entweder mit dem letzten Mann und Pferd im Westen die Entscheidung suchen oder diese Entscheidung durch Waffengewalt im Westen nicht für möglich zu halten, dann also auf allen Nebenkriegsschauplätzen entscheidend siegen, im Westen höchstorganisierte Verteidigung verbunden mit taktischen Offensivstößen. [...] Die OHL wählte das Erstere. Es war dies eine falsche Beurteilung der Gesamtkräfte auf beiden Seiten, es war ferner ein Vabanquespiel über das die Geschichte zu urteilen haben wird. Ich habe im Februar 18 in Sedan keinen Hehl daraus gemacht, daß wir zwar siegen, nie aber unsere westlichen Gegner definitiv besiegen könnten. Logischerweise zog man nun von allen Nebenkriegsschauplätzen *alles* rücksichtslos nach dem Westen. Im Juli kamen die Ereignisse von Reims. Da mußte jedem klar sein, daß der große Gedanke der Offensive erledigt war.“ Vgl. auch Nr. 479, Anm. 11, sowie neuerdings L. Koeltz, La guerre de 1914—1918. Les operations militaires, Paris 1966, S. 554 ff.

[8]) Hierzu Einem, S. 449 ff., sowie Gallwitz, S. 420. Vgl. dagegen den Brief des Direktors der Marineschule Mürwik, Kapitän z. S. v. Egidy an Kapitän z. S. v. Levetzow vom 22. 10. 1918 (Nachlaß Levetzow, Box 4): „Ich finde [...]: Wir können einen ziemlich hohen Preis zahlen, wenn wir uns dadurch bewahren vor dem Bolschewismus. Mit der neuen Regierungs-Form haben wir uns darum eigentlich erstaunlich gut und schnell abgefunden. Sie mußte kommen in diesem Augenblick, denn nur Scheidemann ist augenblicklich imstande die Trompete zur ‚nationalen Erhebung‘ mit Erfolg zu blasen und nur eine Volksregierung kann uns jetzt noch bei dem bevorstehenden ungünstigen Friedensschluß vor dem Bürgerkriege retten. Vorausgesetzt allerdings zweierlei: 1. daß ganze Arbeit geleistet wird, daß man nicht wieder auf halbem Wege und in Halbheiten stecken bleibt und vor Allem wenn 2. *wir*, gegen deren Überzeugung nun regiert werden soll, die innere Disziplin leisten die die anderen uns versagt haben als gegen *ihre* Überzeugung die Karre geschoben wurde. Daß es durch dieses Versagen der Anderen überhaupt dahin gekommen ist, wo wir jetzt stehen, darüber sind wir uns ja klar, die große Frage ist nur, ob *wir* jetzt in der Lage sind das in die Praxis umzusetzen, was wir von den Anderen verlangt haben: das Vaterland über die Partei. Jetzt geht es eben tatsächlich ums Vaterland. Vaterland oder Chaos wird es in nächster Zeit heißen, heißt es heute schon. Daneben verblassen Fragen wie: Parlamentarisierung, Beibehalten der Kabinette, auch die rechtliche Stellung der Krone. Alles das ist jetzt nicht mehr Überzeugungs- sondern Zweckmäßigkeitsfrage. Wir werden gewaltig umlernen müssen dazu. Und ich finde, Alles kann man heute vertragen, nur die Leute nicht, die Einem jetzt das Umlernen verbauen wollen. Du weißt, wie wir Alle den Ernst Reventlow [...] geschätzt haben, aber jetzt ist er unerträglich. Das ist nicht männlich und ist vor Allem nicht vornehm, wenn man abgewirtschaftet hat (und das haben ‚wir‘) und hat abtreten müssen von der Bühne, den Anderen, die noch dafür im

Tod", „in Ehren untergehen" sind in Deutschland Phrasen geworden.[9]) Man zieht vor, in *Unehren* unterzugehen. — Es ist eine unerhört schwere Prüfung, durch die das deutsche Volk gehen muß. Ich verzweifle aber nicht, daß — nachdem einige der jetzigen Drahtzieher gehenkt sind — der gewaltige Druck von Außen eine noch gewaltigere Kraftentfaltung bewirken wird.[10]) Sonst wäre Alles, Alles aus.

[...][1])

Moment der Gefahr, eingesprungen sind, dauernd Knüppel zwischen die Räder stecken zu wollen. Denn wir *haben* nun mal abgewirtschaftet. Die Konservativen haben keinen Führer hervorgebracht, [...] haben vor Allem in der Wahlrechts-Sache höchst unstaatsmännisch operiert, die Suppe müssen wir nun auslöffeln. —" Vgl. auch Archivalische Forschungen 4/IV, Nr. 708 f. und Nr. 720, S. 1600 ff.

[9]) Vgl. hierzu Nr. 495. Der bayer. Militärbevollmächtigte schrieb am 8. 10. 1918 an seinen Kriegsminister (BHStA IV München MKr, Nr. 1828): „Die Gefahr, daß es nun zu einem Verzweiflungskampf kommen wird, wächst [...] außerordentlich. Mit dem Gedanken des Verzweiflungskampfes bis zum Äußersten spielen die ‚starken' Männer der O.H.L. und des Kriegsministeriums in der unverantwortlichsten Weise, obwohl sein Ausgang Niemand zweifelhaft sein kann. [...] Ich glaube, daß es wirklich notwendig ist, dem neuen Herrn Reichskanzler mit allen Kräften beizuspringen gegen das ganz unverantwortliche vernunftswidrige Treiben einer großsprecherischen Soldateska, die jedes Maß sachlicher Abwägung unserer Lage und Möglichkeiten entbehrt."

[10]) Vgl. hierzu Nr. 484, Anm. 4, Nr. 490, 492 und 494. Wild v. Hohenborn hatte schon am 9. 10. 1918 an seine Frau geschrieben (Nachlaß Hohenborn, Nr. 5): „An Waffenstillstand denkt hier kein Mensch. Die Entente wird bedingungslose Übergabe fordern, und dann beginnt der Schlußkampf auf Leben und Tod." Admiral Ritter v. Hipper reagierte auf die 2. Note Wilsons: „Dann schon lieber in Ehren untergehen" (Tagebucheintrag vom 17. 10. 1918, Nachlaß Hipper, Nr. 9). Vgl. auch Bernhardi, S. 515 ff.

486.

Weisung des Chefs der Marinestation der Ostsee an die unterstellten Inspekteure[1]) betr. die Aufrechterhaltung der Disziplin und die Aufgaben des Offiziers.[2])

18. 10. 1918, Kiel, St. O. 27531 A 3, Persönliches! — MGFA MA/StO, Nr. 4863, H. IV. 2, Bd. 2, Entwurf.[3])

Wiederholt habe ich bereits in mündlicher Anweisung auf das nachstehend Behandelte hingewiesen; eine Besserung in Bezug auf die von mir gerügten Mängel habe ich jedoch nicht feststellen können[4]), im Gegenteil hat mir das weitere Nachlassen der Manneszucht in den Marine-Garnisonen zu ernsten Besorgnissen Anlaß gegeben.[5]) Dieses Nachlassen kommt weniger in der prozentualen Vermehrung der disziplinaren und gerichtlichen Strafen zum Ausdruck als vielmehr in der auf mannigfache Weise erkennbaren Erscheinung, daß der Einfluß der Vorgesetzten auf ihre Leute im Schwinden begriffen ist.[6]) Ich verkenne durchaus

[1]) Sowie verschiedene Befehlshaber und Kommandanten.

[2]) In jenen Tagen sahen sich verschiedene Behörden offenbar unabhängig voneinander veranlaßt, derartige Weisungen an die unterstellten Dienststellen zu richten. Vgl. den Erlaß des Chefs des Generalstabes des Feldheeres vom 22. 10. 1918 über die Standes- und Berufspflichten des Offiziers (Nr. 483, Anm. 3). Das preuß. Kriegsministerium hatte in einem Erlaß vom 20. 10. 1918 darauf hingewiesen, daß das „stellenweise Nachlassen der Disziplin und das Sinken der Kampfkraft mancher Truppenteile [...] nach allgemein gemachten Beobachtungen zum großen Teil auf der Verminderung der Leistungen und der inneren Geschlossenheit einzelner Offizier- und Unteroffizierkorps" beruhe und insbesondere die Kommandeure der Ersatztruppenteile aufgefordert „durch Unterricht, kameradschaftliche Belehrung und Beispiel auf Hebung und Stärkung des Standesbewußtseins, des Ehrgefühls sowie auf ernste Pflichtauffassung und strenge Selbstzucht" hinzuwirken. Das stellv. Generalkommando des XIV. AK gab diesen Erlaß unter Hinweis auf den Befehl vom 3. 9. 1918 (Nr. 470), am 4. 11. 1918 weiter und betonte besonders die Notwendigkeit einer Einwirkung auf das Unteroffizierskorps (GLA Karlsruhe Abt. 456, Bd. 37). Vgl. auch die entsprechenden Erlasse der stellv. Generalkommandos des Gardekorps vom 18. 10. 1918 (Anm. 8) und des XI. AK vom 24. 10. 1918, abgedruckt in: WUA, Bd. 11/I, S. 409 f.

[3]) Der maschinenschriftliche Text der Vorlage ist vielfach handschriftlich verbessert und mit Zusätzen versehen, er geht zurück auf einen ebenfalls überarbeiteten handschriftlichen Entwurf. Die Vorlage wird in der zur Ausfertigung gelangten Form abgedruckt, wobei nur die gegenüber dem handschriftlichen Entwurf wesentlichen Änderungen vermerkt werden. Für eine Abschrift der Ausfertigung vgl. MGFA MA/StO, Nr. 1662, C. XXXXVI. 18., Bd. 1. Von wem die zahlreichen Änderungen, auch stilistischer Art, stammen, ist nicht zu erkennen; die Vorlage ist von den drei Admiralstabsoffizieren und einer Anzahl weiterer Referenten des Stationskommandos abgezeichnet. Admiral Bachmann zeichnete die Vorlage am 18. 10. 1918 ab, sie wurde noch am selben Tage expediert.

[4]) Die Einleitung der Weisung geht auf handschriftliche Zusätze in Entwurf und Vorlage (vgl. Anm. 3) zurück.

[5]) In einem Brief an Vizeadmiral Behncke schrieb Bachmann am 30. 9. 1918 (Nachlaß Behncke, Nr. 12): „Die beiden Kaisertage sind hier durchaus befriedigend verlaufen. Seine Majestät hat bei den Besichtigungen wiederholt Lob und Anerkennung ausgesprochen und beim Abschied mir gesagt, er habe die Station in vorzüglicher Verfassung vorgefunden und hoffe, sie beim nächsten Kommen wieder so gut von mir vorgeführt zu erhalten."

[6]) In dem handschriftlichen Entwurf (vgl. Anm. 3) folgte an dieser Stelle ein später wieder gestrichener erläuternder Zusatz in Klammern: „Mangelnde Kenntnis der Untergebenen seitens der Vorgesetzten schon der untersten Dienstgrade, Fehlen von Offizieren beim Dienst auf den Exerzierplätzen, mangelhafte Ehrenbezeugungen geschlossener Abteilungen."

nicht die schwierigen Verhältnisse, die der Erhaltung eines guten Geistes und einer straffen Manneszucht entgegenstehen. Die lange Kriegsdauer, hetzerische Umtriebe vaterlandsfeindlicher Elemente, der Umfang, den die Kommandierung von Mannschaften zum Arbeitsdienst angenommen hat, nicht zuletzt auch die teilweise ungünstigen Unterbringungsverhältnisse sind Feinde der Disziplin.

Diese Schwierigkeiten müssen aber überwunden werden; und sie *können* und *werden* es, wenn die[7]) Vorgesetzten sich mit dem nötigen Ernst und Pflichtgefühl dieser in ihren Händen ruhenden z. Zt. wichtigsten Aufgabe widmen.

Wir stehen gegenwärtig vor besonders schwierigen Verhältnissen. Das Zurückströmen großer verschiedenartiger Mannschaftsmengen in die Garnison, während auf der anderen Seite keine Entlassungen stattfinden, ist geeignet die Manneszucht weiterhin ungünstig zu beeinflussen.

Umsomehr ist es Pflicht der Vorgesetzten, ihre ganze Kraft für die Aufrechterhaltung eines guten Geistes in der Truppe einzusetzen. Der Geist der Vorgesetzten ist der Geist der Truppe.

Der erste Träger eines gesunden Geistes und einer straffen Manneszucht ist an Land der Kompagnieführer. Streng, aber gerecht im Dienst, wohlwollend außer Dienst, soll er durch seine Persönlichkeit und das eigene gute Beispiel *in und außer Dienst* auf seine Untergebenen einzuwirken unermüdlich bestrebt sein.[8]) Das setzt voraus, daß er seinen Leuten nahe steht. Ich habe den Eindruck gewonnen (zuletzt bei den Mannschaftsbesichtigungen in diesem Monat)[9]), daß dies nicht überall der Fall ist, daß der Kompagnieführer sich zu sehr auf die Erledigung des Bürodienstes beschränkt und darüber die lebendige und dauernde Fühlungnahme mit seinen Leuten außer Acht läßt.[10])

---

[7]) In dem handschriftlichen Entwurf (vgl. Anm. 3) findet sich folgende, später wieder gestrichene Formulierung für den Beginn des Satzes: „Diese Schwierigkeiten werden offenbar für unüberwindbar gehalten. Sie sind es nicht und können überwunden werden, wenn alle".

[8]) In einem Erlaß des stellv. Generalkommandos des Gardekorps vom 18. 10. 1918 (Nachlaß Eberhardt, Nr. 92) ermahnte General Frhr. v. Richthofen die ihm unterstellten Offiziere und Beamten zu strengster Pflichterfüllung. Nach einem Rückblick auf die besonderen Verdienste der Offiziere und Beamten um den preuß. Staat heißt es in dem Erlaß: „DiesenEhrenschild wollen wir uns rein erhalten. Mehr denn je gilt es heute, dem Volk in Gesinnung, Wort und Tat ein Vorbild zu sein. Alles was wir von ihm erwarten, müssen wir in erhöhtem Maße von uns selbst fordern: ungebrochene Willenskraft, Ruhe, Einigkeit, Zurückstellen aller Sonderwünsche hinter die große Aufgabe der Rettung des Vaterlandes, Zurückhaltung in der Äußerung von Ansichten, dazu strengste Pflichterfüllung im Großen und im Kleinen. Unser Auftreten, wenn wir mit Untergebenen oder mit der Bevölkerung in Berührung kommen, muß stets geeignet sein, unserem Stande Achtung abzuringen. Echtes Kraftgefühl und Festigkeit des Charakters äußern sich in ruhiger Sicherheit, nicht in Anmaßung; Höflichkeit ist selbstverständliche Pflicht bei guter Erziehung und entwaffnet den Unhöflichen, Rücksichtnahme in jeder Lage gegen Frauen, Kinder, Greise und Kranke zeigt wahre Herzensbildung. Unbedingtes Befolgen der Bekleidungsvorschriften ist äußerlich das beste Beispiel für die Mannschaften [...] Sind wir ein Vorbild, so können wir auch Führer in dieser schwersten Not unseres Vaterlandes sein. Ihm und dem Könige gehört unser Leben."

[9]) Diese Konkretisierung ist handschriftlich in die Vorlage eingefügt worden.

[10]) In dem handschriftlichen Entwurf (vgl. Anm. 3) folgt der später gestrichene Satz: „Es fällt auf, daß Kompagnieführer und Kompagnieoffiziere wenig auf dem Exerzierplatz zu sehen sind, dagegen zeitig und andauernd das Kasino aufsuchen, wo sie, wie man mir berichtet, als ‚Schwerstarbeiter' bezeichnet werden."

Der Abteilungskommandeur wie der Divisionskommandeur müssen ebenfalls täglich Zeit finden, sich über die richtige Handhabung des praktischen Dienstes ihrer unterstellten Truppenteile durch persönliches Nachprüfen und wo notwendig Nachhelfen Sicherheit zu verschaffen. Ihre persönliche Einwirkung auf die Truppe ist von höchstem Wert.[11])

Im Hinblick auf die Verantwortung, welche die hohen militärischen Stellen für die Aufrechterhaltung der Disziplin stets und vor allem in unruhigen Zeiten tragen, ersuche ich die Herren Inspekteure pp., mit *allen* Mitteln darauf hinzuwirken, daß eine Besserung des gegenwärtigen Zustandes eintritt und daß mit *rücksichtsloser* Strenge gegen diejenigen vorgegangen wird, welche ihre Pflicht hierin vernachlässigen. Offiziere, die sich dieser Aufgabe nicht gewachsen zeigen, dürfen nicht an ihrem Platze geduldet werden. Dieser Aufgabe sollte und *wird* jedoch jeder pflichttreue, seiner Verantwortung sich bewußte Offizier gerecht werden; nur sträfliche Pflichtverletzung kann der Grund zu einem Versagen sein.[12])

Von dem Inhalt dieses Schreibens ist den Kommandeuren und Schiffskommandanten in geeigneter Weise Kenntnis zu geben.

Über die getroffenen Maßnahmen und ihr Ergebnis erwarte ich zum 20. November kurze Meldung.

B[achmann][13])

---

[11]) Der vorangehende Absatz geht auf einen Zusatz zu dem handschriftlichen Entwurf (vgl. Anm. 3) zurück. Der letzte Satz ist der Vorlage handschriftlich hinzugefügt worden.

[12]) Der vorangehende Satz geht auf einen Zusatz zu dem handschriftlichen Entwurf (vgl. Anm. 3) zurück.

[13]) Am 24. 9. 1918 hatte der Chef des Marinekabinetts Admiral Bachmann eröffnet, daß er mit seiner Verabschiedung zum Ende des Jahres rechnen müsse. Am 7. 10. 1918 schrieb Bachmann daraufhin an Müller: „Wenn also ein Wechsel in der Besetzung des hiesigen Stationschef-Postens auf alle Fälle demnächst eintreten soll, so halte ich es — bei rein objektiver Prüfung der Dinge — für richtig, daß der Wechsel dann auch möglichst bald eintritt. Bei der Unsicherheit der Lage weiß man nicht, wie sich die Verhältnisse entwickeln werden. Spitzen sie sich mehr zu, so ist es jedenfalls gut, wenn nicht gerade in eine besonders kritische Periode ein Wechsel des Stationschefs fällt. Erhalten wir bald den Frieden, so ist es ebenfalls gut, wenn der Wechsel vorher erfolgt ist und der Demobilmachungsbefehl einen schon etwas eingearbeiteten Stationschef vorfindet. Ich möchte dementsprechend vorschlagen, daß mein Nachfolger spätestens in der letzten Oktober-Woche den Dienst von mir übernimmt und ich von Anfang November an beurlaubt werde.“ Gerade in Würdigung der von Bachmann angeführten Gründe erscheint das Drängen auf einen schnellen Wechsel nicht recht verständlich. Für die Zeitgenossen hatte sich die Situation nach der Erklärung des Reichskanzlers vom 5. 10. 1918 schon aufs äußerste zugespitzt. Bachmann beantragte am 15. 10. 1918 zweimonatigen Urlaub vom 30. 10. 1918 an und meldete an diesem Tage (11 Uhr 35) die Übergabe der Geschäfte an Admiral Souchon. Am 16. 11. 1918 schrieb er an Kontreadmiral v. Trotha: „Sie werden verstehen, daß es schwer auf mir lastet, es haben ansehen zu müssen, wie gerade in meinem früheren Befehlsbereich die rote Welle ihre ersten Wirkungen ausüben konnte. Von all den Vorgängen und Maßnahmen in den kritischen Tagen hörte ich immer erst hinterher. Ich habe zweimal meine Dienste Souchon angeboten; er lehnte sie aber ab.“ Weder die Klage über die erzwungene Zuschauerrolle, noch die nachfolgende scharfe Kritik an den Maßnahmen Souchons können überzeugen. Für die Vorgänge vgl. MGFA I M 46, Nr. 2.

487.

Telegramm der Oberzensurstelle an das Nachrichtenbureau des Reichsmarineamts[1]) betr. Maßnahmen gegen Erörterungen über die Abdankung des Kaisers in der Presse.

18. 10. 1918, Nr. 47702 O. Z. — MGFA MA/RMA, Nr. 2356, XVII. 1. 5. 11, Bd. 5.

Nachstehende Zensurverfügung zur Kenntnis.

Nachdruck und Besprechung des Artikels „Wilhelm II. an den Zaren“[2]) in Nr. 244 der „Münchener Post“ vom 18. 10. 18 und des Aufsatzes „Ich führe Euch herrlichen Zeiten entgegen“ in Nr. 243 des „Saalfelder Volksblattes“ vom 16. 10. 18 sind unzulässig.[3]) Beide Artikel behandeln und fordern Abdankung des Kaisers.[4])

[1]) Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß das Telegramm sämtlichen Zensurstellen zugegangen ist. Das stellv. Generalkommando des X. AK gab am 19. 10. 1918 den ersten Satz des letzten Absatzes der Vorlage — nur geringfügig geändert — als Verfügung an die Zensurstellen des Bereichs aus, vgl. StA Hannover Hann 122a, XXXIV, Nr. 337.

[2]) Vgl. hierzu Quellen I/2, Nr. 61, insbesondere Anm. 15.

[3]) Seit dem Telegramm der Oberzensurstelle vom 12. 10. 1918, in dem um ein Verbot des Nachdrucks und der Besprechung des Artikels: „Wilson und Kaiser Wilhelm“ in Nr. 238 der „Fränkischen Tagespost“ (Nürnberg) vom 10. 10. 1918 ersucht wurde (Albrecht, S. 368 ff., S. 373 ff.), häuften sich die Verfügungen gegen Artikel zur Kaiserfrage, insbesondere nachdem die Note des Präsidenten Wilson vom 14. 10. 1918 bekannt geworden war. Vgl. hierzu MGFA MA/RMA, Nr. 2356, XVII. 1. 5. 11, Bd. 5. Vermerkt sei außerdem, daß die „Deutsche Zeitung“ am 13. 10. 1918 vom Oberkommando in den Marken wegen Beleidigung des Kaisers (Artikel: „219. Kriegswoche“, 12. 10. 1918) verboten und dieses Verbot erst am 15. 10. 1918 wieder aufgehoben wurde (MGFA MA/RMA, Nr. 2354, XVII. 1.5.8a, Bd. 6).

[4]) Zur Abdankungsfrage vgl. Quellen I/2, dessen Register eine schnelle Orientierung ermöglicht; vgl. auch Nr. 481, Anm. 5. Über einen Versuch, den Kronprinzen für eine Abdankung des Kaisers zu gewinnen, berichtet Korvettenkapitän v. Selchow (Nachlaß Selchow, Logbuch Nr. 38, Eintragungen vom 11.—17. 10. 1918). Danach trafen sich am 11. 10. 1918 Admiral Graf v. Baudissin, Generalleutnant z. D. v. Liebert, Karl Fürst v. Löwenstein-Wertheim und er und waren sich bald einig darüber, daß die Hohenzollern-Monarchie nur dann zu retten sein werde, wenn der Kaiser sofort zugunsten des Kronprinzen bzw. dessen Sohn abdanke, bevor diese Forderung von anderer Seite erhoben werde. Nach mehreren vergeblichen Versuchen (Landrat v. Maltzahn und Herr v. Oldenburg-Januschau waren verreist) erklärte sich schließlich Fürst Salm bereit, die Kronprinzessin für eine sofortige Reise des Kronprinzen nach Berlin zu gewinnen. Am 13. 10. 1918 war entschieden, daß der Kronprinz nicht kommen würde. Selchow besuchte am 11. 10. 1918 noch Tirpitz und suchte ihn für die Sache zu gewinnen — mit mäßigem Erfolg. In einer Besprechung am 13. 10. 1918 zwischen Graf v. Baudissin, Fürst v. Löwenstein und Korvettenkapitän v. Selchow wurde der unglückliche Gedanke geboren, dem König von Bayern die Reichsverweserschaft für den Sohn des Kronprinzen zu übertragen, nachdem sich Kaiser und Kronprinz aus Krankheitsgründen zurückgezogen haben würden. Graf Baudissin wollte diesen Vorschlag der Kaiserin unterbreiten, drang nicht durch und sprach schließlich mit dem ehemaligen Chef des Zivilkabinetts v. Berg (vgl. dessen Bericht, Nachlaß Berg, Nr. 2), der ihn empört zurückwies. Fürst v. Löwenstein trat an den Hausminister v. Eulenburg heran und erfuhr dieselbe Ablehnung, vgl. den Brief Eulenburgs an Valentini vom 21. 10. 1918 (Nachlaß Schwertfeger, Nr. 209), vgl. jedoch Albrecht, S. 400. In einem Gespräch Eulenburgs mit Tirpitz am 26. 10. 1918 (Nachlaß Tirpitz, S. 9) erörterte der Großadmiral den Gedanken einer nationalen Erhebung; an einen Aufruf hierzu durch die Regierung Prinz Max von Baden glaubte er nicht. „Ich führte weiter aus,

Um Übernahme des Verbotes wird ersucht. Presse ist durch W.T.B. und T.U. verständigt.

Der Obermilitärbefehlshaber läßt ersuchen, durch persönliche Fühlungnahme mit den Leitern der unterstellten Presse zu erreichen, daß Angriffen gegen die Hohenzollern, oder anderen Angriffen im Sinne der Wilson-Note, die geeignet sind, unsere Verhandlungen zu erschweren, vorgebeugt wird.[5]) Aus politischen Gründen ist es erwünscht, daß die bereits erlassenen Zeitungsverbote[6]) möglichst durch Vereinbarungen aufgehoben werden.

Oberzensurstelle.

daß [...] der Aufruf nur von oben kommen könnte unter Ernennung eines festen Reichskanzlers als Diktator, wenn der Kaiser die jetzigen Verfassung[sänderungen] unterschrieben hätte, hätte er kein formales Recht mehr dazu. Das fiele bei der Denkungsweise unseres Volkes sehr ins Gewicht, es wäre aber auch weiter aus dem Grunde für ihn schwierig, weil er durch Kabinettsorder gegengezeichnet von Hertling die Parlamentarisierung versprochen hätte. Der Kronprinz wäre in dieser Beziehung, wenn er Kaiser würde, noch frei, solange die Verfassungsänderung durch Zustimmung des Kaisers noch nicht perfekt sei. Hierin läge m. E. die einzige Chance. [...] Der Kronprinz gehörte augenblicklich hier her." Als Diktator schlug Tirpitz Gallwitz oder Stinnes vor, wobei er sich insbesondere für den letzteren einsetzte. Eulenburg verhielt sich reserviert. Vgl. auch Nr. 497, Anm. 2.

[5]) Vgl. die entsprechenden Ausführungen des Vertreters des Auswärtigen Amts in der Pressebesprechung vom 18. 10. 1918 (BHStA IV München MKr, 14027). Zur weiteren Entwicklung vgl. Nr. 493.

[6]) Vgl. hierzu auch Nr. 74.

488.

Schreiben des bayerischen Kriegsministers an den Reichstagsabgeordneten Simon. Begründung der Maßnahmen gegen die Unabhängige Sozialdemokratische Partei in Bayern.

19. 10. 1918, München, Nr. 268733 A. — BHStA I München, M Inn, Nr. 71706, Abschrift.[1])

Euer Hochwohlgeboren beehre ich mich mit Beziehung auf Ihre am 18. ds. Mts. mir gegenüber gemachten Ausführungen folgendes zur Kenntnis zu bringen.

Das Verbot der für den 14. ds. Mts. in Hof a/S. angesetzten öffentlichen Versammlung ist nicht als eine die Staatsregierung für künftig bindende, grundsätzliche Maßnahme anzusehen, sondern als eine Entscheidung, die ich nach eingehender Besprechung mit dem Herrn Staatsminister des Innern im Hinblick auf die besonderen örtlichen und zeitlichen Umstände in diesem Einzelfall für zweckmäßig befunden habe.[2])

[1]) Abschriften erhielten die bayer. Staatsministerien des Innern und des Äußern sowie die drei stellv. bayer. Generalkommandos.

[2]) Diese Stellungnahme entspricht der Ende September 1918 gefallenen Entscheidung (vgl. Nr. 478), künftig die Verbote von Versammlungen, insbesondere Wahlversammlungen, der USPD einzuschränken. Jedoch hatte sich Oberstleutnant Falkner v. Sonnenburg noch am 11. 10. 1918 für das Verbot einer öffentlichen Versammlung der USPD in Nürnberg am 14. 10. 1918 ausgesprochen, mit dem Hinweis auf „die grundsätzliche Opposition der Unabhängigen gegen jedes herrschende Regierungssystem, die auch anläßlich der Umbildung der Reichsleitung wieder unzweideutig zum Ausdruck" gekommen sei; BHStA IV München MKr, 11524.

Die Kriegspolitik der Reichsregierung, der ich als bayerischer Kriegsminister die Wege zu ebnen berufen bin, hat bisher nach meiner festen Überzeugung in den Bestrebungen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei eine schwere Hemmung gefunden, weil sie die Kraftentfaltung des Deutschen Reiches durch die zersplitternde und zersetzende Wirkung ihrer Agitation empfindlich beeinträchtigt hat. Bei aller Schonung der dem Volke verfassungsmäßig gewährleisteten politischen Rechte und Freiheiten mußten die Militärbefehlshaber diese Hemmung durch die Anwendung der ihnen während des Krieges durch das Gesetz übertragenen besonderen Befugnisse zu beseitigen und abzumindern suchen.

Inzwischen ist die Kriegspolitik des Reiches in ein neues Stadium eingetreten; diese Veränderung wird voraussichtlich nicht ohne Rückwirkung auf die Haltung der Regierung zur politischen Betätigung Ihrer Partei bleiben.[3])

Für das Versammlungsverbot in Hof war maßgebend, daß in einem Zeitpunkte, in dem die neue Reichsleitung vor Entscheidungen gestellt ist, die für die weitere Kriegspolitik des Reiches richtunggebend sein werden, — in einem Augenblick, in der die Wucht der auf das Volk plötzlich einstürmenden Ereignisse und Eindrücke eine besonders nüchterne Beurteilung gebieterisch erheischt, eine öffentliche Versammlung unbedingt unerwünscht war, die offensichtlich eine parteipolitische Agitation bezweckte und die in Hof a/S. an sich vorhandenen scharfen Gegensätze noch mehr verschärfen mußte. In Zeiten einer derartigen Hochspannung mußte eine Beeinflussung des Volkes im Sinne extremer Richtungen, gleichgültig von welcher politischen Seite sie ausging, verhindert werden.

Es besteht keineswegs die Absicht, Sie grundsätzlich daran zu hindern, daß Sie in Ihrem Wahlkreis zu Ihren Wählern sprechen[4]); ich habe auch der Abhaltung von *Mitgliederversammlungen* der unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in mehrfachen Fällen kein Hindernis in den Weg gelegt.[5]) Aber auch die Bedenken,

---

[3]) Der Absatz ist in der Vorlage durch An- und Unterstreichungen von Empfängerseite hervorgehoben. — Diese Rückwirkungen bestanden zunächst in der Aufhebung von Strafen und Zwangsmaßnahmen gegen einzelne Personen, insbesondere gegen Liebknecht und Dittmann, vgl. Dittmanns Bericht über seine Vortragsreise im rheinisch-westfälischen Industriegebiet vom 19.—24. 10. 1918, Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 3, S. 495 f. Zu den Verhandlungen um eine weitgehende Amnestie vgl. Quellen I/2, Nr. 26, 29, 39, 61 und 80, S. 88 ff.; Quellen I/3, Bd. 2, Nr. 503b und 505, S. 494 ff.; Archivalische Forschungen 4/III, Nr. 650, S. 1504 f.; Archivalische Forschungen 4/IV, Nr. 699 f., 734 und 767, S. 1590 ff.; H. Wohlgemuth, Das Echo auf die Entlassung Karl Liebknechts aus dem Zuchthaus Luckau 1918, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, XVII. Jg. (1969), S. 331 ff. — In einer Referentenbesprechung im bayer. Kriegsministerium am 27. 10. 1918 (BHStA IV München MKr, 11529) setzte sich Oberstleutnant Frhr. Kreß v. Kressenstein für eine „vollständige Amnestierung" der in Bayern unter Ausnahmerecht stehenden Personen ein. — Das stellv. Generalkommando des VII. AK hob am 5. 11. 1918 das am 12. 8. 1915 (vgl. Nr. 108, Anm. 10) verfügte Redeverbot gegen Angehörige der damaligen sozialdemokratischen Minderheit auf (StA Koblenz 403, Nr. 14138).

[4]) Mit Zustimmung des bayer. Ministeriums des Innern und der Polizeidirektion München genehmigte das bayer. Kriegsministerium öffentliche Wahlversammlungen der USPD in München für am 19. und 20. 10. 1918, in denen Kurt Eisner zum ersten Mal wieder auftrat; BHStA IV München MKr, 11529.

[5]) Vgl. Nr. 478, Anm. 9.

die im fraglichen Einzelfall gegen die Abhaltung einer *öffentlichen* Wählerversammlung in Hof bestanden haben, werden voraussichtlich zurückgestellt werden können, sobald eine Entscheidung der Reichsleitung in der heute noch schwebenden Frage der Beantwortung der letzten amerikanischen Note eine Klärung der Verhältnisse herbeigeführt haben wird.[6])

von Hellingrath.

[6]) Der Absatz ist in der Vorlage von Empfängerseite durch einen Strich am Seitenrand hervorgehoben. — Eine „Klärung der Verhältnisse" durch den Notenwechsel mit dem Präsidenten Wilson trat zunächst nicht ein. Unter dem Eindruck der allgemeinen Entwicklung sahen sich die Behörden jedoch gezwungen, die bis Anfang Oktober 1918 verfolgte Politik gegenüber der USPD vollständig aufzugeben. Schon am 23. 10. 1918 wurde in einem Erlaß des bayer. Ministeriums des Innern an die Präsidien der Kreisregierungen (BHStA I München, M Inn, Nr. 71706) auf die Gefahr ernstlicher innerer Unruhen hingewiesen und die Exekutivorgane zu einer zurückhaltend-ruhigen, aber entschlossenen Haltung gegenüber Demonstrationen aufgefordert. In einer Bemerkung des Referenten (Oberregierungsrat Zetlmeier) zum Entwurf des Erlasses heißt es: „Wegen der Handhabung der Versammlungspolizei [gegenüber der USPD] wurde mit Oberstleutnant von Kreß des Kriegsministeriums Rücksprache genommen. Er stimmte bei. Da die Entwicklung nicht vorauszusehen ist, ist *jetzt* eine Abschwenkung nicht zu empfehlen." Doch schon vier Tage später, am 27. 10. 1918, wurde die „Abschwenkung" vollzogen. In der Referentenbesprechung dieses Tages (vgl. Anm. 3) bezeichnete Oberstleutnant Kreß v. Kressenstein die neue Linie und fand die Zustimmung der Vertreter der stellv. Generalkommandos und des Ministeriums des Innern. „Grundsätzlich sei daran festzuhalten, daß der Militärbefehlshaber mit Maßnahmen, die auf das Gebiet der *inneren* Politik übergriffen, nur den einzigen Zweck verfolgen dürfe, der Kriegführung Hindernisse aus dem Weg zu räumen, aber keinesfalls irgendwelche *Parteipolitik* zu fördern. Hieraus ergebe sich auch die Stellungnahme der Militärbefehlshaber *gegenüber der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei*. Man habe sie bisher bekämpft, nicht aus parteipolitischen Gründen, sondern weil man sie als ein Hemmnis der Kriegführung angesehen habe. Aus der nunmehrigen Änderung der Kriegspolitik folge von selbst die Notwendigkeit einer Revision der Haltung gegenüber der U.S.P. Fraglich sei nur, ob jetzt hierfür schon der richtige Zeitpunkt gegeben wäre. Es sei aber zu erwägen, daß die allgemeine Forderung nach tunlichster Gewährung von Freiheit in Wort und Schrift gehe, daß die Reichsleitung schon die Konsequenzen hieraus gezogen habe, daß weitgehende Amnestien im Reich und anschließend in Bayern ergangen seien. Weiter müsse berücksichtigt werden, daß die U.S.P. selbst zur Zeit in der Entwicklung sei, indem ein Teil wieder Annäherung an die gemäßigte Richtung suche, während der andere Teil eine revolutionäre Kommunistenpartei zu begründen beabsichtige, und daß ein zu scharfes Zugreifen die noch Schwankenden zum radikalen Flügel abdrängen könnte. Unter diesen Umständen empfehle es sich auch für die *Bayer. Militärbefehlshaber*, den Kampf gegen die U.S.P. nicht mehr in derselben rücksichtslosen Weise wie bisher durchzuführen; es sei wohl besser zunächst zu beobachten und den Dingen ihren Lauf zu lassen, als sich durch zu scharfe Maßnahmen die Sache ganz aus der Hand zu spielen. S. Exzellenz der Herr Kriegsminister stehe auf dem Standpunkt, sich nichts abtrotzen zu lassen, sondern rechtzeitig freiwillig *aufzugeben*, was sich *auf die Dauer nicht halten* lasse." Diese Direktive erhielt ihre Bestätigung durch ein Schreiben des Obermilitärbefehlshabers vom 6. 11. 1918 (BHStA IV München MKr, 11524) und die Richtlinien für das Zensur- und Versammlungswesen vom 24. 10./2. 11. 1918, vgl. Nr. 493. — Ein Verbot der Versammlungen der USPD am 30. 10., 3., 5. und 7. 11. 1918 war nunmehr ausgeschlossen (BHStA IV München MKr, 11529). Am 2. 11. 1918 wies das bayer. Kriegsministerium das stellv. Generalkommando des I. bayer. AK noch an, eine Teilnahme von Militärpersonen an der Versammlung am 3. 11. 1918 nach Möglichkeit auszuschließen (BHStA IV München MKr, 11525), für die Versammlung am 7. 11. 1918 befahl das Kriegsministerium dem stellv. Generalkommando, einen zuverlässigen Unteroffizieraspirantenkurs zur Bekämpfung erwarteter Unruhen heranzuziehen, hob aber gleichzeitig das für die bisherigen Versammlungen bestehende militärische Ausgangsverbot auf (BHStA IV München MKr, 254). Für die Ereignisse in München vgl. A. Mitchell, Revolution in Bavaria 1918—1919. The Eisner Regime and the Soviet-Republic, Princeton 1965, S. 75 ff., Ay, S. 204 ff., und insbesondere

die erschöpfende Darstellung Albrechts, S. 366 ff. und S. 409 ff., sowie Quellen I/2, Nr. 145, Anm. 7. Zu der ähnlich verlaufenden Entwicklung in Württemberg, besonders in Friedrichshafen und Stuttgart, vgl. StA Ludwigsburg E 150—153, Nr. 2051, Bd. 3, und Nr. 2330, Bd. 2, vgl. auch W. Keil, Erlebnisse eines Sozialdemokraten, Bd. 2, Stuttgart 1948, S. 23 ff.

489.

Schreiben des preußischen Kriegsministers an den Unterstaatssekretär Lewald im Reichsamt des Innern. Bedenken gegen die Änderung des Artikels 11 der Reichsverfassung.

20. 10. 1918, Nr. 8207.18.g.A.1. — PA Bonn Polit. Abt., Deutschland Nr. 125, Bd. 14, Abschrift.[1])

Euerer Exzellenz beehre ich mich unter Bezugnahme auf meine gestrige Rücksprache noch einmal schriftlich die Gründe auseinander zu setzen, welche mich veranlassen gegen die Streichung der Ausnahmebedingung in Artikel 11, Abs. 2 der Reichsverfassung[2]) Stellung zu nehmen.

---

[1]) Die Vorlage ist an den Staatssekretär des Auswärtigen Amts gerichtet. — Ein Auszug des Schreibens ist abgedruckt in: Quellen I/2, Nr. 70, Anm. 8a.

[2]) Der Artikel 11, Absatz 2, der Reichsverfassung lautete: „Zur Erklärung des Krieges im Namen des Reichs ist die Zustimmung des Bundesrathes erforderlich, es sei denn, daß ein Angriff auf das Bundesgebiet oder dessen Küsten erfolgt." — Auf Anregung von Scheidemann war schon in der Sitzung des Kriegskabinetts vom 7. 10. 1918 (Quellen I/2, Nr. 29, S. 99) eine Änderung dieser Verfassungsbestimmung erörtert worden. Nachdem die Frage nochmals in der Sitzung des Kriegskabinetts am 10. 10. 1918 (Quellen I/2, Nr. 39, S. 130 f.) verhandelt worden war, übersandte der Reichskanzler am 13. 10. 1918 dem Vizepräsidenten des preuß. Staatsministeriums den Entwurf des Abänderungsgesetzes, der bereits am 15. 10. 1918 im Bundesrat verabschiedet werden sollte (Quellen I/2, Nr. 58, S. 190 ff.). Der Entwurf sah vor, daß zur Kriegserklärung die Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags erforderlich sei, ließ jedoch die Aufnahmebestimmung des Absatzes 2 bestehen. In der Sitzung des preuß. Staatsministeriums vom 14. 10. 1918 (PA Bonn Polit. Abt., Preußen Nr. 11 Geheim, Bd. 18) hatte der Kriegsminister — seit dem 9. 10. 1918 General Scheüch, vgl. auch Nr. 509, Anm. 8 — Bedenken erhoben, da bei Kriegsbeginn leicht Situationen entstehen könnten, „welche die sofortige Ausnutzung der Lage bei uns und beim Gegner geböten. Das werde unmöglich, wenn erst der Reichstag berufen werden müßte." Graf Roedern bemerkte dazu: „Wir täten mit der vorliegenden Änderung einen sehr wichtigen Schritt in der Richtung des Völkerbundes, der freilich notwendig sei, und erhofften das Gleiche vom Gegner. Gehe man aber von der Idee des Völkerbundes aus, dann zweifle er nicht daran, daß in Zukunft die Volksvertretung bei jeder Kriegserklärung gehört werden müsse." Obwohl das Staatsministerium den Einwand des Kriegsministers als berechtigt anerkannte, stimmte es dem Gesetzentwurf zu. Nachdem der Bundesrat seine Zustimmung am 15. 10. 1918 erteilt hatte, wurde die Gesetzesvorlage am selben Tage dem Reichstag überwiesen (Quellen I/2, Nr. 55, Anm. 2). — Wiederum auf Initiative Scheidemanns in der Sitzung des Gesamtkabinetts vom 17. 10. 1918 (Quellen I/2, Nr. 65, S. 245 ff.) wurde auch die Ausnahmebestimmung des Artikel 11, Absatz 2, in Frage gestellt und in einer Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses vom selben Tage (Quellen I/2, Nr. 66, S. 255) ihre Streichung gefordert. Der preuß. Kriegsminister, Generalleutnant Scheüch, hatte sich in der Sitzung des Gesamtkabinetts gegen die Aufhebung der Ausnahmebestimmung gewandt.

Der Bestimmung im Art. 11, Abs. 2 der Reichsverfassung liegt der Fall zu Grunde, daß der Kriegszustand von einer fremden Macht, sei es mit, sei es ohne vorherige Kriegserklärung bereits begonnen hat, also schon eingetreten ist. Daß in einem solchen Falle der Kaiser, der auf Grund des Art. 63, Abs. 4 der Reichsverfassung[3]) die kriegsbereite Aufstellung des Heeres anordnen kann, auch berechtigt sein muß, mit diesem den eindringenden Feind abzuwehren, ist eine unbedingte militärische Notwendigkeit, die auch in Zukunft nicht beseitigt werden kann. Diese Berechtigung würde aber mit der Streichung der Ausnahmebedingung in Frage gestellt werden. Der Kaiser könnte zwar auch dann noch die kriegsbereite Aufstellung des Heeres anordnen, dürfte es aber gegen den bereits eindringenden Feind erst verwenden, nachdem die gesetzgebenden Körperschaften der Kriegserklärung zugestimmt haben. Die Truppe müßte also dem Feinde gegenüber Gewehr bei Fuß stehen bleiben, oder sich sogar vor ihm zurückziehen, wenn er die Feindseligkeiten fortsetzt.

Wenn die Streichung gleichwohl gewünscht wird, so müßte daher als Ersatz eine ausdrückliche Bestimmung in die Reichsverfassung aufgenommen werden, daß der Kaiser berechtigt ist, die zur Abwehr eines erfolgten Angriffs auf das Bundesgebiet oder dessen Küsten erforderlichen Maßnahmen zu treffen.[4]) Hierdurch würde die Möglichkeit nicht ausgeschaltet werden, daß der Eröffnung der Feindseligkeiten eine Kriegserklärung *nicht* folgt, sondern ihre Wiedereinstellung durch beiderseitige Verständigung herbeigeführt wird.

Wird also im Art. 11, Abs. 2 der Reichsverfassung die Ausnahmebedingung gestrichen, so muß in Art. 63, Abs. 4 hinter „anzuordnen" hinzugesetzt werden „und zur Abwehr eines erfolgten Angriffs auf das Bundesgebiet oder dessen Küsten die erforderlichen Maßnahmen zu treffen".

gez. Scheüch.

---

[3]) Der Artikel 63, Absatz 4, der Reichsverfassung lautete: „Der Kaiser bestimmt den Präsenzstand, die Gliederung und Eintheilung der Kontingente des Reichsheeres, sowie die Organisation der Landwehr, und hat das Recht, innerhalb des Bundesgebietes die Garnisonen zu bestimmen, sowie die kriegsbereite Aufstellung eines jeden Theils des Reichsheeres anzuordnen."

[4]) Eine derartige Regelung erfolgte nicht. Durch den am 22. 10. 1918 von den Mehrheitsparteien gemeinsam eingebrachten Antrag, der am 24. 10. 1918 vom Reichstag ohne Diskussion angenommen wurde, wurde die Ausnahmebestimmung ersatzlos gestrichen, vgl. Quellen I/2, Nr. 79, Anm. 3, sowie Nr. 97, S. 378 ff. — Das württ. Staatsministerium sprach sich in seiner Sitzung vom 26. 10. 1918 (StA Ludwigsburg E 131, C 1/32) gegen die Stimme des Kriegsministers für die Annahme der Verfassungsänderungen aus. Generaloberst v. Marchtaler begründete seine Ablehnung wie folgt: „Er verkenne nicht die Verpflichtung, die Reichsleitung nach Möglichkeit zu unterstützen, auch nicht den Zwang der Verhältnisse. Wenn er trotzdem den beabsichtigten Verfassungsänderungen, soweit sie das Militärwesen betreffen, nicht zustimme, so geschehe dies in der Erwägung, daß diese Änderungen dem Heere altbewährte Grundlagen entziehen, was im hohen Grade abträglich, unter den derzeitigen Verhältnissen geradezu gefährlich sei. Das Heer sei durch den auf Jahre zurückgehenden Hader in der Heimat schon schwer geschädigt und könne weitere Belastungsproben dieser Art kaum ertragen. Auch widerstrebe es ihm, dem Kriegsminister, in hohem Grade, daß auf einen Wink des Präsidenten Wilson hin der Kaiser seiner verfassungsmäßigen Rechte auf dem Gebiet des Militärwesens kurzer Hand entkleidet werden solle." Vgl. auch Nr. 509.

490.

Bericht des bayerischen Militärbevollmächtigten an den bayerischen Kriegsminister. General Ludendorffs Beurteilung der militärischen Lage.

20. 10. 1918, Gr. Hauptquartier, Vertraulich! — BHStA IV München MKr, 1988, handschriftl. Ausfertigung.

Auf meine Bitte empfing heute Exc. Ludendorff die deutschen Militär-Bevollmächtigten und orientierte sie über die Lage wie folgt:

„Der Generalfeldmarschall und ich sind nach wie vor der Meinung, daß der baldige Abschluß eines Waffenstillstandes anzustreben ist. Die Widerstandskraft unseres Heeres nimmt unter den andauernden schweren Kämpfen ab, die Nachrichten von zunehmender Drückebergerei mehren sich.[1]) Natürlich kann es sich nur um einen ehrenvollen Waffenstillstand handeln. Es kann keine Rede davon sein, daß wir die Franzosen nach Metz hereinlassen. Unsere militärischen Bedingungen sind schon durch das Zugeständnis der Räumung der besetzten Gebiete sehr zu unseren Ungunsten verschoben.[2])

Ist der Waffenstillstand unter ehrenvollen Bedingungen nicht zu erreichen, so muß weitergekämpft werden.[3]) Kommt es dann zur Katastrophe, so wird das Volk sich an dem Bewußtsein, alles für seine Existenz eingesetzt zu haben, wieder aufrichten können, ich bin überzeugt, daß noch so viel guter Kern im Volke bleibt. Geschähe das nicht, so stünden wir entehrt vor der Welt da, das darf nicht sein, denn unsere Widerstandskraft ist noch lange nicht erschöpft.“[4])

---

[1]) Vgl. Nr. 476, Anm. 2, und Nr. 497.

[2]) Zur Räumungsfrage vgl. die vom Kriegspresseamt in der Pressebesprechung vom 21. 10. 1918 bekanntgegebenen „Richtlinien“, die sämtlichen Zensurstellen mitgeteilt wurden (MGFA MA/RMA, Nr. 2357, XVII. 1. 5. 13, Bd. 2).

[3]) Vgl. hierzu die Tagebucheintragung Mertz v. Quirnheims vom 17. 10. 1918 (Nachlaß Groener, Nr. 63): „Frhr. von Lersner bei mir, sehr gedrückt; fürchtet, daß Wilson im Schlepptau von Clemenceau und Lloyd George sich befindet, fragt nach, ob ich Fortführung des Kampfes für möglich halte. Ich verneine das. Von Lersner befürchtet sehr harte Bedingungen für Waffenstillstand. Ich gleichfalls.“ Auch Oberst Heye blieb in jenen Tagen bei seiner nüchternen Beurteilung der militärischen Lage und ließ sich eher von Fakten als von Gefühlen bestimmen, vgl. Kronprinz Rupprecht, Bd. 3, S. 374 ff.; Nachlaß Heye, Nr. 4; Nachlaß Levetzow, Box 21, Seekriegführung, Bd. 3 (Meldung Korvettenkapitäns v. Weizsäcker vom 19. 10. 1918, 7 Uhr abends, über die unverändert ernste Beurteilung der militärischen Lage bei der OHL); Groener, S. 416 f. Ludendorff, der die — ihm vermutlich erst jetzt bewußt werdende (vgl. Nr. 477, Anm. 9) — ausweglose Situation nicht anerkennen wollte, bzw. jetzt die Chance sah, die Reichsregierung mit der Verantwortung zu belasten, befand sich mit dem Gedanken an einen ehrenvollen Untergang in Übereinstimmung mit dem Plan der Seekriegsleitung und des Kommandos der Hochseestreitkräfte für einen letzten Flottenvorstoß, vgl. hierzu Deist, S. 351 ff.

[4]) Ludendorff hat hierbei vermutlich an die vom preuß. Kriegsminister in der Sitzung des Gesamtkabinetts vom 17. 10. 1918 genannten 600000 Mann Ersatz gedacht (Quellen I/2, Nr. 64, S. 226 ff.). Vgl. hierzu den Bericht des stellv. bayer. Militärbevollmächtigten über eine Besprechung im preuß. Kriegsministerium am 18. 10 1918 (BHStA IV München BM Berlin, B.Kriegsakten, 16, Bd. 8). Zur Einschätzung dieses Ersatzes vgl. Kronprinz Rupprecht, Bd. 3, S. 374 ff. Vgl. auch Nr. 244.

Es geht aus dieser Äußerung mittelbar hervor, wo die Schwierigkeiten liegen, die der Beantwortung der 2. Note Wilsons sich entgegenstellen. Tatsächlich war bis heute Mittag noch keine Übereinstimmung zwischen O.H.L. und Regierung über den Wortlaut der Antwort hergestellt.[5])

v. Köberle.

[5]) Zu den Verhandlungen zwischen OHL bzw. der Seekriegsleitung und der Reichsregierung um die Beantwortung der zweiten Note des Präsidenten Wilson vgl. Quellen I/2, Nr. 61—78, S. 205 ff.; Quellen I/3, Nr. 501—504, S. 478 ff.; Nachlaß Levetzow, Box 21, Seekriegführung, Bd. 3.

491.

Aufruf des stellv. Generalkommandos des X. AK an die Presse des Korpsbereichs zur Mitwirkung an der Wiederaufrichtung der vaterländischen Stimmung im Volke.[1])

23. 10. 1918, Hannover, Abtlg. IIb Nr. 15785 P, Vertraulich! — StA Hannover Hann 122a, XXXIV, Nr. 336, Abschrift.[2])

Die gegenwärtige Stimmung der Heimatbevölkerung bedeutet eine ernste Gefahr für die Gestaltung unserer militärischen Lage und unserer Aussichten bei etwaigen Friedensverhandlungen, indem unsere Feinde aus unserer inneren Zerrissenheit und verzagten Stimmung neue Kraft zu Angriffen, neue Entschlossenheit zu hohen Forderungen schöpfen. Feind und neutrales Ausland beginnen, in uns nicht mehr ein Volk zu sehen, das freudig alles setzt an seine Ehre. Reichsleitung und Heeresleitung stimmen darin überein, daß es jetzt gilt, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß eine einheitliche vaterländische Stimmung in allen Stämmen

[1]) Der Aufruf geht zurück auf das Telegramm Hindenburgs vom 14. 10. 1918 an den Reichkanzler (Amtliche Urkunden, Nr. 49a, S. 112 f., Antwort des Reichskanzlers vom 18. 10. 1918, ebda., Nr. 59a, S. 155). Längere Passagen des Telegramms sind wörtlich übernommen. Hindenburg hatte in dem Telegramm angekündigt, daß er für das Feldheer und die Besatzungstruppen „das Weitere" veranlasse (vgl. Gallwitz, S. 422) und das preuß. Kriegsministerium bitten werde, „innerhalb des Heimatheeres in gleichem Sinne zu wirken". Der Verteiler der dem Vertreter des Auswärtigen Amts im Gr. Hauptquartier übergebenen Ausfertigung (PA Bonn Polit. Abt., Auswärtiges Amt Gr. Hauptquartier, Bd. 229) weist aus, daß u. a. die Abt. IIIb des Generalstabes des Feldheeres mit der Durchführung („zur weiteren Veranlassung") beauftragt wurde. Vgl. hierzu die Ausführungen des Oberstleutnants Nicolai vor den Leitern des „Vaterländischen Unterrichts" am 15. 10. 1918 (Nr. 369). Das preuß. Kriegsministerium übersandte das Telegramm Hindenburgs den stellv. Generalkommandos, allerdings unter Weglassung des letzten Abschnitts, in dem Hindenburg sich anerkennend über ein Interview Erzbergers mit der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" (vgl. Quellen I/2, Nr. 46, Anm. 18) aussprach. Daraufhin wandte sich das stellv. Generalkommando des VII. AK am 22. 10. 1918 an die Regierungspräsidenten des Bereichs und regte entsprechende Maßnahmen an (StA Koblenz 403, Nr. 14138). Das stellv. Generalkommando des II. AK ließ das Telegramm Hindenburgs durch Maueranschlag bekanntmachen, was zu Erörterungen im Kriegskabinett führte (vgl. Quellen I/2, Nr. 90, S. 342 ff.). Das stellv. Generalkommando des VII. AK handelte vorsichtiger und verbot den Regierungspräsidenten eine wörtliche Weitergabe des Telegramms.

[2]) Die Vorlage wurde dem Oberpräsidium der Provinz Hannover vom Chef des Stabes des stellv. Generalkommandos, Generalleutnant v. Rogowski, übersandt.

und Schichten des deutschen Volkes lebendig wird und deutlich erkennbar in die Erscheinung tritt.

An dem felsenfesten Willen des Volkes, gegen jede demütigende Bedingung sich bis aufs äußerste zu wehren, darf niemand zu zweifeln Veranlassung haben. Nur dann findet das Heer die Kraft, der Übermacht zu trotzen; nur dann finden unsere Unterhändler den Rückhalt für ihre schweren Aufgaben am Unterhandlungstisch.

Jedem Deutschen müssen die furchtbaren Gefahren eines Friedens um jeden Preis klar und deutlich immer wieder vor Augen geführt werden. In öffentlichen Kundgebungen aller Art[3]) muß der Wille zum Ausdruck kommen, daß es für das deutsche Volk nur zwei Wege gibt: Ehrenvoller Frieden oder Armut bis zum Äußersten! [sic!].[4]) Das Vertrauen auf unsere gerechte Sache, der Stolz auf unsere gewaltigen Leistungen in vier Kriegsjahren gegen die stärkste Koalition der Geschichte, das Bewußtsein allezeit bewährter Bundestreue, und die unerschütterliche Zuversicht auf des deutschen Volkes Zukunft müssen uns in den Frieden hinübergeleiten und uns die Achtung vor uns selbst und die Achtung des Auslandes bewahren.[5])

---

[3]) Das stellv. Generalkommando des VII. AK (vgl. Anm. 1) empfahl, durch die zahlreichen mit der Aufklärungstätigkeit betrauten Organisationen, derartige Versammlungen veranstalten zu lassen.

[4]) Hindenburg hatte allerdings die Devise ausgegeben: Ehrenvoller Friede oder Kampf bis zum Äußersten!

[5]) Trotz einer Intensivierung des „Vaterländischen Unterrichts" im Bereich des stellv. Generalkommandos des XIV. AK (vgl. auch das im Sinne des Hindenburg-Telegramms abgefaßte Schreiben vom 30. 10. 1918, GLA Karlsruhe Abt. 456, Bd. 84) gelang es dem Generalkommando nicht, den Zusammenbruch der Stimmung aufzuhalten. In dem Monatsbericht für den Monat Oktober (vgl. Nr. 480, Anm. 6) heißt es: „Der weitere Notenwechsel zwischen Deutschland und Amerika löste in vaterländischen Kreisen ernste Besorgnisse um Deutschlands Zukunft aus, während die breite Masse, die nur Frieden, und sei es auch Frieden um jeden Preis, will, den Fortgang der Verhandlungen mit einer Art stumpfsinniger Befriedigung verfolgte. Gegen Ende des Berichtsmonats war die Stimmung um ein geringes gefestigter, wozu in erster Linie die Versteifung des Widerstands an der Westfront beitrug. Freilich muß betont werden, daß von irgend welcher Hoffnungsfreudigkeit bei der Masse der Bevölkerung nicht mehr geredet werden kann. Eine müde Resignation hat sich auf die Gemüter gelegt; die Sehnsucht steht nur nach Frieden, was dann kommt, darüber macht man sich wenig Sorge. Es ist sehr schwer, dieser Stimmung mit Aussicht auf Erfolg entgegenzutreten. [. . .] Ob unter den jetzigen Umständen noch eine nationale Entflammung für den ‚Endkampf auf Leben und Tod' möglich ist, muß abgewartet werden." In dieser letzten Frage waren die Oberpräsidenten der Provinzen Sachsen und Westpreußen in ihren Berichten vom 9. bzw. 16. 10. 1918 an den Minister des Innern (StA Hannover StM, Y. IX. 2.23, Adhibendum, Bd. 1) gegenteiliger Ansicht. Der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Graf v. d. Schulenburg, war der Meinung, daß neun Zehntel der Bevölkerung „zur Durchführung des Entscheidungskampfes" bereit seien. Und Oberpräsident v. Jagow schrieb nach Bekanntwerden der 2. Wilson-Note, daß es nun darauf ankomme, „in Einigkeit und unerschütterlich zusammenzustehen und den Kampf gegen unsere Feinde durchzufechten bis zum Letzten. Dies ist auch hier in Westpreußen unzweifelhaft die Meinung fast der gesamten Bevölkerung." Vgl. in diesem Zusammenhang auch den Brief des Großadmirals v. Tirpitz an den Reichskanzler vom 17. 10. 1918 (A. v. Tirpitz, Deutsche Ohnmachtspolitik im Weltkriege, Hamburg 1926, S. 616 ff.), der auch an der Front verbreitet wurde (Gallwitz, S. 443), sowie die Protokolle der Sitzungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am 17., 18. und 25. 10. 1918 (Quellen I/3, Bd. 2, Nr. 502, 503 und 508, S. 481 ff.).

An die Presse richtet das Generalkommando die dringende Bitte, ihrerseits mit allen Mitteln und immer wieder im Sinne vorstehender Ausführungen auf die Bevölkerung einzuwirken, selbst aber die vom Volke geforderte Einheitlichkeit der vaterländischen Stimmung dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß sie alle parteipolitischen Gegensätze und Streitfragen vor dem Ernst der Stunde zurücktreten läßt. Angriffe gegen die Hohenzollern[6]), die Monarchie, gegen die politische oder militärische Leitung, wie auch das unzeitgemäße Aufwerfen von Schuldfragen[7]) usw. müssen unterbleiben. Sie bilden eine Quelle innerer Streitigkeiten, aus denen der Feind lediglich Hoffnungen auf unseren Zusammenbruch schöpft.

[6]) Vgl. hierzu Nr. 487.

[7]) Vgl. hierzu Nr. 482 und 484.

492.

Auszug aus den Aufzeichnungen aus der Pressebesprechung.[1]) Der Chef des Kriegspresseamts über die Notwendigkeit der Stärkung des Widerstandswillens der Heimat angesichts der dritten Note des Präsidenten Wilson.

24. 10. 1918, Nr. 431, Vertraulich! — BHStA IV München MKr, 14027, vervielfältigtes Exemplar.[2])

[...][3])

K.Pr.A. II: Die Behandlung vom militärischen Gesichtspunkt aus hat Herr von Stumm schon dahin gekennzeichnet, daß die Presse hier nach eigenem Urteil handeln muß.[4]) Auch ich bin nicht in der Lage, Ihnen die Auffassung der Obersten Heeresleitung hierzu mitzuteilen, es war mir noch nicht möglich, deren Entscheidung einzuholen. Ich möchte aber darauf aufmerksam machen: Dem, was die Presse in den nächsten Tagen nach der militärischen Seite hin sagen wird, wird von der Front aus eine außerordentlich gespannte Aufmerksamkeit entgegengebracht werden, nicht minder gespannte Aufmerksamkeit wird das Ausland der Behandlung dieses Punktes der Note zuwenden. Nach meiner Auf-

[1]) Vgl. Nr. 417, Anm. 1 und 4.

[2]) Die zahlreichen Unterstreichungen in der Vorlage von Empfängerseite werden nicht vermerkt. — In den gedruckten „Aufzeichnungen" aus der Pressebesprechung (vgl. Nr. 38, Anm. 5) wurden die Erklärungen der Vertreter des Auswärtigen Amts und des Kriegspresseamts zur Wilson-Note den Zensurstellen vollständig zur Kenntnis gebracht.

[3]) Die Pressebesprechung wurde eröffnet durch eine ausführliche Stellungnahme des Vertreters des Auswärtigen Amts, des Vortr. Rats F. v. Stumm, zur 3. Wilson-Note, die schon am Vormittag des 24. 10. 1918 in Berlin bekannt geworden war (vgl. Quellen I/2, Nr. 86, Anm. 1 und 3). Im Namen des Staatssekretärs bat er die Presse bei der Kommentierung darauf hinzuweisen, daß es nicht im allgemeinen Interesse liege, wenn die Verhandlungen zwischen den Alliierten über die Waffenstillstandsbedingungen sich über eine unbegrenzte Zeit hinziehen würden. Es solle in der Presse nicht zum Ausdruck kommen, daß eine Antwort auf die Note notwendig sei. Im Hinblick auf den „Systemwechsel im Innern" müsse betont werden, daß dazu Zeit erforderlich sei.

[4]) Stumm hatte daneben die Presse aufgefordert, darauf hinzuweisen, daß „ein Zurückgehen bis zur Grenze für uns gewisse Nachteile hat, daß das Industriegebiet den Fliegerangriffen und Beschießungen viel mehr als bisher ausgesetzt würde".

fassung kommt es da darauf an, unserem Heer an der Front den Rücken zu stärken, nicht dem Heere aus der Heimat eine Resignation entgegenklingen zu lassen, die seine Kampfkraft schwächt. Es ist Aufgabe der Presse, unserem Volk immer wieder klar zu machen, wie der Feind über uns denkt und was aus uns wird, wenn wir militärisch so geschlagen werden, daß der Feind uns den Frieden diktiert, d. h. wenn die Waffenstillstandsbedingungen angenommen werden, wie sie in der Note zum Ausdruck kommen, wenn wir nicht mehr in der Lage wären, die Feindseligkeiten wieder aufzunehmen, mit andern Worten: Waffenübergabe.[5]) Um dem Volke diese Gefahr immer wieder klar zu machen, dazu bietet die feindliche Presse dauernd gute Gelegenheit, z. B. sagt die Morning Post in einem Artikel, in dem sie die Antwortnote der deutschen Regierung auf Wilsons 2. Note bespricht:

„Die Alliierten fordern eine bedingungslose Übergabe der Streitkräfte dieses entmenschten Volkes, weil kein Frieden in der Welt regieren kann, ehe nicht dieses Volk, der Feind des Menschengeschlechtes, gezwungen ist, seine völlige Niederlage einzugestehen."

Durch Besprechung derartiger Schmähartikel des Feindes muß die Presse mithelfen, die Entschlossenheit der Heimat und des Heeres zum weiteren Kampfe zu stärken. Unserem Volke muß das Vertrauen gestärkt werden und, wo es verloren ging, wieder geweckt werden, daß wir in der Lage sind, auch weiterhin unsere Grenze gegen den Feind zu verteidigen, wenn jeder auf seinem Posten seine Pflicht tut. Dazu gehört allerdings, daß die Stimmung unseres Volkes nicht durch dauernde, auf propagandistische Wirkung hin abgefaßte feindliche Berichte niedergedrückt wird. Es gibt Zeitungen, in denen spaltenlang neben den vielen feindlichen Heeresberichten andere Heldentaten des Gegners ausgeschmückt werden, und in denen außer dem eigenen Heeresbericht fast nichts von Heldentaten unserer Truppen zu lesen ist. Ein solches Verfahren arbeitet dem Feinde in die Hand und ist ein Vergehen an unserem Volke. Die Presse wird gebeten, soweit sie feindliche Heeresberichte wortgetreu wiedergibt, auch stets die Kommentare zu den Heeresberichten, die von jetzt ab häufiger erscheinen werden, wiederzugeben.[6])

Besonders wertvoll ist es, immer wieder einen Rückblick zu geben über das, was in den 4 Kriegsjahren vom Heer geleistet wurde, daß es auf der einen Seite sich im Angriff eines Teiles seiner Gegner entledigte, auf der andern Seite in der

[5]) Stumm hatte zur militärischen Situation gesagt, sie sei jedenfalls nicht so, „daß wir den Krieg noch gewinnen können". Vgl. hierzu Quellen 1/2, Nr. 86, S. 327 und Nr. 90, S. 343. — Haeften berichtet in dem erstgenannten Dokument über eine Besprechung der Pressereferenten der einzelnen Behörden im Auswärtigen Amt am 24. 10. 1918, die aber entgegen seiner Darstellung erst am Nachmittag stattgefunden haben dürfte (vgl. Anm. 9 zu dem zitierten Dokument). Die Pressebesprechung im Reichstag hat nach dieser Besprechung im Auswärtigen Amt stattgefunden. Auf sie bezieht sich die Stellungnahme Stumms in der Sitzung des Kriegskabinetts vom 25. 10. 1918, in der er den Chef des Kriegspresseamts in Schutz nahm. „Vom militärischen Standpunkt aus habe Würz vielleicht nicht Unrecht gehabt, politisch betrachtet sei er wohl etwas zu weit gegangen. Die Grenze sei bei der gegenwärtigen Situation aber sehr schwer zu ziehen." Vgl. in diesem Zusammenhang das Schreiben Hindenburgs an den Reichskanzler vom 24. 10. 1918, abgedruckt in Hindenburg, S. 296.

[6]) Zur Frage des Abdrucks der feindlichen Heeresberichte, vgl. Nr. 450 und Nr. 471, Anm. 3 und 10.

Abwehr feindlicher Übermacht standhielt. Die Leistungen des deutschen Heeres in den 4 Kriegsjahren und in den letzten Monaten namentlich gegenüber der mit frischer Kraft in den Krieg eingetretenen amerikanischen Macht, können nicht genug betont werden. Das Gefühl des Stolzes auf diese Leistungen muß geweckt werden, aus diesem Stolz heraus muß das Volk neue Quellen der Kraft schöpfen. Das Volk muß an die Zukunft seines Landes glauben. Die feste Zuversicht und Überzeugung, daß die deutschen Grenzen gegen feindlichen Einfall durch unsere Truppen gesichert sind, muß in der Heimat wieder hineingetragen werden, damit das Heer daraus neue Kraft zum Weiterkämpfen gewinnt.[7])

Es ist kein Geheimnis, daß unser Heer eine schwere Krisis durchgemacht hat, ein Teil der Gefangenenzahlen fällt auf dieses Konto. Manche Anzeichen sprechen jedoch dafür, daß die Krise überwunden ist. Sache der Presse ist es, dabei mitzuhelfen, daß derartige Krisen nicht wieder eintreten können. Die Gefangenenzahlen sind bei den letzten Schlachten bedeutend geringer als in den August-Schlachten geworden. Der Feind hat bei seinen jetzigen großen Angriffsoperationen sehr schwere Verluste erlitten, die bei weitem unsere Gesamtverluste (einschl. Gefangenen) übertreffen. Aber trotzdem müssen wir mit Fortsetzung feindlicher Großangriffe rechnen. Es kommt also auf die militärische Lage an der Front an, bis der Winter den Operationen von selbst ein Ziel setzt. Daß das Heer dem Druck des Feindes standzuhalten vermag, dazu muß die Presse mithelfen, muß die Heimat von sich dem Heere neue Kraft zuströmen lassen. Dazu ist es notwendig, in der Heimat das Vertrauen in unsere Stärke zu erhalten und unseren Feinden die Aussichtslosigkeit eines weiteren Kampfes gegen unser bis zum äußersten entschlossenes Volk[8]) vor Augen zu führen.

[...][9])

[7]) In der Aussprache wies Georg Bernhard auf die auch militärisch gefährdete Lage im Südosten hin und sagte: „Gewiß wird die Westfront standhalten, das glauben wir alle, aber sie ist nicht ausschlaggebend."

[8]) Vgl. hierzu Nr. 491, Anm. 5.

[9]) Im Anschluß hieran verwies der Vertreter der Oberzensurstelle nochmals auf die bestehende Zensurverfügung zur Abdankungsfrage (Nr. 493), die auch in der weiteren Aussprache mit den Pressevertretern einen breiten Raum einnahm.

493.

Telegramm des Obermilitärbefehlshabers an das Gouvernement Wilhelmshaven.[1]) Vorläufige Richtlinien zur Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts sowie der Pressezensur.[2])

24. 10. 1918, Nr. 1572.10.18.Z 3. — MGFA MA/StN, Nr. 5473, G.10, Bd. 3.

Ich werde demnächst neue Richtlinien über Vereins- und Versammlungsrecht und Pressezensur herausgeben.[3]) Bis dahin sind die geltenden Bestimmungen soweit es die Interessen der Vaterlandsverteidigung gestatten, in weitherzigster Weise zu handhaben. Eingriffe auf dem Gebiet des Vereins- und Versammlungsrechts und der Pressezensur haben in Zukunft lediglich zu erfolgen, soweit dringende Interessen der öffentlichen Sicherheit[4]), Maßnahmen der Kriegführung und die Beziehungen zu den ausländischen Mächten in Frage kommen. Soweit Zeitungen und periodisch erscheinende Druckschriften außerhalb des Operationsgebiets noch unter Vorzensur stehen, ist diese Vorzensur allgemein aufzuheben.[5]) Alle Maßnahmen auf dem Gebiet des Vereins- und Versammlungsrechts und der Pressezensur, die mit den Grundgedanken der gegenwärtigen Regierung in Widerspruch stehen, haben zu unterbleiben. Zensurverfügungen, die Artikel und Nachrichten verbieten, in denen die Abdankung des Kaisers oder der Dynastie

---

[1]) Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Richtlinien sämtlichen Militärbefehlshabern zugegangen sind.

[2]) In der Sitzung des Kriegskabinetts am 24. 10. 1918 (vgl. Quellen I/2, Nr. 85, S. 320 ff.) hatte der Obermilitärbefehlshaber, Generalleutnant Scheüch, selbst den Vorschlag gemacht, zusammen mit Staatssekretär Gröber ein entsprechendes Telegramm auszuarbeiten, um der Gefahr der Diskreditierung der Regierung durch Maßnahmen entsprechender Behörden, wie besonders von Scheidemann, Haußmann und Erzberger hervorgehoben wurde, zu begegnen. — Nach einem Vermerk zu dem entsprechenden Erlaß des preuß. Ministeriums des Innern (Archivalische Forschungen 4/IV, Nr. 744, S. 1674) wurde das Telegramm noch am Vormittag von den entsprechenden Referenten verfaßt.

[3]) Vgl. Quellen I/2, Nr. 106, S. 425 ff. und Nr. 109, S. 432 ff. Die endgültige Form des Erlasses vom 2. 11. 1918 ist auch abgedruckt in: Archivalische Forschungen 4/IV, Nr. 771, S. 1727 f., und bei Huber, Dokumente, Bd. 2, S. 485 f. — Die Kritik an den vorliegenden Richtlinien im Kabinett entzündete sich vor allem an der Aufrechterhaltung des Verbots der Erörterung der Abdankungsfrage, vgl. Quellen I/2, Nr. 102, S. 416 f. Vor dieser Sitzung des Gesamtkabinetts fand eine Aussprache zwischen Staatssekretär Gröber und dem preuß. Kriegsminister über Zensurfragen statt, danach wollte Gröber den Ausschuß der Pressekonferenz empfangen, vgl. die Mitteilung des Vertreters des Reichsamts des Innern in der Pressebesprechung vom 27. 10. 1918 (BHStA IV München MKr, 14027), dazu kam es jedoch nicht, vgl. Text zu Nr. 510, Anm. 8.

[4]) Wie dehnbar der Begriff der öffentlichen Sicherheit war, zeigt eine Bekanntmachung des stellv. Generalkommandos des II. AK vom 22. 10. 1918 (GStA Berlin Rep. 30, Nr. 651, Bd. 6). General Frhr. v. Vietinghoff verbot darin auf Grund des § 9 b des Belagerungszustandsgesetzes im Interesse der öffentlichen Sicherheit den „Abdruck von Reichstagsreden und Resolutionen als besondere Artikel, losgelöst aus dem Rahmen der Verhandlungen". Die Bekanntmachung wurde am 28. 10. 1918 von Generalleutnant Kügler wieder aufgehoben, der inzwischen die Geschäfte für den abgelösten General Frhr. v. Vietinghoff führte.

[5]) Scheidemann hatte in der Sitzung des Kriegskabinetts am 24. 10. 1918 (vgl. Anm. 2) behauptet, im Bereich des stellv. Generalkommandos des VII. AK bestehe Vorzensur, vgl. hierzu Nr. 49.

verlangt wird, bleiben in Kraft.[6]) — Die Oberpräsidenten haben vom Minister des Innern gleiche Anweisung erhalten.[7])

Der Obermilitärbefehlshaber.

[6]) Vgl. hierzu Nr. 499.

[7]) Vgl. Anm. 2.

494.

Auszug aus den Aufzeichnungen aus der Pressebesprechung.[1]) Bekanntgabe des Telegramms des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg an die Armee-Oberkommandos zur dritten Note des Präsidenten Wilson.

25. 10. 1918, Nr. 432, Vertraulich! — BHStA IV München MKr, 14027, vervielfältigtes Exemplar.[2])

[...][3])

K.Pr.A.[4]) II: Zu der Wilson-Note habe ich gestern Abend schon Ausführungen gemacht[5]), denen ich heute nur insofern etwas hinzuzufügen habe, als ich den Herren vertraulich unter III, also nicht zur Verwertung, jedoch zur vertraulichen Bekanntgabe an die Schriftleitungen Kenntnis gebe, von einem Telegramm des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg an sämtliche Armee-Oberkommandos und selbständige Truppenbehörden[6]), das folgendermaßen lautet:

[1]) Vgl. Nr. 417, Anm. 1 und 4.

[2]) Die zahlreichen An- und Unterstreichungen von Empfängerseite in der Vorlage werden nicht vermerkt.

[3]) Die Pressebesprechung wurde durch einige Anfragen der Pressevertreter eingeleitet, sodann folgten die in Quellen I/2, Nr. 93, S. 355 ff. (dortige Anm. 2 ist entsprechend zu korrigieren) abgedruckten Mitteilungen der Vertreter des Auswärtigen Amts.

[4]) Aus der Aufzeichnung des Legationsrats v. Schmidthals vom 25. 10. 1918 (Amtliche Urkunden, Nr. 80, S. 203) ergibt sich, daß der Chef des Kriegspresseamts Oberstleutnant Würz, die Erklärung abgab.

[5]) Vgl. Nr. 492.

[6]) Zur Entstehung des Armeebefehls vom 24. 10. 1918 vgl. die Aufzeichnung des Obersten v. Haeften, Quellen I/2, Nr. 86, S. 325 ff. Nach den „Lebenserinnerungen" des damaligen Obersten Heye (Nachlaß Heye, Nr. 4) befahl nach Bekanntwerden der Antwortnote Wilsons im Gr. Hauptquartier Hindenburg „das Offizierkorps der Obersten Heeresleitung" zu sich. Generalmajor v. Bartenwerffer verlas die Note. „Eine gewaltige Bewegung ging durch die Reihen der Offiziere! Der alte Recke in unserer Mitte stieß scharf mit dem Säbel auf und rief mit erschütternder Stimme: ‚Es lebe Seine Majestät, unser König, Kaiser und Herr!' — Wir stimmten ein, aber unsere Rufe klangen vor innerer Erregung dumpf und rauh! Dann jedoch kam über uns alle eine große Ruhe. Jeder erkannte: die Entscheidung ist da; das deutsche Volk muß nun wählen: Kapitulation oder Fortsetzung des Kampfes! Wir zweifelten keinen Augenblick daran, daß auch der Kaiser, der Reichskanzler und das Kriegskabinett niemals auf diese Wilson-Note eingehen würden. Wir sahen hierfür eine Bestätigung, daß am Abend dieses 24. Oktobers auch Oberst von Haeften, Vertreter der Obersten Heeresleitung beim Reichskanzler in Berlin, im Kriegspresseamt klar und öffentlich aussprach [vgl. Quellen I/2, Nr. 86, S. 327; Nr. 90, S. 343], daß die von Wilson gestellten Bedingungen die Entmannung Deutschlands bedeuten und niemals mit seiner Ehre vereinbar seien." Der Befehl wurde verfaßt von Major Kroeger, dem stellv. Chef der Nachrichtenabteilung des Generalstabes des Feld-

„Wilson sagt in seiner Antwort, er wolle seinen Bundesgenossen vorschlagen, in Waffenstillstandsverhandlungen einzutreten, der Waffenstillstand müsse aber Deutschland militärisch so wehrlos machen, daß es die Waffen nicht wieder aufnehmen könne. Über den Frieden werde er mit Deutschland nur verhandeln, wenn dieses sich den Forderungen der Verbündeten in Bezug auf seine innere Gestaltung völlig füge. Andernfalls gebe es nur die bedingungslose Unterwerfung.

Diese Antwort Wilsons fordert die militärische Kapitulation. Sie ist deshalb für uns Soldaten unannehmbar.[7]) Sie ist der Beweis, daß der Vernichtungswille unserer Feinde, der 1914 den Krieg entfesselte, unvermindert fortbesteht. Sie ist ferner der Beweis, daß unsere Feinde das Wort ‚Rechtsfrieden' nur im Munde führen, um uns zu täuschen und unsere Widerstandskraft zu brechen.

Wilsons Antwort kann daher für uns Soldaten nur die Aufforderung sein, den Widerstand mit äußersten Kräften fortzusetzen.[8]) Wenn die Feinde erkennen werden, daß die deutsche Front mit allen Opfern nicht zu durchbrechen ist, werden sie zu einem Frieden bereit sein, der Deutschlands Zukunft gerade für die breiten Schichten des Volkes sichert."

---

heeres. Heye berichtet, daß sich Ludendorff von diesem Offizier (nach Heye am 26. 10. 1918 in Spa, zu dieser Zeit befand sich Ludendorff noch in Berlin) mit den Worten verabschiedet habe: „Ich weiß, daß Sie sich vielleicht Gewissensbisse über den vom Feldmarschall und mir unterschriebenen Armee-Befehl von vorgestern machen werden. Sie haben aber ganz richtig gehandelt. Ich mußte weg, ich war den Leuten in Berlin zu stark und hätten sie nicht diesen Grund gefunden, so wäre ein anderer für sie ebenso gut gewesen." Vgl. auch den offiziellen Bericht Hindenburgs an den Reichskanzler vom 1. 11. 1918 über die Entstehung des Befehls (Amtliche Urkunden, Nr. 96a, S. 237 f.) und hierzu den Brief Hintzes an Staatssekretär Solf vom 28. 10. 1918 (PA Bonn Polit. Abt., Weltkrieg Geheim, Bd. 41).

[7]) In der Aufzeichnung des Legationsrats v. Schmidthals (Amtliche Urkunden, Nr. 80, S. 203) ist das Wort besonders hervorgehoben. — Am Nachmittag des 25. 10. 1918 erging folgende Zensuranordnung des Obermilitärbefehlshabers: „Die Erörterung der Friedensfrage ist frei, verboten bleibt: 1. Forderung eines Friedens in dem die Abtretung von Gebietsteilen des Deutschen Reiches und seiner Verbündeten oder die Auslieferung eines Teiles der Wehrmacht gefordert wird. 2. Jede Forderung, die geeignet ist, das Verhältnis zu unseren Verbündeten zu stören."

[8]) In einem Befehl des Führers der Gruppe Metz, des Gouverneurs der Festung Metz Generalleutnant Lequis, vom 28. 10. 1918 (Nachlaß Lequis, Nr. 40), in dem sehr ausführlich zu der Wilson-Note Stellung genommen und u. a. auch die Frage der Kriegsursachen erörtert wird, heißt es am Schluß: „Unsere Kraft ist aber noch nicht gebrochen. Es kommt also darauf an, daß Volk und Regierung, Heimat und Heer fest zusammenstehen, und daß wir in diesen schweren Tagen den Mut nicht sinken lassen und nicht die Flinte in's Korn werfen. [. . .] Die kommenden Wochen und Monate können uns noch vor schwere Aufgaben stellen. Ich bin aber gewiß, daß wir auch diesen gewachsen sind, wenn Führer und Mann treu zusammenhalten, getragen von gegenseitigem Vertrauen und der Liebe zu unserem schönen Vaterlande. Zeigen wir uns so zum äußersten, letzten Entscheidungskampfe entschlossen, wird auch der Feind von seinen Vernichtungsplänen abstehen und der Friede bald seinen Einzug halten, was ja unser Aller sehnsüchtiger Wunsch ist. Sollte das was ich über Präsident Wilson und seine Verbündeten gesagt habe, in Wirklichkeit nicht zutreffen, werde ich mich unendlich freuen; es braucht kein deutsches Blut mehr zu fließen. Wir aber, die wir hier auf Wacht am Feinde stehen, müssen stets auf den ungünstigsten Ausgang der Verhandlungen, auf den Fortgang des Krieges und auf überraschende feindliche Angriffe gefaßt sein." Dabei verdient festgehalten zu werden, daß Lequis seinen Befehl vom 20. 10. 1918 (vgl. Nr. 485, Anm. 4) mit der Parole schloß: „Mit Gott für König und Vaterland!", am 28. 10. lautete sie: „Seid kampfbereit, wachsam und treu!" Zur weiteren Entwicklung in Metz vgl. Gallwitz, S. 465 ff.

Sodann möchte ich auch unter III den Herren mitteilen, daß der Herr Generalfeldmarschall v. Hindenburg an den Herrn Reichskanzler ein Telegramm gerichtet hat, das folgendermaßen lautet:[9])

„Aus zahlreichen mündlichen und schriftlichen Mitteilungen ersehe ich, daß mein Name dazu mißbraucht wird, eine völlig verzweifelte Stimmung zu erzeugen. Mir werden Äußerungen nachgesagt, wie ‚wir könnten keinen Widerstand mehr leisten', ‚wir könnten das Heer nicht mehr zusammenhalten', ‚die Frist sei nur noch nach Stunden gezählt' und ähnliches mehr. Abgesehen davon, daß es mir nicht gleichgültig sein kann, wenn derartig mit meinem Namen umgegangen wird, halte ich es auch im Interesse der Kriegführung für nötig, dem entgegenzutreten.

Eure Großherzogliche Hoheit bitte ich daher, in geeignet erscheinender Weise eine Aufklärung dahin veranlassen zu wollen, daß alle diese mir nachgesagten Äußerungen restlos erfunden sind. Jeder, der solche Äußerungen mit meinem Namen weitergibt, muß sich klar sein, daß er damit dem Feinde Vorschub leistet."

Nach Vereinbarung mit der Reichsleitung und im Einverständnis mit dem Herrn Reichskanzler gebe ich den Inhalt hier bekannt. Es ist aber nicht beabsichtigt, in der Presse öffentlich dem entgegenzutreten, sondern es wird gebeten, von dieser Berichtigung durch Mundpropaganda den weitestgehenden Gebrauch zu machen.[10])

Pr. Baake (Sozialdemokratische Provinzpresse): Ist das erste Telegramm des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg im Einverständnis mit der Reichsleitung ergangen?[11])

K.Pr.A. II: Diese Frage zu beantworten bin ich nicht in der Lage. Jedenfalls hat die O.H.L. es für notwendig gehalten, zunächst einmal an der Front nicht den Gedanken aufkommen zu lassen, als ob wir uns bedingungslos ergeben könnten. Dieser Gedanke durfte von vornherein im Heere nicht aufkommen. Das ist wohl der Zweck des Telegramms.[12]) Ich habe gestern Abend den Herren ausgeführt: Es kommt alles darauf an, daß unsere Front hält, und daß bis zum Eintritt des Winters, der den großen Operationen von selbst ein Ziel setzt, ein Durchbruch an der Front nicht erfolgt. Es muß also der Kampfwille und die

[9]) Telegramm vom 20. 10. 1918, in Abschrift im Nachlaß Schwertfeger, Nr. 119.

[10]) In der Antwort vom 24. 10. 1918 (Nachlaß Schwertfeger, Nr. 119) teilte der Reichskanzler mit, daß er zunächst erwogen habe, im Reichstag eine entsprechende Erklärung abzugeben, jedoch glaube, daß dadurch die Unruhe nur noch vergrößert werde: „Ich habe es deswegen für richtiger gehalten, eine öffentliche Kundgebung zu vermeiden und habe den Herrn Kriegsminister gebeten, die stellvertretenden Generalkommandos zu unterrichten, damit durch ihre Aufklärungsorgane diesen falschen Ausstreuungen entgegengetreten wird. Ebenso habe ich dafür Sorge getragen, daß sämtliche zivile Nachrichtenstellen mit entsprechenden Weisungen versehen werden."

[11]) In der Pressebesprechung am 28. 10. 1918 deutete Baake an, wie weit seine Befürchtungen nach Verlesung des Telegramms und der Antwort auf seine Frage gingen: „Als ich ‚nein' hörte, war ich im tiefsten Innern erschrocken, ich dachte, das sei das Zeichen für einen Putsch der Generäle."

[12]) Der Befehl stieß jedoch schon bei einzelnen Heeresgruppenkommandos auf Bedenken; vgl. Amtliche Urkunden, Nr. 81, S. 204; Gallwitz, S. 434; Generalmajor Graf v. d. Schulenburg, Chef des Stabes der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz, untersagte die Weitergabe an die Armeen, vgl. Nachlaß Schulenburg, Nr. 1. Vgl. auch Rupprecht, Bd. 3, S. 364 f.; Einem, S. 454, und Thaer, S. 243 (25. 10. 1918).

Kampfkraft im Heere aufrecht erhalten werden. Bricht unsere Front zusammen, dann sind Wilsons Forderungen ganz von selbst erfüllt. Das muß unter allen Umständen verhindert werden.

Pr. Kaufhold (Ostpreußische Zeitung): Ist das Telegramm des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg an die Armee-Oberkommandos usw. dem sogenannten Kriegskabinett bekannt?

K.Pr.A. II: Ich weiß nicht, ob es dem Kriegskabinett schon bekannt gegeben worden ist. Es ist noch gestern Abend kurz vor Abfahrt des Gr.H.Qu. hinausgegeben worden. Das Gr.H.Qu. trifft erst heute Mittag um zwei Uhr ein. Wenn also der Inhalt nicht schon telegrafisch an das Kriegskabinett gegeben ist, wird er diesem wohl heute Mittag in einer Sitzung bekannt gegeben werden.[13])

Heute Morgen war ein Wolff-Telegramm gegeben worden, das amtlich die Anwesenheit des Feldmarschalls und des ersten General-Quartiermeisters anzeigte. Auf Wunsch des Kriegskabinetts ist dieser Wolff-Ruf zurückgezogen worden[14]), da es aus politischen Gründen nicht opportun schien, die Anwesenheit der Obersten Heeresleitung hier in Berlin im Auslande bekannt werden zu lassen.

[...][15])

[13]) In der Sitzung des Reichstages am 25. 10. 1918 hatte der Abgeordnete Cohn (USPD) auf Grund von Mitteilungen aus der Pressebesprechung Andeutungen über den Armeebefehl Hindenburgs gemacht (Sten. Berichte, Bd. 314, S. 6266 f.). Vgl. auch das Schreiben des Reichskanzlers an den Kaiser vom 25. 10. 1918, Quellen I/2, Nr. 94, S. 325 f. Die Indiskretion führte zu einer ausgedehnten Diskussion während der Pressebesprechung vom 28. 10. 1918, wobei sich die Mehrzahl der Pressevertreter gegen einen Mißbrauch der vertraulichen Mitteilungen (III) durch die Behörden zu politischen Zwecken wandten.

[14]) Vgl. Quellen I/2, Nr. 90, S. 344 (Anregung des Unterstaatssekretärs Wahnschaffe).

[15]) Oberstleutnant Würz verlas im Anschluß hieran den Heeresbericht.

495.

Aufzeichnung des Chefs des Stabes der Seekriegsleitung, Kapitän z. S. v. Levetzow, über die Reise der Obersten Heeresleitung und der Seekriegsleitung nach Berlin und die dort geführten Besprechungen am 25. 10. 1918.[1])

Kriegstagebuch der Seekriegsleitung, Anlagenband, MGFA MA/Adm, Nr. 4055, Abschrift.[2])

[. . .][3])

Am 25. X. mittags waren der Admiral und der Chef des Stabes vom Feldmarschall im Zuge[4]) zu Tisch gebeten und hatten hierbei Gelegenheit, ihre Ansichten über die politische Lage auszutauschen. Einmütig war man der Ansicht, daß Wilsons neue Note, soweit sie die Waffenstillstandsbedingungen betrifft, unbedingter Kapitulation von Armee und Marine gleich käme.[5]) In dieser Erkenntnis, die unzweifelhaft S. M. den Kaiser und die Regierung vor entscheidenste Entschlüsse stellen mußte, halten es die obersten militärischen Stellen für ihre Pflicht, dem Kaiser und Kanzler unmittelbar zur Hand zu sein. Sie können es sich nicht anders vorstellen, als daß die Regierung auf die unmäßigen knapp verhüllten Forderungen Wilsons eine Abweisung wird erfolgen lassen, die der Ehre der Nation und ihrer Wehrmacht zur Genüge Rechnung trägt. Es wird verabredet, gemeinsam bei Kaiser und Kanzler alle etwa erforderlichen Schritte zu unternehmen.

Gegen 3 Uhr nachmittags erfolgte die Ankunft in Berlin. Zum Empfang und zur Unterrichtung der in Berlin herrschenden Auffassung war von Seiten der Armee der Chef des Militärkabinetts auf dem Bahnhof erschienen[6]), der den Feldmarschall und General Ludendorff[7]) sofort zu einer Besprechung zu S. M. dem Kaiser führte.[8]) Der Chef des Admiralstabes war von S. M. nicht befohlen worden,

[1]) Die Aufzeichnung ist ein Auszug aus der Anlage XIV des Kriegstagebuchs der Seekriegsleitung, in der die Ereignisse vom 24.—27. 10. 1918 unter der Überschrift „Reise des Chefs des Admiralstabes nach Berlin vom 24.—27. Oktober 1918" zusammenfassend dargestellt sind. Die Aufzeichnung ist am 29. 10. 1918 im Gr. Hauptquartier abgefaßt worden. — In abgewandelter Form ist der Bericht Levetzows über die Unterredung mit Vizekanzler v. Payer veröffentlicht bei A. Niemann, Revolution von oben — Umsturz von unten, Berlin 1928, S. 419 f. Vgl. auch die Darstellung bei Ludendorff, Kriegserinnerungen, S. 613 f., und F. Payer, Von Bethmann Hollweg bis Ebert. Erinnerungen und Bilder, Frankfurt/M. 1923, S. 141 ff., sowie Quellen I/2, Nr. 95, S. 361 f., und Nr. 96, S. 366, S. 368 f.

[2]) Die Abschrift ist durch zwei längere handschriftliche Zusätze Levetzows ergänzt worden. In dieser Form ist die Vorlage von Levetzow abgezeichnet, nicht aber von Scheer, der offenbar nur die ursprüngliche Fassung genehmigt und unterschrieben hatte. Die Vorlage trägt die Vermerke: „Nur durch Offizier geschrieben. Ganz Geheim! Von Hand zu Hand."

[3]) Die Aufzeichnung setzt ein mit dem Bekanntwerden der dritten Wilson-Note im Gr. Hauptquartier am 24. 10. 1918 mittags und berichtet über den Beschluß einer gemeinsamen Reise der führenden Repräsentanten der Obersten Heeres- und der Seekriegsleitung nach Berlin.

[4]) Die vorangehenden zwei Worte sind in der Vorlage handschriftlich ergänzt.

[5]) Vgl. Nr. 494.

[6]) Es handelt sich nicht um den Chef des Militärkabinetts, sondern um Oberst v. Haeften, vgl. Quellen I/2, Nr. 95, S. 361.

[7]) In der Vorlage wird Ludendorff gelegentlich das Adelsprädikat zuerkannt.

[8]) Vgl. Quellen I/2, Nr. 95, Anm. 6.

auch war weder ein Offizier des Marinekabinetts noch der Staatssekretär des R.M.A. auf dem Bahnhof zu seiner Unterrichtung zugegen. Es ist dies insofern zu bedauern, als die verabredete Gemeinschaftlichkeit in dem Vorgehen der Armee und Marine hierdurch bereits in Frage gestellt wurde. Admiral Scheer ließ sich unmittelbar nach Ankunft im Admiralstabe durch Vermittlung des Chefs des Stabes vom Staatssekretär des R.M.A. unterrichten. Das Ergebnis war kurz gefaßt das, daß die Regierung und die Mehrheitspresse krampfhaft versuchten, aus Wilsons Antwort nur das Günstige herauszulesen, daß dagegen der Gedanke an Widerstand gegen die Kapitulationsansprüche nur in sehr begrenzten rechtsstehenden Kreisen Fuß gefaßt hatte.

Um 6 Uhr abends fand im Generalstabe eine Besprechung statt, an der folgende Herren teilnahmen: Der Feldmarschall (erst zum Schluß), General Ludendorff, Oberst v. Haeften und v. Winterfeldt, Admiral Scheer und Kapitän z. S. v. Levetzow.

General Ludendorff berichtete über seinen Besuch mit dem Feldmarschall bei S. M. dem Kaiser. Der Gesamteindruck war der, daß der Kaiser sich dem Standpunkte der Regierung völlig angeschlossen zu haben schien.

Nach eingehender Besprechung und Beratung, auf welchem Wege der militärische Standpunkt geltend gemacht werden könne, wird beschlossen, einer Anregung des Obersten v. Haeften nachgehend, am Abend zu versuchen, den Vizekanzler v. Payer dafür zu gewinnen. Der Reichskanzler selbst lag an Grippe erkrankt im Bett.

Um 9 Uhr abends fand in der Wohnung des Vizekanzlers die Besprechung statt, an der außer diesem selbst nur der Feldmarschall, General Ludendorff, der Kriegsminister, Admiral Scheer und Kapitän zur See v. Levetzow teilnahmen.

Das Ergebnis war vom Standpunkt der Armee und Marine aus durchaus negativ. Trotz der eindringlichsten Ausführungen des Generals Ludendorff, denen der Feldmarschall und der Admiral zustimmte[n], war es nicht möglich den Herrn v. Payer zu überzeugen, daß unsere nationale und soldatische Ehre es von uns fordern, die maßlosen Bedingungen Wilsons zurückzuweisen. Der Feldmarschall und General Ludendorff erklärten, daß die Westfront den Winter hindurch halte.[9]) Vergebens. Herr v. Payer wollte den Angaben Ludendorffs keinen Glauben schenken. Er wollte sich von anderen Generalen aus der Front ein Bild geben lassen. Vor allem aber hatte er jeden Glauben an die Widerstandskraft des Volkes und Heeres verloren. Als[10]) im Laufe der Unterhaltung das Wort Soldatenehre von General Ludendorff fiel, erwiderte der Vizekanzler: „Ich kenne keine Soldatenehre, ich bin einfacher schlichter Bürger und Zivilist. Ich sehe nur das hungernde Volk." Immer und immer wieder mahnte der General den Vizekanzler, alles daran zu setzen, die nationale Stimmung im Lande emporzureißen, er fand kein Gehör. Da fiel vom General das treffende Wort: „Dann, Exzellenz, werfe ich

[9]) Die sechs vorangehenden Worte sind in der Vorlage unterstrichen.

[10]) Die folgenden Sätze bis zu Payers Antwort: „Das weiß *ich* nun besser." sind in der Vorlage von Levetzow handschriftlich ergänzt. Sie stehen anstelle der beiden Sätze: „Die gesamte Besprechung war ein Kampf einer auf idealen Weltanschauungen beruhenden Größe gegen die Vernunft des Durchschnitts. Und diese siegte ob."

Ihnen und Ihren Collegen die ganze Schmach des Vaterlandes ins Gesicht. Und vor einem warne ich Sie: Wenn Sie es jetzt so gehen lassen, dann werden Sie in wenigen Wochen den Bolschewismus im Heere und im Lande haben, dann denken Sie an mich."

Darauf der Vizekanzler: „Nun, nun, Exzellenz, diese Befürchtung habe ich nicht, die Beurteilung dieser Verhältnisse müssen Sie schon mir überlassen. Das weiß *ich* nun besser."

Fruchtlos wurden die Verhandlungen abgebrochen, da der Vizekanzler zu keinerlei Zugeständnis zu gewinnen war. Selbst auf die Frage, ob bei Eingang der spezifizierten Bedingungen, sofern sie einer Kapitulation gleichkämen, das Volk zum letzten Kampf aufgerufen werden würde, antwortete Herr v. Payer nur, man müsse erst sehen, wie die Lage dann sei.

Um 12 Uhr nachts trennte man sich.

Es[11]) hat keinen Zweck weiter zu reden, Excellenz — so schloß General Ludendorff — wir beide, Sie und ich, leben in verschiedenen Welten, wir werden uns nie verstehen, nie zusammenkommen. Ich breche das Gespräch daher ab.[12])

Es ist ein Jammer, daß das deutsche Volk diesen Abend nicht miterleben konnte, an dem sich sein Schicksal entschied. Auf der einen Seite ein großer genialer gewaltiger Mann, der Vertreter deutscher Ehre, auf der anderen Seite ein kleiner jämmerlicher Parteigänger ohne Sinn und Verstand für nationale Würde und Ehre. Alles nur wägend vom kleinbürgerlichen Standpunkt aus. — Und diese Unterlegenheit des kleinen Mannes kam auch rein äußerlich zum Ausdruck: immer mehr sank sein Körper in sich zusammen. Zuletzt saß er zusammengekauert da mit haßerfüllten kleinen Augen und gekrampften Händen, wie unter der Wucht der Schläge des Generals.

[...][13])

[11]) Hier folgt die zweite handschriftliche Ergänzung Levetzows, die den Schluß der Eintragung über die Ereignisse am 25. 10. 1918 bildet.

[12]) Übereinstimmend mit Haeften (Quellen I/2, Nr. 95, S. 362) berichtet Heye in seinen Lebenserinnerungen (Nachlaß Heye, Nr. 4), daß Ludendorff beim Verlassen der Wohnung Payers gesagt habe: „Deutschland ist verloren."

[13]) In der Aufzeichnung folgt nun die Darstellung der Ereignisse am 26. 10. 1918, in dessen Verlauf Admiral Scheer noch eine Unterredung mit dem Kaiser hatte. Am Abend erfolgte die Rückreise nach Spa. Während der Reise, in Köln, genehmigte Scheer den Operationsbefehl des Kommandos der Hochseestreitkräfte für den Flottenvorstoß, vgl. hierzu Deist, S. 341 ff.

496.

Aufzeichnung des Obersten v. Haeften über die Entlassung des Generals Ludendorff.

Nachlaß Haeften, Nr. 21, handschriftlich.[1])

22. 10. 18.

10 Uhr Vorm. Kabinettsitzung.[2]) Reichskanzler erörtert Frage, was zu tun sei, wenn Wilson Abdankung des Kaisers in seiner Antwort auf unsere dritte Note fordere. Scheidemann erklärt, bestimmte Informationen zu haben (aus Haag und Bern), daß Wilson die Forderung *nicht* stellen würde.[3])

24. 10. 18.

Eingang Wilsonnote. 10.30 Uhr Vorm. Noske liest sie Payer, Solf und mir im Reichstag vor. Äußerung Noske über Notwendigkeit Abdankung Kaisers. Ich sofort zum Reichskanzler, ihn beschworen, Abdankung abzulehnen, Entschluß Kampf fortzuführen, Prinz Max ist einverstanden.[4])

11.15 Uhr Vorm. Gespräch mit Ludendorff orientiert über Auffassung in Berlin — auch er der Ansicht nur ein Ausweg: Fortsetzung des Kampfes. Ludendorff erwägt Reise nach Berlin.

Abends. Excellenz teilt mir telefonisch Reise nach Berlin mit. Ich rate ab, da hier die Lage noch ungeklärt, Prinz Max schwanke. Vorschlag, Reise zu verschieben, bis Reichsleitung Herkommen erbitte. Excellenz lehnt ab; er habe das Recht, S. M. jederzeit über die militärische Lage vorzutragen. Dies Grund der Reise.[5])

25. 10. 18.

Ich trage Excellenz Ludendorff und Scheer, später auch Feldmarschall über Lage vor;[6]) jetzt[7]) müßte Klarheit geschaffen werden, ob Wille zum Kampf bei

---

[1]) Die mit Bleistift in flüchtiger Schrift geschriebene Aufzeichnung trägt den Vermerk „Wichtige Aufzeichnung", allerdings ohne Datierung. Die Personennamen sind in der Mehrzahl der Fälle nur mit dem Anfangsbuchstaben gekennzeichnet, zahlreiche Wörter sind abgekürzt. — Die Vorlage stellt offensichtlich die Vorform der in den Quellen I/2, Nr. 95, S. 360 ff., abgedruckten ausgearbeiteten Aufzeichnung dar.

[2]) Nach Quellen I/2 fand am 22. 10. 1918 keine Sitzung des Gesamt- oder des Kriegskabinetts statt.

[3]) Eine derartige Äußerung Scheidemanns zu diesem Zeitpunkt läßt sich nicht nachweisen. In der Sitzung des Gesamtkabinetts vom 7. 10. 1918 (Quellen I/2, Nr. 29, S. 98) hat Scheidemann sich in diesem Sinne ausgesprochen.

[4]) Vgl. Quellen I/2, Nr. 86, S. 325 f.

[5]) Gegenüber der in den Quellen I/2, Nr. 86, S. 326 f., gegebenen Version erscheint in der Vorlage Ludendorff als der aktivere Teil — nicht Haeften veranlaßte die Reise der OHL nach Berlin, sondern Ludendorff unternimmt sie gegen den Rat Haeftens. — Dieser Unterschied der Fassung ist ein weiteres Zeichen für die in wichtigen Fragen oft schwankende Haltung Haeftens, sowohl der Reichsleitung als auch Ludendorff gegenüber, die in den ausgearbeiteten Erinnerungen nicht mehr deutlich wird. Vgl. auch Ritter, Bd. 4, S. 442, 445 ff.

[6]) Vgl. Nr. 495.

[7]) Der folgende Passus ist in der Vorlage korrigiert aus: „jetzt nur *ein* Entschluß möglich, entweder Klarheit schaffen, ob Wille zum Kampf in der Heimat oder nicht."

der Reichsleitung und in der Heimat oder nicht; wenn letzteres, nur *ein* Entschluß möglich — Ausscheiden von Hindenburg und Ludendorff.[8]) Hierzu von mir Aussprache zwischen Reichsleitung und Heeresleitung angeregt und veranlaßt.[9]) Stattfand, 25. [10. 1918] abends 9.00 Uhr in Wohnung Vizekanzler. Zugegen: Vizekanzler, Scheüch, Hindenburg und Ludendorff — Winterfeld[t] und ich im Vorzimmer. Beim Verlassen des Hauses Ludendorff sehr niedergeschlagen, äußerte: ich habe keine Hoffnung mehr, man will nicht mehr kämpfen, Deutschland verloren![10])

26. 10. 18.

Gespräch zwischen 9.00 und 10.00 Uhr früh zwischen Prittwitz[11]) und mir über Lage, wobei Prittwitz offenbar im Glauben, daß ich orientiert sei, von Verabschiedung Ludendorffs als feststehender Tatsache sprach. S. M. käme 10.00 Uhr Bellevue und werde es ihm dort eröffnen, ich sofort Generalstab-Gebäude zu Ludendorff, um ihn zu orientieren. Ludendorff aufs Höchste überrascht, ahnt hiervon nichts, da S. M. beim Vortrag tags zuvor sehr gnädig.[12]) Ich orientiere Ludendorff über Anlaß (Armeebefehl über Wilsonnote).[13]) Ludendorff sagte mir, er sei, enttäuscht über Ergebnis der gestrigen Abend-Unterredung, entschlossen gewesen, um seinen Abschied zu bitten, zeigte mir das schon geschriebene Abschiedsgesuch. Hindenburg habe jedoch gebeten, es zurückzuziehen.[14]) Während des Gespräches kam Adjudant mit Meldung, S. M. ließe[15]) bitten, mit Feldmarschall sofort nach Bellevue zu kommen. Ludendorff hierüber sehr betroffen, aber würdig und gefaßt.[16]) Als ich ihm half, das E. K. I[17]) an den Rock zu stecken, äußerte er bitter, das habe ich vielleicht noch verdient. Ludendorff begab sich zu Hindenburg, den er auf Korridor traf und kurz über meine Mitteilungen verständigte. Hindenburg entschlossen, mit Ludendorff zusammen zu gehen. Empfang durch S. M. in Bellevue sehr ungnädig, S. M. scharfe Vorwürfe gegen Tätigkeit Generalstab, Ludendorff dagegen Verwahrung, Vorwürfe träfen ihn, falls nicht mehr Vertrauen, [und][18]) ein Hindernis für Frieden, bereit zu

[8]) Vgl. Quellen I/2, Nr. 95, S. 360 f.

[9]) Aus dem Schriftbild läßt sich entnehmen, daß der folgende Teil der Aufzeichnung zu einem späteren Zeitpunkt niedergeschrieben wurde.

[10]) Vgl. Nr. 495.

[11]) Legationssekretär und Adjutant des Reichskanzlers. Die Unterhaltung fand im Reichskanzlerpalais statt.

[12]) In der Vorlage sind die vorangehenden acht Worte unterstrichen.

[13]) Vgl. Nr. 494. Prittwitz hatte Haeften demnach nicht über das Schreiben des Reichskanzlers an den Kaiser vom 25. 10. 1018 (vgl. Quellen I/2, Nr. 94, S. 359 f.) informiert, wie Haeften in seinen Erinnerungen angibt (Quellen I/2, Nr. 95, S. 362).

[14]) Nach den Erinnerungen des ehemaligen Zivilkabinettchefs v. Berg war er am 26. 10. 1918 vor dem Vortrag bei Hindenburg und hat dessen Wunsch gegenüber Ludendorff unterstützt (Nachlaß Berg, Nr. 2).

[15]) Das in der Vorlage folgende „sofort" ist durchgestrichen.

[16]) Vgl. dagegen die dramatische Schilderung in den „Erinnerungen" (Quellen I/2, Nr. 95, S. 363).

[17]) In der Vorlage stand ursprünglich „Ordensschnalle".

[18]) In der Vorlage ist das Wort nicht mit Sicherheit zu entziffern.

gehen. S. M. erst abgelehnt, jedoch Vorwürfe wiederholt, so daß Ludendorff zum 2. Mal Entlassung erbat, die dann kurz genehmigt.[19]) Darauf Hindenburg gleichfalls um Entlassung gebeten, die energisch abgelehnt, worauf Hindenburg einging. Als S. M. Zimmer verlassen, erregte Aussprache zwischen Hindenburg und Ludendorff. Ludendorff Vorwurf gegen Hindenburg, ihn im Stich gelassen zu haben, als Hindenburg Ludendorff beim Besteigen Autos zum Mitfahren auffordert, dies schroff abgelehnt. Hindenburg und Ludendorff fahren getrennt Generalstab zurück. Hier Hindenburg Ludendorff nochmals aufgesucht, um zu versöhnen. Nach Darstellung von Ludendorff mir gegenüber ohne Erfolg, wie Hindenburg später den Generalstabsoffizieren berichtete mit dem Erfolg, daß Ludendorff Hindenburg um Entschuldigung gebeten. Vorstehende Darstellung auf Grund Mitteilungen Ludendorffs zu mir. Ludendorff rief mich nach Rückkehr zum Generalstab zu sich[20]), wobei er tief bewegt seine Entlassung mitteilte. Ludendorff fuhr abends nicht mit Zug des Gr. Hauptquartiers, sondern im vorhergehenden D-Zug allein nach Spaa zurück. Bei Verabschiedung auf Bahnhof ich allein anwesend außer dem ihn begleitenden Major v. Stülpnagel. Hierbei äußerte Ludendorff bitter: In 14 Tagen wird auch S. M. abdanken müssen[21]), was auch eintraf. Nachdem Ludendorff uns im Generalstab seine Entlassung mitgeteilt hatte, erstattete ich hiervon dem noch bettlägrigen Prinzen Max Meldung.[22]) An seinem Bette saßen Kabinettschef Delbrück, Vizekanzler Payer, Staatssekretär Solf[23]) und Unterstaatssekretär Wahnschaffe. Als ich Meldung erstattet hatte, reichte mir Prinz Max tiefbewegt die Hand, als Ausdruck seiner Anteilnahme an meinem Schmerz über den Weggang Ludendorffs, was leidenschaftlichen Ausbruch von mir zur Folge hatte, indem ich die Worte gebrauchte: der Feldmarschall durfte Ludendorff nicht im Stiche lassen. Er mußte mit ihm gehen. Jetzt ist er in der Geschichte gerichtet.[24]) Diese heftig geäußerten Worte

---

[19]) Der Vertreter der Seekriegsleitung bei der OHL, Korvettenkapitän v. Weizsäcker, gibt in einem Schreiben vom 28. 10. 1918 an Kapitän z. S. v. Levetzow eine „glaubwürdige Darstellung des Hergangs", um „neben der Darstellung des Generals Ludendorff auch noch andere Stimmen zu Wort kommen zu lassen". In dem Schreiben (Nachlaß Levetzow, Box 4) heißt es: „General Ludendorff provozierte hierbei, um sich die Initiative zu wahren, in schroffer Form die Gelegenheit, selbst Seine Majestät um den Abschied zu bitten." Vgl. auch E. v. Weizsäcker, Erinnerungen, München 1950, S. 43 und 45 f., sowie A. Niemann, Kaiser und Revolution. Die entscheidenden Ereignisse im Großen Hauptquartier, Berlin 1922, S. 112 ff.

[20]) In der Vorlage ist dieser Passus korrigiert. Die ursprüngliche Fassung, die nicht mit voller Sicherheit zu entziffern ist, lautete: „Ludendorff berief nach Rückkehr zum Generalstab die anwesenden Abteilungschefs." Tatsächlich war außer Haeften und Bauer auch Heye anwesend (Nachlaß Heye, Nr. 4).

[21]) Nach Heye hatte Ludendorff diesen Ausspruch schon gegenüber den Abteilungschefs getan (vgl. Anm. 20).

[22]) Vgl. die charakteristisch veränderte Version in: Quellen I/2, Nr. 95, S. 364 f.

[23]) Auch in seinen „Erinnerungen" verwendet Haeften wie in dieser Aufzeichnung die falsche Schreibweise „Solff".

[24]) Dieser Auffassung war z. B. Generalmajor Hoffmann nicht, vgl. Hoffmann, Bd. 1, S. 216 f. (Brief vom 27. 10. 1918). Die Entlassung Ludendorffs wurde im Offizierkorps ohne größere und nachwirkende Erregung hingenommen, vgl. Thaer, S. 246 ff.; F. Ernst, Aus den Papieren des Generals Walther Reinhardt, Stuttgart 1958, S. 5; vgl. auch WUA, Bd. 3, S. 353.

riefen eine sehr erregte Szene hervor. Die Herren sprangen von ihren Stühlen auf, indem sie mir auf das Heftigste widersprachen, alle Anwesenden äußerten einstimmig ihre volle Befriedigung über Lösung der Krisis. Ich habe sehr erregt widersprochen, was ich gesagt habe, weiß ich nicht mehr. Ich weiß nur, daß ich nach einer sehr erregten Auseinandersetzung mit Solf, Payer und Delbrück sehr aufgeregt das Zimmer verließ. Noch am selben Tage erfuhr ich, daß das Ganze abgekartetes Spiel gewesen war.[25])

In Sitzung des Reichstages am Nachmittag des 25ten waren sehr heftige Angriffe gegen Ludendorff wegen oben erwähnten Armeebefehls gerichtet[26]), gegen [die][27]) Regierung ihn nicht in Schutz nahm.[28]) Anscheinend von Solf ist Vorschlag ausgegangen, diesen Armeebefehl als Anlaß zur Beseitigung Ludendorffs auszunutzen. Während Payer mit Hindenburg und Ludendorff in seiner Wohnung verhandelte, fand am Krankenbette des Prinzen Max eine Besprechung statt, bei der vereinbart wurde, daß Delbrück noch in der Nacht nach Potsdam fahren solle, um S. M. zur Entlassung von Ludendorff zu bewegen.[29]) Das eigentliche Motiv von Prinz Max und Solf für Entlassung Ludendorffs war die Hoffnung, durch Ausschiffung Ludendorffs S. M. zu retten und die Forderung der Abdankung des Kaisers durch Wilson zu verhindern. Die Hoffnung, durch Luden-

Generaloberst v. Einem schrieb am 27. 10. 1918 an seine Frau: „Die 1. Nachricht heute war die z. D. Stellung Ludendorffs! Wer hätte das vor 3 Monaten gedacht! Ihn trifft wahrlich die Schuld, seine Selbstherrlichkeit, die keinen Widerspruch duldete und keinem Rat zugänglich war, stand im umgekehrten Verhältnis zu seinen strategischen Fähigkeiten." Und Generalmajor v. Seeckt schrieb unter demselben Datum (Nachlaß Seeckt, Nr. 61): „Das heutige Ereignis ist der Abschied Ludendorffs. Ich erwartete ihn nach der letzten Wilsonnote. Dieses Opfer muß die Armee und das Land nach der ganzen Lage bringen und er selbst hat es ganz gewiß freudigen Herzens gebracht, wenn es dem Ganzen nützen kann. Daß Hindenburg, der politisch weniger kompromittiert blieb, ist ganz echt und altmodisch; leicht ist es ihm sicher nicht geworden." Der bayer. Militärbevollmächtigte äußerte dagegen in seinem Bericht vom 27. 10. 1918 (BHStA IV München MKr, 1828): „Die Entlassung Ludendorffs allein hat nur dann einen Sinn, wenn man Hindenburg als Panier für den Endkampf beibehalten will."

[25]) Vgl. hierzu die Aufzeichnung Haeftens über „Intrigen gegen General Ludendorff" (Nachlaß Haeften, Nr. 5), in der er näher auf die in Berlin Anfang Oktober umlaufenden Gerüchte über den schlechten Gesundheitszustand Ludendorffs eingeht. Er führt diese Gerüchte nicht nur auf Solf (vgl. Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 3, S. 480) und Graf Roedern, sondern auch auf Oberst Bauer zurück, der ihm gegenüber am 8. 10. 1918 offen die Notwendigkeit einer Abberufung Ludendorffs betont habe (vgl. auch Nr. 475, Anm. 8). In der Aufzeichnung schildert er auch eingehend die Kontroverse um die Berufung anderer Heerführer zur Beratung des Kabinetts, vgl. hierzu u. a. Quellen I/2, Nr. 26, S. 88 f., und Nr. 39, S. 127. — Oberst Bauer betrachtete seine Mission nach der Entlassung Ludendorffs offenbar als beendet, er meldete sich krank, vgl. Bauer, S. 197 und S. 254 f. Vgl. hierzu auch die Briefe Stresemanns an Erzberger vom 31. 10. und 5. 11. 1918, in denen er sich für Bauer verwendete und das Kabinett auf die Gefahr einer Flucht Bauers „in die Öffentlichkeit" hinweist (Nachlaß Stresemann, Bd. 180).

[26]) Vgl. Nr. 494, Anm. 13.

[27]) In der Vorlage „die".

[28]) In der Vorlage ist die ursprüngliche Fassung „worauf Regierung nicht antwortete" durchgestrichen.

[29]) Vgl. hierzu Quellen I/2, Nr. 94, S. 359 f.

dorffs Entlassung einen innen-[30]) und außenpolitische[31]) Erleichterung der Lage herbeizuführen, sollte sich nicht erfüllen.

[30]) In der Pressebesprechung vom 27. 10. 1918 gab der Vertreter des Auswärtigen Amts folgende Direktive aus: „Bei der Verabschiedung des Generalquartiermeisters hat die politische Reichsleitung entscheidend mitgewirkt. Die Verabschiedung steht im ursächlichen Zusammenhang mit der Verfassungsänderung. Die Presse hat heute morgen schon teilweise in diesem Sinne geschrieben, ich glaube, es ist am besten, wenn wir daran festhalten. Das entspricht auch der Wahrheit."

[31]) Vgl. hierzu Amtliche Urkunden, Nr. 86d, S. 223.

497.

Auszug aus einem Brief des Generalleutnants Wild v. Hohenborn an seine Frau über die militärische Lage und ein Gespräch mit dem Kronprinzen über die Abdankungsfrage.

30. 10. 1918. — Nachlaß Hohenborn, Nr. 5, handschriftlich.

[...][1])

Deine Briefe sind beredte Zeugnisse Deines vaterländischen Kummers. Das Elend ist auch *zu* groß; aber wir müssen nun den Tatsachen ins Auge sehen. Wir werden einen Herrscher haben wie den König von England und uns auch sonst an manches gewöhnen müssen.[2]) Eine Gegenrevolution wird die Armee *nicht* machen! Später kann man manchen jetzt in der Übereile gemachten

[1]) Die persönlich gehaltenen Mitteilungen am Anfang und am Schluß des Briefes werden nicht abgedruckt.

[2]) Es liegen nur wenige Äußerungen von Offizieren zu den vom Reichstag am 26. 10. 1918 verabschiedeten Verfassungsänderungen vor, die die bewaffnete Macht der politischen Verantwortlichkeit des Reichskanzlers unterstellten. Vgl. Einem, S. 454 ff.; Thaer, S. 244 ff. Insbesondere Generaloberst v. Einem hat seiner Empörung in scharfen Worten Luft gemacht, jedoch erkennt man, daß die Konsequenzen der Verfassungsänderungen nicht im Mittelpunkt des Interesses standen. Die Gedanken wurden beherrscht durch die militärische Entwicklung an der Front, den Verlauf der Verhandlungen mit Wilson und schließlich die Kaiserfrage, die aber in ihrer Bedeutung für das Offizierkorps auch nicht überbewertet werden darf (vgl. Nr. 507). Die Verfassungsänderungen hatten für das Offizierkorps auch positive Aspekte. Die Unterstellung der Kabinette unter das preuß. Kriegsministerium bzw. das Reichsmarineamt durch Allerhöchste Kabinettsordre vom 28. 10. 1918 (Armee-Verordnungsblatt, 52. Jg. 1918, S. 619; Marine-Verordnungsblatt, 49. Jg. 1918, S. 335) wurde z. B. von Generaloberst v. Einem begrüßt. In einem Brief vom 29. 10. 1918 schrieb er (Nachlaß Einem, Briefe): „Der Kaiser ist ganz in der Versenkung verschwunden, wenn man ihn als Dekoration zeigen will, holt man ihn hervor und zeigt ihn dem erfreuten Publikum! Es ist einfach schauderhaft! Ich weine keine Träne, denn manches war in der heutigen Zeit unhaltbar geworden, und daß das Militär-Cabinett vorsichtiger arbeitet ist ein Segen. Es hat viel Unfug getrieben, war nicht zu fassen, denn der ‚Allerhöchste' stand hinter ihm, wenn er auch in der Sache ganz ohne Kenntnis war. Das ist dem Reichstag nicht unbekannt geblieben, und das Militär-Cabinett war nie beliebt. Sehr viele werden sich über die Unterstellung unter K. M. freuen. Schauderhaft ist die Unterstellung der bewaffneten Macht unter den Reichskanzler, das ist so unpreußisch als möglich." Zu den die bewaffnete Macht betreffenden Verfassungsänderungen vgl. Quellen I/2, insbesondere Nr. 88, 91 und 103, S. 329 ff.

Schaden bessern. Das Schlimmste ist jetzt die zu erwartende Waffenstillstandsnote. Auf Gnade und Ungnade ausliefern werden wir uns ja hoffentlich nicht. Aber Ihr müßt militärisch die Sache nicht zu einfach ansehen. Mit dem „Mit der Faust auf den Tisch schlagen" ist nichts geholfen.[3]) Sage nicht, daß ich schwach sei, wenn ich das schreibe. Die Aufgabe ging nach dem Abfall Bulgariens und bei Österreichs Zusammenbruch eben über unsere Kraft, um so mehr als die beiden Volksherosse im Frühjahr und Sommer den Bogen überspannt hatten.[4]) Die Westfront können wir — allmählich zurückweichend und uns verkürzend — noch *lange* halten; aber der Feind steht an der Donau (!), und Rumänien, Polen, Rußland sind ganz unsichere und sehr drohende Faktoren.[5]) Ohne Österreich können wir aber einen Zweifrontenkrieg nicht führen. Dazu kommt, daß das Friedensgewinsel und alle heimatliche Schlappheit doch allmählich unser Heer verseuchen muß.[6]) *Siegen* können wir ohne ein Wunder nicht mehr; aber ehrenvoll weiter fechten *müssen* wir, *wenn* unannehmbare Bedingungen gestellt werden. Die Entente wird auch nicht gern weitere Opfer bringen, sie muß auf Volksstimmungen Rücksicht nehmen, der Ubootkrieg schwächt sie weiter, und dazu wird die langsam weiter laufende Feuerwalze noch viele blühende französische Städte (Sédan, Charleville) in Trümmer werfen und ganz Belgien niedertreten. Das sind sehr beachtliche Dinge, und wir *können* sehr wohl fest auftreten aus diesen *praktischen* Gründen, und wir *müssen* es aus Gründen der *Ehre*, sofern dieser Begriff in Berlin noch bekannt sein sollte. — Ich zwinge mich dazu, dies ruhig zu schreiben, um Dir auch mal die Kehrseite der Medaille zu schreiben. Meine Parole ist: in inneren Dingen jetzt Maul halten, militärisch nichts tun, was gegen die nationale Ehre ist, und im Übrigen auf meinem kleinen Fleck möglichst so gut weiterkämpfen wie bisher. — Was ich beim Namen Gröner empfinde, weißt Du. Er ist insofern gut ausgesucht, als er Nichtpreuße und Demokrat ist[7]), also in unsere hohen Kreise paßt. Im Übrigen ist es ja stets sein Amt gewesen Trümmer zurückzulassen: als Eisenbahnchef, im Kriegsernährungsamt, im Kriegsamt; überall ging er, als die Reklame versagte und die Sache abwärts ging. In der Ukraine hat er auch nichts geschafft, und so wird er auch im neuen Amt sehr geeignet sein, den zu erwartenden ungünstigen Abschluß zu leiten. — Gestern abend befahl mich der Kronprinz zur Abendtafel — eine,

[3]) Vgl. Nr. 500.

[4]) Vgl. Nr. 496, Anm. 24.

[5]) Vgl. Nr. 492, Anm. 7.

[6]) Am 27. 10. 1918 hatte Wild v. Hohenborn unter dem Eindruck der dritten Note des Präsidenten Wilson an seine Frau geschrieben (Nachlaß Hohenborn, Nr. 5): „Wir nehmen eine Ohrfeige nach der anderen hin und winseln weiter. Die Zeiten, wo man sang ‚Das Volk steht auf, der Sturm bricht los' und wo man danach handelte, scheinen nicht wiederzukehren. Was helfen alle Taten des Heeres? Umsonst! Die Heimat versagt, siegen können wir nicht ja mehr. Es scheint, als ob wir auch nicht mehr mit *Ehren* unterliegen können." Bernhardi, S. 925, sprach von einer „nichtswürdigen Nation".

[7]) Generaloberst v. Einem schrieb am 28. 10. 1918 (Nachlaß Einem, Briefe): „Nachfolger von Ludendorff ist der viel genannte, mit einem Tropfen socialistischen Oels gesalbte General Groener. Württemberger, aus ganz kleinen Zahlmeisterverhältnissen hervorgegangener Mann. Sehr klug, aber die Ballonmütze im Koffer." Vgl. auch das in ähnlicher Richtung gehende Urteil Thaers, S. 248.

wie Du Dir denken kannst, traurige Zusammenkunft. 1½ Stunden haben wir allein gesessen; in dieser Zeit kamen gerade zwei Telefonnachrichten über notwendige Abdankung des Kaisers! Er verkehrt zuviel mit unverantwortlichen Leuten[8]); mit Menschen, die jetzt im politischen Leben stehen, fehlt jede Beziehung. Seine Umgebung ist treu und hilft so gut sie kann; aber auch hier fehlt ein politischer Kopf. So ist er völlig hilflos und war in bejammernswerter Stimmung. Er spielte mit dem Gedanken, daß wenn der Kaiser abdanken sollte, er (der Kronprinz) für sich wenigstens die preußische, wenn vielleicht auch nicht die Kaiserkrone retten könne.[9]) Er wollte mit solchen Ideen auch nach Berlin fahren, und zwar während der *Ab*wesenheit des Kaisers. Da habe ich gründlich abgeraten. Fühlung mit seinem Vater, mit Delbrück und dem Prinzen Max soll er nehmen, soll sich nicht von unverantwortlichen Ratgebern unruhige Nächte machen lassen, soll einsehen, daß der Kaiser möglichst[10]) bleiben muß, daß der Kaiser der Schild ist, hinter dem allein er später den Thron besteigen kann, daß er sicher mit fällt, wenn der Kaiser fällt, und daß dann höchstens sein Sohn unter August Wilhelms Regentschaft folgt. Ich habe ihm keinen Zweifel gelassen, daß doch alles jetzt Wilson zu Liebe geschieht, und daß er bei der Entente als Kriegshetzer gilt, daß er aber auch im Volk durch „Mancherlei" nicht allzu große Verehrung besitzt, höchstens bei den Soldaten wirklich beliebt ist. Er sah das auch Alles ein; aber seine Art diese ernsten Dinge zu behandeln war leider nicht würdig. Er tut mir ja in der Seele weh; aber reif ist er selbst heute noch nicht.[11]) Der Mangel an Fühlung mit dem Kaiser ist geradezu erschreckend; höchstens durch seine Frau oder durch nach Berlin entsandte Adjutanten erfährt er, was los ist. Dazwischen aber drängt sich unverantwortliches Getier. Jetzt rächt sich die Entfremdung von Vater und Sohn bitter. Ich muß dabei immer an das ideale Verhältnis zwischen dem Exkönig der Bulgaren und dem jetzigen[12]) denken. Von den inneren Verhältnissen sprach er wenig; das dynastische Interesse überwiegt.

[. . .][1])

[8]) Vgl. Bauer, S. 256 ff., hierzu Eisenhart Rothe, S. 113 f.

[9]) Vgl. Nr. 481, Anm. 5 und 12.

[10]) Admiral Ritter v. Hipper schrieb am 26. 10. 1918 in sein Tagebuch (Nachlaß Hipper, Nr. 9): „Ich habe wenig Hoffnung auf Erhaltung der Monarchie. Auf den Kaiser ist z. Zt. gar nicht mehr zu rechnen." Vgl. auch Groener, S. 416 f., und E. v. Weizsäcker, Erinnerungen, München 1950, S. 47.

[11]) Vgl. hierzu P. Herre, Kronprinz Wilhelm. Seine Rolle in der deutschen Politik, München 1954, S. 152 ff., sowie K. W. Jonas, Der Kronprinz Wilhelm, Frankfurt/M. 1962, S. 150 ff.

[12]) Am 3. 10. 1918 hatte König Ferdinand von Bulgarien zugunsten seines Sohnes Boris abgedankt.

498.

Aufruf des Admirals Ritter v. Hipper an die Mannschaften der Hochseeflotte nach Ausbruch der Meuterei.[1])

30. 10. 1918, Wilhelmshaven. — MGFA MA/KdH, Nr. 891, D. 595, vervielfältigtes, eigenhändig vollzogenes Exemplar.[2])

In einen Teil der Besatzungen sind Gedanken hineingetragen, daß die Bemühungen zum Frieden den Kampf an der Westfront zum Stehen gebracht haben, und daß nun auch die Marine nicht mehr zu kämpfen brauche.

Es tauchen auch Gerüchte auf, daß die Marine-Offiziere den Kampf mit der feindlichen Übermacht suchen, damit die Flotte zusammengeschossen und nicht beim Waffenstillstand ausgeliefert wird.

Das sind Irreführungen, das sind unwahre Gerüchte.

Niemand will einen nutzlosen Kampf, nur um unsere Schiffe vom Feinde versenken zu lassen. Wir wollen alle den Frieden. Noch ist es aber nicht so weit.

Lesen Sie die Zeitungen, lesen Sie die Heeresberichte, unsere und die unserer Gegner! Immer neue feindliche Massen greifen mit gewaltigem Kriegsmaterial unsere Landfront an. Die Feinde zeigen noch keinen Friedenswillen, noch wollen sie unsere Front durchbrechen, bei uns einbrechen, unsere Heimat verwüsten. Täglich und stündlich wehrt unser Heer in harter Verteidigung und kraftvollen Gegenstößen den Gegner ab.

Auch vor unserer heimatlichen Nordsee sammelt sich der Feind zum Einbruch auf unsere Küsten. Immer häufiger tönt der Ruf gerade aus der englischen Marine herüber: Keinen Frieden, ehe unsere Übermacht die deutsche Flotte nicht niedergeschlagen und ihr den Ruhm vom Skagerrak wieder entrissen hat.

Wir wollen die deutsche Flotte nicht frivol diesem Vernichtungswillen des Feindes ausliefern. Wir müssen aber bereit sein, mit unserem Geist, unseren Schiffen und unseren Waffen von unserer deutschen Nordsee, von unserer deutschen Küste abzuwehren, genau wie es dieses unser Heer an der Westfront tut, durch zähe Verteidigung und durch kräftigen Gegenstoß, wo sich uns eine Möglichkeit zeigt, den Gegner zu schädigen. Wir müssen weiter helfen, unseren U-Booten, unseren Minensuchern, Torpedobooten und allen den kleinen Fahrzeugen, die in jedem Wetter Schwerstes auf sich nehmen. Wir müssen ihnen weiter Schutz und Rückhalt sein.

Wir wollen Frieden. Darin sind wir alle einig: Regierung und Volk, Offiziere und Besatzungen. Wer aber jetzt nachläßt, fördert nicht den Frieden, er fördert nur die Begierde unserer Feinde, nach unserem Gut und Blut, nach unserer völligen Vernichtung. Wer jetzt nachläßt, wer sich jetzt dazu hergibt, die Waffen zu schwächen, stempelt

[1]) Zu den Ursachen und dem äußeren Anlaß der Meuterei der Flottenmannschaften vgl. Deist, S. 341 ff., insbesondere S. 361 ff., für den äußeren Verlauf die in dem angegebenen Aufsatz in Anm. 1 und 2 zitierte Literatur. Zur Illustrierung der im Untersuchungsausschuß vorgetragene Versionen sei verwiesen auf die Ausführungen des Abgeordneten Dittmann (WUA, Bd. 9/I, S. 107 ff.), des Sachverständigen Vizeadmirals a. D. v. Trotha (WUA, Bd. 9/I, S. 184 ff.), des Abgeordneten Kontreadmiral a. D. Brüninghaus (WUA, Bd. 9/I, S. 331 ff.), des Sachverständigen Marinesekretär a. D. Alboldt (WUA, Bd. 10/I, S. 157 ff., S. 195 ff.) und Hans Delbrücks (WUA, Bd. 6, S. 75 ff.).

[2]) Der Aufruf wurde von Vizeadmiral a. D. v. Trotha vor dem Untersuchungsausschuß verlesen (vgl. WUA/IV, Bd. 9/II, S. 150 f.), wieder abgedruckt in: Ursachen und Folgen, Bd. 2, S. 502 f. — Die Vorlage trägt im Kopf den handschriftlichen Vermerk: „An die Kommandanten zur Bekanntgabe an die Mannschaft gegeben. 30. X."

sich zum Feigling vor sich und vor seiner Heimat. Denken Sie nach, stärken Sie sich selbst gegen sinnlose und irreführende Gerüchte: Sie kommen von unseren Feinden. Suchen Sie Halt bei Vorgesetzten, zu denen Sie Vertrauen haben![3])

Wir stehen alle gleich vor dem Feinde, keiner mehr gedeckt als der andere. So haben wir gestanden während der vergangenen vier Kriegsjahre. So standen alle, die gesiegt haben und gefallen sind, die vom Kreuzergeschwader, die von der Flotte, bei Coronel, bei den Falklandsinseln und vor dem Skagerrak, so kämpfte manch' U-Boot sich wacker durch.

Nun helfe auch von uns einer dem anderen, nicht schwach, nicht zum Feigling zu werden vor seinen Kameraden und vor seiner Heimat. Habe auch jeder den Mut, unsinnigen und böswilligen Verhetzungen und Gerüchten entgegenzutreten![4])

[3]) In den Erinnerungen des damaligen Kapitäns z. S. Michaelis, der sich als Direktor des Allgemeinen Marinedepartements am 2. 11. 1918 in Wilhelmshaven aufhielt (dies geht aus der Niederschrift eines Telefongesprächs der Seekriegsleitung mit Fregattenkapitän Raeder vom Reichsmarineamt am 3. 11. 1918 hervor, vgl. Nachlaß Levetzow, Box 21, Seekriegführung, Bd. 4) heißt es (Nachlaß Michaelis, Nr. 5): „Das Flottenkommando hielt die Vorgänge zunächst geheim, machte eine Besprechung [vermutlich am 2. 11. 1918 vormittags], zu der auch ich eingeladen wurde, berichtete aber in dieser die Geschehnisse unvollständig [vgl. A. Niemann, Revolution von oben — Umsturz von unten. Entwicklung und Verlauf der Staatsumwälzung in Deutschland 1914—1918. Mit einem Dokumenten-Anhang, Berlin 1928, S. 392 f.], sodaß man vom Umfang der Meuterei kein Bild bekam. Man mußte annehmen, es hätten sich nur einzelne Leute Disziplinwidrigkeiten zu Schulden kommen lassen. Der einzige, der energische Maßnahmen vorschlug, [Korvetten-]Kapitän Hintzmann, wurde überstimmt, und schließlich alles weitere dem Admiral Hipper überlassen, der seit August die Flotte führte. Ich sprach am Nachmittag einige Freunde. Die erzählten, das Flottenkommando habe keine Ahnung, wie es auf den Schiffen aussähe. Gehorsamsverweigerung, Achtungsverletzungen, namentlich gegen die jüngeren Offiziere, seien seit längerer Zeit an der Tagesordnung. Die Kommandanten vertuschten sie, um nicht in den Ruf schlechter Disziplin zu kommen. Ich ging nochmal zu Trotha. Der verstand mich aber nicht, meinte die Sache würde sich bei taktvoller Behandlung [vgl. Vorlage] wieder beruhigen. Ich fuhr nach Berlin zurück mit dem Gefühl, daß es mit der Flotte schlimm stände." Vgl. hierzu auch den ersten Bericht des Kommandos der Hochseestreitkräfte an die Seekriegsleitung vom 31. 10. 1918 über die Ereignisse am 29. und 30. 10. 1918 (MGFA MA/KdH, Nr. 890, D. 577), sowie allgemein Nr. 501.

[4]) Der Aufruf blieb ohne jede erkennbare Wirkung. Das Flottenkommando ließ den 30. 10. 1918 ohne jede zupackende Maßnahme gegen die Meuterer vergehen, mußte dagegen ergangene Befehle widerrufen. Erst am folgenden Tag entschloß sie sich zu einem Vorgehen gegen die meuternden Mannschaften des Linienschiffes „Thüringen", vgl. Zeisler, S. 196. — Korvettenkapitän v. Selchow berichtet in seinem Tagebuch unter dem 24. 10. 1918 über einen abgebrochenen Schriftwechsel mit Kontreadmiral v. Trotha (Nachlaß Selchow, Logbuch Nr. 38): „Ich hatte ihm vor einiger Zeit geschrieben, daß die Revolution unvermeidlich sei. Wie ich in diesen Tagen erfuhr, hat er meinen Brief im Stabe vorgelesen und dann gesagt, da die Nachrichten von den Frontteilen ganz anders lauteten, wäre auf meinen Brief nichts zu veranlassen. Ich sollte meinen, es wäre sehr viel darauf zu veranlassen. Gegen Meuterei in einem Regiment, wenn über die Hälfte des Regiments auf Seiten der Meuterer steht, ist nur sehr schwer etwas zu machen. Meuterei auf einem Schiff aber kann ich, wenn ich die Augen aufmache, verhindern. Ich brauche mir nur eine mir treu ergebene Truppe zusammenzustellen, die Offiziere, gute Deck- und Unteroffiziere und Kapitulanten und absolut sichere Leute aus der Mannschaft, brauche nur alle Waffen- und Munitionskammern unter sicherem Verschluß zu halten und die Elitemannschaft, bewaffnet, auf die wichtigsten Posten zu verteilen — und auf einem Linienschiff mit 1200 Mann stehen mir dafür immer 200 Mann mindestens zur Verfügung, wahrscheinlich auch heute noch sehr viel mehr, was allerdings voraussetzt, daß ich meine Leute kenne. — Und dann möchte ich mal sehen, wie auf meinem Schiff eine Meuterei ausbrechen kann, was allerdings wieder voraussetzt, daß ich den Mut habe, den ersten Meuterer sofort an der Raa aufzuhängen." Vgl. auch Nr. 377, Anm. 3.

Wir wollen kein *nutzloses Opfer* vor dem ersehnten Frieden, wir wollen aber in starker Einigkeit uns mit scharfen Waffen vor die Tore der Heimat stellen, bis der Friede *wirklich da* ist. Darauf vertraut die Heimat, das sind wir der Heimat schuldig, dafür müssen wir alles hergeben bis zuletzt.

v. Hipper.

499.

Protokoll einer Besprechung beim Reichskanzler über die Frage der Abdankung des Kaisers.[1])

31. 10. 1918, — GLA Karlsruhe Abt. 46, Nr. 7493, maschinenschriftlich.

Anwesend: Der Reichskanzler Prinz Max v. Baden, der Vizekanzler v. Payer, der preußische Kriegsminister Scheüch, der preußische Minister des Innern Drews, der Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums Friedberg, der Staatssekretär des Auswärtigen Amts Solf, der Unterstaatssekretär i. d. Reichskanzlei Wahnschaffe, der Wirkl. Geh. Legationsrat Simons.

Reichskanzler: Die Frage der Abdankung Sr. Maj. bewegt jetzt jedes deutsche Herz.[2]) Präsident Wilson fordert sie nicht, er hat aber schwer zu kämpfen mit den Kriegshetzern im eigenen Lande und besonders in England, noch mehr in Frankreich. Diese wollen den Krieg in deutsches Land tragen. Wilson will an seinem Kriegsziele festhalten und auch Waffenstillstandsbedingungen gewähren die nicht zu schwer sind. Dafür genügt ihm die Änderung der deutschen Verfassung; die Personenfrage ist für ihn an sich 2. Ranges. Aber die Sicherheit muß ihm gegeben werden, daß die Änderungen dauernd sind.

Ein Ausdruck dieses Kampfes zwischen Wilson und den Chauvinisten ist, daß wir die Waffenstillstandsbedingungen noch nicht kennen. Jedenfalls würde die Lage Wilsons durch die Thronentsagung des Kaisers und den Thronverzicht des Kronprinzen erleichtert; aber ich stelle das dahin. Sowieso werden wir sehr schwere Bedingungen bekommen. Wir sind in der Lage, uns gegen sie aufzubäumen. Die Frage ist aber: würde das deutsche Volk, das zum großen Teile Se. Majestät dafür verantwortlich machen würde, daß die Bedingungen so schwer sind (das ist die Folge der Propaganda des Auslandes und der Fassung der Wilson-Note), diesen Auftrieb mitmachen und weiterkämpfen, weil die Bedingungen zu schwer sind oder würde es sagen: Wir wollen nicht kämpfen, weil der Kaiser schuld ist? Würde da nicht die Forderung entstehen, daß Se.

[1]) Es handelt sich hierbei um die in Quellen I/2, Nr. 111, Anm. 2, erwähnte „geheime Sitzung im Arbeitszimmer des Reichskanzlers" (so die Überschrift). Das Protokoll ist vom Protokollanten nicht unterschrieben, es fehlt auch eine Angabe zu welcher Tageszeit die Besprechung stattgefunden hat.

[2]) Zu den Erörterungen über die Abdankungsfrage im Kabinett nach dem Bekanntwerden der Note des Präsidenten Wilson vom 23. 10. 1918 vgl. Quellen I/2, Nr. 85, S. 324 f.; Nr. 89a, S. 338 f.; Nr. 90, S. 345 ff.; Nr. 93, S. 355 ff.; Nr. 99, S. 392 ff.; Nr. 100, S. 410 f.; Nr. 102, S. 416 f.; Nr. 106, S. 426 f. und Nr. 111, S. 437 ff.; sowie Quellen I/3, Bd. 2, Nr. 508, S. 506 f. Vgl. auch Nr. 487 und 493.

Majestät abdanken solle, um uns die Bedingungen zu erleichtern und um uns den Rechtsfrieden zu sichern?

Das ist die große Frage, die vor uns steht.

Hätte der Kaiser vor 14 Tagen abgedankt, so könnten wir jetzt kämpfen. Die Abdankung kann nur unter dem Gesichtspunkte betrachtet werden, daß sie freiwillig geschieht. Damit wäre nach meiner Überzeugung die Dynastie gesichert. Weicht Seine Majestät einem Druck, so kann man nicht wissen, ob nicht die Bewegung über seinen Entschluß hinausgeht.

Gegen die Abdankung bestehen schwerwiegende Gründe. Millionen von Deutschen werden die Abdankung nicht verstehen, sogar innerhalb der Gewerkschaften sind die Meinungen sehr geteilt. Einzelne Führer haben gesagt, die Abdankung würde in den Gewerkschaften wie eine Sprengbombe wirken. Unsere Entschlüsse dürfen nicht vom Herzen eingegeben, sondern nur vom Verstande diktiert sein. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, was das für mich bedeutet, daß ich diese Frage überhaupt berühren muß.[3])

Friedberg: Ich bin zu der Überzeugung gekommen, daß es besser ist zu warten. Es wird außerordentlich schwer sein, Se. Majestät zur Abdankung zu bewegen. Es ist auch sehr zu bezweifeln, ob wir dann wirklich bessere Bedingungen erhalten würden. Es ist möglich, daß, wenn die ungünstigen Bedingungen bekannt werden, sich ein starker Unwille des Volkes gegen Se. Majestät wenden wird; aber ich glaube nicht, daß das Deutsche Volk seinen Kaiser wegschicken wird. Man sollte deshalb den Dingen ihren Lauf lassen und nicht eingreifen.

Drews: Es ist nicht zu verkennen, daß die Bewegung für die Abdankung Se. Majestät in weiten Kreisen des Volkes tagtäglich zunimmt; nicht nur in Arbeiterkreisen, sondern auch in Kreisen des Bürgertums. Man hält Kaiser und Kronprinz für Friedenshindernisse. Die alte Sozialdemokratie wird zweifellos jetzt die Forderung aufstellen, der Kaiser müsse abdanken. Nach dem, was Scheidemann gesagt hat, müssen wir annehmen, daß die Partei, vielleicht getrieben von der Furcht vor der Konkurrenz, diese Forderung offiziell stellen wird.

Kommen schlechte Bedingungen und rufen wir das Volk gegen sie zum Kampf auf, so werden die Unabhängigen das mit allen Mitteln zu hintertreiben suchen. Sie sind fest entschlossen, diesen Kampf durch Ausstände und Aufstände zu verhindern. Die Stimmung in den Massen ist sehr schwankend, ihr Übergang in das unabhängige Lager kann durch ein einziges kräftiges Schlagwort herbeigeführt werden.

Aber die alte Sozialdemokratie wird den Aufruf zum Weiterkämpfen auch nicht mitmachen; das geht aus den Äußerungen ihrer Führer hervor. Dann kämen wir in eine sehr schwere Lage. Scheidemann und Bauer würden aus der Regierung ausscheiden. Dabei würde wieder die Person des Kaisers in den Mittelpunkt gestellt werden. Ein solcher Entschluß würde ihnen die Anhänger wieder zuführen.

Was man von den Gesprächen auf den öffentlichen Plätzen und in den Verkehrsanstalten hört, zeigt, daß die Überzeugung immer weitere Kreise ergreift: die

[3]) Nicht zuletzt veranlaßt durch den Brief des Staatssekretärs Scheidemann vom 29. 10. 1918, vgl. Quellen I/2, Nr. 111, Anm. 4.

Person des Kaisers sei das Friedenshindernis. Unter diesen Umständen werden wir in den Städten und in den Industriezentren mit dem Aufruf nicht durchkommen, wohl aber auf dem Lande; aber der Hauptsitz für das, was wir aus den Massen herauskriegen wollen, sind die Städte und die werden nach meiner Überzeugung versagen. Ich glaube deshalb nicht, daß der Aufruf Erfolg haben wird.

Die Frage der Abdankung ist vielleicht die schwerste Frage, die man einem preußischen Beamten stellen kann. Aber als verantwortlicher Minister muß ich mein Gutachten dahin abgeben, daß mit der Person des Kaisers an der Spitze ein Aufruf zur letzten Verteidigung nicht möglich ist.

Scheüch: Ich will das Gemüt zurücktreten lassen und rein sachlich bleiben. Es ist dahingestellt worden, ob wir bessere Bedingungen erhalten, wenn Se. Majestät und der Kronprinz abdanken. Es liegt daher kein Anlaß vor, jetzt Schritte nach dieser Richtung zu unternehmen. Sie würden sehr schwere Folgen haben, besonders in der Armee.[4]) Der Minister des Innern sagt: Es ist kein Aufruf an das Volk zu machen, solange Seine Majestät an der Regierung ist; die Arbeiter in den Städten werden nicht mitmachen. Das gebe ich zu, besonders auch nach den Nachrichten aus dem Bezirke des VII. Armeekorps, und zwar gilt das in erster Linie für die Unabhängigen, aber auch für die alte Sozialdemokratie. Darüber sollten wir doch in den nächsten Tagen vor einem Aufruf mit den Parteiführern sprechen, namentlich mit Scheidemann.

Aber könnte auch der Aufruf im Volk nur Wirkung haben nach Beseitigung des Hindernisses, so frage ich dagegen: wie wirkt die Abdankung auf das Heer? Die Generale, die alten Offiziere denken nicht allein an das Vaterland, an die materielle Wohlfahrt des Volkes, sondern auch an das, was sie beschworen haben, nämlich die Treue gegen ihren Kaiser.[5]) Nehme ich ihnen das weg, so nehme ich ihnen, was sie befähigt, weiter standzuhalten.[6]) Ich würde daher in einem solchen Vorgehen eine schwere Gefahr erblicken und muß dringend abraten, jetzt nach dieser Richtung Schritte zu tun.

Reichskanzler: Fest steht, daß Wilsons Stellung und seine Politik für den Waffenstillstand und für den Frieden dadurch sehr gestärkt wird; alle Nachrichten stimmen dahin überein. Die Wirkung auf die Armee würde natürlich sehr schwer sein, wenn der Rücktritt unter einem Druck erfolgt. Ich denke daher nur an einen freiwilligen Rücktritt. Nur ein solches freiwilliges Abtreten des

[4]) Vgl. hierzu Nr. 500 und 507.

[5]) Es ist überaus charakteristisch, daß Scheüch, der vorher von der „Armee", von dem „Heer" gesprochen hatte, die Frage der eidlichen Gebundenheit der bewaffneten Macht reduzierte auf den kleinen Kreis der Generale und älteren Offiziere. Wohl mehr unbewußt wie bewußt trug er damit der Tatsache Rechnung, daß diese Gebundenheit für die Masse des Heeres und der Marine und für einen kaum abzugrenzenden Teil des Offizierkorps nicht mehr bestand bzw. sich zu lösen begann. Vgl. hierzu Nr. 500, Anm. 4, und Nr. 507, Anm. 4.

[6]) Dieser Gedanke mag auch neben anderen Motiven Hindenburg bewogen haben, die überraschende Reise des Kaisers am 29. 10. 1918 ins Gr. Hauptquartier nach Spa zu veranlassen. Vgl. hierzu Quellen I/2, Nr. 108, Anm. 4. Der ehemalige Kabinettschef v. Berg, der sich auch für diese Reise eingesetzt hatte, schreibt in seinen Erinnerungen (Nachlaß Berg, Nr. 2) wesentlich nüchterner, daß der Kaiser bei der Armee vielleicht am besten „vor sich selbst geschützt" sei.

Kaisers vom Kommando kommt auch den Generalen gegenüber inbetracht. Daß sie dann nicht mehr standhalten würden, ist nur eine Annahme.

Scheüch: Auch die Stärkung Wilsons gegenüber England und Frankreich ist nur eine Annahme. Das neutrale Ausland hat natürlich ein großes Interesse an dem baldigen Friedensschluß; sie wollen wieder Luft bekommen. Die idealen Werte, die wir noch zu verteidigen haben, können sie nicht mit abschätzen. Es ist immer der Gedanke: das führt zum Frieden, also muß es gemacht werden; anders, wenn wir uns auf den deutschen Standpunkt stellen. Da müssen wir prüfen: was ist von all den Annahmen Wirklichkeit?

Wegen der weiteren Ausbreitung des Rücktrittsgedankens im Volk frage ich noch: Weshalb haben wir keine Gegenwirkung in der Presse?[7]) Man läßt das Volk glauben, daß die Regierung derselben Ansicht wäre wie die Presse, die die öffentliche Meinung macht. Wir lassen uns von ihr treiben und führen sie nicht. Das ist nicht das einzige Gebiet, wo das geschieht, sondern es gibt viele andere. Wir regieren nicht, sondern werden regiert. Wir fragen jeden Abend: Werden die Parteien das gutheißen, was wir tun oder nicht? Das Demagogische bekommt sofort die Oberhand, wenn nicht mit einer Gegenwirkung eingesetzt wird.

Drews: Ich gebe zu: Die Wirkung auf das Ausland ist zweifelhaft. Ich gebe zu: Die Abdankung wird nicht gut auf das Heer wirken, obwohl man da viel durch die Art der Abdankung an Schaden verhüten kann. Aber ich richte meine Augen auf das Inland. Wenn die Arbeiterschaft die Person des Kaisers als Friedenshindernis ansieht, so halte ich die weitere Verteidigung nicht für möglich. Wir können die Verteidigung nicht mit dem Heere allein führen; geht das Volk nicht mit, so treiben wir Zuständen entgegen wie in Rußland und Österreich. Auch da hat das Heer glänzend standgehalten, aber hinter der Front brach der Staat zusammen. Diese Wirkung wird auch bei uns eintreten, wenn nicht hinter der Front das ganze Volk zusammengehalten wird.

Die Presse ist doch nun einmal das Spiegelbild der öffentlichen Meinung. Das Landvolk ist nicht so abhängig von der Presse, wohl aber der Arbeiter und

[7]) Obwohl die Zensurverfügung vom 24. 10. 1918 (vgl. Nr. 493) im Hinblick auf die Abdankungsfrage durch Anordnung des Obermilitärbefehlshabers vom 28. 10. 1918 (vgl. MGFA MA/RMA, Nr. 2356, XVII. 1. 5. 11, Bd. 5) nochmals bekräftigt wurde, war schon zu diesem Zeitpunkt klar geworden, daß sich die Vorschrift nicht aufrecht erhalten ließ. In den Pressebesprechungen vom 25., 28. und 29. 10. 1918 (BHStA IV München MKr, 14027) wurde gegen sie Sturm gelaufen und manche Pressevertreter erklärten offen, daß sie sich über kurz oder lang über die Bestimmung hinwegsetzen würden. Es entsprach den veränderten Verhältnissen, daß in keiner der genannten Besprechungen das Kriegspresseamt zu der Frage Stellung nahm; die Vertreter des Auswärtigen Amts waren in dieser Hinsicht die alleinigen Interpreten der Ziele und Absichten der Regierung. — Auf Grund der Aussprache im Kriegskabinett am 1. 11. 1918 (vgl. Quellen I/2, Nr. 113, S. 452 ff.) konnte der Vertreter des Auswärtigen Amts in der Pressebesprechung desselben Tages erklären: „In der Angelegenheit der Zensurverfügung über die Besprechung, Erörterung, Forderung der Abdankung des Kaisers und des Hauses Hohenzollern [...] ist heute eine Kriegskabinettsitzung gewesen. [...] Da ist beschlossen worden, daß diese Erörterung von jetzt an freigegeben werden soll. Ich bin aber beauftragt, dem hinzuzufügen, daß dies nur im Rahmen der jetzt allgemein zur Grundlage unseres öffentlichen Lebens vorgesehenen Verfügungen geschehen darf." Ein Eingriff werde nur stattfinden, „wenn das Interesse der Kriegführung, des Friedensschlusses und der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit" es erforderlich mache.

Bürger. Dagegen hilft auch keine Zensur, auch keine Beeinflussung der Presse. Im Gegenteil! Und das Gerede von Mund zu Mund ist noch viel schlimmer.[8])

Solf: Es sind 2 Bewegungen, die sich auf die Abdankung beziehen: Einmal aus den Kreisen der Arbeiterschaft, der Bürgerschaft, ja der Hochfinanz, die schon seit 14 Tagen herumgeht und die Abdankung fordert. Diese Bewegung ist nicht meines Amtes. Die zweite ist die Bewegung im Ausland. In dieser Richtung möchte ich die Ausführungen des Reichskanzlers noch etwas ergänzen. (Der Staatssekretär wiederholt den Inhalt der Noten [Wilsons] vom 14. und 23. Oktober 1918). Es hat bisher nicht klar festgestellt werden können, ob Wilson tatsächlich die Abdankung Sr. Majestät verlangt oder nur die Ohnmacht. Die neutralen Staaten nehmen an, daß er die Abdankung erwarte, nicht aus der Interpretation der Note, sondern aus anderen politischen Erwägungen.

Man nimmt mit Bestimmtheit an, ja man weiß, daß Wilson auf seinem Programm bestehen bleibt. Aber er scheint jetzt allein zu stehen. Die Engländer haben eine Art Revisionsprogramm (?) und die Franzosen, nicht Foch, sondern Clemenceau, wollen sehr schwere Bedingungen. In seinem eigenen Lande hat Wilson mit der Militärpartei zu kämpfen, die jetzt im Siegestaumel ist und von den Generalen an der Front beherrscht wird. Er hat mit den Chauvinisten aller Parteien und mit seinen politischen Gegnern zu kämpfen.

Ich halte Wilson nicht für einen Bluthund und nicht für eine Reinkultur des Bolschewismus. Ich glaube, daß er bei seinem hohen Programm bleibt, aber er ist nicht nur Idealist, sondern auch Politiker und als solcher abhängig von der Masse. Es ist nun die Wahl[9]) des 5. November wichtig. Die Republikaner und Roosevelt verlangen die Vernichtung des Deutschen Reiches und die Beseitigung des Kaisers. Die Verfassungsänderungen versteht das Volk nicht; nur ein Symbol verstehen sie. Deshalb wünscht auch der Präsident die Abdankung nicht gegen uns, sondern zu unseren Gunsten. Denn stark zu sein in seinem Volk, stark unter seinen Alliierten, ist für ihn die Vorbedingung für die Möglichkeit, bei den Friedensverhandlungen als Schiedsrichter aufzutreten.

Ich will nicht Versteck spielen mit meiner Überzeugung; nach ihr schließe ich mich der Auffassung des Ministers des Innern an.

Friedberg: Die Ausführungen Solfs haben mich nicht überzeugt. Es ist richtig, daß Wilson durch die Abdankung eine etwas bessere Stellung bekommt, aber ich bin der Meinung, daß die europäischen Alliierten genug Nüchternheit haben,

[8]) Zur Reise des preuß. Ministers des Innern nach Spa und deren völlig negativem Ergebnis vgl. Quellen I/2, Nr. 115, S. 460 ff. — Unterstaatssekretär Wahnschaffe, der mit Drews nach dessen Rückkehr am 2. 11. 1918 gesprochen hatte (vgl. A. Niemann, Revolution von oben — Umsturz von unten. Entwicklung und Verlauf der Staatsumwälzung in Deutschland 1914—1918. Mit einem Dokumenten-Anhang, Berlin 1928, S. 424) telegraphierte am selben Tage noch an den Legationsrat Frhr. v. Grünau (Nachlaß Schwertfeger, Nr. 119): „Im Auftrage des Kanzlers ist heute nach Rückkehr des Ministers Drews in der großen Frage mit aller Energie auf sozialdemokratische und freisinnige Parteiführer sowie die wichtigsten Redakteure eingewirkt worden. Die starken Hinweise auf katastrophale Wirkungen in der Armee scheinen wenigstens vorläufig die Bewegung verzögert zu haben."

[9]) D. h. die Kongreßwahlen. Solfs Ausführungen lag eine entsprechende Aufzeichnung des Amerikareferates des Auswärtigen Amts zugrunde, vgl. Ritter, Bd. 4, S. 458, Anm. 22.

um zu sagen: Das nehmen wir als Demütigung Deutschlands gern in Kauf, aber die Bedingungen werden deshalb nicht besser. Wilson ist garnicht der mächtige Mann, der seine Bedingungen durchsetzen könnte. Wir haben uns auf diese Bedingungen gestützt, weil wir etwas anbieten mußten und diese 14 Punkte für uns noch erträglich waren. Daß wir aber nach unserer katastrophalen Niederlage das Schlimmste befürchten müssen, liegt auf der Hand.

500.

Auszüge aus dem Bericht des bayerischen Militärbevollmächtigten an den bayerischen Kriegsminister. Beurteilung der militärischen und politischen Lage durch Generalleutnant Groener.

1. 11. 1918, Gr. Hauptquartier, Nr. 33 g. J., Streng vertraulich. — BHStA IV München MKr, 1828, handschriftl. Ausfertigung.

Heute früh hatten die 3 deutschen Militär-Bevollmächtigten[1]) Gelegenheit, von *Exc. Gröner* über seine Auffassung der Lage[2]) unterrichtet zu werden. Ich muß vorausschicken, daß die klare und ruhige Aussprache nur den günstigsten Eindruck von der Persönlichkeit des neuen 1. General-Quartiermeisters erwecken konnte.

Die Schwierigkeit unserer Lage, führte Generalleutnant Gröner aus, ist herbeigeführt durch die Überanspannung unserer Kräfte, vor der wie Andere auch ich seit 2 Jahren warne. Wie ein Unglück nie allein kommt, tritt auch jetzt eine Häufung von ungünstigen Umständen ein. Als solche bezeichne ich neben dem Abfall der Bundesgenossen der unsere Einkreisung durch die Entente vollendet hat, den Umstand, daß die OHL als sie sich endlich zu der Einsicht durchgerungen hatte, daß der Krieg beendet werden müsse, den Kopf verlor und daß bei der gleichzeitig auf den Plan tretenden neuen Regierung alle Regie fehlte.

Für die Liquidierung des Krieges sind dadurch recht ungünstige Vorbedingungen entstanden. Daß wir den Krieg dermaßen eingekreist nicht lange fortführen können, ist klar. Es handelt sich nur darum für seine Beendigung erträgliche Grundlagen zu schaffen. Hiezu ist nötig die Front zu stärken und die Heimat zu innerer Geschlossenheit zu bringen.

Die Kampflage an der Front hat sich dank dem Umstande, daß die feindlichen Angriffe nicht einheitlich und gleichzeitig einsetzten, in den letzten Wochen nicht so ungünstig gestaltet, wie zu befürchten war. Wenn es gelingt, die Front noch einige Wochen zu halten, sind die militärischen Voraussetzungen zur Erreichung erträglicher Bedingungen nicht unwesentlich gebessert.[3])

[1]) Vgl. den Bericht des sächs. Militärbevollmächtigten vom 1. 11. 1918 in: Archivalische Forschungen 4/IV, Nr. 769, S. 1720 ff.

[2]) Vgl. hierzu Groener, S. 441 f., sowie: Weltkrieg, Bd. 14, S. 694.

[3]) Die vorangehenden drei Worte sind in der Vorlage von Oberstleutnant Kreß v. Kressenstein mit Bleistift unterstrichen und am Rand mit dem Vermerk versehen: „Die Begründung dieser Behauptung wäre die Hauptsache, sie fehlt!"

Um die Front halten zu können, muß vor Allem der Geist der Truppen gestärkt werden, nicht so sehr die Zahl. Hiezu aber müssen die Angriffe auf den Kaiser aufhören. Die Masse der Offiziere und ein nicht geringer Teil der Mannschaften sind gut monarchisch gesinnt, sie haben dem Kaiser den Treu-Eid geschworen und sind nicht in der Lage, mit dem ihnen zunächst unbekannten Phantom einer parlamentarischen Regierung über den Zwiespalt ihres Gewissens hinwegzukommen. Dadurch wird ihre Hingabe und Opferfreudigkeit gelähmt, aus der sie die Kraft zum Widerstande schöpfen müssen.[4])

Man mag also über die Person des Kaisers und die Wirkung seiner Regierung

---

[4]) Wie sehr sich Groener über die Stimmung der Masse des Westheeres täuschte, geht aus einem bei Thimme, S. 278 ff., abgedruckten Bericht des Hauptmanns Loose an die OHL vom 5. 11. 1918 hervor, in dem er seine Eindrücke während einer Reise vom 31. 10. bis 3. 11. 1918 im Bereich der Heeresgruppen Gallwitz und Herzog Albrecht zusammenfaßte. In dem Bericht heißt es u. a.: „Stimmung. Die Kommandierenden Generale und die Chefs der Gruppen Maas-West und Argonnen, sowie der Chef der Armee-Abteilung C haben erklärt, daß sie für die Stimmung ihrer Truppen kaum mehr einstehen können. Die Stimmung ist hier sehr schlecht. Die Truppen sind nicht mehr kampfwillig. Maas-West und Argonnen schieben die Stimmungskatastrophe auf physischen Zusammenbruch. In Metz hat jedoch ein nicht überanstrengtes Regiment bereits gemeutert. Bilder des Kaisers, Hindenburgs und Ludendorffs dürfen in Kinos nicht mehr gezeigt werden. Man pfeift. [. . .] Vielfach ist der Umschwung der Stimmung also doch wohl auf moralischen Zusammenbruch zurückzuführen. Im Bereich der Heeresgruppe Albrecht ist die Stimmung im allgemeinen unsicher, einzeln schlecht. Jedenfalls auch hier fast überall rapider Stimmungsrückgang. Friede um jeden Preis wird von den Mannschaften gewünscht. Die Stimmung ist im großen und ganzen bei beiden Heeresgruppen nach zahlreichen Äußerungen derart, daß die Mannschaften nicht mehr weiterkämpfen werden, wenn wir nicht sofort Frieden bekommen. Wir werden dann die Revolution in wenigen Wochen haben. [. . .] Das Vertrauen zur Obersten Heeresleitung ist stark erschüttert. [. . .] In den politischen Wechsel haben sich die meisten Offiziere hineingefunden. Teilweise aus dem Empfinden heraus, daß dies die Not des Vaterlandes verlangt. Teilweise aber auch meines Erachtens, weil die demokratische Regierung nach dem Empfinden mancher Offiziere mit ‚alten Zöpfen' aufgeräumt hat. Man sieht in der demokratischen Regierungsform kein Unglück. Ausgesprochene Furcht besteht aber, daß die jetzige Regierung hinweggefegt wird, wenn nicht von ihr die Zügel straffer als bisher geführt werden. Die Truppe verlangt nach Männern in der Regierung.
Unter den höheren Führern und auch vereinzelt bei älteren Generalstabsoffizieren befinden sich jedoch auch Offiziere, die sich der Zeitlage verschließen. Sie verhalten sich entweder passiv oder sie arbeiten im regierungsfremden Sinne. Ich glaube, daß hierdurch nicht genützt wird. Viele Offiziere fangen an, die dem Heere durch den Bolschewismus drohende Gefahr zu erkennen. Die Gefahr muß ihnen aber noch viel klarer gemacht werden. [. . .]
Obige Feststellungen enthalten die Punkte, die besonders scharf und fast überall einstimmig zur Sprache gebracht werden. Soweit sie scharf gefaßt sind, entspricht die Schärfe dem Nachdruck und dem Ernst, mit dem die betreffenden Punkte im Verlaufe der Diskussion zur Sprache kamen." Vgl. hierzu W. Sauer, Das Bündnis Ebert-Groener. Eine Studie über Notwendigkeit und Grenzen der militärischen Macht, Phil. Diss., Berlin 1956, S. 27 f. Über die Verhältnisse bei den einzelnen Armeen, Armeekorps und Divisionen geben die in: WUA, Bd. 6, S. 323 ff., abgedruckten Berichte hinlänglich Auskunft. Vgl. auch WUA, Bd. 11/I, S. 411 ff. Für die katastrophalen Zustände in den Etappengebieten vgl. WUA, Bd. 6, S. 50 ff., sowie Einem, S. 460 (Bericht des Obersten v. Rotberg), sowie Gallwitz, S. 443 f. und S. 447. F. v. Loßberg, Meine Tätigkeit im Weltkriege 1914—1918, Berlin 1939, S. 361, berichtet, daß bei der Heeresgruppe Albrecht von Württemberg die militärische Grußpflicht schon vor dem 9. 11. 1918 abgeschafft wurde. Für die Verhältnisse bei den Truppen in der Heimat vgl. Archivalische Forschungen 4/IV Nr. 747, S. 1677 f. (Sitzung des preuß. Staatsministeriums am 25. 10. 1918) sowie Nr. 425, Anm. 5 und Nr. 486.

denken wie man will, augenblicklich würde sein Rücktritt den Zerfall der Armee nach sich ziehen.[5])

Nachdem mir weiter versichert wird, daß gerade die aus [dem] Urlaub einrückenden Mannschaften den Geist der Truppe vergiften, habe ich weitere Urlaubssperre angeordnet, die auch durch die Transportlage bestimmt ist.

[...][6])

Wie Euer Exc. ich schon am 30. [10. 1918] in München meine Ansicht dahin äußerte, daß ein Rücktritt des Kaisers im Augenblick die preußische Armee den schwersten Erschütterungen aussetzen würde[7]), so muß ich ergänzend zu den Ausführungen des Generals Gröner über diesen Punkt heute noch beifügen, daß nach allem was ich seit gestern in dem mich umgebenden Offizierskreis höre, darüber kaum ein Zweifel bestehen kann, daß mit einem von unserem Reichstag erzwungenen Rücktritt des Kaisers eine große Zahl namentlich der älteren Offiziere aus Gewissensüberzeugung ihren Degen einstecken und die Armee verlassen würden. Die Armee aber würde nach ihrem Abgang eine Widerstandskraft nicht mehr besitzen, sie würde auseinanderlaufen, Revolution und Bolschewismus wäre die unausbleibliche Folge.

Wie ein solches Ereignis auf die bayerische Armee abfärben würde, vermag ich nicht vorauszusagen, in günstiger Weise wohl keinesfalls, denn auch sie ist durch Treueid an S. M. den Kaiser als Bundesfeldherrn gebunden und könnte, wenn sie durch Volkswillen von diesem Eid freigesprochen wird, daraus unliebsame Folgerungen für den Treueid gegenüber ihrem Obersten Kriegsherrn ziehen.[8])

Nur wenn die Entente förmlich Waffenstillstand und Frieden verweigern wollte, solange Kaiser Wilhelm II. als deutscher Kaiser regiert, könnte der Rücktritt S. M. des Kaisers auf einer Grundlage und dann wohl auch in einer Form erfolgen, die auf die Armee nicht zerstörend sondern vielleicht sogar stärkend einwirken könnte.

Ich habe auf dringende Bitte des hiesigen Vertreters des Auswärtigen Amts[9]) von dieser meiner Auffassung auch dem bayerischen Gesandten in Berlin Kenntnis gegeben, damit sie Exc. v. Dandl noch zur Kenntnis kommt, falls letzterer in diesen Tagen zu Bundesratsversammlungen in Berlin weilen sollte[10]), ohne mit Euer Exc. sich noch über diesen Punkt besprechen zu können.

---

[5]) Vgl. Groeners Brief an Vizekanzler v. Payer vom 1. 11. 1918 und seine Reaktion auf die Mission des preuß. Ministers des Innern Drews, die ihn jedoch sehr nachdenklich stimmte (Groener, S. 442 ff.).

[6]) Es folgt die Wiedergabe der Beurteilung der militärischen Lage an den Fronten durch Groener.

[7]) Zu der sehr entschiedenen Haltung der bayer. Regierung in der Abdankungsfrage vgl. Quellen I/2, Nr. 101, 104, 105, 108 und 112, S. 411 ff., sowie Rupprecht, Bd. 3, S. 29 f. Mit kritischen Einschränkungen jetzt Albrecht, S. 398 ff.

[8]) Vgl. hierzu Rupprecht, Bd. 2, S. 470 (31. 10. 1918), Bd. 3, S. 29 (26. 10. 1918).

[9]) Staatssekretär a. D. v. Hintze.

[10]) Dandl nahm an der Sitzung des Kriegskabinetts am 3. 11. 1918 teil, in der die Abdankungsfrage allerdings nicht besprochen wurde, vgl. Quellen I/2, Nr. 121, S. 477 ff.

Wegen Unterbindung der Angriffe auf den Kaiser in der Presse[11]) will Generalleutnant Gröner sich mit Erzberger in's Benehmen setzen. Es wird nicht ohne Interesse sein zu sehen, wie der neue Chef des Kriegspresseamtes sich mit dieser Aufgabe auseinandersetzen wird.[12])

v. Köberle.

[11]) Vgl. Nr. 499, Anm. 7 und 8.

[12]) Vgl. hierzu die von Erzberger herausgegebenen Richtlinien der Zentrale für Heimatdienst Nr. 3 vom 31. 10. 1918 (MGFA MA/Adm, Nr. 166, IV. 1. 3., Bd. 1, abgedruckt bei A. Niemann, Revolution von oben — Umsturz von unten. Entwicklung und Verlauf der Staatsumwälzung in Deutschland 1914—1918. Mit einem Dokumenten-Anhang, Berlin 1928, S. 221 ff.), in denen zur Kaiserfrage Stellung genommen wurde (Überschriften: „Wilhelm II. als Schirmherr des Friedens", „Wilhelm II. Unterschrift unter die demokratisch-parlamentarischen Reformen in Preußen und im Reich", „Die Abdankung des Kaisers würde dem Deutschen Reich schwer schaden"). In seinen Erinnerungen (Nachlaß Heye, Nr. 4) berichtet Heye von der Überraschung, mit der diese Richtlinien im Gr. Hauptquartier aufgenommen wurden. In den Richtlinien Nr. 5 vom 3. 11. 1918 (MGFA MA/RMA, Nr. 2359, XVII. 1. 5. 21, Bd. 1) unter der Überschrift „Wilson und die Kaiserfrage" heißt es nach einem Überblick über ausländische Stimmen: „Stimmungen im feindlichen Ausland können daher für die Kaiserfrage nicht entscheidend sein." In den Richtlinien Nr. 7 vom 5. 11. 1918 (MGFA MA/Adm, Nr. 166, IV. 1. 3., Bd. 1) unter der Überschrift „Der Kaiser" heißt es: „Ohne ganz durchschlagenden Grund — und ein solcher liegt nicht vor, namentlich nicht, was die Erlangung des Friedens anbetrifft — müßte eine Lösung der Kaiserfrage im Sinne der Republik eine tiefe Erschütterung der Bundesstaaten und der Zerfall des Reiches, namentlich angesichts der drohenden Gefahr des Bolschewismus, zur Folge haben."

501.

Fernschreiben des Kommandos der Hochseestreitkräfte an die Seekriegsleitung betr. Ausmaß der Meuterei der Mannschaften und Vorschlag von Gegenmaßnahmen.

2. 11. 1918[1]), Wilhelmshaven, Durch Offizier. — MGFA MA/KdH, Nr. 890, D. 577, handschriftl. Entwurf.

A) Bisherige Feststellungen und Ereignisse[2]) ergeben folgendes Gesamtbild: Erstens: Es handelt sich um eine bolschewistische Bewegung, die von Mitgliedern U.S.P. an Bord geleitet wird, Zentrale scheint Wilhelmshaven an Land zu sein.[3]) Zweitens: Als Agitationsmittel, um Mitläufer an nicht der U.S.P. angehörigen und nicht ihren Zielen zugänglichen Leuten zu bekommen, ist einheitlich Parole ausgegeben: a) Regierung will Frieden, Offiziere wollen ihn nicht. Jede Reizung des Gegners durch Vorstöße der Flotte hindert Frieden, deshalb wollen Offiziere weiter offensives Vorgehen. b) Offiziere wollen Flotte hinausbringen und nutzlos

[1]) Der Entwurf trägt kein Datum, ist jedoch von einem Admiralstabsoffizier (Korvettenkapitän Hintzmann?) am 2. 11. 1918 abgezeichnet worden und an jenem Tage um 13 Uhr abgesandt worden. Vgl. auch die Abschrift des Fernschreibens im Nachlaß Levetzow, Box 21, Seekriegführung, Bd. 4.

[2]) Vgl. Nr. 498, Anm. 1 und 4.

[3]) Vgl. hierzu die Aussagen der verhafteten Mannschaften des Linienschiffs „Thüringen", WUA, Bd. 9/I, S. 111 ff.

vernichten lassen oder selbst versenken, weil sie sich nicht kampflos im Waffenstillstand dem Feinde übergeben wollen.[4])

Drittens: Bewegung hat bereits sehr weit um sich gegriffen. Nur manche große Schiffe scheinen[5]) noch frei davon zu sein. Auf einzelnen Schiffen sind 400—500 Mann an Demonstrationen beteiligt.

Viertens: Gröbste Ausschreitungen auf „Thüringen", „Helgoland", „Friedrich der Große".

Fünftens: Torpedoboote und Uboote scheinen noch ganz frei zu sein.[6])

B) Folgende Maßnahmen sind zunächst erforderlich.

Erstens:[7]) Regierung muß ernstlich darauf hingewiesen werden, daß es sich um bolschewistische Bewegung zu handeln scheint[8]), daß Bewegung sich also tatsächlich[9]) gegen die Regierung richtet.[10]) Regierung muß daher durch schriftlichen Erlaß *unzweideutig* erklären, daß Vorbedingung für[11]) Erfolg ihrer Friedenspolitik unbedingte Disziplin in Heer und Marine [ist][12]) und daß alle Anordnungen und Maßnahmen der Kommandostellen im Sinn und Auftrage der Regierung erfolgen.[13]) Staatssekretär ist bereits mündlich in gleicher Richtung unterrichtet.[14])

---

[4]) Zur Motivation des Flottenvorstoßes in der Sicht des Kontreadmirals v. Trotha vgl. Deist, S. 352 ff.

[5]) In der Vorlage verbessert aus: „dürften".

[6]) Nachdem das Kommando der Hochseestreitkräfte in den ersten Tagen sich in der Unterrichtung der Seekriegsleitung und des Reichsmarineamts sehr zurückhielt, erstattete am 1. 11. 1918 der Korvettenkapitän v. Jorck der Seekriegsleitung mündlich Bericht (vgl. Nachlaß Levetzow, Box 21, Seekriegführung, Bd. 4). Gegenüber einem dem Vortrag Jorcks vorausgehendem Telegramm Admiral Hippers, in dem er betonte, daß kein Grund vorliege, „Innenlage auf den großen Schiffen der Flotte zu schwarz zu beurteilen" stellte die Seekriegsleitung fest, daß „eine militärische Operation an dem unbotmäßigen Willen von Besatzungsteilen gescheitert" sei und daher alles getan werden müsse, „um Flotte wieder in die Hand der Führer zu bringen". Der Tagebucheintrag des Admirals Ritter v. Hipper vom 31. 10. 1918 (Nachlaß Hipper, Nr. 9) beginnt mit den Sätzen: „Welch fürchterliche Tage habe ich hinter mir. Ich hatte wirklich nicht geglaubt, daß ich wieder zurückkehren würde, und unter welchen Umständen tue ich es. Unsere Leute haben gestreikt. Ich hätte das Unternehmen, selbst wenn es durch die Witterungsumstände möglich gewesen wäre, nicht durchführen können."

[7]) Der folgende Passus bis einschließlich „Erlaß" ist in der Vorlage nachträglich ergänzt.

[8]) In der Vorlage verbessert aus: „daß es sich um bolschewistische Bewegung handelt".

[9]) In der Vorlage verbessert aus: „auch".

[10]) Zu dem in diesen Tagen beschlossenen Vorgehen gegen die sowjetische Botschaft in Berlin vgl. W. Baumgart, Deutsche Ostpolitik 1918. Von Brest-Litowsk bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, München 1966, S. 324 ff., und die dort geführten Nachweise.

[11]) In der Vorlage folgt das durchgestrichene Wort „erfolgreichen".

[12]) In der Vorlage: „sind".

[13]) Admiral Scheer unterrichtete Hindenburg am 2. 11. 1918 vormittags über die Ereignisse in Wilhelmshaven. Zwischen beiden bestand Übereinstimmung, „daß die Aufrechterhaltung der Ordnung in der Wehrmacht jetzt zunächst die wichtigste Aufgabe der Regierung sei", wie im Kriegstagebuch der Seekriegsleitung vermerkt wurde. Am Nachmittag des gleichen Tages erfolgte die Meldung an den Kaiser. Admiral Scheer drängte während des Vortrages darauf, „daß die Regierung auch ihrerseits etwas unternähme, um der Zersetzung des Geistes unserer Wehrmacht entgegenzuarbeiten". Der Kaiser ließ daraufhin an den Chef des Zivilkabinetts telegraphieren, daß „unverzüglich" der dem Reichskanzler übermittelte „Erlaß über die Klarstellung seines Verhältnisses zur Regierung bekanntgegeben werde" (zur Frage

Zweitens: Schiffe müssen in großem Umfange von unzuverlässigen Elementen gesäubert werden. Das ist nur möglich, wenn sofort geeigneter Platz geschaffen wird. Ansammlung dieser Leute in Arrestanstalten führt nicht zum Ziel und birgt schwere Gefahren in sich. Es ist möglich, daß zur Außerdienststellung einzelner Schiffe geschritten werden muß.

Drittens: Umfangreicher Offizierwechsel ist unbedingt erforderlich.[15])

Staatssekretär nachrichtlich gleichlautend.

Chef Hochseekommando.[16])

---

der Veröffentlichung dieses Erlasses vgl. Quellen I/2, Nr. 100, S. 410; Nr. 111, S. 439; insbesondere Nr. 117b, S. 469). Das Reichsmarineamt wurde von den Schritten der Seekriegsleitung unterrichtet. Für die Vorgänge vgl. Nachlaß Levetzow, Box 21, Seekriegführung, Bd. 4.

[14]) Der Staatssekretär des Reichsmarineamts, Vizeadmiral Ritter v. Mann, trug die Forderung des Flottenkommandos dem Gesamtkabinett in der Sitzung vom 2. 11. 1918 vor (vgl. Quellen I/2, Nr. 117, S. 465 ff.; sowie A. Brecht, Aus nächster Nähe, Stuttgart 1966, S. 176 ff.), das sich jedoch zunächst nur mit einem von Scheidemann entworfenen Aufruf an die Bevölkerung beschäftigte. In der Sitzung des Kriegskabinetts am 4. 11. 1918 wurde die Angelegenheit nochmals besprochen (vgl. Quellen I/2, Nr. 122, S. 491 ff.). Der Entwurf wurde dem Reichskanzler am 4. 11. 1918 zur Unterschrift vorgelegt (MGFA MA/RMA, Nr. 3141, I. 3. 1. 1c., Bd. 1). Der Text des Aufrufs wurde am 4. 11. 1918 um 17 Uhr an die Gouvernements Kiel und Wilhelmshaven telegraphiert (MGFA MA/StO, Nr. 1662, C. XXXXVI. 18, Bd. 1) und von der Druckerei der „Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung" in Kiel bzw. der Druckerei Paul Hug in Rüstringen gedruckt (MGFA MA/RMA, Nr. 3141, I. 3. 1. 1c., Bd. 1); vgl. hierzu Quellen I/2, Nr. 122, Anm. 34.

[15]) Aus diesem Anlaß weilte der Chef des Stabes der Seekriegsleitung, Kapitän z. S. v. Levetzow, am 3. 11. 1918 in Wilhelmshaven (vgl. Nachlaß Levetzow, Box 21, Seekriegführung, Bd. 4). Bei dieser Gelegenheit wurde auch die Marschroute für die vom Reichskanzler angeordnete Berichterstattung vor dem Kabinett festgelegt, vgl. hierzu Deist, S. 366 f.

[16]) Die Vorlage ist nicht von Hipper, sondern nur von Kontreadmiral v. Trotha und zwei Admiralstabsoffizieren abgezeichnet.

502.

Fernschreiben der Marinestation der Ostsee an das Reichsmarineamt[1]) über die Situation in Kiel nach Eintreffen des III. Geschwaders.

3. 11. 1918[2]), Kiel, St. O. 5324 Abw. — MGFA MA/StO, Nr. 1662, C. XXXXVI. 18, Bd. 1, Abschrift.[3])

Mit dem Eintreffen des III. Geschwaders[4]) haben hier äußerst gefährliche Zustände eingesetzt. Anhänger der radikalen Unabhängigen Richtung des

[1]) Nachträglich wurde der Text des Fernschreibens auch der Seekriegsleitung, dem Marinekabinett und dem (stellv.) Admiralstab mitgeteilt.

[2]) Nach einem handschriftlichen Vermerk wurde das Fernschreiben um 14 Uhr 30 abgesandt.

[3]) Die Abschrift wurde im Februar 1919 von dem von Admiral Souchon abgezeichneten Entwurf gefertigt und von einem Korvettenkapitän beglaubigt.

[4]) Vizeadmiral Kraft war am 31. 10. 1918 mit seinem Geschwader von Wilhelmshaven nach Kiel ausgelaufen und dort im Laufe des 1. 11. 1918 eingetroffen. Die Detachierung ging auf einen Vorschlag Krafts zurück, der auf diese Weise hoffte, sein Geschwader wieder in die Hand zu bekommen.

III. Geschwaders haben schon am Freitag abend[5]) im Gewerkschaftshaus eine von rund 250 Personen besuchte Versammlung abgehalten, in der Forderungen revolutionären und aufrührerischen Inhalts gestellt und angenommen wurden. Es wurde über Befreiung von Verhafteten mit Gewalt, gewaltsame Beseitigung einschreitender Offiziere usw. verhandelt. Der Gebrauch von Waffen, die zur Verfügung stehen sollten, wurde empfohlen. Versammlung schloß mit den Rufen „Nieder mit den Lumpen, hoch die Bolschewiki". Eine geplante zweite Versammlung am Sonnabend abend[6]) wurde durch ein am Gewerkschaftshaus angeschlagenes Verbot des Gouvernements, dies zu betreten, unterbunden. Leute zogen weiter und da sie kein Versammlungslokal bekamen, versammelten sich ungefähr 600 Leute auf dem Exerzierplatz, wo mehr als 6 Marinepersonen als Redner auftraten und extremste Forderungen, namentlich gemeinschaftliche Gehorsamsverweigerung, Verweigerung des Waffengebrauchs, gewaltsame Beseitigung der Offiziere und zwar auf die Weise durch Kolbenschlag statt des aufsehenerregenden Erschießens, grundsätzliche Einstellung aller Kriegshandlungen usw. aufgestellt wurden. Verbindung mit allen Landmarineteilen sei hergestellt. Festnahme gelang in der Dunkelheit nicht. Einzelne festgehaltene Gruppen sind den Leuten des Seebataillons angeblich entwischt. Patrouillen waren selbstverständlich auch in der Nähe des Gewerkschaftshauses tätig. Sozialdemokratische Parteileitung hat wegen der Patrouillen ungerechtfertigt an Staatssekretäre Trimborn und Scheidemann telegraphiert um Abstellung dieser belästigenden Maßregel, die sie nur gegen einen Streik gerichtet ansieht.[7]) Befürchteter Streik ist allerdings bisher nicht eingetreten. Die möglichen Sicherheitsmaßnahmen zur Aufrechterhaltung der Manneszucht in der Marine müssen Gouvernement unbeschränkt erhalten bleiben.[8]) Es wird versucht, möglichst mit

[5]) 1. 11. 1918.

[6]) 2. 11. 1918.

[7]) Der sozialdemokratische Parteivorstand Kiel bat um die Abstellung „der aufreizenden Maßnahmen", d. h. starke Patrouillen mit geladenen Gewehren in den Straßen Kiels, vgl. MGFA MA/StO, Nr. 1662, C. XXXXVI. 18, Bd. 1 (Abschriften der Telegramme).

[8]) Fregattenkapitän v. Waldeyer-Hartz berichtete am 8. 11. 1919 (Nachlaß Waldeyer-Hartz, Nr. 2) auf Grund von Eintragungen im Kriegstagebuch des Linienschiffes „Schlesien", dessen Kommandant er damals war, über die Vorgänge am 3. 11. 1918: „Am Sonntag den 3. November 1918 früh [9 Uhr 30] wurde ich zu einer Sitzung beim Gouverneur befohlen. An der Sitzung nahmen teil die Inspekteure und sonstigen Flaggoffiziere der Garnison. [. . .] Die Sitzung wurde von Exzellenz Souchon geleitet. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß Exzellenz Souchon nicht nur wegen der Kürze der Zeit, die er den neuen Posten bekleidete [vgl. Nr. 486, Anm. 13], unsicher war, er schien mir auch persönlich den kommenden Ereignissen gegenüber keine feste Stellung gewonnen zu haben. Nach Eröffnung der Sitzung, bei der im Wesentlichen die Leitung auf den Chef des Stabes, Kontreadmiral Küsel überging, wurde Exzellenz Kraft, dem Geschwaderchef des 3. Geschwaders, das Wort erteilt, um über die Ereignisse an Bord seiner Schiffe und die von ihm getroffenen Maßnahmen zu berichten. Exzellenz Kraft führte aus, daß die Mannschaften Schwierigkeiten gemacht hätten, mit den Schiffen von Wilhelmshaven aus in See zu gehen. 47 Mann seien verhaftet worden, um kriegsgerichtliche Aburteilung zu finden; 200 Mann würden heute mittag als Strafkompagnie an Land gebracht und auf einem Fort untergebracht werden. — Admiral Küsel teilte daraufhin mit, daß am Sonnabend Abend auf dem Exerzierplatz am Knooper Weg eine Protestversammlung gegen die beabsichtigten Maßnahmen stattgefunden hätte. Es sei dem Gouvernement ferner bekannt geworden, daß diese Protestversammlung am heutigen Tage um 7 Uhr Abends in größerem

Regierungssozialisten zum Zwecke der Beruhigung zusammenzuarbeiten. Bitte, wenn irgend möglich, hervorragenden sozialdemokratischen Abgeordneten hierherzuschicken um im Sinne der Vermeidung von Revolution und Revolte zu sprechen.[9]) Abgeordneter Haase soll versuchen wollen, heute nachmittag in Kasernen zu sprechen.[10]) Gouvernement wird dies verhindern.[11])

Chef Ostseestation.

Umfange wiederholt werden solle. Dagegen sollte eingeschritten werden. Das Gouvernement würde am Nachmittag Alarm anschlagen lassen, damit auf diese Weise alle Mannschaften an Bord oder bei ihren Truppenteilen versammelt würden. Es sollte dann eine eingehende Belehrung seitens der Kommandanten und Kommandeure stattfinden, um die Leute zu beruhigen und ihnen das Sinnlose ihres Vorhabens auszureden. Von den Admiralen Hahn [Inspekteur der Schiffsartillerie] und Langemak [Inspekteur des Minen- und Sperrwesens] wurde wiederholt darauf hingewiesen, daß es doch durchaus unsicher sei, ob der Alarm gelingen würde. Es sei auch keineswegs sicher, daß die Mannschaften auf Beruhigungsreden eingehen würden. Beide Herren traten unbedingt dafür ein, daß auch der Fall der Anwendung von Waffengewalt ins Auge gefaßt werden müßte, wobei sie feststellten, daß weder die Gebäude der höheren Kommandobehörden, noch die Munitionsdepots durch Vorhandensein von Schußwaffen gesichert wären. Admiral Küsel trat diesen Ausführungen mehrfach entgegen, indem er immer wieder betonte, die ganze Angelegenheit müsse in Ruhe und Frieden abgewickelt werden, sie gelange durch die vorgeschlagene Ausnutzung von Waffengewalt in ein völlig falsches Fahrwasser. Anlaß zu ernster Beunruhigung läge keineswegs vor." Vgl. auch L. Popp, Ursprung und Entwicklung der November-Revolution 1918, Kiel 1919, S. 10 ff.; Zeisler, S. 199 ff., sowie Die deutsche Revolution 1918—1919. Dokumente, hrsg. v. G. A. Ritter und S. Miller, Frankfurt 1968, S. 40 ff.

[9]) Zu der Entsendung des Staatssekretärs Haußmann und des Abgeordneten Noske nach Kiel vgl. Quellen I/2, Nr. 122, S. 491 f.; Nr. 123, S. 497 f.; Nr. 127a, S. 511; vgl. auch Nr. 503.

[10]) Der Abgeordnete Haase kam erst am 7. 11. 1918 nach Kiel, vgl. Quellen, I/2, Nr. 129, Anm. 52.

[11]) Am 3. 11. 1918 um 15.30 Uhr befahl das Gouvernement den erwähnten (Anm. 8) „Lauten Stadtalarm", der aber nur zum Teil von den Mannschaften befolgt wurde. Nach dem Bericht des Fregattenkapitäns v. Waldeyer-Hartz (Anm. 8) fehlten um 19 Uhr auf dem Linienschiff „Schlesien" noch 65 Mann, darunter 12 Seekadetten. Am 4. 11. 1918 um 2 Uhr 45 mußte der Chef der Ostseestation an das Reichsmarineamt berichten (MGFA MA/StO, Nr. 1662, C. XXXXVI. 18, Bd. 1): „Heute, den 3. [11. 1918] abends Versammlung von Marinepersonen gemischt mit Zivilpersonen auf großem Exerzierplatz in Anzahl von mehreren Tausend Leuten. Beschluß in Waldwiesenkaserne einzudringen, Gefangene in den Arrestanstalten zu befreien, Kasino zu plündern. Zug setzte sich mit dieser Absicht in Bewegung. Eindringen in Waldwiese gelang, wobei Arrestanten befreit, Waffen geraubt und Einrichtung demoliert wurde. Zug zog weiter, erdrückte polizeiliche Absperrketten, entwaffnete eine Patrouille und griff bei der Hoffnung [Gaststätte] teilweise hinterrücks eine Truppenabteilung mit der Schußwaffe an. — Abteilung erwiderte in Notwehr nach wiederholter Mahnung Feuer. — Führer der Abteilung schwer verwundet. Nach bisherigen Nachrichten 4 bis 6 Tote und etwa 30 Verletzte. Demonstranten flohen, als Verstärkung kam. Augenblicklich Ruhe hergestellt. Hoffe zuversichtlich, Herr der Lage zu bleiben. Für 4. November Streik der Germaniawerft in Aussicht." Vgl. im übrigen Quellen I/2, Nr. 122, S. 491 f. und 495 f., Nr. 123, S. 498, sowie Nr. 129, Anm. 43 und 45.

503.

Niederschrift über die Besprechung zwischen Vertretern des Gouvernements Kiel und des Arbeiter- und Soldatenrats in Anwesenheit des Staatssekretärs Haußmann und des Reichstagsabgeordneten Noske.

4. 11. 1918[1]), Kiel. — MGFA MA/StO, Nr. 1662, C. XXXXVI. 18, Bd. 1, Abschrift.[2])

Anwesend:

1.) Se. Exzellenz, der Stationschef und Gouverneur, Admiral Souchon,
2.) Chef des Stabes, Kontreadmiral Küsel,
3.) Korvettenkapitän Werth[3]),
4.) Korvettenkapitän Fischer[4]),
5.) Korvettenkapitän Knipping[5]),
6.) Korvettenkapitän Düms[5]),
7.) Kapitänleutnant Mohr[6]),
8.) Kapitänleutnant Stucken,
9.) Kapitänleutnant Gerstenberg
10.) Kapitänleutnant v. Voigt[7]),
10a) Oberleutnant Flies,
11.) Leutnant d. Res. Mar. Inf. Gäbler,
12.) Mar. Int. Sekr. Geißler,
13.) Ober-Kriegsgerichtsrat Dr. Eichheim.

} von Stationskommando

14.) Kapitänleutnant Stoß, pers. Adjutant d. Prinzen Heinrich,
15.) Kapitänleutnant Rose[8]), B.d.U.

später:

Vizeadmiral Nordmann, Inspekteur U. J.[9]),
Kontreadmiral Langemak, M.S.J.[10]),

---

[1]) Wann die Niederschrift verfaßt wurde, läßt sich nicht ermitteln. Die Besprechung fand im Sitzungssaal des Stationskommandos statt, begann um 21 Uhr und endete um 0 Uhr 15.

[2]) Die Abschrift ist bei der Abwehr-Abteilung der Marinestation der Ostsee eingegangen am 20. 1. 1919 und befindet sich in einem Aktenfaszikel, in dem eine große Zahl von dienstlichen Berichten der zur Zeit der Revolution in Kiel befindlichen Offiziere aller Dienststellungen und Dienstgrade vereinigt sind. Die Berichte sind nach dem Zusammenbruch angefertigt worden, sie wurden für die Edition nicht herangezogen. Für eine ähnliche Sammlung vgl. Nachlaß Hollweg, Nr. 7589.

[3]) I. Adjutant.

[4]) I. Admiralstabsoffizier.

[5]) Adjutant.

[6]) III. Admiralstabsoffizier.

[7]) II. Admiralstabsoffizier.

[8]) Aus dem Stab des Befehlshabers der Unterseeboote.

[9]) Nach den Angaben der „Ehrenrangliste der Kaiserlich Deutschen Marine 1914—1918", bearb. von Kontreadmiral a. D. Stoelzel, Berlin 1930, war Vizeadmiral Nordmann bis zum Oktober 1918 Befehlshaber des Sicherungsverbandes der westlichen Ostsee und stand von da an der Ostseestation zur Verfügung. Es ist also fraglich, ob er Inspekteur der Inspektion des Unterseebootswesens gewesen ist.

[10]) Inspekteur des Minen-, Sperr- und Sprengwesens.

Kontreadmiral Sievers, I.M.J.[11]),
Kontreadmiral Uthemann, T.J.[12]),
Kontreadmiral Hahn, S.A.J.[13]),
Kontreadmiral v. Keyserlingk, B.S.O.[14]),
Kontreadmiral Fuchs, Kommandant Friedrichsort,
Kapitän zur See Heine, Kommandant von Kiel,
Se. Exzellenz, Staatssekretär Haußmann[15]),
Haußmann jun.
Reichstagsabgeordneter Noske,
Reichstagsabgeordneter Dr. Struve[16]),
Reichstagsabgeordneter Hoff[16]),
Rausch, Redakteur der Volkszeitung,
Garbe, Gewerkschaftssekretär,
Vorstandsmitglied der U.S.P.D., Popp[17]),
Stadtrat und Parteisekretär Poller.
Bootsmannsmaat Broy — I.M.D.[18]),
Heizer Podolski, S.M.S. „Großer Kurfürst“[19]),
Minenheizer Laue, S.M.S. „Deutschland“[20]),
Obermatrose Ehel,
Heizer Schaaf,
Oberheizer Artelt, } von I.T.D.[21])
Matrose Fischer.[22])

Einleitend bermerkte Se. Exzellenz, der **Gouverneur**, daß entgegen den in der Nachmittagssitzung[23]) getroffenen Vereinbarungen eine Deputation der Matrosen

[11]) Inspekteur der I. Marineinspektion.

[12]) Inspekteur des Torpedowesens.

[13]) Inspekteur der Schiffsartillerie.

[14]) Befehlshaber der Seestreitkräfte der Ostsee.

[15]) Der Staatssekretär des Reichsmarineamts teilte der Marinestation der Ostsee die Ankunft Haußmanns und Noskes für 19 Uhr 20 mit (MGFA MA/RMA, Nr. 3141, I. 3. 1. 1c, Bd. 1). Über den Empfang am Bahnhof und die ersten Eindrücke vgl. G. Noske, Von Kiel bis Kapp, Berlin 1920, S. 10 ff.

[16]) Fortschrittliche Volkspartei.

[17]) Vgl. dessen Darstellung der Besprechung (L. Popp, Ursprung und Entwicklung der November-Revolution 1918, S. 20 ff.).

[18]) I. Matrosen-Division.

[19]) Im Verband des III. Geschwaders.

[20]) Vermutlich ist hiermit das Wohnschiff der II. Matrosendivision in Wilhelmshaven gemeint.

[21]) I. Torpedodivision.

[22]) Die Schreibweisen der Namen der Angehörigen der Soldatendeputation variieren. In der durch Brieftelegramm verbreiteten Einladung zu der Sitzung durch das Gouvernement — als Folge der Besprechung am 4. 11. 1918 um 15 Uhr (vgl. Archivalische Forschungen 4/IV, Nr. 779, S. 1739 f.) heißt der Bootsmannsmaat Breuy und der Obermatrose Ehle (MGFA MA/StO, Nr. 1662, C. XXXXVI. 18, Bd. 1).

[23]) Vgl. Archivalische Forschungen 4/IV, Nr. 779, S. 1739 f. Admiral Souchon hatte bereits um 14 Uhr des 4. 11. 1918 folgendes Telegramm an die Marineteile gerichtet (MGFA MA/StO, Nr. 1662, C.XXXXVI. 18, Bd. 1): „Um Blutvergießen zu verhindern, ist der Gouverneur geneigt, den Wünschen der Truppen entgegen zu kommen. Die Truppen sind sofort zu befragen, welches der Grund für ihr Verhalten ist. Die Wünsche sind mir sofort zu melden.“

mit dem Ansinnen an ihn herangetreten sei, die im Gebäude des Stationskommandos befindliche Wache zu entwaffnen und daß am Bahnhof Offiziere ihrer Waffe, ihrer Achselstücke und Mütze usw. beraubt worden seien. Bezüglich des Letzteren erklärte der **Führer der Matrosendeputation,** daß dies Auswüchse seien, die für die Folge zu verhindern der Matrosenrat bestrebt sein würde.

Die Forderung der Entwaffnung der Wache wird nach den Erklärungen der **Abgeordneten der Matrosen** im Hinblick darauf gefordert, daß seitens des Gouvernements die Heranziehung von Armeemannschaften als Gegenmaßnahme veranlaßt sei.[24])

In Verbindung mit dieser Frage wurde von einem **Vertreter des Matrosenrats** zur Sprache gebracht, daß entgegen der seitens des Gouverneurs gemachten Zusage Schiffe des III. Geschwaders ausgelaufen seien.[25])

Der **Gouverneur** erwiderte darauf, daß er in dieser Beziehung keinerlei Zusage gemacht habe, daß er auf das Auslaufen von Schiffen auch keinerlei Einfluß habe, da die Schiffe ihm nicht unterstehen. Im Anschluß hieran ergriff der Reichstagsabgeordnete **Noske** das Wort. Er erklärt, daß, falls weitere Truppen herangezogen würden, mit dem Zweck, die Bewegung einzudämmen, sodaß es zum Blutvergießen kommt, die Arbeiter im ganzen Reich durch Streik demonstrieren würden, für diesen Fall würde sich eine weitere Erörterung für ihn erübrigen.

Ein **Vertreter der Matrosen** forderte die Zusage, daß Armeeteile nicht mehr herangezogen werden würden.

Von einem anderen **Vertreter der Matrosen** wird Zurückziehung sämtlicher Armeetruppen gefordert.

Ferner wird die Forderung gestellt, daß sämtliche wegen politischer Vergehen inhaftierten Mannschaften in Freiheit gesetzt würden.

Außerdem werden folgende Fragen aufgeworfen:

Welchen Zweck die im Stationsgebäude untergebrachten Infanteristen haben, ferner, ob es wahr ist, daß die herangezogenen Armeetruppenteile des Nachts die Kasernen umzingeln und die Matrosen entwaffnen sollen. —

Gefordert wird, daß noch heute nacht sämtliche Armeetruppenteile mittelst Sonderzuges in ihre Garnisonen zurückbefördert werden. Der **Gouverneur** sagt

---

[24]) Zu dem Einsatz von Truppenteilen gegen Kiel, der in der Hand des stellv. Generalkommandos des IX. AK lag, vgl. Quellen I/2, Nr. 122, Anm. 35; Nr. 127a, S. 512; Nr. 129, S. 538 und 542. Am 4. 11. 1918 um 14 Uhr 50 teilte Fregattenkapitän Raeder der Seekriegsleitung telephonisch u. a. mit (Nachlaß Levetzow, Box 21, Seekriegführung, Bd. 4), daß der Staatssekretär sich mit dem preuß. Kriegsminister in Verbindung gesetzt habe, damit „von außen Truppen nach Kiel geschafft" würden. „Ob es möglich sein wird ist z. Zt. noch nicht bekannt." Am selben Tage um 15 Uhr 55 telegraphierte die Abwehrabteilung des Stationskommandos an das Reichsmarineamt (MGFA MA/StO, Nr. 1662, C.XXXXVI. 18, Bd. 1) „Militärische Unterstützung von Stellv. [Generalkommando des] IX. AK erbeten. Eintreffen steht kurz bevor." Zur Lage in Hamburg vgl. Archivalische Forschungen 4/IV, Nr. 780, S. 1741, und Die deutsche Revolution 1918—1919. Dokumente, hrsg. v. G. A. Ritter und S. Miller, Frankfurt 1968, S. 52 ff.

[25]) Vgl. Archivalische Forschungen 4/IV, Nr. 779, S. 1740.

zu, daß dieser Forderung entsprochen werden soll und erteilt hierfür sofort die Befehle zur Ausführung.[26])

Im Anschluß hieran wird nochmals die Frage betr. Auslaufen von 2 Schiffen des III. Geschwaders aufgeworfen.

Korvettenkapitän **Fischer** (Station O.) stellt zur Richtigstellung fest, daß es sich in der Nachmittagssitzung lediglich um einen angeblich beabsichtigten Vorstoß gegen England gehandelt habe. Zu einem solchen würde nach den Regierungsänderungen die Zustimmung der Regierung nötig sein. Lediglich dieses habe Se. Exzellenz zum Ausdruck gebracht. Die Frage über das Auslaufen der Schiffe zu Übungszwecken ist in der Nachmittagssitzung nicht zur Erörterung gekommen.

Seitens eines **Vertreters des Matrosenrats** wurde hierauf zum Ausdruck gebracht, daß die Matrosen Mißtrauen hegten gegen die Absichten ihrer Kommandanten und Geschwaderchefs, die sich angeblich zum Ziele gesetzt hätten, die Ehrenrettung der Marine in einem Vorstoß gegen England zu suchen.[27])

Hierauf wird von einem **Vertreter des Matrosenrats** erklärt, daß die an Land zurückgebliebenen Mannschaften der ausgelaufenen Schiffe nur dann an Bord gehen würden, wenn die Schiffe wieder in Kiel an die Bojen gehen würden. Dem Gouverneur müßte die Berechtigung erteilt werden, das Ein- und Auslaufen der Schiffe anzuordnen.

Es sei nicht möglich, die zurückgelassenen Leute hier unterzubringen. Der Gouverneur soll sich daher, wenn er das Einlaufen der Schiffe nicht mit eigener Machtvollkommenheit anordnen könne, mit dem Flottenchef in Verbindung setzen, daß die Schiffe zur Anbordnahme der Leute wieder nach Kiel kämen.

Der **Gouverneur** sicherte dies zu.

In Verbindung hiermit wird das sofortige Einstellen sämtlicher militärischer Maßnahmen gefordert.

Gewerkschaftssekretär **Garbe** führt aus, daß viele Hin- und Herreden zwecklos seien, sondern daß, um auf die normalen Verhältnisse vor dem 3. November zurückzukommen, die erforderlichen Maßnahmen getroffen werden müßten, die dem Soldaten- und Arbeiterrat ermöglichten, auf die Soldaten und Arbeiter einzuwirken.

Reichstagsabgeordneter **Noske** teilt mit, daß nach ihm in der Reichskanzlei gewordenen Informationen keine Art von Verzweiflungsstreich gegen England beabsichtigt sei. Wenn der Gedanke an ein solches Unternehmen aufgekommen sei, so sei das wohl vielleicht auf falsch gedeutete Äußerungen einzelner Offiziere zurückzuführen.

Von einem **Vertreter des Soldatenrats** wird hierauf mitgeteilt, daß die Forderungen der Matrosen folgende seien:

---

[26]) Vgl. hierzu ein Telegramm aus Kiel an die Seekriegsleitung vom 4. 11. 1918 — ohne Uhrzeitangabe — (Nachlaß Levetzow, Box 21, Seekriegführung, Bd. 4): „Bitte keine weiteren Truppensendungen nach Kiel, unterwegs befindliche sind angehalten, hier angekommene sind übergegangen und werden versucht zurückzusenden."

[27]) Vgl. hierzu Nr. 498, Anm. 1.

1. Freie Meinungsäußerung, Rücktritt des Kaisers,
2. Größere Rechte des Volkes (Ausbau des Wahlrechts),
3. Entlassung der Gefangenen und deren Straffreiheit,
4. Bildung eines Matrosenrats, der in Angelegenheiten der Verpflegung, Fragen disziplinarer Art usw. gehört werden soll.

Wenn diese Forderungen erfüllt oder bestimmte Zusicherungen in dieser Beziehung gegeben werden, wird Ruhe unter den Mannschaften gehalten werden können.

Voraussetzung sei jedoch immer, daß Entwaffnungen der Matrosen nicht versucht werden, auch dürfe nicht geschossen werden, ferner daß die noch der Bewegung fern Stehenden in den Kasernen zusammengehalten werden. Die Bewegung würde dann ordnungsmäßig abgebaut werden. Für die weiteren Verhandlungen würden die unabhängigen Reichstagsabgeordneten Haase und Ledebour herberufen werden.[28])

Um das Mißtrauen, das auf Seiten der Matrosen besteht, zu zertreuen, führte Geheimrat **Dr. Eichheim** aus, daß seitens der Seekriegsleitung nie beabsichtigt sei, einen Vorstoß gegen England zu unternehmen, sondern daß es sich lediglich um Abhaltung von Manövern gehandelt hätte. Ein Angriff gegen die englische Küste wäre ein politischer Faktor, den nur die Volksregierung bestimmen könne.

Während der Verhandlung läuft die Meldung ein, daß in das Verpflegungsamt Leute eingedrungen seien. Seitens des Soldatenrats wird Anordnung getroffen, das Verpflegungsamt sofort durch eine stärkere Patrouille zu besetzen, um Entwendungen von Proviant usw. zu vermeiden.

In der Frage der Zurückbeförderung von Truppen, die nochmals aufgerollt wird, sichert der **Gouverneur** zu, daß die Truppen sofort zurückbefördert werden und daß unterwegs befindliche Truppenkörper ebenfalls aufgehalten und in ihre Garnison zurückbefördert werden.

Der **Chef des Stabes** Station O. schlägt hierzu vor, die hier befindlichen Truppen auf einem auswärtigen Bahnhof zu verladen, um die Gelegenheit zu Zusammenstößen zu vermeiden.

Vertreter des Soldatenrates halten es für richtiger, die Truppen vom Bahnhof Kiel abzubefördern, um die Menge durch diese Maßnahme zu beruhigen, da die Maßnahmen der Anwesenheit von fremden Truppenteilen aufreizend wirke.

Der Redakteur **Rausch** von der Volkszeitung, der hierauf das Wort ergriff, gab seiner Meinung dahin Ausdruck, daß der Abbau der Bewegung nicht die Wiederherstellung der bisherigen Zustände bringen könne. Die künftige Gestaltung müßte insbesondere eine Änderung der Wehrordnung bringen.

Der bisherige Gegensatz zwischen Offzier und Mann in Heer und Marine beruhe auf einem Mangel an Verstehen von Oben und Unten, ein Zustand, der noch aus den Zeiten des Feudalismus stamme.

Es bestehe zur Zeit ein großes Maß an Rechtlosigkeit für den Mann.

---

[28]) Vgl. Nr. 502, Anm. 10.

Er möchte insbesondere die Aufmerksamkeit des Staatssekretärs Haußmann auf die Bildung von Soldatenausschüssen lenken, bei denen jeder Mann seine Wünsche selbst vorbringen kann und auch vom Heer übernommen werden müßten.

Meldung geht ein, daß 1 Unteroffizier 25 Mann die Telegraphenzentrale des Stationskommandos besetzen wollen.

Staatssekretär **Haußmann** führt über seinen Auftrag aus, daß er nach Kiel gesandt sei, um die Beschwerden der von der Bewegung erfaßten Leute zu hören, insbesondere sollte er auch dem Gerücht entgegentreten, daß eine Verzweiflungsfahrt der Marine beabsichtigt sei. Die Regierung denkt mit keinem Gedanken an die Möglichkeit eines derartigen Vorstoßes. Die neue Regierung sei bemüht, alle Entscheidungen für Heer und Marine ihrer Initiative vorzubehalten. Der Staatssekretär trete in der neuen Regierung für eine Neuordnung ein. Es müsse zugegeben werden, daß Heer und Marine in Entwickelungen zum Teil rückständig seien, die nachgeholt werden müßten, aber nicht in der jetzigen Zeit der nationalen Erregung.

Staatssekretär Haußmann stellt fest, daß die Regierung das größte Interesse hätte, die Beschwerde der Matrosen zu hören, das ginge daraus hervor, daß er nach Kiel entsandt sei. Es sei ihm sehr um die Wiederherstellung geordneter Verhältnisse zu tun, die darin beständen, die Mißverständnisse zu beseitigen. Er würde ihre berechtigten Forderungen um so lieber der Regierung vortragen, als er den Eindruck gewonnen hätte, daß auch die Leitung der Bewegung an der Wiederherstellung der Ordnung ein Interesse zeigte.[29])

Auf diese Ausführungen des Staatssekretärs Haußmann entgegnet ein **Vertreter des Soldatenrates,** daß die Bewegung nicht allein auf Mißverständnisse zurückzuführen sei, sondern daß sie auch politischen Charakter trägt; der Grundgedanke hierbei sei Herauskommen aus den bisherigen Zuständen, d. i. Beseitigung des Militarismus.

Hierauf wurde dem Vorstandsmitglied der U.S.P.D. **Popp** das Wort erteilt. Er führte aus, daß der Militarismus in sich zusammenbreche und daß, je nachdem man die Bewegung gewähren lasse oder nicht, die Lösung eine friedliche oder gewalttätige sein werde, und zwar die Entwickelung zum friedlichen Sozialismus oder die Diktatur des Proletariats bedeuten [würde], das, was man bei uns als „Bolschewismus" bezeichnete. Von ihm wurde, sollte eine Wiederholung der jetzigen Zustände vermieden werden, folgende Mindestforderung aufgestellt:

1. Beseitigung der Krone,
2. Abschaffung sämtlicher Monarchien in Deutschland,
3. freie Volksrepublik,
4. ein gerechtes Wahlrecht.

Als solches betrachte er das Proportionswahlrecht, daß die Stimmberechtigung auch den Frauen zuspreche.

5. Preßfreiheit,
6. Restlose Entlassung aller Gefangenen.

[29]) Vgl. hierzu den Bericht Haußmanns vor dem Gesamtkabinett am 5. 11. 1918, Quellen I/2, Nr. 129, S. 535 ff.

Um den Forderungen Nachdruck zu verleihen, würde in Kiel in den Generalstreik eingetreten werden.

Auf die seitens des obengenannten Popp aufgestellte Behauptung, es seien Friedensbedingungen der Entente nach Berlin gegangen, die nicht bekanntgegeben würden, eröffnet der Staatssekretär **Haußmann** mit aller Entschiedenheit, daß Friedensbedingungen des Feindes in Berlin z. Zt. nicht vorliegen.

Abgeordneter **Noske** weist, zu den Vertretern des Soldatenrates gewendet, darauf hin, daß die Weiterführung des Krieges nicht die Schuld Deutschlands sei. Wird die Bewegung nicht abgebaut oder gar in anderen Marinegarnisonen wiederholt, dann muß damit gerechnet werden, daß die Engländer binnen 3 Tagen vor Wilhelmshaven erscheinen würden. An Exzellenz Haußmann richtet er die dringende Bitte, noch heute Nacht — vor Erstattung des mündlichen Berichts — der Regierung über den Ernst der Lage in Kiel telegraphisch Bericht zu erstatten.[30]) Er halte die Waffenniederlegung seitens der Mitglieder nur dann für möglich, wenn den Leuten die Zusicherung des Rücktritts des Kaisers, mit der doch über kurz oder lang zu rechnen ist, gemacht werden kann.

Hierauf wird in die Erörterung über die Herausgabe eines Flugblattes eingetreten. Gewerkschaftssekretär **Garbe** hält das vom Reichskanzler erlassene Flugblatt nicht für geeignet, da der erste Teil zur Aufreizung beitragen könnte[31]) und schlägt vor, die Verbreitung zu unterbinden. Das Gouvernement müsse ein besonderes Flugblatt verbreiten, das auch die von ihm gemachten Zusicherungen enthalte. Nach mehrfachem Hin und Her wurde eine Übereinstimmung darin erzielt, daß im Hinblick auf die Aufhebung der Zensur das Flugblatt des Reichskanzlers nicht unterdrückt werden könne, daß aber der Soldatenrat in einem besonderen Flugblatt dazu Stellung nehmen solle.[32])

Von den **Leitern der Bewegung** wird erneut die Herbeorderung der Abgeordneten Haase und Ledebour gefordert, um ihnen Gelegenheit zu geben, ihre Ansichten den Leuten bekanntzugeben.

Von einem **Vertreter des Arbeiterrates** wird angeregt, sämtliche Matrosen, die sich bisher nicht der Bewegung angeschlossen haben, zur Vermeidung von Zusammenstößen durch ihre Offiziere entwaffnen zu lassen.

Diese Forderung wird fallen gelassen.

Es geht die Meldung ein, daß ein Teil der hierher entsandten Armee-Truppenteile sich der Bewegung angeschlossen hätte. Es wird vorgeschlagen, die Leute hier zu behalten.

Mit Rücksicht darauf aber, daß die Unterbringung und Verpflegung der Leute auf Schwierigkeiten stoßen würde, wird dieser Vorschlag fallen gelassen, die Leute werden in ihre Garnisonen zurückgeschickt.

Der **Obmann des Soldatenrates** stellt zusammenfassend fest, daß in dem Flugblatt den Matrosen folgende Zusicherungen bekannt gegeben werden können:

[30]) Vgl. Quellen I/2, Nr. 129, Anm. 41.

[31]) Vgl. Nr. 501, Anm. 14.

[32]) Der Aufruf des Soldatenrats Kiel vom 5. 11. 1918 ist abgedruckt in: Materialien und Dokumente II/2, Nr. 111, S. 281 ff.

1. Die Armeetruppenteile kehren in ihre Garnison zurück,
2. Gouvernement sagt Amnestie der politischen Gefangen zu,
3. der Staatssekretär Haußmann wolle für Freilassung der in Celle und Cöln befindlichen Gefangenen bei der neuen Regierung eintreten.

Die Frage bezüglich Herberufung der Abgeordneten Haase und Ledebour wird nochmals aufgerollt. Staatssekretär **Haußmann** gibt seiner Meinung dahin Ausdruck, daß der Ruf von dem Arbeiter- und Soldatenrat ausgehen müsse, einer Aufforderung des Gouverneurs oder Regierung würden die Abgeordneten Folge zu leisten nicht verpflichtet sein.

Die Absendung der Telegramme unter Benutzung der Marineleitung wird zugesichert.[28])

Über die Besetzung des Verpflegungsamtes geht Meldung ein, daß Leute sich bereits Proviantbestände angeeignet hätten und damit auf dem Wege zum Gewerkschaftshaus wären.

Soldatenrat trifft Sicherheitsmaßnahmen, um weitere Ausschreitungen zu verhindern.

Aus diesem Anlaß wird angeregt, die Gestellung von Sicherheitswachen im Benehmen mit der Kommandantur zu veranlassen.

Staatssekretär **Haußmann** erklärt, der Regierung ans Herz zu legen, die Freigabe der politischen Gefangenen in der humansten Weise zu behandeln, er warnt dringend, die Bewegung fortzusetzen, da sie auf das Transportgewerbe überspringen könnte und dann Gefahr für die Ernährung der Bevölkerung bestehe.

Bezüglich der in Kieler Marine-Arrestanstalten befindlichen Gefangenen wird vereinbart, daß Geheimrat Dr. Eichheim mit je einem Vertreter des Soldaten- und Arbeiterrates am 5. XI. vormittags prüfen solle, welche Vergehen eine Entlassung der Leute aus der Arrestanstalt zulasse. Einzelne Beispiele über angeblich schlechte Behandlung und Verpflegung von Arrestanten werden zur Sprache gebracht.

Das Flugblatt wird verlesen.

Korvettenkapitän **Fischer** (Station O) erinnert noch einmal an die Tatsache, daß einzelnen Offizieren Dolch und Achselstücke genommen sind. Maßnahmen gegen die Ausschreitungen müssen sofort getroffen werden.

Oberheizer **Artelt**[33]) erwidert, daß dies in der ersten Aufregung geschehen sei und Wiederholungen ausgeschlossen sind.

Der **Gouverneur** weist darauf hin, daß wir aufbauen und nicht stürzen wollen und es läge im Interesse des Soldatenrates, die bestehenden Behörden ihrem Zweck dienstbar zu machen.

Meldung geht ein, daß in Ravensberg eine Abteilung Feldgrauer festgestellt worden sei, [die] angeblich auf die Bevölkerung geschossen habe, zu ihrer Unterstützung seien Maschinengewehre entsandt.

Der Kommandant von Kiel, Kapitän zur See **Heine,** legt den Sachverhalt klar; die Armeeangehörigen hätten den Befehl des Gouverneurs erhalten, in ihre Gar-

[33]) Vgl. den Bericht Artelts in WUA, Bd. 9/I, S. 578 ff.

nison zurückzukehren und zwar unter Begleitung von Matrosen. Wenn die Abteilung abgerückt sei, ohne das Eintreffen der Begleitung abzuwarten, so könne das nur auf ein Mißverständnis zurückzuführen sein. Die im Stationskommando untergebrachte Wache wird unter Begleitung von Matrosen nach dem Bahnhof in Marsch gesetzt.

Mit dem Soldatenrat wird vereinbart, daß das Gouvernement durch Einrichtung einer Telephonwache im Gewerkschaftshaus mit dem Soldatenrat in dauernder Verbindung bleibt.[34])

[34]) In einem Fernschreiben vom 5. 11. 1918 (6 Uhr 10) an das Reichsmarineamt, die Seekriegsleitung und das Kommando der Hochseeflotte, wurde das Ergebnis der Sitzung wie folgt zusammengefaßt: „Es ist zugesagt:
1.) Der Gouverneur wird Anordnungen treffen, daß die in Kiel eingetroffenen und noch unterwegs befindlichen Armeetruppen nach ihren Garnisonen zurückgesandt werden.
2.) Der Gouverneur erklärt sich damit einverstanden, daß am 5. November eine aus dem Oberkriegsgerichtsrat Dr. Eichheim und je einem Vertreter der Matrosen und Arbeiter bestehende Kommission prüfen wird, welche noch in den Arrestanstalten befindlichen Arrestanten einschließlich der Untersuchungsgefangenen auf Grund der getroffenen Vereinbarungen in Freiheit zu setzen sind.
3.) Der Gouverneur wird bei der Seekriegsleitung bezw. dem Kommando der Hochseestreitkräfte dafür eintreten, daß die Schiffe des III. Geschwaders, die gestern nachmittag den Hafen verlassen haben, Kiel wieder aufsuchen, um die an Land zurückgebliebenen Mannschaften dieser Schiffe wieder an Bord zu nehmen.
4.) Der Vertreter der Regierung, Staatssekretär Haußmann, erklärt, daß er bei der Regierung unter Darlegung der Verhältnisse, die er hier angetroffen hat, in weitgehendster Weise dafür eintreten wird, daß die Regierung beschleunigt einen Amnestieerlaß betr. die Freilassung sämtlicher politischer Gefangener, insbesondere auch der in Celle und Cöln befindlichen Aufruhrgefangenen auf gesetzlichem Wege herbeiführen wird.
Zu 1: An Seekriegsleitung, R.M.A., IX. Korps ist bereits entsprechende Bitte gerichtet.
Zu 3: Es wird gebeten, III. Geschwader entsprechenden Befehl zugehen zu lassen.
Von den Truppen gebildete neue Organisation glaubt Nachricht zu haben, daß Wandsbecker Husaren im Anmarsch sind und haben Gouverneur als Geißel auf Bahnhof, bis sichere Nachricht vorliegt, daß Nachricht nicht zutrifft. Erhebungen sind im Gange.
Fernsprech- und Fernschreibzentrale stehen unter Kontrolle der neuen Organisation, die sich bewußt ist, daß gänzliche Verhinderung des Gebrauchs die schwersten Folgen haben kann.“ Zur weiteren Entwicklung in Kiel vgl. Nr. 504 und 505. Zur Ausbreitung der revolutionären Bewegung auf das übrige Reichsgebiet vgl. J. S. Drabkin, Die November-Revolution 1918 in Deutschland, Berlin 1968, S. 117 ff.

504.

Fernschreiben der Seekriegsleitung an das Kommando der Hochseestreitkräfte betr. Maßnahmen gegen die sich ausbreitende Meuterei.

5. 11. 1918[1]), Gr. Hauptquartier, Gg.op.Ia.776, Ganz Geheim. — MGFA MA/KdH, Nr. 890, D. 577, handschriftl. Übertragung.

Im Einvernehmen mit Regierung[2]) gilt Folgendes:

1. Jeder Widerstand ist sofort zu brechen, die Rädelsführer sind aufs strengste zu bestrafen, Mitläufer milde zu behandeln, Massenverhaftungen sind möglichst zu vermeiden.[3])

2. Kriegsminister als Militär-Oberbefehlshaber hat die Operation gegen Kiel übernommen.[4]) Mit Durchführung wird ein General beauftragt. Name noch nicht bekannt. Vorläufige Adresse IX. Reservekorps.

---

[1]) Eingegangen um 18 Uhr 30.

[2]) Das Kabinett hatte bis zu diesem Zeitpunkt nur die Entsendung von Staatssekretär Haußmann und des Reichstagsabgeordneten Noske nach Kiel sowie die Verbreitung des Aufrufs (vgl. Nr. 501, Anm. 14) veranlaßt. Außerdem war der Einsatz von Truppenteilen durch den Obermilitärbefehlshaber in die Wege geleitet worden (vgl. Nr. 503, Anm. 24). Die Erörterung im Kabinett über weitere Maßnahmen gegen Kiel begann erst mit dem Bericht Haußmanns vor dem Gesamtkabinett am 5. 11. 1918 (Beginn 17 Uhr 30), vgl. Quellen I/2, Nr. 129, S. 535 ff.

[3]) Das Reichsmarineamt telegraphierte am 6. 11. 1918 an die Kriegsmarineschule Sonderburg und in ähnlicher Form an die Kaiserliche Werft Danzig: „Soldatenrat wird nicht anerkannt. Kiel wird von Armee eingeschlossen, um Ausbreitung der Bewegung zu verhindern. Schiffe mit roter Flagge sind als feindliche zu betrachten." Noch am 7. 11. 1918 (10 Uhr) richtete das Amt folgendes Fernschreiben an die Seekriegsleitung (beide Vorgänge: MGFA MA/RMA, Nr. 3141, I.3.1.1c, Bd. 1): „Staatssekretär hat durchgesetzt, daß es bei den für das Vorgehen gegen Kiel u.s.w. erteilten Richtlinien bleibt, einschließlich des Verhaltens gegen Schiffe mit roter Flagge." Beide Mitteilungen befanden sich weder in Übereinstimmung mit den militärischen Möglichkeiten (vgl. Anm. 4 und 5) noch mit der bestehenden Situation in den Marinegarnisonen (vgl. Anm. 6). Aber auch das Kabinett war weit davon entfernt, scharfe Maßnahmen insbesondere Kiel gegenüber zu ergreifen (vgl. Quellen I/2, Nr. 129, S. 535 ff.; Nr. 131a, S. 547 ff.; Nr. 133, S. 562 ff.). Vgl. hierzu auch die Kontroverse um die Berufung des Admirals v. Schröder an die Stelle des Admirals Souchon in Kiel, Quellen I/2, Nr. 131a, insbesondere Anm. 6, 16, 17 und 18a. Ebenfalls am 7. 11. 1918 schlug das Reichsmarineamt folgenden Text für ein Telegramm Scheidemanns an den Soldatenrat des III. Marineluftschifftrupps in Ahlhorn vor (MGFA MA/RMA, Nr. 3141, I.3.1.1c, Bd. 1): „Wenn Truppe zum Gehorsam und zur Pflicht zurückkehrt wird Amnestie zugesichert außer für gemeine Verbrechen, Mord an Vorgesetzten u.s.w. Soldatenräte werden von Regierung nicht anerkannt. Rückkehr zum Gehorsam umsomehr notwendig als jedes Zeichen von Uneinigkeit im Lande schon im Gange befindliche Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen zunichte macht." Scheidemann erklärte diesen Text für unmöglich und verwies auf das Schreiben des Vizekanzlers v. Payer an Hamburger Abgeordnete vom 6. 11. 1918 (vgl. Quellen I/2, Nr. 133, Anm. 9). Mit einigen persönlichen Worten Scheidemanns wurde daraufhin das entsprechend abgeänderte Telegramm auch an den Soldatenrat in Wilhelmshaven am 7. 11. 1918 um 15 Uhr 15 abgesandt.

[4]) Vgl. hierzu die undatierten, handschriftlichen Aufzeichnungen des Generalleutnants Scheüch (Nachlaß Scheüch, Nr. 1): „*4. 11. 18. Kiel.* Mar.Station der Ostsee hält zugesagtes Eingr[eifen] von Armeetruppen nicht mehr für erforderlich, da Verhandlungen mit den Meuterern eingeleitet. *5. 11. 18. Kiel.* usw. Maßnahmen des K.M., dem(?) Stellv. Generalkommando IX. [AK] Truppen benachb[arter] Korpsbezirke zur Verfügung zu stellen. Vereinbarungen mit R.M.A. zwecks einh[eitlicher] Maßn[ahmen] zur Absp[errung] von Kiel und Isolierung des Aufruhres.

IX. Reservekorps absperrt Kiel zu Lande. Oberste Heeresleitung ist gebeten, sofort eine zuverlässige Division nach Alten-Grabow zu senden.[5]) Alle Küstenforts haben Befehl, nach herumstreifenden Trupps zu fahnden und sie festzunehmen.

3. Hochseekommando sorgt sofort für völlige Absperrung Kiels nach See zu durch zuverlässige Streitkräfte und für Unbrauchbarmachen der FT-Stationen in Kiel innerhalb des abzusperrenden Gebietes[6]).

Entsprechende Anw[eisungen] an [die stellv. Generalkommandos des] I., II., X., XVII., XX. [AK]. Befehl an Oberkommando, alle am Lehrter Bahnhof ank[ommen]den Matr[osen] zu entwaffnen und zu internieren.

6. 11. 18. Oberst v. Zitzewitz-Altona meldet, daß eigene Truppen unzuverlässig, in Hamburg habe Stellv. General-Kommando IX. [AK] keine Macht mehr." In einem Bericht des stellv. bayer. Militärbevollmächtigten in Berlin über eine Unterredung mit Generalmajor v. Wrisberg am 6. 11. 1918 (BHStA IV München MKr, 1828) heißt es: „Als Gegenmaßregel ist zunächst das stellv. Generalkommando IX. AK aufgefordert worden, sofort alle von Kiel ausgehenden Straßen und Eisenbahnverbindungen für Aufständische zu sperren, um eine Weiterverbreitung zu verhindern. Ferner wird die Oberste Heeresleitung voraussichtlich Truppen zur Verfügung stellen, mit deren Hilfe und unter Heranziehung des anderen Teiles der Flotte gegen die Aufständischen, deren Zahl auf etwa 20000 geschätzt wird, gegebenenfalls mit Gewalt vorgegangen werden solle. Voraussetzung hierzu ist, daß die derzeitige Regierung zu Gewaltmaßregeln ihre Zustimmung gibt."

[5]) Zur Bereitstellung von Truppen durch die OHL zur Bekämpfung der revolutionären Bewegung in der Heimat vgl. Weltkrieg, Bd. 14, S. 706 und 712 ff. In einer Aufzeichnung vom 6. 5. 1919 berichtet der damalige Major Joachim v. Stülpnagel über die konkreten Maßnahmen (Nachlaß Stülpnagel, Nr. 17): „In den Tagen vorher [vor dem 7. 11. 1918] waren bereits auf Bitte des stellv. Generalkommandos VII. A.K.'s diesem 2 Jäger- und 1 Sturm-Bataillon zugeführt worden. Am 2. 11. hatte das Kriegsministerium eine zuverlässige Division nach Alten Grabow erbeten. Schweren Herzens wurde die 2. Garde-Division der 4. Armee weggenommen und zum Abtransport bereit gestellt. Am 5. 11. erbat das Kriegsministerium eine weitere Division nach Münster, um sie gegen Kiel und Wilhelmshaven verwenden zu können. Die 52. Reserve-Division erhielt den Befehl zum Abtransport. Die gleichfalls befohlene Bereitstellung der 7. Kavallerie-Schützen-Division zum Abtransport in die Heimat wurde rückgängig gemacht, als die Heeresgruppe Herzog Albrecht meldete, daß der Zustand der Division für eine Verwendung in der Heimat nicht genüge. [. . .] Inzwischen griff die revolutionäre Bewegung in Deutschland sehr schnell um sich. Die Rheinübergänge befanden sich in den Händen der Revolutionäre. Die Durchführung der nach der Heimat laufenden Transporte wurde damit unterbunden. Da die Bereitstellung des erforderlichen Leermaterials natürlich große Schwierigkeiten gemacht hatte, waren erst geringe Teile der 2. Garde-Division und der 52. Reserve-Division abgerollt. Bei diesen befanden sich die Divisionsstäbe." Daraus geht hervor, daß die erhoffte Unterstützung durch die OHL nicht zustande kam; die Truppenteile in der Heimat hatten sich zu diesem Zeitpunkt schon weitgehend auf die Seite der revolutionären Bewegung gestellt. Vgl. hierzu auch J. Petzoldt, Die Absetzung Wilhelms II., in: Zeitschrift für Militärgeschichte, 6. Jg. (1967), S. 307 (weitere Aussagen Stülpnagels).

[6]) Dazu war das Kommando der Hochseeflotte, das am 4. 11. 1918 noch einen langen Befehl zur Belehrung der Mannschaften herausgegeben hatte (vgl. WUA, Bd. 10/I, S. 206 ff.), nicht mehr in der Lage. In der Nacht vom 4./5. 11. 1918 waren die Gefangenen der „Thüringen" und „Helgoland" mit Hilfe der Armee abtransportiert worden, sie befreiten sich jedoch bereits in Bremen, bildeten einen Soldatenrat und gelangten im Laufe des Nachmittags wieder nach Wilhelmshaven. Admiral Ritter v. Hipper berichtet in seinem Tagebuch (Nachlaß Hipper, Nr. 9): „Am Nachmittag ging es dann in Wilhelmshaven los. Station hatte nicht genügend Truppen und um zweckloses Blutvergießen zu vermeiden, verhandelte der Gouverneur mit den Revolutionären. Umzüge von ca. 35000 Mann zogen durch die Straßen, Ordnung aber sonst aufrecht erhalten. Auf den Kasernen erschienen die roten Flaggen, auf Kriegsschiffen

G 91[7]) angeblich mit roter Flagge aus Kiel ausgelaufen, es ist unschädlich zu machen. III. Geschwader soll auf keinen Fall nach Kiel zurückkehren.[8])

4. Die zur Absperrung Kiels getroffenen Maßnahmen sind S.K.L., Admiralstab, Staatssekretär RMA., Kriegsminister und IX. Reservekorps zu übermitteln.

5. Original Hochseekommando. Empfang bestätigen.[9]) Nachrichtlich RMA, zugleich für Kriegsministerium und IX. Reservekorps, Admiralstab Berlin.

[. . .][10])

noch nicht. 6. November. Am Vormittag verläßt ‚Baden'-Besatzung zum größten Teil das Schiff, um an einem Demonstrationszug teilzunehmen. Ich versammelte sämtliche Offiziere und die wenigen noch treuen Mannschaften auf Baden um Verteidigung einzurichten. Die Station hatte sich indessen in die Hände der Revolutionäre begeben, da sie keine Mittel zur Verteidigung hatte. Mittags kam eine Kommission der Baden Leute zu mir, um Verhandlungen anzuknüpfen. Da ihre Forderungen verhältnismäßig milde, ein Widerstand doch zwecklos bloß ungeheures Blutbad angerichtet hätte, ging ich auf die Wünsche ein, auch schon deshalb, um die Revolution in gewissen Grenzen zu halten und um die sog. Scheidemänner, die noch in der Überzahl sind, nicht ganz in das Lager der U.S.P. zu treiben. Ein sog. Soldatenrat ließ sich dabei nicht vermeiden." Das Linienschiff „Schlesien" empfing am 6. 11. 1918 u. a. folgende Funksprüche des Kommandos der Hochseestreitkräfte (Nachlaß Waldeyer-Hartz, Nr. 6): „An Alle. Alle Offiziere und jeder der der Regierung und ihren Offizieren treu bleiben will, sofort auf ‚Baden' sammeln. Chef der Hochseesteritkräfte [9 Uhr 30]. —
An Alle! K.d.H. auf Kaiser Wilhelm II. in gewöhnlicher Bereitschaft. Hochseechef [18 Uhr 35].
An Alle. Wir haben Abordnungen empfangen und prüfen ihre Wünsche und Weitergabe an Regierung zur Entscheidung zugesagt. Außer Demonstration, Umzüge, keine besonderen Ereignisse. Wir haben Deputation bekanntgegeben, daß rote Flagge als feindlich gelte. Chef der Hochseestreitkräfte [18 Uhr 45]."

[7]) Torpedoboot.

[8]) Die ausgelaufenen Schiffe des III. Geschwaders kehrten am 6. 11. 1918 nach Kiel zurück, vgl. Zeisler, S. 205. Am 7. 11. 1918, 15 Uhr, verhandelte bereits eine Delegation der Matrosen des III. Geschwaders, begleitet von dem II. Admiral des Geschwaders, Kontreadmiral Feldt, mit den Staatssekretären v. Mann und Haußmann in Berlin, vgl. Quellen I/2, Nr. 139, Anm. 18.

[9]) Handschriftlicher Vermerk am Rand der Vorlage: „ist bestätigt".

[10]) Es folgt das Aktenzeichen und die Paraphe des aufnehmenden Offiziers.

505.

Auszug aus den Aufzeichnungen aus der Pressebesprechung.[1]) Mitteilungen über die Vorgänge auf der Flotte und in Kiel.

6. 11. 1918, Nr. 438, Vertraulich! — BHStA IV München MKr, 14027, vervielfältigtes Exemplar.

[. . .][2])

Admiralstab II gibt über die Lage in Kiel, Hamburg und Lübeck zwei Wolff-Telegramme bekannt, die in den Donnerstag[3])-Morgenblättern veröffentlicht werden.[4])

III: Sodann gebe ich Ihnen zu Ihrer näheren Unterrichtung Mitteilungen, aber unter III[5]), unter denselben Bedingungen wie gestern[6]), es dürfen also keine Aufzeichnungen gemacht werden (die Mitteilungen werden verlesen).

II: Eben sind zwei Flugblätter entworfen worden. Das eine enthält einen Aufruf an das deutsche Volk[7]) (wird verlesen) und wird durch W.T.B. in den Zeitungen veröffentlicht und durch Maueranschlag bekanntgegeben werden. Das zweite Flugblatt wendet sich an die aufrührerischen Kreise[8]) (wird verlesen). Ich bitte, den Ton, der in diesen beiden Bekanntmachungen angeschlagen ist, bei der Besprechung zu wahren und keine Gereiztheit hineinzutragen, da dies der Sache nur schaden würde.

Es könnte von der Presse angedeutet werden, daß die Entente ein gewisses moralisches Recht bekommt, etwa ein Einrücken in unser Heimatgebiet zu fordern, wenn hier unhaltbare Zustände entstehen sollten, so daß das Publikum merkt, welch ungeheurer Schaden auf diese Weise entstehen muß. Jedenfalls ist es richtig, zu betonen, daß das Friedenswerk und die Verhandlungen auf das

[1]) Vgl. Nr. 417, Anm. 1 und 4. Zur Reaktion der Presse auf die revolutionäre Bewegung vgl. K. Herrmann, Der Zusammenbruch 1918 in der deutschen Tagespresse, Phil. Diss. Münster 1958, S. 103 ff.

[2]) Die Besprechung begann mit Anfragen der Pressevertreter u. a. zu den Erlassen des Oberbefehlshabers in den Marken, vgl. Nr. 510.

[3]) 7. 11. 1918.

[4]) Vgl. die Meldung im „Berliner Tageblatt" vom 7. 11. 1918 (Nr. 570). „Der militärische Schutz der Ostsee durch die Marine ist lückenlos hergestellt. Alle auslaufenden Kriegsschiffe führen die Kriegsflagge. Die Bewegung unter den Matrosen und Arbeitern ist in ruhigere Bahnen zurückgekehrt. Es erfolgt allmählich allgemeine Abgabe der Waffen [vgl. Nr. 508]." Bezüglich Hamburg und Lübecks wurde nur von Streiks und Ausschreitungen berichtet.

[5]) Vgl. Nr. 480, Anm. 18.

[6]) In der Pressebesprechung vom 5. 11. 1918 (BHStA IV München MKr, 14027) hatte der Vertreter des Admiralstabes seine Mitteilungen eingeleitet mit der Bemerkung: „Es darf über diese Angelegenheit nichts Schriftliches auf irgend einem Schreibtisch oder in irgend einem Kasten verbleiben, es darf kein Protokoll geführt werden, und es darf niemand eine schriftliche Aufzeichnung über diese Angelegenheit mitnehmen." Der Vertreter der „Leipziger Neuesten Nachrichten" hat gegen dieses Verfahren — „Kleinkinderschule" — Protest erhoben.

[7]) Es dürfte hiermit der Aufruf des Reichskanzlers vom 6. 11. 1918 nach dem Eintreffen der vierten Note des Präsidenten Wilson gemeint sein, vgl. Quellen I/2, Nr. 133, Anm. 15.

[8]) Vgl. Nr. 501, Anm. 14.

allerempfindlichste geschädigt werden, und es unverantwortlich ist, jetzt die Lage zu trüben.

III: Streng vertraulich bemerke ich: Wir wissen aus geheimen Quellen aus Holland, daß die Ententegesandten geäußert haben: wenn es zu inneren Unruhen kommt, dann haben wir ein noch leichteres Spiel.

Pressevertreter: Welches sind die Hauptforderungen der Aufständischen ?[9])

Admiralstab II: Wie bei primitiven Leuten beziehen sich die Forderungen zunächst einmal auf das Essen. Die Offiziere sollen ebenso verpflegt werden, wie die Mannschaften, aus demselben Napf essen. Sodann verlangen die Matrosen Amnestie.[10]) Sie wollen, daß die vor einem Jahr wegen der damaligen Unruhen festgesetzten Leute entlassen werden. Sodann bilden sie sich ein, daß auch für die jetzigen schweren Vergehen absolute Amnestie herrschen müsse; das beruht wohl auf einer falschen Auslegung der Amnestieerklärung der Regierung. Allerdings scheinen sie nach den letzten Verhandlungen, die der Abg. Noske mit ihnen geführt hat, Besinnung anzunehmen und zu begreifen, daß gemeine Verbrechen, wie Mord, nicht unter Amnestie fallen können.[11]) Ferner verlangen sie eine Einstellung der Kampfhandlungen und sofortigen Friedensschluß, sowie Abschaffung der Grußpflicht.

Pr. **Moszkowski** (Chemnitzer Allgemeine Zeitung): Gestern ist uns hier strenge Schweigepflicht über die Vorgänge in Kiel auferlegt worden. Dabei weiß jedermann in Berlin, der die Hamburger Zeitungen und heute morgen die Leipziger Zeitungen gelesen hat, ganz genau, was sich dort ereignet hat und noch mehr, als uns Herr [Korvetten-]Kapitän Scheibe gesagt hat. Ich halte also ein solches Verfahren nicht für zweckmäßig.

In Kiel ist durch die Mitwirkung der Regierung eine gewisse Ordnung und Sicherheit geschaffen worden. Wäre es nicht möglich, allgemein von Regierungsseite aus zur Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten aufzufordern, denen bestimmte Aufgaben übertragen werden würden, wie die Demobilisierung. Wenn man den Soldaten immer wieder sagt, daß ihre Angehörigen verhungern müssen, wenn auf dem beschrittenen Wege weitergegangen wird, dann werden sie zur Vernunft kommen. Wir haben ein Volksheer, und es sind darin alle Intelligenzen vertreten. Es könnte daher auf diese Weise Ordnung geschaffen und das Unheil, das uns allen droht, abgewendet werden.

O.Z. II: Wir waren zunächst fest überzeugt, daß die Unruhen verhältnismäßig unbedeutend bleiben und die Presse in Kiel nur zensierte Berichte bringen würde. Daher ist das Telegramm hinausgegangen, daß das, was in der Kieler Presse steht, abgedruckt werden dürfe.[12]) Dieses Telegramm ist naturgemäß auch nach

[9]) Vgl. hierzu Nr. 503.

[10]) Das Kabinett erörterte die Frage einer möglichen Amnestie in verschiedenen Sitzungen, vgl. Quellen I/2, Nr. 129, S. 535 ff. und S. 542 ff.; sowie Nr. 131a, S. 547 ff.

[11]) Vgl. hierzu Nr. 508, Anm. 1.

[12]) Telegramm der Oberzensurstelle vom 4. 11. 1918 (Nr. 48263 O.Z.), wonach über die Vorgänge in Kiel am 3. 11. 1918 außer den amtlichen Nachrichten nur die Berichte der Kieler Zeitungen gebracht werden durften, Besprechungen der Vorgänge wurden untersagt. Am selben Tage waren alle Nachrichten über Demonstrationen und Straßenunruhen der Vorzensur unterworfen worden (Nr. 48294 O.Z.). Für die Vorgänge vgl. MGFA MA/RMA, Nr. 2356, XVII.1.5. 11, Bd. 5.

Kiel gekommen, und daraufhin hat der Arbeiter- und Soldatenrat in Kiel einen Bericht verfaßt und in die örtliche Presse gebracht. Infolgedessen ist mein Telegramm, daß aus der Kieler Presse nichts mehr abgedruckt werden dürfe[13]), seit wir wußten, daß dort die Zensur nicht mehr wirkt, sehr viel zu spät gekommen, und die Generalkommandos waren im Recht, wenn sie sagten, die Zeitungen haben die Sache nicht vorlegen brauchen. Auf diese Weise ist der Bericht in sehr vielen Zeitungen erschienen, ich glaube aber, daß so etwas jetzt nicht mehr vorkommen wird. Ich habe selbst für Bayern, wo die Verfügungen der Oberzensurstelle keine rechtliche Wirkung haben, gestern durch Rücksprache mit dem Leiter der Presseabteilung beim Kriegsministerium erreicht, daß die für Preußen erlassenen Verfügungen auch in Bayern erlassen werden. M. E. wird einzig und allein im ganzen Reiche die Leipziger Volkszeitung sich weiterhin über die Bestimmungen hinwegsetzen, dort hat aber eben die Zensur sich jeder Gewalt begeben.

[. . .][14])

Pr. **Sochaczewer** (Freisinnige Beiträge): In den Berichten der Hamburger, Bremer usw. Blätter steht schon sehr viel von dem, was uns Herr [Korvetten-]Kapitän Scheibe heute unter III mitgeteilt hat. Daneben sind gerade heute früh in Berlin sehr viele Einzelheiten über die Vorgänge verbreitet worden. Mehr als 100 Matrosen sind heute früh sowohl in Hamburg wie in Berlin eingetroffen, sie sollen angeblich verhaftet sein[15]), waren aber jedenfalls vorher schon in der Lage, mündlich und auf andere Weise Einzelheiten über die Kieler Vorgänge zu verbreiten, die noch weit über die heutigen Darlegungen des Herrn [Korvetten-]Kapitän Scheibe hinausgehen.

K.Pr.A. II: Ich halte es nicht für richtig, es mit den Gründen für die Vorgänge so leicht zu nehmen, wie Herr Wiesner[14]) es tut. Die Gründe liegen sehr viel tiefer und ernster. Ich erinnere an die Kämpfe, die ich hier in der Pressekonferenz seinerzeit durchgefochten habe, als die Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk zur Frage standen, ich erinnere daran, wie oft ich davor gewarnt habe, die bolschewistischen Reden, Erklärungen und Telegramme, die von Rußland kamen, in unsere Presse aufnehmen zu lassen.[16]) Jetzt haben wir den Erfolg davon!

Die Frage des Essens und Trinkens ist natürlich von den Hetzern benutzt worden, weil sie wissen, daß so etwas einem einfachen Mann einleuchtet, während er politischen Gründen nicht zugängig ist. Wir wollen uns also über die Gründe nichts weismachen.

---

[13]) Telegramm der Oberzensurstelle vom 6. 11. 1918, das bereits in der Pressebesprechung vom 5. 11. 1918 angekündigt worden war (Nr. 48335 O.Z.), MGFA MA/RMA, Nr. 2356, XVII. 1.5.11, Bd. 5.

[14]) In der Folge stimmte der Vertreter der „Frankfurter Zeitung", Wiesner, der Darlegung der Ursachen der Meuterei durch Korvettenkapitän Scheibe zu und bezeichnete die ungleichmäßige Verpflegung von Offizier und Mann als eine wesentliche Ursache der augenblicklichen Unruhen; Dr. Pietsch von der „Schlesischen Zeitung" nahm diesen Gedanken im Verlauf der Aussprache wieder auf und stimmte ihm ebenfalls zu.

[15]) Vgl. hierzu Quellen I/2, Nr. 131a, Anm. 4 und 5, sowie Nr. 133, S. 563.

[16]) Vgl. Nr. 417.

Pr. **Metger** (Dresdner Anzeiger): Ich bitte um Auskunft über das Schicksal des dritten Geschwaders.[17])

[. . .][14])

Pr. **Zimmermann** (Deutsche Zeitung): Kann uns etwas über die Haltung der Unteroffiziere, besonders der Deckoffiziere, mitgeteilt werden?

Pr. **Wiesner** (Frankfurter Zeitung): Bei der Marine haben wir dieselben Erscheinungen wie jetzt bereits vor den Brester Verhandlungen gehabt.

Pr. **Breslauer** (Berliner Lokalanzeiger): Wie steht es mit unseren Kriegsschiffen in Wilhelmshaven[18]), Wer verfügt über die Eisenbahnverbindungen zwischen den in Mitleidenschaft gezogenen Städten und dem Hinterland[19]), speziell Berlin?

Pr. **v. Wangenheim** (Verlag Giradet): Welche Maßnahmen sind außer den Flugblättern von der Regierung getroffen worden zur Wiederherstellung der Ordnung in Kiel usw.?

Admiralstab III: Auf eine Diskussion der von Herrn Wiesner[14]) angeschnittenen Frage werde ich mich nicht einlassen, denn wir sind kein Vorparlament. Ich selbst bin zwei Jahre, von 1915—1917, erster Offizier auf einem Panzerkreuzer gewesen und habe jeden Tag mein Mannschaftsessen und ebenso mein Offiziersessen gegessen und habe festgestellt, daß in sehr vielen Fällen das Mannschaftsessen besser geschmeckt hat, als das Offiziersessen. Ich habe strengstens darauf gehalten, daß die Vorschriften über die Rationierung eingehalten werden. Ein Unterschied besteht in der Aufmachung: Der Mann erhält sein Essen im Zinnapf, der Offizier hat ein besseres Geschirr mit Deckel, und auch wenn es dasselbe Essen gab, sagten sich die Mannschaften, der Deckel hat den Zweck, daß man nicht sieht, was im Geschirr ist.

Ich bin, wie Herr Major Würz, einer von denen gewesen, die von Anfang an gebeten haben, die Schuldfrage jetzt nicht zu erörtern. Gerade die Zeitungsvertreter aber, die jetzt die Schuld auf andere Gebiete abschieben wollen, sind dieser dreimaligen Bitte nicht nachgekommen.

Das dritte Geschwader war ausgelaufen und ist heute Nachmittag wieder wohl in den Hafen zurückgekehrt. Wie die Verhältnisse auf dem Geschwader liegen, ist nicht zu beurteilen, da wir keinerlei Funkspruch mit ihm haben. Auf jeden Fall führt es die Kriegsflagge. Was das Verhalten der Deckoffiziere und Unteroffiziere anbelangt, so weiß ich nur von „König", daß die Deckoffiziere und Unteroffiziere geschlossen von Bord gegangen sind; das sagt aber nicht, daß die Unteroffiziere sich auf die Seite der Aufständischen gestellt haben. Wie es mit den Schiffen in Wilhelmshaven ist, weiß ich nicht. Es wird der gewöhnliche Zustand sein, daß ein Teil auf Vorposten steht und ein Teil in Wilhelmshaven ist.

Darüber, welche Maßnahmen die Regierung zu ergreifen gedenkt, kann ich nichts Authentisches sagen. Zunächst wird sie wohl abwarten, wie die Verhandlungen in Kiel zwischen dem Abgeordneten Noske und den Aufständischen

[17]) Vgl. Nr. 504, Anm. 8.

[18]) Vgl. Nr. 504, Anm. 6.

[19]) Vgl. z. B. Archivalische Forschungen 4/IV, Nr. 780, S. 1741.

weitergehen. Der Herr Abgeordnete Noske ist bemüht, die Bewegung in ruhigere Bahnen zu leiten.[20])

Bei der Bitte, in der Presse nichts anderes zu bringen, als was ich offiziell sage, denke ich weniger an die Wirkung im Innern, als an die nach außen. Es ist ein großer Unterschied, ob die Leute sich im Lande etwas erzählen, oder ob in der Presse etwas geschrieben wird.

[. . .][21])

[20]) Vgl. Nr. 508.

[21]) Weitere Anfragen der Pressevertreter galten vor allem den Maßnahmen des Oberkommandos in den Marken, vgl. hierzu Nr. 510.

506.

Schreiben des Staatssekretärs des Reichsmarineamts an verschiedene Reichs- und preußische Behörden[1]) betr. die Bildung von Bürger- und Bauernwehren.

6. 11. 1918, M. 7385. — MGFA MA/RMA, Nr. 3141, I.3.1. 1c, Bd. 1, handschriftl. Entwurf.[2])

Die unserem Vaterlande durch den Bolschewismus drohende Gefahr verlangt gebieterisch Zusammenschluß aller Elemente, denen die Aufrechterhaltung geordneter Zustände am Herzen liegt. Der straffen Organisation einer an Zahl verschwindend kleinen Minorität muß die werkthätige Bevölkerung etwas Ähnliches entgegensetzen. Die schleunige Bildung von Bürger- und Bauernwehren ist, soweit ich es übersehen kann, das einzige Mittel, das schnelle Abhilfe schaffen und vielleicht den inneren Zusammenbruch noch verhindern kann. Es kann nicht schwerfallen, wenn der ernste Wille vorhanden ist, an der Hand der vielen schon bestehenden Organisationen, bürgerliche Körperschaften zusammenzustellen, die, bewaffnet, und unter Führung von Offizieren, dem Terror mit Nachdruck entgegentreten und so den Zerfall Deutschlands verhindern können. Daneben sollten die Abgeordneten in ihren Wahlkreisen, in der Stadt und auf dem Lande, ihren Wählern die Augen öffnen über die nahende Katastrophe. Es kann und muß vermieden werden, daß unser 70-Millionen-Volk die Beute einer anarchistischen kleinen Gruppe wird.

Ich bringe in Vorschlag, zu diesem Zweck ungesäumt kommissarische Beratungen zwischen den zumeist beteiligten Staatsbehörden (Kriegsministerium, Reichsmarineamt, Reichsamt des Innern, Ministerium des Innern, Reichsarbeits-

[1]) Das Schreiben ist gerichtet an den Reichskanzler, den preuß. Kriegsminister, die Staatssekretäre Erzberger, Scheidemann, Gröber und Haußmann, das Reichswirtschaftsamt, das Reichsamt des Innern, den preuß. Minister des Innern, das Reichsschatzamt, das Reichskolonialamt, das Reichspostamt und an das Reichsarbeitsamt.

[2]) Der Entwurf stammt von Kapitän z. S. Brüninghaus.

amt) und den Kommunal-Behörden einzuleiten.[3]) Das Militär allein wird der sich schnell ausbreitenden Bewegung kaum Herr werden, dazu gehört Selbsthilfe der Bürger, die nur organisiert zu werden braucht, um nachhaltig zu wirken.

Der Staatssekretär des Reichsmarineamts
v. M[ann]

[3]) Der Vorschlag wurde in der Sitzung des Gesamtkabinetts am Nachmittag des 6. 11. 1918 (Quellen I/2, Nr. 133, S. 563 f., sowie Nr. 137, S. 581, insbesondere Anm. 8 und 40) und in einer Besprechung im Reichsamt des Innern am 7. 11. 1918 (Archivalische Forschungen 4/IV, Nr. 793b, S. 1765 ff.) erörtert. Vgl. auch Thaer, S. 253 (Brief vom 6. 11. 1918 mit einem ähnlichen Vorschlag). Das preuß. Kriegsministerium (Generalmajor v. Wrisberg) lehnte den Gedanken einer Bürgerwehr ab, vgl. A. Wermuth, Ein Beamtenleben. Erinnerungen, Berlin 1922, S. 411 f. Hierzu die Aufsätze von E. Könnemann, Die militär-politische Bedeutung der Einwohnerwehren in den Jahren 1918 bis 1920, in: Zeitschrift für Militärgeschichte, 3. Jg. (1964), S. 30 ff., und Die Bildung von Bürgerwehren in Deutschland bei Kriegsausbruch 1914, in: ebda, 4. Jg. (1965), S. 699 ff., sowie J. S. Drabkin, Die November-Revolution 1918 in Deutschland, Berlin 1968, S. 120 f., und H. Oeckel, Volkswehrbewegung und Novemberrevolution, in: Zeitschrift für Militärgeschichte, 7. Jg. (1968), S. 533 ff.

507.

Befehl der Obersten Heeresleitung an die Armee-Oberkommandos zur Frage der Abdankung des Kaisers.[1])

6. 11. 1918. — Nachlaß Heye, Nr. 4.[2])

Dem Feinde ist es durch planmäßige Propaganda gelungen, die Stimmung in Heimat und Heer bei uns herabzudrücken. Wie schon aus den Zeitungen bekannt, versucht er jetzt breiten Zwiespalt in unser Volk zu bringen, dadurch, daß er eine *Kaiserfrage* aufrollt; die Presse kann — das ist eine unvermeidliche Folgerung des neuen Regierungssystems — in ihrer Meinungsäußerung auch über solche Fragen nicht mehr beschränkt werden.[3]) Infolgedessen dringen die Gedankengänge in alle Kreise des Volkes und auch in das Frontheer. Für die Armee, in der jeder Angehörige dem Kaiser den Fahneneid geschworen hat, gibt es keine „*Kaiserfrage*".[4]) Was auch kommen mag, die Armee wird ihren Treueid halten.

[1]) Zur dramatischen Entwicklung der Abdankungsfrage vom 4.—9. 11. 1918 vgl. Quellen I/2, insbesondere Nr. 123, 127, 129, 131, 132, 137, 138, 140—142, 144, 146—149, sowie Quelle n I/3, Nr. 510—512, und das dort in Dokumenten und Anmerkungen ausgebreitete, reichhaltige Material.

[2]) Der Befehl erscheint als Zitat in den Lebenserinnerungen Heyes im Anschluß an die Darstellung der Stellungnahme Groeners vor dem Gesamtkabinett am 5. 11. 1918, vgl. Quellen I/2, Nr. 129, S. 531 f., sowie Groener, S. 447 ff.

[3]) Vgl. Nr. 499, Anm. 7 und 8.

[4]) Zur Frage der inneren Verbundenheit des Offizierkorps mit dem Monarchen vgl. Nr. 425, Anm. 5, sowie Nr. 500, Anm. 4. Vgl. hierzu auch den Bericht Hintzes an Staatssekretär Solf vom 29. 10. 1918 (abgedruckt bei A. Niemann, Revolution von oben — Umsturz von unten. Entwicklung und Verlauf der Staatsumwälzung in Deutschland 1914—1918. Mit einem Dokumenten-Anhang, Berlin 1928, S. 382 f.): „Diese Gerüchte [in der Armee über eine beabsichtigte Beseitigung Hindenburgs und des Kaisers] stiften Unheil, das Offizierkorps beginnt Partei zu nehmen, die jüngsten gegen beide, die Leute von älterem Dienstgrad

Sie braucht dazu als Begründung nur ihre unerschütterliche Überzeugung. Wenn trotzdem der *nachstehende Auszug* aus einer Zusammenstellung der einschlägigen Gesichtspunkte, die die Reichsleitung[5]) für die Heimat herausgegeben hat, auch dem Frontheer bekanntgegeben wird, so geschieht es, um die Offiziere über diese wichtigen Vorgänge zu orientieren und ihnen Rüstzeug in die Hand zu geben, das sie nötigenfalls in der Rücksprache mit einzelnen Unteroffizieren und Mannschaften anwenden können.

gez. Heye.

entschlossen für beide. Schon hört man von Bürgerkrieg reden." Generalleutnant Wild v. Hohenborn schrieb am 5. 11. 1918 in einem Brief an seine Frau (Nachlaß Hohenborn, Nr. 5): „Selbst in Offizierskreisen wird bei uns die Frage der Abdankung des Kaisers eigentlich mehr vom Nützlichkeitsstandpunkt erörtert. Es ist, als ob alle Ideale, alle Treue, alle Festigkeit verloren wäre." Der insbesondere von Hintze geförderte Versuch, den Kaiser wieder etwas mehr in Berührung mit der Front zu bringen, entsprach nicht den Erwartungen. Am 4. 11. 1918 besuchte der Kaiser einige Etappen- und Rekrutendepots (vgl. Rupprecht, Bd. 2, S. 472 f.; Niemann, a.a.O., S. 373). Diese und weitere geplante Reisen des Kaisers dienten jedoch zur Begründung der Ablehnung eines erneuten Ersuchens des Chefs des Zivilkabinetts vom 3. 11. 1918, der Kaiser möge nach Berlin zurückkehren. In dem Antworttelegramm des Legationsrats Frhr. v. Grünau vom 5. 11. 1918 (für beide Telegramme vgl. PA Bonn Polit. Abt., Weltkrieg 23 Geheim, Bd. 30) heißt es bezeichnenderweise: „General von Marschall macht bezüglich weiterer Frontreisen geltend, daß der gestrige Frontbesuch erwiesen habe, wie notwendig die Wiederaufnahme der Fühlung mit der Truppe sei. Die Generäle und Stäbe hätten nach den letzten Ereignissen einen Besuch des Kaisers überhaupt nicht mehr erwartet und seien der Meinung gewesen, daß der Kaiser das Heer verlasse. Dies habe die Stimmung im Offizierkorps sehr niedergedrückt." Vgl. auch Nr. 511, Anm. 6.

[5]) An dieser Stelle erläutert Heye in einer Fußnote, daß es sich um einen Auszug aus den von Staatssekretär Erzberger herausgegebenen Richtlinien für den Heimatdienst, Nr. 3, vom 31. 10. 1918 gehandelt hat. Zu den Richtlinien vgl. Nr. 500, Anm. 12.

508.

Flugblatt des Kommissars für Marinesachen in der Ostsee. Bekanntgabe einer Weisung des zurückgetretenen Gouverneurs von Kiel, Admiral Souchon, an die Offiziere betr. das Verhalten in der Öffentlichkeit und die Zusammenarbeit mit dem Arbeiter- und Soldatenrat.

7. 11. 1918, Kiel. — MGFA MA/KdH, Nr. 891, D. 585, Bd. 1, vervielfältigtes Exemplar.

Herr Admiral Souchon ist von den Geschäften des Gouverneurs zurückgetreten.[1]) Sein jetziger Erlaß an sämtliche z. Zt. im Garnisonbereich Kiel befindlichen

[1]) Zur Entwicklung der Situation in Kiel seit dem 4. 11. 1918 (Nr. 503) vgl. Quellen I/2, Nr. 129, S. 537 f.; Nr. 131a, S. 547 ff.; Nr. 139, S. 585 f. und S. 588; sowie G. Noske, Von Kiel bis Kapp, Berlin 1920, S. 15 ff.; L. Popp, Ursprung und Entwicklung der November-Revolution 1918, Kiel 1919, S. 22 ff.; Zeisler, S. 208 ff. Noske war am 5. 11. 1918 zum Vorsitzenden des Soldatenrats und am Nachmittag des 7. 11. 1918 zum Gouverneur gewählt worden. Admiral Souchon räumte seinen Posten ohne zu zögern. Am 8. 11. 1918 ließ Staatssekretär v. Mann u. a. an den Chef des Admiralstabes telegraphieren (MGFA MA/RMA, Nr. 3141, I.3.1.1c, Bd. 1): „Staatssekretär hat sich mit kommissarischer Übernahme der Leitung der Marineangelegenheiten in Kiel durch Noske einverstanden erklärt." Vgl. auch den ersten „Gouvernements-Tagesbefehl" Noskes vom 7. 11. 1918, u. a. abgedruckt in: Ursachen und Folgen, Bd. 2, S. 517 f.

Offiziere hat folgenden Wortlaut, der mir geeignet erscheint, auch jetzt noch bekanntgegeben zu werden:

„Die schicksalsschweren Ereignisse der letzten Tage und Stunden, die mit der Neuordnung unserer innerpolitischen Gestaltung unserer gemeinsamen deutschen Zukunft zusammenhängen, haben an jeden einzelnen von Ihnen schwere Aufgaben hinsichtlich der Selbstbeherrschung gestellt. Die Aufgabe war für Sie um so schwerer, als mit der Entwickelung der Dinge politische Fragen und solche rein militärischer Natur ineinandergreifen.

Zu der *politischen* Frage Stellung zu nehmen, ist nicht Aufgabe des Offiziers. Dieser ist wie bisher dazu berufen, in treuester Pflichterfüllung ein ausführendes Organ unserer gemeinsamen deutschen Regierung zu sein. Die schweren Gewissenskonflikte hinsichtlich der Stellungnahme zu den Erscheinungen *rein militärischer* Natur müssen durch die Klärung der reinen Machtfrage innerhalb des Bereiches der Garnison Kiel als beseitigt angesehen werden. Widerstand zu leisten, würde sinnlos sein und lediglich zu nicht wieder gutzumachendem Blutvergießen führen.[2])

Ihre Aufgabe ist es zunächst, mit äußerster Selbstkontrolle und Selbstbeherrschung sowie durch das persönliche Auftreten allen Konflikten aus dem Wege zu gehen. Sinnlose Beleidigungen und demütigende Anforderungen an den Offizier

[2]) Nach diesem Grundsatz handelten im Grunde alle Marinebefehlshaber. Vgl. den Lagebericht der Seekriegsleitung vom 7. 11. 1918 nachmittags, abgedruckt in: WUA, Bd. 10/I, S. 293 ff. und S. 338 ff. — Zur Entwicklung in den einzelnen Marinegarnisonen vgl. Zeisler, S. 213 ff. Am 8. 11. 1918 gab der Chef der Marinestation der Nordsee, Admiral v. Krosigk, folgende, vom Soldatenrat beschlossene Regelung der Befehlsverhältnisse bekannt (MGFA MA/StN, Nr. 890, D. 586): „Anordnungen grundsätzlicher Art, welche die bisherige Regelung aller Betriebe abändern, mit bindender Kraft zu erlassen ist nur der Vollzugsausschuß berechtigt. Die Vertrauensmänner der Kompagnie usw. und die Obleute haben die gegebenen Befehle des Ausschusses zu übermitteln und Wünsche ihrer Kameraden vorzubringen, entweder bei den Delegierten oder bei den militärischen Dienststellen. [...] — Wünsche für Anordnungen militärischer Natur leitet der Vollzugsausschuß an die militärischen Dienststellen, die dann das Nötige veranlassen werden (z. B. Abladen eingegangener Waggons mit Nahrungsmitteln und ähnliches). — Offiziere, die mit- und zusammenarbeiten, sind im Dienst Vorgesetzte und als solche zu achten. Ihren Befehlen ist zu folgen." Der Oberwerftdirektor der Kaiserlichen Werft in Wilhelmshaven teilte dem Reichsmarineamt am 8. 11. 1918 um 10 Uhr 20 mit (MGFA MA/RMA, Nr. 4390, XX. 33, Bd. 7): „Die Macht ist vollständig in den Händen des Arbeiter- und Soldatenrates, auf der Werft herrscht Ruhe." Das Flottenkommando (Nr. 504, Anm. 6) verhandelte am 7. und 8. 11. 1918 mit einer Delegation des Soldatenrates mit dem einzigen Ziel, das Heißen der roten Flagge auf den Kriegsschiffen zu verhindern. Admiral Ritter v. Hipper vermerkte dazu in seinem Tagebuch (Nachlaß Hipper, Nr. 9): „Was will das [günstige Beeinflussung der Delegation durch einen Offizier des Flottenkommandos] aber schließlich bedeuten; wenn sie zehnmal die schönsten Zusicherungen gemacht hat, sie ist nicht im Stande, sie durchzuführen. Es wächst ihr alles über den Kopf; die Schiffe tun doch, was sie wollen." Als am Mittag des 9. 11. 1918 die rote Flagge auf den Schiffen geheißt wurde, ging er von Bord. Nur die Seekriegsleitung versuchte noch am 7. 11. 1918 einige der offenbar noch zuverlässigen Schiffe der 4. Aufklärungsgruppe, die durch Kontreadmiral v. Karpf in Swinemünde zeitweilig außer Dienst gestellt worden waren (vgl. u. a. A. Niemann, Revolution von oben — Umsturz von unten. Entwicklung und Verlauf der Staatsumwälzung in Deutschland 1914—1918. Mit einem Dokumenten-Anhang, Berlin 1928, S. 400) zu sammeln und befahl Kapitän z. S. Rohardt, dem Nachfolger Karpfs, die Streitkräfte in einem „einwandfreien" Hafen zu vereinigen (Nachlaß Levetzow, Box 21, Seekriegführung, Bd. 4, Fernschreiben vom 7. 11. 1918).

als solchen sind keineswegs in der Absicht des Soldatenrates.[3]) Wo solche an Sie herantreten, sind sie auf momentane Erregung unkontrollierbarer Leidenschaften zurückzuführen. Ich empfehle Ihnen daher, die Straße möglichst zu vermeiden. Wenn Sie in unangenehme Lagen kommen sollten, versuchen Sie, diese durch Ruhe und würdevolles Wesen zu überwinden. Bedienen Sie sich gegebenenfalls der Unterstützung des Sicherheitsdienstes des Soldatenrates. Alle Anforderungen, die an Sie herantreten, bedürfen der nachweisbaren Anordnung durch den Soldatenrat. Verlangen Sie in zweifelhaften Fällen sofort vor diesen geführt zu werden.

Es ist auch zu vermeiden, zu mindestens an öffentlicher Stelle, einem inneren Groll und Erbitterung durch scharfe Worte gesprächsweise Luft zu machen. Auch nicht durch solche Worte, die dem Ernst der gemeinsamen Lage nicht entsprechen.

Behalten Sie stets Selbstbeherrschung und persönliche Würde, und denken Sie daran, daß auch der Andere das *Gute* will und Meinungsverschiedenheiten nur hinsichtlich *des Weges* zu diesem bestehen.

Ihre Lebensführung sei über jeden Zweifel erhaben. Ich habe den Soldatenrat davon in Kenntnis gesetzt, daß die Offiziere und Beamten sich bereit finden werden, ihre Arbeitskraft und Sonderkenntnisse der Bewältigung der *gemeinsamen Aufgabe* zur Verfügung [zu] stellen, die in der Aufrechterhaltung der Ordnung des laufenden Betriebes der allgemeinen Sicherheit besteht.[4])
Zu diesem Zweck ersuche ich die Verwaltungsbeamten, ihren bisherigen Dienst voll aufrecht zu erhalten.

Um ein gemeinsames Zusammenarbeiten auf Grundlage gegenseitigen Vertrauens zu erleichtern, habe ich die einzelnen Dienststellen im Einverständnis mit dem Soldatenrat ersucht, aus dem Offizierkorps je einen Vertrauensmann namhaft zu machen, der besonders geeignet erscheint, die Verbindung mit den Vertretern

[3]) Vgl. hierzu den Gouvernements-Tagesbefehl Nr. 2 vom 9. 11. 1918 (MGFA MA/StO, Nr. 7868), in dem es u. a. heißt: „Ich ersuche alle Kameraden, Belästigungen der Offiziere, insbesondere auf der Straße, aus demokratischem Gleichheitsgefühl zu unterlassen." Gleichzeitig wurde festgestellt, daß ein militärischer Grußzwang „bis auf weiteres" nicht bestehe.

[4]) Im Gouvernements-Tagesbefehl Nr. 3 vom 10. 11. 1918 (MGFA MA/StO, Nr. 7868) erschienen die „Richtlinien für Zusammenarbeit zwischen Offizieren und Soldatenräten" über die noch am 9. 11. 1918 verhandelt worden war. In ihnen heißt es u. a.: „In gemeinsamer Beratung zwischen dem Soldatenrat und den Vertretern der Offiziere ist folgendes vereinbart: 1. Offiziere, die sich mit den Maßnahmen des Soldatenrates einverstanden erklären, begrüßen wir in unserer Mitte. Es kommen nur solche in Betracht, die auf der Grundlage gemeinsamen, wechselseitig anerkannten Verständnisses für das Erfordernis des Augenblicks zu arbeiten fähig sind, und das Vertrauen ihrer bisherigen Untergebenen nicht verloren haben. 2. Offiziere, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen, sind ihres Kommandos enthoben und werden der Station zur Verfügung gestellt. 3. Die Offiziere zu 1 geben schriftlich die bindende Erklärung ab, unter keinen Umständen der neuen Volksbewegung feindlich gegenüber zu treten (vgl. Fußnote). 4. Stellung der Offiziere im Dienst: [. . .] d) Ein gegenseitiges Vorgesetztenverhältnis zwischen Offizier und Soldatenrat besteht nicht. [. . .] Erklärung [Fußnote]: Im Interesse der Landesverteidigung und künftigen Demobilmachung, wie auch im Interesse der öffentlichen Sicherheit, erkläre ich hiermit ausdrücklich, unter keinen Umständen gegen die neue Volksbewegung etwas zu unternehmen. Falls Konflikte entstehen, die ich mit meinem Gewissen nicht vereinbaren kann, habe ich das Recht, vor dem Soldatenrat meine Erklärung schriftlich oder mündlich zurückzuziehen und mir dieses bescheinigen zu lassen."

des Soldatenrates seines Kommandos herzustellen und aufrechtzuerhalten. Aufgabe dieses Vertrauensmannes wird es daher in erster Linie sein, die notwendige Grundlage gegenseitigen unbedingten persönlichen Vertrauens herzustellen. Es ist daher auch erforderlich, daß solche Vertrauensmänner vor Eintritt ihrer Tätigkeit des Vertrauens des zugehörigen Soldatenrates ausdrücklich versichert werden. Die Vertrauensmänner des Offizierkorps werden danach ihre ganze Kraft einzusetzen haben, zu der restlosen Beseitigung aller Mißstimmung und ihrer berechtigten Ursachen militärischer Natur.

Ich sehe in dieser Organisation das einzige Mittel, um unser gemeinsames Volks- und damit Vaterlandsinteresse zu wahren und zu fördern."

Noske
Kommissar für Marinesachen
in der Ostsee.

509.

Schreiben des preußischen Kriegsministeriums an die Militärbefehlshaber[1]) betr. die sachlichen und personellen Konsequenzen der vollzogenen Neuordnung der politischen Verhältnisse.

7. 11. 1918[2]), Nr. 2610/18.g.Z 3, Geheim! — GLA Karlsruhe Abt. 456, Bd. 37, vervielfältigtes, eigenhändig vollzogenes Exemplar.

Die Ereignisse der letzten Zeit haben eine völlig veränderte Lage geschaffen. Grundlegende Rechte sind von der Krone auf das Volk übertragen. Dieses hat dadurch entscheidenden Einfluß auf die Führung der Politik erhalten. Die Reichsregierung verkörpert den politischen Willen der Mehrheit des Volkes. Auch die Militärgewalt ist in allen Angelegenheiten von politischer Bedeutung der Reichsregierung eingegliedert worden.[3])

Unsere Gesamtlage hat es der neuen Regierung notwendig erscheinen lassen, Schritte zur baldigen Herbeiführung eines Friedens zu unternehmen.

Ersprießliche und reibungslose Arbeit kann nur geleistet werden, wenn sämtliche militärischen Behörden sich auf den Boden der neuen Tatsachen stellen und vorbehaltlos in diesem Sinne arbeiten.[4])

Soweit das Versammlungsrecht und die Zensur in Betracht kommen, enthält

[1]) Das Schreiben wurde nachrichtlich dem Reichskanzler, dem Chef des Generalstabes des Feldheeres, den Chefs des Kriegspresseamts und der Oberzensurstelle, dem Staatssekretär des Reichsmarineamts und den bundesstaatlichen Kriegsministerien zur Kenntnis gebracht.

[2]) Beim stellv. Generalkommando des XIV. AK am 9. 11. 1918 eingegangen.

[3]) Die vorangehenden zwei Sätze sind in der Vorlage von Empfängerseite durch einen Strich am Seitenrand hervorgehoben.

[4]) Der vorangehende Satz ist in der Vorlage von Empfängerseite durch einen Strich am Seitenrand hervorgehoben.

mein Erlaß vom 2. 11. 18 Nr. 670.10. 1918 K M[5]) die nötigen Weisungen. Für den vaterländischen Unterricht und die Aufklärung der Zivilbevölkerung sind die von Zeit zu Zeit den stellvertretenden Generalkommandos zugehenden Richtlinien[6]) maßgebend. Die vom Chef des Generalstabes des Feldheeres am 29. 7. 17 mit Nr. IIIb 11567/II[7]) herausgegebenen „Leitsätze für den vaterländischen Unterricht unter den Truppen" werden entsprechend geändert werden.

Unter allen diesen Umständen wird es hin und wieder in Stäben und anderen Behörden Persönlichkeiten geben, denen die Bearbeitung von Angelegenheiten von politischer Bedeutung obliegt und die sich in die neuen Verhältnisse nicht hineinfinden können. Solche Persönlichkeiten werden zum Hindernis und tragen unbewußt zu einer Schädigung der Autorität der militärischen Dienststellen bei. Sie können, unbeschadet ihrer sonstigen Tüchtigkeit und ihres nicht anzuzweifelnden guten Willens, auf ihren Posten nicht belassen werden.[8]) Euer Exzellenz bitte ich diesem Gesichtspunkt Ihr Augenmerk zuwenden und da, wo es die Rücksicht auf die vollzogene Neuordnung erforderlich macht, die entsprechenden Änderungen in den Stellenbesetzungen innerhalb Ihres Bereichs bald vornehmen zu wollen.

Der Kriegsminister
Scheüch.

---

[5]) Vgl. Quellen I/2, Nr. 109, S. 432 ff.

[6]) Vgl. Nr. 500, Anm. 12.

[7]) Vgl. Nr. 331.

[8]) Die vorangehenden drei Sätze sind in der Vorlage von Empfängerseite durch einen Strich am Seitenrand hervorgehoben. — Der erste Offizier, der innerhalb des Heimatheeres den neuen Verhältnissen weichen mußte, war General v. Stein, der Obermilitärbefehlshaber selbst, der durch seine Anweisung gegen die „Zentralstelle Völkerrecht" und die „Deutsche Friedensgesellschaft" vom 8. 7. 1918 (vgl. Nr. 419, Anm. 8) für die Mehrheitsparteien untragbar geworden war (vgl. Quellen I/2, Nr. 1, S. 9 f., Nr. 8, S. 39; Nr. 30, Anm. 1). Stein wurde am 9. 10. 1918 seines Postens enthoben (vgl. Stein, S. 135) und Generalleutnant Scheüch zu seinem Nachfolger bestimmt. — In einem Interview vom 11. 10. 1918 mit dem Direktor des transozeanischen Dienstes buchte Erzberger dies als einen großen Erfolg der neuen Regierung. Er erklärte auch, daß „zwei kommandierende Generale von ihren Posten entfernt worden" seien (MGFA MA/RMA, Nr. 2049, XVII. 1.5.36, Bd. 2), nämlich die stellv. kommandierenden Generale v. Hänisch (Hannover) und Frhr. v. Vietinghoff (Stettin). Damit griff er den Ereignissen weit voraus. General v. Vietinghoff, von dem es in der Pressebesprechung vom 14. 10. 1918 (BHStA IV München MKr, 14027) hieß, er trete zurück, trat erst nach dem 22. 10. 1918 (vgl. Nr. 493, Anm. 4) von der Bühne ab. General v. Hänisch wurde am 6. 11. 1918 durch revolutionäre Matrosen festgesetzt, vgl. Prinz Max von Baden, Erinnerungen und Dokumente, Stuttgart 1927, S. 601. — Generaloberst v. Linsingen, der Oberbefehlshaber in den Marken, bat mit Telegramm vom 7. 11. 1918 (vgl. Nachlaß Eberhardt, Nr. 89a — nach einem Auszug aus den Akten des Gouvernements Berlin —; vgl. dagegen die Angabe in Linsingens Bericht über die militärischen Ereignisse in Berlin bis zum 9. 11. 1918, Quellen I/2, Nr. 150, S. 625, insbesondere Anm. 12 und 13) den Kaiser um seine Entlassung, da der Kriegsminister in seine Kompetenzen eingegriffen habe. — Dem Generalleutnant Scheüch wurden durch Kabinettsordre vom 8. 11. 1918 alle militärischen Dienststellen und Truppen des preuß. Kontingents bis auf weiteres unterstellt.

510.

Auszüge aus den Aufzeichnungen aus der Pressebesprechung.[1]) Mitteilungen und Erörterungen über die politische Situation, insbesondere in Berlin.

8. 11. 1918, Nr. 439, Vertraulich! — BHStA IV München MKr, 14027, vervielfältigtes Exemplar.

R.P.A. I: Auf Anordnung des Oberkommandos in den Marken, die dem Reichspostamt in später Abendstunde gestern zuging, ist der private Fernsprech- und Telegrammverkehr von Berlin aus in die Provinz heute nacht, und zwar von 11 Uhr ab, vorläufig gesperrt worden.[2]) Das Reichspostamt hat darauf an zuständiger Stelle heute vormittag auf die außerordentliche Tragweite dieser Maßnahme und insbesondere darauf hingewiesen, daß damit namentlich auch dem Presseverkehr der Reichshauptstadt jede Möglichkeit einer Verständigung nach auswärts genommen ist. Der Postverkehr nach außerhalb wird, soweit Personen- und Schnellzüge z. Zt. nicht verkehren, durch Eilgüterzüge vermittelt.

Pr. **von Gerlach** (Welt am Montag): Ist dem Reichspostamt bekannt, weshalb die Leipziger Volkszeitung in dieser Woche, abgesehen von der Montagsnummer, fast keinem Abonnementen in Berlin zngestellt wurde? Das erweckt beinahe den Eindruck, als ob hier Vogel-Strauß-Politik getrieben würde und die Einwohner von Berlin über das, was im Reiche vorgeht, nicht unterrichtet werden sollten.

R.P.A. I: Mir ist nicht bekannt, daß dem Reichspostamt eine solche Anordnung zugegangen wäre. Eine bestimmte Auskunft kann ich allerdings nicht geben, weil ich darauf nicht vorbereitet bin. Wenn Sie mich telefonisch angerufen hätten, hätte ich die zuständige Stelle darüber befragen können. Ich habe die wichtigsten Sachen, die bei uns eingingen, durchzusehen, aber nichts Derartiges gefunden. [. . .][3])

Pr. **Grunwald** (Volksblatt Mühlhausen): Hatte der Oberkommandierende in den Marken die Zustimmung des Obermilitärbefehlshabers erstens zur Abschneidung Berlins vom Außenverkehr, und zweitens zu der Verfügung, betr. die Meldung der hier auf Urlaub befindlichen Offiziere bei der Kommandantur.[4]) Gerade diese

[1]) Vgl. Nr. 417, Anm. 1 und 4.

[2]) Vgl. hierzu die detaillierte Aufzeichnung des Generalobersten v. Linsingen vom 16. 11. 1918 über seine Anordnungen in den letzten Tagen vor der Revolution, Quellen I/2, Nr. 150, S. 624. sowie die Darstellung der revolutionären Entwicklung in der Reichshauptstadt in: Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 3, S. 525 ff.

[3]) Im folgenden erklärte das Reichsschatzamt, daß über das Ergebnis der IX. Kriegsanleihe noch nichts mitgeteilt werden könne (vgl. hierzu Schulthess 1918/I, S. 417 f.), das Kriegsernährungsamt wies auf die Konsequenzen der Unruhen (Bahnunterbrechungen) für die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung hin.

[4]) Der Wortlaut des Befehls liegt nicht vor, vgl. Quellen I/3, Bd. 2, Nr. 512b, S. 516 f. — Am 7. 11. 1918 hatte Generaloberst v. Linsingen außerdem befohlen, daß alle Offiziere „bis auf weiteres auf der Straße mit umgeschnallter geladener Pistole zu erscheinen" hätten (vgl. Archivalische Forschungen 4/IV, Nr. 791, S. 1759), eine Maßnahme, für die schon Anfang September 1918 technische Vorkehrungen (Waffenkontrolle) getroffen worden waren (BA-MA Koblenz, H01-1/20). Am 19. 10. 1918 wurden alle militärischen Dienststellen und Behörden im Bereich des Oberkommandos in den Marken angewiesen, sich für den Fall innerer Unruhen auf eine zeitweilige, selbständige Verteidigung einzurichten, Wachen zu bilden und die notwendige Bewaffnung beim stellv. Generalkommando des Gardekorps anzufordern (MGFA MA/MK, Nr. 3444, XXXII, Bd. 3).

letztere Anordnung hat außerordentlich böses Blut gemacht. Die Massen fragen sich, ob etwa hier eine besondere Leibgarde gebildet werden soll.

Pr. **Breslauer** (Berliner Lokal-Anzeiger): Die verantwortlichen Instanzen müssen nicht nur darauf sehen, was bei den arbeitenden Klassen zur Zeit Unruhe erwecken kann, sondern auch darauf, was sie bei den bürgerlichen Klassen, bei uns, unseren Frauen und Kindern erregen kann. Ich bestreite, daß die Verfügung über die beurlaubten Offiziere bei den bürgerlichen Schichten Beunruhigung erregt hat. Es fehlt nicht an Anzeichen dafür, daß eine andere Art Revolution — nicht eine Militärrevolution, wenn auch eine Militärrevolution von unten — in die Wege geleitet ist, und ich möchte fragen, ob wir den Einwirkungen einer solchen Revolution von unten schutzlos preisgegeben sein sollen. Diejenigen, die für Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu sorgen haben, müssen dagegen Vorkehrungen treffen.

K.M. II: Ich habe die Erklärung des Herrn Vertreters des Reichspostamts über den Telegraphenverkehr nicht gehört und kann Ihnen nur das eine sagen, daß von militärischer Seite, soweit ich orientiert bin, ein gänzliches Abschließen des Verkehrs nicht beabsichtigt war, sondern daß Dienst- und Pressetelegramme frei sein sollten. Nachdem ich aber hier die Klagen und verschiedenen Auffassungen gehört habe, werde ich jetzt gleich nach meiner Rückkehr ins Kriegsministerium dem maßgebenden Abteilungschef die hier vorgebrachten Wünsche zum Ausdruck bringen.

Pr. **Metger** (Dresdner Anzeiger): Ich bitte den Herrn Vertreter des Kriegsministeriums, das doch sofort telefonisch zu besorgen.

R.P.A. II: Dem Reichspostamt ist von einer Anordnung, wonach Pressetelegramme und Pressetelefongespräche zugelassen sind, nichts bekannt.

Oberkommando II: Ich habe, wie Sie wissen, die Ehre, diejenige Behörde hier zu vertreten, die für die Ordnung und Sicherheit in Berlin verantwortlich ist. Ich bitte Sie deshalb, mir in dieser Eigenschaft kurzes Gehör zu geben und meine Worte so ernst aufzunehmen, wie ich Sie Ihnen hier vorzutragen habe. Wir können wohl zurückblickend sagen, daß die Presse und das Oberkommando in den verflossenen 4½ Jahren im großen und ganzen gut miteinander ausgekommen sind. Wir haben hier manchmal Geplänkel miteinander geführt, und diese Geplänkel waren, selbst wenn sie aus begreiflicher Erregung manchmal auch einen ernsteren Charakter annahmen, doch schließlich im Grunde, wenn man jetzt rückblickend darauf schaut, nicht sehr ernst. Wenn wir uns hier über eine [Schnee-]Schipperverordnung oder meinetwegen auch gar über Gerüchteverbote[5]) unterhalten haben, so will uns das alles jetzt im Hinblick auf die Ereignisse, in denen wir drinstehen und die uns bevorstehen, wohl kleinlich erscheinen. Ich bitte aber, das, was ich jetzt sage, wirklich mit demselben Ernst aufzufassen, wie ich es vortrage. Ich habe Sie zu bitten: Lassen Sie uns in diesen entscheidenden Stunden nicht im Stich! Die Bitte ist ernst, so ernst, wie ich Sie Ihnen nur irgend vortragen kann. Nach Lage der Sache kann ich Ihnen die einzelnen Tatsachen, die diesen Ernst beweisen würden, nicht mitteilen. Wenn Sie sich aber, wie ich höre, über schwere Eingriffe in Ihre persönliche und die Freiheit der

[5]) Vgl. Nr. 468.

Presse beklagt haben, so können Sie mir glauben, daß diese Eingriffe nicht von dem Oberkommando in den Marken vorgenommen worden sind, sondern daß die Anordnungen, die in den letzten Tagen getroffen sind, in voller Übereinstimmung mit den nach den gegenwärtig geltenden Gesetzen dazu berufenen Organen und nach reiflichster, ernster Erwägung und in voller Würdigung derjenigen Interessen getroffen sind[2]), die dadurch geschädigt werden. Glauben Sie mir, daß wir nach Kräften bemüht sein werden, sie sofort abzumildern, sobald das verträglich ist mit dem Interesse der Sicherheit der Metropole, und das ist nach unserer Auffassung die Sicherheit Deutschlands, wenn Sie wollen, die Sicherheit der Welt. Im Kleinen haben wir abbauen können, wir haben bereits freigeben können, daß Ihnen die Telegramme an die Presse ausgehändigt werden. Drängen Sie vorläufig nicht weiter! Mehr ist im Augenblick im Hinblick auf die militärische Lage — ich sage ausdrücklich militärische Lage — nicht zu gewähren. Aber ich muß mich noch in anderem Sinn an Sie wenden. Ich glaube, es wird keiner im Saal sein, der nicht mit uns darin übereinstimmt, daß jetzt alles darauf ankommt, daß die Autorität der Behörden gewahrt bleibt. Ich kann mich wohl auf einen Artikel berufen, der vor Wochen in dem Vorwärts gestanden hat, und der Zustände ausmalte, wie wir sie haben würden, wenn das Chaos hier hereinbräche.[6]) Ich wüßte nicht bessere Farben zu finden, als sie der Maler damals auf seine Palette genommen hat. Aber vergegenwärtigen Sie sich den Artikel und malen Sie noch schwärzer, und dann werden Sie das Bild haben, das uns in Tagen, vielleicht in Stunden bevorsteht, wenn wir jetzt nicht Ordre parieren und alle Elemente, die ein Interesse daran haben, daß die Sicherheit gewahrt bleibt, zusammenhalten. Nehmen Sie es mir nicht übel: Ich muß mich da bitter beklagen über die Presse, und zwar über diejenige Presse, die die Mehrheit vertritt und doch wirklich Gelegenheit hat, mit den entscheidenden Organen des Reichs Fühlung zu nehmen und da ihre Wünsche vorzutragen. Es kommt jetzt darauf an, die Autorität zu wahren, diese untergraben Sie aber und haben Sie untergraben in schwerstem Maße. Ich stehe heute eigentlich vor Ihnen als Bankrotteur und muß hier gestehen und habe Exzellenz[7]) heute vortragen müssen, daß die Presse genau das Gegenteil von dem tut, was ihr militärisch vorgeschrieben ist. Dann müssen wir natürlich verzichten und renonzieren. Es ist mir im kleineren Kreis von Ihnen direkt entgegengehalten worden: Es wird jetzt der Augenblick kommen, wo wir nicht mehr gehorchen, andere, höhere vaterländische Pflichten gebieten, den Geboten der militärischen Zensur nicht zu gehorchen. Ich habe bereits dort an der Stelle gesagt: Es gibt gegenüber jedem Gebot andere Pflichten. Ich kenne höhere sittliche Pflichten, die gebieten können, über ein Gebot sich hinwegzusetzen. Sicher! Das gibt es aber nicht nur derartigen Verordnungen hier gegenüber, sondern auch dem allgemeinen Strafgesetz gegenüber. Wir wissen alle, daß es für einen Mann Momente gibt, wo er sich hinstellt und einen Meineid leistet oder andere Verbrechen begeht. Es ist aber ein großer Unterschied: So etwas tut man allenfalls, man spricht aber nicht vorher davon und reißt nicht andere mit sich fort, das Gleiche zu tun. Und so weit sind wir am heutigen Morgen gekommen. Die

[6]) Gemeint ist vermutlich der Artikel des „Vorwärts" vom 5. 10. 1918, vgl. Schulthess 1918/I, S. 331.

[7]) Generaloberst v. Linsingen.

Presse hat sich zum großen Teil über die Zensurvorschriften, die mit ernsten Belangen erwogen und ihr ans Herz gelegt sind, hinweggesetzt und hat darüber hinaus erklärt, daß sie sich nicht weiter an diese Vorschriften halten wolle. Wenn Sie das tun und das dem Publikum predigen, dann können Sie sich wirklich nicht wundern, wenn einem Gebot, das aus militärischer Notwendigkeit im entscheidenden Moment erlassen werden muß, nicht Ordre pariert wird. Dann ist die Autorität dahin. Wenn es soweit kommen kann, daß in einem Blatt mit Bezug auf einen militärischen Befehl, der von der dringendsten militärischen Notwendigkeit geboten ist, wie der über die beurlaubten Offiziere in Berlin, ein Hinweis erfolgt, daß der Mann, der den Befehl erlassen hat, wohl nicht mehr lange auf seinem Platze sein werde, dann machen Sie für das was nachher eintritt, nicht uns und die Reichsleitung hinter uns verantwortlich, sondern mit diejenigen, die so gehandelt haben. Also noch einmal, ich appelliere an Sie. Seien Sie sich darüber klar, es wird in wenigen Tagen der Zeitpunkt kommen, wo Sie alle ohne Ausnahme in diesem Saal das lebhafte Interesse daran haben, daß diese Autorität, die Sie jetzt angreifen zu können glauben, am Platze ist. Sonst wird man nicht nur über uns, sondern über Sie alle mit uns zur Tagesordnung übergehen. Vergegenwärtigen Sie sich das jeden Augenblick und machen Sie mir und meiner Stelle das Leben nicht unmöglich! Zwingen Sie uns nicht, im kleinen abzudanken, damit wir nicht im großen abzudanken brauchen. Gehen Sie den Weg, den sie bisher immer gegangen sind: Kommen Sie zu uns! Exz. Gröber hat bereits vor einer Woche den Appell an Sie gerichtet, ihn aufzusuchen.[8]) Es scheint, als ob ein Mißverständnis vorgelegen hat und Sie nicht zu einander gefunden haben. Ich habe aber dieselbe Bitte, kommen Sie zu mir und sagen Sie, es ist uns unmöglich, über die Vorgänge in der Provinz nicht zu schreiben, dann werden wir gemeinsam einen Weg finden. Aber bringen Sie uns nicht in die Lage, daß Sie in Ihren Blättern sagen, wir halten uns an die Zensurvorschriften überhaupt nicht mehr, wir pfeifen darauf. Die Männer, die an dieser Stelle stehen — ich selbst bin nur ein kleines Rad in dem Getriebe — arbeiten vom frühesten Morgen bis tief in die Nacht hinein für Ihr und unser aller Wohl. Machen Sie es ihnen nicht unmöglich, und nehmen Sie ihnen nicht die Waffen aus der Hand, die Sie selbst in nicht ferner Zeit vielleicht noch herbeiwünschen werden!

Pr. **Leuß** (Welt am Montag): Ich bitte den Herrn Vertreter des Oberkommandos, meine Ausführungen mit demselben Ernst entgegenzunehmen, den er von uns für seine Worte verlangt. Es gibt auch Autoritäten und hat solche gegeben, die durch ihre Maßnahmen ihre eigene Autorität am schlimmsten untergruben. Wenn der Herr Vertreter des Oberkommandos erklärt hat, er könne uns von dem, was geschehen ist, keine Mitteilungen machen, so ist das ein Versteckspielen mit offenkundigen Dingen. Ich habe die Vorgänge in Kiel und Schwerin aus nächster Nähe beobachtet und weiß, wie dort die Unruhen entstanden sind. Sie sind rein militärischen Charakters, und sie sind an keiner Stelle von einer andern Instanz ausgegangen. Die Soldaten haben nur rein militärische Beschlüsse gefaßt, in Schwerin sind z. B. die kommunistischen Beschlüsse vom Soldatenrat abgelehnt worden. Er tritt für Ordnung ein, und man kann mit diesen Leuten durchaus verständig und vernünftig reden. Es sind rein militärische Motive die die Un-

[8]) Vgl. Nr. 493, Anm. 3.

ruhen hervorgerufen haben. Wenn in Berlin kein Wort über die Vorgänge gesagt werden darf, während sie in der Provinz frei erörtert werden, so wird es im Reich den Eindruck erwecken, daß in Berlin die Lage noch viel schlimmer sei als anderswo. Den Soldaten, die unterwegs sind, um Verbindung mit andern Garnisonen zu suchen, wird das Handwerk dadurch sehr erleichtert. Die hier ergriffene Maßregel, die auf das alte Versteckspiel hinausgeht, wird den Zweck, den das Oberkommando und mit ihm die Reichsleitung verfolgt, nicht erreichen, sondern das Gegenteil.

Pressevertreter: Die Ausführungen des Herrn Vertreters des Oberkommandos waren ein Appell von sehr weitgehender Bedeutung. Es gilt jetzt für die Vertreter sämtlicher Blätter, ganz gleich welcher Richtung, den Behörden in Berlin, die die große Katastrophe, die uns bevorsteht, abwenden wollen, den Rücken zu steifen. Es mag sein, daß man mit dem Arbeiter- und Soldatenrat in Schwerin vernünftig reden kann. Wissen Sie aber, ob nicht die nächsten 24 Stunden schon einen neuen Arbeiter- und Soldatenrat hervorbringen von einer Farbe, daß mit ihm nicht vernünftig zu reden ist. In Rußland hat die Revolution auch verhältnismäßig vernünftig angefangen, sie hat aber dann nicht nur für die bürgerliche, sondern auch für die Arbeiterklasse katastrophale Formen angenommen. Für uns gibt es jetzt nur eins: Ordre zu parieren und alles zu vermeiden, was zur Beunruhigung der Bevölkerung beitragen kann. Dagegen bin ich auch dafür, daß der Herr Vertreter des Oberkommandos der Presse reinen Wein einschenkt über alles, was in Berlin vorgekommen ist. Das liegt im Interesse der gemeinsamen Sache. Es ist niemand hier im Saal, der sich dem vaterländischen Gebot dieser ernsten Stunde verschließt.

Admiralstab III:[9]) gibt vertrauliche Mitteilungen über die Lage in den Seestädten.[10])

II. Ich schlage vor, daß als Richtlinie für die Behandlung der ganzen Frage gilt, daß nach außen hin die Situation nicht so dargestellt werden darf, als ob wir gewissermaßen verloren oder völlig wehrlos wären. Andererseits darf das Bild hinsichtlich der Situation im Innern nicht so erscheinen, als ob die ganze Bewegung ohne Gefahr sei.

A.A. II: Meine Herren! Darf ich Ihnen zunächst einiges auch über die Zensur mitteilen. Die Wünsche, die aus Ihrer Mitte geäußert worden sind, haben mir soviel Berechtigtes zu enthalten geschienen, daß ich sie heute früh nochmals Exzellenz Gröber vorgetragen habe. Ich habe ihm als einem Vorschlag von mir aus gesagt, ob es nicht praktisch wäre, wenn einige namhafte Journalisten vielleicht als eine Art Beirat bei diesen Zensurverfügungen zugezogen werden könnten. Ihm ist dieser Gedanke durchaus erwägenswert erschienen, und er hat mich gebeten, Ihnen zu sagen, ob Sie nicht vielleicht aus Ihrer Mitte eine Kommission ernennen wollten. Er würde dann darum bitten, daß die Herren morgen früh um 11 Uhr im Reichsamt des Innern zu ihm kämen. Darf ich dem die Bitte anschließen, daß mir seitens des Ausschusses der Pressekonferenz die Namen derjenigen Herren mitgeteilt werden, die dieser Einladung zu entsprechen wünschen.

[9]) Vgl. Nr. 480, Anm. 18.
[10]) Vgl. Nr. 508, Anm. 2.

I. Im Anschluß an das, was soeben mein Herr Kollege von der Marine Ihnen über Kiel vorgelesen hat, möchte ich Ihnen zur eventuellen Benutzung mitteilen, daß die Vorgänge, von denen die Rede ist, die aus der Umgebung von Kiel und der Hansestädte ausgehen, auch auf Hannover, Oldenburg und andere Städte übergegriffen haben. Sie vollziehen sich fast überall ohne schwere Gefährdung der Ordnung. Die Berliner Arbeiter haben die Besonnenheit gezeigt, nicht auf die Straße zu gehen. Die Schutzleute haben Takt und Umsicht bewiesen. Ein militärisches Eingreifen ist in Berlin nirgends notwendig gewesen. Wir bitten, dies besonders hervorzuheben.

III. Nun, meine Herren, haben Sie den Wunsch ausgesprochen, Näheres über die Vorgänge zu hören. Sie werden mir zugeben, daß es viele Wahrheiten gibt, die wir augenblicklich, ohne große Unruhe in die Berliner Bevölkerung hineinzutragen, nicht mitteilen können. Sie werden verstehen, daß ich Ihnen die Nachrichten zu Ihrer persönlichen Information unter III geben muß. Es handelt sich um die Telegramme, die bis jetzt beim Reichsamt des Innern eingegangen sind.[11]) Ich lese Sie Ihnen so vor, wie sie vorliegen, ohne irgendwelche Zensurlücken, damit Sie sehen, wie ernst die Dinge stehen, und damit Sie Ihre Sprache danach einrichten. Ich habe aber die Bitte, daß Sie dieses Material nicht für Ihre Mitteilungen in der Presse benutzen (Nachrichten aus Bremen, Hannover, Schwerin, Hamburg, Altona, Kiel, Neumünster und Harburg werden verlesen). — Das sind die Telephonate und Telegramme, die letzten, die wir haben. Außerdem habe ich noch von zuständiger Stelle gehört, daß eine Reihe von Bahnunterbrechungen durchgeführt worden sind, um den Zuzug von unerwünschten Elementen hierher zu verhindern.[2])

I. Ich habe Ihnen ferner mitzuteilen, daß Seiner Majestät dem Kaiser über die Lage telegraphisch Bericht erstattet worden ist. Eine Antwort von Seiner Majestät ist hierher noch nicht eingetroffen. Der Reichskanzler hat seine Demission angeboten.[12])

[. . .][13])

Pr. Bernhard (Ullsteinverlag): Ich glaube es ist in diesem Saale nicht ein Einziger, der sich nicht in vollem Umfang des Ernstes der augenblicklichen Lage bewußt ist, und ich glaube auch, daß nicht ein Einziger sich unter uns befindet, ganz gleichgültig, welche politische Anschauung er haben mag, der nicht den dringendsten Wunsch hat, die Ruhe, Ordnung und Sicherheit aufrecht zu erhalten. Wir sind alle bereit, meine Herren, in diesem Sinne mit Ihnen zusammen zu ar-

[11]) Schon am 6. 11. 1918 hatte das Reichsamt des Innern die württ. Regierung (alle Bundesregierungen?) aufgefordert, über etwaige Unruhen das Amt telegraphisch zu unterrichten (StA Ludwigsburg E 150—153, Nr. 2051, Bd. 3). Am 7. und 8. 11. 1918 fanden Besprechungen über die Situation im Reichsamt des Innern statt (vgl. Archivalische Forschungen 4/IV, Nr. 793 und 794, S. 1763 ff.). Vgl. auch die Aufzeichnung des Leiters der Oberzensurstelle, Major v. Olberg, vom 8. 11. 1918 über die Maßnahmen für eine bessere Unterrichtung der Presse in Zusammenarbeit mit dem Reichsamt des Innern (MGFA MA/Adm, Nr. 2411, P 17, Bd. 2) sowie Quellen I/2, Nr. 139, S. 583 f.

[12]) Vgl. Quellen I/2, Nr. 137, S. 574 ff.

[13]) Im folgenden gab der Vertreter des Auswärtigen Amts einen Überblick über die politische Lage in Österreich-Ungarn.

beiten. Aber über die Methode, durch deren Anwendung man Ruhe, Ordnung und Sicherheit aufrecht erhält, sind wir wohl anderseits vielfach sehr verschiedener Auffassung. Es ist hier bereits gesagt worden, daß das Wesentliche zunächst ist, daß man uns das mitteilt, was man will, und daß man uns über die Zustände klaren Wein einschenkt. Das ist zu einem Teil geschehen, zu einem anderen Teil allerdings nicht. Sie müssen sich ganz klar darüber sein, daß durch die Veröffentlichungen, Bekanntmachungen, durch verschiedene Erlasse der letzten Tage sehr große Beunruhigung und sehr große Unsicherheit in die Bevölkerung hineingetragen worden ist. Wenn Sie wüßten, in welcher Weise selbst die allerruhigsten Arbeiter, z. B. meines eigenen Betriebes, auf den Linsingenschen Erlaß[14]) reagiert haben, so würden Sie sich klar darüber sein, daß das ungefähr die verfehlteste Maßnahme ist, die man hat treffen können. Zunächst geht es unter keinen Umständen an, daß da augenblicklich noch in dem Tone gesprochen wird: Ich verbiete. Das reizt die Leute bis aufs Blut. Wir wollen nicht darüber diskutieren, ob ein solcher Schritt notwendig und geeignet ist. Glauben Sie uns: Durch die Tat ist erwiesen, daß er ungeeignet ist. Es kommt weiter hinzu: Alle Zensurmaßnahmen, die Sie hinsichtlich der Kieler Vorgänge und ähnlicher Dinge getroffen haben, sind nach verschiedenen Richtungen zu beanstanden. Wenn Sie aber der Auffassung sind, daß Sie dadurch die Kenntnis davon verhütet haben, daß Arbeiter- und Soldatenräte da und da eingesetzt worden sind, dann durfte doch in dem Linsingenschen Erlaß unmöglich stehen: Ich verbiete die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten. Das fordert die Leute geradezu heraus, zu sagen: Hier werden Arbeiter- und Soldatenräte gegründet, wo melde ich mich denn da? Das war ein außerordentlich schwerer Fehler, so daß selbst die ruhigsten Arbeiter erklärt haben, das ist ein Hohn, den wir uns nicht gefallen lassen. Man kann sehr verschiedener Meinung darüber sein, ob die Empfindung der Arbeiter berechtigt ist oder nicht, aber sie ist doch da, und wenn Sie den Wunsch haben, das Entstehen von Unruhen unter der Bevölkerung zu verhüten, dann müssen Sie eine solche Bekanntmachung schon so fassen, daß nicht gerade durch die Art der Bekanntmachung ein solcher Eindruck erweckt wird. Gleichzeitig aber hat sich jedermann gefragt: Ist es denn möglich, daß solche Bekanntmachungen in Übereinstimmung mit der Regierung erlassen sind? Es ist uns hier mitgeteilt worden — ich wenigstens habe die Mitteilung so verstanden, wir mußten sie so verstehen, es ist wohl keiner hier im Saal, der sie nicht so verstanden hat — daß sowohl das Versammlungsverbot[15]) als auch der Linsingensche Erlaß in Übereinstimmung mit den zuständigen Organen der Regierung ergangen ist. Nun könnte man aus dem gestern Abend gefaßten Beschluß der sozialdemokratischen Vorstände herauslesen, und es ist auch ausdrücklich von sozialdemokratischer Seite verbreitet worden: Wir haben nichts davon gewußt. Ich bitte daher nochmals um Aufklärung darüber, wer denn diese Dinge veranlaßt hat. In der Stadt geben nämlich Gerüchte um, als ob es sich hier um rein militärische Maß-

[14]) Es handelt sich hierbei um das Verbot der Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten, vgl. Quellen I/2, Nr. 137, Anm. 13. Das stellv. Generalkommando des XIV. AK hatte bereits am 6. 11. 1918 die Presse über das Verbot verständigen lassen, irgendwelche Nachrichten über die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten zu veröffentlichen (GLA Karlsruhe Abt. 456, Bd. 86).

[15]) Vgl. hierzu Quellen I/2, Nr. 137, S. 574 ff.; Quellen I/3, Bd. 2, Nr. 511, S. 513 f.

nahmen handle, die trotz aller Zusagen, die hier und sonst gemacht wurden, nicht im Benehmen mit den berufenen Organen der Regierung und ohne Kenntnis der Reichsregierung getroffen worden sind. Wenn Sie nun einen solchen Erlaß, wie den Offiziers-Erlaß[4]), veröffentlichen wollten, so war es doch unmöglich, der Presse nicht eine Aufklärung darüber zu geben, was damit eigentlich beabsichtigt ist. Ich kann da dem Herrn Kollegen Breslauer nicht folgen, wenn er sagt, daß in den Kreisen des Bürgertums das Gefühl der Beruhigung erweckt worden ist, daß nämlich die Gewalten der Ordnung auf dem Platz zu sein scheinen. Nein, Sie haben eine sehr große Beunruhigung hervorgerufen, denn hier hat sich jedermann gesagt: Es ist also beabsichtigt, zu schießen, und es ist an die Presse ganz glatt die Frage gerichtet worden: Wißt ihr denn, daß im Interesse der Ordnung, Ruhe und Sicherheit das Militär nun auch schießt? Daß wir in dem Augenblick, wo geschossen wird, zu Zuständen wie in den anderen Städten kommen? Darüber hätte man sich mit der Presse besprechen müssen, wir hätten wenigstens hören müssen, welche Garantien man dafür hat, daß die Dinge nicht wie anderwärts gehen. Unter diesen Umständen ist durch all die Erlasse, die vielleicht notwendig waren — ich will das nicht bestreiten — dadurch, daß Sie uns die damit verbundene Absicht nicht mitgeteilt und die faktischen Verhältnisse nicht dargelegt haben, dadurch, daß die Presse diese Dinge in der beunruhigendsten Form veröffentlichen mußte, ohne etwas dazu sagen zu können, mehr Schaden als Nutzen gestiftet worden.

[. . .][16])

Das ist zunächst die rein militärische Seite der Angelegenheit. Da ist ein Zusammenarbeiten zwischen uns hier nur dann möglich, wenn Sie uns mit allem Vertrauen sagen, was Sie wollen, damit wir in der Lage sind, unsererseits auch irgend etwas zu tun. Es geht nicht mehr, daß Sie uns die Nachrichten von außerhalb unterbinden. Wir müssen uns über die Form verständigen, in der diese Dinge hier veröffentlicht werden sollen. Die Form, in der die amtliche Bekanntgabe erfolgt ist, war oft viel schlimmer, als wenn die wirklichen Nachrichten veröffentlicht worden wären. Ich kann nicht die abrupte Art billigen, in der Sie plötzlich ohne Vorbereitung mitteilen: Da ist ein Arbeiter- und Soldatenrat, es ist aber alles ruhig, und auf der anderen Seite mitteilen: Hier ist eine kleine Bewegung, die Leute verhalten sich aber ruhig. Gestern sind z. B. Hunderte von Hannover nach Berlin gekommen[17]), und da sollen die Leute noch nicht wissen, was in Hannover los ist? Aus Tilsit und anderen östlichen Städten sind die allerunmöglichsten Nachrichten hergekommen. In Tilsit sollen die tollsten Plünderungen stattgefunden haben wie in anderen Städten im Osten.

[. . .][18])

Der Herr Vertreter des Admiralstabes hat uns mitgeteilt, daß die Unruhen im wesentlichen militärischen Charakter tragen. Das ist auch nach unserer Infor-

[16]) Im folgenden erörterte Georg Bernhard die Konsequenzen der verfügten Unterbindung des Fernsprech- und Telegrammverkehrs.

[17]) Vgl. Quellen I/2, Nr. 150, S. 623 f.

[18]) Im folgenden nahm Georg Bernhard Stellung zu Meldungen über den Einmarsch deutscher Truppen in Eger und nach Tirol.

mation der Fall. Im wesentlichen wollen die Leute zunächst Frieden und Waffenstillstand. Wie wirkt es nun, wenn jetzt in den Zeitungen Meldungen kommen, die einen baldigen Abschluß des Waffenstillstandes zweifelhaft erscheinen lassen? In Berlin gehen heute die tollsten Gerüchte um. Man sagt hier, es werde kein Waffenstillstand geschlossen, ferner, es stehe die Militärdiktatur bevor, es sei beabsichtigt, drei große Oberkommandos durch das Land zu errichten.[19]) Die Idee der Aufrichtung einer militärischen Herrschaft halte ich für so unrealpolitisch, will ich sanft sagen, daß sie mehr als ausgeschlossen erscheint. Aber solche Gerüchte brauchen bloß in die Masse gebracht zu werden, dann flammt alles auf und sind alle Maßnahmen, Ruhe und Ordnung zu schaffen, vergeblich. [...][20])

Oberkommando II: Die Debatte hat gezeigt, daß Mißverständnisse vorzuliegen scheinen über die Erklärung, die ich über die Mitwirkung anderer Behörden bei den Erlassen des Herrn Obermilitärbefehlshabers abgegeben habe. Es kommen wohl, wenn sie auch nicht ausdrücklich genannt sind, drei Erlasse in Frage. Der eine ist derjenige, welcher die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten verbietet[14]), der zweite derjenige, welcher die gestern geplanten Versammlungen verboten hat[15]), und der dritte ist der Aufruf, daß die hierher beurlaubten Offiziere sich heute bei der Kommandantur zu melden haben.[4]) Der letztere entspricht nicht dem Gesetz über den Belagerungszustand, sondern ist eine rein militärische Maßnahme. Es ist selbstverständlich, daß dazu die Mitwirkung einer Zivilbehörde nicht erforderlich war. Die Frage nach dem Zweck dieser Maßnahme ist dahin zu beantworten: Die Offiziere werden gebraucht, darum mußte die verantwortliche Stelle sie einberufen. Was die beiden anderen Erlasse betrifft, so möchte ich mich wiederholen und klar aussprechen: Beide Erlasse, die auf dem Gesetz über den Belagerungszustand beruhen, sind in einer Form erlassen, die den Vorschriften der Richtlinien für dieses Gesetz entspricht. Diese Richtlinien sind Ihnen bekannt. Danach hat der Oberbefehlshaber lediglich die Pflicht, die ihm beigeordnete Zivilstelle zu befragen, ehe er einen Erlaß herausgibt. Wird die Zustimmung von dieser Stelle nicht erteilt, so hat er den Herrn Obermilitärbefehlshaber anzurufen, der seinerseits nur in Übereinstimmung mit Exz. Gröber handeln kann. Dieser Weg ist in beiden Fällen eingehalten. Ich bin nicht befugt, Ihnen zu erklären, auf welchem von diesen beiden offenstehenden Wegen die beiden Erlasse zustande gekommen sind.

Dann ist gesagt worden, wir möchten hier nicht Versteck spielen. Damit kein

[19]) Vgl. Weltkrieg, Bd. 14, S. 713; danach schlug Hindenburg dem Reichskanzler am 7. 11. 1918 die Bildung von drei Oberkommandos unter der Bezeichnung Heimatschutz Westen, Süden und Osten unter den Generalen v. Below, Graf v. Bothmer und Litzmann (Bd. 2, S. 234 f.) vor. Nach einer Aufzeichnung des Majors v. Stülpnagel wurde die Bildung dieser Oberkommandos nach Rückkehr Groeners aus Berlin am 7. 11. 1918 befohlen. Vgl. hierzu auch Nr. 504, Anm. 5, sowie H. Küster, Oberste Heeresleitung und rechte Führung der SPD gegen die Novemberrevolution 1918 in Deutschland, in: Zeitschrift für Militärgeschichte, Jg. 7 (1968), S. 565 ff., und D. Dreetz, Rückführung des Westheeres und Novemberrevolution, in ebda, S. 578 ff.

[20]) Nach der Rede Georg Bernhards folgten erneute Anfragen der Pressevertreter zur Unterbindung des Fernsprech- und Telegrammverkehrs und schließlich eine sehr kurze Erklärung des Kriegspresseamts zur militärischen Situation.

Mißverständnis aufkommt, möchte ich ausdrücklich erklären, daß ich Ihnen von Berlin nichts weiter mitteilen kann, als daß in Berlin Gott sei Dank — ich glaube sagen zu können, wegen der getroffenen Vorkehrungen — bis zur Stunde nichts passiert ist. Wie gefährlich es aber ist, wenn Sie Nachrichten über angebliche Vorgänge bringen, ohne sie vorher der Zensur — dieses Wort wird nun einmal gebraucht; in Wirklichkeit handelt es sich darum, zu garantieren, daß nur richtige Nachrichten herauskommen — vorgelegt zu haben, beweist ein heutiges Blatt, welches sich nicht gescheut hat, die Nachricht zu bringen, daß eines der hiesigen Regimenter bei Maßnahmen, zu denen es herangezogen war, versagt habe.[21]) Ich bin ermächtigt, Ihnen zu erklären, daß nicht ein Wort davon wahr ist. Vergegenwärtigen Sie sich, was es bedeutet, wenn man in einer großen Tageszeitung so etwas liest.

Was endlich die Maßnahme betrifft, die in Ihr eigenes Gebiet eingegriffen hat, nämlich die Absperrung des Verkehrs, so habe ich bereits vorhin erklärt, daß die Folge, daß Ihnen auch die Telegramme nicht ausgehändigt werden konnten, bereits beseitigt ist. Die Anordnung ist selbstverständlich nicht getroffen, um Sie zu knebeln und es Ihnen unmöglich zu machen, Nachrichten zu empfangen oder herauszugeben, wir sind genau so wie Sie von der Notwendigkeit eines solchen Verkehrs überzeugt. Allerdings überschätzen Sie wohl in einer Beziehung vielleicht doch die Möglichkeit dazu. Die Dienstgespräche finden statt. Es gibt keine Stadt, mit der wir nicht augenblicklich auf diesem Wege verkehren können und regelmäßig verkehren. Aber verstehen Sie mich nicht falsch! Ich erkenne vollkommen an, daß Sie berechtigt sind, zu verlangen, sofort auch mit Ihren Zeitungen Verbindung zu erhalten, und ebenso die hiesigen Zeitungen, mit ihren auswärtigen Vertretern Verbindung zu erhalten. Das wird auch geschehen. Wenn Sie mit uns einig sind, daß zunächst ein höheres Gebot — und das war die Überzeugung der entscheidenden Stellen — verlangt, zu verhindern, daß Nachrichten hier hereinkommen und von hier hinausgehen, die mit der Presse nichts zu tun haben, dann werden Sie mir zugeben, daß man einmal für Stunden mit in Kauf nehmen muß, daß die Presse nicht telefonieren oder telegraphieren kann. Vom ersten Augenblick an war das Bestreben, nur dasjenige zu fassen, was man verhindern wollte, und alles andere freizugeben. Aber lassen Sie uns Zeit! Um zu sehen, wie es in solchen Stunden auf einem Oberkommando aussieht, müßten Sie einmal zu uns kommen. Die 40 bis 50 Telefonleitungen, denen 400 Apparate angeschlossen sind, spielen dauernd. Es sitzt ein ganzer Stab von Offizieren da, der diese schwierige Aufgabe zu lösen hat. Bei der Beurteilung der Frage, was das Wichtigste ist, scheint die militärische Sicherheit vorgehen zu müssen. Aber alle Teile sind damit beschäftigt, Ihnen das, was Sie haben wollen, wieder zu gewähren, und ich hoffe, Ihnen in kurzer Zeit, vielleicht noch hier, sagen zu können, daß für die Presse diese Bekanntmachung aufgehoben ist.

O.Z. II: Zu der Frage der Berichterstattung habe ich bereits vorgestern ausgeführt, daß ich mir die größte Mühe gegeben habe, das Zensurverbot[22]) insofern zu mildern, als Ihnen möglichst häufig amtliche Berichte über die Ereignisse zugehen sollen und Ihnen freigegeben werden soll, im Rahmen der Ihnen frei-

[21]) Zu dem Verhalten der Truppen in Berlin vgl. Nr. 511, Anm. 5.

[22]) Vgl. Nr. 505, Anm. 12.

gegebenen Mitteilungen zu schreiben. Ich glaube, Ihnen zusichern zu können, daß im Laufe des heutigen Nachmittags die Sache in Gang kommt. Wir sind nach wie vor daran, eine einwandfreie, objektive Berichterstattung für Sie herbeizuführen.[23])

Pr. Grunwald (Volksblatt Mühlhausen): Ich halte die gemeinsame Zusammenarbeit hier in der Pressekonferenz gerade in dieser kritischen Zeit für besonders notwendig. Die politischen Gegensätze sollten wir hier möglichst zurückstellen, denn wir haben ein gemeinsames Interesse an der Aufrechterhaltung der Ordnung. Darunter verstehe ich die Bekämpfung des Bolschewismus.

[23]) Vgl. die Aufzeichnung des Majors v. Olberg vom 8. 11. 1918 (Anm. 11).

511.

Aufzeichnung des Generals v. Loewenfeld über seine Unterredungen mit Generalleutnant Scheüch betr. die Übernahme des Oberkommandos in den Marken.

9. 11. 1918.[1]) — Nachlaß Eberhardt, Nr. 89A, handschriftlich.

Etwa um 10.45 V[ormittags] ließ der Kriegsminister Scheüch mich telefonisch bitten, zu ihm zu kommen; ich eilte sofort mit dem mir gesandten Auto nach dem Kriegsministerium. [Im][2]) Arbeitszimmer des Kriegsministers fragte mich Scheüch, ob ich das Oberkommando in den Marken übernehmen wolle.[3]) Er führte dabei aus, starke Züge von Arbeitern und sonstigem Volk wären im Anmarsch auf das Centrum der Stadt gemeldet.[4]) Die Truppen wären an Zahl schwach, ihre Zuverlässigkeit fraglich.[5]) Während dieses Gesprächs kam der

[1]) Nach einem Vermerk wurde die Aufzeichnung nach Notizen, die Loewenfeld sich am Nachmittag des 9. 11. 1918 (18 Uhr) gemacht hatte, am 10. 11. 1918 in der vorliegenden Form niedergeschrieben. Die Aufzeichnung trägt die Überschrift: „Vorgänge am Sonnabend, den 9. November 1918". Die stilistischen Korrekturen und Ergänzungen des schwer lesbaren Textes werden im einzelnen nicht vermerkt.

[2]) Das an dieser Stelle stehende Wort ist kaum zu entziffern, es könnte auch „dort" lauten. Der vorangehende Satz ist stilistisch mehrfach verbessert worden, so daß die sinngemäße Fortführung des Textes zu Beginn des zweiten Satzes übersehen worden sein könnte.

[3]) Generaloberst v. Linsingen hatte am 7. 11. 1918 den Kaiser um seine Entlassung gebeten (vgl. Nr. 509, Anm. 8). Scheüch bot auch dem General Litzmann das Oberkommando in den Marken an, vgl. dessen Lebenserinnerungen, Bd. 2, S. 235 ff. Der Kriegsminister und Obermilitärbefehlshaber bat Linsingen mit Schreiben vom 9. 11. 1918 (von Linsingen am selben Tage um 17 Uhr abgezeichnet), die Geschäfte bis zur Ernennung eines Nachfolgers weiterzuführen, Linsingen kam diesem Wunsche nach (Nachlaß Eberhardt, Nr. 89A).

[4]) Vgl. hierzu Quellen I/2, Nr. 145, 146, 149, 150 und 151, S. 612 ff.; Quellen I/3, Bd. 2, Nr. 513 — 515, S. 518 ff., und die dort in den Anmerkungen gegebenen Erläuterungen und Hinweise.

[5]) Nach der Aufzeichnung Haeftens (Quellen I/2, Nr. 149, S. 619) war bereits gegen 10 Uhr 30 die Kaserne der Garde-Füsiliere kampflos besetzt worden. — Vgl. in diesem Zusammenhang den Bericht des Generals M. v. Eberhardt über seinen Besuch am 8. 11. 1918 bei der Kommandantur Berlin und dem stellv. Generalkommando des Gardekorps (Nachlaß des Generals der Inf. Magnus v. Eberhardt, BA-MA, H 08-85/30): „Aber ich hatte doch nicht den Eindruck, als ob irgendwelche Gefahren drohten. Die Straßen waren gefüllt mit Offizieren in feldmarschmäßiger Ausrüstung, die den öffentlichen Aufrufen folgend, sich auf der Kom-

Adjutant des Kriegsministers, [Hauptmann] von Teschen in das Zimmer und meldete, aus der Reichskanzlei werde soeben telephoniert: 1.) der Kaiser habe abgedankt[6]) und 2.) der Reichskanzler verfüge, daß nicht geschossen werden sollte.[7])

Ich erklärte darauf dem Kriegsminister, mit dieser Weisung nicht das Oberkommando übernehmen zu können.

Scheüch betonte noch einmal, die Truppen seien zu schwach und nicht zuverlässig. Die in der Alexander Kaserne liegenden 4. Jäger hätten erklärt, nicht gegen die Bürger mitmachen zu wollen und die dort kasernierten zwei Kompagnien Alexander hätten sich angeschlossen.[8]) Der Kriegsminister suchte in Gegenwart des Generals von Wrisberg mich umzustimmen. Ich blieb bei meiner Erklärung. General v. Wrisberg verlangte vom Kriegsminister eine bestimmte Weisung; es sei die höchste Zeit, die Truppen wüßten nicht, was sie machen sollten.

Der Kriegsminister meinte, natürlich könne es Lagen geben, wie z. B. in der Notwehr, wo man von der Schußwaffe Gebrauch machen könnte.[9]) Ich sagte

---

mandantur meldeten und sich wohl ausnahmslos für die Verteidigung ihres Kaisers und Königs und dessen Rechte zur Verfügung stellen wollten. Daß man sie ohne weitere Befehle wieder nach Hause schickte, ahnte ich damals nicht. Die Soldaten, die ich auf der Straße sah, machten durchweg einen ordentlichen Eindruck. [. . .] — Allerdings — als ich dann mein altes Geschäftszimmer hinter'm Gießhause betrat, wo auf dem Chef-Stuhle, den ich fast vier Jahre gedrückt, ein völlig gebrochener, schwer kranker Generalstabsoffizier [Oberst v. Mantey, Chef des Stabes des stellv. Generalkommandos des Gardekorps] thronte — da wurde mir klar, daß mit solchen Männern ein ernster Aufruhr in Berlin nicht bekämpft werden konnte!" Seiner Begleitung gegenüber äußerte er: „Wenn ich nicht wüßte, daß Linsingen ein energischer Mann ist, könnte ich allerdings glauben, daß wir hier die Flagge streichen! Wie ist es möglich, daß man in solch ernster Lage einen für den Dienst unfähigen Mann in verantwortlichster Stellung beläßt?" Ähnlich berichtet Haeften (Nachlaß Haeften, Nr. 5): „Einigermaßen erschüttert wurde mein Vertrauen, als ich am Mittag dieses Tages [8. 11. 1918] den früheren Staatssekretär Helfferich und den Unterstaatssekretär v. Radowitz (früher Reichskanzlei) in den Räumen des Reichskanzlerhauses in Uniform antraf. Sie kamen von der Kommandantur, wo sie sich zu dem bevorstehenden Kampf zur Bildung einer Offizierskompagnie freiwillig zur Verfügung gestellt hatten. Ihre Dienste waren dort jedoch abgelehnt worden. Die Schilderung, die sie von der auf der Kommandantur herrschenden Kopf- und Ratlosigkeit machten, war erschütternd."

[6]) Vgl. hierzu Quellen I/2, Nr. 146, S. 614 f., und Nr. 148, S. 617 f. Loewenfeld hatte als Generaladjutant am 1. 11. 1918 in einem Schreiben an den Kaiser als Reaktion auf die zunehmende Erörterung der Abdankungsfrage die Treue des Offizierkorps zu Monarch und Monarchie festgestellt. Darauf erwiderte Wilhelm II. in einem Telegramm vom 4. 11. 1918 (Nachlaß Eberhardt, Nr. 89A): „Herzlichen Dank für Ihren treuen Brief. Das unerhörte Ansinnen, was die Regierung tatsächlich an mich durch Exz. Drews gestellt hat, ist durch mich in der einzig möglichen schroffsten Form abgelehnt, ebenso durch den F[eld]-M[arschall] v. H[indenburg] Namens des Heeres! An dem von Gott mir zugewiesenen Platze bleibe ich solange es ihm gefällt und ich athme. Ich bleibe bei meinem braven Heer und treuen Volk und werde jede Prüfung, die Gott uns schickt, treu mit ihnen gemeinsam tragen. Eine feste Burg ist unser Gott! Sie können dieses Telegramm in geeigneter Weise treuen Männern zeigen. Wilhelm."

[7]) Vgl. hierzu Quellen I/2, Nr. 149, S. 620, und Nr. 150, Anm. 18.

[8]) Vgl. Quellen I/2, Nr. 150, S. 626.

[9]) Vgl. Quellen I/2, Nr. 150, S. 627, sowie die Schilderung der Ereignisse im preuß. Kriegsministerium am 9. 11. 1918 durch Oberst Reinhardt, in: Fritz Ernst, Aus dem Nachlaß des Generals Walther Reinhardt, Stuttgart 1958, S. 6 f.

unumwunden[10]), eine solche Weisung, wie die des Reichskanzlers hieße die Truppe den Aufrührern überantworten; sie werde nicht wissen, was sie tun solle und auseinanderlaufen. Das wären dieselben unheilvollen Maßregeln, die in der franz[ösischen] Revolution zum Niederbruch des Königtums geführt und 1848 sich so [bestraft][11]) hätten.

Da telephonisch keine Verbindung mit dem Reichskanzler zu bekommen war, fuhr der Kriegsminister etwa 12.30 nachm[ittags] zum Reichskanzler.

Er tat dies sehr ungern, da er wußte, daß das Kriegskabinett beim[10]) Reichskanzler tagte und daß man ihn dort festhalten würde.

Der Kriegsminister betonte wiederholt, daß er aushalten wollte, bis man ihn wegjagen würde. Er müsse bleiben, da die Verpflegung der Feldarmee in Frage gestellt sei und kein Anderer so orientiert sei wie er. General v. Wrisberg wiederholte mir, daß ich ganz recht hätte.

Während der Unterredung waren mehrere Referenten in das Arbeitszimmer zum Vortrag eingetreten. Der Minister erklärte: Heute findet kein Vortrag statt. — Die Herren brachten die verschiedensten Hiobsposten [sic!].[12])

Etwa um 1.45 n[achmittags] kehrte der Kriegsminister zurück; er erklärte mir allein in seinem Arbeitszimmer, er habe das Kriegskabinett gesprochen.[13]) Es kämen jetzt zwei Rücksichten[14]) für die militärische Leitung in Berlin in Betracht:

1) die *politische*. Da die Truppen sehr schwach und nicht ganz zuverlässig seien, so müßte man Herr der Situation durch Verhandlungen werden. Ebert und Scheidemann hätten ihm Unterstützung zugesagt.

2) die *militärische*. Er — Scheüch — würde bleiben, bis er weggejagt würde. Die Verpflegung der Feldarmee sei in Frage gestellt; die Demobilmachung wolle er auch noch in die Wege leiten; seine weiteren Entschließungen behielte er sich vor.

Da man in Verhandlungen treten müßte, hätte er eingewilligt, daß ein Vertreter der Sozialdemokratie in das Kr[iegs-]Min[isterium] genommen würde. Er hätte verlangt, daß dieser ein Mitglied des Heeres sei. — Darauf wäre der [ehemalige] Pfarrer Göhre ihm zugewiesen.[15])

Dasselbe wäre für das Oberkommando vorgesehen.[16]) Daß ich Oberkomman-

[10]) Das Wort ist nicht mit Sicherheit zu entziffern.

[11]) Ursprünglicher Text: „und 1848 unheilvoll gewesen wären". Die Entzifferung „bestraft" ist einigermaßen sicher.

[12]) Der folgende Satz, in dem Loewenfeld nochmals berichtet, daß Scheüch gegen 12 Uhr 30 zur Reichskanzlei gefahren sei, ist von ihm durchgestrichen worden.

[13]) Vgl. Prinz Max von Baden, Erinnerungen und Dokumente, Stuttgart 1927, S. 637, sowie Quellen I/2, Nr. 150, S. 626 ff.

[14]) In der Vorlage sind die folgenden Worte: „für den Oberkomman[dierenden]" von Loewenfeld selbst gestrichen.

[15]) Vgl. Quellen I/3, Bd. 2, Nr. 514, S. 521, sowie den Aufruf Göhres, zusammen mit Colin Ross, Südekum und Tiburtius, „An die Offiziere der Garnison Berlin und seiner Vororte" vom 9. 11. 1918 abends, abgedruckt in: Ursachen und Folgen, Bd. 2, S. 575. Für die ähnlichen Verhältnisse in den Bundesstaaten vgl. W. Sauer, Das Bündnis Ebert-Groener. Eine Studie über die Notwendigkeit und Grenzen der militärischen Macht, Phil. Diss., Berlin 1956, Anm. 147.

[16]) Vgl. hierzu Quellen I/3, Bd. 2, Nr. 512, S. 515 ff., wonach dieser Vorschlag von Colin Ross stammte.

dierender würde, dagegen hätte kein Mitglied des Kriegskabinetts Widerspruch erhoben, auch Scheidemann und Ebert nicht.

Das Kriegskabinett hielte die Weisung, nicht zu schießen, aufrecht.[13])

Ich erklärte darauf, daß die Geschichte zeige, daß Abmachungen mit den Führern der Massen keinen Wert hätten — die Massen gingen über die Führer hinweg.

Der Truppe könne ich nicht die Weisung geben, nicht zu schießen; das hieße sie wehrlos machen.

Die Zuteilung eines Sozialdemokraten an das Oberkommando könnte ich nicht annehmen. Dieser würde eine Kontrolle für mich bedeuten und würde mir Vorschriften über die von mir zu erlassenden Weisungen machen wollen.

Unter diesen Umständen könnte ich das Oberkommando in den Marken nicht übernehmen.

Scheüch sprach mir sein Bedauern aus, er hätte geglaubt, daß ich eine sehr geeignete Persönlichkeit für die Rolle des Oberkommandierenden sein würde, da ich nicht nur militärisch, sondern auch politisch den nötigen Überblick hätte.

Etwa um 2.30 nachm[ittags] verließ ich das K[riegs-]M[inisterium]. Das Straßenbild hatte sich inzwischen dahin verändert, daß die auf der Straße befindlichen Soldaten keine Kokarden mehr an den Mützen hatten; sonst war außer einer stärkeren Belebung der Straßen wenig von den Unruhen zu merken.[17])

[17]) Vgl. hierzu Quellen I/2, Nr. 151, S. 630 f. Oberst v. Haeften schreibt in seinen „Erlebnissen 1918" (Nachlaß Haeften, Nr. 5): „Ich durchfuhr [zwischen 14 und 15 Uhr] noch völlig ungestört im offenen Kraftwagen in Uniform die belebtesten Straßen des Zentrums und des Westens. Es war zweifellos eine gewisse Erregung in den Straßen, ab und zu fuhr ein Kraftwagen oder ein Lastauto mit bewaffneten Revolutionären, die rote Fahnen schwangen, an mir vorbei, ohne mich jedoch irgendwie zu belästigen. Zwischen 4 und 5 Uhr nachmittags fuhr ich in meinem Kraftwagen wiederum völlig unbelästigt in die Reichskanzlei. Hier hatte inzwischen die Wache des 2. Garde-Regiments kapituliert, und das Reichskanzlerhaus befand sich in der Hand von roten Truppen, die mich jedoch in keiner Weise belästigten."

512.

Befehl des Chefs des Generalstabes des Feldheeres an das Westheer betr. den politischen Umsturz in der Heimat.

9. 11. 1918, Gr. Hauptquartier, Ia 11373 geh.op. — BHStA IV München BM GHQu, L. 6, Bd. 17, Abschrift.[1])

Durch alle Regiments- und Bataillonskommandeure den Truppen sofort bekannt zu geben.[2]) Der Befehl darf nicht gefunkt werden.

Der Waffenstillstand wird mit aller Beschleunigung abgeschlossen.[3]) Das blutige Ringen soll damit ein Ende finden. Der ersehnte Augenblick naht, wo jeder von uns zu Eltern, Frau und Kind und Geschwistern zurückkehren kann.

Gleichzeitig vollzieht sich in der Heimat eine Umwälzung der politischen Zustände.[4]) Die an ihrer Spitze stehenden Männer erklären[5]), daß Ruhe und Ordnung unter allen Umständen aufrechterhalten werden sollen. Dies gilt in erhöhtem Maße für das Heer. Keiner darf seine Truppe ohne Befehl verlassen. Jeder hat, wie bisher, seinen Vorgesetzten zu gehorchen.[6]) Nur dann kann eine geordnete Rückführung in die Heimat

[1]) Die Vorlage wurde noch am 9. 11. 1918 vom 2. Kommandanten des Gr. Hauptquartiers, Major Frhr. v. Münchhausen, unter „Eilt sehr" dem bayer. Militärbevollmächtigten zur „weiteren Veranlassung" übersandt. — Die Seekriegsleitung — Admiral Scheer — richtete am 9. 11. 1918, 23 Uhr 45, ein fast wörtlich übereinstimmendes Telegramm an alle Marineteile (MGFA MA/KdH, Nr. 891, D. 585, Bd. 1). Es ist daher zu vermuten, daß dem vorliegenden Befehl der bei L. Berthold und H. Neef, Militarismus und Opportunismus gegen die Novemberrevolution, Berlin 1958, S. 101, abgedruckte Befehl Hindenburgs „an das gesamte Feldheer" vorausging. Vgl. hierzu auch Gallwitz, S. 468. — Der vorliegende Befehl ist abgedruckt bei Rupprecht, Bd. 3, S. 368 f., sowie bei L. Berthold und H. Neef, a.a.O., S. 101 f., und im Auszug in: Weltkrieg, Bd. 14, S. 718.

[2]) Kronprinz Rupprecht berichtet (Bd. 2, S. 475), er habe den Befehl ins Feuer werfen wollen, sein Stabschef habe ihn jedoch darauf aufmerksam gemacht, daß der Befehl sämtlichen Divisionen direkt übermittelt worden war, eine Unterdrückung daher unmöglich sei.

[3]) Am Abend des 9. 11. 1918 war ein Auszug aus den Bedingungen an die OHL gelangt, vgl. Amtliche Urkunden, Nr. 105, S. 262 f. Vgl. hierzu auch Groener, S. 466 f.

[4]) In den beiden Befehlen Hindenburgs vom 9. 11. 1918 (vgl. Anm. 1) wurde die Tatsache der Abdankung des Obersten Kriegsherrn nur indirekt zum Ausdruck gebracht. Generaloberst v. Einem erhielt die Nachricht um 18 Uhr 15 (Einem, S. 465), wahrscheinlich in derselben Form wie General v. Gallwitz, der um 19 Uhr 15 die WTB-Nachricht auf funkentelegraphischem Wege empfing, die gegen 13 Uhr auf Veranlassung des Reichskanzlers in Berlin veröffentlicht worden war; vgl. Gallwitz, S. 467, sowie Quellen I/2, Nr. 146, S. 614 f. — Zu den Vorgängen im Gr. Hauptquartier am 9. 11. 1918 vgl. K. Graf v. Westarp, Das Ende der Monarchie am 9. November 1918, hrsg. von W. Conze, Stollhamm 1952; Groener, S. 454 ff.; Thaer, S. 252 und S. 257 ff.; S. A. Kaehler, Vier quellenkritische Untersuchungen zum Kriegsende 1918, in: Studien zur deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Göttingen 1961, S. 280 ff., und nach wie vor A. Niemann, Revolution von oben — Umsturz von unten. Entwicklung und Verlauf der Staatsumwälzung in Deutschland 1914—1918. Mit einem Dokumenten-Anhang, Berlin 1928, S. 283 ff., mit den entsprechenden Anlagen sowie die Darstellung des Obersten Heye (Nachlaß Heye, Nr. 4).

[5]) Vgl. die Aufrufe Eberts vom 9. 11. 1918, Schulthess 1918/I, S. 452 f.

[6]) Die wörtliche Übernahme dieses Satzes in das Telegramm der Seekriegsleitung (vgl. Anm. 1) diente offensichtlich nur zur Wahrung der äußeren Form. Die Seekriegsleitung hatte am 8. 11. 1918 (16 Uhr) einen Bericht für den Kaiser, der ihn noch am 9. 11. 1918 gelesen und abgezeichnet hat, fertiggestellt, der offenbarte, daß nur wenige Schiffe, Torpedoboots- und U-Boots-

stattfinden. Die jetzt unterbrochenen Eisenbahnen müssen wieder in geregelten Betrieb genommen werden.

Die O.H.L. will nicht neues Blutvergießen oder den Bürgerkrieg entfesseln. Sie will im Einvernehmen mit den neuen Regierungsgewalten für Ruhe und Sicherheit sorgen und der Heimat das Schlimmste ersparen.

Von der Waffe gegen Angehörige des eigenen Volkes ist nur in der Notwehr oder bei gemeinen Verbrechen oder zur Verhinderung von Plünderungen Gebrauch zu machen.[7]) Ergeht an die Heeresangehörigen.

Zusatz für die Führer: Mit sich bildenden Arbeiter- und Soldatenräten ist auf gütlichem Wege Einvernehmen zu erzielen.[8])

gez. von Hindenburg.

Verbände von der revolutionären Bewegung noch nicht erfaßt waren. Aber auch diese Einheiten standen der Seekriegsleitung nur sehr bedingt zur Verfügung, weil u. a. die Funkverbindungen sich zumeist unter der Kontrolle der örtlichen Soldatenräte befanden (Nachlaß Levetzow, Box 21, Seekriegführung, Bd. 4). Vgl. hierzu auch den Bericht des Kontreadmirals Meurer, Chef des IV. Geschwaders, über die Ereignisse während der Revolutionstage (BA-MA Koblenz, K07 — 1/2). Meurer war es auch durch persönlichen Einsatz gelungen, seine Autorität als Geschwaderchef gegenüber den Besatzungen aufrecht zu erhalten. Am 5. 11. 1918 verließ das Geschwader die Reede von Wilhelmshaven und Meurer beschloß — angesichts der alarmierenden Nachrichten aus den Marinegarnisonen — Helgoland anzusteuern. Am 7. 11. 1918 übernahm auch hier ein Soldatenrat die Macht. Meurer wich nach Borkum aus, sah sich aber am 9. 11. 1918 gezwungen, nach Wilhelmshaven zurückzukehren. Am 10. 11. 1918 lief das IV. Geschwader — nun auch unter der roten Flagge — in den Hafen ein.

[7]) Vgl. die übereinstimmende Ansicht Scheüchs, Nr. 511.

[8]) Vgl. hierzu Groener, S. 469, sowie W. Sauer, Das Bündnis Ebert-Groener. Eine Studie über Notwendigkeit und Grenzen der militärischen Macht, Phil. Diss. Berlin 1956, S. 52 ff. — Die Formulierung legt die Vermutung nahe, daß eine entsprechende, ausführliche Verfügung des Staatssekretärs des Reichsmarineamts vom 8. 11. 1918 (WUA, Bd. 10/I, S. 343 f.) der OHL bereits vorlag und als ein annehmbarer Weg betrachtet wurde; vgl. Gallwitz, S. 466. Korvettenkapitän v. Selchow kommentierte die Verfügung, die den Grußzwang in allerdings beschränktem Umfang aufrecht erhielt, in seinem Tagebuch (Nachlaß Selchow, Nr. 38) mit den Worten: „Glaubt der Admiral v. Mann, daß ihn morgen oder übermorgen überhaupt noch jemand grüßen wird?"

Die stellv. kommandierenden Generale und ihre Chefs des Stabes[1]) 1914—1918

Bereich	Stellvertretender kommandierender General	Chef des Stabes
Oberkdo. in den Marken	Generaloberst v. Kessel 2. 8. 1914 bis 27. 3. 1918 11. 10. 65 Generaloberst v. Linsingen 28. 3. 1918 bis Kriegsende 14. 10. 69	Oberst a. D. v. Berge und Herrendorff 2. 8. 1914 bis Kriegsende
Gardekorps	General der Infanterie v. Loewenfeld 2. 8. 1914 bis Januar 1918 16. 9. 70 General der Kavallerie Frhr. v. Richthofen Frühjahr 1918 bis Kriegende 11. 1. 76	Oberstleutnant z. D. v. Bremen bis März 1915 Oberst v. Behr Herbst 1916 bis 4. 9. 1918 Oberst F. v. Mantey Herbst 1918 bis Kriegsende
I. AK	General der Kavallerie a. D. Graf zu Eulenburg 2. 8. 1914 bis ? 1. 12. 62 General der Infanterie v. Dickhuth-Harrach Herbst 1917 bis Kriegsende 10. 10. 77	Generalmajor z. D. Otto v. Unger 2. 8. 1914 bis Mai 1915 Oberst z. D. Hahn August 1917 bis Kriegsende

[1]) Die Übersicht wurde auf Grund sehr disparaten Materials zusammengestellt. In den zur Verfügung stehenden Akten fand sich, neben einer Vielzahl von einzelnen Hinweisen, nur ein vollständiges „Verzeichnis der stv. kommand. Generale und Chefs der stv. Generalkommandos im Deutschen Reich" nach dem Stande vom Januar 1918 (HStA Stuttgart XIII. AK, Abt. II d, Bd. 63). Die Angaben in den entsprechenden Ranglisten sowie in den Kriegsjahrgängen des „Militär-Wochenblatts" entbehren in vielen Fällen der erwünschten Genauigkeit. Für die Überprüfung und Ergänzung der auf diese Weise gewonnenen Daten waren die Mitteilungen von Herrn Fasching, Wien, der eine umfangreiche Sammlung über die Verwendungen der Generale aller Dienstgrade in aktiven Kommandos im Ersten Weltkrieg besitzt, eine wesentliche Hilfe.

Die Angaben und Daten der Übersicht sind aus diesen Gründen lückenhaft und z. T. auch unsicher. Bei den Angaben über die stellv. kommandierenden Generale kann die Möglichkeit nicht ausgeschlossen werden, daß — insbesondere in den Jahren 1916 und 1917 — in einzelnen Fällen Veränderungen mangels Unterlagen nicht erfaßt wurden. In sehr viel stärkerem Maße gilt dies für die Chefs des Stabes. Allgemein wurde der letzte in der Dienststellung erreichte Dienstgrad angegeben. Nur in wenigen Fällen konnten die genauen Daten über die Dauer der Verwendung in der Dienststelle ermittelt werden. Die Angaben „August 1917", „Frühjahr 1918" etc. gründen sich auf Hinweise aus den Akten. Mit dem 1. Mobilmachungstag (2. 8. 1914) nahmen die stellv. kommandierenden Generale ihre Tätigkeit auf, ob in jedem einzelnen Falle auch die Geschäfte an diesem Tage übergeben wurden, ist fraglich. Generaloberst v. Kessel befand sich seit 1910 in seiner Stellung als Oberbefehlshaber in den Marken. Die Angabe „Kriegsende" wurde gewählt, da nur in wenigen Fällen genaue Daten vorliegen. Die ursprüngliche Absicht, in der Übersicht sämtliche Militärbefehlshaber während des Weltkrieges 1914—1918, d. h. auch die Gouverneure und Festungskommandanten, nachzuweisen, mußte angesichts der Dürftigkeit der vorhandenen Unterlagen aufgegeben werden. Da es sich bei den Stellen der Gouverneure und Kommandanten um aktive Kommandos handelte, unterlagen sie einem häufigen Wechsel, der in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle ohne die Akten des Militärkabinetts nicht zu rekonstruieren ist. Die Akten des Militärkabinetts sind jedoch, mit Ausnahme weniger Stücke, vernichtet.

Für die stellv. kommandierenden Generale konnten die Daten der Leutnantspatente ermittelt werden. Die exakten Geburtstagsdaten würden für die Mehrzahl nur unter großen Schwierigkeiten festzustellen sein. Die Angaben lassen einen Überblick über die altersmäßige Zusammensetzung der Gruppe der stellv. kommandierenden Generale zu, wenn man berücksichtigt, daß das Leutnantspatent gewöhnlich zwischen dem 19. und 21. Lebensjahr erworben wurde. Für den Vergleich wurde ein Lebensalter von 20 Jahren bei Erwerb des Leutnantspatents zugrunde gelegt. Es ergibt sich, daß im Jahre 1914 von den erfaßten 50 stellv. kommandierenden Generalen 22% zwischen 55—59, 46% zwischen 60—64, 26% zwischen 65—69, und 6% 70 und mehr Jahre alt waren. Die überwiegende Mehrzahl war schon Jahre vor dem Weltkrieg „zur Disposition" gestellt bzw. verabschiedet worden. Einige der Generale, die der jüngsten Altersgruppe angehörten, konnten, nach dem Urteil ihrer Vorgesetzten, die im Feld an sie gestellten Forderungen nicht mehr erfüllen und fanden deshalb als stellv. kommandierende Generale Verwendung.

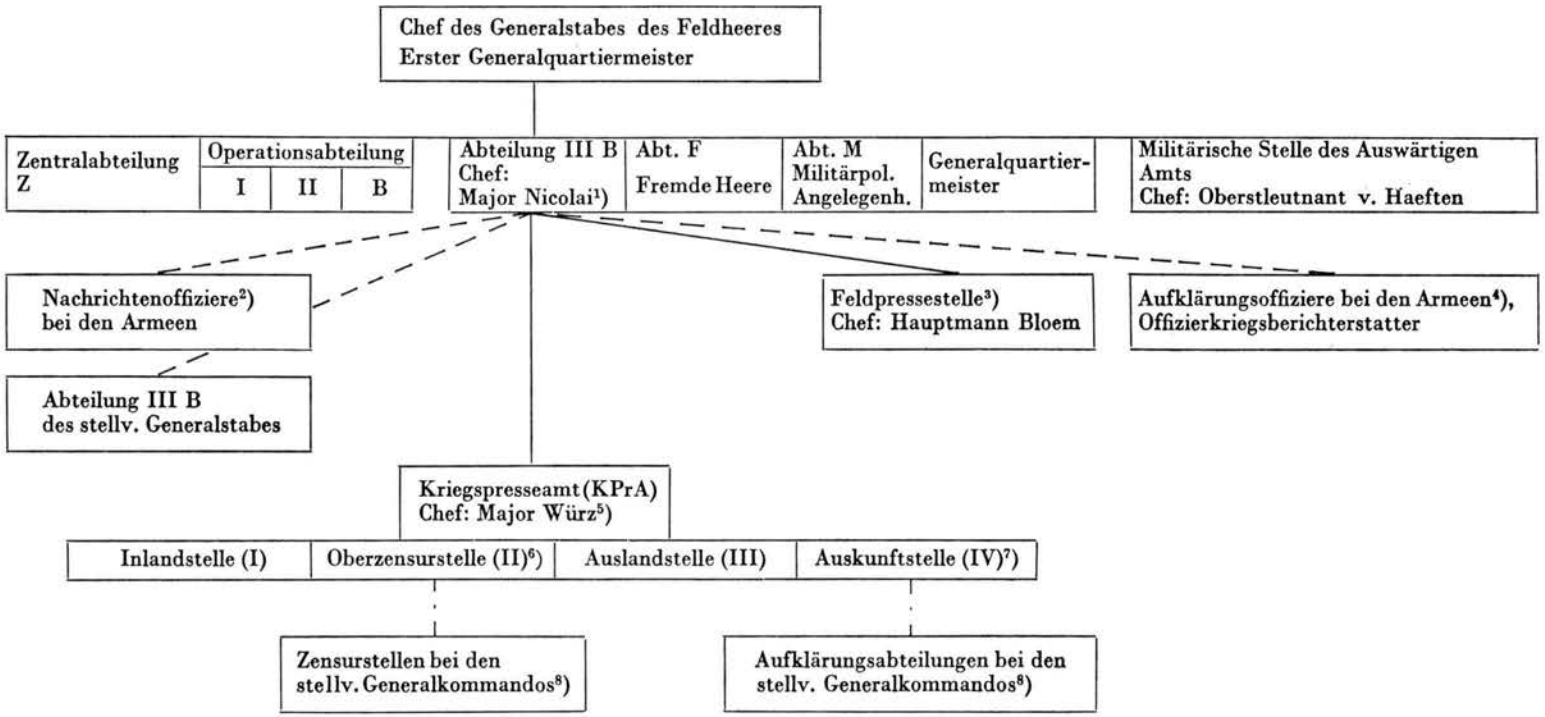
Bereich	Stellvertretender kommandierender General	Chef des Stabes
II. AK	General der Kavallerie z. D. Frhr. v. Vietinghoff gen. Scheel 2. 8. 1914 bis Mitte Oktober 1918 6. 9. 70 General der Infanterie z. D. v. Borries 24. 10. 1918 bis Kriegsende 1. 12. 71	Generalmajor z. D. Snethlage 2. 8. 1914 bis Kriegsende
III. AK	General der Infanterie v. Oertzen 2. 8. 1914 bis Kriegsende 12. 2. 74	Generalleutnant a. D. de Graaff 2. 8. 1914 bis Frühjahr 1915 Generalleutnant a. D. v. Scriba Frühjahr 1915 bis Kriegsende
IV. AK	General der Infanterie Frhr. v. Lyncker 2. 8. 1914 bis 23. 10. 1917 28. 4. 72 Generalleutnant z. D. Sontag Herbst 1917 bis Kriegsende 8. 6. 74	Generalmajor a. D. J. v. Wasielewski August 1917 bis Kriegsende
V. AK	General der Kavallerie a. D. v. Bernhardi 2. 8. 1914 bis 20. 8. 1915 8. 2. 69 General der Infanterie F. v. Bock und Pollach Juli 1917 bis Kriegsende 16. 8. 66	Generalleutnant a. D. v. Schimmelpfennig gen. v. d. Oye August 1917 bis Kriegsende
VI. AK	General der Infanterie v. Sperling 2. 8. 1914 bis 31. 8. 1914 7. 4. 68 General der Infanterie a. D. v. Bacmeister 1. 9. 1914 bis 12. 8. 1916 24. 8. 72 Generalleutnant a. D. v. Heinemann 12. 8. 1916 bis Herbst 1917 14. 2. 78 General der Infanterie Frhr. von und zu Egloffstein Herbst 1917 bis Kriegsende 28. 12. 70	Oberstleutnant a. D. v. Witzendorff-Rehdigen 2. 8. 1914 bis ? Oberstleutnant v. Bernuth September 1917 bis Kriegsende
VII. AK	General der Kavallerie Frhr. v. Bissing 2. 8. 1914 bis 30. 11. 1914 11. 10. 65 General der Infanterie a. D. E. Frhr. v. Gayl 1. 12. 1914 bis Kriegsende 9. 3. 67	Oberst a. D. Giffenig 2. 8. 1914 bis Kriegsende

Bereich	Stellvertretender kommandierender General	Chef des Stabes
VIII. AK	General der Infanterie a. D. v. Ploetz 2. 8. 1914 bis 1. 3. 1918 22. 7. 66 Generalleutnant E. Graf v. Schmettow 1. 3. 1918 bis Kriegsende 12. 10. 77	Generalmajor a. D. v. Jacobi 2. 8. 1914 bis 30. 9. 1914 Generalleutnant a. D. v. Hepke 1. 10. 1914 bis Kriegsende
IX. AK	General der Artillerie a. D. v. Roehl 2. 8. 1914 bis 1. 6. 1916 13. 12. 70 General der Infanterie v. Falk 5. 6. 1916 bis Kriegsende 17. 10. 76	Oberst z. D. F. v. Voß 2. 8. 1914 bis Kriegsende
X. AK	General der Infanterie v. Linde-Suden 2. 8. 1914 bis Frühjahr 1917 9. 11. 67 General der Infanterie v. Hänisch Frühjahr 1917 bis Kriegsende 12. 4. 79	Generalleutnant a. D. v. Rogowski 2. 8. 1914 bis Kriegsende
XI. AK	General der Infanterie v. Haugwitz 2. 8. 1914 bis Herbst 1916 18. 10. 71 General der Infanterie v. Kehler Herbst 1916 bis Kriegsende 14. 2. 75	Generalmajor a. D. Frhr. v. Tettau 2. 8. 1914 bis Kriegsende
XII. AK	General der Kavallerie v. Broizem 2. 8. 1914 bis 11. 3. 1918 1869 General der Infanterie Götz v. Olenhusen März 1918 bis Kriegsende 1876	Oberst a. D. Roßbach 2. 8. 1914 bis 17. 8. 1916 Generalmajor Baeßler August 1917 bis Kriegsende
XIII. AK	General der Infanterie z. D. O. Frhr. v. Hügel 2. 8. 1914 bis 1. 9. 1914 30. 12. 70 General der Infanterie O. v. Marchtaler 1. 9. 1914 bis 21. 1. 1916 30. 12. 70 General der Infanterie a. D. v. Schaefer 21. 1. 1916 bis Kriegsende 7. 10. 74	Generalmajor z. D. v. Stroebel 2. 8. 1914 bis Kriegsende

Bereich	Stellvertretender kommandierender General	Chef des Stabes
XIV. AK	General der Infanterie z. D. Gaede 2. 8. 1914 bis Januar 1915 18. 11. 70 General der Infanterie a. D. K. Frhr. v. Manteuffel 4. 1. 1915 bis 4. 8. 1916 9. 3. 72 General der Infanterie Isbert 5. 8. 1916 bis Kriegsende 23. 4. 74	Oberst z. D. W. v. Wolff 2. 8. 1914 bis 14. 2. 1916 Oberst Alefeld Februar 1916 bis Kriegsende
XV. AK	General der Infanterie Ritter Hentschel v. Gilgenheimb 2. 8. 1914 bis 10. 11. 1916 9. 4. 64 General der Infanterie Frhr. v. Süßkind 10. 11. 1916 bis Kriegsende 15. 10. 74	Generalleutnant a. D. Philgus Frühjahr 1915 bis Kriegsende
XVI. AK	siehe XXI. AK	
XVII. AK	General der Infanterie a. D. v. Schack 2. 8. 1914 bis 15. 6. 1916 28. 10. 70 General der Infanterie Wagner 16. 6. 1916 bis Kriegsende 15. 10. 74	Oberst v. Linsingen bis Herbst 1917 Generalmajor a. D. Großmann Herbst 1917 bis Kriegsende
XVIII. AK	General der Infanterie a. D. Frhr. v. Gall 2. 8. 1914 bis Herbst 1916 10. 2. 66 General der Infanterie Riedel 25. 11. 1916 bis Kriegsende 23. 4. 74	Generalleutnant a. D. de Graaff Frühjahr 1915 bis Sommer 1916 Generalmajor z. D. v. Studnitz 14. 6. 1917 bis Kriegsende
XIX. AK	General der Infanterie a. D. v. Schweinitz 2. 8. 1914 bis Kriegsende 1870	Generalleutnant a. D. Gadegast 2. 8. 1914 bis Oktober 1918 Oberstleutnant z. D. Freise 15. 10. 1918 bis Kriegsende
XX. AK	General der Kavallerie Graf v. Schlieffen 4. 8. 1914 bis 12. 10. 1916 29. 3. 71 General der Infanterie v. Pannewitz 13. 10. 1916 bis Kriegsende 15. 7. 75	Oberst z. D. Frhr. v. d. Goltz Oktober 1916 bis Kriegsende
XVI./XXI. AK	General der Kavallerie v. Moßner 2. 8. 1914 bis Kriegsende 10. 2. 66	Generalleutnant a. D. Seederer 2. 8. 1914 bis Kriegsende

Bereich	Stellvertretender kommandierender General	Chef des Stabes
I. bayer. AK	General der Infanterie z. D. L. Frhr. von und zu der Tann-Rathsamhausen 2. 8. 1914 bis 3. 9. 1918 20. 5. 66 General der Infanterie z. D. K. Ritter v. Martini 3. 9. 1918 bis Kriegsende 27. 11. 76	Generalmajor z. D. F. Deppert 2. 8. 1914 bis 16. 2. 1915 Oberst z. D. E. Kleemann 16. 2. 1915 bis Kriegsende
II. bayer. AK	General der Infanterie z. D. F. Ritter v. Pflaum 2. 8. 1914 bis 14. 6. 1917 18. 10. 74 General der Kavallerie z. D. L. Frhr. v. Gebsattel 16. 6. 1917 bis Kriegsende 23. 11. 77	Generalmajor z. D. O. Ritter v. Etzel 3. 8. 1914 bis Kriegsende
III. bayer. AK	General der Kavallerie z. D. A. Frhr. v. Könitz 2. 8. 1914 bis Kriegsende 25. 2. 62	Generalmajor a. D. Pfluegl 2. 8. 1914 bis 23. 1. 1917 Oberst z. D. F. Frhr. v. Berchem 26. 1. 1917 bis 13. 9. 1917 Oberst z. D. Pauschinger 13. 9. 1917 bis Kriegsende

Der Tätigkeitsbereich der Abteilung III B des Generalstabes des Feldheeres



[1]) Aus den Akten ergibt sich, daß Hauptmann bzw. Major Kroeger der wichtigste Mitarbeiter Nicolais für Fragen der Propaganda und des „Vaterländischen Unterrichts" war. Zum Tätigkeitsbereich der Abteilung III B und der Militärischen Stelle des Auswärtigen Amts vgl. auch S. L III ff.

[2]) Zu den Aufgaben der Nachrichtenoffiziere vgl. W. Nicolai, Nachrichtendienst, Presse und Volksstimmung im Weltkrieg, Berlin 1920, S. 8 ff.

[3]) Die Feldpressestelle wurde im März 1916 geschaffen und war gedacht als Zentrale für die Überwachung und Unterstützung der Frontzeitungen, vgl. W. Nicolai, a.a.O., S. 67 f.
Ab Herbst 1917 erweiterte sich ihr Arbeitsgebiet durch die Betreuung der Offizierkriegsberichterstatter, wodurch die Stelle auch engeren Kontakt zu der heimatlichen Presse gewann, vgl. Nr. 339, Anm. 3 und 5.

[4]) Vgl. hierzu Nr. 328, 331 und 332.

[5]) Vorgänger von Würz waren Major Deutelmoser (15. 10. 1915—31. 10 1916) und Major Stotten (1. 11. 1916—August 1917). Dem Chef des Kriegspresseamts unmittelbar unterstellt waren die Sektionen Feldpresse und Generalstab. Letztere stand unter der Leitung des Hauptmanns Zimmermann, der u. a. die militärische Lage vor den Journalisten der Pressekonferenz darlegte und kommentierte. Zur Organisation des Kriegspresseamts vgl. Nr. 54 und 124.

[6]) Unter der Leitung des Majors v. Olberg.

[7]) Unter der Leitung des Majors Hosse. Sein Vorgänger war Major Warnecke (Oktober 1916 bis August 1917), vgl. auch Nr. 136, Anm. 4, und Nr. 139, Anm. 12.

[8]) Vgl. Anlage 3.

Übersicht über die Zensur- und Aufklärungsoffiziere der stellv. Generalkommandos und die Vorstände der Kriegsamtstellen[1])

	Zensur- und Aufklärungsoffiziere	Vorstände der Kriegsamtstellen
Oberkdo. i. d. Marken	Hauptmann v. Vietsch (Z)[2]) Hauptmann Kaufmann (A)	Generalmajor a. D. Graf v. d. Groeben
I. AK	Hauptmann Blendermann (A)	Oberstleutnant z. D. Gattung
II. AK	Hauptmann v. Boehn (Z) Major Coste (A)	Hauptmann Hetschko
IV. AK	Oberleutnant d. R. Gabler (A)	Rittmeister d. R. Klamroth
V. AK	Prof. Dr. Herrmann (Z u. A)	Hauptmann d. L. a. D. Augern
VI. AK	Hauptmann da Rocha-Schmidt (Z u. A)	Major a. D. Berger[3])
VII. AK	Dr. Castelle (Z) Rechtsanwalt Kempkes (A)	Hauptmann Kollenrodt[4])
VIII. AK	Oberleutnant Müser (Z) Oberleutnant Stahlschmidt (A)[5])	Oberst z. D. Heintzmann
IX. AK	Hauptmann Kallmorgen (Z) Hauptmann Robinow (A)	Rittmeister d. R. Illies

[1]) Die Zusammenstellung der Zensur- (Z) und Aufklärungsoffiziere (A) der stellv. Generalkommandos kann sich nicht in dem wünschenswerten Maße auf gesicherte Angaben stützen. Nur in seltenen Fällen ist die Geschäftsverteilung innerhalb der stellv. Generalkommandos bekannt; die Besetzung der entsprechenden Stellen während des Krieges läßt sich nicht mehr vollständig rekonstruieren.

Die in der Übersicht enthaltenen Angaben stützen sich auf die Protokolle der Besprechungen, die der Chef der Abteilung III B des Generalstabes des Feldheeres, Nicolai, seit dem Frühjahr 1916 mit den Zensur- und Aufklärungsoffizieren der stellv. Generalkommandos abgehalten hat. In diesen Protokollen sind z. T. nähere Hinweise auf die Funktion der versammelten Offiziere enthalten. Die Angaben über die Zensuroffiziere beziehen sich auf das Jahresende 1916, die der Aufklärungsoffiziere auf den Sommer 1917, da für diesen Zeitraum jeweils eine einigermaßen zuverlässige Überlieferung besteht.

In der ersten Nummer der „Amtlichen Mitteilungen und Nachrichten" des Kriegsamts vom 20. 12. 1916 (MGFA, I L 43/48) ist ein „Verzeichnis sämtlicher Kriegsamtstellen" veröffentlicht worden, in dem auch die Vorstände der Kriegsamtstellen aufgeführt sind. Dieses „Verzeichnis" liegt der hier gegebenen „Übersicht" zugrunde, ergänzt durch die im Frühjahr 1917 (einschließlich März) eingetretenen Veränderungen.

Nicht berücksichtigt wurden die bayer. stellv. Generalkommandos, da sowohl für die Zensur- und Propagandafragen als auch für die Kriegsamtangelegenheiten das bayer. Kriegsministerium die maßgebende Instanz war. Für den organisatorischen Aufbau und die personelle Besetzung vgl. Das Bayernbuch vom Weltkriege 1914—1918, bearbeitet von K. Krafft v. Dellmensingen und Generalmajor a. D. P. Feeser, Bd. 1, Stuttgart 1930, S. 227 ff.

[2]) Vietsch wurde am 15. 6. 1918 durch Hauptmann Beer abgelöst. — Die stellv. Generalkommandos des Gardekorps und des III. AK wurden in diese Übersicht nicht aufgenommen, da sie in diesem Zusammenhang, mit Ausnahme des „Vaterländischen Unterrichts", dem Oberbefehlshaber in den Marken unterstanden.

[3]) Im März 1917 ersetzt durch Major a. D. Stavenhagen. Außerdem wurde zu diesem Zeitpunkt die Kriegsamtnebenstelle Kattowitz unter Hauptmann Gründler eingerichtet.

[4]) Die Kriegsamtstellen bei den stellv. Generalkommandos des VII. und des VIII. AK waren an die Weisungen der Kriegsamtstelle Düsseldorf unter Major d. R. Kehren gebunden.

[5]) Mitarbeiter dieses Aufklärungsoffiziers war Prof. Dr. Hashagen.

	Zensur- und Aufklärungsoffiziere	Vorstände der Kriegsamtstellen
X. AK	Major Meyerhoff (Z) Leutnant d. R. Dr. Spickernagel (A)[6])	Hauptmann d. R. v. Heimburg
XI. AK	Landrichter Dr. Rothe (Z) Major Seebohm (A)	Hauptmann d. L. a. D. Clauß
XII. AK	Hauptmann Thierig (A)	Hauptmann d. R. Leppin
XIII. AK	Rittmeister Federer (Z) Hauptmann d. R. a. D. Hermelink (A)[7])	General der Artillerie a. D. v. Tognarelli[8])
XIV. AK	Dr. Hertel (Z u. A)	Major d. R. a. D. Stahmer[9])
XV. AK	Leutnant Heinstadt (A)	Rittmeister d. R. Röchling
XVI./XXI. AK	Hauptmann Friderici (Z) Oberleutnant Schmetzer (A)	Oberstleutnant z. D. Frhr. v. Heimrod[10])
XVII. AK	Major Probst (Z) Hauptmann Steinbrecher (A)	Hauptmann d. L. Apreck
XVIII. AK	Hauptmann d. L. a. D. Krebs (Z) Hauptmann Kleisinger (A)	Major z. D. v. Braunbehrens
XIX. AK	Oberkriegsgerichtsrat Naumann (Z) Oberleutnant Kittel (A)	Hauptmann d. Ldw. Ritter
XX. AK	Hauptmann d. L. Clausnitzer (A)	Kontreadmiral z. D. v. Bassewitz[11])

[6]) Vgl. dessen Veröffentlichungen: Aus deutschen Feldpostbriefen und Kriegstagebüchern, 3. Aufl. Hannover o. J. (1918); Die Kunst des Redens, Berlin 1919; Ludendorff, 3. Aufl. Berlin 1919; Der Kardinalfehler unserer Politik, Berlin 1920

[7]) Professor für Kirchen- und Dogmengeschichte an der Universität Marburg.

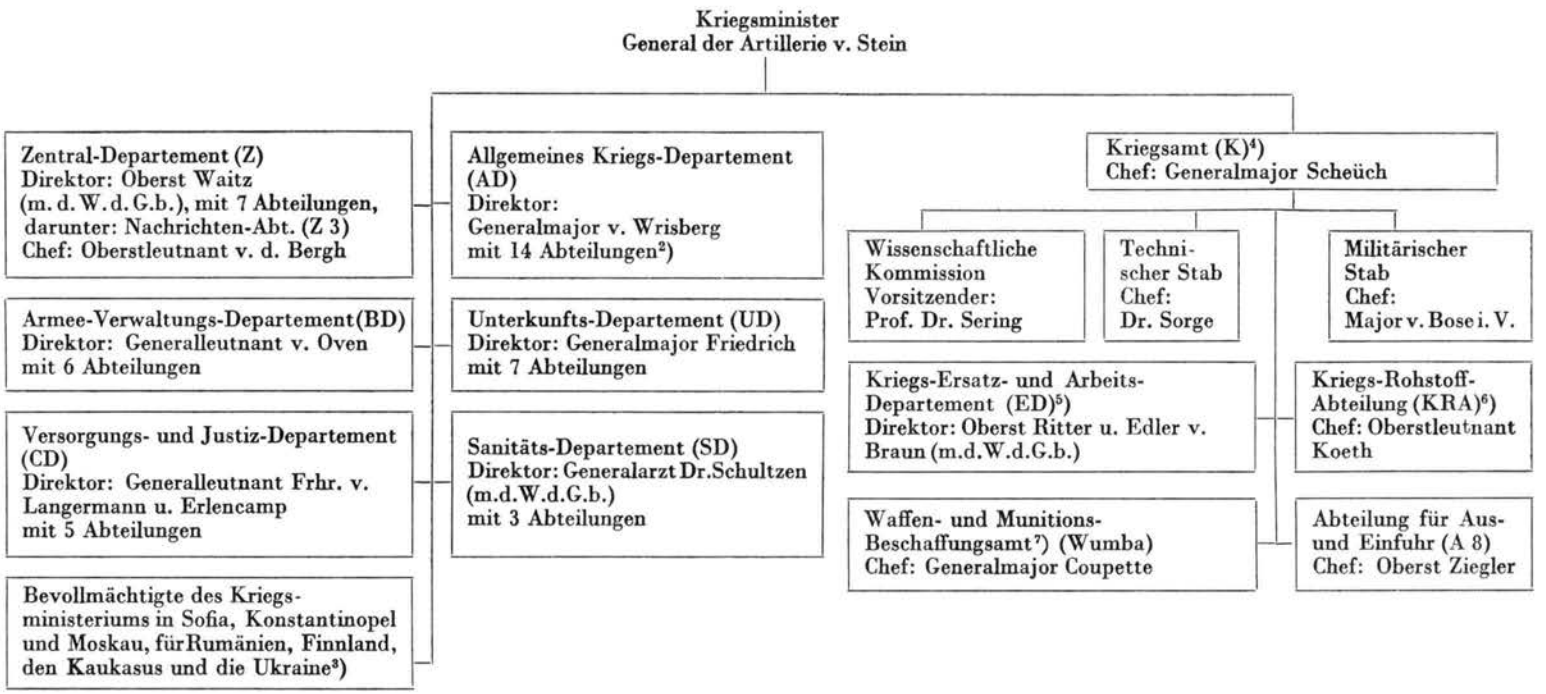
[8]) Tognarelli leitete die entsprechende Abteilung im württ. Kriegsministerium.

[9]) Im Frühjahr 1917 wurden Kriegsamtnebenstellen in Mannheim unter Hauptmann Roever und in Mülhausen unter Hauptmann Naumann errichtet.

[10]) Das Gouvernment Metz besaß eine eigene Kriegsamtstelle unter der Leitung von Generalmajor a. D. Bahn. In Diedenhofen wurde außerdem eine Kriegsamtnebenstelle eingerichtet.

[11]) Sitz in Allenstein bzw. Elbing.

Das preußische Kriegsministerium[1])



[1]) Für die Einzelheiten und die organisatorische Entwicklung während des Krieges vgl. die Arbeiten von H. Cron, Die Organisation des deutschen Heeres im Weltkriege (= Forschungen und Darstellungen aus dem Reichsarchiv, H. 5), Berlin 1923, S. 174 ff., und Geschichte des Deutschen Heeres im Weltkriege 1914—1918, Berlin 1937, S. 28 ff. Das hier wiedergegebene Schema fußt auf der „Übersicht der Offiziere, Räte usw. des Kriegsministeriums" vom 20. 6. 1918, BA-MA Koblenz, H 02-1/10.

[2]) Mit Wirkung vom 1. 8.1918 wurden 5 Abteilungen zu dem neugeschaffenen Truppen-Departement (TD) zusammengefaßt.

[3]) Nicht berücksichtigt wurde die Remonte-Inspektion (RJ) und der Stab des Kriegsministers im Gr. Hauptquartier.

[4]) Eine Übersicht über die Organisation des Kriegsamtes gibt G. D. Feldman, Army, Industry and Labor in Germany 1914—1918, Princeton 1966, S. 189. Eine sehr detaillierte Organisationskizze findet sich in der Studie von Oberarchivrat Prof. Dr. Rauers, Das Verhältnis des Kriegsamts und der übrigen Beschaffungsstellen der Wehrmacht zu den Reichsämtern, BA-MA Koblenz, WiF 5/1763.

[5]) Das Kriegs-Ersatz-Amt (C 1 b) stand unter der Leitung des Majors Lademann (m.d.W.d.G.b.); an der Spitze der beiden Abteilungen des Kriegs-Arbeits-Amtes (AZS) standen der Oberstleutnant v. Kühlwetter (AZSa) und der Major v. Hugo (AZSb).

[6]) Die Kriegs-Rohstoff-Abteilung gliederte sich in insgesamt 41 Untergruppen.

[7]) Generalmajor Coupette bekleidete als Feldzeugmeister eine Immediatstelle und unterstand daher auch als Chef des Wumba dem Kriegsministerium nur in sachlicher Hinsicht.

Register

bearbeitet

von

Hans Umbreit

Aachen 524, 568
— Zensur 83, 156 f.
— Lebensmittelversorgung 1010
— Streiks u. Unruhen 294, 666, 727
— Regierungspräsidium 156 f.

Aalen 940

Abderhalden, Emil, Professor d. Medizin 809

Abendblatt, 8 Uhr (Berlin) 1309

Adams, Matrose auf SMS „Westfalen" 1107

Adler, Eduard, Vors. d. sozialdem. Bezirksjugendausschusses in Schleswig-Holstein, Stadtverordneter in Kiel
— Militärische Vorbereitung d. Jugend 202 ff.
— Arbeitsverhältnisse in Kiel 388 ff.

Adler, Victor, österr. sozialdem. Parteiführer u. Publizist 1177

Adlon-Konferenz 670, 674

Admiralstab (Seekriegsleitung) 65, 200, 409, 451, 974, 1041, 1100, 1293
— Pressebesprechungen 658, 789, 1073, 1092, 1121, 1141, 1154, 1247, 1309, 1375 f., 1378 f., 1390
— Belagerungszustand
Einsetzung eines Obermilitärbefehlshabers 45, 52
Zensur 138 f., 179, 376 f., 389, 1021, 1036, 1073
Einrichtung d. Oberzensurstelle 75
Zensur in d. Frage d. U-Bootkriegführung 121 ff., 129 f., 378, 1092
— Beeinflussung d. allgemeinen Stimmung 313 f., 317 ff.
Amtliche Aufklärung u. Propaganda 316, 327, 343, 347, 350, 378, 421, 840, 929, 954, 968 ff., 1025, 1132 f.
Bezirkspressebesprechungen 879
Vaterländischer Unterricht 860, 894, 898, 911 ff., 926 f., 931, 947, 950, 960, 966
Feindliche Propaganda 1179
Kriegsberichterstattung 64, 868
— U-Bootkriegführung 123, 130, 377, 441, 713, 745, 770, 789, 879, 1154, 1309
— zu außenpolitischen Themen
Friedensfrage 714, 969
Kriegszielfrage 431, 436 ff., 441, 444, 446 ff, 777
Russische Februarrevolution 713 f.
Oktoberrevolution 969
— zur Innenpolitik
Militärdiktatur 1024
Preußische Wahlrechtsfrage 1133
Kanzlerkrise vom Herbst 1917 1073 ff.
Abschiedsgesuch Capelles 1076 f., 1080
— Parlament, Parteien
Reichstag 377, 1021 ff., 1073 ff.
Deutsch-Konservative Partei 1023
SPD 376 f., 714, 1022 f.
USPD 1024
Maßnahmen gegen d. USPD 1077
— Wirtschaftsfragen
Lebensmittelversorgung 714, 968 f.
Unruhen wegen unzureichender Lebensmittelversorgung 389, 420 f., 1132 f.
Lohnfrage 559 f.
Rohstofflage 968
Arbeitskräfte für d. U-Boot-Werften 629 ff., 643
„Scheerprogramm" 643
— Streiks u. Unruhen 389, 420, 1176, 1184
Gegenmaßnahmen 1132 f., 1143 f.
Flottenunruhen August 1917 1031, 1036, 1068 f., 1073, 1141
Meutereien Herbst 1918 1349, 1358 ff., 1365 f., 1371, 1375 ff., 1381 f., 1390, 1393, 1400 f.
Gegenmaßnahmen 1372, 1374
Aufrechterhaltung d. Disziplin 1359 f.
— Waffenstillstandsforderung d. OHL 1291
Waffenstillstandsverhandlungen 1375 f.
Zweite Note Wilsons 1328
Dritte Note Wilsons 1338 ff.
Entlassung Ludendorffs 1343
— Letzter Flottenvorstoß 1327, 1340, 1367
— Umsturz im November 1918 1400
— Auslandsabteilung 662
Presseabteilung LXVIII, 122, 129 f., 138 f., 263, 318 f., 326 f., 343, 347, 376, 417, 420, 441, 446, 686, 693, 709, 713, 777, 839, 841, 848, 850, 859 f., 868, 898, 911 ff., 916 f., 919, 926 ff., 931, 950, 954, 959 f., 968, 970, 991, 1021, 1036, 1061, 1073, 1132 f., 1208

Adomeit, Heizer auf SMS „König Albert" 1028 f., 1035, 1038

Adorno, Rittmeister d. R., Vorstand d. Stelle für Landwirtschaft u. Volksernährung im württ. Kriegsministerium 540, 544

Ahaus 15

Ahlhorn (Oldenb.) 1372

Aisne 736, 756, 840, 1250, 1315

Alboldt, Emil, Marinesekretär a. D. 1071, 1348

Albrecht, Herzog von Württemberg, Generalfeldmarschall, Ob. d. Heeresgruppe Herzog Albrecht 964

Alefeld, Oberst, Chef d. Stabes d. stellv. GKdos d. XIV. AK 1003, 1008 f., 1066

Alldeutscher Verband XIX, 122, 151, 411 ff., 898, 1078, 1101, 1145, 1307 f.

— Urteil über d. OHL 651
— Beurteilung durch Bethmann Hollweg 272 f., 275 f.
durch d. preuß. Kriegsministerium 392
— Kriegszielfrage 201, 215, 224 ff., 230, 245, 399, 409, 1268
— Sozialdemokratie 245
— Adlon-Konferenz 670, 674
Bewegung zum Sturz Bethmann Hollwegs 357, 409 f., 663, 771, 784
— Verhältnis zu Michaelis 989
— Kühlmann-Krise 1229

Allenstein 732
— Aufhebung von Verfassungsartikeln 17
— Kriegsamtstelle
Freimachung von Militärpersonen 583, 622

Allgemeine Zeitung (Chemnitz) 1303, 1376

Altengrabow (Truppenübungsplatz) 1373

Alter, Junius (i. e. Franz Sontag) 406, 409

Altona s. Hamburg-Altona

Altshausen Krs. Saulgau 964

Amsterdam 294

Ancre 962, 1250

Andernach 83

Andre, Josef, Mgl. d. württ. Landtags (Zentr.) 939

Anhalt, Herzogtum 300

Antimilitarismus XXI, XXIII, 275, 825

Antwerpen 70, 201
— Annexion 410

Arbeiterausschüsse 464, 475 f., 527, 560 ff., 574, 615, 638 f., 695 f., 730, 742, 754, 1151, 1153, 1161, 1165
— in Staatsbetrieben 527 f., 530
in Betrieben d. Militärverwaltung 286, 389, 558 f., 561, 618 f.
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 925 f., 928, 938 ff., 950, 952

Arbeiterpolitik (Wochenzeitschrift in Bremen) 1059

Arbeiter- u. Soldatenräte 1001, 1151, 1154, 1186, 1189, 1373, 1376, 1392 f., 1401
— Berlin 726, 1141, 1159
— Kiel 1363 ff., 1377, 1383 f.
— Schwerin 1389
— St. Petersburg 816
— Wilhelmshaven 1372 f., 1382

Arbeiterschaft XXIX, L, LIX f., 195, 243, 253, 327, 403, 412, 434, 465, 577, 616, 705, 708, 717, 761 f., 766, 777, 799, 801, 845, 855 f., 874, 975, 1028, 1032, 1145, 1153, 1156, 1200, 1215, 1219, 1223, 1269, 1315
— Koalitionsfreiheit 270, 518, 522, 558, 753
— Freizügigkeit 372, 401, 463 f., 475 f., 480 ff., 490 f., 501, 512, 518, 521 f., 531, 538, 581 f., 620 f., 624 ff., 643, 646 f., 1056
Abkehrschein 518, 531 ff., 537, 544, 546 ff., 551, 564, 579, 585, 605, 616, 632 f., 638
— Erholungsurlaub 490
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda LXV, 166, 199, 322 f., 352, 807, 811, 820, 851 ff., 916, 930 ff., 937 ff., 947, 950 f., 958, 1158, 1182 f., 1189 f., 1219
in d. Rüstungsbetrieben 945 f., 948 ff.
auf d. Werften 919 ff.
Antistreikpropaganda 928 ff., 1044 f.
Feindliche Propaganda 161, 963 f., 1100
— Streiks u. Unruhen 406, 1160, 1171 f., 1184 f., 1190 f., 1195, 1208, 1240, 1275
wegen unzureichender Lebensmittelversorgung 380, 404, 425 f., 666 f., 695 f., 725 ff., 737, 740 ff., 752 ff., 938, 951, 962 f., 1132 f., 1161, 1241, 1254, 1256

Arbeitskräfte
— für d. Kriegswirtschaft 461, 465, 467 ff., 472 ff., 483 f., 488 ff., 495, 500 ff., 507, 509, 513 f., 516, 519, 555, 567 f., 570 f., 577 f., 597, 610 ff., 628, 721, 1193
Fremdarbeiter 672, 685
— für d. Werften 539 f., 551 f., 577 f., 621, 629 ff.
— für d. Landwirtschaft XLII, 503, 507, 514, 516, 528, 533, 535, 543, 578, 593, 597, 611, 640, 645 ff., 721, 867, 1193

Arbeitszeit 466 f., 643 f., 742, 752

Arbeitszwang 400 f., 423, 426, 465, 482, 484 f., 500 ff., 511, 513, 516, 527, 541, 591 ff., 596 f., 600 f., 623, 626 f., 731

Argonnen 1288

Armee-Abteilungen 251, 692
— Armee-Abteilung A 42 f., 261, 658
Militärgerichtliches Verfahren gegen Liebknecht 232 ff., 240
Vaterländischer Unterricht 873
— Armee-Abteilung B 43, 261, 658, 734
Zensur 135
— Armee-Abteilung C 857, 952, 1356
— Armee-Abteilung D
Vaterländischer Unterricht 952

Armeekorps
— Vaterländischer Unterricht 912 f., 917
— V. AK
Vaterländischer Unterricht 1067 f.
— VII. AK 1135
— XVI. AK 661, 1134
— XVIII. Res.Korps 392
— XXXX. Res.Korps. 956
— Alpenkorps 723
— Marinekorps 868, 1041, 1071, 1101
Vaterländischer Unterricht 916

Armeen, Armeeoberkommandos 251, 277, 745, 983, 1064, 1270, 1334, 1336 f.
— Kritik an d. Eingriffen Ludendorffs LIX
— Offizierersatz 1271
— Freigabe reklamierter Facharbeiter 519 f.
— Maßnahmen gegen Streiks 1144
— Aufklärung d. Feldheeres 326 ff., 335, 349, 692, 835 ff., 842 ff., 846, 848, 1380 f.
Vaterländischer Unterricht 862, 894 ff., 910 ff., 918 f., 944 f., 952, 973, 978
— Kriegsberichterstattung 867 ff.
— 1. Armee 857
Vaterländischer Unterricht 874
— 2. Armee 1250
— 3. Armee 1135, 1291
Kriegsberichterstattung 867
— 4. Armee 1101, 1287, 1373
Kriegsberichterstattung 868 f.
— 6. Armee 1278
— 8. Armee 899
— 10. Armee 710
Vaterländischer Unterricht 894, 898, 945
— 17. Armee 1287
— Armeeoberkommando Woyrsch 850
— Südarmee 710

Armentières 1287

Arnsberg, Regierungsbezirk
— Aufhebung von Verfassungsartikeln 15
Unruhen u. Streiks 425
— Regierungspräsidium
Befugnisse d. Zivilbehörden während d. Belagerungszustands 26, 28

Arras 710, 736, 756, 1287

Artelt, Karl, Oberheizer, Mgl. d. Obersten Soldatenrats in Kiel 1364, 1370

Artois 512, 840

Aschaffenburg 1138

Auer, Erhard, Landessekr. d. bayer. SPD, Mgl. d. bayer. Landtags 1119, 1175, 1210, 1294 f.

Auerbach, Major im sächs. Kriegsministerium 1002

Auf Vorposten (Marinezeitung) 916

Aufseß, Ernst Frhr. von und zu, Min.Rat im bayer. Innenministerium 366

Augsburg 1020

Augsburger Abendzeitung 413

August Wilhelm, Prinz von Preußen 1347

Auguste Viktoria, Gemahlin Kaiser Wilhelms II. 345, 711, 828, 1260, 1321

Ausschuß für Richtlinien zum dauernden Frieden 415

Auswärtiges Amt XXXIX, 50, 67, 154, 193, 259, 271, 322, 342, 369, 445, 642, 658, 670, 677 f., 701, 710, 715, 744, 764, 769, 778, 790, 848, 871, 994, 1024, 1063, 1075, 1094, 1122, 1155, 1279, 1290 ff., 1312, 1328
— Erklärung d. Belagerungszustands 3
— Nachrichtenpolitik 1302 f.
— Pressepolitik LVII, 123, 162, 167, 289, 653, 656, 714, 768, 1300 ff.
Reichspresseamt 953
Unterrichtung d. Presse, Pressebesprechungen 69, 76, 85 f., 130, 167, 255, 451, 658, 679, 685, 789, 1022, 1130, 1132, 1227 f., 1238, 1253, 1300 ff., 1309, 1314, 1322, 1330 f., 1334, 1345, 1353, 1390 f.
— Handhabung d. Zensur 75, 105, 114, 161 f., 179 f., 230, 881 f., 1390
anläßlich d. russischen Februarrevolution 723
bezüglich d. Aufrufs d. russischen Sozialisten 25. 3. 1917 686 ff., 692 f.
in d. Kriegszielfrage 69 f., 78 ff., 214
bei d. Streikberichterstattung 1179 f.
in d. Frage d. U-Bootkriegführung 121 ff., 129 f.
in d. elsaß-lothringischen Frage 180
Pressezensur 71, 81 f., 85 f., 207 f., 653 ff., 679, 813 f.
Vorzensur 180
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda LVII, 319 ff., 325, 327 f., 333, 338, 343, 345, 347, 449, 824, 828, 830 ff., 876, 954, 961, 982 f., 1181 f.
Zentralstelle für Werbe- u. Aufklärungsdienst für d. In- u. Ausland 955 f.
Feindliche Propaganda 1100, 1178 f.
Bekämpfung antimonarchischer Tendenzen 711, 813 ff., 829 ff., 835
— zur Innenpolitik LXX
Preuß. Wahlrechtsfrage 702, 787
Osterbotschaft 704
Politische Verantwortlichkeit d. OHL 680 f., 684 f.
Lebensmittelversorgung 441, 1177, 1180
Michaelis u. d. Mehrheitsparteien 1022

Abschiedsgesuch Capelles 1077
Kühlmann-Krise 1126 ff., 1227 ff., 1242
— Parteien
SPD 688 f., 833
Maßnahmen gegen radikale Gruppen d. SPD 370
USPD 816
Internationaler Sozialistenkongreß in Stockholm 707 f.
Maßnahmen gegen d. USPD 831
— zur Außenpolitik
Friedensfrage 200 f., 974
Kriegszielfrage 208, 216, 224, 228, 246, 768
Öffentliche Erörterung 431, 441, 448 f., 451
Friedensresolution d. Reichstags 797
Belgien 69 f., 214
Galizien 510
Polnische Frage 161 f., 441, 1309
Bündnisangebot an Mexiko 679
Streiks in Österreich-Ungarn 1132
Waffenstillstands- u. Friedensverhandlungen mit Rußland 1103, 1130, 1211
— U-Bootkriegführung 123 f., 130, 167, 451, 859
— Streiks u. Unruhen 1176 ff.
Gegenmaßnahmen 1132, 1143, 1182
— Beurteilung d. militärischen Lage Herbst 1918 1288 f., 1331
Waffenstillstandsforderung d. OHL 1282 ff., 1291, 1297
Waffenstillstandsverhandlungen 1322, 1335
Dritte Note Wilsons 1330
Entlassung Ludendorffs 1345
Abdankung d. Kaisers 1350, 1353 f., 1357, 1380 f.
— Änderung d. Art. 11 d. Reichsverfassung 1325
— Nachrichtenabteilung LVII, LXX, 69, 76, 123, 129, 201, 449, 451, 655, 680, 813 f., 828, 982
Pressestelle, Presseabteilung 70, 326, 714
Zensurberatungs- u. Postüberwachungsstelle 813

Avre 962, 1250

Az Est (ungar. Zeitung) 1274

Baake, Curt, sozialdem. Journalist 1129, 1276 f., 1304, 1336

Bachem, Carl, Dr., Verleger 107

Bachem, Julius, kath. Schriftsteller u. Politiker 411

Bachmann, Gustav, Admiral, Chef d. Marinestation d. Ostsee u. Gouverneur d. Reichskriegshafens Kiel (bis Okt. 1918), Chef d. Admiralstabs (Febr.—Sept. 1915) 1026
— Vollziehende Gewalt 24, 31
— Vaterländischer Unterricht 1041
Feindpropaganda 1043 ff.
— Parteien
SPD 1034 f., 1041
USPD 1041
Teilnahme von Militärpersonen an politischen Versammlungen 760 f.
— Kritik am Verhalten d. Offiziere 1043, 1320
Aufrechterhaltung d. Disziplin 1318 ff.
— Wirtschaftsfragen
Durchführung des Hilfsdienstgesetzes 551
Arbeitsverhältnisse in Kiel 388 ff.
— Maßnahmen gegen Streiks 371 ff.

Baden, Großherzogtum XXVIII, 41, 530, 734, 837, 964, 1270, 1280, 1314
— Erklärung d. Belagerungszustands 3 ff.
— Versammlungswesen 1095
— Presse 881
— Landtag 1095
— Bevollmächtigter zum Bundesrat 51, 526, 591, 618

Baden, Staatsministerium
— Erklärung d. Belagerungszustands 3 f.
— Befugnisse d. Militärbefehlshabers XLV

Baden, Minister(ium) des Großherzoglichen Hauses, d. Justiz u. d. Auswärtigen 3 f., 7

Baden, Minister(ium) des Innern 42, 52, 59, 193, 197
— Belagerungszustand
Erklärung d. verschärften Belagerungszustands 4 ff.
Befugnisse d. Militärbefehlshaber 4 ff.
Verordnungsrecht 33
Versammlungsrecht 1095
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 306, 345, 824, 958
Politische Gesinnung d. Soldaten 198, 366
Schutz d. Heeres vor politischer Propaganda 779
— Maßnahmen gegen d. USPD 762, 1095
— Streiks 1186

Baden, Minister(ium) d. Kultus u. d. Unterrichts
— Militärische Vorbereitung d. Jugend 219
— Amtliche Aufklärung und Propaganda 807

„Baden" (Linienschiff) 1374

Baden-Baden 958

Baecker, Paul, Chefredakteur d. „Deutschen Tageszeitung" 1302, 1311

Baeßler, Generalmajor, Chef d. Stabes d. stellv. Gkdos d. XII. AK 1003, 1010 f.

Balkan 834, 1080, 1283
— Balkanstaaten 330

Ballestrem, Valentin Graf von, Mgl. d. preuß. Herrenhauses 1223

Ballin, Albert, Generaldir. d. Hamburg-Amerika-Linie 412

Baltische Staaten, Ostseeprovinzen Rußlands 244, 323, 1279

Barmen s. Wuppertal-Barmen

Bartenwerffer, Georg von, Kapitänleutnant, Stab d. Ob. d. Ostseestreitkräfte 914

Bartenwerffer, Paul von, Major/Generalmajor, Chef d. Politischen Abt. d. OHL LVIII, 446, 692, 791, 994, 1087, 1090
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 839 f.
— Siegeszuversicht 746
— Beurteilung d. militärischen Lage Herbst 1918 1283
Dritte Note Wilsons 1334

Basel 161

Bassermann, Ernst, MdR (1893–1917), Vors. d. Nat. Lib. Partei u. d. Reichstagsfraktion 217, 751
— Reform d. preuß. Belagerungszustandsgesetzes 32
— Rechte d. Hauptausschusses d. Reichstags 442

Bastian, Geh. Finanzrat d. Reichsbank 887

Batocki-Friebe, Adolf Tortilowicz von, Mgl. d. preuß. Herrenhauses, Oberpräs. d. Prov. Ostpreußen (1914–1916, 1918), Präs. d. Kriegsernährungsamts (1916–1917) 382, 498
— Zensur 336
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 957 ff.
— Preuß. Wahlrechtsfrage 702
— Lebensmittelversorgung 426, 457, 729
— Gewerkschaften 726

Baudissin, Friedrich Graf von, Admiral 1321

Bauer, Gustav, MdR (SPD), 2. Vors. d. Generalkommission d. Gewerkschaften, Staatssekr. d. Reichsarbeitsamts (ab 4. 10. 1918) 265, 1096, 1254, 1351
— Hilfsdienstgesetz 528
Behandlung reklamierter Arbeiter 537, 620
Wiedereinberufung 579

Bauer, Max, Major/Oberst, Chef d. Operationsabt. II d. OHL LVIII, LXXI, 301, 499, 555, 716, 723, 769, 781, 813, 1024, 1070, 1143, 1167, 1200, 1268, 1282, 1343
— Denkschrift
Anfang September 1916 421 ff.
März 1917 673 ff.
6. 3. 1917 570 ff.
November 1917 628
23. 4. 1918 1211 ff.
1. 6. 1918 1220 ff.
Juli 1918 1239 ff.
— Schreiben an
Erzberger 25. 6. 1917 768 f.
20. 7. 1917 790
1. 8. 1917 1061 f.
9. 9. 1917 1062
Fleischer 25. 3. 1918 1207 f.
Vizeadmiral Kraft 25. 6. 1917 767 f.
28. 2. 1918 1196
Röchling 7. 2. 1918 1168 f.
Prof. Schäfer Ende Mai 1917 756 f.
Oberst von Winterfeldt 3. 8. 1918 953 ff.
— Erhält Schreiben von
Vizeadmiral Kraft 27. 9. 1917 1060 ff.
Stresemann 8. 8. 1918 961 f.
— Unterredung mit
Graf Roedern 20. 6. 1917 766 f.
— Verhältnis zu
Kronprinz Wilhelm LV, 798, 1220, 1222 f.
Falkenhayn LV
Ludendorff LV f., LVIII, 783 f., 1090, 1284, 1344
Erzberger LXIII, 764 ff., 768 f., 780 f., 790, 1061 f., 1212, 1221
Stresemann LXIII, 756, 759, 1062, 1115, 1242
Röchling LXIII, 757, 1115, 1213
Industrie LV f., 781
— Urteil über
die Regierung 376, 570 ff., 628, 1241
Bethmann Hollweg 575, 673 ff., 1241
Hertling, Kühlmann 1212
— Persönlichkeit im Urteil Mertz's von Quirnheim 782 ff.
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 574 ff., 765, 836, 846, 1242
Ernennung eines Propagandaministers 953 ff.
Feindliche Propaganda 1171
— Einflußnahme auf d. Innenpolitik LV f., LIX, 797 f., 989, 994, 1082, 1087, 1089 f., 1192 f., 1215, 1239 f., 1244 f., 1289
Burgfrieden 1239, 1244
Bewegung zum Sturz Bethmann Hollwegs 662 f., 673, 783 f., 791 f., 798, 989, 1193
Wunsch nach einem Eingreifen d. Kaisers 421, 424, 667
Sturz Groeners als Chef d. Kriegsamts 615
Kühlmann-Krise 1127 f., 1242
Ausschaltung Hindenburgs LVIII
Monarchie 422, 674 f., 1245
Demokratie 1212 ff., 1220
Militärdiktatur LXIII f., 421, 651 f., 783 f.

Preuß. Wahlrechtsfrage 423, 767, 1062, 1116, 1168, 1172 f., 1193, 1212 ff., 1220 ff., 1240, 1245, 1257 f.
Osterbotschaft 704
— Parlament, Parteien, Organisationen
Reichstag LXIII, 376, 382, 574, 756 f., 765, 767, 781, 783 f., 798, 989, 1211 f., 1215
Immunität d. Abgeordneten 1244
SPD 376, 673 ff., 954, 1096, 1171, 1177, 1208, 1212, 1214, 1221, 1240, 1244 f.
USPD 1171, 1208, 1239, 1242, 1244
Maßnahmen gegen d. USPD 1239
Gewerkschaften 643, 1171, 1207 f., 1211 f., 1240, 1253 ff.
— Judentum 574, 673, 1214, 1243
— Wirtschaftsfragen
Lebensmittelversorgung 422 f., 572 f., 628, 962, 1061 f., 1171, 1173, 1240
Kriegsernährungsamt 382, 422, 424
Lohnfrage 573, 1240, 1243 f.
Kriegswirtschaft LV f., 423, 570 ff., 628, 780 f.
Rohstofflage 1061
Arbeiter- u. Ersatzwesen 423, 482 ff., 491, 571, 639, 642, 644, 1241 ff.
Arbeitskräfte für d. Werften 629 f., 643
Frauenarbeit 423, 484, 501
Hindenburg-Programm LV
Kriegsleistungsgesetz 423, 482 ff., 573
Hilfsdienstgesetz LXIII, 507, 573, 652, 1240 f.
— zur Außenpolitik
Kriegszielfrage 244, 750 f., 756, 759, 768
Friedensfrage 1061 f., 1096
Deutsches Friedensangebot 12. 12. 1916 575
Verständigungsfrieden 644
Friedensresolution d. Reichstags 1062, 1127
Polnische Frage 757
Russische Oktoberrevolution 1246
Friedensverhandlungen mit Rußland 1172, 1211
— Streiks u. Unruhen 421, 573, 643, 766, 1096, 1115, 1150, 1168, 1208, 1212, 1239 ff., 1256
Aufzeichnung 10. 2. 1918 1171 ff., 1177
Gegenmaßnahmen 929, 1244
Landesverrat 1244
— Militärische Fragen
Wehrsold 1243 f.
U-Bootkriegführung 757, 766, 768 f., 1061
Siegeszuversicht 782
Beurteilung d. militärischen Lage Sommer 1917 764 ff.
Sommer 1918 1239
Herbst 1918 1289
Auflösungserscheinungen im Heer 1242

Bayerische Reichspartei 412

Bayerische Staatszeitung 413, 815

Bayerischer Bauernbund 412

Bayerischer Kurier 412

Bayern, Königreich XXVIII f., LXXI, 41, 57, 199, 292, 400, 407, 409, 413, 496 f., 624, 652, 673, 749 f., 856, 885 ff., 964, 1050, 1063, 1087 ff., 1128, 1146, 1268, 1284, 1308
— Verhältnis zu Preußen XLVIII, 154, 340, 406, 409, 414, 664, 815, 964, 1296
Abdankung d. Kaisers 1357
— Belagerungszustand XXXIX f., XLV, XLVIII, 34, 53 ff., 145, 188, 190
Erklärung 7, 12
Versammlungswesen 360, 416 f., 665, 763, 1175, 1216 f., 1220, 1225, 1231
Zensur 152 ff., 339, 419, 1377
Pressezensur 92, 393
— Presse 153 f., 341, 701, 815, 880 ff., 886 ff.
Pressefreiheit 396
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 857, 905 ff., 943
Pazifistische Propaganda 295
— Parteien, Organisationen
SPD 395
USPD 774, 1185, 1294, 1323 f.
Rechtsstellung d. Gewerkschaften 270
— Wirtschaftsfragen
Lebensmittelversorgung LXI, 264, 457, 908
Ausfuhrverbot 382
Durchführung d. Hilfsdienstgesetzes 541, 544
Freimachung von Militärpersonen 583, 622
— Streikbewegung 1151 ff., 1185
— Armee XVIII, 300, 1357
— König
Kommandogewalt 885
— Landtag XXXIX, 34, 265, 663, 887, 1210
— Kammer d. Reichsräte 408, 663
— Abgeordnetenkammer 34, 884, 1152
Zensur 394
Finanzausschuß 394, 662 f.
— Oberstes Landesgericht 54
— Gesandter in Berlin XXXIX, LXX, 511, 514, 1357
— Bevollmächtigter beim Bundesrat LXX, 591
Stellv. Bevollmächtigter 515
— Niederbayern
Amtliche Aufklärung u. Propaganda 340

Bayern, Kabinett des Königs 396 f., 414, 1144, 1217

Bayern, Staatsministerium (Regierung) 815
— Regelung d. Kriegszustands XXXIX, 32
Immunität d. Abgeordneten 236
Zensur 393 ff.
— Bewegung zum Sturz Bethmann Hollwegs 409
— Hilfsdienstgesetz 511, 514

Bayern, Staatsministerium des Königlichen Hauses u. des Äußeren 154, 359, 396, 409, 414, 701, 876, 1295, 1322
— Bewegung zum Sturz Bethmann Hollwegs 397, 409, 414
— Streiks 1186

Bayern, Kriegsminister(ium) LXVIII f., 13, 348, 433, 507, 546, 784, 793, 1002, 1088, 1103, 1247, 1259, 1262
— Verhältnis zur OHL XLVIII, 152 ff., 880 ff., 886 ff.
zum preuß. Kriegsminster(ium) XLVIII
— Belagerungszustand
Handhabung XLVIII, 53 ff., 188 f.
Befugnisse d. Militärbefehlshaber 53 ff.
Aufhebung von Verfassungsartikeln 54
Vereins- u. Versammlungsrecht 190, 724, 734, 1052
Regelung d. Versammlungswesens 222 f., 228, 247 ff., 359 f., 365 f., 396 ff., 407, 413 f., 417, 660, 665, 763, 1151 f., 1174 f., 1210, 1220, 1231
Versammlungen d. Deutschen Vaterlandspartei 1144 ff.
SPD-Wahlrechtsversammlungen 1224 f.
USPD-Versammlungen 1104, 1216 f., 1294 ff., 1322 ff.
Handhabung d. Zensur 55, 71, 110, 137, 154, 164, 248, 407 ff., 413 f., 496, 705
Pressezensur XXXIX, 68, 189, 393 ff., 398, 497, 699, 882 f., 885 ff., 1377
d. sozialdem. Presse 197, 773 f.
Vorzensur 341, 395
Sanktionen 395
Verbot von Zeitungen 92, 1021
Zensur von Vortragsveranstaltungen 22, 248, 397 f., 407, 413 f., 1146
von Druckschriften 104, 406
von Flugblättern 222, 1296
in d. Berichterstattung über d. russische Revolution 165
in d. Kriegszielfrage 257, 414
in d. Lebensmittelfrage 265, 395
— Pressepolitik 153, 340 ff., 815, 879, 883 ff.
Kritik durch d. OHL 880 ff.
Verhältnis zum Kriegspresseamt 152 ff., 876, 1300
— Beobachtung d. allgemeinen Stimmung 294 ff.
Amtliche Aufklärung u. Propaganda 297 ff., 306, 339 ff., 700 f., 775, 856 f., 876, 884, 905 ff., 910, 944
Kriegsberichterstattung 868
Bezirkspressebesprechungen 879 ff., 887
Antistreikpropaganda 932 ff.
Schutz d. Heeres vor politischer Propaganda 747, 1119, 1167
Feindliche Propaganda 294, 296 f.
Pazifismus 261, 294, 297
— zur Innenpolitik
Wahrung d. Burgfriedens 137, 193, 197, 248
Kommunalwahlen 258, 408
Preuß. Wahlrechtsfrage 700 ff., 705, 1151 f., 1190, 1224 f., 1231
Bewegung zum Sturz Bethmann Hollwegs 341, 397, 406 ff., 701
Kontroverse Hertling — OHL 662 ff.
Sturz Valentinis 1127
— Parteien u. Organisationen
Politische Betätigung von Militärpersonen 365 f., 1097, 1117 ff., 1324
SPD 193, 197 f., 366, 395, 408, 411 ff., 496, 698, 734, 773 f., 815, 856, 933, 935, 1138, 1151 f., 1167, 1225, 1294 f.
Öffentliche Versammlungen 222 f., 359 f., 365 f., 1209 f.
zur Erörterung d. Lebensmittelfrage 247 ff., 409
SPD-Wahlrechtsversammlungen 1224 f.
SPD-Parteitag in Würzburg 1071 f.
Radikale Gruppen d. SPD 297, 366, 395, 413
Maßnahmen gegen d. radikalsozialistische Jugendbewegung 775
USPD 774, 857, 933, 1137 f., 1185, 1190, 1225
Maßnahmen gegen d. USPD 763, 1104 f., 1146, 1151 ff., 1216 f., 1294 ff., 1322 ff.
Ausweisung von Linksradikalen 1153
Deutsche Vaterlandspartei 1071 f., 1101 ff., 1138, 1144 ff., 1153, 1295
Deutscher Nationalausschuß 415
Gewerkschaften 411, 697 f., 856
Öffentliche Versammlungen 360, 1209 f.
— Wirtschaftsfragen
Lebensmittelversorgung 164, 247 ff., 281, 294 f., 300, 408 f., 496 f., 697 f., 855, 857, 908, 1153, 1185
Erörterung 222, 339 ff., 360
Kohlemangel 855, 908
Militärisches Beschaffungswesen 588 f.
Steigerung d. Kriegsproduktion 495
Behandlung d. Arbeiterfrage 461, 492
Kriegsausschüsse 475
Frauenarbeit 495
Hilfsdienstgesetz 341 f.
Durchführung 596, 624
Schlichtungsausschüsse in Betrieben d. Militärverwaltung 549
— Streiks u. Unruhen 294 f., 297, 934 ff., 1145, 1151 ff., 1162, 1184 ff., 1296
Gegenmaßnahmen 399 f., 697 ff., 933, 1044, 1137 ff., 1186, 1190, 1324
Militarisierung von Betrieben 638, 1138, 1152 f.
— zur Außenpolitik
Friedensfrage 294 ff., 409, 708, 1152
Kriegszielfrage 408 ff., 413, 814 f., 1185, 1190, 1295
Öffentliche Erörterung 856
Kriegszielversammlungen d. SPD 416 ff.
Kriegszielpetition d. SPD 419
Russische Februarrevolution 691
— Militärische Fragen
U-Bootkriegführung 407 ff., 413, 494
Heeresersatz 495

Offizierwahl XVI f.
Militärische Ausbildung d. Jugend 495
— Lagebeurteilung 492 ff., 700 f., 814 f, 855 ff. Beurteilung d. militärischen Lage Herbst 1918 1287 ff., 1296 ff., 1317, 1355 ff. Waffenstillstandsforderung d. OHL 1290 ff., 1298 f., 1327 f.
— Organisation
Armeeabteilung I 197, 222, 228, 339 f., 359, 365, 492, 662 f., 700, 705, 814, 883, 932 ff., 1119, 1151, 1210, 1216, 1225, 1296
Pressereferat, Presseabteilung, Pressesektion LXIX, 55, 152, 154, 158, 222, 247 f., 257, 339 ff., 359 f., 396 ff., 407, 415 f., 418 f., 665, 701, 724, 881 ff., 887 f., 932 ff., 936, 1071, 1102, 1118 f., 1138, 1144 ff., 1153, 1175, 1190, 1209, 1220, 1224 f., 1231, 1294, 1377
Armeeabteilung II 492
Abteilung für persönliche Angelegenheiten 222, 399, 492
Militärverwaltungsabteilung 492
Abteilung für Rechtsangelegenheiten 188, 1118
— Militärbevollmächtigter XVI, LXIX, 300, 663, 691, 700, 723, 749 f., 777, 796, 861, 880, 883, 903, 1024, 1077, 1087 ff., 1117, 1127 ff., 1144, 1152, 1217, 1271, 1287 ff., 1290 ff., 1296 ff., 1308 f., 1317, 1327 f., 1344, 1355 ff., 1400
Stellv. Militärbevollmächtigter LXIX, 105, 152, 294, 299 f., 406, 536, 569, 855, 1117, 1144, 1217, 1297, 1327, 1373
— Beauftragter beim Kriegsamt LXIX, 545, 556, 564, 579, 615, 620, 624 f., 660, 720 ff., 1004, 1006, 1008

Bayern, Minister(ium) des Innern 193, 396 f., 414, 496 f., 697, 1138
— Belagerungszustand
Handhabung d. Zensur 393 f.
Regelung d. Versammlungswesens 248, 359 f.
USPD-Versammlungen 1216 f., 1294 ff., 1322 ff.
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 341, 887, 907, 943
— Parteien u. Organisationen
SPD 198, 1210
Öffentliche Versammlungen 222 f., 359 f.
Teilnahme von Militärpersonen 365 f.
Parteitag Würzburg 1071
USPD 1294
Maßnahmen gegen d. USPD 1216 f., 1294 ff., 1324
Deutsche Vaterlandspartei 1144, 1146
— Lebensmittelversorgung 248, 887
Öffentliche Erörterung 339
— Maßnahmen bei Streiks u. Unruhen 400, 1324
Arbeiterräte 1153 f.

Bayern, Minister(ium) der Justiz 193

Bayern, Kultusminister(ium) 340

Bayern, Minister(ium) für Verkehrsangelegenheiten 248
— Handhabung d. Zensur 92, 393, 396
— Regelung d. Versammlungswesens 1152

Bayreuth 1020

Bebel, August, MdR (SPD), Vors. d. SPD 1245

Becker, Johannes, MdR (Zentr.) 489

Beckers, Johann, Heizer auf SMS „Prinzregent Luitpold" 1028

Beckmann, Ewald, Schriftleiter d. „Goslarschen Zeitung" 655

Beer, Hauptmann, Zensuroffizier beim Oberkommando in den Marken 1260, 1262 ff.

Befehlshaber d. Unterseeboote 1363
— Vaterländischer Unterricht 916

Behncke, Paul, Vizeadmiral, stellv. Chef d. Admiralstabs (bis Jan. 1916), Staatssekr. d. Reichsmarineamts (Sept. 1918) 635, 1014 f., 1279, 1318
— Friedensfrage 200
— Vaterländischer Unterricht 966
— Arbeitskräfte für d. Werften 643

Behr, von, Oberst, Chef d. Stabes d. stellv. Gkdos d. Gardekorps 1003

Behrens, Franz, MdR (Wirtschaftl. Vereinigung) 528

Belagerungszustand XIV, XLI, XLVI, LI, LXIX, 25, 116, 118, 755, 1163, 1177 f., 1280
— Erklärung für d. Reichsgebiet XXXI f., XXXIV f., XL, 3 ff., 7, 9, 12, 18, 49
— Erklärung d. verschärften Belagerungszustands XXXVII f., XLV, 4 ff., 10 f., 19, 33, 188 ff., 212, 231, 637, 1147, 1156, 1160, 1165, 1201
Besprechung im preuß. Kriegsministerium 13. 8. 1917 1002 ff.
Forderung nach Aufhebung 44, 742, 753
Aufhebung d. verschärften Belagerungszustands 55 f.
— Preuß. Gesetz 4. 6. 1851 XXXII ff., XL, XLIII, LXII, LXXIV, 6, 39, 42, 47 f., 57, 121, 177, 229, 252, 262, 370 f., 400, 418 f., 423 f., 427, 512, 517, 586, 600, 647, 658, 706, 886, 1002, 1052, 1154, 1394
§ 1 XXXI
§ 2 XXXI f.
§ 3 XXXI
§ 4 XXXI, XXXIII f., 4, 20, 23 f., 29 f., 38, 40, 46, 215, 224, 283, 369, 387

§ 5 XXXII, 4, 10, 17, 21, 54, 64, 91, 188, 224, 239
§ 6 4
§ 7 17
§ 8 4, 8
§ 9 XXXIX, 4, 8, 190
§ 9b, XLII, 10, 20, 23, 29, 31 ff., 37, 39 ff., 46, 53, 56, 64, 126, 145, 170, 172, 191, 209, 212, 224, 230 f., 251, 264, 283, 371 f., 401, 428, 636, 639, 646 f., 1051, 1056, 1202, 1231, 1255, 1259, 1333
§ 10 4
§ 17 XXXII f., 12
Vorrang vor d. Hilfsdienstgesetz 731
Reform 31 ff., 44 f., 120, 518, 1279
— Bayer. Gesetz 5.11.1912 XXXIX, XLVIII, 248, 886, 1295
Art. 1 XXXIX
Art. 4 53 ff., 188, 222, 359 f., 395 ff., 414, 1146, 1217
Art. 5 5
Änderung 4. 12. 1915 34
— Beabsichtigtes Reichsgesetz XXXI ff., XXXIX, 30, 32, 44, 49
Reichsgesetz 4. 12. 1916 45 ff., 145, 176
Ausführungsverordnung 4. 12. 1916 47, 51 ff., 57 f., 176
— Befugnisse d. Zivilbehörden XLIV, 19, 23, 26 ff., 31, 120, 157
— Außerkraftsetzung von Verfassungsartikeln XXXI, 4 f., 7, 11 ff., 19, 21, 27, 39 f., 46, 54, 87, 90 f., 188, 191, 224, 229, 664 f.
— Eingriffe in d. Grundrechte XXXII, XXXV, XXXIX, 27
Vereins- u. Versammlungsfreiheit XXXII, 7, 57
Einschränkung d. Vereinsfreiheit XXXVI f., 14, 16 f., 19, 190 f.
Einschränkung d. Versammlungsfreiheit XXXVI f., 8 f., 16 f., 19, 190 f., 658 ff.
Behandlung d. Presse XXXVI f., 189 f.
Aufhebung d. Pressefreiheit XXXV, 4, 16 f., 40, 57, 64, 66, 91, 93
Freiheit d. Person XXXII, 7, 17, 40, 57, 190, 1190
Verhaftung politisch unsicherer Personen XXXIV f., XXXVII ff., 4, 185 ff.
Verpflichtung von Arbeitskräften 645 ff.
— Maßnahmen gegen Pazifisten 261 f.
— Militärgerichtsbarkeit XXXIX, 18, 46
Einsetzung außerordentlicher Kriegsgerichte XXXII, 12, 46, 190, 1156
— Festsetzung von Höchstpreisen 20
— Kommunalwahlen 258 f.
Vereinheitlichung d. erlassenen Verordnungen 41 ff., 188

Belgien LV, 703, 863, 874, 976, 1091, 1346
— Verletzung d. belgischen Neutralität 207, 260
— Belgische Frage 69 f., 78, 201, 214, 216 ff., 272, 367, 410, 441, 956, 1300 f.
Zensur 250
— Franktireurkrieg 272
— Zwangsverpflichtung von Arbeitern 484, 489, 501, 672, 678, 685, 729
— Deutsche Presse 878
— Räumung 903, 1291
— Entschädigung 1307
s. a. Generalgouvernement Belgien

Below, von, Rittergutsbesitzer auf Raudischken 957

Below, Fritz von, General d. Infanterie 657, 1307

Below, Otto von, General d. Infanterie 1394

Benedikt XV. 1046

Berchem, Franz Frhr. von, Oberst z. D., Chef d. Stabes d. stellv. Gkdos d. III. bayer. AK 1003

Berenthorst, Georg Heinrich von, Militärschriftsteller XV

Berg, Friedrich Wilhelm Bernhard von, Oberpräs. d. Prov. Ostpreußen (1916/17), Chef d. Zivilkabinetts (16. 1.—11. 10. 1918) 642, 773, 1193, 1207, 1244, 1352
— Verhältnis
zum Kaiser 1128
zur OHL 1192, 1213 f., 1297
— Beurteilung d. inneren Verhältnisse 1239
Urteil über d. Kaiser 1293
— Ablösung Hertlings 1246
— Kanzlerschaft Falkenhausens 1246 f., 1292
— Berufung Erzbergers 1297
— Entlassung Ludendorffs 1342
— Abdankung d. Kaisers 1321

Berge und Herrendorff, Ernst von, Oberst, Chef d. Stabes d. Oberkommandos in den Marken 207, 665, 1182 f., 1202 f.

Bergen, Diego von, Vortr. Rat im Ausw. Amt 1285

Berger, Ritter und Edler von, Vortr. Rat im preuß. Innenministerium 316, 328, 333, 335, 337

Bergh, Max van den, Oberstleutnant, Chef d. Nachrichtenabt. im preuß. Kriegsministerium 174 f., 178 f., 392, 1377
— Beeinflussung d. allgemeinen Stimmung 313, 316 f.
Amtliche Aufklärung u. Propaganda 824, 826, 983

Vaterländischer Unterricht 975, 979
— Beurteilung d. militärischen Lage Herbst 1918 975

Bergische Arbeiterstimme (Solingen) 1021, 1060

Bergische Wacht (Engelskirchen) 157

Berlin
— Erklärung d. Belagerungszustands 7 ff.
verschärfter Belagerungszustand 637, 1160
Zensur 56, 72, 82, 135, 245, 398 f.
Versammlungswesen 149 f., 223, 263, 295, 660, 725, 1182 f., 1217, 1280 f., 1294
— Presse 71 ff., 76, 89, 99, 114, 130, 135, 150, 159 f., 170, 339, 342, 356 f., 451, 672, 679, 957, 1020, 1060, 1079, 1092, 1141, 1155, 1237, 1269, 1274
Pressevertreter neutraler Staaten 289
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 808, 908, 931, 1181
Verbreitung besonderer Kriegsnachrichten 68
Pazifistische Propaganda 294
— Militärische Vorbereitung d. Jugend 220
— Parteien u. Organisationen
SPD 403, 1129
Sozialdem. Bezirksjugendausschuß Groß-Berlin 219
USPD 1019, 1294
Jugendbildungsverein Groß-Berlin 776
Gewerkschaften 927
Metallarbeiterverband 1202
Verband Berliner Metallindustrieller 464
Kriegsausschuß d. Metallbetriebe Groß-Berlins 464, 475
Ortsgruppe d. Deutschen Friedensgesellschaft 414
— Lebensmittelversorgung 402, 457, 733 f.
— Ausschüsse nach d. Hilfsdienstgesetz 536, 550, 601
— Streiks u. Unruhen 266, 294 f., 303, 368, 420, 636 f., 699, 714, 726, 728, 737, 754, 756, 1010, 1038, 1139 ff., 1143 f., 1147 ff., 1154, 1156, 1159 ff., 1163, 1170 f., 1180, 1183, 1186 f., 1191, 1196, 1385 ff.
Bericht Kessels an d. Kaiser 6. 2. 1918 1164 ff.
Arbeiterrat 1141, 1159
Wiedereinberufung reklamierter Arbeiter 721, 1169 f., 1186
Meutereien 1377
— Polizeipräsidium 68, 149 f., 188, 223, 417, 725, 1011, 1161, 1202
— Berlin-Charlottenburg 350, 808, 1163
Berlin-Marienfelde 636
Berlin-Moabit 1148
Berlin-Spandau 664 f., 728, 1163
Berlin-Tempelhof 1038
Berlin-Treptow 1154
Berlin-Wittenau 636

Berliner Börsen-Zeitung 1265

Berliner Lokal-Anzeiger 78, 1075, 1084, 1120, 1141, 1154, 1253, 1264, 1274, 1378, 1387
„Berliner Lokal-Anzeiger am Abend" s. „Deutsche Kriegszeitung"

Berliner Neueste Nachrichten 654 f.

Berliner Tageblatt 305, 316, 974, 1144, 1214, 1274, 1296, 1375
— Verbot 399, 1157

Berliner Volks-Zeitung 1141

Bern 1341
— Internationale Sozialdem. Jugendkonferenz 282

Berner Freie Zeitung 1179

Berner Tagwacht 251

Bernhard, Georg, Verlagsdirektor bei Ullstein, Chefredakteur d. „Vossischen Zeitung" 77, 86, 1122, 1238
— Urteil über d. Reichsleitung 674
— Kritik am Kaiser 991
an d. Informationspolitik d. Behörden 1300 f., 1303 f., 1393 f.
— Pressezensur 85, 1147 ff., 1228, 1392
Nachrichten aus d. Ausland 1311
Maßnahmen gegen d. Verbreitung von Gerüchten 1261 ff., 1265 f.
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 344, 1236
Kriegsberichterstattung 1235 ff., 1332
Feindliche Heeresberichte 1275 f.
— Parlamentarismus, Parteien 991
SPD 1129
USPD 1129
— Streiks u. Unruhen 1141 f., 1147 f., 1393 f.
Gegenmaßnahmen 1391 ff.
— Friedensverhandlungen mit Rußland 1129
— Waffenstillstandsforderung d. OHL 1310

Bernhardi, Friedrich von, General d. Kavallerie, stellv. kd. General d. V. AK 81, 651
— Kanzlerkandidat 751

Bernstorff, Johann Heinrich Graf von, Botschafter in Washington (bis 1917) u. in Konstantinopel (1917/18) 1293
— Kanzlerkandidat 1075 f., 1289

Beseler, Hans Hartwig von, Generaloberst, Generalgouverneur in Warschau (25. 8. 1915—Nov. 1918) 662, 751

Beseler, Maximilian von, preuß. Justizminister (21. 11. 1905—5. 8. 1917) 786

— Reform d. preuß. Belagerungszustandsgesetzes 34, 45 ff., 50
Befugnisse d. Militärbefehlshaber 35 ff., 46, 126
— Vereins- u. Versammlungsrecht 526
— Immunität d. Abgeordneten 239 ff.
Sicherheitshaft 239
— Preuß. Wahlrechtsfrage 355 f.
— Hilfsdienstgesetz 516, 518, 526, 532

Besetzte Gebiete 323 f., 329, 493, 513, 544, 844, 903, 952, 1307
— Tätigkeit d. deutschen Militärverwaltung 335
— Wirtschaftliche Verhältnisse 344
— Freimachung von Militärpersonen 597
— Räumung 981, 1314, 1327

Bethmann Hollweg, Theobald von, Reichskanzler u. preuß. Min.Präs. (14. 7. 1909–13. 7. 1917) LXXII, 98, 368, 662, 690, 753, 994, 1060
— Reichstagsrede
9. 12. 1915 271
5. 4. 1916 366 f., 375
5. 6. 1916 386, 406
27. 2. 1917 348, 671
29. 3. 1917 691, 694, 701, 710
15. 5. 1917 815
— Telegramm
an Hindenburg 14. 3. 1917 672 f., 677, 681 f., 684
— Schreiben an Hindenburg 15. 3. 1917 576 f.
21. 3. 1917 680, 682 ff.
25. 6. 1917 769 ff.
— Erhält Telegramm
vom Kaiser 12. 5. 1917 748 ff.
von Ludendorff 24. 4. 1917 722 f.
— Erhält Schreiben von
Erzberger 16. 6. 1917 764 ff.
Hindenburg 13. 9. 1916 421
27. 9. 1916 327
17. 3. 1917 677 ff., 682
24. 3. 1917 684 f.
— Besprechung mit Groener 26. 10. 1916 500 ff.
— Verhältnis zur Arbeiterschaft 412, 577
zu Falkenhayn 375
zu Hindenburg 670 f., 682
zu Ludendorff 795
zur OHL LXI f., LXX, 291, 375, 570 ff., 655, 663, 672 f., 677, 680 f., 683, 685, 693, 749 f., 783 ff., 793, 796 ff.
zu Wilhelm II. XXVI f., 385, 797, 1136
— Urteil über Liebknecht 230
Löhlein 86
— Persönlichkeit im Urteil
Bauers 579, 673 ff.
Groeners 200
Hindenburgs 1125 f.
Hippers 795
Mertz's von Quirnheim 784 f., 796 f.
Seeckts 367
— Schutz vor Kritik 79, 83
— Kritik an Bethmann Hollweg LX, 398
durch Bauer 1241
Einem 266, 358
Graefe 383, 385
Hipper 244
Mertz von Quirnheim 796 f.
Seeckt 201, 271
Wild von Hohenborn 385, 1088
Kritik an d. Außen- u. Kriegspolitik 357 ff., 408 f., 411, 575, 673, 717 f., 782, 796 f., 1125, 1308
in d. Frage d. U-Bootkriegführung 130, 244, 358, 407 ff., 797
in d. Kriegszielfrage 201, 217, 244, 358, 406, 411, 715, 717, 750 f.
an d. Innenpolitik 409, 411, 575, 667, 673 f., 676, 701, 712 f., 717 ff., 782 f., 1082, 1085, 1125 f., 1136, 1241
in d. preuß. Wahlrechtsfrage 358, 1220
in d. Frage d. Lebensmittelversorgung LX, 266, 358, 718
— Lagebeurteilungen 70, 246, 492, 744, 765, 769 ff.
— Belagerungszustand
Erklärung 5 ff., 189
Befugnisse d. Militärbefehlshaber LXII, 5, 12, 80, 229
Außerkraftsetzung von Verfassungsartikeln 5, 12, 229
Einsetzung außerordentlicher Kriegsgerichte 12
Reform d. preuß. Belagerungszustandsgesetzes 32 ff., 44 ff., 48, 50 ff.
Sicherheitshaft 239
Immunität d. Abgeordneten 239 f., 279
Vereins- u. Versammlungsrecht 270, 534
Regelung d. Versammlungswesens 415, 427
— Wahrung d. Burgfriedens LX, 194, 770
— Pressepolitik 70, 194, 692, 694, 723, 859
Zensur 117 ff., 130, 136, 214 ff., 229 f., 364, 383, 394
Pressezensur 85 f., 130, 165, 195, 679, 689 f., 692
gegenüber d. nationalen Presse 207 f.
Verbot von Veröffentlichungen über militärische Geheimnisse 63 ff., 67, 82
Zensur in d. Kriegszielfrage 70, 78 ff., 230, 258, 273, 361 ff., 369, 375, 415, 441, 715
— Beeinflussung d. allgemeinen Stimmung 315, 317 ff., 770 f.
Amtliche Aufklärung u. Propaganda 361, 831, 833, 895
Bekämpfung antimonarchischer Tendenzen 689 f., 694, 815, 829, 832
— militärische Fragen
Kriegsausbruch u. Kriegführung 272, 276
U-Bootkriegführung LXII f., 123, 130, 348, 358, 671, 770 ff., 797

Militärische Vorbereitung d. Jugend 218 f., 503
— Außenpolitik 274
Friedensfrage 208, 411, 456, 770 ff., 780
Kriegszielfrage 70, 80, 101, 103, 119, 201, 217, 244 ff., 272 f., 358, 366 f., 369, 399, 411, 417 f., 429, 719, 770 f., 777, 797
Öffentliche Erörterung 375, 416, 447 ff., 451
Denkschrift d. Rechtsanwalts Claß 214 ff., 223 ff., 228 ff.
Resolution d. SPD 19. 4. 1917 715
Österreich-Ungarn 771
Polnische Frage 441, 797
Russische Februarrevolution 165, 689 ff., 694, 772
Verhandlungen mit Wilson 657
— Innenpolitik 206, 271 ff., 412, 557, 673 ff., 701 f., 831, 1089
Monarchie 694, 702 f.
Verfassungsmäßige Stellung d. Kaisers 780
Kommandogewalt XXVII, 50, 672 f., 678, 683
Politische Verantwortlichkeit d. OHL 672 f., 678, 682 ff.
d. Reichsleitung 682 ff.
Fernhalten d. OHL vom politischen Meinungsstreit 679, 683
„Politik d. Diagonalen" LX f.
„Politik d. Neuorientierung" LXII, 206, 358, 411, 719, 748, 751, 771, 1145
Demokratisierung 694
Reform d. preuß. Wahlrechts 356 f., 411, 702 ff., 786, 1214, 1220
Osterbotschaft 700, 702 f., 710, 751, 771, 782
Behandlung d. Minderheiten 194
Elsaß-Lothringen XXVII
Zaberner Affäre XXVI ff.
— Reichstag LXII, 50, 535, 683, 765, 780, 1074 f.
Verfassungsausschuß 748 ff.
— Verhältnis zu Parteien u. Organisationen LX, 358, 363, 673 f., 717, 719, 785
Konservative Parteien 273, 275 f., 383 ff., 751, 767
Nationalliberale Partei 273, 275 f., 386
Zentrum LXIII, 273, 275, 386
Fortschrittliche Volkspartei 275, 815
SPD XXIII, 193 ff., 198 ff., 272 ff., 411, 694, 833
Radikale Gruppen d. SPD 273
Verfahren gegen Liebknecht 236
Internationaler Sozialistenkongreß 707
Alldeutscher Verband 272 f., 275 f.
Freie Vaterländische Vereinigung 374
Gewerkschaften 411, 577
— Wirtschaftsfragen
Lebensmittelversorgung 327, 404, 423, 576, 703, 770
Errichtung d. Kriegsernährungsamts LX, 381
Kohlemangel 770
Kriegswirtschaft 423 f., 529
Arbeitskräfte 484 f., 500 ff.
Kriegsleistungsgesetz 421, 482, 573
Hindenburg-Programm 500 ff., 512
Arbeiterausschüsse 535
Errichtung d. Kriegsamts 498 f.
Vaterländischer Hilfsdienst 51, 506
Hilfsdienstgesetz 50, 502 f., 509 f., 512, 516 ff., 521 ff., 526, 530, 533 ff., 561 f., 576 f.
Durchführung 550
— Streiks u. Unruhen 743, 777
Gegenmaßnahmen 727, 1045
— Bewegung zum Sturz Bethmann Hollwegs 244, 341, 397, 406 ff., 652, 655 f., 663 f., 673, 701, 759, 771, 989
Einfluß industrieller Kreise 202, 409 ff., 757
Ablösung Bethmann Hollwegs LXIV, 791 ff., 796, 800, 802, 1061, 1096, 1128
auf Betreiben d. OHL LXII, 715, 719 782 ff., 791 ff., 796, 798, 1126, 1193
— Gerüchte über eine neue Kanzlerschaft 1289

Beumer, Wilhelm, Generalsekr. d. „Langnamvereins", Mgl. d. preuß. Abgh. (Nat. Lib.) 522

Biberach 1092

Biedenkopf 43

Bielefeld 1197
— Aufhebung von Verfassungsartikeln 15

Bild- u. Filmamt 347 f., 809 f., 819, 823, 838, 848, 866, 871, 930, 939

Bismarck, Otto Fürst von, XXVII, XXIX, XXXIV, 409, 429, 713, 758, 1135, 1146

Bismarckhütte 951

Bissing, Moritz Ferdinand Frhr. von, General d. Kavallerie, stellv. kd. General d. VII. AK, Generalgouverneur von Belgien (November 1914—1918)
— Kriegszielfrage 98, 245
— SPD 194 ff.
— Maßnahmen bei inneren Unruhen XXXVI

Bitsch 17

Blank, Oskar, Fabrikant (Junglib. Reichsverband) 396 f.

Blankenhorn, Hauptmann in d. Nachrichtenabt. d. OHL 1092

Blecher, Carl, Kapitänleutnant d. S. 922

Bloem, Walter, Schriftsteller, Hauptmann, Leiter d. Feldpressestelle d. OHL 310, 313 f., 316, 328, 334 f., 975

Bochum
— Aufhebung von Verfassungsartikeln 15
— Streiks u. Unruhen 667, 728

Bock, Fedor von, Major 1291

Bockelberg
s. Vollard-Bockelberg

Bodman, Heinrich Frhr. von und zu, bad. Minister d. Innern (23. 4. 1907—22. 12. 1917), bad. Min.Präs. (22. 12. 1917—14. 11. 1918)
— Belagerungszustand 4 ff.
— Versammlungsrecht 1095

Böhmen 785

Boehn, Siegfried von, MdR (Kons.), Hauptmann u. Zensuroffizier beim stellv. Gkdo. d. II. AK 373

Böning, Elimar, Hauptmann d. R. d. Marineinfanterie 914

Bonn 83, 155

Bopparder Zeitung 157

Boris III., Sohn Ferdinands von Bulgarien 357, 1347

Borken 15

Borkum 1401

Borries, Karl von, Generalleutnant, Kommandant von Altona u. stellv. kd. General d. II. AK (1918) 202 ff.

Borsig, Ernst von, Kommerzienrat 464, 573, 720

Bose, von, Major im Kriegsamt 1002

Bothmer, Felix Graf von, Generaloberst, Ob. d. 19. Armee 1394

Bothmer, Karl Graf von, Herausgeber d. Zeitschrift „Die Wirklichkeit" 396, 662

Boulanger, Georges, franz. General u. Politiker (1837—1891) 826

Boulogne 273

Boy-Ed, Karl, Kapitän z. S., Chef d. Presseabt. d. Admiralstabs 173, 326, 676, 850, 991, 1128
— Schreiben an Selchow 9. 9. 1918 959 ff.
— Urteil über
die Regierung 376, 1021 ff., 1073 ff., 1079
Bethmann Hollweg 777, 1074 f.
Michaelis 1022 ff., 1061, 1073 ff.
Helfferich 377
Jagow 377
Payer 1023
Erzberger 1022 f.
Kühlmann 1024, 1075
Gröber 1023
Südekum 1022
Bernstorff 1075 f.
— Kritik an Capelle 1074, 1078
— Politische Berichterstattung LXVIII, 376 ff., 713 f., 794, 1021 ff., 1061, 1079, 1227 ff.
Militärdiktatur 1024
Kanzlerkrise Herbst 1917 1073 ff.
Kühlmann-Krise 1227 ff.
— Pressebesprechungen 959, 1092
— Zensur 376 f., 1036
in d. Frage d. U-Bootkriegführung 129 f., 378, 1092
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 313 f., 316 ff., 378, 421, 1132 f.
Vaterländischer Unterricht 860, 911 ff., 918
auf d. Werften 919 ff.
bei d. Hochseeflotte 959 ff.
Kriegsberichterstattung 1235
— Parlament, Parteien, Organisationen
Reichstag 377, 1021 ff., 1061, 1073 ff.
Deutsch-Konservative Partei 1023 f., 1073, 1075
SPD 376 f., 714, 1022 f.
USPD 1024
Maßnahmen gegen d. USPD 1079
Gewerkschaften 714
— Preuß. Wahlrechtsfrage 1133
— Lebensmittelversorgung 320, 457, 714
Unruhen 420 f., 1132 f.
— zur Außenpolitik
Friedensfrage 714
Kriegszielfrage 777
Öffentliche Erörterung 431, 436 ff., 444, 446 ff.
Russische Februarrevolution 713 f.
— U-Bootkriegführung 377, 859 f.
— Streiks u. Unruhen 420, 922
Gegenmaßnahmen 1132 f.
Flottenunruhen August 1917 1036, 1079

Boyen, Feste 1207

Bräuner, Louis, Oberheizer auf SMS „Kaiserin" 1109, 1111 f.

Brandenburg, Provinz XL, XLIV, 312, 1259
— Erklärung d. Belagerungszustands 7 ff.
Versammlungswesen 263, 660
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 1181
— Oberpräsidium
SPD 186
Durchführung des Hilfsdienstgesetzes 550

Brandenburg, Erich, Professor für Geschichte 413

Brandes, Alwin, MdR (SPD/USPD) 559

Braun, Friedrich Edler von, bayer. Min.Dir., Unterstaatssekr. im Kriegsernährungsamt 1127

Braun, Hans, Oberst i. G., Abt.Chef im bayer. Kriegsministerium 1295 f.

Braun, Johannes, Gewerberat 919 f., 924, 927, 945

Braun, Magnus Frhr. von, Leiter d. Nachrichtenstelle im Reichsamt d. Innern, Pressechef beim Reichskanzler 953
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 313, 315, 328, 335 f., 344 f.
Vaterländischer Unterricht 872
— Ernennung zum Pressechef 859

Braun, Otto, Mitglied d. SPD-Parteivorstands, Mgl. d. preuß. Abgh. 265

Braunbehrens, von, Major beim stellv. Gkdo. d. XVIII. AK 309

Braunsberg 17

Braunschweig 134, 151, 379, 776
— Lebensmittelversorgung 381
— Gewerkschaften 730
— USPD 730
— Streiks u. Unruhen 381, 393, 729 f., 1005, 1009, 1039

Braunschweig, Herzogtum
— Aufhebung von Verfassungsartikeln 16
— Staatsministerium
Stimmungsbericht 378 ff., 391
Maßnahmen gegen Unruhen 730

Breitenbach, Paul von, preuß. Minister für öffentl. Arbeiten (Mai 1906—9. 11. 1918) u. Vizepräs. d. preuß. Staatsministeriums (22. 5. 1916—9. 11. 1917)
— Reform d. preuß. Belagerungszustandsgesetzes 50 f.
— Parteien u. Organisationen
SPD 194
Gewerkschaften 285
— Wirtschaftsfragen
Transportwesen 679
Lohnfrage 530
Arbeiterausschüsse 530
in Betrieben d. Militärverwaltung 618
Hilfsdienstgesetz 502 f., 516, 518, 526, 530, 532, 535

Bremen XXVIII, 15, 22, 103, 555, 630 f., 634, 1000, 1027, 1038, 1373
— Aufhebung von Verfassungsartikeln 22
— Presse 1059, 1377
— Lebensmittelversorgung 730
— Arbeitsverhältnisse 585
— Streiks u. Unruhen 406, 731, 1009, 1157, 1162 f., 1391
— Bremen-Vegesack 585, 630

Bremer Arbeiterzeitung 406

Bremer Bürgerzeitung 134, 151, 405, 452, 1059

Bremerhaven
— Arbeitsverhältnisse 585
— Unruhen u. Streiks 730

Brescia XXXV

Breslau 537, 1055
— Aufhebung von Verfassungsartikeln 14
— Versammlungswesen 1146
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 950
Pazifistische Propaganda 294
— Deutsche Vaterlandspartei 1146
— Kriegsamtstelle 615
Freimachung von Militärpersonen 583, 622
— Regierungspräsidium
Lebensmittelversorgung 742

Breslauer, Samuel, Redakteur d. „Berliner Lokal-Anzeigers" 1120, 1264, 1287, 1293, 1378

Brest-Litowsk LXIV, LXVI, 1120, 1122, 1129 f., 1139, 1143 f., 1155 f., 1172, 1178, 1200, 1211, 1378

Brettreich, Maximilian Ritter von, bayer. Innenminister (10. 11. 1917—8. 11. 1918) 1294, 1322

Breusing, Alfred, Vizeadmiral a. D. 201

Briesen 17

Briey, Erzbecken 781, 863, 1146

Brinkmann, Friedrich, Major in d. OHL 1283

Brockdorff-Rantzau, Ulrich Graf von, Gesandter in Kopenhagen (1912—1918) 687, 1293

Bromberg 904
— Zensur 85, 90
— Regierungspräsidium LXX, 70, 82, 90, 194, 226, 428
Arbeiterausschüsse 619
— Regierungsbezirk
Versammlungswesen 226, 428

Brose, Generalmajor z. D., Chef d. Abt. IIIb d. stellv. Generalstabs 67, 69, 824, 1190
— Einrichtung d. Oberzensurstelle 73 ff.
— Pressezensur 68, 81, 87 f.

Broy, Bootsmannsmaat bei d. 1. Matrosen-Div. 1364

Brückmann, Dir. d. Borsig-Werke Berlin 721

Brüninghaus, Willi, Kapitän z. S., Dir. d. Etatdepartements d. Reichsmarineamts 1279, 1348
— Erörterung d. Kriegszielfrage 449
— Beurteilung d. militärischen Lage 1235
— Bildung von Bürger- u. Bauernwehren 1379

Bruer, Hauptmann im Allgemeinen Kriegsdepartement (Armeeabt. A 1) d. preuß. Kriegsministeriums 179

Brüss, Dr., Generalsekr., Leipzig 1242

Brüssel 328, 835 f., 865, 944, 1247
— Kriegsamtstelle 566

Bruhn, Wilhelm, MdR (Reformpartei) 1023

Brussilow, Alexei, russ. General 1248

Buchhorn, Joseph, Berliner Vertreter d. „Hannoverschen Kuriers" 1155, 1263 f.

Buchmann, Hauptmann im Kriegspresseamt 328, 332, 338, 343 f., 346 f., 349, 900 ff.

Bueb, Julius, Rittmeister 487, 575

Bückeburg 259, 1175

Büdeler, Emil, Werftschreiber in Wilhelmshaven 1026, 1033, 1035

Büdingen, Friedrich Alexander Graf von, Major im preuß. Kriegsministerium 824 f., 1002, 1212

Bülow, Bernhard Fürst von, Reichskanzler u. preuß. Min.Präs. (17. 10. 1900—10. 7. 1909) 749
— Kanzlerkandidatur 410, 424, 793 f., 1062 f., 1075, 1096

Bülow, Friedrich von, Kontreadmiral, stellv. Chef d. Admiralstabs (Aug.—Nov. 1918) 968

Büro für Sozialpolitik 302, 395, 833, 1177

Buhl, Franz Ritter von, bayer. Reichsrat, Präs. d. Deutschen Weinbauverbands 1095

Bukowina 1248

Bulgarien 357, 1177, 1289 f., 1292 f., 1296 ff., 1301, 1303, 1305, 1310, 1315 f., 1346 f.
— Militärbevollmächtigter im Gr. Hauptquartier 798

Bund d. Industriellen
— Kriegszielfrage 410
— Vertretung im Gr. Hauptquartier 200

Bund d. Kaisertreuen 1296

Bund d. Landwirte 276
— Kriegszielfrage 410

Bund deutscher Gelehrter u. Künstler
s. Kultur-Bund

Bund „Neues Vaterland" 246, 251, 263

Bundesrat XLVI, LXII, LXIV, 30, 278, 360, 382, 424, 718, 1251, 1264, 1357
— Reform d. preuß. Belagerungszustandsgesetzes 34, 44, 50 f.
— Änderung d. Art. 11 d. Reichsverfassung 1325
— Vereinsrecht 268
— Lebensmittelversorgung LXI, 222, 264, 380
— Hilfsdienstgesetz 504, 506, 511 ff., 521 f., 526, 536, 542, 548, 560, 617 f., 1241
Durchführung 591 ff., 596 f., 599 f., 604, 626
— Arbeiterausschüsse in Betrieben d. Militärverwaltung 618
— Ausschuß für ausw. Angelegenheiten 748 f.
— Bevollmächtigter Bayerns LXX, 591
Stellv. Bevollmächtigter 515
— Bevollmächtigter Badens 51, 526, 591, 618
— Stellv. Bevollmächtigter Sachsen-Meiningens 511
— Bevollmächtigter Württembergs 13, 17, 590
Stellv. Bevollmächtigter 58
— Verordnungen 33
Bekanntmachung über d. Regelung d. Verkehrs mit Brotgetreide u. Mehl 25. 1. 1915 222
Bekanntmachung über d. Sicherstellung von Fleischvorräten 25. 1. 1915 222
Verordnung betr. d. Ausschank u. Verkauf von Branntwein oder Spiritus 26. 3. 1915 28, 36
Bekanntmachung über d. Kartoffelversorgung 9. 10. 1915 37
Bekanntmachung über d. Regelung d. Kartoffelpreise 28. 10. 1915 38
Abänderung 29. 11. 1915 39
Bekanntmachung zur Ergänzung d. Bekanntmachung über d. Errichtung von Preisprüfungsstellen u. d. Versorgungsregelung vom 25. 9. 1915, 4. 11. 1915 38
Bekanntmachung über Speisefette 20. 7. 1916 426
Verordnung über d. Regelung d. Fleischverbrauchs 21. 8. 1916 420
Bekanntmachung über d. Verfahren vor d. außerordentlichen Kriegsgerichten 21. 9. 1916 56
Bekanntmachung betr. Übergangsbestimmungen zu d. §§ 9 u. 10 d. Gesetzes über d. vaterländischen Hilfsdienst 21. 12. 1916 542

Bekanntmachung betr. Bestimmungen zur Ausführung d. Gesetzes über d. vaterländischen Hilfsdienst 21. 12. 1916 548
Bekanntmachung d. neuen Fassung d. Verordnung über d. Sicherstellung von Kriegsbedarf 26. 4. 1917 55
Bekanntmachung über Auskunftspflicht 12. 7. 1917 55
Verordnung über Ölfrüchte u. daraus gewonnene Produkte 23. 7. 1917 867
Verordnung über d. Preise von Ölfrüchten 7. 8. 1917 867

Bundesstaaten XXVIII f., XL, LXIV, LXX, 22, 96, 179, 241 f., 302, 327, 424, 442, 461, 492, 530, 652, 709, 743, 788, 885 f., 1141, 1203, 1213, 1292 f., 1358, 1391, 1398

— Reichsverfassung 748 f., 767

— Belagerungszustand XLV, 4, 30, 57 ff., 188
Reform d. preuß. Belagerungszustandsgesetzes 32, 34, 51
Handhabung d. Zensur 124, 394
Vereins- u. Versammlungsrecht 269, 724

— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 308, 315, 326, 336, 338, 343, 351, 808, 828, 830, 886, 943 f., 959, 966, 1182, 1312
Kriegsberichterstattung 868
Feindliche Propaganda 1098, 1100
Pazifismus 1123

— Wahrung d. Burgfriedens 193 f., 258 f.

— Parteien u. Organisationen
SPD 193, 196, 199
Maßnahmen gegen d. USPD 774
Deutsche Vaterlandspartei 1101

— Wirtschaftsfragen
Lebensmittelversorgung LX, 669
Hilfsdienstgesetz 512, 515, 517, 522, 617, 624
Ausschüsse nach d. Hilfsdienstgesetz 550
Arbeiterausschüsse in Betrieben d. Militärverwaltung 618
Streiks 724, 752

— Militärische Vorbereitung d. Jugend 347

— Kriegsentschädigung 973

— Kriegsminister(ien) XLVIII, LXXIV, 75, 81, 87, 90 f., 193, 277, 308, 315, 351, 399, 417, 577 f., 614, 636, 658, 664, 747, 752, 761, 769, 773, 775, 778, 841 f., 860, 918, 944, 966, 970, 1051, 1094, 1097, 1101, 1123, 1184, 1217, 1312, 1384
Militärbevollmächtigte 508, 785, 1290, 1307, 1327, 1355
Stellv. Militärbevollmächtigte 512

— Finanzminister(ien) 590, 639

Bunzen, von, Rittmeister in d. Oberzensurstelle 179

Burgfrieden LIX f., 86, 107, 227, 242 f., 253, 282, 302, 408, 411, 655, 762, 1096, 1146, 1174, 1239

— Definition
Deutelmoser 112
Oberzensurstelle 144, 149, 159, 456
Loebell 89, 144

— zwischen Nord- u. Süddeutschland 153

— Wahrung durch Zensur 11, 89, 96 ff., 103, 105, 110 ff., 118, 122, 135 ff., 143 f., 148 f., 159 f., 177, 193 f., 196, 206, 256 ff., 264 f., 402, 418, 431 f., 436, 458, 653, 658, 660, 665, 668, 705 f., 773, 777, 858, 1054

Burian von Rajecz, Stephan Graf, österr.-ungar. Außenminister (15. 1. 1915—21. 12. 1916, 16. 4.—24. 10. 1918) 510

Busch, Viktor, Kommerzienrat 720

Buschfeld, Dir. d. Germaniawerft in Kiel, Vors. d. Kieler Werftgruppe 389 ff.

Bussche-Haddenhausen, Hilmar Frhr. von dem, Unterstaatssekr. im Auswärtigen Amt 1122, 1143, 1155, 1279

Bussche-Ippenburg, Erich Frhr. von, Major in d. OHL LXII, 745, 974, 1303

B.Z. am Mittag 1131, 1140, 1303

Calmus, Paul, Matrose auf SMS „Rheinland" 1081, 1106

Cambrai 910, 1288

Cannstatt
s. Stuttgart-Bad Cannstatt

Capelle, Eduard von, Admiral, Dir. d. Verwaltungsdepartements d. Reichsmarineamts (bis Okt. 1915), Staatssekr. (17. 3. 1916—7. 10. 1918) 199 f., 366, 519, 656, 765, 787, 1050, 1091, 1279

— Verhältnis zu Michaelis 1079 f.
Schreiben an Michaelis 16. 10. 1917 1080 ff.

— Kritik an Capelle 1077
durch Boy-Ed 1074, 1078

— Handhabung d. Belagerungszustands 1002
Vollziehende Gewalt 30 f.
Zusammenarbeit mit d. Zivilbehörden 31
Reform d. preuß. Belagerungszustandsgesetzes 50

— Pressepolitik 859 f.
Zensur 128
Pressezensur 82
in d. Frage d. U-Bootkriegführung 1092

— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 1025, 1040 f., 1047 f., 1058
Vaterländischer Unterricht 911, 913, 917 f., 960
auf d. Werften 920 ff., 928

— Kriegszielfrage 201 f.
Öffentliche Erörterung 446 ff.
— U-Bootkriegführung 386
— Lebensmittelfrage 389 ff., 420, 457, 634, 696
Verpflegungsvorschriften für d. Marine 998, 1029 f., 1038
— Kriegswirtschaft
Behandlung d. Arbeiterfrage 558 f.
Arbeitskräfte für d. Werften 539 f., 629 ff.
Arbeitsverhältnisse in Kiel 388 ff.
Lohnfrage 389 ff., 634
Zurückstellung kriegsverwendungsfähiger Arbeiter 478
Freizügigkeit d. Werftarbeiter 551, 585, 632 ff., 643
Wiedereinberufung reklamierter Arbeiter 632 ff.
Änderung d. Hilfsdienstgesetzes 633
— Preuß. Wahlrechtsreform 787
— Verhältnis zu d. Parteien u. Organisationen
Reichstag 751, 913, 1029 f., 1081, 1084, 1105 f., 1110
SPD 1031, 1059
USPD 1073 f., 1078 f., 1113
Maßnahmen gegen d. USPD 1016, 1018 f., 1025 f., 1028 f., 1081, 1105
Verbreitungsverbot für Zeitungen u. Flugblätter 1020 f., 1031, 1041, 1047, 1059 f.
Deutsche Vaterlandspartei 1101
Gewerkschaften 372, 389
— Streiks u. Unruhen 787, 1162
Gegenmaßnahmen 371 ff., 1143
Militarisierung von Betrieben 371 f., 638
Flottenunruhen August 1917 1016, 1018, 1026, 1030 f., 1033, 1036 ff., 1074, 1080 f., 1105, 1233
Aufrechterhaltung d. Disziplin 1047, 1232 f.
Schutz d. Marine vor politischer Propaganda 1233
Abgeordnetenkontakte mit Militärpersonen 1232 ff.
— Landesverrat 1092
— Kühlmann-Krise 1227
— Rücktrittsgesuch 1076 ff.

Carls, Oberstleutnant a. D. 202

Carolath
s. Schönaich-Carolath

Caspari, Redakteur d. „Oswiata" 1254 f.

Cattaro 915

Cecilie, Gemahlin d. Kronprinzen Wilhelm 1321, 1347

Celle 1370 f.

Champagne 512, 736, 756, 976, 1136, 1288

Chappuis, von, Unterstaatssekr. im preuß. Kultusministerium 321

Charleville 952, 1346
— Feldpressestelle 836, 844, 867, 869

Chef der Landgendarmerie 18

Chef des Feldeisenbahnwesens 328, 1191, 1282, 1346

Chef des Feldflugwesens 277

Chemnitz 259, 854
— Presse 417
— Unruhen 266

China 815

Christiania s. Oslo

Churchill, Winston, brit. Munitionsminister (ab Juli 1917) 1075

Claß, Heinrich, Vorsitzender d. Alldeutschen Verbandes 103, 895
— Beschlagnahme seiner Denkschrift XLI, 214 ff., 223 ff., 228 ff., 256

Clausnitzer, Hauptmann u. Aufklärungsoffizier d. stellv. Gkdos d. XX. AK 900

Clemenceau, Georges, franz. Min.Präs. (17. 11. 1917–1920) 969, 1266, 1327, 1354

Cohn, Oskar, MdR (SPD/USPD) 385, 756, 827, 1337

Conrad, Reichsgerichtsrat 30

Constanza (Marineabteilung) 915

Coronel 1349

Coupette, Generalmajor, Chef d. Wumba 554, 569
— Lohnfrage 491, 556
— Arbeitskräfte für d. Kriegswirtschaft 489
— Arbeitszwang 501
— Freizügigkeit d. Arbeiter 491
— Amtliche Propaganda in d. Rüstungsbetrieben 945

Craighero, Leutnant im Kriegsamt 328, 343, 347

Craonne (im Arrondissement Laon) 205

Cremer, Carl, MdR (Nat.Lib.), Rechtsanwalt 1050

Crispien, Arthur, Redakteur d. sozialdem. „Schwäbischen Tagwacht" 247, 283

Cuxhaven XLIV, 37
— Zensur 92, 134, 151

Czernin von und zu Chudenitz, Ottokar Graf, österr.-ungar. Außenminister (Dez. 1916—15. 4. 1918) 814

Da Rocha-Schmidt, Hauptmann, Zensur- u. Aufklärungsoffizier d. stellv. Gkdos d. VI. AK 950 f.

Dänemark 494
— Presse 686 f.

Dallwitz, Johann von, preuß. Minister d. Innern (18. 6. 1910—18. 4. 1914) XXIII, 3

Dandl, Otto Ritter von, bayer. Min.Präs. (10. 11. 1917—8. 11. 1918) 1224, 1305, 1357
— SPD 1152
— Streiks 1152, 1186

Danzig 18, 549, 562, 631, 722, 732, 1049, 1372
— Erklärung d. Belagerungszustands 7
Aufhebung von Verfassungsartikeln 17
Zensur 134
Regelung d. Versammlungswesens 112
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 351, 920, 925 f.
Pressebesprechungen 879
— Lebensmittelversorgung 732
— Arbeitsverhältnisse 585
— Gewerkschaften 1162
— Streiks u. Unruhen 732, 922, 1162 f., 1186, 1189
— Kriegsamtstelle
Freimachung von Militärpersonen 583, 622
— Regierungspräsidium LXX
Zusammenarbeit mit d. Militärbehörden 18
Streik 1186

David, Eduard, MdR (SPD), Unterstaatssekr. im Ausw.Amt (1918—1919) 842, 872, 877, 904 f., 1072, 1096, 1127

Davidsohn, Georg, MdR (SPD) 385

Deimling, Berthold von, General d. Infanterie, Kd. General d. XV. AK XXVI

Delbrück, Clemens von, Vizekanzler u. Staatssekr. d. Innern (14. 7. 1909—22. 5. 1916), Chef d. Zivilkabinetts (11. 10.—9. 11. 1918) 22, 128, 355, 994, 1343 f., 1347, 1359, 1381
— Persönlichkeit im Urteil Einems 358
— Belagerungszustand
Reform d. preuß. Belagerungszustandsgesetzes 34
Vereins- u. Versammlungsrecht 267 f., 270, 284 ff.
Handhabung d. Zensur 104, 124 ff., 229
Immunität d. Abgeordneten 192 ff., 240
Ausfuhrverbote d. Militärbefehlshaber 36
— Politik d. „Neuorientierung" LX
— SPD 193, 196, 284
Maßnahmen gegen radikale Gruppen 369 ff.
— Gewerkschaften 268, 270, 284
— Militärische Vorbereitung d. Jugend 218 ff.
— Kriegszielfrage 202, 217, 228

Delbrück, Hans, Professor f. Geschichte 1348
— Verhältnis zum Kaiser 201
— Friedensfrage 201
Kriegszielfrage 208
Kolonialpolitik 412

Delbrück, Heinrich, Unterstaatssekr. im Reichsjustizamt 1025, 1029

Delius, Geh. Justizrat, Hauptmann d. R. 26

Demokratie 305, 363, 412, 674 f., 719, 750, 796, 1042, 1050, 1075, 1200, 1220, 1356
— Demokratisierung 206, 501, 694, 767, 874, 916, 990 ff., 1117, 1196, 1199, 1212 ff., 1308

Dernburg, Bernhard, Mgl. d. preuß. Herrenhauses seit 1913 618

Detmold 259, 1175

Deutelmoser, Erhard Eduard, Major, Chef d. Kriegspresseamts (Okt. 1915—Okt. 1916), Dir. d. Nachrichtenabt. d. Ausw. Amtes (ab 1. 11. 1916), Pressechef beim Reichskanzler (ab Nov. 1917) 67, 86, 451, 653, 824 f., 828, 848, 982 ff., 1227, 1279
— Schreiben an
Major Fleck 30. 5. 1917 757 f.
Oberstlt. Helfritz 11. 10. 1917 1067
— Erhält Schreiben von Oberstlt. Helfritz 2. 10. 1917 1067 f.
— Tätigkeit in d. Oberzensurstelle IL, 75
im Auswärtigen Amt 326, 445
— Persönlichkeit im Urteil Wilhelms II. 956
— Verantwortlichkeit d. Militärbefehlshaber 102, 108, 128, 137
— Behandlung d. Presse, Pressepolitik 107 f., 110, 113, 992, 1067 f., 1129
— Pressepolitik Nicolais 834 f.
Pressebesprechungen IL, 255 ff., 264 ff., 768, 1120, 1143
Kriegspresseamt IL, 105, 289, 885
Ablösung als Chef d. Kriegspresseamts IL, 326, 342, 445
— Handhabung d. Zensur 135 f., 432
Befugnisse d. Oberzensurstelle 108

Pressezensur 108, 110, 113, 654 ff., 813, 1120
Sanktionen 92
Vorzensur 136, 141
Rechtsgrundlage d. Vorzensur 90 f.
Zensur von Druckschriften 102 ff.
Zensur in d. Kriegszielfrage 255 ff., 431, 436
in d. Frage d. U-Bootkriegführung 112, 121 ff.
Aufruf d. russischen Sozialisten 25. 3. 1917 686 f.
Berichterstattung über Streiks 1179 f.
Vereinheitlichung d. Zensur 128
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 313, 320 ff., 325, 328, 333 f., 436, 830, 896, 954, 968, 971, 990, 1180 ff.
Leitsätze 970
Zentralstelle für Werbe- u. Aufklärungsdienst für d. In- u. Ausland LVII, 955 f.
Zentrale für Heimatdienst 953, 982
Reichspresseamt 953
Kriegsberichterstattung 1269
Feindliche Propaganda 1178 f.
Bekämpfung antimonarchischer Tendenzen 814 ff., 829, 832 f.
— Waffenstillstands- u. Friedensverhandlungen mit Rußland 1120, 1129, 1143
— Kriegszielfrage 438 f., 992 f.
Erörterung 323, 375, 408, 431 ff., 445, 448, 453
Friedensfrage 321, 435, 992 f.
Friedensangebot 3. 10. 1918 1310
— Zur Innenpolitik 991 ff.
Wahrung d. Burgfriedens 111 ff., 137, 256 ff., 282, 431 f., 436
Preuß. Wahlrechtsfrage 1223
— Lebensmittelversorgung 432, 435, 990, 1177, 1180
Erörterung 111, 279 ff.
— SPD 435, 758, 833, 992, 1179
— USPD 757, 816
Maßnahmen gegen d. USPD 831
— Streiks u. Unruhen 321, 1176 ff.
Gegenmaßnahmen 1182
— Politische Verantwortlichkeit d. OHL 677, 680 ff.
Militärdiktatur 991
Fernhalten d. OHL vom Parteienstreit 655 f.
Abschiedsgesuch Ludendorffs 1122

Deutsche Friedensgesellschaft 1124, 1385
— Genehmigung öffentlicher Versammlungen 1174
— Ortsgruppe Berlin 414

Deutsche Gesellschaft 1914 274

Deutsche Juristen-Zeitung 30, 36, 40

Deutsche Kriegsnachrichten (D.K.) 322 ff., 331 ff., 336 ff., 343 ff., 348 f., 807, 826, 830, 840, 844, 868

Deutsche Kriegswochenschau (D.K.W.) 343 ff., 347 ff., 808, 824, 826, 830, 840, 844, 901, 912, 915, 970, 972

Deutsche Kriegszeitung, Berliner-Lokal-Anzeiger am Abend 1314

Deutsche Stimmen 961

Deutsche Tageszeitung (Berlin) 136, 276, 758, 872, 1302, 1311
— Verbot 258

Deutsche Vaterlandspartei LXV, LXXII, 871, 903, 1061, 1071 f., 1178, 1185, 1190, 1245, 1307
— Gründung LXVIII, 1048 f.
— Kriegszielfrage 1145 f., 1295
Friedensresolution d. Reichstages 1050, 1102
— Beitritt von Militärpersonen 1048 ff., 1097, 1101, 1117
— Versammlungen 1138, 1144 ff., 1153, 1295

Deutsche Zeitung 655, 960, 1120, 1250, 1253, 1264, 1274, 1378
— Verbote 1126, 1321

Deutscher Bauernbund 412

Deutscher Nationalausschuß 411, 415 ff., 432

Deutscher Reichsanzeiger u. Königlich Preußischer Staatsanzeiger 63, 82

Deutsch-Konservative Partei 413, 655, 767, 830 f., 904, 1023 f., 1073, 1075, 1083 f.
— Kritik durch d. Kronprinzen 1307
— U-Bootkriegführung 411
— Kriegszielfrage 411
Interpellation 3. 5. 1917 750, 756, 759, 777
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 827
Bekämpfung antimonarchischer Tendenzen 815
— Hilfsdienstgesetz 528, 530
— Preuß. Wahlrechtsfrage 411
— SPD 411
— Maßnahmen gegen d. USPD 1030, 1033 f.
— Gewerkschaften 411
— Bewegung zum Sturz Bethmann Hollwegs 357, 411 f.
— Flottenunruhen August 1917 1030, 1039

Deutsch-Krone
— Aufhebung von Verfassungsartikeln 14
— Versammlungswesen 428

„Deutschland" (Wohnschiff) 1364

Devonshire, Victor Christian William Cavendish, 9. Herzog von 453

Dewitz, von, gen. von Krebs, Hauptmann, zeitweise Adj. Groeners 952

Dickhuth-Harrach, von, General d. Infanterie, stellv. kd. General d. I. AK 958

Diedenhofen
— Aufhebung von Verfassungsartikeln 16
— Zensur 134, 151
— Kriegsamtnebenstelle 524, 566
Freimachung von Militärpersonen 583, 622

Dieuze (bei Nancy) 236

Dinslaken 425

Dittmann, Wilhelm Friedrich, MdR (SPD/USPD) 914, 1019, 1025, 1031 f., 1078 f., 1107, 1323, 1348
— Politische Betätigung als Heeresangehöriger 370, 385
— Kriegszielfrage 874
— Handhabung d. Zensur 687
— Maßnahmen d. Behörden gegen d. USPD 764, 1078
Schutzhaft 50, 1026
— Streiks u. Unruhen 728, 755, 1195
Flottenunruhen August 1917 999, 1004, 1016 ff., 1029, 1032, 1035, 1065, 1078 f., 1081, 1106, 1109 ff.
Zusammentreffen mit Reichpietsch u. Sachse 1026 ff., 1034 f.
Verhaftung u. Verurteilung 1154, 1160, 1164

Divisionen 692, 745, 1400
— Aufklärung d. Truppe 842 ff., 846, 848, 857, 861
Vaterländischer Unterricht 862, 894, 912
— Verbände
2. Garde-Inf.Div. 1373
27. Inf.Div. 962
29. Inf.Div. 861
35. Inf.Div. 1287
3. bayer. Inf.Div. 54
1. Garde-Res.Div. 846
52. Res.Div. 1373
1. bayer. Ldw.Div. 232 f., 236, 240
7. Kav.Schütz.Div. 1287, 1373
1. Matrosen-Div. 760, 1364
2. Matrosen-Div. 1364

Dix, Johann, Marineoberbaurat, Betriebsdir. d. Germaniawerft Kiel 1188

Dobberke, Major im preuß. Kriegsministerium 908

Dobring, Marinehilfskriegsgerichtsrat 999, 1105 ff.

Dohna-Schlodien, Nikolaus Burggraf u. Graf zu, Korvettenkapitän, diensttuender Flügeladjutant d. Kaisers 745

Dommes, Wilhelm von, Oberstleutnant, Chef d. Pol. Abt. d. OHL 69

Donaueschingen XXVI

Dortmund
— Aufhebung von Verfassungsartikeln 15
— Streiks u. Unruhen 667
— Verein für d. bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund 474, 573
Dortmund-Hörde 15

Douai 1287

Dresden XXXV, XLVIII, 165 f., 259, 733, 811, 944
— Versammlungswesen 417
— Kriegsausschuß 475
— USPD 1178
— Unruhen 266

Dresdner Anzeiger 1378, 1387

Dresdner Bank 201

Dresdner Neueste Nachrichten 849

Drews, Arnold Bill, Unterstaatssekr. (1914—1917) preuß. Minister d. Innern (5. 8. 1917—9. 11. 1918) 726, 1062, 1215, 1280
— Belagerungszustand
Befugnisse d. Militärbefehlshaber 20 f.
Pressezensur 208
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 957, 967
— zur Innenpolitik
Denkschrift Anfang Februar 1918 1192 ff.
Preuß. Wahlrechtsfrage 726, 1197 ff., 1213, 1223
Abdankung d. Kaisers 1350 ff., 1357, 1397
— Parteien u. Organisationen
SPD 1193, 1195 ff., 1199, 1351 f.
USPD 1193, 1351
Maßnahmen gegen d. USPD 1016, 1019, 1030
Gewerkschaften 1195
— Lebensmittelversorgung 1180, 1197
— Kriegszielfrage 1199
Erörterung 446
— Streiks u. Unruhen 1195 ff.
Gegenmaßnahmen 726

Düms, Arthur, Korvettenkapitän, Adj. d. Marinestation Ostsee 914, 1363

Düren 83, 156

Düsseldorf 475, 620, 644, 1056, 1214, 1241
— Presse 1020, 1060
Zensur 155
— Lebensmittelversorgung 426, 667

— Gewerkschaften 405, 426
Allgemeiner Arbeiterverband 743
Christliche Gewerkschaften 929
— Streiks u. Unruhen 727 f.
— Kriegsamtstelle 524, 566, 568
— Regierungsbezirk
Aufhebung von Verfassungsartikeln 15
Arbeiterschaft 728
Unruhen u. Streiks 425, 788
— Regierungspräsidium
Befugnisse d. Zivilbehörden 19, 27
Zensur 84, 155 ff., 195
Kommunalwahlen 259
SPD 253
Gewerkschaften 465 f.

Duisberg, Carl, Geheimrat, Generaldir. d. Farbenfabriken Bayer 673
— Verhältnis zur OHL 766
Kritik an d. Reichsleitung 663, 670
Preuß. Eisenbahnverwaltung 569, 663
— Arbeitskräfte für d. Kriegswirtschaft 489, 627, 644
Freizügigkeit d. Arbeiter 491, 521, 620
Belgische Zwangsarbeiter 489

Duisburg 259, 667

Duncker, Käte, Mitbegründerin d. Spartakusgruppe 401

Eberhardt, Magnus von, General d. Infanterie, Ob. d. 7. Armee (6. 8. 1918) u. d. 1. Armee (8. 11. 1918) LXXIII, 826, 1251, 1396 f.

Ebert, Friedrich, MdR (SPD), 1. Parteivors. u. Vors. d. Reichstagsfraktion 816, 1169, 1212
— Preuß. Wahlrechtsfrage 1178, 1217
— SPD-Parteitag in Würzburg 1071
— USPD 1028, 1032, 1038 f.
— Deutsche Vaterlandspartei 1050, 1178
— Hilfsdienstgesetz 528
Wiedereinberufung reklamierter Wehrpflichtiger 579
— Lohnfrage 1178
— Lebensmittelversorgung 1178
— Streiks u. Unruhen 1038 f., 1133, 1178, 1398, 1400
Flottenunruhen August 1917 1030, 1032, 1038 f.
— Friedensverhandlungen mit Rußland 1178

Eckernförde 389

Edenkoben 749

Eger 1393

Egidy, Moritz von, Kapitän z. S., Dir. d. Marineschule Mürwik 1308, 1316 f.

Ehel, Obermatrose bei d. 1. Torpedo-Div. 1364

Ehrhardt, Offizier 1201

Eichheim, Rudolf, Oberkriegsgerichtsrat 1363, 1367, 1370 f.

Eichhoff, Major, Kriegspresseamt, zuletzt in d. Nachrichtenabt. d. preuß. Kriegsministeriums 179, 328

Eichhorn, Hermann von, Generalfeldmarschall, Ob. d. Heeresgruppe Eichhorn XX, 894

Eichler, Otto, Leitartikler d. „Berliner Neuesten Nachrichten" 654

Eichmann, von, Geh. Oberreg.Rat in d. Reichskanzlei 824, 1028

Einem, Karl von, gen. von Rothmaler, Generaloberst, Ob. d. 3. Armee LXXII, 281, 376, 904, 1072, 1307, 1400
— Verhältnis zu Tirpitz 358
— Urteil über
Wilhelm II. LXXII, 266, 1135 ff., 1269, 1345
Hindenburg 1136 f.
Ludendorff 1344
Groener 1346
Bethmann Hollweg 266, 358
Innenpolitik Bethmann Hollwegs 358, 1136
Reichstag 1268
OHL 1209
Militärkabinett 1345
— Kriegszielfrage 273, 815
Friedensfrage 1268 f.
Friedensverhandlungen mit Rußland 1116
— zu militärischen Fragen
Offizierwahl XVI f.
Politische Betätigung von Offizieren 385
Beurteilung d. militärischen Lage Herbst 1918 1287
Auflösungserscheinungen im Heer 1226, 1315
Verfassungsänderungen Oktober 1918 1345
— zur Innenpolitik 275, 358, 1136 f.
Preuß. Wahlrechtsfrage 1136
Osterbotschaft 713
SPD XXI, XXXV, 358, 385, 815
Unruhen 266
Abdankung d. Kaisers 1306

Einswarden s. Nordenham-Einswarden

Eisele, Hans, Berliner Vertreter d. „Kölnischen Volkszeitung" 1120, 1131, 1141, 1301 f., 1305

Eisenach 926, 947

Eisenbahn, Die (Zeitschrift) 337 f.

Eisenhart-Rothe, Ernst von, Generalleutnant, Generalintendant d. Feldheeres 1239, 1241

Eisenhart-Rothe, Paul von, preuß. Landwirtschaftsminister (5. 8. 1917–9. 11. 1918) 618

Eisenzentrale 491

Eisner, Kurt (SPD/USPD) 933, 1152 ff., 1294, 1323

Elberfeld s. Wuppertal-Elberfeld

Elbing 631
— Aufhebung von Verfassungsartikeln 17
— Arbeitsverhältnisse 585
Schlichtungsausschuß 732

Elisabeth, Kaiserin v. Rußland (1741–1762) 676

Ellenbogen, Wilhelm, österr. Sozialdemokrat 177 f.

Elsaß-Lothringen XXV, XXVII f., XLI, 97, 238, 524, 729, 734, 765, 904, 961, 964, 973, 979, 981, 1001, 1288, 1307
— Zensur 135, 178, 180
Pressezensur 189
— Schutzhaft 52
— Räumung von deutschen Truppen 1291
— Landesregierung/Statthalter XXVI f., 193
Verhältnis zu d. Militärbehörden 59

Eltzbacher, Leiter d. Rednerschule beim preuß. Ministerium d. Innern 315

Emden 585

Emmerich 155

Engelhardt, Franz, (SPD/USPD), Mgl. d. württ. Landtags 283

Engelmann, von, Generalmajor beim stellv. Gkdo d. III. AK 1003, 1170

Engelskirchen Krs. Wipperfürth 157

England 79, 83, 159, 265, 397 f., 407, 410, 412 f., 445, 453, 484, 513, 610 f., 628, 707, 730, 822, 826, 830, 850, 863, 874, 890, 903, 944, 948, 968, 994, 1021, 1060, 1063, 1087, 1172, 1345, 1366 f., 1369
— Kriegführung, Armee, Kriegswirtschaft 70, 167, 493 ff., 512, 514, 539, 657, 710 f., 777, 814, 1075, 1235, 1250
Flotte 276, 410, 439, 455, 1042, 1348
Blockade 741, 782, 821, 950, 1042, 1044
— Beurteilung seiner militärischen Stärke 764 ff., 815
Deutscher U-Bootkrieg 121, 173, 348 f., 494, 736, 745, 772, 814, 817, 821, 894, 1062
Deutsche Propaganda 305, 349
— Innere Verhältnisse
Parlamentarismus 748
Lebensmittelversorgung 745, 1131
Arbeiterbewegung 95, 1196
— Presse 297, 1131
Kriegsberichterstattung 334
Propaganda 266, 689 f., 839, 961 f., 969, 989, 1074, 1131, 1179
— Russische Revolution 676, 689
— Waffenstillstandsbedingungen gegenüber Deutschland 1350, 1353 f.

Entente 159, 167, 452, 493 f., 833, 874, 904, 928, 1061, 1063, 1109, 1293, 1346 f., 1355, 1357
— Kriegführung, militärische Stärke 297, 432, 555, 968 f., 1234, 1248 f.
— Sozialistische Bewegung 707
— Politik 272, 274
Kriegsziele 445, 814, 839
Waffenstillstandbedingungen gegenüber Deutschland 1316 f., 1369, 1375 f.
— Presse 1179
Heeresberichte 1276 f.
Propaganda 690, 781, 813 f., 829, 969, 992, 1104, 1121, 1130 f., 1158, 1172, 1179, 1211, 1237, 1276

Erfurt
— Aufhebung von Verfassungsartikeln 13
— Presse 1020, 1060

Erkelenz 156

Erlangen 904
— Meuterei 1226

Erler, Hans, Fregattenkapitän, Chef d. Fabrikenabt. d. Reichsmarineamts (ab August 1915) 461, 552, 724

Erzberger, Matthias, MdR (Zentr.), Staatssekr. o. P. (4. 10.–19. 11. 1918) 751 f., 779, 995, 1096, 1212, 1308, 1333, 1379, 1385
— Schreiben an Bethmann Hollweg 16. 6. 1917 764 ff.
— Erhält Schreiben von Oberstlt. Bauer
25. 6. 1917 768 f.
20. 7. 1917 790
1. 8. 1917 1061 f.
9. 9. 1917 1062
— Verhältnis
zur OHL 652, 718, 1061 f., 1297, 1328
zu Bauer LXIII, 764 ff., 768 f., 790, 1221, 1344
— Persönlichkeit im Urteil Mertz's von Quirnheim 791
Boy-Eds 1022 f.
— Nachrichtenpolitik d. OHL 861
Organisation d. Kriegspresseamts 982 ff.
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda LVII, 765, 836, 981 f., 1381

Zentrale für Heimatdienst 984
Zentrale für Auslandsdienst LVII
Bekämpfung antimonarchischer Tendenzen 1358
— U-Bootkriegführung 768 f., 1023
— Friedensfrage 780, 791, 801, 1022, 1024, 1049, 1061 f., 1096, 1127
Rede im Hauptausschuß 6. 7. 1917 791, 839
Biberacher Rede 16. 9. 1917 1092 ff.
— Kühlmann-Krise 1229
— Flottenunruhen August 1917 1030, 1033, 1037
Maßnahmen gegen d. USPD 1033
— Ernennung zum Staatssekretär 1297

Eschweiler 156, 727

Essen 425, 863
— Zensur 155
— Versammlungswesen 243
— Lebensmittelversorgung 405, 666 f.
— Streiks u. Unruhen 295, 405, 426, 667, 728
— Essen-Borbeck 405

Eßlingen 213, 555, 776

Eucken, Rudolf, Professor d. Philosophie 316

Eulenburg, August Graf zu, preuß. Minister d. Kgl. Hauses, Mgl. d. preuß. Herrenhauses
— Unterredung mit Tirpitz 424, 719
— Kanzlerkandidat 424
— Abdankung d. Kaisers 1321

Eulitz, Hans von, Generalmajor, sächs. Militärbevollm. im Gr. Hauptquartier 1290

Eupen 156

Euskirchen 155

Faber, Robert, Vors. d. Vereins Deutscher Zeitungs-Verleger 107 f., 110, 113

Falkenhausen, Friedrich Frhr. von, Unterstaatssekr. im preuß. Landwirtschaftsministerium, Reichskommissar für Kurland u. Litauen 1246

Falkenhausen, Ludwig Frhr. von, Generaloberst, Generalgouverneur von Belgien (22.4. 1917–18. 11. 1918) 865, 1171, 1196
— Kanzlerkandidatur 752, 1246 f., 1292

Falkenhayn, Erich von, General d. Infanterie, preuß. Kriegsminister (1913–20. 1. 1915), Chef d. Generalstabs d. Feldheeres (3. 11. 1914–29. 8. 1916) LIV f., LVIII, LXXI, 192, 347, 1299
— Verhältnis zu
Wilhelm II. LII
Hindenburg 359
Ludendorff 359
Wild von Hohenborn LXXII
— Kritik durch Hipper 244
— Kanzlerkandidat 358, 410, 904
— Zur Innenpolitik
Zaberner Affäre XXVIII
Vorschrift über d. Waffengebrauch d. Militärs XXVIII
Maßnahmen bei Erklärung d. verschärften Belagerungszustands 188 ff.
Kriegsleistungsgesetz 573
SPD XXI, XXIII, 193
Verbreitung sozialdemokratischer Schriften in d. Armee 196 ff., 200, 204 ff.
— Pressefreiheit 375
Unterrichtung d. Öffentlichkeit 70
Kriegsberichterstattung 303
Zensur 102
in d. Kriegszielfrage 80, 258, 368
in d. Frage der U-Bootkriegführung 121
— Friedensfrage 217 f., 244, 246
Erörterung d. Kriegszielfrage 374 f.
— U-Bootkriegführung 358
— Militärische Vorbereitung d. Jugend 218 f., 221

Falkenried, Paul von, Korvettenkapitän in d. Presseabt. d. Admiralstabs 852

Falklandinseln 1349

Falkner von Sonnenburg, Oberstleutnant a. D., Pressereferent im bayer. Kriegsministerium 348, 366, 701, 805, 1152
— Kritik am Kriegspresseamt 1300
an Stotten 342, 850
— Kritik durch d. OHL 880 ff., 887 f.
— Persönlichkeit im Urteil Hellingraths 884 f.
— Regelung d. Versammlungswesens 396 f., 417, 724
SPD-Versammlungen 359, 1209 f.
zur Erörterung d. Lebensmittelfrage 222 f., 247
USPD-Versammlungen 1216, 1294 ff., 1322
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 339 ff.
Antistreikpropaganda 933 ff.
— Parteien u. Organisationen
SPD 359, 933, 935, 1209 f., 1294
USPD 933, 1138
Maßnahmen gegen d. USPD 1216, 1294 ff., 1322
Deutsche Vaterlandspartei 1145, 1295
Gewerkschaften 1209 f.
— Streiks u. Unruhen 934, 935
Gegenmaßnahmen 933

Fechenbach, Felix, Unteroffizier 1154

Federer, Rittmeister, Leiter d. Abteilung IId d. stellv. Gkdos d. XIII. AK 101

Fehrenbach, Constantin, MdR (Zentr.), Vors. d. Hauptausschusses (Aug. 1917—Mai 1918), Präs. d. Reichstags (ab 8. 6. 1918) 1030, 1035 f., 1038, 1211

Feldmann, Hans von, Oberst im preuß. Kriegsministerium 638

Feldparole, Die (Zeitschrift) 337 f.

Feldt, Constanz, Kontreadmiral (Aug.—Nov. 1918), II. Admiral d. III. Geschwaders 1374

Feldzeugmeisterei 308, 509
— Behandlung d. Arbeiterfrage 461, 464
— Kriegsausschüsse 475 f.
— Kriegsverwendungsfähige Arbeiter 474
— Hindenburg-Programm 486

Felisch, Paul, Wirkl. Geh. Adm.-Rat, Abt.Chef im Allg. Marinedepartement d. Reichsmarineamts 1016 f., 1019, 1025, 1028 ff., 1036, 1074, 1092, 1101, 1105

Fendrich, Anton, Schriftsteller 840, 1268

Ferdinand, Zar v. Bulgarien (5. 10. 1908—3. 10. 1918) 1299, 1347

Fernau, Hermann, Schriftsteller 832

Fester, Richard, Professor f. Geschichte 1146

Festungen XL, 11, 87
— Gebietsmäßige Ausdehnung 25
— Erklärung d. Belagerungszustands 7
— Selbständigkeit XL f., XLIII f., 10, 25 f., 53 ff., 1012
Verhältnis zu d. Zivilbehörden 59

Feuerbach s. Stuttgart-Feuerbach

„Fidelis" (Pseudonym) 653, 655 f., 679

Finckh, Kurt von, Gewerberat im Reichsmarineamt 322, 390 f.

Fischbeck, Otto, MdR (FVP), Mgl. d. preuß. Abgh. 904

Fischer, Matrose bei d. 1. Torpedo-Div. 1364

Fischer, Alfred, Korvettenkapitän, 1. Adm.-Stabsoffizier d. Marinestation d. Ostsee 1363, 1366, 1370

Fischer, Franz, (SPD), Obmann d. Arbeiterausschusses d. Deutschen Waffen- u. Munitionsfabriken Berlin 754

Fischer, Josef, Oberheizer auf SMS „Pillau" 1033

Flandern 441, 449, 838, 869, 976, 1011, 1033, 1060, 1096, 1288, 1313
— Deutsches Marinekorps 1071
— Räumung 973

Flatow 14, 428

Fleck, Major im Zentraldepartement d. preuß. Kriegsministeriums 757

Fleischer, Paul, Sekr. d. katholischen Arbeitervereine 1167, 1207, 1212, 1241, 1245

Fleischhauer, Karl von, württ. Minister d. Innern (21. 12. 1912—20. 3. 1918) u. Kultusminister (21. 3.—6. 11. 1918) 41, 306 ff.

Flensburg 585
— Flensburg-Mürwik 1308, 1316

Flies, Otto, Oberleutnant z. S., pers. Adj. d. Chefs d. Marinestation d. Ostsee 1363

Flottenunruhen August 1917 LXVIII, 1083, 1233, 1376
— Bericht
d. Kommandos d. Hochseestreitkräfte 4. 8. 1917 996 ff.
Scheers an d. Kaiser 6. 10. 1917 1068 ff.
Dobrings an d. Reichsmarineamt 24. 11. 1917 1105 ff.
— Sozialistische Propaganda 711, 1042 f., 1064 f., 1078 f.
Maßnahmen gegen d. USPD 1016 ff., 1025 ff.
Verbreitungsverbot f. USPD-Zeitungen u. Flugblätter 1020 f.
Vaterländischer Unterricht 914, 1013 ff., 1040 ff.
— Abschiedsgesuch Capelles 1076 f.

Flottenverein, Deutscher XIX, 52, 317, 319, 351, 392, 1049, 1103
— Deutsche Vaterlandspartei 1049

Flottwell, Eduard von, Kapitänleutnant d. S., Aufklärungsoffizier d. Marinestation d. Ostsee 874, 914, 917, 921 f.

Foch, Ferdinand, Marschall, Ob. d. alliierten Truppen 975, 1238, 1248, 1306, 1354

Foerster, Friedrich Wilhelm, Professor f. Philosophie 1154

Forstner, Frhr. von, Leutnant XXVI

Fortschrittliche Volkspartei (FVP) 275, 366, 398, 427, 779, 904, 1023, 1061, 1167, 1364
— Zensur 146 f.

— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 351, 1025
— Bekämpfung antimonarchischer Tendenzen 815
— Kriegszielfrage 244, 413
Friedensresolution d. Reichstages 1083, 1093
— Haltung gegenüber Bethmann Hollweg LXIII, 413
Michaelis 1083
— Hilfsdienstgesetz 528
— Preuß. Wahlrechtsfrage 206, 1225
— Flottenunruhen August 1917 1032, 1034, 1036
Maßnahmen gegen d. USPD 1030, 1032, 1034
— Abdankung d. Kaisers 1354

Fränkische Tagespost (Nürnberg) 1021, 1321

Fränkische Volkstribüne (Bayreuth) 1020

Fränkischer Volksfreund (Würzburg) 1021

Frahne, Hauptmann im Kriegspresseamt 328

Francke, Ernst, Sozialpolitiker 472, 833

Franke, General d. Infanterie, Chef d. Feldzeugmeisterei 475 f.

Frankfurt/M. XLI, 259, 749, 834, 875, 1000
— Presse 160
Pressebesprechungen 878 f.
— Lebensmittelversorgung 734
— Kriegsamtstelle 741, 743
Freimachung von Militärpersonen 583, 622 f.

Frankfurter Zeitung 99, 136 f., 161 f., 166, 169, 546, 692, 704, 826, 834, 897, 974, 1067 f., 1144, 1214, 1229, 1250, 1252, 1302, 1311, 1377 f.

Frankreich XXXII, LV, 70, 200 f., 238, 367, 643, 707, 826, 833, 863, 874, 890, 903 f., 941, 970, 976, 1021, 1136, 1172, 1234, 1236, 1297, 1327, 1346, 1398
— Kriegsanstrengungen, Armee, Kriegführung 207, 311, 493, 512, 514, 657, 772, 777, 814, 964, 975, 1234, 1248 ff., 1283, 1288 f.
Französische Kriegsgefangene 736
Waffenstillstandsbedingungen 1350, 1353 f.
— Presse 297, 826
Kriegsberichterstattung 334
Propaganda 266, 294, 323, 969, 1179
— Innere Verhältnisse
Parlamentarismus 748
Sozialistische Bewegung 259 f.
Lebensmittelversorgung 745
— Abgeordnetenkammer 1182
— Deutsche Kriegsziele 410
— Räumung von deutschen Truppen 1291

Franz Joseph I., Kaiser v. Österreich 510

Freiburg im Breisgau 896

Freie Jugend (Zeitschrift) 776

Freie Presse für Elsaß-Lothringen (Straßburg) 1021

Freie Vaterländische Vereinigung 373 f.

Freikonservative Partei 357, 411
— Bekämpfung antimonarchischer Tendenzen 815
— Reichstagsfraktion 1023

Freisinnige Beiträge 1262, 1377

Freisinnige Zeitung (Berlin) 233

Fremdarbeiter 474 f., 488 f.
— Belgische Fremdarbeiter 484, 489, 501, 672, 678, 685
Mitgliedschaft in Gewerkschaften 729
— Polnische Fremdarbeiter 729

Freudenstadt 865

Freund, Friedrich, Min.Dir. u. Unterstaatssekr. im preuß. Innenministerium 305, 313, 315, 317

Freytag, Hauptmann im preuß. Kriegsministerium 476

Freytag-Loringhoven, Hugo Frhr. von, General d. Infanterie, Chef d. stellv. Generalstabs d. Heeres, Generalquartiermeister West (ab Juni 1916) 300, 419, 1049

Fricke, Hauptmann, Vors. d. Einberufungsausschusses Stettin 596, 603 ff.

Friedberg, Robert, MdR (Nat.Lib.), Vors. d. Nat.Lib. Fraktion im preuß. Abgh., Vizepräsident d. preuß. Staatsministeriums (9. 11. 1917–1918) 357, 1095, 1215, 1223, 1325
— Abdankung d. Kaisers 1350 f., 1354 f.

Friedensangebot(e) 718 f., 745 f., 755, 814, 874, 1042, 1268,
— 12. 12. 1916 164, 500, 509, 575, 657, 1122
Ablehnung 657
— 3. 10. 1918 981, 1282 ff., 1298, 1300 f., 1305, 1309 ff.

Friedensfrage XIII, 363, 409, 411, 432, 435, 610, 791, 817, 918, 956, 992 f., 1070, 1158, 1197, 1285
— Haltung Bethmann Hollwegs 200, 657, 770 ff.
Boy Eds 714
Falkenhayns 217 f.
Groeners 200
Helfferichs 201
Hellingraths 708
d. Kronprinzen 1307
Kühlmanns 1127 f.
Lloyd Georges 989 f.
von Michaelis 849
d. SPD 1091, 1158 f., 1194, 1196 f.
d. USPD 1000, 1003 f., 1013 ff., 1065, 1104 ff., 1111 f., 1278
d. Admiralstabs 969
d. OHL 657 f., 717, 719, 723, 745 f., 771, 968, 1061 f., 1083 f., 1096, 1127 f.
d. Wirtschaft 200 f.
— Forderungen in d. Öffentlichkeit 294 f., 392 f., 656 ff., 753 f., 770, 815, 1142, 1152, 1356, 1376, 1394
Friedenssehnsucht 97, 253, 256, 267, 273, 300, 305, 821, 843, 1098 f., 1329, 1346
— Deutsche Friedensbedingungen 671
— Verständigungsfrieden, Rechtsfrieden LXIII, 644, 771, 836, 872, 874 ff., 893, 903 f., 992, 1044, 1061 f., 1071 f., 1124, 1184, 1268 f., 1297, 1351
— Verzichtfrieden 799, 836, 854, 873, 1050, 1106 f., 1126 f., 1158
— Zensur in d. Friedensfrage 149, 180, 249, 267, 415, 789, 1335

Friedrich II., König v. Preußen (1740—1786) 676, 895

Friedrich II., Großherzog v. Baden (1907—1918) 3

Friedrich August III., König v. Sachsen 1127

„Friedrich der Große" (Linienschiff) 995, 997, 1002, 1070, 1110, 1359

Friedrichshafen 1325
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 937, 940
— Arbeiterschaft 937, 963
Arbeiterausschuß 940
— Streiks u. Unruhen 1051

Friedrichsort s. Kiel-Friedrichsort

Fritz, Matrose auf SMS „Westfalen" 1107

Frobenius, Leo, Ethnologe 313, 317

Frodien, Oberst im Kriegsamt, Chef d. Kriegsarbeitsamts 490

Fromm, Hauptmann in d. Milit. Stelle d. Ausw. Amtes 343

Fuchs, Theodor, Kontreadmiral, Kommandant von SMS „Friedrich der Große", Kommandant d. Befestigungen d. Reichskriegshafens Kiel (ab Aug. 1917) 995 f., 1364

Fürth
— Versammlungswesen 1217
— USPD 1138
— Streiks u. Unruhen 1162

Fuhrmann, Paul, MdR (Nat.Lib.), Mgl. d. preuß. Abgh., Generalsekr. 413, 759

Fulda, Ludwig, Schriftsteller 313, 318

Gäbler, Paul, Leutnant d.R. d. Marineinfanterie 1363

Galizien 510, 838, 1248

Gall, Frhr. von, General d. Infanterie, stellv. kd. General d. XVIII. AK 214 ff., 224

Gallwitz, Max von, General d. Artillerie, Ob. d. Heeresgruppe Gallwitz 1122, 1284, 1322, 1400
— Kanzlerkandidat 752, 904, 1075, 1297

Gamp-Massaunen, Karl Frhr. von, MdR (Reichsp.), Mgl. d. preuß. Abgh. 816

Ganse, Hauptmann, Aufklärungsoffizier d. stellv. Gkdos d. VI. AK 1057

Gantschew, Oberst, bulg. Militärbevollm. im Gr. Hauptquartier 798

Garbe, Gustav, Vors. d. Gewerkschaftskartells Kiel 388 ff., 586, 1364, 1366, 1369

Garnich, Rittmeister im Kriegspresseamt 328, 332, 343, 345, 347 ff.

Gaudecker, Gerhard von, Fregattenkapitän, Kommandant von SMS „Pillau" 1081

Gayl, Egon Frhr. von, General d. Infanterie, stellv. kd. General d. VII. AK LXX, 1003, 1007
— Handhabung d. Belagerungszustands
Befugnisse d. Militärbefehlshaber 22 f.
d. Zivilbehörden 26 ff.
Ausübung d. Zensur 245
in d. Kriegszielfrage 429 f.
Vorzensur 93 ff.
Regelung d. Versammlungswesens 28, 1173 ff.
Kriegszielversammlungen d. SPD 429 f.
Außerordentliche Kriegsgerichte 1009

— Durchführung d. Hilfsdienstgesetzes 522
— Fluktuation d. Arbeitskräfte 463
— Wahrung d. Burgfriedens 258 f., 1174
— Kriegszielfrage 103, 244 ff.
Öffentliche Erörterung 429 f., 1174

Gebsattel, Konstantin Frhr. von, stellv. Vors. d. Alldeutschen Verbandes XXXIX, 224 f., 230, 245, 357

Gebsattel, Ludwig Frhr. von, General d. Kavallerie, bayer. Militärbevollm. in Berlin, ab 16. 6. 1917 stellv. kd. General d. II. bayer. AK XVI, 1071 f.

Geck, Eugen, Mgl. d. bad. Landtags (SPD) 382

Geestemünde 134, 151, 585

Geilenkirchen 156

Geißler, Waldemar, Mar.Int.Sekr. 1363

Gelsenkirchen 15, 728

Generalanzeiger (Gotha) 1021, 1060

Generalgouvernements 277, 1064
— Aufklärung d. Feldheeres 842 f.
Vaterländischer Unterricht 912.
— Belgien 251, 261, 685, 1171, 1246
Interessenvertretung d. Industriellenverbände 201 f.
Aufklärung d. Feldheeres 328, 835, 837
Vaterländischer Unterricht 865, 899, 944
— Warschau 261, 662, 751
Handhabung d. Zensur 131
Aufklärung d. Feldheeres 328, 835, 837
Vaterländischer Unterricht 899, 944

Generalinspektion des Ingenieur- u. Pionierkorps u. der Festungen 778

Generalinspektion des Militärverkehrswesens 778

Generalkommandos (stellv.) XLI, LXVII, LXX, LXXIV, 251, 983, 1201
— Unterstellung in kriegswirtschaftlichen Fragen XLII, XLVII, 508
— Kriegsamtstellen XLVII, 523 ff., 541, 544, 587, 1009, 1186
Unterstellung 565 ff.
— Arbeiterfrage XLI f., 461, 463 f., 468 ff., 483, 522
Kriegsausschüsse 475 f.
Einhaltung von Tarifverträgen 559, 624
Zurückstellung von Wehrpflichtigen 468 f., 472 ff., 477 f., 481, 547
Durchführung d. Hilfsdienstgesetzes XLI, 505, 507, 516 f., 540 ff., 548 ff., 582, 585 f., 600, 610
Aufrufe zum vaterländischen Hilfsdienst 541, 545 f.
Reklamation eingezogener Arbeiter 519 f., 577 f.
Behandlung reklamierter Arbeiter 537, 544, 546 ff., 621
Freizügigkeit d. Arbeiter 538, 547
Einberufung wehrpflichtiger Arbeiter XLIII, 547, 563 ff., 577, 616, 621, 627, 1006, 1051, 1169
Einberufung von Hilfsdienstpflichtigen 629
Wehrdienst von Arbeitervertretern 614 f.
Freimachung wehrpflichtiger Arbeiter (Militärpersonen) 477 ff., 541, 552 f., 584
— Volkswirtschaftliche Abteilungen XLII, 568
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda XLIII, IL, 292 f., 297 f., 305, 337, 343, 345, 347 f., 350 ff., 805 ff., 816, 837, 842 f., 848, 854, 857, 861, 900, 908, 919, 946, 970, 1057, 1336, 1385
Besprechung im preuß. Kriegsministerium 9. 6. 1916 308 ff.
Aufklärung d. Arbeiterschaft 627, 937
Antistreikpropaganda 928 ff.
Vaterländischer Unterricht XLIII, 860, 870, 872 ff., 894, 912 f., 924 f., 931, 942 ff., 960, 966 f., 981, 1312, 1328, 1385
Besprechung in Berlin 15. 10. 1918 973 ff.
Bezirkspressebesprechungen 878 f.
Kriegsberichterstattung 868
Feindliche Propaganda 824 f., 830, 1100
— Geburtstag d. Kaisers 661, 1134
— Wohlfahrtseinrichtungen XLI, 943
— Monatsberichte 317, 339, 351, 378 ff., 392 f., 402 ff., 425 ff., 457, 657, 666 f., 740 ff., 770, 799 ff., 806, 869, 871, 990, 1005, 1023, 1083 f., 1130, 1158, 1212 f., 1223, 1238, 1256, 1267 ff., 1272, 1279, 1301
s. a. Oberkommando in den Marken; Militärbefehlshaber

Generalkommando (stellv.) d. Gardekorps XLIV, 524, 1003, 1386, 1396 f.
— Pressezensur 71, 167
— Maßnahmen gegen Streiks 1164
— Aufrechterhaltung d. Disziplin 1318 f.

Generalkommando (stellv.) d. I. AK XL f., 1003, 1169
— Handhabung d. Belagerungszustands
Erklärung 7
Außerkraftsetzung von Verfassungsartikeln 13
Außerordentliche Kriegsgerichte 55
Zensur von Vortragsveranstaltungen 1054 f.
Regelung d. Versammlungswesens 1054 f.
— Wahrung d. Burgfriedens 1054
Überwachung d. Jugend 1012
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 741
Vaterländischer Unterricht 957 f.
Bezirkspressebesprechungen 879
— Parteien u. Organisationen
USPD 732

Gewerkschaften 732, 742
— Lebensmittelversorgung 740, 1012
— Streiks u. Unruhen 732
Meuterei in d. Marine 1373
— Monatsbericht für
März 1917 740
April 1917 742
Mai 1917 741

Generalkommando (stellv.) d. II. AK XL f., 124, 1003, 1385
— Handhabung d. Belagerungszustands
Aufhebung von Verfassungsartikeln 14
Außerordentliche Kriegsgerichte 55
Ausübung der Zensur 85, 90, 137, 225, 395, 653
Pressezensur 82, 100, 250, 450, 687, 1208, 1333
Verbot von Zeitungen 151, 273
Zensur von Druckschriften 104
in d. Berichterstattung über d. russ. Revolution 693
Zusammenarbeit mit den Zivilbehörden 85, 427 f.
Regelung d. Versammlungswesens 226 f., 243, 404 f., 427 f., 724, 1094
Öffentliche Versammlungen d. Freien Vaterländischen Vereinigung 373 f.
— Friedensfrage 392 f.
Kriegszielfrage 418, 743, 801
Erörterung 450
Friedensresolution d. Reichstags 801
— Innenpolitische Fragen
Beobachtung der allgemeinen Stimmung 1267 ff.
Preuß. Wahlrechtsreform 801
Sturz Bethmann Hollwegs 800, 802
— Wahrung des Burgfriedens 373, 428, 450
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 967, 1267 f, 1328
Bezirkspressebesprechungen 879
Schutz des Heeres vor polit. Propaganda 779, 1167
— Parteien u. Organisationen
Politische Betätigung von Militärpersonen 1098, 1226
SPD 405, 744
Kriegszielpetition d. SPD 418
USPD 1269
Maßnahmen gegen d. USPD 763
Gewerkschaften 405, 543, 743 f., 1256
Freie Vaterländische Vereinigung 373 f.
— Wirtschaftsfragen
Lebensmittelversorgung 426, 743, 801
Ausfuhrverbot 36
Lohnfrage 743
Durchführung d. Hilfsdienstgesetzes 582, 593
Meldepflicht 605
Ausschüsse 549 f.
— Streiks u. Unruhen 543, 732, 1256
Meutereien in d. Marine 1373
— Monatsbericht für
Juni 1916 392 f.
Juli 1916 404 f.
August 1916 426
Dezember 1916 657
April 1917 743 f.
Juli 1917 800 ff.
August 1918 1267 ff.

Generalkommando (stellv.) d. III. AK XLIV, 7, 14, 476, 524, 1003
— Pressezensur 1189
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 310, 312, 893
Aufklärung d. Heeres 842
Bezirkspressebesprechungen 879
— Preuß. Wahlrechtsfrage 1185
— SPD XXII
— Reklamation von Arbeitern 568
— Streiks 1185
Gegenmaßnahmen 1164
Wiedereinberufung von Wehrpflichtigen 1169 f.

Generalkommando (stellv.) d. IV. AK XL, 975, 1003
— Handhabung d. Belagerungszustands
Erklärung 7
Verschärfter Belagerungszustand 14
Aufhebung von Verfassungsartikeln 14
Pressezensur 402
Zensur von Druckschriften u. Flugblättern 251 f.
Maßnahmen gegen d. Verbreitung von Gerüchten 1262 f.
Regelung d. Versammlungswesens 724, 1218
— U-Bootkriegführung 402
— Kriegszielfrage 402
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 731, 741
Bezirkspressebesprechungen 879
Aufklärung d. Heeres 842
Vaterländischer Unterricht 871, 876, 924
— Preuß. Wahlrechtsfrage 742
— Parteien u. Organisationen
SPD XXII, 402
USPD 800
Kriegervereine XXII
Gewerkschaften 742
— Wirtschaftsfragen
Lebensmittelversorgung 380 f., 731, 740 ff.
Ausfuhrverbot 37
Lohnfrage 731, 742
— Streiks u. Unruhen 742 f., 1157, 1162
Gegenmaßnahmen XXXVI f., 731, 1044
Militarisierung von Betrieben 731
— Monatsbericht für
April 1916 380 f.
Mai 1916 381
Juni 1916 393
Juli 1916 402

Februar 1917 326
März 1917 740
April 1917 740 ff.
Juni 1917 770
Juli 1917 800

Generalkommando (stellv.) d. V. AK XL f., 81, 1003
— Handhabung d. Belagerungszustands
Außerkraftsetzung von Verfassungsartikeln 14, 87
Außerordentliche Kriegsgerichte 55
Verhältnis zur Presse 134
Ausübung d. Zensur 114, 175
Vorzensur 151
Zensur in d. Kriegszielfrage 135
Lebensmittelversorgung 160
Russische Revolution 160
Polnische Frage 115, 160, 162
Vereinheitlichung d. Zensur 115 f.
Vereinsfreiheit 1055
Regelung d. Versammlungswesens 226, 1055
— Wahrung d. Burgfriedens 160
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 812
Bezirkspressebesprechungen 879
Aufklärung d. Truppe 872
Vaterländischer Unterricht 869 ff., 901, 973
— Kriegszielfrage 871
— Preuß. Wahlrechtsfrage 1116
— Parteien
SPD 871, 1223
USPD 802
— Lebensmittelversorgung 732
— Streiks u. Unruhen 732
Gegenmaßnahmen 1187
— Monatsbericht für
Juli 1917 802
August 1917 871
November 1917 1116
Juni 1918 1223

Generalkommando (stellv.) d. VI. AK XL f., 1003, 1008
— Handhabung d. Belagerungszustands
Aufhebung von Verfassungsartikeln 14
Zusammenarbeit mit d. Zivilbehörden 1008
Außerordentliche Kriegsgerichte 55
Vorzensur 134, 452
Verbot von Zeitungen 151
Zensur von Druckschriften 171
Vereinheitlichung d. Zensur 115
Maßnahmen gegen d. Verbreitung von Gerüchten 1262
Erörterung d. Kriegszielfrage 452
Vereins- u. Versammlungsrecht 1055
Regelung d. Versammlungswesens 724, 733, 1004, 1218, 1253 ff.
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 732 f., 1057
Bezirkspressebesprechungen 879
Aufklärung d. Arbeiterschaft 950 f.
Vaterländischer Unterricht 875, 924
Kriegsberichterstattung 868
— Parteien u. Organisationen
Behandlung d. Parteien 1007
SPD XXII, 1223
Gewerkschaften 733, 1253 ff.
— Wirtschaftsfragen
Verhältnis zu d. Unternehmern 1255
Lebensmittelversorgung 380, 425, 733, 1011
Lohnfrage 1007, 1011
— Behandlung d. Kriegsgefangenen 1008
— Streiks u. Unruhen 380, 405, 425, 615, 643, 757, 1255
Gegenmaßnahmen 1004
Militarisierung von Betrieben 1007
Wiedereinberufung reklamierter Arbeiter 1008, 1011
— Monatsberichte 380
Juni 1916 393
Juli 1916 405
August 1916 425
Juni 1918 1223
Juli 1918 1255

Generalkommando (stellv.) d. VII. AK XL, LXX, 19, 99, 1003, 1007, 1352
— Handhabung d. Belagerungszustands
Erklärung 191
Verschärfter Belagerungszustand 84, 93
Handhabung d. vollziehenden Gewalt 10
Befugnisse d. Militärbefehlshabers 22 f., 35 f.
d. Zivilbehörden 26 ff.
Zusammenarbeit mit d. Zivilbehörden 93 ff., 243, 366
Verhältnis zu d. Gouverneuren u. Festungskommandanten 25
Aufhebung von Verfassungsartikeln 5, 15
Eingriffe in d. Grundrechte 27
Außerordentliche Kriegsgerichte 18, 55, 1009
Verhaftung politisch unsicherer Personen 187
Aufhebung d. Pressefreiheit 93
Ausübung d. Zensur 27
Pressezensur L, 95 ff., 165, 195, 334
Vorzensur 84, 93 ff., 134, 151, 452, 1333
Zensur von Vortragsveranstaltungen 112, 252, 366, 429 f., 1174 f.
Druckschriften u. Flugblätter 171, 251 ff.
Zensur in d. Kriegszielfrage 97 f., 245 f., 250, 256, 429 f.
Vereinheitlichung d. Zensur 115
Regelung d. Versammlungswesens 28., 112, 243, 246, 366, 450, 660, 724, 1173 ff., 1218
Kriegszielversammlungen d. SPD 429 f.
— Beeinflussung d. allgemeinen Stimmung 305, 312
Amtliche Aufklärung u. Propaganda 811 f., 851 f.
Bezirkspressebesprechungen 879

Aufklärung d. Truppe 857
Vaterländischer Unterricht 892, 1328 f.,
Kriegsberichterstattung 868

— Kriegszielfrage 244 ff., 799
Öffentliche Erörterung 429 f., 450, 1174

— Wahrung d. Burgfriedens 96, 98, 243, 258 f., 450, 1174

— Preuß. Wahlrechtsfrage 1185, 1197
Parteien u. Organisationen
SPD 194 ff., 244, 366, 852, 1123
Radikale Gruppen d. SPD 134, 151, 425
USPD 728
Maßnahmen gegen d. USPD 763, 1066, 1174, 1323
Gewerkschaften 405, 426, 728, 742 f., 811 f., 820, 852, 1162, 1175

— Wirtschaftsfragen
Lebensmittelversorgung 35, 37 ff., 243, 387 f., 404 f., 425 ff., 666 f., 740, 742
Ausfuhrverbot 36
Kohlenmangel 666
Zurückstellung kriegsverwendungsfähiger Arbeiter 474
Arbeitskräfte für d. Forst- u. Landwirtschaft 646
Fluktuation d. Arbeitskräfte 463, 476, 480, 1056
Durchführung d. Hilfsdienstgesetzes 522, 544
Reklamation von Arbeitern 568
Behandlung reklamierter Arbeiter 621
Wiedereinberufung reklamierter Wehrpflichtiger 565
Kriegsamtstelle 524, 566

— Streiks u. Unruhen 380, 405, 425 ff., 643, 666 f., 728, 788, 1162, 1185, 1256
Gegenmaßnahmen XXXVI f., 387 f., 728, 1173
Revolutionäre Bewegung 1373

— Monatsberichte 380
Juli 1916 404 f., 426
August 1916 425 ff.
Dezember 1916 666
Februar 1917 666 f.
März 1917 740, 742
Juli 1917 799
Januar 1918 1162
Juni 1918 1223

Generalkommando (stellv.) d. VIII. AK XL, L, 99, 124, 623, 1003

— Handhabung d. Belagerungszustands
Erklärung 7
Befugnisse d. Militärbefehlshabers 25 f.
d. Zivilbehörden 19, 27
Verhältnis zu d. Zivilbehörden 18 f.
Zusammenarbeit 84, 93, 155, 185 ff.
Verhältnis zu d. Gouverneuren u. Festungskommandanten 25
Aufhebung von Verfassungsartikeln 15
Außerordentliche Kriegsgerichte 56
Verhaftung politisch unsicherer Personen 185 ff.
Zensur 225, 271, 367, 387, 705 f., 709, 1227
Organisation 83 ff.
Pressezensur 155, 169 f., 195, 538, 1072, 1091, 1230
Vorzensur 84, 93, 141, 157
Zensur von Vortragsveranstaltungen 252
Druckschriften u. Flugblätter 171, 252
Zensur in d. Kriegszielfrage 250, 797
Streiknachrichten 722
Vereins- u. Versammlungswesen 18 f., 242, 263, 724, 1218

— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 292, 1012, 1190
Bezirkspressebesprechungen 879
Kriegsberichterstattung 868

— Friedensfrage 363
Kriegszielfrage 450

— Parteien u. Organisationen
SPD 195
SPD-Parteitag in Würzburg 1072
Maßnahmen gegen d. USPD 763 f.
Gewerkschaften 405

— Wirtschaftsfragen
Lebensmittelversorgung 292, 387, 666, 1010
Lohnfrage 1010 f.
Zurückstellung kriegsverwendungsfähiger Arbeiter 468, 472 ff.
Reklamation von Arbeitern 568
Freizügigkeit 538
Wiedereinberufung reklamierter Wehrpflichtiger 565, 1187
Kriegsamtsstelle 524

— Streiks u. Unruhen 380, 666, 727, 1010, 1162
Gegenmaßnahmen 387, 699, 727, 789, 1187
Überwachung d. Jugend 1011

— Monatsberichte 380
April 1916 363
Juli 1916 405
Dezember 1916 657, 666
Februar 1917 666

Generalkommando (stellv.) d. IX. AK XL, 25

— Handhabung d. Belagerungszustands 1009
Erklärung d. verschärften Belagerungszustands 10, 21 f., 189
Handhabung d. vollziehenden Gewalt 10
Aufhebung von Verfassungsartikeln 5, 15, 21 f.
Einsetzung außerodentlicher Kriegsgerichte 1189
Schutzhaft 1009
Verhältnis zu d. Zivilbehörden 19
zur Presse 134
Pressezensur 19, 1009, 1188 f.
Vorzensur 134, 151, 452, 1059
Regelung d. Versammlungswesens 19, 226 f., 724, 1010

— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 1045, 1190

Bezirkspressebesprechungen 879
Kriegsberichterstattung 868
— Parteien u. Organisationen
SPD 202 ff., 1189 f.
USPD 731, 802
Maßnahmen gegen d. USPD 1188 f.
Gewerkschaften 742, 1010
— Wirtschaftsfragen
Lebensmittelversorgung 311, 740, 1009
Ausfuhrverbot 36
Lohnfrage 1010
Arbeitskräfte für d. Werften 630
Freizügigkeit d. Arbeiter 633
Einberufung von Hilfsdienstpflichtigen 602
Reklamation eingezogener Facharbeiter 630
Wiedereinberufung reklamierter Wehrpflichtiger 1185
Kriegsamt 1177
Kriegsamtstelle 1009
— Militärische Vorbereitung d. Jugend 202 ff., 210
Überwachung d. Jugend 1010
— Streiks u. Unruhen 705 f., 731, 1185
Gegenmaßnahmen 1186, 1190
Militarisierung von Betrieben 1161, 1187 ff.
Meutereien in d. Flotte 1365, 1371 ff.
— Monatsbericht für
Juni 1916 393
März 1917 740
April 1917 742
Juli 1917 802

Generalkommando (stellv.) d. X. AK 1003, 1385
— Befehlsbereich XL, 43
— Handhabung d. Belagerungszustands
Erklärung 5
Verschärfter Belagerungszustand 11
Außerkraftsetzung von Verfassungsartikeln 15, 19
Einsetzung außerordentlicher Kriegsgerichte 1009
Zusammenarbeit mit d. Zivilbehörden 11
Ausübung d. Zensur 81, 87, 133 f., 225, 705
Anweisung an d. Presse 137, 166 f.
Merkblatt f. d. Presse 63, 65
Ergänzungen 82
Pressezensur 250, 538, 655, 1208, 1230
Vorzensur 405
Zensur von Vortragsveranstaltungen 252
Druckschriften u. Flugblätter 104, 171, 251
Antimonarchische Tendenzen 1321
Regelung d. Versammlungswesens 263, 724
— Wahrung d. Burgfriedens 1330
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 166, 309, 741, 812, 853 f.
Richtlinien 816 ff.
Bezirkspressebesprechungen 879
Vaterländischer Unterricht 901 ff., 974 f., 1328 ff.
Kriegsberichterstattung 868, 1277
— Parteien u. Organisationen
Politische Betätigung von Militärpersonen 1098
SPD 853 f., 903
Radikale Gruppen d. SPD 405
USPD 1009
Gewerkschaften 729, 742, 853
— Wirtschaftsfragen
Lebensmittelversorgung 166, 309, 381, 405, 666, 740, 817, 819, 821, 902
Vermittlung bei Lohnstreitigkeiten 729
Freizügigkeit d. Arbeiter 538
Wiedereinberufung reklamierte Arbeiter 1009
— Streiks u. Unruhen 381, 729 f., 1005
Gegenmaßnahmen 405 f., 730
Militarisierung von Betrieben 1009
Meutereien in d. Marine 1373
— Kriegszielfrage 817, 820
Öffentliche Erörterung 450
Friedensfrage 1329
— Kriegseintritt d. USA 167
— Waffenstillstandsverhandlungen 1329
— Monatsbericht für
Mai 1916 378, 381
Juni 1916 393
Juli 1916 405 f.
Januar 1917 666
März 1917 740
April 1917 742
Mai 1917 741
August 1917 1005, 1009

Generalkommando (stellv.) d. XI. AK 1003
— Befehlsbereich XL, 43, 59
— Handhabung d. Belagerungszustands
Erklärung d. verschärften Belagerungszustands 19, 227
Aufhebung von Verfassungsartikeln 13, 16
Verhältnis zu d. Zivilbehörden 59
zur Presse 134
Pressefreiheit 84
Ausübung d. Zensur 110 f., 114 f., 135, 251, 1011
Pressezensur 165 ff.
Vorzensur 84, 111, 136, 227
Zensur anl. d. Gründungsparteitages d. USPD 709
Vereinheitlichung d. Zensur 115
Vereins- u. Versammlungswesen 19, 227
Kriegszielversammlungen d. SPD 430
— Beeinflussung d. allgemeinen Stimmung 741
Amtliche Aufklärung u. Propaganda 800, 812
Bezirkspressebesprechungen 879
Vaterländischer Unterricht 901, 926, 947 f.
— Kriegszielfrage 430
Friedensfrage 363, 799
Friedensresolution d. Reichstags 799
— Wahrung d. Burgfriedens 110 f., 135
— Sturz Bethmann Hollwegs 800

— Parteien u. Organisationen
Radikale Gruppen d. SPD 405, 425
Sozialdem. Arbeitsgemeinschaft 733
Gewerkschaften 425, 948
— Wirtschaftsfragen
Lebensmittelversorgung 380 ff., 666, 733
Kohlemangel 667
— Kriegsgefangene 1012
— Streiks u. Unruhen 425, 1157, 1162
Gegenmaßnahmen 733
Militarisierung von Betrieben 636
Maßnahmen gegen d. Unruhe unter d. Jugend 735, 1011
Aufrechterhaltung d. Disziplin 1318
— Monatsbericht für
März 1916 363
Mai 1916 380 ff.
Juli 1916 405
August 1916 425, 430
Februar 1917 666 f.
Mai 1917 741
Juni 1917 770
Juli 1917 799 f.

Generalkommando (stellv.) d. XII. AK XL, LXVII, 1003
— Handhabung d. Belagerungszustands
Aufhebung von Verfassungsartikeln 16 f.
Ausübung d. Zensur 370, 1010
Regelung d. Versammlungswesens 417, 724
— Beobachtung d. allgemeinen Stimmung 1267
Richtlinien für d. amtliche Propaganda 817, 820 f.
Bezirkspressebesprechungen 879
Vaterländischer Unterricht 889, 903
— Kriegsgefangene 1011
— Lebensmittelversorgung 733, 1011
— Gewerkschaften 733
— Streiks u. Unruhen 1011
— Monatsbericht für August 1918 1267

Generalkommando (stellv.) d. XIII. AK LXIX, 21, 227, 307, 816, 942, 1003, 1066
— Handhabung d. Belagerungszustands
Erklärung 7, 9
Verschärfter Belagerungszustand 11, 56, 212
Aufhebung von Verfassungsartikeln 13, 16 f., 19, 87
Einsetzung von Kriegsgerichten 16
Zusammenarbeit mit d. Zivilbehörden XLV, 11, 59, 65, 230 ff., 734
Ausübung der Zensur 212, 370, 1093
Organisation 65 f.
Pressezensur 16, 66, 98 ff., 231 f., 538, 1093
Vorzensur 66, 84, 91, 99 f., 225
Beschlagnahme von Zeitungen 66
Zensur von Feldpostbriefen 100
Druckschriften u. Flugblätter 100, 171, 209, 251 f.
Zensur in d. Kriegszielfrage 100, 225
Maßnahmen gegen d. Verbreitung von Gerüchten 1262
Regelung d. Versammlungswesens 230 f., 243, 247, 282, 724, 1093, 1145, 1174, 1218, 1231
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 823 f.
Einsatz von Urlaubern für d. Inlandspropaganda 837 f., 866
Aufklärung d. Truppe 858
Vaterländischer Unterricht 864 ff., 958, 961 ff.
Aufklärung d. Arbeiterschaft 937 ff.
Bezirkspressebesprechungen 878 f., 881
Schutz d. Heeres vor politischer Propaganda 1097
Feindliche Propaganda 963 f.
— Kriegszielpetition d. SPD 418
Friedensresolution d. Reichstags 867
— Parteien u. Organisationen
Politische Betätigung von Militärpersonen 1097, 1226 f.
SPD 101, 197, 283, 941, 1218
Maßnahmen gegen sozialdem. Jugendorganisationen 209, 282 ff.
Radikale Gruppen d. SPD 211 ff., 230 ff., 247, 254, 282 ff.
USPD 966, 1174
Deutsche Friedensgesellschaft 1174
Gewerkschaften 283, 866, 937 ff.
Genehmigung von Gewerkschaftsversammlungen 243, 247, 1174
— Wirtschaftsfragen
Lebensmittelversorgung 864, 867, 938, 940, 962, 1174
Arbeitskräfte für d. Forst- u. Landwirtschaft 646
Durchführung d. Hilfsdienstgesetzes 570
Aufruf zum vaterländischen Hilfsdienst 545
Freizügigkeit d. Arbeiter 538
Freimachung von Militärpersonen 583
Wiedereinberufung reklamierter Wehrpflichtiger 565, 581
Begrenzte Arbeitsgebiete 616
— Militärische Vorbereitung d. Jugend 283
— Streiks u. Unruhen 1184
Gegenmaßnahmen 400, 788, 1005, 1226 f.
Militarisierung von Betrieben 636, 1051, 1188
Maßnahmen gegen d. Unruhe unter d. Jugend 735
gegen d. radikalsozialistische Jugendbewegung 776
Aufrechterhaltung d. Disziplin 1226 f.
— Monatsbericht für Februar 1918 1188

Generalkommando (stellv.) d. XIV. AK XXVII, XL, LXIX, 734, 973, 980, 1003, 1151, 1384
— Handhabung d. Belagerungszustands
Erklärung 4 ff.
Verschärfter Belagerungszustand 4 f.
Verordnungsrecht 33

Vereinheitlichung d. erlassenen Verordnungen 41 ff.
Aufhebung von Verfassungsartikeln 16
Zusammenarbeit mit d. Zivilbehörden 59, 1280
Ausübung d. Zensur 131, 171, 1227
Pressezensur 219, 1392
Vereinheitlichung d. Zensur 115 f.
Regelung d. Versammlungswesens XLV, 1009, 1095
USPD-Versammlungen 762
— Beobachtung d. allgemeinen Stimmung 382, 1301, 1329
Amtliche Aufklärung u. Propaganda 740, 810, 930, 1095, 1190
Organisation 823 f.
Flugblätter 345, 347, 807, 852
Einsatz von Urlaubern für d. Inlandspropaganda 837
Bezirkspressebesprechungen 879, 881
Aufklärung d. Heeres 842
Vaterländischer Unterricht 865, 873, 875, 889, 891 ff., 924, 958, 1270, 1329
Kriegsberichterstattung 1249
Bekämpfung sozialistischer Propaganda 1065 ff.
— Parteien u. Organisationen
Deutsche Zentrumspartei 1094
SPD 197
Maßnahmen gegen d. USPD 762, 1065 ff.
Deutsche Vaterlandspartei 1190
— Wirtschaftsfragen
Lebensmittelversorgung 382
Lohnfrage 1008
Ausschüsse nach d. Hilfsdienstgesetz 550
Wiedereinberufung reklamierter Arbeiter 1011, 1169 f.
— Streiks u. Unruhen 1184
Gegenmaßnahmen 740, 852, 1005, 1008 f., 1169 f., 1186
Militarisierung von Betrieben 1008
Flottenunruhen August 1917 1064 f.
Aufrechterhaltung d. Disziplin 1271 f., 1318
Ausbildung d. Offiziere 1270 ff.
— Friedensangebot 3. 10. 1918 1301, 1314
Waffenstillstandsverhandlungen 1329
— Monatsberichte 379
Mai 1916 382
Juni 1917 770
August 1918 1249
Oktober 1918 1301, 1329

Generalkommando (stellv.) d. XV. AK XXVI, XL, 43, 734, 1003
— Handhabung d. Belagerungszustands
Aufhebung von Verfassungsartikeln 16
Vorzensur 134, 151
Regelung d. Versammlungswesens 724
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 961
Bezirkspressebesprechungen 879, 881
Vaterländischer Unterricht 900
— Kriegsamtstelle 524

Generalkommando (stellv.) d. XVI. AK XL, 195
— Handhabung d. Belagerungszustands
Aufhebung von Verfassungsartikeln 16
Verhaftung politisch unsicherer Personen 187
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 851 f., 855
Bezirkspressebesprechungen 879
— Wirtschaftsfragen
Lebensmittelversorgung 382
Durchführung d. Hilfsdienstgesetzes 522
— Monatsbericht für April 1916 382

Generalkommando (stellv.) d. XVII. AK XL f., 1003
— Handhabung d. Belagerungszustands 10
Verhältnis zu d. Festungskommandanten 1012
Aufhebung von Verfassungsartikeln 17, 40, 87
Ausübung d. Zensur 40
Pressezensur 17
Vorzensur 90
Vereinheitlichung d. Zensur 113 ff.
Regelung d. Versammlungswesens 724
— Beeinflussung d. allgemeinen Stimmung 741
Amtliche Aufklärung u. Propaganda 351, 853
Richtlinien 817
Bezirkspressebesprechungen 879
— Friedensfrage 817
— Wirtschaftsfragen
Lebensmittelversorgung 732
Fluktuation d. Arbeitskräfte 476
— Streiks u. Unruhen 732, 1186
Meutereien in d. Marine 1373
— Monatsbericht für
Mai 1917 741

Generalkommando (stellv.) d. XVIII. AK 194 f., 392, 1003
— Befehlsbereich XL, 43
— Handhabung d. Belagerungszustands
Erklärung 5, 224
Verschärfter Belagerungszustand 224
Handhabung d. vollziehenden Gewalt 10
Aufhebung von Verfassungsartikeln 17, 224, 229
Ausübung d. Zensur 84, 110, 113, 115, 230
Pressezensur 102, 111, 136 f., 160
Zensur von Druckschriften u. Flugblättern 171, 252
Denkschrift d. Rechtsanwalts Claß XLI, 214 ff., 223 ff., 228 ff., 256
Zensur in d. Kriegszielfrage 256
Vereinheitlichung d. Zensur 115
Regelung d. Versammlungswesens 724, 734

— Wahrung d. Burgfriedens 110, 137, 456
Erörterung d. Kriegszielfrage 452
— Beeinflussung d. allgemeinen Stimmung 305, 309
Amtliche Aufklärung u. Propaganda 852 f., 967
Bezirkspressebesprechungen 879
— Sozialpolitischer Unterricht XX
— Preuß. Wahlrechtsfrage 1223
— Parteien u. Organisationen
SPD XXII, 160, 734, 853
Gewerkschaften 742, 852 f.
— Wirtschaftsfragen
Lebensmittelversorgung 309, 382
Öffentliche Erörterung 111, 160
Behandlung reklamierter Arbeiter 548
Freizügigkeit d. Arbeiter 481
Schlichtungsausschuß 522
— Monatsbericht für
April 1916 382
Juni 1916 393
Juli 1916 402
April 1917 742
Juni 1917 770
Februar 1918 1188

Generalkommando (stellv.) d. XIX. AK XL, LXVII, 1003, 1295
— Handhabung d. Belagerungszustands
Aufhebung von Verfassungsartikeln 17
Pressefreiheit 17
Pressezensur 165
Vereins- u. Versammlungsfreiheit 17
Regelung d. Versammlungswesens 242, 416
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 820
Bezirkspressebesprechungen 879
Richtlinien für d. Vaterländischen Unterricht 889 ff.
— Preuß. Wahlrechtsfrage 801
— Parteien u. Organisationen
Sozialdem. Arbeitsgemeinschaft 165
Maßnahmen gegen d. USPD 762 f.
Gewerkschaften 1212
— Lebensmittelversorgung 1012
— Kriegsamtstelle 820
— Maßnahmen gegen Streiks u. Unruhen 1012
— Monatsbericht für Juli 1917 801

Generalkommando (stellv.) d. XX. AK XL f., 1003
— Handhabung d. Belagerungszustands
Erklärung 7
Außerkraftsetzung von Verfassungsartikeln 17
Außerordentliche Kriegsgerichte 55 f.
Regelung d. Versammlungswesens 724
— Bezirkspressebesprechungen 879
Vaterländischer Unterricht 900, 925
— Kohlemangel 667
— Militarisierung von Betrieben 732
— Meutereien in d. Marine 1373
— Monatsbericht für
Februar 1917 667
Juli 1917 800

Generalkommando (stellv.) d. XXI. AK XL, 195, 1003
— Handhabung d. Belagerungszustands
Aufhebung von Verfassungsartikeln 17
Außerordentliche Kriegsgerichte 56
Verhaftung politisch unsicherer Personen 187
Pressezensur 156, 538
Zensur von Vortragsveranstaltungen 252
Druckschriften u. Flugblätter 251
Zensur in d. Kriegszielfrage 256
Regelung d. Versammlungswesens 227, 724
— Bezirkspressebesprechungen 879
— Preuß. Wahlrechtsfrage 1223
— Wirtschaftsfragen
Lebensmittelversorgung 666
Durchführung d. Hilfsdienstgesetzes 522
Freizügigkeit d. Arbeiter 538
Kriegsamtstelle 566
— Streiks u. Unruhen 729, 1256
Gegenmaßnahmen 699
— Monatsbericht für Dezember 1916 666

Generalkommando (stellv.) d. I. bayer. AK XL, XLV, 53, 193, 406, 827, 1003, 1217
— Handhabung d. Belagerungszustands XLVIII
Ausübung d. Zensur 152 ff., 398
Regelung d. Versammlungswesens 228, 396 ff., 417 f., 1144 ff., 1324
SPD-Versammlungen 359, 366
zur Erörterung d. Lebensmittelfrage 247 ff.
— Parteien u. Organisationen
Politische Betätigung von Militärpersonen 366, 1117 f.
Maßnahmen gegen d. USPD 1295 f., 1322, 1324
Deutsche Vaterlandspartei 1101, 1144 ff.
— Maßnahmen gegen Streiks u. Unruhen 1137 ff., 1324
Ausweisung von Linksradikalen 1153

Generalkommando (stellv.) d. II. bayer. AK XL, XLV, 43, 53, 193, 396, 406, 1003, 1217
— Handhabung d. Belagerungszustands XLVIII
Ausübung d. Zensur 55, 152 ff.
Regelung d. Versammlungswesens 228, 417, 735, 1144 ff., 1175
SPD-Versammlungen 1225
zur Erörterung d. Lebensmittelfrage 247 ff.

— Parteien u. Organisationen
Politische Betätigung von Militärpersonen 1117 f.
SPD 359, 1225
SPD-Parteitag Würzburg 1071 f.
Maßnahmen gegen d. USPD 1296, 1322, 1324
Deutsche Vaterlandspartei 1101, 1144 ff.

— Maßnahmen bei inneren Unruhen 697, 699, 1137 ff.

Generalkommando (stellv.) d. III. bayer. AK XL, XLV, 53, 193, 396, 406, 1003

— Handhabung d. Belagerungszustands XLVIII
Ausübung d. Zensur 152 ff., 419
Regelung d. Versammlungswesens 228, 417, 1144 ff., 1151 f.
USPD-Versammlungen 1216 f., 1295
SPD-Versammlungen 359
zur Erörterung d. Lebensmittelversorgung 247 ff.

— Parteien u. Organisationen
Politische Betätigung von Militärpersonen 1117 ff.
Maßnahmen gegen d. USPD 1216 f., 1295 f., 1322, 1324
Deutsche Vaterlandspartei 1101, 1117, 1144 ff.

— Maßnahmen gegen Streiks u. Unruhen 1137 ff.

Generalquartiermeister 251, 261

— Besetzte Gebiete 344

— Aufklärung d. Feldheeres 835, 843

— Maßnahmen gegen radikale Gruppen d. SPD 260, 419

Generalstab des Feldheeres (OHL) LXVII, LXXIV f., 51, 87, 277, 748, 857, 1094, 1270, 1279

— Wechsel in d. OHL LII f., LXI, 359, 512

— Abschiedsgesuch Ludendorffs Januar 1918 1122
Entlassung LXVI, 1302, 1305, 1341 ff.

— Verhältnis d. OHL zu
Wilhelm II. XV, LII f., 331, 652, 672 f., 677 ff., 683, 757, 780, 785, 792, 1125 f., 1136 f., 1306
Berg 1192
Bethmann Hollweg LXII, LXX, 291, 520 ff., 570 ff., 654 ff., 663 f., 671 ff., 677 ff., 685 f., 702 f., 710, 715, 717 ff., 749 f., 759, 771, 773, 777, 780 ff., 793, 795
Bülow 793 f.
Duisberg 766
Erzberger LXIII, 718, 768 f., 780 f., 790, 1024, 1061 f., 1212, 1221, 1297, 1328
Helfferich 1088 ff.
Hertling LXVI, 662 ff., 673 ff., 794 f., 881 f., 888, 1087 ff., 1223, 1246, 1292
Kronprinz 1144
Kühlmann 1227 ff.
Max Prinz v. Baden LVII, 976 f.
Michaelis 795 f., 989, 1024, 1063, 1082 ff.
Admiral von Müller 1128
Röchling LXIII, 1115. 1168, 1213
Stresemann LXIII, 750, 756, 759, 1062, 1096, 1115, 1242
Wild von Hohenborn L, 500
Preuß. Kriegsminister(ium) XVIII, L f., 498 ff.
Obermilitärbefehlshaber 51
Militärbefehlshaber XLVI, XLVIII ff.
Bayer. Kriegsminister(ium) XLVIII, 152 ff., 880 ff.
zur Industrie LV, LXVI, LXIX, 663, 670

— Politische Verantwortlichkeit d. OHL 522 f., 672 f., 678, 680 f., 684 f., 749 f., 792, 795, 861
Fernhalten vom Parteienstreit 149 f., 653 ff., 663, 670, 672, 677, 679, 683 ff., 693, 746, 796, 877, 1116, 1122
Vertrauensbekundungen LII, LXI, LXV f., 105, 331, 403, 495, 679 f., 684, 975 ff., 980 f., 1248, 1268, 1312
Schutz vor Kritik 408, 1225, 1330
Kritik an d. OHL LXVI, 1241, 1248, 1268 f., 1287, 1299, 1316 f., 1356
durch d. Kronprinzen 1306
Wild von Hohenborn 1346

— zu Verfassungsfragen
Monarchie 1245
Kaiserliche Kommandogewalt 678 ff., 683
Abdankung d. Kaisers 1356 f., 1380 f., 1397, 1400
Demokratie 1200, 1212 ff., 1220

— zur Innenpolitik
Einflußnahme XIII f., L, LII f., LVI ff., LXI f., LXIV ff., 152, 421, 574 ff., 588, 667, 673 ff., 679, 685 f., 719, 751, 756 f., 764 f., 767, 771, 780 ff., 790, 793 ff., 883, 885 ff., 989, 994, 1063 f., 1082 ff., 1096, 1192 ff., 1215, 1239, 1242, 1244 ff., 1281, 1285, 1289, 1297
Verhaftungen bei Verhängung d. Belagerungszustands 187
Stimmen für eine Diktatur d. OHL LXIV, 575 f., 651 f., 795, 1024, 1077, 1136 f., 1246
Preuß. Wahlrechtsfrage LXIII, LXV, LXXI, 423, 700, 702, 704, 767, 783, 793, 1062, 1082, 1115 f., 1128, 1168, 1172 f., 1193, 1197 ff., 1212 ff., 1220 ff., 1240, 1245, 1257 f.
Osterbotschaft 704, 710, 771
Sturz Bethmann Hollwegs 715, 782 ff., 791 ff., 1126, 1193
Kanzlerkandidatur Bülows 1063, 1090
von Tirpitz 1063
Sturz Groeners als Chef d. Kriegsamts 615
Verabschiedung Valentinis 1125 ff.
Kühlmann-Krise 1127 f., 1227 ff., 1242
Abschiedsgesuch Capelles 1077, 1080, 1084

— Nachrichtenpolitik L, LIII, 68, 107, 110, 289 ff., 342, 810, 861, 867 f., 881 f., 955 f., 1120 f., 1236 f., 1247 ff., 1253, 1300, 1303, 1314 f.
— Burgfrieden 107, 137, 193 f., 653, 1096, 1239, 1244
— Pressepolitik 67, 113, 116, 123, 152 f., 159, 163, 167, 173, 289, 375, 451 f., 677 ff., 690 f., 723, 739, 768, 789, 826, 834 f., 839, 859, 880 f., 954, 979, 1068, 1084, 1086, 1129 f., 1236
Kritik am Pressereferat d. bayer. Kriegsministeriums 880 ff.
Frontzeitungen LIV, 327, 334, 338, 897, 910
Zensur IL f., LIII f., LXVI, 51, 71, 102, 105, 111, 113 ff., 119, 131, 135 ff., 146, 152 f., 161 f., 165 ff., 173 ff., 335, 394, 679, 812, 826, 828, 881 f., 944 f.
Verhältnis zu d. Zensurstellen 158, 168 f.
Pressezensur 85 f., 109, 141, 158 ff., 163 f., 168, 194, 395, 653 ff., 773, 796, 813 f., 877, 885 f., 952, 1091 f.
Verbot von Zeitungen 177
Zensur in d. Kriegszielfrage 69 f., 100, 135 f., 174, 258, 368, 375, 715, 718, 777, 797
Friedensfrage 656 ff.
U-Bootkriegführung 121 ff., 129 f.
Nachrichten aus d. Ausland 1209
Russische Revolution 723
Aufruf d. russ. Sozialisten 25. 3. 1917 686 ff., 690, 692 f.
Waffenstillstands- u. Friedensverhandlungen mit Rußland 1103 ff., 1120 f., 1144
Lebensmittelfrage 656
Streiknachrichten 722
Maßnahmen gegen d. Verbreitung von Gerüchten 1260, 1266
— Beeinflussung d. allgemeinen Stimmung 310, 313 ff., 574 ff.
Amtliche Aufklärung u. Propaganda XLIII, IL, LIV, LVII, LXVI, LXXI, 175, 327 ff., 335 ff., 343, 350 f., 690 f., 708, 723, 736 ff., 765, 809 ff., 816, 822, 824, 826 ff., 830 f., 835 ff., 846 ff., 850, 854 f., 884 ff., 895 f., 900, 961 f., 970, 982 ff., 1236 f., 1242, 1248, 1336
anläßlich d. beginnenden 4. Kriegsjahrs 840
Richtlinien 20. 9. 1918 968 ff.
Bezirkspressebesprechungen 878 ff.
Aufklärung d. Arbeiterschaft 937
Antistreikpropaganda 929
Ernennung eines Propagandaministers 953 ff.
Maßnahmen gegen antimonarchische Tendenzen 711 f., 813 f., 825 f., 828 f., 832, 845, 1356 ff.
im Feldheer 690
Aufklärung d. Feldheeres 326 ff., 692 f., 835 ff., 846 ff., 1380 f.
Leitsätze 841 ff.
Schutz d. Heeres vor politischer Propaganda 163, 747, 778
Vaterländischer Unterricht LIV, 173, 860 ff., 871, 873, 877, 894 ff., 898 ff., 905, 909 ff., 916 ff., 922, 942, 944 f., 952, 966, 973, 975 ff., 1068, 1312, 1328 f., 1385
Kriegsberichterstattung LIV, LVII, 303, 314, 329 f., 867 ff., 1235 f., 1269
Pazifismus 1098 ff., 1123
Bekämpfung d. sozialistischen Propaganda 1064
Feindliche Propaganda 317, 690 f., 718, 843, 909, 979, 1098 ff., 1172, 1380
Feindliche Heeresberichte 333 f.
— Judentum 717, 1085, 1197, 1214, 1243
— Reichstag LXII ff., LXVI, 376, 523, 671, 678, 683, 690 f., 751, 756 f., 765, 767, 780 ff., 791, 794, 798, 861, 922, 974, 989, 1024, 1082 ff., 1096, 1211 f., 1215, 1244 f., 1288, 1297 f.
Immunität d. Abgeordneten 1244
Frontreisen von Abgeordneten LXIII f., 903 ff.
Beschlüsse d. Verfassungsausschusses 771
— Parteien u. Organisationen
Politische Betätigung von Militärpersonen 1097
SPD 376, 673 ff., 691, 715, 717 ff., 723, 954, 1083 ff., 1096, 1116, 1128, 1152, 1171, 1177, 1192 ff., 1208, 1212, 1214, 1221, 1240, 1244 f., 1258
Maßnahmen gegen radikale Gruppen d. SPD LI
USPD 1084 f., 1098 f., 1171, 1194 ff., 1208, 1239, 1242, 1244 f.
Internationaler Sozialistenkongreß in Stockholm 707 f.
Maßnahmen gegen d. USPD 1143, 1239
Deutsche Vaterlandspartei 1049, 1101, 1245
Gewerkschaften 620, 716, 726, 1083, 1096, 1171, 1193 ff., 1207 f., 1211 f., 1240, 1253, 1256
— Wirtschaftsfragen
Kriegskosten 640, 1086
Kriegsproduktion IL, LVI, LXXI, 421, 423, 686, 767, 780 f., 1172 f.
Steigerung 483 f., 486 ff., 498, 513, 570 ff.
Rückgang 554 f.
Unternehmergewinne 422, 640, 1198
Arbeiterfrage 498, 631
Arbeiter- u. Ersatzwesen 423, 482 f., 489, 500 f., 539, 553, 628, 639 f., 642 ff., 672, 678, 685, 1193 f., 1241, 1244, 1327
Freigabe Wehrpflichtiger für d. Kriegswirtschaft 489 ff., 577 ff., 630
Frauenarbeit 423, 484, 639, 644
Kriegsleistungsgesetz 421, 423, 482 ff., 492, 498, 573
Hindenburg-Programm L, LV, 421, 512 f., 554
Einrichtung d. Kriegsamts 498 ff.
Vaterländischer Hilfsdienst 541
Hilfsdienstgesetz LXIII, LXV f., 341 f., 451, 503 f., 506, 509 f., 512, 516, 521 ff., 527, 573 f., 576 f., 597, 617, 652, 672, 678, 686, 717, 1086, 1194, 1240 f.

Reklamation eingezogener Facharbeiter 519 f., 544, 571, 577 f., 621
Freizügigkeit reklamierter Arbeiter 643
Änderung d. Hilfsdienstgesetzes 625 ff.
Lebensmittelversorgung 158, 327 f., 346, 421 ff., 451, 498 ff., 572 f., 628, 668, 717 f., 745, 845, 847, 910, 962, 1005, 1061 f., 1082, 1084 ff., 1098, 1171, 1173, 1193 f., 1197, 1240
Öffentliche Erörterung 111, 279, 339
Rohstofflage 845, 968, 1061, 1193 f.
Kohlemangel 770, 845, 847, 910, 1082, 1084
Lohnfrage 573, 719, 1086, 1194, 1197 f., 1240, 1243 f.
Transportwesen 686

— Einflußnahme auf die Außenpolitik LVIII, LXIV f., 883
Österreich-Ungarn 765, 771 f., 785, 794, 897
Polnische Frage 160 f., 662, 672, 679, 685, 757, 797
Russische Februarrevolution LXIII, 158, 163, 673, 686 ff., 690 ff., 711, 723
Oktoberrevolution 1193, 1246
Waffenstillstands- u. Friedensverhandlungen mit Rußland LXIV, LXVI, 918 f., 1103 ff., 1121 f., 1127, 1129 f., 1144, 1172, 1197, 1211

— Friedensfrage 707 f., 717 ff., 723, 745 f., 771, 956, 1061 f., 1083 f., 1096, 1127 f., 1194, 1197, 1297
Friedensangebot 12. 12. 1916 1122
Friedensschluß 968, 979 f., 1307
Kriegszielfrage LXIV, 69 f., 100, 244 ff., 717, 768, 777, 791, 814 f., 834, 836, 845 f., 862 f., 956, 989, 994, 1084, 1122, 1197, 1199
Öffentliche Erörterung LIV, 160, 374 f., 416, 431, 441, 446, 449, 789
Richtlinien 444 ff., 451 ff.
Resolution d. SPD 19. 4. 1917 715, 718, 723
Konservative Interpellation 3. 5. 1917 750, 756, 759
Friedensresolution d. Reichstags 19. 7. 1917 LXII, 797 f., 839, 1061 f., 1082 f., 1127, 1197

— zu militärischen Fragen
Kriegführung 161, 163, 822, 971, 1305, 1316
Luftkrieg 773
U-Bootkriegführung LXIII f., 123, 358, 523, 539, 662, 671, 679, 745, 757, 766, 768 ff., 772, 797, 839, 845, 864, 968, 1061, 1089
Wehrsold 1243 f.
Ausdehnung d. Wehrpflicht 501 ff., 506, 513, 573, 639, 645
Militärische Vorbereitung d. Jugend 218, 483, 759
Mißstände im Heer 307
Verhalten d. Offiziere 843
Offizierersatz 1271
Siegeszuversicht 158, 644, 744 ff., 764 ff., 770, 772, 822, 845, 847, 910, 968, 1130, 1228, 1250, 1268 f., 1274, 1293
Beurteilung d. militärischen Lage Sommer 1917 764 ff.
Sommer 1918 1250 f.
Herbst 1918 971, 975 ff., 1282 ff., 1296 ff., 1310, 1314, 1327, 1336, 1339, 1355 f.

— Streiks u. Unruhen 421, 573, 667, 743, 766, 777, 845, 1005, 1096, 1098 ff., 1115 f., 1168, 1171 ff., 1177, 1183, 1194 ff., 1208, 1212, 1239 ff.
Gegenmaßnahmen LI, 615, 722, 727, 739 f., 753, 929, 1143, 1152, 1160, 1172 f., 1201, 1244, 1394
Flottenunruhen August 1917 1083
Landesverrat 1099, 1183, 1195, 1244
Schutzhaft 1143
Auflösungserscheinungen im Heer 1066, 1226, 1242 f., 1250 f., 1293,
Meutereien in d. Flotte 1359, 1373
Aufrechterhaltung d. Disziplin 1226, 1312, 1318, 1356 f., 1359, 1400 f.
Arbeiter- u. Soldatenräte 1401
Umsturz im November 1918 1400 f.

— Waffenstillstandsforderungen d. OHL LXVI, 975 ff., 981, 1282 ff., 1290 ff., 1296 ff., 1309 ff., 1327, 1355
Friedensangebot 3. 10. 1918 1300, 1310, 1312 ff.
Waffenstillstandsbedingungen u. -verhandlungen 1327 ff., 1355, 1400
Notenwechsel mit Wilson 983, 1330 f.
Zweite Note Wilsons 1328
Dritte Note 1334 ff.

— Organisation
Operationsabteilung 67 f., 662, 716
Operationsabteilung I LVI, 1282
Operationsabteilung II LIII, LV f., 639, 663, 769, 846, 994, 1082, 1143, 1168, 1207
Operationsabteilung B 651
Nachrichtenabteilung IL, LIII ff., LVII, 67 f., 113, 115 f., 121 f., 131, 135 ff., 139 ff., 152, 158, 160, 162 ff., 173, 177, 314, 318, 441, 444, 446, 680, 723, 750, 810, 826, 829, 836, 839, 841, 843, 846 f., 860, 868, 873, 880, 883, 887, 894 ff., 903, 905, 909, 912, 918, 937, 942, 945, 1091, 1103, 1328, 1334, 1385
Feldpressestelle LIV, 314, 324, 328, 334 ff., 338, 343, 835 f., 844, 867 ff., 975
Politische (Militärpolitische) Abteilung LIII, LVIII, 69, 446, 690, 692, 835, 840, 994, 1087, 1289, 1303
Militärische Stelle d. Auswärtigen Amtes/ Auslandsabteilung (Ohla) LIII f., LVI ff., 324, 328 ff., 333, 343, 348, 809, 824, 827, 835, 839 ff., 844, 867 f., 917, 953 f., 956, 968, 982 f., 1236 f., 1248, 1269
Abteilung Balkan-Orient 1282
Zentralabteilung 1312

Generalstab, Großer XXXV f., 64 f.

Generalstab, Stellvertretender LVI, 153 f., 658, 778, 1069, 1217

— Unterrichtung d. Presse LIII, 64 f., 67
Pressebesprechungen IL, 76, 255 ff.
Organisation d. Kriegspresseamts 289 ff.

— Belagerungszustand
Verhaftung bei Verhängung d. Belagerungszustands 187
Ausübung d. Zensur IL, LIII, 84, 105
durch d. Militärbefehlshaber 71, 81
Oberzensurstelle IL, 73 ff., 104 ff.
Pressezensur 67 f., 70, 73 f., 85, 87 f., 97 ff.
d. Provinzpresse 71 ff.
Bezug ausländischer Zeitungen 334
Vorzensur 92 f., 225, 1180
Rechtsgrundlage 91
Sanktionen 91 f.
Verbot von Zeitungen 1059
Zensur von Vortragsveranstaltungen 264
Zensur in d. Kriegszielfrage 214, 225, 252, 255 ff.
Streiknachrichten 1180
— Wahrung d. Burgfriedens 105
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 343, 346, 824, 954, 1181
Feindliche Propaganda 334, 1100, 1179, 1190
Russische Propaganda 1178
— Parteien u. Organisationen
SPD 708
USPD 1216
Deutsche Vaterlandspartei 1049
— Streiks u. Unruhen 1100, 1158, 1163, 1176, 1178 f., 1184
Gegenmaßnahmen 1180, 1183
— Organisation
Nachrichtenabteilung IL, LIII, 67, 75, 91, 342, 1100, 1176
Presseabteilung 64, 67 ff., 74, 255

Georg, Kronprinz v. Sachsen 964

Gera 1021, 1060

Gerber, Reg.Ass. im Oberpräsidium d. Rheinprovinz 185

Gerlach, Geh. Oberreg.Rat im preuß. Kultusministerium 328, 333, 337

Gerlach, Hellmut von, Schriftleiter d. „Welt am Montag" 1120, 1131, 1227, 1386

Germania (Zeitung) 411, 796, 1092

Germann, Postbeamter 866

Germersheim
s. Gouvernement Germersheim

Gerstenberg, Hermann, Kapitänleutnant d. S. 1363

Gesamtverband Deutscher Metall-Industrieller 475

Gesellschaft für soziale Reform 833

Gesetze
— Gesetz betreffend d. Verpflichtung d. Gemeinden zum Ersatz d. bei öffentlichen Aufläufen verursachten Schadens 11. 1. 1850 8
— Preuß. Gesetz zum Schutze d. persönlichen Freiheit 12. 2. 1850 239
— Gesetz über d. Polizeiverwaltung 11. 3. 1850 29
— Gesetz gegen d. Verrat militärischer Geheimnisse 3. 6. 1914 63 f., 67, 1093
— Ermächtigungsgesetz 4. 8. 1914 XLVI, 36, 504, 512
— Gesetz über d. Höchstpreise 4. 8. 1914 20, 22
— Gesetz betr. d. Verhaftung u. Aufenthaltsbeschränkung auf Grund d. Kriegszustandes u. d. Belagerungszustandes 4. 12. 1916 762
— Gesetz betr. d. Vereinfachung d. Strafrechtspflege 21. 10. 1917 34
— Freizügigkeitsgesetz 36

Gesslein, Hauptmann beim stellv. Gkdo. d. II. bayer. AK 1003

Gewerbeordnung 26. 7. 1900 267 f., 558

Gewerkschaften 283, 348, 411, 432
— Einschätzung durch d. Behörden XXI, XXXIV, 227, 268, 372, 403, 405, 425, 465 f., 543, 560 ff., 577, 659, 697 f., 716, 730 f., 733, 742 f., 856, 1010, 1119, 1193 f., 1207 f., 1211 f., 1240
— Rechtsstellung 267 ff., 284 f.
Mitgliedschaft von Fremdarbeitern 729
von Arbeitern d. Militärverwaltung 269 f., 285 f.
Einfluß auf d. Staatsbetriebe 558
Koalitionsfreiheit 518
Presse XXXVII, 1053, 1254 ff.
— Belagerungszustand
Klagen über d. Handhabung 1052 ff.
Aufhebung 742
Zensur 742, 1053
Versammlungsfreiheit 742
Genehmigung von Versammlungen 226 ff., 242 f., 360, 586, 659 f., 1053, 1057, 1174 f., 1202 f., 1209 f., 1219 f., 1253 f.
zur Erörterung d. Lebensmittelfrage 247
— Wahrung d. Burgfriedens 242
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 332 f., 346, 811 f., 852 f., 866, 927, 929, 938, 941, 948, 958, 1057, 1219
— Preuß. Wahlrechtsfrage 742
— Wirtschaftsfragen, Arbeitsverhältnisse
Lebensmittelversorgung 247, 388, 391, 404 f., 426, 615, 714, 728 ff., 742, 752, 811, 1219, 1253
Lohnfrage 470, 558, 595, 624, 634, 742, 752, 1007, 1056, 1212
Preispolitik 640
Arbeitszeit 644, 742, 752

Frauenarbeit 644
Arbeiterausschüsse 742
Arbeitsverhältnisse auf d. Werften 585
Vaterländischer Hilfsdienst 346
Hilfsdienstgesetz 527, 542 f., 546, 579 f., 582, 617, 632, 1056 f.
Freizügigkeit reklamierter Wehrpflichtiger 620 f.
Einberufung von Arbeitervertretern 614 ff.
Schlichtungsausschüsse 391, 521, 580
— Verhältnis zu d. Behörden L, 388 f., 543, 546, 558 f., 620 f., 726 f., 729 f., 742 ff., 852 ff., 866, 937 f., 941, 1052 f., 1083, 1096, 1186, 1190, 1218 f., 1253 ff.
Abdankung d. Kaisers 1351
— Streiks 243, 400, 425, 615, 643, 726, 730, 733, 752 ff., 756, 851, 1052 f., 1157, 1162, 1171 f., 1177, 1186, 1190, 1195, 1202, 1207, 1212, 1253, 1255 f.
Streikrecht 475
Meutereien in d. Marine 1365 f., 1369
— Freie (sozialdem.) Gewerkschaften XXI, XXXIV, 269, 405, 411, 426, 464 ff., 716, 726, 729, 856, 1162, 1190, 1193, 1195, 1207, 1212, 1253
Generalkommission LI, 346, 400, 404, 417, 543, 546, 558, 580, 726, 753, 922, 1052 ff., 1218 f., 1253 ff.
Zentralvorstände 1157
Deutscher Bauarbeiterverband 929
Deutscher Bergarbeiterverband 1162, 1219
Deutscher Fabrikarbeiterverband 852, 938
Deutscher Metallarbeiterverband 425, 464, 543, 852, 1202 f.
Bezirksleitung Stuttgart 617, 938
Deutscher Transportarbeiterverband 852
— Christliche Gewerkschaften 464 ff., 856, 1195, 1207, 1212, 1219
Behandlung durch d. Behörden 212
Amtliche Aufklärung u. Propaganda 851 ff., 926 f., 929, 937
Verhältnis zur SPD 212
Hilfsdienstgesetz 546
Streiks 1162
Katholische Arbeitervereine 1167, 1207, 1253
Christlicher Metallarbeiterverband 938
Gesamtverband 546
— Hirsch-Dunkersche Gewerkschaften 466, 856, 938, 1162
— Gelbe Gewerkschaften 466, 561, 729, 1162, 1194 f.
Hauptausschuß nationaler Arbeiter- u. Berufsverbände 1207 f.
Werkvereine 466
— Verband d. deutschen Gewerbevereine 546
— Arbeitsgemeinschaft für kaufmännische Verbände 546
für d. technischen Verbände 546
für ein einheitliches Angestelltenrecht 546
— Polnische Berufsvereinigung 546
Polnische Gewerkschaften 466

Geyer, Friedrich August Karl, MdR (SPD/USPD) 753 f.

Giehrl, Ludwig, Mgl. d. bayer. Landtags (Zentr.) 1144 f.

Giesberts, Johann, MdR (Zentr.) Mgl. d. preuß. Abgh. christl. Gewerkschaftsführer 927, 939

Gießler, Oberst im preuß. Kriegsministerium 472

Giffenig, Oberst a. d., Chef d. Stabes d. stellv. Gkdos d. VII. AK 312, 621

Gildemeister, Andreas 103

Glatz 14

Gleich, Gerold von, Generalmajor 801

Gleichen, Heinrich Frhr. von (Kultur-Bund) 848

Glogau 1055

Göhre, Paul MdR (SPD) 210, 1398

Göhren (auf Rügen) 760

Göppert, Heinrich, Unterstaatssekr. im preuß. Handelsministerium, dann im Reichswirtschaftsamt 322

Göppingen 213, 937

Görlitzer Volkszeitung 134

Göttingen 43

Goltz, Frhr. von der, Oberst, Chef d. Stabes d. stellv. Gkdos XX. AK 1003

Goltz, Colmar Frhr. von der, Generalfeldmarschall, Generalgouverneur in Belgien (bis Nov. 1914) 202, 244

Goltz, Rüdiger Graf von der, Generalmajor 786

Gontard, Paul von, Generaldir. d. Deutschen Waffen- u. Munitionsfabrik 573

Goslarsche Zeitung 655

Gotha
— Presse 1021, 1060
— Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft 733
— Gründungsparteitag d. USPD 709, 754, 761
— Streiks u. Unruhen 425, 1157

Gouvernements XL, 1052
— Handhabung d. Belagerungszustands
Erklärung 7
Verschärfter Belagerungszustand 10
Befugnisse u. Pflichten d. Gouverneure XL f., XLIII f., 11, 25 f., 53 ff., 923
Verhältnis zu d. Zivilbehörden 59
Ausübung d. Zensur 116
Pressezensur 538
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 919
Bezirkspressebesprechungen 878 f.
— Freizügigkeit d. Arbeiter 538

Gouvernement Berlin XLIV, 69, 1385
— Pressebesprechung 76
— Pressezensur 67 f.

Gouvernement Germersheim XLVIII, 53
— Verordnungsrecht 41 f.

Gouvernement Graudenz
— Erklärung d. Belagerungszustands 7
— Zensur 134

Gouvernement Köln LVI, 138, 169, 258
— Handhabung d. Belagerungszustands
Erklärung 7
Aufhebung von Verfassungsartikeln 15
Verhaftung politisch unsicherer Personen 186 f.
Verhältnis zur Presse 134
Ausübung d. Zensur 83 f., 155
Pressezensur 137, 538
Zensur von Vortragsveranstaltungen 264
Druckschriften u. Flugblätter 104, 251 f.
Regelung d. Versammlungswesens 1230 f.
— Wirtschaftsfragen
Ausfuhrverbot für Lebensmittel 37
Lohnfrage 470
Freizügigkeit d. Arbeiter 538

Gouvernement Königsberg 14

Gouvernement Mainz
— Ausübung d. Zensur XLI, 214 f.
— Alldeutscher Verband 392

Gouvernement Metz 566, 568, 734, 1335
— Erklärung d. Belagerungszustands 7
Aufhebung von Verfassungsartikeln 16
Ausübung d. Zensur 134, 151
— Kriegsamtstelle 524, 566

Gouvernement des Reichskriegshafens Kiel LXVIII, 24, 427, 566, 1043, 1372
— Handhabung d. Belagerungszustands 28
Aufhebung von Verfassungsartikeln 22
Außerordentliche Kriegsgerichte 56
Selbständigkeit d. Gouverneurs 25
Zusammenarbeit m. d. Zivilbehörden 29
Ausübung d. Zensur 21
Pressezensur 538
Regelung d. Versammlungswesens 586, 1161, 1361 f.
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 1133
Vaterländischer Unterricht 921 f., 924 f., 1041
Feindliche Propaganda 1043 ff.
— Parteien u. Organisationen
Politische Betätigung von Militärpersonen 1097
Maßnahmen gegen radikale Gruppen d. SPD 254
gegen d. USPD 763, 1361 f.
Deutsche Vaterlandspartei 1097
— Wirtschaftsfragen
Lebensmittelversorgung 389, 391, 695 f.
Ausfuhrverbot 37
Behandlung d. Arbeiterfrage 562
Arbeitsverhältnisse in Kiel 388 ff.
Durchführung d. Hilfsdienstgesetzes 551, 584
Freizügigkeit d. Arbeiter 538
— Streiks u. Unruhen 695 f., 1161
Gegenmaßnahmen 371 ff.
Militarisierung von Betrieben 371 f., 636, 1051, 1161
Meutereien 1360 ff.
Besprechung mit d. Arbeiter- u. Soldatenrat in Kiel 1363 ff.
Zusammenarbeit 1381 ff.
Aufrechterhaltung d. Disziplin 1360 ff.

Gouvernement des Reichskriegshafens Wilhelmshaven LXVIII
— Handhabung d. Belagerungszustands 28
Erklärung 7
Pressezensur 1333 f.
Vorzensur 151
Vereins- u. Versammlungsrecht 1333 f.
Regelung d. Versammlungswesens 1220
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 1045, 1133
Vaterländischer Unterricht 922, 924 f.
— Behandlung d. Arbeiterfrage 562
— Maßnahmen gegen Streiks 372
Meutereien 1360, 1373 f.

Gouvernement Straßburg i. E.
— Handhabung d. Belagerungszustands
Aufhebung von Verfassungsartikeln 16
Verordnungsrecht 41 ff.
Ausübung d. Zensur 134, 151
— Deutscher Nationalausschuß 415
— Beobachtung d. allgemeinen Stimmung 402
Monatsbericht für Juli 1916 402, 415
— Kriegsamtstelle 524

Gouvernement Ulm 188

Graaff, de, Generalleutnant a. D., Chef d. Stabes d. stellv. Gkdos d. III. AK, später d. XVIII. AK 216

Grabein, Dir. d. Raiffeisen-Organisation 809

Graeber, Oberreg.Rat im preuß. Kultusministerium 824

Graefe, Albrecht von, Major, MdR (Kons.) 383 ff.

Graevenitz, Friedrich von, Generalleutnant, württ. Militärbevollmächtigter im Gr. Hauptquartier 744

Graevenitz, Hans-Joachim von, Landrat, Unterstaatssekr. in d. Reichskanzlei 1016, 1030, 1093

Grapow, Max von, Admiral z. D. Mgl. d. Alldeutschen Verbandes 898

Graßhoff, Kurt, Kapitän z. S. 662

Grau, Major im preuß. Kriegsministerium 107, 138, 1002
— Pressebesprechung 736 ff.
— Tätigkeit in d. Oberzensurstelle 75
— Beeinflussung d. allgemeinen Stimmung 313
Amtliche Aufklärung u. Propaganda 328, 337, 343, 345, 347, 349 f., 824, 896
— Internationaler Sozialistenkongreß in Stockholm 707

Graudenz 1278
s. a. Gouvernement Graudenz

Grautoff, Oberst im preuß. Kriegsministerium 1002

Graz 1124

Greiz 1060

Greupner, Leutnant im Kriegspresseamt 347

Griechenland 95

Grimm, Leutnant beim AOK Woyrsch 850

Grodnower Zeitung 134

Gröber, Adolf, MdR, Vors. d. Zentrumsfraktion im Reichstag (20. 8. 1917), Mgl. d. württ. Landtags, Staatssekr. o. P. (5. 10.–9. 11. 1918) 595, 1379
— Persönlichkeit im Urteil Boy-Eds 1023
— Beauftragter d. Reichskanzlers für d. Verkehr mit d. Obermilitärbefehlshaber 178 f.
Zensur 179 f.
Pressezensur 148, 1333, 1389 f., 1394
Vereins- u. Versammlungsrecht 179, 1333
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 826
— Hilfsdienstgesetz 529

Gröger, Hauptmann im stellv. Generalstab d. Armee 1180 f.

Groener, Wilhelm, Oberstleutnant/Generalleutnant, Chef d. Feldeisenbahnwesens, Vorstandsmgl. d. Kriegsernährungsamts, Chef d. Kriegsamts im preuß. Kriegsministerium (29. 10. 1916–16. 8. 1917), I. Generalquartiermeister (ab 29. 10. 1918) LXXI, 380, 382, 419, 492, 1117, 1241, 1394
— Besprechung mit Bethmann Hollweg 26. 10. 1916 500 ff.
— Erhält Schreiben von Ludendorff
26. 1. 1917 554 f.
16. 2. 1917 569 f.
— Verhältnis zu
Helfferich 615
Michaelis 614
Stein 615
Stellv. Generalkommandos 615
Monatsberichte d. stellv. Generalkommandos 378 f.
— Urteil über
Bethmann Hollweg 200
Dittmann 728
Hertling 1088
Ludendorff 1084, 1246
Michaelis 1088
— Persönlichkeit im Urteil
Einems 1346
Köberles 1355
Wilds von Hohenborn 1346
Wrisbergs 615
— Pressebesprechungen 508 f., 527
— Belagerungszustand
Befugnisse d. Militärbefehlshaber 586, 731
Vereins- u. Versammlungsrecht 586, 724 f., 727, 735
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 327, 736 f., 811
unter d. Arbeiterschaft 733, 736 ff., 742 f.
Bekämpfung antimonarchischer Tendenzen 1356 ff.
— zur Innenpolitik
Hindenburg als Kanzlerkandidat 1246
Ludendorff 795
Preuß. Wahlrechtsfrage 726
Reichstag 527
— Parteien u. Organisationen
SPD 726
Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft 726
Gewerkschaften 542 f., 546, 578 ff., 582, 615, 726 f., 742
— Kriegswirtschaft 1134
Lebensmittelversorgung 420, 509, 514 f., 567 f., 611, 725 f., 733
d. Arbeiter 327, 729, 731

Lohnfrage 564, 588, 729 f.
Rohstofflage 513, 541, 612 f.
Kohlemangel 730
Transportwesen 541, 545
Unternehmer 729 ff.
Unternehmergewinne 588
— Tätigkeit als Chef d. Kriegsamts
Errichtung d. Kriegsamts 498 f.
Übernahme d. Leitung 500, 508
Befugnisse 529
Arbeitsweise d. Kriegsamts 569 f.
Einrichtung von Kriegsamtstellen 523 ff.
Selbständigkeit d. Kriegsamtstellen XLVII, 544
Unterstellung unter d. stellv. Generalkommandos 565 ff.
Zusammenarbeit 587 f., 610
— Hindenburg-Programm 500 ff., 512, 554
Arbeitskräfte für d. Kriegswirtschaft 500 ff., 513 f., 610 ff.
für d. Landwirtschaft 514, 543, 611
Zurückstellung von Wehrpflichtigen 565, 581
Ausdehnung d. Wehrpflicht 513, 527
Frauenarbeit 502, 612 f.
— Hilfsdienstgesetz 502 ff., 511 ff., 517 f., 521, 527, 529
Durchführung LXV, 540 ff., 548, 550, 566 f., 585, 611
Aufrufe zum vaterländischen Hilfsdienst 545 f., 553
Werbung von Hilfsdienstpflichtigen 553 f.
Einberufung 545, 612 ff.
Entlohnung 555 ff.
Reklamation von Facharbeitern 577 f.
Behandlung reklamierter Arbeiter 537, 544, 546 ff., 579 f.
Freizügigkeit reklamierter Arbeiter 537, 546 ff., 581 f.
Freimachung von Militärpersonen 541, 552 ff., 567 f., 612
Wehrdienst von Arbeitervertretern 614 ff.
Stillegung von Betrieben 543, 545, 612 ff.
Wiedereinberufung reklamierter Arbeiter 546 ff., 563 ff., 568, 578 ff., 721
Feststellungsausschüsse 610 ff., 614
Einberufungsausschüsse 542, 548 ff., 610 ff., 614
Schlichtungsausschüsse 537, 542, 548 ff., 579 f.
Begrenzte Arbeitsgebiete 582
Änderung d. Hilfsdienstgesetzes 617
Sturz als Chef d. Kriegsamts LXV, 588, 614 f., 624
— Friedensfrage 200, 610
Annexion Belgiens 201
— Streiks u. Unruhen 724, 730, 732, 742 f., 752
Gegenmaßnahmen 586, 721, 725 ff., 732, 736
Militarisierung von Betrieben 731
Maßnahmen gegen d. Unruhe unter d. Jugend 734 f.
Aufrechterhaltung d. Disziplin 1356 f.
— Beurteilung d. militärischen Lage 200, 273
Herbst 1918 1282, 1355 f.
Waffenstillstandsforderung d. OHL 1355
Waffenstillstandsbedingungen 1355
Abdankung d. Kaisers 1356 f., 1380

Groote, von, Hauptmann, Adj. d. Mil.-Pol.-Meisters in Köln 137

Gros, Hauptmann im württ. Kriegsministerium 1003

Großbritannien s. England

Grosse, Geh. Oberpostrat im Reichspostamt 328, 333

„Großer Kurfürst" (Linienschiff) 1364

Gruber, Max von, Professor f. Medizin 407, 1145

Gruber, W., Kriegsfreiwilliger 300

Grünau, Werner Frhr. von, Leg.Rat, Vertreter d. Ausw. Amtes im Gr. Hauptquartier 509 f., 521, 523, 670, 672, 686 f., 689 ff., 702, 709, 711, 715, 748, 750, 791, 1077, 1079, 1281, 1354, 1381

Grünberg 732

Grumme-Douglas, Ferdinand von, Kontreadmiral z. D., Mgl. d. preuß. Herrenhauses 201, 357

Grundherr zu Altenthau und Weyherham, Ludwig von, Polizeipräsident v. München 222 f.

Grunwald, Korrespondent d. „Volksblatt" Mülhausen i. Thür. 1120, 1301 f.
— Pressezensur 1131
Maßnahmen gegen d. Verbreitung von Gerüchten 1260 ff., 1264
Kriegsberichterstattung 1252
Nachrichten aus d. Ausland 1274
— Friedensverhandlungen mit Rußland 1129
— Streiks u. Unruhen 1141
Gegenmaßnahmen 1386 f., 1396

Grzesinski, Albert, Gewerkschaftssekretär (SPD) 948

Günther, Siegmund, Professor f. Geographie, Mgl. d. bayer. Landtags (Lib. Vereinigung) 1118

Gueth, Max, Sekr. d. USPD-Ortsgruppe Kiel 1107

Gwinner, Arthur von, Dir. d. Deutschen Bank 201

Haag, Den 263, 494, 1341
— Internationaler Sozialistenkongreß 707
— Deutscher Marineattaché 994

Haase, Matrose auf SMS „Westfalen" 1106 f.

Haase, Hugo, MdR (SPD/USPD), 1. Parteivors. d. SPD, Vors. d. USPD 193, 400, 528, 726 ff., 731 f., 734, 1086, 1212, 1294
— Friedensfrage 1127
— Verbot seiner Vorträge 252, 1281
— Streiks u. Unruhen 728, 1143, 1172, 1178
Flottenunruhen August 1917 1018, 1026, 1028, 1032, 1035, 1065, 1078, 1081, 1109 f.
Zusammentreffen mit Reichpietsch 1026, 1028
Marinemeutereien Herbst 1918 1362, 1367, 1369 f.

Haber, Fritz, Geheimrat, Organisator d. chemischen Kriegsindustrie 485

Haberland, Carl, MdR (SPD) 195

Haeber, Oskar von, Major im sächs. Kriegsministerium 1002

Haeckel, Ernst, Professor f. Zoologie 258

Haeften, Hans von, Oberst, Leiter d. Milit. Stelle d. Ausw. Amtes, Vertreter d. OHL beim Reichskanzler (ab Okt. 1918) LIV, LVI, LVIII, 681, 834, 1126, 1198, 1212, 1245, 1250, 1331
— Vertreter d. OHL beim Reichskanzler LVII, 955
— Verhältnis zu Ludendorff 954 ff.
— Kritik an Hindenburg 1343
Urteil über Hintze 955
— Persönlichkeit im Urteil Wilhelms II. 956
— Alldeutscher Verband 1268
— Friedensfrage 1223, 1228
Friedensresolution d. Reichstags 839
— Russische Februarrevolution 691
— U-Bootkriegführung 839
— Pressepolitik 827
Amtliche Aufklärung u. Propaganda LVII, LXXI, 328 ff., 824, 826 ff., 839 f., 954, 966, 968, 970 f., 1236 f., 1268 f.
Reichspropagandaamt 953
Zentralstelle für Werbe- u. Aufklärungsdienst LVII, 955 f.
Heeresberichte LVII, 1269
Korrektur feindlicher Heeresberichte 333 f.
— Lebensmittelversorgung 962
— Beurteilung d. militärischen Lage 971
— Waffenstillstandsforderung d. OHL 1282 ff.
Dritte Note Wilsons 1334, 1338 ff.
Entlassung Ludendorffs 1341 ff.
Abdankung d. Kaisers 1341
— Unruhen November 1918 1396 f., 1399

Hähnelt, Wilhelm, Hauptmann 879

Hänisch, Emil von, General d. Infanterie, stellv. kd. General d. X. AK 901, 1385

Haenisch, Konrad, Redakteur, Mgl. d. preuß. Abgh. (SPD) 674

Hagen 15, 667

Hahn, Oberst z. D., Chef d. Stabes d. stellv. Gkdos d. I. AK 1003, 1012

Hahn, Max, Kontreadmiral 1362, 1364

Halberstädter Volkszeitung 1021

Halle 742, 1262
— Presse 1021, 1060
— Lebensmittelversorgung 731
— Streiks u. Unruhen 731, 1162

Hamborn 425

Hamburg 15, 630 ff., 638, 653, 731, 1372
— Aufhebung von Verfassungsartikeln 22
— Presse 1376 f.
— Pazifistische Propaganda 294
— Lebensmittelversorgung 311
— Arbeitsverhältnisse 558, 585
— Streiks u. Unruhen 420, 732, 1161, 1163, 1187, 1365, 1391
Meutereien 1373, 1375, 1377
— Senat
Behandlung d. SPD 199
— Kriegsamtstelle
Freimachung von Militärpersonen 583 f., 622
— Hamburg-Altona 20, 25, 202, 633, 1161, 1373, 1391
Hamburg-Harburg 1391
Hamburg-Wandsbek 1371

Hamburger Fremdenblatt 672

Hamm 15

Hammann, Otto, Wirkl. Geh. Leg. Rat, Leiter d. Nachrichtenabt. d. Ausw. Amts 76, 78, 123, 129, 201, 228, 441

Hammermüller-Limbach, Schuldirektor in d. Amtshauptmannschaft Chemnitz 854

Hammerstein, Frhr. von, Geh. Oberreg.Rat im preuß. Landwirtschaftsministerium 343 ff., 350

Hanau 734

Hannover 745, 902, 1385
— Pressebesprechungen 878 f.
— Streiks u. Unruhen 1391, 1393
— Kriegsamtsstelle
Freimachung von Militärpersonen 583, 622
— Provinz
Streiks 730
— Oberpräsidium LXX, 5, 23, 1328
Belagerungszustand 11
Pressezensur 82, 655
Versammlungswesen 263
Lebensmittelversorgung 730
Streiks u. Unruhen 730

„Hannover" (Linienschiff) 1013 f.

Hannoversch-Münden 43

Hannoverscher Kurier 1155, 1263

Hansabund 412

Harbou, Bodo von, Major in d. OHL 716, 745, 781, 953, 1115, 1127, 1143, 1241, 1256

Harburg s. Hamburg-Harburg

Harms, Bernhard, Professor d. Nationalökonomie 914

Harms, Theodor, Geh. Admiralitätsrat, Abt. Chef im Werftdepartement d. Reichsmarineamts 635
— Behandlung d. Arbeiterfrage 558
— Propaganda in d. Werften 919 ff., 927 f., 1181 f.
— USPD 1182

Harnack, Adolf von, Professor f. evang. Theologie 201

Hartmann, Geschäftsführer d. Konsumvereins in Schwarza 948

Hartmann, Felix von, Kardinal, Erzbischof v. Köln, Mgl. d. preuß. Herrenhauses 1207

Hartz, Bernhard von, Generalleutnant, bayer. Militärbevollm. im Gr. Hauptquartier 1917/18 880, 883, 1127, 1129

Hasse, Major im Generalstab d. Feldheeres 848

Hasse, Bernhard, Korvettenkapitän (Torpedowerkstatt Friedrichsort) 925, 927

Hattingen 15

Hatzfeldt, Hermann Fürst von, Herzog zu Trachenberg, Mgl. d. preuß. Herrenhauses 245, 399, 1062

Haußmann, Reg.Rat im preuß. Ministerium für öffentl. Arbeiten 328, 337 f., 343, 347, 349

Haußmann, Conrad, MdR (FVP), Staatssekr. o. P. (14. 10.—9. 11. 1918) Mgl. d. württ. Landtags 985, 1025, 1333, 1379
— Letzter Flottenvorstoß 1368
Meutereien in d. Marine 1362, 1364 ff., 1368 ff., 1374

Haußmann jun. 1364

Havas 1237

Hebbinghaus, Georg, Vizeadmiral, Dir. d. Allg. Marinedepartements im Reichsmarineamt (bis Sept. 1918) 724, 1004, 1025
— Deutsche Vaterlandspartei 1102
— Abgeordnetenkontakte mit Militärpersonen 1234
— Freigabe reklamierter Facharbeiter 519
— Flottenunruhen August 1917 1036 f.

Hebel, Otto, Gymnasialprofessor, Mgl. d. Nat. Lib. Zentralvorstands 1096

Heeresgruppen 692, 745, 1064, 1270, 1336
— Aufklärung d. Feldheeres 835 ff., 846 ff.
Vaterländischer Unterricht 912, 918, 944 f.
— Offizierersatz 1271
— H.Gr. Böhn 1306
— H.Gr. „Deutscher Kronprinz" 903, 1234, 1288, 1336
— H.Gr. „Herzog Albrecht v. Württemberg" 957, 1356, 1373
— H.Gr. Gallwitz 1356
— H.Gr. „Kronprinz Rupprecht" 794, 903
Kriegsberichterstattung 867 ff.
— H.Gr. Mackensen 837
— H.Gr. Linsingen
Vaterländischer Unterricht 899

Heeringen, von, Hauptmann im Kriegsernährungsamt 729, 1176

Heeringen, Josias von, Generaloberst, preuß. Kriegsminister (12. 8. 1909—4. 7. 1913) 3, 385

Hegelmaier, Major im stellv. Gkdo. d. XIII. AK 1192

Heidenheim 962

Heilbron, Friedrich, Wirkl. Leg. Rat im Ausw. Amt 653 f., 656, 834, 1122, 1227

Heilbronn 213
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 940, 962
— Arbeiterausschuß 940

Heiligenbeil 17

Heilmann, Ernst, Redakteur d. Chemnitzer „Volksstimme" u. d. „Vorwärts" 963, 1141 f., 1251, 1266

Heim, Georg, Leiter d. landwirtschaftl. Zentralgenossenschaft d. bayer. Bauernvereins 295, 340, 407

Heine, Wilhelm, Kapitän z. S., Kommandant SMS „Hannover" (bis Juni 1917), Kommandant v. Kiel (März–6. 11. 1918) 1013, 1364, 1370 f.

Heine, Wolfgang, MdR (SPD) 284 f., 752

Heinemann, von, Generalleutnant, stellv. kd. General d. VI. AK 1003, 1007 f., 1011

Heinrich Prinz von Preußen (Albert Wilhelm), Großadmiral, Ob. d. Ostseestreitkräfte (bis Jan. 1918) 410, 713 f.
— Friedensfrage 1050
— Vaterländischer Unterricht 1040 ff., 1047 f., 1058
Kriegsberichterstattung 868
— Parteien u. Organisationen
Politische Betätigung von Militärpersonen 1113 f.
SPD 1058
Deutsche Vaterlandspartei 1048 ff.
— Verpflegung in d. Marine 1043
— Flottenunruhen August 1917 1069

Heinrichs, Adolf, Unterstaatssekr. im preuß. Staatsministerium 658, 860, 1016, 1227, 1279, 1285, 1292
— Kriegszielfrage 1145 f.
Friedensresolution d. Reichstags 1145
— Deutsche Vaterlandspartei 1145 f.
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 318, 328, 336 f., 765, 957, 959
— Hilfsdienstgesetz 502, 526

Held, von, General d. Infanterie u. Gouverneur v. Köln 470

Held, Theodor, MdR (Nat.Lib.) 1232

Helfferich, Karl, Staatssekr. d. Reichsschatzamts (31. 1. 1915–22. 5. 1916), d. Reichsamts d. Innern u. Stellvertr. d. Reichskanzlers (22. 5. 1916–9. 11. 1917) 382, 590, 749, 765, 790
— Verhältnis zu
Groener 615
Wilhelm II. 201
OHL 1088 f.
— Persönlichkeit im Urteil Wilds von Hohenborn 994
— Belagerungszustand
Zensur 135, 147
Vereinsrecht 533 f.
Reform d. preuß. Belagerungszustandsgesetzes 45, 50 f., 53
— Friedensfrage 201
— U-Bootkriegführung 1023, 1089
— zur Innenpolitik
Preuß. Wahlrechtsfrage 355 f., 702, 704
Reichstag 377, 442 ff., 1084
Schließung 1029
Verfassungsausschuß 748 f.
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 325
— Parteien u. Organisationen 377
SPD-Parteitag in Würzburg 1071
USPD 1016, 1018
Maßnahmen gegen d. USPD 1025, 1027 ff.
Gewerkschaften 542 f., 726
— Kriegswirtschaft
Kohlemangel 770
Hindenburg-Programm 514
Frauenarbeit 515
Hilfsdienstgesetz 502 ff., 507, 510 ff., 514 516 ff., 527 ff., 533, 535, 576
Änderung 617
Befugnisse d. Kriegsamts 529
— Unruhen November 1918 1397

Helfritz, Hans, Oberstleutnant, Chef d. Stabes d. V. AK 1067 f.

Helgoland 996, 998, 1401

„Helgoland" (Linienschiff) 1014, 1359, 1373

Hellingrath, Philipp von, General d. Kavallerie, bayer. Kriegsminister (11. 12. 1916–8. 11. 1918) 1088, 1103
— Schreiben an Hertling 2. 4. 1917 700 ff.
— Erhält Schreiben von Mertz v. Quirnheim 15. 2. 1917 662 ff.
— Verhältnis zur OHL 883 f.
— Urteil über Ludendorff 784
— Handhabung d. Belagerungszustands 53 ff.
Pressepolitik 815, 880 ff.
Kriegspresseamt 876
Zensur 152 ff.
Pressezensur 699, 773 f., 885 ff.
Regelung d. Versammlungswesens 1210, 1225, 1294 f., 1322 ff.
— Friedensfrage 708
Kriegszielfrage 815
— Russische Februarrevolution 691
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 700 f., 856 f., 884
Bezirkspressebesprechungen 887

Vaterländischer Unterricht 876
Antistreikpropaganda 935 f.
— zur Innenpolitik
Preuß. Wahlrechtsfrage 700 ff., 1224
Kontroverse zwischen Hertling u. d. OHL 662 ff.
Bewegung zum Sturz Bethmann Hollwegs 793
— Parteien u. Organisationen
Politische Betätigung von Militärpersonen 1117 ff.
SPD 697 f., 773 f., 856, 1138, 1210, 1225
Parteitag in Würzburg 1071 f.
USPD 773 f., 857, 1137 f.
Maßnahmen gegen d. USPD 1294, 1322 ff.
Deutsche Vaterlandspartei 1295
Gewerkschaften 697 f., 856
— Wirtschaftsfragen
Lebensmittelversorgung 697 f., 855, 857
Kohlemangel 855
— Maßnahmen bei Streiks u. Unruhen 697 ff., 1137 ff.
Militarisierung von Betrieben 1138
— Beurteilung d. militärischen Lage Herbst 1918 1287, 1296 f., 1355
Waffenstillstandsforderung d. OHL 1290, 1327

Henke, Hauptmann in d. Armeeabt. (A 1) d. Allg. Kriegsdepartements d. preuß. Kriegsministeriums 179

Henke, Alfred, MdR (SPD/USPD), Mgl. d. Bremer Bürgerschaft 1027, 1038, 1059, 1217

Henkel-Gebhardi, Konrad von, Vizeadmiral, Oberwerftdir. in Kiel 1184

Henning, Leutnant im Kriegspresseamt 347, 809

Henninger, Eugen, Polizeidir. in Berlin, 1914 Leiter d. Presseabt. d. Oberkommandos in den Marken 81

Henningsdorf bei Spandau 1163

Hepke, von, Generalleutnant, Chef d. Stabes d. stellv. Gkdos d. VIII. AK 1003
— Belagerungszustand 18 f.
Ausübung d. Zensur 83 ff.
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 1012
— Lebensmittelversorgung 1010
— Lohnfrage 1010 f.

Herbig, Bergrat bei d. Bergwerksdirektion Saarbrücken 850 f.

Herbst, Richard, Parteisekretär (USPD) in Berlin 1026 f., 1029, 1035, 1109

Herford 15

Hering, Karl, Kontreadmiral, Dir. d. Torpedowerkstatt in Kiel-Friedrichsort 1187

Herlan, Hauptmann, Aufklärungsoffizier d. stellv. Gkdos d. XIV. AK 980, 982

Hermann, Curt, Korvettenkapitän 1014

Hermelink, Heinrich, Hauptmann d. R., Aufklärungsoffizier d. stellv. Gkdos d. XIII. AK, Professor f. Kirchengeschichte 823, 937, 939 ff., 961, 965, 976

Herne 404, 667

Herre, Alfred, (SPD/USPD), Redakteur d. „Leipziger Volkszeitung"
— Einberufung zur Marine 763
Entlassung 1029
— Flottenunruhen August 1917 999 f., 1018, 1026, 1035, 1064 f.
— Schutzhaft 1216

Herrenalb 865

Herrmann, Professor, Leiter d. Zensurstelle d. stellv. Gkdos. d. V. AK 175, 870, 973
— Zensur in d. Kriegszielfrage 135
Vereinheitlichung d. Zensur 115 f.

Hertel, Leiter d. Zensur- u. Aufklärungsabt. d. stellv. Gkdos d. XIV. AK 873, 875, 877

Hertling, Georg Graf von, bayer. Min.Präs. (1912–1917), Reichskanzler u. preuß. Min.Präs. (1. 11. 1917–3. 10. 1918) 410, 523, 748, 750, 784, 881 f., 888, 960, 1095, 1244
— Erhält Schreiben von Hellingrath 2. 4. 1917 700 ff.
— Verhältnis zur OHL 662 ff., 673, 678, 888, 1087 ff., 1285, 1288, 1292
zu Hindenburg 662
— Persönlichkeit im Urteil
Bauers 1212
Groeners 1088
Mertz's von Quirnheim 794 f.
Wilds von Hohenborn 1088
— Bewegung zum Sturz Bethmann Hollwegs 397, 407
— Berufung zum Reichskanzler LXVI, 794 f., 1087 f.
Ablösung 1246, 1289, 1291 f., 1303
— Innenpolitik 1087 f., 1095, 1245, 1322
Zusammenarbeit militärischer u. ziviler Behörden 1280
Pressezensur 248, 396
Verbot von Zeitungen 176 f., 248
Preuß. Wahlrechtsfrage 1115, 1213, 1223, 1257, 1279 f.
Kühlmann-Krise 1127, 1227 f., 1246 f.

— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 923, 961, 966 f.
Reichspropagandaamt 953
Zentralstelle für Werbe- u. Aufklärungsdienst 955 f., 959
— Parteien u. Organisationen
Abgeordnetenkontakte mit Militärpersonen 1232
SPD 199
Maßnahmen gegen d. USPD 1143, 1239
Deutsche Vaterlandspartei 1101
Gewerkschaften 1253
— Arbeiter- u. Ersatzwesen 639, 642, 644 f., 1127
— Kriegskosten 640
— Friedensfrage 1126
Friedensresolution d. Reichstags 1127
— U-Bootkriegführung 662
— Polnische Frage 662
— Belgien 956
— Streiks u. Unruhen 1144, 1152, 1159, 1166, 1173, 1178, 1195
Gegenmaßnahmen 1143
— Waffenstillstandsforderung d. OHL 1291

Herzogenrath 156

Hessen, Großherzogtum XXVIII, 879
— Erklärung d. Belagerungszustands 6, 229
Verschärfter Belagerungszustand 224
— Ausfuhrverbot für Lebensmittel 382
— Streiks u. Unruhen 727, 734

Hessen-Nassau, Oberpräsidium
— Verhältnis zu d. Militärbehörden 59
— Lebensmittelversorgung 734

Heydebrand und der Lasa, Ernst von, MdR (Deutsch-Kons.), Mgl. d. preuß. Abgh. 357, 521, 827, 831, 904, 1307
— Preuß. Wahlrechtsfrage 357
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 826

Heye, Wilhelm, Oberst, Chef d. Generalstabs d. Heeresgruppe Herzog Albrecht, Chef d. Operationsabt. I d. OHL LXXI, 957, 1340, 1343, 1358, 1400
— Beurteilung d. militärischen Lage Herbst 1918 1282 ff., 1297, 1327
Waffenstillstandsforderung d. OHL 1290 f.
Dritte Note Wilsons 1334 f.
Abdankung d. Kaisers 1380 f.

Hieber, Johannes von, württ. Reg.Dir. 307, 823

Hildesheim, Regierungspräsidium 133

Hilf Dir selbst (Zeitschrift) 337 f.

Hilfsdienst, Vaterländischer XLII, 51, 579 ff., 828, 832, 875, 922, 1055
— Haltung d. Gewerkschaften 346, 632
USPD 761 f.
— Ausdehnung auf d. Frauen 639, 644
— Hilfsdienstgesetz LXV, LXXI, LXXIV, 341 f., 451, 501, 506 ff., 511 ff., 539, 551 f., 558, 561, 564, 573, 618 f., 632, 644, 646 f., 652, 666, 672, 678, 686, 1056 f., 1086, 1240 f.
Gesetzentwurf u. Ausführungsrichtlinien 515 ff., 545, 560, 593
Beratung im preuß. Staatsministerium 502 ff., 515 ff., 526 ff.
Bundesrat 521, 526, 536
Reichstag LXIII, 50, 504 f., 510, 516, 521 f., 561 f.
Zweite Lesung 526 ff.
— Durchführung LXIX, 540 ff.
Aufrufe 541, 545 f., 553, 567, 596 f.
Einberufung von Hilfsdienstpflichtigen 507, 545, 583 f., 591 ff., 612 ff., 621 f., 629
Meldewesen 553, 603
Meldepflicht 592, 598 f., 604 f., 617 f., 627
Besprechung im Kriegsamt 1. 6. 1917 596 ff.
Entlohnung von Hilfsdienstpflichtigen 555 ff.
Behandlung reklamierter Arbeiter 546 ff.
Personelle Besetzung d. Ausschüsse 548 ff., 562, 605
Begrenzte Arbeitsgebiete 584 f., 616, 626
Vereins- u. Versammlungsrecht 528, 531 f., 534, 586
Priorität d. Anordnungen d. Militärbefehlshaber 586, 731, 1056
Aufklärung d. Arbeiter 577, 592, 627
Kritik am Hilfsdienstgesetz 555, 573 ff., 579, 591 ff., 596 ff., 604 ff., 609 f., 614 f., 1194
Änderung d. Hilfsdienstgesetzes LXVI, 577, 617, 621, 624 ff., 633, 717
Forderung nach Aufhebung 577, 753
Außerkraftsetzung 638

Hilger, Ewald, Geh. Bergrat, Generaldir. d. Vereinigten Königs- u. Laurahütte 490, 573, 627

Hindenburg, Paul von, Generalfeldmarschall, Chef des Generalstabs des Feldheeres LXXI, 326, 421, 424, 445, 651, 674, 759, 850, 884, 961, 963 ff., 1062 f., 1260, 1266, 1270, 1331, 1380
— Schreiben an Bethmann Hollweg 13. 9. 1916 421, 482 ff.
27. 9. 1916 327
17. 3. 1917 677 ff., 682, 684
24. 3. 1917 684 f.
an Fürst Hatzfeldt 22. 5. 1915 244 f.
— Erhält Telegramm von Bethmann Hollweg 14. 3. 1917 672 f., 677, 682, 684
Schreiben 15. 3. 1917 576 f.
21. 3. 1917 682 ff.
25. 6. 1917 769 ff.
von Stein 24. 6. 1918 639 ff., 1241

— Verhältnis zu
Wilhelm II. 678, 780, 785, 792, 1136 f., 1352
bayer. Kriegsminister(ium) 880, 883
Bethmann Hollweg 522 f., 663, 670 ff., 677 ff., 682, 685, 703, 715, 750, 771, 773, 784 f., 793
Helfferich 1088
Hertling 662 f., 678
Ludendorff LVIII f., 678, 783, 1343 f.
Valentini 1125 ff.
— Urteil über Bethmann Hollweg 1125 f.
— Kritik an Hindenburg 964, 1137, 1142, 1356
durch Haeften 1343
— Persönlichkeit im Urteil Einems 1136 f.
— Berufung zum Chef d. Generalstabs
LII f., LVI, LVIII, LXI f., LXV, 359
Abschiedsgesuch 12. 7. 1917 792, 795
26. 10. 1918 1343
— Politische Verantwortlichkeit d. OHL 522 f., 672 f., 678, 681, 684 f.
Übertragung diktatorischer Vollmachten auf Hindenburg 575 f., 652, 1024, 1136 f.
Militärdiktatur 1291
Hindenburg als Kanzlerkandidat 1246
Fernhalten vom Parteienstreit 653, 663, 670 f., 678 f., 683, 685, 746
— zu Verfassungsfragen
Preuß. Wahlrechtsfrage 702, 1116, 1168
Osterbotschaft 704, 771
Kaiserliche Kommandogewalt 678 ff., 683
Abdankung d. Kaisers 1397, 1400
— Einflußnahme auf d. Innenpolitik LXIV, 667, 679, 719, 767, 771, 794 f., 798, 994, 1063, 1082 f., 1087 f., 1090, 1213, 1297
Entlassung Wilds von Hohenborn 500
Sturz Bethmann Hollwegs 715, 785, 791 ff., 795 f.
Verabschiedung Valentinis 1124 ff.
Reichstag LXII, 523, 671, 678, 683, 780, 1096, 1297 f.
Beschlüsse d. Verfassungsausschusses 771
— Zensur 653 ff., 679
in d. Kriegszielfrage 715
Aufruf d. russ. Sozialisten 25. 3. 1917 688
Schutz d. Heeres vor politischer Propaganda 747, 778
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda/Vaterländischer Unterricht LIV, 736 ff., 765, 836, 840, 861, 1328
Maßnahmen gegen antimonarchische Tendenzen 825
Unterdrückung d. Kritik am Kronprinzen 692
— Parteien u. Organisationen
SPD XXXVI, 715, 1116
Alldeutscher Verband 245
Gewerkschaften 726, 1096
— Wirtschaftsfragen
Lebensmittelversorgung 327, 346, 457
Kohlemangel 770
Lohnfrage 573
Transportwesen 679
Steigerung d. Kriegsproduktion 486
Arbeiter- u. Ersatzwesen 483, 500 f., 509, 553, 602, 639, 678, 685 f.
Ausdehnung d. Wehrpflicht 513
Kriegsleistungsgesetz 482 ff., 492
Hindenburg-Programm 512
Errichtung d. Kriegsamts 498 ff.
Hilfsdienstgesetz 341 f., 502 f., 506 f., 509 f., 521 ff., 573, 576 f., 678
Änderung 625, 628
— zur Außenpolitik
Friedensfrage 1307
Kriegszielfrage 244 f., 1084
Öffentliche Erörterung 447
Friedensangebot 12. 12. 1916 509
Resolution d. SPD 19. 4. 1917 715
Friedensresolution d. Reichstags LXII
Österreich-Ungarn 771 f., 785
Polnische Frage 662, 679, 685
Russische Februarrevolution 691
— Kriegführung 163, 822
Schlacht v. Tannenberg 272
Siegeszuversicht 744 ff., 764 ff., 772, 822, 1250, 1268 f.
Luftkrieg 773
U-Bootkriegführung 523, 671, 679, 770, 772
Militärische Vorbereitung d. Jugend 759
Mißstände im Heer 307, 755
Aufrechterhaltung d. Disziplin 1312, 1400 f.
— Streik u. Unruhen 743, 755, 1173, 1241
Gegenmaßnahmen XXXVI, 1394
Meutereien in d. Marine 1359
Arbeiter- u. Soldatenräte 1401
Umsturz November 1918 1400 f.
— Beurteilung d. militärischen Lage Herbst 1918 977, 1336, 1339
Waffenstillstandsforderung d. OHL 976 ff., 1286, 1291 f., 1327
Friedensangebot 3. 10. 1918 1297, 1312
Waffenstillstandsbedingungen u. -verhandlungen 1329, 1400
Dritte Note Wilsons 983, 1334 ff., 1341

Hindenburg (Stadt) 425

Hindenburg-Frieden 778

Hindenburg-Programm XLII, L, LV, LXV, 421, 512, 514, 539, 554, 569
— Durchführung 615
Besprechung im preuß. Kriegsministerium 16. 9. 1916 486 ff.
Arbeiterbeschaffung 500 f., 503

Hintze, Paul von, Botschafter in Peking u. Christiania, Staatssekr. d. Ausw. Amts (9. 7.—3. 10. 1918) 1292, 1312, 1335
— Persönlichkeit im Urteil Haeftens 955
— Ablösung 1293

— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 961
Zentralstelle für Werbe- u. Ausklärungsdienst 955 f.
— Beurteilung d. militärischen Lage Herbst 1918 1288
Waffenstillstandsforderung d. OHL 1283 ff., 1291, 1297
— Abdankung d. Kaisers 1357, 1380 f.

Hintzmann, Ernst, Korvettenkapitän 1349, 1358

Hipper, Franz Ritter von, Admiral, Chef d. Hochseestreitkräfte (ab Aug. 1918) 1088
— Urteil über Bethmann Hollweg 244, 795 f.
Tirpitz 244
Kritik an d. Umgebung d. Kaisers 244
— Militärdiktatur 795
— Vaterländischer Unterricht 959
Kriegsberichterstattung 868
— Flottenunruhen August 1917 998, 1014
— Letzter Flottenvorstoß 1359
Meutereien 1348 ff., 1359 f., 1373 f., 1382
— Zweite Note Wilsons 1317
— Abdankung d. Kaisers 1347

Hirsch, Oberleutnant 863

Höchstpreise 608
— Gesetzgebung 20, 38

Hoefer, Major, Referent im Kriegsamt 596 ff.

Hoensbroech, Paul Graf von u. zu, Schriftsteller 258, 651, 670

Hoensbroech, Wilhelm Graf u. Marquis von u. zu, Wirkl. Geh.Rat, Mgl. d. preuß. Herrenhauses 1207

Hörde s. Dortmund-Hörde

Hörnle, Edwin (SPD/USPD), Redakteur d. „Schwäbischen Tagwacht" 283

Hoesch, Kommerzienrat 479

Hof a. S. 1021, 1322 ff.

Hoff, Geschäftsführer d. Arbeitgeberverbandes d. Nordwestlichen Gruppe in Düsseldorf 475

Hoff, Friedrich Ferdinand, MdR (FVP), Mgl. d. preuß. Abgh. 1364

Hoffmann, Oberreg.Rat, Dir. d. Provinzialschulkollegiums in Königsberg 957, 959

Hoffmann, Adolf, Mgl. d. preuß. Abgh. (SPD/USPD) 260, 675

Hoffmann, Max, Oberstleutnant/Generalmajor, Chef d. Generalstabs d. Ob. Ost LXXII, 273, 382, 751, 1343
— Preuß. Wahlrechtsfrage 357, 712
— Bewegung zum Sturz Bethmann Hollwegs 793
— Kriegszielfrage 244
Konservative Interpellation 3. 5. 1917 756
— Verhandlungen in Brest-Litowsk 1129
— Beurteilung d. militärischen Lage Sommer 1918 1248

Hoffmann, Paul, Mgl. d. preuß. Abgh. (SPD/USPD) 754

Hoffmeister, Dr. (Kriegsernährungsamt) 328, 336

Hohenlohe-Schillingsfürst, Chlodwig Fürst zu, Reichskanzler u. preuß. Min.Präs. (1894—1900) 795

Hohenzollern, preuß. Königshaus 245, 319, 376, 651, 707, 767, 801, 813 f., 1268, 1306, 1321 f., 1330, 1353

Hoiningen gen. Huene, Frhr. von, General d. Infanterie, Kd. General d. XIV. AK XXVII

Holland, Oberstleutnant im Militärkabinett 746

Holland 15, 233, 263, 330, 494, 825, 1178, 1216, 1285, 1376

Hollweg, Karl, Kontreadmiral, Oberwerftdir. in Danzig 926, 1049, 1189

Holthöfer, Dr., Amtsrichter 1111

Holtzendorff, Henning von, Großadmiral (31. 7. 1918), Chef d. Admiralstabs d. Marine (Febr. 1915—Aug. 1918) 326, 376, 409, 449, 859, 1073
— Einsetzung eines Obermilitärbefehlshabers 45, 52
— Erörterung d. Kriegszielfrage 440 f., 446 ff.
— U-Bootkriegführung 745, 770
Zensur 129 f.
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 929
Vaterländischer Unterricht 911 ff., 915 f.
Kriegsberichterstattung 868
— Reichstag 1073
— Lebensmittelversorgung 420 f.
— Arbeitskräfte für d. U-Bootwerften 629, 631
— Streiks u. Unruhen 1132
Gegenmaßnahmen 1143 f.
Flottenunruhen August 1917 1068 f.
— Abschiedsgesuch Capelles 1076 f., 1080

Homburg bei Mülhausen 43

Hopman, Albert, Kapitän z. S./Vizeadmiral, Chef d. Zentralabt. d. Reichsmarineamts im Gr. Hauptquartier (bis Apr. 1915), Chef d. Operationsabt. d. Admiralsstabs (Juni—Dez. 1916) 200, 216 ff.
— Preuß. Wahlrechtsfrage 206 f.
— Lebensmittelversorgung 457

Hoppe, Pastor in Stettin 373

Hornhardt, Karl, Kapitän z. S., Kommandant SMS „Prinzregent Luitpold" 997

Horstmann, Leg.Sekr. im Ausw. Amt 347

Horten, Alfons, 589

Hosse, Major, Leiter d. Auskunftsstelle im Kriegspresseamt 173, 897 f., 908, 942

Hoth, Hermann, Hauptmann 173

Huë, Otto, Mgl. d. preuß. Abgh. (SPD) 674

Hügel, Otto Frhr. von, General d. Infanterie, stellv. kd. General d. XIII. AK 65 f., 99

Huene, von, s. Hoiningen

Hugo, Otto, Journalist, Generalsekr. d. Nat. Lib. Partei (1916) 751

Humanité, L' 233

Hummel, Oberstleutnant im stellv. Gkdo d. XIII. AK 824

Huning, Emil, Fregattenkapitän in d. Presseabt. d. Admiralstabs 879

Ickler, Gustav, MdR (Nat.Lib.) 528

Immunität der Abgeordneten XXXVII, 190, 192 ff., 233 ff., 277 ff., 370, 383 ff., 728, 762, 825, 1006, 1017, 1019, 1028 f., 1033, 1035, 1077, 1081, 1093, 1106, 1160, 1239, 1244

Imperialismus 370, 814, 833

Indien 969

Ingolstadt XLVIII, 53
— Meutereien 1226, 1278

Internationale Korrespondenz 674, 1133

Internationale Sozialisten Deutschlands 743, 752

Internationaler Frauenausschuß für dauernden Frieden 294

Irland 323, 969

Isbert, General d. Infanterie, stellv. kd. General d. XIV. AK 1169
— Handhabung des Verordnungsrechts 42 f.
— Flottenunruhen August 1917 1064 f.
Bekämpfung d. sozialistischen Propaganda 1065 ff.
— Ausbildung d. Offiziere 1270 ff.

Isendahl, Walter, Chef d. Nachrichtenabt. d. Admiralstabs (bis Jan. 1918) 75

Iserlohn 15

Isonzo, Isonzoschlacht 1117

Istein
— Aufhebung von Verfassungsartikeln 16
Verordnungsrecht 41 ff.

Iswestija 1261

Italien 873, 898, 903, 1007, 1083, 1117, 1130
— Kriegseintritt 246, 839, 1248
— Presse 297
— Lebensmittelversorgung 745
— Kriegsgefangene in Deutschland 631

Ites, Hauptmann bei d. II. See-Wehr-Abt. 927

Jacobi, Gottfried von, Geh. Reg.Rat im Reichsamt d. Innern 179, 446
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 328, 824, 826, 828, 1182 f.
— Streiks 1178
Gegenmaßnahmen 1182
Zensur in d. Berichterstattung 1180

Jagow, von, Wirkl. Geh.Rat, Oberpräs. in Westpreußen 1329

Jagow, Gottlieb von, Staatssekr. d. Ausw. Amts (11. 1. 1913—22. 11. 1916) 86, 355, 377
— U-Bootkriegführung 123
— Kriegszielfrage 217, 228
Zensur 69 f., 78, 80
— Maßnahmen gegen radikale Gruppen d. SPD 370

Jahn, Gustav 1251

Jaspersen, Gewerberat in Kiel 925

Jekow, Nikolaus Theodor, Ob. d. bulg. Armee 840

Jena 258, 316, 947
— Radikale Gruppen d. SPD 405
— Streiks u. Unruhen 1157

Jesuiten 557
— Jesuitengesetz 827, 831

Johann Albrecht, Herzog zu Mecklenburg, Ehrenvors. d. Deutschen Vaterlandspartei 217, 1048 f., 1061

Johannisburg 17

Jorck, Harald von, Korvettenkapitän 1359

Jordan, Christian Werner August von, Leg.Rat im Ausw. Amt 1292

Jores, Kapitänleutnant bei d. Festungskommandantur Wilhelmshaven 696

Juden, Judentum 412, 574, 673, 717, 1061, 1067 f., 1084, 1197, 1214, 1294
— Kriegsdienst XVI, 476, 1243

Jülich 83, 156

Jugend (Zeitschrift) 341

Jugendinternationale (Zeitschrift) 776

Junck, Johannes, Geh. Justizrat, MdR (Nat. Lib.) 596, 610

Jungdeutschland-Bund 210

Kaegbein, A., Dr. 914

Kaempf, Johannes, MdR (FVP), Präs. d. Reichstags (1912–25. 5. 1918) 210, 816
— Immunität d. Abgeordneten 240
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 832
— Frontreisen von Abgeordneten 903 f.
— Kriegseintritt d. USA 827

Kahl, Wilhelm, Professor d. Rechtswiss. 373

Kaiser, Deutscher LI, 833, 1213
— Verfassungsmäßige Stellung XXXII, 384 ff., 442, 652, 748, 767, 780, 1326, 1345, 1384
Kommandogewalt XXIV, XXVII ff., XXXII ff., XLIV ff., LI, 46 ff., 424, 672 f., 678 ff., 683, 713, 749 f., 1135
— Erklärung d. Belagerungszustands XXXI ff., 3 ff., 18, 34, 49
Verschärfter Belagerungszustand XXXVII, 4 ff.

„Kaiser" (Linienschiff) 1070

„Kaiser Wilhelm II." (Linienschiff) 1374

„Kaiserin" (Linienschiff) 997, 1000, 1002

„Kaiserin Augusta" (Artillerieschulschiff) 760

Kampf, Der (Sozialistische Wochenzeitschrift) 1178

Kanitz, Hans Graf von, MdR (Kons.) 276

Kapp, Wolfgang, Generallandschaftsdir., Mitbegründer d. Deutschen Vaterlandspartei 411, 424, 1044

Karcher, Guido, Korvettenkapitän u. I. Adj. beim Kommando d. Hochseestreitkräfte 914

Karl I., Kaiser v. Österreich 768, 794

Karlsruhe XXVII, 980
— Presse 382
Pressebesprechungen 879, 881, 887
— Kriegsamtstelle
Freimachung von Militärpersonen 583, 622

Karpf, Johannes von, Kontreadmiral, Führer d. IV. Aufklärungsgruppe 1382

Karwiese, Major im preuß. Kriegsministerium 221

Kassel 733, 1096, 1281
— Versammlungswesen 430, 1145
— Kriegsamtstelle
Freimachung von Militärpersonen 583, 622
— Regierungsbezirk 43

Katholische Kirche 219, 1219
— Streikbewegung 1207

Kattowitz 171, 1254 f.
— Streiks u. Unruhen 425

Kattowitzer Zeitung 995

Kaufhold, Korrespondent d. „Ostpreußischn Zeitung" 1337

Kaukasus 1238

Kautsky, Karl, Redakteur d. „Neuen Zeit" 252

Kehrhahn, Heinrich, Korvettenkapitän 960

Kemnitz, von, Generalmajor, zuletzt Kommandeur d. 35. Inf.Div. 1287 f.

Kempkes, Rechtsanwalt, Leiter d. Aufklärungsabt. d. stellv. Gkdos d. VII. AK 851 f.

Kerckerinck zur Borg, Engelbert Frhr. von MdR (Zentr.) 1128, 1222

Kerenski, Alexander, Min.Präs. d. prov. russ. Regierung 861

Kessel, Gustav von, Generaloberst, Oberbefehlshaber in den Marken LI, 721
— Handhabung d. Belagerungszustands
Übernahme d. vollziehenden Gewalt 7 f.
Aufruf an die Bevölkerung 9
Verschärfter Belagerungszustand 9, 1165
Außerkraftsetzung von Verfassungsartikeln 7 f.
Einsetzung außerordentlicher Kriegsgerichte 1156, 1164 f.
Immunität d. Abgeordneten 237 ff.
Ausübung d. Zensur 8, 258
Pressezensur 78, 207 f.
Verbot des „Vorwärts" 1148
Regelung d. Versammlungswesens 8 f., 263 f., 1141
— Parteien u. Organisationen
Maßnahmen gegen radikale Gruppen d. SPD 259 f.
USPD 1164
Verhaftung Dittmanns 1164
Deutscher Nationalausschuß 415
Deutscher Metallarbeiterverband 1202
— Lebensmittelversorgung 1166
— Russische Oktoberrevolution 1165
— Streiks u. Unruhen
Bericht an den Kaiser 6. 2. 1918 1164 ff.
Gegenmaßnahmen 1141, 1164 ff., 1201

Kessel, Kurt von, Mgl. d. preuß. Abgh. (Kons.) 521

Keyserlingk, Walter Frhr. von, Kontreadmiral 1364

Kiderlen-Wächter, Alfred von, Staatssekr. d. Ausw. Amts (1910—1912) 3

Kiel 150, 202, 270, 562, 629 f., 655, 724, 949, 996, 1034, 1039, 1281, 1360
— Presse 197, 1376
— Zensur 92
— Versammlungswesen 760 f.
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 921 f., 925 f., 928, 1044
— Lebensmittelversorgung 37, 389 f., 695 f., 732
— Arbeitsverhältnisse 372 f., 388 ff., 585
Arbeiterausschüsse 1161
Schlichtungsausschüsse 549, 561
— Parteien u. Organisationen
SPD 1035, 1361 f.
Sozialdem. Presse 197
USPD 1107, 1112, 1364
Gewerkschaften 388, 391, 586
— Streiks u. Unruhen 389, 393, 695 f., 732, 1161, 1163, 1184 ff., 1362, 1369
Gegenmaßnahmen 699
Flottenunruhen August 1917 998 ff., 1026
Meutereien Herbst 1918 1360 ff., 1372 ff., 1381 f., 1389 ff.
Arbeiter- u. Soldatenrat 1363 ff., 1377, 1383 f.
— Kiel-Friedrichsort 277, 629, 925, 927, 1163, 1364
s. a. Gouvernement des Reichskriegshafens Kiel

Kiew 1282

Kind, Dr. (Verein Dt. Eisen- u. Stahl-Industrieller) 463

King, Gefreiter 866

Kirchhoff, Vizeadmiral z. D. 409 f.

Kirdorf, Emil, Generaldir. d. Gelsenkirchner Bergwerks-AG 258, 651, 670

Kleemann, Ernst, Oberst, Chef d. Stabes d. stellv. Gkdos d. I. bayer. AK 1003

Kleisinger, Hauptmann beim stellv. Gkdo d. XVIII. AK 852 f.

Kleve 155

Kliewer, Hauptmann d. R. in d. OHL 824

Klöckner, Peter, Kommerzienrat, Leiter d. Lothringer Hüttenvereins 571, 573

Kneußl, Paul Ritter von, Generalmajor, Chef d. Abt. für persönl. Angelegenheiten im bayer. Kriegsministerium 222 f.

Knipping, Friedrich, Korvettenkapitän 1363

Knorr, Eduard von, Admiral 357, 651, 670

Koblenz 68, 155, 258, 272
— Zensur 83 f.
— Kriegsamt(neben)stelle 524
Freimachung von Militärpersonen 583, 622 f.
— Regierungsbezirk
Zensur 155, 157
— Regierungspräsidium 155, 157 f.

Koblenz-Ehrenbreitstein 169
— Belagerungszustand
Aufhebung von Verfassungsartikeln 15
Verhaftung politisch unsicherer Personen 186 f.
Zensur 171
Pressezensur 538
— Freizügigkeit d. Arbeiter 538
— Maßnahmen gegen d. USPD 763

Koblinski, Günther von, Kapitänleutnant in d. Presseabt. d. Admiralstabs 919, 927

Koch, Reinhard, Vizeadmiral, Kommandant d. Befestigungen d. Reichskriegshafens Kiel (bis Sept. 1915), stellv. Chef d. Admiralstabs in Berlin (bis Okt. 1918) 326, 376, 420
— Kriegszielfrage 449
— U-Bootkriegführung 713

Köberle, Paul Ritter von, Generalmajor, Chef d. Armeeabt. I im bayer. Kriegsministerium, bayer. Militärbevollm. im Gr. Hauptquartier (25. 8.–11. 11. 1918) 228, 1299, 1327 f., 1355 ff.

Köln XXIII, 253, 720, 834, 1207, 1340, 1370 f.
— Zensur 212
— Versammlungswesen 1279
— Einberufung kriegsverwendungsfähiger Arbeiter 475
— Unruhen 294
— Regierungsbezirk
Zensur 155, 157
Verband d. Metallindustrie 470
— Regierungspräsidium
Zensur 155, 157
SPD 253

Kölnische Volkszeitung 136 f., 411, 778, 1120, 1131, 1141, 1301, 1305

Kölnische Zeitung LII, 99, 413, 686, 834

König, Max August, MdR (SPD) 429 f.

„König" (Linienschiff) 1378

„König Albert" (Linienschiff) 1014

Königgrätz 661

Königsberg 732, 957
— Lebensmittelversorgung 1012
— Kriegsamtstelle
Freimachung von Militärpersonen 583, 622
— Regierungsbezirk 957

Königsberger Allgemeine Zeitung 835

Königshütte 151

Könitz, Albert Frhr. von, General d. Kavallerie z. D., stellv. kd. General d. III. bayer. AK 419, 1117

Köpke, Leg.Rat im Ausw. Amt 848

Köppel, Karl Ritter von, Generalleutnant, stellv. bayer. Militärbevollm. in Berlin 152, 855

Koerber, Ernst von, österr. Min.Präs. (31. 10.–13. 12. 1916) 510

Körsten, Alwin, MdR (SPD) 927

Körte, Siegfried A. W., Oberbürgermeister v. Königsberg, Mgl. d. preuß. Herrenhauses 1223

Köslin, Regierungsbezirk 14

Köster, Adolf, Kriegsberichterstatter d. „Vorwärts" 350, 905

Koester, Hans von, Großadmiral, Präs. d. Deutschen Flottenvereins
— Empfehlung als Obermilitärbefehlshaber 52, 447
— Deutsche Vaterlandspartei 1049

Koeth, Joseph, Oberst, Leiter d. Kriegsrohstoffabt. d. Kriegsamts im preuß. Kriegsministerium 569, 588, 595

Kolberg 457, 800

Kolonialverein, Deutscher 317

Kolyschko, Joseph von, ehem. Unterstaatssekr. im russ. Finanzministerium 718

Kommando der Hochseestreitkräfte 376, 898, 1034, 1093
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 969, 1025
Vaterländischer Unterricht 914 ff., 921, 959 f., 966, 1013, 1040, 1048
Kriegsberichterstattung 868
Feindliche Propaganda 1098
— Politische Betätigung von Militärpersonen 760, 1113
— Flottenunruhen August 1917 LXVIII, 914, 996 ff., 1016, 1020, 1031, 1036 f., 1039, 1074, 1076, 1080, 1105 f., 1108 ff.
Bericht an den Kaiser 6. 10. 1917 1068 ff.
Sozialistische Propaganda 999 ff., 1003 f.
Maßnahmen gegen d. USPD 1016, 1070
Verbot von Zeitungen u. Flugblättern d. USPD 995 f., 1020 f., 1059
— Letzter Flottenvorstoß 1327, 1340, 1358 f.
Meutereien 1348 ff., 1358 ff., 1360 ff., 1366, 1371, 1373 ff., 1378, 1382, 1401
— Verbände
I. Geschwader 1070, 1080, 1106 f.
II. Geschwader 915, 1014
III. Geschwader 1014, 1360 f., 1364, 1366, 1371, 1374, 1378
IV. Geschwader 915, 990 ff., 1003, 1013 ff., 1019, 1021, 1034, 1039, 1069 f., 1106 f., 1109 f., 1401

Kommunalpolitische Zeitschrift 336, 338

Konservative Parteien 273, 275 f., 300, 373, 719, 1185
— Zaberner Affäre XXVIII

— Verhältnis zu Bethmann Hollweg 383 ff.
— Preuß. Wahlrechtsfrage 355, 357, 704, 1317
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 826, 830
Vaterländischer Unterricht 1047
— Hilfsdienstgesetz 527, 529, 532
s. a. Deutsch-Konservative Partei, Freikonservative Partei

Konstantinopel 1290
— Deutsche Militärmission 952
— Deutscher Marineattaché 994

Kopenhagen 160 f., 163, 688
— Deutscher Gesandter 687

Koppenfels, von, Oberst im sächs. Kriegsministerium 1002

Kornemann, Ernst, Hauptmann d. L., Professor f. Alte Geschichte 823

Kornwestheim 283

Korum, Michael Felix, Bischof v. Trier 1207

Koßmann, Bartholomäus, MdR (Zentr.) 1207

Kraeger, Heinrich 1214

Krafft von Dellmensingen, Leopold, Leg. Rat, Vertr. d. bayer. Staatsministeriums beim Kronprinzen Rupprecht LXX, 245, 677, 701, 750, 764, 794, 1128, 1305 ff.

Kraft, Hugo, Vizeadmiral, Dir. d. Werftdepartements im Reichsmarineamt (1916–1918), Chef d. III. Geschwaders 391
— Schreiben an Bauer 27. 9. 1917 1060 ff.
— Erhält Schreiben von Bauer 25. 6. 1917 767 f.
28. 2. 1918 1196
— Urteil über Michaelis 1060 ff.
Kritik an Admiral von Müller 1061, 1063
Valentini 1061, 1063
— Kanzlerschaft von Tirpitz 1063
— Kriegszielfrage 1060
— U-Bootkriegführung 1063
— Denkschrift über die Neuorientierung d. Arbeiterpolitik 557 ff.
Einberufung von Arbeitervertretern 615
Begrenzte Arbeitsgebiete 584 f.
— Meutereien in d. Marine Herbst 1918 1360 f.

Krall, Major im preuß. Kriegsministerium 1002

Krause, Paul von, Mgl. d. preuß. Abgh. (Nat.Lib.), Staatssekr. d. Reichsjustizamts (5. 8. 1917–1919) 994
— Landesverrat 1093
— Maßnahmen gegen d. USPD 1016, 1018, 1030, 1081

Krefeld 155

Kreß von Kressenstein, Gustav Frhr. von, Oberstleutnant, Abt. Chef im bayer. Kriegsministerium 492, 662 f., 700
— Kritik an Soden-Frauenhofen 496 f.
— Pressepolitik 883
— Zensurfragen
Pressepolitik d. OHL 152
Kriegspresseamt 152
Zensur 705
Vereinbarung mit Nicolai 152 ff.
Pressezensur 497
— Versammlungswesen
SPD-Versammlungen 359, 365 f., 1210, 1225
USPD-Versammlungen 1216, 1324
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 856, 905 ff., 910
Antistreikpropaganda 932 ff.
— Kriegszielfrage 814 f.
— Preuß. Wahlrechtsfrage 705
— Parteien u. Organisationen
Politische Betätigung von Militärpersonen 365 f., 1118 f.
SPD 366, 815
Öffentliche Versammlungen 359, 365 f., 1210, 1225
Maßnahmen gegen d. USPD 1216, 1323 f.
— Lebensmittelversorgung 497, 908
— Maßnahmen gegen Streiks u. Unruhen 1151 f.
— Beurteilung d. militärischen Lage Herbst 1918 1355

Kreß von Kressenstein, Otto Frhr. von, Generaloberst, bayer. Kriegsminister (14. 2. 1912–7. 12. 1916)
— Lagebeurteilung 9. 10. 1916 492 ff.
— Handhabung d. Belagerungszustands
Zensur 406 ff., 413 f., 496
Pressezensur 393 ff.
Zensur in d. Kriegszielfrage 414
Regelung d. Versammlungswesens 247 ff., 359 f., 365, 413 f., 417
— Beeinflussung d. allg. Stimmung 300 ff.
— Bewegung zum Sturz Bethmann Hollwegs 406 ff.
— Parteien u. Organisationen
SPD 395, 408, 411 ff., 496
Öffentliche Versammlungen 359 f.
Teilnahme von Militärpersonen 365
Erörterung d. Lebensmittelfrage 247 ff.
Radikale Gruppen d. SPD 413
Gewerkschaften 411
— Wirtschaftsfragen
Lebensmittelversorgung 247 ff., 300, 360, 408 f., 495 ff.
Steigerung d. Kriegsproduktion 495
Behandlung d. Arbeiterfrage 492
Frauenarbeit 495

— Kriegszielfrage 408 ff., 413

— Militärische Angelegenheiten
U-Bootkriegführung 494
Heeresersatz 495
Militärische Vorbereitung d. Jugend 495

— Konflikt mit d. bayer. Innenminister 496 f.
Rücktritt 496

Kretschmann, Ernst-Karl von, Major im Kriegsamt 1002

Kreutz, Geh. Oberreg. Rat im preuß. Landwirtschaftsministerium 328

Kreuznach, Bad 710, 715, 748, 782, 785, 792, 798, 994, 1087, 1090, 1096

Kreuz-Zeitung (Neue Preußische Zeitung) 456, 675, 1092

Kriegervereine 348

Kriegsamt LXXI, 505 f., 572, 1002

— Errichtung XLVII, 498 ff., 508 f., 511, 513, 571, 641

— Einrichtung von Kriegsamtstellen XLVII, 523 ff.
Unterstellung unter d. stellv. Generalkommandos 565 ff.
Zusammenarbeit mit d. Kriegsamtstellen 587 f., 600, 610

— Verhältnis zum preuß. Kriegsministerium 565, 615
zu d. stellv. Generalkommandos XLII, 499 f., 615
Monatsberichte d. stellv. Generalkommandos 378 f.
Verhältnis zur Industrie 624, 720 ff., 729 f., 732
Unternehmergewinne 588 f., 640

— Pressebesprechung 623

— Belagerungszustand
Befugnisse d. Militärbefehlshaber 586
Vereins- u. Versammlungsrecht 586, 724 ff., 734 f., 1055

— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 328, 343, 347 f., 736, 805 ff., 811, 887, 1044 f., 1182
unter d. Arbeitern 733, 736 ff., 742 f., 924 f., 928, 930 ff., 937 f., 945 f., 948 ff.
„Wirtschaftliche Mitteilungen" 335, 338
Feindliche Propaganda 1045

— Parteien u. Organisationen
SPD 726 f., 1177
Gewerkschaften 542 f., 546, 561, 578 ff., 582, 615, 620 f., 726, 729, 742, 1172, 1177, 1186, 1253 ff.

— Kriegswirtschaft LXIX, 520, 554 f., 587
Kriegswirtschaftsämter 526, 565
Lebensmittelversorgung 457, 572, 611, 725 f., 733 f., 788, 938, 1178, 1180
d. Arbeiter 499 f., 508 f., 514 f., 567 f., 729, 731
Lohnfrage 564, 588, 594 f., 624, 729 f.
Transportwesen 541, 545
Rohstofflage 541, 612 f.
Kohleversorgung 730
Militärisches Beschaffungswesen 588 ff.
Arbeiter- u. Ersatzwesen 508 f., 602 f., 610 ff., 642, 645, 647
Arbeitskräfte für d. Werften 539 f., 629 ff.
Einsatz von Frauen 584, 597, 602, 611 ff., 623, 644
Arbeiterausschüsse in Betrieben d. Militärverwaltung 618
Arbeitszwang 596 f., 731

— Vaterländischer Hilfsdienst 511 ff.
Durchführung d. Hilfsdienstgesetzes LXV, 507, 514, 516 ff., 529, 540 ff., 551, 560, 566 f.
Werbung von Hilfsdienstpflichtigen 553 f., 623
Aufrufe 541, 545 f., 553, 567, 596 f.
Einberufung von Hilfsdienstpflichtigen 545, 591 ff., 612 ff., 629
Besprechung im Kriegsamt 11. 6. 1917 596 ff.
Entlohnung von Hilfsdienstpflichtigen 555 ff.
Meldepflicht für Hilfsdienstpflichtige 617 f.
Reklamation eingezogener Facharbeiter 519 f., 577 f.
Behandlung reklamierter Arbeiter 537, 544, 546 ff., 579 f., 626 f.
Freizügigkeit reklamierter Arbeiter 537 f., 546 ff., 565, 581 f., 585, 620 f., 624 f., 627
Zurückstellung von Wehrpflichtigen 547, 565, 581, 615 f.
Einberufung von Zurückgestellten 520, 615
Wiedereinberufung reklamierter Arbeiter 502, 546 ff., 563 ff., 567 f., 578 ff., 585, 616, 620 f., 632 ff., 644, 720 f., 1169
Einberufung von Arbeitervertretern 614 ff.
Freimachung von Militärpersonen 541, 552 ff., 567 f., 583 f., 597, 602 f., 612, 621 ff., 627
Begrenzte Arbeitsgebiete 582, 584 f., 616, 626, 634
Stillegung von Betrieben 543, 545, 612 ff., 627
Ständiger Ausschuß f. Zusammenlegung von Betrieben (Saz) 613
Feststellungsausschüsse 517, 548, 550, 562, 594, 600, 607, 609 f., 613 f., 626
Einberufungsausschüsse 517 f., 542 f., 548 ff., 562, 564, 591 f., 594, 596, 600 ff., 609 ff., 614, 617 f., 626, 629
Schlichtungsausschüsse 517 f., 521 f., 527 ff., 542, 544, 546 ff., 560 ff., 574, 579 ff., 605 f., 610, 616, 619 f., 632 ff., 638 f., 732, 743, 1187 f.
in Betrieben d. Militärverwaltung 549
Änderung d. Hilfsdienstgesetzes 617, 624 ff.

— Streiks u. Unruhen 724 ff., 730, 732, 742 f., 752, 788, 1150, 1157, 1172, 1176 ff.
Berichterstattung 1131, 1179, 1189
Gegenmaßnahmen 586, 615, 720 ff., 726 f., 731 f., 736 ff., 930 f., 950, 1009, 1186 ff.
Militarisierung von Betrieben 731, 1187 f.
Maßnahmen gegen d. Unruhe unter d. Jugend 734 f.
— Kritik am Kriegsamt 509, 560, 569 f., 573, 575, 587, 615, 1005, 1177, 1346
— Sturz Groeners als Chef d. Kriegsamts LXV, 588, 614 f., 624
— Beauftragter d. bayer. Kriegsministeriums LXIX, 545, 556, 564,569, 579, 615, 620, 624 f., 660, 720, 722, 1004, 1006, 1008
d. württ. Kriegsministeriums 617
— Organisation
Waffen- u. Munitionsbeschaffungsamt (Wumba) 522, 569, 587, 589, 727, 924, 945 f.
Beirat 555
Verwaltungsabteilung 556
Kriegsersatz- u. Arbeitsdepartement 490, 553 f., 556, 567, 578, 585, 588, 592, 613, 620, 624, 721
Kriegsarbeitsamt 611
Kriegsrohstoffabteilung 569, 587, 589, 595, 613, 624, 879, 887
Technischer Stab 520, 720
Rechtsabteilung 585, 592, 599, 610, 617
Zentralstelle für Beschwerden 517 f., 562

Kriegsanleihen 167, 326, 421, 701, 740, 801, 1053, 1386
— Propaganda 324, 340, 346, 348 ff., 809, 819, 821, 835, 838, 863 ff., 900, 906, 911, 965

Kriegsausschüsse
— Errichtung 475 ff., 490
— Kriegsausschuß d. deutschen Industrie 200
Lohnfrage 470
Reklamation von Arbeitskräften 469
Kritik am preuß. Kriegsministerium 470
— Kriegsausschuß d. Metallbetriebe Groß-Berlins 464, 475

Kriegsernährungsamt 498 ff., 572, 575, 702, 726, 994, 1127, 1176, 1184, 1264, 1346
— Errichtung LX, 381
— Pressebesprechung 1386
Bezirkspressebesprechungen 879
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 315, 327 f., 343, 345 f., 811, 887, 900, 939, 965, 1219
„Volkswirtschaftliche Hefte" 336, 338
„Kommunalpolitische Zeitschrift" 336, 338
„Mitteilungen des Kriegsernährungsamts" 336, 338
— Lebensmittelversorgung LX, 378, 381 f., 404 f., 422, 424, 426, 457, 514 f., 1166, 1180, 1219, 1386
für Schwerstarbeiter 729
Schleichhandel u. Hamsterei 634, 734

Kriegsgefangene XLI, LIII, 317, 457, 828
— Einsatz in d. Kriegswirtschaft 467, 474, 477, 488, 628, 631, 734, 1008, 1011 f.
in d. Landwirtschaft 420, 488, 593
— Deutsche Kriegsgefangene 297, 303, 323, 641, 828 f., 873, 1179, 1226
Französische Kriegsgefangene 736
Italienische Kriegsgefangene 631
Russische Kriegsgefangene 734

Kriegsgerichte, Außerordentliche 16, 18, 29, 32, 1009, 1132, 1154
— Einsetzung 12 f., 46, 190, 1156, 1160, 1164 f., 1187, 1189
— Aufhebung 55 f.

Kriegsgewinnsteuer 112, 588, 590

Kriegskabinett 1325, 1328, 1331, 1333 f., 1337, 1341, 1353, 1357, 1360, 1398 f.

Kriegsleistungsgesetz 423, 482, 492, 498, 573
— Gesetz 13. 6. 1873 25, 512, 517
— Brief Hindenburgs an Bethmann Hollweg 13. 9. 1916 421, 481 ff.

Kriegspresseamt XLVI, 128, 416 f., 449, 658, 773, 778, 1073, 1097, 1117, 1217, 1384
— Errichtung u. Organisation IL f., LIV, 104 f., 264, 289, 314, 342, 982 ff.
Aufgaben 289 ff., 839
Ausscheiden Deutelmosers IL, 326, 342, 445
Unterstellung unter d. Reichskanzler 982 ff.
— Zusammenarbeit mit d. Zentralbehörden 104 ff., 289, 331
Verhältnis zum bayer. Kriegsministerium 152 ff., 394, 885 f.
zu d. Militärbefehlshabern LI, 82, 102, 145, 153
Monatsberichte d. stellv. Generalkommandos 351, 806
Stimmungsberichte d. Zensurstellen 134, 136
— Verhältnis zur Presse 342, 834, 876 f., 1248 f., 1252
Richtlinien 164 f.
Unterrichtung 108, 289, 291, 807, 878 f.
Pressebesprechungen 78, 264 ff., 295 f., 653, 656 ff., 672 f., 677, 680, 685, 739 f., 825, 966, 983 ff., 1104, 1120 ff., 1129 ff., 1140, 1142 f., 1148, 1157 f., 1163, 1168, 1208, 1228, 1234 ff., 1247 ff., 1260, 1266, 1274 ff., 1303 ff., 1309 ff., 1313 ff., 1327, 1330 ff., 1334 ff., 1353, 1377, 1394
Einflußnahme 108, 147, 163, 267, 289, 291, 330, 739 f., 966, 1313 ff.
Zusammenarbeit 107 ff., 321
— Zensur LIV, 105 f., 108, 110, 113, 116, 135 ff., 139, 141, 291, 364, 451 f., 653, 878, 1010, 1091 f., 1234, 1274
Zensurvorschriften 82, 136, 153, 164
Sanktionen 92

Zensur in d. Frage d. U-Bootkriegführung 112, 121 ff., 129 f., 164
Wiedergabe von Auslandsnachrichten 324 f., 1274 f., 1311
Wiedergabe feindlicher Heeresberichte 324, 1208 f., 1274 ff., 1331

— Außenpolitische Themen
Erörterung d. Friedensfrage 656 ff.
Kriegszielfrage 806, 854, 874, 876
Erörterung 408, 431 ff., 444, 446
Friedensresolution d. Reichstags 797, 1093
Russische Februarrevolution 163, 165 f., 723
Waffenstillstands- u. Friedensverhandlungen mit Rußland 1103 f., 1120 ff., 1129 f., 1377

— zur Innenpolitik
Wahrung d. Burgfriedens 111 ff., 137, 149, 265
Lebensmittelversorgung 111, 166, 805 f., 808
Erörterung 264 ff., 339
Preuß. Wahlrechtsfrage 1168
Militärische Vorbereitung d. Jugend 347
Politische Verantwortlichkeit d. OHL 672 f., 678, 680 ff.
Verhältnis d. OHL zu Bethmann Hollweg 656
Fernhalten d. OHL vom politischen Meinungsstreit 1122
Kühlmann-Krise 1227 ff.
Abschiedsgesuch Ludendorffs 1122 f.

— Parlament, Parteien
Reichstag 877
Frontreisen von Abgeordneten 903 ff.
SPD 753, 755
USPD 752 ff.
Deutsche Vaterlandspartei 1048, 1144

— Beeinflussung d. allgemeinen Stimmung 312 ff., 317 f., 436, 765
Amtliche Aufklärung u. Propaganda IL, LIV, LVII, 166, 320 ff., 723, 733, 805 ff., 817, 823 f., 828, 831, 839 f., 845, 864, 900 f., 908, 913, 916 ff., 939, 946, 953 f., 957, 965, 1331 f., 1336
Besprechung mit den Zentralbehörden
8. 11. 1916 328 ff., 350
5. 12. 1916 343 ff.
20. 1. 1917 345 ff.
2. 3. 1917 347 ff.
7./10. 8. 1917 848 ff.
15. 10. 1918 973 ff.
„Deutsche Kriegsnachrichten" 322 ff., 331 ff., 336 ff., 343 ff., 348 f., 807, 826, 830, 840, 844, 868
„Deutsche Kriegswochenschau" 343 ff., 347 ff., 808, 824, 826, 830, 840, 844, 901, 912, 915, 970, 972
„Mitteilungen betreffend Kriegsaufklärung" 824, 844, 854 f., 873, 896
„Nachrichten der Auslandspresse" 912, 1015
„Solda" 912, 915, 1015
Flugblätter LVII, 332 f., 337, 343, 345 ff., 740, 807 f., 844, 852 f., 1181
Vorträge 332, 346 ff., 351 f., 807 f., 844, 908, 913, 931, 980
Zusammenarbeit mit d. christl. Gewerkschaften 853 f.
Bezirkspressebesprechungen 878 f.
Aufklärung d. Feldheeres 835 f., 841, 843 f., 861
Vaterländischer Unterricht 860, 870, 873 f., 876 f., 896 ff., 903, 911 ff., 918, 925, 942 ff., 947, 960, 966, 981 ff., 1047
„Mitteilungen für den vaterländischen Unterricht" 896, 898, 902, 912, 915
Kriegsberichterstattung 867 f., 1234 ff., 1247, 1249 ff., 1266, 1269, 1275 ff., 1311, 1331 f., 1337
Aufklärung d. Arbeiterschaft 931, 937, 950
Antistreikpropaganda 928 ff., 932
Propaganda für d. Kriegsanleihen 348 f., 809
Bekämpfung antimonarchischer Tendenzen 984, 1358
Russische Propaganda 1121, 1130, 1377
Verbreitung von Gerüchten 1260, 1263
Würdigung d. Geburtstages d. Kaisers 1134

— Streiks u. Unruhen 752 ff., 1150, 1158, 1163
Berichterstattung 722, 1131 f., 1140, 1148, 1157
Gegenmaßnahmen 736 f., 739 f., 851, 929, 1142 f.
Meutereien in d. Marine 1377 f.

— Darstellung d. militärischen Ereignisse 265, 1234 f., 1248 ff., 1303 ff., 1310 f., 1313 ff., 1331 f., 1394

— Waffenstillstandsforderung d. OHL 977, 1310
Friedensangebot 3. 10. 1918 1309 ff., 1313 ff.
Waffenstillstandsbedingungen 1330 f.
Dritte Note Wilsons 1330 f., 1334 ff.

— Abdankung d. Kaisers 1353

— Organisation
Abt. Generalstab 983
Archiv 109, 290, 292, 984
Abt. I 983 f.
Abt. II 983, 985
Abt. IV 147, 752, 805 ff., 836, 843, 864, 873, 944, 983 f.
Auskunftsstelle bzw. -abt. 104 ff., 108, 740, 942
Organisation u. Dienstbetrieb 107, 289 ff., 329, 348
Auslandstelle LVII, 104, 109, 290, 332, 944
Inlandstelle 289, 332
s. a. Oberzensurstelle

Kriegsüberwachungsamt, österreich-ungarisches 289

Kriegswirtschaft XIII, LV ff., LXI, LXVII, LXIX, LXXI, 55, 323, 327, 421, 423, 686, 820 f., 871, 891, 940

— Militärisches Beschaffungswesen 461 f., 471, 473 f., 490 f., 499, 587 ff., 613
— Arbeitskräfte 461, 465 ff., 483 ff., 488 ff., 495, 500 ff., 507, 509, 515 f., 519, 539, 554 f., 567, 571, 577 f., 597, 610 ff., 628, 721
für d. Werften 629 ff.
Verteilung auf Kriegswirtschaft u. Heer 467 ff., 476 f., 480, 488, 490, 579 f., 628, 641
— Frauenarbeit 474, 484, 488, 495, 501 f., 515, 544, 567, 573, 583 f., 597, 602, 611 ff., 621 ff., 628, 639, 644
— Rückgang d. Kriegsproduktion 554 f., 569 ff., 628, 720
durch Streiks 1162 f., 1168, 1172 f.
— Konzentration 612 ff., 626 f.
— Kriegsgewinne 588 f., 639 f., 821

Kriegszielfrage XIII, LX f., LXX, 101, 302, 358, 402, 406, 408 f., 411, 413, 424, 778 f., 854, 861, 863, 871 ff., 876, 895, 989, 992, 1042, 1185, 1190, 1200, 1211
— Forderungen d. deutschen Wirtschaft 201 f., 216 ff., 245, 272, 410
Großgrundbesitz 245, 410
Nationale Kreise 214 ff., 244 ff., 272, 409
— Haltung Bethmann Hollwegs 214, 216, 367, 369, 429, 719, 770 f.
Groeners 201
Loebells 361 ff., 369
Ludwigs III. 272
d. OHL LIV. LXIV, 244 f., 444 ff., 715, 723, 797, 814 f., 834, 836, 845 f., 994, 1127 f., 1197
d. Marine 201, 216 ff., 446 ff., 777, 874, 1060
Konservative Interprellation 3. 5. 1917 750, 756, 759, 777
Reichstagsrede Erzbergers 6. 7. 1917 791, 839
d. SPD 199, 250, 272, 429 f., 432, 434, 719, 750, 760, 777, 815, 1146, 1199
Interpellation 1. 12. 1915 270
Petition 417 ff.
Resolution 19. 4. 1917 715 f., 718, 723
Interpellation 3. 5. 1917 760
d. USPD 999 f.
Friedensresolution d. Reichstags 19. 7. 1917 LXII f., LXVI, 789, 797, 799, 801, 839, 849, 867, 989, 1022, 1024, 1050, 1061 f., 1082 f., 1093 f., 1102, 1124, 1145, 1197
d. Deutschen Vaterlandspartei 1050, 1102 f., 1145 f., 1295
— Zensur in d. Kriegszielfrage 69 f., 78 ff., 97 f., 100, 103, 135 f., 144, 170, 178, 180, 208, 214 ff., 224 ff., 228 ff., 245 f., 249 f., 252, 255 ff., 261, 273, 414, 416 ff., 448, 715, 718, 1054, 1094 f.
Zensurstelle 364, 368 f., 375
Lockerung d. Zensur 305, 361 ff., 368 f., 374 ff., 431, 451
Öffentliche Erörterung 323, 414 f., 429 ff., 446 ff., 856, 874 f., 893
Freigabe IL, LIV, LXV, 117, 119, 143, 148 f., 160, 174, 434 f., 450 ff., 514
Richtlinien 444 ff.
Erörterung außerhalb d. Presse 103, 1174
Behandlung im Vaterländischen Unterricht 952

Kriegszustand s. Belagerungszustand

Kroeger, Otto, Major in d. Abt. IIIb d. OHL 152, 313, 318, 328, 813, 1334 f.

Krolik, Gewerkschaftssekr. 405, 426

Kronentaler, August, (USPD), Obmann u. Mgl. d. Arbeiterrats in d. Deutschen Waffen- u. Munitionsfabrik 1917 754

Krosigk, Günther von, Admiral, Chef d. Marinestation d. Nordsee u. Gouverneur d. Befestigungen d. Reichskriegshafens Wilhelmshaven 1050, 1382

Krüger, Dr. (Kriegsernährungsamt) 852

Krull, Reg.Ass. im Kriegsernährungsamt 173

Krumbhaar, Heinrich, Zeitungsverleger 107

Krupp von Bohlen und Halbach, Gustav, Mgl. d. preuß. Herrenhauses 226
— Unterredung mit Tirpitz 18. 1. 1915 216 ff.
— Urteil über Bethmann Hollweg 217
— Kriegszielfrage 216 ff.
— Preuß. Wahlrechtsfrage 1223

Krupp (Firma) LV, 295, 667, 965, 1128
— Abwerbung von Arbeitskräften 463

Kruse, Francis, Wirkl. Geh. Oberreg.Rat, Reg.Präs. in Düsseldorf 465 f.

Kügler, Generalleutnant z. D., stellv. Gkdo. d. II. AK 1333

Kühlmann, Richard von, Gesandter im Haag, Botschafter in Konstantinopel (bis 1917), Staatssekr. d. Ausw. Amts (7. 8. 1917–9. 7. 1918) 642, 1089
— Kritik an Kühlmann 871
— Persönlichkeit im Urteil
Bauers 1212
Boy-Eds 1024, 1075
Seeckts 994
von Tirpitz 994
Wilds von Hohenborn 994
— zur Innenpolitik
Kanzlerkandidat Bülow 1063
Abschiedsgesuch Capelles 1077
— Haltung Hollands 494

— U-Bootkriegführung 494
— Friedensfrage 1127 f.
Kühlmann-Krise 1126 ff., 1242, 1246 f., 1251 ff.
Zensuranweisungen 1227 ff.
— als Kanzlerkandidat 1293

Kühlwetter, von, Oberstleutnant, Abt.Chef d. Kriegsarbeitsamts im Kriegsamt 595, 1002

Kühne, Generalmajor, Kommandeur d. 30. Feldart.Brig. in Straßburg XXVI

Künkele, Hauptmann d. L. beim stellv. Gkdo d. XV. AK 961

Küsel, Hans, Kontreadmiral, Chef d. Stabes d. Marinestation d. Ostsee (ab Dez. 1916) 1367

Küstrin 14

Kuhl, Hermann von, General d. Infanterie, Chef d. Generalstabs d. Heeresgruppe „Kronprinz Rupprecht" 794, 869

Kulm 7, 17

Kultur-Bund (Bund deutscher Gelehrter u. Künstler)
— Beeinflussung d. allg. Stimmung 313 ff., 346, 348 f., 848, 913
Veranstaltung im Reichstag 3. 6. 1916 316

Kunau, Ernst, Korvettenkapitän, Adj. d. Marinestation d. Ostsee 391, 695

Kurland 551, 863, 874

Kuttner, Erich, Redakteur d. „Vorwärts" 1132, 1274

Kyffhäuserbund XXI, 315, 346, 351

Laband, Paul, Professor d. Rechtswiss. XXXIII

Landeshut 732

Landsberg, Otto, MdR (SPD) 760, 872, 875

Langemak, Hugo, Kontreadmiral 1362 f.

Langermann und Erlencamp, Frhr. von, Generalmajor, Dir. d. Versorgungs- u. Justizdepartements im preuß. Kriegsministerium 18

Lansing, Robert, Staatssekr. im State Department 1046

Lasalle, Ferdinand, Vors. d. Allg. Arbeitervereins 905

Laue, Minenheizer auf SMS „Deutschland" 1364

Lauenburg 43

Lebensmittelversorgung XLII, XLV, XLVII, LXI, 173, 306, 358, 360, 388, 390 f., 407, 423, 432, 435, 441, 467, 490, 496 ff., 501, 508 f., 514 f., 567 f., 571 ff., 575 f., 591, 611, 628, 634 f., 641, 656, 717 f., 745, 847, 852, 855, 857, 863, 893, 968 f., 1030, 1053, 1061 f., 1082, 1084 ff., 1153, 1171, 1173 f., 1193 f., 1197, 1240, 1386
— Schreiben Hindenburgs an Bethmann Hollweg 27. 9. 1916 327
— Regionale Handelsbeschränkungen LX, 35 ff., 382, 389
— Zensur 97, 110 f., 119, 137, 148, 158 ff., 166, 243, 264 ff., 279 ff., 293, 339, 361, 394 f., 416, 457 f., 736
Richtlinien 668 f.
— Auswirkungen auf d. allgemeine Stimmung 164, 166, 300, 308 f., 311, 320, 361, 378 ff., 393, 402, 405, 408 f., 451, 457 f., 659, 740 ff., 770, 799 ff., 908, 910, 964, 990, 1000, 1023, 1070, 1098
Protestversammlungen d. SPD 222 f., 247 ff., 409
Unruhen 266, 294 f., 303, 387 ff., 403 f., 420 ff., 425 f., 458, 666 f., 695 ff., 703 f., 714, 725 ff., 737, 752 ff., 761, 775, 787 f., 962, 1005, 1007, 1009 ff., 1035 f., 1038, 1131 ff., 1158, 1161, 1166, 1177 f., 1180, 1185, 1241, 1253 f., 1256
— Amtliche Aufklärung 166, 292 f., 316, 327 f., 336 f., 340 f., 346, 350, 421, 741, 805 f., 808 f., 811, 817, 819, 821, 823, 845, 864, 867, 887, 902, 938 ff., 948, 962, 1180, 1219
Leitsätze für die Behandlung von Volksernährungsfragen in d. Presse 27. 12. 1915 293

Ledebour, Georg, MdR (SPD/USPD) 233, 754, 962, 1024, 1086
— Versammlungswesen 1202
— Teilnahme an d. Zimmerwalder Konferenz 260
— Streiks u. Unruhen 754, 1178, 1239
Flottenunruhen August 1917 1106
Meutereien in d. Marine Herbst 1918 1367, 1369 f.

Leese, Wirkl. Geh. Oberreg.Rat im Reichsamt für d. Verwaltung d. Reichseisenbahnen 526

Legien, Carl, MdR (SPD), Vors. d. Generalkommission d. Gewerkschaften 1096
— Handhabung d. Belagerungszustands 1052 ff.
Genehmigung von Gewerkschaftsversammlungen 1253 ff.

— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 927
— Hilfsdienstgesetz 528
Durchführung 620
— Koalitionsfreiheit d. Arbeitnehmer 518
— Streiks u. Unruhen 1253 f.

Lehe s. Bremerhaven

Lehmann, Hauptmann im Kriegspresseamt 328

Lehmann, Oberkriegsgerichtsrat beim stellv. Gkdo d. VII. AK 27

Lehmann, Julius Friedrich, Verleger 230, 257, 1025

Leipzig 104, 1035
— Presse 1021, 1060, 1376
Pressebesprechungen 878 f.
— Versammlungswesen 416, 1145
— Lebensmittelversorgung 753
— USPD 763
— Streiks u. Unruhen 266, 294, 420, 733, 753, 763, 1188
— Kriegsamtsstelle 733, 977
— „Leipziger Programm" 733

Leipziger Neueste Nachrichten 1141, 1375

Leipziger Tageblatt 413

Leipziger Volkszeitung 753 f., 763, 995, 999 f., 1021, 1027, 1035, 1060, 1216, 1377, 1386
— Beschlagnahme 1104

Lenin (Uljanow), Wladimir Iljitsch 1116

Lennep s. Remscheid-Lennep

Lentze, August, preuß. Finanzminister (28. 6. 1910–5. 8. 1917) 749, 786
— Preuß. Wahlrechtsfrage 355
— Hilfsdienstgesetz 518, 526, 533
— Lohnfrage 533

Leonhard, Hauptmann 895 f.

Leopold, Prinz v. Bayern, Generalfeldmarschall, Ob.Ost (1916–1918) 693

Lequis, Arnold, Generalleutnant, Gouverneur v.Metzl 315, 1335

Lerchenfeld, Hugo Graf von und zu, bayer. Gesandter in Berlin u. Bundesratsbevollm. LXX, 397, 523, 748, 750, 876
— Urteil über d. OHL 678 f.
— Hilfsdienstgesetz 511, 514

Lerch-Rabanowitsch, Sara Sonja 933

Lersner, Kurt Frhr. von, Leg.Rat, Vertreter d. Ausw. Amts im Gr. Hauptquartier 576, 672, 677, 682, 684, 687 f., 690 ff., 710, 722, 744, 746, 779, 797 f., 813 f., 903, 1063, 1143, 1281, 1283 ff., 1288, 1290, 1327

Lettow, von, Major beim Oberkommando in den Marken 1003, 1010

Leuß, Hans, Journalist („Welt am Montag") 1389 f.

Levetzow, Magnus von, Kapitän z. S., Chef d. Op.Abt. d. Kommandos d. Hochseestreitkräfte (ab Jan. 1916), Chef d. Stabes d. Seekriegsleitung (ab August 1918) 376, 1093, 1308, 1316, 1338 ff., 1343, 1360

Levy, Hermann, Professor d. Nationalökonomie 173

Lewald, Theodor, Min.Dir. (1910–1917), Unterstaatssekr. (1917–1918) im Reichsamt d. Inneren 663
— Belagerungszustand 11 f., 16, 118, 189
Zusammenarbeit zwischen Militär- u. Zivilbehörden 57 ff.
Vorzensur bei Streiknachrichten 1180
Regelung d. Versammlungswesens 1183
Immunität d. Abgeordneten 236 f., 825
— Nachrichtenpolitik 831
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 824, 827, 830 f., 1181 f.
— Verfassungsfragen, Innenpolitik
Preuß. Wahlrechtsreform 1181
Änderung d. Art. 11 d. Reichsverfassung 1325
Reichstag 825
SPD 825, 1178
USPD 825
— Wirtschaftsfragen
Lebensmittelversorgung 1180
Fremdarbeiter 729
— Streiks u. Unruhen 1178
Gegenmaßnahmen 727, 1180, 1183

Lezius, Oberreg.Rat im preuß. Kultusministerium 343

Libau, Befehlshaber d. Marineanlagen 915

Liebenzell, Bad 865

Liberalismus 245, 673 f., 717, 991

Liebert, Eduard von, Generalleutnant z. D., Vors. d. „Reichsverbandes gegen d. Sozialdemokratie" XXI, 1321

Liebig, Hans Frhr. von, Chemiker, Mgl. d. Alldeutschen Verbandes 406

Liebknecht, Karl, MdR (SPD/fraktionslos), Mitbegründer d. Spartakusgruppe 97, 194, 231, 253, 270 f., 283, 297, 300, 366, 370, 395, 675, 731, 754 f., 1323
— Kritik Bethmann Hollwegs 230
— Preuß. Wahlrechtsreform 253
— Kritik an d. Anleihepolitik d. Reichsschatzamts 367 f.
— Militärgerichtliches Verfahren 232 ff., 241 f., 254, 277
Prozeß 284, 368, 393, 403, 425, 825, 1108

Liebmann, Paul Hermann, Redakteur d. „Leipziger Volkszeitung" 753 f.

Liebrasch, Funktionär d. Metallarbeiterverbands 753

Liegnitz, Regierungsbezirk 14
— Regierungspräsidium
Amtliche Aufklärung u. Propaganda 870

Liesching, Theodor, MdR (FVP) Mitgl. d. württ. Landtags 1093

Lille 905

Limburg-Stirum, Jules Menno Graf, Vertreter d. Ausw. Amts u. d. Reichskanzlers im Gr. Hauptquartier 1212, 1285

Linsingen, von, Oberst, Chef d. Stabes d. stellv. Gkdos d. XVII. AK 1003, 1012

Linsingen, Alexander von, Generaloberst, Oberbefehlshaber in d. Marken 1385, 1388, 1397
— Maßnahmen gegen d. Verbreitung von Gerüchten 1259 ff., 1280
— Maßnahmen gegen Unruhen 1386
Verbot d. Bildung von Arbeiter- u. Soldatenräten 1392
Abschiedsgesuch 1396

Lipinski, Richard, (USPD) Journalist u. Schriftsteller 753 f.

Lippe, Fürstentum 259
— Regelung d. Versammlungswesens 1175 f.

Lippstadt 195

Lisco, Hermann, Staatssekr. d. Reichsjustizamts (25. 10. 1909–5. 8. 1917) 787
— Belagerungszustand
Befugnisse d. Militärbefehlshaber 48, 126
Reform d. preuß. Belagerungszustansdgesetzes 34, 48 ff.
— Hilfsdienstgesetz 526

List, Friedrich, MdR (Nat. Lib.) 904

Liszt, Franz von, MdR (FVP) 904

Litauen 874, 1208
— Deutsche Presse 878

Litzmann, Karl, General d. Infanterie a. D. 956, 1394, 1396

Lloyd George, David, brit. Premierminister (1916–1919) 611, 772, 969, 1327
— Friedensfrage 989

Loë, Klemens Frhr. von, Mgl. d. preuß. Abgh. (Zentr.) 1168, 1215, 1222

Löbau 17

Loebell, Friedrich Wilhelm von, preuß. Innenminister (18. 4. 1914–5. 8. 1917) 333, 386, 704, 750
— Belagerungszustand
Reform d. preuß. Belagerungszustandsgesetzes 34, 50, 120
Zensur 88 ff., 117 ff., 124 ff., 141 ff., 361 f.
Vorzensur 144, 363 f.
Zensur in d. Frage d. Lebensmittelversorgung 119
Erörterung innenpolitischer Fragen 143 f.
Abbau d. politischen Zensur 144
Vereins- u. Versammlungsrecht 267 f., 531 f.
Regelung d. Versammlungswesens 364
Immunität d. Abgeordneten 236, 239 ff.
Militärgerichtliches Verfahren gegen Liebknecht 241 f.
— Pressepolitik 292
— Kriegszielfrage 272
Öffentliche Erörterung 119, 143 f., 255, 361 ff., 368 f., 374 ff.
— zur Innenpolitik
Denkschrift 22. 11. 1915 271 ff.
Burgfrieden 89, 118, 143 ff.
Preuß. Wahlrechtsreform 355 f., 702, 787
SPD 198 f., 271 f., 274 f., 363
Verbreitung sozialdem. Schriften in d. Armee 198 ff., 204 ff.
Radikale Gruppen d. SPD 363
— Wirtschaftsfragen
Lebensmittelversorgung 292 f., 361
Hilfsdienstgesetz 502 f., 517 f., 526, 531 f., 534
— Maßnahmen bei inneren Unruhen 699 f.

Löhlein, Heinrich, Kapitän z. S., Vorstand d. Nachrichtenbüros (bis Juni 1915), Chef d. Zentralabt. d. Reichsmarineamts im Gr. Hauptquartier (bis Jan. 1916) 69, 103, 200 ff., 217
— Kritik durch Bethmann Hollweg 86
— Verhältnis zur Presse 86
Pressebesprechungen 71, 76, 85
Pressezensur LXVIII, 71, 82, 85
Einrichtung d. Oberzensurstelle 75

Loesch, Marinehilfskriegsgerichtsrat 1106

Lößl, Siegmund Ritter und Edler von, bayer. Staatsrat 1305

Lötzen 17

Löweneck, Anton, Oberpostverwalter, Mgl. d. bayer. Landtags (Lib. Vereinigung) 396

Loewenfeld, Alfred von, General d. Infanterie, stellv. kd. General d. Gardekorps 657, 1083, 1117, 1307, 1396 ff.

Loewenstein-Wertheim, Karl Fürst von 1321

Lohmann, Walter, Mgl. d. preuß. Abgh. (Nat. Lib.) 301, 1116, 1222

Lohnfrage XLII, 243, 372, 389 ff., 399, 464 ff., 468, 470, 491, 501, 511, 518 f., 530 ff., 555 ff., 564, 573, 588, 594 f., 608, 624, 634, 640, 646, 667, 696, 719, 729, 731, 742 f., 752, 949, 1005, 1007 f., 1010 f., 1053, 1055 f., 1086, 1178, 1185, 1194, 1198, 1240, 1243 f., 1275

London 736, 772, 1148

Loose, Hauptmann in d. OHL 1356

Lorek, Oberpostinsp. im Reichspostamt 343

Lorek, Alfred, Journalist („Der Tag") 1266

Lothringen s. Elsaß-Lothringen

Lotse, Der (Zeitschrift) 1038

Lotter, Conrad, Obermatrose 1001, 1038 f.

Ludendorff, Erich, General d. Infanterie, I. Generalquartiermeister (29. 8. 1916—26. 10. 1918) LXXI, 445, 570, 635, 642, 654, 656 f., 682, 719, 759, 770, 1060, 1062, 1103, 1168, 1207, 1214, 1223, 1337, 1346

— Ernennung zum I. Generalquartiermeister LII, LVIII, LXI f., LXV, 359
Abschiedsgesuch 12. 7. 1917 792, 795
Januar 1918 1122 f.
Entlassung LVI, LXVI, 983, 1302, 1305, 1335, 1341 ff.

— Telegramm an Bethmann Hollweg 24. 4. 1917 722 f.
Schreiben an Groener 26. 1. 1917 554 f.
16. 2. 1917 569 f.
an Schorlemer 6. 12. 1917 1115 f.
25. 8. 1918 1257 f.

— Erhält Schreiben von Wahnschaffe 24. 2. 1917 577

— Verhältnis zu
Bauer LV f., LVIII, 783 f., 1090, 1284
Bethmann Hollweg 271, 523, 672 f., 677, 703, 750, 783 ff., 795
Haeften 954
Helfferich 1088 f.
Hertling 662 ff., 1292
Hindenburg LVIII, 678, 783, 1250, 1342 f.
Hintze 955
Michaelis 795 f.
Nicolai LIV f.
Valentini 1125 ff.
Wahnschaffe 779 ff.
Wilhelm II. 780, 792, 1126 f., 1342 ff.

— Urteil über Tirpitz 1063
Wilhelm II. 1136

— Kritik an Ludendorff LVIII, 1137, 1268 f., 1299, 1356
durch Selchow 1238

— Persönlichkeit im Urteil Einems 1344
Hellingraths 784
Mertz's v. Quirnheim 783 ff., 791 f., 795
Wrisbergs 652

— Militärische Fragen
Befehlsführung LIX
U-Bootkriegführung 662, 745, 768 f., 845, 864
Heeresersatz 639 ff., 1327
Verhalten d. Offiziere 843
Auflösungserscheinungen im Heer 1226, 1250, 1293
Siegeszuversicht 744 ff., 764 ff., 845, 847, 1250, 1274
Beurteilung d. militärischen Lage 1238
Sommer 1918 1250 f.
Herbst 1918 1282 ff., 1296 f., 1327, 1339

— Friedensfrage 707 f., 723, 781, 791, 956, 1062, 1269, 1297
Pazifismus 1098 ff.
Kriegszielfrage 768, 814, 845 f., 862 f., 1122
Öffentliche Erörterung 431, 444
Friedensresolution d. Reichstages LXII, 797

— Außenpolitische Fragen
Österreich-Ungarn 794
Polnische Frage 662, 679
Russische Februarrevolution 690 ff., 711, 723

— Burgfrieden 653

— Pressepolitik 768, 859, 1084
Kritik am Pressereferat d. bayer. Kriegsministeriums 880 ff.
Zensur 653 ff., 813 f., 944 f.
Russische Februarrevolution 723
Aufruf d. russischen Sozialisten 25. 3. 1917 686, 688, 690 ff.
Waffenstillstands- u. Friedensverhandlungen mit Rußland 918 f., 1122
Zensur bei d. Berichterstattung über Streiks 722

— Amtliche Aufklärung u. Propaganda IL, LIV, 690 f., 708, 723, 765, 836, 840, 847 f., 895, 955 f., 961 f., 1236
Reichspropagandaamt 953

Aufklärung d. Feldheeres 326 ff., 835 ff., 841 ff.
Vaterländischer Unterricht 860 ff., 918 f., 944 f.
Schutz d. Heeres vor politischer Propaganda 693
Bekämpfung antimonarchischer Tendenzen 711 f., 813 f., 845
Feindliche Propaganda 690 f., 843, 1098 ff.
— Politische Verantwortlichkeit d. OHL 677, 681, 684
Fernhalten vom politischen Meinungsstreit 653, 693, 1116
— Einflußnahme auf d. Innenpolitik LIII, LV, LIX, LXIII f., 765, 767, 779 ff., 783 f., 794 ff., 798, 1063 f., 1084, 1087 ff., 1096, 1192, 1239, 1245, 1285
Ludendorff als Kanzlerkandidat LXIV, 785, 795
Kandidatur Bülows 793 f.
von Tirpitz 424, 1063
Militärdiktatur LXIV, 651 f., 794 f., 1024, 1077, 1246, 1292
Preuß. Wahlrechtsfrage LXXI, 702, 704, 783, 1115 f., 1168, 1198, 1257 f.
Osterbotschaft 704
Ablösung Wilds von Hohenborn L, 500
Sturz Groeners als Chef d. Kriegsamts 614 f.
Sturz Bethmann Hollwegs 783, 785, 791 ff.
Verabschiedung Valentinis 1127
Kühlmann-Krise 1229
— Parlament, Parteien, Organisationen
Reichstag LXIII f., LXVI, 690 f., 780, 791, 794, 1096, 1245, 1288
Frontreisen von Parlamentariern LXIII f., 903, 905
SPD 690 f., 1096, 1258
USPD 1098 f.
Internationaler Sozialistenkongreß 707 f.
Deutsche Vaterlandspartei 1049, 1245
Gewerkschaften 1096
— Wirtschaftsfragen
Lebensmittelversorgung 327 f., 845, 847, 1005, 1098
Kriegswirtschaft LV, 554 f., 569 f.
Rohstofflage 845
Kohlemangel 845, 847
Hindenburg-Programm L
Arbeitskräfte für d. Kriegswirtschaft 501, 640
Errichtung d. Kriegsamts 500, 508
Hilfsdienstgesetz 503, 509 f., 521 ff., 597
Reklamation eingezogener Facharbeiter 519 f., 630
— Streiks u. Unruhen 845, 1005, 1098 ff., 1115 f., 1144, 1171, 1173, 1241
Landesverrat 1099
Gegenmaßnahmen 1143
Schutzhaft 1143
— Waffenstillstandsforderung d. OHL 976 ff., 1282 ff., 1290 ff., 1297, 1310, 1327
Waffenstillstandsbedingungen 1327 f.
Dritte Note Wilsons 1334, 1338 ff., 1341 ff.
— „Ludendorffspende" 927

Ludwig III., König v. Bayern (5. 11. 1913—7/8. 11. 1918) 652, 815, 884, 1088, 1127, 1293, 1321
— Urteil über Bethmann Hollweg 794
Michaelis 798
Hertling 794 f.
— Kriegszielfrage 272
— Innenpolitik Bethmann Hollwegs 701
Preuß. Wahlrechtsfrage 701, 1224
Osterbotschaft 749
— Bewegung zum Sturz Bethmann Hollwegs 407, 663, 794

Ludwiger, von, Hauptmann im Kriegsernährungsamt u. im Kriegsamt 327 f., 335, 587

Ludwigsburg 283

Lübbert, Dr., (Zentraleinkaufsgenossenschaft) 852

Lübeck 15, 1190
— Aufhebung von Verfassungsartikeln 22
— Arbeitsverhältnisse 585
— Streiks, Unruhen, Meutereien 1161, 1375

Lübeck, Fürstentum 15, 22

Lüders, Elisabeth, Leiterin d. Sektion Frauen d. Kriegsarbeitamts im Kriegsamt 348

Lüdinghausen 15

Lührs, Hauptmann in d. OHL (Abteilung III b) 868

Luitpold, Herzog in Bayern 1306

Lukas, Josef, Professor d. Rechtswiss. 23, 27

Luther, Hans, Geschäftsführer d. Deutschen Städtetags 809

Luxemburg 524

Luxemburg, Rosa, Mitbegründerin d. Spartakusbundes 233

Lwow, Fürst Geórgij Jewgénjewitsch, russ. Min.Präs. (März—Juli 1917) 675

Lyck 17

Lyncker, Moritz Frhr. von, Generaloberst, Chef d. Militärkabinetts (1909—27. 7. 1918) 383, 385, 670, 752, 781, 1124, 1157, 1164
— Osterbotschaft 710

Magdeburg 749, 1110
— Aufhebung von Verfassungsartikeln 14

— Metallarbeiterschaft 742
— Streiks u. Unruhen 667, 731, 1162
— Kriegsamtstelle 741, 743
Freimachung von Militärpersonen 583, 622
— Kriegswirtschaftsamt 741

Magirus, von, Generalleutnant, Abt.Chef im württ. Kriegsministerium 274, 310 ff.

Mailand XXXV

Mainz
— Alldeutscher Verband 392
— Streiks u. Unruhen 734
s. a. Gouvernement Mainz

Maltzahn, Frhr. von, Landrat, politischer Berater d. Kronprinzen 1222, 1321

Mann, Edler v. Tiechler, Ernst Ritter von, Vizeadmiral, Staatssekr. d. Reichsmarineamts (ab 22. 9. 1918 bis Kriegsende) 1339
— Ernennung zum Staatssekretär 1279
— Meutereien in d. Marine 1359 f., 1364 f., 1374, 1381
Gegenmaßnahmen 1372
— Bildung von Bürger- u. Bauernwehren 1379 f.
— Umsturz November 1918 1401

Mannheim 1008, 1186

Mantels, Waldemar, Kapitänleutnant 919 f., 922 f.

Manteuffel, Kurt Frhr. von, General d. Infanterie, Chef d. stellv. Generalstabs d. Armee (Aug.—Dez. 1914), stellv. kd. General d. XIV. AK 42
— Belagerungszustand
Verhaftung politisch unsicherer Personen 187
Zensur 71
Pressezensur 100
Zensur d. Provinzpresse 71 ff.

Mantey, Friedrich von, Oberst, Chef d. Stabes d. stellv. Gkdos d. Gardekorps 1397

Marburg 823

Marchtaler, Otto von, General d. Infanterie, württ. Kriegsminister (11. 6. 1906—6. 11. 1918) u. stellv. kd. General d. XIII. AK 592
— Erklärung d. verschärften Belagerungszustands 6, 212
— Maßnahmen gegen radikale Gruppen d. SPD 211 ff., 230 ff.
gegen d. sozialdem. Jugendorganisation 209
— Änderung d. Art. 11 d. Reichsverfassung 1326

Marcks, Erich, Professor f. Geschichte 795

Marienburg 7

Marienwerder, Regierungspräsidium LXX

Marinekabinett LXVIII, 86, 999, 1001 f., 1025, 1041, 1061, 1063, 1128, 1320, 1339
— Unterstellung unter d. Reichsmarineamt 1345
— Personalpolitik XVIII
— Abschiedsgesuch Capelles 1077, 1079 f.
— Vaterländischer Unterricht 1058
— Meuterei in d. Marine 1360

Marinestation der Nordsee LXVIII, 30, 250 f., 270, 419, 469, 724, 760, 1002, 1039, 1041, 1053
— Behandlung d. Presse 100
Ausübung d. Zensur 75, 101
Vorzensur 92
Verbot von Zeitungen 1059
— Errichtung d. Oberzensurstelle 75
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 327, 343
Vaterländischer Unterricht 903, 914 f., 917, 920, 947, 960, 966
— Parteien u. Organisationen
Maßnahmen gegen d. USPD 764
gegen d. radikalsozialistische Jugendbewegung 775
Deutsche Vaterlandspartei 1050
— Wirtschaftsfragen
Freizügigkeit d. Werftarbeiter 551 f.
Freimachung von Militärpersonen 584
— Maßnahmen bei Streiks 1150 f.
— Meutereien in d. Marine 1373 f.
Verhältnis zum Arbeiter- u. Soldatenrat 1382

Marinestation der Ostsee LXVIII, 30, 250 f., 270, 388, 724, 1002, 1039, 1041
— Belagerungszustand
Behandlung d. Presse 100
Zensur 75, 92, 101
Merkblatt für d. Presse 1. 8. 1914 63
— Errichtung d. Oberzensurstelle 75
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 327, 343
Vaterländischer Unterricht 874, 909, 914, 916 f., 920, 947, 960, 966
in d. Rüstungsbetrieben 949 f.
Schutz d. Heeres vor politischer Propaganda 197, 747
— Parteien
Teilnahme von Militärpersonen an politischen Versammlungen 760 f., 1034
SPD 197, 1361 f.
Maßnahmen gegen d. USPD 1020, 1059

— Durchführung d. Hilfsdienstgesetzes 551, 585
Freimachung von Militärpersonen 584
— Meutereien 1360 ff., 1372, 1383
Besprechung mit d. Arbeiter- u. Soldatenrat 1361 ff.
Aufrechterhaltung d. Disziplin 1318 ff.

„Markgraf" (Linienschiff) 960

Markmann, Geh. Oberreg.Rat im Kriegsamt 544, 556

Marne, Marneschlacht 70, 272, 1248, 1293

Marokko 272

Marquard, Gottfried, Generalmajor, Chef d. Stabes d. Gouvernements Posen (Oktober 1914), Dir. d. Kriegsersatz- u. Arbeitsdepartements im Kriegsamt 584 f., 596, 616, 623, 1002

Marschall gen. Greiff, Ulrich Frhr. von, Generalmajor, Abt.Chef, ab 27. 7. 1918 Chef d. Militärkabinetts 385, 746, 796, 1338, 1381
— Antimonarchische Tendenzen 813
— Waffenstillstands- u. Friedensverhandlungen mit Rußland 1128

Martin, Rudolf 225, 229

Marx, Paul, Chefredakteur d. „Berliner Lokal-Anzeigers" 107 f., 110, 113

Maschinenausgleichsstelle 587

Massow, Ewald von, Oberstleutnant, deutscher Militärbevollm. in Sofia 1293

Matin, Le 233

Maurer, F., Professor in Jena 258

Mauve, Franz, Vizeadmiral, Chef d. IV. Geschwaders (bis Aug. 1917) 995, 999 ff.

Max, Prinz v. Baden, Reichskanzler u. preuß. Min.Präs. (4. 10.—9. 11. 1918) LXXI, 1292, 1302 ff., 1321, 1329, 1331, 1342, 1379, 1384
— Ernennung zum Reichskanzler 1075, 1293, 1307
— Verhältnis zur OHL LVII, 1317
— Kritik am Prinzen Max 1270
— Persönlichkeit im Urteil d. Kronprinzen Rupprecht 1307
— Belagerungszustand
Verhältnis zwischen Militär- u. Zivilbehörden 57
Zensur 57
Vereins- u. Versammlungswesen 57
Änderung d. Art. 11 d. Reichsverfassung 1325
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 1328, 1336
— Maßnahmen gegen Unruhen 1394, 1397 f.
Meutereien in d. Marine 1359 f.
Aufrufe 1360, 1369, 1375
— Waffenstillstandsforderung d. OHL 976 f., 1282
Friedensangebot 3. 10. 1918 1297 f., 1309 f., 1312, 1315, 1320
Waffenstillstandsbedingungen 1350
Dritte Note Wilsons 1335, 1337 ff.
Entlassung Ludendorffs 1343 ff.
— Abdankung d. Kaisers 1341, 1344 f., 1347, 1350 ff., 1400
— Rücktrittsgesuch 1391

Mazedonien 494, 1249, 1303

Meckenheimer Zeitung 157

Mecklenburg-Schwerin, Großherzogtum 21 f.

Mecklenburg-Strelitz, Großherzogtum 21 f.

Meesmann, Direktor 463

Mehring, Franz, Redakteur, Mgl. d. preuß. Abgh. (SPD/USPD) 233, 675, 816

Meier, Referent im bayer. Ministerium d. Innern 1153

Meiningen, 926, 947

Meiß, Walter von, Oberst, Chef d. Armeeabt. (A 1) im Allg. Kriegsdepartement d. preuß. Kriegsministeriums 179, 824, 1002

Meissner, Oberstabsarzt im Bild- u. Filmamt 347, 349

Melchner, Michael, Dir. d. oberbayer. christl. Bauernvereins 419

Merck, Heinrich, Oberstleutnant im bayer. Kriegsministerium 222 f., 247, 339, 342

Mergentheim, Bad 865

Merton, Richard, Hauptmann, Adj. Groeners als Chef d. Kriegsamts 380, 509, 589, 614, 624

Mertz von Quirnheim, Hermann Ritter, Oberst, ab 10. 8. 1916 Abt.Chef in d. OHL LV, LXXI, 496, 507, 1299
— Unterredung mit Hertling 3. 11. 1917 1087 ff.
— Schreiben an Hellingrath 15. 2. 1917 662 ff.
— Verhältnis zu Ludendorff 1283 f.
— Urteil über
Bauer 783 f.
Bethmann Hollweg 784 f., 796 f.

Erzberger 791
Hertling 794 f.
Hindenburg LVIII, 702 f.
Ludendorff 783 ff., 791 f.
Michaelis 798, 989
Valentini 797
Wilhelm II. 652, 792
— Kriegszielfrage 791
Friedensresolution d. Reichstags 798
— Militärische Fragen
U-Bootkriegführung 782 f.
Beurteilung d. militärischen Lage Sommer 1917 783
Herbst 1918 1282 ff., 1287 ff.
— zur Innenpolitik
Pläne für eine Militärdiktatur 651 f., 795
Kontroverse Hertling — OHL 662 ff.
Preuß. Wahlrechtsfrage 783, 1224
Osterbotschaft 710, 713, 782, 793
Bewegung zum Sturz Bethmann Hollwegs 652, 663 f., 782 ff., 791 ff., 795 f., 798
— SPD 905
— Frontreisen von Abgeordneten 904 f.
— Arbeitskräfte für d. Kriegswirtschaft 489, 492
— Maßnahmen gegen Streiks 1152
— Waffenstillstandsforderung d. OHL 1283, 1286, 1292 f.
Waffenstillstandsbedingungen 1327

Meßmer, Albert, bayer. Landessekr. d. Volksvereins für d. katholische Deutschland 935

Metallarbeiter-Zeitung 1202

Metger, Kurt, Berliner Vertreter versch. sächs. Zeitungen 1141, 1378, 1387

Mettmann 155

Metz 661, 1327
— Meuterei d. Truppe 1356
— Kriegsamtstelle 566
Freimachung von Militärpersonen 583, 622
s. a. Gouvernement Metz

Meurer, Hugo, Kontreadmiral, II. Admiral (bis Aug. 1918) u. Chef d. IV. Geschwaders 1013 ff., 1401

Mexiko 679

Mézières 869

Michael Alexandrowitsch, Großfürst v. Rußland, Bruder Nikolaus II., 675

Michaelis, Georg, Unterstaatssekr. im preuß. Finanzministerium, preuß. Staatskommissar f. Volksernährung (Febr.—Juli 1917), Reichskanzler u. preuß. Min.Präs. (14. 7.—24. 10. 1917), Oberpräsident von Pommern (ab April 1918) LXVI, 1053
— Ernennung zum Reichskanzler 795 ff.
— Erhält Schreiben von Capelle 16. 10. 1917 1080 ff.
— Verhältnis zu
Capelle 1078 ff.
Groener 614
Ludendorff 1084
OHL 989, 1024
— Kritik an Michaelis 871, 1077
Boy-Ed 1022, 1061
— Persönlichkeit im Urteil
Boy-Eds 1022 ff., 1073 ff.
Groeners 1088
Krafts 1060 f.
Ludwigs III. 798
d. Kronprinzen Rupprecht 1023
Seeckts 994
von Tirpitz 994
Wilds v. Hohenborn 904, 993 f.
— Zentralstelle d. reichsamtlichen Pressedienstes 859 f.
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 840, 861
Vaterländischer Unterricht 872, 918
— Friedensfrage 849 f.
Friedensresolution d. Reichstags 989, 1022
— Innenpolitik 989, 993, 1082 f.
Lebensmittelversorgung 809
Hilfsdienstgesetz 617
Reichstag 989, 1024, 1074 f.
Frontreisen d. Abgeordneten 903
Immunität 1036
Schließung d. Reichstags 1017, 1019
— Parteien u. Organisationen
Verhältnis zu d. Parteien 1022, 1079
USPD 1073 f.
Maßnahmen gegen d. USPD 1017 ff., 1028 ff., 1033 f., 1036, 1039, 1080 ff.
Deutsche Vaterlandspartei 1048
Gewerkschaften 726
Streiks- u. Unruhen 1031 f.
Flottenunruhen August 1917 1016 ff., 1030 ff., 1036, 1039
Landesverrat 1092
Schutzhaft 1019
— Abschiedsgesuch Capelles 1076 f., 1079 f.

Michaelis, William, Kapitän z. S., Abt.Chef im Allg. Marinedepartement d. Reichsmarineamts (Febr. 1916—Sept. 1918), Dir. d. Allg. Marinedepartements (ab Sept. 1918) 887, 1235, 1349

Militärbefehlshaber XIV, XXXIX, LXVII, LXX, LXXIII ff., 769, 1333
— Erklärung d. Belagerungszustands XXXI, XXXIV f., 5, 9, 20
Verschärfter Belagerungszustand XXXVII, XLV, 4 ff., 10, 13 ff., 56, 188 ff.
Übernahme d. vollziehenden Gewalt XXXI, XL, 7, 20

Verordnung d. bayer. Königs 31. 7. 1914 53 f.
Auslegung d. Begriffs d. vollziehenden Gewalt 24 f., 30 f.
Befugnisse in Ausübung d. vollziehenden Gewalt XXXIII, XLI f., XLIV ff., LI, 4 ff., 10 f., 19 ff., 35 ff., 45 ff., 53 ff., 74, 80, 82, 87, 127, 176, 229, 254, 586, 647, 725, 731, 1007 ff., 1056
— Verantwortlichkeit XXXI, XXXV, XLIV, XLVI, 20, 24, 45, 47, 71, 74, 102, 118 f., 125, 127 f., 177, 189, 369, 374
Verhältnis zum Obermilitärbefehlshaber 44 f., 47, 51 ff., 56 f., 145, 176
Kompetenzen gegenüber d. Zivilbehörden XXIX, XXX I, XLIV ff., LX, 20, 23, 38, 124
Zusammenarbeit XLI, XLIV, 11, 19, 31, 41, 57 ff., 71, 77, 88, 127, 132 f., 142, 153, 156, 177, 203, 698 ff., 788, 1280
Kontrolle durch eine zivile Instanz 57
Verordnungsrecht LXII, 23, 29 ff., 35 ff., 49
Außerkraftsetzung von Verfassungsartikeln 5 f., 11 ff., 19, 39 f., 46, 87, 188, 191
— Beschränkung d. Vereins- u. Versammlungsrechts XXXVI f., XLIII, 19, 52, 117, 190 f., 228, 427, 586, 658 ff., 1053 ff., 1218 f., 1230 f., 1384
Regelung d. Versammlungswesens 226, 359, 416, 664, 724, 735, 1004, 1093 ff., 1217 f., 1280
— Beschränkung d. persönlichen Freiheit XXXVII, 40, 52, 190
Immunität d. Abgeordneten 192, 277 ff.
Schutzhaft 52, 187
— Gerichtsbarkeit 18, 29, 32, 46
Einsetzung außerordentlicher Kriegsgerichte 12, 46, 190
Beibehaltung 55
— Beschränkung d. Pressefreiheit 87, 117, 124
Ausübung d. Zensur XLIII, IL f., LIV, 33, 52, 71, 74 f., 77, 80 f., 102, 114, 116, 120, 126 ff., 130 ff., 139, 146, 153, 163, 167, 169, 171, 179, 181, 265, 273, 364, 369, 408, 416, 425, 705 f., 1053, 1384
Merkblatt für d. Presse 1. 8. 1914 63
Ergänzungen 81 ff.
Unterrichtung d. Presse 64, 100
Pressezensur XLV, IL, 67 f., 72, 79, 82, 85, 87 ff., 108, 137, 142, 156, 160, 166, 189 f., 219, 251, 538, 699, 1114, 1377
Sanktionen 91 f.
Verbot von Zeitungen XXXVII, 151, 176 f., 205, 706
Zensur politischer Schriften 103, 225
Druckschriften u. Flugblätter 97, 104, 229, 251 ff., 265, 304, 763, 773 f.
Vortragsveranstaltungen 1295
Maßnahmen gegen d. Verbreitung von Gerüchten 1266
— Militärische Vorbereitung d. Jugend 203, 210 f., 219, 221
— Wahrung d. Burgfriedens 96, 103, 193 f., 205
— Parteien u. Organisationen
Behandlung politischer Parteien 189 f.
Politische Betätigung von Militärpersonen 1097 f., 1118
Schutz d. Heeres vor politischer Propaganda 747, 778 f., 1167
Behandlung d. SPD XXXIV, XXXVII f., 97, 189, 192, 196 f., 199, 205, 219, 359, 400, 697 f.
in d. Wahlrechtsfrage 1217 f.
in d. Kriegszielfrage 414, 416, 418 f.
Maßnahmen gegen radikale Gruppen d. SPD XLVI, L, 97, 253 ff., 419
gegen d. radikalsozialistische Jugendbewegung 775 f.
gegen d. USPD 752, 761 ff., 773 f., 1064, 1190 f., 1216
Deutsche Vaterlandspartei 1101
Behandlung d. Gewerkschaften 400, 697 f., 1052 f., 1056 f., 1119
Genehmigung von Gewerkschaftsversammlungen 226 ff., 242 f., 1219 f.
Deutscher Metallarbeiterverband 1202 f.
— Maßnahmen gegen Pazifisten 261 ff., 297, 304, 1123 f.
— Wirtschaftsfragen
Lebensmittelversorgung XLII, XLV, XLVII, 292 f., 312, 698
Eingriffe 38 f.
Festsetzung von Höchstpreisen 20 f.
Ausfuhrverbote für Lebensmittel 28, 36 f., 126
Vermittlung bei Lohnstreitigkeiten 399, 464
Verpflichtung von Arbeitskräften XLII, 645 ff.
Hilfsdienstgesetz 586, 600
— Streiks u. Unruhen 752
Besprechung im preuß. Kriegsministerium 18. 2. 1918 1184 ff.
Gegenmaßnahmen XXXVI ff., XLII f., 399 ff., 463 f., 586, 643, 697 ff., 787 f., 929, 1005 ff., 1159, 1163, 1170, 1177, 1179 f., 1185 ff., 1190 f.
Militarisierung von Betrieben XLIII, 636, 638 f., 1051 f.
Behandlung d. Arbeiterräte 1151, 1159

Militärgerichtsbarkeit 18, 32, 46, 56, 190, 235, 237, 239 f., 242, 277 ff., 551

Militärkabinett XVIII, 310. 383, 385, 670, 749, 752, 781, 785, 824, 1124, 1157, 1164, 1338
— Unterstellung unter d. preuß. Kriegsministerium XXIV f., 1345
— im Urteil Einems 1345
— Verhältnis zu Michaelis 796
— Kriegszielresolution d. SPD 19. 4. 1917 723
— Antimonarchische Tendenzen 711, 813

Militärstrafgerichtsordnung v. 1. 12. 1898 18, 235, 237, 240 f., 254, 277 f., 1273

Militärstrafgesetzbuch für d. Deutsche Reich v. 20. 6. 1872 233 f., 371, 551, 995, 1067, 1118, 1226

Militarismus 97, 671, 814, 874, 974, 1042, 1368

Minden
— Regierungsbezirk
Aufhebung von Verfassungsartikeln 15
— Regierungspräsidium
Befugnisse d. Zivilbehörden während d. Belagerungszustands 26, 28

Minderheiten
— Sprachenparagraphen 267, 718
— Zensur d. Presse 17, 90, 134, 151, 189, 194
— Dänen 194
Presse 134, 151, 189, 452
— Elsässer
Hilfsdienstgesetz 527
— Polen 179, 194, 355, 557, 815, 832, 1254 ff.
Presse 17, 90, 134, 151, 162, 189, 194, 273, 952
Hilfsdienstgesetz 527

Minster, Karl, Mitbegründer d. „Allgemeinen Arbeiterverbands" in Düsseldorf 1178

Miquel, Johann von, preuß. Finanzminister (1890–1901) 749

Mitteilungen betreffend Kriegsaufklärung (M.b.K.) 824, 844, 854 f., 873, 896

Mitteilungen für d. vaterländischen Unterricht 896, 898, 902, 912, 915

Mitteilungsblatt (USPD-Zeitung in Berlin) 1020, 1060

Mitteilungsblatt für d. sozialistische Jugendbewegung (Bremen) 1059

Mittelmeerdivision 915, 917, 1041

Mittelstand, Der, Tageszeitung für Pommern und d. Mark 151

Moabit s. Berlin-Moabit

Mobilmachung XXII, XXXIV, XXXIX, XLI, LIII, 5 f., 9 f., 43, 98, 185 ff., 197, 205, 218, 591
— Mobilmachungsplan für d. deutsche Heer 1. 7. 1907 (D.V.E. Nr. 219) LII, 3, 82
— Anweisungen an d. Presse 63, 82

Moellendorff, Wichard von, Ingenieur u. Wirtschaftspolitiker, Mitbegründer d. Kriegsrohstoffabt. im preuß. Kriegsministerium, Sachverständiger im Kriegsamt (Wumba) 484 f., 487, 501, 522, 575
— Hindenburg-Programm 554
— Stillegung von Betrieben 613
— Kritik am Kriegsamt 569 f., 575

Möller, Stadtrat u. Dezernent für d. Nahrungsmittelversorgung in Kiel 390

Möller, Theodor von, preuß. Handelsminister (1901–1905) 749

Mönchengladbach 18

Mörsberger, Hermann, Kapitän z. S. 960

Mohr, Wilhelm, Kapitänleutnant 1363

Mohrungen 17

Moltke, Helmuth Graf von, Generalfeldmarschall 1088

Moltke, Helmuth von, Chef d. Generalstabs d. Feldheeres (bis Sept. 1914), Chef d. stellv. Generalstabs (30. 12. 1914–18. 6. 1916) IL, LII, LIV, LXXI, 218, 274
— Verhältnis zu Hindenburg LVI
— Belagerungszustand
Verhaftung politisch unsicherer Personen 187
Zensur 70, 87
Zensur von Vortragsveranstaltungen 264
Sanktionen 91 f.
— Kriegszielfrage 70

Momm, Oberpräsidialrat im Oberpräsidium d. Rheinprovinz 158

Monarchie XIX f., XXIV f., XXIX, XXXII, 245, 376, 386, 422, 557, 574, 651, 674 f., 703, 767, 787, 846, 861, 968, 1125 f., 1135, 1137, 1173, 1195, 1199 f., 1245, 1258, 1301, 1307 f., 1316, 1321 f., 1347, 1368, 1397
Antimonarchische Tendenzen 199, 694, 703, 716 ff., 964, 1117
Bekämpfung 711 f., 813 ff., 835, 838, 892, 984, 1330, 1356, 1358
Besprechung im preuß. Kriegsministerium 25. 5. 1917 824 ff.

Montenegro 703

Montjoie 83, 156

Mootz, Generalleutnant, stellv. Gouverneur v. Straßburg 357

Morning Post 1331

Moskau XXXV

Moszkowski, Alexander, Berliner Vertreter d. „Allgemeinen Zeitung" Chemnitz 1303 f., 1376

Motz, F., Schriftsetzer 283

Müffling, von, Hauptmann im Kriegsamt 595

Mühsam, Erich, Journalist 1216

Müldner v. Mülnheim, Major, Adj. d. Kronprinzen 1171, 1213 ff.

Mülhausen (Elsaß) 43

Mülheim (Ruhr) 667

Müller, Generaldir. d. Pulverfabrik Troisdorf d. Rheinisch-Westfälischen Sprengstoff-AG 474, 1248

Müller, Hauptmann, Beauftragter d. bayer. Kriegsministeriums beim Kriegsamt 545, 625, 720, 722

Müller, Adolf, Chefredakteur d. „Münchener Post", Mgl. d. bayer. Landtags (SPD) 222

Müller, August, (SPD), Unterstaatssekr. im Kriegsernährungsamt (5. 8. 1917–15. 10. 1918), Unterstaatssekr. im Reichswirtschaftsamt 994

Müller (Meiningen), Ernst, MdR (FVP) 1167
— Zaberner Affäre XXVI
— Kritik an d. Oberzensurstelle 146 f.
— Abgeordnetenkontakte mit Militärpersonen 1232

Müller, Georg Alexander von, Admiral, Chef d. Marinekabinetts (1906–1918) 86, 767, 999, 1001 f., 1048, 1135, 1320
— Verhältnis zur OHL 1128
— Urteil über d. Kaiser 206
— Angriffe gegen Müller 1128
— Kritik durch Hipper 244
Kraft 1061, 1063
— Personalpolitik XVIII
— Beurteilung d. militärischen Lage 206 f.
der inneren Verhältnisse 1268
— Preuß. Wahlrechtsreform 206
— Vaterländischer Unterricht 1041
Kontroverse Capelle–Prinz Heinrich 1041, 1058
— Abschiedsgesuch Capelles 1077, 1079 f.
— Kriegszielfrage 244

Müller, Martin, 1027, 1109

Müller, Otto von, Major, Adj. d. Kronprinzen 692, 1220, 1222

Müller, Waldemar, Geh. Finanzrat (Dresdner Bank) 201

Müller v. Hausen, Ludwig, Hauptmann a. D. 1207, 1245

München 152, 154, 164 f., 230, 296, 569, 794, 879, 1088, 1103, 1216, 1296, 1324, 1357
— Presse 341
Pressebesprechung 878
— Zensur 214
— Versammlungswesen 247, 249, 359 f., 365, 397, 407, 412, 416 f., 701, 1072, 1145, 1151 f., 1294, 1323
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 340
Pazifistische Propaganda 294 f.
— Parteien u. Organisationen
SPD 222, 1209 f.
USPD 1138, 1294
Gewerkschaften 1209 f.
— Kriegsamtstelle
Freimachung von Militärpersonen 583
— Streiks u. Unruhen 420, 1152, 1162, 1186

Münchener Post 152 f., 248, 360, 394, 412, 416, 773 f., 895, 1321

Münchener Zeitung 375

Münchhausen, Leopold Frhr. von, 2. Kommandant d. Gr. Hauptquartiers 1400

Münchner Neueste Nachrichten 99, 233, 395, 407, 411, 413, 876 f.

Münster 23, 39, 258, 729, 1056, 1373
— Versammlungswesen 1280
— Unruhen 294
— Kriegsamtnebenstelle 524
Freimachung von Militärpersonen 583, 622
— Regierungsbezirk
Aufhebung von Verfassungsartikeln 15
Unruhen u. Streiks 425
— Regierungspräsidium
Befugnisse d. Zivilbehörden während d. Belagerungszustands 26, 28
s. a. Stuttgart–Münster

Münstereifeler Zeitung 157

Mürwik s. Flensburg-Mürwik

Mumm v. Schwarzenstein, Alfons Frhr. von, Botschafter a. D., Wirkl. Geh. Rat im Ausw. Amt 76, 85 f.

Nagel, Hauptmann im Kriegspresseamt 328

Nagel, zu Eichberg, Karl Frhr. von, Generalmajor, Chef d. Generalstabs d. 6. Armee 711

Nationalliberale Partei 259, 273, 275 f., 301, 373, 719, 749, 751, 779, 904, 962, 1050, 1075, 1116, 1223

— Verhältnis zu Bethmann Hollweg 386, 413
Michaelis 1083
OHL 1096
— zur Innenpolitik
Reform d. preuß. Belagerungszustandsgesetzes 32 ff., 44
Preuß. Wahlrechtsfrage 357, 704, 1213, 1220, 1222
Hilfsdienstgesetz 527 ff.
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 826
Vaterländischer Unterricht 1047
Bekämpfung antimonarchischer Tendenzen 815
— Kriegszielfrage 759
— U-Bootkriegführung 377 f.
— Flottenunruhen August 1917 1038
Maßnahmen gegen d. USPD 1030, 1038
— Reichstagsfraktion 759, 1023, 1095 f.
Fraktion d. preuß. Abgeordnetenhauses 357, 1220

Naumann, Leiter d. Rednerschule beim preuß. Innenministerium 315

Naumann, Viktor, Schriftsteller 744

Nebelung, Hauptmann beim stellv. Gkdo d. VI. AK 1255

Neckarsulm 962

Nehrkorn, Rittmeister beim stellv. Gkdo d. IX. AK 311

Neidenburg 17

Nernst, Walther, Professor f. Physik 316

Neubreisach
— Belagerungszustand
Verordnungsrecht 41 ff.
Aufhebung von Verfassungsartikeln 16
Verhältnis zwischen Militär- u. Zivilbehörden 59
— Kriegsamtnebenstelle 524

Neue Preußische Zeitung s. Kreuz-Zeitung

Neumann, Franz Stephan, Chefredakteur d. „Berliner Neuesten Nachrichten" 653

Neumann, Heinrich, Redakteur d. „Berliner Lokal-Anzeigers" 1141, 1154

Neumünster 1391

Neunkirchen 474

Neuschler, Alfred, Min.Rat im württ. Innenministerium 66

Neuß 83

Neu-Ulm 1278

Neuwied 83, 475

Neuwieder Zeitung 157

Neven DuMont, Josef, Verleger d. „Kölnischen Zeitung" 834

New York 1302

Nezger, Konsul im Ausw. Amt 179

Nicolai, Walter, Oberstleutnant, Chef d. Abteilung IIIb d. OHL (1914—1918) LIV f., LVIII f., 52, 69, 432, 441, 654, 656, 680, 720, 723, 726, 838, 912, 983, 1068, 1193, 1212
— Verhältnis zu Ludendorff LIV f.
— Urteil über Stotten 839, 850
— Persönlichkeit im Urteil Selchows LV, 894 f.
— Aufgaben d. OHL 162
Nachrichtenpolitik 107, 810
Politische Verantwortlichkeit 677, 681
Abschiedsgesuch Ludendorffs Januar 1918 1123
— Behandlung d. Presse, Pressepolitik 67, 116, 159, 163, 167, 173, 826, 834 f., 839, 979, 1103 ff.
Pressebesprechungen 715
Frontzeitungen LIV, 897, 910
Zensur IL, LIV, 111, 113 ff., 119, 131, 135, 137, 139 f., 162, 165 ff., 173 ff., 812
in Bayern 152 ff.
Pressezensur 68, 109, 158 ff., 163 f., 168, 452, 773, 826, 877, 1104 f.
Vorzensur 136, 141, 452
Verbot von Zeitungen 177
Zensur in d. Frage d. U-Bootkriegführung 121 ff.
in d. Kriegszielfrage 135 f., 174
Freigabe d. öffentl. Erörterung LIV, 160, 444 ff., 451 f.
Vereinheitlichung d. Zensur 116
Abbau d. Zensur 335
Behandlung d. feindl. Heeresberichte 314, 333 f.
— Wahrung d. Burgfriedens 107, 137
— Beeinflussung d. allgemeinen Stimmung 310, 313 ff.
Amtliche Aufklärung u. Propaganda LIV, 175, 327 ff., 333, 335 ff., 810 ff., 824, 826 ff., 830 f., 835 f., 839, 846, 855, 861, 954
unter d. Arbeiterschaft 937
Bezirkspressebesprechungen 878 ff., 887
Aufklärung d. Feldheeres 843
Vaterländischer Unterricht 842, 862, 873 f., 877, 894 ff., 903, 907, 909 ff., 918, 942 f., 952, 976 ff., 1312, 1328
Kriegsberichterstattung 314, 329

Bekämpfung antimonarchischer Tendenzen 712, 813, 826, 828
Feindl. Propaganda 317, 909 f., 979
— Frontreisen von Abgeordneten 903, 905
— Wirtschaftsfragen
Lebensmittelversorgung 158, 910
Erörterung 111
Kohlemangel 910
Hilfsdienstgesetz 451
— Sturz Bethmann Hollwegs 798
— Russische Februarrevolution 158, 163
Waffenstillstandsverhandlungen mit Rußland 1103 ff.
— Kriegszielfrage 834
— Siegeszuversicht 158, 910
Beurteilung d. militär. Lage Herbst 1918 973, 975 ff., 979
— Waffenstillstandsforderung d. OHL 1292 f.

Niederbarnim 1183

Niederbayern s. Bayern

Niederlande s. Holland

Niemann, Alfred, Major in d. OHL 994, 1239

Nikolaus II., Zar v. Rußland 675, 703, 1321

Nis 1290

Norddeutsche Allgemeine Zeitung XXVIII, 63, 160, 162, 207, 333, 356, 441, 714 f., 768, 1079, 1275, 1328

Norddeutscher Bund XXXII

Nordenham-Einswarden 585

Nordhausen
— Presse 1021, 1060
— Radikale Gruppen d. SPD 405

Nordhäuser Volkszeitung 1021, 1060

Nordmann-Burgau, Hermann, Vizeadmiral 1363

Noske, Gustav, MdR (SPD), ab. 7. 11. 1918 Gouverneur d. Reichskriegshafens Kiel 1061
— Zensur 161
— Streiks u. Unruhen 1178
Flottenunruhen August 1917 1031, 1039
Meutereien in d. Marine Herbst 1918 1362, 1364 ff., 1369, 1372, 1376, 1378 f.,
Flugblatt 7. 11. 1918 1381 ff.
— Dritte Note Wilsons 1341
— Abdankung d. Kaisers 1341, 1369

Nostiz-Wallwitz, Alfred von, Geh. Reg.Rat im sächs. Innenministerium 111

Nürnberg
— Presse 1021, 1321
— Versammlungswesen 1295, 1322
— USPD 1138, 1295
— Streiks u. Unruhen 1162, 1210
— Kriegsamtstelle 1145
Freimachung von Militärpersonen 583

Nuschke, Otto, Hauptschriftleiter d. „Berliner Volkszeitung" 1141

Oberbefehlshaber der Ostseestreitkräfte 410, 713, 760, 1021, 1073, 1364
— Kriegszielfrage 874
— Kriegsberichterstattung 868
— Vaterländischer Unterricht 895, 898, 914 f., 917, 1025, 1040 ff., 1047 f., 1058
— Politische Betätigung von Militärpersonen 1113 f.
— Deutsche Vaterlandspartei LXVIII, 1048 ff.
— Verpflegung in d. Marine 1043
— Flottenunruhen August 1917 1069

Oberbefehlshaber Ost XLI, 251
— Zensur 134
— Aufklärung d. Feldheeres 328, 835, 837
Vaterländischer Unterricht 944

Oberfränkische Volkszeitung (Hof a. S.) 1021

Oberhausen 667

Oberkommando der Küstenverteidigung 658

Oberkommando in den Marken LI, 526, 566, 568, 1003, 1301, 1385
— Handhabung d. Belagerungszustands 1394
Erklärung 7 ff.
Verschärfter Belagerungszustand 9, 189, 637, 1147, 1156, 1160, 1165
Befugnisse d. Militärbefehlshabers 39
Außerkraftsetzung von Verfassungsartikeln 7 f., 13, 664 f.
Einsetzung außerordentlicher Kriegsgerichte 1156, 1160, 1164 f., 1187
Sicherheitshaft 403
Zusammenarbeit mit d. Zivilbehörden 1280
Regelung d. Versammlungswesens 8 f., 19, 189, 223, 263 f., 396, 416 f., 660, 724 f., 776, 1141, 1173, 1202, 1392, 1394
Wahlversammlungen 664 f.
— Verhältnis zur Presse 1387 ff., 1393 ff.
Pressebesprechungen 76, 78, 85, 112, 159, 738, 1131 f., 1139 ff., 1147 ff., 1154 ff., 1165, 1259 ff., 1387 ff., 1394 f.
Ausübung d. Zensur 8, 67, 71, 74 f., 112, 131, 137 ff., 258, 407, 665, 1150, 1216, 1389, 1395
Pressezensur 71 f., 78, 81 f., 130, 159, 398, 416, 538, 655, 1131 f., 1261 ff., 1265 f.
gegenüber d. nationalen Presse 207 f.

Vorzensur 92, 395, 1141, 1148 ff., 1155 ff.
Beschlagnahme von Zeitungen 138, 776
Verbote 258, 398 f., 776, 1091 f., 1126, 1140 ff., 1147, 1155, 1157, 1218, 1321
Zensur von Vortragsveranstaltungen 150
Redeverbot 370
Zensur in d. Kriegszielfrage 208, 225, 230, 246, 256
Lebensmittelversorgung 159 f.
Streikberichterstattung 738, 1139 f.
Meutereien 1277 f.
Nachrichten aus d. Ausland 1302
Berichterstattung über d. russische Revolution 159
Maßnahmen gegen d. Verbreitung von Gerüchten 1259 ff., 1280, 1387

— Wahrung d. Burgfriedens 112, 159 f., 665

— Beobachtung d. allgem. Stimmung 312, 1268
Amtliche Aufklärung u. Propaganda 349, 975, 1181 f., 1296
Vaterländischer Unterricht 943, 950

— Parteien u. Organisationen
Immunität d. Abgeordneten 237 ff.
SPD 159 f., 223, 403 f., 664 f., 1398 f.
Radikale Gruppen d. SPD 403
Gegenmaßnahmen 259 f., 283, 403
Militärgerichtliches Verfahren gegen Liebknecht 232
Maßnahmen gegen d. radikalsozialistische Jugendbewegung 776
USPD 1150, 1164, 1278
Maßnahmen gegen d. USPD 1019, 1216, 1281
Verhaftung Dittmanns 1154, 1160, 1164
Deutsche Vaterlandspartei 1296
Gewerkschaften 403 f.
Deutscher Metallarbeiterverband 1202 f.
Deutscher Nationalausschuß 415

— Kriegszielfrage 208
Öffentl. Erörterung 452

— Waffenstillstands- u. Friedensverhandlungen mit Rußland 1103

— Wirtschaftsfragen
Lebensmittelversorgung 402 ff., 733 f., 1166
Reklamation von Arbeitern 568
Freizügigkeit 538
Freimachung von Militärpersonen 583, 622
Wiedereinberufung reklamierter Arbeiter 637 f., 721, 1183
Kriegsamtstelle 524, 566, 568, 583, 622

— Streiks u. Unruhen 726, 740, 1154, 1161, 1163, 1176
Berichterstattung 1139 f., 1147 ff., 1156 f.
Bericht an d. Kaiser 6. 2. 1918 1164 ff.
Gegenmaßnahmen XLIV, 399, 401, 721, 1132, 1141 f., 1147 f., 1164 ff., 1183, 1201, 1375, 1379, 1386 ff., 1392 ff.
Militarisierung von Betrieben 636 ff., 1010, 1160, 1165, 1187 f.
Maßnahmen gegen d. Unruhe unter d. Jugend 735
Meuterei in d. Marine 1373
Arbeiter- u. Soldatenräte 1141, 1154, 1159, 1392, 1394

— Monatsbericht für
Juli 1916 402 ff., 422
August 1918 1268

Obermilitärbefehlshaber 18, 152, 154, 447, 983, 1217, 1385, 1396

— Einsetzung XLVII, 44 f., 50 ff., 145 f.

— Verantwortlichkeit 47

— Verhältnis zum Reichskanzler 57 f., 178 f.
zu d. Militärbefehlshabern XLVII, 44 f., 47, 51 ff., 56 ff., 145, 176, 647, 1095
Kaiserliche Verordnung 15. 10. 1918 52

— Handhabung des Belagerungszustands
Aufhebung von Verfassungsartikeln 40
Schutzhaft u. Aufenthaltsbeschränkungen 40, 52, 762, 1006
Zusammenarbeit mit d. Zivilbehörden 177, 1280
Vereins- u. Versammlungsrecht 181, 788, 1174, 1324, 1333 f.
Regelung d. Versammlungswesens XLV, 1093 ff.
Wahlrechtsversammlungen d. SPD 1217 f., 1224 f., 1230 f., 1280
Überwachung von USPD-Versammlungen 762 f.
Gewerkschaftsversammlungen 1218 ff.
Aufhebung d. verschärften Belagerungszustands 55 f.
Abschaffung d. außerordentlichen Kriegsgerichte 55 f.

— Behandlung d. Presse 52, 176, 178, 1321 f.
Zensur 51 f., 146, 178 ff.
Pressezensur 181, 1333 f.
Verbot von Zeitungen 176 f., 1147, 1218
Zensur von Vortragsveranstaltungen 1093 ff.
Flugblätter 763, 773 f., 777
Erörterung d. Friedensfrage 180, 1335
d. Kriegszielfrage 777
Zensur in d. Abdankungsfrage 1333 f., 1353

— Pazifismus 178, 1123 f.

— Bekämpfung antimonarchistischer Tendenzen 1321 f.

— Maßnahmen gegen d. radikalsozialistische Jugendbewegung 775 f.
gegen d. USPD 752, 761 ff., 773 f.

— Streiks u. Unruhen 1157 ff.
Gegenmaßnahmen 56, 787 f., 1005, 1007, 1010, 1150 f., 1161, 1219, 1386, 1394
Behandlung d. Arbeiterräte 1151
Meutereien in d. Marine 1372

— Waffenstillstandsverhandlungen 1322

Oberndorf a. N. 941

Oberpräsidenten, Preußische XXII, XLIII f., 11, 188, 192

— Zensur 88 ff., 141 ff., 1334

— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 350, 943 f., 979

Oberreichsanwalt 260, 419

Oberschlesien
— Pressezensur 134
— Wirtschaft
Lebensmittelversorgung 1011, 1254
Arbeiterschaft 1254
Eisen- u. Kohleindustrie 490, 573 f.
Berg- u. Hüttenmännischer Verein 1255
Streiks 405, 615, 627, 786, 1241, 1254 ff.

Oberzensurstelle XLVI, LIII f., 51, 77, 100, 290 f., 321 f., 396, 538, 736, 773, 826, 983, 1384
— Organisation 75, 102, 104 f., 115
Aufgaben u. Arbeitsweise 74 f., 104 ff., 137 ff., 146, 161, 369
— Pressebesprechungen 106, 133, 138 f., 147 f., 161, 168 f., 361, 458, 788 f., 878, 1120, 1122, 1289, 1376 f., 1395 f.
— Verhältnis zum bayer. Kriegsministerium 152, 888, 1377
— Einfluß auf d. Militärbefehlshaber IL, 102, 104, 106, 108, 119, 128, 130 f., 145 f.
— Zensurbesprechung
28./29. 2. 1916 110 ff., 131, 138
19./20. 6. 1916 92, 131 ff., 140 f., 144, 151, 160, 163, 334, 1209
26. 11. 1916 144, 151, 451 f.
4. 4. 1917 158 ff., 693, 705, 805 ff.
16. 10. 1917 173 ff., 177 f., 877 f.
— Stimmungsberichte d. Zensurstelle 134
— Bearbeitung von Beschwerden über d. Zensurstellen 106, 108, 119
— Handhabung d. Zensur L, LIV, 87, 104, 106, 108, 113 f., 131 ff., 138 ff., 142, 146 ff., 150, 155 f., 167 ff., 174, 179 ff., 653 ff., 882, 888, 1053, 1230
Rechtsgrundlage 145
Vorzensur 90 ff., 96, 103, 134, 140 f., 144, 150 f., 157, 706
Zensur d. Provinzpresse 72
Erscheinungsverbot für Zeitungen 139, 151, 706, 796, 1321
Zensur von Vortragsveranstaltungen 149 f., 415 ff.
Druckschriftenliteratur 102 ff., 133 f., 139, 169 ff., 251
Zensur u. Verbot von Flugblättern 169 ff., 251, 370, 777, 1296
Vereinheitlichung d. Zensur 115, 131, 146, 149 f.
— Zensur in außenpolitischen Fragen
Russische Revolution 163, 693, 705 f., 723
Aufruf d. russ. Sozialisten 25. 3. 1917 161, 686 ff.
Waffenstillstands- u. Friedensverhandlungen mit Rußland 1104, 1144
Polnische Frage 160 ff., 367, 448
Erörterung d. Kriegszielfrage 97, 143, 170, 180, 250, 255, 361, 363 f., 366 f., 417, 441, 446 ff., 777, 789
Richtlinien 445 f.
Freigabe d. öffentl. Erörterung 28. 11. 1916 148 f., 450 ff.
Sozialdem. Friedensinterpellation 270
Kriegszielpetition d. SPD 418
Erörterung d. Friedensfrage 149, 789, 1105
U-Bootkriegführung 112, 121, 148, 164, 378
Nachrichten aus d. Ausland 1274
Feindl. Heeresberichte 334, 1208 f., 1277
— Zensur innenpolitischer Themen
Erörterung innenpolitischer Fragen 143, 402, 445
der Lebensmittelversorgung 97, 148, 264 f., 279 ff., 457 f., 668 f., 740
Preuß. Wahlrechtsreform 97
Berichterstattung über Parlamentsdebatten 126 f., 270, 777, 1227 f.
Verhalten Liebknechts im Reichstag 367 f.
Liebknechtprozeß 368
Berichterstattung über Streiks u. Unruhen 266, 389, 458, 669, 722, 738, 1140 f., 1157, 1391, 1395 f.
Nachrichten über Meutereien 1277 f., 1376 f.
Auflösungserscheinungen im Heer 1226
Abdankung d. Kaisers 1321 f., 1332
— Wahrung d. Burgfriedens 96 f., 103, 105, 144, 148 f., 177, 264, 402, 456, 668, 705 f., 777
— Beeinflussung d. allgem. Stimmung 789
Amtliche Aufklärung u. Propaganda 344
Vaterländischer Unterricht 872
— Stellungnahmen zur Innenpolitik
Regelung d. Versammlungswesens 150
Abhaltung öffentlicher SPD-Versammlungen 359
Politische Verantwortlichkeit d. OHL 685
Fernhalten d. OHL vom Parteienstreit 149 f., 653, 796, 1122
Abschiedsgesuch Ludendorffs Januar 1918 1122
Kühlmann-Krise 1227 f.
Preuß. Wahlrechtsreform 1217
— Parteien
Politische Betätigung von Militärpersonen 778 f., 1167
Maßnahmen gegen radikale Gruppen d. SPD 370
Maiaufruf 1917 d. USPD 735
Aufruf d. USPD 12. 11. 1917 1104
— zu Wirtschaftsfragen
Lohnfrage 595
Werbung von Hilfsdienstpflichtigen 553
Freizügigkeit d. Arbeiter 481 f.
— Streiks u. Unruhen 696, 788
— Darstellung u. Beurteilung d. militärischen Lage 1249 f., 1289
— Friedensangebot 3. 10. 1918 1314

Oerter, Sepp (USPD) 730, 1009

Oertzen, von, General d. Infanterie, stellv. kd. General d. III. AK 310, 312

Österreich-Ungarn 334, 598, 609, 768, 785, 816, 839, 970, 1024, 1272, 1300, 1346, 1353
— Armee, Kriegführung, militär. Lage 246, 494, 897, 1248, 1290, 1292
Heeresbericht 1236
— Polnische Frage 367
— Presse 289 f.
— Sozialdemokratie 1177 f.
— Innere Lage 295, 1391
Lebensmittelversorgung 1131
Kriegsmüdigkeit 765, 771 f., 794
Antideutsche Stimmung 1131
Streiks u. Unruhen 1130 ff., 1134, 1141 f., 1158, 1171, 1177 f.

Offenbach 393

Offizierkorps XIII, XXXVI, XXXVIII, LXXII, 358, 393, 787, 843, 1307
— Zusammensetzung XVI f.
— Ausbildung XVII ff., XXI, XXIV, 1270 ff.
— Bindung an d. Kaiser 1135, 1137, 1352, 1356, 1380 f., 1397
Kritik am Kronprinzen 692
Abdankung d. Kaisers XV, 1345, 1356 f.
— Zaberner Affäre XXV f.
— Verhältnis zum Staat XIX, 384
zum Parlament XIX, XXVI, LXIII, 1297
zur SPD XIX ff.
— Entlassung Ludendorffs 1343 f.
— Vaterländischer Unterricht 862, 898 f., 909, 942 f., 1312
— Preuß. Offizierkorps XVI, XXIII, XLVIII, 894 f.
Bindung an d. König XV, XX, XXIV, XXIX, 384, 661, 1319
Wahlrechtsreform 704
— Kritik am Verhalten d. Offiziere 300 f., 306 f., 838, 857, 1037, 1043, 1085, 1272, 1315, 1318, 1320

Olberg, Alfred von, Major im Kriegspresseamt, Leiter d. Oberzensurstelle 135, 1391, 1396
— Pressebesprechungen 133, 161, 168
— Handhabung d. Zensur 114 f., 131 ff., 138 ff., 145 ff., 155, 168 f., 174, 179
Vorzensur 134, 140 f., 144, 150 f.
Zensur von Druckschriften 133 f., 139, 169 ff.
Zensur u. Verbot von Flugblättern 169 ff., 777
Erörterung d. Friedensfrage 789
Kriegszielfrage 148, 777
Russische Revolution 161, 163, 705 f.
Polnische Frage 161 f.
Erörterung innenpolitischer Themen 402
Lebensmittelversorgung 148, 457 f., 668 f.
Berichterstattung über Unruhen 669
Vereinheitlichung d. Zensur 115, 131, 146, 150
— Stimmungsberichte d. Zensurstellen 134
— Wahrung d. Burgfriedens 148 f., 402, 668, 705 f., 777
— Freizügigkeit d. Arbeiter 482

Oldenburg 1391

Oldenburg, Großherzogtum 1033
— Aufhebung von Verfassungsartikeln 15, 22

„Oldenburg" (Linienschiff) 1070

Oldenburg-Januschau, Elard von, MdR (Kons.) u. Mgl. d. preuß. Herrenhauses 521, 1321

Oldershausen, Frhr. von, Ass. im Reichsamt des Innern 313, 343, 347

Oldershausen, Erich Frhr. von, Oberst, Chef d. Feldeisenbahnwesens (ab Nov. 1916) 793, 1282

Ortelsburg 17

Oslo 955

Osten-Sacken, von, Major, Unterrichtsoffizier beim Oberkommando d. 1. Armee 874

Osterode (Ostpr.) 17

Osterwald, Bäckermeister in Bremen 22

Osthavelland (Landkreis) 664 f., 675

Ostpreußen XLI
— Oberpräsidium 1128
Lebensmittelversorgung 733
Amtliche Aufklärung u. Propaganda 957 ff.

Ostpreußische Zeitung (Königsberg) 1337

Oswiata (polnischsprachige Gewerkschaftszeitung) 1254 ff.

Paderborn 1207

Palästina 1249

Papenburg 585

Papierausgleichsstelle 349

Pappus und Trazberg, Eckart von, Frhr. zu Laubenberg u. Rauhenzell, Major, Adj. d. bayer. Militärbevollm. im Gr. Hauptquartier 785, 798, 1287 ff., 1290 ff.

Paris XXXV, 294, 1266

Parlamentarismus 245, 574, 671, 674 f., 701, 710, 719, 748 f., 784, 861, 989, 991, 1062, 1082 f., 1087 f., 1196, 1316, 1321 f., 1357

Payer, Friedrich von, MdR (FVP), Vizekanzler (12. 11. 1917–9. 11. 1918) 815, 863, 985, 1215, 1372
— Kritik durch Bauer 1196
— Persönlichkeit im Urteil Boy-Eds 1023
Levetzows 1340
— Kanzlerkandidat 1293
— zur Innenpolitik
Zensur 1279
Versammlungsrecht 1279
Preuß. Wahlrechtsfrage 1213
Reichstag 1279
SPD 1279
Maßnahmen gegen d. USPD 1030, 1032, 1034, 1036
Kühlmann-Krise 1227, 1229
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 923 f., 982, 1181
Zentrale für Heimatdienst 953, 958 f.
— Streikbewegung 1152
Flottenunruhen August 1917 1032, 1034, 1036
— Beurteilung d. militär. Lage Herbst 1918 1339
Waffenstillstandsforderung d. OHL 1285
Dritte Note Wilsons 1338 ff., 1342
Entlassung Ludendorffs 1343 ff.
— Abdankung d. Kaisers 1350, 1357

Pazifismus 178, 180, 261 ff., 275, 412 f., 447, 452, 873, 1014, 1067, 1098 ff., 1280
— Friedenspropaganda 294 f., 297, 303 f., 1123 f.
— Internationaler Frauenausschuß für dauernden Frieden 294
Deutscher Frauenausschuß für dauernden Frieden 1124
Weltfriedenswerk vom Weißen Kreuz (Volksheilzentrale) 1124
Zentralstelle „Völkerrecht" 1124, 1385

Penzberg 412

Peters, Landrat, Vors. d. preuß. Landeskartoffelamts, Unterstaatssekr. beim preuß. Staatskommissariat f. Volksernährung 956

Peters, Bruno, Angehöriger d. Spartakusgruppe 754

Petersburg, St. (Petrograd) 863, 1144, 1148, 1157, 1178
— Arbeiter- u. Soldatenrat 816

Pfaff, Hauptmann im Allg. Kriegsdepartement d. preuß. Kriegsministeriums 707, 824, 1002

Pfalz XLVIII, 53 f., 524, 908, 1152
— Presse 881
— Versammlungswesen 1175, 1225

Pfeffer v. Salomon, Geh.Reg.Rat 23, 27

Pfeiffer, Wilhelm, Bankdir. in Düsseldorf 926

Pfleger, Franz Joseph, MdR (Zentr.) 1031, 1037, 1039

Philgus, Generalleutnant, Chef d. Stabes d. stellv. Gkdos d. XV. AK 1003

Pietsch, Theodor, Redakteur d. „Schlesischen Zeitung" 1237 f., 1247, 1249 f., 1314, 1377

„Pillau" (kleiner Kreuzer) 1033, 1036 f., 1070, 1081

Piper, Major in d. Feldpressestelle 328, 336, 338, 343, 347

Pirna 1021, 1060

Planck, Max, Professor f. theoret. Physik 313

Pless 523, 671, 793

Plessen, Hans G. H. von, Generaloberst, Generaladj. d. Kaisers 673
— Kanzlerschaft von Michaelis 797

Ploetz, von, General d. Infanterie a. D., stellv. kd. General d. VII. AK 169 f., 387

Podolski, Heizer 1364

Pohl, Hugo von, Admiral, Chef d. Admiralstabs, Chef d. Hochseestreitkräfte (ab Febr. 1915) 200, 218

Poincaré, Raymond, franz. Staatspräsident 772

Pokorny, Franz, Funktionär d. Bergarbeiterverbands 1219

Pola, 915, 917

Polen, 160 f., 166, 179, 323, 903, 973, 1346
— Polnische Frage 115, 154, 160, 162, 367, 424, 436, 441, 448, 662, 666, 672, 679, 685, 751, 757, 797, 1279, 1309, 1313
— Polnische Fremdarbeiter 729
— Deutsche Presse 878
s. a. Minderheiten

Poller, W., Parteisekr. d. SPD u. Stadtrat in Kiel 1035, 1038, 1364

Pommern 800
— Aufhebung von Verfassungsartikeln 14
— Lebensmittelversorgung 457

Popp, Lothar (USPD) Vorst. d. Obersten Soldatenrats in Kiel 1364, 1368 f.

Porsch, Felix, Vors. d. Zentrumsfraktion d. preuß. Abgh. 357

Posen 732, 981
— Aufhebung von Verfassungsartikeln 14
— Versammlungswesen 226
— Pressebesprechung 878
— Landwirtschaftliche Zentralvereine 226
— Kriegsamtstelle
Freimachung von Militärpersonen 583, 622
— Kriegsnachrichtenstelle LVI
— Provinz LXX
— Oberpräsidium 106, 226
Zensur 70, 90, 250
Pressezensur 82, 85, 100, 194
— Regierungsbezirk
Aufhebung von Verfassungsartikeln 14
Versammlungswesen 226
— Regierungspräsidium
Amtliche Aufklärung u. Propaganda 870

Post, Die (Zeitung in Berlin) 78, 208

Potsdam 550, 664 f., 675, 1344
— Regierungspräsident
SPD 188

Pratsch, Dr. (Reichsschatzamt) 343

Presber, Rudolf, Schriftsteller 313

Presse
— Württ. Gesetz 30. 1. 1817 16, 66, 212
Preuß. Gesetz 7. 5. 1874 16, 66, 68, 90, 214 f., 229
— Pressefreiheit 57, 107, 140, 375, 874, 1368, 1387 f.
in Bayern 396
Aufhebung 16 f., 40, 64, 84, 87, 91, 117, 137, 212, 229
— Bezug ausländischer Zeitungen 334
— Merkblatt für d. Presse 1. 8. 1914 63 ff., 82, 87 ff., 98 f., 398
Ergänzungen 81 ff., 85 f., 88, 96, 149, 364, 397, 408, 413
— Front- u. Feldzeitungen 106, 324, 327, 334, 336, 338, 834, 844, 878, 897, 901, 910, 913, 916
— Behandlung militärischer Nachrichten 63 ff., 68, 72, 1260 ff.
Schweigepflicht 64 f., 98
— Uniformität 325, 332, 344 f., 834, 886, 1237
— Pressevertreter neutraler Staaten 289, 329 f.
— Unterrichtung d. Presse 64, 68 f., 108, 114, 123, 139, 326, 859 f., 984, 1300 ff., 1391
Bezirkspressebesprechungen 878 ff., 887
Pressebesprechung(en) IL f., LIII, 72, 76 ff., 106, 108 ff., 133, 136, 147 f., 150, 159, 162, 168, 175, 290 f., 293, 342, 672, 677, 680, 683, 768, 983 ff., 1227
17. 8. 1914 71, 76
31. 8. 1914 70
17. 10. 1914 255
30. 11. 1914 85 f.
19. 2. 1915 255
29. 3. 1915 255
27. 8. 1915 105
3. 9. 1915 255 ff.
15. 9. 1915 112
15. 10. 1915 266
18. 10. 1915 266
27. 10. 1915 266
8. 11. 1915 265
12. 11. 1915 264 ff., 295
24. 11. 1915 280
15. 12. 1915 281
29. 12. 1915 296
11. 2. 1916 78
17. 3. 1916 361
25. 4. 1916 458
22. 5. 1916 458
5. 6. 1916 458
21. 7. 1916 458
21. 8. 1916 482
13. 11. 1916 508 f.
25. 11. 1916 527
27. 11. 1916 451
11. 12. 1916 456
29. 12. 1916 653
12. 1. 1917 656 ff.
12. 3. 1917 679
2. 4. 1917 161
10. 4. 1917 685
21. 4. 1917 738
27. 4. 1917 736 ff.
21. 5. 1917 825
4. 6. 1917 679
2. 7. 1917 788
5. 7. 1917 139
9. 7. 1917 789
12. 7. 1917 789
23. 8. 1917 1022
13. 9. 1917 1122
20. 9. 1917 1092, 1122
8. 10. 1917 623
10. 10. 1917 76
11. 10. 1917 1073
15. 10. 1917 1073
29. 10. 1917 1073
19. 11. 1917 168 f.
26. 11. 1917 1104
6. 12. 1917 1165
10. 12. 1917 623, 1104
13. 12. 1917 1104
17. 12. 1917 1121
31. 12. 1917 1120 f.
7. 1. 1918 1122
10. 1. 1918 1122
18. 1. 1918 1129 ff.
21. 1. 1918 1131 f.

24. 1. 1918 1132
28. 1. 1918 1130, 1139 f., 1149
30. 1. 1918 1141 ff.
31. 1. 1918 1147 ff., 1155
1. 2. 1918 1154 f.
2. 2. 1918 1156 f.
4. 2. 1918 1158, 1163
21. 2. 1918 1168
2. 4. 1918 1208
22. 4. 1918 1235
29. 4. 1918 1234
2. 5. 1918 1234
6. 5. 1918 898
17. 5. 1918 1235
24. 5. 1918 126
28. 5. 1918 1234
4. 6. 1918 1234
7. 6. 1918 1235
25. 6. 1918 1227 f.
28. 6. 1918 1228
19. 7. 1918 1235
23. 7. 1918 1234 ff., 1260
26. 7. 1918 1275
9. 8. 1918 1247 ff.
13. 8. 1918 1247 ff.
24. 8. 1918 959
3. 9. 1918 966, 1259 ff.
6. 9. 1918 1274 ff.
20. 9. 1918 1280
28. 9. 1918 1289
30. 9. 1918 1303
1. 10. 1918 1303
4. 10. 1918 1300 ff.
5. 10. 1918 1304
8. 10. 1918 1309 ff.
10. 10. 1918 1310
11. 10. 1918 138, 1305
14. 10. 1918 1385
15. 10. 1918 1313 ff.
18. 10. 1918 1322
21. 10. 1918 1327
22. 10. 1918 1314
24. 10. 1918 1330 ff.
25. 10. 1918 983, 1334 ff., 1353
27. 10. 1918 1333, 1345
28. 10. 1918 1336 f., 1353
29. 10. 1918 1353
5. 11. 1918 1375, 1377
6. 11. 1918 1375 ff.
8. 11. 1918 1386 ff.

Preußen XVI f., XXVIII f., LIV, LXVIII, LXX, 59, 231, 258, 358, 413, 424, 467, 477, 484, 651 f., 704, 746, 748, 750, 767, 782, 796, 801 f., 814 f., 831, 866, 874, 877, 894 f., 994, 1011, 1024, 1088 f., 1117, 1126, 1128, 1134 ff., 1151, 1153, 1173, 1188, 1196 f., 1213 ff., 1220, 1222 ff., 1241, 1245, 1257, 1268, 1281, 1299, 1306, 1308, 1319, 1345, 1347, 1352
— Verfassung 31. 1. 1850 5, 7 f., 13 ff., 19, 21 ff., 40, 87, 90 f., 191, 224, 233 ff., 238 f., 383, 664
— Verhältnis zu Bayern 154, 409, 664, 964, 1296
— Belagerungszustand XXXVII, XXXIX, XLV, XLVIII, 32
Erklärung XXXV, XLIV, 3
Aufhebung von Verfassungsartikeln 13 ff., 21 f.
Zensur 117, 124, 141, 156, 1377
Versammlungswesen 1175
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 336, 338, 808, 906 f., 959
— Parteien u. Organisationen
SPD 1217
Rechtsstellung d. Gewerkschaften 270
— Wirtschaft
Lebensmittelversorgung 730
Durchführung d. Hilfsdienstgesetzes 550, 592
— Armee XIX, XLVIII, 192, 1357, 1385
Militarismus 152, 1042
Wahlrechtsreform s. Wahlrecht(sfrage), preußische(s)
— Kronrat 1115
Sitzung 9. 7. 1917 786 f.
11. 9. 1917 1060
13. 2. 1918 1130, 1144
14. 8. 1918 955
— Landtag 126, 226, 232 f., 236, 241 f., 356, 704, 793, 1115, 1128, 1213 f.
Belagerungszustand 12, 23, 30
Vertagung, Schließung, Auflösung 369 ff., 443, 1257
SPD-Fraktion 1217
— Herrenhaus 674, 676, 704, 796
Wahlrechtsfrage 1197, 1222 f., 1257
Wahlrechtsausschuß 1257
Finanzkommission 361
— Abgeordnetenhaus 233, 237 f., 265, 311, 357, 361, 674, 676, 679, 694, 704, 718, 740, 796, 1117, 1145
Pressefreiheit 117
Zensur 117 ff., 124, 127, 135, 226, 230
Vereins- u. Versammlungsrecht 117
Erörterung d. Kriegszielfrage 117, 119
Geplante Audienz von Parteivertretern beim Kaiser 357 ff.
Wahlrechtsfrage 701, 1173, 1197, 1213, 1221, 1223, 1245, 1252, 1257
Vertagung, Auflösung 443, 1173, 1199, 1213, 1223, 1245
Haushaltskommission 408, 411
Fideikommißgesetzkommission 442
Fraktion d. Nationalliberalen Partei 357, 1220
d. Zentrums 1115
d. USPD 735
— Ernährungskommissar 572
— Gesandter in München 199, 700 f.
in Hamburg 199

Preußen, Staatsministerium XXIX, LXII, LXIX, 202, 205, 240, 265, 347, 442, 618 f., 831, 994, 1016, 1145, 1245, 1279, 1350

— Sitzung 18. 9. 1893 200
30. 7. 1914 193
15. 8. 1914 194 f.
2. 11. 1914 210 f., 220
28. 11. 1914 208
31. 12. 1914 274
8. 5. 1915 590
3. 6. 1915 590
16. 7. 1915 101, 246
21. 9. 1915 36
29. 10. 1915 590
4. 12. 1915 267, 269 f., 285
11. 12. 1915 270, 284
3. 1. 1916 355 f.
6. 1. 1916 356
24. 2. 1916 286
16. 5. 1916 590
19. 8. 1916 318 f., 407, 410
20. 10. 1916 326
10. 11. 1916 515 ff., 529
26. 11. 1916 527, 529, 536, 590
1. 12. 1916 526 ff.
5. 4. 1917 679, 703 f.
6. 4. 1917 699, 704
1. 5. 1917 748 f.
8. 7. 1917 786
11. 7. 1917 786
4. 2. 1918 1159, 1166, 1180
22. 3. 1918 1180
12. 7. 1918 640
3. 9. 1918 643 f.
27. 9. 1918 1296
14. 10. 1918 1325
25. 10. 1918 1356
— Belagerungszustand XXXI ff., XLV, 7, 23
Zensur 117 f., 120, 124 ff.
Vereins- u. Versammlungsrecht 267, 269, 284 ff., 658
Reform d. Belagerungszustandsgesetzes 33 f., 44 f., 50 f.
Änderung d. Art. 11 d. Reichsverfassung 1325
— Beeinflussung d. allgemeinen Stimmung 318
Amtliche Aufklärung u. Propaganda 328, 336 f., 361, 824, 829
— Kriegszielfrage 365, 368 f., 374
— Parteien u. Organisationen
SPD XXII f., XXXV, LX, 198, 200, 211, 274
Maßnahmen gegen radikale Gruppen d. SPD 369 ff.
Gewerkschaften 284
— Wahlrechtsfrage 355 f., 703 f., 786, 1128, 1224, 1257
— Wirtschaft
Lebensmittelversorgung 292
Ausfuhrverbote d. Militärbefehlshaber 36
Hilfsdienstgesetz 511, 515 ff., 526 ff.
Durchführung 505
Kriegsgewinne 536, 590
— Heeresersatz 643 f.
Militärische Vorbereitung d. Jugend 210 f., 218 ff.

Preußen, Ministerium des Kgl. Hauses 824

Preußen, Finanzminister(ium) 749, 786
— Wahlrechtsreform 355
— Hilfsdienstgesetz 518, 533
— Lohnfrage 533

Preußen, Justizminister(ium) LXIX, 45, 124, 127, 269, 361, 368, 374, 596, 786, 994, 1022
— Kaiserliche Kommandogewalt 46 f.
— Belagerungszustand
Befugnisse d. Militärbefehlshaber XLII, 20, 22 f., 35 ff., 46 f., 53, 126
Außerordentliche Kriegsgerichte 56
Immunität d. Abgeordneten 239 ff.
Aufenthaltsbeschränkungen 47
Schutzhaft 47 f.
Sicherheitshaft 239, 242
Zensur 47
Vereins- u. Versammlungsrecht 526
Reform d. Belagerungszustandsgesetzes 32, 34, 45 ff., 50
— Wahlrechtsreform 355 f.
— Hilfsdienstgesetz 516, 518, 532 f., 617
— Flottenunruhen August 1917 1030, 1039
Maßnahmen gegen d. USPD 1016, 1018

Preußen, Kriegsminister(ium) IL, LXVII, LXXII, 43, 107, 146, 358, 668, 680, 690, 713, 769, 780, 857, 1062, 1074, 1135, 1212, 1246
— Staatsrechtliche Stellung XXIX, XLVIII
Politische Aufgaben 746
Unterstellung d. Militärkabinetts XXIV f., 1345
— Verhältnis zur OHL L f., 498 ff.
zum Kriegsamt 565
Einsetzung eines Obermilitärbefehlshabers XLVII, 45, 51, 146
Weisungsrecht gegenüber d. Militärbefehlshabern XLI, XLVII, LI
Monatsberichte d. stellv. Gkdos 317, 326, 339, 363, 378 ff., 392 f., 402 ff., 425 ff., 666 f., 740 ff., 770, 799 ff., 806, 869, 1005, 1083, 1116, 1130, 1158, 1212 f., 1223, 1238, 1249, 1256, 1267, 1272, 1279, 1301, 1314
— Oberkommando in den Marken XLIV, 1385, 1396 ff.
— Handhabung d. Belagerungszustands
XXXIII f., XXXVIII f., 10 ff., 188, 224
Erklärung XXXVII, 3 ff., 188, 191
Besprechung mit d. Militärbefehlshabern 13. 8. 1917 1002 ff.
Aufrechterhaltung 1163
Verschärfter Belagerungszustand XXXVIII, 5 f., 10 f., 188 ff., 224, 1190
Einsetzung außerordentlicher Kriegsgerichte 190, 1187
Aufhebung 56
Reform d. Belagerungszustandsgesetzes 31 ff., 45, 48, 50 f.

Änderung d. Art. 11 der Reichsverfassung 1325 f.
Vollziehende Gewalt 24 f.
Befugnisse d. Militärbefehlshaber XXIX, XLV ff., LXII, 10, 18, 21, 24, 26, 37, 45, 52, 102, 254, 369, 374, 1056
Selbständigkeit d. Gouverneure u. Festungskommandanten XL, 25 f.
Verordnungsrecht 29, 31 ff., 39 ff.
Aufhebung von Verfassungsartikeln 39 f., 188, 190, 224
Militärgerichtsbarkeit 18, 29, 32, 240, 277 ff.
Zusammenarbeit mit d. Zivilbehörden 11, 29, 59, 1280
Befugnisse d. Zivilbehörden 28
— Freiheit d. Person 190
Verhaftung politisch unsicherer Personen 4, 186
Sicherheitshaft 239, 241, 277, 400
Schutzhaft 45, 190, 1006, 1190 f.
Immunität d. Abgeordneten 190, 192 f., 236 ff., 277 ff., 370, 383 ff., 1160, 1190
— Vereins- u. Versammlungsrecht 181, 190 f., 269 f., 284 ff., 658 f., 725, 1006, 1052 f., 1095, 1218, 1384
Regelung d. Versammlungswesens L, 190 f., 226 ff., 242 f., 360, 373 f., 396, 427, 1004, 1012, 1146, 1185 f., 1188, 1202
Wahlversammlungen 664, 1280 f.
— Behandlung d. Presse, Pressepolitik 63, 174' 178, 189 f., 304, 736 ff., 995, 1132, 1183
Merkblatt f. d. Presse 63, 82
Ergänzungen 81 f.
Unterrichtung 69 f., 825
Pressebesprechungen 105, 264, 482, 736 ff., 898, 1387
Kriegspresseamt 264, 289
Zensur 33, 45, 73, 81, 87, 105, 113, 127 f., 138, 154, 178 ff., 230, 254, 305, 826, 1333, 1384
Einrichtung d. Oberzensurstelle 75
Pressezensur XLV, 4, 71 f., 82, 88, 90, 101 f., 139, 174 f., 219, 251, 659, 1113 f.
Vorzensur 11, 40, 254, 395, 427, 1275
Verbot von Zeitungen 177
Zensur von Vortragsveranstaltungen 1053
Druckschriften u. Flugblätter 97, 170, 251 ff., 263, 265, 370, 419, 774, 777
Feldpost 747
Zensur in d. Kriegszielfrage 80, 225, 250, 258, 261, 368 f., 375 f., 418, 777
Denkschrift d. Rechtsanwalts Claß 214, 223 ff., 228 ff.
Nachrichten aus d. Ausland 1302
Elsaß-lothringische Frage 180
Berichterstattung über Parlamentsdebatten 126
Lebensmittelversorgung 394
Kriegsgewinnsteuer 112
Gründungsparteitag d. USPD 709
Streiknachrichten 1179 f.
Maßnahmen gegen d. Verbreitung von Gerüchten 1266, 1269 f.
— Burgfrieden 89, 253
Wahrung d. Burgfriedens 11, 96, 112, 302, 418, 658
— Beobachtung d. allgemeinen Stimmung 378, 1267, 1301
Beeinflussung 300, 302 ff., 313, 316 ff.
Besprechung mit d. stellv. Gkdos 9. 6. 1916 308 ff.
Amtliche Aufklärung u. Propaganda 292 f., 324, 328, 337 f., 343 ff., 347, 349, 808 f., 824 ff., 830 ff., 837, 840, 887, 895 f., 898, 923, 954, 982 ff., 1012, 1158, 1180 ff., 1336, 1385
Leitsätze 1. 10. 1918 970 ff.
Kostenfrage 299, 317, 877, 900, 908, 913, 967
Flugblätter 337, 350, 1190
Antistreikpropaganda 929 f.
Bezirkspressebesprechungen 879
Zentrale f. Heimatdienst 953
Geburtstag d. Kaisers 661
Aufklärung d. Heeres 304, 316 f., 835 f., 842
Vaterländischer Unterricht 869, 872 ff., 942, 944, 960, 979 f., 1312, 1328, 1385
Intensivierung 966 f.
Schutz d. Heeres vor politischer Propaganda 196, 251 f., 263, 747, 778 f., 1097 f., 1119, 1167
Maßnahmen gegen antimonarchische Tendenzen 690, 711 f., 813
Besprechung 25. 5. 1917 824 ff.
Bekämpfung d. sozialistischen Propaganda 1064
Feindl. Propaganda 302, 1044, 1098 ff., 1179, 1190
Russische Propaganda 1157 f., 1281
Konferenz d. Zimmerwalder Komitees in Stockholm 1158
— Kriegszielfrage 302, 791
Erörterung 374 ff., 414, 431, 441, 873 f.
Kriegszielpetition d. SPD 418 f.
Kriegszielresolution d. SPD 19. 4. 1917 723
Friedensfrage 874 f., 1158, 1184
Allgemeine Friedenssehnsucht 305, 770
Pazifismus 180, 303 f.
Maßnahmen gegen Pazifisten 261 ff., 1123 f., 1280
Vierzehn-Punkte-Erklärung Wilsons 972, 981
— Innenpolitik, Verfassungsfragen
Staatsrechtl. Stellung d. Kaisers 384 ff., 442
Zaberner Affäre XXVIII
Wahlrechtsreform 302, 355 f., 703 f., 786, 1184, 1280
Osterbotschaft 704
Gallwitz als Kanzlerkandidat 1297
— Reichstag LXII, 45, 105, 238, 241, 384 ff., 442 ff., 826, 1004, 1053, 1288
Beschlüsse d. Verfassungsausschusses 749
Vertagung, Schließung 277, 369 ff., 443 f., 641

— Parteien u. Organisationen
Behandlung d. politischen Parteien L, 189 f., 1188
Politische Betätigung von Militärpersonen 196 f., 370 f., 383 ff., 392, 778 f., 1097 f., 1101, 1117
Abgeordnetenkontakte mit Heeresangehörigen 1232 f.
Zentrumspartei 1094
SPD XXI ff., XXXV, XXXVIII, L, 97, 189, 193, 202 ff., 210, 218 f., 251, 253 f., 302, 317, 355, 359 f., 366, 371, 395, 400, 1004, 1158 f., 1177, 1185 f., 1189, 1398
Verbreitung sozialdem. Schriften in d. Armee 196 ff., 204 ff., 395
Radikale Gruppen d. SPD 262, 303, 400
Gegenmaßnahmen XLVI, L, 97, 251, 253 ff., 259 f., 369 ff., 419
Militärgerichtliches Verfahren gegen Liebknecht 232, 236, 240, 277
Maßnahmen gegen d. radikalsozialistische Jugendbewegung 776
Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft 384
USPD 752, 825, 1004, 1158 f., 1177 f., 1185, 1188, 1203
Gründungsparteitag 709
Presse 1114
Internationaler Sozialistenkongreß 707 f., 779, 829, 1003, 1016, 1018
Maßnahmen gegen d. USPD 763, 1081, 1190 f., 1216, 1281
Verhaftung Dittmanns 1160
Spartakusgruppe 752
Alldeutscher Verband 392
Deutsche Vaterlandspartei 1101 ff., 1144, 1146, 1185
Freie Vaterländische Vereinigung 373 f.
Gewerkschaften 227, 464 ff., 1052 ff., 1056 f., 1186, 1190, 1253 ff.
Zusammenarbeit L, 400
Genehmigung von Versammlungen 226 ff., 242 f., 659 f.
Mitgliedschaft von Arbeitern d. Militärverwaltung 269, 285 f.
Maßnahmen gegen d. Metallarbeiterverband 1202 f.
— Wirtschaftsfragen, Kriegswirtschaftspolitik L, LXIX, 419
Lebensmittelversorgung 266, 292 f., 303, 308, 312, 404, 457, 467, 490, 508 f., 641, 659, 666, 704, 737, 799, 1005, 1053, 1158 f., 1178, 1180, 1185
Festsetzung von Höchstpreisen 21
Ausfuhrverbote 36 f.
Rohstofflage 487, 970
Kohlemangel 799, 1053
Preispolitik L, 640
Lohnfrage 227, 399, 464 ff., 470, 556, 559 f., 573, 640, 646, 1005, 1185
Kriegskosten 640
Unternehmergewinne 465
Kriegsausschüsse 475, 490
Übernahme von Betrieben in d. Militärverwaltung 536
Arbeitsverhältnisse in Staatsbetrieben 522
Arbeiterausschüsse in Betrieben d. Militärverwaltung 286, 618 f.
Einschränkung d. Bautätigkeit 487
— Militärisches Beschaffungswesen 461 f., 471, 473 f., 488 ff., 588 f.
Steigerung d. Kriegsproduktion 421, 478, 486 f., 786
Hindenburg-Programm 512
Besprechung mit Industriellen 16. 9. 1916 486 ff.
Unterstellung d. stellv. Gkdos in kriegswirtschaftlichen Fragen XLII, XLVII, 508
Einrichtung d. Kriegsamts XLVII, 499, 508 f., 511, 641
— Arbeiterfrage 461 ff., 500 f., 529
Arbeitskräfte für d. Kriegswirtschaft 488 ff., 639 f. 642 ff.
für, d. Land- u. Forstwirtschaft 645 ff.
Zurückstellung von Wehrpflichtigen 461, 463, 466 ff., 477, 481 ff., 489
Einsatz von Frauen 488, 644
Kriegsgefangene u. Fremdarbeiter 488 f.
Freizügigkeit d. Arbeiter 481 f.
Arbeitszwang 465, 482, 501
— Vaterländischer Hilfsdienst 503, 505, 507, 519, 875
Hilfsdienstgesetz 510, 529, 535 f., 573, 576, 641
Kriegsverwendungsfähige Arbeiter 470 ff., 520
Reklamation eingezogener Facharbeiter 520
Behandlung reklamierter Arbeiter 462 f., 537, 626 f., 1004
Freizügigkeit reklamierter Arbeiter 537, 626 f., 638 f., 643
Schlichtungsausschüsse 537, 638 f.
Wiedereinberufung reklamierter Arbeiter 463, 467, 627, 636, 1006, 1051, 1170, 1186
Änderung d. Hilfsdienstgesetzes LXVI, 624 ff.
Außerkraftsetzung 638
— Militärische Frage
Dienstunterricht XX
Offizierwahl XVI f.
Verhalten d. Offiziere 307, 1272
Wehrsold 1244
Heeresersatz 219, 308, 312, 476, 478, 483, 485, 488, 508 f., 519 f., 639 ff., 645, 1327
Ausdehnung d. Wehrpflicht 485, 501, 627 f., 641, 645
Militärische Vorbereitung d. Jugend 203 f., 210 f., 218 ff., 503
U-Bootkriegführung 386
Beurteilung d. militärischen Lage Sommer 1917 786
im Herbst 1918 975 ff., 981, 1288, 1317
Auflösungserscheinungen im Heer 1066
Aufrechterhaltung d. Disziplin 1226, 1278, 1318
— Russische Oktoberrevolution 1157 f.

— Streiks u. Unruhen 243, 303, 490 f., 704, 737, 752, 1031, 1100, 1152, 1164, 1166, 1173, 1275
Landesverrat 253 ff., 262, 400, 738, 1160
Bericht an d. Kaiser 5. 2. 1918 1157 ff., 1171
Besprechung mit d. Zentralbehörden 17. 2. 1918 1176 ff., 1189
mit d. Militärbefehlshabern 18. 2. 1918 1177, 1184 ff.
Gegenmaßnahmen XXXIV ff., L, 399 ff., 463 f., 615, 627, 636, 696, 699 f., 736, 738 f., 787 f., 1003 ff., 1010, 1052, 1132, 1159 f., 1163, 1170, 1179, 1183, 1186 ff., 1387, 1396 ff.
Militarisierung von Betrieben 636 ff., 1006, 1012, 1051, 1159, 1186 ff.
d. Eisenbahnen 1191 f.
Verbot von Arbeiterräten 1186, 1189
Bürger- u. Bauernwehren 1379
Flottenunruhen August 1917 1003 f.
Meutereien, revolutionäre Bewegung 1396 ff.
in d. Marine 1365, 1372, 1374
Gegenmaßnahmen 1373
Vorschrift über d. Waffengebrauch d. Militärs XXVIII f., 1004
— Waffenstillstandsverhandlungen 1384
Dritte Note Wilsons 1339, 1342
— Abdankung d. Kaisers 1350, 1352 f.
— Organisation
Zentraldepartement 179, 357, 384, 757, 855, 1176
Ministerialabteilung 482
Nachrichtenabteilung (Presseabteilung) 69, 178 ff., 707, 982
Pressereferat 74, 255
Allgemeines Kriegsdepartement 179 f., 308, 392, 707, 1004, 1102, 1176
Armeeabteilung 179
Abteilung A.Z.(S) 470 f., 473, 477 f., 481, 490, 498 f., 509
(ab 1. 11. 1916 s. Kriegsamt, Kriegsersatz- u. Arbeitsdepartement)
Kriegsrohstoffabteilung 487, 498 f., 509
(ab 1. 11. 1916 s. Kriegsamt, Kriegsrohstoffabteilung)
Waffen- u. Munitionsbeschaffungsamt (Wumba) 489 ff., 498 f., 509
(ab 1. 11. 1916 s. Kriegsamt, Waffen- u. Munitionsbeschaffungsamt)
Armeeverwaltungsdepartement 556
Fabrikenabteilung 509
Eisenbahnabteilung 1176
Mobilmachungsabteilung 1176
Abteilung für Volksernährungsfragen 509
Abteilung für Ein- u. Ausfuhr 509
Versorgungs- u. Justizdepartement 179
Justizabteilung 384, 1176
Ersatzwesenabteilung 476
Ausschuß für d. neue Friedensorganisation d. Kriegsministeriums 588

Preußen, Minister(ium) des Innern 43, 208, 265, 386, 596, 704, 750, 775, 778, 1052, 1062, 1074, 1094, 1097, 1329, 1379
— Belagerungszustand
Erklärung 3, 188
Befugnisse d. Militärbefehlshaber 20, 39
Außerordentliche Kriegsgerichte 56
Immunität d. Abgeordneten 236 f., 239 ff., 277
Schutzhaft 1019
Befugnisse d. Zivilbehörden 19, 27, 120
Zusammenarbeit zwischen Zivil -u. Militärbehörden 59
Reform d. Belagerungszustandsgesetzes 32, 34, 50, 120
— Pressepolitik 292, 860
Handhabung d. Zensur 96, 117 ff., 124 ff., 141 ff., 155, 179, 361 f., 1333 f.
durch d. Polizeibehörden 88 ff.
Pressezensur XLV, 81, 208
Vorzensur 88, 144, 157, 335, 363
Erörterung innenpolitischer Fragen 143 f.
Abbau d. politischen Zensur 144
— Vereins- u. Versammlungsrecht 267 f., 531 f., 658
Regelung d. Versammlungswesens 263, 359, 364, 427, 1182, 1280
— Wahrung d. Burgfriedens 89, 96, 118, 143 ff., 193
— Beeinflussung d. allgemeinen Stimmung 302 ff., 313, 315 ff.
Amtliche Aufklärung u. Propaganda 292 f., 327 f., 333, 337, 350, 824, 957, 967
Rednerschule 313, 315
Bekämpfung antimonarchischer Tendenzen 711
Feindl. Propaganda 1099 f.
— Kriegszielfrage 272, 1199
Öffentl. Erörterung 119, 143 f., 255, 305, 361 ff., 368 f., 374 ff., 446
— Waffenstillstands- u. Friedensverhandlungen mit Rußland 1197
— Militärische Vorbereitung d. Jugend 203, 218, 220
— zur Innenpolitik
Denkschrift Loebells 22. 11. 1915 271 ff.
Denkschrift Drews' Anfang Februar 1918 1192 ff.
Wahlrechtsreform 355 f., 702, 726, 787, 1116, 1178, 1195, 1197 ff., 1213, 1217, 1223 f., 1280
— Parteien u. Organisation
SPD XXII f., 186, 188, 193, 198 f., 271 f., 274 f., 359, 363, 1193 ff., 1197, 1199, 1351
Verbreitung sozialdem. Schriften in d. Armee 198 ff., 204 ff.
Radikale Gruppen d. SPD 363
Gegenmaßnahmen XLVI
USPD 1193, 1195, 1351
Internationaler Sozialistenkongreß 708
Maßnahmen gegen d. USPD 761, 773, 1016, 1019, 1030
Gewerkschaften 333, 1195

— Wirtschaftsfragen
Lebensmittelversorgung 38, 119, 292 f., 361, 457, 1178, 1180, 1197
Festsetzung von Höchstpreisen 20 f.
Lohnfrage 640
Hilfsdienstgesetz 502 f., 517 f., 531 f., 534
Hilfsdienstausschüsse 550

— Streiks u. Unruhen 1100, 1159, 1178, 1180, 1195 ff.
Gegenmaßnahmen XXXVIII, 399, 699 f., 726, 788, 1183

— Abdankung d. Kaisers 1350 ff., 1357, 1397

Preußen, Kultusminister(ium) 775, 786, 994

— Erörterung d. Kriegszielfrage 305

— Militärische Vorbereitung d. Jugend 203, 218, 221

— Beeinflussung d. allgemeinen Stimmung 302 ff., 315 f., 318
Amtliche Aufklärung u. Propaganda 321, 328, 332 f., 336 ff., 343, 346, 808, 824 f., 828, 830, 970, 1296
Bekämpfung antimonarchischer Tendenzen 711, 813

— Wahlrechtsfrage 355 f.

— Hilfsdienstgesetz 502, 505 f., 515, 534 f.,

Preußen, Handelsminister(ium) 220, 399, 749

— Befugnisse d. Militärbefehlshaber 20 f.

— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 322

— Wahlrechtsreform 356

— Wirtschaftsfragen
Kriegsproduktion 786
Lohnfrage 531
Arbeiterausschüsse 531, 536, 618 f.
Hilfsdienstgesetz 502 ff., 507, 518, 530 ff., 536
Hilfsdienstausschüsse 550

Preußen, Landwirtschaftsminister(ium) 279, 292, 676, 679, 994, 1222

— Belagerungszustand
Befugnisse d. Militärbefehlshaber 35
Reform d. Belagerungszustandsgesetzes 48

— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 328 343 ff., 350

— Wahlrechtsreform 355 f.

— Gewerkschaften 346

— Arbeiterausschüsse in Betrieben d. Militärverwaltung 618

— Wirtschaftsfragen
Lebensmittelversorgung 309, 350
Lohnfrage 532
Hindenburg-Programm 486
Hilfsdienstgesetz 518, 532

Preußen, Minister(ium) der öffentlichen Arbeiten 1194

— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 328, 343, 347, 349
„Die Eisenbahn" 337 f.
„Hilf Dir selbst" 337 f.

— SPD 194

— Gewerkschaften 285

— Arbeiterausschüsse 529 f.
in Betrieben d. Militärverwaltung 618 f.

— Wirtschaftsfragen
Transportwesen 679
Lohnfrage 530
Hilfsdienstgesetz 502 f., 527 ff., 532, 535
Kriegsbetriebsleitung 572

Preußisch-Holland 17

Preußische Jahrbücher 208

Preysing-Lichtenegg-Moos, Kaspar Graf von, bayer. Reichsrat 662 f.

Priesdorff, Kurt von, Hauptmann im Zentraldepartement d. preuß. Kriegsministeriums 1181

„Prinzregent Luitpold" (Linienschiff) **996, 1000,** 1002, 1026, 1028, 1031, **1070**

Prion, Willi, Professor f. Betriebswirtschaftslehre 983

Prittwitz und Gaffron, Friedrich Wilhelm von Leg.Sekr. 692, 1279, 1342

Probst, Major, Zensuroffizier beim stellv. Gkdo d. XVII. AK 114

Prym, Hauptmann 899

Pyritz 151

Quidde, Ludwig, Professor f. Geschichte, Mgl. d. bayer. Landtags (Lib. Vereinigung) 261 f.

Quirmbach, Stephan, Berliner Vertreter d. „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" 1141

Radek (Sobelsohn), Karl, Mgl. d. russ. Delegation in Brest-Litowsk, 1918 bei d. russ. Vertretung in Berlin 1059, 1178, 1261

Radoslawow, Wasil, bulg. Min.Präs. 1177

Radowitz, Wilhelm von, Unterstaatssekr. u. Chef d. Reichskanzlei (Nov. 1917–10. 10. 1918) 625, 642, 1227, 1279

— Pressezensur 654

— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 956

— Lebensmittelversorgung 962

— Streiks u. Unruhen 1132, 1143, 1397

Raeder, Erich, Fregattenkapitän im Reichsmarineamt 1349, 1365

Rantzau, Ernst Graf zu, Vortr. Rat im preuß. Ministerium d. Kgl. Hauses 824

Rantzau, Hans Kaspar Graf zu, Vors. d. Landwirtschaftskammer v. Schleswig-Holstein 390

Rastatt 964

Rathenau, Walter, Leiter d. Kriegsrohstoffabt. im preuß. Kriegsministerium (1914—April 1915), Präs. d. AEG 486, 508, 1313

— Beeinflussung d. allgemeinen Stimmung 313f.

— Organisation d. Kriegswirtschaft 569
Rohstoffpolitik 487
Vaterländischer Hilfsdienst 513

Raudischken (Ostpr.) 957

Rausch, Redakteur d. „Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung" 1364, 1367 f.

Rauscher, Ulrich, Journalist 415

Ravensberg 1370

Recklinghausen

— Aufhebung von Verfassungsartikeln 15

— Lebensmittelversorgung d. Bergleute 404

— Streiks u. Unruhen 667, 728

Rees 155

Reichel, Mgl. d. württ. Landtags (SPD) 939

Reichenau, F. Frhr. von, Vors. d. Vereins f. d. Deutschtum im Ausland 1049

Reichert, Jakob Wilhelm, Hauptgeschäftsführer d. Vereins Deutscher Eisen- u. Stahl-Industrieller 472, 475

Reichpietsch, Max, Matrose 1017, 1019, 1026ff., 1034, 1038 f., 1106, 1108 ff.

Reichsamt des Innern 21, 37, 202, 210, 225, 424, 451, 596, 658, 765, 775, 778, 994, 1052, 1094, 1097, 1217, 1227, 1241, 1361

— Belagerungszustand XL
Erklärung 3 f.
Handhabung 11 ff., 36
Verantwortlichkeit 118
Verschärfter Belagerungszustand 11, 188f.
Preuß. Gesetz 4. 6. 1851 6, 10, 23, 35
Reform 34, 50 f., 1279
Änderung d. Art. 11 d. Reichsverfassung 1325
Immunität d. Abgeordneten 192 ff., 236 f., 239 f., 277, 279, 825
Zusammenarbeit zwischen Zivil- u. Militärbehörden XLI, 57 ff., 1280
Vereins- u. Versammlungsrecht 181, 267ff., 284 ff., 534, 724, 1183, 1280

— Behandlung d. Presse 100, 1389 f.
Pressebesprechungen 264, 266, 280 f., 1141, 1333
Zensur 81, 104, 135 f., 147, 179 f., 229
Vorzensur 1180
Verbot von Zeitungen 176
Berichterstattung über Parlamentsdebatten 126
Gründungsparteitag d. USPD 709
Zensur von Streiknachrichten 1180

— Nachrichtenpolitik 831

— Beeinflussung d. allgemeinen Stimmung 302, 313, 315 f.
Amtliche Aufklärung u. Propaganda 325, 328, 335 f., 338, 343 ff., 347, 825, 827, 830 f., 1181 ff.
Bekämpfung antimonarchischer Tendenzen 711, 830
Feindliche Propaganda 1098, 1100

— Pazifismus 180, 1123

— Kriegszielfrage 201 f., 217, 228
Öffentliche Erörterung 446

— Politische Verantwortlichkeit d. OHL 684

— zur Innenpolitik LX
Preuß. Wahlrechtsfrage 702, 1181, 1279 f.
Reichstag 825
Vertagung 442 ff.
Beschlüsse d. Verfassungsausschusses 748f.

— Parteien u. Organisationen
SPD 192 ff., 284, 825, 1178
Öffentliche Versammlungen 360, 1209
Parteitag in Würzburg 1071
Maßnahmen gegen radikale Gruppen d. SPD 369 ff.
USPD 825, 1016
Maßnahmen gegen d. USPD 761, 773 f., 1016, 1030, 1281
Gewerkschaften 284, 726, 1203

— Sozialpolitik 470, 472

— Wirtschaftsfragen
Lebensmittelversorgung 111, 264, 266, 279 ff.
Kohlemangel 770
Lohnfrage 559, 562
Hindenburg-Programm 486, 514
Arbeitskräfte für d. Kriegswirtschaft 484
Fremdarbeiter 729
Frauenarbeit 515
Arbeiterausschüsse 618
Hilfsdienstgesetz 502ff., 507, 510ff., 515ff., 521, 526 ff., 533 ff., 576
Durchführung 613 ff.
Änderung 617, 626

— Streiks u. Unruhen 1133, 1141, 1159, 1172, 1176, 1178, 1181, 1391
Gegenmaßnahmen 399, 727, 788, 1180, 1182 f.

Bildung v. Bürger- u. Bauernwehren 1379
— Nachrichtenstelle 344, 827, 831, 859

Reichsamt für die Verwaltung der Reichseisenbahnen 526

Reichsanzeiger 196

Reichsarbeitsamt 1379 f.

Reichsbank
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 887 900 f.
Werbung f. d. Kriegsanleihen 348 f., 900

Reichsbote, Der 767

Reichsdeutscher Mittelstandsverband 412

Reichsgericht
— Belagerungszustand
Befugnisse d. Militärbefehlshaber 6, 20, 22 f., 30, 35 ff., 53 f., 126
Erklärung d. verschärften Belagerungszustands 6
Vollziehende Gewalt 24
Handhabung 10
Status d. Presse 1264
— Dauer d. Sitzungsperiode d. Reichstags 278
— Landesverrat 1195
Untersuchung gegen USPD-Abgeordnete 1106, 1108, 1111

Reichsgetreidestelle 697

Reichsjustizamt 596, 619, 787, 994
— Kaiserliche Kommandogewalt 48 f.
— Belagerungszustand
Befugnisse d. Militärbefehlshaber 48, 126
Reform d. preuß. Belagerungszustandsgesetzes 32, 34 48 ff.
Sicherheitshaft 239
Landesverrat 1093
Immunität d. Abgeordneten 237, 239, 242, 277, 279
Zensur 127, 179
— Hilfsdienstgesetz 526
— Maßnahmen gegen d. USPD 1016, 1018, 1025, 1029 f., 1081, 1105

Reichskanzlei 236, 322, 625, 642, 680, 761, 769, 773, 778 f., 834, 887 f., 1016, 1028, 1030, 1052, 1093 f., 1097, 1132, 1176, 1279, 1350, 1366, 1397 ff.
— Handhabung d. Belagerungszustands
Pressezensur 207 f., 654 f., 723, 826, 881 f.
Versammlungsrecht 658
Regelung d. Versammlungswesens 414 ff., 430
— Beeinflussung d. allg. Stimmung 305, 318 ff.
Amtliche Aufklärung u. Propaganda 320 ff., 824 f., 840 f., 876, 923, 1180 f.
Pressechef 859 f., 872, 923, 952, 956, 982 ff., 1120, 1122, 1129, 1143
Zentralstelle d. reichsamtlichen Pressedienstes 859 f.
Zentrale für Heimatdienst 953, 982
Zentralstelle für d. Werbe- u. Aufklärungsdienst LVII, 955 f.
Bekämpfung antimonarchischer Tendenzen 711, 829 f.
— Kriegszielfrage 228
Öffentliche Erörterung 414 ff., 430 f., 441, 449
— Preuß. Wahlrechtsfrage 1217
— Lebensmittelversorgung 279, 416, 441, 962, 1180
— Hilfsdienstgesetz 526

Reichskanzler 124, 591
— Verantwortlichkeit XXV, 49, 57, 118, 384 f., 443, 672 f., 683
gegenüber d. Reichstag 11 f.
— Verhältnis zum preuß. Kriegsminister XXIX
zum Obermilitärbefehlshaber 57 f., 178 f.
zu d. Militärbefehlshabern XLVI, 57, 80
— Unterstellung d. bewaffneten Macht 1345
— Zensur 44, 63, 67, 79
Unterstellung d. Kriegspresseamts 982 ff.
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 836, 944, 954
— Hilfsdienstgesetz 517

Reichskartoffelstelle 426

Reichskohlenkommissar 572, 575

Reichskolonialamt 787, 1379
— Zensur 105
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 343 ff.
— Kriegszielfrage 448

Reichsleitung XXX, XLVIII, 116, 362, 414, 432, 503, 576, 642, 654, 656, 702, 707, 749, 784, 861, 994, 1024, 1032, 1086, 1089, 1228, 1275, 1322 ff., 1326, 1389
— Verantwortlichkeit 672 f., 682 ff.
— Verhältnis zum Kaiser XXVI
zu d. Militärbefehlshabern 125
zur OHL LII f., LXIV ff., LXX, 672 f., 768, 955 f., 976 f., 1245, 1283 ff., 1288
Konflikt anläßlich d. Verhandlungen in Brest-Litowsk LXIV, 1122, 1127 f.
— Angriffe auf d. Reichsleitung 149, 340, 406, 408, 653, 663, 673, 683, 685, 719, 793, 1082 ff.
— Belagerungszustand XXXIII
Vereinsrecht 267 f.
Zensur 124, 394
— Nachrichtenpolitik 70, 955 f., 984 f.
— Wahrung d. Burgfriedens 86, 431

— Friedensfrage 956
Kriegszielfrage LXIV, 70, 375, 432, 449, 777, 815, 863, 1295
Öffentliche Erörterung 451 ff.
Zensur 100 f., 452, 715, 1120
Friedensresolution d. Reichstags 1127

— U-Bootkriegführung LXIV, 122

— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 1336, 1381
Vaterländischer Unterricht 977, 979, 1328 f.

— Parlament, Parteien, Organisationen LIX
Reichstag XXVIII, LXII
SPD LX
Gewerkschaften 267 ff., 577, 1212

— Wirtschaftsfragen
Lebensmittelversorgung 279, 382
Arbeiterfrage 501
Hilfsdienstgesetz 511, 518

— Streiks 1152

— Waffenstillstandsforderung d. OHL 1283 f.
Friedensangebot 3. 10. 1918 1309 ff., 1314 f.
Dritte Note Wilsons 1336
Entlassung Ludendorffs 1341 f., 1345

Reichsmarineamt XXV, 29, 197, 202, 210, 218, 253 f., 261, 289, 347 f., 374, 619, 656, 658, 747, 765, 769, 775, 778, 787 f., 874, 1048, 1052 f., 1091, 1127, 1279, 1339, 1384

— Unterstellung d. Marinekabinetts 1345

— Handhabung d. Belagerungszustands 1002
Verhältnis zum Obermilitärbefehlshaber 45, 51
Befugnisse d. Militärbefehlshaber 28
Vollziehende Gewalt 24, 30 f.
Zusammenarbeit zwischen Militär- u. Zivilbehörden 30 f., 59
Landesverrat 1029
Immunität d. Abgeordneten 277, 279
Regelung d. Versammlungswesens 586
Reform d. preuß. Belagerungszustandsgesetzes 50

— Pressepolitik 86, 319, 860, 995
Zensur LXVIII, 68, 74, 87, 105, 117, 127 f., 179 f., 251
Einrichtung d. Oberzensurstelle 73 ff., 105
Merkblatt für d. Presse 63
Pressebesprechungen 71, 76, 264
Pressezensur 71 ff., 81 f., 90 f., 95, 100 f., 176
Zensur in d. Frage d. U-Bootkriegführung 1092

— Beeinflussung d. allgemeinen Stimmung 302, 305, 308, 319 f.
Amtliche Aufklärung u. Propaganda 320 ff., 328, 351, 840, 887, 970, 1025, 1040 f., 1047 f., 1058, 1181 f.
Vaterländischer Unterricht 911 ff., 960, 966
auf d. Werften 919 ff.
Schutz d. Marine vor politischer Propaganda 1233
Feindliche Propaganda 1098

— Pazifismus 1123

— Kriegszielfrage 201 f., 214, 216 ff., 1060
Öffentliche Erörterung 444, 446 ff.

— U-Bootkriegführung 386, 1063

— zur Innenpolitik
Preuß. Wahlrechtsfrage 206 f., 787
Abschiedsgesuch Capelles 1076 ff., 1084
Kühlmann-Krise 1227 ff.

— Parlament, Parteien, Organisationen
Politische Betätigung von Militärpersonen 1097
Abgeordnetenkontakte mit Militärpersonen 1232 f.
Reichstag 751, 913, 1028 ff., 1061, 1074, 1076 ff., 1081, 1105 f., 1110, 1113, 1233, 1235
SPD 194, 557 f., 560, 1031, 1059
Radikale Gruppen d. SPD 419
USPD 924, 1074, 1078 f., 1182
Maßnahmen gegen d. USPD 761, 773, 1016, 1018 f., 1027 ff., 1080 ff., 1105
Verbreitungsverbot für Zeitungen u. Flugblätter 1020 f., 1031, 1041, 1047, 1059 f.
Deutsche Vaterlandspartei 1101 f.
Gewerkschaften 372, 388 f., 560 ff.

— Wirtschaftsfragen
Lebensmittelversorgung 320, 389 ff., 420, 634 f., 695 f.
d. Werftarbeiter 457, 730
Verpflegungsvorschriften für d. Marine 998, 1029 f., 1036, 1038
Lohnfrage 389 f., 558 ff., 562, 634
Arbeitsverhältnisse in Kiel 388 ff.
Behandlung d. Arbeiterfrage 461, 467, 557 ff., 561 ff.
Arbeitskräfte für d. Werften 539 f., 621, 629 ff., 643
Zurückstellung kriegsverwendungsfähiger Arbeiter 461, 468 f., 478
Hindenburg-Programm 486

— Vaterländischer Hilfsdienst 922
Hilfsdienstgesetz 555, 558, 560 ff.
Freigabe reklamierter Arbeiter 519
Freimachung von Militärpersonen 584
Freizügigkeit d. Werftarbeiter 551 f., 585, 632 f., 643
Schlichtungsausschüsse 632
in Betrieben d. Militärverwaltung 549, 550
Begrenzte Arbeitsgebiete 584 f., 634
Wiedereinberufung reklamierter Arbeiter 632 ff.
Einberufung von Arbeitervertretern zum Wehrdienst 615 f.
Änderung d. Hilfsdienstgesetzes 633

— Beurteilung d. militärischen Lage 1235

— Streiks u. Unruhen 695 f., 732, 1143, 1176, 1184 f., 1187, 1190
Gegenmaßnahmen 371 ff., 399 f., 922 ff., 1143, 1157, 1161 f.

Militarisierung von Betrieben 371 f., 634 f., 638
Flottenunruhen August 1917 LXVIII, 1016, 1018 f., 1026, 1030 f., 1033, 1036 f., 1039, 1073 f., 1076, 1080 f., 1105 ff., 1233
Sozialistische Propaganda 711
Aufrechterhaltung d. Disziplin 1047, 1232 f.
Meutereien Herbst 1918 1349, 1358 ff., 1362, 1364 f., 1371, 1374, 1381 f.
Gegenmaßnahmen 1372, 1374
Bildung von Bürger- u. Bauernwehren 1379 f.
Umsturz November 1918 1401
— Waffenstillstandsverhandlungen 1372
— Organisation
Zentralabt. 258, 559
Etatdepartement 449, 911
Nachrichtenbureau LXVIII, 69, 71 ff., 82, 86, 100, 103, 169, 200 ff., 250, 263, 270, 318 ff., 322, 366 f., 389, 431, 447, 449 f., 735, 860, 919 ff., 925, 927, 961, 1122, 1140, 1227, 1230, 1321
s. a. Admiralstab, Presseabteilung
Allg. Marinedepartement (A) 319 f., 724, 1025, 1059, 1102, 1110, 1113, 1233 f., 1349
Werftdepartement (B) 318 f., 322, 557 f., 615, 629, 635, 767, 919 ff., 1181
Fabrikenkommission/Fabrikenabt. 461, 539 f., 552, 724
Schiffsprüfungskommission 549
Technische Versuchskommission 549

Reichsmilitärgericht 371, 1006
— Immunität d. Abgeordneten 242
— Fall Liebknecht 1108

Reichsmilitärgesetz vom 2. 5. 1874 XL, 232, 365, 1097, 1101, 1117 ff.

Reichspostamt 264, 619, 1379, 1386 f.
— Pressezensur 71
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 328, 333, 343
— Maßnahmen gegen d. Unruhen in Berlin 1386 f.

Reichspresseamt 953

Reichspropagandaamt 953, 982

Reichsschatzamt 526, 590, 703, 765 f., 1194, 1251, 1279 ff., 1285, 1301, 1379
— Pressebesprechung 1386
— Zensur 112
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 299, 343, 345, 840, 982 f., 1183
— Kriegskosten 639 f.
— Kriegsanleihen 1386
Kritik Liebknechts an d. Anleihepolitik 368
— Wehrsold 1244
— Militärische Vorbereitung d. Jugend 218, 221
— Wirtschaftsfragen
Unternehmergewinne 639 f.
Hindenburg-Programm 486
Übernahme von Betrieben in d. Militärverwaltung 536, 639 f.
Militarisierung von Betrieben 639 f.
— Preuß. Wahlrechtsfrage 787

Reichstag XIX, XXII f., XXX, XXXIV, LIX f., 195, 207, 232, 242, 250, 283, 294 f., 319, 358, 413, 429, 511, 579, 596, 642, 671, 683, 694, 756, 765, 777, 780 ff., 791, 795, 800, 815, 823, 828, 832, 872, 875 ff., 888, 974, 976 f., 993, 1026, 1029, 1049, 1095, 1147, 1194, 1196, 1227, 1229, 1244, 1246, 1297 f., 1303, 1308, 1336, 1341
— Sitzung 18. 3. 1909 385
10. 12. 1913 XXI
29. 1. 1914 286
4. 8. 1914 194, 210
20. 3. 1915 268
29. 5. 1915 265
27. 8. 1915 32 ff., 104, 267
30 11. 1915 34
9. 12. 1915 271
18. 1. 1916 118, 120
12. 3. 1916 112
13. 3. 1916 112
16. 3. 1916 112
22. 3. 1916 112
23. 3. 1916 112
5. 4. 1916 369, 375
24. 5. 1916 117, 394
25. 5. 1916 117, 135 f., 394
30. 5. 1916 117, 383 f., 394
31. 5. 1916 112
2. 6. 1916 112
5. 6. 1916 112, 386, 406
7. 6. 1916 112
28. 10. 1916 50
30. 10. 1916 50, 146 ff.
31. 10. 1916 44, 46, 145, 147
30. 11. 1916 537
27. 2. 1917 348
1. 3. 1917 350
29. 3. 1917 161, 713
24. 4. 1917 715
4. 5. 1917 647
5. 5. 1917 647
14. 5. 1917 57, 687
15. 5. 1917 751
19. 7. 1917 1018
20. 7. 1917 764, 1202
6. 10. 1917 872, 875, 1101
9. 10. 1917 872, 1073, 1078, 1081, 1105
10. 10. 1917 57, 1002, 1004, 1053
11. 10. 1917 57, 173 f., 176, 1053, 1123
20. 2. 1918 1211
22. 2. 1918 1211
18. 3. 1918 1211
19. 3. 1918 1211

4. 6. 1918 1254
12. 6. 1918 1232
25. 6. 1918 1227 f.
3. 7. 1918 1225, 1239
12. 7. 1918 1232
5. 10. 1918 57, 1300, 1302 f.
7. 10. 1918 58
24. 10. 1918 1326
25. 10. 1918 1337, 1344
26. 10. 1918 1345
— Im Urteil d. OHL LXIII, LXVI, 382, 1082 ff., 1096, 1211 f., 1215, 1245
Einems 1268
— Reichstagsmehrheit/Mehrheitsparteien LXIII, LXVI, 47, 57, 903, 1048, 1061, 1075, 1083, 1096, 1195, 1211 f., 1244 f., 1307, 1326
Verhältnis zu Michaelis 1022, 1024
Stein 1385
— Belagerungszustand XXXI f., XXXVI, LXII, 11 f., 44, 57, 1002, 1253
Auslegung d. Begriffs d. vollziehenden Gewalt 30
Aufsicht d. Reichskanzlers über d. Militärbefehlshaber 57
Reform d. preuß. Belagerungszustandsgesetzes XXXIII, 32 ff., 44 f., 47, 57, 518
Reichsgesetz 4. 12. 1916 44 ff., 50, 145
Änderung d. Art. 11 d. Reichsverfassung 1325 f.
Immunität d. Abgeordneten 233 f., 236, 238, 240, 277, 370, 825, 1034 f., 1077, 1081, 1093, 1106
Schutzhaft 503
Forderung nach einem Gesetz 47
Gesetz 4. 12. 1916 50
Vereins- u. Versammlungsrecht 57, 1053, 1294
Reform d. Reichsvereinsgesetzes 267 ff.
Versammlungswesen 1004
Handhabung d. Zensur LXVI, 44, 50, 57, 104 f., 117 ff., 125, 127, 135 f., 147 ff., 161, 173 ff., 230, 341, 376 f., 394, 688, 715, 826, 1121
Maßnahmen gegen d. Verbreitung von Gerüchten 1264
Amtliche Aufklärung u. Propaganda LXVI, 321, 937, 1025, 1101, 1182
Vaterländischer Unterricht 872 ff., 922, 1047 f., 1058
Feindliche Propaganda 1045
— zur Außenpolitik
Kriegszielfrage LXIII, 362, 751, 1211
Friedensresolution 19. 7. 1917 LXII f., LXVI, 789, 797 f., 801, 839, 849, 867, 989, 1022, 1024, 1050, 1061 f., 1082 f., 1093 f., 1102, 1124, 1127, 1145, 1197
Russische Revolution 687 ff.
Waffenstillstands- u. Friedensverhandlungen mit Rußland 1121
— U-Bootkriegführung LXII f., 377, 386
— zur Innenpolitik
Zaberner Affäre XXVI ff., 384
Zaberner Kommission XXVIII f.
Steuergesetzgebung 112
Wahlrecht 704, 712, 801
Wahlgesetz 665
Preuß. Wahlrechtsfrage 701, 1173
Sturz Bethmann Hollwegs LXII, 1198, 1212 f.
— Verhalten radikaler SPD-Abgeordneter 297, 367 f.
Sozialdem. Arbeitsgemeinschaft 414 f., 430, 559
— Geplante Schließung, Vertagungen 192, 237 f., 241, 277 f., 369 ff., 442 ff., 1017, 1019, 1024, 1028 f., 1083
— Verhältnis zum Heer LXIV
Frontreisen von Abgeordneten 903 ff.
Abgeordnetenkontakte mit Militärpersonen 1232 f.
— Wirtschaftsfragen
Lebensmittelversorgung 1029 f.
Lohn- u. Arbeitsbedingungen 559 f., 562, 647
Arbeiterausschüsse 618
Hilfsdienstgesetz LXIII, LXVI, 50, 505 f., 510, 512, 515 f., 521 ff., 526 ff., 548, 560, 575 f., 597, 625
Durchführung 537, 540, 542, 585, 613, 621
— Streiks u. Unruhen 755
Flottenunruhen August 1917 1076 ff., 1105 f., 1110, 1113
— Abdankung d. Kaisers 1357
— Fraktionen
Freikonservative Partei 1023
Nat.Lib. Partei 759, 1023, 1095 f.
Zentrum LXII f., 44
SPD LIX, 193, 270, 370, 688, 752, 760, 770, 1230, 1329
USPD 735, 1108, 1110
Interfraktioneller Ausschuß LXII, 1084, 1121, 1244, 1325
— Ausschüsse, Kommissionen
Hauptausschuß, Budgetkommission LXII, 32, 44, 51, 57, 126, 173, 377, 441 ff., 492, 510, 521, 526 f., 534, 537, 540, 559, 585, 590, 678, 708, 727, 743, 751 f., 756, 789, 791, 839, 861, 925, 998, 1022, 1024 f., 1029, 1034, 1040, 1047, 1050, 1061, 1073, 1092, 1133, 1235, 1279 ff., 1288, 1294
Verfassungsausschuß LXIII, 701, 713, 716, 746, 748 f., 771, 827, 830
Hilfsdienstausschuß (22. Ausschuß) 542, 545, 552, 560 f., 569, 579, 618, 621, 626, 647, 755

Reichsverband der deutschen Presse 68, 87, 89, 136, 375
— Verhältnis zum Kriegspresseamt 107 ff.

Reichsverband gegen die Sozialdemokratie XXI

Reichsvereinsgesetz vom 19. 4. 1908 392, 398, 526, 528, 531 ff., 586, 724, 1055, 1102 f., 1295, 1333

— Gültigkeit während d. Belagerungszustands 19
Aufhebung einzelner Artikel 14, 19, 191, 212, 664 f., 788
— Reform LXIX, 267 ff., 284 ff.
Änderung 20. 6. 1916 560, 660

Reichsverfassung XIII, XXIX, XXXIII, XLVIII, 120, 1135, 1143
— Art. 2 278
Art. 9 1281
Art. 11 1325 f.
Art. 12 192
Art. 17 12, 49
Art. 21 370
Art. 22 126
Art. 26 192
Art. 29 383
Art. 30 234, 383
Art. 31 XXXVII, 233 ff., 240 ff., 277 f., 825
Art. 33 36, 126
Art. 57 235
Art. 63 49, 1326
Art. 68 XXXI ff., XXXV, XXXIX, XLV, 3 f., 17 f., 21, 34, 44, 49, 90, 209, 401
— Föderalismus XXVIII, XXXIII, 409, 748, 767, 884 f.

Reichsverteilungsstellen 31

Reichswirtschaftsamt 859, 994, 1172, 1279, 1379
— Arbeiterfrage 647
Arbeiterausschüsse 618
Gewerkschaften 1209, 1253
— Konzentration d. Kriegswirtschaft 627
— Wiederaufnahme d. Handelsverkehrs mit Rußland 1155

Reims 1235, 1306, 1316

Reinhardt, Walther, Major/Oberst, Dir. d. Demobilmachungsdepartements im preuß. Kriegsministerium 1397

Reischach, Hugo Frhr. von, Oberhof- u. Hausmarschall 676

Reiß, Dir. bei d. kriegswirtsch. Stelle f. d. deutsche Zeitungswesen 852

Remscheid
— Presse 1021, 1060
— Remscheid-Lennep
Zensur 155

Remscheider Arbeiter-Zeitung 1060

Remscheider Volksstimme 1021

Renner, Karl, österr. Sozialdemokrat 1177

Restorff, Karl von, Kapitän z. S. stellv. Chef d. Marinekabinetts (ab Juni 1918) 1058

Reussische Tribüne (Gera) 1021, 1060

Reussische Volkszeitung (Greiz) 1060

Reuter, von, Oberst, Kommandeur d. I.R. 99 XXVI

Reutlingen 213

Reventlow, Ernst Graf zu 137, 201, 276, 1311
— Kritik an Reventlow 1316
— Zensur seiner Vorträge 396 ff.
— Pressezensur 85
— U-Bootkriegführung 409
— Bewegung zum Sturz Bethmann Hollwegs 397, 409, 662
— Deutsche Vaterlandspartei 1049
— Kontroverse mit d. „Vorwärts" 872

Rheinbaben, Georg Frhr. von, Oberpräs. d. Rheinprovinz 195

Rheinbaben, Werner Frhr. von, Leg.Rat 681

Rheinbach 155

Rheinbacher Anzeiger 157

Rheinbacher Kreisblatt 157

Rheinische Zeitung (Köln) 134, 778

Rheinisch-Westfälische Zeitung (Essen) 1141, 1253

„Rheinland" (Linienschiff) 1070

Rheinland LVI, 244, 1298

Rheinland-Westfalen, Industriegebiet 410, 524, 568, 644
— Streiks u. Unruhen 666, 1162

Rheinprovinz
— Streiks u. Unruhen 727 f.
— Oberpräsidium XL, LXX, 5, 141, 194, 251, 258, 292, 538, 699, 729
Belagerungszustand 191
Verhältnis zwischen Zivil- u. Militärbehörden 18 f.
Verhaftung politisch unsicherer Personen 185 ff.
Zensur 84, 142, 155 ff., 195, 271, 367, 706, 722, 797
Versammlungswesen 263
SPD 195, 253
Lebensmittelversorgung 733

Rheydt 18 f., 83

Richter, Max, Unterstaatssekr. im Reichsamt d. Innern 3, 228
— Kriegszielfrage 201 f.

Richter, Paul, Reichsanwalt beim Reichsgericht in Leipzig 1016 ff., 1025 ff., 1034 f., 1081

Richthofen, Hartmann Frhr. von, MdR (Nat.Lib.), Mgl. d. preuß. Abgh. 727, 745, 751, 764, 1212, 1229

Richthofen, Manfred Frhr. von, General d. Kavallerie, stellv. kd. General d. Gardekorps 1319

Rieder, Horst, Korvettenkapitän 322

Riepenhausen, C. W. Baron von, Leg.Rat 973

Riezler, Leg.Rat im Ausw. Amt 78 ff., 82, 206, 447, 834

Rippler, Heinrich, Hauptschriftleiter d. „Täglichen Rundschau" 107, 208

Ritter, Hauptmann d.R. beim stellv. Gkdo d. XIX. AK/Kriegsamtstelle 820, 1003, 1012

Röchling, Carl, Mgl. d. preuß. Abgh. (Nat.Lib.) 1220
— Erhält Schreiben von Bauer 7. 2. 1918 1168
— Verhältnis zur OHL 1223
zu Bauer LXIII, 757, 1115, 1168, 1213
— zur Innenpolitik
Geplante Audienz d. Parteiführer beim Kaiser 357
Bewegung zum Sturz Bethmann Hollwegs 757
Tirpitz als Kanzlerkandidat 1246
Preuß. Wahlrechtsfrage LXIII, 1115, 1168, 1213

Roedenbeck, Oberreg.Rat im preuß. Innenministerium 179, 824

Roedenbeck, Georg, Korvettenapitän 951

Roeder, Otto von, Major im Stellv. Generalstab 173

Roedern, Siegfried Graf von, Staatssekr. d. Reichschatzamts (1916—1918) 526, 590, 765, 1251, 1291, 1293
— Unterredung mit Bauer 20. 6. 1917 766 f.
— Verhältnis zu Ludendorff 1344
— Belagerungszustand
Aufhebung von Verfassungsartikeln 1281
Änderung d. Art. 11 d. Reichsverfassung 1325
Regelung d. Versammlungswesens 1279 f.
— Preuß. Wahlrechtsfrage 787
Osterbotschaft 703
— Wirtschaftsfragen
Kriegskosten 639 f.
Wehrsold 1244
Übernahme von Betrieben in d. Militärverwaltung 536, 639 f.
Militarisierung von Betrieben 639 f.
— Auflösungserscheinungen im Heer 1293
— Waffenstillstandsforderung d. OHL 1285

Roehl, von, General d. Artillerie, stellv. kd. General d. IX. AK 21 f.

Röpke, Referent in d. Presseabt. d. Admiralstabs 1036

Roesicke, Gustav, MdR (Kons.), Mgl. d. preuß. Abgh. 258, 655, 777

Roetger, Max, Landrat a.D., Vors. d. Zentralverbands deutscher Industrieller 463

Rogowski, von, Generalleutnant a.D., Chef d. Stabes d. stellv. Gkdos d. X. AK 1003, 1328
— Einsetzung außerordentlicher Kriegsgerichte 1009
— Beeinflussung d. allg. Stimmung 309
— Lebensmittelversorgung 309

Rohardt, Heinrich, Kapitän z.S. 1382

Rohrbach, Paul, Publizist 678

Rohrer, Wilhelm, Oberlandesgerichtsrat in München 412

Rohstahlausgleichsstelle 491, 571, 573

Rohstofflage 173, 323, 487, 513, 541, 555, 590, 613, 635, 845, 850, 880, 890, 893, 939 f., 968, 970, 1061, 1193 f.
— Kohlemangel 571, 612 f., 615, 626, 628, 666, 697, 730, 770, 799, 845, 847, 850 f., 855, 908, 910, 969, 1005, 1053, 1082, 1084 f., 1174

Roon, Albrecht Graf von, preuß. Kriegsminister (1859—1873) 713

Roosevelt, Theodore, Präsident d. USA (1901—1909) 1354

Rose, Hans, Kapitänleutnant 1363

Rosebery, Lord Archibald Philip, lib. brit. Politiker 453

Rosenberg, Frédéric Hans von, Geh. Leg.Rat im Ausw. Amt 1155, 1285, 1293

Rosenberg 17

Rosenthal, Landgerichtsdir. bei d. Reichsanwaltschaft 1016, 1025, 1028, 1030

Ross, Colin, Oberleutnant in d. Nachrichtenabt. d. Ausw. Amts, Mgl. d. SPD 1398

Rostock 585, 1161

Rotberg, Frhr. von, Oberst 1356

Rothe, Landrichter, Leiter d. Zensurstelle d. stellv. Gkdos d. XI. AK 110 f., 115, 135 f.

Rubner, Max, Geh. Rat 316

Rühle, Otto, MdR (SPD) 233

Rüstersiel s. Wilhelmshaven-Rüstersiel

Rüstringen s. Wilhelmshaven-Rüstringen

Rumänien 652, 837, 840, 1211, 1290, 1316, 1346
— Kriegseintritt 319, 494, 839, 1248
— Deutsche Militärverwaltung
Vaterländischer Unterricht 899, 944

Rump, Pfarrer 960

Rupprecht, bayer. Kronprinz, Generalfeldmarschall, Ob. d. Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht (1916–1918) LXX, 711, 750, 794, 841, 964, 990, 1128, 1144
— Besuch d. Kronprinzen Wilhelm 5. 10. 1918 1305 ff.
— Verhältnis zur OHL 651, 963
— Urteil über Max v. Baden 1307
Michaelis 1023
— Preuß. Wahlrechtsfrage, Parlamentarisierung 701
— Kriegszielfrage 245
— Beurteilung d. militärischen Lage Herbst 1918 1307
— Friedensangebot 3. 10. 1918 1305
— Umsturz November 1918 1400

Ruscher, Hauptmann beim stellv. Gkdo d. VII. AK 1003

Rußland 79, 83, 160, 751, 863, 874, 890 f., 969, 1136
— Kriegführung, Armee 493 f., 1248, 1274
Beurteilung d. militärischen Stärke 70, 272, 745 f.
Kriegberichterstattung 334
Russische Kriegsgefangene 734
— Deutsche Kriegsgefangene in Rußland 641, 1226
— Innere Lage 657
— Deutsche Kriegsziele 367
— Sowjetrußland 797, 826, 1295, 1346, 1353
Februarrevolution 673, 675, 689 f., 711, 715, 772, 1109, 1111, 1390
Provisorische Regierung 160 f., 675, 768
Aufruf an d. deutschen Arbeiter 25. 3. 1917 160 f., 686 ff., 690 ff.
Aufruf an d. Polen 29. 3. 1917 160 ff., 166
Rückwirkung auf Deutschland LXIII, 694, 705 f., 710, 713 f., 726, 746, 1069
Deutsche Zensuranweisungen 158 ff., 165 f., 686 ff., 690 ff., 705 f., 723
— Oktoberrevolution 965, 969, 1151, 1159, 1165, 1167, 1193, 1246
2. Allrussischer Kongreß d. Arbeiter- u. Soldatenräte 1104, 1112
Volkskommissariat für Äußere Angelegenheiten 1120
Waffenstillstandsangebot 881
Waffenstillstands- u. Friedensverhandlungen LXIV, LXVI, 708, 710, 714, 815, 903 f., 1116, 1120 ff., 1127 ff., 1139, 1143, 1156, 1178, 1197, 1200 f., 1211, 1377
Zensuranweisungen 1103 ff., 1121, 1144
Behandlung im Vaterländischen Unterricht 918 f.
Russische Propaganda 1121, 1130, 1157 f., 1172, 1189, 1281, 1377
Russische Botschaft in Berlin 1281, 1359
Wiederaufnahme d. Handelsverkehrs mit Deutschland 1155

Saalfeld 1021, 1321

Saarbrücken
— Verhaftung politisch unsicherer Personen 187
— Zensur 156 f.
— Streiks u. Unruhen 729
— Kriegsamtstelle 524, 566, 1219
Freimachung von Militärpersonen 583, 622

Saargebiet 1162
— Gewerkschaften 1219

Sachs, Reg.Rat im Reichskolonialamt 343 ff.

Sachse, Willy, (USPD), Oberheizer auf SMS „Friedrich der Große" 1017, 1026 f., 1029, 1034 f., 1106, 1109 ff.

Sachsen, Provinz
— Streiks u. Unruhen 731
— Oberpräsidium 1329
— Kriegswirtschaftsamt 741

Sachsen, Königreich 192, 300, 413, 530, 756, 759, 964, 1171
— Belagerungszustand XLVIII
Erklärung 3
Aufhebung von Verfassungsartikeln 17
— Rechtsstellung d. Gewerkschaften 270

— Wirtschaftsfragen
Lebensmittelversorgung 514, 733, 753, 1011, 1178
Vaterländischer Hilfsdienst 521
Freimachung von Militärpersonen 583, 622
— Streiks u. Unruhen 753, 1011, 1038, 1162, 1178, 1189
— Landtag
Zensur 135
Lebensmittelfrage 111, 265
— Gesandter in Berlin 198, 514

Sachsen, Kriegsminister(ium) LXVII, 13, 154, 749, 1002, 1295
— Verhältnis zum preuß. Kriegsministerium XLVIII
zum Obermilitärbefehlshaber 51
— Handhabung d. Belagerungszustands XLVIII, 188
Zensur 110
Pressezensur 68, 135, 165 f., 1209
Zensur in d. Lebensmittelfrage 265
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 811, 820
Vaterländischer Unterricht 905, 944, 973 f.
Kriegsberichterstattung 868
— Militärisches Beschaffungswesen 588
— Behandlung d. Arbeiterfrage 461
— Militärbevollmächtigter im Gr. Hauptquartier 1290 f., 1355

Sachsen, Minister(ium) des Innern 232
— Zensur 111, 114, 166
— Erörterung d. Lebensmittelversorgung 111, 166
— SPD 198 f.

Sachsen-Meiningen, Herzogtum 511

Sachsen-Weimar, Großherzogtum 221

Saint-Quentin 712

Salm-Horstmar, Otto Fürst zu, Mgl. d. preuß. Herrenhauses 410, 651
— Kriegszielfrage 399
— Kritik an Bethmann Hollweg 357
— Abdankung d. Kaisers 1321

Salza von Lichtenau, Ernst Frhr. von, sächs. Gesandter in Berlin 198

Salzmann, Erich von, Ostasien-Korrespondent d. „Vossischen Zeitung" 1302 f., 1311

Schaaf, Heizer bei d. 1. Torpedo-Division 1364

Schaefer, von, General d. Infanterie, stellv. kd. General d. XIII. AK
— Mißstände in d. Armee 307
— Politische Betätigung von Militärpersonen 1227
— Maßnahmen gegen radikale Gruppen d. SPD 282 ff.
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 837 f., 858

Schäfer, Dietrich, Professor f. Geschichte 136, 410, 750 ff., 756 f., 1024, 1289

Schaible, Camill XIX f., 1272

Schaumburg, Grafschaft (Landkreis) 43

Schaumburg-Lippe, Fürstentum 259, 1176

Scheer, Reinhard, Admiral, Chef d. Hochseestreitkräfte (Jan. 1916—Aug. 1918), Chef d. Admiralstabs 1279, 1291, 1293
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 929 f., 968
Vaterländischer Unterricht 898, 915, 966 f., 1040 f.
— Lebensmittelversorgung 1070
Verpflegungsvorschriften für d. Marine 998
— „Scheerprogramm" 643
— Teilnahme von Militärpersonen an politischen Versammlungen 760
— Russische Februarrevolution 1069
— Streiks u. Unruhen 922, 929
Flottenunruhen August 1917 1020, 1031, 1036 f., 1074, 1076, 1080, 1105
Bericht an d. Kaiser 6. 10. 1917 1068 ff.
Agitation d. USPD 999, 1001 f., 1070
Meutereien 1359 f., 1381
— Letzter Flottenvorstoß 1340
— Dritte Note Wilsons 1338 ff.
— Umsturz November 1918 1400

Scheibe, Albert, Korvettenkapitän 959, 961, 1376 f.

Scheidemann, Philipp, MdR (SPD), Staatssekretär o. P. (seit 4. 10. 1918) 434, 447, 456, 718, 746, 876, 962, 985, 1112, 1212, 1308, 1316, 1379
— Politische Betätigung d. OHL 861
Kritik an d. OHL 1225
— Pressezensur 1091, 1333
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 1025
— Friedensfrage 430, 760, 1022, 1049, 1071 f., 1096, 1127, 1158
Reichstagsrede 15. 5. 1917 777
„Scheidemann-Frieden" 719, 744, 801
— USPD 1033
— Streiks u. Unruhen 777, 1133, 1172, 1178, 1189
Flottenunruhen August 1917 1030, 1033
Meutereien Herbst 1918 1361, 1372, 1374, 1398

Aufruf an d. Bevölkerung 4. 11. 1918 1360
— Änderung d. Art. 11 d. Reichsverfassung 1325
— Abdankung d. Kaisers 1341, 1351 f.

Schekow s. Jekow

Scheüch, Heinrich, Generalmajor, Chef d. Kriegsamts (Aug. 1917—Okt. 1918), preuß. Kriegsminister (ab 9. 10. 1918) 357, 613, 630
— Belagerungszustand
Zensur 1333 f., 1384
bei d. Berichterstattung über Streiks 1179
Vereins- u. Versammlungsrecht 1333 f., 1384
Änderung d. Art. 11 d. Reichsverfassung 1325 f.
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 928, 930 ff., 948 ff., 1182, 1385
Vaterländischer Unterricht 1385
— Parteien u. Organisationen
SPD 1398
Gewerkschaften 620 f., 1172, 1186, 1253, 1256
— Wirtschaftsfragen
Lebensmittelversorgung 1178, 1180
Lohnfrage 624
Arbeiter- u. Ersatzwesen 642
Arbeitskräfte für d. Werften 632
Frauenarbeit 644
— Vaterländischer Hilfsdienst
Einberufung von Hilfsdienstpflichtigen 629
Freizügigkeit reklamierter Wehrpflichtiger 620 f., 624 ff.
Wiedereinberufung reklamierter Arbeiter 634
Änderung d. Hilfsdienstgesetzes 624 ff.
Selbständigkeit d. Kriegsamtstellen XLVII
— Streiks u. Unruhen 1150, 1172, 1178
Gegenmaßnahmen 1186, 1189 f.
Militarisierung von Betrieben 1187 f.
Meutereien 1396 ff.
in der Marine 1365, 1372 ff.
— Waffenstillstandsverhandlungen 1384
Dritte Note Wilsons 1339, 1342
— Abdankung d. Kaisers 1350, 1352 f.
— Oberkommando in den Marken 1396 ff.

Schiemann, Theodor, Professor f. osteuropäische Geschichte 751

Schiffer, Eugen, MdR (Nat.Lib.), Mgl. d. preuß. Abgh., Leiter d. Rechtsabt. im Kriegsamt (1916/17), Unterstaatssekr. im Reichsschatzamt (ab 23. 10. 1917) 300 f., 617, 727, 751, 1251, 1293, 1316
— Reform d. preuß. Belagerungszustandsgesetzes 32 ff.
— Gründung d. Freien Vaterländischen Vereinigung 373
— Durchführung d. Hilfsdienstgesetzes 585
— Ludendorff als Kanzler 795

Schifferer, Anton, Rittmeister d. R., Mgl. d. preuß. Abgh. (Nat.Lib.) 1246

Schimmelpfennig, von, gen. von d. Oye, Generalleutnant a. D., Chef d. Stabes d. stellv. Gkdos d. V. AK 1003

Schirmer, Carl, Redakteur, MdR (Zentr.) 412

Schjerning, Otto von, Generalstabsarzt d. Armee 1283

Schlegel, Funker auf SMS „Ziethen" 1109

Schlesien 951, 1162
— Belagerungszustand
Aufhebung von Verfassungsartikeln 14, 87
Regelung d. Versammlungswesens 733
— Presse 879
— Arbeiterschaft, Gewerkschaften 733
— Streiks u. Unruhen 788

„Schlesien" (Linienschiff) 1361 f., 1374

Schlesische Zeitung (Breslau) 1237, 1247, 1249, 1377

Schleswig, Regierungspräsidium 25
— SPD 202 f.
— Ausfuhrverbot für Lebensmittel 389
— Streiks u. Unruhen 732

Schleswig-Holstein
— Aufhebung von Verfassungsartikeln 21
— Sozialdem. Bezirksjugendausschuß 202
— Oberpräsidium
Zensur 21

Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung 1360, 1364, 1367

Schlicke, Alexander, Vors. d. Metallarbeiterverbands 543, 581

Schlittenbauer, Sebastian, Mgl. d. bayer. Landtags (Zentr.) 340, 407, 412

Schmettow, Egon Graf von, Generalleutnant 1117

Schmetzer, Oberleutnant beim stellv. Gkdo d. XVI. AK 851 f., 855

Schmid, Oberst beim stellv. Gkdo d. XVIII. AK 1003

Schmidt, Robert, MdR (SPD), Mgl. d. Generalkommission d. Gewerkschaften, Unterstaatssekr. im Kriegsernährungsamt (15. 10. 1918) 948, 1002

Schmidthals, Hugo Walter Baron von, Leg.Rat im Ausw. Amt 983, 1334 f.

Schmidt-Ott, Friedrich, Min.Dir. im preuß. Kultusministerium, preuß. Kultusminister (5. 8. 1917–9. 11. 1918) 316, 994, 1296

Schmige, Rittmeister im Oberkommando d. 8. Armee 899

Schmitt, Franz, MdR (SPD), Mgl. d. bayer. Landtags 222, 247 ff., 359 f., 1209

Schönaich-Carolath, Heinrich Prinz zu, MdR (Nat.Lib.), Mgl. d. preuß. Herrenhauses 751, 816

— Persönlichkeit im Urteil Boy-Eds 1023

Schöpflin, Johann Georg, MdR (SPD) 1225

Schorlemer(-Lieser), Klemens Frhr. von, preuß. Landwirtschaftsminister (18. 6. 1910–5. 8. 1917) 676, 679, 994

— Erhält Schreiben von Ludendorff 6. 12. 1917 1115 f.
25. 8. 1918 1257 f.

— Reform d. preuß. Belagerungszustandsgesetzes 35, 48

— Preuß. Wahlrechtsreform 355 f., 1115 f., 1222, 1257 f.
Lohnfrage 532

— Hilfsdienstgesetz 518, 526, 532

Schrey, Geh. Baurat, Vorstand d. Waggonfabrik in Danzig 722

Schröder, Johannes, Vizeadmiral a.D., Kommandant d. Befestigungen an d. Wesermündung 730, 1053

Schröder, Ludwig von, Admiral, Kd. Admiral d. Marinekorps in Flandern 217, 1372

Schubotz, Professor, Unterrichtsoffizier d. Generalgouvernements Belgien 865

Schücking, Walter, Professor f. Völkerrecht 262

Schulenburg, Graf von der, Oberpräs. von Sachsen 1329

Schulenburg, Friedrich Graf von der, Generalmajor, Chef d. Generalstabs d. H.Gr. Deutscher Kronprinz 639, 710, 1288

— Sturz Bethmann Hollwegs 793 f.

— Frontreise von Parlamentariern 903 f.

— Waffenstillstandsforderung d. OHL 1291

— Armeebefehl Hindenburgs 25. 10. 1918 1336

Schulte, Karl Josef, Bischof v. Paderborn 1207

Schulz, Edmund, Fregattenkapitän 959 f.

Schulz, Heinrich, MdR (SPD) 904

Schulze, Erich Edgar, Korvettenkapitän 1235

Schulze-Gaevernitz, Gerhart von, MdR (FVP) 206

Schumacher, Major im bayer. Kriegsministerium 1002, 1296

Schutzhaft 45, 179, 185 ff., 190, 503, 762, 776, 1006, 1009, 1019, 1026, 1143, 1169, 1190 f., 1216, 1219

— Gesetzliche Regelung 47 f., 50, 52
Gesetz 4. 12. 1916 51

Schwäbische Volkszeitung (Augsburg) 1020

Schwander, Rudolf, Staatssekr. d. Reichswirtschaftsamts (Aug.–Nov. 1917), Statthalter von Elsaß-Lothringen (Okt.–Nov. 1918) 859, 994

Schwarz, Geh. Oberfinanzrat im preuß. Finanzministerium 852

Schwarza 948

Schwarzwälder Bote 976

Schweden 863, 1184

— Presse 294

Schweighoffer, Ferdinand, Geschäftsführer d. Kriegsausschusses d. deutschen Industrie, Mgl. d. preuß. Abgh. (Nat.Lib.) 200 ff.

Schweinfurt 1138

Schweitzer, Georg, Major d. R., Vors. d. Pressekonferenzen im Reichstag

— Pressebesprechungen IL, 76, 984

— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 343, 346

Schweitzer, Jean Baptist von, Vors. d. Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (1867–1871) 905

Schweiz 263, 295, 330, 609, 924, 1044, 1179, 1183, 1190, 1302, 1306

— Presse 341, 710, 776

— Sozialdemokratie 197

Schwerin

— Streiks u. Unruhen 1161, 1389 ff.
Arbeiter- u. Soldatenrat 1389 f.

Schwerin-Löwitz, Hans Graf von, MdR (Kons.), Präs. d. preuß. Abgh. 740

Scriba, von, Generalleutnant a.D., Chef d. Stabes d. stellv. Gkdos d. III. AK 480
— Beeinflussung d. allgemeinen Stimmung 310, 312
— Kriegsdienst von Juden 476

Sedan 661, 1316, 1346

Seebohm, Major, Zensur- u. Aufklärungsoffizier d. stellv. Gkdos d. XI. AK 926, 947, 1003, 1011 f.

Seebohm, Hans, Kapitän z.S., Chef d. Zentralabt. d. Reichsmarineamts im Gr. Hauptquartier (ab Febr. 1916) 1097

Seeckt, Hans von, Oberstleutnant/Generalmajor, Chef d. Generalstabs d. 11. Armee, d. Heeresfront Erzherzog Karl u. d. türk. Obersten Heeresleitung LXXII, 207, 216, 368, 399, 486, 615, 1061, 1287, 1298
— Urteil über Bethmann Hollweg 201, 367, 415
Kühlmann 994
Michaelis 994
OHL 651
— zur Innenpolitik
Preuß. Wahlrechtsfrage 357, 1257
Parlamentarismus 671
Demokratisierung nach d. Krieg 206, 671
Kritik an Bethmann Hollweg 271, 671
Sturz Bethmann Hollwegs 796
Kanzlerschaft Falkenhayns 358
Entlassung Ludendorffs 1344
Maßnahmen gegen d. Verbreitung von Gerüchten 1263
— Verhalten d. Offiziere 300
— Deutscher Nationalausschuß 415
— Friedensfrage 657

Segitz, Martin, MdR (SPD) 222

Seidlein, Lorenz Ritter von, bayer. Verkehrsminister (10. 2. 1912–2. 11. 1917) 393, 396

Selchow, Heinrich-Bogislaw von, Korvettenkapitän, Dezernent in d. Presseabt. d. Admiralstabs (ab Juli 1917) LXXII, 973, 1128, 1215, 1297 f.
— Erhält Schreiben von Boy-Ed 9. 9. 1918 959 ff.
— Urteil über Georg Bernhard 991
Ludendorff 1238
Nicolai LV, 894 f.
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 968
Vaterländischer Unterricht 894, 898, 911 ff., 921, 926, 947, 966
auf d. Werften 919, 921, 923
bei d. Hochseeflotte 959 ff.
— Deutsche Vaterlandspartei 1049, 1061
— Beurteilung d. militärischen Lage Herbst 1917 1085
— Streiks u. Unruhen 1132
Flottenunruhen August 1917 1013 f., 1074
Meutereien Herbst 1918 1349, 1401
Auflösungserscheinungen im Heer 1226
— Friedensangebot 3. 10. 1918 1301
— Abdankung d. Kaisers 1321

Selle, Oberkriegsgerichtsrat 234 ff., 240

Senf, Eduard, Werfttechniker in Kiel 1026

Sennier, Geheimrat, Justitiar im preuß. Kriegsministerium 179

Sens, Vors. d. Ortsgruppe Kiel d. USPD 1107, 1111 f.

Sensburg 17

Serbien 265, 703, 1299

Sering, Max, Professor d. Nationalökonomie 914

Sichler, Richard, Referent im preuß. Kriegsministerium 461
— Denkschrift über d. militärische Beschaffungswesen 588 ff.
— Angriffe d. Industrie 472 f.
— Arbeitszwang 482
Beschäftigung kriegsverwendungsfähiger Arbeiter 476 ff.
Wiedereinberufung reklamierter Arbeiter 721

Sieg, Julius, MdR (Nat.Lib.) 1096

Siegburg 83

Siegen, Kriegsamtnebenstelle 615

Siegerländer Arbeitgeberverband 480

Siegismund, Karl, Verleger 316

Siering, Wilhelm (SPD), Funktionär d. Metallarbeiterverbands 754

Sievers, Karl, Kontreadmiral 1364

Sigmaringen, Regierungspräsidium 192
— Verhältnis zu d. Militärbehörden 59

Simon, Heinrich, Chefredakteur d. „Frankfurter Zeitung" 834 f.

Simon, Josef, MdR (SPD/USPD), Mgl. d. bayer. Landtags 1322 ff.

Simon, Kurt, Verleger d. „Frankfurter Zeitung" 834 f.

Simon, Walter, Korvettenkapitän z. D., Vorstand d. Arbeitsamts d. Werft in Danzig 925 f., 928

Simons, Walter, Vortr. Rat in d. Rechtsabt. d. Ausw. Amtes 1350

Simplicissimus 341

Skagerrak 821, 1061, 1074, 1348 f.

Skandinavien 330, 1216

Snethlage, Generalmajor z. D., Chef d. Stabes d. stellv. Gkdos d. II. AK 1003

Sochaczewer, Ludwig, Herausgeber d. „Freisinnigen Beiträge" 1262, 1377

Soden-Frauenhofen, Max Frhr. von, bayer. Innenminister (10. 2. 1912–7. 12. 1916) 222 f., 365

— Zensur 393

— Kontroverse mit d. bayer. Kriegsminister 496 f.

Sofia 952, 1293

Solda 912, 915, 1015

Solf, Wilhelm, Staatssekr. d. Reichskolonialamts (20. 12. 1911–13. 12. 1918) u. d. Ausw. Amtes (4. 10.–13. 12. 1918) 787, 1127, 1298, 1335

— Kanzlerkandidat 1289

— Kritik an Solf 1270

— Kriegszielfrage 448

— Kolonialpolitik 412

— Änderung d. Art. 11 d. Reichsverfassung 1325

— Waffenstillstandsverhandlungen 1330
Dritte Note Wilsons 1341
Entlassung Ludendorffs 1343 ff.

— Abdankung d. Kaisers 1344 f., 1350, 1354, 1380

Solingen 252

— Presse 1021, 1060

— Zensur 155

Somme, Sommeschlachten 493, 510, 512 ff., 746, 941, 1248, 1250, 1252

Sonderburg 1372

Sonneberg 1021

Sorge, Kurt, Chef d. Technischen Stabes im Kriegsamt 720 ff., 1008

Souchon, Wilhelm, Admiral, Chef d. IV. Geschwaders (bis Aug. 1918), Chef d. Marinestation d. Ostsee u. Gouverneur d. Befestigungen d. Reichskriegshafens Kiel (ab 30. 10. 1918) 1069, 1320, 1372

— Vaterländischer Unterricht 966

— Meutereien Herbst 1918 1360 ff., 1370 f.
Zusammenarbeit mit d. Arbeiter- u. Soldatenrat 1381 ff.

Sozialdemokrat, Der (Zeitung in Stuttgart) 1060

Sozialdemokraten (dänische Zeitung) 686 f.

Sozialdemokratische Feldpost (Zeitschrift) 395, 826, 830

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) XXIX, 218, 238, 259, 385, 411 f., 496 f., 675, 779, 905, 994, 1022 f., 1061, 1254, 1268

— Im Urteil d. Alldeutschen Verbands 245
d. Behörden 186, 194 f., 198 f., 211, 274, 305, 380, 688 f., 757 f., 825, 1151 ff., 1193
Georg Bernhards 1129
Bethmann Hollwegs 194, 272 ff.
Delbrücks 192
Deutelmosers 992
Hertlings 199
Loebells 198 f., 275, 363
d. Militärs XX ff., XXXVI, XXXVIII, L, 192 f., 204, 223, 251, 253 f., 274, 317, 358, 366, 371, 376 f., 385, 395, 405, 557 f., 560, 690 f., 713, 716 f., 758, 856, 933, 944, 954, 1083 ff., 1096, 1107, 1138, 1192 ff., 1208, 1212, 1214, 1240 f., 1308
Steins 1004
Wilds von Hohenborn 205
Wilhelms II. 749

— Behandlung durch d. Behörden XIX ff., XXXV, LX, 97, 193 ff., 199, 202 ff., 211 f., 252, 265, 271, 284, 355, 366, 402, 557 f., 734, 833, 877, 933, 935, 941, 1007, 1059, 1188 f.
Schutzhaft für Sozialdemokraten im Mobilmachungsfall XXXIV, XXXVII f., 185
Sozialdem. Betätigung von Staatsarbeitern 194 f.
Maßnahmen gegen d. sozialdem. Jugendorganisation 209
Öffentliche Versammlungen 247 ff., 359 f., 664 f., 1175, 1209 f., 1223
Verbot 112, 222 f.
Teilnahme von Militärpersonen 365 f., 1119
Parteitag in Würzburg 1071 f., 1082, 1084
Verbreitung von Schriften im Heer 196 ff., 204 ff., 395, 1091, 1113 f., 1167

— Haltung gegenüber d. wilhelminischen Staat XX, 222, 273 ff., 1193 f., 1245
bei Kriegsausbruch 193 ff., 197, 716
Bewilligung von Kriegskrediten LIX, 192, 1196, 1230

Zusammenarbeit mit d. Militärbehörden 350, 697 f., 726 f., 734, 853, 1028, 1186, 1210, 1398
Militärische Vorbereitung d. Jugend 202 ff., 210 f., 219, 283
Haltung gegenüber Bethmann Hollweg LXIII, 376, 408, 413, 673 ff.
— Belagerungszustand 1002
Aufhebung 44
Handhabung d. Zensur 161, 195, 687 f., 1179, 1279
Vereins- u. Versammlungsrecht 528
Reform d. Reichsvereinsgesetzes 284 f.
— Sozialdem. Presse 97, 111, 134, 159 f., 186, 189, 197, 199, 248, 264, 272, 380, 382, 395, 434, 452, 715, 738, 743, 773 f., 896, 952, 974, 996, 1015, 1021, 1041, 1059, 1091 f., 1104, 1188 ff., 1197, 1219, 1229, 1304, 1336
Zensur 152, 195 ff., 219, 1230
Sanktionen 101, 1026, 1031, 1034
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 350, 825, 830, 832 f., 852 ff., 903, 926, 948 f., 1025, 1058, 1190
Vaterländischer Unterricht 872, 875
Bekämpfung antimonarchischer Tendenzen 687, 815
— zur Außenpolitik
Russische Februarrevolution 687 ff., 694, 715
Friedensverhandlungen mit Rußland 1178
Friedensfrage 245, 714, 962, 1071, 1091, 1127, 1158, 1167, 1194, 1197,
Friedensinterpellation 270
Kriegszielfrage 199, 244, 246, 272 f., 363, 377, 414, 432, 434 f., 719, 744, 750 f., 777, 815, 854, 871 f., 1083 f., 1091, 1146, 1199
Manifest „Sozialdemokratie u. Frieden“ 250
Kriegszielversammlungen 416 ff., 429 f.
Petition August 1916 417 ff.
Resolution 19. 4. 1917 715 ff., 718, 723, 774
Friedensresolution d. Reichstags 1197
— zur Innenpolitik
Preuß. Wahlrechtsreform LIX, 206, 715, 1116, 1128, 1178, 1195, 1198, 1217 f., 1221, 1224 f., 1231, 1240, 1258
Aufhebung von Steuern 302
Kühlmann-Krise 1228 f.
— Verhältnis zu anderen Parteien u. Organisationen
USPD 1028, 1129, 1158 f., 1185, 1193, 1294 f.
Angriffe d. USPD 753, 762, 773
Staatliche Maßnahmen gegen d. USPD 1030, 1032 f.
Deutsche Vaterlandspartei 1050, 1071 f., 1178
Freie Vaterländische Vereinigung 373
— Wirtschaftsfragen
Lebensmittelversorgung 111, 160, 222, 247 ff., 264, 404, 409, 714, 728, 948, 1085, 1158, 1178, 1240
Lohnfrage 595, 1178, 1240
Koalitionsfreiheit 522
Hilfsdienstgesetz 522, 527 f., 1240
Durchführung 537, 620
Wiedereinberufung reklamierter Wehrpflichtiger 579
— Streiks u. Unruhen 400, 695, 738, 753, 755 f., 1006, 1038 f., 1096, 1133, 1138, 1142, 1150, 1152 f., 1158 f., 1164, 1166, 1171 f., 1177 ff., 1185 f., 1194 f., 1210, 1217, 1240, 1392, 1398
Streikrecht 522
Flottenunruhen August 1917 1028, 1031 ff., 1035, 1038 f.
Meutereien in d. Marine 1361 ff., 1366 f., 1369, 1372, 1374, 1376, 1378 f., 1381, 1384
— Waffenstillstand 1351
— Abdankung d. Kaisers 1351, 1354, 1369
— Parteivorstand 203, 250, 253, 400, 404, 416 f., 429, 434, 715, 753, 770, 853, 872, 1167, 1217
Parteiausschuß 404, 715, 753, 760
für d. Bezirk Westliches Westfalen 429
Jugendausschuß 203
Bezirksjugendausschuß in Groß-Berlin 219
in Schleswig-Holstein 202
— Reichstagsfraktion LIX, 193, 270, 370, 688, 752, 760, 770, 1230, 1329
Fraktion im preuß. Landtag 1217
— Radikale Gruppen d. SPD 126, 262, 273, 300, 303, 363, 366, 379, 395
Haltung gegenüber d. Behörden 413
Militärische Vorbereitung d. Jugend 210, 219
Kriegszielfrage 253, 259 f.
Flugblätter 419
Schürung von Unruhen 425
Gegenmaßnahmen d. Behörden XLV f., L f., 209, 211 ff., 253 ff., 259 f., 282 ff., 369 ff., 403, 405, 419
Zensur d. Presse 134, 151, 251, 452
Überwachung d. Versammlungen 230 ff., 247
Militärgerichtliches Verfahren gegen Liebknecht 232 ff., 241 f., 254
Liebknechtprozeß 284
Freie Jugendorganisationen 209, 282 ff.
Internationale Sozialistische Konferenz in Zimmerwald 259 f.
Internationale Sozialdem. Jugendkonferenz in Bern 282
— Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft (SAG) 400, 675, 733, 754 f., 761, 815, 861, 1004
Einschätzung durch d. Behörden 165, 384, 403
Presse 165
Antrag auf Aufhebung d. Belagerungszustands 44
Erörterung d. Kriegszielfrage 414 f., 430
Russische Februarrevolution 688 f., 694
Arbeitsverhältnisse in d. Staatsbetrieben 559

Hilfsdienstgesetz 528
Maßnahmen d. Behörden 726

Sozialdemokratische Parteikorrespondenz 754
— Verbot 417

Sozialismus 243, 370, 1346, 1368

Sozialversicherung 892, 1042

Spa 641, 1239, 1247, 1282 f., 1285, 1292, 1335, 1340, 1343, 1352, 1354

Spahn, Martin, Professor f. Geschichte 163, 687

Spahn, Peter, MdR (Zentr.) preuß. Justizminister (5. 8. 1917–9. 11. 1918) 816, 994, 1022
— Flottenunruhen August 1917 1030, 1039
Maßnahmen gegen d. USPD 1016, 1018

Spandau s. Berlin-Spandau

Spanderen, Bernhard, Heizer auf SMS „Prinzregent Luitpold" 1031

Spanien 330

Spartakusbriefe 370

Spatakusgruppe 403, 726, 731, 734
— Agitation 775
Streiks u. Unruhen 752, 754 f.

Speidel, Maximilian Frhr. von, General d. Kavallerie z. D., Abt.Chef (P) im bayer. Kriegsministerium 1072
— Regelung d. Versammlungswesens 396 ff.
USPD-Versammlungen 1217

Sperling, Paul, Hauptmann 1272

Spickernagel, Wilhelm, Leutnant d. R., Aufklärungsoffizier beim stellv. Gkdo d. X. AK 816, 853 f., 902 f., 974 f.

Spohn, Klemens, Generalmajor z. D. XX

Staatsanzeiger für Württemberg 65, 230

Stade, Regierungsbezirk 21

Stadthagen, Arthur, MdR (SPD/USPD) Redakteur d. „Vorwärts" 196 f., 204 f., 1183

Stahlberg, Walter, Universitätsprofessor 848

Stammheim (Württemberg) 283

Stampfer, Friedrich, Chefredakteur d. „Vorwärts" 896, 1150, 1155, 1178

Staßfurt 1157

Stegerwald, Adam, Gewerkschaftsführer, Vorstandsmitglied d. Kriegsernährungsamts (1916), Mgl. d. preuß. Herrenhauses (1917) 426, 1280

Stein, Hans Karl Frhr. von, Unterstaatssekr. im Reichsamt d. Innern, ständiger Vertreter d. Reichskanzlers im Gr. Hauptquartier, Staatssekr. d. Reichswirtschaftsamts (20. 11. 1917–8. 11. 1918) 1030, 1172, 1279

Stein, Hermann von, General d. Artillerie, preuß. Kriegsminister (29. 10. 1916–9. 10. 1918) 588, 690, 780, 831
— Schreiben an Hindenburg 24. 6. 1918 639 ff., 1241
— Reichstagsrede 1. 3. 1917 350
— Verhältnis zu Groener 615
Hindenburg 746
— Persönlichkeit im Urteil Wilds von Hohenborn 746
— Ernennung zum preuß. Kriegsminister L, 508
Einsetzung als Obermilitärbefehlshaber 51, 146
Entlassung 1385
Kanzlerkandidat 751
— Belagerungszustand 1163
Befugnisse d. Militärbefehlshaber XLVII, 52
Aufhebung d. verschärften Belagerungszustands 55 f.,
Reform d. preuß. Belagerungszustandsgesetzes 45, 48, 50 f.
Schutzhaft 45, 762, 776
Vereins- u. Versammlungsrecht 658 ff., 788, 1004, 1053
Regelung d. Versammlungswesens 1093 ff., 1146, 1280 f.
Überwachung von USPD-Versammlungen 762 f.
Gewerkschaftsversammlungen 659 f., 1218 ff.
— Behandlung d. Presse 176, 178
Zensur 45, 826
Pressezensur 194, 659
Verbot von Zeitungen 176 f.
Zensur von Vortragsveranstaltungen 1053, 1093 ff.
Flugblätter 763, 773 f.
Zensur von Streiknachrichten 1179
Maßnahmen gegen d. Verbreitung von Gerüchten 1270
— Wahrung d. Burgfriedens 177, 193 f., 658, 762, 773
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 895, 1158
Vaterländischer Unterricht 872 ff.
Intensivierung 966 f.
Schutz d. Heeres vor politischer Propaganda 747, 778 f., 1097 f.

Antimonarchische Tendenzen 826
Russische Propaganda 1157 f.
— Pazifismus 178, 1123 f., 1385
— zur Außenpolitik
Friedensfrage 874 f., 1158
Kriegszielfrage 791, 874
Kriegszielresolution d. SPD 19. 4. 1917 723
Russische Oktoberrevolution 1159
— Militärische Fragen
U-Bootkriegführung 1092
Heeresersatz 639 ff.
Ausdehnung d. Wehrpflicht 627, 641, 645
Wehrsold 1244
Beurteilung d. militärischen Lage Sommer 1917 786
— zur Innenpolitik
Preuß. Wahlrechtsfrage 703 f., 786
Osterbotschaft 704
— Reichstag 45, 641, 826, 1004, 1053
Beschlüsse d. Verfassungsausschusses 749
Abgeordnetenkontakte mit Militärpersonen 1232
— Parteien u. Organisationen
Politische Betätigung von Militärpersonen 778 f., 1097 f.
SPD 1004, 1158 f.
Maßnahmen gegen d. radikalsozialistische Jugendbewegung 775 f.
USPD 775, 788, 1004, 1158 f.
Internationaler Sozialistenkongreß in Stockholm 707 f., 1016, 1018
Maßnahmen gegen d. USPD 761 ff., 773 f., 1160, 1281
Spartakusgruppe 775
Deutsche Vaterlandspartei 1101, 1146
Gewerkschaften 659 f., 1053, 1218 ff.
— Wirtschaftsfragen
Lebensmittelversorgung 641, 659, 704, 761, 787 f., 1053, 1158, 1219
Kohlemangel 1053
Lohnfrage 640, 646
Kriegsproduktion 786
Arbeitskräfte für d. Kriegswirtschaft 640
für d. Forst- u. Landwirtschaft 645 ff.
Arbeiterausschüsse in Betrieben d. Militärverwaltung 618 f.
Übernahme von Betrieben in d. Militärverwaltung 536
Errichtung d. Kriegsamts 508 f., 529, 641
Kritik am Kriegsamt 509
— Vaterländischer Hilfsdienst 519, 875
Hilfsdienstgesetz 510, 526, 529, 535 f., 573, 576, 641
Behandlung reklamierter Arbeiter 1004
— Streiks u. Unruhen 704, 761, 1152, 1166, 1173
Bericht an d. Kaiser 5. 2. 1918 1157 ff., 1171
Arbeiterräte 1159
Gegenmaßnahmen 56, 615, 788 f., 1003 f., 1159 f., 1163, 1179 f., 1219
Militarisierung von Betrieben 639 f.
Flottenunruhen August 1917 1003

Steinbrecher, Hauptmann im stellv. Gkdo d. XVII. AK 853

Stengel, Paul Frhr. von, bayer. Leg.Rat 887

Stettin 428, 608, 1385
— Versammlungswesen 405
— Wahlverein d. FVP 427
— Arbeitsverhältnisse 585
Feststellungsausschuß 607, 609
Einberufungsausschuß 596, 604 ff., 609
Schlichtungsausschuß 605 f., 743
— Kriegsamtstelle
Freimachung von Militärpersonen 583, 622
— Streiks u. Unruhen 543, 732, 788
— Regierungsbezirk
Aufhebung von Verfassungsartikeln 14

Stieler von Heydekampf, Friedrich, Oberstleutnant, bevollm. Generalstabsoffizier f. Rumänien 1316

Stinnes, Hugo, Vors. d. Aufsichtsrats d. Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- u. Hütten-AG 643, 929, 1322

Stockholm 718, 816, 1049, 1178
— Internationaler Sozialistenkongreß 707 f., 719, 758, 779, 829, 999 ff., 1003 f., 1017 f., 1026 f., 1065, 1108 f.
Konferenz d. Zimmerwalder Komitees 1158

Stoecker, Walter XXIII

Stojentin, Max von, stellv. Generalsekr. d. Zentralverbands deutscher Industrieller 472

Stolberg 156

Stoß, Alfred, Kapitänleutnant, pers. Adj. d. Prinzen Heinrich v. Preußen 1363

Stotten, Major, Chef d. Kriegspresseamts (Nov. 1916—Aug. 1917) 152, 394
— Persönlichkeit im Urteil Falkners von Sonnenburg 342, 850
Nicolais 839, 850
— Verhältnis zur Presse 342
Pressebesprechungen 672, 680, 739 f.
Pressezensur 164
— Uniformität d. Presse 344 f.
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 166, 328, 333, 343 ff., 348, 351 f., 805 ff., 817, 824, 828, 831, 848 ff.
— Politische Verantwortlichkeit d. OHL 672, 680 ff.

— Friedensfrage 164, 806, 849 f., 863, 874
Friedensresolution d. Reichstags 19. 7. 1917 849
— Russische Februarrevolution 163, 165 f.
— Kriegswirtschaft 850
— Lebensmittelversorgung 166, 805 f.
— Ablösung als Chef d. Kriegspresseamts 850

Strachwitz, Alfred Graf von, Mgl. d. preuß. Abgh. (Zentr.) 1115

Strahl, Heizer 1109

Strahl, Assessor im Ausw. Amt, Mgl. d. Ausschusses f. Heimataufklärung 1176, 1184

Stralsund, Regierungsbezirk 14

Strantz, Kurd von, stellv. Vors. d. Wehrvereins 256

Strasburg (Westpreußen) 17

Straßburg XXVI, XXVIII, 42 f.
— Presse 1021
— Kriegsamtstelle
Freimachung von Militärpersonen 583, 622
s. a. Gouvernement Straßburg

Streikrecht 269 f.
— in Staatsbetrieben 522
— Schlichtungsausschüsse 372, 475

Stresemann, Gustav, MdR (Nat.Lib.) 1214, 1280
— Schreiben an Bauer 8. 8. 1918 961 f.
Buhl 12. 11. 1917 1095 f.
Westarp 4. 6. 1917 759 f.
— Verhältnis zur OHL 759, 961 f., 1096
zu Bauer LXIII, 756, 1062, 1115, 1242, 1344
— Urteil über Bethmann Hollweg 751
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 809, 826, 961 f.
— Kriegszielfrage 225, 229
— zur Innenpolitik
Kanzlerkandidatur Bülows 1096
Preuß. Wahlrechtsfrage 1115
Kühlmann-Krise 1242
Maßnahmen gegen d. USPD 1038
— Streiks u. Unruhen 1038
Flottenunruhen August 1917 1030, 1038

Stroebel, von, Generalmajor z. D., Chef d. Stabes d. stellv. Gkdos d. XIII. AK 938, 1003, 1184, 1188

Stromeyer, Heinrich, Kontreadmiral a. D. 461

Strümke, Bruno, Redakteur d. „Berliner Börsen-Zeitung" 1265

Struve, Wilhelm, MdR (FVP) 1364

Stucken, Edgar, Kapitänleutnant 1363

Stücklen, Daniel, MdR (SPD) 1232

Stülpnagel, Edwin von, Leiter d. Auslandsabt. d. OHL (ab 11. 9. 1918) LVII, 983

Stülpnagel, Joachim von, Major in d. Operationsabt. (I) d. OHL LXXI, 1283 f., 1291, 1299, 1343, 1373, 1394

Stumm, Ferdinand von, Vortr. Rat im Ausw. Amt 1330 f.

Stumm, Wilhelm von, Unterstaatssekr. im Ausw. Amt (1916–1918) 790, 1292
— Urteil über d. OHL 764
— Zensur in d. elsaß-lothringischen Frage 180
— Waffenstillstandsforderung d. OHL 1285

Stumpf, Richard, Matrose 1001, 1038

Stuttgart XLVIII, 59, 99, 838, 976, 1325
— Presse 1060
— Zensur 65 f., 98
— Versammlungswesen 231, 247, 282, 1145
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 866. 938 f.
Pressebesprechungen 878
Pazifistische Propaganda 294
— SPD 211, 213, 247, 283
Freie Jugendorganisation 209, 282 ff.
Maßnahmen gegen radikale Gruppen d. SPD 212 f., 282 ff.
— Arbeiterschaft 938, 963
Gewerkschaftskartell 938
Bezirksleitung d. Deutschen Metallarbeiterverbandes 617, 938
— Lebensmittelversorgung 939
— Kriegsamtstelle
Freimachung von Militärpersonen 583
— Stuttgart-Bad Cannstatt 283
Stuttgart-Feuerbach 283, 937
Stuttgart-Münster 283
Stuttgart-Untertürkheim 937, 963
Stuttgart-Zuffenhausen 283

Suchomlinow, W. A., russ. Kriegsminister (1909–1915) 891, 1042

Sudermann, Hermann, Schriftsteller u. Vizepräs. d. Bundes deutscher Gelehrter u. Künstler 313, 315 f., 318

Südekum, Albert, MdR (SPD) 193, 206, 366, 797, 1398

— Persönlichkeit im Urteil Boy-Eds 1022
— Politische Betätigung als Heeresangehöriger 385

„Sussex" (franz. Dampfer) 129

Swinemünde 14, 427, 1382

Sydow, Reinhold von, preuß. Handelsminister (14. 7. 1909–5. 10. 1918)
— Preuß. Wahlrechtsreform 356
— Kriegswirtschaft
Kriegsproduktion 786
Lohnfrage 531
Arbeiterausschüsse 531, 536, 618 f.
Hilfsdienstgesetz 502 ff., 507, 518, 526, 530, 532 f., 536

Sydsvenska Dagbladet 294

Tägliche Rundschau (Berlin) 78, 92, 750, 1092
— Verbot 207

Tänzler, Fritz, Geschäftsführer d. Deutschen Arbeitgeberverbände 475

Tag, Der (Zeitung) 411, 1266

Tageblatt, Das (Königshütte) 151

Tannenberg LXI, LXV, 272, 840

Tappen, Gerhard, Oberstleutnant / Generalmajor, Chef d. Operationsabt. d. OHL (1914–1916) LXXI

Teschen 510

Teschen, von, Hauptmann, Adj. Scheüchs 1397

Tettau, Frhr. von, Generalmajor a. D., Chef d. Stabes d. stellv. Gkdos d. XI. AK 709, 947 f.

Thaer, Albrecht von, Oberst, Chef d. Generalstabs d. IX. Res. Korps, Chef d. Stabes d. Generalquartiermeisters II im Gr. Hauptquartier (ab Apr. 1918) 376, 1083, 1229
— Preuß. Wahlrechtsreform 347

Thalheimer, August, Redakteur in Braunschweig 730

Thalheimer, Berta, Mgl. d. Spartakusgruppe 283

Thiele, Friedrich Adolf, MdR (SPD) 370

Thomsen, August von, Admiral 357, 409 f.

Thorn 17

Thüngen, Rudolf Frhr. von, Oberst, Chef d. Presseabt. d. stellv. Gkdos d. II. bayer. AK 1071, 1225

Thüringen XL, 300, 879
— Presse 879
— Streiks u. Unruhen 425

„Thüringen" (Linienschiff) 960, 1070, 1349, 1358 f., 1373

Thüringen (Zeitung in Erfurt) 1020

Thüringer Volksfreund (Zeitung in Sonneberg) 1021

Thyssen, August, Großindustrieller 781

Tiburtius, Joachim 1398

Tieschowitz von Tieschowa, Oberst, Chef d. Zentralabt. d. OHL 746, 1239, 1312

Tietz, Hauptmann im preuß. Kriegsministerium 328, 343

Tilsit 1393

Times, The 513

Tirol 1393

Tirpitz, Alfred von, Großadmiral, Staatssekr. d. Reichsmarineamts (18. 6. 1897–15. 3. 1916), 1. Vors. d. Deutschen Vaterlandspartei XXV, 24, 86, 200, 226, 261, 355, 357, 1103, 1308, 1329
— Unterredung mit Bülow 424
Eulenburg 424, 719
Krupp von Bohlen und Halbach 216 ff.
— Verhältnis zu Bethmann Hollweg LXXII
— Urteil über Kühlmann 994
Michaelis 994
— Persönlichkeit im Urteil Ludendorffs 1063
— Kanzlerkandidatur 202, 410, 424, 794, 904, 1062 f., 1246
— Kriegszielfrage 201, 214, 216 ff., 244, 424
— U-Bootkriegführung LXXII, 424
— Beeinflussung d. allg. Stimmung 305
Deutsche Vaterlandspartei LXXII, 1048 f.
— zur Innenpolitik
Kritik an d. Innenpolitik Bethmann Hollwegs 719
Preuß. Wahlrechtsreform 206
SPD 194
Militärdiktatur 1136
— Abdankung d. Kaisers 1321 f.
— Entlassung von Tirpitz LXVIII, 121, 358

Tognarelli, von, General d. Artillerie a. D., Chef d. Abt. f. Waffen, Feldgerät u. Kriegsamtsangelegenheiten (Weka) im württ. Kriegsministerium 591 f., 594 f., 597 ff., 607 f.

Torelius, Journalist 840

Tornau, Rechtsanwalt, stellv. Generalstab d. Armee 1178 f., 1183

Tramm, Heinrich, Stadtdir. v. Hannover 745

Transportfrage 541, 545, 555, 571, 613, 628, 635, 678 f., 686, 902

Traub, Gottfried, Mgl. d. preuß. Abgh. (FVP) 351, 398, 809

Traunstein 1216

Treptow s. Berlin-Treptow

Treutler, Carl Georg von, Gesandter im Allerh. Gefolge (1914–1916), preuß. Gesandter in München (1912–1918) 245, 663, 701, 895, 1062

Tribüne (Erfurt) 1020, 1060

Trier 568, 1207
— Zensur 83, 156 f.
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 1190
— Regierungsbezirk 524
— Regierungspräsidium
Verhaftung politisch unsicherer Personen 187
Zensur 156 f.

Trimborn, Karl, MdR (Zentr.), Mgl. d. preuß. Abgh., Staatssekr. d. Reichsamts d. Innern (6. 10.–9. 11. 1918) 903 ff., 1361

Troisdorf 1248

Trotha, Adolf von, Kontreadmiral, Chef d. Stabes d. Hochseestreitkräfte (ab Jan. 1916) 1320
— Monarchie 1308
— SPD 1308
— Deutsche Vaterlandspartei 1049
— Deutsche Friedensnote 12. 12. 1916 657
— Flottenunruhen August 1917 996 ff., 1105
Maßnahmen gegen d. USPD 1070
Letzter Flottenvorstoß 1359
Meutereien Herbst 1918 1348 f., 1360

Trotha, Thilo von, Kapitän z. S., Abt.Chef d. Op.Gr. d. Admiralstabs (ab Okt. 1917) 629

Trott zu Solz, August von, preuß. Kultusminister (14. 7. 1909–5. 8. 1917) 786, 994
— Preuß. Wahlrechtsfrage 355 f.
— Hilfsdienstgesetz 502, 505 f., 515, 526, 534 f.

Trotzki, Lev Davydovic, russ. Volkskommissar f. Auswärtiges (8. 11. 1917–9. 3. 1918), Kriegskommissar (ab 15. 3. 1918) 252, 1116, 1178, 1189

Tscheidse, Nikolai Semenowitsch, Führer d. Menschewiki 816

Tschirschky und Bögendorff, Heinrich Leonhard von, Botschafter in Wien (1907–1916) 510

Tübingen 213, 823

Tülff von Tschepe und Weidenbach, Generalleutnant, Kd. General d. VIII. AK 185 ff.

Türkei 494, 850, 1024, 1298 f.
— Sonderkommando d. Kaiserl. Marine 1041

U-Bootkriegführung LXII ff., LXVI, LXXII, 216, 321, 358, 402, 424, 441, 451, 500, 523, 657, 662, 666, 671, 679, 713, 736, 740, 757, 764, 766, 768 ff., 782 f., 789, 797, 800, 815, 817, 821, 839, 845, 852, 859 f., 864, 879, 891, 915, 922, 940, 961, 968, 990, 1023, 1042, 1061, 1063, 1089, 1154, 1209, 1309, 1346
— Reichstagsrede Bethmann Hollwegs 27. 2. 1917 348
— Richtlinien f. d. Presse 112, 164, 167
Zensur 121 ff., 129 f., 135, 143, 148, 378, 386, 1092
— Forderung nach verschärfter U-Bootkriegführung in d. Öffentlichkeit 124, 130, 136, 244, 377, 393, 407 ff., 411, 413, 494
— Wirkung auf England 173, 539, 745, 894, 1063

Ukraine 641, 1211, 1346

Ullstein, Franz, Verleger 107

Ulm 213, 555
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 940
Pressebesprechungen 878
— Arbeiterausschuß 940

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) 732, 800, 802, 914, 933, 962, 966, 1024, 1073 f., 1203, 1219
— Behandlung durch d. Behörden 179, 757, 761 ff., 773 f., 825, 831 f., 1078, 1216, 1322, 1324
Besprechung d. Zentralbehörden 21. 8. 1917 1016 ff.
zwischen Capelle u. Helfferich 24. 8. 1917 1025 ff.

d. Reichskanzlers mit Reichstagsabg. 25. 8. 1917 1030 ff.
Amtliche Zensuranweisungen anläßlich d. Gründungsparteitags 709
Maiaufruf 1917 735
Aufruf 12. 11. 1917 1104
Überwachung von Versammlungen 762 f., 1095, 1104, 1188, 1280, 1294 ff., 1322 ff.
Verbot von Versammlungen 736, 1151 ff., 1173 f., 1190, 1216 f.
— Presse 754, 763, 1000, 1114, 1188 f., 1198, 1244, 1278
Verbreitungsverbot innerhalb d. Marine 1020 f., 1031, 1041, 1047, 1059 f., 1078, 1114
— zu außenpolitischen Themen
Friedensfrage 999 ff., 1003 f., 1013 ff., 1065, 1127, 1278
Aufruf 12. 11. 1917 1104
Internat. Sozialistenkongreß in Stockholm 707 f., 779, 999 ff., 1003 f., 1018, 1026 f., 1108 f.
Kriegszielfrage 863, 873, 999 f., 1104 ff., 1112
Russische Oktoberrevolution 1104, 1112, 1295
— zur Innenpolitik
Pressefreiheit 1368
Amtliche Aufklärung u. Propaganda 952
Preuß. Wahlrechtsfrage 1368
Monarchie 1368
Hilfsdienstgesetz 761 f.
Kriegskredite 1107
Allgemeiner Arbeiterverband 743
— Verhältnis zur SPD 753, 762, 773 f., 1129, 1158 f., 1185, 1193
zur Deutschen Vaterlandspartei 1145
— Agitation 755, 761, 775, 816, 825, 857, 924, 963, 1027 f., 1044 f., 1065 ff., 1084 f., 1097 ff., 1146, 1158, 1182, 1189 f., 1208, 1242, 1244, 1246, 1269, 1295, 1322 ff.
in d. Flotte 995 f., 999 ff., 1003, 1013 f., 1016 ff., 1026 ff., 1030 ff., 1064 f., 1070, 1076, 1078 ff.
Bericht Dobrings 24. 11. 1917 1105 ff.
Antimilitärische Propaganda 1278
Streiks u. Unruhen 726 ff., 752 ff., 787 f., 1009, 1107 f., 1111 f., 1133, 1137 f., 1143, 1150, 1159 f., 1164, 1171 f., 1185, 1195, 1225, 1239
Verhaftung Dittmanns 1154, 1160, 1164
Meutereien in d. Marine Herbst 1918 1358, 1360 ff., 1364, 1366 ff., 1374
— Armeebefehl Hindenburgs 25. 10. 1918 1337
— Waffenstillstand 1351
— Reichstagsfraktion 735, 1108 ff.
Fraktion d. preuß. Abgh. 735

Unabhängiger Ausschuß für einen deutschen Frieden 848, 863, 871, 1062

Ungarn 1274

Ungnade, Heizer auf SMS „Hannover" 1014

Unterfranken, Regierungsbezirk 340

Untertürkheim s. Stuttgart-Untertürkheim

Urania 913

Ußlar, Ludolf von, Kontreadmiral, Chef d. Stabes d. Oberbefehlshabers d. Ostseestreitkräfte (Aug. 1915—Dez. 1917) 676, 713, 777, 794, 1021, 1061, 1078

Uthemann, Hans, Kontreadmiral 1364

Valentini, Rudolf von, Chef d. Zivilkabinetts (1908—16. 1. 1918) LXXII, 50, 271, 277, 358, 368, 415, 662 f., 670, 691, 702, 704, 748 f., 752, 1268, 1321
— Kritik durch Hipper 244
Kraft 1061, 1063
— Persönlichkeit im Urteil Mertz's v. Quirnheim 797
— Kriegszielfrage 217, 244
— zur Innenpolitik
Osterbotschaft 710
Bewegung zum Sturz Bethmann Hollwegs 673, 749, 771, 1126
Kanzlerschaft von Michaelis 797 f., 1061
Rücktrittsgesuch Capelles 1080
— Hindenburgs Forderung nach Ablösung Valentinis 1124 ff.

Varna, Marineabteilung 915

Vaterländischer Frauen-Verein 347

Vaterländischer Unterricht XLIII, LIV, LXV, 173, 860 ff., 872 ff., 924, 931, 944 f., 947 f., 983 f., 1014, 1270, 1312, 1328 f., 1385
— Organisation 911 ff., 959 f.
Besprechung d. Militärbehörden 10. 12. 1917 894 ff.
16. 10. 1918 973 ff.
Richtlinien d. stellv. Gkdos d. XIX. AK 889 ff.
Intensivierung 966 f.
Planung für d. Nachkriegszeit 942 ff.
— Behandlung einzelner Themen
Kriegszielfrage 862 f., 874, 893, 895, 952, 1042
Waffenstillstands- u. Friedensverhandlungen mit Rußland 918 f.
Werbung f. d. Kriegsanleihen 863 f., 911
— Vaterländische Vortrags-Vereinigung 820

Vegesack s. Bremen-Vegesack

Verband Berliner Metallindustrieller 464

Verband der Metallindustrie im Regierungsbezirk Köln 470

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse 84

Verband deutscher Eisenbahnhandwerker und -arbeiter 528

Verband deutscher Industrieller 200

Verdun LV, 357, 493

Verdy du Vernois, Julius von, preuß. Kriegsminister (1889–1890) XXXIV

Verein deutscher Eisenhüttenleute 217

Verein Deutscher Eisen- u. Stahl-Industrieller LXIX, 171, 463 f., 468, 470, 486, 488, 521, 579, 585, 594, 626, 1248

— Kriegswirtschaft
Militärisches Beschaffungswesen 462
Kriegsausschüsse 475 f.
Zurückstellung kriegsverwendungsfähiger Arbeiter 472 ff.
Requirierung belg. Arbeiter 678
Frauenarbeit 474

— Gewerkschaften 615

— Deutsche Vaterlandspartei 1048

— Streiks 615

Verein deutscher Zeitungsverleger 71, 73

— Verhältnis zum Kriegspresseamt 107 ff.
Einrichtung d. Oberzensurstelle 74

Verein für Bergbauliche Interessen 425

Verein zur Förderung d. Gewerbefleißes 573

Vereinigte Staaten von Amerika (USA) 113, 129, 136, 265, 358, 409, 411 f., 574, 643, 714, 815, 832 f., 848, 874, 904, 944, 948, 965, 1042, 1248, 1268, 1302, 1308

— Kriegseintritt 166 f., 494, 711, 772, 827, 839, 848, 879, 969, 1099, 1309
Armee, Kriegführung LV, 173, 961, 975, 1235, 1274, 1290, 1297, 1332

— Propaganda 1179

— Sozialistische Bewegung 707

— Deutsches Friedensangebot 3. 10. 1918 1309, 1324, 1329

— Kongreß 711, 1354
Republikanische Partei 1354

Vereinigte Verbände der Kriegervereine s. Kriegervereine

Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände 475, 1044

— Hilfsdienstgesetz 579, 585

Vereinsfreiheit 179 ff., 874

— Aufhebung XXXVI f., XLIII, 7, 16 f., 19, 52, 117, 190 f., 1054 f., 1174

Vereinsrecht s. Reichsvereinsgesetz

Versammlungsrecht LXX, 7, 57, 179 ff., 189, 427 f., 528, 534 f., 586, 725, 729, 733 ff., 742, 754, 874, 1053 ff., 1279, 1384

— Einschränkungen XXXVI f., 8 f., 16 f., 19, 52, 117, 190 f., 788, 1004, 1006, 1009, 1095, 1173 ff., 1185, 1218 f., 1224 f.
Lockerung 658 ff., 1333

Versammlungswesen XLIII, L, LXVII, LXXIII, 18, 150, 404, 560

— Anzeigepflicht 9, 19, 28, 149, 191, 230, 243, 364, 659 f., 724 f., 733, 1053 ff., 1174, 1254, 1295
bei nicht öffentlichen Versammlungen 231, 263 f., 427 f., 665

— Teilnahme von Militärpersonen an politischen Versammlungen 365 f., 760 f., 1020, 1097 f., 1113 f., 1117 ff.

— Genehmigung von Gewerkschaftsversammlungen 226 ff., 242 f., 360, 586, 659 f., 1053, 1057, 1174 f., 1202 f., 1209 f., 1218 ff., 1253 f.
von Werkstätten- u. Betriebsversammlungen 725
SPD-Versammlungen 112, 222 f., 247 ff., 359 f., 664 f., 1175, 1209 f.
Wahlrechtsversammlungen 1217 f., 1224 f., 1231, 1279 ff.
Kriegszielversammlungen d. SPD 416 ff., 429 f.
Versammlungen d. Freien Vaterländischen Vereinigung 373 f.
d. Deutschen Vaterlandspartei 1138, 1144 ff., 1153, 1295
d. Deutschen Friedensgesellschaft 1174
d. Deutschen Nationalausschusses 415 ff.
d. USPD 762 f., 1151, 1153, 1174, 1188 ff., 1216 f., 1280, 1294 ff., 1322 ff.

— Erörterung d. Lebensmittelversorgung 243, 247 ff., 1174

Vietinghoff, gen. Scheel, Hermann Frhr. von, General d. Kavallerie, stellv. kd. General d. II. AK 393, 1385

— Ausübung d. Zensur 90, 1333

— Regelung d. Versammlungswesens 226 f., 404 f., 427 f.
Freie Vaterländische Vereinigung 373 f.

— SPD 405

— Gewerkschaften 405, 543

— Streiks 543

Vietsch, von, Hauptmann u. Zensuroffizier beim Oberkommando in den Marken 738, 1131, 1155

Villers-Cotterêts 1234

Vitzthum von Eckstädt, Christoph Graf, sächs. Staatsminister (1909–1918) 198 f.

Völkerbund 1302, 1309, 1325

Vogtherr, Ewald, MdR (SPD/USPD) 754, 1038
— Flottenunruhen August 1917 1032, 1035, 1078, 1081, 1106, 1109 ff.
Zusammentreffen mit Reichpietsch 1026, 1028, 1065

Voigt, Ernst von, Kapitänleutnant 1363

Volksblatt (Mühlhausen in Thüringen) 1120, 1141, 1252, 1260, 1264, 1301, 1386, 1396

Volksblatt (Saalfeld) 1021, 1321

Volksblatt für Halle 1021, 1060

Volksbote (Zeitz) 1021, 1060

Volksfreund (Braunschweig) 134, 151

Volksfreund (Karlsruhe) 382

Volksstimme (Chemnitz) 417

Volksstimme (Frankfurt/M.) 160

Volksverein für das katholische Deutschland 340

Volkswacht (Breslau) 1167

Volkswacht (Freiburg) 896

Volkswirtschaftliche Hefte 336, 338

Volkszeitung (Düsseldorf) 1020, 1060

Volkszeitung (Pirna) 1021, 1060

Volkszeitung für das Muldental (Leipzig) 1021, 1060

Vollard-Bockelberg, Alfred von, Major in d. OHL 785, 1127
— Urteil über Bethmann Hollweg 703, 793

Vollmar, Georg Heinrich von, MdR (SPD) 1294

„Von der Tann" (Schlachtkreuzer) 1028

Vorschriften
— Anleitung für d. Kampf um Festungen (K. u. F.) D.V.E. Nr. 250, 13. 8. 1910, 26
— Vorschrift über d. Waffengebrauch d. Militärs 19. 3. 1914 XXVIII, XXXV, 6, 387, 700

Vortrupp, Der (Zeitschrift) 653, 655

Vorwärts 160, 194, 196 f., 199, 206, 245, 250, 270, 292, 346, 371, 395, 416, 674, 692, 753, 755, 789, 896, 1032, 1091, 1167, 1178, 1189, 1217, 1228, 1251, 1266, 1274, 1388
— Kontroverse mit Reventlow 872
— Verbote 205, 952, 1091, 1132, 1140 ff., 1144, 1147 f., 1155, 1218

Voß, Friedrich von, Oberst z. D., Chef d. Stabes d. stellv. Gkdos d. IX. AK 1003, 1009 f., 1189

Vossische Zeitung 136, 163, 233, 674, 687, 991, 1079, 1132, 1302

Wacker, Albert, Berliner Vertreter d. „Hamburger Fremdenblatts" 672 f., 677, 680, 683 f.

Wagner, Dr. (Bild- u. Filmamt) 347, 350, 848

Wahlrecht(sfrage), preußische(s) 158, 253, 302, 358, 501, 705, 712, 726, 753 f., 793, 796, 801, 1062, 1082, 1133, 1137, 1151 f., 1178, 1181, 1193, 1195, 1197 ff., 1212 ff., 1251 f., 1279 ff., 1367 f.
— Sitzung d. preuß. Staatsministeriums 3. 1. 1916 355 f.
5. 4. 1917 703 f.
8. 7. 1917 786
— Beratung im preuß. Kronrat 9. 7. 1917 786 f.
— Haltung Bayerns 700 f., 1224 f.
Bethmann Hollwegs 356, 411, 702 f., 1214, 1220
Capelles 787
d. OHL LXIII, LXV, LXXI, 423, 702 ff., 767, 783, 1115 f., 1128, 1168, 1172 f., 1197 f., 1213 ff., 1220 ff., 1245, 1257 f.
Hertlings 1213
d. Konservativen Parteien 355, 357, 411, 1317
Loebells 356
d. SPD LIX, 206, 1116, 1128, 1217, 1224 f., 1240, 1258
Steins 703 f., 786
Trotts zu Solz 355 f.
Wilds von Hohenborn 355 f., 1088
Wilhelms II. 206, 1115
— Zensur 97, 206
Wahlversammlungen 1231
— Osterbotschaft 702 f., 742

Wahnschaffe, Arnold, Unterstaatssekr. in d. Reichskanzlei (1907–5. 8. 1917), stellv. Chef d. Reichskanzlei (11. 10.–9. 11. 1918) 86, 229 f., 749, 752, 769, 834, 1337
— Schreiben an Ludendorff 24. 2. 1917 577
Valentini 29. 2. 1916 358
— Verhältnis zu Ludendorff 779 ff.
— Wahrung d. Burgfriedens 415

— Pressepolitik 859
Pressezensur 207 f., 655, 826
— Beeinflussung d. allgemeinen Stimmung 318 f.
Amtliche Aufklärung u. Propaganda 320 ff.
— Kriegszielfrage 228
Öffentliche Erörterung 414 f., 417, 430, 441
— Innenpolitik, Wirtschaftsfragen
zur allgemeinen Kritik an Bethmann Hollweg 244, 358
Regelung d. Versammlungswesens 414 f., 430
Lebensmittelversorgung 441
Hilfsdienstgesetz 502, 523, 526
Gewerkschaften 577
— Entlassung Ludendorffs 1343
— Abdankung d. Kaisers 1350, 1354

Waitz, Oberst, geschäftsführender Dir. d. Zentraldepartements im preuß. Kriegsministerium 179, 1002, 1279
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 824, 827

Waldbröl 155

Walde, Wirkl. Geh. Kriegsrat im sächs. Kriegsministerium 973

Waldeck, Graf zu, Major im Militärkabinett 824

Waldeyer-Hartz, Hugo von, Fregattenkapitän XIII, 1361 f.

Waldeyer-Hartz, Wilhelm, Geh. Medizinalrat, Präs. d. Bundes deutscher Gelehrter u. Künstler 313, 315, 317 f.

Waldow, Wilhelm von, Staatssekretär d. Kriegsernährungsamts (5. 8. 1917—8. 11. 1918) 994, 1166, 1180, 1219

Waldschmidt, Justizrat 573

Wallraf, Max, Oberbürgermeister v. Köln (1910—1917), Unterstaatssekr. (5. 8. 1917), Staatssekr. d. Reichsamts d. Innern (23. 10. 1917—6. 10. 1918) 176, 859, 925, 994, 1227, 1241
— Belagerungszustand
Zusammenarbeit militärischer u. ziviler Stellen 1280
Änderung d. preuß. Belagerungszustandsgesetzes 1279
Regelung d. Versammlungswesens 1281
— Maßnahmen gegen d. USPD 1016, 1030, 1281
— Streiks 1133, 1141, 1181

Wandel, Franz Gustav von, Gouverneur v. Köln (bis 14. 9. 1914), stellv. preuß. Kriegsminister (14. 9. 1914—27. 9. 1916) L, 470, 482
— Handhabung d. Belagerungszustands 10 ff., 29, 31 ff., 39 f.
Vollziehende Gewalt 24 f.
Selbständigkeit d. Gouverneure u. Festungskommandanten 25 f.
Ausfuhrverbote d. Militärbefehlshaber 36 f.
Immunität d. Abgeordneten 277 ff.
Zensur 11, 127 f.
Pressezensur 81 f., 88
Druckschriften u. Flugblätter 251 f.
Zensur in d. Kriegszielfrage 80, 223 ff., 261, 368 f., 375 f., 418
Vereinsrecht 284 ff.
— Wahrung d. Burgfriedens 11, 302, 418
— Beeinflussung d. allgemeinen Stimmung 302 ff., 316
— Erörterung d. Kriegszielfrage 374 ff.
Kriegszielpetition d. SPD 418
— Militärische Vorbereitung d. Jugend 210 f., 218 ff.
— Parteien u. Organisationen
Politische Betätigung von Militärpersonen 385
SPD 210 f., 218, 253 f., 371, 385
Maßnahmen gegen radikale Gruppen d. SPD 253 ff., 369 ff.
Freie Vaterländische Vereinigung 373 f.
— Gewerkschaften
Genehmigung von Versammlungen 242 f.
Mitgliedschaft von Arbeitern d. Militärverwaltung 269, 285 f.
— Maßnahmen gegen Pazifisten 261 ff.
— Militärisches Beschaffungswesen 491
— Zurückstellung kriegsverwendungsfähiger Arbeiter 472 ff.
— Maßnahmen gegen Streiks 399
— Abschied Wandels 498

Wandsbek s. Hamburg-Wandsbek

Wangenheim, von, Journalist 1378

Wangenheim, Konrad Frhr. von, Vors. d. Bundes d. Landwirte 258

Warmuth, Fritz, MdR (Deutsche Fraktion) 1038

Warnecke, Major, Zensuroffizier beim stellv. Gkdo d. XVIII. AK, Leiter d. Auskunftsstelle im Kriegspresseamt (ab Oktober 1916) 216, 329
— Wahrung d. Burgfriedens 111
— Handhabung d. Zensur 111, 114 f.
Pressezensur 136 f.
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 328, 331 ff., 337 f., 343, 346 ff., 805 ff., 851 ff.
— Friedensfrage 850
— Maßnahmen gegen Streiks 851

Warschau 952
— Kriegsamtstelle 566
s. a. Generalgouvernement Warschau

Washington 1285
— Deutscher Botschafter 671

Wasielewski, Julius von, Generalmajor a.D., Chef d. Stabes d. stellv. Gkdos d. IV. AK 1003

Wasseralfingen 937

Wattenscheid 349

Wedel, Karl Fürst von, General d. Kavallerie, Statthalter v. Elsaß-Lothringen, Generaladjutant XXVI f., 415

Wehofen Krs. Dinslaken 425

Wehr, Die (Zeitschrift) 337 f.

Wehrpflicht XXIII, 235, 240, 511, 601, 1042, 1241, 1258
— Ausdehnung 485, 501 ff., 506, 513, 527, 627, 639 ff., 645
— Zurückstellungen XLII, 461 f., 466 ff., 472 ff., 477, 480 ff., 489 f., 547, 552, 563 ff., 573, 580 f., 616 ff., 621, 640
aus politischen Gründen 615
— Wehrpflicht in England 493

Wehrs, von, Major im Militärkabinett 746

Wehrverein XIX, 392, 1049, 1103
— Kriegszielfrage 256
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 808

Weidner, Oberst im AOK d. Armeeabt. Falkenhausen 232 ff.

Weilburg 301

Weill, Georg, MdR (SPD) 238

Weimar 425

Weinlig, Otto Friedrich, Dir. d. Dillinger Hütte 202, 217

Weiß, Hauptmann im Kriegspresseamt 942 ff.

Weiß, von, Major bei d. 1. Garde-Res. Div. 846 f.

Weizsäcker, Ernst Frhr. von, Korvettenkapitän, Verbindungsoffizier d. Admiralstabs bei d. OHL (ab Aug. 1918) 1327, 1343

Weizsäcker, Karl Frhr. von, württ. Min. Präs. (4. 12. 1906–6. 11. 1918) 58, 125

Welczeck, Graf von, Leg.Rat im Ausw. Amt 343

Welt am Montag, Die (Berlin) 1120, 1131, 1386, 1389

Wentscher, Leutnant im Kriegspresseamt 809

Wenz zu Niederlahnstein, Oskar von, Major, Chef d. Generalstabssektion (A 1), später d. Armeeabt. I im bayer. Kriegsministerium 1225
— Antistreikpropaganda 932 f., 935

Werner, Dr. (Kriegsernährungsamt) 328, 343, 345 f.

Werth, Alexander, Korvettenkapitän 1363

Wesel 258
— Verhaftung politisch unsicherer Personen 186
— Zensur 155

Wesermündung, Befestigungen 775
— Belagerungszustand
Zensur 92
Regelung d. Versammlungswesens 659, 1175
— Gewerkschaften 730, 1053, 1175
— Wirtschaftsfragen
Lebensmittelversorgung 730, 1053
Lohnfrage 1053
— Streiks u. Unruhen 730, 1053
Gegenmaßnahmen 1150 f.

Westarp, Kuno Graf von, MdR (Deutsch-Kons.), Vors. d. Reichstagsfraktion (1908–1918) 521, 751, 768, 786, 816, 1023 f., 1075
— Erhält Schreiben von Stresemann 4. 6. 1917 759 f.
— Hilfsdienstgesetz 528
— Flottenunruhen August 1917 1039
Maßnahmen gegen d. USPD 1030, 1033 f.
— Kühlmann-Krise 1229

Westfalen 244, 429, 1180
— Streiks u. Unruhen 727 f.
— Oberpräsidium LXX, 258, 305
Versammlungswesen 729
Lebensmittelversorgung 728 f.
Lohnfrage 729
Fremdarbeiter 729
Streiks u. Unruhen 728

„Westfalen" (Linienschiff) 1070, 1107

Westmeyer, Friedrich, Redakteur, Mgl. d. württ. Landtags (SPD/USPD) 212, 231, 283
— Verbot seiner Vorträge 209

Westphal, Major beim Oberkommando in den Marken
— Pressebesprechungen 78, 85, 112
— Wahrung d. Burgfriedens 112
— Handhabung d. Zensur 112
— Regelung d. Versammlungswesens 416 f.

Westphal, Hugo, Kontreadmiral a. D. 549

Westpreußen LXX
— Aufhebung von Verfassungsartikeln 14
— Oberpräsidium XL, 1329

Wetterlé, Emile, MdR (Zentr.) 238

Wetzell, Georg, Oberstleutnant, Chef d. Operationsabt. I d. OHL 791, 793, 1090, 1282
— Bewegung zum Sturz Bethmann Hollwegs 782, 784, 798
— Kanzlerkandidatur Bülows 793

Wever, Walther, Hauptmann in d. OHL 1288

Wiedenfeld, Kurt, Professor d. Nationalökonomie 173, 850, 887, 939

Wien 289, 677, 682, 748, 791, 839, 1302
— Kriegsamtstelle 566

Wiesbaden, Regierungsbezirk 43

Wiesner, Max, Redakteur d. „Frankfurter Zeitung" 1250 ff., 1302, 1304, 1311, 1377 f.

Wild von Hohenborn, Adolf, Generalleutnant, stellv. preuß. Kriegsminister (Aug. 1914—Jan. 1915), preuß. Kriegsminister (25. 1. 1915—29. 10. 1916) LXXII, 228, 258, 1077, 1143, 1196
— Verhältnis zu Bethmann Hollweg 357 ff., 385
Falkenhayn LXXII, 375
Wilhelm II. LXXII, 375, 661, 1134 f., 1137
— Urteil über Bethmann Hollweg 246, 367, 676, 713, 1088
Groener 1346
Helfferich 994
Hertling 1088
d. Kronprinzen 1347
Kühlmann 994
Michaelis 904, 993 f.
OHL 1346
Stein 746
Wilson 1316
— Ernennung zum preuß. Kriegsminister 355
Ablösung L, 444, 500
— Belagerungszustand
Reform d. Belagerungszustandsgesetzes 34
Pressezensur 101 f., 358
Vereins- u. Versammlungsrecht 269 f.
Gewerkschaftsversammlungen 226 ff.
— Militärische Angelegenheiten
Wechsel in d. OHL 359
U-Bootkriegführung 500, 713, 1346
Heeresersatz 478
Kritik am Offizierkorps 1272
Siegeszuversicht 676
Beurteilung d. militärischen Lage Herbst 1918 1287, 1315 ff., 1346
— Friedensfrage 500, 1315 f., 1346
Kriegszielfrage 246, 358
— Russische Februarrevolution 675, 713, 746
Oktoberrevolution 1116 f.
— Italien 1117
— Innenpolitik, Verfassungsfragen
Monarchie 386, 675, 746, 1135
Stellung d. Kaisers 384 ff., 442, 1345
Kommandogewalt 713
Politische Aufgaben d. preuß. Kriegsministers 746
Politik d. „Neuorientierung" 676
Preuß. Wahlrechtsfrage 355 ff., 1088
Osterbotschaft 713
Gallwitz als Kanzlerkandidat 904
Falkenhayn 359, 904
— Parlament, Parteien
Reichstag 384 ff., 442 ff., 713, 904, 1297
Vertagung 442 ff.
Frontreisen von Abgeordneten 904
Politische Betätigung von Militärpersonen 383 ff.
SPD 205, 355, 366, 713
Liebknechtprozeß 368
— Kriegswirtschaft 478
Lebensmittelversorgung 266, 490
Arbeitszwang 465
Steigerung d. Kriegsproduktion 486 f.
Militärisches Beschaffungswesen 490 f.
Besprechung mit Industriellen betr. Hindenburg-Programm 486 ff.
Errichtung d. Kriegsamts 499
— Waffenstillstandsverhandlungen 1346
— Abdankung d. Kaisers 1347, 1381

Wildbad 865

Wilhelm, Heizer auf SMS „Friedrich der Große" 995

Wilhelm I. XV, XXIV, 1135

Wilhelm II., Deutscher Kaiser, König v. Preußen (1888—1918) 36, 79, 83, 203, 331, 407, 473, 553, 716, 791, 825 ff., 838, 847, 849, 857, 977, 1002, 1040, 1050, 1061, 1079, 1134, 1260, 1281, 1312, 1318, 1385
— Kabinettsordre
29. 3. 1890 XVI
14. 3. 1899 XXV
3. 1. 1907 XX
4. 8. 1915 LI, 45, 51 f., 80, 101 f., 104, 128, 369
27. 5. 1916 XLVII, LI, 37

1. 11. 1916 XLII, XLVII, LI, 45, 508 f.
8. 12. 1916 LI, 51 f., 146
15. 10. 1918 XLVI, LI
— Telegramm an Bethmann Hollweg 12. 5. 1917 748 ff.
— Verhältnis zum Alldeutschen Verband 201, 215, 357, 409 f., 670
Berg 1128
Bethmann Hollweg XXVII, 357, 385, 408, 670 ff., 792, 797 f., 831
Hertling 1246 f.
Hindenburg 1136 f.
Konservative 357, 767 f.
Kronprinz 1347
Ludendorff 672, 1127
Offizierkorps XV, XVII, XXIV, 384, 661, 704
OHL XV, LII, LVI, LXI, 359, 375, 500, 523, 651 f., 749, 757, 780, 785, 792, 1306
Parteien 197, 204 f., 386, 557, 574, 749, 1146
Wild von Hohenborn LXXII
— Urteil über Deutelmoser 956
Haeften 956
— Kritik am Kaiser XV, 1135, 1269
durch Georg Bernhard 991
Einem LXXII, 266, 1269
Mertz von Quirnheim 652, 792
Kritik an d. Umgebung d. Kaisers 201, 244, 713, 1063 f., 1125 ff.
— Persönlichkeit im Urteil Bergs 1293
Einems 1135 ff.
d. Kronprinzen 1306
Ludendorffs 1136
Admiral von Müllers 206
Joachim von Stülpnagels 1299
— Verfassungsmäßige Stellung d. Kaisers 748
Kommandogewalt XXV, XXVII, 45, 424
Ausschaltung als oberster Kriegsherr XV, XXV, LII f., 424, 651 f., 1135, 1269, 1306
— Belagerungszustand
Erklärung XL, 7, 9, 11, 229
Ausübung d. vollziehenden Gewalt durch d. Militärbefehlshaber XXXIV f., XLVI, LI, 57 f., 80
Bindung d. Militärbefehlshaber an d. Weisungen d. preuß. Kriegsministers XLVII
Monatsberichte d. stellv. Generalkommandos 379
Einsetzung eines Obermilitärbefehlshabers 44 f., 47, 50 ff., 146
Reform d. preuß. Belagerungszustandsgesetzes 34, 50 f.
Handhabung d. Zensur 51 f., 258, 369
Pressezensur 81 f., 86, 101 f., 1144
Zensur in d. Kriegszielfrage 80
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 679, 828, 832, 845 ff., 891, 956, 965
Verbreitung von Kriegsnachrichten 68
— Militärische Angelegenheiten
Kriegführung 207, 797, 815, 1136, 1286
U-Bootkriegführung 671
Dienstunterricht XX
Vorschrift über d. Waffengebrauch d. Militärs XXVIII
Militärische Vorbereitung d. Jugend 218
Militarismus 671
Entlassung Wilds von Hohenborn 500
Abschiedsgesuch Ludendorffs Januar 1918 1122
Entlassung 1342 ff.
— Innenpolitik 206, 271, 276 f., 421 f., 424, 667, 719, 991, 1192, 1194, 1215, 1239
Zaberner Affäre XXVI f.
Politik d. „Neuorientierung" 689 f., 748
Preuß. Wahlrechtsfrage 356 f., 786 f., 1115, 1128, 1197, 1214, 1220, 1224
Osterbotschaft LXIII, 700, 702 ff., 710, 713, 742, 749, 751, 771, 782, 787, 793, 827, 831
Bewegung zum Sturz Bethmann Hollwegs 670, 749, 771
Ernennung von Michaelis 798
Rücktritt Hertlings 1291, 1303
Kanzlerkandidatur Falkenhausens 1246 f.
Abschiedsgesuch Capelles 1077 ff.
Verabschiedung Valentinis 1124 ff.
Kühlmann-Krise 1127 f., 1229, 1242, 1246 f.
— Parlament u. Parteien
Politische Betätigung von Offizieren 383, 385
Parlamentarismus 748 f., 780
Reichstag 671, 780, 798
Vertagung 192, 443 f.
Deutsche Zentrumspartei 749
SPD 749
— Wirtschaftsfragen
Errichtung d. Kriegsamts 499, 508 f.
Unterstellung d. stellv. Generalkommandos unter d. preuß. Kriegsministerium in kriegswirtschaftl. Fragen 508
Hilfsdienstgesetz 509 f., 515, 521 ff., 530, 536
— Friedensfrage 657 f.
Kriegszielfrage 216 f., 246
— Russische Februarrevolution 689 f.
— Streiks u. Unruhen 1391
Bericht Steins 5. 2. 1918 1157 ff.
Bericht Kessels 6. 2. 1918 1164 ff.
Flottenunruhen August 1917 996, 1018, 1031, 1036, 1039, 1068 ff., 1110
Meutereien Herbst 1918 1359, 1400
— Beurteilung d. militärischen Lage Herbst 1918 1293
Waffenstillstandsforderung d. OHL 1291 ff.
Dritte Note Wilsons 1334, 1337 ff.
— Angriffe auf d. Kaiser 964, 1126, 1356
Bekämpfung antimonarchischer Tendenzen 689 f., 694
Abdankung XV, 813, 1306, 1341, 1344 f., 1347, 1356 f., 1367 ff., 1380 f., 1397, 1400
Besprechung beim Reichskanzler 31. 10. 1918 1350 ff.
Zensuranweisungen 1321 f., 1332 ff., 1353

Wilhelm, deutscher Kronprinz XXVI, LV, 217, 245, 258, 639, 673, 831, 835, 838, 990, 1115, 1213, 1215
— Erhält Schreiben von K. Frhr. von Gebsattel 27. 4. 1915 245
— Besuch beim Kronprinzen Rupprecht 5. 10. 1918 1305 ff.
— Verhältnis zu Bethmann Hollweg 521
zum Kaiser 798, 1306, 1347
zur OHL 1144
Valentini 1125
— Urteil über Max von Baden 1307
über d. OHL 1306
— Kritik am Kronprinzen 692, 826, 828
— Persönlichkeit im Urteil Wilds von Hohenborn 1347
— Innenpolitik, Verfassungsfragen
Monarchie 1307
Einflußnahme auf d. Innenpolitik 1127, 1239
Preuß. Wahlrechtsfrage 1220, 1222
Osterbotschaft 710
Sturz Bethmann Hollwegs 794, 798
Pressezensur 692, 1144
Amtliche Aufklärung u. Propaganda 826
— Deutsch-Konservative Partei 1307
— Friedensfrage 1307
— Russische Februarrevolution 691 f.
— Streiks u. Unruhen 1171
— Beurteilung d. militärischen Lage Herbst 1918 1307
— Abdankung d. Kaisers 1137, 1306, 1321 f., 1345, 1347
— Thronverzicht 1350 ff.

Wilhelm, Prinz v. Preußen 1321, 1347

Wilhelm, Fürst v. Hohenzollern-Sigmaringen 281

Wilhelm II., König v. Württemberg (1891—1918) 3

Wilhelmina, Königin v. Holland (1890—1948) 1285

Wilhelmshaven 270, 551 f., 562, 631, 696, 724, 763, 960, 1050, 1061, 1150, 1189, 1349, 1364, 1369
— Zensur 92, 134
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 922, 926
— Arbeitsverhältnisse 372, 585
— Unruhen August 1917 996, 1018, 1025 f., 1031, 1033 ff., 1037, 1039
Agitation d. USPD 999, 1064 f.
Meutereien Herbst 1918 1358 ff., 1373 f., 1378, 1401
Soldatenrat 1372, 1382
— Wilhelmshaven-Rüstersiel 997
Wilhelmshaven-Rüstringen 997, 1360
s. a. Gouvernement d. Reichskriegshafens Wilhelmshaven

Wilmowski, Thilo Frhr. von, Mgl. d. preuß. Herrenhauses 1223

Wilson, Woodrow, Präsident d. USA (1913—1921) 657, 671, 711, 768, 832, 861, 968, 981, 1046, 1061, 1302
— Vierzehn-Punkte-Erklärung 972, 981, 1285, 1355
— Deutsches Friedensangebot 1285 f., 1297, 1299, 1301, 1313 f., 1324, 1345, 1347
Zweite Note Wilsons 1316 f., 1321 f., 1324, 1327 ff., 1331, 1354
Dritte Note 983, 1330, 1334 f., 1337 ff., 1341 f., 1344, 1346, 1350, 1354
Vierte Note 1375
— Deutsche Monarchie 1268, 1306, 1321, 1326, 1341 f., 1344, 1350, 1352 ff., 1358
— Völkerbund 1302

Winnig, August, Vors. d. Deutschen Bauarbeiterverbands 950

Winterfeldt, Detlof von, Generalmajor, Vertreter d. OHL beim Reichskanzler (1917—1918) 1016, 1030, 1115, 1123, 1223, 1227, 1279, 1285, 1339, 1342
— Erhält Schreiben von Bauer 3. 8. 1918 953 ff.
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 953 ff.
— Verabschiedung Valentinis 1124
— Waffenstillstandsforderung d. OHL 1286

Wipperfürth 155, 157

Wirth, Joseph, MdR (Zentr.) 1232

Wirtschaft, Verbände
— Friedensfrage 200 f.
Kriegszielfrage 201 f., 217, 406, 410, 412, 429
— Einflußnahme auf d. Innenpolitik 276
Bewegung zum Sturz Bethmann Hollwegs 202, 409, 670
— Deutsche Vaterlandspartei 1048
— Haltung gegenüber den Gewerkschaften 465 f., 470, 615
— Hindenburg-Programm 486
Hilfsdienstgesetz LXVI, 573 f., 577, 579, 585
Reklamation von Arbeitskräften 468 f.
Freizügigkeit reklamierter Arbeiter 620, 624 f.

Wirtschaftliche Mitteilungen (Veröffentlichung d. Kriegsamts) 328, 335, 338

Wirtschaftliche Vereinigung 929

Witte, Hauptmann im Generalkommando d. VIII. AK 185

Witte, Major im preuß. Kriegsministerium 316

Wittelsbacher, bayer. Königshaus 1268

Wittmann, Max, Fregattenkapitän a.D. im Nachrichtenbureau d. Reichsmarineamts bzw. in d. Presseabt. d. Admiralstabs 328, 343, 347, 919, 961

— Handhabung d. Zensur 179 f.

Wohlmannstetter, Dr. (Kriegsernährungsamt) 852, 887, 939

Wolf, Wilhelm Ritter von, Min.Dir. im bayer. Finanzministerium. zugl. stellv. Bevollm. zum Bundesrat 515

Wolff, Reg.Rat im preuß. Staatsministerium 824, 829

Wolff, Theodor, Chefredakteur d. „Berliner Tageblatts" 399

Worms 393

Woyrsch, Remus von, Generalfeldmarschall, Ob. d. Armeeabt. Woyrsch (Okt. 1914—Dez. 1917) 1083

Wrisberg, Ernst von, Generalmajor, Dir. d. Allg. Kriegsdepartements im preuß. Kriegsministerium 473, 707, 1002, 1102

— Urteil über Erzberger 652
Groener 615
Ludendorff 652

— Handhabung d. Belagerungszustands 1279
Erklärung d. verschärften Belagerungszustands 1190
Außerordentliche Kriegsgerichte 1187
Handhabung d. Zensur 179
bei d. Berichterstattung über Streiks 1179f.
Vereins- u. Versammlungsrecht 1006, 1012, 1053
Regelung d. Versammlungswesens 1185 f., 1202, 1280 f.
Wahlrechtsversammlungen d. SPD 1217 f., 1230 f.

— Pressepolitik 1183, 1190

— Beeinflussung d. allgemeinen Stimmung 308, 312
Amtliche Aufklärung u. Propaganda 824 ff., 954, 960, 1180 ff., 1190
Schutz d. Heeres vor politischer Propaganda 1167
Feindliche Propaganda 1179, 1190
Russische Propaganda 1281

— Kriegsdienst von Juden 476

— Friedensfrage 1184
Deutsche Friedensnote 12. 12. 1916 657

— Preuß. Wahlrechtsfrage 1184, 1217 f., 1230 f., 1280 f.

— Parteien u. Organisationen
Abgeordnetenkontakte mit Militärpersonen 1232, 1234
SPD 1185, 1189, 1217 f.
USPD 1185
Maßnahmen gegen d. USPD 1190 f., 1281
Alldeutscher Verband 392
Deutsche Vaterlandspartei 1185
Gewerkschaften 1190

— Wirtschaftsfragen
Lebensmittelversorgung 308, 312, 1005, 1178, 1180, 1185
Lohnfrage 1005, 1185
Wiedereinberufung reklamierter Arbeiter 1006, 1051, 1186

— Streiks u. Unruhen 1005, 1176 f., 1183 ff.
Gegenmaßnahmen 1005 ff., 1010, 1051, 1179 f., 1185 ff., 1397 f.
Militarisierung von Betrieben 1006, 1012, 1051, 1186 ff.
Schutzhaft 1190 f.
Verbot von Arbeiterräten 1186, 1189
Bildung von Bürgerwehren 1380
Meutereien 1373

— Beurteilung d. militärischen Lage Herbst 1918 1288

Wrochem, von, Generalleutnant a.D. XXVI

Würselen 156

Württemberg, Königreich XL, 192, 508, 530, 583, 616, 647, 964 f., 1250, 1325, 1346

— Verhältnis zu Preußen 866

— Belagerungszustand XLV
Erklärung 3
Zensur 66
Versammlungswesen 66, 231

— Presse 99, 101
Pressegesetz 30. 1. 1817 16, 66, 212

— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 311, 823 f., 837, 961, 965
Mittelstelle f. Volksaufklärung 307, 864 f., 965

— Parteien u. Organisationen
SPD 211, 283, 418 f.
Radikale Gruppen XLV
Freie Jugendorganisationen 209
Spartakusgruppe 734
Gewerkschaften 937
Rechtsstellung 270
Katholischer Arbeiterverein 938
Evangelischer Arbeiterverein 938
Verband württ. Metallindustrieller 938

— Rüstungsbetriebe 938

— Arbeiterschaft 937

— Freimachung von Militärpersonen 622

— Lebensmittelversorgung 939 f.
— Evangelisches Konsistorium 306 f.
— Bevollmächtigter zum Bundesrat 13, 17, 590
Stellv. Bevollmächtigter 58

Württemberg, Staatsministerium XLV, 13, 39 f., 57, 125, 231, 268, 284, 1391
— Erklärung d. verschärften Belagerungszustands 6, 11
— Änderung d. Art. 11 d. Reichsverfassung 1326

Württemberg, Minister(ium) der auswärtigen Angelegenheiten 3

Württemberg, Kriegsminister(ium) XLV, LXIX, 302, 418, 523, 549, 749, 752, 770, 835, 889, 976, 1003
— Verhältnis zum preuß. Kriegsministerium XLVIII
zum Obermilitärbefehlshaber 51
— Belagerungszustand XLVIII
Erklärung 3
Verschärfter Belagerungszustand 6, 11, 188
Befugnisse d. Militärbefehlshaber 39 f.
Zensur 66, 68, 98, 154
Regelung d. Versammlungswesens 66, 1092 f.
Änderung d. Art. 11 d. Reichsverfassung 1326
— Beeinflussung d. allgemeinen Stimmung 299, 310 ff.
Amtliche Aufklärung u. Propaganda 306 f., 823, 837
unter d. Arbeiterschaft 937, 939 f., 951
Vaterländischer Unterricht 944
— Mißstände in d. Armee 307
— Parteien u. Organisationen
SPD 274
USPD 802
Gewerkschaften 743, 1119
— Wirtschaftsfragen
Lohnfrage 595
Militärisches Beschaffungswesen 588
Durchführung d. Hilfsdienstgesetzes 540 ff., 555, 570, 597 ff., 602 f., 607, 613, 617 f.
Einberufung von Hilfsdienstpflichtigen 591 ff.
Freimachung von Militärpersonen 583
— Russische Februarrevolution 705
Friedensverhandlungen mit Rußland 1130
— Militärbevollmächtigter im Gr. Hauptquartier 744
Stellv. Militärbevollmächtigter in Berlin 11, 492
— Beauftragter beim Kriegsamt 617 f.
— Abteilung für Waffen, Feldgerät u. Kriegsamtsangelegenheiten 592 ff., 597, 599, 612, 938
Stelle f. Landwirtschaft u. Ernährung 540

Württemberg, Minister(ium) des Innern 13, 125
— Belagerungszustand
Befugnisse d. Militärbefehlshaber 41
Zusammenarbeit zwischen Zivil- u. Militärbehörden 59
Pressezensur 65 f., 98, 232
Regelung d. Versammlungswesens 231, 247, 1174, 1218, 1231
Genehmigung von Gewerkschaftsversammlungen 243
Verbot von USPD-Versammlungen 736
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 306 ff., 864, 958
— Parteien u. Organisationen
SPD 211 f., 707, 1218
Kriegszielpetition d. SPD 418
Maßnahmen gegen d. sozialdem. Jugendorganisationen 209, 282 ff.
gegen radikale Gruppen d. SPD 211 ff., 230 ff., 247, 282 ff.
USPD 736
Gewerkschaften 243
— Lebensmittelversorgung 306, 736
— Durchführung d. Hilfsdienstgesetzes 591 f.
— Maßnahmen gegen Streiks u. Unruhen 788

Württemberg, Kultusminister(ium) 306 f., 864

Würz, Oberstleutnant, Chef d. Kriegspresseamts (ab Aug. 1917) 942, 982
— Ernennung zum Chef d. Kriegspresseamts 850
— Pressebesprechungen 1120, 1158, 1163, 1228, 1234 f., 1237, 1247 ff., 1260, 1304 f., 1309 ff., 1313 ff., 1330 ff., 1334 ff.
— Pressezensur 1120
Zensur anläßlich d. Kühlmann-Krise 1227 f.
Nachrichten aus d. Ausland 1311
Wiedergabe feindlicher Heeresberichte 1331
Maßnahmen gegen d. Verbreitung von Gerüchten 1260, 1263
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 1336
Bezirkspressebesprechungen 878 f.
Vaterländischer Unterricht 898
Antistreikpropaganda 928 ff.
Russische Propaganda 1120
Kriegsberichterstattung 1236 f., 1247, 1249 ff., 1269, 1311, 1331 f., 1337
— Darstellung d. militärischen Lage 1234 f., 1247 ff., 1251 f., 1304 f., 1310 f., 1313 f., 1331 f.
Siegeszuversicht 1249
Abschiedsgesuch Ludendorffs 1122 f.
Waffenstillstandsforderung d. OHL 977, 1310
Friedensangebot 3. 10. 1918 1309 ff., 1313 ff.
Waffenstillstandsbedingungen 1330 f.
Dritte Note Wilsons 1334 ff.
— Streiks 1158, 1163
Meutereien in d. Marine 1378

Würzburg
— Presse 1021
— SPD-Parteitag 1917 1071 f., 1084
— Kriegsamtstelle
Einberufung von Hilfsdienstpflichtigen 596
Freimachung von Militärpersonen 583

Wulffen, von, Major, Einberufungsausschuß Berlin 601

Wuppertal
— Wuppertal-Barmen XXII
Zensur 155
Lebensmittelversorgung 667, 728
Streiks u. Unruhen 667, 728
— Wuppertal-Elberfeld
Zensur 195
Lebensmittelversorgung 667
Streiks u. Unruhen 728

Wurm, Emanuel, MdR (SPD/USPD) 265

Wyneken, Alexander, Chefredakteur u. Herausgeber d. „Königsberger Allgemeinen Zeitung" 271, 704, 719, 835, 1116, 1128

Yorck von Wartenburg, Heinrich Graf, Mgl. d. preuß. Herrenhauses 1257

Ypern 1288

Zabern, Zaberner Affäre XXV ff., 384

Zech-Burkersrode, Graf von, Leg.Sekretär 677, 682, 691 f.

Zechlin, Oberstleutnant beim stellv. Gkdo d. XXI. AK 1003

Zedlitz und Neukirch, Octavio Frhr. von, MdR (Freikons.), Mgl. d. preuß. Abgh. 357, 411

Zeebrügge 438, 1235

Zeiß, Alfred, Oberstleutnant z. D. XX

Zeitz 1021, 1060

Zensur IL, LXVI, LXVIII, LXX, LXXIII ff. 47, 50 ff., 81, 173 f., 383, 496, 858, 878, 1178, 1279, 1384
— Rechtliche Voraussetzungen 145
— Organisation 110, 131 ff., 265
Neuordnung 178 ff., 983
Zusammenarbeit militärischer u. ziviler Behörden 57, 71, 77, 84 f., 93 ff., 118 ff., 127 f., 138, 141 ff., 153, 155 ff., 168, 177, 179, 209
Verantwortlichkeit ziviler Behörden XLV, 44, 117 ff., 124 ff., 142, 156
Handhabung durch Polizeidienststellen 84, 124, 132 f., 150, 155 f., 231, 366
— Handhabung in Bayern 152 ff., 393 ff., 665, 1377
— Pressezensur IL, LXVII, 4, 68, 95 ff., 137, 149, 699, 885
Rechtliche Voraussetzungen 16, 64
Handhabung XLV, 73 f., 87 f., 98 ff., 108, 110 ff., 118, 139 ff., 155 ff., 169 f., 358
durch d. Polizeibehörden 19, 71, 88 ff., 93 ff.
Mängel 73, 87, 89, 101, 120, 146, 175, 738
Sanktionen 33, 68, 73 f., 84, 91 f.
Erscheinungsverbote XXXVII, 91 f., 139, 144 f., 151, 176 f., 205, 258, 273, 399, 417, 706, 776, 796, 1052, 1068, 1091 f., 1126, 1132, 1140 ff., 1144, 1147, 1155, 1157, 1218, 1321 f.
Zensur d. Provinzpresse 71 ff., 82, 87, 109, 114, 130, 135, 151, 169
d. sozialdem. Presse 195 ff., 219, 1230
d. nationalen Presse 207 f.
d. Minderheitenpresse 17, 90, 134, 151, 194, 273
Lockerung d. Pressezensur 659
— Vorzensur XLIII, 84 ff., 93 ff., 101, 103, 111, 116, 134, 180, 225, 248, 254, 336, 341, 395, 405, 417, 427, 446, 538, 944 f., 1059, 1141, 1148 ff., 1155
Rechtsgrundlage 90 f.
Verhängung d. Vorzensur 40, 706
bei d. militärischen Berichterstattung 88, 92, 96, 99 f., 136, 150, 1174, 1234, 1278
bei Nachrichten über Streiks u. Unruhen 1179 f., 1189, 1275, 1376
Aufhebung d. Vorzensur 11, 140 f., 144, 151, 155, 157, 335, 1333
— Zensur von Vortragsveranstaltungen 112, 115, 149 f., 209, 222, 231, 248, 252, 264, 396 ff., 407, 413 ff., 417, 429 f., 659, 1053 f., 1093 ff., 1146, 1174 f., 1295
Druckschriftenliteratur 97, 102 ff., 115, 133 f., 170 ff., 209, 229, 251 f., 406, 665
Überwachung d. Buchausfuhr 158, 169
Zentralregistratur zur Überwachung d. deutschen Buchhandels u. d. Buchausfuhr 104
Beschlagnahme von Druckerzeugnissen 100, 104, 139, 214 ff., 223 ff., 228 ff.
Zensur von Flugblättern 97, 170 ff., 251 f., 304
Verbot 169, 250, 364, 370, 419, 763, 773 f., 777, 1296
Zensur von Feldpostbriefen 100, 302, 779, 1116
— Zensur militärischer Nachrichten 8, 57, 63 f., 67 f., 82, 110 f., 133 f., 143
in d. Kriegsberichterstattung 135, 151, 868
U-Bootkriegführung 112, 121 ff., 129 f., 135, 143, 148, 164, 378, 386, 408, 1092
Militärgerichtliche Urteile 1156
Feindliche Heeresberichte 314, 333 f., 1275 ff., 1331
Kritik an d. militärischen Vorbereitung d. Jugend 219

— Zensur bei außenpolitischen Themen 96, 143
Nachrichten aus d. Ausland 1208 f., 1274 f., 1302, 1311
Friedensfrage 97, 180, 249, 415, 789, 1094, 1335
Kriegszielfrage 69 f., 78 ff., 97 f., 100, 117, 119, 135 f., 143 f., 160, 170, 178, 180, 208, 214 ff., 224 ff., 228 ff., 245 f., 249 f., 252, 255 ff., 261, 273, 305, 361 ff., 368 f., 374 ff., 414 ff., 429 ff., 436 ff., 441, 444 ff., 448, 451 f., 715, 718, 777, 789, 1054, 1094
Kriegseintritt d. USA 166 f.
Berichterstattung über d. russische Revolution 158 ff., 162, 165 f., 690 ff., 705 f., 723
Aufruf d. russischen Sozialisten 25 3. 1917 160 f., 686 ff.
Waffenstillstands- u. Friedensverhandlungen mit Rußland 881 f., 1104 f., 1120 f., 1144
— Zensur bei d. Erörterung innenpolitischer Fragen 96, 105, 118, 143 f., 402, 412
gegenüber nationalen Minderheiten 151, 154, 189
Elsaß-Lothringen 97, 135, 178, 180, 189
Preuß. Wahlrechtsreform 97, 206
Berichterstattung über Parlamentsdebatten 97, 120 f., 126 f., 265, 271, 367 f., 777, 1228, 1333
Gründungsparteitag d. USPD 709
Aufrufe d. USPD 1104, 1216
Pazifistische Veröffentlichungen 178, 180, 447, 1123 f.
Veröffentlichungen über Luftangriffe u. Explosionsunglücke 151, 1010
Steuerfrage 110, 112
Lebensmittelversorgung 97, 110 f., 119, 137, 148, 158 ff., 166, 222, 243, 248, 264 ff., 279 ff., 293, 339, 361, 394 f., 416, 457 f., 668 f., 736
Streiks u. Unruhen XLIII, 266, 738, 1130 ff., 1139 ff., 1147 ff., 1157, 1179 f., 1189, 1275, 1390 ff., 1395 f.
Meutereien 1036, 1277 f., 1376 f., 1379
Kühlmann-Krise 1227 f.
Abschiedsgesuch Ludendorffs Januar 1918 1122
Antimonarchische Tendenzen 813 f.
Abdankung d. Kaisers 1321 f., 1332 ff., 1353, 1380
— Vereinheitlichung d. Zensur 21 f., 73 ff., 77, 87, 98, 101 f., 113, 115 ff., 119, 121, 128, 130 f., 133, 136, 141 f., 146, 150 f., 153, 167, 225, 258
Forderung nach Aufhebung d. Zensur 742, 753
Abbau d. politischen Zensur 57, 135, 144, 148
Aufhebung 1368
Zentrale für Heimatdienst 953, 959, 982, 984, 1358
Zentralregistratur zur Überwachung d. deutschen Buchhandels u. d. Bücherausfuhr 104
Zentralstelle für Auslandsdienst LVII, 105
Zentralstelle für Werbe- u. Aufklärungsdienst für d. In- u. Ausland LVII, 955 f., 959
Zentralstelle für d. arbeitende Jugend Deutschlands 203 f.
Zentralverband deutscher Industrieller 410, 472
Zentralverband deutscher Textilarbeiter 18
Zentrumspartei, Deutsche 238, 259, 273, 275, 413, 719, 749, 779, 903 ff., 1022 f., 1061, 1084, 1096, 1128, 1215
— Verhältnis zu Bethmann Hollweg LXIII, 357, 386, 411 f.
Michaelis 1061, 1083
OHL LXIII
— Belagerungszustand
Zensur 148
Reform d. preuß. Belagerungszustandsgesetzes 44
— Amtliche Aufklärung u. Propaganda 826
Vaterländischer Unterricht 1047
Bekämpfung antimonarchischer Tendenzen 815
— Kriegszielfrage 244, 411, 791, 1211
Friedensresolution d. Reichstags 1083, 1093 f.
— U-Bootkriegführung LXII f.
— zur Innenpolitik
Preuß. Wahlrechtsfrage 704, 1115, 1168, 1213, 1222, 1225
Rechte d. Hauptausschusses d. Reichstags 442
Hilfsdienstgesetz 528 ff.
— Verhältnis zu anderen Parteien u. Organisationen
SPD 411
Maßnahmen gegen d. USPD 1033, 1035 f.
Gewerkschaften 411
— Streikbewegung 1207
Flottenunruhen 1030, 1033, 1035, 1037 f.
— Reichstagsfraktion LXII
Fraktion d. preuß. Abgeordnetenhauses 1115

Zeppelin, Ferdinand Graf von 273

Zetkin, Klara, Redakteurin, Mitbegründerin d. Spartakusbundes 233

Zetlmeier, Joseph, Oberreg.Rat im bayer. Innenministerium 1153, 1210, 1294, 1324

Ziegler, Wilhelm, Leutnant d.R. a.D. im Kriegspresseamt 899

Ziehe, Geh. Justizrat in d. Oberzensurstelle 1278

Ziese, Carl, Geh. Kommerzienrat, Inhaber d. Schichau-Werke in Elbing u. Danzig 476, 732

„Zieten" (Fischereikreuzer, Bauj. 1876, Hafenflottille Jade/Weser) 1027

Zietz, Luise (SPD/USPD), Mgl. d. Parteivorstands d. SPD, dann d. USPD

— Redeverbot 370

— Flottenunruhen August 1917 999, 1017 f., 1029, 1035, 1109, 1111
Zusammentreffen mit Reichpietsch 1026, 1065

Zimmermann, Redakteur d. „Deutschen Zeitung" 1120, 1168, 1250, 1264 f., 1378

Zimmermann, Arthur, Unterstaatssekr. (1911—1916), Staatssekr. (25. 11. 1916—5. 8. 1917) d. Ausw. Amts 744, 765, 769, 790

— Urteil über d. OHL 764
Verhältnis d. OHL zu Bethmann Hollweg 655 f., 677, 681
Fernhalten d. OHL vom politischen Meinungsstreit 677

— Pressepolitik 656, 768
Handhabung d. Zensur 130
Pressezensur 82, 653 ff., 813
Zensur in d. Kriegszielfrage 79 f., 208
Aufruf d. russischen Sozialisten 25. 3. 1917 686 ff., 692

— Bekämpfung antimonarchischer Tendenzen 813 f., 829

— Kriegszielfrage 216, 224, 228, 768
Friedensresolution d. Reichstags 797

— Russische Februarrevolution 694

— Preuß. Wahlrechtsfrage 702, 787
Osterbotschaft 704

— Internationaler Sozialistenkongreß in Stockholm 708

Zimmermann, Bodo, Hauptmann im Kriegspresseamt 879, 960, 973, 1249

Zimmermann, Eugen, Gen.Dir. d. Scherl-Verlags 768

Zimmerwald (Schweiz) 259 f.

Zitzewitz, von, Oberst, Chef d. Generalstabs d. Oberkommandos d. Küstenverteidigung 1373

Zivilkabinett, Geheimes 50, 217, 244, 271, 357 f., 368, 642, 662 f., 670, 673, 691, 702, 710 f., 748 f., 752, 771, 794, 824, 1063, 1192 f., 1207, 1213, 1239, 1244, 1292 f., 1297, 1342, 1352, 1359, 1381

— Ordensverleihungen 832

— Kanzlerschaft von Michaelis 797 f., 1061
Ablösung Hertlings 1246
Abschiedsgesuch Capelles 1080

— Forderung Hindenburgs nach Verabschiedung Valentinis 1124 ff.

— Abdankung d. Kaisers 1321

Złoczów 895 f.

Zöllner, Otto, Gewerberat in Wilhelmshaven 926

Züricher Volksrecht (Zeitung) 294

Zuffenhausen s. Stuttgart-Zuffenhausen

Zukunft, Die (Zeitschrift) 138

Zweigert, Geh. Reg.Rat im Reichsjustizamt 179

Die territorialen Bereiche der Militärbefehlshaber 1914 – 1918

